



This is a digital copy of a book that was preserved for generations on library shelves before it was carefully scanned by Google as part of a project to make the world's books discoverable online.

It has survived long enough for the copyright to expire and the book to enter the public domain. A public domain book is one that was never subject to copyright or whose legal copyright term has expired. Whether a book is in the public domain may vary country to country. Public domain books are our gateways to the past, representing a wealth of history, culture and knowledge that's often difficult to discover.

Marks, notations and other marginalia present in the original volume will appear in this file - a reminder of this book's long journey from the publisher to a library and finally to you.

Usage guidelines

Google is proud to partner with libraries to digitize public domain materials and make them widely accessible. Public domain books belong to the public and we are merely their custodians. Nevertheless, this work is expensive, so in order to keep providing this resource, we have taken steps to prevent abuse by commercial parties, including placing technical restrictions on automated querying.

We also ask that you:

- + *Make non-commercial use of the files* We designed Google Book Search for use by individuals, and we request that you use these files for personal, non-commercial purposes.
- + *Refrain from automated querying* Do not send automated queries of any sort to Google's system: If you are conducting research on machine translation, optical character recognition or other areas where access to a large amount of text is helpful, please contact us. We encourage the use of public domain materials for these purposes and may be able to help.
- + *Maintain attribution* The Google "watermark" you see on each file is essential for informing people about this project and helping them find additional materials through Google Book Search. Please do not remove it.
- + *Keep it legal* Whatever your use, remember that you are responsible for ensuring that what you are doing is legal. Do not assume that just because we believe a book is in the public domain for users in the United States, that the work is also in the public domain for users in other countries. Whether a book is still in copyright varies from country to country, and we can't offer guidance on whether any specific use of any specific book is allowed. Please do not assume that a book's appearance in Google Book Search means it can be used in any manner anywhere in the world. Copyright infringement liability can be quite severe.

About Google Book Search

Google's mission is to organize the world's information and to make it universally accessible and useful. Google Book Search helps readers discover the world's books while helping authors and publishers reach new audiences. You can search through the full text of this book on the web at <http://books.google.com/>



usb720w

W572850

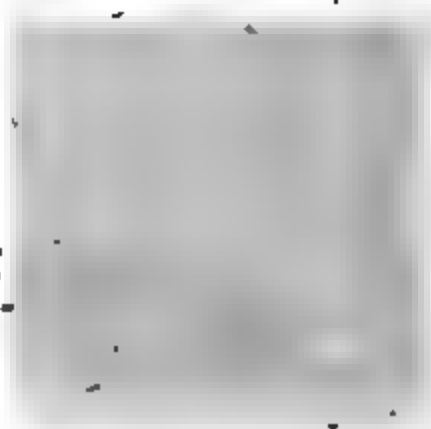
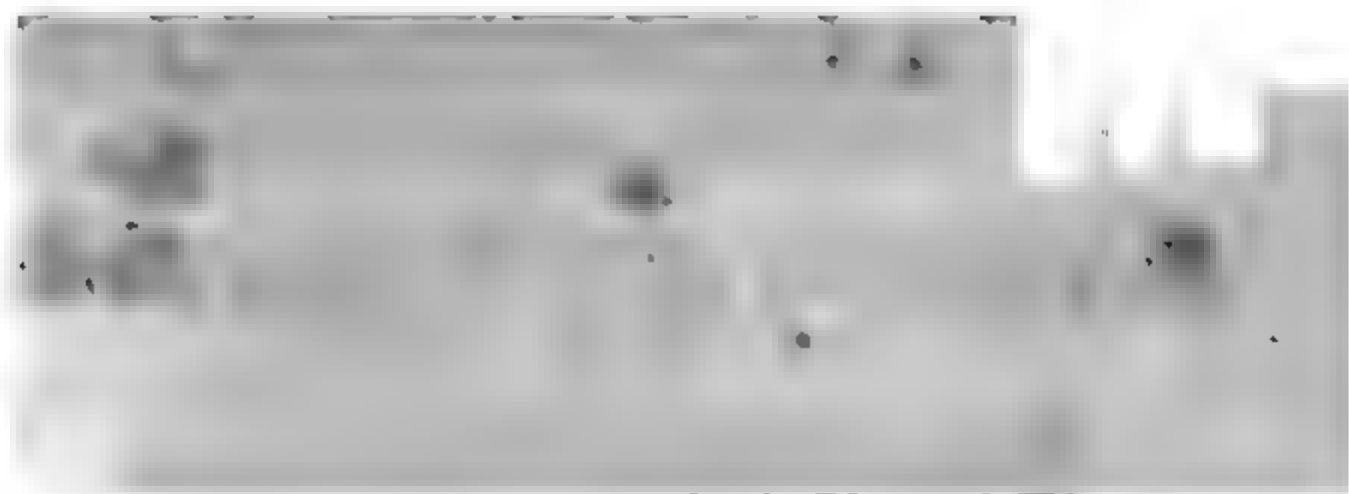
1 1
030/20W





000035729W





THE
END

Die
Verfassung und Verwaltung
des
Preussischen Staates;

eine
systematisch geordnete Sammlung aller auf dieselben Bezug habenden gesetzlichen Bestimmungen, insbesondere der in der Gesetzsammlung für die Preussischen Staaten, in den von Kampfschen Annen für die innere Staatsverwaltung, und in deren Fortsetzung durch die Ministerial-Blätter enthaltenen Verordnungen und Rescripte, in ihrem organischen Zusammenhange mit der früheren Gesetzgebung,

dargestellt
unter Benützung der Archive der Ministerien des Innern, der Finanzen, Justiz, der Geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten, Königl. Hauses, und der Hauptverwaltung der Staatsschulden

von,
Edwig von Rönne,
Kammer-Gerichts-Rathe.

Sechster Theil.
Das Polizeiwesen.

Vierter Band.
Das Bau- und Wegewesen des Preussischen Staates.

Erste Abtheilung.
Die Bau-Polizei.

Breslau,
bei Georg Philipp Uderholz.

1854.

Die
Bau-Polizei

Preussischen Staates;

systematisch geordnete Sammlung aller auf dieselbe Bezug
h habenden gesetzlichen Bestimmungen, insbesondere der in der Gesetzsam-
mlung für die Preussischen Staaten, in den von Kamphschen
Anordnungen für die innere Staatsverwaltung und in deren Fortsetzun-
gen durch die Ministerial-Plätter enthaltenen Verordnungen und
Reskripte, in ihrem organischen Zusammenhange mit der
früheren Gesetzgebung.

bearbeitet

unter Benützung der Archive der Ministerien

von

Ludwig von Rönne,
Kammer-Gerichts-Rathe.

Zweite verbesserte und vermehrte Ausgabe.



Breslau,
bei Georg Philipp Ueberholz.

1854.

240. 6 e 197

Vorwort zur ersten Ausgabe.

Bei der großen Wichtigkeit der Baukunst für die Gesamtheit, wie für den Einzelnen¹⁾, hat in Bezug auf deren praktische Ausübung die Einwirkung des Staates nicht fehlen können. Es lassen sich die verschiedenen Rücksichten, aus welchen die Staatswissenschaft das Bauwesen in Betracht zieht, unter drei Gesichtspunkte ordnen: es sind der juristische, der polizeiliche und der staatswirthschaftliche.

Wenn die Bau-Polizei, im engeren Sinne des Wortes, nur den zweiten dieser Standpunkte in's Auge faßt, indem es ihre Aufgabe ist, die Sicherheit und Ordnung in Bezug auf Bauten zu überwachen, so umfaßt sie, in weiterer Bedeutung, die gesammte Thätigkeit und Fürsorge des Staates bezüglich des Bauwesens, gleichmäßig einwirkend auf die Vermittelung der verschiedenen einander berührenden und wechselseitig bedingten Interessen der Gesamtheit und der Einzelnen.

Man könnte zu der Erwartung berechtigt sein, daß ein Gegenstand von so tief in das Leben und die Praxis eingreifenden Wirkungen der Gesetzgebung ganz besondere Veranlassung zu organischer Entwickelung und Umbildung dargeboten hätte. Allein dies findet sich keinesweges bestätigt.

¹⁾ Vergl. hierüber die *Einführung*, S. 1 ff. des Werkes.

Insbefondere hat man im Preussischen Staate sich im Wesentlichen darauf beschränkt, einzelne Zweige des Bauwesens, sofern sich das spezielles praktisches Bedürfnis herausstellte, zum Gegenstande legislativer Thätigkeit zu machen, meist sogar nur lokalen Verhältnissen eine näher gehende Berücksichtigung widmend.

So wiederholt sich für diesen Theil des Polizeiwesens die für das 2 bereits im Allgemeinen¹⁾ angeedeutete Schwierigkeit der Darstellung, in dem Mangel an organischen Gesetzen über den Gegenstand ihren Grund und es ergiebt sich auch hier in gleicher Weise die Nothwendigkeit, das vorhandene Material nach einem selbstständig zu entwerfenden Systeme zu ordnen und das geordnete Material wissenschaftlich zu durchdringen.

Für den vorherrschend praktischen Zweck der vorliegenden Schrift es angemessen, die Gesetzgebung über das Staats- und öffentliche Bauwesen ganz abgesondert von dem Bau-Rechte und der Polizei darzustellen. Unter den öffentlichen Bauten aber bilden Wege-Bauten eine der wichtigsten und umfassendsten Gattungen. Hier ist im vorliegenden Werke das Staats- und öffentliche Bauwesen jedoch mit Ausschluß der Wege-Bauten, und das Bau-Recht nebst Bau-Polizei, dargestellt, während ein späteres vorbehaltenes Werk sich dem Wege-Bauwesen²⁾ beschäftigen wird.

Die gegenwärtige Schrift bildet einen Theil des größeren, die Verfassung und Verwaltung des Preussischen Staates betreffenden, Werkes, über Zweck und Plan wir uns bereits ausführlich, sowohl in der allgemeinen Einleitung desselben, als auch in dem Vorworte zum „Polizeiwesen des Preussischen Staates“ ausgesprochen haben. Nur einige, die vorliegende Schrift insbesondere betreffende, Bemerkungen dürfen wir hinzufügen.

Es war auch für diesen Theil der Verfassung und Verwaltung des Preussischen Staates, welcher ein in sich abgeschlossenes Ganze bildet, der Zweck, die betreffende Gesetzgebung vollständig und systematisch darzustellen und die geschichtliche Grundlage zu entwickeln.

Eine solchergestalt systematisch geordnete Sammlung der Quellen ist um so größerem Nutzen, da es bis jetzt, wie bereits angedeutet, an einer

¹⁾ Vergl. Vorwort zum Polizeiwesen, Thl. VI. Bd. 1 des Werkes, S. 1.

²⁾ Diese Abtheilung des Werkes umfaßt in drei Abschnitten die Gesetzgebung über die Eisenbahnen, die Kunststraßen und gewöhnlichen Wege, und ist jetzt im Verlage von G. B. Aderholz in Breslau (1852) erschienen.

den Staats-Bau-Ordnung sowohl, als an einer allgemeinen Bau-
einzel-Ordnung, und nicht minder an einem vollständig entwickelten
Bau-Rechte, mangelte.

Für das Staats- und öffentliche Bauwesen fehlt es bis jetzt
nämlich an einer derartigen Quellen-Sammlung. Die betreffenden Material-
ien in den Archiven der Ministerien waren meist nur den einzelnen Behörden
zugehörig, dem größeren theilhaftigen Publikum unzugänglich, oder doch nur
mit Schwierigkeit zu erlangen. Die officiellen und außeramtlichen Sammlun-
gen der Gesetze und Reskripte enthalten das betreffende Material nur in
Fragmenten.

Deshalb war vorzugsweise für diesen Theil des Werkes die Be-
schaffung der Ministerial-Akten von besonderer Wichtigkeit, und wir erkennen die
Höflichkeit in dieser Beziehung, namentlich auch Seitens der Höheren Ministerien der
Preussischen und des Königl. Hauses, Abtheilung für Domänen und Forsten,
Theil gewordene Begünstigung mit besonderem Danke an.

Wir haben daraus auch für die allgemeinen und historischen Einleitungen
reichen Stoff geschöpft, und hoffen, daß die darauf gegründeten Mitthei-
lungen sich des besonderen Interesses zu erfreuen haben werden.

Zur Erleichterung des Gebrauches ist auch dem vorliegenden Bande außer
der vorangestellten Uebersicht des Inhaltes, ein chronologisches und sachliches
Register beigelegt worden.

Berlin und Breslau im Februar 1846.

von Hönne. Simon.

Vorwort zur zweiten Ausgabe.

Die erforderlich gewordene neue Ausgabe des Werkes hat den Plan die Eintheilung der ersten, welcher sich als zweckmäßig bewährt hat, überbehalten. Unter Ausscheidung der durch neuere Gesetze und Erlasse antiquirten Bestimmungen sind die betreffenden gesetzlichen und ministeriellen Verordnungen bis auf die neueste Zeit überall nachgetragen worden. Es gewährt mithin die neue Bearbeitung des Werkes eine vollständige Darstellung gegenwärtig gültigen Gesetzgebung über die Bau-Polizei und Bau-Recht.

Möge die Arbeit auch in ihrer neuen Gestaltung den Betheiligten als nützliches Hülfsmittel für den praktischen Gebrauch erscheinen!

Berlin im Juli 1854.

von Mönnig.

Inhaltsverzeichnis.

Einkeltung.

	Seite
Abtheilung. Begriff und Zweck der Bau- und Wege- polizei	1— 4
1. Abtheilung. Geschichtliche Darstellung der Entstehung und Ausbildung der Bau-Polizei.	
1. Abschnitt. Im Allgemeinen	4— 5
2. Abschnitt. Historische Entwicklung der Bau-Polizei in Preußen	5— 7
2. Abtheilung. Von den Quellen und der Literatur der Bau- und Wege-Polizei	7—12

Erster Theil.

Die Gesetzgebung über das Staats- und öffentliche Bauwesen.

Abtheilung. Die Behörden und Beamten des Bau- und Wegewesens.	
1. Abschnitt. Geschichtliche Darstellung der Gesetzgebung über die Behörden des Bau- und Wegewesens	13—38
2. Abschnitt. Gegenwärtige Organisation der Behörden.	
Erstes Kapitel. Die Central-Behörden	38—52
Zweites Kapitel. Die Provinzial-Behörden.	
Erste Unterabtheilung. Die Ober-Präsidenten	52—53
Zweite Unterabtheilung. Die Regierungen.	
1. Organisation derselben.	
A. Im Allgemeinen	53—54
B. Die Regierungs-Bau-Räthe	54—57
C. Die Regierungs-Bau-Referendarien	57—59
II. Rechte und Pflichten der Regierungen.	
A. Anstellung der Bau- und Wege-Beamten	59
B. Einreichung von Nachweisungen, Listen und Rapporten ..	67—73
III. Rapport-Verhältnisse und Geschäftsgang bei den Regierungen in Bau- und Wege-Sachen.	
A. Im Allgemeinen	73—74
B. Instruktionen über die Art und Weise der Bearbeitung der Bau-Sachen bei den Regierungen	74—79
C. Spezielle Vorschriften bezüglich des Verfahrens bei den Regierungen in Hinsicht einzelner Gattungen öffentlicher Bauten	81—85
D. Vorschriften, betr. den äußeren Geschäftsgang in Bau- Angelegenheiten	85—87
Dritte Unterabtheilung. Die Provinzial-Steuer-Direktionen	87—89
Vierte Unterabtheilung. Die Militär-Intendanturen ..	89—91
Drittes Kapitel. Die Kreis- Bau- und Wege-Polizei-Behörden	91—92
Viertes Kapitel. Die Lokal- Bau- und Wege-Polizei-Behörden	92—94
Fünftes Kapitel. Die Organe der Behörden des Bau- und Wege- Wesens.	
Erster Titel. Allgemeine Vorschriften für die Beamten des Bau- und Wegewesens.	

Erste Unterabtheilung. Eintritt in den Staatsdienst.	
I. Allgemeine Erfordernisse zur Befähigung	9
II. Nachweis der besonderen Befähigung durch wissenschaftliche Prüfung	96
Zweite Unterabtheilung. Rechtliche Verhältnisse der Bau- und Wege-Beamten während des Staatsdienstes.	
I. Rechtsverhältnisse in Beziehung auf das Amt.	
A. Rechte.	
a. Öffentlicher Glaube und Amts-Siegel	124
b. Besonderer Schutz der Amts- und persönlichen Ehre	
c. Äußere Auszeichnung.	
α. Titel	125
β. Rang	126
d. Amtseinkünfte	127
e. Umzugskosten	
f. Reise-Kosten-Vergütung für Stellvertreter solcher Bau-Beamten, welche Fuhr-Kosten-Aversa beziehen	
g. Unterstützungsgelder für die bei Ausführung von Staatsbauten vorübergehend beschäftigten Personen in Fällen der Erkrankung oder körperlichen Beschädigung	
h. Pension	
i. Recht auf Versorgung der nachgelassenen Familie ...	135
A. Pflichten.	
AA. Allgemeine Amts-Instruktionen	136
BB. Besondere Vorschriften über die amtlichen Pflichten der Bau- und Wege-Beamten.	
a. Pflichten der Amtsthätigkeit.	
α. Amts-Funktionen.	
αα. Verfahren der Bau-Beamten bei Abgabe von Gutachten über den Ankauf von Privat-Gebäuden zu öffentlichen Zwecken	143
ββ. Verpflichtung der Bau-Beamten zur Beobachtung der höchsten Wasserstände und zur Sammlung der Notizen darüber	144
γγ. Verpflichtung der Regierungs-Bau-Räthe und Distrikts-Bau-Beamten zur alleinigen Erledigung der in ihrem Geschäftskreise vorkommenden Arbeiten und Bestimmungen über die ausnahmeweise Bewilligung von Hülfsarbeitern und deren Remuneration	
δδ. Amts-Funktionen der Bau-Beamten bei dem Wechsel der Dienstwohnung Königl. Beamten	151
εε. Nichtverpflichtung der Kreis-Beauführten zur Aufnahme von Situationsplänen für Metablissements-Projekte bei Feuerbrünsten auf dem Lande	
ζζ. Verpflichtung der Bau-Beamten zur Ertheilung der Atteste über Verabreichung und Verwendung von Bauholz aus Königl. Forsten	152
ηη. Obliegenheiten in Feuer-Societäts-Angelegenheiten	
θθ. Vorschriften in Betreff unentgeltlicher Besorgung amtlicher Funktionen Seitens der Bau-Beamten	153
β. Urlaub und Stellvertretung	
γ. Uebernahme von Nebenämtern und Nebengeschäften	
δ. Theilnahme der Baubeamten an der Ausführung konzeptionirter Eisenbahnen	158
b. Verpflichtung zur Haltung eigenen Fuhrwerkes oder eines Reitpferdes	159
c. Disciplinar-Verhältnisse	
II. Rechtsverhältnisse der Bau- und Wegebeamten in Bezug auf ihre Privat-Angelegenheiten	160

Dritte Unterabtheilung. Ende des Staatsdienste.	
A. Durch den Tod des Beamten	161—162
B. Freiwilliger Austritt aus dem Amte	162
C. Unfreiwillige Amtsentlassung	162
Zweiter Titel. Besondere Vorschriften bezüglich der einzelnen Gattungen der Bau- und Wege-Beamten.	
Erste Unterabtheilung. Die Feldmesser. (Condukteure.)	
I. Eintritt in den Staatsdienst.	
A. Allgemeine Erfordernisse zur Befähigung	163—164
B. Nachweis der besonderen Befähigung durch wissenschaftliche Prüfung	164—165
C. Verrückung	165—167
II. Rechtliche Verhältnisse des Feldmessers während des Staatsdienstes.	
A. Rechtsverhältnisse in Beziehung auf das Amt.	
AA. Rechte.	
a. Öffentlicher Glaube	167
b. Äußere Auszeichnung	167
c. Amteinkünfte	167—172
d. Anspruch auf Beförderung zu Vermessungs-Beamten und Qualifikation als solche	172—176
BB. Pflichten. (Feldmesser-Reglement)	176—194
B. Rechtsverhältnisse in Beziehung auf die Privatangelegenheiten	194—197
Zweite Unterabtheilung. Die Staats-, Bau- und Wege-Beamten.	
I. Allgemeine Vorschriften	197—198
II. Vorschriften in Betreff der bei den Kunststrassen angestellten Beamten.	
A. Die Chaussee-Aufsicher und Wegewärter.	
AA. Anstellung und Dienstverrichtungen	198—205
BB. Uniformirung	205—206
CC. Lohn und Emolumente	206—213
DD. Anschaffung und Unterhaltung der Wegewärter-Geräthschaften	213—214
EE. Armenpflege und Armenbeiträge, desgl. Armenabgaben	214—215
FF. Pensionirung	215—217
B. Die Wege-Baumeister	217—220
C. Die Wege- und Ober-Wege-Bau-Inspetoren	222—222
D. Die Chausseergeld-Empfänger (Einnahmer).	
AA. Anstellung und Regulirung des Dienstverhältnisses	220—224
BB. Rechtsverhältnisse in Bezug auf das Amt.	
a. Recht.	
α. Dienstwohnungen	224
β. Dienstsche Korrespondenz und deren Portofreiheit	224—225
b. Pflichten.	
α. Amt-Instruktionen	225—232
β. Dienstgehorsam	232—233
γ. Nichtverpflichtung zur Haltung des Amtsblattes	233
CC. Rechtsverhältnis der Chausseergeld-Erheber auf Aktien-Chausse	233
DD. Rechtsverhältnisse in Privat-Angelegenheiten	233—234
Vierte Abtheilung. Die Verwaltung des Staats- und öffentlichen Baues.	
Erster Abschnitt. Allgemeine Grundsätze, welche sich auf alle Gattungen der öffentlichen Bauten beziehen.	
Erstes Kapitel. Vorschriften über das Verfahren vor dem Beginn öffentlicher Bauten.	
Erster Titel. Von dem Erforderniß höherer Genehmigung auszuführender Bauten	
234—236	
Zweiter Titel. Von der Veranschlagung öffentlicher Bauten.	
Erste Unterabtheilung. Von der Nothwendigkeit der Veranschlagung	
236—239	
Zweite Unterabtheilung. Von dem Verfahren bei der Anfertigung und Prüfung der Bauanschläge.	
I. Vorschriften für die Techniker und Unterbehörden	239—255
II. Vorschriften für die oberen Baubehörden	255—256

Dritter Titel. Von der Feststellung der Verpflichtung des Fiskus zur Leistung von Beiträgen zu Bau- und Reparatur-Kosten in baarem Gelde oder an Holz und anderen Baumaterialien vor dem Beginne des Baues	257—
Vierter Titel. Von den Vorschriften, welche vor Beginn der Bauten und Reparaturen in Betreff der Verbindung derselben, oder der Verbindung der Materialien-Lieferungen, oder der Ausführung und Anschaffung für eigene Rechnung zu beobachten	267—
Zweites Kapitel. Vorschriften über das Verfahren bei der Ausführung öffentlicher Bauten.	
I. Vorschriften über die Form und das Maß der Mauersteine und Dachziegel	283—
II. Vorschriften über die Zeitfolge für bauliche Konstruktionen und die passende Jahreszeit zur Ausführung von Bauten	285—
III. Vorschriften über die Farbe des Anstrichs der öffentlichen Bau-Gegenstände	
IV. Vorschriften über den Nichtgebrauch erhaltener eiserner Bolzen bei Bauten auf Staatskosten	287—
V. Vorschriften, betr. das Verbot der Ueberschreitung der Aufschläge	
VI. Berücksichtigung der Beschäftigung der arbeitenden Klassen durch Verwendung derselben bei öffentlichen Bauten	288—
VII. Berücksichtigung der Erwerbsverhältnisse der Handwerker bei Ausführung öffentl. Bauten	
Drittes Kapitel. Vorschriften über das nach beendigter Ausführung öffentlicher Bauten zu beobachtende Verfahren.	
Erster Titel. Von der Revision und Abnahme öffentlicher Bauten, sowie von der Justifikation der Kosten derselben	289—
Zweiter Titel. Vorschriften über das Verfahren bei Auszahlung der Bau-Gelder	297—
Dritter Titel. Von der Vorladung unbekannter Bau-Gläubiger bei öffentlichen Bauten	303—
Zweiter Abschnitt. Besondere Vorschriften in Betreff einzelner Gattungen öffentlicher Bauten.	
Erstes Kapitel. Vorschriften über Domainen- und Forst-Bauten.	
Erster Titel. Vorschriften über das Verfahren vor dem Beginne von Domainen- und Forst-Bauten.	
Erste Unterabtheilung. Vorschriften, betr. die Genehmigung von Domainen- und Forst-Bauten	305—
Zweite Unterabtheilung. Vorschriften, betr. die Veranschlagung der Domainen- und Forst-Bauten	306—
Dritte Unterabtheilung. Vorschriften, betr. die Feststellung der Verpflichtung zu Domainen- und Forst-Bauten	317—
Vierte Unterabtheilung. Vorschriften, betr. die Verbindung von Domainen- und Forst-Bauten	324—
Zweiter Titel. Vorschriften, betr. die Ausführung der Domainen-Bauten	336—
Zweites Kapitel. Vorschriften über Justiz-Bauten	328—
Drittes Kapitel. Vorschriften über Post-Bauten	338—
Viertes Kapitel. Vorschriften über Militär- und Garnison-Bauten	339—
Fünftes Kapitel. Vorschriften über Kirchen-, Pfarr- und Schul-Bauten	388—
Dritter Abschnitt. Vorschriften über die Erhaltung der zum Verschlusse oder zur Vertheidigung der Städte dienenden Anlagen und über die Veränderungen an öffentlichen Gebäuden und Denkmälern.	
Erstes Kapitel. Von der Erhaltung der zum Verschlusse oder zur Vertheidigung der Städte dienenden Anlagen	412—
Zweites Kapitel. Von den an öffentlichen Gebäuden und Denkmälern vorzunehmenden Veränderungen und der Erhaltung historischer Denkmäler	418—

Zweiter Theil.

Das Bau-Recht und die Bau-Polizei.

Erste Abtheilung. Materielles Recht.

Erster Abschnitt. Von der Einschränkung der Baufreiheit und der Befugnis der Bauten.

Vorbemerkung 420—422

Erstes Kapitel. Allgemeine Bestimmungen.

Erster Titel. Von den Einschränkungen der Baufreiheit und der Befugnis der Bauten zum Besten des Gemeinwels des Staates.

Erste Unterabtheilung. Von der Sorge für Ausführung der Bauten durch ein qualifizirtes Personal 422—433

Zweite Unterabtheilung. Von der Prüfung der Zukünftigkeit der Bauten und von der Ertheilung der Bau-Konsens.

I. Allgemeine Nothwendigkeit der Bau-Erlaubnis 433—439

II. Behörden, welche zur Ertheilung der Bau-Erlaubnis befugt sind 439—442

III. Erforderniß der Eintragung der Bau-Erlaubnis 442—443

IV. Gründe der Verweigerung der Bau-Erlaubnis durch die Polizei-Behörden 443—445

V. Bestrafung der Kontravenzen gegen die Bau-Erlaubnis über Einholung der Bau-Konsens und der Befugnis von solchen 445—446

VI. Nichtvorsicht des Staates zum Schaden des Bau-Erlaubnis 446

VII. Verpflichtung der Gerichtsbehörden zur hypothekarischen Eintragung der übernommenen Einschränkungen der baulichen Dispositionsbefugnis 447

VIII. Stempelfreiheit der polizeilichen Verhandlungen und Gesuche in Bauangelegenheiten und der Bau-Konsens 447—448

Dritte Unterabtheilung. Von den Beschränkungen der Baufreiheit und der Befugnis der Bauten aus Sicherheitspolizeilichen und ordnungspolizeilichen Rücksichten.

I. Von den baupolizeilichen Vorschriften zur Verhütung der Feuersgefahr.

A. Von dem Ausbausebau und der Entfernung der Gebäude auf dem platten Lande 448—449

B. Feuerpolizeiliche Baubeschränkungen beim Neubau und bei Reparaturen, insbesondere feuergefährlicher Werksanlagen.

AA. Im Allgemeinen 449—450

BB. In Bezug auf feuergefährliche Werksanlagen, insbesondere 450—451

CC. Vorschriften über die Abschaffung feuergefährlicher Bedachungen 451—454

DD. Vorschriften über die Abschaffung hölzerner Dachrinnen 454—456

EE. Vorschriften über den Bau der Schornsteine 457—458

FF. Vorschriften in Betreff der Oefen 458—459

GG. Vorschriften über die Anlegung von Kaminleitern 459

II. Von den baupolizeilichen Vorschriften zur Verhütung anderer Unglücksfälle.

A. Vorschriften wegen Befriedigung der Boden-Öffnungen 459—460

B. Vorschriften wegen Befriedigung der Brunnen, Teiche und anderer Wasser-Behälter 460—461

C. Vorschriften zur Verhütung von Unglücksfällen bei Anlegung von Senkbrunnen 461

D. Vorschriften wegen Abschaffung der an den Stadt-Thorflügeln befestigten Schwengeirn oder Leisten 461—462

E. Vorschriften zur Verhütung von Unglücksfällen durch Einstürzen der Sandberge und Sand-, Thon-, Lehm- und Rieß-Gruben, wie auch der Kalk- und Steinbrüche	558-
F. Vorschriften zur Verhütung von Unglücksfällen, welche durch fehlerhafte Ausführung von Bauten oder Reparaturen entstehen	560-
III. Baupolizeiliche Vorschriften in Betreff der Mühlenbauten insbesondere	562-
IV. Baupolizeiliche Vorschriften zur Verhütung der Verunstaltung und Verunglerung, sowie der Verengung der Straßen und öffentlichen Plätze.	
A. Verpflichtung der Besitzer leerer Hausstätten zu deren Bebauung	568-
B. Vorschriften, betreff. die Abtretung und den Erwerb des Terrainß und der Materialien Behufs baulicher Verbesserungen und Vergrößerungen von Städten	569-
C. Vorschriften, betreff. die Beschränkungen der Bauenden zur Verhütung der Verengung und Verunstaltung der Bürgersteige, Straßen und öffentlichen Plätze	572-
D. Vorschriften, betreff. die Ueberbrückung der Rinnsteine	574-
V. Baupolizeiliche Vorschriften in sanitätpolizeilicher Beziehung	
Vierte Unterabtheilung. Von den polizeilichen Einschränkungen der Baufreiheit und von der polizeilichen Beaufsichtigung bezüglich bereits vorhandener Bauten insbesondere	575-
Fünfte Unterabtheilung. Von den Einschränkungen der Baufreiheit in der Umgebung von Festungen und Pulvermagazinen.	
I. Die Rayon-Bestimmungen	583-
II. Bau-Anlagen in der Umgebung von Pulvermagazinen	591-
III. Bau neuer massiver Gebäude in den Festungen oder Vorstädten	
Sechste Unterabtheilung. Von den Einschränkungen der Baufreiheit zur Verhütung der Verletzung anderer öffentlicher oder gemeinschaftlicher Interessen.	
I. Einschränkungen in Betreff der Aufführung von Gebäuden an den Kunststraßen	592-
II. Einschränkungen in Betreff der Aufführung baulicher Anlagen in der Nähe von Eisenbahnen	
III. Einschränkungen in Betreff der Aufführung von Gebäuden in der Nähe von Waldungen	593-
IV. Einschränkungen in Betreff der Anlage von Gebäuden in der Nähe eines Bergbaues	594-
V. Einschränkungen in Betreff der Anlage von Gebäuden auf den zur Gemeinhütung gehörigen Grundstücken	
Siebente Unterabtheilung. Von der polizeilichen Beaufsichtigung bei Ausführung von Bauten und Reparaturen	
Zweiter Titel. Von den Einschränkungen der Baufreiheit zum Besten der Nachbarn.	
Erste Unterabtheilung. Von den gesetzlichen Einschränkungen der Baufreiheit zum Besten der Nachbarn.	
I. Allgemeine Einschränkungen des Eigenthums beim Bauen	598-
II. Von Rainen und Pflugrechten	
III. Von Scheideräumen oder sogenannten Winkeln	602-
IV. Von Gränzscheidungen	603-
V. Von Pflanzungen an der nachbarlichen Gränze	
VI. Von der Erhöhung und Erniedrigung des Grund und Bodens	614-
VII. Vom Gebrauche einer gemeinschaftlichen Mauer	
VIII. Von Schweinställen, Kloaken, Dünger- und Lohgruben und anderen, den Gebäuden schädlichen Anlagen	615-
IX. Von Rinnen und Rändern	617-
X. Von Brunnen	
XI. Von Thüren	
XII. Vom Lichte und der Aussicht, oder von Fenstern und anderen Licht-Öeffnungen	618-

Zweite Unterabtheilung. Von den nachbaurlichen Einschränkungen des Eigenthums durch besondere Rechtstitel, in sofern aus die en Grundgerecht glitten bei Gebäuden hervorgegangen sind.	
I. Vom Rechte der freien Aussicht (servitus luminum und servitus prospectus)	
A. Vom Rechte der freien Aussicht im engeren Sinne (servitus luminum)	629—630
B. Vom Rechte der freien Aussicht im weiteren Sinne (servitus prospectus)	630
II. Von der Grundgerechtigkeit, dem Nachbar das Verbaun vorhandener Fenster zu untersagen (servitus ne luminibus obscuratur)	630—631
III. Vom Traufrechte	631
IV. Vom Rechte des Abgusses	631
V. Von dem Rechte der Benutzung einer nachbaurlichen Wand oder Mauer	632
Zweites Kapitel. Von Polizei Befehle und Bau-Ordnungen für eine gemeine Regierung, Bezirke und Städte.	
632—635	
Zweiter Abschnitt. Vom Bau auf fremdem Boden, oder mit fremden Materialien, oder auf fremdem Boden mit fremden Materialien zugleich.	
635—636	
Erstes Kapitel. Vom Bau auf fremdem Boden.	
636	
Zweites Kapitel. Vom Bau mit fremden Materialien.	
636—637	
Drittes Kapitel. Vom Bau auf fremdem Boden und mit fremden Materialien zugleich.	
637—643	
Dritter Abschnitt. Von dem Rechtsverhältnisse zwischen Bauherren und Bau-Gewerklern und Bau-Unternehmern.	
643—644	
Erste Abtheilung. Von dem Verfahren in Bau-Sachen.	
644—645	
Erster Abschnitt. Kognition und Untersuchungs-Verfahren in Bau-Polizei-Sachen.	
645—646	
Zweiter Abschnitt. Von dem gerichtlichen Verfahren bei Baustreitigkeiten.	
646—647	
Dritte Abtheilung. Von der volkwirtschaftlichen Einwirkung des Staates in Bau-Sachen.	
647—648	
Erster Abschnitt. Von der Fürsorge der Bau-Polizei für gefahrlose und zweckmäßige Ausführung der Bauten und Reparaturen durch Ertheilung von Belehrung darüber.	
648—655	
Erstes Kapitel. Vorschriften, welche die zweckmäßige Beobachtung betreffen.	
655	
Zweites Kapitel. Vorschriften, welche die zweckmäßige Zeitfolge für bauliche Konstruktionen betreffen.	
655—657	
Drittes Kapitel. Vorschriften, welche die Verhütung und Beseitigung des Handschwammes betreffen.	
657	
Viertes Kapitel. Vorschriften, betreffend die zweckmäßige Einrichtung der Oefen und Badöfen.	
657—658	
Fünftes Kapitel. Andere Anordnungen und Empfehlungen zweckmäßigen Verfahrens und zweckmäßiger Einrichtungen bei Bauten.	
658—660	
Zweiter Abschnitt. Von den Maßregeln des Staates zur Beförderung der Bauten.	
658—659	
Erstes Kapitel. Vorschriften, betreffend die Metastabissements-Unterstützungen für Abgebrannte.	
659—660	
Zweites Kapitel. Vorschriften, betreffend die Gewährung von Baubegnadigungs-Geldern.	

Erklärung der Abkürzungen.

R	bedeutet:	v. Rumpff Annalen für die innere Staatsverwaltung.
L. R.	—	Allgemeines Landrecht.
L. D.	—	Allgemeine Gerichtsordnung.
H.	—	Anhang zum (jur.)
—	—	Anlage.
h.	—	Abchnitt.
l.	—	Abtheilung.
kl.	—	Amtsblatt.

Aug.	—	August.
Bd.	—	Band.
Ber.	—	Bericht.
beirr.	—	betreffend.
C. R.	—	Circular-Rescript.
Centralbl.	—	Centralblatt für Preuß Juristen t
Centralbl. d. Fin. Min.	—	Centralblatt des Finanzministeriums
Dec.	—	December.
Depart.	—	Departement.
Ed.	—	Edict.
E. E.	—	Ex. Excellenz.
erg.	—	ergeben.
Ergänzungen	—	Ergänzungen der Preuß. Rechts- Gesetzgebung und Wissenschaft, von Gräff und von Mönnke.
Erz.	—	Erz. Wohlgeboren etc. etc.
Febr.	—	Februar.
Fin. Min.	—	Finanz-Ministerium.
G.	—	Gesetz.
G. S.	—	Gesetz-Sammlung für die Pr. S.
geh.	—	gehorsamt.
Gräff	—	Gräff's Sammlung der Ver- ordnungen welche in den v. Kamptz'schen J. für Preuß. Gesetzgebung enth.
Jahrb.	—	v. Kamptz Jahrbücher für die G. Gesetzgebung
Jur. W.	—	Juristische Wochenschrift, von demnachst Lemme, dann Arndt
Just. Min. Bl.	—	Justizministerialblatt.
K.	—	Königlich.
Kap.	—	Kapitel.
K. D.	—	Kabinetts-Ordre.
Min.	—	Ministerium.
Min. d. A. u. F.	—	Ministerium der auswärtigen Verhältnisse.
Min. d. F.	—	Ministerium der Finanzen.
Min. d. G., u. u. Med. Ang.	—	Ministerium der Gelehrten, u. und Medicinal-Angelegenheiten
Min. der J.	—	Ministerium der Justiz.
Min. des J.	—	Ministerium des Innern.
Min. f. H. u. G.	—	Ministerium für Handel und Gew.
Min. f. H., G. u. d. A.	—	Ministerium für Handel, Gew. öffentliche Arbeiten.
Min. d. Kr.	—	Ministerium des Krieges.
Min. d. P.	—	Ministerium der Polizei.
Min. Bl.	—	Ministerialblatt für die innere V.
Nov.	—	November.
Okt.	—	Oktober.
Ob. Präf.	—	Ober-Präsident. (Ober-Präsidium)
Pat.	—	Patent.
Pr.	—	Preussisch.
Publif.	—	Publikandum.
R.	—	Rescript.
Rebe	—	Rebe's Sammlung Preuß. Gesetze ordnungen etc.
Reg.	—	Regierung.
Regl.	—	Reglement.
S.	—	Seite.
Schr.	—	Schreiben.
Sept.	—	September.
Tb.	—	Thell.
Tit.	—	Titel.
unterg.	—	unterzeichnete (tes).
V.	—	Verordnung.
Versf.	—	Versammlung.

Einleitung.

Erste Abtheilung.

Begriff und Zweck der Bau- und Wege-Polizei.

Die Baukunst, oder die Wissenschaft, Gebäude und andere Bauten, zu Zwecken und Bedürfnissen gemäß, dauerhaft, bequem und geschmackvoll auszuführen¹⁾, steht, mit der Civilisation gleichmäßig fortschreitend, in naher Verbindung mit der Sitte und Kultur, dem National- und Privat- Wohlstande, den Bedürfnissen und der Staatsverfassung der Völker. Sie ist für alle Klassen der Staatsbürger von Wichtigkeit, und es giebt fast keinen Stand, dem nicht gewisse Kenntnisse aus diesem Fache mehr oder weniger nützlich oder nothwendig wären, der nicht die Macht ihres Einflusses, das Bedürfniß solcher Kenntnisse in dem Kreise seines Wirkens empfindet. So der Richter, wenn er in Streitigkeiten in Bau-Sachen, dem Gesetze entsprechend, entscheiden, wenn er wissen soll, wann und wozu er Sachkundige berufen, welche Fragen er ihnen vorlegen, wie er ihr Gutachten verstehen soll; der Sachwalter, wenn er im Gebiete dieses Faches mit Sachkenntniß auftreten, und die Rechte der ihn Beauftragenden in solchen Streitigkeiten vertheidigen soll; der Arzt, wenn er die Quellen des Ungesunden an Gebäuden erforschen und beseitigen, zweckmäßige Einrichtungen von Krankenhäusern erkennen, beurtheilen oder selbst leiten soll²⁾. Am nöthigsten aber ist das Stadium der Bau-Kunst für den Kameralisten und Staats-Ökonomen, den Gutbesitzer und den Landwirth³⁾, für welche sich eine besondere Abtheilung dieser Kunst in der sogenannten Landbaukunst oder ökonomischen Baukunst gebildet hat. Eben so sehr bedarf auch der Staat selbst der Hülfe dieser Kunst, indem er zur Erreichung seiner Zwecke öffentliche Gebäude aufführen läßt, für zweckmäßige und gesunde Einrich-

¹⁾ Bereits Vitruv de architectura, lib. 1. cap. 3. hebt diese Eigenschaften in den Worten heraus: „ut habeatur ratio firmitatis, utilitatis, venustatis.“

²⁾ Ueber die Momente des Einflusses der Baukunst und die Nothwendigkeit von Kenntnissen aus dem Baufache für alle Zweige der wissenschaftlichen Thätigkeit, vergl. Dr. Gundeshausen Einleitung und Encyclopädie des Bauwesens. 8. Bonn. 1820. (SS. 1—24.). Vergl. auch R. F. v. Wiebeking's vier Abhandlungen über den Einfluß der Bauwissenschaft auf das allgemeine Wohl und die Civilisation. 4. München. 1817. 1818. Mit Kupfern.

³⁾ Vergl. hierüber Meinert landwirthschaftliche Bauwissenschaft, Thl. I. Einleitung. S. 8.

tung der Städte sorgt, Wege, Straßen und Kanäle zur Förderung des Verkehrs anlegt, und durch angemessene Gesetze und Polizei-Verordnungen die Bau- der Privaten leitet und befördert. Es gehört daher zu den wichtigsten Gegenständen der Fürsorge des Staates und der Gesetzgebung desselben, der Bau durch Verbreitung richtiger Kenntnisse über dieselbe Eingang zu verschaffen, u ihre Ausübung mit Sorgfalt zu leiten und zu überwachen.

Wie der Begriff der Polizei überhaupt, so ist auch insbesondere der der Bau- und Wege-Polizei in weiterer oder engerer Bedeutung aufzufassen¹⁾. Während in letzterer Beziehung darunter nur die Ansicht des Staates zur Aufrechthaltung der Sicherheit und Ordnung in Bezug auf Bauten und Wege verstanden wird, umfaßt sie im weiteren Sinne gesammte Sorge und Thätigkeit des Staates in Bezug auf das Bau- u Wegewesen²⁾. Hierbei kommen nun hauptsächlich drei Standpunkte Betracht: der juristische, der polizeiliche und der staatswirthschaftliche, welche indeß nirgends getrennt dastehen, sondern überall in einander eingreifen und durch einander bedingt werden.

Zunächst den rechtlichen Standpunkt anlangend, so werden die Bau-Rechte durch die Civil-Gesetze bestimmt, deren Vorschriften jedoch stets polizeilichen und staatswirthschaftlichen Interessen berücksichtigen müssen, wogleich das Rechtsverhältniß ihr unmittelbarer Gegenstand ist. besteht ein solches zwischen dem Bauherrn und den Bau-Unternehmern u Bau-Handwerkern, sowie zwischen dem Bauherrn oder Baumeister und Dritten, welche bei dem Bau oder der Beschaffenheit der Gebäude theilhaftig sind: insbesondere aber zwischen dem Bauherrn oder Eigenthümer und dessen Nachbarn³⁾. Die wechselseitigen Privat-Rechte und Pflichten dieser Personen regeln die Gesetze unter steter Berücksichtigung der allgemeinen Interessen u derjenigen des Staates. Die Civil-Gesetze ordnen ferner für solche Bauwerke, deren Errichtung und Unterhaltung im öffentlichen Interesse liegt, an nicht ausschließlich oder überall vom Staate, sondern von anderen Theilnehmern oder aus besonderen Titeln Verpflichteten zu bestreiten ist, die Grundsätze über die Baupflicht an, oder setzen dafür eine bestimmte Konfiskation fest⁴⁾.

Zur Ergänzung und näheren Bestimmung der baurechtlichen Gesetze folgen hiernächst die Bau-Polizei-Verordnungen. Wenn gleich ebenfalls von allgemeinen Prinzipien ausgehend, so berücksichtigen dieselben danebenher die Verschiedenheit der lokalen Verhältnisse und Bedürfnisse. So die civilrechtlichen Grundsätze in Bau-Sachen größtentheils zugleich auf polizeilichen Interessen beruhen, so werden andererseits durch die polizeilichen Bau-Ordnungen gleichfalls Rechte begründet, und es zeigt sich auch überall ein gegenseitiges Ineinandergreifen. Das öffentliche Interesse bei Bau-Sachen ist zuvörderst dahin gerichtet, daß die zum öffentlichen Gebrauche bestimmten, oder dem Gesamt-Bedürfnisse gewidmeten Bauten

¹⁾ Vergl. hierüber von Rönne u. Simon Polizeiwesen, Bd. I. S. 1 ff.

²⁾ In diesem umfassenden Sinne beschäftigt sich die gegenwärtige Darstellung mit derselben.

³⁾ Hierher gehört die Lehre vom Bauen auf fremdem Grund und Boden, oder mit fremden Materialien; desgl. von der Gefahr und dem Schaden, die durch Unvorsichtigkeit oder Einsturz der Gebäude entstehen können.

⁴⁾ Dies Verhältniß betrifft die Einschränkung der Baufreiheit durch nachbarliche Rechte.

⁵⁾ Dies ist z. B. der Fall in Betreff der Kirchen-, Pfarr- und Schulbauten, Wege-, Damm-, Deich- und Uferbauten u. s. w.

möglichster Zweckmäßigkeit und mit möglichst geringen Kosten ausgeführt und unterhalten werden. Ein gleiches Interesse waltet indeß auch in Hinsicht der Privat-Bauten ob, in sofern nämlich durch den Wohlstand und Genuß der Einzelnen die allgemeine National-**Wohlfahrt** befördert wird. Erst sind die Zwecke der Bau-Ordnungen und die Fürsorge des Staates für das Bauwesen theils durch polizeiliche, theils durch staatswirthschaftliche Rücksichten bedingt, und es muß ihre Tendenz zwar vorzugsweise dahin gerichtet sein, daß allerseits ungefährlich¹⁾ und gesund, dann aber auch, daß zweckmäßig, bequem und dauerhaft, hiernächst daß möglichst wohlfeil, und endlich — in sofern dies mit den übrigen Zwecken und Verhältnissen vereinbar, — daß auch geschmackvoll gebaut werde.

Die allgemeinen Mittel zur Erreichung dieser Zwecke sind zu finden einmal in der Errichtung besonderer technischer Behörden für die Leitung und Beaufsichtigung des gesammten öffentlichen und Privat-Bauwesens, und in der Vertheilung ihrer kunstverständigen Mitglieder über die angemessenen hierfür zu bestimmenden Bezirke; sodann in der Fürsorge für ein gehörig ausgebildetes Personal durch Errichtung von Unterrichts-Anstalten für Baumeister und Baukünstler, und Anordnung zweckmäßiger Prüfungen; endlich in der sorgfältigen Beaufsichtigung der dem Bauwesen gethätigen Gewerke.

Innbesondere die Erreichung der polizeilichen Zwecke anlangend, so können dazu in Betreff noch auszuführender Bauten alle diejenigen Maßnahmen, welche die Baufreiheit der Eigenthümer zum Besten des Gemeinwesens einschränken, namentlich also die sorgfältige Prüfung beabsichtigter Neubauten und Haupt-Reparaturen vor Ertheilung der Bauerlaubnis und die Verweigerung des Bau-Konsenses in sofern durch den Bau die Rücksichten der Sicherheit- und Ordnungs-Polizei gefährdet werden dürften; sodann in Betreff bereits vorhandener Bauten, deren Beaufsichtigung und die Ergreifung solcher Maßregeln, welche den Gefahren vorbeugen oder solche beseitigen, die dem Gemeinwohle etwa daraus erwachsen.

Zum Behufe der Darstellung des gesammten Bau- und Wegewesens ist es am zweckmäßigsten, die Gesetzgebung über das Staats- und öffentliche Bauwesen von dem Bau-Rechte und der Bau-Polizei abgesondert zu behandeln.

Die erstere zerfällt in die Darstellung der Organisation der Behörden und der Verhältnisse der Beamten des Bau- und Wegewesens, und die der Verwaltung des Staats- und öffentlichen Bauwesens, bei welcher letzteren wiederum die allgemeinen Grundsätze, welche sich gleichmäßig auf alle Gattungen öffentlicher Bauten beziehen, von denjenigen gesondert werden müssen, welche speciell die einzelnen Arten²⁾ öffentlicher Bauten betreffen.

Eine der wichtigsten Abtheilungen der öffentlichen Bauten aber bilden die Begebauten, welche, nach den Gattungen der Wege, nämlich der Eisenbahnen, der Kunststraßen und der gewöhnlichen Wege, in drei Abtheilungen zerfällt³⁾.

¹⁾ Innbesondere gegen Feuer- und Gefahr gesichert.

²⁾ Hierher gehören die speziellen Vorschriften für Domänen-, Justiz-, Post-, Militär- und Garnison-, Kirchen-, Pfarr- und Schulbauten.

³⁾ In Betreff der Wege-Polizei wird hier auf die der Wege-Polizei und dem Wege-Recht (Abth. II. dieses Bandes, Breslau, bei G. Ph. Adersholz. 1852.) vorangestellte Einleitung hingewiesen.

Für die Darstellung des Bau-Rechtes und der Bau-Polizei Vorschriften des materiellen Rechtes von denjenigen, welche le das Verfahren in Bau-Sachen betreffen, zu trennen. Diesen Abtheilungen aber schließt sich als dritte diejenige an, welche von der wirthschaftlichen Einwirkung des Staates in Bau-Sachen handelt.

Zweite Abtheilung.

Geschichtliche Darstellung der Entstehung Ausbildung der Bau-Polizei.

Erster Abschnitt.

Im Allgemeinen.

Bei dem großen und wichtigen Interesse, welches, wie bereits erst die Baukunst für den Staat hat, da sie, neben ihrer engen Verbindung mit Sitte und der Kultur der Völker¹⁾, den wesentlichsten Einfluß auf Gesundheit, Gesundheit und Wohlstand der Staatsbürger äußert, stände zu erwarten, daß sich die Gesetzgebung über das Bauwesen schon frühzeitig und mit derer Vollständigkeit und Genauigkeit entwickelt haben müßte. Dies ist keineswegs der Fall gewesen. Das Baurecht bildet kein eigenthümlich einem einzelnen Volke ausschließlich angehöriges Institut, welches geeignet ist, daß dafür einem Volke eigenthümliche Gesetze gegeben werden können. Man beschränkte sich dabei meist auf einige polizeiliche Vorschriften und allgemeines Recht, Gebrauch und Sitte dienten zur Ausbülfe. war es bei den Völkern des Alterthums und ebenso auf Deutschem Lande. Die Rechtsquellen sind daher auch hier in den verschiedenen, lokalen Gewohnheiten, Statuten, Bau- und Polizei-Ordnungen, und, wo nicht ausreichen, in den Vorschriften eigener Gesetzbücher, oder im gemeinen Römischen Rechte zu suchen, woraus besonders die Lehren vom Eigenthum, von den Servituten und von Verträgen für das Bau-Recht Anwendung finden²⁾.

Ebenso dürftig, wie das Römische Recht, sind auch die älteren Deutschen Rechtsbücher, insbesondere der Gothen, Ripuarier, Alemannen, Salfränkischer; desgleichen die Kapitularien, und die verschiedenen Sammlungen Landrechte, namentlich der Sachsen- und Schwaben-Spiegel, für das Bau-Recht und auch die spätere Reichs-Gesetzgebung ließ dasselbe fast ganz unbeachtet.

¹⁾ Als Cassiodorus den Patrier Symmachus wegen der vielfältigen, freigelegten Gebäude, durch welche er den gesunkenen Glanz des alten Roms wieder stellen strebte, mit königlichem Beifalle begrüßte, schließt er: „Deine Worte sprechen Deine Sitten aus; denn nie wird einer hierin Ordnung, Zweckmäßigkeit und Schicklichkeit bilden lassen, der nicht selbst zu einem hohen Grade stiller Tugend gelangt ist.“ (Cassiodor. in Variar. lib. IV. epist. 51.)

²⁾ Das Römische Recht handelt insbesondere in dem Titel der Dig. de actionibus praediorum urbanorum (8. 2.) die Real-Dienstbarkeiten der Gebäude, dann die Lehre vom Bauen auf fremdem Boden oder mit fremden Mitteln (L. 7. §§. 10—12., L. 60. D. de acq. rer. d., §. 29. I. de rer. div., L. 29. I. 43. de R. V., L. 23. §. 2. de usurpat.) ausführlicher ab.

³⁾ Ueber die Nähe von Kloaken und Viehställen findet sich Einiges in dem Schwabenspiegel Bd. 5. Art. 57., und im Reichsbild, Art. 123 und 124; über die

in blieb das Institut des Deutschen Nachbar-Rechts (jus vicini-
offen-Recht), dessen Wirkungen sich besonders bei aneinander gren-
zählenden äußern¹⁾, nicht ohne wesentlichen Einfluß auf einzelne
an-Rechts, und mehrere Theile des letzteren finden nur darin ihre

Zweiter Abschnitt.

rische Entwicklung der Bau-Polizei in Preußen.

ereis in der allgemeinen Einleitung zum Polizeiwesen²⁾ bemerkt
sich die Verwaltung der Polizei im Preuß. Staate bis zur Zeit
tion fast ausschließlich in den Händen der Gemeinden, der Guts-
und der Genossenschaften befand, und durch autonomisch errichtete,
aber vom Landesherrn bestätigte Herkommen und Ordnungen nor-
Dagegen wurden landesherrliche Polizei-Gesetze nur nach und
tund gelegentlich in anderen Verordnungen erlassen. Später ertheilte,
die Brandenburgischen Marken, der Landesherr Land-Poli-
a, Städte-Polizei-Ordnungen und General-Privilegien für die
) verschiedener Art, welche größtentheils als Muster zur späteren
fortbildung dieses Zweiges der Gesetzgebung gedient haben. Sie
n die Bau-Polizei zunächst insofern, als sie verschiedene Vor-
betreff der Feuer-Bau-Polizei enthielten. So verordnete z. B.
rdnung Markgraf Johann's für Küstrin vom Montage nach
unter Nr. 6 von Bewahrung der Feuersteden, auch Zu-
erwerbs-Rettung und Behre, in welcher Beziehung es darin
ordnen — daß die Bürgermeister und Rathmannen alle unserer
jedem ihren Einwohnern, mit Bürgern und Verwandten ernstlich
ein jeder seine Feuerstede — — soll bewahren, sein
Feuer-Ofen also zurichten, und in wesentlichem Wato erhal-
) Feuer-Gefahr — — mögen verhütet werden. Und
— — alle Viertel Jahr mit sambt den Eltesten derer Gewerke
und alle Feuersteden — besichtigen x. x.; — So wollen
hinsfürder alle Scheunen in den Städten zwischen dato
sollen abgethan werden; — Ferner ordnen Wir, daß die
Städte hinsfürder niemandß gestatten, einig Haus anders
mit Dachstein zu decken, und daß E. Raht jeder Stadt sich
t der Dachsteine geschicktmache. Später wurden über die
Gegenstände, welche früher nur besondere Artikel der Städte- und
Ordnungen gebildet hatten, besondere Ordnungen aufgestellt, wobei
u-Polizei meistentheils auch nur in ihrer Beziehung zur Feuer-
Betracht kam. So erhielt Berlin und Cölln an der Spree
August 1660 eine besondere »Brunnen- und Gassen-Ord-

zung vergl. das Capitulare Carl Ludwigs, B. 7, Art. 343 und 345.

daß Gebäude dem Lehn- und Zinsgute folgen, vergl. Sächsisches Land-
2. Art. 21 und Schwäbisches Landrecht, Kap. 183.

erüber Eichhorn's Deutsch. Priv. Recht. S. 103, Walch, vom Näher-
. 470, Kind, quaest. forens. Tom. IV. cap. 47. — Vergl. auch A. L. R.
t. 20. §§. 650 ff.

Rö n n e und Simon Polizeiwesen des Preuß. Staates, Bd. I. S. 5 ff.
ie Angabe der wichtigeren Verordnungen dieser Art Th. VI. Bd. I. des
sens S. 5 Note 2.

nung,• unterm 15. Juli 1672 eine besondere »Feuer-Ordnung,• unterm 3. Mai 1707 eine »verbesserte Feuer-Ordnung,• unterm 31. M. 1727 eine »neue vollständige Feuer-Ordnung.• So erschien für Städte der Kurmark Brandenburg überhaupt: die allgemeine Feuer-Ordnung v. 1. Nov. 1718, und die nur wenig hiervon abweichende v. 4. Mai 1719; desgl. für das flache Land derselben: die allgemeine Feuer-Ordnung v. 26. Jan. 1701. Manche polizeilichen Verordnungen enthielten auch nur vereinzelte Bestimmungen. So in Bau-Polizei-Sachen: das Edikt v. 10. Dec. 1661, »daß die Rohr- und Strohdächer abgethan, und dagegen die Zimmer unter Ziegel gebracht,• ingleichen nicht die »Giebel in den Häusern mit Büschen ausgefüllt, und anstatt der Wellenwände und Scheidungsbäume gezogen werden;• das Edikt v. 3. Sept. 1708 (welches unterm 18. J. 1710 wieder aufgehoben wurde), »daß — sowohl in denen neu anzubauenden als denen schon angelegten Städten und Flecken Unseres Königreiches und andrer Provinzen, allemahl zwischen vier, fünff oder auch sechs Häusern, von einer Straße bis zur andern, eine Brandfreie Mauer, die einen bis zwei Fuß über die Dächer der beyden daran stoßenden Häuser — hervorgehen mußte, aufzuführen zu lassen;• das Edikt v. 1. Okt. 1708, wie in den Städten also auf dem Lande — — aller Einwohner Schornsteine, Feuermauern und Rauchfänge etc. besichtigen und examiniren zu lassen, und es dahin zu veranstellen, daß die steinernen, enge, schadhafte und wandelbare, ohne Zeitverlust erweitert und gebessert oder da es nöthig, gar abgenommen und an deren Statt ganz neue aufgeführt, hölzernen aber in Zeit von einem Jahre abgeschafft, und davor neue steinerne in rechter Weite, ohne Einschleib- und Verklebung einiger Tragbalken gebaut auch — — alle vier Wochen gereinigt, zu dem Ende dann in jeder Stadt, Flecken und Amt, ein oder mehr Schornsteinfeger — — gesetzt, — ferne genügsame Geräthschaften — angeschafft, — auch — genügsame Brunnen gemacht etc. werden mögen;• das Patent v. 12. August 1720, »daß vor dem 1. Sept. 1721 alle Stroh-, Rohr- und Schindel-Dächer aus den Städten hinweggeschafft werden, und daß diejenigen, die ihre Stroh-, Rohr- und Schindel-Dächer in Ziegel-Dächer verwandeln, — acht pro Cent baar aus der Accise-Kasse vergütet, hingegen aber durchaus nicht zugegeben werden soll, daß dergleichen neue Stroh-, Rohr- und Schindel-Dächer in Städten angelegt werden;• das Edikt v. 8. Jan. 1724, »daß — alle Back-Ofen auf dem platten Lande aus denen Häusern sollen hinweggeschafft und auf die offene Straße des Dorfes oder wenn auch hier noch einige Gefahr zu besorgen sein möchte, außerhalb des Dorfes gesetzt werden.• Ebenso blieb es unter der Regierung Friedrichs d. V. und seines Nachfolgers zunächst dabei, daß theils selbstständige Ordnungen für einzelne Zweige der ältern Stadt- und Dorf-Gesamt-Polizei-Ordnung sowohl für einzelne Städte oder das flache Land des einen oder andern Landtheils, als für einzelne Landestheile oder das ganze Land, theils vereinzelte Bestimmungen über verschiedene Gegenstände der Polizei ergingen. So erging in Bau-Polizei-Sachen: die Verordnung für Berlin v. 26. April 1741 »welchergestalt alles hinführo gehalten werden soll, wenn Einwohner daselbst bauen;• das Edikt v. 21. Okt. 1777, »daß künftig auf dem platten Lande der Kur- und der Neumark und in dem Herzogthum Pommern alle Schornsteine massiv erbaut werden sollen;• die Verordnung v. 16. April 1794 wegen besserer Einrichtung der Back-Ofen in den Dörfern, nach welcher die Back-Ofen mindestens 50 Schritte von den Häusern entfernt zu halten; das Edikt v. 15. J. 1795, »wegen des Auseinanderbauens der Unterthanen-Gehöfte und Gebäuden;• die Verordnung v. 28. August 1796, »wider die Verbindung der Wohn- und Wirtschaft-Gebäude auf dem flachen Lande in der Kurmark.•

Dies Verhältniß änderte sich indeß zu Gunsten einer allgemeinen Gleichheit der Regierung Friedrich Wilhelm II. durch das Allgemeine Landrecht, in soweit sich dasselbe auf die Polizei erstreckt. Dies ist in Betreff der Bau-Polizei der Fall in denjenigen Vorschriften, welche nebst den betreffenden neueren noch in Gültigkeit stehenden Verordnungen bei den einzelnen Theilungen gegeben werden.

Seinem äußerlichen Umfange nach erstreckt sich das Allgemeine Landrecht obzweck auf die gesammte Bau-Polizei; dasselbe läßt vielmehr, in sofern darüber der Bestimmungen ermangelt, die früher publicirten landespolizeiliche Gesetze neben sich in Kraft bestehen. In so weit es bezüglich der Kreis- und Gemeinde-Polizei entweder gar keine, oder doch nur allgemeine leitende Grundgesetze enthält, welche bloß aushülfswelse zur Anwendung gelangen sollen, läßt es besondern Kreis- und Gemeinde-Polizei-Verordnungen nicht nur neben sich stehen, sondern verweist zum Theil sogar selbst ausdrücklich auf dieselben.

Dritte Abtheilung.

von den Quellen und der Literatur der Bau- und Wege-Polizei.

Erster Abschnitt.

Quellen.

Erstes Kapitel.

Allgemeine Quellen.

Als Quellen der Bau- und Wege-Polizei im Allgemeinen sind die positiven Gesetze und Einrichtungen der einzelnen Staaten, in sofern sie mit den Prinzipien der Wissenschaft übereinstimmen, zu benutzen.

Folgenden Sammlungen positiver Bau- und Wege-Polizei-Gesetze verschiedener Staaten finden sich in folgenden Werken:

H. v. Berg, Sammlung Deutscher Polizei-Gesetze und Verordnungen. Hannover 1806.

J. H. L. Bergius, Polizei- und Kameral-Magazin. 9 Thle. gr. 4. Frankfurt. 1773–1774.

Derselben, Neues Polizei- und Kameral-Magazin. 6 Thle. gr. 4. Leipzig. 1775–1780.

Derselben, Sammlung außerleiner Deutscher Landesgesetze, welche das Polizei- und Kameral-Wesen zum Gegenstande haben. Fortgesetzt von J. W e d m a n n. Frankfurt. 1780–1793.

R. J. M ü h l b ö t, Baugesetz-Sammlung aller in den Oesterreichischen Staaten, namentlich der Provinz Nieder-Oesterreich ergangenen Bau-Verordnungen. 3 Bde. gr. 8. Wien. 1848.

M. v. Schmädell, Handbuch der im Gebiete der Bau-Polizei-Verwaltung und im Bau-, resp. Nachbar-Rechte bestehenden Gesetze Bayerns. 2 Bde. gr. 8. Augsburg. 1848.

Döllinger, Sammlung der im Gebiete der innern Staats-Verwaltung des Königreichs Bayern bestehenden Verordnungen aus amtlichen Quellen geschöpft und systematisch geordnet. 16. Band, 1. Theil, die Abtheilung XVII. Baugesetz enthaltend. P. 4. München 1838.

Zweites Kapitel.

Für Preußen insbesondere.

Daß insbesondere die Quellen der Preussischen Bau- und Wege-Polizei betrifft, so sind dies, da ein eigenes Gesetzbuch über diesen Zweig der Polizei, so

wenig, wie über letztere im Allgemeinen, vorhanden ist, theils die früheren Landesgesetze, Königl. Kabinetts-Ordres und Verordnungen der Staatsbehörden, Provinzial- und Statutar-Rechte, auch Kreis- und Lokalsatz-Vorschriften, theils die betreffenden Bestimmungen der allgemeinen Gesetzbücher, theils endlich die späteren, das Bau- und Bergwesen betreffenden Gesetze und Verordnungen der Central- und Provinzial-Behörden.

Diese geschlichen Bestimmungen befinden sich in folgenden Werksammlungen:

I. Die früheren Gesetze und Reskripte — von 1415 bis 1806 enthalten in den Wihlisch'schen Sammlungen¹⁾, nämlich:

1) Chr. Otto Mylin *Corpus Constitutionum Marchicarum*, oder Königl. in der Kur- und Mark-Brandenburg, auch in incorporirten Landen publicirte und genehmigte Edikte, Mandate, Reskripte, von Zeiten Friedrichs, Kurfürsten Brandenburg, ad annum 1736 VI Theile Berlin und Halle.

2) IV. *Continuationes* und I. *Supplementar-Band* zur I, II und III. Edition, enthaltend die Verordnungen von 1737—1747.

3) *Novum Corpus Constitutionum Borussiae-Brandenburgensium praeceptum Marchicarum*, oder: Neue Sammlung Königl. Preuß. und Kurfürstlich Brandenburgischer, besonders in der Kur- und Mark-Brandenburg, wie auch andern Provinzen erlassenen Verordnungen, Edikte, Mandate, Reskripte etc., vom Anfang des Jahres 1751 folgende Zeiten. Mit R. Allergn. Bewilligung und Dero Akademie der Wissenschaften ertheiltem Privilegio, nebst einer Einleitung in die mannigfaltigen Gesetze des Staats und besonders in den Königl. Preuß. und Kur-Brandenburgischen, geistlichen weltlichen Justiz-, Militär-, Kameral-, Polizei- und übrigen Landes-Gesetzen. bis XIII. v. Jahre 1751—1806.

Zu dieser Sammlung gehören zwei besonders erschienene Register:

a) der erste hat den Titel: *Repertorium novi Corporis Constitutionum Borussiae-Brandenburgensium praeceptum Marchicarum I., chronologicum*, II. reale, oder: Register über die neue Sammlung der Königl. Preuß. und Kurfürstlich Brandenburgischen, besonders in der Kur- und Mark-Brandenburg ergangenen und publicirten Verordnungen, Edikte, Mandate, Reskripte u. s. w., welche in 25 Jahrgängen v. 1751 mit Allergn. Königl. Bewilligung durch Höchst Dero Akademie der Wissenschaften zum Druck befördert worden. Berlin bei Kunst ohne Jahreszahl in fol.

b) Das Andere hat diesen Titel: *Repertorium novi Corporis Constitutionum Borussiae-Brandenburgensium praeceptum Marchicarum I., chronologicum* II. oder doppeltes Register über die neue Sammlung der Königl. Preuß. und Kur-Brandenburgischen, besonders in der Kur- und Mark-Brandenburg ergangenen und erlassenen Ordnungen, Edikte, Mandate und Reskripte, welche in 50 Jahrgängen v. 1751 bis 1806, mit Allergn. Königl. Bewilligung durch Höchst Dero Akademie der Wissenschaften zum Druck befördert worden. Berlin bei Bohnke 1803. Durch dieses wird entbehrlich. Die Vorrede giebt Nachrichten über die Veranlassung und Entstehung der Wihlisch'schen Sammlung nebst deren Continuationen und der neuen Collegen-Sammlung.

Man citirt die Wihlisch'sche Sammlung gewöhnlich durch C. C. M. (*Corpus Constitutionum Marchicarum*) und die neue Edikten-Sammlung N. C. C. (*Novum Corpus Constitutionum*).

II. In den allgemeinen Gesetzbüchern für den ganzen Staat. Diese beschränken sich nicht auf das Privatrecht, sondern umfassen gleich den größeren Theil des inneren Staatsrechts. Sie traten an die Stelle der früheren allgemeinen Rechtsquellen, sofern sie nicht ausdrücklich auf ältere Verordnungen verweisen. Diese allgemeinen Gesetzbücher sind:

1) Das Allgemeine Landrecht für die Preussischen Staaten, mit Register in 1 Bd. 8. Berlin, nach den verschiedenen Ausgaben. 1794, 1800, 1821, 1829, 1832, nebst: Erster Anhang, worin die bisher ergangenen Abänderungen und Ergänzungen des A. L. R. verknüpft gesammelt sind. Berlin, 1803, 8., welche Ausgaben des A. L. R. seit 1806 stückweise an den gehörigen Worten eingehalten ist.

¹⁾ Diese waren ursprünglich nicht amtlich, erhielten jedoch durch das Replique der neuen Auflage des A. L. R., v. 1. April 1803, in demselben, den Charakter einer offiziellen Gesetz-Sammlung.

2) Die Allgemeine Gerichts-Ordnung für die Preussischen Staaten, mit Register. 8. Berlin, nach den verschiedenen Ausgaben 1783/4, 1815, 1823, 24, 1831, nebst Anhang zur A. O. für die Preuss. Staaten, Berlin, 1815. 8., welche Ausgaben seit 1815 stückweise an den gehörigen Orten eingeschaltet worden ist.

3) Das Allgemeine Criminalrecht für die Preuss. Staaten. Erster Theil. Criminal-Ordnung. Berlin, 8, nach den verschiedenen Ausgaben 1806, 16, 1820, 1822, 1828, mit Register von Paalzow, nebst einem Anhang. Berlin 1807. Unveränderter Abdruck. 1838—38.

4) Die Allgemeine Hypotheken-Ordnung für die gesammten Preuss. Staaten. Berlin. 8. 1784.

5) Die Allgemeine Depositat-Ordnung für die Ober- und Unter-richte sämmtlicher Königl. Preuss. Lande. Berlin. 8. 1783.

III. Die neueren einzelnen Gesetze und Verordnungen wurden t dem Jahre 1810 amtlich publicirt¹⁾:

1) durch die Gesetz-Sammlung für die Königl. Preuss. Staaten. Berlin. 1810—1854. 44 Bände.

Sie soll nach der sie begründenden Verordnung v. 27. Oct. 1810 (G. S. v. 1810 S. 1) alle Königl. Gesetze und Verordnungen enthalten, welche mehr als ein einziges Regierungs-Departement betreffen.

2) Durch die Amtsblätter der jetzt vorhandenen 25 Regierungen²⁾ 1. Jan. 1811 bis auf die gegenwärtige Zeit. Sie wurden begründet durch 2ter ad 1 gedachten B. v. 27. Oct. 1810, durch die B. v. 28. März 1811 über die Einrichtung der Amtsblätter in den Regierungs-Departements und über die Publikation der Gesetze und Verf. durch dieselben und durch die allgemeine Gesetz-Sammlung (G. S. pro 1811 S. 165), so wie durch die B. v. 8. Juni 1819 (G. S. pro 1819 S. 148) und R. D. v. 24. Juli 1826 (G. S. pro 1826 S. 73).

Hiernach enthalten die Amtsblätter Publikations-Anzeigen der in der Gesetz-Samml. erschienenen Stücke, Gesetze, die nur einzelne Regierungsbezirke betreffen, Verordnungen und Reskripte der Ministerien und Regierungen. Durch die Amtsblätter und die ad 1 gedachte Gesetz-Sammlung erfolgt die Publication Preussischer Gesetze.

IV. Außerdem erschienen folgende amtliche und halbamtliche Sammlungen der Ministerial-Verordnungen und — seit 1810 — solcher Königl. Bestimmungen, die nicht durch die Gesetz-Sammlung abgedruckt worden:

1) Melang, neues Archiv der Preuss. Gesetzgebung und Rechtslehrsamkeit. Berl. 1800—1846. 4 Bde. 8.

2) Mathis, allgem. jurist. Monatsschrift für die Preuss. Staaten. Berlin 1805 bis 1811. 11 Bde. mit Register.

3) v. R am p f, Jahrbücher für die Preuss. Gesetzgebung und Rechtsverwaltung. Berlin 1813—1844. Jeder Jahrgang in 4 Heften, die 2 Bände bilden³⁾.

¹⁾ Die Lücke zwischen dem Novum Corpus Constitutionum (1. sub I. 3.), welches nur bis 1806 reicht, und der Gesetz-Sammlung, welche mit dem Jahre 1810 anfängt, ist durch einen nachträglich erschienenen Band der Gesetz-Sammlung ausgefüllt, worin alle in dieser Zwischenzeit erschienenen Verordnungen zusammengetragen sind. Er ist in folio und in quarto herausgegeben, um sich als Fortsetzung des N. C. C. und als Anfang der Gesetz-Sammlung an beide Sammlungen anzuschließen; die Quartausgabe ist jedoch vergriffen. Ein amtliches Hauptregister über die G. S. von 1806 bis 1830 erschien im Jahre 1831.

²⁾ Für die Zeit ihres Bestehens sind auch die Amtsblätter der demnächst mit anderen Regierungen vereinigten Regierungen zu Mecklenburg und Olsch zu beachten.

³⁾ Mit amtlichem Ansehen durch die B. v. 9. Dec. 1815 (Bd. 1 S. 406) beauftragt. Die in dieß Werk aufgenommenen Verordnungen sind systematisch geordnet in Gräff, Sammlung sämmtl. Verordn., die in den v. R.-schen Jahrb. enthalten sind. Berlin und Breslau, 1830—1840. 13 Bde. und 1 Reg. B.

4) v. Kamph, Annalen der Preuß. Inneren Staatsverwaltung. Berlin 1817 bis 1839. In Heften, deren 4 einen Jahrgang in 2 Bänden bilden; mit 2 Register-Bänden.

Diesem letzteren Werke schließen sich die von den folgenden drei Ministerien amtlich herausgegebenen Sammlungen an:

5) Justiz-Ministerial-Blatt für die Preuß. Gesetzgebung und Rechtspflege. Herausgegeben im Bureau des Justiz-Ministeriums. Berlin. Heymann in 4. Begannt mit dem 1. Jan. 1839.

6) Centralblatt der Abgaben-, Gewerbe- und Handels-Gesetzgebung und Verwaltung in den Königl. Preuß. Staaten. Redigirt im Bureau des Finanz-Ministerii. Berlin in 4. Begannt mit dem Jahre 1839.

7) Ministerial-Blatt für die gesammte innere Verwaltung in den Königl. Preuß. Staaten. Herausgegeben im Bureau des Ministeriums des Innern. Im Verlage des Zeitungs-Komptoirs zu Berlin. 4. Begannt mit dem 1. Juli 1840, lieferte jedoch die betr. Heftreite v. 1. Jan. 1839 ab nachträglich.

V. Außeramtliche Sammlungen der Gesetze und sonstigen Verordnungen sind, abgesehen von den bereits angeführten, die ausdrücklich mit öffentlichem Ansehen bekleidet worden, folgende¹⁾:

1) Klein's Annalen der Gesetzgebung und Rechtsgelehrsamkeit in den Preuß. Staaten. 26 Bde. gr. 8. Berlin 1799—1807.

2) Vollständige Sammlung aller bisher ergangenen Entscheidungen der Gesetzkommision, 2 Sammlungen. 8. Berlin 1794. 1796.

3) Auszug der neueren Gemein-Preuß. Gesetze und Verordnungen zc. seit dem 1. Juni 1794 zc., in chronologischer Ordnung entworfen und herausgegeben bei der Pommerischen Regierung. I.—IV. Heft, v. 1. Juni 1794 bis letzten Dec. 1796. 2. Aufl. Stettin 1798.

4) Eisenberg und Stengel, Beiträge zur Kenntniß der Justiz-Verfassung und der jurist. Literatur in den Preuß. Staaten. 6 Bde. Berlin 1795—1799, u. Stengel neue Beiträge zc. 12 Bde. Berlin und Halle 1799—1804.

5) Amelang und Gröndler, Archiv des Preuß. Rechts. 3 Bde. Berlin 1799—1800.

6) Hoffmann's Repertorium der Preuß. Brandenburgischen Landesgesetze, welche in der älteren und neueren Edikten-Sammlung enthalten sind zc. Züllichau 1800, 1. Theil und drei Fortsetzungen. 1802—1814. 2.—4. Theil. 1810—1814.

7) Rabe, Sammlung Preuß. Gesetze und Verordnungen zc. nach der Zeitfolge geordnet. Theil. 1, bestehend aus 7 Bdn., und Theil. 2—13. Halle u. Berlin 1816—1822.

8) Mannkopff, Ergänzungen und Abänderungen der Preuß. Gesetzbücher, 1. Sammlung zc. nach den Materialien der Gesetzbücher geordnet. 6 Bde. und 3 Suppl. Berlin 1835 ff.

9) Mannkopff, N. L. R. für die Preuß. Staaten, in Verbindung mit den selbst ergänzenden, abändernden und erläuternden Gesetzen, Königl. Verordnungen und Justiz-Ministerial-Reskripten. Unter Penuhung der Akten und mit Genehmigung E. Justiz-Min. herausgegeben. 7 Bde. Berlin 1831 ff.²⁾

10) Gräff, Koch, v. Rönne, Simon und Wenzel, Ergänzungen und Erläuterungen der Preuß. Rechtsbücher durch Gesetzgebung und Wissenschaft. Unter Penuhung der Justizministerial-Akten und der Gesetzkommisions-Arbeiten herausgegeben. Dritte Aufl. 13 Bde. Breslau bei G. Ph. Aderholz. 1847—1853.

Zweiter Abschnitt.

Literatur der Bau-Polizei³⁾).

Erstes Kapitel.

Allgemeine.

I.

Ueber Bau-Recht.

Dr. F. F. Polak, Mathesis forensis, worinnen die Rechnenkunst, Geometrie, Baukunst, Mechanik und Hydrostatik, wie auch Chronologie, nach ihren Grundsätzen

¹⁾ Die außeramtlichen Sammlungen der Gesetze und Verordnungen, welche sich speziell auf die Bau-Polizei beziehen, s. bei der Literatur.

²⁾ Eben so ist von demselben die Gerichts-Ordnung herausgegeben. Berlin 1837.

³⁾ Die Literatur der Wege-Polizei veral. in der die Wege-Polizei besonders abgehandelten Abth. II. dieses Bandes. Alle Schriften, welche sich nur auf einzelne Unter-Abtheilungen beziehen, sind bei diesen aufgeführt.

nglich abgehandelt, zugleich die Anwendung derselben auf die in der Rechtsgelehrsamkeit, i allen oberen und niederen Gerichten vielfältig vorkommenden Fälle zc., deutlich gezeigt wird. 2 Kupfern zc. 4. Dritte Aufl. Leipzig 1756. (Neu aufgelegt 1770.) (Abth. III. von der Baukunst und deren Anwendung in der Rechtsgelehrsamkeit)

U. S. Reinhold, architectura forensis, oder die auf's Recht angewandte Baukunst 2 Thle. Mit 29 Kupf. 8. Münster 1784—1785. (2½ Thlr.)

J. G. Michaelis, zusammengelesene allgemeine Baurechte, nebst einem Anhange von Bauplanen, allgemeinen Bauregeln der bürgerlichen Gebäude und Bau-Polizeien. Braunschweig 1781. (18 Gr.)

J. A. Senzert, das Baurecht, die Realasten und das Näherrecht, nach der Bayerischen Beschreibung zum Behuf seiner Vorlesungen. gr. 8. Würzburg 1819.

M. Schuster, über das Baurecht, Verbleibungsrecht, den Gebrauch und Nichtgebrauch von Dienstbarkeiten, Erskung und Verjährung derselben, nach dem Römischen und Österreichischen Rechte. gr. 8. Prag 1819. (3 Thlr.)

Ch. A. Milson, Baurechts-Lehre, in vorzüglichem Bezug auf die als musterhaft anerkannte Bauordnung der ehemaligen Reichsstadt Augsburg, v. Jahre 1740, auch auf die Baukommissionen des Königreichs Bayern vorgeschriebenen Instruktionen und deren im Königreiche Bayern geltende Bau-Polizei-Gesetze. In latein. Form vorgelesen und mit 12 erläut. Kupf. begleitet. gr. 8. Augsburg 1828. (1 Thlr. 20 Gr.)

J. Scholz III., das Baurecht und die Rechte in Beziehung auf Gebäude in den verschiedenen Verhältnissen des bürgerlichen Lebens. gr. 12. Braunschweig 1839. 2½ Thlr.)

Reiterding, Nachforschungen über verschiedene Rechtsmaterien. Thl. 3. S. 391 u. 447.

Welfer, praktische Ausführungen aus allen Theilen der Rechtswissenschaft. Bd. 1. S. 3.

II.

Ueber Bau-Polizei¹⁾.

Thümingii, specimen architecturae civilis ad politiam applicatae sistens cum principis circa aedificia. Halae 1723.

L. Catel, über die zweckmäßige Organisation des öffentlichen Bauwesens in einem Orte, und über die wahren Verhältnisse der Baumeister, Handwerker und Handwerksleute zu demselben. 8. Berlin 1809. (14 Gr.)

I. A. Leger, de architectura reipublicae utilissima. Heidelberg 1822. (8 Gr.)

E. G. Richter, die Württembergische Bau-Polizei, verbunden mit dem Bau-Rechte. Nebst der Bau-Ordnung und den übrigen Gesetzen, Instruktionen und Erlassen. Für die Min. d. Justiz, Finanz- und Bau-Deputate, Stadt- und Gemeinde-Mäthe, so wie für die Bau-Verwalter. Mit 181 Beilagen u. 1 lith. Tafel. Zweite vermehrte und verbesserte Auflage. 8. Tübingen 1842.

Zweites Kapitel.

Literatur der Preussischen Bau-Polizei.

E. A. Meher (Referendar), Handbuch der Gesetze und Verordnungen über das Bauwesen in polizeilicher und rechtlicher Hinsicht. Für Baubeamte, Baumeister und Bau-Meister jeder Klasse, in Städten und auf dem Lande. 8. Berlin 1829²⁾.

E. L. G. Heinze, Sammlung der Preuss Bau-Polizei-Gesetze, Verordnungen und Instruktionen derselben. Ein Handbuch für Polizei-Behörden, Bau-Deputate, Bau-Handwerker und Haus-Eigenthümer. 8. Bunzlau 1830³⁾.

E. Sachs (Reg. Bau-Inspektor), über das Bau-Recht in seinem ganzen Umfange, die Grundlage einer vollständigen und zeitgemäß verbesserten Bau-Ordnung. Ein Handbuch für Baumeister, Juristen, Polizei-Beamte, Grundbesitzer, so wie für Jeden, der die Rechte bei Bau-Anlagen aller Art sich gründlich unterrichten will. 2 Thle. gr. 8. Berlin 1831. Nebst einem allgemeinen Bau-Tarif. 4. Berlin 1832⁴⁾.

¹⁾ Vergl. theilweise auch die unter I. aufgeführten Werke.

²⁾ Ein unvollständiger und planloser Auszug einiger baupolizeilichen und baurechtlichen Vorschriften, wobei in der Regel auch die Angabe der Quellen vermist wird.

³⁾ Die Sammlung ist weder vollständig, noch systematisch geordnet.

⁴⁾ Die Berl. enthält keine Sammlungen der betreffenden Verordnungen, sondern nur theilweise im Anschluß an die Bestimmungen des A. L. N.) eine Theorie des

Ph. Zeller, Handbuch der Preuß. Bau-Polizei, verbunden mit dem Baurecht nach den Königl. Preuß. Gesetzen, Verordnungen und Ministerial-Reskripten. Für Beamte, administrative, richterliche und geistliche Behörden. 8. Queblinburg Leipzig. 1831¹⁾.

O. W. L. Richter (Criminal-Rath), die Königl. Preuß. Gesetze und Verordnungen über das Bauwesen. Vollständig in alphabetischer Ordnung zusammengestellt. Hilfsbuch für Baumeister und Bauherren. 8. Leipzig. 1835²⁾.

J. Fr. Ruhn, das Preuß. Baurecht. Nach den besten Hilfsquellen für Bau- und Polizei-Behörden, Justizkommissarien, Baubeamte, Bauherren und Bau-Handwerker bearbeitet. 8. Queblinburg und Leipzig. 1841.

L. Jäschke (Polizei-Sekretär), die Preuß. Bau-Polizei-Gesetze und Verordnungen. Ein Handbuch für Polizei- und Kommunalbeamte, Baumeister, Bauhandwerker und Hauseigentümer. Mit besonderer Berücksichtigung der für die Residenz Berlin die Provinz Brandenburg bestehenden baupolizeilichen Verordnungen, nach den einzeln Materialien zusammengestellt. 8. Berlin 1841.

Weher, das Baurecht in den Rheinprovinzen. 8. Köln 1839.

(W. Emmich), über die Sicherstellung gegen Feuergefahr und Brandschaden, wie über die Ausübung der Feuer- und Bau-Polizei im Preuß. Staate, mit besonderer Anwendung auf die Provinz Brandenburg und namentlich auf die Stadt Berlin. Berlin 1848.

L. Jäschke und W. Emmich, die Preuß. Baupolizei-Gesetze und Verordnungen. Berlin 1850. 8.

M. F. Vogt, Repertorium der Preuß. Bau- und Feuer-Polizei-Gesetze. 1 alphabetischer Materialenfolge. 8. Breslau 1845.

G. Grapow, Zusammenstellung der Bestimmungen für das Bauwesen im Preuß. Staate aus den Jahren 1845—1852. Berlin 1852. 8.

Von dem Min. für Handel, Gewerbe u. öffentl. Arbeiten ist die Begründung eines bauwissenschaftlichen Journals unter dem Titel: »Zeitschrift für Bauwesen« veranlaßt, worüber sich das E. M. des K. Min. für H., Gew. u. öff. Arb. v. 11. April 1851 (Min. Bl. d. I. B. 1851. S. 96. Nr. 106.) ausdrückt.

Baurechts und im zweiten Theile einen Entwurf zu einem Bau-Rodex. Befolgung eines wissenschaftlich geordneten Systems werden (im ersten oder alphabetischen Theile) ausführliche Anleitungen zur Anwendung der bestehenden Gesetze insbesondere in technischer Beziehung gegeben.

1) Dies Werk bildet den 10ten Theil des größeren Werkes unter dem Titel: Systematisches Lehrbuch der Polizeiwissenschaft etc., über dessen Inhalt und Wert die Note 3 S. 10 Bd. I. des Polizeiwesens ausdrückt.

2) Dies Werk bildet den 6ten Band des größeren Werkes unter dem Titel: Repertorium der Königl. Preuß. Landesgesetze. Die Sammlung ist keineswegs als vollständige anzusehen.

Erster Theil.

Das Gesetzgebung über das Staats- und öffentliche Bauwesen.

Erste Abtheilung.

Die Behörden und Beamten des Bau- und Wegewesens.

Erster Abschnitt.

Wichtige Darstellung der Gesetzgebung über die Behörden des Bau- und Wegewesens.

I. Durch das Notifikations-Patent v. 24. Jan. 1723¹⁾ ordnete König Friedrich Wilhelm I. an die Stelle der beiden Kollegien des General-Kommissariats und des General-Finanz-Direktoriums das General-Ober-Finanz-Kriegs- und Domainen-Direktorium an, ~~das~~ unter des Königs eigenem Vorstehe²⁾, die höchste Landesbehörde für die ~~man~~ Angelegenheiten bilden sollte³⁾. Unter demselben standen die für jeden

¹⁾ Nylvi C. C. M. Tom. IV. Abth. II. pag 241. No. 153.

²⁾ Von den bei diesem Kollegium angestellten Staatsministern war jeder in seinem Departement Vice-Präsident desselben. Den Vortrag hatten die Geheimen Ober-Finanzräthe. Es waren diesem Kollegium besondere Instruktionen (die letzte v. 20. Mai 1748) ertheilt, deren in dem allegirten Patente v. 24. Jan. 1723 und in dem A. v. 2. Mai 1754 N. C. C. Tom. III. pag. 1211 Nr. 7 des Nachtrags v. 1765) erwähnt ist, welche sich indeß nicht abgedruckt finden.

³⁾ Die Finanz-, Domainen-, Forst-, Steuer-, Landespolizei-, Militär- und damit verknüpfte Kassen-Angelegenheiten in sämtlichen Königl. Staaten, mit Ausschluß von Schlessien, gehörten zu dessen Verwaltung und Geschäftskreise. Es versammelte sich wöchentlich einmal. In dieser Sitzung wurden alle Generalien- und Kassen-Sachen, und diejenigen Angelegenheiten, welche mehrere Spezial-Departements zugleich betrafen, vorgetragen. An den übrigen Tagen der Woche versammelten sich die Spezial-Departements jedes für sich, und bearbeiteten die Gegenstände ihres Departements abgesondert und ohne Theilnahme der übrigen Departements. Diese Spezial-Departements waren theils solche, welche sich über sämtliche Provinzen erstreckten, theils Provinzial-Departements, welche die nicht den allgemeinen Spezial-Departements überwiesenen Domainen-, Steuer- und Landespolizei-Sachen bearbeiteten und sich nur über die ihnen untergeordneten Provinzen erstreckten. Die Bau- und Wege-Angelegenheiten wurden nicht durch ein besonderes Spezial-Departement bearbeitet, sondern ressortirten von den respectiven Provinzial-Departements. Nur in Betreff der Chausséebau-Angelegenheiten von der Kurmark und Pommern fand eine Ausnahme statt, indem dieie durch ein eigenes, unmittelbar unter dem Könige stehendes, General-Chausséebau-Departement, auch General-Chausséebau-Intendantur genannt, bearbeitet wurden.

größeren selbstständigen Landestheil für die Geschäfte des Innern, mit Ausnahme der Justizsachen¹⁾, errichteten Kriege- und Domainen-Kammern²⁾. Zur allgemeinen Leitung in Bau Sachen des Land- und Wasserbaues, wurde (im Jahre 1770) ein besonderes Ober-Bau-Departement, als ein Theil des General-Ober-Finanz-Kriege- und Domainen-Direktoriums, errichtet³⁾, welches aus Geheimen Finanz- und Ober-Bau-Räthen bestand. In den Kriege- und Domainen-Kammern waren Bau-Direktoren als Mitglieder, durch welche die Bau-Angelegenheiten der Provinzen geleitet wurden, und neben diesen waren für die Städte Bau-Inspektoren, und für das flache Land in allen Kreisen Land-Bau-Meister angestellt, welche sowohl das landesherrliche Bauwesen besorgten, als auch die polizeiliche Aufsicht bezüglich Privat-Bauten führten⁴⁾. Später wurde bei den Kriege- und Domainen-Kammern sämtlicher Provinzen, excl. in Schlessen, Süd- und Neu-Ostpreußen und den Fränkischen Fürstenthümern, besondere Immediat-, Forst- und Bau-Kommissionen eingeführt, welche aus Mitgliedern der Kammern bestanden und die Forst- und Bau Sachen der Provinz bearbeiteten. Ueber deren Anordnung erging das Reglement dd. Berlin, d. 15. Sept. 1798⁵⁾:

Seine K. Maj. v. Preußen zc. haben Höchstsich selbst bringende Veranlassung gefunden zu gründlicher Abstellung der vorkommenden Mängel bei dem Bauwesen, auch bei der Ausübung der freien Bau- und Brennholzer, und zu möglichster Beschleunigung der Aufrechterhaltung und Abschätzung der Forsten, bei den Kriege- und Domainen-Kammern in jeder Provinz eine eigene immediate Forst- und Bau-Kommission, jedoch unter einem der Kammer gemeinschaftlichen Präsidio, anzuordnen, bei welcher von nun an die im Refort der Kammer gehörigen Bau Sachen, insbesondere auch alle Forst Sachen, sowohl die welche die Vermessung, Kultur und eigentliche Erhaltung der Forsten selbst, als auch die Verwaltung der Forstnutzung, den innern Haushalt der Forsten und vorzüglich die haushälterische Anwendung der Freihölzer betreffen, bearbeitet, auch dahin von der Kommission zu sehen werden soll, daß überhaupt nichts Nachtheiliges wider die Forsten vorgenommen werden, den denselben keine neue Lasten aufgebürdet, kein Freiholz an Unberechtigte ohne Immediat-approbation verschenkt, noch die Forstgrenzen verändert, oder eigenmächtige Abgaben vorgenommen werden.

¹⁾ Diese waren den Regierungen (in einigen Landestheilen auch Obergerichte Hofgerichten zc.) überwiesen.

²⁾ Dieselben waren unter Friedrich Wilhelm I. errichtet worden, und zwar durch die Verbindung der Amts-Kammern und der Kriege-Kommissariate, welche früher in den Provinzen die Geschäfte der Kriege- und Domainen-Kammern verwalteten (s. Patent v. 24. Jan. 1723., Mylii C. C. M. Tom. VI. Abth. II. pag. 200 Nr. 153). Diese Behörden, welche bei der neuen Organisation den Regierungen erhalten haben, wurden vormalig, der Kürze wegen, gewöhnlich Kammern genannt. Sie hingen vom Generaldirektor ab und verwalteten in den Provinzen alle Domainen-, Forst-, Steuer-, Polizei-, Militär- und Servis-Sachen. Zu dem Ende waren ihnen untergeordnet die Land-Räthe für bestimmte Kreise des platten Landes, und die Kriege- und Steuer-Räthe, indem die Städte in gewisse Inspektionen oder steuerräthliche Kreise eingetheilt waren, in jeder solchen Inspektion ein Kriege- und Steuer-Rath, auch commissarius loci genannt, vorstand. Die Magistrate in den Städten waren ihnen in den Gegenständen ihres Reforts untergeordnet und hatten die unmittelbare Verwaltung dieser Geschäfte in den Städten.

³⁾ Vergl.: Borowitsch's Abriss des praktischen Kameral- und Finanzwesens in Preuß. Staaten, Bd. 2. S. 464 ff., Haase's Handbuch zur Kenntniß des Preuss. Polizei- und Kameralwesens, Bd. 1. S. 8 ff., Hake's Sammlung Preuss. Ork. und Verordnungen zc., Bd. 4, Einleit. S. V ff.

⁴⁾ Vergl.: Rinne's Handbuch der Preussischen inneren Staatsverwaltung, Bd. 1. S. 93.

⁵⁾ Dies Reglement wird deshalb vollständig mitgetheilt, weil diejenigen Bestimmungen desselben, welche nicht durch spätere ausdrückliche Vorschriften aufgehoben oder abgeändert worden, noch den praktischen Werth einer Dienst-Anweisung für Regierunge-Baubeamten haben.

Die Provinzial-, Forst- und Bau-Kommission soll sowohl dem General- u. Director und dessen Provinzial-Departement, als auch dem Forst-Departement des General-Directoril untergeordnet, und deren Verfügungen genau und prompt zu befolgen sein: die Provinzial- und Forstdepartement sollen sich aber über die jetzt und künftigher bei der Kommission anzusehenden Mitglieder aus der 2c. Kammer und vom Forstpersonale gemeinschaftlich einigen.

§. 1. Das Präsidium der Kammer soll, konjunktiv mit dem Oberforstmeister der Provinz, den Vortrag dieser Forst- und Bau-Kommission leiten und dirigiren, und die- selben aus folgenden, bereits im Königl. Dienst und Gehalt stehenden Mitgliedern, cum voto, bestehen:

- a) aus dem Vice- und Korreferenten in Forstfachen bei der Kammer; auch aus dem Kammer-Justitiario, insgleichen aus den Domainen-Departements-Räthen, jedoch, nur so oft letztere in ihrem Domainen-Departement bei der Kammer Bau- oder Domainen-Sachen vorzutragen haben, wobei das Forstinteresse konkurriert, mithin über deren Zulässigkeit eine Berathung mit gedachter Kommission und deren Zustimmung nöthig ist. In der Kurmark aber soll ein vom General- u. Directorio zu erwählendes Mitglied des Ober-Baudepart. bei dieser Kommission cum voto et sessione mit angeordnet werden. Ferner werden
- b) die Oberforstmeister und die Forstmeister des Kammer-Depart. als Mitglieder dieser Kommission cum voto angeordnet; desgleichen
- c) einige der vorzüglichsten und zunächst wohnenden Land- und Oberjäger.

Ferner wird der 2c. Kommission zugeordnet:

- d) Ein ganz zuverlässiger Baubediente, nebst
Einem fleißigen Kondukteur,
welche zu Lokalbaurechnungen und zur Revision der Bauanschläge zu adhibiren sind.

Noch werden bei derselben angelegt:

der bisherige Expedient und Kalkulator, der von der Kammer in Forst- und Bau- sachen gebraucht worden, nebst

Einem oder zwei Meierendarien (Forstjüngern) zur Expedition und letztere mit zum Verordnen, die deshalb aber in Forst- und Bau-Sachen gute Kenntnisse besitzen müssen.

Auch werden der 2c. Kommission die Forsträthe oder Forstschreiber zugeordnet, zu die in mehrere Thätigkeit zu setzen, und sie nach dem ersten Zweck ihrer Ansetzung, zu Verordnungen auf den Ämtern und in den Forsten, mehr zu gebrauchen, daher sie auch in der Nähe des Aufenthalts der Oberforstmeister, und mit diesen da, wo die Kammern etablirt sind, wohnen müssen.

Bei entstehender Vacanz sollen dazu aber vorzüglich solche Subjekte erwählt werden, die gute Kenntnisse in Forstfachen, und Vorkenntnisse in den Hülfswissenschaften haben, auch bei den Kammern sich zugleich in Rechnungsfache vorzüglich routinirt haben, da das Forstrechnungswesen ihre vorzüglichste Arbeit, auch selbst bei dieser Kommission mit sein muß.

§. 2. Zuvörderst wird die Forst- und Bau-Kommission auf die emanirten Forstordnungen, Baureglemente und zeither erlassenen Regulativvorschriften, besonders auch auf die vorliegenden Reglemente, wegen Vermessung, Eintheilung und Abichätzung der Forste, und Führung des Haues in denselben, hiermit verwiesen, um sich mit deren Inhalt genau bekannt zu machen, solchen bei den ihr obliegenden Geschäften mit unveränderlicher Aufmerksamkeit stets vor Augen zu haben, und ihn ohne alle Nebenrücksichten in allen vor- kommenden Fällen, sowohl bei Revision der Bauanschläge, und bei den ihr zugleich oblie- genden Lokaluntersuchungen der Bauten selbst, als bei der Anwendung und so dringend nöthigen Ersparung der Forsthölzer, pflichtmäßig und getreulich zu befolgen. Des Endes hat der Forst- und Bau-Kommission vorzüglich obliegen soll:

- a) Die Revision der Spezial- und Provinz.-Forstetats, der Forstbauetats nach den Bauanschlägen, und der Brenn- und Nutzholzetats für die Ämter und Vorwerke, vorzunehmen, und zwar diese sämtlichen Etats konjunktiv mit der 2c. Kammer, und solche hiernächst mit derselben an das Forst-Depart. des General- u. Directoril, prompt zu befördern.
- b) Die Revision der Domainenbauetats der Kammern nach den Bauanschlägen, in Hinsicht

1) auf die Beförderung des massiven und Lehm- und Ziegelpfenkenbaues, bei allen neuen Bauten in Wohnungen, Wirthschaftsgebäude, Brücken, Schleusen, u. wozu aus Königl. Forsten Holz verabreicht wird; weshalb die Kommission, konjunktiv mit der 2c. Kammer ver- ordnen sollen, daß im Winter, wenn Beamte und Unterthanen mit ihrem Gespann zu haben, in jedem Dorfe Lehm- und Feldsteine in Vorrath angefahren werden, um bei vorkommenden Bauten beides gleich zur Hand zu haben: so wie denn auch in jedem Dorfe 10—20,000 Lehm- und darüber, stets in Vorrath zu halten sein würden.

Bei Revision dieser Domainen- und Forstbauetats ist vorzüglich das
indagiren:

2) ob auch überflüssige und unnöthige Gebäude zu erbauen, oder selne zweck-
Veränderungen mit den Gebäuden vorgeschlagen, ob auch Bauten und Reparaturen
auschlägt, deren Bestreitung den Bewohnern der Gebäude selbst obliegt; mithin zu
bühn den R. Baufassen zur Last gelegt werden, und ob hin und wieder, statt einer
Baues, es nur einer Reparatur bedürfe.

3) In den Bau- und Reparaturanschlägen soll aber zu Ausbieselung der
Krippen, Bekleidung der Glebel, zu Boh.- und Bretteradunen, zu hölzernen Schorn-
auch zu andern ähnlichen Holzverschwendungen kein Freiholz angesetzt; auch bei
turen, statt des erforderlichen Freiholzes zu Schwellen, die Gebäude bis zum ersten
riegel untermauert werden. Eichenholz aber soll nur bei Schreuen und Mühlen,
dazu nöthig, frei gegeben werden.

Ferner soll die Prov.-Forst- und Bau-Kommission jedesmal genau zur
recheriren lassen, ob

4) nach vollendetem Bau das affantte Holz zweckmäßig verwandt, und die
und Reparaturen die bei Ein Hundert Th. zur Hälfte an den Denunzianten
Hälfte an die Inhabendenasse zu erlegenden Strafe, von keinem Domainen- oder
beamteten weder direkte noch indirekte entreprenirt werden sollen¹⁾, auch nach den,
Baubedienten angefertigten, von dem beiz. Forstbedienten attestirten und vom Ober-
departement revidirten Anschlägen, ehrsich und tüchtig ausgeführt auch die
lichen Revisionprotokolle, die der Forstbediente mit zu unterschreiben hat, von den
bedienten der 10. Kammer aufgenommen werden.

Es soll aber auch keinem Entrepreneur der Bauten und Reparaturen erlaubt
das Holz vorzuschicken, und sich hiernächst solches von der Forst-Kommission
weisen zu lassen; indem bei solchen Verfüren auch allemal die Forsten und der
leiden; daher in solchen Fällen der Entrepreneur es sich selbst beizumessen hat, was
hiermit verordnet wird dergleichen Holzvorschüsse aus den Forstbedienten unter
Vorwand wieder eiekt werden sollen. Auch soll ihm der Abfall und das alle
nicht gelassen, sondern an den Meistbietenden verkauft werden.

¹⁾ Dazu: E. M. des R. Min. des R. Haus, Abth. II. (v. Ladenberg), v. 2. Jan.
an sämmtl. Königl. Reg.

• In dem Reg. wegen Anordnung einer Immediat-Forst- und Baukom-
• bel den Kriegs- und Domainen-Kammern z., de dato Berlin den 15. Sep.
• ist unter andern vorgezeichnet worden, daß Baue und Reparaturen bei
• dert Ihler Strafe von keinem Forstbeamten, weder direkt, noch indirekt, en-
• irt werden sollen; und obgleich das damalige General-Direktorium eine
• sation dieser Bestimmung bei des Königs Maj. in Antrag brachte, so haben
• hst ad eie bei doch in einer Allerh. R. O. v. 1. Jan. 1799 zu befehlen
• daß es bei diesem Verbote als Regel unabänderlich bewenden und nur
• wenigen Fällen, die eine Ausnahme von dieser Regel erheischen sollten, nach
• gänzer sorgfältiger Untersuchung aller dabei konstatirenden Umstände,
• diese ist werden solle.

• Mit Rücksicht auf diese Allerh. Anordnung, bestimme ich daher, daß von
• in der Regel keinem Oberförster, weder aus freier Hand noch im Wege der
• ston, ein Neubau in Entreprise übertragen werden darf, die Ausführung von
• ratunden denselben aber nur ausnahmsweise, und wenn, nach dem pächter-
• Da Urbanen der R. Reg. davon für die Forstverwaltung ein entschiedener
• zu erwarten steht und sich nur in den Fällen zu übertragen ist, wenn die
• schätzten Kosten einschließlich des Holzwerths, die Summe von Dreißig
• Thausend nicht übersteigen. Sollten hin und wieder ganz besondere Umstände
• Abweichung von dieser Vorschrift wünschenswerth und dem fiskalischen
• vortheilhaft erscheinen lassen, so hat die Königl. Regierung unter Vorlegung
• obwaltenden Verhältnisse, zuvörderst darüber zu berichten und meine Genehmigung
• einzuholen.

• Wo nöthig Baue und Reparaturen den Oberförstern übertragen werden
• ble Bestimmungen der E. O. v. 26. Mai 1838 (Ann. S. 283) und v. 18.
• 1839 (Ann. S. 17), wegen des bei den Bauten etwa übrig bleibenden
• nicht außer Acht zu lassen.

• Hinsichts der Klein- und Reparaturbaue auf den Dienstetablissemens der
• schutzbeamten behält es bei den Bestimmungen der zuletzt gedachten
• 15. Jan. 1839 sein Bewenden. (Min. Bl. d. L. B. v. 1841. Nr. 38)

nutat-, Brenn-, Nutz- und Schirrholzes der Beamten.

zu dem Ende keine Aemterverpachtungen ohne Konkurrenz der 2c. Kommission werden, damit dieselbe dabei den Punkt wegen der Holzmenge gehörig ins Auge fassen könne, daß alle nur mögliche Holzersparung dabei stipulirt damit die Beamten ein mehreres Interesse erhalten mögen, mit dem Nutzholze wirtschaftlicher umzugehen, das Brennholz zuvor gehörig austrocknen, spalten zu lassen, für vortheilhafte Anlegung der Oefen und Feuerherde, Kosten der Forstkasse, zu sorgen, sich in Ansehung jeder Konsumtion des Holzes einzuschränken und sich überhaupt an mehrere Holzmenage und bessere Hausordnung des Holzes zu gewöhnen; so muß die 2c. Kommission ernstlich dahin arbei-

Beamten statt des Nutz-, Bau- und Brennholzes, nach Konvention der Forstbeamten, mit einem Furo an Gelde aus den Forstgefällen abgefunden werden.

Es sollen aber auch die Beamten in solchen Fällen, wo die Forstbeamten, worauf die Beamten berechtigt sind, schon jetzt bei ihrem häuslicherischen Betrieb kein Holz sich von nun an eine Geldvergütung nach der Forsttagung gefallen lassen.

Denn auch Beamte schuldig und gehalten sind, zu den Reparaturen, die sie zu bestreiten verbunden sind, das erforderliche Holz ebenfalls auf eigene Kosten

soll die 2c. Kommission dafür sorgen, daß der Anbau der Weiden 2c. an schädlichen auf Domainengrund auch an Strömen und Flüssen, theils zum Nutz-, theils zum Verbrauch auf den Aemtern, selbst zum Brauen 2c., auch auf andere überhaupt, so wie die Anlegung lebendiger Hecken mehr poussirt werde; ferner kein Holz zu Zäunen aus den Forsten angewiesen werden soll, um durch die Nachlässigen bei solchen Anlagen zu strafen.

Wie denn auch die 2c. Kommission auf Anlegung gemeiner Backöfen auf dem strenger als bisher, zu halten hiermit angewiesen wird, mit der Bedeutung, den Gemeinden, welche zu Freiholz berechtigt sind, und binnen vier Jahren keine Backöfen nicht eingeführt haben, nach deren Ablauf kein Holz weiter in Forsten erhalten sollen.

In Erbverpachtungen soll den Erbverpächtern ferner kein freies Bau- und Nutzholz, auch dergl. den anzukommenden Kolonisten nicht versprochen werden.

In Königl. Bauten und Reparaturen soll das Freiholz nach der Forsttagung, zu werfen, auf die möglichste Regulirung eines Abfalls zur Kammer-Bauverwaltung des Freiholzes gearbeitet, bis dahin aber in jedem Falle gemeinschaftlich zu verwalten und bei dem Forstbeamtenamt gutachtlich in Rathe gebracht werden in

Damit auch bei unglücklichen Brandschäden die Kammer-Baulassen eine n Entschädigung, und die Forsten den Werth des verabreichten Freiholzes erhalten mögen; so soll

- l) die 2c. Kommission sich mit einer Revision der Feuerkataster beschäftigen und suchen, ob auch die R. Domainen- und bürgerlichen Gebäude, zu denen die F Freiholz herzugeben verbunden sind, hoch genug, und nach dem Werth, was zu bauen kosten würden, incl. des Holzwerths eingetragen worden. Der entstehende mehrere Beitrag würde

a) bei Domainen- und Bergwerksgebäuden von den Beamten, wie diese sich mehrentheils thun, übernommen werden müssen;

β) bei den bürgerlichen Gebäuden aber, wenn deren Besitzern der Beitrag zu fallen sollte, ist darauf zu denken, da, wo es nöthig, wenigstens pro rata d geschlagenen Holzwerthes, ein adjutum aus der Forstkasse auf den Etat zu weil die Forsten alldann doch das Holzgeld profitieren, es wäre denn, daß ders in den Fällen, wo die Forsten zur Verabreichung des Freiholzes sch vermögend wären, die 2c. Kammer mit der Kommission es vorzöge, das mit den Feuerkassengeldern anzukaufen.

Ferner soll

- k) der 2c. Kommission obliegen, konjunktlin mit der 2c. Kammer, die Revision der imgleichen der Domainen-, Bau- und Forstbaurechnungen vorzunehmen.

- l) die Anfertigung der Forst-Nutzungs- und Oekonomiestats liegt der Kommission allein ob; desgleichen die Beförderung der Eintheilung, Vermessung und Abf der Forsten, Ausmittlung deren Bestände und Nachwuchses; imgleichen die spondenz hierüber.

Bei Nachsichung der Freiholzanzweisung bei dem Forstdepartement des G Direktori hat die Forst- und Bau-Kommission vorzüglich darauf sorgfältige sacht zu nehmen, daß durch ihre Anträge zu Holzbewilligungen der Forst-Nu etat des Forstreviers, oder bis dahin, daß der Etat fertig, das Fraktionsequ nach den Jahren 17 $\frac{1}{2}$? nicht überschreiten, mithin keine forstverderbliche W mit dem Holzlieb in den Forsten vorgenommen werden; wobei denn auch je in Erwägung zu ziehen, ob es den Forsten vortheilhafter, auch in einzelnen statt des Holzes Geld nach der Forstage, anzuwelsen.

- m) Die 2c. Kommission besorgt zugleich die Revision der Anschläge der Forstbedien Verbesserungen, neuen Anlagen, und die Bestimmung der Schonungen in den F welche nämlich ohne Nachtheil des Holzanwuchses den Hütungsinteressenten zu geben, und überreicht ihre Vorschläge deshalb, bei Einsendung dieser Anf an das Forstdepartement des Generaldirektori.

Für die solide Ausführung sollen jedoch die Oberforstmeister, Forstmeister, deren speziellen Ressort diese Sachen gehören, so auch die Reviersforstbediente u wortlich bleiben; daher nur die Kommission die Oberaufsicht darüber haben s

Bei Ausführung der Meliorationsarbeiten in den Forsten muß aber auf die ten der Forststräflinge, unter hinlänglicher Aufsicht, mit Rücksicht genommen u

Es sollen aber auch, von nun an, alle Räumden und leere Plätze in den F gleich den ordinären Behauen und abgehölzten Schlägen, zugleich, und vor zuerst in Holzkultur gebracht, mit schließlichen Holzarten angesäet oder bepflan den, indem Seine R. Maj. bei Tero Reisen Höchselfst bemerkt, daß darh nicht genug geschehen ist, und Höchselfst ernstlicher Wille dahin gehet, d Forsten zur Holzkultur vorzüglich und allein bestimmt bleiben, und Räumden Plößen als ungebührliche Acker- oder Wiesenutzung so wenig verstattet, als Forsten selbst schlechterdings nicht geduldet werden sollen, worunter zeithero zu viel nachgegeben sein kann.

Der 2c. Kommission bleibt aber auch überlassen

- n) alle halbe Jahre eine vorzunehmende Revision der Forstreviere, aus ihrer Mitth züglich durch die Oberforstmeister und Forstmeister des Distrikts zu veranlass sich selbst zu überzeugen, wie

in Ansehung des Holzliebes, der Kultur, der ausgeführten Forstverbesserung schläge, der Schonungsanlagen und der Eröffnung der Schonungen von d vierbedienten verfahren worden.

Die befundenen Mängel müssen aber zur Stelle redressiret, oder dem Befinde der vorgesetzten Behörde, so auch dem Forstdepartement zur Remedur ge werden.

Wegen des Holzliebes in den angewiesenen Schlägen soll aber die Kom jährlich, nach dem Wadel, eine Nachweisung über das Verhältniß der abgefi Holzquanta mit den Forst-Nutzungsstats, und bis dahin, daß jene gefertigt, u Fraktion der pro 17 $\frac{1}{2}$? bewilligten Hölzer, an das Forstdepartement clareichen

a) In der zur Versorgung der hiesigen Residenzen bestimmten Forstrevieren soll jedoch vorzüglich die Fingersung der schnell wachsenden Laubhölzer, um solche als Schlagholz zu brauchen, noch immer stärker befördert werden.

b) Da wo der Zustand der Forsten es erlaubt und erfordert, muß auch die Kommission dahin arbeiten, daß durch ein an die Baualasse zu entrichtendes Geldabersum, allenfalls auch vorerst in einzelnen Fällen, die Forsten von der Naturallieferung des Holzes befreit; auch die Holzerberechtigten durch Abholzung eines Theils der Forstholzhozung, oder durch Geld abgefunden werden.

Es sollen aber auch

c) alle Holzverfügende Anlagen, ohne Zustimmung der 11. Kommission und ohne Bewilligung des Forstdepartements des General-11. Direktors, nicht zugelassen werden, so wie denn auch ohne deren Zustimmung keine Erbpachtungen, wobei das Forstministerium konsultirt, ingleichen keine Erweiterung der Gebäude und deren Neubau, in Betheiligung gebracht, noch weniger dazu Freiholz zur Angehörigkeit nachgesucht werden.

Bei Ausmittlung und Bestimmung des Holzkonsums zum Landesbedarf muß auch auf das, was zur Beförderung des vorzüglichsten Gewerbes im Lande, nämlich der Lederbaues, nöthig ist, Rücksicht genommen, nächstdem aber für den Bedarf der andern Fabriken, auch andern Fabriken und Manufakturen im Lande gesorgt werden.

Die 11. Kommission soll auch

d) *specialem* *censum* über sämtliche Provinzial- und Special-Forstbau- und Domänenverwaltungen haben, solche monatlich visitiren, und die jährlichen Haupt- und Special-Forstbau- und Domänenbau-Kassenabschlüsse (letzte jedoch konjunktum mit der Kammer) revidiren, und hiernächst deren Einreichung an das resp. Provinzial- und Forstdepartement des General-11. Direktors besorgen. Während dem Lauf des Jahres sind aber quartaliter die Extrakte von allen diesen Kassen, mit ihren ausführlichen Revisionsprotokollen, konjunktum, an das Provinzial- und Forstdepartement, dessen Ressort diese resp. Geschäfte verwalten, einzuweisen.

e) Da die Kondukte und Dienstführung der Forstbedienten muß auch die Kommission im nachstehenden Auge haben, und sowohl wegen deren Ansehung, als auch wegen ihrer Beförderung tüchtiger und gehörig qualifizirter Forst- und Baubedienten, die erforderlichen Vorschläge thun; auch die jährlichen Konduktenlisten der Oberförster von den Forstbedienten ihrer Distrikte, mit ihrem gutachtlichen Bericht, dem Forst-Departement des General-11. Direktors einreichen. Sobald eine Bilanz entsteht, ist dieselbe dem Departement, zu dessen Specialressort die Bedienung gehört, mit Vorschlägen zur Wiederbesetzung zu melden, wobei der Kommission unverhalten wird; daß es Er. M. Majestät gnädigster Wille ist, gutgediente und geschickte Forstbediente auch zu höheren und elatraglicheren Stellen zu avanciren, damit eine dem Dienste werthhafte Remuneration unter ihnen erhalten werde.

Auch sind Er. Maj. gerne geneigt, den vorzüglich fleißigen Forstbedienten, und welche in ihrer Dienstverwaltung besonders ausgezeichnet, bei Verlegung des jährlichen Forststats Gratifikationen zur verdienten Aufmunterung zu bewilligen.

Endlich fertigt die Kommission

f) jährlich ein Generaltabellau an, woraus zu ersehen

- a) die von ihr hiernach geleisteten Arbeiten,
- b) der Zustand der Forsten,
- c) das Verhältniß des Holzschlages mit dem Etats- und Fraktionsquantum, nach Litt. a.
- d) die geschehenen Freiholzgaben an Holz, und zugleich nach der Forstlage zu Gelde gerechnet,
- e) die gemachten Holzersparungen,
- f) die Kassenverwaltung und der Aufwand aller ausgeführten Forstmeliorationen, Forstbauanlagen 11. und
- g) die angelegten und aufgegebenen Schonungen.

Dieses Generaltabellau hat die Forst- und Bau-Kommission, mit Ablauf jeden Jahres an das ihr vorgesetzte Forstdepartement des General-11. Direktors mit den vorchriftsmäßigen Kassenbeschlüssen der Forst- und Forstbau-Kassen; die Kassenbeschlüsse der Domänenbau-Kassen aber dem Provinzialdepartement zu übergeben.

§. 3. Bei Bearbeitung aller dieser, der Provinzial-, Forst- und Bau-Kommission übertragen und specialiter anvertrauten Geschäfte, soll alle unnütze Weitläufigkeit und überflüssige Schreiberei vermieden werden, und zu dem Ende

1) keine schriftliche Korrespondenz zwischen der Kammer und der konjunktum Forst- und Bau-Kommission stattfinden, sondern alles unter beiden durch mündliche Vorträge vorgetragen, und abgemacht werden, da sie unter dem nämlichen Präsidio stehen.

2) Die 11. Kommission soll wöchentlich einmal zusammenkommen, die Oberförster und die Forstmeister, wenn sie anwesend, jedesmal zugegen sein; desgleichen die

dazu mit ernannten Bau- und Mehlersforstbediente und Forstschreiber. Alle vierzehn oder wenigstens alle Monate, müssen aber sämtliche Mitglieder der Kommission Deliberation über die eingebrachten, und etwa bis zu ihrer Anwesenheit zurückgebliebenen wichtigen Sachen, eine Generalversammlung halten; alsdann, so wie in jeder Session ohne schriftlichen Auftrag, allenfalls durch ein dictamen ad protocollum, jedes Mitglied ex officio die ihm bei Vereisung der Forsten und Mehlers vorgekommenen, und Geschäft der Kommission gehörigen Sachen, zum Vortrag bringt; über welche sofort gleich konkludirt und das Nöthige verfügt wird.

In weitläufigen und wichtigen Sachen aber ist jedoch der schriftliche Vortrag zu lassen. So wie es auch

3) unverändert dabeı bleiben soll, daß in denen Forstangelegenheiten, wo die Richte der Kammer erforderlich, solche wie bisher von dem Oberforstmeister, und dergleichen die gemeinschaftlichen Berichte der 2c. Kommission und der Verfügungen von der Kammer und dem Oberforstmeister mit unterschrieben werden.

Was aber

4) zum speciellen Ressort der Kommission gehört, wird Namens derselben bei Kammerkassier ausgefertigt, und vom Präsidio und von den anwesenden Mitgliedern der Kommission allein vollzogen und, wozu denn auch alle zu ertheilende, auf Appellation des Forstdepartements des General-Direktorii sich gründende Holzanweisungen rechnen sind; dergleichen alle Forstmellorations-, Kultur-, Vermessungs- und Tagelohnsachen auf Verpachtung und Verwaltung der eigentlichen Forstnutzungen 2c.; die in solchen Sachen an das Forstdepartement zu erstattenden Berichte werden von jedem anwesenden Mitgliede im Munde vollzogen, jedoch im Fall des Dissensus dessen freimüthiges schriftliches Votum beigefügt.

5) In dem Fall, wo die Kommission sich mit der Kammer nicht vereinigen kann, wird an das Provinzial- und Forstdepartement, konjunktiv, zur Entscheidung berichtet.

Schließlich wird der Provinzial-, Forst- und Bau-Kommission die treueste und genaueste Befolgung dieses Reglements ernstlich nicht nur empfohlen, sondern derselben auch zu ihrem Verhalten und Achtung bekannt gemacht, daß Sr. K. Maj. es Höchsten Dienst angemessen gefunden haben, das bisherige Forstdepartement des General-2c. Direktorii ferner nicht einem besondern Minister anzuvertrauen, sondern solches mit dem Provinzialdepartement des General-2c. Direktorii in mehrere Verbindung zu setzen, bei demselben einen Ober-Landforstmeister zu bestellen, durch welchen die Forstangelegenheiten der Provinzen in Verbindung erhalten werden sollen, der dann des Endes Allerhöch. eigenhändig vollzogene Instruktion erhalten, welche der Kammer zugefertigt werden soll.

Auf deren Inhalt wird nun auch zugleich die Forst- und Bau-Kommission verwiesen, und hat dieselbe sich solchen zur gleichmäßigen Achtung dienen zu lassen; sowie auch die von oben gedachtem Ober-Landforstmeister oder dem Forstdepartement des General-2c. Direktorii an die Kommission zu erlassenden Verfügungen genau und pflichtgemäß zu befolgen, auch mit gründlicher Auskunft und Bericht mit aller im Dienst so weit nöthigen Promptitude zu erledigen, die Kommission hierdurch befehligt wird.

Da der Ober-Landforstmeister zur Vereisung der Provinzen und besonders der Forsten angewiesen, so wird derselbe auch zugleich darauf seine Aufmerksamkeit und seine Recherchen richten, in wiefern die bei der Kammer etablierte Forst- und Bau-Kommission den Zweck ihrer Anordnung erfüllt, dieses Reglement zur vollständigen Ausführung gebracht, und in allen Punkten auf das Genaueste befolgt haben wird.

Sr. K. Maj. wollen aber verhoffen und gewiß erwarten, daß die 2c. Kommission sich auch sodann hierüber gehörig äußern wird, damit Höchstdieselben auf die zu erhaltenden Rapports des Ober-Landforstmeisters, mit dem Verhalten, Fleiß und Thätigkeit der 2c. Kommission allergnädigst zufrieden zu sein, alle gehoffte Veranlassung sein können.

(Ediktensaml. v. 1798. S. 1738. Nr. 70.)

Die hiernach angeordneten Immediat-Forst- und Bau-Kommissionen wurden indeß nach einigen Jahren wieder eingezogen und mit den Kammermännern verbunden, weil der beabsichtigte Zweck, die Geschäfte in den Provinzial-, Forst- und Bauwesen abzukürzen, nicht dadurch erreicht ward.

II. Die gesammte bisherige Einrichtung der Central-Behörden erhielt eine anderweitige Organisation durch das Publ. v. 16. Dec. 1808, betr. die veränderte Verfassung der obersten Staatsbehörden in Beziehung auf die inneren Angelegenheiten.

und Finanz-Verwaltung¹⁾. Diese Verordnung sprach es als ihren Zweck, der Geschäftsverwaltung die größtmögliche Einheit, Kraft und Klarheit zu geben und sie in einem obersten Punkte zusammenzufassen. Es trichter die Reglerungsverwaltung von einem dem Staatsoberhaupt unmittelbar untergeordneten obersten Standpunkte (dem Staatsrathe) ausgehend in der möglichst kleine Zahl oberster Staatsdiener an der Spitze einfach organisirter, nach Hauptverwaltungsbezügen abgegrenzter, Behörden (Ministerien) nieder; die Wirksamkeit eines jeden Ministerial-Departements sollte sich hinsichtlich der Gegenstände desselben über sämtliche Provinzen erstrecken. Im Ressort des Ministeriums des Innern wurde die ganze innere Verwaltung mit Ausnahme der eigentlichen Finanz-, Militär- und Rechtsangelegenheiten (§. 3) verwaltet. Das Departement des Innern wurde in sechs Sectionen:

- a) für die allgemeine Polizei,
- b) für die Gewerbe-Polizei,
- c) für den Cultus und öffentlichen Unterricht,
- d) für die allgemeine Gesetzgebung,
- e) für die Medicinalsachen,
- f) für die Angelegenheiten des Bergbaues, der Münze, Salzfabrikation und Porzellan-Manufaktur.

(§. 4). Zum Geschäftskreis der Section der Gewerbe-Polizei gehörte insbesondere auch das ganze Bauwesen und die Sorge wegen Anlage von Kanälen, Chaussees und Landstraßen verwaltet. (5.) Dieser Section wurde auch die technische Bau-Deputation und das Hofbauamt, letzteres unter der Kontrolle der ersteren, untergeordnet, wobei bestimmt wurde, daß beide eine neue Einrichtung erhalten sollten und daß die technische Bau-Deputation die Examinations-Behörde für Bau-Ingenieure und Feldmesser bleiben sollte (§. 8). Die Bau-Akademie sollte unter der Section für den öffentlichen Unterricht stehen (§. 11).

Auch die Provinzial-, Polizei- und Finanz-Behörden erfuhren gleichzeitig eine durchgreifende Veränderung ihrer Organisation. Die Verordn. v. 26. Dec. 1808²⁾ wegen verbesserter Einrichtung derselben³⁾ schuf die bisherigen Kriegs- und Finanz-Kammern in Regierungen um, welche für die ihrer Wirksamkeit vertrauten Districte den Vereinigungspunkt der gesamten inneren Staatsverwaltung bilden sollten. Da es bei mehreren Gegenständen der Bau- und Finanz-Verwaltung auf besondere wissenschaftliche oder technische Kenntnisse ankommt, so wurden dafür besondere technische Räte, insbesondere Bau- und Wasserbau-Direktoren, angestellt (§. 23). Gleich- zeitig erhielten die neu organisirten Regierungen unterm 26. Dec. 1808⁴⁾ eine Geschäfts-Instruktion. Jede Regierung sollte darnach aus mehreren Deputationen bestehen, deren Ressort bestimmt wurde. Die Polizei-Deputation insbesondere sollte unter Andern die Oberaufsicht und Fürsorge

a) in Betreff der Vorbeugung von polizeiwidrigen Bauten und des Ausbesserns der abgebrannten Gebäude (§. 2 Litt. d.);

b) hinsichtlich der öffentlichen Kommunikationen, Land- und Wasserstraßen, Chaussee-Anlagen, Strom-, Deich- und Brückenbauten und Wasserbauten (§. 2 Litt. f.).

¹⁾ N. C. C. Tom. XII. pag. 527, Habel's Sammlung Bd. 9. S. 383, Mathis jur. Monatsschrift Bd. 7. S. 369.

²⁾ N. C. C. Tom. XII. pag. 675, Habel's Sammlung Bd. 9. S. 467, Mathis jur. Monatsschrift Bd. 7. S. 330.

³⁾ N. C. C. Tom. XII. pag. 703, Habel's Sammlung Bd. 9. S. 415, Mathis jur. Monatsschrift Bd. 7. S. 376.

Die Garnison- und Festungsbauten sollten dagegen von l'air-Deputation ressortiren (§. 6.).

Die Bauräthe sollten in der Art vertheilt werden, daß in jeder Division wenigstens einer derselben befindlich; auch sollten sie, gleich den Jhrr spezielles Departement erhalten (§. 10.).

III. Die durch die Gesetzgebung vom Jahre 1808 getroffene Organisation wurde abermals geändert durch die R. v. 27. Oct. 1810 über die Verfassung der obersten Staatsbehörden¹⁾. Es wurde dadurch der Rath, als höchste beratende Behörde, angeordnet und die Departementtheilung der Ministerien anderweitig regulirt. Das Ministerium des Innern insbesondere erhielt zu seinem Wirkungskreise alle Ausübung des Gewalt, in so weit sie nicht ausdrücklich den Ministerien der Finanzen, des Krieges oder anderer Behörden beigelegt worden, überwiesen. Es wurden demselben übertragen:

a) in der Abtheilung der allgemeinen Polizei die Sicherheits-Polizei (mithin auch der hierauf bezügliche Theil der Land- und Wege-Polizei);

b) in der Abtheilung für Handel und Gewerbe das Bauwesen; ferner die Polizei des Handels und daher auch die Beförderung des Handels, namentlich die Sorge für Anlegung und Unterhaltung von Chaussees und Landstraßen.

Unmittelbar dieser Abtheilung des Ministeriums des Innern (des Departements) untergeordnet wurde die technische Ober-Bau-Deputation, welche zugleich als Prüfungs-Behörde für Baukünstler und Bauingenieure eingesetzt wurde, und auch von anderen Ministerien Aufträge anzunehmen und auszuführen befugt sein sollte.

Die Bauten bei den Königl. Schlössern und Palais in und um Potsdam etc. wurden dem Hofmarschallamte belassen, unter dessen Befehle die Schloß-Bau-Kommission stehen sollte; jedoch wurden solchen Bauten von Wichtigkeit der technischen Ober-Bau-Deputation die Aufsicht und Controlle zur Superrevision auferlegt.

IV. Bei der nach beendigtem Kriege erfolgten neuen Organisation der Ministerien durch die R. v. 3. Juni 1814²⁾, betr. die Anordnung des Staatsministeriums aus den Geschäftskreisen der Ministerien der auswärtigen Angelegenheiten, der Justiz, des Krieges und des Innern, wurde das Ministerial-Departement abermals in einer anderen Weise constituirt. Insbesondere mehrere zu der Abtheilung für Gewerbe und Handel gehörende Gegenstände, welche dem Ministerium des Innern gerechnet waren, weil dieselben mit der Verwaltung und dem Staats-Haushalte verflochten, dem Finanzministerium (welches als: »Ministerium der Finanzen und des Handels« unter dem Namen des Minister v. Bülow, errichtet wurde) mit übertragen, namentlich das Bauwesen und die Sorge für die Land- und Wasser-Kommunikation. Die eigentliche Sicherheits-Polizei (mithin auch die hierauf bezügliche Land- und Wege-Polizei) wurde einem neu gebildeten, von dem Ministerium des Innern getrennten Polizei-Ministerium (dessen Leitung dem Fürsten zu Sahn und Wittgenstein übertragen wurde) zugewiesen.

V. Eine veränderte Anordnung der Ministerien und ihres Geschäftskreises erfolgte hiernächst durch die R. v. 3. Nov. 1817³⁾. Dieselbe bestiu-

¹⁾ R. v. 27. Oct. 1810. S. 3.

²⁾ R. v. 3. Juni 1814. S. 40.

³⁾ R. v. 3. Nov. 1817. S. 289.

in Bezug des Land- und Wasser-Bauwesens (einschließlich der Chaussees), daß solches dem Finanzministerium zu belassen.

VI. Durch die R. d. 2. Dec. 1817¹⁾ wurden sodann die bisher vereinigten Ministerien der Finanzen und des Handels getrennt, und das Land- und Wasser-Bauwesen der Leitung des Letzteren, unter der Führung des Ministers von Bülow, zugewiesen.

VII. Die R. d. 11. Jan. 1819²⁾ hob das bisherige Polizei-Kaiserthum gänzlich auf und vereinigte dasselbe mit dem Ministerium des Innern.

VIII. Hiernächst wurde das neu errichtete Ministerium des Handels wieder aufgehoben; die von demselben ressortirenden Angelegenheiten gingen an die Ministerien des Innern und der Finanzen über. Die R. d. 8. Juni 1823³⁾ bestätigte nämlich die, bereits durch die (darin in Bezug genommene) R. d. 31. August 1824 ausgesprochene Aufhebung des bisherigen Ministeriums des Handels, und verordnete, daß:

a) dem Ministerium des Innern sämtliche bisher von dem Ministerium des Innern, der Gewerbe und des Bauwesens verwalteten Angelegenheiten, mit allen von denselben abhängigen Instituten und Anstalten, einschließlich der Anlegung und Unterhaltung der Kunststraßen und der von denselben aufkommenden Einnahmen, zu übertragen, soweit nicht einzelne Gegenstände jener Verwaltung dem Finanzministerium anvertraut (sod b) überwiesen worden;

b) dem Finanzministerium die Erhebung aller Kommunikations-Abgaben und mit Ausschluß der Chaussee-Einkünfte, deren Erhebung und Verwaltung (sod a) dem Ministerium des Innern mit überwiesen worden, zu übertragen.

IX. Eine fernere Modification dieser Ressortverhältnisse trat im Jahre 1827 ein, wo bestimmt wurde, daß die Einnahmen von den Chausseern zum Ressort des Finanzministeriums übergehen, und nur Alles, was die Unterhaltung und den Neubau der Kunststraßen betrifft, ferner dem Ministerium des Innern verbleiben solle. Es disponirte hierüber die R. d. 28. Oct. 1827.

X. Was die fernere Verwaltung der Chausseern anbelangt, so finde ich es ganz nöthig, daß nach Ihrem Vorschlage und der vorläufig getroffenen Vereinbarung, sämtliche Einnahme zum Ressort des Finanzministeriums übergehe, und dagegen Alles, was die Unterhaltung und den Neubau der Kunststraßen betrifft, ferner dem Min. d. I. über die zu gewöhnende Bedarfssumme von 1100 Thirn. jährlich für die städtische Chausseemasse verbleibe.

Indem ich daher die diesfälligen hieneben zurückgehenden Bestimmungen im Voraus genehmige, sehe ich voraus, daß Sie, der Finanz-Min., den durch die festgesetzte Bedarfssumme für 1828 gegen den Kleinbeitrag mehr erforderlichen Bedarf zu decken vermögen und bei dem Ueberschusse auch darauf Rücksicht genommen sein wird, daß mehrere Chausseern auf Aktien errichtet sind, und noch von den Unternehmern erhalten werden müssen, daß hiernach die Etats-Regulirung pro 1828 stattfinden.

Berlin, den 28. Oct. 1827.

Friedrich Wilhelm.

Die Staatsminister von Schudmann und von Mohr.

(Acta gen. des R. Fin. Min., Abth. f. G., K. u. Bauwesen, betr. die Verhandlungen wegen Feststellung der Ressortverhältnisse der Min. d. I. u. d. Fin. in Beziehung der Chaussee-Verwaltung sigo. Organisation; Geschäftskreis, A. Abth. I. Sach I. Nr. 5.)

Mit Bezug hierauf erging das C. R. der R. Min. d. I. (v. Schudmann) und d. Fin. (v. Mohr) v. 19. Nov. 1827 an sämtliche R. Regierungen:

Des Königs Maj. haben mittelst Allerh. R. d. v. 28. v. M. zu bestimmen geruht, daß die Verwaltung der Einnahmen von den aus R. Kassen unterhaltenen Chausseern mit dem 1. Jan. l. J. zum Ressort des Finanz-Min. übergehen, daß dagegen Alles, was die Unterhaltung und den Neubau der Kunststraßen betrifft, auch ferner dem Ressort des Min. d. I. verbleiben soll.

In Folge dieser Allerh. Bestimmungen wird der Provinzial-Steuer-Direktor die

¹⁾ S. S. 1817. S. 304.

²⁾ S. S. 1819. S. 2.

³⁾ S. S. 1823. S. 151.

Administration des Chausséegeeldes im dortigen Reg. Bezirke mit dem gedachten Zeitpunkt übernehmen, und die K. Reg. hierdurch veranlaßt, die bisherigen Funktionen in Bezug auf diesen Geschäftszweig nur noch bis Ende dieses Jahres fortzuführen, dem Provinzial-Steuer-Direktor aber den Chaussée-Verwaltungs-Etat und alle betr. Akten, Nachweisungen und sonstige Nachrichten zu übernehmen: die Einnahmen ohne Unterschied, werde durch die Provinzial-Steuer-Verwaltung eingelesen und verrechnet; von den Ausgaben läßt dieselbe dagegen nur alle diejenigen leisten, welche für die eigentliche Erhebung des Chausséegeeldes bestimmt sind, namentlich also: die Gehälter und Tantiemen der Einnahmer, die Wartegelder der durch die Verpachtung außer Dienst gekommenen Erheber, die Kosten für Erleuchtung der Barrieren, für Schreib- und Druckmaterialien, ferner die von den Kommunen und Privatpersonen zu leistenden Antheile am Chausséegeelde, oder die dafür gewährten fortlaufenden Entschädigungen und endlich die Zinsen und Amortisationsbeiträge von den für Chausséebauten angeliehenen Kapitalien.

Die Aufsichtskosten dagegen, als die Löhne, Wohnungs-Entschädigungen und Bekleidung der Chausséewärter, wie solche unter der Abth. B. des Verwaltungs-Etats aufgeführt sehen, sind von der K. Reg. auch ferner zu zahlen und am 1. Jan. l. J. der Gemeinl.-Staatssasse gegen summarische Quittung anzurechnen, worüber das Nähere durch das Min. des J. noch bekannt gemacht werden wird. Die bauliche Unterhaltung der Chaussée-Einnahmer-Häuser verbleibt ebenfalls der K. Reg., und dieselbe wegen der dadurch entstehenden Ausgaben, so wie wegen der Kosten der Unterhaltung der Chaussees selbst und der Wärter-Gebäude das Weitere von dem Min. des J. zu gewärtigen.

Die unter Abth. A. ausgeführten Tantiemen der kontrollirenden Beamten bleiben unberauegabt. Wegen der in dieser Beziehung erfolgten Abänderung der bisherigen Bestimmungen, wird der K. Reg. ebenfalls noch das Nähere eröffnet werden.

Da die Ausfertigung der Reg. Hauptkassen-Etats pro 1828 schon zu weit vorgeschritten ist, um in denselben die Ueberschüsse aus der Chaussée-Verwaltung noch abzuführen zu können, so ist der Betrag derselben in der Rechnung für das folgende Jahr unter Bemerkung als Ausfall gegen den Etat nachzuweisen, daß die Ueberschüsse unter denen indirekten Steuern mit zur Verrechnung und Ablieferung kommen.

Die Anstellung der Chausséegeeld-Einnahmer und die Entscheidung über die der Verwaltung der Geld-Einnahme ressortirt ausschließlich vom Finanz-Min. und denselben untergeordneten Prov.-Steuer-Direktoren mit der Maßgabe jedoch, daß angestellten Einnahmer oder Wärter gleichzeitig auch auf die Wege-Polizei zu achten, und in dieser Beziehung auch die Aufträge der Wege-Polizeibehörde, so weit dies mit ihrem Hauptgeschäft verträglich, zu übernehmen haben. Andererseits liegt es auch den Chausseeaufsichtsbeamten, und insbesondere den Chaussée-Condukteuren und Wegebau-Inspektoren ob, innerhalb ihrer Aufsichtsbezirke sich nach den Aufträgen des Finanz-Min. oder Prov.-Steuer-Direktors der Kontrolle der Chausséegeeld-Einnahme, und andern hierher einschlagenden Geschäften ohne besondere Remuneration zu unterziehen.

Bei Untersuchung und Bestrafung der Defraudationen und Kontrabentionen steht das Ressort sich nach Maßgabe der vorhergehenden Bestimmungen dergestalt, daß Defraudationen der Einnahmen zum Ressort des Finanz-Min., Kontrabentionen gegen polizeiliche Vorschriften aber zum Wirkungskreise des Min. des J. gehören.

Ueber die nach Vorstehendem eintretenden Veränderungen hat die K. Reg. folgende Bekanntmachung (Anl. a) durch das Amtsblatt publiziren zu lassen.

Berlin, den 19. Nov. 1827.

Der Minister des Innern.
v. Schumann.

Der Finanz-Minister.
v. Mohl.

Anlage a.

Bekanntmachung.

Des Königs Maj. haben mittelst Allerh. K. O. v. 28. v. M. zu bestimmen geruht, daß die Verwaltung der Einnahmen von den aus Königl. Kassen unterhaltenen Chaussees mit dem 1. Januar l. J. zum Ressort des Fin. Min. übergehen, und dagegen Alles, was die Unterhaltung und den Neubau der Kunststraßen betrifft, auch ferner dem Ressort des Min. des J. verbleiben soll.

In Folge dieser Allerh. Bestimmung wird der Provinzial-Steuerdirektor zu N. die Verwaltung der Chausséegeeld-Einnahmen im Reg.-Bez. zu N. N. übernehmen, in diesen Geschäftszweig ganz in Stelle der Reg. treten, und die Verwaltung desselben in bestehenden Gesetzen und Anweisungen gemäß führen, und durch die ihm untergeordneten Haupt-Steuer- und Zollämter führen lassen. Die Chausséegeeld-Einnahmer sind denselben untergeordnet, die für den Aufsichtsdienst angestellten Chausseebedienten aber bleiben der Reg. subordinirt. Berlin, den 19. Nov. 1827.

Der Min. des J.
v. Schumann.

Der Finanz-Min.
v. Mohl.

L. des R. Min. des Inn. (v. Schummann) u. d. Fin. (v. Rog) 1828 an die R. Reg. zu Marienwerder und zur Nachachtung an die R. Reg. und die Provinzial-Steuerdirektoren. Fonds, aus dem die Unterhaltung der Lokale der Chauffee-Einnehmer mit Inventarien, Stühlen, ingleichen die Miete für jene Lokale zu

ber. wird auf Ihren Ver. d. 22. Jan. d. J. hierdurch eröffnet, daß in dem ed. I und II im Antrage getragenen näheren Bestimmung, aus welchen Mitteln der Unterhaltung der Lokale der Chauffee-Einnehmer mit Inventarien, Stühlen, ingleichen die Miete für jene Lokale zu bestreiten sind, bereits unterschieden worden sind zwischen den älteren Chauffeen, auf welchen der Chauffee-Einnehmer bereits einget. ist, und zwischen den neu fertig gewordenen, welche erst einget. werden soll, und zwischen den im Bau begriffenen und den im Bau befindlichen. Was die älteren Chauffeen betrifft, so wird die Unterhaltung der Lokale der Chauffee-Einnehmer, wenn dergleichen noch nicht vorhanden sind, die Unterhaltung aber vom Min. des J. bestritten werden. Bei den im Bau befindlichen Chauffeen kommt es darauf an, ob die Bau-Auslagen auf den Chauffee-Einnehmer mitgeteilt, oder doch von der Baufirma noch selbst übrig ist, so die Kosten der Unterhaltung der gemieteten Lokale mit unbedeutenden Kosten daraus zu bestreiten, in welchem Falle dies geschehen muß. Ist dies nicht der Fall, so wird der Bau neuer Gebäude oder die Unterhaltung derselben, ingleichen die Unterhaltung der Lokale aus dem Fonds des Finanz-Min. bestritten werden müssen. Bei den im Bau befindlichen oder künftig zu bauenden Chauffeen aber muß der Staat auf die Unterhaltung und Unterhaltung der Gebäude gerichtet, und wo möglich sein möchte, noch durch Nach-Auslagen diesem Mangel abgeholfen werden. In einem anderen Falle hat die R. Reg. jedoch mit der Prov. Steuer-Direktion übereinstimmend die Unterhaltung der Chauffee-Einnehmer-Häuser als bei der Unterhaltung neuer Chauffee-Anlagen aus der Auslage von den Häusern nicht mit dem gesamten Bau-Projekt zusammenzufassen, sondern diesem letzteren beizufügen, damit das Min. des J. mit dem der Fin. über den Kostenbetrag für solche Häuser verfahren kann, ohne die Feststellung des Plans dadurch aufzuhalten.

In Fällen, wo es vorgezogen wird, daß zur Wohnung des Einnehmers und zur sonstigen Lokale zu mieten, erfolgt der Mieths-Vertrag nicht aus dem Chauffee-Fonds, sondern aus dem Fonds des Finanz-Min. u.

Wien gen. des R. Fin. Min., Abth. f. G., J. u. Bauwesen, N. I. 1. Nr. 5.)

L. des R. Min. des J. (Reuth) v. 28. Juni 1828 an sämtl. Ressort der Regierungen rücksichtlich der baulichen Unterhaltung und Unterhaltung der Chauffee-Einnehmer-Häuser.

In der Sitzung des R. Fin. Min. hierher mitgetheilten Angelegenheit der Prov. von zu Münster, hat die R. Reg. es abgelehnt, die Feuer-Versicherungs-Belastung der Chauffee-Häuser und die Kosten der beschaffenen Versicherung zu übernehmen, die Ressort-Verhältnisse der Chauffee-Verwaltung betr. G. B. v. 19 Nov. Ist die bauliche Unterhaltung der Chauffee-Einnehmer-Häuser den Reg., welche den Chauffee-Unterhaltungsfonds zu bewirken haben. Hieraus folgt, daß der nothwendig werdende Neubau, da, wo schon dergl. Häuser vorhanden sind, etwa darauf ankommt, bisher nicht bestandene Einnehmer-Gebläse ebenfalls aus dem Unterhaltungsfonds erfolgen müssen, und daß dieser Fonds, die Brand-Versicherungs-Prämie, und die sonstigen, etwa durch die Verfallenen Unterhaltungsfonds zufließt.

Es hat sich die R. Reg. zu achten. Zugleich wird derselben bemerkt gemacht, den Reg. Bezirken die Ausdehnung der Chauffee-Einnehmer- und Wdr. in dem Feuer-Societäts-Verbande genehmigt ist, weil sie gewöhnlich wegen Mangel an Loge und sorgfältigeren Beaufsichtigung, der Feuergefahr weniger ausgesetzt sind. Die R. Reg. wird autorisiert, hiernach ebenfalls zu verfahren, in sofern dergl. Umstände in einem oder dem anderen Falle, die Fortdauer der Unterhaltung rathsam machen. (N. XII. 545, — 2. 157.)

Hiernächst verordnete die (an den Staatsminister von Schummann v. d. 11. Sept. 1830) die Trennung des Min. des Innern in Abtheilungen, deren eine, unter der Benennung: „Ministerium des

Innern und der Polizei“ dem zum Staatsminister ernannten Regierun-Präsidenten Frhrn. von Brenn übertragen, die andere, unter der Benennung „Ministerium des Innern für Handels- und Gewerbe-Angelegenheiten“ dem Staatsminister von Schudmann belassen wurde. Die Sachen wurden dieser letzteren Abtheilung überwiesen.

Die R. D. v. 11. Sept. 1830 lautet dahin:

Schon länger bin Ich besorgt gewesen, daß die Masse der Ihnen obliegenden Schäfte und die durch die eingetretenen Verhältnisse erhöhte Dringlichkeit mehrerer derselben der gänzlichen Wiederherstellung Ihrer erschütterten Gesundheit hinderlich sein werde. Ich habe daher um so lieber Ihren mir bekannt gewordenen Wunsch einer Geschäfts-erleichterung durch Entbindung von dem einen schnelleren Betrieb und unausschiebbare Strengungen erfordernden Zweigen Ihres Min. erfüllt, und beschlossen, die erste Abtheilung Ihres Min., nämlich die Verwaltung der allgemeinen Innern-, Militair-, Hoheits-, Lehn-, Institut- und Feuer-Societäts-Angelegenheiten, der Gefangenen-Anstalten, Korporations- und Kommunal-, Armen- und Juden-Sachen, ferner der eigentlichen Polizei, so wie der städtischen Angelegenheiten, in ein besonderes Departement, unter der Benennung: „Ministerium des Innern und der Polizei“ zu vereinigen, und dasselbe dem bisherigen Reg. Präsid., Frhrn. v. Brenn, den ich zum Staatsminister ernannt, zu übertragen. Ihrem Ressort werden dagegen verbleiben: die Regulirung der landwirthschaftlich-bäuerlichen Verhältnisse und der Gemeinheits-Aufhebungen, die Handels- u. Gewerbe-Angelegenheiten, die Bauwesen, das Bergwerks-, Hütten- und Salinenwesen, das statistische Bureau, die allgemeine Wittwen-Verpflegungs-Anstalt, so wie die ritterschaftlichen Vereine, und diese sämmtlichen Gegenstände unter der Benennung: „Ministerium des Innern für Handels- und Gewerbe-Angelegenheiten“ in der bisherigen Art ferner Ihnen verwaltet werden.

Der Frhr. v. Brenn wird zc. jenen Bestimmungen gemäß das Weitere in der Theilung der Bureau's und der sonst nothwendig werdenden Detail-Bestimmungen mit Ihnen verabreden und reguliren zc. (A. XIV. 715. — 4. 1.)

Mit Bezug hierauf erging folgende amtliche Bekanntmachung in der Preuß. Staatszeitung und den Regierungs-Amtsblättern.

Des Königs Maj. haben für folgende bisher zum Ressort des Min. des J. gehö-
rigen Gegenstände, als:

die Handels- und Gewerbe-Angelegenheiten,
das Bergwerks-, Hütten- und Salinenwesen und die Regulirung der landwirthschaftlich-bäuerlichen Verhältnisse und der Gemeinheits-Aufhebungen,
die Bildung eines besonderen Ministerial-Departements unter der Benennung:
„Ministerium des Innern für Handels- und Gewerbe-Angelegenheiten“
zu bestimmen geruht, von welchem auch
die Ober-Bau-Deputation,
das statistische Bureau und
die General-Direktion der Allgemeinen Wittwen-Verpflegungs-Anstalt, so wie
die ritterschaftlichen Kreditvereine
ressortiren werden.

Die Leitung dieses Ministerial-Departements verbleibt, der Allerh. Befehl gemäß, dem Herrn Staatsminister v. Schudmann.

Die Verwaltung der anderen, zum bisherigen vereinten Ressort der Min. des J. gehö-
rigen Gegenstände, als namentlich:

der allgemeinen Innern-, Kommunal-, Militair-, Hoheits-, Lehn-, Institut- und Korporations-Angelegenheiten,

ferner:

der eigentlichen Polizei, so wie
der städtischen Angelegenheiten,

soll hingegen unter Benennung:

„Ministerium des Innern und der Polizei“,

ein zweites Ministerial-Departement bilden, zu dessen Leitung Seine Maj. den bisherigen Präsidenten der R. Reg. zu Merseburg, Frhrn. v. Brenn, zu berufen und denselben zum Staatsminister zu ernennen geruht haben. (A. XIV. 717. — 4. 2.)

XI. Die völlige Abtrennung der den Handel und das Fabrikwesen, dem dahin zu rechnenden Theile des Bauwesens betreffenden Angelegenheiten von dem R. Min. des J. und deren Ueberweisung an das R. Finanz-Ministerium, bei welchem dafür eine besondere Abtheilung für den Handel und das Fabrikwesen, unter der Leitung des wirklichen Geh. Ober-

noch tüchtigen, mit dem Elbl-Versorgungsschein versehenen Invaliden geträht. Diejenigen Techniker, welche sich bei der Wege-Verwaltung durch Kenntniß, Rechtlichkeit, Umsicht und Dienstbeflissenheit auszeichnen, sollen auf Empfehlung des Chefs des Erhandlungsinstituts, nach Maßgabe ihrer Qualifikationen, auch zu andern Baubedienungen befördert werden.

§. 4. Ingleichen haben die Wegegeld-Einnehmer, in soweit sie durch ihre Dienst-Instruktion zur polizeilichen Mitaufsicht der Kunststraßen verpflichtet sind, die durch die Wegebau-Beamten an sie gelangenden Bestimmungen des Chefs des Erhandlungsinstituts zu befolgen.

Wahl der zu bauenden Straßen.

§. 5. Bei dem Neubau ist insbesondere auf die baldmöglichste Vollendung derjenigen unserer Bewilligung bereits angefangenen Straßenzüge Rücksicht zu nehmen. Vorzugsweise aber müssen unter den schon im Bau begriffenen Chaussees diejenigen gefördert werden, welche für das kommerzielle und gewerbliche Interesse von Wichtigkeit sind.

§. 6. Anträge und Vorschläge der Provinzial-, Kommunal- und anderer Behörden wegen der fernertweit zu bauenden Kunststraßen, sind an den Chef des Erhandlungsinstituts zu richten, welcher sich nach vorheriger Prüfung, mit den Ministern des Krieges und der Finanzen darüber zu berathen und nach den Resultaten dieser Berathung, den Bauplan des nächsten Jahres zu Unserer unmittelbaren Genehmigung vorzulegen hat. Der Bau solcher neuen Straßen muß jedoch theils von der Vollendung der bereits angefangenen Chaussees, theils von den dazu disponibel zu machenden Geldmitteln abhängig bleiben.

Ausführung der Neubauten.

§. 7. Bei dem Neubau der Chaussees ist mit möglichster Sparsamkeit zu verfahren, und jeder unnütze Kosten-Aufwand zu vermeiden.

§. 8. Es dürfen jedoch die Ersparnisse nicht in schlechter Arbeit gesucht, vielmehr müssen die wesentlichen Theile der Chaussees durchaus tüchtig und dauerhaft hergestellt werden. Besonders muß auf eine angemessene Stärke der Steinbahn, auf einen standhaften Bau der Brücken und Durchlässe und auf die Vermehrung von bedeutenden Steigern gehalten werden.

§. 9. Dagegen ist mit Berücksichtigung der Lokal-Verhältnisse und des vorhandenen Bedarfs die zum Theil überflüssige Verbreiterung des Wegeb., besonders auf den Verbindungstraßen, zu beschränken, das Terrain mit möglichster Vermeidung bedeutender Arbeiten ohne Rücksicht auf strenge Beibehaltung gerader Linien sorgfältig zu wählen, großen Dammschüttungen und bei den Brückenanlagen, welche eine ungünstige Lage haben, auf eine Verlegung und die Ersparung eines theuern Grundbaues Bedacht zu nehmen, bei Errichtung der Einnehmer- und Wärrerhäuser, bei den Meilensteinen, bei Rasen- und Grabenarbeit und bei allen Nebenarbeiten nicht über das dringende Bedürfniß hinauszugehen.

§. 10. Unter diesen Modifikationen ist die von dem Min. des J. für S., C. Bauwesen unterm 6. April d. J. ergangene, zum Druck beförderte Anweisung zum Bau und zur Unterhaltung der Kunststraßen in Anwendung zu setzen.

§. 11. Es muß ferner auf eine wohlfeile Verdinung, sei es des ganzen Baues einzelner Theile desselben, gesehen, und eine Ausführung auf Rechnung oder Lohn nur ausnahmsweise nachgegeben werden.

§. 12. Dabei ist überall die strengste Aufsicht und Kontrolle zu führen. Diejenigen, welche sich Veruntreuungen zu Schulden kommen lassen, oder durch ihre Nachlässigkeit dem Bau Schaden zufügen, müssen sofort entfernt und ohne Schonung der Abfindung überlassen werden, dürfen sich auch auf eine Wiederanstellung keine Hoffnung machen.

§. 13. Eine wesentliche Ersparniß läßt sich weiter vor einer raschen Förderung des Baues und von einer prompten Bezahlung der geschuldeten Leistungen erwarten, dadurch die Aufsichts- und Administrationskosten vermindert und übertriebene Forderungen der Entrepreneurs, Lieferanten, Handwerker und Arbeiter vermieden werden.

§. 14. Auch die bisher sehr ansehnlich gewesene Ausgabe für die Grundbesitz-Entschädigung muß ein Gegenstand besonderer Aufmerksamkeit sein, um die Hilfe der landräthlichen Beamten und Kommunal-Vorstände, schon vor Einleitung des Baues darüber mit den Eigenthümern ein Abkommen getroffen werden. Eine theilweise Verzichtleistung auf Grundentschädigung soll bei der Genehmigung neuer Chaussee-Anlagen oder bei der Wahl der Richtung derselben besonders berück- sichtigt werden.

Unterhaltung der Chaussees.

§. 15. Auf die Unterhaltung der Chaussees, welche bisher noch manches zu wünschen lassen, muß die größte Sorgfalt verwendet werden. Sie erreichen ihren Zweck dann, wenn sie fortwährend in gutem Stande erhalten werden.

§ 16. Bei der Straßen-Unterhaltung treten im Allgemeinen dieselben Grundsätze Sparsamkeit und einer tüchtigen Ausführung ein, welche oben für den Neubau gegeben sind.

Die Straßen müssen zum öftern, besonders im Frühjahr und Herbst, untersucht, und in Vermeidung eines größern Schadens in Zeiten Vorbereitungen zur Verbesserung der vorhandenen kleinen Mängel getroffen, auch die Wegewärter strenge zur Arbeitsamkeit gehalten werden.

Geldmittel.

§ 17. Zum Neubau sind zunächst die für das laufende Jahr dazu auf die zum Staatskasse angewiesenen Gelder zu verwenden. Für das Jahr 1835 und die folgenden Jahre sollen dazu jährlich 500,000 Thlr. auf das Ordinarium dieser Kasse bewilligt und in regelmäßigen Quartals-Raten an das Seehandlungs-Institut abgeführt werden.

§ 18. Es werden dem Chef des Seehandlungs-Instituts zur Unterhaltung der Straßen die erforderlichen Gelder nach dem bisherigen jährlichen Durchschnittssatz zur Verfügung gestellt, und nach der sich ergebenden Vergrößerung der Chaussee-Meilenzahl erhöht.

§ 19. Da indessen nach den Mir vorgelegten Uebersichten diese Geldmittel nicht ausreichen, um den Neubau der angefangenen und die Instandsetzung der schon vorhandenen Chausseern, welche sich zum Theil in einem schlechten Zustande befinden, so rasch zu vollenden, als es der Zweck erfordert, so hat das Seehandlungs-Institut mit Benutzung seiner Macht und seines Credits den Mehrbedarf zu beschaffen. Die Vorschüsse, welche das Institut dadurch leistet, werden demselben aus den zum Neubau und zur Chaussee-Unterhaltung angeworfenen Etatsummen successive ersetzt und bis dahin mit fünf vom Hundert verzinst. Ueber die Zinsen ist dem Finanzminister am Schluß eines jeden Jahres ein jährlicher Extract aus den Seehandlungsbüchern vorzulegen, auf dessen Grund der Betrag zur Zahlung im folgenden Jahre auf das Extraordinarium der General-Staatskasse angewiesen wird. Findet der Finanzminister die fortlaufende Verzinsung der dem Institut vorgeschossenen Gelder nicht angemessen, so steht es ihm frei, solche der Seehandlung aus disponibeln Mitteln zurückzuzahlen.

Chaussee-Bau-Kasse.

§ 20. Zur bessern Uebersicht ist bei dem Seehandlungs-Institut eine besondere Chaussee-Bau-Kasse einzurichten, welche ihre Einnahmen theils aus der General-Staatskasse, theils aus der Haupt-Seehandlungskasse bezieht, und dagegen den Reg.-Hauptkassen sowohl deren Mitwirkung für nöthig erachtet wird, und den Spezial-Baukassen die ihnen erforderlichen Gelder überweist, auch die Ausgaben für die Central-Verwaltung der Chausseern zu bestreiten hat.

Weggeld-Einnahme.

§ 21. Die Bestimmung und Erhebung der Wegegelder verbleibt dem Finanzminister, von welchem auch die Besetzung und Beaufsichtigung der Geld-Einnehmerstellen abhängt. Ueber die Stellen zu den neu zu erbauenden Häusern für die Weggeld-Einnahme hat sich der Chef des Seehandlungs-Instituts demgemäß mit dem Finanzminister zu verständigen.

Central-Bureau.

§ 22. Das für die Central-Verwaltung erforderliche Personal hat der Chef des Seehandlungs-Instituts theils aus von ihm zu wählenden Technikern, theils aus dazu geeigneten Administrationsbeamten zusammenzusetzen, und den Etat zu dessen Bezahlung, wie zu den Central-Ausgaben, Mir zur Genehmigung vorzulegen. Von dieser Central-Verwaltung empfängt die Chaussee-Baukasse ihre Anweisungen.

§ 23. Damit der Chef des Seehandlungs-Instituts im Stande sei, Meine ihm erteilten Vorschriften in ihrem ganzen Umfange und ohne Zeitverlust zu erfüllen, bleibt ihm überlassen, ohne Mitwirkung der Ober-Bau-deputat. oder anderer Behörden, jedoch unter Berücksichtigung der im §. 6 enthaltenen Bestimmung, bloß mit Hilfe seiner Central-Verwaltung und der dabei angestellten Techniker selbstständig den Lauf der Chausseern und Bauweise zu bestimmen, die Anschläge zu erfordern, zu revidiren und festzusetzen, die Ausführung des Baues in eigener Administration oder in Entreprise einzuleiten und zu beaufsichtigen, die dazu erforderlichen Gelder zu bewilligen und anzuweisen, und die Abnahme der gebauten Chausseern bewirken zu lassen. Sollte jedoch in besondern Fällen das Verlangen, eine Super-Revision oder die Festsetzung der Ober-Bau-deputation wünschen, so ist diese Behörde die von ihm direkt an sie gelangenden Anfragen und Arbeiten vorzulegen, welche zu fördern. Desgleichen sind die Bauräthe der Regierungen und, soweit es die öffentlichen Dienstgeschäfte der Land- und Wasserbau-Inspektoren zulassen, auch diese schuldig, ihnen von dem Chef des Seehandlungs-Instituts in Bezug auf die Chausseern erteil-

ten Aufträgen zu genügen, wofür ihnen bei Reisen nur die gewöhnlichen Diäten und Reisekosten bewilligt werden.

Rechnungswesen.

§. 24 Die Rechnungen der Chaussee-Baukasse wird der Chef des Seehandlungsinstituts zur Revision an die Ober-Rechnungskammer befördern lassen, wogegen es ihm freisteht, die Spezial-Baurechnungen zur Abkürzung des Geschäftsganges nach seiner Wahl auch durch einen von ihm ressortirenden, bei dem Bau nicht theilhabenden Rechnungsbeamten prüfen zu lassen, und demnächst die Decharge darüber zu ertheilen.

Staatliche Vorrechte der Chaussee-Verwaltung und der Wegebeamten.

§. 25. Daß einzurichtende Central-Bureau, die davon abhängige Chaussee-Baukasse und die zum Bau in den Provinzen befindlichen Beamten werden alle Vorrechte der staatlichen Stationen und Beamten, folglich auch für ihre mit dem Amtssiegel und mit dem Rubrum: herrschaftliche Chaussee-Bausachen, zu versiehende Korrespondenz, sowie für die Versendung von Geldern mit der Post, nach den darüber bestehenden Vorschriften, die Portofreiheit zu genießen haben.

Sämmtliche Staatsbehörden und Beamte haben, soweit es sie angeht, sich gegenwärtiger Instruktion zu achten.

Gegeben Berlin, den 17. Mai 1834.

(L. S.)

Friedrich Wilhelm.

(N. XVIII. 532. — 2. 150.)

Mit Bezug hierauf bemerkte das C. R. des K. Fin. Min. (Maasbeek) v. 24. Juni 1834, an sämmtl. K. Reg.:

In Folge der Allerh. K. O. v. 28. April d. J., wonach der Bau und die Unterhaltung der schon bestehenden Chausseen, in soweit beides aus Staatsmitteln bestritten worden, dem Chef des Seehandlungsinstituts, wirkl. Geh. Ob.-Finanzrath und Präs. Rother, übertragen worden, hat am 17. Mai d. J. eine Instr. zur künftigen Verwaltung der Kunststraßen die Allerh. Vollziehung erhalten, aus welcher der K. Reg. auszugehen die folgenden Bestimmungen mitgetheilt werden, um danach die Ressort-Verhältnisse zu beachten, und da das Beamten-Personal in Folge der unmittelbaren Mittheilung an Herrn Rother, bereits mit Anweisung versehen sein wird, selbige durch die Amtsblätter zur öffentlichen Kenntniß zu bringen, nämlich §§. 1. 2. 3. 4. 6. 14 und 23. (in der vorhergegangenen Instr. enthaltend).

Zur Nachricht für die K. Reg. selbst wird nachträglich Folgendes bemerkt.

Da die Wegebaubeamten bisher nach der verschiedenen Begrenzung ihrer Geschäfte neben den Staats-Chausseen, bald mit deren Bau und der Unterhaltung der nicht an den Chef des Seehandlungsinstituts übergehenden Departemental-Chausseen, so wie an unchaussirten Staats- und Departemental-Straßen, bald aber selbst mit Landbauten und Gehülfen der Bau-Inpektoren beschäftigt waren; da ferner in einigen wenigen Fällen Bau-Inpektoren die Chausseen in ihren Bezirken mit beaufsichtigen; so wird durch gedachte Instr. v. 17. Mai d. J. in denjenigen dienstlichen Beziehungen dieser verschiedenen Beamten, welche nicht zum Chausseebau und Unterhalt der Seehandlung gehören, nichts geändert. (N. XVIII. 539. — 2. 160.)

XII. Die Verbindung der Verwaltung des Handels-, Fabrik- und Bauwesens mit dem Finanz-Ministerium wurde indeß im Jahr 1833 wieder aufgelöst und für diese Angelegenheiten, zu welchen noch die gesammten Wege- und Chaussee-Bau-Sachen hinzutreten, eine besondere Ober-Behörde gebildet, zu deren Chef der wirkl. Geh. Ob. Finanzrath Rother ernannt wurde. Es bestimmte hierüber zunächst die K. O. v. 12. Jan. 1835. (an das Staats-Ministerium):

1. Die Verwaltung des Handels-, Fabrik- und Bauwesens in dem durch Me. O. v. 24. April d. J. dem Fin. Min. überwiesenen Umfange habe ich dem wirkl. Geh. Ob. Fin. Rath und Präs. der Hauptverw. der Staatsschulden, Rother, unter gleichzeitiger Ernennung zum wirkl. Geh. Rathe, mit dem Prädikate „Exzellenz“ übertragen. Der Wirkungskreis dieser Verwaltung soll sich zur Vereinfachung der Geschäfte und zur Beseitigung der bisherigen Zweifel auf sämmtliche Land- und Heerstraßen, Kreis- und Bezirksstraßen, Aktien-Chausseen, Kommunal-, Vicinal- und Privat-Wege, so wie auf die dahin gehörigen Brückenbauten und darauf einwirkende Vorfluth-Angelegenheiten erstrecken.

Sodann verordnete die in Verfolg dessen ergangene K. O. v. 26. Jan. 1835.

Das Staats-Min. hat die Bestimmungen, die sich nach Urtel des Kaisers an dasselbe 12 d. M. in Beziehung auf die Verwaltung des Min. getroffen haben, in ein neues Verordnungs-Buch zusammenfassen und solches nebst der gegenwärtigen Order durch d. S. zur öffentlichen Kenntniz zu bringen. (O. G. 1835. S. 11.)

Das K. Staats-Min. erließ hierauf die angeordnete Bekanntmachung am 6. Febr. 1835, in welcher es sub Nr. 2. in dieser Beziehung ist:

Für die Verwaltung des Handels-, Fabrik- und Bauwesens, welches durch die am 12. d. M. April 1834 von dem Min. des J. getrennt und theils dem Min. des J. u. d. P., theils dem Min. des J. u. d. B. übertragen worden, haben wir eine besondere Behörde gebildet und zu deren Chef den Wirkl. Geh. Rath v. S. u. S. im Staatsministerium für die Gegenstände dieses Ressorts ernannt, auch zur Vereinfachung der Geschäfte und zur Vereinfachung der Verwaltung des Bauwesens, anzuordnen geruht, daß der Wirkungskreis dieser Verwaltung sich auf sämtliche Land- und Herrschafts-, Kreis- und Bezirksstraßen, auf Aktien- und sonstigen gebauten Eisenbahnen, Kommunal-, Vicinal- und Privatwege, sowie auf dahin gehörigen Brückenbauten und darauf einwirkenden Vorfluth-Angelegenheiten erstreckt. Der Direktor, der im Min. des J. u. d. P. für diese Geschäfte bisher gebildet war, ist in seinem bisherigen Verhältnisse zu derselben, namentlich in der speziellen Leitung des technischen Gewerbe-Justiz-Verhältnisses. (O. G. 1835. S. 11.)

Ein Regulator der Ministerien des Innern für Gewerbe-Angelegenheiten, d. J. u. d. P., und der Verw. des Handels-, Fabrik- und Bauwesens (3. Febr. 1835¹⁾), ordnete, wie im Eingange desselben ausdrücklich bemerkt ist, unter Königl. Genehmigung, die Ressort-Verhältnisse dieser Central-Behörden noch näher. Es heißt darin, soweit es hier von Interesse ist:

I. Von den durch das ehemalige Min. des J. u. d. B. verwalteten Geschäften kommt das Min. des J. für Gew.-Angelegenheiten:

a. 1) die Bau-Polizei, soweit sie nicht schon bisher dem Min. des J. u. d. P. oder der Verwaltung des Handels-, Fabrik- und Bauwesens übertragen ist und wird.

Dem Min. des J. für Gew.-Angelegenheiten sind untergeordnet:

a. 2) die allein für den Deichbau bestimmten Beamten etc.

III. Von den Angelegenheiten des ehemaligen Handels-Min. gehen an die Verw. des Handels-, Fabrik- und Bauwesens über:

a. 1) sämtliche Land- und Herrschafts-, Kreis- und Bezirksstraßen, Aktien-Eisenbahnen, Kommunal- und Vicinal- und Privat-Wege, sowie auch die dahin gehörigen Brückenbauten und darauf einwirkenden Vorfluth-Angelegenheiten; Anlagen von Eisenbahnen, Kanälen etc. sich auf solche Anlagen beziehende Polizei und die davon zu erhebenden Abgaben; 2) die technischen Bildungsanstalten für Bau-Beamte und Gewerbetreibende, die Qualifikation der Bau-Beamten etc. sowie aller Gewerbetreibenden, für welche eine Staats-Prüfung angeordnet ist, soweit die Prüfung nicht in das Ressort der landwirthschaftlichen Verwaltung fällt, oder dieselbe im Folgenden dem gemeinschaftlichen Ressort vorbehalten ist; 3) alle nach den bisherigen Gewerbe- und Bau-Gesetzen aus Staatsmitteln zu bewilligten öffentlichen und Privatbauten, welche aus Staatsmitteln bestritten werden, mithin die Verwendung der Fonds zum Bau und zur Unterhaltung der Bezirksstraßen, der Land- und Herrschafts-, der Wasserwerke und Leinpfade, der Kollegienhäuser, zu Vermessungen etc. etc. u. s. w.

Der Verwaltung des Handels-, Fabrik- und Bauwesens sind untergeordnet:

a. 3) die Bildungsanstalten für Beamte und Gewerbetreibende; etc.

IV. Zum gemeinschaftlichen Ressort des Min. des J. für Gewerbe-Angelegenheiten und der Verw. des Handels etc. gehören:

1) a. die Anlage von Fabrikanlagen, Straßen und Flußbrücken; die Qualifikation der unter Staatsprüfung unterworfenen Handwerker etc.;

2) die Gewerbe-Polizei-Gesetzgebung und alle allgemeinen Anordnungen über baupolizeiliche oder gewerbepolizeiliche Gegenstände, in sofern sie auf das Ressort der Verwaltung des Handels-, Fabrik- und Bauwesens von Einfluß sind; jedoch rücksichtlich der baupolizeilichen Anordnungen unter Konfurrenz des Min. des J. u. d. P.;

¹⁾ v. R. Jahrb. Bd. 46. S. 237., Gräffs Sammlung x. Bd. 8. S. 400.

3) Ufer- und Deichbauten, welche auf das Schifffahrts-Interesse auf öffentlichen Flüssen von Einfluß sind.

Dem gedachten Ministerium und der Verwaltung für Handel, Fabriken- und wesen gemeinschaftlich untergeordnet sind:

1) die Ober-Bau-Deputation;

2) die Regierungs-Bauräthe;

3) die Bau-Kommission zu Berlin, wobei das Ministerium für Gewerbe in dessen Ressort gehörenden Angelegenheiten konkurriert etc.

XIII. Auch bei dieser Einrichtung hatte es nicht das Betwenben. (die R. D. v. 4. April 1837¹⁾), wurde der Staats-Min. Rother von der Leitung der Verwaltung für Handel, Fabrikation und Bauwesen ingleichen für Chausseebauwesen, wieder entbunden, und beide Verwaltungen wurden nur anderweitig dem Finanz-Ministerium unter Leitung des Staats-Fin. Min. Gr. von Alvensleben, zugewiesen, wobei zugleich bestimmt wurde, daß sie in diesem Ministerium besondere Abtheilungen bilden sollten.

XIV. Demnächst wurde durch die R. D. v. 6. Juni 1837 die Auflösung des bisherigen Ministeriums des Innern für die Gewerbe-Angelegenheiten, und mittelst R. D. v. 13. Dec. 1837 über die Vertheilung diesem Ministerium bisher obgelegenen Geschäfte das Nähere angeordnet²⁾ R. D. v. 11. Jan. 1838³⁾, wies das Staats-Min. an, diese Allerhöchst genehmigte Vertheilung der von dem bisherigen Min. des I. für die Gewerbebearbeiteten Geschäfts-Gegenstände an die anderweitigen Ministerial-Resorts durch die Gesch.-Samml. bekannt zu machen. In der hierauf erlassenen Bekanntmachung des Staats-Min. v. 17. Jan. 1838⁴⁾, heißt es, soweit es von Interesse:

etc. Es gehen von den Gegenständen des aufzulösenden Min. des I. für Gewerbe über:

etc. III. An das Fin. Min.:

etc. 2) die Leitung des gesammten, nicht von speziellen Ressorts, wie z. B. von Militär- und Domainen-Verwaltung abhängigen Bauwesens, ausschließlich der dem Min. des I. verbleibenden Handhabung der Baupolizei im engeren Sinne des Wortes, (solche in Ausführung der Sanitäts-, Feuer sicherheits- und sonst dahin gehörenden Vorschriften besteht;

3) die Eindeichungs- und Deichsocietäts-Angelegenheiten, mit Vorbehalt der Konkurrenz des Min. des I., wenn es dabei auf eigentliche Landesmellorationen, oder Allgemeinen auf die Wahrnehmung ständischer und korporativer Interessen ankommt.

etc. V. Die Gewerbe-Polizei. In soweit dabei der Geschäftskreis des Min. des I. berührt wird, insbesondere aber bei Konzessionen und solchen gewerblichen Anlagen, die mit Rücksicht auf Lage und Beschaffenheit der Betriebsstätten einer besonderen Genehmigung bedürfen, wird künftig gemeinschaftlich von dem Min. d. I. u. d. F. und dem Min. verwaltet. Wegen der dabei überwiegenden polizeilichen Rücksichten respektive jedoch von dem Min. d. I. ausschließlich:

a) die Konzessionen zum Betriebe derjenigen Gewerbe, bei deren Unternehmer besondere persönliche Zuverlässigkeit in sittlicher Hinsicht zur Bedingung gemacht ist;

wogegen die Aufrechterhaltung aller sonstigen gewerbepolizeilichen Vorschriften, die Leitung der gewerblich-technischen Lehranstalten und Vereine, die Prüfung der Erfindungen und Handwerker u. s. w. dem Min. d. Fin. zuständig ist etc.

XV. Die R. D. v. 27. März 1848 (Min. Bl. d. I. B. 1848 S. 80) setzte das R. Staats-Min. von der Absicht des Königs in Kenntniß, ein eigenes Ministerium für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten zu errichten und beauftragte das Staats-Min., die erforderlichen Vorschläge wegen der

¹⁾ M. G. 1837. S. 49.

²⁾ Das G. R. der R. Min. des I. u. d. F. (v. Rochow) u. d. Fin. (v. Alvensleben) v. 21. Dec. 1837. (M. XXI. 869. — 4. 1.) bringt dies zur Kenntniß.

³⁾ M. G. 1838. S. 10.

⁴⁾ M. G. 1838. S. 11.

bedingten Ressortveränderungen bei den bestehenden Centralbehörden zu

Auf den in Folge dessen erstatteten Bericht des R. Staats-Min. erging dem-
selben Allerh. Erlaß v. 17. April 1848, betr. die Bildung des Min. f. H.,
u. öffentl. Arb., und die Feststellung des Ressorts desselben und des Ressorts
des Min.

Auf den Antrag des Staats-Min. bestimme Ich hierdurch was folgt:

I. Auf das nach Wiener D. v. 27. v. M. nunmehr zu bildende Min. für Handel,
Gewerbe und öffentliche Arbeiten, welches vorzugsweise auch den arbeitenden und gewer-
blichen Klassen der städtischen wie der ländlichen Bevölkerung seine Fürsorge zu
wenden hat, gehen über:

- 1) Dem dem Ressort des Fin. Min.: sämtliche Geschäfte der Abth. für Handel, Ge-
werbe und Bauwesen und der Abth. für Berg-, Hütten- und Salinenwesen;
- 2) Dem dem Ressort des Min. d. I.: die Gewerbe- und Baupolizei, soweit dieselbe
dem Min. gegenwärtig zusteht, und die gesammte landwirthschaftliche Polizei,
insbesondere die obere Leitung der Regustrungen der gutsherrlich-bäuerlichen Ver-
hältnisse, der Gemeinheitstheilungen, der Ablösungen gutsherrlicher und anderer
Realitäten, der Vorstuh- und Fudverel-Polizeisachen, aller Anstalten zur Ver-
besserung der Landwirthschaft, einschließl. der Konkurrenz bei dem unter der Leitung
des Ober-Staatsraths stehenden Gewerwesen und der landwirthschaftlich-technischen
Anstalten;

3) das Finanzdepartement;

- 4) die Geschäfte des Handelsamts, welches Ich dem Min. für Handel, Gewerbe und
öffentliche Arbeiten einverleibe, während die nach der W. v. 7. Juni 1844 (M. S.
S. 144) dem Handelsrathe zugewiesene Wirkamkeit auf das Staats-Min. über-
gehen soll. Die Leitung des neu gebildeten Min. für H., G. und öffentl. Arb. will
Ich einstweilen dem Wirt. Geh. Legationsrathe, Dr. v. Patom, anvertrauen¹⁾.

II. Um das Ressort des Fin. Min. auf eine seinem Zwecke entsprechende Weise
herstellen, will Ich:

- 1) Die früher damit verbunden gewesene, gegenwärtig aber von einer besonderen Abth.
des Min. Meines Hauses geführte Verwaltung der Domänen und Forsten dem
Fin. Min. wieder übertragen, und
- 2) denselben das Erchandlungsinstitut unterordnen.

Ich beauftrage das Staats-Min., diese Anordnungen, welche durch die G. S. bekannt
werden und, sofort zur Ausführung zu bringen.

(M. S. 1848 S. 109. Min. Bl. 1848 S. 89 Nr. 95.)

VI. An die hiernach eingetretenen Ressort-Veränderungen schloß sich dem-
selben eine Abänderung in Betreff der bisher bestandenen Behörden für
die Verwaltung des Bauwesens.

Die technische Ober-Bau-Deputation²⁾ wurde aufgelöst und

¹⁾ Durch amtliche Bekanntmachung v. 8. Dec. 1848 (Min. Bl. 1848 S. 364
Nr. 449) ist zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß der Handelsgerichts-Präsident
L. v. Heydt zum Minister für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeit-
en, und der Wirt. Geh. Ob. Fin. Rath v. Pommer-Esche zum Unter-
Staats-Sekretär bei diesem Min. ernannt worden. — Die amtliche Bekannt-
machung v. 24. Jan. 1850 (Min. Bl. 1850 S. 14 Nr. 19) veröffentlicht, daß der
Wirt. Geh. Ob. Fin. Rath Desterreich zum Direktor der Abth. für Handel und
Gewerbe, und der Wirt. Geh. Ob. Fin. Rath Mettin zum Direktor der Abth. für das
Bauwesen und die Eisenbahn-Angelegenheiten in diesem Min. ernannt
worden.

²⁾ Die technische Ober-Bau-Deputation wurde durch die (nicht veröffent-
lichte) R. D. v. 6. Mai 1770 unter der Benennung: „Ober-Bau-Departement des
General-Direktoriums“ gestiftet und mit einer besondern Instruction versehen.
Durch die R. v. 18. Dec. 1804, betr. die veränderte Verfassung der obersten Staats-
behörden der Monarchie in Beziehung auf die innere Landes- und Finanz-Ver-
waltung (Mab. Bd. 9 S. 388) erhielt dieselbe eine andere Stellung. Diese B. be-
stimmte im §. 8 unter Nr. 2, daß die technische Bau-Deputation und das
Höfbaumeisteramt, welches letztere der Kontrolle der ersteren unterworfen wurde, der Sel-
bigen der Gewerbe-Polizei im Min. des I. untergeordnet sein, daß beide Behörden
aber eine neue Einrichtung erhalten sollten. Die technische Bau-Deputation sollte
jedoch die Examinations-Behörde für Baukünstler und Feldmesser bleiben. In

der Abtheilung für das Bauwesen im Min. für H., G. u. öffentl. Arb. eintritt; dagegen wurde anderweitig eine technische Bau-Deputation errichtet, deren Bestimmung vorzugsweise die einer künstlerischen und wissenschaftlich-baulich-technischen und einer Behörde für die Prüfungen der Bauführer und Baumeister ist.

Hierüber ist der Allerh. Erlaß v. 14. Jan. 1850, betr. die neue Organisation der oberen Verwaltung des Bauwesens, nebst zugehöriger Verordnung v. 22. Dec. 1849, ergangen.

Auf den Antrag des Staats-Min. (Anl. a.) habe Ich beschlossen, eine neue Organisation der oberen Verwaltung des Bauwesens eintreten zu lassen, um für die obersten Staats-Baubeamten eine lebendigere Theilnahme an der Leitung und Entwicklung Bauangelegenheiten herbeizuführen und den Geschäftsgang abzukürzen. Ich genehmige daher die anliegende, von dem Staats-Min. unterm 22. Dec. 1849 vorgelegte Verordnung über die obere Verwaltung des Bauwesens, indem Ich insbesondere zu der Auflösung der Ober-Bau-Deputation Meine Zustimmung ertheile und die gegenwärtigen Mitglieder

Folge dessen erhielt die Ober-Bau-Deputation unterm 26. Sept. 1809 eine ähnliche Instruktion, wonach sie keine administrirende, sondern bloß eine konsultative zur Kontrolle und Revision der öffentlichen Baue angeordnete Behörde sein sollte, deren Gutachten über Gegenstände der allgemeinen Bau-Polizei, über die unter der Administration des Staates stehenden Baue, über Vermessungen aller Art, welche unter öffentlicher Autorität vorgenommen werden und die Maße und Gewichte zu erfordern*). Sie verrichtete ihre Revisionen in allen Beziehungen, deren der vorliegende Bau-Gegenstand fähig ist, und war zugleich die Prüfungs-Behörde für alle Bau-Beamte und Feldmesser**).

Die V. v. 27. Okt. 1810 über die veränderte Verfassung aller obersten Staats-Behörden bemerkte in Betreff der Ober-Bau-Deputation:

- Unmittelbar unter dem Gewerbe-Depart. des K. Min. des J. steht die techn. Ob. Bau-Dep., welche zugleich Prüfungs-Behörde für Baukünstler und Feldmesser ist, und auch von anderen Ministerien Aufträge annehmen muß.
- Die Bauten bei Unsern Schlössern und Palais in und bei Berlin, Potsdam u. c. gehören zum Hofmarschall-Amt, unter dessen alleinigen Befehl die Schloss-Kommission steht; jedoch hat die techn. Ob. Bau-Dep. bei solchen Bauten die Wichtigkeit die Verbindlichkeit zur Superrevision. (G. S. 1810. S. 13 Nr. 10).

Das Allerh. genehmigte Regul. v. 25. Febr. 1835 (v. K. Jahrb. Bd. 10. S. 237), welches die Ressortverhältnisse des Min. d. J. für Gew.-Ang., des Min. d. J. u. d. B., und der Verm. der Hand., Fabr.- u. Baumw. speziell ordnete, ordnete die Ob. Bau-Dep. gemeinschaftlich dem Min. des J. für Gew.-Ang. u. der Verm. d. Hand., Fabr. u. Baumwesens. Mit der durch die R. D. v. 4. März 1837 (G. S. 1837 S. 40) erfolgten Vereinigung der Verm. d. Hand., Fabr. u. Baumw. mit dem Fin. Min., und der durch die R. D. v. 6. Juni u. 13. Dec. 1837 und 11. Jan. 1838 (G. S. 1838 S. 10) verordneten Auflösung des Min. für Gew.-Ang., ging die Leitung des gesammten, nicht von speziellen Ressorts abhängigen, Bauwesens, ausschließlich der dem Min. des J. verbleibenden Bau-Polizei, an das Finanz-Min. über, welchem auch die Ober-Bau-Deputation untergeordnet wurde.

*) Bezüglich der Einwirkung der Ob. Bau-Dep. auf das Maß- und Gewicht bestimmt die Maß- und Gewicht-Ordn. v. 10. Mai 1816 im §. 2 (G. S. 1816 S. 142), daß ein Duplikat der Probemaße und Gewichte der Ober-Bau-Dep. zur Verwahrung zu übergeben, welche in gleicher Art, wie die mathematischen der Akademie der Wissenschaften und das Kammergericht, bei welchen gleichfalls Exemplare zu deponiren, verpflichtet sein soll, so oft sie es nöthig findet, wenigstens aber alle zehn Jahre sich der fortbauenden Uebereinstimmung ihres Exemplars mit den Originalen durch sachverständige Vergleichung und nöthigenfalls Berichtigung, zu versichern, und die darüber aufgenommenen Protokolle durch Abdruck in den Amtsblättern jeder Regierung bekannt zu machen. (Vergl. §. 5 des Gesch.-Regl. der techn. Bau-Dep. v. 28. Febr. 1850. S. unten.)

**) Das Ges. v. 7. Sept. 1811 über die polizeilichen Verhältnisse der Gewerbe bestimmt im §. 96, daß zur Legitimation der Architekten ein Prüfungssattest der technischen Ober-Bau-Deputation erforderlich sei, und im §. 118, daß die Anstellung der Feldmesser und Nivelirer nur nach vorgängiger Prüfung der technischen Ober-Bau-Deputation erfolgen könne. (G. S. 1811 S. 273 u. 274.)

Bestimmung d. Besetzung. Ab. d. Behörden des Bau- und Bauwesens

r-Bestimmung ihres bisherigen Gehalts, hierdurch zu Ministerial-Bauräthen gegen Ausführung dieses Erlasses, welcher nebst der S. d. 22. Dec. 1849 und die S. S. bekannt zu machen ist, hat das Staats-Min. das Weitere zu Charlottenburg, den 14. Januar 1850.

Friedrich Wilhelm.

Brandenburg. v. Ladenberg. v. Mantensfel. v. Strotha.
v. d. Heydt. v. Rabe. Simon. v. Schleinitz.
Ministerium.

Anl. a.

erfahrung hat gezeigt, daß die Ober-Bau-Deputation, wie solche derzeit organi-
r-Bestimmung nicht vollständig entspricht, vornämlich, weil die Mitglieder der
der Allerhöchst festgestellten Geschäfts-Instruktion v. 26. Sept. 1800, fast aus-
auf die Revision der Kosten-Anschläge und die Prüfung der Baumeister beschränkt
an von der Eintheilung der Bauwerke, von der Ausführung der Bau-
t und von der Beforgung der Geschäfte der Baubeamten amtlich keine ansehn-
liche erhalten und somit dem praktischen Wirken entfremdet werden. Die
Deputation genießt deshalb im Lande auch nicht das Vertrauen in dem Um-
zu einem recht gedeihlichen Erfolge in diesem sehr wichtigen Verwaltungszweige
zu ist. Um diese Uebelstände zu beseitigen und um die obersten Staats-Bau-
zu einer lebendigeren Theilnahme an der Verwaltung und Entwicklung des
zu führen, scheint es rathlich, die Ober-Bau-Deputation ganz aufzulösen, die
gesamte Verwaltung des Staats-Bauwesens der Bau-Abtheilung
Ministeriums für Handel u. zu überwiesen, die jetzigen Mitglieder der Ober-
amt zu Ministerial-Bauräthen zu ernennen und solche theils der eben gedach-
Abtheilung, theils anderen Ministerien, soweit bei solchen, nach noch näher zu
über Berathung, besondere Ministerial-Bauräthe für erforderlich zu erachten
werden. Wir behalten uns ehrsüchtig vor, Ew. Königl. Maj. hierüber noch
Anschläge unterthänigst zu machen. Von der Bau-Abtheilung im Min. für Han-
deln demnach unter der Leitung des Min. für Handel das Baubedarf
und die Aufstellung der Stats für das Staatsbauwesen bewirkt, sowie sämtliche
Ank und Kostenanschläge für die bedeutenderen Staatsbauten; zunächst ganz in
den, wie solche nach den bestehenden Bestimmungen bisher von der Ober-Bau-
am zu prüfen waren, revidirt und in allen Beziehungen festgestellt, sowie auch die
führungen selbst überwacht werden.

den dieser, das gesammte Staats-Bauwesen verwaltenden Ministerial-
Abtheilung bleibt aber auch noch eine technische Bau-Deputation erforder-
lich das gesammte Baufach in künstlerischer und wissenschaftlicher Beziehung wür-
kelt die großen oder in Beziehung auf Kunst oder deren Geschichte interessanten
in Bauunternehmungen in baulich-technischer Hinsicht zu beurtheilen, sowie die
die allgemeiner Grundsätze im öffentlichen Bauwesen zu berathen, neue Erfah-
den Vorschläge in künstlerischer, wissenschaftlicher und baulich-technischer Bezie-
r die Gegenstände, welche ihr sonst von den Verwaltungschefs zu diesem Behufe
zu beauftragen, für weitere Ausbildung des Bauwesens zu sorgen, sowie die
in Prüfungen der künftigen Baumeister zu bewirken hat, und dabel das Kura-
r-Bau-Akademie bildet.

r sämtlichen Ministerial-Bauräthe würden Mitglieder der technischen Bau-
am sein. Außerdem würde aber auch jeder andere Baumeister im preussischen
eider wegen besonderer Auszeichnung in künstlerischer oder wissenschaftlicher
sich zum Mitgliede der technischen Bau-Deputat. eignet, zu diesem Ehrenamte,
an eine besondere Gehaltsbeziehung nicht verbunden sein soll, Ew. K. Majestät
Minister für Handel u. in Vorschlag gebracht werden können.

nach gestatten wir uns, den Entwurf einer Verordnung über die obere Verwal-
Bauwesens, sowie eines dieselben genehmigenden Allerhöchsten Erlasses mit dem
auf huldreiche Vollziehung des letzteren ehrsüchtigst vorzulegen.

den, den 22. Dec. 1849.

Das Staats-Ministerium.

Brandenburg. v. Ladenberg. v. Mantensfel. v. Strotha.
v. d. Heydt. v. Rabe. Simon. v. Schleinitz.
Königl. Majestät.

Anl. b.

ordnung über die obere Verwaltung des Bauwesens, vom 22. Dec. 1849

. Die Ober-Bau-Deputation wird aufgelöst.

. Die bisher von der Ober-Bau-Deputation wahrgenommenen Geschäfte gehen,
t im S. S. ein Anderes bestimmt ist, auf die Abtheilung für das Bau-
Min. für H., G. und öffentl. Arb. über, in welche die gegenwärtigen Mitglic-

der der Ob. Bau-Dep. nach Maßgabe der nach §. 5 zu treffenden näheren Bestimmung Min. Rauräthe eintreten.

Zu den unter Theilnahme der Ministerial-Bauräthe zu bearbeitenden Angelegenheiten gehören namentlich:

- a) die Personalien der Bau-Verwaltung und die Ueberwachung der Geschäftsführung der Baubeamten,
- b) die Berathung des Bau-Bedürfnisses und die Aufstellung des Bau-Etats für Staats-Bauten,
- c) die Prüfung und Feststellung der betreffenden Bau-Entwürfe und Kostenanschläge,
- d) die oberste Leitung und Ueberwachung der Ausführung dieser Bauten,
- e) die Vermessungs-Angelegenheiten, soweit solche zum Ressort des Ministeriums Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten gehören,
- f) die Bau-Polizei-Angelegenheiten.

§. 3. Die Geschäfte werden unter die Mitglieder der Bau-Abtheilung (§. 2) vertheilt, daß die Ministerial-Bauräthe auch an der Verwaltung und an der Berathung des Bau-Bedürfnisses Theil nehmen.

Die Prüfung und Feststellung der Bau-Entwürfe und Kosten-Anschläge erfolgt durch die einzelnen Ministerial-Bauräthe unter ihrer persönlichen Verantwortung in der Bau-Abtheilung, wobei die revidirenden Räthe auch dafür verantwortlich bleiben, die Entwürfe von den Baubeamten gehörig bearbeitet und von den Regierungsräthen gründlich vorrevidirt werden. Behufs der oberen Leitung und Ueberwachung der Ausführung der Bauten durch die Ministerial-Bauräthe, werden dieselben mit den erforderlichen Dienstreisen beauftragt werden und dadurch zugleich Gelegenheit erhalten, in den Erfahrungen fortzugehen, sowie das dienstliche Verhalten der Regierungsräthe und der übrigen Baubeamten näher kennen zu lernen, so daß sie im Stande sind, deren Qualifikation bei vorkommenden Stellen-Besetzungen gründlich zu urtheilen.

§. 4. Die bei einigen Ministerien für die Bau-Angelegenheiten angestellten technischen Räthe und Bau-Revisoren verbleiben in ihren Funktionen. Ob noch bei anderen Ministerien dergleichen Ministerial-Bauräthe zu bestellen, bleibt weiterer Bestimmung vorbehalten. Die Vorschläge zur Ernennung solcher Ministerial-Bauräthe erfolgen stets unter Theilnahme des Min. für H., G. und öffentl. Arb. Von denjenigen Ministerien, bei denen besondere Ministerial-Bauräthe nicht fungiren, sind die Gutachten über Baupläne, sowie die Prüfung und Feststellung der Entwürfe und Kosten-Anschläge, so wie solche nach den bestehenden Vorschriften bisher der Superrevision der Ob. Bau-Dep. bedurften, bei dem Min. für H., G. und öffentl. Arb. einzuholen, bei welchem diese Gutachten durch die betr. Ministerial-Bauräthe zu bewirken sind.

§. 5. Welche von den gegenwärtigen Mitgliedern der Ober-Bau-Dep. der Bau-Abtheilung des Min. für H., G. u. öffentl. Arb., und welche etwa anderen Ministerien (§. 4) zuzuwenden, bleibt weiterer Bestimmung vorbehalten.

§. 6. Außer der Bau-Abtheilung im Min. f. H., G. und öffentl. Arb., wird eine technische Bau-Deputation errichtet, welche dazu bestimmt ist, das gesammte Bauwesen in künstlerischer und wissenschaftlicher Beziehung würdig zu repräsentiren, große Bau-Unternehmungen in baulich-technischer Hinsicht zu beurtheilen, die Anwendungen der Grundsätze im öffentlichen Bauwesen zu berathen, neue Erfahrungen und Vorschläge in künstlerischer, wissenschaftlicher und baulich-technischer Beziehung zu begutachten, für die Ausbildung des Bauwesens Sorge zu tragen, die sämmtlichen Prüfungen der Bauleute und Baumeister zu bewirken, und das Kuratorium der Bau-Akademie zu bilden.

Die zu begutachtenden Gegenstände werden der technischen Bau-Deput. durch das Min. für H., G. u. öffentl. Arb. zugewiesen, durch dessen Vermittelung auch die bei den übrigen Ministerien gewünschten Gutachten der Deputation über bauliche Angelegenheiten einzuholen sind. Außerdem ist jeder Ministerial-Baurath eben so befugt als verpflichtet, diejenigen Bau-Entwürfe, welche ihm zur Super-Revision zukommen und nach seinem pflichtmäßigen Ermessen von Interesse für die technische Bau-Deputation erscheinen, deren Kenntniß und Besprechung zu bringen.

Die Revision von Kosten-Anschlägen bleibt von den Funktionen der technischen Bau-Deputation gänzlich ausgeschlossen.

§. 7. Sämmtliche Ministerial-Bauräthe sind durch ihre Ernennung zugleich Mitglieder der technischen Bau-Deputation. Außerdem bleibt dem Min. für H., G. und öffentl. A. vorbehalten, solche dem preussischen Staate angehörige Baumeister, welche in künstlerischer oder wissenschaftlicher Beziehung besonders auszeichnen, zu Mitgliedern der technischen Bau-Deputation Allerhöchstens in Vorschlag zu bringen.

Ein Gehalt ist mit dem Ehrenamte eines Mitgliedes der technischen Bau-Deputation nicht verbunden.

§. 8. Die technische Bau-Deputation versammelt sich regelmäßig wöchentlich einmal; der Vorsitzende kann jedoch die Mitglieder außerdem bei dringenden Veranlassungen

herberufen. Alle in Berlin anwesenden Mitglieder sind jedoch, an den Versammlungen, so wie an den Prüfungen der Bauführer und Bau-Inspektoren, Theil zu nehmen. Außerhalb Berlin wohnhafte Mitglieder können, wenn es erforderlich ist, zu einzelnen Berathungen und Prüfungen elaberufen werden.

§ 9. Die technische Bau-Deput. ist dem Min. für H., G. und öffentl. A. unterstellt und hat an denselben jährlich einen Geschäftsbericht über ihre gesammte Thätigkeit, wozu auch über die von ihr abgehaltenen Prüfungen, zu erstatten. Ihre Berichterstattung wird durch ein von dem Min. für H., G. und öffentl. A. zu erlassendes Geschäftsreglement näher festgelegt.

Berlin, den 22. Dec. 1849.

Das Staats-Ministerium.

Max v. Brandenburg. v. Labenberg. d. Manteuffel. d. Strotha.
v. d. Heydt. v. Hake. Simon. v. Schleinitz.

(G. S. 1850 S. 13, M. Bl. d. L. B. 1850 S. 14, Nr. 20.)

Im Bezug auf die vorstehende B. ist nachstehende Bekanntmach. des R. für H., G. u. öffentl. Arb. (v. d. Heydt) v. 22. Jan. 1850 ergangen:

Im Bezug auf den Allerh. Erlaß v. 14. Jan. 1850, betr. die neue Organisation der Verwaltung des Bauwesens und die zugehörige B. v. 22. Dec. 1849, bringe ich hierdurch zur öffentlichen Kenntniss, daß die darin angeordnete Auflösung der R. Ober-Bau-Deput. und der Uebergang der Geschäfte der letzteren auf die Abtheilung für Bauwesen im Min. für H., G. u. öffentl. Arb. am 1. März d. J. stattgefunden und an diesem Tage auch die zu errichtende technische Bau-Deputation in Wirksamkeit ist. Bis dahin über die R. Ober-Bau-Deput. ihre Geschäfte in bisheriger Weise fortzusetzen, namentlich auch die Prüfungen der Kandidaten des Bauwesens bewirken wird.

(Min. Bl. d. L. B. 1850 S. 16, Nr. 21.)

XVII. Auch die Verfassung der Provinzial-Beörden wurde nach Beendigung der letzten Kriege anderweitig organisiert.

Zunächst erging die B. v. 30. April 1815 wegen verbesserter Einrichtung der Provinzial-Beörden. (G. S. 1815. S. 85) Sie bestimmte:

daß ein Ober-Präsident die Verwaltung derjenigen allgemeinen Landesangelegenheiten führen solle, welche zweckmäßiger einer Behörde anvertraut werden, deren Wirksamkeit nicht auf einen einzelnen Regierungsbezirk eingeschränkt ist. In jedem Regierungsbezirk sollte eine Regierung für die Landespolizei- und für die Finanz-Angelegenheiten bestehen. Jede Regierung sollte in zwei Haupt-Abtheilungen zerfallen, deren zweite das Bauwesen, sowohl in Rücksicht auf Land-, als Wasserbau, verwalten sollte (§. 26). Zu ihren Organen sollten die Baubehörden gehören (§. 40).

Die Geschäfts-Instruktion für die Regierungen v. 23. Okt. 1817. (G. S. 1817. S. 249.) modifizierte diese Einrichtungen. Es wurden:

a) der ersten Abtheilung der Regierungen die eigentliche Bau-Polizei des Bauwesens, in soweit es bei den Gegenständen vom Ressort der ersten Abtheilung vorkommt (§. 2) und

b) der zweiten Abtheilung die Verwaltung der Anstalten zur Bildung der Arbeiter und Künstler, die öffentliche Kommunikation, Land- und Wasserbau, Chaussee-Anlagen, Strom-, Deich- und Brückenbauten, Hafenbauten, das gesammte Bauwesen des Ressorts dieser Abtheilung, überwiesen. (§. 3)¹⁾

In Betreff der Ressort-Verhältnisse der Reg.-Abtheilungen in Deichbau-Sachen, bestimmte das R. der R. Min. des H. u. d. G. (v. Bülow) und des J. (v. Schudmann) v. 25. April 1822. an die R. Reg. zu Minden:

• Wenn gleich die Einteilung aller solcher Deichbauten, die bloß um das Interesse der angrenzenden Grundbesitzer und Kommunen willen unternommen werden sollen, also die Frage ob? und die Frage wie die Kosten aufzubringen? allerdings der ersten Abtheil. des Reg.-Kollegiums gebührt; so muß doch jeder Deichbau an einem öffentlichen und von der Schifffahrt benutzten Strome, also auch derjenige, welcher nach dem vorliegenden Ver. zum Schutze der Feldflur der Kommunen von R. R. und R. R. gegen die Ueberschwemmungen der Weser bei hohem Wasserstande projektiert worden ist, gleichwohl von der zweiten Reg.-Abth. geführt werden, weil nach der demaligen Ressort-Einteilung unter beide Abtheil. dieser die Sorge obliegt, daß dem öffentl. Schifffahrts-Interesse kein Nachtheil erwachse.

(M. VI. 420. — 2. 85.)

Die R. D. v. 31. Dec. 1825 (G. S. 1826. S. 5.) modificirte diese richtung abermals. Es soll darnach gestattet sein, statt der bisherigen Betheilung der Geschäfte in zwei Regierungs-Abtheilungen, zumal bei Regierungen von größerem Umfange, mehrere abgesonderte Sectionen zu bilden. Der Abtheilung des Innern werden die bisher von der ersten Reg. Abth. bearbeiteten Geschäfte beigelegt; auch werden ihr die gesammten baupolizeilichen Angelegenheiten zugewiesen. (sub D. II. 1.)

Die gleichzeitig erlassene anderweitige Geschäfts-Instr. für die Regier. v. 31. Dec. 1825 (Ann. Bd. 9. S. 821, v. R. Jahrb. Bd. 27. S. 241.) ertheilt dieser Beziehung (zum Abschn. II. sub B.) speciellere Vorschriften. (s. unten)

In Betreff der Verhältnisse der Provinzial-Steuer-Direktionen bezüglich der Chausseebau-Verwaltung vergl. die R. D. v. 28. Okt. 1825, nebst deren Ergänzungen. (Oben S. 23.)

Zweiter Abschnitt.

Gegenwärtige Organisation der Behörden.

Erstes Kapitel.

Die Central-Behörden¹⁾.

I. Die oberste Leitung des gesammten Bau- und Wege-Wesens sofern dieselbe nicht zugleich von speziellen Ressorts, wie in Betreff der Forst- und Domainen-Bauten, abhängig ist, einschließlich des Chaussee-Bauwesens, ressortirt, wie die in der vorigen Abtheil. gegebene historische Darstellung des Näheren ergiebt, gegenwärtig von dem Ministerium des Handels, Gewerbe und öffentl. Arbeiten. In diesem Ministerium besteht für die Verwaltung dieser Geschäfte eine besondere Abtheilung für Bauwesen und die Eisenbahn-Angelegenheiten, deren Geschäftsbereich sich aus dem §. 2. der (oben S. 34 gegebenen) B. v. 22. Dec. 1849 ergiebt. Es gehört dazu insbesondere auch die gesammte Baupolizei.

Die Eindeichungs- und Deich-Societäts-Angelegenheiten sind durch den Allerh. Erlaß v. 26. Nov. 1849 (G. S. 1850 S. 3.) dem Ministerium der landwirthschaftl. Angelegenheiten überwiesen worden, jedoch mit Vorbehalt der Theilnahme des Min. für H., G. u. öffentl. Arb. in Fällen, in denen auch das Interesse der Schiffahrt- und der Strom-Polizei betheiligt ist, namentlich auch bei Deichanlagen in der Nähe schiffbarer Ströme. Dagegen sind die Deichverbesserungs-Arbeiten zur Sicherstellung der Ost-Eisenbahn und deren Strombau an der Weichsel und Mogat, sowie die Melioration des Nieder-Oberbruch zur Vollendung dieser Anlagen dem Min. für H., G. und öffentl. Arb. vorbehalten.

II. Unabhängig von dem Ministerium ist die Schloß-Bau-Korporation, welcher die Bauten bei den Königl. Schlössern und Palais in u. außer Berlin, Potsdam etc. übertragen sind und welche nur bei Bauten von besonderer Wichtigkeit der Superrevision der technischen Bau-Deputation untergeben sind. Dieselbe bildet die zweite Abtheilung des Königl. Hofmarschall-Amtes und Intendantur der Königl. Schlösser.

III. Dem Ministerium untergeordnet sind:

A. Die an die Stelle der durch die B. v. 22. Dec. 1849, §. 1. (s. oben) aufgelösten Ober-Bau-Deputation getretene, nach §. 9. a. a. O.

¹⁾ Vergl. hierüber auch Thl. VI. Bd. 2. S. 484. ff.

²⁾ B. v. 27. Okt. 1810. (G. S. 1810. S. 3.)

Min. für H., O. u. öffentl. Arb. untergeordnete technische Bau-Deput. (v. 1850).

Im Betreff des Efforts derselben und ihres Geschäftsbereiches ist Folgendes:

Bekanntmach. des R. Min. f. H., O. u. öffentl. Arb. (n. d. Verordn.) v. 22. Jan. 1850 mit dem Geschäft.-Reglement für die R. technische Bau-Deput.

Der R. technischen Bau-Deputation, deren Einrichtung auf Grund der R. Verordn. v. 22. Jan. 1850 (S. 15), nach Maßgabe der Bekanntmach. v. 22. Jan. 1850 (S. 16) mit dem 1. März in Wirksamkeit tritt, ist ein besonderes Geschäftsbereich zugetheilt worden, welches im nachstehenden zur öffentlichen Kenntniss bringt (S. 15).

Reglement für die R. technische Bau-Deputation v. 22. Febr. 1850.

1. Die R. technische Bau-Deputation ist nach §. 1. d. R. v. 22. Dec. 1849 über die Verwaltung des Bauwesens bestimmt, das gesamte Bauwesen in künstlerischer Hinsicht zu repräsentiren, größere öffentliche Bau-Anlagen in künstlerischer Hinsicht zu beurtheilen, die Anwendung allgemeiner Grundsätze des Bauwesens zu beibringen, neue Erfindungen und Vorschläge in der Baukunst, technischer und künstlerischer Art zu begutachten, für weitere Fortbildung des Bauwesens Sorge zu tragen, die sämtlichen Leistungen der Baukörper zu beurtheilen und das Archiv der Bau-Akademie zu bilden.

2. Die zu begutachtenden Gegenstände werden der technischen Bau-Deput. durch das Min. für H., O. u. öffentl. Arb. zugewiesen, durch dessen Vermittlung auch die von den Baukörpern gewünschten Gutachten über bauliche Angelegenheiten eingeholt werden. Außerdem ist jeder Ministerial-Bauamt eben so beauftragt als verpflichtet, diejenigen Gegenstände, welche ihm zur Begutachtung kommen und nach seinem pöblichen Ermessen von Interesse für die technische Bau-Deput. erscheinen, zu deren Kenntniss und Begutachtung zu bringen.

3. Die übrigen Mitglieder der technischen Bau-Deput. sind berechtigt, Gutachten über bauliche Angelegenheiten bei den vöberstehenden Behörden zur Kenntnissnahme und Begutachtung vorzulegen.

Die Bau-Verwaltungs-Angelegenheiten und die Revisionen von Kosten-Anträgen sind von den Funktionen der technischen Bau-Deput. gänzlich ausgeschlossen.

4. Der technischen Bau-Deput. ist die Verwaltung der vereinigten Bibliothek der Bau-Deput. und der Bau-Akademie übertragen. Sie sorgt für den Ankauf von Büchern und Zeitschriften, welche zur Vervollständigung der Bibliothek, so wie zur Kenntniss der Fortschritte in den einzelnen Fächern des Bauwesens dienen, und für die Vertheilung der Bücher über die ihr zu diesem Zwecke überwiesenen Stellen. Die Bibliothek wird dem Ministerium für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten eingereicht.

5. Der technischen Bau-Deput. ist ferner die Aufbewahrung des Kartenarchivs der Bau-Deputation, so wie dessen angemessene Verwahrung, übertragen. Das Inventarium wird der Bibl. für das Bauwesen im Min. für H., O. u. öffentl. Arb. zu bequemer Bezugung eine Abschrift mitgetheilt.

Es so verbunden bei der technischen Bau-Deput. die bei den Feidmesserprüfungen vorkommenden Probestellen.

6. Bei der technischen Bau-Deput. werden auch die der vöberigen Ober-Bau-Deput. überwiesenen Urmasse und Gewichte aufbewahrt, für deren unbeschädigte Erhaltung zu sorgen hat. Im dem Ende ist jährlich eine Revision des Zustandes derselben vorzunehmen; die darüber aufzunehmende Verhandlung wird dem Min. für H., O. u. öffentl. Arb. eingereicht.

7. Es ist die Aufbewahrung der Instrumente für trigonometrische Vermessungen der Bau-Deput. über.

8. Der technischen Bau-Deput. verbleibt die von der vöberigen Ober-Bau-Deput. angelegte Sammlung der Bauzeichnungen und die Sorge für deren angemessene Verwahrung.

9. Weiter werden bei derselben auch die architektonischen Probestellen aufbewahrt.

10. Es ist von der Sammlung von Bausteinen und anderen einzelnen, die technischen Gegenständen. Die Wasserstands-Tabellen werden dagegen zur Bau-Bibl. abgegeben.

11. Die statutenmäßig der vöberigen Ober-Bau-Deput. überwiesene Verwaltung

¹⁾ Vgl. die Bekanntmach. des Min. für H., O. u. öffentl. Arb. v. 22. Jan. 1850. (S. 17.)

der Fonds der Eitelweihnachten-Einkaufe verbleibt dem bisherigen Kurator derselben, welches in der Folge durch die neu hinzutretenden Ministerial-Bauräthe der technischen Bau-Deput. ergänzt wird. Die Anträge wegen Ertheilung der Stipendien werden daher an die technische Bau-Deput. gericht.

§ 8. Die technische Bau-Deput. besteht aus sämmtlichen Ministerial-Bauräthen und den außerdem ernannten Mitgliedern, welcher unter Leitung eines von den Min. f. H., O. u. öffentl. Arb. ernannten Vorsitzenden gemeinschaftlich die ihnen übertragnen Gegenstände zu bearbeiten und die Prüfungen zu übernehmen verpflichtet sind.

§ 9. Der Vorsitzende präsentiert die eingegehenden Sachen und schreibt sie den Referenten zu.

In jeder Woche bleibt der Sonnabend zum Vortragstage bestimmt, sofern etwa besondere Fälle den Vorsitzenden veranlassen, die Mitglieder zu einer ungewöhnlichen Berathung einzuladen.

Die in Berlin wohnenden Mitglieder sind verpflichtet, bei den Sitzungen an Vortragstagen sich einzufinden oder ihr Ausbleiben unter Angabe der Verhinderungsurachen anzuzeigen. Auswärtige Mitglieder sind berechtigt, an den Berathungen Theil zu nehmen.

Die Theilnahme der Mitglieder an den Berathungen wird in einer Liste notirt. Der Vorsitzende leitet den Vortrag, insofern nicht der Min. f. H., O. und öffentl. Arb. in dessen Vertretung der Unter-Staatssekretär oder der Direktor der Bau-Abth. den Vortrag übernehmen.

Am Ende des Jahres stellt der Vorsitzende einen Verwaltungsbereich zusammen, welcher dem Min. f. H. u. O. eingereicht wird.

§ 10. Jede Sache geht durch das Journal an den Referenten und, falls ein Referent bezeichnet ist, an diesen zuerst, welcher seine Meinung schriftlich beifügt und es an den Referenten, der sie weiter bearbeitet, in der Konferenz zum Vortrag bringt. Dann das Gutachten oder den Beschuß aufstellt. Gutachten über größere öffentliche Unternehmungen, oder über die Anwendung allgemeiner Grundsätze im öffentlichen Bauwesen, werden sodann in ihrer vollständigen Fassung bei einer der nächsten Sitzungen dem Vorsitzenden zum Vortrag gebracht und von den anwesenden Mitgliedern, so wie zuletzt von dem Vorsitzenden, unterzeichnet. Die übrigen Konzepte werden, nachdem der Referent gezeichnet, event. dem Korreferenten und dem nächst dem Vorsitzenden zur Revision unterzeichnung vorgelegt. Sollten bei dem Vortrage abweichende Meinungen sich geltend machen, so wird darüber abgestimmt. Bei gleicher Stimmenzahl entscheidet die Stimme des Vorsitzenden. In dem nach Stimmenmehrheit abgefaßten Konzepte ist die abweichende Meinung anzuführen und dasselbe dem betreffenden Mitgliede zur Unterschrift vorzulegen oder dessen Votum originalliter oder in Abschrift der Ausfertigung beizufügen. Die Konzepte werden von dem Vorsitzenden und mindestens noch von einem Mitgliede unterzeichnet. In Betreff der Zeugnisse ist §. 11. das Nähere bestimmt.

Die in der Sitzung verhandelten Gegenstände gehen aus dem Vortrag-Journal hervor. Der Gang der Verhandlungen, so wie die von den einzelnen Mitgliedern eingebrachten Sachen, werden in einem Sitzungsprotokolle summarisch erwähnt, welches dem anwesenden jüngsten Mitgliede geführt und von demselben, so wie von dem Vorsitzenden, unterzeichnet wird.

§ 11. Die Anträge wegen Zulassung zu den Prüfungen werden vom Vorsitzenden einem Mitgliede zugeschrieben, auf dessen Vortrag im Kollegium entschieden wird, ob vorgelegten Nachweise genügen, zu ergänzen oder zurückzuweisen sind. Nach dem Ende des Monats werden die Prüfungstermine angesetzt und die Examinanden, so wie die Examinatoren, davon benachrichtigt.

Bei der Bauhüter-Prüfung werden die Aufgaben für die Klausurarbeit von Mitgliedern des Kollegiums abwechselnd, der Vorschrift vom 1. August d. J. entsprechend, ertheilt.

Bei den mündlichen, nach §. 7. der letztgedachten Vorschrift öffentlich abzuhaltenden Prüfungen führt einer der drei ältesten Mitglieder abwechselnd den Vorsitz, und für je nach werden einige Mitglieder ernannt, theils um abwechselnd zu prüfen, theils sich Verhinderungsfällen zu vertreten. Die Zeugnisse werden im Namen der Königl. technischen Bau-Deput. ausfertigt, mit dem dazu bestimmten Siegel versehen und von dem Vorsitzenden, so wie von den Examinatoren, unterzeichnet.

Ueber die Gegenstände der Prüfungen und über das Verfahren bei denselben bereits in den Bekanntmachungen v. 18. Sept. und 1. Dec. d. J. nähere Bestimmungen getroffen.

§. 12. Die Anmeldungen der Bauhüter zur Baumeister-Prüfung werden in demselben Art, wie bei der Bauhüter-Prüfung, zum Vortrag gebracht. Die Probearbeiten sind von den dazu ernannten Mitgliedern zu ertheilen. Wenn die Ausarbeitung der Aufgaben eingereicht und als genügend anerkannt ist, wird der Termin zur Klausurarbeit

Prüfung so angelegt, daß mehrere Examinanden gleichzeitig daran Theil nehmen. Die Klausurarbeit wird eben so wie in §. 11. ertheilt, und für jede Nichtbestehenden Examinatoren ernannt.

• Privat-Baumeisterprüfungen werden in derselben Art, wie die Staats-ingenieur-, angeordnet. Wenn der Kandidat das Zeugniß über das Bestehen im landwirthschaftlichen Betrieb gefällig vorgeschriebenen Meisterprüfung als Kapitulanten, r. Steinmetz und den Nachweis über dreijährige Studienzzeit nach Ablegung der Prüfung einreicht, wird ihm von dem ernannten Examinatoren eine Aufgäbe ertheilt, nach deren Bearbeitung ihm der Termin zur Prüfung ertheilt, welche mit der achtstägigen Klausurarbeit beginnt.

• nach den transitorischen Bestimmungen der Vorschrift v. 1. August v. J. Prüfung derjenigen, welche die bisher vorgeschriebenen Vorprüfungen bestanden, bearbeiten erhalten haben, werden in der bisherigen Art abgehalten, indem sechs- oder achtstägige oder vierzehntägige Klausurarbeit aufgegeben und der nächsten Prüfung am dem darauf folgenden Vortragstage angelegt wird.

Baumeisterprüfungen werden nach der bestehenden Vorschrift bei den R. Regierungen, so lange nicht anders darüber bestimmt wird. Die Prüfungsverbände an die R. technische Bau-Deput. eingesandt, welche die Zeugnisse unter dem Siegel anstellt.

• Einwirkung der technischen Bau-Deput. als Kuratorium der Bauakademie hauptsächlich auf die etwaige Abänderung organischer Einrichtungen, des Lehrplans, die Anstellung der Lehrer und die Vervollständigung der Bau-Deput. wird über diese Angelegenheiten mit dem Direktorium der Bauakademie Verbindung treten, und sind alle, diese Angelegenheiten betreffenden Beschlüsse an das Min. durch die technische Bau-Deput. mit deren Genehmigung, wonächst die Bescheidung eben so durch die technische Bau-Deput.

Bureauarbeiten der technischen Bau-Deput. werden von einem Expedienten (Bureauvorsteher), einem Registrator und einem Kanzleisekretär besorgt, welche das Journal führt, die Dekrete expedirt, die Unterschriften kontrollirt und die Bureauangelegenheiten beaufsichtigt.

1. 28. Februar 1850.

Minister für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten. v. d. Heydt.

(v. d. H. 1850. S. 34. Nr. 58.)

Finanz-Ministerium ressortirt:

1. Revisor für die im Ressort des Ministeriums vorkommenden Baue.

R. D. v. 6. Mai 1828 ¹⁾ hatte der König Maj. die Anstellung von Revisoren für das Bauwesen des Finanzressorts genehmigt und dem Min. d. Fin. v. Roth, beauftragt, über deren Stellung und Wirkungskreis zu berathen und durch die Anstellung dieser Revisoren sollte, nach der Absicht der Regierung in die Befugnisse der Ober-Bau-Deput. eingegriffen werden, welche die Obliegenheit der Revisoren nur dahin gerichtet sein, das Bauwesen zu vertreten, sich daher an Ort und Stelle von der Nothwendigkeit der Bauarbeiten zu überzeugen, zu erwägen, ob und wie das Bauwesen den Bauplan veranlaßt, auf andere, minder kostspielige Art zu prüfen, wie das Material am besten und billigsten zu beschaffen endlich, ob der nothwendige Kostenaufwand mit dem dadurch zu erreichenden Zwecke im Verhältniß stehe. Der Revisor sollte dabei die Pflichten eines Hausvaters erfüllen. In diesem Sinne berichteten die genannten Revisoren am 22. Nov. 1828 an den König und legten zugleich die Vorinstr. für die Bau-Revisoren vor. Mittels R. D. v. 13. Dec. 1828 wurde diese Grundsätze für den Wirkungskreis der Bau-Revisoren und die Stellung derselben, sowie des Geschäftsganges zwischen dem Fin.

¹⁾ Diese Bestimmungen gründeten sich auf die Alten der R. Min. des J. für Gewerbe, Handel und Bauwesen, betr. die Anstellung der Bau-Revisoren im R. Fin. Min., vom 13. Dec. 1828, Gen. Abth. A. Fach 4. Nr. 65.

Min., den Provinzialbehörden und der Ober-Bau-Deput. genehmiget. Es beschränkte man sich indeß auf Anstellung eines Bau-Revisors, weil angenommen wurde, daß dieser im Stande sei, den Geschäften allein vorzustehen, dadurch an Einheit gewonnen und das Geschäft abgekürzt werde. Die für Bau-Revisor entworfene Instr. ¹⁾ ist mittelst C. K. der K. Min. des I. (v. Schumann) u. d. Fin. (v. Mox) v. 28. März 1829 sämmtlichen K. Reg. mitgeth.

Des Königs Maj. haben zu genehmigen geruhet, daß für die im Ressort des unterm. Min. der Fin. vorkommenden Baue ein besonderer Bau-Revisor angestellt, demselben ein Theil der bisher von der Ob. Bau-Deput. besorgten Geschäfte übertragen werde. Diesem Bau-Revisor ist mit Allerh. Genehmigung die in Abschrift angeschlossene Instr. (Anl. a.) ertheilt, nach welcher die K. Reg. sich zu achten, und die Bau-Beamten mit der nöthigen Anweisung zu versehen hat.

Uebrigens ist die gedachte Bau-Revisorstelle dem bisherigen Reg- und Bau-Eydelwein zu Merseburg verliehen, und derselbe zum Ober-Baurath ernannt worden.
Anl. a.

Instruktion für den Bau-Revisor des K. Finanz-Ministerii.

Nachdem des Königs Maj. die Anstellung eines besonderen Bau-Revisors für das Ressort des Finanz-Ministerii und die Uebertragung eines Theils der bisher von der Ob. Bau-Deput. besorgten Geschäfte, an den oben genannten Beamten zu genehmigen geruhen; so ist zur näheren Bestimmung des diesem Bau-Revisor zufallenden Geschäftskreises nach Maßgabe der desfallsigen, von Sr. Maj. bereits genehmigten Grundgesetze festzusetzen für gut gefunden worden.

§. 1. Von denjenigen Bauten und Reparaturen, welche nach den jetzigen Bestimmungen zur Genehmigung des Fin. Min. und zur Festsetzung der Ober-Bau-Deput. gelangen, kommen die Anschläge und Zeichnungen:

- a) der Wohn- und Wirthschafts-Gebäude auf den Domainen,
- b) der Forstdienst-Gebäude,
- c) der Salz-Magazin-Gebäude,
- d) der Häuser der Zoll-Einnehmer, der Ansage-Posten und der Unter- und Ober-Steuer-Ämter, endlich
- e) sämmtliche Reparatur-Baue im Ressort des Fin. Min., soweit dabei dessen Genehmigung erforderlich ist,

künftig nicht mehr an die Ober-Bau-Deput., sondern sind lediglich der Super-Revisor des Bau-Revisors im Fin. Min., der hier ganz die Stelle der ebengedachten Behörde vertritt, unterworfen.

Nur bei Veränderungen der hin und wieder auf den Domainen befindl. K. Schloß- oder andern Gebäuden und Anlagen, die einen geschichtlichen und architektonischen Werth haben, so wie bei dem Neubau und bei Veränderung derjenigen Wohnhäuser und öffentlichen Gebäude, welche sich in großen Städten befinden, oder die Aufmerksamkeit des Publikums besonders erregen, entscheidet die Ober-Bau-Deput. über deren äußere Form und Verhältnisse, damit sie den Ansprüchen der Aesthetik genügen; weshalb denn auch alle derartigen Pläne, sobald sie hinsichtlich der inneren und wirthschaftlichen Einrichtung und der gewöhnlichen Konstruktion von dem Bau-Revisor geprüft sind, zuvörderst der Ober-Bau-Deput. zur Prüfung der äußern Form und Verhältnisse der Gebäude vorgelegt werden müssen.

§. 2. Alle übrigen Bau-Gegenstände und desfallsigen Projekte und Anschläge, z. B. die Neubau von Backhaus-, Haupt-, Zoll- und Steuer-Amts-Gebäuden, Zoll- und dahin gehörigen Gebäude, Anlagen an Strömen und Flüssen, welche auf die Regulirung und Richtung des Stroms Einfluß haben, so wie überhaupt alle diejenigen Werke, welche in dem vorstehenden §. ad Litt. a. bis e. nicht namhaft gemacht sind, bleiben wie vor der technischen Beurtheilung und Super-Revision der Ober-Bau-Deput. unterworfen, nachdem die Nothwendigkeit des Baues und die Zulänglichkeit der dazu erforderlichen Mittel im Fin. Min. im Allgemeinen anerkannt worden.

§. 3. Die Revision der eingerichteten Bau-Anschläge, Projekte u. hat sich nicht

¹⁾ Diese Instr. steht noch in Gültigkeit und hat keine wesentliche Modifikation erfahren. Zu bemerken ist hier nur, daß die K. O. v. 31. Jan. 1831, auf den Bericht der K. Min. des I. (v. Schumann) und Maaßen, um den Bau-Revisor des Fin. Min. mit der Ober-Bau-Deput. und den allgemeinen Grundsätzen in gehöriger Verbindung zu erhalten und Einseitigkeit zu vermeiden, dem Bau-Revisor Zutritt zu den Sitzungen der Ober-Bau-Deput. ertheilte und ihm die Verpflichtung auferlegte, dort für die Gegenstände zum Vortrag und zur Berathung zu bringen, bei welchen es auf die Anstellung eines Principals ankommt, ohne dadurch in seiner Dienststellung etwas zu ändern.

Einigung und Berücksichtigung der vorerwähnten technischen Staatsangehörigen zu sein, indem ganz besonders auch dahin zu erstreben, ob die Kosten der projectirten mit ihm dabei begünstigten Stufen in einem angemessenen Verhältnisse stehen. In letztem Fall hat der Bau-Referat entweder in schriftlichen Gutachten, oder in den Sitzungen, der betr. General-Verwaltung vorzutragen. Nach concertirter in den letzteren Sachen, wo es auf Beurtheilung der Bau-Verpflichtungen der in- und außer Landes stehender öffentlicher Gebäude, oder auf Befestigung der Gebäude über verglichenen Verbindlichkeiten, und über andere, auf das Bau-Referat bezügliche Gegenstände, ankommt.

4. In den besondern Fällen des Bau-Referats gehört es sich so viel möglich an, die, insbesondere unter Beachtung der betr. Verwaltungs-Verordnungen, und unter der Nothwendigkeit der Lage des Finanz-Referats sowohl an sich als hinsichtlich der Umstände zu überlegen, und zu erörtern, ob und wie das Bedürfnis im Bauwesen vorzuliegen hat, auf andere minder schmerzliche Art befriedigt werden kann. Ferner hat derselbe auch bei diesen Fällen den Referats zu prüfen, wie sowohl die bei Material für den Bau, der Güte unbeschadet, auf dem wohl feinsten Wege zu beschaffen ist, und zu beurtheilen, ob der nothwendige Kostenaufwand im Einklang mit dem Zweck, der dadurch erreicht werden soll, und den vorhandenen Mitteln im Verhältnisse steht, oder die der Kostenaufwand, einer solchen Ausführung zuwendet werden kann.

Bei allen denjenigen Bau- und Reparaturen, zu denen die Reg. und Justiz schon früher noch Rücksicht der Reg. Just. v. 23. Okt. 1817 S. 21. Nr. 2. (Königl. Anordn. v. 31. Dec. 1833 Litt. D. Bau-Referats (S. 12.) ohne Rücksicht vorzusetzen konnten, verbleibt es bei dem bisherigen Verfahren, und es ist hienächst lediglich die Reg.-Bau-Räthe die Final-Revision der Bau-Projekte zu bewerkstelligen. Der Bau-Referat des Fin. Min. ist darum aber nicht minder und befugt, bei kleinen Bauverrichtungen auch den diesen Bänden und Reparaturen zu sehen, und wenn er Unregelmäßigkeiten, Mängel an Wirtschaftlichkeit, darüber dem Fin. Min. Anzeige zu erstatten.

Der Bau-Referat tritt bei allen, kleiner technischen Prüfung unterworfenen in das Verhältniß eines Mitgliebes der Ober-Bau-Deput. Es hat daher Reg.-Bau-Räthe als die Distrikts-Bau-Beamteten und Constructoren verpflichtet, solchen Requisitionen zu genügen, und den von ihm gemachten Erinnerungen in Konstruktion, der Güte der Materialien und aller Umstände, welche auf einen Erfolg abzuwenden, Folge zu leisten.

Der Bau-Referat bei seinen Lokal-Referats Änderungen von dem einmal in Bauplane für durchaus zweckmäßig, oder findet er in Abhängigkeit der Konstruktion eine Veränderung, so ist er zwar eben so befugt, als verpflichtet, sofort Befehl zu erlassen mit voller Wirkung selbst zu treffen, und den beauftragten Bau-Beamteten zu versetzen, die derselbe ohne Widerrede zu befolgen hat, oder er kann auch, in Umständen zulassen und erfordern, den Bau stillen, doch muß er in allen diesen dem Fin. Min. davon Anzeige machen, den betr. Prov.-Behörden aber davon in Kenntniß setzen.

Bei allen den Projekten und Anschlägen, welche von der Ober-Bau-Deput. festgestellt worden sind, stehen ihm jedoch keine Änderungen in der Kostschätzung zu, vielmehr muß er, wenn er eine Abweichung von dem Plane durch politischen eingetretenen Umstände für notwendig und zweckmäßig hält, dem Fin. Minister Veranlassung ungehinderte Anzeige machen, den Bau bis zur erfolgten aber erforderlichen Fall stillen, und der betr. Prov.-Behörde davon Nachricht geben.

Die technische Prüfung und Festsetzung der Bau-Referats-Protokolle wird, ist, von dem Reg.-Bau-Räthen bewirkt, doch sind diese Referats-Protokolle in so weit das Fin. Min. es für nöthig erachtet, der Super-Revision des Bau-Referats unterworfen.

Der Bau-Referat ist bei seinen Revisionen und Anordnungen den baupolizeilichen Vorschriften verpflichtet, und wenn wider Erwarten in dieser Beziehung noch ausgedeutet und gut geordneten Bau- oder Reparatur-Bau Contrahenten sollten, so unterliegen diese der Beurtheilung der Ober-Bau-Deput. und dem Fin. Min. des Innern.

Berlin, den 28. März 1849.

Min. der Finanzen

v. Meiß.

1. des Innern
Schumann.

III. 287. — 2. 125.)

Den Geschäftsverkehr mit den Regierungen in Betreff der, und Forstdienst-Geschäfte, bezüglich des Ministerial-Bau-Referats

bemerkt das G. R. der K. Gen.-Verwaltung für Domänen und Forsten (v. Pöhlert) v. 28. Nov. 1835 an sammtl. K. Reg., mit Ausnahme der Westphälischen und Rheinischen.

Wie der K. Reg. bekannt, beruht der bei der Gen.-Verw. für Dom. und Forst. stehende Min.-Baurath, unter Zugiehung der District-Baubeamten und den Umständen angemessen mit dem Reg.-Rath, alljährlich einen Theil der K. Domänen-Forstbesitz-Schöffe, um den Zustand der Gebäude auf denselben kennen zu lernen, etwa Mängel zur Sprache zu bringen, und die Ueberzeugung zu erhalten, in wie weit sich Pächter und Nießbraucher ihrer kontraktlichen und sonstigen Verpflichtungen hinsichtlich der Unterhaltung der Gebäude erfüllt haben.

Eine derartigen Bemerkungen werden der K. Reg. nach wie vor entweder im mündl. oder schriftl. oder in Urchrift zur weiteren Veranlassung zugeeignet werden. Dagegen aber hierunter überall gleichmäßig verfahren, diese Angelegenheiten gehörig verfolgt, dadurch jene Reisen um so wirksamer und zweckentsprechender gemacht werden, sind auch veranlaßt, deshalb noch Folgendes hiedurch festzusetzen.

In den Verfügungen, mit welchen die K. Reg. jene Reisebemerkungen erhält, gewöhnlich nur einzelne wichtigere Gegenstände daraus besonders hervorgehoben. Die K. Reg. hat aber nicht desto weniger die Reisebemerkungen Punkt für Punkt genau durchzugehen, die danach etwa erforderlichen Verf. unerschäumt zu treffen, und darauf zu sehen, daß die Bemerkungen von den Betheiligten gehörig beachtet werden; dem Erfolge zu geschehenen Friedigung aber ohne Erinnerung binnen längstens drei Monaten vom Zeitpunkt der Empfangs ab vollständige Anzeige zu machen, wenn eine frühere Berichterstattung Umständen nach nicht möglich sein, oder in einzelnen Fällen besonders vorgeschrieben werden sollte, und sich dann jedesmal in den Fällen, wo die Zufertigung der Bemerkungen in Urchrift erfolgt, diese wiederum zurückreichen.

Uebrigens wird die K. Reg. auch ferner von der jedesmaligen Reise des Min.-Bauraths Kenntniß erhalten, und hat sie dann dafür zu sorgen, daß derselbe auf den Reisen, welche der Bau-Revision unterworfen werden sollen, auf den Gegenstand und die Verpflichtungen der Pächter Bezug habenden Verhandlungen, als: Pacht-Kontrakte, Inventarien, Abrechnungen der Dachbedungs-Verbindlichkeiten u. dergl. mehr, Vorhanden vorfindet, um dieselben sofort einzusehen, und sich mit der Sachlage um so vertraut machen zu können. (N. XIX. 902. — 4. 15.)

C. Von dem Ministerium für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten ressortiren unmittelbar folgende Lehr-Anstalten:

1) die Königl. Bau-Akademie.

Schon im J. 1773 wurden in Berlin öffentliche Vorlesungen über verschiedene Gegenstände des Bauwesens gehalten. Mittels Publ. v. 20. 1799¹⁾ stiftete hierauf der König, unter dem Namen einer Königl. Bau-Akademie, eine allgemeine Bau-Unterrichts-Anstalt für die gesammten Königl. Staaten. Das Publ. v. 6. Juli 1799²⁾ bestimmte die vorläufige Einrichtung dieser Anstalt. — Die B. v. 16. Dec. 1808, betr. die Veränderung der obersten Staatsbehörden der Monarchie in Beziehung auf innere Landes- und Finanz-Verwaltung³⁾, bestimmte in §§. 10 u. 11, daß die Bau-Akademie zum Geschäftskreise der Abth. des öffentl. Unterrichts der E. für den Kultus und öffentl. Unterricht im Depart. des Innern gehören und unmittelbar untergeordnet sein solle.

Ebenso disponirte auch die B. v. 27. Okt. 1810 über die veränderte Verfassung aller obersten Staatsbehörden in der Monarchie⁴⁾, daß die Bau-Akademie unmittelbar unter dem Depart. des Kultus und öffentl. Unterrichts-Min. des J. stehen solle.

Es machte sich indeß bald das Bedürfniß einer Reorganisation des Instituts der Bau-Akademie geltend. Das Min. des J. trat darüber bereit

¹⁾ Das Publ. findet sich nicht abgedruckt, sondern steht nur in dem Publ. v. 1799 in Bezug genommen.

²⁾ Abgedruckt in N. C. C. Tom. X. S. 2571. No. 30.

³⁾ *Wahlb. jur. Mon. Schr.*, Bd. 7. S. 252, *Habe's Samml.* Bd. 2. S. 302.

⁴⁾ S. S. 1810. S. 14.

(1817) mit dem Fin. Min. in Verhandlungen und theilte letzterem einen Entwurf dazu mit, worauf beide mit dem Min. der geistl. und Unterrichts-Verwaltung zusammentraten. Inzwischen verzögerten sich die Verbesserungs-Ansichten besonders aus dem Grunde, weil es an den dazu erforderlichen Fonds fehlte. Unter dem 3. Dec. 1823 berichteten indeß die Min. des Handels und des Unterrichts gemeinschaftlich an den König. In diesem Berichte heißt es im Wesentlichen:

Die Bau-Akademie hatte nach ihrer bisherigen Einrichtung einen doppelten Zweck zu verfolgen, nämlich die Ertheilung des Unterrichts in allen den verschiedenen, auf die höhere Baukunst beziehenden Fächern und die Ausbildung der sich dem gewöhnlichen Baugewerbe widmenden Männer. Sie stand mit der Akademie der Künste in näherer Berührung, als auch die Fonds beider Institute, zwar in sich abgesondert, aber doch in einem Einvernehmen. Sie ressortirten ausschließlich dem Unterrichtsdepartement, ohne daß die Einwirkung der technischen Ober-Bau-Deput. oder des hierdurch für das Bauwesen z. B. organisierten Ministerial-Rathes. Nach der ganzen Richtung, welche der Staat genommen, erschien somit die Bildung tüchtiger Baubeamten nicht als Zweck und Hauptzweck. Dazu kam die Beschränktheit seiner Fonds, welche dem entgegen war. Daher das Bedürfnis einer Reform. Der Handelsminister hatte die große Wichtigkeit der angehenden Baubeamten oft gefühlt und den nachtheiligen Einfluß, den die ökonomische Bauweise auf die Baukunst hatte.

Der Unterricht in der gesammten Baukunst muß zwar an sich in wissenschaftlicher Hinsicht eines Ganzen und daher auch fernere in der Einwirkung des Unterrichts-Departements unterworfen bleiben. Es zerfällt aber seiner Natur nach in zwei Haupt-Abtheilungen:

1. der höhere, künstlerische Theil der Baukunst, der nicht in unmittelbarer Beziehung steht zu dem, was zur Befriedigung der Baubedürfnisse des gemeinen Lebens erforderlich ist. Der Gesichtspunkt der Kunst der vorherrschende und entscheidende. Hier ist Erziehung von Bauleuten. Daher: Vereinigung mit der Akademie der Künste unter alleiniger Einwirkung des Min. des Unterrichts.

2. Der technische Theil des Unterrichts, der sich Bildung von angehenden Provinzial-Verwaltern und Feldmessern zum Ziele setzt.

Diese Abtheilung muß zunächst vom Min. des Handels ressortiren, welches dabei die Interessen hat, um die Stellen mit tüchtigen Männern zu besetzen und Nachtheile zu vermeiden. Das Unterrichts-Min. hat dabei nur zu konstatiren die Feststellung des Lehrplans, um die Einheit beider Abtheilungen zu erhalten.

Die fernere einschlagende Unterrichts-Anstalt ist die Kunst- und Gewerkschule, welche jedoch schon höher in zwei Abth. zerfällt, nämlich in die freie Kunst- und Gewerkschule und in die Bau- und Gewerkschule. Jene wird, ihrer Natur nach, dem Unterrichts-Ministerium verbleiben müssen, dagegen letztere dem Handels-Ministerium zu überlassen sein, mit dem dann die sämtlichen Bildungs-Anstalten für die Baukunst und die Ausführung zunächst betreffende Bauwesen in gleicher Art verbunden werden, wie dies bei einigen anderen technischen Verwaltungszweigen der Fall ist.

Die Vorschläge genehmigt die K. D. v. 31. Dec. 1823.

(Ann. gen. des R. Fin. Min., Abth. f. B., G. und Bauwesen, A. 26. I. Vol. II.)

In Folge dessen trat die neue Organisation mit dem 1. Okt. 1824 in Kraft. Eine Bekanntmachung v. 23. April 1824 (v. R. Kanal VII. 444.) theilte die Nachricht über den auf der Bau-Akademie von nun an zu gebenden Unterricht und deren Einrichtung.

Es hatte indeß bei dieser Reform nicht sein Bewenden. Bereits mittelst d. K. D. v. 3. Dec. 1830 wurde der Min. des I. für Gewerbe u. ermächtigt, der Bau-Akademie eine neue, den Anforderungen der Zeit entsprechende Einrichtung zu geben. Das Fehlerhafte des bisherigen Zustandes wurde besonders gefunden, daß man von allen Kandidaten eine gleiche Qualifikation in den Zweigen der Baukunst forderte, während doch nicht alle Baubeamten für die Erfüllung gleicher Kenntnisse bedürfen. Es wurde daher davon ausgegangen, da Grund obwalte, gleiche Qualifikation zu fordern, wenn die Baubeamten

Die hier gegebenen Mittheilungen gründen sich auf die Akten des Min. für B., G. u. Bauwesen, betr. die neue Organisation der Bau-Akademie zu Berlin, vgl. Bau-Akademie-Bericht, A. Buch 20. Nr. 1, 3 vol.

nicht Anspruch auf Beförderung in höhere Stadien machen. Mit Rücksicht hierauf wurde der neue Lehrplan eingerichtet, damit Jeder stufenweise die nöthigen Kenntnisse erwerben könne.

Diese Ansichten wurden dem Könige mittelst Bericht v. 6. Aug. vorgebracht und zugleich wurde vorgeschlagen, die nicht mehr passende Benennung: „Bau-Akademie“ in den Namen: „allgemeine Bau-Schule“ umzuwandeln.

Die K. O. v. 27. Aug. 1831 genehmigte diese Anträge.

(Act. des Min. d. J. für G., H. u. Bauwesen, sign. Bauakademie-Sache Nr. 1. Vol. III.)

Das C. R. des K. Min. d. J. für G., H. u. Bauwesen v. 8. Sept. (v. R. Ann. XV. 523.) brachte hierauf die neuen Vorschriften für die allgemeine Bau-Schule nebst der Uebersicht der Unterrichts-Gegenstände zur öffentlichen Kenntniß.

Neuerdings hat indeß die „allgemeine Bau-Schule“ wiederum eine Organisation unter Wiederherstellung der früheren Bezeichnung: „Königliche Bau-Akademie zu Berlin“ erhalten.

Hierüber sind ergangen:

a) Vorschriften für die K. Bau-Akademie zu Berlin, v. 1. Aug. 1849

§. 1. [Bestimmung der Anstalt.] Die K. Bau-Akademie, welche die Stelle der K. Allgemeinen Bau-Schule tritt, ist bestimmt, denen, welche sich dem Bauwesen widmen wollen, Gelegenheit zur Ausbildung darzubieten.

§. 2. [Obere Leitung und Direktorium der Anstalt.] Die Bau-Akademie ist dem Minister für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten untergeordnet. Spezielle Leitung führt ein Direktorium; dasselbe besteht aus einem vom Minister ernannten Direktor, als ausführendem Vorstand, und zwei Mitgliedern der K. Ober-Bau-Inspektion, die für alle zu kollegialischer Behandlung geeigneten Gegenstände dem Direktor vorgelegt werden. Die Lectionen werden vom Minister so ausgewählt, daß sie die Richtungen für Land- und Schönbau einerseits und für Wege-, Eisenbahn- und Wasserbau andererseits vertreten.

Außerdem finden, namentlich zur Berathung über den Lehrplan und zur Erörterung des Unterricht selbst betreffender Verhältnisse, regelmäßig Konferenzen statt, zu welchen sämmtliche ordentliche Lehrer der Anstalt gezogen werden.

§. 3. [Anstellung der Lehrer.] Für die Hauptgegenstände des Unterrichts werden ordentliche Lehrer mit der Verpflichtung, bestimmte Vorträge zu halten, und bestimmten Unterricht zu ertheilen, von dem Minister auf die Vorschläge des Direktoriums angestellt.

§. 4. [Außerordentlicher Unterricht.] Außerdem kann jedem ordentlichen Lehrer, jedem Baumeister, sowie jedem Professor oder Lehrer einer anderen höheren Anstalt, von dem Direktorium gestattet werden, Vorträge über hieher gehörige Gegenstände an der Bau-Akademie zu halten oder Unterricht zu ertheilen. Auf Beförderung tüchtiger Vorträge soll, soweit Raum und Mittel es gestatten, thunlichst Rücksicht genommen werden.

§. 5. [Aufnahme der Studirenden.] Die Aufnahme der Studirenden erfolgt durch Immatrikulation auf vorgängige schriftliche Anmeldung bei dem Direktor, welche vier Wochen vor dem Anfange jedes Semesters (8. Oktober und 8. April) stattfinden muß.

Die Hauptgegenstände des Unterrichts werden nach §. 13 so angeordnet, daß vollständig in angemessener Reihenfolge in derjenigen Zeit benutzt werden können, als geringste Studienzeit für die verschiedenen Prüfungen anderweit festgesetzt und den Kandidaten nachzuweisen ist. Nur mit dem Oktober (nicht mit dem April) jeden Jahres beginnt aber eine neue Folge dieser Haupt-Unterrichtsgegenstände, welche für die Ausbildung zum Bauführer, wie zum Baumeister.

§. 6. [Bedingungen der Aufnahme.] Bei der Meldung zur Aufnahme sind beizubringen:

*) Diese Vorschriften sind mittelst C. R. des K. Min. für G., H. u. öffentl. B. v. 17. Aug. 1849 (Min. Bl. d. J. B. 1849. S. 108. Nr. 284.) sämmtl. Regler mit der Anweisung mitgetheilt, solche durch Abdruck in ihrem Amtsblatte zur öffentlichen Kenntniß zu bringen.

I. Von denjenigen, welche die Prüfungen für den Staatsdienst ablegen wollen:

- a) Ein Zeugniß über die Weise des Abganges aus der ersten Klasse eines Gymnasiums oder der ersten Klasse einer derjenigen höheren Realschulen, welche der Minister für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten als solche, bei denen entsprechende Abgangs-Prüfungen stattfinden und die einen hinlänglichen Grad der Schulbildung gewährt, bezeichnen wird;
- b) Zeugnisse über mindestens einjährige praktische Thätigkeit unter Leitung eines oder mehrerer geprüfter Baumeister.

II. Von denjenigen, welche nur die Prüfung als Privat-Baumeister ablegen zu:

Das Zeugniß über das Bestehen der gesetzlichen vorgeschriebenen Meisterprüfung für den selbstständigen Betrieb des Handwerkes als Zimmermann, Maurer oder Steinmetz.

§. 7. [Zulassung von Ausländern.] Ausländer werden, soweit es der Minister zuläßt, aufgenommen; sie müssen jedoch die im §. 6 vorgeschriebenen Bedingungen erfüllen.

§. 8. [Matrikel.] Die Matrikel wird auf Verfüzung des Direktors gegen Zahlung einer Gebühr von 10 Thalern ertheilt. Dieselbe wird zunächst auf fünf Jahre gestellt, ihre Gültigkeit kann aber vom Direktor verlängert werden.

§. 9. [Meldungen zu den Vorlesungen.] Beim Beginn jedes Halbjahres bis zum Anfange der Vorlesungen haben sich die Studirenden bei dem Dekan der Akademieklasse zu denjenigen Vorlesungen zu melden, welche sie im Laufe des Halbjahres besuchen möchten. Gegen Vorzeigung der Matrikel und Erlegung des festgesetzten Honorars¹⁾ werden ihnen Eintrittskarten zu den betreffenden Vorlesungen ausgehändigt, wodurch sie sich bei den Lehrern, behufs Eintragung in deren Listen, zu melden haben. Von dem Lehrer bei dieser Meldung unterzeichneten Eintrittskarten dienen sodann als Quittung zum Ausweis über die Berechtigung, die fragliche Vorlesung zu besuchen.

§. 10. [Zulassung nicht immatriculirter Personen.] Außerdem kann der Direktor Jedem die Theilnahme an einzelnen Vorlesungen gegen Erlegung des festgesetzten Honorars gestatten, soweit dies nach Berücksichtigung der immatriculirten Studirenden der Raum erlaubt.

§. 11. [Zeugnisse für die Studirenden.] Auf Verlangen werden den Studirenden Zeugnisse über den Besuch der Akademie ertheilt, in denen die Lehrgegenstände, an welchen der Studirende sich betheiligt hat, auf Grund der von den Lehrern gehaltenen Vorlesungen (§. 9.) und mit Anführung der von denselben eingegangenen Bemerkungen angegeben werden.

§. 12. [Eröffnung und Schluß der Vorlesungen.] Der halbjährige Vorlesungszyklus beginnt am 8. Oktober und 8. April, oder bei eintretenden Sonn- oder Festtagen darauf, und wird am 31. August und 20. März geschlossen. Zu Weihnachten, Neujahr und Pfingsten treten sechstägige Ferien ein.

§. 13. [Anordnung der Vorträge.] Der Unterricht wird so angeordnet, daß die Hauptgegenstände desselben:

- 1) für die Bauführer-Prüfung in zwei Jahren,
- 2) für die Prüfung als Baumeister für Land- und Schönbau in einem Jahre,
- 3) für die Prüfung als Baumeister für Wege- und Wasserbau (einschließlich des Eisenbahnbaues) in einem Jahre,

aber jeder Cyklus mit dem Oktober eines jeden Jahres neu beginnend, in angemessener Weise vollständig benutzt werden können.

Der spezielle Lehrplan wird halbjährig zeitig vor dem Beginn der Vorlesungen veröffentlicht.

§. 14. [Transitorische Bestimmungen.] Bei Denjenigen, welche bis zum 1. September 1849 den bisher für die Kandidaten des Baufachen in Bezug auf Schulbildung vorgeschriebenen Anforderungen genügt haben, wird der Nachweis hierüber, statt des im §. 6. 1. 2. vorgeschriebenen Zeugnisses, als ausreichend zur Aufnahme bei der Bauakademie angenommen.

§. 15. Wer bis einschließlich April 1849 bei der K. Allgemeinen Bauerschule aufgenommen worden ist, wird damit als immatriculirt bei der Bauakademie angesehen.

¹⁾ Die Erstattung der Honorare findet nur statt, wo Studirende in Folge nachgewiesener Hilfsbedürftigkeit Stipendien beziehen und aus öffentlichen Fonds unterstützt werden. (Bekanntmach. des Dir. der Bau-Akademie v. 21. April 1851, s. in Grapen's Zusammenstellung der Bestimmungen für das Bauwesen, S. 14-15.)

sondern auch dem gesammten Publikum durch geeignete öffentl. Mittheilung bekannt gemacht werden. (Min. Bl. d. I. B. 1844. S. 38. Nr. 47)

Zugleich wurde die Instr. des K. Min. der G., U. u. Med. (S. 38. Nr. 47) für den Konservator der Kunstdenkmäler v. 24. Jan. 1844 erlassen.

1) Der Konservator der Kunstdenkmäler ist ein, dem K. Min. der G., U. u. Med. unmittelbar untergeordneter Beamter. Seine Berichte, Anträge, Gutachten gehen demgemäß unmittelbar an das Minist., von welchem sowohl ihm, als den Provinzial-Behörden die auf die Konservation der Alterthümer bezügl. Anweisungen ertheilt werden.

2) Es bleibt ihm jedoch unbenommen, sich wegen der Gegenstände seine Beziehungen auch mit den Unterbehörden und Personen, welche von den K. Reg. zur Ausführung der für die Konservation der Alterthümer getroffenen Maßregeln beauftragt sind, sowie mit Privatpersonen oder Vereinen in Kommunikation zu setzen. Zu diesem Behufe das Kommissions-Siegel des Min. In Fällen, wo Gefahr im Verzuge ist, hat er das Recht, die gedachten Unterbehörden unter gleichzeitiger Anzeige an das Minist. zur Eilfertigung etwa schon ergriffener Maßregeln auf so lange zu veranlassen, bis der Bericht eine Bestimmung von Seiten des Minist. ist. Es versteht sich von selbst, daß von diesem Rechte nur in höchst dringenden Fällen Gebrauch gemacht werden darf.

3) Der Konservator ist zunächst verpflichtet, sich eine möglichst vollständige Liste der in der gesammten Monarchie vorhandenen Kunstdenkmäler, welche Obhut von Behörden, Gemeinden oder Korporationen stehen, zu erwerben. Zu diesem Behufe Inventarien, für deren Anfertigung vorerst die Ortsbehörden freundlichste Mitwirkung der Schullehrer oder Pfarrer in Anspruch zu nehmen, dem die vorhandenen oder noch zu errichtenden Alterthums-Vereine zu genehmen, nach Maßgabe besonderer Formulare angelegt werden. Der Konservator hat die Entwürfe zu entwerfen und sie dem Minist. zur weiteren Veranlassung vorzulegen. Die Ausfüllung derselben gewonnenen Inventarien hat er sodann zu prüfen und die Richtigstellung und Vervollständigung der letzteren mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln zu tragen.

4) Der Konservator ist ferner verpflichtet, die der Erhaltung bedürftigsten Kunstdenkmäler besonders ins Auge zu fassen. Wo in solcher Hinsicht die Anträge der Behörden erforderlich ist, wird er darüber sofort an das vorgeordnete Minist. ten. Nach beendeter Inventarisirung wird er einen planmäßigen Gang der bedürftigen Restaurations-Arbeiten vorbereiten.

5) Der Konservator hat ferner über die bei dem Minist. eingehenden, ration der Kunstdenkmäler gerichteten Anträge sich gutachtlich zu äußern, die zur Aufstellung der Pläne und Kosten-Anschläge, sofern solche von ihm genehmigt werden, vorzulegen und die demnächst eingehenden vollständigen Pläne und Anschläge an die betr. Behörden, denen hierauf eine Einwirkung zukommt, zu übermitteln.

6) Der Konservator ist ferner angewiesen, das persönliche Interesse für die Kunst und des Alterthums in den verschiedenen Provinzen des Reichs zu beleben, zu fördern und zu regeln. Er hat sich zu diesem Behufe mit jenen Männern, von denen eine geeignete Thätigkeit in dieser Beziehung gegeben oder noch zu erwarten ist, vornehmlich aber mit den Provinzial- und Kreis-Verwaltungen, die sich für die Interessen des Alterthums, der Geschichte, der Kunst und der Wissenschaft gebildet haben, in freundliche Verbindung zu setzen und auf die Gründung von Vereinen, wo solche noch wünschenswerth ist, sowie auf eine Organisation derselben ihm übertragenen Verufe und der Konservation der Kunstdenkmäler überhaupt zu wirken.

7) Der Konservator ist endlich verpflichtet, die Provinzen des Reichs während einiger Zeit nach den besonderen Bestimmungen des Minist. zu bereisen, um das Kenntniß der vorhandenen Kunstdenkmäler fortwährend zu erweitern, die Vervollständigung der Inventarien zu veranlassen, den Zustand der bedürftigen Denkmäler zu prüfen, den Fortgang im Werke begriffener Restaurationen zu untersuchen und persönliche Verbindungen anzuknüpfen oder weiter zu unterhalten. Ueber alles dies hat er vollständige Reiseberichte an das ihm vorgeordnete Minist. einzureichen.

8) Für die Feststellung sonstiger Verhältnisse, die sich im Laufe der Thätigkeit des Konservators der Kunstdenkmäler noch besonders ergeben dürften, bleibt die Bestimmung vorbehalten. (Min. Bl. d. I. B. 1844. S. 39. Nr. 48.)

Zu Bezug auf diese Bestimmungen ergingen ferner über diesen Gegenstand

1) E. R. des R. Min. der G., U. u. Med. Ang. (Eichhorn) v. 24. Mai an sämmtl. R. Reg., Anfertigung der Zeichnungen von Entwürfen zu Restaurationen.

Die Zeichnungen der Entwürfe zu Restaurationen, welche von den Baueingefandt werden, sind häufig der Art, daß aus ihnen nicht erschen werden kann, welche Theile derselben dem alten Gebäude und welche der Restauration oder Umdänderung fassers angehören, da die einzelnen Ansichten zum großen Theil in der Art gezeichnet sind, wie sich das Gebäude nach vollendeter Restauration darstellen würde. Hieraus resultirt bei der Revision zuweilen nicht bloß erhebliche Schwierigkeiten, sondern es dadurch oft auch weitläufige Verhandlungen und Umarbeitungen der Entwürfe, welche die Arbeiten der schon mit Geschäften fast überladenen Baubeamten noch mehr Reizern.

Um bei Fertigung der Restaurations-Entwürfe alle vergebliche Arbeit zu vermeiden, hat mich schon in der Cirk. B. v. 24. Jan. d. J. (Min. Bl. S. 38.) wegen des Konservators der Kunstdenkmäler bestimmt worden, daß bei den Anträgen zur Restauration von Baudenkmälern inkünftige zunächst nur skizzierte Entwürfe zur Genehmigung eingereicht werden sollen. Im weiteren Verfolg dieser Verf. bestimmte ich: daß in den, bei Gelegenheit von Restaurationen an mich einzureichenden Zeichnungen vorerst der wirkliche gegenwärtige Zustand des Gebäudes so deutlich wie möglich und mit genauer Zeichnung der Profile dargestellt werde, wobei zugleich diejenigen Theile, welche durch spätere Zusätze etwa verdeckt worden, in Separatzeichnungen zu machen sind. Außerdem ist in der Zeichnung, oder wenigstens in der dazu gehörigen Beschreibung, die überhaupt mit Sorgfalt abzufassen sein wird, anzugeben, welche Gebäudetheile in ihrer Struktur und Verbindung, je nach ihrer Erbauungszeit verschiedenen Charakter zeigen. Da ein solcher Unterschied häufig nur im Mauerwerk zu erkennen ist, bei den Restaurations-Entwürfen aber gerade hierauf wesentlich genommen werden muß, so ist die Angabe dieser Stihlgrenzen, so wie die Art und Weise der Konstruktion des Mauerwerks und des übrigen Materials in der Zeichnung sehr wünschenswerth. In diese Bauaufnahme sind sodann die beabsichtigten Restaurations-Abänderungen vorläufig nur mit Bleistift, gewissermaßen als Skizzen, einzuzichnen, oder es ist denselben eine dergleichen, nur allgemein zu haltende Skizze beizufügen, während ein Bericht zur Erklärung der etwa noch zweifelhaften Punkte beizufügen ist. Nach erfolgter Genehmigung oder ev. Abänderung dieses ersten Entwurfs wird sodann durch die betr. Baubeamten die weitere Ausführung der Zeichnungen und Kostenanschläge mit um so größerer Eile zur Sache erfolgen können, als sie dann nicht mehr zu befürchten haben, daß bei der später vorzunehmenden Hauptrevision der Entwurf nichts Wesentliches mehr verändert, und ihnen nicht die Wiederholung einer mühsam geleführten Arbeit übertragen werden wird.

Indem ich die R. Reg. hiervon in Kenntniß setze, veranlasse ich Dieselbe, die Baubeamten ihres Bezirks von dieser Anordnung zur Beachtung in Kenntniß zu setzen.

Außerdem steht es den betr. Baubeamten frei, zur anderweitigen Erleichterung und Förderung der in Rede stehenden Arbeiten, die nach den obigen Angaben geschehen, Bauaufnahmen und vorläufigen Restaurations-Skizzen unmittelbar zunächst an den Konservator der Kunstdenkmäler, Baurath v. Quast hieselbst, zur vorläufigen mündlichen Aeußerung in kunsthistorischer Hinsicht, einzusenden und nach dessen Gutachten die Anfertigung der Einzelzeichnungen und Anschläge vorzunehmen. Auch hiervon hat die R. Reg. die Baubeamten Ihres Bez. in Kenntniß zu setzen, mit der ausdrücklichen Anweisung, daß es in ihrem freien Willen stehen soll, ob sie sich zunächst in der angegebenen Weise unmittelbar mit dem zc. v. Quast in Verbindung setzen, oder ob sie auch ihre Skizzen Aufnahmen und Skizzen an die R. Reg. zur weiteren Beförderung einreichen. (Min. Bl. d. I. B. 1844. S. 168. Nr. 187.)

2) E. R. der R. Min. der G., U. u. Med. Ang. (Eichhorn) und der Fin. (Well) v. 22. Okt. 1844 an sämmtl. R. Reg. Bearbeitung der Restaurations-Entwürfe alterthümlicher Gebäude durch Baubeamte.

Die R. Reg. hat nach dem an uns erstatteten Ber. v. 28. Juli d. J., die Bearbeitung der Restaurations-Entwürfe alterthümlicher Gebäude betr., den Schluß der in der Angelegenheit von mir, dem Min. der G., U. u. Med. Ang. unter dem 24. Mai d. J. gemachten Cirk. Verf. (Min. Bl. S. 169), wonach die betr. Baubeamten zur vorläufigen mündlichen Kommunikation mit dem Konservator der Kunstdenkmäler, Baurath v. Quast, verpflichtet sein sollen, mit früheren Bestimmungen über die Ressortverhältnisse und den Abgang nicht in Einklang zu bringen gewußt. Wenn gleich es hierbei keinesweges die Absicht war, die seitens der R. Reg. auszuübende Kontrolle über die Baubeamten in Ihrem Bez. irgend zu beschränken, und dies um so weniger zu befürchten war, als die

genannte E. Verf. den Baubeamten ausdrücklich nur die Einholung vorläufiger Äußerungen in kunsthistorischer Hinsicht gestattete, so wollen wir allen etwaigen ungeeigneten Maßnahmen vorzubeugen, hienit nach dem R. Reg. genehmigen und anordnen: daß die, durch die genannte E. Verf. v. 24. den Baubeamten freigestellte Korrespondenz mit dem Konservator der Kunst stets durch die Hand der Reg.-Bauräthe gehe, so wie auch der Konservator werden wird, seine an die Baubeamten gerichteten Schreiben an die betr. Reg. zu adressiren. (Min. Bl. d. I. B. 1844. S. 306. Nr. 359.)

3) E. R. des R. Min. d. G., U. u. Med. Ang. (Eichhorn) v. 1845 an sämmtl. R. Reg., resp. Reg.-Präsidien, betr. die Inventar Kunstdenkmäler durch dazu qualifizierte Personen.

Seit die Angelegenheit der Konservation der im Staate vorhandenen mäler durch Bestellung eines besondern Konservators in der Person des Ba. Quast gründlicher und umfassender als früher aufgenommen worden, ist es gewesen, eine möglichst vollständige Inventarisirung der in öffentl. befindlichen Kunstdenkmäler zu veranstalten, indem allein hiedurch eine Uebersicht der vorhandenen zu gewinnen, der Werth alles Einzelnen auch für den Laien festzustellen, Betreff der zur Erhaltung und resp. Herstellung erforderlichen Mittel eine Disposition zu treffen ist. Da aber das Geschäft der Inventarisirung ein sehr beschwerliches und mehrfache Kräfte in Anspruch nehmen wird, so war es zunächst, möglichst in diese Arbeit zu bringen, erforderlich, ein bestimmtes Formular zur Beschreibung und Charakterisirung des Einzelnen zu Grunde zu legen. Nach verschiedenen Verhandlungen über diesen Punkt hat mir der Konservator der Kunstdenkmäler ein solches Formular vorgelegt, welches den daran zu machenden Ansprüchen entspricht, obgleich allerdings der Umfang des Ganzen hierin eine immer nicht abzuschätzende Anzahl von Fragepunkten nöthig gemacht hat. Die Erledigung der einzelnen Punkte und der ganze Betrieb der Ausfüllung der Formulare wird aber nicht auf amtliche Beamte zu veranlassen sein, da die Sache in dieser Weise überhaupt zu weitläufig werden würde und da es vornämlich darauf ankommen wird, Männer für dieselbe zu gewinnen, die mit persönlichem Interesse für dieselbe freiwillig ihrer Förderung unterziehen, die gewissen selbstständigen Urtheil jene Fragepunkte zu würdigen und nach den jeweiligen Verhältnissen zu beantworten, auch gelegentlich anderweitige Hülfe hiefür zu leisten.

Es ist daher wünschenswerth, so viel als möglich in jedem Reg.-Bez. Männer anzuziehen, auf deren Bereitwilligkeit und Urtheilsfähigkeit man sich verlassen kann, damit diese sich wegen des in Rede stehenden Geschäfts mit dem Konservator in Kommunikation setzen und die Erledigung desselben theils selbst übernehmen, theils anderweitig, je nach den Umständen, die angemessensten Maßregeln in Vorschlag bringen. Bei den Mitgliedern der bestehenden historischen und Alterthumsvereine dürfte zunächst Bereitwilligkeit und Neigung zu finden sein.

Erw. Hochw. (rc.) ersuche ich, diese Sache in nähere Erwägung zu nehmen und diejenigen Personen im Bezirke der R. Reg., die Sie dazu für qualifizirt erachten, denjenigen das erforderliche höhere Interesse vorausgesetzt werden kann, namhaft zu machen. (Min. Bl. d. I. B. 1845. S. 65. Nr. 83.)

Zweites Kapitel.

Die Provinzial-Behörden¹⁾.

Erste Unter-Abtheilung.

Die Ober-Präsidenten.

Durch das Publ. v. 16. Dec. 1808, betr. die veränderte Organisation der obersten Staatsbehörden, wurde, zur Belebung des Geschäfts in den Provinzen, das Institut der Ober-Präsidien neugeschaffen.

¹⁾ Ueber die besonderen Verhältnisse in dieser Beziehung in der Provinz Westphalen vergl. den durch die R. O. v. 17. Sept. 1822 bestätigte Erl. v. 13. Aug. 1822, welcher durch das Publ. des Ob.-Präsid. der Provinz Westphalen v. 18. Mai 1823 bekannt gemacht ist (N. VII. 512 ff.)

Die Instruktion für dieselben erging unterm 23. Dec. 1808¹⁾, in welcher denselben eine dreifache Bestimmung beigelegt wird: 1) einen Vereinigungspunkt der verschiedenen Verwaltungszweige zu bilden, bei welchen es von Wichtigkeit ist, daß sie nach größeren Abtheilungen, als einzelnen Reg.-Departementen, getrennt und ausgeführt werden, welches besonders bei größeren allgemeinen Verwaltungsgegenständen der Fall ist; 2) den obersten Staatsbehörden Stellvertreter zu geben, welche mehr in der Nähe und an Ort und Stelle eine genaue und nicht bloß formelle Kontrolle über die Unterbehörden führen, und 3) in jeder Provinz eine Behörde zu bilden, welche bei vorkommenden Fällen, erweiterten, ganze Provinzen umfassenden, Gesichtspunkten ihr Gutachten abgeben können. Das Amt der Ober-Präsidenten theilt sich daher in die Eigenschaft der ausführenden, beaufsichtigenden (kontrollirenden) und beratenden Behörde.

Durch das Geseh v. 30. April 1815 wurde für jede Provinz ein Ober-Präsident angeordnet. Durch die Instr. v. 23. Okt. 1817²⁾ wurde deren Bestimmung festgesetzt, diese Instr. jedoch in der Folge einer Revision unterworfen, und an deren Stelle eine erneuerte Instr. v. 31. Dec. 1825³⁾ erlassen, welcher die früheren Bestimmungen im Wesentlichen beibehalten und nur im Einzelnen zeitgemäßer abgeändert, insbesondere aber ihr Verhältniß zu den Ministerien und den Provinzial-Verwaltungen näher bestimmt, und ihre Stellvertretung der obersten Staatsbehörden auf mehrere Verwaltungsgegenstände ausgedehnt wurde⁴⁾.

Die Bestimmungen dieser Instr., in soweit sie bezüglich des Bau- und Begetwesens zunächst interessieren, sind folgende:

1) Der Wirkungskreis der Ober-Präsidenten in den ihnen anvertrauten Provinzen erstreckt sich auf die eigene Verwaltung aller derjenigen Angelegenheiten, welche nicht nur die Verwaltung der Provinz betreffen, sondern die sich auch nur über den Bereich einer Regierung hinaus erstrecken (§. 1).

2) In Beziehung auf diese Angelegenheiten bleiben sie die unmittelbare Instanz gegenüber den Provinzial-Verwaltungen, namentlich die Regierungen, sind ihre Organe. Es gehören hierzu insbesondere auch die Pläne zu neuen Anlagen, Meliorationen, Strom- und Kanalbauwerken, in sofern solche die Grenzen eines Reg. Bez. überschreiten (§. 4).

Zweite Unter-Abtheilung.

Die Regierungen.

I.

Organisation derselben⁵⁾.

A. Durch die B. v. 26. Dec. 1808 wegen verbesserter Einrichtung der Provinzial-Verwaltungen⁶⁾ wurde den Regierungen in den Provinzen die Bearbeitung des gesammten Landeshoheits-, Landespolizei- und Finanzwesens übertragen, so daß sie also auch die einschlagende Leitung des Bau- und Begetwesens besorgen hatten. In der unter demselben Datum erlassenen Geschäfts-Instruktion für die Regierungen in sämtl. Provinzen⁷⁾ wurden der Geschäftskreis und die Befugnisse der Regierungen in allen polizeilichen und

¹⁾ H. C. C. Tom. XII. S. 545, Mathis jur. Mon. Bd. 7. S. 445, Hobe's Samml. Bd. 9. S. 402.

²⁾ S. S. 1817. S. 230.

³⁾ S. S. 1826. S. 1.

⁴⁾ Vergl. diese Instr. in Th. V. des Werkes (Organisation der Staatsbehörden).

⁵⁾ Vergl. hierüber auch Th. VI. Bd. 2 des Werkes S. 486.

⁶⁾ H. C. C. Tom. XII. S. 679, Hobe's Samml. Bd. 9 S. 467.

⁷⁾ H. C. C. Tom. XII. S. 708, Hobe's Samml. Bd. 9 S. 415.

Finanz-Angelegenheiten, folglich auch in Baufachen, so wie die Funktionen und die Stellung des Regierungsbauraths (§. 101) genau bestimmt.

Dasselbe geschah in der erstere größtentheils aufhebenden Instruktion zur Geschäftsführung der Regierungen in den K. Preuß. Staaten v. 23. Okt. 1817¹⁾, nachdem durch das G. v. 30. April 1815 wegen der besserter Einrichtung der Provinzial-Behörden²⁾ in der innere Einrichtung der Regierungen und durch die darin verordnete Anstellung von Ober-Präsidenten und Errichtung von Provinzial-Konsistorien und Medizinal-Kollegien in der Stellung und in dem Wirkungskreise der Regierungen wesentliche Abänderungen getroffen waren.

Nach dieser Instr. v. 23. Okt. 1817 §§. 2 und 3 sollten vor die erste Abtheilung der Regierung die eigentliche Baupolizei und das Bauwesen sofern es sich auf Gegenstände des Ressorts dieser Abtheilung bezieht; vor die zweite Abtheilung aber die Anstalten zur Bildung der Gewerksleute und Künstler, die öffentliche Kommunikation, Land- und Wasserstraßen, Chaussée-Anlagen, Strom-, Deich- und Brückenbauten, Hafenbauten und das gesamte Bauwesen dieser Abtheilung gehören.

Durch die K. O. v. 31. Dec. 1825³⁾ (sub D. II. 1) wurde hiernächst die Bearbeitung der Geschäfte der Regierungen in mehreren abgesonderten Sektionen gestattet; der Abtheilung des Innern wurden die bisher von der ersten Abtheilung bearbeiteten Geschäfte beigelegt, auch ihr die sämtlichen baupolizeilichen Angelegenheiten zugewiesen⁴⁾.

B. Bei jeder Regierung sind Bauräthe angestellt. Dies war bereits durch die B. v. 26. Dec. 1808 bestimmt und im §. 101 der Dienst-Instr. vom demselben Tage waren ihre Pflichten und Rechte festgesetzt.

a) In der oben gedachten Instr. v. 23. Okt. 1817 disponirt hierüber der §. 48:

Die Bauräthe führen die Aufsicht über das gesamte Bauwesen im Reg. Bez. und sorgen für die tüchtige und zweckmäßige Ausführung der öffentlichen Baue, unter möglichster Kostenersparung.

Sie führen die Aufsicht über die Baubeamten und Aufseher der Gebäude und öffentlichen Bauanlagen aller Art, besonders über die Kommunikations-Anlagen.

Sie sorgen für deren gründliche, pflichtgemäße Geschäftsführung, und dürfen selbst nicht Unternehmern öffentlicher Baue sein, oder Theil an solchen Unternehmungen haben, noch gestatten, daß solches von den übrigen Bau-Disziplanten geschehe, oder daß diese mit Auszahlung der Baugelber besassen.

Sie müssen ferner alle öffentlichen Bau-Anlagen, besonders auch die Domänen- und Forstbauten, wenn es möglich ist, jährlich einmal bereisen, die schiffbaren Flüsse sowohl im Frühjahr zur Beurtheilung der erforderlichen Verbesserungen, als im Herbst zur Prüfung der ausgeführten Arbeiten, befahren und über ihre Bereisung den Regierung Bericht erstatten.

Im Kollegium liegt ihnen die Revision aller Bauanschläge ob, und es darf ohne Vorwissen keine Veränderung an dem Bau während dessen Ausführung genehmigt oder vorgenommen werden.

Generallen, welche auf das Bauwesen Bezug haben, alle Sachen, welche die Leitung, Ausführung und Abnahme der Baue, deren technische Beurtheilung, die Veränderungen und Disziplin der Baubeamten, die Prüfung der Bauhandwerker, und Maße und Gewichte betreffen, gehören zur Bearbeitung der Bauräthe.

Uebrigens sind ihre Rechte und Pflichten denen der anderen Räte gleich. Als Referenten sind sie für das Technische ihres Geschäftskreises verantwortlich.

(G. S. 1817. S. 280.)

¹⁾ G. S. 1817. S. 248.

²⁾ G. S. 1815. S. 85.

³⁾ G. S. 1826. S. 5.

⁴⁾ Vergl. hierzu auch die Geschäfts-Instr. v. 31. Dec. 1825 (§. oben S. 38).

b) In gleichem Sinne disponirt das E. R. des R. Min. des Hand. (Gr. v. Bülow) v. 11. Sept. 1818 an sämmtl. Reg. Präsidien und Ob. Präsidien, betr. die Beschäftigung der Bau-Beamten, sub Nr. 1, 2 u. 3.

(S. unten.)

c) Derselbe Grundsatz ist in der an sämmtliche Reg. Präsidien erlassenen E. R. des R. Min. des J. für Hand. und Gew. (v. Schuckmann), des J. und L. R. (v. Brenn) u. d. Fin. (Maaßen) v. 15. Nov. 1831, betr. die Beschäftigung der Bau-Referendarien, ausgesprochen, und endlich ist es in dem E. R. derselben Min. v. 7. Mai 1832 als ein fühlbarer Uebelstand gerügt worden, daß den Reg. Bauräthen die Bearbeitung von Gegenständen übertragen werde, welche nicht ihres Amtes sind. (S. unten.)

Mit Bezug auf diese Bestimmungen erging das E. R. der R. Vertw. für Hand., Fabr. und Bauwesen (Rother) v. 25. März 1836, an sämmtl. R. Reg. Präsid. excl. desjenigen zu Magdeburg.

Ich habe fortwährend Veranlassung, zu bemerken, daß die Bestimmungen der Reg. Instr. v. 23. Okt. 1817 §. 48 und der E. R. an die R. Reg. Präsidien und resp. Reg. v. 11. Sept. 1818, 15. Nov. 1831 und 7. Mai 1832, in Betreff der den Reg. Bauräthen zu überweisenden Dienstgeschäfte nicht überall beachtet werden, und daß diese Beamten wie vor mit der Bearbeitung des nicht technischen Theils der Bau Sachen und der die Banken betr. Kassensachen beauftragt werden.

Dieser Uebelstand tritt um so mehr hervor, wenn die Reg. Bauräthe, wie es öfters vorkommt, sich über Ueberbürdung mit Dienstgeschäften beschweren, und die in letzter Zeit mehrfach ergangenen, Allerh. Kabinettsbefehle wegen ungründlich eingeleiteter Bauausstellungen und daher kommender Ueberschreitungen der Bauanschläge Veranlassung geben, die Reg. Bauräthe wegen Mangels an gründlicher Bearbeitung des technischen Theils der Bau Sachen in Anspruch zu nehmen.

Das R. Reg. Präsid. wird daher veranlaßt, der in dieser Beziehung stattfindenden Miss-Vertheilung Aufmerksamkeit zu widmen, und darauf zu halten, daß sich die Bauräthe nicht mit Geschäften befassen, welche nicht ihres Amtes sind, und daß ihnen dergleichen nicht von andern Mitgliedern des Kollegii aufgebürdet werden.

(Acta gen. des R. Min. d. Fin., Abth. für Hand., Gew. und Bauwesen, A. 4. Nr. 23. Vol. III. A. 2984.)

d) In Betreff der Verpflichtung des Reg. Bauraths zur Kontrolle der Bau-Inspektoren und Kondukteurs bemerkt das R. des R. Min. des Hand. (Graf v. Bülow) v. 11. Nov. 1823 an sämmtl. R. Reg. und die R. Baukommission zu Berlin:

Es ist häufig der Fall eingetreten, daß die Mängel, welche bei den in der Ausführung begriffenen Bauten vorkommen, auf Rechnung des die Aufsicht führenden Bau-Kondukteurs gesetzt worden sind, da dieselben doch hätten vermieden werden können, wenn der Kondukteur von dem Bau-Inspektor, welcher den Bau leitet, und von dem Reg. Baurath, welchem die oberste Leitung obliegt, revidirt worden wäre. Künftig können nun solche Entschuldigungen durchaus nicht mehr als gültig angenommen werden, vielmehr bleibt der Bau-Inspektor für die Fehler, welche der unter ihm stehende Bau-Kondukteur begeht, vorzüglich verantwortlich, da es nur von ihm abhängt, den Bau öfter zu besuchen und bemerkte Mängel gleich im Entstehen abzustellen. Bei den öfter vorzunehmenden Bereisungen der Baue müssen die Reg. Bauräthe streng darauf halten, daß die Baue von den Bau-Inspektoren zweckmäßig angeordnet und häufig inspiciert werden; sie müssen ferner Erkundigung über die Besichtigung der Baustelle von Seiten der Bau-Inspektoren einziehen, und hierin bemerkte Vernachlässigungen sofort dem Reg. Kollegio zur Verurteilung der Säumigen, anzeigen. Im Unterlassungs-Falle haben die Reg. und Bau-Bauräthe entstandene Fehler unnachlässiglich selbst zu vertreten. Die Entschuldigung derselben, daß sie aus Mangel an Zeit oder Urlaub, die Baue nicht hätten revidiren können, ist um so weniger zulässig, als es ihnen durch die Bau-Inspektoren angezeigt worden, oder sonst bekannt sein muß, wenn bedeutende Baue ihren Anfang nehmen, wo ihnen dann die Reg. Präsid. die Erlaubniß zur Reise, Behufs der Revision der Ausführung, nicht verweigern werden. Es ist indessen vorzüglich die Sache der Reg. Bauräthe, und sie bleiben dafür verantwortlich, daß sie selbst auf die Bewilligung des erforderl. Urlaubs antragen. Daß übrigens nicht der Bau-Kondukteur, sondern der Bau-Inspektor für die Veranschlagung eines Baues und dafür, daß alles dem Bedürfnis gemäß zur tüchtigen Ausführung veranschlagt sei, und daß alle aus der Vertilichkeit entspringenden Vortheile genutzt werden, verantwortlich bleibe, ist bereits festgesetzt, und es wird hierin nichts geän-

tungs- und Rassenachen nur als Korreferenten mitwirken, so erscheint es angemessen Bau-Referendarien auch von denjenigen Räten beschäftigen zu lassen, welche in Sachen mit dem Bau Rathe konkurrieren, damit sie sich auch von den einzelnen, dahinschlagenden Geschäftszweigen Kenntniß verschaffen.

Es werden übrigens die Bau-Referendarien, da diese Beschäftigung in ihremhältnisse als Bau-Konstrukteure nichts ändert, auch in den Konduktentlisten der Baukonstrukteure fortgeführt. (A. XV. 528. — 3. 4.)

Hierauf (ad 1 und 2) beziehen sich ferner folgende Reskripte:

3) E. R. der K. Min. d. J. für H. u. G. (v. Schudmann), des J. u. (v. Brenn) u. d. Fin. (Maassen) v. 7. Mai 1832 an sämmtl. K. Reg. Kondukteure, welche den Bedingungen des §. 22 der Vorschriften für die Prüfer der Feldmesser v. 8. Sept. v. J. Genüge geleistet, können als Bau-Referendarien ohne weiteren Nachweis ihrer allgemeinen Vorkenntnisse bei einer Reg. treten und sind keiner anderweitigen Prüfung als Referendarien unterworfen.

Der Bau-Konstrukteur hat die letzte Staats-Prüfung bestanden, welche ihn zur Stellung im Bau fache qualifizirt. Mit dieser Qualifikation kann er Bau-Inspizitor selbst Regierung- und Bau Rathe werden, ohne daß für letzteren Fall eine besondere Prüfung nach den Vorschriften für Mitglieder des Kollegiums eintritt.

Eben so wenig ist vorgeschrieben, daß man jetzt Bau-Referendarius getreten muß, um künftig Bau Rathe zu werden. Der Zweck, den ausgezeichneten Bau-Konstrukteuren Gelegenheit zu geben, sich als Bau-Referendarien für ihre künftige Geschäftsführung allen Entgelt zu routinieren, würde ganz verloren gehen, wenn man noch besondere schastliche Forderungen an sie machte. Denn es dürfte wohl schwerlich einer dazugehen, ohne allen Nutzen für sein künftiges Fortkommen, die besonderen dazu erforderlichen Studien zu machen, Studien, zu deren Anwendung er gar nicht berufen ist.

Diese Vielwifferei würde auch nur den schon jetzt sehr fühlbaren Uebelstand bereinigen, daß den Bau Räten die Bearbeitung von Gegenständen übertragen würde, die nicht ihres Amtes sind.

Die Anstellung der Bau-Referendarien bleibt übrigens dem mitunterz. Min. für H. und Gew. Ang. vorbehalten. (A. XVI. 347. — 2. 12.)

4) R. des K. Min. des J. für H. u. G. (v. Schudmann), des J. u. (Köhler) u. d. Fin. (Kühne) v. 26. Aug. 1832 an das K. Reg. Präsid. Marienwerder. Konkurrenz der Ministerien bei Anstellung von Bau-Referendarien.

Wie die Bestimmung am Schluß der, sämmtl. übrigen Reg. zur Nachricht mit nöthigen Beachtung mitgetheilten Verf. v. 7. Mai d. J. wegen der Bau-Referendarien zu verstehen sei, unterliegt eigentlich keinem Zweifel. Auf Erw. v. desfallsige Anträge v. 12. v. M. bemerken wir jedoch, daß nach jener Bestimmung allerdings über die Anstellung eines Bau-Referendarii an das mitunterz. Min. des J. für H. u. G. jedesmal berichtet, und dessen Genehmigung nachgesucht werden soll.

Hierbei hat es um so mehr sein Verwenden, als schon Fälle vorgekommen sind, von den Reg. Präsidenten, der Vorschrift entgegen, Bau-Konstrukteure als Bau-Referendarien angenommen sind, die im architektonischen Examen schlecht bestanden waren, kürzlich geprüft worden, sich mithin gar nicht bewährt haben.

(A. XVI. 588. — 3. 6.)

5) R. der K. Berw. für H., Fabr. u. Bauw. (Rother) v. 11. April an das K. Reg. Präsid. zu Oppeln. Revision der Bauanschläge durch Bau-Referendarien.

Es ist bemerkt worden, daß seit einiger Zeit von der dortigen K. Reg. die Revision durch die Ober-Baubehörde bisher gesandten Anschläge, abweisend geblieben hierin beobachteten Verfahren, nach dem mündlichen Ausdrucke und der Uebereinstimmung von dem Bau-Referendarius in den Vordersähen, von dem Reg. und Bau Rathe Konstruktion und Preisen revidirt worden, und wird hieraus Veranlassung genommen, dem v. hierüber Folgendes zu eröffnen:

Bau-Referendarien sind Bau-Konstrukteure, deren Stellung durch die Vorschriften zur Prüfung der Feldmesser v. 8. Sept. 1831 §. 22 dahin genau normirt ist, daß sie unter der Leitung der Reg. und Bau Räte sich bei den Reg. mit dem Gange und den Gegenständen ihres Faches bekannt machen und diesen Räten Rath und Hand leisten sollen; auch in ersterer Beziehung die E. R. v. 15. Nov. 1831 zu befolgen.

Die Bau-Referendarien und Konstrukteure sind hiernach bloße Hülfsmittel:

und Bausrath, nirgend aber befugt, seine Verpflichtungen oder seine Vertretung ganz zum Theil zu übernehmen; eben-so wenig hat auch der Reg. oder Bausrath die Befugnisse, seine Verpflichtungen ganz oder zum Theil auf sie zu übertragen. Ein solches Verhältniß ist aller Dienstordnung entgegen und würde dem Bau-Kondukteur zum Revisor gleich und erfahrener Baubeamter machen.

Es ist daher unstatthaft, wenn die Bau-Referendarien die Anschläge mit ihren Unterschriften versehen, und wird das (ins.) angewiesen, das Nöthige wegen Abstellung des Verfahrens zu veranlassen.

(Acta gen. des R. Min. d. Fin., Abth. für Land., Gew. u. Bauw., A. 4. Nr. 24. Vol. III., 3684. A.)

6) Das Regl. v. 14. Febr. 1846 über die Befähigung zu den höheren Stellen der Verwaltung (S. S. 1846. S. 199.), bestimmt im §. 15:

Unter Referendarien des Bauwesens, welche als solche nicht in den Dienstverhältnissen der eigentlichen Reg. Referendarien stehen, werden (nach Anleitung der besonderen, Prüfung der Kandidaten des Bauwesens betr. Bestimmungen) solche bei der Prüfung der übrigen des Bauwesens vorzüglich tüchtig befundene Bau-Kondukteure verstanden, welche zu der Hoffnung berechtigen, dereinst zu einer höheren Laufbahn in ihrem Fache zu werden, und denen in dieser Aussicht das die Bauangelegenheiten betreffende Min., welches allein sie zu Bau-Referendarien ernennen kann, dadurch die Befugniß gewöhren will, sich bei den Reg. selbst unter Leitung der Räthe, denen sie zugetheilt werden, namentlich aber der Reg.-Bausräthe und als deren Gehülfen, mit dem laufenden Geschäftsgange und dem darin zur Entwicklung gelangenden Gegenständen bekannt zu machen. Daraus bleibt also ihre Bestimmung und Beschäftigung, sowie ihre weitere Beförderung lediglich von dem vorerwähnten Min. abhängt.

II.

Rechte und Pflichten der Regierungen.

A. In Betreff der Anstellung der Bau- und Wege-Beamten vgl.:

1) die Reg. Instr. v. 23. Okt. 1817, Abschn. 2. §. 12, daß solche der Reg. Abth. zusieht, jedoch mit Ausnahme der Bau-Inspektoren, und der Land- und Wasser-Baumeister. In diesen ausgenommenen Fällen ist jedesmal das vorgesetzte Ministerium zu berichten.

2) Die Geschäfts-Anweisung für die Reg. v. 31. Dec. 1825 (N. IX. 821.) enthält demnächst zum Abschn. II. A.

In Ansehung der Beamten-Anstellung und Disciplin betrennet es bei demjenigen, was in der Instr. v. 1817 enthalten ist, unter Berücksichtigung dessen, was die Ordre des 10. März 1822 über die erweiterte Befugniß der Präsidenten enthält (c. 1).

In Ansehung derjenigen Staatsbeamten, deren Anstellung und Beförderung den Regierungen vorbehalten bleibt, c. geht der Vorschlag:

a. wegen der Bau-Inspektoren und wegen der Land- und Wasserbaumeister, von dem Plenum der Regierung, c.

In Fällen aber, unter Bestimmung und Mitzeichnung der Präsidenten, dergestalt daß wider den Willen des Letzteren kein Vorschlag an die vorgesetzten Behörden gemacht werden kann c.

Findet zwischen dem Präsidenten und dem Kollegium ein Einverständnis hierüber nicht, so ist auf die Ansicht des Ober-Präsidenten mittelst besonderen Antrags an ihn zu recurren, und dieser hat solche dann dem Ministerium vorzulegen.

B. Einsendung von Nachweisungen, Listen und Rapporte.

AA. Einsendung jährlicher Nachweisungen und Konduiten-Atteste der Bau-Kondukteure und Feldmesser.

1) C. R. des R. Min. des I. (v. Schudmann) v. 10. Nov. 1829, an die Reg. Einsendung der Nachweisungen der Bau-Kondukteure und Feldmesser.

Es nach der Verf. v. 20. März 1822 (Ant. b.) der Ober-Bau-Dep. einzusendenden Nachweisungen der Bau-Kondukteure sind unregelmäßig eingegangen, und haben über ihren Zweck nicht völlig entsprochen.

Das bezieht sich auf deren Befugniß, Disciplinarstrafen festzusetzen und event. die Entlassung in Antrag zu bringen.

Da nun dem Min. des I. daran gelegen sein muß, von den auf die etwaige Anstellung Bezug habenden Verhältnissen dieser Individuen in unmittelbarer Kenntniss zu bleiben, so werden hierüber folgende Vorschriften ertheilt:

1) Die K. Reg. hat alljährlich, unter Anwendung des beigefügten Sch. (Anl. a.) eine Nachweisung der in Ihrem Bezirk sich aufhaltenden Bau-Konstrukteure das Min. des I. einzureichen, und gleichzeitig ein Duplikat derselben an die Ob. Bau-Deput. gelangen zu lassen. Diese Nachweisung muß am 1. Febr. des folgenden Jahres eingegangen sein.

2) Die Nachweisung darf sich nicht bloß auf Individuen erstrecken, welche der K. Reg. Selbst mit Aufträgen versehen, sondern auch auf diejenigen, welche für Behörden oder Privatpersonen beschäftigt sind.

3) Der K. Reg., als der zunächst über die Bau-Konstrukteure gesetzten Dienstbehörde, werden die nöthigen Anordnungen überlassen, um sich von dem Aufen derselben in Ihrem Bezirke, von ihrer Beschäftigung u. die erforderlichen Nachrichten zu sichern. Die Ob. Bau-Deput. ist aber auch beauftragt, den Bau-Konstrukteuren bei der Ausstellung der Prüfungs-Atteste ausdrücklich bekannt zu machen, daß sie verpflichtet sind, sich bei der Reg. in deren Bezirke sie ihren Aufenthalt nehmen, zu melden, hiernächst, wenn sie etwa den Bezirk wieder verlassen wollten, der Reg. auch davon, und wo sie sich begeben würden, Anzeige zu machen. Wer diese Meldung unterläßt, und dabei in das Verzeichniß aufgenommen wird, hat es seiner Nachlässigkeit beizumessen, wenn das Min. keine Kenntniss von ihm erhält, und folglich auf seine Versorgung nicht eingehen kann.

4) Die in der Nachweisung des einen Jahres aufgeführten Bau-Konstrukteure außer den Neuzinzugekommenen, in die Nachweisung für das folgende Jahr auch übertragen werden, wenn sie in dem Laufe des letzteren eine fixirte Anstellung erhalten, oder den Regierungs-Bezirk verlassen haben, oder gestorben sind. In diesen Fällen ist eine kurze Angabe, welche Anstellung der Bau-Konstrukteure erhalten, oder in welchen anderen Regierungs-Bezirk er sich begeben habe u. u. aufzunehmen.

5) Durch die zu 1. ertheilte Vorschrift wird die mittelst der Verf. v. 20. März angeordnete Nachweisung der Bau-Konstrukteure entbehrlich. Dagegen verbleibt es hinsichtlich der Feldmesser bei den Bestimmungen der gedachten Verf. mit der Maßgabe, daß die Feldmesser-Nachweisungen nur der Ob. Bau-Deput. und nicht dem Min. des I. vorzulegen seien.

Anl. a.

Schema zur Nachweisung der Bau-Konstrukteure, welche sich im Reg. Bezirke N. Jahre 18 aufgehalten haben.

No.	Vor- und Namen des Bau-Kan- didaten.	Wohn- ort.	Ge- burtss- Jahr.	Datum des Prüfungs- Attestes als Baumeister	Bezeich- nung der Geschäfte, die der Bau-Kon- strukteur ge- führt hat.	Angabe, wie er sol- che besorgt hat, und wie sein Verhalten überhaupt gewesen ist.	Angabe, ob der Bau- Konstrukteur durch Mil- tairdienste besondere Ansprüche auf Berücksich- tigung hat.

Anl. b.

Um das Min. des I. in den Stand zu setzen, sich von dem Aufenthalt und Beschäftigung sämtl. examinirter Feldmesser und Bau-Konstrukteure die erforderliche Kenntniss in vorkommenden Fällen zu verschaffen, ist die Ob. Bau-Dep. beauftragt, hierüber vollständige Verzeichnisse zu führen, und die K. Reg. wird daher an diese Behörde, am Schlusse eines jeden Jahres, eine Nachweisung derjenigen dieser Art, welche während des Jahres in Ihrem Verwaltungs-Bezirk beschäftigt sind, nach den beiliegenden beiden Schemata (Anl. a. u. b.) auszufertigen. Zu dem Ende ist die K. Reg. den Konstrukteuren, welche bei derselben vereidigt werden, aufzugeben, daß am Ende eines jeden Jahres, derjenigen Reg., in deren Bezirk sie während desselben betheiliget haben, ein Verzeichniß ihrer Arbeiten nach den beigefügten Vorschriften einzureichen, und die in dem Bezirk der K. Reg. gegenwärtig sich aufhaltenden examinirten Bau-

1) Die Anl. II. ist hier nicht mit abgedruckt, da in deren Stelle jetzt die neuere, (stehend) zur Anwendung kommt.

Grenzen genau zu bestimmen, und die Länge der Kunststrafe, über welche beamtete die Aufsicht führt, anzugeben.

Das erste vollständige Verzeichniß dieser Art hat die K. Reg. Ende De
Min. und der Ob.-Bau-Deput. eingereicht. Hiemit kann zugleich die Konz.
der Bau-Inspektoren und Kondukteure verbunden werden. Sollten Veränd.
den Abtheilungen der Landbau-Kreise der betr. Baubeamten eintreten, oder
nungen von den Grenzen dieser Bau-Distrikte bis dahin noch nicht eingetra.
sein, so wird zugleich für das Min. eine Baukreis-Karte erwartet, deren Maß
bis 5 Meilen auf den Preuss. Dezimal-Fuß enthält. Berlin, 17. Juni 1821.

Ministerium des
Großh. H. 10

આ સંમતિ. ર. બેગ.

[illegible]

3) E. R. des K. Min. des J. (v. Schudmann) v. 22. Febr. 1830 an
sämtl. K. Reg.-Chef-Präsidenten. Konduiten-Listen der Baubeamten.

Die Konduiten-Listen der Baubeamten werden in einigen Reg.-Bezirken von den
Präsidenten, in anderen von dem Kollegio eingereicht.

Die Geschäfts-Anweisung v. 31. Dec. 1825 §. 2 zählt dies jedoch zu den Befug-
nissen der Präsidenten, daher das Min. des Inn. auch von Ew. zc. diese Bericht-Erstat-
tungen, welche sich zugleich über die Wegebaumeister — deren die obgedachte B.
Anweisung — erstrecken, und die Nachweisung des Geschäfts-Kreises jedes Baubeamten
fordern muß, wegen deren bisher übliche besondere Einreichung unterbleiben kann.

(N. XIV. 169. — 1. 126.)

4) E. R. des K. Min. des J. für H. u. G. (v. Schudmann) v. 28. Febr.
1834 an sämtl. K. Reg. Anfertigung der Konduiten-Listen über die Bau-
kondukteure.

Es haben sich mehrfache Uebelstände daraus ergeben, daß das Min. nicht davon
in Kenntniss ist, ob die Bau-Kondukteure verheirathet sind, und Kinder haben oder nicht.

Es sind daher künftighin und zunächst bei den Konduiten-Listen pro 1834 die erforderl.
Nachträge hinter diejenigen beizufügen und auszufüllen, welche das Datum des Prüfungs-
zeugnisses als Baumeister enthält.

Daher einige Reg., die Listen in alphabetischer Ordnung, andere nach dem Dienst-
rang der Bau-Kondukteure führen, welches sich aus jenem Zeugnisse ergiebt, so wird letztere
als die angemessenere, hiermit allgemein vorgeschrieben.

(N. XVIII. 239. — 1. 141.)

5) E. R. der Verm. für H., Fab.- u. Bauwesen (Möther) v. 25. Febr.
an sämtl. K. Reg. Listen der Feldmesser als Bauzöglinge.

Die K. Reg. wird künftighin bei Einreichung der Nachweisung der Bau-Kondukteure
nachtrags diejenigen Feldmesser aufzuführen, welche die Vorprüfung als Baumeister
bestanden haben, und von Ihr, als Bauzöglinge, bei Bau-Ausfüh-
rungen beschäftigt worden sind. Sie sind eben so, wie die Bau-Kondukteure, nach dem
Datum der Vorprüfungs-Zeugnisse, jedoch in zwei Klassen zu ordnen, nach ihrer Qualifikation.

Diejenigen K. Reg., welche die Bauzöglinge in der Liste von 1835 noch nicht auf-
geführt haben (wie schon von einigen geschehen) werden die Nachweisung nachträglich ein-
zureichen.

6) Der Allerh. Erlaß v. 31. Juli 1848 bestimmt, daß die seither stattgefun-
denen Konduiten-Listen in der Civilverwaltung abgeschafft sein sollen.
(G. S. 1848 S. 200.)

Der Bezug hierauf sind demnächst ergangen:

1) E. R. des K. Min. für H., G. u. öff. Arb. (v. d. Gehdt) v. 5. April
an sämtliche K. Regierungspräsidien, sowie an das K. Polizeipräsidium,
das Ministerial-Baukommission und die K. Ober-Bau-Deputation in Berlin,
die Aufstellung und Einreichung von Personal-Nachweisungen über die
Beamten der Bauverwaltung.

Der Allerh. Erlaß v. 31. Juli v. J. (G. S. 1848. S. 200) die Abschaffung der
Konduiten-Listen in der Civilverwaltung betr., bezieht sich auch auf diejenigen
Konduiten-Listen, welche bisher über die Beamten der Bauverwaltung aufzustellen waren.
Nur bei dem zahlreichen Dienstpersonal der gedachten Verwaltung eine Uebersicht
des Dienstalters und der persönlichen Verhältnisse der Beamten nicht zu entbehren ist, so
sind Personal-Nachweisungen an die Stelle der bisherigen Konduiten-Listen
zu machen und für jene Nachweisungen die zu diesen Listen bisher benutzten Formulare mit
Angabe beibehalten werden, daß aus den letzteren das Urtheil über das Benehmen
des Charakters des Beamten entfernt wird.

Es sind daher auch ferner am Schlusse jedes Jahres und spätestens bis zum 1. Febr.
des folgenden Jahres diejenigen Nachweisungen, welche

1) der Erlaß v. 17. Juni 1821 bezüglich der Reg.-Bauräthe und aller im fixirten
Gehalte stehenden Staats-Baubeamten für den Land-, Wasser- und Wege-Bau,
2) die Erlasse v. 10. Nov. 1829, 14. Dec. 1832, 28. Febr. 1834 und v. 25. Febr.
1835, bezüglich der Baumeister und Bauführer, sowie der Kreis- und Kommunal-
Baumeister,

hierher einzureichen, jedoch mit Uebergang jedes Urtheils über die dienstliche
außerdienstliche Führung der Beamten, aber mit Angabe der etwa erhaltenen Aus-
zeichnungen oder Gratifikationen für außergewöhnliche Dienstleistungen, sowie auch der
erlittenen Bestrafung, — indem die Strafen, welche ein Beamter sich im Dienste

64 Gesetzgebung üb. d. Staats- u. öffentl. Bauwesen, dessen Behörden u. Beam

zugezogen hat, als etwas Thatsächliches in seine Personal-Nachweisungen gehören endlich mit einer Aeußerung über die körperliche Mündigkeit und die Wünsche des Beamten wegen seiner Versetzung in höhere oder andere Stellen, unter Beifügung der diese unterstützenden Gründe.

Hiernach wird zu a., das dem dort bezeichneten Erlasse beigegebene Schema seiner Aenderungen bedürfen, die letzte Spalte „Anmerkungen“ aber fortan nur im obigen Sinne zu füllen sein;

zu b., in dem mit dem Erlasse v. 10. Nov. 1829 ergangenen Schema, unter Genehmigung der durch das R. v. 28. Febr. 1834 angeordneten neuen Columnne wegen Verheirathung und Descendenz des Beamten, die Spalten-Angabe „wie er seine Verheirathung besorgt hat und wie sein Benehmen überhaupt gewesen ist,“ wegzulassen und die „Bemerkungen“ nur in der zu a. bestimmten Weise zu benutzen sein.

Ich habe die beiden Schemata hiernach neuerdings aufstellen und je ein Exemplar (unter A. und B.) beifügen lassen

Bei den durch die Erlasse v. 29. März 1822 und 10. Nov. 1829 angeordneten jährlichen Mittheilungen an die K. Ober-Bau-Deput., Betreffs der im dortigen Verwaltungsbezirke während des abgelaufenen Jahres vorkommenden Baumeister und Bauverpächter, behält es das Bemerkende.

Uebrigens vertraue ich, daß das K. Reg.-Präsidium sich unausgesetzt der Würdigkeit und Thätigkeit jedes einzelnen Baubeamten in genauer Kenntniß erhalten für die Vollständigkeit der Personal-Acten sorgen wird, damit auf Grund der letzteren die Qualifikation und Führung der Beamten jederzeit vollständig Auskunft erfolgen

Schema A.

zur Nachweisung der jetzt angestellten Staats-Baubeamten im Regierungsbezirke N. N. am Ende des Jahres 18 . .

1. Laufende Nr.	2. Charakter des Beamten.	3. Vor- und Zunamen.	4. Wohnort.	5. Geburts-Jahr.	6. Diensttritt.		7. Behalt.		8. Emolumente.	9. Fuhr- und Schreibmaterialien-Gelder.	10. Summe.
					überhaupt. (im Jahr)	in der jetzigen Stelle (im Jahr)	aus Königl. Kassen rthl. fg.	aus Kommunal-Kassen. rthl. fg.			

Schema B.

zur Nachweisung der Baumeister und Bauverpächter, sowie der Kreis- und Kommunal-Baumeister, welche sich im Regierungsbezirke N. N. im Jahre 18 . . aufgehalten haben.

1.	2.	3.	4.	5.	6.		7.	8.	9.
Laufende Nr.	Charakter des Beamten.	Vor- und Zunamen.	Wohnort.	Geburts-Jahr.	Datum der Prüfungs-Atteste als		Ob er verheirathet ist und Kinder hat.	Bezeichnung der Geschäfte, welche er geführt hat.	Ob er durch Militärdienste besondere Ansprüche auf Berücksichtigung hat.
					Bau-führer.	Bau-meister.			

b) E. M. d. d. Min. v. 15. März 1850 an sämtliche R. Regierungs-
Präsidenten, betr. die Aufstellung und Einreichung der Personal-Nachweisungen
über die Beamten der Bauverwaltung.

Inkr. Bezugnahme auf die Verf. v. 3. Aug. v. J., (Anl. a.) wegen Einreichung der
Personal-Nachweisungen über die Baubeamten, Baumeister und Bauführer etc.,
das R. Reg.-Präsidium veranlaßt, diese Nachweisungen an Stelle der bisherigen
Ober-Bau-Deput., fortan der, mit dem l. d. M. unter dem Vorsitz des Geh. Ober-
Bau-Deput. in Wirksamkeit getretenen R. technischen Bau-Deput. einzureichen
sowie dahin auch die vorgeschriebenen Nachweisungen wegen der Feldmesser einzusenden.

Anl. a.

In Befriedigung entstandener Zweifel mache ich das R. Reg.-Präsidium darauf auf-
merksam, daß die durch meine Verf. v. 5. April v. J. (Min. Bl. Jahrg. 1849 S. 71.
Nr. 114) vorgeschriebenen jährlichen Personal-Nachweisungen über alle in fixirtem Gehalte
am Staats-Baubeamten, sowie über die in den betreffenden Bezirken domizilirten
Baumeister und Bauführer und über die Kreis- und Kommunal-Baumeister, den früheren
v. 17. Juni 1821 und 10. Nov. 1829 entsprechend, nicht nur hlerher, sondern
auch der R. Ober-Bau-Deput. einzureichen sind, während der letztern Behörde
die vorgeschriebenen Nachweisungen wegen der Feldmesser zugehen.

Ich beabsichtige, mit dem künftigen Jahre beginnend, ein Verzeichniß der
Baumeister, welche, ohne im Staats- oder Kommunaldienst wirklich angestellt
zu sein, durch ein auf Grund bestandener Prüfung ertheiltes Zeugniß der R. Ober-Bau-
Deput. zur Befleidung von Stellen als Baubeamte im Staats- oder Kommunaldienst
resp. dem Publikum gegenüber nach §. 44. der Gew. O. v. 17. Jan. 1845 aus-
gezeichnet von Bau-Unternehmungen ein Gewerbe zu machen befugt sind, insoweit sie
in den vorgedachten Nachweisungen hier angemeldet werden, jährlich bekannt machen
lassen.

Das R. Reg.-Präsidium wird veranlaßt, diese Maßregel durch die Amtsblätter zur
Kenntniß der Betheiligten zu bringen und dieselben darauf aufmerksam zu machen, daß es
ihnen so sehr in ihrem Interesse liegen dürfte, die betreffenden Meldungen, deren
Ausgang bei dieser Gelegenheit wiederum mitzutheilen sein wird, den Behörden rechtzeitig
vollständig einzureichen.

Berlin, den 3. August 1849.

Der Minister für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten.

An

v. d. Geh. d.

an das R. Reg.-Präsidium.

(Min. Bl. d. i. B. 1850 S. 109. Nr. 146.)

1) Ueber die eigene Verpflichtung der Feldmesser, Bau-Kondukteure und
Bau-Jünger zur Einreichung jährlicher Verzeichnisse über die von ihnen gelie-
bten Arbeiten disponiren ferner:

a) E. M. des R. Fin. Min. (Flottwell) v. 9. Mai 1845 an sämtliche
Reg., und an die R. Min.-Bau-Kommission.

Die unter dem 29. März 1822 und 10. Nov. 1829¹⁾ ertheilten Vorschriften,
nach welchen Feldmesser und Bau-Kondukteure (zu welchen jetzt Bau-Jünger treten) verpflich-
tet sind, derjenigen Reg., in deren Bez. sie gearbeitet haben, am Schlusse eines jeden Jah-
res ein Verzeichniß ihrer Arbeiten einzureichen, sind sehr in Vergessenheit gerathen. — Die
Reg. wird daher diese Vorschrift durch das Amtsblatt und sonst auf geeignete Weise in
Erinnerung bringen, mit dem Bemerkten, daß es gleichgültig sei, ob die Beschäftigung im
Staatsdienst statgefunden habe oder nicht, auch wird Sie zu einer nachträglichen Ein-
reichung der versäumten Anmeldungen auffordern.

Bereits in dem Erl. v. 10. Nov. 1829 ist darauf aufmerksam gemacht, daß, wer
eine Anmeldung unterläßt und nicht in das Verzeichniß aufgenommen wird, es seiner
Zukunft beizumessen hat, wenn das Min. keine Kenntniß von ihm erhält und folglich
keine Verjüngung nicht Bedacht nehmen kann.

(Min. Bl. d. i. B. 1845 S. 114. Nr. 132.)

b) E. M. des R. Fin. Min. (Flottwell) v. 14. April 1846 an sämtliche
Reg., betr. die Meldungen der Bau-Kondukteure über geleistete Arbeiten und
Inhaltort und Berücksichtigung derselben zu ferneren Beschäftigungen und
Anstellungen.

Die R. Reg. erhält hlerbei eine von mir erlassene Bekanntmachung (Anl. a.), die

¹⁾ Vergl. oben S. 59. ff.

²⁾ Renc, Bau-Polizei. 2. Aufl.

Weisung der Bau-Kondukteure betr., mit dem Auftrage, solche unverzüglich in das Blatt und die zu deren Verbreitung geeigneten Zeitungen einzurücken zu lassen.

Bei Ihren Vorschlägen wegen Besetzung vakanter Baubeamtenstellen hat auch die in Ihrem Bezirke bei Kommunal-, Eisenbahn- oder Privatbauten beschäftigten Bau-Kondukteure in der Art mit zu berücksichtigen, daß Sie an dieselben, wenn für eine vakante Stelle geeignet erscheinen, die Aufforderung ergehen läßt, sich über deren Annahme zu erklären. Von dieser Erklärung ist dann jedergelt gleich Ihren Vorschlägen Anzeige zu machen.

Anl. a.

Bekanntmachung.

Der wiederholt ergangenen Aufforderung ungeachtet, ist die bestehende Veranlassung, wonach die geprüften Bau-Kondukteure alljährlich bei der K. Reg., in der sie gearbeitet haben, am Schlusse des Jahres, unter Einreichung eines Verzeichnisses ihrer Arbeiten sich melden müssen, vielfach unbeachtet geblieben, so daß die nöthige Kenntniß über ihren Aufenthaltsort und ihre Beschäftigung nicht erhalten werden kann. Ich bin daher veranlaßt, nicht nur für die Folge die pünktliche Beachtung jener Verordnungen zu bringen, sondern auch sämtliche Bau-Kondukteure, welche nicht mit Aufträgen der K. Reg. versehen, sondern für andere Behörden, Kommunal-, Eisenbahn-Gesellschaften oder Privatpersonen beschäftigt sind, hierdurch aufzufordern, binnen vier Wochen ihren gegenwärtigen Aufenthaltsort und ihre dermalige Beschäftigung unmittelbar und zwar unter Angabe ihrer Vornamen und des Datums des Bau-Konduktorenzeugnisses schriftlich anzuzeigen, und dabei zugleich zu bemerken, ob sie zur Annahme einer etatsmäßigen Baumeisterstelle oder auch selbst zu diätarischen Beschäftigungen, bei Chausseebauten, bereit und ihr jetziges Verhältniß aufzugeben geneigt sind. Diejenigen, welche diese Anzeige unterlassen, haben zu gewärtigen, daß bei Besetzung der etatsmäßigen Baubeamtenstellen überhaupt unberücksichtigt bleiben.

Gleichzeitig bemerke ich, daß die bei Kommunal-, Eisenbahn- oder Privatbauten beschäftigten Bau-Kondukteure, welche bei der an sie ergehenden Aufforderung die Annahme einer etatsmäßigen Baubeamtenstelle dieselbe ablehnen, demnächst nicht darauf Anspruch machen dürfen, bei Besetzung derartiger Stellen nach ihrer Anciennität berücksichtigt zu werden.

Berlin, den 14. April 1846.

Der Finanz-Minister. Flottmann

(Min. Bl. d. i. B. 1846 S. 50. Nr. 73.)

8) Ueber die Verpflichtung der Baumeister und Bauführer, die in der Min. für G., O. u. öffentl. Arb. Anzeige von der Ablegung ihrer Prüfung, der von ihnen übernommenen Beschäftigung zu machen, sind ergangen:

a) C. R. des K. Min. für G., O. u. öffentl. Arb. (v. d. Heydt) v. 1852 an sämtliche K. Reg. und an die K. Min.-Bau-Kommission.

Nach der C. B. v. 11. Mai 1848 haben Baumeister und Bauführer dem K. Min. für G., O. und öffentl. Arb. nicht nur von der Ablegung ihrer Prüfung, sondern auch im kommenden Falle, davon schriftliche Anzeige zu machen, daß sie beschäftigungslos sind.

In der C. B. v. 6. Juli 1848 (Min. Bl. S. 302.) ist ferner bestimmt worden, daß bei allen Bau-Ausführungen, bei welchen, außer der oberen Leitung der Kreis- oder Provinzial-Regierung noch eine spezielle technische Leitung oder Beaufsichtigung erforderlich wird, ein Baumeister oder Bauführer zu bestellen sind. Ebenso ist dort angeordnet, daß die K. Reg. die zu Bauten in ihrem Bezirk erforderlichen Baumeister oder Bauführer nicht ermitteln vermögen, dieselben beim Min. für G., O., bei welchem Listen über die beschäftigten Baumeister und Bauführer geführt werden, die Ueberweisung eines solchen zu tragen haben.

Nicht selten sind jedoch von den Baumeistern und Bauführern die in der C. B. v. 11. Mai 1848 vorgeschriebenen schriftlichen Anzeigen bisher unterblieben, wodurch Uebelständen geführt hat, daß nicht immer den Anträgen der betr. Behörden um Besetzung vakanter Baumeister oder Bauführer hat genügt werden können, so daß der Angriff von Bau-Ausführungen hat ausgesetzt bleiben müssen, weil geeignete Baumeister oder Bauführer, obschon solche vorhanden, nicht rechtzeitig ermittelt werden konnten.

Die K. Reg. wird daher angewiesen, in angemessener Weise dafür zu sorgen, daß die in Ihrem Bezirke beschäftigten Baumeister und Bauführer nicht nur, wenn sie beschäftigungslos sind, die vorgeschriebene schriftliche Anzeige hierher gelangen lassen, sondern auch in Zukunft anzeigen, sobald sie nach Beendigung einer Beschäftigung zu einer anderen übergehen. Auf diese Weise wird dann aus den Listen, welche hier über die Baumeister und Bauführer geführt werden, zu jeder Zeit zu sehen sein, ob und welche Baumeister und Bauführer für die spezielle Beaufsichtigung der in Angriff zu nehmenden Bauten vorhanden sind.

Wichtige Organisation der Behörden, Provinzial-Behörden: - 27

Führung der Listen beim Min. ist statt des Bau-Inspektors Marsch zur gemeinlicher R. k. m. m. l. b. beantragt, bei welchem während der gewöhnlichen nach mündliche Erfindungen eingezogen werden können, (L. d. I. B. 1852. S. 126. Nr. 114.)

L. d. I. B. 1852. S. 126. Nr. 114.)

L. d. I. B. 1852. S. 126. Nr. 114.) sollen Baumeister und Bau-
m. für p., o. und öffentl. Arb. nicht nur von der Ablegung ihrer Prüfung,
vorstehenden Fasses davon Anzeige zu machen, daß sie beschäftigungslos
in einer Beschäftigung zu einer anderen übergegangen sind, damit auf diese
Listen, welche hier über die Baumeister und Bauführer geführt werden,
dann, ob und welche Baumeister und Bauführer für die spezielle Beauf-
sichtigung zu nehmenden Bauten vorhanden sind.

Schriften sind bisher nicht überall vollständig befolgt worden und es ent-
r. eingetragten Mangeln die zur Führung von Listen nöthigen Ausweise.
Reg. wird daher wiederholt angeordnet, auf geeignete Weise dafür zu for-
men die in Ihrem Bezirke beschäftigten Baumeister und Bauführer die in
S. April d. J. vorgeschriebenen Anzeigen hierher gelangen lassen, sondern
auch in denselben angegeben wird:

und Zuname,

geb.-Jahr, Monat und Tag,

heutige Wohnort,

in der Prüfungs-Atteste (Jahr, Monat und Tag),

welche Befähigung das Prüfungs-Attest lautet,

er Militärpflicht genügt,

er Bau-Ausführungen derselbe geleitet hat.

L. d. I. B. 1852. S. 208. Nr. 254.)

Absendung der Bau-Rapporte.

des R. Min. des Hand. (v. Bülow) v. 23. Jan. 1818 an die R.
göberg u. abschriftlich zur Nachachtung an sämtl. übrige R. Reg.
Abfertigung der Uebersicht des Bauwesens ist es notwendig, daß das Min.
während hinlänglich von der Einteilung, dem Fortgange und der Veränd-
Bau unterrichtet werde, welche den Wasser-, Brück-, Brücken- u. Wege-

er eingesandten Rapports haben diesem Zweck nicht ganz entsprochen, wes-
Min. an gerechnet, die R. Reg. alle zwei Monate einen General-Rapport:
Stand und den Fortschritten der zum Ressort des Handels-Min. gehörigen
beil. Schema sub Lit. A. (mit Ausnahme der Kunststraßen) und II. von
und den Fortschritten der Kunststraßenbau, nach dem beil. Schema sub
haben hat.

port I. sind die Baugegenstände zuerst nach den Abtheilungen des appro-
ordnen, worauf die außerordentlichen und Kommunalbau folgen können.
orte, welche in der Regel von einem Reg. Baurathe zu bearbeiten sind,
ingster Kürze ohne weitläufige Auseinandersetzung abgefaßt, so daß solche
Bau enthalten, welche nach der Reg. Instruk. v. 23. Okt. v. J. §. 21.
höheren Revision und Festlegung unterworfen sind.

ordnete Befahrung der schiffbaren Flüsse durch die Reg. Bauräthe, sowohl
zur Beurtheilung der erforderlichen Verbesserungen, als im Herbst, zur
abgeführten Arbeiten, wird vorzüglich mit dazu dienen, die Beschaffenheit
sferer schiffbaren Gewässer genau kennen zu lernen. Es ist daher jedes-
ist von dem an die R. Reg. erstatteten Reise-Berichte der Bauräthe ein-

plischen Ereignissen bei eingetretenen Eisgängen auf den Strömen, dem
lande und anderen Vorfällen, welche sich auf die Ausführung wichtiger
die Unterbrechung der Land- und Wasserkommunikation beziehen, hat die
mal nach §. 17. Nr. 3. der Reg. Instr., ungesäumt besondere Anzeige zu
es aber nöthig ist, von dergleichen Vorfällen so schnell als möglich Kennt-
so sind die Bauräthe und Bau-Inspektoren der R. Reg. anzuweisen, mit
eichen Ereignissen unmittelbar eine vorläufige Anzeige einzulenden u.
n. des Fin. Min. Abth. IV., sig. B. I. Nr. 3.)

stelle der hier angeordneten Schemata sind demnach die mittelst G. R.
br. 1821 vorgeschrieben, getreten, weshalb solche hier nicht mit abgedruckt

2) C. R. des K. Min. des Hand. (v. Bülow) v. 27. Febr. 1821
sämmtl. K. Reg.

Da es nothwendig ist, die unterm 23. Jan. 1818 angeordneten allgemeinen Rapporten mit den Anzeigen über die finanzielle Verwaltung der von dem Handels-Ministerio ressortirenden Baue in die genaueste Verbindung zu bringen, um dadurch eine ständige übersichtliche Vergleichung der Fortschritte der Baue mit den bewilligten disponiblen Geldmitteln zu erhalten, und eine solche Vergleichung im Einzelnen bei K. Reg. selbst zu veranlassen, diese Verbindung aber am Besten dadurch erreicht werden, daß mit der Einsendung der Kassen-Extracte die Einsendung von Bau-Rapporten zusammenfällt, so wird hiedurch verordnet, daß künftighin mit den unterm 22. Juni 1818 befohlenen Kassen- und Verwaltungs-Extracten des Gewerbe- und Bauwesens und Kommunikations-Abgaben, diejenigen Bau-Rapporte über die für das Handels-Ministerium gehörigen Baue, welche nicht allein den technischen Zustand des Baues, sondern den Zustand der Special-Bau-Kasse darlegen, gleichzeitig, also statt wie bisher zwei zu zwei Monaten, künftig nur vierteljährig in den für die Kassen-Extracte bestimmten Terminen, nämlich den 20. Jan., 20. April, 20. Juli und 20. Okt. eingereicht werden sollen. Die Kunststraßenbaue werden, wie bisher von den übrigen Bauwerken abge- und es werden darüber besondere Rapporte erstattet. Die K. Reg. erhält zu diesen vierteljährigen Rapporten anlegend die mit A. und B. bezeichneten Schemata¹⁾, wonach Rapporte genau einzurichten sind. Die Bearbeitung derselben muß von dem Baurath und dem Kassen-Rath gemeinschaftlich geschehen. Die Special-Bau-Kassen müssen Duplikat der Extracte, welche sie der K. Reg. überreichen, dem betr. Bau-Inspektor gleichzeitig überreichen, welcher seinen Special-Bau-Rapport darnach aufstellt, welchen er der K. Reg. überreicht. Der Baurath arbeitet in Gemeinschaft mit dem Kassenrath das heraus, wobei die Special-Bau-Rapporte mit den Extracten der K. Reg. Kassen in Uebereinstimmung zu bringen gesucht, oder die Abweichungen erläutert werden müssen.

Da aber vierteljährige Nachrichten in der Bauzeit nicht hinreichen, um davon den technischen Zustand und die Fortschritte der Baue schnell genug zu erfahren und zu sehen, so sollen außer jenen vierteljährigen Rapporten in dem Sommerhalbjahre Rapporte zwischen den vierteljährigen, also außer den obigen noch zwei, von dem Baurathe auszuarbeitende Rapporte den 1. Juni und 1. Sept. erstattet werden, die sich auf den technischen Zustand des Baues, ohne Angabe des Kassenzustandes beziehen, daß also über die technische Lage des Baues sechsmal im Jahre, über die finanzielle desselben aber viermal im Jahre in den oben bezeichneten Terminen berichtet wird. Zwei bloß technischen Rapporte werden ebenfalls nach den beiden anl. Schemata eingereicht, nachdem daraus die Kolonnen 5, 6, 7, 8, 9 bei A. und 7, 8, 9, 10 bei B. weggelassen werden.

Diese Einrichtung ist im Wesentlichen dem eignen Wunsche vieler K. Reg. gemäß, nun durch die Verbindung der technischen mit den finanziellen Nachrichten über das Bauwesen, sowie überhaupt das ganze durch die gegenwärtige Anordnung der K. Reg. Pflicht gemachte Geschäft so sehr erleichtert wird, daß das Min. des Handels mit der genauesten Erfüllung der gegenwärtigen Anordnung entgegensteht, so hofft das Min. des Handels, daß von jetzt ab die Termine zu der Einsendung der Bau-Rapporte nicht wie es bisher öfters der Fall gewesen, werden verabsäumt, und eine Erinnerung daran wird veranlaßt werden. Es wird daher auch hinfort mit der größten Strenge an der Einsendung der angeordneten Rapporte gehalten und nicht die geringste Säumnis nachgesehen werden. Sobald nicht der Rapport in einer verhältnismäßigen, zur künftigen nöthigen Zeit, spätestens aber 14 Tage nach dem Termine hieselbst wirklich eingegangen ist, wird unmittelbar eine Ahndung der Säumnis erfolgen u.

Uebrigens bleiben die sonstigen Bestimmungen der Verf. v. 23. Jan. 1818, die Baugesenstände in den Rapports nach den 3 Schematen der Verwaltungs-Extracten in 3 Abtheilungen aufgestellt werden müssen, worauf die Kommunalbaue folgen können, die Rapporte in gedrängter Kürze abgefaßt werden und alle diejenigen Baue umfassen müssen, die nach der K. Reg. Instr. v. 23. Okt. 1817 §. 12. Nr. 9. a. b. der höheren Bau-Inspektion und Festsetzung unterworfen sind; desgl. die Bestimmungen wegen der Befestigung der schiffbaren Flüsse, wegen der Anzeigen plötzlicher auf das Bauwesen Bezug habender Ereignisse und wegen der Konduiten-Listen ungeändert.

¹⁾ Das Schema B. ist nicht mit abgedruckt, weil dasselbe durch die C. R. v. 30. März 1843 (s. unten) aufgehoben worden

Nr.	Baugesamtheiten und Ort des Baues.	Datum der ministeriellen Genehmigung.	Datum der Einstellung des Baues durch die Regierung.	Anschlags-Summe.	Darauf sind vom Ministerium der Regierung bis jetzt überwiesen.	Von der Regierung sind bis jetzt der Spezial-Bauleiste überliefert.	Ausgegeben der Bau-Kasse.	Fonds, aus welchen die Gelder zufließen.	Technische Lage des Baues.	Bemerkungen wann der Bau aufgenommen hat, wann derselbe beendet sein kann, der mutmaßlichen Ersparnisse u. s. w.
								nämlich: 1) Staatsfonds 2) General-Bausfonds. 3) Extraordin. Fonds. In dieser Spalte wird es die Übersichtlichkeit halber, wenn die Pläne in vorgerückter Ordnung im Bericht verzeichnet werden.		

(Act gen. des R. Ein. Min. Abth. IV., sig. B. I. Nr. 5.)

3) C. R. des R. Fin. Min., Abth. für H. und Fabr. (Beuth) v. 3. 1834 an sämmtl. R. Reg. und an die Min. Bau-Komm. zu Berlin.

In die Bau-Rapporte, welche an die unterz. Abth. des Fin. Min. in denselben Perioden, die das vormallige Min. des F. für Hand. und Gew. vorgeschrieben hatte, ferner zu erstatten sind, nämlich bis zum 20. April, 20. Juli, 20. Oct. und 20. Febr., den nach der nunmehr eingetretenen Ressort-Veränderung nur nachfolgende Baue annehmen sein:

1) diejenigen, deren Kosten aus den Staats-Fonds der bisherigen Gewerbe-Bau-Verwaltung erfolgen,

2) diejenigen, welche ganz oder theilweise durch Bewilligungen aus dem Bau-Fonds ausgeführt werden,

3) diejenigen Land-, Pracht-, Strom- und Brücken-Baue, zu welchen das Maj. die Summen außerordentlich bewilligt haben, mit Ausnahme jedoch derjenigen, welche die Kirchen- und Schul-Verwaltung, sowie die Armen- und Sicherheits-Pflege

4) die Bezirks-Straßenbaue in der Rheinprovinz und dem Reg. Bez. Arnheim,

5) die auf Aktien unternommenen Straßen-, Brücken- und Eisenbahn-Anlagen.

Diejenigen Baue, von welchen die Anschläge zur Super-Revision der Ober-Deput. gelangt sind oder verfassungsmäßig hätten gelangen müssen, sind in die Bau-Rapporte aufzunehmen. Sie erscheinen darin von dem Zeitpunkte an, wo das Min. die Ausführung genehmigt hat bis zur Ausführung des Revisions-Protokolls. Sobald letzteres geschehen, ist in dem Rapporte zu bemerken: die Abnahme ist erfolgt.

Die bisherigen Formulare können auch ferner angewendet werden.

In der Rubrik »Bemerkungen« erwartet das Min. ausführlichere Bemerkungen, bisher gegeben zu werden pflegten, über den Anfangstermin des Baues, über die Fortschritte, über die Ursachen der Verzögerung u. s. w.

(Act. gen. des R. Fin. Min., IV. sign. B. I. Nr. 5.)

4) R. des R. Fin. Min., Abth. für H., G. u. Bauw. v. 13. Aug. an die R. Reg. zu Köln, u. abschriftl. zur Nachachtung an sämmtl. übrige R. Reg. u. die Min. Bau-Komm. zu Berlin.

Mit Bezug auf die Anfrage der R. Reg. in Ihrem die Bau-Rapporte pro 1843 bis 15. Mai c. betr. Ver. v. 21. v. M. wird Derselben eröffnet, daß es der Wunsch der durch die C. R. des ehemaligen R. Hand. Min. v. 27. Febr. 1821 vorgeschriebenen Zwischen-Rapporte, welche darnach im Mai und Aug. jeden Jahres erstattet werden, nicht ferner bedarf, sondern die Quartals-Bau-Rapporte mit Angabe des Kassenzustandes für die Folgen hinreichen.

(Act. gen. des Fin. Min., Abth. IV., sign. B. I. Nr. 5.)

5) C. R. des R. Fin. Min., Abth. für H., G. u. Bauw., v. 4. Juli an sämmtl. R. Reg.

Die bisher eingesandten Rapporte über den Zustand und die Fortschritte der Straßenbaue haben es oft in Zweifel gelassen: ob ein in der Rubrik »Bemerkungen« beendigt bezeichneter Chausseebau ganz und bis zur Chausseegeld-Erhöhung vollendet ist, sowie, ob mit der als verausgabt nachgewiesenen Summe sämtliche Ausgaben des Baues gedeckt, oder dergleichen noch rückständig sind. Diese Ungewissheit hat vielfach zu Rückfragen, Behufs der näheren Ermittlung des etwaigen Restes Veranlassung gegeben.

Die R. Reg. hat daher in Zukunft bei jedem Chausseebau, welcher beendigt ist, den »Bemerkungen« zum Rapport bestimmt anzugeben:

1) ob der Bau völlig beendigt ist, und von welchem Tage ab das Barriergeld erhoben wird,

2) ob die zum Ansatz gebrachten Ausgaben, alle und jede Baukosten umfassen, keine Restzahlungen oder Nachforderungen, event. welche noch vorkommen werden,

3) ob somit sowohl gegen die Anschlagssumme als gegen den erhobenen Ertrag so und so viel erspart, mithin disponible, oder so und so viel mehr erforderlich geworden, mithin nachzuschließen ist, wobei die Ursachen der Ersparniß, wie des erforderl. Zuschusses kurz anzugeben sind.

Ist diese Anzeige einmal gemacht, so kann der betr. Bau aus dem Rapport weggelassen, da dann auch die erfolgte Legung und die kalkulatorische Prüfung der dießfällige Rechnung vorausgesetzt wird. (Act. gen. des R. Fin. Min., Abth. IV. B. Nr. 1718)

6) R. des R. Fin. Min. (v. Bodelschwingh) v. 30. Nov. 1843 an sämmtl. R. Reg.

Nach dem C. R. v. 27. Febr. 1821 haben die Rapporte von dem Zustande und den Fortschritten der von dem Fin. und Hand. Min. ressortirenden Neubauwerke vierteljährig

näherer Hinsicht nachweisen werden.

Abfassung des für dieses Jahr noch rückständigen, am 20. Jan. l. J. einzureichenden Quartal-Rapports mag noch nach dem bisherigen Schema erfolgen, damit logographischen Druck der neuen Formulare Zeit gewonnen werde. Jedoch können schon jetzt die Ansätze der bei den einzelnen Anschlag-Eiteln vorkommenden Aus-

weisen Concepten der neuen Chausseebau-Rapporte werden die noch etwa vorhandenen der bisherigen Art verwendet werden können, weil sie die Abänderung neuen Schema zulassen.

Rapporte von den Fortschritten der Bezirks-, Aften-, Provinzial- und solcher zu deren Bau Zuschüsse aus Staats-Fonds nicht erfolgen und deren künftige auf dem fiskalischen Chaussee-Unterhaltungsfonds nicht anheimfällt, werden für die Staats- und solche Chaussees, welche künftig aus Staats-Fonds unterhalten, vorgeschrieben worden ist, abgefaßt und gleichzeitig mit demselben Ber., Rapporte von den Staats-Chaussees begleitet, eingereicht.

Die Einreichungstermine der durch das G. R. v. 27. Febr. 1821 unter dem A. vorgeschriebenen Rapporte, von den Fortschritten der von dem Fin. und 1. sonst noch ressortirenden, in der G. B. v. 3. Juli 1834 *) unter 1. 2. 3. Baue anlangt, so werden solche für künftig ebenfalls halbjährig auf den 20. Jan. hiemit festgesetzt und zugleich bestimmt, daß das gedachte Schema A. zwar

beibehalten, aber ohne Ausfüllung der beiden Rubriken der Regierung sind bis jetzt der Spezial-Baulasse überliefert und gaben bei der Baulasse-

werden kann.
Bestimmung wegen der vierteljährig einzureichenden Rassen-Extrakte ändert.

Diese Rapporte und Extrakte sind ohne besonderen Begleitungsbericht mit dem Beiblatt zu senden. Vermerk:

„Eingereicht N. N., den
Königl. Preuß. Regierung.“

18

• vorstehend sub 4.

• vorstehend sub 3.

für das halbe Jahr vom

die im
Eingetr. N. N., den

den Königl. Preussische Regierung, Meldezeitung zc.

Benennung der Bauarbeiten und der Gegenstände.		Uebersicht sind aus- zuführen.		Im vorigen halben Jahr.		Daran sind ausgeführt		bis jetzt über- haupt.		Welchen noch auszu- führen.			
Zahl. Bgl. Zgl. Bgl.		Zahl. Bgl. Zgl. Bgl.		Zahl. Bgl. Zgl. Bgl.		Zahl. Bgl. Zgl. Bgl.		Zahl. Bgl. Zgl. Bgl.					
Benennung		Benennung		Benennung		Benennung		Benennung		Benennung			
1) Bau der Bau angefangen worden.		2) Bau der Bau beendigt sein werden.		3) Aus welchen Fonds die Kosten erfolgen		4) Wie viel laufende Ausgaben bereits bestritten worden können		5) Uebersicht der Ausgaben der nachstehenden Verwendungen ganz beendigten Quant.		6) Angabe der Einnahme, welche die nachstehende Einnahme beträgt		7) Summe	

A. Bauten, zu welchen die Kosten ganz aus dem Staatsschatz zu erfolgen.						
1. Straße von	3500	—	—	—	40000	den 1 ^o /a. 43.
2. (Eisenbahn)	3500	500	2500	1000	—	ad 1. Auf das Rechnungsjahr, Bericht bei dem Reich
3. Eisenbahn	3100	200	1000	2100	—	ad 2. 3 ^o Jahr
4. Eisenbahn	400	—	100	300	—	ad 3. Eisenbahn
5. Eisenbahn	3000	200	800	2200	—	ad 4. Eisenbahn
6. Eisenbahn	30	—	3	27	—	ad 5. Eisenbahn
7. Eisenbahn	20	—	—	20	—	ad 6. Eisenbahn
8. Eisenbahn	1	—	—	1	—	ad 7. Eisenbahn
B. Bauten, welche nach deren Verabreichung zur Aus- führung an den Staat übergehen und wozu die Kosten ob. sonst. Zuschüsse aus Staatsfonds bewilligt sind						
1. Straße von	3500	—	—	—	35000	ad 1. wie oben.
2. (Eisenbahn)	—	—	—	—	—	ad 2. wie oben.
3. Eisenbahn	—	—	—	—	—	ad 3. a. Eisenbahn pro Strecke
4. Eisenbahn	—	—	—	—	—	ad 4. Eisenbahn pro Strecke
5. Eisenbahn	—	—	—	—	—	ad 5. Eisenbahn pro Strecke
6. Eisenbahn	—	—	—	—	—	ad 6. Eisenbahn pro Strecke
7. Eisenbahn	—	—	—	—	—	ad 7. Eisenbahn pro Strecke
8. Eisenbahn	—	—	—	—	—	ad 8. Eisenbahn pro Strecke

(Wilm. Bl. 1848. S. 329. Nr. 445)

CC. Einsehung der Nachweisungen über die Bestände der Bau-Fonds.

Kgl. in der Abtheilung (des Verles) Rassen und Rechnungswesen.

III.

Reffort-Verhältnisse und Geschäftsgang bei den Regierungen im Bau- und Wege-Sachen.

A. Die Geschäfts-Instr. v. 23. Okt. 1817 (G. S. 1817. S. 248.) hatte der 1. Abth. der Reg. die eigentliche Bau-Polizei und das Bauwesen, insofern es bei den Gegenständen des Refforts der ersten Abth. vorkommt, der 2. Abth. aber die Verwaltung der Anstalten zur Bildung der Gewerksleute und Künstler, die öffentliche Kommunikation, Land- und Wasserstraßen, Wasser-Anlagen, Strom-, Deich- und Brückenbauten, Hafenbauten, und das ganze Bauwesen des Refforts dieser Abth. überwiesen (§§. 2. u. 3.).

Die R. D. v. 31. Dec. 1825 (G. S. 1826. S. 5) gestattete die Bildung zweier Abtheilungen bei den Regierungen, bestimmte aber, daß die 1. Abth. des Innern alle bisher von der ersten Abth. bearbeiteten Geschäfte, außerdem alle baupolizeilichen Angelegenheiten, beizulegen.

Die gleichzeitig erlassene anderweitige Geschäfts-Instr. für die Regierungen v. 31. Dec. 1825 bestimmte in dieser Beziehung:

1) Hinsichtlich der, der Abth. des I. neu überwiesenen Bau-Angelegenheiten versteht sich von selbst, daß Bauten und Reparaturen, die in das Reffort einer einzelnen Abth. fallen, von dieser Abth. zu leiten sind.

Ueber die bewilligten Domainen- und Forstbau-Fonds kann die Abth. für die Dom. und Forsten mit Beobachtung der näheren Instruktion des Fin. Min. Berichte-Erstattungen an das Fin. Min. für einzelne Fälle sind nur in solchen Fällen nöthig:

1) wenn die Erbauung ganz neuer, bisher nicht vorhanden gewesener Gebäude, so wie Veränderung in dem Aeußern der hie und da in den Domainen befindl. Schlösser und Gebäude und Anlagen, die geschichtl. oder architektonischen Werth haben, beantragt wird;

2) Bei allen Neubauten von Amts- und Vorwerks-Wohnhäusern, von Dienstwohn- und Tagelöhnerhäusern;

3) Bei Neubauten von Fabrikationsstellen, z. B. Brauereien, Brennerien, Ziegeleien;

4) Bei allen auch geringen Domainenbauten, welche zum nothwendigen landwirthschaftlichen Bedarf gehören;

5) Bei bedeutenden über 500 Thlr. betragenden Uferbauten.

Alle Bau- und Reparatur-Anschläge sind vom Bau-Rath der Regierung festzusetzen. Hinsichtlich der nicht zum Fin. Min. gelangenden Bau-Anschläge ist der Präsident einzelner solcher von dem Bau-Rath festgesetzten Anschläge nach seiner Wahl zur Prüfung durch die obere Baubehörde an das Fin. Min. einzureichen.

Von den für das Etats-Jahr nothwendigen Bauten sind, spätestens bis zum 1. Oct. des vorhergehenden Jahres mit ausdrücklicher Zustimmung und unter Mitvollmacht des Präsidenten, spezielle Baupläne anzufertigen, und wegen Verwilligung der nöthigen Mittel, mit Einreichung derselben, bei dem Fin. Min. Anträge zu machen, welche bis zum 1. Dec. des Jahres aber berichtliche Uebersichten über die ausgeführten Bauten einzureichen.

Insoweit Bestimmungen über Verwaltungs-Grundsätze in dieser Instruktion, wegen Zusammenhanges mit den darin festgestellten Verhältnissen der Abth. zu dem Fin. Min. und andern höhern Behörden, nicht ausdrücklich enthalten sind, verbleibt es überall in bei den jetzt bestehenden, oder vom Fin. Min. anderweit zu ertheilenden Verwaltungs-Grundsätzen in Dom. und Forst-Angelegenheiten.

R. IX. 821, v. R. Jahrb. XXVII. 241, Gräff III. 131.)

Besondere:

1) die Reffortverhältnisse der Reg. Abtheilungen bei Regulirung eines Vermischungs in Kirchen-, Schul- und polizeilichen Bau-Angelegenheiten betrifft, so bemerkt das C. R. der R. Min. der G., U. u. Med. Ang. (v. Enslin), des I. für Gew. Ang. (v. Brenn), des I. u. d. P. (v. Rochow),

des R. Hauses Abth. II. (v. Ladenberg) u. d. Fin. (Ruhlmeyer) v. 29. 1836 an sammtl. R. Reg.:

Ueber die Bestimmung in dem C. 5 der Reg. Instruk. v. 23. Okt. 1817 u. damit übereinstimmende Vorschrift, das Verhältniß zwischen den Reg. Abthl. betr., der Geschäft.-Antw. v. 31. Dec. 1825 (A. C. 821 ff.) sind bei Anwendung derselben das von der Abthl. für die Kirchen-Verw., und das Schulwesen in Kirchen- und (bau-)Angel., und von der Abthl. des J., als Landes-Polizeibehörde, in dringlichen Angel. zu regulirenden Interimistikum, Zweifel entstanden. Auf den hierdurch veranl. Ber. des R. Staats-Min. haben des Königs Maj. in einer Allerh. R. D. v. 8. Mai entschieden: daß in allen Fällen, in welchen es nur auf die Regulirung des Interimist. ankommt, und den Interessenten der gerichtl. Rechtsweg vorbehalten ist, bei Kirch- u. Schulbauten die Abthl. der Reg. für die Kirchen-Verw. und das Schulwesen, u. polizeil. Bauten die Abthl. des J. ausschließlich zu entscheiden, in allen Fällen dagegen, welchen eine definitive Bestimmung erfolgen muß, das Pleum zu berathen u. beschließen habe.

Die R. Reg. wird von dieser Allerh. Declaration der oben erwähnten Vorschrift hierdurch in Kenntniß gesetzt, um sich danach zu achten. (A. XX. 814. — 4. 6.)

2) In Betreff der Regulirung eines Interimistikums in Bau- u. Forst-Sachen, bei welchen die Leistungspflichtigkeit des Domainen-Forst-Fiskus in Frage kommt, bemerkt das R. der R. Min. der u. Med. Ang. (v. Altenstein), des J. u. d. P. (v. Rochow), des R. H. Abthl. II. (v. Ladenberg) u. d. F. (v. Alvensleben) v. 27. Okt. 1838 an R. Reg. zu Merseburg:

Der R. Reg. wird auf den von Ihr an das R. Staats-Min. erstatteten, von an die unterm. Min. abgegebenen Ber. v. 8. Dec. 1836 Folgendes eröffnet:

Es war bei einigen Reg. eine Differenz unter den einzelnen Abthl. derselben entstanden:

ob diejenige Abthl. der Reg. welcher die Regulirung des Interimist. in Bau- u. Forst-Sachen, bei denen die Leistungspflichtigkeit des Dom. oder Forst-Fiskus in Frage kommt, gesetzlich zusteht, diese Leistungspflichtigkeit unabhängig für sich, oder in Verbindung mit der Abthl. für die Verw. der direkten Steuern, Dom. und Forsten, festzuhalten habe?

Diese Differenz ist durch die Allerh. R. D. v. 8. Mai 1836 (A. C. 814 ff.)¹⁾ wie der R. Reg. bekannt, dergestalt entschieden worden, daß ein Konflikt zwischen den einzelnen Abthl. bei solchen interimistischen Feststellungen nicht weiter vorkommen kann.

Hierauf wird der von der R. Reg. angeregte Zweifel über die Absicht der R. D. sich hoffentlich um so mehr erledigen, als bisher von keiner andern Reg. ähnliches Bedenken vorgetragen worden ist. Dagegen läßt sich nicht im Allgemeinen entscheiden:

welche kirchliche und polizeiliche Angel. zur Regulirung eines Interimist. in Bau- u. Forst-Sachen behält der Rechtsweg; welche hingegen zur definitiven Festsetzung der R. D. sich eignen;

und muß derselben überlassen bleiben, dieß in jedem einzelnen Falle nach den vorliegenden Umständen und den gesetzlichen Bestimmungen näher zu prüfen.

(A. XXII. 1019. — 4. 162.)

B. Ueber die Art und Weise der Bearbeitung der Bau- u. Forst-Sachen bei den Regierungen ertheilen folgende Reskripte allgem. Instruktionen:

1) C. R. des R. Fin. Min. v. 23. Aug. 1798.

Die Depart.- und Landräthe sollen gehörige Aufsicht auf die publiken Landbau- u. Wasserbauten und Reparaturen in ihren Aemtern und Städtebezirken führen, das Landinspektoren nicht veranschlagen, was die Beamten und Magistrate verlangen, u. mit der Mißbrauch, daß, was beide für gut gefunden haben und, nachdem die Form der Anschlagrevision durch das Oberbau-Depart. genau beobachtet worden, die Bau- und Mag. Personen zu Entrepreneurs vorzuschlagen, verhütet werde. Die Depart. haben in Absicht der öffentl. Bauten in den ihnen zur Spezial-Aufsicht anvertrauten Aemtern folgende Anweisung zu beobachten:

a) bei ihren Depart.-Reisen haben sie sich jedesmal die Bau- und Reparationsgesuche der Beamten anzeigen zu lassen, und solches sowohl in Absicht der Wohn- u. Wirthschaftsgebäude, als der Brücken, Dämme und sonstigen publiken Bauten,

¹⁾ Vergl. oben sub a.

es sich an Ort und Stelle genau und unparteiisch zu untersuchen, und einen Beschluß über zu fassen; sodann

b) die wirklich zur Ausübung nothwendig besundenen Bauten und Reparaturen, mit Rücksicht der Jahre, in welchen die alten baufälligen Gebäude, Brücken und Dämme auszuweisen, der Reg. bestimmt schriftlich anzuzeigen, und auf die Absendung des Bauanschlages zur Fertigung der Anschläge anzutragen.

c) Es sollen in dieser Hinsicht von den Depart.-Räthen eigene Baubereisungen geschehen und mit dem 1. April jeden Jahres damit der Anfang gemacht werden, so daß im April schon im Voraus untersucht wird, welche Anschläge im Laufe des Jahres fertig und mit ihrem Kostenbetrag auf den Bauetat des künftigen Jahres gebracht werden sollen.

d) Ein Baubeamter darf ohne vorherige Lokaluntersuchung des Depart. Rathes oder dessen Auftrag der Reg., welche letztere nur in unvorhergesehenen Fällen, ohne die erwähnte Untersuchung vorangegangen, ertheilt werden muß, einen Bau- und Reparatur-Anschlag aufnehmen.

e) Auf jede Bereisung eines Depart. werden drei Wochen gerechnet und sie müssen im Zeitraum vom ersten April bis zum ersten Juli jeden Jahres völlig beendigt sein. Einreichung der Depart. Bereisungen für sämtliche Depart. Räte muß schon im März jeden Jahres gemacht, und von der Reg. müssen diese Anträge dergestalt regulirt werden, daß nicht mehr als zwei Depart. Räte zugleich abgehen, und immer hinlängliche Zeit im Collegio bleiben.

f) Durch diese Einrichtung gewinnen die Baubeamten hinlängliche Zeit, die ihnen der Reg. in Gemäßheit der von den Depart. Räten nach Beendigung ihrer Untersuchung zu erstattendem Baubereisungsberichte aufgetragene Fertigung von Anschlägen immer zur rechten Zeit zu bewirken, wozu ihnen durchgängig kein längerer Termin als drei Monat-Verstattet, und wenn sie solchen nicht einhalten, jedesmal eine Strafe von 20 Thirn. von ihnen beigetrieben werden muß.

g) Es versteht sich von selbst, daß dringende Fälle bei eintretenden Feuer-, Wasser- und Sturmfluthen, eine Ausnahme von der Regel bewirken, und daß die Reg. in dergleichen außerordentlichen Fällen sowohl den Depart. Räten zur Lokaluntersuchung, als den Baubeamten zur Anschlagverfertigung einen kürzeren Termin bestimmen kann und muß.

h) Die auf Veranlassung der Reg. durch die Baubeamten gefertigten Anschläge müssen die Dep. Räte in Ansehung folgender Punkte attestiren und unterschreiben:

ob der Bau oder die Reparatur überhaupt nothwendig sei, und bei neuen Bauten ob sie massiv, von Lehmputz oder in Fachwerk, auch ob sie, so wie die Reparaturen, schon jetzt gleich ausgeführt werden müssen, oder noch auf ein oder mehrere Jahre ausgesetzt bleiben können:

wie groß ein Amtshaus, Verwalterhaus, Scheune, Schaf- und Viehstall, nach Verhältnis der Wirthschaft, des Getreides und Heugewinnstes, auch Viehstandes, sein müsse:

ob eine Brau- und Branntweinbrennerei, auch Darrhaus, nach Verhältnis der Bier- und Branntweinconsumtion von den Bauberständigen zu groß oder zu klein veranschlagt sei? auch von der Reg. genau dahin gesehen werde, daß diese Vorschriften bei allen und jeden fernerhin eingehenden Anschlägen von allen Amtsbauten und Reparaturen ohne Unterschied genau befolgt werde.

i) Die gefertigten Bauanschlätze, wenn sie vom Depart. Rath attestirt worden sind, müssen durch die Reg. von jedem Depart. zusammen zur Revision des Oberbau-Depart. am 1. Sept. an das K. Fin. Min. eingesandt.

k) Zu Entrepreneurs müssen in der Regel nur ganz zuverlässige Personen und nicht ausschließlich die Oekonomiebeamten genommen, auch keine Baue in Entreprise an Privatpersonen ausgethan werden.

l) Bei den jährlichen Depart.-Bereisungen sind die Depart.-Räte auch verpflichtet, vorhergegangenen Jahre ausgeführten Amtsbauten und Reparaturen, ob sie nämlich revidirten und approbirten Anschlägen überall gemäß, tüchtig und dauerhaft ausgeführt worden sind, genau zu revidiren, und bei Erstattung ihrer Ber. von den vorzunehmenden neuen Bauten und Reparaturen zugleich darüber bestimmte Auskunft zu geben.

m) Wenn sämtl. Anschläge revidirt und von dem K. Fin. Min. der Reg. zurückgesandt worden sind, so muß jedesmal im Dec. von derselben ein Bauetat für das nächste Jahr aufgestellt, und wenn vorher nochmals genau geprüft worden ist, welche Bauten und Reparaturen im nächsten Jahre ganz nothwendig ausgeführt werden müssen, oder noch auf ein künftiges Jahr ausgesetzt werden können, solcher Etat, mit pflichtmäßiger Begleitung der K. Reg. begleitet, zur Revision und Approbation eingesandt werden, damit das Bauholz noch im Winter gefällt, und nebst den sonst erforderlichen Materialien zur rechten Zeit auf die Baustelle geschafft werden könne etc.

(Hoffmann's Repert. Forts. 2. S. 276.)

2) R. des R. Min. des H. (Gr. v. Bülow), v. 11. Sept. 1818
sämmtl. Reg.-Präsidenten u. Ober-Präsidenten.

Die häufigen Aufträge der Reg. zur Vermehrung ihres Bau-Personals würde wenn sie genehmigt werden sollten, eine, alle richtige Administrations-Grundsätze lehrende schreitende Ausgabe verursachen. Dagegen ist es unverkennbar, daß die Klagen von überhäufte Geschäfte der Baubeamten gegründet sind, und daß die von ihnen geforderten Arbeiten und vorzüglich die speziellen, mit Reisen verbundenen Aufträge, ihre Kräfte zu steigen, so daß durch diese Ueberladung mit Beschäftigung der Königl. Dienst und Staats-Kassen den größten Nachtheil erleiden. Das vorhandene Uebel kann aber nicht durch Anstellung noch mehrerer Baubeamten, sondern nur dadurch gehoben werden, wenn man die zeitraubenden und nichts nützenden Formen bei den Bauten aufhebt, und in Ordnung in die Beschäftigung der Baubeamten bringt. Gegenwärtig müssen dieselben den größten Theil ihrer Zeit auf den Landstraßen hinbringen, weil jede auch die kleinste Reparatur der Gebäude, Brücken und Wege, welche aus den öffentlichen Kassen eine Veranschlagung durch die Distrikt-Baubeamten erfordert; die erste und zweite Instanz der Reg., die Kirchen- und Schulkommissionen, häufig ohne Zuziehung des Bauraths, jeder Zeit des Jahres, den Baubeamten als eilig bezeichnete Aufträge zugehen lassen und die schleunigsten Reisen fordern; auch Landräthe, Domainen-Beamte, Magisträte u. s. nicht selten die Baubedienten belästigen. Die Folge davon ist, daß der größte Theil der Aufträge lange Zeit unbefolgt bleibt, weil die Befolgung nicht möglich ist: daß aus unvollendeten kleinen Reparaturen große entstehen, und Atteste über Revisionen ausgefertigt werden ohne sorgfältige Revision-Abnahme ertheilt werden, so daß sich häufig auf Königl. Vorwerken schlechte Gebäude befinden, wonach dann die Administration beurtheilt, ob der Staat, oder die verwaltende Regierung für einen schlechten Wirth angesehen wird.

Wenn nun überdies die jetzt verlangte gründliche Bearbeitung der Anschläge eine Zeit erfordert, und die Aufhebung der Dienste, Verbesserung der verfallenen Kirchen, Schulen und anderer Gebäude, die Reparatur der Brücken und Wege, die Forst-Organisation und die Anlegung von Militair-Gebäuden, die Arbeit der Baubeamten vermindert, so ist es nothwendig, daß von nun an nach folgenden Vorschriften, die soweit sie Distrikt-Baubeamten betreffen, in die Instruktion derselben aufgenommen sind, verfahren werde, weshalb das Handels-Min. das R. Reg.-Präsidium anfordert, nach vorheriger Bekanntmachung an die beiden Abtheilungen der Regierung, auf deren Befolgung eine strenge und Nachdruck zu halten, indem es nur dann möglich ist, den beabsichtigten Zweck zu erreichen.

Es muß

1) der Reg.-Baurath in seinen Arbeiten beim Kollegio auf Revision der Bauten, Anschläge und auf die Aufsicht über die Distrikt-Baubeamten beschränkt, und von der Verwaltung aller Administrations- und Kassen-Sachen entbunden werden, bei denen er nur Korreferent mitwirken soll, damit er sich weniger mit Vorträgen, als mit Reisen zur persönlichen Untersuchung des Zustandes der Bauwerke und mit Revision der Bauten beschäftigt, und überhaupt die in der Reg.-Instruktion S. 48 vorgeschriebenen Sachen zu bearbeiten;

2) ohne Mitzeichnung des Reg.-Bauraths ist keine Verf. an die Distrikt-Baubeamten zu erlassen, durch welche ihnen eine Veranschlagung oder Reise aufgetragen wird.

3) Die Depart.-Räthe, in Vereinigung mit dem Reg.-Baurath, sind verbunden, die Zuziehung der Distrikt-Baubeamten, zeitig im Frühjahr die vorgeschriebene Bauzeitung abzuhalten, und sind ermächtigt, die Reparaturen an Gebäuden, Brücken und Wegen, welche auf Kosten des Staats erfolgen müssen, in sofern der Betrag nicht die Summe von 30 Thlr. übersteigt, sofort ohne Anfertigung von Anschlägen zu fordern und unter Beibehaltung der Revision der Distrikt-Baubeamten auf Rechnung zu verfügen. Kann oder will der Lokal-Depart.-Rath die Vereisung eines Distrikts nicht zur rechten Zeit unternehmen, so darf die Vereisung der Baubeamten dadurch nicht aufgehalten, aber auch nachher keine Wiederholung von ihnen nicht verlangt werden.

4) Zur Reparatur der Gebäude, Brücken und Wege, bedarf es nicht der Aufsicht der Distrikt-Baubeamten, sondern nur der Anschläge approbirter Handwerker, wenn der Kostenbetrag nicht die Summe von 100 Thlr. übersteigt, wogegen die Baubeamten die Abnahme jedes Baues bewirken müssen.

5) Der Zeitraum v. 1. April bis 1. Nov. jedes Jahres ist zu den Reisen der Distrikt-Baubeamten bestimmt. Dieselben haben den Regierungen jedesmal im Anfang Jahr einen Reise-Plan zur Genehmigung einzureichen, in welchem die Vereisung der Distrikte und die Abmachung der erhaltenen Aufträge vorgeschrieben ist. Die bei den Regierungen während des Winters gesammelten Aufträge erhalten die Distrikt-Baubeamten jedesmal im Monat Januar zugesandt. Es versteht sich dabei von selbst, daß diese Bestimmungen

ist auf Wege-Baubeamte oder Kondukteure, die stets ihre Straßen-Streden örtlich Aufsicht halten müssen, extendirt.

6) Während dieser Reisezeit können nur dann Abänderungen des genehmigten Reiseplans eintreten, wenn Gefahr in Verzug ist, und nur mit Wissen und Genehmigung der Reg., welche Journale über die den Distrikts-Baubeamten zugetheilten Aufträge und deren Ausführung zu führen haben, können dergleichen Beauftragungen geschehen, um das unnütze Hin- und Herreisen zu vermeiden.

7) Einem Distrikts-Baubeamten darf nie die Ausführung eines Baues, der auf einen Ort beschränkt ist, übertragen werden, sondern es müssen zu diesen oder andern außerordentlichen großen Bauten Kondukteure gegen Platen angenommen werden, weil die Kosten des ganzen Distrikts leiden würden, wenn man den Distrikts-Baubeamten nur einen Punkt verweise.

8) Die Distrikts-Baubeamten müssen sich v. 1. Nov. bis 1. April größtentheils mit der Leitung der schriftlichen Arbeiten, welche während der Sommermonate ausgeführt werden können, beschäftigen, und die Anschläge, welche die Anfuhr von Materialien in der Provinz erfordern, zuerst und zwar vor dem 1. Dec. jedes Jahres einreichen, und in der Provinz, daß bei dem Anfang der Reisezeit keine Reste mehr übrig sind.

9) Soweit das Ober-Aufsichtsrecht der Prov.-Behörden sich auf die Baue der Gemeinden oder Korporationen erstreckt, und so weit hierzu Kenntniß des Baufachens erforderlich ist, sind die deshalb erforderlichen örtlichen Untersuchungen und Revisionen, unter nachstehenden näheren Bestimmungen, durch die Reg.-Bauräthe und Distrikts-Baubeamten zu bewirken.

Weder die Baubeamten sollen nicht angehalten werden, auch die Anschläge und Zeichnungen bei Kommunal-, insbesondere bei Kirchen- und Schul-Bauen, die nicht Königl. Baue sind, oder etwa aus einem besonderen Grunde aus R. Klassen bestritten werden, zu fertigen, indem es Sache der Stadt-, Kirchen- oder Schulgemeinde oder der Patronen ist, die Anschläge durch selbstgewählte Sachverständige anfertigen zu lassen und diese dafür zu bezahlen.

(Acta des R. Min. d. Fin., Abthl. f. G., O. u. Bauwesen, A. 4. No. 24. Vol. I.)

Mit Bezug hierauf (ad 2) ergingen ferner über diesen Gegenstand:

3) R. des R. Min. des F. v. 8. Febr. 1819 an die R. Reg. zu Berlin.

Auf die Bemerkungen der R. Reg. v. 13. v. M. über die Geschäfte der Baubeamten nach der Instrukt. v. 11. Sept. 1818, wird derselben Folgendes erwiedert:

ad 2. ist es durchaus erforderlich, daß der Baurath ununterbrochen die Geschäfte der Baubeamten übersehe und kontrollire, weshalb es auch nöthig ist, daß ihm die Protokolle der Verf. zur Mitzeichnung vorgelegt werden. Es versteht sich aber von selbst, daß in dringenden Fällen, wenn der Baurath abwesend ist, die zu erlassenden Verf. des Bauraths ausgefertigt zu werden brauchen. Nach der Zurückkunft des Bau-Raths indessen ist ihm dergl. ohne seine Mitzeichnung erlassene Verf. zur Nachricht vorgelegt werden, damit er in dem erforderl. Zusammenhange bleibe.

ad 3 und 4 ist schon durch das R. v. 11. Sept. 1818 angeordnet, daß der Depart.-Baurath die Baubereisung halte, da dessen Mitwirkung hierbei durchaus nothwendig ist, und es kein Bedenken, daß der Bau-Rath nur in sofern an dieser Bereisung Theil nehme, als seine übrigen Geschäfte ohne Nachtheil solches gestatten.

Ferner, wenn auch, nach der mehrgedachten Instruktion, kleine Reparaturen unter der Aufsicht der Baubeamten, zur Vermeidung des Aufenthaltes und der Verzögerungen, wodurch oft kostbare Bauarbeiten entstehen, sogleich bei der Baubereisung angeordnet werden können, ohne daß zuvor ein Anschlag angefertigt wird, so versteht es sich doch von selbst, daß demnachst mit dem Revisions-Protokoll, auch der für die Ober-Rechn.-Kammer erforderliche Anschlag eingereicht werde.

ad 5, 6 und 8 wird die für das dortige Reg. Depart. angemessenste Zeitbestimmung den Baubereisungen der R. Reg. überlassen.

(Acta gen. des R. Min. d. Fin., Abth. für G., O. u. Bauwesen, A. 4. No. 24. Vol. I.)

4) R. des R. Min. des F. v. 16. Juni 1819, an das R. Reg. Präsid. zu Potsdam.

Auf den Ver. des R. Reg. Präsid. v. 27. v. M., betr. die in der Verf. v. 11. Sept. 1818 enthaltenen Vorschriften, wegen Vereinfachung des Geschäftsganges in der Verm. des Bau-Raths bei den Reg., wird demselben Nachstehendes eröffnet:

ad 3. bleibt es ganz der Reg. überlassen, in den Fällen wo die Bau-Fonds sehr betr. sind, dem betr. Depart.- und dem Bau-Rath die Disposition über Summen bis

50 Thlr. zu Reparaturen, nur dann zu gestatten, wenn Gefahr im Verzuge vorhanden ist.

ad 4. ist nicht vorgeschrieben, daß die Baue bis zur Summe von 100 Thlr. der approbirte Handwerker veranschlagt werden sollen, sondern es ist nur nachgegeben worden, daß solches geschehen kann. Wo sich dergl. Handwerker nicht vorfinden, versteht sich von selbst, daß von dieser Zulassung kein Gebrauch zu machen ist.

ad 5. Die Bestimmung wegen des einzureichenden Reiseplans der Baubeamten erlassen worden, um die oft unnöthigen Reisen dieser Beamten zu verhindern, und das Reg. Präsid. in den Stand setzen, darüber zu wachen, daß die Rundreisen derselben gemäßig und so angeordnet werden, daß die Beamten die gesammelten Aufträge nach der durch die Lokalität bedingten angemessensten Reihenfolge, und mit Vermeidung des oft unnützen Hin- und Herfahrens abmachen. Dieser Zweck wird durch die Einreichung der Reisepläne am besten zu erreichen sein, wobei dem Reg. Kollegio die Zeit und Ort der Abreise immer noch anheimgestellt bleibt.

(Acta des R. Min. d. F., Abth. für G., B. u. Bauwesen, A. 4. No. 24. Vol. I.)

5) H. der R. Min. des F. (v. Bülow) u. d. Fin. (v. Kiewitz), v. 24. März 1819 an die R. Reg. zu Stettin.

Auf den Ver. der R. Reg. v. 2. d. M. wird derselben eröffnet, daß den Gemeindefleischern, welche, in Gemäßheit der C. B. v. 11. Sept. v. J., öffentl. Reparatur-Bauwerke unter 100 Thlr. veranschlagen, eben so wenig eine besondere Vergütung dafür bezahlt werden kann, als sie solche von Privatleuten erhalten, die einen Bau auszuführen beauftragt sind, da die Handwerker schon dadurch hinlänglich entschädigt werden, daß man sie bei der Ausführung eines Baues mit der Uebertragung von Arbeiten berücksichtigt.

Uebrigens kann der Reg.-Bau-Direktor von der Verpflichtung, in das kleinste Detail der Bau-Ausführungen einzugehen, nicht entbunden, und müssen alle Bauanschläge, Bau-Abnahme-Protokolle ohne Ausnahme von ihm revidirt werden. An Zeit hiezu wird es den Land-Bau-Direktoren um so weniger fehlen, als sie durch die oben erwähnte Uebertragung der Revision der auszuführenden Baue zu widmen.

(Acta gen. des R. Min. d. Fin., Abth. für G., B. u. Bauwesen, A. 4. No. 24. Vol. I.)

6) C. H. der R. Min. des F. für G. u. B. Ang. (v. Schudmann) u. d. Fin. (Maassen), v. 24. April 1834 an sämmtl. R. Reg.

Es ist mehrfach zur Sprache gekommen, daß die von den Behörden häufig beobachtete mangelhafte Ordnung bei Beauftragung und Beschäftigung der Distrikts-Baubeamten, theils den Dienst der letzteren ungemein erschwere und zu den oft begründeten Klagen wegen Ueberhäufung der Geschäfte Veranlassung gebe, theils jene Beamten durch die großen Nachtheile für die öffentlichen Baue, an der gehörigen Beaufsichtigung der Baue hindern.

Die unterz. Min. wollen daher die folgenden Vorschriften resp. in Erinnerung bringen und ertheilen:

1) Nach der C. B. v. 11. Sept. 1818, soll der Zeitraum v. 1. April bis 1. Oktober jedes Jahres zu den Reisen, die Zeit v. 1. Nov. bis 1. April vorzugsweise zur Ausführung der schriftlichen Arbeiten, welche während der Sommermonate ausgeführt werden können, benutzt werden.

Die Befolgung dieser Anordnung, welche jetzt meistens unberücksichtigt bleibt, wird durch die R. Reg. dringend zur Pflicht gemacht.

Es ist nicht zu verkennen, daß nicht alle Veranschlagungen, sich bis zur Winterzeit verschieben, oder schon ein Jahr vorher anfertigen lassen. Namentlich sind hienächst die Domainen- und Forst-Bauten, nach den Bestimmungen über die dem Fin. Min. zulegenden Bau-Pläne, Ausnahmen nicht zu vermeiden.

Um diese aber möglichst unnachtheilig zu machen, müssen

2) die Domainen-Depart.-Räthe oder Bauräthe ihre Baubereisungen, unter Beilegung der Distrikts-Baubeamten, gleich zu Anfang des Frühjahrs antreten und ununterbrochen fortsetzen, damit letztere nicht zu wiederholten Reisen, wodurch ihre Zeit verfliehet wird, genöthigt werden, und, bei späterer Bereisung nicht die unumgänglichen Anschlüsse der Arbeiten sich in einem kurzen Zeitraume zusammendrängen.

3) Die Veranschlagungen nach der Baubereisung Behufs der Berücksichtigung der General-Bau-Pläne für das nächste Jahr, werden sich als Regel füglich auf die Bau- und Reparaturen von geringerem Umfange beschränken lassen. Das Bedürfniß von Neubauten und größeren Reparaturbauten tritt selten so unvorhergesehen ein, daß dasselbe schon bei der ein Jahr früher abgehaltenen Bereisung vollständig berathen und von dem Reg. Kollegium vorläufig darüber Beschluß gefaßt werden könnte, so daß der Baubeamte im Winter zur Ausarbeitung des Anschlags benutzen kann. Beispielsweise ist

als ein Neubau, der im Jahre 1834 in Anregung kommt, im Winter 1835 zu veran-
 lassen und im J. 1835 auf den General-Bauplan pro 1836 zu bringen.

4) Ein ähnliches Verfahren wird sich gewöhnlich auch bei der Veranschlagung des
 und Reparatur-Holzbedarfs für diejenigen bürgerlichen Besitzungen, Mühlen, Mühlen
 welche zum Empfange der Hölzer aus Königl. Forsten berechtigt sind, anwenden
 , so daß beispielsweise für diejenigen Holzverabreichungen, die im Winter 1835 erfol-
 gen, die Anschläge im Winter 1835 anzufertigen und der K. Reg. vorzulegen sind,
 nach dem Vortheil haben wird, daß bei den Forst-Bewirthschaftungs-Plänen recht-
 auf den Bedarf der Berechtigten Rücksicht genommen werden kann.

5) Begründete Klage wird darüber geführt, daß oft, nicht so viel als es geschehen
 das Bau-Projekt, bevor der Distrikt-Baubeamte zur Veranschlagung den Auftrag
 , gehörig-ermögen, die Ausführbarkeit im Allgemeinen und nach Lage der Fonds fest-
 wird und die dabei zu beobachtenden Grundsätze normirt werden, so daß nicht
 der Fall vorkommt, daß Baubeamte, ohne ihr Verschulden, denselben Gegenstand
 zu Male veranschlagen müssen, ja die Sache am Ende ganz auf sich beruhen bleibt,
 die Arbeit des Distrikt-Baubeamten theilweise oder gänzlich als reine Zeitverschwen-
 dung darstellt.

Bei sorgfältiger Behandlung der Gegenstände in der höheren Behörde, und Seitens
 Raths, muß sich ein solcher Uebelstand vermeiden lassen.

Nicht minder gegründet erscheint

6) die Beschwerde, daß die verschiedenen Behörden, mit denen der Distrikt-Bau-
 te in Verbindung steht, ja selbst die einzelnen Reg. Abth., ohne Berücksichtigung der
 lage für die schriftlichen Ausarbeitungen, und für die Reisen, bestimmten Zeiträume,
 ohne Beachtung der sonstigen Dienstobliegenheiten der Baubeamten, die letzteren mit
 überhöhten Aufträgen, und häufig unter Feststellung ganz unangemessener Fristen,
 laden. Sehr oft kommt der Fall vor, daß der Baubeamte eben von einer mellenweiten
 zurückgekehrt, den Auftrag vorfindet oder bald erhält, in der eben bereisten Gegend
 solche Untersuchung vorzunehmen, für welche ihm eine so kurze Frist gestellt ist, daß
 er etwa die künftige gelegentliche Anwesenheit in der Gegend benutzen kann, sondern
 sogleich wieder auf den Weg machen muß.

Dergleichen Mißstände lassen sich, wenn nicht Gefahr im Verzuge obwaltet, bei
 der Sorgfalt und Aufmerksamkeit, sehr wohl vermeiden, und müssen durchaus abgestellt
 werden.

7) Hauptsächlich muß die Abhilfe von den K. Reg. und den Bauräthen ausgehen,
 wohl allerdings auch die übrigen, mit den Distrikt-Baubeamten in Verbindung stehen-
 den Behörden, dazu mit beizutragen haben. Da aber die Reg. von den Seitens jener
 Behörden an die Baubeamten ergehenden Requisitionen Kenntniß erhalten, zum Theil
 die diesfälligen Aufträge durch Sie gehen, so hängt es vorzugsweise von Ihnen und
 der Wirkung ab, die geregelte Ordnung herzustellen und aufrecht zu erhalten. Ohne
 werden jene Behörden etwa nöthigen Vorstellungen der Reg. sich nicht entziehen;
 wird jedoch, wider Erwarten, ein, so würde die K. Reg. dies nur dem Min. des J.
 u. Gew. Ang. anzuzeigen haben, um die zweckentsprechende Veranlassung mit den
 künftigen K. Ministerien herbeizuführen.

8) Nothwendigerweise muß aber die Kontrolle über die Geschäftszutheilung an die
 Distrikt-Baubeamten, und über die hierbei zulässigen Frist-Bestimmungen in einer Hand
 liegen werden. Zunächst ist hierzu der Reg.-Baurath der geeignete Beamte, da er ohne-
 den allen Bau-Gegenständen Kenntniß nehmen muß und den Umfang der technischen
 Fragen am Besten zu beurtheilen im Stande ist. Daher ist bereits in der C. B. v.
 Sept. 1818 bestimmt, daß keine B. an die Distrikt-Baubeamten, durch welche ihnen
 eine Veranschlagung oder eine Reise aufgetragen wird, ohne Mitzeichnung des Bauraths
 geschehen werden dürfe.

Diese Vorschrift ist genau zu befolgen, und dahin auszudehnen, daß den Bauräthen
 alle Mittheilungen anderer Behörden wegen Beauftragung der Baubeamten mit-
 zulegen sind, damit er Gelegenheit erhalte, etwa von diesen ausgehende Abweichungen
 in Sprache zu bringen.

Die Reg. und Bauräthe werden ganz besonders dafür angesehen werden, wenn sie
 etwas versäumen, um die vorstehenden Bestimmungen geltend zu machen.

Hiernach hat sich die K. Reg. genau zu achten.

(Acta gen. des K. Min. d. Fin., Abth. für G., B. u. Bauwesen, A. 4. No. 24.
 Vol. II. 5573.)

C. Spezielle Vorschriften bezüglich des Verfahrens bei den Regie-
 rungen in Hinsicht einzelner Gattungen öffentlicher Bauten.

AA. Bei Bauten, welche zum Ressort der Steuer-Behörden
 gehören.

1) C. R. des R. Min. des F. (Gr. v. Bülow) v. 13. Okt. 1824
sämmtl. Westphälische u. Rheinische Reg.

Nach einer mit dem R. Fin. Min. getroffenen Uebereinkunft ist den Steuer-Direktionen die Befugniß beigelegt worden, ihre Aufträge in Steuer-Bau-Angelegenheiten betr. Bau-Inspetoren unmittelbar zugehen zu lassen, wobei sie jedoch angewiesen worden sind, in allen Fällen, in denen diese Aufträge Gegenstände außerhalb des Wohnorts Bau-Inspetoren betreffen, die zu erlassenden Verf. sofort der R. Reg. abschriftlich mittheilen, damit dieselbe fortwährend in Kenntniß von den Geschäften der Ihr untergeordneten Baubeamten bleibe und diese Geschäfte gehörig kontrolliren könne. Die R. Reg. hiernach Ihre Bau-Inspetoren mit der erforderl. Anweisung zu versehen.

(Acta gen. des R. Fin. Min. d. F. Abth. für F., G. u. Bauw., A. 4. No. 24. Vol.

2) C. R. des R. Min. des F. (v. Schudmann) v. 24. Okt. 1828
sämmtl. R. Reg.

Bei Errichtung der Prov.-Steuer-Direktionen in den Westphälischen u. Rheinischen Provinzen ist denselben bereits nach einer Verf. v. 13. Okt. 1824 die Befugniß beigelegt, Aufträge in Steuer-Bau-Ang. den betr. Bau-Inspetoren unmittelbar zugehen zu lassen, wobei sie jedoch angewiesen sind, in allen Fällen, in denen diese Aufträge Gegenstände außerhalb des Wohnorts der Bau-Inspetoren betreffen, die zu erlassenden Verf. sofort der betr. Reg. abschriftlich mitzutheilen, damit dieselben fortwährend in Kenntniß von den Geschäften der ihnen untergeordneten Baubeamten bleiben und diese Geschäfte gehörig kontrolliren können.

Durch diese Bestimmung ist jedoch die Vorschrift des §. 11 der Allerh. genehmigten Dienst-Ausweis. für die Prov.-Steuer-Direktoren v. 26. Juni 1823, nach welcher in wichtigeren Bau-Sachen, wohin solche, welche nicht über 100 Thlr. betragen, gehören, die Anschläge von den Bau-Inspetoren auf Requisition d. Haupt-Zoll- u. Steuer-Ämter gefertigt werden sollen, nicht geändert.

Jetzt hat das Min. des F. sich mit dem R. Fin. Min. noch dahin geeinigt, daß in wichtigeren Bau-Angelegenheiten den gedachten Haupt-Ämtern oder den Dirigenten, wenn sie zum Entwerfen und Begutachten vorläufiger Baupläne bestimmten Aufträgen halten haben, nachgelassen sein soll, zu den höchst nöthigen vorbereitenden oder einzelnen technischen Arbeiten und Prüfungen die betreffenden Bau-Inspetoren unmittelbar zu requiriren. Die Prov.-Steuer-Direktionen sind aber vom R. Fin. Min. angewiesen, sie bei dergl. den Haupt-Ämtern oder deren Dirigenten zu ertheilenden Aufträgen, dieselben zu der etwa nöthigen unmittelbaren Requisition der Baubeamten jedesmal ausdrücklich beauftragen und der betr. Reg. gleichzeitig das Befügte, soweit es die Befugniß der Baubeamten betrifft, abschriftlich mittheilen sollen, daß die Prov.-Steuer-Direktionen ferner in ihren diesfälligen Verfügungen diejenigen Arbeiten und Gutachten, welche von den Baubeamten zu erwarten sind, möglichst genau bezeichnen sollen, damit die Haupt-Ämter oder deren Dirigenten die technischen Ermittlungen nicht weiter ausdehnen. Seitens der Steuer-Direktionen für durchaus nothwendig erachtet wird.

Die R. Reg. hat nun hiernach die Bau-Inspetoren mit der erforderl. Anweisung versehen.

(Acta des R. Fin. Min., Abth. f. F., Fabr. u. Bauwesen, sign. A. 4. Nr. 24. Vol.

3) R. des R. Fin. Min. (v. Bodelschwingh) v. 31. Jan. 1843
R. Reg. zu Gumbinnen.

Der Herr Prov.-Steuer-Direktor zu Königsberg hat von hier aus die Antwort erhalten, die Ausführung von Bauten und Reparaturen in dem Falle, wenn die Anschläge bei den Reg. revolvirt worden sind, in der Regel den letztern durch Vermittelung der denselben untergeordneten Baubeamten zu überlassen, weil den Steuerbeamten das erforderl. Sachkenntniß fehlt. In Folge dessen hat der Prov.-Steuer-Direktor jetzt Schreiben der R. Reg. v. 18. Nov. pr. vorgelegt, in welchem dieselbe gegen diese Anweisung geltend macht, daß dadurch die Baubeamten zu sehr belästigt werden würden, und vorschlägt, daß die Ausführung von Bauten und die Rechnungslegung darüber den Steuerbehörden unter Zuziehung der Baubeamten verbleiben möge. Soll aber die Zuziehung der Baubeamten bei den eben gedachten Geschäften in der Art erfolgen, daß die Vergriffen, herbeigeführt durch den Mangel der technischen Kenntnisse bei den Steuerbeamten, wie sie bereits vorgekommen sind, mit Sicherheit vorgebeugt werde, so kann die Bethelligung der Baubeamten bei der Ausführung der Steuerbauten wenigstens in der Beziehung geeigneter sein, als bei den Bauausführungen im Ressort anderer Dienstämter, und es muß deshalb um so mehr bei der Anordnung bewenden, daß im dortigen Ressort die Ausführung von Bauten auch im Bereiche der Steuer-Verwaltung in der Regel durch die Baubeamten erfolgen soll, als ein gleiches Verfahren in den Bezirken anderer Ämter von jeher bestanden hat.

Es versteht sich dabei von selbst, daß die bei dem Bau betheiligte Steuerbehörde — wie in einem ähnlichen Falle ein jeder Bauherr thun wird — auch ihrerseits der sorgfältigen und konsequenzmäßigen Ausübung des Baues ihre Aufmerksamkeit zuwenden und den Bau-Unternehmern oder die ausführenden Werkleute hierbei kontrolliren wird.

Es können auch, wie die Umstände es gestatten und mit sich bringen, den betheiligten Beamten noch andere Mitwirkungen bei diesem Geschäft, wie namentlich die Führung der Gelder, auch wohl die Prüfung und Bescheinigung der Lohnzettel, Wagen- und dergleichen übertragen werden, worüber im einzelnen Falle das Nöthige zwischen R. Reg. und dem Prov.-Steuer-Direktor zu verabreden sein wird; immer aber ist die eigentliche technische Leitung des Baues den Baubeamten und dieser auch für die Ausführung zunächst verantwortlich zu bleiben.

Vergl. des R. Min. d. F., Abth. f. B., G. u. Bauwesen, A. 4. Nr. 24. Vol. 11. 51)

4. A. des R. Min. für B., G. u. öffentl. Arb. (v. d. Heydt) v. 2. Jan. 1853 an die R. Reg. zu N. und an sämmtl. übrige R. Reg., wegen der den Austrägen, von Aufträgen an Baubeamte, aus dem Steuer-Resort zu machenden Anordnungen.

In R. Reg. eröffne ich mit Bezug auf die Differenzen, welche zwischen ihr und dem Prov.-Steuer-Direktor zu N. entstanden sind, daß die Bestimmung im § 11 der Dienst-Vorschriften für die Prov.-Steuer-Direktoren v. 26. Jun. 1823, wonach bei wichtigeren Bauten die Steuer-Verwaltung die Ausarbeitung der Bau-Anschläge und alle nach dem vom Prov.-Steuer-Direktor entworfenen Bauplan durch die Reg.-Baubeamten erfolgt, in den wichtigsten Bauwerken aber, wozu solche gehören, welche nicht über 100 Thaler zu den Aufschlägen von den Bau-Inspektoren auf Rechnung der Haupt-Kemter geschätzt werden sollen, durch die an die R. Reg. ergangene A. V. des R. Min. des J. 1823 (v. d. R. Min. v. 24. April 1824) nicht geändert worden. Das Verlangen der R. Reg., daß alle Anweisungen an die ihr untergebenen Baubeamten nur durch sie geschehen, ist daher nicht gerechtfertigt.

Die gedachte Verfügung geht jedoch bei der Bestimmung unter Nr. 7 allerdings von der Voraussetzung aus, daß die R. Reg. von den Seitens anderer Verwaltungsbehörden an Baubeamten ergehenden Requisitionen jedesmal Kenntniß erhalten, während im letzten R. Min. des J. im Einverständniß mit dem R. Fin. Min. an die Reg. ergangene A. v. 24. Okt. 1825 eine Benachrichtigung der Reg. Seitens der Prov.-Steuer-Direktoren nicht bei allen Aufträgen an die Baubeamten, sondern nur für die Fälle vorgeschrieben ist, wenn sich die Aufträge auf Gegenstände außerhalb des Bauplans der Bau-Inspektoren beziehen, sowie wenn den Haupt-Kemtern in wichtigen Bau-Angelegenheiten der Auftrag zur unmittelbaren Requisition der Baubeamten erteilt

Es ist aber nothwendig, daß die R. Reg. sich fortwährend und vollständig in der Weise, die Dienstgeschäfte der ihnen untergebenen Baubeamten übersehen und kontrolliren zu können, so sind die Prov.-Steuer-Direktoren veranlaßt, von allen Aufträgen in Bau-Angelegenheiten, welche sich den Baubeamten unmittelbar oder durch die Haupt-Kemter zuwenden lassen, also auch von solchen, welche sich am Wohnorte der Baubeamten betreffen, der vorgelegten R. Reg. durch Mittheilung einer Abschrift der Verfügung Kenntniß zu geben, auch die ihnen untergebenen Kemter dahin anzuweisen, daß sie von den in minder wichtigen Bauwerken an Baubeamten gerichteten Requisitionen jedesmal der betr. R. Reg. eine Abschrift einreichen.

(R. M. B. d. I. B. 1853. S. 34. Nr. 18.)

BB. Bei Domänen- und Forst-Bauten.

Vergl. unten Abth. II., Abschn. II., Kap. I.

CC. Bei Justiz-Bauten.

Vergl. unten Abth. II., Abschn. II., Kap. II.

DD. Bei Kirchen-, Pfarr- und Schulbauten.

1) Schreiben des R. Min. des J. u. d. P. (v. Schudmann) v. 31. Aug. 1853 an den Min. der G. u. Ang.

Woh die Trennung der R. Konsistorien und Prov.-Schul-Kollegien von den Reg. die Verwaltung des dahin gehörigen Bauwesens von diesen an jene übergegangen

vergl. oben S. 78.

Verordn. S. 80.

vergl. Bau-Polizei 2. Aufl.

gen, die Bearbeitung der Bau-Entwürfe und Anschläge zc. aber den Reg.-Baubehörden verbleiben.

Ein Gleiches findet auch rücksichtlich der Bau-Ing. statt, welche die R. Inturen und die Prov. Steuer-Direktionen zu verwalten haben, und die Baubeamten also unter vier Behörden, wenn jede derselben direkt mit ihnen korrespondirt. Damit mancherlei Nachtheil verbunden ist, leuchtet ein.

Um diesen möglichst zu vermeiden, ist deshalb mit dem R. Kr.- und Fin. Min. Uebereinkommen getroffen worden, daß zwar zur Abkürzung des Geschäftes die Inturen und Prov. Steuer-Direktionen den Bau-Inspektoren die erforderlichen Anträge direkt ertheilen können, jedoch Abschrift des Auftrages jedesmal der betr. Reg. übergeben werden muß, und daß hiernächst die Baubeamten die Bau-Entwürfe der Reg. einreichen, durch welche sie der betr. Behörde mitgetheilt werden, nachdem sie der Baurath hat, der Bau-Inspektor jedoch dieser Behörde anzeigt, wenn er sich seines Auftrages bedient hat.

Hierdurch werden die Reg. in den Stand gesetzt, sowohl die Dienstthätigkeit der Baubeamten zu übersehen, als auch zur rechten Zeit einzuschreiten, wenn von Seiten anderer Behörden die Baubeamten mit Arbeiten überbürdet werden sollten.

Es ist daher zu wünschen, daß auch die Konsistorien und Prov. Schul-Kollegien gleiches Verfahren beobachten, welches, nach eingegangenen Anzeigen, nicht überflüssig ist. Euer Exc. ersuche ich daher im Falle des Einverständnisses erg., hiernächst gedachten Behörden anzuweisen, und von dem Verfügtten mir gef. Nachricht zu geben, die betr. Reg. davon in Kenntniß setzen zu können.

(Acta gen. des Fin. Min. Abth. IV. sign. A. 4. 24. Vol. II.)

Hierauf erging:

2) das Schreiben des R. Min. der G., U. u. Med. Ang. (v. Kamptz Nicolobius) v. 14. Sept. 1826 an das Min. des J. u. d. B.

Ew. Exc. erlaube ich nicht, auf das gef. Schreiben v. 31. v. M., die Verwaltung des Bauwesens und die Bearbeitung der Bau-Entwürfe und der Anschläge zc. nach Trennung der Konsistorien und Prov. Schul-Kollegien von den R. Reg. betr., zu benachrichtigen, daß ich sämmtl. R. Ober-Präsidenten unter abschriftl. Mittheilung des gerathenen Beschlusses angewiesen habe, nach dem Inhalte desselben, womit ich ganz einverstanden bin, die nöthige Anweisung an das betr. R. Konsistorium und Prov. Schul-Kollegium zu verfügen.

(Acta gen. des R. Fin. Min., Abth. IV. sign. A. 4. 24. Vol. II. Nr. 14, 48)

Mit Bezug hierauf (ad 1 u. 2.) ergingen ferner:

a) C. R. des R. Min. des J. (v. Schudmann) v. 3. Okt. 1826 an sämmtl. R. Ob. Präsid. ¹⁾

Nach einer Benachrichtigung des R. Min. der G., U. u. Med. Ang. v. 14. v. M. von demselben auf Veranlassung eines dießseitigen Schreibens v. 31. Aug. d. J., die Verwaltung des Bauwesens und die Bearbeitung der Bau-Entwürfe und der Anschläge zc. Trennung der Konsistorien und Prov. Schul-Kollegien von den Reg. betr.; an die erforderliche Verfügung ergangen: [Mit Bezug auf diese V. ersuche ich Ew. Exc. nach dem Inhalte derselben] die unter Ihrem Ob. Präsid. stehenden Reg. mit der nöthigen Anweisung zu versehen. (Acta gen. des Fin. Min., Abth. IV. sign. A. 4. 24. Vol. II.)

b) C. R. des R. Min. der G., U. u. Med. Ang. (Eichhorn) v. 20. Okt. 1843 an sämmtl. R. Konsistorien und Provinzial-Schulkollegien, und abschriftl. an sämmtl. R. Reg.

Nach einem, durch den dießseitigen Erlaß v. 14. Sept. 1826 sämmtl. Oberpräsidenten mitgetheilten Schreiben des Min. des J. u. d. B. v. 31. Aug. 1826 sind die R. Konsistorien und Prov. Schulkollegien zur Abkürzung des Geschäftsganges zwar befugt, den Baubeamten in Angelegenheiten ihres Ressorts die erforderl. Aufträge direkt zu ertheilen, müssen jedoch Abschrift des dießfälligen Auftrages jedesmal der betr. Reg. überreichen, hiernächst muß auch der Baubeamte die von ihm ausgearbeiteten Bau-Entwürfe der Reg. einreichen, durch welche sie der betr. Behörde mitgetheilt werden, nachdem sie der Reg. Baurath revidirt worden sind.

¹⁾ In dem Schreiben an den Min. v. Klewiz ist statt der zwischen [] eingeschlossenen Stelle Folgendes gesagt:

Mit Bezug auf diese Verf. und in Erwiderung Ew. Exc. Schreiben über den Gegenstand v. 31. Juli d. J., ersuche ich Dieselben, nach dem Inhalte der gedachten Verf.

...umten zu den von anderen Behörden ressortirenden Bauteilen.

Ine C. Verf. der G. Min. des J. u. der Fin. v. 16. Juli 1844 (Min. Bl. 246¹) sind die R. Reg. angewiesen, den Requisitionen der Landes-Justiz-sonst kompetenten Gerichtsbehörden in Betreff der von ihnen ressortirenden le überhaupt in allen denjenigen Fällen, in welchen sie eines technischen Beilner technischen Beihülfe bedürfen, mit Willfährigkeit entgegen zu kommen, zu untergeordneten Baubeamten die prompte und sachgemäße Erledigung ste zur besonderen Pflicht zu machen. Aus Veranlassung dieser Bestimmung ne gekommen, daß die Anforderungen nicht nur der vorgedachten, sondern requirirenden Behörden oft mit dem Umfange der Arbeiten, mit der zu ihrer forderlichen Zeit und mit den anderen Obliegenheiten der vielfältig in Anspruch Baubeamten nicht in Verhältniß stehen. Besonders werden diese Beamte rade zu derjenigen Zeit mit Requisitionen zu Entwürfen, Veranschlagungen schriftlichen Arbeiten angegangen, welche sie den unumgänglich nothwendigen ihres Bezirks und der Kontrolle der unter ihrer Leitung gestellten Bauauwidmen verpflichtet sind. Die hieraus für die Verwaltung entspringenden ben sich so fühlbar gemacht, daß ich mich veranlaßt sehe, zur Begegnung der reß der Requisitionen der Bauangelegenheiten, welche von dem R. Konfiskoos. Schulcollegium ressortiren, in Uebereinstimmung mit den Min. des J. u. folgende Punkte aufmerksam zu machen.

Zeitraum v. 1. April bis 1. Nov. jedes Jahres sollen die Distrikts-Baube-
Reisen, die Zeit v. 1. Nov. bis 1. April vorzugsweise zur Anfertigung
ichen Arbeiten benutzen. Es müssen daher die Vorarbeiten zu allen
e im künftigen Jahre ausgeführt werden sollen, und bei denen unter Kommu-
der R. Reg. die Hülfe der Distrikts-Baubeamten erforderlich ist, schon im
frühesten zum Monat März so vollständig angefertigt sein, daß sie den R.
s in der Mitte des Monat März zugefertigt werden, damit diese den betr.
zur Prüfung derselben bei ihren Baubereisungen noch in Zeiten beauftragen

Veranschlagungen nach der Baubereisung werden sich als Regel auf die Baue
ren von geringerem Umfange beschränken lassen. Das Bedürfniß von Neu-
öheren Reparaturbauten tritt selten so unvorhergesehen ein, daß dasselbe nicht
ein Jahr früher abgehaltenen Vereisung vollständig beraten und vorläufig
pluß gefaßt werden könnte, so daß der Baubeamte den folgenden Winter zur
des Anschlagß benutzen kann.

... die Requisitionen erhalten wird, muß das Bauversteht gehörig erörtern, die

EE. Bei Postbauten.

E. R. des R. Min. des J. für H., G. u. Bauwesen (v. Schudmar v. S. Juni 1831 an sammtl. R. Reg., ausschl. derjenigen zu Oppeln, Gbinnen und Cöslin. Konkurrenz der R. Reg. und Bau-Inspektoren rücksicht der Kontrolle über bauliche Veränderungen und Reparaturen an den R. Gebäuden.

Von dem R. General-Postamte ist die Einführung einer genaueren Kontrolle über bauliche Veränderungen und Reparaturen zc. in den R. Postgebäuden gewünscht worden. Das unterg. Min. hat sich dieserhalb mit demselben über folgende Einrichtungen geeinigt.

Die Bau-Inspektoren sollen die R. Postgebäude in ihren Bezirken einmal in jedem Jahre, vorbehaltlich der öfteren Bereisung in den Fällen, wo angeordnete Bauten an Posthäusern eine mehrmalige Beschäftigung des Baubeamten an Ort und Stelle erfordern, in Augenschein nehmen. Bei dieser Gelegenheit sollen die betr. Postbeamten die Abstellung der nach dem Regul. v. 18. Okt. 1822 durch die Inhaber von Dienstwohnungen zu beseitigenden Mängel, von ihnen aufgefordert, die nothwendigen dem Staate zur fallenden Reparaturen und Baue verzeichnet und dieses Verzeichniß mit der über ganze Geschäfte aufgenommenen Verhandlung sogleich unmittelbar von den Baubeamten dem R. General-Postamte eingesendet, Abschriften dieser Stücke aber gleichzeitig dem Bau-Inspektor überreicht werden.

Die Anschläge über Bau-Gegenstände unter 50 Rthlr. sollen die Bau-Inspektoren hiernächst, ohne weitere Aufforderung, sofort auffertigen und den Reg. zur Prüfung ihrer Raurath und Mittheilung an das R. General-Postamt einreichen; zur Anfertigung von Anschlägen über größere Summen aber erst die Aufforderung des R. General-Postamts durch die R. Reg. abwarten.

Durch diese Einrichtung, namentlich durch die unmittelbare Einsendung der Verhandlungen und Verzeichnisse an das R. Gen. Postamt, wird in den Disciplinarverhältnissen der Baubeamten nichts geändert; überhaupt sollen weitere Korrespondenzen zwischen den Baubeamten und dem R. Gen. Postamt die erste unmittelbare Anzeile der Baubeamten nur durch die Reg. stattfinden.

Da im Bez. der R. Reg. sich in R. R. R. Postgebäude befinden, so wird die Aufsicht von diesen Einrichtungen in Kenntniß gesetzt, um sich darnach zu achten und die betr. Inspektoren demgemäß mit der erforderlichen Instruktion zu versehen.

(A. XV. 292. — 2. 28.)

FF. Bei Gestüt-Bauten.

R. des R. Min. des J. v. 29. Nov. 1824 an die Reg. zu Gumbinnen und Potsdam und Abschrift an die Ob. Bau-Deputation zu Berlin.

Im Einverständniß mit dem R. Ober-Marstall-Amte und der R. Ob. Rechn.-Kammer ist beschloffen worden, daß künftig nur bei allen Gestüt-Neu-Bauen und bei Reparaturbauten über 50 Thlr. die Kosten-Rechnungen von den Baubeamten bei ihrer Abfertigung auf den Gestüten, sowohl in den Preisen, als auch, so weit es möglich ist, in Rücksicht auf die Tüchtigkeit bei der Ausführung des Baues geprüft und resp. festgestellt und genehmigt werden sollen, wogegen alle Konkurrenz der Baubeamten bei Reparaturen unter 50 Thlr. wegfällt. Der R. Reg. wird solches zur Nachricht und Achtung hierdurch gemacht.

(Acta gen. des R. Min. f. H., G. u. Bauwesen, betr. d. Instruktion für d. Land- und Wasser-Baubeamten A. 4. Nr. 24. Vol. I.)

GG. Bei Königl. Immediat-Bau-Aufträgen.

1) R. D. v. 11. Dec. 1841 an die R. Reg. zu Potsdam.

Bei Immediat-Bau-Aufträgen, welche Ich den Mitgliedern des Hofbauamts übertragen, bedarf es von Seiten der Reg. nur in sofern einer Konkurrenz, als von Verwaltung der Zahlung derjenigen Fonds die Rede ist, welche zur Administration der Reg. gehören, gegen bedarf es der technischen Konkurrenz nicht ferner, da die Prüfung von Seiten der Ob. Bau-Deput., die nach vollendetem Bau stets stattfinden muß, bei der Qualifikation der Mitglieder des Hofbauamts als genügende Sicherheit der tüchtigen Ausführung angenommen werden kann. Charlottenburg, den 11. Dec. 1841.

Friedrich Wilhelm.

An die Reg. in Potsdam.

(Acta gen. des R. Min., Abth. IV., betr. die Instruktion für die Baubeamten im Reg. Bez. Potsdam, sign. Baubeamte A. 7b. Nr. 21.)

2) R. D. v. 4. April 1842 an den Staat- u. Fin. Min. (Br. v. Anstalten).

Ich bestimme auf Ihre Anfrage v. 28. Febr. o., daß die von Mitgliedern des Hofbau-Commissions meinem Auftrage aufgestellten, die Summe von resp. 500 Thlr. u. 1000 Thlr. betragenden Anschläge zu Neu- und Reparatur-Bauten nur nach vollendetem Bau der Werke sich die Ob. Bau-Deput. zu unterwerfen sind. Diese Revision soll aber jedenfalls stattfinden, es mögen Ueberschreitungen der Anschlag-Summe stattgefunden haben oder nicht.
Berlin, den 4. April 1842.

Friedrich Wilhelm.

(Acta gen. des Fin. Min., Abth. IV., betr. die Instrukt. für die Baubeamten im Reg. Bez. Potsdam, sign. Baubeamte, A. 7b. Nr. 21.)

D. Vorschriften, welche den äußeren Geschäftsgang in Bau-Angelegenheiten betreffen.

1) Publik. der R. Reg. zu Potsdam v. 30. Mai 1817, betr. das Verfahren bei Ausführung, Abnahme und Revision der Königl. Bauten.

Um den Zeitläufigkeiten zu begegnen, welche daraus entstehen, daß den Bauinspektoren sehr oft unvollständige oder unleserliche Abschriften der Bauanschlüsse Behufs der Ausführung vorgelegt werden, ist es für nöthig erachtet worden, die Anträge zu treffen, daß die ungeschriebenen Anschläge und Zeichnungen zu den im Werke befindlichen Domänen-, Forst-, Meise-, Zoll-, Kirchen-, Pfarr- und Schulbauten, so wie den Strom-, Kanal-, Brücken- und Wegebauten bei dem betr. Land- oder Wasserbauamt aufbewahrt, von demselben bei der Bauabnahme zum Grunde gelegt und mit Abnahmehandlung bei uns eingereicht werden.

Die Domänen-, Forst-, Meise- und Zollämter und übrigen Behörden haben daher, da sie mit Befolgung von Bauentwurf-Kontrollen beauftragt werden, dergl. Anträge und Zeichnungen nicht, wie bisher, mit dem vorliegenden Kontraktexemplar zurückzugeben, sondern nachdem der Entrepreneur Abschrift davon genommen, solche bei uns einzureichen.

Bei dieser Veranlassung werden die genannten Behörden, die bei den Bauausführungen theilhaftigen Kirchbraucher und Aufseher der Gebäude und die Bauentrepreneurs zu veranlassen gemacht:

1) daß es unstatthaft ist, sich in technischen Angelegenheiten, welche die Ausführung des bereits genehmigten Baues betreffen, als z. B. wegen nothwendig oder zweckmäßig erscheinender Abweichung von dem Anschläge in der Bauart, der Einrichtung und der Wahl der Materialien, oder wegen der durch besondere Umstände bedingten Nothwendigkeit einer Nach-Veranschlagung sogleich unmittelbar an uns zu wenden, sondern daß die dahin gerichteten Anträge oder Vorschläge ohne Ausnahme bei dem Bauinspektor des Ortes mündlich oder schriftlich angebracht werden müssen, um dieselben zu prüfen und nach Anleitung der deshalb erhaltenen Instruktion das weitere Vertheilen zu veranlassen hat;

2) daß hiernach auf jede Einwendung, welche bei Uebertragung der Entreprise von dem Entrepreneur gegen die Höhe des Anchlages oder gegen etwaige Bedingungen des Baues über das technische Verfahren bei der Ausführung des Baues erhoben wird, zu entscheiden genommen und dasselbe ebenfalls dem Bauinspektor zugesandt werden muß, der uns ohne allen Verzug gutachtlich an uns berichten wird;

3) daß Anträge auf Anweisung der Kontraktsposten, in sofern dieselbe von dem Baue des Baues abhängig ist, entweder durch den Bauinspektor bei uns angebracht werden, oder dessen Attest dem Gesuch beigelegt werden muß;

4) daß wegen Abnahme des Baues keine Verf. an den Bauinspektor bei uns nachzusuchen werden darf, sondern daß jeder Entrepreneur sich deshalb selbst an denselben zu wenden und die Bestimmung des Abnahmetermins zu gewärtigen hat.

Alle hiernach unnöthigen Ver- und Gesuche werden dem Berichterstatter oder Bittsteller ohne Weiteres portopflichtig zurückgesandt werden. Dagegen bleibt es einem jedem Bauinspektor unbenommen,

1. keine Vorstellung gegen den von dem Bauinspektor erhaltenen abschläglichen Bescheid, und

2. und 4. keine Beschwerde über etwaige Verzögerung zu anbringen. (M. I. 47. — 22. 6.)

1 Diese R. D. ist der R. Reg. zu Potsdam und der Ob. Bau-Deput. durch das R. des R. Fin. Min. v. 14. April 1842 mitgetheilt worden.

durch das Publ. des Ob. Präsid. der Provinz Sachsen v. 4. Dec. 182 für die Provinz Posen durch die R. D. v. 12. Sept. 1825 (publizirt durch das Publ. des R. Ob. Präsid. zu Posen v. 3. Okt. 1825²⁾), für die Provinz Pommern durch die R. D. v. 19. Okt. 1825 (publizirt durch das Publ. des R. Ob. Präsid. zu Stettin v. 12. Dec. 1825³⁾), für die Provinz Preußen durch die R. D. v. 3. Dec. 1825 (publizirt durch das R. des R. Fin. Min. [v. Moh] v. 17. Dec. 1825⁴⁾), und für die Provinz Westpreußen durch die R. D. v. 3. Dec. 1825 (publizirt durch das Publ. des R. Fin. Min. [v. Moh] v. 17. Dec. 1825⁵⁾), hiernächst auch für die Provinz Schlesien durch die R. D. v. 30. Juni 1827 (publizirt durch das Publ. des R. Ob. Präsid. zu Breslau v. 31. Aug. 1827⁶⁾) die Absonderung der Verwaltung der indirekten Steuern von dem Ressort der betr. Regierungen angeordnet und die Anordnung von Provinzial-Steuerdirektoren ins Leben getreten. Diese Provinzial-Steuerdirektoren wurden für die ihnen übertragenen Geschäftszweige ganz in der Stelle der Regierungen gestellt und dem Fin. Min. subordinirt. Zu dem Landes-Präsidenten wurden sie in dasselbe Verhältniß, wie die ihnen koordinirten Regierungen gestellt.

Gegenwärtig bestehen in sämtlichen Provinzen, mit Ausnahme der Provinz Brandenburg, in welcher die Regierungen zu Potsdam und Frankfurt ihre Stelle vertreten, Provinzial-Steuerdirektionen.

Ueber die Ressort und Geschäfts-Verhältnisse der Provinzial-Steuerdirektionen und Regierungen sind in einzelnen Fällen noch spezielle Bestimmungen ergangen.

1) Publ. der R. Reg. zu Stralsund v. 7. Jan. 1826. Die Beträge der Einkünfte von denjenigen Kommunikations-Anstalten, welche nicht Chaussee gehören, ressortirt von der Prov. Steuerdirektion. (A. X. 26. — 1.

2) C. M. des R. Fin. Min. v. 30. März 1839 an die R. Prov. Steuerdirektoren. Von der Veräußerung solcher entbehrlichen Grundstücke der Steuer-Verwaltung, welche auf früherem R. Forstgrunde erbaut sind, ist die Regierung vorher zu benachrichtigen.

Wenn Chausseegelempfangs-, Chausseewärter-, Zollamts- und andere dergleichen Etablissements, welche auf früherem R. Forstgrunde erbaut worden, als entbehrlich, zum Verkauf gestellt werden sollen: so wollen Ew. rc. der betr. Reg. davon, vor Einleitung der Verkaufs-Verhandlungen, jedesmal Nachricht geben mit dem Ersuchen, sich darüber zu äußern: ob von Seiten der R. Forstverwaltung der Ankauf des Etablissements für angemessen erachtet werde.

Die Erklärung der gedachten Reg. ist dem hieher zu erstattenden Ber. beizufügen. (Centralbl. d. Fin. Min. 1839. S. 81. Nr. 60)

3) R. des R. Gen. Dir. der Steuern (Kuhlmeier) v. 16. Aug. 1840 an den R. Prov. Steuerdirektor zu Köln. Die mit Postanstalten und Poststationen vorgehenden Veränderungen, welche auf Chausseegelelderhebung betreffen, sollen der betr. Prov. Steuerbehörde mitgetheilt werden.

(Min. Bl. d. I. B. 1840. S. 322. Nr. 580., Centralbl. d. Fin. Min. 1840. S. 347. Nr. 131.)

4) C. M. des R. Fin. Min. v. 29. April 1842 an sämtl. R. Prov. Steuer Direktionen. Die Verichtigung des Besitztittels und Regulirung des Hypothekenweises von den Chausseegelempfangs-Häusern auf den Chausseen gehört zum Ressort der Regierungen.

1) A. VIII. 1005. — 4. 20.

2) A. IX. 887. — 4. 28.

3) A. IX. 888. — 4. 29.

4) a. a. O. IX. 889. — 4. 30.

5) a. a. O. IX. 890. — 4. 31.

6) a. a. O. XI. 634. — 3. 29.

Zur Beseitigung entstandener Zweifel wird bestimmt, daß die Berichtigung des Besitz- und überhaupt die Regulirung des Hypothekenwesens von allen Chausseegeld-Empfangshäusern auf den Staats-Chausseen, namentl. auch von denjenigen, welche aus Veranlassung der Struer-Verwaltung erbaut sind, durch die R. Reg. bewirkt werden soll.

(Centralbl. d. Fin. Min. 1842. S. 294. Nr. 108. Min. Bl. d. I. B. 1842. S. 153. Nr. 206.)

In Betreff der Frage, in wiefern es überhaupt der Berichtigung des Besitz- und der Chausseegelder-Empfangshäuser bedürfe, sind ergangen:

a) U. des R. General-Dir. der Steuern (Kuhlmeier) v. 17. Sept. 1841 an die R. Reg. zu Frankfurt, und zur Nachachtung an sammtl. R. Prob. Steuer-Verwaltungen, die R. Reg. zu Potsdam.

Auf den Ver. v. 21. Juni c. kann ich mich mit der Reg. darin nicht einverstanden erklären, daß die Notiz des Justiz-Min. R. v. 21. April 1832 (v. R. Jahrb. Bd. 89. Nr. 51), betr. das Hypothekenwesen der Domainen und Forst-Grundstücke, auf die der Steuer-Verwaltung gehörenden Grundstücke passen.

Bei den größern Gütern der Domainen-Verwaltung sind Verbindlichkeiten des Besitzers und der sonstigen Hypotheken-Verhältnisse weniger zu besorgen, als bei einzelnen Häusern und kleineren Grundparzellen, wie sie die Steuer-Verwaltung in der Regel erhält, auch tragen die bei Dom. und Forst-Grundstücken stets sich erneuernden Verwaltungs-Kontrakte und übrigen Verhandlungen wesentlich dazu bei, die Verhältnisse gehörig im Auge zu behalten, während ein Gleiches bei den Grund- und Grund-Parzellen der Steuer-Verwaltung, worüber oft in langen Zeiträumen nichts verhandelt wird, nicht der Fall ist.

Da nun überdies dem Fin. Min. Fälle bekannt sind, wo Differenzen über Hypotheken-Verhältnisse von Grundstücken der Steuer-Verw. entstanden waren, die nicht hätten vermieden werden können, wenn zu gehöriger Zeit das Hypothekenbuch regulirt worden wäre; so ist es nicht angemessen, das alleg. Justiz-Min. R. auf die Grundstücke der Steuer-Verwaltung anzuwenden, und veranlasse ich die R. Reg. in Betreff der der Steuer-Verw. gehörenden Häuser und sonstigen Grundstücke die hypothekarische Eintragung in die gerichtl. Hypothekenbücher nach Vorschrift der Hyp. O. überall gehörig betreiben zu lassen.

(Act. gen. des R. Fin. Min., Abth. für G., F. und Baum., A. I. 1. Nr. 5.)

b) U. des R. Fin. Min. (v. Bodelschwingh) v. 17. Oct. 1842 an die R. Reg. zu Liegnitz.

Auf den Ver. der R. Reg. v. 27. Mai c., eröffne ich derselben, daß der Zweck der R. v. 29. April v. J. ¹⁾ lediglich die Beseitigung von Zweifeln war, welche sich in Bezug auf das Ressort erhoben hatten.

Demnachst will ich aus den in dem Verichte angeführten Gründen vorläufig und vorläufige Bestimmung genehmigen, daß von Berichtigung der Besitz-Titel der Chausseegeld-Empfang-Häuser Abstand genommen werde.

(Act. gen. des R. Fin. Min., Abth. für G., F. und Baum., A. I. 1. Nr. 5.)

Vierte Unter-Abtheilung.

Die Militair-Intendanturen.

Nach dem allgemeinen Regulativ über das Erbisch- und Einquartlerungs-Verordn. v. 17. März 1810 (N. C. C. Tom. XIIb. S. 949. Nr. 110. 1810., Abtheil. 13. S. 852.) und der Geschäfts-Instr. für die Reg. v. 23. Oct. 1817 (S. 1817. S. 248.) gehörte die Leitung des Garnison-Bauwesens zum Ressort der Provinzial-Regierungen. Hierin trat eine Aenderung ein durch die mittl. St. D. v. 1. Nov. 1820 (N. IV. 904. — 4. 122.) angeordnete Organisation der Militair-Intendanturen. Es wurde nämlich unter dieser Bezeichnung jedem General-Kommando in den Provinzen, an die Stelle des bisherigen Kriegs-Kommissariats und dessen Geschäftspersonals eine Behörde eingesetzt, welche als Provinzialbehörde des Kriegs-Min. über alle in dem Kommando-Bezirk befindlichen Zweige der Militair-Ökonomie uneingeschränkte Auf- und Befugnisse haben, und welcher auch das Erbischwesen, Kasernement und andere Milli-

¹⁾ Vergl. oben sub Nr. 4.

tair-Gebäude untergeben sein sollten. In Folge dessen wurde durch den Staats-Ministerialbeschuß v. 21. Dec. 1822 angeordnet, daß das Erbld.-Verwaltungsges. und Bauwesen aus dem Reg. Ressort ausscheiden und auf die neu errichteten Militär-Intendanturen übergehen solle. Dieser Staats-Ministerialbeschuß wurde durch die Verf. des K. Min. des I., des J. und der Fin. und des v. 20. April 1824 und zwar v. 1. Jan. 1825 an zur Ausführung gebracht.

In Folge dessen und zur Ausführung dieser Einrichtung erging das in
stehende Publ. der K. Reg. zu Königsberg ¹⁾ v. 30. Juni 1824.

Nachdem von dem R. Staats-Min. in der Sitzung v. 21. Dec. 1822 beschlo-
morden, das Erblich-, Garnison-, Verwaltung- und Bauwesen aus dem Reg. Min.
ausscheiden und auf die Militär-Intendanturen übergehen zu lassen, haben die R.
des H., des J., der Fin. und des Kr. mittelst hoher Verf. v. 20. April d. J. und
wiesen, jenen Beschluß des Staats-Min. dergestalt zur Ausführung zu bringen, daß
Intendantur des ersten Armeekorps hieselbst die ihr zugedachten neuen Funktionen
dem 1. Jan. 1823 beginnen kann.

In dieser Beziehung werden folgende, höheren Ortes ertheilte Bestimmungen durch bekannt gemacht.

§. 1. Die der Reg. nach der Instr. v. 23. Okt. 1817 und nach dem Erbbl.-
v. 17. März 1810 obliegende Leitung des Serbie-, Garnison-, Verwaltungs- und
wesens hört mit dem 1. Jan. 1825 auf, und geht von diesem Zeitpunkte ab, in Gem.
der Allerh. R. O. v. 1. Nov. 1820 auf die von Er. Majestät dem Könige unterm 3.
1822 als Prov. Behörde des Kr. Min. für die Militär-Ökonomie definitiv best.
Intendantur über.

§. 2. Zu den Geschäften, welche hienach von der Intendantur übernommen werden, und aus dem Kreise der Verwaltung der Neg. der scheiden, gehören:

a) die Sorge und Aufsicht für sämtliche Garnison-Anstalten, in sofern sie Eigenthum des Staats sind, als: Kasernen, Lazarethe, Wachen, Militär-Erziehungs-Anstalten, Militär-Erziehungs-Kasernen, öffentliche Ställe, Montirungs-Kammern, Handwerks-Häuser, Pulverhäuser, Exercierhäuser, Meitbahnen, Landwehr-Zeughäuser, Magazinplätze. Diese Aufsicht erstreckt sich auch auf die bauliche Unterhaltung der Anlagen;

b) die Leitung des gesammten Serviswesens, in sofern es sich von der Feststellung und Anweisung der den Garnisonstädten und sonstigen bequartierten Ortschaften gebührenden Quartier-Vergütung handelt. Desgl. die Feststellung und Anweisung der Offizieren kompetirenden Servis- und Servis-Zuschusses. Auch hat die Intendantur die Vergütungen festzustellen und anzudeuten, welche den Kommunen der Garnisonen für solche Garnison-Anstalten gebühren, die ihnen und nicht dem Staate gehören.

c) die Angelegenheiten wegen Beschaffung der Exercierplätze zum Gebrauch Garnisonen und für größere Uebungen im Corps, Divisionen &c. unter der, der Regie nach §. 3 vorbehaltenen Konkurrenz; hiernächst die Unterhaltung der Garnison- und Garnison-Kirchhöfe, der Dienstwohnungen der commandirenden Generale und der Stabs- und anderer Offiziere, denen von des Königs Maj. dergl. verliehen worden.

§. 3. Dem Wirkungskreise der Reg. verbleiben also alle Angelegenheiten, welche Leistungen der Kommunen und der Einzelnen für militärische Zwecke betreffen, wie die Leistung des Natural-Quartlers für Leute und Pferde in den resp. Garnisonen, verfassungsmäßig schon feststehende Einwirkung bei Gelegenheiten der Heerübungen, Manövern, Kantonnirungen, Märsche und die Vermittelung zur Beschaffung von Garnison-Anstalten, in sofern dergleichen als Eigenthum des Staates nicht vorhanden sind, und abseits der Intendantur für den Augenblick aus Staatsmitteln nicht beschafft werden können; ferner die Konkurrenz bei Ausmittelung der Uebungsplätze aller Art und die Feststellung der Uebungsplätze, ebent. dafür zu leistenden Schadloshaltung, in sofern eine gütliche Vereinigung nicht zu finden kann u. s. w.

§. 4. Ueber die Art und Weise der Ausführung wird, ohne irgend eine Abänderung der Subordinations-Verhältnisse der Kommunal-Vorstände und der Baubeamten der Reg., wo die Intendantur von der Amtsthätigkeit dieser Unterbehörden getrennt werden muß, Folgendes festgesetzt:

a) die hiesige Garnison-Verwaltungs-Inspektion wird als für sich bestehende Behörde gleich wie die Probant-Heimter und Bekleidungs-Depots, der Intendantur untergeordnet. Sie ist nach der dafür bestehenden Ordnung Abschn. X. der Normal-Vorschriften die leitende und Lokal-Instanz in Garnison-Verw. Angelegenheiten, und hat der Intendantur über die Verwendung des ihr überwiesenen Fonds am Schlusse eines jeden Jahres wie bisher der Reg. spezielle Rechnung zu legen.

¹⁾ Gleichlautende Publ. wurden von den übrigen betr. R. Reg. erlassen.

1) Die Reg. bleiben nach §. 7. d. G. v. 30. Mai 1820 den näheren Festsetzungen vgl.-Regul. v. 17. März 1810 und der St. O. nach, immer verpflichtet, den Requiranten der Intendantur in Serbis- und Garnison-Verw. Ang. eben so gebührende Folge zu wie den Aufträgen der Reg. in Pol. u. Fin. Ang.

2. Für die Ausführung der Bauten giebt es zweierlei Wege:

a) durch Ingenieur-Offiziere unter Konkurrenz und Leitung ihrer Inspektoren und des Dep. des Kriegs-Min.:

b) durch Civil-Architekten (Bau-Inspektoren) unter Einwirkung der Reg. und der Dep.

a) Die Konkurrenz des Ingenieur-Corps tritt nur bedingungs- und ausnahmsweise, und dann erst mit mehrerem Erfolge ein, wenn die größeren Festungsbauten beendigt sein werden.

Diese Konkurrenz bezieht sich demnachst hauptsächlich nur auf Festungen und Hauptwerke Ingenieur-Offiziere stationirt sind, und auf ganz neue Militär-Gebäude, oder wichtige Um- und Reparatur-Bauten, welche den Neubauten ziemlich gleich zu sein.

Das Verfahren ad b. richtet sich nach den bestehenden Vorschriften. Der Bauer des Distrikts fertigt wie bisher unter Konkurrenz der Garnison-Verw. oder der Stelle vertretenden Behörde und des betheiligten Truppentheils die Anschläge zc., ist selbige der Reg. ein, wo sie von dem technischen Rath geprüft und hiernächst der Intendantur Behufs der weiteren Veranlassung übergeben werden.

Es folgt hieraus, daß die Distrikts-Baubeamten Hinsichts der Militär-Gebäude staten nach wie vor ganz in ihren bisherigen Verpflichtungen bleiben, so weit nicht durch die ad a. gedachte bedingte Einwirkung des Ingen.-Corps eine Erleichterung Statt kommt.

Die Distrikts-Baubeamten haben demnach, was die gewöhnlichen laufenden Bauten, nämlich der in ihrem Bau-Distrikt liegenden Militär-Gebäude und Anstalten, auf die Veranschlagung und Kontrollirung der nöthigen Reparaturen, überhaupt Erhaltung der Substanz ankommt, nach den Requisitionen der Intendantur ihren Beistand zu leisten.

Dagegen wird wegen der Neubauten und solcher Einrichtungen, welche mehr als die des Bestehenden bezwecken, über die dabei in Anspruch zu nehmende amtliche Leistung des Distrikts-Baubeamten jedesmal besonders bestimmt werden, und dieser muß entweder die Vereinigung der Intendantur mit der Reg., oder die der letzteren zc. Min. vorangehen.

§. 6. Da nach §. 1. die Uebergabe der Geschäfte an die Intendantur des ersten Corps erst im Jan. l. J. Statt findet; so wird die Administration des Serbis-, Verw. und Bauwesens bis zu dem gedachten Zeitpunkte von der unterz. Reg. Es sind daher auch alle diesfällige Liquidationen, welche das J. 1824 betreffen, für den Monat Dec., nach wie vor an uns zur Revision und Anweisung einzubringen.

§. 7. Die Abwickelung aller rückständigen Rechnungen der in Rede stehenden zum letzten Dec. d. J. erfolgt bei der Reg., für die Zeit v. 1. Jan. l. J. ab mit aber die Intendantur die Resultate und Ausgaben der Administration und ihre Listen und Rechnungen.

Von diesen Bestimmungen haben die betheiligten Behörden unseres Reg. Bez. gekannt zu nehmen, und v. 1. Jan. 1825 ab sich gebührend und pflichtmäßig darzustellen. (A. VIII. 949. — 4. 154.)

Bergl. übrigens die Geschäfts-Ordnung für das Garnison-Bauwesen v. März 1839. (Unter-Abth. II., Abchn. II., Kap. 4.)

Drittes Kapitel.

Die Kreis-Bau- und Wege-Polizei-Behörden.

Der Kreis-Landrath, als Kreis-Polizei-Behörde, ist zugleich die Kreis-Bau- und Wege-Polizei-Behörde.

Schon nach der älteren Verfassung¹⁾ und gegenwärtig nach Vorschrift der 30. April 1815 wegen verbesserter Einrichtung der Provinzial-Behörden befindet sich in jedem Kreise ein Landrath, als Organ der betreffenden

1) vgl. hierüber Thl. VI. des Werkes, Bd. 2. S. 486.

2) S. 1815. S. 75.

Regierung. Ihm liegt die Sorge für Beobachtung der bau- und wegepoli-
tischen Vorschriften ob.

a) In Betreff der Aufsicht über die Wege und Brücken sind ihm in
in der Regel Wege-Distrikts-Kommissarien zugeordnet, über die
Stellung und Obliegenheiten von mehreren Regierungen besondere Anordnungen
erlassen sind.

Vergl. insbesondere:

1) Publ. der K. Reg. zu Breslau v. 24. März 1817, betr. die
Aufsicht der Distrikts-Kommissarien über die Wege und Brücken, und die
festgesetzten Modalitäten. (A. I. 257. — 1. 172.)

2) Publ. der K. Reg. zu Frankfurt v. 20. Juni 1817, betr. das
Verhältniß der Wege-Distrikts-Kommissarien. (A. I. 254. — 2. 151.)

3) Instr. der K. Reg. zu Bromberg v. 20. Nov. 1817 für den
Kommissarius, in Ansehung der von demselben auf die innerhalb des
befindlichen Wege und Brücken zu führenden Aufsicht und Kontrolle.

(A. I. 260. — 4. 138.)

4) C. R. der K. Reg. zu Trier v. 24. April 1837, an sämtl. R.
räthe, betr. die Beaufsichtigung der Gemeinde-Wege-Arbeiten durch Wege-
kommissarien. (A. XXI. 537. — 2. 236.)

b) In Betreff der Kreis-Kommunal-Baubeamten im Herz-
thum Westphalen bemerkte der fünfte Westphälische Provinzial-Land-
Abschied v. 8. Juni 1839 sub II. Nr. 10.:

Was die Beschwerde über die durch unsere Reg. zu Arnberg verfügte Auf-
hebung von Kreis-Kommunal-Bau-Kondukteuren betrifft, so ist Unser Min. des Innern
angewiesen, die gedachte Provinzial-Behörde dahin zu instruiren, daß den einzelnen
Gemeinden zu überlassen sei, sich die erforderliche technische Dienstleistung bei vorkommenden
Kommunalbauten durch freiwillige Einigung mit einem Baubeamten zu verschaffen,
aber die Anstellung eines eigenen Beamten dieser Art für sämtliche Kommunen
des Kreises nur stattfinden soll, wenn dieselbe von den Kreisständen genehmigt und die
Aufbringung der daraus erwachsenden Kosten ein Beschluß gefaßt ist.

Mit Bezug hierauf erging das R. des K. Min. des J., Abth.
Meding) v. 12. Juli 1840 an die K. Reg. zu Arnberg.

Wenn nach dem Ver. der K. Reg. v. 24. März und 5. Juni d. J., die Auf-
hebung der Kreis-Kommunal-Baubeamten nunmehr in allen Kreisen des dortigen Dep.
durch die Bestimmung sub II. 10. des Allerh. Landtags-Abschiedes v. 8. Juni
vorgeschriebenen Wege regulirt worden ist, so hat das unterz. Min. der K. Reg.
zu eröffnen, daß dasselbe mit der in dem Ver. v. 24. März e. vorgetragenen An-
forderung eine besondere Zugiehung der Kirchen- und Schulgemeinden mit ihrer Bethheiligung
Anstellung der Kreis-Kommunal-Baubeamten nicht erforderlich sei, sich nur einber-
ufen kann, da in dem Allerh. Landtags-Abschiede die Anstellung dieser Beamten
alle Kommunen des Kreises lediglich von der Zustimmung der Kreisstände abhän-
gig gemacht worden ist, die Mitglieder der einzelnen im Kreise vorhandenen Kirchengemeinden
und Schul-Sozietäten aber, als Kreis-Eingeseffene und als Mitglieder der von den
Kreisständen vertretenen Kommunen, ihre Vertretung auf den Kreis-Versammlungen
finden.

(Min. Bl. 1840. S. 308. Nr. 549.)

Viertes Kapitel.

Die Lokal-Bau- und Wege-Polizei-Behörden.

Den allgemeinen Lokal-Polizei-Behörden liegt innerhalb ihres Wirk-
kreises auch die Aufrechterhaltung der Bau- und Wege-Gesetze ob.

Außer diesen allgemeinen Polizei-Behörden ist noch einiger besond.
Lokal-Behörden des Bau- und Wegewesens zu gedenken:

1) Jeder Regierungs-Bezirk wird in verschiedene Bau-Kreise
eingetheilt. Diese beziehen sich in der Regel nur auf die Landbauten. In
jedem Bau-Kreise steht ein Bau-Inspektor vor. Für die Wasserbauten be-
stehen in der Regel andere Bezirke; oft sind indeß auch beide vereinigt. Im

Chausseebauern ist in der Regel für jeden Bezirk ein Ober-Begebaupraktikant angestellt, und jeder Bezirk dieser Art zerfällt in mehrere Aufseherbezirke, deren jeder einem Begebaumeister untergeben ist.

Ueber das Ressortverhältniß dieser Chaussee-Baubeamten, insbesondere der Begebaumeister zu den Kreis-Landräthen, spricht sich das R. Min. des J. u. d. B. (v. Rochow) u. d. F. (Gr. v. Alvensleben) d. 14. Okt. 1840 an die R. Reg. zu N. aus.

Die von der R. Reg. an die Landräthe Ihres Bezirks erlassene Verf., das Ressortverhältniß der Chausseebeamten, insbesondere der Begebaumeister, zu den Landräthen, entspricht den angenommenen Verwaltungs-Grundsätzen nicht überall, indem die Stellung derselben zu der Meinung Veranlassung geben könnte, daß die Begebaubeamten in Beziehung auf die polizeiliche Beaufsichtigung der Chausseen den Landräthen untergeordnet seien. Eine solche Unterordnung findet aber nicht statt, vielmehr beschränkt sich die Einwirkung der Landräthe in die polizeiliche Beaufsichtigung der Chausseen darauf, daß sie den Begebaumeistern von bemerkten Uebelständen Kenntniß zu geben und dieselben zu deren Abhülfe zu requiriren haben. Nur wenn in einzelnen Fällen dergestalt Ge-
 rathen im Verzuge obwaltet, daß auf dem Wege der Requisition die Abwendung derselben dem billigsten Ermessen nicht mehr zu erreichen ist, haben sowohl die Landräthe, wie die höher stehende Beamten, mit Uebergehung der Begebaumeister, das Erforderliche unmittelbar Anweisungen an die betr. Chaussee-Aufseher oder Wärter zu erlassen; in solchen Fällen liegt aber den bezeichneten Beamten die Verpflichtung ob, den Begebaubeamten von der getroffenen Anweisung ohne Verzug Nachricht zu geben.

Zur Vermeidung irriger Auslegung, wird die R. Reg. daher angewiesen, jenen Erlaß mit Angabe der vorstehend bezeichneten Gesichtspunkte zu deklariren und Abschrift dieser Erlasse dem R. Min. des J. u. d. B. hier einzureichen. (Min. Bl. d. i. B. 1840. S. 440. Nr. 756.)

Ueber das Ressort-Verhältniß der Landräthe zu den Königl. Bau-
 meistern vergl. auch das R. des R. Min. d. J. u. d. B. v. 12. Okt. 1817.

(N. II. 724. 3. — 45. [s. unten.])

2) Die Militär- und Ministerial-Bau-Kommission der Residenz, Berlin¹⁾.

Die Wichtigkeit der Berlinischen Bauten und der bedeutende Umfang derselben hatte schon früher die Errichtung einer eigenen Bau-Kommission bei der R. Reg. zu Berlin veranlaßt. Als die R. Reg. zu Berlin aufgehoben wurde, brachte der Handels-Minister v. Bülow in einem an das R. Staats-Ministerium gerichteten Votum v. 22. Juni 1820 zur Sprache, daß es erforderlich sei, dieser Bauparthe eine solche Stellung zu geben, daß die so häufig eintreffenden dringenden Anforderungen an dieselbe bald und auf dem kürzesten Wege befriediget würden, ohne daß die tüchtige Bauausführung darunter leide. Dies könne nicht geschehen, wenn die Berlinische Bauparthe der R. Reg. Potsdam untergeordnet werde, weil es zu weitläufig sein würde, die oft eintreffenden dringenden Anforderungen der Ministerien und Behörden in Berlin erst nach Potsdam zu senden; andererseits aber sei auch eine selbstständige Stellung der Baumeister in Berlin bedenklich. Erwäge man, daß das Berlinische Bauwesen mit der Berliner Polizei in der nächsten Verbindung stehe, daß nur mit deren Einwirkung eine kräftige Bauausführung in der Residenz möglich sei, und daß umgekehrt die Berliner Polizei das nächste Interesse habe, daß die sämtlichen Bauten, das Straßenpflaster, die Wasser-Kommunikationen etc. sich in gutem Zustande befinden, so scheine es am zweckmäßigsten, das gesammte Bauwesen, welches bisher unter der Reg. zu Berlin gestanden, dem Polizei-Präsidium in Berlin zu übertragen und diesem einen Bau-Direktor beizuordnen, welcher für die Anordnung und Ausführung der Baue durch die Bau-Inspekto-

¹⁾ Die hier gegebene Darstellung gründet sich auf die Gen. Akten des R. Min. des J. u. d. B., betr. die Reg. zu Berlin, deren Aufhebung u. Vertheilung ihrer Geschäfte, sowie die Errichtung der Kommission zur Verwaltung des Bauwesens, sign. Regierungen, A., Abth. II., Fach 5c. No. 3.

ren verantwortlich sei, während dem Polizei-Präsidium vorzüglich die Leitung des Geschäftsganges im Ganzen und der Baukasten-Angelegenheiten zu weisen.

Die R. D. v. 26. Mai 1821 bestimmte indeß, daß die öffentlichen Angelegenheiten in Berlin direkt unter die Leitung und Aufsicht der Ob. Bau-Deputation zu stellen und alle übrigen Geschäfte der Reg. zu Potsdam zu übertragen.

Hiergegen bemerkte indeß der Handels-Min. v. Bülow in einem, an die mit der Regulirung der R. Reg. zu Potsdam beauftragten Ob. Präsid. v. Heydebreck gerichteten Schreiben v. 20. Juni 1821, daß die Ob. Deputation nur eine konsultative, keine administrierende Behörde sei. bevormortete, daß die in Berlin zu errichtende Bau-Kommission zwar, wie andere Provinzial-Baubehörde, unter die Kontrolle der Ob. Bau-Deput. zu werde, aber die Leitung der Baue nicht von der Ob. Bau-Deput. ausgehen. daß diese Bau-Kommission, wie jede Regierung, in Absicht ihrer Bau-Angelegenheiten, zunächst dem Handels-Ministerium zur Leitung der Administration überhaupt, wegen der Militär-, Kirchen-, Schul- u. Bauten aber den betr. Ministerial-Resorts untergeordnet werde, und daß auch diese die Aufsicht über die Administration führen möchten, weil die Beaufsichtigung durch die Reg. zu Potsdam häufiger sein würde.

Der Ob. Präsident v. Heydebreck machte hierauf unterm 28. Dec. 1821 (Berliner Intell. Bl. 1822. Nr. 1. S. 1.) bekannt, daß die Einzelheiten, sowohl Militär-, als Bau-Angelegenheiten, soweit solche bisher zum Ressort der Ob. Bau-Deput. zu Berlin gehört, künftig von dem betr. R. Min. durch zwei besondere Kommissionen verwaltet werden sollten.

Diese Bekanntmachung gründet sich auf die R. D. v. 21. Dec. 1821, durch welche die R. des R. Min. des H. u. d. F. v. 24. ej. m., welche erstere genehmigte, daß die erwähnten beiden besonderen Ministerial-Kommissionen zu errichten, von welchen der Bau-Kommission zugleich die Aufsicht auf das Brennholz-Magazin und die Besorgung der Angelegenheiten der Hausbau zu übertragen. Zugleich wurde angeordnet, daß diesen Kommissionen besondere Dienst-Instruktionen zu ertheilen. Dies geschah und es wurde daselbst die vorgeschriebene Regl. mittelst Schreibens des R. Min. des H. v. 16. Febr. 1822, durch welche die R. Min. des H., d. F., der G. Ang. u. d. R. zur Aeußerung mitgetheilt.

In dieser Instr., welche demnächst unterm 17. August 1822 von dem Handels-Min. vollzogen und der R. Bau-Komm. mitgetheilt wurde, heißt Betreff der Stellung und Ressort-Verhältnisse der letzteren:

§. 1. Die Verwaltung der sämtlichen Bau-Angelegenheiten in Berlin, die Fonds aus R. Kassen angewiesen werden, wird in der Regel künftig, ohne Rücksicht auf die Behörde, welche die letzteren bewilliget, von der hiesigen Bau-Kommission geführt.

§. 2. Die Kommission steht in Rücksicht ihrer formellen Geschäftsführung in Disciplin unter dem Min. für H., G. u. Bauw.

§. 3. Die Bau-Inspektoren, sowie die Unter-Bau- und Bureaubedienten, zunächst unter der Bau-Kommission.

Die folgenden §§. ordnen den Geschäftsgang an.

Gegenwärtig steht die Min. Bau-Kommission unter dem Min. für H. u. öffentl. Arb.

Fünftes Kapitel.

Die Organe der Behörden des Bau- und Wege-Wesens.

Einleitung.

Die Bau-Verständigen, welche als solche einer Staatsprüfung¹⁾ unterworfen sind, zerfallen in drei Kategorien, nämlich:

1) die bloßen Feldmesser,

2) die Staats-Baubeamten, und

3) die Privat-Baumeister und Kommunal-Baubeamten.

Was die Staats-Baubeamten betrifft, so sind, wie bereits oben²⁾ erwähnt, bei den Provinzial-Regierungen technische Räte (Regierungsräte) für dies Fach angestellt.

Die Organe der Provinzial-Regierungen in Bau-Angelegenheiten aber theils Land-Baubeamte, theils Wasser-Baubeamte, theils endlich Kanalsee-Baubeamte.

Unter einem Bau-Inspektor, welcher entweder Land-Bau- oder Wasser-Bau-Inspektor, oft auch beides zugleich ist, stehen mehrere Bau-Ingenieure, und unter einem Ober-Wegebau-Inspektor (oder Wegebau-Inspektor) mehrere Wegebaumeister, welche letztere bisweilen zugleich Land- und Wegebaumeister sind.

Wo Deichbauten vorkommen, pflegen auch Deich-Inspektoren anzusetzen zu sein, und für Orte, welche Häfen haben, giebt es Hafenbau-Inspektoren.

Erster Titel.

Allgemeine Vorschriften für die Beamten des Bau- und Wege-Wesens.

Erste Unter-Abtheilung.

Eintritt in den Staatsdienst.

I.

Allgemeine Erfordernisse zur Befähigung.

A. Vergl. in Betreff des nöthigen Staatsbürgerthums, sowie des möglichen Lebenswandels, Th. III. des allgemeinen Verfaß, Abth. I., die Staatsdienst-Pragmatik betreffend.

B. Christliche Religion.

1) Das Ed. v. 11. März 1812, betr. die bürgerlichen Verhältnisse der Juden im Preuß. Staate (G. S. 1812. S. 12.) bestimmte im §. 9, daß es vorzuziehen bleibe, in der Folge der Zeit gesetzlich zu bestimmen, in wiefern die Juden zu öffentlichen Bedienungen und Staatsämtern zugelassen werden können.

2) In Betreff der Juden im Großherzogthum Posen bestimmte die Verordn. d. 1. Juni 1833 §. 20. sub a. (G. S. 1833. S. 66.) daß Juden zu Staatsämtern nicht wahlfähig sind.

3) Demnächst verordnete das G. v. 23. Juli 1847 über die Verhältnisse der Juden (G. S. 1847. S. 263.), im §. 2. allgemein, daß Juden zu einem unmittelbaren Staatsdienst nicht wahlfähig sind.

Vergl. hierüber unten Tit. I., Unter-Abth. I., sub II.

Vergl. oben S. 54.

telbaren oder mittelbaren Staatsämtern nur dann zugelassen, wenn mit einem solchen Amte die Ausübung einer richterlichen, polizeilichen oder exekutiven Gewalt nicht verbunden ist.

4) Die Verf. Urkunde v. 31. Jan. 1850 hat die hiernach begünstigten Juden noch bestandenen Beschränkungen gesetzlich beseitigt, indem §. 4. bestimmt:

Die öffentlichen Ämter sind, unter Einhaltung der von den Gesetzen festgesetzten Bedingungen, für alle dazu Befähigten gleich zugänglich.

5) In Betreff der Feldmesser insbes. vergl. unten Tit. II., II. Abth. I. sub I.

II.

Nachweis der besonderen Befähigung durch wissenschaftliche Prüfung.

A. Die Prüfungen der Baubeamten, einschließlich der Feldmesser, erfolgten früher ohne Ausnahme bei dem Ober-Bau-Departement, welches im Jahre 1770 als ein Theil des General-Ober-Finanz-, Kriegs- u. Domainen-Direktoriums errichtet worden war. Bereits das Publ. General-Direktoriums v. 8. Mai 1798 (N. C. C. Tom. X. p. 1825, Rabe Bd. S. 333.) ertheilte darüber nähere Anweisungen.

Die R. v. 16. Dec. 1808 über die veränderte Verfassung der obersten Staatsbehörden (G. S. 1808. S. 534.) bestimmte hiernächst, daß die technische Ober-Bau-Deputation die Examinationsbehörde für Baukünstler u. Feldmesser bleiben solle, und ganz dieselbe Festsetzung traf die fernere R. v. 27. Okt. 1810 über die veränderte Verfassung aller obersten Staatsbehörden (G. S. 1810. S. 13.)

Schon mittelst Publ. v. 24. Dec. 1804 war indeß nachgelassen worden, daß diejenigen Kammern, welche über 30 Meilen von Berlin entfernt waren, sich selbst der Prüfung der Feldmesser unterziehen dürften, und es wurde hierfür ein besonderes Prüfungs-Regl. entworfen und mitgetheilt¹⁾, welches im Jahre 1817 einer Revision unterworfen wurde. Daß in Folge dessen unter dem 5. März 1817 erlassene neue Regl.²⁾ hob das v. 24. Dec. 1804 auf und bemerkte ebenfalls, daß diejenigen Regierungen, welche 30 Meilen und darüber von Berlin entfernt sind, nicht gehalten sein sollten, diejenigen Personen, welche sich der Feldmesserkunst gewidmet haben, und bloß als K. Feldmesser angestellt zu werden wünschen, zur Prüfung in Berlin bei der technischen Ober-Bau-Deputation zu sistiren, sondern daß diese Prüfung durch eine bei jeder in gedachter Entfernung liegenden Regierung zu errichtende Examinations-Kommission geschehen könne. Dabei solle jedoch dem Kandidaten freigelassen sein, wenn er es für Konvenienz gemäß finde, nach Berlin zu kommen, um sich dort prüfen zu lassen.

Auch bei diesen Anordnungen hatte es nicht das Bewenden. Das R. des J. f. G., G. u. Bauw. erließ vielmehr unterm 8. Sept. 1831 eine umfassende Instr. für die Prüfung der Feldmesser und derjenigen, welche dem Baufache im Dienste des Staates oder als Privatbaumeister wollen (M. XV. 515. — 3. 3.) Dabei wurde zugleich, in Erweiterung der bisherigen Vorschriften, bestimmt, daß die Prüfung der Feldmesser stets von derjenigen Regierung zu bewirken, bei welcher derselbe praktisch arbeitete, und zwar

¹⁾ Dieses Regl. findet sich nicht in den Sammlungen abgedruckt, wird hier aber mitgetheilt, weil es bereits durch die späteren Bestimmungen antiquirt ist.

²⁾ Auch diese Regl. ist bereits durch das neuere v. 8. Juli 1833 (s. unten) antiquirt.

³⁾ Vergl. Acta des R. Min. d. G., Abth. für G., G. u. Bauw., sign. Bildung des Baufache, A. 17. Nr. 2.

Berücksichtigung des Unterschiedes, welchen die Entfernung Berlins bisher macht.

Für die zu diesem Behufe bei den Regierungen zu bildenden Prüfungs-Kommissionen und die durch diese zu veranlassenden Prüfungen selbst wurde bereits von dem K. Min. des J. für H., G. u. Bauw. unterm 8. Juli 1833 ein Decret erlassen. (N. XVII. 200. — 2. 18.)

3. Die obengedachten Bestimmungen haben indeß neuerdings eine vöbl. Veränderung erlitten, in soweit sie sich auf die Prüfungen der Bauführer und Baumeister beziehen.

Durch die R. v. 22. Dec. 1849 (s. oben S. 34) ist nämlich die dadurch bezeichnete technische Bau-Deputation zugleich zur Behörde für sämtliche Prüfungen der Bauführer und Baumeister bestellt worden. Sie ist dem Min. für H., G. und öffentl. Arb. untergeordnet und hat diesem in dem jährlichen Generalberichte, namentlich auch über die von ihr abgehaltenen Prüfungen Bericht zu erstatten.

Das für die technische Bau-Deputation erlassene Geschäfts-Regl. v. 28. Febr. 1850 (s. oben S. 39) hat demnach in den §§. 11—15 allgemeine Anordnungen über das Verfahren der technischen Bau-Deputation in Bezug der ihr übertragenen Prüfungen ertheilt.

Die näheren Anordnungen hierüber sind in nachstehenden Erlassen enthalten:

1) E. R. des K. Min. für H., G. und öffentl. A. (v. Kommer-Esche) v. 17. Aug. 1849 an sammtl. K. Reg., mit den Vorschriften für die Ausbildung und Prüfung im Baufache, sowie für die K. Bau-Akademie in Berlin *).

In der Anl. erhält die K. Reg. ein Exempl. der neuen Vorschriften für die Ausbildung und Prüfung Derjenigen, welche sich dem Baufache widmen, und für die K. Bau-Akademie hierseitig v. 1. d. M. (Anl. a. und b.), um solche durch Abdruck in Ihrem Amt zur öffentl. Kenntniz zu bringen.

Anl. a.

Vorschrift für die Ausbildung und Prüfung Derjenigen, welche sich dem Baufache widmen, v. 1. Aug. 1849.

§ 1. [Stufen der Ausbildung.] Für Diejenigen, welche dem Baufache sich widmen, bestehen fortan folgende Stufen der Ausbildung:

1. Bauführer,

2. Baumeister und zwar:

A. Baumeister für den Land- und Schönbau,

B. Baumeister für den Wege- und Wasserbau,

3. Privatbaumeister.

§ 2. [Bauführer-Prüfung.] Um Bauführer zu werden, haben die Kandidaten sich bei der K. Ober-Bau-Dep. zu der Bauführer-Prüfung zu melden, und dabei eine Nachweise beizubringen:

a) über die Klasse des Abganges aus der ersten Klasse eines Gymnasiums, oder aus der ersten Klasse einer derjenigen höheren Realschulen, welche der Min. für H., G. und öffentl. A. als solche, bei denen entsprechende Abgangsprüfungen stattfinden und die einen hinlänglichen Grad der Schulbildung gewährleisten, bezeichnen wird;

b) über mindestens einjährige praktische Thätigkeit unter Leitung eines oder mehrerer geprüfter Baumeister;

c) über mindestens zweijährige Studienzeit nach Erlangung der vorgeschriebenen Schulbildung;

*) Hierdurch sind die Vorschriften des E. R. des Min. des J. für H., G. und Bauw. v. 8. Sept. 1831 (v. R. Ann. Bd. 15. S. 315.), in soweit sie sich auf die Prüfung der Befähigung der Baubeamten des Staats beziehen (nämlich die §§. 8. bis 20. desselben), nebst den in Bezug darauf ergangenen Min. Erlassen für befestigt zu erachten; wogegen die die Feldmesser-Prüfung betr. Vorschriften des E. R. noch von praktischem Interesse sind.

*) Die (gleichfalls durch dies E. R. als dessen Anl. b. mitgetheilten) Vorschriften für die K. Bau-Akademie v. 1. Aug. 1849 vergl. oben S. 46 ff.

*) Ann. Bau-Regl. 2. Aufl.

telbaren oder mittelbaren Staatsämtern nur dann zuzulassen, wenn mit solchen Ämtern die Ausübung einer richterlichen, polizeilichen oder exekutiven Gewalt nicht verbunden ist.

4) Die Verf. Urkunde v. 31. Jan. 1850 hat die hiernach bezüglich der Juden noch bestandenen Beschränkungen gesetzlich beseitigt, indem sie Art. 4. bestimmt:

Die öffentlichen Ämter sind, unter Einhaltung der von den Gesetzen festgestellten Bedingungen, für alle dazu Befähigten gleich zugänglich.

5) In Betreff der Feldmesser insbes. vergl. unten Tit. II., Abth. I. sub I.

II.

Nachweis der besonderen Befähigung durch wissenschaftliche Prüfung.

A. Die Prüfungen der Baubeamten, einschließlich der Feldmesser, erfolgten früher ohne Ausnahme bei dem Ober-Bau-Departement, welches im Jahre 1770 als ein Theil des General-Ober-Finanz-, Kriegs- u. Domainen-Direktoriums errichtet worden war. Bereits das Publ. General-Direktoriums v. 8. Mai 1798 (N. C. C. Tom. X. p. 1625, Note B. S. 333.) ertheilte darüber nähere Anweisungen.

Die R. v. 16. Dec. 1808 über die veränderte Verfassung der obersten Staatsbehörden (G. S. 1808. S. 534.) bestimmte hiernächst, daß die technische Ober-Bau-Deputation die Examinationsbehörde für Baukünstler u. Feldmesser bleiben solle, und ganz dieselbe Festsetzung traf die fernere R. v. 27. Okt. 1810 über die veränderte Verfassung aller obersten Staatsbehörden (G. S. 1810. S. 13.)

Schon mittelst Publ. v. 24. Dec. 1804 war indeß nachgelassen worden, daß diejenigen Kammern, welche über 30 Meilen von Berlin entfernt waren, sich selbst der Prüfung der Feldmesser unterziehen dürften, und es wurde hiersfür ein besonderes Prüfungs-Regl. entworfen und mitgetheilt¹⁾, welches im Jahre 1817 einer Revision unterworfen wurde. Daß in Folge dessen unter dem 5. März 1817 erlassene neue Regl.²⁾ hob das v. 24. Dec. 1804 auf und bemerkte ebenfalls, daß diejenigen Regierungen, welche 30 Meilen und darüber von Berlin entfernt sind, nicht gehalten sein sollten, diejenigen Personen, welche sich der Feldmesserkunst gewidmet haben, und bloß als K. Feldmesser angestrichen zu werden wünschen, zur Prüfung in Berlin bei der technischen Ober-Bau-Deputation zu sistiren, sondern daß diese Prüfung durch eine bei jeder in gedachter Entfernung liegenden Regierung zu errichtende Examinations-Kommission geschehen könne. Dabei solle jedoch dem Kandidaten freigelassen sein, wenn er es seiner Konvenienz gemäß finde, nach Berlin zu kommen, um sich dort prüfen zu lassen.

Auch bei diesen Anordnungen hatte es nicht das Bemerkende. Daß K. Minister des J. f. H., G. u. Bauw. erließ vielmehr unterm 8. Sept. 1831 eine umfassende Instr. für die Prüfung der Feldmesser und derjenigen, welche dem Baufache im Dienste des Staates oder als Privatbaumeister thätig sind (M. XV. 515. — 3. 3.) Dabei wurde zugleich, in Erweiterung der bisherigen Vorschriften, bestimmt, daß die Prüfung der Feldmesser stets von derjenigen Regierung zu bewirken, bei welcher derselbe praktisch arbeitete, und zwar

¹⁾ Dieses Regl. findet sich nicht in den Sammlungen abgedruckt, wird hier aber mitgetheilt, weil es bereits durch die späteren Bestimmungen antiquirt ist.

²⁾ Auch diese Regl. ist bereits durch das neuere v. 8. Juli 1833 (s. unten) antiquirt.

³⁾ Vergl. Acta des K. Min. d. J., Abth. für H., G. u. Bauw., sign. Buben! Baufache, A. 17. Nr. 2.

Berücksichtigung des Unterschiedes, welchen die Entfernung Berlins bisher macht.

Für die zu diesem Behufe bei den Regierungen zu bildenden Prüfungs-Kommissionen und die durch diese zu veranlassenden Prüfungen selbst wurde zunächst von dem K. Min. des I. für H., G. u. Bauw. unterm 8. Juli 1833 ein Regulator erlassen. (A. XVII. 269. — 2. 18.)

B. Die obengedachten Bestimmungen haben indeß neuerdings eine völlige Umgestaltung erlitten, in soweit sie sich auf die Prüfungen der Bauführer und Baumeister beziehen.

Durch die B. v. 22. Dec. 1849 (s. oben S. 34) ist nämlich die dadurch angeordnete technische Bau-Deputation zugleich zur Behörde für sämtliche Prüfungen der Bauführer und Baumeister bestellt worden. Sie ist dem Min. für H., G. und öffentl. Arb. untergeordnet und hat diesem in dem jährlichen Generalberichte namentlich auch über die von ihr abgehaltenen Prüfungen Bericht zu erstatten.

Das für die technische Bau-Deputation erlassene Geschäfts-Regl. vom 28. Febr. 1850 (s. oben S. 39) hat demnachst in den §§. 11—13 allgemeine Anordnungen über das Verfahren der technischen Bau-Deputation in betreff der ihr übertragenen Prüfungen ertheilt.

Die näheren Anordnungen hierüber sind in nachstehenden Erlassen enthalten¹⁾:

1) C. R. des K. Min. für H., G. und öffentl. A. (v. Pommer-Esche) vom 17. Aug. 1849 an sämmtl. K. Reg., mit den Vorschriften für die Ausbildung und Prüfung im Baufache, sowie für die K. Bau-Akademie in Berlin²⁾.

Ja der Anl. erhält die K. Reg. ein Exempl. der neuen Vorschriften für die Ausbildung und Prüfung Derjenigen, welche sich dem Baufache widmen, und für die K. Bau-Akademie hier selbst v. 1. d. M. (Anl. a. und b.), um solche durch Abdruck in Ihrem Anzeig. zur öffentl. Kenntniß zu bringen.

Anl. a.

Vorschrift für die Ausbildung und Prüfung Derjenigen, welche sich dem Baufache widmen, v. 1. Aug. 1849.

§. 1. [Stufen der Ausbildung.] Für Diejenigen, welche dem Baufache sich widmen, bestehen fortan folgende Stufen der Ausbildung:

1. Bauführer,

2. Baumeister und zwar:

A. Baumeister für den Land- und Schönbau,

B. Baumeister für den Wege- und Wasserbau,

3. Privatbaumeister.

§. 2. [Bauführer-Prüfung.] Um Bauführer zu werden, haben die Kandidaten sich bei der K. Ober-Bau-Dep. zu der Bauführer-Prüfung zu melden, und dabei ihre Nachweise beizubringen:

a) über die Weise des Abganges aus der ersten Klasse eines Gymnasiums, oder aus der ersten Klasse einer derjenigen höheren Realschulen, welche der Min. für H., G. und öffentl. A. als solche, bei denen entsprechende Abgangsprüfungen stattfinden und die einen hinlänglichen Grad der Schulbildung gewähreleisten, bezeichnen wird;

b) über mindestens einjährige praktische Thätigkeit unter Leitung eines oder mehrerer geprüfter Baumeister;

c) über mindestens zweijährige Studienzeit nach Erlangung der vorgeschriebenen Schulbildung;

¹⁾ Hierdurch sind die Vorschriften des C. R. des Min. des I. für H., G. und Bauw. v. 5. Sept. 1831 (v. R. Ann. Bd. 15. S. 515.), in soweit sie sich auf die Prüfung der Befähigung der Baubeamten des Staats beziehen (nämlich die §§. 8. bis 29. desselben), nebst den in Bezug darauf ergangenen Min. Erlassen für beseitigt zu erachten; dagegen die die Feldmeister-Prüfung betr. Vorschriften dieses C. R. noch von praktischem Interesse sind.

²⁾ Die (gleichfalls durch dies C. R. als dessen Anl. b. mitgetheilten) Vorschriften für die K. Bau-Akademie v. 1. Aug. 1849 vergl. oben S. 46 ff.

wonach also die Bauführer-Prüfung frühestens drei Jahre nach dem Abgange von der Schule abgelegt werden kann.

Zugleich hat der Kandidat einzureichen:

- d) eine Situationszeichnung von einem Terrain und eine Darstellung von ein- oder mehreren Gebäuden in Zeichnung und Tabellen, beides nach eigener Aufnahme;
- e) eine Zeichnung von einem Gebäude oder einer Maschine nach eigener Aufnahme;
- f) sonstige Zeichnungen, welche die Handfertigkeit des Kandidaten darzuthun geeignet sind.

§. 3. Werden diese Nachweise und Arbeiten ausreichend befunden, so erfolgt Zulassung zur Bauführer-Prüfung. Dieselbe beginnt mit der Bearbeitung einer einzelnen Aufgabe im Entwerfen unter Klausur, wozu eine Woche Zeit gewährt wird. Es folgt die mündliche Prüfung, welche sich erstreckt:

- a) auf die gesammte wissenschaftliche und technische Ausbildung, welche von den Kandidaten als gemeinsame Grundlage der weiteren Studien zu betrachten ist;
- b) auf die Kenntnisse der Feldmesskunst (wobei jedoch eine längere praktische Einübung oder Bewährung in Feldmesser-Arbeiten nicht gefordert wird).

Die Prüfungsbehörde (§. 7.) wird diese Anforderungen unter Berücksichtigung der von Zeit zu Zeit etwa erforderlichen Abänderungen näher spezifiziren und bestimmen.

Bei der mündlichen Prüfung wird von dem Kandidaten die Versicherung an Eidesstatt gefordert, daß er die eingereichten Arbeiten und Zeichnungen selbst gefertigt hat.

§. 4. [Baumeister- und Privatbaumeister-Prüfung.] Um Baumeister zu werden, haben sich die Kandidaten ebenfalls bei der k. Ober-Bau-Deput. zu melden und dabei folgende Nachweise beizubringen:

I. Behufs Zulassung zur Baumeister-Prüfung für Land- und Schönbrunn (§. 1. sub 2. A) und beziehungsweise für Wege- und Wasserbau (§. 1. sub 2. B) ist der Nachweis zu führen:

- a) über die bestandene Prüfung als Bauführer;
- b) über die zweijährige praktische Thätigkeit als Bauführer in der gewählten Richtung unter Leitung eines oder mehrerer geprüfter Baumeister;
- c) über eine mindestens einjährige Studienzzeit nach Ablegung der Bauführer-Prüfung;

wonach also die Baumeister-Prüfung frühestens drei Jahre nach bestandener Bauführer-Prüfung abgelegt werden kann.

Behufs Zulassung zur Prüfung als Baumeister für Wege- und Wasserbau außerdem noch

- d) die gehörige Einübung und Bewährung in Feldmesser-Arbeiten nachzureisen.

Von denjenigen, welche die Baumeister-Prüfungen in beiden Fächern ablegen wollen, wird eine zusammen mindestens dreijährige prakt. Thätigkeit als Bauführer in beiden Fächern (s. oben sub I. b.) und eine mindestens zweijährige Studienzzeit nach Ablegung der Bauführer-Prüfung (s. oben I. c.) gefordert.

II. Behufs Zulassung zur Prüfung als Privatbaumeister (§. 1. sub 3.) ist bei der Meldung von den Kandidaten der Nachweis zu führen:

- a) darüber, daß sie das Handwerk eines Maurers, Zimmermanns oder Steinmetzes (Steinhauers) praktisch erlernt und für den selbstständigen Betrieb des erlernten Handwerks die gesetzlich vorgeschriebene Meister-Prüfung bestanden haben;
- b) über eine mindestens dreijährige Studienzzeit nach Ablegung der Prüfung für selbstständigen Betrieb des Handwerks.

§. 5. Werden diese Nachweise (§. 4.) ausreichend befunden, so erteilt die Prüfungsbehörde dem Kandidaten eine Aufgabe zu einem ausgekehrten Entwurfe der betreffenden Richtung, dessen Bearbeitung mit voller Ruhe und allen Hilfsmitteln erfolgt.

§. 6. Nach Einreichung und Annahme dieser Probearbeit findet die Baumeister-Prüfung statt. Dieselbe beginnt mit der Anfertigung einer Probearbeit unter Klausur, wozu eine Woche Zeit gewährt wird. Die darauf folgende mündliche Prüfung soll eine umfassende und gründliche Ausbildung in der betreffenden Richtung darthun.

Die nach §. 5. und 6. an den künftigen Privatbaumeister zu machenden Anforderungen stehen denjenigen an den künftigen Baumeister für Land- und Schönbrunn völlig gleich.

Die Prüfungsbehörde (§. 7.) wird diese Anforderungen unter Berücksichtigung der von Zeit zu Zeit etwa erforderlichen Abänderungen näher spezifiziren und bestimmen.

Bei der mündlichen Prüfung wird von den Kandidaten die Versicherung an Eides Statt gefordert, daß sie die Probearbeit §. 5. selbst und ohne fremde Beihülfe zu leisten haben.

§. 7. [Prüfungsbehörde.] Die R. Ober-Bau-Deput. bildet die Prüfungsbehörde; dem Min. für G., W. u. öffentl. A. bleibt jedoch vorbehalten, derselben zu den Zwecken noch andere geeignete Sachverständige zuzuordnen. Die Zeugnisse werden von der Prüfungsbehörde nur auf das Bestehen der betreffenden Prüfung ohne weiteres ausgestellt, jedoch mit Angabe der Ergebnisse in den einzelnen Fächern aufgestellt.

Die mündlichen Prüfungen sind öffentlich unter Auslegung der Probearbeiten zu halten, wobei der Vorsitzende nicht mit examiniert.

Kandidaten, welche in der Prüfung nicht bestehen, werden zur Wiederholung der Prüfung nach näherer Bestimmung der Prüfungsbehörde nicht zugelassen; besteht der Kandidat auch hierbei nicht, so findet eine weitere Zulassung zur Prüfung nicht Statt.

§. 8. [Befugnisse der Bauführer.] Die Bauführer werden vereidigt und alsdann zur speziellen Leitung von Bauausführungen, unter Oberleitung und technischer Verantwortlichkeit eines Baumeisters, befähigt. Ihre Angaben in Bezug auf Maaß und Zeit haben hierbei öffentlichen Glauben.

§. 9. [Deren Anstellung als Wege-Inspetoren.] Bauführer, welche eine Anstellung beim Wegebau ohne weiteren Anspruch auf Beförderung in eine Baumeister-, oder Bau-Inspetorstelle erreichen wollen, erhalten die Befähigung zu derselben Stellen auch ohne die Baumeister-Prüfung abzulegen, wenn sie eine fünfjährige befriedigende Praxis als Bauführer im Wegebau nachweisen. Da ihnen die Befugnisse der Baumeister nicht beigelegt werden können, erhalten sie bei ihrer Anstellung den Titel „Wege-Inspetoren.“

§. 10. [Befugnisse der Baumeister und Privatbaumeister.] Baumeister im Land- und Schönbau, resp. für Wege- und Wasserbau, sind berechtigt, die Anfertigung von Bauplänen und die Leitung von Bauunternehmungen selbstständig zu betreiben. Sie sind zugleich zu jeder Anstellung in den der abgelegten Prüfung entsprechenden Zweigen des Staats- oder Kommunaldienstes befähigt. Diejenigen Stellen, zu deren Verfüllung umfassende Kenntnisse vom Land- und Wasserbau erforderlich sind, werden nur Baumeistern besetzt, welche die Prüfung als Land- und Wasserbaumeister bestanden haben.

Die Privatbaumeister sind berechtigt, die Anfertigung von Bauplänen und die Leitung von Bauunternehmungen, jedoch nur für die Gegenstände des Landbaues, selbstständig zu betreiben. Zur Anstellung im Staatsdienste sind sie nicht befähigt und zur Verrichtung des Kommunal-Bauamtes nur in so weit, als mit diesem nicht die Beforgung von Weg- und Wasserbaugeschäften verbunden ist.

§. 11. [Beziehung zur Feldmesskunst.] Den Bauführern, den Baumeistern und den Privat-Baumeistern steht die Ausübung von Feldmesser-Arbeiten nur insofern, als solcher zur Ausübung ihrer Berufsgeschäfte im Baufache unmittelbar erforderlich ist.

§. 12. [Beziehung zu Bauhandwerken.] Bauhandwerke dürfen Baumeistern in so fern selbstständig betreiben, als sie die Meister-Prüfung für das betreffende Handwerk abgelegt haben.

§. 13. [Transitorische Bestimmungen.] Bei Denjenigen, welche bis zum 1. April 1849 den bisher für die Kandidaten des Bau-faches in Bezug auf Schulbildung vorgeschriebenen Anforderungen genügt haben, wird der Nachweis hierüber, statt der nach §. 2. und 3. gestellten Anforderung, als ausreichend zur Zulassung für die Bauführer-Prüfung angenommen.

§. 14. Wer bis einschließlich April 1849 unter Erfüllung der bisher vorgeschriebenen Bedingungen auf der R. Allgemeinen Bau-schule unbedingt aufgenommen worden ist, ist ohne die nach §. 2. a. und b. vorgeschriebenen Nachweise zur Bauführer-Prüfung zugelassen.

§. 15. Bauführer, welche die bisherige Bau-Inspetor-Vorprüfung abgelegt, oder den Lehrgang der Bau-schule bereits durchgemacht haben, sind damit von dem in §. 1. und 2. erforderlichen Nachweis entbunden.

§. 16. Diejenigen, welche sich bis zum Schlusse des J. 1849 zur Nachprüfung zum Baumeister melden, werden auf Verlangen nach den bisherigen Vorschriften geprüft und erhalten darüber die bisher üblichen Qualifikations-Zeugnisse.

Dasselbe ist mit Denjenigen der Fall, welche sich bis zum Schlusse des J. 1849 zur Baumeister-Prüfung oder zur Nachprüfung zum Bau-Inspetor melden.

§. 17. Wer bis zum Schlusse des J. 1849 sich zur bisherigen Baumeister-Nachprüfung gemeldet oder dieselbe bestanden hat, kann auch in Zukunft zu einer Ergänzungs-

Prüfung zugelassen werden, um die Qualifikation zur Bekleidung einer Bau-Insp-
stelle ic. zu erlangen. Berlin, den 1. Aug. 1849.

Der Min. für H., G. u. öffentl.
v. d. Seydt.

(Min. Bl. d. I. B. 1849. S. 198. Nr. 284.)

Dazu:

a) Zum §. 2. ad a.

Die Real-Schulen, welche zur Ertheilung annehmbarer Entlass-
Zeugnisse für Kandidaten des Baufaches für befähigt erklärt worden sind,
ben sich aus den nachstehenden Reskripten:

aa) C. R. des K. Min. für H., G. u. öffentl. A. (v. Pommer-
v. 13. Juli 1850 an sämmtl. K. Reg.

Die K. Reg. erhält in der Anl. (a.) Abschrift einer vom heutigen Tage datirten
Gemeinschaft mit dem Min. der G., u. u. Med. Ang. erlassenen Bekanntmachung
Bezeichnung derjenigen höheren Realschulen betr., welche zunächst zur Ertheilung an-
nehmbarer Entlassungs-Zeugnisse für die Kandidaten des Baufaches befähigt erklärt
sind, um diese Bekanntmachung demnächst auch durch Ihr Amtsbl. zur öffentl. Ken-
zu bringen.

Anl. a.

Bekanntmachung.

In den Vorschriften v. 1. Aug. 1849 (Min. Bl. S. 198—202.) für die
bung und Prüfung Derjenigen, welche sich dem Baufache widmen, § 2. ad a. und ff
K. Bauakademie zu Berlin, §. 6. I. a. ist die Zulassung zu den Prüfungen des Bau-
und die Aufnahme bei der Bauakademie von dem Nachweis der Weise des Abganges
der ersten Klasse eines Gymnasiums oder aus der ersten Klasse der zu diesem Behuf
ders zu bezeichnenden höheren Realschulen abhängig gemacht. Unter Bezugnahme
diese Vorschriften sind für jetzt und vorbehaltlich weiterer Bestimmungen nachstehend
gezeichnete 18 Realschulen zur Ertheilung annehmbarer Entlassungs-Zeugnisse für die
didaten des Baufaches befähigt erklärt, und werden die betreffenden vorschriftsmäßig
gestellten Entlassungs-Zeugnisse von der K. technischen Bau-Deput. und dem Direkt
der K. Bauakademie als genügend anerkannt werden:

- 1) Aachen, Realschule.
- 2) Düsseldorf, desgl.
- 3) Eibersfeld, desgl.
- 4) Köln, desgl.
- 5) Siegen, desgl.
- 6) Berlin, die K. Realschule.
- 7) Berlin, die städtische Gewerbeschule.
- 8) Breslau, die höhere Bürger- und Realschule.
- 9) Mezeritz, Realschule.
- 10) Stettin, Friedrich-Wilhelmschule (höhere Bürgerschule).
- 11) Königsberg, die höhere Bürgerschule im Löbenicht.
- 12) Königsberg, die Burghschule.
- 13) Memel, die höhere Bürger- und Realschule.
- 14) Insterburg, die höhere Bürger- und Realschule.
- 15) Tilsit, desgl.
- 16) Danzig, die Petrischule.
- 17) Danzig, die Johannischule.
- 18) Elbing, die höhere Bürger- und Realschule.

Berlin, den 13. Juli 1850.

Der Min. der G., u. u. Med. Ang.
v. Ladenberg.

Der Min. für H., G. u. öffentl.
In Vertretung.
v. Pommer-Esche.

(Min. Bl. d. I. B. 1850. S. 206. Nr. 274.)

bb) C. R. der K. Min. der G., u. u. Med. Ang. (v. Ladenberg) un
H., G. u. öffentl. A. (v. d. Seydt) v. 14. Okt. 1850 an sämmtl. K. Reg.

Im Verfolg der Bekanntmachung v. 13. Juli c. (Min. Bl. S. 206. Nr.
erhält die K. Reg. in der Anl. (a.) Abschrift einer unterm heutigem Tage ergangenen
lanntmachung, die fernere Bezeichnung von 7 höheren Realschulen betr., welch
Ertheilung annehmbarer Entlassungs-Zeugnisse für die Kandidaten des Baufaches be-
achtet sind, um solche durch Ihr Amtsbl. zur öffentl. Kenntniz zu bringen.

Anl. a.

Unter Bezugnahme auf die Bekanntmachung v. 13. Juli d. J. wird hiermit zur öffentl. Kenntniss gebracht, daß gegenwärtig noch nachstehend bezeichnete 7 Realschulen zur Ertheilung annehmbarer Entlassungs-Zeugnisse für die Kandidaten des Baufaches befähigt anerkannt sind:

- 1) in Minden, das mit dem Gymnasium verbundene Real-Institut.
- 2) in Colberg, die Realschule.
- 3) in Stolpe, die höhere Bürgerschule.
- 4) in Erfurt, die Realschule.
- 5) in Nordhausen, die Realschule.
- 6) in Götting, die höhere Bürgerschule.
- 7) in Krotoschin, die Realschule.

Die vorschriftsmäßig ausgestellten Entlassungs-Zeugnisse dieser Anstalten werden demnach von der k. technischen Bau-Deput. und dem Direktor. der k. Bauakademie ebenfalls als genügend angenommen werden. Berlin, den 14. Okt. 1850.

Der Min. der G., II. u. Med. Ang.

Der Min. für G., O. u. öffentl. A.

v. v. d. e n b e r g.

v. v. H e y d t.

(Min. Bl. d. I. B. 1850. S. 328. Nr. 426.)

cc) E. R. des k. Min. für G., O. u. öffentl. A. (v. v. Heydt) und der II. u. Med. Ang. (v. Raumer) v. 8. Febr. 1851 an sämmtl. k. Reg.

In Beifolg der Bekanntmach. v. 14. Okt. pr. wird der k. Reg. in der Anl. (a.) mit einer unterm heutigen Tage ergangenen Bekanntmachung, die fernere Bezeichnung von höheren Realschulen betr., welche zur Ertheilung annehmbarer Entlassungs-Zeugnisse für die Kandidaten des Baufaches befähigt erachtet sind, mit dem Auftrage zuge-
solche durch Ihr Amtsb. zur öffentl. Kenntniss zu bringen.

Anl. a.

B e k a n n t m a c h u n g.

Unter Bezugnahme auf die Bekanntmach. v. 14. Okt. d. J. wird hiermit zur öffentl. Kenntniss gebracht, daß gegenwärtig auch die nachstehend bezeichneten sechs Realschulen zur Ertheilung annehmbarer Entlassungs-Zeugnisse für die Kandidaten des Baufaches befähigt anerkannt sind:

- 1) die Königsstädtische,
- 2) die Dorotheenstädtische und } in Berlin,
- 3) die Louisestädtische Realschule }
- 4) in Graudenz die höhere Bürgerschule,
- 5) in Trier die höhere Bürger- und Provinzial-Gewerbeschule und
- 6) in Frankfurt a. d. O. die höhere Bürgerschule.

Die ausgestellten Entlassungs-Zeugnisse dieser Anstalten werden demnach, wenn die Zeugnisse nachgewiesen wird, daß der Entlassene die Kurse der Secunda und vorschriftsmäßig vollendet, und die Prüfung bestanden hat, von der k. technischen Bau-Deput. und dem Direktor. der k. Bauakademie ebenfalls als genügend angenommen werden. Berlin, den 8. Febr. 1851.

Der Min. für G., O. u. öffentl. A.

Der Min. der G., II. u. Med. Ang.

v. v. H e y d t.

v. R a u m e r.

(Min. Bl. d. I. B. 1851. S. 37. Nr. 40.)

dd) E. R. derselb. Min. v. 19. Mai 1851 an sämmtl. k. Reg.

Die k. Reg. empfängt in der Anlage Abschrift einer Bekanntmach. v. heutigen Tage, wonach die Saldernsche höhere Bürgerschule zu Brandenburg zur Ertheilung annehmbarer Entlassungs-Zeugnisse für die Kandidaten des Baufaches befähigt erachtet worden ist, mit dem Auftrage, solche durch Ihr Amtsb. zur öffentl. Kenntniss zu bringen.

Anl. a.

B e k a n n t m a c h u n g.

Unter Bezugnahme auf die Bekanntmach. v. 8. Febr. c. wird hierdurch zur öffentl. Kenntniss gebracht, daß die Saldernsche höhere Bürgerschule zu Brandenburg als zur Ertheilung annehmbarer Entlassungs-Zeugnisse für die Kandidaten des Baufaches befähigt anerkannt ist.

Die ausgestellten Entlassungs-Zeugnisse dieser Anstalt werden demnach, wenn durch die Zeugnisse nachgewiesen wird, daß der Entlassene die Kurse der Secunda und Prima vorschriftsmäßig vollendet und die Abgangs-Prüfung bestanden hat, von der k. technischen Bau-Deput. und dem Direktor. der k. Bauakademie ebenfalls als genügend angenommen werden. Berlin, den 19. Mai 1851.

Der Min. für G., O. u. öffentl. A.

Der Min. der G., II. u. Med. Ang.

v. v. H e y d t.

v. R a u m e r.

(Min. Bl. d. I. B. 1851. S. 130. Nr. 156.)

In gleicher Art sind demnächst fernerhin als zur Ertheilung annehmbarer Entlassungs-Zeugnisse für Kandidaten des Baufachs befähigt erachtet worden:

ee) Durch E. K. der K. Min. für H., G. u. öffentl. A. und der G., v. 17. Juli 1851 die mit dem Gymnasium zu Potsdam verbundene Realschule. (Min. Bl. d. I. B. 1851. S. 181. Nr. 197.);

ff) Durch E. K. derselb. Min. v. 6. Sept. 1851 die höhere Bürgerschule zu Aschersleben. (Min. Bl. d. I. B. 1851. S. 202. Nr. 223.);

gg) Durch E. K. derselb. Min. v. 30. ej. m. die höhere Bürgerschule Perleberg. (a. a. O. S. 217. Nr. 245.);

hh) Durch E. K. derselb. Min. v. 11. Aug. 1852 die höhere Handlung- und Gewerbeschule zu Magdeburg. (a. a. O. 1852. S. 215. Nr. 201.);

ii) Durch E. K. derselb. Min. v. 26. Okt. 1852 die höhere Bürgerschule zu Wehlau. (a. a. O. 1852. S. 286. Nr. 271.);

kk) Durch E. K. derselb. Min. v. 30. Nov. 1852 die Realschule Halle. (a. a. O. 1853. S. 2. Nr. 2.);

ll) Durch E. K. derselb. Min. v. 7. Dec. 1852 die mit dem Marien-Gymnasium zu Posen verbundene Real-Abtheilung.

(a. a. O. 1852. S. 315. Nr. 304.);

mm) Durch E. K. derselb. Min. v. 1. Sept. 1853 die Bürgerschule heiligen Geist in Breslau. (a. a. O. 1853. S. 187. Nr. 100.);

nn) Durch E. K. derselb. Min. v. 16. Jan. 1854 die Realschule Treptow a. d. Rega. (a. a. O. 1854. S. 6. Nr. 8.)

b) Zum §. 11.

E. K. des K. Min. für H., G. u. öffentl. A. (v. Pommer-Esche) v. 19. Okt. 1850 an sämmtl. K. Reg. Ausführung von Feldmesser-Arbeiten durch Bauführer, Baumeister und Privatbaumeister.

Die K. Reg. ist nach dem Ver. v. 27. Juli im Zweifel darüber, ob der §. 11. Vorschriften für die Ausbildung und Prüfung Derjenigen, welche sich dem Baufache widmen, v. 1. Aug. 1849 (Min. Bl. S. 198—200), — wonach Bauführern, Baumeistern und Privatbaumeistern die Ausführung von Feldmesser-Arbeiten nur in so weit gestattet ist, als solche zur Ausübung ihrer Berufsgeschäfte im Baufache unmittelbar gehören, — fortan auf alle Bauführer, Baumeister und Privatbaumeister, oder aber nur auf diejenigen von ihnen zu beziehen sei, welche — wie die Vorschriften v. 1. Aug. 1849 es fordern — die Qualifikation als Feldmesser durch Ablegung der Feldmesserprüfung erlangt haben.

In Uebereinstimmung mit der von dem Referenten ausgeführten Ansicht, bezieht sich hierüber, daß Baumeister zc. überhaupt nicht als solche, sondern nur dann Feldmesser-Arbeiten zu übernehmen befugt sind, wenn sie die Qualifikation als Feldmesser erlangt haben. Bisher hat diese Befugniß allen Baumeistern zc. zugestanden, weil bei Ablegung der architektonischen Prüfungen die vorgängige Ablegung der Feldmesser-Prüfung, als die Bewährung als Feldmesser, nachgewiesen werden mußte. Wenn gegenwärtig der Nachweis nicht mehr gefordert wird, so ändert sich damit das Verhältniß in so weit, daß fortan nur denjenigen Baumeistern zc. die Befugniß, Feldmesser-Arbeiten unbeschränkt auszuführen, beigelegt werden kann, welche die Feldmesser-Qualifikation wirklich erworben haben, während die übrigen der Beschränkung des §. 11 unterliegen. Wo diese Beschränkung zutrifft, steht jedoch jene Befugniß den Bauführern und Baumeistern ebenbürtig unzweifelhaft zu, als sie jedem Anderen zustehen würde, der außer seinem sonstigen Geschäftsbetriebe das Feldmessen erlernt und die Qualifikation als Feldmesser wirklich erworben hätte.

In diesem Sinne ist daher der §. 11 der Vorschriften v. 1. Aug. 1849 in Anwendung zu bringen. (Min. Bl. d. I. B. 1850. S. 256. Nr. 345.)

2) E. K. des K. Min. für H., G. u. öffentl. A. (v. Pommer-Esche) v. 30. Sept. 1849 an sämmtl. K. Reg. betr. die Prüfungen der Bauführer, Baumeister und Privatbaumeister.

In der Anl. (a.) erhält die K. Reg. ein Exempl. der von der K. Ober-Bau-Deputation auf Grund der §§. 3 und 6 der Vorschriften für die Ausbildung und Prüfung Derjenigen

welche sich dem Baufache widmen, v. 1. Aug. c. (Min. Bl. S. 198–202.) erlassenen Bekanntmachung über die Anforderungen, welche bei den Prüfungen der Bauführer, Baumeister und Privatbaumeister gestellt werden, v. 18. Sept. o., um solche durch Abdruck in Ihrem Amtsbl. zur öffentl. Kenntniz zu bringen.

Anf. a.

Nach. der K. Ober-Bau-Deput. über die Anforderungen, welche bei den Prüfungen der Bauführer, Baumeister und Privatbaumeister gestellt werden, v. 18. Sept. 1840.

Auf Grund der §§. 3 und 4 der Vorschriften v. 1. Aug. d. J. für die Ausbildung zu Prüfung Derjenigen, welche sich dem Baufache widmen, werden die Anforderungen bei den betr. Prüfungen nachstehend näher angegeben.

I. Bauführer-Prüfung.

Die mündliche Prüfung wird sich auf folgende Gegenstände erstrecken:

- 1) Reine Mathematik und zwar:
 - a) Algebra und niedere Analysis, nebst Lehre von den Logarithmen.
 - b) Geometrie mit Einschluß der Stereometrie.
 - c) Beschreibende Geometrie, Projektionslehre, Perspektiv- und Schatten-Konstruktion.
 - d) Ebene und sphärische Trigonometrie und die Elemente der Kurvenlehre, namentlich Kegelschnitte und Cycloide.

Uetung im Buchstaben- und Zahlenrechnen, im Gebrauch der Logarithmentafeln und Rechenmasse in der Handhabung der Methoden der beschreibenden Geometrie werden vollen Dispositionen erfordert.
- 2) Angewandte Mathematik:
 - a) Die Lehre vom Feldmessen und Niveliren nebst Kenntniz der üblichsten Instrumente.
 - b) Die Elemente der Statik und Mechanik fester und flüssiger Körper. Bekanntschafft mit den am häufigsten vorkommenden Konstanten des Maßes der Festigkeit, der Reibung, der Kräfte u. Die strengen Beweise derjenigen Sätze, die ihrer Natur nach in das Gebiet der höheren Analysis gehören, werden nicht erfordert.
- 3) Naturwissenschaften:
 - a) Physik und Chemie, namentlich in Bezug auf die Baukonstruktionen und Baumaterialien vorkommenden Erscheinungen.
 - b) Cryptogastrie und Geognostie. Kenntniz der im Bauwesen anwendbaren Mineralien nach ihren Kennzeichen und Eigenschaften, ihrer systematischen Ordnung und den Verhältnissen ihres Vorkommens.
- 4) Landbaukunst:
 - a) Kenntniz der Materialien, ihrer Eigenschaften, Gewinnung und Bereitung. Bei den dem Pflanzenreich entnommenen Materialien, Kenntniz von den botanischen Verhältnissen derselben.
 - b) Bekanntschafft mit den einfachen Konstruktionen aller Bauwerke.
 - c) Die Konstruktion und Einrichtung der auf dem Lande und in kleinen Städten am häufigsten vorkommenden Arten von einfacheren Wohn-, Wirtschaft- und Fabrik-Gebäuden, der Kalkbrennerien und Ziegelmöhlen.
 - d) die Formen antiker Baukunst im Allgemeinen und deren Anwendung auf Bauwerke unserer Zeit.
 - e) Ausarbeitung von Ansätzen und Revisions-Nachweisungen.
- 5) Wasser-, Wege- und Eisenbahnbau.
 - a) Die Lehre von den Fundirungen im Wasser, dem Bau gewöhnlicher Brücken, der Wehrbauten und anderer Uferbefestigungen, so wie der Verwallungen gegen Hochwasser, die Anlage kleiner Stauarchen und Mühlengeringe.
 - b) Allgemeine Kenntniz von den beim Wege- und Eisenbahnbau vorkommenden Erdarbeiten, deren Anordnung und Ausführung. Die verschiedenen Arten der Wegebereitigung, die dazu anwendbaren Materialien, Anordnung der Längen- und Querschnitte und der Wasserabteilung. Kenntniz von der Anfertigung zugehöriger Entwürfe.
 - c) Maschinenbau.

Kenntniz der Zusammensetzung und Wirkksamkeit derjenigen Maschinen, welche auf Bauwerken am häufigsten vorkommen. Bau gewöhnlicher Mühlen und Kenntniz der Dampfmaschinen im Allgemeinen.

Die unter Klausur zu bearbeitende einfache Aufgabe im Entwerfen wird auf einen der 4. a. gehörigen Gegenstände der Landbaukunst sich beziehen.

II. Baumeister-Prüfung.

A. Für Land- und Schönbau.

Die mündliche Prüfung wird sich auf folgende Gegenstände erstrecken:

- 1) Die wichtigeren Baustyle aller Länder und Zeiten, ihre Entwicklung und die betreffenden vorzüglicheren Bauwerke in ihrer Anordnung und Eigenthümlichkeit.
- 2) Konstruktionslehre in Anwendung auf ausgebreitete und schwierige Bauanlagen.

Apparate zum Heizen und Lüften verschiedener Gebäudegattungen, zur Bereitung von Speisen, zum Reinigen und Trocknen der Wäsche, zum Filtriren des Trinkwassers und andern Bedürfnissen in größeren Haushaltungen.

- 3) Dynamik in ihrer Anwendung auf die Konstruktion des Landbaues.
- 4) Der Schönbau; alle Arten von Privat- und öffentlichen Gebäuden, einschließlich der Städteanlagen selbst, die dabei Anwendung findenden Baustyle und verändernden Formen, welche auch durch Zeichnung darzustellen die gehörige Fähigkeit und Fertigkeit vorhanden sein muß.
- 5) Geschäftsführung, Verfahren und Hilfsmittel bei Ausführung der Baue.

Die unter Klausur anzufertigende Probearbeit wird sich auf einen der unter 2. u. 4. gehörigen Gegenstände beziehen.

B. Für den Wasser-, Wege- und Eisenbahnbau.

Die mündliche Prüfung wird sich auf folgende Gegenstände erstrecken:

- 1) Höhere Analysis mit der Anwendung auf Kurvenlehre, Funktionen, Wahrscheinlichkeits-Rechnung, Geodäsie.
- 2) Analytische Dynamik, angewandt auf die folgenden unter 3., 4. und 5. angeführten Gegenstände.
- 3) Die Wasserbaukunst:

- a) Wasserbauwerke im Allgemeinen, atmosphärische Niederschläge, Quellen, Brunnen, Entwässerungs- und Bewässerungs-Anlagen, Fundamente, Kangbämme, Trockenlegung der Baugruben, Kammern etc.
- b) Strom- und Kanalbau, Bewegung des Wassers in Flußbetten, hydraulische Messungen, Anordnung und Ausführung der Anlagen zur Stromregulirung, zur Schiffbarmachung der Flüsse, Reinigung des Bettes, Befestigung desselben durch Baggerung u. dergl.; Kanalanlagen, Wehrbau, Schiffsenbau, Holzflößerei.
- c) Deichbau. Anordnung und Ausführung der Deiche, Entwässerung der gedelichten Niederungen, Schöpfmühlen, Siehle, Deichbrüche.
- d) Anlagen für Landkommunikation. Fähranstalten, Brücken von Holz, Stein und Eisen.
- e) Seebau. Wellenschlag, Fluth und Ebbe, Stürmungen, Sicherung der Ufer, Dünenbefestigung, Anlage von Seehäfen, Molenbau, Docks, Spülschleusen, Sicherung der Rheeden, Leuchthürme, Seemarken.

- 4) Maschinenlehre und Maschinenbau. Kenntniß der verschiedenen Arten und der Vorrichtungen zur Anwendung derselben; Göpel, Wasserräder und andere Wassermaschinen, Windflügel, Dampfmaschinen, Dampfswagen, — in ihrer Zusammensetzung wie in den einzelnen Theilen, — Maschinen zum Zerreißen, Zerstoßen, Zerschneiden, Pressen und Verdichten der Stoffe für bestimmte Zwecke.
- 5) Der Eisenbahnbau in seinem ganzen Umfange; der Unterbau nebst den Ueberbrückungen, Oberbau, Steigungen und Kurven, Ausweichungen, optische und elektrische Telegraphen, Maßregeln gegen Schnee und Fugland, Bahnhöfe mit allen zugehörigen baulichen Anlagen, Eisenbahn-Betriebsmittel.

Die unter Klausur anzufertigende Probearbeit wird sich auf einen der unter 3. u. 5. gehörigen Gegenstände beziehen.

III. Privatbaumeisterprüfung.

Die Anforderungen stehen vorschriftsmäßig den bei der Baumeister-Prüfung für den Land- und Schönbau sub II. A. aufgeführten völlig gleich. Auf die diesen Anforderungen unmittelbar zu Grunde liegenden Kenntnisse, welche anderweit bei der Bauführer-Prüfung gefordert werden, wird hierbei nach Bedürfniß zurückgegangen.

Hinsichtlich des Verfahrens bei den Prüfungen wird noch Folgendes bemerkt.

Die verschiedenen Prüfungen in der reinen und angewandten Mathematik beschränken sich nicht auf die allgemeinen Lehrsätze, sondern es werden auch vorzugsweise spezielle Fälle, wie sie in der Praxis vorkommen, den Kandidaten als Aufgabe gestellt werden.

Auffassung und Behandlung zugleich beurtheilen läßt, in wie fern die zu Grunde liegende Theorie klar aufgefagt sind.

Bei Anfertigung der verschiedenen Probearbeiten unter Klausur haben die Examineur am ersten Tage der einwöchentlichen Klausurarbeit eine vorläufige Skizze zu entwerfen, von welcher bei der weiteren Ausarbeitung in den wesentlichen Theilen nicht abgegangen darf. Berlin, den 18. Sept. 1849.

R. Ober-Bau-Deputation.

Min. Bl. d. L. B. S. 225. Nr. 328.)

Hi. Bezug hierauf erging:

3) Bekanntmach. der R. technischen Bau-Deput. v. 8. Mai 1850, betr. die Bauführer-Prüfungen.

Nach B. Er. Er. des R. Erb. Staats-Min. für H., G. u. öffentl. W. ist mit Bezug auf die in der Bekanntmach. der R. Ober-Bau-Deput. v. 18. Sept. d. J. enthaltenen Anforderungen bei den Prüfungen der Bauführer angeordnet worden, daß bei denselben auch Differential-Rechnung und Integral-Rechnung, für die angewandte Mechanik oder neben der elementaren auch analytische Beweisführung gefordert werde, welche jetzt ein Lehrgang auf der R. Bau-Akademie eingerichtet ist. Diese Einrichtung ist jedoch nur diejenigen, welche sich nach dem 30. Sept. 1851 zur Bauführer-Prüfung melden, indem es den Kandidaten, welche sich früher melden, überlassen bleibt, die Prüfung der höheren Analysis abzulehnen. (Min. Bl. d. L. B. 1850. S. 110. Nr. 148.)

4) Bekanntmach. der R. Ober-Bau-Deput. v. 1. Dec. 1849 über das nach der Vorschrift v. 1. Aug. 1849 zu beobachtende Verfahren bei der Prüfung der Bauführer, Baumeister und Privatbaumeister.

Bauführer-Prüfungen.

§ 1. In Folge der Vorschrift v. 1. Aug. d. J. (Min. Bl. S. 198—202.) wird hieb- nach dem Schluß der Vorlesungen auf der R. Bauakademie ein Zeitraum für Bauführer-Prüfungen bestimmt und vorher ein Termin bekannt gemacht, bis zu welchem die Meldungen dazu bei der unterzeichneten Behörde einzubringen sind.

Nachweise.

§ 2. Der Meldung werden die im §. 2 der oben erwähnten Vorschrift unter a., b. angegebenen Nachweise (auf Steckpeltbogen von 15 Egr.) beigelegt.

In dem Nachweise b. über die einjährige praktische Thätigkeit, welche der Kandidat nachfolgen und der Studienzeit vorangehen muß, sind die Gegenstände der Thätigkeit, die theils in den Bureauarbeiten, theils in Theilnahme an Bau-Arbeiten bestehen können, näher anzugeben und durch den Baumeister, unter dessen Leitung dieselben ausgeführt sind, zu bescheinigen.

Der Nachweis a. über zweijährige Studienzeit wird durch ein Zeugniß der Bauakademie zu Berlin, durch Zeugnisse ähnlicher dem Zwecke nach verwandter Lehranstalten Deutschlands, durch Zeugnisse von einzelnen Lehrern solcher Anstalten oder durch Zeugnisse von geprüften Baumeistern des Preussischen Staats geführt und im Allgemeinen darthun, daß sich der Kandidat nach der vorgeschriebenen, mindestens einjährigen praktischen Thätigkeit, zwei Jahre den Studien der Bauwissenschaft widmete. — Die von einzelnen Lehrern oder Baumeistern ausgestellten Zeugnisse müssen bei der vorgesetzten Behörde derselben beglaubigt sein.

Sodern die Ausbildung nicht auf der R. Bau-Akademie zu Berlin stattgefunden hat, ist eine nähere Darlegung über den Bildungsengang und die benutzten Bildungsanstalten unter Beifügung der darüber vorhandenen Zeugnisse, einzureichen, welche für die hiesige Prüfung als Anhalt dienen wird.

Die behufs der Aufnahme in die hiesige Bau-Akademie an das Direktorium der Bauakademie eingereichten Zeugnisse a. und b. werden an die Ober-Bau-Deputation abgegeben. Der Meldung zur Bauführer-Prüfung kann auf die bereits erfolgte Einreichung derselben Bezug genommen werden.

Zeichnungen.

§ 3. Außer den Nachweisen a., b., c. sind nach §. 2 der Vorschrift auch die Zeichnungen d., e. und f. vorzulegen.

Die aufgenommene Situations-Zeichnung muß bauliche Anlagen und bei einem Maßstabe von etwa 4 Ruthen auf einen Zoll eine Fläche von mindestens 6 Morgen umfassen. Die Abtheilungs-Zeichnung kann auf eine Länge von 100 Ruthen und einem Maßstabe beschränkt werden.

Die Zeichnung o. von einem Gebäude oder einer Maschine ist nicht bloß zu zeichnen, sondern leicht getuscht einzureichen.

Mit den Zeichnungen f. muß die perspektivische eines Gebäudes oder eines Ornaments in hinreichend deutlicher Größe vorgelegt werden.

Als Beweis, daß der Kandidat die fraglichen Gegenstände selbst aufgenommen, die Zeichnungen selbst gefertigt hat, genügt die Versicherung an Eidesstatt bei der mündlichen Prüfung.

§. 4. Nach Ablauf des bekannt gemachten Termins werden spätere Meldungen nicht mehr angenommen, sondern auf die nächstfolgende halbjährige Prüfungsperiode verwiesen. Dasselbe geschieht bei denjenigen Kandidaten, welche ungenügende Nachweise erbracht haben, wenn dieselben nicht auf eine einfache Art vor Ablauf des Meldungsmins vervollständigt werden können.

Prüfungs-Termine.

§. 5. Die Prüfungs-Termine werden nach der Reihenfolge der Meldungen mit möglichster Berücksichtigung etwaiger Wünsche der Kandidaten angesetzt werden. Wenn ein Kandidat verhindert sein sollte, den ihm gesetzten Prüfungs-Termin wahrzunehmen, hat er die Veranlassung durch glaubwürdige Atteste nachzuweisen, widrigenfalls seine Meldung die betreffende Prüfungs-Periode nicht weiter berücksichtigt wird.

§. 6. Die Prüfung beginnt mit der einmündlichen Klausurarbeit (§. 3. der Vorschrift) und die mündliche Prüfung findet in der darauf folgenden Woche statt. Für die Klausur sind vorläufig 2 Tage bestimmt, wobei indessen eine Abänderung in einzelnen Fällen vorbehalten bleibt. Bei günstigem Ausfall der Prüfung wird das Zeugnis unter dem Datum des letzten Prüfungstages ausgestellt, dagegen bei ungenügendem Resultat der Kandidat besonders beschieden, und nach Maßgabe des Ausfalls der Prüfung ein Zeitraum von einem halben oder ganzen Jahre bestimmt, nach welchem er sich zur nochmaligen Prüfung zu melden hat.

§. 7. Die §. 6 der Vorschrift angeordnete Vereidigung der Bauführer findet bei den K. Reg. oder der K. Min. Baukomm. statt, sofern sie nicht etwa schon früher eidmässig geprüft und vereidigt worden sind.

Baumeister-Prüfungen. Nachweise.

§. 8. Bei der Meldung zur Baumeister-Prüfung ist die Beibringung der Nachweise a, b, c, d. der Vorschrift v. 1. Aug. d. J. vorgeschriebenen Nachweise a, b, c. und d. (Stempelbogen von 15 Sgr.) vorzulegen.

Der Nachweis a. über die bestandene Bauführer-Prüfung ergibt sich aus dem Zeugnis der Prüfungsbehörden, weshalb die Vorlegung des darüber ausgestellten Zeugnisses nicht erforderlich ist, und nur das Datum desselben anzuführen ist.

In dem Nachweise b. sind die Bauausführungen und die Zellabschnitte der während der praktischen Übungszeit namentlich anzugeben. Derselbe wird von den geprüften Baumeistern, unter deren Leitung der Bauführer gearbeitet hat, ausgestellt.

Von dem Nachweise c. über einjährige Studienzeit gilt dasselbe, was über den Nachweis bei der Bauführer-Prüfung in §. 2. angeführt worden ist.

Der Nachweis d. über die Einübung und Bewährung in Feldmesserarbeiten wird durch das Zeugnis eines Vermessungsbevollmächtigten oder eines im Wasser-, Wege- und Kanalbau geprüften Baumeisters zu führen. Auch sind alle übrigen Baubeamten, welche die Feldmesser-Prüfung bestanden haben, zur Ausstellung des Bewährungszeugnisses berechtigt.

Die zum Nachweis der Bewährung gefertigten Feldmesserarbeiten müssen in der Vermessung einer Fläche von mindestens 500 Morgen, bei schwierigen Ortsverhältnissen auch nur von 200 Morgen und in einem Nivellement von etwa 1000 Meilen Länge bestehen.

§. 9. Der für die Prüfung als Privatbaumeister erforderliche Nachweis a. wird durch Vorlegung des Zeugnisses über die bestandene Prüfung als Kammer-, Zimmer- oder Strichmesser geführt, welches dem Kandidaten zum anderweitigen Gebrauch zurückgegeben wird. Ueber die dreijährige Studienzeit ist der Nachweis b. in derselben Weise zu führen, wie bei der Bauführer-Prüfung unter a. §. 2. angegeben ist.

Meldung.

§. 10. Die Meldung zur Baumeister-Prüfung kann zu jeder beliebigen Zeit bei der unterzeichneten Behörde erfolgen, wobei die vorgeschriebenen Nachweise zur Beurteilung einzureichen sind. Werden dieselben als genügend anerkannt, so wird dem Kandidaten die im §. 5 der Vorschrift angeordnete Aufgabe zu einem ausgedehnten Entwurf der betr. Mischlung erteilt.

Prüfungs-Termine.

§ 11. Sobald die Aufarbeitung dieses Entwurfs eingereicht und als genügend angenommen wird, kann die Ansetzung des Termins zur einwöchentlichen Klausurarbeit und deren Prüfung erfolgen. In der Regel wird derselbe so lange ausgesetzt bleiben, bis eine Bauhütte genügend Probearbeiten für die Baumeister-Prüfung eingereicht werden gemeinschaftlich geprüft werden können. Während der Bauhütter-Prüfung finden Baumeister-Prüfungen nur in soweit statt, als die bereits angelegten Termine eintreten.

§ 12. Bei der Baumeister-Prüfung im Land- und Schönbau werden in der Regel nach der Klausurarbeit zwei Tage zur mündlichen Prüfung angesetzt. Die Zeit kann jedoch nach der Anzahl der Examinanden verlängert oder abgekürzt werden.

Dieselbe Anordnung findet eben so bei der Baumeister-Prüfung für den Wasser-, Wege- und Eisenbahnbau und bei der Privatbaumeister-Prüfung statt. Bei der letzteren wird übrigens auf diejenigen Gegenstände der Bauhütter-Prüfung zurückgegangen werden, welche der Baumeister-Prüfung zum Grunde liegt.

§ 13. Wer die Baumeister-Prüfung in beiden Richtungen für Land- und Schönbau, sowie für Wasser-, Wege- und Eisenbahnbau zu bestehen beabsichtigt, hat die Prüfung im §. 4. der Vorschrift v. 1. April d. J. angeordneten Nachweise beizubringen. Die Probearbeiten werden sich auf beide Richtungen beziehen, und die Prüfungstermine so angelegt werden, daß die einwöchentliche Klausurarbeit und die mündliche Prüfung für jedes Fach besonders stattfinden kann.

Bei der mündlichen Prüfung wird von den Kandidaten die Versicherung zu erfordern, daß sie die Probearbeiten selbst und ohne fremde Hülfe gefertigt haben. (§ 6. der Vorschrift.)

§ 14. Bei günstigem Ausfall der Baumeister-Prüfung wird das Qualifikationszeugnis unter dem Datum des letzten Prüfungstages ausgestellt. Ist dagegen die Prüfung ungünstig für den Examinanden ausgefallen, so wird ihm der Zeitraum bestimmt, nach welchem die Wiederholung der Prüfung stattfinden kann. Gilt diese ungünstig aus, so bleibt eine nochmalige Wiederholung unzulässig. (§ 7. der Vorschrift.)

Uebergangsbestimmungen in Bezug auf die Bauhütter-Prüfung.

§ 15. Kandidaten, welche die nach den bisherigen Vorschriften erforderliche Schulbildung nachweisen, in Folge der Bekanntmachung vom 1. Aug. d. J. im Laufe des verfloffenen Sommers die praktische Thätigkeit und unter Aufsicht eines Baumeisters begonnen haben und jetzt bei der K. Bau-Akademie aufgenommen sind, müssen nach vollendetem Lehrgange die praktische Thätigkeit zu einem vollen Stande bringen und den Nachweis darüber nebst den Nachweisen über die vorher erforderliche Schulbildung und c. über die Studienzeit bei der Meldung zur Bauhütter-Prüfung beibringen.

§ 16. Eben so haben diejenigen, welche im April d. J. für den ausweisweise erteilten Unterricht in der K. Bau-Schule aufgenommen sind, den Nachweis b. über die später stattgefundene praktische Thätigkeit nebst den Nachweisen über die bisher vorgeschriebene Schulbildung und c. über die Studienzeit bei der Meldung zur Bauhütter-Prüfung beizubringen, doch kann ihnen das auf das Sommerhalbjahr 1849 bei der Studienzeit angerechnet werden.

§ 17. Wer bis zum letzten September d. J. nach den bisherigen Bestimmungen die erste Klasse eines Gymnasiums oder das Abgangszeugnis einer zur Anstellung von Abgangsprüfungen berechtigten höheren Realschule oder Realschule nachweislich erlangt hat, ist nach §. 13. der Vorschrift v. 1. Aug. d. J. von dem Nachweise der Schulbildung in dem weiteren Umfange a. befreit, hat aber bei der Meldung zur Bauhütter-Prüfung die Nachweise b. und c. beizubringen.

§ 18. Feldmesser, welche die Bewährung als solche nachgewiesen haben und jetzt ohne die Nachweise a. und b. bei der K. Bau-Akademie aufgenommen sind, müssen die einjährige praktische Thätigkeit unter Leitung eines geprüften Baumeisters nachholen und die Nachweise b. und c. bei der Meldung zur Bauhütter-Prüfung einreichen.

§ 19. Die Nachweise a. und b. sind nach §. 14. der Vorschrift v. 1. Aug. d. J. auszustellen, welche bis zum 1. April d. J. unter Erfüllung der bisherigen Vorschriften unbedingt in die K. Allgem. Bau-Schule aufgenommen

men sind. Diese haben daher bei der Meldung nur das Zeugniß der Bau-Schule einzureichen.

§. 20. Die Feldmesser, welche den bisherigen Baumeisterkurs auf der Bau-Schule bis zum 1. April d. J. vollendet haben, oder übrige unter Erfüllung der bisher vorgeschriebenen Bedingungen bis zum 1. April d. J. Baumeister-Vorprüfung zugelassen waren, können ohne die Nachweise a., b. und c. zur Bauführer-Prüfung melden.

§. 21. Dagegen müssen diejenigen Feldmesser, welche zwar vor 1. April d. J. sich bewährt oder die sonstigen Bedingungen der Prüfung zur bisherigen Baumeister-Vorprüfung erfüllt haben, aber der Feldmesser-Prüfung nur ein bedingtes Feldmesser-Zeugniß erlangt hatten und deshalb die Zulassung zur Prüfung vor dem 1. April d. J. hätten beanspruchen können, die einjährige praktische Thätigkeit und die Studienzeiten nachweisen, bevor sie zur jetzigen Bauführer-Prüfung zugelassen werden, wenn sie am Laufe des Commers bei einer Nachprüfung das unbedingte Feldmesser-Zeugniß erhalten sollten.

In Bezug auf die Baumeister-Prüfung.

§. 22. Diejenigen, welche die bisherige Baumeister-Vorprüfung gehörig bestanden haben, werden als Bauführer betrachtet und können den Nachweis §. 4. I. a. der Vorschrift v. 1. Aug. d. J. zur neuen Baumeister-Prüfung zugelassen werden, wenn sie die Nachweise b., c. und resp. d. beibringen.

Wenn sie dagegen die Vorprüfung nur gut bestanden haben, mithin ohne nochmalige Baumeister-Vorprüfung zur Bauinspektor-Vorprüfung nicht zugelassen worden wären, so müssen sie sich der jetzt vorgeschriebenen Bauführer-Prüfung unterwerfen, ehe sie sich zur Baumeister-Prüfung nach der Vorschrift v. 1. Aug. d. J. melden können.

Bei denen, welche im Jahre 1848 Zeugnisse als Bauführer auf Grund der Zeugnisse der K. Allgem. Bau-Schule, ohne eine Prüfung abzulegen, erhalten haben, wird bei der neuen Baumeister-Prüfung, zu der sie mit den Nachweisen b., c. und resp. d. zugelassen werden, auf die Gegenstände der früher nicht abgelegten Prüfung in Folge der am 1. April 1848 nach Umständen zurückgegangen werden.

§. 23. Den Bauführern, welche die bisherige Baumeister-Prüfung gehörig oder gut bestanden haben, ist zunächst noch gestattet, der damit in Verbindung stehenden Nachprüfung sich zu melden, und um Ertheilung Probearbeiten einzukommen. Sobald sie die bisher vorgeschriebene zweijährige praktische Übung nachweisen und die Probearbeiten einreichen, wird ihnen der Termin zur Prüfung anberaumt werden. Beim Bestehen in derselben werden ihnen nach §. 16. der Vorschrift v. 1. Aug. d. J. Zeugnisse als Baumeister in der bisherigen Art ertheilt, welche sie zur Befleidung einer Land- oder Wegebaumeister-Stelle (künftige Wegeinspektor-Stelle) befähigt sind, aber wie bisher, nicht ohne weitere Prüfung zu einer Bauinspektor-Stelle befördert werden können. In Bezug auf den für die Meldungen zur bisherigen Baumeister-Nachprüfung im §. 16. und 17. der Vorschrift v. 1. Aug. d. J. bis zum Schlusse des J. 1849 gestellten Termin, ist eine Verlängerung bis zum Schlusse des Jahres 1850 nachgegeben. Nach dem Schlusse des J. 1850 werden jedoch keine Meldungen zur bisherigen Baumeister-Nachprüfung mehr angenommen.

§. 24. Bauführer, welche den Bauinspektor-Kursus der K. Allgem. Bau-Schule bereits vollendet haben, oder noch bis zum Schlusse des J. 1850 vollenden, werden zu der neu angeordneten Baumeister-Prüfung zwar in beiden Richtungen, für Land- und Schönbau, sowie für Wege- und Wasserbau zugleich zugelassen, und sind bei der Meldung von Beibringung des Nachweises §. 4. I. a. entbunden.

§. 25. Bauführer, welche die bisherige Bauinspektor-Vorprüfung bestanden haben und sich bis zum Schlusse des Jahres 1850 (cf. §. 23.) zur Ablegung der zugehörigen Nachprüfung melden, können die zu diesem Behuf bisher erhaltenen Probeaufgaben erhalten und nach Einreichung derselben die Nachprüfung in der bisherigen Art ablegen, sobald sie die vorgeschriebene praktische Thätigkeit nachweisen, erhalten die bisher üblichen Qualifikations-Zeugnisse (§. 16. der Vorschrift).

§. 26. Wer bis zum Schlusse des Jahres 1849 zur bisherigen Baumeister-Prüfung sich gemeldet und die Probearbeiten nachgesucht hat, wird nach Einreichung derselben in der bisherigen Art geprüft werden (§. 16. der Vorschrift). Für die Naturwissenschaften wird jedoch ein besonderer Prüfungstermin nicht mehr angesetzt, die Prüfung in denselben vielmehr mit der Hauptprüfung verbunden werden.

Berlin, den 1. Dec. 1849.

K. Ober-Bau-Deput.

Genehmigt durch die K. des K. Min. für H., G. u. öffentl. B. v. 26. Nov. 1849 (Min. Bl. d. I. B. 1849. S. 276. Nr. 300.)

IIIa:

a) R. der R. Min. für H., W. u. öffentl. B. (v. d. Gehdt) u. d. Min. (v. d. Gehdt) d. 20. Juli 1850 an die R. technische Bau-Deput. in Berlin, Stempel der Schulzeugnisse zu den Prüfungen der Feldmesser, Bauführer und Baumeister, sowie der Zeugnisse über deren praktische Ausbildung und Thätigkeit.

Freiße Grund, welcher für die Stempelfreiheit der Schulzeugnisse für Kandidaten der Prüfung zu Feldmessern spricht, gilt, wie der R. technischen Bau-Deputation am 14. Juni d. J. erwiedert wird, unter den im Erlasse v. 30. April d. J. enthaltenen Vorandsetzungen auch für die Stempelfreiheit der zu 2. bis 3. des Ber. bezüglichen Urtheile, so daß also nicht bloß die Schulzeugnisse der Kandidaten zu Feldmessern, sondern auch die Zeugnisse über deren praktische Ausbildung, nicht minder die Schulzeugnisse der Bauführer- und Baumeister-Prüfungen, so wie die von geprüften Baumeistern ausgestellten Zeugnisse über praktische Thätigkeit und die von den Lehranstalten, von und geprüften Baumeistern ausgestellten Zeugnisse über Studien stempelfrei zu gelten haben, sofern diese Urtheile lediglich den Zweck haben, daß auf Grund derselben den Kandidaten ein mit dem gehörigen Stempel zu versehenes amtliches Zeugnis über den Ausfall der Prüfung, zu welcher es der Einreichung jener Urtheile bedarf, ausgestellt werde.

Soweit die Bekanntmachung der vormaligen R. Ober-Bau-Deput. v. 1. Dec. 1849 andere Bestimmungen enthält, werden selbige hiermit modifizirt. Die R. technische Bau-Deput. wolle hiervon auch das Direktorium der R. Bau-Akademie in Kenntniß setzen. (Min. Bl. d. I. B. 1850. S. 256. Nr. 344.)

b) Bekanntmach. der R. technischen Bau-Deput. v. 20. März 1852 über die Prüfung der Bauführer geforderte Uebung im Zeichnen, Entwerfen und Anschlagen baulicher Gegenstände).

Es den Bauführer-Prüfungen ist seit einiger Zeit wahrgenommen worden, daß die Kandidaten über die Zahl, die Ausführungsweise und die Gegenstände der vorzuziehenden zum Nachweise gehöriger Uebung einzureichenden Zeichnungen, so wie über die Lösung der Aufgaben im Entwerfen einfacher Gebäude unter Klausur, und über die bautechnischen Gegenstände, welche vorzugsweise gefordert werden müssen, sich im Irrthume befinden. Um den hieraus folgenden Uebelständen zu begegnen, wird mit Bezug auf die Bekanntmach. v. 18. Sept. 1849. Tit. I. 4. (Min. Bl. d. I. B. 1849. S. 276) Folgendes bestimmt.

1. Die nach §. 3 l. der Bekanntmach. v. 1. Dec. 1849 einzureichenden Zeichnungen bestehen aus

a) in Blätter Baukonstruktions-Zeichnungen für Maurer-, Steinmetz-, Zimmer- oder Tischler-Arbeiten;

b) in Blätter Bau-Zeichnungen, von denen eine nach einem veröffentlichten Plane nach neueren Meistern kopirt werden kann, das andere aber Detail-Zeichnungen von Thüren, Fenstern, Giebeln, u. s. w., in größerem Maßstabe aufgetragen, enthalten muß;

c) in Blättern Architektur- und Ornamente-Zeichnungen aus dem Gebiete der antiken Baukunst und des in dieser Auffassung durchgebildeten Baustyles, von denen wenigstens zwei Blätter mit dem Pinsel auf Tonpapier ausgeführt sein müssen;

d) eine perspektivische, in großem Maßstabe aufgetragene, mit dem Pinsel ausgeführte Zeichnung, aus welcher ersichtlich ist, daß der Kandidat mit den Regeln der linear-Perspektive und der perspektivischen Schatten-Konstruktion sich vertraut gemacht hat;

e) in Blättern Landschaftszeichnungen in sorgfältiger, doch anspruchsloser Behandlung, und

f) drei Entwürfen zu kleinen Gebäuden, von der nach Tit. I. 4. c. der Bekanntmachung v. 18. Sept. 1849 angedeuteten, durch §. 6. der gegenwärtigen Bekanntmachung näher bezeichneten Gattung. Dieselben müssen in Grundrissen, Wallen-

Ergänzung der Bekanntmach. der vormaligen Ober-Bau-Deput. über die Anforderungen und das Verfahren bei den Prüfungen der Bauführer, Baumeister und Zimmerbaumeister v. 18. Sept. und 1. Dec. 1849 genehmigt durch die R. des Min. für H., W. u. öffentl. B. d. 17. März 1852.

lagen, Durchschnitten, Ansichten und Detail-Zeichnungen ausgearbeitet sein. Maßstäbe zu diesen Zeichnungen dürfen hinsichtlich

der Grundrisse und Balkenlagen nicht kleiner als $1\frac{1}{2}$
 - Ansichten und Durchschnitte " " " $\frac{1}{2}$
 - Detail-Zeichnungen " " " $\frac{1}{4}$

der wirklichen Länge angenommen werden. Hinsichtlich des Baustyles der Wurf gilt die Bestimmung des § 7.

§. 2. Das Format der Zeichenblätter zu a. b. c. und d. muß 24 bis 26 Zoll und 18 bis 20 Zoll breit, das zu e. und f. kann außerdem aber auch kleiner und zu 15 Zoll Länge und 12 Zoll Breite genommen werden.

§. 3. Bei allen mit dem Winkel ausgeführten Zeichnen-Arbeiten, welche nicht bloße Charakterisirung durchschnittener Theile sich beziehen, dürfen nicht mehr als Farben angewendet werden. Bei Anwendung von Tonpapier ist jedoch außerdem Aufsetzen einer eigenen Lichtfarbe gestattet.

§. 4. Sämmtliche, bei der Meldung zur Bauführer-Prüfung einzureichende Zeichnungen müssen von dem Kandidaten mit Beifügung des Datums und der Jahr unterschrieben, auch hinsichtlich der durch den Kandidaten bewirkten eigenhändigen Führung in der Regel entweder von den betheiligten Lehrern der K. Bau-Akademie Berlin, oder von denen einer dem Zwecke der Akademie verwandten öffentlichen Hochschule Deutschlands, oder von einem geprüften Baumeister des preussischen Staats Namens-Unterschrift beglaubigt werden. — Die Zeichnungen, für welche die geforderte Beglaubigung durch eine der bezeichneten Personen nicht zu erlangen ist, müssen mit von dem Kandidaten selbst geschriebenen Versicherung an Eides Statt, daß er dieselben eigenhändig, ohne fremde Beihülfe, gefertigt habe, versehen werden.

§. 5. Zur Beurtheilung der nach Lit. I. 4 e. der Bekanntmach. v. 18. Sept. erforderlichen Kenntniß bei der Meldung zur Bauführer-Prüfung ein von dem Kandidaten selbst verfaßter und geschriebener Kosten-Anschlag nebst Erläuterungsbericht zu kleinen Wohngebäude einzureichen.

§. 6. Die in Lit. I. 4 e. der Bekanntmach. v. 18. Sept. 1849 angezeichneten Gebäude-Arten, aus deren Zahl die unter Klausur zu bearbeitende einfache Aufgabe im Vorwurfe von der Prüfungsbehörde gewählt wird, sind folgende:

Für größere Landwirthschaften:

- a) Pächter-, Verwalter-, Gesinde- und Tagelöhner-Häuser;
- b) Bad- und Wollenhäuser, Remisen für Ackergeräth, Feuerspritzen, Zeltarn und sonstige Löschwerkzeuge, Eisgruben u. s. w.;
- c) Scheunen, Schuppen, Keller und Getreidespeicher;
- d) größere Ställe für alle Viehgattungen.

Für kleinere Landwirthschaften:

- e) Bauerhöfe von verschiedener Größe mit Rücksicht auf Gewohnheiten und Bedürfnisse in verschiedenen Gegenden.

Für ländliche Gewerbe:

- f) Brennerei- und Brauerei-Anlagen in baulicher Beziehung, (hinsichtlich der Anlage wird nur allgemeine Kenntniß des Zweckes mit besonderer Rücksicht auf Feuer- und sonstige Bauanlagen gefordert);
- g) Ziegeleien und Kalkbrennereien;
- h) Schmieden, Krüge, Schenken und kleine Gasthäuser.

Sonstige auf dem Lande und in den Städten häufig vorkommende kleine Gebäude:

- i) Wohnhäuser für Familien aus der Klasse der kleinen Handwerker, so wie der Faktur- und Fabrik-Arbeiter;
- k) kleine Landhäuser, Weinberg- und Gartenhäuser, einschließlich der zur Ueberwinterung von Pflanzen gebräuchlichen einfachen Bau-Anlagen;
- l) Chaussee- und Schleusenwärter-Häuser nebst Zubehör;
- m) Forst-Dienst-Gebäude desgl.;
- n) Elementar-Schulhäuser für nicht mehr als 300 Kinder desgl.;
- o) Pfarrhäuser;
- p) kleine Dorfkirchen mit höchstens 400 Sitzplätzen, Kapellen, Friedhöfe und Familienbegräbnisse;
- q) Bannen-Bäder.

7. Die Klausur-Aufgabe muß dem vorgeschriebenen Zwecke entsprechend, und in Imitationen ohne Fehler gelöst, auch sofern die Aufgabe den Massstab bedingt, in antiker Auffassung durchgebildeten Baustyl ausgearbeitet werden. Hingegen in anderen Behandlungen der Zeichnungen gelten die Bestimmungen des §. 3.
8. Die vorstehenden Bestimmungen kommen mit der nächsten Prüfungs-Periode m. d. J. in Anwendung. Wenn jedoch einzelne vor dieser Bekanntmachung gefertigte Zeichenblätter eingereicht werden, welche den Bestimmungen entsprechen, oder wenn die nach §. 1. bestimmte Zahl der vorzulegenden Zeichnungen und Entwürfe in einzelnen Gegenständen nicht völlig erreicht wird, so wird bei mangelhaften Leistungen in geeigneten Fällen einstweilen noch bis zu dem Michaelis 1853 darüber hinweg gesehen werden.

in Bl. d. I. B. 1852. S. 93. Nr. 82.)

E. M. des K. Min. für H., G. u. öffentl. A., Abth. III. (Meßlin) v. 1. 1850 an sämmtl. K. Reg. Einsendung der Verhandlungen über die der Kandidaten der Feldmesskunst an die technische Bau-Deput.

K. Reg. wird darauf aufmerksam gemacht, daß der Grund der B. v. 22. Dec. 1850 S. 15. ff.) in Wirksamkeit getretenen technischen Bau-Dep. in Bezug auf die Funktionen des Baufaches und der Feldmesskunst die Funktionen der bisherigen Dep. vollständig übertragen worden sind, und daß daher auch die Verhandlungen über die Prüfung der Kandidaten der Feldmesskunst behufs Ausstellung der Zeugnisse, wie in einigen Fällen geschehen, an das unterg. Min., sondern an die technische Dep. einzusenden sind. (Min. Bl. d. I. B. 1850. S. 110 Nr. 147.)

Bestimmungen über die Prüfungen der Feldmesser.

E. M. des K. Min. des J. für H., G. u. Bauw. (v. Schudmann) t. 1831 an sämmtl. K. Reg., betr. die Prüfung der Feldmesser und derjenigen, welche sich dem Baufache widmen¹⁾.

K. Reg. empfängt in der Anl. (a.) die heute erlassenen Vorschriften für diejenigen, welche sich als Feldmesser prüfen lassen, oder welche sich dem Baufache im Staats- als Privatbaumeister widmen, in sechs Exemplaren. Diese Vorschriften haben und müssen die Allerh. Genehmigung erhalten.

Die Feldmesser anbetrifft, so sind die bestehenden Bestimmungen bis auf eine ihre Prüfung geht, ohne Ausnahme, im Austrage der Ober-Bau-Dep. an K. Reg., bei welcher der Feldmesser praktisch arbeitete, ohne Berücksichtigung dessen, welchen die Entfernung Berlins bisher machte. Die hiesige Min. Bauw. prüft keine Feldmesser. Bei denjenigen Reg., bei welchen keine Prüfungsstellen für Feldmesser bestanden haben, sind sie sofort zu organisiren.

K. Reg. wird diese Vorschriften durch ihr Amtobl. zur öffentl. Kenntniß bringen und durch die Zeitungen ihres Reg. Bez. darauf aufmerksam machen, daß dieselben

Anl. a.

Vorschriften für die Prüfung der Feldmesser.

1. Feldmesser²⁾.

Der Feldmesser soll die Kenntnisse nachweisen, welche zur Entlassung als reif für die Klasse eines Gymnasiums erfordert werden, oder die Stelle einer Klasse einer Anstalt, welche das Min. d. J. für H., G. und Baum. ihr gleich achtet³⁾.

1 E. M., nebst den darauf bezüglichen Min. Erlassen, ist, wie bereits oben sub 5. 97. bemerkt worden, in Betreff der Prüfungen derjenigen, welche sich dem Baufache widmen, durch die B. v. 22. Dec. 1849 und die in Folge derselben erlassenen Erlasse für beseitigt zu erachten und nur noch bezüglich der Feldmesser-Prüfungen von Interesse. Deshalb sind hier nur die die Feldmesser-Prüfungen betreffenden Bestimmungen dieses E. M. gegeben worden.

2) vgl. auch §. 2. des Regl. v. 8. Juli 1833. (s. unten.)

3) Betreff derjenigen, welche sich zum Feldmesser- oder architektonischen Examen melden, ordnete das K. Min. des J. (v. Bülow), v. 12. Jan. 1822 (A. VI. — 1. 33.), daß dieselben ein Prüfungs-Attest einer solchen Anstalt beizubringen hätten, daß sie die zur Entlassung aus Sekunda eines Gymnasiums erforderlichen Kenntnisse besäßen. In Folge dessen setzten das E. M. des K. Min. der G. v. 24. Mai 1824 (Acta des K. Fin. Min., sign. Bildung im Baufache A. I. Nr. 3. Vol. II.) und das darauf gestützte Publ. des K. Konsistoriums der Provinz Sachsen v. 8. Juni 1824 (A. VIII. 454. — 2. 64.) fest, daß die Direktoren

Offiziere des stehenden Heeres, welche die Prüfung als Offiziere bestanden haben, reitende Feldjäger, sind von Vorbringung jener Zeugnisse entbunden. Der Feld- muß ferner vor seiner Prüfung als solcher, bei einem oder mehreren Feldmessern oder taster-Geometern, wenigstens überhaupt ein Jahr lang in Ausführung von Vermessung und Nivellement gearbeitet und einen unbescholtenen Lebenswandel geführt haben.

§. 2. Mit den Zeugnissen hierüber, meldet sich der Kandidat, unter Einreichung Lebenslaufs¹⁾, bei der Reg. desjenigen Reg. Bez., in welchem er praktisch gearbeitet und trägt auf seine Prüfung an, welche jene, durch die bei ihr bestehende Feldmessungs-Kommission anordnet²⁾.

§. 3. Die Kommission erteilt ihm eine angemessene Probe-Aufgabe; wird Bearbeitung nicht verworfen, so findet die schriftliche und mündliche Prüfung statt, zwar:

in der Feldeinrichtungslehre; der Feldmess- und Nivellementkunst; in der Arithmetik Rücksicht auf praktische Fertigkeit im Rechnen; der Algebra, einschließlich der Auf- quadratischen Gleichungen und Übung im Gebrauche der Logarithmen; der Geometrie; der Trigonometrie mit einiger Kenntniß der sphärischen; dem Sitzen Kartenzichnen³⁾.

§. 4. Die Reg. übersendet sämtl. Dokumente, Probearbeiten und das Prüfungsprotokoll mit dem Gutachten der Prüfungs-Kommission an die Ober-Bau-Dep. Diese Behörde auszustellende Zeugniß entscheidet über die Fähigkeit zum Feldmesserhaupt, oder über die bedingte Fähigkeit zu gewissen Arten der Vermessungen und Nivellement.

§. 5. Untüchtig Befundene können sich nur nach Jahresfrist zu einer zweiten Prüfung melden.

§. 6. Die Vereidigung als Feldmesser kann von den Reg. nur nach Ablegung einjähriger Militairpflicht, oder nach erwiesener Untüchtigkeit zum Militairdienst, werden⁴⁾.

§. 7. Feldmesser sollen bei öffentlichen Bauten nicht beschäftigt werden.
(A. XV. 515. — 3. 3.)

oder Direktoren der Gymnasien verbunden sein sollten, solche Kandidaten der Feldmesskunst, welche sich durch Privatunterricht die erforderlichen Schulkenntnisse erworben haben, auf ihr Ansuchen zu prüfen und ihnen hierüber ein amtliches Zeugniß zu erteilen. Es heißt in dem R. weiter:

• Diese Prüfung erstreckt sich, mit Ausschluß der mathematischen Wissenschaften und der mit denselben verwandten Kenntnisse und Fertigkeiten, da diese von Seiten der R. Ober-Bau-Dep. zu veranstaltenden Prüfungen erforderlich sind, auf die lateinische und französische Sprache, auf deutschen Styl, auf Geschichte und Geographie, auf die erworbene allgemeine Schulbildung überhaupt. • Sie zur Entlassung aus Sekunda eines Gymnasiums geordert wird. • Jedem oben bezeichneten Kandidaten der Feldmesskunst kann nunmehr bei irgend einer der Direktoren oder Direktoren der Gymnasien um diese Prüfung ansuchen. • Gebühren hat er seinem Examinator, welche zu fordern derselbe ermächtigt ist, zwei Thaler Cour. für die Prüfung und das Prüfungszeugniß zu zahlen. •

Das R. des R. Min. der G., II. u. Med. Ang. (v. Ramph), v. 19. Aug. an den Direktor der Petri-Schule zu Danzig hatte bereits bemerkt, daß das R. Min. des J. eine Bestimmung erlassen werde, wonach für die Feldmesser das Zeugniß der Reife für die Entlassung aus Sekunda eines Gymnasiums ein unbedingtes Zeugniß der Reife der ersten Klasse einer höhern Bürgerschule gelten sollte. (A. XIV. 556.)

¹⁾ Schon das R. des R. Min. des G. u. d. G. (v. Bülow), v. 8. Sept. 1833, sämtl. R. Reg. schrieb vor, daß die Kandidaten der Feldmesskunst ihrer Eingabe, durch welche sie die Probearbeiten zu ihrer Prüfung nachsuchen, ein *curriculum vitae* belegen sollten, welches die Angabe ihrer Herkunft, ihrer wissenschaftlichen Bildung und der sonst darauf Bezug habenden Lebensumstände enthalten sollte. (A. III. 645. — 3. 5.)

²⁾ Vergl. Regl. v. 8. Juli 1833. §. 3. (s. unten.)

³⁾ Vergl. Regl. v. 8. Juli 1833. §§. 4. ff.

⁴⁾ Bereits das R. des R. Min. des G. (v. Bülow), v. 12. Jan. 1822. (A. II. 86. — 1. 33.) verordnete, daß Niemand als Feldmesser oder Baumeister vereidigen, bevor er nicht seiner Militair-Dienstpflicht genügt habe.

zu:

Zum §. 1.

Die Ministerien haben sich über die Bedingungen geeinigt, unter welchen mit dem Zeugnisse der Reife entlassenen Zöglingen der höheren Bürger- und Realschulen diejenigen Begünstigungen zugestanden werden dürfen, deren Berechtigung bisher von dem Nachweise des Besuches der oberen Klassen derselben abhängig gemacht war, und es sind hierauf Seitens des R. Min. d. u. Med. Ang. mittelst C. R. v. 8. März 1832 (N. XVI. 103.—1. 44.) an diejenigen Schulen gedachter Kategorie, die durch ihre Einrichtung den Bedingungen zu entsprechen im Stande sind, förmliche Entlassungs-Prüfungen anzuordnen, für welche eine besondere Instruktion ertheilt worden.

Die höheren Bürger- und Realschulen, welche zu dergleichen Entlassungs-Prüfungen autorisirt worden, sind gegenwärtig folgende:

höhere Bürgerschule auf der Burg zu Königsberg in Pr.

- • in Löbenicht.
- • zu Pillau.
- • Insterburg.
- • Graudenz.
- • Culm¹⁾.

Betrischule zu Danzig.

Realschule zu Meseritz.

höhere Bürgerschule zu Breslau.

- • Landshut.
- • Treptow a. R.
- • Stolpe in Hinterpommern.

Königl. Realschule zu Berlin.

Königstädtische höhere Stadtschule zu Berlin.

höhere Bürgerschule zu Landsberg a. W.

- • Lübben.

Oberschule zu Frankfurt a. O.

höhere Gewerbe- und Handelsschule zu Magdeburg.

Realschule in der Franke'schen Stiftung zu Halle.

höhere Bürgerschule zu Warendorf.

- • Siegen.
- Stadtschule • Barmen.
- • Greifeld.
- Bürger- und Realschule zu Elberfeld.
- • • • • Köln.
- • • • • Aachen.

mit dem Gymnasium verbundene Realschule in Dülzburg.

Königstädtische Gewerbschule zu Berlin.

höhere Bürgerschule in Nordhausen.

- • zu Meisse.

mit dem Gymnasium in Potsdam verbundenen Real-Klassen.

höhere Bürgerschule zu Cüstrin.

- • Memel.
- • Aschersleben.
- Stadtschule • Verleberg.
- Bürgerschule • Halberstadt.

Dorotheenstädtische Stadtschule zu Berlin.

¹⁾ R. des R. Min. der G., u. u. Med. Ang. (v. Altenstein), des Z. für G. u. G. (Rath), des Z. u. d. W. (Köhler) u. d. Z. (Rühne) v. 10. Aug. 1832 an die R. g. zu Marienwerder bemerkte, daß die mit dem Zeugnisse der Reife aus der ersten Klasse der höheren Stadtschule zu Culm abgehenden Schüler zur Feldmesser-Prüfung nicht zuzulassen seien, da diejenigen, welche zu dieser Prüfung zugelassen werden wollen, mit dem Zeugnisse der Reife aus Sekunda eines Gymnasiums entlassen zu müssen, die mit dem Zeugnisse der Reife abgehenden Schüler der ersten Klasse der Stadtschule zu Culm aber nur die Reife eines Tertianers eines Gymnasiums hätten. (N. XVI. 589. — 3. 7.)

- 38) Die mit dem Gymnasium zu Minden verbundenen Real-Klassen.
- 39) „ städtische höhere Bürger- und Realschule zu Düsseldorf.
- 40) „ Louisenstädt'sche höhere Stadtschule in Berlin.
- 41) „ Bürgerschule in Götting, unter Belassung des Prädikats einer höhern Bürgerschule.

(Acta gen. des K. Min. d. Fin., Abth. für H., F. u. Bauwesen, A. 17. Nr. Vol. III.)

2) Mit Bezug hierauf und insbesondere über den Umfang der Kenntniss der Feldmesser-Kandidaten in der lateinischen und griechischen Sprache sind ferner ergangen:

α) C. R. des K. Min. des I. für H., G. u. Bauw. (v. Schudmann) 22. April 1832 an sämmtl. K. Reg.

Mit Rücksicht auf den §. 1. der Vorschriften v. 8. Sept. v. J. über die Prüfung der Feldmesser, wird in Absicht der aus höheren Bürgerschulen mit Entlassungsscheinen von der Reise abgegangenen Kandidaten der Feldmesskunst Folgendes bestimmt:

Nach der mit dem K. Min. der G., U. u. Med. Ang. stattgefundenen Commission, kommen für jetzt nur die Bürgerschule zu Königsberg in Preußen, die Petrischule zu Danzig, die höhere Stadtschule zu Braunschw., die höhere Bürger- und Gewerbeschule zu Magdeburg, die höheren Bürger- und Stadtschulen zu Köln, Elberfeld, Breslau, Barmen in Betracht¹⁾; jedoch auch nur in sofern, als die Abiturienten den Vorschriften der vorläufigen Instr. des gedachten Min. v. 8. v. M., wegen der Entlassungs-Prüfung vollständig genügt haben.

Da indeß das Lateinische in einigen dieser höheren Bürgerschulen noch nicht im verlangten Umfange unter die öffentl. Lehrgegenstände aufgenommen ist, von einem tüchtigen Staatsbeamten aber verlangt werden muß, daß er wenigstens die gewöhnlichen aus jener Sprache hergenommenen Ausdrücke verstehe; so werden die Schüler in den Abiturienten-Prüfungs-Commissionen bei den sämmtlichen oben erwähnten Schulen ausgestellten Zeugnissen, unter der Rubrik „lateinische Sprache“ nachzuweisen haben, daß sie die in §. 4. A. b. des Regl.²⁾ geforderten Kenntnisse erlangt haben, und es ist ihnen überlassen, durch Privat-Unterricht den Forderungen qu. zu entsprechen.

(N. XVI. 346. — 2. 11.)

β) C. R. der K. Vertw. für H., Fabr. u. Bauw. (Möther) v. 26. März 1837 an sämmtl. K. Ober-Präsid. und an die K. Ober-Bau-Dep.

Die Vorschriften v. 8. Sept. 1831 und das Regul. zur Prüfung der Feldmesser v. 8. Juli 1833 verordnen, in Uebereinstimmung mit den ältern Vorschriften, für diejenigen, welche sich zum Feldmesser-Examen melden und eine Gymnasial-Bildung erhalten, daß sie die Kenntnisse nachweisen sollten, welche zur Entlassung aus der zweiten Klasse, oder für die erste Klasse eines Gymnasiums, erfordert werden, für die Privatbaumeister aber in diesem Falle die Reife der dritten Klasse.

In dieser Bestimmung liegt, daß in Hinsicht der Kenntniss der griechischen Sprache nirgend eine Dispensation ausgesprochen ist. Häufig eingehende Dispensationsgesuche ergeben aber, daß selbst von den Gymnasial-Direktoren bei den Schülern Irrthum gewährt wird, sie seien durch eine allgem. B. des K. Min. der G., U. u. Med. Ang. von dieser Kenntniss entbunden, wornach Jeder, der sich seinen Fakultäts-Studium bei übrigens entsprechendem Wissen, das Zeugniß der Reife einer Gymnasial-Schule ohne alles Studium der griechischen Sprache erwerben könne.

Das K. Ober-Präsid. mag daher die Direktoren der Gymnasien in vortiger Hinsicht (in der Prov. Brandenburg) hierüber belehren, eben so die K. Reg., und durch Amtsbefehl. der letztern auf diese Bestimmung auch im Allgemeinen aufmerksam machen.

Durch die C. B. v. 22. April 1832 ist zwar hinsichtlich derjenigen Kandidaten der Feldmesskunst, welche ihre Schulbildung in höheren Real- und Bürgerschulen erhalten, nachgegeben worden, daß sie auch ohne einige Kenntniss der griechischen Sprache zum Feldmesser-Examen zugelassen werden sollen. Dies ist indeß aus der Rücksicht zu ziehen, weil das Griechische keinen Theil des Unterrichts dieser Schulen ausmacht, und dagegen in andern Zweigen des Unterrichts weiter geführt werden, als Gymnasial-Schulen. Die Schüler der höhern Stadt- oder Bürgerschulen, welche Feldmesser werden wollen, würden sich mithin die Kenntniss der griechischen Sprache durch Privat-Unterricht erwerben müssen, und es daher in der Regel vorzuziehen, ein Gymnasium zu besuchen, während es in anderen Beziehungen wünschenswerth ist, den Besuch der höhern Real- und Bürgerschulen zu befördern.

¹⁾ Vergl. oben sub Nr. 1.

²⁾ v. 8. März 1832. (N. XVI. 106.)

Die abschließl. anleg. "Verf. an die R. Reg. zu Königsberg v. 15. März 1834 (A. S. 1), welche ich zur Kenntlichnahme bewüge, motivirt übrigens die Verschiedenheit der Forderungen an die Vorbildung durch die Schulen mit Mehreren.

Ant. a.

Auf den Ber. v. 22. Febr. wird der R. Reg. eröffnet, wie das Min. sich mit den Forderungen der R. Ober-Bau-Dep. in allen drei vorgelegenen Punkten hinsichtlich der Kenntnisse der Kandidaten der Feldmesskunst und ihrer Prüfung als Feldmesser nur einverstanden erklären kann.

Da Umstand, daß das Min. in dem U. v. 22. April 1832 einige höhere Bürger- und bedingungsweise der zweiten Klasse der Gymnasien gleichgestellt hat, kann demnach für die Weise in der letztern nicht abgeben, und wollte man nach der Ansicht der R. Reg. consequent verfahren, so würde man nicht bloß in Hinsicht der griechischen Sprache sondern auch hinsichtlich anderer Kenntnisse an die Sekundaner, die sich dem Bauwesen widmen, geringere Ansprüche machen müssen. Dieses liegt aber keinesweges im Interesse; sondern vielmehr eine Klassifikation der Befähigung für die Anstellung im Bauwesen zur Ausführung gebracht ist, man sich bloß zum Land- und Wegebaumeister, zum Bau-Inspektor, d. h. zum höheren Architekten für den Stadt- und Prachtbau nur des Wasserbau, qualifiziren kann, wird es nützlich und wünschenswerth, daß derjenige eine vollkommene Schulbildung genossen habe, der sich der höheren Architektur widmen und vielleicht berufen wird, eine Stelle in einem Kollegio auszufüllen, ohne durch mangelhafte Schulbildung Blößen zu geben.

In sofern die R. Reg. übrigens der Meinung ist, daß dem praktischen Baumeister die Kenntniß der griechischen Sprache kein erheblicher Nutzen erwachse, kann Derselbe in sofern beipflichtet werden, als Sie darunter einen Baumeister versteht, der wenigstens über die Forderungen erhebt, welche man heut zu Tage an einen Bauhandwerker zu machen berechtigt ist. Für das Studium der Bauwerke des klassischen Alterthums für das Studium der Naturwissenschaften und das Verstehen der dabei vorkommenden Ausdrücke, dürfen Kenntnisse der griechischen Sprache nicht weniger von Nutzen als die der lateinischen.

Die übrigen Forderungen der R. Ober-Bau-Dep. sind übrigens durch die von der R. Reg. getroffenen B. bereits erledigt. Berlin, den 15. März 1834.

Min. des J. für H. und G.

v. Schudmann.

An R. Reg. zu Königsberg in Pr. und

in Absicht an die R. Ober-Bau-Dep.

(A. XXI. 17. — 1. 18.)

1) U. R. des R. Fin. Min. (v. Alvensleben) v. 1. Nov. 1837 an sammtl.

in Verfolg der U. B. v. 22. April 1832 (Ann. S. 346.) wegen der aus höheren Schulen mit Entlassungsscheinen völliger Reife abgegangenen Kandidaten der Feldmesskunst, und mit Rücksicht auf die allgemeinen Vorschriften v. 8. Sept. 1831 (A. S. 1) über die Prüfung derjenigen, welche sich dem Feldmessen oder dem Baufache widmen, wird der R. Reg. hierbei in Abschrift ein mir von dem R. Min. der U. u. L. mitgetheiltes Verzeichniß¹⁾ der zu Entlassungs-Prüfungen berechtigten höheren Bürger- und Realschulen mit dem Bemerkn. zugesertigt, daß nach dem § 1. jener U. B. v. 8. Sept. 1831 die mit dem Zeugnisse der Reife der ersten Klasse dieser höheren Schulen und Realschulen entlassenen Schüler denen gleich geachtet werden sollen, welche aus der zweiten Klasse eines Gymnasiums entlassen werden.

(A. XXI. 879. — 4. 13.)

2) U. R. des R. Fin. Min. (v. Alvensleben) v. 7. Dec. 1837 an sammtl. Reg.²⁾

unterm 24. Nov. a. hat die R. Reg. angefragt, ob das U. R. v. 1. desselben M. d. R. v. 22. April 1832 (A. S. 346.) in sofern aufhebe, daß von den mit dem Zeugnisse der Reife aus der ersten Klasse aus den bezeichneten höheren Bürger- und Realschulen abgegangenen Kandidaten der Feldmesskunst, ein weiterer Nachweis über ihre Kenntnisse in der lateinischen Sprache ferner nicht gefordert werden solle.

Der Anfrage scheint kein zureichender Grund vorhanden zu sein.

¹⁾ Vergl. oben sub Nr. 1.

²⁾ Das U. R. ist zunächst an die R. Reg. zu Magdeburg ergangen und in Abschrift zur Nachricht sammtl. übrigen R. Reg. zugesertigt, jedoch kommt die am Ende eingeschlossene Stelle nur noch bei den R. Reg. zu Potsdam, Stettin, Königsberg, Berlin, Breslau, Münster und Koblenz in Betracht.

Nach der Mittheilung des Min. der G., U. u. Med. Ang., sind die in dem G. v. 1. Nov. genannten Schulen solche, die Entlassungs-Prüfungen nach den Vorschriften der vorläufigen Instr. v. 8. März 1832 (N. S. 104.) zu halten ermächtigt wor- Das Zeugniß der Reife soll aber nach dieser Instr. nur dann ertheilt werden, wenn Schüler die unter A. b. bemerkten Kenntnisse der lateinischen Sprache besitzt.

Sollte nichts desto weniger in einigen dieser Schulen das Lateinische vom öffentlichen Unterrichte ausgeschlossen sein, so ergiebt schon der Eingang des G. v. 1. Nov. indem er auf die G. v. 22. April 1832 Bezug nimmt und von den mit Entlassungsscheinen völliger Reife Abgegangenen spricht, daß von einer Dispensation von geringen Kenntnissen im Lateinischen nicht die Rede ist, welche die Instr. v. 8. März vorschreibt.

Es findet daher das G. v. 22. April 1832 nach wie vor, auf alle höhere und höheren Bürgerschulen Anwendung, deren Entlassungs-Prüfungen in Gemäßheit der Vorschriften v. 8. Sept. 1831 bei der Zulassung zum Feldmesser-Examen in Betracht kommen.

[Die R. Reg. wird übrigens angewiesen, das Prob. Schul-Kollegium hievon in Kenntniß zu setzen, damit nicht, wie es schon früher vielfach vorgekommen, die Schüler, welche sich dem Kaufmanns- oder Staatsdiensste widmen, von ihren Lehrern über das ihnen der nothwendigen Schulkenntnisse unrichtige Belehrungen erhalten.)

(N. XXI. 880. — 4. 14.)

3) G. v. des R. Fin. Min. (v. Duesberg) v. 18. Jan. 1847. Beschränkung der Zulassung zu den Feldmesser-Prüfungen.

Der Andrang zu den Feldmesser-Prüfungen hat seit einigen Jahren in so hohem Grade zugenommen, daß die Zahl derselben im J. 1845 gegen das Jahr 1840 beinahe verdreifacht ist. Ungeachtet der durch die Einschränkung der Eisenbahn- und sonstiger größeren Bauten in neuerer Zeit wesentlich verminderten Aussicht auf Verdienst und Zuwachs von Feldmessern noch immer im Steigen begriffen. In dem Bezirke mehrerer Regierungen ist dadurch bereits ein fühlbarer Mangel an Beschäftigung herbeigeführt, das Fin. Min. mit zahlreichen Gesuchen angegangen, denen nicht hat entsprochen werden können. Unter diesen Umständen ist es nicht länger zulässig, den Anträgen auf Zulassung von dem Nachweise der durch das Regul. v. 8. Sept. 1831 vorgeschriebenen Schulbildung in dem bisherigen Umfange zu entsprechen.

Ich habe daher beschlossen, derartige Gesuche, mit alleiniger Ausnahme besondern dringender Fälle, in denen neben ausgezeichneter Befähigung eine der vorchriftsmäßigen Schulbildung ganz nahe kommende Vorbereitung vorhanden ist, nicht weiter zu berücksichtigen. Indem ich die R. Reg. von diesem Beschlusse in Kenntniß setze, wende ich gleich an, bei Ihr eingehende, derartige Gesuche ohne Berichterstattung zurückzuweisen. Anordnung zu treffen, daß die angehenden Feldmesser-Eleven davon unterrichtet werden, daß nur diejenigen zur Prüfung zugelassen zu werden Aussicht haben, welche den nothwendigen Erfordernissen vollständig zu genügen im Stande sind.

(Min. Bl. d. I. B. 1847. S. 2. Nr. 3.)

4) R. v. des R. Min. der G., U. u. Med. Ang. (Freh) v. 5. Juli 1847. an die R. Reg. zu N., wegen der Behufs Zulassung zum Feldmesser-Examen nachzuweisenden Schulbildung.

Der R. Reg. eröffne ich auf den Ver. v. 15. Mai d. J., nachdem ich mit dem Minister für G. und G. deshalb in Vernehmen getreten, daß zur Feldmesser-Prüfung, in Rücksicht auf Schulbildung, alle diejenigen unbedingt zugelassen werden, welche

- 1) ein Gymnasium besucht und die Reife zur Beförderung aus der zweiten in die dritte Klasse erlangt, oder das entsprechende Maß von Kenntnissen vor einer Gymnasial-Prüfungs-Kommission dargethan haben, wobei die Dispensation von der Kenntniß der lateinischen Sprache nicht gestattet ist;
- 2) aus der ersten Klasse einer zur Anstellung von Entlassungs-Prüfungen berechtigten höhern Bürger- oder Realschule als reif entlassen worden sind, oder das entsprechende Maß von Kenntnissen vor einer Prüfungskommission dieser Lehranstalt nachgewiesen haben, wobei jedoch die in der Instr. v. 8. März 1832 §. 4. Litt. A. b. ¹⁾ bezeichneten Kenntnisse in der lateinischen Sprache stets vorhanden sein müssen.

¹⁾ Der §. 4. Litt. A. b. der Instr. v. 8. März 1832 lautet dahin: „Im Lateinischen muß der Schüler Fertigkeit besitzen, den Julius Cäsar und leichtere Stellen des Ovidius und Virgilius zu übersetzen, die Regeln der Etymologie und Syntax zu haben und anwenden können, auch mit der Quantität und dem dactylischen Versmaße bekannt sein.“ (N. XVI. S. 106)

In d. Reg. überlasse ich, nach diesen mit der Ansicht derselben übereinstimmenden Vordrücken zu verfahren. (Min. Bl. d. I. B. 1849, S. 173. Nr. 239.)

b) Die Schulzeugnisse zu den Feldmesser- und Bau-Prüfungen, sowie die Zeugnisse über praktische Ausbildung und Thätigkeit zu diesem Behuf sind freizustellen. (Vergl. die Bl. d. I. Juni u. 29. Juli 1850, Min. Bl. d. I. B. 1850, S. 12 u. 236.)

c) Zum §. 4.

A. des R. Min. des I., Abth. für G. u. B. (v. Schudmann), d. 5. Jan. 1852 an die R. Reg. zu Breslau u. an die R. Ober-Bau-Dep.

Nach der klaren Vorschrift des §. 4. der Instr. wegen Prüfung der Feldmesser und Bau-Prüfungen v. 8. Sept. d. J. tritt die Beurtheilung der Qualifikation des Feldmessers von Seiten der Ober-Bau-Dep. erst ein, nachdem die Prüfung geschehen ist, und mit diesem Zeitpunkt ist den Reg. überlassen, die Zulassungsfähigkeit desselben zum Examen selbst zu beurtheilen und seine Prüfung anzuordnen und zu bewilligen etc. etc.

(Acta d. R. Berw. für G., B. und Bauw., sign. Bildung im Posaach, A. 17. Nr. 2. Vol. II.)

e) Zum §. 6.

A. des R. Min. des I., Abth. für G. u. B. (Wenth) d. 22. Oct. 1851 an die R. Min. Bau-Kom. u. abschriftl. an sämtl. R. Reg.

Der etc. wird auf den Ver. d. 14. d. M. eröffnet, daß in den beiden darin vorgeordneten, Ihr zweifelhaften Fällen die Verleihung als Feldmesser nach den neueren bei der Prüfung etc. zu beobachtenden Vorschriften d. 8. Sept. d. J. unbedenklich ist.

Wer auf seine Anmeldung zum einjährigen Dienste als zeitig unbrauchbar zurückgewiesen wird, ist wenigstens temporär unfähig zum Militärdienste; ebenso derjenige, welcher auf den Fall tüchtiger Brauchbarkeit der Landwehr überwiesen wird; und derjenige, als jener gehört also in die Kategorie des §. 6 der Eingangs gedachten Vorschriften.

(Acta der R. Berw. für G., B. u. Bauw., sign. Bildung im Posaach, A. 17. Nr. 2.)

d) Zum §. 7.

aa) E. R. des R. Min. (Rühne) d. 7. April 1848 an sämtl. R. Reg., an die R. Min. Bau-Kom. Nichtausführung öffentlicher Bauten durch Arbeiter, sondern wiederum nur durch Baumeister oder Bauführer.

Bei dem früheren Mangel an geprüften Baumeistern und Bauführern ist bisher die Leitung der Bauaufsichtigung von Bauaufsichtungen öfter Feldmessern übertragen; da aber jetzt eine nicht geringe Zahl unbeschäftigter Baumeister und Bauführer vorhanden ist, so wird die Befolgung des §. 7. der Vorschriften d. 8. Sept. 1831, nach welcher Arbeiter bei öffentl. Bauten nicht beschäftigt werden sollen, in Erinnerung gebracht. Bei öffentlichen Bauaufsichtungen, zu denen Feldmesser einmal dauernd auf bestimmte Posten sind, wird es indessen bei dem getroffenen Abkommen betenden müssen. Bei Bauaufsichtungen von Feldmessern müssen aber unterbleiben und es sind ferner wieder Baumeister oder in deren Ermangelung Bauführer anzunehmen.

(Min. Bl. d. I. B. 1848, S. 158. Nr. 158.)

bb) E. R. des R. Min. für G., B. u. öffentl. Arb. (Milde) d. 6. Juli 1848 an sämtl. R. Reg. und an die R. Min. Bau-Kom. Leitung, Bauaufsichtigung und Ausführung öffentl. Bauten.

In Berücksichtigung, daß es einerseits wünschenswerth erscheint, den Bauführern Gelegenheit zur Erweiterung von praktischen Kenntnissen zu geben, um aus ihnen tüchtige Arbeiter zu gewinnen, und daß anderseits die Kreisbaubeamten sehr selten Zeit erübrigen, um die spezielle Leitung eines größeren Baues neben ihren übrigen Dienstgeschäften zu bewerkstelligen, wird, unter Bezugnahme auf die E. B. d. 7. April d. J. (Min. Bl. d. I. B. 1848, S. 158.)¹⁾ Folgendes bestimmt:

Bei allen Bauten, bei denen, außer der obern Leitung des Kreisbaubeamten, noch eine spezielle technische Leitung oder Bauaufsichtigung erforderlich wird, sind dazu Baumeister oder Bauführer zu bestellen.

In den Ansätzen zu diesen Bauten sind die Kosten für diese Spezial-Bauleitung und zwar in der Regel mit 1½ Thlr. pro Tag mit zu veranschlagen. Wird in einzelnen Fällen wegen Schwierigkeit oder Ausdehnung des Geschäfts, oder weil zu solchem besondere Erfahrung oder Kunstfertigkeit gehört, und deshalb dazu ein Baumeister

von vorzüglicher Qualifikation nöthig ist, so kann der Platen-Satz auf 2 Thlr. erhöht werden, was jedoch stets besonders motivirt werden muß.

- 3) Die Kreisbaubeamten dürfen neben ihrem Gehalte für die spezielle Leitung d. öffentl. Baues in ihrem Geschäftskreise eine besondere Remuneration nicht bezogen.
- 4) Für den Fall, daß die K. Reg. nicht selbst die zu Bauten in ihren Bezirken erforderlichen Baumeister und Ausführer zu ermitteln vermag, hat Dieselbe bei Min. für H., G. und öffentl. Arb., bei welchem Listen über die unbeschäftigten Baumeister und Ausführer geführt werden, die Uebersendung eines solchen zu beantragen.
- 5) Mit der Führung dieser Listen ist für jetzt der Bau-Insp. Mar. esch beauftragt, bei welchem sich die Baumeister und Ausführer auch persönlich (während der wöhnlichen Dienststunden) erkundigen können, ob und wo Beschäftigung für Baumeister und Ausführer vorhanden ist.
- 6) Die Bestimmung, daß bei öffentlichen Bauten zu deren Spezial-Leitung oder technischen Beaufsichtigung auch fernerhin nicht Feldmesser, sondern nur Baumeister oder Ausführer ausgestellt werden dürfen, wird wiederholt; doch findet diese Bestimmung selbstredend auf solche Feldmesser, welche früher beim damaligen Königl. Baumeistern zu einem bestimmten Bau für die Dauer desselben engagirt sind, keine Anwendung. Sind jedoch die Feldmesser nur zeitweise auf Kündigung angestellt, so muß nunmehr diese Kündigung eintreten und sind für die hiernach obgründeten Feldmesser alsdann Baumeister oder Ausführer zu engagiren.
- 7) Ferner ist Seitens der K. Reg. darauf zu halten, daß ebensowohl bei allen öffentlichen Bauten (mit Ausnahme der Militär-Bauten), als auch bei allen andern Bauunternehmungen, namentlich bei Aktien-Chauffeen, Eisenbahnen u. dergl., die technische Leitung der Bauausführungen nur geprüften Baumeistern übertragen wird. Hierbei ist unter: »technische Leitung« eine solche gemeint, unter welcher die leitenden Werkleute in der Weise stehen, daß sie nach den Anordnungen des Baumeisters verfahren müssen, der die Leitung führt, wobei also die Verantwortung für Solidität und Sicherheit der Ausführung nicht auf die Werkleute, sondern auf den Baumeister fällt, der die Bauausführung leitet. Unter diesen leitenden Baumeistern können jedoch andere Bau-Aufscher ohne Baumeister-Qualifikation angestellt werden, welche letztere alsdann für die technisch-richtige und polizeilich-gefahrlose Ausführung nicht verantwortlich sind und deren Anordnungen daher die betr. Werkleute nicht untergeordnet werden dürfen.

(Min. Bl. d. I. B. 1848. S. 302. Nr. 360.)

BB. Regulativ des K. Min. des I. für H., G. u. Bauw. (v. Schudmann) v. 8. Juli 1833 betr. die Prüfung der Feldmesser¹⁾.

In Verfolg der Vorschriften für die Prüfung der Feldmesser v. 8. Sept. 1831 für die Bildung der Prüfungs-Kommissionen bei den K. Reg. und jene Prüfungs-Kommissionen folgendes Regulativ zur allgemeinen Beobachtung ertheilt:

§. 1. Die Prüfungs-Kommission für die Kandidaten der Feldmessenkunst soll aus dem Baurathe oder den beiden Bauräthen der K. Reg. bestehen, wo deren zwei vorhanden sind. Außer diesen wird von dem Präsidenten des Kollegii noch ein Rath zugezogen, wozu der Schulrath oder Forstrath, oder ein anderer sachkundiger Reg. Rath auszuwählen ist.

¹⁾ Ueber die Prüfungen der Feldmesser war bereits unterm 5. März 1817 ein Ministerial-Beschluß erlassen, welcher die Regierungen erließ, welche damals wegen der Entfernung von Berlin zur Prüfung der Feldmesser berechtigt wurden. Wegen der verschiedenen Anordnungen dieser Prüfungen bei den einzelnen Regierungen und in Folge der Veränderungen, welche die Vorschriften v. 8. Sept. 1831 in dieser Beziehung machten, erachtete indeß das K. Min. des I., Abth. für H. u. G., es für nöthig zu halten, ein neues allgemeines Regl. zu entwerfen und das vom Jahre 1817 aufzuheben. Es wurde daher mittelst H. v. 31. März 1832 die Ober-Bau-Dep. mit dieser Arbeit beauftragt. Dieselbe machte unterm 10. Juni 1832 ihre Vorschläge, welche mit verschiedenen Modifikationen, unterm 8. Juli 1833 genehmigt wurden. In solchergestalt entstandene (obige) Regul. wurde den sämtl. K. Reg. und der Bau-Dep. mittelst nachstehenden H. des K. Min. des I. für den H. u. G. (v. Schudmann) v. 19. Juli 1833 zugefertigt.

»Das Min. des I. hat ein Regl. für die Prüfung der Feldmesser entworfen, welches belassen, von welchem der K. Reg. 20 Exemplare zugefertigt werden, mit dem Auftrage, den Abdruck in das Amtsblatt zu bewirken, und von da ab danach resp. zu verfahren und verfahren zu lassen.«

(Acta der K. Verm. für H., G. u. Bauw., sign. Bildung für das I. d. H., A. 17. Nr. 2. Vol. II.)

Dem Dirigenten der Abth. des I. wird es anheimgestellt, bei diesen Prüfungen zu thun, wie es schon jetzt bei mehreren K. Reg. der Fall ist.

§ 2. Der Feldmesser soll nach §. 1. der Vorschriften v. 8. Sept. 1831 die Kenntnisse nachweisen, welche zur Entlassung aus der zweiten, als reif für die erste Klasse eines Katasters erforderlich werden, oder der Weise für die Klasse einer andern Lehranstalt, z. B. des Min. des I. für G., O. u. Baum. jener Klasse eines Gymnasiums gleich achtet.

Es transitorisch bleibt die frühere Vorschrift v. 8. März 1824 und 22. April 1833 fort, wonach Katastergehilfen, welche als solche bei einer Kataster-Kommission der Provinz und Residenz, vor dem 8. Sept. 1831 angestellt gewesen sind, und darüber, sowie über ihr Wohlverhalten ein Zeugniß der respectiven Kataster-Kommission besitzen, von dem obigen Nachweise ihrer Schulbildung entbunden sind. Das sonach ausgetretene Feldmesser-Zeugniß befähigt aber nicht zur architektonischen Prüfung.

Officiere des stehenden Heeres, welche die Prüfung als Officiere bestanden haben, zehrende Feldjäger, sind von Veldbringung solcher Zeugnisse entbunden.

Der Feldmesser muß ferner vor seiner Prüfung als solcher, bei einem oder mehreren abgetheilten Feldmessern oder Kataster-Geometern, wenigstens überhaupt ein Jahr lang, Ausführung von Vermessungen und Nivellements gearbeitet, und einen untadelhaften Zustand geführt haben.

§ 3. Mit den Zeugnissen hierüber meldet sich der Kandidat, unter Einreichung seines Lebenslaufes, bei der Reg. desjenigen Bezirks, in welchem er praktisch gearbeitet hat, an, und bittet auf seine Prüfung an, welche jene durch die bei ihr bestehende Prüfungs-Kommission anordnet¹⁾.

§ 4. Die Kommission prüft zunächst die von dem Kandidaten beigebrachten Zeugnisse, erkennt dieselben in einer Verhandlung als genügend an, oder verlangt die Vervollständigung.

Hierbei ist auch darauf zu halten, daß in den Attesten über die praktischen Leistungen der Kandidaten ausdrücklich bemerkt ist, welche Vermessungen und Nivellements der Kandidat unter Aufsicht, jedoch selbst ausgeführt hat, und welche Instrumente dabei benutzt worden sind.

§ 5. Wenn gegen die Zeugnisse nichts zu erinnern ist, oder die mangelhaften vervollständigt worden sind, so ertheilt die Kommission dem Kandidaten spätestens acht Wochen nach dem Eingange eine Probearbeit.

Diese besteht darin, daß dem Kandidaten entweder eine Karte zum Kopiren oder einem gegen Bürgschaft zugetheilt, und eine angemessene Zeit, binnen welcher die Probearbeit abzuleisten ist, bestimmt wird.

Sind keine passenden Karten im Archive der Reg. vorhanden, alsdann können gestochene Emulationen, hydrographische oder topographische (nicht geographische) Karten als Vorarbeiten ausgewählt werden, die der Kandidat gehalten ist, sich selbst anzuschaffen, und ihm überlassen bleibt, binnen welcher Zeit er die Probearbeit abzuleisten will.

Bei der Auswahl der Karten überhaupt, ist eine übermäßige Ausdehnung derselben zu vermeiden, wohl aber darauf zu sehen, daß Hügel, Berge, Seen oder Flüsse u., Wälder, Wiesen, Gärten und Dörfer vorkommen.

Dem Kandidaten wird aufgegeben, diese Karte auf Wellpapier, das vorher auf einen Rand gezogen werden muß, zu zeichnen. Wenn die Zeichnung colorirt werden soll, so ist der Regel geſchehen muß, sind die Gebäude roth, die Gewässer blau, die Wege braun, die Wiesen grün, die Gärten laſtgrün, und die Holzungen ſchwarzlich anzulegen.

§ 6. Wenn der Kandidat seine Probearbeit mit dem Original der Kommission vorgelegt hat: prüft diese zunächst die Richtigkeit und Vollständigkeit der Karte, und die Sauberkeit und Güte der Zeichnung, und registrirt den Befund.

Bei etwaniger Zurückweisung der Probearbeit ist dem Kandidaten bekannt zu machen, welche Ausstellungen sich gegen seine Arbeit gefunden haben, und weshalb dieselbe als probemäßig anerkannt worden sei.

§ 7. Die Prüfungen der Feldmesser werden regelmäßig vierteljährlich in der ersten Hälfte des Mon. Jan., April, Juli und Oct. im Geschäftshause der Reg. vorgenommen.

Wenn die Probearbeit spätestens acht Wochen vor einem solchen Termine eingebracht und zur Zufriedenheit ausgefallen ist, so wird der Kandidat zur Prüfung in demselben vorgeladen²⁾.

¹⁾ Vergl. §. 2. der Regl. v. 8. Sept. 1831. (S. oben S. 112.)

²⁾ Diese Bestimmungen gründen sich auf das R. des K. Min. des I. für G. u. O. (n. Schmidtman) v. 17. März 1832, welches im Auszuge in d. R. Ann. XVI. 345. — 2. 10.) mitgetheilt ist und vollständig dahin lautet:

„Es sind viele Fälle zu meiner Kenntniß gekommen, worin Kandidaten der Feldmesskunst auf eine unantwortliche Weise hingehalten worden sind,

§. 8. Bei der Prüfung ist folgendes Verfahren zu beobachten. Zuvörderst hat der Kandidat eine nicht große aber zweckmäßig gewählte Abtheilung aus einer Karte im Aufsatze zu kopiren, und durch Zeichnungsart und Schrift zu beweisen, daß die Probe von ihm allein gezeichnet worden sein könne. Daß dies auch wirklich geschehen sei, wird über seine Versicherung an Eidesstatt nur in dem Fall angenommen, daß eine Vergleichung beider Arbeiten kein Zweifel über die Richtigkeit einer solchen Versicherung vorgeht.

Demnächst wird der Kandidat geprüft:

a) in der Arithmetik, sowohl in der Rechnung mit abstrakten Zahlen, als mit Maß-, Münz- und Gewichtsorten und Brüchen, in der Decimal-Rechnung, Ausziehung der Wurzeln, Lehre von den Verhältnissen, Proportionen und Progressionen, nebst Anwendung in der Regeldekti und den damit zusammenhängenden Rechnungen;

b) in der Algebra, einschließlich der Auflösung unreiner quadratischer Gleichungen und Uebung im Gebrauche der Logarithmen;

c) in der ebenen Geometrie bei Anwendung der darin enthaltenen Sätze, sowohl hinsichtlich ihrer Beweise, als auch der verschiedenen daraus entspringenden Aufgaben;

d) in der Trigonometrie, mit einiger Kenntniß der sphärischen, nicht nur in den Gründen der Trigonometrie, sondern auch in ihrer Anwendung, um mit Hülfe der trigonometrischen Tafeln die Auflösung derjenigen Aufgaben, welche bei Berechnung der Höhen, Bestimmung unbekannter Entfernungen aus gegebenen Seiten und Winkeln vorkommen, zu bewerkstelligen;

e) in der Feldertheilungs-Lehre, sowohl nach bestimmten Verhältnissen, als auch nach der Ponität der Grundstücke, sowie in Verwandlung der Figuren;

f) in der Feldmesskunst. Es wird erfordert: hinlängliche Bekanntschaft mit beim Feldmessen vorkommenden Maßen, und Fertigkeit, solche aus einem in das andere zu verwandeln; gehörige Kenntniß von den Eigenschaften und dem Gebrauche der verschiedenen zum Messen nöthigen Instrumente; genaue Kenntniß des Verfahrens bei Vermessen, dem Auftragen und der Berechnung der Figuren, und in den bei der Vermessung vorkommenden schwierigen Fällen, sowie bei Anfertigung des Vermessungs-Protokolls-Registers; Kenntniß von der Anwendung dieser allgemeinen Lehren auf Ausführung größerer Ausnahmen (jedoch innerhalb der Grenzen einiger Quadratmaße) sowie auf die Vermessung zu verschiedenen Zwecken, als Straßen-, Strom-, Forst-ökonomischen Vermessungen;

• ehe Ihnen nach eingereichten Probearbeiten ein Termin zur Prüfung anberaumt wurde, ja selbst Fälle, wo mehr als zwei Jahre vom Prüfungstermin verstrichen sind, ehe die Prüfungsarbeiten an die K. Ober-Bau-Dep. übersandt worden. •

• Ich finde mich um so mehr veranlaßt, hier von Amtswegen einzuschreiten, als eine so grobe Fahrlässigkeit von den künftigen Untergebenen der Reg.- und Bauräthe nicht zur Sprache gebracht wird. •

• Ich bestimme daher:

• 1) daß die Prüfungen der Feldmesser regelmäßig vierteljährlich in der ersten Woche des Mon. Jan., April, Juli, Okt. stattfinden sollen, und zu v. d. 1. Juli d. J. an;

• 2) daß die Kandidaten, welche ihre Probearbeiten 8 Wochen vor dem eingereicht haben, bis zum nächsten Prüfungstermine entweder zurückgewiesen oder in diesem geprüft werden sollen;

• 3) daß vom Eingange der Anmeldung zu einer Probearbeit bis zur Verfügung, womit sie erteilt wird, höchstens 8 Wochen vergehen dürfen;

• 4) daß vom Tage der Prüfung an höchstens 4 Wochen bis zur Einsendung der Probearbeiten an die Ober-Bau-Dep. vergehen dürfen;

• Die Ober-Bau-Dep. ist von mir angewiesen worden, vierteljährlich Listen einzureichen, woraus die Befolgung der sämtlichen obigen Vorschriften nach Lage der Prüfungs-Verhandlungen kontrollirt wird. Die Akten sind ihr daher so vollständig zu übersenden, daß sie die erforderlichen Data enthalten.

• Da Klagen solcher Verschleppungen bisher, wo sie stattfanden, keine Abberung hervorbrachten, so wird künftighin jedes Nichterhalten der oben vorgeschriebenen Termine, sofort beim Eingange der Nachweisungen der Ober-Bau-Dep., mit einer Geldstrafe von hier aus belegt werden. •

(Acta des K. Min., Abth. für G., F. u. Bauw., sign. A. 17. Nr. Vol. II.)

el in der Nivellementskunst. Gehörige Kenntniß von den Eigenschaften und dem Gebrauch der Nivellement-Instrumente und genaue Vertrautheit mit den Lehren des Nivellements, mit dem praktischen Verfahren bei demselben, Führung des Journals und Aufzeichnung der Nivellement-Notizen. Die Fertigkeit im Nivellement ist nicht bloß auf einzelne Punkte der trockenen Oberfläche der Erde zu beschränken, sondern auch auf das Schließen in Erdhöhlen, Runden und Gräben, und auf die in solchen gewöhnlich befindlichen Baumstämme, sowie darauf auszuweichen, wie und nach welchem Maßstabe die Nivellemente nach den §§. 40. bis 60. des Feldmesser-Regl. v. 29. April 1813 *) zu führen werden müssen.

Desweiterhin allgemeine Kenntniß der Refraction der Lichtstrahlen, sowie des wahren und scheinbaren Horizonts.

§ 9. Der Kandidat hat unter Aufsicht eines Beamten die ihm zu ertheilenden Fragen aus den vorgedachten Wissenschaften schriftlich begeben zu beantworten, daß er die Antworten neben den von dem Aufsichtsbeamten niedergeschriebenen Fragen zu setzen hat.

Der Aufsichtsbeamte hat immer nur eine Aufgabe dem Kandidaten zu ertheilen, und eine angemessene Frist festzusetzen, und nach Ablauf derselben eine andere Aufgabe zu lassen, wenn die vorhergegangene auch nicht, oder nicht vollständig gelöst worden ist.

Es wird nicht erforderlich sein, die schriftliche Prüfung, welche der mündlichen vorangeht, zu weit auszudehnen, und es werden daher in der Regel etwa zwanzig Fragen zu geben, bei der schriftlichen Prüfung ausreichen, die der Kandidat in dreien Tagen zu beantworten muß.

Der mündlichen Prüfung ist ein Tag bestimmt; die Prüfung eines Feldmessers soll längstens in vier Tag geschehen.

Die Mitglieder der Kommission sind verpflichtet, während der schriftlichen Prüfung dem Kandidaten zu überlegen, daß mit Ernst und ordnungsmäßig verfahren werde, und zu sehen, daß der Kandidat sich seiner Hülfsmittel an Büchern, Ziffern u. dgl. zur Beantwortung der Fragen bediene.

§ 10. Die Kommission prüft die schriftlichen Arbeiten des Kandidaten, und stellt demnach nach vorheriger Berathung über den Ausfall des Examinens überhaupt im jeder Hinsicht fest.

Somit nun aber auch bei Bemerkung der Resultate der Prüfung, sowohl über die einzelnen Zweige, als über die Qualifikation des Kandidaten überhaupt, eine gleichmäßige Abstufung beobachtet werde, ist der Grad der Zulänglichkeit des Minimum anzunehmen, und das Urtheil in folgender Art zu fassen:

Ueber die bei der schriftlichen und mündlichen Prüfung entwickelten Kenntnisse einzelner Zweige:

- a) zulänglich,
- b) ziemlich gut,
- c) gut,
- d) recht gut,
- e) gründlich und gut,
- f) vorzüglich.

§ 11. Ueber die Qualifikation des Kandidaten zum Feldmesser im Allgemeinen:

- a) zulänglich,
- b) gehörig,
- c) völlig, und
- d) vorzüglich.

Bei Beurtheilung der Probestarte aber wird bemerkt, ob sie richtig und dabei

- a) mittelmäßig, oder
- b) ziemlich gut,
- c) gut, oder
- d) schon gezeichnet worden sei.

§ 12. Die schriftlichen Ausarbeitungen muß der Kandidat mit seinem Vor- und Nachnamen unterschreiben und das Datum bemerken. Außerdem wird von dem Aufsichtsbeamten befohlen, daß die Beantwortung in seiner Gegenwart und ohne Hülfsmittel geschehe.

§ 13. Gebühren irgend einer Art werden für dergleichen Prüfungen nicht erhoben, sondern diese, bis auf das anzuwendende Stempelpapier zu den Qualifikationsprüfungen, völlig kostenfrei sein.

vergl. dasselbe unten.

§. 13. Die Kommission legt sämtl. Dokumente und Probearbeiten, und das sungen-Protokoll mit ihrem Gutachten der Reg. vor, die Reg. sendet sämtl. Verhänge an die Oberbau-Dep. Das von dieser Behörde auszustellende Zeugniß enthält über die Fähigkeit zu gewissen Arten der Vermessungen und Nivellements, zugleich auch, ob und unter welchen Umständen und Modifikationen, nach Verlauf einer oder mehrerer nochmaligen Prüfung der unrichtig besundenen Kandidaten vorgenommen werden soll. Vom Tage der Prüfung an dürfen höchstens 4 Wochen bis zur Einsendung der Probearbeiten an die Oberbau-Dep. vergehen¹⁾.

Werden mehrere Kandidaten zugleich geprüft, so sind die Verhandlungen der Prüfung eines jeden mit einem besondern Schreiben an diese Behörde zu übersenden, dieselbe für jeden Feldmesser besondere Personal-Akten anlegen muß.

(A. XVII. 269. — 2. 18.)

Dazu:

a) Zum §. 1.

E. M. der R. Vertw. für H., Fabr. u. Bauw. (Beuth) v. 30. Juli 1833 an sämtl. R. Reg. der Provinz Westphalen und der Rheinprovinz. Für die Feldmesser als künftige Kontrolleure der direkten Steuern, als Fortschreibungsgehilfen und Assistenten bei den Kataster-Büreaux.

Seit dem Abschlusse des Rheinisch-Westphälischen Katasters werden in den Provinzen der Monarchie nur geprüfte Feldmesser als Kontrolleure der direkten Steuern, als Fortschreibungsgehilfen und Assistenten bei den Kataster-Büreaux der R. Reg. stellt. Die Kataster-Arbeiten setzen indessen manche Eigenschaften voraus, die für Feldmesser, welche später als Bau-Konstrukteure und Baumeister angestellt sein können, nicht unbedingt erforderlich sind, wogegen andere Kenntnisse und Fertigkeiten, auf welche bei anderen Feldmessern viel Gewicht gelegt werden muß, bei den Katasterbeamten nicht oder nur in geringerem Grade vorhanden zu sein brauchen. Damit nun das Min. unter der großen Anzahl der Feldmesser die für die Kataster-Arbeiten vorzugsweise geeigneten kennen lerne, um unter ihnen auswählen zu können, wird nach dem Beschlusse der §. 1 des Regul. v. 8. Juli 1833 für die Prüfung der Feldmesser dahin bestimmt, daß in den Rheinisch-Westphälischen Provinzen der Vorsteher des Kataster-Büreaux überall der Prüfungs-Kommission für die Feldmesser als Mitglied zugeordnet werden hat die R. Reg. hiernach zu verfahren.

Dem R. Fin. Min. ist von dieser Verf. zur Anweisung jener Beamten Mittheilung gemacht worden. (A. XX. 563. — 3. 44.)

b) Zum §. 2.

1) Die hier in Bezug genommenen R. v. 8. März 1824 u. 22. März 1833 lauten dahin:

a) R. des R. Min. d. H. v. 8. März 1824 an den Ob. Präsid. d. Provinz zu Münster und an die R. Oberbau-Dep.

Auf Erw. zc. Ver. v. 21. v. M. genehmige ich, daß diejenigen Kataster-Geometern, welche nachweisen können, daß sie bereits vor Ostern 1823 angestellt gewesen, von der Oberbau-Deput., der sie ihre Zeugnisse einzureichen haben, zum Feldmesser-Examen zugelassen werden können. Wenn aber diese Geometer darauf Ansprüche machen, das architektonische Examen abzulegen, so müssen sie das erforderliche Attest beibringen, daß sie Kenntnisse eines aus Sekunda als reif entlassenen Gymnasiums besitzen zc.

(Acta der R. Vertw. für H., F. u. Bauwesen, sign. Bildung im Laufach, Nr. 2.)

β) E. M. des R. Min. des J. für H. u. G. (v. Schudmann) v. 22. März 1833 an sämtl. R. Reg.

Durch die Verf. v. 8. März 1824 an die R. Oberbau-Deput. und den R. Ob. Präsid. v. Vindé, zu Münster, als Gen.-Direktor des Katasters, hat das Min. genehmigt, daß diejenigen Kataster-Geometern, welche nachweisen können, daß sie bereits vor Ostern 1823 als solche angestellt gewesen, zum Feldmesser-Examen zugelassen werden können, ohne sich über ihre Schulstudien ausweisen zu müssen, mit der Beschränkung jedoch, wenn sie später das architektonische Examen ablegen wollen, sie nichts desto weniger ein Zeugniß beizubringen haben, daß sie die Kenntnisse besitzen, welche zur Entlassung aus der zweiten Klasse eines Gymnasiums erforderlich sind.

¹⁾ Vergl. das R. v. 17. März 1832 s. oben S. 119 ff. in der Note 1 zum §. 13. Regul.

Diese Bestimmung habe ich mich betrogen, ihrem ganzen Inhalte nach, auf alle Gehöfen auszudehnen, welche vor dem 8. Sept. 1831 bei einer der Kataster-Kommissionen der Rheinprovinz und Westphalens beschäftigt gewesen sind und darüber, von der ihr Wohlverhalten, ein Zeugniß der resp. Kataster-Kommission beibringen.

Die R. Reg. hat diese Verf. als zusätzliche Vorschrift zu den ihr unter dem 8. Sept. 1831 die Prüfung der Feldmesser bekannt gemachten zu betrachten, und demgemäß zu verfahren.

Alsigeo wird zum Ueberflusse dabei bemerkt, daß die hiernach zur Prüfung zugelassenen Feldmesser dadurch keinen Anspruch auf die Zulassung zur architektonischen Prüfung erhalten. (Min. Bl. d. I. B. 1840. S. 2. Nr. 19.)

Mit Bezug hierauf ist ergangen:

a) E. R. des R. Fin. Min. (v. Alvensleben) v. 10. Febr. 1840 an sämmtl. Reg. Zulassung ehemaliger Kataster-Gehülfen zum Feldmesser-Examen.

Nach dem §. 2 der V. v. 8. Juli 1833 über die Prüfung der Feldmesser soll die letztere hinsichtlich v. 8. März 1824 und 1. April 1823 als transitorisch in Kraft bleiben, und Kataster-Gehülfen, welche als solche bei einer Kataster-Kommission der Rheinprovinz und Westphalens, vor dem 8. Sept. 1831 angestellt gewesen sind, und darüber, so wie über ihr Wohlverhalten, ein Zeugniß der resp. Kataster-Kommission beibringen, von der vorgeschriebenen Nachweise ihrer Schulbildung, Behufs der Zulassung zum Feldmesser-Examen, entbunden sind.

Da über diese allgemeine Bezeichnung: „Kataster-Gehülfen“ Zweifel entstanden sind, und keineswegs die Absicht gewesen ist, hierunter alle Hülfenarbeiter der Kataster-Kommissionen zu begreifen, so wird jene Bezeichnung dahin bestimmt:

zu nur solche Hülfenarbeiter verstanden sein sollen, welche als Geometer-Gehülfen bezeichnet, oder vor dem 8. Sept. 1831 nach dem Urtheile der resp. Kataster-Kommission zur Ernennung reif waren;

und der R. Reg. seiner Zeit ein namentliches Verzeichniß dieser Individuen, auf die Befugniß zur ausnahmsweisen Zulassung zum Feldmesser-Examen zu beschränken, zur Annahmefähigkeit zu fertigen werden.

(Schluß an die R. Reg. der Provinz Westphalen und der Rheinprovinz:)

Die R. Reg. wird angewiesen, zu dem Ende ein namentliches Verzeichniß derjenigen zum Jhres Verw. Bez., auf welche hiernach die Befugniß zur ausnahmsweisen Zulassung zum Feldmesser-Examen zu beschränken ist, aufzustellen und bald einzureichen.

Min. Bl. d. I. B. 1840. S. 40. Nr. 64.)

b) E. R. des R. Fin. Min. (v. Alvensleben) v. 30. März 1840 an sämmtl. Reg. Zulassung der Zöglinge der höheren Forst-Lehranstalt in Neustadt-Eberwalde zur Feldmesser-Prüfung.

Nur zur diesseitigen Kenntniß gekommen, daß bei den R. Reg. hinsichtlich der Zöglinge der R. höheren Forst-Lehranstalt in Neustadt-Eberwalde, wenn dieselben sich zum Examen zum Feldmesser-Examen melden, kein gleichmäßiges Verfahren beobachtet wird; wird hieraus Veranlassung genommen, die R. Reg. darauf aufmerksam zu machen, die Zeugnisse der gedachten Anstalt keineswegs für den Zweck einer Beglaubigung der Forster-Qualifikation genügen, indem durch solche nur bekundet wird, daß die Forstler den praktischen Feldmesser-Übungen auf der Anstalt beigewohnt haben.

Die Zöglinge jener Anstalt dürfen daher auf den Grund dieser Zeugnisse nicht zur Feldmesser-Prüfung zugelassen werden, vielmehr müssen dieselben ebenfalls der Vorschrift des Reg. v. 8. Juli 1833 genügen und nachweisen, daß sie vor der Prüfung wenigstens ein Jahr bei einem oder mehreren beglaubigten Feldmessern in Ausführung von Vermessungen u. gearbeitet haben. (Min. Bl. d. I. B. 1840. S. 70. Nr. 122.)

c) Zum §. 12.

In Betreff der Gebühren für Prüfung der Feldmesser hatte bereits E. R. des R. Min. des J. für H. u. W. (v. Schudmann) v. 21. Juni 1832 sämmtl. R. Reg. deren Unzulässigkeit ausgesprochen.

Wenn die R. Reg. bei Organisation der Kommission zur Prüfung der Feldmesser in der Vorschrift v. 8. Sept. v. J. eine Examinationsgebühr von fünf Thlr. festgesetzt hat,

so ist in dem dieserhalb erstatteten Ber. v. 30. März c. unter anderen darauf bestimmt, daß ein gleicher Satz sonst für die Prüfung eines Feldmessers bei der Ober-Dep. entrichtet worden, so wird bemerkt, daß dieser Gebührensatz vormalig nach der Verordn. d. 26. Juli 1776 erhoben worden. Dies ist jedoch nur bis zum J. 1800 der Fall gewesen, indem nach der von des Königs Maj. unterm 26. Sept. 1800 für jene Anstalt erlassenen Dienstinstrukt. §. 13 festgesetzt ist:

Examina sind bei der technischen Ober-Bau-Dep. nicht üblich. Namentlich werden

die Prüfungen unentgeltlich entrichtet und für die Zeugnisse bloß der Stempel bez. Die K. Reg. ist hiernach nicht befugt, für eine Ihr per modum delegationis übertr. Prüfung, eine von des Königs Maj. aufgehobene Gebühr zu fordern. Derselbe hat Ihre diesfällige Anordnung wieder aufzuheben und dieß durch das Amtbl. bekannt machen. Ueberhaupt muß Ihre Befugniß, dergl. Gebühren einzuführen, bestritten werden.

Wenn übrigens die K. Reg. außer Ihren Bauräthen eine besondere Examinal-Kommission für Feldmesser organisiert und dazu Schullehrer zugezogen hat, die als Sporteln remunerirt werden, so wird Sie angewiesen, dieses Verfahren, welches abnorm ist, einzustellen. Seit einer Reihe von Jahren sind die Feldmesser-Prüfungen allen entfernten Reg. Bez. ohne eine solche Hülfe verrichtet worden, und in Potsdam zwei Reg.- und Bau-Räthen, ist dazu der wenigste Grund vorhanden. Die in d. erhobenen Gebühren, hat die K. Reg. den Feldmessern zu restituiren. den vergüteten frag anzudeuten, und wird dann den zugezogenen nicht zum Baubienst verpflichteten, minatoren für die Vergangenheit die ihnen gebührende Remuneration hier angegeben werden. (Acta des K. Fin. Min., Abth. für H., J. u. Bauw., sign. 17. No. 2. Vah)

Zweite Unter-Abtheilung.

Rechtliche Verhältnisse der Bau- und Wegebeamten während des Staatsdienstes.

I.

Rechtsverhältnisse in Beziehung auf das Amt.

A) Rechte.

a) Öffentlichlicher Glaube. Vergl. hierüber den von Staatsbe- handelnden Thl. III. des Werkes.

Ueber die Führung eines Amtssiegels Seitens der Baubeamten und insbesondere der Feldmesser und Bau-Kondukteure, sind ergangen:

1) C. R. der K. Bertw. für H., J. u. Bauw. (Rother) v. 18. April an sämmtl. K. Reg.

Ich bin mit der K. Reg. in Ihrem Ver. v. 14. Jan. c. einverstanden, daß der Reglerungs-Kondukteur, welchen sich die Feldmesser beilegen, nur zur Verwechslung den Bau-Kondukteuren führt, welche zu Bauausführungen befähigt sind. Nach Zeugnissen, den Vorschriften und Regulativen über ihre Prüfung und Anstellung, Feldmesser und haben sich mithin jener willkührlichen Titulatur zu enthalten.

Was die Anfrage wegen der Dienstseigel der Bau-Kondukteure und Feldmesser anbelangt: so wird in Kurzem gesetzlich festgestellt werden, daß dergleichen nur auf Grund eines schriftl. Auftrages der K. Reg. angefertigt und abgeliefert werden dürfen. wird dann jenen Dienstseigeln, die bei anderen vereidigten Sachverständigen gebräuchlich, die Form des Königl. Adlers mit der Umschrift: „der Bau-Kondukteur N. N. oder Feldmesser N. N.“ zu geben sein. (A. XIX. 379. — 2. 45.)

2) C. R. der K. Bertw. für H., J. u. Bauw. (Rother) v. 15. Jan. an sämmtl. K. Reg., und an die K. Min.-Bau-Kommission.

Im Verfolg des C. v. 18. April v. J. und mit Rücksicht auf das C. v. 18. April v. J., eröffne ich der K. Reg. Folgendes in Hinsicht der Dienstseigel der Feldmesser und Bau-Kondukteure.

Da diese Beamten ihren Broterwerb häufig in Privat-Aufträgen suchen müssen, so ferner in verschiedenen Reg. Bez. Beschäftigung suchen müssen, endlich aber ihre Dienstseigel im Falle einer Beförderung abzuliefern verpflichtet sind; so erscheint es angemessen, daß sie letztere nur während ihrer Beschäftigung im Staatsdienste in Händen haben, und nicht, sie die Kosten für deren Anschaffung tragen zu lassen.

Hiernach wird auch die Bezeichnung solcher Siegel mit dem Namen dessen, der sie führt, wie sie in dem C. v. 18. April v. J. angemessen erachtet worden, besser wegfallen.

Diese Siegel werden daher als Umschrift den Namen des Reg. Bez. und als Umschrift das Wort: „Feldmesser oder Bau-Kondukteur“ erhalten. Die K. Reg. zu anfertigen lassen, für die Dauer des Auftrages aushändigen, und nach dessen Beendigung wieder einziehen.

Die Kosten werden aus ihrem Dispositions-Fonds, oder nach Umständen, aus dem Extraordinario der Baukosten für denjenigen Bau zu bestreiten sein, bei dessen Ausführung sie nöthig werden. (A. XX. 100. — 1. 68.)

3) E. R. des R. Fin. Min. (Benth) v. 13. Juni 1837 an sammtl. R. und an die R. Min.-Bau-Kommission.

In der E. Verf. des Staats-Min. Rother v. 15. Jan. v. J. (M. 1836. S. 100) ist bereits der Dienstsegel der Baubeamten festgestellt worden, daß die R. Reg. sie den Beamten für die Dauer des ihnen ertheilten Auftrags ausbändelt, nach Beendigung desselben aber wieder einzulege. Da es indessen wünschenswerth ist, daß bei der Anfertigung der Siegel gleichmäßig verfahren werde, so soll für die Befolgung derselben hier gesorgt, und es sollen der R. Reg. die erforderl. Exempl. auf dem Archiv überwießen werden.

Insich kommt es darauf an, die Baupräsidenten, Baumeister und Bau-Konduktoren der Reg. Bez., sofern sie nicht bereits mit Dienstsegein, welche resp. bei den Dienst-Verordnungen oder den Beamten für die Ausführung der ihnen übertragenen Geschäfte mitgetheilt worden sind, mit dergl. zu versehen, da Fälle vorgekommen sind, in denen dergl. Siegel in den Nachlässen der verstorbenen Beamten vorgefunden und als zur Nachlassmasse gehörend in Anspruch genommen worden sind, es zur Verhütung von Mißbräuchen und zur Sicherstellung des Zwecks des G. v. 8. Juni 1835 wegen unbefugter Anfertigung öffentl. Siegel (G. S. 1835. S. 69) unstatthaft ist, die Siegel in solchen Fällen der freien Disposition der Erben zu überlassen. Sollten die betheiligten Beamten einige dergl. Siegel auf eigene Kosten angeschafft haben, so können anderweitige von hier zu überweisende Exempl. umzutauschen, die letzteren zu zerstören, die den Beamten eigenthümlich gehörenden Siegel aber zu zerstoßen und andere Weise unbrauchbar zu machen.

Es ist ferner an zu dem Inventar zu gehörenden, oder den Baubeamten mit der Verwaltung der Aufg. nach erledigtem Geschäfte überwiesenen Dienstsegein, sollen, in so fern sie nicht dazu eignen, den Feldmessern für einzelne Geschäfte anvertraut werden, aber wesentlich von derjenigen Form abweichen, in welcher die Dienstsegein für die Beamten von nun an angefertigt werden sollen, nach und nach eingezogen werden. Bei der Dienstsegein der Feldmesser, wenn diese dergl. zur Ausrichtung der ihnen anvertrauten Geschäfte bedürfen, anlangt, so wird zunächst einer Anzeig. der R. Reg. zu folgen, wie viele Exempl. für den dortigen Reg. Bez. erforderlich sein werden, wozu nur das dringendste Bedürfnis berücksichtigt werden darf.

(L. XXI. 543. — 2. 241.)

b) Besonderer Schutz der Amts- und persönlichen Ehre.

Bergleiche sowohl in Betreff der Bestrafung der gegen Beamte begangenen Vergehen, als wegen der Widerspenstigkeit gegen dieselben Thl. III. (Staats-Symptom).

c) Höhere Auszeichnung.

d) Titel. Bergl. ebendaselbst.

e) Bergl. auch in Betreff des Titels: Regierungskondukteur, E. R. v. 18. April 1835. (Oben S. 124.)

bb) E. R. des R. Fin. Min. (v. Duesberg) v. 14. Jan. 1848 an sammtl. R. und an die R. Min.-Bau-Kommission. Benennungen für diejenigen, die sich dem Baufache widmen¹⁾.

Da es sich als angemessen ergeben hat, statt der bisherigen Bezeichnungen für diejenigen, welche sich dem Baufache widmen, zum Theil andere Benennungen einzuführen, wird hierüber Folgendes festgelegt:

1) Derjenige, der die Feldmesserprüfung bestanden hat, erhält nach erfolgter Berechtigung die Benennung: „Feldmesser“; die Benennung: „Kondukteur“ oder „Regierungskondukteur“ bleibt auch ferner unterlegt.

2) Feldmesser, welche die, für die Befähigung zum Staatsdienste angeordnete Bau- oder Baupräsidenten-Vorprüfung bestanden haben, und demnach bei Bauausübungen beschäftigt werden, erhalten statt der Benennung: „Baujüngling“, die Benennung: „Bauführer“.

3) Diejenigen, welche auch die Baumeister- oder die Baupräsidenten-Nachprüfung bestanden haben, werden, statt: „Bau-Kondukteur“, fortan: „Baumeister“ benannt; die Benennung: „Königlicher (Bege-, Land-, Wasser- oder Maschinen-) Baumei-“

Hiernach sind die E. R. des Min. des J. v. 14. Jan. u. 4. April 1828 (Annal. XII. 165 u. 167.), betr. den Titel der Wege- und Land- und Wasser-Baumeister, nicht mehr von praktischem Interesse.

ster“ steht jedoch nur Denjenigen zu, welchen eine Anstellung im Staatsdienst zu geworden ist.

4) In Ansehung Derjenigen, welche die für die Befähigung zum gleichzeitigen Erlebe mehrerer Baugewerbe angeordnete Privat-Baumeister-Prüfung bestanden hat es bei der Bezeichnung: „Privat-Baumeister“ sein Bewenden.

Die R. Reg. hat diese Bestimmungen sowohl Selbst zu beachten, als auch Ihr Amtsbl. zur öffentl. Kenntniß zu bringen.

(Min. Bl. d. i. B. 1848. S. 33. Nr. 38.)

cc) C. R. v. 17. Aug. 1849 mit den Vorschriften v. 1. Aug. 1846 die Ausbildung und Prüfung derjenigen, welche sich dem Baufache widm. §§. 1 u. 9. (S. oben S. 97 ff.)

ß) Rang. Vergl. ebendaselbst.

Die B. v. 7. Febr. 1817, betr. die den Civil-Beamten beizulegende Amtstitel und die Rangordnung derselben (B. S. 1817. S. 61.), disponirt im §. 4. sub Nr. 4., daß die Ober-Bauräthe bei den Ministerien und Räten III. Klasse rangiren. Die Regierungs-Bauräthe sind nicht ausgeführt; sie rangiren aber mit den übrigen Regierungs-Räten IV. Rang-Klasse. Der übrigen Bau- und Wegebeamten geschieht gar keine Erwähnung.

dd) C. R. der R. Reg. zu Posen v. 26. Jan. 1853 an die R. Beamten ihres Verw.-Bezirks. Rangverhältnisse, Reise-Diäten und Umzugskosten-Entschädigung der Kreis-Baumeister.

Das R. Min. für G., B. u. öffentl. A. hat die Erledigung eines Spezialfalles v. 17. d. M. entschieden, daß Bauinspektoren und Kreis-Baumeister nicht denselben Rang haben und daß es bei der Organisation der Bau-Verwaltung auch nicht in der That gelegen habe, den Kreis-Baumeistern einen höheren Rang, als den der Land-, Wasser- und Wegebaumeister beizulegen.

Die Baubeamten sehen wir hier von mit dem Bemerken in Kenntniß, daß den Baumeistern hiernach bei Reisen über ihren Bezirk hinaus und bei Versetzungen ein Diätensatz von 1 Thlr. 10 Sgr. und die Umzugskosten-Entschädigung nur nach dem Satze des §. 1. 5. der B. v. 8. März 1826 zugestanden werden können.

(Min. Bl. d. i. B. 1853. S. 88. Nr. 65.)

ee) C. R. des R. Min. für G., B. u. öffentl. A. (v. Pommer-Eichmann) v. 23. Dec. 1848 an sämmtl. R. Reg., und an die R. Min.-Bau-Kommissionen. Rangverhältniß und Reisekosten der Bauinspektoren.

Die B. wegen Vergütung der Diäten und Reisekosten v. 28. Juni 1825 im §. 9, daß zum Reisen mit Extrapost diejenigen Beamten berechtigt sind, welche der Rangordnung v. 7. Febr. 1817 bis einschließlich zur fünften Rangklasse gehören. Bauinspektoren ist in dieser Rangordnung nicht gedacht; da indessen schon im §. 4. Juli 1834 bestimmt ist, daß die Bauinspektoren zur Uniformklasse Nr. 6 gehören, da dieser Uniformklasse in der Regel die fünfte Rangklasse entspricht, so wird hiermit befohlen, daß den Bauinspektoren in denjenigen Fällen, in welchen sie überhaupt zum Reisen zu liquidiren berechtigt sind, die Sätze für Beamte der fünften Rangklasse zugewiesen werden. (Min. Bl. d. i. B. 1849. S. 23.)

Mit Bezug hierauf erging

ff) das C. R. desselben Min. v. 5. Okt. 1849 an sämmtl. R. Reg. über das Rangverhältniß, den Diäten- und Reisekostensatz der Bauinspektoren.

Wenn die R. Reg. in dem Ver. v. 4. Sept. c. nach vorgängiger Bezugnahme auf die Gleichstellung des Ranges der Bauinspektoren mit den Reg.-Assessoren erwähnt, daß der Diätensatz der Bauinspektoren 2½ Thlr. betrage, so scheint Derselbe der C. R. v. 23. Dec. 1848 (Min. Bl. 1849. S. 23. Nr. 27.) eine andere, als die mit derselben beabsichtigte Deutung zu geben. Da nämlich der Allerh. Erlaß v. 10. Juni 1848 eine Erhebung der bis dahin bestandenen Unterscheidung zwischen Berechtigung zur Reise mit Extrapost und mit ordinaurer Post, die Höhe der zu zahlenden Meilengelder lediglich dem Rangverhältnisse der Beamten, und nicht, wie die B. v. 28. Juni 1825 im §. 9) gethan, gleichzeitig von dem Bezuge eines gewissen Diätensatzes abhängig macht, so wurde es nöthig, zu bestimmen, ob die Bauinspektoren im Range der Reg.-Assessoren der Provinzial-Kollegien (V. Rangklasse) gleich zu setzen, oder ob ihnen ein niedrigerer Rang beizulegen sei. Diese Frage entscheidet die C. Verf. v. 23. Dec. 1848, und die Absicht derselben daher lediglich dahin, eine Bestimmung wegen des Fuhrge-

bestimmen zu treffen, keineswegs aber rücksichtlich ihrer Diäten die ganz bestimmten Bestimmungen der V. v. 24. Juni 1825 und v. 10. Juni 1849, nach welchen ihnen bei außerhalb ihres Amtsbezirks, unabweislich der Satz von 2 Thirn. zusteht, irgend-
etwas, wie dies bei den klaren Vorschriften der allegirten gesetzlichen Bestim-
mungen gar nicht zulässig gewesen sein würde.

Am. Bl. v. 1. O. 1849. S. 225. Nr. 325.)

Amtseinkünfte¹⁾.

Gehalt.

§ 1. sowohl im Allgemeinen, als rücksichtlich des während des Urlaubes
renden Gehaltes, Thl. III. (Staatsdienst-Pragmatik.)

Gebühren und Diäten.

E. R. v. 26. Nov. 1805. Gebühren der Baubedienten für Anfertigung
Entwürfe und Zeichnungen von Bauten, die für K. Rechnung besorgt

werden. Hiermit, daß die Baubedienten ihre Gebühren für Anfertigung der
Entwürfe und Zeichnungen von solchen Bauten, welche für Unsere Rechnung besorgt wer-
den, nicht mehr nach Procenten ansetzen, sondern nur die gewöhnlichen Diäten
1 Thlr. für den Tag liquidiren sollen, indem die Mühsal bei solchen Ge-
schäften von der Größe des Kostenbedarfs abhängig, überhaupt aber auch eine solche
Größe der Gebühren nach Procenten im Grunde eine Belohnung für die hohe Ver-
antwortung der Bauten ist. Ihr habt also darauf zu halten, daß dieser V. von den Bau-
bedienten nachgelebt werde. (Mithis Jurist. Monatsschr. Bd. 4. S. 305.)

Das Regul. wegen Vergütung der Diäten und Reisekosten für kom-
missarische Geschäfte in K. Dienstangelegenheiten v. 28. Febr. 1816 (M. S. 1816.)
ist aufgehoben durch die V. wegen Vergütung der Diäten und
Reisekosten für kommissarische Geschäfte in K. Dienstangelegenheiten, v. 28. Juni
1825 bestimmt:

Die Diäten für Beamte, welche außerhalb ihres Wohnortes, oder, wenn es
sich um Beamte, wie z. B. den Landrathen, ein bestimmter Bezirk zugewiesen ist,
für die vorfallenden Geschäfte ihres Amtes dienstmäßig zu verrichten haben,
dieses Bezirks mit kommissarischen Aufträgen in Unsere Angelegenheiten beauf-
tragt, also mit Ausschluß der Fälle, wo Privatpersonen zu der Reisekosten-Ent-
schädigung verpflichtet sind, mithin solche nach den vorhandenen Gebühren-Tagen oder
sonstigen V. erfolgt, sollen v. 1. Sept. 1825 ab nach folgenden Sätzen be-
stehen.

I. Bei den Regierungen und anderen Prov.-Kollegien untergeordneten Be-
amten, und zwar:

K. VIII. Baubeamte.

der Bau-Inspektor	1 Thlr. 15 Sgr.
der Konstruktur	1 „ — „
der Bauaufseher, Baumeister und andere geringere Bau- beamte	— „ 15 „

Wenn den Beamten bei Ausrichtung kommissarischer Geschäfte in Unsere
Angelegenheiten auf Grund kontraktmäßiger Verpflichtungen, freie Wohnung, Heizung und
Licht werden muß; so kommt von dem Betrage des Diätensatzes auf jeden Tag,
den ein Beamter in solchen kommissionären Wohnungen zugebracht hat, zwanzig Silberggr.

Bei der Reisekosten betrifft, so gehören (nach §. 9.) die Baubeam-
ten zu den zum Reisen mit Extrapost berechtigten Beamten. Es finden
dieselben in Betreff ihrer die Vorschriften der §§. 12. bis 14. a. a. O. Anwendung:

Für alle diejenigen Beamten, welche nicht nach §. 9. der gegenwärtigen V.
zum Reisen mit Extrapost berechtigt sind, wird bei deren kommissarischen Dienstreisen nur
Entschädigung für ordinäre oder Personenpost nach den tarifmäßigen Sätzen bewilligt;
in den Fällen, wo zwischen den zu bereisenden Punkten entweder keine Fahrpost-
Verbindung besteht, oder solche doch für den Zweck der Reise nicht benutzt werden kann,
verfügt die zuständige Behörde die Befugniß, die Annahme einer Miethsfahrt, oder

§ 1. auch in Betreff der Feldmesser unten.

1. E. R. findet sich nur in der jurist. Monatsschr. von Mithis abgedruckt, es
ist jedoch nicht, von welcher Behörde dasselbe erlassen sei.

die Reise mit Extrapost, je nachdem das eine oder das andere minder kostbar bewilligen.

§. 13. Beamte, welche neben, oder in ihrem Gehalt ein Figum für Reise zur Unterhaltung von Dienstpferden beziehen, sind für alle Reisen, welche in den Geschäften des Amtes und in ihrem gewöhnlichen Dienstkreise vorkommen, zu keiner besonderen Berechtigung berechtigt. Wenn ihnen aber ein Geschäft außer ihrem gewöhnlichen Dienstkreise aufgetragen wird, so hängt es von den pflichtmäßigen Ermessen der beauftragenden Behörde ab, zu bestimmen, ob der Beamte die Reise mit der Post (mit Extrapost oder mit ordinarer Post, je nach seinem Range und seinen Dienstverhältnissen) unternehmen darf, welchenfalls ihm dann auch die volle Reisekosten-Entschädigung gebührt; oder ob er diesem Behuf seiner Dienstpferde zu bedienen hat, welchenfalls ihm nach der beauftragenden Behörde eine Reisezulage bis auf die Hälfte der regulativmäßigen Reisekosten-Entschädigung bewilligt werden kann.

§. 14. Wenn solche Beamten, welche Reisen- und Fuhrkosten-Figum beziehen, längere Zeit Urlaub nehmen, oder sonst ihre Stelle von anderen vertreten werden, so müssen sie entweder für die Reisekosten ihrer Stellvertreter aufkommen und nöthigen Fuhrmittel gewähren, oder sich einem verhältnismäßigen Abzuge ihres Figums unterwerfen. Ausnahmen hiervon in Krankheitsfällen und unter besonderen Umständen, können nur mit ausdrücklicher Genehmigung der vorgesetzten Behörde bewilligt werden. (G. S. 1825, S. 163 ff.)

Dazu:

aa) R. des R. Min. des J. u. d. F. v. 27. Mai 1840.

Die (Tit.) erhält befol. eine Abschrift der an das Staats-Min. gerichteten R. D. v. 31. März d. J., wonach des Königs Maj. zu genehmigen geruht hat, in den Fällen, wo mehrere Kommissarien bei einem Geschäft koncurriren und die Kommissarien nach der schriftl. Erklärung des Haupt-Kommissarius mit diesem gleich zu reisen verhindert worden sind, den ersteren ohne weitere Bescheinigung den vorgekommenen Reise-Aufwandes, die vorschristsmäßige Reisevergütung und je nach der Reise mit Extrapost berechtigt sind, nach dem Regul. v. 28. Juni 1825, mit einem Pauschquantum von 15 Sgr. für die Mille gewährt werden kann, in dieser Bestimmung bei Festsetzung und Anweisung der Reisekosten zu achten.

Bei allen Liquidationen sind übrigens die von der R. D. R. Kammer vorgeordneten Formulare A und B anzuwenden. Damit solche aber der Meilenzahl und der nach gehörig geprüft werden können, wird der Reisekosten-Liquidation in allen Fällen die genaue Tour von Station zu Station genau hervorgeht, ein Reise-Route von Station zu Station beizufügen bleiben, damit es bei deren Rechnungsbeamten möglich gemacht werde, die Richtigkeit der Ansätze zu beschreiben, aber eine etwaige Berichtigung der Meilenzahl und der berechneten Geldsätze zu berücksichtigen. (Acta gen. des Fin. Min. A. III. 1. 4. Nr. 7936. IV.)

bb) C. R. der R. Min. des J., des R. Hauses u. d. F. v. 31. Mai 1847. Die Bestimmungen des §. 10 der B. v. 28. Juni 1825¹⁾ finden keine Anwendung auf solche Beamte, welche ein Figum von Reisekosten oder zur Unterhaltung von Dienstpferden beziehen, und dergl. Beamte sind daher verpflichtet, die Nebenkommisarien unentgeltlich mit zu befördern. Den Kommissarien gebühren daher die reglementmäßigen Fuhrkosten.

(Min. Bl. d. i. B. 1847. S. 153. Nr. 198.)

3) Die Vorschriften der B. v. 28. Juni 1825 (s. oben ad 2.) sind in der Folge nach und nach modifizirt und theilweise aufgehoben worden durch den Erlaß v. 10. Juni 1848 über die Tagegelder und Fuhrkosten bei den Staatsbeamten.

Zur Herbeiführung einer Ersparniß im Staatshaushalte und da die B. v. 28. Juni 1825 die Vergütung der Platen und Reisekosten für kommissarische Geschäfte in R. Dienstverhältnissen v. 28. Juni 1825 (G. S. S. 163.) den veränderten Verhältnissen nicht entspricht, bestimme Ich hierdurch für Civilbeamte und diejenigen Militärbeamten, die ein bestimmter Militärrang nicht beilegt ist, auf den Antrag des Staats-Min. folgt:

¹⁾ Das C. R. v. 22. Aug. 1848 (Min. Bl. d. i. B. 1848. S. 252. Nr. 2) enthält übrigens auch, daß der §. 10 der B. v. 28. Juni 1825 durch den Erl. v. 10. Juni 1848 unzweifelhaft aufgehoben sei.

Bei Dienstreisen, welche auf Eisenbahnen oder auf Dampfschiffen gemacht
sind, sind an Reisefkosten, einschließlich des Gepäc-Transports, zu vergüten:
Beamten der ersten fünf Rangklassen 10 Sgr.
Beamten geringeren Ranges mit Ausschluß der Unter-
beamten 7 Sgr 6 Pf.
Unterbeamten 5 Sgr.

Erßerdem soll auf Nebenkosten, welche beim Zugehen zur Eisenbahn und beim
Derselben vorkommen, für jedes Zu- und Abgehen zusammen eine Entschädi-
gung werden, welche
die Beamten unter 1 a. auf 20 Sgr.,
die Beamten unter 1 b. auf 15 Sgr., und
die Unterbeamten 1 c. auf 10 Sgr.

Die Dienstreise eines Beamten der fünf ersten Rangklassen über den Ort,
an dem die Eisenbahn verläßt, mehr als zwei Poststationen hinaus, so kann der
Beamte zu der Weiterreise einen Wagen auf der Eisenbahn mitgenommen hat,
den Transport desselben nach den Sätzen des Eisenbahntarifs, und außer-
dem die Kosten des Zurückschaffens des Wagens zusammen 1 Thlr. 15 Sgr. berechnen.
Für einen der unter 1 a. genannten Beamten einen Diener auf der Reise mitge-
hen zu lassen, dafür 5 Sgr. auf die Meile zu liquidiren.

Bei Dienstreisen, welche nicht auf Eisenbahnen zurückgelegt werden können,
sind die Kosten der ersten, zweiten und dritten Rangklasse 1 Thlr. 15 Sgr.
der vierten und fünften Rangklasse 1 " — "
für die Unterbeamten — " 15 "

In in besonderen Fällen erweislich größere Fuhrkosten, als die vorstehend
festgesetzt sind, angewendet werden müssen, so sind dieselben zu vergüten.

1) Bei Vergütung der in den §§. 1. und 2. bestimmten Sätzen wird jede
Viertelmeile für eine volle Viertelmeile gerechnet.
Dienstreisen von mehr als einer Viertelmeile, aber weniger als einer ganzen
Meile nach einer vollen Meile zu berechnen.
Geschäfte außerhalb des Wohnorts in geringerer Entfernung als einer Vier-
telmeile weder Reisefkosten noch Diäten gewährt.
Bei Verletzungen können verheirathete Beamte, wenn sie auf Reisefkosten,
eine Umzugentschädigung Anspruch haben, die Reisefkosten in jedem Falle
zu liquidiren.

Die durch die B. v. 28. Juni 1825 oder durch spätere ergänzende Vorschrif-
ten festgesetzten Tagegelde werden bei den Sätzen von 2 Thlrn. und weniger dergestalt

2 Thlr. 15 Sgr.	statt 2 Thlr. — Sgr.
2 " — "	" 1 " 15 "
1 " 20 "	" 1 " 10 "
1 " 10 "	" 1 " — "
1 " — "	" — " 20 "
— " 20 "	" — " 15 "
— " 15 "	" — " 10 "

inb.
Der gegenwärtige Erlaß tritt mit dem 1. Juli a. in Kraft und werden die
gegenstehenden Bestimmungen, insbesondere auch der den Verhältnissen nicht
mehr entsprechende §. 7. der B. v. 28. Juni 1825 außer Anwendung gesetzt.
Berlin, den 10. Juni 1848. Friedrich Wilhelm.
Camphausen. Hansmann.

Ministerium.
1848. S. 151.)
laut. dieses Erlasses vergl. folgende allgemeine auf alle Civil-
diensthöhere Bestimmungen:
v. 10. Juni 1848. wegen Ausführung des Erl. v. 10. Juni 1843,
a. Bl. d. l. B. 1848. S. 385. Nr. 451.)
v. 4. Jan. 1849., betr. die Reisefkosten auf Dienstreisen von kurzer Ent-
fernung. a. O. 1849. S. 7. Nr. 7.)
v. 5. März 1850, betr. die Berechnung der Fuhrkosten, wenn Geschäfte an
Orten an einem Tage verrichtet sind. (a. a. O. 1850. S. 122. Nr. 170.)
Hollzel. 2. Aufl.

dd) E. M. v. 14. Okt. 1848., betr. die Nebenkosten auf Dampfschiffen.

(a. a. D. 1848. S. 337. Nr. 407.)

ee) R. v. 4. Mai 1849., betr. die Nebenausgaben bei Dienstreisen auf bahnen. (a. a. D. 1849. S. 120. Nr. 78.)

ff) E. M. v. 23. Febr. 1851., denselben Gegenstand betr.

(a. a. D. 1851. S. 30. Nr. 30.)

gg) E. M. v. 23. Aug. 1848., betr. die Gewährung von Fuhrkosten-Zul Dienstreisen. (a. a. D. 1848. S. 252. Nr. 394.)

hh) E. M. v. 7. Sept. 1848., betr. den Diätenabzug für Kommissions-Beoh in Königl. Dienstgebäuden. (a. a. D. 1848. S. 293. Nr. 343.)

ii) E. M. v. 5. Dec. 1848., betr. die fortdauernde Gültigkeit des §. 13. der 28. Juni 1825. (a. a. D. 1848. S. 365. Nr. 452.)

kk) E. M. v. 24. Juli 1848., betr. die Auslegung des §. 5. des Erl. v. 10 1848. (a. a. D. 1848. S. 217. Nr. 237.)

ll) E. M. v. 16. April 1850., betr. die Bewilligung besonderer Reisebläten den Kommissionsgebühren während der Entfernung vom Kommissar-Aufenthaltsort

(a. a. D. 1850. S. 92. Nr. 119.)

mm) E. M. v. 30. Jan. 1851., betr. die Diäten bei Kommissarien von u Dauer. (a. a. D. 1851. S. 29. Nr. 29.)

nn) E. M. v. 31. März 1851 mit dem Schema zu Diäten- und Fuhrkosten dationen. (a. a. D. 1851. S. 200. Nr. 221.)

oo) Ueber die Stations-Entfernungen: E. M. v. 31. Aug. 1848. (a. a. D. S. 290. Nr. 341.), v. 18. Dec. ej. (a. a. D. 1849. S. 4. Nr. 6.), v. 20. Jan (a. a. D. S. 128. Nr. 177.), v. 11. Mai 1849 (a. a. D. S. 123. Nr. 176.), v. 11 1850 (a. a. D. 1850. S. 225. Nr. 292.) und v. 30. Nov. ej.

4) R. der K. Min. d. Fin. (Beuth) u. des Z. (v. Batow) v. 19. 1845 an die K. Reg. zu N. Diäten für Reg.-Baumeister und Baureferend

Das nach dem Ver. der K. Reg. v. 18. Juli d. Z. von der K. Ober-Mechan mer bei Revision der dortigen Buchhalter-Rechnung von den Besoldungen und meinen Verwaltungskosten pro 1843 gezogene Monitum wegen des dem vormaligen meister N. bei kommissarischen Geschäften bewilligten Diätensatzes von 1 Thlr. muß für begründet erachtet werden, da derselbe nach dem von meinem, des Finanz Amtsborgänger an das Präsidium der K. Reg. unterm 19. April 1841 erlassenen dort nicht als Baureferendarlus, sondern als Baumeister mit einem fixirten Gehalt stellt gewesen ist und mithin bei allen auswärtigen Geschäften nur auf einen Di von 1 Thlr. nach seiner Dienstkatégorie Anspruch gehabt hat.

Da der Nachfolger des N. durch R. des Finanz-Min. v. 8. Nov. 1844 in gleicher Art, also nicht als Baureferendarlus angestellt ist, so können ihm gleichfalls 1 Thlr. Diäten bei auswärtigen Geschäften bewilligt werden.

An Baureferendarien, welche keine Besoldung beziehen, können zwar eben so Reg.-Baureferendarien 1 Thlr. 10 Sgr. Diäten gezahlt werden, da denselben inde ständige Aufträge zur Vertretung der Bauräthe nach der an das Präsid. der unterm 11. April 1836 erlassenen Entscheidung nicht ertheilt werden dürfen, so im Fall nicht eintreten, daß ihnen nach §. 1. Lit. B. 2. und 3. des Diäten- und Fuhr Regul. v. 28. Juni 1825 der Diätensatz von 2 Thlrn. zu bewilligen wäre.

(Min. Bl. d. i. B. 1845. S. 247. Nr. 254)

5) R. des K. Min. für H., G. u. öffentl. A., Abth. IV. (Desterre 7. März 1849 an die K. Reg. zu N. Diäten der Bauführer.

Die K. Reg. wird beauftragt, den Bauführer N. auf das Gesuch v. 18. dahin zu bescheiden, daß ein Bauführer als solcher keineswegs als ein Staats angesehen werden könne, mithin auch der Allerh. Erlaß v. 10. Juni 1848, über die gelber und Fuhrkosten bei Dienstreisen der Staatsbeamten, auf Bauführer keine dung finde. In seiner Eigenschaft als Feldmesser finde die Bezahlung eines rers nach den Vorschriften des betr. Reglements statt, bei einem Engagement als führer werde dagegen die Bezahlung in jedem einzelnen Falle nach den Umständen aussehen sein. (Min. Bl. d. i. B. 1849. S. 48. Nr. 74.)

6) E. M. des K. Min. für H., G. u. öffentl. A. (v. d. Seydt) v. 9. 1850 an sammtl. K. Reg., wegen des den Land-Bauinspektoren beim Tagegelbes für die innerhalb ihres Baufreises unternommenen Dienstreise

Die E. B. v. 16. Dec. 1845, nach welcher den Land-Bauinspektoren währen Dienstreisen innerhalb ihres Baufreises ein Tagegeld von 20 Sgr. für jede an ihres Wohnortes zugebrachte Nacht gezahlt werden kann, hat mehrfach eine ung gefunden.

Ne dem Erlasse zum Grunde liegende Allerh. Ordre v. 26. Sept. 1845 be-
weilich, daß den Land-Bauinspektoren außer der bewilligten Fuhrkostenent-
schädigung

„für jeden Reisetag, an welchen sie außerhalb ihres Wohnortes übernachten,
eine Vergütung von 20 Egr. gewährt werde.“

Hiernach steht den Bauinspektoren nicht zu, für diejenigen Tage, an welchen sie
bei auswärtigen Uebernachtung an ihren Wohnort zurückkehren, die fragliche Ver-
gütung zu liquidiren.

Da diese Vergütung sonach keine eigentlichen Diäten für kommissarische Geschäfte
sondern einen auf besonderer Allerh. Bestimmung beruhenden Zuschuß zu den Reise-
kosten machen, so wird auch durch die Bestimmung des §. 5. des Allerh. Erlasses v.
1845 wegen der Tagegelder und Fuhrkosten bei Dienstreisen der Staatsbeamten
nicht geändert, vielmehr verwendet es auch fernerhin bei dem Allerhöchst bewillig-
ten von 20 Egr. für jedes Nachtquartier.

Da. Bl. d. I. B. 1850 S. 70. Nr. 85.)

1) R. des K. Min. für N., B. u. öffentl. A. (v. d. Gehdt) v. 3. Okt.
an den K. Reg. Präsid. N. zu N. und abschriftlich zur Nachachtung an
K. Reg. und die K. Min.-Bau-Kom. Entschädigung im Staatsdienste
angestellter Personen für Diäten und Reisekosten bei einzelnen Auftrags-
Sachen.

Es erwidere ich auf die Anfrage v. 24. Aug. a., daß im Staatsdienste noch
angestellte Personen, wie Bauführer und Baumeister, wenn sie Beschäftigung von
der Behörde annehmen, in der Regel auf eigene Kosten an den Ort, wo ihnen diese Be-
schäftigung gewährt wird, sich hin begeben müssen, und nur in den Fällen, wo ohne Ge-
bung einer Reisekosten Entschädigung qualifizierte Individuen nicht zu engagiren sind, und
wobei eine Entschädigung drehb. ausnahmsweise zugesichert worden, die Zahlung derselben
ist. Die Normirung ihrer Höhe, sei es durch Erstattung der gehaltenen Ausgaben oder
bestimmten Sätzen, die jedoch jedenfalls die reglementsmäßig gen Diäten- und Fuhr-
kosten der angestellten Land-, Wasser- u. Baumeister nicht übersteigen dürfen, ist der
zustehenden Behörde nach dem zu treffenden Abkommen zu überlassen, da allgemein
diese Sätze von Diäten und Fuhrkosten für im Staatsdienste nicht angestellte Bau-
führer und Baumeister nicht vorgeschrieben sind.

Da. Bl. d. I. B. 1852. S. 263. Nr. 215.)

2) R. d. d. Min. v. 17. Sept. 1853 an die K. Reg. zu N. und ab-
schriftlich zur Beachtung an sämtliche übrige K. Reg. (mit Ausschluß von
Magd., Merseburg und Breslau). Bewilligung der Reisekosten-Zuschüsse
für Inspektoren und Kreis-Baumeister.

In dem Ver. v. 26. v. M. eröffne ich der K. Reg., daß der den Bau-Inspektoren
und Baumeistern durch die Allerh. Ordre v. 7. Jan. 1852 in Form von Diäten
und Reisekosten-Zuschuß auch dann zu gewähren ist, wenn die Entfernung des Reise-
ortes von der Länge der Straße von dem Wohnorte über 2½ Meile, also die Hin-
- und Rückreise zusammen mehr als 5 Meilen beträgt; auch kann derselbe in dem Falle
bewilligt werden, wenn der Baubeamte genöthigt gewesen ist, sich auf solcher größeren
Entfernung seinem Dienstgespanne an einem Orte mehrere Tage in Dienstgeschäften
aufzuhalten.

Es wird der K. Reg. indessen empfohlen, die Umstände zu prüfen und diesen Zu-
schuß zu verweigern, wenn der Beamte sich an einem Orte aufhalten hat, welcher in direk-
ter Entfernung weniger als 2½ Meilen vom Wohnorte entfernt ist und er füglich nach
seinem Wohnorte auf dem nächsten Wege hätte zurückkehren können, ehe er seine Reise
antritt. (Min. Bl. d. I. B. 1853. S. 244. Nr. 202.)

3) Kosten der Bau-Sachverständigen in Auseinandersetzungss-
achen betreffend.

4) R. des K. Min. der F. (v. Bodelschwingh) u. des J. (Gr. v. Arnim)
v. 1. April 1843 an die K. Reg. zu Breslau. Festsetzung der Kostenrech-
nung für Bau-Sachverständige in Auseinandersetzungssachen.

Auf eine Anfrage der dortigen K. Gen. Kom. darüber, wie es mit der Beurthei-
lung und Festsetzung solcher Kostenrechnungen von Bau-Sachverständigen in Ausein-
-setzungen zu halten sei, welche Zeichnungen und Ansichten von Bauwerken, sowie
Arbeiten betreffen, die Kenntnisse vom Baumeister erfordern, ist bestimmt worden,
daß solchem Bez der Gen. Kom. vorkommenden Fällen das Gutachten des bei der
fungirenden Bauverwaltung eingelegt werden soll. Welche spezielle Anordnung des-

halb seltenß des mitunterz. Min. des J. an die Gen. Kom. erlassen, wird die R. aus dem abschriftl. angeschlossenen Auszuge (a.) erschen, und ist der betr. Techniker zu weisen, bei der Beurtheilung derartiger Kosten-Rechnungen mit derjenigen Sorgfalt verfahren, welche die Fürsorge für das Interesse der Parteien in den Auseinandersetzungen erheischt.

Anl. a.

Was Ihre Anfrage über das in ähnlichen Fällen künftigh zu beobachtende Verfahren betrifft, so hat die R. Gen. Kom. überall da, wo Gebühren der Bau-Sachverständigen in Auseinandersetzungsachen für Zeichnungen und Anschläge zu Baumerken und ähnliche Kenntnisse im Bauwesen erfordernde Arbeiten festzusetzen sind, zuvörderst das achten des bei der dortigen Reg. fungirenden Bauraths über die betr. Liquidationsfälle unter Vermittelung dieser Behörde und bei Mittheilung der zur Beurtheilung nöthigen Materialien einzuholen. Dabei bleibt es der R. Gen. Kom. unbenommen, etwaigen Bedenken gegen die Höhe der liquidirten Gebühren besonders dann hervorzubringen, wenn die geleisteten Arbeiten etwa nicht dem Zwecke der Auseinandersetzung angemessen eingerichtet sein sollten. Die Festsetzung der Liquidation selbst hat die R. Kom. demnächst unter Berücksichtigung des eingeholten Gutachtens und im übrigen Lage der Akten zu bewirken, auch ist die kalkulatorische Revision derselben in dem Bureauß vorzunehmen, dem Baurath der Reg. aber muß es überlassen bleiben, sich nach dem Gutachten entweder durch Billigung oder Abänderung der einzelnen Postitionen unmittelbar in der Liquidation abzugeben, oder dasselbe besonders auszuführen und zu motiviren.

Berlin, den 31. März 1843.

Der Min. des J. Graf v. Arnim.

An die R. Gen. Kom. zu Breslau.

(Min. Bl. d. I. B. 1843. S. 198. Nr. 251.)

bh) R. der R. Min. des J. (Gr. v. Arnim) u. d. F. (Flottwell) v. 1843 an die R. Reg. zu Liegnitz. Benennung R. Baubeamten in Auseinandersetzungsachen und Festsetzung deren Kostenrechnungen.

Auf den Ver. v. 6. Febr. d. J., betr. die Festsetzung der Kostenrechnungen der Baubeamten, die in Auseinandersetzungsachen zugezogen werden, eröffnen wir der R. Reg. hierdurch Folgendes.

Die Festsetzung der gedachten Kostenrechnungen erfolgt nicht, wie die R. Reg. annimmt, bei der Regierung in Breslau, sondern geht von der dortigen Gen. Kom. aus, als der das ganze Auseinandersetzungsgeschäft leitenden Behörde, aus. Die Befugnis und Verpflichtung der letzteren hierzu ist nicht nur in der Sache selbst begründet, sondern folgt auch aus den Bestimmungen der gerichtl. Gebührenordnung v. 23. Aug. 1815, v. 29. März 1844 über die Gebühren etc. der Sachverständigen und Zeugen bei gerichtl. Geschäften, und des Kosten-Regul. für die Auseinandersetzungsbehörden v. 1836, in denen hinsichtlich der Festsetzung von Kostenrechnungen solcher Sachverständigen, welche R. Beamte sind, keine Ausnahme gemacht ist; der §. 13. des Regul. vom 13. April 1836 spricht ausdrücklich nur von Kostenfestsetzungen der Auseinandersetzungsbehörden, und verweist etwaige Reklamationen hiergegen in den Weg des Rekurses an das vorgesehene Ministerium.

Ist gleichwohl durch das R. v. 22. März 1843 (Min. Bl. S. 198. Nr. 251.) angeordnet worden, daß vor Festsetzung der Liquidation eines zugezogenen Sachverständigen durch die Gen. Kom. zu Breslau die Liquidation zuvörderst durch den Baurath der Reg. daselbst geprüft und begutachtet werden soll, so beruht diese Bestimmung darin, daß sich bei der Gen. Kom. die zu einer solchen Beurtheilung erforderl. technischen Kenntnisse nicht vorfinden. Aus gleichen Gründen bedient sich das Min. des J. in ähnlichen Reklamationsfällen des Beiraths der Ober-Bau-Deput. Zur Abänderung des R. v. 22. März 1843 liegt daher kein Grund vor. Damit aber etwaige Reklamationen der Baubeamten gegen Ermäßigung der Kostenrechnungen nicht ohne die erforderliche Prüfung verworfen werden, ist die Gen. Kom. zu Breslau angewiesen worden, auf solche Reklamationen das Gutachten des Reg. Bauraths zu Breslau einzuholen. In den hiernach erfolgten Bescheid steht dem Reklamanten noch der Weg der Reklamation beim Min. des J. offen.

Hiernach hat die R. Reg. den Bauinspektor N. anzuweisen, seine Kostenrechnungen durch den betr. Spezial-Kommissarius an die Gen. Kom. zur Festsetzung einzubringen.

Was dagegen das Verlangen der R. Reg. betrifft, von den Aufträgen, welche den Baubeamten erhalten, in Kenntniß gesetzt zu werden, so erscheint dasselbe ganz

¹⁾ Vergl. vorstehend.

und ist die Gen. Kom. zu Breslau daher auch angewiesen worden, in vorkommenden Fällen diese Nachricht Ihr entweder selbst zu geben, oder sofort durch den Kommissar der Sache geben zu lassen.

(Min. Pl. d. I. B. 1843. S. 170. Nr. 197.)

cc) R. des R. Min. des I., Abth. II. (v. Mantuffel) v. 27. Okt. 1843, in Betreff des §. 5. Nr. 6. der Instr. v. 16. Juni 1836 ist nicht auf solche Fälle anzuwenden, für welche die Remuneration für ihre Leistungen in Bauverhandlungssachen nach dem §. 3. des Kosten-Regul. v. 25. April 1836 zu bemessen ist. (Min. Pl. d. I. B. 1843. S. 353. Nr. 401)

14) R. des R. Min. des I., Abth. I. (Röhler), v. 5. Febr. 1820 an die R. Reg. zu Königsberg. Zulässigkeit der von den Stadtbaubeamten zu liquidierenden Gebühren und Einziehung derselben.

Auf die von der R. Reg. unterm 31. Dec. v. J. erlassenen Ver., wird derselben mitgeteilt, ob sie den Mag. oder die Polizeibehörde mit Einziehung der von den Stadtbaubeamten zu liquidierenden Gebühren beauftragen wolle, indem es lediglich dem ankommt, daß diese Beamten die gehörig festgesetzten Gebühren nicht selbst einziehen.

Es ist dem zweiten Antrag, die Bestimmung der Fälle nämlich, in welchen dergl. Einziehung zulässig werden sollen, anlangt, so wird Ihr um so mehr überlassen, nach dem besten Gutachten zu verfahren, als Ihr schon in der Verf. v. 12. Nov. v. J. die Abänderung dieser Einrichtung anheimgestellt worden ist. (R. IV. 38. — 1. 24.)

7) Vergütung und freie Verabfolgung von Schreib- und Zeichen-Materialien.

1) R. der R. Min. des I. (v. Bülow), des I. (v. Schumann), u. d. R. des I. (v. 4. Sept. 1821 an die R. Reg. zu Cöln. Freie Verabfolgung der benötigten Schreib- und Zeichnungs-Materialien an die R. Reg.-Beamten.

Die Reg.-Baubeamten haben allerdings auf die freie Verabfolgung der zu ihren Arbeiten benötigten Schreib- und Zeichnungs-Materialien Anspruch, und ist den- selben dieses Bedürfnis von den alten Reg. gewöhnlich in Natur gewährt worden. Es ist aber auch nachgelassen, für diese Materialien ein Geld-Äquivalent zu wählen, für den Baupraktikanten bis zu 25 Thlr., und für etatsmäßige Kondukteure bis zu 10 Thlr. für jeden festgesetzt ist.

Es bildet nun kein Bedenken, daß auch den dortigen Baubeamten diese Wahl überlassen wird und wird die R. Reg. auf ihren Ver. v. 29. Juni v. J. ermächtigt, solchen Beamten jenes Äquivalent zu bewilligen, welches übrigens aus dem Fonds erfolgt, aus dem die Natural-Verabreichung statt gefunden haben würde, also aus dem Reg.-Fonds. Die R. Reg. hat jedoch darauf zu sehen, daß diejenigen Baubeamten, welche in Geld-Vergütung wählen, sich auch guter Schreib- und Zeichnungs-Materialien bedienen. (R. V. 512. — 3. 4.)

2) R. des R. Fin. Min. (v. Alvensleben), v. 7. Mai 1837 an die R. Reg., und an die Min.-Bau-Kom. Entschädigung der kommissarisch eingesetzten Baubeamten für Zeichnen- und Schreibmaterialien.

Ich habe mich veranlaßt, wegen der Entschädigung der kommissarisch beschäftigten Baubeamten für Zeichnen- und Schreibmaterialien Folgendes festzusetzen.

Die Kosten für Schreibmaterialien zur gewöhnlichen Korrespondenz im Laufe eines Jahres anvertrauten Baues, sind die Baubeamten eben so wie jeder andere Diätar, gehalten, aus ihrer Diäten-Einnahme zu bestreiten. Liefern sie aber während der Zeit des Baues Karten, so sind ihnen dafür die Auslagen ohne besondere Vergütung zu zahlen, es hat vielmehr kein Bedenken, in diesem Falle die Bestimmungen des Bauverordnungs-Regl. v. 29. April 1813, wonach bei Kleinarten für Papier, Lein-

Aufgaben für den Preuß. Quadratfuß 7 Egr. 6 Pf. Aquidirt werden können, anzuwenden.

Aufträgen, welche einen ungewöhnlichen und mit der Diäten-Einnahme außer Verhältniß stehenden Aufwand für Schreibmaterialien erfordern, soll zwar ausnahmsweise Vergütung gewährt werden, jedoch mache ich jede Bewilligung dieser Art von der Genehmigung abhängig.

Die Vorschriften finden übrigens auf etatsmäßig angestellte Baubeamte keine Anwendung.

Anwendung, selbst dann nicht, wenn dieselben kommissarisch beschäftigt sind, da diese Schreibmaterial-Aufwand aus dem Averso zu bestreiten haben.

(M. XXI. 544. — 2. 241.)

3) C. M. des K. Fin. Min. (v. Duesberg) v. 11. März 1847 an säm K. Reg., und an die K. Min. Bau-Kom. Entschädigung der Stellvertreter von Baubeamten für Fuhrkosten, Schreib- und Zeichnen-Materialien, Bureaukosten.

Es ist wahrgenommen worden, daß den Baubeamten, welche Reise- und Fuhrkosten, so wie Schreib- und Zeichnen-Materialien- und Bureaukosten beziehen, schiedentlich selbst bei längerer, durch Urlaub oder Krankheit veranlaßter Vertretung Vergütungen auch für die Zeit der Stellvertretung ohne Weiteres ausgezahlt worden, daß in Folge dessen die Stellvertreter von diesem Averso nichts erhalten haben. Zur Vermeidung der Nachtheile, welche hieraus für den Dienst zu besorgen sind, wird die K. M. mit Bezug auf die allgemeine Verfügung v. 31. Mai 1833¹⁾ angewiesen, bei jeder gerechten Stellvertretung der Baubeamten (einschließlich der Regierungsbauräthe), dergl. Aversa beziehen, gleich bei Einleitung der Stellvertretung anzuordnen, daß die zu vertretenden Beamten Fuhrwerk halten, dieses dem Stellvertreter zur Disposition gestellt werde, und wenn denselben ein Fuhrwerk nicht zu halten nachgelassen werden, so dem Stellvertreter einen entsprechenden Theil der Fuhrkostengelder unmittelbar zu übermitteln, eben so auch einen verhältnismäßigen Theil der Schreib- und Zeichnen-Materialien- und Bureaukosten-Aversa dem Stellvertreter unmittelbar zahlen zu lassen.

(Min. Bl. d. i. B. 1847. S. 34. Nr. 56.)

4) C. M. des K. Min. für G., G. u. öffentl. A. (v. Pommer-Esche) v. 1. März 1849 an sämmtl. K. Reg. Bestreitung der bei Ausführung größerer Bauten entstehenden Kosten für Schreibmaterialien.

Nach dem Antrage der K. Reg. in dem Ver. v. K. d. M. genehmige ich, daß bei Ausführung größerer Bauten entstehenden Kosten für Schreibmaterialien, welche der gewöhnlichen Korrespondenz des Baubeamten gebraucht werden, aus dem betr. Fonds, in sofern in den Kostenanschlägen auf diese Ausgabe Rücksicht genommen ist, bestritten und daselbst ohne besondere höhere Genehmigung verausgabt werden dürfen, von dem Bezirks-Baubeamten auf den betreffenden Belägen amtlich beschlagnahmt, die angelieferten Schreibmaterialien lediglich zu Zwecken des Baues angekauft und auch vollständig verwendet worden sind. (Min. Bl. d. i. B. 1849. S. 48. Nr. 72.)

5) Anschaffung der Utensilien und Gegenstände, welche Baubeamte in Ausübung ihres Amtes bedürfen.

C. M. der K. Min. d. Fin. (v. Bodelschwingh) u. für G., G. u. öffentl. A. (v. Pommer-Esche) v. 1. April 1853 an sämmtl. K. Reg. und die K. Bau-Kom.

Seitens der K. Ober-Rechn-Kammer ist zur Sprache gebracht worden, Betreff der Beschaffung derjenigen Utensilien und Gegenstände, deren die Baubeamten zur Ausübung ihres Amtes bedürfen, in den verschiedenen Reg.-Bezirken ein verschiedenes Verfahren statfinde. Um in dieser Beziehung eine gleichmäßige Behandlung der Baubeamten eintreten zu lassen, bestimmen wir hiermit, daß die Baubeamten die Utensilien und Gegenstände, die sie zur Ausübung ihres Amtes bedürfen, mit alleiniger Ausnahme der Dienstlegel, aus eigenen Mitteln zu beschaffen haben.

In Bezug auf die Amtsblätter und Gesek-Sammlungen, die unter den obigen Utensilien und Gegenständen nicht mit eingeschlossen sind, verbleibt es bei den bisherigen Bestimmungen. (Min. Bl. d. i. B. 1853. S. 103. Nr. 86.)

c) Umzugskosten.

Bergl. Staatsdienst-Pragmatik (Th. III. des Werkes).

aa) Nach dem K. v. 2. Nov. 1849 (Min. Bl. d. i. B. 1849. S. 242. Nr. 100) sind dergl. zu bewilligen, wenn die Versetzung unter Umständen geschieht, die die Anweisung überhaupt zulassen.

bb) Quittungen darüber sind stempelfrei.

(K. v. 30. Juli u. 8. Aug. 1851., Min. Bl. d. i. B. 1851. S. 244. Nr. 20.)

Dagegen sind die Quittungen der Geometer über die denselben zur Beihilfe zu Umzugskosten gezahlten Unterstützungsgelder stempelpflichtig.

(K. v. 14. Nov. 1845., a. a. O. 1845. S. 355. Nr. 404.)

¹⁾ Bergl. oben S. 57.

Es sind Fälle vorgekommen, in denen die K. Reg. den Stellvertretern solcher Bau-
beamten, welche für die Fuhr-Kosten, Aversional-Entschädigungen beziehen, Reise-Kosten-
vergütungen aus den K. Kassen gewährt haben. Dies erscheint in der Regel unzulässig,
da nach der allgemeinen Grundregel, daß jene Baubeamten, wenn ihnen Urlaub
bewilligt worden, oder sie durch Krankheit oder andere Umstände verhindert werden, ihrem
Poste vorzusehen, verpflichtet sind, entweder unmittelbar für das Fortkommen ihrer
Stellvertreter in genügender Art zu sorgen, oder denselben das Fuhr-Kosten-Aversum nach
Art und Weise des Zeitraums der Stellvertretung, zu überlassen.

Zeute in einzelnen ganz besonderen Ausnahmefällen eine Abweichung von jenem hat die gerechtfertigt erscheinen, so ist dazu jedesmal die Genehmigung des unterg. erforderlich, und mittelst vollständig motivierten Ber. nachzusuchen.

g) Unterstützungsgelder für die bei Ausführung von Staats-
arbeiten vorübergehend beschäftigten Personen in Fällen der Er-
malung oder körperlichen Beschädigung.

Des Königs Maj. haben zu genehmigen geruht, daß den bei Ausführung von Bauarbeiten vorübergehend beschäftigten Personen, namentlich den Bauarbeitern, Zimmerleuten, Maueraufsehern, Bureau-Arbeitern u. dergl., in Fällen unverschuldeter Verletzung oder körperlicher Beschädigung, welche sie sich durch ihre Beschäftigung bei Bauarbeiten zuziehen möchten, vorübergehend Unterstützungen aus den Baufonds bewilligt, solche auch nach den Umständen auf die Hinterbliebenen der bei den Bauausführungen oder in Folge derselben verunglückten Personen ausgedehnt werden dürfen.

Die Bestimmung über die eintretenden Fälle aus dem Baufonds zu zahlende Unter-
stützung bejahte ich mit auf den beabsichtigten Bericht der den Bau leitenden Behörde vor.

In Folge Ihres gemeinschaftl. Ver. v. 28. Okt. d. J. will Ich hierdurch genehmigen, daß den, bei Ausführung von Staatsbauten vorübergehend beschäftigten Personen, namentlich den Bauarbeitern, Schachtmachern, Bauaufsehern, Bureauarbeitern u. dergl., wegen unverschuldeter Erkrankung oder körperlicher Beschädigung, welche sie sich durch Beschäftigung bei den Staatsbauten zuziehen möchten, vorübergehend Unterstützungen aus dem Fonds gewährt, solche auch nach den Umständen auf die Hinterbliebenen der bei den Bauausführungen oder in Folge derselben verunglückten Personen ausgedehnt werden dürfen. Potsdam, den 16. Nov. 1850.

(*Ann. Bl. d. l. B.* 1851 G. 99. Nr. 109.)

bergl. das Pensions-Regl. für die Civil-Staatsdiener v. 30. April 1825 (L. 843.) mit sämmtlichen dasselbe abändernden und erläuternden Bestim- mungen in Thl. III. des Werkes. (Staatsdienst-Pragmatik.)

Bergl. die Verordnungen:

c) Die Anschläge dürfen ex officio von den Baubeamten nur einfach eingegeben werden, dagegen müssen sie das vollständige Konzept zurückbehalten¹⁾).

d) In allen Anschlägen ist einerlei Maß (das geschliche) und Geldsorten anzunehmen, für das, was sich wirklich berechnen läßt, nie eine runde Summe auszuwerfen. Reparaturen möglichst Separation der einzelnen Gegenstände, nach abgeschlossenen Summen, welche demnächst recapitulirt werden. Gleichförmige Prinzipien, Vermehrung aller Provinzial-Angelegenheiten und Benennungen, die Mißverständnisse vermeiden können. Aufsichtsgebühren und Geldzahlungs-Lantien werden in die Anschläge, den bestehenden Verordnungen aufgenommen.

V. Gegenstände, welche sich auf die etatsmäßigen Anschläge beziehen

a) Der Baubeamte soll wenigstens im Jahre einmal alle diejenigen Bau-Gegenstände revidiren, welche sich in seinem Geschäftskreise befinden; und damit derselbe im Anfange des Jahres von denen in Kenntniß gesetzt werde, welche zur künftiglähr Ausführung bestimmt sind, so ist es wünschenswerth, daß in jedem Reg. Bez. Behörden, womit der Baubeamte in Verbindung steht, die Aufforderung ergehe, binnen zu einem bestimmten Termin, z. B. Ausgangs Februar jeden Jahres die Rechnung von den nöthigen Bauten, deren Veranschlagung erforderlich ist, einzusenden. Der Baubeamte wird dadurch in den Stand gesetzt, der Reg. die Spezial-Anschläge für künftiglährigen Etat zur rechten Zeit vorzulegen.

b) Bei den Revisionen werden zugleich alle Bau-Verbindlichkeiten der einzelnen Individuen zu den R. Gebäuden geprüft, abgenommen und die erforderlichen Bau-Ausführungen besonders veranschlagt.

Auf den Domainen-Ämtern muß fortwährend ein Protokoll oder Buch über die bestimmte Verbindlichkeiten der Pächter, z. B. Dachbedeckungen, kleine Reparaturen, Materialien-Lieferungen u. s. w. geführt werden.

c) Wenn bei den Rundreisen gefunden wird, daß Dominial-, Zell- oder Civil- oder Bewohner von Dienstgebäuden, die auf eigene Kosten zu bewirkende Reparaturen verschleppen, so ist darüber mit Beilägung eines Kostenanschlages sogleich zu berichten. Vernachlässigungen und Beschädigungen der Gebäude sind anzuzeigen.

d) Bei den Rundreisen werden zugleich die Feuerlöschungs-Gesellschaften, Schlösser, öffentlichen und Domainen-Gebäude untersucht, Spritzen-Proben von den Resultate jedesmal besonders den Landrathen, wo es nöthig ist, mit Verbesserungsvorschlägen mitgetheilt.

VI. Bauausführungen.

A. Allgemeine Verfügungen:

- a) Richtige Disposition und beste Benützung aller Lokal-Umstände.
- b) Bestreben, alle Baue mit den geringstmöglichen Kosten ohne Zeitverlust und Benachtheiligung des Zweckes zu bewirken.
- c) Führung allgemeiner Baurechnungen im Laufe der Arbeiten.
- d) Monatlicher Rapport an die Reg. von den wichtigsten Bauten.
- e) Vermeidung alles eigenmächtigen Verfahrens bei der Bau-Ausführung.
- f) Nur in Fällen, wo Gefahr im Verzug liegt, ist eine eigenmächtige Bau-Ausführung zu gestatten und davon sofort eine Anzeige mit Einlieferung der Anschläge an die Reg. zu machen.
- g) Nachanschlätze dürfen nur bei ganz unerwarteten Fällen gefertigt, und früh genug eingereicht werden.
- h) Bestimmung derjenigen Gegenstände, wo außerdem der Baubeamte selbst handeln soll und darf, und wo es auf einen geregelten Geschäftsgang ankommt.

B. Verdingbaue.

- a) Bauverdingungen an mindestfordernde General-Uebernehmer sind nur in

¹⁾ Mit Bezug hierauf bemerkt das C. H. des R. Min. des J. für G. und G. (Deuth) v. 5. Nov. 1830 an sämmtl. R. Reg.:

• Es ist zur Kenntniß des Min. des J. für G. u. G. gekommen, daß der Ministerial-Befehl der Instr. für die Baubeamten v. 11. Juni 1817 entgegen, wonach nur ein Exemplar der Anschläge einreichen, dagegen das vollständige Konzept zurückbehalten sollen, von einigen Reg. die Einreichung zweier Exemplare verlangt wird.

• Dieses vorschriftswidrige Verfahren, welches den Baubeamten eine Zeit verurtheilt, die sie nützlicher anwenden können, oder ihnen unnöthige Ausgaben verursacht, ist sofort abzustellen, wo es stattgefunden hat.

(Act. gen. des Min. des G. u. d. G., betr. die Instr. für die Baubeamten, A. 4 24. Vol. II.)

den, wo damit offenkundiger Nutzen und kein technischer Nachtheil verbunden ist, in Anregung zu bringen.

Der Baubeamte schlägt den Uebernehmer, der jedoch nie ein im Amte stehender Beamter sein darf, der Reg. vor; wenn sie nicht selbst die Kontrakte abschließt, sondern dem Baubeamten überläßt, so muß dies nach denen von derselben entweder im Voraus, oder für jeden bestimmten Fall vorgeschriebenen Bedingungen geschehen, und der Antrag zur Genehmigung vorgelegt werden.

b) In den Anweisungen der Kontraktzahlungen müssen der Regierung die Älteste Rücksicht werden.

c) Entreprisen von Bedeutung werden mehrmals während der Ausführung konstatirt, und den Unternehmern erleichternde Dispositions-Anleitungen gegeben.

C. Rechnungsbaue.

a) In allen Fällen muß der Afford der billigsten Preise vorangehen.

b) Die Arbeiten werden in den Rechnungen stets nach Maß und Quantität deutlich bezeichnet und nach den Positionen der Anschläge geordnet.

c) Wenn Ausführungen in Tagelohn geschehen müssen, darf in den Rechnungen die Höhe dessen, was dafür geleistet ist, nie fehlen, auch muß sie ebenfalls, wie ad b, nach Anschlagsätzen geordnet sein.

d) Ausnahme einerlei Münzsorte dabei nach Berliner Courant.

e) Genaue Separation der Kontrakt- und Rechnungs-Gegenstände auch bei diesen Ausführungen.

VII. Bauabnahme.

Muß durchaus zur gehörigen Zeit geschehen, nicht zu spät, auch nicht zu früh, bis alle vorgekommenen Mängeln abgeholfen ist.

a) Bei Revisionsanschlägen ist in vielen Fällen die Zusammenstellung und beson- derliche Aufzeichnung aller kontraktmäßig ausgeführten Anschlagsätze zur kürzesten Uebersicht nöthig. Die Rechnungsarbeiten stellen sich sodann besonders und zwar überall unter Bezug der durchlaufenden Nummern der Positionen des Original-Anschlages.

b) Zusammenstellung aller Abänderungen unter die gehörigen Anschlags-Artikel.

c) Zur Erleichterung der Arbeit können die zu übertragenden Anschlagsätze, der Original-Anschlagsätze, dem Inhalt nach möglichst abgekürzt werden, und nur die Haupt- sachen der Arbeits-Quantität und Qualität sammt Ursachen enthalten, indem der Ori- ginal-Anschlag stets beigelegt sein muß; oder es können die Original-Anschläge mit dem Papier durchschossen werden, um die Revisions-Bemerkungen gleich damit zu machen.

d) Besondere Bauabschlußrechnungen müssen stets stattfinden.

e) Zu den etwaigen Nachanschlägen werden auch die Revisions-Protokolle beson- dert geführt.

f) Die Abnahme des Baues wird gänzlich verweigert, wenn die vorgefallenen Mängel entweder gar nicht, oder nur mit bedeutenden Kosten abändern lassen.

g) Ueberhaupt muß jeder Bau vor der Abnahme an Ort und Stelle revidirt werden.

VIII. Die Disciplinar-Verhältnisse des Baubeamten.

IX. Führung eines Dienst-Journals.

Der Baubeamte hat ein Journal zu halten, worin alle eingegangene und abge- gangene Aufträge bemerkt werden. Ebenso muß er seine Registratur in Ordnung halten, mittelst derselben über jeden Gegenstand Auskunft geben zu können. Die Bauräthe sind verpflichtet bei ihren Reisen sich davon Ueberzeugung zu verschaffen.

Anl. b.

E x t r a k t

aus dem Ver. der Ober-Bau-Dep. v. 10. Mai 1817, betr. die Instruktion für den Wasser-Bau-Inspettor auf der Ruhr.

I. Beschreibung des Distrikts, welcher dem Wasserbau-Inspettor zugetheilt wird.

Umfang seiner Dienst-Geschäfte und Obliegenheiten. (Mit Bezug auf die Landbaubeamten-Instruktion.)

Der Wasserbau-Inspettor ist im Allgemeinen nicht allein mit der Ausarbeitung und Vorlegung von Vorschlägen zur Verbesserung und Regulirung der Schifffahrt, zur Befestigung der Ufer, der hydrotechnischen Anlagen, der Einbaue, Pflanzungen, Wehre, Schleusen, Brücken, Futtermauern, Hafen und Leinen-Wehre, nach der dazu vom Reg. erhaltenen Anweisung und mit Besorgung und Leitung der Ausführung derselben, sondern auch besonders mit der Strom-Polizei der Ruhr und zwar nach der Wasser- und Ufer-Ordnung für den Ruhrstrom vom 1. Mai 1781 beauftragt.

Dahin gehört besonders dasjenige, was selbige in den §§. 14. 15. 16. 17. 18. 24. 26. 28. 37. 41. 42 bis 50 und 51 vorschreibt, außerdem

a) daß das Fahrwasser von allen den Schiffen gefährlichen Hindernissen: versunkenen Bäumen, Wurzeln, großen Steinen u. s. w. rein gehalten werde.

b) Daß die Schleusen-Kanäle gehörig gereinigt, und ihnen entweder durch Schränkung oder Ausbaggerung die nöthige Tiefe verschafft werde.

c) Daß alle Debauchements, schädliche Nebenarme, Ueiderungen, welche den Fluß ausbreiten und dessen Vermögen, ein tiefes und regulirtes Bett zu bilden, schaden und dadurch Veranlassung zur Strom-Verwilderung geben, nicht allein durch Bauwerke abgeschlossen, sondern auch gegen Durchbrüche mehr gesichert und durch nicht zu verletzende Bepflanzungen die Anschlammung und Erhöhung der Nebenarme befördert werden.

d) daß man sich bei Bau-Ausführungen der besten Methode, der Ertelweil'schen und da wo es zweckmäßig ist, des Einstüdenbaues auf der Ruhr bediene.

e) Daß geringe Schäden augenblicklich verbessert werden, um größeren vorzubeugen.

III. Vollständige Erwerbung der Kenntnisse aller örtlichen Bauverhältnisse (mit Bezug auf dasjenige, was in der Landbaubeamten-Instruktion gesagt ist und hier Anwendung findet).

a) Anfertigung eines Inventari von den Strombau-Utensilien.

b) Jährliche Vervollständigung der Ruhr-Karten, nämlich, daß die Veränderungen auf besondere mit der Jahrzahl überriebene Blätter, welche mit Quadraten, die mit denen der Haupt-Fluß-Karte übereinstimmen, bezogen sind, nachgetragen werden.

c) Sammlung aller derjenigen nivellirischen und hydrometrischen Messungen, die bei verschiedenen Wasserständen der Ruhr vorgenommen sind.

d) Kenntniß von allen Verfügungen und Bestimmungen, die wegen Instandhaltung und Verbesserung der Ruhrschiffahrt ergehen.

e) Aufsicht, daß die Wasserstandsbeobachtungen an den Schleusen und an anderen Punkten mit Sorgfalt angestellt werden, und deren monatliche Einsendung. Neben Tabellen, deren Berichtigung, wo es nöthig sein sollte. Bestimmung der Mittel, die dazu und ihre Beförderung an den technischen Oberbeamten.

IV. Möglichste Vereinfachung aller Vorarbeiten der Bau-Geschäfte (mit Bezug auf dasjenige, was in der Landbaubeamten-Instruktion gesagt ist und hier Anwendung findet).

a) Vollständige Zeichnungen und Pläne, jedoch nur bis zum Grade der Deutlichkeit und Richtigkeit ausgeführt.

Bei Strom-Bauen

sind dazu geometrische, nivellirische und hydrometrische Messungen, besonders aber Tiefen-Messungen mit Bezug auf den nächsten Schleusen-Wechsel erforderlich.

Sind die Messungen durch einen Kondukteur aufgenommen, so muß sich der Bau-Inspettor vorher von der Richtigkeit derselben zu überzeugen suchen.

Zu Schleusen-, Brücken- und Wasserbauen

sind Grund und Aufrisse, Längen und Quer-Profile erforderlich. Der Maßstab ist selbigen 10 Fuß auf den preussischen Zoll.

V. Gegenstände, welche sich auf die etatsmäßigen Anschläge beziehen (mit Bezug auf dasjenige, was in der Landbaubeamten-Instruktion gesagt ist und hier Anwendung findet.)

a) In jedem Frühjahr und Herbst wird im Beisein des Regierungs- und Wasserbau-Raths und der übrigen Kommissarien eine General-Bereisung der Ruhr abgehalten. Dieser wohnt der Wasserbau-Inspettor nicht allein bei, sondern er ist auch beauftragt dafür zu sorgen, daß allen Verfügungen, die zum Nutzen und zur Verbesserung des Flusses angeordnet werden, Genüge geschehe.

b) Außerdem ist er verpflichtet, nach jedem wichtigen Ereigniß am Fluß, z. B. nach großen Fluthen, Eisdängen u. s. w., Bereisung vorzunehmen und den Befund mittelst Protokolls kurz, lichtvoll und getreu zu schildern.

c) Von den in dem Jahre auszuführenden Bauen müssen sogleich nach der Jahres-Bereisung und nach den dabei erhaltenen Vorschriften die Anschläge angefertigt und spätestens zum ersten Juni eingereicht werden.

d) Alle Pläne, Bau-Entwürfe und Anschläge, sowohl über anzulegende Bauen als über Verbesserung schon bestehender, werden dem K. Ober-Präsidenten zu Münster eingelegt, an welches auch alle Ber. zu erstatten sind.

VI. Bauausführungen (mit Rücksicht auf die Instruktion der Landbaubeamten)

A. Allgemeine Verfügungen.

a) Rapports an das K. Ober-Präsidenten zu Münster und an den Regierungs-Wasserbau-Rath, dem die Ruhrbaue untergeordnet sind. Dahin gehört:

daß der Wasserbau-Inspettor sowohl während der Bau-Zeit als außer derselben

Die Monate dem technischen Ober-Beamten von dem Fortgang der Arbeiten und von den dabei eingetretenen Hindernissen einen ausführlichen Bericht abstatte, welchem eine tabellarische Nachweisung von dem beigefügt werden muß, was nach dem genehmigten Anschlag ausgeführt ist, ob etwa Positionen des Anschlages wahr- scheinlich überstiegen werden, und welche Ursachen die zu befürchtende Mehrausgabe herbeiführen. Derselben Nachweisungen erhält das R. Ober-Präsid. vierteljährlich, bei außergewöhnlichen Vorfällen und Ereignissen, als Eisdörungen, Fluthen u. s. w. ist der Rapport an seine bestimmte Zeit gebunden.

Vermeidung alles eigenmächtigen Verfahrens bei Bau-Ausführungen, als genehmigte Baue nicht zu überschreiten, sich keine Abänderungen der Baue ohne vorher eingeholte Genehmigung zu erlauben.

3) Treten aber Unfälle ein, die einer schnellen Abhülfe bedürfen, so ist der Wasser- bauer ermächtigt, selbige unverzüglich vorzunehmen, er muß jedoch jedrömal sogleich an den technischen Ober-Beamten machen und demnächst mit den nöthigen Ver- zeichnungen, Plänen u. s. w., das Verfahren motiviren.

4) Während der Bauzeit ist eine öftere Revision der Baustellen unumgänglich

B. Bedingungen.

bei Strombauten nicht vorkommen, wohl aber bei Schleusen-, Brücken- und Wehr- bauten, weshalb das Nöthige schon in der Landbau-Beamten-Instruktion bemerkt und anzuwenden ist.

C. Rechnungsbaue.

1) Der Wasserbau-Inspektor attestirt alle eingehenden Materialien- und Arbeits- rechnungen, beibringt auch solche zur Anweisung des Geldbetrags an die Kassen-Verwaltung. Und da hierbei eine Haupt-Kontrolle beabsichtigt wird, so hat sich der Wasserbau- Inspektor bevor er irgend eine Rechnung attestirt, von deren Richtigkeit, aufs sorgfältigste zu überzeugen.

2) Deshalb wird es zweckmäßig sein, bei Maschinen-Lieferungen Probe-Vandungen anzuhalten, und nach Audit-Maß die Maschinen abnehmen zu lassen.

3) Besonders müssen bei wichtigen Kripp-Arbeiten alle Bau-Materialien zur

Hand genommen werden, nach welchen Grundsätzen und Verordnungen die Kripp-Materialien abgenom- men, die Empfangsbücher geführt, die Lieferungsscheine und Arbeits-Rechnungen einge- reicht werden sollen, wird durch eine besondere Verfügung bestimmt werden.

VII. Bau-Abnahme (mit Rücksicht auf dasjenige, was aus der Instruktion für die Landbau-Beamten hier anwendbar ist).

Nach Beendigung aller Bauarbeiten hat der Wasserbau-Inspektor darüber am Ende jeden Jahres einen Haupt-Ber. dem R. Ober-Präsid. abzustatten.

VIII. Disziplinar-Ordnung.

IX. Führung eines Dienst-Journals.

Acta des Min. d. Fin., Abth. f. H., G. u. Bauwesen, A. 4. Nr. 24. Vol. I.)

In Folge dieser Anordnungen haben auch mehrere Regierungen beson- dere Dienst-Instruktionen für die Baubeamten ihrer Depart. ertheilt, und

a) die Reg. zu Düsseldorf überreichte mittelst Ver. v. 28. Febr. 1817 Entwurf zur Dienst-Instruktion für die am Rhein und an der Ruhr im Reg. Depart. anzustellenden Krippmeister und Baard-, Deich- und Kripp- Inspektor, welcher durch das R. des R. Fin. Min. v. 13. April 1817 genehmigt wurde.

Acta des R. Fin. Min., Abth. für H., G. u. Bauwesen, betr. die Dienst-Instrukt. für die Baubeamten, sign. Baubeamte A. 13b. Nr. 8.)

b) Die Reg. zu Straßburg reichte mittelst Ver. v. 13. Dec. 1817 Entwurf einer Instruktion für die Wasserbaubeamten des Depart. ein, die das R. Min. des H. mittelst R. v. 13. Jan. 1818 genehmigte.

Acta der Gen.-Verwalt. für H. u. Bauwesen, betr. die Instruktion für die Baube- amten im Reg. Bez. Straßburg, sign. Baubeamte, Provinz Pommern, A. 8a. Nr. 2.)

c) Die Reg. zu Posen überreichte mittelst Ver. v. 30. Jan. 1818 die Instruktion für die Land- und Wasserbau-Inspetoren des dortigen Reg. Bez.

zur Genehmigung, die durch das R. des R. Min. des H. v. 9. März 1817 ertheilt wurde.

(Acta des R. Min. für H. u. Bauwesen, betr. die Dienst-Instrukt. für die Beamten des Reg. Bez. Posen, sign. Baubeamte, Provinz Posen, A. Nr. 5.)

2) Die Reg. zu Münster hatte unterm 12. Dec. 1817 eine Instruktion für die Landbau-Inspektoren ertheilt und solche mittelst Ver. v. 20. Nov. 1818 eingereicht, worauf dieselbe mittelst R. des R. Min. des H. v. 13. Nov. 1819 genehmigt wurde.

Der Ober-Präsident v. Vincke zu Münster reichte unterm 4. Juli 1843 einen Entwurf zur Dienst-Instruktion für die Wasserbaubeamten an der Ruhr und Lippe ein. Diese Instrukt. wurde der Ober-Bau-Deput. zur Begutachtung vorgelegt, und, nach deren Anträgen modificirt, mittelst R. des R. Min. v. 12. Juni 1843 dem Ober-Präsident v. Vincke remittirt, um solche gemäß zu publiciren.

(Acta des R. Fin. Min., Abth. für Bauwesen, betr. die Dienst-Instruktion für die Baubeamten im Reg. Bez. Münster, incl. für die Wasserbaubeamten an der Ruhr u. Lippe in den Reg. Bez. Münster u. Arnberg, sign. Baubeamte, Abth. A. 12a. Nr. 11.)

3) Die Reg. zu Danzig überreichte mittelst Ver. v. 15. März 1820 eine Instruktion für die Landbaubeamten ihres Bezirks zur Prüfung, welche einer geringen Modification des §. 12. derselben) durch das R. des R. Min. des H. u. Bauwesen v. 23. Mai 1820 genehmigt wurde.

(Acta des R. Fin. Min., Abth. für H., G. u. Bauwesen, betr. die Dienst-Instruktion für die Baubeamten im Reg. Bez. Danzig, sign. Baubeamte, A. 6a. Nr. 11.)

4) Die Reg. zu Köln reichte unterm 23. Juli 1821 einen Entwurf zur Instruktion für die Land- und Wasserbau-Inspektoren des Bezirks der nach dem erforderlichen Gutachten der Ober-Bau-Deput. modificirt, sodann mittelst R. des R. Min. des H. u. Bauwesen v. 22. März 1822 genehmigt wurde.

(Acta des R. Fin. Min., Abth. für H., G. u. Bauwesen, betr. die Dienst-Instruktion für die Baubeamten im Reg. Bez. Köln, sign. Baubeamte, A. 13a. Nr. 11.)

5) Die Reg. zu Merseburg überreichte mittelst Ver. v. 17. Febr. 1827 die von ihr bereits ertheilte Dienstanzweisung v. 1. Febr. 1827 für die in den Bezirken angestellten Bauinspektoren. Die Ober-Bau-Deputation fand dabei verschiedene Erinnerungen zu machen und nach diesen wurde die Instruktion modificirt und mittelst R. des R. Min. des H. u. Bauwesen v. 7. Juli 1829 der Reg. zur Nachachtung zugefertigt.

(Acta des R. Min. des H. u. Bauwesen, betr. die Dienstanzweisung für die Baubeamten im Reg. Bez. Merseburg, sign. Baubeamte, Abth. A. 11a. Nr. 13.)

6) Die Reg. zu Gumbinnen hatte für die Land- und Wasserbau-Inspektoren ihrer Departements eine Instruktion ausarbeiten lassen, bei welcher die Instr. der Reg. zu Merseburg v. 17. Febr. 1827 zum Grunde gelegt wurde. Diese wurde mittelst Ver. v. 24. Okt. 1830 zur Prüfung eingereicht. Es erfolgte hierauf an die Reg. zu Gumbinnen nachstehendes R. des R. Min. des H. u. G. (Beuth), v. 22. Febr. 1832:

10. Der eingereichte Entwurf enthält im Wesentlichen nur eine Wiederholung der Instr. der Reg. zu Merseburg von 1827. Nur §. 47 der letzteren Instr. ist geblieben und §. 83 bedeutend abgeändert, womit das Min. einverstanden. Daß aber die Merseburger Instr. überhaupt nicht für geeignet, als Muster zu dienen, weil sie die unausführbare Tendenz hat, alle gesetzlichen und Verwaltungs-Vorschriften, welche der Beamte zu beobachten hat, erschöpfend zu bezeichnen, statt sie im Allgemeinen anzudeuten. Die Fortschritte der Gesetzgebung und Verwaltung machen es unmöglich, diese Vorschriften erschöpfend zusammenzustellen und ein mangelhafter Versuch erzeugt bei den Beamten den irrigen Wahn, er habe sich bloß auf Beobachtung der

den zu beschränken, statt dem fortschreitenden Gange der Gesetzgebung und der Verwaltungs-Ordnungen in gewissenhafter Aufmerksamkeit zu folgen.

Das Min. behält sich vor, die Reg. wegen Ausführung des früheren R. v. 11. Juni 1820 mit näherer Anweisung zu versehen. Der förmliche Erlass einer Dienst-Anweisung an die Baubehörden kann bis dahin ausgesetzt werden und die Reg. hat auch bei solchen Anweisungen an die Baubeamten nach dem von ihr vorgelegten Entwurf zu verfahren, als dieser Entwurf nicht in der (abschriftlich anliegenden) Verf. vom 18. Juni 1820 an die Reg. zu Merseburg genehmigt worden.

Sater ist in dieser Angelegenheit bis jetzt nichts veranlaßt worden.

(Acta gen. des R. Min. für G. u. Bauwesen, betr. die Dienst-Instrukt. für die Land- und Wasserbaubeamten im Reg. Bez. Gumbinnen, sign. Baubeamte A. 3b. Nr. 10.)

1) Die Reg. zu Arnberg überreichte unterm 17. Mai 1820 einen Entwurf einer Dienst-Instr. für die in ihrem Bez. angestellten Bauinspektoren, der der Ober-Bau-Deput. zum Gutachten mitgetheilt und der Reg. mittelst d. R. Min. für G. v. 25. Sept. 1820 zur Umarbeitung nach letzterem Ertr wurde. Erst unterm 11. Febr. 1836 reichte die Reg., welche aus Veranlassung eines speciellen Falles, anherbeigekommen war, auf Befehl der Reg. die Instr. wieder ein, welche nunmehr durch das R. des Fin. v. 7. März 1836 mit einigen Modifikationen genehmigt wurde.

(Acta des R. Fin. Min., Abth. für G. u. Bauwesen, betr. die Dienst-Instruktionen für die Baubeamten im Reg. Bez. Arnberg, sign. Baubeamte A. 12a. Nr. 11.)

2) Die Reg. zu Plegitz reichte mittelst Ver. v. 19. Aug. 1841 einen Entwurf zur Instr. für den Wasserbauinspektor zu Glogau ein. Das R. des Fin. genehmigte solchen durch das R. v. 28. Sept. 1841 mit einigen Abänderungen und bestimmte zugleich, daß die Reg. auch die übrigen Baubeamten der Depart. nach Anstellung dieser Instr. mit einer Dienst-Anweisung zu versehen habe.

(Acta des R. Fin. Min., Abth. für G. u. Bauwesen, betr. die Dienst-Instruktionen für die Baubeamten im Reg. Bez. Plegitz, sign. Baubeamte A. 9a. Nr. 9.)

III. Besondere Vorschriften über die amtlichen Pflichten der Bau- und Wege-Beamten enthalten die folgenden Verordnungen:

1) Pflichten der Amtsthätigkeit.

2) Amtsfunktionen.

3) Verfahren der Baubeamten bei Abgabe von Gutachten über den Ankauf von Privat-Gebäuden zu öffentlichen Zwecken.

Das R. des R. Fin. Min. (Gr. v. Alvensleben) v. 18. Dec. 1839 an die Reg. und die Min.-Bau-Kom.

Im neuerdings vorgekommener Fall, in welchen nach dem Ankauf eines Privat-Gebäudes für öffentliche Zwecke der bauliche Zustand desselben sich als sehr schlecht erwies und den vor dem Ankauf zugezogenen Baubeamten, von denen hierauf nicht bemerkt worden, ein sorgloses und oberflächliches Verfahren Schuld gegeben wird, Veranlassung, den Baubeamten die größte Sorgfältigkeit und Vorsicht bei derartigen ähnlichen Angelegenheiten zu empfehlen. Es wird daher, um demgemäß die Baubeamten zu instruiren, auf folgende Punkte, welche sie bei ihrer Zuziehung zu den Verhandlungen über den Ankauf von Privatgebäuden für öffentliche Zwecke besonders zu beachten haben werden, aufmerksam gemacht:

Sehr oft erfolgt die Aufforderung zur sachkundigen Beantwortung einer Frage zur Abgabe eines Gutachtens von Seiten des Vorstandes einer Behörde oder anderer nur mündlich.

Wenn nur eine mündliche Aeußerung verlangt, so muß die richtige Auffassung der Sache und die angemessene Benutzung auch dem überlassen bleiben, der die Frage der Baubeamte kann dafür nicht verantwortlich gemacht werden.

Wenn ein schriftl. Gutachten abgegeben werden, so ist die genaue Angabe dessen,

was dem Baubeamten über den Zweck der Consultation angegeben worden
weil später nur hiernach die Angemessenheit seines Urtheils geprüft werden

Diese Angabe wird im Eingange des Gutachtens ihre Stelle finden kann anzusehen sein, wenn vor weiterem Verfahren in der Sache von d. Behörde dagegen nichts erinnert worden ist.

2) Schriftliche Aufforderungen und Mittheilungen sind dem Gutachten ausdrücklich in Bezug zu nehmen, sondern auch sorgfältig o

3) Jede, auch die sorgfältigste Untersuchung des Zustandes erlaubt über die Beschaffenheit einzelner, selbst sehr wichtiger Theile Unsicherheit. Damit man von solchen Untersuchungen sich nicht mehr verspreche, als Sache, oder den besonderen Umständen nach zu erreichen ist, ohne wesentlich zu veranlassen, ist nöthig, daß in dem Gutachten bestimmt ausgesprochen werde die Untersuchung vorgenommen, auf welche Theile sie sich erstreckt, welchen Gründen eine weitere Erforschung für entbehrlich gehalten, die für nöthig erachtete nicht zu bewirken gewesen sei.

4) Die Tüchtigkeit und Brauchbarkeit eines Gebäudes ist von der Belbehaltung in seiner bisherigen Einrichtung und zu der bisherigen Bel von den mehr oder weniger bedeutenden Abänderungen und Vergrößerungen anderen Zwecke abhängig. Ein treffendes Urtheil kann also, auch bei Kenntniß von dem Zustande, nicht anders, als mit Rücksicht auf das, was in der Zukunft beabsichtigt wird, gefällt werden und wird folglich nie ohne allen Be stehen sein.

5) Die überschlägliche oder spezielle Ermittlung der Kosten und Einrichtung bleibt schon unter den zu 3 angeführten Umständen mehr unsicher; sie entbehrt aber jedes Fundaments, wenn, wie sehr oft, noch gar nicht feststeht, welche Raumbedürfnisse beiriedigt und wie die Lokalen ausgestattet werden.

Der Ueberschlag oder Anschlag muß also entweder auf bestimmte Zeiten bezuhen, oder, wie ausdrücklich zu bemerken sein wird, in Ermangelung solcher Angaben des Baubeamten bearbeitet werden, der im letztern Falle, und wenn die Positionen nicht erinnert worden ist, auch nur zu vertreten haben wird, die Erhaltung des Gebäudes nöthigen Arbeiten nicht außer Acht gelassen werden.

6) Die richtige Abschätzung des Werthes eines Gebäudes setzt unter 3 gedachte genaue Untersuchung voraus, zu welcher Zeit und Kosten sind, noch seltener aber die Einwilligung des Besitzers zu beschaffen ist.

Auch kann die richtigste Ermittlung des Werthes unpaffend werden, wenn ein Gebäude nach 4 eine andere Bestimmung und Einrichtung erhalten soll, in welcher Störung vieler noch brauchbarer Theile unvermeidlich wird.

Hierauf wird auch eine Tage nicht anders als unter Angabe des Zweckes verlangt worden und unter Beobachtung der unter 3 und 4 gedachten Stellen sein.

Liebt unter gewissen örtlichen Verhältnissen nach der Kenntniß des Bauwerth seinen Maßstab für den üblichen Kaufpreis, so ist auch dies zu be

Es bedarf wohl nicht der Erinnerung, daß alles Vorstehende seine Annahme wenn bloß der Information wegen eine Abschätzung fiktionaler Gebäude, welche zum Verkauf gestellt werden sollen.

Uebrigens ist dafür Sorge zu tragen, daß Geschäfte dieser Art nur bei mit der Fertigkeit bekannte Baubeamte, nicht durch Bau-Kondukteurs betrie-
 weil dabei Geschicklichkeit und Kenntnisse einen gewissen praktischen Takt,
 Erfahrung zu erwerben ist, nicht entbehrlich machen. (A. XXIII. 778. — 4

ββ) Verpflichtung der Baubeamten zur Beobachtung der höchsten Wasserstände und zur Sammlung der Notizen

1) U. R. des R. Min. des J. (Beuth) v. 25. März 1830
R. Reg.

In einem Theil der Monarchie hat schon im vorigen Jahr, in de größern Theil derselben aber in diesem Jahr, der Stand der meisten kleinen seltene Höhe erreicht.

Der R. Reg. wird daher aufgegeben, der B. v. 10. Sept. 1424 (A) dafür zu sorgen, daß diese hohen Wasserstände da, wo keine regelmäßige Regen stattfinden, gehörig gezeichnet, demnächst mit andern festen, möglichst un-
Punkten in Verbindung gebracht, und die Nachrichten darüber gesammelt n
in vorkommenden Fällen bei baulichen Anlagen darauf Rücksicht genommen

Anl. a.

Es ist bemerkt worden, daß häufig die Beobachtung der Fluthöhe der Gewässer, in welche Brücken vorhanden sind, oder zu bauen sein können, verabräumt wird; so daß künftighin Brückenbauern, der V. v. 27. Sept. 1822¹⁾ entgegen, die Angabe der höchsten und niedrigsten Wasserstände in den Projekten wegen Mangels an Nachrichten nicht thun. Es ist dies besonders bei solchen Gewässern der Fall, bei welchen keine regelmäßige Beobachtungen, an den zu diesem Zweck gesetzten Pegeln, stattfinden; gleichwohl ist Kenntniß der Wasserstände hier wie dort zur Beurtheilung des Ueberschwemmungs- und bei vorkommenden baulichen Anlagen nöthig.

Damit nun diesem Erfordernisse für die Folge genügt werden könne, beauftrage ich die Reg., bei allen Gewässern, bei welchen nicht schon regelmäßige Beobachtungen stattfinden, solche jedoch wenigstens rücksichtlich der höchsten und niedrigsten Wasserstände zu dem angegebenen Zweck nöthig sind, durch die Ortsvorstände zu veranlassen: daß bei Hoch- und sehr niedrigem Wasser an Brückenpfehlern, Bäumen oder sonstigen fest und nicht leicht verrückbaren Gegenständen, Zeichen gemacht, und diese jedesmal den Baubeamten, mit Angabe des Tages, an welchem solches geschehen, angezeigt werden. Diese bei ihren Dienstreisen hiervon Kenntniß nehmen, solche nöthigenfalls mit anderen Punkten in Verbindung bringen, und diese Nachrichten in ihrer Registratur aufbewahren können, um in vorkommenden Fällen davon Gebrauch zu machen. Die Baubeamten sind dabei anzuwelsen, die ihnen zugehenden Anzeigen zu beachten, und auf die Beachtung solcher Nachrichten alle Sorgfalt zu verwenden.

Fürzlich wird es zugleich sein, wenn die Baubeamten, sobald es ihre Geschäfte erlauben, auch die Geschwindigkeit der größern und kleinern Gewässer, hauptsächlich der erstern, bei verschiedenen Wasserständen, zu ermitteln, weil mit ihrer Kenntniß das Querschnittsprofil der Brücken erst sicher und zuverlässig bestimmt werden kann.

Ich werde es daher gern sehen, wenn die Baubeamten recht zahlreiche Geschwindigkeitsmessungen bei den Wasserständen unternehmen, und diese gehörig sammeln, damit es der Folge nicht an vollständigen Materialien zur Beurtheilung künftiger Bau-Projekte fehle, da überdem dergl. Messungen kurz vor einem nothwendigen Bau, oft deshalb unvollständig sein können, weil in dieser Zeit nicht immer die geeigneten Wasserstände vorkommen. Berlin, den 10. Sept. 1824.

Min. des Handels. Graf v. Bülow.

(U. XIV. 170. — 1. 127.)

Dazu:

1) C. R. der R. Verwaltung für H., F. und Bauwesen (Krother), v. 27. Sept. 1835 an sämmtl. R. Reg. und an die R. Min. Bau-Kom.

Es sind Zweifel darüber entstanden, wer unter dem betreffenden Baubeamten zu verstehen sei, welchem nach dem C. R. v. 10. Sept. 1824 die Sammlung der, durch die V. v. 27. Sept. 1822 vorgeschriebenen Notizen über die höchsten und niedrigsten Wasserstände obliegt.

In solchen schiffbaren oder flößbaren Gewässern, welche der besondern Aufsicht eines Baubeamten und regelmäßigen Beobachtungen unterworfen sind, oder unterworfen zu sein, ist die Beobachtung ihrer Wasserstände selbstredend dessen Pflicht. Bei solchen Gewässern aber, bei welchen keine regelmäßige Beobachtungen zu den Dienstpflichten eines Baubeamten gehören, oder deren Zweck insbesondere ist, bei vorkommenden baulichen Anlagen das Ueberschwemmungs-Profil gehörig beurtheilen können, ist der betr. Beamte derjenige, welcher, unter Autorität des Staats, Bauten auszuführen hat, bei denen in seinem Wirkungskreise jene Wasserstände in Betracht kommen, sei er nun Land-, oder Kommunal-Deich-Exzelsitäts-Baubeamter u. s. w.

(U. XIX. 275. — 1. 108.)

2) C. R. des R. Fin. Min. (Flottwell) v. 25. Aug. 1845 an sämtliche R. Reg., mit der Instruktion über die Beobachtung und Zusammenstellung der Wasserstände an den Haupt-Pegeln.

Bei Benutzung der von den R. Reg. der Ober-Bau-Deput. zugesandten Wasser-Tabellen sind mehrere Uebelstände bemerkbar geworden, welche den bequemen Gebrauch derselben sehr beeinträchtigen und größtentheils aus Mangel an zureichender Vollständigkeit und Genauigkeit herrühren, so daß nicht immer genaue Resultate sich ableiten lassen. Um insbesondere die Aufmerksamkeit der betheiligten Baubeamten auf Erhaltung der Pegel in ununterbrochener und auf sorgfältige Beobachtung der Wasserstände zu lenken, hält die Ober-Bau-Deput. eine Ergänzung der §§. 4. bis 8. der Instr. v. 13. Febr. 1810 für

wünschenswerth, und hat zu dem Ende den Entwurf einer Instruktion über die Beobachtung und Zusammenstellung der Wasserstände in den Pegel-Tabellen zur Genehmigung eingebracht.

Die K. Reg. erhält anlegend ein Exemplar dieser von mir unterm heutigen datirten Instr. (Anl. a.) mit den zugehörigen 3 Schemata zur Nachricht und mit dem Auftrage, darauf die betreffenden Wasserbaubeamten mit der erforderlichen Anweisung versehen.

Um mit dem Beginn des nächsten Jahres (1846) das Verfahren bei Auf- und Aufzeichnung der Beobachtungen nach der gegenwärtigen Instruktion schon allg. einzuführen, wird es erforderlich, schon früher die Höhenlage der sämtlichen Pegel ihren Festpunkten zu vergleichen. Wo dieses in den letzten Jahren nicht geschehen ist, wo die Festpunkte verschwunden oder in Vergessenheit gerathen sind, muß die Bestimmung, event. die Wahl neuer Festpunkte noch im Laufe dieses Jahres stattfinden. Die K. Reg. wird daher angewiesen, bis zum 1. Dec. d. J. Listen sämtlicher Hauptpegel über deren Beobachtung die Ober-Bau-Deput. vorschriftsmäßig Tabellen erhält, der einzusenden, und darin für jeden Pegel den Festpunkt und dessen Höhe über dem Punkt des Pegels, mit Rücksicht auf die im §. 2. der beigefügten Instruktion enthaltenen näheren Bestimmungen, deutlich bezeichnen zu lassen.

Zugleich erhält die K. Reg. einen Auszug des Berichts der Ober-Bau-Deput. vom 12. Juli d. J. (Anl. b.), um daraus die Motive zu den Bestimmungen der neuen Instruktion zu entnehmen und dieselben den betr. Wasserbaubeamten gleichfalls mitzutheilen.

Anl. a.

Instruktion über die Beobachtung und Zusammenstellung der Wasserstände an Haupt-Pegeln, vom 23. August 1845.

§. 1. Alle Haupt-Pegel, an welchen die Wasserstände bisher schon regelmäßig beobachtet sind, behalten unverändert ihre Höhe. Sollte sich ergeben, daß an einem derselben die Wasserspiegel zu Zeiten unter den Nullpunkt herabsinken, so ist das Instrument abwärts zu verhängern, damit auch die Höhen unter Null genau abgelesen werden können.

§. 2. Für Erhaltung der Festpunkte, mit welchen die Pegel verglichen werden, ist möglichst Sorge zu tragen. Diese Festpunkte müssen so scharf bezeichnet sein, daß die Höhe bis auf eine Linie sicher sei. Wo bei einzelnen diese Schärfe jetzt nicht mehr zu finden ist, ist der wahrscheinliche Werth ihrer Höhe zu ermitteln und eine neue Pegelmarke oder ein neuer Festpunkt zu wählen, der aber durch sorgfältiges Nivellement an den alten Festpunkt angeschlossen werden muß.

Die Wahl eines neuen Festpunktes ist kurz, aber deutlich und bestimmt zu bezeichnen und die Registratur, nebst Situations- und Nivellements-Zeichnung, durch die K. Reg. der Ober-Bau-Deput. mitzutheilen.

§. 3. Der Bau-Inspektor oder Baumeister des Bezirks vergleicht in jedem Jahre wenigstens einmal die Höhenlage jedes Pegels mit dem zugehörigen Festpunkte und dem Nivellement; außerdem aber, so oft eine Reparatur oder Erneuerung des Pegels oder irgend eine Veranlassung eingetreten ist, durch welche die Stellung des Pegels in der Höhe verändert sein könnte. Wenn die ermittelte Höhen-Differenz gegen den Pegelstand von der bei Aufstellung oder Vergleichung des Pegels stattgefundenen weniger als halben Zoll beträgt, ist der Nullpunkt des Pegels beizubehalten, sonst aber zu verhängern. Außerdem prüft der Baubeamte auch die Richtigkeit des Maßes und den lothrechten Stand der Pegellatte. Auf der im §. 8. erwähnten Jahres-Tabelle werden die Resultate dieser Versuche vermerkt.

Sollte der Festpunkt so weit vom Pegel entfernt liegen, daß die Vergleichung mit dem Nullpunkt horizontalen ein ausgedehntes Nivellement erforderte, der Festpunkt aber durch näher liegenden sich nicht ersuchen lassen, so genügt die Vergleichung des Pegels mit einem weniger sichern Punkt in der Nähe, wie etwa mit einem Zeichen an einem großen, festen Gebäude oder einem fest eingerammten Pfahle. Aber bei allen Differenzen, welche sich hierbei ergeben möchten, und sonst alle fünf Jahre, muß die Vergleichung mit dem Haupt-Festpunkte vorgenommen werden. Jenes Verfahren kann eintreten, wenn der Festpunkt über 100 Ruthen vom Pegel entfernt ist.

Pegel, die entweder geneigt oder in mehreren Absätzen lothrecht aufgestellt sind, sind besonders sorgfältig geprüft werden; erstere durch Projektirung ihrer Endpunkte auf eine Vertikale, letztere durch nivellirische Verbindung der korrespondirenden Höhenpunkte in den einzelnen Absätzen.

§. 4. Die Wasserstände werden an jedem Tage zu Mittag zwischen 11 und 1 Uhr beobachtet. Sollte der Wasserstand sich schnell ändern, wie etwa bei Eisgängen oder Stürmen, so ist das Maximum oder Minimum des Wasserstandes, insofern es in der bestimmten Beobachtungszeit eintritt, in der letzten Spalte der Tabelle unter der Rubrik „Stunde und Tageszeit“ besonders zu vermerken. Die betheiligten Reg.-Bau-

ektoren und Baumeister müssen es sich angelegen sein lassen, diese Angaben auf
istellen zu kontrolliren und durch Einsicht der laufenden Monats-Tabelle sich
rzeugen, daß die Eintragungen richtig und regelmäßig erfolgt sind.

Der Eisgang und Eisstand muß sorgfältig und so vollständig notirt werden,
er Tabelle zu ersehen, nicht nur wie lange das Gewässer neben dem Beobach-
mit Eis bedeckt gewesen, sondern auch, wie dasselbe bis zu den nächsten, ober-
unterhalb belegenen Pegeln sich verhalten habe, also auch die Eisstopfungen und
innerhalb dieser Strecken unter Angabe des Ortes, wie solche eingetreten sind.

Unhaltender oder sehr starker Regen, oder Schneefall, eben so auch heftige
Angabe ihrer Richtung, sind gleichfalls in die Tabelle aufzunehmen. In den

Seehäfen ist die Richtung und Stärke des Windes fortgesetzt anzugeben, letz-
den Bezeichnungen: Windstille, mäßiger Wind, starker Wind, Sturm und
ferner ist in den Seehäfen, bei welchen Rückfluß aus der See nach Binnenbas-
det, die Richtung des Stroms durch die Worte: auslaufend und einlaufend zu

Endlich aber ist in den Seehäfen, in welchen die Tiefe des Fahrwassers be-
Veränderungen unterworfen ist, nach jeder wirklichen Messung die Tiefe und
des Fahrwassers in der Tabelle aufzuführen.

Jede Monats-Tabelle ist auf einen halben Bogen zu schreiben, oben der
Gewässers, der Beobachtungsort, die Jahreszahl und der Monat zu bezeichnen.
Rand bleibt wenigstens auf 1/2 Zoll Breite frei, um bei Festen des Blattes unge-
rden. Neben demselben stehen die Zahlen der Monattage; die Wochentage
ht angegeben. Die nächste Kolumne enthält die Wasserstände nach der Beob-
n Mittage jedes Tages. In den folgenden Spalten ist die Nachricht über Rich-
Stärke des Windes, über Regen oder Schnee, über Temperatur und dergleichen
zu.

Form für die Monats-Tabelle der Wasserstände an Flüssen dient das Schema
Seehäfen Nr. II. Diese Tabellen werden von derjenigen Person oder Behörde
ben, welche die Beobachtungen anzustellen hat.

In jeder Monats-Tabelle werden die in der Hauptspalte enthaltenen Was-
sumirt und daraus der mittlere Wasserstand des ganzen Monats berechnet, die
sthe die höchsten und niedrigsten Wasserstände bezeichnen, scharf unterstrichen.

Schlusse eines jeden Jahres stellt der Bau-Inspektor oder Baumeister nach dem
Nr. III. die oben erwähnten monatlichen Summen zusammen, berechnet daraus
en Wasserstand des ganzen Jahres und bezeichnet den höchsten und niedrigsten
id. Unter dieser Tabelle bemerkt derselbe, daß er die Beobachtungen wiederho-
kontrollirt, den Pegel untersucht, mit dem Festpunkte verglichen, und welches Resul-
aten hat, eventuell auch was bei größeren Differenzen in der Höhenlage des
anlaßt worden ist.

Der Baubeamte behält von den Monats-Tabellen ein Exemplar in seiner
und sendet ein zweites der vorgesehten R. Reg., welche dasselbe im Anfange
nden Monats der R. Ober-Bau-Deput. mittheilt, selbst aber vidimirte Abschrift
ht. Am Ende des Jahres sind die Wasserstände in eine Skale in bisheriger Art
n. Ein Exemplar derselben wird, nebst der Berechnung des mittleren Wasser-
sch dem Schema III., von der R. Reg. der R. Ober-Bau-Deput. übersendet.

St. Petersburg, den 23. Aug. 1845. Der Fin. Min. Flottwell.

Schema Nr. I.

Wasserstände der Mogat, beobachtet am Pegel zu N. N. Februar 1803.

Mittags.	
3' 5"	Das Eis setzt sich oberhalb des Dorfes N. N.
3' 4"	
3' 2"	
3' 10"	Abends um 7 Uhr steht das Wasser auf 12' 4"
4' 7"	
6' 3"	
8' 5"	
11' 7"	
9' 6"	Starker Eisgang. Heftiger Regen mit Sturm aus S. W.
8' 3"	
7' 4"	
7' 11"	
77' 7"	

Fortsetzung von Schema I.

	Mittagß.	
	Tr. 77' 7"	
13.	8' 2"	
14.	8' 3"	
15.	8' 7"	
16.	9' 0"	Anhaltender Regen.
17.	9' 7"	deßgl.
18.	9' 8"	
19.	9' 3"	
20.	7' 11"	
21.	7' 8"	
22.	7' 4"	
23.	6' 11"	
24.	6' 3"	
25.	5' 2"	
26.	5' 6"	
27.	6' 1"	
28.	6' 2"	
Summa 199' 1"		
Mittel 7' 1" 3'''		

Schema Nr. II.

Wasserstände der Ostsee, beobachtet am Pegel zu Pillau. Februar

	Mittagß.	Richtung des Stromes.	Richtung	Stärke	
			des Windes.		
1.	6' 3"	aus	D.	stark.	Das Haf., das Tief und See starkem Eise bedeckt.
2.	6' 2"	"	D.	"	
3.	6' 2"	"	S.D.	"	
4.	6' 3"	"	S.D.	mäßig.	
5.	6' 4"	"	S.S.D.	"	Das Seegat wird vom Eise frei
6.	7' 0"	ein	S.W.	stark.	Die Tiefe des Seegats 12' 3 W. S. W.
7.	7' 4"	"	S.W.	mäßig.	
8.	8' 0"	"	W. S. W.	stark.	Das Tief und das vordere The wird vom Eise frei.
9.	8' 7"	"	W. S. W.	"	
10.	9' 1"	"	W.	Sturm.	Bei N. W. Sturm Abends 11 l Wasser bis 9' 8".
11.	8' 8"	still	W.	stark.	
12.	8' 6"	aus	S. W.	mäßig.	
13.	8' 4"	"	S. W.	"	
14.	8' 3"	"	S. W.	"	
15.	8' 2"	"	S. W.	"	Das Eis aus dem Elbinger & See.
16.	8' 2"	"	S. W.	"	Fortdauernd schwacher Eisgang
17.	8' 1"	"	S. W.	"	deßgl. deßgl.
18.	8' 2"	"	S. W.	"	Tiefe des Seegats 13' 3"
19.	8' 2"	"	W.	"	Das Elbinger Haf. ist vom Eise
20.	8' 4"	ein	W.	stark.	
21.	8' 0"	aus	S. W.	mäßig.	Hestlger Regen.
22.	7' 8"	"	W.	stark.	Schwacher Eisgang aus dem Haf.
23.	7' 6"	"	S.	mäßig.	
24.	7' 4"	"	S.	"	
184' 6"					

Fortsetzung von Schema II.

Witttag.	Richtung des Stromes.	Richtung	Stärke	
		des Windes.		
184' 6"				
7' 5"	ein	S.W.	mäßig.	Das Königsberger Gaff ist vom Eise frei.
7' 4"	aus	W.	"	
7' 3"	"	W.	"	
7' 4"	"	W.	"	
213' 10"				
7' 7" 7'"				

Schema Nr. III.

Zusammenstellung der Wasserstände des Pegels am Pegel zu N. N. für das Jahr 1803.

	Summen.
Januar	261' 1"
Februar	224' 3"
März	227' 7"
April	214' 2"
Mai	217' 10"
Juni	216' 4"
Juli	243' 3"
August	236' 3"
September	234' 10"
Oktober	257' 6"
November	229' 5"
December	279' 9"
Summa	2826' 1"

Der mittlere Wasserstand des Jahres	7' 9"
Der höchste Wasserstand den 21. December	10' 5"
Der niedrigste Wasserstand den 13. April	6' 9"

Ich versichere hiermit, daß ich während dieses Jahres die Beobachtungen wiederholt kontrollirt und immer richtig befunden, so wie auch, daß ich am 17. Juli d. J. den Pegel untersucht und dabei den Maßstab richtig eingetheilt und lothrecht aufgestellt und die Lage des Nullpunktes 14' 3" 1'" unter dem angenommenen Festpunkte an der Spitze des Thurmes der Neuen Kirche gefunden habe.

N. N., den 31. Dec. 1803.

Der Bau-Inspcctor N. N.

Anl. b.

aus dem Ber. der K. Ober-Bau-Deput., die Motive zu den Bestimmungen der obestehenden Instr. über die Beobachtung und Zusammenstellung der Wasserstände an den Haupt Pegeln enthaltend, v. 12. Juli 1845.

In dem Entwurfe der Instr. bemerken wir Folgendes:

ad §. 1. Nach §. 1. der Instr. v. 13. Febr. 1810 sollen zwar neue Pegel so gesetzt werden, daß der Nullpunkt etwa 2 Fuß unter dem bekannten niedrigsten Wasserstande liege, damit dieser nie unter dem Nullpunkte notirt werden dürfe. Es giebt jedoch mehrere Pegel, deren Nullpunkte höher liegen, entweder weil sie aus früherer Zeit herrühren, oder weil bei Aufstellung derselben der niedrigste Wasserstand nicht sicher genug ermittelt worden ist, oder weil Veränderungen im Strome auf Senkung des Wasserspiegels gewirkt haben. Bei dergleichen Pegeln finden wir in den Tabellen öfters die Bemerkung: „unter Null“, ohne nähere Angabe des Maßes in Fuß und Zollen. Durch Senkung des Nullpunktes würde zwar dieser Uebelstand zu heben sein; aber, wenn auch zeitraubende Nachforschung aller früheren Tabellen zu umgehen sein sollte, doch zu Irrungen und Mißverständnissen bei dem theilnehmenden, an das alte Maß gewöhnten Publikum Veranlassung werden. Verlängerung des in Fuß und Zolle eingetheilten Pegels und Bezeichnung des Wasserstandsmaßes von 0 aus abwärts, durch die Worte: „unter Null“ ist daher als das einfachste Auskunftsmittel.

ad §. 2. Die Erhaltung des festen Punktes, nach welchem der Pegel gesetzt ist, ist als höchst wichtig angesehen werden, um nach Abnahme des unbedeutlich gewordenen Pegels denselben ausgebessert oder einen neuen richtig wieder anbringen zu können.

zu können. Es sind Fälle vorgekommen, in welchen wegen Mangels gehöriger Aufmerksamkeit vor längerer Zeit die früheren Festpunkte verloren waren und die Stellung der Pegel verändert worden ist, ohne daß jetzt Zeit und Maaß der Veränderung sich ermitteln lassen.

ad §. 3. Eine öfter zu wiederholende Vergleichung des Standes der Pegel zu Festpunkten ist nothwendig, damit anfänglich unmerkliche Abweichungen nicht nach und nach einen sehr bedeutenden Unterschied erzeugen. Wie oft eine solche Revision stattfinden müsse, wird nach Umständen zu beurtheilen, in keinem Falle aber die Periode zu bestimmen sein. Es können ohne Vorwissen des Baubeamten Veränderungen vorgenommen werden; um so mehr muß dieser von der richtigen Lage des Nullpunktes, lothrechten Stellung des Pegels und der richtigen Theilung des Maaßes von Zeit zu Zeit gehörige Ueberzeugung verschaffen. Wenn die Vertheilung es unthunlich macht, die Pegel in der ganzen erforderlichen Höhe, gegen Beschädigung durch Gang und Schiffahrt gehörig geschützt, aufzustellen, werden die entweder geneigt einer Deich-Böschung, an einer eingezogenen Schälung u.) angebrachten oder die in senkrecht aufgestellten Pegel besonders sorgfältig zu prüfen sein, erstere durch Projektion ihrer Endpunkte auf eine Vertikale, letztere durch nivellirische Verbindung der spondirenden Höhepunkte in den einzelnen Absätzen. Welche der beiden letztgenannten Pegelanordnungen den Vorzug verdiene, bleibt von den Umständen abhängig.

ad §. 4. In §. 4. der älteren Instr. ist die Tageszeit der Beobachtung bestimmt angegeben, bis jetzt nicht überall dieselbe gewesen, und Bestimmung darüber nöthig. Wenn die aufgezeichneten Beobachtungen zuverlässig sein sollen, wird eine Kontrolle derselben eintreten müssen, so oft Gelegenheit dazu sich darbietet.

ad §. 5. Die Notizen über Elégang und Eisstand sind oft sehr unregelmäßig getragen. Wir sehen deshalb nähere Bestimmung nicht für überflüssig an.

ad §. 6. Eben so werden auch die Notizen über Regengüsse, Richtung und Stärke des Windes und bei Seehäfen mit dahinter liegenden Bassins das Ein- und Ausfließen des Stromes nicht überall gehörig angeführt. Größere Aufmerksamkeit darauf empfehlen.

ad §. 7. Welche Form der Tabellen ist für die leichte Uebersicht von Wichtigkeit. Die jetzt gebräuchlichen sind besonders darin unbequem, daß vor der Spalte für die Beobachtung der nöthige Rand zum Einheften fehlt und nachher die Ziffern fehlen. Deshalb haben wir die einfacheren Schemata I. und II. für das Eintreten der Beobachtungen an Strom- und Seehäfen-Pegeln dem Entwurfe der Instr. beigegeben.

ad §. 8. Die Berechnung der mittleren Wasserstände für jeden Monat und das ganze Jahr nach den Schematen I., II. und III. wird den Baubeamten obliegen. Ihnen Veranlassung geben, eine genauere Kenntniß der Wasserstände in bestimmten Verhältnissen sich zu verschaffen.

ad §. 9. Die Einsendung der Tabellen von Seiten der R. Reg. ist nicht regelmäßig in denselben Zeit-Abschnitten, zum Theil monatlich (nach der älteren Instr. zum Theil vierteljährlich, meistens aber erst nach dem Schlusse des Jahres). Die zeitige Kenntniß eingetretener hoher oder niedriger Wasserstände ist uns oft wichtig und wir müssen wünschen, die Tabellen wenigstens von einigen Haupt-Pegeln jedes Jahres, so wie von den Seehäfen nach dem Schlusse jedes Monats zu erhalten. Die neuen Tabellen dienen zu bequemer Uebersicht und würden daher auch künftig eingeführt sein, dagegen die früher vorgeschriebenen zehnjährigen Skalen ganz wegfallen können, die einjährigen für jeden längeren Zeitraum leicht zusammenzustellen sind.

Berlin, den 12. Juli 1845.

Königl. Ober-Bau-Deputation.

An des R. Geh. Staats- u. Fin. Min., Herrn Flottwell Erc.

(Min. Bl. d. i. B. 1845. S. 265. Nr. 287.)

4) C. R. des R. Min. für H., G. u. öffentl. A., Abth. III. (Reg. 24. April 1850 an sammtl. R. Reg., und an die R. Min. Bau-Kom. Ueber die Einrichtung der Wasserstandstabellen.

Seitdem die B. über die obere Verwaltung des Bauw. v. 22. Dec. 1849¹⁾ vom 1. März d. J. zur Ausführung gekommen ist, sind die Wasserstandstabellen häufig unter der Adresse der ehemaligen Ober-Bau-Deput. oder auch der technischen Bau eingegangen. Die R. Reg. wird daher deshalb darauf aufmerksam gemacht, die Tabellen an das unterz. Min. einzusenden sind.

(Min. Bl. d. i. B. 1850. S. 110. Nr. 149.)

¹⁾ Vergl. oben S. 35.

3) Verpflichtung der Regierung, Bau-Räthe und Baubeamten zur alleinigen Erledigung der in ihrem Wirkungskreise vorkommenden Arbeiten und Bestimmungen in ausnahmsweise Bewilligung von Hülfsarbeitern und Remuneration.

R. des R. Fin. Min. (Mr. v. Alvensleben) v. 1. Januar 1841 an R. Reg., und an die R. Min. Bau-Kom.

(Sind mehrfach von R. Reg. Anträge auf Bewilligung von Thälen an Hülfsbeamte worden, welche von ihnen den Distrikts-Baubeamten zur Aufstellung von Plänen und Anschnitten zu größeren Bauten beigeordnet worden sind, weil die Angehörigen durch ihre laufenden Dienstgeschäfte behindert gewesen sein sollen, die zu sogenannten außerordentlichen Veranlassungen zu erledigen. Zur Befriedigung der Befriedigung der Hülfsarbeiter demnächst entstehenden Schwierigkeiten ist Folgendes:

1) der Regel muß in Befolgung der Vorschriften des §. 16 der Instr. für die Bau-Reg. darauf gehalten werden, daß die Reg.-Bauräthe und die Baubeamten alle in ihrem Wirkungskreise vorkommenden Veranlassungen und den zur Aufstellung eines Bauplans, sowie die dazu gehörenden Vorprüfungen, Entwürfe des Umfangs und des damit verbundenen Zeitaufwandes selbst erledigen. Auf Bewilligung von Hülfsarbeitern sind gehörig zu prüfen, demnächst aber jedesmal der Beordnung eines Hülfsarbeiters zur Entscheidung desjenigen Herrn Verw.-Raths, zu dessen Ressort der Anschlag gehört, welcher nach der Ansicht der R. Reg. Leistung bedürftig ist, und ist dabei zugleich auf die Bewilligung der erforderlichen Anträge zu veranlassen. Werden diese nicht verlangt, so hat die R. Reg. zur Erledigung des Antrags sofort das Erforderliche zu veranlassen; andernfalls, namentlich dann, wenn die Anträge als eine solche bezeichnet wird, welche der Baubeamte als laufendes Dienstgeschäfte erledigen habe, während die Königl. Reg. nach der ihr bewohnenden Kenntniss, besonderen Verhältnissen dafür erachtet, daß der Baubeamte sich dem Auftrage nicht stellen kann, ohne Arbeitslücke nicht unterbreiten konnte, auf ihren Diätenfonds verwiesen wird, hat die R. Reg. mit dem Sachverhalte zu verfahren und meine Bestimmung abzuwarten. Ich werde dann, wenn die Zuordnung eines Hülfsarbeiters überzeugend als notwendig dargestellt sein wird, in denjenigen Fällen dem Ressort des Fin. Min. nicht angehören, meine Vermittlung zur Herabsetzung der Kosten der Hülfsarbeit eintreten lassen. Ihren Diäten-Fonds hat die R. Reg. in allen Fällen als dazu geeignet zu betrachten.

Die die R. Reg. diese Bestimmung unberücksichtigt lassen, und wie dies mehrfach vorgefallen ist, nach eigenem Ermessen dem Regierungsbaurathe oder einem Distrikts-Baubeamten einen Hülfsarbeiter zuordnen, dessen Befriedigung aber nachträglich in Frage, so würde ich diese aus den zu meinem Ressort gehörenden Fonds nicht bewilligen. (Min. Bl. v. 1. B. 1841. S. 2. Nr. 4.)

4) Amtsfunktionen der Baubeamten bei dem Wechsel der Wohnung Königl. Beamten.

R. der R. Verw. für G., Fabr. und Bauw., (Beuth) v. 4. Aug. 1836 an R. Reg., ausschließlich derjenigen zu Potsdam und Frankfurt.

Die R. Reg. wird anl. (a.) Abschrift einer an die Prov.-Steuer-Direktoren und die Distrikts-Baubeamten zu Potsdam und Frankfurt, unter dem 20. v. M., Seitens des R. Fin. Min. ergangenen B. betr. Das Verfahren bei dem Wechsel der Dienstwohnungen der Steuer- u. Baubeamten und die Abnahme der Baubeamten bei der Uebergabe solcher Wohnungen, ist mitgetheilt.

III. a.

1) dem in Folge der Verf. v. 8. April d. J. erstatteten Ber. mehrerer Prov.-Verordnungen über die in den J. 1833 bis 1835 eingetretenen Fälle eines Wechsels von Wohnungen der Steuer- u. Beamten ist ersichen, daß die jedesmalige Anweisung der Baubeamten bei dem Uebergange einer Dienstwohnung an einen andern Inhaber der Wohnung zu sehr in Anspruch nimmt, und dieselben ihren anderweitigen Geschäften zu oft entziehen wird. Die Bestimmungen in der G. B. v. 19. Dec. 1833 Nr. 1 werden daher dahin modificirt, daß beim Eintritt des Ueberganges einer Wohnung an einen andern Inhaber, die dort vorgeschriebene förmliche Uebergabe durch die Oberbeamten der Steuer-Verwaltung allein bewirkt werden kann, und der Baubeamte nur dann zu requiriren ist, wenn ein neu erbautes, oder durchweg reparirtes Gebäude übergeben wird.

2) Inventarien der Dienstwohnungen, welche der jedesmaligen Uebergabe zum

Grunde zu legen sind, müssen ebenfalls ohne Zugleichung der Baubeamten von den Inspektoren oder Oberkontrollen aufgenommen werden, welchen auch die Verpflichtung verbietet, über den Zustand der Dienstwohnungen fortgesetzte Aufsicht zu haben. Solche Provinzial-Steuerbehörden, welche der Aufforderung v. 11. April d. J. durch Vorreichung der verlangten Nachweisung noch nicht genügt haben, werden nunmehr von der Einwendung entbunden. Berlin, den 20. Juli 1836.

Finanzministerium v. A. v. Benckhausen.

An sämmtl. Prov.-Steuer-Direct., an die Reg. zu Potsdam und Frankfurt.
(A. XX. 562. — 3. 43.)

cc) Nichtverpflichtung der Kreisbaubeamten zur Aufnahme von Situationsplänen für Metablissements-Projecte bei Feuerbrünsten auf dem Lande.

R. des R. Min. des Inn. u. der P. (Nichter) v. 26. Nov. 1832 an R. Reg. zu Legniz.

Der R. Reg. wird auf den Ver. v. 25. v. M., die Aufnahme von Situationsplänen für Metablissements-Projecte bei am Lande stattgefundenen Feuerbrünsten den Unverstandnisse des R. Min. des Inn. des J. für G. u. W. zu erkennen gegeben, daß die Richtung von dergl. bloßen Feldmessergeräthschaften den Kreisbaubeamten allerdings zugehört werden kann, und auch außerhalb ihrer Dienstverpflichtungen liegt. Wenn solche Arbeiten aus polizeil. Rücksichten nothwendig sind, so ist damit ein Feldmesser oder Waldentastler zu beauftragen, und dafür aus dem Fonds der R. Reg. zu bestimmten Zwecken zu remuneriren. (A. XVI. 1030. — 4. 110.)

In Betreff solcher Metablissements-Pläne bemerkt das E. M. der R. Reg. zu Magdeburg v. 15. Juli 1833 an sämmtl. Landräthe, daß dieselben nur einfach anzufertigen und einzureichen. (A. XVII. 1071 — 4. 123.)

cc) Verpflichtung der Baubeamten zur Ertheilung der Atteste über Verabreichung und Verwendung von Bauholz aus Königl. Forsten.

Publik. der R. Reg. zu Marienwerder v. 30. Jan. 1817.

Schon früher hat die zweckmäßige Einrichtung bestanden, daß die Baubeamten über alles Holz, welches zu Dom-, Schul-, Kirchen- und dergl. Bauten aus dem Königl. Forstentheil hergegeben wurde, ein Attest darüber ertheilen mußten, daß dasselbe Holz nicht allein vollständig, sondern auch zweckmäßig verwendet worden sei. Diese Einrichtung ist aber in der letzten Zeit fast gar nicht mehr befolgt, und auch von den Forstämtern nicht mehr darauf gedrungen worden.

Bei den immer mehr abnehmenden haubaren Holzbeständen ist es jedoch notwendig, die zweckmäßige Verwendung der Forstholz genau zu kontrolliren, und werden daher:

1) sämmtl. Baubediente hierdurch ernstlich angewiesen, über das Holz von jedem Bau, auch selbst wenn es keiner besondern Abnahme bedarf, sobald dasselbe frei veranlaßt ist, genaue Aufsicht zu führen, und nach Beendigung des Baues pflichtmäßig zu berichten, ob und in wiefern das verabreichte Holz an dem Bau verwendet, ob die zweckmäßige Ausführung des Baues stattgefunden, und ob Holz zu anderweitigen Dispositionen übrig geblieben, und in welcher Länge und Stärke.

Diese Holzverwendungs-Atteste müssen bei allen Gemäuer-, Schul-, Kirchen-, Militär-, Wasser- und privatrechtlichen Bauten sie mögen durch Entrepreneurs, für Rechnung oder auf eigene Kosten ausgeführt sein, ausgefüllt, und den betr. Forstämtern spätestens Ein Jahr nach erfolgter Verabreichung des Holzes übergeben werden.

Auch haben die Baubedienten mehr, als bisher geschehen, darauf zu sehen, daß alten Holz-Materialien bei Berechnung des erforderlichen Holzbedarfs in Anschlag gebracht und neues Holz zu Reparaturen nicht früher bewilligt werde, als bis vollständig nachgewiesen worden, daß das zur Reparatur verabreichte Holz wirklich verwendet ist.

Zugleich erhalten:

2) sämmtl. Forstämtern die Anweisung, am Schluß jeden J. eine Nachweisung über den verabreichten Forstholz einzureichen, und zwar in folgenden Rubriken:

- a) Namen des Verordn.
- b) Datum der Holzanzahlung der Oberbehörden,
- c) Gegenstand des Holzverbrauchs,
- d) Anzahl des angewiesenen Holzbetrages, nach Zahl, Länge und Stärke,
- e) Datum der Anweisung in der Forst,
- f) ob der Bau bereits vollführt oder nicht?

g) ob das Abnahme- oder Verwendungs-Attest über das veranschlagte Holz dem Forstamte schon zugesandt worden oder nicht?

Eine eingegangenen Verwendungs-Atteste sind der Nachweisung selbst beizulegen. (R. L. 78. — L. 83.)

17) Im Betreff der Verpflichtungen der Baubeamten in Feuer-Soz. Angelegenheiten sind die einzelnen Feuer-Societäts-Reglements zu berücksichtigen.

18) Vorschriften in Betreff unentgeltlicher Besorgung anderer Funktionen Seitens der Baubeamten.

19a) Allgemeine Vorschriften in dieser Beziehung.

1) R. des R. Min. für S. u. G. (v. Bülow) v. 26. Juni 1818 an d. R. Reg. dieselbst der Weser und ausschließl. Berlin. Die Regierungsbeamten haben alle Aufträge der Behörde von Amtswegen und ohne Remuneration zu verrichten.

Da der Fall eingetreten, daß von einem R. Baubeamten für die Aufnahme eines Auftrags, welcher nach Anordnung der betr. Reg. einem Landmann zur Errichtung eines Gebäudes angewiesen war, Kosten liquidiert, auch festgestellt, und von den Baubehörden anerkannt worden: so giebt dies Veranlassung, der R. Reg. zur Nachricht und Mahnung zu geben, daß die Baubeamten der Reg. die Verpflichtung haben, die Aufträge der Behörde von Amtswegen und ohne alle besondere Vergeltung, mit Ausschluß der Errichtung von ständigen Gebäuden, zu verrichten, selbst dann, wenn der Gegenstand des Auftrags das Interesse einer Commune oder eines Einzelnen betrifft.

Insbesond. gehören hieher alle Untersuchungen, welche an Ort und Stelle über die Ausführung eines Privatbaues im polizeil. Hinsicht angestellt werden. Wenn jedoch in den Fällen die Anweisung der Pol.-Behörde zum Bau nicht befolgt, und dadurch besondere Untersuchung an Ort und Stelle veranlaßt wird, so müssen die Diäten und Kosten der Baubeamten von den Exharenten erstattet werden.

(R. XX. 1024. — 4. 192.)

2) R. des R. Min. der G., U. u. Med. Ang. (v. Altenstein), des J. für S. u. G. (v. Schudmann) und des J. u. d. P. (v. Brenna) v. 11. Okt. 1836 an das R. Ober-Präsid. der Rheinprovinz. Unentgeltliche Beaufsichtigung der bei öffentl. Provinzial-Instituten vorkommenden Bauten durch Baubediente.

Wenn bei Instituten, wie die Irren-Heilanstalt zu Siegburg, nicht besondere Architekturbediente sind, sondern sie von den R. Baubedienten respiziert werden müssen; so ist ein solches Geschäft, wozu auch die Beaufsichtigung der vorkommenden Bauten unentgeltlich zu besorgen ist. (R. XVI. 835. — 4. 94.)

3) R. des R. Min. des J. u. d. P. (v. Kochow), und der R. Verm. für S. u. G. (v. Rothert), v. 21. Nov. 1836 an die R. Reg. zu Frankfurt. Anweisung der Bau-Inspetoren und Baubeamten zur unentgeltlichen Ausübung ihrer amtlichen Funktionen und Grenzen dieser Verpflichtung.

Da von der R. Reg. in Ihrem Ver. v. 3. Sept. c. geäußerten Ansicht, hinsichtlich der dem Bauinspektor N. in Anspruch genommenen Vergütung für Beaufsichtigung von auf den v. N. sehen Stiftungsgütern wird dahin beigetreten, daß der Bezirksamte allerdings verpflichtet ist, die Baugeschäfte, welche auf jenen Gütern nothwendig, unentgeltlich zu übernehmen. Da die Aufsicht auf die gedachte Stiftung zu den Geschäften der R. Reg. gehört; so sind auch die damit verbundenen baulichen Arbeiten, in soweit sie von der R. Reg. ressortiren, zu den gewöhnlichen Dienstobliegenheiten der Bezirksbaubeamten zu rechnen, welches mit dem schon in der Ert. Verf. v. 26. Sept. 1836 ausgesprochenen Grundsatz ganz übereinstimmt. Es scheint indessen, daß die R. Reg. in dem vorl. Falle die Geschäfte des Bauinspektors auch auf specielle Bauangelegenheiten, die in der Regel nicht zu seinem Wirkungskreise gehören, gerichtet hat. Die R. Reg. ist daher darauf aufmerksam gemacht, daß nur die obere Aufsicht in solchen Fällen den Bezirksbaubeamten, die wirkliche Ausführung aber nöthigenfalls einem aus dem Kreis der zu remunerirenden Baukonduktoren zu übertragen sein wird, was auch bei der Ausführung der Aufträge geschehen kann, wenn der Bau-Inspetor mit Geschäften über- (R. XX. 1023. — 4. 192.)

^{*)} Vergl. oben sub 1.

4) R. der R. Min. des J. und der P. (v. Rochow) und der F. v. Juni 1837 an die R. Reg. zu Münster. Verpflichtung der Baubeamten unentgeltlichen Erledigung der ihnen von der Reg. ertheilten Aufträge.

Aufträge, welche die Reg. den Baubeamten in Folge des ihnen zustehenden Aufsichtrechts ertheilen, müssen von denselben unentgeltlich erledigt werden. In dem der R. Reg. mittelst Ver. v. 23. v. M. zur Sprache gebrachten Fall findet dieser Satz zwar auch seine Anwendung; die R. Reg. hätte aber mit der Untersuchung der lichen Kommunal-Veranstaltungen im Teutoburger Kreise nicht den Bau-Inspektor R., dem den Bau-Inspektor S. beauftragen sollen, da dieser durch die Anweisung zum Straßenbau de 1834 S. 45 ausdrücklich zu solchen Verrichtungen verpflichtet ist.

(A. XXI. 543. — 2. 239.)

ßß) Vorschriften in Betreff der unentgeltlichen Revision Veranschlagung der Train-Remisen.

1) C. R. des R. Min. des J. (G. v. Bülow) v. 18. Aug. 1819 sammtl. R. Reg.

In Folge einer mit dem R. Kr. Min. stattgehabten Korrespondenz wird festgesetzt, daß sammtl. in offenen Städten und außerhalb der Festungen befindl. Train-Remisen in Beziehung auf die Anfertigung der Bau- und Reparatur-Anschl. den von den Civilbaubeamten zu inspizirenden Militär-Gebäuden gehören.

Sobald daher von den Ober-Kriegs-Kommissarien und Train-Direktoren Reg. requirirt wird, die Baubeamten mit den Bau-Revisionen und Veranschlagung solcher Train-Remisen zu beauftragen, werden sich diese Baubeamten dem Geschäfte unentgeltlich unterziehen müssen.

(Act. gen. des R. Min. d. J., Abth. für J., G. u. Bauw., A. 4. Nr. 24. V.)

2) R. des R. Min. des J. (G. v. Bülow) v. 11. April 1820 an Reg. zu Königsberg in Pr., Marienwerder, Posen, Breslau, Stettin, Magdeburg, Merseburg, Minden, Münster, Düsseldorf u. Coblenz.

Auf den besondern Antrag des R. Kr. Min. wird die R. Reg. angewiesen, diejenigen Train-Remisen in den Festungen und Train-Depot-Städten Ihres Bezirks, welche innerhalb der Festungswerke liegen, und bei denen keine besondere fortif. Rücksichten eintreten, also mit Ausnahme der bombenfesten Remisen, der Aufsicht der Civilbaubeamten zu übergeben, und die Neubau- und Reparaturen von dieser befehlen zu lassen. Sobald daher die R. Reg. von der Militärbehörde requirirt wird, dieselbe Ihre Baubeamten mit der Bau-Revision und Veranschlagung solcher Train-Remisen zu beauftragen, wie solches durch die Ver. v. 18. Aug. v. J. bereits in Absicht auf außerhalb der Festungswerke belegenen Train-Remisen, angeordnet worden ist.

(Acta gen. des R. Min. d. J., Abth. für J., G. u. Bauw., A. 4. Nr. 24. V.)

γγ) Vorschriften in Betreff der den R. Baubeamten bei Kirchen- und Schulbauten von Amtswegen obliegenden Geschäfte.

1) R. des R. Min. der G., II. u. Med. Aug. (v. Altenstein) v. 14. Aug. 1818 an sammtl. Reg., excl. der zu Erfurt, sammtl. Konsistorien u. Universitäts-Kuratoren.

Der R. Reg. wird in der Anl. a. eine an die Reg. zu Erfurt ergangene R. Min. des J. v. 12. Okt. v. J., in welcher die den R. Baubeamten von Amtswegen obliegenden Geschäfte bei Kirchen- und Schulbauten näher bestimmt sind, zur Nachvollziehung mitgetheilt. Unter den Instituten R. Patronats sind, nach der ausdrückl. Erklärung des Min. des J., alle und jede milde Stiftungen u. s. w. zu verstehen, unter der unmittelbaren Verw. des Staats stehen, und deren Einkünfte zur Unterhaltung von Lehranstalten u. verwendet werden, welche außerdem vom Staate unterhalten werden müßten. Wo jedoch bei dergleichen Stiftungen bereits ein Baubedienter mit einer Pension und unter Genehmigung des unterg. Min. angestellt ist, verbleibt es bis zu seinem Abgange bei dieser schon erfolgten Bewilligung.

Bei denjenigen Lehranstalten, welche das ihnen gehörige Vermögen selbst in eigenem Namen verwalten, wo also auch nur die Oberaufsicht vom Staate ausgeübt wird, treten dagegen die Hinsichts der Bauten, wo der Staat nicht Patron ist, gegebenen Vorschriften ein.

Anl. a.

Der Reg. wird auf den Ver. v. 21. v. M. eröffnet, daß alle Kirchen- und Schulbauten bei Instituten R. Patronats, alle Geschäfte bei Gemeindebauten und bei Schulbauten nicht R. Patronats, in soweit die R. Reg. vermöge der derselben obliegenden Oberaufsicht, den Baubeamten dabei Aufträge erteilt, z. B. wenn ein

Wenn ein Kirchenbau ausführt und die R. Reg. eine örtliche Prüfung des Bauplans, die Befichtigung des Zustandes von Kommunalgebäuden, Kirchen- und Schulhäusern der Patronats zu veranlassen findet, alle diese und andere baupolizeiliche Gegenstände den Geschäften gehören, welche den R. Baubeamten von Amtswegen für ihr Gehalt und ihre Fuhrkostenentschädigung zu verrichten obliegen. Wird ihnen dagegen der Auftrag, ein Geschäft zu verrichten, welches eine Gemeinde oder eine Privatperson zu lassen verpflichtet ist, so gebühren ihnen für die Tage, welche sie solchen Arbeiten widmen, die tagmäßigen Diäten und Reisekosten.

Wenn es die R. Reg. für nöthig erachtet, so kann nach diesen Bestimmungen zwar Bekanntmachung im Amtsbl. erlassen werden. Von den Landräthen dürfen jedoch in höchst dringenden Polizei-Vorfällen Requisitionen an die Baubeamten erlassen werden, und in der Regel dürfen diese nur von der R. Reg. ausgehen, weil sonst die landw. Requisitionen mit den Dienstgeschäften der Baubeamten und den an dieselben von der R. Reg. unmittelbar ergangenen Verf. auf eine diesen Beamten beschwerliche, dem Staate nachtheilige Weise kollidirt würden. Berlin, den 12. Okt. 1817.

Min. der Fin. und des H. Sechste General-Verwaltung.

Die R. Reg. zu Erfurt.

(N. II. 723. — 3. 45.)

2) Publ. der R. Reg. zu Straßburg v. 10. Okt. 1818.

Das R. hohe Min. der Fin. u. d. H. hat bereits unterm 12. Okt. 1817 die Verf. erlassen, daß alle Kirchen- und Schulbauwesen bei Instituten R. Patronats, und alle Gebäude bei Gemeinbauten und bei Kirchen- und Schulbauten nicht R. Patronats, in so fern die R. Reg., vermöge der denselben obliegenden Oberaufsicht, den Baubeamten dabei Aufträge erteilt (z. B. wenn ein Privatpatron einen Kirchenbau ausführt, und die Reg. eine örtliche Prüfung des Bauplans, eine Befichtigung des Zustandes von Kommunalgebäuden, Kirchen- oder Schulhäusern der Privatpatronats zu veranlassen findet), alle diese Gegenstände zu den Geschäften gehören, welche den R. Baubeamten von Amtswegen für ihr Gehalt und ihre Fuhrkostenentschädigung zu verrichten obliegen. Dagegen sollen, wenn ihnen der Auftrag erteilt wird, ein Geschäft zu verrichten, welches eine Gemeinde oder eine Privatperson besorgen zu lassen verpflichtet ist, ihnen für die Tage, welche sie solchen Arbeiten widmen, die tagmäßigen Diäten und Reisekosten gebühren. Nach der uns durch ein H. des R. hohen Min. der G., II. u. Med. Ang. v. 1817 d. J. zur Kenntniß gebrachten ausdrücklichen Erklärung des R. hohen Min. des G. aber unter den Instituten R. Patronats alle und jede nützliche Stiftungen u. s. w. zu erhalten, welche unter der unmittelbaren Verw. des Staats stehen, und deren Einkünfte zur Unterhaltung von Lehranstalten u. s. w. verwendet werden, welche außerdem auch unterhalten werden müßten. Wo jedoch bei dergleichen Stiftungen bereits ein Beamt mit einer bestimmten Remuneration und unter Genehmigung des gedachten Min. der G., II. u. Med. Ang. angestellt ist, soll es bis zu dessen Abgange bei dieser Beschäftigung verbleiben. Bei denjenigen Lehranstalten aber, welche das eigene Vermögen selbst und unter eigenem Namen verwalten, wo also auch nur die Aufsicht vom Staate ausgeübt wird, sollen dagegen die Vorschriften der Bauten, wo kein Patronat ist, oben gegebenen Vorschriften eintreten &c.

(N. II. 1036. — 4. 38.)

222) Vorschriften wegen unentgeltlicher Besorgung der Baugeschäfte der Justizbehörden Seitens der R. Baubeamten.

U. A. des R. Just. Min. (Ead) v. 26. Aug. 1831 an sämmtl. R. Behörden.

Durch das G. v. 7. Mai 1822¹⁾ ist festgesetzt worden, daß die Baubeamten der R. Justiz innerhalb des ihnen angemessenen Geschäfts-Bezirks, die Baugeschäfte der R. Justizbehörden eben so wie alle andere R. Bauten, welche unter ihrer Leitung stehen, unentgeltlich und für das ihnen angewiesene Gehalt, ohne irgend eine Remuneration dafür fordern dürfen, zu besorgen haben. Nach einer Erklärung des R. Min. des J. für G. u. Med. v. 13. d. M. findet diese Bestimmung auch dann Anwendung, wenn das Geschäft den Baubeamten nicht auf einer Rundreise in dem Geschäfts-Bez. hat vorgenommen werden können. (N. XV. 529. — 3. 5.)

223) Vorschriften wegen unentgeltlicher Aufnahme der Gebäudeinventarien und Situationspläne von den Domainen-Vorwerk-Seitens der Bezirks-Bauinspektoren.

E. M. des K. Haus-Min., Abth. II. (v. Lodenberg) v. 5. Aug. 1834
sämmtl. K. Reg., ausschließlich derjenigen in Westphalen und der Rheinprovinz

Die Aufnahme der Gebäude-Inventarien und Situationpläne von den Domainen-Vorwerken gehört mit zu den Dienstobliegenheiten der Bez. Bau-Inspektoren, was auch schon bei mehreren Gelegenheiten aufgeführt worden ist. Durch frühere Entschl. d. K. H. Min., resp. v. 10. April 1816 und 17. Jan. 1818, wurde wegen Aufnahme der Gebäude-Inventarien u. neue Anordnungen erlassen, wurde zwar, zur Förderung der fraglichen Arbeiten, die damals noch von bedeutendem Umfange waren, an gegeben, den Bau-Inspektoren für jedes Vorwerk zehn Thlr. zu bewilligen, um das Geschäft unter ihrer Leitung durch Kondukteure besorgen zu lassen. Späterhin sind auf einzelne Reg., wegen der für diese Arbeiten zu bewilligenden Remunerationen, noch andere Bestimmungen ergangen. Da jedoch gegenwärtig vorauszusetzen ist, daß die Aufnahme der Gebäude-Inventarien und Situationpläne von den Domainen-Vorwerken beendigt sei, und daß es sich nur noch um Fortführung dieser Inventarien, nach Maßgabe der E. R. v. 12. Mai 1812 handle, und da in den einzelnen Fällen, wo dennoch Inventarien erst neu aufgerollt werden müssen, diese Arbeit wohl von den Bau-Inspektoren selbst verlangt werden können, ohne daß ihnen dafür besondere Remuneration oder Vergütungen für anzunehmende besoldete Hülfen zu bewilligen sein werden, so hat die früheren Bestimmungen, bezüglich auf die Remuneration der Bau-Inspektoren zur Aufnahme der Gebäude-Inventarien u. auf den Domainen-Vorwerken, keine Anwendung mehr, so daß also dergleichen Zahlungen in der Regel nicht mehr vorkommen können.

Sollten jedoch solche in einzelnen Fällen, nach den obwaltenden besonderen Umständen, nicht zu vermeiden sein, so hat die K. Reg. jedesmal zuvor deshalb an mich um Genehmigung zu berichten. (A. XXIII. 539. — 3. 29.)

777) Vorschriften in Betreff der Verpflichtung der Baubeamten zur entgeltlichen Veranschlagung des Holzbedarfs der Freiholzberechtigten und des aus K. Forsten zu verabsolgendenden Bauholzes

1) Publ. der K. Reg. zu Marienwerder v. 27. Okt. 1823.

Von den hohen Min. des H. u. der Fin. ist festgestellt:

daß die Baubeamten für Veranschlagung des Holzbedarfs der Freiholzberechtigten, für Veranschlagung solcher Hölzer, die ex gratia aus den K. Forsten frei bezogen werden, sowie für Abnahme der Bauten, Behufs der Ausbesserung des Verwesens, Attestes, weder Gebühren noch Fuhrkosten liquidiren dürfen.

Solches wird hiermit u. zur Kenntniß gebracht. (A. VII. 804. — 4. 37.)

2) E. M. der K. Reg. zu Frankfurt v. 7. März 1833 an sämmtl. Bau-Inspektoren.

Wenn nach der Dienst-Anweisung für die Baubeamten v. 13. Febr. v. 3. Lit. d. dieselben bei der Veranschlagung des Bauholzbedarfs für die zu dessen Entlassung aus K. Forsten berechtigten Privatgüter- und emphyteutischen Grund- und Mäntel auf reglementmäßige Vergütung Anspruch machen können, so haben wir uns bei dieser Bestimmung dahin näher zu bestimmen, daß ihnen ein solcher Anspruch nur in jener Falle zusteht, wo die Holzberechtigten, deren Sache es ist, ihren jedweden Bedarf an Bau- und Reparaturholz durch einen speziellen Aufschlag gehörig nachzuweisen, für die Veranschlagung unmittelbar an sie wenden. Hat dagegen die K. Reg. hierzu Veranlassung, ausnahmsweise den Bau-Inspektoren eine solche Veranschlagung zu erlassen, so haben sie sich diesem Geschäft, wenn nicht das Gegentheil ausdrücklich befohlen wird, ex officio zu unterziehen, ohne also dafür Gebühren verlangen zu können.

Eben so wenig steht ihnen auch eine Vergütung für die im Auftrag der Vorzunehmende Revision derjenigen Aufschläge zu, welche die Holzberechtigten zum Beweis ihres Holzbedarfs von andern Sachverständigen fertigen lassen.

(A. XVII. 81. — 1. 30.)

778) Vorschriften über die unentgeltliche Wirksamkeit der Baubeamten bei Kommunalbauten.

1) E. M. der K. Min. der Fin. (v. Bülow) und des J. (v. Schudnig) v. 29. April 1817 an sämmtl. K. Reg. jenseits der Weser.

Mit Bezugnahme auf die in Nr. 4. des Amtsbl. der K. Reg. zu Köln von 1817 enthaltene Bekanntmachung:

daß Kommunalbau-Gegenstände, welche die Summe von 25 Thlrn. übersteigen, Revision der K. Baubeamten unterworfen werden sollen, und die auf Veranlassung des Min. des J. von Ihr an die Baubedienten des Depart. unterm 23. v. M. erlassene Verf., nach welcher denselben für die Revision Befreiung der ihnen von Landräthen und Bürgermeistern gestellten Kosten- und

Rechnungen verhältnismäßige Gebühren versprochen worden sind, haben die unterg. Behörden, zufolge getroffener Uebereinkunft hierdurch näher zu bestimmen:
 In allen Fällen, wo die K. Reg., vermöge Ihrer Oberaufsicht über das Kommunal-
 wesen, den Baubeamten etwas hierauf einschlagendes zu besorgen giebt, welches
 mit jenen von Amtswegen für ihren Gehalt, und die ihnen bewilligten Fahrkosten,
 anderweitige Entschädigung, verrichtet werden muß; wogegen denselben, wenn
 ein spezieller Auftrag ertheilt wird, Geschäfte zu verrichten, welche eine Gemeinde
 selbst besorgen zu lassen verpflichtet sein würde, tagmäßige Diäten und Reisekosten
 zu zahlen.

(H. I. 158. — 2. 103.)

1) R. des K. Min. des I., Abth. I. (Röhler) v. 29. Jan. 1819 an die
 K. Reg. zu Königsberg.

In dem Ver. v. 15. v. M. trägt der dortige Magistrat darauf an, daß die B. d.
 K. u. H. Min. v. 26. Juni v. J., nach welcher die Baubeamten der K. Reg. alle
 in der Vollziehungsbehörden ohne besondere Remuneration verrichten sollen, nicht auf
 die Baubeamten ausgedehnt, sondern diesen die tagmäßigen Gebühren in den
 Fällen, wo sie solche bisher genossen, auch ferner beizubehalten werden mögen.

In der Voraussetzung, daß die gedachten städtischen Baubeamten auf diese Ge-
 bühren entschädigt worden sind, und bei Aufhebung derselben von der Kommune Entschädi-
 gung fordern haben würden, scheint der Wunsch der Stadtverordneten, daß die bisherige
 Einrichtung beibehalten werde, de condonandis zu sein. Denn die erwähnte, von
 K. u. H. Min. auf die Veranlassung des unterg. Min. erlassene Verf., handelt von K.
 Beamten, und geht von der Voraussetzung aus, daß diese Offizianten bei Normierung der
 Gehälter bereits vollständig entschädigt worden, welches aber rücksichtlich der Kommunal-
 Offizianten nicht immer der Fall ist.

Die K. Reg. hat daher beim Antrage des Mag. zu beschreiben und zu berichten, wie
 der Wunsche genügt ist.

Ubrigens ist der gegenwärtige Antrag wohl zu unterscheiden von der im J. 1815
 in Sprache gebrachten Frage, in welcher es streitig gewesen, welche Offizianten zu den speziel-
 len Remunerationen zu zählen, und versteht es sich von selbst, daß durch diese Verf. nicht
 Beamten bewilligt werden sollen, die auch nach der bisherigen Verfassung den Bau-Of-
 fizianten nicht zugezählt haben. (H. III. 237. — 1. 152.)

333) Verpflichtung der Distriktsbaubeamten zur unentgelt-
 lichen Beaufsichtigung und Abnahme der Meisterbaue.

Bekanntmachung der K. Reg. zu Merseburg v. 3. März 1837.

Durch ein M. des K. Verm. für H., Fabr. u. Bauw. v. 7. Mai 1835 ist festgesetzt
 worden, daß die Beaufsichtigung des Meisterbaues, wenn derselbe außerhalb des Elbes
 einer Prüfungs-Kommission geübt wird, eine unentgeltlich zu verrichtende Obliegen-
 heit der Distriktsbaubeamten ist, wobei es nicht darauf ankommt, ob dieser zugleich Mit-
 glied derjenigen K. Prüfungs-Kommission ist, welche die Prüfung des den Meisterbau
 betreffenden Kandidaten vorgenommen hat. Auch für die Beibehaltung einer, von den
 Beamten ausgehenden Prüfung, kann der Baubeamte keine Gebühren oder Reisekosten
 erhalten.

Indem wir vorstehende Bestimmung zur Kenntniß des betheiligten Publikums
 bringen, bemerken wir, daß nach der Instruktion für die Prüfung der Bauhandwerker, von
 den Stadtleuten überhaupt nur fünf Thaler zu entrichten sind, und mithin die Kreisbau-
 Beamten, welche auf Ersuchen einer der bestehenden K. Prüfungs-Kommissionen einen
 ihrem Wirkungskreise vorkommenden Meisterbau kontrolliren und abnehmen, dafür
 eine Vergütung verlangen können, diese Wüthhaltung vielmehr zu ihren offiziellen Beschäf-
 tigungen gehört. (H. XXI. 245. — 1. 245.)

iii) Verpflichtung der Baubeamten zur unentgeltlichen polizeilichen
 Revision der Dampfkessel und Dampfkessel-Anlagen.

R. des K. Min. für H., G. u. öffentl. W. (v. d. Heydt) v. 24. Mai 1851
 an die K. Reg. zu N. N., und abschriftl. an sammtl. K. Reg.

Der K. Reg. erwidere ich auf den Ver. v. 12. März d. J., daß die darin ange-
 gebene Sache nicht bestimmen können, in Beziehung auf die polizeiliche Revision
 der Dampfkessel und Dampfkessel-Anlagen von dem allgemeinen Grundsatz abzuweichen,
 daß die Baubeamten die ihnen im öffentlichen polizeilichen Interesse ertheilten Auf-
 gaben besondere Vergütung für das ihnen vom Staate gewährte Gehalt und die son-
 stigen Ansehnlichkeiten ausrichten haben, wenn es sich dabei auch um Anlagen von Privat-
 eigenthum handelt. Es muß daher bei der früheren Entscheidung dahin sein Bewenden.

behalten, daß den Baubeamten auch für dergleichen Aufträge keine Gebühren bezahlt werden dürfen.

Daß von anderen Behörden nach anderen Grundsätzen verfahren würde, ist nicht bekannt und kaum anzunehmen, da der allgemeine Grundsatz sämtlichen Regierungen wiederholt in Erinnerung gebracht ist und der §. 2. des Regut. über die Anlage Dampfkesseln v. 6. Sept. 1848 die Revision der Dampfkessel-Anlagen im allgemeinen polizeilichen Interesse ausdrücklich vorschreibt. Indessen ist aus jener Anweisung genommen, sämtlichen R. Reg. Abschrift dieser Verf. mitzutheilen, um sie nach gleichmäßig zu achten. (Min. Bl. v. l. B. 1851. S. 110. Nr. 136.)

3) Urlaub und Stellvertretung.

Vergl. in Thl. III. des Werkes (Staatsdienst-Pragmatik).

7) Uebnahme von Nebenämtern und Nebengeschäften.

Vergl. ebendasselbst.

In dieser Beziehung sind auch folgende Rescripte zu bemerken:

aa) E. R. des R. Min. des J. (v. Schudmann) v. 15. Sept. 1825 an sämtl. R. Reg. u. an die R. Min. Bau-Kom. Aufertigung von Bauwürfen und Ausführung von Bauten durch R. Baubeamte für Privatpersonen.

Es wird hierdurch festgestellt, daß es den in R. Befoldung stehenden Baubeamten: den Reg-Bau-Mäthen, Bau-Inspetoren und Bau-Konstrukteuren, zwar nach Maßgabe der Befähigung, Bau-Entwürfe mit den dazu erforderlichen Zeichnungen für Privatpersonen auszuarbeiten; aber nicht die Aufsicht, oder wohl gar die Ausführung solcher Bauten, ohne die spezielle nur ausnahmsweise zu ertheilende Genehmigung des Min. zu übernehmen.

Die R. Reg. wird angewiesen, strenge darauf zu sehen, daß dieser Vorschrift auf genaueste nachgekommen werde. (R. IX. 747.—3. 147.)

bb) E. R. des R. Min. des J. für H. u. Gew. (v. Schudmann) v. Dec. 1832 an sämtl. R. Reg. Zulässigkeit der Ausführung von Privatbauten durch noch nicht angestellte Bau-Konstrukteure.

Das Min. des J. für H. u. G. will gestatten, daß Bau-Konstrukteure bei der entfernten Aussicht auf eine Anstellung, und der oft mangelnden Gelegenheit einer diätarischen Beschäftigung, sich als Privat-Baummeister einen Erwerb zu verschaffen, und Bauten selbstständig unternehmen und selbst ausführen, gleich denen, welche ohne richtige Anstellung als Kreis- oder Kommunal-Baummeister eine Beschäftigung zu erlangen beabsichtigen, in den Listen als Bau-Konstrukteure fortgeführt werden, und daß, wenn sie es wünschen, bei Anstellungen im Staatsdienste Rücksicht genommen werden wird, kann aber die jährliche Anmeldung solcher Bau-Konstrukteure bei den Reg. u. aller übrigen geschehen müssen, und ihnen auch die Verpflichtung obliegen, die Ausführungen anzugeben, welche sie bewirkt haben, damit man sich von ihrer Tüchtigkeit überzeugen könne.

Die R. Reg. wird daher angewiesen, diese Bestimmungen durch ihre Amtsbefugnisse öffentlichen Kenntlich zu bringen, außerdem aber diese Bau-Konstrukteure darauf aufmerksam zu machen, daß da die erste Anstellung im Baufache die eines Reg-Baummeisters und diese nicht ohne Ueberzeugung praktischer Tüchtigkeit in dem besagten Fache erlangen könne, sie jedenfalls wohl thun würden, den Regebau ordentlich betrieben zu haben, so daß sie Privat-Baummeister werden. (R. XVI. 1019.—1. 109.)

2) Ueber die Theilnahme der Baubeamten an der Ausführung concessionirter Eisenbahnen sind ergangen:

1) E. R. des R. Min. (Beuth) v. 25. Sept. 1844 an sämtl. R. Reg. Hinsichtlich der Theilnahme etatsmäßiger Baubeamten an der Ausführung concessionirter Eisenbahnen sind Altes. Orts nachfolgende Grundsätze genehmigt worden:

1) Den Baubeamten wird, während dieselben im Staatsdienste sich befinden, die Theilnahme einzelner Geschäfte nur ausnahmsweise, und zwar nur höchstens während eines Zeitraums von einigen Wochen, und auch dies nur unter meiner speziellen Genehmigung, gestattet.

2) Etatsmäßig angestellte Baubeamte, welche eine dauernde Beschäftigung bei concessionirten Eisenbahn übernehmen wollen, erhalten die Erlaubniß zum vorläufigen Austritte aus dem Staatsdienste auf einen bestimmten, höchstens 6 Monate dauernden Zeitraum. Deren Stellen werden zwar wieder besetzt, dabei wird zugleich nachgelassen,

3) daß wenn dergleichen Baubeamte vor Ablauf der bestimmten Zeit sich zum Wiedereintritt in den Staatsdienst melden, dafür gesorgt werde, dieselben, wenn sonst

behörden

die Behörden

erfahren wird
s. h. m. d. d. d.
al. über die
agen im d. d.
l. aus jener
mittheilen, d. d.
Nr. 136.)

ratif).

engeschaften

bemerkten:

. 15. Sept.

tigung von

te für

j. stehendes

uren, zwar

chungen für

ausführung

hmigung des

j. dieser

. (Schudmann)

lung von

au. Kondukteuren

einigen

Erwerb

und

Verpflichtung

den, und

genommen

bei den

abgeben, d.

n ihrer

u. d. d. d.

träte d. d.

diese d. d.

erhalten d. d.

benutzen

ausführung

an d. d. d.

träte d. d.

diese d. d.

erhalten d. d.

benutzen

ausführung

an d. d. d.

träte d. d.

Allgem. Vorschriften; Rechtsverhältnisse während des Staatsdienste

Ihre moralische Führung oder gegen ihre fortdauernde Thätigkeit für die wachsende Stelle seine erhebliche Bedenken eingetreten sind, ihrem früheren und Einkommen gemäß wieder anzustellen, sobald sich dazu eine solche Gelegenheit darbietet. Die Zwischenzeit wird jedoch in keiner Beziehung als Staatsdienstzeit gerechnet.

1) Wenn die Anmeldung zum Wiedereintritt in den Staatsdienst oder zur Einstellung nicht während der Zeit erfolgt, für welche dem Beamten der Staatsdienst nachgegeben ist, so wird ein Anspruch auf Wiedereinstellung oder Einstellung nicht anerkannt.

2) So allen Fällen aber darf es sich bei den Beamten nicht um einen bloßen Wieder-Eintritt in den öffentlichen Dienst zustehendes formelles Recht handeln, sondern die vorgesetzte Behörde hat je nach der Eigenthümlichkeit der einzelnen Verhältnisse zu ermessen, wie weit innerhalb der obigen Grenzen mit derartigen Rücksichten zu gehen, oder auch, ob diese, nach Beschaffenheit der Umstände, zu versagen seien.

Die K. Reg. hat den Baubeamten Ihres Bezirks von diesen Bestimmungen (baldige Bekanntmachung) mit dem Eröffnen Kenntniß zu geben, daß auch die Eisenbahnen, welche bei ihrer großen Ausdehnung kaum anders als durch die ansehnliche Beschäftigung der Beamten geordnet werden können, bei der diesseitigen Genehmigung übernommen werden dürfen, und daß das (2. Sept. 1825) auf dergl. Verordnungen keine Anwendung finde.

(Act. gen. des Fin. Min., IV. 13, 497.)
2) C. K. desselben Min. v. 30. März 1845.

Es hat sich mit dem Interesse des K. Dienstes als unvereinbar ergeben, daß bei der Beschäftigung beim Eisenbahnbau das einstweilige Ausstellen der Beamten mit Vorbehalt des Wiedereintritts ferner noch zu gestatten, und Inhalt des C. v. 25. Sept. v. 3 zur Beförderung des Eisenbahnbauwerks beim K. u. K. Reich. Ort nachgegeben worden ist. Se. Maj. der König haben daher in Zukunft den im Staatsdienste eintretenden Baubeamten eine Beschäftigung bei Eisenbahnen nur dann, wenn sie ohne Rücksicht auf Wiedereinstellung in den Staatsdienst auszuweichen wollen, gestattet werden.

Die K. Reg. hat hier von den Baubeamten Ihres Bezirks (ohne öffentliche Bekanntmachung) Nachricht zu geben. (Act. gen. des Fin. Min., IV. 3362.)

3) C. K. desselben Min. v. 31. März 1845.

Die bedeutenden pekuniären Vortheile, welche die Beschäftigung bei den gegenwärtigen Ausdehnung Staat findenden Eisenbahnbauten den Bau-Kondukteuren, Veranlassung gegeben, daß dieselben sich vorzugsweise dieser Beschäftigung widmen, und daß es sowohl für die Bau-Ausführungen des Staats, als auch für die Bauverwaltung vielfach an tüchtigen und bewährten Bau-Kondukteuren mangelt. Da eine solche mit größerer Einnahme verbundene Beschäftigung bei Eisenbahnbauten mit denen, welche den Bedürfnissen des Staats genügen, nicht vereinbar sind, so haben Se. Maj. der König zu bestimmen geruht, daß Bau-Kondukteuren nur eine dreijährige Beschäftigung bei Eisenbahnbauten, nach ihrer Anstellung im Staatsdienste und bei ihrer Pensionierung in Anrechnung zu bringen.

Die K. Reg. hat den in Ihrem Bez. beschäftigten Bau-Kondukteuren (ohne öffentliche Bekanntmachung) hier von Nachricht zu geben. (Act. gen. des Fin. Min., IV. 3362.)

b) Verpflichtung zur Haltung eigenen Fuhrwerke

1) C. K. der K. Verw. für H., Fabr. u. Bauw. (Rother) v. 15. Sept. 1825, an sämtl. K. Reg.

Durch die C. v. 15. Dec. v. J. (Ant. a.), ist den Baubeamten die Verpflichtung auferlegt worden, für die ihnen gewährte fixirte Fuhrkosten-Entscheidung ihren eigenen Fuhrwerke, oder doch mit einem Reitpferde zu versehen.

Da sich auch unter den Landbaubeamten Mehrere befinden, welche kein eigenes Fuhrwerk besitzen, sondern ihre Dienststellen mittelst gemieteter Fuhrer oder zu Pferde besetzen, so ist der Nachtheil entsteht, daß jene Beamten entweder um die Verminderung ihrer Dienststellen möglichst zu vermindern oder abzusagen suchen, die Dienststellen zu langsam verrichten und unnötigen so muß den Landbau-Inspektoren und Landbaumeistern die

von Fesseln mit Fuhrwerk, oder den Umständen nach, wenigstens eines Hufschers oder gleicher Art, wie den Wegebaubeamten, zur Pflicht gemacht werden etc.

Anl. 2.

Auf die Anfrage der R. Reg. v. 8. Juni e.

ob es dem Wegebaupolizeistat N. und dem Wegebaumeister N. zu gestatten sei, Dienstreisen mittelst gemeinteter Fuhrwerke zu verrichten,

eröffne ich Versuchen, daß ich nicht darin trüben kann, sondern verlangen muß, daß jeder Chaußee-Baubeamter sich mit einem eignen Fuhrwerke versehe, damit gedachte Beamten, ohne die jedesmaligen Miethskosten zu scheuen, ihre Dienstbezirke so oft als nöthig besuchen, worauf es bei der Beaufsichtigung der Kunststraßen wesentlich ankommt.

Da diese Baubeamten niemals schweres Gepäck bei sich führen, so wird zu ihrem Fortkommen ein leichtes einspänniges Fuhrwerk vollkommen genügen.

Das bisherige Aversum der Wegebaumeister wird durch den neuen Chaußee-Polizeistat, in soweit es nöthig, erhöht werden, um jedem Einwande, daß damit nicht zu geringe Mittel zu Gebote stehen, vorzubeugen. Zu diesem haben die Oberwege- und Wegebaupolizeistatoren ohnedies keinen Grund, da das ihnen bewilligte Aversum ungefähr doppelt so viel, als das der Wegebaumeister beträgt, sie dafür ebenfalls auch zwei Pferde zu Gebote stehen. Uebrigens bleibt es den Wegebaumeistern unbenommen, ihre Dienstreisen zu Pferde zu verrichten etc. (R. XIX 492 - 2 134.)

2) E. R. des R. Min. für H., G. u. öffentl. A. (v. Pommerschen) 9. Jan. 1853 an sämmtl. R. Reg.

Nachdem den Baubeamten bei der Organisation der Bau-Verwaltung eine mehre Hufschers-Einstellung und außerdem noch eine Hufe bei der Anfertigung mechanischer Schreibweisen bewilligt worden ist, muß im Interesse des Dienstes gehalten werden, daß die sämmtlichen Baubeamten, mit Ausnahme derjenigen, die mit ausdrücklicher Ausnahme davon entbunden sind, nunmehr eigenes Dienstfuhrwerk haben. Die R. Reg. hat hiernach das Erforderliche zu veranlassen und bei drei Monaten über die Ausführung zu berichten. (Min. Bl. d. I. B. 1853. S. 35. Nr. 19.)

c) In Betreff der Disciplinar-Verhältnisse der Baubeamten vgl. das G. v. 21. Juli 1852, betr. die Dienstvergehen der nicht richterlichen Beamten, die Veretzung derselben auf eine andere Stelle oder in den Ruhestand. (G. S. 1852, S. 465 ff.)

II.

Rechtsverhältnisse der Bau- und Wegebeamten in Bezug auf ihre Privatangelegenheiten.

A. Im Allgemeinen vergl. den betr. Abschn. bei der Staatsdienst-Praxis (in Thl. III. des Werkes)

B. Insbesondere rücksichtlich:

a) des Heiraths-Konsenses.

In Folge der R. O. v. 9. Juli 1839, worin jede präventive Beantragung der von Civilbeamten zu schließenden Ehen für unzulässig erklärt worden war, wurde durch Beschluß des Staats-Min. v. 7. Nov. 1839 (Zustimm. vom 1839. S. 302) festgestellt, daß nur die bei der Wittwen-Verpflegung und receptionsfähigen Civilbeamten des Ehekonsenses bedürfen. Dieser Grund findet daher auch auf die Beamten des Bau- und Wegewesens Anwendung.

b) Exekution wegen Schulden.

Die besonderen Rechte der Beamten bei den wegen Schulden gegen verhängten Exekutionen kommen auch den Bau- und Wegebeamten zu Stande.

a) Bei Auspfändungen müssen ihnen daher die zur Verwaltung des Dienstes erforderlichen Gegenstände, das unentbehrlichste Hausgeräth, nöthigste anständige Kleider und Wäsche, auch die nothdürftige Wäsche, Kleider und Betten der Frau und Kinder, freigelassen werden, wosfern nicht die Schulden aus unerlaubten Handlungen entsprangen, in welchem Falle jedes Exekutions-Beneficium wegfällt (R. O. d., Thl. I. Tit. 24. Anh. 158. 157); auch ist das vorfindende baare Geld bis auf Höhe derjenigen Summe, welche dem Beamten des gesetzlich freibleibenden Theils des Dienstehaltens für den Zeitraum

tion bis zum nächsten Termine der Gehaltszahlung gleichkommt, derung nicht unterworfen. (R. D. v. 11. Dec. 1831, G. S. 1832. S. 2.)

In Betreff der Gehaltsbeschlagnahme im Wege der Exekution Bau- und Begebeamten rücksichtlich ihrer Dienstverhältnisse das in sämtlicher Beamten zu, das Einkommen bis zu 400 Thlr. ganz von dieser Summe übersteigenden Betrage die Hälfte frei zu behalten. (R. D., Anh. 160.)

zu Ansprüchen aus unerlaubten Handlungen und wegen Ineffentlicher Abgaben kann jedoch das ganze Gehalt, wegen Inforderungen, soweit sie vom Tage der Klageanmeldung laufen, te des ganzen Gehaltes in Beschlag genommen werden.

R. D. I. 24. Anh. H. 168—170 u. Erg. u. Erl. des Preuss. Rechtsb. Bd. 7.

Werden die Kosten der Stellvertretung bei eintretender Dienst- eines Beamten, der Gehaltsabzüge erleidet, nicht von dem ganzen erweg abgezogen, sondern aus dessen abzugsfreiem Theile entnommen. (v. 21. April 1841, Just. Min. Bl. 1841. S. 182.)

Die Befreiung der Beamten vom Personal-Arrest wegen kommt den Bau- und Begebeamten in dem gesetzlichen Umfange die- giums ebenfalls zu statten (R. G. D., Anh. § 174.); doch können sie, übrigen Beamten, zur Ableistung des Manifestationsbeides onalarrest angehalten werden.

Just. Min. v. 20. Aug. 1835. Jahrb. Bd. 46. S. 119, Ordff. Bd. 8. S. 201.)
Besteuerung.

Exemption der Staatsbeamten von öffentlichen Lasten auf Grund 2. Tit. 10. Thl. II. A. R. findet nicht mehr statt. Eine Besteuerung ad- und Gewerbesteuer kompetirte ihnen niemals; in Betreff der Steuer, ist sie ihnen schon durch das G. v. 30. Mai 1820. §. 2. 20. S. 140.) entzogen, und die indirekten Steuern lassen ihrer ch keine derartige Ausnahme zu.

Gemeindelasten sind Beamte nicht befreiet, doch kommen ihnen die ungen des Ges. v. 11. Juli 1822¹⁾ (G. S. 1822. S. 184.) zu Statten. **Betreibung von Gewerben.**

allgem. Gewerbe-Ordn. v. 17. Jan. 1845 bestimmt im §. 19., daß telbare und mittelbare Staatsbeamten, auch solche, die ihr Amt unent- rwalten, zu dem Betriebe eines Gewerbes der Erlaubniß ihrer vor- dienstbehörde bedürfen, sofern nicht das Gewerbe mit der Bewirth- eines ihnen gehörigen ländlichen Grundstückes verbunden, oder sonst ondere gesetzliche Bestimmungen ein Anderes angeordnet ist. Diese muß auch zu dem Gewerbebetriebe ihrer Ehefrauen, der in ihrer Gewalt stehenden Kinder, ihrer Dienstboten und anderer Mitglieder shaltes, eingeholt werden. (G. S. 1845. S. 44.)

Bestrafung wegen gemeiner Verbrechen.

gl. den betr. Abschn. der Staatsdienst-Pragmatik (Thl. III. des Werkes).

Dritte Unter-Abtheilung.

Ende des Staatsdienstes.

gl. den betr. Abschn. der Staatsdienst-Pragmatik (Thl. III. des Werkes).
Durch den Tod des Beamten.

A. G. D. Thl. II. Tit. 5. enthält in den §§. 6. 7. u. 31 Vorschriften

¹⁾ dies Ges. nebst sämtl. Erläut. desselben in v. Rönne's Städte-Ordn. Man bei G. Ph. Aderholz. 1843.) S. 273. ff.

für die Sicherstellung der Gelder und aller Sachen, welche verstorbenen Beamten als zu seinem Amte gehörig in Verwahrung gehabt hat. Vergl. auch das R. des R. Justiz-Min. v. 8. Juli 18 (Jahrb. XX. 44., Gräff, III. 15.) Nach diesen Vorschriften kann die Regierung unter welcher ein Beamter des Bau- und Wegewesens stand, bei seinem Abgange die im §. 6. a. a. D. gestattete Versiegelung und Absonderung vornehmen, selbst wenn in Betreff des übrigen Nachlasses keine gerichtliche Siegelung¹⁾ genommen wird, und bei stattfindender gerichtlicher Siegelung an die Umstände und Verhältnisse, worin Amts-Akten zu vermuthen sind, ihre Siegel ebenfalls anlegen.

Von der durch die Gerichte veranlaßten Siegelung der Verlassenschaft eines Reg.-Beamten haben sie der Reg. jederzeit Nachricht zu geben, und bei Entsiegelung die Akten und amtlichen Papiere dem Kommissarius der Regierung auszuhändigen. (A. O. D., Anh. §§. 433. 436.)

In Betreff der als Staatseigenthum anzusehenden Geistesarbeiten verstorbenen Beamten ist in dem Schreiben des R. Just. Min. v. 3. Febr. 1816 der Grundsatz ausgesprochen, daß Alles, was ein Beamter im Dienste und zum Zwecke des Dienstes, mithin Amts und Berufs halber gefertigt, nicht sein Privateigenthum, sondern Eigenthum des Staates, solche Arbeiten daher als dem gemeinen Verkehr entzogen betrachtet, von Privatnachlasse des Verstorbenen abgesondert und der vorgesetzten Behörde geliefert werden sollen, daß jedoch dafür den Erben in den Fällen eine Gratifikation zuzubilligen ist, wo für die Arbeit der Verstorbene selbst darauf Anspruch gehabt haben würde.

(Ergänz. u. Erläut. der Preuß. Rechtsbücher von Gräff u. W. Bd. 8. S. 468.)

B. Freiwilliger Austritt aus dem Amte.

In Ansehung der freiwilligen Niederlegung des Amtes bestimmt das R. Th. II. Tit. 10.:

§. 94. Bei derjenigen Instanz, von welcher die Befetzung eines Amtes abhängt, muß auch die Entlassung davon gesucht werden.

§. 95. Die Entlassung soll nur alsdann, wenn daraus ein erheblicher Nachtheil für das gemeine Beste zu besorgen ist, versagt werden.

§. 96. Einem Beamten, dem aus diesem Grunde die Entlassung versagt wird, dagegen die Berufung auf die unmittelbare landesherrliche Entscheidung offen.

§. 97. In keinem Falle aber darf der abgehende Beamte seinen Posten verlassen, als bis wegen Wiederbesetzung oder einstweiliger Verwaltung desselben Veranordnung getroffen ist.

C. Unfreiwillige Amtsentlassung.

Vergl. das G. v. 21. Juli 1852 (G. S. 1852. S. 465 ff.) in Verbindung mit dem Verles (Staatsdienst-Pragmatik.)

¹⁾ Ueber die Fälle, wo solche von Amtswegen stattfindet, vergl. A. O. D. I. 9. §§. 463. u. II. 18. §§. 372—375, u. A. O. D. Thl. II. Tit. 5. §§. 4 ff.

Zweiter Titel.

Die Vorschriften bezüglich der einzelnen Gattungen der Bau- und Wege-Beamten.

Erste Unter-Abtheilung.

Die Feldmesser. (Konduktoren.)

I.

Eintritt in den Staatsdienst.

Allgemeine Erfordernisse zur Befähigung. Vergl. in Betreff des nöthigen Staatsbürgerthums, sowie des künftigen Lebenswandels Th. III. des Berthes (Staatsdienst).

Staat des Staatsbürgerthums insbesondere erging das R. des J. Abth. II. (Bode) v. 25. Mai 1844 an die R. Gen. Kom. al. Zulassung von Ausländern zu Feldmessern im Inlande. Hiedurch erhält die R. Gen. Kom. in der Unt. (a.) Abschrift der wegen des Feldmens der Ausländer unterm 14. Febr. 1834 ergangenen C. B. zur Kenntniss Nachachtung.

Unt. a.

Es beschlossen worden, daß, wie dies bereits in ähnlicher Weise rücksichtlich der künft. Anstellung Sachenden angeordnet ist, bei den R. Reg. und allen übrigen Behörden fortan kein Ausländer zur ersten Anstellung oder zur Beschäftigung zugebe, ohne vorgängige ausdrückliche Genehmigung derjenigen Min., von welchen den ressortiren, wobei die Anstellung oder Beschäftigung Statt finden soll.

R. Reg. wird von diesem Beschlusse mit der Aufforderung in Kenntniss gesetzt, vorkommenden Fällen zu verfahren. Berlin, den 14. Febr. 1834.

Min. des J. für H. u. G. Der Finanz-Min. Der Min. des J. u. d. B.
v. Schuchmann. Magden. v. Brenn.

Min. d. i. B. 1844, S. 170. Nr. 191.)

Christliche Religion.

Vergl. oben Tit. I. Unter-Abth. I. ad I. sub B. (s. oben S. 95 ff.)

Vergl. auch:

R. des R. Min. des H. und des J. v. 31. Jan. 1820.

IV. 7 — 1. 8.)

R. der R. Min. des H. u. d. G. und des J. v. 26. Okt. 1820.

IV. 699. — 4. 6.) (s. unten sub C.)

R. des R. Min. für H., G. u. öffentl. A. (v. d. Gehdt) v. 13. Okt. 1852

H. R. Reg. und an die R. Min.-Bau-Kom. Zulassung jüdischer Feld-
eben zur Prüfung und Vereidigung als Feldmesser.

R. Reg. empfängt hieneben (Unt. a.) Abschrift der wegen Prüfung und Vereidigung jüdischen Feldmesser-Eleven unterm 6. d. M. an die R. Reg. in N. erlassenen gleichmäßigen Beachtung.

Unt. a.

den Ber. v. 15. Juni d. J. wird der R. Reg. eröffnet, daß die Prüfung des Feldmesser-Eleven N. zum Feldmesser, wenn er sonst den bedürftigen allgemeinen entspricht, aus dem Grunde, weil er Jude ist, nicht zu versagen ist. Eben so
ibe, wenn das Zeugniß der königlichen technischen Bau-Deputation über seine
genügend ausfällt und er demnächst auch den gesetzlichen Bestimmungen hinsicht-
Militär-Verpflichtung genügt hat, zur Vereidigung zuzulassen sein. Die R.
dem N. jedoch vor Ertheilung der Prüfungs-Arbeiten ad protocollum ausdrück-
en zu lassen, daß er durch seine Prüfung resp. Vereidigung als Feldmesser einen

Anspruch auf Anstellung oder Beschäftigung im Staatsdienste nicht erlange, und nach der Ablegung der Feldmesser-Prüfung nicht den Anfang zur Baubeamten-Laufbahn mache. Berlin, den 6. Okt. 1852.

Der Min. für G., G. u. öffentl. A.
v. d. Seydt.

Min. für landwirthschaftl. Ung.
Im Allerhöchsten Auftrage: Bode.

(Min. Bl. v. 1. B. 1852. S. 269. Nr. 256.)

B. Nachweis der besonderen Befähigung durch wissenschaftliche Prüfung.

1) Das G. v. 7. Sept. 1811 über die polizeilichen Verhältnisse des Gewerbes verordnet im §. 118.

Feldmesser und Nivelirer können Gewerbscheine nur auf ein Zeugniß der Reg. erhalten, daß sie geeignet als solche angestellt sind. Ihre Anstellung geschieht, wie nach vorgängiger Prüfung der technischen Ober-Bau-Deput. (G. S. 1811. S. 274.)

Dazu:

a) R. D. v. 28. Febr. 1829. Der §. 118 des Ed. v. 7. Sept. 1811 im ganzen Umfange der Monarchie zur Anwendung kommen.

Zur Verhütung der Nachtheile, welche dem Gemeinwesen durch Ausübung der geometrischen Praxis von untüchtigen Subjekten erwächst, setze Ich auf Ihren Antrag d. M. hierdurch fest, daß die Vorschrift im §. 118 des Gewerbe-G. v. 7. Sept. 1811, nach welcher Feldmesser und Nivelirer dieses Gewerbe nur dann zu betreiben befugt sind, wenn sie, nach vorgängiger Prüfung durch die Ober-Bau-Deput., von den Reg. angeordnet worden, im ganzen Umfange der Monarchie in Anwendung kommen soll. Ich befehle Ihnen, diesen Befehl durch die G. S. und zugleich in den Provinzen, worin das Ed. v. 7. Sept. 1811 bisher noch nicht in Kraft gewesen ist, durch die Amtsbl. der Reg. machen zu lassen, auch die Reg. und die Ober-Bau-Deput. hiernach mit Anweisung versehen. (G. S. 1829. S. 19.)

b) E. R. des R. Min. des J. (v. Schudmann) v. 26. März 1829. In sämmtl. R. Reg. in den westphälischen und rheinischen Provinzen, so wie in denjenigen zu Merseburg, Erfurt, Posen, Bromberg und Stralsund. Auf die Ausübung der geometrischen Praxis durch geprüfte Feldmesser und Nivelirer.

Einem bringenden Gesuch der vereidigten Vermessungs-Kondukteure im R. Reg. zu Aachen um ein Verbot gegen die Ausübung der geometrischen Praxis durch unbefugte Feldmesser, hat Seltens der Verwaltung nicht gewillfahrt werden können, weil das Gewerbe-Pol.-G. v. 7. Sept. 1811, nach dessen §. 118.

Feldmesser und Nivelirer dieses Gewerbe nur dann zu betreiben befugt sind, wenn sie, nach vorgängiger Prüfung durch die Ober-Bau-Deput., von den Reg. angeordnet worden,

wort, wie in mehreren anderen Landestheilen der Monarchie, nicht publizirt, und bereits früher nur zu bewirken gewesen ist, daß die Gerichte angewiesen worden sind, in solchen Fällen, wo es auf eine Ernennung oder Zuordnung von Feldmessern ankommt, keiner andern als geprüften Subjekten zu bedienen, dahingegen sich in den Fällen, wo die Parteien sich über einen Feldmesser vereinigen, der freien Wahl derselben keine Fessel anlegen ließ.

Wenn jedoch einer Seits der Nachtheil, welcher sowohl dem Gewerbetreiben, als auch den geprüften Feldmessern durch Ausübung der geometrischen Praxis von unqualifizirten Subjekten erwächst, nicht zu verkennen ist, andererseits es wünschenswerth bleibt, den öffentlichen Verkehr im ganzen Staate nach gleichen Grundsätzen zu behandeln, so bin Ich zu dem Antrage bei des Königs Maj. bewogen worden, die Eingangswörter der obigen Vorschrift auf sämmtl. übrige Landestheile der Monarchie, in welchen das Ed. v. 7. Sept. 1811 bisher noch keine Gesetzeskraft gehabt hat, auszudehnen.

Da dieser Antrag die Allerh. Genehmigung erhalten, so wird der R. Reg. hiermit eine beglaubigte Abschrift der desfallsigen R. D. v. 28. v. M. zugesertigt, um die Befestigung durch Ihr Amtsblatt bekannt zu machen.

Uebrigens hat es bei der bisherigen Prüfung der Kandidaten der Feldmesser-Prüfung Auftrage der Ober-Bau-Deput. und nach den deshalb durch das Regul. v. 3. März 1845 ergangenen Vorschriften sein Betreiben. (A. XIII. 158. — 1. 82.)

2) Die allgem. Gewerbe-D. v. 17. Juni 1845. §. 51. bestimmt:

Die Geschäfte der Bau-Kondukteure, Feldmesser, Nivelirer, Marktscheider u. s. w. nur von denjenigen Personen betrieben werden, welche als solche von den verfassungsmäßig dazu befugten Staats- oder Kommunal-Behörden oder Korporationen angeordnet oder konzeffionirt sind. (G. S. 1845. S. 48.)

1) Ueber die Prüfung der Feldmesser vergl.:

a) Das E. R. des R. Min. des J. für G., O. u. Bauwesen v. 8. Sept.

b) Das Regulative desselben Min. v. 8. Juli 1833.

(oben Abschn. II., Kap. 6, Tit. 1, Unter-Abth. sub II., S. 111. ff u. S. 118 ff.)

c) Das R. v. 18. Jan. 1847 u. 5. Juli 1849. (I. oben S. 116.)

C. Vereidigung.

1) Daß die Feldmesser die Eigenschaft öffentlicher Beamten haben deshalb mit einem Dienstelde zu belegen sind, ist in folgenden R. ausgedrückt.

a) R. des R. Min. des G. (v. Bülow) und des J. (v. Schudmann) v. 18. Jan. 1820 an die R. Reg. zu Potsdam.

Bei Beantwortung des Ber. der R. Reg. v. 6. v. M., betr. die Vereidigung der Feldmesser wird dieselbe aus den S. 114 des Edicts v. 7. Sept. 1811 hervorgehoben, worin ihre Stellung, d. i. ihre Annahme als öffentliche Beamte, ausdrücklich angeordnet ist. Auch der damaligen Verfassung waren die Feldmesser immer als Kammer-Kondukteure dem förmlichen Dienstelde beiegt, wie denn eine bloße Verpflichtung als Sachverständiger ihrer Bestimmung in der That nicht genügt. Denn die Feldmesser haben nicht nur Kunst auszuüben, sondern auch die bestehenden Verhältnisse zu konstatiren, wie ausdrücklich in den §§. 17 u. 18. der Instr. v. 20. April 1813¹⁾ solches näher angegeben ist, daß dies mit Wirkung geschehen könne, bedürfen sie der Qualität öffentlicher Beamten, d. i. §. 128 Tit. 10. §. 10, Tit. 13 der Prov. O. Hieraus folgt zugleich, daß nicht als Feldmesser angestellt werden können, da ferner der §§. 8 und 9 des Ed. v. 11. März 1812 genannten Fälle hier stattfindet. Nach dieser Bestimmung hat die R. Reg. zu verfahren. (R. IV. 7. — 1. 8.)

b) R. des R. Min. des G. u. d. G. (v. Bülow) u. des J. (v. Schudmann) v. 18. Jan. 1820 an die R. Reg. zu Erfurt.

Der R. Reg. wird auf Ihre Anfrage in dem Ber. v. 11. v. M. Folgendes eröffnet: Die Feldmesser haben, als solche, nicht bloß ihre Kunst auszuüben, sondern auch die bestehenden Verhältnisse zu konstatiren, wie die Vorschriften §. 17 ff. der Instr. v. 20. April 1813 solches näher angeben.

Eod. wird mit Wirkung geschehen, so bedürfen sie der Qualität öffentlicher Beamten, d. i. §. 128. Tit. 10. §. 10, Tit. 13 der Prov.-Ord.

Ihre Annahme als solche kann der Vorgesetzte nur im Auge gehabt haben, wenn die Anordn. des Ed. v. 7. Sept. 1811 über die polizeil. Verh. der Gewerbe von ihrer Natur die Rede ist. Auch sind die Feldmesser nach der damaligen Verfassung immer als Kammer-Kondukteure mit einem förmlichen Dienstelde beiegt; wie denn eine bloße Verpflichtung als Sachverständiger ihrer Bestimmung in der That nicht würde genügen.

Hieraus folgt, daß

nicht als Feldmesser angestellt werden können, zumal ferner der §§. 8. u. 9. des Ed. in vorstiger Provinz noch nicht zur Anwendung kommenden) Ed. über die bürgerl. Verhältnisse der Juden v. 11. März 1812 genannten Fälle hier stattfinden etc.

(R. IV. 699. — 4. 6.)

c) R. des R. Min. d. J. (v. Schudmann) v. 21. Juli 1828, an die R. Reg. zu Oppeln, und zur Nachachtung an sämmtl. übrige R. Reg. Dienstvertr. der vereidigten Kondukteure und die für selbige auszufertigenden Eides-Konsense.

Der R. Reg. wird auf ihren Ber. v. 17. April d. J., in Betreff der Frage: in welcher Art die Vereidigung der nicht mit etatsmäßigen oder fixirtem Gehalte angestellten Kondukteure geschehen solle, und wie überhaupt deren Dienststellung anzunehmen sei? hierdurch eröffnet, daß die Kondukteure, sobald sie vereidigt worden, zu den Staatsbeamten gehören, und den allgemeinen Diensteld zu leisten haben. Hieraus folgt, daß die vereidigten Kondukteure bei ihrer Verheirathung des Konsenses ihrer vorgesetzten Behörde bedürfen. Der die Verpflichtung dieser Beamten zum Einkauf ihrer Ehegattinnen in die Wittens-Verpflichtung betrifft, so findet von der in der Allerh. R. O. v. 7. Juli 1816 (G. G. Nr. 376.) enthaltenen Vorschrift, daß jedem Civilbeamten bei der Nachsuchung der Heiraths-Erlaubniß

der Beitritt zum Wittwen-Verpflegungsinstitut zur Pflicht gemacht, worüberfalls der Konsens verweigert werden soll (die reglementmäßige Qualifikation zur Aufnahme übrigens vorausgesetzt) nach der Decr. v. 3. Sept. 1817. (G. S. Nr. 431.) lediglich auf die geringen Civilbeamten, welche nicht über 250 Thlr. jährliche Dienstentlohnung erhalten, die Ausnahme statt, daß denselben gegen Ausstellung eines auf künftige Pensionierung gerichteten Reverses die Einwilligung zur Vereidigung nicht versagt werden darf. kommt mithin darauf an, ob die nicht fixirt angestellten Kondukteure zu jenen geringen Beamten zu zählen sind? Das Min. des J. findet dies, mit Rücksicht auf die Bestimmung des R. Staats-Min. v. 12. Nov. 1824. (G. S. Nr. 897.) unbedenklich, setzt demnach fest, daß den unbesoldeten Kondukteuren der Heiraths-Konsens ohne obige Anforderung der Association bei der Wittwen-Kasse, gegen vorschristmäßige Ausstellung zu ertheilen. (N. XII. 277.—2. 9.)

2) Das C. R. des R. Min. des J. (v. Bülow) v. 21. Mai 1826, sämmtl. R. Reg. macht die Vereidigung der Feldmesser und Ertheilung von Attesten hierüber den Regierungen zur Pflicht.

Eingegangenen Beschwerden zu Folge haben sich mehrere R. Reg. geweigert, Feldmesser zu vereiden, welche nach abgelegtem Examen die Absicht haben, bei andern in der Arbeit zu übernehmen. Da indessen das G. v. 7. Sept. 1811 in dem §. 118 ausdrücklich vorschreibt, daß Feldmesser nur auf ein Zeugniß der Reg., daß sie geschicklich solche angestellt sind, einen Gewerbeschein¹⁾ erhalten sollen, so wird die R. Reg. hier angewiesen, jeden Feldmesser, der mit einem Zeugniß der Ober-Bau-Deput. über zureichende Fähigkeit versehen ist, auf Verlangen unweigerlich zu vereiden, da es dem Feldmesser, welcher einen Gewerbeschein löset, wie jedem anderen Künstler, freistehen in Arbeit zu treten, wo er will. Dagegen bleibt es dabei, daß diejenigen Feldmesser, welche das Bau-Examen bestanden haben und sich bei den R. Reg. auszeichnen, vor den sich den R. Vermessungen und den deshalb an sie ergangenen Aufforderungen entziehen, bei der Besetzung der fixirten Stellen, den Vorzug behalten.

(Acta gen. der Verw. für G., J. u. Bauw., betr. das Feldmesser-Regl. Nr. 12.)

3) Das Regl. v. 8. Sept. 1831 (s. oben S. 111 ff.) bestimmt im §. 6. daß die Vereidigung der Feldmesser von den Regierungen nur nach Ableistung der einjährigen Militairpflicht, oder nach erwiesener Untüchtigkeit zum Militairdienste, verfügt werden kann.

Mit Bezug hierauf sind nachstehende, abändernde Bestimmungen ergangen:

aa) C. R. des R. Min. d. J. (Flottwell) v. 2. Mai 1846 an sämmtl. R. Reg.

Die Bestimmung des §. 6. der Vorschriften für die Prüfung der Feldmesser-Baubeamten v. 8. Sept. 1831, wonach die Vereidigung der Feldmesser nur nach Ableistung der einjährigen Militairpflicht, oder nach erwiesener Untüchtigkeit zum Militairdienste erfolgen kann, hat verschiedentlich zu Mißverhältnissen Anlaß gegeben. Es wird der gedachte §. 6. hierdurch dahin abgeändert, daß die Vereidigung der Feldmesser auch vor Ableistung der Militairpflicht stattfinden kann, sofern die zu vereidenden Feldmesser sich rechtzeitig zum einjährigen Militairdienste gemeldet haben und mit den vorgeschriebenen Qualifikations-Attesten der Depart.-Prüfungs-Kom. versehen sind. (Min. Bl. d. i. B. 1846. S. 77. Nr. 114.)

bb) R. des R. Min. d. J. (v. Duesberg) v. 3. Sept. 1846 an die R. Reg. zu Düsseldorf.

Auf den Ver. v. 5. v. M. gereicht der R. Reg. zum Bescheide, daß es nicht am messen erscheint, die nach der B. v. 2. Mai c. gestattete Begünstigung, daß die Vereidigung der Feldmesser künftig auch vor Ableistung der Militairpflicht stattfinden kann, so die zu vereidenden Feldmesser sich rechtzeitig zum einjährigen Militairdienste gemeldet haben und mit dem vorgeschriebenen Qualifikations-Attesten der Depart.-Prüfungs-Kom. versehen sind, auch auf solche Individuen auszudehnen, welche sich zum einjährigen, sondern nur im Allgemeinen zum Militairdienste bei der Ersatzmission gemeldet haben. (Min. Bl. d. i. B. 1846. S. 235. Nr. 328.)

4) Ueber die Formel des von den Feldmessern zu leistenden Dienste

¹⁾ Die Ertheilung eines Gewerbe-Scheines findet jetzt nicht mehr statt. (Vgl. Regul. v. 28. April 1824. §. 6., G. S. 1824. S. 125.)

des R. der R. Min. des J. für H. und G. (v. Schudmann), des J. v. Brenn) u. d. J. (Raafen) v. 10. März 1834 an den R. Ober-
den Signatur zu Berlin. Allgemeine Anwendung der für Dienstleide-
benen Formel.

u. erwidern wir auf die Anfrage v. 18. v. M., daß, da die wegen der Dienst-
amtsverh. R. D. v. 5. Nov. v. J. (S. S. 1833. S. 291.) nach ausdrücklicher
; derselben, auf alle, sowohl unmittelbare, als mittelbare Civilbeamte des
Stellung findet, es keinem Bedenken unterliegt, daß die Bau-Kondukteure,
als Wägen-Bogeseher, nach der in jener Ordre vorgeschriebenen Form ver-
müssen, und die geltherrigen Eides-Formeln, auch mit den bemerzten Abän-
kt weiter beibehalten werden können. (H. XVIII. A. — 1. 8.)

nschriften der allegirten R. D. v. 5. Nov. 1833 (S. S. 1833. S. 201.)
modificirt worden durch die Bestimmungen des Art. 108. der
L. v. 31. Jan. 1850 und des Staats-Min.-Beschlusses v. 12. Febr.
R. Min. Bl. 1850. S. 42., Min. Bl. d. I. B. 1850. S. 26.)

II.

**Älliche Verhältnisse des Feldmessers während des
Staatsdienstes.**

rechtsverhältnisse in Beziehung auf das Amt.

Rechte.

öffentlicher Glaube.

vgl. hierüber den von den Staatsbeamten handelnden Thl. III.

die Führung eines Amts-Siegels insbesondere vergl. die
April 1835, 15. Jan. 1836 und 15. Juni 1837. (Ob. S. 124 ff.)
vgl. auch die R. v. 31. Jan. 1820 und v. 26. Okt. 1820
65).

äußere Auszeichnung.

Stel und Rang.

Thl. III. des Werkes (Staatsdienst-Pragmatik).

Verhältniß zu anderen Beamten.

R. Min. des J., landwirthschaftl. Abth. (v. Meding) v. 2. April
den Dekon. Rom. N. und Abschrift an die R. Reg. zu Frankfurt.
der den Spezial-Kommissarien zugeordneten Geometer.

re Eingabe v. 6. v. M., worin Sie sich über die Verf. der R. Reg. zu Frank-
an. d. J., wegen der von Ihnen in der Forst-Gemeinheitstheilungsache zu
Kondukteur N. festgesetzten Ordnungsstrafe, beschweren, wird Ihnen hier-
, daß diese Verf. nur genehmigt werden kann. Denn wenn auch die, einem
missarius zugeordneten Geometer verpflichtet sind, Aufträge von ihm anzu-
den Anweisungen nachzukommen, welche er ihnen zur Leitung und Förde-
schäfte ertheilt, mithin in so fern die Feldmesser dem Spezial-Kommissarius
tergeordnet sind, so stehen sie doch in keinem Disciplinarverhältnisse zu ihm,
aber durch Ordnungsstrafen zur Erledigung der erhaltenen Aufträge von dem
missarius nicht angehalten werden. Dergleichen anzubrohen und zu voll-
ist nur der vorgesetzten Aufsichtsbehörde, an welche etwaige Beschwerden über
regularitäten und Verzögerung der Geschäfte zur weiteren Verfügung einge-
müssen. Darnach ist überdies das Verhältniß der Spezial-Kommissarien zu
n durch die Erlasse der vormaligen R. Gen. Kom. in Söldin v. 12. Jan.
v. J. auch bereits geordnet; — das Min. kann die dort ausgesprochenen
r billigen. (Min. d. I. B. 1841. S. 127. Nr. 190.)

Stseinkünfte.

vgl. das Feldmesser-Regl. v. 29. April 1813 §§. 82 — 122. nebst
langenen Erläut. (s. unten.)

R. der R. Berw. für H., Fabr. und Bauto. (Beuth) v. 6. Sept.
immtl. R. Reg., ausschließlich derjenigen zu Oppeln. Diätensätze
inge als stellvertretende Bau-Kondukteure oder Bauaufseher.

Die K. Reg. empfängt anbei Abschrift der, am 4. Sept. c. an die K. Reg. zu D. erlassenen Verf. zur Nachricht und Achtung. (Anl. a.)

Anl. a.

Auf die Anfrage der K. Reg. zu Oppeln v. 19. Aug. c. eröffne ich Derselben, Bauzöglinge, welche in Gemäßheit des §. 13 der Vorschriften v. 8. Sept. 1831, bei Ausführungen die Stelle eines Baukondukteurs unter unmittelbarer Aufsicht eines Baubeamten vertreten, auch Anspruch auf den ihnen als Feldmesser zustehenden Dis-
satz haben.

Dieser Fall ist von demjenigen verschieden, über welchen in dem C. v. 6. v. 3. ¹⁾ entschieden ist, indem darin von der Vertretung eines bloßen Bauaufsehers in einen Bauzögling, hier aber von der Vertretung eines Baukondukteurs die Rede ist.

Erdmannsdorf, den 4. Sept. 1836.

Chef der Verm. für Handel, Fabrikation und Bauwesen
M o t h e r.

An die Königl. Reg. zu Oppeln.

(N. XX. 718. — 3. 158.)

3) Vorschriften in Betreff der Gebühren und Auslagen der Feldmesser gutherrlich-bäuerlichen Auseinandersetzungen, Gemeinheitstheilungen, Ablösungen und anderen zum Ressort der Gen.-Kommissionen gehö-
Geschäften ²⁾.

a) Regul. v. 25. April 1836, betr. die Kosten der gutherrlich-bäuerlichen Auseinandersetzungen, Gemeinheitstheilungen, Ablösungen und anderer Geschäfte, die zum Ressort der Gen.-Kommissionen, ingleichen der zweiten Abth. des J. den Reg. der Provinz Preußen gehören §. 2.:

Gebühren und Entschädigungen der Feldmesser.

Diese werden, mit Vorbehalt der nach erfolgter Revision des Regl. v. 29. 1813 anderweit zu treffenden Bestimmungen vorläufig noch nach diesem Regl., jedoch folgenden nähern Modifikationen festgesetzt:

1) Die Kostenrechnungen der Feldmesser sollen von den Auseinandersetzungs-
Behörden, unter Beihülfe besonderer, diesen zugeordneten Revisoren geprüft und festgestellt werden. Die Festsetzungs-Kosten treffen immer den Feldmesser. Ergiebt sich, daß nach dem Realement v. 29. April 1813 liquidirten Gebühren unverhältnismäßig für
soll der Revisor ermessen, in wie viel Tagen der Feldmesser das Geschäft bei gehöriger Anstrengung süglich hätte verrichten können, und soll darnach die Zahl der Arbeitstage festgestellt, für jeden derselben aber nicht weniger als Ein und ein halber Thaler und mehr als zwei Thaler zum Ansatz gebracht werden. Welcher von beiden Sätzen genommen, ist nach der Wichtigkeit des Geschäfts, der Tüchtigkeit der Arbeit und der Wirkung des Feldmessers auf einfache Beilegung der Hauptsache zu ermessen.

2) Verlangen es die Parteien oder finden die Gen. Kom. besondere Veranlassung, die Arbeiten der Feldmesser revidiren zu lassen, so muß dies besonders geschickten Vermessungsbeamten aufgetragen werden. Wird dabei die Arbeit fehlerfrei gefunden, so werden die Kosten der Revision den Parteien in Rechnung gestellt. Die Vertheilung der Kosten der Revision auf die Parteien geschieht in der Regel nach eben den Grundsätzen, wonach die Vermessungskosten repartirt werden. Ist aber die von den Parteien verlangte Revision nicht von der Mehrheit derselben, sondern von der Minderzahl in Antrag gebracht, so müssen die Mehreren, wenn die Arbeit fehlerfrei gefunden wird, die Kosten allein für fehlerhafte Arbeiten sind dagegen nach dem Ermessen des Revisors und dessen Beilegung mit dem zur Leitung der Sache berufenen Spezial-Kommissarius, von dem bis dahin beschäftigt, oder einem anderen damit zu beauftragenden Feldmesser auf Kosten d. Parteien, welchem diese Fehler zur Last fallen, zu verbessern, auch treffen den Revisor in solchem Falle die Revisionskosten.

3) Für die von den Revisoren an ihrem Wohnorte verrichteten Arbeiten werden Interessenten zwei Thaler Diäten, für die außer ihrem Wohnorte verrichteten Geschäften ober Drei Thaler in Rechnung gestellt.

4) An Fuhrkosten der Feldmesser werden den Parteien zwanzig Silbergroschen die Meile angesetzt.

Wegen der Fuhrkosten der Revisoren kommt die Bestimmung §. 1. Nr. 2. Anwendung. (G. S. 1836. S. 181.)

¹⁾ Verord. in v. R. Ann. XIX. 1100. — 4. 148. Dies C. N. ist antiquirt durch Prüfungs-Vorschriften v. 1. Aug. 1849. (s. oben S. 97. Note 1.)

²⁾ Der Vollständigkeit wegen werden auch diese Vorschriften, obwohl dieselben eigentlich zum Bau- und Wegewesen gehören, hier im Zusammenhange gegeben

1) Zug:

2) R. des R. Min. des J. u. d. W. (u. Meibing) v. 8. Oct. 1838, an d. Gen. Kom. zu Berlin. Für städtische Vermessungs-Arbeiten kann eine Zulage bewilligt werden.

Die d. Gen. Kom. erhält in der Auf. Abschrift des an den Mag. zu Preuzlau ergangenen Beschlusses auf den Ber. v. 17. v. W., mit dem Bemerkten, wie die von Ihr angegebene Kosten.

daß den Geometern für die größere Schwierigkeit und Kostspieligkeit städtischer Vermessungs-Arbeiten eine Zulage über die reglementmäßigen Gebühren zugesagt werden dürfe.

Abend werden kann; jeder von Ihr beschuldigte Geometer vielmehr dergl. Arbeiten gegenwärtigste Remuneration zu überbieten verpflichtet ist, und die demgemäß städtische Forderungen der Feldmesser zurückzusetzen hat. (L. XXII. 811. — 4. 84.)

3) R. des R. Min. des J., landwirthschaftl. Abth. (u. Meibing) v. 11. 1840, an die R. Gen. Kom. zu Stralsund. Reisekosten für Feld-

beobachtungen mit dem, im Ber. der R. Gen. Kom. v. 4. v. W., ausgesprochenen, auch auf die Spezial-Kommissionen anwendbaren Grundsätze:

daß die Feldmesser nur für diejenigen Entfernungen Reisekosten fordern können, welche sie wirklich zurückgelegt haben, um nach dem Orte des Geschäftes zu gelangen, für welches liquidirt wird,

unterz. W. es dennoch nicht billigen, daß derselbe nur dann, wenn von einem Orte als dem gewöhnlichen Domizile ausgerückt wurde, in Anwendung gebracht, habe aber ausgeschlossen und die Minderbegründung vom Wohnorte ab gewährt ist, sobald die Zureise aus einem Orte erfolgt, der dem des betr. Geschäftes näher liegt, als jener.

Es stehen nämlich von der Inanspruchnahme dieses Unterschiedes nur von dem betr. Rathh. e, welchen die Geometer in letzteren Falle, häufig ohne alle eigene Schuld, unterz. so ist doch auch dabei nicht berücksichtigt, daß sie oft von einer, außer-ordentlich beschwerlichen begonnenen umfassenden Arbeit, z. B. einer Vermessung, zu einem Geschäft von kürzerer Dauer, vielleicht Abwartung eines Termins, abgerufen werden, zur Fortsetzung des ersteren unmittelbar zurückkehren; oder auch von einer bedeutend-eren Arbeit zur andern übergehen und erst aus dieser in ihrem Wohnort wieder-kehren, so daß im ersteren Falle das zweite Geschäft die Kosten der Reise von und zu dem zuerst begonnenen, dieses aber die Reise von und nach dem Domizile zum, letzteren Falle dagegen eine angemessene Vertheilung der auf der ganzen Vermessung Reisekosten erfolgen müßte, und nicht die Interessenten zu über-der wenigstens möglich bleibt, sobald nach der Absicht des Kollegii Vergütung für Reisen genehmigt würde.

Lebige Opfer, die man dem liquidirenden Beamten an Arbeiten anstellen will, sind von dem einfachsten und klarsten Verfahren beim Liquidiren, bei der Kontrolle und schlagend, erfahrungsmäßig, jederzeit zum Nachtheil des persönlichen Interesses der Parteien und der Integrität der Beamten aus. Der beabsichtigte Zweck auch in den in Rede stehenden Fällen nur durch ein verständiges und redliches Verhalten der Spezial-Kommissionen selbst erreicht werden, die daran gewöhnt werden, ihre Arbeiten und die der Feldmesser mit gehöriger Umsicht einzutheilen und dar-zulegen, auf welche Weise die Geschäfte zweckmäßig mit einander verbunden zu wohlfeilsten hergestellt werden können.

Es thut für die Sache und ernster Wille zur Kostenersparung vorherrscht, da selbst auch unbedenklich erreicht werden, die jetzt angeordnete Form der Geschäfts-Ta-bellen Gelegenheit darbieten, die Richtung zu übernehmen, welche die Spezial-Kom-missionen in ihrer Beziehung einschlagen, und darnach die Bewilligung von Gratifikationen ihrer Diäten bemessen werden. Die R. Gen. Kom. mag dies für Ihre künftigen Vor-schläge selbst berücksichtigen und den Spezial-Kommissionen bei jeder sich ergebenden Veranlassung einschärfen, im Uebrigen aber wegen Erleichterung der Inter-esse in solchen Sachen berichten, deren eigenenthümliche Lage einen besonderen un-gewöhnlichen Aufwand von Reisekosten ausnahmsweise erfordert haben sollte.

Min. Bl. v. 1. B. 1841. S. 30. Nr. 44.)

h) Instrukt. v. 16. Juni 1836, für die Gen. Kom. in Beziehung auf den Reg. v. 25. April 1836, §§. 5. u. 14.

1. 5. Vorschriften für die Liquidation der Diäten.

h) Die Beschäftigung auf sieben Stunden wird für einen Arbeitstag gerechnet.

2) Arbeiten, die einen größeren Zeitaufwand erfordern, oder sich in einer geringen Zeit bestreiten lassen, werden nach Verhältniß des Zeitbedarfs in Dreißigtheilen Arbeitstages berechnet.

3) Für Termine ausser dem Wohnorte des Kommissarii wird immer ein ganz angelegt, wenn dazu auch weniger Zeit als sieben Stunden verwandt sind.

4) In keinem Falle können für den an einem Kalendertage abgehaltenen Termin mehr als eintägige Diäten liquidirt werden, wenn derselbe als auch länger als Stunden gedauert hätte.

5) Für die Kalendertage, wofür volle Terminsgebühren in Ansatz kommen, können den nämlichen Partelen nicht noch andere Arbeiten in Rechnung gestellt werden.

6) Für die auf Reisen verwendete Zeit passiren immer besondere Diäten, wenn selbe auch mit andern zur Liquidation gestellten Geschäften in Einen Kalendertag fallen.

7) Fallen in den Zeitraum, während dessen der Kommissarius ausser seinem Wohnorte beschäftigt ist, Sonn- und Festtage, oder andere von seiner Willkühr unabhängig und nicht etwa durch seine eigene Behinderung veranlaßte Unterbrechungen der Arbeit vor, so werden auch diese Tage zu Liquidation verstatet.

8) Doch gilt auch von diesen Tagen die unter Nr. 5. getroffene Bestimmung.

9) Die vorstehenden Vorschriften finden sowohl bei Festsetzung der täglichen Diäten der fixirten und unfixirten Kommissarien, als für die den Partelen in Anspruch zu bringenden Kosten Anwendung.

Zur Uebrigens behält es bei der schon bestehenden Einrichtung sein Bestehen, daß die Kommissarien über die von ihnen besorgten Geschäfte besondere Tagebücher zu führen haben, die sie vierteljährlich den Gen. Kom. Vorzulegen der Prüfung ihrer Liquidationsergebnisse reichen müssen. In diesen Tagebüchern müssen insbesondere die abgehaltenen Termine genau verzeichnet werden.

§. 14. Die Feldmesser und Meßfloren beziehen die nach dem Regul. des öffentlichen für ihre Arbeiten u. s. w. in Ansatz zu bringenden Kosten. Auch sollen die Feldmesser, welche sich im Geschäftsbetriebe der Aueinandersehungsbörden durch Genauigkeit und Sauberkeit ihrer Arbeiten auszeichnen, und an der gütlichen und freimüthigen Abmachung der Aueinandersehungswesentlichen Antheil haben, ebenfalls ordinäre Gratifikationen zu Theil werden, die jedoch von den Behörden bei der Liquidation besonders in Antrag zu bringen sind. (G. S. 1836. S. 188 n. 192.)

Dazu:

aa) R. des K. Min. des I. für Gew. Ang. (v. Brenn) v. 26. Juni 1836, an die K. Gen. Kom. zu Posen. Diäten der Feldmesser¹⁾.

Auf die Anfrage der K. Gen. Kom. v. 15. d. M.

ob die im §. 5. der Instr. v. 16. Juni d. J. (G. S. S. 188) wegen des öffentlichen Vantwesens enthaltenen Vorschriften, auch auf die Diäten-Liquidationen der Feldmesser Anwendung finden?

wird denselben zu erkennen gegeben, daß dies allerdings statthaft ist, soweit nämliche Feldmesser durch Diäten remunerirt werden, da jene Vorschriften nichts anderes als die Feststellung ungewisser Diätensätze bezwecken, und kein zureichender Grund vorhanden ist, bei denselben Geschäftsgegenständen verschiedene Grundsätze, je nach der Beamtensstellung anzunehmen. (N. XX. 890. — 4. 71.)

bb) C. R. des K. Min. des I. u. d. P. (v. Kochow) v. 12. Juli 1836, an sämmtl. K. Gen. Kom., und an die K. Reg. der Provinz Posen. Anwendbarkeit des §. 5. der Instrukt. v. 16. Juni 1836 auf die Liquidation der Feldmesser.

Es sind bei einigen Behörden Zweifel darüber entstanden:

ob die im §. 5. der Instrukt. v. 16. Juni 1836, wegen des öffentlichen Vantwesens enthaltenen Vorschriften, auch auf die Liquidationen der Feldmesser Anwendung finden?

Zur Beseitigung dieser Zweifel wird der K. Gen. Kom. hierdurch zu erkennen gegeben, daß jene Vorschriften allerdings auch auf die Liquidationen der Feldmesser Anwendung finden, da selbe ebenfals die Feststellung ungewisser Diätensätze bezwecken, und weder in dem C. R. v. 25. April 1836 selbst, noch in der Instrukt. wegen deren Ausführung, eine die Anwendung jener Vorschrift ausschließende Bestimmung getroffen ist. (N. XXII. 611. — 3. 20.)

¹⁾ Hierdurch sind das C. R. des K. Min. d. I. v. 19. Juni 1821. (N. V. 326. — 36.) und das Schreiben des K. Min. des I. für G. u. B. v. 29. Okt. 1821. (N. XVII. 937. — 4. 41.), betr. die Diäten der Feldmesser in Separations- und Regulirungs-Geschäften, beseitigt.

U. R. des K. Min. des J. u. d. W. (v. Meising) v. 21. Sept. 1841
an d. Gen. Kom., resp. Reg. Kreisämtern für Sachverständige aus
P.

U. R. Kom. eröffnet sich auf den Ver. v. 13. Juli d. J., daß ich der Anst. d.
Schultheissen, wonach die Bestimmung des §. 5. Nr. 6. der Instrukt. v.
1836 auf die im §. 3. des Regul. v. 25. März 34. o. gedachten Sachverständigen
Ernennung lautet, nicht blosmehr für Weisen, welche an solchen Aushebungen
mit, wo bereits Urtheilsurtheile liquidirt und festgestellt worden sind, seine bezeich-
nenden verlangen dürfen, beispielsweise muß, weil eine ausdrückliche Bestimmung
ist vorhanden ist, und eine andere Anwendung des für die Exekution-Kommission
ausgesprochenen, welcher immer nur als eine Ausnahme von der allgemeinen
unten jener Bezeichnung bezeichnet werden kann, nicht zulässig ist.

Es verhält es sich mit dem Nutzen der Geldmesser, auf welche die Bestimmungen
der obigen Instrukt. durch den Krl.-Erlass v. 12. Juli 1836 (N. 6. 411.)
worden sind, weil die Sachverständigen dieser Kategorie schon in dem Verordn.
den übrigen Sachverständigen getrennt werden, und der ihre Remuneration
§. 2. der Bestimmungen enthält, welche denen des §. 12. der Instr. v. 18.
September entsprechen. Für sie bleibt daher auch die frühere Anordnung bestehen.
L. 1. 1841. N. 235. Nr. 376.)

**Kopialien der Geldmesser in Kaskenänderungss., Gemeinheits-
u. Abhängigkeits-Sachen.**

U. R. des K. Min. des J. für G. Ang. (v. Brenn) v. 17. Sept.
an d. Gen. Kom., und an die K. Reg. der Provinz Preußen,
sowie an das K. Oberpräsid. zu Posen.

Im U. R. Kom. geschienen, daß bei den Gen. Kom. rücksichtlich der Kopialien-
u. gleichmäßig verfahren, und den Parteien für Rechnungs-Abschriften und
Erhebungen, weil dieselben mit einem größeren Zeitaufwande verbunden sind,
Egr. als 2½ Egr. pro Bogen in Rechnung gebracht wird. Dies darf ferner
nicht; es können vielmehr den Parteien Entschädigung der Gen. Kom. und ihrer
Anwaltschaften für alle Ausfertigungen und Abschriften, ohne Ausnahme, nur die
Kopialien in Rechnung gestellt werden, da sich die schwierigen Sachen damit
daß der volle Satz zur Liquidation kommt, wenn die Ausfertigung auch
einen Bogen beträgt. Nur den Geldmessern kann es — wegen der bei der
der Register erforderlichen Affektation — ausnahmsweise gestattet werden,
Abschriften der Vermessungs-, Kontraktions- und Zuteilungs-Register 5 Egr.
zu liquidieren. Der K. Gen. Kom. (der K. Reg.) wird dies zur Nachricht aus-
gesprochen gemacht. (N. XX. 595. — 3. 69.)

U. R. des K. Min. des J. für G. Ang. (v. Brenn) v. 7. Nov. 1836
an d. Gen. Kom., und an die K. Reg. der Provinz Preußen.

Im Ver. der K. Gen. Kom. v. 5. Okt. d. J. die Kopialien-Ausätze betr.
dieselben, daß ich mich nicht bemogen finden kann, in Ihrem Falle eine Aus-
weisung, in dem Erlasse v. 17. Sept. d. J. *) enthaltenen Vorschriften zu machen.
Neben jedoch in sofern unrichtig aus, als Sie mir hätte, daß den Geldmessern,
lediglich der Fälle, für die Abschriften der Vermessungs-, Kontraktions- und
Register, und zwar für den Bogen — 5 Egr. Kopialien zu bewilligen sind.
schon in jenem Erlasse dadurch.

ausnahmsweise gestattet werden kann,
werden, nur dann angemessen, wenn sich die von denselben angefertigten Klein-
gedachten Register durch Genauigkeit auszeichnen.
N. 592. — 4. 73.)

U. R. des K. Min. des J. für G. Ang. (v. Brenn) v. 13. Dec. 1836 an
an d. Kom. zu Posen.

Gen. Kom. wird auf den Ver. v. 30. v. W., wegen der den Parteien für die
Erhebungen in Rechnung zu stellenden Kopialien, eröffnet; daß sich die Aus-
fertigungen in beiden Sprachen (der deutschen und polnischen) von selbst ver-
stehen der Ausfertigung der Urtheile nach Polnisches von selbst ergibt, was den Parteien
im Ver. v. 17. Sept. d. J. *) bestimmten Satz von 2½ Egr. pro Bogen in

Rechnung zu stellen ist, daß es also nicht auf Abänderung, sondern nur auf Anwendung jenes Erlasses ankommt. (A. XX. 903. — 4. 82.)

4) In Betreff der Einziehung der Gebühren und Auslagen der Feldmesser und Kondukteure bestimmt die V. v. 1. Juni 1833 über den Mandats- summarischen und Bagatell-Prozeß im §. 1. Nr. 6., daß der Mandats- Prozeß wegen derselben stattfindet, wenn vorher die Festsetzung durch die vorgesehene Behörde stattgefunden hat, und das Festsetzungsdekret mit der Klage zugleich reicht wird. (G. S. 1833. S. 37.)

Mit Bezug hierauf bemerkt die Instruktion des R. Justiz-Min. v. 24. 1833 im §. 8., daß Feldmesser und Kondukteure berechtigt sind, die Erlaß einer Zahlungsanweisung bei den Akten in Antrag zu bringen, in welchen Festsetzung ihrer Gebühren und Auslagen erfolgt ist, wogegen sie, wenn die Zahlung hierauf nicht geleistet wird, nur befugt sind, eine förmliche Mandatsanweisung anzustellen, und diese, unter Beifügung einer Ausfertigung der Kostenrechnung und des Festsetzungsdekretes, entweder bei dem Richter, vor welchem die Angelegenheit geschwebt hat, oder im persönlichen Gerichtsstande des Schuldners einzureichen. (Zahrb. Bd. 41. S. 437. Gräff Bd. 6. S. 234.)

Ueber die Festsetzung der Gebühren und Emolumente der Feldmesser vergl. das Feldmesser-Regl. v. 29. April 1813 §§. 121. u. 122. (s. unten).

Ueber die Prüfung und Begutachtung der Beschwerden der Feldmesser durch die Vermessungs-Revisoren, über die Festsetzung ihrer Kostenliquidationen in Auseinandersetzungs-Sachen disponirt das (nachstehende) R. des R. Min. für landwirthschaftl. Aug. (Vode) v. 8. Dec. 1849 an die R. Reg. zu N.

Das unterz. Min. ist zwar, wie der R. Reg. auf Ihren Ver. v. 30. Okt. eröffnet wird, damit einverstanden, daß die Prüfung und Begutachtung von Beschwerden der Feldmesser über die Festsetzung ihrer Kostenliquidationen nicht als eine Pflicht des betr. Vermessungs-Revisors anzusehen ist. Der gegenwärtige Ver. der R. Reg. jedoch zu einer nochmaligen Erwägung der Frage geführt, ob die den Vermessungs-Revisoren für derartige Arbeiten zustehenden Gebühren von dem Beschwerdeführer einzufordern oder nicht, und das Min. hat hierbei beschlossen, eine Modifikation des R. v. 2. v. 3. in der Art eintreten zu lassen, daß diese Gebühren in dem Falle von dem Beschwerdeführer zu tragen sind, wenn dessen Beschwerde unbegründet gefunden wird, andernfalls die Gebühren des Vermessungs-Revisors von der Kasse zu decken und Extraordinaria zu verausgaben sind.

Hiernach hat die R. Reg. künftig zu verfahren.

(Min. Bl. d. i. V. 1849. S. 276. Nr. 397.)

d) Anspruch auf Beförderung zu Vermessungs-Revisoren
Qualifikation als solche.

1) R. des R. Min. des I. für H. u. G. (v. Schuckmann) v. 29. 1833 an die R. Reg. zu Potsdam.

Der R. Reg. wird die Vorstellung des Kondukteurs N. v. 19. v. M., dessen Stellung als Vermessungs-Revisor betr., beögl. das von der R. Ober-Bau-Deput. unter dem 14. d. M. abgegebene Gutachten¹⁾ hieselbst in Abschrift, mit dem Bemerkenswerthen, daß es unzwedmäßig erscheint, die Anstellung des zc. N. als Vermessungs-Revisor von dem Resultat der Revision einer seiner Karten abhängig zu machen.

Denn bei jedem Feldmesser muß die Fähigkeit, eine richtige Vermessung zu machen, als feststehend angenommen werden, und wenn daher auch eine einzelne Karte eines Feldmessers bei angestellter Revision richtig befunden wird, so geht daraus noch nicht die Qualifikation als Vermessungs-Revisor hervor.

Zu Revisoren können vielmehr nur solche Geometer gewählt werden, die sich längere Zeit als vorzüglich genaue und zuverlässige Arbeiter bewährt haben, was sich aus einer einzelnen Arbeit beurtheilen läßt.

Hiernach hat die R. Reg. von der angeordneten Revision auf Kosten des Schuldners zu abstrahiren, und nach seiner bisherigen Dienstführung und nach den von

¹⁾ Dies Gutachten befindet sich nicht in den Akten des Ministeriums.

der gelieferten Arbeiten in sorgfältige Erwägung zu ziehen, ob derselbe eine so vorzügliche Zuverlässigkeit und Brauchbarkeit nachgewiesen hat, wie sie bei einem Vermessungs-
männchen erforderlich ist u.

(Acta gen. des R. Fin. Min., Abth. für H., F. u. Baum., A. 4. Nr. 96. 1. 1834.)

2) R. des R. Min. des J. für H. u. G. (v. Schudmann) v. 21. Jan.

1834 an die R. Reg. zu Potsdam.

Der R. Reg. wird auf den Ber. v. 14. Okt. v. J., wegen Beförderung des Feld-
messers N. zu W. zum Vermessungs-Revisor, zu erkennen gegeben, daß es offenbar mit
großen Schwierigkeiten verbunden sein, und die zu Revisoren in Vorschlag gebrachten
Arbeiter mit bedeutenden, nicht zu rechtfertigenden Kosten belästigen würde, wenn die
Ernennung eines Vermessungs-Revisors von dem Ergebnis der Revision einer von ihm
genommenen Vermessung abhängig gemacht werden sollte. Eine solche Maßregel wird
auch durch das Feldmesser-Regl. vorgeschrieben, noch durch die Natur der Verhältnisse
bedingungslos gemacht, indem die Ausführung der R. Reg., daß Sie auf eine andere Art von
Zuverlässigkeit des Feldmessers keine Ueberzeugung zu gewinnen vermöge, nicht für
erachtet werden kann.

Schon in dem Erlasse v. 29. Sept. v. J. ist Ihr zu erkennen gegeben worden, daß
Revisoren nur solche Feldmesser zu ernennen sind, welche sich durch längere Zeit als
ganz genaue und zuverlässige Arbeiter bewährt haben. Hat ein Feldmesser eine Reihe
Jahren unter Ihrer Aufsicht gearbeitet, und sind gegen seine Arbeiten nie Einwendungen
gemacht, oder dieselben doch unbegründet gefunden worden; ist niemals der Fall vor-
gekommen, daß durch Fehler oder Unachtsamkeiten desselben Weiterungen veranlaßt wor-
den, so giebt dies einen richtigern Maßstab für seine Qualifikation als Vermessungs-Revi-
sor, als derselbe durch Prüfung einer einzelnen Karte erlangt werden kann. Nur solche
Feldmesser, die sich auf diese Art bei Ihr selbst, oder bei der Gen. Kom. bewährt haben,
sind zu Revisoren zu ernennen.

Zwar haben die Gen. Kom. keine Mitglieder, welche als sachverständige Feldmesser
wirken werden können. Dies steht aber nicht entgegen, bei der Frage, ob ein von
Ihr bisher beschäftigter Feldmesser zum Revisor geeignet ist, hauptsächlich auf ihr Zeug-
nis zu setzen, da es hierbei weniger auf ein technisches Urtheil über die einzelnen Arbeiten
ankommt, als vielmehr auf eine amtliche Auskunft darüber ankommt, wie lange und wie
stetig er beschäftigt gewesen; ob er sämtliche ihm übertragene Geschäfte zur Zufrie-
denheit der Interessenten zur Endschaft gebracht; ob nachträglich Unrichtigkeiten zur
Kenntnis gekommen; ob Revisionen stattgefunden, was deren Ergebnis gewesen u. s. w.

(Acta gen. des R. Fin. Min., Abth. f. H., F. u. Baum., A. 4. Nr. 96.)

3) E. M. des R. Min. des J. für H. u. G. (v. Schudmann) v. 5. Febr.

1834 an sämmtl. R. Reg.

Das unterz. Min. findet sich zu der Bestimmung veranlaßt, daß nur Feldmesser, die
bei der Prüfung als solche wenigstens das Prädikat „gut“ in allen Gegenständen erhal-
ten, zu Revisoren vorgeschlagen werden, nicht aber solche, denen bloße Zulänglich-
keit in der Mathematik oder in der Feldtheilungs-Lehre u., bescheinigt worden.

(R. XVIII. 14. — 1. 14.)

4) R. des R. Min. des J. für H. u. G. Ang. (v. Schudmann) v. 10.

April 1834 an sämmtl. R. Gen. Kom. und nachrichtl. an sämmtl. R. Reg.

der Rheinischen.

Da bis jetzt die Ernennung und Bestätigung der Feldmesser zu Revisoren in den
wenigen Fällen von der R. Gen. Kom. allein geschehen, inzwischen aber eine bestimmte
Vorgabe der Qualifikation zu diesem Geschäfte vorgezeichnet ist, und sämmtl. Feldmesser
unter der Kontrolle der Reg. stehen, so kann jenes Verfahren gegenwärtig nicht mehr gut
halten werden, und hat die R. Gen. Kom. daher in Zukunft sich mit den Reg. dar-
über zu vernehmen, und im Einverständnisse mit denselben Ihre Revisoren zu ernennen.

(Acta gen. des R. Fin. Min., Abth. für H., F. u. Baum., A. 4. Nr. 96.)

Mit Bezug hierauf bestimmt das E. M. der R. Min. des J. (v. Bodel-
schwingh) u. d. F. (Flottwell) v. 18. Aug. 1846, an sämmtl. R. Gen. Kom.
und R. Reg.

Durch das E. M. v. 10. April 1834 sind die Gen. Kom. ermächtigt, bei der Erneue-
rung von Vermessungs-Revisoren mit den Reg. in der Art zu konkurriren, daß die Bestät-
igungen, insofern ein von der Gen. Kom. hauptsächlich beschäftigter Geometer ernannt
wird, gemeinschaftlich zu vollziehen sind, auch haben bisher einige Ausbesserungs-
arbeiten von dieser Bezeichnung Gebrauch gemacht. Da indessen der §. 67. des Feldmesser-
Regl. v. 29. April 1813 die Ernennung der Revisoren den Reg. zuweist, und alle sonst-
igen Ernennungen und Beförderungen der im Staatsdienste beschäftigten Geometer durch

die eigentliche Administrationsbehörde allein erfolgen, so erscheint es angemessen, daß die Einräumung der Vermessungs-Revisoren und die Ausfertigung ihrer Besatzen ausschließlich von den Reg. ausgeht, um so mehr, als ohnehin bisher eine ungleiche Praxis stattgefunden und nicht alle Auktionen-Verwaltungsbehörden ihrerseits Hef. ernannt haben.

Das G. M. v. 10. April 1834 wird demnach aufgehoben, und haben sich die Auktionen-Verwaltungsbehörden wegen der Anstellung von Revisoren durch die Reg. fremd mit diesen nach Anleitung der gegenwärtigen Verfügung in Verbindung zu setzen.

Die Reg. werden ihrerseits angewiesen, bei beabsichtigten Ernennungen wegen Auswahl der tüchtigsten Individuen und Beurtheilung des Bedürfnisses zur Ausfertigung von Besatzen sich mit den Auktionen-Verwaltungsbehörden zu verständigen.

(Wln. Bl. d. 1 B. 1846. S. 143. Nr. 227.)

5) R. D. v. 2. Mai 1837, daß den Vermessungs-Revisoren in gewissen Fällen ein Anspruch auf fixirte Anstellung beizulegen.

Ich bin auf Ihren Ver. v. 29. März d. J. bereit, einzelne Vermessungs-Revisoren, welche die ihnen von den Reg. und Gen. Kom. ertheilten Auktionen befriedigend ausführt, in diesem Verhältnisse eine besonders hervorsteckende Thätigkeit und Ausdauer an den Tag gelegt, und sich in ihrer Thätigkeit auszeichnet haben, in dem geeigneten Ansehen vorzubringen, durch Eröffnung einer Aussicht auf demnächst fixirte Anstellung wohlwollend zu berücksichtigen. Eine Berücksichtigung der Art kann jedoch, wie Sie bemerken, nur ausnahmsweise stattfinden, um die Zahl derjenigen, welche nach Maß der über die Anstellungsfähigkeit bestehenden Grundsätze auf Subaltern Beamten Stellen angewiesen sind, nicht ohne die dringendste dienstliche Veranlassung zu vermehren, während dahin gewirkt wird, die aus dem unersättlichen Bedürfnisse resultierenden Stellen durch tüchtige und leistungsfähige Individuen zu besetzen. Wenn ich daher, Ihrer Traje gemäß, auch nachgehe, daß in einzelnen jedesmal zu prüfenden Fällen den Vermessungs-Revisoren, welche wegen Abnahme ihrer Körperkräfte den Vermessungsgeschäften resp. der Aufbauführungen bedehnten Auktionen nicht mehr obliegen, dagegen aber zur Ausübung einer Bureaubeamten-Stelle auch körperlich noch geeignet sind, in Gemäßheit Meiner Ordre v. 31. Okt. 1827 die Ansprüche der Subalternbeamten, jedoch mit Vorbehalt des Ausweises über die erfüllte Militär-Verbindlichkeit, ertheilt werden können, so will ich doch, daß wenn Fälle der Art eintreten, über die ausnahmsweise Berücksichtigung motivierenden Gründe nach Vorlegung Meiner Ordre v. 4. Mai 1833 im letzteren eine Vereinnung erfolge, und sodann der Fall an Meiner Entscheidung gebracht werde. Die Vermessungs-Revisoren, welche auf dem Wege der Befähigung zu einer Anstellung erwerben, werden zunächst im Militär-Verhältnis bei den Gen. Kom. im Ressort der Domainen- und Forstverw., bei forstwirtschaftlicher Stellung der Bauinspektoren u. s. w. nämlich zu beschäftigen sein, ohne gerade andere Stellen auszuheben. Berlin, den 2. Mai 1837.

Friedrich Wilhelm.

Nach die Staats-Min. Freiherrn v. Breun, v. Kochow und Grafen v. Ardenne (Acta gen. des R. im Wln. Abth. für H. J. u. Bauw., A. 4. Nr. 96)

Mit Bezug hierauf ergingen:

a) G. R. der R. Min. des J. u. d. B. (v. Kochow) u. d. J. v. 15. J. 1837 an sämtl. R. Reg.

Da die von den Staatsbehörden abhängigen Geschäfte, zu welchen man sich Feldmesser zu bedienen pflegt, durch längere Übung in denselben sehr erleichtert werden, und es deshalb wünschenswerth erscheint, daß besonders geeignete Individuen dieser Kategorie durch die Aussicht auf demnächst fixirte Anstellung zu gereiztem Verhalten in diesem ihren Verhältnisse ermuntert werden, so haben des Königs Befehl mittelst Allerhöchster Ordre v. 2. v. M. zu genehmigen geruht, daß in einzelnen Fällen die zu Revisoren ernannten Feldmesser, welche wegen Abnahme ihrer Körperkräfte den Vermessungsgeschäften und den damit verbundenen öffentlichen Auktionen nicht mehr obliegen, dagegen aber zur Ausübung einer Bureaubeamten-Stelle auch körperlich noch genügend qualifizirt sind, gleiche Versorgungs-Ansprüche mit den Subalternbeamten mit Vorbehalt des Ausweises über die Erfüllung der Militär-Verbindlichkeit, ertheilt werden können. Jedoch sollen alle einzelnen Fälle dieser Art nach sorgfältiger Prüfung eine ausnahmsweise Berücksichtigung motivierenden Gründe zur Meinh. Entscheidung an den Hof des Königs gebracht werden, und die Vermessungs-Revisoren sollen auf diese nicht ein unbedingtes Recht auf Versorgung, sondern nur die Befähigung zu einer Anstellung erwerben, wobei ihnen dann, gleich den Militär-Verfürungs-Berechtigten, über dieselben muß, durch unentgeltliche Hilfsleistung in den Bureau der Reg. ihre Lage näher dargulegen und ihre Versorgung zu erwirken.

Älterh. Bestimmungen werden der R. Reg. hierdurch bekannt gemacht, und erlassen überlassen, wenn künftighin von den zu Revisoren ernannten Feldmessern, Anstellung im Subalterndienste angebracht werden, darüber unter Ausfertigung der persönlichen Verhältnisse der Wittsteller und aller sonstigen bei Beurtheilung des Gesuchs zu berücksichtigenden Umstände an und zur weiteren Veranlassung zu stellen.

Allgemeines ist dabei der Grundsatz festzuhalten, daß die Vergnablung mit Staat-Vergütung als Ausnahme von der Regel nur für solche Vermessungs-Anträge gebracht werden darf, welche nicht bloß mit den den Feldmessern zugeordneten Arbeiten des Aufnehmens und Kartirens, der Berechnung des Flächen-Inhalts, der Reduktion auf die Normalhöhe u. s. w. beschäftigt werden, sondern bereits bei Separationen, Gemeinheitstheilungen und Servitutablösungen, Führung eines Oekonomie-Konvikts oder selbstständig mit den Interessenten, Ausgleichungsabrechnungen angelegt, Separations- und Abfindungspläne, Projekte entworfen und alle ihnen von den Behörden ertheilten Aufträge dieser Art vollkommenen Zufriedenheit ausgeführt, überhaupt aber in ihrem Verufe eine hervorragende Thätigkeit und Ausdauer an den Tag gelegt und auch durch die sich vortheilhaft ausgezeichnet haben, so daß sich von der betragsmäßigen An- und Verwerthung ihrer vorzüglichen Qualifikation wegen ein wirklich erheblicher Nutzen dem Staat erwarten läßt.

Nachdem Erforderniß dieser Qualifikation und der Ausbildung, welche die um der Anstellungsbeihilfe nachsuchenden Vermessungs-Revisoren besitzen, kann übrigens in jedem einzelnen Falle auch noch eine besondere Prüfung von der R. Reg. veranlaßt werden. (N. XXI 374. — 2. 76.)

L. R. des R. Reg. des J. für G. Aug. (Brenn), v. 22. Juni 1837
L. R. Gen. Kom.

Daß der König haben mittelst Älterh. R. O. v. 9. Mai v. J. zu genehmigen, in einzelnen Fällen Vermessungs-Revisoren, welche wegen Abnahme ihrer den Vermessungs-Geschäften, resp. den sich darauf beziehenden bethlichen Dienste mehr obliegen können, dagegen aber zur Ausfüllung einer Bureaubeamten-Stelle noch genügend qualifiziert sind, gleiche Versorgungs-Ansprüche mit Supernumerarien, mit Vorbehalt des Auditors über die Erhaltung der Militär-Disziplin, ertheilt werden können. Jedoch sollen Fälle dieser Art nach sorgfältiger der eine ausnahmsweise Berücksichtigung motivirenden Gründe zur Älterh. Er. Maj. gebracht werden, und die Vermessungs-Revisoren sollen auf diesem ein unbedingtes Recht auf Versorgung, sondern nur die Befähigung zu einer erwerben, wobei ihnen dann, gleich den Militär-Versorgungsberechtigten, leben muß, durch armthümliche Hilfsleistung in den Bureau der Provinzialen Qualifikation näher darzulegen und ihre Versorgung zu erstreben.

L. Gen. Kom. wird von diesen Älterh. Bestimmungen hierdurch in Kenntniß bleibt es denselben überlassen, wenn künftighin von den zu Revisoren ernannten, Gesuche um Anstellung im Subalterndienste bei Ihr angebracht werden, dar- ausführender Darstellung der persönlichen Verhältnisse der Wittsteller und aller i Beurtheilung des Gesuchs zu berücksichtigenden Umstände zur weiteren Ver- erlicht zu stellen.

Allgemeines ist dabei der Grundsatz festzuhalten, daß die Verleihung der Anstel- lung als Ausnahme von der Regel u. s. w. wie in dem vorangegangenen XXI 376. — 2. 77.)

L. der R. Min. des J. (v. Rochow) u. d. J. (Gr. v. Alvensleben) v. 1841 an die R. Reg. zu Königsberg.

den Ber. v. 10. v. M., das Verhältniß der Vermessungs-Revisoren und Feld- , eröffnen wir der R. Reg. hierdurch, daß da die im J. 1824 in Vorschlag bringung sich wohl bewährt hat, es auch ferner dabei bewenden kann, daß je Feldmesser, von deren Zuverlässigkeit die R. Reg. noch keine Ueberzeugung hat, nur unter der Bedingung beschäftigt werden, daß sie sich einer Revision fungen auf ihre Kosten bis dahin unterwerfen, daß sie volles Vertrauen in fgeleit ihrer Arbeiten einflößen.

des R. Gen. Min., Abth. für G., J. u. Bant., sign. Baubeamte. Gen. Abth. A. Sach 4. Nr. 96.)

L. der R. Min. des J. (v. Rochow) u. d. J. (Gr. v. Alvensleben) v. 1841 an die R. Reg. zu Königsberg.

den Ber. der R. Reg. v. 11. Sept. c., die Beförderung des Feldmessers St. Vermessungs-Revisor betr., wird bemerkt, daß die durch Erfahrung bewährte

praktische Tüchtigkeit eines Feldmesseners noch nicht ausreicht, um von dessen Befähigung zum Vermessungs-Revisor Ueberzeugung zu verschaffen.

Denn die bei den Revisionen vorkommenden Aufgaben erfordern nicht bloß besonders genaue Bekanntschaft mit den Schwierigkeiten, welche bei der Ausübung Feldmessenkunst vorzukommen pflegen, sondern oft auch die Zuhilfenahme von Lehren dem theoretischen Theile der Feldmessenkunst und aus den ihr zum Grunde liegenden mathematischen Wissenschaften. Da nun der 2c. St. in letzteren bei seinem Examen nur mäßig gute, in der ebenen Trigonometrie sogar nur zulängliche Kenntnisse bewiesen hätte, würde es nur dann zulässig sein, denselben nach dem Antrage der R. Reg. die Befugungen eines Revisors zu übertragen, wenn er seit dem Examen auch in diesen Wissenschaften sich vervollkommenet und in dem erforderlichen Grade ausgebildet hat 2c.

(Acta gen. des R. Fin. Min., Abth. für G., F. u. Bauw., A. 4. Nr. 98. 17891.)

8) R. der R. Min. des J. u. d. B. (v. Kochow) u. d. Fin. (v. Schwingh) v. 10. Juni 1842 an die R. Reg. zu R.

Der R. Reg. geben wir auf die Anfrage in dem Ver. v. 28. April d. J. zu antworten, daß die bestehenden Vorschriften, wegen der Ernennung von Vermessungs-Revisoren in den von ihr allegirten G. R. v. 5. Febr. und 10. April 1834 enthalten sind. — dem erstern sollen nur solche Feldmesser zu Revisoren in Vorschlag gebracht werden, die bei ihrer Prüfung als Feldmesser nach dem Prüfungs-Regulativ v. 8. Juli 1833 in Gegenständen mindestens das Prädikat gut erhalten haben. Eine wiederholte Prüfung würde daher nur in dem Falle erforderlich sein, wenn ein mit einem geringern Prädikat versehener Feldmesser wegen seiner nachher praktisch bewährten Tüchtigkeit als Revisor vorgeschlagen würde, und der Zweck derselben darin bestehen, die Ergänzungen früheren Lücken durch späteres Studium zu konstatiren. Uebrigens liegt es in der Sache selbst und es ist stets darauf gehalten, daß nur solche Feldmesser zu Revisoren vorgeschlagen werden sollen, welche durch längere praktische Uebung der Feldmessenkunst einen höheren Grad der Fertigkeit erlangt, und sich durch Tüchtigkeit der geleisteten Arbeiten ausgezeichnet haben. Da nun in vielen Landestheilen die Feldmesser hauptsächlich den Gen. Kom. beschäftigt werden, und diese also am meisten Gelegenheit haben, die praktische Tüchtigkeit der Feldmesser zu beobachten, so ist in dem Erlasse v. 10. April bestimmt worden, daß in denjenigen Provinzen, in welchen Gen. Kom. bestehen, beide Behörden, nämlich die betr. Reg. und die Gen. Kom., mit einander über die Bestellung der Revisoren vernehmen sollen.

Hiernach 2c. (Min. Bl. d. I. B. 1842. S. 218. Nr. 204.)

e) Feldmesser und Vermessungs-Revisoren sollen in Auseinandersetzung Sachen in derselben Sache nicht gleichzeitig als solche und als Deputirte-Kommissions-Gehülfen beschäftigt werden. (R. des Min. d. landwirthschaftl. Ang. v. 7. Jan. u. 21. Okt. 1853.)

(Min. Bl. d. I. B. 1853. S. 30. Nr. 13. u. S. 266. Nr. 229.)

BB. Pflichten.

In Betreff der allgemeinen, aus dem Staatsdienste entspringenden Pflichten der Feldmesser wird auf Thl. III. des Werkes, welcher die Dienst-Pragmatik abhandelt, verwiesen¹⁾.

Als allgemeine Amts-Instruktion erging das allgemeine Reglement für die Feldmesser im Preuß. Staate, v. 29. April 1811.

Die große Wichtigkeit zuverlässiger Vermessungen und Abmessungen hat eine Prüfung der bisher vorhandenen Vorschriften über die Pflichten und Rechte der Feldmesser in sämtlichen Preuß. Provinzen veranlaßt. Hieraus hat sich die Nothwendigkeit ergeben, nachstehendes allgemeines Reglement abzufassen und bekannt zu machen, mit Aufhebung aller frühern Reglements und Verordnungen über das Feldmessen-Weesen, welche theils bloß provinziell, theils unvollständig sind, fortan in Preuß. Staaten die besondern Rechte und Pflichten der Feldmesser, als solcher, zu beurtheilen werden sollen.

Berechtigung zu Feldmesserarbeiten.

§. 1. Niemand darf in Gemäßheit des Ed. über die polizeil. Verh. der Gemein-

¹⁾ Ueber die Verbindung der geometrischen Arbeiten bei Gemeinheitsabtheilungen denjenigen bei Aufnahme des Grundsteuer-Katasters, vergl. das Regulativ der Dir. des Katasters u. der Gen. Kom. zu Münster v. 30. Mai 1824. (Annal. VIII.)

§. 118 das Feldmessen und Abmessen als Gewerbe treiben, der nicht von der Provinz, in welcher er wohnt, als Feldmesser angestellt ist.

2. Diese Anstellung können nur Personen erhalten, von deren Unbescholtenheit der Provinzial-Reg. berichtet hat, und deren Fähigkeit durch ein Zeugniß der Ober-Bau-Deput. bescheinigt ist.

3. Die Ober-Bau-Dep. kann solche Zeugnisse nur auf den Grund einer Prüfung ertheilen, welche sie entweder selbst abgehalten, oder durch die Prov. Bau-Direktoren vornehmen lassen.

4. Wer in Criminaluntersuchung verfallen und überwiesen, oder nur ab instantia, kann niemals als Feldmesser angestellt werden. Feldmesser in demselben Jahre ihre Anstellung, auch wenn auf deren Verlußt nicht ausdrücklich er-

Die Ertheilung und der Verlußt der Anstellung ist in den Amtsbl. und Intell.-Bl. der Provinz von der Reg. bekannt zu machen.

Nur Arbeiten angestellter Feldmesser werden in öffentl. Verhandlungen für erlaubt.

Niemand kann fortan in die besondern Dienste des Staats oder einer Kommune als Feldmesser aufgenommen werden, der nicht bereits als solcher bishin nach den vorkommenden Vorschriften angestellt ist.

Allgemeine Pflichten der Feldmesser¹⁾.

a) wegen Maße und Instrumente.

Der Feldmesser muß mit den nöthigen vollkommen brauchbaren Instrumenten versehen, dieselben auf seine Kosten anschaffen und unterhalten; auch sich von deren Richtigkeit durch sorgfältige Prüfung vor ihrem Gebrauche und während desselben überzeugen.

Die Winkel werden in der Regel mit der Winkellehre oder mit dem Astrolabium, mit einer fünf Ruthen langen Kette gemessen. Bei Landesvermessungen im Auftrage bestimmt jedoch der Direktor derselben die Instrumente, welche dabei zu verwenden sind. Auch können die Prov. Reg. den Feldmessern auf ihr Verlangen die Anwendung anderer Instrumente, sofern sie dagegen kein Bedenken finden, gestatten.

1. Die Winkel werden bei allen Vermessungen, die nicht bloß ein reinwissenschaftliches Interesse haben, nach Grad, deren Dreihundert Sechzig auf den Kreis gehen, in sechzigtheiligen Unterabtheilungen angegeben.

2. Kein Feldmesser darf sich bei Vermessungen für den Staat oder das Publikum ein Längenmaß bedienen, als der preussischen Ruthen. Unter dieser Benennung versteht man diejenige Ruthe, welche in Folge des Direktorialbefehls v. 1817 in allen preuss. Provinzen außer Schlessen bereits eingeführt, Eintausendert Neun und Sechzig und Sech und Fünfzigtheilige Linien alten pariser Maßes, und im gemeinen Leben unter der Benennung rheinländische Ruthe im preussischen Staate längst bekannt ist.

3. Bei Feld- und Forstvermessungen wird diese Ruthe bloß zehnthellig, so weit es nöthig ist, eingetheilt.

4. Alles Flächenmaß wird nur allein in preuss. Morgen, Quadratruthen, und hunderttheiligen Theilen, so weit es nöthig ist, angegeben.

5. Der preuss. Morgen enthält Einhundert und Achtzig preuss. Quadratruthen, mithin mit dem im ganzen preuss. Staate bekannten magdeburgischen Morgen

6. Auch wo es wegen älterer Verschreibungen, Pläne oder sonst nothwendig erfordern, die Längen von Linien und Flächen nach einem andern Maße anzugeben, ist die Angabe nach der preuss. Ruthe zu machen, und nur durch Rechnung auf das Verhältniß zu bringen.

7. Die zu erwartende Maß- und Gewichteordnung für den preuss. Staat wird in der Regel enthalten. Wie auch die Feldmesser sich fortdauernd der Richtigkeit ihrer Längenmessungen versichern sollen. Einstweilen aber sind sie verpflichtet, sich auf die ihnen beson-

dersamsten anaemessenste Art in der Uebersetzung zu erhalten, daß ihr Längenmaß bei den Prov. Reg. aufbewahrten Etalons übereinstimme.

8. Wegen Ausmittlung der Thatfachen, die auf die Messung Einfluß haben. Jeder Feldmesser ist verpflichtet, die größte Sorgfalt auf die richtige Ausmittlung derjenigen Thatfachen zu wenden, die auf die Zuverlässigkeit seiner Aufnahmen einwirken. Dahin gehören vorzüglich: Namen der Orter und Gegenden; Stellen, an denen merkwürdige Gebäude und Anlagen gestanden haben; vormalige Richtung

von Regen und Gewässern; Gränzen der Ueberschwemmung oder Aufstaung; aber Gränzen der Besitzungen.

§. 18. In allen Fällen, wo Rechte verschiedener Partheien bei Ausmitteln Thatsachen in Betracht kommen, müssen dieselben dabei zugezogen, und mit ihren und Einwendungen gehört werden.

§. 19. Der Feldmesser ist verbunden, in dem Vermessungsprotokolle zu bemerken, worauf sich die Annahme solcher Thatsachen in seiner Aufnahme gründet, und Einwendungen etwa dagegen vorgekommen sind, oder was ihm selbst dabei geblieben ist.

§. 20. Streitige Grenzen hat derselbe besonders sorgfältig nach der Angabe Partheien getreulich zu verzeichnen; zugleich aber auch, wo und so weit dies möglich ist, die Grenzlinie, welche er nach vorhandenen alten Rissen und Nachrichten, auf Grund Merkmalen, Zeugnissen alter Leute und andern Umständen als Sachverständiger hält, gutachtlich anzugeben, und im Vermessungs-Protokolle die Gründe für seine Angabe zu vermerken.

c) Wegen der bei den Vermessungen zu beobachtenden Methoden.

§. 21. Sofern der Staat Vermessungen unter besonderer Leitung einer ober eines Bevollmächtigten veranstaltet, sind die dabei angestellten Feldmesser verpflichtet, sich bei der Arbeit derjenigen Methoden zu bedienen, die ihnen von dem vorgesetzten vorgegeschrieben werden.

§. 22. In allen andern Fällen bleibt dem Feldmesser überlassen, die zweckmäßigsten Methoden für das Vermessen und Auftragen, so weit nach eigener Ueberzeugung, wenn nicht, als dieses allgemeine Reglement darüber nichts ausdrücklich vorschreibt.

Vorschriften wegen Vermessung und Eintheilung von Feldern.

§. 23. Bei allen Vermessungen von Feldmarken müssen Hauptlinien von festen Punkten zum andern, nach verschiedenen Richtungen, und möglichst so, daß sich Hauptdreiecke bilden, gezogen werden. Diese Linien sind auf dem Felde mit Eisenstaken, die auf alle fünfzig bis hundert Ruthen eingeschlagen werden, auf dem Plane aber ausgezogenen Linien zu bezeichnen. Sie dienen vornämlich, vorgefallene Fehler zu entdecken.

§. 24. Bei Aufnahme der Grenzen müssen nicht nur alle in oder nahe bei den betreffenden ausgezeichneten Gegenstände, große Steine, Grenzhügel und Pfähle, Bäume u. dgl. genau aufgenommen, und in der Karte vermerkt werden; sondern auch, soweit möglich, die Lage der Grenzen gegen entfernte feste Punkte, Thürme, u. s. w. durch dahin gezogene Gesichtslinien, und Beschreibung der Größe derselben, indem diese Linien mit der Grenzlinie an dem gegebenen Punkte machen, bezeichnet werden. Da dies ein sehr wesentliches Hülfsmittel ist, sich beim Wiederauffuchen der Grenzen zu orientiren.

§. 25. Das Auftragen des gemessenen Landes geschieht in der Regel nach dem verjüngten Maßstabe von 50 Ruthen auf ein Hunderttheil der preuß. Ruthe. Jedoch auf ausdrückliches Verlangen der Interessenten auch ein anderer Maßstab angewandt werden, nur muß derselbe stets ein aliquoter Theil des Hunderttheils der preuß. Ruthe sein.

§. 26. Die Stationen, wonach die Messung geschehen ist, müssen auf dem Plane mit roth punktirten Linien bezeichnet werden.

§. 27. Das Papier zu den Kleinarten ist vor der Auftragung auf Stein zu legen.

§. 28. Sowohl auf dem Brouillon als auf der Kleinarte sind die Richtungen der Magnetnadel durch rothe Linien anzugeben, welche bei dem §. 25 angenommenen Maßstabe fünfzig Ruthen weit auseinander, bei andern Maßstäben aber verhältnißmäßig gezogen werden. An einer dieser Linien ist die Richtung der wahren Mittagslinie zu merken, und die beobachtete Abweichung der Magnetnadel beizuschreiben.

§. 29. Bei jedem Wege, Bache oder Graben, der sich außerhalb der Feldmarken läuft, muß angegeben werden, wohin er führt, oder fließt.

§. 30. Alles, was keine festen bleibenden Grenzen hat, als Sandschellen und anwüchse, so wie auch Alles, dessen Begrenzung nicht speziell vermessen, sondern nur dem Augenmaße eingetragen ist, soll nur mit punktirten Linien auf der Karte eingetragen werden.

§. 31. Die Gebäude in den Dorfsagen sind nicht perspectivisch, sondern im Längsrisse aufzutragen.

§. 32. Herrschaftliche, Vorwerk- und Amtsgebäude werden karminroth, andere Gebäude braungelb, Gebäude der übrigen Ortsinsassen schwarz, Gärten dunkelgrün, Wiesen gelblichgrün, Gewässer hellblau angelegt.

§. 33. Die Bonität der Wälder und Wiesen wird durch Oekonomieverständige ausgemittelt, und nach deren Angabe von dem Feldmesser auf der Karte durch Schrift angegeben.

§. 34. Die Berechnung des Flächeninhalts der ganzen Feldmark und der einzelnen Theile derselben, muß mit solcher Genauigkeit und Sorgfalt geschehen, daß daraus ein richtiges und vollständiges Vermessungsregister nach dem beiliegenden Schema angefertigt werden kann, welches der Feldmesser gleichfalls auszuarbeiten hat.

§. 35. Sollen Grundstücke neu eingetheilt werden, so hat der Feldmesser über die Lage und Richtung, welche die Abtheilungen erhalten können, das Gutachten von etwa beigeordneten Oekonomieverständigen zu vernehmen, und sich möglichst mit ihnen zu vereinigen; auch die Wünsche der Besitzer nach aller Möglichkeit und Zeit ansehung zu berücksichtigen.

§. 36. Vorzüglich hat er bei neuen Vertheilungen auch auf bequeme und leicht zu verfolgende Kommunikationswege und Entwässerungen zu achten.

§. 37. Kommen die einzutheilenden Flächen mit Landstraßen in Berührung: so hat der Landrath des Kreises davon benachrichtigen, und sich gutachtlich gegen denselben darüber äußern, ob und wie eine bessere Leitung der Landstraße ohne überwiegende Schwierigkeiten ausführbar sei. Den Anweisungen, welche ihm der Landrath hierauf erteilt, hat er bei der Eintheilung Folge zu leisten.

Vorschriften wegen Forstvermessungen.

§. 38. Was der Feldmesser bei Forstvermessungen zu beobachten hat, wird nächstens im Forst-Vermessungs-Regl. bestimmt werden. Bis dahin sind in jeder Provinz die bisher daselbst bestandenen Verordnungen noch einstweilen zu befolgen.

Vorschriften wegen Stromvermessungen.

§. 39. Stromvermessungen müssen die Lage des Stroms, und aller damit zunächst Verbindung stehenden Gewässer, Ufer, Inseln, Sandfelder, Schleuen, Buhnen, Ded-Wehre, Fährten, Fährten, Stege, Brücken und andere Gegenstände, in und an dem Strome, richtig und genau angeben; auch sich auf das Terrain auf beiden Ufern des Stroms, und so weit erstrecken, als die höchste Ueberschwemmung reicht.

§. 40. Bei den Ufern ist die Erdart, woraus sie bestehen, anzugeben, auch ob sie sandig, lahl, beraset, oder mit Buschwerk bewachsen sind, zu vermerken.

§. 41. Allen Wasserwerken ist die Jahrzahl ihrer Erbauung beizuschreiben.

§. 42. Die Richtung des Stroms ist durch einen Pfeil, der Stromstrich durch eine gestrichelte Linie, die Wassertiefen durch eingeschriebene Ziffern, zu bezeichnen.

§. 43. Die Gewässer sind in der Lage zu zeichnen, worin sie sich bei beharrlichem Sommerwasserstande befinden. Sind Wegel oder Wassermesserspiähle am Strome vorhanden; so müssen die Wasserstände nach dem an denselben beobachteten Maße und Tag und Jahre der Beobachtung, in eine besondere Nachweisung auf der Zeichnung angegeben werden.

§. 44. Wie weit sich die höchste bekannte Grenze der Ueberschwemmung erstreckt, muß, wenn mit Sicherheit ausgemittelt werden kann, durch punktirte Linien angegeben, und die Jahrzahl der Ueberschwemmung beigeschrieben werden.

§. 45. Auf gleiche Art ist bei offenen Eindeichungen die Grenze des Rückstaus anzugeben.

§. 46. Da Stromkarten bei ihrer großen Länge sich leicht verziehen: so sollen auf denselben rothe Parallellinien in Entfernungen von einem Hunderttheile der preussischen Meile nach der Richtung der wahren Nordlinie gezogen, und durch Querlinien in derselben Entfernung rechtwinklig durchschnitten werden.

§. 47. Der Maßstab zu den Stromkarten ist funfzig preussische Ruthen auf ein Hunderttheil derselben Ruthe, in sofern nicht durch besondere Verordnungen in einzelnen Fällen ein anderer Maßstab ausdrücklich bestimmt wird.

§. 48. Von jeder Stromvermessung werden in der Regel das Brouillon, zwei auf Papier gezogene Kleinkarten, und statt des Vermessungsregisters eine reduzirte Karte von hundert funfzig Ruthen auf ein Hunderttheil der preussischen Ruthe, nebst einer Beschreibung der besondern Umstände, die sich auf die Vermessung beziehen, abgeliefert.

Vorschriften wegen Nivelirungen.

§. 49. Zum Niveliren muß sich der Feldmesser eines sehr zuverlässigen Instruments, und jeder Station zweier Tafeln bedienen; auch wenn es nöthig ist, lange Stationen machen, ein Instrument mit einem Perspektiv gebrauchen.

§. 50. Wird dies Instrument nicht in der Mitte der Station aufgestellt: so ist auch die Strahlenbrechung und die Reduktion des scheinbaren Horizonts auf den wahren Horizont zu nehmen.

§. 51. Auch bei dem Nivellement bleibt das Längenmaß die preussische Ruthe, und die theilweise Eintheilung. Aber zu den Höhenmaßen wird der preuss. Fuß gebraucht,

welcher ein Zwölftheil dieser Ruthe, oder Einhundert Neun und Dreißig, Dreizehnertheile Linien alten pariser Maßes ist; und folglich mit dem bei uns unter dem Namen des rheinländischen Werkschuhes bekannten Maße übereinkomme. Dieser Fuß wird theilig in Zolle und Linien getheilt.

§. 52. Der verjüngte Maßstab für die Auftragung des Nivellements ist zu den fünf und zwanzig Ruthen, und zu den Höhen fünf und zwanzig der vorerwähnte Fuß auf ein Hunderttheil der preuß. Ruthe, sofern nicht in einzelnen Fällen bei Vorschriften ein anderes Maß ausdrücklich erfordern.

§. 53. Jedes Nivellement muß wenigstens zweimal in entgegengesetzten Richtungen ausgeführt werden.

§. 54. Die Anzahl der Stationen, die Entfernung beider Tafeln vom Instrumente beim Steigen und Fallen, und was etwa sonst auf jeder Station zu bemerken ist, muß in eine besondere Tabelle eingetragen werden.

§. 55. Sind mittelst dieser Tabelle die Abstände aller einzelnen Punkte von der zweckmäßig angenommenen Horizontallinie berechnet: so wird hiernach das Profil sorgfältig aufgetragen.

§. 56. Die beim Auftragen erforderlichen Hülfslinien werden im Bronnen ausgezogen, auch alle gefundene Maße beigeschrieben.

§. 57. Ist eine Karte von der Gegend vorhanden, so wird der Nivellement genau in dieselbe eingetragen.

§. 58. In Ermangelung einer solchen Karte muß in der Regel unter das Profil der Grundriß der nivellirten Linie nach einem Maßstabe von fünfzig Ruthen auf das Hunderttheil der preuß. Ruthe dergestalt verzeichnet werden, daß alle Stationspunkte in Grundriße einerlei Zeichen oder Buchstaben mit den zugehörigen Punkten im Profil erhalten.

§. 59. Sollte jedoch durch diesen Grundriß eine sehr ungleichförmige Anordnung der Zeichen entstehen: so kann er auch auf einem besondern Blatte aufgetragen werden.

§. 60. Das Nivellement muß so oft als irgend möglich mit benachbarten markirten Gegenständen, als Pegeln, Wassermarken, Fachbäumen, Schleusen-Drempeln, mauerwerkernen Plinthen von ansehnlichen Gebäuden, Felsstücken u. dgl. in Verbindung werden. Wo solche Punkte nicht in hinlänglicher Anzahl schon vorhanden sind, sollen allenfalls Werpfsäule fest eingerammt, und die Höhen mit Niveln oder Eögen daran vermerkt werden.

§. 61. Der Feldmesser ist verantwortlich, daß solcher Punkte wenigstens zwei vorhanden sind, und so sicher mit dem Nivellement in Verbindung gesetzt werden, als nöthig ist, um es zu allerzeit theilweise zu prüfen und zu gebrauchen.

§. 62. Die Längenprofile der Ströme sind so zu messen und aufzutragen, daß der Durchschnitt des Wassers längs dem Stromstriche geht.

§. 63. Der Ursprung des Stroms ist dabei in der Zeichnung rechter Hand anzudeuten, wodurch das rechte Stromufer sichtbar wird. Das linke ist in der Regel durch gestrichelte Linien anzudeuten, wenn davon nicht ausdrücklich ein besonderes Profil verlangt wird.

§. 64. Der Wasserpiegel wird so eingetragen, wie er sich bei Mittelwasser befindet. Die Lage des Wasserspiegels muß an einem Tage ausgemessen, und in der Profilzeichnung sowohl dieser Tag, als auch der alsdann an den etwa vorher beobachteten Wasserstand beigeschrieben werden.

§. 65. Sollen Querprofile von einem Strome ausgemessen werden: so muß auch die Richtung des Wasserspiegels auch dabei die vorstehenden Vorschriften.

§. 66. Die Querprofile müssen sorgfältig so aufgetragen werden, daß das linke Ufer auch in der Zeichnung jedesmal rechter Hand liegt.

Revision der Messungen und Nivellements.

§. 67. Wer bei der Wichtigkeit einer Vermessung oder eines Nivellements an der Ausführung interessiert ist, kann eine Revision dieser Feldmesserarbeiten verlangen; der Antrag ist bei der Prov. Reg. anzubringen, bei welcher besonders dazu bereidete Feldmesser-Revisoren angestellt sind.

§. 68. Ob Vermessungen oder Nivellements, welche im Auftrag des Staats vorgenommen worden sind, einer Revision bedürfen, bleibt in jedem einzelnen Falle der Behörde der interessirten Behörde überlassen.

§. 69. Die Ober- u. Bau-Deput. ist berechtigt, die Revision jeder Feldmesserarbeit zu beauftragen, auf deren Grund sie ein Gutachten abgeben oder einen Anschlag beurtheilen, und die kompetente Reg. muß sie hierauf unabweislich veranlassen.

§. 70. Die Revisionsgebühren zahlt unter Privatpersonen der Extrabest. für öffentlichen Angelegenheiten der Fond. zu dessen Gunsten sie geschieht: wenn sie nicht dem Feldmesser wegen fehlerhafter Arbeit nach d. 76 zur Last fallen.

§. 71. Findet der Revisor bei der Nachmessung von Probekontrollen nur einen

von drei Zehnthellen einer Ruthe auf hundert Ruthen Länge, oder weniger; so wird sie für zulässig gehalten, und die Aufnahme für richtig anerkannt.

§. 72. Dasselbe geschieht, wenn bei der Nachrechnung des Flächeninhalts der Unter-
bei Grundstücken,

einem bis hundert Morgen einschließlich, nur zwei Quadratruthen auf den

über hundert bis fünfhundert Morgen einschließlich, auf hundert Morgen
und ein Reuntel Morgen und auf jeden folgenden Morgen, eine und vier

über fünfhundert bis tausend Morgen einschließlich, auf fünfhundert Morgen
und ein Reuntel Morgen und auf jeden folgenden Morgen, eine und eine halbe

über tausend bis fünftausend Morgen einschließlich, auf tausend Morgen
und fünf Achtzehntel, und auf jeden folgenden Morgen eine und sieben Zwan-

über fünftausend bis zehntausend Morgen einschließlich, auf fünftausend
Morgen neun und dreißig, fünf Achtzehntel und auf jeden folgenden Morgen eine

über zehntausend Morgen, auf zehntausend Morgen zwei und siebenzig und elf
Achtzehntel Morgen und auf jeden folgenden Morgen, neun Zehntel Quadratruthen

§. 73. Auch ist dies der Fall, wenn bei Nivellements der bemerzte Unterschied

weniger als zehn Stationen ein Achttheil Zoll auf jede Station;

zehn bis funfzehn Stationen einschließlich im Ganzen zwei Zoll;

sechzehn bis zwanzig Stationen beßgleichen zwei und ein halb Zoll;

ein und zwanzig bis dreißig Stationen beßgl. drei Zoll;

ein und dreißig bis vierzig Stationen beßgl. drei und drei Viertel Zoll;

ein und vierzig bis fünfzig Stationen beßgl. vier und ein halb Zoll;

ein und fünfzig bis fünf und sechzig Stationen beßgl. fünf und ein Viertel Zoll;

sechs und sechzig bis achtzig Stationen beßgl. sechs Zoll;

achtzig bis einhundert Stationen beßgl. sechs drei Viertel Zoll;

einhundert bis einhundert zwanzig Stationen beßgl. sieben ein halb Zoll;

einhundert zwanzig bis einhundert fünfzig Stationen beßgl. acht und ein halb Zoll

weiter beträgt.

§. 74. Bei noch längern Nivellements ist auf jede einhundert fünfzig Stationen ein
von acht Zollen überhaupt noch zulässig.

§. 75. Es wird jedoch zu §. 73 u. 74 ausdrücklich vorausgesetzt, daß der Feldmesser
Stationen angenommen hat, als nach der Beschaffenheit des Bodens nothwen-

Namentlich soll in ebenem Lande die Entfernung des Instruments von der
unter zehn Ruthen betragen.

§. 76. Ist der gefundene Unterschied zwischen der Angabe des Feldmessers und
größer, als §§. 71 bis 74 für zulässig erklärt ist: so muß der Feldmesser die Revi-
sion bezahlen, und die fehlerhafte Arbeit unentgeltlich verbessern.

§. 77. Beträgt dieser Unterschied mehr als das doppelte dessen, was §§. 71 bis 74
erklärt worden ist: so muß der Fall überdies von Amtswegen durch die Reg.
Ober-Bau-Deput. angezeigt werden. Diese hat den Grad der Verschuldung des Feld-
messers zu erwägen, und der Reg. ein Gutachten darüber zuzustellen, ob derselbe
unverläßig seine Anstellung verlieren müsse, oder vorerst noch unter Verwarnung bei-
halten sei. Die Reg. hat in der Regel dies Gutachten zu befolgen, und nur in sofern
bedenke Bedenken dagegen hat, an das Depart. des Min. des I. für G. u. H. zur
Berathung zu berichten.

§. 78. Wenn sich bei der Revision irgend einer Feldmesserarbeit zwar ein größerer
Unterschied, als §§. 71 bis 74 für zulässig erachtet worden ist, findet, zugleich aber auch
daß ganz besondere örtliche Schwierigkeiten denselben auch ohne Verschulden des
Messers wohl veranlaßt haben könnten: so hat die Reg. den Fall von Amtswegen der
Ober-Bau-Deput. zur Beurtheilung vorzulegen.

§. 79. Auch ist jedem Feldmesser unbenommen, sich an die Ober-Bau-Dep. zu wen-
den, wenn er den bemerzten größern Unterschied durch besondere wichtige Schwierigkeiten
entschuldigen, oder gegen das technische Verfahren bei der Revision mit Grund
seine Anstellungen machen zu können vermeint.

§. 80. In beiden Fällen ist die Ober-Bau-Dep. verpflichtet, der Reg. ihr Gutachten
zu eröffnen, und namentlich autorisirt, auch einen größern Unterschied, als
bis 74 zugelassen ist, jedoch nicht über das doppelte desselben, für zulässig zu

Die Reg. ist gehalten, dies Gutachten, so weit es rein technische Gegenstände betreffen, unbedingt zu befolgen.

§. 81. Zeigt sich bei der Revision, daß der Feldmesser zwar richtig gemessen, net, gezeichnet oder nivellirt, aber auf eine auffallende Art die §§. 17 bis 20, 23, 33, 35 bis 37, 41 bis 46, 53, 60 bis 66 vorgeschriebenen Vorsichtsmaßregeln verlißt: so ist er deshalb von der Reg. in eine angemessene Ordnungsstrafe zu nehmen.

Vermessungs- und Revisions-Gebühren ¹⁾).

§. 82. Die Vermessungen von Feldmarken werden in der Regel nach preuss. Geb. bezahlt.

§. 83. Für den Morgen im vollen Felde, wo Ackerstücke, Wiesen, Weiden, Gewässer und Büsche durch einander liegen, erhält der Feldmesser Einen Groschen.

§. 84. Kommen jedoch in der Messung große Flächen von Hütung, Bruch, Forst oder Wald vor, so werden dieselben, wenn die Fläche einzeln über sechzig und dreihundert Morgen groß ist, nur mit Acht Pfennigen, und wenn sie über dreihundert Morgen groß ist, nur mit Sechß Pfennigen für den Morgen bezahlt ²⁾).

§. 85. In sehr gebirgigem Lande erhält der Feldmesser im ersten Falle, §. 83, Ein Groschen drei Pfennige, im zweiten, §. 84, Einen Groschen, im dritten, §. 84, Fünf Pfennige für den Morgen.

§. 86. Sollen bloß Gränzen aufgenommen werden, so wird die laufende Ruthe mit Drei Pfennigen bezahlt.

§. 87. Für die Aufnahme eines Grabens oder Weges werden Zwei Pfennige für die laufende Ruthe bezahlt.

§. 88. Für diese Bezahlung, §§. 83—87, muß der Feldmesser das Brouillon und zwei Reinkarten nebst dem Vermessungs-Register in zwei Exemplaren abliefern.

§. 89. Für die Anfertigung eines Vermessungs-Registers nach einer schon vorhandenen Karte wird ein Drittheil der Vermessungskosten bezahlt, und ist dasselbe in zwei Exemplaren abzuliefern.

§. 90. Soll eine speziell vermessene Feldmark von demselben Feldmesser aufgenommen hat, auch speziell neu eingetheilt werden: so erhält er für den Morgen im ersten Falle des §. 83 Fünf Pfennige, und in den Fällen des §. 84 beziehungsweise Drei Pfennige.

§. 91. Verrichtet ein anderer Feldmesser, als der, welcher die Feldmark aufgenommen hat, die Eintheilung: so gebührt ihm für den Morgen ein Pfennig mehr; so in den drei Fällen des §. 90 beziehungsweise Sechß, Fünf und Vier Pfennige.

§. 92. Für die Bezahlung §. 90, 91, muß der Feldmesser die Eintheilung im Brouillon eintragen, auf dem Felde abpflählen, und ein Eintheilungs-Register in zwei Exemplaren abliefern.

§. 93. Geschieht die Eintheilung nach einer alten Karte, so muß diese vom Feldmesser vorher geprüft, berichtigt und durch Eintragung der seit der Aufnahme vorgefallenen Veränderungen ergänzt werden. Diese Arbeit geschieht auf Blättern, die für den Tag Ein Thaler 12 Gr. bezahlt.

§. 94. Wird nur eine generelle Vermessung verlangt, um den Inhalt der Feldmarken auszumitteln, ohne die Dorfstellen, Flüsse und Wege aufzunehmen: so wird gegen Ablieferung des Brouillons und zweier Vermessungs-Register Sechß Pfennige für den Morgen bezahlt.

§. 95. Wenn Karten nach demselben Maßstabe kopirt werden ³⁾: so wird für jedes Hunderttheil der Quadratruthe wirklich bezeichneten Raums bei speziellen Vermessungen bezahlt:

ein Thlr. acht Gr., wenn der Maßstab 25 Ruth. auf ein Hunderttheil der Ruthe ist;
zwei Thlr., wenn der Maßstab 50 Ruth. auf ein Hunderttheil der Ruthe ist;
zwei Thlr. achtzehn Gr., wenn der Maßstab 100 Ruth. auf ein Hunderttheil der Ruthe ist;

drei Thlr. zehn Gr., wenn der Maßstab 150 Ruth. auf ein Hunderttheil der Ruthe ist;
vier Thlr., wenn der Maßstab 200 Ruth. auf ein Hunderttheil der Ruthe ist;
vier Thlr. zwölf Gr., wenn der Maßstab 250 Ruth. auf ein Hunderttheil der Ruthe ist;
vier Thlr. zwei und zwanzig Gr., wenn der Maßstab 300 Ruth. auf ein Hunderttheil der Ruthe ist;

fünf Thlr. sechs Gr., wenn der Maßstab 350 Ruth. auf ein Hunderttheil der Ruthe ist;
fünf Thlr. zwölf Gr., wenn der Maßstab 400 Ruth. auf ein Hunderttheil der Ruthe ist.

¹⁾ Vergl. unten Zus. 2 zum Feldmesser-Regl.

²⁾ Vergl. das G. R. v. 12. Sept. 1829. (s. unten Zus. 3 zum Feldmesser-Regl.)

³⁾ Vergl. G. R. v. 14. Nov. 1836. (s. Zus. 5 zum Feldmesser-Regl.)

auf Thlr. sechzehn Gr., wenn der Maßstab 450 Ruth. auf ein Hunderttheil der Ruth. ist;

auf Thlr. achtzehn Gr., wenn der Maßstab 500 Ruth. auf ein Hunderttheil der Ruth. ist.

§. 96. Kopien von generellen Vermessungen werden nur mit der Hälfte dieses Preises bezahlt.

§. 97. Sollen Karten nicht nach demselben Maßstabe kopirt werden; so wird die Berechnung nach dem Maßstabe der Kopie dergestalt berechnet, daß den vorkommenden Ecken ein Viertel derselben noch zugefügt wird. Es werden also für eine verkleinerte Kopie einer speziellen Vermessung, die nach dem Maßstabe von hundert fünfzig Ruthen auf das Hunderttheil der Ruthen gezeichnet wird, fünf Thaler und fünf Groschen, fünf Thaler fünfzehn Groschen für das Hunderttheil der Karte für wirklich bezeichneten Raum bezahlt¹⁾.

§. 98. Nivelirungsarbeiten in ebnem trocknen Boden werden nach folgenden Preisen bezahlt:

- | | |
|--|-----------------|
| a) für die laufende Ruthe; | |
| a) wenn bloß eine Linie auf dem Terrain abgemessen wird | drei Pfennige; |
| b) wenn außer derselben noch ein Graben oder Bach dabei abgemessen wird | vier Pfennige; |
| c) wenn beide Ufer mit dem dazwischen liegenden Graben oder Bach abgemessen werden | fünf Pfennige; |
| d) wenn ein Ufer nebst einem breiten Flusse oder Strome abgemessen wird | fünf Pfennige; |
| e) wenn beide Ufer nebst dem breiten Flusse oder Strome abgemessen werden | sechs Pfennige; |

§. 99. Wird in den Fällen d. u. des vorigen Paragraphs nach außerdem die Krone nebenliegenden Reichs abgemessen: so muß dafür eine Zulage von einem halben Pfennig für die laufende Ruthe bezahlt werden.

§. 100. In sehr gebirgigem oder sehr sumpfigem Boden ist auf die §. 98 bestimmten Preise noch eine Zulage von einem bis zwei Pfennigen für die laufende Ruthe nach Größe der geringern oder größern Schwierigkeiten zu bewilligen.

§. 101. Für die Bezahlung §§. 98. 99. 100 muß der Feldmesser das Brautlohn, eine Karte, den Grundriß der Stationenlinien, die Nivellement-Tabellen, und eine Beschreibung der besondern Umstände, die sich auf das Nivellement beziehen, einliefern.

§. 102. Sofern Feldmesserarbeiten vorkommen, welche anderer Art, als die §§. 82 bis 101 benannten sind; oder wenn wegen außerordentlicher Umstände sonst die in den letzten Paragraphen festgesetzte Bezahlungsart nicht stattfinden kann, muß auf Diäten Rücksicht werden.

§. 103. Für die Tage, welche der Feldmesser, des erhaltenen Auftrags wegen, zur Verwendung muß, erhält er Einen Thaler Acht Groschen täglich²⁾.

§. 104. Der gewöhnliche Diätensatz, für Tage, an welchen der Feldmesser wirklich arbeitet, ist dagegen in der Regel ein Thaler zwölf Groschen täglich³⁾.

§. 105. Bei Stromvermessungen und Aufnahmen von Mühlen, Schleusen und Bauwerken sollen jedoch täglich ein Thaler und sechszehn Groschen bezahlt werden.

§. 106. Die Arbeiten der Feldmesser, welche bei Gemeinheitstheilungen auf Diäten gemacht werden müssen, werden mit zwei Thalern täglich bezahlt.

§. 107. Nivelirungen, welche wegen besonderer Schwierigkeiten nach sachverständigen Gutachten auf Diäten ausgeführt werden, sind gleichfalls mit zwei Thalern täglich bezahlt.

§. 108. Die nach §§. 82 bis 107 bestimmten Feldmessergebühren finden nicht nur Privatarbeiten, sondern auch dann statt, wenn Feldmesser, welche kein Gehalt oder Emolumente aus d. Kassen genießen, im Auftrage des Staats arbeiten.

§. 109. Feldmesser dagegen, welche aus d. Kassen feste Gehalte oder fixirte Emolumente erhalten, können bei allen Arbeiten, welche ihnen von der ihnen vorgesetzten Behörde, für dessen Rechnung es auch sei, ausdrücklich aufgetragen werden, nur einen Theil der gedachten Gebühren liquidiren; und zwar:

- | | |
|--|---------------------|
| a) wenn sie dreihundert Thaler oder darüber jährlich erhalten, nur | die Hälfte; |
| b) wenn sie zweihundert fünfzig Thaler und darüber, aber nicht dreihundert Thaler voll erhalten, nur | sieben Zwölftheile; |

¹⁾ Vergl. G. R. v. 27. Juni 1843. (f. Zus. 5 zum Feldmesser-Regl.)

²⁾ Vergl. unten Zus. 6 zum Feldmesser-Regl.

³⁾ Vergl. G. R. v. 25. Nov. 1827. (f. Zus. 7 zum Feldmesser-Regl.)

- c) wenn sie zweihundert Thaler und darüber, aber nicht zweihundert fünfzig Thaler voll erhalten, nur zwei Drittheile;
- d) wenn sie hundert und fünfzig Thaler und darüber, aber nicht zweihundert Thaler voll erhalten, nur drei Viertelle;
- e) wenn sie hundert Thaler und darüber, aber nicht hundert und fünfzig Thaler voll erhalten, nur fünf Sechstheile;
- f) wenn sie fünfzig Thaler und darüber, aber nicht hundert Thaler voll erhalten, nur elf Zwölftheile.

§. 110. Wer zwar festes Gehalt oder fixirte Emolumente, aber nicht eintausend Thaler voll jährlich erhält, kann demohngeachtet die vollen Sätze, wie §. 108, liquidiren.

§. 111. Wenn Kommunen oder Korporationen nöthig finden, Feldmesser für Geschäfte anzunehmen, und mit Gehalt oder fixirten Emolumenten aus ihrem Einkommen zu versehen; so treten in Rücksicht aller Arbeiten, welche diese Kommunen oder Korporationen denselben in Bezug auf ihre Geschäfte, für wessen Rechnung es auch sei, auftragen, alle Bestimmungen der §§. 109. 110 ein, sobald nicht durch einen besondern Vertrag zwischen beiden Theilen etwas anders über die Gebühren ausdrücklich festgesetzt ist.

§. 112. Der Revisor erhält für jeden Reisetag anderthalb, für jeden Arbeitstag drei Thaler Diäten, ohne Rücksicht, ob er sonst in Gehalt steht, oder nicht.

Andere Rechte und Vortheile der Feldmesser.

§. 113. Unter allen Umständen erhalten die Feldmesser die gemeinen Arbeitsinstrumente, welche sie bei ihren Vermessungs- und Nivellements-Arbeiten brauchen, nach ihrer Vermessung ganz frei geliefert.

§. 114. Zu Bestellung derselben ist in der Regel derjenige, auf dessen Kosten die Arbeit geschieht, und wenn dies noch zweifelhaft ist, der, auf dessen Antrag die Arbeit verrichtet wird, verpflichtet.

§. 115. Wird die Messung dadurch verzögert, daß diese Leute nicht zu gehöriger Zeit oder nicht in der erforderlichen Anzahl und Qualität gestellt werden, oder daß sie offenbar nachlässig oder wohl gar widerspenstig betragen: so ist der Feldmesser berechtigt, Vergütung für die verlorne Zeit nach dem Diätensatze von einem Thaler zwölf Groschen täglich von dem zu verlangen, dem die Bestellung oblag.

§. 116. Es steht den Feldmessern jedoch auch frei, sich selbst solche Gehülfen anzuwerben und zur Arbeit mitzubringen. In diesem Falle wird ihnen dafür ein Drittel der §§. 83 bis 87. 90. 91. 93. 94. 98 bis 100 und 104 bis 107 bestimmten Vermessungs- und Nivellements-Gebühren, ohne Rücksicht, ob sie auf Gehalt stehen oder nicht, für die Arbeiten bewilligt, zu welchen es solcher Gehülfen bedarf.

§. 117. Jeder Feldmesser ist berechtigt, das Rapier, die Leinwand und das Band ziehen bei Reinfarten, mit Sechzig Groschen für den preuß. Quadratuß (§. 51) zu liquidiren.

§. 118. Jeder Feldmesser erhält freies, anständiges Fuhrwerk, um sich an den Ort der Vermessung hin zu begeben, und zurück in seinen Wohnort. Will er sich seinen eigenen Wagen zur Reise bedienen, so ist er berechtigt, dafür täglich Acht Groschen Miethe zu liquidiren¹⁾.

§. 119. Sofern jedoch Feldmesser, welche in Diensten des Staats, der Kommunen oder Korporationen stehen, vertragsmäßig eine bestimmte Vergütung für das Jahr überhaupt, oder bloß für die Vierde erhalten, hat es dabei bloß sein Bewenden.

§. 120. Den Revisoren stehen bei ihren Arbeiten und Reisen die Befugnisse der §§. 117 bis 118 ebenfalls zu.

§. 121. Streitigkeiten über den Betrag der den Feldmessern zustehenden Gehältern und Emolumenten haben die Regierungen unter Zugiehung ihrer Bau-Direktoren und Justitiarien zu entscheiden.

§. 122. Beschwerden über solche Entscheidungen wird das Gewerbe-Departement nach Anhörung des Gutachtens der Ober-Bau-Deput. in letzter Instanz beurtheilen.

Berlin, den 29. April 1813.

K. Geh. Staatsrath und Chef des Depart. für die Gewerbe und den Handel im Auftrag des Min. des I.

S a d.

¹⁾ Vergl. R. v. 19. Febr. 1822. (s. Zus. 8 zum Feldmesser-Regl.)

zur Veranlagung
im Jahr 18.

vermessen von N. N.

I. Das Dorf.

Zeichen der Besitzer.	W a m e u.	Nro. der Stücke nach der Karte.	Summa nach Morgens 180 □ R.	an Gärten.	Hof- und Bau- stellen.	Gemein- plätze.	Dorfs- Straße.	Unbrauch- bare Gräben, Gräben etc.	Bemerkung
			Wrg. □ Mt. 180 □ R.	Wrg. □ R.	Wrg. □ R.	Wrg. □ R.	Wrg. □ R.	Wrg. □ R.	
A.	die Herrschaft (das Amt, Vorwerk etc.)	
B.	der Prediger N. N.								
C.	der Förster N. N.								
D.	der Schulze N. N.								
E.	der Bauer N. N.								

Anmerkung. Die Zeichen behalten die Besitzer durch die ganze Feldmark bei, um das Einschreiben so vieler Namen zu vermeiden.
Sind die Hoffstellen nummerirt, so können auch diese Nummern statt der Zeichen gebraucht werden.
Die Stücke werden mit fortlaufenden Nummern bezeichnet.

- c) wenn sie zweihundert Thaler und darüber, aber nicht zweihundert fünfzig Thaler voll erhalten, nur zwei Drittheile;
- d) wenn sie hundert und fünfzig Thaler und darüber, aber nicht zweihundert Thaler voll erhalten, nur drei Viertheile;
- e) wenn sie hundert Thaler und darüber, aber nicht hundert und fünfzig Thaler voll erhalten, nur fünf Sechstheile;
- f) wenn sie fünfzig Thaler und darüber, aber nicht hundert Thaler voll erhalten, nur elf Zwölftheile.

§. 110. Wer zwar festes Gehalt oder fixirte Emolumente, aber nicht einß Thaler voll jährlich erhält, kann demohngeachtet die vollen Sätze, wie §. 108, liquidiren.

§. 111. Wenn Kommunen oder Korporationen nöthig finden, Feldmesser für Geschäfte anzunehmen, und mit Gehalt oder fixirten Emolumenten aus ihrem Einkommen zu versehen; so treten in Rücksicht aller Arbeiten, welche diese Kommunen oder Korporationen denselben in Bezug auf ihre Geschäfte, für wessen Rechnung es auch sei, auftragen, alle Bestimmungen der §§. 109. 110 ein, sobald nicht durch einen besondern Vertrag zwischen beiden Theilen etwas anders über die Gebühren ausdrücklich festgesetzt ist.

§. 112. Der Revisor erhält für jeden Reisetag an derthalb, für jeden Arbeitstag drei Thaler Diäten, ohne Rücksicht, ob er sonst in Gehalt steht, oder nicht.

Anderer Rechte und Vortheile der Feldmesser.

§. 113. Unter allen Umständen erhalten die Feldmesser die gemeinen Arbeitsinstrumente, welche sie bei ihren Vermessungs- und Nivellements-Arbeiten brauchen, nach ihrer Bestimmung ganz frei geliefert.

§. 114. Zu Bestellung derselben ist in der Regel derjenige, auf dessen Kosten die Arbeit geschieht, und wenn dies noch zweifelhaft ist, der, auf dessen Antrag die Arbeit verrichtet wird, verpflichtet.

§. 115. Wird die Messung dadurch verzögert, daß diese Leute nicht zu gehöriger Zeit oder nicht in der erforderlichen Anzahl und Qualität gestellt werden, oder daß sie offenbar nachlässig oder wohl gar widerspenstig betragen: so ist der Feldmesser berechtigt, Vergütung für die verlorne Zeit nach dem Diätensatze von einem Thaler zwölf Grathen täglich von dem zu verlangen, dem die Bestellung oblag.

§. 116. Es steht den Feldmessern jedoch auch frei, sich selbst solche Gehülfen anzuwerben und zur Arbeit mitzubringen. In diesem Falle wird ihnen dafür ein Drittel der §§. 83 bis 87. 90. 91. 93. 94. 98 bis 100 und 104 bis 107 bestimmten Vermessungs- und Nivellements-Gebühren, ohne Rücksicht, ob sie auf Gehalt stehen oder nicht, für die Arbeiten bewilligt, zu welchen es solcher Gehülfen bedarf.

§. 117. Jeder Feldmesser ist berechtigt, das Papier, die Leinwand und das Bindfaden bei Reinfarten, mit Sechß Groschen für den preuß Quadratuß (§. 51) zu liquidiren.

§. 118. Jeder Feldmesser erhält freies, anständiges Fuhrwerk, um sich an den Ort der Vermessung hin zu begeben, und zurück in seinen Wohnort. Will er sich seinen eigenen Wagen zur Reise bedienen, so ist er berechtigt, dafür täglich Acht Groschen an Miethe zu liquidiren¹⁾.

§. 119. Sofern jedoch Feldmesser, welche in Diensten des Staats, der Kommunen oder Korporationen stehen, vertragmäßig eine bestimmte Vergütung für das Jahr erhalten, oder bloß für die Pferde erhalten, hat es dabei bloß sein Bewenden.

§. 120. Den Revisoren stehen bei ihren Arbeiten und Reisen die Befugnisse der §§. 113 bis 118 ebenfalls zu.

§. 121. Streitigkeiten über den Betrag der den Feldmessern zustehenden Gehälter und Emolumente haben die Regierungen unter Zugiehung ihrer Bau-Direktoren und Justitiarien zu entscheiden.

§. 122. Beschwerden über solche Entscheidungen wird das Gewerbe-Departement nach Anhörung des Gutachtens der Ober-Bau-Deput. in letzter Instanz beurtheilen.

Berlin, den 29. April 1813.

K. Geh. Staatsrath und Chef des Depart. für die Gewerbe und den Handel im Auftrag des Min. des J.

S a d.

¹⁾ Vergl. R. v. 19. Febr. 1822. (s. Zus. 8 zum Feldmesser-Regl.)

Im Jahr 18.

vermessen von N. N.

I. Das Dorf.

Zeichen der Besitzer.	Ort n.	Nro. der Stücke nach der Karte.	Summa nach Magdeburg. Morgen à 180 □ R.	In Gärten.	Hof, und Bau- stellen.	Gemein- plätze.	Dorfs- Straßen.	Unbrauch- bare Gräben, Gräben etc.	Bemerkung
			Wirt. □ M. □ R.	Wirt. □ M. □ R.	Wirt. □ M. □ R.	Wirt. □ M. □ R.	Wirt. □ M. □ R.	Wirt. □ M. □ R.	
A.	die Herrschaft (das Amt, Bortwerk etc.)
B.	der Prediger N. N.								
C.	der Förster N. N.								
D.	der Schulze N. N.								
E.	der Bauer N. N.								

Bemerkung. Die Zeichen behalten die Besitzer durch die ganze Feldmark bei, um das Einschreiben so vieler Namen zu vermeiden.
Sind die Hoffstellen nummerirt, so können auch diese Nummern statt der Zeichen gebraucht werden.
Die Stücke werden mit fortlaufenden Nummern bezeichnet.

Anmerkung. 1) Die Schläge oder Adler-Abtheilungen folgen hienach einander nach ihrer Lage auf der Karte, und die Adlerstücke barin nach fortlaufenden Nummern. Erstere nach ihrer Befestigungsart als Winterfeld, Sommerfeld u. c. und nach ihren eigenthümlichen Namen.

2) Von den Rubriken B bis G werden nur diejenigen beibehalten, welche gebraucht werden, so wie nöthigenfalls noch mehrere hinzugefügt werden müssen (als Winter- und Ziegel-Gruben, Schwermmetzen u. c.), von denen die Zutreffenden den Glöckcheninhalt abgesondert zu wissen verlangen.

3) Zuletzt folgt die Rehabilitation vom sämmtlichen Adler, wenn zuvor die Gebirge nach der Befestigungsart rehabilitirt sind.

3) Zuletzt folgt die Metaplastation vom sämmlidgen Gader, wenn zuvor die Geiber nach der Befestigungsart relativiert sind.

[illegible]

Erste Recapitulation

enthält die Summen von I., II., III., IV., V., und VI., um den ganzen Flächen-Inhalt der Feldmark übersehen zu können.

Zweite Recapitulation

enthält den Auszug von den einzelnen Besitzungen eines jeden Interessenten in I. und VI., woraus der Antheil an jeder Abtheilung und die Haupt-Summe von der Fläche eines jeden Interessenten zu übersehen ist.

Dritte Recapitulation

ist die Zusammenstellung der Summen von der zweiten Recapitulation.

Sie muß mit der ersten Recapitulation übereinstimmen. (N. XI. 783. — 3. Kap.)

Darauf sind ergangen:

1) Zu §§. 8 — 66. (Allgemeine Pflichten der Gelbmesser.)

E. R. des R. Min. des I. für O. Ung. (v. Breun) v. 2. Nov. 1834 an all. R. Gen. Rom. Gelbmesser dürfen durch ihre Gehülfen keine Arbeiten selbständig anfertigen lassen.

Mehrere Anzeigen darüber, daß die Gelbmesser ihren Gehülfen zum Nachtheile ihrer Arbeit zu viel überlassen, haben das unterm. Min. veranlaßt, die R. Oberbau-Dep. mit dem Rathen darüber zu vernahmen, in welchem Maße dies zulässig sei, und welche von dem Gelbmesser, wenn auch nicht unmittelbar selbst, doch nicht anders als unter unmittelbarer Theilnahme, unter seinen Augen und seiner speziellen Direktion von Gehülfen verrichtet werden dürfen? Da hiernach nur wenige und unbedeutende Arbeiten zu denjenigen Geschäften gehören, die je nach der Fähigkeit der Gehülfen von ihm oder selbst verrichtet werden können, z. B. die spezielle Ausarbeitung der Karte hinsichtlich des Zäminirens und Beschreibens derselben, und einige im Uebrigen nicht genau abzugrenzende Rechnungsbearbeiten; so hat die R. Gen. Rom. die beschäftigten Gelbmesser anzuweisen, daß sie den von ihnen gebrauchten Gehülfen allerdings keine ihrer Geschäfte selbständig zu überlassen, sich denselben vielmehr nur zu bedienen haben, daß sie unmittelbar selbst daran Theil nehmen. Sie hat ihnen zu eröffnen, daß im Falle ihrer Kontravention gegen diese Anweisung, auf ihre Person eine Revision ihrer Vermessungen veranlaßt, und die Uebertretung ihrer Amts-Verpflichtung überdies, je nach dem Grade ihrer Verschuldung, mit Kassation und Geld- oder Gefängnißstrafe geahndet werden würde. Ihre Kommissarien aber hat die R. Gen. Rom. beauftragt, daß sie die unter ihrer Direktion beschäftigten Gelbmesser in Absicht auf die Einhaltung dieser Vorschriften aufs Sorgfältigste kontrolliren, und daß solches geschehen, die Ausführung ihrer Liquidationen bemerken. (N. XVIII. 983. — 4. 44.)

2) Zu §§. 82 sqq. In Betreff der Gebühren und Entschädigungen der Gelbmesser in den zum Ressort der Auseinandersehungs-Behörden gehörigen Gemeinden, vergl. das Regul. v. 25. April 1836 und die Instr. v. 16. Juni 1836. (Oben S. 168 u. 169 ff.)

3) Zu §§. 83. u. 84.

E. R. des R. Min. des I., Abth. II. (Röhler) u. Abth. V. (Beuth) v. 1. Sept. 1829 an sammtl. R. Reg. u. Gen. Rom. Erläuterung der §§. 83. u. 84. des Gelbmesser-Regl.

Der von der R. Reg. im Ver. v. 5. Juni d. J., die Beschwerde des Kondukteurs N. wegen Ermäßigung seiner Gebühren für die Vermessung des Amtes N. betr., vorgetragene Antrag über die Auslegung der §§. 83. u. 84. des Gelbmesser-Regl. tritt das unterm. Min. dahin bei:

Daß die im §. 84. bestimmten geringern Vermessungs-Gebühren auch in denjenigen Fällen festgesetzt werden sollen, wo Ackerflächen von resp. über sechzig und dreihundert Morgen vermessen worden sind.

Denn es kann keinem erheblichen Bedenken unterliegen, daß die Gegenstände der Vermessung, deren der §. 84. gedenkt, nur beispielsweise angeführt sind, indem nicht allein die Vermessung großer Ackerflächen sogar leichter und mit geringern Schwierigkeiten verbunden ist, als die Ausnahme großer Gütungs- und Waldflächen, sondern sich auch der im §. 84. ausgesprochene Grundsatz im §. 84. in gleichartiger Anwendung auf generelle Vermessungen der Felder nach der hier angenommenen Auslegung ausdrücklich anwendet. (N. XII. 518. — 3. 41.)

4) Zum §. 88. Vergl. R. v. 25. April 1843. (s. unten Zus. 6.)

5) Zu §§. 95 — 97. (Gebühren für Anfertigung der Karten.)

a) C. R. des R. Min. des I. für Gew. Ang. (v. Brenn) v. 14. März 1836, an sämmtl. R. Gen. Kom., und an die R. Reg. der Provinz Preuss. Gebührensätze der Feldmesser und Spezial-Kommissarien für angefertigte Vermessener Flächen.

Das Feldmesser-Regl. v. 29. April 1813 (N. 1827. S. 783. — 808.) hat Gebührensätze unter der Voraussetzung festgestellt, daß beim Auftragen der Karten Maßstab von $\frac{1}{25000}$ der wirklichen Länge angewendet worden; es enthält aber keine Bestimmungen darüber, wenn ein größerer, als der vorgedachte Maßstab, angeordnet oder gelegt wird.

Einzelne Auseinandersehungsbehörden haben sich deshalb veranlaßt gesehen, §. 13. des Feldmesser-Regl. zum Theil durch analoge Anwendung der für das Kopiren der Karten im §. 95 angegebenen Positionen zu ergänzen; — indeß finde ich die bestmögliche zu meiner Kenntniß gekommenen Grundsätze nicht überall angemessen, und sehe mich veranlaßt, auf Grund eines besonders eingeforderten Gutachtens der Ober-Bau-Deput. zur Publikation eines neuen Feldmesser-Regl., Folgendes zu bestimmen:

1) Wenn die Karten der für den Zweck einer Regulirung, Gemeinheitstheilung, Ablösung vermessenen Flächen nach einem größeren, als dem im Feldmesser-Regl. gesetzten gewöhnlichen Maßstabe, gezeichnet werden sollen; so erhält der Geometer Zulage, welche nach Verhältnis des größeren oder kleineren Maßstabes steigt oder fällt.

2) Dieselbe regulirt sich nach folgenden Sätzen:

Maßstab. Zulage auf 1388½ M. Fläche der Karte in 160 □ M. pro Morgen Aethr. Egr. Pf.

50 R. auf einen

Dezimalzoll	—	Pf.	—	—	—	1.
45	"	1	3	25	9	1½.
40	"	2	7	21	6	1¾.
35	"	3	11	17	3	2¼.
30	"	4	15	13	—	2½.
25	"	5	19	8	8	4.

3) Mit dieser nach Maßgabe der vermessenen und aufgetragenen Flächen bestimmten Zulage ist die Vergütung für den Maßstab, die Schrift zc. mit gewährt, und für dergl. weiter nichts.

4) Die obigen Sätze beziehen sich stets auf den Fall, daß eine Brouillon- und Reinkarten abgeliefert werden, fehlt eine dieser letzteren, so wird nicht der dritte Theil der Zulage, sondern nur der Satz für das Kopiren in Absatz gebracht.

5) Nach dieser Anweisung wird bei allen erst jetzt zur Festsetzung und Ankommen der Liquidationen verfahren, Reklamationen wegen derjenigen, welche vorher festgesetzt und angewiesen wurden, finden nicht Statt. (N. XX. 891. — 4. 72.)

b) R. des R. Min. des I., Abthl. II. (Bode) v. 27. Juni 1843, an die R. Gen. Kom. zu Berlin. Gebühren der Feldmesser für die Anfertigung der zweiten Reinkarten bei Gemeinheitstheilungen.

Auf den über die Beschwerde des Feldmessers N. v. 29. März d. J. unter dem 1. v. M. erstatteten Ber. ist das unterz. Min. mit der R. Gen. Kom. zwar darüber einverstanden, daß die Gebühren für die nach Maßgabe des C. R. v. 2. Jan. 1833 im Gutachten der Ober-Bau-Deput. v. 30. Nov. 1832 erst nach definitiver Feststellung der neuen Feldmarktheilungen abzuliefernden zweiten Reinkarten nicht nach der vermessenen Fläche und dem, durch solche bedingten Raume allein bestimmt werden, sondern daß vielmehr auch die farbige Anlegung der Grenzen, die Schrift, Erklärung der Maßstab u. s. w. dabei berücksichtigt und hiernach die Kopirungsvergütung bestimmt werden muß. — Ob für letztgedachte Gegenstände noch drei Zoll Breite im umzeichneten Raume anzunehmen, läßt sich dagegen im Allgemeinen und von vornherein nicht bestimmen, und ist daher in jedem einzelnen Falle zu beurtheilen. — Eben so ist es aber auch gerechtfertigt, den betr. Feldmessern das Doppelte der, nach obigen Sätzen zu arbitrierenden Kopirungskosten für die zweite, erst später zu fertigende Karte zu behalten; — denn abgesehen davon, daß der mit der Vermessung einer zu regulirenden Feldmark beauftragte Geometer, der Regel nach, nichts dazu beitragen kann, die neue Eintheilung derselben schleuniger festzustellen, und damit den Zeitpunkt herbeizuführen, wo er die zweite Reinkarte abzuliefern hätte, die desfallige Verzögerung also seiner Schuld liegt, finden sich — anderweit gemachten Erfahrungen zufolge — auch hinreichend geübte Zeichner, welche die Kopirung der Karten gegen regelmäßige Vergütung gern übernehmen, und ist daher zu der, in dem Erl. der R. Gen. Kom. v. 2. v. J. beliebten Maßregel um so weniger Grund vorhanden, als Sie auch anderweit Gelegenheit hat, die säumigen Feldmesser zur Erfüllung ihrer Verpflichtungen anzu-

Im Uebrigen ist nicht abzusehen, weshalb die R. Gen. Kom. sich mit der Ueberba-
der wegen der zweiten Kleinarten abgesetzten Gebühren befaßt, vielmehr werden diese
wie es das R. v. 2. Jan. 1833 bereits anordnet — zweckmäßig erst nach Ablieferung
s Karten auf eine besondere Liquidation festgestellt und angewiesen.

(Min. Bl. d. I. B. 1843. S. 226. Nr. 296.)

6) Zum §. 103. (Diäten.)

a) R. des R. Min. des I., Abth. II. (Vode) v. 25. April 1843, an die
R. Kom. zu Stargard. Reisediäten der Feldmesser und Kopialen für Ver-
messungs-Bonitirungs-Register.

Das Min. ist, wie der R. Gen. Kom. auf den Ver. v. 11. März d. J. eröffnet
mit Ihrer Ansicht, daß die in dem G. R. v. 17. Jan. 1826. (Anl. a.) enthaltene,
auf die Allerh. R. O. v. 9. ej. m. gründende Bestimmung, wonach den Feldmessern
Reisetage 1½ Thlr. Diäten zu gewähren sind, auch jetzt noch, namentlich in Bezug auf
Auswärtigerwerbungs-Geschäfte volle Gültigkeit habe, einverstanden, und kann sonach die
Vertheilung des Feldmessers N., welcher den für die sonstige Beschäftigung zulässigen
Diätensatz von 2 Thlr. auch für die Reisetage in Anspruch nimmt, nicht für
unbegründet erachten.

Daß dagegen den zweiten Punkt anbetrifft, so ist die Bestimmung im §. 88. des
Feldmesser-Regl. v. 29. April 1813, wonach der Feldmesser das Vermessungs-Register
in zwei Exemplaren ohne besondere Vergütung abzuliefern verpflichtet ist, auf die
Vermessungs-Bonitirungs-Register auch in dem beschränkten Sinne nicht auszu-
dehnen, in welchem die R. Gen. Kom. solche nach Ihrer Anzeige zur Anwendung bringt.
Es sind den Geometern künftig, wie dies auch bei anderen Behörden geschieht,
für beide Exemplare eines derartigen Registers nach einem billigen, der Eigen-
art der Arbeit entsprechenden Sage zu gewähren etc.

Anl. a.

In dem allgemeinen Regl. für die Feldmesser v. 29. April 1813 ist der gewöhnliche
Diätensatz für dieselben auf 1 Thlr. 15 Sgr. festgesetzt, jedoch zugleich bestimmt, daß ein
Zuschlag für die Tage, welche er des erhaltenen Auftrages wegen zur Reise anwenden
muss, auf 1 Thlr. 10 Sgr. täglich empfangen soll.

Da dieser Unterschied nicht hinreichend begründet ist, so haben des Königs Maj. auf
Antrag mittelst Allerh. R. O. v. 9. d. R. zu genehmigen geruht, daß im Diäten-
Satz für die Reisetage der Feldmesser und unbesoldeten Baukondukteure keine
Erhöhung stattfinden, sondern auch für die Reisetage der Diätensatz von Einem Tha-
ler und zehn Sgr. bewilligt werden soll.

Die R. Reg. hat sich nach dieser Bestimmung zu achten und solche durch die Amtsbl.
zumachen.

Berlin, den 17. Januar 1826.

Der Minister des Innern. v. Schumann.

An

die R. Reg., sowie an die R. Min. Bau-Kom. zu Berlin.

(Min. Bl. d. I. B. 1843. S. 161. Nr. 202.)

b) R. des R. Min. des I., Abth. II. (Vode) v. 16. Juli 1843, an die
R. Kom. zu Gumbinnen. Diätensätze für Feldmesser in Regulirungs- und Sepa-
rations-Angelegenheiten.

Der R. Reg. wird auf den Ver. v. 30. Mai v. J. Folgendes eröffnet:

Schon das Regl. v. 29. April 1813 setzt die Diäten der Feldmesser für Reisetage
auf einen geringern Betrag, als für Arbeitstage, nämlich auf 1 Thlr. 10 Sgr. fest, und
dies ganz allgemein, ohne Rücksicht auf die Art der Arbeit, zu welcher die Reise nöthig
ist, und es liegt deshalb, und weil es an einer anderweiten positiven Bestimmung
fehlt, kein genügender Grund vor, das in dem gedachten Reglement bei Bestim-
mung der Diätensätze für die Arbeitstage beobachtete Prinzip, wonach diese je nach
Verschiedenheit und Schwierigkeit der Arbeit verschieden festgestellt werden sollen, auch
bei Gelegenheit solcher Arbeiten vorkommenden Reisen, welche in allen Fällen
besonders schwerlich sein können, auszudehnen.

Die R. Reg. hat daher auch, da der Diätensatz für Reisetage der Feldmesser durch
die Allerh. R. O. v. 9. Januar 1826 gegründete Min. R. v. 17. ej. m. ganz allge-
mein auf 1 Thlr. 15 Sgr. erhöht worden ist, nach dieser Bestimmung künftig auch in den
Regulirungs- und Separations-Angelegenheiten zu verfahren, was, soviel hier bekannt, bei allen
Auswärtigerwerbungs-Behörden geschieht.

(Min. Bl. d. I. B. 1843. S. 226. Nr. 295.)

7) Zum §. 104.

R. des R. Min. des J., Abth. I. (Köhler) v. 25. Nov. 1827, an Bau-Insp. N. N. Diäten-Bewilligungen für kommissarische Aufträge

Auf Ihre Eingabe v. 3. d., wird Ihnen eröffnet, daß die von Ihnen unterm 25. d. J. eingereichte Verf. v. 19. Okt. 1826 sich auf Geschäfte bei der Gen. Kom. und die deshalb § 14. des Regl. v. 20. Juni 1817 gegebene spezielle Vorschrift bezieht, auf Geschäfte bei den landschaftlichen Credit-Direktionen keine Anwendung finden. Es muß daher bei dem Satz von 1½ Mthlr., welcher § 104. des Feldmesser-Regl. v. April 1813 für einen Arbeitstag der gewöhnliche Diätensatz ist, verbleiben.

(N. XI. 927. — 4. 47.)

8) Zum §. 118.

R. des R. Min. des J., Abth. II. (Gardenberg), v. 19. Febr. 1829 die R. Gen. Kom. für die Kurmark Brandenburg und für Sachsen. Zur rechtigung der Feldmesser zur Extrapost.

Der R. Gen. Kom. wird auf Ihre Anfrage im Ver. v. 9. d. M. eröffnet, daß Feldmesser kein Recht haben, Extrapost zu liquidiren, dieselben vielmehr zur Kategorie jenen Beamten gehören, die ihre Reisen mit der ordinären Post machen müssen.

(N. VI. 59. — 1. 25.)

B. Rechtsverhältnisse der Feldmesser und Kondukteure Bezug auf ihre Privat-Angelegenheiten.

a) Im Allgemeinen vergl. die betr. Abschn. bei der Staatsdienst-Prag (in Thl. III. des Werkes).

b) Insbesondere rücksichtlich:

a) des Heiraths-Konsenses.

1) In Folge der R. D. v. 9. Juli 1839, worin jede präventive Sichtung der von Civilbeamten zu schließenden Ehen für unerlaubt erklärt den war, wurde durch den Beschluß des Staats-Min. v. 7. Nov. 1839 (S. Bl. 1839. S. 302.) festgestellt, daß nur die bei der Wittwen-Verpflegung receptionsfähigen Civilbeamten des Ehelconsenses bedürfen.

2) Vergl. R. des R. Min. des J. v. 21. Juli 1828. (Oben S. 165)

β) Exekution wegen Schulden.

Die besonderen Rechte der Beamten bei den wegen Schulden gegenhängen Exekutionen, kommen den in Eid und Pflicht genommenen Feld- und Bau-Kondukteuren gleichfalls zu statten.

1) Bei Auspfändungen müssen ihnen daher die zur Verwaltung des stöß erforderlichen Gegenstände, das unentbehrlichste Hausgeräth, Betten, bliche Kleider und Wäsche, auch die nothdürftige Wäsche, Kleider und Bett- Frau und Kinder freigelassen werden, wosern nicht die Schulden aus uner- Handlungen entsprangen, in welchem Falle jede Exemption wegfällt. (N. Anh. §§. 156. 157.); auch ist das sich vorfindende baare Geld bis auf die derjenigen Summe, welche dem Betrage des gesetzlich freibleibenden Theils Dienst Einkommens für den Zeitraum von der Exekution bis zum nächsten der Gehaltszahlung gleichkommt, der Auspfändung nicht unterworfen. (N. v. 11. Dec. 1831, W. S. 1832. S. 2.)

2) In Betreff der Gehaltsbeschlagnahme im Wege der Exekution steht den Feldmessern und Bau-Kondukteuren, welche bei öffentlichen Besch- beschäftigt oder angestellt sind, rücksichtlich ihrer Dienst Einkünfte das legium der Beamten zu, das Einkommen bis zu 400 Thlr. ganz, und das

1) Dies R. kann für vollständig antiquirt nicht erachtet werden. Denn wenn nach dem R. v. 26. Nov. 1836. (N. XX. 890, s. oben S. 170.) die Feld- Sachen des Ressorts der Gen. Kom. nach dem Kosten-Regul. v. 1836 zu liquidiren haben, so müssen sie doch in anderen Sachen nach dem Feldmesser- v. 1813 liquidiren.

die Summe übersteigenden Beträge die Hälfte frei zu behalten¹⁾). Es blühte hierüber die R. O. v. 19. Jan. 1833, wegen der Exekutionen gegen Delonomie-Kommissarien, Feldmesser und Bau-Kondukteure.

Um die Nothstelle zu beseitigen, welche für den öffentlichen Dienst daraus entsteht, wenn die in Eid und Pflicht genommenen Delonomie-Kommissarien, Feldmesser und Bau-Kondukteure durch den Schulden halber wieder sie verhängten Personal-Arrest, durch Beschlagnahme des Gesamtbetrages ihrer deservirten Gebühren, der Fortsetzung und Beendigung der ihnen übertragenen Arbeiten entzogen werden, bestimme Ich nach dem Antrage des Staats-Min. v. 31. v. M., daß wieder solche Beamte, während der Dauer ihrer Anstellung auf sicke Diäten bei öffentlichen Behörden, bezgl. während der Dauer der von öffentlichen Behörden ihnen übertragenen Beschäftigung, der Personal-Arrest Schulden halber überhaupt nicht vollzogen, und in Ermangelung anderer Zwangs-Objecte, die Exekution in ihr Einkommen nur nach Maßgabe § 160. des Anh. d. R. O. zulässig sein soll, wogegen es außer diesen Fällen bei den bisherigen gesetzlichen Bestimmungen sein Bewenden behält. Das Staats-Min. hat die Anordnung an die G. S. bekannt zu machen.

Berlin, den 19. Jan. 1833.

Friedrich Wilhelm.

(G. S. 1833. S. 4.)

Dazu:

aa) E. M. der R. Verw. für G., F. u. Bauw. (Rother) v. 16. April 1833, an sammtl. R. Reg., ausschließlich der Rheinischen, jedoch incl. derjenigen zu Düsseldorf. Verfahren bei Beschlagnahme der von den Baukonduktoren, Feldmessern und Delonomie-Kommissarien im Auftrage öffentlicher Behörden deservirten Gebühren.

Der R. Reg. wird befohlen, Abschrift einer von dem Justiz-Min. Räthler unterm 1. R. an das hiesige R. Kammerger. erlassenen und hierher mitgetheilten Verf., betr. Verfahren bei Beschlagnahme der von den Baukonduktoren, Feldmessern und Delonomie-Kommissarien im Auftrage öffentl. Behörden deservirten Gebühren, zur Nachricht und Ausführung zugefertigt (Anl. a.).

Anl. a.

Der Reg.-Baukondukteur N. hieselbst hat über die von dem R. Kammerger. in der Sache des Maurermeister N. wider ihn veranlaßte Beschlagnahme seiner Gebühren in hiesigen Spezial-Separationsache bei dem Justiz-Min. Beschwerde geführt, ist aber derselben als unbegründet zurückgewiesen worden, da das Verfahren des Kollegiums durch die R. O. v. 19. Jan. 1833 gerechtfertigt wird.

Das Kollegium wird indeß aus Veranlassung dieses Falles hierdurch aufgefordert, vor der wirklichen Beschlagnahme der von Baukonduktoren, Feldmessern und Delonomie-Kommissarien im Auftrage öffentlicher Behörden deservirten Gebühren, zunächst die Behörden, bei welchen die betr. Beamten beschäftigt worden sind, über die Beendigung dieser Beschäftigung und über die Zulässigkeit der Gebühren-Beschlagnahme nach Maßgabe der R. O. v. 19. Jan. 1833 (G. S. S. 4.) zu kommunizieren, und demnachst weitere zu veranlassen.

Berlin, den 26. März 1833.

Der Justiz-Min. Räthler.

des R. Kammergericht.

(R. 20. 268. — 2. O. — Jahrb. Bd. 47. S. 320, Gräff, Bd. 10. S. 124.)

Bei der Berechnung der Gehaltsabzüge der Feldmesser und Baukondukteure wird das Verfahren analog anzuwenden sein, welches in dem R. des Justiz-Min. (Räthler) v. 1. Aug. 1831 (Jahrb. Bd. 38. S. 118., Gräff, Bd. 8. S. 334.), in Betreff des mit Beschlag belegten Einkommens der Justizkommissarien, vorgeschrieben ist. Demnach wird ein Feldmesser oder Baukondukteur, wenn nicht sein sammtliches Einkommen mit Arrest belegt, und bis auf den abzugsfreien Betrag zum Depositorium eingezogen wird, am Schlusse eines jeden Quartals die selbst erhobenen Beträge manifestiren müssen. Was ihm alsdann an der Kompetenz fehlt, wird ihm aus den Depositalbeständen zu zahlen, am Jahreschluß aber durch eine Hauptabrechnung festzustellen sein, ob etwas und wie viel an die Gläubiger gezahlt werden kann.

ßß) R. v. 6. Juni 1837. Beschlagnahme von Vermessungsgebühren Kondukteure.

Auf Ihre Beschwerde v. 28. v. M. in Sachen M. ca. L. und R. wird eröffnet, daß die Beschlagnahme der Vermessungsgebühren des Reg.-Kondukteurs d. dings gegen die Vorschrift der Gesetze verfügt war, indem die Bestimmung des Tit. 29. Th. I. A. G. D. durch den Anh. S. 160. und rücksichtlich des Kondukteurs die Allerh. R. D. v. 19. Jan. 1833 abgeändert worden ist. Wenn auch der gewöhnlichen Wege schon verhängt gewesen ist, so mußte dennoch bei der offenkundigen Unzulässigkeit die Wiederaufhebung verfügt werden. Der §. 58. Tit. 29. Th. I. A. wonach der einmal verhängte Arrest auf einseitige Gegenvorstellungen nicht wieder hoben werden soll, betrifft nur die Rechte der Parteien gegen einander, wogegen Arrestverfügungen, welche gegen die Gesetze und die öffentliche Ordnung erfolgt sind, unter nicht begriffen werden können.

Hier folgt die gesetzliche Unzulässigkeit aus den Dienstverhältnissen des Ar. daher die von dem R. D. L. G. zu S. verfügte Wiederaufhebung gesetzlich gerechtfertigt, wobei es betenden muß.

(Acta gen. des Justiz-Min. D. Nr. Vol. 3. fol. 182., Ergänzung u. Erläut. der Rechtsb. 2. Ausg. Bd. 8. S. 596.)

Wegen Ansprüchen aus unerlaubten Handlungen und kurrenter öffentlicher Abgaben kann jedoch das ganze Einkommen wegen Alimentenforderungen, soweit sie vom Tage der Klageanstellung laufen, die Hälfte des ganzen Einkommens in Beschlag genommen werden.

(A. G. D. I. 24. Anh. §§. 168—170. u. Ergänzung u. Erläut. der Preuss. R. dazu.)

3) Die Befreiung vom Personal-Arreste wegen Schulden den bei öffentlichen Behörden angestellten oder beschäftigten Feldmesser Bau-Kondukteuren in dem gesetzlichen Umfange dieses Privilegiums gleich zu Statten.

(A. G. D. I. 24. Anh. S. 174. u. R. D. v. 19. Jan. 1833, s. oben S. 195.)

In Betreff der Bestimmung, wonach auch Beamte zur Ableistung Manifestations-Eides durch Personal-Arrest angehalten werden können, vergl. das R. des Justiz-Min. v. 20. Aug. 1835.

(Jahrb. Bd. 46. S. 119., Gräff, Bd. 8. S. 201.)

γ) Besteuerung.

Die Befreiung der Staatsbeamten von öffentlichen Lasten auf Grund des §. 112. Tit. 10. Thl. II. A. L. findet nicht ferner statt. Eine Befreiung derselben von Grund- und Gewerbe-Steuern stand ihnen damals zu; in Betreff der Klassensteuer ist ihnen solche bereits durch das R. v. 30. Mai 1820. §. 2. (G. S. 1820. S. 140.) entzogen, und die indirecten Steuern lassen ihrer Natur nach keine derartige Ausnahme zu.

Von Gemeinbelasten genießen die Beamten gleichfalls Befreiung.

Ueber die Höhe der Beitragspflichtigkeit zu den Kommunal-Abgaben das Gesetz v. 11. Juli 1822. (G. S. 1822. S. 184.)

δ) Betreibung von Gewerben.

Die Bestimmungen im §. 19 der R. v. 2. Nov. 1810 (G. S. 1810. S. 263.) und im §. 81 des Ed. v. 7. Sept. 1811 (G. S. 1811. S. 263.), welche dem R. des R. Min. des J. u. d. F. v. 19. Juli 1821 (A. V. 517.) auch den neu- und wiedererworbenen Provinzen gelten, wonach Beamte, um Gewerbe zu betreiben, die Erlaubnis der Dienstvorgesetzten einholen müssen, jedoch aus dem Besitze von Landgütern die Befugnis folgt, die mit dem Betriebe der Landwirth-

ähnlich verbundenen Gewerbe zu betreiben, gelten auch in Betreff der im Auftr. des Staats angestellten Feldmesser und Bau-Kondukteure.

Vergl. übrigens die Vorschriften des §. 19. der Gewerbe-O. v. 17. Jan. 1817 (oben S. 161.)

Zweite Unter-Abtheilung.

Die Staats-, San- und Begebeamten.

I.

Vorschriften in Betreff der Staats-, und San-Beamten.

a) Vergl. im Allgemeinen Tit. I. (Oben S. 95 ff.)

b) Die Instr. zur Geschäftsführung der Reg. v. 23. Okt. 1817.

Tit. II. §. 12. Nr. 1. Litt. i. bestimmt, daß die Anstellung der Bau-Insp. und der Land- und Wasser-Baumeister auf den Ver. der von dem betr. Min. erfolgen soll. (O. S. 1817. S. 255.)

c) Ueber den Nachweis der Befähigung der Bau-Insp. und Baumeister durch wissenschaftliche Prüfung vergl. oben S. 96 ff. Tit. I. Unter-Abth. I. ad II.

d) Uniform der San- und Begebeamten.

1) E. R. des K. Fin. Min. (Raaben) v. 4. Juli 1834 an sämtliche

Auf den Ver. der K. Reg. v. 19. Mai d. J., setze ich hiermit fest, daß die Bau-Insp. zur Uniform-Klasse Nr. 6¹) gehören. (N. XVIII. 640. — 3. 8.)

2) E. R. des K. Fin. Min., Abthl. für G., O. und Bauw. v. 21. 1834.

Mitteltst Allerh., sammtl. K. Reg. anderweit mitgetheiltes, K. D. v. 12. Nov. 1831, welche Uniformen, welche die Civilbeamten zu tragen haben, vorgeschrieben worden.

Nach der zu derselben gehörenden übersichtlichen Zusammenstellung, welche die Farbe und den Schnitt des Rock, den Kragen und Aufschläge, die Stulderel, die den Degen und das Portepée, den Hut zc. für die Staats- und mit Ausnahme derer auch für die Interims-Uniformen bestimmt, sollen die Begebau-Insp. in Uniformen einen carmoisinrothen stehenden Kragen und eben solche Aufschläge

fernerhin am 4. Juli d. J. ist mittelst E. R. des K. Fin. Min. erläuternd bestimmt, daß die Bau-Insp. zur Uniform-Klasse Nr. 6 gehören, was daher auch für San- und Begebau-Insp. gilt.

Der wirklich sogleich angestellten Begebaumeister war in jener übersichtlichen Zusammenstellung nicht erwähnt, doch ist diese Lücke durch zwei an die K. Reg. zu Koblenz und unterm 31. Mai und 8. Juni 1832 von dem vormaligen Min. des J. für G. u. B. erlassenen Verf. dahin ergänzt worden, daß den Begebaumeistern, die Uniform-Beamt. des Reg.-Kollegii nach der Uniform-Klasse Nr. 7 zustehe, und das E. R. v. 4. Jan. c. ist auf eine von der K. Reg. zu Aachen gemachte Anfrage: ob zu den von der vierten Uniform-Klasse abwärts zu tragenden Interims-Uniformen, Kragen und Aufschläge von derselben Farbe, wie bei der Staats-Uniform, oder wie bisher von demselben blauen Tuche, wie der Rock selbst gefertigt werden sollen?

das K. Staats-Min. am 25. Sept 1833 entschieden worden

• daß es hierunter bei der bisherigen Form der Interims-Uniform verbleiben müsse.

Endlich ist durch die den sammtl. K. Reg. unterm 27. März 1832 mitgetheilte, K. D. v. 17. desselb. M. u. J., den Baubeamt. das Tragen der Ueberröcke und Mäntel, nach Analogie dessen, was für die Berg-, Post- und Steuer-Beamten mit ist, gestattet worden.

Das ist die Uniform der Assessoren. Vergl. darüber den betr. Abschnitt in Th. III. des Werkes (Staatsdienst-Pragmatik).

tair-Invaliden oder andere gleich berechnigte Individuen, namentlich Freiwillige aus den Kriegsjahren 1813 dazu außersehen werden¹⁾)

§. 6. Mit Ausnahme der aus den vorhandenen etatsmäßigen Offizianten bestehenden Chaussée-Aufsicher, soll künftig niemand zu einer solchen Stelle befördert werden bevor er sie nicht eine Zeitlang auf Probe versehen hat. So lange dies dauert, hat der vorgesetzte Wegebaumeister mit besonderer Sorgfalt zu beobachten, um sobald als möglich ein sicheres Urtheil über seine Qualifikation erlangen und die Prüfungsberechtigung abnehmen können. In keinem Falle darf sie den Zeitraum von zehn Monaten überschreiten. Nach Ablauf dieser Frist die Vorgesetzten noch Bedenken, sich für die Anstellung zu sprechen, so ist der Prüfungskandidat wieder zu entlassen.

Während des Probendienstes hat derselbe auf Fortgenuß seiner Militär-Pension keinen Anspruch, erst nach seiner Entlassung tritt er in den früheren Bezug zurück.

§. 7. Außer den Chaussée-Aufsichern sollen in Zukunft ständige Wärter und Arbeiter für den Bau und die Unterhaltung der Chausséen nicht mehr angestellt werden. Der Allerh. Genehmigung von dem K. Kriegs-Min. und dem Herrn Chef der Verm.- u. G. und Bauw. unter dem 27. Aug. 1836 erlassene Regulativ, die Anstellung der civilversorgungsberechtigten Militär-Invaliden als Wegewärter und deren Dienst-Entlassung betr.²⁾, wird in allen seinen Bestimmungen hierdurch auf die Chaussée-Aufsicher anwendbar erklärt. Nur hinsichtlich der Dauer der Probezeit wird auf die im vorstehenden enthaltene Modifikation verwiesen.

1) Dazu:

- E. M. des K. Fin. Min. (Beuth) v. 27. Juli 1842 an sammtl. K. Reg.
- Es sind darüber Zweifel entstanden,
 - ob bei Verleihung von Chaussée-Aufsicher-Stellen Freiwillige aus den Kriegsjahren mit versorgungsberechtigten Militär-Invaliden zur Konkurrenz gelangen können?
- Zur Beseitigung derselben wird der K. Reg. in Uebereinstimmung mit der K. Rechn.-Kammer, eröffnet, daß, da in dem Allerh. genehmigten Staats-Min.-Schlusse v. 12. Okt. 1837 zu 4. (N. 1838. S. 4) allgemein und unbedingt ausgesprochen ist, daß für jetzt jene Freiwilligen mit den gedachten Militär-Invaliden zur Konkurrenz sollen gelangen können, erstere in Bezug auf die Befähigung zu Chaussée-Aufsicherstellen für völlig gleich berechnigt erachtet werden müssen. (Min. Bl. d. i. V. 1842. S. 290. Nr. 401.)

2) Das E. M. der K. Chaussée-Verw. (Kother) v. 4. Nov. 1836 an sammtl. K. Reg. welches dies Regulativ publizirt, lautet (mit seinen Anlagen) dahin:

- Der K. Reg. werden anl. (a u. b) Exemplare des, von des Königs Maj. v. 5. Aug. d. J. Allerh. genehmigten, von dem K. Kriegs-Min. und von mir vorgelegenen
- Regulativs wegen Anstellung der civilversorgungsberechtigten Militär-Invaliden als Wegewärter und deren Dienstentlassung u.
- zur genauen Befolgung und zur Vertheilung unter die Wegebaubeamten mit Beifügen zugefertigt, daß nur in den Fällen, wo es an qualifizirten, mit civilversorgungscheinen versehenen Invaliden zu den Wegewärter-Stellen fehlt, geeignete Tagearbeiter angenommen werden dürfen, die jeden Tag und ohne Weiteres von den Wegebaubeamten wieder entlassen werden können.
- Die vorgeschriebene ärztliche Untersuchung muß jederzeit von dem wohnenden Kreisphysikus erfolgen, und sind daher diese Beamten auf den des §. 2. besonders aufmerksam zu machen, damit sie bei ihren Untersuchungen die Arbeiten und Strapazen, welchen die Wegewärter unterworfen sind, bei Ertheilung des Qualifikations-Attestes, gehörig und pflichtmäßig berücksichtigen.

Anl. a.

- Auf Ihren Ver. v. 19. Juni und 9. Juli d. J. genehmige Ich das vorgehende, wegen Anstellung und Dienstentlassung der civilversorgungsberechtigten Militär-Invaliden als Wegewärter abgefaßte Regulativ (Anl. b.) und ermähle Sie, dasselbe zu vollziehen und wegen dessen genauer Ausführung die erforderlichen Verf. zu erlassen. Teplik, den 5. Aug. 1836.

Friedrich Wilhelm.

Anl. b.

Regulativ.

- Die seit längerer Zeit in einzelnen Fällen erlassenen Bestimmungen des sammtl. K. Min. des J. für G. u. G. Ang. und der Chaussée-Verw., sowie die

§ 8. Der Sold eines Chauſſee-Aufſehers ſoll, ſowohl während der Probezeit, als bei der erfolgten Annahme, monatlich in wohlſtehen Gegenden in 12 bis 13 Thlr., in ſtraß Gegenden in 14 höchſtens in 15 Thlrn. beſtehen.

Der E. B. v. 26. April 1831 (N. S. 400*) ertheilten Vorſchriften über die vorſucheweife angeordnete Veranſtaltung der Anſtellen durch auf Tagelohn angenommene Wäiter, ſind von mehreren R. Reg. mißverſtanden worden und haben zur Folge gehabt, daß ſie verſchiedene Grundſätze bei Anſtellung der vorſuchausgezeichneten Invaliden als Wegewärter und deren Dienſtentlaſſung und Penſionsgewährung angenommen haben. Zur Erreichung eines übereinkommenden Verfahrens bei Annahme, Erloſſung und Penſionsgewährung der Wegewärter werden daher, auf Grund der Allerh. Genehmigung Sr. Maj. des Königs nachſtehende Vorſchriften ertheilt.

§ 1. Die Verſetzung der Wegewärterſtellen bleibt den R. Reg., wie bisher überlaſſen, doch dürfen dieſelben dieſe Stellen ohne beſondere Genehmigung des Chefs der Chauſſee-Verw., nur mit ſubverſorgungsberechtigten Militär-Invaliden beſetzen, wie überhaupt eine Ausnahme hiervon nur zugelassen werden ſoll, wenn nicht qualifizierte, mit Civil-Verſorgungsscheinen verſehene Invaliden vorhanden ſind.

§ 2. Verſorgungsberechtigte Militär-Invaliden ſollen nur bis zum vollendeten 45. Lebensjahre nach vorheriger ärztlicher Unterſuchung und Beſcheinigung: daß der Geſundheitszuſtand der Anſtellungſuchenden ſo beſchaffen ſei, daß ſie in jeder Jahreszeit die nöthigen Arbeiten als Wegewärter verrichten können, nach einer einjährigen Probezeit — nachdem ſich die R. Reg. von ihrer Qualifikation und moraliſch guten Führung genügend überzeugt haben — als Wegewärter und zwar unter der ausdrücklichen Bedingung angeſtellt werden, daß ſie nach vorgängiger dreimonatlichen Kündigung ſofort wieder entlaſſen werden können, ohne einen Anſpruch auf Verwilligung einer höhern Penſion, als das, von ihrer Annahme bezogene Militär-Anwobengeld zu haben; es ſei denn, daß der am Schluſſe des §. 4. erwähnte Fall eintritt**).

§ 3. Wird nach Ablauf der einjährigen Probezeit die Anſtellung eines Militär-Invaliden als Wegewärter von den R. Reg. verſagt, ſo nimmt der betr. Wegbau-Verwalter mit demſelben eine Engagements-Verhandlung auf, in welcher ſeine Dienſtverpflichtungen ſpeciell aufgeführt werden, zu deren treuer Erfüllung er durch Abtretung des vorſchriftsmäßigen Dienſtgeldes oder mittelſt Handſchlag an ſeinen Staat und Hinweiſung auf ſeinen früher geleisteten Eid verpflichtet wird, und in welchen er nicht allein allen Anſprüchen auf Penſion entſagen, ſondern ſich auch der §. 2. gedachten Bedingung, daß ſeine Entlaſſung nach vorgängiger dreimonatlicher Kündigung ſofort erfolgen könne, ausdrücklich unterwerfen muß.

§ 4. Wird ein als Wegewärter angenommener Militär-Invalide vor Ablauf der einjährigen Probezeit oder vor der, im vorhergehenden §. gedachten Engagements-Verhandlung wirklich erfolgten Anſtellung wegen anerkannter Unbrauchbarkeit oder ähnlicher Uſachen und nicht wegen strafbarer Verbrechen, welche den Verluſt der Penſion nach ſich ziehen, wieder entlaſſen, ſo ſoll ihm ſeine Militär-Penſion, welche er vor der Probebeſchäftigung als Wegewärter bezogen

Vergl. oben sub I. S. 198 Note 1.

Mit Bezug hierauf ſchreibt das Publ. der R. Reg. zu Breslau, v. 10. Sept. 1849, vor:

Diejenigen, welche eine ſolche Anſtellung nachſuchen, haben daher

- 1) den Civil-Verſorgungsschein,
- 2) ihren Geburtsſchein, und
- 3) das vorgeſchriebene ärztliche Atteſt

einzureichen.

Wenn dieſe Atteſte genügend befunden worden, werden ſie der R. Wegbau-Inſpektion zur Prüfung zugewieſen, und nachdem ſie in dieſer die nöthige Fertigkeit im Leſen, Schreiben und Rechnen dargeſtellt haben, in die Expektanzenliste aufgenommen.

Die Expektanten werden demnach wohl thun, bald möglichſt, gegen das künftige Tagelohn, als Hülfshorbeiter auf einer ihnen zugewieſenen Chauſſeeſtrecke einzutreten, indem ſie ſich dadurch, vorbeſtandlich der vorſtehenden Bedingungen ihrer Anſtellungsfähigkeit, Anſpruch auf vorzugsweiſe Verückſichtigung erwerben.

(Wtm. Bl. d. L. B. 1849. S. 202. Nr. 280.)

Außerdem erhalten sie in den 2. vorhandenen Chausseebäufern freie Wohnung, bisher ein Wegewärter, oder wenn dergl. Häuser nicht vorhanden sind, eine monatliche Entschädigung von Einem Thaler.

Gerader können sie in den Genuss der Grasnutzung, soweit sie dem Staate zugehörig und nicht etwa schon einem Andern zur Benutzung zugetheilt worden ist, mit Vorbehalt jederzeitigen Widerrufs gesetzt werden.

§. 9. Dem Chaussee-Aufsichtsrath liegt ob, die Straßenunterhaltungs-Arbeiten selbst zu betreiben, theils durch die ihm von dem Regimentsbauinspector zu überweisenden Arbeitern ordentlich und zweckmäßig betreiben zu lassen, sowie darüber zu wachen, daß in den Bezirken nichts geschehe oder gebauet werde, was den Gebrauch der Straße beeinträchtigt.

Bei Ausübung dieser Verpflichtung sollen ihm die in der Anordnung zur Einrichtung der bei den Kunststraßen angestellten Beamten v. 6. April 1834 im 2. Theile bis einschließl. 7. enthaltenen Bestimmungen, von welchem eine Ausfertigung dem Regiments beigelegt ist (Anl. b.) zur Richtschnur dienen.

§. 10. Er muß seinen Distrikt täglich ganz (wenn er nicht über 1 1/2 Meilen lang oder wenigstens zur Hälfte (wenn er größer ist) begeben; im Falle er jedoch durch andere Unterbrechungen gehaltene Berufsarbeiten abgehalten wird, ist er befugt, einem zuverlässigen Arbeiter den Weggang statt seiner aufzutragen, damit polizeiwidrige Vorfälle unentdeckt bleiben.

§. 11. Zu den, dem Chaussee-Aufsichtsrath zu überweisenden Hülfarbeitern sind zunächst die bisherigen etatsmäßig angestellten Wegewärter zu verwenden.

Dieselben werden jedoch mit Belohnung ihres Einkommens, ihrer Befehls- und sonstiger ständigen Dienst-Emolumente, sowie ihrer Ansprüche auf Pension v. 1. April 1836 an den Chaussee-Aufsichtsrath untergeordnet, und haben folglich deren dienstlichen Anordnungen unweigerlich Folge zu leisten. Sie können vorzugsweise mit der polizeiwidrigen als Stellvertreter des Aufsichtsraths (§. 10.) beauftragt werden.

§. 12. Welchen jedoch die vorhandenen etatsmäßigen Wegewärter zur Ausfüllung der vorkommenden Arbeiten nicht aus, so sollen außerdem Tagelöhner angenommen werden.

Mit diesen Tagelöhnern darf aber kein Verhältniß eingegangen werden, was sie etwas anderem berechnen könnte, als ihren Lohn für ordentlich geleistete Arbeit, oder wöchentlich zu empfangen. Sie sind niemals für eine längere Dauer als für 6 Wochen anzunehmen, auch ist darauf zu halten, daß sie nicht ununterbrochen ein ganzes Jahr lang im Chausseebaudienste beschäftigt werden, damit sie nicht sich gewöhnlich Verhältniß als ein fortwauerndes zu betrachten und irgend welche Ansprüche an Chaussee-Fonds daraus herzuleiten.

§. 13. Bei der Annahme der Tagelöhner sind jederzeit die zur Civilverfassung berechtigten Militär-Invaliden zunächst zu berücksichtigen, um ihnen sowohl einen angemessenen Erwerb, als Gelegenheit zu verschaffen, sich zu Chaussee-Aufsichtsrath auszuweisen. Die Bestimmungen des vorigen §. erleiden aber hinsichtlich ihrer keine Ausnahme.

§. 14. Die Zahl der dem Chaussee-Aufsichtsrath zur Bearbeitung und zur allgemeinen Unterhaltung der Chaussees zeitweise zuzuordnenden Hülfarbeiter bestimmt der

- hat, aus dem Militär-Pensions-Fonds wieder geteilt werden. Erfolgt keine Entlassung aber erst nach Verlauf eines Jahres und nachdem seine Anstellung durch Annahme der vorgedachten Engagements-Verhandlung geschehen war, so hat der Chaussee-Verwaltung aus ihrem Fonds jedenfalls dasjenige zu gewähren, was ihm nach seinen Militärverhältnissen zusteht, doch kann er auch nach Militär-Gesetzen, durch den §. 2. des Pensions-Gesetz v. 31. April 1823 gestatteten Militär-Pensions-Bewilligung Er. Maj. dem Könige durch den Chef der Militär-Verwaltung im Vorschlag gebracht werden. Ein beschlüssiger Antrag kann aber nur einer zehnjährigen Dienstzeit als Wegewärter stattfinden.

§. 15. Die Entlassung der hiernach auf Kündigung angenommenen Wegewärter soll auf vorgängige durch den Reg. und Bau-Rath oder durch den Reg. Bau-Inspector des Reg. Depart. zu führende Untersuchung der Dienstverhältnisse, Bemerkungen und sonstigen Entlassungsgründe, jedoch nur nach Genehmigung des Reg.-Chef-Präsidenten erfolgen.

§. 16. Nach diesen Bestimmungen haben sich die 2. Reg. sowie die untergeordneten Wegebaubeamten, für die Folge genau zu achten.

Berlin, den 27. Aug. 1836.

Erleg.-Ministerium,
für den Erleg.-Minister.
v. Schöler.

Der Wirk. Geh. Rath und Chef der
Berm. für d. k. u. Baum. u.
Köther.

Begebaumeister, dessen Sache es demnächst vorzüglich ist, sich von dem Vorhandensein solcher kräftiger und arbeitsamer, mit Civilversorgungsbescheinungen versehenen Invaliden in Kenntniß zu setzen.

Dahingegen ist es die Pflicht des Chaussee-Aufsehers, sich von der Brauchbarkeit der Jungs, den und überhaupt der Hülfswarbeiter zu überzeugen und dem Begebaumeister über mündlichen Rapport zu erstatten, damit derselbe entlegliche Subjekte sofort abwählen könne.

§ 15. Der Chaussee-Aufsicher muß die nöthentlichen Requisiten aufstellen und bei der Ausübung der Löhne u. jedesmal gegenwärtig sein. Niemals darf er eine Auspöschung vornehmen, es würde dies seine augenblickliche Entlassung zur Folge haben.

§ 16. Auch sonstige in seinem Distrikte vorkommende Chausseebau-Ausführungen, welche auf Rechnung oder im Verdinge ausgeführt werden, muß er, sofern er nicht ausdrücklich davon entbunden wird, beaufsichtigen und darauf halten, daß sie vorschriftsmäßig tüchtig und im eilenden Falle so wohlfeil als möglich ausgeführt werden. Von dem in Umgegend seines Distrikts sich vorfindenden, sowohl schon bekannten als noch unbekannten Material-Fund-Ortern muß er sich auf das Genueste unterrichten und darauf halten, daß in den Steingruben das schlechtere weiche Material auf die Seite geräumt und nur das festere in die abzuliefernden Haufen aufgesetzt; daß zur Verhütung des Abbruchs der Abraum zeitig genug und gehörig beseitigt, die Ab- und Zufahrtswege in Ordnung gehalten, die Material-Haufen auf der Chaussee nach richtigem und reichlichem Abstand aufgesetzt und sodann nach Vorschrift hineingeschlagen werden.

§ 17. Sowie der Begebaumeister ihn von der jährlich bewilligten Menge des Pflasterungs- und Unterhaltungs-Materials und von der getroffenen Anordnung, wer liefern und woher und wie solches geliefert werden wird, in Kenntniß gesetzt hat, so ist der Chaussee-Aufsicher für die Innehaltung der Pflasterungsfrist pünktlich mit Sorge zu sein und das Material jederzeit dahin abliefern lassen, wohin es bestimmt ist.

Nach geschehener Abnahme der gelieferten Materialien durch den Bezirks-Begebaumeister hat der Chaussee-Aufsicher noch im Besitze dessen jeden Haufen mit Weiskalt zu versehen.

Die verbliebene Vorräthe müssen jederzeit vor der Pflasterung neuer Materialien in kleine Haufen von $\frac{1}{2}$ bis $\frac{3}{4}$ Schachteln groß zusammengebracht werden.

§ 18. Der Chaussee-Aufsicher ist endlich auch verpflichtet, auf die regelmäßige Abfuhr des Abbruchs seine Aufmerksamkeit zu richten, Mißbräuche gehörigen Orts zu rügen zu bringen und den Chausseegeld-Einnehmern, wenn sie bei Ausübung ihrer Pflichten Widerstand finden, auf Verlangen Hülfe zu leisten.

Berlin, den 8. Sept. 1837.

Der Finanz-Minister. Graf von Alvensleben.

Anl. b.

Anweisung

zur Dienstführung der bei den Kunststraßen angestellten Beamten.

Wegewärter u.

§ 2. Die Arbeitsstunden des Wegewärters sind in der Regel:

- a) vom 1. April bis Ende Sept. von 6 bis 11 und von 1 bis 8 Uhr;
- b) in den Monaten März und Okt. von 6 bis 11 und von 1 bis 7 Uhr;
- c) in den Monaten Febr. und Nov. von 7 bis 11 und von 1 bis 6 Uhr; und
- d) in den Monaten Jan. und Dec. von 8 bis 11 und von 1 bis 6 Uhr.

§ 3. Der Wärter muß in den vorgeschriebenen Arbeitsstunden ununterbrochen mit erforderlichen Werkzeugen auf der Straße beschäftigt sein.

§ 4. Auch an Sonn- und Festtagen hat der Wärter seinen Distrikt zu besichtigen. An solchen Tagen können Wegewärter durch ihre Nachbarn sich zuweilen unterstützen lassen.

§ 5. Der Wegewärter ist verpflichtet, den vorgeordneten Begebaubeamten Gehorsam zu leisten und deren Anweisungen zu befolgen.

Ohne besonderen Auftrag liegt im Allgemeinen ihm ob:

a) die Aufsicht über die Hülfswarbeiter und die Fuhrer. Er muß darauf sehen, daß die gelieferten Materialien an den Orten aufgesetzt werden, welche der Begebaubeamte dazu bestimmt hat;

b) die Vorrathshäufen der abgelieferten Materialien aufzuzeichnen. Er hat darauf zu achten, daß sie nach den Bestimmungen des § 16. auf zuvor geebener Fläche in Abständen, parallel mit der Kante der Straße und in gleichen Abständen aufgesetzt, auch die bereits abgenommenen Materialien nicht wieder in Rechnung gebracht werden; deshalb hat er dieselben mit Weiskalt zu bezeichnen §. 118;

c) darauf zu sehen, daß die Strinschläger die II. §. 63. gegebenen Vorschriften be-

folgen, nicht die schwer zu zerkleinenden Stücke auf die Seite schaffen und nicht große und kleine Stücke in einen und denselben Haufen vermengen;

d) angebrochene Haufen des zugerichteten Materials vollständig zu verwenden vor neue Haufen angebrochen werden.

In der Regel dürfen nicht mehr als vier Haufen zugerichtetes Material je in einer Arbeitsabtheilung angebrochen sein.

e) die auf der Steinbahn aufgefahrenen losen Steine, sowie diejenigen, die beim Schlagen etwa in oder über den Graben gesprungen sind, aufzulesen und nach Vorrathshäufen zu schaffen;

f) sein Bestreben dahin zu richten, daß keine Geleise oder Vertiefungen stehen, damit die Bahn in ihrer ganzen Breite möglichst gleichmäßig benützt, und die Eben erhalten werde;

g) wenn dessen ungeachtet Geleise und Senkungen entstehen sollten, dieselben gleich zu ebenen und nöthigenfalls mit kleinen Steinen und wenigem Sand auszufüllen, §. 131, diese Arbeiten vorzugsweise im zeitigen Frühjahr oder im Sommer überhaupt und unausbleiblich bei nassem Wetter vorzunehmen; es sei denn, da Kosten für das Gießen und Abhalten solcher Stellen daran gewendet werden müßten oder Zeit dazu da ist;

h) einzelne festliegende über die Bahn hervorragende größere Steine dem Hammer entweder auf der Stelle, oder nachdem sie herausgebrochen sind, zu zerlegen, die Stelle zu ebenen und unter Umständen mit den zer Schlagenen Steinen dicht auszapfen;

i) dafür zu sorgen, daß nach §. 133 die Bordsteine stets bedeckt und neben ihnen keine Geleise entstehen;

k) da der Wegebaumeister die Verwendung des Unterhaltungsmaterials bei Reparaturen dann selbst anordnet, wenn sie sich auf bedeutende Mengen desselben erstreckt, so hat bei geringeren und den gewöhnlichen Ausbesserungen der Wegewärter das Befüllen und Auftragen des Materials, wie schon bemerkt, nur dann vorzunehmen, wenn die Straße feucht ist, und wenn vorher die Senkungen und Geleise von allem Schlamm und Schutt auf das Vollständigste gereinigt sind. Bei nasser Witterung, also der Wegewärter insbesondere mit Ausbesserung der Steinbahn, bei trockener aber dem Abziehen des Staubes von derselben, §. 132, dem Reinigen der Gräben, der Vorfluthöffnungen, der Bankette und Böschungen und mit dem Zufüllen der Geleise in den Sommerwegen sich zu beschäftigen haben;

l) den Abraum neben den Fußsteig zwischen die Bäume hinzufahren und daselbst kleinen Haufen abtrocknen zu lassen, nachher aber entweder zur Instandsetzung des Sommerweges zu verwenden oder fortzuschaffen;

m) darauf zu halten, daß die zur Bezeichnung der §. 58 vorgeschriebenen Abstände der Bankette bestimmten, in dieselben eingelassenen Normalsteine sich nicht verschieben, wenn das Bankett vom Schlamm, Graswuchs oder Ansammlung, §. 135, gereinigt wird, auch die Bankette erforderlichenfalls zu erhöhen, wenn sie bis unter der bezeichneten Höhe abgenutzt sein sollten, und also vorzüglich darauf Acht zu haben, daß das Profil der Straße möglichst erhalten werde;

n) die Vorfluthöffnungen und Gräben im Frühjahr, im Herbst und nach jedem starken Regen bis auf die in die Sohle eingesenkten Normalsteine zu reinigen, im Winter bei Frostwetter aufzuwässern, um die Vorfluth ununterbrochen zu erhalten;

o) darauf zu sehen, daß die Vorfluthgräben, wenn verglichen mit der Kunststraße liegen, von den Verpflichteten gehörig in ihrem Profil offen und in der Ufern fest erhalten werden;

p) das Gras, sobald es mit der Hand gesäht werden kann, von den Böschungen und aus den Gräben abzuschneiden und das grobe Unkraut daselbst mit den Händen vertilgen, auch auf den Banketten und Sommerwegen keinen Graswuchs zu dulden;

q) das nöthige Nachpflanzen, Abfällen, Abraupen, Anbinden und Begießen der Bäume, auch das Hinwegschaffen der vom Winde umgeworfenen Bäume oder zerbrochenen Aeste;

r) wo Gärtner angestellt sind, denen das Nachpflanzen der ausgegangenen Bäume und das Erziehen der Pflanzstämme obliegt, dieselben bei allen vorzunehmenden Arbeiten zu unterstützen, sonst aber auch die Pflege der Baumschulen und der Bäume an der Straße allein zu besorgen;

s) das Nachsäen, Bedecken und Unterhalten der bepflanzen Sandstellen deren Einhegung, §. 125, zu besorgen und zu erhalten.

Es liegt ihm ob, diejenigen, welchen etwa bloß die Räumung des Aufschlags innerhalb der nach §. 52 und 126 neben der Straße in den Wäldern offen zu haltenden Baumreihen anzuvertraut, zum Ausbäumen desselben auf gehörige Weise anzuhalten;

Q bei den Arbeiten, welche zu r und s benannt werden, nach der Bestimmung der Straßen auch im nachbarlichen Bezirk Hülfe zu leisten;

o) im Falle die Arbeiten im eigenen Bezirk keine Straße übersteigen, es anzuzeigen, nach dem Erachten des Baubeamten Hülfsarbeiter angenommen werden;

p) das Zerklagen einer möglichen Quantität Steine in außerordentlichen Fällen auf Anweisung des Baubeamten selbst zu verrichten;

q) die blühende Verpflichtung der Wärter, die Dienstfortschreibung im Begleitheft bis zum nächsten Wärter zu befördern, wird zur Vermeidung von Mißbräuchen zu befolgen.

r) Zur sonst eingehende allgemeine und besondere Verfügungen, welche auf die Verwaltung des Wärters von Einfluß sind, und die Vorschriften, welche der Oberbauwart für die Erhaltung der betreffenden Wärtersstraße als besonders zu beachten nöthig sind, werden in ein Ordnungsbuch (II. §. 14 I.) von dem Wegbauwärter eingetragen, den der Wegwärter stets bei sich führt und pünktlich zu befolgen, verpflichtet ist.

s) Ueber die Verpflichtungen der Wärter als Polizeibeamten wird, mit Rücksicht auf die in den verschiedenen Provinzen bestehenden besonderen Gesetze, eine besondere Instruktion erlassen werden.

t) Es wird nur bemerkt, daß derselbe alle Verletzungen der Polizeigesetze der Provinz oder Einachtwern anzuzeigen hat, daß er letzteren bei Vermeidung seines Amtes in Verhütung seiner Klasse Hülfe zu leisten verpflichtet ist.

u) Jedem hat er darauf zu halten, daß die Rehenden den bei Hand wegen geraden Theil der Straße melden, oder, wo nach §. 138, wegen nothwendiger Unabsehbarkeit die Straße am Tage mit Steinen abgesperrt werden, dafür zu sorgen, daß solche zur Zeit weggewonnen werden.

v) Alles dasjenige, was der Wegwärter täglich vorführt hat, trägt derselbe am Ende jeden Tages durch bloßes Einschreiben der Zahlen in den 14tägigen Arbeitsbuch, wozu ihm die Schemata in Stein und geliefert werden. Diesen Arbeitsbericht zu den Arbeitsstunden stets bei sich führen.

(Entg. des R. Fin. Min. Abth. IV., d. Nr. 2090.)

1. Uniformirung.

1) E. R. des R. Fin. Min. v. 15. Dec. 1837.

Da die Chaussee-Aufseher, welche nach dem, unterm 12. Sept. o. mitgetheilten Res. d. R. v. 1) künftig allgemein bei den Staats-Chausseen angestellt werden sollen, von den bisherigen Chausseewärtern wesentlich unterscheiden und eine höhere Stellung einnehmen, für welche sich besonders vormallige Unteroffiziere, Grenzbarmen und dergl. eignen, ist die, für die bisherigen Chausseewärter vorgeschriebene Kleidung für die Aufseher nicht passend. Damit aber hinsichtlich ihrer Kleidung die nöthige Gleichheit stattfindet, so wird hierdurch Folgendes darüber bestimmt. Die Kleidung der Aufseher soll bestehen:

a) in einem, bis zur halben Wade reichenden Ueberrode von dunkelblauem Tuche (im Rücken und in den Armen mit Leinwand gefüttert), mit dergl. runden Aufschlägen, carmoisirtem stehenden Kragen und zwei Reihen gelben Metallknöpfen, nebst einem messingenen Brustschilde auf der linken Seite, welches den Preuß. Adler und die Umschrift: „Chaussee-Aufseher“ enthält;

b) in einem Paar langen Hosen von grauem Tuche (oben mit Leinwand gefüttert), mit Leinwandspitze und Sprungriemen;

c) in einem Mantel von grauem Tuche (im Obertheil des Rückens und in den Armen mit Leinwand gefüttert), mit Kragen und Aufschlägen von derselben Farbe, mit einer Brusttasche und flachen gelben Metallknöpfen in zwei Reihen vorn herunter, vorn und hinten mit kleinen Riemen von Tuch mit besponnenen Knöpfen, um den Mantel hinten zusammen zu halten und vorn unterm Kragen zuzuknöpfen;

d) in einer Mütze von blauem Tuche mit einem Streifen und Vorstoß von carmoisirtem Tuche.

Das Brustschild wird von hier aus in der erforderlichen Anzahl von Exemplaren geliefert werden. Im Uebrigen bleibt es dem Ermessen der R. Reg. überlassen, die Beschaffung der obigen Bekleidungsgegenstände zu wählen, oder den Aufsehern die Abgabe der Kleidergelder die eigene Beschaffung in soweit zu überlassen, als dabei der genauen Beobachtung der obigen Vorschriften über die Beschaffenheit der Kleidung und der Erhaltung eines anständigen Aeußern verstanden wird.

Die Kosten berechnen sich

ad 1. für den Ueberroß auf	10 Thlr. —
• 2. • die Hosen	3 • 15
• 3. • den Mantel	14 • —
• 4. • die Mütze	1 • —

Der Mantel wird jedenfalls 3 Jahre vorhalten können, so daß auf ein Jahr 4 20 Egr. kommen; die übrigen Gegenstände werden der jährlichen Erneuerung bedürftig, daß sich ein jährlicher Betrag von 19 Thlr. 5 Egr., oder in runder Summe von 19 Thlr. herausstellt. Dieser Betrag ist daher in dem Chaussée-Aufsichts-Kosten-Etat auszugeben.

Die Gewährung von Schuhzeug findet nicht Statt.

(Acta gen. des R. Fin. Min., Abth. IV. b. Nr. 3516.)

2) R. des R. Min. für G., U. u. öffentl. A. (v. d. Gehdt) v. 28. Juni 1853 an die R. Reg. zu N. und abschriftl. zur Beachtung an sämmtl. R. Reg. und die Min. Bau-Kom. wegen eines von den permanenten Chaussee-Arbeitern zu tragenden Abzeichens.

Ich erkenne es aus den, im Ver. der R. Reg. v. 9. v. M. angeführten Gründen für zweckmäßig an, den permanenten Chaussee-Arbeitern ein Abzeichen zu geben, jedoch für angemessener, daß dasselbe nicht in einem Adler mit ausgebreiteten Flügeln, sondern in einem an die Kopfbedeckung zu heftenden Schilde aus Messing mit der Aufschrift „Chaussee-Arbeiter“ bestehe.

Die Kosten für die Beschaffung dieser Abzeichen hat die R. Reg. aus dem Chaussee-Unterhaltungsfonds zu entnehmen.

(Min. Bl. d. i. B. 1853. S. 149. Nr. 124.)

Dazu:

R. desselb. Min. v. 23. Okt. 1853 an die R. Reg. zu N. und zur Beachtung an sämmtl. übrige R. Reg. und die Min. Bau-Kom.

Unter Beziehung auf den Erlaß v. 28. Juni d. J. (Min. Bl. S. 149) und die R. Reg. auf den Ver. v. 17. Aug. d. J. eröffnet, daß das vorgeschriebene Abzeichen solchen bei der Chaussee-Unterhaltung in gewissen Zeitabschnitten vorzugsweise besteuerten Arbeitern zu verabreichen ist, welche wegen besonderer Tüchtigkeit nach den §§. 10 und 11. des Regul. v. 8. Sept. 1837 die Chaussee-Aufsichter in deren Funktionen unterstützen oder zu vertreten haben. Wegen der Zweckmäßigkeit dieser in mehreren Jahren längst bestehenden Maßregel kann kein Zweifel erhoben werden. Daß die Aufstellung derselben auch die Gewährung der Kopfbedeckung selbst erhelfe, ist nicht anzuerkennen.

Bemerkt wird noch, daß bei der Einfachheit des vorgeschriebenen Abzeichens für nothwendig erachtet worden ist, von Seiten des Min. den gesammten Bedarf beschaffen zu lassen. (Min. Bl. d. i. B. 1853. S. 271. Nr. 237.)

C. Lohn und Emolumente.

1) Anweisung zur Dienstführung der bei den Kunststraßen angestellten Beamten, v. 6. April 1834.

§. 8. Welcher Lohn und welche Emolumente dem Wärter außer dem Gehalt, Kleidung, Wohnung oder Entschädigung dafür, an Gartenland u. zu bewilligen, wie die Bestimmung seines Wohnsitzes, wenn er keine Dienstwohnung erhält, ist, ist im Stand des Dienstkontraktes.

Nutzungen, welche ihm hiernach nicht zustehen, darf er sich bei Strafe seiner Entlassung nicht aneignen.

Hierher gehört die Grasnutzung von den Bonfettis, für deren Reinhaltung §. 5. zu K. Sorge zu tragen hat, oder in den Gräben und auf den Böschungen, der Staat über letztere Nutzungen verfügen kann.

Wärtern, welche sich durch Thätigkeit und Liebe zum Dienst auszeichnen, namentlich die Gräben und Bonfettis rein halten, kann die Nutzung des Grases in den Gräben und auf den Böschungen auf jährliche schriftliche Bewilligung des Begewärters als Belohnung überlassen werden.

In dem Dienstkontrakt behält sich die Regierung das ihr zustehende Recht an, sich vor, dem Begewärter, wenn sie es dem Besten des Dienstes angemessen findet, anderen Wohnsitz und eine andere Begestrecke zur Unterhaltung anzuweisen.

In allen Fällen, wo das Gesetz dem Denuncianten einen Strafantheil bei Strafen beilegt, soll dieser auch dem Wärter bei Handhabung der Straßenpolizei kommen.

§. 10. Derjenige Wärter, welcher sich durch Fleiß und gute Unterhaltung der Begestrecke und durch einen ordentlichen Lebenswandel auszeichnet, soll durch

man ungemuntert, der Nachlässige aber bestraft werden, insbesondere dadurch, daß das Bedenken auf seine Kosten verrichtet wird, oder daß man ihn entläßt.

2) Berl. Regul. v. 8. Sept. 1837 wegen Anstellung der Chausseewärter. (Vgl. oben S. 199 ff.)

1) E. R. des K. Fin. Min. (Gr. v. Alvensleben) v. 29. Jan. 1840, an den K. Reg. Bewilligung von Gratifikationen für Chausseewärter und Werke-Aufseher.

Da für das vergangene Jahr von dem größten Theil der K. Reg. eingereichten Anträgen Bewilligung von Gratifikationen, sowohl für eine größere Zahl von Chausseewärtern, als auch für die neu angestellten Chaussee-Aufseher veranlaßt sind, die K. Reg. bemerkt zu machen, daß diese Gratifikationen keineswegs als eine jedes Jahr wiederkehrende Beihilfe angesehen werden dürfen, sondern nur als Belohnung für ungewöhnliche Auszeichnungen bewilligt werden können, sowie auch die Ursachen, zwischen bisher die meisten Bewilligungen bei den Chausseewärtern stattfanden, nämlich geringes Dienstseinkommen, welches zum gewöhnlichen Lebensunterhalte kaum hinreicht, und mit auskömmlichem Gehalte versehenen Chaussee-Aufsehern wegfällt.

Man erwartet daher, daß die K. Reg. nur diejenigen Individuen zur Theilnahme an Gratifikationen bezeichnet, welche sich ganz besonders durch Fleiß und Benehmen auszeichnen, oder durch ungewöhnliche Leistungen ausgezeichnet, und dadurch eine vorzügliche Berücksichtigung sich zu verdienen bemüht gewesen sind, in sofern nicht etwa unvermeidliche Verluste den Antrag auf Bewilligung einer Gratifikation unterstützen sollten.

Diese letztern Anträge sind übrigens nicht, wie bisher geschehen, einzeln im Laufe des Jahres, sondern, wenn die Güte so lange aufgeschoben werden kann, mit den jährlichen Gratifikations-Vorschlägen einzureichen.

(Act. gen. des K. Min. d. Fin., Abth. für H., G. u. Bauw., A. 4. Nr. 24. Vol. III)

4) Bildung eines Gratifikations-Fonds aus den Nebenflüssen der Grasung und der Weidenpflanzungen in den Chausseegräben und auf Böschungen, und Verwendung desselben.

1) E. R. des Gen. Dir. der Steuern (Kuhlmeier) v. 12. Mai 1841, an den K. Prov. Steuerdir. etc.

Wie der in Abschrift hierbei erfolg. Verf. (Ant. n.) an die K. Reg. v. 20. Aug. v. J. zu sehen, daß nach der K. O. v. 4. Aug. v. J., die Grasnutzung in den Chausseegräben und auf den Böschungen, sei es durch Verpachtung nach dem Meistgebote oder Ueberlassung aus freier Hand, verwerthet und aus dem Ertrage ein, ausschließlich zu Gratifikationen und Unterstützungen für verdiente Chaussee-Aufseher und Arbeiter bestimmter Fonds gebildet werden soll. Diese Allerh. Bestimmung soll v. 1. Jan. d. J. ab Anwendung kommen. Es ist daher der Ertrag aus der fraglichen Grasnutzung fortan unter den Erträgen von Chaussees und sonstigen Kommunitationsanstalten in der Haupt- und Steuerämter zu vereinnahmen. Vielmehr steht die Ausführung der vorgeordneten Allerh. Bestimmung der K. Bau-Verwaltung, ohne Mitwirkung Steuerbeamten, zu und es sind die, von den Hauptämtern seit dem 1. Jan. d. J. für Grasnutzungen etwa bereits vereinnahmten Beträge an die betr. Reg.-Haupt-Kasse zu Gratifikations- und Unterstützungsfonds für verdiente Chaussee-Aufseher und Arbeiter zu führen.

Ant. n.

Mittels Allerh. K. O. v. 4. d. M. haben des Königs Maj. zu genehmigen geruht, die Grasnutzung in den Chausseegräben und auf den Böschungen, sei es durch Verpachtung nach dem Meistgebote oder durch Ueberlassung aus freier Hand, verwerthet und aus dem Ertrage ein, ausschließlich zu Gratifikationen und Unterstützungen für verdiente Chaussee-Aufseher und Arbeiter bestimmter Fonds gebildet werde.

Die Allerh. Bestimmung hebt diejenige des § 8 der Anweis. zur Dienstführung der auf Ausstraßen angestellten Beamten v. 6. April 1834¹⁾ auf, nach welcher es ge-
war, Wärdern, welche sich durch Thätigkeit und Fleiß zum Dienste auszeichnen, die zu des Grases in den Gräben und auf den Böschungen auf jährliche schriftliche
ung des Wegebaumeisters als Belohnung zu überlassen, und kommt — da für
das Jahr in den meisten Reg. Bez. über die Grasnutzungen bereits in der vor-
erl. verfügt ist, — überall v. 1. Jan. d. J. ab zur Anwendung.

Da es nicht der K. Reg. überlassen, bei der Verpachtung den Weg der Ziel-

tation zu wählen oder die erstere aus freier Hand zu bewirken, je nachdem Sie auf dem oder dem andern Wege das höhere Gebot zu erlangen hoffen. Chauffee-Aufseher, Wärtern und Arbeitern darf die Pachtung aus freier Hand nicht nachgegeben werden; sie aber bei den Licitationen nicht auszuschließen. Die Verpachtung ist im Frühjahr 1840 unter der Bedingung der Vorausbezahlung zu veranlassen und der Ertrag stehend bis zum 1. Okt. zum Rückeinnahme-Fonds des Chauffee-Unterhaltungsfonds des Gen.-Staats-Kasse abzuführen, welche, auf vorhergegangene Anzeige von dem Reg. zur Annahme angewiesen werden soll. Bei Gelegenheit dieser Anzeige hat die R. Ihre Vorschläge rücksichtlich der zu gewährenden Gratifikationen und Unterstützungen zu machen, die indeß keineswegs von dem Betrage der in jedem Reg. Bez. aufkommenden Pachtgelder abhängig sind; vielmehr wird die Vertheilung, ohne Rücksicht auf den Betrag der Verpachtung in jedem Reg. Bez., nach Maßgabe des Resultats der Prüfung solcher Anträge erfolgen.

Rücksichtlich der letzteren wird die R. Reg. von dem Gesichtspunkte ausgehen, daß nicht die Absicht ist, aus diesen Fonds allen Aufsehern und Wärtern, etwa nur mit Ausnahme solcher Subjekte, deren Dienstführung erheblichen Tadel veranlaßte, unter Bezeichnung von Gratifikation oder Unterstützung eine Gehaltszulage zuzuwenden; es dergl. vielmehr nur den wirklich ausgezeichneten und hülfsbedürftigen — wenn sie auch der Unterstützung zugleich würdig sind — zuzuwenden werden, und werden die Fonds daher immer nur für verhältnißmäßig wenige gemacht werden können. Andernfalls der Fonds zersplittert und der eigentliche Zweck seiner Begründung verfehlt werden. Ich teile daher unter den Wärtern des bairischen Reg. Bez. vor dem J. 1834 angestellte Personen bestimmte Abschnitte der Gräben und Böschungen zur Benutzung, als mit der verbundenen Nebeneinkommen, ausdrücklich überwiesen sind, so sind jene bloß zum Abzug der Nutzungsberechtigten von der Verpachtung, die letzteren aber auch von den Gratifikationen und Unterstützungen auszuschließen.

Was die pro 1840 zur Soll-Einnahme stehenden Erträge aus der Verpachtung der Nutzungen anlangt, so sind dieselben ebenfalls zu dem oben bezeichneten Fonds des Gen.-Staats-Kasse abzuführen, und ist rücksichtlich der Vorschläge und Anzeige darüber nach dieser Verf. zu verfahren. Es sollen aber die in diesem Jahre aufkommenden Erträge — bei der Abweichung des Verfahrens in den verschiedenen Reg. Bez., — nach Maßgabe der Einnahme der letzteren, auch an die Aufseher und Arbeiter des betr. Reg. Bez. theilt werden, wonach denn die Vorschläge einzurichten sind.

Berlin, den 20. Aug. 1840.

Der Fin. Min.
Gr. v. Alvensleben

An sämmtl. R. Reg.

(Central-Bl. des Fin. Min. 1841. S. 117. Nr. 55., Min. Bl. d. i. R. S. 145. Nr. 215 u. 1840. S. 419. Nr. 721.)

b) R. des R. Fin. Min. (Gr. v. Alvensleben) v. 30. Juni 1841, an sämmtl. R. Reg. zu Estralsund.

Da die Allerh. R. O. v. 4. und die darauf gegründete C. Verf. v. 20. Aug. 1840 ausdrücklich nur von der Bildung eines Gratifikations-Fonds für verdiente Chauffee-Aufseher und Wärter, aus dem Ertrage der, früher den letzteren als Emolument überlassenen Gräbnutzung an den Chauffee-Gräben und Böschungen handelt, so kann, wie der R. auf den Antrag v. 14. d. M. eröffnet wird, der grundsätzlich der Steuer-Verwaltung fließende Ertrag aus den an den Böschungen befindlichen Weidenpflanzungen wenig als die Nutzung anderer Chauffee-Baumpflanzungen zu jenen Gratifikations-Fonds gezogen werden.

(Acta gen. des R. Fin. Min., Abth. für G., F. und Bauwesen, A. I. 10, 9459.)

c) R. des R. Fin. Min. (Gr. v. Alvensleben) v. 21. Jan. 1842, an sämmtl. R. Reg., mit verschiedenen, den Verhältnissen in den einzelnen Reg. Bez. angemessenen, Zusätzen.

Durch die C. Verf. v. 20. Aug. 1840 wurde zwar den R. Reg. aufgegeben, bei Gelegenheit der Anzeige von dem Ertrage der Gräbnutzung ihre Vorschläge rücksichtlich der zu gewährenden Gratifikationen und Unterstützungen zu machen; nach näherer Prüfung der eingegangenen Ver. finde ich es indeß angemessener, es dem eigenen Ermessen der R. Reg. zu überlassen, welche Aufseher und Wärter und bis zu welchem Betrage sie in Gratifikationen zu betheiligen seien, indem ich wohl voraussetzen darf, daß sie, den Zweck der letzteren richtig würdigend, keine Subjekte berücksichtigen werden, welche es nicht durch ihre Dienstführung verdienen.

Indem ich daher der R. Reg. die Vertheilung des Ihr für das verfloßene Jahr bewilligten Betrags, und der späterhin jährlich in ähnlicher Weise zu überweisenden

berlaßt, entbinde ich Sie für die Folge von Einreichung der speziellen Vertheilungs-Vor-
träge. Dagegen behält es im Uebrigen bei dem Inhalte der oben erwähnten C. Verf.
in der Maßgabe sein Bestehen, daß die R. Reg., wenn Sie den Betrag der für das
Jahr an die Gen.-Staatskasse abzuführenden Grasnutzungsgelder anzeigt, jedes-
mal ausdrücklich zu bemerken hat, wie viele von den vorhandenen älteren Wärtern auf
jener C. Verf. von der Theilnahme an den Gratifikationen und Unterstützungen
ausgeschlossen bleiben müssen, weil ihnen Abschnitte der Chausseeegräben und
Böschungen zur Naturalbenutzung überwiesen sind. Der Grundsatz dieser Ausschließung
an der Theilnahme an dem Gratifikations-Fonds muß jedenfalls aufrecht erhalten wer-
den, es nicht zulässig erscheint, dergleichen Subjekte dadurch vor Anderen zu bevorzu-
gen, daß man ihnen einmal das Natural-Nebeneinkommen läßt und außerdem noch eine
Theilnahme an dem Fonds gestattet, der allein aus der Verpachtung der Grasnutzung
in Chausseeegräben und Böschungen in fremden Aufseher- und Wärter-Distrikten
entsteht.

Ich erwarte, daß die R. Reg. ohne Erinnerung den Termin der Anzeige, welche die
Anf. v. 20. Aug. 1840 vorschreibt, inne halte, Ihre Berichte aber auch, ohne denselben
warten, schon dann erstatten werde, wenn sich der Betrag der eingezahlten Gras-
nutzungsgelder übersehen läßt. Einnahme-Reste dürfen überhaupt nicht vorkommen und
sich immer vermeiden, wenn die Vorschrift der mehr erwähnten C. Verf. gehörig
beachtet und die Verpachtung der Grasnutzung im Frühjahr nur gegen Vorausbezah-
lung Statt findet.

(Min. Bl. d. I. B. 1842. S. 152. Nr. 204., Acta gen. des Min. d. F., Abth. für
F., G. und Baugesen, sign. Baubeamte, gen. A. Abth. II. Fach I. Nr. 28.)

d) C. R. des R. Fin. Min. (Gr. v. Alvensleben) v. 7. April 1842, an
die R. Reg. u. abschriftlich an sämtl. R. Prob. Steuerdir.

Aus der abschriftlich anl. (sub a.), heute an die R. Reg. erlassenen Verf. werden
zu ersehen, daß die Erträge aus den Weidenpflanzungen auf den Böschungen der
Kunststraßen zu dem Gratifikations-Fonds für verdiente Chaussee-Aufseher und Arbeiter
zugewogen werden sollen. Es finden daher hinsichtlich dieser Erträge die Bestimmungen
in Anwendung, welche durch die Verf. v. 12. Mai 1841 hinsichtlich der Grasnutzung in den
Chausseeegräben und auf den Böschungen der Kunststraßen erteilt sind.

Anl. a.

Nachdem des Königs Maj. mittelst Allerh. R. D. v. 9. v. M. auf meinen Antrag
beschlossen geruht haben, daß die Erträge aus den Weidenpflanzungen auf den
Böschungen der Kunststraßen, eben so, wie die Einnahme aus der Grasnutzung in den
Chausseeegräben und auf den Böschungen derselben, zu dem durch die Allerh. R. D. v.
1840 bestimmten Gratifikations-Fonds für verdiente Chaussee-Aufseher und Ar-
beiter zugewogen werden dürfen, so wird die R. Reg. von dieser Allerh. Bestimmung hie-
mit Kenntniß gesetzt und demgemäß Derselben aufgegeben, mit den gedachten ersteren
Erträgen pro 1842 in gleicher Weise zu verfahren, wie solches durch die C. B. v. 20. Aug.
und 21. Jan. c. hinsichtlich der Einnahmen aus der Grasnutzung vorgeschrieben ist.

Bei Einsendung dieser Beträge an die Gen.-Staats-Kasse ist übrigens in der gleich-
zeitigen einzureichenden Anzeige der Statt gefundene Gesamt-Erlös aus beiden Ein-
nahmegegenständen besonders zu bezeichnen.

Berlin, den 7. April 1842.

Der Fin. Min.

Sämtl. R. Reg.

(Min. Bl. d. I. B. 1842. S. 153. Nr. 207., Central-Bl. d. Fin. Min. 1842.
S. 252. Nr. 89.)

e) R. des R. Fin. Min. (v. Bodelschwingh) v. 29. Juni 1842, an die
R. Reg. zu Merseburg.

Auf den Antrag der R. Reg. in dem Ver. v. 3. d. M. (I. 7632) bei Vertheilung der
zu Gratifikationen für Chaussee-Aufseher und Wärter pro 1841 überwiesenen und
zu überweisenden Summen auch verdiente Wärter berücksichtigen zu dürfen; unge-
achtet solchen die Grasnutzung in den Chausseeegräben und Böschungen bei ihrer Anstellung
bewilligt worden, kann nicht eingegangen, vielmehr muß der in der C. B. v. 21. Jan.
c. ausgesprochene Grundsatz, wonach diejenigen Wärter, welchen jene Nutzung zufließt,
an den Gratifikationen ausgeschlossen bleiben sollen, aufrecht erhalten werden. Da es
jedoch freisteht, auf das Natural-Emolument zu verzichten, in welchem Falle sie sich bei
einer und sorgfältiger Dienstverrichtung die Aussicht auf Theilnahme an dem aus dem
Ertrag der Verpachtung gebildeten Fonds erwerben, während die ihnen zur Benutzung
überwiesenen Strecken mit zur Verpachtung gezogen, so erledigt sich das Moment, welches
die R. Reg. zu Gunsten jener Wärter vorgetragen hat, und mag dieselbe, wenn sie dies für
zweckmäßig erachtet, die betr. Wärter vernehmen lassen, ob sie auf das ihnen zustehende

Emolument verzichten wollen. In diesem Falle ist ihnen aber ausdrücklich zu eröffnen, daß ihnen Gratifikationen aus dem Gradnukungs-Fonds nur nach Maßgabe ihrer gegenwärtigen oder geringeren Sorgfalt bei Verrichtung ihrer Dienstgeschäfte würden bewilligt werden, dem Falle aber würden verweigert werden, wenn sie ihren Dienst nicht zur Zufriedenheit führen. Erscheint der R. Neg. die mit der Verf. v. 21. Jan. d. J. überwiesene Sache ohne Theilnahme der Wälder für die eulgen Aufsicher, welche S. e. berücksichtigt werden bedenkend, so bedarf es nicht der Andeutung, daß dieselbe in soweit erspart und als e. e. verrechnet werden muß, als die R. Neg. nach den obwaltenden Verhältnissen die Verrichtung zu Gratifikationen nicht für angemessen erachtet.

Für die künftigen Jahre wird durch Berücksichtigung der in sämtl. Neg. bez. bandenen Wälder, welche die Naturanukungen bezeichnen, eine den Verhältnissen entsprechende Vertheilung bewirkt und das Mißverhältniß beseitigt werden, welches sich in Beziehung auf die der R. Neg. überwiesene Sache besonders bemerklich macht.

(Acta gen. des R. K. n. Min., Abth. für H., G. und Bauwesen, A. II 18. Nr. IV. 9693.)

f) C. M. des R. Min. d. K. (Flottwell) v. 9. Mai 1845 an sämtl. Neg. Verpachtung der Gradnukung in den Gräben und auf den Wäldungen, Chaussees.

Auf den Bericht der R. Neg. v. 13. v. M. wird unter den angegebenen Umständen die Verpachtung der Gradnukung in den Gräben und auf den Wäldungen der Chaussees auf 3 bis 6 hintereinander folgende Jahre hienmit genehmigt, wenn bei der natürlichen Ausbiefung sich auf ein Jahr oder auf einen längeren Zeitraum für den künftigen verhältnismäßig ein höheres Gebot gemacht wird. Jedensfalls ist aber in den Acten die Klausel anzunehmen, daß wenn inwieweit der Grund der Verpachtung der Gradnukung in den Gräben und an den Wäldungen der Chaussees in dortigen Neg. bez. bestritten überhaupt aufgegeben, oder die Chaussee verlegt werden sollte, der Vertrag nicht von Jahr zu Jahr geschlossen, zu betrachten sei, der Pächter ohne seinen Anspruch auf Schadloshaltung für den angemessenen Theil der vertragmäßig verabredeten Pachtzeit habe.

(Min. Bl. d. i. B. 1845. S. 144. Nr. 172.)

g) C. M. der R. Min. d. K. (v. Benn) u. für H., Gew. u. öffentl. (Oesterreich) v. 30. Sept. 1848 an sämtl. R. Neg. Erhebung und Berechnung des Ertrages aus der Gradnukung auf den Wäldungen und in den Gräben der Staats-Chaussees, sowie des Erlöses aus den Weidenpflanzungen.

Der bisher bei der General-Staatskasse außerordentlich berechnete, zu den Gradnukungs- und Unterstüßungskonten für Chaussee-Aufsicher und Arbeiter des Ertrags aus der Verpachtung des Grades auf den Wäldungen und in den Gräben der Staats-Chaussees, sowie des Erlöses aus den Weidenpflanzungen soll von nächstem Jahr ab, etatmäßig gemacht und die Einziehung der vorbezeichneten Beträge seitens der Finanz-Steuerverbehörde bewirkt werden.

Die R. Neg. hat die deshalb erforderlichen Mittheilungen beidseitig an die Finanz-Steuerverbehörde gelangen zu lassen, welche die betreffenden Erhebungen von 1848 bewirken und durch die Nachweise der in den Steuern nachzuweisen lassen wird.

(Min. Bl. d. i. B. 1848. S. 350. Nr. 424.)

h) C. M. des R. Min. d. K. (v. Benn) v. 30. Sept. 1848 an sämtl. R. Prov.-Steuerverd., resp. Neg. Derselben Inhalt.

Erw. Hochw. erhalten hierbei zur Nachachtung Abschrift einer wegen künftiger Erhebung und Berechnung des Ertrages aus der Verpachtung des Grades auf den Wäldungen und in den Gräben der Staats-Chaussees, sowie des Erlöses aus den Weidenpflanzungen, heute an die R. Neg. erlassenen Verfügung. In Uebereinstimmung mit der in den bezeichneten Einnahmen von 1849 ab durch die Haupt-Zoll und Haupt-Steuerämter zu erheben, mithin auch in deren Verwaltungs-Abzählen und Jahresrechnungen nachzuweisen.

Die Berechnung dieser Einnahmen soll nicht unter den Erträgen der Chaussees und sonstigen Kommunikationsanlagen, sondern als eine bei der General-Staatskasse bewilligte außerordentliche Einnahme für andere Fonds erfolgen. In den Verwaltungs-Abzählen wird der Ansaß daher in Spalte 42. zu bewirken sein. Sofern in letzterer neben den Einnahmen noch andere Einnahmen (Brau- und Salzsteuer-Zuschlag, außerordentliche Zuschüsse, nachgehobene Abgaben, e.) in Ansaß zu stellen sind, ist die als resultirende Summe der Spalte 42. nach ihren Bestandtheilen durch einen Vermerk zu erläutern. (Min. Bl. d. i. B. 1848. S. 351. Nr. 425.)

i) R. des R. Gen.-Steuerverd. (Kühne) v. 22. Nov. 1848 an den R. Gen.-

verordn. zu Münster, betr. die Einziehung des Erlöses aus der Gradnutzung und den Weidenpflanzungen an den Chaussees.

Auf Erw. Hochw. Anfrage v. 29. v. M. wird hierdurch erwidert, daß die bisher von Regchauenbeamten bewirkte Verpachtung der Gradnutzung und der Verkauf der Weidenpflanzungen an den Chaussees auch ferner durch die Regierungen und die demselben untergebenen Beamten zu besorgen ist, da die dierhalb früher entlassenen Verordnungen namentlich das Erl. v. 20. August 1840. (Min. Bl. S. 419. Nr. 721. *) durch das Erl. v. 30. Sept. c. (Min. Bl. S. 330., 351. Nr. 424., 425.) wie auch aus diesem nicht abgeändert worden. Dagegen ist die Einziehung der Wachtgelder, nach dem Erl. gemäß, durch die Organe der Provinzial-Steuerverwaltung, insbesondere durch die Chausseegeld-Erheber zu bewirken und sind den Prov.-Steuerdir. zu diesem Zweck die betreffenden Verpachtungs-Verhandlungen von den Regierungen zu übermitteln. — Uebrigens ist es nicht erforderlich, daß in den Etats jeder einzelne Wächter vermerkt werde, die mehr genügt eine summarische Angabe nach Baufreisen, wozu der Etats-Stat über Einnahme von Kommunikations-Anstalten zu benutzen ist.

(Min. Bl. d. I. V. 1848. S. 390. Nr. 444.)

k) E. R. des R. Gen.-Steuerdir. (v. Pommer-Esche) v. 26. März 1849. an sämtl. R. Prov.-Steuerdir., betr. die Bewilligung einer Lanteme für die Einziehung des Erlöses aus der Gradnutzung und den Weidenpflanzungen auf Böschungen und in den Gräben der Staats-Chaussees.

Erw. Hochw. werden in Verfolg der Verf. v. 30. Sept. und 22. Nov. v. J. (Min. Bl. S. 330. f. und S. 390.) ermächtigt, den mit der Einziehung der Wachtgelder etc. für die Gradnutzung auf den Böschungen und in den Gräben der Staats-Chaussees, so wie für die Einziehung aus den Weidenpflanzungen, beauftragten Chausseegeld-Erhebem, vom 1. Jan. dieses Jahres ab, eine Hebegebühr von drei Prozent zahlen zu lassen, auch ein Zugewinn nach Verhältnissen der Chausseegeld-Wächtern zu machen.

In den Verwaltungs-Vorschriften ist der Betrag dieser Hebegebühr unter Spalte 43 der ursprünglichen Brutto-Einnahme, und zwar als Register- und Rechnungs-Vermerk, vermerkt abzulesen. In der Zeile für das berücksichtigte Sol wird demnach in der 4ten Spalte nur der Nettoertrag jener Abgaben nachgewiesen.

(Min. Bl. d. I. V. 1849. S. 73. Nr. 118.)

l) R. des R. Gen.-Steuer-Dir. (v. Pommer-Esche) v. 20. Juli 1849 an die R. Prov.-Steuer-Dir. zu Magdeburg, betr. die Lanteme für die Einziehung des Erlöses aus der Gradnutzung etc. an den Staats-Chaussees.

Erw. Hochw. erwidere ich auf den Ver. v. 19. v. M., daß außer den Chausseegeld-Erhebem und Chausseegeld-Wächtern, auch den Verwaltern anderer Steuer-Gedestellen, denen die Einziehung der Wachtgelder für die Gradnutzung auf den Böschungen und in den Gräben der Staats-Chaussees, sowie des Erlöses aus den Weidenpflanzungen anvertraut sind, insoweit letztere mit ihrem Einkommen auf Lantemen angewiesen sind, diesen Wachtgebern eine Hebegebühr von 3 Prozent bewilligt werden kann.

(Min. Bl. d. I. V. 1849. S. 174. Nr. 242.)

m) E. M. der R. Min. für G., Gew. u. öffentl. A. (v. d. Heyd) u. d. F. (v. d. H.) v. 12. Sept. 1849 an sämtl. R. Reg. u. Prov.-Steuer-Dir., betr. Verpachtung der Grad- und Weidenutzungen an den Staats-Chaussees.

Auf den Ver. der R. Reg. v. 18. v. M. wird genehmigt, daß die Bezirks-Regierung die von ihnen über die Verpachtung des Grades auf den Böschungen und in den Gräben der Staats-Chaussees, sowie der Weidenpflanzungen, abgeschlossenen Verträge der Ausbittungs-Verhandlungen, behufs der Einziehung und Verrechnung der Beträge, weiter an die Haupt- und Hauptsteuerämter gelangen lassen und der R. Reg. eine Nachweisung von den verpachteten Nutzungen und den dafür zu entrichtenden Pachtbeträgen eingereicht werde.

(Min. Bl. d. I. V. 1849. S. 233. Nr. 336.)

n) R. derselben Min. v. 6. Nov. 1849 an die R. Reg. zu Köln, betr. Abfertigung der Verträge über die Verpachtung der Gradnutzung etc. an den Staats-Chaussees.

Die R. Reg. eröffnete mir auf den Bericht v. 26. v. M., daß es nicht in der Absicht sei, bei dem Erlaß des E. M. v. 12. Sept. c. (Min. Bl. S. 233. Nr. 336.) die

Verträge über Verpachtung der Grabnutzung etc. auf den Böschungen und in den Gräben der Staats-Chausséen von einer Genehmigung der Steuerbehörden abhängig zu machen. In der Regel wird es einer Bestätigung der Verträge gar nicht bedürfen, sondern die in ihre Abfertigung den Begebauungsbeamten zu überlassen sein. Galt die R. Reg. es angemessen, in einzelnen Fällen oder für eine bestimmte Höhe der Pachtsumme die Bestätigung des Vertrages sich vorzubehalten, so bleibt Ihr überlassen, Begebauungsbeamten desfalls mit Anweisung zu versehen und hat Sie sodann für die Bestätigung der von Ihr bestätigten Verträge an das betr. Haupt-Zoll- oder Haupt-Steuerbehörden Erhebung des Pachtbetrages Sorge zu tragen.

(Min. Bl. d. I. B. 1849. S. 247. Nr. 365.)

o) E. M. derselben Min. v. 20. Febr. 1851 an sämtliche R. Reg. Prov. Steuer-Dir., betr. die Einziehung und Verrechnung des Erlöses aus Verpachtung des Grases an den Staats-Chausséen.

Die in Folge der E. B. v. 30. Sept. 1848, zugleich mit dem Erlöse aus den Denkmälern vom Jahre 1849 ab den Haupt-Zoll- und Haupt-Steuerämtern zur Einziehung und Verrechnung überwiesenen Einnahmen aus der Verpachtung des Grases an Staats-Chausséen bestehen aus einer großen Anzahl im Einzelnen sehr unbedeutenden Posten, deren detaillirter Nachweis in den Jahresrechnungen der Hauptämter die Rechnungslegung sehr weitläufig macht.

Es wird daher zur Vereinfachung der gedachten Rechnungslegung im Einklange mit der R. Ober-Rechnungskammer hiedurch Folgendes bestimmt:

1) Die einzelnen Pächter werden mit den von denselben entrichteten Pachtbeträgen in den Rechnungen nicht mehr nachgewiesen, vielmehr erfolgt der Nachweis dieser Beträge summarisch nach Baukreisen und es wird das Detail nur durch die mit den Pachtungs-Verhandlungen belegten Nachweisungen der Begebauungsbeamten dargelegt.

2) Die für die Erhebung dieser Pächte gewählte Hebegebühr wird nicht mehr bisher speziell in den Rechnungen nachgewiesen, vielmehr tritt auch hierin ein Vereinfachung in der Art ein, daß die Hebegebühren von der Provinzial Steuerbehörde von dem Hauptamte auf den Nachweisungen der Baubeamten festgestellt werden und Veranlagung unter Abschnitt III. der Nachweisung der Restitutions-, Konstitutionssummen erfolgt, unter Beifügung der Quittungen der einzelnen Empfänger.

Die vorstehenden Bestimmungen haben auf die Buchführung der Hauptämter keinen Einfluß, da das Haupt-Manual das vollständige Detail der Pachtbeträge an Einnahme und Ausgabe enthalten muß.

Um Anstöße an Pachtbeträgen zu vermeiden, ist in den Verpachtungs-Bedingungen ein Termin, bis zu welchem das Pachtgeld zu entrichten ist, festzusetzen, mit dem zuzufügen, daß, wenn der Termin nicht eingehalten werde, zu einer anderweitigen Verpachtung der Kosten und Gefahr des ursprünglichen Pächters werde geschritten werden. Die Provinzial-Steuer-Direktoren und Ämter sind demnach anzuweisen, die Nutzung der grassirenden Strecken den Pächtern nur nach Vorzeigung der Quittung über den entrichteten Pachtbetrag zu gestatten.

Die R. Reg. hat hiernach das Weitere zu veranlassen, zugleich aber, um die Zustimmung der Einnahme zu vereinfachen, in Erwägung zu ziehen, ob die ökonomischen Verhältnisse es gestatten, die Verpachtung der fraglichen Grabnutzung in jedem Baukreise für einen bestimmten mehrjährigen Zeitraum eintreten zu lassen. In diesem Falle, wenn im Laufe der Pachtperiode keine Veränderungen vorkommen, dies in jedem Jahre von dem Baubeamten nur einfach zum Rechnungsbetrag zu bescheinigen, wenn auch Veränderungen eingetreten sind, davon durch dieselben die erforderliche Mittheilung zu geben. Es würde durch ein solches Verfahren zugleich für die Begebauungsbeamten eine Geschwinderleichterung entstehen, die noch weiter ausgedehnt werden kann, wenn die Verpachtung der Grabnutzungen auch da, wo die Pachtreise nicht mit den Hauptamtsbezirken zusammenfällt, demjenigen Hauptamte zur Vereinnahmung von dem ganzen Pachtbetrage überwiesen werden, in dessen Bezirk der Baubeamte seinen Wohnsitz hat, ohne daß es nöthig wäre, die von Chauffeegeldnehmern anderer Hauptamtsbezirke für Rechnung der betreffenden Hauptämter eingelegten Pachtgebühren durch die ihnen vorgelegten Quittungen abzuheften, die Abfertigung würde vielmehr unter Abrechnung der Einnahmen unbedenklich zum Hebebau von denselben an das ihnen bezeichnete Hauptamt übertragen werden. (Min. Bl. d. I. B. 1851. S. 50. Nr. 60.)

p) E. M. der R. Ober-Rechnungskammer v. 28. März 1851 an die R. Prov. Steuer-Dir., betr. die Verrechnung des Erlöses aus der Verpachtung des Grases an den Staats-Chausséen.

Erw. Hochw. werden aus der unterm 20. v. M. ergangenen E. M. des E. M. Min. und des Min. für H., B. u. öffentl. B. ersichen haben, in welcher Weise

in Berechnung der, in Folge der E. B. der gedachten Min. v. 30. Sept. 1848 den Haupt-Zoll-, und Haupt-Steuerämtern zugleich mit dem Erlöse aus den Weidenpflanzungen, zur Einziehung überwiesenen Erträge aus der Verpachtung des Grases an den Staats-Chausseern, Vereinfachung und Gleichförmigkeit herbeigeführt zu sehen wünschen. **Bestimmen zu dem Ende Folgendes:**

1) Den Rechnungen der Hauptämter, welche Grasnutzungspächte zu vereinnahmen, ist unmittelbar hinter der Nachweisung der außerordentlichen Einnahmen eine, vor- mit der Feder, nach dem Muster für die Chausseegeld-Einnahme-Nachweisung, anzugebende Nachweisung über die Einnahmen aus der Verpachtung der Grasnutzung an den Staats-Chausseern einzuschalten.

2) In dieser Nachweisung sind die Pachtbeträge summarisch nach Wegebaufreisen aufzuführen und demnächst aufzurechnen, neben dem Gesamtbetrage aber ist anzugeben, auf welcher Seite und in welcher Spalte selbiger in der Einnahme-Nachweisung der laufenden Verwaltung weiter nachgewiesen ist. In der Bemerkungsspalte ist bei jedem Bauwerk anzuzeigen, ob die Verpachtung jährlich, oder nach einem gleichmäßigen Turnus mehrere Jahre Statt findet, und letzteren Falles, für welche Jahre die abgeschlossenen Pachtbeträge Gültigkeit haben. Ist die Pachtdauer in einem und demselben Wegebaufreise verschieden, so ist dies ebenfalls zu bemerken.

3) Zur Justifikation der aus den einzelnen Wegebaufreisen vereinnahmten summarischen Beträge dienen die speziellen Verpachtungsnachweisungen der betreffenden Wegebauämter und die denselben beizufügenden Verpachtungs-Verhandlungen, welche den Ämtern entweder unmittelbar oder durch Vermittelung der Provinzial-Steuerbehörden zu gehen.

Bei der Prüfung dieser Nachweisungen ist die genaue Angabe der Dauer der Pachtbeträge sorgfältig ins Auge zu fassen und die Berichtigung etwaiger unrichtiger Angaben dieser Beziehung, vor der Feststellung des Gesamtbetrages der Nachweisung, zu bewirken.

4) Findet die Verpachtung in einem Bauwerke gleichmäßig auf eine bestimmte Reihe von Jahren Statt, so ist, wenn im Laufe der auf das Jahr der Verpachtung folgenden Jahre der Pachtperiode keine Veränderungen eingetreten sind, dies von dem Bauwerk zur Rechnung-Justifikation bescheinigen zu lassen; wenn aber Veränderungen in der Person der Pächter oder sonst vorgekommen sind, deren Justifikation durch Beibringen der erforderlichen Belagstücke zu bewirken.

Erfolgt dagegen die mehrjährige Verpachtung nicht nach einem gleichmäßigen Turnus, so ist, um die richtige Innehaltung der verschiedenen Pachtperioden kontrolliren zu können, mit der Verpachtungsnachweisung für das laufende Rechnungsjahr zugleich die Pachtungsnachweisung für das vorhergegangene Jahr wieder beizubringen.

5) In so weit es für zulässig erachtet werden wird, die Grasnutzungserträge aus einzelnen Wegebaufreisen ungetheilt demjenigen Hauptamte zu überwiesen, in dessen Bezirk der Wegebaubeamte seinen Wohnsitz hat, sind die außerhalb des Hauptamtsbezirks liegenden Hebestellen unmittelbar von dem betreffenden Hauptamte um Einziehung und Einzahlung der Pachtbeträge, wovon die Hebegebühr, der Kürze halber, sogleich bei Abgabe der Quittung, in Abzug gebracht werden kann, zu requiriren.

6) Die auf den Verpachtungsnachweisungen der Wegebaubeamten oder den sonst nach der Bestimmung zu 4. beizubringenden Belagstücken, festzusetzenden Hebegebühren sind unter Abschnitt III. der Nachweisung der Restitutionen, Bonifikationen u. s. w. summarisch in Ausgabe zu stellen und mit den Quittungen der Empfänger zu belegen.

In der Einnahme-Nachweisung der laufenden Verwaltung treten die Hebegebühren dann mit dem in Ausgabe gestellten Gesamtbetrage auf der Linie für Restitutionen, Bonifikationen u. s. w. in die Spalte für den Grasnutzungsertrag, woselbst sich demnächst die schätzte Colleeinnahme bildet.

7) Niederschlagungen auf Grasnutzungspächte können nicht vorkommen, wenn das bei der oben erwähnten Circular-Verfügung, zur Vermeidung von Ausfällen vorgeschriebene Verfahren beobachtet wird. Möchte dieser Vorschrift nicht überall Folge gegeben werden, so ist durch Schriftwechsel mit der betreffenden Aufsichtsbehörde Abhülfe herbeizuführen.

Nach vorstehenden Bestimmungen sind nunmehr die Haupt-Zoll- und Haupt-Steuerämter mit Anweisung zu versehen; Ew. Hochw. aber wollen darüber wachen, daß auch vom laufenden Jahre ab pünktlich verfahren werde und, soweit es sich dabei um Wirksamkeit der Chausseebaubeverwaltung handelt, die zur Erreichung des vorliegenden Zweckes nöthige Schritte zu thun nicht unterlassen.

(Min. Bl. d. l. B. 1851. S. 50. Nr. 61.)

D. Anschaffung und Unterhaltung der Wegewärter-Geräthschaften.

1) Anweisung zur Dienstführung der bei den Kunststraßen angestellten Beamten, v. 6. April 1834, §. 9.

Dem Wärter werden die zur Unterhaltung seines Distrikts erforderlichen Gegenstände für sich und die Hülfswärter übergeben. Er muß auf den Werkzeugen ordentlich umgehen und schadhaft gewordene dem Fa. beannten abliefern.

2) G. R. der R. Reg. zu Köln v. 13. Febr. 1837, an sämtl. Bezirksmeister u.

Einer Verf. des Chefs der Chaussee-Verw. v. 31. v. M. zufolge, soll die Sammlung, nach wie oder den Wegewarten ein Aversum von 3 Alt. r. jährlich für die Unterhaltung der Geräte gegeben wird, sofort abgeschrieben werden; die effektiven Kosten der Unterhaltung sollen künftig aus dem kurrenten Chaussee-Unterhaltungsfonds bestritten werden, aus welchem auch die Anschaffung der neuen Geräte erfolgen muß.

Wir haben demnach unsere H. upfasse heute angewiesen, den Wegen Ärttern an Staatsstraßen jenes Aversum nur noch bis Ende Febr. d. J. in der bisherigen Weise Ihre Anwendung zu lassen.

Sie haben die Wegewärter Ihres Bau-Bez. von dieser Anordnung in Kenntniß setzen. Da es vielen Ihnen alle mögliche Sparsamkeit und Aufmerksamkeit darauf, die Wegewartengeräthschaften gehörig gehalten und aufbewahrt werden, und darüber Unterachse geschehen. Die Quantitäten über die statthabenden Requisitionen, u. Reparaturen von dergl. Geräthschaften haben Sie uns am Ende eines jeden J. vorzulegen.

Auf die Wegewärter der Präfektstraßen finden obige Bestimmungen ebenfalls Anwendung. (N. XXI. 1084. — 4. 199)

E. Armenpflege und Armenbeiträge, desgl. Gemeindefassen.

1) R. des R. Min. des J. (v. Schumann) v. 22. Dec. 1826 an R. Reg. zu Erteln. Unterstützung verarmter, nur gegen monatlichen Lohn beschäftigter, Chaussee-Bau Aufseher.

Der R. Reg. wird auf den Ver v. 11. d., die Unterstützung des ehemaligen Aufsehers N. N. und dessen Familie betr., Kleinat zu vernehmen geachtet, daß d. N. überhaupt nicht in die Kategorie der Beamten zu ziehen sein dürfte, da er nur als Arbeiter beim Chausseebau gegen einen monatlichen Lohn beschäftigt worden ist. Sogar wenn aber, selbst wenn er für einen Beamten gehalten werden könnte, dennoch an seinen kleinen belibenden Aufenthalt genommen, weil er, je nachdem der Chaussee-Bau noch immer von einem Orte zum andern gezogen ist u. (N. X. 1113 — 4. 121)

2) R. des R. Min. des J. u. d. B. (Köhler) v. 27. Nov. 1830 an R. Reg. zu Merseburg. Chaussee-Einnehmer- und Wärter-Häuser in der Gemeinde-Mut nehmen an den Gemeinde Rechten und Lasten Theil.

Es kann, wie der R. Reg. auf den Ver. v. 18. Aug. d. J. erwiedert wird, kein Zweifel unterliegen, daß die in der Mut einer Gemeinde angelegten Chaussee-Einnehmer- und Chaussee Wärter-Häuser mit ihren Berechnern zu der Gemeinde gehören, und so gut an den Vorteilen als den Lasten des Kommunal Verbandes Theil nehmen und dies möge die R. Reg. denjenigen Gemeinden, in welchen darüber Zweifel existiert, bekannt machen, und ihnen anheimstellen, die Kommunal-Anlagen auch auf diese Häuser Staatslements mit zu reparieren, wogegen, im Falle eine darin wohnende Person eine Unterstützung braucht, d. ebenfalls auch auf die Gemeinde zurückzusehen ist.

(N. XIV. 784. — 4. 48.)

3) R. des R. Min. des J. u. d. B. (Köhler) v. 30. Aug. 1831 die Ortsvorstände zu N. N. und abschriftl. an die R. Reg. zu Merseburg. Chaussee-Wärter nehmen an den Rechten und Pflichten der Gemeinde-Mut Theil.

Die Beschwerde, welche die Ortsvorstände zu N. und N. mittelst Eingabe v. 6. M. über die ungeordnete Aufnahme der in den Gemeindefassen der dortigen Gemeinden wohnenden Chaussee-Wärter in den Kommunalverband dieser Gemeinden erhoben, muß als unbegründet zurückgewiesen werden, indem die Chaussee-Wärter in jeder Gemeinde zur Gemeinde gehören, weshalb dieselben aber auch alle aus der Gemeinde-Mut resultierenden Anlagen mitbehalten, auch alle Gemeindefassendienstleistungen, gleich anderen Gemeinde-Mut, selbst verrichten, oder durch Stellvertreter verrichten lassen, wogegen sie auch auf alle Vorteile des Gemeinde-Verbandes Anspruch haben.

(N. XV. 570. — 3. 34.)

) R. des R. Min. des J. u. der P. (Röhler) v. 29. Dec. 1831 an die mal-Beörden zu Merseburg. Aufnahme der Chaussee-Wärter in den Armenverband.

si die Beschwerde der Kommunal-Beörden zu Merseburg v. 12. d. M. wegen dortigen Stadt auferlegten Aufnahme der innerhalb ihrer Gtur wohnenden Chaussee- in ihren Armenverband, kann nicht eingegangen werden; vielmehr muß es bei der R. Reg. dortselbst getroffenen Verf. sein Verwenden behalten, und es in Hinsicht ssee-Wärter eben so gehalten werden, wie in Ansehung aller anderen Staatsdiener oder niederen Ranges, welche, wie sie zu allen Lasten des Kommunal-Verbandes müssen, so auch Anspruch darauf haben, an dessen Vortheilen Theil zu nehmen. (L. XV. 504. — 4. 59.)

) E. M. der R. Min. des J. u. der P. (v. Rochow), der Bertw. für H., u. Bauwesen (Rother) u. der Fin. (Gr. v. Alvensleben) v. 18. Mai in sämmtl. R. Reg., ausschließlich der Rheinischen. Armenbeiträge und pflege der Chaussee-Einnehmer und Chaussee-Wärter und ihrer Hinter- m.

te in einigen der älteren Provinzen zur Sprache gekommenen Zweifel über die pflege der Chaussee-Einnehmer und Chaussee-Wärter und ihrer Hinterbliebenen ver- und, in dieser Beziehung Folgendes zu bemerken.

o kann keinem Bedenken unterliegen, daß die betr. Personen als Einwohner der- Kommunen anzusehen sind, in deren Bezirk sie wohnen. Da von das Recht eines rohnere, Almosen zu fordern, nach §. 12. Tit. 19. Th. II. des A. L. R. ein Kor- Pflicht ist, zu den Armensteuern beizutragen: so folgt daraus für die gedachten beamteten die Verbindlichkeit, zur Armenpflege mit beizutragen.

ie Höhe dieses Beitrages läßt sich indeß nicht allgemein bestimmen, sondern es ei Abmessung desselben jedesmal die obwaltenden Verhältnisse berücksichtigt wer- B. ob von einer Stadt oder vom platten Lande die Rede, ob der zu Besteuernde er Tagelöhner oder Pächter, oder ein wirklicher Staatsdiener ist u. s. w.

ie R. Reg. kann daher für jetzt nur angewiesen werden, überall, wo sich in Ihrem Chausseen befinden, in Absicht der dabei angestellten Personen den Armenverband, em sie gehören, festzustellen, und ihnen aufzugeben, ihre Beiträge dahin zu ent- wobei der R. Reg. überlassen bleibt, bei entstehendem Streite über die Höhe der den Beiträge dieselben bei etwaniger Ermangelung spezieller Vorschriften nach Ermeßen festzusetzen. (N. XX. 438. — 2. 158.)

. Pensionirung.

) E. M. des R. Min. des J. für H. u. G. Ang. (v. Schudmann) v. 1. 1830 an die R. Reg. zu Köln, und abschriftlich zur Nachachtung an . übrige R. Reg., ausschließlich derjenigen zu Stralsund. Pensionirung Kündigung angestellten Chaussee-Wärter.

a dem unterm 30. April 1825 Allerh. vollzogenen Pension-Regl. ist bekanntlich seihen die Bestimmung enthalten:

den auf Kündigung und nach bestandener Probezeit angestellten Beamten, sobald e aus den ihnen übertragen gewesenen Stellen ausscheiden, aus dem Civil-Pen- s-Fonds dasjenige gewährt werden soll, welches ihnen nach ihrem Militärver- hältnisse zusteht, so wie sie auch nach Umständen und mit Rücksicht auf ihre Dienstlei- gen zu einer höheren Gnaden-Pension-Bewilligung bei des Königs Maj. in Vor- g gebracht werden können.

hernach ist es nun allerdings außer Zweifel, daß ein auf Kündigung angestellt ge- Wärter, in sofern er sich des Genusses der ihm früher bewilligten, oder ihm sonst em Militärverhältnisse zustehenden Gnaden-Pension durch pflichtwidrige Hand- richt verlustig gemacht hat, diese Pension nach treuer Dienstzeit aus dem Civil- s-Fonds erwarten darf; keinesweges ist jedoch durch den Inhalt des fraglichen iphen bestimmt worden, daß dergleichen Wätern ein Anspruch auf das im §. 14. len, welche bloß mit mechanischen Verrichtungen bestehen, bewilligte Minimum Ihr. jährlich, zusteht, indem diese Bestimmung, wie auch im Eingange des §. 2. let ist, nur Anwendung findet bei Individuen, welche in Folge früherer Verhält- i Beitrag zum Pension-Fonds geleistet, und deshalb Ansprüche auf Bewilligung vil-Pension erlangt haben. Bei den auf Kündigung angestellten Wätern ist dies r Fall.

o kann daher auch nur als irrthümlich angesehen werden, wenn die R. Reg. in der. v. 18. Okt. c. für den 39jährigen Wärter N. N., nachdem derselbe 15 Jahr im

Militär und 6 Jahr als Wärter gedient haben soll, und der im Kriege erhaltenen Wundtatter außer Stande ist, seinen der Ründung unterworfenen Wärterdienst fortzusetzen, auf Bewilligung einer Pension sogar von 72 Thlr. jährlich anträgt.

Dieser Betrag kann mithin dem N. nicht gewährt werden; die K. Reg. hat vielmehr in künftigen ähnlichen Fällen sich darauf zu beschränken, anzuzeigen welche Summe an Pensionirten nach seinem Ausscheiden aus dem Militär als Gnadengehalt zugetheilt werden würde.

Nach der Bemerkung in der eingereichten Pension-Nachweisung würde solches nämlich dem N. der von demselben bis zu seiner Anstellung als Wärter angeblich bezogene Gnadenhalter sein, worüber indeß die höhere Anzeige der K. Reg. noch erwartet wird.

Ob und welche Erhöhung dieses Betrages dem a. d. scheidenden Wärter wegen seiner jährlicher vorzüglicher Ausübung seiner Pflichten zuzubilligen ist, wird dagegen in Rücksicht der betr. Bestimmung und auf den Grund des dafür sprechenden Ver. der K. Reg. nicht unberücksichtigt bleiben (A. XIV. 837 — 4 96.)

2) E. M. der K. Chaussee Verw. (Kothler) v. 22. Jan. 1836 an die K. Reg. Verfahren bei Anträgen auf Pensionirung von Beamten der Chaussee-Verwaltung.

Die auf Bewilligung von Pensionen, besonders für Chaussee Wärter gemachten Gesuche, wurden von der K. Reg. bisher im Laufe des Jahres, theils einzeln, theils in unbestimmten Zeiten eingereicht, und dadurch zu öfteren Anträgen bei der K. Reg. Anlaß gegeben. Um dies zu vermeiden, zugleich aber auch die einzelnen Anträge außerordentlichen Zahlungen zu vermindern, wird die K. Reg. hierdurch beauftragt, daß diese Anträge nur einmal im Jahre, und zwar zum 1. Jun. jeden Jahres, bei der K. Reg. zur Beförderung nachgewiesen und mit den vorgeschriebenen Belegstücken, an mich zu senden.

Bei der, der K. Reg. nicht unerkannten, Beschränktheit des Pension-Fonds, indessen voraus, daß die Pension-Gesuche nur dann beantragt und unterstützt werden, wenn sich dieselbe genügend davon überzeugt hat, daß der Pension-Anspruch der Individuen völlig außer Zweifel ist und fernere Verheerung desselben wegen Alters- oder Körperschwäche im Interesse der Chaussee-Verw. nicht weiter gestattet werden kann.

Sollten besondere Umstände die sofortige Entlassung eines nachlässigen oder d. w. d. g. handelnden Wegewärters notwendig machen, so kann zwar die, so wie die Zahlung der einem solchen Individuo aus früheren Militär-Verhältnissen etwa zufließende Kompetenz, in soweit solche der Militär-Bestimmung gemäß, dem Civil-Pension-Fonds zur Last fällt unverweilt stattfinden, indessen hat mit der K. Reg. in einem solchen Falle zur weiteren Bestimmung die erforderliche spezielle Anzeige zu machen.

(Acta gen. des K. K. Min., Abth. IV. B. Nr. 73.)

3) E. M. des K. K. Min. (Gr. v. Alvensleben) v. 9. Nov. 1839 an die K. Reg. Verwaltung und Verwendungs-Nachweis der Civil-Pensionen.

In Gemäßheit der, mit diesseitiger Zustimmung, von der K. Ober-Rechnungs-Kammer am 19. Aug. 1837 angeordneten Nachweisung der aus dem Chaussee-Fonds fließenden Pensionen in der allgemeinen Civil-Pensions- und Parteigelder-Rechnung, ist es notwendig erachtet, hinsichtlich der Verwaltung und des Verwendungs-Nachweises der Chaussee-Pensionen genau dasselbe Verfahren eintreten zu lassen, wie solches bei den übrigen Civil-Pensionsfonds der zum Finanz-Min. gehörigen Abtheilungen statfindet.

Unter Anstrengung aller dieserhalb für das Chaussee-Pensions-Wesen bestehenden besonderen Vorschriften, wird die K. Reg. daher angewiesen, vom 1. Jan. 1840 ab:

- 1) die Chaussee-Pensions-Nachweisung nicht mehr zum 1. Aug., sondern nur zum 1. Febr. jedes Jahres, spätestens zum 1. Febr. jeden Jahres zur Festsetzung der Pensionen zu reichen — Da jedoch die Soll-Ausgabe für das kommende Jahr bereits feststeht, so bedarf es pro 1840 der Einreichung jener Nachweisung nicht mehr;
- 2) zur Deckung der jährlichen Chaussee-Pensionen von der dortigen Hauptkasse nur den wirklichen Bedarf von der General-Staatskasse, welche die Pensionen versetzen ist, abheben zu lassen, ohne Rücksicht darauf, ob durch die Summe der festgesetzten Soll-Ausgabe erreicht wird oder nicht — Es ist daher von selbst, daß auch im Laufe des Jahres außer dem Etat der Pensionen-Raten, der General-Staatskasse in Aufrechnung gebracht werden, daß es dazu besonderer Zahlungs-Ordres bedarf;
- 3) nach dem den E. Verw. v. N. Nov. 1828 und 23. Juli 1828 beschlossenen Statut, resp. zum 1. Febr., 1. Mai, 1. Aug. und 1. Nov., Zu- und Abnahme der Pensionen oder eine Vacat-Anzeige, mit einem summarischen Abschlusse des Zustandes des Chaussee-Pensionsfonds einzureichen. — Der bisher in dem E.

von den Chaussee-Aufsichtskosten aufzunehmen gewesene Pensions-Verwendungs-Nachweis, ist dagegen von 1840 ab fort zu lassen.

Die Anträge auf Gnaden-Pensionen auch ferner nur einmal im Jahre, zum 1. Juni, anzubringen. Gesuche um Bewilligung der auf Grund des Pensions-Reglements ausstehenden Pensionen, oder Uebergewährung von Kompetenzen aus früheren Militär-Verhältnissen herrührend, können dagegen zu jeder Zeit angebracht werden. Eine Pensionaire der Chaussee-Verwaltung ihren Wohnsitz aus dem dortigen Bezirk nach der Stadt Pettau verlegen, solche ferner nicht der Reg. zu Pestbuda, sondern dem Vorsteher der hiesigen Min.-Baubom. zu überweisen, da dergleichen Individen ihre Pensionsraten künftig aus der hiesigen Civil-Pensionklasse beziehen werden.

Die K. Reg. wird noch darauf aufmerksam gemacht, dahin zu sehen, daß der Chaussee-Fonds nicht mit dem Pensionsfonds für Handel, Gewerbe und Bauwesen vermischt, sondern als ganz für sich bestehend behandelt wird.

(L. XXIII. 914. — 4. 144.)

B.

Die Wegebaumeister.

1) Anweisung zur Dienstführung für die bei den Kunststraßen angestellten Beamten v. 6. April 1834 §§. 11—14¹⁾.

Wegebaumeister.

§ 11. Der Wegebaumeister führt die Aufsicht auf einen bestimmten ihm übergebenen Wege-Distrikt. Seine Anstellung erfolgt nach den bestehenden Vorschriften durch Ministerium, welches den Umfang seiner Geschäfte und seinen Wohnsitz feststellt, nachher die Reg. mit ihrem Gutachten gebilligt worden.

§ 12. Nach Uebernahme des Dienstes hat derselbe die vorhandenen Straßen-Karten und Stelle zu prüfen, nach dem Befunde zu berichtigen und zu ergänzen, oder zu verfertigen nach und nach anzunehmen. Ein Exemplar dieser Karten bleibt bei der Reg., das andere wird an den Oberwege-Bauinspektor eingesandt. In denselben Bezirken, wo solche Beamte nicht angestellt sind, benützt und verwahrt der Baumeister diese Karte.

§ 13. Auch muß die Straße eine genaue Beschreibung aller Theile derselben, ihrer Brücken, Grabenprofile, Bäume, Geländer, Weizenfelder u. dergl., also ein Inventarium, wenn ein solches nicht vorhanden, aufgenommen, und jede Veränderung am Schlusse eines Jahres darin nachgetragen werden.

Es sind in diesem Inventarium die etwaigen Rechte und Verpflichtungen der Anwohner, soweit sie die Straßen betreffen, namentlich wegen der Grabenung in den Straßen, Räumung derselben, Unterhaltung der Brücken, Reinigung und Unterhaltung derselben zu bemerken²⁾.

§ 14. Der Wegebaumeister hat nachstehende Dienstpflichten, für deren treue Erfüllung er verantwortlich ist:

a) Im Allgemeinen muß er auf Erfüllung der Vorschriften, den Bau, die Unterhaltung und Instandsetzung der Straßen betr., halten, und zur Abhülfe der bemerzten Mängel unvollkommenheiten in den der Reg. zu erstattenden Berichten, nöthigenfalls unter Zug von Zeichnungen, angemessene Vorschläge abgeben.

b) Die Aufträge der Reg. und des Wege-Bauinspektors hat er pünktlich zu vollziehen und in Ansehung des Reg.-Bauaths die Bestimmung der Geschäftsanweisung für §. 23. Okt. 1817 §§. 42 und 48 zu beobachten.

c) Er muß seinen Bezirk, so oft es nöthig wird, wöchentlich oder wenigstens einmal besuchen.

Die Anschläge zur Straßenunterhaltung für das nächste Jahr hat er so zeitig zu stellen, daß sie bis zum 1. Okt. bei der Reg. eingehen (§ 26 seq.). Von den Arbeiten in Verdingung ausgeführt werden sollen, und von denen, welche in Tagelohn zu leisten, hat er die Kosten in den Anschlägen von einander zu trennen, und in letzteren vorbergesehene Ausgaben Rücksicht zu nehmen. Sobald die Reg. die Anschläge genehmigt hat, wird er die öffentliche Licitation der zu verdingenden Arbeiten (in sofern

angenommen, daß diese Dienstsanweisung sich in den Händen sämtlicher Bezirk- und theilhaftigen Beamten befindet, so sind die weiltänstigen dazu gehörigen Formulare der Nummerierung wegen nicht mit abgedruckt.

Die Art und Weise der Aufnahme dieser „Straßen-Inventarien“ ist in der k. k. Ministerial-Instruction erlassen in dem E. R. des k. k. Min. Abth. für Bau- u. Baum. d. 15. Okt. 1839. (Acta des k. k. Min. IV. 12791.)

die Reg. nicht einen andern Beamten damit beauftragen möchte) abhalten. Der Bed. der im Tagelohn geschickten Arbeiter wird bei einer benachbarten Kapie zu seiner Leistung gestellt werden.

d) Der Zweck seines Strebens muß sehr mit möglichst vortheilhafter Benutzung der besten Materials die Kunststraße nicht in unabweisbarem, gutem, schrittweisem Stande zu erhalten.

e) Er ist berufen und verpflichtet seinen Mängeln sorgfältig abzuwehren, wenn Kosten dafür mit den ihm betheiligten Mitteln bestanden werden können. Die Anzeigen solcher kleinen Ausbesserungen geschieht in dem zu erfüllenden Berichte. Große Reparaturen, überhaupt die jährliche Unterhaltung der Kunststraßen seines Bezirks, wozu Alles was dazu gehört, muß er beantragen, und den Aufschlag unmittelbar bei dem oder mittelbar durch den Wege- und Oberwege Baupflichtor — wenn ein solcher vorhanden — bei derselben einreichen.

Der Wegebaumeister ist verpflichtet diesem Vorgesetzten bergleichen Aufträge, so auch alle sonstige Bau- und Reparatur-Geschäfte im Concept vorzutragen, damit selbige nöthige Abänderungen anordnen konnte, welchen der Wegebaumeister Folge leisten hat.

f) Alle Baumaße an der Kunststraße, als Brücken, Durchlässe etc. und die Anlage der Straße der Baumstutzen und Erdarbeiten muß er oft nach sehen und die Abmessungen genau beobachten, welche die etwa im zweiten Theil der Anweisung zur Unterhaltung und Instandhaltung der Kunststraßen ertheilt worden sind.

g) Die Vorarbeiten, die er wenigstens monatlich, außerdem aber nach den erhaltenen Verfügungen und beim Abgang des Schnees nach zu sehen um die Mängel, dem zweiten Theil der Anweisung gemäß, beseitigen zu lassen. Der anwesende Grundbesitzer zur Unterhaltung der Vorarbeiten verpflichtet und sich dabei (S. 14) so hat er sie zu erneuern und erforderlichenfalls bei dem Antritt auf die nöthigen Zwangsmittel ohne Verzug anzuwenden.

h) In gleicher Art hat er zu verfahren, wenn bei hohem Schnee Gehwege oder Fahrten in Gassen oder andere Straßenräume so verschattet werden, daß sie beschwerlich sind.

i) Er hat auf Erfüllung der den Wegewärtern auferlegten Verpflichtungen, ein zutreffendes Bericht der vorgeordneten Arbeiten, und auf Ordnung in der Verwaltung der Wärter zu halten. Er muß dieselben über ihre Arbeit abfragen an Ort und Stelle, und auf jeder Verletzung von den Vorschriften in der Abtheilung und von den die Wärter in jeder Art an Arbeit verpflichtet haben, genaue Kenntnis sich verschaffen, und diesem Zweck, und um auch seinen Vorgesetzten die Gewissheit zu verschaffen, daß die Verwaltung der Straßen vorschriftsmäßig vorantreibt, hat der Wegebaumeister die Befehle der Wegewärter (S. 7), so oft er sie requirirt, zu befehlen. Nach Art. 14 Tagelohn nimmt der Wegebaumeister diese Arbeitsberichte, vergleicht sie mit den nach § 14 Lit. n. zu führenden Nachweisungen, und legt sie dem Wege- oder Baupflichtor vor oder vertritt sie selbst, wenn ein solcher nicht vorhanden ist. Wenn ein Wegewärter nicht in Abrede stehen könnte, daß ihm irgend eine Verletzung der Arbeit von dem Wegebaumeister ausdrücklich ausgedrückt worden, so hat letzterer dem Wegewärter ein Verzeichnis der etwa eintreten Vorgehen zu beibringen, und in dem jedesmal, wenn auch nur mit Vermerk zu berichten, welche Anweisungen dem Baupflichtor mitgeteilt worden sind. Bei nachheriger Vernehmung wird anzuweisen, ob die Verletzung vor sich ist oder nicht. Es ist darauf zu halten, daß der Wegewärter dieses Verzeichnis selbst bei sich führt. Der Wegebaumeister ist berufen, nachlässige und ungeschickte in eine Ordnungstrafe bis zur Höhe von 15 Silbergroschen zu nehmen, wenn sie ohne Erfolg geblieben sind, und ermächtigt, die von den Wegewärtern der Arbeiten auf ihre Kosten auszuführen zu lassen.

k) Von den den Wärtern auferlegten Ordnungstrafen hat er der Reg. unter Führung der darüber aufgenommenen Protokolle, monatlich Anzeige zu machen. Von schweren Vergehen, welche Untersuchungen erfordern, hat er aber nach vorläufiger Feststellung des Thatbestandes sogleich Anzeige zu machen.

l) Ueber die Dienstsührung eines jeden Wegewärters hat der Wegebaumeister fortwährendes Augenmerk zu führen, in welchem die Disziplin, Vermeidung und die die sich der Wärter zugetragen, regelmäßig einzutragen, Vorstellungen und Strafen, die an ihn erlangen sind, durch seine eigene Unterschrift bestätigt und die gegen ihn erlassenen Verfügungen aufbewahrt werden. Nicht minder sind darin die vorerwähnten Handlungen des Wärters zu vermerken.

m) Der Wegebaumeister ist befugt, Tagelöhner und Verdingarbeiter anzuwerben und von denselben die geschickten Arbeiter auf der Straße und an den dazu gehörigen Baumaßen unter Aufsicht der Wegewärter ausführen zu lassen; er leidet einigt und Rechnungen, und weist die Baumaße zur Zahlung an die Empfangsberechtigten.

Weder mit dieser Auszahlung selbst befaßt, noch an Verdingarbeiten, Eie-
ren u. dergl. irgend einen Antheil nehmen.

den in jeder Arbeitsabtheilung abgelieferten, zugerichteten und verbrauchten
uß er in genauer Kenntniß sich erhalten, übersichtliche Listen in tabellarischer
m beiliegenden Schema darüber führen, dieselben auf Erfordern dem Regle-
rath, oder dem Wege- oder Oberwege-Bauinspektor bei deren Bereisun-
und monatlich Extrakte daraus der Reg. überreichen. Eben so werden noch
n Schematen Listen geführt, und Extrakte daraus über die Lohn- und Ver-
nd über die angewiesenen Zahlungen eingereicht.

Vorrathshäusern der angelieferten Materialien ist er verpflichtet, selbst nach-
solche in seiner Gegenwart von dem Wegewärter mit Weißlack bezeichnen

Maßgabe der Vorschriften zu b. dieses §. ist er dafür verantwortlich, daß
er Vorrath von zugerichtetem Material immer vorhanden sei, muß die Eie-
Steinarbeiter mit Nachdruck zur Erfüllung ihrer Obliegenheiten anhalten.

uß die Steinbrüche und Kiesgruben seines Distrikts oft bereisen, und neue
ruben, welche taugliches Material liefern können, der Straße so nahe wie
en. Die gefundenen Proben hat er dem Regierungs- und Bauathe oder

er Oberwege-Bauinspektor zuzusenden, damit bei Anlieferung der Materia-

Regel dem Mindestfordernden nach vorheriger Licitation oder Submission
en muß, darauf Rücksicht genommen werden kann. Insbesondere wird
gemacht, eine Sammlung von allen Gattungen Materialien seines Dienst-

zum Bau und zur Unterhaltung der Kunststraßen gebraucht werden oder
en können, in seiner Behausung gehörig bezeichnet vorräthig zu halten.

uß die Sandschollen, welche zum Holzanwuchse bedeckt, besämt oder bepflanzt
n, für ihre Bewährung und dafür sorgen, daß sogleich jede Blöße mit Sand-
pflanzstämmen u. gedeckt werde.

it ferner die Aufsicht über die Werkzeuge der Wegewärter und Hilfsarbeiter
eren sichere Unterbringung sorgen, und über den Zu- und Abgang derselben
m führen, in welchem jeder Wärter sein Conto erhält. Die Werkzeuge
vollständig gehalten, und unbrauchbar gewordene entweder wieder herge-
itlich verkauft werden.

verpflichtet, ein Journal über die eingegangenen Verf. der vorgelegten, und
koordinirten Behörden, so wie über Anzeigen seiner Untergebenen, und ein
eine Dienstreisen zu führen. Beide muß er auf Verlangen dem Regierungs-
bei seinen Bereisungen vorlegen.

ist es nothwendig, daß er mit der Erhebungart der Wegeelder sich bekannt
an ihm Aufträge, diesen Gegenstand betr., ertheilt werden, hinlänglich be-
richtet zu sein, und Unordnungen, welche zu seiner Kenntniß gelangen,
nnen.

olchen Reg. Bez., in welchen seine Wege- oder Ober-Wegebau-Inspetoren
ist der Wegebaumeister verpflichtet, sich allen denjenigen Aufträgen, Arbeit-
htungen zu unterzeichnen, welche in der nachfolgenden Dienstankündigung dem
bertwege-Bauinspektor §§. 25. 26. 27. 29. und 30. zugetheilt worden. Auch
aumeister daß in den übrigen Paragraphen bestimmte Disziplinerverhältnisse

er die Aufstellung der Verwendungspläne zur Unter-
r Kunststraßen sind ausführliche Instruktionen¹⁾ in nachstehen-
affen ertheilt worden²⁾:

R. der R. Verw. für H., Fabr. u. Bautresen v. 16. August 1834.
ta des R. Fin. Min., Abth. für H., F. u. Bautresen, sign.: Chausseebau-
Sachen, specialia. B. Abth. I. Fach 1. Nr. 7. Vol. I.);

R. derselb. Behörde v. 19. Jan. 1836 (in denselben Akten);

t. des R. Fin. Min. v. 30. Juni 1837 (in denselb. Akten, Vol. II.);

ausgelegt werden darf, daß diese Instruktionen, nebst den dadurch einge-
weitläufigen Schematen, sich in den Händen der betr. Beamten befinden,
che zur Raumersparung nicht abgedruckt worden.

uch über die Einsendung der Kostenrechnungen über Chausseebau-
Reparaturen die G. M. des Chefs der Chaussee-Verwaltung (Rother) v.
u. d. 10. Dec. 1836. (Ann. XX. 1016. u. 1017.)

d) C. R. d. d. Min. v. 26. Dec. 1838 (in denselb. Affen);

e) C. R. d. d. Min. v. 25. Sept. 1843.

(Acta des k. Min., Abth. für H., Fabr. u. Bauwesen, IV. 16026.)

3) Ueber die Verpflichtung der Wegebaumeister zur Haltung von Fuhrwerk oder eines Kutschpferdes, vergl. C. R. der k. Verm. für H., Bauwesen v. 7. Febr. 1835 und C. R. des k. Min. für H., G. u. öffentl. v. 9. Jan. 1853.

(N. XIX. 492. — 2. 134. u. Min. VI. b. I. R. 1853. C. 35 Nr. 19, Lit. I., Unterabth. II., sub 1., B., BB., ad b. C. 159. u. 160.)

C.

Die Wege- oder Ober-Wege-Bau-Inspektoren.

1) Anweisung zur Dienstführung für die bei den Kunststraßen angeordneten Beamten, v. 6. April 1834. §§. 15—30.

Wege- oder Ober-Wege-Bauinspektor¹⁾.

§. 15. Da, wo ein Wege- oder Ober-Wege-Bauinspektor angestellt ist, derselbe Wegebaumeister denselben als ihren nächsten Vorgesetzten zu betrachten, ihre Berichte anzeigen, in sofern von rein technischen Angelegenheiten die Rede ist, an ihn zu senden; sonst aber die Berichte und Anzeigen an die Reg., mittelst Umschlag ihm zur Beförderung zu übersenden.

§. 16. Der Wirkungskreis des Wege- oder Ober-Wege-Bauinspektors erstreckt vornehmlich auf die Sorge für zweckmäßige Instandsetzung, Unterhaltung und Ausbau der Kunststraßen im ganzen Umfang des Reg. Bez., in soweit die Kosten ganz oder theilweise aus öffentlichen Fonds bestritten werden; einschließend jedoch diejenigen Straßenstrecken und Brücken, welche von Kommunen oder Privaten unterhalten werden, und in der Richtung der Kunststraße liegend, als Theile derselben zu betrachten sind.

§. 17. Der Wege- oder Ober-Wege-Bauinspektor hat daher die Aufsicht über die beim Straßenbau angestellten Beamten aller Klassen zu führen, wozu auch die Wegebaumeister, Wegewärter und Wegebedienstete gehören; letztere nur insoweit, als sie durch die ihnen ertheilte Dienst-Instruktion zur polizeilichen Aufsicht der Kunststraßen verpflichtet sind.

§. 18. Die ihm untergeordneten Beamten müssen seinen Anordnungen und Tragen unbedingte Folge leisten. Findet ein Wegebaumeister erhebliche Bedenken, so darf er die angeordnete Maßregel zwar nicht suspendiren, seine abweichende Meinung aber unter Anführung der Gründe der Reg. darlegen. Der Wege- oder Ober-Wege-Bauinspektor hat die untergeordneten Beamten fleißig an ihren Amtspflichten zu kontrolliren, und über die pünktliche Befolgung der ihnen ertheilten Dienstvorschriften zu wachen. Ordnungswidrigkeiten hat er sofort zu rügen, säumige jedoch mit Ausnahme der Wegebaumeister, nothigenfalls mit Ordnungsstrafen in Höhe von 1 Thaler, oder dadurch, daß er die Arbeiten auf ihre Kosten ausführen, ihrer Pflicht anzuhalten, bei Vergehen der Wegebaumeister aber auf Festhaltung angemessener Ordnungsstrafe bei der Reg. anzuhängen im Wiederholungsfall mit härteren Vergehen hingegen welche Untersuchungen fordern und härtere Strafen zuziehen, zuvor den Thatbestand zu ermitteln, damit von der Reg. das Weitere werden kann.

§. 19. Ueber die dienstliche und moralische Führung sämtlicher ihm untergeordneten Beamten hat er vorstehend Nachsicht zu führen, die ertheilten Rügen oder Ordnungsstrafen mit Ausnahme auf die Strafverfügungen zu vermeiden und am 1. Januar jeden Jahres eine Konduiten-Liste nach der bestehenden Vorschrift einzureichen.

§. 20. Er ist befugt, den Wegebaumeistern einen achtägigen Urlaub zu bewilligen. Auf längere Zeit muß der Urlaub von der Reg. erbeten werden, das Gesuch jedoch dem Wege- oder Ober-Wege-Bauinspektor gehen.

§. 21. Außer der ihm vorstehend beistehenden Disziplinargewalt umfaßt die Aufsicht des Wege- oder Ober-Wege-Bauinspektors in der Regel allein das techn. u. baupolizeil. Wesen. Die Versorgung des administrativen und ökonomischen Theils gesteht ihm von der Reg. ertheilte Aufträge ausgenommen, durch die Wegebaumeister.

¹⁾ Die von dem k. Min. des I. unterm 13. Nov. 1829 für den Ober-Wege-Bauinspektor des Arnöberg'schen Reg. Bez. ertheilte Dienst-Instruktion (N. 933. — 4. 113.) ist hierdurch für beseitigt zu erachten.

22. Für zweckmäßige Ausführung neuer und gute Unterhaltung der schon bestehenden Straßen, mit möglichst vortheilhafter Benützung und Anwendung des besten in jeder Gegend, ist er verantwortlich. Alle diesfällige Anträge und Arbeiten unter seiner Anordnung und Leitung. Zur Abstellung von Mängeln, wenn dazwischenliegende Unterhaltungs-Fonds nicht überschritten und also neue Ausgaben nicht nöthig gemacht werden, ist er ohne Anzeige befugt. Was zu thun nöthig ist auf dem Verzuge haftet, müssen ihm die Umstände an die Hand geben.

23. Alle Verfügungen der Reg., die das Technische des Straßenbaues betreffen, entweder direkt an den Wege- oder Ober-Wege-Bauinspektor, oder werden ihm hiemit zu seiner Einsicht und Beförderung an den betreffenden Baubeamten zu.

24. nach §. 16. von den Wegebaumeistern unter Umschlag an ihn eingehenden hat er, mit seinem legi und den erforderlichen Bemerkungen versehen, unverzüglich einzusenden.

25. Der Wege- oder Ober-Wege-Bauinspektor hat öffentlich dahin zu wirken, daß Schreibwerk möglichst vereinfacht und die Thätigkeit der Wegebaubeamten auf nützliche Wirksamkeit und fleißige Bereisung der Straßen gerichtet werde.

26. So oft er eine mehrtägige Reise antritt, hat er den betr. Reg. und Bau Rath, benachrichtigen und diejenigen Aufträge entgegen zu nehmen, zu deren Ertheilung er nach der Dienstweisung für die Reg. befugt ist.

27. In seiner Aufsicht anvertraute Straßen muß der Wege- oder Ober-Wege-Bauinspektor wenigstens regelmäßig zweimal im Jahre bereisen, und zwar das erste Mal am Ende des Herbstes, spätestens im Monat März und Anfangs April, um sich von dem Stande der Straßen in allen ihren Theilen und daran entstandenen Schäden zu überzeugen, und zu deren Wiederherstellung sofort die erforderlichen Anstalten zu treffen; das zweite Mal im Laufe des Juli und August, um die Quantität und Qualität des gebräuchlichen Unterhaltungsmaterials zu untersuchen und sich zu überzeugen, ob die Unterhaltung der Straßen tüchtig und der Vorschrift gemäß eingeleitet oder ausgeführt ist.

28. Vor jeder Bereisung hat er Beschuß Aufstellung der Straßen-Unterhaltungsanschläge für das Jahr, alle Materialien zu sammeln, und die Wegebaumeister mit Anweisung zur Ummantelung derselben zu versehen.

29. In der Ausführung begriffenen Neu- und Reparatur-Bau hat der Wege- oder Ober-Wege-Bauinspektor nicht allein auf seinen periodischen Reisen zu revidiren, sondern zu diesem Zweck auch außerdem nach allen Punkten hinbegeben, so oft seine Anwesenheit erforderlich ist.

30. Neubaue, Umbaue und andere wichtige Verbesserungen muß er nach den Umständen entweder selbst veranschlagen, oder unter seiner speziellen Leitung durch die Baubeamten veranschlagen lassen. Im ersteren Falle haben die Wegebaumeister die Anschläge nach seiner Anleitung zu liefern, im zweiten hat er die Revision der Anschläge zu übernehmen. Bei Bauausführungen dieser Art ist die Anstellung eines Bau-Kondukteurs, zur Führung der speziellen Aufsicht, Rücksicht zu nehmen.

31. Bis zum 1. Oktober jeden Jahres müssen sämmtl. Anschläge über Verbesserung und Unterhaltung der Straßen der Reg. durch den Wege- oder Ober-Wege-Bauinspektor eingereicht werden, damit noch vor dem Eintritt des Winters die Bewilligung erfolgen und die Lieferung der Materialien zur rechten Zeit stattfinden kann. Den Wegebaumeistern gefertigten Spezial-Etats und Kostenanschläge über die Unterhaltung muß er revidiren, nöthigenfalls auch umarbeiten und mit einer Hauptübersicht der Reg. vorlegen.

32. Durch dergleichen Umarbeitungen und wesentliche Abänderungen die Reinschriften der Anschläge nicht zu sehr zu verdunkeln, ferner um nicht geschehen zu lassen, daß die durch die Reg. Bez. angestellten Wegebaumeister übertriebene Unterhaltungskosten antragen, die nicht gewährt werden können, kann der Wege- oder Ober-Wege-Bauinspektor die Vorlegung jener Anschläge, überhaupt aller Entwürfe im Konzept von den Baubeamten fordern, die er dann entweder gut heißt, oder ganz oder theilweise verändert, im letzteren Falle von dem Wegebaumeister selbst abändern läßt.

33. Am Schlusse jedes Quartals hat der Wege- oder Ober-Wege-Bauinspektor Berichte über den Stand und Fortgang der Straßenunterhaltung und der Neubauten zu erstatten. Außerdem erstattet er der Reg. am Schlusse des Jahres einen Hauptbericht über den Zustand aller Straßen.

34. Außer dem, zu seinem engeren Geschäftskreise gehörigen technischen Betriebe muß auch die Aufmerksamkeit des Wege- oder Ober-Wege-Bauinspektors auf das ökonomische und Defonomische gerichtet sein. Er hat in dieser Hinsicht wahrgenommene Mängel und Defekte seines Verfahrens sofort abzustellen, seine Bemerkungen

über Verbesserungen der Reg. mitzutheilen und insbesondere darauf zu halten, daß Terminen zur rechten Zeit angeordnet, die Lieferungen in angemessenen Abtheilungen ausbezahlt und die Kontraksbedingungen von beiden Seiten gewissenhaft erfüllt werden.

Auch die Straßenpolizei darf ihm nicht fremd bleiben, zu deren richtiger Handhabung er die Wegebaumeister, Wärter und Einnehmer anzuhalten und mit Belehrung versehen hat.

§. 30. Die Reg. ist befugt, wenn sie es für nöthig erachtet, ihm auch in administrativen Angelegenheiten des Wegebaues Aufträge zu ertheilen. Auch soll sie hauptsächlich nicht beschränkt sein, sich des Wege- oder Ober-Wege-Bauinspektors bloß Staatsstraßen zu bedienen, sondern er ist verpflichtet, sich allen von ihm verlangten richterlichen, Besichtigungen und Untersuchungen in Betreff des Wegebaues, wenn der Gegenstand das Staats-Interesse nur mittelbar betrifft, ohne besondere Autorisation zu unterziehen.

2) Ueber die Verpflichtung der Wege- und Ober-Wege-Bauinspektoren zur Haltung eigenen Fuhrwerks oder eines Reitpferdes, vergl. C. R. d. Verw. für H., F. u. Bauwesen v. 7. Febr. 1835 u. C. R. des R. Min. f. G. u. öffentl. A. v. 9. Jan. 1853.

(A. XIX. 402. — 2. 134. u. Min. Bl. d. i. B. 1853. S. 35. Nr. 19, Tit. I., Unterabth. II., sub I., B., BB., ad b. S. 159. u. 160.)

D.

Die Chauffeegeld-Empfänger (Einnehmer).

A. Anstellung und Regulirung des Dienstes.

1) Vergl. C. R. des R. Min. des J. u. d. Fin. v. 19. Nov. 1827 (A. XI. 884. — 4. 13, s. oben Abschn. I., S. 23 ff.)

2) R. der R. Min. des J. u. d. F. (v. Nothow) u. d. F. (Gr. v. Leben) v. 28. Febr. 1838 an die R. Reg. zu Stettin. Befehung der Chauffeegeld-Empfangsstellen.

Der R. Reg. erwiedern wir auf den Ver. v. 24. Nov. pr., daß Chauffeegeld-Empfangsstellen, besonders, um die Empfänger bei eintretenden Gelegenheiten zu bestimmten Verpachtungen, oder wenn sonstige Umstände es rathlich machen, jeder Zeit zu können, nur auf Kündigung besetzt werden. Außerdem ist mit Verwaltung dieser Stellen nur eine im Ertrage unsichere und häufig zur Subsistenz nicht ausreichende Rente verbunden. Diese Verhältnisse machen es nöthig, zu Chauffeegeld-Empfängern pensionirte Beamte, oder Militairpersonen zu wählen, welche dadurch, daß sie in der Pension neben der Rente verbleiben, einen angemessenen Zuschuß zu der Pension erhalten, und welche nicht in Verlegenheit gerathen, wenn sie entlassen werden müßten.

(A. XXII. 210. — 1. 201.)

3) C. R. des R. Fin. Min. v. 30. April 1838. Rente für die Chauffeegeld-Empfänger geleistete Zahlungen.

Aus Rücksicht auf das Verhältniß, in welchem sich die meisten Chauffeegeld-Empfänger befinden, und durch welches sie sich von den Rentanten anderer R. Klassen unterscheiden, habe ich beschlossen, daß in einigen Provinzen ihnen schon gemachte Zugeständnisse allgemein zu machen und hierdurch festzusetzen:

daß von denjenigen Straßenbau-Zahlungen, welche sie aus Summen erhalten, die ihnen von andern Klassen zu diesem Behufe überwiesen werden, ihnen eine Rente von Einem Prozent, ohne Unterschied, wie hoch sich die Summen der zahlten Beträge beläuft, bewilligt werde. Für Zahlungen, die sie aus den Einnahmen ihrer Empfangsstelle bewirken, ohne Unterschied, ob sie bloß mit der Verwaltung des Chauffeegeldes oder auch anderer Königl. Einkünfte beauftragt sind, büßt ihnen keine Remuneration.

Zu ordnungsmäßiger Anwendung dieser Bestimmung hat die R. Reg. sich an den Prov. Steuer-Direktor in Kommunikation zu setzen, um zu erfahren, auf welche Weise und zu welcher Zeit sie bei jedem Einnehmer rechnen kann. Reichen diese zu den Einnehmern zu bewirkenden Zahlungen nicht hin, so daß ihm ein baarer Zuschuß zu leisten werden muß, so hat die R. Reg. von dessen Betrage und dem Zeitpunkte der Ueberweisung den Prov. Steuer-Direktor in Kenntniß zu setzen.

Alle Beläge über geleistete Straßenbau-Zahlungen, dieselben mögen aus welchen Einnahmen oder Zuschüssen geleistet sein, liefert der Einnehmer an die Reg. ab, an welche er seine Einnahmen abzuführen hat, und diese hat sich mittelbar oder mittelbar mit der Reg. Hauptkasse deßhalb zu berechnen.

Damit theils die Chausseegeld-Empfänger nur auf ein einfaches Zahlungs-Geschäft geringem Umfange beschränkt bleiben, theils die Kosten der Remuneration nicht ohne Anstand werden, hat die R. Reg. streng darauf zu halten, daß ihnen nur solche Zahlungen ausgetragen werden, deren Empfänger in der Nähe wohnen, und von denen theils aus ihrer Verhältnisse, theils wegen Geringfügigkeit des Objectes nicht süglich verlangt werden kann, daß sie sich zu einer entfernteren Kasse begeben. Als solche Zahlungen sind die Zahlungen des Chaussee-Aufseher und Wärters, die Löhnungen der Tagearbeiter zu bezeichnen. Zahlungen für Lieferungen sind in der Regel ausgeschlossen, und unbedingt über 25 Thlr. übersteigen.

Der Chausseegeld-Empfänger kann nicht gezwungen werden, seine Empfangsstube für andere Zahlungen zu verlassen.

Acta gen. des R. Min. Wm., Abth. IV. b. Nr. 1110. u. III. Nr. 18,149.)

4) E. R. des R. Min. d. F. (Flottwell) v. 27. Aug. 1846 an sammtl. Prov.- und Prov.-Steuer-Dir. Zahlungen aus den Kassen der Chaussee Geld-Erheber für die Herbeischaffung von Chaussee-Unterhaltungsmaterialien und von zu gewährende Tantieme.

Die R. Reg. wird auf den Ver. v. 13. Nov. v. J. hat Besuch des Chausseegeld-Erheb. N. zu N. um Niederlegung der defektirten Tantieme betr., geöffnet, daß der Ver. der E. W. v. 30. April 1838¹⁾ nur eine Vorschrift für die jenigen Beamten kennen die Anweisung auf die Kassen der Chausseegeld-Einnahmer zuseht. Diese sind für Lieferungen zu zahlenden Beträge, wenn sie 25 Thlr. übersteigen, nicht vom Chausseegeld-Empfänger zahlen lassen, sondern auf eine andere R. Kasse anweisen. Ist einmal der Einnahmer solche Beträge gezahlt, und konnte er die Zahlung aus den Kassen der Empfangsstelle nicht bewirken, so ist ihm unbedenklich auch 1 Prozent zu gewähren. Wenn also in dem vorliegenden Falle Jemand in Anspruch genommen werden sollte, so würde es der Wegebaumeister, welcher die Zahlungen anzuweisen muß; indessen sind in der E. W. unter Lieferungen nur die auf sich selbst bezüglichen beruhenden Lieferungen gemeint, da den Grundbesitzern in der Chaussee, welche, ohne an Zeit und Maß streng gebunden zu sein, Unterhaltungsmaterial zur Chaussee herbeischaffen, nicht zugemuthet werden sollte, Beträge über 25 Thlr. aus entfernten R. Kassen zu erheben.

Die R. Reg. hat die betr. Bau- und Steuerbeamten, so wie Ihre Hauptkasse, von der Einleitung der gedachten E. W. in Kenntniß zu setzen und den 10. N. zu beschreiben. (Min. Bl. d. I. B. 1846. S. 182. Nr. 264.)

5) E. R. des R. Gen. Dir. der Steuern (v. Pommer-Esche) v. 14. Aug. 1847 an sammtl. R. Prov.-Steuer-Dir., resp. Reg. Regulierung des Dienst-Einkommens der Chausseegeld-Erheber.

Als der E. W. v. 18. Mai 1843 (Min. Bl. S. 174) soll das Tantieme-Einkommen der Chausseegeld-Erheber, namentlich bei der Wiederbesetzung erledigter Stellen und bei ordnungsmäßiger Statbauführung, einer besondern Prüfung unterworfen und die Regelung der bestehenden Prozentätze, wo solche nöthig erscheint, in Antrag gebracht

zu werden. Hierin werden indessen ermächtigt, die Abänderung der Tantieme für Chausseegeld-Erheber sowohl, als auch die Feststellung des Prozentatzes bei neu errichteten oder neu gewählten Stellen, fortan ohne vorgängige Anfrage zu bewirken, so lange diese die in der Ver. v. 12. Sept. 1828 bestimmten Grenzen innehält.

Zur Regulierung des Dienst-Einkommens derjenigen Chausseegeld-Erheber, welche ein oder sonstiges Neben-Einkommen zu beziehen haben, sind nach Anleitung der E. W. v. 18. Mai 1843 (Min. Bl. 1848. S. 339) fernerhin Vorschläge zu machen.

(Min. Bl. d. I. B. 1849. S. 233. Nr. 335.)

6) R. des R. Gen. Dir. der Steuern (v. Pommer-Esche) v. 6. Jan. 1850 an die R. Reg. zu Frankfurt a. d. O. Besetzung der Chausseegeld-Erhebstellen. Dienst-Einkommen der Chausseegeld-Erheber.

Der R. Reg. eröffne ich auf den Ver. v. 20. Sept. v. J. wegen Regulierung des Dienst-Einkommens der Chausseegeld-Erheber, daß für erledigte Chausseegeld-Erhebstellen, es auf ihren Ertrag, der Regel nach zunächst pensionirte Aufschlagsbeamte oder dergleichen gesucht werden müssen, welche in der Pension einen Zuschuß zu der Remuneration des Chausseegeld-Empfängers beziehen und nicht hilflos dastehen, wenn ihnen ihre Verpachtung der Barriere oder aus andern Gründen gekündigt werden muß.

Es ist hierdurch keineswegs ausgeschlossen, daß unter Umständen auch andere als Pensionaire, namentlich Militär-Pensionaire vom Feldwebel abwärts als Chauffeergeber untergebracht werden können; indessen sind dergleichen Personen nur in trübslicheren Verhältnissen anzustellen, deren Ertrag mit der dem Erheber zu gewährenden Remuneration in einem angemessenen Verhältnisse steht, so daß solche Personen, welche ihres geringen Ertrages wegen keine annehmbaren Nachgebote zu erlangen, oder in denen ein Beamter ohne Lebensunterstützung rechtswirksam nicht würde bestehen, ausser Acht nur mit Pensionärsgebern zu belegen sind.

Was die Höhe des Einkommens angeht, welches einem Chauffeergeb-Erheber mit oder ohne Zuschuß aus der Pension — mindestens zu gewähren ist: so darüber eine, für alle Fälle maßgebende Vorschrift nicht wohl erteilen, indem auf die individuellen Verhältnisse des Erhebers, namentlich auf den Familienstand, so wie darauf ankommt: ob bei der Stelle ein dem Staate gehöriges Chauffeerpferdlokal und eine Dienstwohnung vorhanden, ob Garten- und Ackerland, Dienstetablisement gehören oder ob wenigstens Gelegenheit vorhanden ist, solches billig zu pachten, ferner ob die Hebestelle in der Nähe einer Stadt oder eines Dorfes, wie die ersten Lebensbedürfnisse im Preise stehen u. s. w. Als Verwaltungsgrundsatz jedoch im Allgemeinen angenommen, daß ein Chauffeergeb-Erheber ohne jährliche, neben der freien Wohnung und dem Deloit, wenigstens ein Einkommen von 144 Thlrn jährlich haben müsse, und es kann in dem Falle, wenn die Einnahme der Hebestelle soweit herabsinkt, daß die Lanteme den Betrag von monatlich 12 Thlrn erreicht, ein Zuschuß bis zu diesem Betrage gezahlt und bei den Ausgaben aus dem Deloit verrechnet werden. Was die höchstens zu bewilligende Lanteme von der Einnahme angeht so darf solche in keinem Falle 30 Prozent der letztern übersteigen.

Auf Ortsbewohner, denen in Ermangelung eines andern Hebelokals der Chauffeerpferdempfang ausnahmsweise übertragen ist finden diese Bestimmungen keine Anwendung. (Min. Bl. d. i. B. 1850. S. 17. Nr. 23.)

B. Rechtsverhältnisse in Bezug auf das Amt.

AA. Rechte.

a) Dienstwohnungen.

E. R. des K. Fin. Min. v. 2. April 1841 an sämmtl. Prov.-Steuer-Miethsabzug derjenigen Zoll- und Steuerbeamten, denen die Erhebung von Chauffeergefällen übertragen und damit zugleich Dienstwohnung in einem Chauffeergehäuse überwiesen wird.

Wenn solchen Zoll- und Steuerbeamten, welche entweder bloß Gehalt oder dem Lanteme beziehen, die Erhebung von Chauffeergefällen übertragen und damit zugleich Dienstwohnung in einem Chauffeergehäuse überwiesen wird, so ist ihnen für letztere eine monatliche Miethsabzug von 5 Prozent ihres Gesamt-Dienstverdienstes zu bewilligen, dies aber bis jetzt nicht geschehen ist, kann es dabei, bezüglich der gegenwärtigen Stellen, bewenden, so, daß der Abzug erst bei dem Nachfolger eintritt.

Erw. ic. wollen hiernach ic. verfahren lassen

(Centralbl. d. Fin. Min. 1841. S. 90. Nr. 35., Min. Bl. d. i. B. 1841 S. 91. Nr. 140.)

b) Dienstliche Korrespondenz und deren Portofreiheit.

1) Gen. E. des K. Gen.-Postamts v. 17. April 1829 an sämmtl. Postanstalten.

ic. 6) Die Chauffeergeb-Einnahmer, welche Hebestellen für K. Rechnung verwalten, können Dienst-Korrespondenz und Gelder an ihre vorgesetzten Behörden auch ohne Regel portofrei absenden, wenn die Adressen dieser Sendungen mit dem schwarzen Fingerring der Hebestelle und neben der Rubrik: „herrenschaftliche Sachen“ mit der eigenhändigen Namens-Unterschrift des Einnahmers versehen sind.

Die betr. Chauffeergeb-Empfänger sind Seitens der K. Gen. Verw. der Provinz angewiesen worden, den Postanstalten, an welche sie ihre Dienst-Korrespondenz absenden, ihre Namens-Unterschrift, Behufs der Vergleichung ihres Namens, und Dienststellen, zu übersenden.

Es versteht sich übrigens von selbst, daß die Sendungen derjenigen Chauffeergeber, welche die Chauffeergefälle als Pächter für ihre eigene Rechnung erheben, an die Provinzialverwaltung keinen Theil haben, und diese ihre gemeinsame Korrespondenz und Sendungen portopflichtig empfangen und absenden müssen. (A. XIII. 268 — 269.)

2) E. R. des K. Gen.-Postamts v. 5. Mai 1832 an die Postanstalten.

in Provinz Sachsen. Beförderung der Dienst-Korrespondenz der Chausseegeld-Empfänger.

Die Chausseegeld-Hebestellen liegen größtentheils ganz isolirt, wodurch den Empfänger die Gelegenheit entzogen wird, ihre Dienst-Korrespondenz durch die Post zu führen. Dieser Umstand hat der Steuerbehörde zu dem Antrage Veranlassung gegeben, die Dienst-Korrespondenz der Chausseegeld-Einnehmer durch die Schirmmeister und Postilione der vorbeifahrenden Posten an den Barrieren bestellen zu lassen.

Die Postanstalten, in deren Bereich isolirte Chausseegeld-Hebestellen liegen, werden in jedem Antrage angewiesen, die für die Chaussee-Einnehmer bestimmte Dienst-Korrespondenz, zur Ausbändigung an dieselben, den Schirmmeistern oder Postilionen mitzugeben, und die letzteren anzuweisen, die von den Einnehmern abzusendende Dienst-Korrespondenz zur Abgabe an die betr. nächste Postanstalt in Empfang zu nehmen.

Ein Aufenthalt der Posten darf durch diese Bestellungsweise, welche übrigens nur Korrespondenz, nicht aber für Geldsendungen nachgegeben wird, nicht entstehen. Die Empfänger müssen bei Ankunft der Posten an den Barrieren die Korrespondenz vor der Hand gleich in Empfang nehmen und resp. abgeben, so daß Schirmmeister und Postilione genöthigt sind, zu warten, oder gar den Postwagen zu verlassen.

(N. XVI. 381. — 4. 34.)

3) E. des R. Gen.-Postamts v. 20. Aug. 1833 an sämmtl. Preuß. Postämtern, mit Ausnahme der in der Provinz Sachsen.

Wörtlich gleichlautend mit dem E. v. 5. Mai 1832 (oben sub 2.) mit dem Zus.: Postanstalten der Prob. Sachsen sind durch die E. B. v. 5. Mai 1832 in gleicher Weise instruiert worden. (N. XVII. 633. — 3. 40.)

BB. Pflichten.

a) **Amts-Instruktionen.**

Dienstanzweisung des R. Fin. Min. v. 16. Jan. 1834 für die Chausseegeld-Empfänger¹⁾.

Verhalten im Allgemeinen.

§. 1. Dem Chausseegeld-Empfänger liegen für seine Dienstführung und sein Privatleben, neben den besonderen Pflichten eines Rassenbeamten, die allgem. Beamtenpflichten. In seinen amtl. Berührungen mit dem Publikum muß er Anstand und Ruhe wahren, auch wenn er gereizt werden sollte. Er ist daher für seine Angehörigen, die dienstl. Ausrichtungen für ihn übernehmen, verantwortlich.

Zum Betriebe eines Gewerbes bedarf er der Erlaubniß der Prob.-Steuerver-

§. 2. Der Chausseegeld-Empfänger hat das Chausseegeld zu erheben und zu verwalten, auch der Verfolgung der dabei begangenen Defraudationen sich zu unterziehen (N. No 36).

Das Haupt-Zoll- oder Haupt-Steueramt, in dessen Bezirk die Hebestelle liegt, ist die nächste vorgesetzte Behörde. Der Ober-Inspektor und Ober-Kontrollleur führen über die unmittelbare Aufsicht, und an diese Behörde und Beamte hat er sich in den dahin gehörenden Dienst-Angelegenheiten zu wenden.

§. 3. Für die ihm überwiesene Geld-Einnahme, Papiere, Utensilien, Baulichkeiten sonst ihm anvertraute Gegenstände ist er nach den allgemeinen Rassenvorschriften und Bestimmungen wegen des Mißbrauchs verhaftet, auch den Schaden zu vertreten verbunden, der daran durch die Seinigen oder andere bei ihm befindliche Personen verübt werden möchte.

Sollte er bei der Verwaltung seines Dienstes wahrnehmen, daß von den benachbarten Chausseegeld-Hebestellen die Vorschriften dieser Anweisung nicht gehörig beachtet, oder Unterschleife begangen werden, so ist er davon dem vorgesetzten Hauptamte sogleich Anzeige zu machen, auch den Ober-Kontrollleur davon zu benachrichtigen, verbunden.

§. 4. Dem Empfänger liegt ob, mit dahin zu sehen, daß die für die Chaussees güt-

*) Da anzunehmen, daß diese Dienstanzweisung in den Händen aller speciell theilhaftigen Beamten befindlich, so sind, zur Raumersparung, die derselben beigelegten, umfangreichen Formulare nicht mit abgedruckt worden. Uebrigens sind durch diese Instruktion folgende Publikanda:

a) der R. Reg. zu Erfurt v. 23. Febr. 1817. (N. I. 49. — 1. 36.)

b) der R. Reg. zu Regnitz v. 1. Juli 1819. (N. III. 664. — 3. 15.)

c) der R. Reg. zu Coblenz v. 30. März 1821. (N. V. 319. — 2. 30.)

d) der R. Reg. zu Breslau v. 23. Dec. 1825. (N. X. 37. — 1. 30.)

berichtigt zu erachten.

tigen polizeil. Vorschriften befolgt werden. Er hat zu dem Ende nicht nur die von selbst wahrgenommenen Uebertretungen, in soweit dies mit seinen Hebungsbefugnissen vereinbar ist, zur Anzeige und Bestrafung zu bringen, sondern auch den Begegnern und anderen Polizei-Disziplinanten zur Entdeckung und Anhaltung der Thäter zu leisten, wogegen er nach der Allerh. Ordre v. 31. Aug. 1832 (G. S. 1832. S. 214.) gebührenden Antheil von den eingezogenen Geldstrafen zu genießen hat.

Ueber das Verfahren zur Anzeige und Bestrafung der Wegepolizei-Uebertretungen werden die ihm darüber ergehende allgem. Anweisung, so wie auch künftige Erordnungen und Abänderungen derselben durch seine Vorgesetzten von der Reg. mitgetheilt werden. Die Deposition von Strafgeldern und Pfandstücken hat er anzunehmen und dabei Vorschriften zu beobachten, welche in gegenwärtiger Dienstweisung für Chausseedefraudationen ertheilt sind.

§. 5. Seinen Dienst muß der Empfänger soviel thunlich selbst verrichten. Er sich ohne Urlaub nur ausnahmsweise, und in dringenden Fällen auf höchstens einen Tag und auch dann nur, wenn sein Dienst inzwischens von einem dazu fähigen zuverlässigen Mitgliede seiner Familie versehen werden kann, von seinem Hause entfernen.

Eine solche Vertretung muß auch bei andern unvermeidlichen Abhaltungen geschehen, wenn nicht deshalb vom Hauptamte anders bestimmt sein sollte.

In allen Fällen, wo die Vertretung des Empfängers durch die Seinigen erfolgt, geschieht solche auf Verantwortlichkeit.

Wird er durch Krankheit an seiner Dienstverwaltung behindert, so ist dabei der Ober-Kontrollleur sogleich Anzeige zu machen, und es wird ihm dann nach Umständen ein Stellvertreter gegeben werden. Letzteres wird erforderl. Falls auch während einer Urlaubzeit geschehen.

Die Gesuche um Urlaub sind durch den Ober-Kontrollleur an das vorgesetzte Hauptamt zu richten.

Die Hebestelle muß Jahr aus, Jahr ein, vom Untergang bis zum Aufgange der Sonne, auch wenn der Mond scheint, durch die dazu bestimmte Laterne so erleuchtet werden, daß der gleichzeitig zu schließende Schlagbaum den Reisenden schon in einiger Entfernung sichtbar wird, und diese das Geld zu erkennen und die Chausseezettel, so wie den anhängenden Tarif zu lesen vermögen.

Erhebung des Chausseegeldes.

Die Erhebung des Chausseegeldes für die zur Hebestelle gelegte Chausseestrecke genau nach dem für dieselbe bestimmten, außerhalb derselben ausgehängten Tarif und den sonstigen besondern Vorschriften geschehen.

Außerdem muß, zur beliebigen Einsicht jedes Reisenden, ein vollständiges Exemplar des allgem. Chausseegeld-Tarifs an einem passenden Orte in der Expeditionsstube aufbewahrt werden. Der Empfänger darf von den Zahlungspflichtigen unter keinerlei Vorwand mehr erheben, als der Tarif vorschreibt. Er ist nicht befugt, die Abgabe zu stundenweise zu erlassen; er darf im Gegentheil keine andere Befreiungen von der Abgabe anerkennen, als solche, die den Tarif und dessen Nachträge und Erläuterungen enthalten, oder von der vorgesetzten Prov.-Steuerbehörde besonders verfügt sind.

Es ist Regel, immer das bestimmte Chausseegeld zu erheben, sobald die Chaussee passiert wird, ohne Rücksicht auf die Ausdehnung, in welcher die Chaussee benutzt wird.

Wird die Chaussee jedoch bloß durchschnitten, in der Art, daß das Fuhrwerk nachdem es auf der einen Seite, hart neben der Hebestelle, auf die Chaussee gekommen ist, diese gleich auf der andern Seite der Hebestelle wieder verläßt, so ist kein Chausseegeld zu erheben. Weiter gehende Ausnahmen sollen jedesmal, wo sie die Vertilichkeit der Chaussee machen möchten, besonders bestimmt werden.

Von Extraposten und Estafetten wird das Chausseegeld durch die Postanstalten entzogen. Diese brauchen daher an der Barriere nicht anzuhalten; die Postillons sind jedoch verpflichtet, vor der Hebestelle in das Horn zu blasen, und sich dadurch erkennbar zu machen.

Sind mit einzelnen Personen oder ganzen Gemeinden statt der jedesmaligen Erhebung des Chausseegeldes Abonnements abgeschlossen, so bleiben sie, während der Dauer der Abfindung, beim Passiren der Hebestelle von der Abgabenzahlung frei.

Das vorgesetzte Hauptamt wird den Empfänger von den genehmigten Abonnements und in welcher Art die Einziehung der bedungenen Abfindungssummen erfolgen soll, in Kenntniß setzen.

Der Empfänger muß sich mit den Abonnenten, und deren im Abonnement begriffenen Fuhrwerk u. s. w., genau bekannt machen, und bei der Kontrolle an der Hebestelle dasjenige beobachten, was ihm durch das Hauptamt deshalb mitgetheilt wird.

Ueber die Abonnements muß er ein Buch nach dem folgenden Schema führen, in dem er jedesmal sogleich nach dem Empfang der Benachrichtigung des Hauptamts die betreffenden Spalten ausfüllen, auch zwischen den einzelnen Abonnenten, zur Ausfüllung der betreffenden Spalten hinlänglichen Raum lassen.

und Wohnort	ment gilt für die Zeit	Abon- nemente,	gehabt werden soll.	entrichtet worden ist.	tenen Abhörer für einzelne Hölle be- stimmt werden, jedes- mal anzuschreiben. woun die Größte für das Abonne- ment frei vom Abauflerelde po- stet ist. und wie viel Ghaufsergeld tarif- mäßig ohne Abon- nement zu zahlen ge- wosen sein würde, so kann dieser Raum so dazu benutzt werden.		
des Abonnen- ten.	von bis	Quantum für diese Zeit.	Wer- soll Tag.	Betrag.	Zab- lung's Tag.	Betrag.	Währ. sgr. / pf.
1.	2.	3.	4.	5.	6.	7.	8.

ten der Gebühren für einzelne Gatte be- stimmt werden, jedes- mal anzuschreiben.
wenn die Hebestelle für das Abonne- ment frei vom Chausseegelde be- freit ist, und wie viel Chausseegeld tarf- mäßig ohne Abon- nement zu zahlen ge- wesen sein würde, so kann dieser Raum so dann benutzt werden.

Da das Abonnement-Quantum nicht an die Hebestelle, sondern unmittelbar an das Amt einzuzahlen, so bleiben die Spalten 3 bis 8 unangefüllt.

10. Die Hebung des Chausseegeldes muß so geschehen, daß der Zahlende nicht hat, sich von seinem Vieh oder Fuhrwerk zu entfernen. Der Empfänger muß mit ihm hinaudgehen, oder, wenn die Hebestelle hart an der Chaussee liegt, die Abgabe eines an einem Stode bereitigten Beutels in Empfang nehmen, jedenfalls in der der Reisende nicht nöthig hat, der Chausseegeld-Entrichtung wegen von der Chaussee fern.

Die Abfertigung muß so rasch als möglich geschehen, und der Empfänger jederzeit zur Ausgleichung nöthigen kleinen Münzen versehen sein.

Chausseegeld: deren Einrichtung;

11. Statt Quittung über das erhobene Chausseegeld dienen gedruckte Zettel, die dem Geldwerthe nach, zwanzig Sorten giebt, zu

2 pf., 3 pf., 4 pf., 5 pf., 6 pf., 8 pf., 9 pf., 1 sgr., 1 sgr. 4 pf., 1 sgr. 6 pf., 2 sgr., 3 sgr., 4 sgr., 6 pf., 5 sgr., 6 sgr., 8 sgr., 9 sgr., 10 sgr., 12 sgr. u. 15 sgr.

Ein Bogen enthält 32 Stüd., und 25 Bogen machen ein Buch, welches mittein aus- gegeben wird.

Die Zettel jedes Buchs sind mit der fortlaufenden Nummer von 1 bis 800 ver- sehn. Diese Zettel sind theils auf weißem, theils auf blauem, theils auf rothem Papier

Die Chausseegeld-Empfänger haben sich nur der Zettel auf weißem und blauem Papier zu bedienen. Die auf rothem Papier sind dagegen zum Gebrauch der Chausseegeld-Wächter bestimmt.

Deren Ausgabe.

§. 12. Für jede Chausseegeld-Zahlung muß der Empfänger unaufgefordert einen Zettel in gleichem Werthe mit dem Betrage der Entrichtung aushändigen. In der Regel ist nur ein Zettel auszugeben, und nur wenn es zur Ausgleichung mit der gezahlten Summe unvermeidlich ist, dürfen mehrere Zettel, jedoch nie mehr als unumgänglich nöthig, verabreicht werden.

Zur Erleichterung der Abfertigung und Vermeidung von Rechnungsfehlern muß dem Empfänger gedruckte Tafeln geliefert, nach welchem das Chausseegeld zu erheben, die Chausseezettel auszugeben sind.

Die Zettel jedes Buches müssen, bei Ordnungsstrafe, nach der Folge der vorgeordneten Nummern von 1 bis 800 ausgegeben werden.

In der Regel sind weiße Zettel auszureichen.

Blaue Zettel werden nur von isolirten Hebestellen und von Endbarrieren abgegeben, und zwar von letzteren nur an Personen, welche in einer Richtung reisen, wo die Hebe- oder Kontroll-Stelle weiter folgt.

Die vorgeordnete Behörde wird bestimmen, von welchen Hebestellen und in welcher Richtung blaue Zettel ausgegeben werden sollen.

§. 13. Unmittelbar vor der Aushändigung muß der Empfänger jeden Zettel auf der Vorderseite rechts unter der Schrift, mit dem Stempel seiner Hebestelle versehen.

Dieser Stempel druckt den Namen der Hebestelle und das Datum.

Die den Tag und Monat angegebenden beweglichen Lettern müssen mit dem Datum eines jeden Tages und Monats gewechselt werden, damit sie das Datum der Entrichtung richtig angeben.

Der Stempel muß in guter Schwärze immer deutlich ausgedruckt, und nach jeder halb erteilten Anleitung stets rein gehalten werden.

§. 14. Die Reisenden sind verpflichtet, die Zettel bei der nächstfolgenden Hebestelle oder Kontroll-Stelle, welche sie berühren, abzugeben. Dieselben bedürfen auch der Zettel wegen zum Beweise der gezahlten Chausseecabgabe bei Nachfrage der hiezu befugten Beamten oder Polizeibeamten.

Hierauf sind diejenigen Reisenden, welche die Zettel nicht annehmen wollen, aufmerksam zu machen. Sollte die Annahme dennoch verweigert werden, so hat der Empfänger solche bezahlte Zettel auf der Vorderseite links unter der Schrift noch einmal zu unterschreiben und auf einen Faden gereiht, zur Ablieferung an das Hauptamt durch den Ober-Inspektor aufzubewahren.

Abnahme der Zettel von den Vorstellen.

§. 15. Passanten, welche bereits die nächst vorhergehende Hebestelle berührt haben, können, muß der Empfänger den dort erhaltenen Zettel abfordern, und solchen mit dem Stempel seiner Hebestelle, auf der Vorderseite links neben dem ersten Stempel, schwarz ausdrucken. Unterläßt er dies, so hat er für jeden nicht abgestempelt vorgelegten Zettel eine Strafe von fünf Silbergroschen verwirkt.

Die abgenommenen Zettel sind, nach der Farbe und den Werthbeträgen sortirt, an jede Nachbarstelle besonders, auf Fäden gereiht, so lange sorgfältig aufzubewahren, bis von dem kontrollirenden Beamten zum weiteren Gebrauch abgenommen werden.

§. 16. Wenn der Reisende von der vorliegenden, durch Zettelabgabe zu kontrollirenden Hebestelle keine Chausseezettel über das dort gezahlte Chausseegeld abliefern, so muß der Empfänger Nachzahlung fordern, und wenn dabei Verdacht der Defraudation obliegt, das Defraudations-Verfahren nach §. 31. u. f. einleiten. Ueber das nachgehobene Chausseegeld sind ebenfalls Chausseezettel zu geben.

Eosfern nach den Umständen wahrscheinlich ist, daß der Reisende erst die vorliegende Hebestelle auf die Chaussee gekommen sei, ist von Nachforderung des Chausseegeldes abzusehen.

Der Empfänger muß sich mit dem Fuhrwert der Umgegend und den Wegen zwischen seiner und den angrenzenden Hebestellen von der Chaussee abführen, so machen, damit er im Stande ist, die Aussagen der Reisenden hierüber zu benutzen. Ergeben die abgeforderten Zettel, daß der Empfänger der zuletzt passirten Stelle nichts erhoben hat, so findet Nacherhebung des dort zu wenig gezahlten Betrages gegen Ablieferung eines Zettels statt. Diese Nacherhebungen sind dem Hauptamte zur Veranlassung gegen den Empfänger, bei welchem die Mindererhebung vorgegangen, anzugehen.

Buchführung, im Allgemeinen.

§. 17. Der Chausseegeld-Empfänger ist verpflichtet, über seine Geld- und Zettelabnahme und Ausgabe Buch zu führen.

Zettelbeschreibung und Empfang.

§ 18. Die Chausseezettel erhält der Empfänger buchweise von dem vorgeordneten Hauptamt. Er hat den Bedarf mittelst Verzeichnisses vom demselben zu beschreiben. Es ist ein Buch Zettel von einer Farbe und Größe dar, in der Regel nicht verändert werden; geschieht es auf Bestimmung der Provinzial-Steuerbehörde ausnahmsweise, muß dabei solche Einrichtung getroffen werden, daß die Zettel dennoch nach der in Buche enthaltenen Nummerfolge von 1 bis 800 zur Ausgabe kommen.

In der Regel müssen, wenn die Zettel bei der Hebestelle bis auf einen noch derartig für zwei Monate ausreichenden Bestand ausgegeben sind, neue Zettel beschafft werden. Wie groß der Zettelvorrath bei einer Stelle höchstens sein darf, bestimmt die Provinzial-Steuerverwaltung.

Die Zuleitung der Zettel vom Hauptamt erfolgt mit einem Verzeichniß nach dem vorgeordneten Muster. Gleich nach dem Eingange muß der Empfänger die Zettel sorgfältig nachzählen, und Unrichtigkeiten ohne den mindesten Verzug dem Hauptamt anzeigen.

Bei richtigem Befunde ist dem Hauptamt mit ungehinderter Post, unter dem mit der Post erhaltenen Verzeichniß, Quittung zu erteilen.

Der Empfänger ist demnach verbunden, den Geldwerth der quittirten Zettel zu verzeichnen; er muß deshalb auch die Zettelbestände stets sicher aufbewahren.

Zettel-Journal.

§ 19. Ueber die Einnahmen und Ausgaben an Chausseezetteln wird für jedes Vierteljahr ein Journal nach dem beiliegenden, mit beispieldruckweisen Eintragungen versehenen Muster geführt.

Die vom Hauptamt eingegangenen Zettel sind sogleich nach dem Empfange in das Journal als Einnahme einzutragen, und durch Hinzurechnung des aus dem vorhergegangenen Monat übernommenen Zettelbestandes ist am Schluß jedes Rechnungs-Monats der Zettel-Einnahme darzustellen.

Die an jedem Tage ausgegebenen Zettel werden jeden Abend nach Farbe, Anzahl und Betrag, mit ihrem Geldwerthe in Ausgabe bis zum Ende des Rechnungs-Monats eingetragen, sondern die einzelnen Spalten aufgerechnet, und durch Abzug der Ausgabe von der Gesamt-Einnahme wird der Ende des Monats verbliebene Bestand nachgewiesen, welcher für den folgenden Monat zu übertragen ist.

Am Schluß des dritten Monats werden die Ausgabensummen der drei Monate zusammengefaßt, die sich ergebende Hauptsumme wird in den Nachweis S. 8. übertragen, die vorgezeichnete Bescheinigung des Empfängers ist zu vollziehen.

Es welchem Tage eines jeden Monats das Journal abzuschließen ist, wird von der Provinzial-Steuerbehörde durch das Hauptamt bestimmt. Für den letzten Monat des Quartals erfolgt der Abschluß mit dem 31. Dec.

Dann ist das Journal mit dem vierteljährigen Rassenabschlusse (§. 27.) an das Hauptamt einzusenden, welches dasselbe prüft, etwaige Erinnerungen erledigen läßt, und nach Vorschrift damit verfährt.

Die tägliche Zettelausgabe läßt sich durch die vorgebrachte Nummerfolge der Zettel im Buche sehr bald ermitteln, wenn bei Tagesabschluß die erste Nummer von jeder noch vorhandenen Zettel angemerkt wird.

Der Empfänger muß sich aber von der Richtigkeit der täglichen Zettelausgabe auch durch Vergleichung mit der Geldeinnahme (§. 23.) überzeugen, und danach den Geldbestand richtig erhalten.

Mindestens alle acht Tage muß er eine genaue Nachzählung seiner sämtlichen Zettelbestände vornehmen, und sich überzeugen, ob solche mit dem Journal übereinstimmen.

Kassenbuch.

§ 20. Außer dem Journal wird über sämtliche zur Erhebung kommende Gelder und deren Ablieferung für jedes Jahr ein Kassenbuch nach dem beiliegenden, mit probetweiser ausgefüllten Schema geführt. Die Geldeinnahme für ausgegebene Zettel ist darin aus dem Journal täglich, bloß in einer Summe, zu übernehmen, sonstige Geldeinnahme aber, welche in Chausseegeld-Abonnementen, Strafen, Pfändern, anderen überwiecienen Geldern bestehen können, imgleichen Natural-Deposita (abgegebenen Sachen) sind in das Kassenbuch einzeln einzuschreiben, und zwar immer sogleich nach dem Empfange, mit kurzer Angabe: von wem und wofür die Einzahlung geschehen.

Die Ausgabe des Kassenbuchs sind die baaren Gelbablieferungen, so wie auch die Zinsen, einzeln einzutragen. Die Zahlungen für Rechnung des Hauptamts oder anderer Kasse kommen aber erst dann im Kassenbuche zur Ausgabe, wenn die Anrechnung der darüber sprechenden Belege erfolgt, und dann bloß mit dem Betrage. Als dahin sind die Belege bei den Kassenbeständen aufzubewahren. Es ist aber diese Zahlungen ein Verzeichniß zu halten, welches sich jederzeit bei dem

Kassenbuche befinden muß, und worin jede einzelne Zahlung, so wie sie geleistet und zuhogen, auch die später erfolgte Anrechnung zu bemerken ist.

Wie die Probeeintragungen ergeben, sind im Kassenbuche in die Spalte »Einnahmen« in der Einnahme hoch die aufgenommenen Chausseegelder mit den bezahlten Chausseegeld-Abfindungen, und in der Ausgabe nur die auf diese Einnahme oder in Bezug abgetheilten Beträge, einzutragen; alle übrigen Einnahmen werden Deposita betrachtet und in den Sp. 5. u. 6 der Einnahme und Ausgabe gebucht.

Mit Ablauf jeden Vierteljahres ist das Kassenbuch gleichzeitig mit dem § (9 10) abzuschließen und der bleibende Bestand für das folgende Vierteljahr, mit die dabel befindlichen Deposita (Sp. 5. u. 6) einzeln, zu übertragen.

Nach Ablauf des Jahres muß das Kassenbuch bei den Chaussee-Beamten ebenfalls ohne Bestand abschließen und die etwa bleibenden Deposita sind, wie beim Vierteljahrschluß, einzeln in das Kassenbuch für das nächste Jahr zu übernehmen.

Zugleich mit dem Kassenabschlusse für das vierte Quartal (§ 27) ist auch das Kassenbuch für das verflossene Jahr an das Hauptamt einzusenden.

§. 21. Der Empfänger darf nur diejenigen Zahlungen leisten, wozu er schriftl. Anweisung von dem vorgesetzten Hauptamte, oder, in den zuwillingen ihm von den im allgemeinen bekannt zu machenden Fällen, von den Bezugs-Begehrten aus, hat.

Er darf nur an die in der Anweisung bezeichnete Person oder deren hies. Bevollmächtigte, und nur zu der darin bestimmten Zeit zahlen. Der Empfänger muß also Überzeugung verschaffen, daß die Person, an welche er zahlt, zur Empfangsberechtigt sei.

§. 22. Ueber jede geleistete Zahlung muß der Chausseegeld-Empfänger sich in eigenhändiger Namensunterschrift versehen. Dittung nach der vorgeschriebenen Form erhalten lassen, auch darauf sehen, daß Dittungen über stempelpflichtige Summen schriftsmäßig auf Stempelpapier aufgestellt werden.

Geschieht die Zahlung an solche Empfänger, welche nicht schreiben können und statt ihres Namens drei Kreuze unterzeichnen, oder, wie bei Tagelöhner-Bezahlung geschehen pflegt, an viele Personen zugleich, so muß dies im Beisein des Hauptamts oder zweier glaubwürdiger Personen geschehen, welche die Zahlung durch die Worte:

»Ich in unserer Gegenwart bezahlt und quittet,«

und durch ihre Namensunterschrift bescheinigen.

Nachzahlung der Tageseinnahme und sichere Aufbewahrung.

§. 23. Jeden Abend muß der Empfänger die Tageseinnahme zählen, sich die Richtigkeit durch Vergleichung mit seinem Kassenbuche überzeugen, solche noch den Sorten absondern, und so weit möglich, lassenmäßig gepackt, in das dazu bestimmte Faß legen. In diesem sicher aufzubewahrenden Behälter dürfen keine andere als Chausseegelder befindlich sein. Der Empfänger muß dasselbe stets verschlossen halten und Schlüssel bei sich führen, auch in demselben Zimmer schließen, welches ihm für diesen Zweck angewiesen ist, und worin die Kasse, Zettel, übrigen Papiere und Utensilien sich befinden. Auch die Beläge über geleistete Zahlungen müssen bis zur Ablieferung in diesem Behälter aufbewahrt werden, ingleichen die Postscheine über baare Geldablieferungen, welche nicht vom Hauptamte ausliefert ist.

Ablieferung der Einnahme.

§. 24. Die Geldbestände sind an das Hauptamt in jedem Monat vor Ablauf des Monats abzuliefern. — Soll eine öftere Ablieferung geschehen, so hat der Empfänger die Anordnung des Hauptamts hierunter zu befolgen. Dasselbe gilt von Einnahme-Beläge über geleistete Zahlungen.

§. 25. Die abzuliefernden Gelder müssen lassenmäßig in Futern und dergl. sein verpackt und gut versiegelt werden.

Die Ablieferung geschieht durch die Post, wenn eine Postverbindung stattfindet, unmittelbar an das Hauptamt. Der Transport bis zur Post, oder bis zu einem anderen unmittelbaren Ablieferungsort, geschieht auf Kosten und Gefahr des Empfängers.

Mit der Post werden die Gelder und Dienstpapiere portofrei befördert, wenn dem Amtesiegel verschlossen und mit der Aufschrift: »Herrschaftliche Chausseegeld-Sachen« bezeichnet sind. In Ermangelung eines Amtesiegels bedient sich der Empfänger seines eigenen Siegels, wenn er aber den Amtsstempel deutlich sichtbar bedruckt, oder er in diesem Falle auf der Adresse seinen Namen neben der Aufschrift: »Herrschaftliche Chausseegeld-Sachen« zu schreiben, und der Postanstalt, an welche er seine Gelder und Papiere abgibt, ein für allemal seine Namensunterschrift, zur Vergleichung mit dem Namen des Dienstbesizers zuzustellen.

§. 26. Einer jeden Einnahme-Ablieferung fügt der Empfänger einen doppelseitigen Aufschluß bei, wovon ihm ein Exemplar ausliefert zurückgesandt wird, muß sich bis zu dessen Eingang durch den Poststempel ausweisen.

den Klebzeigeln tohrt das Hauptamt gedruckte **Schemata** Klebzeigerungen gegen diese Abmessungen müssen **sofort** erledigt werden.

Quartalsweise Kassenausschüsse.

7. Für jedes Quartalsjahr ist, gleich nach **Abschlusse** desselben (§. 20.), ein **Kassenausschuss** nach dem anliegenden Muster zweifach **anzufertigen** und mit dem **Bettel-Bogen** an das Hauptamt einzulenden.

Das letzte Quartalsjahr kann die **Abrechnung** des Kassenausschlusses, der **Kassenausschuss** ist, bis zum 20. Jan. des folgenden J., wenn nöthig, **ausgestellt** sein, **so** **dahin** **muß** **aber** die **Einnahme** des **verfloßenen** Jahres **vollständig** **abge-**

eine **Kassenausschuss** jedes Kassenausschlusses erhält der Empfänger mit dem **Kassenausschuss**, oder mit dem **Bogen** aufgestellt und **sofort** **zu** **erledigen-**
ungen, vom Hauptamt zurück.

Registrierung.

8. Alle zu **führenden** Bücher und **Verzeichnisse** müssen, jedes besonders, in **ein** **gehörig** **geheftet** oder **eingebunden**, **reinlich** **geführt** werden, und **dürfen** **keine** **oder** **ähnliche** **Veränderungen** **enthalten**.

Bestimmte **Dienstabzettel** gehören entweder nach §. 23 als **Belege** zur **Kasse**, oder **besonderen** **Besten** nach den **Gegenständen** und der **Reihenfolge** **geordnet**, auf-

zu **führen** der **nachbenannten** **Gegenstände** ist ein **besonderes** **Heft** **erforderlich**:
den **Leisten**, **wohin** **alle** **Erklärungen** und **Nachtrags-Bestimmungen** **gedruckt**
werden;

die **Dienstabzettel** des Empfängers, **wohin** **die** **gegenwärtige** **Dienstausweisung**
ist, **mit** **den** **daneben** **stehenden** und **ferner** **ergehenden** **allgemeinen** **Vorschriften**
über;

die **Dienstübergaben** und **Dienst- und Kassen-Rechnungen**;

die **Klebzeiger**, **Bettel-Bogen**, **Kassenausschlüsse**, und **den** **Schriftwechsel**
über.

Dienstbücher und **Papiere** müssen in **gehöriger** **Ordnung** im **Expeditionszimmer**
werden.

Inventory.

Ueber die dem Chausseegelb-Empfänger übergebenen **Dienstutensilien** hat
jederzeit **vollständiges** **Verzeichnis** zu **führen**, welches **enthält**:

Gegenstände, nach ihrer **Benennung** und **Stückzahl**;

Tag, an welchem sie **geliefert** **worden**;

von **abgegebenen** **Stücke**:

a) an welchem **Tag**,

b) **weßhalb**, und **Datum** der **Genehmigung** der **Abfertigung**.

zu **sorgen**, daß die **Inventory-Stücke** sich **stets** in **gutem** und **brauchbarem**
abgeben, und **entstehende** **Mängel** **sind** **bei** **Zeiten** **dem** **Hauptamt** **anzugeben**.

Dienstwohnung nebst Zubehör.

Die **überwiesene** **Dienstwohnung** muß der Empfänger **reinlich** **halten**, und
wie die **Dienstgrundstücke** vor **Verwundungen** **sorgfältig** **beobachten**. Die **Ger-**
äte, welche durch **seine** **Verwundungen** **nöthig** **werden** **möchten**, muß er **aus** **eigenen**
mitteln. Mit **Feuer** und **Licht** muß er **besonders** **vorsichtig** **umgehen** und **auch**
zu **dazu** **anhalten**.

er **keinen** **Theil** **seiner** **Amtswohnung** **nebst** **Zubehör** **vermieten**, oder **fremde**
unentgeltlich **darin** **wohnen** **lassen**. Auch **dürfen** **darin** **ohne** **Genehmigung** der
Provinzial-Steuerverwaltung **keine** **baulichen** **Veränderungen** **vorgenommen**

Beamte, **denen** **außer** **ihm** **in** **dem** **Chausseegelb-Einnahme-Gebäude** **Dienstwohnung**
ist, **gelten** **dieselben** **Vorschriften**, und der Empfänger ist **verpflichtet**, **darauf** **zu**
se **auch** **von** **jenen** **nicht** **übertreten** **werden**; **geschlecht** **dies**, **so** **muß** **er** **dem** **Bege-**
davon **Anzeige** **machen**.

Feuersgefahr und in **andern** **Nothfällen** ist der Chausseegelb-Empfänger **ver-**
pflichtet **für** **die** **Rettung** **seiner** **Kassen- und** **Reisebestände**, **Bücher** und **andern**
Dienstutensilien **zu** **sorgen**.

Strafverfahren.

Verweigert ein **Reisender** die **Entrichtung** des Chausseegelbes, indem er
Bestrafung **begehrt**, welche der Chausseegelb-Empfänger **nicht** **anerkennen** **zu**
läßt, **so** **hat** **der** **Letztere**, **wenn** **der** **Begehrende** **es** **nicht** **vorzieht**, **den** **Beibetrag**
mit **der** **Rückforderung** **im** **Wege** **der** **Beschwerde** **zu** **zahlen**, **dieselben** **durch**
den **zu** **stellen**.

Erklärt ein Zahlungspflichtiger sich zur Entrichtung des Chauffeergeldes unbenutzend, ohne sonstigen Versuch sich derselben sträflich zu entziehen, so muß der Empfänger ebenfalls zur Pfändung schreiten.

Die Ablieferung des Pfandes kann durch Herablassung des Schlagbaums und Hülfe des herbeizutreibenden Chauffeewärters erzwungen werden. Das Pfand ist Rücksicht auf den sicher zu stellenden Betrag, nach einem ungefähr genügenden Wert nicht leicht dem Verderben ausgesetzten Gegenständen und so auszuwählen, daß durch Aufbewahrung, wie etwa bei Abpfändung von Vieh, keine besonderen Unterhaltungskosten entstehen.

Ueber das abgenommene Pfand ist dem Verpfändeten unaufgefordert ein Pfand nach dem beiliegenden Muster zu ertheilen, und derselbe auf den Inhalt aufmerksam machen. Ist nach Ablauf der darin gesetzten Frist die Einlösung nicht erfolgt, so ist vorgesehene Hauptamte Anzeige hiervon zu machen.

§. 32. Hat Jemand eine der Straßbestimmungen zu 1 bis 5, welche dem Chauffeegeld-Tarif v. 28. April 1828 angehängt sind, übertreten, so macht der Empfänger Contravenienten, außer dem etwa zu entrichtenden Chauffeergelde, den verwirkten Betrag bekannt. Untertuirt der Contravenient sich der Straßgesetzgebung und entgeht Strafe, so ertheilt der Empfänger darüber die Strafquittung nach dem beiliegenden Schema. Untertuirt der Contravenient sich zwar der ihm bekannt gemachten Strafe, erklärt sich jedoch unermöglicht, dieselbe sofort zu entrichten, so erhält er über die Anleitung des vorhergehenden Paragraphen zu bewirkende Pfändung, den Beschlagnahmechein nach dem anliegenden Muster.

Statt Pfänderlegung kann auch Sicherheitsbestellung in anderer Art zugewendet werden.

Ueber das nachgehobene Chauffeergeld sind auch in Straffällen vorher gesetzte Chauffeegeld statt Quittung zu verabreichen.

§. 33. Untertuirt der Contravenient sich nicht dem ihm bekannt gemachten Betrage, so fordert der Empfänger ebenfalls Pfändung oder andere Sicherstellung, und macht dem Contravenienten das Hauptamt als die Behörde bekannt, vor welcher er das weitere Verfahren zu gewärtigen habe.

Wenn eine Pfändung erfolgt, dann ist dabei nach dem anliegenden Muster Abpfändungsscheine zu ertheilen.

§. 34. Ist Pfändung oder Cautionsbestellung in anderer Art nach den vorhergehenden Bestimmungen unausführbar, so sind Unbekannte oder unsichere Uebertreter, Hülfsleute der Wegewärter, Aufseher und Arbeiter, oder der etwa zu erlangenden Beamten zu verhaften und der nächsten Polizeibehörde zu überliefern. Eben so ist gleichen Bedingungen bei Widersetzlichkeiten zu verfahren.

§. 35. In diesen Fällen (§§. 33 u. 34) muß der Empfänger sofort eine Beschreibung aufnehmen, in welcher Vor- und Zunamen, Stand und Wohnort des Uebertreters anzugeben, das Vergehen deutlich und wahrhaft vorzustellen und das gegen ihn angewandte Verfahren zu verzeichnen ist.

Dabei sind die Beweiszugegenen anzugeben, auch kann ihr Zeugniß sogleich aufgenommen werden.

Diese Verhandlung ist ohne Verzug an das Hauptamt zur weiteren Veranlassung abzusenden.

§. 36. Die nach dem Vorstehenden von dem Chauffeergeld-Empfänger ertheilten Strafen wegen Chauffeergeld-Defraudationen sind an das Hauptamt abzusenden. Dergleichen Strafen und Pfänder werden in das Kassenbuch, wie §. 20 vorgesehene, eingetragen.

Ueber die Verrechnung der Strafen und Pfänder wegen Chauffeepolizei-Contravenienten wird die im §. 4 verheißene Anweisung das Erforderliche bestimmen. Bis dahin ist deshalb nach den bisherigen Vorschriften zu verfahren.

Die abgepfändeten Gegenstände müssen sorgfältig verwahrt und vor dem Verderb gesichert werden.

Revision durch die Vorgesetzten.

§. 37. Die Vorgesetzten des Empfängers nehmen durch Revisionen Ueberzeugung ob die Geld- und Zettelbestände, so wie die übrigen Dienststücke richtig vorhanden sind, Geschäfte ordnungsmäßig geführt werden, und den allgemeinen Dienstvorschriften überhaupt, so wie den besonderen Anweisungen dieser Instruktion genügt wird. Der Empfänger muß Alles zu dieser Ueberzeugung Erforderliche jederzeit bereitwillig vorlegen.

Berlin, den 16. Jan. 1834.

Der Finanz-Minister. Maasse

b) Dienst-Gehorsam.

1) Vergl. §. 17 der Dienstankündigung v. 6. April 1834 für die bei Kunststraßen angestellten Beamten. (Oben S. 220.)

2) E. R. des R. Min. der Fin. v. 23. Juni 1843 an sämtl. Prov.- u. Dir. u. Reg. Verhältniß der Chaussee-Baubeamten zu den Chausseegeld-Empfängern.

Es erhalten hieneben Abschrift (Ant. n.) einer, das Verhältniß der Chausseebau- zu den Chausseegeld-Empfängern betr. Verf. v. heutigen Tage zur Nachricht. Ant. n.

In Vorchrift des §. 17 der Anweisung zur Dienstführung der bei den Kunststraßen-Inspektoren v. 6. April 1834 hat zu Zweifeln darüber Veranlassung gegeben, ob außer-Baubeamten, namentlich den Wegebauinspektoren und Wegebau-Inspektoren, der Inspekt.-Gewalt über die Chausseegeld-Empfänger zusteht. Zur Befestigung derselben wird durch festgesetzt, daß die gedachten Baubeamten, wenn sie bei Ausübung d. in §. 17 a. a. O. übertragenen Aufsicht über die Chausseegeld-Empfänger aus irgendwelchem Anlaß haben, dieselben zwar eröffnen können, daß sie aber zu Küren und Anordnungen von Verordnungen nicht befugt sind, vielmehr, wenn sie solche für erforderlich halten, den Vorgesetzten der Chausseegeld-Empfänger (§. 2 der Dienst-Anw. für die Inspekt.-Empfänger v. 16. Jan. 1834) deßhalb Anzeige machen müssen.

Berlin den 23. Juni 1843.

Der Finanz-Minister.

an R. Reg.

(Central-Bl. d. Rm. Min. 1843. S. 183. Nr. 80., Min. Bl. d. L. B. 1843. S. 248. Nr. 340.)

3) Nichtverpflichtung zur Haltung des Amtsblatts.

der R. Min. des J. (v. Schuchmann) u. der Fin. (v. Moh) v. 3. Mai an die R. Reg. zu Marienwerder.

Der R. Reg. getreut auf Ihre Anfrage im Ver. v. 15. v. M. zum Bescheide, daß Chaussee-Einnehmer, die nur damit zu thun haben, eine ganz bestimmt vorgeschriebene Taxe zu erheben, zu den mit einer Administration beauftragten Unterbehörden keineswegs gerechnet werden können, auch sonst keine Veranlassung vorhanden ist, denselben als unentgeltlich vorzuleisten zu lassen. Eben so steht es aber auch an einem andern Grunde, sie weder Willen zu nöthigen, daß sie dasselbe auf ihre Kosten zu halten. (N. XII. 222. — 2. 18.)

4) Rechtsverhältniß der Chausseegeld-Erheber auf Aktien-Chausseen.

der R. Min. des J. (v. Monteußel) u. d. F. (Rühne) v. 5. April 1848 an R. Oberpräsidium zu N. Amtlicher Glaube der Chausseegeld-Erheber auf Aktien-Chausseen.

In dem Ver. des R. Oberpräsid. v. 26. Febr. d. J. ausgesprochenen Ansicht, Chausseegeld-Erheber auf Aktien-Chausseen nicht zu vereidigen seien, kann dieselbe nicht bestritten werden.

Im §. 14 des Regul. v. 7. Juni 1844 kommen die Vorschriften der §§. 1 bis 13 auf alle Chausseen zur Anwendung, auf welchen die Vorschriften der B. v. 1839 und die, dem Chausseegeld-Tarif v. 29. Febr. 1840 unter Nr. 7 bis 23 enthalten Bestimmungen gelten, was hinsichtlich der Aktien-Chausseen in der Regel der Fall ist.

Es liegt daher keine Veranlassung vor, den, nach §. 1 zur Rüge der Chausseepollzei-Inspektionen verpflichteten Chausseegeld-Erhebern auf den Aktien-Chausseen eine minderbildigkeit beizumessen, als den Erhebern auf den Staats-Chausseen, insbesondere dieselben in dieser Beziehung nicht den Chausseegeld-Wächtern gleichgestellt. Uebrigens ist es nach §. 19 der Beurtheilung der erkennenden Behörde überlassen, der vollen Glaubwürdigkeit des Beamten etwa besondere Bedenken entgegenstehen. Beurtheilung wird durch die Vereidigung des Beamten nicht vorgegriffen.

(Min. Bl. d. L. B. 1848. S. 174. Nr. 172.)

5) Rechtsverhältnisse in Privat-Angelegenheiten.

6) Schreiben des R. Prov.-Struktur-Dir. zu Köln (v. Schüke) v. 30. Jan. an die R. Reg. der Rheinprovinz. Steuerbeamte und Chausseegeld-Erheber ohne besondere Erlaubniß keine bürgerlichen Gewerbe, namentlich Handelsgewerbe betreiben.

Es mir davon gelegen ist, möglichst zu verhindern, daß die zu meinem Ressort gehörenden Beamten keine bürgerlichen Gewerbe, namentlich Handelsgewerbe, wodurch sie nachlässigung ihrer dienstlichen Obliegenheiten veranlaßt werden, ohne meine Genehmigung treiben, so ersuche ich eine R. u. Reg., die mit der Erhebung der Steuer- und Chausseegeld-Verordnungen beauftragten Beamten anzuweisen, keinen Beamten meines Ressorts in die Gewerbe-

besteuer=Kolle aufzunehmen, wenn derselbe sich nicht durch eine von mir ertheilte förmliche Erlaubniß ausweist. Indem ich mich dieserhalb auf das G. R. der Min. d. d. Fin. v. 19. Juli 1821 v. Kampff Annal. V. S. 517 beziehe, bemerke ich, daß auch Chausseegeld-Erheber nach § 1 der Dienst-Anw. v. 16. Jan. 1834 zu denjenigen gehören, welche zum Gewerbebetriebe der Erlaubniß der Prov.-Steuer-Verw. bedürfen (N. XIX. 53. — 1. 48.)

2) Vergl. allgemeine Gewerbe-D. v. 17. Jan. 1845. §. 19.
(Oben Tit. 1. Unterabth. II., sub II., B. d. S. 161.)

Zweite Abtheilung.

Die Verwaltung des Staats- und öffentlichen Bauwesens.

Vorbemerkung.

Die Grundsätze der Verwaltung des Staats- und öffentlichen Bauwesens sind theils allgemeine, welche sich auf alle Gattungen der Staats- und öffentlichen Bauten beziehen (Abschn. I.), theils solche, welche speziell einzelne Kategorien der öffentlichen Bauten, als Domainen-, Justiz-, Post-, Militair- und Garnison-, Kirchen-, Pfarr- und Schulen etc., erlassen worden (Abth. II.). Ihrer Anwendung nach sind die allgemeinen Verwaltungs-Normen theils solche, welche sich auf die vor dem Beginne eines Baues zu befolgenden Prinzipien beziehen, theils betreffen die Bauausführung selbst, theils endlich schreiben sie das nach Beendigung eines Baues (bei dessen Revision und bei Auszahlung der Baugelder) beobachtende Verfahren vor. Endlich schließen sich hieran auch noch die Vorschriften über die Erhaltung der zum Verschlusse oder zur Vertheidigung von Städten dienenden Anlagen und über die Veränderungen an öffentlichen Gebäuden und Denkmälern (Abschn. III.).

Erster Abschnitt.

Allgemeine Grundsätze, welche sich auf alle Gattungen der öffentlichen Bauten beziehen.

Erstes Kapitel.

Vorschriften über das Verfahren vor dem Beginne öffentlicher Bauten.

Erster Titel.

Von dem Erforderniß höherer Genehmigung auszuführender Bauten.

1) Die Nothwendigkeit höherer Genehmigung auszuführender Bauten am Staates ist bereits allgemein für alle Staatsbauten vorgeschrieben, daß (auf Allerh. Spezialbefehl erlassene) R. v. 13. Mai 1798, an die Kammer der Kr. und Domainen-Kammer.

Damit das Bauwesen in dortiger Provinz in mehrere Ordnung gebracht, und hier besser übersehen und der beschränkte etatsmäßige Baufond mit aller Vorsicht verwandt werde, setzen Wir hierdurch ausdrücklich fest:

1) Daß vom Tage des Eingangs dieses R. kein Bau angefangen werden kann, dessen wirklichem Anfang nicht die ausdrückliche Genehmigung von hier eingeholt ist. Selbst in den dringendsten unvorherzusehenden Fällen, welche schleunige Maßregeln erfordern, und wenn Ihr das Präsidium den Bau sogleich vornehmen zu lassen nothwendig findet, muß davon die schleunigste Anzeige anhero geschehen.

1) Man soll im Laufe des Jahres, nach vorheriger pflichtmäßiger Untersuchung der Nothwendigkeit des Baues oder der Reparaturen, durch die Baubedienten die Anschläge, erwarten wir alsdann die successive Einsendung derselben, um sie der Ober-Bau-Depart. vorzulegen und festsetzen zu lassen, worauf auch die Anschläge eingereicht werden sollen, um sie zu kollegiren und in eine Designation zusammenzutragen.

2) Diese Designation habt Ihr im Okt. jeden Jahres mit einem Exemplar der vorstehenden Anschläge anhero einzusenden, da dann allhier festgesetzt werden soll, welche Bau- und Reparaturarbeiten, der allhier gefertigt wird, übernommen, und zu deren Ausführung also im Laufe des Jahres geschritten werden soll. Sind u. Berlin, den 13. Mai 1798.

A. Sp. B.

p. Hof.

(Hoffmann's Repert. Fortf. 2. S. 281.)

3) Die Instr. v. 23. Okt. 1817 zur Geschäftsführung für die Reg. bet. im Abschn. II. §. 21. Nr. 9., daß Berichtserstattung der Reg. zur höheren Genehmigung erforderlich ist bei Neubauten, welche die Summe von 1000 Thlr., und bei Reparaturbauten, welche die Summe von 1000 Thlr. übersteigen.

Zu Neubauten sollen auch gerechnet werden:

a) alle Landbau, wodurch der Zweck einer schon vorhandenen Bauanlage wesentlich verändert wird;

b) bei Wasserbauten, jede Abänderung schon bestehender Werke, wodurch die Richtung des Stroms, der Zustand der Schifffahrt, oder die Sicherung, Bewässerung und Entwässerung angrenzender Ländereien in ein neues Verhältniß kommen.

In allen Baufällen, wo berichtet werden muß, sollen auch die Bauanschlüsse der Bau-Dep. zur Revision eingereicht werden. (S. S. 1817. S. 265.)

4) Die anderweitige Geschäfts-Instr. für die Reg. v. 31. Dec. 1825 bis dahin ferner:

Über die bewilligten Domainen- und Forstbau-Fonds kann die Wdh. für die Vermehrung und Forsten, mit Beobachtung der nähern Instruktion des Fin. Min. betr. Berichtserstattungen an das Fin. Min. für einzelne Fälle, sind nur in folgenden Fällen:

1) Wenn die Erbauung ganz neuer vorher nicht vorhanden gewesener Gebäude, so wie Veränderung in dem Aeußeren der hie und da in den Domainen befindlichen oder anderen Gebäude und Anlagen, die geschichtlichen oder architektonischen haben, beabsichtigt wird;

2) bei allen Neubauten von Amts- und Vorwerk-Bohnhäusern, von Dienstwohn-, Gesinde- und Tagelöhner-Häusern;

3) bei Neubauten von Fabrikationsstellen, z. B. Brauereien, Brennereien, Flege- u. s. w.;

4) bei allen auch geringen Domainenbauten, welche nicht zum nothwendigen, landwirtschaftlichen Bedarf gehören;

5) bei bedeutenden über 500 Thlr. betragenden Uferbauten. Alle Bau- und Reparatur-Anschläge sind vom Baurath der Reg. festzusetzen.

Hinsichts der nicht zum Fin. Min. gelangenden Bauanschlüsse ist der Präsident beauftragt, einzelne solcher von dem Baurath festgesetzten Anschläge nach seiner Wahl zur Superrevision durch die obere Baubehörde an das Fin. Min. einzureichen.

Von den für das Etats-Jahr nothwendigen Bauten sind, spätestens bis zum 15. Nov. vorhergehenden Jahres, mit ausdrücklicher Zustimmung und unter Mitvollziehung des Präsidenten, spezielle Baupläne anzufertigen, und wegen Bewilligung der erforderlichen Mittel, mit Einreichung derselben, bei dem Fin. Min. Anträge zu machen, am Ende des Jahres aber berichtliche Uebersichten über die ausgeführten Bauten einzureichen. (S. S. 1826. S. 5., u. IX. 821.)

4) Die Bestimmungen ad 2. erlitten indeß eine Modification durch die D. v. 28. Aug. 1836, wonach zu allen von den R. Reg. zu veranschlagenden und auszuführenden Neubauten über 500 Thlr. und Reparaturen über 100 Thlr. ohne Unterschied des Ressorts, höhere Genehmigung nachgesucht werden, und die Anschläge dazu der Revision durch die Ober-Bau-Dep. unterbreiten sollen.

Auf Ihren Ver. v. 5. d. M. bestimme Ich nach dem Antrage mit Berücksichtigung der Vorschrift des §. 21. Nr. 9. der Instr. zur Geschäftsführung der Reg. v. 23. Okt. 17, daß Requirere gehalten sein sollen, zu allen Neu- und Reparaturbauten von dem dort

bezeichneten Umfange, welche von ihnen veranschlagt und ausgeführt werden, ohne Unterschied des Ressorts, höhere Genehmigung nachzusuchen, und daß die Anschläge zu den Bauten der Revision durch die Ober-Bau-Dep. unterliegen sollen. Rückichtlich der der Gen. Verw. für Dom. u. Forsten vorkommenden Bauten, behält es bei den, in Geschäftsanweisung für die Reg. v. 31. Dec. 1825 enthaltenen Bestimmungen stehen. Ich überlasse Ihnen, diese nähere Anordnung durch die G. S. zur Kenntniß zu bringen. (G. S. 1836. S. 234. A. XXI. 546. — 2. 242.)

Mit Bezug hierauf ergingen:

a) R. der R. Verw. für H., Fin. u. Bauw. (Rother) v. 5. Nov. 1836 an die R. Reg. zu Arnberg.

Die Allerh. R. D. v. 28. Aug. d. J., wonach zu allen von den Reg. zu veranlassenden und auszuführenden Neubauten über 500 Thlr. und Reparaturen über 1000 ohne Unterschied des Ressorts höhere Genehmigung nachzusuchen ist, und die dieselben Anschläge der Revision durch die Ober-Bau-Dep. unterliegen, bezieht sich, wie der R. auf den Ver. v. 17. v. M. eröffnet wird, auf die Bauten insgesamt, die von der Ressortiren, ohne Unterschied, ob die Kosten aus Staats-, Gemeinde- oder Inst. Klassen bestritten werden.

(Acta des R. Min. d. Fin., Abth. für H., F. u. Bauw., sign. A. 4. Nr. 24. V.)

b) R. der R. Min. der Geistl. Ang. (v. Altenstein) und des J. für Ang. (Rother) v. 13. Dec. 1836 an das R. Konsistorium und Prov. Schul-Kollegium zu Berlin.

Dem 2c. eröffnen wir auf die Anfrage v. 11. Okt. c. in Betreff der höherer Genehmigung unterliegenden Neu- und Reparaturbauten hierdurch, daß die Allerh. Best. v. 28. Aug. d. J. diejenigen Bauten ausschließt, welche nicht von den Reg. und resp. Konsistorien und Prov. Schul-Kollegien veranschlagt und resp. ausgeführt werden zu welchen aus Staatsklassen kein Zuschuß gegeben wird.

(Act. gen. des R. Fin. Min., Abth. für H. u. Fabr., betr. die Instr. für die Beamten, A. 4. 24. Vol. III.)

c) R. der R. Min. der G. 2c. Ang. (v. Altenstein), des J. u. d. B. (Rothow) und der Verw. für H. 2c. (Rother) v. 4. April 1837 an die R. zu Arnberg.

Aus dem an die mitunterz. Min. der G. 2c. Ang. und des J. u. d. B. erst. Ver. v. 20. Nov. v. J. ist erschen worden, daß die Bescheidung auf Ihre Anfrage v. 17. Okt. v. J. rückichtlich der Anwendung der Allerh. R. D. v. 28. Aug. v. J. wegen höherer Genehmigung unterliegenden Bauten, zu einem Mißverständnisse Anlaß gegeben.

Nur auf diejenigen Neu- und Reparaturbauten von dem durch den Allerh. D. näher bezeichneten Umfange bezieht sich dieselbe, welche von den Reg. veranschlagt und ausgeführt werden, nicht aber auf diejenigen, welche von den Reg. resp. den Konsistorien und Prov. Schul-Kollegien) nicht veranschlagt und resp. ausgeführt werden und zu welchen überhaupt aus Staatsklassen keine Zuschüsse gegeben werden.

(A. XXI. 545. — 2. 242.)

5) Vergl. auch:

a) R. des R. Min. des H. v. 11. Sept. 1818 sub Nr. 3, wonach die Reg. Depart. Räte, in Vereinigung mit dem Reg. Baurath, ermächtigt, die erforderlichen Reparaturen an Gebäuden, Brücken und Wegen, welche Staatskosten erfolgen müssen, in sofern der Betrag nicht die Summe 50 Thlrn. übersteigt, sofort, bei ihren regelmäßigen Vereisungen, zu veranlassen. (Oben S. 76.)

b) E. R. der R. Verw. für H., F. u. Bauw. v. 4. Febr. 1837 u. d. R. Min. des J. u. d. B. v. 29. April 1837, wonach ohne höhere Genehmigung von den Anschlägen nicht abgewichen werden darf. (s. unten.)

Zweiter Titel.

Von der Veranschlagung öffentlicher Bauten.

Erste Unter-Abtheilung.

Von der Nothwendigkeit der Veranschlagung.

1) Schon das R. v. 13. Mai 1798 (sub Nr. 2. u. 3.) verordnet die Anfertigung von Anschlägen aller nothwendigen Bauten und Reparaturen

1) Einreichung zur Revision, woraus dann die jährlichen Bau-Etats zu-
bergestellt werden sollten. (s. oben III. I. S. 234.)

2) Die Geschäft.-Instr. für die Regierungen v. 26. Dec. 1808 §. 73.
setzt diese Bau-Etats auf, wogegen es bei der Beranschlagung
nicht sollte.

Bau-Etats werden in Zukunft nicht mehr gefertigt, sondern in den Special-Etats
nach Verhältnis des Bedarfs und der Zahlungsfrist der Fonds angründende und
bestimmende Veranschlagung auf die in dem Ressort der einzelnen Dep. vorfallenden
ausgeworfen; deren Veranschlagung am Jahreschluss jede Dep. vorchriftsmäßig
zu machen.

Für Wasserbauten wird das Veranschlagungsquantum jährlich auf den Grund von gene-
ralen Prinzipien besonders nachgesehen; die Veranschlagung muß aber gleichfalls durch
die gehörig revidierte Ansätze nachgewiesen werden.

Ein Minderes gilt wegen der Chausseebauten. (S. S. v. 1808—1810. S. 739.)

3) Letzteres verordneten auch die neueren Geschäft.-Instruktionen für die
Regierungen v. 23. Oct. 1817 Abschn. II. §. 21. Kr. 2. u. v. 31. Dec. 1823.
(S. oben III. I. S. 204—205.)

4) In Betreff der Bauten unter 50 Thlr. wurde dies indeß modificirt
nach E. M. der R. Min. der G., u. Med. Ang. (v. Altenstein), des H.
Raths, des J. v. Schumacher, des J. (v. Kietz) u. d. Kr. (v. Hatz) v.
am 1. 25 an sämmtl. R. Reg. und an die Min. Bau-Kom. Wesentliche
Bauten unter 50 Thlrn. erfordern keine Beranschlagung durch Baubeamte,
sondern nur die Revision durch dieselben¹⁾.

Es wird hierdurch festgesetzt, daß künftig bei allen für Rechnung der unterm.
Min. stehenden Bauten, deren Kosten-Schrag die Summe von fünfzig Thlr. nicht über-
steigt, Konkurrenz der Baubeamten in sofern wegfällt, daß es künftig keine
Beranschlagung von Seiten der letztern bedarf; wogegen aber dergl. kleine Bauten,
die vor, durch die Baubeamten, bei ihrer Anwesenheit am Ort und Stelle, zu revide-
ren. Wegen der Beranschlagung und Ausführung aller übrigen Staatsbaue, welche
über fünfzig Thlr. kosten, bleibt es unverändert bei den in dieser Bezeichnung
(S. IX. 469. — 2. 138.)

2) Bezug hierauf ergingen:

a) E. M. der R. Min. der G., u. Med. Ang. (v. Altenstein), des Kr.
Raths, des J. u. d. B. (Röhler), des R. Hauses, Abth. II. (v. Rabenberg),
des R. für G., Fabr. u. Baum. (Möller) u. d. J. (v. Alvensleben) v. 2.
1836 an sämmtl. R. Reg. und an die Min. Bau-Kom.

Es unterm 6. Mai 1825 erlassene E. B., nach welcher es fernert bei Bauten,
die Ausführung weniger als 50 Thlr. kostet, keiner Beranschlagung Seitens der Bau-
beamten bedarf, hat in einzelnen Fällen zu der mißbräuchlichen Uebertragung der Unter-
suchung der Ansätze an Handwerker gegen eine Remuneration Veranlassung gegeben,
bei Entreprise-Bauten von dem Unternehmer gezahlt werden mußte, und so mit-
telst der Staatskasse zur Last fiel.

Es hat aber nicht in der Absicht gelegen, den Baubeamten eine solche Erleichterung
bei Arbeiten auf Kosten der Staatskasse zu gewähren, wie dies mittelbar auch bei
den Bauten geschehen würde, vielmehr ist angenommen worden, daß es bei solchen
Bauten überhaupt keiner Beranschlagung bedürfe, die Zahlung an die Handwerker
vielmehr auf den Grund ihrer Quabationen und nach vorhergegan-
genen Prüfung durch den Baubeamten, bei welcher es nach jener E. B. das Bedenken
nicht sollte, erfolge.

Die R. Reg. wird daher angewiesen, den Werkmeistern oder Handwerkern künftig
Aufträge zur Beranschlagung solcher kleiner Bauten zu geben und dafür keine Bezah-
lung zu gewähren. (R. XX. 721. — 3. 162.)

b) R. des R. Min. des R. H., Gen. Verw. für Dom. und Forsten (v.
Ludwig) v. 23. Mai 1837 an die R. Reg. zu Marientwerder.

Auf den von der R. Reg. unterm 24. v. R. wegen der Ueberbürdung der dortigen
Baubeamten mit Dienstarbeiten erstatteten Ber., wird derselben zu erkennen gegeben,

¹⁾ S. jedoch unten Kap. III., Tit. I., von der Revision und der Abnahme öffent-
licher Bauten.

daß der Zweck der Aufstellung der Forstbaupläne zum Theil verloren gehen würde, weil alle diejenigen Baulichkeiten, welche den Betrag von 50 Thlrn. nicht übersteigen, speziell in den Bauplan aufgenommen, sondern aus dem in demselben ausgenommenen Extraordinario bestritten werden sollten, als wohin die K. Reg. Ihren Auftrag richtet hat.

Das Min. muß durch den Bauplan eine Uebersicht erhalten, wie der Bauaufwand verwendet werden soll, und dazu gehört, daß alle vorhergesehenen Baugesenstände, welchem Belange sie auch sein mögen, speziell darin aufgenommen werden, das Extraordinarium aber seiner Bestimmung gemäß, lediglich zu unerwarteten, im Laufe der Zeit vorkommenden und ohne Gefahr seinen Aufschub erleidenden Bauausführungen, behalten bleibt, wie dies die Verf. v. 14. Dec. pr. und 4. März c. vorschreiben, nicht abgegangen werden kann.

Ist nun auch in den E. B. v. 6. Mai 1825 und 2. Aug. v. J. nachgelassen, bei geringern Bauten unter 50 Thlrn. keiner Veranschlagung Seitens der Baubeamten bedarf, vielmehr die Zahlung an die Handwerker oder Unternehmer, auf den Grund Liquidationen und nach vorhergegangener Prüfung und Revision an Ort und Stelle, die Baubeamten erfolgen kann, so darf doch die vorschristsmäßige Aufstellung der Pläne nicht darunter leiden. — Der K. Reg. kann daher nur überlassen werden, in Fällen, wo keine Anschläge von den Baubeamten anzufertigen sind, die Kosten zu Baulichkeiten in runder Summe schätzungsweise angeben zu lassen, und unter Bezeichnung der einzelnen Gegenstände, wofür jene verwendet werden sollen, in den Plan aufzunehmen. Um so strenger muß aber demnächst auch die, über die richtigmäßige Verwendung vom Baubeamten abzuhaltende Revision stattfinden.

(Acta gen. des K. Min. des K. H., Abth. II. Nr. 9358.)

c) E. R. der K. Min. der F. (Beuth) u. des K. H., Abth. II. (I) v. 8. Juni 1843 an die K. Reg. zu Marienwerder.

Die von der K. Reg. in dem Ver. v. 13. März d. J. zur Sprache gebrachten Bedenken in Betreff der Ausführung der E. B. v. 31. Dec. v. J. und 6. Mai 1825, gegen sich bei richtiger Auffassung der gegebenen Bestimmungen und bei umsichtiger Handlung der Sache von selbst.

Was zunächst

ad 1. die Bestimmung der E. B. v. 6. Mai 1825 betrifft, wonach Baue, deren Betrag von 50 Thlrn. nicht übersteigen, keiner speziellen Veranschlagung Seitens der Districts-Baubeamten bedürfen, in sofern nicht besondere Umstände in einzelnen Fällen eine Abweichung von dieser Regel bedingen, so ist die (Tit.) auf Ihre frühere Befehls-Anfrage v. 24. April 1837 bereits unterm 25. Mai ej. a. ¹⁾ von dem Herrn Staatsrath v. Ladenberg beschieden worden, wobei es sein Verwenden behält. Aus den von der angeführten Gründen kann allerdings eine jährliche Bereisung sämtl. Forst-Etablissements durch die Baubeamten nicht wohl stattfinden. Dies ist aber auch nicht nöthig, da sowohl die Ober-Forstbeamten als die Forst-Inspektoren ihre Depart. abzureisen und von ihnen insbesondere auch die Forst-Dienstgebäude genau zu kontrolliren und die sich als nothwendig darstellenden einzelnen Baue und Reparaturen davon in Sprache zu bringen sind. Die Konkurrenz der Baubeamten ist daher nur da erforderlich, wo nach jenen vorangegangenen Erörterungen wirklich Baulichkeiten ausgeführt werden müssen, und diese sind, wenn sie vorausichtlich den Betrag von 50 Thlrn. übersteigen, speziell zu veranschlagen, andern Falls sind aber nur dafür ungefähre Bauanschläge anzugeben, welche demnächst in die jährlich einzureichenden Forstbau-Pläne übernommen werden.

ad 2. Die E. B. v. 31. Dec. v. J. ²⁾ entbindet zwar im Allgemeinen die Baubeamten von der Revision der den Betrag von 20 Thlrn. nicht erreichenden Bauten, sie setzt aber unter andern ad 1. ausdrücklich fest, daß es hinsichtlich aller baulichen Leistungen in den Dienstwohnungen K. Beamten bei den bisherigen Vorschriften sein zu lassen behalten solle, und da es keinem Zweifel unterliegt, daß die Forst-Dienstetablissem. zu den Dienstwohnungen gehören, so ist sowohl dieses K., als das v. 6. Mai 1825 wohl mit den Bestimmungen des Regul. v. 14. Sept. v. J. wegen der den K. Beamten obliegenden Reparaturen an den ihnen überwiesenen Dienstgebäuden in Einklang zu bringen, indem jene Verf. hierunter durchaus nichts ändert. Dabei darf übrigens nicht übersehen werden, daß auch den vorgesehnen Forstbeamten die Verpflichtung obliegt, die genaue Befolgung des vorbemerkten Regulativs zu halten und mit dahin zu sehen, die Bestimmungen desselben nicht umgangen werden.

¹⁾ Vergl. vorstehend sub b.

²⁾ Vergl. unten Kap. III. dieses Abschnittes.

3. Hinsichtlich der Veranschlagung und Verwendungs-Nachweisungen der aus dem zu betrachtenden Bauhölzer wird die (Tit.) auf die abstrichl. anl. Verf. an die zu Grundelegenden verwiesen, worin die Gründe erörtert sind, weshalb davon Gebrauch genommen werden kann.

4. Wenn der (Tit.) den in der Verf. v. 31. Dec. v. J. ad 1. gebrachten Ausschlüsse der Einrichtungs- dahin auslegt, daß darunter nur solche Bäume verstanden werden können, wodurch theilweise eine andere, als die bisherige Einrichtung der Wohnung beabsichtigt wird, so ist diese Ansicht nicht richtig; vielmehr sind, abgesehen davon, ob eine Abänderung beabsichtigt wird oder nicht, unter jenem Ausdruck im weiteren Sinne alle Bäume, die unter dem Ausdruck ad 3. der qu. Verf. »sämtliche Bäume« verstanden werden, Reparaturen, Veränderungen, Verbesserungen und was sonst dahin gehört. Denn gerade bei den Dienstwohnungen ist zur Vermeidung von Nachtheilen für die Bauwerke ein besonders sorgfältiges Verfahren erforderlich, welches auch nur theilweise ausführen sehr bedenklich sein würde, und eben so die Dienstwohnungen der Beamten in der gedachten Verf. zu den Ausnahmen von der aufgestellten Regel gerechnet worden.

Die in den mehrgedachten Verf. angegebenen Beträge von resp. 50 Rthlr. und 20 Rthlr. sind so zu verstehen, daß der Werth des Holzes ebenso, wie der aller übrigen Materialien mit dazu gehört, daß also die Bestimmungen beider Verf. unter den vor-erwähnten Modificationen da in Anwendung kommen, wo die Baukosten einschließlich des Holzwerths die Beträge von resp. 50 Rthlr. und 20 Rthlr. nicht erreichen. (S. kon. des R. Min., Abth. für G., G. u. Bauwesen. A. 4. Nr. 24. Vol. IV. 776.)

Bergl.:

R. D. v. 28. Aug. 1836, wonach die Anschläge von Neubauten über 1000 Rthlr. und von Reparaturen über 1000 Rthlr. der Revision der Bau-Deputation unterliegen sollen, nebst deren Ergänzung und Erläuterung. (Tit. I. S. 236.)

R. D. der R. Min. des J., d. J. und der G., U. u. Neb. Aug. v. 21. 11, wonach in der Regel kein, der Super-Revision der Ob.-Bau-Dep. ferner Bau vor Super-Revision und Feststellung des Anschlags zu unterliegen. (Unter App. III. Tit. 1.)

Zweite Unter-Abtheilung.

Beim Verfahren bei der Anfertigung und Prüfung der Bauanschläge.

1. Untersuchung der wahren und falschen Bauanschläge, nebst Anweisung, wie sie besser stellen können. S. Augsburg. 1778.

2. Frage, von den Mitteln, die schweren Kosten bei dem Bauwesen durch richtige Anschläge zu erleichtern. S. Halle. 1779.

3. Grundsätze zur Anfertigung richtiger Bauanschläge in der Kur- und in Pommern. 3 Theile. S. Berlin. 1777.

4. Allgemeiner und gründlicher Unterricht zu Bauanschlägen. 2 Theile. Fol. S. Berlin. 1777.

5. Handbuch für Bauherren und Bauleute zur Verfertigung und Beurtheilung Bauanschläge etc. S. Halberstadt. 1787.

6. Die ersten Grundsätze der Veranschlagung in möglichster Kürze auszusprechen. S. Berlin. 1809.

7. Grundsätze zur Anfertigung richtiger Anschläge, welche die Landbaukunst betreffen. S. 1ter und 2ter Bd. Berlin 1809, 3ter Bd. Berlin und Leipzig 1816.

Vorschriften für die Techniker und Unterbehörden.

Der Grundsatz, daß die Bauanschläge vollständig anzufertigen und Abänderungen zu vermeiden, ist mehrfach ausgesprochen und eingegeben worden, dabei sind zugleich Vorschriften für den Fall, daß dennoch ein Grundsatze gefehlt werden möchte, und Abweichungen vom Bau- oder Ueberschreitungen desselben unerlässlich sein sollten, ertheilt

a) C. R. des K. Min. des H. (Gr. v. Bülow) v. 22. März 1822
sämmtl. K. Reg., und an die K. Min. Bau-Kom.

Des Königs Maj. haben nach Inhalt der abschriftl. beigef. Allerh. R. O. v. 1822 (Anl. a.) mißfällig bemerkt, daß Baubeamte sich erlaubt haben, von den re und genehmigten Bau-Anschlägen abzuweichen und selbstbeliebige Abänderungen d vorzunehmen. Dies soll schlechterdings nicht ferner gestattet werden, und jeder rrende Baumeister, welcher sich dergl. zu Schulden kommen läßt, soll die daburd laften Mehrkosten selbst zahlen. Hiernach hat die K. Reg. Ihre Baubeamten mit sung zu versehen, in der Art, daß sie sich weder selbst eine Abänderung der gene Anschläge oder Zeichnungen bei Bau-Ausführungen erlauben, noch dergl. gestatten mehr muß, wenn sich die Baubeamten während des Baues überzeugen, daß Abh gen des Bauplanes von wesentl. Nutzen sein würden, sogleich auf die höhere Gene angetragen, und wenn Anschlag-Überschreitungen unvermeidlich sind, dies unel angezeigt werden.

Die K. Reg. hat über die Befolgung dieser Vorschriften auf das gena wachen, und Ihren Baubeamten zugleich zu eröffnen, daß Abweichungen davon na dem zu verfügenden Erlaß der Mehrkosten von Seiten des ausführenden Bau unnachsichtlich werden bestraft werden.

Anl. a.

Aus Ihrem Ver. v. 9. v. M. habe Ich höchst mißfällig gesehen, daß der der Kosten des Baues der 2c. Kirche um die 2c. Summe von 2c. überschritten ist. Ueberschreitungen des approbirten Anschlages können, ganz ungewöhnliche Fälle nominen, nur durch selbstbeliebige Abänderungen des Baues, während seiner An entstehen, die Ich schlechterdings nicht weiter gestatten will. Abänderungen des B den Ich genehmigt habe, können nur auf vorherige Anträge von Mir approbirt. Niemand ist sonst dazu ermächtigt und die Mehrkosten müssen bei solcher Anfrage angezeigt werden. Ich werde daher künftlg unabänderlich hierauf halten und B allgemeine Angaben von den Ursachen des höheren Belaufes der Kosten eines n nach vorgelegter Zeichnung und Anschlag, approbirten Baues, nicht bewegen la Mehrkosten zu bewilligen, sondern ihre Bezahlung dem ausführenden Baumei keine Abänderungen zulassen darf, zur Last legen. Dies haben Sie jedem der an den Baumeister zu eröffnen.

Berlin, den 5. März 1822.

Friedrich Will

(Act. gen. des K. Fin. Min. Abth. IV. p. 91. B. b. Nr. 9.)

b) C. R. des K. Fin. Min. (v. Klewih) v. 18. Mai 1824 an K. Reg. Die Anschläge sind vollständig zu fertigen und Nachford zu vermeiden.

Des Königs Maj. haben bei Gelegenheit einer vorgekommenen Nachforder Baukosten zu einer bei dem ersten Antrage übergangenen baul. Einrichtung zu b geruhet ¹⁾:

daß schlechterdings dafür gesorgt werden müsse, daß die Anschläge baulicher Ei gen vollständig gefertigt und dergl. Nachforderungen nicht ferner vorkommen, daß die Behörden, welche sich einer Vernachlässigung hierunter schuldig ma Verantwortung gezogen werden sollen.

Die K. Reg. hat sich hiernach zu achten. (A. VIII. 349. — 2. 18.)

c) C. R. des K. Min. der G., II. u. Med. Ang. (v. Rampus und bius) v. 14. Aug. 1830 an sämmtl. K. Reg., Konsistorien, Prov.-Schul und außerordentl. Reg.-Bevollmächtigte bei den Universitäten. Sorg Aufstellung der Baupläne, Vermeidung von Abweichungen und Ueberschri der Anschläge.

Es kommen häufig Fälle vor, daß, sowohl bei Neubauten als Reparaturen Anschläge zum Grunde gelegt sind, die in der Revision auch festgestellt, und zur

¹⁾ Diese Bestimmung ist durch die R. O. v. 11. Mai 1824 getroffen worden, u es heißt:

• Es muß aber schlechterdings dafür gesorgt werden, daß die Anschläge b
• richtungen vollständig gefertigt werden, und dergl. angeblich vergessene M
• rungen nicht ferner vorkommen. Ich will Ihnen überlassen, die Reg.
• ernstlich anzuweisen und diejenigen, welche sich einer Vernachlässigung l
• schuldig machen, zur Verantwortung zu ziehen. •

worden, bei der Ausführung selbst aber mehr oder weniger erhebl. Abweichungen approbirten Anschlägen eintreten.

Da diese Abweichungen liegen, soweit sie die Reparaturen betreffen, zum Theil bei Anfertigung der Anschläge nicht gleich alle Mängel entdeckt oder beachtet werden, so ist bei Aufdeckung der schadhaften Stellen und Trennung der inneren Theile zu ergeben; bei Neubauten aber darin, daß spätere Bedürfnisse zum Zweck, zur Bequemlichkeit etc., welche bei Entwerfung der Bauprojekte nicht berücksichtigt werden. Daraus entstehen sowohl bei der Ausführung der Baulichkeiten, welche dem Zweck der letztern nachtheilig Ueberschreitungen der disponiblen Baufonds, deren Deckung nachmals in Betracht.

Nach die gänzliche Vermeidung aller Abweichungen von den festgesetzten Baukosten möglichst gefördert werden kann, und die bei Revision der Rechnungen erst im Wege der gewöhnlichen Monitor nach den für die Verwaltung erlassenen Bestimmungen verfolgt werden müssen, so ist doch nicht in Abrede zu setzen, daß die vorgängigen Untersuchungen zum Behuf baulicher Anlagen oder deren Ausführung selten mit großer Eile, und auch wohl nicht gehöriger Gründlichkeit vorzunehmen, wovon die Folge ist, daß die darauf begründeten Bauanschläge den Verhältnissen nicht angepaßt, und den Forderungen und Bedürfnissen der Zeit entsprechend angefertigt sind, und wodurch dann nicht allein Zeitverluste in solcher Weise bei den Vorarbeiten Versäumte nachzuholen ist, sondern auch Kosten entstehen, wie die Mittel zur Deckung der, durch die vorkommenden Ueberschreitungen von den Bauplänen herbeigeführten Mehrkosten gedeckt werden sollen.

Um Uebelstände vorzubeugen und auch der Eigenmächtigkeit bei baulichen Arbeiten, zur Schonung des Patronats-Bau-Fonds, Grenzen zu setzen, fordert das Königl. Reg. hiedurch auf, die betref. Distrikts-Baubeamten nicht allein auf die Ausführung der für die Verwaltung des Bauwesens ergangenen Bestimmungen aufzu achten, sondern diese auch anzuhalten, die vorgängigen Untersuchungen bei der zur Ausführung kommenden Baulichkeiten mit der möglichsten Gründlichkeit vorzunehmen, besonders aber die Dep.-Bau-Direktoren zu veranlassen, die Baukosten der nöthigen Umsicht und Sorgfalt zu prüfen, damit wenigstens die häufig vorkommenden auffallenden Abweichungen bei der Bau-Ausführung und die bedeutenden Ueberschreitungen der Kosten-Anschläge vermieden werden. (A. XIV. 549. — 3. 28.)

K. der K. Verw. für G., Fabr. und Bauw. (Krother) v. 27. Okt. 1822. Immtl. K. Reg. Richtige Aufstellung der Bauanschläge, Vermeidung Ueberschreitung derselben und Verfahren bei Unzulänglichkeit der Baukosten Summen.

Veranlassung eines besonderen Falles hat des Königl. Maj. durch Allerh. D. v. 1822 die Ueberschreitungen der Bauanschläge gemüßbilligt, wodurch der damalige Bau-Verw. v. 22. März 1822¹⁾ zu erlassen. Ein neuerer Fall als das Mißfallen Er. Maj. erregt, welches Allerhöchstdieselben in der Allerh. D. v. 9. Okt. v. J. (Ant. a.) ausgesprochen haben. Ich theile die- selbe mit, unter der Anweisung, sie sämmtl. Baubeamten Ihres Distrikts bekannt zu machen.

Da nun nämlich derartige Ueberschreitungen je länger je häufiger vor, so daß es zu erwinnt, als wären viele Baubeamten wenig bedacht, vollständige Anschläge gegen Preisätze aufzustellen, sondern daß sie es sich lieber vorbehalten, die Ausführung und Zulänglichkeit des Plans während der Ausführung zu beurtheilen, zu zweifeln, daß die am Schluß sich ergebenden Mehrkosten ohne Anstand zu zahlen. Es liegt am Tage, daß derartige unvorhergesehene Nachforderungen zu Verlegenheiten herbeiführen, sondern daß auch die vorgesetzte Behörde, wenn von des Königl. Maj. erbeten, oder aus ihren ordentlichen Fonds bewilligt wird, da sie, wenn sie die richtigen Kosten gekannt hätte, die Ausführung nicht oder nach einem anderen Verhältnisse verfügt haben würde. Ich bitte bei jeder zu meiner Kenntniß kommenden Ueberschreitung, sowohl eines ganzen als einzelner Positionen desselben, in bedeutendem Maße eine strenge Verfahren der Beamten, welche den Anschlag gefertigt, revidirt und ausgeführt haben, eintreten lassen. Es wird mich nicht zufrieden stellen, wenn auch nachgewiesen wird, daß die Mehr-Verwendung nöthig und nützlich gewesen, sondern ich werde bei der Aufstellung des Anschlages durch Mangel an Aufmerksamkeit und Nachlässigkeit auch hinsichtlich der Preisätze gefehlt worden ist. Ich werde hierbei

keine Entschuldigungen gelten lassen, namentlich nicht die, daß die Abweichung vom Anschlag eigenmächtig von dem Bau-Unternehmer vorgenommen worden, und mich in jedem an den Baubeamten halten. Auf der anderen Seite darf aber auch nicht geduldet werden, daß, wenn die Unzulänglichkeit eines Anschlages entdeckt wird, der Bau eingestellt, sofern durch die Einstellung irgend welche Mehrkosten veranlaßt werden, sondern vielmehr die Behörde die Verpflichtung, in einem solchen Falle die Fortsetzung des Baues zu verfügen, wenigstens bis auf den Punkt, wo ein Stillstand nicht mit Nachtheil verbunden ist.

Ich will nicht in Abrede stellen, daß manche Baue so beschaffen sind, daß im Ganzen oder bei einzelnen Abtheilungen derselben der Kostenbelauf sich bei Aufstellung des Anschlages nicht genau überschauen läßt; dies muß aber in jedem einzelnen Falle besonders bemerkt werden, und die den Anschlag revidirende Behörde muß sorgfältig prüfen, ob eine vollständigere Ermittlung thunlich, oder, wenn dies nicht ist, ob der vorhandene Fonds hinreichend sein wird, eine etwaige Ueberschreitung der muthmaßlichen Kosten zu decken.

Die K. Reg. hat den Inhalt dieser Verf. zur Kenntniß Ihrer Baubeamten gelangen und sich Selbst auf das gemessenste darnach zu achten, indem ich die darin angeordnete Verantwortlichkeit strenger geltend zu machen beabsichtige, als es bisher geschehen ist.

Anl. a.

Wenn nach Ihrem Ver. v. 16. v. M. die zu dem Bau des Universitäts-Gebäudes in G. bewilligte Summe von 64,300 Thlrn. bereits vergriffen, und das Gebäude unter Dach gebracht worden ist, so muß, da es nicht unvollendet bleiben kann, die fehlende Summe allerdings aus den Fonds der Universität G. und ihrer Justizschußweise entnommen, theils mit den Cubrierzahlungen für das künftige Jahr zu werden. Ich trage aber Ihnen, dem Fin. Min., auf, eine genaue Untersuchung zu lassen, welchem Baubeamten ein so unvollständiger und unrichtiger Anschlag zur Last kommt, wobei es nicht, wie die Ober-Bau-Dep. zu beabsichtigen scheint, darauf ankommen darf, nachzuweisen, daß die Mehrkosten wirklich verwendet und nöthig gewesen sind, sondern warum sie nicht in den Anschlag aufgenommen worden.

Ich bin entschlossen, den Unfug, welcher mit den Anschlägen und deren Ueberschreitung getrieben wird, nicht ferner zu dulden. Entweder verstehen die Baubeamten, zuverlässige Anschläge zu fertigen, und dann sind sie für ihre Stellen nicht geeignet, oder die Anschläge werden in Erwartung von Nachbewilligung, wenn der Bau einmal im Gange ist, absichtlich niedriger gestellt, als das wirkliche Bedürfniß, und dies würde eine schärfere Rüge verdienen. Solche Gründe, wie sie vorläufig angeführt werden, als unvorhergesehene Umstände, eine kostspieligere Fundamentirung, Veränderung und Erweiterung des während des Baues gestiegenen Arbeitslohns und des Bau-Materials, können nicht genügen, indem eine umsichtige und gründliche Veranschlagung so wesentliche Veränderungen nicht zurücklassen kann, namentlich den Baugrund in der ganzen Ausdehnung des Gebäudes untersucht werden muß, und dem Steigen des Arbeitslohns und der Materialen durch Contracte vorgebeugt werden kann. Ich werde einen ausführlichen Bericht über diesen wichtigen Gegenstand baldmöglichst erwarten.

Berlin, den 9. Oktober 1834.

Friedrich Wilhelm

An

die Staats-Min. Freiheirn von Altenstein und Maaßen.

(Acta gen. des K. Min. der Fin., Abth. für G., O. und Bauw., A. 4. Nr. 83. Vol. III. u. A. 4. Nr. 83. Vol. I. A. 2230.)

e) C. R. der K. Verw. für G., Fabr. und Bauw. (Rother) v. 8. März 1836, an sämmtl. K. Reg. Berücksichtigung der Ausführung des Baues und der Lage der vorhandenen Fonds bei Aufertigung der Bauanschläge, Vermeidung der Ueberschreitung der letzteren ¹⁾).

Die Verf. v. 22. März 1822 und 27. Okt. v. J. ²⁾ enthalten wiederholte Anordnungen zur Vermeidung der Ueberschreitung der Bau-Anschläge.

Eben so geben neuerlich vorgekommene Fälle Veranlassung, zu bemerken, daß bereits in der C. B. der Min. des J. für G. u. O. und d. F. v. 24. April 1834 ad 6. eine Anweisung nicht immer befolgt wird, wonach das Bauprojekt, bevor der An-

¹⁾ Diese C. B. ist mittelst K. O. v. 22. März 1836 auf den Bericht der K. Verw. für G., F. und Bauw., v. 27. Febr. 1836 genehmiget und dem K. Staatsmin. zur Beachtung zugefertigt worden. (Acta gen. der Verw. für G., F. und Bauw., Abth. A. Fach 4. Nr. 83. Vol. I.)

²⁾ Oben S. 240 u. 241.

beim zur Veranschlagung den Auftrag erhält, gehörig ermögen, die Ausführbarkeit im Allgemeinen und nach Lage der Fonds festgestellt, und die dabei beobachtenden Grundsätze normirt werden sollen.

Der Königl. Maj. haben inßföhllich zu bemerken geruht, daß die unvollständige Vorbereitung der für die Ausführung und Festsetzung durch die Oberbau-Dep. bestimmten Bauanschläge die Unvollständigkeit der auf dieselben gegründeten Anschläge sowohl im Allgemeinen als insbesondere bei denjenigen Kommunalbauten, bei welchen nach den bestehenden Vorschriften K. Baubeamte betheiltigt werden müssen, zu unnöthigen Weiterungen und zu Fälschungen in Verlegenheiten führen, wenn bei Aufertigung des Bauplans und des Anschlags nicht auf die zur Ausführung des Baues vorhandenen und resp. disponiblen Geldmittel genügende Rücksicht genommen wird.

Die K. Reg. wird daher hierdurch wiederholt gemessenst angewiesen, vor der Aufertigung des Bauplans und Aufertigung der Anschläge die für den Bau erforderlichen und zu machenden Geldmittel in Erwägung zu ziehen und den Anschlag demnach dem Betrage der Letzteren aufertigen zu lassen, in dem Falle aber, daß nach der Aufertigung des Anschlags ein nachweislicher Bau-Verbrauch mehr Geldmittel in Anspruch nehmen würde, als sich solche zur Disposition stellen, nähere Anweisung zur Einstellung des Baues von der betr. Central-Verw. zu erbitten, und dieser zugleich vollständig die dabei in Betracht und den Geldpunkt betr. Umstände vorzutragen. Werden Baupläne ohne vorherige Genehmigung aufgestellt, und Anschläge ausgearbeitet, so ist bei mangelnden Mitteln die Ausführung notwendig und die Baubeamten werden dadurch ohne allen Erfolg zur Ausführung veranlaßt, welche ihnen die besser zu verwendende Zeit rauben.

Diese Anweisung ist sowohl im Allgemeinen, als insbesondere auch bei Kommunal-Bauten zu befolgen, in sofern dabei K. Baubeamte betheiltigt werden müssen, und hat die K. Reg. sich dafür zu sorgen, daß bei Einreichung des Bauplans zur Begutachtung oder Genehmigung durch die Ober-Bau-Dep. demselben ein vollständiger Anschlag und eine genaue Auskunft über die zur Verwendung stehenden Geldmittel beigefügt werde.

Sollte die Ober-Bau-Dep. sich bei der Revision dennoch zu Abänderungen des Baues veranlaßt sehen, welche eine Vermehrung des in Aussicht genommenen Geldbedarfes erfordern, so wird die betr. Central-Verw. darauf Veranlassung nehmen, weitere Anweisung, namentlich hinsichtlich der Baukosten, zu treffen.

(Erlaß gen. des K. Min. d. F., Rth. für H., Fabr. und Bauwesen, A. 4. Nr. 24. Vol. III. Nr. 3192. u. A. 4. Nr. 83. Vol. I.)

f) C. R. d. K. Verw. für H., Fabr. u. Bauw. (Rother) v. 4. Febr. 1837, betr. d. K. Reg. Verfahren für den Fall, daß Abweichungen vom Bauanschlage notwendig werden.

Bei einem für Rechnung des Staats zur Ausführung gekommenen Baue, haben sich nicht nur die den Bau leitenden Behörden, sondern sogar der ausführende Baubeamte Abweichungen von den ersten, von dem Königl. Maj. genehmigten, Anschlägen und Allerhöchstselben haben mit Bezeichnung des Mißfallens zu befehlen geruht, wenn auch bei der Bauausführung sich Unvollständigkeiten in der Veranschlagung, zu berücksichtigende Erfordernisse und notwendige Verbesserungen herausstellen sollten, so daß von den Anschlägen, auf welche Allerhöchstselben die Kostenbewilligung gegründet ist, nicht aus eigener Ansicht abgewichen, sondern vorher Sr. Maj. die Nothwendigkeit nachgewiesen und auf Allerhöchstselben Genehmigung angetragen werden soll.

Der betreffende Reg.-Rath ist unter Bezeichnung des Mißfallens in eine Anweisung von 50 Thlr. genommen, dem ausführenden Beamten aber auf Befehl Sr. Maj. erklärt, daß ihm nicht früher eine Anstellung im Staatsdienst anzuvertrauen sei, es sei denn, daß er bei der Ausführung eines größeren Baues seine vollkommene Qualifikation in der Verwaltung eines Amtes im Baufache dargebracht haben werde.

Indem ich die K. Reg. mit Bezugnahme auf die C. Verf. v. 27. Okt. 1835 und die C. J. v. 3. J. 1) hiervon in Kenntniß setze, veranlasse ich Sie, sämmtl. Baubeamte Ihres Bezirkes damit bekannt zu machen. (M. XXI. 236. — 1. 237.)

g) C. R. des K. Min. des J. u. der B. (v. Rochow) v. 29. April 1837, betr. Abweichungen, unter welchen Abweichungen vom Bauanschlage stattfinden dürfen. (Bezug auf den C.-Erlaß v. 5. März e.), wonach von Anschlägen für Bau-

1) C. R. des K. Min. d. J. u. d. P. (v. Rochow) v. 5. März 1837 (M. XXI. 236. 237.) macht dasselbe bekannt, und weist sämmtl. Reg., das K. Pol. Präsid. veranlaßt und die Min.-Bau-Kom. an, sich darnach bei Bauten im Ressort des K. Min. zu achten.

2) v. 1. 241 u. 242.

3) v. 1. 241 (oben) zum C. R. v. 4. Febr. 1837.

ten, welche für Rechnung des Staats ausgeführt werden, und auf welche des Königs die Kostenbewilligung gegründet haben, nicht aus eigener Ansicht abzuweichen, sondern her Allerhöchstdenenselben die Nothwendigkeit dazu nachgewiesen und auf Allerh. Ermüdung angetragen werden soll, wird der K. Reg. hierdurch eröffnet, daß des Königs diese Bestimmung dahin zu modificiren geruhet haben:

daß in der Regel Abweichungen von einem vorher wohl durch die Bauplane nicht vorkommen dürfen, unbeschadet jedoch einzelner Modifikationen in den Details der Ausführung, die sich hinsichtlich Kosten beim Rechnungsschlusse im Ganzen übertragen.

Hiernach etc.¹⁾ (N. XXI. 235. — 1. 236.)

h) C. R. des K. Just. Min. (Mühler) v. 7. Juli 1843 an sämmtl. Behörden. Vermeidung von Nachforderungen gegen den Bauanschlag.

Se. Maj. der König haben durch Allerh. O. v. 3. d. M. zu befehlen geruhet, von jeder Behörde, von welcher der Antrag auf Genehmigung eines Baues ausgeht, vollständige Bedürfnis vorher mit Sorgfalt erwogen werden solle, damit Nachforderungen vermieden werden.

Die sämmtl. Gerichtsbehörden haben sich nach diesem Allerh. Befehle zu achten (Just. Min. Bl. 1843. S. 187. Nr. 115.)

i) Vergl. C. R. der K. Min. der G., U. u. Med. Ang. u. der 2. Nov. 1837, betr. die Veranschlagung von Kirchen-, Pfarr- u. Schulbauten (Unten Abschn. II., Kap. 5.)

2) Abstellung unnützer Weitläufigkeiten bei Aufstellung Bauanschlägen.

N. des K. Fin. Min., Abth. für G., G. u. Bauw. (Benth) v. 7. April 1852.

Die K. Reg. hat am 10. d. M. einen Anschlag über 480 Thlr. zur Umlegung einer Pflasterstrecke in L eingereicht. Die ersten beiden Seiten desselben enthalten nicht als eine Berechnung des Auf- und Abtrags in einer Länge von 45 Ruthen im Gesamtbetrage von 5 $\frac{1}{2}$ Schacht Ruthen, durch eine Zeichnung mit den Querprofilen erläutert, der diesfällige Geldbetrag von 3 Thlrn. 22 Sgr. 1 Pf. verhältnismäßig eben so gering und am Schlusse des Anschlags im Titel Inögemeln, ein zehnmal stärkeres Quantum unvorhergesehenen Ausgaben ausgeworfen ist, so ergiebt das Unnütze und Ueberflüssige der speciellen Auf- und Abtragsberechnung, statt deren ein approximativer Ansatz hätte, sich von selbst, und die unterzeichnete Abtheilung des Fin. Min., welche die höchste Ermäßigung und Vereinfachung des dienstlichen Schreibwesens stets im Auge behalten wird, sieht sich daher veranlaßt, die K. Reg. aufzufordern, für die Abstellung unnützer überflüssiger Weitläufigkeiten Sorge zu tragen.

(Acta gen. des Fin. Min., IV. 5459.)

3) Formelle Behandlung der Landbau-Projekte.

C. R. des K. Min. für G., G. u. öffentl. A. (v. d. Seydt) v. 17. April 1852. an sämmtl. K. Reg. mit der Instr. zur formellen Behandlung der Landbau-Projekte.

Die K. Reg. erhält anl. — Exempl. der Instruction zur formellen Behandlung der Landbau-Projekte vom heutigen Tage (Anl. a.) mit dem Auftrage, dieselben an die Beamten Ihres Bezirkes zur Beachtung zu vertheilen; auch ist jedem Baurath Ihr Exemplar einzuhandigen. Die übrigen Exemplare sind für späteren Gebrauch aufzubewahren.

Anl. a.

Instructionen zur formellen Behandlung der Landbau-Projekte.

§. 1. Das vollständige Projekt zu einem feststehenden Landbau soll nicht allein dem Revisor eine gründliche Einsicht in alle Theile und wesentliche Verhältnisse des Baues gewähren, sondern hauptsächlich auch als Richtschnur für die Ausführung dienen, und bestehen aus:

¹⁾ Das C. R. des K. Fin. Min. (v. Alvensleben) v. 31. Okt. 1837 an sämmtl. K. Reg. (N. XXI. 1088. — 4. 204.) bringt die C. R. des Min. Rother v. 4. Febr. 1837 und die in dem obigen N. v. 20. April 1837 bekannt gemachte Modifikation der darin enthaltenen Bestimmung ebenfalls zur Kenntniß, und bemerkt, daß die K. Reg. im Uebrigen bei den für Staatsrechnung auszuführenden Bauten nach der C. R. v. 4. Febr. 1837 achten sollen.

A. von Situations- und Nivellements-Zeichnungen, den generellen Bau- und den Detail-Zeichnungen,

B. den Spezial-Anschlag mit Berechnungen der Arbeiten, Materialien u. Kosten,
C. dem Erläuterungs-Bericht.

A. Zeichnungen. — Situations und Nivellements-Zeichnungen.

§ 2. Die Situations- und Nivellements-Zeichnungen haben den Zweck, die Ober- und Unterwelt mit ihren nächsten Umgebungen zu veranschaulichen. Sie sind in der Regel nicht kleiner, als nach einem Maßstabe von $\frac{1}{4}$ der wirklichen Länge aufzutragen; im Höhenmaße der Nivellements-Zeichnungen ist das 10fache des Längenmaßes anzunehmen. Längen- und Höhen-Abmessungen sind mit deutlichen Zahlen in die Zeichnungen einzutragen. Auf der Situations-Zeichnung muß der Meridian angegeben werden.

Generelle Bau-Zeichnungen.

§ 3. Die generellen Bau-Zeichnungen sind in der Regel nach einem Maßstabe von $\frac{1}{4}$ der wirklichen Länge aufzutragen und müssen den Gegenstand in Grundrissen, Elevationen, der Wölbungen, Ansichten und Durchschnitten vollkommen anschaulich machen, die verschiedenen Massen verstehen, auch hinsichtlich der durchschnittenen Theile mit charakteristischen hellen Farben angelegt werden. In den Ansichten ist die Verwendung größer als zu $\frac{1}{2}$ der wirklichen Länge auszubehrender Maßstäbe zu empfehlen, sofern das Format der Zeichnungen nicht zu sehr vergrößert werden müßte. In den Grundrissen ist die Bestimmung jedes einzelnen Raumes mit deutlicher Schrift anzugeben. In größeren Projekten werden außerdem die einzelnen Räume noch mit Nummern oder Buchstaben bezeichnet, welche von den Kellerräumen beginnend, durch alle Geschosse sich fortsetzen, und zur leichtern Bezugnahme in den Anschlagberechnungen und den Erläuterungen dienen.

Detail-Zeichnungen.

§ 4. Die zur weiteren Verdeutlichung einzelner Konstruktionen und architektonischer Details erforderlichen Zeichnungen, welche sich ebenfalls auf die Profile der Haupt- und Nebenwerke, sowie der Fenster- und Thüreinfassungen zu erstrecken haben, sind nach größeren, Umständen bis zu $\frac{1}{2}$ der wirklichen Länge anzunehmenden Maßstäben aufzutragen, ebenfalls mit eingeschriebenen Massen zu versehen.

Verpaßung und Format der Zeichnungen.

§ 5. Die Zeichnungen sind zum Zwecke der Versendung in Mappe n zu verpaßen, dürfen in der Regel ein Format von 24 Zoll Länge und 21 Zoll Breite nicht übersteigen. Kleinere Formate sind zu empfehlen und können gewöhnlich durch Absonderung der Detail-Zeichnungen verschiedener Geschosse, der Durchschnitte und Ansichten, auf mehrere Blätter erlangt werden.

B. Der Spezial-Anschlag.

§ 6. Der Spezial-Anschlag bezweckt die Ermittlung der Kosten eines Baues und der Berechnungen: a) der Längen, Flächen und Körper in Beziehung auf alle Bauarbeiten, b) der Materialien, welche mit dem Arbeitslohn nicht gemeinbar sind, c) des Geldebetrages für die Bauarbeiten und Materialien, so wie der Bauführung u. s. w.

Trennung der Berechnungen.

§ 7. Die sub §. 6. a. und b. gedachten Arbeits- und Materialienberechnungen sind bei Bau-Projekten von einiger Bedeutung zur besseren Uebersicht, in der Regel der Berechnung des Geldebetrages (c.) getrennt, aufgestellt, die Titel und Positionen sind aber auf die der Geldeberechnung bezogen werden (§. 8. 10.). Die Ansätze zu Arbeits- und Materialienberechnungen sind so zu ordnen, daß sie mit den in die Zeichnungen eingeschriebenen Massen u. s. w. (§. 3.) leicht verglichen werden können. Bruchzahlen, deren Nenner größer sind als 12, und die auf das Resultat der Rechnung einen merklichen Einfluß nicht äußern, sind zu vermeiden.

Die Zusammenfassung der Berechnungen ist unter Umständen als zweckmäßig zu empfehlen.

§ 8. Bei Neubau-Projekten gewöhnlicher Art und von nicht großem Umfange, so wie bei Reparatur- und solchen Bauarbeiten, welche den Handwerkern einschließlich der Arbeitslohn-Versicherung übertragen werden, sind jene Berechnungen (a. und b.) aber zweckmäßig mit dem Betrage der Geldeberechnung zu vereinigen. Ebenso können in manchen Fällen die Arbeits-, Materialien- und Geldeberechnungen, in Beziehung auf einzelne Bauarbeiten, selbst wenn diese von verschiedenen Handwerkern, z. B. von Tischlern, Schlossern u. s. w., zu liefern sind, nach dem Muster des durch L. B. v. 12. Sept. 1842 1)

den k. Reg. mitgetheilten Kosten-Ueberschlages zweckmäßig zusammengefaßt

ten, welche für Rechnung des Staats ausgeführt werden, und auf welche des Königs die Kostenbewilligung gegründet haben, nicht aus eigener Ansicht abzuweichen, sondern her Allerhöchstdenckselben die Nothwendigkeit dazu nachgewiesen und auf Allerh. Ermüdung angetragen werden soll, wird der K. Reg. hierdurch eröffnet, daß des Königs diese Bestimmung dahin zu modificiren geruht haben:

daß in der Regel Abweichungen von einem vorher wohl durchbauplanc nicht vorkommen dürfen, unbeschadet jedoch einzelner Modificationen in den Details der Ausführung, die sich Hinsicht Kosten beim Rechnungsschlusse im Ganzen übertragen.

Hierauf zc. ¹⁾ (N. XXI. 235. — 1. 236.)

h) C. R. des K. Just. Min. (Mühler) v. 7. Juli 1843 an sämmtl. Behörden. Vermeidung von Nachforderungen gegen den Bauanschlag.

Se. Maj. der König haben durch Allerh. D. v. 3. d. M. zu befehlen geruht, von jeder Behörde, von welcher der Antrag auf Genehmigung eines Baues ausgeht, vollständige Bedürfnis vorher mit Sorgfalt erwogen werden solle, damit Nachforderungen vermieden werden.

Die sämmtl. Gerichtsbehörden haben sich nach diesem Allerh. Befehle zu achten (Just. Min. Bl. 1843. S. 187. Nr. 115.)

i) Vergl. C. R. der K. Min. der G., H. u. Med. Ang. u. der 2. Nov. 1837, betr. die Veranschlagung von Kirchen-, Pfarr- u. Schulbauten (Unten Abschn. II., Kap. 5.)

2) Abstellung unnützer Weitläufigkeiten bei Aufstellung Bauanschlägen.

K. des K. Fin. Min., Abth. für G., H. u. Bauw. (Beuth) v. 7. April 1852.

Die K. Reg. hat am 10. d. M. einen Anschlag über 480 Thlr. zur Umlage einer Pflasterstrecke in L. eingereicht. Die ersten beiden Seiten desselben enthalten nicht als eine Berechnung des Auf- und Abtrags in einer Länge von 45 Ruthen im Betrage von 5 $\frac{1}{2}$ Schachtruthen, durch eine Zeichnung mit den Querprofilen erläutert, der diesfällige Geldbetrag von 3 Thlrn. 22 Sgr. 1 Pf. verhältnismäßig eben so und am Schlusse des Anschlags im Titel Inögemein, ein zehnmal stärkeres Quantum unvorhergesehenen Ausgaben ausgeworfen ist, so ergiebt das Unnütze und Ueberflüssige der speciellen Auf- und Abtragsberechnung, statt deren ein approximativer Ansatz hätte, sich von selbst, und die unterzeichnete Abtheilung des Fin. Min., welche die höchste Gemäßigung und Vereinfachung des dienstlichen Schreibwesens stets im Auge behalten wird, sieht sich daher veranlaßt, die K. Reg. aufzufordern, für die Abstellung unnützer überflüssiger Weitläufigkeiten Sorge zu tragen.

(Acta gen. des Fin. Min., IV. 5459.)

3) Formelle Behandlung der Landbau-Projekte.

C. R. des K. Min. für G., H. u. öffentl. A. (v. d. Heydt) v. 17. April 1852. an sämmtl. K. Reg. mit der Instr. zur formellen Behandlung der Landbau-Projekte.

Die K. Reg. erhält anl. -- Exempl. der Instruction zur formellen Behandlung der Landbau-Projekte vom heutigen Tage (Anl. a.) mit dem Auftrage, dieselben an die Beamten Ihres Bezirkes zur Beachtung zu vertheilen; auch ist jedem Baurath Ihr Exemplar einzuhandigen. Die übrigen Exemplare sind für späteren Gebrauch aufzubewahren.

Anl. a.

Instructionen zur formellen Behandlung der Landbau-Projekte.

§. 1. Das vollständige Projekt zu einem festlichen Landbau soll nicht als Vorstudie, sondern als vollständige Grundlage für die Ausführung dienen, und bestehen aus:

¹⁾ Das C. R. des K. Fin. Min. (v. Alvensleben) v. 31. Okt. 1837 an sämmtl. Behörden (N. XXI. 1088. — 4. 204.) bringt die C. R. des Min. v. 4. Febr. 1837 und die in dem obigen H. v. 20. April 1837 bekannt gemachte Modification in der enthaltenen Bestimmung ebenfalls zur Kenntniß, und bemerkt, daß die K. Reg. im Uebrigen bei den für Staatsrechnung auszuführenden Bauten nach der C. R. v. 4. Febr. 1837 achten sollen.

2. den Situations- und Nivellements-Zeichnungen, den generellen Bau- und den Detailzeichnungen,

3. den Spezial-Anschlag mit Berechnungen der Arbeiten, Materialien u. Kosten,
4. den Erläuterungs-Bericht.

A. Zeichnungen. — Situations- und Nivellements-Zeichnungen.

§ 2. Die Situations- und Nivellements-Zeichnungen haben den Zweck, die Ober-
fläche der Baustelle mit ihren nächsten Umgebungen zu veranschaulichen. Sie sind in der
Regel kleiner, als nach einem Maßstabe von $\frac{1}{1000}$ der wirklichen Länge aufzutragen.
Der Höhenmaßstab der Nivellements-Zeichnungen ist das 10fache des Längenmaßstabes an-
zunehmen. Längen- und Höhen-Abmessungen sind mit deutlichen Zahlen in die Zeichnun-
gen zu tragen. Auf der Situations-Zeichnung muß der Meridian angegeben werden.

Generelle Bau-Zeichnungen.

§ 3. Die generellen Bau-Zeichnungen sind in der Regel nach einem Maßstabe von
 $\frac{1}{1000}$ der wirklichen Länge aufzutragen und müssen den Gegenstand in Grundrissen, ein-
zelnen Ansichten und Durchschnitten vollkommen anschaulich machen,
sowie die verschiedenen Massen derselben, auch hinsichtlich der durchschnittenen Theile mit ge-
hörigen hellen Farben angelegt werden. In den Ansichten ist die Anwendung größ-
ter Maßstäbe zu empfehlen, sofern das Format der Zeichnungen nicht zu sehr vergrößert werden mußte. In den
Grundrissen ist die Bestimmung jedes einzelnen Raumes mit deutlicher Schrift anzugeben.
Bei allen Projekten werden außerdem die einzelnen Räume noch mit Nummern oder
Buchstaben bezeichnet, welche von den Kellerräumen beginnend, durch alle Geschosse hin-
auf zu gehen, und zur leichten Bezugnahme in den Anschlagberechnungen und den Erläute-
rungen dienen.

Detail-Zeichnungen.

§ 4. Die zur weiteren Veranschaulichung einzelner Konstruktionen und architektonischer
Theile erforderlichen Zeichnungen, welche sich jedenfalls auf die Profile der Haupt-
theile der Fenster- und Thüreinfassungen zu erstrecken haben, sind nach größeren,
als nach $\frac{1}{1000}$ der wirklichen Länge anzunehmenden Maßstäben aufzutragen,
sowie mit eingeschriebenen Massen zu versehen.

Verpackung und Format der Zeichnungen.

§ 5. Die Zeichnungen sind zum Zwecke der Versendung in Mappen zu verpacken,
wobei in der Regel ein Format von 24 Zoll Länge und 21 Zoll Breite nicht über-
steigen soll. Kleinere Formate sind zu empfehlen und können gewöhnlich durch Absonderung
einzelner Zeichnungen verschiedener Geschosse, der Durchschnitte und Ansichten, auf
einzelne Blätter erlangt werden.

B. Der Spezial-Anschlag.

§ 6. Der Spezial-Anschlag bezweckt die Ermittlung der Kosten eines Baues und
dieser Berechnungen: a) der Längen, Flächen und Körper in Beziehung auf alle
zu verrichtende Bauarbeiten, b) der Materialien, welche mit dem Arbeitslohn nicht gemein-
sam zu rechnen werden, c) des Geldbetrages für die Bauarbeiten und Materialien, so wie
für die Ausführung u. s. w.

Trennung der Berechnungen.

§ 7. Die sub §. 6. a. und b. gedachten Arbeits- und Materialienberechnungen
sind bei Bau-Projekten von einiger Bedeutung zur besseren Uebersicht, in der Regel
von der Berechnung des Geldbetrages (c.) getrennt, aufgestellt, die Titel und Positionen
sind aber auf die der Geldberechnung bezogen werden (§. 8. 10.). Die Ansätze zu
Arbeits- und Materialienberechnungen sind so zu ordnen, daß sie mit den in die Zeich-
nungen eingeschriebenen Massen u. s. (§. 3.) leicht verglichen werden können. Bruch-
zahlen, deren Nenner größer sind als 12, und die auf das Resultat der Rechnung einen
bedeutenden Einfluß nicht äußern, sind zu vermeiden.

Die Zusammenfassung der Berechnungen ist unter Umständen als zweckmäßig zu empfehlen.

§ 8. Bei Neubau-Projekten gewöhnlicher Art und von nicht großem Umfange, so
als bei Reparatur- und solchen Bauarbeiten, welche den Handwerkern einschließlich der
Materialien-Versorgung übertragen werden, sind jene Berechnungen (a. und b.) aber zweck-
mäßig mit dem Texte der Geldberechnung zu vereinigen. Ebenso können in manchen
Fällen die Arbeits-, Materialien- und Geldberechnungen, in Beziehung auf einzelne Bau-
theile, selbst wenn diese von verschiedenen Handwerkern, z. B. von Tischlern, Schloss-
machern u. s., zu liefern sind, nach dem Muster des durch C. B. v. 12. Sept. 1842 1)
H. des R. Reg. mitgetheilten Kosten-Ueberschlages zweckmäßig zusammengefaßt
werden.

§. 9. In solchen Fällen müssen jedoch in dem Anschläge selbst, oder in einem Anschläge beiliegenden Auszuge sowohl die von verschiedenen Lieferanten zu beziehenden Materialien, als auch die Arbeiten der einzelnen Handwerker für sich dergestalt angegeben werden, daß die bei der Revision der Projekte, als auch bei der Ausführung und der mündlichen Bauabnahme nothwendige Uebersichtlichkeit nicht verloren geht.

Geldberechnung.

§. 10. Die Geldberechnung ist in nachstehender Folgenreihe der einzelnen zu ordnen:

- I. Erdarbeiten.
- II. a. Arbeiten zur künstlichen Befestigung des Baugrundes. b. Materialien dazu und deren Transport.
- III. a. Arbeiten des Maurers. b. Materialien dazu und deren Transport.
- IV. a. Arbeiten des Steinmachers. b. Materialien dazu und deren Transport.
- V. a. Arbeiten des Zimmermanns. b. Materialien dazu und deren Transport.
- VI. a. Arbeiten des Dachdeckers. b. Materialien dazu und deren Transport.
- VII. a. Arbeiten des Dampfmachers. b. Materialien dazu und deren Transport.
- VIII. a. Arbeiten des Brunnenmachers. b. Materialien dazu und deren Transport.
- IX. Arbeiten des Schmiedes.
- X. Arbeiten des Klempners und Kupferschlägers.
- XI. Arbeiten des Tischlers.
- XII. Arbeiten des Schlossers.
- XIII. Arbeiten des Glasers.
- XIV. Arbeiten des Staffir- und Stubenmalers.
- XV. Stud- und Tapezier-Arbeiten.
- XVI. Ofen-Arbeiten.
- XVII. Eisenguß-Arbeiten.
- XVIII. Ausführungskosten und Rendantengebühr.
- XIX. Extraordinaria.

Alle Positionen der Kostenberechnung erhalten eigene, bis zum Schlusse der Rechnung durchlaufende Nummern, auf welche die Positionen der Arbeits- und Materialberechnungen, sowie die Beschreibungen des Erläuterungsberichtes zu beziehen (s. §§. 7. und 12. a.). Ausführliche Beschreibungen der Baugesegenstände in dem der Berechnungen sind zu vermeiden.

Resapitulation.

§. 11. Am Schlusse der Kostenberechnung ist, sofern dieselbe mehr als drei umfaßt, ohne Rücksicht auf den Umfang des Baues, nach beiliegendem Schema (A.) Uebersicht der Gesamtkosten zusammenstellen, wobei in den sub §. 9. angegebenen Fällen die Resultate des Auszuges zu benutzen sind. Die in dem Schema verzeichneten bei dem Bau aber nicht vorkommenden Titel werden ausgestrichen. Auf der Rückseite der Resapitulation können Berechnungen, welche auf etwaige Alternativ-Berathungen, Patronats-, Gemeinde- und andere Verpflichtungen, sowie auch die, welche auf die Theilung der Baukosten im Verhältniß zu der Grundfläche oder zu der Länge der Bauwerke sich beziehen, nachgetragen werden. Die letztgedachten, nach der Anlage II. der C. O. 12. September 1842 aufzustellenden Berechnungen dürfen bei keinem Neubau-Project fehlen.

C. Erläuterungs-Bericht.

§. 12. Der Erläuterungsbericht hat alle auf das Bau-Project bezügliche Bedürfnisse, Konstruktionen, Materialien, Arbeiten u. s. w. mit Hinweisung auf die übrigen Bearbeitungen in einer, auf gebrochenen Bogen kurz, aber erschöpfend abgefaßten Beschreibung in nachstehender Reihenfolge gründlich zu beleuchten:

a) Dienstliche Veranlassung zur Aufstellung des Projectes. Angabe der Gründe, aus welchen der Bau für nöthig erachtet worden, der Räume oder sonstigen Erfordernisse, welche durch denselben beschafft werden sollen, des Zeitraumes innerhalb dessen die Ausführung beabsichtigt wird, und der zur Verfügung gestellten Summe.

b) Beschaffenheit der Baustelle. Mit Bezug auf Situations- und Elemente-Zeichnungen, Rechtfertigung der Wahl der Baustelle, Beschreibung der zur Befriedigung, Regulirung oder Entwässerung etwa nöthigen Arbeiten und Vorrichtungen.

c) Beschaffenheit des Baugrundes. Angabe der zur Erforschung desselben benutzten Hülfsmittel, gutachtliche Aeußerung über die Tragfähigkeit, resp. über die hinreichende Befestigung desselben erforderlichen Anordnungen.

d) Bau-Project und Baukosten. Motivirung der Anordnungen der Grundrisse und Ansichten, der Haupt- und Nebeneingänge, der Höhenlage der untersten Theile in Beziehung auf das äußere Terrain, der verschiedenen Geschosshöhen, sowie der

**Capitular-Genüßigkeit, Hausstamm, Fäulniß und sonstigen Gebäude-
ma nöthigen Vorsichtsmittel u. s. w. Nachweis der durch den Entwurf be-
stimmten, mit Bezug auf das sub a. angegebenen Bedürfniß und mit Hin-
sicht auf die Zeichnungen. Angabe der Gesamtsomme der Kostenberechnung und
etwa nöthigen Ueberschreitung der verfügbaren resp. der durch Ueber-
schuß berechneten Summe. Angabe der Baukosten im Verhältniß zu der
der zu der Länge der Bauwerke. (s. §. 11.) Vergleichung dieser Kosten
mit denen anderer Ausführungen in demselben Baufreise.**

**Art 2. Begründung der getroffenen Wahl hinsichtlich der Materialien und
thes, so wie der Konstruktionen und Arbeiten, des Rohbaues, mit Rücksicht
auf Festigkeit, Dauer, Feuerlichkeit und Gesundheit, sowie auf die unter
den nöthigen Schanung der Kosten. Beschreibung des Materials und
allen wesentlichen oder eigenthümlich konstruirten und geformten Gegen-
ständen und des innern Ausbaues, namentlich der Gesimse, der plastischen
Treppen, Fußböden, Thüren, Fenster, Ofen, Herde, Wand- und Decken-
u. s. w. in der Reihenfolge der Titel und mit Hinweisung auf die einschlagen-
der Kostenberechnung (s. §. 10.) und auf die Detail-Zeichnungen, welche
falls durch Handzeichnungen, mit eingeschriebenen Maßen, am Rande des
Plans sind.**

**Abchnitt hat vorzugsweise den Zweck einer speziellen Instruktion für die
id wird in der Regel den Kontraktbedingungen einverleibt.**

**- Ausführung. Angabe und Begründung der Modalitäten, unter
ührung des Baues beabsichtigt wird: ob im Wege der General-Entreprise
r Submission durch verschiedene Lieferanten und Handwerker, oder gegen
Rechnung. Beschreibung der Folgezeit und des Kontrol-Verfahrens, un-
verschiedenen Lieferungen und Arbeiten ohne nachtheilige Ueberstellung, in-
nach a.) gegebenen Zeitraumes, ausgeführt werden sollen, mit Rücksicht auf
nutzung des Gebäudes nöthwendige Austrocknung aller Theile desselben.
r etwa für nöthig erachteten Bauausführungskosten, namentlich der Umstände,
en Fällen den betheiligten Distrikts-Baubeamten verhindern, die spezielle
rechnungsführung des Baues selbst zu übernehmen. Motivirung der Kosten**

**- Abnahme. Angabe des Zeitpunktes der Bauabnahme und der schließ-
ng der Geldforderungen der Unternehmer, mit Rücksicht auf die eintreten-
en bei vorkommenden Abweichungen von dem Projekte, so wie bei tabel-
ter oder gänzlich unterbliebener Ausführung verdingener Lieferungen und**

ch wird noch bemerkt, daß jede Ausarbeitung und jede Zeichnung mit Da-
nd Amts-Charakter, sowohl des Verfertigers als des Revisors, zu versehen
17. Febr. 1852.

Der Min. f. G., O. und öffentl. U. v. d. Heydt.

A.
Relapitation
der vorstehend berechneten Kosten zu
Regierungs-Bezirk

Nummer der Kostenbe- rechnung.	Titel der Kostenberechnung.	Kostenbeitrag			
		a.		b.	
		der Arbeit- ten.		der Ma- terialien des Trans- ports bis Bauplatz	
		Thlr.	gr.	Thlr.	gr.
	I. Erd-Arbeiten				
	II. Künstliche Befestigung des Baugrundes				
	III. Maurer				
	IV. Steinmetz				
	V. Zimmermann				
	VI. Dachbeder				
	VII. Dammscher				
	VIII. Brunnenmacher				
	IX. Schmidt incl. Material				
	X. Klempner u. Kupferschl. beagl.				
	XI. Tischler beagl.				
	XII. Schlosser beagl.				
	XIII. Glaser beagl.				
	XIV. Staffir- und Stuben-Maler beagleichen				
	XV. Stuck- u. Tapezier-Arbeiten				
	XVI. Dien-Arbeiten				
	XVII. Eisenarb.-Arbeiten				
	XVIII. Bauführungskosten nebst Rendantengebühren				
	XIX. Extraordinaria				
	Summa				
	Gesammtsumma				

den ten 185	revidirt	in calenlo festg
der Anschlag-Versaffer.	den ten 185	den ten
(Name.)	(Name)	(Na
(Amts-Charakter.)	(Amts Charakter.)	(Amts Ch

(Min. Bl. d. I. B. 1852 S. 51. Nr. 53.)

4) In Betreff des bei Bau-Anschlägen in Anwendung zu
Masse disponirt die Maß- und Gewicht-Ordn. für die Preuß.
16. Mai 1816¹⁾ §§. 22., 24. u. 25.:

§. 22. Im gesammten Bauwesen in Unsern Staaten soll künftig nur ei-
Fuß- und Zollmaß gebroucht werden, und namentlich der Gebrauch besonde-
sönlicher 10. Fuß und Zolle wegfallen.

§. 24. Bei der Vermessung von Land wird in Unsern sämmtl. Staat
§. 22. einzig autorisirte Ruthe gebraucht, und in Zehn- und Hunderttheile
Anwendung der besonderen Provinzial-Ruthen, als der kölnischen, oesterreich-
u. s. w. hört auf, auch die zu Verwechselungen Anlaß gebende Benennung
Fußen und Dezimal-Zollen fällt weg.

¹⁾ Vergl. dieselbe mit sämmtl. Ergänz. und Erläut. in v. Münch's
Ab. II. S. 61 ff.

Steine, Mauerwerk, Gaschinen, Erde, Torf, Brennholz sollen, vom Jahre
neinem Verlehr und sofort in öffentlichen Verhandlungen bloß nach Kubit-
08 Kubit-Fuß berechnet, und dabei bloß der §. 22 autorisirte Fuß gebraucht
solche Kubit-Klafter ist ein rechtwinklich aufgesetzter Haufen, 6 Fuß lang
3 Fuß hoch und tief. Indessen ist auch jede andere Aufsetzung gestattet,
le vorgeschriebene Anzahl Kubit-Füße glebt. Jeder Käufer kann die Abste-
sem Maße verlangen. Die Polizei ist verpflichtet, die Aufsetzung darnach
den Materialien zu fordern, soweit sie zu Jedermanns seltem Verlaufe
natpersonen und Institute, die bloß für ihren Gebrauch oder ihre Fabrika-
terialien sammeln oder anschaffen, bleibt dagegen die Aufsetzung nach ihrer
benommen; sowie auch beim Bauwesen der übliche Gebrauch der Schacht-
4 Kubit-Fuß noch belbehalten werden kann. (G. G. 1816. S. 142.)

Auf hierauf sind ergangen:

**L. der K. Reg. zu Eiegniß v. 7. Jan. 1821. Verbot der Anwen-
dungs der Leipziger Elle bei Bau-Zeichnungen und Aufschlägen.
(Bau-Polizei-Gesetz, S. 93.)**

R. des R. Min. des J. (v. Schudmann) v. 8. Mai 1826, an leg. und an die Min. Bau-Kom. Bei Bananschlügen ist die letz nach Schacht-Ruthen und Rubil-Fußen anzulegen.

igern bemerkt worden, daß bisher mehrere Banonschläge eingegangen sind, andere Körper-Raße als die allgemein eingeführten Schacht-Ruthen in acht waren, obgleich dies den Bestimmungen der Raß- und Gewichts-Ordn. 10 §. 25. entgegen ist.

Reg. wird daher hierdurch beauftragt, Ihre Baubeamten dahin anzuweisen, keine andere Körper-Maße als Schacht-Ruthen, oder, wenn der Inhalt Ruthe nicht erreicht, Kubit-Zuge in Rechnung stellen, und haben die Bau-der Revision der Anschläge hierauf besonders zu halten.

119. — 3. 148)
 R. des R. Min. des F. (Gr. v. Bülow) v. 17. Mai 1820, an
 leg. Art und Weise der Angabe der Stärke der Mauern in den
 en.

den zur Revision der Ober-Bau-Dep. eingehenden Anschlägen die Stärke
be oft nur in runden Zahlen, und nicht, wie erforderlich, nach den Abmes-
sungen der Mauersteine, mit Rücksicht auf die Größe der Fugen, angegeben wird, so hat
die Baubeamten anzuweisen, künftighin die Anschläge hiernach anzufertigen.

erhält in der Anl. a. die unter dem 21. Mai 1812 von der Ober-Bau-Vorschrift über die Anzahl der erforderlichen Mauersteine u. s. w. mit dem Anleitung dieser Vorschrift eine Berechnung der verschiedenen Mauerstärke nötigen Ziegelbedarfs, nach den dort üblichen Abmessungen der Ziegel, an, und solche der Ober-Bau-Dep. einzusenden, wonach auf diese Berechnung zu einzureichenden Anschlägen Bezug genommen werden kann. In solchen Fällen, wo Ziegelsteine von abweichenden Größen angewendet werden sollen, müssen dieselben die Abmessungen derselben, und der Bedarf für ein gewisses Körper-Maß speziell angegeben werden.

Unl. a.

Borschriften

hl der erforderlichen Mauersteine, welche bei Berechnung der Anschläge zu verschiedenen Mauer-Arbeiten in Ansatz gebracht werden müssen.

Benennung der Arbeiten.				An Mauersteinen sind erforderlich zu:				
				1 laufenden Fuß.	1 Quadrat-Fuß.	1 Kubik-Fuß.	1 Quadrat-Muth.	1 Schacht-Muth.
Mauersteine sollen in drei verschiedenen angefertigt werden, nämlich:								
	lang	breit	dicke					
1.	11½"	5½"	2½"					
2.	10"	4½"	2½"					
3.	9½"	4½"	2½"					

Benennung der Arbeiten.	An Mauersteinen sind erforderlich zu:				
	1 laufende Fuß.	1 Quadrat-Fuß.	1 Kubit-Fuß.	1 Quadrat-Ruthe.	1 Schacht.
Es wird angenommen, daß das Mauerwerk durchgängig mit $\frac{1}{2}$ " starken Fugen ausgeführt werde; alsdann sind von diesen verschiedenen Steinen erforderlich:					
1 zu einer Koll-Schicht auf den laufenden Fuß					
a. von großen Steinen	4				
b. von mittleren Steinen	4				
c. von kleinen Steinen	4 $\frac{1}{2}$				
2 zu ganz vollem Mauerwerk, nach Kubit-Fuß oder Schacht-Ruthe berechnet:					
a. von großen Steinen	—	—	8	—	
b. von mittlern Steinen	—	—	10 $\frac{1}{2}$	—	
c. von kleinen Steinen	—	—	13 $\frac{1}{2}$	—	
Wenn aber das Mauerwerk mit Oeffnungen durchbrochen ist, so müssen diese entweder in Abzug gebracht werden, oder man kann für die gewöhnlich vorkommenden Fälle, wo die Fenster in den Fronten zwischen 7 $\frac{1}{2}$ bis 9 Fuß von Mittel zu Mittel entfernt liegen, auf die Schacht-Ruthe Mauer, ohne Abzug der Oeffnungen rechnen:					
a. von großen Steinen	—	—	—	—	
b. von mittlern Steinen	—	—	—	—	
c. von kleinen Steinen	—	—	—	—	
3 Zu einer Quadrat-Ruthe vollem Mauerwerk gehören:					
1) wenn die Mauer einen halben Stein stark wird,					
a. von großen Steinen	—	—	—	576	
b. von mittlern Steinen	—	—	—	658	
c. von kleinen Steinen	—	—	—	788	
2) wenn die Mauer einen Stein stark wird,					
a. von großen Steinen	—	—	—	1152	
b. von mittlern Steinen	—	—	—	1296	
c. von kleinen Steinen	—	—	—	1595	
Hieraus ist nun leicht zu entnehmen, wie viel zu einer Quadrat-Ruthe Mauer von 1 $\frac{1}{2}$, von 2, von 2 $\frac{1}{2}$ u. s. w. Stein stark erforderlich ist.					
4 Zu einer Quadrat-Ruthe Fachwand von 6zölligem Kreuzholz, die Fächer zu 4' von Mittel zu Mittel, gehören:					
a. von großen Steinen	—	—	—	420	
b. von mittlern Steinen	—	—	—	480	
c. von kleinen Steinen	—	—	—	576	
5 Zu den Pflaster-Arbeiten sind zu berechnen:					
1) zum Pflaster auf der flachen Seite,					
a. von großen Steinen	—	—	—	307	
b. von mittlern Steinen	—	—	—	398	
c. von kleinen Steinen	—	—	—	448	
2) zum Pflaster auf der hohen Kante,					
a. von großen Steinen	—	—	—	642	
b. von mittlern Steinen	—	—	—	736	
c. von kleinen Steinen	—	—	—	896	
Hierbei ist aber angenommen, daß die Steine beim Verlegen dicht an einander geschoben werden und nur höchstens $\frac{1}{2}$ Zoll starke Fugen bilden, widrigenfalls nicht so viele Steine in Ansatz kommen dürfen.					

Benennung der Arbeiten.	An Mauersteinen sind erforderlich zur:				
	1 laufenden Fuß.	1 Quadrat-Fuß.	1 Kubik-Fuß.	1 Quadrat-Ruthe.	1 Schacht-Ruthe.
Gewölbe-Arbeiten, sämmtlich im Plane ge-					
ren:					
Die Tiefe der Gewölbe nicht über 12' be-					
tr.					
Tonnen-Gewölben von $\frac{1}{2}$ Stein stark:					
von großen Steinen	—	—	—	864	—
von mittlern Steinen	—	—	—	948	—
von kleinen Steinen	—	—	—	1157	—
Tonnen-Gewölben von 1 Stein stark:					
von großen Steinen	—	—	—	1872	—
von mittlern Steinen	—	—	—	2067	—
von kleinen Steinen	—	—	—	2523	—
Kappen-Gewölben:					
von großen Steinen	—	—	—	840	—
von mittlern Steinen	—	—	—	940	—
von kleinen Steinen	—	—	—	1130	—
Kreuz-Gewölben:					
von großen Steinen	—	—	—	1124	—
von mittlern Steinen	—	—	—	1240	—
von kleinen Steinen	—	—	—	1422	—
Die Tiefe des Gewölbes 18' beträgt,					
Tonnen-Gewölben von $\frac{1}{2}$ Stein stark:					
von großen Steinen	—	—	—	767	—
von mittlern Steinen	—	—	—	850	—
von kleinen Steinen	—	—	—	1016	—
Tonnen-Gewölben von 1 Stein stark:					
von großen Steinen	—	—	—	1632	—
von mittlern Steinen	—	—	—	1809	—
von kleinen Steinen	—	—	—	2153	—
Im Vorigen ergibt sich, daß zu einem lau-					
fen Tonnen-Gewölbe auf 12' lichte Breite,					
in stark, gerechnet werden müssen:					
großen Steinen	72	—	—	—	—
mittlern Steinen	82 $\frac{1}{2}$	—	—	—	—
kleinen Steinen	101 $\frac{1}{2}$	—	—	—	—
Das Gewölbe aber 1 Stein stark ist, so gehö-					
rt:					
großen Steinen	150	—	—	—	—
mittlern Steinen	172 $\frac{1}{2}$	—	—	—	—
kleinen Steinen	196 $\frac{1}{2}$	—	—	—	—
Der das Gewölbe $\frac{1}{2}$ Stein stark bis auf 18'					
gespannt ist, so gehören dazu auf den lau-					
fen:					
großen Steinen	94 $\frac{1}{2}$	—	—	—	—
mittlern Steinen	106 $\frac{1}{2}$	—	—	—	—
kleinen Steinen	127	—	—	—	—
Wenn 1 Stein stark wird:					
großen Steinen	204	—	—	—	—
mittlern Steinen	226	—	—	—	—
kleinen Steinen	269	—	—	—	—
Es läßt sich also leicht berechnen, wie viel					
zu setzen kommen müssen bei Tonnen-Gewöl-					
ben von $\frac{1}{2}$ Stein stark, mit abwechselnden					
von 1 Stein stark ausgeführt werden sollen:					

Benennung der Arbeiten.	An Mauersteinen fin lich zu:			
	1 laufenden Fuß.	1 Quadrat- Fuß.	1 Kubik-Fuß.	1 ...
c. zu Kappen-Gewölben:				
α. von großen Steinen	—	—	—	
β. von mittlern Steinen	—	—	—	
γ. von kleinen Steinen	—	—	—	1
Bestimmung der verschiedenen Mauerstärken nach Fußen, für einen oder mehrere Steine dicke Wände.				
I. Von Steinen großer Form.				
Eine Mauer von 1 Stein stark hat 1 Fuß Dicke, incl. des Fuges.				
Eine Mauer von 1½ Stein stark hat 1 Fuß 6 Zoll incl. des Fuges.				

1) Für große Form.

Eine Mauer v. 1 Stein stark hat 1 Fuß D				
"	"	"	1½	"
"	"	"	2	"
"	"	"	2½	"
"	"	"	3	"
"	"	"	3½	"
"	"	"	4	"

2) Für mittlere Form.

Die äußere Fugstärke zu ½ Zoll ist mit eingerechnet, weil bei der Ausmittlung des Steinbedarfs pro Schacht-Ruthe jeder Stein mit ½ zölligen Rastfugen umgeben in Rechnung gebracht ist.

Eine Mauer v. 1 Stein stark hat . . 10½				
"	"	"	1½	"
"	"	"	2	"
"	"	"	2½	"
"	"	"	3	"
"	"	"	3½	"
"	"	"	4	"

3) Für kleine Form.

Eine Mauer v. 1 Stein stark hat . . . 10				
"	"	"	1½	"
"	"	"	2	"
"	"	"	2½	"
"	"	"	3	"
"	"	"	3½	"
"	"	"	4	"

6) E. R. des R. Min. des J. für H., G. u. Bauw. (v. S. v. 27. April 1832 an sämmtl. R. Reg. und an die Min.-Bau-Kom. Anschlägen ist die Beschaffenheit des Baugrundes speziell nach und zu berücksichtigen.

Es ist der Fall vorgekommen, daß ein Kirchenbau gänzlich mißlungen: veranschlagende Baubeamte den Baugrund nicht gehörig untersucht und die Fundamente projektirt hat. Das unterz. Min. nimmt hieraus Veranlassung zur Anordnung, daß jeder Anschlagerversfertiger im Anschlage oder dem Erläutern solle bestimmt nachzuweisen hat, wie der Baugrund beschaffen sei, und durch w er sich die Ueberzeugung davon verschafft habe, auch nach der Beschaffenheit des Baugrundes die von ihm im Anschlage angenommene Fundamentirung als zureichend ständigen Gründen zu rechtfertigen hat.

Die R. Reg. hat zc. (A. XVI. 480. —2. 89.)

7) Berücksichtigung der disponibeln Bauhölzer und möglichst Veranschlagung derselben.

1) C. R. des R. Fin. Min. v. 29. April 1819¹⁾.

Bei dem, in vielen Forsten schon eingetretenen, Mangel an starken und extra starken Bau- und Nutzholzern, ist es durchaus nöthig, auf möglichste Ersparung dieser fast überall vorhandenen Sortimente Rücksicht zu nehmen und nur dann dergleichen Hölzer zu verwenden, wenn geringere Sortimente durchaus keine Anwendung finden. Bisher sind ganze, oder 24 Fuß lange Sägeblöcke assignirt worden, wo halbe, oder 12 Fuß lange, denselben Dienst geleistet haben würden, und auf den Zimmerplätzen werden die extra starken Bauhölzer nicht selten auf eine unverantwortliche Art zu Pfosten zerschnitten, wozu klein und Mittelbauholz eben so gut benutzt werden kann. Werden sehr lange Hölzer aus den Forsten verlangt, zu Zwecken, wozu einige Stücke, wenn sie gehörig zusammengestoßen und verbunden werden, denselben dienen können.

Die R. Reg. hat daher ihre Bauoffizianten hiernach zu instruiren und sie zugleich zu warnen, daß sie in den an die Forstbedienten gelangenden Bau- und Nutzholz-Verordnungen jedesmal ausdrücklich bemerken sollen, ob das verlangte Holz in der angegebenen Weise durchaus erforderlich ist, oder welche von den langen Hölzern in einigen Fällen eben so viel an Länge betragen, abgegeben werden können.

(Act gen. des R. Fin. Min.)

2) C. R. des R. Min. des R. Hauses Abthl. II. (v. Ladenberg) v. 27. Mai 1819. S. 10. n. 1. sammtl. R. Reg.

Unter neuerdings wieder zur Sprache gekommene Umstand, daß die aus R. Forsten zu entnehmenden Bauhölzer und Sägeblöcke in den Bau-Anschlägen öfters zu größeren und Stärken berechnet werden, als die einzelnen Gegenstände, zu welchen sie bestimmt sind, unumgänglich erfordern, dergl. Holz-Sortimente aber häufig in den Forsten entweder gar nicht mehr vorhanden, oder doch sehr selten geworden sind und

schon vortheilhaft der Forstverwaltung verabreicht werden können, veranlaßt mich, die mit Bezug auf die in dieser Angelegenheit ergangenen früheren Bestimmungen, welche auf die C. R. v. 29. April 1819 und v. 7. Febr. 1820 §. 36²⁾, anzuweisen, und zu halten, daß die Baubeamten mit den betr. Forstbeamten stets in Verbindung bleiben, über welche Sortimente von Bauholz und Sägeblöcken in den zunächst bestimmten Schlägen zu öffentlichen Bauten disponirt werden kann und daß die Baubeamten bei der Veranschlagung selbst stets hierauf Rücksicht nehmen, unter denen aber speziell bemerken, welche Bauhölzer und ganz besonders welche Sägeblöcke, bei bedeutenderen Längen und Stärken schon sehr selten sind, allenfalls in noch geringeren und schwächeren Abmessungen abzugeben sein werden.

Bei dieser Gelegenheit wird die Vorschrift in Erinnerung gebracht, daß der forsttagliche Bericht der veranschlagten Forsthölzer jedesmal unter dem Bauanschlage vor der Berechnung zu berechnen ist, und jeder Anschlag, in welchem auf die Verabreichung von Holz aus R. Forsten gerechnet worden, von dem betr. Forstbeamten bescheinigt sein muß, daß die veranschlagten Hölzer forstwirtschaftlich verabreicht werden können.

(S. XXI. 331. — 2. 44.)

3) Schreiben des R. Min. des J. (v. Schudmann) v. 25. Dec. 1826 an Justiz-Min. Von Anschlägen und Zeichnungen größerer öffentlicher Bauten der R. Ober-Bau-Deput. auf Verlangen Kopien zur Aufbewahrung im Archiv eingereicht werden.

Die Ober-Bau-Deput. ist nach ihrer Allerh. vollzogenen Instruktion v. 26. Sept. 1809 an allen Anschlägen und Zeichnungen öffentl. Bauwerke, in Rücksicht deren sie es

ausdrücklich bestimmte, daß (auf das obige C. R. v. 29. April 1819 Bezug nehmende) die R. Reg. zu Bromberg v. 29. Mai 1819. (Ann. III. 345 — 2 52.) hier allegirte §. 36. des C. R. des R. Fin. Min. v. 7. Febr. 1820 lautet dahin: §. 36. Auch ist überhaupt bei den, für königliche sowohl als Privatbaue erforderlichen Hölzern darauf zu sehen, daß überall die besondere Bestimmung, wozu bei den veranschlagten Bauten verwendet werden sollen, genau angegeben werde, damit nicht unnöthig lange und starke Stücke zu einem Behuf verwendet werden, welchem geringere Dimensionen hinreichen. Außer den hiernach beim Bauungsantrage berücksichtigten Bauholz-Anweisungen können, unvorherzusehende dringende Fälle ausgenommen, im Laufe des Jahres durchaus weiter keine ertheilt, und außer zur Holzfallung bestimmten Zeit oder dem Wadel, keine Bauhölzer gehauen und abgegeben werden. Hiernach sind die Baubedienten von der R. Reg. gemessenst anzuweisen, und zugleich dahin, daß sie allen für R. Rechnung auszuführenden Bauanschlägen den *tagmäßigen Holzwerth* speziell mit aufzuführen.

für gut findet, ein Exemplar zu ihrem Archiv einzufordern. Dieselbe hat uns in vorgestell, daß es für die Unterhaltung größerer Bauwerke von besonderem Interesse deren Konstruktion bis in das kleinste Detail zu kennen, indem es hierdurch nur möglich werde, den sich später zeigenden, durch Zeit und Umstände herbeigeführten, Mängeln gleich und mit der möglichsten Kostenersparung abzuwehren. Sie hat deshalb dahingetragen, sich von jedem öffentl. Wasser- oder Landbau, den sie dazu besonders anzuvertrauen werde, eine genaue Copie der betr. Zeichnungen und Bauanschläge zur Aufbewahrung in ihr Archiv von den Prov.-Behörden einfordern zu dürfen.

Ich habe es jedoch, da die Ober-Bau-Deput. in der Regel wegen der Beschränkungen mit den Reg. nicht unmittelbar korrespondirt, zur Erreichung des Zwecks auf kürzesten Wege, und um in jedem einzelnen Falle nach den Umständen gleich bestimmen können, in welcher Art die Copien, theils ohne zu große Belästigung der Bauverwaltungen, theils mit dem geringsten Kostenaufwande, zu beschaffen sein werden, für angemessen und die Anordnung getroffen, daß die Ober-Bau-Deput. bei Erstattung der Reg. Ber. an das Min., demselben diejenigen Anschläge und Zeichnungen wichtiger Bauten von denen dieselben Copien zu ihrem Archiv zu nehmen nöthig findet, zu bezeichnen, damit sodann von dem Min. die Anfertigung und Einreichung der Copien bewirkt werden könne.

Em. Exc. benachrichtige ich hiervon ganz erg., mit dem Ersuchen, in vorstehenden Fällen Ihres Ressorts auf die diesfälligen Anträge der Ober-Bau-Deput. das Erforderliche zu veranlassen.

Die Ober-Bau-Deput. wird übrigens von ihrer Befugniß nur bei Bauwerken besonderer Wichtigkeit Gebrauch machen. (A. X. 1128. — 4. 135.)

9) C. R. der K. Reg. zu Aachen v. 28. Sept. 1834 an sämmtl. Räte. Bei Veranschlagung von Kommunal-Bauten sind der Zweck, der Umfang und die vorhandenen Mittel gehörig zu berücksichtigen; desgl. Kosten der anschlagsmäßigen Ausführung.

Seit einiger Zeit sind die Fälle nicht selten vorgekommen, daß Pläne und Anschläge über Kommunal-Bauten einer Umarbeitung unterworfen werden mußten, bevor die Genehmigung zu deren Ausführung ertheilt werden konnte.

Der Grund liegt theilweise darin, daß die Kommunal-Baumeister, vor der Veranschlagung, nicht gehörig mit den Mitteln bekannt gemacht werden, welche die örtlichen finanziellen Verhältnisse zur Verwirklichung der Bauprojekte darbieten, daß später die Fonds mangeln, die früher als disponibel angegeben wurden, und daß die verschiedenen Ansichten und Wünsche der Gemeinderäthe über die Durchführung und den Umfang der Bauten sich ex post hin und wieder ändern, was mitunter auch schon eine Abänderung der bereits vollendeten Pläne herbeigeführt hat.

Wir finden uns daher veranlaßt, Sie wiederholentlich zu beauftragen, den Bauherren nachdrücklich zu empfehlen, den Kommunal-Baumeister vor Projektirung der Bauten mit dem Zwecke, dem Umfange und den disponiblen Mitteln zur Ausführung derselben, sowie mit allen hierauf bezüglichen Verhältnissen genau bekannt zu machen, der vorerwähnte Uebelstand beseitigt, und die zeitraubende und mühsame Umarbeitung der Pläne und Anschläge vermieden werde.

In soweit es ferner nicht immer thunlich ist, daß der Kommunal-Baumeister bei der Ausführung der Arbeiten, die Baustellen so oft besucht, als die Wichtigkeit und Wichtigkeit der Sache solches erheischen dürfte, ist den Bürgermeistern noch zu empfehlen, die anschlags- und bedingungsmaßige Vervollständigung der Arbeiten in loco so bald als irgend thunlich, selbst zu kontrolliren, und etwa entdeckte Mängel dem Kommunal-Baumeister sofort zur Abhülfe anzuzeigen. Sollte indeß die Wohnung des einen oder des andern Bürgermeisters zu weit von der Baustelle entfernt sein, so erscheint es auch zulässig, daß derselbe zur Handhabung der fraglichen Kontrolle einer Assistenten bedienen und Ende die spezielle Aufsicht über den Bau und die vorschriftsmäßige Beschaffung der Materialien, zweien mehr in der Nähe wohnenden, zuverlässigen und mit möglichst funde ausgerüsteten Mitgliedern übertrage.

In solchen Fällen werden die betr. Bürgermeister nichts desto weniger die Arbeiten periodisch selbst zu inspiziren haben, um sich von der Wirksamkeit der angeordneten Vorkehrungen und von dem guten Fortgange der Arbeiten persönlich zu überzeugen; denn in solchen Umständen bleiben die Bürgermeister, nächst dem Kommunal-Baumeister, für die unter den Bedingungen entsprechende Ausführung der Kommunal-Bauten verantwortlich.

Demgemäß wollen Sie das Weitere verfügen. (A. XVIII. 1110. — 4. 132.)

10) Vergl.:

a) in Betreff der Veranschlagung bei Kirchen-, Pfarr- u. Sch.

ten das Publ. des K. Konsistoriums zu Eöln v. 16. Okt. 1817 104.) (s. unten Abthl. II. Kap. 5.);

b) in Betreff der Veranschlagung von Domainen-Bauten:

1) E. R. des K. Fin. Min. v. 8. Juli 1830 betr. das Verfahren der Beamten bei Anfertigung der Anschläge von Wohn- und Wirthschaftsbauten auf K. Domainen. (N. XIV. 504.);

2) E. R. desselb. Min. v. 30. Okt. 1830 (N. XIV. 742.) u. v. 25. Nov. (N. XXII. 875.) wegen der den neuen Gebäuden auf den Forstdienststellen zu gebenden Einrichtung;

3) E. R. des K. Min. des K. Hauses, Abthl. II. v. 26. Nov. 1838, die Verpflichtung zur Prüfung, daß in die Baupläne zu Domainenbauten Kosten aufgenommen werden, die nicht den Fiskus, sondern Privaten (N. XXII. 874.) (Unten Abschn. II., Kap. 1.)

II.

Vorschriften für die oberen Bau-Behörden.

Diese sind im Allgemeinen in den für die Techniker und Unterbeamten erlassenen Bestimmungen (ad I.) mit enthalten, indem die oberen Behörden die Befolgung jener Vorschriften zu überwachen und zu prüfen

Speziell gehören hierher folgende Bestimmungen:

1) E. R. des K. Min. des J. v. 27. Sept. 1822, welches verschiedene Vorschriften über die Anfertigung und Einrichtung der Bau-Anschläge ertheilt. (Unten Kap. III., Lit. I, sub Nr. 3.)

2) Schreib. des K. Min. des J. v. 25. Dec. 1826, daß der Ober-Bau-Reg. auf deren Verlangen bei allen wichtigeren Bauwerken Kopien der Anschläge und Zeichnungen mitzutheilen. (N. X. 1128.—4. 135.) (Oben S. 254.)

3) Ueber die Art und Weise wie die Revisions-Atteste unter den Bau-Anschlägen und den dazu gehörigen Zeichnungen von den Reg. Bauräthen auszuhandeln disponiren:

a) E. R. des K. Min. des J. (v. Schudmann) v. 9. März 1828 an K. R. Reg. und zur Nachricht an die K. Ober-Bau-Deput. und an die Bau-Kom.

Es gericht dem Min. des J. zum Mißfallen, daß öfter Anschläge und Zeichnungen ausführenden Bauwerken zur Ober-Bau-Deput. gelangen, die entweder von K. Reg.- und Baurathe gar nicht revidirt sind, oder unter welche die Reg.- und Baurathe, denen solche zur Revision vorgelegt worden, nicht das Revisions-Zeichen, sondern „gesehen“ bemerkt, auch weder das Datum noch den Ort angegeben haben, wo die Revision vorgenommen ist.

Beides ist den bestehenden Vorschriften entgegen und von nachtheiligen Folgen. In dem ersten Falle müssen dergleichen Anschläge und Zeichnungen Behufs der nachträglichen Bewirkung der Revision zurückgesandt werden, wodurch aber die Ausführung der Bauwerke aufgeschoben wird.

In dem andern Falle läßt der Ausdruck „gesehen“ es zweifelhaft, ob der Reg.- und Baurathe den Anschlag wirklich revidirt oder nur Kenntniß davon genommen hat.

Die K. Reg. wird daher unter Bezugnahme auf die früheren allgemeinen Bestimmungen aufgefordert, darauf zu halten:

daß jeder zur Super-Revision hierher gelangende Bauanschlag und die dazu gehörige Zeichnung von dem betr. Reg. und Baurathe revidirt sei;

daß jeder Anschlag und jede Zeichnung nach geschehener Prüfung von dem Reg.- und Baurathe mit dem Revisionszeichen versehen, und dabei das Datum und der Ort, wo die Revision bewirkt worden, angegeben werde, weil es oft, besonders bei alten reponirt gewesenen Anschlägen darauf ankommt, ob die Revision vor oder nach der Reponirung vorgenommen worden. (N. XII. 181. — 1. 88.)

b) E. R. des K. Fin. Min. (Gr. v. Alvensleben) v. 29. Jan. 1840 an K. R. Reg. Präsid. und an die K. Min. Bau-Kom.

Einige Reg. und Bauräthe bedienen sich bei Ausstellung der Revisions-Atteste den Anschlägen bisweilen des Ausdruckes: „durchgesehen“ oder „nachgesehen“ u. Ob wohl angenommen werden kann, daß dieser Ausdruck mit dem früher allein üblichen der Sache angemessenen: „Revidirt“ gleichbedeutend sein solle, so ist nach einer An der Ober-Bau-Dep. doch ein Fall vorgekommen, in welchem das Ergebniß der weiter bewirkten Super-Revision darauf schließen ließ, daß unter der Durchsicht die vorgeschriebene Prüfung in jeder Beziehung, sondern nur eine allgemeinere Beurteilung verstanden worden sei, welche in der Regel nicht für genügend angesehen werden.

Zur Verhütung von Mißverständnissen, welche nachtheilig werden könnten, bei Ausstellung des Attestes irgend ein nicht bekannter Vorbehalt stattgehabt hätte, das K. Reg. Präsid. daher aufgefodert, dem Reg. und Baurath zu eröffnen, daß Vermerk unter einem Anschlage, welcher seiner Fassung nach nicht allein den Zweck später der Identität des Schriftstückes sich gewiß zu machen, als ein Revisions-Attest auszuweisen und von dem Aussteller zu vertreten sei, wenn nicht entweder der Mangel Einverständnisses oder die, in gewissen Fällen statthafte Beschränkung der Prüfung einzelne Punkte ausdrücklich angegeben worden.

Bei dieser Gelegenheit wird auch noch die nicht immer befolgte Vorschrift, daß nicht nur die Anschläge, sondern auch die Zeichnungen von dem, der selben entworfen, zu unterzeichnen, und von dem Revisor zu attestiren in Erinnerung gebracht. (Acta gen. des K. Fin. Min., Abth. IV., Nr. 1231.)

4) C. R. der K. Verw. für H., F. u. Bauw. v. 8. April 1836. der Distrikt-Baubeamte den Auftrag zur Veranschlagung erhält, sind die Führbarkeit des Baues und die Lage der vorhandenen Fonds zu erwägen. (Oben sub 1. S. 242.)

5) C. R. des K. Min. des I. u. d. B. (v. Hochow) v. 22. April an sammtl. K. Reg. Die Ober-Bau-Dep. soll sich bei den Veranschlagungen innerhalb der ihr jedesmal anzugebenden Grenzen der vorhandenen Mitteln und solche nicht durch Aenderungen der Bauprojekte überschreiten.

In der Anl. (a.) übersende ich der K. Reg. eine Abschrift der unterm 22. v. das K. Staats-Min. ergangenen Allerh. K. O., über das Verfahren hinsichtlich der Ober-Bau-Dep. zur Begutachtung und Festsetzung gelangenden Baupläne und zu ihrer Nachricht.

Anl. a.

Ich habe bemerkt, daß die Ober-Bau-Dep. zu ihrer Begutachtung und Festsetzung gelangende Baupläne und Anschläge ohne Berücksichtigung der zur Disposition stehenden Geldmittel abgeändert, und kostspieligere Pläne entworfen hat, wodurch, namentlich bei Kommunalbauten, zu deren Ausführung Zuschüsse aus Staatskassen gegeben werden, Gelegenheiten und vermehrte Ansprüche der Kommunen entstanden sind. Die Staats- und Verw. Chefs werden denselben begegnen, wenn sie dafür sorgen, daß der Ober-Bau-Dep. mit dem zu ihrer Prüfung gelangenden Bauplane zugleich ein vollständiger Etat und eine Uebersicht der für den beabsichtigten Bau zur Disposition stehenden Mittel vorgelegt wird, damit der technischen Behörde die Grenze für die, von ihr etwa verlangten Abänderungen angediesen werde, und daß bei Erforderung des Gutachtens zugleich diejenigen Rücksichten hervorgehoben werden, auf welche die Ausführung des Zweckes bei dem auszuführenden Baue vorzugsweise ankommt. Die Ober-Bau-Dep. aber Veränderungen des Bauplanes in Vorschlag bringen, so ist zu halten, daß sie diese auch zugleich veranschlage, damit namentlich bei Kommunalbauten die Kommunen sich überzeugen können, daß dadurch die disponiblen Mittel nicht überschritten werden, welches die Haupt-Rücksicht bleiben muß. Ich überlasse den betheiligten Staats-Min. und Verw. Chefs, hiernach das Weitere zu verfügen.

Berlin, den 22. März 1836.

Friedrich Wilhelm

(A. XX. 431. — 2. 151.)

D r i t t e r T i t e l .

Von der Feststellung der Verpflichtung des Fiskus zur Leistung von Beiträgen zu Bau- und Reparatur-Kosten in dem Gelde oder an Holz und anderen Baumaterialien vor dem Beginne des Baues.

1) Publ. der K. Reg. zu Breslau v. 16. Nov. 1820. Bei allen Bauten Reparaturen, zu deren Kosten Fiskus Beiträge zu leisten hat, ist vor deren Ausführung die Beitragsverpflichtung speziell zu erörtern und festzustellen.

(N. IV. 744. — 4. 25.)

2) Früher wurde alles zu Staatsbauten erforderliche Bauholz frei den K. Forsten geliefert. Die K. D. v. 8. Dec. 1824 verordnete dagegen, die Lieferung v. 1. Jan. 1825 an nur gegen Bezahlung des Tagwerts erfolgen solle. Die K. D. v. 3. Febr. 1826 änderte dieß indeß dahin ab, daß das erforderliche Bauholz, in soweit es verfassungsmäßig bis Jahre 1824 frei gewährt worden, auch fernerhin wieder unentgeltlich sein. Zugleich wurde aber bestimmt, daß die Verpflichtung des Fiskus stets sorgfältig zu erörtern und festzustellen.

Dies und die Vorschriften über das Verfahren bei dergleichen Holzliegen ergeben die nachstehenden Erlasse.

a) Schreiben des K. Fin. Min. (v. Klewiz) v. 14. Dec. 1824 an das Justiz-Min.

Durch die im Auszuge anl. Allerh. K. D. v. 8. v. M. (Anl. a.) haben des Königs unter andern zu bestimmen geruht, daß für das zu öffentlichen Bauten, welche bei verschiedenen Verwaltungen des Staats vorkommen, aus K. Forsten zu verabfolgende Holz, soweit nicht gesetzl. Verpflichtungen entgegenstehen, künftig der tagmäßige Werth zur Bezahlung erlegt werden soll.

Indem das Fin. Min. Ein K. u. Min. der J. davon zur Kenntnissnahme und Veranlassung benachrichtiget, bemerkt dasselbe, daß die K. Reg. demgemäß angeordnet sind, v. 1. Jan. f. J. ab zu öffentl. Bauten keinerlei Holz aus K. Wäldern, in sofern nicht obiger Ausnahmefall eintritt, anders als gegen tagmäßige Bezahlung zu lassen.

Anl. a.

Daß das zu den Dom. Bauten erforderliche Holz künftig nicht mehr frei, sondern Bezahlung des tagmäßigen Werths aus den Forsten verabfolgt werde, ist den Befehlen der Kommission gemäß, und genehmige Ich, daß dieser Grundsatz auch bei übrigen Verw. des Staats, soweit nicht gesetzliche Verpflichtungen entgegenstehen, Anwendung gebracht werde u. (v. Ramphs Jahrb. Bd. 25. S. 120.)

b) U. R. des K. Min. der G., U. u. Med. Ang. (v. Altenstein) v. 3. Febr. an sämmtl. K. Reg.

Das unterz. Min. hat schon vor dem Eingange des Ber. der K. Reg. v. 22. v. M. Beschl. genommen, über die darin gestellte Frage wegen Anwendung der Allerh. K. D. v. 8. Dec. v. J., die tagmäßige Bezahlung des aus K. Forsten bei öffentl. Bauten verabreichenden Holzes betr., bei Kirchen-, Pfarr- und Schulbauten mit dem K. Fin. in Kommunikation zu treten. Es ist hierauf unterm 7. v. M. die abschriftl. beigezeichnete (a.) erfolgt, woraus die K. Reg. näher erschen wird, daß die den Kirchen, Pfarr- und Schulen königl. Patronats gesetzlich gebührende freie Verabfolgung des k. Bauholzes zu den in jener Allerh. D. bezeichneten Ausnahmefällen gehört, und in der bisherigen Art auch ferner aus Staatsforsten unentgeltlich stattfinden muß.

Anl. a.

Das Fin. Min. theilt die in dem Schreiben v. 26. v. M., die tagmäßige Bezahlung des K. Forsten bei öffentl. Bauten zu verabreichenden Holzes betr., geäußerte Ansicht, daß Kirchen, Pfarren und Schulen K. Patronats gesetzlich gebührende und bisher gewohnte Verabfolgung der erforderl. Bauhölzer aus den Staatsforsten zu den in der K. D. v. 8. v. M. bezeichneten Ausnahmefällen gehöre, und es wird daher hierin auch nichts geändert werden.

Dagegen muß das K. Fin. Min., der im Allgem. erklärten Allerh. Willensnach zufolge, sich zur verpflichtet halten, alle übrigen Holzverabreichungen, namentl. an Kirchen, Pforten und Schulen, welche sich in obigem Falle nicht befinden, nur gegen mäßige Bezahlungen stattfinden zu lassen etc. Berlin, den 7. Jan. 1825.

Finanz-Min. Actum. v. Klenow.

An das K. Hochl. Min. für die G. u. Ang. (N. IX. 92. — I. 13)

c) C. R. des K. Fin. Min. (v. Moh) v. 13. Febr. 1826 an das K. Reg.

In Gemäßheit einer auf meinen Antrag erlassenen R. O. v. 3 d. M. ¹⁾, wird das K. Reg. hierdurch angewiesen, die zu öffentl. Staatsbauten erforderl. Hölzer, soweit verfassungsmäßig bis zum 3. 1824 frei aus Staatsforsten hergegeben wurden, auch für 1825 und ferner in gleicher Art verabsorgen, die Geldbeträge nach der Lage, jedoch in Forst-Rechnungen, nach den verschiedenen Verwaltungen, welche die Hölzer einzeln abgeliefert und unter Benennung der baulichen Gegenstände, zu welchen die Hölzer bestimmt waren, nachweisen zu lassen. Hierdurch sind die Bestimmungen der C. O. v. 14. 1824 Ser. 26664. II. (Ant. a.) in soweit sie dem Vorstehenden entgegen aufgehoben.

Dabei wird der K. Reg. besonders empfohlen, Ihre Verbindlichkeit zur freien Verabreichung in jedem einzelnen Falle genau zu prüfen, auf die deshalb vorgeschriebene pflichtmäßige Bescheinigung des Depart.-Raths streng zu halten, und Anforderungen, welche ohne Nothwendigkeit gerechtem Zweifel unterliegt, abzulehnen oder höhern Orts zur Entscheidung zu bringen.

Ant. a.

Der K. Reg. ist aus den an das K. Ober-Präsid. unterm 22. Sept. und 10. d. J. erlassenen Verf. bereits bekannt, daß des Königs Maj. mittelst R. O. v. 8. d. J. die Regulirung anderweiter Dom- und Forst-Bau-Stats-Quantia anzuordnen zugleich Folgendes zu bestimmen geruhet haben.

Bei den Dom- und Forstbauten soll, mit Vermeidung aller unnöthigen luxuriösen Bauausgaben, das dringende Bedürfniß nicht übersteigen und aus den regulirenden Stats-Quantis, ohne Ausnahme, alle Material neben dem Lehn- und den Reg., bei strenger Verantwortung der betr. Beamten, überlassen werden. Stats-Quantia, unter Beobachtung der durch die Allerh. zu vergleichende neue Reg. noch zu ertheilenden besondern Vorschriften, auf die dem Dom- und Forst-Bau-Commiss. wiesene K. Gebäude mit Umsicht und dergestalt zu verwenden, daß letztere in gebaueter Stande erhalten werden, und daß keine Ueberschreitungen der Stats-Quantia geschehen, welche nicht ferner gestattet werden können.

Indem der K. Reg. zur Pflicht gemacht wird, auf die Erfüllung vorstehender Bestimmungen mit Strenge zu halten, wird ihr zugleich aus einer höhern R. O. v. 1. d. M. eröffnet, daß das zu den Dom- und Forstbauten erforderl. Holz v. 1. Jan. ab nicht mehr frei, sondern gegen Bezahlung der Lagen aus den K. Forsten verabreicht und daß die neuen Dom- und Forst-Bau-Stats-Quantia dergestalt regulirt werden, um zur Bestreitung dieser Ausgaben im Stande zu sein.

Des Königs Maj. haben zugleich zu verordnen geruhet, daß dieser letztere Grundsat. von dem gedachten Zeitpunkt an gerechnet, auch bei allen übrigen Bau-Stats, soweit nicht geschäcliche Verpflichtungen entgegenstehen, zur Anwendung zu kommen werde.

Die K. Min. der G. u. Ang., der J., des H., des J. und des Kr., sind hievon in Kenntniß gesetzt, und die K. Reg. wird demgemäß angewiesen, v. 1. Jan. 1825 an zu den in den genannten Dep., sowie zu den bei der Steuer-Verw. vorkommenden Bauten und K. Forsten das erforderl. Holz, in sofern nicht der Fall einer gesetzlichen Verpflichtung entgegensteht, nur gegen Bezahlung der Lagen verabsorgen zu lassen.

Berlin, den 14. Dec. 1824.

Finanz-Min. Actum.

An sämmtl. K. Reg. (N. V. 141. I. 118)

d) C. R. des K. Min. des J. (v. Schumann) v. 8. März 1826 an sämmtl. K. Reg.

Durch die von dem K. Fin. Min. unterm 13. d. M. erlassene C. O. ist bereits davon in Kenntniß gesetzt, daß in Gemäßheit einer Allerh. Bestimmung, die öffentl. Staatsbauten erforderlichen Hölzer, soweit sie verfassungsmäßig bis zum 3. frei aus Staatsforsten hergegeben worden, auch für 1825 und ferner in gleicher Art erfolgen sollen.

¹⁾ Diese R. O. findet sich nicht vollständig abgedruckt

te R. Reg. hat diese Bestimmung auch in Ansehung der von dem Min. des J. inden Staatsbaue zu befolgen.

nach den hier eingegangenen Nachrichten ist von den Reg. im J. 1825 rücksichtlich n Baue, zu welchen die Kosten aus den Fonds der Gewerbe-, Bau- und der -Verw. erfolgt sind, und zu denen das Holz aus R. Forsten entnommen ist, ver- richtig verfahren, indem

nige Reg. das im J. 1825 verabsolgte Holz an die R. Forst-Kassen baar bezahlt

iben, deren Reg. aber mit der Bezahlung im Rückstande geblieben sind.

in ersteren Falle muß, soweit von Bauen die Rede ist, zu denen bis Ende 1824 aus R. Forsten frei gegeben worden, die Erstattung der gezahlten Summen, im Falle die Niederschlagung der rückständigen Zahlungen, im geordneten Wege ver- werden.

te hierdurch entstehenden Rück-Einnahmen sind anzugeben, und es ist zugleich zu h, ob die wieder eingehenden Summen im laufenden Jahre zur Verstärkung der igen Fonds erforderlich sind, worauf wegen Ueberweisung derselben das Nähere werden wird.

ernach hat sich die R. Reg. zu achten, soweit die vorstehenden Bestimmungen auf Ihr verwalteten Fonds des Gewerbe- und Bau- und des Chaussee-Wesens Anwen- den. (U. X. 143. — 1. 119.)

1) E. R. der R. Min. d. F. (v. Bobelschwingh) u. des R. H., Abth. II., . Stolberg) v. 23. Febr. 1843 an sämmtl. R. Reg., und an die R. Min.- um. 1).

te Allerh. R. O. v. 3. Febr. 1826 (U. S. 141. — 144.) bestimmt unter Anderem : zu öffentlichen Staatsbauten erforderlichen Hölzer, soweit sie verfassungsmäßig bis 1824 aus Staatsforsten hergegeben wurden, auch pro 1825 und ferner in gleicher folgt, die Geldbeträge nach der Lage jedoch in den Forst-Rechnungen nach den uren Verwaltungen, welche die Hölzer empfangen, abgetheilt, nachgewiesen wer-

te Befestigung der Zweifel, welche in Beziehung auf die, diesem Allerh. Befehle zu Anlegung entstanden sind, eröffnen wir der R. Reg., daß es in der Regel nicht kommt, in jedem Falle zu ermitteln und festzustellen, ob dasjenige Bauwerk, für die freie Verabsolung des Bauholzes aus den Staatsforsten in Anspruch gerom- m, vor dem J. 1824 überhaupt, oder in demselben Maße, oder endlich in derselben Maße es zur Zeit des Anspruches hat, oder, dem anerkannten Bedürfnisse ent- erhalten soll, vorhanden war; daß vielmehr die Entscheidung der Frage: ob zu oder andern Staatsbau das Holz aus den R. Forsten frei verabreicht werden der Regel lediglich davon abhängt, ob das Bauwerk einer solchen Kategorie von an gehört, rücksichtlich deren das Holz bis zum J. 1824 verfassungsmäßig frei war.

stand 3. B. bis dahin verfassungsmäßig die Verpflichtung der Forstverw., das zum zur Unterhaltung aller Brücken auf einer bestimmten Landstraße, oder der Brücken Landstraßen eines gewissen Kreises oder Bez. erforderliche Holz frei verabsolgen , so besteht dieselbe rücksichtlich der, auf dieser Landstraße oder beziehungsweise auf straßen jenes Kreises oder Bez. neu anzulegenden, zu verlegenden oder zu erwei- Brücken, ohne Unterschied rücksichtlich der Lage oder der Dimensionen, über welche das etwa anzuerkennende Bedürfnis entscheidet.

in denjenigen Fällen, auf welche ausnahmsweise jene Bestimmung nicht Anwen- det, kommt es auf die Erörterung der Frage an: ob für ein bestimmtes Bau- Bauholz bis zu dem bezeichneten Jahre frei aus den Staatsforsten verabsolgt ist? Aber auch dann bestimmt sich der Umfang der Verpflichtung der Forstverw. in ermittelten jedesmaligen Bedürfnisse, und Veränderungen in der Lage oder in den uren des Bauwerks sind für die Beantwortung jener Frage nicht maßgebend.

te Hergabe der Hölzer ist in allen Fällen durch die forstwirtschaftliche Zulässigkeit gabe bedingt, und die Forstverw. ist zu derselben nicht verpflichtet, wenn sie nach Ermägung der Verhältnisse anzunehmen ist, daß die Hölzer nach den Regeln ordneten Forstwirtschaft nicht eingeschlagen werden können.

den so ist in allen Fällen, in denen es auf die Ausführung eines Neu- oder Her- Baues ankommt, von der Bauperwaltungspflichtmäßig zu erwägen: ob es vortheil-

Das E. R. ist mittelst E. R. des Gen. Dir. der Steuern v. 26. März 1843 (Gen- dahl. des Fin. Min. 1843. S. 123. Nr. 49.) auch den sämmtl. Prov.-Steuer-Dir. in Beachtung mitgetheilt worden.

hafter für das allgemeine fiskalische Interesse (dem das besondere Interesse eines oder andern Verwaltungszweiges untergeordnet bleiben muß) sein würde, statt des Holz-einen Massabbau anzuführen, und hat dieselbe, wenn sie von jenem Standpunkte für den Letzteren zu bestimmen veranlaßt sein sollte, nach den bestehenden Verordnungen zu verfahren oder zu berathen.

Hienach hat sich die K. Reg. in Betreff der im Ressort des Fin. Min. vorliegenden fiskalischen Bauten zu achten.

(Min. Bl. d. i. V. 1843. S. 107. Nr. 141., Centralbl. d. Fin. Min. S. 22. Nr. 48.)

Was indeß die Domainen- und Forstbaue anbelangt, so ertheilt durch die K. O. v. 11. August 1838 ¹⁾ abermals eine Abänderung dahin, vom 1. Jan. 1840 an das dazu erforderliche Bauholz nicht mehr aus Staatsforsten zu gewähren, jedoch in den Fällen, wo es nach den obwaltenden Umständen zweckmäßig erscheine, den Bau-Unternehmern zur Bedingung machen, das zu veranschlagende Bauholz gegen Bezahlung der Forsttagelöhne betr. K. Forstrevierern zu entnehmen.

Hierüber und in Betreff des dabei zu beobachtenden Verfahrens beschließen folgende Reskripte:

a) E. M. des K. Min. des K. H., Abth. II., (v. Ladenberg) v. 4. 1838 ²⁾ an sämmtl. K. Reg.

Ihre Königl. Maj. haben mittelst K. O. v. 11. Aug. d. J. zu genehmigen, daß bei allen Dom.- und Forstbauten die Verabfolgung von freiem Bauholze aus Staatswaldungen abgesteuert und der dadurch erhöhte Mehraufwand an Baukosten an den hiesigen Forst-Revenüen gedeckt werden soll.

Die Zeit der Ausführung dieser Maßregel wird hiermit auf den 1. Jan. 1840 gestellt. Es wird hierbei noch besonders bestimmt, daß in allen Fällen, wo es nach besonderen Umständen zweckmäßig erscheint, das soeben gleich den übrigen Bauholz zu veranschlagende Bauholz aus den betr. K. Forstrevierern gegen Bezahlung der Forsttagelöhne zu entnehmen, dies geschehen muß und dem Bau-Unternehmer dies zur Bedingung machen ist.

Zu den beschriebenen Bestimmungen soll die K. Reg. so berechtigt als verpflichtet sein, es wird ihr aber eine sorgfältige Erwägung der Umstände in den einzelnen Fällen empfohlen, daß durch die neue Einrichtung dem Debit der K. Forsten kein Nachtheil erwachse, und den Uebelständen, welche die bisherige Freiholz-Verabreichung herbeiführt, und deren Beseitigung durch die angeordnete Maßregel bezweckt wird, abgehoben werde.

Zur Vorbereitung der Maßregel kommt es nun darauf an, dasjenige Ge-
festzusetzen, um welches wegen des wegfallenden Freiholzes die resp. Baukosten entsprechend die Soll-Einnahme der Forstverw. zu erhöhen sein werden. Dies ist die Fixation aus den letzteren Jahren unter Trennung der Dom.- und Forstbaue, und für erstere Baue der Durchschnitt aus den letzten 5 Jahren, für die Forstbaue der Durchschnitt aus den letzten 3 Jahren zum Grunde gelegt werden. Die der-

¹⁾ Diese K. O. lautet dahin:

„Ich autorisire Sie nach Ihrem Antrage v. 23. v. M. bei allen Dom.- und Forstbauten die Verabfolgung des freien Bauholzes aus Staatswaldungen abzustellen und den dadurch entstehenden Mehraufwand an Baukosten aus den einkommenden Forst-Revenüen zu decken.“

Bei der Regulirung neuer Etats haben Sie darauf zu halten, daß die der etatsmäßigen Baukosten überall die wegen des wegfallenden Freiholzes zu bringende Mehreinnahme nicht übersteigt. Ueber den Erfolg dieser Maßregel und deren etwaige weitere Ausdehnung, will Ich zu seiner Zeit Ihren Bericht erwarten. Um diesen Erfolg bestimmter beurtheilen zu können, haben Sie die Zusammenstellung zu veranlassen, von dem Betrage der Kosten, um welche die ausgerechneten Bauten die Ausgaben sich darum erhöht haben, wenn Holz angewiesen worden, und den Mehreinnahmen bei demjenigen Forstbaue aus welchen die Freihölzer hätten angewiesen werden müssen.

Berlin, den 11. Aug. 1838.

Friedrich Wilhelm

An den Staats-Min. v. Ladenberg.

²⁾ Durch dieses Bl. ist das E. M. des Min. des K. Hauses, Abth. II., v. 14. 1838 (M. XX. 540. — 3. 27.) für antiquirt zu erklären.

Verordnung; Feststellung der Bauverpflichtung des Grundbesitzers.

Es soll der verpflichtete Grundbesitzer zu veranlassen, und um solche hier zu thunen, werden der R. Reg. für die angestrichenen Grundbesitz-Nachweise, Schemata 1. und 2. mitgetheilt.

Der Dom.-Bauz. versetzt es sich den Inhalt und Inhalt hierbei noch anzunehmen, daß

dem auf Grundbesitz veräußerten Objecten bei der Grundbesitz-Nachweisung mit der angegebenen Bauverpflichtung gar nicht berücksichtigt, und der Bauverpflichtung zu Bauern auf Grundbesitz unter hiesigen Bauverpflichtungen veräußerten Objecten nur in soweit mit der Grundbesitz-Nachweisung zu werden, als der Bauverpflichtung auch nach der Veräußerung unter den hiesigen Bauverpflichtungen noch auf Grundbesitz Anspruch behalten hat.

Wegen der Trennung der verschiedenen Fonds, aus welchen die Bauverpflichtung auf die auf Schemata Bezug genommenen, und wegen der Staats-Berücksichtigung bemerkt, daß die Beträge, aus welchen die Bauverpflichtung zu veräußerten Grundbesitz der Coll.-Einnahme der Forstverm., unmittelbar gekürzt, und zur Festlegung anderer Fonds erfolgt, auf die Spezial-Forst-Einnahme vertheilt werden (N. XXII. 487. — S. 47.)

Der R. Min. des R. Hauses, Abth. II. (v. Zadenberg) v. 9. Sept. 1840. R. Reg. zu Potsdam und abschriftl. zur Nachachtung an die Abtheilung der Rheinprovinz und der Prov. Westphalen.

Der v. 10. v. M. äußert die R. Reg. durch Hiesigen darüber, ob diejenigen, die nach früheren Verträgen die Dom.-Bauverpflichtung zu den von ihnen, auf bewilligten Reparaturen zu empfangen haben, von 1840 ab noch fernere, aus den R. Forsten verabschiedet und der Tagwerth aus dem Dom.-Bausonde festgesetzt, oder ob der Tagwerth dieser Holzgründe den betr. Bauverpflichtungen geachtet, beilebige Verkauf des Holzes überlassen werden solle.

Es ist zu bemerken, wie nach dem Inhalte der C. B. v. 4. Okt. v. 1837, daß der Tagwerth der in einer Beziehung an die Dom.-Bauverpflichtung in 1837 aus den R. Forsten frei verabschiedeten Holzgründe die, zufolge der gedachten Reichs-Grundbesitz-Nachweisung mit aufgenommen sei.

Es aber sind, wo aus früheren Verträgen dem Dom.-Bauverpflichtung in Bauten noch freie Holzgründe zusehen, welche auch fernere aus den R. Forsten, in wirtschaftl. gesehen kann, zu verabschieden und der Tagwerth dafür auf den, zur Zahlung an die Forstverm., anzuweisen.

gen. des R. Min. des R. H., Abth. II. Nr. 16, 517.)

Der R. Min. des R. Hauses, Abth. II. (v. Zadenberg) v. 16. Sept. 1840. R. Reg.

Der hier eingegangenen Dom.- und Forst-Baupläne pro 1840 ist ersichen die R. Reg. bei Aufstellung derselben, in Beziehung auf die vom nächsten stehende Maßregel, wonach zu den Dom.- und Forstbauten kein Holz mehr aus den R. Forsten verabschiedet werden soll, bei dem Nachweise der betreffenden Bauverpflichtung nicht überall gleichmäßig verfahren und dabei zum Theil von unrichtigen ausgegangen sind. Es wird daher der R. Reg. zur künftigen Nachsicht gemacht, daß

zur Deckung des Holzwerths bewilligte Erhöhung der Bau-Einnahme, die eingereichten Grundbesitz-Nachweisungen aus den letztvergangenen Jahren der R. Reg. eben so, wie der Bauverpflichtung selbst, innerhalb der wegen der Bauverpflichtung bestehenden allgem. Vorschriften, zur Disposition bleibt. Hieraus

in einem Jahre eine größere Summe zur Bezahlung des Bauholzes erforderlich die gedachte Erhöhung beträgt, der Mehrbetrag aus den übrigen Bauverpflichtungen muß, wogegen aber auch im umgekehrten Falle, wenn die zum Kaufe des gezeichneten Holzwerths in einem oder dem andern Jahre nicht ganz gebraucht werden, die Ersparnisse dem übrigen Bauverpflichtung zu Gute gehen, so daß also die gegenseitig übertragen, und

Überweisung der Bauverpflichtung, mit Einschluß einer Holzwertherhöhung, aus der der zu bezahlende Holzwerth einen größeren Aufwand erfordert, als jene hat, nicht stattfinden darf.

Es aber müssen beide Fonds, wenn selbige sich gleich nach der vorstehenden 1. 2. gegenseitig übertragen sollen, doch in den Staats, periodischen Extrakten von einander getrennt gehalten, mithin unter besondern Positionen auf dieser Art auch in den Extrakten und Rechnungen sowohl in Coll., als in Nachweisungen werden, damit zu jeder Zeit ohne Schwierigkeit der Zustand

eines jeden dieser beiden Fonds und insbesondere, wieviel zum Ankauf des erforderl. Bauholzes zu den Dom.- und Forstbauten wirklich verwendet worden, übersehen zu können (N. XXIII, 538. — 3. 28.)

d) R. des K. Min. des K. H., Abth. II. (v. Ladenberg) v. 13. E. 1842, an die K. Reg. zu Potsdam und abschriftlich zur Nachachtung an für übrige K. Reg.

Nach dem Ver. d. K. Reg. v. 14. Mal d. J. soll die Maßregel, wonach seit die zu den Dom.- und Forstbauten erforderlichen Hölzer nicht mehr unentgeltlich aus K. Forsten verabreicht werden dürfen, den Uebelstand zur Folge haben, daß sich die betr. Bauten kein Unternehmer findet, indem der Entrepreneur für den Tagespreis das Holz nicht zu beschaffen vermag.

Bei einem richtigen Verfahren wird indessen dieser Uebelstand nicht eintreten. Vor allen Dingen kommt es in jedem einzelnen Falle darauf an, zu prüfen, woher erforderliche Holz in untadeliger Güte am wohlfeilsten beschafft werden kann. Ist es sam, das Holz aus K. Forsten abzugeben; so ist allemal der Entrepreneur zu veranlassen, es aus solchen zu entlehnen. Der Werth des Holzes ist sodann in den Bauanschlägen nach der Taxe des fraglichen Forstreviers zu berechnen, dem Entrepreneur ist dann auch, ohne ihn auf die Klage zu verweisen, das Holz in untadeliger Qualität in dem Bauanschlage angenommenen Taxipreise aus der betreffenden Forst zu beziehen.

Ersprechen hingegen die Umstände dafür, daß das Holz aus einer Privatforst von Wildholzplätzen entnommen werde, so sind natürlich nicht die Taxen der K. Forst sondern diejenigen Preise in dem Bauanschlage in Anwendung zu bringen, welche das Holz von den betr. Privatpersonen zu beziehen ist. Ueber diese müssen die Baupflichtigen und der Herr Bauath des Collegii und die Herren Dep. genau unterrichten und werden erstere ebenfalls die Erklärungen der betr. Privatpersonen oder Holzhändler über die Preise den Anschlägen beifügen haben. Des Ueb. der Sache aber bleibt es in diesem Falle, das Holz beliebig zu beziehen, woher es zu kommen will; nur daß es von untadeliger Qualität und im Wadel gefaßt sein muß. Die Bezeichnung ist derselbe von dem Baubeamten auf das Strengste zu kontrolliren.

(Acta gen. des K. Min. des K. H., Abth. II., Nr. 12791)

e) E. R. des K. Min. des K. H., Abth. II., (Gr. zu Stolberg, v. Febr. 1843 an sammtl. K. Reg.

Nachdem die angeordnete Maßregel, wonach zu den Dom.- und Forstbauten aus K. Forsten kein Holz mehr unentgeltlich verabreicht werden darf, seit 1840, unter Jahre hindurch bestanden hat, so ist daran gelegen, von den Resultaten dieser Anordnung nähere Kenntniß zu nehmen. Die K. Reg. hat demnach:

a) eine Zusammenstellung von den in den drei Jahren 1840 für Bauholz zu den Dom.- und Forstbauten im baugh. Reg. wirklich geleisteten Zahlungen und dem am Jahres-Rechnungs-Schlusse für 1842 verbliebenen, dahin gehörenden Ausgabe in Vergleichung mit den zum Ankauf des fraglichen Bauholzes ausgegebenen Fonds, dem anl. Schema A und

b) eine Nachweisung von den in denselben Jahren, aus welchen, bei Eröffnung der betr. Baufonds zum Ankauf des Holzes, der Geldwerth der in natura aus den K. Forsten für jene Baue verabreichten Hölzer nach dem Tagespreise fraktionsmäßig zum Grunde werden, außerdem noch stattgefundenen Zahlungen für die zu den Dom.- und Forstbauten verwendeten Hölzer, es sei nun, daß letztere für Rechnung des Fiskus selbst aus K. Forsten oder von Holzhändlern angekauft, oder von den Bau-Entrepreneurs der K. Unternehmung-Kontrakten gemäß zu den Bauten mit geliefert werden einzutreten.

Die vorkommend zu b angeordnete, nach dem anl. Schema B. 1) zu fertigende Nachweisung soll dazu dienen, um eine vollständige Balance der in den drei Jahren 1840 Bauholz zu den Dom.- und Forstbauten geleisteten und resp. für diesen Zeitraum nachträglich zu leistenden Zahlungen mit den betr. Fraktions-Zahlen bei der Dom.- und Forst-Verw. 1841) stattgefundenen desfallsigen Verwendungen anstellen zu können.

Die in Rede stehende neue Maßregel ist übrigens dadurch veranlaßt worden, daß der unentgeltl. Verabreichung der Bauhölzer zu den Dom.- und Forstbauten seit längerer Zeit Uebelstände und Nachtheile sich ergeben hätten. Namentlich waren oft folgende gekommen:

1) daß Baue, welche zweckmäßiger massiv hätten ausgeführt werden können, in

1) Die Schemata sind wegen ihres transitorischen Interesses nicht mit abgedruckt.

Verordnung über die Beschaffung des Bauholzes

in Holz (Brückenbau) ausgeführt worden sind, weil die Beschaffung des betr. Bauholzes keine Kosten verursachte.

zur Vermeidung der hohen Baukosten das frei zu verabreichende Holz in kleinen und reichlicher, als wirklich erforderlich, veranschlagt worden, um Bau-Unternehmer für die etwaigen zu niedrigen Anschlagspreise zu ent-

lassen, wenn die Bau-Unternehmer, was in manchen Fällen nicht zu vermeiden ist, Bau-Holz vorgekauft hatten, und ihnen solches nachher in natura, durch den von ihnen demnächst erfolgenden Verkauf desselben, eine nachtheil auf den Debit in den betr. K. Forsten entstanden ist.

Die Befriedigung der Anforderungen an die K. Forst-Verwaltung wegen der oft in den jährl. Schlägen nicht vorhandenen Bauhölzer zu den Bauen landwirthschaftl. Behandlung der K. Forsten geführt hat,

Hölzer aus den K. Forsten zu Bauen in solchen Fällen verabsolgt worden, nicht auf die Anfuhr-Kosten der erforderliche Holzbedarf wechsellier aus den, näher belegenen Privat-Forsten oder von Holzhändlern hätte entnommen werden.

Die Ausführung der fraglichen neuen Maßregel muß, wenn der beabsichtigte Zweck zu sein soll, sowohl bei den Bau-Veranschlagungen, als bei den sonstigen Anordnungen befolgt werden. Insbesondere darf in den Bau-Anschlägen das Holz, zu welchem solches, von gehöriger Qualität, mit Rücksicht auf die Beschaffung, am wohlfeilsten beschafft werden kann, sei es nun aus K. oder Privatforsten, Holzhändlern, angeführt werden. Daraus folgt, daß in der Regel den Bau-Unternehmern die Beschaffung des erforderlichen Bauholzes überlassen werden muß. Nur bei denjenigen Bauen, welche auf Rechnung ausgeführt werden, daselbst Forsten anzuweisen, wenn dasselbe von gehöriger Qualität, mit Rücksicht auf den wohlfeilsten aus Privatforsten, oder von Holzhändlern entnommen werden kann.

Nach vorstehendes Verfahren nur da Anwendung finden darf, wo in den, den Bauen zunächst belegenen K. Forsten ein vollständiger Absatz der schlagbaren Hölzer, leuchtet ein, indem da, wo es an einem solchen Absatz fehlt, allerdings Bau-Unternehmern die Entnahme des erforderlichen Bauholzes aus den K. Forsten, Zahlung des Taxpreises, kontraktmäßig zur Bedingung gemacht, oder daß es unmittelbar auf die betr. Forsten, zur Verabreichung gegen den aus den Bauen zu bezahlenden Taxpreis, angewiesen werden muß.

Es ist nun, welche Erfahrungen bisher bei Ausführung der fraglichen Maßregel, hinsichtlich der Zweckmäßigkeit der letzteren, sich ergeben haben, welche Vortheile dieselbe in pecuniärer Hinsicht für die Baukosten, als in forstwirtschaftlicher Hinsicht gewährt worden, und ob es für zweckmäßig und wünschenswerth zu erachten sei, dieselbe auch auf diejenigen andern Verm.-Zweige, für welche bisher grundsätzlich Hölzer aus den K. Forsten frei verabreicht werden, auszudehnen.

Leg. wird demnach aufgefordert sich hierüber zu äußern. (S. 255.)

Demnach für die Domänen- und Forstbauten getroffene Maßregel, demnach durch die K. D. v. 28. Aug. 1846 verallgemeinert gilt jetzt für alle Staatsbauten.

Entwerfen hierüber:

L. des K. Min. d. F. (v. Dürckberg) v. 19. Okt. 1846 an sämmtl. Provinzialverwalter (S. 256).

Die Königl. haben mittelst Allerh. K. D. v. 28. Aug. d. J. zu genehmigen lassen, daß allen Staatsbauten die Verabreichung des freien Bauholzes aus Staatsforsten und jede städtische Station verpflichtet sein soll, das zu den Bauen erforderliche Holz, wie es am vortheilhaftesten geschehen kann, aus ihren Forsten zu entnehmen. Die Forstverwaltung soll jedoch gehalten sein, auf Verlangen der Bau-Verwaltung, das Holz, soweit dasselbe nach den Grundsätzen der Forstverwaltung entnommen werden kann, gegen Bezahlung des Taxpreises verabsolgen zu lassen.

Die Ausführung dieser Maßregel in Bezug auf die Bauten der indirecten Salz-Verwaltung wird hiermit auf den 1. Januar 1847 festgestellt.

Min. hat den Inhalt der durch obiges K. D. v. 28. Aug. 1846 mittelst K. D. v. 3. Nov. 1846 zur Kenntniß sämmtlicher Provinzialverwalter gebracht. (Zust. Min. Bl. 1846. S. 192.)

Die Bestimmung darüber: ob das — fortan gleich den übrigen Baumaterialien zu verschlagende — Bauholz aus den K. Forstrevieren gegen Bezahlung der Forst oder aus Privatforsten zu entnehmen sei, bleibt dem Ermessen der K. Reg. überlassen und es muß, wenn letztere die Entnehmung des Holzes aus der K. Forst für zweckmäßig hält, solches geschehen und dem Bauunternehmer zur Bedingung gemacht werden.

Um die Erhöhung des resp. Baufonds, wegen der hiernach für selbige durch den Kauf des erforderlichen Bauholzes entstehenden höheren Ausgaben, angemessen reorganisiren zu können, sind Fraktions-Nachweisungen über den Geldwerth der bisher zu den Bauten der indirekten Steuer-Verwaltung frei verabreichten Hölzer aus den letzten sechs Jahren nach dem anliegenden Muster (Anl. a.) aufzustellen. Da seitens Ew. Hochw. die Ausführung der Kolonnen 1—4 bewirkt werden kann, so wollen Sie für jeden Rechnungsbetrag Ihres Verwaltungsbereichs eine solche Nachweisung aufstellen und sie sobald betr. Reg. mit dem Ersuchen zugehen lassen, den Geldwerth der zu diesen Bauten frei verabreichten Hölzer auswerten und die Nachweisung Ew. Hochw. wieder zukommen lassen, um die Haupt-Zusammenstellung, nebst jenen Spezialnachweisungen, zur Prüfung und weiteren Veranlassung hienher eintreichen zu können.

Anl. a.

Fraktions-Nachweisung

von dem Geldwerthe der zu den Bauten der indirekten Steuerverwaltung an Staatswaldungen frei verabreichten Bauhölzer, in den Jahren 1840 bis incl. 1845

Hauptamts-Bezirk.	Nähere Bezeichnung der Bauten, zu welchen das Holz frei verabfolgt worden ist.	Jahr, in welchem der Bau ausgeführt worden ist.	Geldwerth	
			1840.	Thlr.
Nr.				
1.	2.	3.	4.	5.
	I. Abtheilung. Bauten und Reparaturen, welche aus dem etatsmäßigen Baufonds der Provinzial-Steuerverwaltung bestritten worden sind.			
	II. Abtheilung. Bauten und Reparaturen, zu denen die Mittel aus dem Haupt-Steuerbau-Fonds der General-Staatskasse überwiesen worden sind.			
	III. Abtheilung. Bauten, welche aus besonderen Fonds ausgeführt worden sind.			
	IV. Abtheilung. Bauten und Reparaturen im Ressort der Salzverwaltung.			

frei verabreichten Bauhölzer, nach den für jedes Jahr und jedes Revier bestandenen Tagespreisen in den Jahren:						Bemerkungen
1842.	1843.	1844.	1845.	Summa.	Durchschnitt.	
Thlr.	Thlr.	Thlr.	Thlr.	Thlr.	Thlr.	
7.	8.	9.	10.	11.	12.	

**L. R. des K. Min. d. I. (Thoma) v. 15. Juni 1848 an sämtliche
K. Prov. Steuer-Dir. 2).**

Durch die Allerh. K. O. an das K. Staats-Min. v. 28. Aug. 1848 genehmigte
Konach, wie schon früher bei den Domänen- und Forstbauern, in Zukunft auch
für die Staatsbauern die Verabfolgung des freien Bauholzes aus Staatswal-
dungen und jeder fiskalische Station verpflichtet sein soll, das zu den Bauern ihres
Bedürfnisses Holz, wie es am vortheilhaftesten geschehen kann, aus ihren Fonds
zu liefern, soll vom Jahre 1849 ab zur Ausübung gebracht werden. Es sind daher
für die künftigen Jahre ab zu bewillenden Staatsbauern, Freiholz-Zuteilungen
zu erteilen. Dagegen ist zu den Bauern, die im laufenden Jahre noch ausge-
w. das erforderliche Holz auch in dem Falle frei zu verabreichen, wenn solches
im I. Okt. d. J. ab für das Jahr 1849 zu verrechnenden Einschläge entnom-
men muß. Bei Freiholzabgaben in solchen, wohl nur sehr selten vorkommenden
Fällen in der Rechnung pro 1849 die Angabe, daß die Holzverabreichung noch zu
erwarten des Jahres 1848 stattgefunden hat, nicht unterlassen werden. So weit
den Umständen einer zweckmäßigen Forstwirtschaft es geschehen kann, ist auch zu
bauen vom Jahre 1849 auf Verlangen der bauausübenden Behörden das
freie K. Forsten zu verabfolgen, jedoch nur gegen Bezahlung aus den betreffenden
Fonds, und zwar nach den Lizitations-Durchschnittspreisen. Damit aber in allen
Fällen für die Staatskasse im Ganzen vortheilhafter ist, das Bauholz aus K. For-
stungen, als dasselbe anderweit anzukaufen, die bauausübenden Behörden sich
hierzu entscheiden, muß die Forstverwaltung in allen Verzehungen so zu Werke
gehen, daß der Bauholz-Ankauf aus den K. Forsten zugleich im Interesse guter und wohl-
fährlicher Ausführung entspricht.

Die Baufonds in den Stand zu setzen, die Zahlungen für das anzukaufende
Holz zu können, werden dieselben von 1849 ab um die Fraktions-Beträge er-
höht, welche die von den K. Reg., in Folge der E. B. v. 26. Mai 1847 einge-
brachten Nachweisungen über den Geldwerth der in den 6 Jahren 1842 zu den
freien Bauern verabreichten Bauhölzer, in der Rubrik „nach den Lizitations-Durch-
schnittspreisen“, ergeben. Die gedachten Fraktions-Nachweisungen sind zu dem Behufe den
K. Verwaltungen mitgeteilt worden. Bei der Aufstellung neuer Spezial-Forst-
kassen, darin dieselben Beträge als Soll-Einnahme für das zu Staatsbauern, gegen
die Lizitations-Durchschnittspreise, abzugebende Bauholz auszubringen. Bis
sämmliche Spezial-Forst-Kassen hiernach reguliert sein werden, wird der in den
Forst-Kassen noch nicht zur Soll-Einnahme gestellte Betrag in dem General-Kassen-
buch der K. Forst-Verwaltung der Soll-Einnahme zugeführt werden.

Die wirklich aufkommenden Einnahmen für Bauholz, welches zu den Staatsbauern
Zahlung der Lizitations-Durchschnittspreise abgegeben wird, sind in gleicher Art
zu führen, wie die Einnahmen für das Bauholz zu den Domänen- und Forstbauern.
Es ist das, was hinsichtlich der letzteren Einnahme vorgeschrieben ist, auch hin-
sichtlich der ersteren zu beachten. Insbesondere ist wahrzunehmen, daß auch von den
Kassen für Holz zu andern Staatsbauern weder Hebung- noch Ueberschüttungs-
rechnen und resp. von den Kassenbeamten und Oberschreibern bezogen werden

früherer Bestimmung haben bei denjenigen Hölzern, welche zu Domänen-
bauern gegen Bezahlung zur Forstkasse aus den Staatsforsten verabfolgt werden,
die Anwendung. Dabei behält es sein Verbleiben in der Rücksicht, daß bei der
Erhöhung der betreffenden Baufonds in Folge des Wegfalls der freien Holzver-
abreichung an jenen Bauern, ebenfalls die Tagpreise zum Grunde gelegt worden sind.

Bl. d. I. B. 1848. S. 323. Nr. 381.)

**L. R. des K. Min. d. Fin. (v. Moll) v. 17. Mai 1830 an sämtl. K.
K. Verwaltungen der Bauanschläge zu K. Bauten behufs der zeitigen An-
forderung dazu benötigten Freihölzer.**

Es von mehreren Seiten darüber Beschwerde geführt worden, daß die Bauan-
schläge zu K. Bauten gewöhnlich nicht zeitig genug eingereicht werden, um die verwalten-
den Behörden noch vor der Eröffnung des Holzschlags von der Masse der frei zu ver-
abreichenden Bau- und Nutzhölzer in Kenntniß setzen zu können, woraus mannigfache
Schwierigkeiten für die Wirtschaftsführung und den Debit entstanden sind.

Um dieser Unregelmäßigkeit ein Ziel zu setzen, habe ich mich veranlaßt, die hierüber
in E. v. 7. Febr. 1820) S. 34 und S. 36 enthaltenen Bestimmungen hierdurch in

die künftige Anweisung an die sämtl. Verwaltungsbehörden erteilt das K. R.
K. Justiz-Min. v. 6. Sept. 1848. (Just. Min. Bl. 1848. S. 314.)

Das K. R. findet sich nicht abgedruckt.

Erläuterung zu bringen, und insbesondere anzuordnen, daß die Dom.-Dep.-Räthe Baubereisungen in den Mon. April, Mai und spätestens zu Anfang des Jun. zu nehmen haben, um dadurch die Bau-Inspessoren in den Stand zu setzen, die Baupreparatur-Anschläge ohnfehlbar vom 1. bis 15. Aug. jeden Jahres bei der R. Reg. einreichen zu können. Wenn die R. Reg. demnächst die Aufstellung des Bau-Plans nicht beellt, so wird solcher vom 1. bis 15. Sept. hier eingehen, und sonach vor dem tritt des Wobels genehmigt, zurückerfolgen können.

Sollten besondere Umstände es einem Baubeamten vielleicht unmöglich machen einen oder den andern Anschlag zur festgesetzten Zeit zu beschaffen, so hat derselbe stets dafür Sorge zu tragen, daß der betheiligte Obersförster vor dem 1. Okt. vor darin veranschlagten Holzmasse in Kenntn. gesetzt werde, damit derselbe von der geschlagenen Anzahl Baumsämme, ohngefahr so viele vom öffentl. Verkauf ansetzen kann, als nach der vorläufigen Benachrichtigung des Baubeamten ihm wahrscheinlich darauf werden assignirt werden.

Es versteht sich übrighs von selbst, daß in solchen Fällen, wo die Dringlichkeit eines Baues eine Assignation zu ungewöhnlicher Zeit rechtfertigt, diese Bestimmung keine Anwendung findet, dergleichen Fälle können indeß nicht so häufig vorkommen, daß eine wesentliche Störung der Bewirthschaftung zu erwarten stände u.

(R. XIV. 294. — 2. 30.)

4) Vergl.:

a) E. R. des Fin. Min. (Maassen) v. 20. Nov. 1832, betr. die Regeln zur Feststellung der Verpflichtungen des Domainen-Fiskus zur Herstellung von Brücken, Wegen, Dämmen, Kanälen und Abzugs-Gräben, Arch-ähnlichen Anlagen, oder doch zur Hergabe des Holzes dazu.

(R. XVII. 43. — 1. 27. f. in v. Rönne's Domainen-Wesen des Verh. S. (Berlin bei Veit u. Comp. 1854.), Th. IX. Abth. 1. des Weises, S. 418.)

b) E. R. des R. Haus-Min., Abth. II., v. 26. Nov. 1838, betr. die Verpflichtung der R. Reg. zur Prüfung, daß in die Bauanschläge nicht Kosten der Domainen-Bauten aufgenommen werden, welche nicht den Fiskus, sondern Privatpersonen und Domainen-Pächter treffen.

(R. XXII. 874, f. in v. Rönne's Domainen-Wesen, S. 490.)

c) Ueber die Verabfolgung von Bauholz aus R. Forsten zu Pfarr- und Schulbauten, vergl. die E. R. des R. Haus-Min., Abth. II., v. 18. Nov. 1839 (R. XXIII. 804) und der R. Min. der G., U. u. Med. Ang. u. R. Hauses, Abth. II. v. 22. Juni 1847.

(Min. Bl. d. I. B. 1847. S. 269.) (f. in v. Rönne's Domainen-Wesen, S. u. 708.)

d) Ueber das Verfahren bei Verabfolgung von Bauholz aus R. Forsten und die Kontrolle der Verwendung, vergl. das E. R. des R. Hauses v. 10. Juni 1836. (R. XX. 300.), das Publ. der Reg. zu Burg v. 11. April 1834. (R. XVIII. 318.), und das R. des Min. des R. Hauses v. 4. Mai 1843.

(Min. Bl. d. I. B. 1843. S. 181.) (f. in v. Rönne's Domainen-Wesen, S. bis 734.)

e) Ueber die Abmessung des Bedarfs an freiem Bauholze aus R. Forsten für neu aufzurichtende Gebäude der Erbbauberechtigten und die Veranschlagung des Mehrbedarfs an freiem Bauholze aus R. Forsten an dieselben, hufß der zu begünstigenden Ausführung von Ziegeldächern, vergl. die E. R. des R. Haus-Min., Abth. II. v. 19. März und 25. Juni 1845.

(Min. Bl. d. I. B. 1845. S. 194. u. 195., f. in v. Rönne's Domainen-Wesen, S. 734—735.)

Vierter Titel.

den Vorschriften, welche vor Beginn der Bauten und
turen in Betreff der Verdingung derselben oder der
ung der Materialien-Lieferungen oder der
führung und der Anschaffung für eigene Rechnung
zu beobachten.

Geschäfts-Instr. für die K. Reg. v. 23. Okt. 1817 (S. 1817:
bestimmt im §. 13, daß die Regierungen bei Eingehung von Verord-
nung Regel Mäß, wo es anwendbar ist, durch den Weg der Dictation her-
stellen.

Instr. für die K. Ober-Rechn.-Kammer v. 18. Okt. 1824. (S. IX. 11)
im §. 19:

für Rechnung des Staats geschlossenen Kontrakte müssen eben so, wie jeder Kon-
trakt des Staats, in der Regel auf vorhergegangene Dictation gegründet
sein nicht in den Verwaltungs-Instruktionen anderweitige Bestimmungen enthal-
ten. Ausnahmen durch die Natur des Geschäfts gerechtfertigt werden.
Beamten, welche die Verwaltung selbst führen, oder dabei interveniren, darf
nicht werden. Eine Ausnahme hiervon machen die Domainen-Verwalter und die
die letzteren in Bezug auf die Anfuhr des Holzes nach Maßgabe Unserer O.
1823.

Verfügungen der Central-Behörden.

E. R. des K. H. Min. (v. Bülow) v. 20. Sept. 1819 an die Reg. zu
Potsdam, Magdeburg, Frankfurt, Stettin, Breslau, Posen, Danzig,
reg. Köln, Koblenz und Düsseldorf. Alle städtische K. Bauten sollen
Mlicitation ausgeschrieben werden.

vorteilhaften Resultate, welche für die Baufonds durch Ueberlassung großer
me, und besonders der einzelnen Verabtheilungen und Materialien-Lieferun-
gen an die Mindesterfordernden sich bisher gezeigt haben, und die Ueberzeugung,
dieses Verfahren auch in anderen Städten der Monarchie auch mit Nutzen an-
zuwenden, geben mir die Veranlassung, hierdurch festzusetzen, daß, wie es schon bei
den geschieht, von nun an alle städtischen K. Bauten, welche von mir ressortiren
der Leitung der K. Reg. ausgeführt werden, zur Minuslicitation ausgeschrieben
sind.

versteht sich jedoch von selbst, daß die K. Reg. bei dieser Maßregel vorzüglich
sehen hat, den Baubeamten die thätigste Aufsicht und insbesondere die strengste
der Baue zur Pflicht zu machen.

des K. Min. des H. u. d. G., sign. Bau-Sachen Generalia, B. 1. Nr. 12.)

L. des K. Min. für d. H. (Eyttwein) v. 1. Juli 1821 an die K. Reg.
dort. Öffentliche Baue sollen in der Regel nicht auf Rechnung aus-
gebern in Verding gegeben werden.

Ausführung öffentlicher Baue auf Rechnung darf, wie der K. Reg. auf den Ver-
d. J. eröffnet wird, keinesweges als Regel, sondern als Ausnahme gelten, und
nur zulässig sein, wenn keine annehmbare und zuverlässige Unternehmer
sind oder von denselben übertriebene Forderungen gemacht werden. Daß die
g der Materialien-Lieferung von der Arbeits-Leistung bei den Verding-Bauen
man wegen deren theilweisen Verding um so weniger eine bestimmte Regel fest-
setzt, je verschiedener die Fälle sind, in welchen das eine oder das andere vortheil-
haft ist. Solches hat die K. Reg. in jedem besondern Falle näher zu erwägen und
nach Abhängig zu machen.

gen. des K. Min. Min., Abth. für H., Fabr. u. Bauwesen, B. 1. Nr. 12.)

des K. Min. des J. (v. Schumann) v. 14. April 1829, an das

K. Pol. Präf. zu Berlin. Bei öffentlichen Bauten sollen in der Regel die Materialien, als Kalk-, Mauer- und Dachsteine, auf Rechnung angekauft, die übrigen Lieferungen und Arbeiten aber an zuverlässige Werkmeister auf vorgängige Submissionen für das Mindestgebot überlassen werden.

Das K. Pol. Präf. wird auf seinen Antrag v. 10. v. M., in Gemäßheit des halb eingeforderten Gutachtens der K. Ober-Bau-Dep. hiermit autorisirt, bei dem zu ordnenden Bau eines Spritzenhauses auf dem ehemaligen Schützenfeld hies. so wie des Feuerwacht-, Spritzen- und Leutergebäudes in der Cronenburger Vorstadt die erforderlichen Materialien an Kalk-, Mauer- und Dachsteinen auf Rechnung ankaufen und die übrigen Lieferungen und Arbeiten aber an zuverlässige Werkmeister, unter Vorbehalt der Anschläge ohne Preise, welche dieselben mit den letzteren ausgehelt als Subm. einzubieten, und auf diese Weise die Mindestforderungen festzustellen.

Dieses Verfahren hat das K. Pol. Präf. nicht nur im vorliegenden Falle, sondern auch bei allen ähnlichen Bauten in der Regel anzuwenden, in sofern nicht besondere Umstände eine Ausnahme begründen möchten. (N. III. 302. — 2. 126)

4) C. M. des K. Min. (Gr. v. Alvensleben) v. 12. Mai 1818. Die K. Reg. zu Potsdam, Königsberg, Breslau, Stettin, Magdeburg, Hamburg, Düsseldorf und Arnberg. Grundsätze, nach welchen die Baucomen bei Beschaffung der Baumaterialien in den Fällen zu verfahren haben, wo es nicht verlichtet, sondern aus freier Hand angekauft werden.

Es ist von der K. Ober-Mech.-Kammer der Wunsch ausgesprochen worden, daß alle Reg.-Bez. geltendes Regulativ zu erlassen, welches die Grundsätze aufstellt, nach welchen die Baucomen bei Beschaffung der Baumaterialien in allen den Fällen zu verfahren haben, wo es für vortheilhaft zu erachten ist, von der gewöhnlichen Preisabzweiche und den Ankauf aus freier Hand abzuweichen. Bei den in dieser Beziehung ertheilenden Vorschriften würde ein doppelter Gesichtspunkt festzuhalten sein: 1.)

1) die vortheilhaftesten Preise und die beste Qualität des Materials zu erlangen,

2) der vorgesetzten Behörde, besonders der K. Ober-Mech.-Kammer, durch die wie die Anschaffung rechnungsmäßig belegt wird, die Ueberzeugung zu verschaffen, daß die für den Zweck sub 1. bestehenden Bedingungen beobachtet worden sind. Schriftliche Verträge werden dabei zwar nicht auszuwickeln sein, sie werden

in diesen Fällen auf ein einfaches Formular beschränkt werden können.

Die K. Reg. wird hierdurch angewiesen, ein solches Regulativ, wie es die gegenwärtigen Verhältnisse des vorliegenden Reg.-Bez. etwa erfordern möchten, mit Benützung der vorhandenen Andeutungen zu entwerfen und einzureichen.

Zum Anhalt bei dieser Arbeit wird der K. Reg. sein in den Reg.-Bez. (Potsdam und Königsberg) für die Anschaffung von Chausseebau-Materialien eingebracht worden. Hier bewilligten Abänderungen betreffend Regulativ mitgetheilt (Anl. a.) (man bemerken, daß der von der K. Reg. zu erwartende Entwurf sich nicht bloß auf die Bauten zu beschränken, sondern auch die Beschaffung des Materials zu andern namentlich des Wasserbaues zu berücksichtigen hat).¹⁾

Anl. a.

Instruktion über das Verfahren, welches bei Anschaffung des Chausseebau-Unterhaltungs-Materials beobachtet werden soll.

Um die zur Unterhaltung und Instandsetzung der Chausseen erforderlichen Materialien sowohl zu den möglichst billigsten Preisen zu erhalten, als auch jederzeit den Bedarf zu haben, sobald ihre Verwendung erforderlich wird, werden über die Anschaffung derselben folgende Bestimmungen ertheilt:

§. 1. Für jeden Wegebaumeister-Bez. wird von dem Wegebau-Inspektor ein bestimmter Preis herausgegeben, welche für jede einzelne Chaussee-Strecke von einer Station, oder nach Befinden auf größere Ausdehnungen für einen Kubit Stein an Hand betolliget werden dürfen.

§. 2. Die Tarif-Einstufung müssen mit einer, den Ortsverhältnissen gehörig angemessenen Ermäßigung der nähern bis zum v. 3. gezahlten Preise von dem Wegebau-Inspektor festgestellt werden.

§. 3. Eine Ueberschreitung dieser Tarif-Einstufung ist den Wegebaumeistern nicht ge-

¹⁾ Diese eingeklammerte Stelle ist in der Verf. an die Reg. zu Potsdam und Königsberg und statt derselben gesetzt: „ein in dem Reg.-Bez. Frankfurt“.

²⁾ Die hier eingeklammerte Stelle fehlt in der Verf. an die Reg. zu Arnberg.

den dieselben bemüht sein, das Material zu geringeren Preisen zu beschaffen, so ein starkes Angebot zu den bewilligten Preisen zeigt, dem Wegebau-Inspektor Anzeige zu machen.

Wenn das erforderliche Material für die Tariffälle nicht beschafft werden kann, so dem Wegebau-Inspektor überlassen, solche nach den Umständen und erforderlichen die früheren Preise zu erhöhen. Wird eine, wahrscheinlich jedoch nirgendwo Erhöhung über diese früheren Preise erforderlich, so hat der Wegebau-Inspektor der K. Reg. Anzeige zu machen, und die Gründe nachzuweisen, weshalb sie anzureichend geworden.

Als Grundlag wird festgestellt, daß die Anschaffung der Materialien vorzugsweise betrieben werden muß, wenn die Grundbesitzer oder sonstigen Inhaber von letzteren zum Betriebe ihrer Landwirtschaft oder ihres sonstigen Gewerbes sind.

Ob die Tariffälle, oder wenn Aussicht vorhanden ist, das Material zu noch tieferen zu erhalten, die letzteren veröffentlicht werden dürfen, wie dies unter Umständen sehr zweckmäßig sein kann, darüber hat der Wegebau-Inspektor auf seinen Vorschlag der Wegebauverwaltung zu entscheiden. Im besagten Falle ist die Richtung der zu bewilligenden Preise durch Anschlag in den Chausseegeld-Gebestellen und zwar mindestens für die ganze Chaussee-Strecke, für welche in gedachte das Chausseegeld erhoben wird.

Durch besondere Anschlag an den Chausseegeld-Gebestellen, Rathhäusern und anderen Orten, hat der Wegebauverwaltung alljährlich am 1. Okt. bekannt zu machen, wann von Chausseebau-Materialien zu jeder Zeit erfolgen können und welche die dafür zu bewilligenden Preise (sowie es nämlich für angemessen befinden die Veranschlagung derselben zu bewirken) in der nächsten Chausseegeld-Gebestellen, so kann es sein, den betreffenden Wegebauverwaltung, je nachdem für die Abnahme befristet und nach erfolgter Lieferung die Abnahme bei der nächsten Lieferung sofort auf die nächste Chausseegeld-Gebestellen zur Zahlung hat, und daß endlich, am 1. Okt., er sei wer er wolle, die Teilnahme an der zu möglich zu machen, sehr geringe Quantitäten bis zu einem. Kann ange- so bezahlt werden werden. In welchen Orten diese Bekanntmachungen bereits oder erneuert worden sind, hat der Wegebauverwaltung gleich darauf dem Regier- anzuzeigen, damit dieser hierüber Kenntnis nehmen und beurtheilen könne, welchen andern Orten noch dergl. Bekanntmachungen zu erlassen sind.

werden den Wegebauverwaltung hierzu gedruckte Formulare ausgehändigt werden.

Bei den Materialien-Lieferungen hat der Wegebauverwaltung darauf zu halten, Station vorläufig höchstens nur das, für das laufende Jahr bereits bewilligte, das Jahr in einigen Monaten abgelaufen ist, das nach der Bestimmung des Inspektors für das folgende Jahr vorläufig anzuschaffende Quantum anzuzeigen. Ist diese Lieferung, wenn auch nur auf einzelnen Strecken befristet, so werden in einem noch fortwährend angenommen, es tritt aber sofort eine obermögliche Herabsetzung der Preise ein, die so lange beizubehalten oder noch weiter sinken, als immer noch ein, den Bedarf für die nächste Zukunft sicherer Bestand nicht vorhanden ist, oder noch fortwährend Angebote von dergl. Materialien. Der Wegebauverwaltung hat daher von der ganzen oder theilweisen Beendigung unbedingten Lieferung, der bei derselben Statt gefundene Teilnahme und möglichung, unter welcher nach seinem Dafürhalten noch Fortsetzung der Lieferung steht, dem Wegebau-Inspektor sofort Anzeige zu machen, und hat dem- die Preise zu bestimmen, für welche, bei sofortiger Zahlung, die Lieferung noch möglich werden darf. Diese Preise, oder wenn der Wegebauverwaltung glaubt, sie eben zu können, die letztern, sind dann event. in der betr. Chausseegeld-Gebestellen, und der frühere Anschlag sofort abzunehmen.

Was die Form der über die Lieferung von Chausseebau-Materialien abzu- Verträge betrifft, so ist es als Regel den Grundlag festzuhalten, daß der Vertrag abgeschlossen werden muß, sobald der Werth der Lieferung über 50 Thlr. so daß nur unter dieser Summe eine mündliche Verabredung zulässig ist).

§ 144. und 145. Th. I. Th. 5. des K. 2. M. kann zwar bei Verträgen über solche Sachen und Handlungen, die von beiden Theilen gleich erfüllt werden, Rang der schriftlichen Abfassung zur Aufrechterhaltung des abgemachten Geschäfts resp. Verweigerung der verabredeten Vergütung nicht vorgeschrieben werden, während daher solche Verträge, was die rechtliche Einwirkung des statutenmäßigen betrifft, statlich mündlich abgeschlossen werden können. In Beziehung auf Rechnungs-Inspektion und Revision scheint es aber bedenklich, dies so allge-

§. 10. Ausgenommen von dieser Regel sind die Anlieferungen von Feldsteinen und Kies, welche auf Grund der vom Wegebau-Inspektor bekannt gemachten (§. 8) erfolgen und auf der nächsten Chausseegeld-Bebestelle geobut werden. Dasselbe gilt auch bei einem Verthe von über 50 Thlr. mündlich verabredet werden jedoch zur Justifikation der Rechnungen, außer den Plaudationen, Zahlungs-Anforderungen und Quittungen der Geld-Empfänger, die durch öffentl. Anschlag erlassenen Bekanntmachungen in beglaubigten vollständigen Abschriften mit der Bescheinigung des Wegebau-Inspektors, daß, wo und wann der öffentl. Anschlag Statt gefunden hat, beigebracht werden.

§. 11. Ist die Bekanntmachung der Preise nicht erfolgt, so müssen bei Verträgen der Materialien-Lieferungen, sobald der Werth derselben 50 Thlr. übersteigt, solche Verträge errichtet werden, jedoch brauchen dieselben nur mit wenigen Worten zu beschreiben zu werden. Diese Verträge sind sodann mit dem Stadtschreiber des Wegebau-Inspektors zu versehen und nebst sämtl. den Wegebaumeistern zu ihrer Amtsstelle zur gefertigten vom Wegebau-Inspektor festgesetzten Materialien-Preisen ebenfalls den Rechnungen in beglaubigten Abschriften beizufügen.

§. 12. Hinsichtlich der Zahlungen aus den Special-Kassanten, behält es die Bestimmungen des durch die Allerh. R. O. v. 31. Aug. 1825 genehmigten Reglements das Verbleiben bei Anzahlung von Baugeldern und wegen der dafür zu bewillenden Remunerationen v. 6. Sept. 1815, so wie der G. Verf. v. 21. Juli 1829 und d. 1837 und der Deklaration der letztern v. 24. Sept. 1837 *) sein. Beizubehalten.

§. 13. Die Zahlungen für die Lieferungen über den Etat erfolgen vorzugsweise auf Rechnung des künftigen J., soweit sie nicht aus dem Vorrath-Fonds oder den Einnahmen des laufenden Jahres bestritten werden können.

§. 14. Ob in den folgenden Jahren eine fernere Ermäßigung der Materialien-Preise eintreten kann, oder ob die gezahlten Preise beibehalten oder erhöht werden müssen, muß nach Veranschauung der Umstände beurtheilt und darnach verfahren werden.

§. 15. In den über die geforderte Anlieferung der Materialien auszuweisenden Plaudationen oder Gedauwungen hat der Wegebaumeister nicht allein das in der Wärfersrede angelegte Quantum für sich anzugeben, sondern auch die Stellen, an welchen dergleichen Materialien, und wie viel, geteilt worden sind, weil abgesehen davon, daß eine genügende Kontrolle über die Materialien dies ohnehin schon erfordert, die Preise selbst für eine und dieselbe Wärfersrede verschieden sein und dann gleich beurtheilt werden können, ob der Wegebaumeister sich in den Schranken der gestellten Veranschauung gehalten hat.

§. 16. In Fällen, wo diejenigen, von deren Grundstücken die Materialien herbeizuschaffen sein würden, entweder gar nicht oder nur zu verhältnißmäßig hohen Preisen Lieferungen übernehmen wollen, hat der Wegebaumeister die Ueberlegung gedachter Grundstücke Behufs Entnahme der Materialien bei der landrätlichen Behörde nachzusehen, demnachst das Graben oder Sammeln der Materialien auf die Kosten bewirken und speciell anzuordnen, zur Ausfuhr besondere Fuhrleute zu bidden und die Mittelung der den Grundbesitzern zu gewährenden Detiorations-Entschädigungen ihrer Zeit zu veranlassen. Es kann den Besitzern der Fahrwerke zwar auch die Anfuhr oder Sammeln der Materialien und die Entschädigung der Grundbesitzer gegen die Kosten der Fuhrpreise, v. 8. zu den, von dem Wegebau-Inspektor festgesetzten Fuhrpreisen zu lassen werden, doch hat der Wegebaumeister davon eben so gut, wie in jedem Falle auf zu wachen, daß die Entnahme und Abfuhr der Materialien mit Ordnung und zu Privat-Zwecken, endlich die vollständige Befriedigung des Unternehmers zu

meist auszusprechen, weil es sich bei derselben oft schwer beurtheilen läßt, ob die Leistung sofort erlöst und vergütet worden ist. Es sind daher die Fälle, in denen von den schriftlichen Verträgen, auch wenn ein höherer Werth als 50 Thlr. ist, abgesehen werden kann, den erforderlichen Chausseebau-Materialien zu beiten nach näher zu bestimmen, und dabei auch zugleich die statt der Verhandlungen, Submissionen und schriftlichen Verträge beizubringenden besten Justifikationen vorzuschreiben. Einzelne Ausnahmen folgen im nächsten.

1) Da hiernach, außer den auf den Baustellen selbst zu leistenden Zahlungen an Arbeits-Löhnen, auch Zahlungen an Entrepreneurs und Lieferanten bis zu einer bestimmten Summe von 50 Thlr. durch Special-Bau-Kassen-Stendanten gegen vorschristsmäßige Quittungen geleistet werden dürfen, so fragt es sich:

ob nicht diese Bestimmungen noch auf Materialien-Ankäufe aus freier Hand zur Summe von 50 Thlr. für den einzelnen Empfänger, in sofern derartige Einkäufe überhaupt zulässig, ausgedehnt sind?

derselbe nachweist, daß der Grundbesitzer schadlos gestellt ist oder Entschädigung nicht mehr machen darf.

b) unter dem Vorgeben, daß der Grundbesitzer die Materialien zu eigenem Gebrauche, oder daß er solche während seiner Besitzzeit schon anderweitig ankaufte, oder daß er solche während seiner Besitzzeit schon anderweitig ankaufte habe, die Uebersetzung der Feldmark seitens der landrätthlichen Behörden, oder von den Grundbesitzern dagegen protestirt, so ist hiervon und es angebotenen Kaufpreises und der für Entnahme und Abfuhr der Materialien entstehenden Kosten, nebst denjenigen, für welche die Materialien auch, ohne Verührung der fraglichen Grundstücke zu gewinnen sind, der R. Entscheidung Anzeige zu machen. Das Letztere muß auch geschehen, selbst die auf die Chaussee zu schaffenden Materialien nicht von eigenen, sondern einer Einigung mit den betr. Besitzern, von fremden Grundstücken entnommen. Eine Entschädigung zahlt, die den Werth des durch die Entnahme verminderten Grundstücks übersteigt, indem dergleichen Privatabkommen immer nur Chausseefonds zurückwirken. Es ist daher jederzeit Sache des Begehrten, sich um diesen Gegenstand zu bekümmern.

Uebrigens haben die Begebaumeister sich jeder willkürlichen Anordnung des Aufbaues der Materialien zu enthalten, vielmehr die gesetzlichen Vorschriften, wonach das Ausgraben wider Willen des Eigenthümers oder Verbot geschehen darf, bis nicht die Grundstücke von der landrätthlichen Behörde zweck überwiegen sind, oder über dergleichen entstehende Streitigkeiten von der von derselben niedersetzenden Kommission entschieden ist.

des R. Fin. Min., Abth. für G., Fabr. u. Bauwesen, B. 1. Nr. 12.)
des R. Min. der G., U. u. Med. Ang. (Eichhorn) v. 30. Nov.
des R. Reg. u. Prov.-Schulcollegien. Sicherung des Fiskus vor Zögerungszinsen bei der Eingehung und Erfüllung von Entre-

erhält in der Anl. (a.) eine Abschrift der von der R. Reg. zu Posen an den Geschäftsbereich unterm 23. v. M. erlassenen und hier eingereichten, worin es mit Rücksicht auf das G. über die Verpflichtung des Fiskus zur Zahlung von Zinsen v. 7. März 1845 (G. S. S. 158.) für angemessen erachtet, den Abschluß von Bau-Entreprise-Kontrakten, welche Fiskus als Bauherr eingreift, so geräumig zu bestimmen, daß hinlängliche Zeit bleibt, die R. Reg. nachzusuchen und von Derselben zu verfügen. Auch wird eine Eingehung von Entreprise-Verträgen über Kirchen-, Pfarr-, Küster-, Altbauten und Reparaturen empfohlen.

f. insoweit ganz zweckmäßig erscheint, als dadurch etwaigen Weiterungen der Beteiligten hinsichtlich der Forderung von Verzugszinsen aus Fiskalangelegenheiten vorgebeugt wird, so gebe ich der R. Reg. anheim, auch Ihrerseits, sofern es sein sollte, an die Unterbehörden Ihres Bezirks eine ähnliche Verf.

Anl. a.

auf das G. über die Verpflichtung des Fiskus zur Zahlung von Zögerungszinsen v. 7. März c. erscheint es angemessen, in den Bau-Entreprise-Kontrakten, Bauherr schließt, die Zahlungstermine so geräumig zu bestimmen, daß bleibt, die Zahlung hier Orts nachzusuchen und zu verfügen. Es erscheint auch, in sämtl. Entreprise-Verträgen über Kirchen-, Pfarr-, Küster-, Altbauten und Reparaturen eine gleiche Vorsicht zu beobachten, und wir Ew. Hochw., im §. 11 des Schema der Entreprise-Kontrakte hinter dem jedesmal die Klausel einfließen zu lassen:

„Zwei Monaten nach diesen Terminen muß die Zahlung geleistet sein.“

Es ist sich von selbst, daß die Nachsicherung der Zahlung, sobald der Bau-Contract vorgeschriebene Attest über die erfolgte theilweise oder vollständige Baues oder der Reparatur beigebracht hat, von Ew. Hochw. aufleunigt werden muß, so daß wir angemessene Zeit behalten, die Zahlungen zu erhalten. Posen, den 23. Okt. 1845.

Reg., Abth. für die Kirchen-Verw. und das Schulwesen.

des Depart. und an den Polizei-Präsidenten der Stadt Posen.
(1846. G. 9. Nr. 13.)

bezüglich der Frage, in wiefern bei Domainen- und Forst-Verdingungen öffentliche Ausbietung abzustehen, vergl. unten Abschn. II.

II.

Verfügungen der Provinzial-Behörden.

1) Die bei Entreprise-Bauten zum Grunde zu legenden Kontrakt-Bestimmungen sind von mehreren Regierungen zusammengestellt.

a) Publik. der K. Reg. zu Potsdam v. 28. April 1818. Bedingungen für die Entreprise-Kontrakte über Königl. oder Kirchen-, Pfarr- u. Schul-Königl. Patronats.

Die in den hier üblichen Kontrakten über Königl., oder Kirchen-, Pfarr- und Schul-Königl. Patronats enthaltenen allgem. Bedingungen sind, in soweit sie auf kleinen Entreprisen unter 50 Thlr., über welche gewöhnlich nur Verpflichtungsbedingungen aufgenommen werden, Anwendung finden müssen, folgende:

1) Der Entrepreneur übernimmt die Ausführung des Neubaus (der Weiterbau nach dem genehmigten Kostenanschlage und der Zeichnung und verspricht, solche nach den Umständen jedesmal zu bestimmenden Frist tüchtig und untadelig zu beendigen.

2) Verpflichtet sich, von dem Bauanschlage und der Zeichnung nicht abzuweichen, auch nicht mehrere als die veranschlagten Arbeiten ohne deshalb zuvor erhaltene Genehmigung der vorgesetzten Behörde zu vollziehen, widrigenfalls derselbe nicht nur die Zahlung erhält, sondern auch, wenn diese Arbeiten dem Bau für nachtheilig erachtet werden, außerdem dafür haftet.

3) Für die gehörige Güte der Baumaterialien ist der Entrepreneur verantwortlich und unterwirft sich deshalb der Beurtheilung des betr. Baubeamten, so wie derselbe Anzeige über die Ausführung selbst, daher er demselben vor dem Anfange des Baues Anzeige zu machen und ihn bei dringender Veranlassung einer Abweichung jeder Zeit benachrichtigen hat.

4) Zu der Maurerarbeit darf der Entrepreneur nur anschlagsmäßigen Kalkstein verwenden, und bei 50 Thlr. oder auch nach Beschaffenheit der Umstände noch Schiefer sogenannten Sparsatz verarbeiten lassen.

5) In dem Fall, wo zu den Bauten freies Bauholz angewiesen wird, macht der Entrepreneur sich verbindlich, daß wenn ihm schlechtes Bauholz verabfolgt werden sollte, davon sofort dem betr. Baubedienten Anzeige machen will, widrigenfalls, wenn eine Revision oder in der Folge durch die wenige Dauer der Arbeit sich finden sollte, demohnverachtet schlechtes Holz angenommen, er allein deshalb der kontrahirenden Behörde verhaftet bleibt.

6) Da über die Verwendung des frei angewiesenen Holzes zu seiner Zeit ausgestellt werden muß, so hat Entrepreneur zu diesem Behuf von der Holzverwaltung er solche dem Revierförstbedienten einhändig, Abschrift zu nehmen und selbst für die Beschaffung des beizugleitenden Attestes zu sorgen.

7) Wenn bei einer, wegen schlechter Ausführung der Entreprise veranlasseter Untersuchung sich ergibt, daß dem Entrepreneur hierbei etwas zur Last fällt, so hat er hierdurch verursachte Kosten für die zur Ungelähr bewußten Betrügnungen, Pausen und Baubedienten, wie derselbe in Privatangelegenheiten zu fordern bezeugt ist zu ersetzen.

8) Haftet Entrepreneur nach geschehener Vollendung und Revision des Baues auf eine jedesmal besonders zu bestimmende Frist für dessen Dauer und Verfall, jeden Schaden zu ersetzen, der als eine Folge einer schlechten Ausführung oder anderer untauglicher Materialien erwiesentlich gemacht wird, die bei der Abnahme nicht mehr beurtheilt werden konnten, oder verheimlicht sind.

9) Sollte der Entrepreneur den Bau anschlagmäßig ausführen oder in dem schlechten Zeit nicht beendigen, so wird solcher nach der Wahl der betr. Behörde Gefahr und Kosten des Entrepreneurs entweder anderweit verbunden oder in die Hand genommen, oder aber der Entrepreneur durch Exekution zur gehörigen Ausführung des Baues angehalten, wobei derselbe überdies noch für allen Schaden, der durch Verzug des Baues entsteht, haftet.

10) Entrepreneur besorgt sich auf eigene Kosten Abschrift des Anschlages und der Zeichnung; die Originalien werden bei Vollziehung des Kontrakts zurückgegeben.

11) Entrepreneur bestellt auf Verlangen eine angemessene Sicherheit wegen Erfüllung der übernommenen Verbindlichkeiten.

12) Entrepreneur entläßt allen Einwendungen gegen den auszuführenden Kontrakt, insonderheit der Verletzung über die Güte, und der Ausdehnung, daß ein Verzicht ohne eine besondere Benennung aller und jeder Einwendungen und Nachforderungen, weil er mit der Kontraktsumme den Bau nicht habe ausführen zugleich auf das Rechtsbeständige.

ablich trägt der Entrepreneur den Kontraktstempel.

ese allgemeinen Bedingungen hat daher jeder K. Beamte, bei Aufnahme einer Verhandlung über einen öffentlichen Bau, den Bau-Unternehmer jedesmal zu verweisen, und in sofern dieser mit den Bedingungen nicht bereits bekannt zu solche mündlich vorzuhalten, und daß dies geschehen, ihn durch den Kontrakt Verhandlung deutlich anerkennen zu lassen. (A. II. 314. — 2. 17.)

abl. der K. Reg. zu Stralsund v. 21. Mai 1818. Bedingungen der Kontrakte über öffentliche Bau-Unternehmungen.

Zweck der Gleichförmigkeit und Abkürzung der Kontrakte über öffentliche Bauten, werden folgende allgemeine, in jedem einzelnen Fall zum Grunde zu nehmungen festgesetzt:

2) (Wie in dem Publ. der Reg. zu Potsdam.)

r die gehörige Güte der Bau-Materialien ist der Entrepreneur verantwortlich. Maurerarbeit darf nur die veranschlagte Kalk-Sorte genommen, auch muß die richtige Mischungs-Verhältniß des Mörtels beobachtet werden; beides bei einer von der vorgesehnen Behörde nach ihrem Ermessen festzusetzenden r Entrepreneur unterwirft sich deshalb der Beurtheilung der betr. Baubeamten Anordnung über die Ausführung des Baues oder der Reparatur selbst, dieselben vor dem Anfange des Baues davon Anzeige zu machen, und ihn bei Veranlassung, oder einer Abweichung jederzeit davon zu benachrichtigen hat. t der Entrepreneur dem Baubeamten über den Fortgang des Baues unausgesetzt zu acht Wochen, Nachricht zu geben.

Wie Nr. 5. des Publ. der Reg. zu Potsdam.)

Wie Nr. 7. des Publ. der Reg. zu Potsdam mit folgendem Zus.: Sollte die e von dem Unternehmer früher verlangt werden, als der Bau selbst gänzlich um den letzten Theil des Baugelbes bald zu erhalten, so wird festgesetzt, solchem Falle der Entrepreneur die Diäten und Reisekosten dem Revisor)

ann gleich der Bau-Unternehmer gehalten ist, den Bau in der festgesetzten Zeit , so darf er denselben doch nicht zum Nachtheil der Dauerhaftigkeit des Ge- eilen, und wird es durchaus nicht gestattet, daß die Fundamente und das Ge- eher mit Erde beschüttet und ausgefüllt, und Mauern und Wände eher beputzt bis alles gut ausgetrocknet ist. (Nun folgt der Satz Nr. 8. des Publ. der t s d a m.)

Wie Nr. 9. des Publ. der Reg. zu Potsdam.)

r Entrepreneur besorgt sich auf eigene Kosten Abschrift des Anschlages und echnung; die Originallen werden bei Vollziehung des Kontrakts zurückgereicht. : den Kontraktstempel, imgleichen die Bekanntmachungskosten und das Brief- orte in Angelegenheiten seiner Unternehmung.

r Entrepreneur bestellt auf Verlangen eine angemessene Sicherheit wegen r übernommenen Verbindlichkeit. (In der Regel wird aber dann, wenn der : keinen Vorschuß des Baugelbes verlangt, demselben auch keine besondere Bestellung aufgegeben.)

Agegen sollen ihm die kontraktlichen Baugelber prompt und zu den festgesetz- ten, in der Regel mit einem Drittel zum Anfange, in der Mitte und nach endigung des Baues, gezahlt werden.

as Bauholz, wenn solches aus K. Waldungen geliefert wird, und in dem für nichts ausgelegt ist, soll ihm ganz frei ohne alles Stamm-, Pflanz- und o verabsolgt werden.

Wenn freie Fuhrn oder sonstige Hülfe stipulirt werden, soll für deren prompte betreffende Behörde Sorge tragen, überall aber der Entrepreneur in dem von igenen Kontrakt und bei seinem Unternehmen möglichst geschützt, und ihm Vorschub, worauf er nach Recht und Billigkeit Anspruch machen kann, zu

Wie Nr. 12. des Publ. der Reg. zu Potsdam.)

ese allgemeine Bedingungen hat ein jeder K. oder mit öffentlichen Bauten beamtete, bei Aufnahme eines förmlichen Kontrakts oder auch nur einer kurzen darüber zc. (wie der Schluß des Publ. der Reg. zu Potsdam.) 317. — 2. 18.)

abl. der K. Reg. zu Vienne v. 22. Juli 1818. Bedingungen, welche en Bau-Unternehmungen zu Grunde zu legen sind.

Zweck der Gleichförmigkeit und Abkürzung der Kontrakte über öffentliche u-Polizei. 2. Auß.

Bau-Unternehmungen werden folgende allgemeine, in jedem einzelnen Falle zum Grunde zu legenden Bedingungen festgesetzt:

1—5) (Wie in dem Publ. der Reg. zu Stralsund)

6) Sollte der Bau fehlerhaft aufgeführt sein, oder dazu solche schlechte Materialien verwendet worden sein, daß derselbe nicht von Dauer sein kann, so muß der Unternehmer nach dem alleinigen Ausspruche der R. Reg., den Bau auf seine Kosten wieder aufheben und von neuem ganz nach der Vorschrift mit guten Materialien wieder aufzuführen, deshalb erst auf dem Wege Rechtsens dazu bewogen zu werden. Die hierdurch verursachten Kosten aller Art, sowie die Plätsen und Reisekosten der Reg. Kommissarien, muß der Unternehmer tragen.

7) (Wie Nr. 6. des Publ. der Reg. zu Stralsund)

8—14) und Schluß (fast wörtlich wie in dem Publ. der Reg. zu Stralsund (N. II. 871. — 3. 117.))

d) Publ. der R. Reg. zu Stettin v. 18. Nov. 1823. Bedingungen, welche bei öffentlichen Bauten zum Grunde zu legen sind.

Zum Zwecke der Gleichförmigkeit und Abfärgung der Kontrakte über öffentl. Unternehmungen, werden folgende allgemeine, in jedem einzelnen Falle zum Grunde zu legenden Bedingungen hiermit festgesetzt:

1) Der Bau-Unternehmer verpflichtet sich, den Neu- oder Reparatur-Bau innerhalb einer, nach den Umständen jedesmal zu bestimmenden Frist tüchtig und ungeschädigt zu vollenden, zahlt eine Strafe zum Betrage von 5 pCt. der Vertragssumme, wenn den festgesetzten Baubearbeitungs-Termin nicht inne hält und läßt sich gefallen, daß der Betrag bei Auszahlung der letzten Kontratspost in Abzug gebracht werde.

2) 3) u. 4) (Fast wörtlich wie in dem Publ. der Reg. zu Stralsund.)

5) Der Bau-Unternehmer haftet nach geschehener Vollendung und Abnahme des Baues noch auf eine gewisse Zeit für dessen Dauer, in der Regel zwei, und wenn in einzelnen Fällen nichts besonders festgesetzt ist, auf sechs Jahre, und verpflichtet sich, jeden Schaden zu ersetzen, der als Folge einer schlechten Ausführung oder aus schlechten Baumaterialien erwirktlich gemacht wird, die bei der Abnahme entweder nicht bemerkt werden konnten oder verheimlicht waren.

6) (Wie der erste Satz in Nr. 6. des Publ. der Reg. zu Stralsund)

7) (Wie Nr. 9. des Publ. der Reg. zu Potsdam)

8) Bei jedem über die Bau-Ausführung entstehenden Streite ist das Gutachten betr. Baubeamten entscheidend, wenn jedoch die kontrahierende Behörde zu einer Revision sich veranlaßt findet, so treten dann deren Bestimmungen und Festsetzungen in Kraft, und ist dagegen kein Weg vor ein öffentliches Gericht zulässig.

9) Wenn bei einer, wegen schlechter Ausführung der Entreprise veranlaßten Untersuchung sich ergibt, daß dem Entrepreneur hierbei etwas zur Last fällt, so hat er die hierdurch verursachten Kosten für die zur Ungebühr bewirkten Verf., und die dadurch den Baubedienten, wie derselbe solche in Privat-Angelegenheiten zu fordern befähigt, zu entrichten. Auch darf die Bau-Abnahme nicht früher verlangt werden, als bis der Bau durchaus gänzlich beendet ist, widrigenfalls auch sodann der Baubeamte für die verstrichene Zeit und Reisekosten zu entschädigen ist. Alle Geschäfte aber bei den Revisionen, Kontratskliegungen, Revisionen und Abnahme der Entreprise-Bauten, sind durch die Bau- und andere Beamte unentgeltlich, und behalten wir uns über die Befugnis obiger Strafen vor.

10) Die Entreprise-Kontrakte haben erst dann Giltigkeit und Kraft, wenn sie bestätigt sind, bis dahin aber bleibt Bau-Unternehmer vom Tage der Kontratsunterzeichnung oder vergangenem Expiration ab, vier Wochen lang an sein Gebot gebunden, und kann, wenn zur Bestätigung des Kontrakts oder der Verhandlung, die höhere Genehmigung nachgesucht werden muß.

11) (Wie Nr. 8. des Publ. der Reg. zu Stralsund)

12) Der Bau-Unternehmer muß vor der Kontratsunterzeichnung vollständige Sicherheit nachweisen, und wenn es verlangt werden sollte, eine Kaution zum ungefähren Betrage des dritten Theils der ganzen Kontraktsumme leisten, oder sichere Bürgschaft stellen.

Wenn der Bau-Unternehmer seinen Vorschuß an Baugeldern verlangt, was nicht besondere Umstände obwalten, denselben auch nicht eine besondere Sicherstellung ausgeben.

13) Dagegen sollen dem Bau-Unternehmer die kontraktlichen Baubeträge, und zu den festgesetzten Zeitpunkten, in der Regel bei Bauten bis zu 1000 Thlrn. in drei Terminen, als beim Anfang und nach geschehener Abnahme des Baues; bei Bauten über 1000 Thlrn. in drei Terminen, als beim Anfange des Baues, wenn so der Bau zu Hälfte gediehen, und nach geschehener Abnahme; bei Bauten über 1000 Thlrn. in

er in vier Terminen, wie solches für jeden einzelnen Fall verabredet wird, baar ausgezahlt werden.

14) Das Bauholz, wenn solches aus K. Forsten geliefert wird, und in dem An-
lage dafür nicht Geld ausgezahlt ist, soll dem Bau-Unternehmer ganz frei ohne alles
Zuschlag-, Pflanz- und Anweise-Geld verabfolgt werden. Die Holzanweisungen gehen zu
Ende von der kontrahirenden Behörde aus an die betr. K. Forst-Inspektion, bei der
sich der Bau-Unternehmer zur Empfangnahme des Holzes zu melden hat.

15) (Wie Nr. 12. des Publ. der Reg. zu Stralsund.)

16) (Wie Nr. 12. des Publ. der Reg. zu Potsdam.)

Auf diese u. (wie der Schluß des Publ. der Reg. zu Stralsund, mit folgendem
Inhalt): „und erklären zu lassen“: daß er sich verpflichte, alle in diesen allgemeinen Be-
dingungen enthaltenen Bestimmungen zu übernehmen, und sich an dieselben ebenso gebunden
zu halten, als ob sie in dem Vertrage (der Verhandlung) von Wort zu Wort aufgenommen
wären. (N. VII. 969. — 4. 145.)

e) Publ. der K. Reg. zu Königsberg v. 22. Jan. 1824. Derselben
Inhalt.

Um den Kontrakten über öffentliche Bau-Unternehmungen mehr Gleichförmigkeit
Bestimmtheit zu geben, werden folgende allgemeine, in jedem einzelnen Falle zum
Anwende zu legenden Bedingungen hiermit vorgeschrieben:

1) (Wörtlich wie in dem Publ. der K. Reg. zu Stettin, mit folgendem In-
halt: „ertheilt er dem Baubeamten das Recht zu, für die dadurch verursachte vergebliche
Arbeit von ihm die gewöhnlichen Diäten und Fuhrkosten zu fordern.“)

2) 3) 4) (Fast wörtlich wie in dem Publ. der Reg. zu Stralsund.)

5) (Wörtlich wie in dem Publ. der Reg. zu Stettin.)

6) (Wie der erste Satz in Nr. 6. des Publ. der Reg. zu Stralsund.)

7) (Wie Nr. 9. des Publ. der Reg. zu Potsdam.)

8) u. 9) (Wie in dem Publ. der Reg. zu Stettin.)

10) Die Entreprise-Kontrakte haben erst dann Gültigkeit und Kraft, wenn sie von
der Behörde genehmigt sind, bis dahin aber bleibt der Bau-Unternehmer, vom Tage der Kontrakt-
unterzeichnung oder der stattgefundenen Auktion ab, jeder Auktionant an sein Gebot gebunden.

11) Dem Bau-Unternehmer werden auf seine Kosten Abschrift der Bauanschläge
Zeichnungen besorgt. Auch trägt der Bau-Unternehmer den Kontraktstempel, im-
mer die Bekanntmachungskosten und das Brief- oder Geldporto in Angelegenheiten
der Entreprise.

12) 13) 14) (Wie in dem Publ. der Reg. zu Stettin.)

15) Wenn freie Führen oder sonstige Hülfe und Leistungen stipulirt werden, soll
dem Unternehmer prompte Erfüllung die betr. Behörden Sorge tragen.

16) Der Bau-Unternehmer entsagt dem Einwande der Verletzung über die Hälfte
des Preises, selbst sich auch aller aus dem Grunde zu machenden Nachforderungen, daß er mit
dem Preissumme den Bau nicht ausführen können, auf das Rechtbeständige. Außer-
dem geben sich beide kontrahirende Theile aller gegen den Kontrakt irgend zulässigen
Einreden und auch der Einrede, daß ein allgemeiner Verzicht nicht binde, wenn nicht
Einwände besonders entsagt worden.

Auf diese allgemeinen Bedingungen hat zur Abkürzung ein jeder oder mit öffent-
lichen Bauten beauftragter Beamte bei Aufnahme eines förmlichen Baukontrakts oder
Auktions- oder einer andern Verhandlung darüber, den Bau-Unternehmer jedes-
mal ausdrücklich zu verwarnen, und, in sofern dieser mit den Bedingungen nicht bereits
einverstanden sein sollte, worüber seine Erklärung ausdrücklich zu verschieben ist, ihm selbige
ausdrücklich vorzuhalten, und wie solches geschehen, durch den Kontrakt oder die
Verhandlung deutlich anerkennen, und insbesondere ausdrücklich erklären zu lassen: daß er
sich verpflichte, alle in diesen allgemeinen Bedingungen enthaltenen Bestimmungen zu
übernehmen, und sich an dieselben eben so gebunden halten, als ob sie in dem Vertrage (der
Verhandlung) von Wort zu Wort aufgenommen wären.

(Richters Baugesetzgeb. S. 168.)

f) B. der K. Reg. zu Düsseldorf v. 29. April 1829. Verfahren bei Ver-
handlung und Abschließung von Verträgen über Gemeindebauten.

Zur Bewirkung eines übereinstimmenden und angemessenen Verfahrens und zur
Verminderung der Schreiberei bei Abschließung der Verträge und Verträge über vorfal-
tende Gemeindebauten, haben wir folgende allgemeine Bedingungen festgestellt, auf welche
wir bei den Verpflichtungs-Verhandlungen, als in den abzuschließenden Verträgen
Bezug zu nehmen ist.

§. 1. Nur diejenigen, welche vor 1822 als kundige Bau-Unternehmer in Thätig-
keit gewesen, oder die gesetzliche Prüfung als Bau-Vermeister bestanden haben, und

durch ausgeführte Bauwerke als tüchtig und solide bekannt sind, oder diese durch Zeugnisse einer Behörde darthun — können zum Verdinge zugelassen werden. Betrifft der Verding nur einzelne Baumaterialien, als Holz, Steine, &c., so ist nur zu deren Lieferung die Qualifikation erforderlich.

§. 2. Annehmer setzt $\frac{1}{2}$ der Entreprisefumme als Kaution, oder stellt einen leg. Bez. ansässigen, zuverlässigen Bürgen, welcher sich als Selbstschlichter verpflichtet, und zu dem Ende die Verdingungsverhandlungen mit unterschreibt.

§. 3. Alle mit der Bekanntmachung und Abhaltung des Licitationstages, Abschließung, Ausfertigung und Bestätigung des Kontrakts verbundene Kosten, besonders auch die Kapitallen und Stempel-Gebühren gehören, übernimmt Bau-Unternehmer, und berichtigt diese Kosten bei Aushändigung des für ihn ten Kontrakt-Exemplars.

§. 4. Annehmer verpflichtet sich: das Bauwerk, resp. Lieferung, innerhalb bestimmten Frist tüchtig und untadelhaft zu vollenden, sich dabei genau Vorschriften zu richten, welche der Ausführung zu Grunde liegen (Plan, Kosten ohne Genehmigung des betreffenden Baubeamten keine Änderungen vorzunehmen überhaupt dessen Anordnungen Folge zu leisten. — Wird mit Genehmigung des Baubeamten oder weniger geliefert, als veranschlagt, so werden die Kosten nach Verhältniß der zur Vertragssumme vergütet oder gekürzt.

§. 5. Die Genehmigung der obern Behörde wird vorbehalten, und ist derselben frei, das Bauwerk, resp. Lieferung, an einen von den drei Letztbietenden zu vergeben.

§. 6. Wenn der Unternehmer das Bauwerk, resp. Lieferung, ansetzt, oder in der vorgeschriebenen Zeit nicht beendet, so wird deren Vervollendung, nach Wahl der Behörde, auf Gefahr und Kosten des Unternehmers anderweit verbunden, oder in Rechnung ausgeführt werden, und trägt er über den Schaden, welcher der Gemeinde, resp. Behörde, durch die spätere Vervollendung des Werks, oder Lieferung erwachsen; nur bei unvorhergesehenen erheblichen Mehrkosten, sich namentlich bei Reparaturbauten häufig ergeben, wird eine verhältnißmäßige Verlängerung nachgegeben.

§. 7. Der Annehmer ist verpflichtet, auf seine Kosten diejenigen Vorkehrungen zu treffen, welche erforderlich sind, damit der öffentliche Verkehr nicht gestört und öffentlichen Anordnungen Genüge geleistet werde; eben so ist er gehalten, nach Beendigung der noch vorhandenen Materialien &c. auf seine Kosten vom Bauplätze zu entfernen und denselben zu reinigen. Unterläßt er, der zu dem Ende an ihn erlassenen Anordnungen binnen der bestimmten Frist Genüge zu leisten, so wird das Nöthige für sein Bestehen bestimmt werden.

§. 8. Annehmer muß den Bau, resp. Lieferung, bergestellt leiten, daß die Baubeamten, oder die zur Aufsicht gewählten Personen, die Baumaterialien prüfen können; er ist daher verbunden, sie denselben, bevor sie unsichtbar gemacht worden, damit die Prüfung ihrer Qualität geschehen könne. Ist diese Vorzeigung blicke; so ist der Baubeamte befugt, die verarbeiteten Baumaterialien Behauptung ausbrechen zu lassen, und hat der Unternehmer alsdann auf seine Kosten zu wiederholen.

§. 9. Wenn die Arbeiten oder Lieferungen im Laufe eines Jahres nicht beendet werden können; so ist Annehmer verpflichtet, die vorräthigen Materialien gegen Witterung zu schützen, die nicht geschlossenen oder gedeckten Mauern mit einem Fuß stark mit Erde zu bedecken und mit schweren Materialien zu besetzen, hat Unternehmer alles anzuwenden, um das Bauwerk möglichst vor den Nachtheilen der Witterung zu schützen. Der dießhalb von den Baubeamten, oder der Ortsbehörde erlassenen Aufforderung hat er pünktlich Genüge zu leisten, oder zu gewärtigen erforderlichen Vorkehrungen für seine Rechnung getroffen werden.

§. 10. Annehmer ist ferner verbunden, nur tüchtige und geschickte Arbeiter zu stellen, in deren Ermangelung ist der bauleitende Beamte befugt, qualifizierte Arbeiter Rechnung des Unternehmers anzunehmen.

§. 11. In technischer Hinsicht unterwirft sich der Annehmer lediglich der Leitung der Baubeamten, zu deren Ressort das Geschäft gehört, und findet ein Gutachten anderer Sachverständigen in keinem Falle statt.

§. 12. Wenn durch schlechte Ausführung eine Untersuchung veranlaßt wird, dabei ergiebt, daß dem Unternehmer etwas zur Last fällt; so hat derselbe alle verursachten Kosten zu entrichten; dazu gehören insbesondere die Diäten für die Beamten, wie er solche in Privat-Angelegenheiten zu fordern berechtigt ist, und Kosten für die zur Ungebühr veranlaßten Verfügungen.

§. 13. Die auszuführenden Arbeiten oder Lieferungen müssen nach Kosten-Anschläge tüchtig und solide geleistet werden, da wo indessen Plan und

der Ausführung nicht näher bestimmen, ist Ortsgebrauch zu beachten, und alles untadelhaft zu beschaffen. Insbesondere ist dahin zu sehen:

a) daß das zum Zimmerwerk nöthige Holz in den anschlagsmäßigen Längen und Stärken beschafft werde; da wo indessen nicht ausdrücklich scharfkantiges Holz vorgeschrieben ist, kann dasselbe, nach Ortsgebrauch, der Tragbarkeit unschädliche Waldkanten enthalten, welche jedoch höchstens nur $\frac{1}{4}$ der Breite oder Höhe betragen dürfen. Alles Holzwerk muß überdem gesund und ohne schädliche Nester sein; das zur Tischlerarbeit zu gebrauchende Holz muß überdem trocken, grabrissig, und bei Eichenholz auch ohne Spint sein.

b) Die Ziegesteine müssen gut gebrannt und geformt sein, und keine Beimischung von Kalk- oder Kieselsteinen enthalten; sodann sind bei der Lieferung 4 gebrannte gegen einen bleichen zu geben.

c) Die Bruchsteine müssen lagerhaft und von festem Korn oder festem Geschiebe sein, dergleichen dürfen die Haussteine nicht blätterig, noch mit Verwitterungs-Krusten versehen sein.

Bei der Färbearbeit ist Unternehmer gehalten, nur diejenigen Farbstoffe zu brauchen, welche der Baubeamte vorschreibt, und muß er sich gefallen lassen, wenn es verlangt wird, die Farben unter Aufsicht zuzubereiten.

Das Gewicht des verwandten Eisens und Bleies ist durch Waagscheine nachzuweisen.

§. 14. Von Gegenständen, welche häufig vorkommen, als: Fensterrahmen, Thüren, gehörigen Beschlägen und Schließern, so wie vom Glase, sind Probestücke zu liefern, deren Unterscheidung werden selbige besiegelt, und die weiteren Lieferungen dargelegt.

§. 15. Wenn in den Kosten-Anschlägen die Lehr- und Steiger-Gerüste und sonstige Hilfs-Geräthe nicht besonders veranschlagt oder benannt sind; so muß Unternehmer seine Kosten liefern, ohne dafür eine Nebenrechnung machen zu können.

§. 16. Da sich bei der Revision manche kleine Mängel nicht wahrnehmen lassen, aber nach einigem Gebrauche zeigen, so ist Unternehmer gehalten, alle Mängel, im Verlauf eines Jahres ergeben, und von fehlerhaften Materialien oder Arbeiten schleunigst, ohne weitere Vergütung, zu verbessern. Geschieht dieses nicht nach Aufforderung, so wird solches für seine Rechnung ohne weiteren Anstand vorgeordnet. Zur Sicherheit dieser Verbindlichkeit wird der Baubeamte bei Revision eine Summe angeben, welche dem Unternehmer ein Jahr lang, ohne Verzinsung, zufließen wird.

Uebrigens wird durch die Abnahme des Baues durch den Baubeamten in der gesetzlich bestimmten Haftung für den Bau zu haften, nichts geändert.

Zu den obigen General-Bedingungen sind noch zur Ausführung der Bauwerke, oder Lieferungen, Spezial-Bedingungen hinzuzufügen, um darin die durch Localverhältnisse erforderlichen Bestimmungen aufzunehmen, dahin gehören namentlich:

a) Die gute Ausführung durch eine Caution, oder bei unerheblichen Gegenständen durch gehörige Bürgschaft gesichert werden muß, weil dieser Gegenstand in §. 2. allgemein angedeutet worden.

b) Die Zeit der Vollenbung ist nach der Größe oder Dringlichkeit des Bauwerks oder Lieferung zu bestimmen.

c) Sind die Zahlungsstermine nach dem Umfange des Bauwerks oder sonstige Verhältnisse festzusetzen.

Bei diesen allgemeinen Bedingungen ist der Unternehmer jedesmal ausdrücklich zu verwarren, und wenn ihm solche nicht bereits bekannt sein sollten; so sind ihm solche vorzulesen, und für zu sorgen, daß von ihm, wie dies geschehen, in der Verpflichtungs-Verhandlung anerkannt werde.

(L. XIII. 621. — 3. 115.)

Publik. der K. Reg. zu Merseburg v. 15. Juli 1843. Bedingungen, bei Verdingen und Vertrags-Entwürfen über Königl. und Kommunal-Bauten zum Grunde zu legen.

Bei allen Verdingen und Vertrags-Entwürfen über Königl. und Kommunal-Bauten, wo die Lieferung von Baumaterialien sollen, um übereinstimmende Formen zu haben und die Arbeit zu vereinfachen, künftig folgende allgemeine Bedingungen zum Grunde gelegt werden:

1) Der Unternehmer übernimmt die Ausführung des Baues oder der Lieferung nach dem ihm deutlich vorgelesenen Kostenanschlage und der ihm zur Einsicht mitgetheilten und erklärten Zeichnung, und verspricht, die Lieferungen und Arbeiten innerhalb den Umständen jedesmal zu bestimmenden Frist tüchtig und untadelhaft zu

2) Eine verhältnißmäßige Verlängerung dieser Frist hat der Unternehmer zu erwarten, wenn unvorhergesehene erhebliche Mehrarbeiten sich ergeben, wie sich bei Reparaturarbeiten mitunter vorkommen, der Antrag auf diese Fristzeitlich eingeht, und die übrigen Verhältnisse des Baues eine solche Verlangsamung nicht gestatten.

3) Der Unternehmer verpflichtet sich, von den Vorschriften des Ansichtszeichnungs, ohne Zustimmung des betreffenden, den Bau leitenden Beamten, weichen, und überhaupt dessen Anordnungen Folge zu leisten.

4) Finden, mit Genehmigung des gedachten Beamten, Veränderungen statt, wird danach mehr oder weniger angeliefert oder angefertigt, als war, so werden die Kosten nach den Anschlagpreisen, und wenn der Anschlag dieser Art nicht enthält, nach vom Kreisbaubeamten in Uebereinstimmung festzusetzenden Preisen — mit welchen sich der Unternehmer hierdurch einverstanden erklärt — berechnet und im Verhältniß des im Verdinge angegebenen Anschlagbetrags — erhöht oder vermindert. Zur Verrechnung der Kosten nur solche, die in der Verdingung ausdrücklich als „Insgemein“ bestimmt, der dort angegebenen Ausführung entsprechen; läßt sich aber übersehen, daß derselbe dazu nicht so müssen zeitig Nachanschläge aufgestellt und zur Genehmigung der höheren Behörden gebracht werden.

5) Wenn der Unternehmer, nach der Beurtheilung des Kreisbaubeamten, Rathes der Regierung, das Bauwerk oder die Materialien-Vierzung ausführt, oder so langsam betreibt, daß in der vorgeschriebenen Zeit die Vervollständigung nicht stattfinden kann, so wird die Vervollständigung oder Vervollendung, nach Wahl der Behörde, auf Kosten des Unternehmers entweder anderweitig verbunden oder ausgeführt werden, und trägt er außerdem jeden Schaden, welcher der Gemeinde durch die spätere Vervollendung des Baues oder der Vervollendung erwächst, gestellt, von dem Unternehmer zu erstattende Mehrbetrag für die Vervollständigung des Baues oder der Vervollendung wird, unter Entzugung auf den Mehrbetrag, strafative Exekution, welcher der Unternehmer sich ausdrücklich unterwirft, ein.

6) Wenn zu den Bauten freies Holz angewiesen wird, macht der Unternehmer verbindlich, die Annahme schlechten Holzes zu verweigern, widrigenfalls er bei der kontrahierenden Behörde verhaftet bleibt. Im Fall ihm solches verabschiedet, hat er dem, den Bau leitenden Beamten davon unverzüglich die Anzeige zu machen, dieser bei der Revision nur Arbeiten annehmen darf, welche mit guten Materialien sind, und verbunden ist, alle aus mangelhaftem Holze gefertigten Werke zu verwerfen, das Holz mag dazu vom Unternehmer geliefert oder demselben überlassen.

7) Der Unternehmer ist verpflichtet, auf seine Kosten die enigen Vorkehrungen treffen, welche erforderlich sind, damit der öffentliche Verkehr nicht gefährdet, und den polizeilichen Anordnungen Genüge geleistet werde; eben so, nach beendigtem Baue die noch vorhandenen Materialien oder sonstige Gegenstände auf seine Kosten vom Bauplatze zu transportieren und denselben zu reinigen, alles auf seine Rechnung bewillt werden wird.

8) Unternehmer muß den Bau so leiten, daß der vorgesehene Baubeamte die Aufsicht erwählten Personen die Baumaterialien, die Beschaffenheit des Bauplatzes, und die Tiefe und Stärke der Fundamente bewachen; sollte das Fortschreiten des Baues ein Erkennen dieser Gegenstände gestatten, so hat er vorher davon die Anzeige zu machen, wenn diese Materialien nicht stattgefunden hat.

9) Wenn die Arbeiten oder Lieferungen im Laufe eines Jahres nicht beenden können, so ist der Unternehmer verbunden, die vorräthigen Materialien und Mauerwerk zu schützen, die nicht geschlossenen und gedeckten Mauern mit einem Fuß hart mit Erde zu bedecken und mit schweren Materialien zu beschütten, Haupt hat Unternehmer Alles anzuwenden, um das Bauwerk möglichst vor den Witterung zu schützen, um den beschaffenen Anweisungen des Bauamtes Folge zu leisten.

10) Im gegenwärtigen Stücke des Amtsbl. hiesiger Reg. ist eine Anordnung, wie dem Entstehen des Holzwurms vorzubeugen ist. Der Unternehmer ist gehalten, die enthaltenen Vorschriften genau zu befolgen; insbesondere den Anordnungen bei der Vervollständigung des Austrocknens der Mauern und Wände eifrig im zweiten Jahre ausgeführt werden soll, nicht ohne ausdrückliche Erlaubnis des Bauamtes.

11) Unternehmer ist ferner verpflichtet, nur tüchtigen, zuverlässigen Arbeiter anzustellen; in deren Ermangelung der leitende Baubeamte beauftragt, die Subjekte für Rechnung des Unternehmers anzunehmen, und diejenigen zu beurlauben, welche diesen Anforderungen nicht entsprechen.

12) Wenn durch schlechte Ausführung eine Untersuchung veranlaßt wird und sich ergibt, daß dem Unternehmer etwas zur Last fällt, so hat derselbe alle hierdurch verursachten Kosten zu entrichten. Dazu gehören insbesondere die Diäten für den Baubeamten, wie er solche in Privatangelegenheiten zu fordern berechtigt ist, so wie die Kosten für zur Ungebühr veranlaßten Verfügungen.

13) Die auszuführenden Arbeiten oder Lieferungen müssen, nach Maßgabe der Veranschläge, gut und solide geleistet werden. Insbesondere ist dahin zu sehen, daß

a) das zum Himmerwert nöthige Holz in den anschlagsmäßigen Längen und Stärken beschafft werde. Wenn nicht ausdrücklich scharfkantiges Holz vorgeschrieben ist, kann eine Waldfante nachgesehen werden, die jedoch nur in einer unvollständigen Erde bestehen darf, welche, nach Abschälung der Rinde und des Splintes — die sich überhaupt an keinem Holzstücke mehr finden dürfen — nur höchstens $\frac{1}{4}$ der Breite oder Höhe beträgt. Alles Holz muß überdies gesund und ohne schädliche Nester mittelst genau schließender Zapfen u. nach den besten Konstruktionsmethoden mit einander verbunden, und das zur Tischlerarbeit zu verwendende Holz muß trocken und grabfaserig sein;

b) die Ziegelsteine müssen gut gebrannt und geformt sein, und keine Beimischung von Kalk oder Steinen enthalten;

c) die Bruchsteine müssen lagerhaft und von festem Korn oder Geschiebe, die Haussteine dürfen nicht blätterig, noch mit Verwitterungskrusten versehen sein;

d) es dürfen nur diejenigen Farbstoffe verwendet werden, welche, mit Rücksicht auf den Anschlag, der Baubeamte vorschreibt, und der Unternehmer muß, auf Verlangen desselben, die Farben unter Aufsicht zubereiten;

e) das Gewicht der verwendeten Metalle ist durch glaubhafte Wagescheine nachzuweisen.

14) Von Ziegel- und Dachsteinen, Fensterrahmen, Thüren und ihren Beschlägen und Fenstern, vom Glase, vom Anstriche u. sind Probestücke zu liefern, und nach deren Gutachten ist die Ausführung der betreffenden Theile des Baues danach zu bewirken.

15) Wenn in den Kostenanschlägen die Lehr- und Steige-Gerüste und sonstige Handlöhne nicht besonders veranschlagt sind, so muß der Unternehmer dieselben auf seine Kosten liefern und im Stande halten, ohne dafür einen Ersatz fordern zu können.

16) Der Unternehmer haftet nach geschehener Vollendung und Revision des Baues auf eine jedesmal zu bestimmende Frist für dessen Dauer und verpflichtet sich, jeden Schaden zu ersetzen, der, als Folge einer schlechten Ausführung oder angewendeter untauglichen Materialien, anerkannt wird, die bei der Abnahme entweder nicht mehr beurtheilt werden konnten, oder verheimlicht, oder vom Revisor übersehen sind.

17) Differenzen zwischen dem Unternehmer und dem, den Bau leitenden Beamten über die Ausführung des übernommenen Baues oder der Lieferung, werden, unter Verweisung auf dem Rechtsweg, von der K. Reg. entschieden.

18) Die Genehmigung der obern Behörde bleibt vorbehalten, und die Wahl der Baubehörde der Reg. überlassen.

19) Der Unternehmer stellt auf Verlangen eine Kaution von einem Drittheil der Kontrakt-Summe entweder baar, oder durch Bürgschaft einer im hiesigen Reg. Bez. hinlänglich sicheren Person, welche sich als Selbstschuldner verpflichtet. Diese Kaution muß so lange fortbestehen, als der Unternehmer für die Dauer des von ihm übernommenen Baues Gewähr geleistet hat.

20) Die Bekanntmachungskosten des Verdinges und die gesetzlichen Stempelgebühren hat der Unternehmer zu tragen, und sich auch auf seine eigenen Kosten eine Abschrift des Verdinges und der Vorbedingungen des Verdinges, so wie eine Kopie der Zeichnung beschaffen, welche sich auf der Baustelle vorfinden müssen. Die Originale bleiben in der Hand des Baubeamten.

21) Bei anschlagsmäßiger Ausführung des Baues soll dem Unternehmer die Kontrakt-Summe in der Regel bei Bauten bis zu Hundert Thlr. in zwei Terminen, bis zu ein tausend Thlr. in drei Terminen, über Tausend Thlr. aber in vier Terminen baar ausbezahlt werden.

22) Unternehmer entsagt allen Einwendungen gegen den auszufertigenden Kontrakt, und der Verletzung über die Hälfte und der Ausflucht, daß ein allgemeiner Vertrag eine besondere Benennung aller und jeder Einwendungen und Rechtsbehelfe bedürfe, auch begiebt sich derselbe aller aus dem Grunde zu machenden Nachforderungen, wenn er mit der Kontraktsumme den Bau nicht habe ausführen können, auf das Rechtsschicksal.

Diesen allgemeinen Bedingungen, welche den Unternehmern bei jedem Verdinge und der Abschließung eines jeden Vertrages über Bauausführungen vorgelegt werden, und auf welche in der aufzunehmenden Verhandlung Bezug zu nehmen ist, sind

noch diejenigen speciellen Bedingungen zuzufügen, welche aus den besondern Verhältnissen eines jeden Baues hervorgehen. Dahin gehören, außer den technischen, namentlich die näheren Bestimmungen wegen der Kaufonkleistung, wegen der Zahlungsart, wegen der Beendigungsfrist, und wegen der Dauer der Gewährleistung für die gute Ausführung des Baues. (Min. Bl. d. i. B. 1843. S. 238. Nr. 318.)

2) E. M. der R. Reg. zu Danzig v. 15. Juni 1835 an die Baubeamten des Depart. und nachrichtlich an die Landräthe. Anwendung von Exekutionsmaßregeln gegen die Unternehmer R. Bauten.

Wir finden uns veranlaßt, Sie darauf aufmerksam zu machen, daß Glöfus, derselbe mit Privatpersonen kontrahirt, berechtigt ist, die Erfüllung der von den letzteren kontrahmäßig übernommenen Verpflichtungen nöthigenfalls im Wege der administrativen Exekution ohne Einmischung der Gerichtsbehörden herbeizuführen, und beauftragen demzufolge künftig in alle Kontrakte, welche Sie mit Privatpersonen über Lieferungen und Leistungen zu R. Bauten abschließen, die ausdrückliche Bedingung aufzunehmen:

daß Glöfus, wenn der Unternehmer die betr. Lieferung zc. nicht in dem festgesetzten Termine bewirken sollte berechtigt ist, das Fehlende oder nicht kontrakt- oder anschlagmäßig Geliesserte zc. sofort anderweit für Rechnung des Unternehmers und für jeden Anzuschaffen, oder ausführen zu lassen, demnächst aber denjenigen Betrag der Anschaffungs- oder Ausführungskosten, welcher durch die im Kontrakt ausgesetzte Summe etwa nicht gedeckt ist, im administrativen Wege aus dem bereitesten Vermögen des Unternehmers durch alle Grade der Exekution beizutreiben, ohne daß es dabei irgend eines Einschreitens von Seiten der Gerichtsbehörde bedarf. (M. XIX. 498. — 2. 140.)

III.

Vorschriften, betreffend die Stempel-Verwendung zu Bau-Entreprise-Verträgen.

Bau-Entreprise-Verträge unterliegen nach dem Stempel-Edikt v. 7. März 1822 an sich dem Stempel von 15 Egr., welcher im Tarif sub voce: Entreprisen-Verträge für diejenigen Gattungen der Verträge festgesetzt ist, für welche ein speziell bestimmter Stempel zu entrichten ist. Sofern aber der Entreprisen-Vertrag zugleich auch die Bau-Materialien zu liefern übernimmt, nebenbei die Grundsätze von Lieferungs-Verträgen, unter Berücksichtigung des sub Nr. 1. der allgemeinen Vorschriften des Tarifs ausgesprochenen Grundsatzes, ein, wonach in den Fällen, wo eine schriftliche Verhandlung mehrere stempelpflichtige Geschäfte enthält, der Betrag des Stempels sämmtliche Geschäfte besonders zu berechnen, und die Verhandlung mit der Summe dieser Stempelbeträge zusammengenommen zu belasten ist.

Das Stempel-Edikt verweist demnächst im Tarif sub voce: Lieferungs-Verträge auf Kauf-Verträge, und fügt hinzu:

Diejenigen, welche Lieferungen von Bedürfnissen der Regierungen oder öffentlichen Anstalten übernehmen, sind verpflichtet, den vollen Stempel-Betrag auszuscheiden und zu übernehmen.

Kaufverträge über bewegliche Gegenstände unterliegen aber dem Stempel von einem Dritttheil Prozent des vertragmäßigen Kaufpreises.

In diesem Sinne sind die nachstehenden Erläuterungen des Stempel-Edikts v. 7. März 1822 erlassen:

1) Publik. der R. Reg. zu Danzig v. 15. Jan. 1823.
(M. VI. 855. — 4. 14.)

2) M. des R. Fin. Min. (v. Klewiz) v. 8. Nov. 1823 an die R. Reg. zu Potsdam, und abschriftlich an sämmtl. übrige R. Reg.

Wenn ein Bau-Entreprise-Kontrakt gleichzeitig die Lieferung der Baumaterialien einschließt, so kann er in Bezug auf den dazu zu verwendenden Stempel nicht, als ein Lieferungs-Kontrakt allein behandelt, und von der dem Entrepreneur für das Bedecken der Materialien bedungenen Summe der Stempel im Ganzen mit $\frac{1}{3}$ pCt. berechnet werden. Eben so unrichtig aber würde es sein, wenn man einen solchen Kontrakt allein als

Stempel von 15 Sgr. belegen wollte, da die dem Stempeltarif vorangehende allgemeine Vorschrift Nr. 1. ausdrücklich besagt, daß, wenn eine schriftliche Verhandlung betriebsstempelspflichtige Gegenstände betrifft, der Betrag des Stempels für jedes einzelne Mal besonders zu berechnen, und die Verhandlung mit der Summe dieser Beträge zusammengekommen zu belegen sei. Nach dem A. L. R. Th. I. Tit. 11. §. 926. ist es kein nothwendiges Erforderniß eines Bau-Entreprise-Kontrakts, daß der Unternehmer eines Baues auch die Materialien dazu liefert. Tritt also eine solche Lieferung hinzu, so ist dann zugleich ein im Stempeltarif ausdrücklich besteuert Lieferungs-Kontrakt vorhanden, weshalb dem 15 Sgr. Stempel für das Entreprise-Geschäft noch der Stempel von dem Lieferungspreise der Materialien zugurechnen ist.

Der K. Reg. wird dies auf den Ver. v. 29. v. M. mit dem Bemerken erwidert, wie aus dem Umstand, daß der Bau-Entrepriseur zu den Verträgen mit denjenigen, von denen er sich die Materialien liefern läßt, abermals Stempelpapier gebrauchen, mithin Stempel doppelt erlegen muß, hierbei nicht ankommen kann, indem dies überall statt wo Unter-Lieferanten eintreten. (A. VII. 792. — 4. 25.)

3) Publif. der K. Intendantur zu Königsberg v. 19. Jan. 1825.

(A. VII. 62. — 1. 44.)

4) E. R. des K. Gen. Dir. der Steuern (Maßen) v. 30. Juni 1828, an sämmtl. K. Reg.

Nach Anzeige der K. Ober-Rechnungs-Kammer sind die Behörden zum Theil darin zweifelhaft, ob Entreprise-Kontrakte zu denjenigen gehören, auf welche die Bestimmung des §. 3 des Stempelges. v. 7. März 1822 dahin Anwendung finde, daß solche von einer stempelfreien Behörde, mit einem stempelpflichtigen Kontrahenten eingegangen werden, dazu nur der halbe darstellbare Stempel à 10 Sgr. zu verwenden ist. Es unterliegt keinem Zweifel, daß jene Bestimmung auch auf den allgem. Vertragsstempel, welcher zu den Entreprise-Kontrakten zu verwenden ist, Anwendung findet, und daher hiernach gleichmäßig zu verfahren. (A. XII. 336. — 2. 41.)

5) E. R. der K. Min. des J. (v. Schudmann) und der Fin. (v. Mohl) v. 1. Mai 1829) an sämmtl. K. Reg.

Nach einer Mittheilung der K. Ober-Rechnungs-Kammer wird bei Anwendung des Stempels zu Bau-Entreprise-Verträgen, mit Lieferung der Baumaterialien durch den Unternehmer, nicht gleichmäßig verfahren, indem sich verschiedene Ansichten darüber zeigen, welche Materialien, von deren Werth der Kaufstempel beigebracht werden muß, zu belegen ist. Um dieser Ungewißheit zu begegnen, wird hierdurch festgesetzt: daß in der ersten Beziehung nur diejenigen Gegenstände, die man gewöhnlich mit dem Namen Baumaterialien zu bezeichnen pflegt, als: Steine, Kalk und Zimmerholz, da diese in den Verträgen abgesondert von den Arbeiten des Maurers, Dachdeckers und Zimmermanns nach ihrem Materialien-Werth aufgeführt werden, nicht aber das Material, dessen Werth den übrigen Bauhandwerker zur Ausführung ihrer Arbeiten bedienen, unter der Bezeichnung: Baumaterialien zu verstehen sind, nach deren Werth der Kaufstempel zu dem Stempel erforderlich ist. (A. XIII. 264. — 2. 39.)

6) E. R. des K. Fin. Min. (Maßen) v. 6. Mai 1834, an die K. Reg. zu Berlin.

Der Verf. v. 8. Nov. 1822, an die Reg. zu Potsdam, liegt zc. die Ansicht zum Grunde, daß in dem bezeichneten Verhältniß ein zweifaches Vertragsgeschäft in einer und derselben Verhandlung abgeschlossen sei, und demnach jeder dieser beiden Verträge, dem allgemeinen Vorschriften zum Stempeltarif gemäß, dem tarifmäßigen Stempel für seine Liege. Betrifft demnach der supponirte Lieferungsvertrag seinen Lieferungswertb nicht 50 Thlr., so ist nur der unbenannte Vertrag (Leistung gegen Bezahlung) dem Stempel von 15 Sgr. unterworfen, und beträgt auch diese Bezahlung nicht 50 Thlr., so ist die Verhandlung überhaupt nicht stempelpflichtig. (A. XVII. 341. — 2. 39.)

7) E. R. der K. Min. des J. u. d. F. (v. Rochow) u. d. Fin. (v. Alvensleben) v. 19. Mai 1837, an sämmtl. K. Reg. und Prov.-Steuer-Dir.

Nach dem E. B. v. 20. Mai 1829 (A. S. 264), worin hinsichtlich der mit Lieferungen verbundenen Bau-Entreprise-Verträge, Steine, Kalk und Zimmerholz als diejenigen Materialien, nach deren Werth der Stempel von einem Dritttheil-Prozent zu verwenden,

bezeichnet sind, ist gefolgert worden, daß unbedingt für andere Materialien, als Kalk und Zimmerholz kein Werthstempel zu berechnen sei.

Aus einer solchen Interpretation würde folgen, daß der Entrepreneur, welcher die Schienen einer Eisenbahn auf weite Entfernung zu legen, und das dazu nöthige zu liefern übernommen hat, von dem für Lieferungsverträge vorgeschriebenen Stempel frei bleiben würde.

Dies hat nicht in der Absicht liegen können, und es wird daher, um ferneren Irrthümern und dadurch entstehenden Verlusten für die Staatskasse vorzubeugen, Folgendes bestimmt:

Bei den mit Lieferungen verbundenen Bauentreprise-Verträgen verbleibt die Regel bei der in der C. B. v. 20. Mai 1829 ertheilten Vorschrift, daß der Stempel einem Dritttheil-Prozent nach dem Werth der Steine, des Kalks und des Zimmerholzes zu verwenden ist. Die geringfügigeren Gegenstände der Lieferung, als zum Beispiel Lehm des Töpfers, das Glas zu den Fenstern, das Material des Schlossers u. s. w., bleiben hierbei außer Anschlag. Wenn aber Gegenstände von größerem Belange zu liefern sind, z. B. bei Gebäuden zur Dachbedeckung: Kupfer, Blei oder Zink, bei Gebäuden in Gärten: Eisen zur Anlegung von Gittern, bei eisernen Brücken, Eisenbahnen, bei erforderliche Eisen u. s. w., so ist von dem Werth solcher Gegenstände, neben dem der Steine, des Kalks und des Zimmerholzes, und wenn dergleichen gar nicht vorhanden, allein von dem Werth erstgedachter Gegenstände der Stempel von einem Dritttheil-Prozent zu verwenden. (A. XXI. 546. — 2. 243.)

8) C. R. des R. Just. Min. (v. Gofler) v. 22. Juli 1838, an die R. Obergerichte.

Zur Beseitigung entstandener Zweifel:

- 1) über die den Behörden obliegende Vertretung für Stempel, welche zu den mit Privatpersonen abgeschlossenen Verträgen zu verwenden sind;
- 2) über die den Kassen-Rendanten obliegende Vertretung in Betreff der Stempel für Zahlungen aus öffentlichen Kassen, und
- 3) über die Stempelpflichtigkeit der mit Bau-Entreprisen verbundenen Lieferungen sind von dem Herrn Fin. Min. im Einverständnisse mit der R. Ober-Rechnungs-Kammer folgende Grundsätze aufgestellt worden:

1) Behörden, welche mit Privatpersonen Verträge abschließen, und einzelne Beamte, welche dies im Auftrage einer Behörde thun, haben darauf zu halten, daß der tarifmäßige Stempel nach §. 12 des Stempelgesetzes binnen 14 Tagen von dem Vertrags-Abschlusse, welcher mit der von Seiten der Behörde ertheilten Genehmigung der beauftragten Beamten eingegangenen Genehmigung der beauftragenden Behörde als erfolgt angesehen wird, zu dem Vertrage beigebracht werde. Wenn der Ablauf dieser Frist ein mit dem tarifmäßigen Stempel nicht versehenes Document in den Händen einer Privatpartei gefunden, so haften die Beamten nach §. 12 des Stempelges. für den fehlenden Stempel und die Stempelstrafe nach Maßbestimmung der sub Nr. 2 der Allerh. R. O. v. 28. Okt. 1836, außerdem die Privatpartei als Mitkontrahentin wegen des Stempels und der ordentlichen Stempelstrafe in Anspruch genommen werden.

2) Die Rendanten öffentlicher Kassen sind verpflichtet, darauf zu sehen, daß die Quittungen über die von ihnen geleisteten Zahlungen mit dem tarifmäßigen Stempel versehen sind, widrigenfalls sie sich der Gefahr aussetzen, als Produzenten der Quittungen zur Rechtfertigung der Rechnungen vorzulegen haben, nach §. 7. März 1822 wegen des Stempels und der Stempelstrafe vorbehaltlich des Regresses gegen den Aussteller der Quittung, in Anspruch genommen zu werden.

3) Zu den mit Bau-Entreprise-Verträgen verbundenen Lieferungen ist neben dem tarifmäßigen Stempel zum Entreprise-Vertrage der Stempel zu ein Dritttheil-Prozent vom Werthe der zu liefernden Materialien, erforderlich. Es kommen jedoch nach der Regel nur Steine, Kalk und Holz zur Berechnung, andere Materialien, als Kupfer, Zinn, nur dann, wenn Gegenstände von größerem Belange an Material zu liefern sind.

Der Justiz-Min. bringt diese Grundsätze zur Kenntniß der Gerichte, um bei den in der Just.-Verw. vorkommenden Geschäften vorgedachter Art und den Stempel-Regulativen aufzustellenden Erinnerungen zu beachten, insbesondere aber die Rendanten aufzuweisen, bei zu leistenden Zahlungen den Betrag des zur Quittung erforderlichen Stempels bei der Zahlung zurückzuhalten und zur Anschaffung des Quittungsstempels sofort zu verwenden. (A. XXI. 602. — 3. 62.)

Zweites Kapitel.

Vorschriften über das Verfahren bei der Ausführung öffentlicher Bauten.

a) Vorschriften über die Form und das Maß der Mauersteine und Dach-Ziegel.

1) Publik. der K. Kurmärkischen Krieger- und Domainen-Kammer v. J. 1793, wegen der Größe der Mauersteine.

Es ist seit einiger Zeit mißfällig bemerkt worden, daß bei den Ziegeleien in der Kurmark der ansehnlichen Erhöhung des Preises der Steine, auch noch die Formen von Zeit zu Zeit auf eine willkürliche Art kleiner gemacht werden. Dies hat nicht allein auf die Dauer der Gebäude einen nachtheiligen Einfluß, sondern es wird auch noch mehr Sand und Kalk erfordert, und wenn die äußeren Wände der Gebäude die Stärke erhalten sollen, müssen die Mauersteine unnützerweise mit Zeit- und Kosten versehen werden. Damit nun diesen sehr erheblichen Inconvenienzen abgeholfen und das banisfuge Publikum beim Einkauf der Steine und bei Veranschlagung der Gebäude öffentl. gesetzlicher Autorität gegen jede Ueberschüttung von Seiten der Steinfabrik gehörig geschützt werde, so haben Se. K. Maj. von Preußen anzuordnen für gut und billig, daß ein bestimmtes der Absicht einer soliden Bauart angemessenes Maß der Steine in der Kurmark allgemein eingeführt werden solle. Auf den Grund dieses Allerh. Befehls und des von dem Ober-Bau-Departem. deshalb eingeholten sachverständigen Gutachtens wird daher hierdurch festgesetzt, daß auf sammtl., sowohl Königl. als Privat-Bauten in der Kurmark künftighin und vom 1. Jan. 1794 an nur Steine von folgenden messbaren Maßen zum Verkaufe angefertigt werden sollen, und zwar:

Die Mauersteine, nach dem größten Maß 11½ Zoll lang, 5½ Zoll breit, 2½ Zoll dick; nach dem kleinsten Maß 9½ Zoll lang, 4½ Zoll breit, 2½ Zoll dick;

Die Dachsteine, mit der Nase 15 Zoll lang, 6 Zoll breit und ½ Zoll dick;

Die Hohlsteine, 15 Zoll lang, 6½ Zoll breit, ½ Zoll dick;

Die Mauerfliesen oder Pflastersteine, 8 Zoll lang, 8 Zoll breit, 2 Zoll dick;

Die Brunnensteine tellerförmig 10½ Zoll lang, an den breiten Enden 6 Zoll und an den schmalen Enden 4 Zoll breit und 3 Zoll dick.

Nach den gut auszubrennenden Steinen hiernach das völlige und richtige Maß zu nehmen und selbige so einzurichten, daß sie durchgehends egal und nicht krumm und schief sind, muß bei Anfertigung der neuen Formen mit aller Vorsicht zu Werke gegangen werden, da mit Steinen von den angegebenen Größen Gebäude aller Art mit Solidität und Vorthell erbaut werden können, der Debit derselben sich daher auch zum Vorthelle der Steinfabrikanten ohnsehlbar vermehren wird; so erwarten Se. K. Maj. auch die genaue und pünktlichste Erfüllung dieser Vorschrift, und sollen diejenigen Eigenthümer, Pächter oder Zeitpächter der Ziegeleien, welche sich demohngeachtet einer Konvention unterwerfen, der Konstitution der Steine oder deren Kaufwerths, wovon dem öffentlichen Denuncianten der vierte Theil hiermit versichert wird, ganz unsehlbar sein. (Mabe's Samml. Bd. 2. S. 439.)

2) Dekl. Pat. v. 16. Juni 1798 des Publik. v. 5. Juli 1793, betr. die Form und Größe der Mauersteine in der Kurmark.

Da durch das Publik. v. 5. Juli 1793 die Form und Größe der in den Kurmärkischen Ziegeleien zu verfertigenden Mauer- und anderer Ziegelsteine betr. bloß auf die Vermeidung der von dem vorgeschriebenen Maß abweichenden Steine die Strafe der Konfiskation gesetzt worden; das Kaufen und Verbrauchen solcher, im Maß unrichtigen Steine aber nicht verboten gewesen ist, solches indessen gleichwohl zur Erreichung des hierbei beabsichtigten Zwecks nothwendig wird, so finden Se. K. Maj. von Preußen, Unser Allerhöchster Herr, für nöthig, zur näheren Bestimmung des gedachten Publik. hierdurch zu verfügen:

nicht bloß die Verfertigung der, von dem vorgeschriebenen Maß abweichenden Steine, in den Kurmärkischen Ziegeleien, bei Strafe der Konfiskation, untersagt sein, sondern auch das Kaufen und Verbrauchen dergleichen Steine mit gleicher Strafe belegt werden soll.

Damit aber die Käufer und Besitzer solcher, das gesetzl. Maß nicht haltender Ziegelsteine einen hinreichenden Zeitraum zu deren Verbrauch erhalten, so wird ihnen dazu bis zum 1. Dec. 1799 die Frist hierzu gestattet, und erst nach deren Ablauf soll auch gegen Käufer und Besitzer solcher Steine hiernach verfahren werden.

Wenn die Bauenden, nach der Verschiedenheit der Bauten, der etwa hierzu erforderlichen Steine in der Art, daß solche von dem gesetzl. Maß abweichen, nicht zum Handel sondern nur zu ihrem eigenen Bedarf wirklich erwieslich benöthigt sein sollten, und auf den Ziegeleien sich bestellen wollen, so soll ihnen solches und die Verfertigung der nach der bestellten willkürlichen Form in Ansehung der Größe und Dicke auch in den märkischen Ziegeleien zwar nachgelassen sein, jedoch wird, bei Strafe der Konfiskation, den Entrepreneur der Ziegelei und des Kaufwerths für den Käufer, hierdurch verordnet, daß der Bauende sich zuvor hierzu mit dem bei der Pol.-Obrigkeit auszuwählenden, worin die Quantität der Steine und deren Form bestimmt ausgedrückt sein müssen, sehen soll. Auf solche Pässe soll es auch den Bauenden verstattet sein, aus andern märkischen Provinzen solche Steine, die ein von diesem Publ. abweichendes Maß zum eignen Verbrauch nicht aber zum Handel einzuführen. Den Pol.-Obrigkeiten aber hierdurch zur Pflicht gemacht, dergleichen Pässe nicht ohne erhebliche Ursachen zu theilen, sondern sich zuvor von den Bauenden überzeugend nachweisen zu lassen, daß entweder ihren Bedarf an Ziegelsteinen aus kurmärkischen, nicht zu weit entlegenen Ziegeleien nicht erhalten können, oder zu ihren Bauten, nach Verschiedenheit und Beschaffenheit derselben, wirklich solcher Ziegelsteine bedürfen, welche das in der Kurmark gesetzl. bestimmte Maß nicht halten.

Da es auch nöthig ist, sich der bisher üblichen 10 Zoll langen, vier und fünf Sechstheil Zoll breiten, und zwei und einen halben Zoll dicken Mauersteine bei der Restauration massiven Gebäude zu bedienen; so wollen Se. R. Maj. von Preußen, um das alte Gesetz in seiner Kraft zu erhalten, und weil auch ehemals dreierlei Formen gebräuchlich worden sind, zwischen den im Publ. v. 5. Juli 1793 vorgeschriebenen zweierlei von Mauersteinen, nämlich:

- elf und einen halben Zoll lang, fünf und einen halben Zoll breit, zwei und einen Sechstheil Zoll dick, und
- neun und einen halben Zoll lang, vier und einen halben Zoll breit, zwei und einen Sechstheil Zoll dick.

noch eine Mittelform von Mauersteinen

- zu zehn Zoll lang, vier und fünf Sechstheil Zoll breit, und zwei und einen Sechstheil Zoll dick

auf allen kurmärkischen Ziegeleien zum Verkauf anzufertigen hierdurch allergn. nachgelassen. Diese Mittelform soll jedoch zum Vortheil derjenigen Ziegeleien, welche bisher die nach dem durch das Publ. v. 5. Juli 1793 vorgeschriebenen Maße angefertigt worden vor dem 1. Dec. 1799 nicht erlaubt sein, daher die Steine von diesem Mittelmaße vor dem 1. Dec. 1799 nicht eher auf den Ziegeleien verkauft werden dürfen.

Sämmtl. Maurermeistern in der Kurmark wird auch hierdurch anbefohlen, bei diesen Vorschriften auf das genaueste zu richten, keine das gesetzliche Maß nicht haltenden Ziegelsteine zu vermauern, oder sich die Befugniß zum Gebrauch derselben von den Herren zuvor gehörig nachweisen lassen, widrigenfalls sie im ersten Kontraventionen eine Geldbuße von zehn Thirn. oder verhältnißmäßige Leibesstrafe, im zweiten Falle die Verdoppelung dieser Strafe und im dritten Falle den Verlust des Amtes zu gewärtigen haben.

Gegeben Berlin, den 16. Juni 1798.

(L. S.)

Auf Sr. R. Maj. allergn. Spezialbefehl.

(Habe's Samml. Bd. 5. S. 131.)

3) Publ. der R. Reg. zu Liegnitz, v. 6. April 1818, betr. das Mauer- und Dachziegeln. (Amtsbl. der Reg. zu Liegnitz.)

4) Publ. der R. Reg. zu Gumbinnen, v. 18. Dec. 1820, betr. die Mauerziegel. (A. IV. 890. — 4. 101.)

5) Publ. der R. Reg. zu Erfurt, v. 20. Nov. 1822, betr. das Mauer- und Dachziegeln zu herrschaftl. und Communalbauten. (A. VI. 85. — 4. 1023.)

6) Publ. der R. Reg. zu Gumbinnen, v. 13. April 1826. Bestimmung des Maßes der Ziberschwänze, Dachpfannen und Mauersteine.

(A. X. 434. — 2. 110.)

7) R. des R. Min. des J. u. d. P. (v. Schudmann) v. 31. Dec. 1826. an die R. Reg. zu Bromberg, betr. die Form und Größe der Mauer- und Dachsteine.

Ich finde es auf den Ver. der R. Reg. v. 26. v. M. wegen Bestimmung der Form und Größe der Mauer- und Dachsteine unbedenklich, daß die R. Reg. eine ähnliche Kenntnismachung erlasse, wie solches von der Reg. zu Gumbinnen geschehen ist, und d.

selben den Ziegeleibesitzern die Beobachtung näher zu bestimmender Abmessungen ihrer Mauer empfohlen werde. (M. XI. 1020.—4. 83.)

8) E. M. der R. Bertw. für H., Fabrik- u. Bauwesen (Krother) v. 15. Dec. 1823, an sämmtl. R. Reg. Die bei Staatsbauten anzunehmenden bestimmten Maße für Mauer- und Dachziegel.

Um den Uebelständen entgegen zu wirken, welche die große Verschiedenheit der auf einzelnen Ziegeleien üblichen Maße der Mauer- und Dachziegel mit sich bringt, und um die Annahme angemessener und gleichmäßiger Dimensionen zu fördern, ist beschloffen worden, den Vorschriften, welche über die Abmessungen der Ziegel für einzelne Landesteile abweichend unter sich ergangen sind, keine weitere Folge zu geben, dagegen aber für Staatsbauten zu verwendenden Mauer- und Dachziegel allgemein gewisse Dimensionsform zu bestimmen, wie dies für einzelne Reg. Bez. bereits geschehen ist.

Demgemäß wird hierdurch Folgendes angeordnet:

In allen gewöhnlichen Staatsbauten sollen keine anderen Mauer- und Dachziegel angekauft oder verwendet werden, als solche, welche in gebranntem Zustande nachstehende Dimensionen haben:

a) Maurerziegel.

Größe Form $11\frac{1}{2}$ Zoll lang, $8\frac{1}{2}$ Zoll breit, $2\frac{1}{2}$ Zoll dick;

Mittlere Form 10 Zoll lang, $4\frac{1}{2}$ Zoll breit, $2\frac{1}{2}$ Zoll dick,

Kleine Form $9\frac{1}{2}$ Zoll lang, $4\frac{1}{2}$ Zoll breit, $2\frac{1}{2}$ Zoll dick.

b) Dachziegel oder Wüberschwänze.

6 Zoll, einschließlich der Nase, lang, 6 Zoll breit, und $\frac{1}{2}$ Zoll stark.

Wenn außergewöhnliche Konstruktionen andere Verhältnisse nöthig machen, sollen diese von den Regierungen in jedem einzelnen Falle festgestellt, und es soll demgemäß eine schriftl. Bestellung für die Anfertigung gemacht werden.

Dem Ermessen der R. Reg. bleibt es überlassen, den Termin mit Rücksicht auf die Lage der Gegend und die Lage der schon eingeleiteten Bauten festzusetzen, von wo die Bestimmungen in Wirksamkeit treten sollen. Es ist dann strenge darauf zu halten, daß keine Ausnahme ohne dringende Veranlassung statfinde, wie solche sich in der ersten Zeit der Ziegeleibesitzer sich auf die obengedachten Maße eingerichtet haben, allzu leicht geben kann, und daß, wo eine Ausnahme nicht zu vermeiden ist, dazu jedesmal die Genehmigung der R. Reg. eingeholt werde.

Die R. Reg. hat hiernach die sämmtl. Baubeamten Ihres Bez. zu instruiren und die Bestimmungen durch Ihr Amtsb. zur allgem. Kenntniß zu bringen, die diesfällige Nachsicht auch von Zeit zu Zeit, wenn sich dies als angemessen ergeben sollte, zu erneuern. (M. XIX. 1101.—4. 149.)

Vorschriften über die Zeitsfolge für bauliche Konstruktionen und die passende Jahreszeit zur Ausführung von

9) Publl. der R. Reg. zu Münster v. 15. Nov. 1823¹⁾.

Während ergiebt der Augenschein, daß bei mehreren Schul- und andern öffentl. Bauten, und bei Privatbauten, auf die für die Dauer der Gebäude und für die Gesundheit der Bewohner zu beachtende Zeitsfolge der Konstruktion wenige Rücksicht genommen ist; z. B.

daß mau massive und Fachwände werden gleich nach der rohen Arbeit mit Mörtel beworfen und verputzt,

daß Mauern, Lehmentiren und ähnliche nasse Arbeiten bis in den Spätherbst fortgesetzt,

daß Belegen der Fußböden für die Wintermonate aufgeschoben,

daß mit Ueberrettung vollendeten Gebäude gleich bezogen.

Daraus entspringen die Folgen

in die Gebäude

daß die Mauern u. s. w. nie völlig, wenigstens nur langsam austrocknen; die Gemächer, wenn nicht für immer, doch auf lange Zeit feucht bleiben, hierdurch ein früheres Vermodern des Holzwerkes veranlassen, Salpeterfraß zc. erzeugen; eintretende Kälte den Bewurf abblättert; die Bedielung, wenn auch mit trockenen Brettern verfertigt, dennoch in den warmen Frühlingstagen sich zusammenzieht und Nacharbeit erfordert u. s. f.

R. Reg. zu Posen hat unterm 10. Febr. 1824. dies Publl. auch für ihr Amt zur Nachachtung empfohlen. (Heinze, Baupolizei-Gesetze, S. 157.)

II. Für die Bewohner

außer dem sehr schädlichen Einflusse auf die Gesundheit, ein zerstören wirken auf Mobilien, Hausgeräthe und Leinen.

Es mögen einzelne Fälle eine so gedrängte Zeitfolge der Konstruktiven und entschuldigen; für die bei weitem größere Zahl ist sie nicht zu tilgen, und wir sehen uns veranlaßt, rücksichtlich der Schul- und anderer Bauten den Orts- und landrätbl. Behörden, bei persönlicher Veranlassung zu gleichen Theilen, folgende Bestimmung als allgemeine Regel, zu erlassen dem Wunsche, daß auch die Privaten diese möglichst anwenden, in der polizeil. Hinsicht aber beachten werden.

A. Im Allgemeinen.

Für neue Schulen oder Dienstgebäude, die im laufenden Jahre bewohnt werden sollen, müssen im Vorwinter die Vorbereitungen so getroffen werden Ausführung selbst im Frühjahr und ununterbrochen bis zur Vollendung stattfinden kann. Dieser Zweck ist durch einen verständigen technischen Plan zu erzielen, wenn nach frühzeitig abgeschlossenem Verdinge

a) der Zimmermann

im Winter den Holzbau verbindet, die Bedielungsbretter zubereitet;

b) der Maurer

für Materialien sorgt und die nöthigen Arbeiten bespricht, um die eintretende Zeit der Ausführung zu benutzen;

c) der Tischler, Schlosser, Glaser

einander in die Hände arbeiten;

d) dafür die Kontrakte zeitig genug abgeschlossen werden.

Wo besondere Umstände das Letztere behindern, fällt selbstredend die Ausführung des Bauens im laufenden Jahre fort.

B. Im Detail.

a) die Mauern und Fachwände wenigstens vier Wochen ohne Kalkbewurf; überhaupt diese Arbeit außerhalb, auch das Mauern im Freien nur bis Ende fortzusetzen.

b) Der Kalkbewurf gewölkter Decken muß, nach den Erfahrungen, vor dem Austrocknen dieser stattfinden, selbst mit Behinderung eines schnell trocknend zuges bewirkt werden, weil sonst beide sich nicht genau verbinden, und besonders in Pferdeställen, leicht abfällt.

c) Das Bedielen mit trockenen Brettern kann in den oberen Etagen in Etagen vorgenommen werden, in der untern Etage mit weniger trockenen stattfinden, weil die Dünste aus dem Boden sonst ein Verquellen und Veranlassen. Bei weniger Eile werden Bedielungen mit nassen Brettern nur angeheftet, im Frühjahr vollständig verlegt. Wo der Fonds es gestattet, die Bretter zu den Bedielungen im Kern durchgeschnitten.

d) Das Verlegen der Dachpfannen und den äußern Bewurf, wo möglich, zu vollenden.

(N. VII. 974.—4. 147.)

2) Publik. der K. Reg. zu Köln v. 9 Febr. 1825.

Häufiger Wahrnehmungen zufolge wird auch in unserm Reg. Bez. die belästigen und Haupt-Instandsetzungen gleichwohl höchst wichtige Rücksicht auf die Gesundheit, so wie die Beobachtung der Zwischenräume vernachlässigt, die man für die Reihenfolge verschiedener Bauarbeiten eintreten lassen soll. So werden neue Fachwände gleich nach der rohen Arbeit mit Mörtel beworfen und beputzt, das Plaster und ähnliche Arbeiten bis in den Spätherbst fortgesetzt, das Belegen der Böden für die Wintermonate aufgeschoben, und solche mit Ueberrettung vollendet gleich bezogen. Hieraus entspringen für die Gebäude die übeln Folgen, daß die Wände nicht völlig austrocknen, die Gemächer, wenn nicht für immer, doch auf lange Zeit bleiben, hierdurch das Holzwerk früher verfault, Salpeterfraß und Schwamm besonders in den Erdgeschossen solcher Gebäude, deren Fußboden nicht wenigstens hoch über dem Boden aufgeführt werden, eintretende Kälte den Bewurf abblättern, Bedielung, wenn auch mit trockenen Brettern verfertigt, dennoch in der wärmeren Zeit sich zusammenzieht und Nacharbeit erfordert u. s. w.

Den Bewohnern erwächst aber außer dem sehr schädlichen Einflusse auf die Gesundheit, ein zerstörendes Einwirken auf Mobilien, Hausgeräth und Leinen.

Es mögen einzelne Fälle eine so gedrängte Zeitfolge der Konstruktion entschuldigen; da sie aber für die, bei weitem größere Zahl nicht zu rechtfertigen sind, so sehen wir uns veranlaßt, rücksichtlich der Schul- und andern öffentl. Bauten, in Haupt-Instandsetzungen an vorhandenen Gebäuden der Art, an die betr. Behörden bei persönlicher Verantwortlichkeit, folgende Bestimmungen als allgemeine Regel zu erlassen:

1) für neue Schuldienstgebäude und Haupt-Instandsetzungen der erwähnten Art müssen, wenn das Gebäude im laufenden Jahr bewohnt werden soll, im Vorwinter die Vorbereitungen so getroffen werden, daß die Ausführung selbst im Frühjahr und ununterbrochen bis zur Vollendung Ende Ost. stattfinden kann.

Dieser Zweck ist durch einen verständigen, technischen Operationsplan zu erreichen, wenn nach frühzeitig abgeschlossenem Verdinge

a) der Zimmermann

im Winter den Holzbau verbindet und die Bedielungsbretter zubereitet;

b) der Maurer

für Materialien sorgt und die nöthigen Arbeiten bespricht, um die eintretende Jahreszeit zur Ausführung zu benutzen.

c) der Tischler, Schlosser, Glaser einander in die Hände arbeiten und

d) die Kontrakte dafür zeitig genug abgeschlossen werden.

Der Termin eines im Ost. vollendeten Gebäudes muß jedoch angemessen verlängert werden, wenn während der Bauzeit häufig nasse und ungünstige Witterung eingetreten wäre u. (A. IX. 241.—1. 170.)

3) C. R. der K. Reg. zu Marienwerder v. 20. Jan. 1843 an sammtl. Landraths- und Domainen-Rentämter u. Ausführung von Bauten zur passenden Jahreszeit.

Die Dauerhaftigkeit sowohl neuer Gebäude, als wesentlicher Reparaturbauten, wird sehr dadurch bedingt, daß die Bauarbeiten zur passenden Jahreszeit und nicht übergeführt, ingleichen daß nicht sogleich nach der Vollendung derselben die Gebäude in Gebrauch genommen werden, sondern zum vollkommenen und langsamen Austrocknen noch angemessenen Zeitraum hindurch leer stehen bleiben, und während desselben öfters gelüftet werden. Besonders nachtheilig ist es aber nicht nur für die Tüchtigkeit und Dauer der Gebäude überhaupt, sondern auch in Ansehung der Wohnhäuser für die menschliche Gesundheit, wenn Neubauten oder Hauptreparaturen erst im Spätherbste vollendet und dann zum Winter in Gebrauch gegeben werden.

Um die hieraus hervorgehenden, allgemein bekannten Uebelstände möglichst zu vermeiden, und sowohl bei Neubauten, als bei erheblichen Reparaturen alter Gebäude, welche in öffentl. Rechnung ausgeführt werden sollen, folgende Bedingungen, soweit als es die Natur der Sache nur irgend gestatten, in Erfüllung zu bringen:

1) Die Bauarbeiten sind in der Regel im Frühjahr anzufangen, und müssen die neu aufgeführten Mauern, so wie die Lehm- und Fachwerkwände eine angemessene Zeit zum Austrocknen stehen bleiben, ehe sie abgedeckt werden, was insbesondere auch bei den ausgestalteten Wänden und Windeldecken zu beobachten ist;

2) Maurer- und Lehm- Arbeiten sind in der Regel nur bis Ende Sept. im Freien und bis Ende Ost. im Innern der Gebäude zu gestatten;

3) Die Termine zur Vollendung der Neubauten oder Reparaturen von bedeutendem Umfange sind auf den Monat Juli anzusehen;

4) Die Uebergabe der neu errichteten oder ausgebauten Gebäude geschieht erst drei Monate nach der erfolgten Vollendung derselben.

5) Sofern es möglich ist, bleiben die Gebäude nach ihrer Vollendung noch einen Monat unbenutzt stehen, damit die Mauern, das Holzwerk, die Feuerungen u. nach und nach austrocknen können.

Wenn es auch oft erheblichen Schwierigkeiten unterliegen wird, diese Bedingungen in Erfüllung zu bringen, so wird deren Berücksichtigung doch für alle diejenigen Fälle empfohlen, wo dadurch andere wesentl. Interessen nicht verletzt werden können; weshalb denn auch bei vorkommenden, für öffentl. Rechnung durch Administration auszuführenden Bauten, Wege der Entreprise zu bewirkenden Bauten hierauf, soweit es die sonstigen Umstände gestatten, gebührende Rücksicht zu nehmen ist.

(Min. Bl. v. d. K. 1843. S. 81. Nr. 109.)

e) Vorschriften über die Farbe des Anstrichs der öffentl. Baugegenstände.

K. der K. Reg. zu Potsdam v. 15. Aug. 1820.

Infolge Allerh. R. O. v. 30. Juni c. sollen fortan alle öffentl. Gegenstände, als Zäune, Barrieren, Zugbrücken, Pfähle u. dergl., wenn sie mit einem Anstrich versehen sind, wieder die Preuß. National-Farben, weiß und schwarz, erhalten. Wir machen solches betr. Behörden zu pflichtmäßiger Befolgung hierdurch bekannt.

(A. IV. 230 —2. 10.)

f) Vorschriften über den Nichtgebrauch erhitzter eiserner Gegenstände bei Bauten auf Staatskosten.

E. M. des R. Fin. Min. (v. Bodelschwingh) v. 25. Jan. 1844 an den R. Reg. und an die R. Min.-Bau-Kom.

Es ist kürzlich der Fall vorgekommen, daß durch unborsichtiges Eintreiben eisernen Bolzens in das Holzwerk einer neuen Brücke diese in Brand, gerathen gänzlich zerstört ist. Ich veranlasse deshalb die R. Reg., bei den auf Staatskosten an führenden Bauten das nur in einigen Gegenden übliche Verfahren, die eisernen Bolzen des Eintreibens in Holzwerk vorher zu erhitzen, ferner nicht zu gestatten und sammtl. Baubeamten Ihres Verm. Bezirks hiernach mit Anweisung zu versehen.

(Min. Bl. v. I. B. 1844. S. 41. Nr. 52.)

e) Vorschriften, betreff. das Verbot der Ueberschreitung der Anschläge.

1) E. M. des R. Min. der G., U. u. Med. Ang. v. 14. Aug. 1837. (N. XIV. 549. — 3. 28.)

2) E. M. der R. Verm. für G., G. u. Bauwesen v. 27. Okt. 1835.

3) E. M. derselb. Verm. v. 8. April 1836.

4) E. M. derselb. Verm. v. 4. Febr. 1837. (N. XXI. 236. — 1. 237.)

5) E. M. des R. Min. des J. u. d. B. v. 5. März 1837.

(N. XXI. 236. — 1. 235.)

6) E. M. desselb. Min. v. 28. April 1837. (N. XXI. 235. — 1. 236.)

7) E. M. des R. Fin. Min. v. 31. Okt. 1837. (N. XXI. 1088. — 4.)

(Vergl. oben Kap. I., Tit. II., Unter-Abth. II. sub Nr. I., S. 244 ff.)

f) Berücksichtigung der Beschäftigung der arbeitenden Klassen durch Verwendung derselben bei öffentlichen Bauten.

E. M. des R. Min. für G., G. u. öffentl. A. (v. d. Seydt) v. 25. Dec. an die R. Ob. Präsid.

Die in Folge der theilweise ungünstigen Ernte gestiegenen Preise der Lebensmittel haben von vielen Seiten Anträge auf Einleitung öffentlicher Arbeiten hervorgerufen, die Gelegenheit zum Broderwerb für die arbeitenden Klassen zu vermehren. Die öffentlichen Bauten für das künftige Jahr verfügbaren Fonds reichen nicht hin, um denjenigen Bauwerken, welche wegen ihrer Bestimmung für die Zwecke der Verwaltung gefördert werden müssen, noch andere Bauten auszuführen, die vorzugsweise dazu dienen, der arbeitenden Klasse in einer bedrängten Zeit Beschäftigung zu gewähren, auch wenn sie an sich für den öffentlichen Verkehr von Nutzen sind, doch nach ihren absoluten Werthe weniger dringend sind, als diejenigen Bauten, deren Ausführung bei der künftigen Vertheilung der Baufonds nach den vorgelegten Bauplänen der Königl. Behörden für das nächste Jahr vorgesehen sind. Diese planmäßigen Bauten werden die Gelegenheit geben, eine große Menge Hände zu beschäftigen: den Regierungen ist der Mittel im Voraus überwiesen, um namentlich zu den Chaussée-Reubauten und für die Reparaturen Steinmaterial im Laufe des Winters anfahren und verkleinern zu lassen. Es wird daher von Nutzen sein, wenn in denjenigen Gegenden, in welchen zu erwarten steht, daß es an lohnender Arbeit fehlen werde, die Eingeseffenen zeitig auf die ihnen nächst belegenden öffentlichen Bauten hingewiesen, und wenn zugleich durch Besprechung der Orts- und Kreisbehörden und durch Verständigung mit den dieselben betreffenden Behörden Einrichtungen getroffen werden, um in Betreff solcher Arbeiter, welche zu jener Zeit ihre Heimath zu verlassen genöthigt sind, einen entsprechenden Theil ihres Arbeitsdienstes zum Unterhalt ihrer zurückgebliebenen Angehörigen zurückzulegen und zu verwenden. Wo solche Vorkehrungen nicht ausreichen möchten, sondern ein größeres Bedenken oder besondere Verhältnisse die Einleitung neuer, außer den festgestellten Bauplänen der Königl. Behörden liegenden Bauten wünschenswerth erscheinen lassen, muß die Regierung diese, sowie die Beschaffung der Mittel zur Ausführung, den Kommunen oder Provinzial-Regierungen, deren Angehörigen dadurch ein bequemerer Arbeitsverdienst mehr in ihrer Heimath zugewiesen werden soll, überlassen werden. Sofern solche Arbeiter, wie es bei ähnlichen Gelegenheiten früher und besonders im Jahre 1848 häufig gewesen ist, lediglich darauf berechnet sind, ohne Rücksicht auf einen von den Arbeitenden zu erwartenden Nutzen eine augenblickliche Verlegenheit wegen Beschäftigung möglichst zu beseitigen, sondern geelant sind, ein öffentliches Interesse dauernd zu fördern, so sind besonders wo nützliche neue Chaussée-Anlagen oder größere Begebauten beschlossene Mittel dazu soweit bereit gestellt werden, daß es zur Ausführung derselben nur eine angemessene Bau-Prämie für die Chaussée oder eines mäßigen Zuschusses zu anderen Begebauten bedarf, werde ich, durch die Bewilligung dieser, solche Unternehmungen zu befördern gern bereit sein. Es soll auch die bereits erfolgte Vertheilung der

Andern, für solche Zwecke die zu bewilligenden Zuschüsse aus der Staatskasse noch auf des bevorstehenden Jahres zahlbar zu machen. Jedoch darf auf diese Zuschüsse zu dem Zwecke Rechnung gemacht werden, um die Mittel zur Einleitung oder zum Ansatze von Arbeiten zu gewinnen, während die sonst in Aussicht genommenen Baukosten nicht beträchtlich sind, sondern die Zahlung der Prämien u. dergl. darf nur beantragt und nur geleistet werden im Verhältniß mit dem Fortschritt der Arbeiten selbst und den kommunal- oder Kreis-Fonds darauf geleisteten Verwendungen, nach den bei solchen Neubauten bisher als maßgebend vorgeschriebenen Grundsätzen.

Erw. u. ersuche ich ergebenst, hiervon die Königl. Regierungen Ihrer Provinz gefälligst in Kenntniß zu setzen und darauf einzuwirken, daß die Thätigkeit der Behörden in Bezug auf die Besorgnisse wegen hoher Preise der Lebensmittel im bevorstehenden Jahre überall eine zweckmäßige Richtung gewinne.

(Min. Bl. d. I. B. 1851. S. 310. Nr. 333.)

g) Ueber die Berücksichtigung der Erwerbsverhältnisse der Arbeiter bei Ausführung öffentlicher Bauten, vergl. die C. R. d. Min. für H., G. u. öffentl. A. v. 26. Mai 1849 u. 10. Jan. 1851. u. des Handels-Min. III. 3263 u. Min. Bl. d. I. B. 1851. S. 18. Nr. 20., f. in Hane's Gewerbe-Polizei [Breslau bei G. Ph. Adersholz 1851.] Bd. I. S. 284. (1851.)

Drittes Kapitel.

Schriften über das nach beendigter Ausführung öffentlicher Bauten zu beobachtende Verfahren.

Erster Titel.

der Revision und Abnahme öffentlicher Bauten, sowie von der Justifikation der Kosten derselben.

1) Das R. v. 5. April 1788 an sämmtl. Krieger- und Domainen-Kammern, ordnete, daß von allen ausgeführten wichtigeren Bauten Anzeige zu machen und deren Revision zu bewirken.

Friedrich Wilhelm u. c. Da es bei allen Bauten und Reparaturen, welche nach fertigten und revidirten Anschlägen entweder auf Rechnung oder auf Entreprise auszuführen werden, hauptsächlich darauf mit ankömmt, sichere Ueberzeugung zu erhalten, daß überall anschlagemäßig tüchtig und dauerhaft realisirt, und die dazu affordirte Summe zweckmäßig verwendet worden sind, so wollen Wir künftig von allen und jeden auch sonstigen Bauten, welche mehrere Tausend Rthlr. betragen, sie mögen auf Rechnung oder auf Entreprise ausgeführt werden, wenn sie bis zur Revision fertig sind, Eure Anzeige ohne alle Erinnerung davon erwarten, um wegen einer von hier aus zu veranlassenden Lokal-Revision erforderlichen Falls das Nöthige verfügen zu können, wornach Ihr Euch in vorkommenden Fällen auf das Genaueste zu achten habt.

Begeben Berlin, den 5. April 1788.

Auf Spezial-Befehl.

Min. d. Binnenth. v. Gaudi. v. Werder. v. Mauschwitz. v. Schulenburg.

(N. C. C. Tom. VIII. pag. 2035. Nr. 22.)

Dazu erging die Decl. v. 3. Juni 1788.

Friedrich Wilhelm u. c. In Verfolg des C. R. v. 5. April a. c., nach welchem von jedem Wasser-, auch sonstigen Bauten und Reparaturen, welche mehrere Tausend Rthlr. betragen, sie mögen auf Rechnung oder auf Entreprise ausgeführt werden, wenn sie zur Revision fertig sind, künftig zu denen von hieraus nöthigenfalls darüber zu veranlassenden Lokal-Revisionen jedesmal ohne alle Erinnerung Anzeige anher geschehen soll, Wir Euch hierdurch bekannt, daß Wir das Quantum der Baukosten auf 3000 Rthlr. festgesetzt haben, daß von allen Bauten und Reparaturen, wozu Kostenbetrag oder noch mehr nach den gefertigten Anschlägen erforderlich ist, die Anzeige anher geschehen muß, wornach Ihr Euch genau zu achten habt. Sind

Begeben Berlin, den 3. Juni 1788.

Auf Spezial-Befehl.

Min. d. Krieger- u. Dom.-Kammern u. Kammer-Deput.

(N. C. C. Tom. VIII. pag. 2123. Nr. 34.)

Min. d. Bau-Polizei. 2. Aufl.

2) Das C. R. des R. Min. des H. u. d. F. (v. Bülow) v. 26. Nov. an sämmtl. R. Reg. bestimmte hiernächst:

a) daß es bei Bauten unter 100 Thlr. keiner förmlichen Revis.-Protokolle bedürfe, sondern Bau-Abnahme-Atteste genügen sollen ertheilt zugleich

b) Vorschriften über die Einrichtung und den Inhalt, sowohl der Revisions-Protokolle, als auch der Bau-Abnahme-Atteste.

Um die Baubeamten bei ihren schriftl. Ausarbeitungen zu erleichtern und ihnen Muße zur Besorgung des zweckmäßigen Entwurfs und der tüchtigen Ausführung zu verschaffen, ist nachgelassen worden, daß über diejenigen von den unterg. Min. rendenden Baue, deren Kosten nicht über 100 Thlr. betragen und bei dem leicht zu ist, ob bei der Ausführung wesentlich vom Anschläge abgewichen worden oder nicht, den Fall, wenn entweder gar keine Abweichungen vorgekommen oder doch nur solche dem Zweck und der Dauer des Baues keinen Nachtheil bringen, statt der förmlichen Revisions-Protokolle nur Abnahme-Atteste ausgestellt werden dürfen, in jedoch die etwa geschehenen unschädlichen Abweichungen vom Anschläge bemerken müssen.

Ueber alle Baue hingegen, deren Kosten die Summe von 100 Thlr. übersteigen, müssen nach wie vor jedesmal ausführliche Revis.-Protokolle aufgenommen werden. Der Einleitung derselben muß die Zeit der an Ort und Stelle wirklich erfolgten Revision, der Name des Beamten, der den Bau geleitet, oder des Bau-Unternehmers und die Art und Weise der Verf. oder des Kontrakts, durch welchen der Bau diesem oder jenem übergeben worden, bemerkt werden. Hierauf muß die Balance zwischen den Positionen des Anschlages und den wirklich ausgeführten Gegenständen folgen. Am Schluß muß bemerkt werden, in wiefern die vorgekommenen Abweichungen sich rechtfertigen lassen, in wiefern sie dem Zweck und der Dauer des Baues mehr oder weniger vorthellhaft sind und ob der Bau überhaupt gut und dauerhaft ausgeführt und der Kontrakt, im Fall die Bauunternehmung in Entreprise geschehen, überall erfüllt worden ist; überdies sind die Atteste über die Abnahme des Baues sowohl, als die Revis.-Protokolle jedesmal mit dem Revis.-Beamten des R. Min. der Reg. zu versehen, so wie denn auch bei den Arbeiten diejenigen noch die Vorschriften beobachtet werden müssen, welche in den der R. Reg. unterm 11. Jan. 1821 mitgetheilten, auf das Gutachten der Ober-Bau-Dep. fundirten Grundzüge der Vorschriften für die Baubeamten in dem VII. Art. ¹⁾ gegeben sind.

Die (Tit.) hat hiernach Ihre Baubeamten zu instruiren, und dafür zu sorgen, daß dieselben die Zeit, welche sie durch die nachgelassene Erleichterung gewinnen, auf die gute Besorgung der Baue selbst verwenden.

(Acta gen. des R. Fin. Min., Abth. für H., G. u. Bauw., A. 4. Nr. 24. Nr. 13553.)

Mit Bezug hierauf (ad 2) ergingen:

a) R. des R. Min. des H. (Röhler) v. 23. Jan. 1821 an die R. Reg. in Aachen. Die Bestimmungen des C. R. v. 26. Nov. 1820, finden auf die Baubeamten im Ressort des Min. des H. Anwendung.

Wir haben nichts dagegen zu erinnern, daß nach dem Antrage der R. Reg. v. 13. Dec. v. J. die in dem R. der R. Min. des H. u. d. Fin. v. 26. Nov. 1820 nachgelassene Ausstellung von bloßen Abnahme-Attesten statt der Revis.-Protokolle bei Bauten, deren Kosten nicht über 100 Thlr. betragen, auch auf die von dem Min. des H. ressortirenden Bauten gleichen Betrages Anwendung finde. (H. V. 30. — 1. 25.)

b) C. R. der R. Min. des H. (Gr. v. Bülow) und d. F. (v. Rönne) v. 31. Aug. 1824 an sämmtl. R. Reg. u. an die Min. Bau-Kom. Bei Rechnungen über 100 Thlr. brauchen nur Mehr-Ausgaben durch Bau-Rechnungs-Protokolle gerechtfertigt werden, wogegen Abnahme-Atteste, ohne Rücksicht auf den Betrag der Baukosten, genügen, wenn anschlagsmäßig gebaut worden ist.

Zur Vermeidung unnöthiger Schreibereien wird die C. Verf. v. 26. Nov. 1820 in Betreff der Revision der Baue betr., hierdurch dahin abgeändert, daß von nun an bei Rechnungen über den Kostenbetrag von 100 Thlr. hinaus nur Mehr-Ausgaben durch förmliche Bau-Revisions-Protokolle gerechtfertigt zu werden brauchen, daß bei Rechnungen-Bauten, welche wohlfeiler ausgeführt als veranschlagt worden, ein

¹⁾ Vergl. oben S. 136 ff.

Es, wonach bei Abnahme des Baues sich gefunden, daß solcher anschlagsmäßig tüchtig dauerhaft ausgeführt ist, ohne Rücksicht auf den Betrag der Baukosten, genügen soll. R. Reg. hat aber Ihren Baubeamten einzuschärfen, daß sie, bei Vermeidung der ernstesten Ahndung, die Atteste nur nach der sorgfältigsten örtlichen Prüfung ausstellen.

(Acta gen. des R. Min. der F., Abth. für G., O. u. Bauw., A. 4. Nr. 24. Vol. I. Nr. 8395.)

c) C. R. der R. Min. der G., U. u. Med. Ang. (v. Altenstein), des J. Schuchmann) und d. F. v. 5. Sept. 1828 an sammtl. R. Reg. und Prov.-Ver-Dir. Anwendbarkeit des C. R. v. 31. Aug. 1824 auf Entreprise-Bau.

In der C. Verf. v. 26. Nov. 1820 ist bestimmt, daß in den Fällen, wo die Kosten eines Baues die Summe von Einhundert Thlrn. nicht übersteigen, und keine wesentlichen Abweichungen vom Anschlage vorgekommen, den Baubeamten die Aufstellung vollständiger balancirender Revis.-Protokolle erlassen werden solle, dagegen in allen andern Fällen von ihnen ausführliche Revis.-Protokolle anzufertigen seien. Durch die anderweite C. B. v. 31. Aug. 1824 ist diese Bestimmung dahin erweitert worden, daß bei Rechnungsbauten über den Kostenbetrag von Einhundert Thlrn. hinaus nur Mehr-Ausgaben durch umständliche Bau-Revis.-Protokolle gerechtfertigt werden dürfen, dagegen bei Rechnungsbauten, welche wohlfeiler ausgeführt, als veranschlagt worden, ohne Rücksicht auf den Betrag der Kosten ein Abnahme-Attest genügen solle. Gegenwärtig wird dieß, mit Bezug auf die C. B. v. 30. Nov. 1826, wegen Zustiftation der Kosten für Entreprise-Bau, (C. B. v. 31. Aug. 1824) dahin ausgedehnt, daß auch bei Entreprise-Bauten, wenn solche völlig anschlagsmäßig ausgeführt, oder doch die bei der Revision befundenen Abweichungen nicht wesentlich sind, von jetzt an bloße Abnahme-Atteste zum Belag der Rechnungen genügen; jedoch sind, bei vorhandenen dergleichen unwesentlichen Abweichungen, solche jedesmal in dem Abnahme-Attest genau anzugeben. (A. XII. 645. — 3. 25.)

d) C. R. der R. Min. des J. (v. Rochow), d. F. (Gr. v. Alvensleben) v. 21. Juni 1841 an sammtl. R. Reg. und Prov.-Steuer-Dir. und an die R. Min. Bau-Kom. Superrevision und Feststellung von Bauanschlägen durch die R. Ober-Bau-Dep. und Aufnahme von Revisions-Protokollen, sowie Ausstellung von Bau-Abnahme-Attesten.

Nachdem die in der C. B. v. 26. Nov. 1820 enthaltene Bestimmung, daß in den Fällen, wo die Kosten eines Baues die Summe von Einhundert Thlrn. nicht übersteigen und keine wesentlichen Abweichungen vom Anschlage vorgekommen, den Baubeamten die Aufstellung vollständiger balancirender Revis.-Protokolle erlassen werden solle, dagegen in allen andern Fällen von ihnen ausführliche Revis.-Protokolle anzufertigen seien,

die anderweite C. B. v. 31. Aug. 1824 dahin erweitert worden, daß bei Rechnungsbauten auch über den Kostenbetrag von Einhundert Thlrn. hinaus, nur eine Mehrausgabe durch umständliche Bau-Revis.-Protokolle gerechtfertigt werden dürfe, dagegen bei Rechnungsbauten, welche wohlfeiler ausgeführt, als veranschlagt worden, ohne Rücksicht auf den Betrag der Kosten, ein Abnahme-Attest genügen solle,

späterhin durch die C. B. v. 5. Sept. 1828 (A. C. 645.) mit Bezug auf die C. B. v. 30. Nov. 1826, wegen Zustiftung der Kosten für Entreprise-Bau, erlassene dahin ausgedehnt,

daß auch bei Entreprise-Bauen, wenn solche völlig anschlagsmäßig ausgeführt, oder doch die bei der Revision befundenen Abweichungen nicht wesentlich sind, fortan bloße Abnahme-Atteste zum Belag der Rechnung genügen sollen, bei vorhandenen dergleichen unwesentlichen Abweichungen solche jedoch jedesmal in dem Abnahme-Atteste genau anzugeben seien.

Diese Bestimmungen haben zu der nicht begründeten Voraussetzung geleitet, als ob es der vollständig balancirenden Revis.-Protokolle auch in denen Fällen nicht, wo die dort aufgestellten Bedingungen zutreffen, die Anschläge aber, obgleich sie verfassungsmäßig der Superrevision der Ober-Bau-Dep. zu unterwerfen gewesen wären, von Behörde doch nicht superrevidirt und festgestellt worden sind.

Zur Beseitigung von Zweifeln wird nun hierdurch bestimmt, daß in der Regel von dem Augenblicke an, zu welchem der Anschlag, den bestehenden allgemeinen Verwaltungs-Vorschriften gemäß, der Superrevision und Feststellung durch die Ober-Bau-Dep. unterworfen ist,

begonnen werden darf, bevor der Anschlag nicht von dieser Behörde superrevidirt und festgestellt und die Ausführung ausdrücklich genehmigt ist.

Wenn in dringenden Fällen Ausnahmen von dieser Regel zu begründen sind, so haben die Verwaltungsbehörden darüber den betr. Ministerien Anzeige zu leisten. Die Genehmigung zum Beginn der Arbeiten vor festgestelltem Anschlage nachzustehen, wenn aber die Umstände so dringend sind, daß auch vor dieser Entscheidung mit dem Bau begonnen werden muß, daß dies geschehen, sogleich anzuzeigen und die nachträgliche Genehmigung zu erbitten. In allen Fällen aber, in denen ein der Superrevision und Stellung durch die Ober-Bau-Dep. zu unterwerfender Anschlag zur Ausführung fortbevor derselbe dieser Behörde vorgelegen und von ihr geprüft und festgestellt worden, die Aufstellung eines vollständigen balancirenden Revis.-Protokolls erforderlich.

(Min. Bl. d. I. B. 1841. S. 178. Nr. 269., Centralbl. d. Fin. Min. 1841. S. Nr. 71.)

3) Das E. R. des R. Min.-des H. (G. v. Bülow) v. 27. Sept. 1841 an sämmtl. R. Reg. verordnete in dieser Beziehung:

a) daß das Bau-Revisions-Protokoll den Nachweis der Abweichungen vom Anschlage enthalten müsse,

b) daß und in welcher Art die Revision der Bau-Revisions-Protokolle durch den Reg. Baurath zu bewirken, und

c) in welchen Fällen es der Vorlegung des Bau-Revisions-Protokolls an die Ober-Bau-Dep. bedürfe.

Wenn gleich in der Regel nur nach den Anschlägen gebauet, und Ueberschreitungen derselben auf alle Weise vermieden werden sollen, so liegt es doch in der Natur der Sache, daß kein Neubau oder irgend eine bedeutende Reparatur ohne alle Abweichung vom Anschlage auszuführen ist. Daß nach der Beendigung des Baues aufzunehmende Revisions-Protokoll aber muß den genauesten Nachweis darüber enthalten, da der Nachweis der Abweichungen, wenn auch hinsichtlich der Construction unwesentlich, doch auf den Betrag einen mehr oder weniger bedeutenden Einfluß haben können, und nur aus der detaillirten Angabe aller gefertigten Arbeiten und verwendeten Materialien das Resultat hervorgehen werden kann, ob überhaupt mehr oder weniger als der Anschlag vorschreibt, gespart worden ist.

Es ist nun durchaus nothwendig, auch der bisherigen Praxis gemäß, daß die Revisions-Protokolle von dem betr. Reg.-Baurath durchgesehen und festgestellt werden. Derselbe hat dabei vorzüglich zu prüfen, ob der Baubeamte bei der Ausführung sich an die Schranken der ihm ertheilten Autorisation gehalten oder der Entrepreneur seine Verpflichtungen erfüllt; ob die etwa statt gefundenen Abweichungen von dem Anschlage schädlich oder nützlich gewesen, und die Mehr- oder Minder-Kosten nach den durch den Anschlag festgestellten Grundsätzen berechnet sind.

Der Reg.-Baurath hat diese Prüfung nicht nur, sondern auch die Revision der Ausführung bei den wichtigeren Bauen in der Regel, sondern auch bei dem geringeren mitunter gelegentlich vorzunehmen, um die Aufmerksamkeit der Baubeamten zu erhalten, und ihr amtliches Verfahren zu kontrolliren. Doch ist es nicht nöthig, daß die Ober-Bau-Dep. von allen Einzelheiten der bewirkten Ausführungen Kenntniß erlangt. Vielmehr reicht es hin, wenn derselben die Revisions-Protokolle über die wichtigeren Bauen nur in folgenden Fällen vorgelegt werden:

1) Wenn das betr. R. Min. aus besonderen Gründen die örtliche Super-Revision durch den Dep.-Rath der Ober-Bau-Dep. für nothwendig hält.

2) Wenn bei der Ausführung wesentliche Abänderungen des genehmigten Bauplans hinsichtlich der Einrichtung oder Konstruktion der Gebäude vorgenommen worden sind, und es auf die Beurtheilung ankommt, ob sich dieselben rechtfertigen lassen.

3) Wenn der Anschlag durch besondere Umstände, als: Erhöhung der Preise, Ausdehnung, nachträgliche Bewilligung nicht veranschlagter Gegenstände, was jedoch zu vermeiden, bedeutend überschritten worden ist.

In diesen letzteren sub 3 benannten Fällen genügt es, und wird auch für die Zukunft selbst die leichteste Uebersicht gewähren, wenn die Preis-Erhöhungen oder hinzugekommenen Gegenstände in einem Nach-Anschlage ausgeführt, und durch denselben die Ueberschreitungen der bewilligten Summen nachgewiesen werden.

Von Seiten der Ober-Bau-Dep. wird es hiernächst nur auf Festsetzung des Nach-Anschlages ankommen, und es wird einer weitem Durchsicht der Revisions-Protokolle bedürfen. Anders verhält es sich jedoch, wenn der ursprüngliche Bauplan in allen oder doch vielen Punkten hat modificirt werden müssen, in welchem Falle mit der Revision des Anschlages, Satz vor Satz gefolgt werden muß, da bei der Verpflechtung der veranschlagten und nicht veranschlagten Gegenstände ein Nach-Anschlag nicht nur eine sehr mühsame

na auch eine ganz fruchtlose Arbeit erfordern, und die Uebersicht erschweren würde. In dem solchen Falle muß daher die Superrevision des ganzen Revisions-Protokolls durch die Ober-Bau-Dep. erfolgen, in sofern der Bau überhaupt, nach deren oder der Reg.-Instr. v. 23. Okt. 1817 zu ihrer Kenntniß zu gelangen bestimmt ist.

Uebrigens ist bemerkt worden, daß ohnerachtet der bereits erlassenen K. B. doch mehr als das Formelle der Bau-Angelegenheiten betr. Vorschriften immer noch unvollkommen sind. Es wird daher der K. Reg. hierdurch aufgegeben:

1) keinen zur Super-Revision der Ober-Bau-Dep. bestimmten Anschlag einzureichen, wenn derselbe nicht zuvor die Vor-Revision des betr. Reg.-Bauraths passiert ist; auch die häufigen Erinnerungen des letzteren, insofern solche die Umarbeitung des Anschlages in die Beibringung vermiffter Angaben berühren, vor der Einsendung, soweit es zur vollständigen Beurtheilung nöthig ist, erledigen zu lassen.

2) Jedem Anschlage das erforderliche Erläuterungs-Protokoll beizufügen.

3) Bei Land-Gebäuden darauf zu sehen, daß außer Grund- und Aufrissen auch die Längs Profile, und, wo Auswechslungen vorkommen, auch die Zeichnung der Wallen- beilgefügt, sonst aber die Wertheilungen der Wallen, wenigstens unter den Grund- angedeutet werden.

4) Bei Zeichnungen von Brücken auf die Angabe des höchsten und des niedrigsten Standes zu halten.

5) Den Reg. Bauräthen sowohl als der Calculatur der Gebrauch der rothen Dinte in Anschlägen zu untersagen, was zwar unbedeutend scheint, aber nothwendig ist, um Irrthümer zu verhüten.

6) Bei Ausarbeitung der Anschläge zu Landbauten die unterm 17. Mai 1820 ertheilten Vorschriften wegen Berechnung der Mauerziegel genau befolgen zu lassen, auch über Ihr Augenmerk dahin zu richten, daß

7) sämmtl. Materialien nach den einzelnen Positionen des Anschlages, und Angabe der Maße, nach welchen der Bedarf ermittelt worden, nachgewiesen, auch

8) Die Abmessungen der Körper und Flächen, welche in dem Anschlage vorkommen, richtig angegeben werden.

Hiernach hat die K. Reg. auf das genaueste zu achten.

(Acta gen. des K. Min. d. F., Abth. für G., G. u. Bauw. A. 4. Nr. 24. Vol. I.)

Dazu:

1. K. der K. Vertw. für G., Fabr. u. Bauw. (Beuth) v. 9. Juni 1835 an die K. Reg., und an die K. Min.-Bau-Kom. Nothwendigkeit der Einsendung der Beläge in allen Fällen, wo es der Superrevision durch die Ober-Bau-Dep. bedarf.

Der K. Reg. wird aufgegeben, für die Folge in allen Fällen, wo nach Ausführung eines Baues die Superrevision durch die Ober-Bau-Dep. nöthig ist, die Beläge mit einzusenden. Wenn die Mehr-Ausgabe lediglich die Grund-Entschädigungskosten betrifft, und Ersparniß bei andern Anschlag-Positionen nicht gedeckt wird, so ist zwar die Revision durch die Ober-Bau-Dep. nicht erforderlich; es muß aber nichts desto weniger die Genehmigung zur Mehr-Ausgabe nachgesucht werden, da ohne diese die K. Ober-Bau-Kammer die Ausgabe moniren würde.

Zugleich wird die Anordnung der K. B. v. 27. Sept. 1822 zu 3 dahin in Erinnerung gebracht, daß wenn — wie dies am häufigsten vorkommt — bedeutende Anschlag-Abweichungen in einzelnen Punkten stattgefunden haben, ohne daß von dem ganzen Plane wesentlich abgewichen wäre, nur darüber Revisions-Nachanschläge aufzustellen (M. XIX. 498. — 2. 139.)

4) C. R. des K. Min. der G., II. u. Med. Ang. (v. Altenstein), des J. Schudmann) u. d. Fin. (v. Moh) v. 30. Nov. 1826, an die K. Reg. zu thun und zur Nachachtung an sämmtl. übrige K. Reg. Vorschriften über Verfahren bei Justifikation der Kosten für Entreprise-Bauten und das zu thun bei Zahlung der Baugelber.

Damit bei Justifikation der Kosten für Entreprise-Bauten in den Rechnungen künftig ein gleichmäßiges, den Geschäftsbetrieb möglichst vereinfachendes Verfahren stattfinde, die unterzeichneten Min. mit der K. Ober-Rechn.-Kammer, über die Feststellung der Punkte übereingekommen, welche der K. Reg. auf den, diesen Gegenstand betr. d. 17. März d. J., zur künftigen Beachtung mitgetheilt werden.

1) Die Anschläge sind in der Regel von den Bau-Inspektoren und Kondukteurs nur anzufertigen und der Reg. einzureichen.

2) Die Bau-Entreprise-Kontrakte sind zweifach auszufertigen: ein Exemplar behält der Unternehmer, das andere wird der Reg. zurückgereicht; der Baubeamte nimmt sich

bleibenden Notizen aus dem Kontrakte, welche ihm zur Beaufsichtigung des Baues thig sind;

3) In dem Kontrakte wird es in der Regel dem Unternehmer zur Bedingung gemacht, Abschrift des Anschlags zu nehmen. Findet dies in einzelnen Fällen Bedenken, so die Reg. die nöthigen Abschriften für den Entrepreneur besorgen zu lassen. Das Original des Anschlags erhält jedenfalls der die Ausführung beaufsichtigende Baubeamte und es solches bis zur Abnahme des Baues.

4) Die Anweisung der ersten Kontraktspost geschieht ohne Beifügung des Kontrakts und des Anschlags, jedoch jederzeit in der Art, daß die ganzen resp. anschlag- und kontraktmäßigen Baukosten, als von der zahlenden Kasse gleich zur Soll-Ausgabe zu sein in die Anweisung übernommen, auch da, wo vielleicht über einen und denselben Bau, welche mit mehreren Entrepreneur's kontrahirt, oder ein Theil des Baues der Ausführung auf Rechnung vorbehalten wird, die kontraktmäßigen ganzen Kosten-Beträge für den Entrepreneur, so wie der anschlagmäßige Kosten-Betrag des Rechnungsbau's in der Anweisung angegeben werden, damit diese Beträge von der Kasse sofort in ihrem Umlauf und demnächst auch in der Rechnung in welcher die erste Zahlung darauf in Umlauf erscheint, zur Soll-Ausgabe gestellt werden.

5) Sind Zwischen-Zahlungen stipulirt und von dem Vorschreiten im Bau in gewissem Verhältnisse abhängig gemacht; so erfolgt deren Anweisung auf den Grund und Vorfertigung des Zeugnisses des Baubeamten, daß der Bau bis zu dem bestimmten Punkte vorgerückt sei.

6) Bei Anweisung der letzten Kontraktspost, wird der Kasse sowohl das der zurückgereichte Kontrakt-Exemplar, als das Bau-Revisions-Protokoll, oder das Abnahme-Zeugniß zugefertigt, je nachdem es vorschristsmäßig des erstern oder nur des letztern bedarf.

Erhält die Kasse das Bau-Revisions-Protokoll, so bedarf sie des Original-Anschlags nicht, und es ist vielmehr nur darauf zu sehen, daß der Kalkulator, welcher die Zahlung des Revisions-Protokolls prüft, die dem letztern vorgelegte Abschrift des Anschlags rüch der Uebereinstimmung mit dem Original bescheinigt.

Ist aber nur ein Abnahme-Zeugniß ausgestellt: so muß der Kasse der Anschlag zugefertigt werden.

Die Bestimmung in dem Erl. des Fin. Min. v. 29. Aug. 1820 ¹⁾, wegen Regelung der Entreprise-Kontrakte zc. bei der ersten Zahlungs-Anweisung, ist nach Vorstehendem als aufgehoben zu betrachten.

(Acta des R. Fin. Min., Abth. für G., F. u. Bauw., sign. Generalia I Nr. 12.)

Mit Bezugnahme hierauf bemerkt über das in dieser Beziehung bei Brückenbau-Angelegenheiten insbesondere zu beobachtende Verfahren, daß E. K. der R. Reg. zu Königsberg v. 22. März 1835, an die Landbau-Inspektoren zc.

Mit Bezug auf das sämmtl. Kreis-Baubeamten mittelst Verf. v. 8. Jan. 1827 zugefertigte E. K. der R. Min. v. 30. Nov. 1826 wird Ihnen auf die unterm 16. Jan. gemachte Anfrage eröffnet, daß in den Brückenbau-Angelegenheiten für die Folge das hiesige Verfahren beobachtet werden soll.

Die von den Kreis-Baubeamten eingereichten Anschläge werden, sofern dagesel-

¹⁾ Das allegirte E. K. des R. Fin. Min. v. 29. Aug. 1820 an sämmtl. R. bestimmte:

• zc. 2) Zahlungen aus etatsmäßigen Fonds an Spezial-Kassen, Behörden, einzelne Personen zur weiteren Berechnung als z. B. zu Bauten, Forstbau, Holzhauerlohn u. s. w. desgl.

• 3) Abschlags-Zahlungen auf Forderungen, z. B. auf Bau-Entreprisen u. s. w. beide Gattungen sind künftig durchaus nach den Bestimmungen der Verf. v. Dec. 1817 zu behandeln und auf die betr. Fonds gleich zu verausgaben, dabei die nöthigen Kontrollen zu führen, damit die Rechnungslegung gehörig erfolgt; • bei Abschlags-Zahlungen die gezahlten Summen bei Berichtigung des i Anrechnung gebracht werden. Bei der ersten Zahlung sind der Kasse die Kalkulatorien, worauf die ganze Ausgabe sich gründet, z. B. die Entreprise-Kalkulationen, Genehmigungs-R. zc. gleich zuzufertigen und bei den folgenden Zahlungungen darauf Bezug zu nehmen zc.

(Acta gen. des R. Min. des R. G., Abth. II., II. 11,530. II. 16,384, 15,170.)

oder doch keine wesentlichen Abänderungen bei der Revision nöthig gewesen, den betr. Unternehmern in allen den Fällen zur Ermittlung eines Bau-Unternehmers im Wege der Licitation in vidimirter Abschrift zugefertigt, wo das Object über 50 Thlr. beträgt.

Ein solches Licitations-Verfahren ist durch die Bestimmung des R. Min. vom 20. Sept. 1819 ¹⁾ ausdrücklich vorgeschrieben, und kann nur in den Fällen davon abgestanden werden, wo besondere, von den Kreis-Baubeamten bei Ueberreichung des Anschlages anzugebende Gründe die Ausführung des Baues auf Rechnung bedingen.

Unter 50 Thlr. werden in der Regel alle Bauten auf Rechnung ausgeführt, und besteht es dann keines besondern Anschlages, sondern nur einer vom betr. Bau-Handwerker gemachten Liquidation, welche aber nach der Min. C. Verf. v. 6. Mai 1825 (v. R. A. S. 2. S. 469) ²⁾ von dem Kreis-Baubeamten jedesmal an Ort und Stelle zu revidiren, und demnachst mit seiner Bescheinigung versehen, einzureichen ist.

Das Original des Anschlages bleibt während des Baues bei unsern Akten und dient demnachst der Kasse zum Rechnungsbelage.

Sobald die Licitations-Verhandlungen eingegangen und auf Grund derselben der Baucontract geschlossen worden, erhalten die Kreis-Baubeamten das Haupt-Kontrakt-Exemplar, dem von hier aus gleich eine vidimirte Abschrift des Bau-Anschlages beigelegt ist, welche dem Unternehmer an den Entrepreneur, nachdem sie vorher die ihnen für die Beaufsichtigung und Revision des Baues erforderlichen Notizen daraus entnommen, und nach der letzten vidimirten Abschrift das in ihren Händen befindliche Konzept des Anschlages mit ihm nöthig, berichtigt haben.

Das dem Entrepreneur ausgehändigte Kontrakt-Exemplar bleibt in dessen Händen, darf nicht, wie es bis jetzt noch häufig geschehen, und zurückgereicht werden.

In welchen Fällen über die ausgeführten Bauten förmliche Revisions-Protokolle anzufertigen sind, und hingegen die Abnahme-Atteste genügen, ist durch die den Kreis-Baubeamten unterm 25. Sept. 1828 mitgetheilte Min. C. Verf. v. 5. Sept. 1828 ³⁾ bestimmt, wonach genau zu verfahren.

Alle Anmerkungen ungeachtet haben wir doch vielfältig wahrnehmen müssen, daß die Kreis-Baubeamten bei Anfertigung der Ansätze zu Brücken und Begebauten übereinstimmend zu Werke gehen.

Namentlich wird häufig die unerläßliche Angabe vermisst:

- 1) auf welcher Landstraße oder Communicationsstraße,
- 2) in welchen Grenzen die Brücke liegt,
- 3) welche Nummer sie in unserm Kataster hat,
- 4) über welches Gewässer dieselbe führt,
- 5) und wenn solche zum letztenmal neugebaut, und wenn und wie oft nachher reparirt worden.

Diese Nachrichten dürfen nie fehlen, und müssen namentlich zu 1. mit gehöriger Unterscheidung der gesetzlichen Vorschrift des A. L. R. Thl. I. Tit. 15. §. 1. und der stehenden Unterscheidung zwischen Landstraßen und Communicationsstraßen, also Landstraßen: stets durch Bezeichnung der Städte, Postämter u. s. w., welche als Hauptpunkte dieser Kommunikation, denselben den Charakter einer Landstraße geben, nicht der zunächst gelegenen Dörfer, geliefert werden.

Ueber das erforderliche Bauholz muß dem Ansatze jederzeit eine besondere Specification nachgetragen werden, was bisher nur von wenigen Baubeamten beobachtet worden.

Die Specification ist mit dem Atteste der betr. Obersorstei versehen zu lassen.

Bei denjenigen Brücken, welche in Domainen-, Vorwerks- oder Forst-Grenzen liegen und wo bisher die Immediatbäuerlichen Einsassen die Hand- und Spanndienste geleistet haben, sind diese in Zukunft jedesmal zu einem besondern Nachtrage des Anschlages zu rechnen, da jene Einsassen, nach der Allerh. R. O. v. 7. April 1834 von Leistung der Hand- und Spanndienste befreit, und die diesfälligen Kosten vom Domainen- oder Forst-Bau zu bezahlen sind, wozu der obige Nachtrag als Belag dient.

Solcher muß also eine vollständige Berechnung enthalten, und nicht, wie es bis jetzt noch der Fall gewesen, der diesfällige Kostenbetrag nur summarisch am Schlusse angegeben sein.

Um in Zeiten eine Uebersicht von den Bedürfnissen zu erhalten, welche die Brücken- und Begebauten im Laufe jeden Jahres erfordern, muß es bei der unterm 8. Aug. pr. für das Jahr getroffenen Bestimmung auch ferner verbleiben, wonach die Kreis-Baubeamten den Kreis-Baubeamten sind, zum 1. Okt. jeden Jahres ein Verzeichniß einzureichen, welches die im Laufe des nächsten J. nöthigen Brücken- und Begebauten in folgender Ordnung nachweist:

¹⁾ Vergl. oben. Abschn. I. Kap. I. Tit. 3. S. 267.

²⁾ Vergl. oben S. 237.

³⁾ Vergl. oben S. 291.

1) laufende Nummer,

2) Bezeichnung der Brücke nach Nummer, Straße und Gewässer, wie der Ort, an welcher sie liegt.

3) Angabe des veranschlagten Kostenbedarfs.

Die Anschläge werden, ohne Rücksicht auf diesen Verzeichniß nach wie vor, über die Brücke separat, zeitig eingereicht. (A. XIX. 267. — 1. 191.)

5) C. R. der R. Min. des Kr. (v. Bohen), der G., u. u. Med. Ang. (G. horn), d. F. (v. Bodelschtrich), des R. F., Abth. II. (Gr. zu Stolberg) u. J. (Gr. v. Arnim) v. 31. Dec. 1842, an sämmtl. R. Reg. Beschränkung der Nothwendigkeit der Revision der Bezirks-Baubeamten auf Bauten 20 Thaler.

Mit Bezug auf die C. Verf. v. 6. Mai 1825 ¹⁾ wird zu weiterer Erleichterung Königl. Baubeamten hiedurch bestimmt, daß für die Folge bei den auf Rechnung unterz. Min. auszuführenden Bauten, Reparaturen und Utensilien-Herstellung der Revision der Bez. Baubeamten nicht weiter erforderlich ist, in sofern die Kostenbetrag von Zwanzig Thlrn. nicht erreichen. Dagegen behält es bei den bisherigen Vorschriften sein Verwenden in Hinsicht

1) aller baulichen Einrichtungen in Dienstwohnungen R. Beamten und

2) aller Garnison-Bauten, wobei die Baubeamten so viel, als es den Umständen nach zulässig erscheint, schon erleichtert sind,

3) aller baulichen Anlagen, wodurch, wenn die Kosten auch nicht 20 Thlr. betragen, wesentliche Veränderungen an dem bestehenden Bauwerke, oder solche Reparaturen bezweckt werden, welche eine besondere, nur Bau-Verständigen wohneude Sachkenntniß erfordern.

4) aller baulichen Einrichtungen an den Stations-Gebäuden der Telegraphen. Hiernach hat die R. Reg. das Weitere zu veranlassen.

(Acta des R. Min. d. F., Abth. für G., u. u. Bauw., A. Nr. 24. V. 17489. IV., Centralbl. d. Fin. Min. 1843. S. 88. Nr. 19., Min. Bl. 1843. S. 13. Nr. 22.)

Dazu:

R. der R. Min. der F. und des R. F., Abth. II., v. 8. Juni 1843

4. u. 5. (Oben Kap. I. S. 238.)

6) Die Instr. für die R. Oberrechnungs-Kammer v. 18. Dec. bestimmt im §. 18. in dieser Beziehung:

Es ist unerlässliche Pflicht der Verwaltungsbehörden, darauf zu sehen, daß die veranschlagten Summen auch dauerhaft gebaut, und so auf Verminderung der Baukosten hingewirkt werde.

Abweichungen von den genehmigten Bauanschlägen oder Abänderungen derselben dürfen in der Regel nicht geduldet werden. Der ausführende Baumeister, welcher zu Schulden kommen läßt, soll die dadurch verursachten Mehrkosten selbst bezahlen. Wenn jedoch durch nicht vorherzusehen gewesene Umstände Abweichungen nothwendig werden, so müssen diese, so wie etwaigen Ueberschreitungen der Bauanschläge durch Protokolle und beizufügende höhere Genehmigung gerechtfertigt, auch die Mehrkosten durch einen besondern approbirten Nachanschlag begründet werden etc.

Remunerationen für besoldete Baubediente dürfen nicht aus den Baukosten abgezogen werden.

Sind bei bedeutenden Bauten, zu deren ununterbrochenen Leitung und Verwaltung besondere Kondukteure erforderlich, und können diese nicht aus dem besoldeten Personal genommen werden, so müssen die reglementsmäßigen Diäten für sie gleich in den Bauanschlägen mit zum Ansatz kommen. (A. IX. 10.)

7) Verfügungen einzelner Provinzial-Regierungen.

a) Publ. der R. Reg. zu Potsdam v. 30. Mai 1817, betr. das Verfahren bei der Abnahme und Ausführung von Bauten. (A. I. 47. — 2. 26.)

b) Publ. der R. Reg. zu Königsberg v. 27. Juni 1817, betr. das Verfahren bei Abnahme R. Bauten und das Verfahren bei Auszahlung der Bausummen. (A. I. 49. — 2. 27.)

¹⁾ Dies R., welches oben (Kap. I. Tit. 2. Unterabth. I., S. 237.) gegeben worden ist, bestimmt, daß öffentliche Bauten unter 50 Thlr. keine Veranschlagung durch Baubeamte sondern nur Revision durch dieselben erfordern.

. R. der R. Reg. zu Trier v. 23. April 1842, betr. das Verfahren
erungen und Abweichungen in den festgesetzten Bauplänen und Pro-
tn. Bl. d. I. B. 1842. S. 126. Nr. 180.)

l. diese Publ. in den betr. Reg. Amtsblättern.

Zweiter Titel.

Schriften über das Verfahren bei Auszahlung der Bau-Gelder.

legul. des R. Fin. Min. v. 6. Sept. 1815 über das Verfahren bei
g von Baugeldern und wegen der dafür zu bewilligenden Remu-

l. Reg. bemerkt in ihrem Ver. v. 7. März d. J. ganz richtig, daß die Führung
nungen so wenig, als die Auszahlung der Lieferanten und Bau-Arbeiter für
enten sich eignet. Um allen daraus zu besorgenden Mißbräuchen vorzubeugen,
ern Seite aber unnöthige Kosten zu vermeiden, dienen der R. Reg. folgende
gen zur Nachricht und Achtung:

eamte dürfen niemals die Auszahlung der Baugelder selbst besorgen.

ngen für Entreprise-Bauten erfolgen jederzeit unmittelbar bei der betr. R.

uszahlung der Gelder bei Rechnungs-Bauten muß in der Regel auf der Bau-
selbst geschehen.

ri Rechnungs-Bauten die Baustelle mit der betr. Kasse nicht an einem Orte,
das Personal der Kasse nicht zureichend, die Zahlungen auf der Baustelle zu
len, so kann die Auszahlung für Rechnung derselben einem Dritten gegen
ige Sicherheit dergestalt übertragen werden, daß derselbe aus der betr. Kasse
bedarf nach Erforderniß vorschußweise erhält, solchen gehörig berechnet, und
chst förmliche Rechnung ablegt, welche sodann der Kasse zugestellt wird, um
äze Summe zu verausgaben und den Vorschuß zu löschen. Als Remuneration
i in solchen Fällen bei einer Anschlag-Summe bis 5000 Thlr. ein Prozent,
em Betrage über 5000 bis 10,000 Thlr. ein halbes Prozent, und von dem,
ie Summe von 10,000 Thlr. übersteigt, ein Viertel Prozent bewilligt
1.

b die Kasse, aus welcher die Baugelder erfolgen, die Auszahlung derselben
besorgen kann, fällt hingegen jede Veranlassung zu Remuneration weg.

ariß 2c.

gen. des Fin. Min., Abth. IV., sign. A. 19. 2a Vol. I.)

Regul. (ad 1.) ist genehmigt durch die R. D. v. 31. Aug. 1825 an
=Min. v. Schudmann.

be nichts dagegen zu erinnern, daß bei der Auszahlung von Baugeldern und
von Remunerationen für diese Auszahlung bei Rechnungs-Bauten, auch
en in Ihrem Ver. v. 2. Aug. d. J. angezeigten Bestimmungen des Regul.
1815 verfahren werde, wobei Ich jedoch ausdrücklich festsetze, daß die Lan-
Auszahlung nur nach Maßgabe des gesamten Anschlags-Quantums ohne
einzelne Anschlag-Summen, z. B. für Maurer-Arbeit, Zimmer-Arbeit 2c.
en kann, und daß es dabei nicht darauf ankommt, wie lange der betr. Bau
ta gen. des Fin. Min., Abth. IV., sign. A. 19. 2a Vol. I.)

R. des R. Min. des H. (Gr. v. Bülow) v. 29. Okt. 1818. Ver-
Berechnung der Baugelder.

bei Berechnung der Baugelder ein übereinstimmendes Verfahren beobachtet
die R. Reg. hierdurch angewiesen, bis zum Erscheinen einer allgem. Kassen-
bei nach folgenden Vorschriften zu verfahren:

2c.

2c.

2c.

legul. ist zunächst für die Westpreuß. Reg. zu Marienwerder ergangen,
aber auch den Reg. zu Potsdam, Frankfurt, Stettin, Königsberg,
innen, Breslau und Plesch zur Nachachtung zugestellt worden.

§. 9.

Baue, welche auf Rechnung ausgeführt werden.

Zahlungen für Baue, welche an Unternehmer verbunden sind, müssen stets an Reg.-Kasse geleistet werden.

Werden Baue auf Rechnung ausgeführt, so müssen die Zahlungen, sobald als möglich, auf der Baustelle selbst geleistet werden. Unter keinen Umständen darf aber der Bau leitende Baubeamte oder der Bauaufseher mit der Auszahlung beauftragt werden. Letztere muß vielmehr einer Spezial-Kasse, oder wenn das bei derselben angestellte Personale, zur Auszahlung auf der Baustelle nicht hinreicht, einem Dritten, gegen hinlänglicher Sicherheit, übertragen werden. In solchen Fällen kann der die Baubesorgenden Kasse oder Person eine Remuneration gezahlt werden, welche in der That berechnet ist, daß von der durch einen Aufschlag festgesetzten Summe für die ersten 5000 Thlr. Ein Prozent, für die zweiten 5000 Thlr. Ein halbes und für das dritte 5000 Thlr. Ein Viertel Prozent bewilligt werden.

Die Rechnungen und Liquidationen, welche als Zahlungsbelege dienen sollen, müssen von dem Bau-Aufseher, oder wenn ein Baubeamter selbst die Spezial-Aufsicht über den Bau führt, von diesem aufgestellt werden. Der Baubeamte ertheilt unter der Hand die Zahlungs-Anweisung. Die Zahlung muß in seiner oder des Bau-Aufsehers Gegenwart geschehen und die Quittung von demselben attestirt werden.

(Acta gen. des Fin. Min., Abth. IV. sign. A. 19. 2a, Vol. I.)

Mit Bezug auf diese Verfügungen und zu deren Ergänzung und Ausführung sind ergangen:

a) C. R. des R. Min. des J. (Köhler) u. d. F. (Kuhlmeier) v. 2. 1829 an sammtl. R. Reg., so wie an sammtl. R. Prov.-Steuer-Dir. und Min.-Bau-Kom. Verfahren bei Auszahlung von Baugeldern und wegen dafür zu bewilligenden Remunerationen.

Durch das mittelst Allerh. R. D. v. 31. Aug. 1825 genehmigte Regul. v. 1815 über das Verfahren bei Auszahlung von Baugeldern und wegen der zu bewilligenden Remuneration, ist bestimmt:

daß Zahlungen für Entreprise-Bauten jederzeit unmittelbar bei der Reg.-Kasse erfolgen sollen, und daß nur, wenn bei Rechnungs-Bauten eine zweite Kasse oder dritte Person mit der Auszahlung der Gelder, welche in der That auf der Baustelle selbst geleistet werden soll, beauftragt worden, die Tantieme nach den bestimmten Sätzen verabreicht werden dürfe.

Hiernach kann es keinem Zweifel unterliegen, daß in jedem Falle, wo die Ausführung eines veranschlagten Baues in Entreprise gegeben worden ist, die Tantieme der den Unternehmern zustehenden Summen durch die Staatskasse bewirkt werden muß, und dafür niemals eine Tantieme berechnet werden darf. Oft wird aber nur ein Theil der veranschlagten Bauten, oder, was am häufigsten vorkommt, nur die Tantieme der Materialien in Entreprise gegeben, ein anderer Theil aber, oder resp. die Ausführung der Materialien, auf Rechnung ausgeführt.

Mehrere Reg. haben nun die vorgedachte allgemeine Bestimmung auf die städt. Bau-Entreprisen nicht angewandt, vielmehr die aus denselben folgenden Tantiemen durch Spezial-Rendanten leisten lassen, und dafür die Tantieme bewilligt.

Dies Verfahren kann nicht genehmigt werden.

Die Zahlung aller Summen, welche auf den Grund von Entreprise-Bauten, solche mögen nun ganze Baue oder nur Theile derselben betreffen, erfolgt, muß an die Reg.-Hauptkasse unmittelbar, oder wenn der Entrepeneur das Geld an einem anderen Orte zu empfangen hat, gleich Zahlungen anderer Art, durch eine Kreis- oder Unter-Kasse für Rechnung der Haupt-Kasse geleistet werden, ohne daß dafür eine Tantieme bewilligt werden kann. Müssen dergl. Entreprise-Kontrakt-Summen der Vollendung wegen in der von dem Spezial-Rendanten zu legenden Bau-Rechnung notirt werden, so sind die betr. Ausgabe-Zustifikatorien dem Rendanten von der R.-Hauptkasse zu fertigen, um den Betrag derselben als von der Reg.-Hauptkasse empfangen, in der That und unter dem betreffenden Aufschlags-Titel in Ausgabe zu stellen. Für diesen Geschäft kann aber keine Tantieme bewilligt werden.

Nur in den Fällen, wo die Verbindungs-Summen unbedeutend sind, und die Tantieme, entweder auf der Baustelle oder im Wohnorte des Spezial-Rendanten, in der That zu zahlen kommen, kann, als Ausnahme von der Regel, die Zahlung dem Spezial-Rendanten übertragen und die Tantieme auf diese Beträge mitgerichtet werden.

Hiernach etc. (A. XIII. 626.—3. 116.)

b) C. R. der R. Chaussee-Verw. (Rother) und der R. Fin.!

leben) v. 14. Mai 1835 an sämmtl. R. Reg. Bewilligung einer Tantieme-Auszahlung von Baugeldern.

Die R. Reg. wird auf den, durch die Decision der R. Ober-Rechn.-Kammer in der Sitzung v. 11. März d. J. ad mon. 4 über die Buchhalterei- und Extraordinarien-Ihrer Hauptklasse von den Unterhaltungskosten der Kunststraße pro 1833 vertheilt. Ber. v. 3. April d. J. hierdurch eröffnet, daß, wenn das C. R. v. 21. Juli 1829 eine Auszahlung der Baugelder durch Spezial-Kassen und dritte Personen möglichst auf der Zahlungseistung auf der Baustelle selbst, und hiermit übereinstimmend eine Bewilligung einer besondern Tantieme beschränken sollte, die hin und wieder nur in Ausnahmungen von öffentl. Bauten im Ganzen bezogene Anwendung des Regul. v. 815 ad 2 auch auf alle partielle Bau-Entreprisen, als Ausführungen einzelner Aufträge und Lieferungen von Materialien etc. ausdrücklich ausdehnt, und die Zahlungen in partiellen Entreprisen durch Spezial-Mendanten gegen Tantieme für unzulässig erklärt, die Form der über diese Entreprisen abgeschlossenen Verträge hierbei einflußlos und keinen Unterschied machen kann.

Die R. Reg. hat daher, indem Sie bei bloß mündlichen Aufträgen eben so, wie bei Entreprise-Kontrakten, den mit den Zahlungen aus denselben beauftragten Spezial-Mendanten die Tantieme nicht passiren ließ, den Bestimmungen des C. R. v. 21. Juli 1829 gemäß gehandelt, dagegen kann es allerdings nicht gebilligt werden, daß Sie in diesen Fällen begnügt hat, über Entreprise-Gegenstände von einem, die Summe ihrer übersteigenden Beträge bloß mündl. Vereinbarungen mit den Lieferanten oder Entreprisen-Gebern zu treffen, während das Gesetz die Gültigkeit des Vertrags in diesem Falle der schriftl. Abfassung abhängig macht.

Daruf daher die Vorschrift Thl. I. Tit. 5. §. 131²⁾ des A. L. R., bei deren Befolgung Zweifel der R. Ober-Rechnungskammer sich von selbst erledigt, künftig nicht gelassen werden. (A. XIX. 841.—3. 182.)

Dieß C. R. (sub b) wird andertweitig zur Beachtung hingewiesen in der R. Berw. für H., Fabr. und Bauw., (Krother) und des R. Fin. v. v. Alvensleben) v. 6. Dec. 1835, an sämmtl. R. Reg.

von der R. Ober-Rechnungskammer die Bemerkung gemacht ist, daß von mehreren die allgemeine Vorschrift, Verträge über Gegenstände von 50 Thlrn. und darüber schriftlich abzufassen, (A. L. R. Thl. I. Tit. 5. §. 131) theils ganz übersehen, theils wegen entschuldigungsgründen (z. B. daß es an Zeit gemangelt habe) unbeachtet geblieben, so finden wir uns, auf den Antrag obgedachter Behörde bewogen, der R. Reg. schriftlich beikomende, an die Reg. zu Merseburg bei einer ähnlichen Veranlassung eine Verf. v. 14. Mai d. J. zur Beachtung zu empfehlen.

(A. XIX. 1094.—4. 143.)

Die R. der R. Berw. für H., Fabr. und Bauw. (Krother) v. 28. Febr. 1836 an sämmtl. R. Reg., ausschließlich derjenigen zu Danzig, Liegnitz und Tantieme der Spezial-Baufassen-Mendanten.

Der C. B. des vormal. Min. des J. u. d. Fin. Min. v. 21. Juli 1829 (A. S. 182) über die Zahlungen für Entreprise-Bauten ist am Schlusse bestimmt:

„Die Verdingungs-Summe unbeträchtlich sei, und in kleinen Raten entweder auf der Baustelle, oder im Wohnorte des Spezial-Bau-Mendanten zur Auszahlung komme, oder die Zahlung dem Spezial-Mendanten übertragen und die Zahlung auf diese mit gerichtet werden könne.“

In dieser Bestimmung in einzelnen Fällen eine zu weite Ausdehnung gegeben worden, worauf die R. Reg. eröffnet:

„Dann, wenn die jedesmal zu leistende Zahlung an einen Entrepreneur die von 50 Thlrn. nicht übersteigt, solche durch den Spezial-Baufassen-Mendanten geleistet werden darf.“

Der übrigen hat es bei der C. B. v. 21. Juli 1828 lediglich sein Verwenden, worauf die R. Reg. zu verfahren hat. (A. XXI. 237.—1. 238.)

Die R. des R. Fin. Min. (Heuth) v. 24. Sept. 1838, an sämmtl. R. Reg. ausschließlich derjenigen zu Danzig, Liegnitz und Oppeln. Derselben

1. oben, sub a.

31 l. c. In allen Fällen, wo unbewegliche Sachen, deren Eigenthum, Besitz, Nutzung, der Gegenstand eines Vertrages sind, müssen wegen der Form die bei dem Orte, wo die Sache liegt, beobachtet werden.

Die R. Reg. wird zur Vermeidung eines Mißverständnisses des, in der Herrn Staats-Min. Röther v. 28. Febr. d. J., die Tantieme der Spezial-Mendanten betr., enthaltenen Satzes:

• daß nur dann, wenn die jedesmal zu leistende Zahlung an einen
• die Summe von 50 Thlrn. nicht übersteigt, solche durch den Spezial-Bau-
• danten gegen die vorschristsmäßige Tantieme geleistet werden kann, •
darauf aufmerksam gemacht, daß unter der jedesmal zu zahlenden Summ
Verbindungssumme zu verstehen ist. (A. XXI. 238.—I. 239.)

e) E. M. des R. Fin. Min. (Gr. v. Alvensleben) v. 31. D
sämmtl. R. Reg. Tantieme der Spezial-Bau-Kassen-Mendanten.

Die E. B. v. 17. Mai 1838 (Anl. b.) enthält nähere Bestimmung
Berechnung der Tantieme der Spezial-Bau-Kassen-Mendanten für den F
Beschaffenheit des Baues, insbesondere seine örtliche Ausdehnung, die Bestel
rer Mendanten erfordert.

Für den Fall, wenn die Beschaffenheit des Baues, insbesondere seine
dehnung, die Eintheilung des ganzen Bauplans in mehrere Abschnitte
für jeden dieser Abschnitte ein besonderer Anschlag aufgestellt wird, bestimme
ständnisse mit der R. Ober-Rechnungskammer, und zur Beseitigung von Zwe
lich der Frage: ob in solchem Falle die Hauptsumme des für den ganzen B
ten General-Anschlags, oder die Summen der für die einzelnen Bauabschnitt
besonderen Anschläge, jede für sich, der Berechnung der Mendanten-Tantieme
zu legen sei? daß, sofern die letztere nach Maßgabe der deshalb bestehenden
schriften überhaupt zahlbar ist, dieselbe in der Regel, und wenn nicht mit de
etwas Anderes vereinbart oder bei Feststellung des Bauplans Abweichendes
sollte, von derjenigen Summe zu berechnen ist, welche den Fonds zur anse
Ausführung des einzelnen Bauabschnitts bildet. Diese Berechnung
lich bei der Ausführung von umfassenden Anschlägen zum Bau der Char
Schiff- oder Flößbarmachung von Flüssen dann statt finden, wenn es die U
gestatten, oder wenn es nicht zweckmäßig erscheinen sollte, für die verschiede
besondere Spezial-Mendanturen einzurichten, in welchem Falle nach Anleitu
v. 17. Mai 1838 zu verfahren ist. Um indeß jeder unrichtigen Auslegung die
zu begegnen, mache ich die R. Reg. darauf aufmerksam, daß nur innere Ori
mehrung der Anschläge bei einem und demselben Bau-Objekte und die Bilbu
Bauabschnitte begründen können, daß daher, wenn der Bauplan diese in Au
jedesmal im Erläuterungsberichte zum Hauptanschlage die Veranlassung z
desselben in verschiedene Spezial-Anschläge vollständig entwickelt werden muß
nicht der besonderen Andeutung, daß die R. Reg., wenn sie die Umstände
findet, im Interesse des Bau-Fonds und zur Erreichung von Ersparnissen da
nehmen muß. Spezial-Mendanten zu ermitteln, welche die Auszahlung der
rung mehrerer Bauabschnitte zur Verwendung kommenden Gelder, ohne
Anschlags-Summen nach den Bauabschnitten bei Berechnung der Tantieme,
so daß die vorstehende Bestimmung nur für den Fall gilt, wenn Ihre da
Bemühung erfolglos gewesen ist, und erwarte ich darüber in den die Anschläge
Ber. jedesmal eine Anzeige.

Hierauf findet die E. B. v. 3. Sept. 1825 (Anl. a.) und der Allerh.
v. 31. Aug. desselb. J. ihre Auslegung, worin unter anderen festgestellt ist,
tante nur nach Maßgabe des gesammten Anschlagquantil ohne Trenn
eine Anschlag-Summen, z. B. für Maurer-, Zimmer-Arbei
werden solle, und daß es dabei darauf nicht ankomme, wie lange der betr.
wobei es sein Bewenden behält.

Anl. a.

Auf den Ber. v. 29. Juni d. J. habe ich mich, mit Rücksicht auf die
des §. 12 der Instr. für die R. Ober-Rechnungskammer v. 18. Dec. v.
gefunden, die Allerh. Genehmigung zur ferneren Zahlung der durch die E. B.
1815 und 20. Okt. 1818 bewilligten Vergütungen der Zahlmeister bei den
ausgeführten R. Bauten von resp. $1\frac{1}{2}$ und $\frac{1}{4}$ Proz. nachzusuchen. Des
haben hierauf mittelst Allerh. R. D. v. 31. v. M. zu genehmigen gerüht, daß
zahlung von Baugeldern und Bewilligung von Remunerationen für diese Ar
dergleichen Bauten auch ferner nach den Bestimmungen des Regul. v. 6. Se
fahren werde, wobei jedoch ausdrücklich festgesetzt worden ist, daß die Tan
Auszahlung nur nach Maßgabe des gesammten Anschlag-Quantums, ohne
einzelne Anschlag-Summen, z. B. für Maurerarbeit, Zimmerarbeit etc. erh

daß es dabei nicht darauf ankomme, wie lange der betr. Bau dauert. Hiernach
 d. R. Reg. zu achten.

Am, den 3. Sept. 1845.

An

1. zu Düsseldorf, Abschrift zur Nachricht und Achtung an sämmtl. übrige R. Reg.

Anl. b.

daß die G. V. des vormal. Handels-Min. v. 6. Sept. 1815. und 29. Okt. 1818
 hieme der Spezial-Mendanten, welche Baugelder auf der Baustelle auszahlen,
 ist worden, daß dieselben von der durch einen Anschlag festgesetzten Summe,
 für die ersten 5000 Thlr. 1 Prozent, für die zweiten 5000 Thlr. $\frac{1}{2}$ Prozent und
 die Summe von 10,000 Thlrn. übersteigenden Zahlungen, $\frac{1}{2}$ Prozent erhalten
 die Bestimmung ist, wie die G. V. v. 3. Sept. 1825 ergiebt, durch die Allerh.
 1. Aug. 1825 mit dem Zusatze genehmigt, daß die Tantieme nur nach Maßgabe
 den Anschlag-Quantums, ohne Trennung in einzelne Anschlagssummen, z. B.
 arbeit, Zimmerarbeit etc. erhoben werden könne, und daß es dabei nicht darauf
 die lange der betr. Bau dauere.

zwischen ist die Frage in Anregung gebracht, ob, wenn die Beschaffenheit des
 Bestellung mehrerer Mendanten mit sich bringe, alsdann die Tantieme für
 idanten nur nach der gesammten Anschlagssumme zu berechnen, oder ob nicht
 einzelnen Spezial-Mendanten rücksichtlich der von ihnen ausgezahlten Bau-
 besondere Berechnung anzulegen und einem jeden von den ersten 5000 Thlrn.
 mit 1 Prozent u. s. w. zu bewilligen sei?

überelastimmung mit der R. Ober-Rechnungs-Kammer habe ich mich zwar
 re Alternative entschieden, behalte mir jedoch vor, über die Zulässigkeit der
 Berechnung der Tantieme für jeden einzelnen, von mehreren mit Zahlungen
 und demselben Bau-Anschlage beauftragten Mendanten, in jedem einzelnen
 erst zu bestimmen. Berlin den 17. Mai 1838.

Der Fin. Min. Gr. v. Alvensleben.

R. Regierungen.

1. Bl. d. I. B. 1841. S. 4. Nr. 8.)

Verfügungen einzelner Provinzial-Regierungen.

publik. der R. Reg. zu Königsberg, v. 27. Juni 1817.

l. 49. — 2. 27. oben S. 296.)

publik. der R. Reg. zu Breslau, v. 4. April 1826, betr. die Aufhe-
 Bau-Mendanten-Tantieme bei Entreprise-Kontrakten.

ter Bestimmung zufolge bringen wir hiermit, wegen Nichtstattfindung der
 nten-Tantieme, bei Verrechnung von Bau-Geldern, die auf Grund geschlosse-
 se-Kontrakte ausgezahlt werden, folgende Festsetzungen zur Kenntniß der Bau-
) Spezial-Bau-Kassen-Mendanten, um sich danach aufs genaueste zu achten.

ministerielle Verf. v. 6. Sept. 1815 und 29. Okt. 1818 ist ausdrücklich vor-

bei Bauten, welche auf Rechnung ausgeführt, und bei denen die Zahlungen
 so möglich, auf der Baustelle selbst geleistet werden, und auch dann nur
 tieme gezahlt werden solle, wenn eine Spezial-Kasse oder dritte Person mit der
 der Gelder beauftragt wird; daß hingegen Zahlungen für Entreprise-Bauten,
 t aus der Reg.-Haupt-Kasse geleistet werden sollen.

nach wird künftig die Verrechnung der Kosten jederzeit durch die Reg.-Haupt-
 en, und wenn der Entrepreneur das Geld an einem andern Orte zu empfan-
 , die Zahlung einer Spezial-Kasse für Rechnung der Reg.-Haupt-Kasse über-
 en.

die für den Entreprise-Bau gezahlte Summe aber der Vollständigkeit wegen
 zial-Rechnung, neben den Rechnungs- (d. i. auf der Baustelle gezahlten) Bau-
 rrechnet werden; so kann der Spezial-Bau-Kassen-Mendant doch von jener
 Summe eine Tantieme nicht verlangen.

dem angeführten Falle, und wenn wir es für nöthig finden, werden den Spe-
 ffen, die, zur vollständigen Rechnungslegung über die ganze Abschlagssumme,
 1 Ausgabe-Zustifikatorien mit der Aufgabe zugefertigt werden: den Betrag
 so von der Reg.-Haupt-Kasse empfangen in Einnahme und unter dem betr.
 itel in Ausgabe zu stellen.

Spezial-Bau-Kassen-Mendanten werden demnach angewiesen: für solche Sum-
 unserm oder im Auftrage unserer Haupt-Kasse an Entrepreneur durch sie
 en, auch dann die feststehende Tantieme nicht zu liquidiren und einzuziehen,
 atraktmäßige Entreprise-Summe nur einen Theil der Anschlags-Summe aus-

macht. Noch weniger ist eine Tantieme zu erheben, wenn die gezahlte Summe den Anschlag umfaßt.

In Nichtbefolgungs-Fällen werden, nach Legung der Rechnungen, die zur U- erhobenen Beträge, mit Kosten von den Spezial-Bau-Kassen-Rendanten wieder- gen werden.

Gleichzeitig werden die Baubeamten verpflichtet, keine Rechnung zu attestiren darin eine Liquidirung der Tantieme für gezahlte Entreprise-Bau-Gelder vorkommen müssen von der ganzen Bedarfs-Summe abgesetzt, und es dürfen die Tantiemen, der auf Kosten-Noten bezogenen Bezahlung liquidirt und verrechnet werden.

Unsere Kontrolle ist angewiesen worden, bei Revision der Bau-Rechnung nach aufs pünktlichste zu verfahren. (N. X. 144. — 1. 120.)

c) C. R. der R. Reg. zu Köln v. 20. März 1837, an sämmtl. Beamten. Tantiemen bei den Spezial-Baukassen.

Es kommt hiervon der Fall vor, daß aus den, den Baubeamten disponiblen Baufonds Beträge an R. Kassen gezahlt werden, so z. B. an die R. Forst- Bauholz oder Baumstangen, an R. Steuerkassen die Steuergelder von Riedgraben an die Festungs-Bau-Kasse für abgetretene Baumaterialien und Utensilien.

Von dergl. Zahlungen ist bisher den Spezial-Baukassen die gewöhnl. Z- welche von der durch einen Anschlag festgesetzten Summe für die ersten 5000 Thlr. zent, für die zweiten 5000 Thlr. ein halbes, und für das Mehrere ein viertel beträgt, vergütet worden.

Gemäß der Rev.-Verhandlung der R. Ober-Rechnungs-Kammer v. 15. v. die Gewerbe- und Bau-Verwalt.-Rechnung unserer Haupt-Kasse pro 1835 f- Beträge, welche die Spezial-Bau-Rendanten an R. Kassen zahlen, nicht zu d- Baugeldern, für deren Auszahlung und Berechnung die Tantieme berechnet we- gezahlt werden. Sie haben daher künftig in Ihren Abrechnungen und Bau- Protokollen keine Tantieme von den durch Spezial-Kassen an R. Kassen geleis- tungen aufzunehmen und auch nicht zuzulassen, daß die Spezial-Kassen-Tant- dergl.-Zahlungen liquidiren. (N. XXI. 1090. — 4. 206.)

4) Stempelspflichtigkeit der Quittungen über Arbeitslöhne öffentlichen Bauten.

C. R. des R. Min. d. F. (v. Rabe) v. 4. Febr. 1851 an sämmtl. Steuer-Dir.

Ew. Hochw. erhalten hierbei Abschrift des an sämmtl. R. Reg. heute d- Crl.(a.), in Betreff des Stempels zu Quittungen über gezahlte Arbeitslöhne bei oder anderen öffentl. Bauten, zur Kenntnissnahme und Beachtung.

Anl. a.

Nach den Bestimmungen des Stempelgef. v. 7. März 1822 kommt es bei- steuerung eines Dokuments lediglich auf dessen Inhalt und nicht auf die Verant- aus welcher dasselbe in der gewählten Form ausgestellt worden ist. Wenn- Chaussee- oder anderen öffentl. Bauten, wie dies meist zu geschehen pflegt, der- meister oder eine andere geeignete Person für die Arbeiter Quittungen über L- zum Betrage von 50 Thlrn. und mehr ausstellt, von welchen kein einzelner B- Betrag von 50 Thlrn. erhält, so sind diese Quittungen wegen der Form, in- ausgestellt werden, streng genommen, dennoch dem Quittungstempel unterwor-

Da aber, wenn man den Quittungstempel in solchen Fällen fordern wo- einzelne Arbeiter mit Recht würde verlangen können, eine besondere, alldann d- nach nicht stempelspflichtige Quittung auszustellen, und dadurch abgesehen von- Inkonvenienzen, die Rechnungsbetäge auf eine nicht erwünschte Weise vermeh- würden, so ist nachgegeben worden, daß dergleichen Quittungen nur in soweit d- tungstempel unterworfen werden, als der einzelne Arbeiter von der quittirten 50 Thlr. oder mehr zu empfangen hat, was entweder aus der beigefügten Lohn- aus einer Bescheinigung des betr. Baubeamten hervorgehen muß. Soweit es- geschehen, hat die R. Reg. hiernach das Gerignete anzuordnen.

Berlin, den 4. Febr. 1851.

Der Min. für G., W. u. öffentl. B.

v. b. Seydt.

Der Min.

v. F.

An sämmtl. R. Regierungen.

(Min. Bl. d. I. B. 1851. S. 48. Nr. 56.)

5) Ueber die rechnungsmäßige Behandlung der zu res- den Bau- und Remissionsgelderbestände bei den R. Kassen vergl. das R. Fin. Min. v. 9. Dec. 1848. (Min. Bl. d. I. B. 1849. S. 9. Nr. 13.)

D r i t t e r T i t e l.

Von der Vorladung unbekannter Bau-Gläubiger bei öffentlichen Bauten.

1) R. v. 6. Aug. 1792, betr. das Verfahren der Bau-Gläubiger bei öff. Bauten.

Friedrich Wilhelm 2c. Da die Sicherheit Unserer Kassen erfordert, daß nach Vollendung eines für Unsere Rechnung geführten Baues oder anderen Werkes, als die Anlage von Schlessen, Kanälen, Ufer- und anderen Wasserbrücken, Chaussees, ein gewisser Aufschlag angefertigt, und Unsere Kasse gegen alle nachherigen Ansprüche gedeckt werde, aber mit der erforderlichen vollkommenen Sicherheit nicht anders, als durch ein *plano effectu praecl.* ergehendes Aufgebot bewerkstelliget werden kann, und dergl. *pot ad Instantiam Fisci* bei geführten landesherrl. Bauten um so weniger bedenklich kann, als diejenigen Gründe, aus welchen in der Regel einem Schuldner nicht erlaubt wird, seine eigenen Gläubiger zu präcludiren, auf den Fall, wo Baue auf Rechnung des Landesherrn und seiner Kassen geführt werden, bei genauerer Prüfung ganz anwendbar sind, so wird hierdurch von Uns verordnet:

Unser Fiskus in der Folge berechtigt sein soll, nach Vollendung eines solchen für die Rechnung geführten Baues oder andern Werkes, und erfolgendem Abschluß der Rechnungen, alle unbekannten und noch unbefriedigten Baugläubiger, welche von wegen des Baues für Arbeitslohn, Materialien oder sonst annoch Forderungen zu haben scheinen, *edictal.* und *sub poena praecl.* vorladen zu lassen.

Was nun die näheren Bestimmungen dieses Aufgebots anlangt, so wird beßfalls hiermit verordnet:

1) daß selbiges, wenn der Bau auf einem Unserer Dom.-Ämter geführt worden, dem competenten Justizamte, sonst aber von dem Landes-Justizcollegio der Prob. vorgenommen werden soll, doch hat es in Ansehung der unter Direktion Unseres Hof-Bauamtes in Potsdam und Berlin geführten Baue bei der Instrukt. v. 16. Juni 1783 §. 3 überall anzuwenden;

2) daß der Termin zur Anmeldung etwaniger Forderungen in der Regel auf 6 W. und nur dann, wenn der Bau von geringer Erheblichkeit gewesen, nach richterl. Ermessen auf 6 W. bestimmt;

3) daß wegen der Art der Bekanntmachung durch Proclamata und Einrückung in die öffentlichen Anzeigen und Intelligenzbl. die Vorschriften §. 79. und 81. Unserer Conc. Ordn., je nachdem der Termin auf 3 Mon. oder nur auf 6 W. bestimmt worden, beobachtet;

4) daß die Commination dahin, daß die außenbleibenden Gläubiger, deren noch existirenden Forderungen aus den Akten der Rechnungen nicht bekannt sind, damit gegen die Kasse gänzlich präcludirt und ihnen jegliches Stillschweigen auferlegt werden solle,

5) daß, wenn in dem Liquidationstermine Forderungen angemeldet werden, damit nach der Proz. O. Part. II. Tit. 27. §. 91. verfahren, dem sich meldenden Gläubiger bloß die *provisional.* Vorbehalte vorbehalten, und die nähere Ausführung derselben, wenn das Liquidatum dem Fisco nicht sofort anerkannt wird, an das gehörige *forum spec. causae* verwiesen werden;

6) daß die Wirkung der, der Commination gemäß abzufassenden *Praeclusoriae* bestehen soll, daß ein solcher unbekannter und präcludirter Gläubiger sich an die Kasse nicht weiter halten kann; wohingegen diese *Praeclusoria* den aus den Akten und Rechnungen noch existirend bekannten und nicht besonders vorgeladenen Baugläubigern entgegen steht; auch in sofern Jemand sich nur mit einem oder dem andern Baugläubigen in Kontrakte oder andere Geschäfte bei dem Baue eingelassen hat, von diesem seine Forderung verschwiegen, oder die darauf angewiesene Zahlung gar unterschlagen hat, einem solchen Gläubiger der Regreß an die Person des Offizianten, mit welchem er eingelassen hat, vorbehalten bleibe.

Hiernach 2c. Gegeben Berlin, den 6. Aug. 1792.

Auf Er. R. Maj. allergn. Spezialbefehl.

Der Kammergericht.

v. Carmer.

(N. C. C. T. IX. No. 63. do 1792. S. 1063 — 1066. Rabe's Samml. Bd. 2, S. 354.)

Dazu:

R. v. 4. Sept. 1792, betr. das Verfahren wegen Streitigkeiten aus fiskal. Bau-, Fuhr- und Lieferungskontrakten.

Friedrich Wilhelm 1c. Wir lassen Euch das unterm 6. m. pr. aus dem Depart. an sämmtl. Reg. und Landes-Justiz-Kollegien ergangene E. R. wegen des zu beobachtenden Verfahrens bei Entscheidung der Streitigkeiten, welche aus Bau- und Lieferungs-Kontrakten entstehen, auf. in Abschrift zufertigen, um in allen Fällen Bau- und andere dergl. Unternehmungen aus landesherrlichen Kassen bewerkstelligt zu werden, und es nöthig gefunden wird, Fiscum gegen Ansprüche derer, die dazu Fleiß und Arbeit gethan haben, völlig sicher zu stellen, Euch des Mittels der öffentl. Anrechnung solcher Prätendenten und ihrer Präklusion zu bedienen, wobei es sich von selbst versteht, daß diejenigen Kontrahenten, Arbeiter und Lieferanten, welche ex actis konstatiren, wenn derselben Befriedigung nicht klar nachgewiesen ist, in solchem Fall namentlich patentum ad domum citirt werden müssen. Sind 1c.

Begeben Berlin, den 4. Sept. 1792.

Auf Spezialbefehl. An sämmtl. Kr. und Dom. Kammern u. Dep.

(N. C. C. T. IX. No. 68. de 1792. S. 1083—1084. Rabe's Samml. S. 367.)

2) Die A. G. D. bestimmt im Th. I. Tit. 51. §§. 169—171. in Beziehung Folgendes:

§. 169. Wenn Baue auf Königl. oder andere öffentliche Rechnung geführt sind, so kann Fiskus, und wer mit demselben gleiche Rechte hat, darauf antragen, bei geendigten Baue und geschlossenen Rechnungen die unbekannten Gläubiger, welche diesem Baue Materialien geliefert, oder Arbeiten dazu geleistet haben, öffentlich zu benachrichtigen, und sich innerhalb einer zu bestimmenden Frist bei derjenigen Behörde, deren Direktion der Bau geführt worden, spätestens aber in dem anzusehenden Termin bei dem Richter zu melden, unter der Warnung, daß sie, nach fruchtlosem Ablaufe des Termins, ihres Anspruchs an die Kasse verlustig sein, und bloß an die Gläubiger, mit welchen sie kontrahirt hatten, verwiesen werden sollen.

§. 170. Eine solche Ediktalcitation wird, wenn der Bau auf einem Domainenbau geführt worden, von dem Domainen-Justizamt, sonst aber von dem Landes-Justizamt der Provinz veranlaßt.

§. 171. a. Der Termin wird in der Regel auf drei Monate, wenn aber das nach richterlichem Ermessen, von keiner sonderlichen Wichtigkeit gewesen, auf sechs Monate bestimmt. Nach dieser Bestimmung des Termins richtet sich auch die Art und Weise der Bekanntmachungen. (Tit. 50. §§. 109. 111.)

§. 171 b. Meldet sich im Termine ein solcher unbekannter Gläubiger, so wird ihm in dem abzufassenden Präklusionsurteil bloß seine Rechte vorbehalten; übriges wird er, wenn der Fiskus seine Forderungen nicht sofort für bekannt annimmt, der näheren Ausführung derselben an die nach der Ressortverfassung kompetente Behörde verwiesen.

§. 171 c. Daß auf ein dergl. Aufgebot erfolgende Präklusionsurteil steht den Baugläubigern entgegen, von welchen aus den Akten und Rechnungen nicht zu erhellen gewesen, daß sie eine Forderung haben, oder daß dieselbe noch unbezahlt sei. Diese Gläubiger müssen sich alsdann an denjenigen halten, mit welchem sie kontrahirt haben, oder der die verlangte Zahlung in Empfang genommen und sie doch nicht gehörig befriedigt hat.

Zweiter Abschnitt.

Besondere Vorschriften in Betreff einzelner Gattungen öffentlicher Bauten¹⁾.

Erstes Kapitel.

Vorschriften über Domainen- und Forst-Bauten.

Von den älteren hierher gehörigen, aber größtentheils für antiquarische zu erachtenden Verordnungen sind folgende zu erwähnen:

¹⁾ Bei den einzelnen Gattungen öffentlicher Bauten finden, in sofern nicht die Natur der Sache Ausnahmen begründet werden, die allgemeinen Grundsätze Anwendung, welche im ersten Abschnitte für alle Arten der öffentlichen Bauten dargestellt worden. Im vorliegenden Abschnitte werden diejenigen Bestimmungen mitgetheilt, welche speziell nur für einzelne Kategorien der öffentlichen Bauten erlassen worden.

hern zu jeder Zeit, wo es verlangt wird, Alles wieder in vorigen Stand zu setzten, daß es dazu einer zustimmenden Erklärung von Seiten der theilhaftigen Behörden bedarf.

Die K. Reg. hat darauf zu halten, daß nicht nur die gegenwärtigen Forstbienst-Wohnungen, sondern auch die neu eintretenden Forstbeamten bei Abgabe der Dienstetablissemens von diesen Bestimmungen in Kenntniß gesetzt werden.
(N. XIX. 627. — S. 33.)

4) E. K. des K. Min. d. F. (v. Hake) v. 6. Okt. 1849 an f. Reg. Sorge für möglichst billige Ausführung der Bauten im Forst- und Domainen- und Forstverwaltung, und Erforderniß der Einholung der Genehmigung in den Fällen, wo solche vorgeschrieben, vor der Ausführung des Baues.

Wie in mehreren Fällen wahrgenommen, sind verschiedene Anschläge über Kosten aus dem Ressort der Domainen- und Forstverwaltung, im Vergleich mit so unüberhältnißmäßig hohen Kosten summen berechnet worden, daß es außer dem, daß Privat-Gutbesitzer ähnliche Baue mit viel geringeren Kosten und doch gleichend bewerkstelligen würden. — Es liegt daher dringende Veranlassung vor, wiederholt aufzufordern, den Bauten und Reparaturen der Domainen- und Forstverwaltung ganz besondere Aufmerksamkeit zu widmen, wo solche nicht zu umgehen sind, auf das unabwiesliche Bedürfniß zu beschränken, vorzüglich aber darauf zu halten, Kosten dazu so billig, als die Umstände nur immer gestatten, veranschlagt werden, und falls auch mit benachbarten praktischen Landwirthen darüber Rücksprache wie der Zweck mit den geringsten Kosten zu erreichen steht.

Bei dieser Gelegenheit wird der K. Reg. zur Pflicht gemacht, künftig kein Bauprojekt nach den bestehenden Vorschriften ministerielle Genehmigung erlangen, namentlich solche, wozu derselben disponible Fonds nicht zu Gebote stehen, ohne Ausführung anzuordnen, als bis diese Genehmigung zeitig genug vorher erteilt worden ist, weil sonst leicht unangenehme Verlegenheiten daraus erwachsen.
(Min. Bl. d. I. B. 1849. S. 238. Nr. 348.)

Zweite Unter-Abtheilung.

Vorschriften, betreffend die Veranschlagung der Domainen- und Forst-Bauten.

1) E. K. des K. Fin. Min. (Maassen) v. 8. Juli 1830 an f. Reg. Grundsätze zur Anfertigung der Bauanschläge für Bauten und Wirthschaftsgebäuden auf den K. Domainen.

Mehrere hier eingegangene Entwürfe zu Wohn- und Wirthschafts-Gebäuden auf den K. Domainen haben gezeigt, daß die Baubeamten in ihren Prinzipien schwankend sind, theils nicht diejenigen Regeln befolgen, welche sich nach der Erfahrung als die zweckmäßigsten bewährt haben, weshalb solche Projekte häufig zur Umarbeitung zurückgegeben werden müssen, wodurch sowohl den Baubeamten, als den technischen Doppelte Arbeiten entstanden sind, darüber aber gewöhnlich die beste Benützung vorübergegangen ist.

Zur Vermeidung dieser Uebelstände, und damit die Baubeamten einen sicheren Anhalt haben, die Gebäude nicht über das unumgängliche Maß ausgedehnt, und so weit es zulässig, nach einerlei Prinzipien ausgeführt werden, werden die wichtigsten Grundsätze zur Bestimmung der Abmessungen u. d. der landwirthschaftlichen Gebäude in gedrängter Kürze zusammengestellt (Anl. a.) und es werden mehrere Exemplare hiervon mit der Veranlassung zugesandt, diese ihren Bau-Behörden mit dem ausdrücklichen Bemerkten mitzutheilen, daß wo in einzelnen örtlichen Umständen eine Abweichung davon nothwendig machen, solche in den, den Anlagen beizufügenden Erläuterungs-Protokollen gehörig motivirt werden müssen.

Bei dieser Gelegenheit sind den Baubeamten die schon bestehenden Vorschriften betreffend die Bau-Projekte und Kosten-Anschläge u. d. wiederholt einzuschärfen, wo

1) über jeden Neubau oder eine wesentliche Veränderung eines vorhandenen Gebäudes, spezielle, aus Grundrissen, Balkenlagen, Aufrissen und einem oder mehreren bestehenden Bauzeichnungen, nach dem Maßstabe von 10 Fuß auf den Dezimal-Zoll angefertigt, die einzelnen Maße eingeschrieben, und die Zeichnung Namens-Unterschrift des Baubeamten versehen werden müssen;

2) wo es auf die Beurtheilung der Stellung eines Gebäudes ankommt, ein vollständiger Situations-Plan, worauf die Himmelsgegenden anzugeben sind, beizufügen.

- 3) in den Anschlägen die Kosten für Arbeitslohn, Material und Fuhrlohn jedes Mal nach richtigen Grundsätzen, unter spezieller Angabe der Grundsätze und Maße, schenkt, ferner die Kauf- und Fund-Orte der Materialien und die Entfernung derselben vom Platze nach Meilen angegeben sein müssen;
 - 4) wenn das Holz zu den Baulichkeiten aus R. Forsten frei abgegeben wird, am Ende der Anschläge der Werth desselben ante. lineam speziell nachzuweisen ist;
 - 5) niemals mehrere Gebäude in Einem Anschlag zusammengefaßt werden, sondern jedes ein besonderer Anschlag anzufertigen ist;
 - 6) wo der Wasserstand auf irgend einen Bau, z. B. bei Molen etc. Einfluß hat, der höchste und niedrigste Stand desselben angegeben werden muß;
 - 7) jedem Neubau- oder großen Reparatur-Anschlag ein vollständiges Erläuterungs-Protokoll beizufügen ist, woraus der Zweck und die Nothwendigkeit des Baues, die Gründe für die angenommene Größe, Einrichtung und gewählte Bauart desselben, die Beschaffenheit des Baugrundes, die dem Gebäude zu gebende zweckmäßigste Stellung und dergl. hervorgehen muß.
- Sodann haben die Reg. Bauräthe außer den Anschlägen auch die dazu gehörigen Erläuterungen mit dem vollständigen Revisions-Zeichen zu versehen, sowie die Dep.-Räthe die Anschläge nach Vorschrift der Verf. v. 14. Aug. 1829¹⁾ zu prüfen und zu beschließen. Die Revisorien aber bei Festsetzung der Anschläge sich des Gebrauchs der rothen Tinte zu enthalten.

Anl. a.

Maße zur Bestimmung der Abmessungen bei den gewöhnlichsten landwirthschaftlichen Gebäuden auf den R. Domainen²⁾.

Amtshäuser.

1. Bei einem Amtshause ist die lichte Etagenhöhe nicht unter 10½ Fuß, höchstens zu 11 Fuß anzunehmen.

Vorwerkshäuser.

2. Bei einem Vorwerkshause muß die Etagenhöhe 9 bis 9½ Fuß betragen.

Familienhäuser.

3. Familienwohnungen erhalten 8 bis 8½ Fuß Etagenhöhe. Jede Familie erhält eine etwa 14 Fuß im □ große Stube, eine 7 Fuß lange, 14 Fuß tiefe Kammer, und der Regel immer zwei einen gemeinschaftlichen Flur von 8 bis 9 Fuß Länge, 7 Fuß breit mit einer den Umständen nach durch eine Zwischenwand getrennten Küche dahinter³⁾.

Deputanten-Viehställe.

4. Deputanten-Viehställe werden nur 7 bis höchstens 7½ Fuß in den Mauern vom Fundament bis zu den Balken hoch.

Brau- und Branntweimbrennereien im Allgemeinen.

5. Brau- und Branntweimbrennereien müssen 10 bis 12 Fuß in der Höhe werden, und wo möglich mit der Vorderfronte gegen Abend oder Morgen

bei der Berechnung der Größe derselben gelten folgende Sätze:

Bemerkungen.	1 Quart =	64 Kubitzoll =	$\frac{1}{27}$ Kubikfuß.
1 Meße =	3	= 192	= $\frac{1}{9}$
1 Scheffel =	48	= 3072	= $1\frac{2}{3}$
1 Viertonne =	100	= 6400	= $3\frac{7}{9}$

A. Malzräume.

- a) Monatlich können durchschnittlich 8 Quellfäße gemalt werden, und wenn die Zeit mit Ausschluß der heißen Monate (Juni, Juli, Aug. und Sept. auf 8 Monate vertheilt ist, so können jährlich 64 Quellfäße abgemalt werden; worauf also der jährliche Getreidebedarf zum Brauen und Brennen zu vertheilen ist.
- b) Das Getreide zum Malz muß im Sommer zwei, im Winter zwei bis drei Tage quellen.
- c) Das Quellen, Keimen und Trocknen erfordert überhaupt fünf bis sechs Tage.
- d) 1 Kubikfuß trockenes Getreide erfordert 1½ Kubikfuß Quellbottig, also: 1 Scheffel trockenes Getreide erfordert 2½ Kubikfuß Quellbottig.
- e) 1 Kubikfuß trockenes Getreide giebt während des Keimens circa $\frac{1}{2}$ Kubikfuß, und selbst nur 2 (höchstens 3) Zoll hoch auf dem Malzplatze liegen darf, so erfordert 1 Kubikfuß trockenes Getreide $1 \cdot \frac{1}{2} \cdot 6 = 3$ □ Fuß; also:

Bergl. unten.

Wo Abweichungen davon eintreten, müssen solche in den, den Bauanschlügen beizufügenden Erläuterungs-Protokollen gehörig motivirt werden.

Die in §§. 1. 2. und 3. genannten Gebäude sind, wenn es die Vertheilung gestattet, mit den Fronten gegen Morgen und Abend anzulegen.

α) 1 Scheffel trockenes Getreide $1\frac{1}{2} \cdot \frac{1}{2} \cdot 6 = 13\frac{1}{2}$ □ Fuß Malzplatz findet indeß ein sehr starker Betrieb statt, so daß viel Malz gebraucht wird, nimmt man $\frac{1}{2}$ mehr an, mithin auf:

β) 1 Scheffel trockenes Getreide = $17\frac{1}{2}$ □ Fuß Malzplatz¹⁾.

γ) Täglich kann, wenn die Darre eine besondere Feuerung hat, zweimal gedarrt werden, und weil das Quellen 2 bis 3 Tage Zeit erfordert, so kann während dieser Zeit gedarrt werden; es muß also jedesmal der fünfte Theil des ganzen Quell- oder Malz auf die Darre kommen.

Das Malz darf höchstens 3 Zoll hoch auf der Darre liegen; es gehören auf 1 Kubikfuß Malz zu darren, 4 □ Fuß Darre dazu. Hiernach erfordert:

1 Scheffel trockenes Getreide des gesammten Quellages $1\frac{1}{2}$ □ Fuß Darroberfläche, wofür man 2 □ Fuß annehmen kann.

Hat die Darre keine besondere Feuerung, sondern wird gleichzeitig durch die Feuerungen, wie dies öfters der Fall ist, mitgeheizt, so kann täglich nur einmal gedarrt werden, in diesem Fall muß die Darre doppelt so groß sein, als vorhin angegeben, erfordert dann:

1 Scheffel trockenes Getreide des gesammten Quellages 4 □ Fuß Darroberfläche.

g) 1 Scheffel trockenes Getreide giebt $1\frac{1}{2}$ Scheffel Malz, oder Malz erfordert $\frac{2}{3}$ Scheffel trockenes Getreide.

B. Brauereien.

a) Die Größe des Maischbottigs muß $\frac{1}{2}$ des Inhalts der Anzahl Bier, welche gebraut werden sollen, und außerdem den Inhalt des jedesmal zu vermalzenden Malzes betragen. Rechnet man dessen Anfüllung circa 3 Fuß hoch, so muß bis $3\frac{1}{2}$ Fuß in den Stäben hoch werden.

b) Die Größe des Zapfbottigs muß $\frac{1}{2}$ * des Inhalts der Anzahl Bier, welche gebraut werden sollen, und außerdem den Inhalt des jedesmal zu vermalzenden Malzes betragen. Ferner muß dabei der Raum für den Zapfboden (5 bis 6 Zoll hoch) berücksichtigt werden²⁾.

c) Die Größe der Braupfanne muß $\frac{1}{2}$ des Inhalts der Anzahl Tonnen, welche gebraut werden sollen, weniger 0,6 Kubikfuß* von jedem Scheffel des Malzes zu nehmenden Malzes betragen. Wird bei einem größeren Brau-Quantum Würze aber nicht mit einem Mal, sondern in 2, 3 oder 4 Abtheilungen abgebraut, braucht die Pfanne natürlich nur resp. $\frac{1}{2}$, $\frac{1}{3}$ oder $\frac{1}{4}$ so groß zu sein³⁾.

Man giebt den Pfannen gewöhnlich $\frac{2}{3}$ der Länge zur Breite und $\frac{1}{2}$ der Höhe.

d) Das Rührschiff, in welchem das Bier circa 6 Zoll hoch zu stehen kommt, auf jede Tonne Bier eines Gebräudes $7\frac{1}{2}$ □ Fuß Bodenfläche erhalten. Es muß die Brauerei unter der Decke so angebracht, daß es dem Luftzuge gehörig ausgesetzt ist; gestattet es aber die Verhältnisse, so ist es besser dasselbe außerhalb des Gebäudes unter einer leichten Verdachung anzubringen.

e) Die Größe der ganzen Brauerei, incl. Pfanne und Gefäße, muß zwölf Mal so viel Grundfläche enthalten, als die Grundfläche des größten Bottigs; wird aber der Maischbottig gleichzeitig als Zapfbottig benutzt, so reicht circa die Grundfläche dieses Bottigs zum Brauereiraum aus.

C. Brauntweinbrennereien.

a) Maischfässer.

Zum Einmaischen eines Pfundes Malz oder trockne Substanz anderer zum Wein anzuwendenden Materialien, als z. B. Kartoffeln, sind durchschnittlich 6 bis 7 Kubikfuß Wasser erforderlich, wonach 1 Kubikfuß Malz (Schrot) durchschnittlich 6 bis 7 Kubikfuß Maischraum erfordert, oder:

1 Scheffel Malz (Schrot) circa 12 Kubikfuß Maischraum.

Werden aber Kartoffeln zu Brauntwein verschwelt und einem Scheffel Malz etwa $\frac{1}{2}$ bis $\frac{1}{3}$ Scheffel Malz (Schrot) zugesetzt, so rechnet man, weil 1 Scheffel zu 100 Pfd. angenommen nur 25 Pfd. trockne Substanz und 75 Pfd. Wasser hält, auf:

1 Scheffel Kartoffeln und $\frac{1}{2}$ bis $\frac{1}{3}$ Scheffel Malz (Schrot).

¹⁾ Wenn es die Umstände gestatten, ist der Malzplatz circa zur Hälfte in Kellern und zur Hälfte in der Etage einzurichten.

²⁾ 17 Tonnen Aufguß geben nämlich circa 10 Tonnen Bier.

³⁾ In jedem Scheffel Malz bleibt nämlich circa 0,6 Kubikfuß Aufguß zurück.

Kubikfuß Maischraum, wo in beiden Fällen aber schon circa $\frac{1}{10}$ Stelraum während der Gährung berücksichtigt ist.

einer als zu 300 Quart = $11\frac{1}{2}$ Kubikfuß dürfen gesetlich keine Maischfässer angeordnet, und das Minimum der täglich zu verschmelenden Maische darf gesetlich zu 600 Quart = $22\frac{1}{2}$ Kubikfuß betragen. Es ist vorthellhaft für die Branntwodenproduktion möglichst große Maischfässer anzufertigen, doch pflegt man sie selten über 1000 Quart = $111\frac{1}{2}$ Kubikfuß groß zu machen.

aus bequemen Einmaligen wegen, macht man die Maischfässer gewöhnlich nur 5 Fuß in den Stäben hoch, und giebt ihnen eine ovale Form.

Die Anzahl der Maischgefäße auf die in einem Tage zu verschmelenden Scheffel der Kartoffeln ermittelt, so sind bei einem fortgesetzten Betriebe resp. 2 oder 3 mal Maischfässer von gleicher Größe erforderlich, je nachdem 2 oder 3 tägige Maische (3 oder 4 tägige Maische genannt) verschwelt wird. Der Gährungs-Prozeß der dauert nämlich 2 bis 3 Tage.

Dampffas.

Der Dampffas zum Kartoffellochen muß so groß sein, daß die für ein Maischfaß e Quantität mit einem Male abgedampft werden kann: wobei pro Scheffel n circa 2 Kubikfuß gerechnet werden. Die Höhe des Dampffasses wird am zweckmässig etwa doppelt so hoch als dessen Durchmesser angenommen, und dasselbe erhält sich gewöhnlich außerhalb des Gebäudes.

Blasen und Kühlfässer.

Wird die Fabrication des Branntweins auf die bekannte alte Weise bewerkstelligt, so gehören dazu nach Maßgabe der täglich zu verschmelenden Masse resp. ein oder zwei Maischblasen und eine Wienblase und zu jeder Blase ein Kühlfaß.

1 Scheffel Malz erfordert 12 Kubikfuß Maischblasenraum und

1 Scheffel Kartoffeln mit $\frac{1}{2}$ Malzzusatz 4 Kubikfuß dergl.

Man nimmt man an, daß eine Blase in der gesetzlichen Brennfrist von 14 Stunden täglich mindestens viermal abgetrieben wird, so muß die Maischblase (oder wenn zwei angelegt werden, beide zusammen) bei Malz 3 Kubikfuß, bei Kartoffeln 1 Kubikfuß Raum für jeden Scheffel der täglich zu verschmelenden Masse enthalten.

5 Quart Maische geben durchschnittlich ein Quart Futter, die Wienblase würde also $\frac{1}{5}$ des Kubik-Inhalts der für jeden Tag abzuschmelzenden Maische enthalten müssen. Da aber in einer Blase mindestens täglich zweimal Futter zu Branntwein abgetrieben werden kann, so braucht die Wienblase nur $\frac{1}{10}$ jenes Kubik-Inhalts zu tragen.

Das beste Verhältniß des Durchmessers der Blasen zu deren Seitenhöhe ist 5 : 2.

Die Kühlfässer werden oben etwa so weit als die dazu gehörigen Blasen, unten $\frac{1}{2}$ so weit als oben, und $1\frac{1}{2}$ so hoch als oben weit.

Wird die Fabrication des Branntweins auf dem Wistorius'schen doppelten Apparat bewerkstelligt, so gehören dazu zwei neben und mit einander in Verbindung stehende gleich große Blasen, ein Maischwärmer, etwas größer als eine Blase, und außerdem ein Kühlfaß nach dem oben angegebenen Verhältniß.

Bei diesem Apparat kann der Maischwärmer täglich (binnen 14 Stunden) zehn Mal gefüllt werden, jede Blase muß also enthalten:

1) pro Scheffel Malz $\frac{1}{5} = 1\frac{1}{2}$ Kubikfuß.

2) pro Scheffel Kartoffeln mit $\frac{1}{2}$ Malzzusatz $\frac{1}{10} = \frac{2}{5}$ Kubikfuß.

Dem Wistorius'schen einfachen Apparat gehören eine Blase, ein Maischwärmer und ein Kühlfaß nach den angegebenen Verhältnissen. Bei diesem kann der Maischwärmer täglich (binnen 14 Stunden) etwa nur sechs Mal gefüllt werden, die Blase muß also enthalten:

1) pro Scheffel Malz $\frac{1}{5} = 2$ Kubikfuß.

2) pro Scheffel Kartoffeln mit $\frac{1}{2}$ Malzzusatz $\frac{1}{5} = \frac{2}{5}$ Kubikfuß.

D. Mastviehställe.

Man rechnet, daß mit der aus einem Scheffel Malz täglichen Brandes gewonnenen 4 bis 5 Stück Schweine oder 2 bis 2 $\frac{1}{2}$ Stück Rindvieh gemästet werden können, es sei, daß sie nebenbei das nöthige Rauchsutter erhalten. Die Mastzeit der

Wid. Malz oder trockene Substanz anderer zum Branntwein anzubendenen Materialien, als Kartoffeln u., geben circa 20 Quart Maische, diese durchschnittlich 1 Quart Futter, und diese 1 Quart Branntwein zu 50 Proc. Alkoholgehalt (nach Valles).

Schweine ist etwa zu 3 Monat, die des Rindviehes zu 5 bis 6 Monat anzunehmen
Größe der Ställe wird nach §§. 10 und 12 bestimmt.

Rornisbeider.

8. 6. Kornspeicher werden $7\frac{1}{2}$ bis 8 Fuß im Lichten in der Stange so Balken derselben gewöhnlich $3\frac{1}{2}$ bis $3\frac{1}{2}$ Fuß weit von Mitte zu Mitte gelegt, w einen Scheffel Getreide wird incl. der nöthigen Gänge, Umschlippe-Plätze, Döffnungen zc. $1\frac{1}{2}$ bis $1\frac{1}{2}$ Fuß Schütterraum gerechnet.

Bei Berechnung des Schütterraums wird in der Regel nur höchstens die Hälfte nach den Pacht-Anschlägen festgesetzten jährlichen Körner-Ertrages angenommen; wenn z. B. anschlagmäßig 2000 Scheffel¹⁾ Getreide aller Art geerntet werden, so muß der Schütterraum auf höchstens 1000 Scheffel eingerichtet werden muß. Man legt die Speicher mit den Fronten gern gegen Morgen und Abend an.

Getreidescheunen.

8.7. Getreidescheunen dürfen, wenn es die Lokalität gestattet, nicht mehr als 12 bis 16 Fuß hohe Wände, 14 bis 16 Fuß breite Gänge zu jeder Seite derselben circa 30 bis 32 Fuß lange Tasse. Es versteht sich von selbst, wenn das Raumbedürfnis so große Tasse nicht erheischt, diese dann kürzer werden.

Auf ein Schock Garben werden bei Wintergetreide durchschnittlich 240 Kubiffuß (eine Garbe zu 4 Kubiffuß), bei Sommergetreide 210 Kubiffuß (eine Garbe zu 3 Kubiffuß), und auf eine vierspännige Fuhr Erbsen, Biden zc. 600 Kubiffuß ge-

Die Schellen werden wo möglich mit den Fronten gegen Morgen und angelegt.

Heuschrecken.

8. 8. Bei Heuschnecken rechnet man auf den Centner Heu 14 bis 15 Raum.

Bierbestände.

§. 9. Pferdebeställe werden circa 10 Fuß im Lichten hoch, und man rechnet ein gewöhnliches Aderpferd 4 Fuß Breite, und incl. Krippe und Gang dahinter 15 Fuß Länge; bei zwei Reihen aber incl. Krippen und Mittelgang 24 bis 26 Fuß. Für sehr große und starke Aderpferde, so wie für Rutsch- und Reitpferde, weicht die Belhaltung jener Längen $4\frac{1}{2}$ bis höchstens $4\frac{3}{4}$ Fuß Standbreite pro Stück an.

Sind besondere Fohlenställe nothwendig, worin die Fohlen frei umherlaufen können, rechnet man pro Stück 36 bis 40 □ Fuß.

Gestattet es die Hoflage, so werden die Pferdebeställe mit der Vorderfront
Abend oder Mitternacht angelegt.

Stindviehställe.

N. 10. Rindblech ställe erhalten 9 bis 10 Fuß innere lichte Höhe.

Ein Baum wird gerechnet auf:

- a) einen Futtergang mit 2 Krippen und 2 Schwellen gewöhnlich 6 bis 8 Fuß Breite; und auf einen dergleichen mit einer Krippe und einer Schwelle 4½ bis 5 Fuß Breite;
- b) einen Ochsen 3½ bis 4 Fuß Breite, excl. Krippe, aber incl. Gang 11 Fuß Länge; doppelte Viehreihen erfordern ohne Krippen aber mit 18 bis 20 Fuß Länge;
- c) eine Kuh 3½ bis 3¾ Fuß Breite, excl. Krippe, aber incl. Gang höchstens 10½ Fuß Länge; doppelte Viehreihen erfordern ohne Krippen Mittelgang 17 bis höchstens 19 Fuß Länge;
- d) ein Jungvieh 3 Fuß Breite, excl. Krippe, aber incl. Gang 11 bis 12 Fuß Länge, doppelte Viehreihen erfordern ohne Krippen aber mit Mittelgang 17 bis 19 Fuß Länge;
- e) werden keine Futtergänge angelegt, so reichen bei Ställen und Kleinfarmen die ad b, c und d angegebenen Längenmaße auch mit Einschluß der Krippen hin;

1) 1 Scheffel enthält 1½ Rublkfuß, der Wißpel also circa 42 bis 43 Rublkfuß.

a)	1	Scheffel Weizen wiegt circa
b)	1	" Roggen "
c)	1	" große Gerste "
d)	1	" kleine Gerste "
e)	1	" Hafer "
f)	1	" Erbsen und andere Hülsenfrüchte

1) auf ein Absatzfals in besonderem Stalle rechnet man 14 bis 16 □ Fuß.

Windblehställe müssen, wenn es die Hoflage gestattet, mit der Vorderfronte gegen Nord oder Mitternacht angelegt werden.

Schaffställe.

§. 11. Schaffställe werden nie unter 9 Fuß, selten mehr als 11 Fuß im Lichten unter die Balken hoch gemacht, und dürfen in der Regel nicht unter 30 Fuß Tiefe sein.

Man rechnet auf:

1) 1 Jährling 5 bis 6 □ Fuß
1 Hammel 6 - 7 -
1 Mutterschaf 7 - 8 - } durchschnittlich also 6 bis 7 □ Fuß pro Haupt,

werden die Böde in einer besonderen Abtheilung eingestallt, so rechnet man pro Stück 10 □ Fuß.

Wo es die Lokalität gestattet, werden die Schaffställe mit der Vorderfronte gegen Ost angelegt; besonders die Ställe für Mutterbleh und Lämmer.

Schweineeställe.

§. 12. Den Schweineeställen giebt man gewöhnlich 7½ bis 8 Fuß lichte Höhe, rechnet auf:

1 Ferkel 5 bis 6 □ Fuß;
1 klein Fasel 8 -
1 starkes Schwein (groß Fasel) 10 -
1 Mastschwein 16 bis 20 - ; werden aber mehr als zwei Schweine in einem Stalle gemästet, so reichen 12 bis höchstens 16 □ Fuß pro Stück aus;

eine Saufoote zum Ferkeln 40 □ Fuß;

ein Rempenstall für 1 Stück 40 -

Wo möglich werden die Schweineeställe mit der Vorderfronte gegen Mittag angelegt.

Federblehställe.

§. 13. Bei Federblehställen rechnet man, wenn sie nicht mit anderen Wirthschaftsgebäuden unter einem Dache eingerichtet werden, und sich ihre Höhe nach diesen muß, 6½ bis 7 Fuß lichte Höhe, und auf:

1 Gute 3 □ Fuß;

1 Gans 2½ -

1 Ente 1½ -

1 Huhn 1¼ -

Gestattet es die Lokalität, so werden Thüren und Fenster dieser Ställe gegen Mittag angelegt.

Badöfen.

§. 14. Die Herde der Badöfen werden eiförmig angelegt, so daß sich der Durchmesser der Länge zum Durchmesser der Breite etwa wie 4 : 3 verhält. Auf 1 Scheffel rechnet man circa 12 □ Fuß Herdfläche.

Allgemeine Bemerkungen.

§. 15. a) In der Regel dürfen in keinem Wohnhause Ställe oder Scheunen angelegt werden.

b) Die Pferde- und Windblehställe müssen in der Regel so eingerichtet werden, daß Bieh nicht nach der Länge, sondern nach der Tiefe des Gebäudes zu stehen kommt, so daß also die Krippen mit den Wiebeln parallel laufen.

c) Bei Schaffställen von Fachwerk müssen die Fundamente 3 Fuß über der Erde hoch sein. Bei allen übrigen Fachwerks-Gebäuden sind die Fundamente nicht unter 1½ gewöhnlich 2 Fuß über der Erde hoch anzunehmen.

d) Fachwerkwände werden bis zu 8 Fuß Höhe ein Mal, bis zu 12 Fuß Höhe 1 Mal, und bis zu 16 Fuß Höhe drei Mal verriegelt.

e) Bis zu 15 Fuß Tiefe erhält ein Gebäude Wind-Bläsen im Dache: von 16 bis 24 Fuß Tiefe einen einfach stehenden und über 24 Fuß einen doppelt stehenden Dachstuhl.

f) Bei ganzen und halben Windelböden und bei einfachen Ziegeldächern dürfen die Böden nicht über 4 Fuß von Mitte zu Mitte von einander liegen; werden aber Kronen- oder Doppel-Ziegeldächer angelegt, so dürfen die Balken nur 3½ höchstens 3¾ Fuß von Mitte zu Mitte von einander liegen.

g) Bei gestreckten Windelböden dürfen die Balken nur 5 höchstens 6 Fuß von Mitte zu Mitte von einander liegen.

h) Bei Stroh-, Rohr- und Schindelbächern (vorausgesetzt, daß keine ganze und

halbe Windelböden angefertigt werden) können die Sparren 8 bis höchstens 6 Fuß in der Mitte zu Mitte von einander liegen.

- i) Walme an den Dächern werden in der Regel nicht gestattet.
(A. XIV. 504. — 3. 15.)

2) C. K. der K. Reg. zu Frankfurt v. 7. März 1833 an sämmtl. L. u. Inspektoren. Veranschlagung der Bewährungen von Hofräumen und Gärten.

Das K. Min. der Fin. hat schon öfters bei Revision der zur Genehmigung vorgelegten jährlichen Forstbaupläne die Kostbarkeit der in Antrag gebrachten Bewährungen gerügt; und es erscheint um so nothwendiger, in dieser Beziehung die möglichste Einschränkung eintreten zu lassen, da dergleichen Anlagen ohnehin bei der Beschränktheit des Budgets doch immer den bei weitem wichtigeren Instandsetzungen und Reparaturen der Wohn- und Wirthschaftsgebäude nachstehen müssen.

In der Absicht, daß die Anforderungen der beregten Art für die Zukunft an dringend nöthigsten Bedürfnisse beschränkt werden, bestimmen wir daher mit Hinweis auf den §. 3 c. des Regul. v. 20. Dec. 1830, daß in keinem Falle baare Kosten für Bewährungen von Hofräumen und Gärten veranschlagt werden dürfen, wenn der Beamte sich nicht zuvorberst davon vollständig überzeugt hat, daß die bestehende Bewährung aus nicht mehr reparaturfähig ist, und daß ihr gegenwärtiger Zustand von dem Inhaber nicht durch Vernachlässigung der Verbindlichkeiten, welche ihm der allegirte Paragraph des Regul. auferlegt, herbeigeführt worden ist, und es werden von nun an die Anschläge über Bewährungen von uns nur in sofern berücksichtigt werden, als der Beamte sie mit einer pflichtmäßigen Bescheinigung des obigen Inhalts versehen wird. Damit aber auch da, wo es für nothwendig anerkannt wird, eine Bewährungskostenfälligkeit neu herzustellen, diese Kosten möglichst gering ausfallen, finden wir nothwendig, Folgendes festzusetzen:

- 1) daß die Zäune gänzlich wegfallen müssen, wo dieselben durch haltbare Grabenwälle oder lebendige Hecken ersetzt werden können, und
- 2) daß Stangen und Spriegel, oder Schließzäune angelegt werden müssen, wo Zäune durchaus nicht zu entbehren sein sollten, weßhalb Anträge auf Anfertigung von Staket- und Bretterzäunen künftig gar nicht mehr gemacht werden dürfen.
(A. XVII. 59. — 1. 34.)

3) Vorschriften, betr. die Veranschlagung der Gebäude auf Dienst-Gehöften.

a) C. K. des K. Fin. Min. (Maßen) v. 30. Okt. 1830 an sämmtl. L. u. Reg. Ausführung der Wohngebäude für Forstbeamte.

Die der K. Reg. bekannten Normal-Zeichnungen zu den Wohngebäuden der Forstbeamten sind in mancher Beziehung jetzt nicht mehr ganz anwendbar, und es ist Veranlassung genommen, andere dergleichen entwerfen zu lassen, und zwar:

- a) zwei Hinsichts der Größe von einander verschiedene Häuser für Unterförster, theils auf den Massibbau als auf den Fachwerkbau gerichtet, und
- b) zwei dergl. für Oberförster, ebenfalls auf den Massibbau und auf den Fachwerkbau gerichtet.

Von jeder dieser neuen mit I. a. und b. II. a. und b. III. a. und b. und IV. a. und b. bezeichneten Normal-Zeichnungen werden der K. Reg. Exemplare mit dem Titel hierbei zugefertigt: in vorkommenden Fällen die speziellen Bauzeichnungen und die Anschläge danach auszuarbeiten zu lassen, sofern örtliche Umstände nicht etwa eine Abweichung davon bedingen.

In der Regel wird die Größe der Gebäude nach den Zeichnungen Nr. I. a. und b. resp. für Unter- und Oberförster ausreichen; und nur dann werden die größeren Gebäude nach Nr. II. und IV. oder in einzelnen Fällen rücksichtlich der Anzahl der Räume größere Gebäude zu wählen sein, wenn die Forstbeamten ungewöhnlich große Landbesitzungen haben, mehr Dienst-Personal halten müssen, oder sonst Gründe obwalten.

In solchen Fällen muß aber der Bedarf größerer und mehrerer Räume pflanzlich abgemessen und nachgewiesen werden.

Bei den massiven Gebäuden ist die Stärke der äußeren und inneren Wände zu 1½ und 1 Fuß angenommen, und vorausgesetzt, daß zu ersteren gebrannte und zu letzteren eventualer Luftsteine von 11½ Zoll Länge, 5½ Zoll Breite angewendet werden; bei dergleichen Steine nicht von diesen Abmessungen, oder an deren Stelle vortheilhaft Bruchsteine Anwendung finden, versteht es sich von selbst, daß auch die Stärke der Wände Abänderungen erleidet.

Ebenso richtet sich die Anzahl der Balken und Sparren-Gebinde für jedes Gebäude nach der, der Lokalität angemessenen Dacheindeckungen, nämlich ob Schiefer-, Ziegelschiefer-, Rohr-, Stroh- oder Schindel-Dächer Anwendung finden, wonach auch die Höhe

er bestimmt werden muß; ferner nach den vorhandenen Holzarten, und ob ganze, oder gestredte Bindelböden zc. gewählt werden.

Was die neu zu erbauenden Wirthschaftsgebäude bei den Forstdienst-Etablissements z. so lassen sich darüber zwar keine Normal-Zeichnungen ertheilen, weil deren Größe von sehr verschiedenen Umfange und der Bonität der Dienst-Ländereien abhängt; muß bei dem Entwurfe hierzu stets auf das wirkliche Bedürfniß zurückgegangen, die nach dem von den Dienst-Grundstücken vorhandenen Etatsanschlage, und dem und nach der Hütung-Berechtigung zu haltenden Viehstande ermittelt, und diese in dem, den Anschlägen beizufügenden Erläuterungs-Protokoll speziell nachzuweisen werden, damit der Revisor in den Stand gesetzt wird, die Angemessenheit des ist gehörig beurtheilen zu können. Ist der Ackerbau, wie häufig bei Unterförstereien, in geringem Umfange, so können zur Ersparung von Kosten die Stall- und Scheun- in einem Gebäude untergebracht werden. — Wagen-Remisen werden übrigens für Förster nicht bewilligt.

Sowohl bei den Wohn- als Wirthschaftsgebäuden ist in der Regel der Fachwerksbau wählen, und nur in den Fällen, wo die Steine billig zu haben sind, so daß der Bau wenig oder gar nicht mehr als der Fachwerksbau kostet, oder andere Umstände Massivbau sprechen, ist dieser anzuwenden.

Wo den Forstbeamten besondere Badöfen zugestanden werden, sind dieselben zur Vermeidung der Baukosten ganz einfach ohne Ueber- und Vorbau auszuführen. Sollte Lokalität aber nicht gestatten, solche der Feuersicherheit wegen entfernt genug den Wirthschaftsgebäuden anzulegen, so sind sie mit Vorlagen und Schornsteinen zu versehen.

Endlich ist den Anschlägen zum Bau eines Forstdienst-Etablissements stets ein Löss-Plan, woraus die Stellung der Gebäude, des Badofens zc. hervorgeht, und die Himmelsgegenben angegeben sein müssen, beizufügen.

§. XIV. 742. — 4. 22.)

b) C. R. des R. Min. des R. Hauses, Abth. II. (v. Lauenberg) v. 25. Nov. an sammtl. R. Reg.

Obgleich wegen der den neuen Gebäuden auf den Forstdienst-Behöften zu gebenden Anordnungen durch die C. B. v. 30. Okt. 1830¹⁾ (Ann. S. 742.) bestimmte Vorschriften worden sind; so haben in neuerer Zeit doch mehrere R. Reg. Projekte und Kostensätze zu neuen Förster-Etablissements eingereicht, bei welchen diese Vorschriften unberücksichtigt geblieben, und insbesondere ist häufig gegen die, eine Verminderung der Bau- und Reparaturkosten bezweckende Maßregel, wonach die Stall- und Scheun-Räume in gemeinschaftlichen Gebäude unterzubringen sind, gefehlt worden.

In einzelnen Fällen sind zwar der Kürze wegen derartige Projekte gleich hier umgeändert, und die Anschläge danach berichtigt worden; dies kann indessen fernerhin nicht geschehen, weil die diesseitigen Arbeitskräfte dazu nicht ausreichen: und da durch die einmalige Zurücksendung der Anschläge zu jenem Behuf häufig eine für die Bauausführung nachtheilige Verzögerung entsteht, auch den Distrikts-Baubeamten doppelte Arbeitslast werden, so bringe ich der R. Reg. die genaue Befolgung obiger Vorschriften in Erinnerung.

Tadel bestimme ich gleichzeitig, daß künftig:

bei der Veranschlagung neuer Wohnhäuser für Forstschutzbeamte auf die Anlegung einer heizbaren Dachgleibstube zu rücksichtigen ist, damit es den Bewohnern in Krankheitsfällen, oder in sofern etwa den Förstern Hülfsaufseher beigegeben werden müssen, es zu deren Unterbringung nicht an Raum gebricht;

sammtl. Wohnhäuser der Feuersicherheit wegen stets mit Ziegeln, oder, wo es den Lokal-Verhältnissen angemessen erscheint, mit Schiefer einzudecken sind;

die Wirthschaftsgebäude aber nach wie vor mit Rohr, Stroh oder Schindeln eingedeckt werden können, wenn dies nicht polizeilichen B. zuwiderläuft, oder besondere Umstände dagegen sprechen;

die Wirthschaftsgebäude der Forstschutzbeamten auf das unumgängliche Bedürfniß, wobei auf die C. B. v. 26. März 1834 und v. 12. März d. J. wegen anderweitiger Regulirung der Dienstländereien der Forstbeamten Bezug genommen wird, beschränkt werden müssen, und daher Geschirr- und Kollkammern eben so wenig als Wagenremisen zu berücksichtigen sind. Selbst Holzställe werden sich meistens umgehen lassen, und nur in besonderen, dann aber gehörig zu motivirenden Fällen zu beantragen sein; und

- 3) bei der Anlage neuer Forstbienst-Etablissements die zweckmäßigste Baustelle für selben auch mit Rücksicht darauf auszuwählen bleibt, daß trinkbares Wasser in der Nähe befindet, oder, wo dies nicht erreichbar und ein besonderer Brunnen wendig ist, dessen Bau doch nicht zu kostbar und die Wasserförderung nicht erleichtert wird.

Die K. Reg. hat die betr. Beamten Ihres Verwaltungs-Bez. hiernach anzuordnen und mit Strenge darauf zu halten, daß die gegebenen Vorschriften gehörig befolgt werden, weil die nicht danach aufgestellten Bau-Projekte künftig ohne Weiteres zur Umarbeitung zurückgegeben werden. (N. XXII. 875.—4. 31.)

4) Revisionen der Domainen-Bau und Reparatur-Anschläge.

a) C. R. des K. Fin. Min., Gen. Vertw. für Dom. u. Forst., v. 14. 1829 an sämmtl. K. Reg.

Da nach einer Mittheilung der K. Ober-Rechn.-Kammer die den Domainen-Departementen obliegende Revision der Domainen-Bau- und Reparatur-Anschläge nicht mit derjenigen Umsicht und Sorgsamkeit bewirkt zu werden scheint, welche zur Erreichung irgend zulässiger Kosten-Ersparnisse dabei nothwendig in Anwendung kommen muß, findet sich das Fin. Min. veranlaßt, die K. Reg. darauf aufmerksam zu machen, daß die Revision der einzelnen Anschläge von Seiten der Domainen-Departementen-Räthe sich nicht bloß auf die Nothwendigkeit, Dringlichkeit und Zweckmäßigkeit der resp. Bau- und Reparaturen in der veranschlagten Art und in dem angenommenen Umfange, sondern auch die resp. Ansprüche und baulichen Verpflichtungen der Pächter, Einsassen und Mitinteressenten, so wie auf das Verhältniß der Kosten zum Klein-Ertrage des verpachteten oder administrierten Objekts, und die etwa zulässige Verminderung oder Verminderung derselben beschränken, sondern sich auch ganz besonders auf die Richtigkeit der angenommenen Materialien, Arbeits- und Fuhrlohn-Preise, von welchen die Departementen-Räthe so möglichst genaue Kenntniß zu verschaffen verpflichtet sind, ausdehnen muß. Daher auch der Domainen-Departementen-Rath durch die Bescheinigung eines Anschlags verantwortlich,

nicht nur, daß der Bau oder die Reparatur in der veranschlagten Art und in dem angenommenen Umfange an sich nothwendig, und Fließend dazu verpflichtet sei, daß auch nicht ohne Nachtheil der Domaine oder größere Unkosten ausgesetzt bleibe, und daß die baulichen Leistungen des Pächters, wenn der Gegenstand ein Pacht-Objekt betrifft, und der Einsassen oder anderer Mitinteressenten, wo solche dabei sonst dabei vollständig berücksichtigt sind, sondern auch, daß die angenommenen Material- und Fuhrlohn-Preise nach den besondern örtlichen Verhältnissen angemessen nicht zu hoch sind,

und damit diese Verantwortlichkeit den Departementen-Räthen stets gegenwärtig bleibt, die K. Reg. dafür zu sorgen, daß in den von ihnen unter den Anschlägen angefertigten Bescheinigungen dieses C. R. jedesmal ausdrücklich in Bezug genommen, und die Bescheinigung also stets dahin ausgestellt werde,

daß sich gegen den Anschlag in allen in dem C. R. des Fin. Min. v. 14. Aug. 1829 gedachten Beziehungen nichts zu erinnern gefunden habe, oder daß derselbe in dem C. R. des Fin. Min. v. 14. Aug. 1829 gedachten Beziehungen geprüft und genehmigt sei. (Acta gen. des K. Haus-Min., II. 10756.)

Mit Bezug hierauf ergingen:

a) N. des K. Fin. Min. (v. Mos) v. 30. Nov. 1829 an die K. Reg. zu Frankfurt, und abschriftlich zur Nachricht und Achtung an sämmtl. K. Reg.

Das Fin. Min. ist aus den in dem Ver. der K. Reg. v. 20. v. M. erörterten Verhandlungen damit einverstanden, daß sich die Verantwortlichkeit der Domainen-Departementen-Räthe hinsichtlich der Korrevision der Bau- und Reparatur-Anschläge auf die Richtigkeit und Messenheit der Arbeits-Preise nicht mit beziehen kann, sondern für letztere nächst den Inspektoren allein die Reg.-Bau-Räthe verantwortlich bleiben müssen. Hiernach ist in den auszustellenden Bescheinigungen der Dep.-Räthe nächst dem C. R. v. 14. Aug. 1829 auch das gegenwärtige in Bezug zu nehmen.

(Acta gen. des K. Fin. Min., II. Nr. 17,298a.)

β) C. R. des K. Min. des K. Hauses, Abth. II. (v. Ladenberg) v. 29. Okt. 1836 an sämmtl. K. Reg.

Nach einer Mittheilung der K. Ober-Rechn.-Kammer sind bisher öfters gekommen, daß Domainen-Bau- und Reparatur-Anschläge von Reg.-Bau-Räthen und sogar zur Ausführung gebracht worden sind, obschon die, auf den Grund der vorgängigen Prüfung der Nothwendigkeit und Zweckmäßigkeit der Bauten und Reparaturen in der veranschlagten Art und in dem angenommenen Umfange, ferner der resp. Kosten

lichen Verpflichtungen der Pächter, Einsassen u., auszustellende vorschristsmäßige
lung der Depart.-Räthe fehle.

Werden daher die in dieser Beziehung durch die C. Verf. v. 11. Aug. und
1829 und v. 20. Nov. 1832 gegebenen Vorschriften hierdurch in Erinnerung
mit dem Bemerken, daß, wenn gegen Erwarten wieder Fälle vorkommen sollten,
alnen-Bau- und Reparatur-Anschläge ausgeführt worden, ohne vorher mit der
mäßigen Bescheinigung des Depart.-Raths versehen zu sein, alsdann, in sofern
für den Fiskus ein Schaden entstanden sein sollte, diejenigen Beamten, welche
e Verschuldung trifft, zu gewärtigen haben, wegen Ersatz des entstandenen
in Anspruch genommen zu werden.

irigens müssen auch diejenigen Domainen-Bau- und Reparatur-Anschläge, die
gemäßig zur Festsetzung hierher einzureichen sind, jedesmal vorher in der vorge-
Art von dem Depart.-Räthen bescheinigt werden.

cta gen. des R. Min. des R. H., Abth. II. Nr. 17,517.)

C. R. des R. Min. des R. Hauses, Abth. II. (Gr. v. Stolberg) v.
843 an sammtl. R. Reg., ausschließlich derjenigen in Stralsund.

ach die C. Verf. v. 14. Aug. und 30. Nov. 1829 ist bestimmt, in welchen Bezle-
: Domainen-Bau- und Reparatur-Anschläge von den Depart.-Räthen geprüft,
e von denselben bescheinigt werden sollen, ehe sie ausgeführt oder zur Super-
herher eingereicht werden.

der wörtlich vorgeschriebenen Fassung dieser Bescheinigung ist selbstredend vor-
daß sich gegen die Anschläge bei der Prüfung in den angegebenen Beziehungen
rinnern gefunden habe, und es folgt hieraus von selbst, daß, wenn sich in der
der anderen Beziehung Bedenken ergeben, derentwegen ein Anschlag von dem
lath nicht mit Ueberzeugung in der vorgeschriebenen Art bescheinigt werden kann,
nken entweder zuvor gehoben, oder, wenn dies nicht thunlich, in der Bescheini-
nit das Weitere deshalb veranlaßt werden kann, unumwunden und bestimmt
werden müssen.

chwohl wird bei den zur Super-Revision hierher gelangenden Bauanschlügen
i bemerkt, daß die Depart.-Räthe in solchen Fällen die einer unbedingten
ung in der vorgeschriebenen Fassung entgegenstehenden Umstände keinesweges
rechen, sondern sich einer unbestimmten, verschiedener Deutung fähigen Ausdrucks-
enen, und daß auch in den Begleitungs-Ber. der R. Reg. die erforderlichen
igen hierüber fehlen.

durch werden entweder zeitraubende Rückfragen veranlaßt, oder auch Mißber-
und wirkliche Nachtheile für den Baufonds, oder doch bei den nachherigen
Revisionen unangenehme Erörterungen herbeigeführt.

Vermeidung dessen hat die R. Reg. darauf zu halten, daß die Depart.-Räthe in
die Bau- und Reparatur-Anschläge überhaupt nicht eher mit einer Bescheinigung
als bis diese unbedingt in der wörtlich vorgeschriebenen Art von ihnen ausgestellt
nn. Gegen sie daher hiergegen in der einen oder der anderen Beziehung Beden-
issen sie entweder sofort selbst die nöthigen Verfügungen wegen der Berichtigung
äge oder sonstigen Hebung der obwaltenden Anstände und Zweifel angehen,
Umständen nach den Gegenstand bei dem Kollegium zum Vortrag bringen, damit
über letzteren entweder innerhalb der Grenzen seiner Befugniß Beschluß gefaßt
st, oder die diesseitige Entscheidung eingeholt werde. Erst wenn dies geschehen,
also, und zwar in den fraglichen Beziehungen, mit Bezug auf jenen Beschluß,
auf die ergangene Entscheidung, die Bescheinigung auszustellen.

wenn
ie Anschläge instruktionmäßig der diesseitigen Super-Revision unterliegen, und
de und Zweifel, welche die unbedingte Bescheinigung verhindern, in einzelnen
e nachtheilige Verzögerung vor der Berichterstattung nicht mehr gehoben wer-
oder ohnehin der diesseitigen Entscheidung bedürfen, oder wenn der Anschlag
betrifft, der nicht als nothwendig anzuerkennen ist, und wozu Fiskus keine recht-
ndlichkeit hat, der aber doch für nützlich und zweckmäßig erachtet wird, und zu
führung daher die höhere Genehmigung nachgesucht werden soll, ist zwar der
dektmal vor der Einsendung mit der Bescheinigung zu versehen, diese jedoch so
daß darin diejenigen Beziehungen, in welchen noch Anstände zu erledigen sind,
öhre Genehmigung einzuholen ist, bestimmt angegeben werden, und daß der
er in Hinsicht aller übrigen, in den Eingang gedachten C. Verf. bemerkten Be-
als richtig anerkannt wird. Auch kann in gleicher Art ausnahmsweise
el Anschlägen, welche nicht der diesseitigen Super-Revision bedürfen, dann ver-
den, wenn die Ausführung so dringend ist, daß sie bis zur Hebung der, einer
Bescheinigung entgegenstehenden Anstände und Bedenken nicht ausgesetzt wer-

den kann; wenn aber die Nothwendigkeit und Zweckmäßigkeit des Baues in der beschlagenen Art, sowie die Verpflichtung des Fiskus, die Kosten ganz oder doch hauptsächlich zu tragen, feststeht, und daher die Bedenken nur die Verpflichtung des Pächters oder anderer Interessenten zur Beitragsleistung, oder das Maß dieser Verpflichtung oder andere Nebenpunkte betreffen, deren Erörterung ohne Gefahr für das fiskalische Interesse mitträglich geschehen kann. In solchem Falle hat aber der Depart.-Rath in der Bescheidung jedesmal zugleich anzugeben, welche Vorbehalte gegen wen und in welcher Form bei der Ausführung des Baues, und resp. bei dem Abschlusse des Entreprise-Kontrakte machen sein werden, und ist hiernach dann das Nöthige zu veranlassen.

(Min. Bl. 1843. S. 265. Nr. 356.)

b) Bei Veranschlagung von Neubauten auf R. Domainen ist jedesmal zunächst zu prüfen und zu bescheinigen, daß das betr. Gebäude nicht durch Reparaturen erhalten werden kann.

a) E. R. des R. Fin. Min. v. 25. Nov. 1828.

Die R. Reg. wird hierdurch veranlaßt, wenn der Neubau eines Gebäudes auf Domainen Alters halber oder wegen sonstiger schlechter Beschaffenheit in Antrag gebracht wird, die Frage, ob das Gebäude noch durch Reparatur erhalten werden könne? nicht bloß durch den Depart.-Rath und Distrikts-Baubeamten, sondern auch durch den Baurath des Kollegii an Ort und Stelle technisch genau prüfen zu lassen, ehe auf den Neubau eingegangen wird. Es ist daher von jetzt ab kein Neubau-Anschlag von schon vorhandenen Domainen-Gebäuden zur Super-Rebision einzusenden oder sonst zur Ausführung zu genehmigen, wenn der Baurath des Kollegii nicht darunter bescheinigt hat, daß er das alte Gebäude genau untersucht und sich danach von der Unmöglichkeit überzeugt habe, dasselbe durch Reparaturen zu erhalten. (Acta gen. des F. Min.)

β) E. R. des R. Haus-Min., Abth. II. (v. Ladenberg) v. 31. Okt. 1843 an sämmtl. R. Reg. dießseits der Weser.

Durch die Verf. v. 25. Nov. 1828 ist angeordnet worden, daß wenn der Antrag auf einen Neubau eines Gebäudes auf den R. Domainen Alters halber oder wegen sonstiger schlechter Beschaffenheit in Antrag gebracht wird, die Frage: ob das Gebäude noch durch Reparatur erhalten werden könne, nicht bloß durch den Depart.-Rath und Distrikts-Baubeamten, sondern auch durch den Baurath des Kollegii an Ort und Stelle technisch genau geprüft werde, ehe auf den Neubau eingegangen wird, und daß die betr. Neubau-Anschläge in dieser Beziehung von dem Reg.-Baurath dahin bescheinigt werden sollen, daß er das Gebäude genau untersucht, und sich danach von der Unmöglichkeit überzeugt habe, daß es noch durch Reparaturen zu erhalten.

Diese Bestimmung ist in neuerer Zeit nicht immer gehörig beachtet worden, und ich solche daher in Erinnerung bringe, wird die R. Reg. gleichzeitig beauftragt, die Distrikts-Baubeamten anzuweisen, den Ministerial-Baurath bei seinen von Zeit zu Zeit stattfindenden Inspektionsreisen auf alle Gebäude im Ressort der Domainen- und Forst-Verwaltung, welche sogleich oder doch in den nächsten Jahren zum Neubau kommen sollen, ganz besonders aufmerksam zu machen, damit derselbe solche ebenfalls genau untersuchen und Ueberzeugung erlangen kann, ob der Neubau wirklich unerläßlich oder durch eine Reparatur noch zu umgehen sei. (Min. Bl. d. i. V. 1843. S. 48. Nr. 82.)

c) E. R. des R. Min. d. R. H., Abth. II. (Gr. zu Stolberg) v. 12. Okt. 1844 an sämmtl. R. Reg. In früheren Jahren aufgestellte Bauanschläge sollen zunächst nochmaliger Prüfung und eventueller Berichtigung zu liegen.

Es sind in neuerer Zeit zuweilen dadurch Weiterungen entstanden, daß bei der Bege der Entreprise nach Anschlägen zur Ausführung gegeben wurden, welche den früheren Jahren aufgestellt waren, und für die gegenwärtigen Verhältnisse nicht mehr paßten, indem inzwischen die Arbeitslöhne und die Preise der Materialien sich gehoben hatten, auch die Anfuhr der letzteren auf größere Entfernung nothwendig geworden, als ursprünglich vorausgesetzt wurde.

Um dies für die Folge zu vermeiden, hat die R. Reg. künftig in ähnlichen Fällen dergleichen ältere Anschläge vorher stets noch einmal nach den obwaltenden Verhältnissen genau prüfen und event. dieselben danach berichtigen zu lassen, und dann die Aufstellung der Baupläne und Behufs der demnächstigen Ausführung Gebrauch davon machen. (Min. Bl. d. i. V. 1845. S. 50. Nr. 63.)

Dritte Unter-Abtheilung.

Vorschriften, betreffend die Feststellung der Verpflichtung zu Domainen- und Forstbauten.

1) Ueber die den Domainen-Pächtern und Rentbeamten, wie auch den Forstbeamten obliegenden Bau-Verbindlichkeiten, vergl. die betr. Vorschriften in v. Rönne's Domainen-, Forst- u. Jagdwesen, (Thl. IX. des 1. Theils) S. 394 — 400 und S. 551 — 560.

2) Ueber die in dieser Beziehung zu führende Kontrolle durch Baurevisionen sind ergangen:

a) R. der Gen. Verwaltung für Dom. u. F. v. 28. Nov. 1835, betr. durch den Ministerial-Baurath zu veranlassenden Revisionen.
(N. XIX. 903., s. oben S. 44.)

b) E. R. des R. Haus-Min., Abth. II. (v. Ladenberg) v. 7. Mai 1839, betr. die Revisionen der Baurevisionen auf R. Domainen-Vorwerken.

Die neueren und zum Theil auch schon die früheren allgemeinen Bedingungen zur Verpflichtung der R. Domainen-Vorwerke legen den Pächtern so umfassende Bauverbindlichkeiten auf, daß es der R. Reg. nicht oft genug empfohlen werden kann, die Pächter in dieser Hinsicht auf das Sorgfältigste zu kontrolliren.

Es gehört zwar zunächst zu den Dienstobliegenheiten der Distriktsbaubeamten, durch Gebäude-Revisionen diese Kontrolle auszuüben; doch liegt dieselbe auch den Reg. Räten und den Domainen-Departementräthen ob, sobald sie instruktionsmäßig oder aus besonderen Veranlassungen die Domainenämter oder die Vorwerke bereisen. Jenes ist die Pflicht der Departementräthe, namentlich bei den von ihnen regelmäßig in jedem Jahre unter Zuziehung der Distriktsbaubeamten abzuhaltenden Baubereisungen der Fall. Ich inbesondere den Domainen-Departementräthen die Uebersicht der wesentlichsten Punkte zu erleichtern, welche dabei zu beachten sind, habe ich die letztern zusammenstellen lassen, und fertige ich der R. Reg. in den Anl. Exemplare dieser Zusammenstellung (Anl. a.) zu. Auftrage zu, solche sowohl den Domainen-Departementräthen, als den Baubeamten zur Beachtung mitzutheilen, und diese Beachtung besonders auch den erstern zur Pflicht zu machen.

Anl. a.

Zusammenstellung der wesentlichsten Momente, welche bei den Revisionen der Gebäude auf den R. Domainen-Vorwerken und der Vorwerke zu denselben gehörigen Bauwerke und baulichen Gegenstände in Beziehung auf die Erfüllung der den Domainenpächtern obliegenden Bauverbindlichkeiten zu beobachten sind.

Einleitung.

1. Auch abgesehen von den besonderen Verbindlichkeiten der Domainenpächter, hat es schon die Pflicht eines jeden guten Wirths mit sich, daß er die Gebäude auf dem ihm bewirthschafteten Gute und die übrigen bei demselben vorhandenen Bauwerke und baulichen Gegenstände stets in einem ordnungsmäßigen Zustande erhalte, damit sie ihrem Zwecke vollkommen entsprechen, namentlich die Gebäude gesunde und sichere Wohnungen zu bewohnen lassen.

Vorzüglich hat jeder gute Wirth dahin zu sehen, daß jedes Gebäude nur seiner Bestimmung gemäß benutzt werde, und daß alle Beschädigungen der Gebäude möglichst abgebeugt, besonders also auch die Böden nicht zu sehr belastet, namentlich die Getreideböden nicht zu stark beschüttet werden.

Alle sich zeigenden Schadhastigkeiten müssen zur Vermeidung größerer Schäden und zu ersparender Herstellungskosten jedesmal gleich nach ihrem Entstehen durch die erforderlichen Reparaturen wieder beseitigt werden.

Von welchem Umfange aber auch die Herstellungen sein mögen, stets muß auf deren Ausführung durch tüchtige und kunstverständige Handwerker gehalten, dabei die geeignete Zeit und warme Jahreszeit wahrgenommen, und dazu das beste Material, als: gesundes, kerniges und trockenes, in der Wadelzeit gefälltes Holz, scharf und hart gebrannte Ziegel, gehörig durchgebrannter Kalk, reiner scharfer Mauer- u. Ziegelsand u. verwendet werden.

Umgebung der Gebäude.

§. 2. Die Fundamente aller Gebäude ohne Unterschied müssen frei von Unkraut und Unreinigkeiten gehalten werden. Unmittelbar an den Gebäuden, insge an den Brunnen und Bewässerungen, darf keine Düngerstätte und Schmutzhaufen gebildet, und muß für die Ableitung der Rüsse aus und von den Gebäuden stets gesorgt werden. In den meisten Fällen wird Letzteres dadurch erreicht, daß das die Gebäude umgebende Terrain mit etwas Abfall planirt und unter den Traufen, Kinnsteine oder dergleichen Vertiefungen (flache Gräben) mit Gefälle nach den niedrigeren Stellen der Umgebung hin angelegt werden.

Alle nahe an den Gebäuden stehenden Bäumen und Sträuchern müssen die J auf der Gebäudeseite in soweit abgehauen werden, daß sie die Gebäude nicht berühren. Luft zwischen den letzteren und den Bäumen und Sträuchern durchstreichen kann, diese beim Hin- und Herbewegen durch den Wind weder Wände noch Dächer beschädigen können.

Nicht minder ist darauf zu sehen, daß unmittelbar außerhalb an den Gebäuden Holz, Reisig, Torf, Stroh, Rohr und dergleichen aufgestapelt werde, sondern dies zu angemessener Entfernung von denselben geschehe.

Dünger in den Ställen.

§. 3. In den Pferde-, Rindvieh-, Schweine- und Federvieh-Ställen ist eine Entfernung des Düngers nicht zu gestatten. Derselbe muß vielmehr öfters herausgeschafft werden, damit die Wände und Schwellen etc. nicht leiden. Nur bei Schafställen darf Ausnahme stattfinden; doch hat auch diese ihre Grenzen, und besonders bei Schafställen von Fachwerk mit nur niedrigen Fundamenten ist dahin zu sehen, daß der Dünger nicht hoch angehäuft werde und nachtheilig auf die Wände einwirke.

Bei dem Ausfahren des Düngers aus einem ungepflasterten Stalle ist darauf zu halten, daß der Erdboden nicht nach und nach mit ausgefahren werde, indem dabei die Fundamente der Umfassungswände und die Trägerstiele leicht Schaden leiden können. Wäre jenes dennoch geschehen, so ist dafür zu sorgen, daß der Stall sogleich wieder mit trockenem Sande oder sonst geeignetem Material bis zu der erforderlichen Höhe aufgefüllt wird.

Fundamente.-

§. 4. Die Unterhaltung der Fundamente sowohl massiver als nicht massiver in und außerhalb derselben ist besonders zu beachten. Sie müssen, so oft sich Risse oder Rücken darin befinden, mit feingeschlagenen scharfkantigen Steinen in reinem Mörtel verzwiegt, und, wenn sie berappt oder gepuht waren, in derselben Weise mit Mörtel wieder hergestellt, falls sie aber ausgewichen oder sonst größere Schadhaftheit daran entstanden sind, ganz erneuert werden. Tritt die Nothwendigkeit ihrer Erneuerung ein, was in der Regel auch bei neuen Unterschwellungen der Fall ist, dann müssen die Fundamente der Bodenbeschaffenheit angemessene Tiefe und Stärke erhalten und im gutem Baustand und nur mit reinem Kalkmörtel ausgeführt werden. Lehm oder sogenannter Etmörtel (eine Mischung von Kalk und Lehm) darf unter keinerlei Umständen dabei Anwendung finden. Werden dazu Bruch- oder Feldsteine genommen, so sind dieselben nach Möglichkeit zu sprengen, damit sie scharfe und lagerhafte Seiten erhalten.

Bei neuen Unterschwellungen müssen die Fundamente, wenn es die Umstände anders zulassen, mindestens $1\frac{1}{2}$ Fuß, in der Regel aber 2 Fuß über dem Terrain hoch liegen, damit die Schwellen trocken liegen und weniger der Fäulniß ausgesetzt sind. Es steht sich von selbst, daß, sofern besondere Fälle oder die besondere Bestimmung der Gebäude höhere Fundamente erheischen, z. B. bei Schafställen, solche auch angeordnet werden müssen.

Häufig finden sich in Ställen und Scheunen die Fundamente der Unterzeugstiele Trägerstiele mangelhaft, welches eine Versackung des Gebälkes und der sonst darauf ruhenden Gebäudetheile zur Folge hat und der Haltbarkeit der Gebäude sehr gefährlich sein kann. Solchen Mängeln muß daher ungesäumt abgeholfen, und müssen auch dergleichen Fundamente stets recht sorgfältig erhalten, bei nothwendiger Erneuerung derselben zuvor die etwa versackten Stiele und deren Kreuzschwellen wieder in die richtige Lage gebracht werden.

Massive Wände.

§. 5. Wenn an den massiven Wänden in oder außerhalb der Gebäude Stellen verwittert oder sonst zerstört, oder in einzelnen Stellen derselben weniger tiefende Risse entstanden sind, so müssen solche ausgestämmt und erneuert und bei der Erneuerung die Risse verzwiegt werden. Dabei sind die Wände, wenn sie berappt oder geweißt oder gefärbt waren, in derselben Weise wieder herzustellen.

Alles dieses gilt auch von massiven Gesimsen, Vorsprüngen, kleinen Abhängen

ad mäßige Wände so zerrissen und schadhast, namentlich z. B. ausgebaucht oder r Seite übergewichen, daß eine Verzwölung oder sonstige Ausbesserung eine länger nicht mehr erwarten läßt, so müssen sie nach vorheriger Absteifung der darauf Gebälke 1c. (den Umständen nach kann dieß jedoch nach und nach geschehen) abgebrochen und mit gehöriger Fundamentirung von Neuem aufgeführt werden. bloß ein Theil einer Umfassungsmauer und zwar nur in unbedeutenderem Maße übergewichen, auch sonst die Mauer noch ohne allen Tadel, so daß, wenn dem Uebergewichen vorgebeugt wird, andere Nachtheile für das Gebäude nicht zu sind, dann ist es zulässig, derartige Mauern durch außerhalb anzubringende iter zu sichern, vorausgesetzt, daß die Verlichkeit solches gestattet.

Fachwerkwände.

Bei den ausgemauerten und gelehnten Fachern an Fachwerks-Gebäuden ist sehen, daß sie immer ganz und fest sind, lose, ausgewitterte oder abgefallene Fache wieder hergestellt werden, weil die Rasse sonst eindringt und das Holzwerk

Beschwellungen 1c.

Sind die Schwellen der Gebäude bloß ausgewichen oder versackt, an sich aber hbar, so müssen sie wieder in die gehörige Lage gebracht werden. Sind sie aber versantet, vom Wurm zernagt oder versault, daß die Wandstiele keinen sichern hr darin haben, dann müssen neue Schwellen eingezogen werden. In beiden sen die Schwellen gehörig untermauert, die Wände wieder in die Höhe gerade und lothrecht gerichtet und die unteren Enden der Stiele, sofern sie schad- bis auf gesunde Holz nachgeschnitten und mit neuen Zapfen versehen werden, wieder einen festen unverrückbaren Stand auf den Schwellen erhalten.

hin und wieder vorgekommene Mißbrauch, wonach, wenn in Fachwerkwänden len und die untern Enden der Stiele unbrauchbar waren, die letztern bis zur ig stumpf abgeschnitten und die Wände, ohne neue Schwellen einzuziehen, bis eschnittenen Stiele untermauert worden sind, darf unter keinen Umständen ferner erden, weil die Stiele dann keinen sichern Stand bekommen und leicht aus- men. Mögen auch die Stiele bis in die Nähe der Verriegelung verschnitten Untermauerungen, welche ganz zweckmäßig sind, gewählt werden, so müssen jene r wieder Zapfen erhalten und ordnungsmäßig in neu einzubringende Schwellen rden.

a so wenig ist das von unfundigen Zimmerleuten öfters befolgte ganz unerlaubte, wonach sie bei Einbringung neuer Schwellen die Stiele stumpf abschneiden, ohne Zapfen auf jenen ruhen lassen, und zur Vermeidung des Ausweichens der jerne Pföde vorschlagen, zu dulden. Vielmehr ist auf die Abstellung eines so n Verfahrens mit allem Nachdruck hinzuwirken.

rden bei einem Gebäude nur einzelne Schwellen erneuert, indem sie andern noch sind, so müssen jene mit den letztern resp. durch Verkämmungen und eiserne i tüchtig verbunden werden.

Schwellen von Halbholz kommt die Kernseite (Schnittseite) unten, also auf dem te, zu liegen. Längere Dauer gewähren die Schwellen, wenn man sie vor dem n auf allen Seiten einige Mal abtheert. Von Ganzholz-Schwellen muß der mäßigstens auf der Lagersseite abgearbeitet werden.

id Wandstiele weiter als bis zur untersten Verriegelung oder doch so weit bis an heran schadhast, daß sie nicht mehr mit neuen Zapfen versehen werden können, neue dergl. Stiele eingezogen werden.

den sich außer den Stielen auch Kiegel, Bänder, Rahme und andere Verband- idhast, so sind diese ebenfalls durch neue zu ersetzen.

ihen Fachwerkwände auszuweichen oder sind sie schon ausgewichen, so müssen sie, er möglichst bald zu bewirkenden gänzlichen Herstellung einstweilen zweckmäßig ende Absteifungen erhalten, damit nicht der Zustand sich verschlimmere und gar rz erfolge.

Träger, Unterzüge, Balken 1c.

l. In den Stall-, Scheunen- und Schüttboden-Gebäuden ist auf sorgfältige Unter- er Gebälke durch Träger und Unterzüge zu sehen. Wo die letztern etwa zu weit, und ein Durchbiegen derselben schon eingetreten ist oder doch zu befürchten steht, u sorgen, daß sie noch anderweit, je nachdem es die Umstände zulassen, in dem hen Maße, durch entsprechend lange Kopfbänder oder durch einzusetzende, gehörig rte Zwischenstiele mit Kopfbändern unterstützt werden. Gebrochene Träger oder : aber müssen in entsprechender Stärke erneuert werden. Dasselbe gilt auch von lahmen und andern derartigen Verbandstücken. — Sind einzelne Balken oder nur an den Enden versault, so kann in den mehrsten Fällen nachgegeben werden,

Umgebung der Gebäude.

§. 2. Die Fundamente aller Gebäude ohne Unterschied müssen frei von Unkraut und Unreinigkeiten gehalten werden. Unmittelbar an den Gebäuden, insbes. an den Brunnen und Bewässerungen, darf keine Düngerstätte und Schmutzhaufen gebildet, und muß für die Ableitung der Mäße aus und von den Gebäuden stets gesorgt werden. In den meisten Fällen wird Letzteres dadurch erreicht, daß das die Gebäude umgebende Terrain mit etwas Abfall planirt und unter den Traufen, Kinnsteine oder dergleichen Vertiefungen (flache Gräben) mit Gefälle nach den niedrigeren Stellen der Umgebung hin angelegt werden.

Alle nahe an den Gebäuden stehenden Bäumen und Sträuchern müssen die Erde auf der Gebäudeseite in soweit abgehauen werden, daß sie die Gebäude nicht berühren, Luft zwischen den letzteren und den Bäumen und Sträuchern durchstreichen kann, diese beim Hin- und Herbewegen durch den Wind weder Wände noch Dächer beschädigen können.

Nicht minder ist darauf zu sehen, daß unmittelbar außerhalb an den Gebäuden Holz, Heu, Stroh, Rohr und dergleichen aufgestapelt werde, sondern dies an angemessener Entfernung von denselben geschehe.

Dünger in den Ställen.

§. 3. In den Pferde-, Rindvieh-, Schweine- und Federvieh-Ställen ist eine Entfernung des Düngers nicht zu gestatten. Derselbe muß vielmehr öfters herausgeschafft werden, damit die Wände und Schwellen etc. nicht leiden. Nur bei Schafställen darf Ausnahme stattfinden; doch hat auch diese ihre Grenzen, und besonders bei Schafställen von Fachwerk mit nur niedrigen Fundamenten ist dahin zu sehen, daß der Dünger nicht hoch angehäuft werde und nachtheilig auf die Wände einwirke.

Bei dem Ausfahren des Düngers aus einem ungepflasterten Stalle ist darauf zu halten, daß der Erdboden nicht nach und nach mit ausgefahren werde, indem dabei Fundamente der Umfassungswände und die Trägerstiele leicht Schaden leiden können. Wäre jenes dennoch geschehen, so ist dafür zu sorgen, daß der Stall sogleich wieder mit trockenem Sande oder sonst geeignetem Material bis zu der erforderlichen Höhe aufgefüllt wird.

Fundamente.-

§. 4. Die Unterhaltung der Fundamente sowohl massiver als nicht massiver in und außerhalb derselben ist besonders zu beachten. Sie müssen, so oft sich Risse oder Lücken darin befinden, mit feingeschlagenen scharfkantigen Steinen in reinem Mörtel verzwiegt, und, wenn sie berappt oder gepuht waren, in derselben Weise mit Mörtel wieder hergestellt, falls sie aber ausgewichen oder sonst größere Schadhaftheit daran entstanden sind, ganz erneuert werden. Tritt die Nothwendigkeit ihrer Erneuerung ein, was in der Regel auch bei neuen Unterschwellungen der Fall ist, dann müssen die Fundamente der Bodenbeschaffenheit angemessene Tiefe und Stärke erhalten und im gutem Zustand und nur mit reinem Kalkmörtel ausgeführt werden. Lehm oder sogenannter Etmörtel (eine Mischung von Kalk und Lehm) darf unter keinerlei Umständen dabei Anwendung finden. Werden dazu Bruch- oder Feldsteine genommen, so sind dieselben nach Möglichkeit zu sprengen, damit sie scharfe und lagerhafte Stellen erhalten.

Bei neuen Unterschwellungen müssen die Fundamente, wenn es die Umstände erlauben, mindestens $1\frac{1}{2}$ Fuß, in der Regel aber 2 Fuß über dem Terrain hoch liegen, damit die Schwellen trocken liegen und weniger der Fäulnis ausgesetzt sind. Es steht sich von selbst, daß, sofern besondere Fälle oder die besondere Bestimmung der Gebäude höhere Fundamente erheischen, z. B. bei Schafställen, solche auch angelegt werden müssen.

Häufig finden sich in Ställen und Scheunen die Fundamente der Unterzugstiele Trägerstiele mangelhaft, welches eine Versackung des Gebäudes und der sonst darauf ruhenden Gebäudetheile zur Folge hat und der Haltbarkeit der Gebäude sehr gefährlich sein kann. Solchen Mängeln muß daher ungesäumt abgeholfen, und müssen auch beschädigte Fundamente stets recht sorgfältig erhalten, bei nothwendiger Erneuerung derselben zuvor die etwa versackten Stiele und deren Kreuzschwellen wieder in die richtige Lage gebracht werden.

Massive Wände.

§. 5. Wenn an den massiven Wänden in oder außerhalb der Gebäude Stellen verwittert oder sonst zerstört, oder in einzelnen Stellen derselben weniger tiefende Risse entstanden sind, so müssen solche ausgestämt und erneuert und bezw. die Risse verzwiegt werden. Dabei sind die Wände, wenn sie berappt oder gepuht oder gefärbt waren, in derselben Weise wieder herzustellen.

Alles dieses gilt auch von massiven Gesimsen, Vorsprüngen, kleinen Abhängen

Sind massive Wände so zerrissen und schadhast, namentlich z. B. ausgebaucht oder an einer Seite übergewichen, daß eine Verwilderung oder sonstige Ausbesserung eine längere Dauer nicht mehr erwarten läßt, so müssen sie nach vorheriger Absteifung der darauf ruhenden Gebälke zc. (den Umständen nach kann dies jedoch nach und nach geschehen) abgebrochen und mit gehöriger Fundamentirung von Neuem aufgeführt werden. Ist bloß ein Theil einer Umfassungsmauer und zwar nur in unbedeutenderem Maße übergewichen, auch sonst die Mauer noch ohne allen Tadel, so daß, wenn dem Ueberweichen vorgebeugt wird, andere Nachtheile für das Gebäude nicht zu befürchten sind, dann ist es zulässig, derartige Mauern durch außerhalb anzubringende Pfeiler zu sichern, vorausgesetzt, daß die Verlichtheit solches gestattet.

Fachwerkwände.

§. 6. Bei den ausgemauerten und gelehnten Fachern an Fachwerks-Gebäuden ist zu sehen, daß sie immer ganz und fest sind, lose, ausgewitterte oder abgefallene Fächer gleich wieder hergestellt werden, weil die Rasse sonst eindringt und das Holzwerk verfault.

Beschwellungen zc.

§. 7. Sind die Schwellen der Gebäude bloß ausgewichen oder versackt, an sich aber brauchbar, so müssen sie wieder in die gehörige Lage gebracht werden. Sind sie aber halt verankert, vom Wurm zernagt oder versault, daß die Wandstiele keinen sichern Halt mehr darin haben, dann müssen neue Schwellen eingezogen werden. In beiden Fällen müssen die Schwellen gehörig untermauert, die Wände wieder in die Höhe gebracht, gerade und lothrecht gerichtet und die unteren Enden der Stiele, sofern sie schadhaft, bis auf gesunde Holz nachgeschulitten und mit neuen Zapfen versehen werden, so daß sie wieder einen festen unverrückbaren Stand auf den Schwellen erhalten.

Der hin und wieder vorgekommene Mißbrauch, wonach, wenn in Fachwerkwänden die Schwellen und die untern Enden der Stiele unbrauchbar waren, die letztern bis zur Wurzel stumpf abgeschnitten und die Wände, ohne neue Schwellen einzuziehen, bis auf abgeschnittenen Stiele untermauert worden sind, darf unter keinen Umständen ferner geübt werden, weil die Stiele dann keinen sichern Stand bekommen und leicht ausfallen können. Mögen auch die Stiele bis in die Nähe der Verriegelung verschnitten oder untermauert werden, welche ganz zweckmäßig sind, gewählt werden, so müssen jene immer wieder Zapfen erhalten und ordnungsmäßig in neu einzubringende Schwellen eingesetzt werden.

Eben so wenig ist das von unfundigen Zimmerleuten öfters befolgte ganz unerlaubte Verfahren, wonach sie bei Einbringung neuer Schwellen die Stiele stumpf abschneiden, ohne Zapfen auf jenen ruhen lassen, und zur Vermeidung des Ausweichens der Stiele die Wände vorschlagen, zu dulden. Vielmehr ist auf die Abstellung eines so verkehrten Verfahrens mit allem Nachdruck hinzuwirken.

Werden bei einem Gebäude nur einzelne Schwellen erneuert, indem sie andern noch gut sind, so müssen jene mit den letztern resp. durch Verlämmungen und eiserne Ketten tüchtig verbunden werden.

Bei Schwellen von Halbholz kommt die Kernseite (Schnittseite) unten, also auf dem Fundamente, zu liegen. Längere Dauer gewähren die Schwellen, wenn man sie vor dem Einsetzen auf allen Seiten einige Mal abtheert. Von Ganzholz-Schwellen muß der untere Theil wenigstens auf der Lagersseite abgearbeitet werden.

Sind Wandstiele weiter als bis zur untersten Verriegelung oder doch so weit bis an die Decke heran schadhast, daß sie nicht mehr mit neuen Zapfen versehen werden können, so müssen neue dergl. Stiele eingezogen werden.

Sind sich außer den Stielen auch Riegel, Bänder, Rahme und andere Verbandstücke schadhast, so sind diese ebenfalls durch neue zu ersetzen.

Drohen Fachwerkwände auszuweichen oder sind sie schon ausgewichen, so müssen sie, ihrer möglichst bald zu bewirkenden gänzlichen Herstellung einstmals zweckmäßig entgegenstehende Absteifungen erhalten, damit nicht der Zustand sich verschlimmere und gar Einsturz erfolge.

Träger, Unterzüge, Balken zc.

§. 8. In den Stall-, Scheunen- und Schüttboden-Gebäuden ist auf sorgfältige Untermauerung der Gebälke durch Träger und Unterzüge zu sehen. Wo die letztern etwa zu weit auseinander liegen, und ein Durchbiegen derselben schon eingetreten ist oder doch zu befürchten steht, so ist zu sorgen, daß sie noch anderweit, je nachdem es die Umstände zulassen, in dem nöthigen Maße, durch entsprechend lange Kopfbänder oder durch einzusetzende, gehörig verankerte Zwischenstiele mit Kopfbändern unterstützt werden. Gebrochene Träger oder Unterzüge aber müssen in entsprechender Stärke erneuert werden. Dasselbe gilt auch von Rahmen und andern derartigen Verbandstücken. — Sind einzelne Balken oder Unterzüge nur an den Enden versault, so kann in den meisten Fällen nachgegeben werden,

daß sie zur Umgehung einer gänzlichen Erneuerung nur, so weit sie schadhaft sind, schnitten, und diese Theile durch einzulegende Wechsel und Stiche ersetzt werden, aber die Stöße mit eisernen Spikklammern befestigt werden müssen.

Haben sich Stöße an Unterzügen, Rahmen, Schwellen zc. auseinander gezogen aus ihren Verkämmungen gelöst, so sind sie zur Vermeidung größerer Mängel durch Klammern oder dergleichen angebolzte Schienen und Anker wieder zu verbinden. Können sie den Umständen nach vorher durch Schrauben oder TriebLAGen in ihre ursprüngliche Lage zurückgebracht werden, so ist dies nicht außer Acht zu lassen.

Drohen Dachgespärre auszuweichen oder sind sie schon ausgewichen, so muß bis zur ihrer möglichst bald zu bewirkenden gänzlichen Herstellung eben so, wie oben den Fachwerkswänden gedacht, inzwischcn zweckmäßig abgestellt werden.

Nicht selten findet sich bei näherer Besichtigung der Gebäude, daß einzelne Balken, als: Kahlbalken, Hahnbalcken, Kopfbänder u. dgl. m. ganz fehlen, welche entweder absichtlich ausgeschnitten, oder durch andere Umstände zerbrochen und abhanden gekommen sind. In solchen Fällen muß ohne Verzug auf deren Ergänzung gehalten werden, damit nicht größere Schäden entstehen.

Bretterbekleidungen zc.

§. 9. Sind Wände oder Dachgiebel mit Brettern bekleidet und einzelne Bretter oder Leisten lose, so müssen sie gleich wieder festgenagelt, fehlende oder schadhaft aber durch neue ersetzt werden, damit die Masse nicht eindringen kann. Dasselbe gilt von Wetterbrettern an den Giebeln und von den Gesimsbrettern.

Dächer.

§. 10. Die Dächer aller Art müssen von Moos und sonstigen Unreinigkeiten gehalten und allen Schadhaftigkeiten daran muß vorzugsweise möglichst bald nach Entstehen abgeholfen werden.

Sind bei Ziegeldächern insbesondere einzelne Ziegel- oder Forststeine zerbrochen oder doch schadhaft, oder fehlen sie ganz, so sind neue dafür einzulegen. Sind die Dächer aber schon so mangelhaft, daß ein Ausbessern durch Einziehung einzelner Ziegel nicht rathsam erscheint, so muß die Umdeckung eintreten, wobei der Zuschuß an neuen Ziegeln einer Stelle zusammen zu decken ist, die noch brauchbaren alten Dachsteine aber möglich wieder auf dieselbe Dachseite, auf der sie gelegen haben, zu bringen sind. Dasselbe gilt analog von den Schiefer- und Schindel-dächern. Beim Ausbessern, Um- und Neudecken, ist stets darauf zu halten, daß die Dächer in Verband gedeckt, die Kehlen, Graben, Walmen, Läden und Schornsteinen gehörig gesichert und deshalb Ziegeldächern mit den nöthigen Kalksteinen versehen, die Hohl- (Forst-) Steine dagegen gemauert in Kalk gelegt, und wo sie den Stürmen besonders ausgesetzt sind, auch die Ziegel innerhalb des Daches mit Kalkmörtel verstrichen, Schieferdächer an den obengedachten Stellen mit Stollenblei, oder wie es sonst zur Konservation der Dächerortsüblich ist, eingedeckt werden. Ist bei Schieferdächern die darunter befindliche Stroh- oder Leinwand mangelhaft, so ist diese den Umständen nach ebenfalls auszubessern oder zu erneuern.

Bei Stroh- und Rohrdächern sind einzelne schadhafte Stellen durch Einlegen neuer resp. Stroh- und Rohrschöße auszubessern. Wenn die Dächer aber schon dergestalt schon die Baustücke sichtbar werden, so muß eine Umdeckung stattfinden. Die Dächer dürfen durchweg nicht unter 12 bis 14 Zoll Stärke erhalten. Besonders ist bei alten als neuen Stroh- und Rohrdächern auf eine tüchtige Verförstung und Befestigung zu sehen, daß sie an den Giebeln mit den nöthigen Bord-, Wind- und Kreuzbrettern Latten eingesägt werden. Eine Befestigung der Dachforst mit sogenannten Windbrettern ist polizeiwidrig und nie zu gestatten.

Bei Dornischen Dächern müssen kleine Schadhaftigkeiten ohne Verzug beseitigt und muß ihre Oberfläche von Zeit zu Zeit mit warmem Steinkohlentheer überstrichen werden. Sollte im Winter der Schnee sich zu sehr auf den flachen Dächern anhäufen, welche Gefahr für die Gebäude daraus entstehen könnten, so muß derselbe mit hölzernen Krücken oder Schaufeln ohne Eisenbeschlag behutsam abgebracht werden.

Blecherne Dachrinnen und dergleichen Hohlbleche, Abfallröhren, so wie Blecheindeckungen sind öfters zu reinigen, in den schadhaften Stellen zu verlöthen, durch Einlöthung neuer Blechtafeln herzustellen, und wenn der Delanstrich derselben wittert, von Neuem anzustreichen, weil sie sonst nur kurze Dauer haben.

Ebenso müssen hölzerne Dachrinnen, wo dergleichen noch vorhanden sind, von Zeit zu Zeit bei trockener und warmer Witterung mit einer Mischung von heißgemachtem Oel und Weich angestrichen werden.

Neudeckungs-Verbindlichkeit der Dächer insbesondere.

In Beziehung auf die, nach den in neuerer Zeit geschlossenen Kontrakten festgesetzte Verbindlichkeit der Dächer, alljährlich mindestens einen bestimmten Theil der Dächer neu zu decken, ist bei den Baurevisionen zu beachten, daß hierbei, auch wenn es sich bei der einen oder der anderen Art von Dächern oder bei sämtlichen Dächern

minimum geleistet hat, doch niemals von einem ihm bleibend zu Gute gehenden die Rede sein kann, er vielmehr auch in den folgenden Jahren wieder das der Neubedeckung oder auch mehr, als dieses, zu leisten hat, wenn der Zustand der erfordert.

re der letztere aber so vorzüglich, daß in einem Jahre, oder auch mehrere Jahre aber, verständiger Weise von der Neubedeckungs-Verbindlichkeit des Wächters nicht auf die Erfüllung des minimi Gebrauch gemacht werden könnte, so ist alsdann reilen die Neubedeckung von ihm nur so weit zu fordern, als es dem Zustande der spricht, dies jedoch stets nur mit dem ausdrücklich hinzuzufügenden Vorbehalte, r Neubedeckungs-Verbindlichkeit des Wächters in den folgenden Jahren seiner uch über das minimum hinaus wieder voller Gebrauch gemacht werden solle, Zustand der Dächer solches nöthig mache.

Schornsteine.

. Die Schornsteine innerhalb der Gebäude dürfen niemals mit feuerfangen- länden, als Holz, Stroh, Heu, Flachß zc. verpackt, sondern müssen von allen gehalten werden. Wenn sie Risse oder andere schadhafte Stellen haben, müssen je nachdem es die Umstände erfordern, mit Mauer- oder Dachsteinrücken in stätig verzwölft und resp. gepußt oder berappt werden. Dasselbe gilt von den lauffäßen über den Dächern. Sind diese, wie öfters der Fall, verwittert oder la mangelhaft, daß ein Verzwölfen nicht mehr anwendbar erscheint, so müssen sie ebrannten Ziegeln mit reinem Kalkmörtel von Neuem aufgemauert werden.

andere Aufmerksamkeit ist den hin und wieder noch vorhandenen, aus älterer Zeit en, auf Holz geschliffen Schornsteinen zu widmen, weil sie leicht zu Feuerß- iß geben können. Zeigt sich ihr Zustand durch vermehrte Risse und Versackungen so müssen sie abgebrochen und ohne alle Verbindung mit Holzwerk und ohne gen freistehend, möglichst lothrecht oder bei mehreren Röhren unter Umständen pthbogen zusammengewölbt, neu aufgeführt werden.

ig befinden sich in den Schornsteinen und Rauchfängen noch sogenannte Fleisch-, ie oder Speckhölzer zum Aufhängen der zu räuchernden Fleischwaaren, deren ch die Schornsteinwangen reichen. Da hiedurch leicht Feuerßgefahr herbei- den kann, so müssen diese Hölzer herausgenommen und die Oeffnungen in den it vermauert werden, und ist die Anbringung der Fleischbäume in den Rauch-

Schornsteinen nur dann zu gestatten, wenn sie nicht in den Wangen vermauert n auf vorgefragten Ziegeln oder auf eingemauerten eisernen Hasen ruhen, so ortsplanzung des Feuers nicht zu fürchten steht, sobald sie in Brand gerathen. nessener sind eiserne Stangen statt der hölzernen Bäume.

Feuerungsanlagen.

2. Feuerungsanlagen, als: Herde, Kamine, Kesselfeuerungen, Stubenöfen, .: müssen den Regeln der Feuersicherheit entsprechen, und muß sowohl hierauf, en gehörige Unterhaltung, gesehen werden. Unmittelbar an denselben dürfen ölyerne oder Fachwerkwände, feine Treppen und dergl., eben so über den Thü- izkamine und Vorgelege keine hölzerne Treppen befinden, so wie denn überhaupt werk in angemessener Entfernung davon bleiben muß. Sie müssen von Brand- gränzt, die Einheizungen mit eisernen Thüren verschlossen und vor denselben lauersteinpflaster, Fliesenpflaster, oder nach Umständen aufgenagelte Eisenbleche werden.

Innerner Ausbau zc.

3. Im Innern der Gebäude ist durchweg auf Reinlichkeit und Ordnung, und rnung derselben überhaupt und in den Wohnhäusern besonders auf das öftere d Weissen der Wände und Decken in den Fluren, Stuben, Kammern, Küchen zc.

Namentlich sind in den Familienwohnungen die Wände und Decken bisher beschädigt und beschmutzt angetroffen worden. Dies ist ferner nicht, auch sind illen keine Spinnweben zu dulden. Letztere vermehren die Feuerßgefahr, und Innern der Gebäude das Gepräge von Unordnung und Sorglosigkeit.

Fortsetzung.

4. Thore, Thüren, Fenster, Läden zc. müssen ihrem Zwecke stets vollkommen ent- mau passend und mit ganz brauchbaren Hasen, Geöpen, Schlössern, Rinnhasen, orreibern zc. versehen sein, schadhafte Theile im Holzwerke und in den Verschlägen stellt oder nach Umständen erneuert, und in Stelle zerbrochener Scheiben ganze ind wo Thore, Thüren zc. mit Oelfarbe, Steinkohlentheer u. dgl. m. angestrichen dieser Anstrich zur Konservation des Holzes von Zeit zu Zeit wiederholt werden. selbe gilt beziehungsweise von den Treppen und deren Verschlägen, den Ausboh- kungen, Pflasterungen, Estrichen und Bindelböden aller Art; nicht minder von m, Rausen, Trögen, Schlemmgruben u. dgl. m.

Bewährungen.

§. 15. Die Bewährungen der Höfe, Gärten, Tristen, Koppeln zc. n von Steinen, Lehm oder von Holz sein, so darf ihre vollständige und zweckmäßige Erhaltung nicht außer Acht gelassen werden.

Das Herstellungsbedürfniß bleibt nach den in den früheren Paragraphen Gebäuden gegebenen Andeutungen zu beurtheilen, wobei nur noch bemerkt wird den hölzernen Bewährungen zu deren längern Dauer beiträgt, wenn die Jamben halb gesäumt und mit Lehm umschlagen, allenfalls auch mehrmals heiß getheilt werden.

Brunnen.

§. 16. Von großer Wichtigkeit für jede Wirthschaft ist die sorgfältige Erhaltung der Brunnen, weil Mangel an Wasser in vielfacher Beziehung höchst Verluste herbeiführen kann. Deshalb muß auf dieselben besonderes Augenmerk werden.

Die Brunnenschachte oder Kessel, gleichviel von Holz oder Steinen, dürfen die Umfangswänden keine Versackungen, Ausbauchungen oder schadhafte Stellen zeigen, so sind zur Vermeidung von Unglücksfällen ohne Verzug geeignete Vorkehrungen und Reparaturen, oder in sofern dadurch dem Mangel nicht abgeholfen, gänzliche Erneuerungen anzuordnen.

Von Zeit zu Zeit sind die Brunnen auszuräumen und vom Schlamm zu befreien, damit das Zubringen reinen gesunden Quellwassers nicht verhindert werde.

Offene Brunnen müssen mit guten Brustgeländern, Mauern, Umschlingungen zc. von angemessener Höhe versehen, Höhrbrunnen sorgfältig und bedeckt und die Wasserversorgungs-Apparate jeglicher Art stets vollständig und in gutem Zustande sein.

Steinpflaster auf den Höfen.

§. 17. Die Steinpflaster auf den Höfen müssen stets ohne Unebenheiten in einem tüchtigen Verstande erhalten, und müssen zu dem Ende alle darin entstehenden Löcher, Vertiefungen und Erhöhungen durch Ausfüllung, Ausgleichung und Erneuerung sofort wieder beseitigt werden.

Sind die Schadhaftheiten zu bedeutend, so muß Erneuerung eintreten, sowie bei Anlage ganz neuer Pflasterungen, ist besonders auf eine angemessene Neigung derselben von den Gebäuden nach den niedrigeren Stellen der Hoflage zu sorgen.

Feuerlöschgeräthe.

§. 18. Auch die Feuerlöschgeräthschaften verdienen besondere Beachtung. Sie müssen stets in der erforderlichen Zahl vorhanden und ihr Zustand muß sie zu jeder Zeit ohne Weiteres, ihrer Bestimmung gemäß, in Gebrauch genommen werden können. Sowohl die fahrbaren, als die tragbaren und Handspitzen müssen stets probirt, möglichst rein gehalten und vor Beschädigungen und Verwundungen geschützt werden. Die ledernen Schläuche von Zeit zu Zeit eingeschmiert, und diese, wie die Schläuche, trocken, luftig und so aufgehängt werden, daß sie keine Schärfe erleiden, wodurch sie leicht Brüche bekommen.

In Spritzenhäusern sind nur solche Gegenstände zu dulden, welche den Feuerlöschgeräthschaften gehören. Auch ihnen darf Keuschheit nicht fehlen.

Feuerleiter, Leitern und Hasen sind an leicht zu erreichenden Orten aufzuhängen.

Brücken zc.

§. 19. Die Brücken erfordern gleichfalls eine fleißige Aufsicht, damit sie in fahrbarem Zustande sich befinden. Ihre Länge muß dem darunter stattfindenden Durchflusse und ihre Breite der Frequenz des Verkehrs entsprechen. Zeigen sich an den Brücken in den Stützmauern oder in den etwa vorhandenen Flügelmauern, Ueberdeckungen oder Ueberwölbungen schadhafte oder lose Stellen, so müssen diese durch Verwidelungen und erforderlichen Falls durch Einsetzung neuer Steine ersetzt werden; haben dieselben aber bedenkliche Risse, oder sind sie gar schon ausgetreten, so muß ihre Erneuerung übrig bleiben.

Bei hölzernen Brücken werden einzelne verfaulte oder gebrochene Pfähle, Schälungshölzer, Balken oder Belagbohlen durch neue von angemessener Stärke zugewechselt oder gutem Holze ersetzt. Helfen dergleichen einzelne Reparaturen nicht aus, so muß ebenfalls der gänzliche Neubau eintreten.

Auch auf die gute Beschaffenheit und nöthigen Falls auf die rechtzeitige Erneuerung der Sicherheitsgeländer, wo dergleichen nothwendig, ist zu halten, sowie die Brücken gehörig hinterfüllt und ihre Auffahrten zum bequemen Ueberfahren hoch gehalten werden müssen.

Haben letztere oder die Brücken selbst eine Abpflasterung, so fludet bei Regen wegen der Steinpflaster auf den Höfen Gesagte im Allgemeinen mit der Anwendung, daß die Pflaster auf den Brücken und Auffahrten nach dem Verfall etwas abgewölbt werden müssen, damit Schnee- und Regenwasser abfließen kann.

vorstehend von den Brücken gesagt worden, findet auch auf Bollwerke, Schleusen, Fischbälter, Schafwäschern, Wasserleitungen und ähnliche dergl. Bauanlagen, theils wenigstens analoge Anwendung.

Wege und Fahrdämme.

1. Die Straßen, Wege und Fahrdämme müssen in einem zu jeder Jahreszeit ihrbaren Zustande erhalten, auch Vertiefungen darauf mit Sand oder anderem Material (nleimalß aber mit Haschinen oder Holz) ausgefüllt, und die Geleise eben so muß für gehörigen Wasserabzug gesorgt werden.

2. Wege, welche lediglich in gewissen Jahreszeiten von dem Wirthe selbst zur Erzeugnisse von den Vorwerks-Grundstücken gebraucht werden, und nicht zur Nutzung mit andern Ortschaften oder Etablissemens dienen, müssen wenigstens in ihrem besondern Zwecke entsprechenden Zustande erhalten werden.

Bepflanzung der Wege und Fahrdämme mit Bäumen ist sorgfältig zu pflegen, stehenden Lücken müssen durch Wiederanpflanzung guter, gerader und hochstämmiger in gleich weiter Entfernung und fluchtmäßiger Stellung ergänzt werden.

3. Nichts der Pflasterungen auf den Wegen gilt das 8. 19. bei den Brücken An-

Kanäle und Gräben zc.

1. Kanäle und Gräben an den Wegen, an und in den Gärten, Feldern, Lungen müssen die ihrem Zwecke entsprechende Breite und Tiefe und nach der Offenheit angemessene Böschungen haben. Je leichter, locherer oder flüssiger der Boden, je mehr Böschung erfordern die Gräben. Sie sind stets rein von Sträuchern, sonstigen Gewächsen zu halten, und sobald sie verfallen oder verschlammten, zu reinigen, wobei der Auswurf vom Grabenbord zu entfernen und zu plantren ist. 2. 3. 4. 5. 6. 7. 8. 9. 10. 11. 12. 13. 14. 15. 16. 17. 18. 19. 20. 21. 22. 23. 24. 25. 26. 27. 28. 29. 30. 31. 32. 33. 34. 35. 36. 37. 38. 39. 40. 41. 42. 43. 44. 45. 46. 47. 48. 49. 50. 51. 52. 53. 54. 55. 56. 57. 58. 59. 60. 61. 62. 63. 64. 65. 66. 67. 68. 69. 70. 71. 72. 73. 74. 75. 76. 77. 78. 79. 80. 81. 82. 83. 84. 85. 86. 87. 88. 89. 90. 91. 92. 93. 94. 95. 96. 97. 98. 99. 100. 101. 102. 103. 104. 105. 106. 107. 108. 109. 110. 111. 112. 113. 114. 115. 116. 117. 118. 119. 120. 121. 122. 123. 124. 125. 126. 127. 128. 129. 130. 131. 132. 133. 134. 135. 136. 137. 138. 139. 140. 141. 142. 143. 144. 145. 146. 147. 148. 149. 150. 151. 152. 153. 154. 155. 156. 157. 158. 159. 160. 161. 162. 163. 164. 165. 166. 167. 168. 169. 170. 171. 172. 173. 174. 175. 176. 177. 178. 179. 180. 181. 182. 183. 184. 185. 186. 187. 188. 189. 190. 191. 192. 193. 194. 195. 196. 197. 198. 199. 200. 201. 202. 203. 204. 205. 206. 207. 208. 209. 210. 211. 212. 213. 214. 215. 216. 217. 218. 219. 220. 221. 222. 223. 224. 225. 226. 227. 228. 229. 230. 231. 232. 233. 234. 235. 236. 237. 238. 239. 240. 241. 242. 243. 244. 245. 246. 247. 248. 249. 250. 251. 252. 253. 254. 255. 256. 257. 258. 259. 260. 261. 262. 263. 264. 265. 266. 267. 268. 269. 270. 271. 272. 273. 274. 275. 276. 277. 278. 279. 280. 281. 282. 283. 284. 285. 286. 287. 288. 289. 290. 291. 292. 293. 294. 295. 296. 297. 298. 299. 300. 301. 302. 303. 304. 305. 306. 307. 308. 309. 310. 311. 312. 313. 314. 315. 316. 317. 318. 319. 320. 321. 322. 323. 324. 325. 326. 327. 328. 329. 330. 331. 332. 333. 334. 335. 336. 337. 338. 339. 340. 341. 342. 343. 344. 345. 346. 347. 348. 349. 350. 351. 352. 353. 354. 355. 356. 357. 358. 359. 360. 361. 362. 363. 364. 365. 366. 367. 368. 369. 370. 371. 372. 373. 374. 375. 376. 377. 378. 379. 380. 381. 382. 383. 384. 385. 386. 387. 388. 389. 390. 391. 392. 393. 394. 395. 396. 397. 398. 399. 400. 401. 402. 403. 404. 405. 406. 407. 408. 409. 410. 411. 412. 413. 414. 415. 416. 417. 418. 419. 420. 421. 422. 423. 424. 425. 426. 427. 428. 429. 430. 431. 432. 433. 434. 435. 436. 437. 438. 439. 440. 441. 442. 443. 444. 445. 446. 447. 448. 449. 450. 451. 452. 453. 454. 455. 456. 457. 458. 459. 460. 461. 462. 463. 464. 465. 466. 467. 468. 469. 470. 471. 472. 473. 474. 475. 476. 477. 478. 479. 480. 481. 482. 483. 484. 485. 486. 487. 488. 489. 490. 491. 492. 493. 494. 495. 496. 497. 498. 499. 500. 501. 502. 503. 504. 505. 506. 507. 508. 509. 510. 511. 512. 513. 514. 515. 516. 517. 518. 519. 520. 521. 522. 523. 524. 525. 526. 527. 528. 529. 530. 531. 532. 533. 534. 535. 536. 537. 538. 539. 540. 541. 542. 543. 544. 545. 546. 547. 548. 549. 550. 551. 552. 553. 554. 555. 556. 557. 558. 559. 560. 561. 562. 563. 564. 565. 566. 567. 568. 569. 570. 571. 572. 573. 574. 575. 576. 577. 578. 579. 580. 581. 582. 583. 584. 585. 586. 587. 588. 589. 590. 591. 592. 593. 594. 595. 596. 597. 598. 599. 600. 601. 602. 603. 604. 605. 606. 607. 608. 609. 610. 611. 612. 613. 614. 615. 616. 617. 618. 619. 620. 621. 622. 623. 624. 625. 626. 627. 628. 629. 630. 631. 632. 633. 634. 635. 636. 637. 638. 639. 640. 641. 642. 643. 644. 645. 646. 647. 648. 649. 650. 651. 652. 653. 654. 655. 656. 657. 658. 659. 660. 661. 662. 663. 664. 665. 666. 667. 668. 669. 670. 671. 672. 673. 674. 675. 676. 677. 678. 679. 680. 681. 682. 683. 684. 685. 686. 687. 688. 689. 690. 691. 692. 693. 694. 695. 696. 697. 698. 699. 700. 701. 702. 703. 704. 705. 706. 707. 708. 709. 710. 711. 712. 713. 714. 715. 716. 717. 718. 719. 720. 721. 722. 723. 724. 725. 726. 727. 728. 729. 730. 731. 732. 733. 734. 735. 736. 737. 738. 739. 740. 741. 742. 743. 744. 745. 746. 747. 748. 749. 750. 751. 752. 753. 754. 755. 756. 757. 758. 759. 760. 761. 762. 763. 764. 765. 766. 767. 768. 769. 770. 771. 772. 773. 774. 775. 776. 777. 778. 779. 780. 781. 782. 783. 784. 785. 786. 787. 788. 789. 790. 791. 792. 793. 794. 795. 796. 797. 798. 799. 800. 801. 802. 803. 804. 805. 806. 807. 808. 809. 810. 811. 812. 813. 814. 815. 816. 817. 818. 819. 820. 821. 822. 823. 824. 825. 826. 827. 828. 829. 830. 831. 832. 833. 834. 835. 836. 837. 838. 839. 840. 841. 842. 843. 844. 845. 846. 847. 848. 849. 850. 851. 852. 853. 854. 855. 856. 857. 858. 859. 860. 861. 862. 863. 864. 865. 866. 867. 868. 869. 870. 871. 872. 873. 874. 875. 876. 877. 878. 879. 880. 881. 882. 883. 884. 885. 886. 887. 888. 889. 890. 891. 892. 893. 894. 895. 896. 897. 898. 899. 900. 901. 902. 903. 904. 905. 906. 907. 908. 909. 910. 911. 912. 913. 914. 915. 916. 917. 918. 919. 920. 921. 922. 923. 924. 925. 926. 927. 928. 929. 930. 931. 932. 933. 934. 935. 936. 937. 938. 939. 940. 941. 942. 943. 944. 945. 946. 947. 948. 949. 950. 951. 952. 953. 954. 955. 956. 957. 958. 959. 960. 961. 962. 963. 964. 965. 966. 967. 968. 969. 970. 971. 972. 973. 974. 975. 976. 977. 978. 979. 980. 981. 982. 983. 984. 985. 986. 987. 988. 989. 990. 991. 992. 993. 994. 995. 996. 997. 998. 999. 1000.

mittelbar an den Grabenborden dürfen keine Bäume oder Sträucher gepflanzt werden in einzelnen Fällen nicht besondere Umstände dafür sprechen.

Deiche.

1. Die zum Schutz der Grundstücke gegen Hochwasser vorhandenen Deiche sollen gleichfalls sorgfältig behandelt und beaufsichtigt werden. Die Kronen und Böschungen sind stets in dem normalmäßigen Zustande zu erhalten, sich vor Senkungen und Unebenheiten darin, nachdem die Rasendecke daselbst abgegraben, thon- und lehmhaltiger Erde, in dünnen, festzustampfenden Lagen auszurollen und die Böschungen demnächst wiederum mit frischem dichten Rasen zu belegen. Die Anpflanzung des letztern ist das Besäen mit Heusamen zulässig. Der mittlere Theil des Deiches ist etwas höher als an den Seiten gegen die Böschungen hin zu halten und abzumachen, damit das Schnee- und Regenwasser nicht darauf stehen bleibt.

2. Die zu verwendende Erde darf weder Holz und Wurzelwerk, noch Steine, Rasenstücke oder Körper enthalten, welche ihre feste Verbindung verhindern: sie muß vielmehr rein und möglichst außerhalb der Deichlinie in gehöriger Entfernung von derselben abzuwerfen werden.

3. Mittelbar am Fuße der Deiche darf weder geackert noch gegraben werden, sowie auch gegen Beschädigungen aller Art sorgsam zu schützen sind.

4. Die Festigkeit der Deiche und eine dichte Rasendecke auf den Böschungen sind zu erhalten, und deshalb Hecken, Bäume, Sträucher, Dornen, Disteln, Pflanzen und Wurzeln und großen Blättern weder auf, noch unmittelbar am Fuße der Deiche zu dulden, dagegen Windensstrauch-Pflanzungen vor dem Deichfuße zum Schutze gegen Wellenschlag zc. zu befördern. Auch müssen die Deiche von allem Unrath, Stroh, Schilf zc. ganz rein gehalten werden, damit der Wachsthum des Grases nicht gehindert werde. Nicht minder sind die Gänge und Löcher der Erdmäuse und Maulwurfs zu aufzuheben, solche wieder zu füllen und festzustampfen. Auf die Vertreibung dieser Thiere ist nach Kräften hinzuwirken.

Feuerversicherung der Gebäude.

3. Schließlich ist mit der Revision der Gebäude jedesmal auch die Erörterung der Feuerversicherung zu verbinden.

1. Sind sämmtlich und namentlich auch die neu hinzugekommenen oder doch sonst neu gebauten und im Neubau begriffenen resp. in den betreffenden Gemeinden bei dem Domainen-Feuerschadensfonds mit einer, den vollen Neubaufkosten entsprechenden Summe eingetragen, oder, wo die Einrichtung des Domainen-Feuerschadensfonds nicht besteht, bei einer geeigneten Feuerversicherungsgesellschaft nach den höchsten zulässigen Bedingungen versichert?

2. Falls nicht,

3. Weshalb nicht, wenn die Gebäude nicht bei dem Domainen-Feuerschadensfonds eingetragen, sondern bei einer Societät versichert sind, die desfallsigen Beiträge gehörig entrichtet hat?

Deich-Societäts-Verhältnis,

sowie endlich, wenn die Pachtstücke bei einer Deich-, Damm- oder Grabensocietät liegen, auch darüber,

ob der Pächter die ihm nach seinem Pachtcontracte gegen eine solche Societät den Verbindlichkeiten gehörig erfüllt,

und ob auch gegentheils der Societäts-Vorstand für die respectible Unterhaltung der betreffenden Gegenstände, den Statuten gemäß, gesorgt hat?

Berlin, den 7. Mai 1839.

Min. des R. Hauses, zweite Abth.

v. Ladenberg.

(N. XXIII. 299. — 2. 35.)

3) Ueber die Holzlieferung bei Domainen- und Forst-Bauten
Abschn. I. Kap. I. Lit. III. sub Nr. 2. (Oben S. 257 ff.)

Vierte Unter-Abtheilung.

Vorschriften, betreffend die Verdingung von
Domainen- und Forst-Bauten.

Im Allgemeinen vergl. Abschn. I. Kap. I. Lit. IV. (Oben S. 267.

1) Ueber die Frage: in welchen Fällen und unter welchen Bedingungen bei Domainen- und Forst-Gebäude-Bau-Entreprisen von deren öffentlicher Abzuleistung abzustehen sei? sind ergangen:

a) R. des R. Min. des R. Hauses (v. Ladenberg) v. 9. Febr. 1843 an die R. Reg. zu Bromberg.

Die R. Reg. beauftrage ich, bei Dom.-Bauten die Vorschrift des §. 19. b. der R. Ober-Rechn.-Kammer v. 18. Okt. 1824¹⁾, nach Maßgabe der abschriftlich an die Reg. zu Königsberg erlassenen Verf. v. 30. April v. J. gehörig zu beachten

Anl. a.

Die R. Ober-Rechn.-Kammer hat mir den Beschluß der R. Reg. v. 14. J. über das Verfahren bei Austhuung von Bau-Entreprisen, in Bezugnahme auf Abschrift des §. 19 der Instr. der R. Ober-Rechn.-Kammer v. 18. Okt. 1824 mitgeteilt.

Ich bin mit der R. Reg. darin einverstanden, daß bei Dom.-Bauten, zu welchen den Pächtern bedeutende Leistungen, namentlich die Ausfuhr und Handdienste, die Ueberlassung der Entreprise an den Mindestfordernden nach öffentlicher Ausschreibung in diesen Leistungen der Pächter Schwierigkeiten findet, welche einem praktischen Anwenden dieser Maßregel in den Weg treten, daß daher bei den Dom.-Bauten dieser Art die Regel der öffentlichen Ausschreibung der Entreprise abgestanden, und sie, was ich anlasse, nur da angewendet werde, wo besondere Verhältnisse es gestatten.

Anderß ist es mit denjenigen Dom.-Bauten, zu welchen den Pächtern, und Forst-Bauten, zu welchen den Nutzleibern der Gebäude keine derartigen Leistungen obliegen.

Bei diesen muß die Versteigerung der Entreprise die Regel bleiben, doch über die R. Reg., im Falle besonderer dafür sprechender, von Ihr zur Rechnung näher zuweisender Verhältnisse, Ausnahmen zu machen zc.

Berlin, den 30. April 1835.

Chef des Min. des R. Hauses, zweiter Abth.

v. Ladenberg.

An die R. Reg. zu Königsberg in Pr. (N. XX. 44. — 1. 27.)

b) C. R. desselb. Min. (Gr. zu Stolberg) v. 25. Sept. 1843 an die R. Reg. diesseits der Weser, excl. derjenigen zu Stralsund.

Zufolge der Bestimmungen im §. 13 der Instr. zur Geschäftsführung der R. Ober-Rechn.-Kammer v. 23. Okt. 1817 und im §. 19 der Instr. für die Ober-Rechn.-Kammer v. 18. Okt. 1824 müssen zur Herbeiführung möglicher Ersparung bekanntlich auch bei Domainen-Bauten deren Kosten ganz oder doch hauptsächlich aus der R. Kasse bestritten werden, in so fern solches anwendbar ist und nicht besondere Verhältnisse eine Abweichung rechtfertigen, wenn die Baue auf Rechnung ausgeführt werden, die Materialien, Fuhrn, einzeln zu bewerkstelligende Arbeiten, Erdarbeiten zc. im Wege der Minus-Ausschreibung beschafft, und

¹⁾ Vergl. oben S. 267.

preneur zur Ausführung übergeben werden, im Ganzen an den Mindestfor-
gethan werden.

chen davon, daß es in einzelnen Gegenden an Konkurrenz qualifizirter und
beimittelter Bewerber fehlt, denen nach der Beschaffenheit des Baues die Aus-
Sicherheit übertragen werden könnte, und daß es daher aus diesem Grunde
vermeidlich wird, Ausnahmen eintreten zu lassen, ist es indessen, so viel die
n verpachteten Domainen betrifft, bereits anerkannt, daß in allen Fällen, in
Pächter, zufolge der neueren Pachtbedingungen, zu denselben erhebliche Bel-
uch nur die Führen unentgeltlich zu leisten haben, die Ausführung durch einen
n der Collisionen, welche sie zwischen ihm und dem Pächter und wegen der
welche sie für den Letzteren herbeiführt, im Allgem. nicht rathsam erscheine.

it bin ich um so mehr einverstanden, als bei den meisten Bauten der Art die
hin in Beziehung auf den künftigen Gebrauch und auf die Thnen obliegende
; der Gebäude, schon ihres eigenen Interesses wegen, auf eine möglichst solide
Bedacht nehmen werden. Die K. Reg. mag daher auch über die Ausführung
wozu die Pächter größere Beiträge oder auch nur die Führen unentgeltlich
ben, ferner mit ihnen ohne Anfrage aus freier Hand abschließen und hat bei
Regel der Austhnung an den Mindestfordernden nur dann unbedingt festzu-
etwa der verpflichtete Pächter selbst die Entreprise ablehnt, oder wenn er
it ihm bereits gemachten Erfahrungen oder sonst in seiner Persönlichkeit oder
mögenlage nicht hinreichende Garantie für die anslagsmäßige solide Aus-
ietet.

will ich in den Fällen, wo hiernach mit den Pächtern über die Bau-Entre-
rier Hand kontrahirt wird, die K. Reg. auch durch die früher erfolgte und
rillweise zurückgenommene, theilweise modifizierte Anordnung wegen Ermäßig-
ischlagsmäßigen Kosten durch einen gewissen Prozent-Abzug nicht weiter

en sind die Pächter oft, besonders bei großen Bauten, oder wenn mehrere Baue
der bald hintereinander ausgeführt werden, im Stande, durch mancherlei
en erhebliche Ersparungen zu machen, welche sich durch die einzelnen Postlo-
kostenanschlägen auch bei der sorgfältigsten Fertigung und Revision derselben
ien lassen. Ich setze daher voraus, daß die K. Reg. auch Ihrerseits die Re-
ostenanschläge, wie sie bei vollständiger Berücksichtigung der kontraktl. Ver-
der Pächter zu stehen kommen, keinesweges unbedingt als die jedesmal in die
ontrakte aufzunehmenden Summen betrachten, sondern vor Abschluß der Kon-
at pflichtmäßig erwägen wird, ob und welche Ermäßigung jene Resultate er-
i, und ich will bei Bauten, wenn die Kostenanschläge instruktionmäßig zur
lon einzureichen sind, hierüber jedesmal bei Einreichung der Anschläge die
leußerung der K. Reg. erwarten.

istandsgebäuden auf Domainen, welche bisher noch nicht unter den här-
ingungen verpachtet waren und zu deren Ausführung den neuen Pächtern
viffe Beihilfe bewilligt wird, bleibt die Bestimmung der letztern natürlich
meiner jedesmaligen Festsetzung auf die desfallsigen Vorschläge der K. Reg.

Eben so bleibt, wenn in Beziehung auf bessere Benutzung der Grundstücke
noch nicht gewesene Gebäude erbaut, oder schon vorhandene Gebäude erwei-
er eingerichtet werden, ohne daß dem Fiskus dazu eine kontraktmäßige Ver-
steht, für jeden einzelnen Fall mit Rücksicht auf die besonderen Verhältnisse
ngen und auf die etwa vom Pächter übernommene Verzinsung des Bau-
die seitige Bestimmung des letztern vorbehalten.

gen. des K. Min. des K. H., Abth. II., Nr. 14,896.)

eber die Frage: in wiefern und unter welchen Bedingungen den
zinten Neu- und Reparatur-Bauten an ihren Dienst-Etablissements
e gegeben werden dürfen? sind ergangen:

L. R. des K. Min. des K. H., Abth. II. (v. Ladenberg) an sammtl.
26. Mai 1838.

der Fall vorgekommen, daß nach der Ausführung des von einem Forstbeam-
rise übernommenen Baues von dem dazu vom Fiskus in natura verabreich-
e beträchtliche Quantität übrig geblieben und von dem Entrepreneur verkauft
nter dem Vorgeben, daß diese Ersparniß durch besonders sorgfältige und mit
sten verbundene Verschlagung der Bauhölzer herbeigeführt und möglich ge-
Die Schwierigkeit einer ganz zuverlässigen Kontrolle bei der Anweisung der
i dem Falle, wenn der Entrepreneur und Holzempfänger zugleich der mit die-
zunächst beauftragte Forstbeamte ist, könnte ein Motiv abgeben, den Forst-

beamten im Allgem. die Uebernahme von Bau-Entreprisen zu untersagen. Es ist davon Abstand genommen worden, weil die Lokal-Verhältnisse öfters den Forstbeamten als den geeignetsten Unternehmer eines auszuführenden Forstbaues erscheinen lassen. R. Reg. wird aber, neben der ihr obliegenden Kontrolle in Betreff der richtigen und schlagmäßigen Verabreichung der zu den Bauten in natura zu liefernden Hölzer, besonders angewiesen, in allen mit Forstbeamten abzuschließenden derartigen Baupreise-Kontrakten die besondere Stipulation aufzunehmen, daß das gesammte von in natura verabreichten Holze etwa zu erübrigende Material für Rechnung der Forstbeamten verkauft werden müsse und jede Abweichung hiervon als Unterschleif angesehen würde, dem Entrepreneur auch nicht nachgelassen sei, den Abfall an Spänen zu berichtigen.
(N. XXII. 293.—2. 34.)

b) C. R. des R. Min. des R. H., Abth. II. (v. Ladenberg) v. 13. 1839 an sämmtl. R. Reg.

Ich finde mich zu der Bestimmung veranlaßt, daß fortan in der Regel keinen Forstbeamten ein Neu- oder Reparaturbau an ihren Dienstetablissemens, welcher etwa über 25 Mthlr. veranschlagt worden ist, in Entreprise überlassen werden soll. Wo ganz besondere Lokal-Verhältnisse die Ueberlassung eines Baues besonders wünschenswerth erscheinen lassen möchten, wird die R. Reg. ermahnt, hiervon bei Bauten bis zu einer Anschlagsumme von 100 Mthlr. selbstständig eine Ausnahme eintreten zu lassen, wogegen bei größern Bauten, in etwa vorkommenden Fällen, zu berichten ist. Wird aber ein Reparatur- oder Neubau einem R. Forstbeamten in Entreprise überlassen, so darf derselbe, bei Vermeidung der Strafe, welche auf den Forstbeamten geübt ist, daß bei dem Baue etwa übrig bleibende Holz ohne Genehmigung des Min. weder verkaufen, noch sonst tauschweise oder unentgeltlich weitergeben, und ist diese Bedingung dann in den Entreprise-Kontrakt mit aufzunehmen.
(N. XXIII. 17.—1. 24.)

Zweiter Titel.

Vorschriften, betreffend die Ausführung der Domänenbauten.

1) C. R. des R. Min. des R. H., Abth. II. (v. Ladenberg) v. 17. 1839 an sämmtl. R. Reg., excl. der Westphälischen und Rheinischen Provinz, in Betreff der Uebernahme der Metablissemens-Bauten auf verpachteten R. Domainen.

Zur Abwendung der von einem Domänen-Beamten kürzlich in Anspruch genommene Verantwortlichkeit, welche dem Domänen-Fiskus gegen seine Wächter, nach der in den u. 525 Tit. 21. Thl. I. des N. L. R. enthaltenen Bestimmungen, bei etwaiger Verletzung der in Folge eines Brandes nothwendigen Metablissemens-Bauten obliegt, ist eine besondere Beschleunigung der letzteren erforderlich.

Indem ich der R. Reg. diese Beschleunigung hiermit zur Pflicht mache, werde ich dieselbe zugleich an, in solchen Fällen, ganz besonders auch bei der Wahl der Baupreise und Abfassung der auf solche Ausführung innerhalb möglichst kurzer Frist zu erlassenden Entreprise-Kontrakte, mit Umsicht und Vorsicht zu verfahren.

(N. XXIII. 798. — 4. 26.)

2) Anwendung der Dorn'schen Bedachungs-Methode.

a) C. R. des R. Min. des R. H., Abth. II. (Wolfart), v. 23. Juni 1839 an sämmtl. R. Reg. diesseits der Weser, excl. Stralsund.

Um den Verlegenheiten und Nachtheilen vorzubeugen, welche dem Fiskus erwachsen können, wenn da, wo die Bedachung der Gebäude auf den Domainen nach der Dorn'schen Methode zur Anwendung kommt und die Wächter nach den, ihren Verhältnissen zum Grunde liegenden Bedingungen, auch zur Unterhaltung anderweit zu sonstigen Zwecken nicht besonders verpflichtet worden sind, die Wächter sich weigern, solche Bedachungen vorzunehmen, finde ich mich veranlaßt, hierdurch zu bestimmen, daß wenn bei Neubauten auf den Domainen die Wahl der Dorn'schen Bedachung für zweckmäßig erachtet wird, einmal vor der Einleitung des Baues darüber mit dem Wächter ein Arrangement zu treffen werde, wozu bei der gewünschten Ausführung des Baues der Abschluß des Baupreises oder eine sonstige günstige Gelegenheit zu benutzen ist, in dem Falle, wenn der Wächter sich nicht damit einverstanden erklärt, seine vertragmäßigen Verbindlichkeiten auf die Dorn'schen Dächer nach Maßgabe der von mir

mit d. J. genehmigten neuen allgemeinen Pachtbedingungen Anwendung finden zu lassen, von der Anlage der Dorn'schen Dächer ganz abgesehen werde.
N. XXI. 314. — 4. 31.)

1) R. des R. Min. des R. Hauses, Gen.-Vertw. für Dom. u. Forst. (b. 1), v. 20. Juni 1838 an die R. Reg. zu Marienwerder und Bromberg.

Bei den ungünstigen Resultaten der seit mehreren Jahren von dem Gutbesitzer Schwarz in Münsterwalde angestellten Versuche über die Sicherung der Strohdächer Entzündungen durch Flugfeuer, hat die R. Reg., wie ihr auf den Ver. v. 24. v. M. ist wird, von jener Methode bei den Gebäuden des diesseitigen Ressorts keine Anwendung machen zu lassen. Eben so wenig findet das Min. angemessen, an derartigen Orten die Methode mit dem mit Hechsel gemischten Lehm zu versuchen, indem auch schwerlich ein günstiger Erfolg zu erwarten steht.

Dagegen wird der R. Reg. empfohlen, in geeigneten Fällen, namentlich beim Bau neuer Holzschuppen, Spritzenhäusern, Schweine- und Federvieh-Stellen etc., bei es auf Beschaffung besonderer Bodenträume weiter nicht ankommt, die bekannte alte Dachdeckungsmethode, die von viel größerer Wichtigkeit erscheint, versuchsweise zu da zur Ausführung bringen lassen, wo die Distriktsbaubeamten sowohl, als die der der Gebäude sich vornehmlich dafür interessieren, und eine gute und dauerhafte ung., so daß die Dächer ihrem Zwecke vollkommen entsprechen, zu erwarten steht.

Min. des R. Hauses. Gen.-Vertw. für Domänen u. Forsten.

b. Roenen.

R. Reg. zu Marienwerder.

Abchrift hiervon an die R. Reg. zu Bromberg, unter Velf. einer Abschrift des Ver. leg. zu Marienwerder v. 24. v. M. (Anl. a.) zur gleichmäßigen Beachtung, in des Erlasses v. 27. März d. J.

erlin, den 20. Juni 1838.

Minist. des R. Hauses. Gen.-Vertw. für Dom. u. F.

b. Roenen.

Anl. a.

w. Exc. zeigen wir mit Bezugnahme auf unsere Ver. v. 16. Jan. 1835 u. 14. Juli 1836 an, daß sie seit mehreren Jahren vom Gutbesitzer Schwarz in Münsterwalde r Umsicht und Sorgfalt angestellten Versuche, über die Sicherung der Strohdächer Entzündungen durch Flugfeuer, den Erwartungen nicht entsprechen haben.

Die ersten Versuche geschahen nach der Bugmarin'schen Methode und zwar:

im Jahre 1830 auf der östl. Dachseite eines 56 Fuß langen Schafstalles;

im Jahre 1831 auf der westl. Dachseite eines 185 Fuß langen Pferde- und Viehstalles, und

im Jahre 1834 auf der nördl. Dachseite einer 323 Fuß langen Scheune. Diese Dachflächen waren in ihrer ganzen Ausdehnung mit einem verschiedentlich gemischten Lehmüberzuge bedeckt worden, und schienen anfänglich dem Zwecke zu entsprechen, doch gingen die davon gehegten Erwartungen später nicht in Erfüllung, indem besonders jedesmal bald nach dem Abgange eines Winters eine Destruktion des aufgetragenen Lehmüberzuges sich ergab, in deren Gefolge derselbe durch Regengüsse nach und nach ganz aufgelöst und abgeschwemmt wurde.

Bei einer am 16. d. M. zur Stelle gehaltenen Untersuchung hat sich ergeben, daß im J. 1830 und 1831 aufgetragenen Lehmaustrage fast keine Spur mehr vorhanden, und wurde nur bemerkt, daß statt des Lehmübertrages v. J. 1831 ein Moosüberdach bedeckt hatte.

Im besten hat sich der im J. 1834 auf die Nordseite der Scheune gebrachte Auftrag jedoch auch nur dadurch, daß sich darauf eine zusammenhängende, einen halben Fuß hohe Moosbede gebildet hat.

Wie lange diese Dachfläche dicht halten werde, muß noch die Zeit lehren, obwohl es ist, daß Strohdächer, auf welche eine zusammenhängende Moosbede sich ausgeat, verhältnißmäßig lange dauern.

Es ergibt sich hieraus, und der Gutbesitzer Schwarz ist auch der Meinung, daß Bugmarin'sche Methode zur Sicherung der Strohdächer wider Flugfeuer den davon

Erwartungen in Ansehung der Dauer nicht entspreche, und daß es nicht der Mühe werde, weitere Versuche damit anzustellen, da alle verschiedene Mischungen des Lehmüberzuges beinahe gleiche ungünstige Resultate geliefert haben. Dagegen scheint die

alte Dachdeckungs-Methode, wonach der mit Hechsel gemischte Lehm in das Innere des Strohdaches kommt, den Erwartungen besser zu entsprechen, und haben zwei von Schwarz im vorigen Jahre gemachte Versuche sich bis jetzt gut bewährt.

Da es jedoch im Wesentl. auf die Dauer der nach dieser, so wie nach einer jeden andern Methode gemachten Dachdeckung ankommt, so wird die Zweckmäßigkeit derselben erst

beamten im Allgem. die Uebernahme von Bau-Entreprisen zu unterlagen. davon Abstand genommen worden, weil die Lokal-Verhältnisse öfter den F als den geeignetsten Unternehmer eines auszuführenden Forstbaues erscheinen. R. Reg. wird aber, neben der ihr obliegenden Kontrolle in Betreff der richtig schlagsmäßigen Verabreichung der zu den Bauten in natura zu liefernden Hölz, besonders angewiesen, in allen mit Forstbeamten abzuschließenden derartigen Entreprise-Kontrakten die besondere Stipulation aufzunehmen, daß das gesammte in natura verabreichte Holz etwa zu erübrigende Material für Rechnung der verkauft werden müsse und jede Abweichung hiervon als Unterschleif angesehen würde, dem Entrepreneur auch nicht nachgelassen sei, den Abfall an Spänen zu (N. XXII. 203.—2. 34.)

b) C. R. des R. Min. des R. H., Abth. II. (v. Ladenberg) v. 1839 an sämmtl. R. Reg.

Ich finde mich zu der Bestimmung veranlaßt, daß fortan in der Regel Forstbeamten ein Neu- oder Reparaturbau an ihren Dienstetablissemens, welche sich des Holzes auf mehr als 25 Mthlr. veranschlagt worden ist, in Entreprise überlassen soll. Wo ganz besondere Lokal-Verhältnisse die Ueberlassung eines Baues besonders wünschenswerth erscheinen lassen möchten, wird die R. Reg. hiervon bei Bauten bis zu einer Anschlagssumme von 100 Mthlr. selbstständig abnahme eintreten zu lassen, wogegen bei größern Bauten, in etwa vorkommen zu berichten ist. Wird aber ein Reparatur- oder Neubau einem R. Forstbeamten entreprise überlassen, so darf derselbe, bei Vermeidung der Strafe, welche auf der bei der Forstbeamten gesetzt ist, daß bei dem Baue etwa übrig bleibende Holz, ohne Genehmigung des Min. weder verkaufen, noch sonst kaufweise oder unentgeltlich abtreten, und ist diese Bedingung dann in den Entreprise-Kontrakt mit aufzunehmen (N. XXIII. 17.—1. 24.)

Zweiter Titel.

Vorschriften, betreffend die Ausführung der Domainen-Bauten.

1) C. R. des R. Min. des R. H., Abth. II. (v. Ladenberg) v. 1839 an sämmtl. R. Reg., excl. der Westphälischen und Rheinischen Provinz, Anwendung der Domainen-Bauten auf verpachteten R. Domainen.

Zur Abwendung der von einem Domain-Beamten füglich in Anspruch genommene Verantwortlichkeit, welche dem Domain-Eigenthümer gegen seine Pächter, nach der in u. 525 Tit. 21. Thl. I. des N. L. R. enthaltenen Bestimmungen, bei etwaiger Verfallung der in Folge eines Brandes nothwendigen Domainen-Bauten obliegt, ist eine besondere Beschleunigung der letzteren erforderlich.

Indem ich der R. Reg. diese Beschleunigung hiermit zur Pflicht mache, so selbst zugleich an, in solchen Fällen, ganz besonders auch bei der Wahl der Bauplätze und Abfassung der auf solide Ausführung innerhalb möglichst kurzer Zeit zu verfahrenen.

(N. XXIII. 798. — 4 26.)

2) Anwendung der Dorn'schen Bedachungs-Methode.

a) C. R. des R. Min. des R. H., Abth. II. (Wolfart), v. 23. 1839 an sämmtl. R. Reg. diesseits der Weser, excl. Stralsund.

Um den Verlegenheiten und Nachtheilen vorzubeugen, welche dem Domain-Eigenthümer erwachsen können, wenn da, wo die Bedachung der Gebäude auf den Domainen nach der Dorn'schen Methode zur Anwendung kommt und die Pächter nach den, ihren zum Grunde liegenden Bedingungen, auch zur Unterhaltung anderweit zu so den Dächern nicht besonders verpflichtet worden sind, die Pächter sich weigern, solche Reparaturen zu übernehmen, finde ich mich veranlaßt, hierdurch zu bestimmen, daß wenn bei Neubauten auf den Domainen die Wahl der Dorn'schen Bedachung für zweckmäßig erachtet wird, so muß vor der Einleitung des Baues darüber mit dem Pächter ein Arrangement getroffen werden, wozu bei der gewünschten Ausführung des Baues der Abschluß des Vertrages oder eine sonstige günstige Gelegenheit zu benutzen ist, in dem Falle, daß der Pächter sich nicht damit einverstanden erklärt, seine vertragmäßige Verbindlichkeit auf die Dorn'schen Dächer nach Maßgabe der von

April d. J. genehmigten neuen allgemeinen Pachtbedingungen Anwendung finden zu können, einstweilen von der Anlage der Dorn'schen Dächer ganz abgesehen werde.
(N. XXI. 314. — 4. 31.)

b) R. des R. Min. des R. Hauses, Gen.-Verto. für Dom. u. Forst. (b. Roenen), v. 20. Juni 1838 an die R. Reg. zu Marienwerder und Bromberg.

Bei den ungünstigen Resultaten der seit mehreren Jahren von dem Gutbesitzer Schwarz in Münsterwalde angestellten Versuche über die Sicherung der Strohdächer vor Entzündungen durch Flugfeuer, hat die R. Reg., wie ihr auf den Ver. v. 24. v. M. beehrt wird, von jener Methode bei den Gebäuden des diesseitigen Ressorts keine Anwendung machen zu lassen. Eben so wenig findet das Min. angemessen, an derartigen Gebäuden die Methode mit dem mit Hechsel gemischten Lehm zu versuchen, indem auch von schwermlich ein günstiger Erfolg zu erwarten steht.

Dagegen wird der R. Reg. empfohlen, in geeigneten Fällen, namentlich beim Bau Scheunen, Holzschuppen, Sprikenhäusern, Schreine- und Federbleh-Stellen etc., bei denen es auf Beschaffung besonderer Bodenträume weiter nicht ankommt, die bekannte Dorn'sche Dachdeckungsmethode, die von viel größerer Wichtigkeit erscheint, versuchsweise anzuwenden, da zur Ausführung bringen lassen, wo die Distriktsbaubeamten sowohl, als die Besitzer der Gebäude sich vornehmlich dafür interessieren, und eine gute und dauerhafte Dachdeckung, so daß die Dächer ihrem Zwecke vollkommen entsprechen, zu erwarten steht.

Min. des R. Hauses. Gen.-Verto. für Domainen u. Forsten.

b. Roenen.

R. Reg. zu Marienwerder.

Abchrift hiervon an die R. Reg. zu Bromberg, unter Beif. einer Abchrift des Ver. d. R. Reg. zu Marienwerder v. 24. v. M. (Anl. a.) zur gleichmäßigen Beachtung, in Folge des Erlasses v. 27. März d. J.

Berlin, den 20. Juni 1838.

Minist. des R. Hauses. Gen.-Verto. für Dom. u. F.

b. Roenen.

Anl. a.

Entw. Erg. zeigen wir mit Bezugnahme auf unsere Ver. v. 16. Jan. 1835 u. 14. Juli 1835 geh. an, daß sie seit mehreren Jahren vom Gutbesitzer Schwarz in Münsterwalde unter Umsicht und Sorgfalt angestellten Versuche, über die Sicherung der Strohdächer vor Entzündungen durch Flugfeuer, den Erwartungen nicht entsprochen haben.

Die ersten Versuche geschahen nach der Bugmarin'schen Methode und zwar:

- 1) im Jahre 1830 auf der östl. Dachseite eines 56 Fuß langen Schafstalles;
- 2) im Jahre 1831 auf der westl. Dachseite eines 155 Fuß langen Pferde- und Blehstalles, und

3) im Jahre 1834 auf der nördl. Dachseite einer 323 Fuß langen Scheune. Diese Dachflächen waren in ihrer ganzen Ausdehnung mit einem verschiedentlich gemischten Lehmüberzuge bedeckt worden, und schienen anfänglich dem Zwecke zu entsprechen, doch gingen die davon gehegten Erwartungen später nicht in Erfüllung, indem besonders jedesmal bald nach dem Abgange eines Winters eine Destruktion des aufgetragenen Lehmüberzuges sich ergab, in deren Gefolge derselbe durch Regengüsse nach und nach ganz aufgelöst und abgeschweemt wurde.

Bei einer am 16. d. M. zur Stelle gehaltenen Untersuchung hat sich ergeben, daß dem im J. 1830 und 1831 aufgetragenen Lehmauftrage fast keine Spur mehr vorhanden war, und wurde nur bemerkt, daß statt des Lehmübertrages v. J. 1831 ein Moosüberzug das Dach bedeckt hatte.

Am besten hat sich der im J. 1834 auf die Nordseite der Scheune gebrachte Auftrag erhalten, jedoch auch nur dadurch, daß sich darauf eine zusammenhängende, einen halben Fuß starke Moosbede gebildet hat.

Wie lange diese Dachfläche dicht halten werde, muß noch die Zeit lehren, inwieweit es mit ist, daß Strohdächer, auf welche eine zusammenhängende Moosbede sich ausgebreitet hat, verhältnismäßig lange dauern.

Es ergibt sich hieraus, und der Gutbesitzer Schwarz ist auch der Meinung, daß die Bugmarin'sche Methode zur Sicherung der Strohdächer wider Flugfeuer den davon gehegten Erwartungen in Ansehung der Dauer nicht entspreche, und daß es nicht der Mühe werthe sei, weitere Versuche damit anzustellen, da alle verschiedene Mischungen des Lehmüberzuges beinahe gleiche ungünstige Resultate geliefert haben. Dagegen scheint die Dorn'sche Dachdeckungsmethode, wonach der mit Hechsel gemischte Lehm in das Innere des Strohdaches kommt, den Erwartungen besser zu entsprechen, und haben zwei von Schwarz im vorigen Jahre gemachte Versuche sich bis jetzt gut bewährt.

Da es jedoch im Wesentl. auf die Dauer der nach dieser, so wie nach einer jeden anderen Methode gemachten Dachdeckung ankommt, so wird die Zweckmäßigkeit derselben erst

nach dem Verlaufe einiger Jahre mit Sicherheit beurtheilt werden können, und wir uns daher vor, zu seiner Zeit hierüber ferner zu berichten.

Marlenwerder, den 24. Mai 1838.

Königl. Regierung. Abth. des Innern.

An

den R. Geh. Staats-Min., Herrn v. Ladenberg, Egc., in Berlin.
(N. XXII. 572. — 3. 36.)

Zweites Kapitel.

Vorschriften über Justiz-Bauten.

1) R. des R. Justiz-Min. (v. Kirchhausen) v. 4. Dec. 1820. Zu g.
glichen Reparaturen, welche aus den Fonds der Gerichte ad extraord. l.
werden können, bedarf es keiner Genehmigung des Just.-Min.

Es sind von Seiten der Gerichtsbehörden in neueren Zeiten öfters Appr.
zur Veranlassung nöthiger Reparaturen unbedeutender Art nachgesucht worden.
Ihnen gehört auch der Beschlag der Raminthüren im Gerichtssitzal zu B. mit G.
Solche unbedeutende Einrichtungen sind keine Gegenstände, welche der ministerli.
Stimmung bedürfen. Da jedes Gericht einen Fonds ad extraord. besitzt, so sin
die Kosten, welche durch ähnliche nothwendige und geringfügige Reparaturen
werden, zu bestreiten, und bedarf es deshalb keines vorherigen Approbatoril des J.
(Jahrb. XVI. 244. Gräff III. 144.)

2) E. R. des R. Staats-Min. (Gr. v. Bülow) v. 7. Mai 11
sämmtl. R. Reg., und an die Min.-Bau-Kom. Verfahren bei Ausführung
Gerichtsbauten.

Zur Beseitigung mehrerer über die Art und Weise, wie die Gerichtsbaue a
werden sollen, entstandenen Bedenken und Zweifel, wird hierdurch in dieser R.
Folgendes festgesetzt.

Sobald eine Justizbehörde einen Reparatur- oder Neubau beabsichtigt, er
selbe die R. Reg., den Bau durch einen Bauinspektor veranschlagen zu lassen. Di
den Anschlag nebst den Zeichnungen, mit seinen Vorschlägen, ob der Bau durch
neure oder auf Rechnung auszuführen sei, begleitet, bei der R. Reg. ein.

Nach erfolgter Revision des Anschlags durch den Baudirektor übersendet di
der Justizbehörde den Anschlag und die Zeichnungen mit ihren Bemerkungen, wi
am zweckmäßigsten auszuführen sei. Hat alsdann die Justizbehörde die Gelder
führung des Baues disponibel, so ersucht sie die R. Reg., den Bau durch ihre Ba
leiten, und erforderlichen Falls die Entreprise-Kontrakte abschließen zu lassen, wol
vorausgesetzt wird, daß, wenn der Bau so bedeutend ist, daß der Anschlag die Sup
der Ober-Bau-Dep. erfordert, solche von der Justizbehörde bei der Ober-Bau-D
gesucht werden muß. Wird nun die Anschlagssumme von der Justizbehörde der
überwiesen, so läßt die letztere den Bau unter ihrer Leitung vollenden, leistet die
gen, und übersendet nachher der Justizbehörde die Abschlußrechnung. Behält sich
Justizbehörde die Auszahlung der Gelder vor, so müssen auch von derselben die
nungen geführt werden, und nur nach Vollendung des Baues hat sie darauf an
daß solcher von dem Bau-Direktor abgenommen werde.

Uebrigens versteht es sich von selbst, daß die Baubeamten der R. Reg. inne
ihnen angewiesenen Geschäfts-Bez. die Pausgeschäfte der Justizbehörden, eben so
andere R. Baue, welche unter ihrer Leitung stehen, unentgeltlich und für das ihr
wiesene Gehalt, ohne irgend eine Remuneration dafür fordern zu dürfen, zu
haben.

Hierauf die Justizbehörden mit Anweisung zu versehen, ist das R. Just. M
ersucht worden.

(N. VI. 669.—3. 43. — Jahrb. XIX. 311. — Gräff III. 147.)

Dazu:

R. der R. Min. d. J. (Beuth) u. d. J. (v. Patow) v. 19. Juli 1
die R. Reg. in N. Konkurrenz der Regierungen bei Ausführung von
bauten.

Die R. Reg. kann von der Ihr nach der E. B. v. 7. Mai 1822 unzweife
liegenden Verpflichtung,

die Entreprise-Kontrakte bei Gerichtsbauten in Ihrem Namen abzu
und sofern sich die Justizbehörden nicht die Zahlung vorbehalten,
Rechnung über die Bauten abzulegen,

zum Antrage v. G. v. M. entbunden werden, da die Gerichtsbehörden in Ermangelung technischen Beistandes die Bau-Kontrakte nicht selbstständig abschließen. Diesen Umständen es aber ganz angemessen erscheint, daß diejenige Behörde, die Kontrakte durch ihre Beamte abschließen läßt, auch dafür die Verantwortlichkeit

erdburch die Verwaltungsbehörden, den Bau-Unternehmern gegenüber, leicht in Feststellung kommen können, ist nicht wohl anzunehmen, da in allen gewöhnlichen Fällen der Gelder schon vor Einleitung der Bauten den Regierungen überwiesen werden. Wenn die Leistungen der vertragmäßigen Zahlungen lediglich von ihnen abhängen, in welchen Fällen aber, in welchen sich die Gerichtsbehörden die Auszahlung der Gelder vorbehalten, dieser Vorbehalt in den Kontrakt mit übernommen werden. Der Vorwurf unpünktlicher Zahlung niemals die Verwaltungsbehörden treffen

hat die gedachte Verordnung während der langen Dauer ihres Bestehens nie eine andere Seite Klagen hervorgerufen, und muß es bei derselben daher Bewenden behalten.

Bl. d. I. B. 1845 S. 248. Nr. 256.)

Der die am Schlusse des (vorstehenden) R. v. 7. Mai 1822 erwähnte Beschluß der R. Baubeamten zur unentgeltlichen Besorgung der Justiz-Bauten sich auch auf:

bezieht des R. Min. des J. (v. Bülow) v. 8. Mai 1822, an das Justiz-Min.

Regel sind die Kreis-Bau-Inpektoren auch zur Veranschlagung der Gerichts-Bauten, ohne dafür besondere Reisekosten und Diäten fordern zu dürfen. Wenn besondere Umstände eintreten, welche den Bauinspektor an der Veranschlagung der Bauten worüber die betr. Reg. in den einzelnen Fällen zu hören sein werden, so ist seiner anzunehmenden Bau-Konstrukteure die reglementmäßigen Diäten zu erhalten, weil dieselben, wie Erw. Exc. in dem Schreiben v. 19. v. M. vorgetragen, Gehalt und fixirte Reisekosten nicht beziehen. Dem Bau-Konstrukteur eine Bau-Gelbe zur Hülfe zu bewilligen, ist nicht gebräuchlich, auch nicht abzugeben. Solche Hülfe in dem von Erw. Exc. erwähnten speziellen Falle nothwendig. Inzwischen stelle ich Erw. Exc. anheim, hierüber noch die Reg. zu Veranlassung aufzufordern, und im Falle dieselben gegen den Inhalt des zu erstattenden Beschlusses finden sollten, mir solchen gefälligst mitzutheilen.

J. XIX. 311. Gräff. III. 147.)

R. des R. Justiz-Min. (Sach) v. 16. Aug. 1831 an sämmtl. R. Justiz-Min.

Das Erl. v. 7. Mai 1822 (Jahrb. Bd. 19 S. 312) ist festgesetzt worden, daß die Beamten der R. Reg. innerhalb des ihnen angewiesenen Geschäftsbereichs die der R. Justizbehörden eben so wie alle andere R. Bauten, welche unter ihrer Verwaltung, unentgeltlich und für das ihnen angewiesene Gehalt, ohne irgend eine andere Vergütung dafür fordern zu dürfen, zu besorgen haben. Nach einer Erklärung des R. Justiz-Min. v. 13. v. M. findet diese Bestimmung auch dann Anwendung, wenn das Geschäft von dem Baubeamten nicht auf einer Rundreise in dem Geschäftsbereich vorgenommen werden können.

V. 529. — Jahrb. XXXVIII. 132. Gräff. VI. 595.)

Des R. Justiz-Min. (v. Kirchhausen) v. 7. März 1825. Verpflichtung der Justizbehörden zur vorgängigen Kommunikation mit der betr. Regierung über die Justiz-Gebäude, welche aus den Fonds der Reg. zu bestreiten

L. R. D. L. G. werden hierdurch angewiesen, in Fällen, wo Reparaturen an Gebäuden nöthig sind und diese nicht aus den Salarienkassen bestritten werden, den Baufonds der R. Reg. für die Kollegien-Häuser zu berichtigen sind, der Ausführung des Baues sich mit der betr. Reg. in Kommunikation zu setzen, von dieser für die Veranschlagung der Fonds und für die zweckmäßigste Art der Reparatur gesorgt werden könne.

J. XXV. 119. — Gräff. III. 151.)

Der die Nothwendigkeit der Aufnahme von Bau-Inventarien in den Justiz-Bauten spricht sich das C. R. des R. Justiz-Min. v. 20. Nov. 1826, durch mitgetheilten Korrespondenz des R. Justiz-Min. und des R. Justiz-Min. aus.

Die D. L. G. Präs. v. G. zu R. hat wegen eines beim Inauguralbaue zu E. a. führten Baues, ein Bau-Inventarium anfertigen lassen, um einem Monito der Oberrechnungskammer bei Revision der Baurechnung vorzubeugen. Dies hat mich veranlaßt der Ober-Rechnungskammer über die Nothwendigkeit des Bau-Inventariums zu initiiren, und dieselbe hat sich in dem abschriftl. anl. Schreiben v. 19. d. M. dahin a. daß zwar die Anfertigung des Bauinventariums nicht zur Rechnungsrevision, doch ob Aufsicht auf das Gebäude nöthig sei, und daß die Anfertigung ohne neue Kosten von mit der Ausführung des Baues beauftragten Beamten bewirkt werden könne.

Ew. Exc. ersuche ich daher es zu veranlassen, daß die Baubeamten, welche in tung, eines Neu- oder größeren Reparaturbaues übertragen erhalten, beim Schluß Geschäfts das Bauinventarium unentgeltlich den Gerichtsbehörden überliefern. Ich demnächst die Gerichte anweisen, auf die Abgabe derselben zu insistiren.

Berlin, den 28. August 1820.

Graf von Dandelman

An des R. Geh. Staats-Min. u. Min. des J. u. d. B., v. Schudmann, Exc.

Ueber den in Ew. Exc. Schreiben v. 29. Aug. d. J. in Anregung gebrachten stand, betr. die Anfertigung von Inventarien von ausgeführten Bauten, habe ich veranlaßt gefunden, das Gutachten der Oberbau-Dep. zu erfordern, und berthe daselbe, nachdem solches unterm 19. d. M. erstattet worden, Ew. Exc. in der Kenntnißnahme abschriftl. mit der Bemerkung mitzutheilen, daß ich nicht umhien darin ausgesprochenen Ansicht beizutreten.

Berlin, den 2. Oct. 1826.

v. Schudmann

An des R. Geh. Staats- und Justiz-Min. v. Dandelman, Exc.

Die und mittelst Dekrets v. 9. d. M. zur Begutachtung zugefertigten des Geh. St. und Justiz-Min. Gr. v. Dandelman Exc. und der R. Oberrechnungskammer, betr. die Anfertigung von Inventarien von ausgeführten Bauten, reichen neben zurück.

Die Aufnahme eines Bau- oder sogenannten Kassen-Inventari, ist ein sehr behrtes Geschäft, welches man nicht wohl den Distriktsbaubeamten, die ohneh bekanntlich so sehr mit Arbeiten überhäuft sind, übertragen kann. Will man Aufnahme dennoch von ihnen verlangen, so wird man ihnen schon Hülfssarbeiter Geschäfte zutheilen und diese dafür besonders remuneriren müssen. Wird der Neubau oder eine Hauptreparatur auf Rechnung ausgeführt, und zwar unter der eines gegen Diäten dabel angestellten Kondukteurs, so wird es unter solchen Umständen keinem Bedenken unterworfen sein, auch von diesem Kondukteur die Anfertigung Inventari zu fordern.

Berlin, den 19. Sept. 1826.

R. Ober-Bau-Dep. Eitelwein. Schin

An ein R. Hohes Min. des J.

Verfügung.

Sämmtl. Gerichte werden hierdurch angewiesen, bei Neubauten oder Reparaturen, welche unter Leitung eines Kondukteurs geschehen, darauf zu halten, Bau-Inventarium bei Beendigung des Baues gehörig abgeliefert werde.

Berlin, den 20. Nov. 1826.

Der Justiz-Min. Gr. v. Dandelman

(Jahrb. Bd. 23. S. 150 — 152. Gräff. III. 152.)

6) E. R. des R. Just. Min. (Gr. v. Dandelman) v. 14. R. an sämmtl. R. Justizbehörden. Bei den von Justizbehörden vorgeordneten Bauten unter 50 Thlrn., bedarf es keiner Konkurrenz der Regierungsbeamten.

Durch die G. B. der R. Min. der G., II. u. Med. Ang., des G., des J., des R., v. 6. Mai 1825 (v. R. A. 1825, S. 469¹⁾) ist festgesetzt worden, daß bei allen für Rechnung dieser Min. auszuführenden Bauten, deren Kosten-Summe von 50 Thlrn. nicht übersteigt, die Konkurrenz der Baubeamten in so fallen solle, daß es künftig hierzu keiner Kosten-Veranschlagung von Seiten der bedürfe, wogegen aber dergleichen kleine Bauten nach wie vor durch die Baube ihrer Anwesenheit an Ort und Stelle zu revidiren wären; und daß es wegen der schlagung und Ausführung aller übrigen Staatsbaue, welche mehr als 50 Thl. unverändert bei den in dieser Beziehung bestehenden Verordn. verbleibe.

Sämmtl. R. Justizbehörden werden hiermit angewiesen, sich nach diesen mungen zu achten. (Jahrb. XXIX. 211. Gräff III. 156.)

7) R. des R. Just. Min. (Mühler) v. 21. März 1833. Bei Justizbehörden in Justizbau-Angelegenheiten.

¹⁾ Vergl. oben S. 237.

le Vorschriften wegen Einleitung und Ausführung der Bauten und Reparaturen an den Gerichtshöfen, in soweit solche den Gerichtsbehörden obliegt, nicht überall geltend gemacht werden, so steht sich der Just. Min. veranlaßt, den Gerichtsbehörden die folgenden:

des R. v. 4. Dec. 1820. Jahrb. Bd. 16. S. 244.	
" 7. Mai. 1822. " " 10. " 312.	
" 18. Oct. 1826. " " 28. " 313.	
" 14. Mai. 1827. " " 29. " 212.	

zu bringen und Folgendes anzuordnen:

Es kann keiner Untergerichtsbehörde die Befugniß eingeräumt werden, Bauten und Reparaturen an den Gerichtshöfen, ohne vorgängige Anfrage und Genehmigung des Ober-Ger. vornehmen zu lassen, in sofern nicht der Kostenbetrag, ohne Rücksicht auf den Etat, aus dem Fonds ad extraord. der Salarienkasse des betr. Gerichts entnommen werden kann.

Eine Überschreitung dieser Befugniß ist nach Verhältniß der Umstände mit einer Strafe zu rügen.

Da die Obergerichte haben bei Bau-Unternehmungen deren Kosten aus dem Baufonds entnommen werden sollen, vor deren Ausführung, bei Einreichung der Anschläge, die Genehmigung des Just. Min. nachzusuchen. Nur wenn diese erteilt ist, kann die Ausführung vor Eingang dieser Genehmigung beginnen; es darf jedoch nur auf den Grund eines revidirten Bauanschlages geschehen, und es muß gleichzeitig mit der Einforderung des Anschlages der Fall dem Just. Min. vorgelegt und auf Genehmigung der getroffenen Maßregeln angetragen werden.

Die dem Ober-Ger. beizulegenden Anschläge müssen — in sofern es nach dem R. v. 14. Mai 1827 — die Fertigung und Revision derselben durch die R. Baubeamten bedarf — von dem R. Baurath angefertigt und revidirt werden.

Die Revision der Bauanschlätze durch die R. D. Bau-Dep. — welche überhaupt nur die Kosten

der Bauten und neuen Einrichtungen die Summe von 500 Thlrn.

der Reparaturen die Summe von 1000 Thlrn.

nicht übersteigen — ist von den Ober-Gerichten nicht unmittelbar, sondern nur durch den Just. Min. zu veranlassen.

Die Anträge auf Genehmigung von Bauten und Reparaturen, welche in der Ausführung gebracht werden sollen, müssen bei dem Just. Min. in der letzten Vorhergehenden Jahres angebracht werden, wenn sie berücksichtigt werden sollen. Die Genehmigung zur Ausführung in dem laufenden Jahre wird nur dann erteilt, wenn keine Gefahr im Verzuge obwaltet; doch ist in dergl. Fällen jedesmal anzuzeigen, wann der Bau nicht früher in Antrag gebracht worden ist.

Die Unter-Ger. sind hiernach besonders anzuweisen.

(R. v. XLI. 241. Grdß VI. 595.)

5. R. des R. Just. Min. (Möhler) v. 5. Sept. 1835, an sämmtl. Gerichte. Verfahren bei den für R. Rechnung auszuführenden Justiz-

zur Ausführung des Verfahrens bei Veranschlagung und Revision der für R. Rechnung auszuführenden Bauten und Reparaturen, und um den R. Baubeamten in ihren Dienstreisen die nothwendige Erleichterung zu gewähren, ist von den betr. R. Min. befohlen worden, daß

Reparaturen zc. für R. Rechnung, deren Kosten noch nicht 50 Thlr. betragen, eine vorgängliche Veranschlagung auf Rechnung ausgeführt, und nachher durch den bez. Baubeamten abgenommen werden, und daß

Reparaturen und Bauten, deren Kosten jedoch noch nicht 100 Thlr. betragen, nicht durch die R. Baubeamten, sondern durch approbirte Bauhandwerker veranschlagt werden, wogegen die R. Baubeamten die Abnahme dergleichen Bauten und Reparaturen zu bewirken haben.

Es ist bestimmt worden, daß die bez. Baubeamten alljährlich im Mon. Dec. einen Plan über die im Sommer-Semester zu bewirkenden Dienstreisen bei den R. Gerichten einreichen sollen, und daß von diesen durch die Reg. genehmigten nur in äußerst dringenden Fällen abgewichen werden darf. Das R. D. V. G.

ist diesen Bestimmungen in Kenntniß gesetzt, mit der Aufforderung, solche bei den jährlich vorkommenden Bauten und Reparaturen an Justiz-Gebäuden zu beachten, und dafür zu sorgen, daß alle Baufälle, bei welchen eine Untersuchung und Reparatur durch den Kreis-Baubeamten oder eine Abnahme der bereits ausgeführten Reparaturen durch denselben erforderlich ist, jedesmal im Laufe des Mon. Febr.

jeden Jahres zur Kenntniß der betr. R. Reg. gelangen, damit die deshalb nothwendigen Reisen des betr. Baubeamten auf dessen Reiseplan gebracht werden können.

Sollten außerordentliche Fälle eine besondere Reise des Baubeamten nothwendig machen, so ist darüber in jedem besondern Falle mit der R. Reg. zu kommunizieren.

(M. XIX. 840. 3. 181. Jahrb. XLVI. 141. Gräff VIII. 328.)

Dazu sind nachstehende Anfragen nebst den darauf ergangenen Befehlen zu bemerken:

a.

Die Bestimmungen des R. v. 5. Sept. c. (I. 3164.) ad 2. (Jahrb. Bd. 46. S. 1) wonach größere Bauten und Reparaturen, deren Kosten zwar über 50 Thlr., aber nicht 100 Thlr. betragen, durch approbirte Bauhandwerker veranschlagt werden sollen, hat uns, da uns nicht bekannt, welche Personen unter solchen approbirten Bauhandwerkern zu verstehen seien, veranlaßt, dieselben bei der R. Reg. zu erfragen.

Nach der abschriftlich beigefügten, uns darauf von der R. Reg. gemachten, Erklärung sind unter approbirten Bauhandwerkern nur solche Maurer, Zimmerleute, Mühlenwerk-Versertiger, Brunnenmacher und Steinhauer zu verstehen, welche

- 1) entweder das Meisterrecht nach überstandener vorschriftsmäßiger Prüfung von der R. Prüfungs-Kommission für die Bauhandwerker, und dem auf Grund derselben von der R. Reg. empfangenen Qualifikations-Zeugnisse erworben haben, oder
- 2) welche das Meisterrecht schon vor Erlaß der Instruktion, durch welche die Prüfung der Bauhandwerker angeordnet worden, erworben haben, wogegen
- 3) alle übrige Bauhandwerker, und namentlich Maurer- und Zimmer-Gilden, Schleifer- und Dachdecker, Tischler und Schornsteinschneider, nur von den Bau-Inspektoren geprüft werden, und nur von diesen ihr Qualifikations-Zeugnis erhalten, weil man von ihnen nur geringere Kenntnisse fordert.

Da indessen die ad 3 gedachten Dubrierer bei den meisten Bauten und Reparaturen gebraucht werden, also auch von approbirten Bauhandwerkern ihres Gewerbes gebraucht werden müssen, gleichwohl aber die R. Reg. sie zu den approbirten Bauhandwerkern nicht gezählt wissen will, vielmehr ausdrücklich bemerkt, daß sie mit jenen nicht wechseln dürfen, so würde es in den meisten Fällen an solchen approbirten Personen fehlen, welche die Anschläge anfertigen könnten.

Bei den meisten Bauten und Reparaturen werden auch Tischler, Schlosser, und Maler gebraucht, welche nach der Bemerkung der Reg. einer amtlichen Prüfung nicht unterworfen sind, über deren Arbeiten daher von approbirten Sachverständigen kein Anschlag zu erhalten stünde.

Erw. Exc. bitten wir deswegen bestimmen zu wollen, wie sich die Gerichte in solchen Fällen verhalten sollen.

Berlin, den 22. Okt. 1835.

Das Kammergericht.

b.

Einem v. Kammergericht erwidern wir auf das Schreiben v. 24. v. M., daß unter dem Ausdrucke »approbirte Bauhandwerker« nur diejenigen verstehen, welche

- 1) das Meisterrecht nach überstandener (jetzt) vorschriftsmäßiger Prüfung von der R. Prüfungs-Kommissionen für die Bauhandwerker (deren sich in unserm Depart. acht befinden) und dem auf Grund derselben von uns empfangenen Qualifikations-Zeugnisse erworben haben und wirklich ausüben.

Dahin gehören:

- a) Maurer,
- b) Zimmerleute,
- c) Mühlenwerkversertiger und
- d) Brunnenmacher, zu deren Prüfung die Bellage des 39. St. unseres Amts pro 1821 und
- e) Steinhauer und Steinmetze, zu deren Examen p. 302 sqq. unseres Amts pro 1833 die vom betr. R. Min. erlassenen Instruktion enthalten,

- 2) diejenigen der eben genannten Werkmeister, welche das Meisterrecht schon in früherer Zeit, d. h. auf dem vor Erlaß dieser Instruktion vorgeschrieben gewesen erworben haben und ausüben.

Da die »Zünfte« im ehemaligen Wortbegriff mit Exklusivrechten nicht bestehen, sondern nur an einigen Orten noch vorhandene Privat-Bereine sind, ist es auch für Befugniß zur Ausübung ihres Gewerbes, im ganzen Preuß. Staaten, gleichgültig, ob diese Werkmeister (ad. 1. sowohl wie ad. 2.) zu einer derartigen Zunft halten oder nicht.

in einzelne Bezirke, Aemter oder Städte besonders bestellte oder im Allgemeinen bereidete Bauhandwerker giebt es in unserm Depart. nicht mehr.

übrigen Bauhandwerker, außer den ad a, b, c, d, und e. genannten, bei deren Erbe gleichfalls die öffentliche Sicherheit zu berücksichtigen steht, namentlich

: Maurer- und Zimmer-Gildarbeiter,

: Schiefer- und Dachbeder,

: Ofenseher,

: Schornsteinfeger u. s. w.,

sondern nur von den Bez.-Bau-Inspektoren geprüft, und erhalten von diesen ihr Attest. Sie sind mit jenen also nicht zu verwechseln; man fordert von ihnen nur geringere Kenntnisse. Tischler, Schlosser, Glaser, Maler ic. werden auf diese Weise nicht geprüft.

Stam, den 10. Okt. 1835.

R. Reg., Abth. des J. Böttger.

Hochl. Kammergericht.

c.

R. Kammerger. wird auf die Anfrage v. 22. v. M., welche Personen unter dem Namen approbirte Bauhandwerker in dem R. v. 5. Sept. d. J. zu verstehen sich eröffnet, wie es keinem Bedenken unterliegt, daß sich die Gerichtsbehörden hinsichtlich der Ausführung aller Reparaturen und Bauten an den Gerichtsgebäuden, dessen Kosten derselben 50 Thlr. und mehr betragen, jedoch die Summe von hundert Thlr. erreichen, zur Aufertigung der Kostenanschläge der nach der Aeußerung der approbirten Bauhandwerker zu erachtenden Sachverständigen, namentlich der mit der Ausführung der Bauten und Reparaturen zu beauftragenden Maurer- oder Zimmerbedienten haben.

Umstand, daß bei dergl. Reparaturen und Bauten auch Tischler, Schlosser, oder andere Handwerker gebraucht werden, macht keinesweges nothwendig, daß dazu erforderlichen Handwerker einen besonderen Anschlag anfertigt. Der Aufertigung des Kostenanschlages und mit der Ausführung des Baues oder der zu beauftragende approbirte Bauhandwerker muß in seinem Anschlage alle erforderlichen Leistungen anderer Handwerker aufnehmen und veranschlagen, und ist, bei Uebernahme des Geschäfts in Kenntniß zu setzen, daß die Zahlung der veranschlagten Kosten an ihn erst nach erfolgter bescheinigter Abnahme des Baues oder der Reparatur durch den betr. R. Baubeamten und nach dessen Festsetzung erfolgen werde.

Bei ausnahmungsweise bei einer Aenderung oder Renovation der Gerichts-Localitäten oder bedeutenden Utensilien-Anschaffung bloß Arbeiten solcher Handwerker vorzunehmen, welche nicht für approbirte Bauhandwerker zu erachten sind, und die Kosten 50 Thlr. und 1000 Thlr. betragen: so wird es ausnahmungsweise genügen, die Baukostenanschläge ohne Anschlag eines approbirten Bauhandwerkers durch die Handwerker, nach der ihnen vorher zu machenden oben erwähnten Bedenken zu lassen.

Für kleinen Baukosten und Anschaffungen unter 50 Thlr. bedarf es überhaupt keines Anschlages.

Stam, den 3. Nov. 1835.

Der Justiz-Minister Müller.

(Jahrb. XLVI. 551., Gräff VIII. 429.)

d.

Im R. v. 1. und 2. des R. v. 5. Sept. c. I. 3164. (Jahrb. Bd. 46. S. 141.) ist die Vereinfachung der Veranschlagung und Revision von Justiz-Bauten in Betracht gekommen, ob in den gedachten Fällen

die Aufertigung von Nothwendigkeits-Protokollen überhaupt oder wenigstens die R. Kreisbaubedienten unterbleiben, eventuell von wem solche angefertigt werden sollen bisher superrevidirt werden?

Die durch approbirte Bauhandwerker gefertigten Anschläge (ad 2.) und die von R. Kreisbaubeamten aufgenommenen Bauabnahme-Verhandlungen (ad 1.) der Superrevision der betr. Reg.-Bauräthe ferner nicht unterworfen sein?

Die gedachte Vereinfachung läßt uns die Bejahung dieser Fragen entgegen der andern Seite nicht zu verkennen ist, wie namentlich beim Wegfall der Nothwendigkeits-Protokolle alle Garantie dafür aufhört, daß die Gerichte derartige Bauten ohne Noth in Antrag bringen.

Wir bitten wir daher, uns hierüber zu belehren.

Stam, den 6. Nov. 1835.

Das Ober-Landesgericht.

e.

Dem R. D. L. G. wird auf den Ver. v. 6. d. M., das Verfahren bei Veranschlagung und Abnahme von Justiz-Bauten betr., hiedurch eröffnet, daß die E. Verf. v. 8. d. J. zur Abföhrung des Verfahrens bei Veranschlagung und Revision der für Rechnung auszuföhrnden Bauten und Reparaturen erlassen worden ist. Davon ist die Veranlassung der Gerichtsbehörden von der Nothwendigkeit einer vorzunehmenden Reparatur oder Anschaffung ganz unabhängig. Ehe eine Veranschlagung von Baukosten gemacht werden kann, muß das Obergericht, welches die Genehmigung zur Ausführung einer Reparatur oder neuen Anschaffung ertheilen soll, oder bei dem Just. Min. nachzusuchen, sich von der Nothwendigkeit der Baulichkeit oder Anschaffung überhaupt überzeugen, in dem Ver. an den Just. Min. nachweisen.

Wie sich das Kollegium diese Ueberzeugung verschaffen oder dem Just. Min. nachweisen soll, muß der nähern Beurtheilung des Kollegiums in jedem speziellen Falle überlassen bleiben. In vielen Fällen wird es möglich sein, die Nothwendigkeit der nächsten Jahre zu bewirkenden Baulichkeit durch den betr. Kreis-Baubeamten bei Anwesenheit an Ort und Stelle prüfen und bescheinigen zu lassen. Wo dies nicht möglich ist, muß der Nachweis der Nothwendigkeit auf andere Art geführt werden.

Die Reg.-Bauräthe haben nur die Kostenanschläge der ihnen untergeordneten Beamten zu revidiren. Da letztere nach der Verf. v. 5. Sept. d. J. bei Kosten von 100 Thlr. nicht mehr erforderlich sind, so fallen auch die Superrevisionen der Reg.-Bauräthe weg.

Hierauf ist künftig zu verfahren.

Berlin, den 19. Nov. 1835. •

Der Justizminister Mühler.

(Jahrb. XLVI. 555., Gräff VIII. 432.)

9) E. R. des R. Just. Min. (Mühler) v. 9. März 1843 an die R. Justizbehörden, betr. die Konkurrenz der Reg.-Baubeamten bei der Ausführung der Bauten, Reparaturen und Utensilien-Herstellungungen.

Von Seiten der Justiz-Verwaltung ist bisher die Regel befolgt worden, daß bei der Ausführung der Bauten, Reparaturen und Utensilien-Herstellungungen für Gerichtsbehörden, welche aus Staatsfonds unterhalten werden, ein Revisions-Attest oder ein Vermerk des R. Baubeamten über die untadelhafte Ausführung, Beschaffenheit und Preiswürdigkeit erforderlich sei, wenn der einzelne Gegenstand der Anschaffung, die Reparatur oder der Bauwerk mehr beträgt, ohne Unterschied, ob besondere Liquidationen darüber eingereicht sind, oder ob die Kosten in größeren Rechnungen mit enthalten sind.

Diese Bestimmung wird in Uebereinstimmung mit den bei den übrigen Verwaltungen getroffenen Anordnungen, und im Einverständniß mit der R. Ober-Rechnung dahin abgeändert, daß die Revision der Bez.-Baubeamten nicht weiter erforderlich ist, wenn die Kosten den Betrag von 20 Thlr. nicht erreichen.

(Just. Min. Bl. 1843. S. 67. Nr. 45.)

10) E. R. der R. Min. des J. (Gr. v. Arnim) u. der Fin. (Gr. v. Arnim) v. 16. Juli 1844 an sämmtl. R. Reg. Verpflichtung der R. Reg. zur Unterstützung der nöthigen Assistenzen durch die Reg.-Baubeamten bei Bauten im Lande-Justizkollegien.

Obwohl die Landes-Justizkollegien bei den von ihnen ressortirenden Bauten überhaupt in allen denjenigen Fällen, in welchen sie eines technischen Beiraths oder technischen Beihülfes bedürfen, auf die Assistenzen der Reg.-Baubeamten angewiesen sind und sich deshalb schon immer, und ohne Zweifel niemals ohne Erfolg, an die R. Reg. wenden haben, so ist doch die Nothwendigkeit, sich in solchen Fällen des technischen Beiraths der von einer anderen Behörde abhängigen Beamten zu bedienen, von der Landes-Verwaltung als ein Uebelstand bezeichnet und der Wunsch geäußert worden, die durch die herabgehenden Unbequemlichkeiten durch geeignete Maßregeln nach Möglichkeit zu beseitigen. Diesem Wunsche gemäß wird die R. Reg. angewiesen, in Fällen der oben bezeichneten Art den Requisitionen der Landes-Justizkollegien oder sonst kompetenten Gerichte mit aller Willfährigkeit entgegenzukommen, und den der R. Reg. untergeordneten Beamten die prompte und sachgemäße Erledigung solcher Geschäfte zur besonderen Aufgabe zu machen. (Min. Bl. d. i. B. 1844. S. 218. Nr. 246.)

11) E. R. des R. Just. Min. (Uhden) v. 31. Mai 1845 an die R. Justizbehörden. Kosten für Utensilien-Herstellungungen.

an Gefängnissen und für Reparaturen in diesen Gefängnissen und Hallen der Gerichte.

es darüber erhoben worden sind, in wie weit die Kosten für Utensilien in Gefängnissen und für Reparaturen an diesen Gefängnissen und an den Gerichten in den Fällen, in welchen diese Kosten aus Staatsfonds hernehmen, von den Gerichtsbehörden selbst angewiesen werden können, so ist auf die hierüber ergangenen Bestimmungen Folgendes festgesetzt:

bestreiten:

bei den Salarien-Kassen der Gerichte etatsmäßigen Fonds zu sächlichen

in-Gefängnisse, welche lediglich zur Vollstreckung des Personal-Arrests dienen und zur Abbüßung leichter Injurienstrafen, auch zur vorläufigen Kriminalgefangenen aus höheren Ständen bis zur Vollstreckung des Urtheils bestimmt sind,

zur Ergänzung der nöthigen Utensilien und Geräthschaften aller Art, so wie Wiederherstellung derselben erforderlichen Kosten, ohne Rücksicht auf die Höhe ihres Betrages,

Kosten der Reparaturen, zu welchen insbesondere die Reparaturen an Ofen, Herden, Fenstern und Thüren, so wie das Weißeln der Wände mit den erforderlichen Ausbesserungen gehören, sofern sie für die auf einmal auszuführenden Reparaturen den Betrag von 50 Thlr. nicht übersteigen:

Geschäftslokale der Gerichtsbehörden, die Kosten der Reparaturen in der Art, wie in 1. zu b. angegebenen Art,

den Beamten überwiesenen Dienstlokalen, die Kosten der Reparaturen, dieselben nicht nach dem Regul. v. 18. Okt. 1822 oder anderen Spezialbestimmungen von dem Inhaber des Lokals getragen werden müssen, in der Art, wie in 2.;

an nach dem Regul. über die Verwaltung der Kriminalkostenfonds v. 10. April 1822 rechnenden Fonds zu Kriminalkosten, die Kosten der Utensilien und so wie der Reparaturen bei den Kriminal-Gefängnissen, mit Einschluß der Gefängnisse, welche zur Aufnahme, sowohl der Kriminal- als auch der Civilgefangenen bestimmt sind, in der vorstehend unter 1. zu 1. a. und b. bestimmten Art;

dem Justiz-Baufonds, die Kosten der Bauten und Reparaturen bei allen zu unterhaltenden Gefängnissen und Geschäfts-Lokalitäten der Gerichte — sofern sie für die auf einmal zusammen auszuführenden Bauten oder Reparaturen 50 Thlr. betragen.

zu beachten ist Folgendes:

Anschaffungen von Utensilien und die Reparaturen an den Gebäuden sind in der jährlichen Veranschlagung auf Rechnung ausgeführt werden, wenn die Kosten 100 Thlr. betragen. Erreichen oder übersteigen sie diese Summe, so ist eine Veranschlagung derselben, sofern sie

100 Thlr. betragen, durch approbirte Bauhandwerker (geprüfte Handwerker, welche das Meisterrecht erworben haben), und wenn die Kosten 100 Thlr. erreichen oder übersteigen, durch den K. Bez.-Baubezirksrath bewirken.

Wenn die Anschaffungen oder Reparaturen den Betrag von 5 Thlr. übersteigen, ohne Gefahr im Verzuge obwaltet, die vorkommenden Fälle in der Zahlungsdrückung gedrückt werden muß, ist vorher die Genehmigung des vorgesetzten Behörden zu holen, und zu diesem Zweck in den zu I. und II. vorstehend erwähnten Fällen des betr. Fonds kurz darzustellen, auch jedesmal die Nothwendigkeit der Anschaffung überzeugend nachzuweisen. Zur Ausführung von Bauten, deren Kosten 50 Thlr. übersteigen, ist die Genehmigung des Just. Min. zu beantragen. Wenn die Kosten den Betrag von 100 Thlr. erreichen oder übersteigen, ist ein Revisions-Attest oder ein Vermerk der Beamten über die untadelhafte Ausführung, Beschaffenheit und Preisveranschlagung erforderlich.

Wenn die Kosten die Summe von 100 Thlr. erreichen oder übersteigen, müssen sie dem Reg.-Bausrathe revidirt werden, und haben dies die Obergerichte, welche die Anschläge bei dem Just. Min. einreichen, zu bewirken. In den Fällen, in welchen die Kosten

an neuen Einrichtungen die Summe von 500 Thlr. und an Reparaturen die Summe von 1000 Thlr. erreichen oder übersteigen, ist die erste Revision der Anschläge durch die K. Ober-Bau-Dep. nicht unmittelbar den Obergerichten, sondern nur durch den Just. Min. zu veranlassen.

empfohlen, bei Einreichung ihrer Anträge diesen äußersten Termin nicht abzumitteln, etwaige Erinnerungen und Anstände noch erledigt und dadurch die rechtzeitige und Festsetzung vollendet werden können.

In Beziehung auf die Kostenanschläge wird hierbei zugleich auf die Anweisung beruhende Bestimmung unter VII. dem G. R. v. 31. Mai 1845, wonach stets ganz vollständig und mit Einschluß der Kosten für Utensilien etc. Einrichtung der neuen oder erweiterten Gebäude berechnet werden soll, in Erinnerung gebracht, da eine Verabsäumung dieser Bestimmung leicht die Verschlebung der und demzufolge auch des Beginns des betreffenden Baues um ein volles Jahr haben kann.

Sämmtliche Gerichtsbehörden werden hiervon in Kenntniß gesetzt, um die vorstehenden Bestimmungen zu achten, und dafür zu sorgen, daß das in dem G. R. v. 7. Mai 1822 (Jahrb. Bd. 19., S. 312.) einzuleitende Geschäft der Abfertigung bei den technischen Behörden möglichst beschleunigt und rechtzeitig beendet wird.

Neben den beiden vorerwähnten Baufonds bleibt außerdem noch der in dem G. R. v. 8. Juni 1846 (Just. Min. Bl. S. 115.) aus einem Theile des Arbeitsschatzes der gerichtlichen Gefangenen in den einzelnen Obergerichts-Departements gebildete Fonds der Bestreitung von Einrichtungskosten für die Verbesserung des Gefängnisses zur Disposition des Justiz-Ministers. Von der Verrechnung der auf diesen Fonds weisenden Beträge gilt dasselbe, was im fünften Absatze der Allgem. Verf. v. J. hinsichtlich der auf den Fonds zu zahlenden Ausgaben angewiesenen Bestimmungen ordnet worden sind. (Just. Min. Bl. 1850. S. 335. Nr. 103.)

13) Ueber die Führung von Gebäude-Inventarien bei den Behörden vergl. das G. R. des R. Just. Min. v. 7. Jan. 1852.

(Just. Min. Bl. 1852. S. 19. Nr. 7.)

14) R. des R. Min. des J. (Röhler) v. 2. Febr. 1829 an den Just. Min. zu Münster. Mitwirkung der verwaltenden Behörden bei Ausmittlung der Bedürfnisse.

Die R. Reg. erhält im Anschlusse Abschrift eines Schreibens des Just. Min. v. M. und des mitgetheilten Ber. des dortigen R. D. L. G. v. 16. ej. die die Ausmittlung eines Richtplatzes daselbst betr., mit dem Eröffnen, daß, obwohl die Anschaffung der Anstalt eines Richtplatzes hauptsächlich Sache der Kriminal-Behörden ist, diesen insbesondere auch für die Beschaffung der Kosten gesorgt werden muß, die Behörde bei der Anlage doch in negativer Hinsicht, damit nämlich die Anlage an einem Orte und auf eine Weise geschehe, welche den allgemeinen polizeilichen Interessen, insbesondere der Baupolizei entgegen sei, interessiert.

Uebrigens ist es angemessen, daß die verwaltenden Behörden den Anforderungen dergleichen Anlagen möglichst zu Hülfe kommen.

Besonders aber dürfte es nützlich sein, die Ortsbehörden und den Bau-Reg. mit ihren Vorschlägen zu hören, und letztere Seiten der R. Reg. dem Just. Min. zu theilen, wozu die R. Reg. hierdurch angewiesen wird. (N. XIII. 164. — 1)

15) Ueber die Behandlung der bei den Straf- und Erziehungs-Anstalten etatsmäßig ausgewiesenen Baufonds disponiren:

a) G. R. des R. Min. des J. u. der R. v. 20. April 1839.

(N. XXIII. 430. — 2. 152.)

b) G. R. des R. Min. des J. v. 28. Mai 1844.

(Min. Bl. d. i. B. 1844. S. 205. Nr. 228.)

Drittes Kapitel.

Vorschriften über Post-Bauten.

1) Gen. Cirk. des R. Gen.-Postamts (v. Nagler) v. 14. 2. (sub Nr. 2.)

Die im §. 14. des Gen. Cirk. Nr. 8. v. 25. Aug. 1827 enthaltene Vorschrift, daß die Postanstalten die R. Baubeamten nicht unmittelbar mit Anfertigung von Zeichnungen zu Posthausbauten, mit Aufnahme und Lation von Postbeauftragten, sondern desfalls die betr. R. Reg. requiriren sollen, wird von den Postanstalten noch immer nicht befolgt.

Da durch diese Nachlässigkeit der R. Kasse die Gebühren der Baubeamten entgehen, so wird an Befolgung vorgedachter Bestimmung hiermit erinnert, und we

halten, welche künftig gegen jene Vorschrift fehlen sollten, die dadurch veran-
 -aus eigenen Mitteln tragen müssen. (A. XV. 29. — 1. 21.)

len. Cirk. des R. Gen.-Postamts (v. Nagler) v. 9. Juni 1831.
 17.)

bei Neubauten und Reparaturen R. Postgebäude vorgekommen, daß Seitens
 -her, ohne Vorwissen und Zustimmung des Gen.-Postamts, Abweichungen
 -hmigten Bau-Projekten und Kosten-Anschlägen veranlaßt, und hierdurch Mehr-
 -wirkt worden sind. Letztere sollen von jetzt an denjenigen zur Last fallen,
 -Veränderungen in Bau-Anschlägen Anlaß gegeben haben.

-sollen diejenigen Postbeamten, welche, den mehrfach erlassenen Anordnungen
 R. Baubeamten direkt zu irgend einer Veranschlagung, Revision oder
 -brung in Postgebäuden requiriren, die daraus erwachsenen Ausgaben selbst

: R. Baubeamten verpflichtet sind, die vorkommenden Arbeiten als Offizialge-
 -Penummerierung zu versehen, sobald der Auftrag zur Verrichtung ihnen auf
 -Gen.-Postamts durch ihre Dienstbehörde, die betr. R. Reg., ertheilt worden
 -illig, daß in den Fällen, wo ein Postbeamter, statt sich auf die Anzeig, der
 -eit einer baulichen Vorrichtung zu beschränken, und dem Gen.-Postamte das
 -hren zu überlassen, direkte Requisitionen sich gestattet, und dadurch einen
 -Pläten und Fuhrkosten begründet, dieser die ohne Noth verursachte Ausgabe
 -Mitteln bestreite. (A. XV. 299. — 2. 30.)

rgl. C. R. der R. Min. des I. für H., G. u. Bauw. v. 8. Juni 1831,
 -nkurrenz der R. Reg. und Bau-Inspektoren rücksichtlich der Kontrolle
 -e Veränderungen und Reparaturen an den R. Post-Gebäuden.
 (V. 292. — 2. 28, oben S. 84.)

Viertes Kapitel.

Schriften über die Militair- und Garnison-Bauten.

Geschäfts-Ordnung für das Garnison-Bauwesen der R. Preuß. Militair-
 (1).

Beschäfts-Ordn. ist genehmiget durch die nachstehende R. O.:

1) genehmige die Bekanntmachung der von dem Kr.-Minist. unter Konkurrenz
 -etheiligten Behörden entworfenen Geschäfts-Ordn. für das Garnison-Bau-
 -und erwarte, daß von allen Seiten dahin gewirkt werden wird, die Bau-
 -aben auf das wahre und dringende Bedürfniß zu beschränken, weshalb die
 -pen und Behörden nicht überall unbedingte Vollkommenheit zu fordern, son-
 -sich mit den bestehenden Garnison-Einrichtungen, wo sie dem Bedürfniß
 -genügen, zu behelfen haben. Mit bedeutenden Kosten verbundene Einrich-
 -n, so wie Erwerbungen von Grundstücken, sollen überhaupt nur in solchen
 -isonstädten stattfinden, wo die Permanenz der Belegung nicht zweifelhaft ist.
 -lebrigen bestätige ich noch besonders die Anordnung des Kr.-Min., wonach
 -en.-Kommando's das Gesamtbedürfniß für das Garnison-Einrichtungswe-
 -sofern nicht Gefahr im Verzuge ist, alljährlich in einer die größere oder
 -gere Dinglichkeit darlegenden Uebersicht nachzuweisen haben, damit danach
 -ertheilung der für diesen Zweig der Verwaltung disponiblen Mitteln bewirkt
 -en kann. Berlin, den 25. März 1839.

Friedrich Wilhelm.

als Kriegs-Ministerlun.:

zug hierauf bemerkt das C. R. der R. Min. des I. u. d. P. (v. Rochow), der
 -enleben) u. des Kr. (v. Rauch) v. 16. Febr. 1840 an sammtl. R. Reg. und
 -iten:

ie in Beziehung auf das Garnison-Bauwesen erlassenen vereinzelt Bestim-
 -en hat das Kr.-Min. zusammenstellen und unter Zugrundlegung derselben
 -besondere Geschäftsordnung für das Garnison-Bauwesen bearbeiten lassen.
 -Emanlung Seine Maj. der König mittelst Allerh. R. O. v. 25. März 1839
 -ehmigen geruht haben.

er R. Reg. übersenden wir bell. Exempl. dieser Geschäfts-O. zur Kenntniß-
 -ie und Nachachtung mit dem Auftrage, diejenigen Baubeamten Ihres Bez.,

Einleitung.

Das Garnison-Bauwesen bildet einen wesentlichen Theil der Militär- und erfordert die größte Aufmerksamkeit, in sofern es darauf ankommt, das Innerlichste zu beschränken und die ökonomisch zugemessenen Mittel wirklich dem Bedürfnis entsprechend anzuwenden.

Es ist daher auch die Aufgabe einer jeden wohlgeordneten Bau-Verwaltung Zweck überall mit den möglichst geringsten Mitteln vollständig erreicht, d. h. in der einfachsten und soliden gebaut und daß nirgends etwas über das wahre Bedürfnis verwendet werde.

Die Behörden und Beamten, welche darin ein- und mitwirken, haben doppelte und gesteigerte Pflicht des einmüthigen Zusammenhaltens und gemeinsamen Wirkens, indem das Erreichen und Gelingen der verschiedenen Zwecke davon abhängt.

Insondere hat der vorl. Abschn. zum Gegenstande, den Betrieb des Bauwesens nach möglichst übereinstimmenden Grundsätzen zu regeln, und die verschiedenen administrativen und technischen Organe auf die, ihnen in dieser Beziehung obliegenden Pflichten hinzuweisen.

Es ist die Absicht, dadurch einerseits das gegenseitige Geschäfts-Verhältnis zu begrenzen und die Thätigkeit auf den richtigen Standpunkt zu leiten, andererseits auch auf die möglichste Vereinfachung des Geschäftsganges hinzuwirken.

Das Bauwesen der andern Militär-Verwaltungsbeamten wird im Allgemeinen denselben Grundsätzen behandelt, in soweit der Geschäftsgang, die Theilnahme und Befugnisse der Behörden nicht durch besondere Bestimmungen anders geregelt ist. Insbesondere bezieht sich solches auf das Proviant-Amts- und Magazin-Bauwesen, in welchem die Ordnung nur in sofern Anwendung findet, als dieselbe durch besondere Bestimmungen geregelt werden wird.

Erster Titel.

Geschäfts-Organisation.

I. Behörden und einwirkende Organe.

1) Die obere Leitung ressortirt vom Kriegs-Min. (Militär-Verwaltung)

§. 1. Die obere Leitung des gesamten Garnison-Bauwesens ressortirt dem Kriegs-Min. (Militär-Verwaltungs-Dep.)

Bei demselben vereinigen sich alle auf den generellen Betrieb Bezug habenden Verhandlungen und von demselben werden alle Bestimmungen über die Ausführung erlassen, soweit die Prov.- und Lokal-Behörden nicht befugt sind, sich selbständigen Geschäftskreisen selbstständig zu bewegen.

2) Einwirkung der General-Kommando's.

§. 2. Die Einwirkungen der Gen.-Kommando's auf das Garnison-Bauwesen sind erforderlich, um die Kompetenz der Truppen in Beziehung auf Raum- und Beschaffenheit der Gebäude, so wie das sonst dabei obwaltende militärische Interesse gemeinen auf die Erhaltung der, innerhalb ihres Corps-Bereichs bestehenden Anlagen wahrzunehmen.

Sie tritt demnach bei denjenigen Bauten und Einrichtungen ein, in welchen unmittelbarer Gebrauch der Truppen bestimmt sind, ferner bei Haupt- und Gebäuden an solchen Gebäuden, welche sich schon in der Benutzung der Truppen befinden, in soweit daraus eine wesentlich veränderte Einrichtung hervorgeht. (§§ 14.

3) Die Intendanturen als Provinzial-Behörden. — Concurrenz der Provinzial- und der Ingenieur-Behörden.

§. 3. Die Organe des Kriegs-Min. für die Administration und Au-

- welche mit der technischen Leitung der Garnisonbauten chargirt sind,
- derselben Anweisung zu versehen, und jedem derselben, so wie dem Provinzial-Regler, ein Exemplar zum dienstlichen Gebrauche zu überreichen.
- Ein Exemplar aber für die Registratur zum eigenen Bedarf zurückzubehalten.
- Zusätzlich wird noch bemerkt, daß der §. 84. der Geschäfts-Ordnung nicht auf größere Reparatur- und Neubauten sich bezieht, sondern daß die Vorschrift auch bei allen denjenigen größeren oder kleineren Reparaturbauten bleibt, bei welchen das bau- oder feuerpolizeil. Interesse auf irgend eine Weise betheiligt ist.

(An die Königl. Oberpräsidenten:)

- Ew. Exc. übersenden wir anl. 2 Exempl. dieser Geschäfts-Ordnung zur Kenntniss,
- mit dem Bemerken, daß den Provinzial-Reglern die zum dienstlichen Gebrauche erforderlichen Exemplare direct zugefertigt worden sind.

(Min. Bl. d. 1. B. 1840. S. 67. Nr. 117.)

10. Bauten sind die von Er. Maj. dem Könige, als Prob.-Behörden für die Ökonomie, bestellten Intendanturen. Soweit hinsichtlich der Bau-Ausführung eine technische Einwirkung in der Prob.-Instanz erforderlich ist, konkurriren nach dem Ressort die Reg. und die betr. Ingenieur-Behörden.

4) Organe in der Lokal-Instanz.

a) für den administrativen,

b) für den technischen Theil des Geschäfts.

Das Garnison-Baugeschäft in seinen verschiedenen Beziehungen findet bei der 11. als Provinzial-Instanz seinen ersten Vereinigungspunkt.

Der Lokal-Instanz, bei der Ausführung, bedarf dasselbe indessen getrennter Organe:

a) für den administrativen,

b) für den technischen Theil des Geschäfts.

Den ersteren bilden die Garnison-Verwaltungen, oder, wo diese nicht bestehen, ferner die Lazareth-Kommissionen und sonstige Vorstände der einzelnen Instanzlichen Organe der Intendanturen.

Den technischen Theil des Geschäfts, d. h. für die bauliche Beaufsichtigung der Gebäude, für die Ausführung der Neu- und Reparatur-Bauten bleiben im Allgemeinen Distriktsbaubeamte verpflichtet, in sofern dies Geschäft nicht ausnahms- und zur Leitung von Ingenieur-Offizieren übertragen wird. (cf. S. 201.)

Führung der Bauten durch Ingenieur-Offiziere in Stelle der Distrikts-Bau-Beamten. — Garnison-Bau-Direktoren.

Die Konkurrenz des Ingenieur-Corps bei dem Garnison-Bauwesen tritt nur weise und in dem Maße ein, als die militärische und eigentliche Haupt-Dienst- des Corps solcher gestattet, dergestalt, daß in diesem Falle entweder die Platz- oder die den Gen.-Kommando's als Garnison-Bau-Direktoren zugeordneten Ingenieur-Offiziere, die Stelle der Distrikts-Baubeamten bei den in den Festungs- offenen Orten auszuführenden Garnison- 10. Bauten vertreten.

Den Corps-Bereich besteht in dieser Hinsicht eine unter Zustimmung des Gen.-Kommando's getroffene und vom Kr.-Min. gebilligte Vereinbarung, welche periodisch auf Bege, unter Einwirkung des Chefs des Ingenieur-Corps, wiederum modifizirt werden kann. Die als Garnison-Bau-Direktoren angestellten Ingenieur-Offiziere zugleich als Bau-Consulenten der Intendanturen, bei welchen letzteren alle auch diejenigen, welche bei den Gen.-Kommando's eingehen, bearbeitet

in diesem Bezuge bilden die Intendanturen den geschäftsmäßigen Einheitspunkt des ihrer Administration überwiesenen Bereichs.

6) Beistand der Reg.-Bauräthe und resp. der Festungs-Inspecteure.

Nach Maßgabe der oben erwähnten Zuteilung des Baugeschäfts an Civil- und Architekten bleibt es den Intendanturen überlassen, sich des technischen Rathes des der betr. Reg.-Bauräthe oder der Festungs-Inspecteure zu bedienen.

7) Technische Revisions- und Super-Revisions-Instanzen.

Die technischen Revisions-Instanzen in den Provinzen sind:

für die Bau-Ausführungen durch die Distrikts-Baubeamten, die Reg.-Bauräthe,

für die Bau-Ausführungen durch die Platz-Ingenieure oder Garnison-Bau-Direktoren, die Festungs-Inspecteure,

die Intendanturen sich deshalb in entsprechende Verbindung setzen.

Deren technischen Instanzen für die Super-Revision der Entwürfe und Anschläge zugewiesen die Ober-Bau-Dep. und das allgem. Kriegs-Dep. Das Milit.-Def.- teilt die Vollziehung der Super-Revision durch eine dieser Behörden.

Umfang und Pflichten der ausführenden Organe, Stellung und gegenseitiges Verhältniß.

A. Der Intendanturen als Provinzial-Instanz.

1) Ueberhaupt.

Der Intendantur liegt, in Vertretung des Königl. Eigenthums die Beaufsichtigung der Garnison- 10. Gebäude und die Wahrnehmung des Bauwesens derselben zu-

11. Für die Verw. des Garnison-Bauwesens zu Berlin, Potsdam und Char- burg ist ein eigenes Verfahren durch das Allerh. bestätigte Regul. v. 11. April angeordnet.

Sie prüft die Anträge der Truppen und der Lokal-Verw.; sie fördert die der administrativen und technischen Ermittlungen zum Beschluß; sie ordnet, in der Grenzen ihrer Befugniß, die Ausführung an, und führt, wo dies erforderlich, die Ausführung des Kr. Min. herbei. Alle Verhandlungen über das Garnison-Bauwesen nehmen durch die Intendanturen ihren Gang.

2) Hinsichtlich der Instandhaltung der Garnison-Gebäude und der Ausführung Reparaturen.

§. 9. Die Intendantur ist verpflichtet, für die Instandhaltung der Garnison-Gebäude für eine rechtzeitige Ausführung der Reparaturen und für eine angemessene Vertheilung der dazu bestimmten Gelder, so wie überhaupt für die Wahrnehmung alles dessen, was das Interesse des Staatshaushalts hierbei erfordert, Sorge zu tragen. Sie ist für die baulichen Angelegenheiten, ohne weitere Rücksicht auf die Milit.-Verw., so für die Erhaltung der Substanz und des bewohnbaren Zustandes der bestehenden und Einrichtungen die Rede ist, wozu auch die nicht wesentlichen Substanz-Veränderungen und Verbesserungen zu rechnen sind, welche der Natur der Sache nach zur ordnungsgemäßen Benutzung der Gebäude, und mithin zur laufenden Unterhaltung gehören, und die zu ihrer Disposition gestellten Fonds ausreichen.

3) In Beziehung auf solche Bauten, welche der höheren Genehmigung unterworfen sind, Verantwortlichkeit hinsichtlich der Anerkennung des Bedürfnisses.

§. 10. Hingegen bleiben der höheren Genehmigung vorbehalten: alle Neubauten (mit Einschluß von Grundstücks-Erwerbungen) so wie solche Umbauten, Einrichtungen, Wiederherstellungs-Bauten, welche den Neubauten gleich zu achten sind; ferner wesentlichen Substanz-Veränderungen und Verbesserungen, soweit sie sich nicht auf einzelne Theile der Gebäude beziehen und mithin nach §. 9. zur laufenden Unterhaltung zu rechnen sind. Die darauf gerichteten Anträge müssen dem Milit.-Verw.-Min. zur Entscheidung vorgelegt werden (§. 63.), sowie auch in den §. 21. der Reg. Instruk. v. 23. Okt. 1817 gedachten Fällen eine Berichterstattung zu machen ist.

Die Intendantur ist jedoch princip. und speziell dafür verantwortlich, daß ein Bauantrag eingegangen werde, wo das Bedürfniß sich auf irgend eine Weise befriedigen läßt.

Für die richtige Würdigung derjenigen Bauanträge, welche aus baulichen Gründen der bis dahin benutzten Gebäude hervorgehen, und für die Wahl der zu ihrer Ausführung zu treffenden Maßregeln ist die Intendantur, zugleich mit den Baumeistern und technischen Revisions-Instanzen, gemeinschaftlich verantwortlich.

Es darf deshalb auch unter keinem Bau-Anschlage das schriftl. Anerkennen der Intendantur fehlen, daß das Bedürfniß des Baues feststehe und das dienstliche und ökonomische Interesse gehörig berücksichtigt sei.

4) Hinsichtlich der Entwerfung der Bau-Projekte.

§. 11. In Beziehung auf die Entwerfung der Bau-Projekte hat die Intendantur als verantwortliche Provinzial-Instanz, die Verpflichtung, darauf zu sehen und zu sorgen, daß dabei die richtige Grundlage festgehalten und nirgends über das Bedürfniß hinausgegangen werde; daß ferner die Gebäude eine ihrer Bestimmung dienliche möglichst entsprechende Einrichtung erhalten und die darüber bestehende gemein gesetzlichen und speziell administrativen Bestimmungen gehörig berücksichtigt mit den baulich-technischen Erfordernissen in Einklang gebracht werden. (cf. §. 64.)

5) Bei Abschließung der Lieferungs- und Leistungs-Kontrakte.

§. 12. Die Bestätigung der Lieferungs- und Leistungs-Kontrakte liegt der Intendantur ob, und es hängt von ihr ab, die Abschließung derselben und die Aufnahmehin gehörigen Verhandlungen, nach Umständen durch einen eigenen Deputirten, oder durch ihre Lokalbehörde, in beiden Fällen jedoch unter persönlicher oder schriftlicher Aufsicht des Baumeisters, bewirken zu lassen.

6) Hinsichtlich der Beschaffung der Baumaterialien, sowie

7) wegen Beachtung der baupolizeilichen Vorschriften und der grenznachbarlichen Verhältnisse.

§. 13. Mit der Beschaffung der Baumaterialien und mit der Bauausführung darf, in sofern nicht Gefahr im Verzuge ist oder besonders dringende Umstände eine Ausnahme zu rechtfertigen vermögen, niemals eher vorgegangen werden, als bis die Projekte festgestellt und die nöthigen Geldmittel überwiesen worden sind. Die Intendantur ist die gründliche Erledigung alles dessen, was die baupolizeilichen Vorschriften und die grenznachbarlichen Verhältnisse bedingen, zu beachten und zu befolgen, und die von ihr ausgehende Bestimmung der Zeit der Bauausführung, so

zu, als von den dabei stets einwirkenden technischen Rücksichten abhängig zu machen, über welche letzteren das Gutachten des Baumeisters zu vernehmen bleibt.

Wegen Herbeiführung des Einverständnisses des betheiligten Truppenthells etc., sowie der Zustimmung des General-Kommandos vor Einreichung des Bau-Projekts.

§. 14. Ebenso wird die Intendantur, vor Beginn des Baues und vor Einreichung des Projekts an das Kr. Min., des Einverständnisses des dabei betheiligten Truppenthells der Militär-Institut, und bei größeren Baugesegenständen, soweit dabei vom Garnison- oder Lazareth-Bauwesen die Rede ist, in den in dem §. 62. bezeichneten Fällen, auch der Zustimmung des Gen. Kommando's sich zu versichern haben, damit spätern Ausstellungen an die Einrichtung und Nutzungsfähigkeit des ausgeführten Gebäudes vorgebeugt werde. Nachträgliche, aus bloßer Ansichts-Verschiedenheit hervorgehende Erinnerungen werden in der Regel nicht beachtet werden.

9) Einwirkung während der Ausführung des Baues.

§. 15. Die Bauausführung selbst bleibt ausschließlich Sache des Baumeisters; doch die Intendantur verpflichtet, sich während der Ausführung, unmittelbar oder durch ihre Behörde von dem Fortgange des Baues und den damit verbundenen Maßnahmen Kenntniß zu erhalten, um nöthigenfalls, nach Rücksprache mit dem Baumeister selbst, mit dessen vorgesetzter Behörde, entsprechend eingreifen zu können, wenn es darauf ankommt, etwaige Mängel zu beseitigen, oder Verbesserungen herbeizuführen.

10) Bei sich ergebender Ungenügsamkeit der bewilligten Geldmittel.

§. 16. Wenn für einen speziellen Bauzweck von des Königs Maj. Allerh. Selbst Summe ausgesetzt ist und demnächst bei der genauen Veranschlagung, oder in Folge Änderungen der technisch superrevidirenden Behörde, ein Mehrbedürfniß gegen die zugelegte Summe sich ergiebt, so muß zu diesen Mehrkosten, bevor zur Ausführung übergegangen werden darf, ebenfalls die Allerh. Genehmigung nachgesucht werden.

A) Konkurrenz der Intendanturen bei solchen Bauten, welche zugleich einen fortifikatorischen Zweck haben.

§. 17. Neubauten oder Reparaturen an solchen Garnison-Gebäuden, welche mit fortifikatorischen Zwecken in unmittelbarer Verbindung stehen, werden, unter Leitung des Kr. Dep. von den Ingenieur-Behörden ausgeführt. Die Intendantur konkurriert dabei in Beziehung auf den Friedenszweck der Gebäude, und auf deren dem Bestimmung entsprechende Einrichtung und Anwendung, weshalb sie den ihr vor der Einreichung vorzulegenden Entwurfs-Bearbeitungen die Erklärung ihres Einverständnisses, oder etwaigen Bemerkungen beizufügen hat.

B. Wirkungsbereich und Pflichten der administrativen Lokalbehörden.

1) Im Allgemeinen.

§. 18. Den Garnison-Verw. oder den in deren Stelle fungirenden Magisträten und sonstigen administrativen Lokalbehörden, überträgt die Intendantur die ihr in Bezug auf das Bauwesen zustehenden Befugnisse und obliegenden Pflichten kommissarisch, soweit solche durch Lokalbehörden wahrgenommen und mit einer speziellen Verwaltung verknüpft werden können.

Die Lokalbehörden haben sich dabei nach den Grundsätzen dieser Bau-Ordnung, den Vorschriften ihrer Verw. und nach den, ihnen von der Intendantur für die einzelnen Fälle zu ertheilenden, besonderen Bestimmungen und Anweisungen zu achten.

2) Wegen der ihnen obliegenden Fürsorge zur Erhaltung der Gebäude.

§. 19. Ihre erste Pflicht ist die Sorge für die Erhaltung der ihrer Verw. und Aufsicht überwiesenen Gebäude.

In wie weit sie die kleineren Reparaturen ohne weitere Anfrage vornehmen lassen, oder darüber zuvor zu berichten, und in wie weit sie dieselben unmittelbar, unter ihrer Leitung zu beseitigen haben, oder die Ausführung den Baumeistern obliegt, wird Art. III. der Bau-Ordn. näher angegeben werden.

3) Tabellarische Nachweisung der Reparaturkosten.

§. 20. Um bei der baulichen Instandhaltung der Gebäude die Erfahrungen der vergangenen Jahre angemessen benutzen zu können, müssen besondere Reparaturkosten-Nachweisungen geführt werden, welche dergestalt zu fertigen sind, daß daraus für jedes Gebäude übersichtlich entnommen werden kann, was dasselbe in einer Reihe von Jahren, und in welchen Jahren und an welchen Gebäude-Theilen Reparaturen stattgefunden haben.

Wegen Unterlassung baulicher Maßnahmen, ohne Vorwissen der Lokalbehörden.

§. 21. Ohne Vorwissen und ohne Mitzustimmung der administrativen Lokalbehörden dürfen in den zu ihrer Verw. gehörigen Gebäuden überhaupt, also auch von Seiten des militärischen Bau-Personals, keine bauliche Maßnahme irgend einer Art vorgenommen werden.

Sie prüft die Anträge der Truppen und der Lokal-Verw.; sie fördert die Eingaben der administrativen und technischen Ermittlungen zum Beschluß; sie ordnet, in dem Rahmen ihrer Befugniß, die Ausführung an, und führt, wo dies erforderlich, die Entschlüsse des Kr. Min. herbei. Alle Verhandlungen über das Garnison-Bauwesen nehmen in der Regel durch die Intendanturen ihren Gang.

2) Hinsichtlich der Instandhaltung der Garnison-Gebäude und der Ausführung der Reparaturen.

§. 9. Die Intendantur ist verpflichtet, für die Instandhaltung der Garnison-Gebäude für eine rechtzeitige Ausführung der Reparaturen und für eine angemessene Vertheilung der dazu bestimmten Gelder, so wie überhaupt für die Wahrnehmung alles dessen, was das Interesse des Staatshaushalts hierbei erfordert, Sorge zu tragen. Sie beaufsichtigt die baulichen Angelegenheiten, ohne weitere Rücksicht auf die milit.-verw.-Verhältnisse, sondern nur auf der Erhaltung der Substanz und des bewohnbaren Zustandes der bestehenden Gebäude und Einrichtungen die Rede ist, wozu auch die nicht wesentlichen Substanz-Veränderungen und Verbesserungen zu rechnen sind, welche der Natur der Sache nach zur ordnungsgemäßen Benutzung der Gebäude, und mithin zur laufenden Unterhaltung gehören, und die zu ihrer Disposition gestellten Fonds ausreichen.

3) In Beziehung auf solche Bauten, welche der höheren Genehmigung unterworfen sind, und die Verantwortlichkeit hinsichtlich der Anerkennung des Bedürfnisses.

§. 10. Hingegen bleiben der höheren Genehmigung vorbehalten: alle Neubauten (mit Einschluß von Grundstücks-Erwerbungen) so wie solche Umbauten, Einrichtungen, Wiederherstellungs-Bauten, welche den Neubauten gleich zu achten sind; sowie wesentliche Substanz-Veränderungen und Verbesserungen, soweit sie sich nicht auf einzelne Theile der Gebäude beziehen und mithin nach §. 9. zur laufenden Unterhaltung zu rechnen sind. Die darauf gerichteten Anträge müssen dem Milit.-Verw.-Dep. zur Entscheidung vorgelegt werden (§. 63.), sowie auch in den §. 21. der Reg. Instrukt. v. 23. Okt. 1817 gedachten Fällen eine Berichterstattung an das Kr. Min. vorzulegen ist.

Die Intendantur ist jedoch princip. und speziell dafür verantwortlich, daß ein Bauantrag eingegangen werde, wo das Bedürfniß sich auf irgend eine Weise befriedigen läßt.

Für die richtige Würdigung derjenigen Bauanträge, welche aus baulichen Gründen der bis dahin benutzten Gebäude hervorgehen, und für die Wahl der zu ihrer Befriedigung zu treffenden Maßregeln ist die Intendantur, zugleich mit den Baumeistern und den technischen Revisions-Instanzen, gemeinschaftlich verantwortlich.

Es darf deshalb auch unter keinem Bau-Anschlage das schriftl. Anerkennung der Intendantur fehlen, daß das Bedürfniß des Baues feststehe und das dienliche ökonomische Interesse gehörig berücksichtigt sei.

4) Hinsichtlich der Entwerfung der Bau-Projekte.

§. 11. In Beziehung auf die Entwerfung der Bau-Projekte hat die Intendantur als verantwortliche Provinzial-Instanz, die Verpflichtung, darauf zu sehen und zu sorgen, daß dabei die richtige Grundlage festgehalten und nirgends über das wirkliche Bedürfniß hinausgegangen werde; daß ferner die Gebäude eine ihrer Bestimmung entsprechende Dienstzweck möglichst entsprechende Einrichtung erhalten und die darüber bestehenden gemein gesetzlichen und speziell administrativen Bestimmungen gehörig berücksichtigt mit den baulich-technischen Erfordernissen in Einklang gebracht werden. (cf. §. 63.)

5) Bei Abschließung der Lieferungs- und Leistungs-Kontrakte.

§. 12. Die Bestätigung der Lieferungs- und Leistungs-Kontrakte liegt der Intendantur ob, und es hängt von ihr ab, die Abschließung derselben und die Aufnahmehin gehörigen Verhandlungen, nach Umständen durch einen eigenen Deputirten, oder durch ihre Lokalbehörde, in beiden Fällen jedoch unter persönlicher oder schriftlicher Mitwirkung des Baumeisters, bewirken zu lassen.

6) Hinsichtlich der Beschaffung der Baumaterialien, sowie

7) wegen Beachtung der baupolizeilichen Vorschriften und der grenznachbarn Verhältnisse.

§. 13. Mit der Beschaffung der Baumaterialien und mit der Bauausführung darf, in sofern nicht Gefahr im Verzuge ist oder besonders dringende Umstände die Erlaubung einer Ausnahme zu rechtfertigen vermögen, niemals eher vorgegangen werden, als bis die Projekte festgestellt und die nöthigen Geldmittel überwiesen worden sind. Die Intendantur ist die gründliche Erledigung alles dessen, was die baupolizeilichen Vorschriften und die grenznachbarnlichen Verhältnisse bedingen, zu beachten und zu befolgen, und die von ihr ausgehende Bestimmung der Zeit der Bauausführung, sowie

so von den dabei stets einwirkenden technischen Rücksichten abhängig zu machen über welche letzteren das Gutachten des Baumeisters zu vernehmen bleibt.

igen Herbeiführung des Einverständnisses des betheiligten Truppentheils etc., sowie der Zustimmung des General-Kommandos vor Einreichung des Bau-Projekts.

1. 14. Ebenso wird die Intendantur, vor Beginn des Baues und vor Einreichung des Projekts an das Kr. Min., des Einverständnisses des dabei betheiligten Truppentheils Militär-Instituts, und bei größeren Baugesegenständen, soweit dabei vom Garnison-Jareth-Bauwesen die Rede ist, in den in dem §. 62. bezeichneten Fällen, auch der Zustimmung des Gen. Kommando's sich zu versichern haben, damit spätern Ausstellungen die Einrichtung und Nutzungsfähigkeit des ausgeführten Gebäudes vorgebeugt. Nachträgliche, aus bloßer Ansichts-Verschiedenheit hervorgehende Erinnerungen in der Regel nicht beachtet werden.

9) Einwirkung während der Ausführung des Baues.

15. Die Bauausführung selbst bleibt ausschließlich Sache des Baumeisters; doch ist die Intendantur verpflichtet, sich während der Ausführung, unmittelbar oder durch ihre Behörde von dem Fortgange des Baues und den damit verbundenen Maßnahmen Kenntnis zu erhalten, um nöthigenfalls, nach Rücksprache mit dem Baumeister selbst, mit dessen vorgesetzter Behörde, entsprechend eingreifen zu können, wenn es darauf ankommt, etwaige Mängel zu beseitigen, oder Verbesserungen herbeizuführen.

10) Bei sich ergebender Unzulänglichkeit der bewilligten Geldmittel.

16. Wenn für einen speziellen Bauzweck von des Königs Maj. Allerh. Selbst eine Summe ausgesetzt ist und demnächst bei der genauen Veranschlagung, oder in Folge neuerungen der technisch superrevidirenden Behörde, ein Mehrbedürfnis gegen die bewilligte Summe sich ergibt, so muß zu diesen Mehrkosten, bevor zur Ausführung übergegangen werden darf, ebenfalls die Allerh. Genehmigung nachgesucht werden.

Konkurrenz der Intendanturen bei solchen Bauten, welche zugleich einen fortifikatorischen Zweck haben.

17. Neubauten oder Reparaturen an solchen Garnison-Gebäuden, welche mit fortifikatorischen Zwecken in unmittelbarer Verbindung stehen, werden, unter Leitung des Kr. Dep. von den Ingenieur-Behörden ausgeführt. Die Intendantur konkurriert dabei in Beziehung auf den Friedenszweck der Gebäude, und auf deren dem Bestimmung entsprechende Einrichtung und Anwendung, weshalb sie den ihr vor der Einreichung zulegenden Entwurfs-Bearbeitungen die Erklärung ihres Einverständnisses, oder etwaigen Bemerkungen beizufügen hat.

B. Wirkungskreis und Pflichten der administrativen Lokalbehörden.

1) Im Allgemeinen.

18. Den Garnison-Verw. oder den in deren Stelle fungirenden Magisträten und sonstigen administrativen Lokalbehörden, überträgt die Intendantur die ihr in Bezug auf das Bauwesen zustehenden Befugnisse und obliegenden Pflichten kommissarisch, soweit solche durch Lokalbehörden wahrgenommen und mit einer speziellen Verwaltung ausübt werden können.

Die Lokalbehörden haben sich dabei nach den Grundsätzen dieser Bau-Ordnung, nach den Vorschriften ihrer Verw. und nach den, ihnen von der Intendantur für die einzelnen Fälle zu ertheilenden, besonderen Bestimmungen und Anweisungen zu achten.

2) Wegen der ihnen obliegenden Fürsorge zur Erhaltung der Gebäude.

19. Ihre erste Pflicht ist die Sorge für die Erhaltung der ihrer Verw. und Aufsicht anvertrauten Gebäude.

In wie weit sie die kleineren Reparaturen ohne weitere Anfrage vornehmen lassen oder darüber zuvor zu berichten, und in wie weit sie dieselben unmittelbar, unter Leitung zu beseitigen haben, oder die Ausführung den Baumeistern obliegt, wird in III. der Bau-Ordn. näher angegeben werden.

3) Tabellarische Nachweisung der Reparaturkosten.

20. Um bei der baulichen Instandhaltung der Gebäude die Erfahrungen der vergangenen Jahre angemessen benutzen zu können, müssen besondere Reparaturkosten-Nachweisungen geführt werden, welche dergestalt zu fertigen sind, daß daraus für jedes Gebäude übersichtlich entnommen werden kann, was dasselbe in einer Reihe von Jahren und in welchen Jahren und an welchen Gebäude-Theilen Reparaturen stattgefunden haben.

Wegen Unterlassung baulicher Maßnahmen, ohne Vorwissen der Lokalbehörden.

21. Ohne Vorwissen und ohne Mitzustimmung der administrativen Lokalbehörden dürfen in den zu ihrer Verw. gehörigen Gebäuden überhaupt, also auch von Seiten des Garnison-Bau-Personals, keine bauliche Maßnahme irgend einer Art vorgenommen werden.

5) Wegen Beschaffung der erforderlichen Lokale.

§. 22. Den Garnison-Verw. oder den Behörden, welche ihre Stelle vertreten, ist nach der Garnison-Verw. Ord., zunächst die Beschaffenheit der Lokale ob, welche für Garnison- und die Militär-Anstalten reglementmäßig nöthig werden. Sie sind nicht im Besiz der Bedarfs- und Belegungs-Uebersichten und Instruktionen, sondern müssen auch von der Aushülfe, welche schon vorhandene öffentliche Gebäude oder Miethhäuser darbieten, genaue Kenntniß verschaffen. In sofern daher Anträge auf bauliche Einrichtungen, Umbauten oder Neubauten nicht von ihnen ausgehen, dürfen dieselben nicht ihre Konkurrenz stattfinden. Die Truppentheile und Militär-Anstalten erlassen Requisitionen an die Verm. in Betreff der Sicherstellung der Raumbedürfnisse, und die Sorge der letzteren, pflichtmäßig zu prüfen, ob den grundsätzlich zulässigen Requisitionen, nach dem ihr von der Provinzialbehörde mitgetheilten, oder den von ihr eingesehenen Dispositionen, ohne Einleitung baulicher Maßregeln, oder nur durch solche und welcher Ausdehnung, zu genügen ist.

6) Nähere Prüfung der in Antrag kommenden Baugesenstände.

§. 23. Die Lokal-Verwaltung ist verpflichtet, die bei ihr Antrag kommenden Gegenstände, zunächst in Hinsicht des wirklichen Bedürfnisses, gewissenhaft zu prüfen, darüber ihr Gutachten vollständig abzugeben. Wenn demnächst dem Antrage weiter gegeben wird, so theilt sie dem mit der Entwurfsbearbeitung beauftragten Baumeister nur ihre eigene Ansicht über eine zweckentsprechende Einrichtung des Gebäudes mit, sondern sie vermittelt es auch, daß der Truppentheil oder die Anstalt, welche das Gebäude benutzen soll, zur Vermeidung späterer Ausstellungen, durch einen Kommissarius oder Beratungen Theil nehme, und daß die Ansicht des Militär-Befehlshabers im Ort (Gouverneur, Kommandanten), darüber ebenfalls vernommen werde, in soweit der ressortmäßig eine dienstliche Einwirkung dabei zusteht.

Auf diese Weise wird auch am sichersten der mühsamen und zeitraubenden Uebersetzung von Projekten und Anschlägen vorgebeugt, die sonst so leicht die nächste Folge einseitigen Verfahrens ist.

7) Wegen Beachtung der baupolizeilichen Vorschriften etc. und Vertretung der fiskalischen Rechte.

§. 24. Von den baupolizeilichen Vorschriften, von den Grund- und Grenzthesen, von den örtlichen Observanzen und Verhältnissen sich in Kenntniß zu setzen ist nicht bloß Pflicht der Baubeamten, sondern auch der administrativen Lokalbehörden in dieser Beziehung, und besonders auch bei der Vorbereitung der Bau-Projekte, oder nachbarlichen Bauausführungen, die Rechte des Fiskus vertreten zu können.

8) In Bezug auf die vom Baumeister gefertigten Entwürfe und Anschläge.

§. 25. Eine förmliche Revision der von dem Baumeister gefertigten Entwürfe und Anschläge steht den administrativen Lokal-Verwaltungen nicht zu: doch haben sie bevor die Einreichung an die Intendantur durch den Baumeister erfolgt, in Bezug auf die projektirten Einrichtungen gründlich durchzugehen, und entweder ihr Einvernehmen darunter zu vermerken, oder ihre eintönigen Erinnerungen, zur Berücksichtigung der Revision, besonders beizufügen, falls dergl. des im §. 23. vorgeschriebenen gemeinen Verfahrens ungeachtet, sich nachträglich noch ergeben haben sollten. (§. 65.)

9) In Beziehung auf den zu wählenden Bau-Modus und den Abschluß der Kontrakte.

§. 26. Die Lokal-Verw. und der Baumeister berathen gemeinschaftlich die Bau-Ausführung und die darüber abzugebenden Vorschläge. Nach Maßgabe der Bestimmungen der Intendantur werden demnächst die Einleitungen zur Ausführung gegeben und die nöthigen Kontrakte (sei es auf den Grund vorangegangener öffentlicher Vergabungen, oder aus freier Hand), unter Vorbehalt der Bestätigung der Intendantur, geschlossen. Die Lokal-Verw. und der Baumeister wirken hierbei vereint, die ersten besorgt in der Regel die Ausfertigung. (§§. 12. und 44.)

10) Wegen Einwirkung bei der Bau-Ausführung selbst.

§. 27. Die örtlichen Administrationsbehörden müssen sich von den verschiedenen Ortsverhältnissen, welche auf die Wahl des Verfahrens bei der Bau-Ausführung einwirken können, vollständig in Kenntniß zu erhalten suchen, damit sie im Stande sind, besonders da, wo der Baumeister nicht selbst am Orte wohnt, dahin mitzuwirken, daß eine tüchtigen und ökonomischen Ausführung möglichst entsprechenden Maßregeln getroffen werden.

11) Wobei aber eine direkte Einmischung nicht stattfindet.

§. 28. Das Verhalten der administ. Lokalbehörde, nach dem wirkl. Beginn während des Fortgangs des Baues, ergiebt sich nach Anweisung des §. 13. Einer direkten Einmischung in die Ausführung selbst wird sie sich danach jedenfalls zu enthalten.

Wirkungskreis und Pflichten der beaufsichtigenden und ausführenden Baumeister.

1) Der Civil-Baubeamten.

1. Der Wirkungskreis der Civil-Baubeamten in Garnison-Bau-Ing. grenzt ihren Distrikten ab. Innerhalb derselben liegt ihnen die bauliche Aufsicht und Leitung des Baugeschäfts, eben so wie für die übrigen öffentl. Gebäude, auch für die Gebäude den Amtswegen ob, in soweit nicht Ingenieur-Offiziere bleibend oder damit beauftragt sind.

2) Der Platz-Ingenieure.

1. Den Platz-Ingenieuren werden in der Regel die in den Festungsstädten ihren Garnison- u. Baugeschäfte übertragen. Außerhalb des Festungsgebietes ist statthalt, da diese Offiziere, ihrer dienstlichen Stellung nach, sich aus der Stadt entfernen dürfen.

3) Der Garnison-Bau-Direktoren.

1. Ist der Sitz eines General-Kommando's in einer Festung, so können auch Garnison-Bau-Direktor angestellten Ingenieur-Offiziere die dort vorkommenden Bau-Geschäfte übertragen werden, in sofern sie nicht auf Defensions- und solche Gebäude Bezug haben, welche mit der Befestigung in unmittelbarer Verbindung, und unter allen Umständen dem Ressort des Platz-Ingenieurs verbleiben.

4) Nähere Begrenzung ihres Baubezirks.

2. Der eigene Baubezirk des Garnison-Bau-Direktors bezieht sich zunächst auf das Gen. Kommando's, sodann auch auf nahe gelegene Garnisonorte. Um die Offiziere ihrer eigentlichen und dienstlichen Bestimmung nicht in einem unbilligen Grade zu entziehen, und das Anwachsen von Hülfskosten zu vermeiden, so wie zur eigenen baulichen Beaufsichtigung überwiesene Bezirk nicht zu ausdehnen.

Beziehung desselben in Beziehung auf den Wirkungskreis der Distrikts-Baubeamten.

1. Die Intendanturen setzen die Reg. davon in Kenntniß, welche einzelnen Baubezirkungen den Ingenieur-Offizieren übertragen werden, oder in welchen Garnisonen ihnen das Garnison-Bau-Geschäft als eigener Bezirk zugetheilt wird, damit die Baubeamten von diesen Geschäften, so lange, sie die Militär-Verw. durch jene beibehalten, entbunden werden.

6) Beauftragung der Ingenieur-Offiziere.

a) der Platz-Ingenieure,

b) der Garnison-Bau-Direktoren.

1. Die betr. Platz-Ingenieure erhalten von dem Allgem. Kr. Dep. durch den Inspektor, die Garnison-Bau-Direktoren dagegen durch die kommandirenden

Offiziere das laufende Bauwesen und die Unterhaltung des schon Bestehenden in für alle mal;

2. auf Neubauten und größere Reparaturbauten, in jedem einzelnen Falle eine besondere Anweisung zur Wahrnehmung des Geschäfts.

7) Beauftragung der Civil-Baubeamten.

1. Für die Civil-Baubeamten bedarf es dieser speziellen Anweisung nicht, da ihre Geschäfte in Bezug auf die Militär-Defension-Gebäude bereits zu ihren instruirten Amtspflichten gehören, jedoch muß, wo die Amtsthätigkeit eines Distrikts-Baubeamten für Neubauten, oder solche Einrichtungen, die mehr als die Erhaltung des Bestehenden bezwecken, in Anspruch genommen wird, die Vereinigung der Intendantur mit der Reg., oder, nach Umständen, die der kompetenten Min. vorangehen.

2. Soweit sie den Requisitionen der Intendanturen Folge zu leisten haben.

3. Alle auf das Baugeschäft selbst Bezug habende Requisitionen, Anweisungen, Erlasse der nach den höheren Bestimmungen demselben zu Grunde zu legenden Festsetzungen und Anordnungen, sie mögen nun Unterhaltung des Bestehenden, Neubauten und außergewöhnliche Anträge betreffen, ergehen, nachdem wegen Neubauten die Vereinigung mit der Reg., und für die Ingenieur-Offiziere, nach dem §. 34., die Anweisung durch die Dienstbehörde vorangegangen ist, von der Intendantur, als der das Geschäft besorgenden Provinzialbehörde, direkt an die Baubeamten gehören die Requisitionen zu Bau-Aufnahmen, zum Entwurf von Bau-Plänen, zu Veranschlagungen zur Bau-Ausführung selbst, zu gemeinschaftl. Revisions- und

9) Desfallsige Benachrichtigung der Regierungen von Seiten der Intendanten gegen es hinsichtlich der den Ingenieur-Offizieren zu ertheilenden Aufträge abschriftlichen Mittheilung an die Festungs-Inspektoren nicht bedarf.

§. 37. Von denjenigen Requisitionen und Aufträgen an die Distrikts- durch welche Neubauten oder größere bauliche Einrichtungen eingeleitet werden haben die Intendanturen, außer der nach §. 35. vorangegangenen Einigung, den Reg. noch Abschrift mitzutheilen.

An den Festungs-Inspektor bedarf es, in den analogen Fällen, solch Mittheilung Seitens der Intendantur nicht, da demselben vom Allgemeinen Krieg gleichzeitig die nöthigen Mittheilungen gemacht werden, wenn das Militär Depart. an die Intendantur verfügt.

10) Verhältniß des ausführenden Baumeisters zu den Intendanturen und Verwaltungen.

§. 38. Die direkte Kommunikation der Intendantur mit dem Baumeister hauptsächlich auf die von ihr ausgehende Anordnung und Feststellung der hiernach einzuleitende spezielle Betrieb des Baugeschäfts dagegen bleibt Beziehung dem Baumeister allein, und in administrativer Hinsicht, namentlich der zu beachtenden örtlichen Verhältnisse, der den inneren Räumen zu gebenden, der Wahl der Ausführungsart, der Aufnahme und Abschließung der Verträge und Kontrakte etc., der gemeinschaftlichen Erörterung und Vereinigung des Baues der Lokalbehörde vorbehalten. Beide stehen zu einander in einem gegenseitigen Verhältnisse. (§§. 8, 12., 15., 24., 26.)

11) Verhältniß zu den Truppentheilen, Militär-Befehlshabern, Militär-Medizinal-Beamten.

§. 39. Mit den Truppentheilen, Militär-Befehlshabern, Militär-Medizinal-Beamten die ausführenden Baumeister in seinem direkten Amts-Verhältnisse, indem Baugeschäft Bezug habende Anträge und Requisitionen bei der administrativen Behörde sich vereinigen, und durch sie ihren Gang nehmen. (§. 23.)

12) Sie müssen aber bei vorzunehmenden Lokal-Beschäftigungen etc. die resp. Lokal-Verwaltungen zuvor davon in Kenntniß setzen.

§. 40. Sowohl die Ingenieur-Offiziere, als die Distrikts-Baubeamten, wenn sie in einem von einem Truppentheile benutzten Gebäude Beschäftigungen, Reparaturen, oder bauliche Ausführungen vornehmen wollen, davon zuvor den Kommandanten des Truppentheils im Orte, sowie die betreffende Lokal-Verwaltung in Kenntniß zu setzen, damit etwaige Hindernisse beseitigt, und die auf den Gebäuden Bezug habenden Aufklärungen gegeben werden können.

Bei einmal eingeleiteten Bauten ist jedoch eine jedesmalige derartige Benachrichtigung des ausführenden oder inspicirenden Baumeisters nicht mehr erforderlich.

13) Verhältniß zu den Kasernen-Selbstbewirtschaftungen der Truppen.

§. 41. Zu den Selbstbewirtschaftungen der Truppen treten die Gebäude (ähnlicher Art wie zu den Lokal-Verwaltungen) in ein näheres und direktes Verhältniß, neben der Ausführung der größeren, dem Selbstbewirtschaftungs-Verwaltung zur Last fallenden Bauten, bei den kleineren, auf Kosten dieses Fonds zu Reparaturen, dem Truppentheile mit Rath und That an die Hand zu geben, gewissen Zeitabschnitten die Annahme zu besorgen haben.

14) Revision der Gebäude durch den Baumeister und Fürsorge desselben für die ihrer angemessenen Instandhaltung.

§. 42. Der Baumeister muß, so oft als möglich, alle diejenigen schon vorhandenen Gebäude und Baugesegenstände revidiren, welche sich in seinem Geschäftsbereich befinden, hat er jedoch seinen Sitz nicht im Orte, so ist diese Revision auf den Veranlassung Seitens einmal in jedem Jahre, vorzunehmen.

Ueberhaupt aber muß er seinerseits, durch entsprechende Anträge bei den Verwaltungsbehörden dafür sorgen, daß nichts versäumt werde, um die Gebäude in gutem Stande zu erhalten, und pflichtmäßig mit der Lokal-Verw. darauf bedacht zu sein, daß durch Unterlassung kleiner, leicht zu bewerkstellender Instandsetzungen größere Reparaturen entstehen. Wo es zulässig ist, können diese technischen Revisionen jährlichen Lokal-Revisionen der Intendanturbeamten verbunden werden.

15) Kontrolle über die ausgeführten Reparaturen und Feststellung der dabei verbrauchten Kosten.

§. 43. Er kontrollirt bei dieser Gelegenheit die kleineren Reparaturen, der Wohnung sind, revidirt in technischer Beziehung, wo möglich an Ort und Stelle, von den Verwaltungsbehörden und Truppentheilen mit dem Atteste der gutmüthigen Ausführung versehenen Rechnungen der Handwerker, setzt selbige, wo es nöthig ist, auch in den Preisen fest, und nimmt überhaupt diejenigen Geschäfte nach den speziellen Bestimmungen im Titel II. und III., zur Stelle wahrzunehmen.

1) Vorschläge über die zweckmäßige Ausführung der veranschlagten Neubauten und Reparaturen.

§. 44. Den Anschlägen zu den in seinem Bereiche vorkommenden Neubauten und Reparaturen fügt der betr. Distrikts-Baubeamte, oder Ingenieur-Offizier, seine mit den Verwaltungs-Verwaltungen berathenen Vorschläge über die vorthelhafteste und zweckmäßigste Art Bau-Ausführung bei. (§. 20)

17) Verhältniß des Garnison-Bau-Direktors:

- a) als technischer Consulent der Intendantur;
- b) als ausführender oder beaufsichtigender Baumeister.

§. 45. Die Stellung des als Garnison-Bau-Direktor angestellten Ingenieur-Offiziers ist eine zweifache:

- a) als technischer Consulent der Intendantur;
- b) als ausführender oder beaufsichtigender Baumeister.

Derselbe tritt von da ab, wo ihm, in letzterer Eigenschaft, Auftrag zu einem dauernden oder vorübergehenden Baugeschäft ertheilt ist, zu dem Festungs-Inspeskteur, zu der Intendantur und zu der administrativen Lokalbehörde in dasjenige direkte Verhältniß, wie es bei Bau-Ausführungen der Art überhaupt festgestellt ist, und aus der desfalls für die betreffenden Behörden vorgeschriebenen Wirksamkeit folgt.

In der Stellung als technischer Consulent gleicht derselbe, auf die ihm von dem General-Commando und der Intendantur vorgelegten Bau Sachen, das geforderte Sachverständigen Gutachten ab, oder hält, in sofern dies verlangt wird, dem General-Commando, in Anwesenheit des Intendanten oder dessen Stellvertreters, darüber Vortrag. Die Intendantur ist auch sonst befugt, in Angelegenheiten des Bau-Resorts überhaupt, das Gutachten des Garnison-Bau-Direktors zu erfordern, um davon geeigneten dienstlichen Gebrauch zu machen.

Befugniß desselben hinsichtlich der Revision der ihm vorgelegten Kosten-Anschläge.

§. 46. Der Garnison-Bau-Direktor kann Bau-Anschläge, welche von einem, oder ein gewisses Bau-Geschäft zugetheilten jüngeren Ingenieur-Offiziere oder Baumeister, oder von einem Werkmeister gefertigt werden, förmlich revidiren und feststellen. (§. 215.)

Wenn ihm dagegen Seitens der Intendantur Bau-Anschläge von Platz-Ingenieuren oder Distrikts-Baubeamten zur gutachtlichen Aeußerung vorgelegt werden, so ist er nicht befugt, darin Abänderungen oder Feststellungen vorzunehmen; er hat vielmehr sein Gutachten auf einem besonderen Anschlage beizufügen.

19) Theilnahme desselben an den Lokal-Revisionen.

§. 47. Bei den jährlichen Lokal-Revisionen der Militär-Gebäude wird der Garnison-Bau-Direktor, in seiner Eigenschaft als ausführender Baumeister, und demnach auch so weit zugezogen, als die betr. Gebäude unter seiner Aufsicht und nicht unter den Aufsicht der Ingenieure oder der Distrikts-Baubeamten stehen. Deshalb dürfen auch Garnison-Bau-Direktoren, zu Lokalbesichtigungen außerhalb des ihnen speziell zugewiesenen Baubezirkes, nur in Folge besonderer Aufträge, in einzelnen Fällen stattfinden.

Auf welchem Wege dem Garnison-Bau-Direktor allgemeine Verordnungen und Bestimmungen zugehen sollen.

§. 48. Die allgem. Verordnungen und Bestimmungen, welche den Ingenieur-Offizieren durch die höheren Instanzen ihres Corps mitgetheilt werden, erhält der Garnison-Bau-Direktor durch den Festungs-Inspeskteur; jedoch wird auch die Intendantur ihm die Befugniß auf das Garnisonbaurewesen bei ihr eingehenden, allgem. Vorschriften und Bestimmungen zur Kenntnißnahme mittheilen.

D. Wirkungskreis und Pflichten der technischen Revisions-Instanzen.

1) Der Regierungsbauräthe.

§. 49. Die verfassungsmäßige Einwirkung der Regierungsbauräthe erstreckt sich auf das Garnisonbaurewesen, in soweit dabei die Distrikts-Baubeamten konkurriren; jedoch treten sie dadurch zu den Intendanturen in kein direktes Verhältniß, sondern die erforderliche Kommunikation geschieht zwischen den beiderseitigen Provinzialbehörden, der Regierung und der Intendantur.

In Beziehung auf die Prüfung der Bau-Revisions-Protokolle und der Bau-Abnahme-Atteste.

§. 50. Der Bestimmung gemäß werden die, durch Distrikts-Baubeamten aufgestellten Bau-Revisions-Protokolle, oder ausgestellten Bau-Abnahme-Atteste, von den Regierungsbauräthen durchgesehen und festgestellt. Zu diesem Behuf werden daher die Protokolle oder Atteste, welche sich auf Garnisonbauten beziehen, von der Intendantur an die Reg. vorgelegt.

3) Hinsichtlich der Zugelung bei den Lokal-Revisionen.

§. 51. Die Lokal-Revisionen der Garnisongebäude, so weit sie den Regierungsbauräthen

- 1) bei der Reparatur eine wesentlich veränderte, auf die Benutzung durch die Truppen einfluß habende Einrichtung des Gebäudes eintritt, oder zu wünschen,
- 2) wenn die Ausführung durch Militär-Handwerker in Antrag zu bringen ist;
- 3) wenn die Leitung eines Neubaus oder einer größeren Reparatur von dem Bau-Direktor selbst übernommen wird;
- 4) wenn besondere Umstände, z. B. auf Veranlassung der Geschäfts-Berichte u., Vortrag erforderlich machen;

besonders aber muß

- 5) von jedem Neubau das Projekt dem K. Gen.-Kommando zur Zustimmung vorgelegt werden (§. 14.), indem es zu dessen Fürsorge gehört (§. 2.), einerseits das Interesse der Truppen, hinsichtlich einer entsprechenden Befriedigung der normalen Bedürfnisse, wahrzunehmen, andererseits aber auch überzulebenden oder den Vorschriften nicht vereinbaren Anforderungen der Truppen wirksam entgegenzutreten.

3) Formirung der Bau-Anträge bei dem Kriegs-Ministerium.

§. 63. Behufs der vorbereitenden Prüfung und resp. weiteren Veranlassung: demnächst entweder der kommandirende General seine Anträge an das Mil. Dep. oder überläßt dies der Intendantur.

In beiden Fällen müssen diese Anträge, zur Vermeidung von Rückfragen, vollständig begründete Gutachten der Intendantur, insbesondere auch über die wirkliche Nothwendigkeit des Baues, enthalten.

4) Vorläufige Entscheidung des Ministeriums.

§. 64. Auf dergl. einzelne Anträge wird die Genehmigung zur Ausführung von Bauten noch nicht ertheilt, sondern das Min. entscheidet vorläufig darüber nur in dem Maße, als es die weitere Behandlung des Bau-Projekts erfordert.

5) Spezielle Ausarbeitung des Bau-Projekts und Veranschlagung der Kosten.

§. 65. Diese Entscheidungen gehen an die Intendantur, welche darüber dem Kommando Vortrag hält und, im Falle des Einverständnisses des Mil. Dep. die vollständige Ausarbeitung des Bau-Projekts und die förmliche Veranschlagung leitet.

6) Einverständnis des betreffenden Truppentheils und der Lokal-Verwaltung.

§. 66. Sobald das Bau-Projekt und der Kosten-Anschlag vollständig beworben, haben der dabei zugezogene Vorstand des Truppentheils u. und die Lokale, in deren Verwaltung das Gebäude übergeht, die Entwurfs-Zeichnung und den Erläuterungs-Bericht, zum Zeichen des Einverständnisses, mit zu unterschreiben (§§. 23. u. 24.).

Wenn jedoch bei Baugesegenständen geringeren Umfangs kein besonderer Erläuterungs-Bericht gefertigt, vielmehr die nöthigen Aufklärungen in den Kosten-Anschlag aufgenommen werden, so ist dieser letztere von den erwähnten theilhaftigen Behörden zu unterzeichnen.

In dem Erläuterungs-Ber., oder, wenn es eines solchen nicht bedarf, in dem Kosten-Anschlage selbst, finden zugleich auch diejenigen Vorschläge ihre Stelle, welche sich aus der gemeinsamen Verathung des Baumeisters und der Lokal-Verm. über die zu wählendste Art der Bauausführung ergeben haben. (§§. 26. u. 44.)

7) Vorprüfung der Anschläge in technischer Hinsicht, Feststellung derselben in ead.

§. 67. Den von dem Baumeister direkt eingereichten Entwurf nebst Erläuterungs-Ber. und Anschlag sendet die Intendantur, nach geschehener Durchsicht, mit ihren Bemerkungen und der hierüber nach Umständen noch eingeforderten Äußerung des Baumeisters begleitet, resp. an den Festungs-Inspekteur oder an die Reg. (§. 59.), und empfängt von diesen mit den Revisions-Attesten und Bemerkungen zurück, um demnächst die förmliche Revision des Anschlages vollziehen zu lassen.

Anmerk. Bei dieser Revision ist der Gebrauch der rothen Dinte zu vermeiden, die letzteren nach der bestehenden Observanz, nur die superrevidirende Behörde sich bedient.

8) Nochmalige Vorlegung des Bauplanes beim General-Kommando und Einsetzung der Super-Revision.

§. 68. Die Intendantur legt sodann den Bauplan (in den in §. 62 bezeichneten Fällen) nochmals dem Gen.-Kommando vor, und reicht denselben, im Falle des Einverständnisses, nebst dem Erläuterungs-Ber. und Kosten-Anschlage, — letzteren unter Beifügung des schriftlichen Anerkennnisses der Nothwendigkeit des Baues (§. 11.), dem Mil. Dep. ein, welches auch seinerseits das Projekt in Beziehung auf den Zweck und den Kostenpunkt prüft und endlich in den bestimmungsmäßig dazu geeigneten Fällen (§. 53.) die Superrevision der Bearbeitungen vermittelt. (§. 7.)

alte Projekt und der Erläuterungs-Ver. werden demnächst dem Anschläge, Revision eingereicht wird, wiederum beigelegt.
Intendantur hat, bei Einleitung dieser Vorarbeiten, mit dem Baumeister das beachtende Verfahren zu verabreden.

Jährliche Genehmigung der Bauten und Uebersetzung der Geldmittel.

Die nunmehr erfolgende Superrevision und Feststellung der Anschläge, und g des Einverständnisses des Kr. Min. mit diesen Ausarbeitungen, geben jedoch nicht die Gewißheit, daß und wann der Bau zur Ausführung kommen werde. Der wird vielmehr eine ausdrückliche Genehmigung nothwendig, welche das so nicht Gefahr im Verzuge ist, nur alljährl., nach Vergleichung des zum be- termin angemeldeten Gesamtbedürfnisses mit den disponiblen Mitteln und be der letztern, den Gen.-Kommando's bekannt macht, worauf das Mil. Def. Intendanturen die erforderlichen Baugelder zur Disposition stellt.

1) Weitere Veranlassung nach erfolgter Genehmigung des Baues.

Wenn die Ausführung eines Baues in der Ministerial-Instanz genehmigt gestellte Kosten-Anschlag vor- oder nachher zurückgegeben ist, so macht die In- m Gen.-Kommando darüber Vortrag, dem Baumeister und der Lokalbehörde guete Eröffnung, damit nach Maßgabe des im Erläuterungs-Ver. vorge- schla- nunmehr genehmigten Bau-Modus ressortmäßig eingeschritten wird. Sie in- die Lokal-Verw. wegen Bildung der Baufasse; sie schickt den remittirten Ent- schlag dem Baumeister zur Einsicht zu, um von den bei der Superrevision nderungen oder Berichtigungen zu seiner Beachtung Notiz zu nehmen, und rchzeitig eine beglaubigte Abschrift des Kosten-Anschlages zu seinem Gebrauch rlig. desselben der mit der Rechnungslegung beauftragten Lokal-Verw. behän- muß.

Aufbewahrung der Original-Anschläge.

Administrative Lokalbehörde sowohl, als der Baumeister bleiben für die sorg- wahrung dieser Anschlag-Exempl., und namentlich auch dafür verantwortlich, alt derselben nicht vor eintretender Verbindung der einzelnen Lieferungen und r Kenntniß der Unternehmer oder Werkmeister gelange.

Nachrichtigung des Festungs-Inspeteurs oder des Reglerungs-Bauraths.

Der Festungs-Inspeteur oder resp. der Reg-Baurath erhalten von der er- schmauna des Baues und dem versüaten Bealnn der Ausführung in dem 6.37.

Diesem Offizier ist auf sein Verlangen die Einsicht der Bauzeichnung zu gest. auch hat derselbe die Befugniß, Mängel, welche er im Fortgange des Baues, hinsichtlich der innern Eintheilung und Einrichtung des Gebäudes, wahrzunehmen glaubt, zur E. zu bringen und event. seinen Kommandeur davon in Kenntniß zu setzen,

15) Desgleichen durch einen Beamten der betreffenden Verwaltungsbehörde.

§. 75. Ist der Bau für ein sonstiges Militär-Institut, für eine Lazareth- u. Magazin-Berm. u. s. w. bestimmt, so tritt an die Stelle des obengedachten Offiziers ein Mitglied der betr. Behörde, in soweit diese Behörde nicht zugleich den administrativen Theil der Bauausführung hat, also schon in dieser Eigenschaft beim Bau konsultirt.

16) Anzeige von der Vollendung des Baues, — Abnahme und Uebergabe desselben.

§. 76. Von der Vollendung des Baues haben bei Neubauten oder größeren Bauten die ausführenden Organe ungeräumt der Intendantur Anzeige zu machen, diese eben sowohl von dem Termin, wo das Gebäude in Benutzung treten kann, richtet sei, als auch ihrerseits zur baldigen und vollständigen Abnahme und Uebergabe zur Beschleunigung der Rechnungslegung, so wie zur Einziehung der Bestände der Kasse und resp. zum Verkauf der übrig gebliebenen Baumaterialien, oder zur Veräußerung darüber, nach den im zweiten Tit. enthaltenen Vorschriften mitwirken können.

Anmerkung. Als zusätzliche speziellere Vorschriften zum vorstehenden Ersten in Bezug

A. auf die Unterhaltung der Gebäude in der Substanz;

B. auf Neubaue, Umbaue, Reetablissemens etc., und zwar in Betreff

I. der Beschränkung des Bedürfnisses;

II. der ersten Erwägung der Bau-Anträge und Projekte;

III. der Verantwortlichkeit der Intendanturen;

IV. des Ganges der Bau-Anträge in der Vorbereitung, und

V. der Entscheidung über den alljährl. Nachweis des Bedarfs sind in dieser Geschäfts-Ordn. am Schluß die Bestimmungen

Min. v. 18. Febr. 1838 angehängt worden.

Zweiter Titel

Spezielle Vorschriften für die Einleitung und Ausführung großer Reparatur- und Neubauten.

I. Allgemeine administrative und technische Gesichtspunkte

1) Auswahl der Baustelle überhaupt. Grundstücks-Erwerbung.

§. 77. Wenn die Nothwendigkeit eines Neubaus anerkannt ist, so kommt nächst darauf an, das zur Erreichung des Zwecks erforderliche Raumbedürfniß festzustellen, um sodann eine geeignete Baustelle zu ermitteln.

Kann zur Baustelle nicht ein dem Staate schon gehöriges Grundstück erworben werden, und muß man daher zum Ankauf schreiten, so sind die dazu nöthigen Kosten dem Bau-Anschlag mit aufzunehmen.

2) Auf welche Eigenschaften dabei hauptsächlich zu sehen ist. Anfertigung des Situations-Planes. Sorgfältige Untersuchung des Baugrundes.

§. 78. Nächst dem, daß die Baustelle den gehörigen Raum zur Erbauung des zu dem gegebenen Zwecke entsprechenden Gebäudes gewähre, muß dieselbe auch eine gesunde und zugängliche, dabei dem Hochwasser oder dem ansteigenden Grundwasser nicht ausgesetzte Lage, auch, wo möglich, einen guten Baugrund haben, um nicht durch kostbare Fundament-Anlagen den Bau ohne Noth zu vertheuern.

Die einzureichenden Situations-Pläne müssen daher auch die nächsten Umgebungen des Bauplazes und die Breite der anjehenden Straßen darstellen, auch die Höhenlage durch Einzeichnung der Nordlinie, und die Höhenlage des vorhandenen Baugrundes gegen die verschiedenen Wasserstände durch einzutragende Nivellements-Zahlen angegeben sein. Der Ausarbeitung des Bau-Projektes muß eine sorgfältige Untersuchung des Baugrundes vorangehen. In der dem Anschläge beigefügten Bau-Aufnahme- und Untersuchungs-Bericht ist ausdrücklich zu bemerken, daß und auf welche Weise der Baugrund untersucht, und von welcher Beschaffenheit derselbe befunden worden ist. Auch die Gründe für die im Anschläge angenommene Fundamentirung näher zu erläutern, und die Zweckmäßigkeit des beabsichtigten Verfahrens darzulegen.

(Conf. E. Verf. des Min. des J. für G. u. G. Ang. v. 27. April 1832.)

Verf. des Allg. R. Depart. v. 31. Mai 1832.)

*) Vergl. oben Abschn. I., Kap. I., Tit. II., Unter-Abth. II., sub I., S. 252.

bei der Grundstücke für Wohngebäude, insbesondere feuersthere Lage der Gebäude.

§. 79. Bei solchen Gebäuden, welche zur Bewohnung bestimmt sind, ist außerdem Wahl des Grundstücks auch auf die Anlage von Brunnen zur Gewährung des Trinkwassers, nach Umständen auch auf Errichtung eigener Oekonomie-Gebäude insbesondere auch darauf Rücksicht zu nehmen, daß die Latrinen eine Lage und Einrichtung erhalten, die den sanitätspolizeilichen Vorschriften entspricht.

Ferner sind die Verhältnisse zu den nachbarlichen Grundstücken, so wie die feuersthere Lage zu beachten, zumal bei solchen Gebäuden, welche zu Aufbewahrungs-Gelassen sind.

Gemeinschaftliche Berathung über das Raumbedürfnis und über die Auswahl des Bauplatzes.

§. 80. Der mit der Ausarbeitung des Bau-Projektes beauftragte Baumeister tritt, ein ihm Seitens der Intendantur die allgemeinen Grundzüge und näheren data submitted worden sind, mit der Lokal-Verwaltung und dem Kommandeur des Truppentheils, dem Vorstande der Behörde, welcher das Gebäude zur Benutzung überwiesen werden kommen, um zunächst das Raumbedürfnis, nach Maßgabe der Vorschriften, so wie Auswahl des Bauplatzes, gemeinschaftlich zu berathen und darüber ein Protokoll aufzunehmen, welches dem Bau-Projekte als Grundlage beizufügen ist.

Entscheidung in höherer Instanz bei vorkommenden Meinungs-Verschiedenheiten.

§. 81. Bei nicht zu beilegender Verschiedenheit der Meinungen werden die Differenzen mit in das Protokoll aufgenommen und zur Entscheidung in höherer Instanz verwiesen.

6) Weitere Vorbereitung des Bau-Projektes.

§. 82. Nach herbeigeführter Uebereinstimmung der Ansichten über die dem Gebäude zu gebende Einrichtung und nach sorgfamer Erwägung aller dabei in Betracht tretender Verhältnisse, wird nach Anweisung dessen, was darüber in den §§. 61 und 62 gesagt worden, zur Ausarbeitung des Bau-Projektes und des Kosten-Anschlages geschritten.

Verfahren bei baulicher Umänderung oder Einrichtung vorhandener Gebäude.

§. 83. In ähnlicher Art wird verfahren, wenn es sich um den Einrichtungs-Bau an schon vorhandenen Gebäuden handelt, welches zur Benutzung für einen bestimmten Zweck ausgebaut und hergestellt werden soll.

Auch werden alle baulichen Einrichtungen und Reparaturen, durch welche der Zweck der vorhandenen Bau-Anlage wesentlich verändert wird (Substanz-Veränderung), als zur Kategorie der Neubauten gerechnet.

Zustimmung der Orts- oder Kreis-Polizeibehörde in baupolizeilicher Beziehung.

§. 84. Wenn ein Neubau, Umbau oder Erweiterungsbau zc. beabsichtigt wird, und nicht zugleich Befestigungs-Anlagen, oder Militair-Gebäude auf eigentlichem Terrain betrifft, so muß der Orts- oder Kreis-Polizeibehörde davon Mittheilung und die Zustimmung derselben, in baupolizeilicher Hinsicht, eingeholt werden, bevor Ausführung geschritten werden darf.

Dieser Mittheilung und Zustimmung ungeachtet, welche zunächst das Alignement, Befestigungs-Anlagen und andere baupolizeiliche Interessen zum Gegenstande hat, sind die k. Baubeamten und die Administrations-Behörden für den Bau, dessen Ausführung in ihre Hand gelegt ist, schon von Amtswegen zur Wahrnehmung der baupolizeilichen Vorschriften verbunden.

Zustimmung der Kommandantur bei baulichen Anlagen in Festungen. Beobachtung des Patron-Gesetzes.

§. 85. Bei baulichen Anlagen in Festungen kommt auch das Interesse der Fortifikation und der Festungs-Vertheidigung in Betracht, und es ist daher die Zustimmung der Kommandantur und resp. der Fortifikation erforderlich, auch, nach Befinden der Umstände, die nöthige Kommunikation mit dem Festungs-Inspekteur, der davon höhern Orts weitere Anweisung erhält, anzuknüpfen.

Ueber das Verfahren bei baulichen Anlagen, oder sonstigen Veränderungen der Erde innerhalb der nächsten Umgebungen der Festungen, sind in dem Allerh. vollzogenen Patron-Regulativ de dato Berlin, d. 10. Sept. 1828¹⁾ die nöthigen Bestimmungen enthalten.

Was bei Einrichtung landesherrlicher Schlösser zu Militair-Zwecken zc. zu beachten Bestimmungen über die Erhaltung öffentlicher Gebäude und über die Erhaltung der Bau-Denkmale und Ruinen.

§. 86. Wenn landesherrliche Schlösser zur Kasernirung und anderen öffentlichen

¹⁾ Vergl. unten.

Zwecken, mit Allerh. Genehmigung benutzt und ausgebaut werden, so soll das Ansehen dieser Schlösser, zum geschichtlichen Andenken, stets unverändert gelassen werden, denn, daß die neue Bestimmung des Gebäudes, ohne Veränderung seines Aeußeren, erreicht werden könnte, in welchem Falle die begründenden Umstände, zur Einholung Allerh. Genehmigung, angezeigt werden sollen.

Ueberhaupt soll, bei jeder wesentlichen Veränderung in öffentlichen Gebäuden, Denkmälern, diejenige Staatsbehörde, welche solche vorzunehmen beabsichtigt, darüber vor mit der Ober-Bau-Deput. in Berathung treten, und, wenn Zweifel obwalten, Herbeiführung der Allerh. Entscheidung, Bericht erstattet werden.

Durch die Allerh. R. D. v. 28. Jan. 1835 ist jedoch diese Bestimmung dahin modificirt worden, daß es bei Umänderung derjenigen Gebäude, welche dem Kriegs-Min. Festungen überwiesen sind, der Konkurrenz der Ober-Bau-Deput. nicht weiter bedarf. Kr. Min. dabei vielmehr nur den Zweck, zu welchem die Gebäude bestimmt sind, zu berücksichtigen hat.

Dagegen ist, mittelst Allerh. R. D. v. 7. März 1835 dem Min. der G., U. u. Ang. die Sorge für die Conservation der Bau-Denkmale und Ruinen im Allgemeinen übertragen, und dadurch das Ressort zur Erhaltung solcher Staats-Gebäude, die zu öffentlichen Zwecken mehr nutzbar, in Beziehung auf vaterländische Geschichte und Kunst wichtig sind, näher bestimmt worden. Seine Maj. wollen aber, in den vorkommenden Fällen, die Nothwendigkeit der darauf zu verwendenden Kosten beurtheilen, und die fälligen einzelnen Anträge erwarten.

Wenn demnach bei Umänderung der Gebäude in Festungen einerseits der Zweck, zu welchem sie bestimmt sind, zu berücksichtigen und entscheidend ist, so erscheint damit wohl auch die Sorge für die Conservation der Bau-Denkmale und Ruinen, in Bezug auf Kunst und Geschichte, an sich sehr wohl vereinbar.

11) Farbe der Militair-Gebäude.

§. 87. Zu der äußeren Abfärbung der Militair-Gebäude ist eine helle Sandfarbe zu wählen, welche jedoch, zufolge Allerh. Bestimmung, in der Regel lichtgelb gehalten werden soll.

Nur in Festungen, wenn es darauf ankommt, dergleichen Gebäude dem feindlichen Auge zu entziehen, ist die Anwendung einer mehr ins Graue fallenden Sandfarbe gestattet.

Diese Bestimmung ist jedoch selbstredend nicht auf diejenigen Gebäude zu beziehen, bei welchen die Mauerflächen ohne Abputz bleiben, und das Haupt-Material sichtbar bleibt.

12) Besondere Berücksichtigung der Solidität der Gebäude.

§. 88. So wie einerseits bei den Militair-Gebäuden alles Ueberflüssige zu vermeiden ist, so ist es andererseits Zweck, daß die für Rechnung des Staates errichteten Bauten größtmöglichen Grad von Solidität erhalten, damit sie ihrer Bestimmung entsprechen, in der laufenden Unterhaltung nicht zu kostbar ausfallen, und überhaupt allen Anforderungen und Erwartungen Genüge leisten. Im Allgemeinen wird in dieser Beziehung die Wahrnehmung der günstigen Bauzeit und die Beobachtung einer angemessenen Reihenfolge der einzelnen Bau-Arbeiten empfohlen, zugleich aber ernstlich vor Uebereilung gewarnt, die dem neuen Gebäude nicht selten schon bei seiner Entwerfung den Keim der Verderbnis mittheilt, und daher niemals ohne dringende Noth geändert werden darf.

13) Nähere Andeutungen darüber.

§. 89. Es ist jedoch hier nicht der Ort, aller Regeln zu gedenken, welche die Praxis, zur Erreichung eines günstigen Erfolges an die Hand giebt; vielmehr wird das Bewußtsein, der Umst. und Pflichttreue der verantwortlichen Baumeister dahin zu lenken, daß sie die ihnen übertragenen Bauarbeiten, unter Beobachtung einer verständigen Oekonomie, kunstgerecht und solide ausführen, dabei nur die besten und geeignetsten Materialien anzunehmen, und überhaupt die den jedesmaligen Umständen entsprechendsten Maßregeln, zur möglichst vollständigen Erreichung des Zweckes, zu ergreifen wissen werden.

II. Vom Verdinge der Bauten, Licitations- und Submissions-Verfahren.

1) Bezeichnung der verschiedenen Wege der Ausführung.

§. 90. Die Ausführung eines Bauwerkes kann auf verschiedene Weise geschehen:

a) allein auf Rechnung,

b) im Wege der Entreprise,

oder

c) auf Rechnung, unter Verdingung einzelner Lieferungen und Arbeiten.

Bei der Ausführung in Entreprise ist demnach das Licitations- oder Submissions-Verfahren und der Auford. aus freier Hand zu unterscheiden, so wie ferner, ob die

des ganzen Bauwerks eine General-Entreprise statt findet, oder ob die dabei den Arbeiten nach den verschiedenen Handwerksgewerken mit einzelnen Werkl- oder ausschließlich der erforderlichen Materialien, verbunden werden.

2) Auswahl des einen oder des anderen Weges.

Dem Staats-Interesse liegt wesentlich daran, daß für die bewilligten Bau- n tüchtige und dauerhafte Gebäude hergestellt werden, und es bleibt daher eine Pflicht, der Verwaltungs-Behörden sowohl, als der Baumeister, bei der Wahl der der anderen Art der Ausführung eines Bauwerks, alles dasjenige in ziehen, was, nach Maßgabe der provinziellen und örtlichen Verhältnisse und t auf die jedesmal bestehenden Conjunctionen, dem Staats-Interesse am förder- um hiernach die erforderlichen Maßnahmen in jedem einzelnen Falle zu

3) Vorzugweise Anwendung des Licitations-Verfahrens.

Die zu schließenden Kontrakte sollen in der Regel auf ein vorhergegangenes Verfahren gegründet sein. Indessen sind Ausnahmen, welche durch die Natur s gerechtfertigt werden, gestattet.

4) Modalitäten desselben.

Das Licitations-Verfahren bezieht sich entweder auf die Lieferung der Bau- allein, oder auf die Leistung der Bau-Arbeiten selbst, oder auch auf beide Die Licitation nach einzelnen Handwerksgewerken empfiehlt sich zunächst nur Vorhandensein mehrerer tüchtiger Werkmänner eine angemessene Konkurrenz ht, wogegen im andern Falle der Weg des freien Offerts den Vorzug verdient. Verhältnisse des Orts und der Gegend dienen dabei überhaupt zum maßgeben-

5) Lieferung der Baumaterialien insbesondere.

Die Lieferung der Haupt-Materialien, als: der Steine, des Kalks, des Bau- s wie der Anfuhr derselben, wird in der Regel an besondere Lieferanten ver-

lieferung der Neben-Materialien, so wie das Material zu den Schlosser-, streicher-Arbeiten u. wird dagegen — zur Vermeidung von Unterschleifen — paftesten an diejenigen Bau-Handwerker zu verdingen sein, welche die Arbeiten ren. (§. 127.)

6) Entnahme der Bauhölzer aus K. Forsten.

Das zu den öffentlichen Bauten erforderliche Holz soll, soweit die Umstände es id K. Forsten, gegen Entrichtung des vollen Werthes, entnommen werden. er der gemeinschaftlichen Ermägung der Administrations-Behörde und des vorbehalten, ob eine Abweichung von dieser Vorschrift, im Interesse des halts, nothwendig sein möchte. Ein solcher Fall tritt ein, wenn das Holz in en nicht in den erforderlichen Dimensionen vorhanden, oder wenn dasselbe echter ist, als das von Privat-Unternehmern, oder wenn es, bei gleicher Güte, s des Transportes doch theurer zu stehen kommt, als letzteres.

7) Verdingung der Bau-Arbeiten.

Wenn, außer der Materialien-Beschaffung, auch die Bau-Arbeiten selbst zum einer Licitation gemacht worden, so ist es rathsam, beide Gegenstände in einem Ausbietung zu bringen, damit Collisionen bei der Ausführung vermieden, die id die Leistung, besonders in Beziehung auf den Zeitpunkt und die Reihenfolge e, angemessen zusammengestellt, oder, nach Umständen, auch beide vereint an rnehmer überlassen werden können.

Ansetzung des Licitations-Termins. Auslegung der Bedingungen.

Der Termin der abzuhaltenden Submission oder Licitation wird, nach Maß- : Befanntmachung erforderlichen Zeitraumes, unter Rücksprache mit dem Bau- immt, der zugleich diejenigen Modalitäten und sonstigen technischen Bedin- ieht, welche bei der betr. Behörde, zur Einsicht der Unternehmungslustigen, rden müssen.

9) Weitere Verhandlung. Abschluß der Kontrakte.

Die Resultate der abgehaltenen Licitation, welcher der Baubeamte in der ilität beivohnt, werden der Intendantur, unter Einsendung der darüber auf- i Verhandlungen, zur Durchsicht und weiteren Bestimmung eingereicht, und, che dem K. Interesse angemessen finden, wird zur Abschließung des förmlichen geschritten.

10) Bestätigung der Bedingungen und Kontrakte.

Die dem Licitations- und Submissions-Verfahren zum Grunde liegenden a dienen für die mit den Bau-Unternehmern abzuschließenden Kontrakte

Bedingungen und Kontrakte unterliegen resp. der Genehmigung und Bestä-

tigung der Intendantur, wosern die letztere, in einzelnen Fällen, nicht die mit Kontrakt-Abschließung, auf Grund der vorher schon genehmigten Bedingungen, an Von den Erfordernissen der Bedingungen und Kontrakte wird weiter in Rede sein.

11) Verdingung der Bau-Arbeiten aus freier Hand.

§. 100. Wird nach Maßgabe der Lokalität, und nach dem pflichtmäßigen (der mit der Bau-Administration und Ausführung beauftragten Organe, unter Zustimmung der Intendantur, die Licitation der Bau-Arbeiten selbst nicht für zweckmäßig erachtet wird die Verdingung dieser Arbeiten aus freier Hand, auf dem im §. 86 bezeichneten unter vollständiger Erörterung des obwaltenden Sachverhältnisses, der Genehmigung resp. höheren Behörden anheimgestellt.

12) Ausführung der Bau-Arbeiten auf Rechnung oder in Tagelohn.

§. 101. Die Ausführung der Bau-Arbeiten auf Rechnung oder in Tagelohn nur in seltenen Fällen vorthellhaft und in der Regel nur da anzuwenden sein, Arbeiten ihrem Umfange, mithin auch den Kosten nach, im Voraus nicht gehörig und festgestellt werden können, wo ferner der Baumeister an Ort und Stelle ist, um die Arbeiten zu jeder Zeit genau kontrolliren zu können, oder wo gewisse einen solchen Grad von Kunstfertigkeit verlangen, daß sie einem einzelnen Baumeister im Wege des Auftrages, zur selbstständigeren Ausführung, nicht anzuvertrauen sein. Die desfallsigen Sachverhältnisse müssen aber ebenfalls stets ausführlich in der gedachten Erläuterungs-Ber. zu den betr. Kosten-Anschlägen, oder resp. in diesen selbst, auselander gesetzt werden.

III. Erfordernisse der Bau-Anschläge, Bedingungen und Kontrakte.

A. Anschläge.

1) Was der Anschlag enthalten soll.

§. 102. Der Bau-Anschlag soll eine vollständige Nachweisung und Berechnung zu einem Bauwerke erforderlichen Materialien sowohl, als auch des Arbeitslohn der etwaigen Nebenkosten enthalten, um danach die muthmaßlichen Kosten eines Werks möglichst genau übersehen zu können.

Der Anschlag wird durch den Baumeister nach den zu dem Bau-Projekt entworfenen Zeichnungen, ausgearbeitet.

2) Vollständigkeit der Anschläge.

§. 103. Es ist ernstlich darauf zu halten, daß die Anschläge zu baulichen und Einrichtungen etc. in allen ihren Theilen vollständig und wohl überlegt sind und nothwendige Gegenstände dabei nicht übersehen werden, damit Nachforderungen durch Anwendung gehöriger Sorgfalt zu vermeiden gewesen wären, nicht vorfallen. Die Behörden und Beamten, welche sich einer Vernachlässigung hierunter zu schuldig machen lassen, sollen, in Gemäßheit der Allerh. R. O. v. 11. Mai 1824¹⁾ zur Verantwortung gezogen werden.

3) Besonders in Beziehung auf die richtige Würdigung des Zweckes der Bau-Anlage im Verhältniß zu den Kosten.

§. 104. Die Beobachtung dieser Vorschriften ist um so mehr nöthig, als öfters auf die nachträglich liquidirten Mehrkosten gleich anfänglich Rücksicht genommen wäre, das ganze Projekt, wegen der damit verknüpften zu großen Kosten, verworfen gewesen sein, da solche zu dem Zwecke einer Bau-Anlage nicht selten in einem unangemessenen Verhältniß stehen.

4) Erforderniß der den Anschlägen beizufügenden Zeichnungen.

§. 105. Zur gründlichen Veranschlagung eines Bauwerkes sind vor allem genaue Zeichnungen erforderlich, welche das Gebäude nach seiner Gestalt und den Abmessungen in den einzelnen Theilen, richtig und klar darstellen. Gewöhnlich sind viele Grundrisse nöthig, als ein Gebäude Geschosse hat; nächstdem bleiben auch Profile, und bei künstlichen Verbindungen, oder wo die Deutlichkeit es sonst noch besondere Detail-Zeichnungen beizubringen.

Der Maßstab der Zeichnungen ist so zu wählen, daß darin die wesentlichen Theile nach Länge, Breite, Tiefe, Stärke, Höhe etc. in Zahlen eingetragen werden, was, des beizufügenden Maßstabes ungeachtet, niemals unterlassen werden darf. Die einzelnen Gebäude-Theile im Plane, durch charakterisirende Farben, zu bezeichnen.

5) Form der Bau-Anschläge. Uebersichtlichkeit derselben.

§. 106. Was die den Anschlägen zu gebende Form betrifft, so bleibt die Beschaffenheit des Baugesegenstandes zu abhängig, als daß, bei der Verschiedenheit der Bauten und der darauf einwirkenden Lokal-Verhältnisse, ein allgemein gültiges Formular dafür gegeben werden könnte. — Es wird vielmehr der Sachkenntniß und der

¹⁾ Vergl. unten Beilage C. zur Geschäfts-Ordnung.

weßers überlassen bleiben müssen, die Form und innere Eintheilung des Anschlages den Umständen jederzeit so zu wählen, daß dadurch eine klare Uebersicht der mittelst Veranschlagung darzulegenden Bedürfnisse, im Ganzen wie im Einzelnen, gewonnen, und dadurch erschwert werde.

6) Denselben beizufügende Materialien- und Spezial-Nachweisungen.

§. 107. Zu bemerken bleibt in dieser Beziehung nur, daß die Materialien-Berechnung und Spezial-Nachweisungen, woraus die Vordersätze des Anschlages hervorgehen, den in der Regel als besondere Beilagen beizufügen sind, damit der Anschlag selbst, Bezeichnung aller Abmessungen, nicht zu sehr überladen und die Uebersicht und dadurch erschwert werde.

7) Angabe der Mauerstärke und Berechnung des Materialien-Bedarfs.

§. 108. Bei der Berechnung des Materialien-Bedarfs ist, mit Rücksicht auf die vergebene Stärke des Mauerwerks und auf die Größe der Mauersteine, die bestehende zu beachten. (cf. Beilage Litt. D.)

8) Ausschließliche Anwendung der gesetzlichen Maße und Gewichte.

§. 109. In den Kosten-Anschlägen sollen keine andere Maße und Gewichte aufgeführt werden, als die durch die Maß- und Gewichts-Ordn. v. 16. Mai 1816 vorgeschriebenen. Hiernach sind auch die etwa aus dem Auslande zu entnehmenden Materialien zu messen, die ermittelten Quanta aber auf diejenigen Maße und Gewichte zurückzuführen, welchen die Materialien gewöhnlich verkauft werden.

9) Aufnahme der Kosten für die Bau-Aufsicht.

§. 110. Am Schlusse der Anschläge werden die Kosten für die Bau-Aufsicht, für Lohn, Zeichnen- und Schreib-Materialien, für Rendantur-Gebühren und andere Kosten unter dem Titel ad Extraordinaria aufgeführt.

Erfordernisse des beizufügenden Erläuterungs-Berichts. Belegungs- und Benutzungs-Plan.

§. 111. Dem Bau-Anschlage ist ein Erläuterungs-Ber. beizufügen (§§. 68 u. 69.), in welchem über das Bau-Projekt und über die Motive der ausgewählten Konstruktionsart die anzumwendenden Materialien und ihren Beschaffungs-Modus näher auszuführen, auch zugleich die gehörig begründeten Vorschläge über die Art und Weise der Ausführung des Baues enthält. Wo, nach den Bestimmungen im §. 66., ein besonderer Erläuterungs-Bericht nicht erforderlich ist, werden diese data in den Anschlag selbst aufgeführt.

Ferner ist dem Kosten-Anschlage der Belegungs- oder spezielle Benutzungs-Plan des Baues beizufügen, von welchem die betr. Lokal-Verw. eine Kopie erhält.

11) Erfordernisse der Nach-Anschläge.

§. 112. Wenn während eines Baues besondere nicht vorherzusehende Umstände eintreten, in deren Folge das Bau-Projekt dergestalt modificirt werden muß, daß dadurch die Ausführung der Kosten unausbleiblich nothwendig wird, so müssen dergleichen Fälle, in denen ein Verzug, wo möglich noch vor, event. aber wenigstens unbedingt noch während der Ausführung, mittelst besonderer Nach-Anschläge — bei denen im Allgemeinen die gleichen Formen, wie bei den Anschlägen selbst, zu beobachten sind — zur Sprache kommen und gehörig begründet werden, um übersehen zu können, ob, wegen Unzulänglichkeit des ersten Anschlages, eine Vertretungs-Verbindlichkeit statt findet. Ohne einen höheren Orts genehmigten, Nach-Anschlag, oder resp. ohne spezielle höhere Genehmigung, darf eine Abweichung von dem Anschlage, oder eine Ueberschreitung desselben unter keinen Umständen eintreten. — Ist die höhere Genehmigung aber ertheilt, so darf der Bau mit Ueberschreitung des Anschlages ausgeführt, gleichviel, ob letztere auf Nach-Anschlägen beruht, oder nicht, so werden die Mehrkosten, auf dem in den §§. 174 und 175 vorgeschriebenen Wege, in dem gewöhnlichen Bau-Revisions-Modell mit nachgewiesen, indem, nach Beendigung eines Baues, eine abgesonderte Aufnahme selbstständiger Nach-Anschläge oder Revisions-Anschläge nicht weiter erforderlich ist.

12) Revision der Nachanschlüsse.

§. 113. In allen Fällen, wo der Haupt-Anschlag über einen Neubau oder Reparatur der Revision der oberen technischen Baubehörde unterworfen gewesen, muß auch der in Verbindung stehende Nach-Anschlag von derselben revidirt werden. Ist der Haupt-Anschlag von derselben nicht revidirt, der Betrag des Haupt-Anschlages und des Nach-Anschlages zusammen genommen aber so bedeutend, daß die Revision durch die technische Behörde bestimmungsmäßig erforderlich ist, so wird das Revisions-Verfahren über die Ausführung des Baues der Festsetzung derselben unterworfen.

B. Bedingungen.

1) Eintheilung und allgemeine Erfordernisse derselben.

§. 114. Die Bedingungen, welche bei der Ausführung von Bauten im Wege der

öffentlichen Auktion oder Submission zum Grunde gelegt werden, sind theils allgemein, theils spezielle.

Die ersteren betreffen die Wahl und Verpflichtungen der Bau-Unternehmer und Lieferanten überhaupt, die letzteren dagegen die besonderen Bestimmungen, in Beziehung die einzelnen Handwerkszweige und Materialien.

Ein wesentliches Erforderniß solcher Bedingungen ist, daß sie möglichst bündig und klar abgefaßt sein müssen, damit während der Ausführung oder Lieferung keine Streitigkeiten entstehen, und die Unternehmer keine Gelegenheit finden, sich ihren Verpflichtungen oder theilweise zu entziehen.

Auch sind dabei die jedesmaligen örtlichen und provinziellen Verhältnisse und daraus hervorgehenden, allgemeinen, rechtlichen Verhältnisse zu berücksichtigen. Die Gesichtspunkte können hierbei zum maßgebenden Anhalte dienen.

2) Was hinsichtlich der Qualifikation der Unternehmer festzusetzen ist.

§. 115. Im Allgemeinen wird nur der als unternehmungsfähig für die Ausführung selbst angesehen, welcher bereits als ein sachverständiger und zuverlässiger Bau-Unternehmer bekannt ist, oder seine Befähigung zur Uebernahme des einen oder des andern Handwerks nachzuweisen vermag.

Es muß daher auch jeder Unternehmer die übernommenen Arbeiten selbst ausführen oder doch — wenn Auster-Verdingungen über einzelne Arbeits-Objecte nachgegeben (was bei General-Entreprisen in der Regel nicht zu vermeiden ist) — der sachverständigen Leitung der ganzen Arbeit gewachsen sein.

3) Hinsichtlich der Zulassung von Ausländern.

§. 116. Ausländer können, wenn sie sich als qualificirt ausweisen und eine angemessene Bürgschaft stellen, ebenfalls an Bau-Unternehmungen Theil nehmen, jedoch unter der Bedingung, daß sie noch vor dem wirklichen Beginne des ihnen etwa anvertrauten Geschäfts den gewerb-polizeil. Vorschriften genügen, und die Bewilligung darüber beibringen.

4) Stipulationen über das Verfahren bei der Auktion u., so wie wegen der zu leistenden Kautionen.

§. 117. Die Art und Weise, wie bei der Auktion verfahren werden soll, der bis zu welchem Offerten eingehen, und wie solche abgefaßt sein sollen, die Behörde, welche den Zuschlag erteilt, die Frist, bis zu welcher derselbe vorbehalten und der Konkurrent sein Gebot gebunden bleibt u., und die übrigen Modalitäten müssen in den auszufertigenden Bedingungen vollständig angegeben werden, so wie darin auch der Betrag der von den Unternehmern zu leistenden Kaution festgesetzt sein muß.

5) Verfahren bei Nachgeboten, welche in der Regel nicht statt finden sollen.

§. 118. Zur Erhaltung des Vertrauens in die Behörde und zur Vermeidung von Streitigkeiten ist es unerläßlich, daß alle Nachgebote, welche bei der Auktion, nach dem Termin, und bei der Submission nach dem Beginn der Eröffnung der Eingaben, erfolgen möchten, ganz unberücksichtigt gelassen werden — was zur Kenntniss aller Konkurrenten ausdrücklich vorzubedingen, demnächst aber auch Eile des Verfahrens unter allen Umständen genau zu beachten bleibt.

Die Lokal-Behörden sind aber verpflichtet, der Intendantur, außer den im Auftrage selbst aufgenommenen Verhandlungen, auch sämtliche von da ab bis zur Ertheilung des Zuschlages etwa noch eingehende Nachgebote sofort zu überreichen, oder resp. zu machen, damit letztere Behörde, bei der Entscheidung: ob auf die im Termine abgegebenen Gebote der Zuschlag zu erteilen oder zu verweigern sei, das Ergebnis der nachgebotenen Gebote sachgemäß mit in Betracht ziehen könne.

Wird der Zuschlag danach verweigert, so muß eine nochmalige Konkurrenz stattfinden, in sofern nicht besondere Hindernisse, z. B. die Dringlichkeit der Ausführung, entgegenstellen.

6) Erfordernisse der eingehenden Submissionen.

§. 119. Es ist ferner darauf zu halten, daß die schriftlichen Offerten bei Submissionen stets in bestimmten Zahlen, nicht aber beziehungsweise auf ein zu erwartendes unbekanntes Mindestgebot abgegeben werden. In den bekannt zu machenden Bedingungen bleibt auch dieses Gegenstandes ausdrücklich zu gedenken.

7) Verfahren, wenn sich bei der abgehaltenen Submission oder Auktion ein bestimmtes Resultat nicht ergeben hat.

§. 120. Sollte die Submission oder Auktion, der vorhandenen Konkurrenz ungeachtet, kein günstiges Resultat gewährt haben, und daher die Genehmigung zur Ertheilung des Zuschlages versagt worden sein, so kann demgemäß, unter Aufhebung des stattgefundenen Verfahrens, ein neues Verfahren in der Art versucht werden, daß mit einer Submission begonnen, und im Eröffnungs-Termine mit einer Auktion geschlossen wird, bei welcher letzteren das mindeste Submissions-Gebot zum Grunde gelegt, und l.

mittheilen das Recht zugestanden wird, bei erfolgender mündlicher Ueberbietung, Mindestgebot der Auktion einzutreten.

beschränktes Submissions-Verfahren bei solchen Arbeiten, welche eine besondere Sorgfalt oder Kunstfertigkeit erfordern.

121. Wenn Arbeiten, welche eine besondere Sorgfalt oder eine gewisse Kunstfordern, unter Eröffnung einer Konkurrenz vergeben werden sollen, so bleibt es nur die nach der Erfahrung schon bewährten, zuverlässigen Meister etc. zur schriftlichen Gebote aufzufordern, und so gewissermaßen ein beschränktes und-Verfahren eintreten zu lassen.

9) **General-Entreprise.** — **Solidarische Verpflichtung der Unternehmer.**

122. Die jedesmaligen Verhältnisse werden ergeben, ob es vortheilhafter sei, die
ng der Arbeiten und die Lieferung der Materialien, nach den verschiedenen Hand-
igen, an mehrere Unternehmer zu verdingen, oder den ganzen Bau an einen
ieur zu überlassen.

an sich mehrere Unternehmer mit einander zu einer General-Entreprise verbinden ihre diesfällige Verpflichtung als solidarisch, wonach Alle für Einen und Einer stehen, ausdrücklich in den Bedingungen zu stipuliren.

gabe der Gebote nach Prozenten unter der Anschlagssumme. — Verbindung in Pausch und Bogen. — Reduktions-Recht.

123. Der revidirte und approbirte Kosten-Anschlag ist die Grundlage der Licita-Submission, und die Unternehmer haben ihre Gebote nach Prozenten unter der Summe abzugeben, dergestalt, daß von derselben ein bestimmter Rabatt in Kraft wird.

Das Verfahren verdient den Vorzug vor jenem, wo die Unternehmer die Preise bei ihren Positionen des Anschlags selbst auswerfen, indem daraus, je nachdem die ober oder anders beurtheilt wird, oft ganz unverhältnißmäßige Forderungen erwachsen, die die Vergleichung bedeutend erschweren, und nicht selten, wenn sich im Laufe der Zeit die Vorderjäge des Anschlages ändern, ein nachtheiliges Resultat für den Auftraggeber herbeiführen. Es können jedoch auch Fälle eintreten, in welchen es zweckmäßig ist, die Ausführung eines ganzen Baues, oder einzelner Arbeiten, in Pausch und Tross für eine runde Summe zu verdingen, welches Verfahren, wo es die Umstände erfordern, durch vorstehende Bestimmungen nicht ausgeschlossen wird.

in solchen Fällen bei der Abnahme des Baues mittelst des gewöhnlichen Bau-Protokolls zu ermittelnden Kosten der wirklichen Ausführung werden sodann, vorgekommenen, gehörig gerechtfertigten Abweichungen vom Anichlage, zwar im lediglich nach den Anschlags-Preisen, und beziehungsweise nach den aus den Liquidationen der Interessenten hervorgehenden Preisen ausgebracht, in der Summe jedoch jedesmal genau nach dem Verhältniß des Anichlage-Quantums in's Quantum festgesetzt, dergestalt, daß, wenn z. B. ein zu 6000 Thlr. veranschlagt Bau für 5500 Thlr. verdingen worden ist, in dem Falle, daß die Kosten der Ausführung zu 7000 Thlr. ermittelt werden, dafür ein Betrag von 6416 Thlr. — und in dem Falle, daß die Kosten der wirklichen Ausführung zu 5000 Thlr. werden, dafür ein Betrag von 4583 Thlrn. 19 Sgr. zu gewähren ist u. s. w.ällige Reduktions-Recht ist in den abzuschließenden Bau-Entreprise-Kontrakten ausdrücklich zur Bedingung zu machen und vorzubehalten.

. C. U. des K. Min. des I. an die K. Reg. v. 27. Juli 1827.)

ie es wegen der Vergütung für vorkommende Mehr-Arbeiten und wegen des Abzuges für weniger gefertigte Arbeiten zu halten ist.

24. Wenn der summarische Betrag der prozentweisen Unterbietungen der Anteil von der Anschlagssumme abgezogen wird, so stellt die Restsumme zunächst die stattgefundenen Licitationen dar.

Die Restsumme kann jedoch in der Regel nicht als ein unabänderliches Pauschal-
angesehen werden; dieselbe modificirt sich vielmehr, nach Maßgabe der im Ver-
bau-Ausführung eintretenden Veränderungen, dergestalt, daß vorgekommene
eiten nach den aus der Licitation hervorgegangenen Preislagen vergütigt, die
fertigten Arbeiten dagegen nach dem gleichen Prinzip in Abzug gebracht werden.
solche Artikel, welche im Anschläge gar nicht vorkommen, werden die, in den
Liquidationen der Handwerker oder Lieferanten angesetzten Preise durch den
nach Analogie festgestellt.

36 wegen etwa entstehender Differenzen über die Feststellung der Preis-Sätze vorzubedingen ist.

25. Sollten über die Feststellung der Preis-Sätze und Tagen jedoch Differenzen Internehmern entstehen, so geschieht die Festsetzung derselben, auf Ersfordern der zations-Behörden, durch die betr. technischen Revisions-Instanzen, deren höchste theil hat.

- 13) Wegen solcher Arbeiten, wofür eine besondere Vergütung nicht geleistet wird.
Nähere Bezeichnung derselben.

§. 126. Solche Arbeiten indessen, welche in der Natur der Sache liegen, aus übernommenen Verpflichtung und aus dem Kontrakt-Verhältniß von selbst folgen, ohne welche die ordentl. Erfüllung des Vertrages im rechtlichen Sinne nicht gedacht werden kann, ist der Unternehmer gehalten, für den bedungenen Preis ohne weitere Entlohnung zu verrichten, auch wenn in dem Anschläge selbst davon nicht ausdrücklich die Rede sein sollte.

So gehört z. B., auch ohne ausdrückliche Angabe im Anschläge, zum Mauer-Fundamente das Verzwicken und Ausfüllen aller Fugen mit Steinrücken, das Zuhauen und Anfräsen der Steine, die Bearbeitung des Mörtels u. dergl. mehr.

Es wird in der Regel zweckmäßig sein, das Ausheben der Baugrube oder der Fundamentgruben, auch bei abgesonderter Veranschlagung, mit der Mauer-Arbeit zusammen auszubieten und zu verbinden, weil sonst Collisionen zwischen den Unternehmern entstehen können, und die Vortheile und Erleichterungen verloren gehen, welche dem Bauherrn statten kommen, wenn er auch die Erdarbeiten zu besorgen hat. Die Anfertigung des Mauerwerks über der Erde erfordert die Zubereitung und Heranbringung des Materials, die Anfertigung der Mäuren, die Anlage der Ecken und der Vorsprünge, das Ueberbauen der Thür- und Fensteröffnungen u. s. w. Damit indessen hierunter so wenig möglich Mißverständnisse entstehen können, ist es erforderlich, die Arbeiten im Anschläge selbst so genau als möglich zu bezeichnen und die Art und Weise ihrer Ausführung anzugeben.

- 14) Verdingung der Haupt-Materialien nach bestimmten Einheitsmaßen.
Neben-Materialien.

§. 127. Die Lieferung der Haupt-Materialien zur Baustelle wird am besten nach bestimmten Einheitsmaßen an besondere Unternehmer verbungen, und zwar beispielsweise:

- a) Feldsteine und Bruchsteine nach Schacht-Ruthen oder Klaftern;
- b) Mauerziegel, Dachziegel etc., in den anzugebenden Dimensionen nach Lasten;
- c) der Kalk nach Tonnen, Scheffeln oder Kubik-Fuß;
- d) Sand, Lehm u. dergl. nach Schacht-Ruthen;
- e) das Bauholz, in den verschiedenen Dimensionen, nach laufenden Fuß; Balken, Bretter, Latten, in den bestimmten Gattungen, nach der Stückzahl;

Die Neben-Materialien werden dagegen vereint mit den Bau-Arbeiten zu verdingt sein. (§. 94.)

- 15) Anschlagsmäßige und tüchtige Ausführung der Bauarbeiten. Verwerfung untauglicher Stücke.

§. 128. Jeder Bau-Unternehmer ist gehalten, die übernommenen Arbeiten anschlagsmäßig, und, nach den deshalb speziell vorgeschriebenen Bedingungen, gut und tüchtig auszuführen.

Bei etwaniger Unzulänglichkeit der Beschreibung irgend eines Bau-Gegenstandes im Anschläge giebt der ausführende Baubeamte die nöthige Anleitung, nach welcher der Unternehmer zu achten verbunden ist.

Wo für einzelne Arbeiten Probestücke oder Schablonen gegeben werden, muß die Ausführung genau nach denselben erfolgen. Untauglich befundene oder anschlagsmäßig gefertigte Arbeiten muß der Unternehmer sofort auf eigene Kosten durch andere ersetzen.

- 16) Autorität des ausführenden Baumeisters in dieser Beziehung. Berufung an eine höhere technische Instanz. — Entsagung der Rechtsmittel.

§. 129. Der Unternehmer muß sich überhaupt, sowohl in Ansehung der zu leistenden Arbeiten, als hinsichtlich der Güte des zu verwendenden Materials, dem Urtheile des ausführenden Baumeisters unterwerfen und nach dessen Anweisung handeln. Doch derselbe auf die Entscheidung einer, jedesmal vorher zu bestimmenden höheren technischen Instanz provociren, wenn er sich für beeinträchtigt hält. Aller Berufung auf dem Rechtswege muß indessen auch hierbei entsagt, und dies in den Bedingungen stipulirt werden.

- 17) Wie es hinsichtlich vorkommender Abweichungen zu halten ist.

§. 130. Werden im Laufe der Ausführung Abweichungen von dem genehmigten Bauplane oder von dem Anschläge erforderlich, so muß der Unternehmer den dießfalls getroffenen Anordnungen des ausführenden Baumeisters Folge leisten. Ohne dessen Genehmigung darf er solche jedoch nicht vornehmen. Fertigt daher der Entrepreneur ohne solche Anweisung mehr oder andere Arbeiten, als die Zeichnung oder der Anschlag befragt, nicht allein keine Vergütung dafür erfolgen, sondern derselbe bleibt auch außer jeden etwa daraus entstehenden Nachtheil noch besonders verhaftet.

- 18) Festsetzung der Termine zur Vollendung des Bauwerks und gewisser Theile desselben.

§. 131. Ferner bleibt in den Bedingungen anzugeben, bis zu welcher Zeit welche Theile des Bauwerks, z. B. der Grundbau, die Ausführung der reinen Mauer in ...

benen Stockwerken, einschließlich des Streckens der Etagenbalken, das Richten und die Bedachung des Daches, der innere Ausbau und endlich das Ganze vollendet sein solle.

Der Beginn der Bauarbeiten im Frühjahr und deren Abschluß im Herbst bleiben dem Ermessen des Baumeisters überlassen, in sofern nicht in dringenden Fällen besondere Bestimmungen hierauf einwirken.

19) Ordnungsmäßiger Betrieb des Baues, Anstellung sachverständiger Arbeiter und Aufseher.

§. 132. Dem Unternehmer ist ferner ein ordnungsmäßiger Betrieb des Baues und Anstellung sachverständiger Arbeiter und Aufseher zur Pflicht zu machen; auch müssen die orts- und baupolizeilichen Bestimmungen gehörig beobachtet werden.

Bei der Ausführung des Baues ist darauf zu halten, daß derselbe zwar mit Thätigkeit und Eifer gefördert, jedoch auch niemals zum Nachtheil der Solidität in einzelnen Theilen übereilt werde. Auch müssen sich die verschiedenen Ouvriers gegenseitig in die Arbeit einrichten, und darf keiner dem andern Anlaß zur Versäumniß geben, widrigenfalls von dem daraus entstehenden Schaden einzustehen.

20) Präjudicien und Conventionalstrafen gegen den Unternehmer.

§. 133. Um dafür Sicherheit zu haben, daß der Fortgang des Baues auf keine Weise gehemmt werde, läßt sich jeder Unternehmer gefallen, daß, sofern er mit den übernommenen Lieferungen oder Leistungen nicht so rasch fortschreitet, als bedungen worden, er die fehlenden sofort, und zwar für jeden Preis beschafft werde.

Der Unternehmer bleibt außerdem für jeden aus der von ihm verschuldeten Zögerung entstehenden Nachtheil, außer der von ihm geleisteten Kaution, gesetzlich noch sonst mit seinem Vermögen verhaftet.

Auch können für den Fall eintretender Verzögerungen verhältnismäßige Conventionalstrafen stipulirt werden.

Garantie des Unternehmers nach vollendeter Ausführung des Baues, hinsichtlich der später sich zeigenden Mängel.

§. 134. Jeder Unternehmer haftet, nach geschehener Vollendung und Revision des Baues, noch auf eine jedesmal besonders zu bestimmende Zeit für die Güte und Dauer der geleisteten Arbeiten und gelieferten Materialien, und verpflichtet sich, während dieser Zeit jeden Reparaturbau unentgeltlich auszuführen und jeden Schaden zu ersetzen, welcher Folge einer schlechten Ausführung oder der Anwendung mangelhaften Materials gemacht werden kann.

Die Haftung des Unternehmers auf die geschehene Revision des Baues ist nicht statthaft.

§. 135. Eine Berufung des Unternehmers auf die geschehene Revision des Baues ist ganz unzulässig, da die verbaute Materialien bei der Abnahme größtentheils geprüft, wahrgenommen und beurtheilt, und mithin selbst wirkliche Mängel unter dem Anstrich der neuen Gebäude-Theile von dem Revisor leicht übersehen werden können.

Defecte hingegen, die in Folge eingetretener Verwundung des Gebäudes, eines zufälligen Ereignisses oder durch andere äußere Einwirkungen entstehen, können dem Unternehmer nicht zur Last gestellt werden.

Endlich ist hinsichtlich der an den Unternehmer zu leistenden Zahlungen, wegen Bestellung der Kaution, sowie wegen Verichtigung der Stempel und sonstiger Kosten, zu bedingen ist.

§. 136. Endlich ist noch in den allgem. Bedingungen das Nöthige wegen Auszahlung der Baugelder, namentlich auch wegen der Termine, in welchen die Abschlagszahlungen zu leisten sind, sowie wegen Bestellung und Rückgabe der Kaution festzustellen. Es ist darin zu bemerken, daß der Entrepreneur (oder mehrere pro rata) die Kosten der Auktion des Licitationstermins u. dgl., der Kontraktschließung, der gesetzl. Stempel und sonstigen darauf bezüglichen Ausgaben auf seine Rechnung übernehmen muß.

In den speziellen Bedingungen müssen eine möglichst genaue Beschreibung der einzelnen Arbeiten enthalten.

§. 137. Die speziellen Bedingungen müssen, mit Hinweisung auf den Kostenanschlag und die Zeichnungen, eine möglichst genaue Beschreibung der einzelnen Arbeiten und der Weise ihrer Ausführung, insgl. der Beschaffenheit der zu liefernden Materialien, als sonst dahin gehört, enthalten, und so den Kosten-Anschlag gewissermaßen

berücksichtigen. Der Verschiedenheit der Bauwerke, der Konstruktionen, des Materials und der Verhältnisse, können jedoch allgemein gültige Normen für die Aufstellung der Bestimmungen nicht ertheilt werden; vielmehr muß das Nähere hierunter dem jeweiligen Fall dem sachverständigen Ermessen des Baumeisters anheim gegeben werden.

25) Anfertigung von Probestücken bei einzelnen Arbeiten.

§. 138. In letzterer Beziehung wird nur noch empfohlen, von denjenigen, welche bei der Ausführung in vielen gleichen Exemplaren erforderlich sind, Thüren, Fenster, Schlösser, Beschläge u. s. w. Probestücke anfertigen zu lassen in den, der Verdingung zum Grunde zu legenden Bedingungen Bezug zu nehmen mit denen sodann alle danach zu fertigenden Gegenstände genau übereinstimmen.

26) Probestücke von den Materialien. — Vertikale Prüfung ihrer Beschaffenheit den Baumeister.

§. 139. Eben so wird es für die Lieferung der Materialien von Nutzen als zulässig, Probestücke einzufordern, um sich derselben bei der Abnahme zur Bestimmung der bestimmten Abmessungen und der vorbedingten Qualität bedienen zu können. theilhaftiger aber bleibt es zu erachten, wenn der Baumeister noch vor Einleitung des Verfahrens von der Beschaffenheit der Ziegeleien, Kalköfen, Steinbrüche, der Klagen und Forsten in der Umgegend des Bauorts sich persönlich recht gründlich verschaffen sucht, und wenn demnächst, nach dem Ermessen der Administration, seine Besitzer und Fabrikanten zur Abgabe ihrer schriftl. Offerten aufgefordert werden nicht mit Grund die Lieferung eines vorzüglichen oder doch völlig Materialis erwartet werden darf.

C. Bau-Kontrakte.

1) Erklärung.

§. 140. Der Bau-Kontrakt ist die schriftliche Vollziehung eines rechtstrages zwischen dem Bauherrn und dem Bau-Unternehmer über die Ausführung des ganzen Bauwerks oder eines einzelnen Baugesegenstandes. Im Wesentl. wird die ausgelegten und publicirten Bedingungen zum Grunde gelegt.

2) Welche Umstände beim Abschlusse der Kontrakte besonders in Betracht kommen.

§. 141. Bei dem Abschlusse eines Bau-Kontrakts kommt zunächst in Betracht:

- a) ob der Vertrag sich auf einen Neubau, Ausbau oder Reparaturen bezieht;
- b) ob der Weg der Licitation, Submission oder des Affords aus freier Wahl der Preispressen oder im Ganzen gewählt, oder auf Rechnung gebaut wird;
- c) ob und welche besondere Gewohnheiten, in Bezug auf die gewerbl. Verhältnisse der Provinz bestehen, welche bei Kontrakt-Schließungen beachtet werden müssen;
- d) ob und was Hinsichts der anzuwendenden Baumaterialien u. s. w. besonders örtlich zu bemerken ist;
- e) welche Formeln und Klauseln bei der Abfassung zu beobachten sind, der Kontrakt, sowohl im Einzelnen als im Ganzen, als ein rechtsbeständiger Vertrag zu sehen werde.

3) Abfassung derselben.

§. 142. Nach Verschiedenheit der vorgedachten Verhältnisse richtet die Abfassung der Kontrakte; es folgt daraus, daß eine durchgreifende Form für die Kontrakte nicht vorgeschrieben werden kann, obwohl die allgem. Regeln der Provinz geltenden Rechte abzuleiten sind.

Ueber die besondern Modalitäten verständigt sich die Behörde mit dem Baumeister; welcher insbesondere die technischen Gesichtspunkte, worauf die Ausführung eines Baues ankommt, anzugeben und festzustellen hat, in soweit durch die Bedingungen gezeichnet ist.

4) Zugrundelegung der vorher aufgestellten Bedingungen, welche als ein Theil des Kontrakts zu betrachten sind.

§. 143. Es vertreten daher auch bei der Ausführung eines Baues die Licitation oder Submission die desfalls vorher aufgestellten Bedingungen Kontrakt-Stipulationen, und sind solche als ein integrierender Theil des Kontrakts zu betrachten. Sie müssen daher demselben unter der ausdrücklichen Bemerkung werden: daß die Bedingungen, in sofern sie nicht, als Folge nachheriger theilweise durch den Kontrakt selbst eine Modifikation oder Abänderung erlitten, Gültigkeit haben, als wenn sie wörtlich im Kontrakt wiederholt worden wären. Bedingungen müssen daher auch von beiden kontrahirenden Theilen unterschrieben werden.

5) Weitere Ausführung. Etwaige Modifikationen.

§. 144. Im Allgemeinen muß daher der Kontrakt, mit Bezugnahme auf die Licitations- oder Submissions-Verfahren zum Grunde liegenden Bedingungen, Anschläge und Zeichnungen, nach welchen der Bau ausgeführt werden soll, Bestimmungen über die Verpflichtungen des Unternehmers enthalten, welche derselbe zu erfüllen hat, namentlich in Beziehung auf die Arbeits- und Materialien-Preise, gegangen ist, so wie diejenigen Modifikationen, welche gegen die Bedingungen durch gegenseitiger Vereinbarung, etwa eintreten sollen, und was sonst darzu ergänzen ist.

6) Kontraktsschließung bei Verdingung aus freier Hand.

§. 145. Wird ein Bau, auf Grund eines Anschlages, aus freier Hand verdingen, und dafür nicht bereits besondere Bedingungen entworfen, so müssen in den Kontrakt die nöthigen Festsetzungen wegen Anfang, Förderung und Beendigung des Baues, die Leitung der Auktion oder über Konventionalstrafen bei nicht gehöriger Erfüllung vertrages, so wie über die in dieser Beziehung etwa nöthig zu erachtenden Vorbehalte genommen werden.

7) Nähere Festsetzung der Zahlungs-Termine und sonstigen Modalitäten.

§. 146. Ferner sind in dem Kontrakte die Zahlungs-Termine, so wie die Modalitäten der Aufstellung und Revision der Bau-Rechnungen, und was sonst dahin gehört, näher festzusetzen, so wie auch darin das Nöthige wegen etwaiger, im Laufe des Baues zu eintretenden Abänderungen und der darnach eintretenden Vermehrung oder Verminderung der Unternehmung zu leistenden Vergütung vorbehalten bleiben muß (conf. §. 123.). Der Zeitpunkt der Abnahme des vollendeten Baues und die Verbürgungs-Zeit des Unternehmers muß darin gleichfalls ausgedrückt sein.

8) Rechtliche Klauseln etc.

§. 147. Endlich noch sind in den Kontrakt die allgemeinen rechtlichen Klauseln, und es wird in den vollzogenen Bedingungen noch nicht geschehen, die nöthigen Festsetzungen wegen Vorbringung der erforderlichen Stempel aufzunehmen.

Modalitäten der Bau-Ausführung, Bau-Aufsicht und Kontrolle.

1) Abweichungen von dem genehmigten Bauplan sollen ohne Zustimmung der kompetenten Behörde nicht stattfinden.

§. 148. Im Allgemeinen darf bei der Ausführung der Bauten nur nach dem genehmigten Bauplan und nach dem approbirten Kosten-Anschlage verfahren werden.

Abweichungen, hiervon, welche eine wesentliche Veränderung zur Folge haben, dürfen ohne Genehmigung der kompetenten Behörde nicht stattfinden. Der ausführende Bauer, welcher sich dergleichen erlaubt, soll, nach §. 18. der Instruktion für die Ober-Bau-Kammer, die dadurch verursachten Mehrkosten selbst tragen.

2) Anordnungen, welche von Mitgliedern der Ober-Bau-Deputation getroffen werden können.

§. 149. Dagegen ist durch die Instruktion für die Ober-Bau-Dep. v. 26. Sept. bestimmt, daß, wenn ein Mitglied derselben, bei seinen Lokal-Revisionen in den Provinzen, eine in Absicht der Konstruktion mangelhafte Behandlung eines in der Ausführung befindlichen Baues entdeckt und pflichtmäßig dafür hält, daß bei deren Abstellung Gefahr im Verzuge obwalte, und die Disposition der kompetenten Behörde darüber nicht erst eintreffen werden könne, dasselbe befugt sein soll, auf der Stelle die nöthigen Anordnungen, zur Beseitigung der Mängel, selbst zu treffen, und den dirigirenden Baubeamten mit Anweisung zu geben, die derselbe ohne Widerrede zu befolgen hat. Es muß aber gleichzeitig der Provinzial- oder sonst kompetenten Behörde, von einer solchen Disposition Nachricht gegeben werden.

3) Vergleich von Festungs-Inspektoren oder von Regierungsbauräthen.

§. 150. In ähnlicher Art steht auch dem Festungs-Inspektor und dem Reg.-Baurath bei den örtlichen Revisionen der Bauten, in sofern Gefahr im Verzuge ist, das Recht gegen der zu treffenden Abänderungen des Bauplans, sofort dem ausführenden resp. Militär- oder Civilbaumeister die nöthige Anweisung zu ertheilen, jedoch gleichzeitig der Provinzial-Bau-Kammer davon Nachricht zu geben. Wo indessen keine Gefahr im Verzuge stattfindet, verfährt, sowohl in diesem, wie in dem §. 149. gedachten Falle, eine entsprechende Regel im geschäftsmäßigen Wege herbeigeführt.

4) Spezielle Beaufsichtigung der Bauten durch Bau-Kondukteure und resp. durch Ingenieur-Offiziere.

§. 151. An einer beständigen Aufsicht und sachverständigen Kontrolle der Bauten und der Ausführung darf es niemals fehlen, indem davon das Gelingen eines Baues wesentlich abhängt.

Wo daher der Garnison-Bau-Direktor, oder der Distrikts-Baubeamte, in Rücksicht der weiten Dienstgeschäfte, nicht im Stande ist, die Spezial-Aufsicht über die angeordneten größeren Neubauten und Reparaturen selbst zu führen, oder sich nicht im Orte befinden muß, zur speziellen Leitung und Beaufsichtigung des Baues, ein gehörig qualifizierter Bau-Kondukteur angestellt werden. Bei größeren Garnison- etc. Bauten in den Provinzen überträgt der Platz-Ingenieur die Spezial-Aufsicht einem ihm untergeordneten, Ingenieur-Offizier, dessen Stellung, Befugnisse und Obliegenheiten hierbei im Wesentlichen bleiben, als bei den Fortifikationsbauten.

5) Anstellung von Bau-Ausssehern bei minder wichtigen Bauten.

§. 152. Bei minder bedeutenden Bauten wird es hinlänglich sein, wenn in Festun-

25) Anfertigung von Probestücken bei einzelnen Arbeiten.

§. 138. In letzterer Beziehung wird nur noch empfohlen, von den Ständen, welche bei der Ausführung in vielen gleichen Exemplaren erforderlich sind, Thüren, Fenster, Schlösser, Beschläge u. s. w. Probestücke anfertigen zu lassen, in denen, der Verdingung zum Grunde zu legenden Bedingungen Bezug zu nehmen, mit denen sodann alle danach zu fertigenden Gegenstände genau übereinstimmen.

26) Probestücke von den Materialien. — Vertikale Prüfung ihrer Beschaffenheit durch den Baumeister.

§. 139. Eben so wird es für die Lieferung der Materialien von Nöthen als zulässig, Probestücke einzufordern, um sich derselben bei der Abnahme zur der bestimmten Abmessungen und der vorbedungenen Qualität bedienen zu können. theilhafter aber bleibt es zu erachten, wenn der Baumeister noch vor Einleit des Verfahrens von der Beschaffenheit der Ziegeleien, Kalköfen, Steinbrüche, d. d. lagern und Forsten in der Umgegend des Bauorts sich persönlich recht gründlich zu verschaffen sucht, und wenn demnächst, nach dem Ermessen der Administration, seine Besitzer und Fabrikanten zur Abgabe ihrer schriftl. Offerten aufgefordert werden, nicht mit Grund die Lieferung eines vorzüglichen oder doch völli- Materials erwartet werden darf.

C. Bau-Kontrakte.

1) Erklärung.

§. 140. Der Bau-Kontrakt ist die schriftliche Vollziehung eines Rechtsgeschäfts zwischen dem Bauherrn und dem Bau-Unternehmer über die Aushausung des Bauwerks oder eines einzelnen Baugesegenstandes. Im Wesentl. nach den die ausgelegten und publicirten Bedingungen zum Grunde gelegt.

2) Welche Umstände beim Abschlusse der Kontrakte besonders in Betracht kommen.

§. 141. Bei dem Abschlusse eines Bau-Kontrakts kommt zunächst in Betracht:

- a) ob der Vertrag sich auf einen Neubau, Ausbau oder Reparaturen bezieht;
- b) ob der Weg der Licitation, Submission oder des Alford's aus freier Wahl gewählt, oder im Ganzen gewählt, oder auf Rechnung gebaut wird;
- c) ob und welche besondere Gewohnheiten, in Bezug auf die gewerbl. Verhältnisse der Provinz bestehen, welche bei Kontrakt-Schließungen beachtet werden müssen;
- d) ob und was Hinsichts der anzuwendenden Baumaterialien u. s. w. selbst örtlich zu bemerken ist;
- e) welche Formeln und Klauseln bei der Abfassung zu beobachten sind, sowohl im Einzelnen als im Ganzen, als ein rechtsbeständiges Dokument zu sehen werde.

3) Abfassung derselben.

§. 142. Nach Verschiedenheit der vorgedachten Verhältnisse richtet sich die Abfassung der Kontrakte; es folgt daraus, daß eine durchgreifende Form für die Kontrakte nicht vorgeschrieben werden kann, obwohl die allgem. Rechte der Provinz geltenden Rechte abzuleiten sind.

Ueber die besondern Modalitäten verständigt sich die Behörde mit dem Baumeister; welcher insbesondere die technischen Gesichtspunkte, worauf die Ausführung eines Baues ankommt, anzugeben und festzustellen hat, in soweit durch die Bedingungen geschehen ist.

4) Zugrundelegung der vorher aufgestellten Bedingungen, welche als ein Theil des Kontrakts zu betrachten sind.

§. 143. Es vertreten daher auch bei der Ausführung eines Baues die Licitation oder Submission die desfalls vorher aufgestellten Bedingungen, Kontrakt-Stipulationen, und sind solche als ein integrierender Theil des Kontrakts zu betrachten. Sie müssen daher demselben unter der ausdrücklichen Bedingung beigefügt werden: daß die Bedingungen, in sofern sie nicht, als Folge nachheriger theilweise durch den Kontrakt selbst eine Modification oder Abänderung erfahren, Gültigkeit haben, als wenn sie wörtlich im Kontrakt wiederholt worden wären. Bedingungen müssen daher auch von beiden kontrahirenden Theilen unterschrieben werden.

5) Weitere Ausführung. Etwas Modificationen.

§. 144. Im Allgemeinen muß daher der Kontrakt, mit Bezugnahme auf die Licitations- oder Submissions-Verfahren zum Grunde liegenden Bedingungen, Anschläge und Zeichnungen, nach welchen der Bau ausgeführt werden soll, Bestimmungen über die Verpflichtungen des Unternehmers enthalten, welche derselbe, namentlich in Beziehung auf die Arbeits- und Materialien-Kosten, eingegangen ist, so wie diejenigen Modificationen, welche gegen die Bedingungen durch gegenseitiger Vereinbarung, etwa eintreten sollen, und was sonst d. d. ergänzen ist.

6) Kontraktsschließung bei Verdingung aus freier Hand.

§. 145. Wird ein Bau, auf Grund eines Anschlages, aus freier Hand verdingen, und dafür nicht bereits besondere Bedingungen entworfen, so müssen in den Kontrakt die nöthigen Festsetzungen wegen Anfang, Förderung und Beendigung des Baues, die Leistung der Kaution oder über Konventionalstrafen bei nicht gehöriger Erfüllung Vertrages, so wie über die in dieser Beziehung etwa nöthig zu erachtenden Vorbehalte kommen werden.

7) Nähere Festsetzung der Zahlungs-Termine und sonstigen Modalitäten.

§. 146. Ferner sind in dem Kontrakte die Zahlungs-Termine, so wie die Modalitäten der Anstellung und Revision der Bau-Rechnungen, und was sonst dahin gehört, näher bestimmen, so wie auch darin das Nöthige wegen etwaiger, im Laufe des Baues zu machenden Abänderungen und der darnach eintretenden Vermehrung oder Verminderung dem Unternehmer zu leistenden Vergütung vorbehalten bleiben muß (conf. §. 123.). Der Zeitpunkt der Abnahme des vollendeten Baues und die Verbürgungs-Zeit des Bauers muß darin gleichfalls ausgedrückt sein.

8) Rechtliche Klauseln etc.

§. 147. Endlich noch sind in den Kontrakt die allgemeinen rechtlichen Klauseln, und was dies in den vollzogenen Bedingungen noch nicht geschehen, die nöthigen Festsetzungen wegen Vorbringung der erforderlichen Stempel aufzunehmen.

Modalitäten der Bau-Ausführung, Bau-Aufsicht und Kontrolle.

1) Abweichungen von dem genehmigten Bauplan sollen ohne Zustimmung der kompetenten Behörde nicht stattfinden.

§. 148. Im Allgemeinen darf bei der Ausführung der Bauten nur nach dem genehmigten Bauplan und nach dem approbirten Kosten-Anschlage verfahren werden.

Abweichungen, hiervon, welche eine wesentliche Veränderung zur Folge haben, dürfen ohne Genehmigung der kompetenten Behörde nicht stattfinden. Der ausführende Bauer, welcher sich dergleichen erlaubt, soll, nach §. 18. der Instruktion für die Ober-Bau-Kammer, die dadurch verursachten Mehrkosten selbst tragen.

2) Anordnungen, welche von Mitgliedern der Ober-Bau-Deputation getroffen werden können.

§. 149. Dagegen ist durch die Instruktion für die Ober-Bau-Dep. v. 26. Sept. bestimmt, daß, wenn ein Mitglied derselben, bei seinen Lokal-Revisionen in den Provinzen eine in Absicht der Konstruktion mangelhafte Behandlung eines in der Ausführung stehenden Baues entdeckt und pflichtmäßig dafür hält, daß bei deren Abstellung Gefahr im Verzuge obwalte, und die Disposition der kompetenten Behörde darüber nicht erst eintreffen werden könne, dasselbe bezeugt sein soll, auf der Stelle die nöthigen Anordnungen, der Wirksamkeit, selbst zu treffen, und den thätigenden Baubeamten mit Anweisung zu versehen, die derselbe ohne Widerrede zu befolgen hat. Es muß aber gleichzeitig der Provinzial- oder sonst kompetenten Behörde, von einer solchen Disposition Nachricht gegeben werden.

3) Vergleich von Festungs-Inspektoren oder von Regierungsbauräthen.

§. 150. In ähnlicher Art steht auch dem Festungs-Inspektor und dem Reg.-Bau-Ingenieur bei den örtlichen Revisionen der Bauten, in sofern Gefahr im Verzuge ist, das Recht gegen der zu treffenden Abänderungen des Bauplans, sofort dem ausführenden resp. Militär- oder Civilbaumeister die nöthige Anweisung zu ertheilen, jedoch gleichzeitig der Provinzial- oder sonst kompetenten Behörde davon Nachricht zu geben. Wo indessen keine Gefahr im Verzuge stattfindet, soll, sowohl in diesem, wie in dem §. 149. gedachten Falle, eine entsprechende Anordnung im geschäftsmäßigen Wege herbeigeführt werden.

4) Spezielle Beaufsichtigung der Bauten durch Bau-Kondukteure und resp. durch Ingenieur-Offiziere.

§. 151. An einer beständigen Aufsicht und sachverständigen Kontrolle der Bauten und der Ausführung darf es niemals fehlen, indem davon das Gelingen eines Baues wesentlich abhängt.

Wo daher der Garnison-Bau-Direktor, oder der Distrikts-Baubeamte, in Rücksicht der weiten Dienstgeschäfte, nicht im Stande ist, die Spezial-Aufsicht über die angeordneten größeren Neubauten und Reparaturen selbst zu führen, oder sich nicht im Orte befinden muß, zur speziellen Leitung und Beaufsichtigung des Baues, ein gehörig qualifizierter Bau-Kondukteur angestellt werden. Bei größeren Garnison- etc. Bauten in den Provinzen überträgt der Platz-Ingenieur die Spezial-Aufsicht einem ihm untergeordneten, Ingenieur-Offizier, dessen Stellung, Bejournisse und Obliegenheiten hierbei im Allgemeinen dieselben bleiben, als bei den Fortifikationsbauten.

5) Anstellung von Bau-Ausssehern bei minder wichtigen Bauten.

§. 152. Bei minder bedeutenden Bauten wird es hinlänglich sein, wenn in Festun-

364 Befehlsgebung über das Staats- und öffentl. Bauwesen, dessen Verh

gen ein Baumeister oder Plonier, und in andern Garnison-Orten ein im Schrei Rechnen geübter und sonst zuverlässiger und umsichtiger, halbinvalider Unteroffizier Soldat (wo möglich ein ehemaliger Plonier), als Bau-Aufscher angestellt zu werden, wenn dergleichen Leute nicht vorhanden sind, müssen andere qualifizierte Subjekte angeworben werden.

6) Kontrolle von Seiten der Distrikts-Baubeamten, Platz-Ingenieure und Garnison-Bau-Direktoren.

§. 153. Dagegen sind die Distrikts-Baubeamten, Platz-Ingenieure oder Garnison-Bau-Direktoren verpflichtet, alle Bauten ihres Ressorts ohne Unterschied in Art und solider Ausführung durch so häufige Visitationen zu kontrollieren, als Umfang ihrer Dienstgeschäfte nur irgend gestattet.

7) Anstellung von Bauwächtern.

§. 154. Ob zur Beaufsichtigung der Materialien, besonders zur Verhütung Entwendungen, außerdem noch besondere Tag- und Nachtwächter anzustellen ist, nur nach dem Umfange des Baues und nach den jedesmaligen örtlichen Verhältnissen zu urtheilt werden.

Bestimmungsmäßig sind für diese Dienstleistungen vorzugsweise solche an Militärs anzunehmen, welche sich im Genuße von Invaliden-Benefizien oder Versorgungsscheinen befinden.

8) Pflichten des Bau-Kondukteurs.

§. 155. Zu den Pflichten des Bau-Kondukteurs, welcher dem ausführenden Militär- oder Civil-Baumeister zunächst untergeordnet ist, gehört es insbesondere sorgfältige und anschlagmäßige Ausführung der Bauarbeiten zu wachen, und zu sehen, daß nur Materialien von kontraktmäßiger Beschaffenheit geliefert und auf die bestmögliche Art verwendet werden. Die Bau-Aufscher und Bauwächter sind dem Kondukteur untergeordnet und muß er darauf halten, daß dieselben die ihnen obliegenden Pflichten gehörig erfüllen und insbesondere sich keine Unterschleife oder Entwendungen zu Schulden kommen lassen.

9) Spezieller Wirkungskreis desselben.

§. 156. Er ordnet, nach den Anweisungen des ausführenden Baumeisters, die Ausführung des Baues Bezug habende Details an, fertigt die nöthigen Baupläne, die Umrisse der Schablonen an, und giebt den Bau-Handwerkern die sonst erforderlichen, mündlichen Anweisungen, im Sinne der bestehenden Vorschriften und Uebersichten. Ueberhaupt bleibt derselbe für den ordnungsmäßigen Betrieb des Baues zunächst verantwortlich, und wenn der Bau auf Rechnung ausgeführt wird, so sind die dabei beschäftigten Arbeiter gehalten, sich nach den Anweisungen des Bau-Kondukteurs untergeordnet zu verhalten. Imgleichen steht ihm dann das Recht zu, untüchtige und widerspenstige Arbeiter vom Bauplatze entfernen zu lassen, so wie derselbe auch auf die Beobachtung der Vorschriften zu wachen hat. — Wird der Bau dagegen auf Entreprise ausgetragen, so hat der Kondukteur, nach Maßgabe des Kontrakts, sich vorkommenden Fällen gegenüber dem Unternehmer oder dessen Stellvertreter zu halten.

10) Abnahme der gelieferten Materialien.

§. 157. Ueber die abgelieferten Materialien oder angefertigten Arbeiten muß der Bau-Kondukteur Empfangsscheine im Sinne der Bau-Entreprise-Kontrakte ausstellen, darüber, so wie über die aus dem Bau-Fonds geleisteten Zahlungen, nach Anweisung des ausführenden Baumeisters, Buch und Rechnung führen. Dies Bau-Manual muß mit den Büchern der Bau-Kasse, so wie mit den Ablieferungsbüchern der Lieferanten und Handwerker übereinstimmen und dient als Kontrolle derselben.

11) Führung der Bau-Journale.

§. 158. Auch ist der Bau-Kondukteur gehalten, ein ordentliches Bau-Journal zu führen, worin täglich das Nöthige über den Fortgang des Baues, über die Anzahl beschäftigten Arbeiter, so wie über die von dem ausführenden Baumeister erlassenen Bestimmungen, und was sonst dahin gehört, kurz angedeutet sein muß. Kommen größere Arbeiten vor, so müssen darüber namentliche Listen geführt, darin die Arbeiter und die Leistungen der Arbeiter angegeben, und durch ein Attest des Bau-Kondukteurs bestätigt werden.

12) Aufbewahrung der Verhandlungen, Manuale, Zeichnungen &c.

§. 159. Die bei der Ausführung des Baues vorkommenden schriftlichen Verhandlungen und Verfügungen der konkurrierenden Behörden, Rapporte u. s. w. sind sorgfältig aufzubewahren und daraus ordentliche Akten zu formiren, welche sich beständig im Bau-Bureau befinden müssen, um solche gleich zur Hand zu haben.

Nach Beendigung des Baues werden die Akten und Manuale, so wie die

en, Schablonen zc. dem ausführenden Baumeister eingehändigt und, nach Anleit-
broschural-Verwaltungs-Behörden, zu den resp. Inventarien gebracht.

ahme vollendeter Bauten, Abnahme-Atteste und Revisions-
protokolle, Uebergabe der Gebäude zum bestimmungsmäßigen
Gebrauch.

1) Aufnahme der Bau-Revisions-Protokolle.

160. Bei den Bauten, welche von Civilbeamten ausgeführt werden, findet fol-
visions- und Abnahme-Verfahren statt. Entweder der zur Führung des Baues
Bau-Kondukteur, oder der Distrikts-Baubeamte, wenn dieser den Bau nicht
t, sondern auch speziell beaufsichtigt hat, nimmt die gefertigten Arbeiten und ver-
Materialien an Ort und Stelle genau auf, und weist dieselben nach in einem
Protokolle, dem mit Papier durchschossenen Originale oder einer Abschrift des
en Haupt- oder Nachanschlages gegenüber, also in derselben Folge, welche bei der
gung beobachtet worden ist.

elten oder Materialien, welche im Anschlag nicht vorkommen, werden, wie es
richtigsten ist, entweder zwischen einzelnen Positionen eingeschaltet, oder am
en Anschlag-Titel, in welchen sie gehören, aufgeführt.

Revisions-Protokoll enthält nicht nur die Ermittlung der Größen und die
ig des, nach den Anschlag- oder Afford-Sätzen und resp. nach den durch den Bau-
gestellten Liquidationen der Unternehmer verdienten Geldbetrages, sondern auch
heilung der Güte der Arbeiten und Materialien, ohne allen Vorbehalt
e Bezugnahme auf andere Verhandlungen, mit Ausnahme der im
wähnten Fällen.

Aufnahme desselben erfordert in beiderlei Beziehung gleiche Sorgfalt. Der leicht-
ersicht wegen sind aber alle Berechnungen und Bemerkungen, mit Bezug auf den
stehenden Anschlag, so kurz als möglich zu fassen; wo keine Abweichungen vom
vorgefallen sind, und sich nichts zu erinnern findet, genügt der Vermerk »Gesehe-
der Aufsatz der verdienten Summe.

Berechnungen der Flächen und Körper, die Nachweisung der Materialien, beide
je des Anschlages oder der Beilagen desselben, sind Theile des Revisions-Proto-
in eben so zu behandeln.

anz des von dem betheiligten Truppentheile kommandirten Offiziers oder des
Deputirten der Behörde, für welche das Gebäude bestimmt ist.

161. Vor der örtlichen Aufnahme, wenn diese durch den Distrikts-Baubeamten
igt, ist die Administrationsbehörde, imgleichen der von dem betheiligten Trup-
einmandirte Offizier, oder der Deputirte der Behörde oder der Anstalt, zu deren
g das Gebäude bestimmt ist, um schriftliche Erklärung zu ersuchen, ob ihrerseits
Angemessenheit der Ausführung etwas zu erinnern gefunden werde; denselben
berlassen, die Wichtigkeit ihrer Erinnerungen an Ort und Stelle darzuthun, wes-
on dem zur Aufnahme bestimmten Termin zu benachrichtigen sind.

auf und auf Ertheilung etwa nöthiger Auskunft beschränkt sich die Theilnahme
ten Deputirten an dem Geschäft der Aufnahme.

gleichen Erinnerungen sind zwar für den verantwortlichen Baubeamten nicht ent-
müssen aber gehörig berücksichtigt, wo möglich erledigt, oder, wenn dies nicht
rscheint, zur Kenntniß der höheren Administrationsbehörde gebracht und begut-
ten.

hebung der betreffenden Unternehmer oder Bau-Handwerker. Einwendung
derselben.

162. Auch sind die Haupt-Unternehmer oder die Werkmeister, denen einzelne Ar-
z in Verding gegeben worden, zur Bewohnung des Termins vorzuladen, wenn
vorgezogen wird, ihre etwaigen Einwendungen gegen die Ermittlung, hinsicht-
quantität und Qualität der geschehenen Leistungen, erst nach Abschluß des Revi-
sions-Protokolls, unter Vorlegung des sie angehenden Theiles desselben, zu vernehmen.

Vorlegung ist jedoch nur in dem Falle, dann aber unbedingt erforderlich, wenn
thmer oder Werkmeister entweder nach §. 164. gar keine Liquidationen aufzu-
n, oder wenn ihre Liquidationen bei deren, in Folge der vorerwähnten Ermitt-
wirften, Feststellungen in den Beträgen haben herabgesetzt werden müssen. In
n Fällen werden die sich ergebenden Differenzen entweder nach pflichtmäßiger
ng der Baubeamten ausgeglichen, und die Wichtigkeit der Festsetzung wird von
igten durch einen kurzen Vermerk unter dem Revisions-Protokoll, oder resp.
Liquidation, anerkannt; oder es werden diejenigen Punkte, über welche keine
r Stunde kommt, wie im vorherstehenden Paragraphen vorgezeichnet, zur
racht.

4) Beilagen des Revisions-Protokolls.

§. 163. Die von den Unternehmern und Vertheilern eingereichten, und durch Baubeamten gehörig festgestellten Liquidationen über die von ihnen ausgeführten Arbeiten und Leistungen, so wie die vorchriftsmäßigen Baugesetze, Inventarisations- und andere Justifikatorien, als Kontrakte, Engagements-Verhandlungen u. dergl. müssen dem Revisions-Protokolle jedesmal beigelegt werden, in soweit die im nachfolgenden Paragraphen enthaltene Bestimmung nicht eine Ausnahme hierunter gestattet.

5) In welchen Fällen die Beilegung der Liquidationen unterbleiben kann.

§. 164. Die Beilegung besonderer von den Vertheilern aufgestellten Liquidationen kann nämlich, zur Erleichterung des Geschäftes in folgenden Fällen unterbleiben:

- a) wenn ein Unternehmer allein, oder auch einige solidarisch auftretende Unternehmer mit oder ohne Kontrakt, doch auf den Grund eines Anschlages, ohne alle Modifikation des letzteren; und
- b) mehrere nicht solidarisch verbundene Unternehmer, nicht allein auf den Grund eines Anschlages, sondern auch auf den Grund solcher Kontrakte, welche die Kompetenzen eines jeden einzelnen Interessenten genau limitiren, einen Bau dergestalt ausgeführt haben, daß die kontraktmäßigen Kompetenzen jedes Einzelnen ohne alle Modifikationen ausgezahlt werden müssen.
- c) Wenn in den vorbezeichneten beiden Fällen der, oder die Unternehmer, den zwar genau nach dem Anschlag oder resp. Kontrakte, überdies aber noch auf den Grund eines Anschlages oder Kontrakte ausgeführt haben, so sind nur über die falligen Mehrkosten besondere Liquidationen der Interessenten beizubringen.

6) In welchen Fällen sie dagegen beizubringen ist.

§. 165. Dagegen muß in allen übrigen Fällen, wenn ein Bau entweder

- a) ganz ohne Anschlag, oder
- β) zwar auf den Grund eines Anschlages, aber mit solchen Modifikationen durchgeführt worden ist, daß ein bloßes Bau-Abnahme-Attest, nach den im Anschlag enthaltenen Bestimmungen, nicht genügt, oder
- γ) wenn die Ausführung von mehreren nicht solidarisch verbundenen Interessenten zwar nach dem Anschlag, ohne wesentliche Abweichung von demselben, aber auf den Grund von Kontrakten, aus denen die Kompetenz jedes einzelnen Interessenten unzweifelhaft hervorgeht, bewirkt worden ist.

daß gesammte Liquidum durchgängig durch vollständige, von den Interessenten selbst gestellte, und von dem Baubeamten festgesetzte, spezielle Liquidationen constatirt werden.

7) Uebereinstimmung der Bau-Revisions-Summen mit dem Gesamt-Liquidum.

§. 166. Die Uebereinstimmung der Bau-Revisions-Summe mit den festgesetzten Forderungen der Interessenten, muß am Schlusse jedes Bau-Revisions-Protokolls resp. in jedem dessen Stelle vertretenden Bau-Abnahme-Atteste dargethan werden, entweder

- a) durch Zusammenstellung der Anschlags-Summe mit sämmtlichen einzelnen Beträgen der Liquidationen über die Mehrkosten, in dem §. 164. sub c. gedachten Fällen, oder
- b) durch Zusammenstellung sämmtlicher einzelnen Liquidations-Beträge, in den oben gedachten Fällen.

8) Soweit Bezugnahmen auf die Liquidationen im Revisions-Protokolle statthaft.

§. 167. Bezugnahme auf die beigelegten festgesetzten Liquidationen im Revisions-Protokoll, um die Wiederholung des Inhaltes zu umgehen, ist nur statthaft, wenn die Liquidationen deutlich geschrieben und genau nach der im Anschlag beobachteten Reihenfolge der Gegenstände geordnet sind, so daß die der Regel nach, oder auf besondere Veranlassung eintretende Superrevision ohne Schwierigkeit bewirkt werden kann.

9) Sonstige Erfordernisse der Bau-Revisions-Protokolle.

§. 168. Am Schluß des Revisions-Protokolls werden ferner noch die allgemeinen Bemerkungen über die Güte der Arbeiten und Materialien niedergeschrieben; es werden die veranschlagten mit den verdienten, oder schon verausgabten Kosten verglichen, die Differenzen des plus oder minus, mit Hinweisung auf die betr. Positionen oder Auftrags-Titel, imgleichen die Gründe, aus welchen eine genauere Veranschlagung nicht möglich gewesen, kurz angegeben, und es wird ausdrücklich versichert, daß, außer dem Inhalt des Revisions-Protokolls, nichts auf die Abnahme des Baues Bezügliches anzuführen ist.

10) Vorbereitung derselben während der Ausführung des Baues.

§. 169. Nicht nur zur Erleichterung des Revisions-Geschäftes reicht es, sondern auch die Sicherheit in den Angaben über Ausdehnung und Beschaffenheit vieler Gegenstände während des Baues nicht mehr genau zu beschreibenden Gegenstände macht es notwendig, daß die Data zum Revisions-Protokoll sogleich vom Beglance des Baues an gesammelt und in einem eignen Manuale, nach der Folge der Anschlags-Positionen und mit Bezeichnung der Nummern derselben, übersichtlich zusammengestellt werden.

r vollendete Arbeiten ist in diesem Manuale sobald als möglich abzuschließen. Districts-Baubeamten müssen beim Besuch der Baustelle darauf halten, daß gestellten Bau-Kondukteurs diese Vorschrift beobachtet werde, und höhere Bau- rden bei ihren Vereisungen auch diesem Gegenstande ihre Aufmerksamkeit

ing des Revisions-Protokolls und Einsendung desselben an die Intendantur.

0. Ist das Revisions-Protokoll nach §. 160. von dem angestellten Bau-Kon- genommen worden, so hat der vorzugsweise verantwortlich bleibende Districts- dasselbe an Ort und Stelle, wo möglich im Beisein des erstern, genau zu dem Befunde zu berichtigen, und nach Beobachtung des §. 161 und 162 vor- n Verfahrens zu attestiren.

von ihm aufgenommene, oder attestirte Revisions-Protokoll reicht er sodann . Intendantur mittelst Ber., der die etwa nöthigen Erläuterungen (§. 167.) oder n (§§. 161 und 162.) enthält, ein.

12) Rechtzeitigkeit der Revision und Abnahme.

1. Die Revision und Abnahme durch den Bau-Kondukteur und Districts-Bau- rf nicht, zum Nachtheil der Unternehmer, ungebührlich verzögert werden, jedoch her erfolgen, als bis allen etwa bemerkten kleinen Mängeln vollständig abge- ren ist.

• Vorbehalt in dieser Beziehung ist unstatthaft, und das Anerbieten der Unter- zur nachträglichen Abhilfe zu verpflichten, zurückzuweisen. Auch die Abroll- Bau-Rechnungs-Geschäfts erfordert möglichste Beschleunigung der Abnahme. aubeamte sich säumig, so muß die Intendantur, nach fruchtloser Erinnerung, n Dienstverhältniß gemäße Weise einschreiten.

13) Gänzliche Verweigerung der Abnahme.

2. Die Abnahme eines Baues, oder einzelnen Handwerkszweiges, wird gänz- ert, wenn den vorgefallenen Fehlern gar nicht, oder nur mit Ueberschreitung sführung geickten Frist abgeholfen werden kann. In solchem Falle ist dem r an Ort und Stelle Vorhaltung zu machen, dessen Erklärung zu Protokoll zu b, unter Einsendung desselben an die Intendantur, zu berichten.

in welchen Fällen bloße Revisions- oder Abnahme-Atteste genügend sind.

3. Zur Erleichterung der Baubeamten sind folgende, durch die G. B. der j. und der Fin. v. 26. Nov. 1820, des erstern Min. v. 31. Aug. 1824, und er G., II. u. Med. Ang., des J. u. der Fin. v. 5. Sept. 1828¹⁾ nachgelassene n des gewöhnlichen, §§. 160 et seq. vorgeschriebenen, Revisions-Verfahrens e Bauten der Militair-Verwaltung anwendbar.

Entreprise-Bauten, bei deren Ausführung gar nicht, oder nicht wesentlich vom Lage abgewichen ist, genügt ein bloßes Revisions-Attest, in welchem jedoch die hentlichen Abweichungen angeführt, und das daraus entstehende plus und u nachgewiesen werden muß.

Bauten auf Rechnung ist ein solches Revisions- oder Abnahme-Attest hin- end, wenn der Anschlag nicht überschritten worden ist.

xiden Fällen darf aber das Attest nur in Folge genauer Prüfung an Ort und gestellt werden.

Wie es bei solchen Bauten zu halten ist, welche ohne Anschlag ausgeführt worden sind.

14. Ist unter dringenden Umständen, auf höhere Verf., ein Bau ohne Anschlag worden, so wird nach Beendigung desselben ein ordentliches Bau-Revisions- aufgenommen, in welchem die bewirkten Arbeiten und verwendeten Materialien, Befunde, in übersichtlicher Folge nachgewiesen werden.

inden dabei die §§. 160 et seq. enthaltenen Bestimmungen ebenfalls Anwen- den nach §. 168. dazu geeigneten Fällen bedarf es bloß einer von dem Bau- fertigten, und nach den resp. Titeln abgetheilten, übersichtlichen Zusammen- von ihm besonders festgesetzten, von den betr. Interessenten selbst aufgestellten n.

16) Verfahren bei stattgefundenener Ueberschreitung des Anschlags.

5. Hat durch unvermeidliche Erhöhung der Preise, durch nachträgliche Bewill- veraanschlagter, oder durch größere Ausdehnung veranschlagter Gegenstände, ndere nicht vorausgesehene Verhältnisse eine Ueberschreitung des Anschlages Positionen oder Anschlag-Titeln statt gefunden, welche, bei Vollendung des nicht durch genehmigte Nach-Anschläge gerechtfertigt ist, oder durch Erspar-

nisse bei anderen Gegenständen nicht vollständig gedeckt wird, so muß mit der Re-Anschlage Satz vor Satz gefolgt, und nach §. 160. verfahren werden.

Um indessen die Superrevision der Revisions-Protokolle möglichst zu sind die bei den einzelnen Positionen hinzugekommenen Gegenstände und Preise aus dem Revisions-Protokolle zu extrahiren, und in einen besonderen Nach-Ansammen zu tragen, damit die superrevidirende Behörde bloß diesen Nach-Anschlag sehen, und das Revisions-Protokoll nicht weiter durchzusehen braucht.

Hat dagegen der ursprüngliche Bauplan in allen, oder doch in vielen Punkten geändert werden müssen, so würde ein solcher Nach-Anschlag eine sehr mühsame Arbeit erfordern, und es muß also in solchen Fällen das Revisions-Protokoll durchgegangen und festgestellt werden.

17) Wie weit die Annahme-Atteste stempelspflichtig sind.

§. 176. Es ist verordnet, daß zu den Attesten der Behörden oder einzelner Lieferanten über die kontraktmäßige Vollenbung des Baues, sobald sie eine stempelpflichtige Summe betreffen, der gesetzliche Stempel von 1^{fl} wendet werden muß.

Dagegen bleiben alle diejenigen Atteste von dem Stempel befreit, welche Bau-Entrepreneur oder Lieferanten zur Justifikation der Bau-Rechnung werden müssen, und lediglich das Interesse der Verwaltung, zur Erfüllung der Verfassung, bezwecken, bei deren Ertheilung also ein Privat-Interesse nicht zu liegt.

18) Prüfung der Revisions-Protokolle oder Bau-Abnahme-Atteste durch die Bau-Räthe.

§. 177. Revisions-Protokolle oder Bau-Abnahme-Atteste, welche auf ein stand sich beziehen, bei dessen Veranschlagung die Konkurrenz des Reg.- und grundsätzlich eintreten muß, werden demselben durch die Intendantur zur Due Feststellung zugesandt.

Die örtliche Prüfung des Revisions-Protokolls durch den genannten erfolgt, wenn die Intendantur dieselbe überhaupt für nothwendig hält, oder 1 §§. 161 und 162., stattfindende Differenzen nur an Ort und Stelle ausgeglichen können; oder endlich, wenn er selbst, entweder wegen Aufklärung dunkel geblieben oder wegen amtlich ihm zustehender Kontrolle des Bezirks-Baubeamten, eine Prüfung rathsam findet.

19) Superrevision derselben durch die Ober-Bau-Deputation.

§. 178. Der Ober-Bau-Deput. werden die Revisions-Protokolle durch leir-Desonomie-Depart. zur Superrevision nur vorgelegt, wenn

- a) letztere Behörde aus besonderen Gründen es nothwendig erachtet;
- b) bei der Ausführung wesentlicher Abänderungen des genehmigten Baup Einrichtung oder Konstruktion; oder
- c) wenn Ueberschreitungen eines zur Revision der Ober-Bau-Deput. geset schlaßes vorgekommen sind, und
- d) wenn ein Bau ohne Anschlag, oder vor instruktionsmäßiger Superrevisio hat ausgeführt werden müssen.

In dem §. 175. erwähnten Falle, in welchem ein Revisions-Nachansch nommen wird, ist auch nur dieser zu superrevidiren. (E. B. v. 27. Sept. 1822)

Die örtliche Superrevision durch ein Mitglied der Ober-Bau-Deput. er entweder diese, oder die Minist.-Behörde es für nothwendig hält, im ersten Zustimmung der Minist.-Behörde, in sofern Reisekosten veranlaßt werden.

20) Verfahren bei Bauten, deren Ausführung durch Ingenieur-Offiziere be

§. 179. Die Vorschriften §§. 166 bis 178. finden auf die durch Ingenie ausgeführten Bauten so weit Anwendung, als es mit dem Reglement über For Bauten und mit den den Ingenieur-Offizieren besonders ertheilten Instrukt träglich ist.

Der Instanzen-Zug für dergleichen Bau-Angelegenheiten ist §§. 4. 5. bezeichnet.

21) Uebergabe des Baues.

- a) Seitens des Baumeisters an die beaufsichtigende Administrations-Beh

§. 180. Sobald die Abnahme eines Baues bewirkt ist, und die dabei bemerkten Mängel beseitigt worden sind, erfolgt die Uebergabe desselben S Baumeisters, nach Anordnung der Intendantur, an diejenige Administration

1) Vergl. oben Abschn. I. Kap. III., Tit. I., S. 282.

8 Gebäude zu beaufsichtigen hat. Der Intendantur bleibt es zu bestimmen über dem oben erwähnten Akt die weitere Uebergabe des Gebäudes an den Truppen-Behörde oder die Anstalt, welche dasselbe benutzen soll, unmittelbar folgen kann, nem Falle, ob die Gegenwart des Baubeamten, oder des mit der Ausführung betrauten Ingenieur-Officiers dabei nothwendig ist. Entsprechend der letzteren an den Truppenthell, oder an diejenige Behörde, für welche das Gebäude bestimmt ist.

181. Die Uebergabe erfolgt von der administrirenden Behörde an den Kommand-Truppenthell, oder den von diesem kommandirten Officier, oder an den Vor-Behörde oder der Anstalt, zu deren Gebrauch das Gebäude bestimmt ist, mittelst einer Urkunde, welche eine deutliche Beschreibung der übergebenen und resp. übernommenen Gegenstände enthalten, oder allenfalls auf beigefügte, von den Uebergabe- und Empfangs-Kommissarien ebenfalls zu vollziehende Inventarien-Nachweisungen sich beziehen.

22) Berücksichtigung etwaniger Ausstellungen.

182. Ausstellungen, welche von den Uebernahme-Kommissarien gemacht und weiteres erledigt werden können, sind, bei Einsendung des Protokolls an die Intendantur, zur weiteren Veranlassung zur Sprache zu bringen. Entsprechend bei Auszahlung der Baugelder, Rechnungslegung und Rechnungs-Abnahme.

1) Wer mit Auszahlung der Baugelder zu beauftragen ist.

183. Mit der Auszahlung der Baugelder bei R. Bauten darf sich das Bau-Verwaltungsbüro keiner Bedingung befassen, vielmehr muß, unter Anwendung entsprechender Verwaltungs-Maßregeln, die betreffende Lokal-Verwaltung, oder eine andere in dem Orte, wo ausgeführt werden soll, befindliche K. Kasse, event. der Mag. oder die Bürgerschaft, mit der Uebernahme des Kassen- und Rechnungswesens beauftragt werden, Zahlungen nicht unmittelbar von der Haupt-Kasse erfolgen.

2) Ueberweisung der Geldmittel.

184. Sobald der Baufonds disponibel gemacht ist, wird derselbe der Intendantur, oder theilweise überwiesen, welche die benöthigten Summen nach dem Bedarf assignirt, und durch die betr. Spezial-Kasse in Empfang nehmen.

3) Ertheilung der Einnahme-Atteste.

185. Diese Kasse, oder sonst mit der Auszahlung beauftragte Behörde, hat sich für jedes Geschäft ein Einnahme-Attest von der Kasse ertheilen zu lassen, aus welchem die Zahl der Baugelder fließen.

aus dem Verkauf alter Bau-Materialien oder Abgänge. Wie dabei zu verfahren ist.

186. Die aus dem Verkauf alter Bau-Materialien oder Abgänge sich ergebenden Einnahmen fließen ebenfalls zum Baufonds, und werden bei demselben durch Beifügung eines Protokolls u. s. w. auf Anweisung der Intendantur entsprechend in Einverleibung, wogegen der den Bau leitende Beamte attestirt, daß nicht mehr und nicht weniger alten Materialien, Abgängen u. zum Verkauf zu stellen gewesen ist.

Termine zum Verkauf alter, oder übrig gebliebener neuer Materialien sind im Bau-Verwaltungsbüro, oder des zur speciellen Leitung angestellten Kondukteurs, abzuwickeln, die diesfälligen Excitations-Protokolle von den letzteren zu vollziehen.

Wenn aber ein Kondukteur nicht angestellt ist, und der Baubeamte nicht im Orte des Verkaufes entweder bis zur gelegentlichen Anwesenheit des letzteren zu verbleiben, oder aber, nach den Umständen, ein anderes zweckmäßiges Arrangement deshalb einzurichten.

4) Einrichtung der Kassen-Bücher.

187. Der Vorstand der betr. Kasse muß ein Journal führen, worin alle aus demselben geleisteten Zahlungen nach der Zeitfolge eingetragen werden.

Es ist ein besonderes, nach den Titeln des Anschlags geordnetes Manual anzuführen, in welchem die Zahlungen aus dem Journal übertragen werden.

Das Manual dient besonders dazu, um übersehen zu können, ob ein oder der andere Anschlag überschritten werde.

Journal und Manual müssen in den Haupt-Summen beständig mit einander übereinstimmen und sich gegenseitig kontrolliren.

Dem ist noch ein Vorschufsbuch zu halten, um darin alle nicht zur definitiven Abrechnung geeigneten Vorschuf- und Abschlags-Zahlungen notiren zu können.

5) Auf wessen Anweisung die Zahlungen zu leisten sind.

188. Die Zahlungen selbst erfolgen nach den in den Kontrakten festgestellten Bedingungen, und auf den Grund der mit den Unternehmern, Vertheilern u. gehaltenen Aufassiguation des ausführenden Baumeisters, oder, in einzelnen Fällen, bei Bau-Polizei. 2. Aufl.

besonderen, zu keinem Theil des Anschlages gehörigen Ausgaben, auf Anweisung der Intendantur.

Bei Abschlags-Zahlungen, welche in den Kontrakten stipulirt sind, gemäß Regel das Attest des ausführenden Baumeisters: daß dem Unternehmer die betr. mit Sicherheit gezahlt werden könne, sofern die Intendantur diesfallsige Anweisung nicht vorbehalten hat. —

Bei allen Rest-Zahlungen hingegen, oder bei solchen Zahlungen, welche an besonderer Rechnungen geleistet werden, muß die Anweisung durch die Intendantur geschehen.

7) Verfahren bei laufenden Zahlungen.

§. 189. Um den Geschäftsgang in Absicht der Anweisung und Erhebung laufenden Zahlungen, z. B. die Remunerirung der Bau-Kondukteure, Bau-Wächter etc. zu erleichtern, ist darüber jedesmal, noch vor dem Beginn des Bau die Feststellung eines geeigneten Verfahrens herbeizuführen.

8) Erfordernisse der zur Kasse gelangenden Rechnungen. Beifügung der Baurechnung der Wichtigkeit des Kalküls. Beibringung der gesetzlichen Stempel.

§. 190. Alle zur Kasse gelangenden Rechnungen müssen von dem Baubeamten in Ansehung der Quantität und Qualität der geleisteten Arbeiten oder gelieferten Materialien vorschriftsmäßig attestirt, auch da, wo Gegenstände vorkommen, welche nach dem Gewicht bezahlt werden, mit den nöthigen Waagezetteln belegt sein. Ferner muß auf jeder Rechnung von dem Baubeamten der Titel des Anschlages, wozu dieselbe gehört, angegeben werden, damit die Ausgabe gehörigen Orts in das Manual übertragen werden kann.

Für die Richtigkeit des Kalküls in den Rechnungs-Beilagen bleibt, hinsichtlich der Berechnungen nach Körper- und Flächen-Maßen, so wie der Angaben der Einzelkosten der Tagen und Quantitäten, der Baubeamte; — hinsichtlich der Richtigkeit der aus resultirenden und zu zahlenden Geldbeträge aber, so wie für die richtige Beifügung der gesetzlichen Stempel, der Kassenbeamte verantwortlich.

9) Tagelohnlisten und deren Beschaffenheit. Was bei der Zahlung zu beobachten.

§. 191. Wenn Tagelohn-Arbeiten vorkommen, so müssen in der den Schluß jeder Woche zusammen zu stellende Liste die bei dem Bau beschäftigten namentlich aufgeführt, die Anzahl der Tage, wie lange und womit jeder beschäftigt ist, angegeben, und der bedungene Lohn ausgeworfen werden. Diese Liste wird vom Baubeamten, so wie die Nothwendigkeit der geleisteten Arbeit, attestirt, und an denselben die Zahlung an die betr. Individuen, in Gegenwart des Baubeamten der Baustelle selbst, geleistet, weshalb der mit der Zahlung beauftragte Kassenbeamte verbunden ist, sich nach der Baustelle zu verfügen.

Von dem Baubeamten muß unter den diesfallsigen Liquidationen auch attestirt werden:

- daß der angewiesene Betrag von ... Thlr. ... Sgr. ... Pf. in seine Hand gekommen ist.
- wart an die in der Liquidation benannten Individuen wirklich gezahlt worden.
- sei.

Wo ein Kondukteur oder Aufseher angestellt ist, vertritt dieser die Stelle des Baubeamten bei den Auszahlungen des Tagelohns.

10) Periodische Kassen-Abschlüsse.

§. 192. Um den ausführenden Baumeister in beständiger Uebersicht des Bestandes zu erhalten, wird demselben von Zeit zu Zeit (etwa monatlich) ein Kassen-Abschluß mitgetheilt, worin die auf jeden Titel des Anschlages geleisteten Zahlungen angegeben sein müssen.

Der Intendantur bleibt anheim gestellt, wie oft sie sich einen solchen Abschluß legen lassen will.

11) Ablegung der Rechnung. Theile derselben.

§. 193. Die Rechnung besteht bei solchen Bauten, welche auf Administration geführt sind:

- 1) aus der eigentlichen Geld-Rechnung.
- 2) aus den auf den Grund des Bau-Revisions-Protokolls zu fertigenden Nachweisungen der Bau-Materialien und der Inventariensätze.

Wenn kein Bau-Revis.-Protokoll aufgenommen worden, so bleibt in Verbindung mit der Geldrechnung, eine förmliche Materialien- und Inventarien-Liste zu legen, und durch diese der verbliebene Bestand nachzuweisen.

Bei Bauten, welche von einem Unternehmer im Wege der General-Verdingung sowohl hinsichtlich der Arbeiten, als Materialien-Lieferungen, allein ausgeführt ist, jedoch eine besondere Nachweisung der Materialien und Inventariensätze erforderlich ist, so ist eine förmliche Rechnung darüber nicht erforderlich.

12) Von der Geldrechnung insbesondere.

§. 194. Die nach dem sub Litt. E. beigef. Schema¹⁾ anzulegende Geldrechnung ist die vorgekommenen Einnahmen und Ausgaben, letztere nach den Titeln des An- und nach geordnet, nach und ist belegt

- 1) durch die ertheilte Genehmigung und Anweisung zur Ausführung des Baues;
- 2) durch den revidirten und event. superrevid. Kosten-Anschlag und Erläuterungs-Ver. Die Zeichnungen sind dazu zwar in der Regel nicht erforderlich, müssen aber sorgfältig aufbewahrt werden, um sie, wenn es ausnahmsweise verlangt werden sollte, nachträglich vorlegen zu können (§. 159.);
- 3) durch Citations-Protokolle über die stattgehabte Verdingung des Werks und der Materialien;
- 4) durch die Haupt-Exempl. der hiernach abgeschlossenen und von der Intendantur bestätigten Kontrakte;
- 5) durch ein Attest der betr. Hauptkasse zc., daß nicht mehr und nicht weniger als die vereinbarten Summen zu dem Bau gezahlt worden sind;
- 6) durch die von dem Baubeamten festgesetzten und in gesetzlicher Form quittirten Liquidationen der einzelnen Handwerker, Unternehmer und Lieferanten, in soweit bestimmungsmäßig erforderlich sind;
- 7) durch die gehörig justificirten namentl. Zahlungs-Nachweisungen über die stattgefundenen Tagelohns-Arbeiten;
- 8) durch das Revis.-Protokoll oder resp. Bau-Abnahme-Attest über die stattgehabte technische Abnahme des Baues;
- 9) durch die Uebergabe-Verhandlung.

13) Kosten-Balance.

§. 195. Wenn kein Revis.-Protokoll aufgenommen worden, so müssen die von dem Baubeamten festgesetzten Liquidationen der Handwerker, Lieferanten zc. nach den resp. Ausgabe-Titeln übersichtlich zusammengestellt und diese Zusammenstellung der Geld-Rechnung beigelegt werden. Auch wird dann jeder Ausgabe-Titel in der Geld-Rechnung für geschlossen, am Schlusse desselben eine Balance des veranschlagten und danach wirklich ausgegebenen Quantums gezogen, und von dem Baubeamten die Ursache der Plus- oder Minus-Ausgabe im Allgemeinen kurz angedeutet.

14) Materialien- und Inventarien-Rechnung.

§. 196. Eben so werden für diesen Fall aus den Belägen der Geld-Rechnung die Materialien- und Inventarienstücke zusammengestellt, um in einer dann beizulegenden fertigen Baumaterialien- und Inventarien-Rechnung (§. 193.) in Einzelnem und in Ausgabe, oder als Bestand nachgewiesen zu werden.

In der Geldrechnung ist bei den betr. Ausgabe-Titeln anzumerken, auf welcher Seite und unter welcher Nummer der Materialien- oder Inventarien-Rechnung solche in Einzelnem erscheinen.

Nachdem die letztgedachten beiden Rechnungen angefertigt, und Seitens der Baubeamten attestirt worden ist, kann daher die Geldrechnung geschlossen werden.

15) Nachweis über die Verwendung der Materialien.

§. 197. Ueber die Einnahme an Materialien, welche in Masse (in bestimmten Quantitäten) gleichviel, ob von besonderen Lieferanten oder von den Handwerkern selbst an- und geliefert, unter Aufsicht aufbewahrt und verwendet werden, wird besondere Rechnung geführt, die richtige Verwendung wird attestirt, und über den nach Vollendung der vorhandenen Bestand wird anderweitig verfügt (Verkauf oder Verwendung zu anderen Zwecken), auch wie dies geschehen sei, in der betr. Materialien-Rechnung nachzuweisen.

Nur in soweit, als der Verkauf oder die anderweitige Verwendung der verbliebenen Materialien, wegen nicht zu beseitigen gewesener Hindernisse, zur Zeit der Rechnung-Ablegung nicht definitiv hat bewirkt werden können, darf dieser Nachweis einer besonders nach der Abschlußrechnung vorbehalten bleiben.

Im Revis.-Protokoll wird durch eine Berechnung nach den Grundsätzen des genehmigten Anschlages nachgewiesen, daß die richtige Verwendung keinem Zweifel unterliege. Eine völlige Uebereinstimmung dieser Berechnung mit der Wirklichkeit ist in der Regel zu erwarten, bedeutende Differenzen müssen aber motivirt und bei der Revision höheren Behörden beurtheilt werden.

¹⁾ Es weitläufige Schema ist, zur Ersparung des Raumes, nicht mit abgedruckt, da es ausgemacht werden kann, daß die Garnison-Bau-Ordnung sich in den Händen der theilhaftigen Beamten befindet.

Sind die Arbeiten, einschließlich der nach gewissen Grundsätzen als erforderlich angenommenen Materialien, verbunden worden, so entscheidet eine nach denselben Grundsätzen angelegte Berechnung über den Betrag der als verwendet anzusehenden Materialien.

Hat beiderlei Verfahren stattgefunden, wie nur statthaft ist, wenn der Vertheil nach eine völlige Absonderung der von den Unternehmern der Arbeiten herbeigeschafften und der besonders in Masse angekauften Materialien bei der Ablieferung, Aufstellung, Verwendung möglich wird, so muß demgemäß auch bei der Abnahme des Baues Trennung erfolgen und das beobachtet werden, was für den einen und den andern vorgeschrieben ist.

16) Abnahme und Superrevision der Rechnung. — Ertheilung der Decharge.

§. 198. Nach Vollendung der Geldrechnungen nebst Zubehör werden dieselben duplo an die Intendantur, Behufs Veranlassung der technischen Prüfung und Bewilligung der Abnahme (Superrevision), eingesandt und sodann mit dem Abnahme-Protokoll an die Ober-Rechn.-Kammer zur Superrevision befördert.

Wenn die Abnahme und Superrevision erfolgt, die etwaigen Notizen erledigt und die Decharge ertheilt ist, so kann die Rechnungslegung als geschlossen angesehen werden.

17) Disposition über die nach bewirkter Ausführung des Baues sich ergebende Ersparnisse (Minus-Ausgaben).

§. 199. Es wird hierbei noch zusätzlich bemerkt, daß über die bei der Ausführung eines Baues gegen die Anschlagssumme etwa bewirkten Ersparnisse (richtiger Minus-Ausgaben genannt, uneigentlich „Ersparnisse“ bei einer auf Schätzung beruhenden Estimation) nicht zu Gunsten anderer Baugesenstände oder fremder Zwecke disponirt werden darf, vielmehr müssen solche resp. als Einnahme und Ausgabe-Reste oder als Bestand der Rechnung nachgewiesen, und letztere an diejenige Kasse, aus welcher der Betrag fließt, zurückgeführt werden, in sofern nicht ein anderes darüber Seitens der kompet. Minist.-Instanz ausdrücklich bestimmt worden ist.

Als Einnahme-Rest wird nämlich der Betrag solcher Minus-Ausgaben, die in der Spezial-Bau-Rechnung nur dann nachzuweisen sein, wenn er noch nicht zur Baukasse eingezogen ist, und zwar als wegfallender Einnahme-Rest. Zugleich kann dann aber auch als wegfallender Ausgabe-Rest auszubringen sein. Sind die zu einer bewilligten Gelder aber schon vollständig zur betr. Spezial-Baukasse eingezogen, dann ist der Betrag der Minus-Ausgaben nicht als Einnahme, sondern nur als wegfallender Ausgabe-Rest und als Bestand nachgewiesen werden. Es wird sodann aber auch die wirklich erfolgte Zurückzahlung dieses Bestandes an die Kasse, aus welcher die Ausgaben geflossen sind, durch deren der Rechnung beizuf., hinter dem Abschlusse der letzteren das nach zu allegirende Quittung darzuthun sein.

18) Aufbewahrung der Zeichnungen, Beschreibungen etc. nach bewirkter Rechnung.

§. 200. Nach bewirkter Superrevision der Rechnungen und ertheilter Decharge werden resp. aus den Akten des Baumeisters und aus den Rechnungen und Beschreibungen getrennt und extrahirt:

- a) Grund- und Aufrisse, Zeichnungen, Profile, Situations-Pläne, sonstige Zeichnungen und Zeichnungen, die Behufs Ausführung einzelner Gegenstände erforderlich werden;
 - b) die Benutzungs- und Belegungs-Nachweisungen, die Beschreibungen der Gebäude, die revidirten Haupt- und etwaigen Nach-Anschläge, nebst den Bau-Rechnungen, Protokollen und technischen Abnahme-Attesten, sowie die vollzogenen Zahlungen.
- Alle diese Gegenstände werden bei der betr. Lokal-Verw. zugleich mit dem Exempl. der Bau- u. Rechnung sorgfältig aufbewahrt und inventarirt. (cf. Bau-Verw.-Ordnung¹⁾).

Dritter Titel.

Von der baulichen Instandhaltung der Garnison-Gebäude.

I. Allgemeine Bestimmungen.

1) Wem sie obliegt.

§. 201. Die Sorge für die bauliche Instandhaltung der Garnison-Gebäude in Vertretung des Königl. Eigenthums, zunächst den betr. Lokal-Verwaltungen ob, halb sie dieselben, nach den Bestimmungen der Garnison-Verw.-Ordn., häufig zu besichtigen und besichtigen müssen.

¹⁾ Die Geschäfts-Ordn. für die Verwaltung der Garnison-Anstalten v. 20. April 1871 ist durch die R. O. v. 22. ej. m. genehmigt.

Jedoch ist auch die Theilnahme des Truppentheils an der baulichen Beaufsichtigung von ihm benutzten Gebäudes nicht ausgeschlossen, in soweit dies die Garnison-Verw.-Ordn. festsetzt. (cf. §. 4.)

2) Welche Rücksichten hauptsächlich hervortreten.

§. 202. Bei der Erhaltung eines Gebäudes treten insbesondere zwei Rücksichten hervor:

- a) Bewahrung desselben gegen äußere und innere Beschädigungen;
- b) Wiederherstellung dessen, was durch die Benutzung des Gebäudes, durch die Einwirkung der Witterung und äußerer Zufälle, so wie durch die Vergänglichkeit des Materials mit der Zeit schadhast wird.

3) Rechtzeitige Ausbesserung kleiner Schäden.

§. 203. Als wesentlich bleibt hierbei zu beachten, daß kleine Schäden gleich ausgemerzt und durch Aufschub nicht größere Reparaturen nothwendig werden, zu denen es, guter Wirthschaft und Kontrolle, nur selten kommen kann.

4) Bewahrung gegen äußere und innere Beschädigung.

§. 204. Wie die Gebäude und Anstalten gegen äußere Beschädigungen geschützt werden sollen, läßt sich nur in jedem einzelnen Falle, nach Maßgabe der örtlichen und sonstigen Verhältnisse bestimmen; dies, so wie die Maßregeln zur Sicherstellung derselben gegen Feuer und äußere Feuergefahr, fällt der Sorge der Lokal-Verw., wie der benutzenden Behörden anheim. (cf. Garnison-Verw.-Ordn.)

II. Classification der Reparaturen.

1) a) Laufende Unterhaltung,

- 1) kleine Reparaturen,
- 2) große Reparaturen.

b) Haupt-Reparaturen.

§. 205. Die bei den Garnison-Gebäuden vorkommenden baulichen Reparaturen lassen sich entweder auf die laufende Unterhaltung und zerfallen in große und kleine, auf den Umbau oder die Erneuerung einzelner bedeutender Theile der Gebäude, letztere Haupt-Reparaturen genannt werden.

2) Nähere Bezeichnung der kleinen laufenden Reparaturen.

§. 206. Zu den kleinen laufenden Reparaturen werden im Allgem. diejenigen gerechnet, welche die dauernde Erhaltung des Zustandes der Wohnbarkeit und die Verwendbarkeit des Gebäudes bezwecken, z. B.

- die Unterhaltung der Feuerungen, der Öfen und Kochherde;
- die Instandhaltung des innern Wand- und Decken-Puzes und die Ausbesserung kleiner Schäden des äußeren Puzes;
- die Unterhaltung der Treppen, der Dachfenster, Dachrinnen, und die Reparatur einzelner Dachtheile;
- die Unterhaltung der übrigen inneren Pertinenz-Stücke, als Thüren, Fenster, Fußböden etc.
- die Instandhaltung der Brunnen und Abtritte, des Hof- und Straßenpflasters etc.

3) Nähere Bezeichnung der größeren laufenden Reparaturen.

§. 207. Zu den größeren laufenden Reparaturen werden diejenigen gerechnet, welche die Erhaltung eines Gebäudes in Dach und Fach betreffen. Es gehören dahin z. B.

- die Unterhaltung der Umfassungswände;
- das Umdecken der Dächer;
- die Umlegung und Erneuerung der Fußböden;
- das Einziehen neuer Balken u. s. w.

4) Begriff der Haupt-Reparaturen.

§. 208. Eigentliche Haupt-Reparaturen kommen nur dann vor, wenn ganze Gebäude oder bedeutende Theile derselben, ihrer Mangelhaftigkeit oder mangelhaften Einrichtung halber, unter möglichster Wiederbenutzung der vorhandenen Substanz, einem Umbau unterworfen und daher während der Ausführung der Arbeiten ganz außer Gebrauch gesetzt werden müssen.

5) Zulässigkeit derselben.

§. 209. Zu dergl. Haupt-Reparaturen ist jedesmal die Genehmigung der oberen Militär-Instanz erforderlich, und es findet auf die Ausführung derselben alles das Anwendung, was in Absicht des Verfahrens bei Neubauten vorgeschrieben ist.

Nur in ganz besonderen Fällen, wenn Gefahr im Verzuge ist, kann zur Ausführung der Reparaturen gleichzeitig mit der zu machenden Meldung geichritten werden.

III. Lokal-Revisionen der Garnison-Gebäude.

1) Zweck derselben.

§. 210. Die Lokal-Revisionen, welche der Titel I. ad III. anordnet, habe dem näheren Inhalte der Garnison-Verw.-Ordn., zugleich den Zweck, sich nicht al dem baulichen Zustande der Gebäude, sondern auch von der Beschaffenheit der Umgl. davon zu überzeugen, ob gegen Feuergefahr alles gehörig geordnet, ob das lösch-Geräth in gutem Stande ist und von Seiten der dazu Verpflichteten stets die Vorsicht hierunter angewendet wird u. s. w. Der das Gebäude benutzende Trup. imgl. die Lokal-Verwalt., fertigen vorher ein Verzeichniß der sichtbar gewordenen etc., zum Anhalte der Revis.-Kommission bei der örtlichen Prüfung des Bedürfnisse

2) Welcher Gesichtspunkt dabei festzuhalten ist.

§. 211. Im Allgemeinen wird bei Revision von dem Gesichtspunkte ausge daß es nur auf Erhaltung des Vorhandenen in seinen wesentlicheren Theilen an Vorschläge zu neuen Einrichtungen und Anlagen unterliegen, in Bezug auf das Bedürfniß, nach Maßgabe des Tit. I. ad III. ebenfalls der örtlichen Erwägung. Aufnahme des Protokolls enthält die Garnis.-Verw.-Ordn. das Nähere.

IV. Aufnahme der größeren Reparaturen und Anfertigung der Kosten-Anschläge.

1) Verfahren bei Kasernen-Selbstbewirthschaften.

§. 212. Bei Gelegenheit der Jahres-Revision werden in der Regel auch die Reparaturen durch den Baubeamten an Ort und Stelle aufgenommen.

Bezieht sich die Reparatur auf ein Gebäude, welches der Selbstbewirth eines Truppentheils übergeben ist, so sind bei der Aufnahme der Kosten die Rep nach Anleitung der im Anhange I. der Garnis.-Verw.-Ordn. gegebenen Normen Kasernen-Selbstbewirthschaften zu trennen, und zwar so, daß

- a) über diejenigen, welche dem Selbstbewirthschaftungs-Fonds zur Last fall
- b) über diejenigen, welche aus dem großen Bau-Fonds zu bestreiten sind, besondere Kosten-Anschläge gefertigt werden.

2) Wie in streitigen Fällen, hinsichtlich der Untersuchung der Reparaturen verfahren ist.

§. 213. In streitigen Fällen, ob eine Reparatur zu der einen oder andern zu rechnen sei, wird auf Grund des Gutachtens des Baubeamten die Entschelt höheren Behörde eingeholt, die Ausführung der an sich unzweifelhaften und in de niß der Prov.-Administration liegenden Reparaturen aber dadurch nicht aufgehal

3) In wie weit die Veranschlagung der Kosten unterbleiben kann.

§. 214. Um die Baubeamten oder Ingenieur-Offiziere bei den ihnen zu Baugeschäften nicht zu sehr mit Detail-Arbeiten zu belasten, ist nachgegeben wor

- a) wenn der Betrag einer Reparatur an einem Gebäude, für Materialien und lohn sämtl. dabel vorkommenden Handwerks-Zweige zusammen genom Summe von 50 Thlr. muthmaßlich nicht übersteigt, die Aufnahme eines An schlages darüber nicht stattfinden braucht;
- b) im Falle die Reparatur den Kostenbetrag von 100 Thlr. nicht übersteigt, den Grund eines von einem approbirten und sonst anerkannt tüchtigen Ba gefertigten Anschlages verfügt werden kann.

4) Technische Prüfung der von Bau-Handwerkern angefertigten Kosten-Ansch

§. 215. Jedoch haben die Ingenieur-Offiziere und Baubeamten sich der k Prüfung eines solchen Anschlages, in sofern ihnen derselbe zu diesem Behufe u werden sollte, so wie der etwaigen Berichtigung desselben, nach Maßgabe der k und des wirklich stattfindenden Bedürfnisses, zu unterziehen. (§. 46.)

5) Kosten-Anschläge, welche vom Baumeister zu fertigen sind.

§. 216. Alle Reparaturen und baul. Einrichtungen hingegen, welche über 1 betragen; bedürfen, besonders in Fällen, wo es auf höhere technische Kenntnisse o förmlicher Anschläge, welche von dem Baumeister, nach Maßgabe der §. 212 er Lokal-Revisionen, aufzunehmen sind.

6) Form und Vollziehung derselben.

§. 217. Wegen der Form und Vollziehung der Anschläge wird auf der Abschnitt des Tit. I. und des Tit. II. verwiesen.

V. Verfahren bei der Anmeldung kleiner Reparaturen.

1) Seitens der Truppen bei der Lokal-Verwaltung.

§. 218. Alle kleine Reparaturen, welche in Folge der Benutzung eines Gebä der Utensilien entstehen (§. 206) werden von dem Fourier jeder Kompagnie zu 6 Woche, oder in sonst verabredeten Terminen, in dringenden Fällen aber sofort

der militärischen Beaufsichtigung des Gebäudes beauftragten Offizier schriftl. anged. Dieser versteht das Verzeichniß, nach genommener Ueberzeugung von der Nothwendigkeit der darin aufgenommenen Reparaturen, mit seiner Namens-Unterschrift, und übert daselbe hiernächst an den Kasernen-Inspektor, welcher die Reparaturen speziell ist und, wenn er dagegen nichts zu erinnern findet, und sich von ihrer Nothwendigkeit falls überzeugt hat, die weiteren Anträge bei der Garnison-Verw. veranlaßt. Auf diese Weise wird auch bei den Lazarethen und anderen Militär-Instituten verfahren, die eine eigene Verwaltung haben.

2) Weitere Veranlassung von Seiten der Lokal-Verwaltung. Eventualiter Genehmigung der Intendantur.

§. 219. Die Lokal-Verw. werden von den Intendanturen darüber belehrt, innerhalb welcher Grenzen sie dergl. Reparaturen, zur Verhütung weiteren Schadens, ohne Frage gleich ausführen lassen können, sobald das Schadhafte sichtbar wird, und die Stellung der Instandsetzung erlaubt; oder zu welchen Reparaturen sie die Genehmigung Intendantur, unter Einsendung der dießfälligen Kosten-Anschläge, vor der Ausführung einzuholen haben.

Grenzen der Befugniß der Lokal-Verwaltung zur selbstständigen Ausführung laufender Reparaturen.

§. 220. Eine durchgreifende Bestimmung kann in dieser Beziehung nicht erlassen werden, weil dabei örtliche Umstände zunächst entscheidend sind. In der Regel sind jedoch Lokal-Verw. zur selbstständigen Ausführung aller derjenigen Reparaturen befugt, welche die Erneuerung und Instandhaltung einzelner Theile, im Zwecke der Bewohnbarkeit des Gebäudes, zum Gegenstande haben, und womit weder eine Veränderung der Substanz noch erheblicher Kostenaufwand verbunden ist.

4) Nähere Bezeichnung der dahin zu rechnenden Reparaturen.

§. 221. Es sind hierunter vorzüglich alle diejenigen Reparaturen zu verstehen, welche die jährliche Revision und Abnahme von Seiten des Baubeamten in der Regel nicht erfordern, z. B. das Ausschmieren der Oefen, Ausbesserungen des Wandputzes, Reparatur Thür- und Fensterbeschläge, Fensterscheiben u. s. w.

In wiefern es anrathlich sein dürfte, die Befugniß der Lokal-Verw. zur selbstständigen Ausführung derartiger Reparaturen auch in quanto näher festzustellen, bleibt der besonderen Ermäßigung der Intendantur rücksichtlich eines jeden Gebäudes und Orts, unter ständiger Beobachtung individueller Verhältnisse vorbehalten.

5) Ausführung solcher Reparaturen, wobei Gefahr im Verzuge ist.

§. 222. Doch sind in allen Fällen, wo Gefahr im Verzuge ist, die Lokal-Verw. bei der Ausführung der nöthigen Reparaturen sofort und ohne vorherige Anfrage, auf Verantwortlichkeit zu veranlassen, besonders auch da, wo aus der Verschiebung der selben zweifelhaft größere und kostbarere Reparaturen hervorgehen würden. Sie sind verpflichtet, den Intendanturen von solchen Maßnahmen ungesäumt Anzeige zu geben.

VI. Ausführung der laufenden Reparaturen.

1) Art und Weise der Ausführung überhaupt.

§. 223. Ueber die zweckmäßige Art und Weise der Ausführung der an den Garnison-Gebäuden vorkommenden laufenden Reparaturen wird nach Maßgabe der örtlichen Verhältnisse, mit Berücksichtigung des von dem Baubeamten darüber abzugebenden Gutachtens und der Vorschläge der Lokal-Verw., in der Regel auf vorherige Besprechung bei der Revision, speziell bestimmt.

2) Verdingung der Arbeiten nach den einzelnen Handwerkswegen.

§. 224. Besonders ist dabei von dem Grundsatz auszugehen, die Arbeiten nur an tüchtige und zuverlässige Werkmeister zu verdingen, und zwar so, daß nicht einem Entreprisen-Sammler alle Arbeiten zusammen genommen, sondern jedesmal nur die Arbeiten seines Fachzweiges übertragen werden, wenn nicht überwiegende Gründe für das Gegen- theil sprechen.

3) Verdingung für einen bestimmten Zeitraum.

§. 225. Auch ist es zulässig, erprobten und tüchtigen Handwerkern die Ausführung einzelner, oder mehreren Garnison-Gebäuden auf einen bestimmten Zeitraum zu übertragen.

Bei der Annahme solcher Handwerker wird es jedoch nützlich sein, von Zeit zu Zeit eine angemessene Konkurrenz eintreten zu lassen, welche entweder im Wege der öffentl. Konkurrenz, oder durch ein Submissions-Verfahren herbeizuführen ist, wobei indessen der Besten die Auswahl der zur Abgabe ihrer Offerten aufzufordernden Handwerker überlassen zu muß. (§. 121.)

4) Dabei zum Grunde zu legende Bedingungen.

§. 226. Wegen der dem Abkommen mit den Handwerkern zum Grunde zu legenden Bedingungen, dasselbe mag nun aus freier Hand, oder nach Maßgabe einer vorangehenden Licitation ic. getroffen werden, wird im Allgem. nur auf dasjenige verwiesen, was weiter oben (§§. 137. 138.) darüber gesagt worden.

5) Einschränkungen des Zeitraums.

§. 227. Dergl. Abkommen über die Beseitigung der größeren und kleineren Reparaturen auf einen Zeitraum von mehreren als drei Jahren zu treffen, ist nicht zweckmäßig zu erachten, weil dadurch die Behörde an der Benützung etwa eintretender günstiger Conjuncturen behindert wird.

6) Vorbehalte bei etwaiger Verzögerung oder schlechter Ausführung der Arbeiten.

§. 228. Damit jedoch auch die Behörde an die Belbehaltung eines Handwerkers nicht gebunden bleibt, wenn die Leistungen desselben der Erwartung nicht entsprechen, so muß die Vereinbarung mit demselben dahin getroffen werden, daß das diesseitige Engagement Seitens der Behörde sofort und zu jeder Zeit aufgehoben werden könne, wenn er sich eine Verzögerung der ihm übertragenden Arbeiten, oder eine schlechte Ausführung derselben, nach dem Urtheile des Baubeamten, zu Schulden kommen lassen sollte.

7) Vertheilung der Arbeiten an mehrere Handwerker.

§. 229. Es ist jedoch nicht nothwendig, daß ein Handwerker die in sämtl. Person-Gebäuden des Orts vorkommenden Arbeiten seines Handwerkszweiges allein nehme; vielmehr ist es rathsam, für ein oder mehrere Gebäude besondere Handwerker in Aussicht zu nehmen. Die Verm. erhält dadurch Gelegenheit, die besten und tüchtigsten Arbeiter im Orte durch eigene Erfahrungen kennen zu lernen.

8) Ausführung von Bau-Arbeiten durch Militair-Handwerker.

§. 230. Solche Bau-Reparaturen, bei denen es mehr auf mechanische Fertigkeit als auf kunstgerechte Ausbildung ankommt, z. B. das Ausweissen der Stuben und Kammern auch an Militair-Handwerker nach mäßigen Vergütungsätzen übertragen werden, wie der Anh. I. zur Garnison-Verm.-Ordn. dies näher festsetzt.

VII. Kontrolle und Abnahme der Reparaturen.

1) Welche Reparaturen durch den Baubeamten kontrollirt werden müssen.

§. 231. Alle Reparaturen, welche rücksichtlich der guten Ausführung einer Reparatur nach technischen Prinzipien unterliegen, müssen von dem Baubeamten, sowohl hinsichtlich der angemessenen Ausführung der Arbeit selbst, als der guten Beschaffenheit des dazu gelieferten Materials, kontrollirt werden, damit nicht verschiedenartige und schlechte Arbeit geliefert und schlechtes Material dazu verwendet, hierdurch aber der Grund für verholten Reparaturen und Mehr-Arbeiten gelegt werde.

2) Vertikale Revision und Abnahme durch den Baubeamten.

§. 232. Eben so sind die Baubeamten gehalten, nach erfolgter Ausführung einer Reparatur die Revision an Ort und Stelle zu bewirken, und demnachst darüber das erforderliche Abnahme-Attest auszufertigen; namentl. und unter allen Umständen bei solchen Reparaturen, welche wesentl. Veränderungen in der Substanz oder Abänderungen von Grund-Anlagen zum Zwecke haben, auch bei allen solchen Gegenständen, wobei das öffentliche Interesse auch nur entfernt betroffen wird.

3) Wie bei der Abnahme zu verfahren ist.

§. 233. Bei der Abnahme der Reparatur-Arbeiten durch den Baubeamten, ist, ähnlich wie bei der Abnahme der größeren Bauten (§. 181.) vorgeschrieben, die Zuziehung der betr. Lokal-Verm. erforderlich, jedoch die Mitvollziehung der Verhandlung oder des Abnahme-Attestes durch letztere nicht nöthig. Findet dagegen gegen die Ausführung der Arbeit etwas zu erinnern, so hat sie solches sogleich, und in der Aufzeichnung des Abnahme-Attestes, dem Baubeamten mitzutheilen, da alle spätere Reclamationen unwirksam bleiben würden.

4) Welche Reparaturen ohne Konkurrenz des Baubeamten ausgeführt werden können.

§. 234. In Ansehung solcher Reparaturen dagegen, zu deren Beurtheilung keine ausgebreiteten technischen Kenntnisse erforderlich sind, wie z. B. das Ausweissen der Oefen, Schlösser, Fenster, der Utensilien und dergleichen mehr, ist es in der Regel ausreichend, wenn von Seiten der Garn.-Verm. oder der betr. Lokalbehörde und zugleich der betheiligten Truppentheile, ohne Konkurrenz des Baubeamten, attestirt wird, daß die Reparatur wirklich nothwendig gewesen sei, und daß die Arbeit wirklich gut und zur Zufriedenheit statt gefunden habe.

5) Feststellungen der Rechnungen über solche Reparaturen.

§. 235. Dem Baubeamten sind aber die, solchergestalt im administrativen Sinne attestirten Rechnungen der Handwerker zur Einsicht vorzulegen (§. 43), damit er von

fallenen Arbeiten Kenntniß erhalte, und die Rechnungen hinsichtlich der Preis-Ansätze. Auch bleibt ihm überlassen, einzelne dieser Reparaturen nach Gutdünken speziell zu len, und sich von der Art der Ausführung persönlich zu überzeugen.

VIII. Unterhaltung der Gebäude gemischten Ressorts.

1) Verpflichtung dazu überhaupt.

§. 236. Die Verpflichtung zur baul. Unterhaltung solcher Garnison- und anderer Militär-Gebäude in den Festungen, welche mit bombensicherer Einrichtung oder mit Verwundungs-Zwecken verbunden, so wie derjenigen Gebäude, welche zunächst für die Fortifikation bestimmt sind, jedoch während der Friedenszeit zugleich im Zwecke des Kasernen, oder zu anderen militär-ökonomischen Einrichtungen benutzt werden, bleibt von der Bestimmung und Konstruktion der einzelnen Gebäude abhängig.

2) Welche Gebäude dabei zu unterscheiden sind.

§. 237. Es sind dabei zu unterscheiden:

a. bombensichere Militär-Gebäude, welche keinen Vertheidigungs-Zweck haben, und, getrennt von den Festungswerken, nur für ihre eigenthümliche Bestimmung als Lazarethe, Magazine, Kasernen etc. angelegt, jedoch zugleich, zur Vermeidung ihrer Zerstörung durch Bombardement, eine bombensichere Einrichtung durch Wölbung oder Balken-Endeckung erhalten haben.

b. wirkliche Defensions-Gebäude, d. h. solche Gebäude, welche zu den Befestigungs-Einrichtungen selbst gehören, oder zu deren Flankirung, oder inneren Vertheidigung bestimmt, und daher — nächst der bombensicheren Einrichtung — ringsum, oder doch auf einer Seite, mit Scharten zur Geschütz- oder Gewehr-Vertheidigung versehen sind.

3) Gebäude, deren Unterhaltung dem benutzenden Theile allein obliegt.

§. 238. Die im vorstehenden §. unter a. erwähnten Gebäude werden in allen ihren Theilen selbst in dem Falle, daß zu ihrem Neubau der Festungs-Bausonds die Kosten ganz theilweise hergegeben haben sollte, sowohl in den großen, als in den kleinen Städten ausschließlich aus dem Etat derjenigen Behörde unterhalten, für welche sie besonderen Zwecken nach bestimmt worden sind, und die Fortifikations-Behörde son-
dabei nur in soweit, als ihr die Ausführung der Bauarbeiten übertragen wird.

Nähere Bezeichnung der eigentlichen Defensions-Gebäude und Verschiedenheit ihrer Konstruktion.

§. 239. Die im §. 237 unter b bezeichneten Gebäude lassen sich ihrer Konstruktion nach in drei Theile einteilen, welche

1. bombensicher eingewölbt, und über den Wölbungen mit einer Erdbede versehen sind,

2. mittelst Balken und Erde bombensicher eingedeckt und ohne Bedachung gelassen sind,

3. oder der massiv gewölbten, oder der Bombenbalken-Decke, zum Schutz gegen die Witterung eine Bedachung erhalten haben.

Grundsätze, welche hinsichtlich der gegenseitigen Unterhaltungs-Verbindlichkeit leitend sind.

§. 240. Die Gebäude ad 1. §. 239 werden in allen inneren Theilen, als in den Boden-Anlagen, Dielungen, Flurpflastern, Treppen-Thüren, Fenstern, im Wände- und Boden-Anstrich, außerdem in den Latrinen und Brunnen, sowohl hinsichtlich der kleinen Reparaturen, von derjenigen Behörde unterhalten, welcher die Benutzung anvertraut worden ist. Die Fortifikation hat dagegen die Instandhaltung der Substanz, der Wände, des äußeren Wändepubes, der Stagenbalken und alles dessen, was zur Vertheidigung des Gebäudes gegen das Eindringen der Kasse von oben dient, zu übernehmen.

Die Gebäude ad 2 werden ganz wie die ad 1 unterhalten. Die Fortifikation übernimmt auch die Instandhaltung der Bombenbalken-Decke und ihrer Ständer, welche die Stelle resp. der Gewölbe und Widerlager vertreten.

Die Gebäude ad 3 sind im Reparaturbau wie die ad 2 zu behandeln. Die Instandhaltung der Bedachung fällt, sofern darunter kein benutzbarer Bodenraum vorhanden ist, der Fortifikation zur Last; anderenfalls findet aber in diesem Bezuge und in jenem Spe-
ziele der Art zwischen der Behörde, in deren Interesse der Bodenraum benutzt wird, die Fortifikation, mit Rücksicht auf die größere oder geringere Nutzungsfähigkeit der Bedachung, eine entsprechende Vereinigung statt.

Entscheidung in Fällen, welche der gegebenen Einteilung nicht entsprechen.

§. 241. Für einzelne besondere Fälle, welche der vorstehenden Einteilung nicht entsprechen, und demnach ein abweichendes Verfahren bedingen möchten, bleibt dem Festungs-Bausonds in Beziehung auf die Feststellung der Unterhaltungs-Verbindlichkeit, die Entscheidung vorbehalten.

7) Konkurrenz der Kommandantur bei baulichen Veränderungen in solchen Gebäuden.

§. 242. Wenn an solchen Gebäuden, welche von der Fortifikation ressortiren, Veränderungen vorgenommen werden sollen, so darf der diesfällige Antrag und die Ausführung selbst niemals ohne Konkurrenz der Kommandantur, des Platz-Ingenieur Festungs-Inspektors erfolgen, indem diese nach der Natur der Sache, rücksichtlich Standhaftigkeit und Erhaltung solcher Gebäude für ihren Hauptzweck verantwortlich sind.

8) Befugniß des Platz-Ingenieurs, hinsichtlich der baulichen Verrichtung.

§. 243. Es gehört zu den Befugnissen und Pflichten des Platz-Ingenieurs, in die bauliche Beaufsichtigung der zur Fortifikation gehörigen Gebäude obliegt, auf die zeitige Ausführung der darin nöthigen Reparaturen zu halten, und deshalb mit der Lokal-Verw. (Garnison-Verw., Lazareth-Kommission u. s. w.), in fortlaufender ständiger Verbindung zu bleiben.

9) Mitverantwortlichkeit der Administration für die entsprechende Verwendung der Kosten.

§. 244. In soweit die dazu erforderlichen Kosten aus den Fonds bestritten werden, welche der Administration von der Intendantur anvertraut sind, folgt daraus Konkurrenz und Mitverantwortlichkeit für die entsprechende Verwendung der Summen, auch ihre Theilnahme an den deshalb zu ergreifenden Maßregeln.

10) Unterhaltung der übrigen Gebäude gemischten Ressorts.

§. 245. Was die bauliche Unterhaltung der übrigen Gebäude gemischten Ressorts, z. B. der Ställe und Magazine, Montirungs-Kammern und Train-Gebäude, Theater-Gebäude u. a. m. anbetrifft, so besteht dafür entweder schon die Bestimmung der unterhaltungspflichtigen Fonds, oder es ist deshalb in jedem einzelnen Falle eine Vereinbarung zwischen den betr. Lokal-Behörden herbeizuführen, um die gegenseitige Unterhaltungspflicht nach Maßgabe des größeren oder geringeren Antheils an der Unterhaltung dieser Gebäude festzustellen. Solche Vereinigungen unterliegen jedoch in allen Fällen der Minist. Genehmigung.

IX. Dienstwohnungen.

1) Der Generale und anderen Offiziere.

§. 246. In Betreff solcher Wohnungen, welche einzelnen Generalen und Offizieren gegen Entrichtung der halben Erbquote, oder eines bestimmten Mieths-Preises, in Dienst-Wohnungen überlassen werden, gilt als Regel, daß selbige im bewohnten Zustande erhalten werden. Demnach trägt der öffentliche Fonds die bauliche Unterhaltung der dazu bestimmten Gebäude an Wänden, Dächern, Fenstern, Thüren, Treppengängen, Defen und Feuerungen zum gewöhnlichen Gebrauch, wogegen alle von der Person des jedesmaligen Bewohners abhängigen und die Vermehrung innerer Einrichtung oder Verschönerung der Wohnung bezweckende Gegenstände, als Stuben-Tapeten, feine Stuben-Defen, Brat- und künstliche Koch-Ofen, getafelte Tische, Doppelfenster, Jalousieen, Gartenhäuser und dergleichen, von den Bewohnern beschaffen und zu unterhalten sind, mithin letzteren nur überlassen bleibt, in welche Personal-Veränderungen des Kosten-Ersatzes wegen, sich mit dem Nachfolgenden zu verhalten wollen und können.

Es ist daher auch in die Reparatur-Kosten-Anschläge nichts aufzunehmen, was nach auf öffentl. Kosten nicht übernommen werden kann.

Ueber die Kasernen-Wohnungen für Offiziere enthält der Abschnitt über das Garnison-Verwaltungswesen das Erforderliche.

2) Der Beamten und einzelnen Dienstwohnungsinhaber.

§. 247. Wie es in Absicht der Reparaturen an den den Beamten überlassenen Dienstwohnungen zu halten sei, bestimmt das Garn. Verw. Ordn. als Anhang zur Regul. v. 18. Okt. 1822, nach welchem in Ansehung der Wohnungen der unbefähigten Beamten der Militär-Verwaltung im Allgemeinen zu verfahren ist, sofern letztere etatsmäßig zu Dienstwohnungen berechtigt und nicht andere Bestimmungen deshalb erlassen sind.

Namentlich findet das gedachte Regul. auf die den Garnison-Verwaltungs-Beamten verliehenen Dienstwohnungen, auch wenn sie in Kasernen und Baracken befindlich sind, überall Anwendung.

be spezielle Vorschriften zum ersten Titel der Geschäfts-Ordnung für das Garnison-Bauwesen.

haltend die Bestimmungen des Kriegs-Ministeriums v. 18. Febr. 1838.

ungen über den Geschäftsgang zc. in Bezug auf das Bauwesen, für das Ressort der Garnison- und Lazareth-Verwaltung.

A.

zung auf bauliche Reparaturen zur Unterhaltung der Substanz des bewohnbaren Zustandes der Gebäude, ohne wesentliche Veränderung.

r diese Klasse von Bauten sind den Intendanturen bestimmte Fonds ausgesetzt, die Bestreitung dieser Unterhaltungskosten unbedingt, ohne Ueberschreitung und ohne Verantwortlichkeit derselben, erfolgen muß.

: Nothwendigkeit solcher Reparaturen wird lediglich durch das Auerkennniß der Intendanturen, auf Grund der in Gemeinschaft mit den Bau-Technikern abgehaltenen Revisionen festgestellt, und dieses Auerkennniß allein darf bei der Verwendung dieser Fonds entscheidend sein.

ebald aber eine wesentliche Veränderung der Substanz eintreten soll, wird bei den der Benutzung der Truppen befindlichen Gebäuden die Kenntnißnahme und Genehmigung der R. Gen. Kommandos nöthig, und es gehört sodann der Bau nicht zur Klasse der Reparaturen, sondern zur Klasse der Baue ad B., und wird nach den für diese Klasse geltenden Bestimmungen behandelt.

Bezug auf die baulichen Reparaturen genügt es, hier festzusetzen, daß die Truppen dabei nur einzuwirken haben in sofern, als:

von Seiten derselben den baulichen Lokal-Revisionen jedesmal die Garnison-Intendanten beiwohnen müssen, und zwar:

Bezug auf die Kasernen, die zu militairischen Kasernen-Vorstehern ernannten Offiziere;

Bezug auf andere Gebäude, die Offiziere, denen die Aufsicht über die darin untergeordneten Militair-Anstalten übertragen ist,

sohl, um die ihnen bemerkbar gewordenen Mängel in Betreff der Unterhaltung der Gebäude anzuzeigen, als auch, um von dem Urtheile der Bau-Revisions-Kommission Kenntniß zu nehmen, damit die Wiederholung von Anträgen vermieden werde,

achkundigen und kompetenten Revisions-Kommissarien die Genehmigung von Anträgen nicht für nothwendig erkannt haben; oder

als in der Instr. für die Intendanturen v. J. 1824 für das Eisen- und Garnison-Bauwesen zu Litt. G. sub 6. vorgezeichnet ist, daß bei denjenigen kleineren Bauten, wo die Abnahme nicht von den Baubeamten geschieht, sondern die gezeichnete und tüchtige Ausführung im administrativen Wege von den betr. Beamten allein attestirt wird, um eine Kontrolle gegen die die Ausführung leitende Behörde selbst zu haben, zugleich von Seiten des betheiligten Truppenthells mitzutheilen soll:

•daß die Arbeit wirklich, und zur Zufriedenheit stattgefunden hat.

se Atteste sind in Zukunft allemal unter die Rechnungen der Handwerker selbst zu legen, in den Fällen, wo die Ausführung der Reparatur auf eine Anordnung des Garnison-Intendantur-Beamten oder des betr. Baumeisters nicht beruht, Seitens des Garnisons auch auf die

•Nothwendigkeit.

in.

B.

g auf Neubaue (mit Einschluß etwa dazu erforderlicher Grund-erwerbungen), Einrichtungsbaue, Umbaue und Wiederherstellungsbaue, Reetablisement zc.

dieser Klasse von Bauten ist eine Einwirkung der R. Gen. Kommandos erforderlich, die Kompetenz der Truppen in Beziehung auf Raum und Nutzungsfähigkeit der Gebäude, sowie das sonst dabei obwaltende militairische Interesse, und besonders auch die der innerhalb ihres Corpöbereichs bestehenden Anlagen wahrzunehmen.

Einwirkung tritt ein bei denjenigen dieser Baue und Einrichtungen, welche für den öffentlichen Gebrauch der Truppen bestimmt sind, und für die hieher gehörigen größeren Reparaturen an solchen Gebäuden, welche sich schon in der Be-

nung der Truppen befinden, in soweit daraus eine wesentlich veränderte Einrichtung hervorgeht.

Für diese können bestimmte Fonds nicht ausgesetzt werden. Die Disposition der Mittel für dieselben hängt vielmehr von Umständen ab, stellt sich für jedes Jahr verschieden, und die gänzliche Unzulänglichkeit derselben gegen das Bedürfnis, wie es den Anmeldungen und Anträgen im bisherigen Geschäftsgange erschienen ist, erfordert nähere Bestimmungen, welche die Bau-Anträge auf das wirklich Nothwendige und Unerlässliche zurückführen.

Diese Bestimmungen werden in Folgendem ertheilt:

I. Beschränkung des Bedürfnisses überhaupt.

Vor allen Dingen ist erforderlich, daß die Ausgaben zu den Mitteln und dem Staat überhaupt in das richtige Verhältnis gebracht werden.

Die Truppen müssen daher mit den bestehenden Garnison-Einrichtungen so als möglich behelfen und dürfen nicht Ansprüche auf unbedingte Vollkommenheit, welche auch, selbst bei vorausgesetzter Zulänglichkeit der Geldmittel, nicht zu erreichen ist.

Es dürfen demnach Anträge auf eine normalmäßige Einrichtung an sich keine Veranlassung geben, etwas Bestehendes zu verwerfen oder abzuändern, wo dem Bedürfnis, ohne wesentliche Veränderung irgend noch abgeholfen werden kann.

Die sogenannten Normal-Vorschriften über die Einrichtung der Garnison sind nur zum Anhalte für die administrativen Behörden und die Bau-Verwaltungen für kommenden Neubauen und bedeutenden Reparaturbauten gegeben.

Es muß ferner der Grundsatz festgehalten werden, kostspielige Einrichtungen, namentlich Neubau überhaupt, nur in solchen Garnison-Orten vorzunehmen, wo die Dauer der Belegung auf keine Weise zweifelhaft ist, als z. B. in den Festungs- und anderen unverschiebbaren und bleibenden Garnison-Städten.

In offenen, besonders kleineren Garnison-Städten hingegen, deren Belegung nicht sicher bei einer eintretenden Dislokation wieder aufgegeben werden könnte, wo es schon geschehen ist, müssen die Truppen sich mit den vorhandenen Einrichtungen begnügen, welche gleich dem Bedürfnis nur unvollständig entsprechen, da es nicht ratsam ist, neue Gebäude zu erwerben oder aufzuführen, die nach wenigen Jahren vielleicht zerfallen, und dem Staate noch obenein viel zu unterhalten kosten.

Auch die Kommunen solcher Orte dürfen weder durch Versprechungen auf noch durch Androhung von Garnison-Veränderungen veranlaßt werden, Bau-Anträge auf eigene Kosten zu unternehmen, indem daraus in vielen Fällen nur Anträge an die Behörde oder an Se. Maj. den König auf Vorschuss-Betrug oder künstliche Uebernahme der Gebäude Seitens des Staats, Protestationen gegen dieselben bei eintretenden Garnison-Veränderungen, und gewöhnlich Ansprüche der Kommunen auf Entschädigungen oder Niederschlagung von Vorschüssen resultieren, welche, wenn auch allen Rechts-Ansprüchen vorgebeugt ist, doch als Gnadenbewilligungen aus Billigkeitsrücksichten oft nicht abgelehnt werden können, und wo dann die Kommunen durch die, meist von den Garnison-Chefs oder Befehlshabern herbeigeführten Veränderungen der Garnison-Städte gezwungen wird, die Ausgaben, welche er vermieden wissen wollte, noch zu machen.

Es muß daher dahin gestrebt werden, das Bedürfnis in solchen Städten durch mietheweise Beschaffung der nöthigen Lokale zu befriedigen.

Es pflegt auch zu geschehen und hat, wie die Erfahrung ergiebt, zu vielen Veranlassungen gegeben, welche hätten vermieden werden können, daß, bei dem Wechsel der Befehlshaber und Kommandeure, dieselben die an anderen Orten vorhandenen Einrichtungen auch eben so in der neuen Garnison verlangen, übersehen, gleich mit Verbesserungs-Vorschlägen hervortreten, welchen es ebensowohl an Begründung, als es zu ihrer Befriedigung an Mitteln fehlt, und die nicht selten durch die Verschiedenheit der Ansichten, von künftigen Nachfolgern wiederum verworfen werden.

Diesem Bestreben ist entgegen zu wirken, und solchen Anträgen von Seiten der obersten Militär-Kommando-Behörden die Unterstützung zu versagen.

Es muß jeder neu eintretende Kommandeur auch mit nicht ganz mangelhaften Einrichtungen, und ohne dieselben sofort zu verwerfen, so gut wie sein Vorgänger zu behelfen wissen, und die Gründe gehörig berücksichtigen, welche für die Beibehaltung der vorhandenen Einrichtungen sprechen.

Nur wenn die bisher immer steigend ins Unerreichbare angewachsenen Ausgaben vermindert werden, wird es möglich werden, die disponiblen Mittel ungeschwächt zur Befriedigung des wirklich realen Bedürfnisses zu verwenden.

II. Erste Erwägung der Bau-Anträge und Projekte.

Es ist nicht zu verkennen, daß die Kommandeure und die militärischen

ebenen Anstalten, von denen Anträge auf bauliche Verbesserungen oder Neuerungen Ursprunge ausgehen, in ihrer Stellung eben so wenig eine Uebersicht davon, ob gleichartige Gebäude in anderen Garnisonen in noch schlechterem Zustande, als in den ihrigen, und ob das Bedürfniß, welches sie zu vertreten haben, von ihnen nicht bekannte Bedürfnisse gehalten, vorgehen kann oder zurückstehen davon, wie weit die Mittel reichen oder nicht, und daß eben auch aus diesem Grunde Menge von Anträgen, besonders in den letzten Jahren, entstanden und vor- welche viel Schreiberei durch alle Instanzen und selbst die mühevollsten Aus- weisungen, Veranschlagungen und Zeichnungen veranlaßt haben, ohne zur Ausführung zu kommen.

nothwendigen Vermeidung dieser Inkonvenienzen wird daher hierdurch bestimmt, dass Kommandanturen, Garnison-Chefs, Kommandeure der Truppentheile etc. beabsichtigte Anträge nicht einzeln, und nicht früher in Antrag bringen dürfen, als bis die vorangegangener Kommunikation mit dem Vorstande der Garnison-Verm., durch den Deputirten der Intendantur unter Zugiehung des betr. Distrikts-Bauingenieurs vom Platz oder Garnison-Bau-Direktor, abzuhaltenden jährlichen Konferenz zur Sprache gebracht sind, und zur gründlichen und gehörigen Erörterung ist: ob der Antrag nach dem allgemeinen Ueberblick überhaupt zu den nothwendigen mit Hinblick auf das Gesamt-Bedürfniß und die Mittel, zu denen gehört, von vornherein vorabsehen läßt, daß er in der nächsten Zukunft berücksichtigt werden kann.

III. Spezielle Verantwortlichkeit der Intendanturen.

Intendanturen, welche demnächst den kommandirenden Generalen (wie weiter V. ad 4. folgt), über die hier in Rede stehenden Baubedürfnisse Vortrag zu machen, denselben über den Grad der Dringlichkeit eines jeden Einzelnen, im Verhältniß zu den übrigen, ihre begründeten Gutachten, so wie die desfallsigen Kosten-Uebersichten vorlegen sollen, haben das nächste Interesse und eine spezielle Verantwortlichkeit dafür, daß bei der ersten Besichtigung oder Berathung keine Bau-Projekte aufgenommen werden, welche das Bedürfniß sich auf irgend eine Weise anderweit befriedigen läßt, und daß die Anträge vor einem andern ein Vorzug gegeben werde, den sie, wenn späterhin die Mittel nicht ausreichen, bei der dem General-Kommando vorzulegenden Klassifikation, nicht rechtfertigen können. Zunächst ist es die Pflicht des Rathes oder Assessors, der Deputirter der Intendantur die jährlichen Lokal-Revisionen abhält, den Militär- und Truppentheilen über die vorstehend unter II. berührten Verhältnisse Auskunft zu geben, bestimmt und offen zur Stelle gründliche Auskunft zu geben, und Anträge zur Berücksichtigung zu befürworten, als sie nach seiner eigenen pflichtmäßigen Beurtheilung dazu geeignet sind.

Er muß er dem an der Lokal-Revision Theil nehmenden Bau-Techniker zuvor die seine Theilung machen, in wie weit auf die Genehmigung nach allgemeiner Ansicht zu bestehen oder nicht, damit auch dieser den richtigen Gesichtspunkt gewinne, und nach einem bestimmten Maßstabe verfahren werde.

Die größere oder geringere Kostenpunkt ist überall nicht entscheidend. Wo die Nothwendigkeit nachgewiesen ist, dürfen auch selbst mit geringen Ausgaben verknüpfte Verbesserungen nicht stattfinden. Insbesondere bleibt auch zu erwägen, ob und in wie weit eine anderweitige Anträge herbeiführen muß, wie es nach der Erfahrung nicht selten der Fall ist, daß entweder von einer Bewilligung auf die andere exemplifizirt wird, ähnlich der Fall ist, oder daß die Ausgabe an und für sich eine öftere Wiederholung bedingt.

Die Intendanturen sollen die Verantwortlichkeit sein, im ferneren Verlauf der Anträge die in diesen Bestimmungen vorgeschriebenen Grundsätze überall in Anwendung zu bringen und demgemäß eben sowohl in den Vorträgen bei den R. Gen.-Kommanden als in den Ber. an das Mil. Def. Dep., nur nach ihrer bei den Vereisungen und dem Gesamt-Ueberblick des Bedürfnisses und der Mittel gewonnenen Ueberzeugung, sich auszusprechen; weshalb denn auch an dasselbe kein Bau-Antrag gelangen darf, welcher nicht schriftl. Gutachten der Intendantur beigelegt ist oder nachfolgt.

IV. Gang der Bau-Anträge in der Vorbereitung.

Bei den Lokal-Revisionen muß in Bezug auf die zur Anmeldung gekommenen, in Vorschlag zu bringenden Bau-Projekte gleich zur Stelle alles gemeinsam zu Protokoll niedergeschrieben werden, was zur vorläufigen und allgemeinen Beurtheilung und Beurtheilung des Projekts, sowohl Hinsichts der Nothwendigkeit, als Umfangs erforderlich ist. Der Bau-Techniker giebt sein vorläufiges Gutachten in prägnanter Angabe der Kosten hierbei ebenfalls zur Stelle zu Protokoll, oder überträgt es nachträglich an die Intendantur.

Anträge, welche von den Truppentheilen auf anderem Wege vorgelegt werden, durch nur eine Verzögerung.

Es muß dennoch dergleichen bei den R. General-Kommanden von den Truppentheilen

oder Befehlshabern direkt ein, so sind dieselben ebenfalls zunächst den Intendanturen Beurtheilung in Hinsicht sowohl des administrativen Bedürfnisses, als der Zulänglichkeit der Mittel zuzufertigen, wie dies der Beschluß des K. Staats-Min. v. 21. Dec. 1822 im J. 1824 ertheilte Instr. für die Intendanturen, und die Instrukt. über Bau-Ausführung durch Ingenieur-Offiziere dahin bereits anordnen, daß alle Bau-sachen sich zunächst den Intendanturen concentriren sollen, und wie es in Bezug auf die Frage des Umfangs des Gesamtbedürfnisses und der Zulänglichkeit der Mittel, gegenwärtig zweifelhaft und lässlich wird.

2) Die auf dem einen oder andern Wege ihnen zugegangenen Bau-Anträge bringen die Intendanturen, nachdem die etwa bei den Lokal-Revisionen noch nicht gleich erfolgte vorläufigen Äußerungen der betr. Bau-Techniker (Ingenieure vom Platz, Garnison-Direktoren, oder Distrikts-Baubeamten) von ihnen eingeholt sind, zum vorläufigen Vortrage bei den K. General-Kommando's.

3) Ist dergestalt ein Baubedürfniß in der Provinzial-Instanz vorbereitet und Ueberzeugung gewonnen, daß andere Auskunfts-mittel nicht ergriffen werden können, der Umfang des Bedürfnisses approximativ zu überschauen, so reicht die Intendantur Projekt dem Militär-Oekonomie-Depart., unter Anzeige des Einverständnisses oder Bemerkungen des K. General-Kommando's, vorerst zur vorläufigen Äußerung ein, die Veranschlagung nicht vergebens eintrete.

V. Entscheidungen des Kriegs-Ministeriums.

Die Bewilligungen von Geldmitteln für Bauzwecke, welche die bloße Unterhaltung der Substanz übersteigen, und demnach die Genehmigung zu Bau-Ausführungen 1. Kategorie, kann fortan das Kriegs-Min. in der Regel, und wenn nicht Gefahr im Verzug ist, nicht auf einzelne Bau-Anträge, sondern alljährlich nur einmal an einem bestimmten Termine auf Grund einer Uebersicht des Gesamt-Bedürfnisses und der Jahres-Einnahme der Fonds, nach Maßgabe der sodann disponiblen Mittel ertheilen.

Bis zu diesem Termine können demnach die Anträge in dergleichen Bau-Angelegenheiten bei dem Kriegs-Min. auch nur vorbereitende sein, welche daher lediglich an den Militär-Oekonomie-Depart. zu richten sind.

In dieser Beziehung wird Folgendes festgesetzt:

1) Die nach vorstehender Bestimmung IV. ad 3. von den Intendanturen an den Militär-Oekonomie-Depart. eingehenden Bau-Anträge oder Projekte werden, nach vorläufiger Prüfung, mit den Bemerkungen des Depart., event. Behufs der Veranschlagung zurückgegeben.

2) Auf gleiche Weise tritt die Veranschlagung, Revision und Feststellung der Kosten einzeln und successive im vorgeschriebenen Wege ein.

3) Die in den Fällen 1. und 2. vom Militär-Oekonomie-Depart. ertheilten Beschlüsse und selbst die erfolgende Feststellung der Anschläge, geben jedoch in keiner Beziehung die Gewißheit, daß und wann der Bau zur Ausführung kommen wird. Diese herbeizuführen, liegt vielmehr

4) jeder Intendantur in der letzten Hälfte des Monats September (bis zu dem Termine der Entscheidung zu bringenden Bau-Anträge vorbereitet und einzeln zur Vorlage an den Militär-Oekonomie-Depart. eingereicht werden müssen), dem K. General-Kommando eine Uebersicht und Klassifikation der für den Baubezirk derselben zur Ausführung gekommenen, unbedingt nothwendigen, und zur Ausführung noch nicht genehmigten und etwaigen Grundstücks-Erwerbungen für diesen Zweck nach beiliegendem Schutze, worin sowohl diejenigen, welche etwa in den vorhergehenden Jahren nicht bewilligt werden konnten, als die im laufenden Jahre hinzugekommenen dergestalt aufgeführt werden, daß die Reihenfolge nach dem höheren oder geringeren Grade der Dringlichkeit folgt, damit da, wo die Mittel für die Befriedigung nur eines Theils der aufgestellten Bedürfnisse hinreichen, die zuerst notirten zunächst berücksichtigt werden.

Die Intendantur entwirft die Klassifikation bei der ihr auferlegten Verantwortlichkeit, und der Intendant hält dem kommandirenden Herrn General, Behufs der Vorlegung der Bemerkungen desselben, Vortrag darüber, monächst, und zwar spätestens zum 1. Okt. jeden Jahres, das K. General-Kommando diese Uebersicht dem Kriegs-Min. einreicht.

5) Bei dem letzteren erfolgt nunmehr, nach Maßgabe der Uebersicht des Gesamt-Bedürfnisses in allen Korps-Bezirken und dessen Klassifikation, die Vertheilung der Mittel für das nächste Jahr zur Disposition stehenden Mittel, monächst zu Anfang des letzteren jedem General-Kommando, als jeder Intendantur die Mittheilung zugeht, was nach der Zulänglichkeit auf jeden Bezirk hat zur Repartition kommen können, & Grenze hinaus dann bis zur nächstfolgenden Jahres-Vertheilung keine Bewilligungen des Kriegs-Min. erfolgen können.

Berlin, den 18. Febr. 1838.

Kriegs-Ministerium. v. Rant.

ausdrückt notwendige Kredite, Löhne, Pensionen, etc. nach ihrer größeren oder geringeren Dringlichkeit.

1. Garnison- Ort.	2. Bau- oder Erwerbungen, welche in An- trag gebracht werden.	3. Welche vorbereitende Verhandlungen bereits vorhergegangen sind. Datum etwa ergangener Verfügungen des Kriegs-Ministeriums. Ob schon eine Veranschlagung und Bestimmung des Anschlags, oder nur erst eine Approprivations-Anlage der Kosten stattgefunden hat?	4. Kosten.		5. Motivirende Angabe des Bedürfnisses. Ob demselben auf an- dere Weise nicht abge- holfen werden kann? Ob und warum die Ausführung schon im Jahre 18... in An- trag gebracht wird?	6. Urtheil der verantwortlichen In- spection nach eigener pflichtmäßiger Über- zeugung. a) Hebt die Nothwendig- keit des Baues an sich. b) Hebt die größere oder geringere Zweckmäßigkeit hinzu, und des einen Antrages gegen den an- dern gehalten.	Bemerkungen des Commandanten des Garnisons.
			a. Gesamte Summe des Anschlags oder der Approprivations- Anlage.	b. Wie viel für das Bau-Jahr 18... davon disponibel ge- stellt werden müßte.			
			Thlr. gr. pf.	Thlr. gr. pf.			

Kaufende Nummer.

Anleitung zur Ausführung vorstehender Uebersicht.

1) Diese Uebersicht hat den Hauptzweck, zugleich eine Klassifikation der Anträge ihrer größeren oder geringeren Dringlichkeit zu sein. — Es müssen daher diejenigen Anträge für dringender gehalten werden, den andern in der Nummer vorangehen unter Nr. 1. der Dringendste zu stehen kommt. Diese Klassifikation ist wesentlich, die Mittel nur für einige der Anträge ausreichen.

2) Wo Baue, die in den vorigen Jahren schon genehmigt sind und begangen, in dem jedesmal in Rede stehenden Jahre noch fortbauern, so daß dafür behaltene Bau-Summen (z. B. für das 2te oder 3te Bau-Jahr) zur Disposition sind, müssen in diesem wieder mit aufgenommen und, allen andern vorangehen gestellt werden.

3) Geringe sind Kapital-Abzahlungen für erworbene Grundstücke etc., zu welchen, jährlich fortlaufenden Leistung eine General-Militär-Kasse bereits angeordnet als Bedürfnis nicht mit aufzuführen. Diese wird vielmehr das Militär-Depart. vom Gesamtbestande der disponiblen Fonds alljährlich absetzen, ehe die Repartition auf die Korps-Bezirke kommt.

4) Diese Uebersicht stellt die Intendantur unter ihrer Firma auf, und sie Intendanten und dem betr. Rath oder Assessor vollzogen.

5) Wenn der kommandirende Herr General nicht vorzieht, seine Bemerkungen hinzuzufügen oder zu vollziehen, so registriert der Intendant mit seiner Unterschrift trags-Bemerkungen desselben in der betr. Rubrik.

Beilage A.

Bestimmungen über die Gewährung der Tantiemen für die 3. und Verrechnung von Baugeldern.

Einleitende Bemerkungen.

§. 1. Durch die Allerh. R. D. v. 31. Aug. 1825 ist das Regul. v. 6. S. über das Verfahren bei Auszahlung von Baugeldern und wegen der dafür zu bewillenden Remuneration, genehmigt worden.

Es sind demgemäß, und mit Bezug auf die Verf. des vormaligen Handels 29. Okt. 1818, und auf das E. R. der Min. des J. und der Fin. v. 21. Jul. folgende Grundsätze zu beobachten.

Bei Entreprise-Bauten wird eine Tantieme nicht bewilligt.

§. 2. Zahlungen für Entreprise-Bauten, solche mögen nun ganze Bauten, Theile derselben betreffen, erfolgen, soweit es irgend angeht, bei der betr. Reg.-Kasse oder, in ihrem Auftrage, bei einer ihr untergeordneten Kasse.

Müssen dergleichen Entreprise-Kontrakt-Summen, der Vollständigkeit wegen von dem Spezial-Mendanten zu legenden Baurechnung nachgewiesen werden, so betr. Ausgabe-Justificationen dem Mendanten von der Reg.-Haupt-Kasse zuzusehen den Betrag in Einnahme und unter den betr. Anschlag-Eiteln in Ausgabe zu setzen.

Für dieses einfache Geschäft kann aber keine Tantieme bewilligt werden.

In welchen Fällen die Tantieme bei auf Rechnung auszuführenden Bauten gewährt wird.

§. 3. Ist bei Rechnungsbauten die Baustelle mit der betr. Haupt-Kasse einem Orte, oder das Personal der Kasse nicht zureichend, die Zahlungen auf der Baustelle unmittelbar zu bewirken, so kann die Auszahlung einer Spezial-Kasse, oder einer gegen gehörige Sicherheit übertragen werden, welcher hiernächst förmliche Rechnung als Remuneration kann in solchen Fällen eine Tantieme nach Verhältnis der Summe und zu den feststehenden Prozent-Sätzen gewährt werden.

Wo die Gewährung auch bei Regierungs-Bauten nicht stattfindet.

§. 4. Sobald die Haupt-Kasse, aus welcher die Baugelder erfolgen, die Auszahlung und Verrechnung derselben selbst besorgen kann, fällt jede Veranlassung zur Remuneration auch bei Rechnungsbauten fort. Von allen Zahlungen für bauliche Gegenstände an die Kassen überhaupt wird keine Tantieme gezahlt.

Wie es bei Bauten gemischter Art zu halten ist.

§. 5. Bei Bauten gemischter Art, d. h. bei solchen Bauten, bei denen entweder die Materialien auf Rechnung beschafft, oder aber, wo wiederum die Lieferung der Materialien ganz, oder theilweise in Entreprisen gegeben, die Verabreichung der Materialien aber auf Rechnung bewirkt wird, muß die Zahlung aller auf Entreprisen beruhenden Summen, soweit möglich, durch die Reg.-Haupt-Kassen, oder durch die verpflichtete Unter-Kassen geleistet werden, damit für dergleichen Zahlungen keine Tantiemen an Spezial-Bau-Mendanten etc. gewährt zu werden brauchen.

¹⁾ Vergl. oben S. 298.

Anwendung dieser Grundsätze auf die durch die Garnison-Verwaltungen bei den Garnison-Bauten zu leistenden Zahlungen.

§. 6. Den Garnison-Verwaltungen steht die Tantieme von Baugeldern zu, wenn Leistung und Rechnung legen für die auf Rechnung oder in Entreprise ausgeführten Neubauten, Ausbaue und Neu-Einrichtungen von Garnison-Gebäuden, welche erst, in deren Bau und Einrichtung erfolgt ist, ihrer Verwaltung überwiesen werden; bei Ausbauen neuer Theile an schon bestehenden Gebäuden. Ob bei den dem Bau gleichkommenden Haupt-Reparaturen der Garnison-Gebäude, in sofern dieselben zu diesem Behuf gänzlich außer Gebrauch gesetzt und geräumt werden müssen, die Tantieme bewilligt werden darf, darüber wird das Militair-Oekonomie-Depart. in jedem Falle auf diefallsige Anfrage bestimmen.

Bei anderen nicht zu ihrem Ressort übergehenden Gebäuden.

§. 7. Eben so steht ihnen die Tantieme in dem Falle zu, wenn sie bei Bauten außerhalb zu ihrem Ressort übergehender Gebäude, mithin ohne dazu verpflichtet zu sein, Leistung von dergleichen Zahlungen und zur Rechnungslegung darüber veranlaßt ist, der Bau mag in Entreprise, oder auf Rechnung ausgeführt werden.

Welchen Fällen die Garnison-Verwaltungen zum Empfange der Tantieme nicht berechtigt sind.

§. 8. Nicht berechtigt zum Empfange der Tantieme sind sie bei allen Zahlungs- und Rechnungs-Geschäften für Reparatur-Bauten, welche sich auf die gewöhnliche und übliche Herstellung und Instandhaltung der zu ihrem Verwaltungs-Bereich gehörenden Gebäude beziehen, ohne Rücksicht darauf, ob damit eine Substanz-Veränderung verknüpft ist, oder nicht. Ferner auch bei Neubauten zc. in Absicht aller derjenigen Summen, deren Zahlung für ihre Rechnung durch eine Kasse geleistet ist, und welche der Garnison-Verwaltung angerechnet werden, um den Betrag in die Bau-Rechnung mitzubringen, so wie auch bei Zahlungen, die für bauliche Gegenstände an andere Kassen geleistet werden müssen.

Gewährung der Tantieme an Lazareth-Beamte.

§. 9. Gleiche Grundsätze gelten auch für die Lazareth-Beamten, sowohl in Absicht der Gebäude, welche in ihre Verwaltung übergehen sollen, als auch solcher, die nicht zu ihrem Ressort übergehen, imgleichen auch wegen der Reparaturen bei den schon zu ihrer Verwaltung gehörenden Gebäuden.

Für welche Leistungen die Tantieme als Entschädigung zu betrachten ist.

§. 10. Die Tantieme ist eine Entschädigung des Rechnungsführers für die Auszahlung der Baugelder, ferner für die Rechnungslegung und Notaten-Erledigung bis zur Ertheilung der Decharge, so wie für sonstige sich darauf beziehende schriftliche Arbeiten während der Bau-Ausführung, zu welchen kein anderes Individuum die Verpflichtung haben sollte; endlich für die damit verknüpften und daraus folgenden baaren Ausgaben, wie z. B. für den Rechnungs-Stempel. Es dürfen daher für Sekretariats-Gehälter, Kopialien, Papier zc. keine weiteren Ansprüche auf Entschädigung, neben dem Gehalte der Tantieme, gemacht werden.

In welchem Falle außerdem noch Diäten und Reisekosten liquidirt werden dürfen.

§. 11. Im Fall jedoch der Bau-Kassen-Verwalter nicht an dem Orte der Baustelle wohnhaft haben sollte (so wie dies z. B. bei einigen Garnison-Verwaltungen eintrefft), so würden ihm außerdem noch die Reisekosten und Diäten nach seiner Charge zu bewilligen sein.

Wie bei Berechnung der Tantieme zu verfahren ist.

§. 12. Die Berechnung der Tantiemen geschieht nach Maßgabe der ganzen Bau-Summe (ohne Trennung der einzelnen Anschlag-Summen, z. B. für Maurer-, Zimmerarbeit zc.). Es dürfen auch die Kosten des Baues oder Ausbaues für ein Haupt-Gebäude von denen für etwaige zum Gesamt-Komplex gehörige Neben-Gebäude und deren innere Ausstattung und Einrichtung nicht getrennt werden, vielmehr ist die ganze Bau- und Einrichtungs-Summe, Behufs Feststellung der Tantieme, zusammen zu werfen.

Prozentsätze.

§. 13. Von der hiernach sich ergebenden Ausgabe-Summe wird die Tantieme nach folgenden Prozentsätzen berechnet:

- a) von einer Summe von 5000 Thlr. 1 pro C.
- b) von dem Betrage über 5000 bis 10000 Thlr. $\frac{1}{2}$ "
- c) von dem Betrage über 10000 Thlr. $\frac{1}{3}$ "

Berechnung der Tantieme kommt es auf die Dauer des Baues nicht an.

Beraussgabung der Tantieme.

§. 14. Der festgestellte Betrag der Tantieme wird, auf den Grund der Quittung der Empfangsberechtigten, in der Hauptrechnung der Baukosten, und zwar am Ende derselben, unter den Extraordinarien veraussgabt.

Wenn mehrere Personen auf den Empfang derselben Anspruch haben

§. 15. Wenn mehrere Individuen auf den Empfang dieser Tantieme (Architekt und Kontrolleur à 1/2, oder wie sonst das Theilnahme-Verhältniß seitens der leitenden Behörde bestimmt werden möchte), Anspruch haben, so wird die diesfällige Theilung gemeinschaftlich von ihnen unterzeichnet.

Zeitpunkt der Erhebung.

§. 16. Die Erhebung des Betrages der Tantieme erfolgt in der mit dem beendigten Zahlungs-Geschäfte die Hälfte des Betrages, und nach bewirkter Rechnungslegung die zweite Hälfte empfangen werden darf.

Wie es bei eintretendem Wechsel der Kassen-Beamten während des Baues zu geschehen hat.

§. 17. Tritt während des Baues ein Wechsel der Bau-Kassen-Verwalter ein, so wird der ganze Tantieme-Betrag nach Verhältniß der bereits geleisteten Ausgabentheile getheilt. Der auf diese Weise repartirte Betrag ist zur Hälfte für das Zahlungs-Geschäft des Vorgängers, und zur Hälfte für die (von dem Nachfolger zu bewirkende) Rechnungslegung bestimmt.

Wenn der Wechsel nach beendigtem Zahlungs-Geschäfte, aber vor bewirkter Rechnungslegung eintritt.

§. 18. Tritt der Wechsel des Beamten nach beendigtem Zahlungs-Geschäfte vor bewirkter Rechnungslegung ein, und fällt diese dem neuen Beamten an, so empfängt dieser die Hälfte der Tantieme.

Ausstellung besonderer Quittungen; Auseinandersetzung zwischen den Theilhabern.

§. 19. Bei einer solchen Theilung der Tantieme unter Vorgänger und Nachfolger muß jeder Interessent über seinen Antheil selbst quittiren, auch der Rechnung sämtlichen Theilhabern unterzeichnen, und von ihnen als richtig anerkannte Kopie der Tantieme beigefügt werden.

Gewährung von Tantiemen an Communal-Behörden und Magistrats-Beamten.

§. 20. Die Zahlung der Tantieme ist, unter ähnlichen Modalitäten, wie bei Garnison-Verwaltungen, auch in Beziehung auf Communal-Behörden und Magistrats-Beamte zulässig, wenn nicht andere R. Behörden oder sonst ein tautondsfähiger Beamter vorhanden ist, welche dergl. Zahlungs-Geschäfte von Amtswegen übernehmen müssen.

Vergleichung an d. e. Mandanten der Festungs-Bau-Kassen.

§. 21. Werden die Zahlungen der Baugelber für Garnison-Bauten der Festungs-Baukasse geleistet und verrechnet, so ist der Mandant derselben gleichfalls verpflichtet, dafür eine Tantieme nach den obigen Bestimmungen zu fordern.

Beilage B.

Bestimmungen wegen der Diäten, Fuhrkosten und anderweitigen Vergütungen der Baubeamten und Ingenieur-Offiziere, Remuneration der Festungs-Unter-Beamten und Pionier-Arbeits-Zulagen.

Diäten, Reisekosten und Remuneration an Distrikts-Baubeamte.

§. 1. Da die Distrikts-Baubeamten verpflichtet sind, alle ihnen von R. übertragenen Geschäfte von Amtswegen zu verrichten, so sind dieselben nicht berechtigt, die Beaufsichtigung der Militär-Bauten besondere Diäten und Reisekosten zu fordern, indem sie für die letztere die reglementsmäßigen Fuhrkosten-Entschädigungen erhalten.

Eben so wenig dürfen für besoldete Baubeamte Remunerationen aus dem Etat bewilligt werden.

In welchen Fällen sie darauf Anspruch haben.

§. 2. Nur solche commissarische Aufträge hängen, welche nicht zu dem eigentlichen Geschäftskreise des Baubeamten gehören, oder bei denen außerhalb seines Distrikts derselbe auf die gesetzlichen Diäten und Reisekosten Anspruch, welche nach dem Art. 1. des k. k. Reichsgesetzes v. 28. Juni 1825 festgesetzt sind, geltend gemacht werden können.

Vergütung für Schreib- und Zeichen-Materialien, Copialien etc.

§. 3. Die benötigten Schreib- und Zeichen-Materialien, welche für den Dienst erforderlich sind, müssen sich die Distrikts-Baubeamten aus der ihnen zugetheilten Behörde auf den Etat der R. Reg. bewilligten Entschädigung beschaffen. In ausserordentlichen Fällen dagegen, namentlich bei größeren Bau-Ausführungen, können die benötigten Schreib- und Zeichen-Materialien, ingleichen die benötigten Copialien und andere Gegenstände aus dem Baubudget der Baubeamten à Compt. des Baufonds liquidirt, und als solche aus dem Baufonds verausgabt werden, zu welchem Behufe jedoch allemal gehörig Justificirungen der betr. Verkäufer und der Nachweise über den wirklichen Verbrauch der genannten Gegenstände beizubringen sind.

Diäten für Bau-Kondukteure.

§. 4. Sind bei bedeutenden Bauten, zu deren ununterbrochener Leitung und

Wahlung, besondere Kondukteure erforderlich, und können diese nicht aus dem besoldeten Personal genommen werden, so müssen die reglementmäßigen Diäten für sie gleich in den Bau-Aufschlägen mit zum Ansatz kommen.

Nähere Bestimmung des Diäten-Satzes.

§. 5. Für die unbesoldeten Bau-Kondukteure, welche nur vorübergehend zur speziellen Leitung der Bauten angestellt sind, ist der Diätensatz, nach dem Feldmesser-Regl. v. 1. April 1813, auf Einen Thlr. und Fünfzehn Silberggr. bestimmt, welcher jedoch in einzelnen Fällen, bei bedeutenden und wichtigen Bauten, bei denen eine besondere Thätigkeit und Qualifikation erfordert wird, bis auf Zwei Thaler erhöht werden kann, wozu jedoch in allen Umständen die ministerielle Genehmigung eingeholt werden muß. Die in der Besoldung stehenden Bau-Kondukteure erhalten unter allen Umständen nur Einen Thaler Diäten.

Fuhrkosten-Entschädigung für Bau-Kondukteure.

§. 6. Bau-Kondukteure sollen sich der Schnell- oder Personen-Posten, und nur innerhalb der Poststraße der Lohnfuhrn oder der Extrapost bedienen, welche ersteren in dem Falle höher, als die Extrapost zu stehen kommen dürfen.

Zulagen und Fuhr-Entschädigung an Ingenieur-Offiziere.

§. 7. Werden zur speziellen Aufsicht größerer Garnison-Bauten in einzelnen Fällen Ingenieur-Offiziere beauftragt, so erhalten solche die chargenmäßige Kommandirten-Zulage und auf Reisen die prinzipienmäßige Fuhr-Entschädigung aus den für solche Zwecke bestimmten Titeln des Militär-Etats.

Aus dem Baufonds dürfen selbige keine Diäten beziehen.

Diätensatz für Bauaufseher, Bauwächter u. s. w.

§. 8. Für Bau-Aufseher, Bauwächter u. s. w. können keine bestimmten Diätensätze festgesetzt werden, da sich solche nach der verschiedenen Leistungsfähigkeit der betreffenden Personen und nach den jedesmaligen örtlichen Verhältnissen richten, wobei die Vorschriften der Diäten-Gewährung im Allgemeinen zum Anhalte dienen.

Werden dazu im Dienst befindliche Militärs kommandirt, so erhalten solche zu ihrem sonstigen Einkommen eine ihrer Charge entsprechende Zulage, welche in jedem einzelnen Falle besonders zu bestimmen ist.

Fortsetzung oder Fortgewährung von Militär-Quabengehältern und anderweitigen Invaliden Beneficien.

§. 9. Bei solchen Personen, welche sich im Genusse von Militär-Quabengehältern oder anderweitigen Invaliden-Beneficien befinden, sind die darüber bestehenden Bestimmungen zu berücksichtigen, ob solche fortgewährt werden dürfen, oder zeitweilig ganz oder theilweise cessiren müssen, und ist ev. darüber die nähere Bestimmung einzuholen.

Arbeitszulagen für die Festungs-Unterbeamten.

§. 10. Um das Einkommen der Festungs-Unterbeamten zu verbessern, ist mittelst R. D. v. 2. Juni 1829 genehmigt, daß den Bauischreibern, Ballmeistern und Maschinenführern bei Bauten in den Festungen, die nicht aus dem Festungs-Dotirungsfonds bezahlt werden, wenn sie eine gewisse bestimmte Höhe erreichen, besondere Arbeitszulagen aus dem betr. Baufonds gewährt werden können, und daß hierzu auch aus dem Garnison-Betriebs- und Lazareth-Etat pro rata beigetragen werden muß. Die Bestimmungen über diesen Gegenstand sind in dem Circ. des Allgem. Kr. Dep. v. 1. Juni 1829 enthalten.

Die Anweisung und Verrechnung der diesfälligen, der Festsetzung des letztgedachten unterliegenden Beträge, soweit selbige das Ressort des Mil. Dep. betreffen, sind den Intendanturen für jeden Jahrgang und jedes Ressort besonders, ohne desfalls vorher anzufragen; zu dem Behuf werden denselben die diesfälligen Anordnungen von den Plak-Ingenieuren durch die betr. Lokal-Bew. mitgetheilt.

Arbeits-Zulagen an Pioniere.

§. 11. In Ansehung der den Pionieren zu gewährenden Arbeits-Zulagen, wenn sie bei den Garnison-Bauten, in und außerhalb ihrer Garnison herangezogen werden, ist die Verf. des Allgem. Kr. Dep. v. 21. Jan. 1825, unter Bezugnahme auf die R. D. v. 15. März 1817, festgesetzt, daß die Pioniere, nach Maßgabe der verschiedenen Umständen für jeden der sechs Wochen- und Arbeitstage eine tägliche Zulage von resp. 5 Sgr. und 3 Sgr. erhalten, und diese Zulagesätze auch bei etwaiger Sonntags-Gewährung werden sollen.

Beilage C.

Die Beilage enthält die R. D. v. 11. Mai 1824 und die C. R. des K. Fin. Min. v. 11. Mai 1824 und der Verm. für G., Fabr. u. Bauw. v. 27. Okt. 1835. (s. oben S. 1., Kap. I., Tit. II., Unterabth. II. sub I., S. 240 ff.).

Beilage D.

Diese Beilage enthält das G. R. des K. Handels-Min. v. 17. Mai 1818 Abschn. I., Kap. I., Tit. II., Unterabth. II., sub I. S. 249.)

2) G. D. v. 1. Aug. 1817 an das K. Kriegs-Min. Anl. Pulver-Magazinen in den Festungen¹⁾).

Auf Ihren Mir gemachten Vortrag bestimme Ich hiermit, daß die Pulver-Magazine in militairischer Hinsicht nicht anders, als in den Außen-Festungen selbst, und nicht über deren Grenze hinaus, geschehe, daß aber für die Sicherheit des Publikums gegen Explosionen außer der militairischen Bewachung und Aufsicht, vorzüglich durch die Konstruktion der Pulver-Magazine, besonders durch Dächer und durch dünne Rückwände gesorgt werde, wobei es sich jedoch von selbst ergibt, daß der Stärke der Außenwände, um sie gegen den Feind sicher zu stellen, nicht abgesehen werden darf.

Um indessen die Städtebewohner nach Möglichkeit zu sichern und zu beruhigen, die Binnenwände noch mit Zwergwällen und Baumpflanzungen umgeben, damit durch diese die Kraft einer etwaigen Explosion gebrochen werde.

Ich überlasse Ihnen, hiernach die Kostenanschläge einrichten zu lassen, auf mehrere Jahre zu vertheilen, und gemeinschaftlich mit dem Fin. Min. bei anzutragen, daß solcher auf die extraordinairten Etats gebracht werde.

(A. I. 188. — 3. 114.)

Fünftes Kapitel.

Vorschriften über die Kirchen-, Pfarr- und Schul-B.

J. Helfert, von der Erbauung, Erhaltung und Herstellung der kirchlich. Nach dem gemeinen und besonderen Oesterreichischen Kirchenrechte zusammen 2. Aufl. Prag. (1823) 1834.

Das A. L. R. enthält folgende hierher gehörige Bestimmungen:

Bau und Besserung der Kirchen-Gebäude.

§. 699. Für die Unterhaltung der Kirchengebäude und Geräthe, müssen vorsteher, nebst dem Pfarrer, vorzüglich Sorge tragen.

§. 700. Bei vorfallenden Bauten und Reparaturen muß dem Patron oder Kollegio jedesmal Anzeige gemacht werden.

§. 701. Wo kein Patron oder Kirchen-Kollegium vorhanden ist, mögen die kleinen Reparaturen, welche zehn Thaler nicht übersteigen, bloß mit Zuziehung der Ortsbehörde, ohne weitere Rücksicht, veranlassen.

§. 702. Ist eine höhere Summe erforderlich: so muß dem Inspektor oder dem Ortsvorsteher Anzeige gemacht werden.

§. 703. Dieser kann, wenn die Kosten unter fünfzig Thaler betragen, angestellter Prüfung kein Bedenken finden, den Bau oder die Reparatur ohne Genehmigung.

§. 704. Sollen aber zu einem Bau oder zu einer Reparatur mehr als fünfzig Thaler verwendet werden, so wird allemal, auch wenn ein Patron oder Kirchen-Kollegium vorhanden sind, die Genehmigung der geistlichen Obern erfordert.

§. 705. Diesen muß der Erzpriester oder Inspektor, nach angestellter Untersuchung darüber berichten, und einen von Sachverständigen aufgenommenen Kostenschätz legen.

§. 706. Ist von einem neuen Anbaue oder von einer Erweiterung des Gebäudes die Rede, so muß, ohne Unterschied der Fälle, die Approbation der geistlichen Obern eingeholt werden.

Untersuchung der Nothwendigkeit und Erforderniß des Baues.

§. 707. Die geistlichen Obern müssen die Nothwendigkeit des Baues prüfen, und die Art desselben bestimmen.

§. 708. In allen Fällen, wo über die Nothwendigkeit oder Art des Baues oder Reparatur, oder wegen des dazu zu leistenden Beitrages, unter den Interessirten eine Meinungsverschiedenheit entsteht, müssen die geistlichen Obern die Sache gütlich zu reguliren sich anzuwenden.

¹⁾ Den K. Reg. durch das G. R. des Pol. Min. v. 20. Aug. 1817 befohlen.

²⁾ Die Bestimmungen über die Verpflichtung zu Kirchen-, Pfarr- und Schul-Bauten gehören nicht hierher, sondern zur Verfassung der Kirchen und Schulen und sind daher in Thl. VIII. des Werkes (Kirchen- und Unterrichtswesen) gegeben.

709. Findet die Güte nicht statt, so müssen sie die rechtliche Entscheidung des
n die weltliche Obrigkeit verweisen; zugleich aber auch festsetzen, wie es inzwischen
Baue oder der Reparatur gehalten werden solle.

§§. 710—756 a. a. D. enthalten hiernächst die Vorschriften über die
woher die Kosten zum Baue und zur Unterhaltung der Kirchengebäude
n.

§. 757 a. a. D. bestimmt sodann:

Aufsicht über den Bau und die Einsammlung der Beiträge dazu liegt den Kir-
chern ob.

§§. 758—760 a. a. D. schreiben das Verfahren bei Einziehung der
vor.

er die Verpflichtung zur Unterhaltung der Gebäude des Pfarrers
ibrigen Kirchenbedienten disponiren die §§. 784—798 a. a. D.
der Verbindlichkeit zur Unterhaltung der Schulgebäude und
eister-Wohnungen handelt das A. L. R. Th. II. Tit. 12. §§. 34.

I.

Verfügungen der Central-Behörden.

Grundsätze, betr. die Veranschlagung.

E. R. des R. Min. der G., U. und Med. Ang. (v. Altenstein) v. 18.
30, an sämmtl. R. Reg. Die Veranschlagung von Schulhäusern für
neinden ist auf den unerläßlichen Bedarf einzuschränken.

mehreren Anträgen um Geldunterstützung für arme Gemeinden zum Aufbau
ilhäuser ist bemerkt worden, daß die Baukosten immer sehr hoch veranschlagt
in dieser Beziehung die bedrängten Verhältnisse der Gemeinden von den betr.
-Behörden, insbesondere von den Baubeamten nicht stets gehörig berücksichtigt
inen. Abgesehen davon, daß in solchen Fällen die Kräfte der armen Kommunen
raßen in Anspruch genommen werden, wenn nicht gar das ganze Bauprojekt
hen Kosten scheitert, wird auch die Staats-Kasse durch höhere Anforderungen
ligt und außer Stand gesetzt, in anderen Fällen verhältnißmäßig mehr leisten

den Gemeinden und Staats-Kassen bei dem Bau der Schulhäuser jede nur
rleichterung und Ersparung angebreiten zu lassen, und dadurch die Erreichung
möglichst zu fördern, wird die R. Reg. hierdurch aufgefordert, alle derartige
er auf das sorgfältigste zu erwägen, und bei Aufstellung der Projekte nur auf
endige Raumbedürniß zu rücksichtigen, stets aber eine solche Bauart zu wählen,
der Nähe vorhandenen billigsten Materialien und niedrigsten Arbeitspreisen
(A. XIV. 89. — 1. 64.)

E. R. des R. Min. der G., U. u. Med. Ang. (v. Altenstein) v. 14.
6, an sämmtl. R. Reg. Zeitige Einreichung der Bauanschläge an die
Bau-Dep.

R. Ober-Bau-Dep. hat wiederholt dringend den Wunsch geäußert, daß in allen
die Nothwendigkeit eines Baues nicht durch unvorhergesehene Ereignisse her-
werde, die Einreichung der zu ihrer Superrevision gelangenden diesfälligen
zeitiger als jeither bewirkt werden möchte, indem die große Beschleunigung,
hinsichtlich jeder Sache verlangt werde, bei der Anzahl und der Ausdehnung
-Gegenstände, bei der Ober-Bau-Dep. nicht möglich sei.

unterz. Min. sieht hierdurch sich veranlaßt, die R. Reg. aufzufordern, dem-
Anschläge über auszuführende Bauten in dem diesseitigen Ressort, welche der
ion und Feststellung der R. Ober-Bau-Dep. bedürfen, hinsühro möglichst zeitig
1. (A. XX. 336. — 2. 60.)

E. R. der R. Min. der G., U. u. Med. Ang. (v. Altenstein) u. d. F.
leben) v. 2. Nov. 1837 an sämmtl. R. Reg., ausschließlich der Rhel-
d derjenigen zu Stralsund und Potsdam, betr. die Unterstützungen für
Pfarr- und Schulzwecke aus Staatsfonds.

t von den unterz. Min. wahrgenommen worden, daß bei der Vorbereitung der
to zu formirenden Anträge auf außerordentliche Unterstützungen für Kirchen-,
Schulzwecke nicht von allen R. Reg. gleichförmig verfahren wird, und daher
ist entstanden, daß, da diese Anträge ohnedies von Jahr zu Jahr sich vermehren

fältigen, und daherhalb eine strenge und sorgfältige Auswahl unter letzteren um f wird, nicht immer die Bedürftigsten auch die Begünstigten sein werden, viel-
 selten die Zudringlichen vor den Beschidenen unverbiente Vorzüge erlangen.

Zur Vermeidung dieses Uebelstandes und der vielfachen Rückfragen, wo-
 die ungenügende Vorbereitung derartiger Gesuche in den Provinzen bisher oft
 geführt worden sind, finden wir uns veranlaßt, die Grundsätze, nach welchen Unter-
 gesuche solcher Art im Allgemeinen zu behandeln und vorzubereiten sind, hierdu-
 mengestellt in Erinnerung zu bringen.

Wenn für kirchliche, Pfarr- oder Schulzwecke die Hülfe des Staats in An-
 genommen werden soll, so ist vor Allem zu prüfen, ob der Zweck, welcher errei-
 soll, ein nothwendiger, d. h. ob dessen Erreichung in unserm Staate in der gegen-
 Zeit durch die Rücksicht auf das stete Fortschreiten der Civilisation, geboten ist
 Nothwendigkeit des Zweckes dargethan oder überhaupt unbestreitbar, so bedarf
 Untersuchung, ob die Erreichung desselben aus erheblichen Gründen durch den
 allgemeinen Staats-Fonds in der Art bedingt sei, daß ohne diese Beihülfe der Zweck
 aufgegeben werden müssen, oder ob wenigstens besondere Gründe obwalten
 Mitwirkung des Staats für die vollständigere Erreichung des zu erstrebent
 als empfehlenswerth und dem dafür in Anspruch genommenen Aufwande zu
 erscheinen zu lassen.

Muß zur Erreichung des Zweckes zur Ausführung von Gebäuden gesch-
 den, so muß:

- 1) auch deren Nothwendigkeit dargethan sein, und der Betrag der zur Ver-
 erforderlichen Kosten durch technische Veranschlagung oder wenigstens
 auf sachverständiger Abschätzung beruhenden und in Bezug auf den U-
 Baues und auf die Weise der Ausführung genügend erläuterten Kosten-
 ermittelt werden. Bei Ausarbeitung der Baupläne und Anschläge mu-
 obigen Voraussetzungen festgestellte Bedürfnis berücksichtigen, jeder unn-
 vermieden, und diejenige Bauart gewählt werden, welche neben einer gro-
 Sparsamkeit zugleich für die längere Dauer des Gebäudes Bürgschaft lei-
 der äußern Form sowohl als in der innern Einrichtung den Forderungen
 Kunst entspricht. Es versteht sich also von selbst, daß, so wenig eine sol-
 empfohlen oder vorgeschrieben werden darf, bei welcher ein geringerer
 wand durch Mangel an Dauerhaftigkeit und Zweckmäßigkeit überwogen
 so wenig auch durch die einseitige Verfolgung ästhetischer und künstlerisch-
 ten die wahre, durch die jetzigen Zustände der Staatskasse gebotene
 beeinträchtigt werden soll.

Sodann ist

- 2) zu ermitteln und nachzuweisen, welcher Theil der Baukosten durch
 dem vorhandenen Societäts-Vermögen, also bei Bauten an Kirchen, Bi-
 Küsterwohnungen durch Beiträge aus dem Kirchenärarium ohne Recht
 auf das letztere hingewiesenen und wirklich nothwendigen fortlaufenden
 (§§. 712, 713. Tit. 11. und §. 37. Tit. 12. Th. II. A. L. R.), ferner du-
 dem Patron, von der Kommune, oder bei Pfarrbauten, von dem Pfarrer
 lich herzugebenden Baumaterialien (§. 729. und 787. Tit. 11. l. c.), f-
 Benutzung der Materialien oder durch Verkauf der alten Kirchen- u-
 gebäude, soweit dieselben durch den Neubau entbehrlich werden, durch
 Gaben u. s. w. gedeckt werden kann.

Endlich

- 3) bleibt auf das Sorgfältigste zu untersuchen und nachzuweisen, in wielem-
 chen- und Schulgemeinde den nach Abzug aller solchen Zuschüsse aus
 chen- oder Kommunal-Vermögen u. s. w., sowie der etwaigen Geldb-
 Patron und des Vertheß der von den Landgemeinen unentgeltlich zu
 Hand- und Spanndienste (§. 714. l. c.) verbleibenden Rest der baaren
 ohne Gefahr für die Erhaltung im leistungsfähigen Zustande, aus eigen-
 aufzubringen oder doch anzuleihen und das geliehene Kapital allmählig zu
 tragen im Stande ist.

Um die Prästationfähigkeit der Gemeinen und danach das Unterstützungs-
 nist bei geistlichen und Schulbauten beurtheilen und bemessen zu können, ist ein-
 tionstabelle der gesammten, auf die Gemeinde fallenden baaren Baukosten mit
 den Bemerkungen über die Erwerbs- und Abgaben-Verhältnisse der einzelnen
 der Gemeinde aufzustellen. Bei Anfertigung dieser Nachweisungen kann es auf-
 ständige spezielle Ermittlung des reinen Ertrages des landwirthschaftlichen un-
 Erwerbes der Mitglieder der theilhaftigen Gemeinen nicht abgesehen sein, zu
 Ertrags-Abschätzungen, besonders bei kleineren Adernwirthschaften, ein zuverlässig-
 r Regel nicht gewähren und der Natur der Sache nach nicht gewähren soll

zu, wenn, namentlich bei Landgemeinen die Grundbesitzer nach den im Leben nitrenden Abstufungen und nach den örtlichen Benennungen als Bauern, Pächter, Büdner, Kossäthen, Häusler, Einlieger u. s. w. mit Angabe der Morgen- und sonst möglichst des Ertrags der Besitzungen, dann die Gewerbetreibenden, unter Angabe des Gewerbes und dessen ungefähren Umfanges, endlich diejenigen Ortsbewohner, welche weder Grundbesitz noch ein Gewerbe — im engeren Sinne des Wortes — betreiben, unter Angabe der Größe ihres Hausstandes und der Art ihres Haupterwerbes, aufgeführt werden. Dabei sind die Angaben der einzelnen Gemeinemitglieder, an die Geistlichkeit und Schulen und zu andern fortdauernden Bedürfnissen, ingleichen an Feuer-Societäts-Beiträgen u. s. w. so genau als möglich, soweit sich dies mit Zuverlässigkeit ermitteln läßt, die Beträge der auf den Grundbesitz haftenden Hypothekenschulden anzugeben.

In den Städten ist ebenfalls mit analoger Anwendung dieser Vorschriften zu verfahren. Es werden überall diejenigen Bestimmungen, welche Behufs der Aufstellung und der Klassensteuer-Aufnahme-Listen ertheilt sind, auch bei der Fertigung der stehenden Repartitionslisten mit Nutzen beachtet werden können. Jedenfalls sind die Listen der Betrag der, von jedem Beitragspflichtigen zu entrichtenden, Klassen- und Gewerbesteuer (abgesondert für jede dieser Steuerarten) auf-

zu führen, an welche die aufgestellten Listen zur ersten Prüfung gelangen. Es ist bei letzterer besonders obliegen, nach vorgängiger örtlicher Revision darzulegen, ob nicht durch minder kostspielige Ausführung des Baues, Reparaturen oder Anbauten, statt des vorgeschlagenen Neubaus, durch zweckmäßige andererseits schon vorhandener Gebäude u. s. w. der Kostenaufwand vermindert, die Verschlebung gleichzeitig projectirter Bauten auf eine längere Reihe von Jahren hinausgeschoben, die Aufnahme von Kapitalien, für deren Verzinsung und successive Abbildung die Gemeinde sorgen hat, die Belastung der Gemeinde erleichtert werden kann. Sie haben darzulegen sowohl über die zulässige Höhe, als über den zur Aufbringung der Beiträge angenommenen Maßstab abzugeben, und wo sie denselben zu einer andern Vertheilung der Kräfte der Beitragspflichtigen entsprechenden Vertheilung der Last nicht finden, dieselbe anderweitig vorschlagen und wenigstens an einzelnen Stellen der aufgestellten Liste zu zeigen, wie sich danach die Vertheilung der Beiträge ändern würde. Gestützt hierauf hat der Landrath alsdann sich pflichtmäßig darüber auszusprechen, und welche Unterstützung aus Staatskassen zu dem Bau für erforderlich zu halten, und nach Billigkeit sich befürworten läßt.

In Landgemeinen werden desfallsige Anträge nur dann zur Befürwortung sich eignen, wenn außergewöhnliche und unverschuldete Unglücksfälle die Gemeinde, welcher die Last obliegt, hierzu außer Stand gesetzt ist, auch anderweitige Kreis-, Provinzial- oder Landesbedürfnisse, aus denen eine Uebertragung erfolgen könnte, nicht vorhanden sind; oder wenn anderweitige erhebliche Momente anzuführen sind, welche zwar eine rechtliche Verpflichtung der Staatskassen zur Uebernahme der Baukosten nicht begründen, aber eine Unterstützung, soweit die Leistungsfähigkeit der Gemeinde nicht ausreicht, ausnahmsweise rechtfertigen lassen.

Im Bau, für welchen die Unterstützung nachgesucht wird, durch Brandschaden, so bleibt zu untersuchen, ob und weshalb die eingeweihten Gebäude, sei es nun durch Brand oder durch andere Ursachen, nicht ihrem Bauwerthe entsprechend, gegen Feuerschaden versichert worden sind, oder wenn sich hierbei eine Nachlässigkeit oder sonstige Verschuldung der Gemeinde zeigt, die desfallsigen Unterstützungs-Anträge einer um so strengeren Beurtheilung unterliegen müssen, auch jedenfalls Vorkehrungen zu treffen sein, für die Folge ähnliche Vorfälle zu vermeiden und Uebelständen zu begegnen.

Auf diesen Gesichtspunkten hat sodann auch die K. Reg. die von den Landrathen eingereichten Anträge einer weiteren Erörterung zu unterwerfen, und danach, in den Fällen, in welchen von den unterzeichneten Ministerien Bericht erfordert werden dürfte, abzugeben, andererseits an dieselbe gelangende Anträge dieser Art aber, so weit sie im pflichtmäßigen Ermessen nach sich nicht zur Berücksichtigung eignen, sogleich zurück zu weisen.

Die K. Reg. hat dabei zugleich zu prüfen, ob insbesondere bei solchen Bauten, welche durch öffentliche Bedürfnisse veranlaßt sind, die Unterstützung zweckmäßig durch Verstaatung einer öffentlichen Kasse, oder auf die Provinz, oder auf den Reg. Bez. beschränkten Kirchen-Kollekte oder auf andere Weise beschaffen werden könne.

Es ist endlich nicht möglich sein würde, für jeden derartigen Fall, in welchem auf Unterstützung angegetragen wird, im Voraus die Merkmale aufzustellen, nach welchen die Genehmigung oder Zurückweisung des Antrages zu bemessen, so bleibt es um so mehr der Fürsorge der K. Reg. überlassen und empfohlen, in Ihren Berichten auch die Momente gebührend zu würdigen, welche aus einem allgemeinen Gesichtspunkte

und über das örtliche Bedürfniß hinaus der in Antrag gekommenen Gnadenbewilligung in sofern das Wort reden können, als dadurch auf Wiedung und Erhaltung eines öffentlichen Sinnes und auf die Belebung ächt patriotischer und lokaler Bestimmung hingewirkt werden soll. Bei dergleichen Berichterstattungen hat übrigens (wie unter Bezugnahme auf die aus dem Finanz-Ministerio ergangene C. R. v. 30. März 1830 (Anl. a.) in Erinnerung gebracht wird) jedesmal die Reglerungs-Abtheilung für direkte Steuern, Domänen- und Forstverwaltung zu konkurriren, und bleibt es deren Sache, sich insbesondere über alles, was auf die Leistungsfähigkeit der Gemeinde und auf die Höhe der von derselben zu leistenden Beiträge Bezug hat, bestimmt zu äußern.

Zur leichtern und gleichmäßigeren Beurtheilung derartiger Anträge bleibt endlich die R. Reg. überlassen, den Landrätthen neben der denselben hiernach zu ertheilenden Instruction auch ein Schema zu den weiter oben erwähnten Repartitionslisten mitzutheilen.

Bekanntmachungen durch die Amtsblätter aber, oder von Seiten der Landrätthe durch die Kreisblätter sind zu vermeiden; da es sich hierbei überall nur um ausnahmsweise und selten vorkommende Bewilligungen handelt.

Anl. a.

Die dortige R. Reg. ist von Seiten des R. Min. der G., II. u. Med. Ang. (am 18. Febr. 1830 Ann. S. 89) angewiesen worden:

bei Anträgen um Geld-Unterstützungen für arme Gemeinden, zum Aufbau ihrer Schulen und Häuser, jedesmal die bebrängten Verhältnisse der Kommunen gehörig zu berücksichtigen, und alle derartigen Baue vorher auf das sorgfältigste zu erwägen, auch bei der Stellung der Projekte nur auf das nothwendige Raumbedürfniß zu sehen; ferner eine solche Bauart zu wählen, die den in der Nähe vorhandenen billigsten Materialien und niedrigsten Arbeitspreisen entspricht, um danach den Gemeinden und den Staatskassen bei dem Bau der Schulhäuser jede nur mögliche Erleichterung und Ersparung angebeihen lassen zu können.

In Folge dieser Bestimmung veranlasse ich das R. Reg. Präsid. hiermit, es zu ordnen und darauf zu halten, daß über alle zu machende Anträge in geistlichen und weltlichen Angelegenheiten, bei welchen es auf Bewilligungen aus Domänen-Fonds oder aus Staats-Fonds oder bei denen es auf Zahlungen aus anderen als etatsmäßigen Fonds und überhaupt auf Anweisung extraordinärer Unterstützung ankommt, sich jedesmal zuvor mit der Reg. für die Domänen und Forsten, rücksichtlich der darauf sich beziehenden Verhältnisse der beteiligten Individuen und Kommunen, berathe, und nie einseitig, sondern stets gemeinschaftlich mit dieser Behörde berichte. Berlin, den 30. März 1830.

Der Finanz-Min. v. Mohl.

An sämmtl. R. Reg. Präsidien.

(N. XXI. 961. — 4. 82.)

Dies C. R. ist gleichzeitig den R. Reg. der Rheinprovinz und zu Stralsund mit nachstehendem Zusätze mitgetheilt worden:

Die R. Reg. hat sich danach auch Ihrer Seite zu achten und die Landrätthe gemäß zu instruiren.

Die in diesem Erlaß allegirten Vorschriften des A. L. R., in Bezug auf die öffentlichen Verpflichtung der Patrone, resp. der Gemeinden, bei Kirchen-, Pfarr- und Schulbauten, werden bei der weiteren Instruirung der Landrätthe durch die dort geltenden Vorschriften des gemeinen Kirchenrechts, resp. des französischen Rechts, zu ersetzen. Im Allgemeinen aber wird sich hierdurch in den ergehenden Bestimmungen etwas Wesentliches nicht ändern, da in Bezug auf die Verpflichtungen der Gemeinden, um welche es hier besonders handelt, die Bestimmungen des gemeinen Kirchenrechts mit denen des Landrechts meist übereinstimmen, und nach dem französischen Gesetze jene Verpflichtungen noch bestimmter ausgesprochen und ausgedehnter festgestellt sind, als nach den preussischen Gesetzen. (N. XXI. 966. — 4. 83.)

Auch der R. Reg. zu Potsdam ist das C. R. v. 2. Nov. 1837 gleichzeitig mit nachstehendem Zusätze communicirt worden:

Die R. Reg. hat hiernach die Landrätthe des dortigen Reg. Bez. zu instruiren, es bleibt denselben überlassen, auch daß an die R. Domänen- und Rentämter von dort erlassene C. v. 6. Febr. 1835 (Ann. S. 992—994.), mit welchem wir im Wesentlichen einverstanden sind, danach zu ergänzen. Daß diesem Erl. beigefügte Schema zur Uebersichten der Vermögensverhältnisse der Gemeinden wird einer Vereinfachung hienunterliegen können. (N. XXI. 967. — 4. 84.)

d) C. R. der R. Min. der G., II. u. Med. Ang. (Eichhorn) u. der G. (Beuth) v. 12. Sept. 1842 an sämmtl. R. Reg. Veranschlagung von Kirchen-, Pfarr- und Schulbauten.

Die von den Staats-Min. Freyh. v. Allenstein und Gr. v. Alvensleben mit

1837 erlassene G. B., betr. die Vorbereitung der Anträge auf außerordentliche Ansuchen zu Kirchen-, Pfarr- und Schulzwecken hat der Absicht in soweit entsprochen, allgemeinen dergleichen Anträge beschränkte und sorgfältigere Vorarbeiten verlangt hat sich aber doch nach den bisher gemachten Erfahrungen die Nothwendigkeitsrücken lassen, die Arbeitskräfte der Distrikts-Landbau-Beamten angemessener über, als bei Beobachtung der in jener Verfügung enthaltenen Bestimmungen wurde, in Anspruch zu nehmen, und bestimmen wir deshalb unter Aufhebung, in soweit sie ein abweichendes Verfahren festsetzen, Folgendes:

1. Zur Erreichung kirchlicher, Pfarr- und Schulzwecke die Ausführung von Bau-Anregung kommt, so hat die R. Reg., bevor sie dem Baubeamten die Anfertigung technischer Vorarbeiten aufträgt, zunächst das Bedürfnis und den Umfang der Leistung desselben, ohne außerordentliche Unterstützung verfügbaren und resp. veranschlagenden Geldmittel und Leistungen in sorgfältige Erwägung zu nehmen und diese diejenigen Vorarbeiten des Landraths zu veranlassen, welche die G. B. v. 1837 anordnet. Diesem liegt es ob, unter Mitwirkung der Superintenden ten der Schulinspektoren nach vorgängiger örtlicher Untersuchung und Berath-lerkreter der Kirche oder Schule und des Baubeamten des Bezirks zu erörtern: ob welche Maßregeln sich überhaupt der Neubau vermelden oder ohne Nach-eben lasse. Erscheint dies nicht zulässig oder doch unvorthellhaft, so hat der: gleicher Weise das räumliche Bedürfnis zu ermitteln und festzustellen und in Beziehung auf die Bauart, welche er bei der R. Reg. in Antrag zu bringen en Beschluß gefaßt hat, die Erörterungen über den Geldbedarf und dessen gen zu lassen, wie sie die G. B. v. 2. Nov. 1837 vorschreibt, jedoch mit folgen- den:

über die Prästationsfähigkeit der Gemeinden und deren Mitglieder vorher umelten und zusammengestellten (allenfalls nur der Berichtigung nach örtlicher suchung bedürftenden) Ergebnisse müssen mit zur Stelle gebracht werden, damit deparitionstabelle sogleich aufgestellt und in Erwägung genommen werden und unnöthige Termine und Reisen vermieden werden;

Bedarfs-Nachweisung ist kein, von dem Distrikts-Baubeamten vorher ausgear-ter An- oder Ueberschlag, sondern diejenige Summe zum Grunde zu legen, e von ihm, nachdem ihm der Landrath in Beziehung auf Bauart und räum- Bedürfnis die erforderlichen Elemente der Berechnung gegeben hat, sogleich itelle, nach Abschätzung, als Bedarf bezeichnet wird.

Erörterung über die vorhandenen oder verfügbar zu machenden Dedungsmittel ch Maßgabe der Verhältnisse auch vorher zu bewirken, bevor die Bauart in ianung genommen wird. Dies wird namentlich dann geschehen müssen, wenn Mittel, nach der allgemeinen, dem Landrathe beizuhabenden Kenntniß der itnisse, selbst mit demjenigen Kostenaufwande, der nur das unabweis- Bedürfnis berücksichtigen würde, in erheblichem Mißverhältnisse stehen n.

Bedarfs-Nachweisung ist in der Regel, und wenn die Bauart nicht den Haupt- nten und den bestehenden Verhältnissen nach, als keiner Wahl unterworfen ht werden kann, alternativ für verschiedene Bauarten aufzustellen, welche einen ren und geringeren Kostenaufwand erfordern. Das Maß für die Abwei- wird bei sorgfältiger Erwägung der von der G. B. v. 2. Nov. 1837 gestellten en Gesichtspunkte ohne Schwierigkeit gefunden werden. So erhält die R. sogleich das zu einer reiflichen Prüfung der Anträge des Landraths erforder- Material; es wird die Nothwendigkeit beseitigt, es zu ergänzen, wenn Sie in ff der zu wählenden Bauart von abweichender Ansicht geleitet werden sollte. Baubeamte wird nach Anleitung der von ihm zu führenden Bau-Tabelle — terhin das Erforderliche bestimmt wird — im Stande sein, die Bedarfs-Ab- t so viel Genauigkeit zu machen, als für dies erste Stadium der Erörterung id zu erachten ist. Er hat sich in diesem lediglich darauf zu beschränken, die ndrath ihm zu stellenden technischen Fragen zu beantworten, sich über die auart und der Baustelle gutachtlich zu äußern, die letztere, nachdem sich der r dieselbe entschieden haben wird, zu untersuchen und den Geldbedarf abzu-

Vorarbeiten hat der Landrath, begleitet mit seinem Gutachten über die Aus- Baues, die Dedung der Geldmittel und die etwa aus der Staatskasse zu er- erstützung der R. Reg. einzureichen. Sie hat dieselben in Beziehung auf rt sorgfältig zu prüfen und ergänzen zu lassen, in soweit dies erforderlich emnächst mit Rücksicht auf das von den technischen Mitgliedern, d. h. von en oder Schul-Räthen der R. Reg. über den Bauplan jedesmal zuvor abzu- achten, und wenn der Bau katholische Kirchen oder Pfarr-Gebäude betrifft.

nach Rücksprache mit der Bischöflichen Behörde, zur Erledigung der Vorschrift des § Tit. 11. Th. II. A. 2. H. darüber Beschluß zu fassen:

ob und in welcher Art die Ausführung des Baues in Aussicht genommen zu soll, und ob Veranlassung vorhanden sei, eine außerordentliche Unterstützung der Staats-Kasse und bis zu welchem Betrage bei uns in Antrag zu bringen nicht.

Im letzten Falle muß das Gesuch sogleich und entschieden zurückgewiesen zu im ersteren hat die K. Reg. dem Bezirks-Baubeamten bestimmt anzugeben:

- 1) die nach Ihrer Absicht zur Verfügung kommenden Geldmittel und Leistungen, auch diejenige Summe berücksichtigt werden muß, welche Sie als Unterstützung der Staatskasse in Antrag zu bringen beabsichtigt,
- 2) das von Ihr anerkannte Raumbedürfniß, und
- 3) die von Ihr gewählte Bauart,

und ihm hiernach die Anfertigung eines Kostenüberschlages und der, denselben erläuternden Skizzen (mit Vermeidung von Bauanschlägen und speziellen Zeichnungen, welche für dergleichen Zwecke überhaupt nur auf unsere ausdrückliche Weisung oder mit unserer Genehmigung anzufertigen sind) aufzutragen. Die dem Baubeamten zu erlassende Verfügung muß stets unter Mitwirkung des Regierungsraths angegeben werden, damit dem Ersteren sogleich die etwa erforderlichen Anordnungen zugehen und Rückfragen und Mißgriffe, mithin Zeitverlust, vermieden. Ebenso hat der Regierungs-Baurath die Ueberschläge und Skizzen, bevor sie uns eingereicht werden, in Beziehung auf Vollständigkeit und Gründlichkeit zu prüfen und mit dem Revisionszeichen zu versehen.

Soll aber die den Bezirks-Baubeamten nöthige Erleichterung in ihren Geschäften nicht auf Kosten der Zulänglichkeit der Vorarbeiten, welche jedenfalls zu erlangen ist, erlangt werden, so müssen die Kostenüberschläge mehr sein als oberflächlich, genügende Vorbereitung und ohne Entwidlung solchen Materials, welches einer Unterwerfung unterworfen werden kann, gemachte Zahlenangaben. Die K. Reg. erhält nun, innerhalb Ihres Verwaltungsbezirks auf ein gleichmäßiges Verfahren bei Aufstellung Kostenüberschläge hinwirken zu können, in den Anlagen

sub Nr. I.... Exemplare der Bemerkungen der Ober-Bau-Deputation über die Brauchbarkeit der Ueberschläge auf zureichend genaue Schätzung der Kosten gewöhnlicher, in ähnlicher Größe, Bauart und Einrichtung oft vorkommender Gebäude;

sub Nr. II.... Exemplare des Modells zu einer von den Bezirks-Baubeamten zu führenden Tabelle unter dem Rubro:

Baufkosten im Verhältniß zur Grundfläche der Gebäude
Länge der Schälungen, Mauern, Zäune, Gitter etc. als Resultat der Veranschlagungen;

sub Nr. II. A—E. je.... Muster zu Kostenüberschlägen für gewöhnliche Gebäude

sub Nr. III.... Muster des Kostenüberschlages zum Neubau einer Kirche.

Ferner sub Lit. X.... Vogen Schemata nach dem Muster II.

Zur Erläuterung dieser Materialien wird Nachstehendes bemerkt:

Die Aufstellung einer Regel, nach welcher in bestimmten räumlichen Grenzen die Bauart (massiv, in Fachwerk etc.) zu wählen sei, erscheint bedenklich, weil die Wahl außer dem Verhältnisse der Materialien-Preise, welches örtlich verschieden ist, die Baustelle sehr oft entscheiden muß. Eben so wenig können Normalätze für einen Regierungs-Bezirk oder nur für einen Bau- oder landrätlichen Kreis gültig gemacht werden, weil die fast jeden Ortes verschiedenen Verhältnisse einen zu bedeutenden Einfluß auch auf den Kostenbetrag äußern; die Sachkunde verbunden mit der Lokalkenntnis der Baubeamten wird sich immer nicht entbehren lassen, diesem aber wird es nicht schaden, die Kosten mit hinreichender Sicherheit zu schätzen.

Viele Bezirks-Baubeamte sammeln die Resultate der von ihnen ausgeführten Kostenüberschläge, auch wohl der Ausführungen in Tabellen unter folgenden Rubriken:

Jahr; Ort; Bestimmung des Gebäudes; Bauart; Bedachungsart; Größe des Gebäudes; Kosten überhaupt (und in so fern bei der Veranschlagung eine Trennung statt gefunden hat, wie etwa bei geistlichen Gebäuden: Patronats- und gemeinde-Beitrag, Betrag des Fuhrlohns, des Holzwerthes etc. auch hiernach trennt), Kosten auf den □ Fuß Grundfläche (entweder im Ganzen oder falls nach obiger Trennung); weitere Bemerkungen.

Wenn nun dergleichen Resultate mit Rücksicht auf die Verschiedenheit der Verhältnisse sachkundig benutzt, so gewähren sie für alle gewöhnliche, oft vorkommende Gebäude (kleine Landkirchen, Pfarr-, Küster- und Schulhäuser, Wirthshäuser, Gebäude der Pfarren, Küsteren und Schulen, gewöhnliche Häuser in den Städten

genüßig einen Anhalt, der die Arbeit eines sichern Ueberschlages einfach und leicht auch die Ober-Bau-Deputation läßt vergleichen Tabellen, nach den verschiedenen in abgefordert, führen, obgleich für sie der Nutzen derselben eingeschränkter ist, als ein Bezirks-Baubeamter daraus ziehen kann. Wenn nun auch die Anwendbarkeit abhens zur Gewinnung eines Ueberschlages nicht etwa von dem Vorhandensein abellen abhängig ist, welche nur ein Erleichternsmittel sind, indem jedem Bau- aus eigener Erfahrung oder aus den Dienstakten Beispiele nicht fehlen werden, af den gerade vorliegenden Fall passen oder demselben mit geringer Mühe angepaßt önnen. so muß es doch jedem Bezirks-Land-Baubeamten zur Pflicht gemacht wer- gleichen Tabellen nach den schon vorhandenen Datis anzulegen und weiter fortzu- und es erscheint nützlich, die oben bezeichneten Rubriken durch eine neue: Rubrik: des Gebäudes (ohne Dachraum, in sofern dieser nicht zur Anlage von Zim- mern wird) zu vervollständigen; denn die Arbeit ist unbedeutend, der Nutzen auch zu Zwecken sehr wesentlich. Zu dieser Tabelle ist das Muster II. gegeben. Die läge zu gewöhnlichen Gebäuden werden nach den Mustern II. A. bis E. aufzustel-

was anders, als mit den Gegenständen, von welchen vorstehend die Rede gewesen it es sich mit größeren Kirchen- oder anderen wichtigeren Gebäuden, die seltener ter unter wesentlichen Modifikationen der Einrichtung und innern Ausstattung en. Die Ueberschläge werden nach dem Muster sub III. aufzustellen sein.

Es wird den Bauräthen zur Pflicht gemacht, bei ihren Streifungen von der sorgfäl- ttführung der Tabelle (Nr. II.) Seitens der Bezirks-Baubeamten Kenntniß zu und dahin zu wirken, daß eine der Absicht entsprechende übereinstimmende Be- ter gesammelten Materialien und Behandlung des Gegenstandes erreicht werde. Bezirks-Baubeamten ist eine verhältnißmäßige Zahl der Formulare zuzustellen und e sich derselben vorkommenden Falles nach Anleitung der Bemerkung sub Nr. 7. Anlage II. zu bedienen.

Auf den Grund solcher Ueberschläge und Skizzen hat demnächst die R. Reg. bei uns träge auf Bewilligung einer außerordentlichen Unterstützung zu den im Eingange den Bauten zu machen und die weiteren Verfügungen zu gewärtigen.

Diese Verfügung ist nicht durch die Amtsblätter bekannt zu machen.

Anl. I.

Bemerkungen über die Anwendbarkeit der Ueberschläge auf hinreichend genaue Schätzung der Kosten gewöhnlicher, in ähnlicher Größe, Bauart und Einrichtung oft vorkommender Gebäude.

Es ist mitunter die Unzuverlässigkeit der Ueberschläge behauptet und dabel auf Ver- leugung genommen worden, welche nicht passen, weil später die spezielle Veranschla- gung ganz ändern, von den Behörden gestellten Bedingungen erfolgt ist.

In dergleichen Fällen kann allerdings ein Ueberschlag so wenig wie der speziellste als Anhalt dienen.

Indessen ist nicht in Abrede zu stellen, daß auch bei genauer Beibehaltung des ur- lichen Bauplanes das Ergebnis eines Ueberschlages sehr weit von der Wirklichkeit kimen kann, entweder weil die Preie und Verhältnisse sich geändert haben, oder der Aufstellung nicht mit gehöriger Sorgfalt und Umsicht verfahren worden ist.

In beiden Fällen bleibt aber selbst ein Anschlag unsicher und in ersterem kann die g ungleich größer werden, als der Fehler, welcher auch bei gehöriger Schätzung gung gegebener Hülfstafeln möglich bleibt.

Daß diese hinreichen, um nach dem vorliegenden Anschlag auf eine gewisse Bauart ten eines Gebäudes zu demselben Zwecke, aber in anderer Bauart durch ganz einfache ung annähernd zu finden, hat die Erfahrung bei der Ober-Bau-Deputation viel- zeigt.

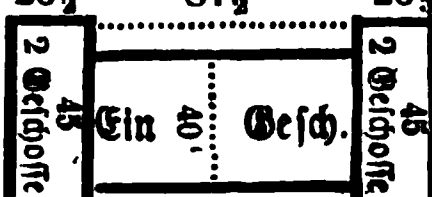
Es sollen jetzt nur folgende Fälle angeführt werden:

Das Küster- und Schulhaus zu Friedrichsvalde, Amtes Grimnitz, war in Fach- werk mit Außenmauerung in 3 Quartierziegeln veranschlagt zu . . .	2365 Thlrn.
Die Ober-Bau-Deputation machte auf die Vorzüge des Massiv- baues aufmerksam und schätzte die Kosten desselben zu . . .	2516 .
Der spezielle Anschlag ergab . . .	2426 .

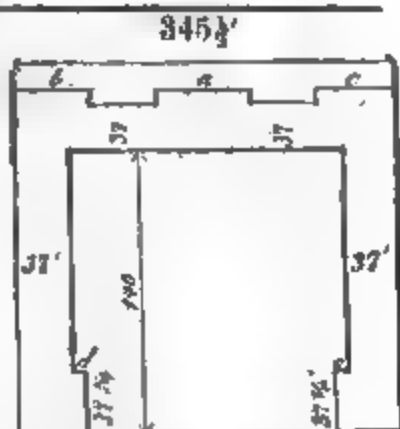
Differenz 90 Thlr.

oder 0.03, der Anschlag-Summe.

Für Frankena, Amtes Dobrilugk, war ein massives Pfarrhaus und ein solches Schulhaus veranschlagt zu resp. 2201 Thlrn. und 1686 Thlrn., überhaupt zu 3887 Thlrn. Das R. Fin. Min. fand diese Summe sehr hoch und fast uner- schwinglich. Die Ober-Bau-Deputation stellte vor, der Massivbau sei bei Wohn- häusern der entschieden vorthellhafteste und wenig theurer als der Fachwerkbau, bei welchem hier nur ungefähr 648 Thlr. zu sparen seien, die Kosten also

Nr.	Jahr.	Ort.	Bestimmung.	Bauart.	Be
1.	1831.	Berlin.	Krankenhaus für Gefangene, Venerische und Krähige.	massiv b. Ziegeln mit überwölbten Kellern.	berl.
2.	1840.	Stordow.	Schul- und Rüsterhaus. <div style="text-align: center;"> $26\frac{1}{2}'$ $81\frac{1}{2}'$ $26\frac{3}{4}'$  Schreibische und Utensilien auf 430 Kinder. </div>	massiv, b. äußern Flächen gefugt, mit überwölbten Kellern.	D Le
3.	1835.	Friedrichs- walde.	Rüster- und Schulhaus auf 184 Kinder mit 2 Lehrer- Wohnungen.	Fachwerk ausgemauert mit drei Quartier- Ziegeln.	Zieg
4.	—	beagl.	beagl.	massiv von Ziegeln.	berl
5.	1841.	Potsdam.	{ Abgränzung des Hofes der Garde - Husaren- Kaserne.	{ 1. Bauk. gegl. $1\frac{1}{2}'$ h., 3' br. } { 2. " " 2' " 2' " } { Blinthe " 3' " $1\frac{1}{2}'$ " } { Mauer " 6' " $1\frac{1}{2}'$ " } incl. der aus einer geneigten v. Muthen. Ziegeln besteh.	

b e n. desh			Länge.	Breite.	Grundfläche.	Kosten		Bemerkungen.
2.	3.	4.				über- haupt.	für den Fuß Grundfläche.	
besch.	offen.		Fuß.	Fuß.	□ Fuß	Fuß.	qdr.	
12½	12½	8½	345½					
Flügel			140	37	23148½			
			140					
Rif. a. b. c. zu			63	27				
				24	4725			
				24				
Rifal. d. u. e.			37½	20½	1539½			
				20½				
					29408½	178143	0,108	
10			245	26½	2385	7071	1,233	
n. Dachbod.			81½	40	3250	1160	0,323	
					5645	1648	0,293	
					Summa	9879	1,762	
						185	0,410	
						137	0,311	
						55	0,124	
					Summa	377	0,845	
						500	0,113	
			60	39	2340	1291	0,331	
						514	0,228	
					Summa	2305	1,018	
			62	41½	2552½	838	0,328	
						1227	0,480	
						301	0,118	
					Summa	2426	0,926	
			380			1319	103,471	



incl. 2er Pförtner-Wohn.
à 18 und 25' □ und einer
230' langen und 10' hohen
Mauer.

excl. Holz u. Fuhrlohn.

Holzwerth.

Fuhrlohn.

excl. Holz u. Fuhrlohn.

Holzwerth.

Fuhrlohn.

auf 1 Rind.

Patronats- } Beitrag excl.
Gemeinde- } Holz und
Fuhrlohn.

Holzwerth.

Patronats- } Beitrag excl.
Gemeinde- } Holz und
Fuhrlohn.

Holzwerth.

für den laufenden Fuß

Anl. II. A.

Ueberschlag der Kosten zum Bau eines Schulhauses in der Stadt N. auf der 1
sehenen Baustelle an der n Straße (an dem n Plaze) nach der beigefügten E
Zeichnung.

Das Raumbedürfnis ist von der R. Reg. durch die Verf. v.
worden auf

- n- Lehrzimmer für die n oberen Klassen zu beziehungsweise m, m', m'' n
auf jeden q' □ Fuß Grundfläche;
- n' Lehrzimmer für die n' unteren Klassen zu m, m', m'' n. Schülern auf jed
Grundfläche;
- 1 Zeichnen-Saal für m Schüler, der zugleich bei öffentlichen Prüfungen b
den und q'' □ Fuß Fläche erhalten soll;
- 1 Bibliothek-Zimmer von n □ Fuß Grundfläche;
- 1 Zimmer für den physikalischen Apparat;
- 1 Zimmer zu den Lehrer-Konferenzen;
- 1 Wohnung für den Rektor, bestehend aus n Stuben, n' Kammern, Küc
Kammer und Gesinde-Stube;
- p Wohnungen für verheirathete Lehrer, jede bestehend aus m Stuben, m
Küche, Speise-Kammer und Schlaf-Kammer für 1 Dienstmagd;
- p' Wohnungen für unverheirathete Lehrer, jede bestehend aus 1 St
Kammer.

(Diese spezielle Angabe wird entbehrlich, wenn die Regierungs-Verfügung i
Abschrift beigelegt werden kann.)

Mit Rücksicht auf Zweckmäßigkeit und Tüchtigkeit ist der Massibbau in 3
troden bleibenden Bruchsteinen) am vorthellhaftesten (oder wegen Beschr
Mittel muß der Bau in Fachwerk gewählt werden). Die Fundament- und R
sind in Bruchsteinen (oder gesprengten Feldsteinen) auszuführen.

Nach Maßgabe der gewählten Baustelle wird das Bedürfnis durc
eines Hauses zu befriedigen sein, welches nach seiner Anordnung im Ganze
Vertheilung des Raumes zu den verschiedenen Zimmern in den beiliegend
rissen dargestellt ist. (Diese Grundrisse bestehen nur aus Skizzen in einfa
die Längen- und Breiten-Abmessungen der einzelnen Zimmer, und, n
rechnung der Mauer- oder Holzwand-Dicken, die des ganzen Hauses werl
len eingeschrieben.)

Nach denselben wird das Haus enthalten bei L Fuß Länge und L'
Q □ Fuß Grundfläche.

(Sollen an das Hauptgebäude Flügel sich anschließen, oder das
Hof umschließen, so werden die einzelnen Theile der ganzen Grundfläch
und abbirt.)

Die nöthigen Keller für die Bewohner (und zur Unterbringung des
terials für die Schule) werden ungefähr $\frac{1}{n}$ der ganzen Grundfläche einnehmen
von h Fuß unter dem Scheitel der Kappen erhalten; die Sole derselben dar
Vertikalität nur h' Fuß unter der Erd-Oberfläche (oder kann in beliebiger Li
die Plinthe wird also h'' Fuß aufgeführt werden müssen.

Nach vorläufiger Untersuchung des Baugrundes an einer (oder, mehrere
ist die Sole der Fundamente h Fuß unter der Erd-Oberfläche anzunehmen,
wenig großer Höhe der Fundamente kann es rathsam werden, das ganze
geringen Mehrkosten zu unterwölben und über die entbehrlichen Keller ant
disponiren).

Die lichte Höhe der Geschosse, wird beziehungsweise H und H' Fuße be
flachem Dache wird hier die Höhe und die Konstruktion der Dach- oder Dämm
angegeben).

Das Dach wird in folgender Art (nähere Angabe) verbunden und m
belegt.

Ein ähnliches Haus in demselben (oder einem anderen) Orte von
Grundfläche hat nach speziellem Anschläge vom Jahre N. gekostet
würde aber jetzt auf der gegebenen Baustelle auszuführen mehr (oder weniger)
kosten:

(hier werden nach Anleitung des Anchlages die Mehr- oder
Minderkosten für die Fundamente nach Schachtrüthen, wegen

höherer oder niedrigerer Preise der Haupt-Materialien zc. überschläglich berechnet und hinzugesetzt oder abgezogen.)

	Summa	Thlr.
mithin der \square Fuß Grundfläche	Thlr.	
(Der Werth ist in ganzer Zahl und 3 Dezimal-Stellen anzugeben.)		
Für das in Rede stehende Gebäude werden also bei $Q \square$ Fuß Grundfläche die Kosten betragen		Thlr.

(nur in ganzer Zahl.)

Es kommen aber noch hinzu:

für 1 laufende Fuß Eishantel - Gerüste in den Unterrichts - Zimmern	Thlr.
für andere Schul-Utensilien, welche verlangt werden (Angabe derselben), ungefähr	

Summa	Thlr:
-------	-------

Hierzu kommen die Kosten:

für ein Hof-Gebäude nach dem skizzirten Grundrisse (Beschreibung desselben) $Q'' \square$ Fuß Grundfläche	à Thlr.	
für k laufende Fuß Bewährungs-Mauer (oder Bretterzaun)	à	
für $Q''' \square$ Ruthen Pflaster		
für 1 Brunnen nach den Erfahrungen im Orte		

Haupt-Summe =	Thlr.
---------------	-------

oder in runder Zahl

Thlr.

Sind alte abzubrechende Gebäude vorhanden, so werden die Kosten des Abbruchs der Werth der wieder zu verwendenden Materialien summarisch geschätzt und letzter Abzug der ersteren wird von der vorstehend gefundenen Haupt-Summe abgezogen.

Nachrichtlich wird bemerkt, daß jetzt einschließlich der Anfuhr nach der Baustelle:

1000 gewöhnliche Mauerziegel	Thlr.
1000 vorzüglich gute dergl.	Thlr.
1000 Dachziegel	Thlr.
1 Cf. gelöschten Kalk	Sgr.

und das Bauholz nach der Lage für das Forst-Mebler N. zu bezahlen (oder ungehörigen Preisen anzulaufen ist).

(Wenn die Fuhr unentgeltlich geleistet und das Holz frei hergegeben wird, modifiziren diese Angaben oder bleiben weg.)

Der jetzt übliche Tagelohn beträgt

für den Maurer	Sgr.
„ „ Zimmermann	Sgr.
„ „ Arbeitsmann	Sgr.

Anl. II. B.

Uebersicht der Kosten zum Bau eines Küster- und Schulhauses nebst Zubehör in dem N. auf der dazu außersehenen Baustelle nach der beigefügten skizzirten Situations-Zeichnung.

Das Raum-Bedürfnis ist von der R. Reg. durch die Verf. v. festgeordnet auf:

Lehrzimmer für die 1. Klasse von n Schülern, auf jeden $q \square$ Fuß Grundfläche,
 Lehrzimmer für die 2. Klasse zu n Schülern, auf jeden $q \square$ Fuß Grundfläche,
 Wohnung für den Hauptlehrer (und Küster), bestehend aus 2 Stuben, 1 Kammer, Küche und Speisekammer,
 Wohnung für den Hülflehrer, bestehend aus Stube und Kammer (nach Umständen im Dachraum).

Stall- und Scheunen-Gebäude soll Raum enthalten für

n	Kühe,	
n'	Schweine,	
n''	Stück Federvieh,	
n'''	Mandel Garben, à	Cf.
n''''	Str. Heu, à	Cf.

Mit Rücksicht auf Zweckmäßigkeit und Tüchtigkeit ist für das Schul- und Wohnhaus Mauerbau in Ziegeln (oder in trocken bleibenden Bruchsteinen) als der vortheilhafteste worden; (oder wegen Beschränktheit der vorhandenen Mittel bleibt nur übrig, in Mauerwerk mit Ausmauerung oder Auslehnung zu bauen).

Nach dem beigelegten Grundrisse (wie in dem Formular A.) erhält das Haus Länge, K' Fuß Tiefe, also $Q \square$ Fuß Grundfläche.

Unter einem Theile des Flurs und unter der Wohnstube werden überwölbt h Fuß hoch angelegt (oder unter der Speisekammer wird ein kleiner Keller eingelegt, dessen Balkendecke um h' Fuß über den Fußboden der andern Zimmer sich erhebt). Vorläufiger Untersuchung des Baugrundes müssen die Fundamente h'' Fuß Höhe über Erde und mit Rücksicht auf die Dichtigkeit (oder die Keller-Anlage) die Plinthe Höhe erhalten.

Das Geschoß wird im Lichten H' hoch (bei flachem Dache wie in dem Formular A.)

Das Dach wird auf folgende Weise verbunden (Angabe der Konstruktion) (Angabe des Materials) belegt.

Ein ähnliches Haus in N' von $Q' \square$ Fuß Grundfläche hat nach speziellem Auftrage vom Jahre n (bei Hergabe freien Bauholzes und unentgeltlicher Leistung, der Haus Spanndienste) gekostet

würde aber jetzt in N. mehr (oder weniger) kosten,

wie im Formular A.,

mithin der \square Fuß Grundfläche Thlr. (wie im Formular A.).

Für das in Rede stehende Haus werden also bei $Q \square$ Fuß Grundfläche die Kosten betragen

(hier die Kosten für Gegenstände, welche in N. erforderlich, in N' aber nicht veranschlagt gewesen sind, etwa Sitzbank-Geräthe, Schul-Utensilien etc.).

Summa

Hierzu treten die Kosten:

für ein Stall- und Scheunen-Gebäude mit eingebauten Abtritten, nach dem skizzirten Grundrisse (Beschreibung des Gebäudes) $Q'' \square$ Fuß Grundfläche Thlr.

für K laufende Fuß-Bewährungs-Mauer (oder Zaun) Thlr.

für $Q''' \square$ Ruten Pflaster Thlr.

für 1 Brunnen nach den Erfahrungen im Orte

Haupt-Summa

oder in runder Zahl — Thlr.

(Wegen vorhandener alter Gebäude wie am Schlusse des Formulars A. wegen der Preise der Haupt-Materialien und wegen des Tagelohns.)

Anl. II. C.

Ueberschlag der Kosten zum Bau eines Pfarr- (Dialonat-) Hauses nebst Wohn-Gebäuden und anderem Zubehör in der Stadt (in dem Dorfe) N. auf der dazu anzuweisen Baustelle nach der beigelegenden skizzirten Situations-Zeichnung.

Nach der Verf. der R. Reg. v. ist das Bedürfnis an Wohn-

n Stuben, von welchen n' im Dachraum befindlich sein können,

n'' Kammern,

Küche,

Speise-Kammer,

Gesinde-Stube,

n''' Keller

festgestellt worden (oder soll das Haus in der provincieell üblichen Größe der Landhäuser erbaut werden; oder macht die Beschränktheit der Mittel die äußerste Beschaffenheit des Bauplanes nothwendig).

(Wegen der Bauart wie in dem Formular B.)

Nach dem beigelegten Grundrisse (zu vergleichen Formular A.) erhält das Haus Länge, K' Tiefe, also $Q \square$ Fuß Grundfläche.

Unter dem Flur und unter den Zimmern a, b, c etc. werden überwölbt Kellerräume hoch angelegt. (Wegen des Baugrundes der Fundamente, der Höhe des Geschoßes und wegen der Kosten-Ermittelung wie in dem Formular B.)

Summa

An Wirthschaftsgebäuden sind erforderlich:

ein Stallgebäude nach dem beigelegenden Ueberschlage (Formular D.)

eine Scheune nebst Wagen-Kemise desgl. (nach dem Formular E.)

und an andern Baulichkeiten:

L' laufende Fuß Hof-Bewährungs-Mauer (Zaun) a — Thlr.

Latus

Q ^m □ Muthen Pflaster à — Thlr.	Transport — Thlr.
1 Brunnen nach den Erfahrungen im Orte	— „
	Haupt-Summa — Thlr.

oder in runder Zahl — Thlr.

(Wegen vorhandener alter Gebäude wie am Schlusse des Formulars A., desgleichen des Preises der Haupt-Materialien und des Tagelohns.)

Anl. II. D.

Ueberschlag der Kosten zum Bau eines Stallgebäudes auf dem Pfarrhofe in N.

Nach der von der K. Reg. und den beitragspflichtigen Eingepfarrten als richtig angegebenen Angabe des Pfarrers, sollen gehalten werden können:

- n Pferde,
- n' Ochsen,
- n'' Kühe,
- n''' Stüd Rindbleh,
- n'''' Schafe,
- n''''' Schweine in n Abtheilungen,
- n Gänse, Enten, Hühner u.

Außerdem ist zu beschaffen:

- Holz- (Torf-) Geläß für n Häufen,
- Roll-Kammer,
- Ruehle-Kammer,
- Häusel-Kammer,
- Abtritt nebst Grube.

Mit Rücksicht auf die örtlichen Verhältnisse ist der Massibbau in Bruch- (gespreng-) Steinen als der vortheilhafteste gewählt worden (oder: wegen Beschränktheit der Mittel muß in Wellertwänden [Lehmpaken] oder in ausgemauertem [ausgelehmtem] Fachwerk gebaut werden).

Nach dem beigelegten skizzirten Grundrisse (wie in dem Formulare A.) erhält das Gebäude n Fuß Länge, n' Tiefe, also N □ Fuß Grundfläche.

Bei vorläufiger Untersuchung des Baugrundes hat in h Fuß Tiefe eine hinreichend sichere sich vorgefunden: die Fundamente erhalten hiernach einschließlich der Plinthe und die Stelle II Fuß Höhe im Lichten.

(Wegen des Daches und wegen Ermittlung der Kosten, wie in dem Formular B., gegen vorhandener alter Gebäude, wie in dem Formulare A., desgleichen wegen der der Haupt-Materialien und des Tagelohns.)

Anl. II. E.

Ueberschlag der Kosten zum Bau einer Scheune auf dem Pfarrhofe zu N.

Nach der von der K. Reg. und den beitragspflichtigen Eingepfarrten als richtig angegebenen Angaben des Pfarrers beträgt der Einschnitt und wird zu dessen Unterbringung erforderlich sein:

n	Mandel Weizen	à	Gf.	Gf.
n'	Winter-Roggen	à	„	„
n''	Sommer-Roggen	à	„	„
n'''	Gerste	à	„	„
n''''	Hafer	à	„	„
n'''''	Buchweizen	à	„	„
n''''''	Fuder Erbsen	à	„	„
n'''''''	Widen	à	„	„
Sind . . .				Gf.

Die einzubauende Wagen-Remise enthält bei 1 Fuß Länge, Tiefe und h Fuß Höhe mit Einschluß des Seitengebälkes Cf.

anzulegende Kartoffel-Keller in l' Fuß Länge, b' Fuß Tiefe einschließlich der Balkendecke h' Fuß hoch in den Laßraum Cf.

Summa der Räume K Cf.

Bei B. Fuß Tiefe, im Lichten H. Fuß Höhe der Lasse und II' geglichener Höhe des K

wird also die Länge des Laßraums gefunden = $\frac{B(H+II')}{K} = L$, wobei der

raum über der Tenne zur Aufbewahrung des Strohes vorbehalten bleibt.

Nach den örtlichen Verhältnissen ist der Massibbau in Bruch- (gesprengten Feld-) (in Wellertwänden, Lehmpaken, in ausgemauertem u. ausgelehmtm Fachwerke) vortheilhafteste (oder wegen Beschränktheit der Mittel muß letzterer gewählt werden).

406 Gesetzgebung über das Staats- und öffentl. Bauwesen, dessen

Nach dem beigefügten skizzirten Grundrisse (wie in dem Formular / Gebäude L' Fuß Länge, B' Fuß Tiefe, also Q □ Fuß Grundfläche.

Bei vorläufiger Untersuchung des Baugrundes hat in b Fuß Tiefe fester Baugrund sich vorgefunden; die Fundamente erhalten hiernach die Mithte b' Fuß Höhe.

(Wegen des Daches und wegen Ermittlung der Kosten, wie in dem und wegen vorhandener alter Gebäude, wie in dem Formular A., beagl. we der Haupt-Materialien und des Tagelohns.)

Knl. III.

Kosten-Ueberschlag zum Neubau einer Kirche zu N. N. nach anliegenden

Dieselbe wird für 650 Personen ohne Emporen, massiv mit 5 Fuß (i höhe) tiefen Bruchstein-Fundamenten, im Uebrigen aber von Mauerziegel 48 Fuß tief, 30 Fuß hoch, auf der Hinterseite mit einer halbkreisförmigen Altar-Nische, und mit einem vor der Vorderseite stehenden Thurm aufgef erhält 18 Fuß Länge und Breite, und bis zum Giebel 80 Fuß Höhe bei 4 das Thurmdach wird in einer Spitze zusammenlaufend, flach, mit Zink als Bedeckungsweise auch über der Altar-Nische flachgedeckt; dagegen erhält d welches aus 28 Gebinden nebst einem mit einem einfachen Hängewerk de Ruhi besteht, eine als Kronendach eingedeckte Ziegel-Bedachung.

Das Aeußere des Gebäudes bleibt ungeputzt, wogegen das Innere, i der Decken, sauber geputzt wird, deren Balken und Bedielung sichtbar bl allen von unten bemerkbaren Flächen gehobelt und mit Leinwand-Anstrich den u. s. w.

(Hier folgt noch die Rechtfertigung der Bauweise durch die zu M Materialien u. c., sowie hauptsächlich durch die von der Regierung angegebenen ner die Rechtfertigung der angenommenen Größe u. c.)

Nr.	Zusatz.	Gegenstand der Rechnung.	Betrag.		Bemerkung.	
			Thlr.	Sgr. Pf.		
1	67 1/2	7000 C. F. Fundam. der Hauptm. aeq. 280. 3.5.			Ad 1. pro 1	
		2000 " des Thurmes . 20.20.5.			Erbe auszugrab.	
		625 " d. Sakristeib. 50.2 1/2.5.			Mauerlohn . .	
		90 " d. Orgelchorständer u.			1 1/2 C. R. Steine	
		9718 C. F. oder			Anfuhr a 5 Th	
		S. R. Bruchstein-Fundam. incl.			1 1/2 Tonne Kalk	
		Ausgraben d. Erde u. alles Ma-			Anfuhr a 2 Th	
		terial a 11 Thlr. 25 Sgr. . .	798	22	6	3 Kub. Sand a 6
		28350 C. F. d. Optm. 270.3 1/2.30				
		2025 " d. M. d. Altarn. 27. 3.25.				Ad. 2 pro 1
		2160 " " d. Sakrist. 48.1 1/2.30.				Mauerlohn aeq.
		1920 " d. Dachgiebel 2.48. 1/2. 2.				Ruhlohn bei aeq. 2
		11700 " d. 1. u. 2. Thurm-				stark Mauerupr.
		geschoss aeq. . 52. 5.45.				3 □ R. Wuz a 19
		5880 " d. 3. u. 4. Thurm-				(NB. Das Zuger
geschoss . 56 aeq. 3.33				Aeußeren ist dem		
52035 C. F. Davon zurück:				gleich gerechnet.)		
f. d. Dessn. nach				1400 Mauerziegel		
der Altarnische 1638 C. F.				m. 10 Thlr.) . .		
10 groß Fenst. 2700 "				1 1/2 Ton. Kalk a 2		
Thüren . . . 950 "				4 Kub. Sand a 6		
klein. Fenster u.						
Salouföffnung. . 750 "						
6038						
45997 C. F. oder						

Menge.	Gegenstand der Rechnung.	Betrag.		Bemerkungen.
		Thlr.	Sgr. Pf.	
	Uebertrag	798	22 6	Ad 4. pro 1fd. Fuß Gesims.
319½	S. R. Ziegelmauerwerk, äußerlich ungeputzt, innerhalb auf beiden Seit. gep. zc. à 21 Thlr. 14. Sgr.	6858	18 —	Arbeitslohn 6 Sgr. 10 Ziegel (pr. 100 St. 1 Thlr.) 3 — 1/10 Ton. Kalk à 2 Thlr. 2 — Sand zc. 1 — 12 Sgr.
86	□ Rth. Außenfläche der Mauern, welche ungeputzt bleibt, sorgfältiger zu mauern, an Zulage mit Rücksicht auf II. Gesimse, Gurtungen zc. à 2 Thlr.	172	— —	Ad 5. pro □ Ruthe.
480	1fd. Fuß Haupt-Gesims d. Kirche u. d. Thurmes à 12 Sgr.	192	— —	Thlr. Sgr. Mauerlohn 8 — Putzlohn 2 24
1½	□ Rth. Kuppel-Gewölbe der Altarnische à 35 Thlr.	43	22 6	1800 Ziegel (à m. 10 Thlr.) 18 — 2½ In. Kalk (à 2 Thlr.) 5 — 6 Kub. Sand (à 6 Sgr.) 1 6 35 —
24	□ Rth. Pflaster v. Mauerziegeln auf der flachen Seite à 5 Thlr. 10 Sgr.	128	— —	Ad 6. pro □ Ruthe.
76	1fd. Fuß Sandsteinrufen vor den Thüren u. der Altarnische incl. Untermauerung à 1 Thlr.	76	— —	Thlr. Sgr. Mauerlohn 1 — 400 Ziegeln 4 — Kalk und Sand — 10 5 10
10	□ Rth. Balkendecke d. Kirche, d. Orgelchors, der Sakristei und Thurmhalle nebst Dielung, mit Leisten über den Jugen, alles gehobelt, à 19 Thlr. 28 Sgr.	598	— —	Ad 8. pro □ Ruthe.
1½	Balkendecke im Thurm desgl. alles ungehobelt à 18 Thlr.	60	— —	Thlr. Sgr.
2½	des Thurmdaches u. der Altarnische ohne Dielung à 14 Thlr.	35	— —	44 1fd. Fuß Balken à 5 Sgr. 7 10 144 □' Dielen incl. Leisten à 1½ Sgr. . . 7 6 Arbeitslohn 44 × 1½ = 66 Sgr. } 5 12 144 × 2/3 = 96 " } 19 28
8	Hänge-Böde nebst Träger im Dachraum à 23 Thlr. 24 Sgr.	190	12 —	Ad 10. pro Hängebod.
28	Sparren-Gebind nebst Nähmen, Mauerlatten, Kehlballen zc. à 14 Thlr. 3½ Sgr.	395	8 —	Thlr. Sgr. 102' Streben, Spannriegel, Hängesäul. u. Träger à 5 Sgr. . . 17 — Arbeitslohn à 2 Sgr. . . 6 24 23 24
70	1fd. Fuß Verbandstücke d. Thurmdaches und des Daches der Altarnische à 4 Sgr.	40	10 —	Ad 11. pro Gebind.
20	1fd. Fuß desgl. des Glodenstuhls à 6 Sgr.	24	— —	121 Fuß Mauerlatten, Nähme, Kehlball., Sparren, Aufschleblinge, Bänder zc. à 2½ Sgr. 10 Thlr. 2½ Sgr.
60	Ständer und Rahmstücke des Orgelchors, alles gehobelt, à 7 Sgr.	23	10 —	Arbeitslohn à 1 Sgr. . . 4 = 1 = 14 Thlr. 3½ Sgr.
28	Stufen d. Orgelchor-Treppe incl. Material u. Anstr. à 1½ Thlr.	46	20 —	Ad 9a. pro Ruthe.
90	Stufen der Thurmtritt. à 20 Sgr.	60	— —	Thlr. 66 Fuß Balken à 5 Sgr. 11 Arbeitslohn 3
5	Thürzargen à 3 Thlr.	15	— —	
30	□ Fuß gehobelte Dielung der Sakrist. zc. incl. Unterlag. à 2½ Sgr.	21	8 —	
11	□ Rth. Kronen-Dach incl. Lat-ten zc. à 12½ Thlr.	512	15 —	
70	□ Fuß Zinddach incl. Schalung zc. à 10 Sgr.	190	— —	
10	Stück große Kirchenfenster à 33 Thlr.	330	— —	
—	die Hauptthüre im Thurm, mit Beschlag, Anstrich u. Oberlicht.	38	— —	
—	die innere Hauptthüre desgl.	28	— —	
5	Sakristei-Thüren zc. à 9 Thlr.	45	— —	

Revision der Orgel-Bauanschlätze.

E. R. des R. Min. der G., U. u. Med. Ang., Geisl. Abth. (Nikolo-
O. Dtt. 1825, an sämmtl. R. Reg.

Min. kommen Fälle vor, daß einige R. Reg. dem Musl-Direktor Haaf zu
gelbau-Anschätze direkt zur Revision übersenden. Ein solches Verfahren ist in
10. Dec. v. J. nicht vorgeschrieben, und daher nur als ein, von der betr. Reg.
als besonders ertheilter Auftrag zu betrachten, wofür derselbe aus den betr.
sten, oder von demjenigen, den sonst die Zahlungs-Verbindlichkeit trifft, zu
ist.

Musl-Dir. Haaf zu Stettin ist bloß als Kommissarius der R. Ober-Bau-Dep.
r der Orgelbau-Anschätze, und zu deren Prüfung und Begutachtung in rein
r Hinsicht anzusehen, wie auch in dem obgedachten R. ausdrücklich bemerkt
und er wird nur dann von dem Min. für die Superrevision der Orgelbau-
remunerirt, wenn solche ihm von der R. Ober-Bau-Dep. mittelst besonderen
dem Ende zugefertigt werden. (N. IX. 1013. — 4. 80.)

E. R. der R. Min. der G., U. u. Med. Ang. (v. Altenstein) und des
Judmann) v. 16. Febr. 1826.

R. Reg. (das Konsistorium) wird in Verfolg der E. R. v. 10. Dec. 1824 und
25 benachrichtigt, daß der mit dem Geschäft der Prüfung der Orgelbau-An-
musikalischer Hinsicht als fortwährender Kommissarius der R. Ober-Bau-Dep.
gewesene Musl-Dir. und Organist Haaf zu Stettin, am 14. Nov. v. J. ver-

Die unterz. Min. haben an dessen Stelle den Musl-Dir. und Organisten
er hiesigen Marienkirche zum Revisor der Orgelbau-Anschätze, welche die R.
Dep. ihm zufertigen wird, hinwieder ernannt, und ihn unter denselben Be-
welche dem H. Haaf zugestanden worden, als Kommissarius perpet. zu deren
ad Begutachtung in rein musikalischer Hinsicht bestellt zc.

(L. 85. — 1. 62.)

Ausführung nach dem Anschätze.

L. des R. Min. der G., U. u. Med. Ang. (v. Altenstein) v. 18. Dec.
sämmtl. R. Reg., Prob. Schul-Kollegien und außerordentliche Reg-
htigten bei den Universitäten.

Ist der Fall vorgekommen, daß ein von der R. Ober-Bau-Dep. entworfener Plan
in einer Kirche bei der Ausführung verändert und eingeschränkt worden, ohne
darüber mit der gedachten technischen Oberbehörde communicirt worden. Ein
fürliches Verfahren, das leicht zu Mißgriffen führt, kann nicht gebilligt werden,
die den Bau leitenden Behörden, Veränderungen und Beschränkungen solcher
ste, die von der R. Ober-Bau-Dep. bereits festgesetzt sind, nur nach vorgän-
nehmen mit der letztern sich gestatten. (N. XVII. 948. — 4. 49.)

Vorschriften, betr. die Art und Weise der Bau-Ausführung.

In Betreff der Altäre und Kanzeln.

E. R. des R. Min. der G., U. u. Med. Ang. (Eüvern) v. 1. Dtt.
sämmtl. R. Reg. Errichtung der Altäre und Kanzeln in den Kirchen.
König Maj. haben auf Veranlassung eines besonderen Falles, mittelst Allerh.
1. Aug. v. J. zu befehlen geruht, daß die alte Anordnung des Innern der Kir-
welcher der Altar an dem einen Ende der Kirche, gegen Morgen gerichtet, die
r an einem Pfeiler seitwärts gestellt ist, unverändert beibehalten, und bei jedem
er Kirche diese Anordnung ihres Innern stets beobachtet werden soll.
(L. 647. — 3. 30.)

E. R. des R. Min. der G., U. u. Med. Ang. (v. Ladenberg) v. 20. Juli
sämmtl. R. Reg. Stellung des Altars und der Kanzel bei Kirchen-

König Maj. haben mittelst Allerh. R. D. v. 25. Mai c. zu bestimmen geruht,
acht der Stellung des Altars und der Kanzel bei Kirchenbauten es bei der
v. 21. Aug. 1822 (N. 6. 46), nach welcher bei jedem Neubau einer Kirche der
m einen Ende gegen Morgen gerichtet, die Kanzel aber an einem Pfeiler seit-
bracht werden soll, auch bei den nach dem Muster der Kirche zu Model zu ver-
en kleinern Kirchen unverändert verbleibe. Hiernach hat die R. Reg. in vor-
fällen sich zu achten. (N. XXIII. 615. — 3. 66.)

E. R. des R. Min. der G., U. u. Med. Ang., Geisl. Abth. (Nicolobius)
3. 1829, an die R. Reg. zu Frankfurt u. abschriftl. an sämmtl. R.
rmal-Zeichnungen zu Kirchen- und Thurm-Bauten.

Das Min. hat aus Veranlassung des Ver. der R. Reg. v. 7. Sept. 1827 Anstand genommen, Sr. Maj. dem Könige davon Anzeige zu machen, daß bei der durch das C. R. v. 1. Aug. 1827 mitgetheilten Normal-Zeichnungen von der, ohne Thurm erbauten evangelischen Kirche, ein solcher Thurm von vielen Gemein-Unterbringung der Glocken und Uhren, öfter gewünscht werde. Es ist zugleich Sr. Maj. eine, von der R. Ober-Bau-Dep. entworfene Zeichnung eines solchen Thurbau-Zubehör der Zeichnung zu Macel, zur Allerh. Genehmigung mit dem Antrage worden, in solchen Fällen, wo zu dem Bau einer kleinern Kirche zugleich das Thurbau verlangt wird, diese Zeichnung den Provinzial-Behörden als Muster Anwendung bei vorkommenden Neubauten zugehen lassen zu dürfen.

Wie des Königs Maj. Sich über diese Angelegenheit auszusprechen geruht R. Reg. aus der abschriftl. anl. Allergn. R. D. v. 18. Febr. v. J. des Mehreren sehen. — (Anl. a.)

Hienach hat nun die R. Ober-Bau-Dep. den Plan zum Thurm zu der aufgeführten Kirche entworfene, von dem ein Exemplar beilegt, welcher Entwurf Genehmigung nach der abschriftl. anl. Allergn. R. D. v. 8. Mai v. J. erhalten (Anl. b.)

Anl. a.

In Meiner an Sie erlassenen D. v. 11. Juli v. J. habe ich die Ihnen in Exempl. zugesandte radirte Zeichnung der in Macel vor einigen Jahren erbauten evangelischen Kirche als Muster für den Bau aller kleinen evangelischen Kirchen in Staaten, welche ganz oder zum Theil auf Königl. Kosten erbaut werden, aufgestellt. Fall wird daher nicht leicht eintreten, daß Patron und Gemeinde die Kosten eines Baues für eine solche ganz oder zum Theil auf Königl. Kosten erbaute Kirche brächte, da die Baukosten der Kirche nur dann außerordentlich von Mir bewilligt, wenn Patron oder Gemeinde oder beide zur Ausbringung der Kosten zu arm sind, aber dennoch ein solcher Fall eintreten sollte, so habe Ich dagegen nichts zu erinnern. Der Bau des Thurms, nach der mit Ihrem Bef. v. 12. d. M. eingereichten, hiergehenden Zeichnung ausgeführt werde; auch kann derselbe um einen Absatz nicht in diesem Falle, wenn das architektonische Verhältniß es erfordert, schmaler sein; des Thurmbaues kann Ich aber für dergl. nach dem Muster der Macel'schen bauenden Kirchen nicht bewilligen. Bauen Patron und Gemeinden die Kirche alleinige Kosten, so hängt es von ihrer Bestimmung ab, ob und nach welchem Plan sie bauen wollen. Ich überlasse Ihnen hiernach die Bescheidung der Reg. in Frankfurt.

Berlin, den 18. Febr. 1828.

Friedrich Wilhelm

An den Staats-Min., Freih. v. Altenstein.

Anl. b.

Für den in Meiner am 18. Febr. v. J. an Sie erlassenen Ordre bemerkten Fall, daß bei den kleinen evangelischen Kirchen, welche nach dem Muster der ganz oder zum Theil auf meine Kosten zu erbauen sind, die Kosten zum Thurbau Patronen und Gemeinden aufgebracht werden, finde Ich gegen den mit Ihrem Bef. v. d. M. eingereichten Entwurf zu einem solchen Thurm, welcher auf das zur Blatt des frühern Entwurfs vorläufig aufgeheftet ist, nichts zu erinnern.

Potsdam, den 8. Mai 1828.

Friedrich Wilhelm

An den Staats-Min., Freih. v. Altenstein.

(A. XIII. 523. — S. 45.)

c) C. R. des R. M. der G., U. u. Med. Ang. (Eichhorn) v. 1. Jan. an sämmtl. R. Reg. und Konsistorien, und an das R. Prob. Schul-R. in Berlin. Empfehlung der von der R. Ober-Bau-Deput. herausg. Bau-Entwürfe für Kirchen, Pfarr- und Schulhäuser.

Die R. Ober-Bau-Dep. hat die Herausgabe von Entwürfen für Kirche und Schulhäuser veranlaßt, von welcher in dem Verlage des Buchhändlers M. Potsdam 2 Hefte bereits erschienen sind. Das ganze Werk wird etwa aus 100 Blättern bestehen; der Ladenpreis ist auf 3 Thlr. bestimmt.

Diese, von der höchsten technischen Behörde, als Ergebnis vieljähriger Erfahrung und genauer Sachkenntnis ausgegangenen Entwürfe haben die Zustimmung Sr. Königs erhalten und sind daher sowohl bei Neubauten, als auch bei umfassenden Umbauten der Kirchen, Pfarr- und Schulhäuser als Muster zu betrachten.

Der Fin. Min. hat, wie der R. Reg. wohl bereits bekannt sein wird, die Vertheilung des Werkes an die gedachten R. Reg. und an die Bau-Inspektoren veranlaßt, wünscht, daß hiervon nicht bloß die Geistlichen und Schulräthe und jedes bei den mitwirkende Mitglied der R. Reg. nähere Kenntniß nehmen, sondern daß Superintendenten, die Erzpriester und Dekane, sowie die Pfarrgeistlichen auf das

erksam gemacht werden, damit es denselben schon bei der Einleitung von geistlichen und Schulbauten nicht an geschmackvollen Mustern fehle, und sie im Stande seien, mit den Unverständigen gleich von Hause aus Baupläne zu verabreden, welche bei der höchsten Behörde Beifall finden. Es wird auf diese Weise möglich sein, daß nur allzuhäufige, kostende Umarbeiten der Baupläne mehr als jeither zu vermeiden, und die Ausführung der Bauten damit selbst mehr zu beellen.

Wo die Mittel es gestatten, da ist auf die Anschaffung des Werkes hinzuwirken, wo dieses nicht möglich ist, werden die Bethelligten wohl in anderer Weise wenigstens in Aussicht gelangen können. Insbesondere wird dies durch die K. Bau-Inspektoren geschehen werden, welche auf Kosten der Staatskasse in den Besitz des Werkes gelangen. Es läßt sich annehmen, daß sie, wie die anderen Baubeamten, die sich das Werk anschaffen, den Geistlichen und Superintenden ten gern die Einsicht desselben gestatten werden.

(Min. Bl. d. I. B. 1846. S. 6. Nr. 11.)

4) Nothwendigkeit der Ausführung durch Entrepreneurs.

E. K. v. 29. April 1779, an sämmtl. Inspektoren, wie es künftighin mit Bau und Reparaturen der Kirchengebäude und geistl. Stiftungen gehalten werden soll.

Da bemerkt worden, daß den Kirchen und geistl. Stiftungen oft dadurch viel Nachtheil erwächst, daß die Vorsteher derselben und Mag. nicht allemal die Baue und Reparaturen an den Gebäuden derselben mit gewissen Entrepreneuren verbinden, sondern selbige häufig auf Tagelohn verrichten lassen, auch wenn sie vollendet, die Revision nicht immer vornehmen und geschickten Baubedienten vornehmen lassen; so soll, um diesen vorzubeugen, und damit alle geistl. Bauangelegenheiten künftighin auf einen sichern und einförmigen Fuß behandelt werden, hiermit verordnet und festgesetzt sein:

daß überhaupt alle Baue und Reparaturen der Kirchen, Pfarren, Hospitäler und anderer geistl. Gebäude, wenn wie schon besonders verordnet ist, die Anschläge vom Ober-Bau-Depart. vorher revidirt, und vom Ober-Konsistorio approbirt worden, allemal mit sichern Entrepreneuren verbunden und von solchen vollbracht werden soll;

daß zum Vortheil der geistl. Kassen allemal in dergl. Bausachen ein öffentl. Termin zu Verdingung der Reparatur oder des Baues angesetzt, und erst nach dessen Abhaltung, mit demjenigen Entrepreneur, welcher die besten Bedingungen anbietet und den Anschlag am wohlfeilsten erfüllen will, ein gehöriger Kontrakt geschlossen und darin die Bezahlung auf gewisse Termine festgesetzt werden soll;

daß die Mag. und Vorsteher, denen ohnehin obliegt, auf die anschlagmäßige Vollführung des Baues zu sehen, niemals den letzten Termin den Entrepreneuren sollen auszahlen lassen, bevor nicht der Bau selbst von einem in Pflicht stehenden Baubedienten revidirt, die Tüchtigkeit desselben attestirt, und das Revisionsprotokoll dem Ober-Konsistorio eingereicht worden.

Wir befehlen also allen Mag., geistl. Inspektoren, und Vorstehern der Kirchen und geistl. Stiftungen in der Kurmark, auf die genaueste Befolgung dieser B. zu halten, und selbst nicht in Fällen, die von ihrer Besorgung abhängen, bei Vermeidung willkürlicher Strafe und Ersekung alles Schadens dawider zu handeln.

Berlin, den 29. April 1779.

L. B. v. d. Hagen. v. Irwing.

(N. C. C. Tom. VI. pag. 1552. Nr. 11.)

5) E. K. des K. Min. der G., U. u. Med. Ang. v. 11. Dec. 1846. Wo ein Anderes rechtlich oder durch Verjährung feststeht, fallen die übrig gebliebenen alten und neuen Materialien, Holzabfälle &c. bei Kirchenbauten dem zur Lieferung verpflichteten Patron zu. (Min. Bl. d. I. B. 1847. S. 253. Nr. 299.)

II.

Verfügungen der Provinzial-Behörden.

Die Provinzial-Regierungen haben eine große Anzahl von Publik. E. B. über das Verfahren in Kirchen- und Schulbau-Angelegenheiten erlassen, welche indeß nicht von allgemeinem Interesse, und da dieselben meistens durch die betr. Reg.-Amtsblätter mitgetheilt, mithin den Bethelligten zugänglich sind, hier nur allegirt werden.

1) Für die Provinz Preußen.

a) Publ. der K. Reg. zu Königsberg v. 18. Okt. 1818.

(N. II. 1024. — 4. 37.)

b) Publ. der R. Reg. zu Gumbinnen v. 31. Mai 1818.
(N. II. 367. — 4. 49.)

2) Für die Provinz Pommern.

a) Publ. der R. Reg. zu Stettin v. 4. Juli 1821.
(N. V. 360. — 2. 55.)

Mit Bezug hierauf ergingen:

α) Publ. derselb. Reg. v. 16. Febr. 1823. (N. VII. 75. — 1. 32.)

β) C. R. des R. Min. der G., u. u. Ang. v. 30. Dec. 1823.
(N. VII. 830. — 4. 54.)

b) Publ. der R. Reg. zu Stettin v. 19. Dec. 1823.
(N. VII. 832. — 4. 55.)

Mit Bezug hierauf erging das C. R. des R. Min. der G., u. u. Ang.
18. März 1824. (N. VIII. 154. — 1. 75.)

3) Für die Provinz Schlesien.

C. R. der R. Reg. zu Liegnitz v. 29. Dec. 1822.
(N. VI. 893. — 4. 33.)

4) Für die Provinz Sachsen.

C. R. der R. Reg. zu Magdeburg v. 29. Mai 1843.
(Min. Bl. d. i. B. 1843. S. 190. Nr. 242.)

5) Für die Provinz Posen.

C. R. der R. Reg. zu Posen v. 17. Febr. 1842.
(Min. Bl. d. i. B. 1842 S. 65. Nr. 98.)

6) Für die Provinz Westphalen.

Publ. der R. Reg. zu Minden v. 31. Oct. 1817.
(N. I. 101. — 4. 63.)

7) Für die Rhein-Provinz.

Publ. des R. Konsistoriums zu Köln v. 16. Oct. 1817.
(N. I. 104. — 4. 64.)

8) Bestimmungen über das Verfahren bei Ausführung der geistl.
und Schulbauten, zu welchen R. Gnaden-Unterstützungen bewilligt
worden.

a) R. des R. Min. der G., u. u. Med. Ang. u. d. F. v. 20. Nov. 1835.
an die R. Reg. zu Merseburg.

b) C. R. der R. Reg. zu Frankfurt v. 8. März 1835.
(N. XIX. 995. — 4. 65.)

c) Bekanntmachung der R. Reg. zu Merseburg v. 20. Oct. 1842.
(Min. Bl. d. i. B. 1842. S. 368. Nr. 506.)

Vergl. beim Kirchen- und Unterrichtswesen in Thl. VIII. des Werkes.

Dritter Abschnitt.

Vorschriften über die Erhaltung der zum
Verschlusse oder zur Vertheidigung der Städte dienenden
Anlagen und über die Veränderungen an öffentlichen
Gebäuden und Denkmälern.

Erstes Kapitel.

Von der Erhaltung der zum Verschlusse oder zur Vertheidigung
der Städte dienenden Anlagen.

1) Das N. R. R. Thl. I. Tit. 8. §§. 33 und 34 verordnet:

§. 33. So weit die Erhaltung einer Sache auf die Erhaltung und Beförderung
gemeinen Wohl erheblichen Einfluß hat, so weit ist der Staat deren Zerstörung oder
Nichtung zu untersagen berechtigt.

So weit die Benutzung einer Sache zur Erhaltung des gemeinen Wohls kann der Staat diese Benutzung befehlen; und die Unterlassung derselben ahnden.

Diese Prinzipien sich stützend verordnet die R. O. v. 20. Juni die Erhaltung der Stadtmauern, Thore, Thürme und Wälle¹⁾:

mit den im Ver. des Staats-Min. v. 5. v. M. entwickelten Ansichten darin daß den Stadtgemeinden die willkührliche Abtragung ihrer Stadtmauern, Wälle und anderer, zum Verschluß sowohl, als zur Vertheidigung der Anlagen, weder in polizeilicher, noch in militairischer, noch in finanzieller Hinsicht gestattet werden kann, und daß der §. 33. Tit. 8. Thl. I. des K. R. auf und allerdinge zu beziehen ist. Um allen ferneren Zweifeln hierüber vorzubeugen ist Folgendes:

1. Die Stadtbehörden die Stadtmauern und andere obengenannte Anlagen nicht abzutragen, oder damit Veränderungen vorzunehmen beabsichtigen; so Absicht zuvörderst der Reg. anzuzeigen, und vor der Ausführung deren Erlaubnis zu erwarten. Die Reg. sind von den Min. d. J., des K. und der F. wegen weiteren Erörterungen mit Instruction zu versehen.

2. Wenn eine Anlage der gedachten Art von selbst durch die Zeit verfällt, und deren Wiederherstellung in polizeilicher, militairischer, oder finanzieller Hinsicht erachtet wird, so soll das bestehende Sach- und Rechtsverhältniß unterzucht, nöthigenfalls im Rechtswege festgestellt werden, wenn die Verbindlichkeit der diesfälligen Kosten obliegt. Wenn aber die Wiederherstellung des Verschusses mahl- und schachtstenerpflichtiger Städte lediglich und anschließend der Steuergesetze erforderlich ist, so sollen diejenigen Städte, welchen zu Kommunal-Bedürfnissen ein Zuschlag zur Mahl- und Schachtsteuer bewilligt ist, einen nach dem Verhältnisse dieses Zuschlages zur Hauptsteuer abzutragenden Kosten derjenigen Vorkehrungen leisten, welche die Steuerbereicherung des obgedachten Zweckes für nothwendig erkennt.

Seinen Befehl hat das Staats-Min. durch die G. G. bekannt zu machen.
Friedrich Wilhelm.

1830. S. 113., N. XIV. 773. — 4. 40.)

Folgendes dieser R. O. sind ergangen:

1. des R. Min. des Kr. (v. Hake), d. F. (Maassen) und des J. (Brenn) v. 31. Okt. 1830, an sämmtl. R. Reg. Instruction hinsichtlich des Verfahrens wegen Abtragung städtischer Mauern, Thore und anderer

2. Folgendes, in der Allerh. R. O. v. 20. Juni d. J. unter 1. enthaltenen Vor-
sämmtl. R. Reg. in Hinsicht Ihres Verfahrens, wegen Abtragung städtischer
und anderer Anlagen dieser Art mit folgender Instruction versehen:

R. Reg. haben sich durch die, den Bezirk bereisenden Depart.-Räthe, eine
e Kenntnis von dem Zustande der Mauern, Thore, Thürme und anderer
der Städte dienenden Bauwerke zu verschaffen, und durch Anweisung der
-Behörden dafür zu sorgen, daß nicht diese Bauwerke öffentlich oder heim-
lich werden, um durch Vorbereitung ihres Einsturzes die Einwilligung der Be-
wohner zu erhalten.

3. Wenn sich durch die Zeit selbst eine Schadhastigkeit derselben ergeben, so ist, da-
durch die Niederreißung gestattet werden kann, dafür zu sorgen, daß die
Zerstörung erfolgt, damit nicht durch Vergrößerung der Schadhastigkeit die Herstel-
lungsmittel vermehrt werden. Dabei ist nach §. 2 der gedachten Allerh.
zu ermitteln, wem die Herstellungskosten obliegen.

4. Anträge auf Niederreißung des Verschusses der Städte eingehen, so ist zu
wegen gänzlichen Verfalls und wegen Mangels an Mitteln der Wieder-
herstellung erachtet, oder, bei der Möglichkeit fernerer Erhaltung ohne

5. sind folgende, im wesentlichen dasselbe anordnende, Minist. Bestimmungen
zu erachten:

1. des R. Min. des J. u. d. F. v. 7. Aug. 1821. (N. V. 642. — 3. 66.)

2. des R. Min. des J. v. 12. Febr. 1827. (N. XI. 138. — 1. 63.)

3. des R. Min. des J. u. d. F. v. 5. Jan. 1828. (N. XII. 125. — 1. 44.)

4. des R. Min. des J. u. d. Kr. v. 26. Mai 1828. (N. XII. 420. — 2. 67.)

5. d. selb. Min. v. 14. Sept. 1828. (N. XII. 1084. — 4. 73.)

bedeutende Kosten, zur Verschönerung oder Erweiterung der Städte wegen der Verbindung derselben mit den Vorstädten, oder zur Förderung sonstiger städtischer Zwecke gesucht wird.

4) In beiden letzteren Fällen muß ermittelt werden:

- a) ob der Verschluß der Stadt für die politische, besonders für die nächste Zukunft derselben nothwendig und wünschenswerth bleibt oder nicht? und
- b) ob die Bauwerke, welche niedergerissen werden sollen, vielleicht als Denkmäler Baukunst, oder auch als historische Monumente der Erhaltung, und bei ihrem Verfall, der Wiederherstellung so würdig seien, daß, wenn die Kommunen selbst zu Tragung der erforderlichen Kosten nicht im Stande sein sollten, oder Verbindlichkeit dazu nicht darzuthun wäre, die Anweisung der ganzen Kosten eines Theiles derselben aus Staatsfonds sich rechtfertigen würde?

5) Nach diesen Ermittlungen, und nach Abwägung der, aus der Abtragung resultirenden Vortheile und Nachtheile, haben die R. Reg. zu ermessen, ob die Kommunen auf Niederreißung solcher Bauwerke zu befürworten sind oder nicht. In letzteren Fälle sind die Anträge von den R. Reg. sofort zurückzuweisen; im ersten ist nach vorgängiger Vernehmung mit dem R. Gen. Kommando unter Einreichung Erklärung desselben, und mit gutachtlicher Anzeigende der in Betracht kommenden Umstände, an die Min. des Kr., des J. u. d. P., und wenn die Stadt mahl- und steuerpflichtig ist, auch an das Min. der F. zu berichten.

6) Was insbesondere die mahl- und schachtsteuerpflichtigen Städte anlangt, so haben die R. Reg. hierbei, wie bei den anderen Städten, die nöthigen militärischen und polizeilichen Rücksichten eintreten zu lassen, außerdem aber in allen Fällen bemerkbarer Schädigungen nothwendiger Reparaturen, oder in Antrag gebrachter Abtragung oder Niederreißung Anlagen der in Rede stehenden Art vorher darüber auch mit dem Prov.-Steuer-Direktor in Bezug auf das Interesse der Mahl- und Schlachtsteuer-Verwaltung zu kommen, oder den Bemerkungen und Anträgen darüber, wenn sie von dem Prov.-Steuer-Direktor zuerst ausgehen, Gehör und Folge zu geben. Eben so haben die R. Reg. neue oder veränderte Einrichtungen an den fraglichen Anlagen nicht ohne Berücksichtigung der, bei dem Prov.-Steuer-Direktor angegebenen Bedürfnisse, veranschlagen zu lassen, auch die letzteren vor der Berichterstattung über die darin zu machenden Anträge, so wie die Frage, ob die vorzunehmenden neuen oder veränderten Einrichtungen ausschließliche Sicherung der Steuergesälle, oder auch aus anderen Gründen, erforderlich sind, an die Konkurrenz und das Verhältniß zu den Kosten von Seiten der Stadt und der Steuerverwaltung zu verständigen, im Falle aber eine solche Verständigung nicht bewirkt werden können, die diesfälligen Verhandlungen mit dem Prov.-Steuer-Direktor in ihrem Ber. beizufügen; endlich aber, wo auch die indirekte Steuerverwaltung in Betrachtung der Geschäftsreise liegt, das Interesse der Mahl- und Schlachtsteuer hiernach selbst gehörig wahrzunehmen¹⁾.

7) Wenn von den Kommunalbehörden versichert wird, daß durch unvorhergesehene Umstände ein Bauwerk der mehrgedachten Art dem Einsturz drohe, Gefahr im Verzug sei, und solche nur durch sofortige Wegreißung beseitigt werden könne, so haben die R. Reg. den Zustand der Sache schleunigst durch einen Sachverständigen untersuchen zu lassen, dafern nicht durch interimistische Vorkehrung der Gefahr ohne große Kosten und Mühseligkeiten vorgebeugt werden kann, aus eigener Autorität den Abbruch nur in solchen Fällen gestatten, als es für die öffentl. Sicherheit unerläßlich erforderlich ist. Den Weg, die eigene Verf. des nothwendigen Abbruchs nur dann erlaubt werden, wenn die Gefahr unerwartet durch Naturereignisse, oder sonstige unvorhergesehene Umstände eingetreten ist, und so dringend ist, daß die öffentliche Sicherheit die vorgängige Einholung der Genehmigung der Reg. nicht gestattet. So müssen sich aber nachher über das Vorhanden-

¹⁾ Schon das G. St. des R. Min. des J. Abth. I. (Röhler) v. 12. Juni 1848, sammtl. R. Reg. bestimmte:

• Durch ein Schreiben des R. Fin. Min. veranlaßt, bestimmt das Min. der F. hiernit, daß bei allen Verf., in Folge deren in mahl- und schachtsteuerpflichtigen Städten in ihrem bisherigen Verschluß durch Niederreißung von Mauer- und Thoren Veränderungen vorgenommen werden sollen, da wo keine besondere Steuer-Direktion besteht, die Abth. der R. Reg. für das J. sich mit der Provinzial-Steuer-Direktion in Verbindung zu setzen hat, für die Fin., entgegengelegten Falles aber mit der Steuer-Direktion über die Veränderungen so zeitig als möglich zu vernehmen hat, damit von der Provinzial-Steuer-Direktion die in Hinsicht des Mahl- und Schlachtsteuer-Interesse erforderlichen Vorkehrungen bei Zeiten getroffen werden können.

• Hiernach hat die R. Reg. sich zu achten. (A. Z. 388.—2. 72.)

ngenden Gefahr gehörig ausweisen. Auch in solchen Fällen ist den Minist. nandersehung der motivirenden Umstände, Anzeige zu erstatten ¹⁾).

nach K. (N. XIV. 774. — 4. 41.)

. des K. Min. des J. u. d. P. (v. Brenn) v. 30. Nov. 1831 an das
äfib. der Rheinprovinz. Erhaltung oder Zerstörung der Umfassungs-
Befestigungswerke der Städte.

c. erwidere ich auf Ihren Ber. v. 7. v. M., nach Kommunikation mit dem
aß die Umfassungsgräben ohne Zweifel denjenigen zum Verschlusse sowohl, als
igung der Städte gehörigen Anlagen beizuzählen sind, deren willkührl. Zer-
Stadtgemeinden nicht gestattet werden kann.

ird daher, wenn die Ausfüllung und Einebnung solcher Gräben in Frage kommt,
Verh. K. D. v. 20. Juni 1830 und der Instr. v. 31. Okt. verfahren wer-

Veräußerung solcher Gräben ist an sich durch die gedachten Vorschriften nicht
klein sie wird immer nur unter der Bedingung geschehen können, daß daran
nigung der bethelligten Min. keine solche Veränderung vorgenommen werde,
angegebenen Zweck jener Gräben vereiteln würde. Pflicht der Städte wird es
selben, darauf zu halten, daß diese Bedingung eingehalten werde, indem die
h wegen der Wiederherstellung an die Stadtkommunen zu halten haben wür-
Städte es sind, welchen das Gesetz die Erhaltung zur Pflicht macht. Wie da-
Zerstörung solcher Anlagen vorschriftsmäßig berichtet werden muß, so bleibt
am, dieß vor der Veräußerung zu thun, damit sich, wenn die Erhaltung
ir nothwendig erkannt werden sollte, die Behörde überzeugen könne, daß solche
r Veräußerung gesichert sei. Ohne sehr entschiedene Gründe wird von den
Zustimmung nicht verweigert werden.

. ersuche ich, die K. Reg. hiernach mit Anweisung zu versehen.

(V. 774. — 4. 39.)

N. der K. Min. des J. u. d. P. (Röhler), und der F. (v. Alvens-
5. Sept. 1835, an sämmtl. K. Reg. Wahrnehmung des Steuer-
i neuen oder veränderten Einrichtungen an den zum Verschluß der
enden Bauwerken.

ch den Reg. durch die in Folge der Allerh. K. D. v. 20. Juni 1830 wegen
r Stadtmauern, erlassene G. V. v. 31. Okt. desselb. J. unter Nr. 6. ausdrück-
ht gemacht worden ist, in mahl- und schlachtsteuerpflichtigen Städten auch
änderte Einrichtungen an den vorhandenen Mauern, Thoren, Thürmen und
Verschluß der Städte dienenden Bauwerken, nicht ohne Berücksichtigung der
ob.-Steuer-Direktor angegebenen Bedürfnisse vornehmen zu lassen und sich mit
er das Erforderniß und den Zweck solcher Einrichtungen u. s. w. zu verstän-
t dennoch die Erfahrung gelehrt, daß die Reg. es sich in solchen Fällen nicht
immer angelegen sein lassen, das Steuerinteresse gehörig wahrzunehmen.

i wir uns daher veranlaßt sehen, die obige Bestimmung in Erinnerung zu brin-
n pünktliche Befolgung zu empfehlen, bemerken wir, daß zu den in Rede
llen, auf welche im Interesse der Mahl- und Schlachtsteuer die Reg. als Bau-
de ein aufmerksames Auge zu richten hat, und in welchen von ihr nicht einseitig
ing der Steuerbehörde verfahren werden darf, namentlich auch diejenigen ge-
on Privatpersonen Gebäude mit der Stadtmauer in Verbindung gesetzt, oder
i aufgeführt, oder Fenster und Thüren in oder über der Stadtmauer ange-
Theile der Stadtmauer von Außen oder Innen unzugänglich gemacht werden
in solchen Fällen die Berechtigung zu Anlagen der erwähnten Art untersucht,
nicht vorhanden ist, die Erlaubniß dazu nach Bedürfniß auf den Antrag des
r-Direktors versagt werden muß.

iejenigen Fälle werden der besonderen Beachtung der K. Reg. empfohlen, wo
städtische Grundstücke, welche unmittelbar an die Stadtmauer stoßen, veräußert
1, damit durch die Verkaufs-Bedingungen das Steuerinteresse gegen Benach-
irch Anlagen der oben erwähnten Art möglichst sicher gestellt werde.

(IX. 757. — 3. 111.)

der K. Min. der G., U. u. Med. Ang. (v. Altenstein), des J. u. d.

bestimmten auch bereits die N. der K. Min. des J. u. d. K. v. 26. Mai 1828
II. 420. — 2. 67.), v. 18. Juni 1829 (N. XIII. 317. — 2. 64.) u. v. 15.
829. (N. XIII. 554. — 3. 54.)

Pr. (v. Rochow), d. Fin. u. des Kr. (v. Rauch) v. 28. Sept. 1837 an die R. Reg. zu Magdeburg. Bestreitung der Kosten für Anfertigung von Zeichnungen städtischer Bauwerke, Behufß deren Abtragung.

Wenn, wie der R. Reg. auf den Ver. v. 8. Juli d. J. die Kosten für die Zeichnungen von dem Breiten-Thor-Thurme zu N. betr., erwiedert wird, municipalbehörde in Gemäßheit der Allerh. R. O. v. 4. Okt. 1815 und 20. Jan. Erlaubniß, Stadtmauern, Thore, Thürme u. dergl. abtragen oder Veränderungen vornehmen zu dürfen, nachsucht, so ist es ihre Sache, durch Vorlegung vollständig ausgeführter Zeichnungen von dem in Frage stehenden Bauwerke die Behörden, denen die Entscheidung ansteht, in den Stand zu setzen, den Antrag mit der Sicherheit zu beurtheilen. Die R. Reg. hätte daher, als auf Veranlassung Bau-Dep. unterm 19. Okt. 1834 ausgeführtere Zeichnungen von dem Thurme Thore in N. verlangt wurden, selbige von dem dasigen Mag. erfordern sollen. Nicht geschehen ist, die R. Reg. vielmehr die verlangten Zeichnungen unmittelbar anfertigen lassen, so können die Kosten dafür jetzt nicht mehr füglich von der Kommune werden, und es sind daher dieselben auf das Extraordinarium der R. Reg. zu übernehmen. (A. XXI. 691. — 3. 99.)

e) R. der R. Min. des J. u. d. Pr. (v. Rochow) u. d. F. (v. Alvensleben) v. 30. Dec. 1838 an den Mag. zu Prenzlau, und abschriftlich an die R. Reg. zu Potsdam. Unterhaltungskosten der Stadtmauern, Thore, etc.

Die von dem Mag. zu Prenzlau mittelst Eingabe v. 17. Okt. c. erhobene Beschwerde nach welcher derselbe, der unterm 12. Sept. d. J. ergangenen Anordnung der R. Reg. zu Potsdam zufolge, zu den Unterhaltungskosten der Stadtmauern, Thore etc. beitragen soll, ist unbegründet, und die Deutung, welche der Mag. zur Unterstützung seiner Beschwerde, der Allerh. R. O. v. 20. Juni 1830 (A. S. 773.) giebt, irrig. Er hält in ihrem zweiten Paragraphen ganz klar die Bestimmung, daß da, wo Unterhaltung des Verschlusses der Städte ein bestimmtes Rechtsverhältniß besteht, es zu bewenden soll; daß aber auch da, wo ein solches Rechtsverhältniß nicht besteht, welche Antheil an der Mahl- und Schlachtsteuer haben, jedenfalls einen verhältnißmäßigen Antheil an den Unterhaltungskosten des Verschlusses zu tragen gehalten sind. Die letztere Bestimmung hebt also die erstere in mahl- und schlachtsteuerpflichtige keinesweges auf, läßt es vielmehr auch in diesen, wenn sonst ein bestimmtes Rechtsverhältniß hinsichtlich dieses Gegenstandes darin besteht, bei solchem bewenden. Nun bildet in der That durch Observanz ein schon in vielen Fällen anerkanntes Rechtsverhältniß, nach welchem die Städte die Hälfte zur Unterhaltung ihrer Mauern, Thore etc. tragen müssen. Da nun bei Erhaltung der städtischen Mauern etc. ein Staatsausgang eintritt, so ist es nach Analogie dessen, was der Anh. zu der Reg.-Instrukt. § 10 schreibt, ganz in der Ordnung, daß die R. Reg. zu Potsdam im vorliegenden Falle jenem Zweck erforderlichen Vorkehrungen getroffen und beschlossen hat, den der Stadt zu entrichtenden Beitrag im Wege der Exekution einzuziehen, die am einzuwirken ist, wenn der Stadt bei der nächsten Ablieferung ihres Antheils an der Mahl- und Schlachtsteuer der ihr abgeforderte sehr geringe Betrag abgezogen wird.

Uebrigens ist die Verf. der R. Reg. vom 12. Sept. c. nicht von der Steuer sondern von der Abth. für das J. ergangen, welche letztere, als Landes-Polizei solchen Festsetzungen so berechtigt als verpflichtet war.

Bei der gedachten Verf. muß es also so lange bewenden, bis der Mag. durch Ausführung haben wird, daß derselbe nach dem bestehenden besonderen Rechtsverhältnisse einen geringeren oder gar keinen Beitrag zur Unterhaltung der Thore der dortigen Stadt zu leisten hat. (A. XXII. 950. — 4. 94.)

f) R. der R. Min. des Kr. (v. Bohnen), der Fin. (Flottwell) (v. Wedell) v. 31. Juli 1844 an die R. Reg. zu Breslau. Abbruch von Stadtmauern und Thürmen, welche durch Ankauf von Privatpersonen in den Besitz der Kommunen gelangt sind.

Auf den von der R. Reg. wegen des von dem Mag. zu N. beabsichtigten Abbruchs des Thorthurms, der Nebenhäuser und eines Theils der Stadtmauer daselbst Mai d. J. erstatteten Bericht wird Derselben eröffnet, wie wir mit der darin von der R. Reg. ausgesprochenen Ansicht dahin einverstanden sind, daß die Anwendbarkeit der Vorschriften der Allerh. R. O. v. 20. Juni 1830 (A. S. S. 113.) auf den Thorthurm dadurch, daß solcher in der That früher Privateigenthum gewesen und erst durch Ankauf in den Besitz der Kommune gelangt sind, nicht ausgeschlossen werde. (Min. Bl. v. d. J. 1844. S. 219.)

g) R. der R. Min. des Kr. (v. Bohnen) u. des J. (v. Rauch)

1846 an die R. Reg. zu N. Nothwendigkeit der Einholung der Min-
nehmigung zu jedem Umbau von Stadtmauern.

— Anlangend die von der R. Reg. gestellte Frage, ob die Min.-Genehmigung
Imbau oder nur bei der gänzlichen Niederreißung einer Stadtmauer erforderlich
diese Frage nach den Bestimmungen der Allerh. R. O. v. 20. Juni und der
11. Okt. 1830¹⁾ nur dahin entschieden werden, daß bei jedem Umbau, durch
e wesentliche Veränderung der Stadtmauer veranlaßt wird, die Min.-Geneh-
geholt werden muß. (Min. Bl. d. i. B. 1846 S. 194. Nr. 282.)

L. der R. Min. des Kr. (v. Bohen) u. des J., Abth. I. (v. Manteuffel)
n. 1847 an die R. Reg. zu Frankfurt. Genehmigung zu Veränderun-
Stadtmauern, wenn das Eigenthum der letzteren auch nicht mehr der
einde, sondern einem Dritten zusteht.

den Ver. v. 12. Okt. v. J., betr. die Anlegung einer Thür in der Stadtmauer
der R. Reg. Folgendes eröffnet.

ngleich nach den Worten der Allerh. R. O. v. 20. Juni 1830 (G. S. S. 113)

nur eine Beschränkung der Stadtgemeinden in der Befugniß, ihre Stadt-
abzutragen, ausgesprochen ist, so ist solches doch offenbar nur in der Voraus-
sehen, daß das Eigenthum der Stadtmauern zc. überall den Stadtgemeinden zu-
s ist um so unbedenklicher, die Bestimmungen der gedachten Ordre auch in sol-
in denen, wie im vorliegenden, das Eigenthum der Stadtmauern zc. nicht den
aben, sondern irgend einem Dritten zusteht, zur Anwendung zu bringen, als
umungen nur Folgerungen der ganz allgemein lautenden, in der Ordre selbst
Begenstand für anwendbar erklärten Vorschriften des A. E. R. Th. I. Tit. 8.

und bei einer andern Auslegung die mehrgedachten Bestimmungen sehr leicht
zangen werden können, daß die Stadtgemeinden, wenn sie die gänzliche oder
btragung der ihnen gehörigen Stadtmauern zc. beabsichtigten, vorher das
m derselben einer Privatperson überließe, wozu sie, soweit die St. Ordn. v. 19.
gilt, einer besonderen Genehmigung nicht bedürfen, sobald sie in jener Ord-
hriebenen Formen erfüllt werden. (Min. Bl. d. i. B. 1847 S. 8. Nr. 8.)

des R. Gen. Dir. der Steuern v. 28. Nov. 1851. an die R. Reg.
ten der Unterhaltung der Stadtmauern in mahl- und schlachtsteuer-
Städten.

die vermöge des Ges. v. 1. Mai v. J. §. 1. Absatz 3. beibehaltene Bestim-
v. 4. April 1848 §. 6., wonach den Städten, welche die Mahlsteuer beibe-
n, $\frac{1}{3}$ des Roh-Ertrages dieser Steuer überwiesen werden soll, erleidet aller-
das, durch das R. v. 31. März 1847 bestimmte Beitrags-Verhältniß der
Bezug auf die Unterhaltung der Stadtmauern daselbst eine Aenderung, da die
v. 20. Juni 1830 ausdrücklich festsetzt, daß, wenn die Erhaltung der gedach-
aus irgend einem Grunde nothwendig wird, ermittelt und festgestellt werden
e Kosten zur Last fallen. Es muß daher in jedem einzelnen Falle ermittelt
oessen Interesse die Erhaltung nothwendig erscheint und, wenn Mehrere hiebei
haben, in welchem Verhältnisse die dadurch für dieselben herbeigeführten Vor-
ander stehen.

an aber die Stadt N. nicht bloß wegen des Kommunal-Zuschlages zur Mahl-
steuer, sondern auch wegen des ihr außerdem bewilligten Drittheils des Mahl-
ges ein Interesse an der Erhaltung des städtischen Verschlusses hat, so kann sie
ht entbrechen, außer dem durch das R. v. 31. März 1847 bestimmten $\frac{1}{3}$, noch
nriß jenes Drittheils der Mahlsteuer zu den Unterhaltungs-Kosten beizub-

r Grundsatz ist auch in einem Urtheil des R. Ob. Trib. v. 15. Mai v. J. in
ache der Stadt Prenzlau wider den Fiskus angenommen worden²⁾.

t. Reg. hat nach obigem Grundsatz nicht nur in dem vorliegenden Falle, son-
allen ähnlichen Fällen zu verfahren. (Min. Bl. d. i. B. 1852. S. 8. Nr. 10.)

L. des R. Min. des J. (Röhler) v. 31. Mai 1822 an die R. Reg. zu
rder. Der Erlös aus Materialien niedergerissener Stadtmauern ge-
Stadtgemeinden.

die rechtl. Präsumtion dafür ist, daß den Stadtgemeinden das Eigenthum der

oben S. 413.

das allg. Erf. des Ob. Trib. v. 15. Mai 1851 in Strlethorff's Ar-
für Rechtsf. aus der Praxis der Rechtsanwälte des Ob. Trib., Bd. 2. S. 134. ff.
Bau-Polizei. 2. Aufl.

Stadtmauern zustehe: so muß in den Fällen, wenn kein spezieller Titel ein anderes verhältniß ergiebt, und übrigens die polizeil. und finanziellen Rücksichten das Ziel der Mauern gestatten, das Provenue aus den Materialien den Stadtgemeinden zu bleiben. (U. VI. 385.—2. 42.)

Zweites Kapitel.

Von den an öffentlichen Gebäuden und Denkmälern vorzunehmenden Veränderungen und der Erhaltung historischer Denkmäler.

1) Das A. L. R. Thl. I. Tit. 8. §. 35 verordnet:

Statuen und Denkmäler, die auf öffentlichen Plätzen errichtet worden, vermand, wer, er auch sei, beschädigen, oder ohne obrigkeitliche Erlaubniß wegnemen einreißen.

2) R. O. v. 4. Okt. 1815, betr. die zu Veränderungen an öffentl. Gebäuden oder Denkmälern einzuholende Genehmigung.

Auf Ihren Ver. v. 27. v. M. setze Ich hierdurch fest: daß bei jeder wesentlichen Veränderung an öffentl. Gebäuden oder Denkmälern diejenige Staatsbehörde, welche solches zu nehmen beabsichtigt, darüber zuvor mit der Ober-Bau-Deput. kommunizieren, und diese nicht einwilligt, an den Staatskanzler Fürsten v. Hardenberg zur Einholung Befehles, ob die Veränderung vorzunehmen, berichten soll. (U. S. 1815. S. 20)

3) E. R. der R. Min. der G., U. u. Med. Ang. (v. Altenstein), an G. (v. Bülow), und des J. u. d. R. (v. Schudmann) v. 15. Dec. 1823 an sämmtl. R. Reg. Erhaltung alter Kunstgegenstände, Denkmäler und sonstiger Merkwürdigkeiten.

Die unterz. Min. sehen sich durch einige vorgekommene Fälle veranlaßt, Sie hierdurch verantwortlich zu machen, daß die in ihrem Bez. vorhandenen alten Kunstgegenstände und Denkmale oder geschichtlichen Merkwürdigkeiten u. s. w. nicht zerstört oder vernachlässigt werden, daß ihr Untergang die Folge ist. Die R. Reg. hat sich bemessen, Mittel genaue Kenntniß von solchen Gegenständen zu verschaffen und Behörden für deren Erhaltung in Anspruch zu nehmen. Da, wo Gefahr für den Untergang solcher Gegenstände drohet, muß die R. Reg. derselben schnell durch zweckdienliche Vorkehrungen abzuwehren suchen, oder nöthigensfalls den unterz. Min. davon Anzeige geben und die geeigneten Maßregeln in Vorschlag bringen. (U. VII. 768.—4. 9.)

4) E. R. des R. Min. der G., U. u. Med. Ang. (v. Altenstein) v. 2. Dec. 1830 an sämmtl. R. Reg. Erhaltung alter Kunstgegenstände, Denkmale u. s. w.

Es ist neuerdings der Fall vorgekommen, daß die in den R. Landen vorhandenen alten Kunstgegenstände, Denkmale oder geschichtlichen Merkwürdigkeiten, Glasmalereien u. s. w. nicht mit der gehörigen Aufmerksamkeit behandelt, sondern vielmehr vernachlässigt und wohl gar zerstört werden, so daß deren Untergang davon die unvermeidliche Folge ist.

Die R. Reg. wird daher auf das E. R. v. 15. Dec. 1823 mit der Aufforderung verwiesen, dafür möglichst zu sorgen, daß dergl. Denkmale alter Kunst, namentlich Glasmalereien, durch zweckmäßige Vorkehrungen erhalten und durch Ergreifung geeigneter Maßregeln vor jeder Beschädigung oder gar gänzlichem Untergang gesichert werden. (U. XIV. 9.—1. 12.)

5) E. R. des R. Min. der G., U. u. Med. Ang. (v. Altenstein) v. 27. Dec. 1835 an sämmtl. R. Reg. Erhaltung von alten Kunstgegenständen und Denkmälern der Vorzeit, geschichtlichen Merkwürdigkeiten, Glasmalereien u. s. w.

Mit Bezugnahme auf die E. R. v. 15. Dec. 1823 und 28. Jan. 1830, durch welche die R. Reg. dafür verantwortlich gemacht worden ist, daß die in ihrem Reg. Bez. vorhandenen alten Kunstgegenstände und Denkmale der Vorzeit, geschichtliche Merkwürdigkeiten, Glasmalereien u. s. w., nicht zerstört oder so vernachlässigt werden, daß ihr Untergang die Folge ist, wird die R. Reg. hierdurch benachrichtigt, daß Se. Maj. der König die Sorge für die Konservation der Bau-Denkmale und Ruinen im Allgemeinen den unterz. Min. zu übertragen geruht haben. In Bezug auf die zur Erhaltung solcher Denkmale erforderlichen Mittel wollen aber des Königs Maj. in den vorkommenden Fällen die Anträge zur Allerh. Beurtheilung der Nothwendigkeit der darauf zu bewillenden Kosten erwarten.

Die R. Reg. wird daher angewiesen, in allen Fällen, in welchen es auf die Konservation der Ueberreste der Baukunst aus der Vorzeit, welche für die Geschichte, Kunst u. s. w. von Wichtigkeit sind, ankommt, die erforderlichen Vorkehrungen zu treffen.

Werth und Interesse haben, ankommt, sich mit gütlichen Vorschlägen an Min. zu wenden. (N. XIX. 142.—1. 86.)

l. des R. Min. des J., Abth. II. (Bode), v. 24. Dec. 1844 an sämmtl. L-Kommissionen, sowie an sämmtl. R. Reg., ausschließlich der Rhein-
haltung historischer Denkmäler (Hünengräber, Landwehren oder Schan-
zenseparationen.

Es ist zur Sprache gekommen, daß die Ausführung der in der Altmark stattfindenden
Operationen zur Abtragung und Zerstörung der dort noch häufig vorhandenen Hü-
ter und alten Landwehren oder Schanzen Veranlassung gebe. Dies würde
namentlich soweit haben geschehen können, als es der Aufmerksamkeit der R. Gen. Kom.
Spezial-Kommissarien entgangen wäre, daß für die Erhaltung solcher historischen
Denkmäler bereits bestimmte Vorschriften und Anordnungen bestehen, welche in den G.-Er-
Min. der G. zc. Ang., des H. u. der G., und des J. v. 15. Dec. 1823 (N. 1823
v. 27. März 1835 (dieselbst 1835. S. 142.) zur Kenntniß der Behörden ge-
hen und von den R. Gen. Kom. ebenso, wie von den R. Reg., zu beachten sind.
Es daher auf Feldmarken, wo die Separation ausgeführt werden soll, sich Ge-
neral-gebachten Art vorfinden, so wird zunächst festzustellen sein, ob und aus wel-
chen dieselben für ein Privat-Eigenthum zu erachten sind oder nicht. Im letzteren
Falle es in keiner Weise zu rechtfertigen sein, die Theilung des gemeinschaftl. Eigen-
thums auf Gegenstände der fraglichen Art auszudehnen, die letzten als Abfindungs-
gegenstände und sie dergeſtalt der Verwendungs- zu Privatzweden und der Zerstörung
durch die Mitwirkung der Behörde zuzuführen. In solchen Fällen muß
sogleichst darauf Bedacht genommen werden, den einer privaten Benutzung noch
verwendbaren Gegenstand dem gemeinsamen Eigenthume zu erhalten, ihn deshalb aus
der Masse vorweg herauszunehmen, und bei Feststellung der Planlagen einer sol-
chen Eingang zu verschaffen, wodurch die Erhaltung im öffentl. Interesse ge-
wahrt aber den angrenzenden Grundeigenthümern nicht durch vorzubehaltende
sonst für nothwendig zu erachtende Beschränkungen zur empfindlichen Be-
schädigung.

l. Gen. Kom. hat daher die Spezial-Kommissarien demgemäß mit Anweisung
und sie aufzufordern, in solchen Fällen, wo sich der Zweck der wegen Erhaltung
Denkmäler bestehenden Vorschriften auf dem eben gebachten und dem Wege der
nicht erreichen lassen möchte, Ihr selbst Anzeige zu machen, damit Ihrerseits
in derweit zu ergreifenden Maßregeln mit der betr. Prov. Reg. in Berathung
gehe. (Min. Bl. d. I. B. 1845. S. 23. Nr. 28.)

ergl. auch die Vorschriften, betr. die Konſervation der Kunst-
denkmäler in der Monarchie und die Anstellung eines Konſerva-
toren dieses Zweck. (Oben Abth. I. Abschn. II. Kap. I. S. 48. ff.)

Zweiter Theil.

Das Bau-Recht und die Bau-Polizei

Erste Abtheilung.

Materielles Recht.

Erster Abschnitt.

Von der Einschränkung der Baufreiheit und der sichtigung der Bauten.

Vorbemerkung.

Aus dem Principe der Freiheit des Eigenthums folgt zwar an sich das Recht des Eigenthümers, seinen Grund und Boden beliebig mit den zu besetzen und seine Gebäude beliebig einzurichten; allein die Ausübung dieses Rechtes muß sich in solchen Schranken halten, daß sie nicht zum Nachtheil und zur Unsicherheit des Gemeinwesens gereicht, und nicht verletzende bestehende Privatrechte anderer Personen eingreift. Diese letzteren einzelner Personen, namentlich die Rechte der Nachbarn, finden ihren Schutz in den betreffenden gesetzlichen Vorschriften, welche erforderlichen Falles Anrufung der Justiz zur Geltung zu bringen sind, während dabei die staatliche Einwirkung nur beiläufig eintritt. Dagegen fließt aus der Souveränität des Staates das Recht und die Pflicht desselben, alle Bauten nicht bloß die öffentlichen, sondern auch die der Privat-Personen, sich in der Beziehung zu unterwerfen, daß dieselben weder dem Einzelbauenden selbst oder dritten Personen), noch dem Publikum gefährlich oder die öffentlichen Interessen benachtheiligen. Es liegt also der Staat ob, solche Maßregeln und Einrichtungen zu treffen, daß nicht allein die Gesundheit, das Leben und die Gesundheit der Staatsbürger aus baulichen Anlagen und Veränderungen bedrohenden Gefahren und Unglücksfälle abgewendet werden, sondern auch jeder Verletzung sonstiger öffentlicher Interessen vorgebeugt werde. In diesen Beziehungen erscheint die Beschränkung der natürlichen Baufreiheit vollkommen gerechtfertigt.

¹⁾ Das Bau-Recht, in dem Sinne, wie dasselbe hier aufgefaßt und dargestellt wird, umfaßt nur die rechtlichen Verhältnisse in Bezug auf Bauwerke, deren Ausführung, nicht aber die Frage, wem die Verpflichtung zur Tragung der Kosten oder zur Bewirkung von Bauten obliegt. Letztere Frage gehört vielmehr zu den einzelnen betreffenden Zweigen, und daher davon in den betreffenden Theilen des Werkes gehandelt.

Erreichung dieser Zwecke bedient sich die Polizei theils vorbeugend (coercitiv-) Maßregeln, wenn es sich von noch nicht ausgeführten, erst in Bauten handelt, theils der Zwangs- (coercitiv-) Maßregeln, welche von Gefahren und Nachtheilen, welche aus bereits vorhandenen Anlagen entstehen können.

Die präventiven Maßregeln, der erwähnten Gattung gehören:

Sorge dafür, daß die Bauten nicht durch Nicht-Sachkundige vorgenommen werden, vielmehr ein gehörig geeignetes Bau-Personal und die Bau-Gewerke dazu vorhanden seien;

Kontrollirung aller beabsichtigten Neu- und größeren Reparatur-Beginn des Baues oder der Reparatur, dergestalt, daß es dazu vorher der polizeilichen Bauerlaubnis bedarf, und die Kontrolle darüber, ob die ertheilte Genehmigung demnachst auch die Bau-Ausführung erfolgt;

Ertheilung und Ueberwachung solcher Vorschriften, welche dazu dienen, die Bauten und baulichen Anlagen drohenden Gemein-Gefahren, die Feuer-Gefahr und andere Unglücksfälle, sowie auch die der nachtheiligen baulichen Ausführungen, abzuwenden und zu beseitigen. Diese Vorschriften betreffen bereits vorhandener Gebäude und Bauanlagen dagegen stehen coercitiv-Mittel zu Gebote. Sie kann auf Wegschaffung oder Verändern solcher Gebäude bringen, welche in Hinsicht auf Feuer-Gefahr oder sonstige Nachtheile besorgen lassen¹⁾, oder aus anderen Gründen für die Reisende oder Fuhrende gefährlich werden können²⁾. In der Anwendung muß sie aber mit möglichster Schonung der Interessen der Eigenthümer vorhandener Gebäude zu Werke gehen. Sie hat ferner das in Städten auf Erhaltung solcher Gebäude und Bauanlagen zu verhindern, daß das Publikum benachtheiligt oder zur Verunreinigung der Straßen oder öffentlicher Plätze gereichen möchte³⁾.

Für die Erreichung aller dieser Zwecke erläßt die Polizei baupolizeiliche Bestimmungen, die entweder allgemeine, oder nur für einzelne Bezirke bestimmte, sein können.

In Preussischen Staat ist bis jetzt eine allgemeine Baupolizei-Ordnung noch nicht erlassen⁴⁾, sondern die legislative Thätigkeit der Regierung hat sich darauf beschränkt, dem praktischen Bedürfnisse von Bestimmungen für einzelne, besonders wichtige Gegen-

1. 2. R. I. Tit. 8. §§. 38 ff.

§§. 26 ff. u. 73.

§§. 36 ff.

Landtags-Abschiede für die Provinzial-Stände der Provinz Sachsen Rat 1827 heißt es in dieser Beziehung sub II. Nr. 7.:

„Betreff der von Unsern Ständen in Antrag gebrachten Entwurf einer Polizei-Ordnung, geben Wir denselben zu erkennen, daß die bevorstehende in der Feuer-Societäts-Reglements und der damit in Verbindung stehenden Provinzial- und Lokal-Feuerordnungen Gelegenheit darbieten wird, die Sache in Erwägung zu ziehen. Bei den diesfälligen Berathungen soll auf ihren Rücksicht genommen, und der Gegenstand, sowohl in Beziehung auf den Aus- und Umbau der Gehöfte und die Trennung der Wohn- und Wirtschaftsräume auf dem platten Lande, als überhaupt wegen der zur Verhütung feuerlicher Bauanlagen erforderlichen baupolizeilichen Vorschriften genau erwogen, und das Resultat der diesfälligen Erörterungen zur Berathung gebracht werden.“ (A. XI. 334.)

stände der Bau-Polizei zu entsprechen. Dagegen sind für einzelne rungs-Bezirke und Städte spezielle Bau-Polizei-Ordnungen worden.

Erstes Kapitel.

Allgemeine Bestimmungen.

Erster Titel.

Von den Einschränkungen der Baufreiheit und der Sichtung der Bauten zum Besten des Gemeinns und des Staates.

Erste Unter-Abtheilung.

Von der Sorge für die Ausführung der Bauten durch qualificirtes Personal.

Schon die Edikte v. 14. Mai 1710 und 23. Jan. 1717 (C. C. V. Abth. I. S. 389. Nr. 20. u. S. 401. Nr. 30.) verboten bei 50 Thlr. C. Bauherren in den Residenzen oder Vorstädten, sich bei ihren Bauten zu bedienen, welche nicht in die Gewerke der Maurer oder Zimmerleute genommen seien. Ferner verordneten für die Kurmark mehrere Verordnungen, daß bei Prüfung der Meisterrechts-Kompetenten für das Handwerk Zimmerleute und Maurer ein Baubedienter zugezogen, und keinem in anderen Provinzen, ehe er diese angeordnete Prüfung bestanden, die Erlaubnisnahme eines Baues in Städten oder auf dem platten Lande zu gestatt.

Das A. L. R. geht von der allgemeinen Obliegenheit der Polizei zur Beaufsichtigung der Bauten aus und macht derselben die Fürsorge zur Pflicht, daß nicht die Ausführung von Bauten zum Schaden und Sicherheit des gemeinen Wesens gereiche. (A. L. R. I. 8. §§. 66 ff.).

Daher bestimmte auch das A. L. R. Th. II. Tit. 20. §. 1539, u. weisung hierauf:

Wer einen Bau führen, oder Hauptreparaturen unternehmen will, muß bereideter Werkmeister bedienen; und nach den zur Abwendung der Gefahr abzielenden Anweisungen derselben sich achten. (Th. I. Tit. 8. §§. 66 ff.)

Von demselben Gesichtspunkte ausgehend, bestimmte hierüber Ed. v. 7. Sept. 1811 über die polizeilichen Verhältnisse der Gewerben §§. 94—101.:

§. 94. Architekten, Mühlenbaumeister, Schiffszimmerleute, Haus- u. Maurer-, Röhr- u. a. Brunnenmeister müssen zur Erlangung des Gewerbezeugnisses der Provinzial-Regierung beibringen, daß sie zum Betriebe ihres Geschäftes geeignet sind.

§. 95. Dies Zeugnis soll jezt Niemand versagt werden, der im rechtlichen ist, die genannten Gewerbe selbstständig zu treiben. Wer dagegen solche Gewerbe noch nicht selbstständig betrieben hat, muß sich zu dem Zeugnisse besonders legitimieren.

¹⁾ General-Privilegium der Zimmerleute v. 8. Mai 1734 für die Kurmark (C. C. M. Tom. V. Abth. 2. Nr. 7.), Kurmärk. Kammer-B. v. 15. Jan. 18. Febr. 1782, Direkt. B. v. 20. Okt. 1783, Kurmärk. Kammer-B. v. 1783. (Haase's Handb. des Preuß. Polizei- und Kameralwesens S. 36.)

§. 96. Zur Legitimation der Architekten ist ein Prüfungs-Attest der technischen Bau-Deput. erforderlich.

§. 97. Wie Schiffs-Zimmerleute sich in Zukunft für ihr Gewerbe legitimiren sollen, b die B. v. 18. März v. J. in den Provinzen an der Seelüste bereits bekannt worden.

§. 98. Zu Prüfung derer, die sich künftig als Mühlenbau-, Hauszimmer-, Mauer-, Brunnenmeister ansehen wollen, sollen in den gewerbreichsten Städten Kommissionen errichtet werden.

§. 99. Die Provinzial-Reg. sind mit Errichtung dieser Kommissionen unter Leitung des Gewerbe-Depart. beauftragt.

§. 100. Auf den Grund der Prüfungs-Atteste dieser Kommissionen ertheilen die nach §. 94. erforderlichen Zeugnisse.

§. 101. Es können auch Gewerbescheine auf Maurer-Gildarbeiten auf den Grund rlaubnißscheines des Kreis-Baubedienten ertheilt werden. Diese Gildarbeiten sind ausdrücklich nur auf Ausweisen, Reparaturen am Fuß und Wieder-Einziehen ein- mäßgefallener Steine, Mauerziegel und Dachziegel eingeschränkt.

B. S. 1811. S. 272.)

Die R. D. v. 11. Juli 1833 dehnte die Bestimmung des §. 94. des Gewerbe-Polizei-Ed. v. 7. Sept. 1811 auch auf die Steinhauer aus.

Da das Gewerbe der Steinhauer gleichfalls ein solches ist, bei dessen ungeschultem Betrieb gemeine Gefahr obwaltet, so habe Ich, auf den Antrag des Min. des J. für Ang. den §. 94. des G. über die polizeil. Verhältnisse der Gewerbe v. 7. Sept. 1811 declarirt, daß künftighin die Ausübung des Steinhauergewerbes gleichfalls nur auf Grund eines Prüfungs-Attestes der Provinzial-Regierung zulässig sein soll. Der Min.

für Gewerbe-Ang. hat die erforderliche Anweisung über die Prüfung zu ertheilen. In den Orten, wo das Gewerbe häufig betrieben wird, entweder die für Maurer bestimmten Prüfungs-Kommissionen darnach einzurichten, oder eine besondere für Steinhauer zu bilden, wobei Ich nur noch ausdrücklich bestimme, daß das Gewerbe derjenigen, welche Steinbrüchen oder Werkstätten die Steine nach gegebenen Modellen bearbeiten, nicht verstanden, sondern die Prüfung auf die Tüchtigkeit zur selbstständigen Ausführung von Bauwerken aus Werkstücken beschränkt sein soll. (B. S. 1833. S. 86.)

Die allgem. Gewerbe-D. v. 17. Jan. 1845 bestimmt in den §§. 44—46:

§. 44. Baumeister, welche aus der Leitung von Bauunternehmungen ein Gewerbe machen, bedürfen eines Prüfungszeugnisses der Ober-Bau-Dep.

§. 45. Seeschiffer, zc. Maurer, Steinhauer, Schiefer- und Ziegelbedeker, Haus- und Zimmerleute, Mühlen- und Brunnenmeister, Schornsteinfeger, Personen, welche sich mit der Abfuhr von Abfällen beschäftigen zc., müssen sich über den Besitz der erforderlichen Kenntnisse und Fertigkeiten durch ein Befähigungszeugniß der Regierung zc.

§. 46. Wie die Prüfungen der in den §§. 44. und 45. bezeichneten Gewerbetreibenden vorzunehmen sind, und in wie weit die unter ihrem Gewerbe begriffenen Verrichtungen auch von ungeprüften Personen ausgeübt werden dürfen, wird durch Anordnung der Ministerien bestimmt. Dessen steht auch die Befugniß zu, Personen, deren Befähigung unzweifelhaft ist, ausnahmsweise von der vorgeschriebenen Prüfung zu dispensiren¹⁾.

Die B. v. 9. Febr. 1849 wegen Errichtung von Gewerberäthen zc. (B. S. 1549. S. 99.) bestimmte demnach im §. 24²⁾.

Maurer, Steinhauer, Schiefer- und Ziegelbedeker, Haus- und Schiffszimmerleute, Mühlen- und Brunnenmeister und Schornsteinfeger haben sich über die Befähigung zum selbstständigen Betriebe ihres Handwerks durch das im §. 45 der allgem. Gew. D. v. 17.

Ueber die ausnahmsweise zulässige Entbindung von der Meisterprüfung vergl. das H. des K. Fin. Min. v. 20. April 1845. (Min. Bl. v. 1. B. 1845. S. 134. Nr. 162., f. in v. Könne's Gewerbepol. Bd. 2, S. 93—94.)

Es ist hierbei zu bemerken, daß die im §. 46. der Gew. Ordn. v. 17. Jan. 1845 erwähnten Prüfungen der im §. 45. a. a. O. aufgeführten Gewerbetreibenden nicht verwechselt werden dürfen mit denjenigen Prüfungen, welche nach den Vorschriften der Gew. D. §§. 108. und 131—132. zur Aufnahme in eine Innung oder zur Erlangung der Befugniß zur Haltung von Lehrlingen, und nach den Vorschriften der B. v. 9. Febr. 1849. §. 23. zur Erlangung der Befugniß zum selbstständigen Gewerbebetriebe vorgeschrieben sind. (Vergl. darüber das Nähere in Th. VII. des Werkes [Gewerbe-Polizei], Bd. 2. S. 203 ff.)

Jan. 1845 vorgeschriebene Zeugniß der Reg. auszuweisen. Im Uebrigen sind für gewerblichen Verhältnisse die Bestimmungen der gegenwärtigen B. maßgebend.

I. In Gemäßheit des §. 99 des Gewerbe-Polizei-Ed. v. 7. Sept. 1811 hat das R. Min. für H., G. und Bauwesen Instruktionen für die Handwerks-Prüfungs-Kommissionen entworfen¹⁾, welche durch die R.D. v. 25. April 1812 mit einigen Modifikationen genehmiget und hiernächst unterm 28. Juli 1812 publicirt wurden, und für die Steinhauer ist unterm 14. Aug. 1833 eine Prüfungs-Instruktion erlassen worden²⁾.

Da im Verfolg der allgem. Gewerbe-D. v. 17. Jan. 1845. bis jetzt keine weitige Bestimmungen in dieser Beziehung nicht erlassen worden sind, so sind dieselben zur Zeit noch in Gültigkeit, wie dies auch in dem (nachstehenden) R. der R. Min. des C. (Eichhorn), der Fin. (Flottwell) u. des J. (v. Meußel) v. 24. Okt. 1845 an die R. Reg. zu Köln anerkannt worden ist:

Rücksichtlich der in den Ver. v. 12. und 25. April d. J. zur Sprache gekommenen Bestimmungen, nach welchen die Prüfungen der im §. 45 der Gew. D. v. 17. Jan. 1845 erwähnten Gewerbetreibenden vorzunehmen sind, wird die R. Reg. auf die für den Theil dieser Gewerbetreibenden bereits bestehenden Prüfungsvorschriften verweisen, so lange in Kraft bleiben, bis sie aufgehoben oder abgeändert werden.

(Min. Bl. d. i. B. 1845. S. 357. Nr. 409.)

Die betreffenden Instruktionen sind folgende:

1) Instr. des R. Min. für H., G. und Bauw. (v. Bülow) v. 28. Juni 1821, wonach in sämmtl. Provinzen des Staats die Prüfung der Zimmergesellen, welche Meister zu werden verlangen, geschehen soll.

Die Prüfung derjenigen Zimmergesellen, welche als Meister ihr Gewerbe betreiben wollen, ist durch die Allerh. R. D. v. 25. April d. J. näher bestimmt worden, hiernach die Prüfungs-Kommissionen dem §. 99. des G. v. 7. Sept. 1811 gemäß nachstehenden Vorschriften versehen werden, welche vom Tage der Publikation an, die Prüfungen der Zimmergesellen allein und ohne Bezug auf die früheren B., zur Richtschnur dienen sollen.

§. 1. Die bestätigte Prüfungs-Kommission, bestehend aus dem Polizei-Direktor oder einem sonst dazu besonders geeigneten Mitgliede der Polizei-Behörde und einem oder zweien Baubeamten und zweien oder dreien Gewerksmeistern, versammelt monatlich wenigstens einmal, um sich über die zu ihrer Bestimmung gehörigen Gegenstände mit einander zu berathen und darin die nöthige Einheit und Ordnung zu erzielen, die zu den Prüfungen nöthigen Einleitungen zu treffen, und die Prüfungen selbst zu halten. Es werden zu dem Ende die Gesellen, oder überhaupt die das Meisterrecht suchenden Personen, welche die Prüfung schriftlich mit Einsendung ihrer erlangten Zeugnisse und der Beschreibung ihres bisherigen Lebenslaufs, nachgesucht haben, an die Kommissionen hinführen und tentirt, ob sie lesen, schreiben, rechnen, und so viel zeichnen können, von ihnen eine gute Ausarbeitung der Aufgaben zu erwarten ist, und ob sie die ihnen gelegte Zeichnung verstehen und erklären können, damit sie, im Fall ihnen diese Zeugnisse mangeln, ihre Zeit bei den Probearbeiten nicht unnützer Weise verschwenden.

Insbesondere soll darauf gehalten werden, daß die zum Meisterrechte sich meldenden Personen, im Verhältniß ihrer sonstigen Ausbildung, auch merkwürdige Gebäu-Aufmerksamkeit gesehen, und an Orten, wo vorzüglich gut gebaut wird, einige Zeit

¹⁾ Vergl. W. G. Bleichrodt, das Meister-Examen der Maurer und Zimmermeister in den Deutschen Bundesstaaten, vorzugsweise in Preußen und Bayern. Leipzig 1838. Vollständige Anweisung, sich dazu gehörig vorzubereiten. Weimar. Verlag.

²⁾ Das R. Min. des J. für H. u. G. hatte bereits unterm 14. Nov. 1812 eine Instruktion für die Prüfung der Bauhandwerker erlassen. Daß aber nicht mehr diese, sondern die Instr. v. 28. Juni 1821 allein maßgebend ist, spricht das R. des R. Min. für H., G. u. Bauwesen (Beuth) v. 16. Okt. 1838 an das R. Pol. zu Berlin aus:

• Dem R. Polizeipräsidenten wird auf den Ver. v. 20. v. M. beauftragt, die Maurer- und Zimmermeister N. N. eröffnet, daß für die Prüfung der Handwerker nicht mehr die Instr. v. 14. Nov. 1812, sondern diejenige v. 28. Juni 1821 (R. S. 592—604.) maßgebend ist. (R. XXII. 1017. — 4. 160.)

m¹). Denjenigen, welche wegen offenkundiger Unzulänglichkeit ihrer Vorkennt-
er vorerwähnten vorläufigen Prüfung zurückgewiesen werden müssen, soll dies
mittel, welches an Orten, wo Provinzial-, Kunst- und Bau-Handwerksschulen
sind, am zweckmäßigsten mit diesen zugleich benutzt werden kann, vorzüglich
werden.

er das Tentamen wird ein Examinations-Protokoll aufgenommen, und solches
des ungünstigen Ausfalls an demselben Tage geschlossen, im entgegengesetzten
während des ganzen Verlaufs des eigentlichen Examen fortgesetzt.

. Wird in dem Tentamen nach §. 1. ein Geselle zur Erlang des Meisterrechts
gefunden, so erhält er eine Probearbeit zum Entwerfen und Zeichnen wichtiger
e eines Gebäudes, die er unter der Aufsicht eines Meisters zu bearbeiten hat,
die Baubeamten von Zeit zu Zeit die Mitaufsicht übernehmen. Bei der Be-
der Aufgabe ist das, was Sache eines Baumeisters ist, sorgfältig von dem zu
zu, was für den eigentlichen Gewerksmeister gehört, und es müssen von letzterm
tungen zu ganzen Gebäuden oder deren äußern und innern Verzierungen, noch
te die Arbeiten anderer Gewerke erfordern, verlangt werden; sondern es ist
wenn der Zimmergesell zu den ihm gegebenen Grundrissen einiger Gebäude,
nliche Wohn- und Oekonomiegebäude, öffentliche Gebäude, Kirchen, Thürme &c.
lagen und den Dachverband richtig anzugeben und zu zeichnen versteht, auch
gehörig zu berechnen und die Grundrisse und Aufrisse davon anzufertigen
wenn er im Stande ist, außer den gewöhnlichen Verbindungsarten auch Zeich-
hänge- und Sprengwerken anzufertigen. Hierdurch kann sich die Kommis-
dabon überzeugen ob der Examinandus sich die Sache bildlich vorzustellen

Examinandus muß ferner einen Anschlag berechnen von den Kosten des Arbeits-
der erforderlichen Materialien zur Zimmerarbeit, bei dem ihm zur Probearbeit
oder bei einem andern Baugegenstande, worüber ihm die Zeichnungen gegeben
Die Arbeit ist zugleich nach Tagewerken zu berechnen, um prüfen zu können, ob
das Detail seiner Arbeit richtig beurtheilt und damit, wenn die Tage mit dem
ihn multiplicirt werden, sein Ueberschlag in aller Art zureiche.

aufgegebenen Probearbeiten werden in das Protokoll eingetragen.

. Sobald die beendigte Probearbeit eingesandt ist, circulirt sie unter die sämt-
alieder der Kommission und wird in der nächsten Versammlung geprüft, indem
n einzelnen Mitgliedern zu machenden Bemerkungen vorgetragen, und diese,
Beschluß, in das Protokoll aufgenommen werden. Hierauf wird zur münd-
fung des Examinanden geschritten, und die ihm vorgelegten Fragen, so wie
orten, werden ebenfalls in die Verhandlung aufgenommen.

. Die Gegenstände, worüber der Zimmermann geprüft werden muß und wor-
zu zu machenden Fragen sich beziehen müssen, sind folgende:

zu die gute Beschaffenheit des Holzes unter den verschiedenen vorkommenden
länden zu erkennen, und was in Absicht des Fällens des Holzes und seiner
er zu bemerken ist;

die Konstruktion eines liegenden Bohlen- und Balkenrostes, eines Pfahlrostes,
: Spundwand &c. geschehen müsse;

zu die Einrichtung der einfachsten Maschinen zur Ausschöpfung des Wassers
ht;

eine Ramme richtig zu bauen, aufzustellen und anzuwenden ist;

gewöhnliche und gesprengte Wände verbunden werden;

sich die einfachsten Verbindungsarten der einzelnen Verbandstücke von einander

se Bestimmung des §. 1. ist aufgehoben durch das C. R. des K. Fin. Min.
v. Alvensleben) v. 8. März 1842, an sämtl. K. Reg. und an das Polizey-
id. zu Berlin.

Nach §. 1. der Prüfungs-Instr. für die Bauhandwerker v. 28. Juni 1821
(S. 392 ff.) soll darauf gehalten werden, daß die zum Meisterrechte sich mel-
den Personen, im Verhältnisse ihrer sonstigen Ausbildung, auch merkwürdige
bäude mit Aufmerksamkeit gesehen und an Orten, wo vorzüglich gut gebauet
d, einige Zeit gearbeitet haben.

Da diese Vorschrift nicht bloß schon häufig zu Mißverständnissen Veranlassung
eben hat, sondern auch mit der Allerh. O. v. 1. Aug. 1831, Inhabts deren die
in derpflicht aufgehoben ist, im Widerspruche steht, so wird solche hierdurch auf-
oben, wonach die K. Reg. sich zu achten hat.

(Min. Bl. d. i. B. 1842. S. 86. Nr. 127.)

unterscheiden, und wie sie aussehen; g. B. das Verklämmen, Blatten, Verzapfen, Verzahnen, Verbübeln u.

g) wie diese Verbindungsarten bei Vertrümpfungen, Verschwellungen, Verschmälen bei Trägern und Unterzügen auszuführen sind;

h) wie Treppen, Dachverbände, Giebelstühle, Thürme u. ausgeführt werden. Gegenben, wo Wasserbauten häufig vorkommen, sind die Examinanden zu befragen, wie Schiffsenthore, Schiffsentempel und Erdanker zu verbinden.

i) wie Reparaturen bei abgerauten Balkenköpfen, Brückenjochen, Unterscheidelstühle u. auszuführen sind;

k) wie beim Absteifen in verschiedenen Fällen verfahren werden müsse, welche richtungen man sich dazu bediene;

l) wie verbundene Gerüste eingerichtet und benutzt werden; beßgl. worin die richtungen zum Herausheben der Bauteile und die Hebewerkzeuge bestehen, wie sie angewandt werden müssen;

m) worin die politischen B. rücksichtlich feuerlicherer Bauart u. bestehen;

n) Fragen über Fälle, wo die Zimmerarbeiten mit den Maurerarbeiten kollidieren.

§. 5. Ist der Examinandus in dieser Prüfung zur Zufriedenheit bestanden, so demselben ein Meisterbau aufgegeben, den er in seiner Partie ganz allein als Einzelleiter muß; es brauchen darin nicht immer verzahnte oder verbübelte Träger oder gende Balkenverbindungen vorzukommen, wenn nur der Gegenstand verschiedene von Verbindungen begreift, woraus sich die praktischen Fähigkeiten und die Fertigkeit des Examinanden beurtheilen lassen. Die Zimmermeister der Examinations-Kommission haben dabei die Aufsicht, so wie die Baubeamten, um sich die Ueberzeugung zu verschaffen, daß der Examinand die Arbeiten eigenhändig ausführt.

Dieser Bau wird revidirt, um die Richtigkeit des Verbandes, so wie die Ausführung der Arbeit beurtheilen zu können.

Die Revision geschieht von der ganzen Kommission. Die bemerzten Mängel dem Examinanden zur Stelle vorgehalten, und es wird diese Vorhaltung und Beurteilung darauf ausdrücklich in das Examinations-Protokoll eingetragen.

Sollte es an Gelegenheit zu einem Meisterbau fehlen, so ist die Prüfungskommission verpflichtet, sich deshalb an den Baudirektor der Provinz zu wenden, damit einen solchen Bau nachweise.

§. 6. Es ist nützlich, daß ein Zimmermann auch ein einfaches Modell für den Bau von wenigstens nach dem Maßstabe von einem Zoll für einen Fuß auszuwickeln, siehe, und die Examinations-Kommission hat auch hierauf ihre Prüfungen mit zu verbinden, ohne jedoch eine Fertigkeit im Modelliren unbedingt zu fordern.

§. 7. Den Prüfungs-Kommissionen liegt zwar hiernach ob, sich ganz gründlich der Zulänglichkeit der Kenntnisse der Examinanden zu überzeugen; allein es ist auch zugleich zur Pflicht gemacht, der Zeit derselben zu schenken und durchaus zu gestatten, daß die Prüfung ein Wortand werde, die Gesellen ungebührlich lange gesucht schwierigen Aufgaben zu beschäftigen, indessen von allem Erwerb abzurück, zur unnützen Verzehrung ihres ersparten Nothpennings, der vielmehr zur Unterhaltung ihres Etablissements dienen soll, zu nöthigen.

§. 8. Auch sind dieselben ausdrücklich verantwortlich dafür, daß bei den Prüfungen oder bei Besichtigung der Probearbeiten und des Probebaus, die sonst wohl in der gewöhnlich eingeschickene Darreichung von Speisen, Getränken und anderen Genüssen gänzlich wegfalle, und soll der Wortand, daß der Examinand oder seine Verwandten Freunde sich dergl. Kosten freiwillig und sogar gegen die Vorstellungen der Kommission gemacht hätten, sie schlechterdings von dieser Verantwortlichkeit nicht befreien. Sie vielmehr verpflichtet, die Prüfung oder Besichtigung sofort einzustellen wenn ein höchst unanständiges Annehmen dabei statt findet.

§. 9. Die Kommission kann unter dem Wortande, daß schon Zimmermeister in der Gegend vorhanden wären, Niemand die Prüfung verweigern oder eine Ueberhaupt darf sie Niemand aus irgend einem andern Grunde als wegen im Voraus offenbar bewiesener Unfähigkeit, oder wegen eines solchen Grades von Vergehung, wobei ihm nach §. 20 der Städteordnung das Bürgerrecht unbedingt verweigert muß, die Zulassung zur Prüfung verweigern.

§. 10. Das Examinations-Protokoll wird der Reg. eingereicht in welchem die Baudirektoren zu beurtheilen haben, ob nach dem vorliegenden Ertrage der Prüfung der Geprüfte das Meisterrecht verdiene oder nicht. Im Fall derselbe bestanden von der Reg. das Meistertum ausgestellt, und in demselben jedesmal nach dem Examinations-Protokoll, die Qualifikation des Geprüften ausdrücklich anzuzeigen, möglichst genau ausgedrückt, in welchen Bau-Gegenständen er sich besonders bewiesen, und in welchen er nur unvollkommene Fertigkeit gezeigt hat.

§. 11. Jeder, welcher Meister werden will, hat sich vorher bei der Prüfung

zu messen. Wo nach der besondern Provinzial-Verfassung die Gewinnung des Meisterrechts zum selbstständigen Betrieb des Zimmerhandwerks noch unbedingt ist, verweist ihn die Kommission nach erfolgter Anmeldung an die Kunst, um zuvörderst zu leisten, was die Innungsartikel fordern. Auch da, wo nach den Gesetzen zwar noch Zimmergewerke, jedoch nicht mehr mit ausschließlichen Zünften bestehen, werden diejenigen zu gleichen Zwecken an die Kunst gewiesen, wo freier Wahl das günstige Meisterrecht erlangen wollen, worüber sich zu erklären, der Anmeldung obliegt. In beiden Fällen wird der Prüfung, welche sodann mit dem Aufzunehmenden vornimmt, ein Baubeamter als Sachverständiger, der Prüfungs-Kommission zugeordnet.

12. Jeder, der sich zur Prüfung meldet, zahlt dafür 5 Thlr. Examinations-, welche unter die Mitglieder der Kommission vertheilt werden.

L. V. 592. — S. 50.)

Instr. des K. Min. für H., Gew. u. Bauw. (v. Bülow) v. 28. Juni 1821 nach in sämmtl. Provinzen des Staats die Prüfung der Maurer, welche Meister zu werden verlangen, geschehen soll.

Die Prüfung derjenigen Maurergesellen, welche als Meister ihr Gewerbe treiben, ist durch die Allerh. K. O. v. 25. April d. J. näher bestimmt worden, weshalb die Prüfungs-Kommissionen, dem §. 99. des G. v. 7. Sept. 1811 gemäß, mit ihnen, vom Tage der Publikation allein gültigen Vorschriften versehen werden.

1. (Wörtlich wie §. 1 der Instr. für die Prüfung der Zimmergesellen.)

2. (Wie §. 2 der Instr. für Prüfung der Zimmergesellen, mit Ausnahme des 2c. es ist zureichend, wenn der Maurergeselle zu den ihm angegebenen Einrichtungen Gebäude, als: gewöhnlicher Wohngebäude, und größerer öffentlichen, Kirchen und Thürme, den Grundriß und die Profile mit den vorkommenden Fenstern und Feuerungsanlagen richtig auszuzeichnen versteht, und wenn er im Stande ist, die Haupttheile eines Gebäudes und ihre richtige Konstruktion, z. B. die Fundamente, die andern Mauern, die Bogenstellungen, die Eindeckungen der Dächer, die Feuerungsanlagen, die Gesimse 2c. durch Zeichnungen detaillirt zu entwickeln.)

3. (Wie §. 3 der Instr. für die Prüfung der Zimmergesellen.)

4. Die Gegenstände, worüber der Maurer geprüft werden muß, und worauf sich zu machenden Fragen beziehen sollen, sind folgende:

a. die Untersuchung des Baugrunds geschehen müsse, welche Werkzeuge dazu dienen, welcher Kennzeichen man sich bei dieser Beurtheilung bediene, um sich von der Beschaffenheit und Festigkeit des Baugrunds zu überzeugen;

b. die Stärke der Mauern nach Maßgabe ihrer Höhe gebräuchlich ist;

c. die Stärke der Widerlagen, die Dicke der Gewölbebogen, die Zubereitung und Abstreifung der Leerbogen nach praktischen Regeln geschehen müsse;

d. die verschiedenen Verbände bei Mauern von Feld- und Mauersteinen, bei Kalksteinröhren, Feuerungen, Rauchmänteln, Gewölben, schiefrechten Bogen, Kalkflappen 2c. bestehen;

e. Ziegeldächer, Dachluden, Minnen, Hohlkehlen, Forste und Grabe wasserdicht gedeckt werden müssen¹⁾);

1. Bezug auf diese Bestimmung bemerkt das E. R. des K. Min. für H., G. u. B. (v. d. Heydt) v. 4. Okt. 1850 an sämmtl. K. Reg. (in Betreff der Qualifikation der Maurermeister zum Gewerbe der Ziegelbedeckerei:

• Die in dem Ber. v. 16. Aug. d. J. erwähnten Einwendungen des Gewerbeausschusses in N. gegen die Verf. der K. Reg. v. 5. Juli d. J. in Betreff der gewerbl. Befugnisse der Maurermeister, sind nicht begründet.

• Bei der Entscheidung darüber, welche Arbeiten zu den, unter den einzelnen Handwerken begriffenen Verrichtungen gehören, hat der Gewerbe-Rath, nach §. 28 der B. v. 9. Febr. v. J. diejenigen Anordnungen zu berücksichtigen, welche über die Abgrenzung jener Verrichtungen ergangen sind. Zu diesen Anordnungen gehört auch die Instruktion zur Prüfung der Maurer v. 28. Juni 1821, soweit sie die Gegenstände dieser Prüfung, und durch deren Abgränzung zugleich den Umfang der Arbeiten bestimmt, auf welche das Befähigungszeugniß für den selbstständigen Betrieb des Maurergewerbes sich beziehen soll. Nach den Bestimmungen des §. 4 zu e. a. a. O. ist die Prüfung der Maurer mit auf die Arbeiten der Ziegelbedeckerei zu richten; diese Arbeiten gehören daher zu den, unter dem Maurergewerbe begriffenen Verrichtungen und wenn neben den Maurern Denjenigen, welche sich mit dem Ziegelbedecken befassen wollen, gestattet ist, die Befugniß hiezuh durch

- f) wie gerohrte Decken, Gesimse, sowohl am Aeußern als Innern gemeint und gezogen, wie die Chablonen dazu eingerichtet werden müssen, wie ungemauerte Gesimse zu konstruiren sind;
- g) wie Sandstein- und andere Steinhammer-Arbeiten beim Versetzen, Bermanen und Bergleßen behandelt werden müssen;
- h) wie ein Gebäude auf der Baustelle abgesteckt, wie die Leeren, Stichmaße, theilungelatten eingerichtet, und wie die Gerüste aufgestellt werden müssen;
- i) wenn die zu den Maurerarbeiten gehörigen Materialien rücksichtlich ihrer Beurtheilt werden, wie ihre zweckmäßige Zubereitung geschieht, besonders tüchtiger Mörtel, Cement und Wafferkitt zu bereiten ist;
- k) worin die polizeilichen Verordnungen rücksichtlich feuersicherer Bauart bestehen;
- l) Fragen über Fälle, wo die Maurerarbeiten mit den Zimmerarbeiten kollidiren bei Vertrümpfungen, Legung der Fußboden über Gewölbe &c.

§. 5. Hat der Examinand in dieser Prüfung zur Zufriedenheit bestanden, so demselben ein Meisterbau aufgegeben, den er in seiner Partie ganz allein als Stuckmeister leiten muß; es müssen darin Feuerungsanlagen und Gewölbe vorkommen, ohne indessen nothwendig ist, daß jedesmal ein Kreuzgewölbe darunter begriffen sei. Maurermeister der Examinations-Kommission haben dabei die Aufsicht, so wie die Beamten, um sich die Ueberzeugung zu verschaffen, daß der Examinand die Arbeiten händlich ausführt.

Dieser Bau wird revidirt bevor er abgeputzt ist, und wenn alle Theile noch im Maurerwerk zu sehen sind, um die Richtigkeit des Verbandes, so wie die fleißige Führung der Arbeit beurtheilen zu können. Die Revision geschieht von der ganzen Kommission. Die bemerkten Fehler werden dem Examinanden zur Stelle vorgehalten, und wird diese Vorhaltung und seine Erklärung darauf ausdrücklich in das Examinations-Protokoll eingetragen¹⁾.

Sollte es an Gelegenheit zu einem Meisterbau fehlen, so ist die Prüfungs-

-
- die Ablegung einer auf das Ziegeldecken beschränkten Prüfung zu erlangen;
 - darf diese Begünstigung der Ziegelbeder nicht zu einer Beschränkung der Prüfung der Maurer führen.
 - die Ablegung der Maurerprüfung erlangten Befugnisse führen. Hierbei ist auch nicht weiter in Betracht, daß nach den vorläufigen Anordnungen der Kommission über die Prüfung der Ziegelbeder, an diese, hinsichtlich ihres beschränkten Zweiges höhere Anforderungen gestellt werden, als an die Maurer, welche die Meisterprüfung nach der Instr. v. 28. Juni 1821 bestehen. Denn es bleiben die künftig zu beachtenden Bestimmungen, in Betreff der Prüfung der Klassen von Gewerbetreibenden, nach §. 46 der Gew. O. v. 17. Jan. 1832, erhalten, andererseits aber wird schon jetzt der Unterschied zwischen den Anforderungen durch die Aufgaben ausgeglichen, welche bei der Prüfung der Maurer hinsichtlich der übrigen Arbeiten des Maurergewerbes zu lösen sind, welche bei der Prüfung der Ziegelbeder wegfallen. Sofern aber, wie die R. Reg. anerkennt, die geprüften Maurermeister zugleich als Ziegelbedermeister sind, gehören zu den Gesellen ihres Handwerkes auch die Ziegelbedergehülfen, es stehen demnach Ihrer Ansicht, daß den Maurermeistern die Beschäftigung der Gesellen zu untersagen sei, die Bestimmungen des §. 47. der Gew. O. v. 9. Febr. nicht zur Seite. (Min. Bl. d. I. B. 1830. S. 349. Nr. 440.)

- 1) Hierzu bemerkt das R. des R. Min. d. J. u. d. B. (Beuth) v. 14. Sept. 1830, die R. Reg. zu Merseburg:

• Der §. 5. der Instruktion v. 28. Juni 1821, die Prüfung der Maurer betr., über dessen Auslegung nach dem Ver. d. R. Reg. v. 23. v. W. von der Kommission zur Prüfung der Bauhandwerker in Halle Zweifel erhoben sind, obwohl im Eingange die Vorschrift, daß der Examinand den ihm aufgegebenen Meisterbau in seiner Partie ganz allein als Stuckmeister leiten solle, und am Ende die Bestimmung, daß er die Arbeiten eigenhändig ausführen müsse.

• Daß derselbe aber den Bau nur leiten solle, steht nicht in der Instruktion, somit schließt das Eine das Andere nicht aus, indem es sich von selbst versteht, daß er nicht alle Handarbeit machen kann. Den letzten Worten des Paragraphen ist kein anderer Sinn unterzulegen, als daß die Kommissarien zeugen müssen,

- daß der Examinandus alle vorkommenden Arbeiten selbst auszuführen oder selbst ausführen kann, und sie daher theilweise ausführen muß,
- wie die technischen Mitglieder der R. Reg. richtig sentirt haben &c. (A. XIV. 630. — 3. 98.)

bet, sich deshalb an den Baubirektor der Provinz zu wenden, damit dieser Bau nachweise.

(Wie §. 7. der Instr. zur Prüfung der Zimmergesellen.)

(Wie §. 8. a. a. O.)

(Wie §. 9. a. a. O.)

(Wie §. 10. a. a. O.)

(Wie §. 11. a. a. O.)

(Wie §. 12. a. a. O.)

Diejenigen Maurer, welche nach dem Gesetz v. 7. Sept. 1811 §. 101. einen in auf Maurerfließ-Arbeit suchen wollen, bedürfen der vorstehenden Atteste, und es ist zureichend, wenn sie durch Atteste nachweisen, daß sie wenigstens lang bei einem oder mehreren gesetzlich geprüften Maurermeistern, zur Zufriedenheit gearbeitet haben¹⁾. (A. V. 598. — 3. 51.)

Instr. des K. Min. für G., B. u. Bauw. (v. Bülow) v. 28. Juni 1821, welcher in sämtl. Provinzen des Staats die Prüfung derjenigen, Mühlenwerk-Versertiger (auch Mühlenzeugmacher, Mühlenchirr-Versertiger, Mühlenärzte genannt) zu werden verlangen, und ihr Gewerbe selbstreiben wollen, geschehen soll.

Die Prüfung derjenigen, welche als Mühlenwerk-Versertiger ihr Gewerbe selbstständig betreiben wollen, ist durch die Allerh. K. O. v. 25. April d. J. näher bestimmt worden, nach der die Prüfungs-Kommissionen, den §. 99. des G. v. 7. Sept. 1811 gemäß, nach den Vorschriften versehen werden, welche vom Tage der öffentlichen Bekanntmachung an, allein nur zur Richtschnur des Prüfungs-Verfahrens dienen sollen.

Die bestätigte Prüfungs-Kom., aus dem Polizei-Dirigenten, oder einem sonst dem Orte geeigneten Mitgliede der Polizeibehörde des betr. Orts, einem oder zweien, und zweien oder dreien zum selbstständigen Betriebe des erwähnten Gewerbes Personen bestehend, versammelt sich monatlich wenigstens einmal, um sich mittheilichen Angelegenheiten ihrer Bestimmung mit einander zu berathen, und die nöthige Einheit und Ordnung zu erhalten, die zu den Prüfungen nöthigen Einkreffe, und die Prüfungen selbst abzuhalten.

Am Ende zu dem Ende die den selbstständigen Betrieb des gedachten Gewerbes betreibenden Personen, welche die Prüfung schriftlich bei Einsendung ihrer erhaltenen Probe-Beschreibung ihres Lebenslaufs nachgesucht haben, an diesem Tage hinstellen: ob sie lesen, schreiben, rechnen, die Fläche eines Quadrats, Dreiecks berechnen, und so viel zeichnen können, daß von ihnen eine gute Ausarbeitung der machenden Aufgaben zu erwarten ist, auch ob sie die ihnen vorgelegten Zeichnungen und erklären können, damit sie, im Fall ihnen die nöthigen Vorkenntnisse zu fehlen, die Zeit bei den Probearbeiten nicht unnützerweise verschwenden.

Die Kenntnisse der Arithmetik, Geometrie, Statik, Hydrostatik, Barometrie, Hydrodynamik und Physik, welche zu den vorzüglichsten Hülfswissenschaften des Meisters gehören, dürfen von den Examinanden nicht gefordert werden.

Sondern soll aber darauf gehalten werden, daß die zur Erlangung der Befugnis zum selbstständigen Gewerbebetriebe sich meldenden Personen, im Verhältniß ihrer

Reg. zu Potsdam bemerkt in einem Publ. v. 22. Jan. 1817, welches die eine mit der Instr. v. 28. Juni 1821 übereinstimmende Prüfungs-Instruktion voraussetzt:

Aus der Bestimmung des §. 12. der Instr. zur Prüfung der Maurer, daß Maurer-Gildarbeiter nicht geprüft werden sollen, ist irriger Weise gefolgert, daß Maurer- und, nach deren Analogie, die Zimmerfließarbeiter gar nicht geprüft werden dürften, und nicht einmal das Attest des Depart.-Baubedienten, welches §. 101. des Edikts über die polizeilichen Gewerbsverhältnisse v. 7. Sept. 1811 fordert, sondern bloß ein Attest des Meisters brauchten, um den Gewerbschein zur Befertigung von Fließarbeiten zu erhalten. Dies ist aber unrichtig, weil die Instruktion bloß von den Prüfungen, die durch die Prüfungs-Kommission der handwerker geschehen sollen, redet, und die citirte Stelle ganz richtig sagt, die Maurer-Gildarbeiter (von dieser Prüfungs-Kom.) nicht geprüft werden zu sollen.

Ingegen bleibt es bei der Vorschrift des Ed. v. 7. Sept. 1811. §. 101, nach welcher zum Betriebe der Maurer- und analogisch der Zimmer-Gildarbeiter bloß ein Attest des Kreis-Baubedienten der Gewerbscheine erteilt wird.¹⁾

(I. 81. — I. 74.)

sonstigen Ausbildung, auch merkwürdige Mühlenwerke und andere Maschinen mit Aufmerksamkeit gesehen, und an Orten, wo vorzüglich gut gearbeitet wird, einige Zeit in Arbeit gestanden haben. Diejenigen, welche wegen offener Unzulänglichkeiten ihrer Kenntnisse bei der vorerwähnten vorläufigen Prüfung zurückgewiesen werden müssen, dies Bildungsmittel, welches an Orten, wo Provinzial-, Kunst- und Bauhandwerksschulen vorhanden sind, oder noch entstehen, am zweckmäßigsten mit diesen zugleich verbunden werden kann, vorzüglich empfohlen werden.

Gleich beim Tentamen wird ein Examinations-Protokoll angelegt, welches im Falle des Nichtbestehens an demselben Tage geschlossen, oder im entgegengesetzten Falle, während des ganzen Verlaufs des Examens fortgesetzt wird.

§. 2. Da von demjenigen, welcher nach §. 1. zum selbstständigen Betriebe der Rede stehenden Gewerbes qualificirt befunden worden, nicht zu verlangen ist, daß die Konstruktion von allen verschiedenen Mühlenwerken genau bekannt sei, so ist es länglich, wenn er

1) entweder:

- a) Getreidemahlmühlen,
- b) Holzschnelmühlen,
- c) Graupenmühlen,
- d) Lohmühlen mit Mühlensteinen, und
- e) Papiermühlen.

2) oder:

- a) Dehlmühlen,
- b) Walzmühlen,
- c) Schnupftabaksmühlen,
- d) Lohmühlen mit Stampfen, und
- e) Hirsemühlen,

welche durch die Kraft des Wassers, oder durch die Kraft des Windes, oder auch durch Thiere, oder durch Menschen in Bewegung gesetzt werden, zu konstruiren versteht.

Hierauf wird dem Examinanden folgende Probearbeit ertheilt, und zwar im ersten Falle:

Zeichnungen und Anschläge von den Kosten und Baumaterialien einer Mühle mit 3 Gängen, welche auf die feinste Mahlart eingerichtet sind, oder von einer Holzschnelmühle, oder einer Graupenmühle, oder einer Papiermühle, und

im zweiten Falle:

Zeichnungen und Anschläge von den Kosten und Baumaterialien von einer Dehlmühle, oder von einer Walzmühle, oder von einer Schnupftabaksmühle anzufertigen.

Die Grundrisse und Profile sind nach einem Maßstabe, den Fuß zu $\frac{1}{4}$, $\frac{1}{8}$ oder $\frac{1}{16}$ zu zeichnen. Diejenigen Theile aber, welche sich nach diesen Maßstäben nicht genügend darstellen lassen, müssen besonders nach einem größeren Maßstabe gezeichnet, Modelle davon angefertigt werden.

Die im Anschlag auszuführende Arbeit ist nach Tagewerken zu berechnen; geprüft werden kann, ob der Examinand das Detail seiner Arbeit richtig beurtheilt, damit, wenn die Tage mit dem üblichen Lohn multipliziert werden, sein Ueberschlag der Art zureiche.

Die Ausarbeitungen dieser Zeichnungen und Anschläge müssen unter der Aufsicht eines bei der Kommission befindlichen gehörig qualificirten Mühlenwerk-Berfertigers stehen, wobei die Baubeamten von Zeit zu Zeit die Mitaufsicht übernehmen.

Die aufgegebenen Probearbeiten werden in das Protokoll eingetragen.

§. 3. (Gleichlautend mit §. 3. der Prüfungs-Instr. für die Zimmergesellen.)

§. 4. Die Gegenstände, worüber der Examinand zu prüfen ist, und worauf zu machenden Fragen sich beziehen müssen, können besonders in Folgendem und in ähnlichen bestehen.

I. Prüfungsfragen im Allgemeinen.

1) Wir müssen Zahnräder, als: Getriebe, Rumpfe, Drehlinge, Kammräder, Räder und konische Räder mit ihren Zähnen und Rämmen und Steden konstruirt werden.

2) In welchen Fällen sind konische Zahnräder anzuwenden, und welche Eigenschaften haben sie dann vor den andern Zahnrädern?

3) Wie verfährt man bei Bearbeitung einer Welle und bei Einlegung der Nuten in diese?

4) Wie lassen sich Wellen, und insbesondere Nuthenwellen, aus 4, 6, 8, 10, 12, 14, 16, 18, 20, 22, 24, 26, 28, 30, 32, 34, 36, 38, 40, 42, 44, 46, 48, 50, 52, 54, 56, 58, 60, 62, 64, 66, 68, 70, 72, 74, 76, 78, 80, 82, 84, 86, 88, 90, 92, 94, 96, 98, 100, 102, 104, 106, 108, 110, 112, 114, 116, 118, 120, 122, 124, 126, 128, 130, 132, 134, 136, 138, 140, 142, 144, 146, 148, 150, 152, 154, 156, 158, 160, 162, 164, 166, 168, 170, 172, 174, 176, 178, 180, 182, 184, 186, 188, 190, 192, 194, 196, 198, 200, 202, 204, 206, 208, 210, 212, 214, 216, 218, 220, 222, 224, 226, 228, 230, 232, 234, 236, 238, 240, 242, 244, 246, 248, 250, 252, 254, 256, 258, 260, 262, 264, 266, 268, 270, 272, 274, 276, 278, 280, 282, 284, 286, 288, 290, 292, 294, 296, 298, 300, 302, 304, 306, 308, 310, 312, 314, 316, 318, 320, 322, 324, 326, 328, 330, 332, 334, 336, 338, 340, 342, 344, 346, 348, 350, 352, 354, 356, 358, 360, 362, 364, 366, 368, 370, 372, 374, 376, 378, 380, 382, 384, 386, 388, 390, 392, 394, 396, 398, 400, 402, 404, 406, 408, 410, 412, 414, 416, 418, 420, 422, 424, 426, 428, 430, 432, 434, 436, 438, 440, 442, 444, 446, 448, 450, 452, 454, 456, 458, 460, 462, 464, 466, 468, 470, 472, 474, 476, 478, 480, 482, 484, 486, 488, 490, 492, 494, 496, 498, 500, 502, 504, 506, 508, 510, 512, 514, 516, 518, 520, 522, 524, 526, 528, 530, 532, 534, 536, 538, 540, 542, 544, 546, 548, 550, 552, 554, 556, 558, 560, 562, 564, 566, 568, 570, 572, 574, 576, 578, 580, 582, 584, 586, 588, 590, 592, 594, 596, 598, 600, 602, 604, 606, 608, 610, 612, 614, 616, 618, 620, 622, 624, 626, 628, 630, 632, 634, 636, 638, 640, 642, 644, 646, 648, 650, 652, 654, 656, 658, 660, 662, 664, 666, 668, 670, 672, 674, 676, 678, 680, 682, 684, 686, 688, 690, 692, 694, 696, 698, 700, 702, 704, 706, 708, 710, 712, 714, 716, 718, 720, 722, 724, 726, 728, 730, 732, 734, 736, 738, 740, 742, 744, 746, 748, 750, 752, 754, 756, 758, 760, 762, 764, 766, 768, 770, 772, 774, 776, 778, 780, 782, 784, 786, 788, 790, 792, 794, 796, 798, 800, 802, 804, 806, 808, 810, 812, 814, 816, 818, 820, 822, 824, 826, 828, 830, 832, 834, 836, 838, 840, 842, 844, 846, 848, 850, 852, 854, 856, 858, 860, 862, 864, 866, 868, 870, 872, 874, 876, 878, 880, 882, 884, 886, 888, 890, 892, 894, 896, 898, 900, 902, 904, 906, 908, 910, 912, 914, 916, 918, 920, 922, 924, 926, 928, 930, 932, 934, 936, 938, 940, 942, 944, 946, 948, 950, 952, 954, 956, 958, 960, 962, 964, 966, 968, 970, 972, 974, 976, 978, 980, 982, 984, 986, 988, 990, 992, 994, 996, 998, 1000, 1002, 1004, 1006, 1008, 1010, 1012, 1014, 1016, 1018, 1020, 1022, 1024, 1026, 1028, 1030, 1032, 1034, 1036, 1038, 1040, 1042, 1044, 1046, 1048, 1050, 1052, 1054, 1056, 1058, 1060, 1062, 1064, 1066, 1068, 1070, 1072, 1074, 1076, 1078, 1080, 1082, 1084, 1086, 1088, 1090, 1092, 1094, 1096, 1098, 1100, 1102, 1104, 1106, 1108, 1110, 1112, 1114, 1116, 1118, 1120, 1122, 1124, 1126, 1128, 1130, 1132, 1134, 1136, 1138, 1140, 1142, 1144, 1146, 1148, 1150, 1152, 1154, 1156, 1158, 1160, 1162, 1164, 1166, 1168, 1170, 1172, 1174, 1176, 1178, 1180, 1182, 1184, 1186, 1188, 1190, 1192, 1194, 1196, 1198, 1200, 1202, 1204, 1206, 1208, 1210, 1212, 1214, 1216, 1218, 1220, 1222, 1224, 1226, 1228, 1230, 1232, 1234, 1236, 1238, 1240, 1242, 1244, 1246, 1248, 1250, 1252, 1254, 1256, 1258, 1260, 1262, 1264, 1266, 1268, 1270, 1272, 1274, 1276, 1278, 1280, 1282, 1284, 1286, 1288, 1290, 1292, 1294, 1296, 1298, 1300, 1302, 1304, 1306, 1308, 1310, 1312, 1314, 1316, 1318, 1320, 1322, 1324, 1326, 1328, 1330, 1332, 1334, 1336, 1338, 1340, 1342, 1344, 1346, 1348, 1350, 1352, 1354, 1356, 1358, 1360, 1362, 1364, 1366, 1368, 1370, 1372, 1374, 1376, 1378, 1380, 1382, 1384, 1386, 1388, 1390, 1392, 1394, 1396, 1398, 1400, 1402, 1404, 1406, 1408, 1410, 1412, 1414, 1416, 1418, 1420, 1422, 1424, 1426, 1428, 1430, 1432, 1434, 1436, 1438, 1440, 1442, 1444, 1446, 1448, 1450, 1452, 1454, 1456, 1458, 1460, 1462, 1464, 1466, 1468, 1470, 1472, 1474, 1476, 1478, 1480, 1482, 1484, 1486, 1488, 1490, 1492, 1494, 1496, 1498, 1500, 1502, 1504, 1506, 1508, 1510, 1512, 1514, 1516, 1518, 1520, 1522, 1524, 1526, 1528, 1530, 1532, 1534, 1536, 1538, 1540, 1542, 1544, 1546, 1548, 1550, 1552, 1554, 1556, 1558, 1560, 1562, 1564, 1566, 1568, 1570, 1572, 1574, 1576, 1578, 1580, 1582, 1584, 1586, 1588, 1590, 1592, 1594, 1596, 1598, 1600, 1602, 1604, 1606, 1608, 1610, 1612, 1614, 1616, 1618, 1620, 1622, 1624, 1626, 1628, 1630, 1632, 1634, 1636, 1638, 1640, 1642, 1644, 1646, 1648, 1650, 1652, 1654, 1656, 1658, 1660, 1662, 1664, 1666, 1668, 1670, 1672, 1674, 1676, 1678, 1680, 1682, 1684, 1686, 1688, 1690, 1692, 1694, 1696, 1698, 1700, 1702, 1704, 1706, 1708, 1710, 1712, 1714, 1716, 1718, 1720, 1722, 1724, 1726, 1728, 1730, 1732, 1734, 1736, 1738, 1740, 1742, 1744, 1746, 1748, 1750, 1752, 1754, 1756, 1758, 1760, 1762, 1764, 1766, 1768, 1770, 1772, 1774, 1776, 1778, 1780, 1782, 1784, 1786, 1788, 1790, 1792, 1794, 1796, 1798, 1800, 1802, 1804, 1806, 1808, 1810, 1812, 1814, 1816, 1818, 1820, 1822, 1824, 1826, 1828, 1830, 1832, 1834, 1836, 1838, 1840, 1842, 1844, 1846, 1848, 1850, 1852, 1854, 1856, 1858, 1860, 1862, 1864, 1866, 1868, 1870, 1872, 1874, 1876, 1878, 1880, 1882, 1884, 1886, 1888, 1890, 1892, 1894, 1896, 1898, 1900, 1902, 1904, 1906, 1908, 1910, 1912, 1914, 1916, 1918, 1920, 1922, 1924, 1926, 1928, 1930, 1932, 1934, 1936, 1938, 1940, 1942, 1944, 1946, 1948, 1950, 1952, 1954, 1956, 1958, 1960, 1962, 1964, 1966, 1968, 1970, 1972, 1974, 1976, 1978, 1980, 1982, 1984, 1986, 1988, 1990, 1992, 1994, 1996, 1998, 2000, 2002, 2004, 2006, 2008, 2010, 2012, 2014, 2016, 2018, 2020, 2022, 2024, 2026, 2028, 2030, 2032, 2034, 2036, 2038, 2040, 2042, 2044, 2046, 2048, 2050, 2052, 2054, 2056, 2058, 2060, 2062, 2064, 2066, 2068, 2070, 2072, 2074, 2076, 2078, 2080, 2082, 2084, 2086, 2088, 2090, 2092, 2094, 2096, 2098, 2100, 2102, 2104, 2106, 2108, 2110, 2112, 2114, 2116, 2118, 2120, 2122, 2124, 2126, 2128, 2130, 2132, 2134, 2136, 2138, 2140, 2142, 2144, 2146, 2148, 2150, 2152, 2154, 2156, 2158, 2160, 2162, 2164, 2166, 2168, 2170, 2172, 2174, 2176, 2178, 2180, 2182, 2184, 2186, 2188, 2190, 2192, 2194, 2196, 2198, 2200, 2202, 2204, 2206, 2208, 2210, 2212, 2214, 2216, 2218, 2220, 2222, 2224, 2226, 2228, 2230, 2232, 2234, 2236, 2238, 2240, 2242, 2244, 2246, 2248, 2250, 2252, 2254, 2256, 2258, 2260, 2262, 2264, 2266, 2268, 2270, 2272, 2274, 2276, 2278, 2280, 2282, 2284, 2286, 2288, 2290, 2292, 2294, 2296, 2298, 2300, 2302, 2304, 2306, 2308, 2310, 2312, 2314, 2316, 2318, 2320, 2322, 2324, 2326, 2328, 2330, 2332, 2334, 2336, 2338, 2340, 2342, 2344, 2346, 2348, 2350, 2352, 2354, 2356, 2358, 2360, 2362, 2364, 2366, 2368, 2370, 2372, 2374, 2376, 2378, 2380, 2382, 2384, 2386, 2388, 2390, 2392, 2394, 2396, 2398, 2400, 2402, 2404, 2406, 2408, 2410, 2412, 2414, 2416, 2418, 2420, 2422, 2424, 2426, 2428, 2430, 2432, 2434, 2436, 2438, 2440, 2442, 2444, 2446, 2448, 2450, 2452, 2454, 2456, 2458, 2460, 2462, 2464, 2466, 2468, 2470, 2472, 2474, 2476, 2478, 2480, 2482, 2484, 2486, 2488, 2490, 2492, 2494, 2496, 2498, 2500, 2502, 2504, 2506, 2508, 2510, 2512, 2514, 2516, 2518, 2520, 2522, 2524, 2526, 2528, 2530, 2532, 2534, 2536, 2538, 2540, 2542, 2544, 2546, 2548, 2550, 2552, 2554, 2556, 2558, 2560, 2562, 2564, 2566, 2568, 2570, 2572, 2574, 2576, 2578, 2580, 2582, 2584, 2586, 2588, 2590, 2592, 2594, 2596, 2598, 2600, 2602, 2604, 2606, 2608, 2610, 2612, 2614, 2616, 2618, 2620, 2622, 2624, 2626, 2628, 2630, 2632, 2634, 2636, 2638, 2640, 2642, 2644, 2646, 2648, 2650, 2652, 2654, 2656, 2658, 2660, 2662, 2664, 2666, 2668, 2670, 2672, 2674, 2676, 2678, 2680, 2682, 2684, 2686, 2688, 2690, 2692, 2694, 2696, 2698, 2700, 2702, 2704, 2706, 2708, 2710, 2712, 2714, 2716, 2718, 2720, 2722, 2724, 2726, 2728, 2730, 2732, 2734, 2736, 2738, 2740, 2742, 2744, 2746, 2748, 2750, 2752, 2754, 2756, 2758, 2760, 2762, 2764, 2766, 2768, 2770, 2772, 2774, 2776, 2778, 2780, 2782, 2784, 2786, 2788, 2790, 2792, 2794, 2796, 2798, 2800, 2802, 2804, 2806, 2808, 2810, 2812, 2814, 2816, 2818, 2820, 2822, 2824, 2826, 2828, 2830, 2832, 2834, 2836, 2838, 2840, 2842, 2844, 2846, 2848, 2850, 2852, 2854, 2856, 2858, 2860, 2862, 2864, 2866, 2868, 2870, 2872, 2874, 2876, 2878, 2880, 2882, 2884, 2886, 2888, 2890, 2892, 2894, 2896, 2898, 2900, 2902, 2904, 2906, 2908, 2910, 2912, 2914, 2916, 2918, 2920, 2922, 2924, 2926, 2928, 2930, 2932, 2934, 2936, 2938, 2940, 2942, 2944, 2946, 2948, 2950, 2952, 2954, 2956, 2958, 2960, 2962, 2964, 2966, 2968, 2970, 2972, 2974, 2976, 2978, 2980, 2982, 2984, 2986, 2988, 2990, 2992, 2994, 2996, 2998, 3000, 3002, 3004, 3006, 3008, 3010, 3012, 3014, 3016, 3018, 3020, 3022, 3024, 3026, 3028, 3030, 3032, 3034, 3036, 3038, 3040, 3042, 3044, 3046, 3048, 3050, 3052, 3054, 3056, 3058, 3060, 3062, 3064, 3066, 3068, 3070, 3072, 3074, 3076, 3078, 3080, 3082, 3084, 3086, 3088, 3090, 3092, 3094, 3096, 3098, 3100, 3102, 3104, 3106, 3108, 3110, 3112, 3114, 3116, 3118, 3120, 3122, 3124, 3126, 3128, 3130, 3132, 3134, 3136, 3138, 3140, 3142, 3144, 3146, 3148, 3150, 3152, 3154, 3156, 3158, 3160, 3162, 3164, 3166, 3168, 3170, 3172, 3174, 3176, 3178, 3180, 3182, 3184, 3186, 3188, 3190, 3192, 3194, 3196, 3198, 3200, 3202, 3204, 3206, 3208, 3210, 3212, 3214, 3216, 3218, 3220, 3222, 3224, 3226, 3228, 3230, 3232, 3234, 3236, 3238, 3240, 3242, 3244, 3246, 3248, 3250, 3252, 3254, 3256, 3258, 3260, 3262, 3264, 3266, 3268, 3270, 3272, 3274, 3276, 3278, 3280, 3282, 3284, 3286, 3288, 3290, 3292, 3294, 3296, 3298, 3300, 3302, 3304, 3306, 3308, 3310, 3312, 3314, 3316, 3318, 3320, 3322, 3324, 3326, 3328, 3330, 3332, 3334, 3336, 3338, 3340, 3342, 3344, 3346, 3348, 3350, 3352, 3354, 3356, 3358, 3360, 3362, 3364, 3366, 3368, 3370, 3372, 3374, 3376, 3378, 3380, 3382, 3384, 3386, 3388, 3390, 3392, 3394, 3396, 3398, 3400, 3402, 3404, 3406, 3408, 3410, 3412, 3414, 3416, 3418, 3420, 3422, 3424, 3426, 3428, 3430, 3432, 3434, 3436, 3438, 3440, 3442, 3444, 3446, 3448, 3450, 3452, 3454, 3456, 3458, 3460, 3462, 3464, 3466, 3468, 3470, 3472, 3474, 3476, 3478, 3480, 3482, 3484, 3486, 3488, 3490, 3492, 3494, 3496, 3498, 3500, 3502, 3504, 3506, 3508, 3510, 3512, 3514, 3516, 3518, 3520, 3522, 3524, 3526, 3528, 3530, 3532, 3534, 3536, 3538, 3540, 3542, 3544, 3546, 3548, 3550, 3552, 3554, 3556, 3558, 3560, 3562, 3564, 3566, 3568, 3570, 3572, 3574, 3576, 3578, 3580, 3582, 3584, 3586, 3588, 3590, 3592, 3594, 3596, 3598, 3600, 3602, 3604, 3606, 3608, 3610, 3612, 3614, 3616, 3618, 3620, 3622, 3624, 3626, 3628, 3630, 3632, 3634, 3636, 3638, 3640, 3642, 3644, 3646, 3648, 3650, 3652, 3654, 3656, 3658, 3660, 3662, 3664, 3666, 3668, 3670, 3672, 3674, 3676, 3678, 3680, 3682, 3684, 3686, 3688, 3690, 3692, 3694, 3696, 3698, 3700, 3702, 3704

von den verschiedenen Holzarten bei Anwendung derselben die eine vor der andern liegt?

7) Wie sind die einzelnen Theile der bei den Mühlenwerken vorkommenden Gerüste konstruirt und zu verbinden?

8) Wie ist die Geschwindigkeit eines Fließes oder eines kleinen Flusses, mittelst eines messenden Körpers, und die Wassermenge, welche derselbe in Zeit von einer Minute Sekunde glebt, zu finden?

9) Wie wird das Gefälle, oder der senkrechte Abstand des Oberwasserspiegels vom Wasserspiegel zur Betreibung eines Mühlenwerks eingetheilt?

10) Wie vielerlei Wasserräder oder ähnliche Vorrichtungen, wodurch das Wasser gegen die Kraft wirkt, sind bekannt, und was hat man bei der Konstruktion derselben beachten?

11) Wie werden feststehende und bewegliche Schnur- und Kropfgerinne der Wasserkonstruirt?

12) Wie viel Umläufe macht das Wasserrad von irgend einem Durchmesser in Zeit einer Minute?

13) Welche Lage muß das Hedwerk oder das Segeltuch des Flügels in verschiedenen Abständen von der Axt gegen die Ebene haben, in der die Flügel sich bewegen, wie viel Umläufe macht bei mittlerer Geschwindigkeit des Windes die Rutenwelle in einer Minute, damit die Wirkung des Windes zur Betreibung der Mühle, der Folge zufolge, so möglich die größte werde?

14) Wie viel Umläufe macht die Göpelwelle, indem die Pferde oder Ochsen an dem Rade oder auf der Trittschelle arbeiten, in Zeit von einer Minute?

15) Mit welcher Geschwindigkeit kann ein Mensch von mittlerer Statur auf die Mühle wirken?

16) Durch welche Vorrichtungen lassen sich bei einem Mühlenwerke die Wasserräder mit den daran befindlichen Rädern 5 bis 10 Fuß hoch heben?

17) Was ist vorthellhafter, die Mühle mit wenigen oder mit vielen Rädern zu bauen?

18) Wie viel Kubfuß Wasser sind in Zeit von einer Minute oder Sekunde, und wie viel Gefälle, oder wie viel Quadratfuß Windflügel-Fläche, oder wie viele Pferde oder Menschen der Erfahrung zufolge zur Betreibung nöthig, und zwar im ersten Falle:

A) bei einer Getreidemahlmühle mit einem Mahlgange, worauf stündlich ein Scheffel Korn oder Weizen nach irgend einer Mahlart gemahlen werden kann;

B) einer Holzschneidemühle:

mit einem Gatter und einer oder mehreren Sägen;

mit mehreren Gattern und Sägen, und wie viel Fuß Holz von irgend einer Dicke werden mittelst einer solchen Mühle stündlich geschnitten?

C) einer Graupenmühle, und wie viel Gerste kann in einer Stunde auf Graupe zu machen werden?

D) einer Rohmühle mit einem Mahlgange, und wie viel Scheffel gemahlene Borke eine solche Mühle in einer Stunde?

E) einer Papiermühle mit einem Geschlirr, und wie viel Lumpen werden stündlich diese zu Papierzeug zu gute, und davon Papier von irgend einer Sorte gemacht?

Im zweiten Falle:

A) zu einer Oelmühle mit irgend einer Anzahl von Stampfen und Laufersteinen, wie viel Scheffel Samen sind mit dieser in einer Stunde zu gute zu mahlen?

B) zu einer Walkmühle, mit irgend einer Anzahl Stampfen oder Hämmer, und wie laare kann bei Annahme irgend einer Walkart gewalkt werden?

C) zu einer Schnupftabaksmühle mit irgend einer Anzahl Stampfen, Laufersteinen, und Siebezeugen, und wie viel Zentner Tabak sind in einer Stunde mit einer solchen zu gute zu machen?

D) zu einer Rohmühle mit Stampfen, und wie viel Borke kann stündlich darauf zu machen werden?

E) zu einer Hirsemühle mit irgend einer Anzahl Stampfen, und wie viel Scheffel sind durch diese in einer Stunde zu gute zu machen?

19) Wie sind bei einem neu anzulegenden Mühlenwerke an einem Flusse oder an einem kleinen Flusse die hierzu erforderlichen Anzleh- und Ueberfall-Wehre zu konstruiren?

20) Wie viel sind Schöpfwerke, deren man sich bei Grundbauten bedient, zu konstruiren?

21) Welche Vorrichtungen und Hebezeuge sind zur Aufrichtung des gangbaren Bauwerks der übrigen Bauwerke nöthig?

II. Prüfungsfragen insbesondere:

- A) die Getreidemahlmühlen betr.:
- a) nach welchen Regeln wird ein Mühlenstein bearbeitet, geschärft, und in Hane desselben eingesetzt oder eingespißt?
 - b) wie vielerlei Arten Beutel- und Säuberwerk kennt man, und welche die eine vor der andern Art?
 - c) wie viele Umläufe macht der Mühlenstein von irgend einem Durchmesser in einer Minute?
- B) die Holzschneidemühlen betr.:
- a) wie oft können die Sägen in Zeit von einer Minute auf- und niebergehen
 - b) welche Einrichtung erfordert das Schaubzeug, wodurch das mittlere, und größere Fortrüden des Wagens, worauf das zu schneidende Holz wirkt wird?
- C) die Graupenmühlen betr.:
- a) wie viele Umläufe macht der Graupen-Mühlenstein von irgend einem Durchmesser sowohl in horizontaler als vertikaler Lage, in Zeit von einer Minute?
 - b) wie sind die Mahlgangen oder Läufe zu konstruiren?
 - c) welche Säuberwerke sind hierbei anzuwenden, und wie oft können dessen Zeit von einer Minute sich hin- und herbewegen?
- D) die Rohmühlen mit Mühlensteinen betr.:
- a) welche Schärfe müssen die Mühlensteine erhalten, und von welcher Beschaffenheit müssen solche sein?
 - b) nach welchen Regeln wird ein Mühlenstein bearbeitet, geschärft und die selben eingesetzt oder eingespißt?
- E) die Papiermühlen betr.:
- a) wie ist das Geschirr oder die Kufe mit ihrer Walze oder Cylinder, wo Lumpen oder Habern auf Papierzeug verarbeitet werden, zu konstruiren?
 - b) welche Konstruktion kann der Lumpenschneider erhalten?
 - c) wie ist die Presse zu konstruiren, und zwar, wenn das Pressen durch die Kraft der Mühle bewirkt wird?
 - d) wie viele Umläufe kann die Geschirrwalze oder der Cylinder in Zeit von einer Minute machen?
- F) die Oelmühlen betr.:
- a) wie müssen die Hebedaumen auf dessen Welle eingetheilt werden?
 - b) welche Gestalt können die Hebedaumen erhalten?
 - c) welche Form und Größe muß dem Grubenstockloch, worin der Same wird, zu Theil werden?
 - d) welche Konstruktion muß das Preßwerk, das mit Rammel- oder Schlägel versehen ist, erhalten?
 - e) wie lang, breit und dick müssen die Stampfen und von welchem Durchmesser Form muß der Fuß der Stampfe sein?
 - f) wie oft kann die Erhebung einer Stampfe oder eines Hammers und die Zeit von einer Minute statt finden?
 - g) wie viele Umläufe können die Reibe- und Quetschsteine, wenn solche mit einem Hammer versehen werden, in Zeit von einer Minute zurücklegen?
- G) die Ballmühlen betr.:
- a) welche Form und Größe muß das Ballloch, worin die Waaren gewalzt erhalten?
 - b) wie lang, breit und dick müssen die Hämmer und Stampfen sein, und nach welchen Regeln sind die Zähne derselben zu bilden?
 - c) wie oft kann die Erhebung eines Hammers oder einer Stampfe statt finden? Hierzu die bei den Oelmühlen aufgeführten Fragen unter F. a. und b.
- H) die Schnupftabaksmühlen betr.:
- a) wie sind die Reibe- und Siebezeuge, worauf Karotten verarbeitet werden zu konstruiren?
 - b) wie lang, breit und dick sind die Stampfen, und welche Form können die Stampfen befindlichen Messer erhalten?
 - c) wie ist die Form der Kübel, worin die Tabakblätter verarbeitet werden, welche Vorrichtungen ist ihnen eine drehende Bewegung mitzutheilen?
 - d) wie oft kann die Erhebung einer Stampfe statt finden?
 - e) wie viele Umläufe können
 - α) die Kübel,
 - β) die Reibe- und Quetsch-Steine oder Laufersteine, und
 - γ) die Walzen oder Cylinder und die Reibezeuge in Zeit von einer Minute machen?

wie oft müssen die Siebe des Siebezeuges in Zeit von einer Minute sich hin- und herbewegen, und wie lang ist jeder Hin- und Herweg derselben?

Hierzu die bei den Oelmühlen genannten Fragen unter F. a. und b.

Lohmühlen mit Stampfen betr.:

wie lang, breit und dick müssen die Stampfen, und von welchem Durchmesser und Form muß der Fuß der Stampfe sein?

nach welchen Regeln wird die Ausbuchtung des Lohstochs gebildet?

Hierzu die bei den Del- und Schnupstabsmühlen vorkommenden Fragen unter F. a. und b. auch H. d.

Hirsemühlen betr.:

Außer den bei den Del-, Schnupstabs- und Loh-Mühlen, unter F. a. und b., unter H. und auch unter I. und a. gedachten Fragen noch folgende:

Welche Form und Größe muß das Grubenstockloch, worin die Hirse gestampft wird, erhalten?

§. 5. und 6. (Fast wörtlich gleichlautend mit §§. 7. und 8. der Instr. für die g. der Zimmergesellen.)

§. 7. Die Kommission soll unter dem Vorwande, daß schon Mühlenwerkmeister in der Gegend vorhanden wären, Niemandem die Prüfung verweigern oder erschweren; überhaupt darf Niemand aus irgend einem andern Grunde als wegen im Tentamen erwiesener Unfähigkeit, die Zulassung zur Prüfung verweigern.

Ist der Examinand in einem solchen Grade bescholten, daß ihm nach den allgemeinen Bestimmungen der Gesetze, und namentlich des Ed. v. 2. Nov. 1810 der Gewerbebescheinigung versagt werden würde, oder will derselbe sich in einer Stadt ansetzen, und eine Führung von der Art gewesen, daß ihm nach dem §. 20. der Städte-Ordnung Bürgerrecht unbedingt versagt werden muß, so ist die Kommission, ehe sie mit der Prüfung den Anfang macht, verpflichtet, zuvörderst der Reg. darüber Anzeige zu machen, deren Bestimmung über die Zu- oder Unzulässigkeit des Besuches des Examinanden, abgelaufen zu werden, zu erwarten.

§§. 8—10. (Fast wörtlich gleichlautend mit §§. 10—12. der Prüfungs-Instr. für Zimmergesellen.) (N. V. 604. — 3. 52.)

1) Instr. des K. Min. für H., G. u. Bauw. (v. Bülow) v. 28. Juni, wonach in sämtl. Provinzen des Staats die Prüfung der Personen geschehen soll, welche den selbstständigen Betrieb als Brunnen- und Röhrenmeister anfangen.

§. 1. Der Allerh. K. O. v. 25. April d. J. gemäß, übernehmen die für die Maurer- und Röhrenmacherbestätigungsbüros bestellten Prüfungs-Kommissionen auch die Prüfung der Brunnen- und Röhrenmacher, und daß statt der dabei zugeordneten, das Gewerbe selbstständig betreibenden Maurer- oder Zimmerleute, hier ein oder zwei Brunnen- oder Röhrenmacher, welche vollkommen dazu geeignet sein müssen, ihr Gewerbe selbstständig auszuüben, der Kommission beigegeben werden.

Die sich zur Prüfung meldenden Gesellen werden, nachdem sie die erlangten Atteste und Bescheinigung ihres Lebenslaufs eingesandt haben, an einem zuvor zu bestimmenden Tage vor die Kommission beschieden und tentirt, ob sie lesen, schreiben, rechnen, und so zeichnen können, daß von ihnen eine gute Ausarbeitung der ihnen zu machenden Aufgaben erwartet ist, auch ob sie die ihnen vorgelegten Zeichnungen verstehen und erklären können, damit sie, im Fall ihnen diese Vorkenntnisse fehlen, ihre Zeit bei den Probearbeiten unnützer Weise verschwenden. Denjenigen, welche wegen offenkundiger Unzulänglichkeit ihrer Vorkenntnisse bei der erwähnten vorläufigen Prüfung zurückgewiesen werden, soll das Besuchen der Orte, wo Provinzial-, Kunst- und Handwerkschulen vorhanden sind, oder noch entstehen möchten, und die Benutzung dieser Anstalten ganz besonders empfohlen werden. Gleich beim Tentamen wird ein Examinations-Protokoll angefertigt, welches im Fall des Nichtbestehens an demselben Tage geschlossen, im entgegengesetzten Falle während des ganzen Verlaufs des Examinens fortgesetzt wird.

§. 2. Wird nach §. 1. der Examinand zur förmlichen Prüfung Schluß der zu erhaltenden Erlaubnis zum selbstständigen Betriebe des Gewerbes, qualificirt befunden, so erhält er eine Probearbeit, bestehend in

1) Zeichnung und Veranschlagung einer aufgesetzten Saugpumpe, welche das Wasser 36 bis 40 Fuß hoch zu heben hat, und mit einer 80füßigen, nach verschiedenen Winkeln gehenden Verlegung von Brunnensessel in Verbindung steht,

2) Veranschlagung eines 40 Fuß tiefen Brunnens mit Feldsteinen ausgelegt.

3) Veranschlagung eines gesenkten 30 Fuß tiefen Brunnens mit gebrannten Steinen ausgelegt.

Die Ausarbeitung dieser Probearbeiten geschieht unter spezieller Aufsicht eines solchen Meisters, Bau-Polizei. 2. Aufl.

Brunnen- und Röhrmacher's, der bereits berechtigt ist, das Gewerbe selbstständig zu betreiben, sowie eines Baubedienten der Kommission.

§. 3. (Gleichlautend mit §. 3. der Prüfungs-Instr. für die Zimmergesellen.)

§. 4. Die Gegenstände, worüber der Examinand mündlich geprüft werden soll sind folgende:

- 1) Ueber die Anlagen der Brunnen im Allgemeinen:
 - a) die Stelle betreffend, wo Brunnen in einer Gegend vorthellhaft angelegt werden können;
 - b) die Kennzeichen und Mittel betreffend, solche Stellen aufzufinden;
 - c) über die verschiedenen Arten von Brunnen, ihre Bestimmung und Einrichtungen.
- 2) Ueber die Brunnen insbesondere:
 - a) wie der Verband der Brunnenkessel aus Feldsteinen, gebrannten Steinen oder sonstig konstruirt werden muß;
 - b) wie das Aufmauern, Aufsetzen und Senken der Kessel geschieht, besonders wie eine ungewöhnliche Tiefe von 90 bis 100 Fuß bekommen;
 - c) wie Verlegungen angelegt und verbunden werden, und wie tief sie in Gips- oder Frostes müssen zu liegen kommen;
 - d) welche Einrichtung die stehenden Pumpenröhren bekommen, je nachdem das Wasser mehr oder weniger hoch geschöpft werden muß;
 - e) welche Arten von Ventilen dabei vorkommen, wie sie eingerichtet und angewendet werden müssen;
 - f) über das Detail aller andern äußern und innern Theile der Brunnen, ihrer Umrüstung, Zusammensetzung und Verdichtung.
- 3) Ueber die Pumpen, deren man sich bei Grundbauten bedient:
 - a) wie die gewöhnlichen eingerichtet werden;
 - b) wie die Konstruktion derselben bei ungewöhnlich großem Durchmesser beschaffen muß.
- 4) Ueber Druckwerke:
 - a) über ihre verschiedene Bestimmung;
 - b) über die Einrichtung derselben nach ihren verschiedenen Zwecken;
 - c) über die Details ihrer einzelnen Theile.
- 5) Ueber Röhrenleitungen von verschiedener Länge:
 - a) von den verschiedenen Arten derselben in Rücksicht des Materials;
 - b) wie diese Röhrenleitungen verlegt, zusammengesetzt und gedichtet werden, und welches bei hölzernen, thönernen und metallenen Röhren geschehen muß;
 - c) welcher verschiedenen Röhren man sich dabei bedient.
- 6) Ueber Verbesserung und Reparatur der Brunnen:
 - a) welche Mittel man besitze, um trübe Wasser zu klären und faulichte zu verbessern;
 - b) wie schadhafte Brunnenröhren gedichtet, abgelaufene Brunnen wiederhergestellt, eingestorene aufgethauet werden etc.

§. 5. Ist der Examinand in dieser Prüfung zur Zufriedenheit bestanden, so demselben als Prüfungsgebäude die Erbauung einer gewöhnlichen Pumpe aufgegeben, er unter spezieller Aufsicht des zum selbstständigen Brunnenbau qualifizirten Mitglieds der Kommission, sowie unter der Oberaufsicht des Baubeamten anfertigt. Nach Aufstellung wird solche von der ganzen Kommission besichtigt, und die Ausführung der Arbeit beurtheilt, die etwaigen Mängel werden dem Examinanden zur Stelle vorgezeigt und es wird diese Vorhaltung und seine Erklärung darüber ausdrücklich in das Examinations-Protokoll eingetragen.

Sollte es an Gelegenheit zur Erbauung einer Pumpe fehlen, so ist die Prüfungskommission verpflichtet, sich deshalb an den Bau-Direktor der Provinz zu wenden, dieser eine solche Gelegenheit nachzuweisen.

§§. 6. und 7. (Fast wörtlich wie §§. 7. und 8. der Prüfungs-Instr. für die Zimmergesellen.)

§. 8. (Wie §. 7. der Instr. für die Prüfung der Mühlenwerkverfertiger.)

§. 9. Das Examinations-Protokoll wird der Reg. eingereicht, und von den Direktoren sodann beurtheilt, ob dem Geprüften die Befugniß, das Gewerbe selbst zu betreiben, gewährt werden könne oder nicht. Im erstern Falle wird von der Reg. ein Attest ausgestellt, und darin die Qualifikation des Geprüften ausführlich und genau angegeben. Im letztern Falle weist die Reg. den Examinanden ab.

§. 10. (Wie §. 11. der Prüfungs-Instr. für die Zimmergesellen.)

§. 11. (Wie §. 12. ebendaselbst.)

(N. V. 615. — 3. 53.)

des K. Min. für H. u. G. (v. Schudmann) v. 7. Febr. 1832, an Reg.

Reg. wird hierdurch bekannt gemacht, daß des Königs Maj., mittelst Allerh. Dec. 1831, das Erforderniß einer sachverständigen Prüfung der Pumpenmacher auf die Verfertigung solcher Pumpen, welche mit Brunnen-Anlagen, in und andern Anlagen, bei deren zuverlässiger Ausführung gemeine Gefahr, in Verbindung stehen, zu beschränken, dagegen die Verfertigung loser Schiffspumpen u. dgl. ohne eine solche Prüfung der Geschicklichkeit nachzugeben.

allgemeiner Bekanntmachung und Ausführung der vorstehenden Allerh. Befehl die Reg. das Erforderliche zu veranlassen. (A. XVI. 211. — 1. 86.)

die gleichmäßige und strenge Handhabung der in den vorstehenden Instruktionen ergangenen Vorschriften disponirt das C. R. des K. (v. Schudmann) v. 5. Febr. 1829, an sämmtl. K. Reg.

vorstehenden Vorschriften wegen Prüfung der Bauhandwerker werden, der seitdem zu Folge, nicht überall gehörig ausgeführt. Einzelne Prüfungs-Kommissionen jene Vorschriften, wie es scheint, nach dem ihnen zunächst liegenden Zwecke, dem Distrikt, in welchem sie die Prüfungen zu besorgen haben, brauchbare halten, aus. Nur dadurch läßt es sich erklären, daß Maurer- und Zimmerleute von den hiesigen Prüfungs-Kommissionen zurückgewiesen worden sind, unmittelbar die Prüfung bei einer auswärtigen Kommission bestanden, und sich dem Grund der ihnen von auswärtigen Prüfungs-Kommissionen ertheilten Atteste in Berlin als Meister etablirt haben.

Insiht der Prüfungs-Kommissionen ist nun aber ganz unrichtig, und den über der Bauhandwerker ergangenen allgemeinen Bestimmungen um so weniger als eine Klassifikation der Qualifikation der Bauhandwerker nach Städten, in welchen sie bewohnen, sich schon um deshalb nicht rechtfertigen läßt¹⁾, weil Bauten überall, wenn gleich in kleinen Orten nicht so häufig, wie in großen

weilher Weise bemerkt auch das M. der K. Reg. zu Königsberg v. 10. Juni

Ein Unterschied zwischen Baugewerkemeistern in großen, mittlern und kleinen Städten, und eine Abstufung der Kenntnisse, die hiernach von ihnen gefordert werden, ist zwar nicht in der Natur der Sache begründet, da in einer kleinen Stadt und auf dem Lande umher eben so wichtige Bauten als in einer großen Stadt vorkommen können und vorkommen, und es würde demnach, besonders auch jetzt, nach dem Gewerbebesteuer-Edikt v. 2. Nov. 1810 §. 16. jedem mit einem Gewerbe versehenen das Recht geben, sein Gewerbe im ganzen Preuß. Staate zu treiben, im Allgemeinen kein Grund vorhanden sein, einem Meister, der in einer Stadt das Recht zu seinem Gewerbebetriebe erhalten hat, solches in einer andern Stadt zu verlegen. Aber der Umstand, daß bisher bei den Prüfungen auf den Ort des Meisters Rücksicht genommen, und vielen sehr mittelmäßigen Subjekten das Meisterrecht für kleine Städte ertheilt worden ist, hat das K. Depart. für die Gewerbe und den Handel veranlaßt, mittelst Verf. v. 16. Mai 1811, zu bestimmen, daß in allen Fällen, wo Meister, die für kleine Orte schon geprüft sind, in größeren Städten gehen wollen, um da ihr Gewerbe zu treiben, eine nochmalige Prüfung mit ihnen von der Prüfungs-Kommission vorgenommen werden soll.

Ein Meister aus einer kleinen Stadt, der in solcher Prüfung nicht bestanden, erhält die Erlaubniß nicht, in einer größern sein Gewerbe zu treiben.

Ein ähnliches Verfahren findet auch in Ansehung der Baugewerkemeister statt, die vom platten Lande nach den größern Städten ziehen wollen. Bei diesen kann es aber nicht, wie bei den Stuckmeistern, oder solchen, die das Gerüst künstig nachsuchen, darauf ankommen, daß der Meister große und schwere Zeichnungen ausführe, oder weitläufige zeitraubende Aufgaben löse, sondern auf eine mündliche Prüfung, ob derselbe vollständige Kenntnisse von den, bei dem Gewerbe vorkommenden Verbänden, von den Materialien und ihrem zweckmäßigen Gebrauche und von der Veranschlagung habe.

Bei der Prüfung derjenigen Subjekte, welche das Bauwerkmeisterrecht nachsuchen (der Stuckmeister) ist keine Rücksicht zu nehmen, ob sie ihr Gewerbe in gro-

Städten, vorkommen, die einmal qualifizirt befundenen Individuen ohneleß auch d. Prüfungs-Atteste berechtigt werden, ihr Gewerbe überall zu betreiben.¹⁾

Die R. Reg. wird daher angewiesen, auf eine strenge Handhabung der Prüfung der Bauhandwerker erlassenen Vorschriften zu halten. Dadurch wird sichersten dahin gelangen, daß sich die Bauhandwerker tüchtig habilitiren, was d. mehr und mehr schon der Fall ist.

Die R. Reg. hat Ihre Prüfungs-Kommissionen darnach zu instruiren, sei Hinsichts ihres Verfahrens möglichst genau zu kontrolliren, etwaige Mißgriffe zu rügen, auch den Kommissionen zu eröffnen, daß das Min. des J. die Nichtbefolgung der Vorschriften von Ihrer Seite, ernstlich zu bestrafen wissen werde.

(N. XIII. 162. — 1. 85.)

5) C. R. des R. Min. des J. für H. und G. (Beuth) v. 14. Aug. an sammtl. R. Reg. Prüfungen zur Ausübung des Steinhauer- (Steinseher-) Gewerbes.

Zur Ausführung der in der G. G. erscheinenden Allerh. R. O. v. 11. Juli wodurch der §. 94 des Gewerbepolizei-Ges. v. 7. Sept. 1811 dahin deklarirt worden, daß künftig die Ausübung des Steinhauer-Gewerbes gleichfalls nur auf den Ort der Prüfungs-Atteste der Provinzial-Reg. zulässig sein soll, sind über die Prüfung d. hauer die Bestimmungen getroffen, welche die R. Reg. aus der beigelegten Instr. wird. (Anl. a.)

Da in manchen Reg. Bez. das Steinhauer-Gewerbe in dem Umfange, dessen Beginn eine Prüfung stattfinden muß, gar nicht, oder nur in einzelnen betrieben wird, so bedarf es der Organisation von Prüfungs-Kommissionen nicht an den Orten, wo dergleichen Kommissionen für die sonstigen Bauhandwerker bestehen, vielmehr auf deren Errichtung nur in soweit Bedacht zu nehmen, als das wirklich nöthig ist.

In der Regel werden diese Kommissionen mit denjenigen für die Prüfung der anderen Gewerbe verbunden werden können, doch bleibt es der R. Reg. überlassen, da, wo die Verhältnisse es erheischen möchten, eigene Kommissionen zu organisiren u.

Anl. a.

Nachdem durch die Allerh. R. O. v. 11. Juli d. J. der §. 94 des G. über die Verhältnisse der Gewerbe v. 7. Sept. 1811 dahin deklarirt worden:

daß künftig die Ausübung des Steinhauer-Gewerbes gleichfalls nur auf den Ort der Prüfungs-Atteste der Provinzial-Reg. zulässig sein soll, wird zur Ausführung dieser Vorschrift hierdurch Folgendes bestimmt:

§. 1. Ein jeder Steinhauer (Steinmetz, Steinseher), welcher sich mit der hiesigen Ausführung von Bauwerken aus Werkstätten befaßt will, muß seine Zulassung durch Ablegung der in den nachfolgenden Paragraphen angeordneten Prüfung thun, und darf das Gewerbe nicht betreiben, bevor er nicht das Qualifikations-Attest der Provinzial-Reg. erlangt hat. Die Verbindlichkeit, sich dieser Prüfung zu unterwerfen, besteht jedoch nur für diejenigen, welche seit Publikation der Allerh. R. O. v. 11. Juli den selbstständigen Betrieb des gedachten Gewerbes anfangen wollen. Auch diejenigen, welche das Steinhauer-Gewerbe nicht in dem oben angegebenen Umfange, sondern in Steinbrüchen oder Werkstätten nach gegebenen Modellen die Steine hauen, sind nicht verbunden, eine Prüfung zu bestehen.

Durch diese Vorschrift in Betreff der Prüfung wird in den sonstigen Bestimmungen, welche über die Berechtigung zum Gewerbebetriebe sowohl im Allgemeinen als in der Beziehung auf das Steinhauer- (Steinmetz-, Steinseher-) Gewerbe bestanden, nichts geändert.²⁾

•ßen, kleinen und mittlern Städten treiben wollen, sondern dieselben so abzuwickeln, daß sie für jeden Ort dazu fähig sind u.

Königsberg, den 10. Juni 1811.

Polizei-Deput. der Königl. Ostpreuss. R.

(v. d. Heyde Repert. Bd. 3. S. 262.)

Ein Gleiches ist auch in dem R. des R. Min. des J. u. d. G., v. 1811, und in dem Publ. der Reg. zu Pless, v. 17. Juli 1811 und 21. 2 (Helmke, Samml. Preuss. Baupolizeiges. S. 15 u. 19) verordnet.

¹⁾ Vergl. oben S. 423.

²⁾ Hierzu bemerkt das C. R. des R. Min. des J. für H. u. G. (v. Schuch) 21. Sept. 1833 an sammtl. R. Reg.

•In der, der R. Reg. unter dem 14. Aug. d. J. zugefertigten Instr.

§. 2. Zur Prüfung ist jeder zugelassen, der sich ausweisen kann, zwei Jahre hindurch steinhauer praktisch gearbeitet zu haben, und ein Zeugniß seines Wohlverhaltens von der Polizeibehörde seines Wohnorts beibringt. In Betreff der über jene Zeugnisse vorzuliegenden Zeugnisse, bleibt es der Beurtheilung der Prüfungs-Kommission an, in wie weit dieselben für zuverlässig und zulänglich zu erachten seien.

§. 3. Jede Prüfungs-Kommission wird bestehen aus:

- 1) dem Polizei-Dirigenten oder einem geeigneten Mitgliede der Polizeibehörde des Orts;
- 2) einem oder zwei Baubeamten;
- 3) zweien oder dreien Steinhauermestern, d. h. solchen Steinhauern, welche, sie seien zünftig oder nicht, sich mit der selbstständigen Ausführung von Bauwerken aus Werkstücken beschäftigen.

Zur Gültigkeit der Verhandlungen ist die Gegenwart des von der Polizeibehörde beauftragten Mitgliedes oder dessen Stellvertreters, wenigstens eines Baubeamten und zweier erforderlich.

Wo und für welche Bezirke dergleichen Prüfungs-Kommissionen niedergesetzt worden, wird durch die Amtsbl. bekannt gemacht werden.

§. 4. Das Gesuch um Prüfung wird schriftlich unter Einsendung des Lebenslaufes, nach §. 2 erforderlichen Atteste bei der Kommission angebracht, bei welcher der Bewerber, nach der ihm zustehenden Wahl, die Prüfung abzulegen wünscht, und cirkulirt den Mitgliedern der Kommission; der Bittsteller wird, wenn er nicht ohne Weiteres verwiesen werden muß, in möglichst kurzer Frist zu einem Tentamen vorgeladen.

§. 5. Im Tentamen überzeugt die Kommission sich zuvörderst davon, ob der zu Prüfende mit gehöriger Betäuflichkeit schreiben, mündlich und schriftlich sich deutlich auszuzeichnen, fertig rechnen, vorgelegte Zeichnungen erklären, und soviel zeichnen kann, daß die Probeaufgaben auch hierin von ihm zu erwarten sei.

Endet bis dahin sich keine Veranlassung, das Tentamen abzubrechen, so wird dasselbe mündlich und schriftlich fortgesetzt und über folgende Materien ausgedehnt:

a) Zeichnen der beim Land- und Brückenbau vorkommenden Bögen nach gegebenen Angaben, sowohl solcher, welche aus mehreren Kreisstücken zusammengesetzt sind, als der parabolischen und hyperbolischen, ingleichen der Schneckenlinie, die Verjüngungs- und Säulen;

Angabe des Verfahrens beim Auftragen dieser Linien auf den Reißboden;

b) Zeichnen einzelner Körper und Gebäude, Theile nach der Projektion auf gegebene Ebenen;

c) Berechnen des Inhalts und der Begrenzungs-Flächen prismatischer, pyramidalischer, cylindrischer, konischer und sphärischer, ingleichen solcher Körper, welche aus den genannten zusammengesetzt sind, wobei darauf zu sehen ist, daß die Berechnung ohne Hülfe der Längen auf einerlei Einheiten, abgeführt durch Einführung verschiedener Einheiten für Flächen und Körper ausgeführt werde (also Berechnen nach Quadrat-Fuß, Kubik-Fuß und Quadrat-Zollen, nach Kubik-, Schacht- und Balken-Fuß etc.).

d) Kenntniß von dem verschiedenen Haupt- und Verbindungsmaterial zur Steinsetzung, und von den Eigenschaften und dem Verhalten desselben unter verschiedenen Umständen, unter Einwirkung von Wärme und Kälte, Trockenheit und Nässe; von den Werkzeugen, welche bei der Bearbeitung und dem Versetzen von Werkstücken aus geschichteten Gesteinen auf die ursprüngliche Lage der Steine zu nehmen sind; von den Fehlern der Werkstücke aus sonst gutem Gestein, und den Mitteln, diese Fehler zu entdecken und unschädlich zu machen; von der Zusammensetzung und Vereitung des Bindematerials.

In zweckentsprechender Prüfung in dieser Materie wird bei jeder Kommission durch die Bemühung der Mitglieder und ohne Kostenaufwand eine kleine Sammlung von Proben der verschiedenen Gesteinsarten und von Proben der Verbindungsmaterialien angeordnet, und nach und nach zu vervollständigen sein.

e) Erklärung der, bei der Arbeit des Steinmachers vorkommenden Kunstausdrücke, wenigstens nach und nach dahin zu wirken ist, daß provinzielle Bezeichnung der Begriffe vermieden, und die Terminologie guter Schriftsteller im technischen Fache immer allgemeiner beobachtet werde.

Die Prüfung der Steinhauer, sind diese Gewerbetreibenden §. 1 in der Parenthese, auch Steinseker genannt.

Da in einigen Provinzen nur Steinpflasterer mit dem Namen Steinseker bezeichnet werden, so ist bereits die Frage entstanden, ob jene einer Prüfung ebenfalls zu unterwerfen sind? Diese Frage erledigt sich schon durch den Inhalt der Instr. selbst s. oben. (M. XVII. 787. — 3. 125.)

Erklärung der, in der Lehre von den Säulen-Ordnungen vorkommenden imgleichen der Bauberzierungen, welche gewöhnlich von Steinmetzen werden.

f) Angabe des Verfahrens bei dem Sprengen, Rößen, Schneiden, Bohren bei der Bearbeitung aus dem Rohen bis zum Schleifen und Poliren, mit Rücksicht auf die Textur der Felsarten, imgleichen bei dem Transport, dem Heben und Aufstellen der Blöcke, bei dem Versetzen, Verklammern und Vergleichen der Werkstücke.

g) Kenntniß von den bei allen diesen Arbeiten erforderlichen Werkzeugen, Gerüsten und Maschinen; Schätzung des Effekts der letzteren im Verhältniß zum verwendenden Kraft und deren Geschwindigkeit.

§. 6. Die schriftlichen Aufgaben und deren Lösung, sowie die Zeichnungen aus freier Hand oder mit Zirkel und Lineal gefertigt sind, werden von dem Examinator und den Kommissions-Mitgliedern unterschrieben, zu den Akten genommen und dem Protokolle beurtheilt, welches sich auch über das Ergebniß des mündlichen Examinations behnt, und die Beurtheilung der von dem Examinanden gezeigten Kenntnisse genannten einzelnen Materien enthält.

§. 7. Fällt das Urtheil durch einmüthigen Beschluß der Sachverständigen günstig aus, so werden dem Examinanden Probeaufgaben zur Bearbeitung in Aussicht eines zur Kommission gehörenden Meisters und Mitaufsicht der zugetheilt.

Sind die Stimmen getheilt, und erklärt Examinand nicht selbst zu Protokoll von seinem Vorhaben vorläufig abstehe, so ist an die vorgesetzte Reg. zu berichten, um zu entscheiden wird: ob die Prüfung einzustellen, oder auf Verlangen des Examinanden aussetzen sei. Halten sämmtliche gedachte Mitglieder dafür, daß wegen schon gelangter Kenntniß der Kenntnisse ein weiteres Verfahren zwecklos sein werde, so wird dem Examinanden schriftlich eröffnet. Ihm bleibt im letztern Falle nur der betr. Reg.

§. 8. Wenn aus dem nach §. 4. eingereichten Lebenslaufe hervorgeht, daß der Examinand noch nicht merkwürdige, oder in Gegenständen der Steinmetzarbeit belobte Gebäude gesehen, an Orten, wo vorzüglich gut gebaut wird, einige Zeit gearbeitet, Bauhandwerks-Schule besucht habe, oder aus dem Tentamen, daß dies nicht Aufmerksamkeit und mit Erfolg geschehen sei, so soll die Venukung dieser Vorarbeiten vor der weiteren Prüfung ihm jedenfalls empfohlen werden, wenn auch vorhanden sein sollte, ihn zurückzuweisen.

§. 9. Bei Bestimmung der Probearbeiten ist genau zu unterscheiden, was dem Baumeister und dem Vermeister ist.

Vom letztern kann nicht die Anordnung ganzer Gebäude oder Säulengänge, der Entwurf großer Brücken u. s. w. verlangt werden; eben so wenig Kenntniß von der Konstruktion der Gebäude oder einzelne Theile derselben auf den Schönheitssinn des Bauwerks vorbringen sollen. Es genügt, wenn er nach dem Entwürfe des Baumeisters die Ausführung seiner Handwerke auszuführen versteht, als:

die Bearbeitung einer Säule von gegebenem Verhältniß, mit Kannelen,

die Bearbeitung und Verbindung von Säulen-Gewölben mit verschiedenen Arten von Säulen, sowohl aus großen Blöcken, als aus kleinern Werkstücken, wobei die Konstruktion schiffrechter Bögen unvermeidlich macht,

die Verbindung gerader und gewundener Treppen, auch solcher, welche auf Stufen ruhen,

die Ueberwölbung von Räumen verschiedener, auch unregelmäßiger Grundfläche nach verschiedenen Profile,

die Verbindung solcher Gewölbe, welche sich schneiden, als Tonnen- und Kreuzgewölbe, und mit Kuppel-Gewölben,

die Konstruktion von Bögen, deren Grundfläche ein verschobenes Viereck ist, imgleichen von Brückenbögen, großer Spannung und geringer Höhe.

Hierzu sind die Probearbeiten zu wählen, dabei aber auch solche Probearbeiten zu vermeiden, welche in der Wirklichkeit gar nicht oder in äußerst seltenen Fällen und nur vom Eigensinne erfunden zu werden pflegen.

Für die Ausführung ungewöhnlich schwieriger Arbeiten wird man sich zu Rathe sehen können, die anderweitig schon bewiesen haben, daß sie solchen nachwachsen sind. Es ist nicht erforderlich, daß jeder Meister dergleichen zu fertigen im Stande ist.

§. 10. Die Probearbeiten bestehen aus:

a) einer Zeichnung nach der Ansicht und nach verschiedenen horizontalen Durchschnitten des gewählten Gegenstandes,

b) einem Modell in Gyps oder leicht zu bearbeitendem Stein, denselben darstellend, mit Bezeichnung des Fugenschnitts; imgleichen die Theile desselben nach größerem Maßstabe, der angemessen bestimmt ist.

dem Anschläge zur Ausführung nach gegebenen örtlichen Verhältnissen, in welchem der Arbeitslohn nach üblichen Preisen für Einheiten des Flächen- und Räummaßes, und nach Tagewerken, das Hauptmaterial nach dem rohen und reinen Maße berechnet werden muß.

1. Die Anfertigung der Probearbeiten durch den Examinanden ohne Hülfe und von den aufsichtsführenden Kommissions-Mitgliedern unter denselben bereits Modell im Lokal der Kommission aufgestellt, der Anschlag und die Zeichnung bei sämtlichen Mitgliedern, deren schriftliche Erinnerungen in einer Konferenz werden, und in dieser wird nach den Bestimmungen §. 7. beschlossen: ob die mündliche und schriftliche Prüfung stattfinden könne, oder Verbesserung und Vervollständigung der Probearbeiten zu verlangen sei; im erstern Falle auch ein näher Termin

2. Die Prüfung hat zum Hauptgegenstande: die Kenntniß von den Verbindungen der Steinmearbeit im Land-, Brücken- und Wasserbau, von der Art und Ausfertigung der Lehrbretter bei verschiedenen Böhlungen, bei steinernen Gebäuden, bei Treppen, von der Bekleidung solcher Mauern, welche aus Bruchsteinen und Ziegeln aufgeführt werden, mit Hausteinen; von der Mitwirkung anderer Gewerke bei der Steinmearbeit. Wenn der Examinand aber im Tentamen zwar im Allgemeinen vorhanden ist, jedoch in einigen der §. 5. genannten Materien nur nothdürftige Kenntnisse zeigt, muß außerdem erforscht werden, mit welchem Erfolge er bemüht gewesen ist, früher bemerkten Lücken auszufüllen.

Es werden die Erinnerungen gegen seine Probearbeiten ihm vorgehalten, und es überlassen, diese Erinnerungen zu beantworten, oder die bemerkten Fehler zu

3. Schlusse der Prüfung wird nach Analogie des §. 6. und 7. verfahren und entschieden: ob dem Geprüften ein Meisterbau aufzugeben sei.

4. Wenn die Kommission einen solchen Bau nicht bestimmt, ist es Sache des Geprüften, denselben zu ermitteln und vorzuschlagen. In diesem Falle erwägt die Kommission die Angemessenheit des Vorschlags, genehmigt oder verwirft ihn.

Mangel an Gelegenheit zu Ausführungen im Bezirke kann nicht Veranlassung werden dem Geprüften von dem Meisterbaue zu dispensiren, sondern nur ihn damit an eine andere Kommission zu verweisen. In dergleichen Fällen ist an die vorgesetzte Reg. zu berichten, deren Erlaube die Kommission, in deren Bezirk der Bau ausgeführt werden soll, die Aufsichtigung und Beurtheilung desselben von der betr. Reg. angewiesen werden.

5. Es genügt, wenn bei dem aufzugebenden Baue nur eine scheltrechte oder eine einfache Treppe, oder eine nicht ganz einfache Treppe, oder aber eine Säule vorkommt.

6. Große oder bedeutende Wiederherstellungen von großer Ausdehnung können bedürftig mehrere Stückmeister benützt werden.

7. Bei Ausführung des Meisterstücks führt ein zur Kommission gehörender Aufsicht, und überzeugt sich, daß der Stückmeister die ihm aufgegebenen Arbeiten, und nur mit Hülfe von Gesellen und gemeinen Arbeitsteuten arbeitet. Die Kommissions-Mitglieder unterstützen dabei jenes Mitglied.

8. Beendigung des Baues wird eine Besichtigung desselben durch die ganze Kommission, die etwaigen Mängel werden dem Stückmeister bemerkt gemacht, und dessen Erklärung darüber zu Protokoll genommen.

9. Bei Entfernung des Meisterbaues von mehr als einer Meile vom Orte der Prüfung wird die Beaufsichtigung während der Ausführung dem K. Land-Baubeamten unentgeltlich übertragen, und die definitive Abnahme nur von 2 Mitgliedern der Kommission befohlen, von welchen das eine ein K. Baubeamter sein muß. Das andere ist der Baubeamte, letzterer in sofern der Meisterbau außerhalb seines Bezirkes liegt, daß er dafür die reglementmäßigen Gebühren fordern, im Fall der Geprüfte nach dem §. 8. Reg. sie zu entrichten vermögend ist.

10. Wenn die Besichtigung stattgefunden hat, wird von der Kommission, unter Einwirkung des K. Land-Baubeamten, an die Reg. gutachtlich berichtet, und von dieser entweder das Qualifikations-Attest ausgestellt, oder die Vervollständigung der Prüfung verfügt. In dem Atteste wird die Verhandlung, nach dem Gutachten der Kommission und dem Ermessen der Reg. genau auszudrücken: in welchen Materien der Geprüfte sich mehr oder weniger befähigt oder gleich geschickt bewiesen hat. Bedingte Fähigkeitszeugnisse zu erteilen, wird verstattet.

11. Für die ganze Prüfung erlegt der Geprüfte fünf Rthlr. Gebühren, welche im Tentamen einzuzahlen, jedoch erst nach Besichtigung des Meisterbaues, oder nach Beendigung der Prüfung unter die Mitglieder der Kommission, nach Verhältnis ihrer

Theilnahme an den Verhandlungen, zu vertheilen sind. Außerdem sind in dem §. 1 gegebenen Falle die dort bezeichneten Gebühren zu entrichten. (N. XVII. 779.—2)

II. Die §§. 94.—101. des Gewerbe-Polizei-Edikt¹⁾ und die Prüfungs-Instruktionen für die Bau-Handwerker gelten im ganzen Staate.

1) E. K. der K. Min. des J. für H. u. G. (v. Schudmann), vom Justiz (v. Ramph) v. 10. Mai 1832, an sämmtl. K. Rheinische Reg.

Da über die gesetzliche Kraft der Instruktionen, wegen der Prüfung der Bauwerker, in den Rheinprovinzen hin und wieder bei den Gerichtshöfen Zweifel entstand, so haben die unterzeichneten Minister sich veranlaßt gefunden, darüber die Bestimmung Sr. Maj. des Königs einzuholen. Die K. Reg. wird aus der (subskribirten) Abschrift anliegenden Allerh. K. D. v. 18. April d. J. ersuchen, daß es die Allerh. Sr. Maj. des Königs allerdings gewesen ist, daß die gedachten Instruktionen und die §§. 94.—101. des G. v. 7. Sept. 1811 im ganzen Staate gültig sein, und als befolgt werden sollen, so wie daß Sr. Maj. zu befehlen geruht haben, daß die §§. des angeführten Gesetzes, da die Publikation der Allerh. K. D. v. 25. April 1832 vollständig erfolgt ist, noch jetzt durch das Amtsbl. der K. Reg., jedoch mit der Bekanntmachung gemacht werden, daß die Verpflichtung zur Prüfung nicht als eine neue, getroffene, sondern als eine schon seit der Bekanntmachung der Instruktionen durch das Amtsbl. bestandene Einrichtung betrachtet werden soll.

Die K. Reg. wird daher angewiesen, sowohl die anliegende Allerh. K. D. v. 18. April d. J. und das gegenwärtige Rescript, als auch die §§. 94.—101. des G. v. 7. Sept. 1811 durch Ihr Amtsbl. zur Nachachtung zu publiciren.

Anl. a.

Als Ich durch Meine an den Staats-Minister, Grafen v. Bülow, unter dem 18. April 1821 erlassene Ordre die Instruktionen wegen der Prüfung der Bauhandwerker mit einigen Modificationen genehmigte, und deren Anwendung im ganzen Staate gütlich Meine Absicht dahin, daß die Bestimmungen des G. v. 7. Sept. 1811 §§. 94.—101. welche diesen Instruktionen zur Grundlage dienen, ebenfalls allgemein befolgt werden. Da aber nach Ihrer Anzeige v. 27. v. M. die vollständige Publikation der Instruktionen damals nicht stattgefunden hat, und die Gerichte der Rheinprovinz wegen dieses Anstand nehmen, die gesetzlichen Strafen gegen diejenigen auszusprechen, welche, ohne die Prüfung bestanden zu haben, das Gewerbe selbstständig treiben, so will Ich Sie ermächtigen, die gedachten §§. noch jetzt durch das Amtsbl. der Rheinischen Reg. bekannt zu machen, erkläre aber dabei ausdrücklich, daß die Verpflichtung zur Prüfung schon durch die Bekanntmachung der Instruktionen durch das Amtsbl. bestand hat, und nicht als eine durch gegenwärtige Ordre getroffene Einrichtung zu betrachten ist.

Berlin, den 18. April 1832.

Friedrich Wilhelm

(N. XVI. 477. — 2. 87.)

Mit Bezug hierauf sind ergangen:

a) K. des K. Justiz-Min. (v. Ramph) v. 18. Mai 1832 an den General-Procurator Huppenthal zu Köln.

Erw. H. zu erhalten Abschrift der Allerh. K. D. v. 18. v. M. die Prüfung der Bauhandwerker in den Rheinprovinzen betreffend, und der darauf von dem K. Min. für H. u. G. an die Rheinischen Reg. unter dem 10. v. M. erlassenen Verf., um seitdem das Weitere zu veranlassen, damit in künftigen Kontraventionsfällen gegen die gegenwärtigen gewerbepolizeilichen Bestimmungen, von den Polizeigerichten der §§. 33. des G. v. 20. Juli 1818²⁾ gegen die Schuldigen zur Anwendung gebracht werde.

(N. XVI. 479. — 2. 88.)

¹⁾ Die, jetzt an deren Stelle tretenden, betr. Vorschriften der allgemeinen Gewerbe-Polizei v. 17. Jan. 1845 haben nach dem Eingange dieses Gesetzes ebenfalls für den Umfang der Monarchie Gültigkeit.

²⁾ Dieser §. disponirt:

• Bei jeder Uebertretung eines Polizei-Gesetzes, das nicht besonders verordnet ist, soll von den Polizeigerichten auf eine Geldstrafe von 1 bis 5 Thaler erkannt werden. (N. II. G. 630.)

Das K. des K. Min. des J., d. P. (v. Rochow) und der J. (v. Wilm) v. 14. Mai 1841 an die Reg. zu Koblenz bemerkt, daß diese Strafe von 1 bis 5 Thlr. nicht durch die C. Verf. v. 9. Aug. 1834. (N. XXIII. G. 1) habe geschärft werden sollen, indem der §. 2 jenes C. H. unter 2 sagt, daß das Gewerbe vor erlangter polizeilicher Erlaubniß bei Vermeidung einer Strafe zu

b) R. des R. Justiz-Min. (v. Ramph) v. 23. März 1838 an den R. Procurator zu Cleve.

Durch die Allerh. R. D. v. 18. April 1832 (A. S. 478) sind, obgleich damals schon Nothwendigkeit eines Gewerbescheins nicht mehr bestanden, dennoch die §§. 94—101. l. v. 7. Sept. 1811 auch in der Rheinprovinz eingeführt, insbesondere also namentlich §§. 94. und 95., nach welchen ein Reg.-Qualifikations-Attest zum Betriebe des eines Bauhandwerkers (welches zur Zeit des Gesetzes nur nach Lösung eines Scheins, dessen das Gesetz daher erwähnte, betrieben werden konnte) erforderlich ist, zwar selbst für diejenigen, welche das Gewerbe bis dahin schon betrieben, denen die Erlangung des Attestes erleichtert wurde. Ist nun dieses Attest nothwendig öffentlichen Interesse und seine besondere Strafe wider Uebertretungen der diesfälligen bestimmt, so muß schon nach §§. 33. des Ressorts-Regl. v. 20. Juli 1818¹⁾ (S. 630.) die von der Reg. in der Verf. v. 23. Juli 1829 noch besonders erwähnte von 1 bis 5 Thlr. eintreten. — Es ist also richtig:

daß die Uebertretung in dem Betriebe des Gewerbes vor Erlangung des Attestes der Regierung auch in Ansehung derjenigen besteht, welche vor Emanation jener Anordnungen bereits einen selbstständigen Betrieb gehabt haben;

daß dieses Faltum des früheren Betriebes selbst mithin bei nicht erfolgter Erlangung des Attestes nicht exculpiert, ein diesfälliger Beweis folglich unzulässig ist, und

daß ein auf Grund eines solchen Beweises freisprechendes Erkenntniß der Cassation nicht wohl entgehen kann.

Es hat daher gar keinen Anstand, daß, wozu ich Sie hiermit anweise, Erw. zc. die von dem öffentlichen Ministerium hiernach instruiren. (A. XXII. 214. — 1. 203.)

2) U. R. des R. Min. des J. für S. und G. (v. Schudmann) v. 6. 1833 an sammtl. R. Reg., ausschließlich der Rheinischen²⁾.

Aus der abschriftlich anliegenden Allerh. R. D. v. 18. April v. J.³⁾ ersieht die R. daß es bei dem Erlasse der Allerh. D. v. 23. April 1821, durch welche die Instruktion zur Prüfung der Bauhandwerker genehmigt wurden, Sr. Maj. des Königs Absicht ist, auch den §. 94. des G. v. 7. Sept. 1811, die Prüfung der Architekten und, für die ganze Monarchie verbindlich zu erklären. Es ist daher auch im dortigen Bezirke gesetzlich unzulässig, daß Personen, die nicht schon vor Publikation der Anordnungen vom Jahre 1821 im Besitze der Ausübung waren, jetzt, ohne die Prüfung zu haben, das Gewerbe der Architekten treiben.

Die R. Reg. hat daher gegen solche einzuschreiten, und sie nach den Bestimmungen unbefugten Gewerbbetrieb der Bauhandwerker zu bestrafen, übrigens aber die R. D. v. 18. April a. pr. nebst den §§. des Gesetzes, welche sie in Bezug nimmt, durch mögl. zu publiciren. (A. XVII. 205. — 1. 125.)

3) In Betreff der Grafschaft Bernigerode bemerkt das Publ. des b. Präsid. der Provinz Sachsen v. 18. Mai 1823 §. 20:

Was insbesondere die Bauhandwerker betrifft, welche einer besonderen Prüfung vorliegen, so sollen diejenigen, welche sich in der Grafschaft ansetzen wollen, ohne noch die vorschristsmäßige Prüfung bei einer R. Kommission bestanden zu haben, nur gräflichen Kommission nach der deshalb ergangenen ministeriellen Instruktion werden, und von derselben das erforderliche Qualifikationsattest erhalten, ohne daß keinem solchen Bauhandwerker in der Grafschaft die Ausübung des Gewerbes verweigert werden kann zc.

Will ein Bauhandwerker, welcher die vorschristsmäßige Prüfung bei einer R. Kommission bereits bestanden hat, zur Ausübung seines Gewerbes in der Grafschaft selbst sich lassen, so bedarf er hierzu keiner neuen Prüfung, wohl aber der besonderen Zustimmung des Herrn Grafen.

¹⁾ 50 Thlr. oder der sonst bestimmungsmäßigen Ahndung nicht ausgeübt werden dürfe (Min. Bl. d. i. B. 1841, S. 135, Nr. 198.). — Vergl. indeß v. Rönne's Gewerbe-Polizei, Bd. 2. S. 11. Note 2, wo gezeigt ist, daß und weshalb die Bestimmungen des U. R. v. 9. Aug. 1839 für antiquirt zu crachten. Vergl. auch §§. 332 ff. des Strafgesetzbuchs.

²⁾ Vergl. oben S. 440. Note 2.

³⁾ In diese ist die B. v. 10. Mai 1832 (oben sub Nr. 1.) ergangen.

⁴⁾ Vergl. oben S. 440.

Bauhandwerker, welche nicht in der Ortschaft ihren Wohnsitz genommen, können jedoch innerhalb derselben ihr Gewerbe eben so gut ausüben, als die in ihr ansitzenden, außerhalb derselben, ohne dazu von irgend einer Seite einer besonderen Erlaubnis bedürfen, wenn sie nur von einer K. oder gräflichen Prüfungs-Kommission für tüchtig befunden worden sind, und dem Gewerbesteuer-Ed. Genüge thun. (N. VII. 519. —)

III. In Betreff der Frage: welche Bauhandwerker einen Qualifikations-Nachweis, und zwar nach den Vorschriften der Prüfungs-Instruktionen, oder anderweitig, führen müssen, bemerke man folgende Grundsätze:

a) Nur die seit Anordnung der Prüfungs-Kommissionen etablierten Bauhandwerker sind den Bestimmungen der Prüfungs-Instruktionen unterworfen¹⁾.

1) K. des K. Min. des J. u. d. P. (v. Schudmann) v. 8. Aug. 1811 an die K. Reg. zu Potsdam. Den vor dem J. 1811 qualifizirten Zimmerleuten steht ohne weitere Prüfung die Befugniß zum Mühlenbau zu.

Auf den Bericht der K. Reg. v. 28. v. M., wird die unterm 22. Juni d. J. erlassene Verf. wegen der Befugnisse der Zimmerleute zum Mühlenbau dahin näher bestimmt, abgesehen von den Innungs-Artikeln, sämtliche vor dem Jahre 1811 qualifizierte Zimmerleute Ihres Depart. aus dem Grunde als im rechtlichen Besitze der Befugniß zum Mühlenbau sich befindend angesehen werden können, weil das Gewerbe der Zimmerleute mit dem der Mühlenbaumeister damals vereinigt gewesen, und der Mühlenbau von Zimmermeistern ausgeübt worden ist.

Es kann daher den hier bezeichneten Individuen die fernere Ausübung des in Rede stehenden Gewerbes in Gemäßheit des §. 95. des Gewerbe-Pol.-Ed. v. 7. Sept. gestattet, und das Weitere demgemäß veranlaßt werden. (N. XI. 750—3. 100.)

2) K. des K. Min. des J. (v. Schudmann) v. 19. Aug. 1830 an den Ober-Präsidenten der Provinz Posen. Die vor dem 28. Juni 1821 etablierten Bauhandwerker unterliegen keiner weiteren Prüfung.

Entw. ic. erwiedere ich auf das Schreiben v. 8. d. M., daß es ein Mißgriff ist. Abstellung ich Ihnen anheim gebe, wenn die Reg. zu Bromberg der Instruktion vom Juni 1821 wegen der Prüfung der Bauhandwerker, eine rückwirkende Kraft beilegt.

Der §. 95. des G. v. 7. Sept. 1811, welcher durch den Ober-Präsidenten v. Zerlitz unter dem 30. Dec. 1815 dort publicirt worden (eine Maßregel, welcher bisher von Seiten des Min. des J. Gültigkeit beigelegt worden ist) verordnet überdies ausdrücklich, daß diejenigen sich der Prüfung nicht zu unterwerfen haben, welche sich in dem rechtlichen Besitze der Befugniß befinden, die dort genannten Gewerbe selbstständig zu betreiben. Der Zeitpunkt, nach welchem der rechtliche Besitz zu beurtheilen, kann kein anderer als der 28. Juni 1821, wo die Prüfungs-Kommissionen angeordnet worden sind.

Ueber die Frage: in wiefern es dem Eigenthümer freisteht, seinen Bau selbst ausführen? ist die Reg. zu Posen unterm 12. d. M.²⁾ beschieden worden, und ich bitte Entw. ic., danach auch in dem Reg. Bez. Bromberg verfahren zu lassen.

Dem Antrage aber, von Handwerkern, die nur zum Bau gewöhnlicher Wohn- und Wirtschaftsgebäude angewendet werden, die gesetzlichen Erfordernisse nicht zu verlangen, kann ich nicht beistimmen, da eine solche Festsetzung mit dem Gesetz nicht vereinbar wäre.

Inbessen finde ich den Inhalt der Bekanntmachung der Reg. zu Bromberg vom Juli d. J. überhaupt einer Berichtigung bedürftig. Das Gesetz verlangt, daß Bauhandwerker mit Legitimationen versehen sein sollen, und es folgt daraus, daß wer sich über seine Legitimation nicht ausweisen kann, bis dahin, daß derselbe wie derjenige behandelt wird, der überhaupt nicht legitimirt ist. Weiter darf nicht gehen, und die Bestimmungen in dem Publ. , wodurch Strafen noch besonders verhängt werden, daß jemand die Legitimation nicht bei sich führt; oder eine Revision der Polizei verlangt wird; (§. 2.) oder den Meistern periodische Revisionen vorgeben werden, deren Unterlassung verpönt wird; liegen außerhalb des Gesetzes, und sind daher für ungültig erklärt werden.

¹⁾ Die K. O. v. 18. April 1832 (oben S. 440.) stimmt hiermit in sofern überein, als sie verordnet, daß die Verpflichtung zur Prüfung bereits seit der Publikation der Instruktionen bestanden hat.

²⁾ Vergl. unten.

Die Reg. hat zwar, nach ihrer Dienst-Instruktion v. 23. Okt. 1817, Anh. §. 45., bittet, Handlungen, welche die Gesetze strafbar bezeichnen, zu verpönnen; sie überschreitet ihre Befugniß, wenn sie Handlungen, welche die Gesetze nicht für strafbar erklären, mit Strafen belegen. (A. XIV. 638. — 3. 97.)

3) A. des K. Min. für H. u. G. (v. Schudmann) v. 11. April 1831 an Reg. zu Magdeburg. Die vor dem 25. April 1821 concessionirten Handwerker in den wieder- oder neu erworbenen Provinzen behalten diese Befugniß ohne weitere Prüfung.

Die Prüfung der Bauhandwerker in den jenseits der Elbe wieder- oder neu erworbenen Provinzen ist, wie der K. Reg. auf den Ver. v. 24. v. M. zum Bescheide ertheilt ist durch die Allerh. K. O. v. 25. April 1821 zur gesetzlichen Bedingung geworden, daß diejenigen, die vor diesem Termine im rechtlichen Besitze der Befugniß waren, Gewerbe selbstständig zu betreiben, verbleiben in demselben, ohne der Prüfung unterzogen zu sein. Daß sie mit diesem Rechte auf diejenigen Landestheile beschränkt seien, die im Jahre 1821 besunden haben, ist von des Königs Maj. nicht ausgesprochen, ist sich jetzt noch weniger rechtfertigen, seitdem die gedachte Allerh. K. O. die Prüfung allgemein für das ganze Reich vorgeschrieben und so die Rechte überall stellt hat.

Da nun der ic. N. N. das Gewerbe als Zimmermann bereits im Jahre 1809 selbst betrieben hat, so kann ihm auch die Ausübung desselben in den Ländern diesseits nicht verboten werden. (A. XV. 380. — 2. 73.)

4) Geprüfte Bau-Kondukteure sind zum Betriebe des Maurer- und Zimmergewerbes ohne weiteren Qualifikations-Nachweis zuzulassen.

5) A. des K. Min. des I. (Röhler) v. 15. Juli 1829 an die K. Reg. zu Magdeburg.

Der K. Reg. wird mit Bezug auf Ihre Anfrage v. 22. v. M. eröffnet, daß Bau-Kondukteure, welche durch die architektonische Prüfung ihre Qualifikation zu K. Baubeamten nachgewiesen haben, zum Betriebe des Maurer- und Zimmergewerbes zuzulassen, ohne daß sie sich deshalb noch einer besonderen Prüfung zu unterziehen haben. (A. XIII. 621. — 3. 114.)

6) In Betreff des Qualifikations-Nachweises bei einzelnen Gattungen Bauhandwerkern sind folgende Vorschriften zu bemerken.

a) Gewerbe der Dach- und Schieferdecker²⁾.

b) A. des K. Min. des I. u. d. P. (Beuth) v. 15. Nov. 1829 an die K. Reg. zu Merseburg.

Die Verf. des ehemaligen Min. des H. v. 10. Okt. 1818 (Anl. a.) ist, wie der K. Reg. auf den Ver. v. 22. v. M., die Prüfung der Dach- und Schieferdecker betreffend, wird, nur an die Reg. in den altpreuß. Provinzen erlassen worden, indem man den §. 101. des G. v. 7. Sept. 1811 vor Augen hatte. Dasselbe dient daher auch als Vorschrift für diejenigen Reg., welche wieder- oder neu eroberte Provinzen verwalten, in denen der genannte §. nicht publicirt worden ist. In diesen Provinzen besteht, Gemäßheit der Allerh. K. O. v. 21. April 1825 für Maurer, Zimmerleute, Mühlenmeister, so wie Möhren- und Brunnenmacher, die gesetzliche Verbindlichkeit, sich nach der Allerh. genehmigten Instruktion gebildeten Bau-Handwerker-Prüfungskommissionen examiniren zu lassen. Andere Bau-Handwerker sind daher in dem Bezirke der Reg. weder diesen Kommissionen, noch der Erlangung eines Qualifikations-Attestes unterworfen.

Anl. a.

Das H. Min. ist mit der K. Reg. darin einverstanden, daß die Dach- und Schieferdecker auf den Grund eines von den Kreis-Baubedienten beizubringenden Qualifikations-Attestes, zum selbstständigen Betriebe ihres Gewerbes verstattet, und daher zu Zwecken der Prüfung durch die Bau-Examinations-Kommission überhoben werden.

Der R. Reg. wird auf Ihren Ver. v. 18. v. M. überlassen, hiernach zu verfahren.
Berlin, den 10. Okt. 1818.

Min. für O. u. G. v. Bülow.

(N. XIII. 905. — 4. 94.)

2) R. des R. Min. des J. für O. Ang. (v. Brenn) und der Bern.
H. 2c. (Rother) v. 12. Febr. 1837 an die R. Reg. zu Erfurt.

Die R. Reg. stellt in Ihrem Ver. v. 15. Dec. v. J. die Frage auf: ob die Th. zu den Maurer-Gildarbeitern zu rechnen sind? Bei dieser Veranlassung wird E. vorderst auf den Unterschied zwischen der Deckung der Dächer mit Schiefeln und mit Geln aufmerksam gemacht, und Ihr zur Nachachtung Abschrift der in dieser Beziehung die Reg. zu Magdeburg erlassenen Verf. v. 26. März v. J. (Anl. a.) zugefertigt, in welcher die Fälle nicht dieselbe gewerbliche Qualifikation erforderlich ist.

Was das Gewerbe der Tüncher anlangt, so ist das Anstreichen der Häuser und nern Räume derselben mit Farbe überhaupt keine Arbeit, welche nur geprüften M. vorbehalten wäre. Sofern sich die Tüncher in dortiger Gegend aber hertömmlich auch dem auch mit dem Bemern und Abputzen beschäftigen, werden sie nach §. 101. Gewerbe-Polizei-Gesetz als Maurer-Gildarbeiter zu betrachten sein.

Anl. a.

Obgleich die Verf. des ehemaligen Handels-Min. v. 10. Okt. 1818 (N. S. 905.) auf welche die R. Reg. in Ihrem Ver. v. 21. v. M. Bezug nimmt, in einem Spezialfalle ergangen ist, und dabei nicht die Absicht vorgekalkt hat, den Betrieb Dachdecker-Gewerbes, je nachdem Ziegel oder Schiefer angewendet wird, verschiedenen Bedingungen zu unterwerfen, so schreibt doch die Instrukt. v. 28. Juni 1821 (N. S. 508) ausdrücklich der Maurergesellen ausdrücklich vor, was sie von der Dachdeckung befolgen sollen, und spricht nur von Ziegeldächern. Daß kein Grund vorhanden sei, von Dachdecker, wenn er nicht zugleich Maurer ist, weniger zu verlangen, als von diesen in Beziehung auf die Dachdeckung verlangt wird, daß also das Dachdecker-Gewerbe nichtlich des Nachweises der Qualifikation den Vorschriften der erwähnten Instrukt. unterworfen erachtet werden muß, erscheint hiernach unbedenklich; dagegen ist es unstatthaft, eine ausdehnende Erklärung des §. 4. derselben dahin zu geben:

daß auch für Dachdeckung mit Schiefer eine besondere Qualifikation nachgewiesen werde.

Auch würde eine solche Festsetzung ihren Zweck verfehlen, da die Absicht nur dahin geht, gemeine Gefahr durch ungeschickten Gewerbebetrieb abzumenden, welche zwar im Herabfallen der Ziegeln eintreten, aber bei Anwendung von Schiefeln zur Deckung anerkannt werden kann.

Die R. Reg. hat daher hiernach zu verfahren.

Berlin, den 26. März 1836.

Min. d. J. für O. Ang.

Bern. für G., Fabrik. und B.
Rother.

v. Brenn.

(N. XXI. 246. — 1. 2. 46.)

ß) Gewerbe der Verfertigung und Aufstellung von Blitzableitern ²⁾).

1) Publ. der R. Reg. zu Breslau, v. 17. Nov. 1820.

Die Anlage der Blitz-Ableiter steht unter polizeilicher Leitung, und es darf Niemand gestattet werden, dergleichen zu fertigen und bei Thürmen, Häusern und Gebäuden anzubringen, ohne daß derselbe den Besitz der dazu erforderlichen Kenntn. durch ein Qualifikations-Attest der unterzeichneten Reg. nachweisen kann.

Die R. Kreis-Landräthe, Polizeibehörden und Distrikt-Baubeamten haben ihre besondere Aufmerksamkeit zu richten 2c. (N. IV. 870. — 4. 88.)

2) R. des R. Min. des J. u. d. P. (v. Schudmann) v. 22. Sept. 1837 an die R. Reg. zu Oppeln.

¹⁾ Den Inhalt dieses R. (v. 10. Okt. 1818) machen auch bekannt:

a) die Reg. zu Magdeburg durch Publ. v. 10. Nov. 1818. (N. II. — 4. 101.)

b) die Reg. zu Liegnitz durch Publ. v. 30. Nov. 1818. (Geinze, Bau-Gesetz, S. 27.)

c) die Reg. zu Oppeln durch Publ. v. 27. Febr. 1824. (N. VII. — 1. 153.)

²⁾ Vergl. §. 45. der Gew. D., s. oben S. 423.

Obgleich der §. 94. des Gewerbe-Pol.-Ed. v. 7. Sept. 1811 der Verfertigung und Aufstellung von Blikableitern nicht specicll erwähnt, so wird sich doch daraus das, von R. Reg. nach Ihrem Ver. v. 3. d. M. beabsichtigte Verbot herleiten, und durch die derselben angeführten Umstände, so wie durch feuerpolizeiliche Rücksichten füglich bekräftigen lassen.

Da jedoch nicht sowohl die Verfertigung, als vielmehr die Aufstellung der Blikableiter, dem Gemeinwesen nachtheilig werden kann, so wird der näheren Erwägung der R. Reg. anheim gegeben, ob es nicht hinreichen dürfte, die Verordnung darauf zu beschränken, daß die Aufstellung der Blikableiter, in Gemäßheit der Bestimmung des A. L. R. I. Tit. 8. §. 66. von der hervorgegangenen specicllen Genehmigung der Orts-Polizeibehörde abhängig gemacht wird, und letztere verpflichtet werden, die gedachte Genehmigung nur in soweit zu ertheilen, als durch ein Attest des Kreis-Bau-Inспекtors nachgewiesen worden, daß sich gegen die Zulässigkeit der Aufstellung nichts zu erinnern findet.

Den Bauherren und Gewerks-Baumeistern, welche ohne besondere Erlaubniß der Polizeibehörde Blikableiter anlegen möchten, würde nach §. 70. I. c. des A. L. R. die Polizeistrafe von 5 — 10 Rthlr. angedrohen sein. (A. XI. 730. — §. 84.)

3) E. R. der R. Reg. zu Breslau v. 24. Dec. 1843 an die R. Land-
e.

Erw. ac. erhalten in Folge des unterm 9. Okt. d. J. erstatteten Ver. hierdurch zur Ansicht, wie die Prüfung der Blikableiter-Verfertiger nicht zu den Dienstobliegenheiten Baubeamten gehört, indem das H. des Herrn Finanz-Min. v. 31. März 1830 (12933) bestimmt:

„Nach §. 80. Thl. I. Tit. 8. des A. L. R. dürfen übrigens Blikableiter an Gebäuden nur nach vorgegangener Erlaubniß der Polizeibehörde und nach der von dieser zu ertheilenden Anweisung angelegt werden, und letztere hat es daher stets in der Hand, der aus der ungeschickten Anfertigung, besonders aber der fehlerhaften Aufstellung derselben, dem gemeinen Wesen drohenden Gefahr dadurch vorzubeugen, daß sie den Konsens zur Errichtung derselben nicht eher ertheilt, bevor sie sich von der Unsicherheit und Zweckmäßigkeit der Anlage die erforderliche Ueberzeugung verschafft hat. Dies ist auch überhaupt um so angemessener, als es sich bei diesen Anlagen um Benutzung der Fortschritte in den Naturwissenschaften handelt, die Qualifikation des Handwerkers hier mithin nicht, wie bei den Bauhandwerkern durch eine Prüfung, für seine Lebenszeit dahin festgestellt werden kann, daß gemeine Gefahr durch ihn nicht zu besorgen ist.“

Nach liegt die Ertheilung der Erlaubniß zur Anfertigung von Blikableitern den Polizeibehörden ob, wonächst die Verf. v. 27. Sept. 1843, soweit sie die Prüfung der Blikableiter-Verfertiger durch die Baubeamten betrifft, hiermit außer Kraft gesetzt wird.

(Min. Bl. d. I. B. 1843, S. 328. Nr. 444.)

7) In Betreff der Befugniß zur Ausübung des Geschäfts des Ofen-
sekers bemerkt das Ed. v. 7. Sept. 1811 über die polizeil. Verhältnisse der Gewerbe im §. 102.:

„Jedem Maurermeister ist auf den Grund seines Gewerbescheins gestattet, Ofen zu setzen. Gleiches Recht haben diejenigen, welche bisher schon als Töpfermeister dazu befugt waren. Wer aber von nun an als Töpfer oder Ofenfabrikant sich auch auf seinen Ofenbeschein das Recht erwerben will, Ofen zu setzen, muß sich dazu durch einen Erlaubnißschein der Kreisbaubedienten legitimiren.“ (G. S. 1811, S. 273.)

Mit Bezug hierauf ist das Publik. der R. Reg. zu Breslau v. 26. Febr. 1845 ergangen.

Es sind mehrere Fälle vorgekommen, daß neu etablirte Töpfermeister und Ofen-
seker das Geschäft des Ofensekers in Ausführung gebracht haben, ohne sich dazu nach der Vorschrift des G. v. 7. Sept. 1811 über die polizeilichen Verhältnisse der Gewerbe, durch einen Erlaubnißschein des Kreis-Baubeamten legitimiren zu können.

Es wird daher hierdurch in Erinnerung gebracht, daß die sich neu etablirenden Töpfer oder Ofenfabrikanten, welche zugleich das Geschäft des Ofensekers betreiben wollen, mit Anmeldung des Gewerbes zugleich einen Erlaubnißschein des Kreis-Baubeamten einlegen haben, worauf in dem Gewerbe-Anmeldungschein bemerkt werden muß, daß die Befugniß habe, Ofen zu setzen.

Die Gew.O. v. 17. Jan. 1845 enthält keine Vorschrift, wonach es für Ofenseker einer besonderen polizeilichen Erlaubniß bedürfte. Hiernach würde also obige Bestimmung des Ed. v. 7. Sept. 1811 für aufgehoben zu erachten sein.

Derjenige Töpfer oder Ofenfabrikant, welcher den gedachten Erlaubnißschein beibringt, ist auch nicht befugt, Oefen zu setzen.

Die Bau-Inspektoren haben nur denjenigen Töpfermeistern und Ofenfabrikanten Erlaubnißscheine zum Oefensetzen zu geben, die von ihnen gehörig geprüft worden und gezeigt haben, daß sie alle Arten von Oefen zu setzen und das Geschäft in jeder Weise verstehen, auch mit den Bau-Polizeivorschriften, wegen Feuersicherheit, gehörig sind. (A. XVIII. 865. — 3. 150.)

IV. Bestimmungen über die Qualifikation der Baumeister, bezw. wie ihre Berechtigung zur eigenen Ausübung der Bauhandwerke.

1) Nach §. 44. der Gew.-O. v. 17. Jan. 1845 (s. oben S. 423.) sollen Baumeister, welche aus der Leitung von Bau-Unternehmungen ausscheiden wollen, ein Prüfungszeugniß der Ober-Bau-Deputation erhalten. Die letztere ist indeß durch den Allerb. Erlaß v. 14. Jan. 1850, (s. oben S. 423.) aufgelöst und es sind deren Geschäfte, insbesondere die Baupolizeibefugnisse, auf die Abtheilung für das Bauwesen im k. u. k. u. öffentl. A. übertragen worden. Nach §. 6. a. a. O. ist, an der Bauabtheilung, im Min. für k., k. u. öffentl. A. eine technische Bauabtheilung errichtet, zu deren Geschäftskreise unter Andern auch die sämtlichen Prüfungen der Bauführer und Baumeister gehören, über deren Ausfall sie an das vorgesezte Min. für k., k. u. öffentl. A. zu berichten hat.

Hiernach sind die Prüfungszeugnisse der Baumeister für das k., k. u. öffentl. A., beziehungsweise der technischen Bau-Deputation, zu erteilen.

Vergl. das Geschäfts-Regl. für die k. technische Bau-Dep. v. 2. 1850 (insbesondere bezüglich des Verfahrens bei den Prüfungen).

(Min. Bl. d. I. B. 1850. S. 34. Nr. 58., s. oben S. 39 ff.)

2) Die V. v. 9. Febr. 1849, betr. die Errichtung von Gewerbebetrieben, disponirt im §. 25.:

Baumeister sind nicht befugt, bei der Leitung von Bauunternehmungen diejenigen Handwerke, für welche sie das Befähigungszeugniß der Regierung nicht besitzen, oder den im §. 23. vorgeschriebenen Nachweis der Befähigung nicht führen haben, ohne Zuziehung geprüfter Meister ausführen zu lassen.

(G. S. 1849. S. 99.)

Mit Bezug hierauf ist das (nachstehende) mittelst C. R. des k. u. k. u. öffentl. A. (v. d. Gehdt) v. 11. Febr. 1851 sämtl. Reg. zur Kenntnisnahme mitgetheilte, M. desselb. Min. v. 23. April 1849 an den Privatmeister N. ergangen:

Zu den im §. 25. der V. v. 9. Febr. d. J. genannten »Baumeistern« gehören, nach Ihrer Eingabe v. 9. d. M. erwiedert wird, allerdings auch die Privat-Baumeister. Es ist jedoch im §. 23. a. a. O. die Zuziehung geprüfter Handwerksmeister nicht, wie Sie in Ihrer Eingabe voraussetzen, bei allen Bauarbeiten, sondern nur bei denjenigen Handwerken, für welche sie das Befähigungszeugniß der Regierung besitzen, oder den im §. 23. a. a. O. vorgeschriebenen Nachweis der Befähigung nicht führen haben, zur Pflicht gemacht. Auch finden die beschränkenden Bestimmungen §. 25. a. a. O., welchen nach dem im §. 15. der Gew.-O. v. 17. Jan. 1845 ausgesprochenen Grundsatz eine rückwirkende Kraft nicht beizulegen ist, auf den Gewerbebetrieb vor Verkündung der V. v. 9. Febr. d. J. geprüften Privat-Baumeister keine Anwendung, als diese, durch Ablegung der Prüfung nach §. 24. der Prüfungs-Verordnung v. 8. Sept. 1831, die Befugnis zum gleichzeitigen Betriebe mehrerer Baugewerbe erlangt haben. (Min. Bl. d. I. B. 1851. S. 98. Nr. 108.)

3) In Betreff der Befugnis k. u. k. Baubeamten und Jagd-Offiziere zur Ausführung öffentlicher Bauten ohne Zuziehung Handwerksmeister disponirt das (nachstehende) M. der k. u. k. u. d. A. (v. Rochow) u. d. K. (Gr. v. Alvensleben) v. 24. März 1841 Mag. zu Spandau und abschriftlich an die k. Reg. zu Potsdam.

Dem Mag. eröffnen wir auf die Vorstellung v. 1. Dec. d. J., daß die im

über vorgetragene Beschwerde, wegen der bei den bortigen Festungsbauten angeblich vorhandenen Nichtbeachtung der zwischen den Maurermeistern und Gesellen bestehenden Entwürfe, durch die Eröffnung des K. Kriegs-Min. an die Kommandantur in Spandau der abschriftlich eingereichten Verf. v. 30. Mai v. J. bereits ihre Erledigung gegeben hat.

Die von dem Mag. beantragte Vermittelung beim K. Kriegs-Min. zu Gunsten der Meister eintreten zu lassen, können wir uns jedoch nicht veranlaßt finden, weil die K. Ingenieur-Offiziere bei Ausführung der ihnen übertragenen Festungsbauten so, wie die K. Baubeamten bei den von ihnen auszuführenden Bauten, befugt sind, Arbeiten unter ihrer Leitung durch Gehülfen ausführen zu lassen, ohne daß sie einen zuruziehen brauchen; als auch solche Gehülfen zur Uebernahme von Afford-Arbeiten bei den Festungsbauten berechtigt sind, ohne daß es dabei der Zuziehung eines Meisters bedarf, wenn diese Arbeiten nur unter Leitung und Kontrolle der Ingenieur-Offiziere verrichtet werden, denn in diesem Falle läßt sich nicht behaupten, daß der Gehülfe die selbstständig verrichtet.

Hiernach können wir uns mit der dem Mag. von der Reg. zu Potsdam ertheilten v. 5. Okt. v. J. (Anl. a) nur einverstanden erklären.

Anl. a.

Wir eröffnen dem Mag auf den Ver. v. 1. Aug. c., wie es kein Bedenken leidet, die K. Fortifikation als technische Behörde und der dazu bestellte Platz-Ingenieur Offiz. wie die Staats-Baumeister und wie die Architekten, zu den von ihnen auszuführenden Bauanlagen Maurergesellen ohne Zuziehung von Handwerksmeistern annehmen schäftigen können; und wir finden in dieser Hinsicht gegen die Erklärung des Allgem. Depart. im K. Kriegs-Min. v. 30. Mai c. in der Sache nichts zu erinnern.
Potsdam, den 5. Okt. 1840.

K. Reg. Abth. des J. Böttger.

In den Magistrat zu Spandau.

(Min. Bl. d. i. B. 1841. C. 70, Nr. 102)

V. Ausführung von Bauten durch ausländische Bau-Handwerker und Qualifikation-Nachweis derselben.

1) R. der Pol. Dep. der K. Reg. zu Liegnitz v. 7. Nov. 1815.

Es ist bei einem K. Min. der F. und des H. angefragt worden, ob denjenigen ausländischen Maurern und Zimmerleuten, welche in ihrem Wohnorte im Auslande zum ihres Gewerbes für eigne Rechnung befugt sind, die selbstständige Ausübung desselben in den K. Preuß. Staaten ohne nähere Prüfung ihrer Geschicklichkeit und technischer Fähigkeit ebenfalls gestattet werden könne. Da, wenn dieses geschehen sollte, die in v. 7. Sept. 1811 wegen des Nachweises der Qualifikation der Bauhandwerker erlassenen Vorschriften, deren Ausführung sehr wichtig ist, in vielen Fällen auch von Umgehungen, also den Gewerbetreibenden dieser Klasse, welche die Forderungen des Gesetzes erfüllt haben, Veranlassung zu mannigfachen Beschwerden gegeben, und die Sicherheit des Publikums durch die ungeschickte und nachlässige Ausführung von Bauten gefährdet würde, so ist die Vorbescheidung von dem Min. des J. dahin erfolgt, daß ausländische Maurer und Zimmerleute zum selbstständigen Gewerbebetrieb in den preuß. Staaten sich allerdings der Tüchtigkeits-Prüfung zu unterwerfen gehalten.

Es ist auch um so nöthiger, die im Gefolge jenes Ed. erlassenen Prüfungs-Anstr. Befestigung des selbstständigen Gewerbebetriebes auch gegen alle fremde Baumeister, ohne Unterschied, zur Anwendung zu bringen, weil es bei diesen, im Fall der Ausführung eines polizeil. Nachtheils erzeugenden Schadens, schwieriger ist, die gesetzl. Anordnungen zu verfügen, als bei Inländern.

Doch ist nachzugeben beliebt worden, daß die in Bezug auf die Prüfungen nachgeordneten Modifikationen auch zu ihren Gunsten eintreten, und diejenigen Maurer und Zimmerleute des Auslandes, deren Geschicklichkeit öffentlich anerkannt und durch völligste Atteste über die zweckmäßige Ausführung von Bauwerken größerer Art nachgewiesen ist, von der Ausführung der sogenannten Meisterbauten befreit werden dürfen. Grundsätzlich müssen dieselben alsdann aber, sowohl in Hinsicht auf die Konstruktion Berechnung und Veranschlagung der Gebäude, geprüft werden zc.

(Samm. der Preuß. Baupolizei-Gesetze zc., S. 21.)

R. der K. Reg. zu Reichenbach v. 14. Juli 1819.

Es ist einem an die K. Reg. in Potsdam erlassenen R. des Min. der Fin. und des J. v. 1815, ist bestimmt worden, daß die in Folge des Ed. v. 7. Sept. 1811 erlassenen Prüf.-Anordnungen, wegen des von Bauhandwerkern beabsichtigten selbststän-

bigen Betriebes ihres Gewerbes, auch gegen alle ausländischen Bauhandwerker unterschied derselben in Anwendung gebracht werden sollen, weil es bei diesen, im Fall Veranlassung eines, polizeiliche Nachtheile erzeugenden Schadens schwieriger ist, die iltche Strafe zu verfügen, als bei den Inländern. Doch soll erlaubt sein, daß die, in auf die Prüfungen, nachgegebenen Modifikationen, auch zu ihren Gunsten eintreten diejenigen Maurer und Zimmerleute des Auslandes, deren Geschicklichkeit allgemein kannt, und durch völlig glaubhafte Atteste über die zweckmäßige Ausführung von werken größerer Art nachgewiesen ist, von der Ausführung der sogenannten ~~Werk~~ befreit werden dürfen.

Um so gründlicher müssen daher dieselben alsdann sowohl in Hinsicht auf die struktion, als in Berechnung und Veranschlagung der Gebäude geprüft werden.

(a. a. O., S. 32.)

3) R. der R. Min. des J. für Gew. Ang. (Beuth) u. d. K. (v. Leben) v. 12. Aug. 1837 an die R. Reg. zu Oppeln.

Der Reg. wird auf den Ver. v. 18. Juni d. J. über die Beschwerde der und Zimmermeister N. N., zu welcher denselben die Ausführung von Bauten durch reichliche Werkmeister-Gesellen und Handlanger, Anlaß gegeben hat, hiermit eröffnet.

Hinsichtlich der Zulassung Oesterreichischer Bauhandwerker zum selbstständigen werbebetriebe im diesseitigen Gebiete, ist zwischen dem Gewerbebetriebe im Umherziehen dem stehenden, zu unterscheiden.

Zu dem erstern, welcher dann stattfindet, wenn jene Handwerker Arbeit suchen unbestellte Arbeiten ausführen, sind sie nach §. 12 des Hausr.-Regul. v. 28. Apr. von der R. Reg. überhaupt nicht zu verstaten, da die Bauhandwerker nicht zu den bezeichneten Dienstleistungen, wofür auch Ausländern in der Regel Gewerbebeschein werden dürfen, gehören, und die im fraglichen §. 12 gedachten Ausnahme-Fälle vorliegen.

In allen andern Fällen, namentlich auch dann, wenn die Oesterreichischen handwerker auf Bestellung Bauarbeiten ausführen, ist deren Gewerbebetrieb als st zu betrachten. Zu diesem können sie nur dann zugelassen werden, wenn sie die meinen Erfordernissen für den stehenden Betrieb der Baugewerbe genügen. Hierzu da die Bauhandwerke zu den ehemals städtischen Gewerben zu zählen sind, beim in einer Stadt, nach §. 15 der St. O. v. 10. Nov. 1808 die Erlangung des Bürger indem dieses Erforderniß nach §. 1 des Ed. v. 7. Sept. 1811 auch gegenwärtig i Kraft ist. Was aber den Begriff auf dem Lande anlangt, so setzt der stehende Gewerbe immer einen bestimmten Ort voraus, der als Sitz desselben anzunehmen ist, und dem der Gewerbetreibende seinen Wohnsitz hat. Es müssen daher auch die Oester schen Bauhandwerker, wenn sie diesseits ihr Gewerbe betreiben wollen, einen best festen Wohnsitz im Inlande nachweisen, in welchem sie zu den Staats- und Kom lasten, gleich den Inländern, beizutragen haben. So lange dieser Nachweis nicht ist, muß ihnen auch der Gewerbebetrieb verjagt werden.

In Ansehung des Nachweises der technischen Qualifikation müssen dieselben Erfordernisse der Prüfung ebenso genügen, wie die Inländer, da in Oesterreich Staatsprüfung nicht besteht. Ueberhaupt ist auch aus der Bemerkung in der 16. Sept. 1822,

daß ausländische Bauhandwerker nur dann ohne Prüfung zugelassen werden neu, wenn in dem Staate, aus welchem sie herüberziehen, eine ähnliche besteht, wie diesseits, und sie darüber, solche bestanden zu haben, vorzulegen Zeugnisse beibringen,

nicht herzuweisen, daß auswärtige Bauhandwerker, welche diesseits zum Gewerbe verstatet werden, grundsätzlich von einer weiteren Prüfung zu dispensiren seien, in im Auslande bereits eine Staatsprüfung bestanden haben, indem es immer auf die letzteren, sowie besonders darauf ankommt, ob diesseitigen Unterthanen in dem betref fenden auswärtigen Staate eine gleiche Erleichterung zu Theil werde.

Daß den Oesterreichischen Gesellen und Handlangern die Beschäftigung auf diesseitigem Gebiet nicht zu versagen sei, ist von der R. Reg. ganz richtig worden.

Dieselbe wird beauftragt, die Bittsteller nach den obigen Prinzipien mit Be versehen. (A. XXI. 1089. — 4. 205.)

4) Die allgem. Gewerbe-D. v. 17. Jan. 1845 disponirt in dieser hnung im §. 18, daß Ausländer, sofern nicht durch Staatsverträge ander res bestimmt ist, nur mit Erlaubniß der Preuß. Ministerien im Preuß. ein stehendes Gewerbe betreiben dürfen. Dagegen soll, nach §. 20 a. a. O.

be des Bürgerrechts die Zulassung zum Gewerbebetriebe in keiner
bei seinem Gewerbe mehr abhängig, hierdurch aber nichts in der
ng zum Erwerbe des Bürgerrechts geändert sein. (G. S. 1845. S. 44.)
Bedingte Befugniß der Meisterwittwen der Bauhandwerker zur
des Gewerbes.

. der K. Reg. zu Breslau v. 27. Dec. 1809.

inem R. des Min. des J. v. 30. v. M. ist festgestellt worden, daß den Schorn-
Maurer- und Zimmermeister-Wittwen fernerhin die Fortsetzung der von ihren
Ehemännern betriebenen Professionen nicht gestattet werden soll: indem es
werbe eines Schornsteinfegers, in Beziehung auf allgemeine Feuersicherheit,
ch auf die persönlichen Kenntnisse und Betriebsamkeit eines dergl. Meisters
id daher bei den Umständen einem sogenannten Meister-Gesellen nicht allein
erden kann.

o verhält es sich auch bei dem Gewerbe der Maurer und Zimmerleute: da es
rgleichen lediglich auf persönliche Geschicklichkeit und ganz genaue mit Gewissen-
knüpfte Kenntniß, wie Gebäude ganz feuersicher zu bauen, ankommt zc.

ic's Preuß. Baupolizei-Gesetz, S. 14.)

ubl. der K. Reg. zu Gumbinnen v. 21. Oct. 1823.

einer Entscheidung des K. Min. des J. soll den Meister-Wittwen der Bau-
welche einer Kunst angehören, die in den Gewerbe-Privilegien festgestellte
zur Fortsetzung des Gewerbes in dem Falle auch ferner belassen werden,
en Werkmeister annehmen, welcher die Qualifikation zum selbstständigen Ge-
e nachgewiesen hat. Im andern Falle darf den Wittwen aber nach §. 94 des
ilzengesetzes die Fortsetzung des Gewerbes nicht gestattet werden.

II. 974. — 446. 1.)

ie allgem. Gewerbe-D. v. 17. Jan. 1845 §§. 61 und 62 disponirt
ziehung:

Die Befugnisse zum Gewerbebetriebe können durch Stellvertreter ausgeübt
e müssen jedoch nicht nur den für den selbstständigen Gewerbebetrieb im Allge-
ern auch den für das in Rede stehende Gewerbe insbesondere vorgeschriebenen
n genügen.

Nach dem Tode eines Gewerbetreibenden darf das Gewerbe für Rechnung
während des Wittwenstandes, oder, wenn minderjährige Erben vorhanden
en Rechnung durch einen nach §. 61 qualificirten Stellvertreter betrieben wer-
n die über den Betrieb einzelner Gewerbe bestehenden besonderen Vorschriften
deres anordnen. Dasselbe gilt während der Dauer einer Kuratel oder Nach-
g. (G. S. 1845, S. 53.)

Befugniß der Bauherren zur eigenen Ausführung von Bauten.

K. Min. des J. u. d. P. (Beuth) v. 12. Aug. 1830 an die K. Reg.

. Reg. findet, wie Ihr auf den Ver. v. 28. v. M. eröffnet wird, die gewünschte
wegen der Befugniß zur Ausführung von Bauten, sowohl in dem G. R. des
u. d. J. v. 19. Aug. 1821¹⁾, als in den Vorschriften des A. R. I. 8. §. 69,
3. 236. 243. II. 20. §§. 768. 769. 770 u. 1539.

iben gemäß, ist nur derjenige bezeugt, für sich selbst, oder zum eignen Gebrauch,
auszuführen, der entweder die Qualifikation besitzt, oder bei der Bauausfüh-
sch auf solche Arbeiter beschränkt, aus deren schlechter Verrichtung kein Nach-
en Dritten, oder für das gemeine Wesen entstehen kann²⁾.

IV. 639. — 3. 96.)

. Vorschriften in Betreff der sogenannten Flick-Arbeiter. (Vergl.
ew. Vol. Ed. v. 7. Sept. 1811, oben S. 423.)

l. des K. Min. für J. u. G. (v. Bülow) v. 15. April 1825 an die
u Erfurt. Arten der Flickarbeiten, welche durch ungeprüfte Zimmer-
gt werden dürfen.

R. (A. XI. S. 1017) bestimmt, daß der Eigenthümer eines Grundstücks nur
befugt ist, sich selbst ein Haus aufzuführen, wenn er zuvor seine Qualifikation
erwiesen hat.

l. auch das R. v. 19. Aug. 1830 (A. XIV. 638. — 3. 97.) wegen Anwendung
i R. für den Reg. Bez. Bromberg (oben S. 442 ff.).

Bau-Polizei. 2. Aufl.

Der R. Reg. wird auf Ihre Anfrage v. 19. v. M., ob und unter welchen gen und Einschränkungen auch den ungeprüften Zimmerleuten die Besorgung arbeiten zu gestatten sei? anlegend sub Lit. a. und b. Abschrift zweier G. B. und 21. Juni 1814 an sämmtl. damalige Reg. mit dem Auftrage zugesertigt, Inhalt Ihrerseits ebenfalls zu verfahren ¹⁾).

Anl. a.

In dem Ed. v. 7. Sept. 1811 über die polizeilichen Verhältnisse der G. zwar bei Bewilligung der Gewerbescheine auf Maurerfildarbeiten die Zimm nicht ausdrücklich erwähnt, sie ist aber auch dort nicht untersagt.

Wenn nun aus Ueberschreitung der Grenzen der Zimmerfildarbeit bei n der Nachtheil erfolgen kann, als wenn ein Maurerfildarbeiter sich z. B. erla neue Feuerungen anzulegen, so finden wir kein Bedenken, auf den Ber. der A schen Reg. Poliz. Dep. v. 8. v. M. die Ertheilung der Gewerbescheine an fildarbeiten hierdurch nachzugeben, doch ist diese auf nachfolgende Gegenstä schränken:

- 1) auf Reparatur der Dachlaten,
- 2) desgleichen auf schon vorhandenen Fußböden, ja selbst Legung von Fu
- 3) auf Anfertigung von Thüren und Fensterladen,
- 4) desgleichen von Treppen vor den Häusern in kleinen Städten und auf Lande,
- 5) auf Reparatur von Stacket- und Brettergäunen,
- 6) auf Anfertigung und Reparatur einzeln stehender kleiner Ställe un landwirthschaftlicher Behälter, und
- 7) auf Reparatur von Brücken und deren Geländer.

Die Ausführung neuer Stacket- und Brettergäune an Stellen, wo noch handen waren, wird ausgenommen, weil wegen der Grenzgerechtigkeit in d besondere Vorschriften stattfinden, welche den Zimmerfildarbeitern unbefai möchten. In Absicht der Prüfung der erforderlichen Eigenschaften zur Zimm ist es wie bei der Maurerfildarbeit zu halten. Es muß nämlich in Folge 7. Sept. 1811 §. 101 vor Bewilligung des Gewerbescheins ein Attest des R blienten und die für Maurer in der G. wegen Prüfung der Bauhandwerker t 1812 §. 12 angeordnete Nachweisung erfordert worden, daß der Fildarbeiter zwei Jahre bei einem oder mehreren geschlich geprüften Meistern zu deren 3 gearbeitet habe.

Berlin, den 3. Mai 1814.

Dep. für G. u. H. im Min. d

Anl. b.

Auf den Ber. der R. Pommerischen Reg. Polizei Dep. v. 26. v. M., wor angeführten Umständen hierdurch genehmigt, daß die Zimmerfildarbeiter auch tung neuer Brettergäune und Stackete berechtigt gemacht werden können.

Berlin, den 21. Juni 1814.

Dep. für G. i

(A. X. 1129. — 4. 136.)

2) R. des R. Min. des J. u. d. P. (v. Schudmann) v. 31. J an die R. Reg. zu Magdeburg. Zimmer- und Maurerfildarbeiter dñ Gesellen halten ²⁾).

Auf den Ber. v. 24. v. M. wird der R. Reg. zum Bescheide ertheilt, da nannten Fildarbeitern im Zimmer- und Maurer-Gewerbsbetriebe die Befugni zu halten, nicht eingeräumt werden kann, ja, daß es; nach der Disposition bei

¹⁾ Der Inhalt der R. v. 3. Mai und 31. Juni 1814 wird von mehreren besondere, im Wesentlichen gleichlautende und die erwähnten R. nur wi Publ. bekannt gemacht, weshalb deren Abdruck nicht erforderlich ist. folgende Publ.:

a) der Reg. zu Reichenbach v. 16. Mai 1817. (A. I. 243. —
b) der Reg. zu Magdeburg v. 11. Sept. 1817. (A. I. 59. — 3
c) der Reg. zu Königsberg v. 24. Febr. 1818. (A. II. 146. —
d) der Reg. zu Merseburg v. 2. Okt. 1820. (A. IV. 531. — 3
e) der Reg. zu Münster v. 21. Okt. 1823. (A. VII. 977. — 4.

²⁾ Die allgem. Gew. O. v. 17. Jan. 1845 ertheilt im §. 125 nur denjenige die Befugniß, Gehülfen und Gesellen zu halten, welche ein stehende selbstständig betreiben. (G. G. 1845. S. 64.)

h. v. 7. Sept. 1811 §. 101 nicht einmal nothwendig scheint, diesen Arbeitern beson-
 derer Erlaubnis zu erlauben. (N. XI. 210. — 1. 114.)

b) R. d. R. Min. des J. u. d. B. (Köhler) v. 2. April 1827 an die R.
 u. Königsberg. Qualifikation als Maurerflidarbeiter und Beaufsichtigung
 en durch die Meister.

c. Die R. Reg. hat den Denuncianten zu bedeuten, daß wenn er sich mit Maurer-
 arbei beschäftigen wolle, er sich dazu, nach §. 101 des Ed. v. 7. Sept. 1811 bei der
 Bau-Kommission qualificiren müsse. Die Erlaubnis zu dergleichen Arbeiten ist
 nicht zu erschweren, und kommt es dabei nur auf die persönliche Fähigkeit des
 Arbeitenden an.

in keinem Falle kann ein bloßes Attest eines Meisters jenes Zeugnis des Kreis-
 meisters vertreten, und den Meister berechtigen, sich der Aufsicht und der Verantwort-
 lichkeit den Gesellen übertragenen Arbeiten zu entziehen, und den sogenannten Mei-
 stergroschen, ohne Etwas dafür zu leisten, als eine bloße Steuer zu erheben.

(N. XI. 209. — 1. 113.)

in dieser letzteren Beziehung bemerkt auch das R. des R. Min. des J.
 u. d. B. (Köhler) v. 4. Febr. 1829 an die R. Reg. zu Königsberg.

Die R. Reg. wird angewiesen, die Behauptung des N. N., daß der Maurermei-
 ster seinen zur Ausführung des Schornsteins hergegebenen Gesellen N. N. bei der
 Ausführung wenig kontrollirt habe, daß der Bau verzögert, und der Schornstein schief auf-
 gestanden, und daß der N. N. auf Anrufen des Bauherrn nicht auf dem Bau erschie-
 nen, näher untersuchen, und nach Befinden rügen zu lassen, indem es den Meistern
 nicht gestattet werden kann, den Meistergroschen von den Gesellen zu beziehen,
 um die Arbeit derselben zu bestimmen. (N. XIII. 164. — 1. 87.)

c) In Betreff der Mühlenflidarbeiter¹⁾.

d) E. R. des R. Min. des J. u. d. B. (v. Bülow) v. 20. Mai 1824 an
 die R. Reg.

Die Erfahrung lehrt, daß nur wenige Individuen sich der Prüfung als Mühlen-
 erfertiger unterwerfen, weil die meisten den Bestimmungen der beschlossenen Instr.
 vom 1. Juni 1821 nicht genügen können, und daß, da von den Mühlenbesitzern nur eine
 Zahl mit der Konstruktion der Mühlen technisch bekannt ist, sie aber nach der jetz-
 igen erblichen Verfassung, Reparaturen an einzelnen Theilen selbst zu besorgen oder zu
 beauftragen haben, der Mangel an solchen Subjekten, welche die letztere zu machen
 und zugleich berechtigt sind, fühlbar wird.

Um diesem Uebelstande abzuhelpen, ist beschlossen worden, unter gewissen Modifi-
 kationen ungeprüften Müller-Gesellen die Erlaubnis zum Betrieb von Flidarbeiten zu
 ertheilen.

Vergl. das R. des R. Min. des J. v. 28. April 1827, daß die Bestrafung von
 Mühlenbau-Kontraventionen durch das Amtsbl. zur öffentl. Kenntniß zu bringen.
 (N. XI. 456. — 2. 116, vergl. Th. VI. des Verfes, Bd. 2. S. 596.)

Das Publ. der Reg. zu Potsdam v. 16. Juli 1824 wiederholt dies R. (v. 20. Mai
 1824) bis hierher wörtlich und fügt sodann hinzu:

•Sämmtlichen Landrätthen und Magisträten wird dies hierdurch mit dem Er-
 öffnen bekannt gemacht,

1) •daß unter Flidarbeiten nur

•die Verbesserung schadhafter

•oder

•die Ersetzung abgängiger Theile der einzelnen Räder des Mühlenwerks,

•z. B. Einsetzung von Triebstücken, Zähnen und Rämmen, sowie der Schau-

•feln und Radearme u. s. w.,

•in keinem Falle aber die vollständige Fertigung eines einzelnen Rades begrif-
 fen ist,

2) •daß nur solche Müllergesellen sich mit Flidarbeiten beschäftigen dürfen, welche

•zuvor durch das Attest eines geprüften Mühlenwerkmeisters nachzuweisen ver-

•mögen, daß sie wenigstens drei Jahre bei demselben zur Zufriedenheit gear-

•beitet haben.

•Die hiernach geeigneten Müllergesellen, welchen die Erlaubnis zum Betriebe
 von Flidarbeiten zu ertheilen sein wird, sind übrigens, als bloße Arbeiter um Lohn
 oder auf Bestellung, in Gemäßheit des §. 12. des G. v. 30. Mai 1820, der

Der K. Reg. wird dies hierdurch bekannt gemacht mit der Anweisung, jeden in Gewerbe-Steuerrolle zur Ausführung von Glidarbeiten (worunter nur:

die Verbesserung schadhafter oder die Ersetzung abgängiger Theile der rindhäder des Mühlwerks z. B. Einsetzung von Triebstücken, Zähnen und Rämmen so wie der Schaufeln und Radearme u. s. w.

in keinem Fall aber die vollständige Fertigung eines einzelnen Rades begriffen ist) aufnehmen zu lassen, welcher zuvor durch das Attest eines geprüften Mühlenmeisters nachzuweisen vermag, daß er wenigstens drei Jahre bei demselben zur Zufriedenstellung betriebl. (N. VIII. 578. — 2. 142.)

β) K. des K. Min. d. J. (v. Schudmann) v. 2. Jan. 1828 an K. Reg. zu Erfurt.

Die Bestimmung, wonach den Maurer- und Zimmerglidarbeitern die Befugnisse zu halten, von Gewerbepolizei wegen nicht zu gestatten, ist auch auf die zu Glidarbeitern berechtigten, geprüften Müllegesellen auszudehnen, und diesen, wie es nur ebenfalls die Annahme von Handlangern nachzulassen.

Hiernach ist die Verf. des vormaligen Min. d. J. v. 20. Mai 1824 zu befolgen (N. XII. 171—1. 79.)

5) In Betreff des Gewerbes der Tüncher (Anstreicher) vergl. das K. 12. Febr. 1837 (N. XXI. 246—1. 246) (oben S. 444.)

IX. Strafbestimmungen für Kontraventionen gegen die Vorsicht über die Ausführung von Bauten durch nicht qualifizierte Bauhandwerker.

1) K. der K. Min. des J. (v. Bülow) und des J. u. d. J. (v. Schudmann) v. 14. März 1825 an den Mag. zu Berlin, und zur Nachricht an dortige Polizei-Präs. Polizeistrafen für Bau-Pfuschereien.

Der hiesige Mag. hat in dem anl. Ver. auf die Bestimmung angetragen: daß die pfuschenden Gesellen der Bauhandwerker eine Polizeistrafe bestimmt werden möge.

Da auf den unbefugten Betrieb solcher Gewerbe, welche den Nachweis einer besonderen Qualifikation erfordern, die Gewerbesteuer-Estrafen nicht anwendbar sind, so daß Gewerbe in einem nicht steuerpflichtigen Umfange betrieben worden; die Festsetzung einer Polizeistrafe für dergl. bloß polizeiliche Gewerbe-Kontraventionen allerdings Bedürfnis.

Das K. Polizei-Präs. wird daher mit Bezug auf die Bestimmung des §. 1. Reg.-Instr. v. 23. Okt. 1817 und in Gemäßheit der, wegen dieses Gegenstandes früher in dem K. Staats-Min. stattgefundenen Verhandlungen hierdurch autorisiert, die in Rede stehenden Kontraventionen-Fälle eine Polizei-Strafe von Ein bis Fünf oder eine verhältnismäßige Gefängnisstrafe zu komminiren und event. festzusetzen. (N. IX. 240.—1. 160.)

2) K. des K. Min. des J. u. d. J. (v. Schudmann) v. 17. Dec. an die K. Reg. in Potsdam. Bauherren, welche Bauten durch nicht qualifizierte Bauhandwerker ausführen lassen, haben deshalb keine Strafe zu erwarten (verwirkt¹⁾).

Die K. Reg. führt in Ihrem Ver. v. 14. v. M., bei Wiederholung des Falles wegen Festsetzung einer Strafe für diejenigen Bauherren, welche sich anderer Bauhandwerker bedienen, Selbst an:

daß der §. 1535. Tit. 20. Thl. II. des A. L. R. (auf welchen in Verbindung mit §. 1539. ibid.²⁾ Sie sich berufen) keine Strafe festgesetzt habe, daß er

• Gewerbesteuer nicht unterworfen; doch hindert diese Glidarbeiter nichts, auch andere Gewerbe anzunehmen und zu halten, und dadurch steuerpflichtig zu werden. • (N. VIII. 911—3. 131.)

¹⁾ Das K. des K. Min. des J. u. d. J. (v. Kochow) u. d. J. (v. Alvensleben) v. 14. Mai 1841 an die Reg. zu Koblenz bemerkt ebenfalls: • Die Ansicht, daß eine Bestrafung des Bauherren, der sich unqualifizierter Bauhandwerker bedienen unstatthaft ist, ist die richtige. Als Kontravenienten sind vielmehr in diesem Sinne nur die Handwerker zu betrachten, welche Bauarbeiten verrichten, ohne dazu befähigt zu sein. • (Min. Bl. d. I. B. 1841, S. 135, Nr. 198.)

²⁾ Der §. 1535. I. c. schrieb vor, daß derjenige, welcher den §§. 1538—1554. beschriebenen Vorsichtsmaßregeln (wozu nach §. 1539. auch gehört, daß er sich zu Neubauten und Haupt-Reparaturen vereideter Werkmeister bedienen zuwiderhandelt, sich der in den besonderen Polizei-Verordnungen festgesetzten Polizeistrafen schuldig macht. — Der Tit. 20. Thl. II. des A. L. R. ist in der Einf. Gef. v. 14. April 1851 zum Strafrecht aufgehoben.

besondere B. hinweise; daß eine solche B. sich in der Gesetzgebung nicht auffinden lasse; daß nach Ihrer (der R. Reg.) Meinung, der Gesetzgeber dabei die Art. IV. seq. des Publ. Pat. zum N. L. R. vorbehaltenen Prov.-Gesetz-Bücher, die aber bis jetzt nicht erschienen sind, im Auge gehabt habe; und daß daher, in Ermangelung dieser von der obern Polizei-Behörde eine Strafe angeordnet werden müsse. Wenn man nun auch die Wichtigkeit der hierin enthaltenen Prämissen, welche jedoch aus erheblichen Einwendungen unterliegen, einräumen wollte, so ist doch die daraus folgende:

• daß die obere Polizei-Behörde eine Strafe anordnen müsse •

als richtig anzuerkennen; vielmehr würde nur höchstens so viel zu folgern sein, daß die obere Polizei-Behörde befugt sei, eine solche Strafbestimmung zu erlassen, und jedenfalls hier ein gleichförmiges Verfahren durch höhere Bestimmung haben eintreten, damit nicht in dem einen Reg. Bez. der Bauherr für dasselbe Vergehen strafbar für er es in dem andern nicht ist.

Im Allgemeinen erscheint aber eine Bestrafung der Bauherren, welche zur Ausführung eines Baues oder einer Haupt-Reparatur sich keiner qualificirten Handwerker, zur Erreichung des, vom Gesetz ausdrücklich bezeichneten Zwecks (Verhütung von Bränden), nicht nothwendig, weil die schon vorhandenen gesetzlichen Bestimmungen, nicht-approbirtes Bauhandwerker bei Strafe keinen Bau oder Haupt-Reparatur selbst ausführen dürfen, und daß die Bau-Unternehmer nicht ohne polizeiliche Erlaubnisse zugleich die nöthigen Sicherheits-Vorschriften enthält, und in der Ausführung sich kontrollirt wird, einen Bau ausführen lassen dürfen, vollkommen genügen.

Es versteht sich übrigens von selbst, daß zur Erleichterung der Bauten und Reparaturen und im Sinne der Gewerbefreiheit solche Arbeiten, welche gesetzlich von Glöckner verrichtet werden dürfen, der Ausführung durch approbirtes Bauhandwerker nicht genügen, und daß die Besitzer von Baualtflächen sie durch ihre Leute verrichten lassen, wenn sie das Geschick dazu haben, ohne sich eines Glöcknerarbeiters zu bedienen, da Befugnisse mit Rücksicht auf Baupolizei so festgestellt worden, daß keine Gemeinde aus ihrer Ungelehrlichkeit zu besorgen ist. (N. XII. 1087.—4. 120.)

Dazu:

1. des R. Min. des J. (Röhler) v. 16. Juni 1829 an den Mag. zu

Das Min. des J. kann in dem Ver. d. Mag. v. 26. v. M. keine Veranlassung die von allen Seiten wohl erwogene Bestimmung zurückzunehmen, welche die Bestrafung eines Bauherrn dafür, daß derselbe sich eines unqualificirten Bauarbeiters bedient, unzulässig erklärt; denn der Zweck wird vollkommen sicher erreicht, die Polizei-Behörde dafür Sorge trägt, daß kein Neubau- oder Haupt-Reparatur Erlaubnißschein, und daß eines und das andere den speziellen Bestimmungen dieses Erlaubnißscheins gemäß vorgenommen werde. Dies hat der Bauherr zu vertreten, auch wenn er sich vollkommen qualificirter Bauhandwerker bedient; und mehr kann und so weniger von ihm verlangt werden, als ihm die Beurtheilung der formellen Qualifikation der Arbeiter nicht zu überlassen ist, und anderer Seite die unqualificirten Handwerker, wenn sie unermögend sind, die verwirkte Geldstrafe zu entrichten, mit nicht belegt werden können. (N. XIII. 398.—2. 131.)

1) Die allgem. Gew. O. v. 17. Jan. 1845 bestimmt:

§. 176. Wer ohne vorgängige Anmeldung, oder nach erfolgter Untersagung eine Arbeit beginnt oder fortsetzt, hat, in sofern nicht die strengeren Strafen der §§. 177. und 180. eintreten, eine Geldbuße bis zu fünfzig Thalern, oder im Unvermögensfalle eine gleichmäßige Gefängnißstrafe verwirkt.

Diese Strafe bleibt jedoch ausgeschlossen, wenn das Vergehen eine Steuerbefraudaung nach sich zieht.

§. 177. Wer den selbstständigen Betrieb eines Gewerbes, zu dessen Beginnen eine polizeiliche Genehmigung (Konzession, Approbation, Bestallung) erforderlich ist, ohne vorgängige Genehmigung übernimmt oder fortsetzt, oder von den in der Genehmigung festgesetzten Bedingungen abweicht, hat Geldbuße bis zu zweihundert Thalern oder Gefängniß bis zu drei Monaten verwirkt.

Enthält die Handlung zugleich ein Steuervergehen, so soll nicht außerdem noch auf Steuerstrafe erkannt werden, es ist aber darauf bei Zurechnung der Strafe Rücksicht zu nehmen.

§. 178. Wer der Befugniß zum selbstständigen Betriebe eines Gewerbes für immer oder auf Zeit durch rechtskräftiges Erkenntniß, oder in den zulässigen Fällen durch Beschluß Verwaltungsbehörden verlustig erklärt worden ist, und diesem Erkenntniß oder Bescheid entgegenhandelt, soll mit Geldbuße bis zu zweihundert Thalern oder mit Gefängniß bis zu drei Monaten bestraft werden.

§. 179. Was in den §§. 176 bis 178. hinsichtlich der selbstständigen Gewerbetreibenden bestimmt ist, gilt auch von denjenigen, welche die Stellvertretung eines selbstständigen Gewerbetreibenden übernehmen. (S. 61.) (O. E. 1845, S. 75.)

4) Ueber die Befugniß der Verwaltungs-Beörden zur Zurücknahme ertheilter Gewerbe-Approbationen und Bestellungen wegen Unrichtigkeit der Nachweise auf deren Grund solche ertheilt worden, oder wegen Fälschungen oder Unterlassungen des Inhabers, woraus der Mangel der erforderlichen Eigenschaft erhellt, und über das hierbei zu beobachtende Verfahren, das Recht zur Suspension der Ausübung des betr. Gewerbes während des eingeleiteten Verfahrens, disponiren die §§. 71 — 74. der allgem. Gew. v. 17. Jan. 1845, und über die als Strafe eintretende Entziehung. Befugniß zum selbstständigen Gewerbebetriebe die §§. 171 — 175. a. a. O.

Vergl. die Erläut. dazu in v. Rönne's Gewerbepolizei (Zhl. VII. Abth. des Werkes) Bd. 2. S. 454. ff. u. S. 560. ff.

In Betreff der Entziehung der Gewerbe-Konzession bei Bau-Handwerkern insbes. bestimmt das (nachstehende) R. des R. Min. für G., Öffentl. A. (v. d. Gehdt) v. 9. Okt. 1853 an den R. Landrath N. und absch. zur Kenntnissnahme an sämmtl. R. Reg.:

Die Fälle, in welchen gegen Bauhandwerker auf den Verlust der Befugniß zum Betriebe ihres Gewerbes als Strafe zu erkennen ist, sind, wie ich Gew. zc. auf die Gew. v. 13. Juli d. J. erwidere, nach den Bestimmungen der §§. 171 ff. der Gew. O. zu theilen. Soweit Uebertretungen baupolizeilicher Vorschriften jenen Bestimmungen unterliegen, sondern nach den betr. Polizei-Verordnungen nur eine Polizeistrafe nachzuziehen, können dieselben die Entziehung der erwähnten Befugniß für sich allein begründen, die hierüber zu treffende Entscheidung ist vielmehr durch die Voraussetzungen bedingt, welche sich aus den §§. 45. und 71. a. a. O. ergeben. Demzufolge erscheint von der R. Reg. in N. unterm 30. Juni d. J. abgelehnte Antrag, nach welchem je Bauhandwerker schon nach der ersten Uebertretung baupolizeilicher Anordnungen die Entziehung der Konzession zum Gewerbe-Betriebe für den Fall der Wiederholung angewendet werden soll, in der Ihrerseits gewählten Fassung nicht zulässig. Dagegen können den Kontraventionen unter Umständen allerdings zur Einleitung des, im §. 71. angegebenen Verfahrens Veranlassung darbieten, wenn dem betheiligten Meister so erhebliche Mängel gegen Sicherheits- oder baupolizeiliche Rücksichten, oder so häufige Vernachlässigung der Obliegenheiten, welchen er bei dem Betriebe seines Gewerbes zu genügen hat, zu fallen, daß hieraus der Mangel der, bei Ertheilung des Befähigungs-Zeugnisses (S. 45.) vorausgesetzten Eigenschaften klar erhellt. In wie weit gegen solche Kontraventionen dem angedeuteten Wege einzuschreiten ist, hat die R. Reg. nach der Beschaffenheit ihrer Entscheidung zugewiesenen Spezialfälle zu erwägen und es bleibt Ihnen anzuzeigen, derselben das Verhalten derjenigen Bauhandwerker, welchen in solcher Weise Mangel der nothwendigen Eigenschaften nachgewiesen werden kann, zu weiterer Befassung anzuzeigen. Im Uebrigen ist aber dem Uebelstande, daß baupolizeiliche Kontraventionen häufig ungestraft bleiben, weil sie von den Polizeibehörden zu spät entdeckt werden, durch rechtzeitige Revision der vorkommenden Bau-Ausführungen zu begegnen sorgfältiger Ueberwachung der Bau-Unternehmer Seitens der Behörden können Kontraventionen diesen nicht wohl entgehen.

(Min. Bl. d. I. B. 1853. S. 244. Nr. 201.)

5) Vergl.:

a) R. v. 28. April 1827 wegen Bekanntmachung der Befreiung von Mühlen-Kontraventionen durch die Amtsblätter (N. XI. 486. — 116) (S. 24 des Werkes, Bd. 2, S. 596);

β) in Betreff der Rhein-Provinz die R. v. 10. und 18. Mai 1838 und 23. März 1838. (Oben S. 440 ff.)

X. Publikanda einzelner Reg. über den Betrieb des Maurer- und Mer-Gewerbes.

1) Publ. der Reg. zu Frankfurt v. 4. Juni 1818 u. 25. Aug. 1825. (I. 491. u. IX. 743.)

2) Publ. der Reg. zu Königsberg v. 12. Sept. 1811. (v. d. Gehdt, Bd. 3. S. 261.)

3) Publ. der Reg. zu Merseburg v. 11. Jan. 1823. (N. VII. 163.)

- 4) Publ. der Reg. zu Erfurt v. 6. Aug. 1817. (N. I. 50. u. 220., III. L. 137.)
 - 5) Publ. der Reg. zu Danzig v. 28. Febr. 1810. (N. IV. 98.)
 - 6) Publ. der Reg. zu Weichenbach v. 16. Mai 1817. (N. I. 242.)
 - 7) Publ. der Reg. zu Piesnitz v. 6. Juli 1819., 8. Okt. 1821. u. 27. März 1822. (N. III. 828, Heine's Baupol. Ges. S. 65 u. 73.)
 - 8) Publ. der Reg. zu Breslau v. 25. Sept. 1821 u. 8. Mai 1823. (Heine's Baupol. Ges. S. 63.)
 - 9) Publ. der Reg. zu Stettin v. 25. Juni 1823, (N. VII. 399.)
- Vergl. in den betr. Regier. Amtsblättern.

Zweite Unter-Abtheilung.

von der Prüfung der Zulässigkeit der Bauten und von der Ertheilung der Bau-Konsense.

Vorbemerkung.

Zu den Mitteln, deren sich die Bau-Polizei bedient, um den an sie gesetzten Anforderungen zu genügen, gehört unter Andern die Einrichtung, daß neuer Bau und keine wichtige Veränderung vorhandener Bauten vorgenommen werden darf, ohne vorher der Polizeibehörde Anzeige davon gemacht und Erlaubniß dazu erhalten zu haben. Indem nämlich die Polizeibehörde beabsichtigten Neu- oder Reparaturbauten Nachricht erhält, wird ihr Geleitz gegeben, eine Prüfung darüber anzustellen, ob Gründe vorliegen, welche allgemeinen Interesse Aller, oder im besonderen Interesse Einzelner gegen beabsichtigte Bauausführung oder Veränderung, oder doch gegen die Art und Weise der Ausführung sprechen, und demzufolge eine Beschränkung der allgemeinen Baufreiheit rechtfertigen.

Deßhalb hat auch die Preuß. Gesetzgebung schon frühzeitig von diesem Namen Mittel zur Erreichung der Zwecke der Bau-Polizei Gebrauch gemacht.

Bereits die (auf eine R. D. v. 11. Nov. 1706 gestützte) R. v. 20. Nov. 1706 ¹⁾ bestimmte:

• daß weder in den Residenzen, noch Vorstädten, und also an keinem Orte der Städte • in- und außerhalb, weder ganze, noch halbe Gebäude gebauet, noch aufgerichtet werden sollen, bevor sich die Bauherren deßhalb bei dem Gouverneur gebührend gemeldet und von diesem einen Schein erhalten haben. •

Hiernächst bestimmten die R. v. 9. Juli 1708 an die Bauräthe und den Magistrat zu Berlin ²⁾, daß

• in den Residenzen kein Bau, noch sonst einige Veränderung eines Gebäudes vorzunehmen, es sei denn solches vorher (den Bauräthen) angezeigt und deren Meinung eingeholet, ob der vorzulegende Bau fortzusetzen. •

Diese R. wurde unterm 19. Juli 1709 renovirt ³⁾. Es befaß ferner Patent v. 14. Mai 1710 ⁴⁾, daß

• weder in den Residenzen, noch in den dazu gehörigen Vorstädten u. kein Bau, es • bestehe solcher in Erbauung eines neuen oder Abbrechung eines alten Gebäudes, • ohne vorhergegangene Besichtigung der zum Bauwesen verordneten Kommissarien • ferner vorgenommen und angefangen werden solle. •

Dasselbe verordneten das anderweitige Patent v. 16. Juli 1710 ⁵⁾ und

¹⁾ Mylii, C. C. M., Tom. V., Abth. 4. S. 381. Nr. 13.

²⁾ a. a. D., S. 381. u. 383.

³⁾ a. a. D., S. 387. Nr. 18.

⁴⁾ a. a. D., S. 389. Nr. 20.

⁵⁾ a. a. D., S. 390. Nr. 21.

Publiko, und vorzüglich allen denjenigen in Erinnerung gebracht worden, welche **Werkstätten, Brennereien, Fabriken, Speicher und ähnliche Gebäude anzulegen oder zu bauen beabsichtigen**, wird hierdurch, zur genauesten Achtung abermals, und zwar mit **besonderer** bekannt gemacht, daß auch zur Anlegung und Veränderung der **Werkstätten und Lichtziehereien die polizeiliche Zustimmung vorzuziehen** ist. Da dergleichen Einrichtungen oftmals, wegen der Nachbarschaft **Kirchen, Magazine oder andern öffentlichen Gebäuden, Holzplätzen u. s. w., die polizeiliche Genehmigung nicht erhalten können**, so haben diejenigen, welche ohne vorherige Anfrage bei der **Polizei-Behörde, über die Zulässigkeit solcher baulichen Anlagen** **Eintragsgeschäfte oder andere vorbereitende Maßregeln einlassen**, ihrem eigenen **Unachtsamkeit und Vorsicht es zuzuschreiben**, wenn sie, durch nachfolgende **Verweigerung der Erlaubniß, aus Gründen der gemeinen Wohlfahrt, an ihrem persönlichen Vermögen benachtheiligt werden.** (A. III. 238.—1. 153.)

3) R. des R. Min. d. J. u. d. P. (Röhler) v. 30. Sept. 1834, an Reg.- zu Marienwerder. Nachsuchung der freipolizeilichen Erlaubnis für Neu-Bauten und Haupt-Reparaturen, auf dem platten Lande, Strafe der Verabsäumung dieser Vorschrift, und Begriff von Haupt-Reparaturen.

Das Min. d. J. u. d. P. findet es **zu unbedenklich**, die Zweckmäßigkeit einer **Anordnung anzuerkennen**, wodurch die Ausführung eines jeden Neubaus und jeder Haupt-Reparatur auf dem platten Lande von der Genehmigung der Kreispolizeibehörde abhängig wird; und da die Befolgung einer solchen Anordnung nicht füglich ohne **Erlaubnis zu erreichen sein dürfte**, so ist eben so wenig dagegen etwas zu erinnern, wenn **Reg. in Ihrer diesfälligen Bekanntm. v. 28. Sept. v. J. (Anl. a.) auf etwaige Verweigerungen eine Polizeistrafe von Ein bis Fünf Thlrn. androhet**, wobei es sich von selbst versteht, daß dadurch die Anwendung der Vorschriften der §§. 69. 70. des A. L. R. Thl. I. des A. L. R. nicht ausgeschlossen wird.

Die gedachte Bekanntmachung der R. Reg. v. 28. Sept. v. J. wird daher hierdurch **genehmigt**, und der R. Reg. nur anheim gegeben, mit einer Erneuerung derselben **Vermeidung möglicher Belästigung der Betheiligten sowohl, als der Behörden, eine Verbindung darüber zu verbinden**, was unter einer Haupt-Reparatur zu verstehen ist.

Anl. a.

Durch die B. v. 12. Nov. 1824 ist zwar allgemein vorgeschrieben, daß kein Bau **ohne vorgängige obrigkeitliche Erlaubniß vorgenommen werden dürfe**. Da jedoch für die Befolgung dieser Bestimmung bisher eine Strafe nicht ausdrücklich angedroht worden, **der §. 68. u. 70. Thl. I. Tit. 8. des A. L. R. sich nur auf die Anlage von Feuerstellen ohne polizeilichen Konsens bezieht**, so wird hierdurch festgestellt, daß dann, wenn **von der eigenmächtigen Errichtung oder Verlegung einer Feuerstelle die Rede ist**, **im Fall der §. 70. l. c. zur Anwendung kommt**, ein Jeder, welcher überhaupt **Neubau oder Haupt-Reparaturbau ohne polizeilichen Konsens vornimmt**, eine **Polizeistrafe von 1 Thlr. bis 5 Thlr. verfällt**, selbst wenn der Bau nicht **feuerschädlich und an sich untadelhaft befunden werden sollte**.

Marienwerder, den 28. Sept. 1833.

Königl. Preuß. Reg. Abth. d. J.

Anl. b.

Mit Bezugnahme auf unsere Amtsblatts-Verf. v. 28. Sept. 1833, **wonach Jeder, welcher überhaupt einen Neubau oder Haupt-Reparaturbau ohne polizeilichen Konsens vornimmt**, in eine **Polizeistrafe von 1 — 5 Thlr. verfällt**, **ermittelt zur Erläuterung des Begriffs einer Haupt-Reparatur bekannt gemacht**, daß **Haupt-Reparaturbauten folgende Gegenstände zu verstehen sind**:

Die Erneuerung der sämtlichen Fundamente unter den Umfangswänden der Gebäude von Fachwerk oder von Holz, das Untersfahren massiver Wände, wenn **solches auf die Hälfte oder darüber einer Front- oder Giebelmauer ausgedehnt werden soll**; imgleichen die **Unterschwellung eines ganzen Gebäudes**;

Die Anlegung eines Kellers in einem schon vorhandenen Gebäude;

Das Abbrechen einer Etage oder mehrerer eines Gebäudes;

Die Auführung einer Etage oder mehrerer auf einem schon vorhandenen Gebäude oder auf einem solchen, welches ursprünglich nicht so hoch zu bauen beabsichtigt gewesen ist;

Die Aenderung der innern Einrichtung eines Gebäudes zu andern Zwecken, wenn eine neue Anlage von Feuerungen oder eine Umänderung der vorhandenen damit verbunden ist, imgleichen wenn **Verbindungswände im Innern, Pfeiler, Unterzüge und Träger weggenommen oder verändert werden sollen**;

- 6) die Vergrößerung vorhandener Gebäude durch deren Verlängerung oder Verbreiterung;
- 7) die Einziehung neuer Balken und Unterzüge, imgleichen die Anbringung eines Dachstuhl;
- 8) die Anbringung neuer Sparren, wenn solche sich über ein Drittel der Anzahl erstreckt;
- 9) die Aufführung neuer Schornsteine und Anlegung neuer Feuerungen;
- 10) in Ansehung der Dacheindeckungen;
 - a) wenn ein Ziegeldach oder ein Lehm- oder Schindeldach ganz oder theilweise Strohdach, Rohrdach oder Holzschilddach umgewandelt werden soll;
 - b) wenn Dächer von Strohdach, Rohrdach oder Holzschilddächern auf Gebäuden, in Feuerungen befindlich sind, ganz erneuert werden sollen;
 - c) wenn dergl. Dächer, deren Umwandlung in feuersichere Dächer schon von Polizeibehörden verlangt worden ist, auch nur bis zum vierten Theil der ganzen Eindeckung zu erneuern beabsichtigt werden.

Marlenwerder, den 9. April 1835.

R. Preuss. Reg. Abth. des J. u.

(N. XVIII. 860. — 3. 148.)

3) R. des R. Min. d. J. u. d. P. (Köhler) v. 30. Sept. 1834
R. Reg. zu Minden. Desselben Inhalts.

In Erwiderung auf die Anfrage v. 30. April d. J., wegen der von der Marlenwerder angeordneten Einholung der obrigkeitlichen Erlaubnis zu allen Haupt- und Haupt-Reparaturen, wird der R. Reg. der dieselbe erforderte Bericht der R. Reg. anliegend in Abschrift mit dem Bemerkten zugesandt, daß zwar die in der Anordnung in den vorhandenen Vorschriften in der Art, wie die R. Reg. zu Marlenwerder, noch nicht ausdrücklich enthalten ist, daß jedoch, da die Zweckmäßigkeit sich nicht füglich bezweifeln läßt das Min. d. J. u. d. P. sein Bedenken dabei nicht zu genehmigen.

Aus diesem Grunde nimmt auch Dasselbe keinen Anstand, die R. Reg. zu einer gleichen Anordnung für Ihren Verwaltungs-Bez. zu ermächtigen, wobei anheim gegeben wird, zur Vermeidung möglicher Belästigung der Betheiligten als der Behörden, näher zu bezeichnen, was unter einer Haupt-Reparatur zu verstehen ist. (Nal. a.)

Nal. a.

Durch unsere, in dem 32. St. des Amtsbl. pro 1828. S. 375. enthaltene v. 9. Juni 1828, ist zwar im Allgemeinen bestimmt, daß von einem Neubau, bei Errichtung oder Veränderung einer Feuerstelle, der Obrigkeit Anzeige gegeben werden müsse.

Da jedoch für die Nichtbefolgung dieser Bestimmung bisher eine Strafe ausdrücklich angedrohet worden, indem die §§. 69. u. 70. Thl. I. Tit. 8. des A. nur auf die Anlage von Feuerstellen ohne polizeilichen Konsens beziehen, so ist durch festgesetzt, daß dann, wenn nicht von der eigenmächtigen Errichtung oder Veränderung einer Feuerstelle die Rede ist, für welchen Fall der §. 70. a. a. O. zur Anwendung kommen soll, jeder, welcher überhaupt, sei es in den Städten oder auf dem platten Lande, einen Neubau oder einen Haupt-Reparaturbau ohne polizeilichen Konsens vornimmt, eine Polizeistrafe von 1 Thlr. bis 5 Thlr. verfällt, selbst wenn der Bau nicht feuergefährlich und an sich untadelhaft befunden werden sollte.

Zur Vermeidung möglicher Belästigung der Betheiligten sowohl, als der Behörden, wird bemerkt, daß unter Haupt-Reparaturen diejenigen zu verstehen sind, in denen eine ganze Theile eines Gebäudes entweder in ihrer Konstruktion oder der Art der Veränderung erleiden, oder bei welchen wesentlich auf die Festigkeit oder Feuergefährlichkeit einwirkende Abweichungen gegen die ursprüngliche Einrichtung stattfinden, wodurch endlich der bisherige Zweck des Gebäudes verändert wird.

Minden, den 23. Okt. 1834.

Königl.

(N. XVIII. 863. — 3. 149.)

4) R. d. R. Min. d. J. u. d. P. (v. Rochow) v. 19. Sept. 1834
R. Reg. zu Königsberg. Auch nicht bäuerliche Grundeigenthümer und Grundbesitzer bedürfen der baupolizeilichen Konsense.

Auf den Ver. v. 24. April d. J. den baupolizeilichen Konsens zu den Bauarbeiten nicht bäuerlichen Grundeigenthümer des platten Landes betr., eröffne ich der R. Reg. über die Anwendbarkeit der Bestimmungen im Zusatz S. (ad §. 69. u. 70. A. d. A.)

es. Prob. Rechts¹⁾ ganz die Ansicht theile, welche das Kollegium in dem, dem beigefügten Schreiben an das D. L. G. daselbst v. 21. April 1828 ausgeführt hat. Allgemeine polizeiliche Anordnungen seinen Gegenstand des Provinzialrechts ausmachen, leuchtet von selbst ein, und ist außerdem aus dem Eingange und dem des Publ. Pat. v. 4. Aug. 1801 unzweifelhaft zu entnehmen. Die Bestimmung §. 8. kann daher als polizeiliche Anordnung nicht in Betracht kommen, und also keine Exemption der nicht bauerlichen ländlichen Grundbesitzer und der Rittergutsbarone hergeleitet werden, wonach sie von der Einholung eines baupolizeilichen Consens zu Neubauten und Haupt-Reparaturen entbunden wären.

(M. XX. 719. — S. 160.)

1) In Betreff der polizeilichen Erlaubniß zur Aufstellung von Blikttern vergl. das R. des R. Min. des J. u. d. P. v. 22. Sept. 1827.

(M. XI. 730. — S. 84., s. oben S. 444 ff.)

2) Ueber den Begriff der Haupt-Reparaturen vergl. auch R. der J. zu Potsdam v. 28. Mai 1842. (s. unten.)

II.

Behörden, welche zur Ertheilung der Bau-Erlaubniß kompetent sind.

1) Publ. der R. Reg. zu Münster v. 4. März 1817. Befugniß der hiesigen Bau-Erlaubnißscheine zu ertheilen.

Die landrätlichen Behörden werden hierdurch ermächtigt, die im Befolg §. 67. u. Art. 8. des A. L. R. notwendige Erlaubniß zur Errichtung neuer Bauten und Anlagen in Städten oder auf dem Lande nach vorheriger Prüfung zu ertheilen, ohne unserer Genehmigung, mit Ausnahme besonderer Umstände, bedarf.

(M. I. 220. — S. 138.)

2) U. R. der R. Reg. zu Breslau v. 27. Aug. 1822. Befugniß der hiesigen Aemter zur Ertheilung von Bau-Konsensen, desgl. Strafen des Vorwurfs vor ertheilter polizeilicher Erlaubniß.

Durch den 69. §. des 1. Tit. und dessen 8. Titel im A. L. R. ist verordnet:

„daß zu jedem Neubau oder zu jeder Verlegung einer Feuerstelle auf eine andere Stelle, es sei in Städten oder auf dem Lande, eine besondere Erlaubniß eingeholt werden müsse.“

Heißt dies auf dem Lande nicht immer geschehen, theils aber ist die Anmeldung den Ortsgerichten erfolgt.

Um nun aber hinzuzuführen die landrätlichen Aemter stets Kenntniß von dergl. ländlichen Bauten erhalten, so setzen wir hierdurch von Polizei wegen fest:

„daß die Anmeldung eines jeden Neubaus, er betreffe Wohnhäuser, Stallungen, Scheunen, Backöfen u., oder die Verlegung eines dergl. Gebäudes, ohne Unterschied zuvor bei dem betr. landrätlichen Amte des Kreises von dem Bauherrn erfolgen müsse, bei Vermeidung der im 70. §. dess. Tit. auf 5 bis 10 Thlr. festgesetzten Strafe u.“

(Heinze, Baupolizei S. 140.)

3) U. R. der R. Reg. zu Magdeburg v. 27. Febr. 1833, an den Magistrat zu Halbe und zur Kenntnißnahme an sämmtl. Landräthe diesseits der Elbe. Erlaubniß der polizeilichen Bau-Erlaubniß bei Domainen-Bauten.

Der Magistrat wird auf die im Ver. v. 17. Sept. v. J. gemachte Anfrage: „ob Neubauten und Hauptreparaturen, welche auf dem dortigen Domainen-Amte vorzunehmen werden, ebenfalls die polizeiliche Erlaubniß nöthig sei, oder nicht?“ hiermit beauftragt, Seine polizeilichen Aufsicht und Kontrolle sämmtliche zum Polizeibezirk gehörigen Personen und Etablissements unterworfen sind, weshalb denn auch auf der Domainen Neubauten und Hauptreparaturen ohne sein Vorwissen nicht unternommen werden dürfen.

§. 8. des Ostpreuß. Provinzialrechts lautet dahin:

„In Städten ist die Erlaubniß zur Anlegung neuer oder zur Verlegung alter Feuerstellen bei dem Magistrat, und auf dem platten Lande wegen bauerlicher Besitzungen, sie mögen eigenthümlich oder nicht eigenthümlich besessen werden, bei der Grundherrschaft nachzusuchen; dagegen bedürfen hierzu die Eigenthümer solcher ländlichen Besitzungen, welche nicht zu den bauerlichen gehören, keiner besonderen Erlaubniß.“

Da jedoch für Domänen-Baue die Baupläne von den Bau-Ins die baupolizeilichen Vorschriften bekannt sind, entworfen, und dieselben a werden, so bedarf es rückichtlich derselben zur Erreichung der Zwecke, d v. 22. Juni 1830 spricht, daß in derselben wegen Ertheilung der Bau-schriebenen Verfahrens nicht. — Es genügt vielmehr vollkommen, wenn Seitens des Bau-Inспекtors dem Magistrat vor dem definitiven Abschli mitgetheilt werden, damit derselbe Gelegenheit erhalte, sich über die Eicheru Feuerordnung zu äußern. (N. XVII. 1071. — 4. 124.)

4) R. des R. Min. des J. u. d. P. v. 21. Sept. 1838, wi sein soll, daß in der Regel auf dem Lande die Ortspolizei-K Kontrolle der Landräthe, die Bau-Konsense ertheilen.

(N. XXII. 788. — 3. 203., s. unten.)

5) R. des R. Min. des J. u. d. P. (v. Rochow) v. 1(an die R. Reg. zu Potsdam, und Abschrift an diejenigen zu Magdeburg. Ertheilung der Bau-Konsense auf dem Lande di Polizeibehörden und Kontrolle der letzteren hierbei Seitens der Regierungen.

Der Inhalt des Ver. der R. Reg. v. 11. Nov. v. J., die Ertheilung sence auf dem Lande betr., hat Veranlassung gegeben, von den Reg. zu Fr und Magdeburg über das in dieser Hinsicht in ihren Bezirken statifind Ver. zu erfordern.

Daraus ist erschen worden, daß in der formellen Handhabung der dem Lande eine Ungleichheit obwaltet, zu welcher weder die in Betra materiellen gesetzlichen Bestimmungen, noch die beabsichtigte Kontrolle der Baupolizei Seitens der Landräthe, eine genügende Veranlassung geben. diese Kontrolle auch unbezweifelt ist und stattfinden muß, so ist dieselbe t durch eine wesentliche Schwäherung der Wirksamkeit der gutsherrlichen Be bedingt. Sie läßt sich vielmehr mit der, dieser letzten zukommenden selbst lung sehr wohl vereinigen, ohne an Einfluß und Bedeutung zu verlieren.

Eine solche Vereinigung wird dadurch erreicht werden, daß künstl sence auf dem Lande bei den Gutsherrn als Ortspolizeibehörden nachgesi angewiesen werden, die von ihnen entworfenen Konsense in allen Fällen, Neubauten, sowie um Anlegung neuer oder Verlegung vorhandener Feuer mit den nöthigen Erläuterungen und ungefähren Handzeichnungen, den z anlegen, von welchen alsdann im Falle des Einverständnisses ein Beschl hinzuzufügen, andern Falles aber die sonst erforderlich scheinende Verfügung Auf diese Weise werden die den Domainen zustehenden Befugnisse in ein teilbaren Mitwirkung sehr bedürfenden Theile der Polizeiverwaltung vol sichtigt, ohne der nothwendigen Kontrolle Seitens der Landräthe Abbruch den Bauinteressenten Weiterungen zu verursachen. Die Bestimmung der 1804¹⁾ wird dadurch vollkommen erfüllt.

Ueber diejenigen Fälle, in welchen die R. Reg. aus besondern Grün eine Superrevision der Baupläne vorbehalten zu müssen glaubt, was sei bei Bauten von größerer Erheblichkeit und bei Metablissemens-Anlagen sind die Landräthe mit besonderer Anweisung zu versehen. Uebrigens aber dem vorstehenden Erlasse gemäß, die erforderliche Bekanntmachung zu erli (Min. Bl. d. I. B. 1841. S. 284. Nr. 467.)

6) R. des R. Min. des J. u. d. P. (v. Rochow) v. 18. L die R. Reg. zu Breslau, und Abschrift an die R. Reg. zu Oppeln Desselben Inhalts.

Die mit dem Ver. der R. Reg. v. 20. April d. J., wegen Wahrneh polizei auf dem Lande, vorgelegte E. B. v. 8. Nov. 1839 an die Landräthe überträgt denselben mehr, als die von ihnen zu führende Kontrolle über die waltung der Gutsherrschaften fordert. So nothwendig es ist, die Handh polizei auf dem Lande der besondern Aufsicht der Landräthe zu unterstellen ist es auch, über die Zulässigkeit jedes einzelnen Baues die Ortspolizeiverwa Das Letztere darf daher nicht in das bloße Gutbefinden der Landräthe, ei

¹⁾ Verord. die B. v. 10. April 1804 wegen des Auseinanderbaues der Gehöfte und Gebäude in der Kurmark (N. C. C. Tom. XI. p. 2163.

gestellt werden, daß die Vernehmung der Ortspolizeibehörde nicht unterbleibe. Es daher einer Anordnung der Vorzug zu geben sein, welche die Guts herrschaften er-
 igt, ihrerseits die Baukonsense zu ertheilen, sie aber zugleich verpflichtet, in allen
 1, wo es sich um Ausführung von Neubauten und um Anlegung oder Verlegung
 anstellen handelt, den Bauerlaubnißschein nebst erläuternder Handzeichnung dem
 the zunächst vorzulegen, welcher, bei vorhandenem Einverständnis mit dem Be-
 der Guts herrschaft, solches durch einen einfachen Bestätigungsvermerk bescheinigt,
 1, Falls aber das ihm Erforderlichscheinende veranlaßt.

Demgemäß hat die R. Reg. die nöthige Anordnung zu treffen.

(Min. Bl. d. L. B. 1841. S. 284. Nr. 468.)

7) B. der R. Reg. zu Potsdam, Abth. des J. v. 28. Mai 1842. Erthei-
 er Bau-Konsense auf dem Lande durch die Ortspolizeibehörden unter
 oße der Landräthe und Verfahren hierbei, desgl. Strafen verabsäumter
 lung der Bau-Konsense und Begriff der Haupt-Reparaturen.

Behufs näherer Erläuterung und Ergänzung der, wegen Einholung der Baukonsense
 n Lande, von uns selbster erlassenen B. bringen wir auf Grund höherer Anordnung¹⁾
 e Bestimmungen zur allgemeinen Kenntniß und genauesten Beachtung.

1) Die nach dem A. L. R. Th. I. Tit. 8. §. 69. erforderliche obrigkeitliche Erlaubniß
 ichtung einer neuen Feuerstelle, sowie zur Veränderung oder zur Verlegung einer
 in einen andern Ort, ist jeder Zeit bei der Guts herrschaft, als Ortspolizeibehörde,
 suchen.

h) Dasselbe muß geschehen, wenn ein neues Gebäude errichtet oder ein altes verlegt
 soll, wenn sich in demselben auch keine Feuerung befindet, oder wenn von einem
 oder einer Erweiterung eines schon bestehenden Gebäudes die Rede ist, oder end-
 in eine Haupt-Reparatur an demselben vorgenommen werden soll.

h) Unter Haupt-Reparaturen sind solche zu verstehen, bei welchen ganze Theile
 Gebäudes entweder in ihrer Bauart oder hinsichtlich des Materials eine Verände-
 rungen, die auf die Festigkeit oder Feuer sicherheit wesentlichen Einfluß hat, oder
 der bisherige Zweck des Gebäudes wesentlich verändert werden soll. Hierzu sind
 zu:

die Erneuerung der sämtlichen Fundamente unter den Umfassungswänden der
 Gebäude von Fachwerk oder Holz, das Unterfahren massiver Wände, wenn solches
 auf die Hälfte oder darüber einer Front- oder Giebelmauer ausgedehnt werden soll,
 dergleichen die Unterschwellung eines ganzen Gebäudes.

die Anlegung eines Kellers, in einem schon vorhandenen Gebäude;

das Abbrechen eines oder mehrerer Stockwerke eines Gebäudes und die Aufüh-
 rung eines oder mehrerer Stockwerke auf einem schon vorhandenen Gebäude oder
 auf einem solchen, welches ursprünglich nicht so hoch zu bauen beabsichtigt
 gewesen ist;

die Aenderung der innern Einrichtung eines Gebäudes zu andern Zwecken, wenn
 die neue Anlage von Feuerungen oder eine Umänderung der vorhandenen damit
 verbunden ist; imgleichen wenn Verbindungswände im Innern, Pfeiler, Unterzüge
 oder Träger weggenommen oder verändert werden sollen;

die Einziehung neuer Balken und Unterzüge;

die Anbringung eines neuen Dachstuhl oder auch neuer Sparren, wenn solche sich
 über ein Dritttheil der ganzen Anzahl derselben erstreckt;

die Auführung neuer Schornsteine;

die Ansehung der Dachdeckungen, wenn ein Ziegeldach, Lehm schindel- oder Dornsches
 Dach in ein Strohdach, Rohrdach oder Holzschindeldach umgewandelt werden soll, oder
 wenn Dächer von Stroh, Rohr oder Holzschindeln auf Gebäuden, in welchen
 Feuerungen befindlich sind, erneuert werden sollen.

In allen Fällen aber, wo es sich um Neubauten, sowie um Anlegung neuer oder
 Verlegung vorhandener Feuerungen handelt, sind die Guts herrschaften
 die entworfenen Baukonsense mit den nöthigen Erläuterungen und ungefähren
 Kosten dem Landrathe des Kreises vorzulegen, von welchem alsdann im Falle
 Einverständnisses ein Bestätigungsvermerk hinzugefügt, andern Falls aber die etwa
 schwebende Verjüngung getroffen werden wird. In allen andern Fällen haben

<sup>1) R. des R. Min. des J. u. d. B. v. 16. Okt. 1841. (Min. Bl. d. L. B.
 S. 284. Nr. 467., s. oben.)</sup>

Daß die R. Reg. in Ihrem Ver. v. 7. d. M. zur Vertheidigung der von Ihr ange-
 richteten Einreichung einer Zeichnung von allen Neubauen in den Städten angeführt hat,
 und so wenig von der Nothwendigkeit dieser Anordnung, als von Ihrer Befugniß
 derselben überzeugen. Weder im A. L. M., noch in andern Provinzial-Bau-Gesetzen
 ist die Einreichung einer Zeichnung im Allgemeinen vorgeschrieben; auch sind bei gewöhn-
 lichen Bauten die Ortsobrigkeiten sichtlich im Stande, die Frage, ob ein Bau für feuerge-
 fahrlich zu achten oder sonst ein Nachtheil davon zu besorgen sei, ohne eine solche Zeich-
 nung zu beurtheilen.

Die R. Reg. hat daher Ihre diesfällige allgemeine Verf. um so mehr zurückzuneh-
 men, als in keiner der übrigen Provinzen eine solche allgemeine Anordnung besteht, diese
 dem Publiko sehr kostbar werden, und selbst die Ortsobrigkeiten in ihren Amtsbefug-
 nissen unnöthiger Weise beschränken würde.

Dagegen wird bei einzelnen wichtigen Fällen die Ortsobrigkeit, wenn sie es anders
 für nöthig erachtet, allerdings eine Zeichnung zu fordern, und darüber mit dem Distrikts-
 Inspektor zu berathen befugt sein; ob aber dazu Veranlassung sei, ist in jedem ein-
 zelnen Fall dem Arbitrio derselben zu überlassen. (A. VI. 4. 28. — 2. 84.)

2) R. des R. Min. des J. u. d. W. v. 7. Febr. 1835.

(A. XIX. 282. — 4. 203., s. unten.)

IV.

**Ueber die Verweigerung der Bauerlaubnis und Pflichten der
 Polizei-Behörden bei Prüfung der Zulässigkeit
 beabsichtigter Anlagen.**

1) Die Bau-Polizeibehörden haben allgemein darüber zu wachen, daß
 Bauten und Veränderungen bestehender Baulichkeiten vorgenommen wer-
 den, welche gegen die Rücksichten verstoßen, deren Beachtung der Fürsorge der
 Obrigkeit obliegt. In dieser Beziehung ist also im Allgemeinen auf die be-
 stehenden Beschränkungen der Baufreiheit aus sicherheitspolizeilichen und ord-
 nungspolizeilichen Rücksichten (s. Unter-Abth. III.) hinzuweisen; auch dürfen die
 örtlichen Verhältnisse dabei nicht unberücksichtigt gelassen werden.

Diese allgemeinen Grundsätze spricht das R. des R. Min. des J. u. d.
 W. (Kochow) v. 6. April 1835, an die R. Reg. zu Stettin, aus.

Wenn die R. Reg. darin der Ansicht des Landrathes beitrifft, daß die Beur-
 theilung der Zulässigkeit eines Baues lediglich auf die feuerpolizeilichen Rücksichten
 beruhe, so muß Derselben bemerkt gemacht werden, daß die Bau-Polizei nicht
 nur die möglichste Verhütung von Feuergefahr, sondern auch für die Festigkeit und
 Gesundheit unschädliche Beschaffenheit der Gebäude zu sorgen, außerdem aber
 nach Art. 8. Th. I. des A. L. M. verpflichtet ist, die Interessen der Nachbarn zu
 schützen, und, vorbehaltlich dessen, was nur Gegenstand gerichtlicher Entscheidung
 in künftigen Streitigkeiten möglichst vorzubeugen. (A. XIX. 497. — 2. 138.)

2) R. des R. Min. des J. u. d. W. (v. Brenn) v. 30. Jan. 1832, an
 die R. Reg. zu N. N. In wiefern die persönliche Führung der Bauenden bei
 dem Antrage auf Bauerlaubnis zu berücksichtigen.

Unter dem 27. Jan. 1817 (Amtsbl. Nr. 5.) angeordnet worden, daß vor Ausfüh-
 rung derselben die vollständigen Zeichnungen und resp. Baupläne, nicht nur in
 den Städten den Ortspolizei-Behörden, und auf dem Lande von Kreis-Land-
 rathen sondern auch den betr. Distriktsbau-Inspetoren zur Prüfung vorgelegt
 werden sollen,

• ob dabei den Forderungen der Bau-Polizei, besonders in Hinsicht der Feuer-
 sicherheit, genügt werde.

Sie finden uns durch mehrere vorgekommene Fälle der Nichtbefolgung veran-
 laßt, jene Vorschriften hiermit in Erinnerung zu bringen.

Um den Bauenden die Befolgung derselben noch mehr zu erleichtern, bestimmen
 wir zugleich, daß dieselben gedachte Baupläne und Zeichnungen in den Städten
 den Polizei-Verwaltungen, und auf dem Lande den betr. Landrathen vorzu-
 legen, und diese selbige den Distrikts-Baubeamten zur technischen Revision zuzu-
 senden haben, welche dieselben sodann den erstern zur weiteren Veranlassung an die
 Bauenden remittiren werden etc. (a. a. O., S. 165.)

Der Ver. d. R. Reg. v. 11. d. M. über die Beschwerde der N. :
Verfügung der Erlaubniß zum Bau eines Hauses auf dem von ihrem G
rirten, im Walde belegenen Grundstück, enthält mehrere unrichtige Vora
Schlüsse, wovon der Grund hauptsächlich darin zu suchen ist, daß die A
dent Ihres Berufs, nach den bestehenden Gesetzen zu verfügen, zur R
Verweigerung jener Erlaubniß sein einziges Gesetz in Ihrem Ver. alle
von Selbst gemachten Regeln ausgegangen ist.

Zuvörderst ist es eine unrichtige Voraussetzung, daß der, welcher
Nationalstarke zu tragen, verlustig erklärt worden, damit zugleich die B
habe, Grundeigenthum zu erwerben oder zu besitzen. Davon ist weder im
1813, noch in den folgenden, die Nationalstarke betr. G. das Geringste
nach weniger ist die R. Reg. und in keinem Falle befugt, die gesetzlichen
schärfen, und zwar um so weniger, als durch die Allerh. R. D. v. 6. Ap
der G. S.) sogar neuerdings festgesetzt ist, daß die Verfügung und res
vom Bürgerrecht auf die Befugnisse des Gewerbebetriebs und Grundstücks
seinem Einflusse sein soll.

Sodann ist es eine ganz unrichtige Behauptung: daß, wenn Jen
Ader ein Haus erbaue, dies als eine neue Erwerbung von Grunde
trachten sei.

Endlich ist aber die Thatsache, wegen welcher der N. N. zu N. betin
unbestimmt vorgetragen zc.

Für jetzt wird der R. Reg. bemerkt gemacht, daß, da der N. N. un
thümer eines Aders in N. ist, und eine feuerpolizeiliche Gefahr nicht be
derselbe nach §. 1. u. 2. des Ed. v. 9. Okt. 1807 und §. 1. des Ed. v. 14
Beförderung der Landkultur betr., für wohl befugt gehalten werden n
Grundstück ein Haus zu bauen, und dieses um so unbedenklicher erscheint,
Miethen einer Wohnung bei dem Häusler N. daselbst an diesem Orte be
konstituiert hat, und durch seine Verhinderung, sich ein eignes Häuschen
polizeilich, also nicht einmal das Geringste gewonnen wird. Der Einwa
Ansiedelung auf dem in Rede stehenden Grundstück die polizeiliche Aufsicht
ist ohnehin unerheblich.

Das Dominium hat nicht allein die Befugniß, sondern auch die Pf
auf dem ganzen Bereiche seines Bezirks zu verwalten, und ist nicht befugt
durch willkürliche und ungesetzhliche Beschränkungen leichter zu machen.

In dem vorliegenden Falle, in welchem die R. Reg. Namens des Fi
Selbst die Ausübung der Gerichtsbarkeit hat, ist eine Unterlassung diese
weniger zu rechtfertigen, als die R. Reg. vielmehr anderen Dominien
Beachtung der Gesetze mit gutem Beispiele vorangehen sollte.

Uebrigens wird die R. Reg. noch darauf aufmerksam gemacht, daß
Erwerbung von Grundeigenthum und der beabsichtigte Bau eines Hauses
vernügen und der Verbesserung desselben eine nicht geringe Sicherheit für
ordentlichen Erwerb zu finden sein möchte, wogegen die von der R. Reg.
schränkung ihn gar leicht verleiten könnte, von neuem Verbrechen zu bege
erschweren ehrlichen Erwerb auf unredlichem Wege zu ersetzen.

Die R. Reg. hat daher dem N. unter Beobachtung der feuerpolizeil
die Erbauung eines Hauses auf seinem Grund und Boden zu gestatten zc
(N. XVI. 233. — 1. 102.)

3) N. des R. Min. des J. u. d. P. (Röhler) v. 13. Aug.
R. Reg. zu Erfurt. Rücksichten der Baupolizei-Behörden bei d
Erlaubniß zur Errichtung von Wohnhäusern inmitten der Feldflu

Nach den Bestimmungen des A. L. R. soll zwar in der Regel
Befugniß zustehen, seinen Grund und Boden mit Gebäuden zu belegen;
fugniß unterliegt der im §. 66. Tit. 8. Thl. I. ausgesprochenen Beschrä
dieser rechtfertigt es sich wohl, die Errichtung eines Wohnhauses inmittel
untersagen, wenn der Erbauer weder in der Lage ist, vom Feld- oder Gar
noch irgend eine Beschäftigung hat, die es ihm wünschenswerth machen k
Rede stehenden Stelle eine Wohnung zu haben, zumal wenn er in einem
und nicht ohne Grund die Vermuthung wider sich erregt, daß er die ein
erbauenden Wohnhauses zur Benachtheiligung der nachbarlichen Feldbesitz
(N. XX. 719. — 3. 159.)

4) N. des R. Min. des J. u. d. P. (v. Rodow) v. 8. J
daß R. Polizeipräs. zu Berlin. Bedingung der Anlegung von
bei Ertheilung der Konsense zu Neubauten.

1. Bei Neubauten hat das R. Polizeipräs. die Anlegung von Privatbrunnen, soweit sie nach der Vertheilung zulässig und zugleich nach den Umständen erforderlich ist, oder sonstige erhebliche und alsdann billig zu berücksichtigende specielle Hindernisse eintreten, durch die Bauerlaubnis-scheine ausdrücklich zu bedingen, und die Ausführung vollziehen zu lassen. (H. XXI. 240. — 1. 242.)

2) R. des R. Min. des J. u. d. B. (v. Meding) v. 23. Nov. 1838, an die Reg. zu Frankfurt a. d. O. Die Reg. sollen zur Ergänzung der landrechtlichen Bestimmungen über Einholung polizeilicher Erlaubniß zu Bauten und Reparaturen die dem provinziellen und örtlichen Bedürfnis entsprechenden Verfügungen erlassen.

Wenn gleich das R. L. R. im §. 65. Tit. 8. Thl. I. die Befugniß eines jeden Eigenthümers, seinen Grund und Boden mit Gebäuden zu besetzen, und diese zu verändern, als anerkannt, so reißet es dieser Regel doch als Beschränkung der natürlichen Freiheit des Eigenthümers beim Bauen den Grundsatz im §. 66. I. e. an,

daß zum Schaden oder zur Unsicherheit des gemeinen Wesens oder zur Verunstaltung der Städte u. sein Bau und seine Veränderung vorgenommen werden solle.

Da nun ferner §. 69. I. e. nur ausdrücklich dann die Einholung obrigkeitlicher Genehmigung vorschreibt, wann, es sei in Städten oder auf dem Lande, eine neue Feuer-Ordnung, oder eine alte an einen andern Ort verlegt werden soll, und nur die Verletzung dieser Vorschrift im §. 70. I. e. mit Strafe bedroht, so ergiebt sich doch deutlich zur Erreichung des im §. 66. angegebenen Zweckes die Vorschrift des §. 69 und ist nicht genügt, und es besondern polizeilichen Vorschriften vorbehalten ist, die nothwendig herausstellenden Vorschriften zur Erreichung jenes Zweckes durch besondere Polizei-Befehle zu erlassen. Denn einertheils deutet hierauf nicht nur die Bestimmung des §. 69. hin, welcher mit dem Worte »Vorzüglich« beginnt, also die Einholung polizeilicher Erlaubniß in andern Fällen nicht ausschließt, sondern auch der Umstand, daß die Bauten auf dem Lande und in den Städten in der angeedeuteten Beziehung nicht steht, ohne daß jedoch zur Sicherung des angegebenen städtischen Interesses besondere Vorschriften sich vorfinden.

Auf diesem Grunde beruhen auch alle späteren B. wegen des Auseinanderbaues auf dem Lande, und überhaupt wegen Vermeidung von Feuergefahr, welche nicht allgemein auf ganze Land erlassen werden können, weil sie durch die provinziell- oder ortsübliche Verhältnisse wesentlich bedingt sind.

Nach den anliegenden Verhandlungen und namentlich nach der Verf. der R. Reg. vom 13. Aug. d. J. scheint es in den dortigen Reg. Bez. an dergl., die landrechtlichen Vorschriften ergänzenden B. noch zu fehlen, und es ist daher das Resolut des Magistrats zu Frankfurt a. M. vom 19. April d. J., namentlich in Ansehung des N., nicht zu bestätigen. Wenn die R. Reg. jedoch in der Verf. v. 13. Aug. d. J. selbst anerkennt, daß die Einholung polizeilicher Erlaubniß zur Ausführung von Hauptreparaturen an Gebäuden wünschenswerth ist, so muß dieselbe nur darauf aufmerksam gemacht werden, daß es Ihre Sache ist, mit Rücksicht auf §. 11. der Reg. Instruktion v. 23. Okt. 1817 eine, die Einholung dieser polizeilichen Erlaubniß vorschreibende B. zu erlassen, in welcher zugleich die Hauptreparaturen, welche ausdrückliche Erlaubniß erfordern, möglichst genau aufgeführt und von denen ausgenommen werden müssen, welche als kleine Reparaturen einer solchen Erlaubniß nicht bedürfen. In dieser Beziehung wird die R. Reg. auf das R. v. 30. Sept. 1834 (H. XXI. 880.)¹⁾ und die gleich dahinter abgedruckten B. der Reg. in Marienwerder v. 28. Okt. 1823 und 9. April 1835 aufmerksam gemacht und Ihr überlassen, hienach das B. zur Erlangung speziellerer und das öffentliche Interesse besser sichernder baulicher Vorschriften für Ihren Reg. Bez. zu veranlassen. (H. XXII. 1018. — 4. 161.)

V.

Abfertigung der Kontraventionen gegen die Vorschriften über Einholung der Bau-Konsense und der Abweichung von solchen.

Bergl. R. L. R. Thl. I. Tit. 8. §§. 70 — 72. (Oben S. 456.)

Das Strafgesetzbuch v. 14. April 1851 (welches an die Stelle der

Estrafvorschriften des A. L. R. getreten ist) bestimmt hierüber im §. 1 Nr. 12¹⁾:

Mit Geldbuße bis zu fünfzig Thalern oder Gefängniß bis zu sechs Wochen bestraft:

12) wer als Bauherr, Baumeister oder Bauhandwerker einen Bau oder eine Reparatur, wozu die polizeiliche Genehmigung erforderlich ist, ohne diese Genehmigung mit eigenmächtiger Abweichung von dem durch die Behörde genehmigten Bau ausführt oder ausführen läßt.

3) Vergl.:

a) Publif. d. R. Reg. zu Breslau v. 27. Aug. 1822 (Oben S. 459);

b) die beiden R. des R. Min. des J. u. d. P. v. 30. Sept. 1834 (Oben S. 457. u. 458.);

c) R. der R. Reg. zu Potsdam v. 28. Mai 1842. (Oben S. 461.)

4) Befugniß der Ortspolizeibehörden, die Bauunternehmer Wege der gesetzlichen administrativen Exekution zur Abänderung oder zum Abbruch der ohne polizeilichen Konsens oder gegen die Baukonsens gestellten Bedingungen ausgeführten Bauten anzuhalten.

C. R. der R. Reg. zu Magdeburg v. 23. Jan. 1850 an deren Landr.

In einem speziellen Baupolizei-Kontraventionsfalle, in welchem, der B. v. J. gemäß, der Polizeirichter die vom Gesetze angedrohte Strafe festgesetzt hat, ist es trügerisch zur Sprache gekommen, daß die gleichzeitig durch das Gesetz geforderte Abänderung des vorschriftswidrig ausgeführten Baues Seitens des Bauunternehmers dem Erkenntniß nicht ausgesprochen worden ist.

Dies hat seinen Grund darin, daß von dem Polizeirichter nur die angedrohte Polizeistrafe zu erkennen war, woraus folgt, daß die anderweit vom Gesetz vorgeordneten Maßregeln wegen Abänderung oder gänzlichen Abbruch eines vorschriftswidrigen Baues nach wie vor von den Polizei-Verwaltungsbehörden getroffen werden müssen.

Ew. Hochw. werden daher hiermit angewiesen, in allen denjenigen Fällen, in welchen Bauunternehmer Bauten ohne Konsens oder gegen die im Baukonsens gestellten Bedingungen ausgeführt haben — abgesehen davon, ob der Polizeirichter in dem betreffenden Falle eine Strafe festgesetzt hat oder nicht — nach Maßgabe der B. v. 22. Jan. (Amtsbl. für 1830 S. 181.) und Sammlung der polizeil. Strafvorschriften für den Bezirk Magdeburg v. 24. Aug. 1849 S. 28., die Bauunternehmer event. im Wege der gesetzlichen administrativen Exekution zur Abänderung oder zum Abbruch der vorschriftswidrigen Bauten anzuhalten.

Hierauf haben Ew. Hochw. die Ortspolizei-Behörden mit Anweisung zu versetzen und dieselben dabei zu belehren, daß sie so befugt, wie verpflichtet sind, jeden ohne oder konsenswidrig unternommenen Bau zu inhibiren.

(Min. Bl. d. i. B. 1850 S. 36. Nr. 59.)

VI.

Nichtverpflichtung des Staates zum Schadenersatz aus Verletzung der polizeilichen Bauerlaubnis.

R. des R. Min. des J. (Röhler) v. 7. Aug. 1828, an den Löffler N. zu N.

Dem Löfflermeister N. werden die Anlagen seines Besuchs v. 22. v. M. stattung der, durch den Bau eines Löfflerofens in N. erwachsenen Kosten auf 100 Rassen, mit dem Eröffnen zurückerstattet, daß die Ertheilung der polizeilichen Erlaubniß Seitens des Staates zu einem Bau für denselben keine Verbindlichkeit zum Schadenersatz begründet, wenn dessen ungeachtet der Bauende durch Ansprüche von Dritten im Wege Rechts gehindert wird, von der polizeilichen Erlaubniß Gebrauch zu machen. Es kann daher auf das Gesuch keine Rücksicht genommen werden.

(A. XII. 776. — 3. 111.)

¹⁾ Hierauf sind die auf diesen Gegenstand bezüglichen R. des R. Min. d. J. v. 6. Juni 1834. (A. XVIII. 550.) und v. 13. Juli 1835 (A. XIX. 84.) mehr von praktischem Interesse.

VII.

Verpflichtung der Gerichts-Beörden zur hypothekarischen Eintragung der übernommenen Einschränkungen der baulichen Dispositions-Befugniß.

R. des R. Min. des J., Abth. II. (Bode) v. 18. Dec. 1842, an die R. zu Erfurt. Hypothekarische Eintragung der übernommenen Beschränkungen der baulichen Dispositions-Befugniß.

Der R. Reg. wird auf den Ver. v. 8. Okt. d. J., betr. die hypothekarische Eintragung der von Hauseigenthümern, der Polizeibehörde gegenüber, übernommenen Beschränkungen der Dispositions-Befugniß, Abschrift der von dem Just. Min. an das R. D. L. G. Raumburg desfalls erlassenen Verf. v. 28. v. M. in der Anl. a. übersandt.

Anl. a.

Nach dem abschriftlich beil., seitens des Min. d. J. mir mitgetheilten Ver. v. 8. Okt. hat sich die Reg. zu Erfurt darüber beschwert, daß das Gericht zu Z. und sodann die Dep. des R. D. L. G. es abgelehnt haben, auf das mit Verletzung polizeilicher Vorschriften neu errichtete Haus des N. zu Z. einen Vorbehalt dahin:

daß die Polizeibehörde befugt sei, die mit Rücksicht auf die Verhältnisse des G. einstweilen ausgeführte Aenderung der vorschriftswidrig aufgeführten Giebelwand zu verlangen,

bereinstimmenden Antrage der Polizeibehörde und des N. gemäß, eintragen zu lassen. Wenn gleich der Ausführung der R. Reg. nicht überall beizutreten ist, so erscheint eine Eintragung des obwaltenden Verhältnisses, welche jedenfalls zur Warnung künftiger und Besehnsfolger gereicht, durchaus angemessen, und läßt sich nach ähnlichen Fällen gegebenen Vorschriften auf eine zweifache Weise bewirken und recht-

von der einen Seite hat der Umstand, daß ein Gebäude vorschriftswidrig errichtet worden ist, nach dem Verlangen der Polizeibehörde abbrechen oder zu ändern ist, einen Einfluß auf den Werth des Grundstücks. Nach Analogie der R. D. v. 10. Okt. 10. des Anh. zur Instr. v. 12. Aug. 1820 und des R. v. 5. April d. J. (Just. Bl. S. 166.) muß es deshalb wenigstens für zulässig erachtet werden, die Lage der Sache lediglich in Beziehung auf den Werth des Grundstücks, unter Rubr. I. zu ver-

andererseits hat es aber auch kein Bedenken, eine derartige Befugniß der Polizei eine Einschränkung des Eigenthums unter Rubr. II. einzutragen. Es handelt sich hier von der allgemeinen, durch die baupolizeilichen Vorschriften begründeten Beschränkungen von einer bestimmt begrenzten durch das vorschriftswidrige Verfahren des Bauherrn entstandenen Befugniß der Polizei. Ob diese, auch wenn sie nicht angetragen wird, gegen künftige Besitzer ohne Entschädigung geltend gemacht werden könne, ist der R. Reg. bezweifelt, kann dahingestellt bleiben. Es würde daraus immerhin nicht folgen, daß sie auch nicht auf Verlangen eingetragen werden dürfe.

Durch das R. v. 22. Juni 1832. (Jahrb. Bd. 39. S. 457.) ist bereits rücksichtlich der Eintragung nicht bedürftender Rechte, nämlich der gemeinen Lasten, verfügt worden, daß der Hypothekenrichter seine Ansicht dem Berechtigten nicht obtrudiren dürfe, sondern mit der Eintragung zu verfahren habe, wenn letzterer sie für nöthig halte und verweigere. Ueberdies hat der § 4. des Regul. für die Festungsbauten v. 30. Sept. 1828 (S. 121.) für eine ähnliche Befugniß der Staatsgewalt die Eintragung ausdrücklich vorgeordnet. Danach kann auch eine Eintragung, wie sie hier verlangt wird, nicht verweigert werden.

Auf die eine oder auf die andere Weise muß dem Verlangen der Reg. zu Erfurt ge-
einhellig entsprochen werden.

Berlin, den 28. Nov. 1842.

Der Justizminister Mähler.

R. D. L. G. zu Raumburg.

Min. Bl. d. I. B. 1842. S. 421. Nr. 593.)

VIII.

Impffreiheit der polizeilichen Verhandlungen und Besuche in Bauangelegenheiten und der Bau-Konsense.

1) Die Frage: ob es in allen Fällen, ohne Rücksicht auf den Werth des Gebäudes, eines Stempels zu den obrigkeitlichen Bau-Konsensen bedürfe? war
am R. d. R. Min. des J. u. d. J. v. 13. März 1829 (A. XIII. 628.—3.117.)

und des J. u. d. P. v. 17. Nov. 1829 (A. XIII. 929.—4. 109.) nicht bejahet, daß der Bau-Konsens ein nach Gelde nicht sich betreffe, daß aber der Behörde vorbehalten bleibe, ob sie den Stempel von 15 Egr. für angemessen erachte.

2) Die R. des R. Min. d. J. v. 28. Jan. 1826 und der J. 1825 (A. X. 33. u. 34.) hatten bemerkt, daß zu Gesuchen um Ertheilung polizeilichen Anlagen der Stempel von 5 Egr. erforderlich sei, wenn die Höhe von 50 Thlr. erreiche oder übersteige.

3) Diese Entscheidungen sind indeß für beseitigt zu erachtet worden durch das C. R. des R. Fin. Min. v. 7. Mai 1839 bekanntmachung des R. Staats-Min. v. 18. Sept. 1838 (Centralbl. des S. S. 151. Nr. 96.) die polizeil. Verhandlungen und Gesuche in Betreff der Bau-Anlagen stempelfrei sein sollen.

Dritte Unter-Abtheilung.

Von den Beschränkungen der Baufreiheit und der Ausführung der Bauten aus sicherheitspolizeilichen und nahrungspolizeilichen Rücksichten.

V o r b e m e r k u n g.

Die Vorschriften, welche die Baufreiheit aus sicherheitspolizeilichen und nahrungspolizeilichen Gründen einer Beschränkung unterwerfen, sind bestimmt, um der Feuer-Gefahr zu begegnen, theils um an den Anlagen drohenden Unglücksfällen, insbesondere auch bei Muth vorzubeugen; sie haben ferner zum Theil sanitätspolizeiliche Rücksichten und endlich dienen mehrere derselben dazu, um die Verunstaltung der Gegend, so wie die Verengung der Straßen und Plätze zu verhüten.

I.

Von den baupolizeilichen Vorschriften zur Verhütung der Feuer-Gefahr¹⁾.

A. Von dem Auseinanderbau und der Entfernung der Gebäude auf dem platten Lande²⁾.

¹⁾ Die nicht die Bau-Polizei betreffenden Vorschriften der Feuer-Verordnung beim Polizeiwesen (Thl. IV. des Werkes, Bd. 2. S. 157 ff. u. Suppl. Bd. I. S. 142. ff. u. Suppl. Bd. II. S. 135. ff.). — Vgl. auch a. D. Bd. 2. S. 156 ff. gegebene Literatur und Einleitung.

²⁾ Ueber die Berücksichtigung des späteren Auseinanderbaues in den Dispositionen der Separations-Pläne, bemerkt das C. R. des R. Min. d. J. v. 19. Mai 1839, an sämmtl. R. Gen. Kom. u. der Provinz Preußen.

»Es ist bei mir der Antrag gemacht:

»bei jeder vorkommenden Spezial-Separation Baupläne
»Auseinanderbau der Dörfer ausweisen zu lassen,

»weil die vielen in den letzten Jahren stattgefundenen Feuerbrände
»mäßigkeit der jetzigen Bauart der Dörfer gezeigt haben. Diesen
»Antrag zurückgewiesen, da solcher in seinem ganzen Umfange weder
»ausführbar ist, indem der Auseinanderbau der Gehöfte bei Metabliffen
»Ortschaften auch da, wo solcher nicht schon durch besondere gesetz-
»liche Bestimmungen allgemein vorgeschrieben ist, dadurch erzwungen werden kann, da
»mentenplan Sr. Maj. dem Könige behufs der Genehmigung desselben
»denselben bedingten Expropriation vorgelegt wird, auch die ange-
»führte immer nicht so vorthellhaft benutzt werden können, als wenn
»Grundstücken der Interessenten nach ihrer Bewirthschaftungsart

Bereits die Cirk. Ordre v. 16. April 1705 an die Beamten, was sie bei dem Anbau der Amts-Unterthanen beobachten sollen¹⁾ schreibt vor, daß wenn die Unterthanen Häuser, Scheunen und Ställe erbauen, die Beamten zuvörderst die Baustellen besehen, und mit Sachverständigen überlegen sollen, wie der Bau am bequemsten und sichersten ausgeführt werden könne. Die Kurmärk. u. Kammer-Verordn. v. 10. Mai 1791²⁾ macht zur Pflicht, darauf zu achten, daß abgebrannte Höfe auseinander gebaut werden. Auch die meisten Kreis-Polizei-Ordnungen und Feuer-Societäts-Reglements enthalten dergleichen Bestimmungen.

Das A. L. R. I. 8. §. 65 verordnet, daß in der Regel jeder Eigenthümer Grund und Boden mit Gebäuden zu besetzen, oder sein Gebäude zu vergrößern wohl befugt ist, fügt jedoch im §. 66 die Einschränkung hinzu, daß zum Schaden oder zur Unsicherheit des gemeinen Wesens kein Bau und keine Veränderung vorgenommen werden darf, und verordnet im §. 69, daß ohne obrigkeitliche Erlaubniß auch auf dem Lande keine neue Feuerstelle errichtet, sowie keine Feuerstelle an einen andern Ort verlegt werden soll. Nähere Erläuterungen dieser allgemeinen Vorschrift, in ihrer Anwendung auf einzelne Fälle, enthält das A. L. R. I. 8. §. 82. a. a. O. für derartige Gegenstände auf die höheren Polizei-Gesetze eines jeden Ortes³⁾.

Es ist daher die gegenwärtig bestehende Gesetzgebung über diesen Gegenstand für die einzelnen Landestheile der Monarchie abgesondert darzustellen.

Für die Kurmark Brandenburg sind ergangen:

1) Ed. v. 15. Juni 1795, wegen des Auseinanderbauens der Unterthanen-Höfe und Gebäude in der Kurmark⁴⁾.

und weil sich zur Zeit der Auseinandersehung gar nicht vorhersehen läßt, auf welche Weise der vielleicht erst nach einer langen Reihe von Jahren nöthig werdende Auseinanderbau alsdann am zweckmäßigsten bewirkt werden kann; indeß finde ich mich doch dadurch veranlaßt, die R. General-Kommission anzuweisen, Ihren Spezial-Kommissarien aufzugeben:

- bei Anordnung der Separationspläne für eng und feuergefährlich gebaute Ortschaften auf einen möglichen Auseinanderbau Bedacht zu nehmen, und mit Rücksicht darauf die nahe am Dorfe belegenen, zu Bauplätzen geeigneten Ländereien zu vertheilen. (A. XXIII. 365.—2. 82.)

Hylii C. C. M. Tom. IV. Abth. 2. cap. 3. No. 5.

Vergl. Haase's Handb. des Preuß. Pol. und Kameralwesens, Bd. 2. S. 141.

Bei der Revision des A. L. R. haben die Verwaltungsbehörden, und namentlich das Min. des J., mit den Vorschriften des A. L. R. I. 8. §§. 53—67, betr. die Einschränkung des Eigenthümers beim Bauen, eine Menge von Bestimmungen in Verbindung gesetzt, welche als Anweisungen für die Polizeibehörden bei der von ihnen auf das Baumwesen zu führenden Aufsicht betrachtet werden müssen. Das Vorhaben des Min. des J. reht sich an einen diesen Gegenstand betr. Antrag des Ob. Präs. v. Wink, von welchem ein, dem Westphälischen Landtage zum Gutachten vorgelegender Entwurf zu einer V. wegen der Einschränkungen des Eigenthums bei dem Häuserbau in der Provinz Westphalen, eingereicht worden war. Späterhin ist dieser Gegenstand auf sich beruhen geblieben und zur allgemeinen Gesekrevison verwiesen. Die Revisoren des A. L. R. bemerken, daß die Monenten die Vorschriften des Kurmärkischen Ed. über das Auseinanderbauen (s. unten sub I.) mit gewissen Modifikationen zum allgemeinen Gesetze erhoben wissen wollen, sind indeß der Ansicht, daß es keine Verbesserung des A. L. R. sein würde, wenn dasselbe mit dergleichen polizeil. Instruktionen überladen werde, weshalb sie von den Kurmärk. B. und ähnlichen in den ausgearbeiteten Vorträgen zusammengestellten Revisionen für die Revision keinen Gebrauch gemacht, sondern auf die deshalb ergangenen besonderen Verordnungen verwiesen haben. Hierbei ist auch der Entw. des bürgerl. Gesekbuches stehen geblieben. (Vergl. Acta gen. des Min. des J. 1811. Land- und Wasserbau-Sachen Nr. 94. Vol. I. und II. Gesekrevison Pens. 1811. Motive zum A. L. R. I. 8, S. 55. Motive zum bürgerl. Gesekb., Thl. II. 46.)

Im Wesentlichen gleichlautendes Edikt wegen des Auseinanderbauens neu zu

Wir Friedrich Wilhelm II.: Vielfältige Erfahrungen haben es gelehrt, daß in den Dörfern der Kurmark ausbrechenden Feuerbrünste deshalb außerordentliche Anstalten anrichten, weil die Gebäude und Gehöfte der Unterthanen so nahe an einander gebaut sind, daß die Flamme von einem Gebäude unaufhaltsam dem andern mittheilt und dadurch der Gebrauch der Löschungswerkzeuge sehr erschwert oder wohl gar unmöglich gemacht wird.

Es sind zwar bereits mehrere Gerichtsobrigkeiten, überzeugt von den verheerenden Folgen einer solchen Bauart, von ihrem eigenen und ihrer Unterthanen wahren Wohlstande bemüht gewesen, diesem Mißbrauch abzuwehren, sie haben aber, wie Wir vielfältig in Erfahrung bringen, in den ungegründeten Widersprüchen und Vorurtheilen ihrer Unterthanen große Hindernisse gefunden.

Wir haben daher für nöthig erachtet, durch eine Landesherri. gesetzl. Vorschrift die Gerichtsobrigkeiten in der Kurmark gegen alle unbegründete Widersprüche ihrer Unterthanen in diesem Stücke zu schützen und sicher zu stellen, und befehlen demnach hierdurch

§. 1. Daß wenn einzelne oder mehrere Unterthanengebäude, Gehöfte oder ganze Dörfer, durch Feuerbrünste in Asche gelegt werden, und deshalb oder sonst in Ausfälligkeit, auch aus andern Ursachen, neu erbaut werden sollen, kein Unterthan Befugniß haben soll, eher den neuen Bau eines Gebäudes oder ganzen Gehöftes zu nehmen, als bis ihm die Baustelle von der Gerichtsobrigkeit, an welche er sich in Absicht zu wenden hat, angewiesen ist.

§. 2. Dem Ermessen der Gerichtsobrigkeiten, welchen zunächst die Posten über ihre Dörfer obliegt, und an der Erhaltung ihrer Unterthanen gelegen sein muß, es überlassen bleiben, zu bestimmen: ob die neu zu erbauenden Gehöfte oder Gebäude, ihre vormaligen oder welche neuen Stellen, und in welcher wechselseitigen Verthütung gefährlicher Feuerbrünste hinlänglichen, auch mit der wirthschaftlichen Stimmung der Gebäude verträglichen Entfernung, wieder erhalten, und wie die Hof- und Dorfstraßen erweitert werden sollen, wobei ihnen bloß zur Pflicht gemacht wird zu sorgen, daß die Unterthanen, deren Gehöfte oder einzelne Gebäude versetzt werden, für den aus der Versetzung ihnen erwachsenden Verlust eine der Sache angemessene Schadloshaltung erhalten.

§. 3. Wenn zur Versetzung der Gehöfte oder einzelner Gebäude zwar Grundstücke des Besizers bebaut werden müssen, dagegen aber die alten Bauplätze darum zu kultiviren und nutzbar zu machen sind, mithin der Besizer keinen Verlust an Flächeninhalt seiner nutzbaren Grundstücke leidet, so soll gar keine Entschädigung stattfinden, dagegen aber solche in der Regel überall gegeben werden, wenn der Besizer der versetzten Gehöfte oder einzelner zu versetzender Gebäude dadurch an dem bloßen Flächeninhalt seiner nutzbaren Grundstücke einen Verlust erleidet.

Für den Verlust in Rücksicht auf die Bonität und bessere Kultur der Grundstücke darf jedoch, wenn der Schaden nicht von Bedeutung und die Entschädigung desselben schwierig ist, keine Vergütung verlangt, oder gegeben werden, sondern einen solchen Schaden, durch eigene Industrie zu ersetzenden Verlust muß der Besizer, in Rücksicht auf die mehrere Sicherheit seiner Gebäude und seines Eigenthums, ohne Vergütung tragen.

§. 4. Sollte auch der Unterthan bei der Versetzung seiner eigenen Gebäude einem nutzbaren Grund und Boden oder an dessen Abnutzung nur so wenig verlieren, daß der Verlust in Vergleichung mit seinem Nahrungsstande von gar keiner Erheblichkeit ist, welches die Gerichtsobrigkeit mit Zuziehung des Landraths jedesmal zu arbiträren, zum Beispiel, wenn Drei- oder Vierhüner einige Quadratfuß verlieren, und in solchen Fällen die Vergütung des geringen Schadens mit großen Schwierigkeiten verknüpft ist, muß der Besizer diesen Verlust ebenfalls ohne Vergütung allein übernehmen.

§. 5. Ein Gleiches soll auch stattfinden, wenn nicht bloß die Gebäude eines Unterthanen, sondern mehrere Gebäude oder Gehöfte benachbarter Wirthe versetzt werden und der Verlust für jeden einzelnen Besizer unbedeutend und die Entschädigung schwierig ist.

§. 6. Kann aber die Vergütung des Schadens, wenn er auch von geringer Bedeutung sein sollte, ohne große Weitläufigkeit geschehen, und verlangt der Grundbesitzer solche Entschädigung, oder ist der Schaden von größerer Erheblichkeit, so muß derselbe genau gewürdigt und ersetzt werden.

§. 7. Die Abschätzung des Schadens geschieht durch geschworene Kreisräthe, die Vermessung der Grundstücke, wofern solche nöthig sein sollte, durch vereidete

errichtender Gebäude auf dem Lande und in Städten ist unterm 28. Juni 1811 in Preußen ergangen (Mylli N. C. C. Tom. X. S. 2560. Nr. 21). In Preußen indeß, da die betr. Landesstelle nicht mehr zur Monarchie gehörte, ist keinem weiteren Interesse ist.

er, wegen Wir, zur Beförderung der gemeinnützigen Sache, Landesherrlich gesonnen
 die Delagations- und Vermessungskosten, ingleichen die Kosten für die Aufnahme der
 nöthigen Pläne, in unsern Domainenämtern ganz aus unsern Kassen zahlen zu
 bei Dörfern anderer Gerichtsobrigkeiten aber zur Hälfte aus unsern Kassen und zur
 aus den Kreiskassen zu bewilligen.

§. 8. Die Vergütung des Verlustes an Grund und Boden soll in der Regel immer,
 solches nur irgend möglich ist, und besonders, wenn der Besitzer sonst nicht in prä-
 stantem Zustande erhalten werden könnte, durch andere Grundstücke geschehen.
 sind vor allen andern die Gemeindeplätze bei den Dörfern zu wählen, über deren
 Abtretung die Gemeinden zwar zu hören sind, dagegen aber, wenn dieselben
 nur irgend entbehrlich sind, kein Widerspruch gestattet werden soll.

§. 9. Kann die Natural-Entschädigung durch Grundstücke nicht anders zweck-
 geschehen, als daß der neue Grundbesitzer etwas von dem Grundstücke seines Nach-
 erhält; so muß sich Letzterer solches mit Vorbehalt der Entschädigung unweigerlich
 lassen.

§. 10. Wenn die Vergütung des Verlustes an Grund und Boden auf solche Weise
 andere Grundstücke nicht geschehen kann, und es mit Bestande der Prästationsfähig-
 Grundbesitzers und seiner Nahrung verträglich ist, ihn durch Geld zu entschädigen,
 wenn eine Gelegenheit vorhanden ist, benachbarte Grundstücke zur Natural-Entschä-
 anzukaufen, oder wenn nur eine auf eine Zeitlang ausfallende Stütze zu vergüten
 muß der Ersatz nach vorgängiger genauer Abschätzung in Gelde geschehen.

§. 11. Behuf dieser Vergütung in Gelde sollen die Kreiskassen, welche durch eine
 feuerliche Bauart gewinnen, den Bauenden eine doppelte Kreiskremission zahlen,
 sofern hierdurch der zu ersetzende Schaden vergütet werden kann, hat es hierbei sein
 den.

§. 12. Sollte diese Remission aber zur völligen Entschädigung nicht hinreichend
 muß das Fehlende aus der Gemeindefasse zugeschoffen, oder wenn eine solche nicht
 den, von sämmtlichen Mitgliedern der Gemeinde, mit Inbegriff der bauenden und
 schädigenden Interessenten, als welche ihren societätsmäßigen Antheil mit über-
 müssen, sowie andere außerordentliche Gemeindefasten, nach dem an jedem Orte
 Verhältnisse aufgebracht werden.

§. 13. Bei Regulirung der Entschädigungen muß der Landrath jedesmal zugezogen
 Dieser hat wegen Bewilligung der doppelten Kreiskremission und eventuellen
 lung des Entschädigungsausschusses, mit Einreichung der Anlage von den indivi-
 Beiträgen, an die Kammer zur Genehmigung zu berichten, auch sobald diese Ge-
 sung erfolgt, für die ungesäumte Ausführung des Bauplans Sorge zu tragen.

§. 14. Uebersteht hingegen die Ausbringung der Entschädigungsausschüsse die Kräfte
 Gemeinde, welches sich gleich bei der ersten Anlegung des Plans wird übersehen lassen,
 der Landrath hiervon schleunigen Bericht an die Kammer erstatten, damit entweder
 Plan aufgegeben, oder derselbe auf eine ausführbare Art modificirt, oder auf an-
 stelle für die Erleichterung der Gemeinden gesorgt werden kann, wobei es uns zum
 gnädigen Wohlgefallen gereichen wird, wenn die Gerichtsobrigkeiten, außer dem
 Erlaß der gütsherrlichen Abgaben, durch freiwillige Zuschüsse die Ausführung
 nützlichen Pläne zu befördern sich willig finden lassen werden.

§. 15. Die Bestimmung: ob die in Gelde zu zahlenden Entschädigungssummen dem
 anbezahlt, oder auf welche andere Weise solche zu dessen und seines Hofes Nutzen
 bet werden sollen, bleibt lediglich dem Ermessen der Gerichtsobrigkeiten vorbehalten,
 diese für die Prästationsfähigkeit ihrer Unterthanen einzustehen gehalten sind.

§. 16. Wegen Erhaltung solcher Entschädigungen sollen die Unterthanen schlechter-
 schuldig und verbunden sein, sich die Versetzung ihrer Gebäude, auch ganzer Gehöfte,
 dem Verlangen ihrer Gerichtsobrigkeiten gefallen zu lassen.

§. 17. Widersprechen dieselben dem Vorhaben der Letztern, in Ansehung des Aus-
 baues überhaupt, oder sind sie mit der ihnen angebotenen Entschädigung nicht
 ein, so hat der Landrath die Unterthanen mit Zuziehung ihrer Obrigkeiten zu hören,
 gegenseitigen Gründe und Gegengründe pflichtmäßig zu untersuchen und zu Pro-
 nehmen, auch davon unverzüglich, mit Einreichung der darüber aufgenommenen
 Abnungen, nöthigenfalls auch eines richtigen Situationplanes, an die Kammer zu

§. 18. Sind die Unterthanen außer der Gerichtsobrigkeit noch andern Gütsherr-
 dienst-, zehend- oder zinspflichtig, oder sind sie Zeitpächter, Erbpächter, Zinsleute,
 der Kirchenbauern, oder gehören sie einer frommen Stiftung: so müssen bei der
 lung ihre Dienst-, Zehend-, Zinsherren, Zeit- oder Erbverpächter, Erbzinsmänner,
 Kirchenvorsteher, ingleichen die Vorsteher der frommen Stiftungen, zugezogen,
 von den Predigern und diesen Vorstehern über das getroffene oder noch zu treffen-
 kommen die Genehmigung unser Ober-Konfistoriums eingeholt werden.

§. 19. Gelingt es dem Landrath, wie derselbe sich jedoch eifrig bemühen den Streit zwischen den Obrigkeit und den Unterthanen in Güte zu schlichten die Sache zur Entscheidung der Kammer, welche darin, nach vorgängiger, sorgfältiger derselben, mit Zuziehung eines oder mehrerer ihrer Justitiarlen, einen Bescheid mit Gründen, so schnell als möglich ertheilen muß. Diesen Bescheid Landrath ohne den mindesten Aufschub sämmtlichen Interessenten zu eröffnen darüber zu erfordern, und wenn sie hiebei sich beruhigen, die Ausführung zu veranstalten, dagegen aber, wenn einer oder der andere sich dadurch besäße, ihn mit der Rechtfertigung seiner Beschwerden zu hören, auch alsdann verliert, mit Einreichung sämmtl. die Sache betreffenden Verhandlungen, an zu berichten.

§. 20. Diese hat die Sache nochmals mit Zuziehung eines andern Justitiarlen Erwägung zu ziehen, und darüber mit Einreichung ihrer und der Urtheile, auch mit Abgebung ihres pflichtmäßigen Gutachtens, an das General-Direktorium Entscheidung zu berichten.

§. 21. Bei diesem Bescheide soll es, so viel die Ausführung des Baues betrifft, schlechterdings sein unabänderliches Verwenden haben, und dagegen bei Behörde irgend ein Rekurs stattfinden, indem Wir in dergleichen Fällen es überdies auf das schnelle Reetablisement der Unterthanengebäude ansehnliches Verfahren verlangen, und keine Prozesse bei den gewöhnlichen Gerichten wollen.

§. 22. Dagegen bleibt es demjenigen, welcher dabei nützliche Gründe und durch die ausgemittelte Entschädigung nicht hinreichende Vergütung glaubt, unbenommen, dieses mit demjenigen, der die Entschädigung zu leisten begehrt, in dessen ordentlichen Gerichtsstande auszumachen, wobei jedoch, falls ihm durch richterliches Erkenntniß nicht mehr zuerkannt wird, der vorigen Ausmittelung erhalten haben würde, die Prozeßkosten allfälligenfalls zu tragen.

§. 23. Sollen die Interessenten, deren Gehöfte oder einzelne Gebäude werden sollen, dem vom General-Direktorium ertheilten Bescheide nicht Folge leisten, so sollen die Gerichte des Ortes ohne alles prozeßualische Verfahren, welches Wir hierin ausdrücklich untersagen, den Bau nicht vornehmen, sondern innerhalb einer Frist von acht Tagen gegen sie mit der Exmiffion verfahren; dem neuen Annehmer aber die Ausführung des vorgeschriebenen Baues unter den vorgeschriebenen Bedingungen gemacht werden.

§. 24. Ist aber der widersprechende Unterthan eigenthümlicher Besitzer der Stelle, so sollen die zu Ausführung des Bauplans, in Ansehung seiner erforderlichen aus seinem bereitesten Vermögen herbeigetrieben, oder wenn die Gutsherrschaft anderer sich zu deren Vorschuss verstehen will, auf dem Gute gehörig beschaffen ein solcher Vorschuss nicht prompt herbeizuschaffen stände, mit Tagation und des Hofes unverzüglich verfahren, und dabei dem Käufer die Ausführung zur Bedingung gemacht werden. Ein solcher erblicher Besitzer soll zwar noch vor dem Termin die Befugniß haben, durch seine Erklärung dem ihm eröffneten sich unterwerfen zu wollen, den Verkauf seines Hofes rückgängig zu machen, dem Besitz desselben zu erhalten, dagegen aber ist er verbunden, die Tag- und Anwaltskosten zu tragen, imgl. den sich eingefundenen Auktanten die von ihnen an Reise- und Versäumniskosten zu erstatten.

§. 25. Gegen eine solche Exmiffion und Subhastation soll übrigens selbst nicht Minderjährigen, Pfarren, Kirchen und frommen Stiftungen die That der Wiedereinsetzung in den vorigen Zustand zu Etatten kommen, sondern ihnen überlassen, an ihre Vormünder oder Vorsteher ihren Regreß zu nehmen, die der Minderjährigen beordnen Wir jedoch, daß, wofern deren Vormünder nicht willig sind, sich der Ausführung des gesetzmäßig feststehenden Bauplans, ihre Bewilligung von der Gerichtsobrigkeit supplirt und einem andern Vormunde die Besorgung des Baues übertragen werden soll.

§. 26. Alle Verhandlungen und Ausfertigungen in dem Auseinanderhöste und Gebäude betr. Sachen sollen übrigens als Polizeisachen betrachte die Stempel- und Gebührenfreiheit genießen.

§. 27. Hiernach haben Wir zu Unsern getreuen Vasallen und Obrigkeit größtenteils Vertrauen, daß sie sich in vorkommenden Fällen den Auseinanderterthanengebäude, selbst mit einiger eigenen Aufopferung, welche durch die Leistungen solcher nützlichen Anordnungen reichlich wieder eingebracht wird, leisten lassen, und beordnen Wir hienit, daß über die Vorschriften dieses Ed.

Sehe interessirenden Behörden pflichtschuldigst gehalten, auch von den Justiz-Kollegen kein Prozeß dagegen gestattet werden soll. Urkundlich etc.

(N. C. C. Tom. IX. S. 2525. Nr. 29. de 1793. Rabe's Samml. Bd. 3. S. 77.)

2) B. v. 28. Aug. 1796, gegen die Verbindung der Wohn- und Wirthschafts-Gebäude auf dem platten Lande in der Kurmark.

Ungeachtet ein jeder Bauender auf dem platten Lande durch die Rücksicht sowohl die allgemeine als auf seine eigene Sicherheit veranlaßt werden sollte, Wohn- und Wirthschafts-Gebäude nicht in Verbindung zu setzen, sondern solche dergestalt auseinander bauen, daß bei dem Ausbruche eines Brandes die Ausbreitung des Feuers nicht unvermeidlich, und die Gelegenheit zum Löschen und Retten nicht benommen werde; so lehrt die Erfahrung doch, daß dieses in der Kurmark vielfältig nicht gehörig beobachtet wird, und das Zusammenbauen der Wohn- und Wirthschafts-Gebäude großen Schaden zu stiftet. Er. R. Maj. von Preußen, Unser Allergn. Herr, wollen indessen, aus Väterlicher Fürsorge für die Person und das Eigenthum Dero getreuen Unterthanen, feuergefährliche und nachtheilige Bauart durchaus abgestellt wissen, und werden daher gütigst bewogen, hierdurch allgemein zu verordnen und festzusetzen: daß

1. vom Tage der Publikation gegenwärtiger B. an, in der gesammten Kurmark auf den Gehöften, weder in den Flecken noch auf dem platten Lande, es sei solches ein Herrschafts-, Pfarr-, Ritters- und Schul-, oder Aderbürger-, Bauer-, Halbspänner- oder eines Unterthanen-Gehöfte, die Verbindung des Wohnhauses mit einem Wirthschafts-Gebäude, es sei Scheune oder Stallung, weiter stattfinden, und am wenigsten ein Wohnhaus mit Scheune oder Stall der Länge nach, ohne Zwischenwand, unter einem Dache zu werden soll. Ebenso wenig sollen in den Wohnhäusern Dreschflure, oder ein Gefäß zur Aufbewahrung des Futters oder des Getreides in Garben eingerichtet, vielmehr Häuser Scheunen jedes unter einem besondern Dache aufgeführt werden.

Es sollen ferner Wohn- und Wirthschaftsgebäude so weit auseinander gebaut werden, daß ein hinlänglicher Raum zwischen selbigen verbleibt, damit bei entstehendem Feuer von allen Seiten zum Löschen geschritten, und die Entzündung der übrigen Gebäude verhütet werden kann.

Nur Wirthschafts-Gebäude ohne Feuerungen sollen mit einander verbunden werden

2. Wenn indessen der Raum eines Gehöftes oder andere dringende Umstände den nöthigen Bau des Wohnhauses und der Scheune behindern, oder die Wirthschaft des Aderwirths so eingeschränkt sein sollte, daß er zwar einen kleinen Scheunen-Raum, eine oder nur eine unbedeutende Stallung nöthig hat, mithin die Verbindung einer Scheune von einigen Gebinden mit der Stallung ohne beträchtliche Kosten nicht möglich zu sein wäre, so kann zwar als eine Ausnahme von der Regel nachgelassen werden, daß das Wohnhaus nebst der Scheune und Viehställen unter ein Dach erbaut wird, dieses muß aber sodann dergestalt eingerichtet sein, daß das Wohnhaus durch eine von der Scheune bis an den Giebel gehende zugestellte Wand von der Scheune und den Viehställen abgesondert ist, auch muß auf die beständige Erhaltung dieser Wand bei der Feuerung der Dorf-Gerichte, bei deren eigener Verantwortung, gehalten werden.

3. Dergl. Ausnahmen sollen jedoch nie anders, als nach vorgängiger Untersuchung und erfolgter Genehmigung der Prov.-Kammer, statt finden.

4. Da bereits durch das Ed. v. 15. Juni v. J., wegen des Auseinanderbauens der Gebäude vorgeschrieben ist, daß kein Unterthan eher einen Bau vornehmen soll, bis ihm die Erlaubnis von der Gerichtsobrigkeit angewiesen worden, und wie es, wenn derselbe mit der Erlaubnis nicht zufrieden, deshalb zu halten ist, so soll dies auch auf den Wiederaufbau der Wohn- und Wirthschafts-Gebäude, in Rücksicht ihrer Verbindung unter sich, völlige Anwendung finden, und derjenige, welcher, den jetzigen Vorschriften entgegen, ohne obrigkeitliche Anweisung bauet, angehalten werden, den geschwidrigen Bau auf eigene Kosten zu nehmen. Dies soll auch bei vorschriftswidrigem Bau der Guts-Obrigkeiten selbst zu geschehen.

5. Keine Gerichts-Obrigkeit, Beamter oder deren Stellvertreter aber darf eine Erlaubnis von gegenwärtiger B. gestatten, widrigenfalls selbige, wenn durch ihre Autorität die Rücksicht ein unerlaubter Bau veranlaßt wird, sie angehalten werden sollen, auf ihre Kosten abzureißen, und aus eigenen Mitteln in einer dem Befehle gemäßen Weise herzustellen.

Die Polizei-Beamten jedes Orts, wohin auch die Gerichte und Schulzen in Flecken fern gehören, dürfen nicht zugeben, daß vorschriftswidrig gebaut wird, sondern davon der Obrigkeit des Orts und dem Landrath des Kreises, bei Flecken aber, wo ein Steuerrath die Aussicht hat, diesem Anzeige machen. Wenn sie oder Landrath, hiebei etwas verabsäumen, sind sie dafür verantwortlich.

6. Da nach der Bestimmung unter Nr. 3 die nachgelassenen Ausnahmeregeln nur auf vorgängige Genehmigung der Prob.-Kammer stattfinden soll, seine Gerichts-Obriegkeit oder Beamter, bei der unter Nr. 3 bestimmten Strafe die Erlaubniß ausdrücklich oder stillschweigend erteilen; vielmehr muß, wer vorkommt, welcher sich zur Ausnahme zu qualificiren scheint, davon dem Land Anzeig gemacht, von diesem die Sache untersucht, darüber umständlicher Prob.-Kammer erstattet, und deren Entscheidung erwartet werden.

7. Bei Befolgung dieser Vorschriften ist nicht allein auf das Gehöft des Bauers, sondern auch auf die Gebäude der Nachbarn und deren Entfernung zu sehen (Mabe's Samml. Bd. 3. S. 302.)

3) Nachtrag v. 19. April 1804 zu dem Edikt v. 15. Juni 1795 des Auseinanderbaues der Unterthanen-Gehöfte und Gebäude in der

Se. R. Maj. von Preußen, Unser allergn. Herr, haben in Erfahrung gebracht, die bei der Abfassung des Ed. v. 15. Juni 1795, wegen des Auseinanderbaues der Unterthanen-Gehöfte und Gebäude in der Kurmark zum Grunde liegende heilsame Verminderung der täglich mehr zunehmenden Feuerbrünste auf dem platten Lande und die Löschung der Feuerbrünste erleichternde Stellung zu geben, nicht vollbracht wird, indem theils die Vorschriften des gedachten Ed. im §. 1. sich bloß auf die Einschränkung, wenn Unterthanen-Gehöfte und Gebäude durch Feuerbrünste in die Gefahr gekommen sind und deshalb, oder wegen Baußälligkeit oder aus andern Ursachen verschleßt werden sollen, mithin auf die Versekung stehender und noch bewohnbarer und gleichwohl aber feuergefährlicher Gehöfte und Gebäude sich nicht erstrecken, theils die R. Maj. allerh. Landesväterliche Absicht durch eigenmächtige, unzweckmäßige Feuerbrünste in den Dörfern vermehrende Anlegung neuer Gebäude und Feuerstellen eintreibt.

Zur Erreichung jener Absicht und Verhütung aller hiermit unübertragbar, verordnen daher Höchstgedachte Se. R. Maj. hierdurch allergn. und

§. 1. daß nicht nur die Vorschrift des A. L. R. 1. Th. 8. Tit. 55. §. 61, welcher, bei Vermeidung der daselbst angeordneten Strafen, ohne vorgängige Erlaubniß, weder in den Städten noch auf dem Lande eine Feuerstelle oder auch eine alte an einen andern Ort verlegt werden darf, auf das strengste, sondern auch jede Guts- und Gerichtsobriegkeit dafür verantwortlich gemacht, wenn sie zur Anlegung neuer, oder Verlegung alter Feuerstellen, ohne hierzu die Genehmigung des Landraths des Kreises zuvor eingeholt zu haben, die Erlaubniß erteilt, und es sich hiernächst ergeben sollte, daß die Feuerstelle eine polizeiwidrige oder gefährliche Stellung erhalten habe.

§. 2. Soll jeder Bewohner des platten Landes, er sei Eigenthümer oder Pächter, schuldig sein, ohne einen wirklichen Feuerschaden oder die Baußälligkeit des oder Gebäudes abzuwarten, sich die Versekung seiner feuergefährlichen oder gefährlicher Nähe mit andern stehenden, wenn gleich sonst noch bewohnbaren Gebäuden gefallen zu lassen, wenn die Guts- und Gerichtsobriegkeit, mit Genehmigung des Landraths eine solche Versekung zur Beförderung mehrerer Feuersicherheitlicher Ordnung in den Dörfern für nöthig erachtet, und der Eigenthümer durch Erbauung anderer Gebäude von gleicher Güte und Beschaffenheit, auf seiner alten Stelle gehaltenen Pflanzungen an Gärten und Hofraum, auf den Guts- wirtschaftlichen Abschätzungen, gehörig entschädigt wird.

§. 3. Da Se. R. Maj. auf die Beförderung der Gemeinheitsheilung überhaupt, als auch in den Dorfgemeinden, zur Erleichterung und Verbesserung der Kultur, Allerhöchstens besondere Aufmerksamkeit richten, so soll auch, abgesehen von der Beförderung mehrerer Feuersicherheit, unter gleichen, im vorstehenden §. bestimmeten Auslegungen, auf die Verlegung stehender Gebäude gedrungen werden können durch das Zusammenlegen und die Vereinigung der durch solche Bauwerke getrennten Grundstücke und Wirtschaften bewirkt und bewirkt werden kann.

§. 4. Behält es in Ansehung der bei solchen Versekungen der Gebäude entstehenden Entschädigungen, bei den in dem Ed. v. 15. Juni 1795 vorgeschriebenen sein Bewenden, und wird der §. 3 dieses Ed. hiermit dahin näher bestimmt, daß bei der Anweisung der neuen Bau- und Hofstellen, so wie überhaupt bei der Verlegung durch Grundstücke, nicht bloß der Nachbar des zu versekenden Grundstückes, sondern überhaupt jeder andere Einsasse und Dorfeinwohner, mit Vorbehalt seiner geschädigten, den nöthigen Bedarf an Grundstücken, nach der im Einverständnisse mit dem Landrath erfolgten Bestimmung der Guts- und Gerichtsobriegkeit herzugeben soll.

l. In Ansehung der Kosten des Wiederaufbaues abgebrannter oder wegen Baubehinder anderer Ursachen neu zu erbauender Gebäude, behält es bei den Vorschriften Ed. sein Verwenden, wogegen die Kosten des Wiederaufbaues der zu n sonst noch brauchbaren Gebäude von den hierauf provocirenden Interessenten werden sollen, welche demselben jedoch, nach Maßgabe des oftgedachten Ed. v. 1795 §§. 11. 12. 13. und 14. durch freigutsherrliche und Gemeindebeihilfen zu erleichtern sind.

k. Auf eine solche Verletzung stehender Gebäude ist jeder Einsasse, er sei Outbe-Unterthan, unter den vorstehenden Bedingungen zu provociren berechtigt etc. (C. C. Tom. XI. Nr. 12. de 1804., Rabe's Samml. Bd. 8. S. 34.)

Publik. der K. Reg. zu Potsdam, v. 5. Juli 1826.

der B. v. 28. Aug. 1796 ist bestimmt, daß Wohn- und Wirtschaftsg Gebäude auf n Lande so weit auseinander gebauet werden müssen, daß ein hinlänglicher schen denselben verbleibt, damit bei entstehendem Brande von allen Seiten zum schritten, und die Entzündung der übrigen Gebäude verhütet werden kann. Da rsahrung lehrt, daß hierzu ein Raum von mindestens 30 Fuß von den Ställen, 0 Fuß von den Scheunen bis zu den Wohngebäuden erforderlich ist, so haben Landräthe angewiesen, nur in dieser Entfernung die Erlaubniß zur Errichtung äude nach der gewöhnlichen Bauart mit Stroh-, Rohr- oder Schindelbedachung n, wobei jedoch die Verpflichtung der Bauenden, wo hinlänglicher Raum sich n weiterer Entfernung zu bauen, nicht ausgeschlossen wird. Wo die Lokalität en Raum nicht gestattet, kann der Bau nur unter Bedingung der Ziegelbe- stattet werden.

r, der einen neuen Bau auf dem platten Lande beabsichtigt, hat daher durch setzte Pol.-Obrigkeit zwei Exemplare einer ungefähren Handzeichnung, in wel- die Entfernung von den nächsten Gebäuden nach Maßen und deren Bau- und art genau angegeben sein muß, bei dem Landrathe einzureichen, und darf vor schriftl. Konsense desselben, den Bau, bei Vermeidung nachdrücklicher Strafe Befinden der Umstände, der Wiederauftragung des Gebäudes, nicht anfangen.

handwerker, welche vor Vorzeigung des schriftlichen landrätthl. Konsenses einen igen, verfallen in 5 bis 10 Thlr. Strafe. Hinsichts der Bauten in den altsäch- deustheilen unsers Reg. Depart. hat es lediglich bei den Vorschriften der Kur- Dorf-Feuerordnung v. 18. Febr. 1775 nach wie vor sein Verwenden. (K. 824. — 3. 151.)

Bergl. die Bau-Pol.-Ordn. v. 11. Okt. 1847 (Abschn. III.) für das nd der Provinz Brandenburg und der Kreise Dramburg und Schle- unten).

Ueber die Frage: in wiefern die für die Kurmark ergangenen B. ini 1795, 28. Aug. 1796 und 19. April 1804 (s. ad I. sub 1, 2 h für andere Landestheile zu berücksichtigen? ist das Min. des J. er von gleicher Ansicht ausgegangen.

Auf eine Anfrage der K. Reg. zu Königsberg in der N. M. sprach irt. der Allgem. Pol. im Min. des J. sich in dem R. v. 27. Jan. ahin aus, daß die erwähnten Ed. zwar ohne Immediat-Genehmigung die Neumark publicirt werden könnten, daß aber die Reg. darnach mmenenden Fällen verfahren könne und abzuwarten sei, ob dagegen werden würde.

Ein an die Reg. zu Stettin, Königsberg in der N. M., berg in Pr., Liegnitz, Breslau, Marienwerder und Güm- rlassenes R. desselb. Min. v. 20. Juli 1813²) bemerkte,

le allegirten Verordnungen auf den Grundsätzen des R. L. R. I. 8. §§. 29—31, beruhten und nichts, als eine Instruktion der Behörden über deren Anwen- enthielten, weshalb es nicht das geringste Bedenken habe, vielmehr die (genann- Reg. autorisirt würden, diese Vorschriften auch in ihren Depart. anzuwenden;

1 gen. des R. Min. des J., Pol. Abth., betr. den Auseinanderbau der Unter- en-Gehöfte und Gebäude, sign. Land- und Wasser-Bau-Sachen Nr. 94. Vol. I. . D. Hierauf gründet sich das Publik. der Reg. zu Gumbinnen v. 25. Mai 3. (s. unten.)

es sei jedoch von der in dem Nachtrage v. 19. April 1804 §§. 2 u. 3 getroffenen Bestimmung wegen Verletzung nachstehender Gebäude in der Regel keine Ausnahme zu machen und solche, mit Rücksicht auf die Lasten der Zeit, den Interessenten ohne die allerbringendste Veranlassung zuzumuthen.

3) Daß an dieselben Reg. erlassene R. des R. Min. des J. (Köhler) 7. Juli 1815¹⁾ bemerkte dagegen:

daß jene B. nicht mehr ganz den neueren gutsherrlich-bäuerlichen Verhältnissen angemessen seien, auch verschiedene Härten enthielten (z. B. die Art der Aufbringung der Entschädigungen und das Verfahren gegen die Rentienten) und deshalb auch in Kurmark nie zur vollständigen Ausführung gekommen seien. Es sei daher bei den Vorschriften des A. L. R. I. R. §§. 65 ff. stehen zu bleiben und es für die erwähnten Kurmärkischen Geseze nur in sofern in Ausübung zu bringen, als eine nähere Instruktion bei Anwendung jener landrechtlichen Bestimmungen zu geben und denselben nicht widersprechend seien. Es sei darin schon verordnet, daß dem Lande ohne Genehmigung der Polizei keine neue Feuerstelle errichtet oder alte verlegt werden solle, so wie denn in den Städten gar kein Bau ohne obliche Genehmigung erfolgen dürfe. Schon hieraus folge die Befugniß der Behörden, zu verlangen, daß die Gebäude in solcher Art und in solcher Entfernung aufgebauet würden, daß keine Feuergefahr daraus entstehe; auch sei es zu bedenken, daß Abbrechen feuergefährlicher bestehender Anlagen, selbst wenn die Rentienten keinen Neubau aus eigener Veranlassung intendirten, zu fordern. Liege es auch in der Natur der Sache, daß, wenn überhaupt ein Interessent solcher Maßregeln und Einschränkungen nach den bestehenden Gesezen eine Abmildung zu fordern berechtigt sei, solche von denjenigen, zu deren Vortheil die Einschränkungen erfolgen, seien es Gutsherrschaften oder bäuerliche Besitzer, zu werden müßten. Die erwähnten Kurmärkischen Geseze seien daher bei der Entscheidung der zur Abwendung der Feuergefahr nöthigen Maßregeln festzusetzen, als Normen, wogegen davon auch abgegangen werden könne und die Normen der Vorschrift angepaßt werden dürften, wenn die besonderen Verhältnisse es rathsam hielten und soweit sonst nicht die Schranken der Geseze übertreten würden.

4) Daß R. des R. Min. des J. (Kahle) v. 19. Aug. 1826 an die R. zu Magdeburg, geht von denselben Grundsätzen aus.

Der Gegenstand des Ver. der R. Reg. v. 6. d. M., die Maßregeln zur Verhütung der überhand nehmenden Feuerbrünste auf dem platten Lande betr.²⁾, ist auch in der vorgewiesenen Prov.-Landtage zur Sprache gekommen, und auf den diesfälligen Bescheid der Stände die Allerh. Bestimmung zu erwarten. Bis dahin kann zum Erlaß eines Partikular-B. in dem Bez. der R. Reg. keine Einleitung getroffen werden. Auch ist es deren nicht so dringend zu bedürfen, als Ihrerseits dafür gehalten wird; indessen kann es nicht unangenehm sein, die Bestimmungen der Ed. v. 15. Juni 1795, 28. Aug. 1796 und 19. April 1804, welche jene erklärend, in den dazu geeigneten Fällen mit zu berücksichtigen,

(A. X. 802. — 3. 131.)

5) R. des R. Min. des J. und der B. (v. Brenn) v. 1. März 1827 an die R. zu Magdeburg.

Es ist zwar ic. früher angenommen worden, daß diese Bestimmungen der Kurmark ergangenen Ed. v. 15. Juni 1795, 28. Aug. 1796 und 19. April 1804, in andern Prov. zur Anwendung gebracht werden könnten.

Damit sind jedoch nur diejenigen Bestimmungen gemeint gewesen, welche eine nähere Erläuterung der in den allgemeinen Gesezen enthaltenen Vorschriften zu bedürfen sind, nicht aber solche, die eine Abänderung der letztern enthalten. Zu dieser

¹⁾ a. a. O.

²⁾ Die Reg. hatte nämlich auf Erlaß eines Gesezes angetragen, wodurch die Errichtung neuer zu errichtender benachbarter Gebäude mit Stroh, Hol. Schindeln allgemein untersagt und der Reg. die Befugniß ertheilt werde, in solchen Fällen, wo von dem Metablisement ländlicher Gehöfte und städtischer Wohngebäude die Rede, deren Auseinanderbau zur Erfüllung der Zwecke der Feuerpolizei zu verlangen.

(Acta des R. Min. des J., betr. die in baupolizeil. Hinsicht gegebenen Vorschriften ic., Baupolizei-Sachen, Gen. Nr. 7., Vol. II.)

ren die in dem Ed. v. 15. Juni 1795 gegebenen Normen über die, Behufs des Auseinanderbaues nöthig werdenden Verlegungen von Gehöften, und das für den Fall des Widerstands der Interessenten zu beobachtende Verfahren, indem die zwangsweise Verlegung Gehöfte nicht als eine bloße Beschränkung des Eigenthums betrachtet werden kann, sondern vielmehr, da es sich dabei von einer wirklichen Abtretung des Eigenthums handelt, nach den Bestimmungen des A. L. R. Th. I. Tit. 11. §§. 4 ff. zu beurtheilen. Ob zu gewährende Entschädigung in Gelde, oder vielmehr in andern Grundstücken und in Grundstücken und in Gelde besteht, und ob mithin ein reiner Verkauf, oder ein Tausch in medio ist, kann dabei keinen Unterschied machen, da bei dem Tausche im Allgemeinen dieselben Grundsätze zur Anwendung kommen, wie bei dem Verkaufe, und eben wegen auch Niemand zur Vertauschung seines Eigenthums wider seinen Willen gezwungen werden kann, wenn nicht deren Nothwendigkeit zum gemeinen Wohle in dem gegebenen Falle, entweder durch das Oberhaupt des Staates ausgesprochen, oder durch andere gesetzliche Bestimmungen, wie z. B. durch das in Rede stehende Ed. für die Provinz, durch die Gemeinheitstheilungs-Ordn. v. 1811, die Entscheidung darüber den Behörden ausdrücklich überlassen, und durch diese in vorgeschriebener Art erfolgt ist.

Aus diesen Gründen muß ich bei der Ansicht, daß bei dem Wiederaufbau von Städten und Dörfern in denjenigen Provinzen, wo das Ed. v. 15. Juni 1795 keine Befugniß hat, Niemand ohne Allerhöchste Entscheidung zur Abtretung seines Eigenthums gezwungen werden kann, um so mehr beharren, als solche noch ganz kürzlich in mehreren Fällen nicht bloß von dem R. Staats-Min., sondern auch von des Königs Maj. Selbst anerkannt worden ist.

Daß es hiernach, ohne Abänderung der bestehenden Gesetzgebung in vielen Fällen schwierig, oft sogar unmöglich sein wird, die Metablisement-Pläne so einzurichten, daß der lobenswerthe Zweck einer möglichst Verminderung der Feuergefahr für die Städte in seinem ganzen Umfange erreicht werden kann, verkenne ich keineswegs. Es sind indessen über diesen Gegenstand bereits Verhandlungen, deren Erfolg zu erwarten ist.

Bis dahin bleibt in denjenigen Fällen, in welchen die Interessenten nicht im Wege der zu den für zweckmäßig erachteten Austauschungen zu vermögen sind, nichts weiter übrig, als dieselben auf diejenigen zu beschränken, ohne welche eine den neuen polizeil. Vorschriften entsprechende Wiederherstellung nicht möglich ist, und demnächst die Nothwendigkeit der hiernach noch erforderlichen Eigenthums-Abtretungen zum allgemeinen Besten so schnell so vollständig festzustellen, daß darüber die Entscheidung Sr. Maj. des Königs eingeholt werden kann, auf deren Beschleunigung ich alsdann jederzeit, in so fern ich die Nothwendigkeit anerkenne, möglichst hinzuwirken mich bemühen werde.

(A. XVII. 207. — 1. 126.)

III. Für die Neumark.

1) R. des R. Min. d. J. u. d. P. (v. Rochow) v. 9. Jan. 1835, an das Oberpräsid. der Provinz Brandenburg. Auseinanderbau der Gebäude in Neumark.

Den von Ew. Exc. unterm 27. v. M. u. J. vorgelegten Antrag der Kommunal-Versammlung der Neumark v. 28. Nov. v. J., welcher dahin geht,

daß bei Ertheilung der Bau-Erlaubnißscheine nur nach der, dem Feuer-Societäts-Regl. angehängten Feuer-Ordn. v. 29. Aug. 1825¹⁾ verfahren, und die Errichtung von Gebäuden in einer geringeren als der darin bestimmten Entfernung nicht gestattet werde,

h bei den dafür sprechenden erheblichen Gründen mit Ew. Exc. nur für begründet

Bei Rücksendung desselben ersuche ich deßhalb Ew. Exc. behufs der Ausführung jenes das Erforderliche zu verfügen. (A. XIX. 281. — 1. 202.)

2) Vergl. auch die R. v. 27. Jan. 1812, 20. Juli 1813 und 7. Juli

(s. sub II., Oben S. 475. ff.)

IV. Provinz Preußen.

Vergl. Thl. VII. des Werkes (Gewerbe-Polizei). Nach der diesem Reglement beigefügten Feuerordnung §. 1. ist die Entfernung auf 60 Fuß angenommen worden.

1) Publif. der R. Reg. zu Gumbinnen v. 25. Mai 1823 ¹⁾, betr. Auseinanderbauen der Gebäude auf dem Lande und andere baupolizeiliche Vorschriften bei Bauten auf dem Lande.

Obgleich die längst publicirten gesetzlichen Bestimmungen das Auseinanderbauen Gehöfte auf dem Lande vorschreiben, so haben wir doch bemerkt, daß solche nicht beobachtet werden und in vielen Fällen der Grund der weitem Ausbreitung von Feuersbrünsten gewesen sind.

Wir finden uns daher dringend veranlaßt, unsere im 20. St. des Amtsbl. Nr. 1814 S. 444. enthaltene Verf. v. 13. Mai 1814 hiedurch nachfolgend in Erinnerung bringen:

Wenn gleich im A. L. R. Thl. I. Tit. 8. §. 66. ausdrücklich festgesetzt ist, daß solche Anlagen nicht ohne obrigkeitliche Genehmigung unternommen werden sollen, so doch Zweifel statgefunden, in welchen Fällen diese Genehmigung unbedingt zu ertheilen, oder aus Rücksichten für das allgemeine Beste verweigert werden könne und insbesondere wenn nicht von neuen Anlagen, sondern nur von Wiederherstellung eingestürzter oder sonst verunglückter Gebäude die Rede ist.

Die polizeiwidrige und höchst feuergefährliche Anlage der meisten Wohn- und Wirtschaftsgedäude auf dem platten Lande, welcher nur durch eine Verlegung der baulichen Baustellen zweckmäßig abgeholfen werden kann, hat das Bedürfnis einer festen Entscheidung jener Zweifel mehrmals fühlbar gemacht und in den V. v. 15. Juni 1795, 28. Aug. 1796, so wie in dem Nachtrage zum ersten v. 19. April 1804, wegen des Auseinanderbauens der Unterthanengehöfte sind deshalb bestimmte und zulängliche Vorschriften gegeben.

Zwar sind dieselben zunächst für die Kurmark erlassen. Da sie indeß auf dem gemein gesetzlichen Grundsätzen der §§. 29. bis 31. des A. L. R. Thl. I. Tit. 8. beruhen und nichts enthalten, als eine nähere Belehrung der Behörden über deren Anwendung ist von dem R. Dep. der allgem. Pol. im Min. des J. durch die Verf. v. 20. Juli 1804 bestimmt worden, daß die erwähnten durch die Ed. Samml. von den genannten J. v. 15. Juni 1795, 28. Aug. 1796 und 19. April 1804 auch in der hiesigen Provinz zur Ausführung gebracht werden sollen. Demgemäß werden sämmtl. Polizeibehörden angewiesen, auf die genaue Befolgung dieser Vorschriften zu halten; dem Publikum wird Nachstehendes zur Achtung bekannt gemacht:

1) Wie es allgemeine Pflicht ist, so liegt es auch besonders den Bewohnern des platten Landes ob, sowohl vor der Einrichtung ganz neuer, als vor der Wiederherstellung gebrannter oder sonst zerstörter Gebäude jeder Art die Genehmigung der betr. Polizeibehörden, nämlich der Landrathämter oder Gutsherrschaften, nachzusuchen. Die Gutsherrschaften selbst hingegen bedürfen für ihre Bauten der Genehmigung der ihnen vorliegenden landrathlichen und die Einsassen städtischer Dörfer der Genehmigung der städtischen Polizeibehörden.

2) Bauliche Anlagen, denen diese Genehmigung fehlt, sind außer der von dem Bauunternehmer verwirkten polizeilichen Ahndung abzubringen, wenn sie nach den folgenden Bestimmungen unstatthaft befunden werden.

3) Zur Ertheilung der obrigkeitlichen Erlaubnis ist außer dem, was sonst in polizeilicher Rücksicht nothwendig ist, noch erforderlich, daß die neu zu errichtenden oder herzustellen Gebäude ihre Stelle in einer zureichenden Entfernung, sowohl von selbst, als von den schon vorhandenen, finden, dergestalt, daß beim Ausbruche eines Feuers nicht nur der Zugang zur Löschung desselben von allen Seiten unbeschränkt, sondern zwischen den Gebäuden selbst soviel Zwischenraum übrig bleibe, um der Verbreitung der Flamme Einhalt zu thun.

Insonderheit aber dürfen Wohn- und Wirtschaftsgedäude niemals zusammen unter einem Dache, sondern nur von einander abgesondert und gehörig entfernt aufgestellt werden.

4) Wenn die bisherige Lage der Baustellen diesen Erfordernissen nicht entspricht, sind die Bauunternehmer schuldig, entweder selbst neue Baustellen für sich auszuwählen und in Vorschlag zu bringen, oder, wenn dieses nicht geschieht, sich der Anordnung der Polizeibehörde hierüber zu unterwerfen.

5) In sofern durch eine solche Verlegung der Baustellen und, um einem jeden Baupflichtigen einen angemessenen Bauplatz anzuweisen zu können, Veränderungen

¹⁾ Ein im Wesentlichen gleichlautendes Publif. (Datum konfirt nicht) hat die Provinz Danzig (A. VII. 697. — 3. 112.) erlassen.

²⁾ Vergl. oben sub II. S. 475.

igen Bestände von Grund und Boden nothwendig werden, sind die sämmtlichen Mitglieder der Gemeinde, die dadurch an Feuersicherheit gewinnen, zu den diesfälligen Abträgen und Umtauschungen verpflichtet.

6) Für einen solchen Fall wird die Entschädigung von dem Landrathe des Kreises in der Billigkeit und den Vorschriften der B. v. 15. Juni 1795 §. 3. in Wichtigkeit nicht.

7) In Abticht des Mafses der Entschädigung findet gegen diejenigen, die aus der Verlegung Vortheil gezogen, ein rechtlicher Anspruch, gegen die obrigkeitliche Anordnung aber die Berufung auf die höheren Polizeibehörden statt.

8) Gastwirthe, die sich der Anordnung entziehen und die Bebauung der ihnen zugewiesenen Baustellen unterlassen, werden als solche behandelt, die in Ausführung eines ihnen gegebenen Baues säumig sind.

9) Auch zum Zwecke der Gemeinheitstheilungen ist die Obrigkeit befugt, eine Abänderung in der bisherigen Lage der Dorfsgebäude nach den vorstehenden Vorschriften mit Rücksicht auf die nach der Dertlichkeit abzumessenden Verhältnisse anzuordnen.

10) Wenn gleich durch die Vorschrift v. 19. April 1804 festgesetzt ist, daß sowohl aus polizeilicher Rücksicht als zum Zwecke der Separation, die Verlegung der Baustellen ohne vorhergegangene Einsäherung oder sonstige Verunglückung der Gebäude veranlassen werden darf, sobald eine vollständige Entschädigung zugesichert wird, so ist doch von den Vorschriften in Rücksicht auf die Lasten der Zeit ohne die dringendste Veranlassung Gebrauch zu machen, und in jedem vorkommenden Falle die Genehmigung der untergeordneten Reg. nachzusuchen u. (A. VII. 395. — 2. 111.)

2) Publl. der R. Reg. zu Marienwerder v. 25. Aug. 1823, betr. das Auseinanderbauen der Gehöfte auf dem Lande.

Obgleich schon die Dorf-Ordn. v. 23. Okt. 1780. §§. 47—49. über das Auseinanderbauen der ländlichen Wirtschaftsg Gebäude Festsetzungen enthält, und auch in der B. v. 1813. Amtsbl. 1813. St. 39. S. 677. 1) darüber sehr bestimmte Vorschriften worden sind, so müssen wir dennoch mit Bedauern bemerken, daß auf die Ausführung dieser Vorschriften nicht mit der erforderlichen Strenge gehalten wird.

Am großen Theil ist es diesem Uebelstand zuzuschreiben, daß das Feuer, wenn es ausgebrochen ist, und eins der Gebäude ergriffen hat, sich häufig mit reißender Gewalt und ohne ein Hinderniß zu finden, auf die damit in Verbindung stehenden Gebäude verbreitet, und einen größeren Schaden anrichtet, als es der Fall gewesen wäre, wenn die einzelnen Gebäude von einander abgesondert gewesen wären.

Die Behörden und das gesammte Publikum werden daher auf diejen, für das Gesehene überaus wichtigen Gegenstand aufmerksam gemacht und erstere besonders angewiesen, sich bei vorkommenden Neubauten nach folgenden Vorschriften zu achten:

(Die nunmehr folgenden Vorschriften sub Nr. 1 — 6. sind fast wörtlich gleichlautend mit den in dem Publl. der Reg. zu Gumbinnen v. 25. Mai 1823 [oben S. 478.] Nr. 1. — 6. ertheilten.) (A. VII. 599. — 3. 41.)

3) R. des R. Min. des J. (Köhler) v. 22. Okt. 1824, an die R. Reg. zu Marienwerder. Auseinanderbau der Gehöfte auf dem Lande.

Der R. Reg. gereicht auf Ihre Anfrage 2) im Ver. v. 4. d. W., den Auseinanderbau

Durch diese B. hat die Reg. zu Marienwerder das R. des R. Min. d. B. v. 20. Juli 1813 (s. sub II., oben S. 475.) publicirt.

(Acta gen. des Min. d. J., sign. Land- und Wasser-Bausachen, Nr. 94. Vol. I.)

Die Reg. zu Marienwerder hatte in ihrem Ver. bemerkt, daß für die ländlichen Ortschaften in dortiger Provinz die Dorf-Ordn. für Westpreußen d. d. Berlin d. 3. Okt. 1780, als ein besonderes Polizeigesetz bestehe, in welcher §. 40. hinsichtlich der Gebäude vorgeschrieben sei, daß keinem Bauer erlaubt sein solle, ein Gebäude aufzurichten, bevor der Beamte die Baustelle dazu angewiesen und daß zur Vermeidung von Feuergefahr, die Wirtschaftsg Gebäude von dem Wohnhause wenigstens 100 Schritt und, wo es thunlich, auch 200 Schritt entfernt sein sollten. Mit Bezug hierauf und gestützt auf das R. d. Min. v. 20. Juli 1813, habe sie das Publl. v. 27. Aug. 1823. (s. sub 2.) erlassen, finde aber nunmehr, daß diese Bestimmung nicht überall, oder doch nur mit großer Härte für die bethelligten Bauunternehmer ausführbar sei, weshalb sie dahin antrage, festzusetzen, daß es zwar bei der im A. R. R. I. 8. §. 66. aufgestellten Regel verbleiben, die Regierung aber nicht gehalten sein solle, unter allen Umständen auf Befolgung des §. 40. der

der Gehöfte auf dem Lande betr., hiermit zum Bescheide, daß die Dorf-Ord. v. 3. Okt. 1774 kein eigentliches Landesgesetz, sondern nur ohne R. unmittelbare Vollziehung von dem damaligen General-Direktorio erlassen ist. Da nun überdies die allegirte Vorschrift §. 49. derselben in das A. L. R. nicht mit aufgenommen worden ist; so kann der Inhalt der R. Reg. kein Bedenken leiden.

Dieselbe wird daher autorisirt, bei den nach dem A. L. R. Thl. I. Tit. 8 §. 60. ertheilenden polizeilichen Genehmigungen, die Vorschriften der Eingangs gedachten Ordn. nur so weit in Anwendung zu bringen, als es die Lokalität, der Nahrungs- und die wirthschaftlichen Verhältnisse der Bauenden gestatten.

(A. VIII. 1176. — 4. 131.)

4) R. des R. Min. d. J. u. d. P. (v. Kochow) v. 21. Sept. 1838, die R. Reg. zu Königsberg in Pr. Auseinanderbau der Wohn- und Wirtschaftsgedäude auf dem Lande.

Da bisher schon, wie der R. Reg. auf den Ver. v. 25. v. M., wegen des Verhältnisses hinsichtlich des Auseinanderbaues der Wohn- und Wirtschaftsgedäude auf dem Lande eröffnet wird, oft Ausnahmen von den diesfälligen strengen Vorschriften der Justiz für die Domainenbeamten v. 13. Juni 1805, und der Dorf-Ord. v. 9. Mal 1818, den Grund des Min. Erlasses v. 22. Sept. 1827¹⁾, von der R. Reg. nachgelassen sind, deren Nothwendigkeit durch die Vertheilung bedingt war, so mag dies in dergl. einstweilen auch ferner noch geschehen. Die Ausnahmen sind jedoch möglichst zu beschränken, überhaupt nur bei massiv auszuführenden Gebäuden nachzulassen, und in keinem auf an und für sich feuergefährliche Anlagen auszudehnen. Auch dagegen findet sich zu erinnern, daß die Genehmigung der Bauten auf dem Lande den Ortspolizei-Bev. (Gutsherrschaften, Domainen-Ämtern etc.) überlassen wird, in sofern die Bau streng innerhalb der gesetzlichen Vorschriften halten und diese Behörden hierin von Landrätthen gehörig kontrollirt werden. Es ist sogar nothwendig, daß jenen Bev. ihre verfassungsmäßige Selbstständigkeit gelassen wird. Sobald jedoch bei den Abweichungen von den bestehenden Vorschriften hinsichtlich der Entfernung der zu errichtenden Gebäude beabsichtigt werden, so dürfen nur die Landräthe selbst, nach genauem Erforschung der örtlichen Verhältnisse und nach gewonnenener Ueberzeugung von der Nothwendigkeit einer Ausnahme, die Bau-Erlaubniß aber nur mit der Maßgabe ertheilen, daß wenigstens zwei Drittheile der vorgeschriebenen Entfernung inne gehalten werden müssen. In diejenigen Fälle, wo selbst diese Ermäßigung der gesetzlichen Bestimmung noch nicht genügt, hat die R. Reg. sich die Beurtheilung und Entscheidung vorbehalten, bei etwaigen sehr erheblichen Bedenken nach wie vorher zu berichten etc.

(A. XXII. 788. — 3. 203.)

5) R. des R. Min. des J. u. d. P. (v. Kochow) v. 4. Nov. 1838, die R. Reg. zu Königsberg in Pr.

Bei den von der R. Reg. in dem Ver. v. 9. v. M., das Verfahren hinsichtlich des Auseinanderbaues der Wohn- und Wirtschaftsgedäude auf dem Lande betr., wegen Umständen, genehmige ich hiermit, daß von dem Verlangen eines völligen Abstandes bei Abweichungen von der vorgeschriebenen Entfernung der Gebäude von einander in dem Falle zwar abstrahirt werden kann, wenn ein solcher wegen der Beschaffenheit des Baugrundes oder wegen der Vermögensverhältnisse des Bauherrn nicht ausführbar ist, aber dann jedenfalls auf feuerfeste Bedachung der Gebäude zu halten ist, welche weiter als vorgeschrieben ist, nähern. (A. XXII. 786. — 3. 204.)

6) R. d. R. Min. des J., Abth. II. (Mathis) v. 15. April 1847, die R. Reg. zu Marienwerder. Auseinanderbau der Gebäude auf dem platten Lande.

Auf den Antrag der R. Reg. v. 8. v. M. genehmigt das Min. aus den angeführten Gründen, daß die von der Reg. zu Königsberg unterm 19. Nov. v. J., wegen des Auseinanderbaues der Wohn- und Wirtschaftsgedäude etc. auf dem platten Lande, etc.

Dorf-Ord. zu bestehen und daß es genüge, letztere auf solche Fälle zu beschränken, wo ihre Anwendung nach obrigkeitlichen Ermessen und mit Berücksichtigung der obwaltenden Umstände thunlich sei.

(Acta gen. des Min. d. J., Pol. Abth. sign. Land- und Wasserbau-Pr. 94. Vol. I.)

¹⁾ Nach welchen Wohngebäude in den Dörfern, zur Vermeidung der Feuersgefahr, wenigstens 150 Fuß von Wirtschaftsgedäuden entfernt aufgebaut werden müssen.

²⁾ Wonach allenfalls in dringenden Fällen Dispensation von den bestehenden Vorschriften ertheilt werden kann.

ung, auch in dem dortigen Regierungsbezirke für anwendbar erklärt und dem-
veröffentlicht werde. (Anl. a.)

Anl. a.

n Stelle der bisherigen Bau-Polizeivorschriften für das platte Land des hiesigen
ngebirgs, namentlich über die Entfernung zwischen den Wohnhäusern und
Wirthschaftsgebäuden, welche dem jetzigen Bedürfnisse nicht überall entsprechen, bringen
Genehmigung des Königl. Ministerii des Innern die nachfolgenden Bestim-
Mithin zur öffentlichen Kenntniß.

1. Wohnhäuser mit Stroh-, Rohr- oder Holz-Schindeldächern müssen von
Wohngebäuden wenigstens 30 Fuß entfernt errichtet werden.

2. Nicht massive Wohnhäuser mit feuersichern Dächern müssen von anderen
häusern wenigstens 15 Fuß entfernt bleiben.

3. Massive Wohnhäuser mit feuersichern Dächern dürfen auch in geringerer Ent-
als 15 Fuß von anderen Wohnhäusern erbaut werden.

4. Die Entfernung, in welcher Wirthschaftsgebäude von einander und die
in welcher sie errichtet werden sollen, bleibt den Bauenden überlassen, die Wirth-
schaftsgebäude dürfen jedoch nie einen geschlossenen Hof, d. h. ein mit keinem Zwischen-
versehenes Biered bilden, vielmehr müssen stets an einigen Stellen ganz offene
räume bleiben, durch welche beim Ausbruche eines Feuers die Löschgeräthe
werden können, und vermöge deren die Verbreitung der Flamme über alle
e verhindert oder doch erschwert wird.

5. Scheunen mit Stroh-, Rohr- oder Holz-Schindeldächern müssen von Wohn-
60, Ställe und andere Wirthschaftsgebäude mit eben dieser Bedachung mindestens
entfernt bleiben.

6. Nicht massive Scheunen, Ställe und Wirthschaftsgebäude mit feuersichern
sind von Wohnhäusern wenigstens 15 Fuß entfernt zu halten.

7. Massive Scheunen, Ställe und andere Wirthschaftsgebäude mit feuersichern
dürfen den Wohnhäusern auch näher als 15 Fuß stehen.

8. Unter einem Dache dürfen die §§. 5, 6., 7. genannten Wirthschaftsgebäude
Wohnhäusern in der Regel nicht errichtet werden. Erfordern ganz besondere
eine Ausnahme von dieser Regel, so müssen Wirthschaftsgebäude und Wohn-
nach eine von Grund auf bis über den Dachstuhl massiv aufgeführte Scheidewand,
die auch keine Thüren, Fenster oder andere Oeffnungen befinden, geschlossen werden;
sowen die Dachlatten nur bis an diese Wand, nicht hinein oder hindurch
s; endlich müssen Wirthschaftsgebäude und Wohnhaus ein feuersicheres Dach

9. Auch massive mit feuersicheren Dächern versehene Scheunen, Ställe und
Wirthschaftsgebäude dürfen mit Wohnhäusern nie einen geschlossenen Hof bilden,
es gilt hier dasselbe, was §. 4. Gesetz ist.

10. Unter feuersicheren Dächern werden für jetzt Dächer von Dachsteinen,
oder Steinpappe verstanden.

11. Die obigen Vorschriften gelten sowohl, wenn neue Gebäude errichtet, als
in Gebäude abgebrochen und neu aufgeführt werden.

12. Schmieden müssen 40 Fuß von allen Gebäuden entfernt stehen und sind
in Mauerwand, Mische oder Luftsteinen und mit feuersicherem Dach zu erbauen.
Ist eine Schmiede mit einem Wohnhause unter einem Dache erbaut, so ist zwischen
e in §. 8. näher beschriebene Wand zu errichten, auch das Wohnhaus mit feuer-
dach zu versehen.

13. Brachstuben sind 300 Fuß von allen Gebäuden entfernt zu errichten. Sie
sind massiv in Mauerwand, Mische oder Luftziegeln und mit feuersicherem Dache
zu erbauen.

14. Backöfen, welche außerhalb der Wohnhäuser errichtet werden, sind von den
Gebäuden, die keine feuersichere Dächer haben, wenigstens 100 Fuß; von den-
die mit feuersicheren Dächern versehen sind, wenigstens 50 Fuß entfernt zu halten
sind mit feuersicherem Dache zu erbauen.

15. Wer einen Bau ohne Konsens oder abweichend vom Konsense ausführt,
in er des Konsenses nicht bedarf, den in dieser Verordnung enthaltenen Vorschrif-
gemäß baut, verfällt in eine Strafe bis zu 10 Thlrn. und muß das bereits
wenn es vorschriftswidrig ist, durch eine Abänderung vorschriftsmäßig einrichten,
in diese Abänderung nicht möglich ist, es ganz abbrechen.

Der bisherigen Befugniß der Orts-Polizeibehörden, den Baukonsens zu erteilen,
durch vorstehende Verordnung nichts geändert.

Karlsruhe, den 1. Mai 1847.

Königl. Preuß. Regierung. Abtheilung des Innern.

Min. Bl. d. I. B. 1847. S. 131. Nr. 170.)

11. Bau-Polizei. 2. Aufl.

V. Provinz Pommern.

Auszug aus dem R. des R. Min. d. J. u. d. P. (v. Rochow) v. 1839, an den R. Oberpräsf. der Provinz Pommern. Auseinanderlicher Gebäude¹⁾).

Euer zc. überlasse ich, nachdem hiernach das Erforderliche eingeschaltet berichtigt worden, die Bekanntmachung dieser den Auseinanderbau ländlicher betr. B. durch die Amtsblätter der Reg. zu Stettin und Cöslin zu bewirken. (Anl. a.)

B. der R. Reg. zu Stettin und Cöslin, betr. den Auseinanderbau ländlicher Uml. die in unserer B. v. 13. Aug. 1829 (Cöslin, v. 8. Aug. 1826²⁾) und auf sich beziehenden Bekanntmachung des R. Oberpräsid. v. 11. Juli 1831 Bestimmungen zusammen zu fassen, und zugleich die wegen Ertheilung der entstandenen Zweifel zu beseitigen, geben wir auf Veranlassung und mit Genet. R. Oberpräsid. und nachdem über den bezeichneten Gegenstand die Ansicht des Landtages von Alt-Pommern gehört worden ist, unter Aufhebung jener B.³⁾, n. den Grund der §§. 1538. und 1539. Tit. 20. Thl. II. und §. 66. bis 72. Tit. des A. L. R. desgl. der §§. 13. bis 15. der Land-Feuer-Ordn. für Pommern 1756, folgende nähere Vorschriften:

§. 1. Gebäude, welche mit Stroh-, Rohr- oder Holzschindeln eingedeckt mindestens 30 Fuß von einander entfernt, die Gebäude zweier angrenzenden (60 Fuß auseinander gebaut werden. Diese Entfernungen gelten jedoch nur, wo Gehöfte oder Gebäude neu aufgeführt werden, und die Beschränktheit des Baugrößere Entfernung nicht gestattet. — Wenn dagegen eine Feuersbrunst ganze doch einen großen Theil derselben in Asche legt, ist als Regel anzunehmen, daß neuen Gebäude eines Gehöftes 40 Fuß, die Gehöfte selbst aber 100 Fuß von entfernt angelegt werden müssen. Werden Gebäude mit Ziegeln oder sonst fer

¹⁾ Unterm 8. Aug. 1826 erließ die Regierung zu Cöslin und unterm 13. die Reg. zu Stettin ein Publ. über den Auseinanderbau der ländlichen welche die Aufmerksamkeit der ständischen Land-Feuer-Societät erregte Konklusum des ersten hinterpommerschen Kommunal-Landtages (dessen Genehmigung mittelst R. des Min. d. J. u. d. P. v. 21. Juni 18397.) erfolgte, und welches das Ober-Präsid. der Provinz Pommern 11. Juli 1831 im Wesentlichen dahin bekannt machte, daß jedes Kataster der Versicherung eines Neubaus auf dem Lande von dem Landrathe beantragt werden solle, daß bei dem qu. Bau auch den baupolizeilichen genügt worden sei, indem ohne ein solches Attest die General-Feuer-Direktion die Kataster nicht anzunehmen beabsichtigte. Die ferner ständischen hinterpommerschen General-Feuer-Societäts-Direktion und pommerschen Kommunal-Landtages veranlaßten das Oberpräsidium d. Pommern die Angelegenheit der weiteren Verathung der Reg. anheften und auf eine gemeinsame Verordnung für ganz Alt-Pommern über auseinanderbau ländlicher Grundstücke hinzuwirken. Dazu wurde der Entwurf der Reg. zu Stettin ausgearbeitet und nach Benützung der Erinnerung zu Cöslin der General-Feuer-Societäts-Direktion mitgetheilt, deren Vorschläge ebenfalls für den von der Reg. zu Stettin anderweitig angefertigten Entwurf beibracht wurden. Hierauf wurde der Entwurf dem 6. Kommunal-Landtage von Alt-Pommern vorgelegt, nach dessen Conclusis noch einige Veränderungen hinzugefügt wurden. In dieser Gestalt überreichte das Ober-Präsidium d. Pommern unterm 15. Jan. 1835 mit dem Antrage auf einige ihm noch erforderliche Abänderungen dem R. Min. des J. u. d. P. zur Genehmigung. Das Ministerium selbst noch mehrere Bestimmungen einer Modifikation bedürftig und zu diesem Behufe den Entwurf mittelst R. v. 17. Febr. 1835, worauf nach dieser Bedenken mittelst (obigen) R. v. 10. Sept. 1836 die Genehmigung (Acta des R. Min. des J. u. d. P., betr. die in baupolizeilichen Angelegenheiten Vorschriften zc., Baupolizei-Sachen, Gen. No. 7. Vol. II)

²⁾ Abgedruckt in den A. X. 821. — 3. 150.

³⁾ Hierdurch sind auch die R.:

a) des Min. des J. v. 15. Dec. 1826, an die Reg. zu Cöslin (A. XI. 127.), und:

b) des Min. des J. u. d. P. v. 21. Juni 1831, an das Ober-Präsid. (A. XV. 397. — 2. 84.)

beseitigt.

ist doch zwischen so bedeckten Gebäuden ein freier Raum von mindestens 20 Fuß, in solche neben Gebäuden mit Stroh- oder Rohrdach (oder dergl.) gebaut werden, schonramin von mindestens 25 Fuß erforderlich. Gestattet aber die Verthickheit den inderbau, so sind auch bei Gebäuden dieser Art die vorhin angegebenen Entfernungen zu beobachten.

Nach Ablauf dreier Jahre, oder v. 1. Jan. 1849 ab, sind Rohr- und Strohdächerbauten überall verboten, und es muß statt derselben überall eine als feuersicher anerkannte Bedachung, welche sowohl bei Nachsuchung des Baukonsenses, als auch ritten genau bezeichnet werden muß, gewählt werden.

2. Wohngebäude mit Scheunen dürfen nicht zusammengebaut werden. Dagegen in einzelnen Fällen nachgegeben werden, Stallungen mit Wohngebäuden zu verwenden zwischen beiden Gebäuden Scheidewände bis zur Dachstuhl durchverbunden, je im Dache ausge mauert oder verlehmt, außerdem aber die Balken beider mit klebten Bindelboden oder einer gestreckten Lehmdecke belegt werden.

3. Schmieden dürfen weder mit Wohnhäusern noch mit Wirtschaftsgebäuden en, auch in den Häusern keine Badöfen angelegt, vielmehr sollen Schmieden und nur außerhalb der Dörfer oder doch in gehöriger Entfernung von andern Gebäuden, feuersicheren Orten erbaut werden. — Demgemäß sollen künftig Badöfen und en, wo die Verthickheit es gestattet, und die Bauart der ersteren es erheischt, in der 50 Fuß von andern Gebäuden entfernt erbaut werden; da jedoch die Feuergefährlichkeit Anlagen und namentlich der Badöfen sehr durch deren Bauart bedingt wird, der Kreis-Landrath den Bau von Schmieden und Badöfen, als Ausnahme, geringerer Entfernung als 150 Fuß und unter anderen Bedingungen gestatten, und der Bezirks-Baubeamte darüber etnig sind, daß durch die in dem Konsens riebene Einrichtung und Bauart die Feuersicherheit der Anlage verbürgt werde. — en müssen aber jeden Falls immer mit gemauerten Essen und Ziegeldächern, wie t Schornsteinsappen aufgeführt werden.

insichtlich der Entfernung der Kalk- und Ziegelföfen von den Ziegelscheunen und Gebäuden, wird festgesetzt, daß solche mindestens 120 Fuß betragen muß. Nur in ll, wenn sowohl der Ziegelföfen, als auch die Trockenscheune mit Ziegeln gedeckt, it mit einer anerkannt feuersicheren Bedachungsart versehen sind, können der- Gebäude einander beim Bau bis auf 30 Fuß Entfernung genähert werden.

ranntweinhrennerien dürfen aber überhaupt auch jetzt schon nur in Gebäuden werden, welche mit Ziegel- oder sonst einer feuersicheren Bedachung versehen sind, diesem Zweck versehen werden.

4. Diese Vorschriften kommen zur Anwendung bei allen Bauten auf dem Lande, nsah der Städte, ohne Unterschied; also auch bei denen, welche vom Fiskus selbst ict und in seinem Auftrage ausgeführt werden. Da jedoch alle Bauprojekte der irt von höhern R. Behörden geprüft und dazu die Konsense von diesen ertheilt so bedarf es bei dergleichen Bauten der polizeilichen Einwirkung der Orts-Polli- en nicht. — Dagegen muß zu einem jeden andern Bau auf dem Lande, so wie ge von Feuerungen in schon vorhandenen Gebäuden, der polizeiliche Konsens bei polizei-Obrigkeit nachgesucht werden; d. h. in den R. Amts-Ortschaften, beim den ritterschaftlichen Orten, bei der Gutsherrschaft, und in den Kammerei-Dörfern, Magistrat, welchem die Gutsherrschaft über diese Orte zusteht. — Wollen die schaften und Magistrate selbst auf ihren Gütern Bauten ausführen lassen, so : zu diesen den Konsens des Kreis-Landraths einzuholen.

5. Der gegen diese Vorschriften auf irgend eine Weise fehlende Bauherr verfällt ns in eine Polizeistrafe von 1 bis 5 Thlr. Handelt es sich aber dabei um Anle- r Abänderung einer Feuerstelle, so hat derselbe eine Polizeistrafe von 5 bis 10 Thlr.

beides auch dann, wenn der ohne vorschriftsmäßigen Konsens ausgeführte oder ne Bau an sich untadelhaft befunden werden sollte.

Es blieb aber nicht der Fall, so muß derselbe nach Anweisung der Obrigkeit, auf es Bauherrn, abgeändert oder nach Befinden ganz wieder abgetragen und der nstand hergestellt werden.

6. Bauhandwerker, welche einen Bau ausführen, oder namentlich auch schon ein brere Gebäude richten, ohne sich vorher den Konsens vorzeigen zu lassen, ver- der in eine Polizeistrafe von mindestens 1 bis 5 Thlr., und wenn es sich dabei

Anlegung oder Abänderung einer Feuerstelle handelt, von 5 bis 10 Thlr.

u allen Bauten, welche nicht bloße Flickarbeiten sind, bedarf es übrigens nach den den Vorschriften der Zugelung wirklich concesslonirter Werkmeister.

7. Nach den bevorstehenden Bestimmungen werden die Baukonsense für alle ten, (mit Ausnahme der fiskalischen Bauten S. 4.) von der Ortspolizei-Obrigkeit, berauß nur da ertheilt, wo die in dieser B. vorgeschriebenen, baupolizeilichen Anord- strenge befolgt werden können. — In jedem Fall aber, wo eine Modifikation

derselben nachgesucht wird, kann der Konsens nur vom Kreis-Landrath, nach Anhören des Gutachtens der Ortspolizei-Obrigkeit, ertheilt werden. Wollen sich die Betheiligten bei der Entscheidung des Landraths nicht beruhigen, so steht denselben der Refus an K. Reg. offen. Ob und unter welchen Umständen der Ausnahme-Konsens zu ertheilen und ob eine Ziegel- oder sonstige feuersichere Bedachung für hinreichend zu erachten, außerdem bei sehr nahestehenden Gebäuden noch eine massive Verblendung anzunehmen ist, bleibt nach Maßgabe der Nützlichkeit lediglich der Beurtheilung des Landraths oder Bestimmung der K. Reg. vorbehalten.

§. 7. Die Ortspolizei-Obrigkeit und resp. die Landräthe, welche auch hierbei überall, die Polizei-Verwaltung Feuer zu beaufsichtigen haben, werden für die genaue Befolgung dieser B. um so mehr verantwortlich gemacht, als nach dem höhern Orts bestanden Beschlusse des ersten Hinterpommerschen Kommunal-Landtages v. 13. Dec. 1830 des zweiten v. 12. Dec. 1832. auch jedes Versicherungs-Kataster über Neubauten, von Kreis-Feuer-Societäts-Direktor dahin beschleunigt werden soll, daß und wie die polizeilichen Vorschriften bei dem Bau berücksichtigt worden sind.

Diese Bescheinigungen sind in dem Vorpommerschen Depart. der Hinterpommerschen Feuer-Societät von den Kreis-Landräthen zu ertheilen.

§. 9. Die Distrikts-Baubeamten aber werden verpflichtet, ihrerseits diese B. bei vorkommenden ländlichen Bauten, insbesondere auch bei den K. Patronats-Bauten, zu beachten.

Stettin und Cöslin, den 7. Dec. 1836.

(N. XX. 722. — 3. 163.)

Königl. Regierung.

VI. Provinz Schlesien.

1) Publ. der K. Reg. in Liegnitz v. 27. Jan. 1817. Beim Neubau neuer Gehöfte und beim Metablisement abgebrannter Stellen zu beobachten Vorschriften.

Diese Beobachtung bestätigt es, daß die Einw. des platten Landes im hies. Reg. beim Aufbau neuer Gehöfte, und beim Metablisement abgebrannter Stellen, nicht nach den bestehenden, durch die C. B. v. 10. Okt. 1810 bekannt gemachten Vorschriften verfahren, sondern Gebäude und Gehöfte gewöhnlich zu nahe aneinander setzen, auch Gebäude, in welchen Feuerungen enthalten sind, mit Ställen u. s. w. unter einbringen.

Jene Vorschriften werden daher hierdurch nachstehend erneuert zur Befolgung Erinnerung gebracht:

- 1) Wenn Gebäude, oder Gehöfte, ihrer Schadhastigkeit wegen neu erbaut werden müssen, so dürfen weder Domänen, noch Gemeinden den Neubau eher annehmen, als bloß durch den Kreis-Landrath und den Distr.-Land-Bauinspektor die Stelle geprüft und der Bau genehmigt worden, welches die genannten Behörden ganz unentgeltlich besorgen müssen.
- 2) Es darf kein, zu einem Gehöfte gehörendes Gebäude unter einer Entfernung von 30 Fuß Preuß. Maß an das andere gesetzt werden. Die Scheunen sind am besten von den mit Feuerungen versehenen Gebäuden entfernt anzulegen.
- 3) Dürfen die Gebäude der angrenzenden großen, aus mehreren Gebäuden, Gärten und Scheunen bestehenden Gehöfte nicht näher als 8 preuß. Ruthen aneinander stehen, wenn solches ausführbar ist.
- 4) Dürfen in einem Gebäude, in welchem Feuerungen nothwendig sind, nicht Behältnisse, als Ställe, Stadelkammern, Vorrathsbehältnisse feuerfangender Art, angebracht, oder unter einem Dach angelegt werden. Solche müssen vorgedachten Entfernungen in besondern Gebäuden enthalten sein, in soweit nach der Beschaffenheit des Raumes zu bewerkstelligen steht.
- 5) Die Gehöfte sind da, wo es darauf ankommt, beim Neubau so anzulegen, daß die Dorfstraße die vorgeschriebene Breite erhält.
- 6) Wenn mehr als ein Gehöfte erbaut werden muß, dann hat zuvörderst der Land-Bauinspektor einen Situationsplan, wie die Gebäude gestanden und solche wieder aufgebauet werden wollen, anzufertigen, und dieser Situation ist uns zur Genehmigung vorzulegen.
- 7) Ist der Raum, auf welchem Gehöfte gestanden, nicht von dem Umfange, nach den vorstehenden Bestimmungen wieder angelegt werden können, so keine Gebäude außerhalb des Vorwerks oder Dorfslage zu erbauen.
- 8) Sind mehrere Gehöfte oder eine ganze Dorfslage abgebrannt, oder sollen theilweise halber neu erbaut werden, so darf nicht darauf gesehen werden, daß die Gehöfte seine vormalige Stelle wieder erhalten, wenn der Zweck, den Neubau nach den bestimmten Entfernungen zu bewerkstelligen, etwas anderes

1) Der Flächeninhalt, welcher dann durch den Auseinanderbau dem einen und dem andern Grundbesitzer verloren geht, und welchen er zu Anlegung neuer Gehöfte abtreten muß, ist nach seiner Bonität abzuschätzen und an einem andern Ort der Feldmark wieder zu vergüten.

2) Der zum Auseinanderbau erforderliche Raum muß von dem Eigenthümer gegen Vergütung an der Stelle abgetreten werden, welche die Eingangs gedachten Kommissarien dazu für zweckmäßig erachten.

Hiernach haben sich sämmtl. Dominia und Gemeinden auf dem Lande zu achten, und Unterlassungsfälle zu gewärtigen, daß die ohne Erlaubniß und ohne daß die geordnete Untersuchung vorausgegangen, also vorzeitig angefangenen neuen Bauanlagen dann abgebrochen werden, wenn sie der Vorschrift zuwider aufgestellt befunden werden. (A. I. 252. — 1. 169.)

2) Vergl.:

a) Publ. der K. Reg. zu Reich en b ach v. 22. Dec. 1817, betr. die baul. Vorschriften über Neubauten etc., sub B. (A. I. 246. — 4. 136., s. unten II., Spezial-Bau-Ordnungen.)

b) Neu revidirtes und vervollständigt Regl. der K. Reg. zu Oppeln Dec. 1822 zur Verhütung und Löschung der Feuerschäden auf dem plattlande, Kap. I. Tit. 13. (A. VI. 965: — 4. 71., vergl. Polizeiwesen [Th. VI. des 1. Bd. 2. S. 290.]

VII. Provinz Posen.

1) B. der K. Reg. in Bromberg v. 8. April 1819. Trennung der Wirthschafts- und Wohngebäude.

Es ist angefragt worden, wiefern die Vorschrift der Dorf-Ordn. für Westpreußen (Dtt. 1780, S. 49¹), wonach Wirthschafts-Gebäude nur in einer Entfernung von 200 Schritten von den Wohnhäusern errichtet werden sollen, jetzt noch Anwendung finde.

Wenn gleich die gedachte Dorf-Ordn. bis zum J. 1807 auch in denjenigen Theilen der Reg. Bez., welche zum ehemaligen Reg.-Distrikt oder Bromberger Kammer-Deput. gehören, allerdings in gesetzlicher Kraft gestanden hat, so kann solche doch, weil sie ein Gesetz und durch das transitorische Gesetz der vorlgen Reg. v. 10. Dtt. 1809 für die Provinz anzuwenden ist, nach §. 2 des Patents wegen Wiedereinführung der Preuß. Gesetze das Großherzogthum Posen, v. 9. Nov. 1816 (G. S. 1816, S. 225), nicht mehr Anwendung finden. Vielmehr treten, da das A. L. R. im ersten Th. und achten Tit. 13 bis 82 über die Einschränkungen der Grund-Eigenthümer beim Bauen Bestimmungen enthält, diese in die Stelle jenes vormaligen hiesigen Prov.-Gesetzes.

Die gedachten allgemeinen gesetzl. Bestimmungen sind, in soweit sie auf Bauten in Städten und auf Errichtung neuer oder Verlegung alter Feuerstellen in den Städten auf dem platten Lande Beziehung haben, bereits durch die Amtsblatt-Vers. v. 7. Juli 1816 (Amtsbl. 1816 S. 346, 347) in Erinnerung gebracht. Ueber den Bau von Scheun- und sonstigen Wirthschaftsgebäuden auf dem platten Lande ist darin zwar nichts besonderes festgesetzt. Indes bestimmt unzweideutig §. 66, daß kein Bau eine Veränderung, welche zum Schaden oder zur Unsicherheit des gemeinen Wesens werden würde, vorgenommen werden sollen. Nach §. 71 aber soll in allen Fällen, wo es nöthig ist, daß ein ohne vorhergegangene Anzeile unternommener Bau schädlich oder gefährlich für das Publikum ist, oder zur groben Verunstaltung einer Straße oder eines Platzes gereicht, derselbe nach der Anweisung der Obigkeit geändert werden.

Unstreitig wird nun, wenn in Städten und in geschlossenen Dörfern die Wirthschaftsgebäude nahe an den Wohnhäusern stehen, bei vorfallenden Feuerbrünsten die Gefahr sehr vergrößert, und es läßt sich also allerdings erklären, daß es zum Schaden und zur Unsicherheit des gemeinen Wesens gereiche, wenn bei Neubauten in der-

Ortschaften die Wirthschaftsgebäude nahe an den Wohnhäusern errichtet werden. Die Polizei-Behörde ist gesetzlich befugt und verpflichtet, darauf zu halten, daß die Wirthschaftsgebäude, nach Maßgabe der Dichtigkeit, von den Wohngebäuden möglichst entfernt werden, und jeder Bau-Unternehmer ist schuldig, sich hierin nicht nur der Weisung der Polizei-Behörde zu fügen, sondern jene Rücksicht, bei Vermeidung der im Gesetz (A. L. R. — §. 71) bestimmten nachtheiligen Folgen, auch ohne vorhergegangene Anzeile zu beobachten.

Ueber das Maß der zu beobachtenden Entfernung läßt sich zwar keine allgemeine

anwendbare Vorschrift sogleich erteilen, insbesondere würde sich die Be-
Dorf-D., wonach die Entfernung der Wirthschaftsgebäude von den Wol-
bis 200 Schritt betragen soll, nicht überall aufrecht erhalten lassen, weil t-
heit der Hoflagen, die Unbeträchtlichkeit mancher Grundstücke überhaupt
Verhältnisse in vielen Fällen schlechterdings nicht gestatten, jene Entfer-
beobachten.

Sowelt es aber nach der Lokalität in einzelnen Fällen irgend angängl
Neubauten die Jurüdlegung der Wirthschaftsgebäude von den Wohnhäuser
gedachte Entfernung erfolgen. (A. III. 544. — 2. 166.)

2) Vergl. die allgem. Feuer-Polizei-Vorschriften der K. Reg
v. 19. März 1821 (gleichlautend von der K. Reg. Bromberg pul
16. Jan. 1821), Abschn. I., Nr. 20. (A. V. 151. — 1. 86., f. Polizei
des Werkes) Bd. 2. S. 303.)

VIII. Provinz Westphalen.

Im Herzogthume Westphalen hat eine unterm 29. J
die althessischen Lande erlassene B. des Landgrafen zu Hesse
Ludwig X., durch B. v. 3. Mal 1803 Gesetzeskraft erhalten, we-
daß in Fällen, wenn wegen Feuergefähr, fehlenden Raumes zum
Ackerbau, oder aus anderen hinreichenden Gründen, nach dem
Regierung die bisher zum Bebauen vorhandenen Grundstücke nicht
chen sollten, sondern die Bestimmung neuer Baupläge bei oder i-
oder einem Dorfe räthlich erachtet und genehmiget worden, alsdann
Baulustigen und Grundeigenthümer zunächst die Güte versucht, bei
Widerspruche aber das Grundstück gerichtlich tagirt werden und der
thümer verpflichtet sein solle, dem Baulustigen seinen Grund und
baldige Zahlung des Tagwerthes abzutreten. Die Frage, ob dies
§. 2 des Publ. Pat. des A. L. R. für Westphalen v. 21. Juni 11
gehoben zu erachten? ist von dem Hofgerichte zu Arnsh
Schreib. v. 8. Nov. 1826 und dem Ver. v. 24. ej. m.) beja-
erwähnte B. eine von dem A. L. R. abweichende Vorschrift enthalt-
cher Zwangsverkauf nicht unter den §. 4 A. L. R. I. 11. zu si
Die K. Reg. zu Arnshberg hat dagegen (in dem Schr. v. 17. N
in dem Ver. v. 15. Dec. ej. a.) die Negative angenommen,
gleich das erwähnte Gesetz zu den Landes-Ordnungen zu zählen, n
Einführung des A. L. R. bestandene gemeine Recht abänderte
cirten, mithin nach §. 2 des Publ. v. 21. Juni 1825 als erlosch
sei, doch nach §. 3 cit. diejenigen Landes-Ordnungen, welche sich a
zialrechts-Verhältnisse beziehen, fortbauern gültig bleibe
das G. v. 29. Juli 1791 dieser Kategorie anzugehören scheine
Min. des J. (v. Schudmann) erklärte indeß in dem R. v. 9. Fe
der erwähnten Großherzogl. Hessischen B. durch das A. L. R.
derogirt werde.

Der K. Reg. eröffne ich auf den Ver. v. 15. Dec. v. J.,

die fortdauernde Gültigkeit des Großherzogl. Hessischen, im He-
phalen unterm 3. Mal 1803 eingeführten G. v. 29. Juli 1791
weise Abtretung des Grundeigenthums zu Baupläzen betr.,

hiermit, daß ich mit dem K. Hofgerichte und mit der auf dem vorl. Ver.
nung des Ober-Präs. v. Winda dahin einverstanden bin, daß der in
Großh. Hessischen B. durch das A. L. R. derogirt worden ist.

Die K. Reg. erhält demnach hiermit die Anweisung, Sich forthin
Materie lediglich nach dem letzteren zu richten, und die schon von Ihr pre
instruirten Landräthe definitive dazu anzuweisen.

1) Vergl. Acta gen. des K. Min. des J., Pol. Abth., betr. den
der Unterthanen-Gehöfte und Gebäude, sign. Land- und Wass-
Nr. 94, Vol. I.

Kommunikation mit dem K. Justiz-Min. hatte ich, da ich die Sache nicht finde, nicht nöthig; jedoch hat die K. Reg. von diesem K. dem K. D. L. O. zu geben. (U. XI. 228. — 1. 128.)

erpolizeiliche Baubeschränkungen beim Neubau und Reparaturen, insbesondere feuergefährlicher Gewerbs-Anlagen.

im Allgemeinen.

Regl. v. 24. März 1765, wegen der in den Provinzen Cleve u. Mark neues Fachwerk zu erbauenden Häuser.

Erlass, König etc. Demnach Wir bey Erwägung des innern oeconomicen Unserer Cleve- und Märkischen Landen, unter andern auch angemerkt haben, in denselben vorhandene Holzungen und Forsten, durch den letzteren Krieg, dergestalt und zum Theil ruiniret worden sind, daß selbige nur sehr sparsam genuhet werden etc., so haben wir solche Maaßregeln zu erwählen für nöthig und nützlich erachtet, wodurch dieser etc. Endzweck am sichersten erreicht etc. werden könne. In dieser Rücksicht haben Wir hierdurch etc., daß von nun an etc., die neu zu erbauende Häuser in Unseren Cleve- und Märkischen Provinzen, es sei in den Städten oder auf dem Lande, wie bisher größtentheils geschehen, von Holz und hölzernen Fachwerken oder Steinen ausgefüllt wird, sondern durchgehends massiv und mit Mauerwerk bis unter die Dächer aufgeführt, auch um so viel weniger einige andere Art zu werden sollen, als nicht nur eines Theils alle hölzerne und aus Fachwerk bestehende Häuser, wenn sie gleich mit Steinen oder Leimen ausgefüllt werden, ohnedem sehr gefährlich und der Communication einer Feuerbrunst weit mehr als massive Häuser erworfen, mithin denen zunächst dabei stehenden Häusern weit gefährlicher als auch selbige ungleich stärkere und öftere Reparationen am Fachwerk erfordern, als die von Steinen massiv aufgeführte Häuser hingegen nicht nur für den Brand, sondern auch wegen ihrer Dauerhaftigkeit und also erforderlichen weniger Kosten in der Folge für die Besitzer derselben vortheilhafter sein müssen, ferners noch kommt, daß die zu den Mauern erforderlichen Backsteine in gedachten Provinzen nicht nur mittelst des Brandes von Steinkohlen ziemlich wohlfeil zu haben sind, sondern auch überdem noch der Grund selbst, mehrentheils allenthalben dazu bequem ist, mithin zugleich der Vortheil daher entsteht, daß die Steine, wo nicht auf dem Orte des Baues selbst, dennoch wenigstens in der Nähe gebrannt, und dadurch die Transporte erspart werden können. Unterdessen aber, und da Uns bekannt, in verschiedenen Gegenden der Grafschaft Mark, Holz in Ueberfluß vorhanden, und dasselbe wohlfeil zu haben, so wollen Wir, daß um daselbst den neuen Anbau nicht zu hemmen, die bisherige Bauten in Fachwerk noch dergestalt vorerst bleiben sollen, und weiter erfahren werden kann; jedoch muß solches jederzeit erst dem Land- und Steuer-Commissarius angezeigt, und von diesem, mit Anführung der Umstände, alsdann zur Vorlesung an Unsere Krieger- und Domainen-Cammer berichtet werden etc.

L. C. Tom. III. S. 609. Nr. 25. de 1765.)

K. des K. Min. des I. u. d. F. (Röhler) v. 2. März 1834 an die K. Landes-Commissarien. Unzulässigkeit eines allgemeinen Verbots aller Reparaturen an feuergefährlichen Gebäuden.

Die Anfrage v. 4. v. M., in Betreff der Veranlassung des von der K. Reg. am 2. Febr. 1829 an den Magistrat zu N. erlassenen Verbots aller Reparaturen an feuergefährlichen Gebäuden, wird der K. Reg. hiermit eröffnet, daß die hiesigen Akten von dem K. Min. generell oder speziell an Dieselbe ergangenen Verf. nichts ergeben, übrigens in solchem Verbot, wenn ihm nicht besondere Vorschriften zur Seite stehen, sich nicht enthalten läßt. (U. XVIII. 240. — 1. 142.)

Beschränkung der den Häusern zu gebenden Höhe.

K. des K. Min. des I. u. d. F. (v. Brenn) v. 21. Jan. 1831 an die K. Landes-Commissarien zu Breslau. Errichtung eines fünften Stockwerkes auf Gebäuden und die Höhe desselben von der Feuer-Societäts-Versicherung¹⁾.

¹⁾ K. ist nur für die Stadt Breslau erlassen, und um so mehr anzunehmen, eine Ausdehnung desselben auf andere Städte nicht zulässig, als dasselbe, nicht bestimmte gesetzliche Vorschriften gegründet, dem speziellen baupolizeilichen Interesse Breslau's entsprungen zu sein scheint.

In Gemäßheit dessen, was die R. Reg. in dem Ver. v. 22. Dec. v. J. a gesucht hat, stehe ich nicht an, nach Ihrem Antrage die Eile des Magistrats nachgesuchte Bestätigung des früheren von demselben in Gemeinschaft mit verordneten-Versammlung gefaßten Beschlusses v. 15. Sept. 1820 hiermit ertheilen:

daß, wenn zu Breslau in einem Hause über vier Etagen (mit Einschluß der hinaus Feuerungen irgend welcher Art angelegt werden, ein solches Haus in dem Tagwerthe der untern vier Etagen, folglich mit gänzlicher Ausschließung über hinaus befindlichen Theile des Gebäudes und des Daches bei der dortigen Feuer-Societät zur Versicherung angenommen werden dürfe, dergestalt ein dergleichen Haus ganz oder zum Theil abbrennt, die Feuer-Societät alsdann nur auf den an den unteren vier Etagen stattgefundenen Schaden

Die R. Reg. hat hiernach das Weitere in der Sache zu veranlassen, zu auch darauf zu halten, daß die Polizeibehörde in den Fällen, wo die Errichtung eines Stockwerks ein gegründetes bau- oder feuerpolizeiliches Bedenken entgegen der Errichtung eines solchen Stockwerks versage.

Die schon früher von der R. Reg. angeführten und auch jetzt von dem Magistrat umgesetzten Umstände scheinen eine solche Versagung in der Regel genügend zu rechtfertigen. (A. XV. 149. — 1. 76.)

b) R. des R. Min. des J. u. d. P. (Röhler) v. 15. Jan. 1846. R. Reg. zu Stettin. Polizeiliche Beschränkung der den Häusern zu gebenden Höhe.

Das R. Min. des J. u. d. P. ist aus den in dem Ver. der R. Reg. v. 1845 angegebenen, theils allgemeinen, theils aus örtlichen Verhältnissen hergenommenen mit der R. Reg. darüber einverstanden, daß zur Verhütung von Unglücksfällen bei einem ausgebrochenen Feuer, die den dortigen Häusern zu gebende Höhe ein bestimmtes Maximum in allen Fällen beschränkt werden müsse, wo nicht ein besonderer Grund vorliege, und alsdann hinlänglich von einander entfernte, oder, wenn nur Eine, als feuerfeste, d. h. unterwölbte oder steinerne und in ganz massiv ausgeführtem Bauweise befindliche Treppen eine Ausnahme zulassen. Dieses Maximum muß jedoch nicht nach der Zahl der in ihrer Höhe sehr verschiedenen Stockwerke, sondern nach Fußmessen festgesetzt werden. (A. XXI. 238. — 1. 240.)

4) R. des R. Min. des J. u. d. P. (v. Rochow) v. 11. Jun. 1846. R. Reg. zu Marienwerder. Polizeiliche Einwirkung auf den Wiederaufbau abgebrannter Scheunen in den Städten.

Da, wie ich der R. Reg. auf den über das Gesuch des Zimmermeisters J. um Auszahlung der zweiten Hälfte des Bonifikations-Betrages für seine im J. 1845 abgebrannte Scheune und um Dispensation von dem Metablissement derselben v. M. erstatteten Ver. hierdurch bemerkslich mache, der Wiederaufbau von Scheunen in den Städten durchaus nicht zu begünstigen, vielmehr aus feuerpolizeilichen Rücksichten eine Verminderung solcher Scheunen möglichst hinzuwirken ist, außerdem auch die in dem Ver. angeführten der Wiederherstellung der gedachten Scheune entgegenstehenden Gründe eine nähere Berücksichtigung verdienen, so trage ich sein Verlangen, N. von dem Wiederaufbau dieser Scheune zu entbinden, und die R. Reg. anzuweisen, ihm die reklimirte zweite Hälfte der Brand-Entschädigungsgebelter, welche des Metablissements, auszahlen zu lassen. (A. XXI. 547. — 2. 244.)

5) R. v. 17. Juli 1846, betr. die Anwendung der in den Städten bestehenden feuer- und baupolizeilichen Vorschriften bei Gebäuden auf solchen Lande gehörigen Grundstücken, welche innerhalb der Städte oder im unmittelbaren Umfange derselben mit städtischen bebauten Grundstücken liegen.

Wir Friedrich Wilhelm etc. etc. verordnen zur Verhütung der Gefahren, welche für die Städte daraus entstehen kann, daß bei Gebäuden auf solchen Lande gehörigen Grundstücken, welche innerhalb der Städte oder im unmittelbaren Umfange derselben mit städtischen bebauten Grundstücken liegen, die für das platte Land und nicht die für die Städte bestehenden feuer- und baupolizeilichen Vorschriften angewandt werden, auf Unseres Staats-Min. und nach Anhörung Unserer getreuen Stände, wie folgt:

§. 1. Wo die feuer- und baupolizeilichen Vorschriften in den Städten und im plattem Lande von einander abweichen, und wo durch Anwendung der für das platte Land bestehenden feuer- und baupolizeilichen Vorschriften bei Gebäuden auf solchen Lande gehörigen Grundstücken, welche sich innerhalb der Städte oder im unmittelbaren Umfange derselben mit städtischen bebauten Grundstücken befinden, die Feuersicherheit der Stadt erheblich wird, können diese Gebäude, zu denen auch die auf Vorwerken oder Mühlen

den Gebäuden zu rechnen sind, durch Anordnung der Regierung den für die städt. Gebäude geltenden feuer- und baupolizeilichen Vorschriften unterworfen werden. Ist in einzelnen Fällen ohne wesentliche Belästigung und Störung des ländlichen Gewerbetriebs nicht ausführbar, so hat die Regierung zu ermessen, in wiefern mit Rücksicht hierauf die Anwendung jener Vorschriften zu modificiren oder eine Ausnahme davon gestattet sei.

§. 2. Durch Anordnung der im §. 1. erwähnten Maßregel wird in den Feuer-Sozial-Verhältnissen der betreffenden Gebäude nichts geändert.

Urkundlich x.

Gegeben Sanssouci, den 17. Juli 1846.

(L. S.) Friedrich Wilhelm.

Böhen. Mühler. Rother. Eichhorn. v. Thile. v. Savigny.
v. Bodelschwingh. Flottwell. Uhden. Frh. v. Canitz.
(S. S. 1846 S. 399.)

II. In Bezug auf feuergefährliche Gewerbs-Anlagen insbesondere.

a) Allgemeine Vorschriften.

Die allgem. Gewerbe-Ordn. v. 17. Jan. 1845 disponirt im §. 26, daß besondere polizeiliche Genehmigung erforderlich ist zur Errichtung gewerblicher Anlagen, welche durch die örtliche Lage oder Beschaffenheit der Betriebsstätte für die Besitzer oder Bewohner der benachbarten Grundstücke, oder für das Publikum überhaupt erhebliche Nachtheile, Gefahren oder Belästigungen herbeiführen können.

In Bezug hierauf bestimmen sodann die §§. 27 – 38 a. a. D.:

§. 27. Zu den gewerblichen Anlagen, welche einer besondern polizeilichen Genehmigung bedürfen, sollen für jetzt gerechnet werden:

Schießpulverfabriken, Anlagen zur Feuerwerkserei und zur Bereitung von Zündstoffen aller Art, Gasbereitungs- und Gasbewahrungsanstalten, Anlagen zur Bereitung von Steinöl, Leinwand und Seide, so fern sie außerhalb der Gewinnungsorte des Materials errichtet werden, Spiegel-Fabriken, Porzellan, Fayence- und Thongeschirr-Manufakturen, Eis- und Stahlgießereien, Zuckerraffinerien, Malzdarren, Kalk-, Ziegel- und Gipsöfen, Schmelzhütten, Hochofen, Metallgießereien, Hammerwerke, chemische Fabriken aller Art, Schnellbleichen, Firnißfabriken, Eichen-, Stärke-, Wachstuch- und Darmfabriken, Lein-, Leinwand-, Seilen- und Flachswebereien, Knochenbrennereien, Knochen- und Knochenmehl-Fabriken, Talgschmelzen, Schlachthäuser, Gerbereien, Abdeckereien, Seibendretten- und Düngpulverfabriken;

Hören dahin ferner:

Dampfmaschinen, Dampfkessel und Dampfentwinder (§. 37.), durch Wasser oder Wind bewegte Triebwerke (Mühlen u. s. w.) jeder Art (§. 38.), so wie Brauereien, Brennereien und Bierbrauereien. (§. 39.)

Bei allen diesen Anlagen macht es keinen Unterschied, ob sie nur auf den eigenen Bedarf des Unternehmers, oder auch auf Absatz an Andere berechnet sind.

§. 28. Zur Errichtung neuer Anlagen dieser Art (§. 27.) ist die Genehmigung bei der Reg. nachzusuchen. Dem Gesuche müssen die zur Erläuterung erforderlichen Zeichnungen und Beschreibungen beigelegt werden.

§. 29. Wenn die beabsichtigte Anlage nach dem Ermessen der Reg. mit so erheblichen Nachtheilen, Gefahren oder Belästigungen für die Nachbarn oder für das Publikum überhaupt verbunden ist, daß dieselbe sich ohne Weiteres als unzulässig darstellt, so ist das Gesuch sogleich zurückzuweisen.

Ist kein Anlaß, das Gesuch sogleich zurückzuweisen, so hat auf Anweisung der Reg. die polizeiliche Obrigkeit das Unternehmen mittelst einmaliger Einrückung in das Amtsblatt und außerdem in der für andere polizeiliche Verordnungen am Orte vorgeschriebenen öffentlichen Kenntniß zu bringen, mit der Aufforderung, etwaige Einwendungen gegen die neue Anlage binnen vier Wochen anzumelden. Die vierwöchentliche Frist nimmt ihren Anfang mit dem Tage, an welchem das die Bekanntmachung enthaltende Amtsblatt gegeben worden und ist für alle Einwendungen, welche nicht privatrechtlicher Natur sind, präklusiv.

§. 30. Werden keine Einwendungen angebracht, so hat die Reg., sobald die Anzeige der polizeilichen Obrigkeit eingegangen ist, unter Festsetzung der sich etwa als nöthig ergebenden Bedingungen die Genehmigung zu erteilen. Diese ist schriftlich auszufertigen und muß die vorgeschriebenen Bedingungen enthalten.

§. 31. Die bei der polizeilichen Obrigkeit angemeldeten Einwendungen privatrechtlicher Natur, sind zur richterlichen Entscheidung zu verweisen, ohne daß von der Erledigung die-

ser Einwendungen. die weitere Verhandlung über die polizeiliche Genehmigung d. (§. 32.) abhängig gemacht wird.

Anderer Einwendungen dagegen hat die Polizeiobrigkeit unter Zuziehung d. mehrers zum Protokoll vollständig zu erörtern. Demnächst sind die geschlossenen lungen mit beigelegtem Gutachten an die Reg. einzureichen.

§. 32. Die Reg. hat hierauf das Gesuch mit Rücksicht auf die bestehenden Bau- und gesundheits-polizeilichen Anordnungen und die Erheblichkeit der auf Nachtheile, Gefahren und Belästigungen gegründeten Einwendungen zu prüfen dem Befunde die Genehmigung entweder zu versagen oder unbedingt zu ert heilich bei Ertheilung derselben diejenigen Vorschriften und Einrichtungen vorzi welche zur Abhülfe geeignet sind.

§. 33. Der von der Reg. abgefasste Bescheid ist sowohl dem Unternehmer Widersprechenden durch die Ortspolizei-Obrigkeit zu eröffnen. Gegen den Bes der Refurs an die Ministerien offen, derselbe muß binnen einer präklusivischen zehn Tagen, vom Tage der Eröffnung des Bescheides an gerechnet, bei der Poliz angemeldet werden. Die Rechtfertigung der Beschwerde ist der Polizeiobrigkeit i Wochen, von demselben Tage an, einzureichen, nach fruchtlosem Ablauf dieser Fi Verhandlungen ohne Weiteres zur Refursentscheidung einzusenden.

Durch die Anmeldung des Refurses von Seiten desjenigen, welcher der v versprochen hat, wird die von der Reg. ertheilte Genehmigung bis zur Entsch Ministerien suspendirt.

§. 34. An die Stelle der Polizeiobrigkeit des Ortes (§§. 29. 30. 31. 33 Landrath, wenn der Unternehmer selbst die Polizeiobrigkeit ist oder die Ortspol walten hat.

§. 35. Die baaren Auslagen, welche durch die Bekanntmachung und d Verfahren entstehen, fallen dem Unternehmer, diejenigen Kosten aber, welche d gründete Einwendungen erwachsen, den Widersprechenden zur Last.

Die Regierungen und Ministerien haben in den Bescheiden über die Zulä neuen Anlage zugleich die Vertheilung der Kosten festzusetzen.

§. 36. Die polizeiliche Genehmigung zu einer der im §. 27. bezeichnete bleibt so lange in Kraft, als keine Veränderung in der Lage oder Beschaffenhei triebstätte vorgenommen wird und bedarf unter dieser Voraussetzung auch d die Anlage auf einen neuen Erwerber übergeht, einer Erneuerung nicht. Sobald Veränderung der Betriebsstätte vorgenommen werden soll, muß die Genehm Reg. von Neuem nachgesucht werden.

§. 37. Bei Dampfmaschinen, Dampfkesseln und Dampfentwicklern sind Bestimmungen der §§. 27—36. auch die dafür ergangenen besonderen, Vorsd der Maßgabe anzuwenden, daß die polizeiliche Genehmigung der Anlage nur §. 28. überall der Reg. zusteht.

§. 38. Auch bei den durch Wasser oder Wind bewegten Triebwerken (S jeder Art sind außer den Bestimmungen der §§. 27—36. die darin bestehenden i Vorschriften anzuwenden Es werden jedoch die in einzelnen Landestheilen d Vorschriften, wonach die Anlage neuer und die Erweiterung und Veränderung ner, auf die Konsumtion der Umgegend berechneter, Getreidemahlmühlen von der niß der Umgegend abhängig ist (§. 242. Tit. 15. Thl. II. A. L. R. und Ordr. v 1826. A. S. 108.) hierdurch aufgehoben. (A. S. 1845. S. 46.)

Vergl. die speziellen Erläut. dieser Vorschriften in v. R ö n n e ' s (Polizei (Thl. VII. Abth. 2. des Werkes) Bd. 2. S. 23. ff.

b) Vorschriften über die Anlage und den Gebrauch der Damp schinen¹⁾).

¹⁾ Vergl.: a) Sammlung von Zeichnungen einiger ausgeführten Dampf Dampfmaschinen nebst Beschreibung derselben und Berechnung der Dampf nach der de Pronbous'schen Theorie. Auf Veranlassung der Königl. technol putation für Gewerbe bearbeitet von W. Kottelbohm. 35 Bl. in Kopf in 4. (Preis 7 Rthlr.)

b) A. Dieß, Dampfmaschinen und Dampfkessel, deren geschmäch und Anwendung, nebst erweiterten Tabellen für die Wandstärke der D und Dampfzylinder bis zu 100 Zoll Durchmesser und 10 Atmosphären über den äußeren Luftdruck. Eine Sammlung der Gesetze und Ministeri alungen, die über die Anlage und den Gebrauch der Dampfmaschinen und kessel in Preußen erlassen und noch in Anwendung sind. Essen, 1851. 8. (

V o r b e m e r k u n g.

Die Sicherstellung gegen die Gefahren, welche durch die Anlage und den Gebrauch der Dampfmaschinen entstehen können, ist erst in der neuesten Zeit in verschiedenen Ländern ein Gegenstand der Gesetzgebung geworden, obgleich bereits länger als hundert Jahren Dampfmaschinen in Gang gesetzt worden sind. In neueren Zeiten gaben Unachtsamkeit in der Behandlung, Begierde nach Schnelligkeit, und Ueberspannung der Festigkeit der Materialien, Veranlassung zu Unglücksfällen, welche die Polizeibehörden aufmerksam machten, und mehrere Vorschriften zur Vermeidung derselben bewirkten.

Zuerst wurde in England im Jahre 1817 im Unterhause eine Kommission zur Untersuchung und Angabe von Sicherheitsmaßregeln ernannt¹⁾, und es wurden von einer anderen Kommission Vorschläge darüber gemacht, wie die Eigenthümer von Dampfmaschinen anzuhalten, solche so einzurichten, daß die Gesundheit und Bequemlichkeit weniger nachtheilig würden²⁾.

In Frankreich wurde die Akademie der Wissenschaften beauftragt, ein Gutachten über die Sicherstellung gegen die Gefahren der Hochdruckmaschinen abzugeben, welches Gutachten unterm 14. April 1823 erstattet wurde³⁾ und in dessen Folge eine Verordnung v. 29. Okt. 1823 erging⁴⁾, wozu Staatsrathskammerbeschl. v. 19. März u. 1. April 1824 erlassen wurden.

Auch für das Königreich der Niederlande erging hierüber eine besondere Verordnung⁵⁾.

In Preußen wurde in Folge der Vermehrung der errichteten Dampfmaschinen, und zunächst auf den Antrag des Magistrats und des Polizei-Präsidiums zu Berlin, unterm 29. Aug. 1824 von der technischen Deputation für Gewerbe- und Bauwesen ein Gutachten darüber erfordert, wie die Anlegung der Dampfmaschinen mit größter Sicherheit und ohne Erschwerung des Verkehrs erfolgen könne. Dieses Gutachten wurde zwar unterm 30. Okt. 1824 erstattet⁶⁾ und bildet die Grundlage der späteren Verordnungen über diesen Gegenstand, allein man fand den Zeitpunkt nicht für geeignet, schon damals ein umfassendes Gesetz darüber zu erlassen, vielmehr bemerkte das R. des Min. des J. v. 12. April 1828 an das Polizei-Präsidium zu Berlin⁷⁾, daß mit Rücksicht auf die neueren wissenschaftlichen Erfahrungen Bedenken getragen werden müsse, eine allgemeine Instruktion zu erlassen, und daß in den einzelnen Fällen, wo Bedenken obwalten sollten, anzuhalten sei. Ein in Aachen vorgekommener Unglücksfall durch Explosion einer Dampfmaschine veranlaßte indeß anderweitig unterm 26. Jan. 1829 die dortige Regierung zu dem Antrage auf Erlassung eines Gesetzes über die Anlage der Dampfmaschinen. Der eingereichte Entwurf dieses Gesetzes wurde von dem Min. des J. u. der P. unterm 13. Febr. 1829 der technischen Deputation für Gewerbe zur Begutachtung mitgetheilt, welche unterm 13. Juli ej. a. einging. Das darauf an die Regierung zu Aachen erlassene R. v. 26. Nov. 1829⁸⁾ bemerkte, daß ein allgemeines Gesetz über die Konstruktion der Dampfmaschinen

¹⁾ Vergl. Dodd historial and explanatory Dissertation on Steamengines and Steam-packets. London, 1808. 8.

²⁾ Vergl. Repertory of arts, Vol. 37. p. 230 u. 274.

³⁾ Annales de l'industrie nationale et étrangère. Tom. X. p. 113.

⁴⁾ Bulletin des lois pr. 1823. Nr. 637. p. 330.

⁵⁾ Arrêté du 6. Mai 1824, qui prescrit des mesures de précaution provisoires dans l'application des machines a vapeur.

⁶⁾ Allen des R. Min. des J. u. d. P. betr. die sicherheitspolizeil. Bestimmungen in Betreff der Anlegung und Beaufsichtigung der Dampfmaschinen, Nr. 16. Vol I.

⁷⁾ Vergl. die alleg. Allen.

⁸⁾ Vergl. die alleg. Allen.

weder zweckmäßig und allen Erfordernissen genügend zu entwerfen, noch überhaupt nach allgemeinen Rechtsprinzipien zu begründen sei; es sei vielmehr angemessen nur von Sicherheits-Polizeiwegen die polizeiliche Erlaubniß zur Bedienung der Anlage und des Gebrauches der Dampfmaschinen zu machen. Die Ertheilung dieser Erlaubniß müsse dann nur davon abhängen, ob von der Anlage und dem Gebrauche einer Dampfmaschine eine gemeine Gefahr für das Publikum zu besorgen sei. Nachdem die Regierung zu Aachen, nach Rücksprache mit dem General-Prokurator, den hierüber noch erforderlichen ferneren Bericht erhalten hatte, brachte das Min. d. J. u. d. B. unterm 12. Okt. 1830 ¹⁾ bei dem Staats-Min. ein Gesetz in Antrag, daß zu jeder Anlage und zum Gebrauche einer Dampfmaschine bei Vermeidung von Strafen die vorgängige polizeiliche Erlaubniß nachzusuchen sei, und sprach sich zugleich dahin aus, daß neben dieser allgemeinen Polizei-Verordnung noch eine besondere allgemeine Anweisung der Behörden zur Wahrnehmung des polizeilich-technischen Interesses zu erlassen, welche von Zeit zu Zeit aus den gesammelten Erfahrungen zu ergänzen und verbessern sein würde.

In Folge dessen erging die R. D. v. 1. Jan. 1831, betr. die Anlage und den Gebrauch der Dampfmaschinen.

Um den Gefahren, welche von dem in neuerer Zeit immer allgemeiner werdenden Gebrauche der Dampfmaschinen zu besorgen sind, möglichst vorzubeugen, verordnete nach den Vorschlägen des Staats-Min., hierdurch Folgendes:

1) Die Aufstellung von Dampfmaschinen zum Gebrauche darf nach Bekanntmachung gegenwärtiger Bestimmungen nicht ohne besondere polizeil. Erlaubniß geschehen.

2) Diese Erlaubniß ist zeitig vor der beabsichtigten Aufstellung unter genauer Angabe der erforderlichen Zeichnungen begleiteter Beschreibung des Ortes der Anlage, der Umfangs und Zweckes der Maschine, des Materials und der Stärke des Kessels u., zwar, in den Städten bei der betr. Orts-Polizeibehörde, auf dem platten Lande aber bei dem Kreis-Landrathe nachzusuchen.

3) Im Falle der polizeil. Zulässigkeit hat diese Behörde vor Ertheilung ihrer Genehmigung das Vorhaben, um etwaige privatrechtliche Einwendungen dagegen zu vermeiden, öffentlich bekannt zu machen, und

4) nach erfolgter Aufstellung genau zu untersuchen, ob die Ausführung den Bestimmungen der dazu ertheilten Erlaubniß entspricht ²⁾.

5) Vor dem Empfange der hierüber auszufertigenden Bescheinigung darf die aufgestellte Dampfmaschine nicht in Gebrauch gesetzt werden.

6) Wer entweder ohne Erlaubniß der betr. Polizeibehörde eine Dampfmaschine zum Gebrauche aufstellt, oder bei der genehmigten Aufstellung von den ihm vorgeschriebenen Bedingungen abweicht, oder endlich die Maschine vor Empfang der Bescheinigung in die vorschriftsmäßige Aufstellung in Gebrauch setzt, ist mit einer Polizei-Strafe von bis fünfzig Thlrn. zu belegen.

7) Mit dieser Strafe ist die gänzliche Abtragung der ohne Erlaubniß aufgestellten oder in Gebrauch gesetzten Dampfmaschine in dem Falle zu verbinden, wenn dieselbe an einem nicht geeigneten Orte aufgestellt, oder ihre Einrichtung Besorgniß erregend, unsicher und nicht zu verbessern ist.

8) Die vorstehend zu 6. angeordnete Strafe trifft außer dem Unternehmer auch den Werkmeister, welcher die Aufstellung einer Dampfmaschine, ohne die erforderliche polizeil. Erlaubniß, oder nicht nach den Vorschriften der letztern ausführt.

Diese Bestimmungen sind durch die G. S. bekannt zu machen; gleichzeitig ist auch dafür zu sorgen, daß die Behörden, zur Wahrnehmung des technisch-polizeil. Interesses in jedem einzelnen Falle, mit einer allgemeinen belehrenden Anweisung versehen werden, und daß durch Zögerungen bei Ertheilung der Erlaubnißscheine und bei den erforderlichen Revisionen das gewerbliche Interesse nicht leide. (G. S. 1831. S. 243.)

Dazu:

1) R. D. v. 27. Sept. 1837. Anwendung der Vorschriften der R. D.

¹⁾ Vergl. die alleg. Akten.

²⁾ Vergl. §. 17. des Regul. v. 6. Mai 1838.

n. 1831), auf die Anlage und den Gebrauch von Dampfkesseln zu anderen Zwecken, als zum Maschinenbetriebe¹⁾).

Nach dem Antrage des Staats-Min. v. R. d. M. bestimme Ich hierdurch, daß die Anlagen und den Gebrauch von Dampfmaschinen, auch auf die Anlage und den Gebrauch von Dampfkesseln zu anderen Zwecken, als zum Maschinenbetriebe, Anwendung finden sollen²⁾. Das Staats-Min. hat diesen Beschluß durch die O. S. bekannt zu machen. (O. S. 1837. S. 146.)

1) E. R. des R. Min. des J. für H. u. G. Ang. (v. Schudmann) und u. d. P. (v. Brenn) v. 24. Febr. 1832, an sämmtl. R. Ober-Präsidenten, in Betreff der R. D. v. 1. Jan. 1831 auf Dampfmaschinen, welche unter unmittelbarer Aufsicht Königl. Behörden betrieben werden.

2) die Frage in Anregung gekommen:

unter welchen Modifikationen die Allerh. R. D. v. 1. Jan. v. J., wegen der Anlage von Dampfmaschinen und die zur Vollziehung derselben unterm 13. Okt. v. J. von uns erlassene Instr., auch auf solche Dampfmaschinen anzuwenden sei, welche unter unmittelbarer Aufsicht R. Behörden betrieben werden?

Wir uns veranlaßt, dieserhalb Folgendes festzusetzen.

Bei dergl. Anlagen ist eben so, wie bei den übrigen, die Einwirkung der ordentlichen Polizeibehörde in vorgeschriebener Weise erforderlich, indessen sowohl bei der Feststellung der Zulässigkeit, als bei der Untersuchung über die bedingungsmäßig erfolgte Aufstellung, der sachverständige Beamte (§. 1. der Instr.) von der Behörde, unter deren Aufsicht die Dampfmaschine betrieben werden soll, zu ernennen. Falls die Polizeibehörde auf dessen Gutachten die Bescheinigung zu ertheilen Anlaß nimmt, hat sie der Behörde, von welcher der Beamte ernannt worden, und ihrer eigenen vorgesetzten Behörde die Ursachen anzuzeigen, damit eine gemeinschaftl. Entscheidung erfolge.

Der Ober-Präsident wird hierdurch beauftragt, diese nachträgliche Bestimmung in den O. S. bekannt zu machen. (A. XVI. 175. — 1. 76.)

3) Regulativ v. 6. Sept. 1848, betr. die Anlage von Dampfkesseln³⁾).

Das R. des R. Min. v. J. u. d. P. v. 24. Sept. 1830 an die Reg. zu Aachen (A. XIV. 603. — 3. 81.), welches bestimmte, daß die Anlage von Dampfkesseln nach Analogie der für Werkstätten zweiter Klasse in dem Dekret v. 15. Okt. 1810 ertheilten Vorschriften zu behandeln, mithin erst dann zuzulassen sei, wenn feststeht, daß deren Betrieb solchergestalt ausgeführt werde, um für die nachbarlichen Besitzer weder Beschwerlichkeiten noch Schaden zu veranlassen, erscheint hiernach von keiner Bedeutung weiter.

In dieser Beziehung bemerkte auch bereits das E. R. des R. Min. des J. u. d. P. (Köhler) und der Verm. für H., Fabr. etc. (Beuth) v. 17. Juli 1835.:

• Es sind Zweifel darüber entstanden, ob die Bestimmungen der Allerh. R. D. v. 1. Jan. 1831, und der Instr. v. 13. Okt. 1831. (O. S. S. 243 — 247), etc. auch auf solche Dampfkessel Anwendung finden, welche nicht Behufs des Betriebes von Maschinen aufgestellt werden, sondern zu einem sonstigen Gebrauche bestimmt sind. Zur Erledigung dieser Zweifel wird darauf aufmerksam gemacht, daß die Vorschriften jener Instr., wie der §. 1. ausdrücklich besagt, sich keinesweges bloß auf die Kessel von Dampfmaschinen, sondern auch auf die zu andern Zwecken anzulegenden Dampfkessel beziehen.

• Es würde auch eine Unterscheidung nach der Bestimmung der anzulegenden Dampfkessel mit der Absicht der ergangenen Vorschriften unvereinbar sein, da solche ohne Einfluß ist auf die von der Anlage zu besorgende Gefahr. Namentlich ist die Spannung der Dämpfe nicht minder gefährlich, mögen sie als bewegende Kraft oder zu einem sonstigen Zwecke benutzt werden; und wenn auch im letzteren Falle ein geringerer Grad von Spannung in der Regel beabsichtigt werden mag, als im ersteren, so kann doch hierauf ein Unterschied nicht gegründet werden. Denn sobald der Kessel einmal die Einrichtung hat, daß die Dämpfe gespannt werden können, so hängt es nur von der zweckmäßigen oder unzweckmäßigen Benutzung ab, ob eine höhere Spannung, und in Folge derselben ein Unglück entsteht oder nicht.

(A. XIX. 240. — 1. 174.)

Die erste Instr. zur Vollziehung der R. D. v. 1. Jan. 1831 wurde von dem Min. des J. für H. u. G. Ang. u. d. P. unterm 13. Okt. 1831 ertheilt, an deren Stelle zunächst das anderweltige Regul. der R. Min. des J. u. d. P. u. d. P. v. 1. Mai 1838 (O. S. 1838. S. 262.) trat, welches indeß wiederum aufgehoben wurde durch das zur Zeit gültige Regul. v. 6. Sept. 1848.

Unter Aufhebung der, zur Vollziehung der Allerh. R. O. v. 1. Jan. 1831, Nr. 1 (Lage und Gebrauch der Dampfmaschinen betreff., ergangenen Instruktion v. 21. 1. 1835 ¹⁾ und des Regul. v. 6. Mai 1838 (M. S. 1838 S. 262.) wird, mit Bezug auf Allerh. R. O. v. 1. Jan. 1831 und v. 27. Sept. 1837 (M. S. 1831 S. 243., 1837 S. 146.) und auf die §§. 27. und 37. der Allgem. Gewerbe-D. v. 17. Jan. 1845 (M. S. 1845 S. 46. u. 48.), für die Anlage von Dampfesseln, es mögen solche zum Rasenbetrieb oder zu andern Zwecken dienen, daß nachfolgende anderweitige Regulativ erlassen.

§ 1. Dem Auftrage auf Ertheilung der Genehmigung zur Anlage eines Dampfessels (Allgem. Gewerbe-D. §. 28.) sind nachstehend genannte, zur Erläuterung erforderliche Zeichnungen und Beschreibungen in doppelter Ausfertigung beizufügen ²⁾.

I. wenn die Anlage eines feststehenden Dampfessels beabsichtigt wird:

- 1) ein Situationsplan, welcher die zunächst an den Ort der Aufstellung stoßenden Grundstücke umfaßt, und in einem die hinreichende Deutlichkeit gewährenden Maßstabe aufgetragen ist;
- 2) Der Bauplan, wie er von dem Erbauer wegen Angabe der erforderlichen Materialien geliefert wird, aus welchem sich der Standpunkt der Maschine und des Kessels, der Standpunkt und die Höhe des Schornsteins und die Lage der Feuer- und Abzugsröhren gegen die benachbarten Grundstücke deutlich ergeben muß; hierzu kann, je nach Umständen, nach ein einfacher Grundriß und eine Längenschnitt oder ein Querschnitt genügen;
- 3) eine Zeichnung des Kessels in einfachen Linien, aus welcher die Größe der Feuerberührten Fläche zu berechnen und die Höhe des Wasserstandes über den Feuerzügen zu ersehen ist;
- 4) eine Beschreibung, in welcher die Dimensionen des Kessels, die Stärke und Beschaffenheit des Materials, die Art der Zusammensetzung, die Dimensionen der Feuerzügen und deren Belastung, sowie die Einrichtung der Speisevorrichtung genau angegeben sind.

Die schriftliche Angabe über die Kraft der Dampfmaschine, ob sie eine Hoch- oder Kondensationsmaschine sei, und welche Arbeit sie betreiben soll, genügt, ohne weiteres Eingehen in ihre Konstruktion durch Zeichnungen.

Der Beibringung von Nivellementplänen bedarf es nur dann, wenn es zum Zweck der Wahrnehmung allgemeiner polizeilicher Rücksichten, z. B. wegen Einfluß des kondensirten Wassers, der Anlage von Wasserbehältern, Cisternen u. s. w. von der Regierung verlangt wird.

II. Wenn die Anlage eines Schiffsdampfessels oder eines Lokomotivdampfessels beabsichtigt wird:

eine Zeichnung und Beschreibung, wie vorstehend unter Nr. 3. und 4. angegeben.

Von den eingereichten Zeichnungen und Beschreibungen wird, nach Ertheilung der Genehmigung zur Anlage, ein Exemplar dem Antragsteller zu seiner Instruktion beglaubigt zurückgegeben, das andere aber bei der Polizei-Obrigkeit bewahrt.

§ 2. Die Prüfung der Zulässigkeit der Anlage erfolgt nach Maßgabe der Bestimmungen in den §§. 29—32. der Allgem. Gewerbe-D. v. 17. Jan. 1845. Insbesondere sind, im allgemeinen polizeilichen Interesse, nachfolgende Vorschriften zu beachten: genaue Befolgung vor Ertheilung der Genehmigung zur Benutzung des Dampfessels (Allerb. R. O. v. 1. Jan. 1831 Nr. 4. und 5.) durch einen sachverständigen Beamten beizubringen ist.

§ 3. Unterhalb solcher Räume, in welchen sich Menschen aufzuhalten pflegen, dürfen Dampfessel, deren vom Feuer berührte Fläche mehr als fünfzig Quadratfuß trägt, nicht aufgestellt werden.

Innerhalb solcher Räume, in welchen sich Menschen aufzuhalten pflegen, dürfen Dampfessel von mehr als fünfzig Quadratfuß feuerberührter Fläche nur in der Höhe aufgestellt werden, wenn diese Räume (Arbeitsäle oder Werkstellen) sich in einem

¹⁾ Vergl. dieselbe in der M. S. 1835. S. 95. Durch die ausgesprochene Aufhebung dieser Instr. ist auch das R. der R. Min. v. 8. u. d. J. v. 31. Mai 1846 (M. S. 1846 S. 108. Nr. 166.) beseitigt, welches die bis dahin fortwährende Gültigkeit derselben ausgesprochen.

²⁾ Durch die im §. 1. dieses Regul. enthaltenen Bestimmungen sind die Bestimmungen des Publ. der R. Reg. zu Frankfurt v. 24. Juni 1847 (Min. Bl. 1847 Nr. 216.), welche sich auf die (aufgehobene) Instr. v. 21. Mai 1835 g. beseitigt.

in Gebäuden befinden, und eine verhältnißmäßig bedeutende Grundfläche und Höhe einnehmen.

§. 4. Dampfkessel, welche nicht in oder unter Räumen aufgestellt werden sollen, in denen sich Menschen aufhalten, müssen, wenn ihre Entfernung von Nachbargebäuden mehr als zehn Fuß betragen soll, von diesen Gebäuden durch eine Mauer getrennt sein, welche eine Stärke von zwei Fuß, eine Höhe von drei Fuß über dem höchsten Raum des Kessels und eine der Länge des Rauchgemäuers des Kessels gleiche Länge haben muß.

§. 5. Zwischen demjenigen Mauerwerk, welches den Feuerraum und die Feuerung des Dampfkessels einschließt (Rauchgemäuer) und den dasselbe umgebenden Räumen muß ein Zwischenraum von mindestens drei Zollen verbleiben, welcher abgedeckt und an den Enden bis auf die nöthigen Lustöffnungen verschlossen sein kann.

§. 6. Die durch oder um einen Dampfkessel gelegten Feuerzüge müssen an ihrer Stelle mindestens vier Zoll unter dem im Dampfkessel festgesetzten Wasserspiegel sein. Bei Dampfschiffkesseln von mehr als vier bis sechs Fuß Breite muß die Höhe des Wasserspiegels über den höchsten Feuerzügen mindestens sechs Zoll, bei solchen von mehr als sechs bis acht Fuß Breite acht Zoll, und bei solchen von mehr als acht Fuß Breite mindestens zehn Zoll betragen.

§. 7. Die Feuerung feststehender Dampfkessel ist in solchen Verhältnissen anzuordnen, daß der Rauch so vollkommen als möglich verzehrt oder durch den Schornstein abgeführt werde, ohne die benachbarten Grundbesitzer erheblich zu belästigen. Es sind zu dem Ende nachfolgenden Vorschriften zu beobachten:

1) Die Schornsteinaröhre zum Abführen des Rauches kann sowohl massiv, als in Holz ausgeführt werden.

Im ersten Falle kann die Röhre in den Wänden eines Gebäudes eingebunden sein, oder ganz frei ohne Verband mit den Wänden innerhalb oder außerhalb des Gebäudes aufgeführt werden; die Wangen müssen aber eine der Lage und Höhe der Schornsteinaröhren angemessene Stärke bekommen.

Im zweiten Falle muß um die Röhre, insofern die Aufstellung innerhalb eines Gebäudes und in der Nähe feuerfangender Gegenstände erfolgt, eine Verkleidung von Mauersteinen bis zur Höhe des Dachfirstes, in einer der Höhe angemessenen Stärke, aufgeführt, und eine Luthicht von mindestens drei Zoll zwischen der Röhre und ihrer Umsäumung belassen werden.

In beiden Fällen müssen bei der Ausführung innerhalb eines Gebäudes Holzwerk feuerfangende Gegenstände mindestens sechs Zoll weit von den äußersten Wänden der Schornsteine entfernt bleiben und mit Eisenblech bedeckt werden.

2) Die Weite der Schornsteinaröhre bleibt der Bestimmung des Unternehmers überlassen, dergestalt, daß die für sonstige Feuerungs-Anlagen hinsichtlich der Weite der Schornsteinaröhren geltenden Vorschriften nicht zur Anwendung kommen.

3) Die Höhe der Schornsteinaröhre bleibt ebenfalls der Bestimmung des Unternehmers überlassen, und ist nöthigenfalls von der Regierung auf Grund der Vorschrift im Allgem. Gew. O. v. 17. Jan. 1845 dergestalt festzusetzen, daß die benachbarten Grundbesitzer durch Rauch, Ruß u. s. w. keine erheblichen Belästigungen oder Beschädigungen erleiden. Treten dergleichen Belästigungen oder Beschädigungen, nachdem der Kessel in Betrieb gesetzt worden ist, dennoch hervor, so ist der Unternehmer zur nachträglichen Beseitigung derselben, sei es durch Erhöhung der Schornsteinaröhre, sei es auf andere Weise, verpflichtet.

Auf Dampfschiffkessel und Lokomotivkessel finden diese Bestimmungen keine Anwendung.

§. 8. Jeder Dampfkessel muß mit mehr als einer der besten bekannten Vorrichtungen zur jederzeitigen zuverlässigen Erkennung der im §. 6. vorgeschriebenen Wasserhöhe im Innern desselben, wie z. B. mit gläsernen Wasserstandsröhren oder Scheibenvorrichthähnen oder Schwimmern u. s. w. versehen sein.

§. 9. Jeder Dampfkessel muß mit guten und zuverlässigen Vorrichtungen zu seiner Reinigung versehen sein.

§. 10. Auf jedem Dampfkessel müssen ein oder mehrere zweckmäßig ausgeführte Sicherheitsventile angebracht sein, welche nach Abzug nach der Stelle und der zur Führung derselben etwa vorhandenen Stege für jeden Quadratzuß der gesamten vom Feuer umgebenen Fläche überhaupt mindestens die nachstehend bestimmte freie, zur Abführung der Dampfe dienende Oeffnung haben, nämlich bei einem Ueberschuß der Dampfspannung den Druck der äußeren Atmosphäre von:

m e h r a l s												Atmosphäre
0	$\frac{1}{2}$	1	$1\frac{1}{2}$	2	$2\frac{1}{2}$	3	$3\frac{1}{2}$	4	$4\frac{1}{2}$	5	$5\frac{1}{2}$	
bis	bis	bis	bis	bis	bis	bis	bis	bis	bis	bis	bis	
$\frac{1}{2}$	1	$1\frac{1}{2}$	2	$2\frac{1}{2}$	3	$3\frac{1}{2}$	4	$4\frac{1}{2}$	5	$5\frac{1}{2}$	6	
10,0	7,0	5,2	4,2	3,6	3,2	2,8	2,5	2,2	2,0	1,8	1,7	<input type="checkbox"/> km. fr. D.

Wenn mehrere Kessel einen gemeinschaftlichen Dampfraum haben, von welchem nicht einzeln abgesperrt werden können, so genügt es, wenn darauf im Ganzen mindestens zwei dergleichen Ventile angebracht sind.

Die Ventile müssen gut bearbeitet und so eingerichtet sein, daß sie zwar geöffnet, aber nicht mehr belastet werden können, als die vorgeschriebene Spannung Dämpfe erfordert.

Für das Ventil und den Belastungshebel muß eine Führung angebracht, in beschränktem Dampfraum im Kessel eine Vorrichtung getroffen werden, durch welche Erheben des Ventils das Ausströmen des Kesselwassers durch die Öffnung verhindert wird.

Dampfkessel müssen mindestens zwei Sicherheitsventile erhalten und es muß einer derselben auf dem Verdeck eine solche Stellung gegeben werden, daß die vorgedachte Belastung mit Leichtigkeit untersucht werden kann.

§. 11. An jedem Dampfkessel oder an den Dampfleitungsröhren muß eine Vorrichtung angebracht sein, welche den stattfindenden Druck der Dämpfe zuverlässig anzeigt. Wenn mehrere Dampfkessel einen gemeinschaftlichen Dampfraum haben, so genügt es, wenn die Vorrichtung an einem Kessel oder an dem gemeinschaftlichen Dampfraum angebracht ist.

An Dampfschiffskesseln müssen zwei solche Vorrichtungen angebracht werden, von denen sich die eine im Maschinenraum zur Beurtheilung der Dampfspannung durch den Wärter, die zweite an einer gegen Beschädigung gesicherten Stelle auf dem Verdeck befindet, an welcher sich aufhaltenden Personen befindet.

An Lokomotivkesseln ist eine solche Vorrichtung in dem Falle nicht erforderlich, wenn das Sicherheitsventil mit einer Federwaage versehen ist und sich im Bereich des Schornsteins befindet.

§. 12. Die Verwendung von Messingblech und Gussisen zu den Wänden des Dampfkessels ist untersagt; es ist jedoch gestattet, sich des Messingblechs zu Feuer- und Siederöhren zu einem inneren Durchmesser von vier Zollen und des Gussisens zu Siederöhren zu einem inneren Durchmesser von achtzehn Zollen zu bedienen.

§. 13. Um die Dampfkessel gegen das Zerreißen und Zerspringen durch den Dampfdruck zu sichern, muß zur Fertigung derselben nur gutes Material verwendet werden. Der Verfertiger des Kessels ist in dieser Beziehung, sowie für die Zweckmäßigkeit der Konstruktion verantwortlich; außerdem wird über die Stärke des Materials eine Prüfung desselben folgendes bestimmt:

1. Bei Dampfkesseln von cylindrischer Form müssen die Wände des Kessels, der Sieder- und Feuerrohren, an ihren schwächsten Stellen folgende Stärken haben:

A. diejenigen Theile des Dampfkessels, welche den Druck der Dämpfe auf ihrer inneren Oberfläche zu erleiden haben:

a) wenn das verwendete Material aus gewalztem oder gehämmertem Eisen oder aus Kupferblech besteht, die aus der beigefügten Tabelle A. zu entnehmende Wandstärke;

b) Siederöhren aus Gussisen eine an allen Stellen gleich große, aus der beigefügten Tabelle B. zu entnehmende Wandstärke;

B. die durch den Dampfkessel gehenden cylindrischen Feuer- und Siederöhren, welche den Druck der Dämpfe auf ihrer äußeren Oberfläche zu erleiden haben:

a) wenn dieselben aus gewalztem oder gehämmertem Eisenblech bestehen, die aus der beigefügten Tabelle C. zu entnehmende Wandstärke;

b) cylindrische Feuerrohren aus Messingblech die aus der beigefügten Tabelle D. zu entnehmende Wandstärke.

Bei Dampfkesseln von anderer als cylindrischer Form bleibt die Bestimmung der Stärke dem Verfertiger des Kessels überlassen. Derselbe hat dafür zu sorgen, daß die Wandstärke des Kessels, beziehungsweise des Feuerkessels, mit Rücksicht auf die

stehende Verankerung durch Stehbolzen, dem beabsichtigten Dampfdruck entsprechend, bemessen werden.

II. Jeder Dampfkessel muß ferner nach Verschluß sämtlicher Oeffnungen und Festlegung der Sicherheits-Ventile mit dem anderthalbfachen Betrage des dem Druck der beabsichtigten Dampfspannung entsprechenden Gewichtes, mittelst einer Druckpumpe mit Wasser geprüft werden. Die Kesselwände und die Wände der Feuerzüge müssen dieser Prüfung widerstehen, ohne eine Veränderung ihrer Form zu zeigen.

§. 14. Ist der Antrag auf Ertheilung der Genehmigung der Anlage eines Dampf- (S. 1.) nach Maßgabe der vorstehenden Bestimmungen für zulässig zu erachten, wird, wenn die Anlage eines feststehenden Dampfkessels beabsichtigt wird, das Verfahren nach Vorschrift der §§. 29—33. der Allgem. Gew. Ordn. v. 17. Jan. 1845 eingeleitet.

§. 15. Die in der Allerh. R. O. v. 1. Jan. 1831 unter 4. vorgeschriebene Untersuchung muß sich

auf die vorschriftsmäßige Konstruktion des Dampfkessels,
auf die gehörige Ausführung der sonstigen, in diesem Regulativ enthaltenen oder auf Grund des §. 32. der Gewerbe-O. v. 17. Jan. 1845 getroffenen Bestimmungen erstrecken.

Die Untersuchung des Kessels muß vor dessen Aufstellung erfolgen, und kann in der Fabrik, wo derselbe gefertigt worden, oder an dem Orte geschehen, wo er aufgestellt werden soll.

Die Untersuchung über die Ausführung der sonstigen Bestimmungen wird nach Aufstellung des Dampfkessels vorgenommen.

Beide Untersuchungen werden spätestens drei Tage nach geschehener Anzeige von vollendeter Vollendung oder Ankunft des Kessels am Bestimmungsort, beziehungsweise nach geschehener Aufstellung desselben angestellt und es werden die darüber zu ertheilenden Bescheinigungen spätestens in drei Tagen nach der veranstalteten Untersuchung fertig.

§. 16. Sollen Dampfkessel, welche sich bereits im Gange befanden, als die Allerh. R. O. v. 1. Jan. 1831 Gesetzeskraft erhielt, oder welche zwar erst später aufgestellt, vor Benutzung aber nach Maßgabe der zur Zeit ihrer Aufstellung bestehenden Vorschriften geprüft worden sind, an einem anderen Orte benutzt werden, so kann eine Abänderung der Konstruktion nicht gefordert werden. In allen anderen Beziehungen sind in diesen Fällen die in dem gegenwärtigen Regulativ getroffenen Bestimmungen zu befolgen.

Berlin, den 6. September 1848.

Der Minister für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten.

Im Auftrage: v. Kommer-Esche.

Außen Querschnitt und b den Gesamterdb 2,71833 m ... beträgt														
Sandströmen für nachstehende Atmospärenprellungen über den äußeren Aufdruck.														
Durchmesser der Dampf- festen ober Gießeröhren.	0.	1.	2.	3.	4.	5.	6.	7.	8.	9.	10.	11.	12.	13.
3oll.	3oll.	3oll.	3oll.	3oll.	3oll.	3oll.	3oll.	3oll.	3oll.	3oll.	3oll.	3oll.	3oll.	3oll.
1	0,1	0,101	0,101	0,102	0,102	0,103	0,103	0,104	0,104	0,105	0,105	0,106	0,107	0,108
2	0,1	101	102	103	104	105	106	107	108	109	110	111	112	113
3	0,1	102	103	105	106	103	109	111	112	114	115	117	118	120
4	0,1	102	104	106	108	110	112	114	116	118	120	122	124	126
5	0,1	103	106	109	112	115	118	121	124	127	130	133	136	139
6	0,1	105	109	114	118	123	127	132	136	141	145	150	154	159
7	0,1	106	112	118	124	130	136	142	148	154	160	166	172	178
8	0,1	108	115	123	130	138	145	153	160	168	175	183	191	198
9	0,1	109	118	127	136	145	154	163	172	181	190	200	209	218
10	0,1	111	121	132	142	153	163	174	184	196	206	216	227	237
11	0,1	112	124	136	148	160	172	184	196	208	221	233	245	257
12	0,1	114	127	141	154	168	181	195	208	222	236	249	263	277
13	0,1	115	130	145	160	175	190	205	220	236	251	266	281	296
14	0,1	117	133	150	166	183	199	216	233	249	266	283	299	316
15	0,1	118	136	154	172	190	208	226	245	263	281	299	317	335
16	0,1	120	139	159	178	198	217	237	256	276	296	316	335	355
17	0,1	121	142	163	184	205	226	248	269	290	311	332	354	375
18	0,1	123	145	168	190	213	235	258	281	303	326	349	372	394
19	0,1	124	148	172	196	220	244	269	293	317	341	365	390	414
20	0,1	126	151	177	202	228	253	279	305	331	356	382	408	434
21	0,1	127	154	181	208	235	262	290	317	344	371	399	426	453
22	0,1	129	157	186	214	243	272	300	329	355	386	415	444	473
23	0,1	130	160	190	220	250	281	311	341	371	402	432	462	493
24	0,1	132	163	193	226	258	290	321	353	385	417	448	480	512
25	0,1	133	166	199	232	265	299	332	365	398	432	465	498	532
26	0,1	135	169	204	238	273	308	342	377	412	447	482	516	551
27	0,1	136	172	208	244	280	317	353	389	425	462	498	535	571

zu berechnen

(Nach der Formel $\sigma = \frac{1}{2} d. (b^{0.01} n. - 1) + \frac{1}{2}$ berechnet, in welcher die Buchstaben e, d, n und b die bei der Tabelle A. angegebene Bedeutung haben.

Randstrahlen für nachstehende Atmosphärenpressungen über den äußeren Luftdruck.																		
Durchmesser der Niederöhren.	0.	1.	1½.	2.	2½.	3.	3½.	3¾.	4.	4½.	5.	5½.	5¾.	6.	6¾.	7.		
Zoll.	Zoll.	Zoll.	Zoll.	Zoll.	Zoll.	Zoll.	Zoll.	Zoll.	Zoll.	Zoll.	Zoll.	Zoll.	Zoll.	Zoll.	Zoll.	Zoll.		
1	0,333	0,337	0,338	0,340	0,342	0,343	0,345	0,347	0,349	0,350	0,352	0,354	0,355	0,357	0,361	0,362	0,364	0,368
2	333	337	340	343	347	350	354	357	364	367	371	374	378	381	385	392	395	402
3	333	338	343	348	353	359	364	369	374	384	389	393	400	405	410	421	426	437
4	333	340	347	353	360	367	374	381	394	401	408	415	422	429	436	450	457	471
5	333	342	350	358	367	375	384	392	409	418	427	435	444	453	462	479	488	506
6	333	343	353	363	374	384	404	416	425	435	445	456	466	477	487	508	519	540
7	333	345	357	369	380	392	416	428	440	452	461	476	488	501	513	537	550	575
8	333	347	360	374	387	401	428	441	455	469	483	497	510	524	538	567	581	609
9	333	348	363	379	394	409	440	455	470	486	501	517	533	548	564	596	612	644
10	333	350	367	383	400	417	451	468	486	503	520	537	555	572	590	625	643	678
11	333	352	370	389	407	426	463	482	501	520	539	558	577	596	615	654	673	712
12	333	353	373	391	414	434	475	495	516	537	557	578	599	620	641	683	704	747
13	333	355	377	399	421	443	487	509	531	554	576	599	621	644	667	712	735	781
14	333	357	380	404	427	451	499	523	547	571	595	619	643	668	692	741	766	816
15	333	358	384	409	434	459	510	536	562	588	613	639	665	692	718	771	797	850
16	333	360	387	414	441	468	522	550	577	604	632	660	689	716	744	800	828	885
17	333	362	390	419	447	476	534	563	592	621	651	680	710	739	769	829	859	919
18	333	363	394	424	454	485	546	577	607	638	669	701	732	763	795	858	890	954

Zurück- gegr. Goll.	Einkaufspreise für nachstehende Miethgebäudevermietungen über den Zeitraumd.																					
	0.	0f.	0f.	1.	1f.	1f.	2.	2f.	2f.	3.	3f.	3f.	4.	4f.	4f.	5.	5f.	5f.	6.	6f.	6f.	7.
1	0,05	0,055	0,056	0,057	0,057	0,058	0,058	0,059	0,059	0,060	0,060	0,060	0,061	0,061	0,061	0,061	0,062	0,062	0,062	0,062	0,063	0,063
2	0,05	0,059	0,062	0,063	0,065	0,066	0,067	0,068	0,069	0,069	0,070	0,071	0,071	0,072	0,072	0,073	0,073	0,074	0,074	0,075	0,075	0,076
3	0,05	0,064	0,068	0,070	0,072	0,074	0,075	0,077	0,078	0,079	0,080	0,081	0,082	0,083	0,084	0,084	0,085	0,086	0,087	0,087	0,088	0,088
4	0,05	0,069	0,073	0,077	0,079	0,082	0,084	0,086	0,087	0,089	0,090	0,091	0,093	0,094	0,095	0,096	0,097	0,098	0,099	1,00	1,00	1,01
5	0,05	0,073	0,079	0,084	0,087	0,090	0,092	0,094	0,096	0,098	1,00	1,02	1,03	1,05	1,06	1,07	1,09	1,10	1,11	1,12	1,13	1,14
6	0,05	0,078	0,085	0,090	0,094	0,098	1,01	1,03	1,06	1,08	1,10	1,12	1,14	1,16	1,17	1,19	1,20	1,22	1,23	1,24	1,26	1,27
7	0,05	0,083	0,091	0,097	1,02	1,06	1,09	1,12	1,15	1,18	1,20	1,22	1,24	1,26	1,28	1,30	1,32	1,34	1,35	1,37	1,40	1,40
8	0,05	0,087	0,097	1,04	1,09	1,14	1,18	1,21	1,24	1,27	1,30	1,33	1,35	1,37	1,40	1,42	1,44	1,46	1,47	1,49	1,53	1,53
9	0,05	0,092	1,03	1,10	1,16	1,21	1,26	1,30	1,34	1,37	1,40	1,43	1,46	1,48	1,51	1,53	1,55	1,58	1,60	1,62	1,63	1,65
10	0,05	0,096	1,09	1,17	1,24	1,29	1,34	1,39	1,43	1,47	1,50	1,53	1,56	1,59	1,62	1,65	1,67	1,69	1,72	1,74	1,76	1,78
12	0,05	1,06	1,20	1,30	1,38	1,45	1,51	1,57	1,61	1,66	1,70	1,74	1,78	1,81	1,84	1,87	1,90	1,93	1,96	1,99	2,01	2,04
14	0,05	1,15	1,32	1,44	1,53	1,61	1,68	1,74	1,80	1,85	1,90	1,95	1,99	2,03	2,07	2,10	2,14	2,17	2,20	2,24	2,27	2,29
16	0,05	1,24	1,44	1,57	1,68	1,77	1,85	1,92	1,99	2,05	2,10	2,15	2,20	2,25	2,29	2,33	2,37	2,41	2,45	2,48	2,52	2,55
18	0,05	1,34	1,55	1,71	1,83	1,93	2,02	2,10	2,17	2,24	2,30	2,36	2,41	2,47	2,52	2,56	2,61	2,65	2,69	2,73	2,77	2,81
20	0,05	1,43	1,67	1,84	1,97	2,09	2,19	2,28	2,36	2,43	2,50	2,57	2,63	2,68	2,74	2,79	2,84	2,89	2,93	2,98	3,02	3,06
22	0,05	1,52	1,79	1,97	2,12	2,25	2,36	2,46	2,54	2,63	2,70	2,77	2,84	2,90	2,96	3,02	3,08	3,13	3,18	3,23	3,27	3,32
24	0,05	1,61	1,90	2,11	2,27	2,41	2,53	2,63	2,73	2,82	2,90	2,98	3,05	3,12	3,19	3,25	3,31	3,37	3,42	3,48	3,53	3,58
26	0,05	1,71	2,02	2,24	2,42	2,57	2,69	2,81	2,92	3,01	3,10	3,19	3,27	3,34	3,41	3,48	3,54	3,61	3,67	3,72	3,78	3,83
28	0,05	1,80	2,14	2,38	2,56	2,72	2,86	2,99	3,10	3,21	3,30	3,39	3,48	3,56	3,63	3,71	3,78	3,84	3,91	3,97	4,03	4,09
30	0,05	1,89	2,26	2,51	2,71	2,88	3,03	3,17	3,29	3,40	3,50	3,60	3,69	3,78	3,86	3,94	4,01	4,08	4,15	4,22	4,28	4,34
32	0,05	1,99	2,37	2,64	2,86	3,04	3,20	3,34	3,47	3,59	3,70	3,81	3,90	4,00	4,08	4,17	4,25	4,32	4,40	4,47	4,54	4,60
34	0,05	2,08	2,49	2,78	3,01	3,20	3,37	3,52	3,66	3,79	3,90	4,01	4,12	4,21	4,31	4,40	4,48	4,56	4,64	4,71	4,79	4,86
36	0,05	2,17	2,61	2,91	3,15	3,36	3,54	3,70	3,84	3,98	4,10	4,22	4,33	4,43	4,53	4,62	4,71	4,80	4,88	4,96	5,04	5,11
38	0,05	2,27	2,72	3,05	3,30	3,52	3,71	3,88	4,03	4,17	4,30	4,43	4,54	4,65	4,75	4,85	4,95	5,04	5,13	5,21	5,29	5,37
40	0,05	2,36	2,84	3,18	3,45	3,68	3,88	4,05	4,22	4,37	4,50	4,63	4,75	4,87	4,98	5,08	5,18	5,28	5,37	5,46	5,54	5,63
42	0,05	2,45	2,96	3,31	3,60	3,81	4,05	4,23	4,40	4,56	4,70	4,84	4,97	5,09	5,20	5,31	5,42	5,52	5,61	5,71	5,80	5,88
44	0,05	2,54	3,08	3,45	3,74	4,00	4,21	4,41	4,59	4,75	4,90	5,05	5,18	5,31	5,43	5,54	5,65	5,76	5,86	5,95	6,05	6,14
46	0,05	2,64	3,19	3,58	3,89	4,15	4,38	4,59	4,77	4,95	5,10	5,25	5,39	5,52	5,65	5,77	5,88	5,99	6,10	6,20	6,30	6,40
48	0,05	2,73	3,31	3,72	4,04	4,31	4,55	4,77	4,96	5,14	5,30	5,46	5,61	5,74	5,87	6,00	6,12	6,23	6,34	6,45	6,55	6,65

erleiden haben, und der karrnen einwirkung des Feuer ausgelegt sind.

(Nach der Formel $e = 0,01 \cdot d \sqrt[3]{n} + 0,07$ berechnet; e, d und n haben die bei Tabelle A. angegebene Bedeutung.)

Wandstärken für nachstehende Atmosphärendrücken über den Luftdruck.																			
Durchmesser der Röhren.		0.	0½.	1.	1½.	2.	2½.	3.	3½.	4.	4½.	5.	5½.	6.	6½.	6¾.	7.		
Zoll.		3 Zoll.	3 Zoll.	3 Zoll.	3 Zoll.	3 Zoll.	3 Zoll.	3 Zoll.	3 Zoll.	3 Zoll.	3 Zoll.	3 Zoll.	3 Zoll.	3 Zoll.	3 Zoll.	3 Zoll.	3 Zoll.		
1	0,07	0,077	0,079	0,080	0,081	0,082	0,083	0,084	0,085	0,086	0,087	0,087	0,087	0,088	0,089	0,089	0,089		
1½	0,07	0,080	0,083	0,085	0,087	0,088	0,089	0,090	0,091	0,092	0,093	0,094	0,095	0,097	0,098	0,098	0,099		
2	0,07	0,084	0,087	0,090	0,092	0,094	0,095	0,097	0,098	0,100	0,101	0,102	0,103	0,106	0,107	0,108	0,108		
2½	0,07	0,087	0,092	0,095	0,099	100	101	103	105	106	107	109	110	112	113	115	118		
3	0,07	0,091	0,096	100	103	106	108	110	112	113	115	116	118	120	121	123	127		
3½	0,07	0,094	101	105	109	111	114	116	119	120	122	124	126	128	130	133	137		
4	0,07	0,098	105	110	114	117	120	123	125	128	130	132	133	137	138	144	147		

(B. G. 1848 S. 321.)

Dazu:

a) Zum §. 4.

R. des R. Min. für H., G. u. öffentl. Arb. (v. Rommer-Esche) v. 1849 an die R. Reg. zu N. Anlegung von Dampfesseln in der Nähe harter Gebäude.

Auf die Anfrage in dem Berichte v. 1. d. M. erwidere ich der R. Reg., die Bestimmung des §. 4 des Regul., betr. die Anlage von Dampfesseln, nach welcher wenn ihre Entfernung von Nachbargebäuden nicht mehr als 10 Fuß beträgt, zwei Fuß starke Mauer von denselben getrennt werden sollen, auf alle benachbarten Gebäude, gleichviel ob sie dem Eigenthümer der Anlage gehören oder nicht, zu fließt. (Min. Bl. 1849 S. 145. Nr. 196.)

β) Zum §. 7. Nr. 3.

E. R. des R. Min. für H., G. u. öffentl. A. (v. v. Seydt) v. 1853 an sämmtl. R. Reg. Bei Konzessionirung von Dampfmaschinen sonstigen mit Feuerung verbundenen Anlagen im Interesse der Nachbarkreise zu treffende Einrichtungen.

Die erhebliche Zunahme der Zahl von Dampf-Maschinen und anderer Anlagen der im §. 27. der Gew. O. v. 17. Jan. 1845 aufgeführten Art, mit welcher Feuerungen verbunden sind, legt der Verwaltung die Pflicht auf, bei Ertheilung von Konzessionen zu denselben mit besonderer Vorsicht zu Werke zu gehen, um der Umgegend durch dergleichen Feuerungen vorzubeugen.

Die Zurückweisung der Einwendungen gegen solche neue Anlagen, deren J mit Steinkohlen gespeist zu werden pflegen, mag in den meisten Fällen seinem unterliegen, wenn die einzelne Anlage für sich ins Auge gefaßt wird, und die besorgende Belästigung der Umgegend mit Rücksicht auf die beabsichtigte oder zu nehmener vorgeschriebene Einrichtung nicht für so erheblich zu erachten ist, daß Vorschriften der Allgem. Gew. O. die Versagung der Genehmigung gerechtfertigt könnte. Gleichwohl ist nicht zu verkennen, daß nach und nach, wenn in einem Bezirke die Zahl derartiger Feuerungs-Anlagen sich vermehrt, namentlich in Städten Berücksichtigung in Anspruch nehmende Belästigung des Publikums entstehen ist daher neuerlich zur Abhülfe solcher Uebelstände auf die in England, zunächst von, eingelegten gesetzlichen Maaßregeln hingewiesen.

Wenngleich nun zur Zeit noch sehr Bedürfnis anzuerkennen ist, im Wege gebung einzuschreiten, da, mit Ausnahme weniger kleinerer Bezirke, dergl. in Preußen doch nur noch vereinzelt vorkommen und die deshalb bestehenden gesetzlichen Vorschriften im Allgemeinen als ausreichend angesehen werden können, um die Beschwerden abzuheben, so empfiehlt es sich doch, bei Ertheilung der Konzessionen, daß nicht nur die Anlagen zur Herstellung eine Einrichtung erhalten, welche möglichst vollständige Verbrennung des Rauchs erwarten läßt, sondern daß auch werde, späterhin Verbesserungen der Einrichtung herbeizuführen. Damit bei zu konzessionirenden gewerblichen, mit größeren Feuerungen verbundenen Anlagen ein bestimmtes Projekt beantragte Konzession der späteren polizeilichen Anforderung von Verbesserungen nicht entgegenstehe, hat die R. Reg. in die Resolution, wie in die zu ertheilenden Konzessionen stets die — auch schon in der Anlage von Dampfesseln, v. 6. Sept. 1848 §. 7. Nr. 3. im Allgemeinen — Bedingung aufzunehmen:

daß Unternehmer verpflichtet sei, durch Einrichtung der Feuerungs-Anlage anzuwendende mechanische Vorrichtungen, wie durch Anwendung geeigneter Materialien und durch sorgsame Verwaltung auf eine möglichst vollständige Verbrennung des Rauchs hinzuwirken, daß Unternehmer auch, falls sich erachteten Einrichtungen nicht genügen, um Belästigungen oder Beschädigungen benachbarten Grundbesitzer durch Rauch, Ruß u. s. w. zu verhüten, gehalten solche Abänderungen in der Feuerungs-Anlage und in dem Betrieb, Wahl des Feuerungs-Materials vorzunehmen, welche zur Beseitigung der Belästigungen und Beschädigungen besser geeignet sind.

(Min. Bl. d. i. B. 1853. S. 147. Nr. 120.)

γ) Zum §. 11.

E. R. desselb. Min. v. 15. März 1852. an sämmtl. R. Reg. u. Polizei-Präsid. zu Berlin. Anwendung von sogenannten Feder-Manometer-Dampfesseln und Dampfleitungs-Röhren.

Mit Bezug auf die Bestimmung im §. 11. des Regul., die Anlage von Dampfmaschinen betr., v. 6. Sept. 1844, wonach an jedem Dampfessel oder an den Dampfleitungsröhren eine oder mehrere Vorrichtungen angebracht werden müssen, welche den stattfindenden Druck der Dämpfe zuverlässig angeben, finde ich mich veranlaßt, die R. Reg. aufmerksam zu machen, daß die in der neueren Zeit zu diesem Zwecke mitunter verwendeten sogenannten Feder-Manometer nach den dielerhalb stattgefundenen technischen Erörterungen als zuverlässig nicht anzuerkennen sind und daß daher durch die Anwendung solcher Feder-Manometer der obigen gesetzlichen Vorschrift nicht genügt wird.

Die R. Reg. veranlasse ich, dies durch die Amtobl. zur öffentl. Kenntniß zu bringen. (Min. Bl. v. i. B. 1852. S. 93. Nr. 81.)

4) R. des R. Min. des I. u. d. P. (v. Kochow) u. der Vertw. für G., u. Bauw. (Rother) v. 31. März 1837, an die Einwohner N. N. zu Gladbach und abgeschrieben an die R. Reg. zu Düsseldorf. Gründe, welche zu Prohibitionen gegen Dampfmaschinen-Anlagen berechtigen¹⁾.

Ihrem Refurgesuche in der von der R. Reg. zu Düsseldorf zur Entscheidung hierher sandten Verhandlung v. 13. Jan. c., wegen der dem Fabrikanten N. daselbst ertheilten Konzession zur Anlage einer Dampfmaschine von 6 Pferden Kraft, kann, wie Ihnen durch eröffnet wird, keine weitere Folge gegeben werden; vielmehr wird der Ihnen in der Angelegenheit ertheilte Bescheid der genannten R. Reg. v. 16. Dec. pr. lediglich befolgt.

Wenn Gründe, wie die in Ihrer Refurdeschrift von Ihnen angebrachten, hinlänglich sollten, um derartige Anlagen zu untersagen, so müßten letztere nicht nur durchgängig den Ortschaften verwehrt, sondern kleinerer Gewerbe, deren Betrieb mehr als gewöhnlich Rauch entwickelt, wie Färbereien, Brauereien, Branntwein-Brennereien etc., fürsten geduldet werden, welches die Absicht des Gesetzes nicht ist. Der von der Gefährlichkeit des hohen Schornsteins hergenommene Grund ist völlig unerheblich, da die an so vielen Punkten sich bestätigende Gefährlichkeit solcher Bauweise, nicht durch ein einzelnes nicht einmal näher bekanntes Beispiel des Umsturzes widerlegt werden kann.

Uebrigens bleibt allerdings der Eigenthümer der Anlage für den entstehenden Schaden allg. Gesetzen verantwortlich, was aber durch die Konzession nicht erst festgestellt werden braucht. (N. XXI. 210. 1. 213.)

5) Verfahren bezüglich der polizeilichen Gestattung von Dampfmaschinen-Anlagen.

a) Auch die allgem. Gew. O. v. 17. Jan. 1845 rechnet im §. 27. die Dampfmaschinen, Dampfessel und Dampfentwickler aller Art zu denjenigen gewerblichen Anlagen, welche einer besonderen polizeilichen Genehmigung bedürfen und verweist in Betreff des Verfahrens bei darauf gerichteten Anträgen im 7. auf die allgemeinen Bestimmungen der §§. 27 — 36. a. a. O. ²⁾, außerdem auf die dafür ergangenen besonderen Vorschriften mit der Zugabe, daß die polizeiliche Genehmigung nunmehr überall der Regierung ³⁾ obliegt. (G. S. 1845. S. 46 ff.)

Das (nicht abgedruckte) R. des R. Min. d. I. u. d. P. v. 8. Jan. 1836 an das Preuss. Präsid. zu Berlin bemerkt in dieser Beziehung in gleichem Sinne, daß die auf allgemeinen sicherheitspolizeilichen Gründen beruhenden Einwendungen keine Berücksichtigung finden könnten, indem die R. O. v. 1. Jan. 1831 nach Nr. 3. den Nachbarn eines Grundstücks, auf welchem eine Dampfmaschine errichtet werden soll, die Protestation gegen die Anlage nur aus privatrechtlichen Gründen nachgelassen habe und die Beurtheilung der Zulässigkeit der Anlage aus allgemeinen sicherheitspolizeilichen Gründen lediglich der Polizeibehörde vorbehalten bleiben müsse. (Akten des R. Min. des I. u. d. P. betr. die sicherheitspolizeil. Bestimmungen in Betreff der Anlage und Beaufsichtigung der Dampfmaschinen, Polizei gegen Unglücksfälle Nr. 16)

Vergl. oben S. 481 ff.

Hierdurch ist das R. des R. Min. d. I. u. d. P. v. 28. Nov. 1836. (N. XX 999.) antiquirt, welches bemerkt, daß da nach der R. O. v. 1. Jan. 1831. die Orts- und resp. Kreis-Polizeibehörden über die Zulässigkeit der Anlage von Dampfmaschinen zu entscheiden haben, in dergl. Fällen die Reg. die Refurde-Instanz blide.

β) R. der R. Min. d. F. (Flottwell) u. des J. (v. Manteuffel) v. 21. Mai 1844 an die R. Reg. zu Stralsund.

Wenn der §. 37. der Gew. O. v. 17. Jan. pr. auf die besonderen, für die Leistung von Dampfmaschinen zc. ergangenen Vorschriften verweist und deren Berücksichtigung bei dem nach §§. 27 — 36. a. a. O. zu beobachtenden Verfahren anordnet, so will nichts anderes sagen, als daß bei dem Verfahren nach §§. 27 — 36. auch die in Beziehung bestehenden besonderen materiellen Vorschriften zur Anwendung gebracht werden sollen. Hieraus folgt aber, daß der Unternehmer einer Dampfmaschinen-Anlage Antrag nach Maßgabe des §. 28. durch Zeichnungen zc. gehörig erläutern, die R. sodann die polizeiliche Zulässigkeit der Anlage nach Maßgabe der R. O. v. 1. Jan. 1 (O. S. S. 243.) und des Regul. v. 6. Mai 1838¹⁾ (O. S. S. 262.) erörtern und erfolgter öffentlicher Bekanntmachung auf die eingegangenen Widersprüche über die Evidenzen und event. die Bedingungen vorschreiben muß, unter welchen die Anlage zu gestellt ist, und zwar durch ein förmliches Resolut, gegen welches hiernächst jedem Theile der Recurs zusteht. (Min. Bl. d. I. B. 1846. S. 100. Nr. 167.)

b) In Betreff der polizeilichen Genehmigung und Beaufsichtigung Dampfmaschinen-Anlagen in Berg- und Hüttenwerken²⁾ sind ergangen:

a) C. R. der R. Min. d. F. (Flottwell) u. des J. (v. Manteuffel) 3. April 1846 an die R. Reg. der Provinzen Schlesiens, Westphalen und Rheinprovinz, und an die R. Reg. zu Merseburg, und abschriftlich zur Nachachtung an die R. Oberbergämter zu Brieg, Halle, Dortmund und Bonn.

Der R. Reg. wird in Verfolg der Verf. v. 12. April 1844³⁾ in Betreff der polizeilichen Genehmigung und Beaufsichtigung der Dampfmaschinen-Anlagen in Berg- und Hüttenwerken, eröffnet, daß die früher zur Erwägung gekommene Frage: ob die Entscheidung über die polizeiliche Zulässigkeit solcher Dampfmaschinen den Bergbehörden zu überlassen sei? durch die inzwischen publicirte Gew. O. v. 17. Jan. 1845 ihre Erledigung gefunden hat. Die Dampfmaschinen sind daselbst (§§. 27., 37.) denjenigen gewerblichen Anlagen beigezählt, deren Genehmigung bei der Regierung — also nicht mehr bei der Kreis-Polizeibehörde — nachzusuchen, und deren Zulässigkeit mit Berücksichtigung der Umstände und der auf die öffentliche Bekanntmachung des Unternehmens zur Evidenz gebrachten Einwendungen nach Vorschrift der §§. 28. ff. zu erörtern ist. Zu einer Abänderung dieser allgemeinen Bestimmungen in Beziehung auf die Dampfmaschinen in Berg- und Hüttenwerken, insbesondere zur Uebertragung der Befugnisse der Regierung hinsichtlich der Ertheilung der Konzession zu solchen Anlagen auf die Bergbehörden, bei der gegenwärtigen Lage der Gesetzgebung über das Verfahren bei der Genehmigung von Dampfmaschinen-Anlagen keine zureichenden Gründe vor. Dagegen läßt sich ein wesentlicher Vortheil für die Wahrnehmung der polizeil. Interessen rücksichtlich Dampfmaschinen auf Berg- und Hüttenwerken erwarten, wenn dabei von den Kreis-Polizeibehörden die Mitwirkung der sachverständigen Bergbeamten in Anspruch genommen wird, weil Letztere, wie schon in der Verf. v. 12. April 1844 bemerkt worden, allein zur technischen Beurtheilung der Bergwerks- und Hüttenmaschinen vorgeordnet sind, sondern auch bei ihrer häufigen Anwesenheit auf den Betriebsstellen die Gelegenheit finden, den Betrieb der Maschinen zu beobachten.

Um nach diesen Gesichtspunkten das Verfahren bei Anlage von Dampfmaschinen auf Bergwerken oder mit Bergwerken verbundenen Hüttenanlagen für die Bergbehörden zu regeln und so weit zu erleichtern, als es die bestehenden Vorschriften gestatten, wird folgendes festgesetzt.

Sobald der Unternehmer eine solche Dampfmaschine aufstellen will, hat derselbe den Entwurf des Bauplans dem betr. Bergamte vorzulegen, und, daß dies geschehen, der Regierung anzuzeigen. Das Bergamt ist verpflichtet, dafür zu sorgen, daß entweder der bauende Gewerkschaft oder von geeigneten technischen Beamten des Amtes auf Befehl des Unternehmers die in der Instr. v. 21. Mai 1835 vorgeschriebenen Zeichnungen

¹⁾ Text des Regul. v. 6. Sept. 1848, welches dasjenige v. 6. Mai 1838 aufgehoben hat.

²⁾ In Betreff der polizeil. und oberbergamtl. Genehmigung zu Anlagen von Schmelzhütten, Hochöfen, Metallgießereien und Hammerwerken vgl. C. R. der R. Min. des J. u. d. F. v. 30. Juni 1846. (Min. Bl. d. I. B. S. 117. Nr. 184., f. in v. Hönne's Gewerbepolizei, Bd. 2. S. 27.)

³⁾ Wodurch die oben gedachten Regierungen, vorläufig zur gutachtlichen Berathung aufgefordert worden sind.

vorherlicher Vollständigkeit angefertigt und mit Rücksicht auf die Vorschriften des v. 6. Mai 1838 durch qualifizierte technische Beamte revidirt werden. Ist die Anstalt in dieser Beziehung vollständig vorbereitet, so überreicht das Bergamt die Zeichnungen der betr. Reg. behufs der Erlaubniß-Ertheilung zur Ausführung der Anstalt, und diese leitet nunmehr, unter Benachrichtigung des Unternehmers, das durch v. D. 88. 27 ff. vorgeschriebene Verfahren ein. Sollten im Laufe desselben nach den Vorschriften der §§. 27. ff., der D. v. 1. Jan. 1831, des R. v. 24. Febr. der Instr. v. 21. Mai 1835, der D. v. 27. Sept. 1837 und des Regul. v. 6. Mai 1838 noch fernere technische Erörterungen erforderlich werden, so bleibt der Reg. über das Bergamt zu deren Bewerkstelligung zu requiriren. Die Resolute hat die Reg. durch die Gew. D. vorgeschriebenen Weise gehörig publiciren zu lassen und dem Unternehmer eine Abschrift derselben mitzutheilen. Wird hiernächst definitiv ausgesprochen, unbedingte oder bedingte, daß der Ausführung des Unternehmens polizeil. Bedenken entgegenstehen, so erfolgt sowohl die Ausführung des Baues unter Aufsicht des Bergamts, als auch die technische, polizeiliche Abnahme der Anlage durch dasselbe. Letzteres nach Vollendung der letzteren, über den Befund eine Verhandlung aufzunehmen, und die Reg. einzureichen, welche, wenn sie dagegen nichts zu erinnern findet, die Erlaubniß dazu, daß die Maschinen-Anlage in Betrieb gesetzt werde, zu ertheilen, und sowohl dem Unternehmer als dem Bergamte Mittheilung zu machen hat.

Die R. Reg. wird angewiesen, die vorstehend gegebenen Vorschriften durch Ihre Anstalt zur öffentl. Kenntniß zu bringen.

Min. Bl. d. I. B. 1846. S. 60. Nr. 88.)

1) C. R. derselb. Min. v. 30. Sept. 1846 an dieselben Behörden.

Der Vorschrift des Erl. v. 3. April d. J. (Min. Bl. S. 60. Nr. 88.) wegen Kon- trolle der Bergbeamten bei der polizeil. Prüfung der Dampfmaschinen-Anlagen ist in der hier zur Sprache gekommenen Falle eine zu weite Ausdehnung gegeben worden, in- dem auf Dampfmaschinen-Anlagen solcher Werke in Anwendung gebracht worden ist, welche dem Bergrevier völlig fremd sind. Die R. Reg. wird daher darauf aufmerksam gemacht, daß die obige Vorschrift sich nur auf solche Dampfmaschinen-Anlagen bezieht, welche auf Berg- und Hüttenwerken errichtet werden, die unter Administration oder Kon- trolle Bergbehörden stehen. Wo diese letztere bei den Privat-Berg- und Hüttenwerken stattfindet, da ist auch die Zuziehung der bergamtlichen Behörden bei der Prüfung der Dampfmaschinen-Anlagen nicht zu veranlassen.

Min. Bl. d. I. B. 1846. S. 208. Nr. 297.)

2) Vorschriften über die Anlegung von Schmieden.

1) R. des R. Min. des J. u. d. B. (Köhler) v. 17. Dec. 1830 an die Reg. zu Potsdam. Abbau der Schmieden von anderen Gebäuden auf dem Lande¹⁾.

Auf einer bloßen Analogie beruht, in der B. v. 16. April 1794²⁾, wegen der Entfer- nung der Hütten von den nächsten Gebäuden enthaltene Bestimmung, läßt sich eine Vorschrift für die Anlage der Schmieden um so weniger ableiten, als es keinem Zweifel unterliegt, daß die gewöhnliche Art der Behandlung der Hütten solche gefährlicher für die Umgegend darstellt, als dies bei massiv gebauten und bedachten Schmieden anzu- nehmen ist. Daher wird auch in andern Reg. Bez., in sofern nur die Schmieden massiv werden, eine 40 Fuß betragende Entfernung derselben von andern Gebäuden für nöthig gehalten etc. (N. XIV. 836. — 4. 95)

2) R. des R. Min. des J. u. d. B. (v. Meding) v. 5. Sept. 1838 an die Reg. zu Königsberg. Erforderniß feuersicherer Bedachung der Schmieden. Die R. Reg. erhält auf den Ver. v. 17. v. M. in der Anst. (a.) Abschrift der heute vom Gutbesitzer N. erlassenen Resolution zur Nachricht und mit dem Auftrage, gegen denselben wegen der begangenen Baupolizei-Kontravention das Geeignete zu veranlassen.

Anst. a.

Auf das Gesuch v. 7. Juli d. J., um Erlaubniß zur Erbauung einer Schmiede mit Lehm- und Schindeldache, wird Ihnen hiermit zum Bescheide eröffnet, daß, wenn gleich Schindeldächer, nach neueren Allerh. Bestimmungen, überhaupt zugelassen werden, wo eine feuerfestere Bedachung aus nachgewiesenem Unvermögen des Bauenden

Bergl. Bekanntmachung des Ob. Präs. der Prob. Brandenburg v. 20. Jan. 1832, betr. die zur Vermeidung der Feuergefahr zu befolgenden baupolizeil. Vorschriften, S. 11. (N. XVI. 203.)

Bergl. die B. v. 16. April 1794, wegen besserer Einrichtung der Hütten in der Kurmark. (N. C. C. Tom. IX. pag. 2145. No. 41, Hake Bd. 2. S. 620, s. unten.)

nicht möglich ist, ihre Anwendung doch nur bei solchen Gebäuden stattfinden darf, welche keine feuergefährlichen Anlagen enthalten. Eine Schmiede gehört aber zu den gefährlichen Anlagen, bei welchen ganz besonders strenge auf möglichst feuerfest gehalten werden muß. Lehm- und Schindeldächer sind jedoch für Schmieden nicht als gesichert während anzusehen, weil, abgesehen davon, daß sie an sich nicht die Sicherheit gewähren, welche durch Stein- oder Metallbedachung oder Bedachung nach anderer Methode herbeigeführt wird, die Schmiedearbeiten, welche nothwendig starke Erschütterungen des Gebäudes veranlassen, ein Zerbröckeln des Lehms und somit bloßen der leicht feuerfangenden unteren Dachfläche oder Unterlage mit sich bringt ist deshalb auch schon im J. 1832 eine Umdenkung der nicht feuerfest gedeckten Dächer angeordnet, und auf allmähliche Ausführung dieser Anordnung Bedacht genommen um so weniger kann aber die Bedachung einer neuen Schmiede in dieser Art geschehen. Berlin, den 5. Sept. 1833.

Min. des J. u. d. R. v. Meibin

(R. XII. 790. — 3. 205.)

3) In Betreff Schlesiens:

a) C. R. der R. Kr. u. Dom. Kammer zu Glogau v. 16. Juli 1833. sämtl. Landräthe.

Da verschiedentlich geschehen, daß auf den Dörfern die Schmiedehäuser sammt horigen Wohnungen, Scheunen und Stallungen, dadurch abgebrannt, daß von henden Eisen Ruten abgesprungen, und solchergeßt die dem Schmiede zugehörige und übrige Gebäude, welche in den meisten Dörfern nahe an der Schmiede steht, nicht nur 8 Ellen davon entfernt stehen, entzündet worden.

So haben Wir zu Verhütung der vielfältigen Feuerschaden verordnet und daß künftig Niemandem eine Schmiede zu erbauen gestattet werden soll, wenn selbige eine ziemliche Weite, und wenigstens 20 Ellen von den übrigen Wohnungen und Gebäuden angelegt wird etc. (Heinze's Baupol., S. 280.)

ß) C. R. d. d. Breslau 23. Febr. und Glogau 16. April 1833. sämtl. Landräthe.

Es ist schon an verschiedenen Orten dadurch Feuer entstanden, daß glühendes Eisen aus den Dorischmieden, von welchen viele nur hölzerne Läden statt der haben, und also während der Arbeit offen gelassen werden müssen, auf die Dächer fallen, und nach genauer Prüfung der Sachverständigen ist deren Sentiment dahin gefallen, daß solches besonders an Orten, wo man sich der sogenannten Kechloken leicht möglich ist. Um nunmehr den so häufig vorkommenden, und in hiesiger noch so sehr um sich greifenden Bränden auf dem platten Lande zu begegnen, ist mit festgesetzt, daß an allen den Orten, wo die Schmieden außer den hölzernen Fenstern haben, selbige damit noch versehen, und letztere bei Tage, oder so lange belichtet wird, stets aufgehoben, die hölzernen Läden aber bloß bei Nachtzeit angelegt. Hiernächst habt Ihr die Einwohner Eures Kreises zu instruiren; diejenigen aber, welche die Ordnung nicht Folge leisten, in 1 Ihr. Strafe zu nehmen und wiederholt auf die Ordnung zu halten. Uebrigens ist Uns die Anzeige geschehen, daß in verschiedenen Orten die Düngergruben zu nahe an den Schmieden belegen sind, vorzüglich an den Orten, welche diese Gruben mit den Schmieden Kommunikation haben, und dadurch ebenfals Gefahr zu befürchten sei.

Nun scheint die versügende generelle Verlegung der gewöhnlich nahe bei den befindlichen Düngergruben mit Schmelzstätten verbunden zu sein, weil die Beschränktheit des Platzes und anderer Lokal-Umstände eine Translokation nicht statuten dürften, und allensfalls solches nur da nöthig zu sein, wo eine Kommunität Düngergrube mit der Schmiedewerkstatt stattfindet, dies aber nur bei den meisten Schmieden der Fall ist, da schon bei deren Anlegung darauf hat Rücksicht genommen werden müssen. Daher denn dieser Fehler da, wo er sich ja noch vorfindet, auf eine andere Art abzuschaffen sein wird etc. (Heinze's Baupol., S. 281.)

γ) Regl. der R. Reg. zu Oppeln v. 9. Dec. 1822, Kap. I. (s. in v. Könne's Polizeiwesen [Th. VI. des Werkes] Bd. 2. S. 287.)

δ) Vorschriften über die Anlegung von Zuckersiedereien.

1) R. des R. Min. des J. für H. u. W. (Meuth) und des J. für A. (Köhler) v. 26. Aug. 1833 an die R. Reg. zu Merseburg. Anlegung von Zuckersiedereien innerhalb der Städte.

2c. Wenn gleich das Zuckersieden mit mehrerer Feuergefahr verbunden ist, andere Gewerbe, bei deren Betrieb entweder keine, oder doch so bedeutend

rich ist, daß dasselbe nach §. 2062. Tit. 8. Th. II. des A. L. R. in Beziehung auf erungß-Verträge zu den gefährlichen Gewerben gerechnet wird; so folgt doch dar-
nebmegß die unbedingte Anwendung der Vorschrift des §. 1543. Tit. 20 Th. II.
L. R. ¹⁾ auf Zuckersiedereien, zumal hiernach eine besondere, daß ist: eine durch
rungen und gehörige Vorsicht nicht abzumwendende Feuergefährlichkeit erfordert wird, um
bung eines Gewerbebetriebes innerhalb der Städte zc. unzulässig zu machen, eine
ber bei dem Betriebe der Zuckersiederei im Allgemeinen nicht angenommen werden
ad bisher auch nicht angenommen worden ist zc. (N. XVII. 793. — 3. 134.)

1) R. der K. Min. des J. u. d. P. (Röhler), und der K. Verwaltung
Fabr. u. Bauw. (Beuth) v. 16. Juli 1835 an die K. Reg. zu Köln.
von Zucker-Raffinerien.

Die von der K. Reg. in dem Ver. v. 26. März d. J. hinsichtlich der von den Ge-
N. N. beabsichtigten Anlage einer Zucker-Raffinerie zu Köln dahin geäußerte
daß das dem Dekrete v. 15. Okt. 1810 ²⁾ beigelegte Verzeichniß nur Beispiele
der Reg. überlassen sei, die Zahl der Anlagen, die dem Dekrete unterliegen,
lehren, je nachdem sie das Bedürfniß erkennt, kann nicht als richtig angenommen
Der §. 10. des Dekretes, wo es heißt:

division en 3 classes des établissements, qui répandent une odeur insalubre
commode, aura lieu conformément au tableau annexé au présent décret im-
d. Elle servira de règle toutes les fois, qu'il sera question de prononcer
les demandes en formation de ces établissements."

damit nicht vereinbar sein, sowie denn auch die verschiedenen Nachträge, welche in
ich in der Form von Gesetzen zu dem gedachten Verzeichnisse gelleiert worden sind,
daß letzteres den Zweck hat, alle gewerbliche Unternehmungen zu benennen,
dem durch das Dekret geordneten Verfahren zu unterwerfen sind. Auch ist bei der
Machen der Fall wirklich vorgekommen, daß die Gerichte ein von ihr darüber hin-
angenes Verbot für ungültig erklärt haben.

Ben so wenig kann die von der K. Reg. erlassene Bekanntmachung, wodurch Sie
ge von Zucker-Raffinerien von Ihrer Erlaubniß abhängig macht, aus dem ange-
Ges. v. 24. Aug. 1790 Tit. 11. Art. 3. gerechtfertigt werden. Dieses Ges., in Ver-
mit dem v. 22. Juli 1791 Tit. 1. Art. 46 spricht bloß von Polizei-Vers., welche
Hobrigkeit, unter Genehmigung der Depart. Verw. erlassen darf.

Schon hieraus geht hervor, daß solche den Charakter der Lokalität an sich tragen
und nicht in Polizei-G. übergehen dürfen, die für einen ganzen Landes-Distrikt
sollen. Zu einer Maßregel letzterer Art ist die K. Reg. nach der Allerh. B. v.
1817 §§. 7. und 11. nicht berechtigt, wobei ihr noch durch §. 21. Nr. 13. aus-
untersagt ist, Vers., durch welche die Gewerbefreiheit beschränkt wird, ohne Zusim-
Min. zu erlassen.

Hiernach zc. (N. XIX. 845. — 3. 186.)

Die Vorschriften über die Anlage von Kalk-, Ziegel- und Gips-
Fabr., Dachsteinfabriken und Ziegeleien.

1) R. des K. Min. des J. u. d. P. (Röhler) v. 9. Juni 1829 an den
Meister N. und abschriftl. an die K. Reg. zu Frankfurt. Unzulässigkeit der
Anlage neuer Dachstein-Fabriken oder Ziegeleien in den Städten.

Durch den Ver., welchen die dortige Reg. über das Gesuch des Ziegelmeysters N. v.
d. J., um die Erlaubniß zur Anlage einer sogenannten Dachstein-Fabrik hinter
der Vorstadt belegenen Wohnhause, nach vorgängiger Untersuchung an Ort und
Statet hat, kann das Min. des J. u. d. P. sich nicht bewegen finden, die abschlä-
Besol. v. 19. Febr. d. J. abzuändern.

Die Anlage einer Dachstein-Fabrik oder Ziegelei innerhalb einer Stadt ist schon an

Der §. 1543. cit. (welcher indeß durch das Einführ. Ges. v. 14. April 1831 zum
Strafgesetzbuche außer Kraft getreten ist) lautete:

„Gewerbe und Einrichtungen, deren Betrieb mit besonderer Feuergefährlichkeit ver-
bunden ist, sollen in Städten, Flecken, Dörfern und überhaupt in der Nähe
von andern einer leichten Entzündung ausgelegten Gebäuden, nicht geduldet
werden.“

Am linken Rheinufer noch geltende Ges. v. 15. Okt. 1810, betr. die gewerb-
u Anstalten, welche einen schädlichen oder unangenehmen Geruch verbreiten,
in einem dem Ges. angehängten Tableau verschiedene Klassen solcher
alten auf.

sich in polizeilicher Hinsicht für unzulässig zu erachten, theils wegen der damit, auch in besten Vorkehrungen verbundenen, schon durch den starken Verbrauch von Brennherbelgeführten Feuergefahr, theils wegen des davon ungetrennlichen staten Unweiches die Bewohner der nahegelegenen Häuser belästigt, und das Bebauen der unbebauten benachbarten Grundstücke, wenn nicht verhindert, doch gewiß erschwert, die Eigenthümer in der für städtische Grundstücke vorzugeweise geeigneten Art der ihres Eigenthums beschränkt.

Da nun dieser offenbare Nachtheil mehrerer Nachbarn, moegen der Gewinn eines Einzelnen nicht in Betracht kommen kann, bei der von dem N. beabsichtigten Anlage, welche unstreitig innerhalb der Stadt zu liegen kommen, und selbst bei dem Wiltsteller beabsichtigten anderweitigen Einrichtung immer feuergefährlich bleiben ganz besonders zu befürchten ist, indem ganz in seiner Nähe schon zwei Fabrice und eine Gießerei sich befinden, welche, da sie einmal angelegt worden in Polizeiwegen auch ferner gestattet werden müssen, so muß es bei der gedachten wohlbedachten Meis. um so mehr verbleiben, als es durchaus unzulässig ist, die schon vorhandenen Uebelstände durch Gestattung neuer, ähnlicher Anlagen zu vermehren.

(N. XIII. 395. — 2. 128.)

2) R. des R. Min. des J., Pol. Abth. (v. Meding), v. 13. Okt. 1839. Die R. Reg. zu Düsseldorf. Anlegung von Feld-Ziegelöfen.

Wegen den von der R. Reg. mit Ihrem Ber. v. 10. Aug. d. J. vorgelegter Antrag einer Bekanntmachung in Betreff der Erlaubniß zur Anlegung von Feld-Ziegelöfen findet das unterg. Min. nichts zu erinnern, und genehmigt daher den Erlaß (Anl. a.) durch das dortige Amtobl. auf die Begründung, welche die in Rede stehende in den G. v. 24. Aug. 1790 und v. 22. Juli 1791 findet.

Anl. a.

Auf Grund der Genehmigung des R. Min. des J. u. d. P. werden hiermit jenigen Theil unseres Verm. Bez., in welchem das bürgerliche Gesetzbuch die nachstehende Vorschriften wegen Anlage von Feld-Ziegelöfen ertheilt und Beaufsichtigung zur allgemeinen Kenntniß gebracht.

Art. 1. Die Anlegung resp. das Abbrennen der Feld-Ziegelöfen ist in der Vorbehalts der allgem. Kontrolle der Orts-Polizeibehörde ohne vorgängige Genehmigung gestattet.

Art. 2. Das Erforderniß einer besonderen Bewilligung der Behörde ist nur, wenn die Anlegung von Ziegelöfen in geringerer Entfernung als 300 Fuß von anderen Gebäulichkeiten oder von öffentlichen Straßen, einschließlich der Straßen und chaussirten Gemeindegassen, beabsichtigt wird.

Art. 3. Die Gesuche um Bewilligung der in dem Falle des vorstehenden erforderlichen Erlaubniß sind an den betr. Landrath zu richten, welcher, soweit ein polizeiliches Interesse nicht vorwaltet, die Ortsbehörde mit der erforderlichen Befugnis beauftragt und je nach Ergebnis dieser Prüfung die nachgesuchte Bewilligung oder vorbehaltlich des dem Impetranten verbleibenden Rekurses an die unterg. versagt.

Art. 4. In den Fällen, wo bei der projektirten Anlage eine öffentliche Gefahr oder ausschließlich betroffen wird, soll die Prüfung der Zulässigkeit der Anlage in ersteren Fälle der Ortsbehörde und dem Bezirks-Begebaumeister gemeinschaftlich, in letzteren Fällen dem Begebaumeister allein übertragen werden.

Den über die bewirkte Untersuchung abgegebenen Ber. hat die Landrathl. unter Beifügung des veranlassenden Gesuchs und ihres Gutachtens zur Weiterbefugnis hier einzureichen.

Art. 5. Wenn mit Hintansetzung der vorstehend in den Art. 2. 3. enthaltenen Bestimmungen die Anlage von Ziegelöfen ohne vorgängige Erlaubniß der Behörde vorgenommen wird, soll deren Niederreißung auf Kosten des Kontravenienten sofort geschehen, sodann auch der Kontravenient, unter Vorlegung der die Konventionen betreffenden Verhandlung, dem betr. R. Polizeigerichte zur Bestrafung angezeigt und mit Geldstrafe von 1 bis 5 Thlrn. belegt werden. Düsseldorf, den 29. Okt. 1839.

Königl. Regierung.

(N. XXIII. 921. — 4. 152.)

3) R. der R. Min. d. J. (Benth) u. des J. (v. Manteuffel) v. 1845. Die Anlegung von Ziegelöfen, die nur zum vorübergehenden Brauche bestimmt sind, unterliegt nicht den Vorschriften der Gew. Ord., sondern nur der allgemeinen polizeil. Aufsicht.

Der R. Reg. wird auf den Ber. v. 29. Juni e. eröffnet, daß die Gew. Ord. 27. ff., der Gew. Ord. v. 17. Jan. d. J. über das Verfahren bei Prüfung

er besonderen polizeilichen Genehmigung bedürftenden gewerblichen Anlagen Feldziegelöfen, oder Feldbrände, bei welchen es sich nicht um die Errichtung dauernden Benützung bestimmten Ziegelofens, sondern nur um die Vorüberarbeitung des im Felde vorgefundenen Materials zu Ziegeln handelt, keine, weil solche Ziegelbrände nach dem bei der Verwaltung festgestellten, zu den im §. 27. a. a. O. genannten Ziegelöfen nicht gerechnet

daher solche nur vorübergehend in Betrieb gesetzte Feldbrände in Betracht, liegt die Beibehaltung des, rücksichtlich der polizeilichen Genehmigung und derselben im dortigen Verwaltungsbezirke bisher zur Anwendung gekommenen, keinem Bedenken; dagegen ist die Zulässigkeit jeder Anlage zur fortgesetzten Anfertigung von Ziegeln, nach den Bestimmungen der Gew. ordn. (Min. Bl. d. i. B. 1845 S. 263. Nr. 284.)

zug hierauf sind ergangen:

R. Min. für H., G. u. öffentl. A., Abth. IV. (Oesterreich) v. 15. Okt. Kalk- oder Flechtöfen zu vorübergehenden wirthschaftlichen Bedürfnissen unterliegen nicht den Vorschriften der Gew. O. §§. 27. sqq.

Ber. v. 22. v. M. erklärt sich das unterz. Min. damit einverstanden, daß, der Flechtöfen nur vorübergehend zu wirthschaftlichen Bedürfnissen oder zu den Feldbränden benützt werden, mithin bei denselben die Voraussetzungen §. 14. Aug. 1845 (Min. Bl. S. 263. ff.) hinsichtlich der Feldziegelöfen zu den Vorschriften der §§. 27. ff. der allgem. Gew. Ordn. außer Anwendung bleiben, derartige Kalköfen die ortspolizeiliche Genehmigung genügt. (Min. Bl. d. i. B. 1849 S. 231. Nr. 332.)

3 R. Min. für H., G. u. öffentl. Arb. (v. Pommer-Esche) v. 21. Nov. Anlagen zum Feld-Ziegelbrennen unterliegen nicht den Vorschriften der §§. 27. ff. der Gew. O.

Reg. erhält in der Anlage (a.) einen über die ortspolizeiliche Erlaubniß zum Feld-Ziegelbrennen heute erlassenen Rekursbescheid zu Ihrer Nachricht.

Anl. a. Rekursbescheid.

Rekurs des Dominik N. gegen das Resolut der R. Reg. zu N. v. 21.

liches dem Stellenbesitzer N. zu N. die Anlage eines sogenannten Feldziegelofens seinem dortigen Grundstücke beflattet worden ist, h. zum Bescheide,

gedachte Resolut, wie hierdurch geschieht, aufzuheben, die in der Rekursinstanz entstandenen Kosten niederzuschlagen, die Ertheilung der Erlaubniß zu dem von N. beabsichtigten Ziegelbrennen aber der Ortspolizeibehörde zu überlassen.

Gründe.

N. hat die Genehmigung zur Errichtung eines sogenannten Feldziegelofens nicht näherer Vernehmung hat sich jedoch ergeben, daß seine Absicht lediglich die Errichtung eines besonderen Ofens auf seinem Grundstücke durch einen zersetzte Ziegel aufstellen und ausbrennen lassen zu dürfen, weshalb Proh außer Stande erklärt, Zeichnungen über die Anlage vorzulegen. Hiernach Vorschriften der §§. 27. ff. der Gew. O. v. 17. Jan. 1845, über das Verfahren der Zulässigkeit der, einer besonderen polizeil. Genehmigung bedürftenden Anlagen, auf den vorliegenden Fall keine Anwendung finden. Es handelt sich um die Errichtung eines, zur dauernden Benützung bestimmten Ofens, sondern um die Vorüberarbeitung des, im Felde vorgefundenen Materials zu Ziegeln. Die im §. 27. bestimmten Anlagen setzen aber bauliche Einrichtungen voraus, welche zum dauernden benützt werden sollen, deren Beschaffenheit mithin durch Zeichnungen dargestellt und demgemäß einer technischen Prüfung unterstellt werden kann. Verfahren bei derartigen Anlagen soll den Unternehmer, wenn die Konzession, gegen alle Einwendungen, welche nicht privatrechtlicher Natur sind, sicherzustellen. Diese Voraussetzungen treffen hier nicht zu. Die Anlagen in der hier beabsichtigten Art, unterliegen vielmehr lediglich der allgemeinen Aufsicht, und ist daher im vorliegenden Falle nach Anweisung der Polizeibehörde zu verfahren. Berlin, den 21. Nov. 1849.

Der Min. für H., G. u. öffentl. A. In Vertretung.

v. Pommer-Esche.

Min. Bl. d. i. B. 1849. S. 285. Nr. 401.)

4) Publik. der K. Reg. zu Oppeln, v. 12. Sept. 1817 (nebst R. des d. F. v. 12. Aug. 1817), betr. die Befugniß der Besitzer ländlicher Grund zur Anlegung von Ziegeleien.

Durch eine Verf. des K. Fin. Min. v. 12. Aug. c. ist Besitzern von ländl. Grundstücken nachgegeben worden, auf denselben nicht bloß zum eigenen Bedarf, sondern gegen vorgängige Lösung des gesetzlich erforderlichen Gewerbescheines auch zum öffentlichen Verkauf Ziegeleien anzulegen, welches hierdurch zur allgemeinen Kenntniß gel. wird. (N. I. 46.—3. 23.)

5) R. des K. Min. d. I. für Gewerbe-Ing. (v. Brein) v. 9. Juni 1 an die K. Reg. zu Merseburg. Zur Anlegung von Ziegeleien auf dem L. in den vormalig Sächsischen Landestheilen bedarf es keiner landesherrl. Konzession.

Da Ziegeleien weder in die Kategorie der Manufakturen und Fabriken, noch in irgend welchen gewerblichen Anstalten gehören, bei welchen nach der Allerh. R. D. v. 22. 1833¹⁾ die nähere Erörterung des Ortsbedürfnisses in Betracht kommt, die Vermuthung der Ziegeleien in dortiger Gegend aber überhaupt wünschenswerth erscheint; so bedarf fernerhin zur Errichtung derselben auf dem Lande in den vormalig Sächsischen Landestheilen keiner landesherrlichen Konzession, und es genügt daher, wenn deren Zulässigkeits in Bezug auf Bau- und Feuer-Polizei von der betr. Behörde geprüft und anerkannt wird.

(N. XXI. 516.—2. 210.)

f) Vorschriften in Betreff verschiedener anderer gewerblicher Anlagen.

1) R. des K. Min. des I. (Röhler) v. 16. Mai 1819 an den Lohh. Meister N. N. zu Angermünde, und abschriftlich an die K. Reg. zu Potsdam. Verbot der Anlegung mit Stroh und Rohr gedeckter Lohmühlen in der Nähe anderer Gebäude.

Das Gesuch des Lohh. Meisters N. in der Eingabe v. 8. Febr. d. J. um Erlaubniß, die von Ihm in Seiner vor dem dortigen See-Thore belegenen, mit Stroh und Rohr eingedeckten Lohscheune aufgestellte Lohmühle beibehalten zu dürfen, ist nach dem, was die darüber befragte Reg. zu Potsdam einberichtet hat, nicht zu gewähren. Vielmehr bei der von dieser Behörde getroffenen Anordnung lediglich verbleiben, in der die Bittsteller die fragliche, noch dazu ohne alle polizeil. Erlaubniß vorgenommene Lohscheune abbrechen, oder das Mühlengebäude, welches allerdings als eine solche Anlage zu betrachten ist, mit einem Ziegeldache versehen, wie denn überhaupt aus fernstehender Muthmaßung eine so gefährliche Anlage, als die einer Lohmühle unabweisbar ist, in der Nähe von Wohnhäusern und anderen Gebäuden nicht zugelassen werden kann. (N. XIII. 396.—2. 129.)

2) B. des K. Polizei-Präs. zu Berlin v. 23. Juni 1829. Anlegung und Konstruktion von Schwefelkammern.

Die Erfahrung hat noch kürzlich wieder gelehrt, daß die nicht feuersichere Konstruktion oder die unvorsichtige Benützung der zum Schwefeln der Körbe, Strohbüche und anderen Gegenstände bestimmten Behältnisse, Schwefelkammern genannt, leicht zu Brandbrünsten Veranlassung geben können, und es ist daher nöthig geworden, über die Konstruktion solcher Schwefelkammern Folgendes bekannt zu machen und zu beschreiben.

- 1) Wer eine Schwefelkammer einrichten will, muß davon mit genauer Angabe der Konstruktion und Beschreibung des Lokals, in welchem sie angelegt werden soll, bei der Polizei-Anzeige machen, die Erlaubniß dazu erbitten und deren Ertheilung abwarten.
- 2) Wer die Anzeige ganz unterläßt, oder den Eingang der polizeilichen Erlaubniß abwartet, sondern vorher mit der Einrichtung vorschreitet, hat die ihn deshalb an sich selbst erlangenden unangenehmen Folgen sich selbst beizumessen.
- 3) Ueber die Konstruktion der Schwefelkammern und der Behältnisse, in welchen dieselben sich befinden dürfen, wird mit ausdrücklichem Vorbehalt der dennoch nöthigen, bei der zu 1. erwähnten Polizei-Erlaubniß, Folgendes festgesetzt:
 - a) hölzerne Schwefelkammern dürfen nur in, von massiven Wänden umgebenen gewölbten und mit gepflasterten Fußböden versehenen, Räumen aufgestellt werden;
 - b) gemauerte oder mit Blei ausgegippte Schwefelkammern, welche a

¹⁾ Die R. D. v. 22. Mai 1833 findet sich in den Sammlungen nicht abgedruckt.

²⁾ Vergl. auch die allgem. Gew. D. v. 17. Jan. 1845. §§. 27. ff. (s. oben S. 508.)

den Fällen mit Blei beschlagene Thüren haben müssen, können auch in nicht gewölbten, aber mit massiven Wänden, gerohrten und gepukten Decken, und mit steinernen oder Gypsböden versehenen Räumen aufgestellt werden;

- c) als Erleichterung wird gestattet, kleinere hölzerne Apparate, welche wenigstens drei Fuß von der Decke entfernt bleiben müssen, in solchen Räumen aufzustellen, welche massive Umfassungswände, gerohrte und gepukte Decken und keinen hölzernen Fußboden haben.

Aber auch in diesem Falle ist polizeiliche Erlaubniß nöthig.

Die schon jetzt vorhandenen Schwefelkammern müssen binnen Jahresfrist, vom Tage der Publik. dieser V. durch das Amtsbl. an, nach den vorstehenden Bestimmungen eingerichtet oder weggeschafft werden. (A. XIII. 397.—2. 130.)

3) R.-des R. Min. des I. (v. Schudmann) v. 12. Juli 1830 an die R. u. N. Anlegung von Porzellan- und Steingut-Ofen.

Bei der Entscheidung über die Beschwerde des Steingut-Fabrikanten N. N., wegen vermehrter Vermehrung seiner Ofen, welche die R. Reg. in Ihrem Ver. v. 22. erörtert hat, kommt es zunächst in Betracht, daß ein wesentlicher Unterschied zu ist:

neue Häuser dahin gebaut werden sollen, wo dergl. lästige Anlagen schon vorhanden sind?

eine neue lästige Anlage da beabsichtigt wird, wo sich die Häuser bereits früher hin- und befanden?

Die beabsichtigte Ziegelei-Anlage des N. N., auf welche die R. Reg. exemplifizirt, ist ein von der Erweiterung der Anlage des N. ganz verschiedener Fall. In Beziehung auf diesen letzteren, würde es nun aber hart sein, einem Gewerbetreibenden, der als früher existirte, als sein nichtgewerbetreibender Nachbar, die Erweiterung seines Betriebs zu untersagen, ihn hiernächst aber, wenn er darauf nicht verzichten will, zu zwingen, Letztere zu suchen, und sich anderwärts ganz neu aufzubauen.

Unter solchen Verhältnissen kann die Polizei nur fordern, daß die bestehenden und anzulegenden Feuerungen der Nachbarschaft so wenig lästig werden, als möglich, und bei einem Töpfer- oder Steingut-Ofen durch eine angemessene Feuerungs-Anlage Höhe der Schornsteine zu erreichen.

Die R. Reg. hat demgemäß wegen Konstruirung des Schornsteins von dem zu errichtenden Porzellan-Ofen, mit Zuziehung eines sachverständigen Technikers, in Ansehung Höhe dieses Schornsteins die erforderliche Anordnung zu treffen, zugleich aber dem bei der Anlage eine solche Einrichtung des Schornsteins zur Bedingung zu machen, daß Rauch möglichst verzehrt wird. (A. XIV. 602.—3. 80.)

4) R. des R. Min. des I. u. d. P. (Seiffart) v. 25. Aug. 1838 an die R. u. N. Reg. zu Breslau. Anlegung von Gießereien und Maschinenbau-Werkstätten.

Bei Rücksendung der mittelst Ver. v. 5. d. M. eingereichten Akten, die von dem Metall- und Eisenhändler N. in Gnadenfrei beabsichtigte Anlage einer Metallgießerei und Maschinenbau-Werkstatt betr., findet das Min. d. I. u. d. P. sich veranlaßt, der R. Reg. Bescheid zu eröffnen.

Wenngleich die Metall- und namentlich die Gießerei, sowie der Maschinenbau denjenigen Gewerben gehören, die nicht ohne Feuer betrieben werden können, so sind dieselben doch keinesweges feuergefährlicher zu sein, als andere, fortwährende Feuer erfordernde Gewerbe. Da nun nach den in Schlesien bestehenden V., namentlich dem Regl. wegen Verhütung und Löschung der Feuerereignisse, d. d. Potsdam 1765, für Schmieden in den Dörfern nur eine Entfernung von 20 Ellen von den Häusern erfordert wird, so dürfte, ungeachtet die Metallgießerei wohl einer stärkeren Feuerung bedarf, als die meisten Schmieden, für dieselbe doch jedenfalls eine Entfernung von 20 Fuß von den Wohngebäuden genügen.

Außerdem kann in dem vorl. Falle der Umstand, daß in der Nähe der von dem N. beabsichtigten Baustelle die Durchführung eines Weges beabsichtigt wird, an welchem die betr. Gemeinde künftig zu bauen sich veranlaßt finden möchten, seinen Grund zur Veranlassung von dem N. nachgesuchten Erlaubniß abgeben, indem jetzt nur nach den gegenwärtigen, sowie bei künftigen Bauanlagen nach den alsdann obwaltenden Ortsverhältnissen entschieden ist.

Den N. zur Wahl der Baustelle zu nöthigen, würde hiernach eine nicht zu rechtfertigende Beschränkung seiner Rechte als Eigenthümer sein, und deshalb wird die R. Reg. demselben den Bau einer Gießerei und Maschinenbau-Werkstatt auf der Stelle b. Grundstücke zu gestatten etc. (A. XXII. 791.—3. 206.)

5) R. der R. Min. der F. (Gr. v. Alvensleben) u. des F. u. d. B. (ding) v. 25. August 1841 an die R. Reg. zu Münster. Bauanlagen zur Bereitung brennbaren Gases.

Wenngleich, wie wir der Reg. auf den Ver. v. 15. Mai d. J. die Errichtung von Anstalten zur Bereitung brennbaren Gases betr., hierdurch eröffnen, in den zu gehörig gewesenem Theilen Ihres Verw.-Bez. das franz. Dekret v. 15. Okt. 1810 über die ungesunden oder lästigen Ausdünstungen verbreitenden Anstalten, nach Ausweisel des lois etc. publiées dans les départements de l'Emis supérieur, de la Weser et des bouches de l'Elbe, Tome 4. pag. 453. publicirt und auch unter dem 28. Nov. 1833 ergangenen Verf. des Fin. Min., auf dessen Anwentten worden, so ist doch die Allerh. R. D. v. 6. Febr. 1839¹⁾ (N. S. 244.), wo Bereitungs-Anstalten in die zweite Klasse solcher Anstalten eingeordnet sind, nur für die links Rheinufer gelegenen Theile der Rheinprovinz publicirt, und es kann das Dekret in dem von der R. Reg. zur Sprache gebrachten Falle nicht zur Anwenmen, sondern in dieser Hinsicht nur auf die §§. 66.—68. Tit. 8. Thl. I. des A. furirt werden.

Eine Gasbereitung-Anstalt verbreitet aber nicht nur lästige Gerüche, auch feuergefährlich. Die R. Reg. hat deshalb beim Eingehen einer derartigen Anstalt, auf Grund jener landrechtlichen Vorschriften, eine sorgfältige Ausnahme der Nachbarschaft des Bauplatzes auf Kosten des Bauherrn zu veranlassen, und wehlernach die Anlage überhaupt für zulässig hält, bei Ertheilung der Bauverlaubgen Bedingungen der Bauart und der künftigen Benutzungsweise zu stellen, wo der Beschädigung oder Belästigung des Publikums vorbeugen zu können glück Bedingungen werden sich nach der jedesmaligen Lage des Bauplatzes und der der Anstalt ändern, und am zweckmäßigsten in Form einer Konzessions-Urkundmenzustellen sein.

Die örtliche Untersuchung ist durch die Orts-Polizeibehörde, unter Zuzug Baubeamten, vorzunehmen und dasselbe Verfahren auch bei solchen Anlagen anzuwenden, welche nur zur Privatbenutzung dienen sollen, wenn deren Anlage in einer Art wird, daß dadurch eine Belästigung der Nachbarschaft erwartet werden kann.

(Min. Bl. d. i. B. 1841. S. 231. Nr. 367.)

6) R. des R. Min. des F. (Gr. v. Arnim) u. d. F. (Beuth) v. 1843 an die R. Reg. zu Aachen. Polizeiliche Genehmigung zu Gas-Anstalten.

Die Anfrage der R. Reg. in dem Ver. v. 18. Febr. d. J.:

ob die Gasbereitung-Anstalten, welche nicht zu gewerblichen Zwecken worden, ebenso, wie es im G. v. 15. Okt. 1810 für die zweite Klasse schädlichen und unangenehmen Geruch verbreitenden Anstalten vor ist, behandelt werden müssen?

ist zu bejahen. Das gedachte G. hat mit allem Recht keinen Unterschied gem. établissements dangereux, insalubres ou incommodes gewerblichen Zwecken nicht. Es ist daher auch der Allerh. R. D. v. 6. Febr. 1839 (N. S. 244. i.) beschränkte Deutung zu geben. Eben so wenig kann auf die Größe der Anstalten ankommen.

Dagegen ist die größere oder geringere Gefahr und die Erheblichkeit der Belästigung der Nachbarschaft durch den übeln Geruch zu beurtheilen, wenn die incommodo aut incommodo bewirkt worden ist.

Die R. Reg. hat daher die letztere in Beziehung auf die beabsichtigte Gasbereitung-Anstalt im Kasinogebäude zu N. nachträglich zu veranlassen.

(Min. Bl. d. i. B. 1843. S. 172. Nr. 212.)

7) R. d. R. Min. des F. und der Fin. (Gr. v. Alvensleben) v. 1840 an die R. Reg. zu Köln. Anlegung von Stärke-Fabriken.

Die Stärke-Fabriken gehören nach dem Dekrete v. 15. Okt. 1810²⁾ zur ersten Klasse von Fabrikations-Anlagen, deren Errichtung in der Nähe bewohnter Ortschaften nicht stattfinden soll. Die Wohngebäude derjenigen Personen, welche von dem Fabrikanten N. in Köln beabsichtigte Anlage einer Stärke-Fabrik protliegen sämtlich in nicht beträchtlicher Entfernung, zum Theil nur 13 bis 14 Fuß von der Baustelle. Der Widerspruch muß daher als begründet anerkannt werden. Die Vorkehrungen, welche der N. zur Beseitigung des übeln Geruches zu treffen beabsichtigt,

¹⁾ Vergl. die R. D. v. 6. Febr. 1839 in Bd. III. (Medizinal-Polizei.)

²⁾ Vergl. die vorige Note.

idere Entscheidung nicht begründen. Das Dekret erkennt an, daß die Anlage erste Klasse gestellten Fabriken den Bewohnern nahe liegender Wohngebäude nachtheilig wäre. Der Schutz, den es ihnen dagegen zusichert, besteht nicht in baulichen Vorkehrungen, die in ihrem Erfolge zweifelhaft bleiben, sondern in der Anlage selbst. Die K. Reg. wird daher den Antrag des N. zurückweisen. (Bl. d. L. B. 1840. S. 314. Nr. 563.)

K. des K. Min. des J. u. d. B. (v. Kochow) v. 18. Febr. 1841 an z. zu Merseburg. Vorsichtsmaßregeln, bezüglich der Einrichtung der Walzmühlen zur Pulver-Fabrikation.

Die von der K. Reg. in dem Ver. v. 16. Okt. v. J. rücksichtlich der Anwendung bei den Stampfen der Pulvermühlen geäußerten Bedenken habe ich das K. Ministerium um eine Mittheilung der bei der Pulverfabrikation in den K. Fabriken eintretenden Vorsichtsmaßregeln ersucht. In Folge der hierüber erhaltenen Mittheilung eröffne ich der K. Reg. hierdurch Folgendes:

Nach der ältern Methode betriebenen Pulver-Fabriken zerfallen in der Haupt- sache in zwei Kategorien, in Stampf- und Walzmühlen. Der Betrieb mit Stampfen muß als gefährlicher betrachtet werden, und ist daher in den öffentlichen Staats-Fabriken Anwendung gefunden, weshalb auch dort von den für die letztern geltenden Vorschriften für Stampfmühlen kein Gebrauch gemacht werden kann. Dagegen bestätigt das K. Min. die Angabe, daß nach den geistlichen Erfahrungen die Anwendung von Metallen für die Stampfwerke nicht zu umgehen ist. Die Intensität der durch den zum Pulverfakt zu vereinigen Stoffe erfordert ein ohne Nachtheil nicht zu vermeidendes Maß von Kraft bei der Bearbeitung derselben in den Stampfwerken. Dagegen diese Kraft aus dem Gewichte der Stampfen, ihrer unmittelbaren Fall- höhen Geschwindigkeit zusammengesetzt ist, und daher durch veränderte Kombi- nationen dieser Elemente mannigfaltig modificirt werden kann, so bleibt ein bestimmtes Gewicht der Stampfen erforderlich, dessen Verminderung durch Er- höhen der übrigen mitwirkenden Faktoren nicht ersetzt werden kann, und die An- wendung von Metallen unerlässlich macht, da das Holz weder das nöthige Gewicht, noch die Dauer gewährt. Die Anwendung von Stein würde noch weit gefähr- licher von Metall sein, und muß daher ganz unberücksichtigt bleiben.

Nach kann die Ausschließung des Metalls an den Kolben der Stampfen in den öffentlichen Stampfmühlen, wie die K. Reg. in Ihrem Ver. v. 16. Okt. v. J. für Berlin erklärt hat, nicht angeordnet werden.

(Bl. d. L. B. 1841. S. 69. Nr. 101.)

K. des K. Min. des J., Abth. II. (v. Manteuffel) v. 14. Sept. 1841. an sämmtl. K. Reg., und an das Polizeipräsidium in Berlin. Vorsichts- maßregeln in den Privat-Pulverfabriken zur Verhütung von Unglücksfällen.

Bezug auf den (vorläufigen) Erlaß v. 30. April c. und in Folge der Mitthei- lung des Herrn Kriegs-Min. Exc., wird der K. Reg. eröffnet, daß die in den Pulver- fabriken zur Verhütung von Unglücksfällen zu treffenden Vorsichtsmaßregeln wesentlich von den jeweiligen Betriebs-Einrichtungen und den besonderen lokalen Verhältnissen abhängig sind, und deshalb allgemeine polizeiliche Vorschriften hierüber nicht aufgestellt werden können.

Desfallsigen Vorschriften werden vielmehr, wie es auch in den K. Fabriken der Fall ist, jedes Etablissement, dem eigenthümlichen Verfahren desselben entsprechend, aufzustellen und dabei diejenigen Vorkehrungen und Einrichtungen, welche nach den Umständen erforderlich sind, vorzuschreiben sein. Bei Errichtung oder Veränderung bestehender Pulverfabriken ist der K. Reg. hierzu in den §§. 27., 28. und 36. der Allgem. Gewerbe-O. v. 17. Jan. pr. die Ermächtigung ausdrücklich auch in Beziehung auf bereits bestehende derartige Anlagen unterlegt. Es ist demnach Bestimmungen des §. 10. Th. II. Tit. 17. des A. L. R. keinem Bedenken, daß die K. Reg. , sofern es sich nicht um Abänderung ausdrücklich genehmigter baulicher Ein- richtungen handelt, diejenigen Anordnungen zu treffen hat, welche vom Standpunkte der Bau-Polizei aus für unerlässlich zu erachten sind.

Der K. Reg. in beiden Beziehungen eine Anleitung über die in jedem einzelnen Etablissement obwaltenden Verhältnissen zu treffenden Maßregeln zu geben, wird Der- selbe (Anl. a.) eine von dem Herrn Kriegs-Ministers Exc. mitgetheilte Zusammen- stellung zur Anwendung von Unglücksfällen in Pulverfabriken zu befolgenden Anord- nungen sandt, und muß Ihrer näheren Erwägung überlassen bleiben, welche dieser Anordnungen mit Beziehung auf die lokalen Verhältnisse und Betriebs-Einrichtungen in jedem Etablissement für anwendbar zu erachten sind.

Anl. a.

Polizeiliche Maßregeln zur Abwendung von Unglücksfällen in Pulver-Fabriken

A. Lage und bauliche Einrichtung der Gebäude und Werke.

1) Die Gebäude und Werke für den gefährlichen Betrieb sind von einander sonderb anzulegen und insoweit mit einem bis zum Dach reichenden Erdwall zu umgeben, daß bei einem einmaligen Ausfliegen die benachbarten Gebäude durch Leitung der Explosion nach oben möglichst geschützt werden.

Die mit Feuerungsanlagen verbundenen Ateller als: die Röhleret, Salpeter etc., so wie die Wohngebäude und Holzniederlagen, sind von den Gebäuden des gefährlichen Betriebes möglichst entfernt zu placiren.

2) Neben den einzelnen Pulverarbeitshäusern und gegen diese durch einen Erdwall geschützt, sind kleine Ablage-Magazine zur einstweiligen Unterbringung der aus den Atellern in das andere übergehenden Zwischensubstrate anzulegen.

3) Das Fabrikterrain ist wo möglich mit Bäumen und Strauchwerk zu bepflanzen und namentlich in der nächsten Umgebung der Pulverhäuser für die Unterhaltung guten Graswuchses zu sorgen.

Die Wege sind mit Gerberlohe zu beschütten.

4) Die Gebäude des gefährlichen Betriebes sind möglichst leicht, am besten bloßem, mit gut in einander gezielten Brettern bekleideten Stielwerk herzustellen, mit einem leichten Dache zu versehen.

Sie erhalten, um der Explosion einen leichten Ausweg zu verschaffen, Fenster. Wo diese fehlen und schwere Dächer vorhanden sind, werden zu Zweck in den Umfassungswänden und im Dache nach außen sich öffnende Abzüge angebracht.

5) Um das Einwehen von Sand und Staub zu verhüten, sind die Gebäude des gefährlichen Betriebes mit einem Vorflur zu versehen.

6) Der eigentliche Arbeitsraum ist von dem Vorlege des treibenden Balles oder Bierdegöpel durch eine Wand zu trennen, damit sich der Pulverstaub nicht in den Arbeitsräumen ablagern kann.

7) Die Thür- und Fensterbeschläge etc. sind ganz oder doch in der Art theilweise aus Kupfer, Bronze oder Messing herzustellen, daß eine Reibung von Eisen auf Eisen statfinden kann.

Alle Eisenthelle im Innern der Arbeitsräume, deren Anbringung sich nicht vermeiden läßt, müssen, soweit als irgend angänglich, mit Holz verkleidet oder mit Leinwand überzogen werden.

8) Die von der Sonne beschienenen Fensterscheiben sind mit weißer Oelfarbe überstreichen, damit darin befindliche Wargen und Blasen nicht als Brenngläser wirken können.

9) Jedes Gebäude, in welchem sich Pulver oder Pulversatz befindet, zumal aber das Pulvermagazin, erhält einen Blitzableiter.

10) Das gesamte Etablissement ist mit einem Zaun zu umgeben, oder in geeigneter Weise abzuschließen.

B. Betriebs-Einrichtungen.

1) Die Mengung des Sages in Tonnen mittelst Bronzefugeln und die Zerkleinerung desselben durch Walzenpressen erscheint minder gefährlich, als die Zerkleinerung des Pulvers auf Walz- und Stampfmühlen.

2) Da, wo Mühlen der letzteren Art vorhanden sind, dürfen die Stampfen nicht aus Eisen beschlagen werden. Der Schuh derselben muß vielmehr aus Bronze oder Kupfer bestehen.

3) Ebenso sind eiserne Läufer in den Walzwerken nur dann zulässig, wenn sie von einem starken Meissen von Kupfer oder Bronze umgeben sind. In dieser Weise beschlagene Läufer verdienen aber rücksichtlich der Abwendung von Gefahr noch den Vorzug vor cylindrischen Läufers aus Stein.

4) Was oben sub A. 7. über die Vermeidung einer Reibung von Eisen auf Eisen gesagt worden, ist auch bei Anlage und Einrichtung der Mühlen zu beachten.

Das Eindringen des Pulverstaubes in die Zapfenlager sucht man durch das Einfüllen derselben mit einem, mit Schafwolle gefüllten Trichter oder durch eine mit Schafwolle bekleidete Stopfbüchse zu verhüten. Der untere Zapfen senkrecht stehender schnell bewegender Maschinen-Wellen wird am besten in Wasser gestellt.

5) Nicht der Betrieb die Aufbewahrung gemahlener Pulver-Kohle nöthigt, hierzu, der möglichen Selbstentzündung wegen, ein feuersicheres und durch eine Thür verschlossenes Gewölbe vorhanden sein.

Die Räume zum künstlichen Trocknen des Pulvers, dürfen nicht durch gewöhnliche Heizung werden; die Heizung ist vielmehr durch Wasserdämpfe zu bewirken. Jede muß sich hierbei in einem besonderen, von dem Trockenhause durch einen trennten Gebäude befinden.

Allgemeine Vorsichtsmaßregeln beim Betriebe selbst.

Nur Arbeit in den Pulver-Fabriken dürfen nur zuverlässige und nüchterne verrichtet werden.

Wenn der Inhaber der Fabrik die Arbeiter nicht fortwährend selbst inspizieren, so ist sachkundigen Werkmeister anzustellen verpflichtet.

Dem Arbeiter ist ein bestimmter Wirkungskreis anzuweisen, und der Betrieb so einzurichten, daß die Arbeiten gehörig in einander greifen und nirgend Verwirrung oder große Ansammlung von Menschen und Material entstehen kann.

Bei Feuerungs-Anlagen beschäftigten Arbeitern, als: den Salpetersiedern, Hauern etc. dürfen keine Geschäfte übertragen werden, welche sie während der Arbeit führen würden, in denen das Pulver bereitet wird, und umgekehrt.

In den Ateliers dürfen sich nur diejenigen Arbeiter aufhalten, die nach der Beschäftigung darin beschäftigt werden.

Der Besuch von Frauen und Kindern in den Pulver-Arbeitshäusern ist nicht

erlaubt. Nur die Ateliers dürfen nur in Begleitung eines Aufsehers betreten.

Wer in ein Pulverhaus Eintretende muß Stiefel überziehen, oder seine Fußkleider ablegen. Die Schuhe oder Stiefel der Arbeiter dürfen nicht mit eisernen Absätzen versehen sein.

Der Fußboden jedes Pulverhauses muß mit Teden belegt sein und am Eingange eine Kiste liegen, um Sand und Schmutz abtragen zu können.

Fässer und andere Gefäße müssen vor dem Hineinbringen in ein Pulverhaus mit Sand und Erde befüllt, auch die leeren Gefäße inwendig gut gereinigt werden. Die Fässer, worin Pulver und Pulversatz aufgenommen werden soll, müssen fest und fest gebunden sein, so daß ein Verstreuen oder Durchstauben nicht eintreten kann.

Zum Transport der Pulvermasse von einem Werke zum andern sind nur mit Leder ausgelegte Gefäße anzuwenden.

Die Karren und Wagen, deren man sich zu diesen Transporten bedient, dürfen keine beschlagene Räder erhalten.

Die Pulversohle darf erst 3 bis 4 Tage nach ihrer Darstellung gekleinert werden, um Entzündungen zu verhüten. Zur Aufnahme der gekleinerten Kohle sind flache Eisenblech mit gut schließendem Deckel zu verwenden.

Werden Sakmaterialien oder Pulvermassen durch Unvorsichtigkeit verschüttet, müssen sie als verunreinigt anzusehen und nicht weiter zur Fabrikation zu verwenden. Verschüttete wird vielmehr in ein Kehrichtfaß gethan, welches sich in jedem Werke befinden muß, und insofern dasselbe aus Pulvermasse besteht, sofort stark angefeuchtet werden.

Unter keinerlei Umständen darf mehr Pulver oder Sak in den Werken vorhanden sein, als gerade in der Arbeit begriffen und hierzu unbedingt erforderlich ist. Das überschüssige ist sogleich nach dem nahe gelegenen Ablage-Magazin zu bringen und auch die noch weiter zu verarbeitende Masse nur allmählig, nach dem Fortschritte der Arbeit heranzuholen.

Während der Arbeit darf in den Pulver-Arbeitshäusern nicht geklopft, gescharrt, oder geworfen werden. Die Gefäße sind behutsam zu heben, zu tragen und zu setzen und Stoß und Reibung zu vermeiden.

Die im Gebrauch befindlichen Geräthe dürfen nicht von Eisen sein.

Bevor eine Reparatur in irgend einem Pulverhause vorgenommen wird, muß die Pulvermasse daraus entfernt und der Fußboden oder die Stelle, wo die Reparatur vorgenommen wird, so stark genäßt werden, daß ein entstehender Funke keine Entzündung mehr hervorzubringen kann.

Reparatur selbst darf nur unter der Aufsicht eines Werkmeisters der Fabrik vorgenommen werden.

Die Arbeiter müssen auf die Mühlenwerke und Maschinen ein wachsames Auge haben und gut in Schmiere halten und dafür sorgen, daß die Schraubenmuttern fest sind. Wenn etwas bricht oder sich auch nur ein unordentlicher Gang der Maschine zeigt, so müssen sie die Mühle augenblicklich einschüzen oder die Maschine stillstellen.

Die Pulverarbeit darf nur bei völliger Tageshelle ausgeführt werden. Beim

Schluß derselben ist alles Pulver und der Pulversatz nach den Ablage-Massregeln, das Werk vollständig aufzuräumen und zu verschließen.

21) Der Gebrauch von Laternen in Pulverhäusern ist unter allen Umständen unstatthaft.

22) Bei anhaltend trockener Witterung müssen die Thürschwellen, und die baren Umgebungen der Pulverarbeitshäuser tüchtig genäßt werden.

23) Das Tabakrauchen in der Nähe der Fabrikanlagen ist nicht zu gestatten, daher auch kein Arbeiter weder Tabackspfeife noch Feuerzeug bei sich führen.

24) Die Schornsteine der Salpeterläuterei, Köcherei und des Trockenselbsttrockens zu segeln und die Anhäufung von Brennmaterial in diesen Gebäuden vermeiden.

25) Sämmtliche Werke und Arbeitsräume müssen allwöchentlich einmal gereinigt werden. Es sind hierbei die Fußböden aufzunehmen und an einem Orte auszuklopfen, der Fußboden, die Wände, Decken, Maschinen etc. vom reinigen und die Kehrichtsäcker zu entleeren.

Hiermit ist denn auch jedesmal eine gründliche Revision der Maschine Befestigung etwaiger Mängel an denselben zu verbinden.

26) Die Fabrik muß mit dem erforderlichen Feuerlöschgeräth, wozu auch ein Wasserbübel neben jedem Pulverhause gehört, versehen sein, und dessen Öffnungen revivirt werden.

27) Auch ist es zweckmäßig, diejenigen Hülfsmittel nahe bei der Hand zu haben, welche bei einer etwaigen Brandbeschädigung von Menschen angebracht werden können.

28) Sämmtliche Arbeiter sind über ihr Verhalten bei vorkommenden Unfällen und bei Brandunglück genau zu instruiren. Die nächste Maßregel wird hierbei sein, das Pulver oder den Pulversatz in den durch Feuer gefährdeten Arbeitsräumen mit Wasser zu begießen.

29) Die nach den besonderen Verhältnissen für jede Fabrik eigens zu erlassenden polizeilichen Vorschriften sind den versammelten Arbeitern von Zeit zu Zeit zu bringen und eine jede Vernachlässigung derselben streng zu rügen.

30) Eine gehörige nächtliche Bewachung erscheint für jede Pulverfabrik nothwendig. (Min. Bl. d. I. B. 1846. S. 202. Nr. 202.)

10) E. R. des K. Min. des J. (Mr. v. Arnim) v. 12. Dec. sämmtl. K. Reg., und abschriftl. an das K. Polizei-Präsid. zu Berlin sichere Anlage von Zündholz-Trockenöfen.

Die Zweifel der Polizeibehörden über die feuersichere Anlage von Zündholz-Öfen haben Veranlassung gegeben, darüber die K. Ober-Bau-Dep. mit ihrem Gutachten zu hören. Nach demselben wird bei Ertheilung der hauptpolizeil. Erlaubniß zur Anlage solcher Öfen, mit gehöriger Rücksicht auf die Ausdehnung des Gewerbetriebes dazu bestimmte Vertheilung, im Allgemeinen Folgendes von den Orts-Polizeibehörden zu beobachten sein.

1) Ein Zündholz-Trockenofen muß in den äußeren Wänden so stark gebaut sein, daß nicht nur bei regelmäßiger Benutzung, sondern auch bei etwaiger Entzündung des Trockenraumes gelagerten Zündhölzer, welche durch Ueberheizung oder zufällige Stöße des Ofens herbeigeführt werden kann, der Einsturz desselben nicht zu befürchten, auch keine übermäßige Erhitzung der äußeren Fläche erfolgen kann;

2) nicht nur die Feuerung, sondern auch die Oeffnung des Trockenraumes einer Thür von Eisenblech versehen werden, auch

3) alles eingebundene Holzwerk, sowie alle Brennmaterialien müssen so fern gehalten werden, daß sie auch bei Eröffnung der Thür des Trockenraumes von der etwa in Brand gerathenen Zündhölzer nicht ergriffen werden können.

4) Wenn der zur Anlage bestimmte Raum nicht überwölbt ist, muß derselbe in einem gewölbten oder einem eisernen Rauchfange aufgestellt werden, damit eine Entzündung der Ofendecke nicht feuergefährlich werde. Der gewölbte Rauchfang muß auf Gurtbogen oder einem eisernen Rauchfangbalken ruhen, oder der hölzerne auf Eisen in der Horizontale gemessen, wenigstens zwei Fuß von der äußeren Oberfläche fern gehalten, in welchen die Oeffnung des Trockenraumes sich nicht befindet.

5) Ueber dieser Oeffnung muß eine hinreichend weite, also bestimmbare Schornsteinröhre vorhanden sein, um beim Brande der Zündhölzer den Rauch und die brennende Flamme aufzunehmen und den Rauch abzuführen.

6) Das Dach des Gebäudes, in welchem ein Trockenofen angelegt werden soll, muß mit unverbrennlichem Material, Ziegeln, Metall, Dornschrot, Leinwand etc. belegt

der R. Reg. bleibt überlassen, hiernach die Polizeibehörden mit Anweisung zu ver-
(Min. Bl. d. i. B. 1842. S. 403. Nr. 558.)

1) R. des R. Min. des J., Abth. II. (Bode) v. 29. Okt. 1843 an die
zu Erfurt. Anlegung von Anstalten zur Bereitung von Knallquecksilber.
da die mit der Bereitung des zu den Zündhütchen benutzten knallsauren Quecksilbers
eine Gefahr der Explosion noch erheblich größer ist, als bei der Schießpulver-
ung, indem das Knallquecksilber, dessen Kraft im trockenen Zustande die des
silbers an Intensität um vieles übertrifft, sich nicht allein durch Schlag und Stoß
auch durch Reibung entzündet, so darf die Anlage einer Anstalt zur Bereitung des
en Quecksilbers nur in einer solchen Entfernung von bewohnten Gebäuden und
en Wegen nachgelassen werden, daß für den Fall des Unglücks einer Explosion
s Leben oder die Gesundheit etwa in der Nähe befindlicher Menschen, noch das
m durch Feuer gefährdet werden kann. Die Entfernung von beziehungsweise
400 Schritt von den nächsten bewohnten Baustellen, in welcher der Apotheker
dem Ver: der R. Reg. v. 15. d. M., eine Anstalt zur Bereitung von Knallqueck-
errichten beabsichtigt, genügt daher bei weitem nicht zum Schutze der Menschen
Eigenthums gegen dabei etwa eintretende Unglücksfälle, und deshalb ist dem N.
nachgesuchte Erlaubniß um so mehr zu versagen, als das betr. Grundstück unmit-
bar einem sehr lebhaften Wege der städtischen Feldmark liegt.
e R. Reg. wird veranlaßt, hiernach das Weitere zu verfügen.
Min. Bl. d. i. B. 1843. S. 286. Nr. 377.)

C.

Vorschriften über die Abschaffung feuergefährlicher Bedachungen.

Das A. L. R. enthält keine ausdrückliche Vorschrift über die Verpflichtung
Eigenthümer der Gebäude zu deren feuersicheren Bedachung. Nur im A. L.
R. wird im §. 66. Tit. 8. Th. I. der Grundsatz ausgesprochen, daß kein
wird keine Veränderung an Gebäuden zum Schaden und zur Unsicherheit
keinen Versuch vorzunehmen, und der §. 82. a. a. O. behält die näheren
Anordnungen hierüber den besonderen Polizeigesetzen eines jeden Ortes vor.
Stimmt der (jetzt durch das Einf. Ges. v. 14. April 1851 zum Strafs-
he beseitigte) §. 1539. Tit. 20. Th. II., unter Hinweisung auf jene Vor-
s, daß jeder, der einen Bau führen, oder eine Hauptreparatur vornehmen
s, dazu vereideter Werkmeister bedienen, und deren Anweisungen zur Ab-
s der Feuergefahr beachten soll.

Gegegen enthalten die meisten der Provinzial- und Lokal-Feuer-Ordnungen
gerichtete Anweisungen. So bestimmt bereits die allgemeine Feuer-Ord-
den Städten der Kurmark v. 1. Nov. 1718¹⁾ in Th. I. §. 23, daß in
alten kein Strohdach, Rohr- und Schindeldach ferner zu dulden, sondern
abzuschaffen und alle Dächer mit Ziegeln zu decken, und das Ed. v.
v. 1728 wegen Verhütung der Feuergefahr etc. in Städten und Dör-
verordnet im §. 9., daß die Steuerräthe, Commissarii, und Magistrate
sollen, daß die wegen Abschaffung der Strohdach, Rohr- und Schindel-
s den Städten ergangenen Bestimmungen gehörig beachtet werden. Die
Ordn. der Stadt Königsberg in Pr. v. 3. Juli 1770²⁾ enthält in Th. I.
Vorschriften über das Verbot, die Dächer mit Strohmatte zu verstopfen
Strohpuppen zu unterziehen. Das Regl. v. 18. Jan. 1772³⁾ für das

C. M. Tom. V. Abth. 1. Kap. 2. S. 241. No. 28., Rabe's Samml. Bd. I.
h. 1. S. 505

C. M. Tom. V. Abth. 1. Kap. 2. S. 247. No. 29., Rabe's Samml. Bd. I.
h. 1. S. 512.

C. C. Tom. IV. S. 7203. No. 47. de 1770., Rabe's Samml. Bd. I. Abth. 4.
86.

C. C. Tom. V. b. S. 23. No. 4. de 1772., Rabe's Samml. Bd. I. Abth. 4.
224. Das R. des R. Min. des J., Abth. I., v. 4. April 1818 an die Reg. zu

Schluß derselben ist alles Pulver und der Pulversatz nach den Ablage-Maßnahmen, das Werk vollständig aufzuräumen und zu verschließen.

21) Der Gebrauch von Laternen in Pulverhäusern ist unter allen Umständen unstatthaft.

22) Bei anhaltend trockener Witterung müssen die Thürschwellen, und die baren Umgebungen der Pulverarbeitshäuser tüchtig genäßt werden.

23) Das Tabakrauchen in der Nähe der Fabrikanlagen ist nicht zu gestatten, daher auch kein Arbeiter weder Tabackspfeife noch Feuerzeug bei sich führen.

24) Die Schornsteine der Salpeterläuterei, Köhlererei und des Trocknenstreichens zu segeln und die Anhäufung von Brennmaterial in diesen Gebäuden vermeiden.

25) Sämmtliche Werke und Arbeitsräume müssen allwöchentlich einmal gereinigt werden. Es sind hierbei die Fußdecken aufzunehmen und an einem Orte auszuklopfen, der Fußboden, die Wände, Decken, Maschinen etc. vom reinigen und die Abfallfässer zu entleeren.

Hiermit ist denn auch jedesmal eine gründliche Revision der Maschinen Befestigung etwaiger Mängel an denselben zu verbinden.

26) Die Fabrik muß mit dem erforderlichen Feuerlöschgeräth, wozu außer Wasserbübel neben jedem Pulverhause gehört, versehen sein, und dessen Öffnungen revidirt werden.

27) Auch ist es zweckmäßig, diejenigen Hülfsmittel nahe bei der Hand zu haben, welche bei einer etwaigen Brandbeschädigung von Menschen augenblicklich werden können.

28) Sämmtliche Arbeiter sind über ihr Verhalten bei vorkommenden Unfällen und bei Brandunglück genau zu instruiren. Die nächste Maßregel wird hierbei sein, das Pulver oder den Pulversatz in den durch Feuer gefährdeten Arbeitsräumen mit Wasser zu begießen.

29) Die nach den besonderen Verhältnissen für jede Fabrik eigens zu erlassenden polizeilichen Vorschriften sind den versammelten Arbeitern von Zeit zu Zeit zu bringen und eine jede Vernachlässigung derselben streng zu rügen.

30) Eine gehörige nächtliche Bewachung erscheint für jede Pulverfabrik nothwendig. (Min. Bl. d. i. B. 1846. S. 202. Nr. 292.)

10) E. R. des R. Min. des J. (Mr. v. Arnim) v. 12. Dec. sämmtl. R. Reg., und abschriftl. an das R. Polizei-Präsid. zu Berlin sichere Anlage von Zündholz-Trockenöfen.

Die Zweifel der Polizeibehörden über die feuersichere Anlage von Zündholz-Öfen haben Veranlassung gegeben, darüber die R. Ober-Bau-Dep. mit ihrem Gutachten zu hören. Nach demselben wird bei Ertheilung der hauptpolizeil. Erlaubniß zur Anlage solcher Öfen, mit gehöriger Rücksicht auf die Ausdehnung des Gewerbebetriebes dazu bestimmte Vertheilung, im Allgemeinen Folgendes von den Orts-Polizeibehörden beobachtet sein.

1) Ein Zündholz-Trockenofen muß in den äußeren Wänden so stark gebaut sein, daß nicht nur bei regelmäßiger Benutzung, sondern auch bei etwaiger Entzündung des Trockenraumes abgelagerten Zündhölzer, welche durch Ueberhitzung oder zufällige Stöße des Ofens herbeigeführt werden kann, der Einsturz desselben nicht zu befürchten, auch keine übermäßige Erhitzung der äußeren Fläche erfolgen kann;

2) nicht nur die Feuerung, sondern auch die Oeffnung des Trockenraumes einer Thür von Eisenblech versehen werden, auch

3) alles eingebundene Holzwerk, sowie alle Brennmaterialien müssen entfernt bleiben, daß sie auch bei Eröffnung der Thür des Trockenraumes von der etwa in Brand gerathenen Zündhölzer nicht ergriffen werden können.

4) Wenn der zur Anlage bestimmte Raum nicht überwölbt ist, muß der Ofen einem gewölbten oder einem eisernen Rauchfange aufgestellt werden, damit eine Entzündung der Ofendecke nicht feuergefährlich werde. Der gewölbte Rauchfang muß auf einem Gurtbogen oder einem eisernen Rauchfangbalken ruhen, oder der hölzerne Ofen in der Horizontale gemessen, wenigstens zwei Fuß von den äußeren Oberflächen entfernt bleiben, in welchen die Oeffnung des Trockenraumes sich nicht befindet.

5) Ueber dieser Oeffnung muß eine hinreichend weite, also bestreigbare Eröhre vorhanden sein, um beim Brande der Zündhölzer den Rauch und die brennende Flamme aufzunehmen und den Rauch abzuführen.

6) Das Dach des Gebäudes, in welchem ein Trockenofen angelegt werden soll, muß mit unverbrennlichem Material, Ziegeln, Metall, Dornschrot, Leinwand etc. belegt

er R. Reg. bleibt überlassen, hiernach die Polizeibehörden mit Anweisung zu ver-
(Min. Bl. d. i. B. 1842. S. 403. Nr. 558.)

1) R. des R. Min. des J., Abth. II. (Bode) v. 29. Okt. 1843 an die
J. zu Erfurt. Anlegung von Anstalten zur Bereitung von Knallquecksilber.
Da die mit der Bereitung des zu den Zündhütchen benutzten knallsauren Quecksilbers
eine Gefahr der Explosion noch erheblich größer ist, als bei der Schießpulver-
nung, indem das Knallquecksilber, dessen Kraft im trockenen Zustande die des
pulvers an Intensität um vieles übertrifft, sich nicht allein durch Schlag und Stoß
auch durch Reibung entzündet, so darf die Anlage einer Anstalt zur Bereitung des
ren Quecksilbers nur in einer solchen Entfernung von bewohnten Gebäuden und
den Wegen nachgelassen werden, daß für den Fall des Unglücks einer Explosion
as Leben oder die Gesundheit etwa in der Nähe befindlicher Menschen, noch das
um durch Feuer gefährdet werden kann. Die Entfernung von beziehungsweise
400 Schritt von den nächsten bewohnten Baulichkeiten, in welcher der Apotheker
dem Ver. der R. Reg. v. 15. d. M., eine Anstalt zur Bereitung von Knallqueck-
errichten beabsichtigt, genügt daher bei weitem nicht zum Schutze der Menschen
Eigenthums gegen dabei etwa eintretende Unglücksfälle, und deshalb ist dem N.
nachgesuchte Erlaubniß um so mehr zu versagen, als das betr. Grundstück unmittel-
bar einem sehr lebhaften Wege der städtischen Feldmark liegt.
R. Reg. wird veranlaßt, hiernach das Weitere zu verfügen.
(Min. Bl. d. i. B. 1843. S. 286. Nr. 377.)

C.

Vorschriften über die Abschaffung feuergefährlicher Bedachungen.

Das A. L. R. enthält keine ausdrückliche Vorschrift über die Verpflichtung
Euthümer der Gebäude zu deren feuersicheren Bedachung. Nur im All-
m wird im §. 66. Tit. 8. Th. I. der Grundsatz ausgesprochen, daß kein
nd keine Veränderung an Gebäuden zum Schaden und zur Unsicherheit
meinen Wesens vorzunehmen, und der §. 82. a. a. O. behält die näheren
nungen hierüber den besonderen Polizeigesetzen eines jeden Ortes vor.
estimmt der (jetzt durch das Einf. Ges. v. 14. April 1851 zum Straf-
he beseitigte) §. 1539. Tit. 20. Th. II., unter Hinweisung auf jene Vor-
L, daß jeder, der einen Bau führen, oder eine Hauptreparatur vornehmen
dazu vereideter Werkmeister bedienen, und deren Anweisungen zur Ab-
d der Feuergefährlichkeit beachten soll.

gegen enthalten die meisten der Provinzial- und Lokal-Feuer-Ordnungen
gerichtete Anweisungen. So bestimmt bereits die allgemeine Feuer-Ord-
den Städten der Kurmark v. 1. Nov. 1718¹⁾ in Th. I. §. 23, daß in
städten kein Strohdach, Rohr- und Schindeldach ferner zu dulden, sondern
abzuschaffen und alle Dächer mit Ziegeln zu decken, und das Ed. v.
b. 1728 wegen Verhütung der Feuergefährlichkeit in Städten und Dör-
verordnet im §. 9., daß die Steuerräthe, Commissarii, und Magistrate
sehen sollen, daß die wegen Abschaffung der Strohdach-, Rohr- und Schindel-
in den Städten ergangenen Bestimmungen gehörig beachtet werden. Die
Ordn. der Stadt Königsberg in Pr. v. 3. Juli 1770²⁾ enthält in Th. I.
Vorschriften über das Verbot, die Dächer mit Strohmatte zu verstopfen
Strohpuppen zu unterziehen. Das Regl. v. 18. Jan. 1772³⁾ für das

1) C. M. Tom. V. Abth. 1. Kap. 2. S. 241. No. 28., Rabe's Samml. Bd. I.
No. 1. S. 505

2) C. M. Tom. V. Abth. 1. Kap. 2. S. 247. No. 29., Rabe's Samml. Bd. I.
No. 1. S. 512.

3) C. C. Tom. IV. S. 7203. No. 47. de 1770., Rabe's Samml. Bd. I. Abth. 4.
S. 86.

4) C. C. Tom. V. b. S. 23. No. 4. de 1772., Rabe's Samml. Bd. I. Abth. 4.
S. 224. Das R. des R. Min. des J., Abth. I., v. 4. April 1818 an die Reg. zu

Schluß derselben ist alles Pulver und der Pulversatz nach den Ablage-Massregeln vollständig aufzuräumen und zu verschließen.

21) Der Gebrauch von Laternen in Pulverhäusern ist unter allen Umständen unstatthaft.

22) Bei anhaltend trockener Witterung müssen die Thürschwellen, und die baren Umgebungen der Pulverarbeitshäuser tüchtig genäht werden.

23) Das Tabakrauchen in der Nähe der Fabrikanlagen ist nicht zu gestatten; daher auch kein Arbeiter weder Tabackspfeife noch Feuerzeug bei sich führen.

24) Die Schornsteine der Salpeterläuterei, Köhlerei und des Trockenselbsttrockens zu segeln und die Anhäufung von Brennmaterial in diesen Gebäuden vermeiden.

25) Sämmtliche Werke und Arbeitsräume müssen allwöchentlich einmal gereinigt werden. Es sind hierbei die Fußdecken aufzunehmen und an einem Orte auszuklopfen, der Fußboden, die Wände, Decken, Maschinen etc. vom reinigen und die Kehrichtfässer zu entleeren.

Hiermit ist denn auch jedesmal eine gründliche Revision der Maschinen Befestigung etwaiger Mängel an denselben zu verbinden.

26) Die Fabrik muß mit dem erforderlichen Feuerlöschgeräth, wozu auch ein Wasserbübel neben jedem Pulverhause gehört, versehen sein, und dessen Zylinder revidirt werden.

27) Auch ist es zweckmäßig, diejenigen Hülfsmittel nahe bei der Hand zu haben, welche bei einer etwaigen Brandbeschädigung von Menschen augenblicklich zu gebrauchen sind.

28) Sämmtliche Arbeiter sind über ihr Verhalten bei vorkommenden Unfällen und bei Brandunglück genau zu instruiren. Die nächste Maßregel wird hierbei sein, das Pulver oder den Pulversatz in den durch Feuer gefährdeten Arbeitsräumen stark mit Wasser zu begießen.

29) Die nach den besonderen Verhältnissen für jede Fabrik eigens zu erlassenden polizeilichen Vorschriften sind den versammelten Arbeitern von Zeit zu Zeit zu bringen und eine jede Vernachlässigung derselben streng zu rügen.

30) Eine gehörige nächtliche Bewachung erscheint für jede Pulverfabrik nothwendig. (Min. Bl. d. I. B. 1846. S. 202. Nr. 292.)

10) E. R. des R. Min. des I. (Mr. v. Arnim) v. 12. Dec. sämmtl. R. Reg., und abschriftl. an das R. Polizei-Präsid. zu Berlin sichere Anlage von Zündholz-Trockenöfen.

Die Zweifel der Polizeibehörden über die feuersichere Anlage von Zündholz-Öfen haben Veranlassung gegeben, darüber die R. Ober-Bau-Dep. mit ihrem Gutachten zu hören. Nach demselben wird bei Ertheilung der hauptpolizeil. Erlaubniß zur Anlage solcher Öfen, mit gehöriger Rücksicht auf die Ausdehnung des Gewerbebetriebes dazu bestimmte Vertheilung, im Allgemeinen Folgendes von den Orts-Polizeibehörden zu beobachten sein.

1) Ein Zündholz-Trockenofen muß in den äußeren Wänden so stark gebaut sein, daß nicht nur bei regelmäßiger Benutzung, sondern auch bei etwaiger Entzündung des Trockenraumes gelagerten Zündhölzer, welche durch Ueberheizung oder zufällige Heftigkeit des Ofens herbeigeführt werden kann, der Einsturz desselben nicht zu befürchten, auch keine übermäßige Erhitzung der äußeren Fläche erfolgen kann;

2) nicht nur die Feuerung, sondern auch die Oeffnung des Trockenraumes einer Thür von Eisenblech versehen werden, auch

3) alles eingegebundene Holzwerk, sowie alle Brennmaterialien müssen so fern gehalten werden, daß sie auch bei Eröffnung der Thür des Trockenraumes von der etwa in Brand gerathenen Zündhölzer nicht ergriffen werden können.

4) Wenn der zur Anlage bestimmte Raum nicht überwölbt ist, muß der Ofen auf einem gemauerten oder einem eisernen Rauchfange aufgestellt werden, damit eine Heftigkeit der Ofendecke nicht feuergefährlich werde. Der gewölbte Rauchfang muß auf einem Gurtbogen oder einem eisernen Rauchfangbalken ruhen, oder der hölzerne Rauchfang in der Horizontale gemessen, wenigstens zwei Fuß von den äußeren Oberflächen fern bleiben, in welchen die Oeffnung des Trockenraumes sich nicht befindet.

5) Ueber dieser Oeffnung muß eine hinreichend weite, also bestimmbare Schornsteinröhre vorhanden sein, um beim Brande der Zündhölzer den Rauch und die heftige Flamme aufzunehmen und den Rauch abzuführen.

6) Das Dach des Gebäudes, in welchem ein Trockenofen angelegt werden soll, muß mit unverbrennlichem Material, Ziegeln, Metall, dorniger Deckmasse etc. belegt

r. R. Reg. bleibt überlassen, hiernach die Polizeibehörden mit Anweisung zu ver-
 (Min. Bl. d. i. B. 1842. S. 403. Nr. 558.)

1) R. des R. Min. des J., Abth. II. (Bode) v. 29. Okt. 1843 an die
 zu Erfurt. Anlegung von Anstalten zur Bereitung von Knallquecksilber.
 a die mit der Bereitung des zu den Zündhütchen benutzten knallsauren Quecksilbers
 ne Gefahr der Explosion noch erheblich größer ist, als bei der Schießpulver-
 ung, indem das Knallquecksilber, dessen Kraft im trockenen Zustande die des
 albers an Intensität um vieles übertrifft, sich nicht allein durch Schlag und Stoß
 auch durch Reibung entzündet, so darf die Anlage einer Anstalt zur Bereitung des
 n Quecksilbers nur in einer solchen Entfernung von bewohnten Gebäuden und
 n Wegen nachgelassen werden, daß für den Fall des Unglücks einer Explosion
 b Leben oder die Gesundheit etwa in der Nähe befindlicher Menschen, noch das
 n durch Feuer gefährdet werden kann. Die Entfernung von beziehungsweise
 400 Schritt von den nächsten bewohnten Baulichkeiten, in welcher der Apotheker
 dem Ver. der R. Reg. v. 15. d. M., eine Anstalt zur Bereitung von Knallqueck-
 rrichten beabsichtigt, genügt daher bei weitem nicht zum Schutze der Menschen
 Eigenthums gegen dabel etwa eintretende Unglücksfälle, und deshalb ist dem N.
 nachgesuchte Erlaubniß um so mehr zu versagen, als das betr. Grundstück unmit-
 en einem sehr lebhaften Wege der städtischen Feldmark liegt.
 : R. Reg. wird veranlaßt, hiernach das Weitere zu verfügen.
 in. Bl. d. i. B. 1843. S. 286. Nr. 377.)

C.

Vorschriften über die Abschaffung feuergefährlicher Bedachungen.

is A. L. R. enthält keine ausdrückliche Vorschrift über die Verpflichtung
 nthümer der Gebäude zu deren feuersicheren Bedachung. Nur im A.
 i wird im §. 66. Tit. 8. Th. I. der Grundsatz ausgesprochen, daß kein
 d keine Veränderung an Gebäuden zum Schaden und zur Unsicherheit
 einen Versuch vorzunehmen, und der §. 82. a. a. O. behält die näheren
 ungen hierüber den besonderen Polizeigesetzen eines jeden Ortes vor.
 Nimmt der (jetzt durch das Einf. Ges. v. 14. April 1851 zum Straf-
 re beseitigte) §. 1539. Tit. 20. Th. II., unter Hinweisung auf jene Vor-
 daß jeder, der einen Bau führen, oder eine Hauptreparatur vornehmen
 dazu vereideter Werkmeister bedienen, und deren Anweisungen zur Ab-
 der Feuergefährlichkeit beachten soll.

gegen enthalten die meisten der Provinzial- und Lokal-Feuer-Ordnungen
 gerichtete Anweisungen. So bestimmt bereits die allgemeine Feuer-Ord-
 den Städten der Kurmark v. 1. Nov. 1718¹⁾ in Th. I. §. 23, daß in
 den kein Stroh-, Rohr- und Schindeldach ferner zu dulden, sondern
 aufschaffen und alle Dächer mit Ziegeln zu decken, und das Ed. v.
 . 1728 wegen Verhütung der Feuergefährlichkeit in Städten und Dör-
 erordnet im §. 9., daß die Stellerräthe, Commissarii, und Magisträte
 hen sollen, daß die wegen Abschaffung der Stroh-, Rohr- und Schindel-
 den Städten ergangenen Bestimmungen gehörig beachtet werden. Die
 rdn. der Stadt Königsberg in Pr. v. 3. Juli 1770²⁾ enthält in Th. I.
 orschriften über das Verbot, die Dächer mit Strohmatte zu verstopfen
 Strohpuppen zu unterziehen. Das Regl. v. 18. Jan. 1772³⁾ für das

C. M. Tom. V. Abth. 1. Kap. 2. S. 241. No. 28., Rabe's Samml. Bd. I.
 S. 1. S. 505

C. M. Tom. V. Abth. 1. Kap. 2. S. 247. No. 29., Rabe's Samml. Bd. I.
 S. 1. S. 512.

C. C. Tom. IV. S. 7203. No. 47. de 1770., Rabe's Samml. Bd. I. Abth. 4.
 86.

C. C. Tom. V. b. S. 23. No. 4. de 1772., Rabe's Samml. Bd. I. Abth. 4.
 224. Das R. des R. Min. des J., Abth. I., v. 4. April 1818 an die Reg. zu

platte Land des Herzogthums Magdeburg zur Verhütung der Febrünste zc. verordnet im §. 15., daß neu aufzuführende Gebäude nicht Stroh, sondern nur mit Ziegeln zu decken. Auch die Feuer-Ordn. v. 20. 1773 ¹⁾ für die Städte der Grafschaft Mark bestimmt in Art. 1. §. 8. sämtliche Dächer in den Städten von Ziegeln oder Schiefer sein, und keine von Rohr oder Stroh gelitten werden sollen.

Außerdem ist hierüber auch für den damaligen Umfang der Mark eine besondere Verordnung ergangen, nämlich das Patent v. 17. 1720, wegen Abschaffung der Stroh- und Schindeldächer ²⁾.

Se. Königl. Maj. von Preußen zc. haben schon verschiedentlich zur Verhütung besorglichen Feuergefährten befohlen, daß alle Stroh-, Rohr- und Schindeldächer in Städten abgeschafft werden sollen. Wenn aber solches dennoch aller Orten nicht vollstelligt worden, indem viele die darauf zu verwendenden Kosten gescheut haben und Königl. Maj. aber ein zur Verhütung der Feuergefahr so nützlichcs Werk im Stande gebracht wissen wollen: so haben Derselben zur Erreichung dessen in hohen Rathes resolvirt, daß vor dem 1. Sept. 1721 alle Stroh-, Rohr- und Schindeldächer in Städten weggeschafft werden, und daß denjenigen, so ihre Stroh-, Rohr- und Schindeldächer in Ziegeldächer verwandeln, von den dazu verwandten Kosten nach gewöhnlicher Lage, ebenso wie von einem andern Baue, acht pro Cent baar aus der Accise-Verordnung gütet, hingegen aber durchaus nicht zugegeben werden soll, daß dergleichen neue Rohr- und Schindeldächer in Städten angelegt werden.

Es wird demnach diese Sr. Königl. Maj. allergnädigste Willensmeinung jedermannlich bekannt gemacht, und haben insonderheit alle Steuerräthe und Rathgeber darüber nachdrücklich zu halten, oder unsehlbarer Verantwortung zu gewärtigen, insonderheit aber haben sie die Handwerksleute, welche dergleichen verbotenen Bau demuthen sollten, ernstlich zu bestrafen, auch die Zimmerleute zu verweisen, daß sie in Städten keine andern als zur Tragung der Ziegel tüchtige neue Dächer bauen lassen.
(C. C. M. Tom. V., Abth. 1. cap. 2. No. 36, Hake's Samml. Bd. I. S. 587.)

Die Verwaltungs-Behörden ihrer Seits haben namentlich in neueren Zeit die ernstlichsten Bemühungen angewendet, in allen Provinzen dem Uebelstande der feuergefährlichen Bedachungen abzuhelpen, und es zu diesem Zwecke an die meisten Provinzial-Regierungen geeignete Anordnungen erlassen, auch haben diese darüber größtentheils Instruktionen bekannt gemacht. In der praktischen Anwendung zeigten sich indeß jene Anordnungen, besonders seit der Zeit nach der unglücklichen Kriegsperiode, stets zu streng und theilweis unführbar, welches mehrfache Vorstellungen dagegen herbeiführte. Dies veranlaßte den Staatskanzler v. Hardenberg, im J. 1812 darüber und über etwan-

Magdeburg bemerkte auf die Anfrage der letzteren, ob das Regl. v. 1772 auch auf die (seit mit dem Herzogthume Magdeburg und dem Herzogthume Halberstadt vereinigte) Altmark anzuwenden sei, daß es ihm unbekannt komme, ob aus dem Verhältnisse der Feuer-Ordnung, oder aus Bestimmungen der Aufnahme der Altmark in dieselbe getroffen worden, eine rechtliche Verpflichtung der Altmark zur Bedachung neuer Wohnhäuser mit Ziegeln zu bestehen. Ohne eine solche Verpflichtung sei eine Ausdehnung des Magdeburger Feuer-Gesetzes auf die ehemalige Altmark nicht zulässig. (Act. des R. Min. des J. 1812, betr. die in baupollzeil. Hinsicht gegebenen Vorschriften, sign. Bau-Pollzei-Sachen, Gen. No. 7. Vol. I.)

¹⁾ N. C. C. Tom. V. c. S. 87. No. 17. de 1773., Hake's Samml. Bd. I. S. 8.

²⁾ Daß von der Reg. zu Köslin erlassene R. des R. Min. des J. (v. 19. Mai 1820) bemerkte, daß dies Patent nicht auf die in den Städten befindlichen Gebäude, und am wenigsten auf die meistens am Ende der freien Felder belegenen Scheunen anwendbar sei, und mithin auch keine der Bestimmung gewähre, daß darin überall die feuergefährlichen Bedachungen zu schaffen, und bei Neubauten und Hauptreparaturen nur Ziegeldächer zu verwenden. (Act. des R. Min. des J. u. der B., betr. die in baupollzeil. Hinsicht gegebenen Vorschriften zc., Bau-Pollzei-Sachen, Gen. No. 7. Vol. I.)

an des bisherigen Verfahrens das Gutachten des Depart. für die allg. Polizei im Min. des J. zu erfordern¹⁾). Letzteres gab in seinem dießfäll. v. 17. Sept. 1812 selbst zu, daß in den getroffenen Anordnungen Irrthümer liegen, welche, insbesondere unter den damaligen Zeitumständen, Berichtigung bedürften, wobei indeß sorgfältig zu verhüten sei, daß aus Rücksicht auf Milde und scheinbarer Billigkeit die Nachgiebigkeit gegen die mannigfachen Klagen und Gesuche der in dem Falle des Gesetzes befindlichen Individuen zu groß werde, da im Allgemeinen darüber, daß die Abschaffung der Ziegeldachung und der Giebelbauart in den Städten eine durchaus wünschenswerthe, und in Rücksicht auf das Gesamtinteresse des Publikums und der Sicherheit der Schindeldachhäuser selbst, vornehmlich bei Feuergefahr, auch eine Nothwendigkeit sei, keine Frage sein könne. Das hierauf erlassene R. des Staatskanzlers v. Hardenberg v. 8. Okt. 1812 verordnet demgemäß, nachfolgendes:

daß bei Neubauten oder Hauptreparaturen der Gebäude dieselben schlechterdings mit Ziegeldachung einzurichten und wirklich mit Ziegeln zu decken;

daß wenn ein ganz neues Dach auf ein übrigens altes, und nicht eben einer Reparatur bedürftendes Haus gebracht werden müsse, oder bei einer Hauptreparatur die Ziegeldachung zwar Regel sei, indeß doch in dem Falle passiren solle,

daß Gebäude seiner Mauer und seiner Konstruktion nach kein Ziegeldach tragen könne, es also bloß deshalb abgerissen und neu gebaut werden müsse. Es müsse

der Beweis, daß dieser Fall wirklich vorhanden sei, nach einer gewissen Form, z. B. durch eine Untersuchung des nächsten Bauoffizianten, gehörig geführt werden, und es sei zu

der Ausnahme von der Regel jedesmal die ausdrückliche Einwilligung der Reg. erforderlich. Sonst dürfe keine weitere Ausnahme gestattet, und könne namentlich keine auf den Einwand genommen werden, daß der Dachstuhl und die Sparren nicht geeignet seien, um Ziegeln zu tragen (wo nämlich nicht von den Hauptwänden des Gebäudes selbst zugleich die Rede sei);

daß die Anordnung, daß in jeder Stadt auch außer den Fällen der Neubauten und ohne spezielle Veranlassung alljährlich nach einer von Obrigkeit aufgestellten Ordnung eine gewisse Anzahl vorhandener Schindeldächer in Ziegeldächer umgewandelt werden sollen, ganz zu suspendiren.

leich enthielt das Reskript die Anweisung, hiernach die Regierungen die erforderlichen Verhaltungs-Maßregeln zu versehen.

Folgte dessen erließ das allgemeine Polizei-Depart. unterm 15. Okt. 1812 eine angeordnete Anweisung an die Reg. zu Liegnitz und Breslau²⁾.

In der Rheinprovinz ist nach den Anträgen des R. Min. des J. u. der P. v. 2. Juli 1836 hierüber erlassen³⁾, deren Anwendbarkeit

1) Die Mittheilungen gründen sich auf den Inhalt der Akten des R. Min. des J., die in baupolizeil. Hinsicht gegebenen Vorschriften zc. sign. Bau-Polizei-Satzung, Gen. No. 7. Vol. I.

2) Alle übrigen Reg. wurde nicht darnach verfügt, obwohl das R. des Staatskanzlers v. 8. Okt. 1812 die allgemeine Anweisung enthielt, die Regierungen (also ohne Ausnahme) darnach zu beschließen. Es scheint dies seinen Grund darin gehabt zu haben, daß die nächste Veranlassung zu der Verfügung des Staatskanzlers eine Vorstellung des Bürgermeisters zu Grünberg gegen die Anordnung der Reg. zu Liegnitz gegeben hatte.

3) Die in der Rheinprovinz noch gültig gebliebenen älteren Verordnungen, endlich durch das Preussische Feuer-Versicherungs-Regl. v. 26. Sept. 1801, die bayerische Feuer-Ordn. v. 2. Sept. 1803 und die allgemeine Feuer-Ordn. für das Großherzogthum Berg v. 5. Sept. 1807, war die Anlegung neuer Strohdach- und Holzbedachungen ausdrücklich und unbedingt verboten, und es sollte acht darauf genommen werden, alle vorhandenen Bedachungen dieser Art innerhalb einer bestimmten Frist ganz zu entfernen. Das R. Min. des J. u. der P. v. 7. Juni 1836 vor, daß die strenge Ausführung dieser Bestimmungen nicht ausführbar sei, so lange nicht die Mittel vorhanden würden, welche auch Unvermögenden die Anlegung von Ziegeldächern ermöglichen, und daß es daher für die Rheinprovinz einer Modifikation jener

auf die Provinz Westphalen das R. des R. Min. des J. u. der P. v. 7. C. ej. a. ¹⁾ für zulässig erachtet hat.

A. Verfügungen der Central-Behörden.

1) R. des R. Min. des J. (Röhler) v. 25. März 1826 an die R. zu Bromberg ²⁾. Im dortigen Reg. Bez. soll nur bei Neubauten auf Ziegeldachung in den Städten bestanden, und dabei noch auf die Vermögensstände der Bauenden Rücksicht genommen werden.

So wenig die R. Reg. im Allgemeinen die Ueber einstimmung Ihres im J. 1825 erlassenen, und zum öfteren zur Beschwerde gezogenen Verbotes wegen Anlegung von Stroh-, Rohr- und Schindeldächern mit den gesetzlichen Vorschriften zu zeigen vermocht gewesen, ebenso wenig konnte auch angenommen werden, daß solches nach den dortigen Verhältnissen in den meisten Fällen ausführbar sein dürfte.

Das Min. des J. hat daher zuvörderst Veranlassung genommen, hierüber die achtsame Aeußerung des R. Ob. Präs. der Provinz zu vernehmen, welche dahin ergangen ist, daß von den Einwohnern der dortigen Städte die Beschaffung von Ziegeln bei einer andern Gelegenheit, als bei dem Baue neuer Gebäude, nicht gefordert werden könne.

Das Min. des J. tritt dieser Ansicht bei, und hat die R. Reg. nur darauf zu veranlassen, daß bei den von nun an neu erbaut werdenden Gebäuden auf Ziegeldachung Rücksicht genommen werde, auch deshalb eine deklarirende Bekanntmachung vorausgehen zu lassen.

Wenn es sich dabei jedoch von selbst versteht, daß diese Anordnung nicht auf vergangene Fälle extendirt werden kann, so muß auch in den Fällen, wo erweislich die Anlegung einer solchen massiven Bauart verhindert, und eine Unterstüßung aus Kommunalmitteln nicht erlangt werden kann, nach den Umständen mildernde Verf. getroffen werden (A. X. 133. — 1. 109.)

Dazu:

R. des R. Min. des J. (Röhler) v. 9. Juni 1826 an die R. zu Bromberg.

Das Min. des J. findet in dem wegen der Stroh-, Rohr- und Schindeldächern in den Städten von der R. Reg. unterm 29. April d. J. erstatteten Ber. Nichts, was Veranlassung geben könnte, die Verf. v. 25. März d. J. zu modificiren.

Die Polizei-V. v. 12. Aug. 1720 ist vor Bestimmung der dortigen Provinzial-Regierung, und daher eben so wenig als dort publicirt zu betrachten, als auf die dortige Bauart anwendbar.

Das A. L. R. in der von der R. Reg. angezogenen Stelle kann aber eine so behutete Verf., wie Sie getroffen, nicht rechtfertigen.

Was nun die Anwendung der V. v. 25. März d. J. anlangt; so ist in der Verordnung, daß solche in Beziehung auf die Anlegung der Dächer bei Neubauten auf vergangene Fälle extendirt werden solle, damit nicht Einzelnen, welche durch Nachlässigkeit der Vorbesitzer oder der Polizeibehörde, Gebäude mit vorchriftswidriger Bedachung versehen, vielleicht zu gänzlicher Zerstörung ihres Nahrungsstandes, angeschlossen werden, diefallsige in den einzelnen Fällen vielleicht unausführbare Aenderungen zu treffen, die R. Reg. vielmehr sich darauf beschränken solle, durch schärfere Anweisung der dortigen Behörden, bei Neubauten dergleichen Polizei-Widrigkeiten vorzubeugen.

Demnach ist der R. Reg. überlassen worden, nach den Umständen die dortige Verf. zu treffen, wodurch es Ihr also Selbst überlassen bleibt, außer auf die dortigen Bauenden, auch auf die Verhältnisse des Ortes und die Lage des Gebäudes Rücksicht zu nehmen, und daher auch dem Dürftigen die Erlaubniß zur Anlegung feuergefährlicher

älteren Verordnungen dahin bedürfte, daß zwar die möglichste Abschaffung feuergefährlicher Bedachungen die Regel bleibe, dergleichen aber da zu dulden, wo sie weniger gefährlich erscheinen, und besondere Rücksichten und Verhältnisse eine Ausnahme rechtfertigen. Dabei sei zugleich die Empfehlung der bisher nicht sehr verbreiteten Lehm- und Schindeldachung zu wünschen, um dieser mehr Eingang in der Provinz zu verschaffen. Die auf diese Principien entworfene Verordnung erhielt die Genehmigung. (Act. des R. Min. des J. u. der P., betr. die in baupolizeilichem Sinne gegebenen Vorschriften u., Baupolizei-Sachen, Gen. No. 7. Vol. II.)

¹⁾ Vergl. unten.

²⁾ Dies R. ist gleichzeitig auch der Reg. zu Posen zur Kenntnissnahme mitgetheilt. (Act. des Min. des J., betr. die in baupolizeilichem Sinne gegebenen Vorschriften u., Baupolizei-Sachen, Gen. No. 7. Vol. II.)

ingen zu versagen, wenn dadurch für die Nachbarn und die Stadt überhaupt zu befürchten ist.

dadurch erledigt sich denn der von der R. Reg. am Schlusse Ihres vorliegenden machte Antrag von selbst, indem in kleinen Städten, wenn die Häuser nicht zu mäßen, sondern wie in Dörfern vereinzelt gebaut sind, die R. Reg. jene mildern- sichten nehmen kann. Im entgegengesetzten Falle aber, wenn die Häuser in ge- n Straßen unter sich zusammenhängen, auch in der kleinsten Stadt es wünschens- ert, durch Anlegung feuerfester Dächer bei Neubauten, die Gefahr der Stadt nach zu vermindern. (N. X. 416. — 2. 92.)

N. des R. Min. des J. (Röhler) v. 25. Sept. 1827 an die R. Reg. bam. Die Wegnahme einer Strohbedachung kann nicht nach erthellter ubniß verlangt werden.

r R. Reg. wird auf den Ver. v. 15. d. M. über die Beschwerde des Hufners gen der ihm angesonnenen Ziegelbedachung seiner neuerbauten Scheune Folgen- met. Da der N. N. zu dem unternommenen Scheunen-Bau die obrigkeitliche ung nachgesucht und erhalten hat, so kann ihm weder hinsichtlich der Stelle che aufgeführt hat, noch wegen der Strohbedachung eine Ausstellung gemacht, rube angehalten werden, das Strohdach wieder abnehmen und an dessen Stelle fliegen zu lassen. Bei einer künftigen Hauptveränderung wird aber darauf zu in, daß, wenn es möglich zu machen ist, die Scheune, wenn nicht mit Ziegeln, Lehm-Schindeln, eingedeckt werde. (N. XI. 774. — 3. 115.)

N. des R. Min. des J. (Röhler) v. 21. Febr. 1828 an die R. Reg. zu e Anlegung einer feuer sichereren Bedachung bei Haupt-Dach-Reparaturen Städten kann nur gefordert werden, wenn eine ausdrückliche gesetzliche st dafür besteht, und auch alsdann nur mit gebührender Rücksicht auf nögenverhältnisse des Bauenden.

r R. Reg. wird auf den Ver. v. 5. d. M. über die Beschwerde des Tuchmachers benossen zu N wegen der ihnen angesonnenen Abschaffung der Strohdächer auf hnhäusern eröffnet, daß, so zweckmäßig auch an sich die Maßregel ist, zur Be- der successiven Einführung der Ziegel-Bedachungen in den Städten darauf zu af die vorkommenden Haupt-Dach-Reparaturen nicht mit feuergefährlichen Ma- ausgeführt werden, dennoch die unnachsichtliche Durchführung dieser Maßregel mmt darauf eingerichtete gesetzliche Vorschrift vorausgesetzt; eine solche hat die R. Ihrem obgedachten Ver. nicht angeführt zc. Wäre eine solche unbedingte und be- esetzliche Vorschrift nicht vorhanden, so würde es dann noch darauf ankommen, tr. Hause-Eigenthümer sich im Stande befinden, die deshalb erforderlichen Kosten gen (welche letztere gemeinhin noch durch den Umstand vermehrt werden, daß parren, und wenn man auch dies nicht für erheblich achten wollte, selbst oft das rf die Last nicht zu tragen vermögen) oder ob ihnen dabei Unterstützung geleistet inne?

ch Ihrer eigenen Anzeige scheinen aber die Gebäude der Bittsteller kein Ziegel- br tragen zu können, und leben die Besitzer selbst notorisch in Armuth. Von einer verschaffenden Beihülfe erwähnt Sie auch nichts, und läßt sich daher nicht wohl wie es möglich werden dürfte, jene Anordnung zur Ausführung zu bringen. Daß Gebäude, welches seiner ursprünglichen Einrichtung nach nicht stark genug ist, ein ch zu tragen, gerade deshalb noch nicht den Einsturz drohen, und mithin auch Klasse derjenigen gerechnet werden könne, wo die im G. (N. L. M., Thl. 1. Tit 8. j-) geordneten Vorkehrungen eintreten müssen, darüber wird der R. Reg. bei erwägung wohl selbst kein Zweifel aufstoßen. Sollten daher den Beihülftigen die r Ausführung einer massiven Bedachung nicht gewährt werden können, weshalb gegen gesetzte falls die erforderlichen Einleitungen zu treffen überlassen bleibt, ke, den Mangel eines bestimmt gebietenden G. vorausgesetzt, der erlassenen Verf. tere Folge geben zc. (N. XII. 183. — 1. 90.)

N. des R. Min. des J. (Röhler) v. 11. Okt. 1828, an die R. Reg. zu Die Erneuerung schon bestehender Schindeldächer muß zugegeben wenn die Beschaffenheit des Gebäudes eine Ziegelbedachung nicht ge-)-

dieser Beziehung bemerkte das (nicht veröffentlichte) N. des R. Min. des J. v. Dec. 1822 an die R. Reg. zu Breslau, daß nur dann der Einwand, daß

Der Bürger und Töpfer N. zu N., hat wegen der ihm verweherten Erlaubnis-Reparatur des Daches auf seinem Hause mit Schindeln zu bewerkstelligen, die Stellung v. 23. v. M., hier eingereicht. Da nach der Behauptung des Bittstellers in der dortigen Vorstadt, und zwar in einer mit ländl. Gebäuden vermischt belegend belegenes Haus von der Beschaffenheit sein soll, daß es kein Ziegeldach vermag, und daher, um es dazu in Stand zu setzen, ganz umgebaut werden muß, kommt es zunächst darauf an: solches durch Sachverständige untersuchen zu lassen, um die Richtigkeit jener Behauptung sich ergeben, und mithin das Gebäude halb abgerissen und neu gebaut werden müssen, um die nothwendige Reparatur am Dache ausführen zu können, so kann auf der, wegen Auflegung eines Ziegeldachs von der R. Reg. erlassenen Anordnung nicht bestanden, sondern es muß dann die Erneuerung des Schindeldaches ausnahmsweise gestattet werden. Wird dagegen eine Verstärkung des vorhandenen, oder die Auflegung eines neuen Dachstuhl's erforderlich befunden, so kann von den bestehenden Vorschriften nicht diepenzirt werden. In diesem Fall die R. Reg. bei der Bericht-Erstattung über das Ergebnis der Untersuchung anzeigen, ob der Bittsteller wirklich in den Vermögens-Umständen sich befinde, daß er den Mehrbetrag für ein Ziegeldach beizubringen nicht aufbringen könne. (M. XII. 1085. — 4. 118.)

5) M. des R. Min. des I. (v. Brenn) v. 23. Juni 1831, an die R. Reg. zu Erfurt. Das Verbot der Strohdächer bleibt den Ortspolizeigefes behalten¹⁾.

Der Ber., welchen die R. Reg. am 18. März d. J. wegen der Anwend nannter Strohdächer bei der Eindeckung der Ziegeldächer, an das R. Min. d. I. und G. Ang. erstattet hat, ist zur Beschlußnahme an mich abgegeben worden, und reicht hierauf der R. Reg. zum Bescheide, daß das Verbot der Strohdächer, durch kein allgem. Landesgesetz begründet ist, nach §. 82. des A. L. R. Thl. I. 2. Vol. Befehl eines jeden Orts vorbehalten bleibt. (M. XV. 397. — 2. 85.)

6) M. des R. Min. des I. u. d. P. (v. Rochow) v. 7. Febr. 1831, an die R. Reg. zu Gumbinnen. Verbot der Strohpuppen, hölzernen bretter, Gesimse und Abfallrinnen bei Neubauten und Haupt-Repa-

die Grundmauern des Gebäudes ein Ziegeldach zu tragen nicht vermögen, Auflegung eines solchen besetzen könne, wenn die genaue Untersuchung die seit des Einwandes bestätige, und wenn nicht ohnedem eine Haupt-Reparatur den Wänden und dem Mauerwerke selbst vorgenommen werden müsse. R. Min. d. I., betr. die in baupolizeil. Hinsicht gegebenen Vorschriften u. Polizeisachen, Gen. No. 7., Vol. I.)

- 1) Zum besseren Verständniß dieses M. wird Folgendes bemerkt. Die Reg. zu Erfurt zeigte unterm 18. März 1831 an, daß in mehreren Kreisen ihres Territoriums fast durchgehends die Gewohnheit herrsche, die mit Schlußziegeln eingedeckten Dächer, statt sie in Kalkmörtel zu legen, mit in die Fugen der Schlußziegel gelegten dünnen Strohbündeln (Doden) einzudecken. Gestützt auf diesen sehr verbreiteten Gebrauch hätten auch die Einwohner der Stadt Tennstedt an ihnen für die Zukunft diese Bedachungsart zu gestatten. Die Reg. könne wegen der damit verbundenen Feuergefährlichkeit nicht nachgeben, nehme aber eine abschlägliche Bescheidung zu erlassen, weil auf die ausgebreitete Anwendung von Strohdächern in ihrem Departement Bezug genommen werden würde, durch kein ausdrückliches Gesetz untersagt sei. Das R. Min. des I. für Ang., an welches der Bericht zunächst gerichtet war, hatte sich in seinem Antw. v. 15. Mai 1831 an das Min. d. I. u. d. P., dahin geäußert, daß nach dem Inhalt des A. L. R. Thl. I. 2. Vol. §. 82. nicht die Befugniß zustehe, an die von ihnen zu erteilende Bauverlaubnisse beliebige Bedingungen über Bau-Art und Bau-Materialien zu knüpfen; denn nach §. 82. A. L. R. Thl. I. 2. Vol. §. 82. seien hierzu besondere Polizei-Verordnungen erforderlich, deren Erlaß nur der obersten Staatsgewalt zustehe. Wenn daher das Gesetz die in Rede stehende Bedachungsart verbiete, so müsse solche auch gestattet werden. Das Min. des I. u. d. P. folgerte indeß aus dem §. 82. ein Verbot der Strohdächer einer jeden Orts (der Orts-Polizeibehörde) die Befugniß zustehe, ob eine relativ feuergefährliche Anlage zulässig sei oder nicht, daher wurde die Reg. zu Erfurt lediglich auf die Lokal-Polizei-Befugnisse verwiesen. (M. des R. Min. des I. u. d. P., betr. die in baupolizeil. Hinsicht gegebenen Vorschriften u. Baupolizei-Sachen, Gen. No. 7. Vol. II.)

: der Pol. Behörden für möglichste Einführung der Ziegelbe-

Reg. wird auf Ihre Ver. v. 6. und 12. Nov. v. J. eröffnet, daß in An-
 bachtungen in den Städten des dortigen Reg.-Bezirks kein Bedenken ob-
 die Behörden für wohl befugt zu achten, die Anwendung von Strohpup-
 Dächern gänzlich zu untersagen¹⁾. Auch ist bei Neubauten und Haupt-
 mit Sorgfalt und Nachdruck darauf zu halten, daß die hölzernen Windbret-
 und Abfallrinnen nicht wieder angebracht werden. Dagegen läßt es sich nicht
 vorschreiben, daß überall mit Ziegeln gedeckt werde, da es nicht möglich ist,
 Bauenden die Mittel dazu zu beschaffen, und eine solche allgem. Vorschrift
 in Fällen doch unausführbar bleibt. Dadurch wird aber keineswegs an-
 die R. Reg. auf Herstellung einer massiven Bedachung in allen den Fällen
 den die Bauenden die Mittel haben, solche zu beschaffen, und da dies,
 Städten, in der Regel vermuthet werden muß, so sind die Ortsbehörden
 ohne spezielle Anfrage und Anzeige beim Landrath keine Strohhedachung

dann die von den Bauenden einzureichenden Zeichnungen betrifft, so wird
 eigenen Vortheile des Bauenden die polizeil. Beurtheilung der Zulässigkeit
 wesentlich erleichtert, daß es, bei der fortschreitenden besseren Ausbildung
 werker, zu keinen erheblichen Weiterungen und Kosten führen kann, wenn
 sig verlangt wird; in denjenigen Fällen aber, wo es sich von einer unbe-
 der, nach dem Ermessen der Baubehörde, auch ohne Zeichnung, übersichtl.
 handelt, ist auf Vorbringung einer Zeichnung nicht zu bestehen.

IX. 282. — 4. 203)

des R. Min. des J. u. d. P. (Röhler) v. 4. Mai 1835, an die R.
 nblinnen. Nur beim Nachweise gänzlichen Unvermögens kann von
 feuerfester Bedachung der Wohnhäuser in den Städten dispensirt

wie die R. Reg. in dem Ver. v. 8. v. M.²⁾, wegen der Einführung feuer-
 ung für die Wohnhäuser in den Städten, selbst sagt, die Unternehmer von
 der Hauptreparaturen, zur Beschaffung der erforderlichen Mittel, in der
 ne aufnehmen müssen, so geht daraus hervor, daß es ihnen nicht an Kredit
 Es versteht sich aber von selbst, daß in einem solchen Falle dem Bauenden
 zur Errichtung eines Strohdaches nicht ertheilt werden darf. Die Nach-
 das Min. des J. u. d. P. zur Anwendung gebracht zu sehen wünscht, soll
 der R. Reg., zu erkennen gegeben wird, auf die seltenen Fälle gänzlicher
 des offenkundigen Unvermögens zur Ausführung einer Steinbedachung
 ünfst bleiben.

Reg. hat daher die Landräthe mit der gemessensten Anweisung zu versehen,

em Berichte der R. Reg. zu Gumbinnen v. 12. Nov. 1834 ist nämlich
 iche der Verbreitung vorgekommener Feuerabfälle im dortigen Departement
 es darin mit zu suchen, daß die Gebäude in den Städten größtentheils mit
 annen eingedeckt und deren Zwischenräume mit sogenannten Strohpuppen
 Strohründeln von 1 bis 1½ Zoll Stärke), worüber noch häufig Kalk oder
 estrichen wird, verstopft werden. Die Reg. war indeß der Ansicht, daß daß
 dieser Bauart eine besondere Verordnung zu seiner Rechtfertigung erfor-
 uf deren Einwirkung sie daher antrug. Daß (obige) R. v. 7. Febr. 1835
 indeß, daß das R. Min. das Verbot auch ohne eine solche für gerechtfertigt
 e, indem es (in gleichem Sinne, wie das vorstehende R. v. 3. Juni 1831)
 npetenz der Lokalbehörden zur Erlassung solcher Anordnungen für begründet
 2. (Akt. des R. Min. des J. u. d. P., betr. die in baupolizeil. Hinsicht
 nen Vorschriften etc., Baupolizei-Sachen, Gen. No. 7. Vol. II.)

glerung stellte in diesem Berichte vor, daß die (vorstehende) Verfügung v.
 . 1835, zur Folge haben werde, daß sehr viele Bauende den Mangel des
 verschüßen und darauf gestützt die Genehmigung der Strohhedachung bean-
 würden. Sie wünschte daher autorisirt zu werden, daß bei Errichtung neuer
 ungen in den Städten in allen Fällen ohne Ausnahme auf Ziegel-
 ung bestanden werden könne. Das Min. erläuterte daher das R. v. 7. Febr.
 ahin, daß nur beim strengen Nachweis völligen Unvermögens eine Aus-
 gemacht werden dürfe.

ist keine Veranlassung, darin etwas abzuändern. Die damit verbundene Belästigung über die Hausbesitzer sich selbst zuzuschreiben, da sie sich so wenig geneigt gezeigt haben, die bestehenden Vorschriften nachzukommen, und da es außerdem eine Ungerechtigkeit gegen die übrigen Mitglieder der Feuer-Sozietät sein würde, wenn man, im Vertrauen auf den eigenen Eifer für das allgem. Beste des Verbandes, ihnen noch länger Nachsicht erweisen wollte. (A. XIX. 844. — 3. 185)

11) R. des R. Min. des J. u. d. P. (Röhler) v. 11. Dec 1835, an die R. Reg. zu Coblenz. Soged. P. Behörden für möglichste Abschaffung der Strohbedachungen.

Wenn die R. Reg. nach dem Ver. v. 30. v. M., die Bedachung des Küster- und Schulgebäudes in N. betr., die Anlage von Strohdächern überall noch da gestatten zu lassen glaubt, wo nicht die Steinbedachung gesetzlich vorgeschrieben ist; so läßt ein solches Verlangen sich nicht rechtfertigen. Eines Theils bedarf es, um das Verlangen feuerfester Bedachung zu begründen, keiner besonderen Vorschrift, da die Landes-Polizeibehörde schon nach der bestehenden allgemeinen gesetzlichen Bestimmungen ermächtigt ist, bei Neubauten die zur Verhütung von Feuergefahr nöthigen Anordnungen zu treffen; anderen Theils erscheint aber auch eine solche ausdrückliche Vorschrift nicht ausführbar, da nicht allgemein vorgeschrieben werden kann, wozu in sehr vielen Fällen die Mittel zur Ausführung fehlen würden. Dennoch ist es indessen die Pflicht der R. Reg. durch die Verträge ausdrücklich darauf zu halten, daß ein so wesentliches Sicherungsmittel gegen Feuergefahr, wie die Steinbedachung ist, bei Neubauten oder nothwendigen Hauptreparaturen von allen denjenigen angewandt werde, welche irgend die dazu erforderlichen Mittel besitzen. Auf diese Weise wird man allmählig dahin gelangen, die Strohbekleidung ganzer Dörfer wenigstens durch einige Ziegeldächer unterbrochen zu sehen, und schon einen erheblichen Schutz gegen Entzündungen ganzer Ortschaften gewinnen, wenn in allen Fällen dem Einzelnen Zumuthungen zu machen, welche nicht ohne unbillige Härte durchzuführen wären.

Wenn nur stets consequent nach diesem Grundsatz verfahren wird, so ist mit Sicherheit darauf zu rechnen, daß in der Kurmark die Abneigung gegen die Ziegelbedachung bald sich vermindern wird, zumal die Erhaltung der Strohdächer gegenwärtig, eines Theils die Ziegeln so überaus wohlfeil und bei der häufigen Anlegung von neuen auf guten Wegen ohne Schwierigkeit überall hinzuschaffen sind, während andern Theils der Zustand der Landwirthschaft den Verlust einer so bedeutenden Menge Düngematerials empfindlich macht, nur der Anhänglichkeit an alte Gewohnheit und der Trägheit der Polizeibehörden zuzuschreiben ist.

Die R. Reg. wird deshalb veranlaßt, hiernach künftig zu verfahren.

(A. XIX. 1103. — 4. 150.)

12) R. d. R. Min. d. J. u. d. P. (Röhler) v. 7. Juli 1836, an den R. Ober-Präs. Rheinprovinz. Bedachung der Gebäude auf dem Lande in der Rheinprovinz.

Indem ich Ew. zc. auf Ihren Ver. v. 13. Juni v. J., in Betreff des bisher in der Rheinprovinz hinsichtlich der Bedachung der Gebäude auf dem Lande in Anwendung gekommenen Verfahrens, die in dieser Angelegenheit von des Königs Maj. unterm 2. v. M. Seine Allerb. B. anlegend (a) in beglaubigter Abschrift zur weiteren Veranlassung mitgetheilt, genehmige ich zugleich nach Ew. zc. Antrage, daß alle diejenigen wegen Uebertretung der bisher bestandenen Vorschriften eingeleiteten Untersuchungen und angestrebten Klagen und Untersuchungen, solche Fälle betreffen, in denen nach jener Allerb. B. die Anlage oder Verbesserung eines Strohs-, Mohrs- oder Holzstindel-Daches erlaubt gewesen sein würde, und ich ermächtige Ew. zc. hiernach zu verfahren.

Anl. a.

Auf Ihren Ver. v. 7. v. M. will Ich nach Ihrem Antrage hierdurch bestimmen, daß auch in der Rheinprovinz mit der Zulassung von Strohdächern dergestalt gehalten werden soll, wie dies in den übrigen Landestheilen geschieht, indem die Herstellung einer feuerfesten Bedachung von Jedem verlangt werden muß, dem die zur Beschaffung derselben erforderlichen Mittel nicht fehlen, und verordnen daher, unter Aufhebung der über die Strohbekleidung der Gebäude in der Rheinprovinz bisher in Anwendung gekommenen Bestimmungen¹⁾, hierdurch Folgendes:

1) Hiernach sind als beseitigt anzusehen:

a) Publ. der Reg. zu Koblenz v. 28. März 1819, daß vom 1. Mai 1819 an die Anlegung neuer und Haupt-Reparatur alter Strohdächer zu untersagen.

(A. III. 207. — I. 131.)

b) R. des R. Min. d. J. v. 24. Sept. 1824 an die R. Reg. zu Trier, daß nur dann

1) Die Ortsbehörden dürfen in den Flecken, Dörfern, Weibern und überall, wo mehrere Häuser zusammen stehen, bei der Anlegung neuer Dächer nur Bedachungen von Malt, Schiefer oder Ziegeln und Lehm-schindeldächer, nach der bekannt zu machenden Anordnung, gestatten.

2) Stroh- oder Rohr-Bedachungen oder Holzschindeln sind nur erlaubt:

- a) auf einzelnen Gebäuden und zusammenhängenden Gehöften eines und desselben Hofes, welche mindestens 2000 Preussische Fuß von andern entfernt stehen;
- b) in den der Ueberschwemmung ausgesetzten Rhein-Niederungen, in sofern dieselben zur Sicherung der Bewohner bei Ueberschwemmungen für nothwendig erklärt worden sind.

In diesen Fällen muß jedoch von der Ortsbehörde eine ausdrückliche Erlaubniß schriftlich ertheilt und vom Landrath genehmigt worden sein.

- c) Auf einzelnen nicht zu denen sub a. und b. gehörigen Gebäuden dürfen sie erst dann gestattet werden, wenn die Vermögensumstände des Hausbesizers den die Mittel, selbst zur Ausführung einer Lehm-schindel-Bedachung, nicht gestatten. Die Erlaubniß dazu muß sodann durch die Ortsbehörde bei dem Landrath nachgesucht werden¹⁾.

3) Größere Reparaturen an schon vorhandenen Stroh-, Rohr- oder Holzschindeldächern mit Stroh oder Rohr auf Gebäuden, die nicht zu denen im §. 2. bezeichneten gehören, dürfen in der Regel nicht gestattet werden.

Nur in Fällen dringender Nothwendigkeit und bei mangelnden Mitteln zur Anlegung einer Stein- oder Lehm-schindel-Bedachung kann der Landrath, auf das Gutachten der Ortsbehörde solche gestatten.

auf strengere Ausführung der Vorschriften wegen Abschaffung der Strohdächer zu bestehen, wenn dies ohne Nachtheil für die individuellen Verhältnisse und Kräfte des Bauenden möglich. (A. VIII. 894.—3. 113.)

- ¹⁾ Die mittelst H. des K. Min. des I. (Röhler) v. 21. April 1826 mitgetheilte vom 10. ej. m. bemerkte bereits, daß auf die polizeiliche Vorschrift, mit Ziegeln, Schiefer zu decken, nur da zu bestehen sei, wo die Vermögensumstände des Eigenthümers solches gestatten. (A. X. 414.—2. 91.) Vergl. auch die vorige. Der (mittelst H. des K. Min. des I. u. d. B. [Röhler] vom 25. Juni 1835 genehmigte) Entwurf eines Publ. der Reg. zu Trier, welcher unterm 15. Juli publicirt worden ist, bemerkte in dieser Beziehung, daß die Fälle, wo außer- weise von den Vorschriften über die feuersichere Dachbedeckungen abgewichen werden dürfe, in der Regel nur bei landwirthschaftlichen Nebengebäuden eintreten. In diesen Fällen sei gleichwohl zur Verminderung der Feuergefahr, noch nicht die unbedingte Bedachung mit Stroh von selbst nachzugeben, sondern hänge von den Vermögens-Umständen der Bauenden ab, ob sie die Kosten vorschristsmäßig angefertigten Lehm-schindelbedachung zu bestreiten im Stande. Diese trete als Regel ein, und nur in solchen Fällen, wo deren Ansehen das Vermögen des Bauenden erwiesener Maßen übersteigt, kann die gestattete Strohdachung nachgegeben werden. Für diese, wie für jene Art der Bedachung sei die besondere polizeiliche Erlaubniß nachzusuchen, und je nachdem für die eine oder andere diese Erlaubniß ertheilt worden, hätten die Ortspolizei-Beamt. die Ausführung innerhalb der nachgegebenen Grenzen zu überwachen, und darauf zu sehen, daß nicht der Bauende, während er nur die Erlaubniß zur Anlegung eines Lehm-schindeldaches erhalten, seine Gebäude nur mit Stroh decke, und nachher mit Lehm überstreiche. Zu diesem Ende sollen die Polizeibeamten, bei der Anweisung nachdrücklicher Ordnungsstrafe, die Bauenden gleich beim Beginn des Baues zur genauen Befolgung der ertheilten Vorschrift anweisen, und sie vor die Folgen warnen, welche die Abweichung von derselben und der Mißbrauch der ertheilten Erlaubniß nach sich ziehen würde. Wenn aber dessen ungeachtet die Bauenden fortfahren sollten, die Bedachung ihrer Gebäude gegen die erhaltene Erlaubniß zu fertigen, mithin Lehm-schindel- oder Strohdächer aufzulegen, wo sie nur Malt oder Schiefer decken sollten, oder statt Lehm-schindeldächer Stroh aufzulegen, so solle dieses nur von Innen oder von Außen mit Lehm zu bekleiden, so sollen die Beamten auf sofortige Anzeige der betr. Bürgermeister und auf Kosten des Bauenden eine technische nähere Untersuchung des Daches vornehmen lassen. Der Befund der Umstände in den dazu geeigneten Monaten Mai und Juni die Ausführung des Daches polizeilich versügen, außerdem aber den Kontrabandanten die Leitung des Ressort-Regl. v. 20. Juli 1818 zur Bestrafung den Polizeigericht. weisen. (A. XIX. 502.—2. 144.)

4) Wer künftig, dieser B. entgegen, ein neues Stroh- oder Rohrdach auflegen läßt, ein Stroh- oder Rohrdach mit Stroh oder Rohr ausbessert, ohne die im §. 2. und 3. erteilte Erlaubniß erhalten zu haben, wird mit einer Geldbuße von Ein bis Fünf Thlrn., im Falle des Neubaus mit Niederlegung des Stroh- oder Rohrdaches bestraft¹⁾.

5) Uebertretungen der Ortsbehörden in der in §. 2. und 3. ihnen erteilten Befugnis werden mit angemessenen Ordnungsstrafen, welche die Reg. festsetzen, geahndet.

Sie haben diese Bestimmungen durch die Amtobl. der Reg. zur allgemeinen Kenntniz bringen.

Berlin, den 2. Juli 1836.

Friedrich Wilhelm.

(N. XX. 431.—2. 152.).

Dazu:

a) Zum §. 4.

N. des K. Min. des J. und der P. (v. Rochow) v. 18. Sept. 1839, an die Rhein. Reg. zu N. Einführung feuerfester Bedachungen in der Rheinprovinz. Zur Beseitigung der Zweifel, welche nach dem Ber. der K. Reg. v. 8 v. M. bei Anwendung der im §. 4 der Allerh. K. O. v. 2. Juli 1836 (N. S. 432.) wegen Zulassung der Strohdachungen in der Rheinprovinz, angedrohten Strafen entstanden sind, hat die K. Reg. hiermit eröffnet, daß, wenn nach jenem Paragraphen im Falle des Neubaus auch die Niederlegung des Stroh- oder Rohrdaches erfolgen soll, hier der Ausdruck „Neubau“ nicht auf das ganze Gebäude, sondern nur auf das Dach zu bezieht, weil sonst der Zweck der Allerh. B. die allmähliche Einführung feuerfester Bedachungen, wenn nicht ganz vereitelt, doch jedenfalls sehr weit hinausgeschoben werden

Die möglicher Weise daraus für Einzelne, namentlich in den Fällen, wo die nachgelassene Erlaubniß zur Auflegung eines Strohdaches nicht würde haben versagt werden können, entspringende Härte wird man auf anzubringende Beschwerde zu mildern im Stande sein.

Die Entscheidung in solchen Fällen will ich mir jedoch vorbehalten und der K. Reg. hier bemerktlich machen, daß ich die von Derselben den Landrathen erteilte Ermächtigung in dergl. Fällen es bei der verwirkten Geldstrafe bewenden zu lassen, nicht billigen, indem die in Rede stehende Allerh. O. bei neuen Bedachungen ausdrücklich das Gebot vorschreibt. (N. XXIII. 715.—3. 180.)

b) N. des K. Min. des J. (Gr. v. Arnim) v. 29. Jan. 1845, an den K. Präf. der Rheinprovinz. Bekleiden der Außenwände der Gebäude mit Stroh, Ginster oder anderem Strauchwerke.

Einverstanden mit Gr. v. Arnim, daß das in einigen Gegenden der Rheinprovinz Bekleiden der Außenwände der Gebäude mit Stroh, Rohr und Strauchwerk nicht so feuergefährlich ist, als das aus diesem Grunde bereits durch die Allerh. O. vom 2. Juli 1836 (N. S. 432.) zum Theil verbotene Decken der Dächer mit dergl. Materialien, ermächtige ich Sie, die nachstehenden Vorschriften durch die Amtobl. der K. Reg. in der Rheinprovinz zur öffentlichen Kenntniz zu bringen.

1) Gebäude, welche weniger als 1000 Fuß von den Gebäuden anderer Besitzer entfernt liegen, dürfen an den Außenwänden mit Stroh, Rohr, Ginster oder anderm Strauchwerke nicht bekleidet werden.

2) Ausbesserungen schon vorhandener Wandbekleidungen solcher Art an Gebäuden, welche die Nr. 1. bezeichnete Lage haben, dürfen ohne Genehmigung der Orts-Polizeibehörden nicht vorgenommen werden. Diese Genehmigung ist in der Regel zu versagen, wenn entweder die auszubessernde Fläche größer ist, als 4 Quadratfuß, oder wenn aus der mangelhaften Beschaffenheit der ganzen Wandbekleidung ersichtlich wird, daß der Besitzer die Ausbesserung von geringerem Umfange nur vornehmen will, um so allmählig die ganze Wandbekleidung zu erneuern.

Die G. B. der Reg. zu Trier v. 13. Aug. 1833 an sämmtl. Landräthe bemerkte, daß wenn auch der Antrag des öffentlichen Ministeriums auf Niederreißung eines angelegten Strohdaches abgewiesen worden, doch diese in dem polizeigerichtlichen Urtheile ausgesprochene Abweisung in keiner Hinsicht als eine richterliche Entscheidung entgegenstehe, wenn die Verwaltungsbehörde die Niederreißung des Strohdaches durch die ihr Kraft eigener Gewalt zustehenden Mittel zu bewerkstelligen, beabsichtige, daß es vielmehr der Verwaltungsbehörde inmerfort unbenommen bleibe, wegen dieser Niederreißung in Beziehung auf eine von ihr erforderlich erachtete Sicherheitsmaßregel nach ihrem Ermessen zu verfahren; daß es hierzu auch keiner gerichtlichen Verf. bedürfe. (N. XVII. 1072.—4. 125.)

Die Reg. sind jedoch ermächtigt, auch in den bezeichneten beiden Fällen Verbesserungen ausnahmsweise zu gestatten, wenn das Gebäude seiner Bel nach einer Wandbekleidung zum Schutze gegen die Witterung nothwendig und der Besitzer vermögend ist, eine solche auf andere Weise herzustellen.

- 3) Wer, diesen Vorschriften zuwider, neue Wandbekleidungen solcher (Nr. 1.) oder schon vorhandene ohne polizeiliche Genehmigung ausbessert, verfällt in eine polizeiliche Geldbuße von 1. bis zu 5 Thirn. und soll ferner zugleich zur Fortschaffung der neuen Wandbekleidung angehalten (Min. Bl. d. 1. B. 1845. S. 42. Nr. 52.)

13) R. des R. Min. des J. u. d. B. (v. Rochow) v. 7. Sept. den R. Oberpräf. der Provinz Westphalen. Anwendbarkeit der B. v. 1836 auf die Provinz Westphalen¹⁾.

Erw. Exc. erwidere ich auf den Antrag v. 26. v. M. wegen Ausdehnung 2. Juli d. J. für die Rheinprovinz hinsichtlich der Bedachung der Gebäude Allerh. B. auf die Prov. Westphalen, daß es der Allerh. Genehmigung der ausgearbeiteten Grundsätze für die Rheinprovinz nur deshalb bedurft hat, wo Anwendung derselben ausdrückliche Befehle entgegen standen.

Da nun außerdem, wie auch der Eingang der B. zeigt, dadurch nur dieselben Grundsätze in der Rheinprovinz haben zur Anwendung gelangen sollen, nach denen in den Provinzen bereits, wenigstens der Regel nach, verfahren wird, so kann es nicht sein, daß die Bestimmungen vom 2. Juli d. J. auch für Westphalen in Anwendung zu bringen, wenn nicht etwa auch dort ausdrückliche gesetzliche Vorschriften dies hätten. (N. XX. 433.—2. 153.)

14) R. des R. Min. des J. u. d. B. (v. Rochow) vom 30. J. an den Gutbesitzer H., Regierungsbezirk Posen. Die Steinbedachung Wohn- und Wirthschaftsgebäude ist möglichst zu bewirken.

Erw. xc. beehre ich mich auf das Gesuch um Aufhebung des Erlasses derselben in Bezug auf die Steinbedachung ländlicher Wohn- und Wirthschaftsgebäude ergebenst zu erwiedern, daß sich nach langjähriger Erfahrung die feuerfeste Steinbedachung das sicherste Mittel gegen große Brandschäden auf dem Lande erwiesen hat, wiewohl die Schindelbedachung die Flamme zu rasch überhand nimmt und sich dadurch zu schnell mittheilt, um rechtzeitig unterdrückt zu werden, und um bei einem Brand dieses auf das Gebäude, in welchem das Feuer entstanden ist, beschränken zu können. polizeiliche Verordnungen des vorigen Jahrhunderts haben deshalb schon unangelegentlich feuerfeste Bedachungen auf dem Lande möglichst hingewirkt. Wenn dessen ungeachtet große Theile der feuerfesten Bedachungen noch immer nicht so verbreitet sind, dringend wünschen muß, so liegt dies in der früheren unvollkommenen Land-Polizei, und gibt einen Grund mehr ab, die bestehenden beschaffenen Vorschriften sorgfältiger in's Auge zu fassen.

Durch die älteren Schles. Ed. sind feuerfeste Bedachungen für alle ländlichen in Schlesien vorgeschrieben, nur in Ansehung der nicht mit Feuerungen versehenen Wirthschaftsgebäude hat man, zur Erleichterung der Landbewohner, Ausnahmen vorgestattet; dagegen wird auf feuerfeste Bedachung aller mit Feuerungen versehenen und ähnlicher Gebäude streng gehalten. Dies ist auch in der That dringend nöthig, keinem Zweifel unterliegt, daß in den meisten Fällen die Feuerbrünste aus den Gebäuden ausbrechen, in welchen Feuerungen vorhanden sind und mit Feuerungen versehen sind.

Wenn nun nach dem von der Reg. zu Posen erstatteten Ber. die nähere Bestimmung zu Erw. xc. Schreiben darin liegt, daß dem Dominium B. die Erlaubniß zur Errichtung eines neuen Wohnhauses für den Leichwärter in B. mit Stroh, und zur Bedachung eines neuen Kruggebäudes in B. mit Schindeln, verweigert worden ist, beide Gebäude mit Feuerungen versehen sind, so kann ich das Verfahren der Behörden nicht missbilligen.

¹⁾ Gleichwohl sind die Publikanda der Reg.:

a) zu Münster v. 6. Aug. 1819, daß die Strohbedachung bei Gebäuden nicht in geschlossenen Dörfern, Flecken oder Städten liegen, zu gestatten sei (N. II. 74.), und:

b) zu Minden v. 6. Aug. 1820, betr. die Verminderung der feuergefährlichen Dächer in den geschlossenen Ortschaften. (N. IV. 586.—3. 80.)

für beseitigt zu erachten.

Königs Maj. die oben angeführten Gründe durch die Allerh. Ord. v. 2. Juli Bedachung ländlicher Gebäude in der Rheinprovinz betr., von Neuem angueruhet haben.

rnach sehe ich mich außer Stande, den Wunsch, dem Dominium P. ausnahms-
gestatten, daß die dortigen Gebäude mit Stroh oder Schindeln gedeckt werden, er-
tönnen x. (M. XXIII. 469.—2. 189.)

) R. der R. Min. des J. u. d. P. (v. Rochow) u. d. Fin. (v. Bodel-
) v. 16. Juni 1842, an die R. Reg. zu Frankfurt a. O. Haltung auf
re Bedachungen in der Nähe vorüberführender Eisenbahnen:

liegen zwar keine Erfahrungen darüber vor, bis auf welche Entfernung hin die
der aus dem Schornstein der Lokomotiven ausgeworfenen Kohlen noch wirksam
kann aber nur ein Grund gefunden werden, eher mehr als weniger Vorsicht an-
und von den Eisenbahn-Gesellschaften die möglichste Beseitigung wahrschein-
ren zu verlangen.

R. Reg. hat deshalb auf den Grund des der Berlin-Frankfurter Eisenbahn-Ges-
estellten Vorbehalts darauf zu halten, daß die innerhalb eines Rahmens von 10
i beiden Seiten der Bahn belegenen Strohdächer auf Kosten der Gesellschaft in
e Bedachungen verwandelt werden. Dabei ist es auch nicht zu gestatten, daß die
r fraglichen Gebäude sich etwa von der Eisenbahn-Gesellschaft für die Erfüllung
liegenden Verpflichtungen in Gelde abfinden lassen, und die feuergefährlichen Be-
nichts desto weniger bleiben. (Min. Bl. d. I. B. 1842. S. 212. Nr. 285.)

) R. des R. Min. des R. H. (Thoma) u. d. Gen. Verw. der Domainen
ten (v. Reuß) v. 11. Mai 1843 an die R. Reg. zu Frankfurt. Den
sfang freien Bauholzes aus R. Forsten Berechtigten ist bei Umwand-
Rohr- und Strohdächern in Ziegeldächer daß dazu erforderliche Holz
ren, wenn der mehrere Holzaufwand der ersten Anlage durch Vermin-
er Feuerögefahrl ausgeglichen wird.

den Ver. v. G. v. M. ist das Min. mit der R. Reg. darüber einverstanden
eßiger, der mit einer Bauholzberechtigung belasteten Forst von dem Besitzer des
rechtigten Gutes nicht angehalten werden könne, zu den bisher mit Stroh oder
bedeckt gewesenem Häusern, daß zum Ziegeldach erforderliche Holz zu verabrei-
na da das Ziegeldach einen ungleich stärkeren Dachstuhl erfordert, so wird die
ang des Waldbesizers durch die Hergabe des zum Ziegeldach erforderlichen Hol-
alls vermehrt, und es kann von dem Bauholzberechtigten hierbei auf die Bestim-
des A. L. M. Thl. I. Tit. 22. S. 210 nicht recurriert werden. Auf der andern
s aber wiederum nicht zu verkennen, daß die Feuerögefahrl bei einem mit Ziegeln
Hause geringer ist, als bei Stroh- und Rohrdächern, und daß in dieser Hinsicht
Interesse der Servitutpflichtigen durch Umwandlung der Rohr- und Stroh-
Ziegeldächer gefördert wird.

ferhalb und mit Rücksicht darauf, daß der in feuerpolizeilicher Hinsicht wün-
then, in vielen Fällen von der Polizeiverwaltung sogar gebotenen Umwandlung
- und Rohrdächer in Ziegeldächer durch die Verweigerung des zu den letztern
hen Holzes entgegen gewirkt werden würde, findet das Min. nichts dagegen zu
daß den zum Empfang des freien Bauholzes aus R. Forsten berechtigten Ein-
iche an Stelle ihrer bisherigen Rohr- und Strohdächer bei eintretenden Neu-
Ziegeldächer anlegen, daß dazu erforderliche Holz überall da gewährt werde, wo
Kosallität der zu dieser ersten Anlage erforderliche mehrere Holzaufwand durch
rung der Feuerögefahrl ausgeglichen wird.

Min. Bl. d. I. B. 1843. S. 182. Nr. 227.)

) R. des R. Min. des J., Abth. II. (Bode) v. 24. Dec. 1843 an die
zu Magdeburg. Entfernung der Korn-, Stroh- und Heubdiemen, sowie
hdächer, aus der Nähe vorübergehender Eisenbahnen¹⁾.

i Beurtheilung der Entfernung, in welcher Korn-, Stroh- und Heubdiemen in der
Eisenbahnen aufgemacht werden-müssen, um nicht von dem Funkenprühen der

ber die Errichtung von Gebäuden in der Nähe von Eisenbahnen, vergl. die R.
Min. des J. u. d. P. v. 23. Juni 1840 (Min. Bl. d. I. B. 1840. S. 245),
J. v. 11. Juli 1845 (a. a. O. 1845. S. 223), des J. u. d. F. v. 4. Dec. 1847
a. O. 1847. S. 332.) derselb. Min. v. 20. März 1848. (a. a. O. 1848. S. 133)
vgl. diese Erlasse in v. Rönne's Wegepolizei und Wegerecht, S. 72 — 74.).
Fau-Polizei. 2. Aufl.

Lokomotiven erreicht zu werden, kommt es, wie der R. Reg. auf den Bet. v. 30. I eröffnet wird, darauf an, wie weit die Zündkraft der aus dem Schornstein der Maschine herabgeworfenen Kohlen trägt. Hierüber liegen zur Zeit noch keine ganz bestimmten Erfahrungen vor.

Es ist jedoch, in Betracht der neueren Schutzmittel gegen das Verstreuen von Kohlen bei anderer Veranlassung für ausreichend erachtet worden, die aus dem Vordach der Lokomotiven für Strohdächer entstehende Feuergefahr zu entfernen, wo Leuchten in einer Entfernung von 10 Ruthen von der Eisenbahn nicht geduldet werden.

Eine gleich große Entfernung wird daher auch die auf freiem Felde anzulegenden Dienen hinlänglich schützen. Demgemäß mag die R. Reg. eine verwarnende öffentliche Bekanntmachung erlassen. Einem eigentlichen Verbote und der Androhung einer Strafe zur Aufrechterhaltung desselben, bedarf es dagegen nicht, da ein Zuwiderhandeln jene Warnung nach §§. 19 ff. des A. L. R. Thl. I. Tit. 6. jeden Anspruch auf Entschädigung aufheben würde und hierin ein genügendes Motiv liegt, der polizeiliche Aufsicht die wünschenswerthe Beachtung zu sichern.

(Min. Bl. d. I. B. 1844. S. 23. Nr. 30.)

18) C. R. des R. Min. des I., Abth. II. (Bode) v. 18. Febr. 1844. sammtl. R. Reg., und an das R. Polizeipräsidium zu Berlin. Zuletzte Anwendung von Strohdoden (Strohpuppen) zur Dichtung der Pfannen.

Vor weiterer Beschlußnahme auf die Anfrage der R. Reg. v. 22. Dec. v. 1843. Anwendung von Strohdoden zur Dichtung der Pfannendächer betr., hat das R. Min. sich veranlaßt gefunden, dieserhalb die gutachtliche Aeußerung des R. Ober-Bau-Commissars zu erfordern. Nach derselben, welcher beizutreten das Min. kein Bedenken findet, die Feuersticherheit der Gebäude durch Eindeckung der Dachpfannen mit Strohdoden, welche zuvor gehörig in verdünntem Lehm getränkt sind, im Vergleiche mit der Eindeckung der Pfannen in Kalk, nicht wesentlich, weil das Flugfeuer, welches bei einem solchen Brande zunächst in Betracht zu ziehen ist, auf die in Lehm getränkten Strohdoden, welche von den Ziegeln ganz bedeckt sind, und auf die darunter liegenden Latten keine nachtheilige Wirkung äußern kann, als auf die bloßen Latten eines mit Kalk bedeckten Pfannendaches. In Fällen, wo durch die Hitze eines benachbarten brennenden Gebäudes die Dachziegel zerbersten, daß sie herabfallen, ist die Gefahr gleich groß, das Dach sei mit Strohdoden oder mit Kalk eingedeckt, denn in solchen Fällen werden die entblößten Latten ebenso leicht entzündet werden, als die in Lehm getränkten Strohdoden, vorausgesetzt, daß die Lehmtränkung derselben mit gehöriger Sorgfalt bewirkt wird, was gewöhnlich nicht versäumt wird, weil hiervon auch die Dichtigkeit des Daches abhängt. Unter diesen Umständen erachtet die Ober-Bau-Dep. die Anwendung von Strohdoden zur Eindeckung der Dachpfannendächer auch da für zulässig, wo Gebäude nahe nebeneinander stehen, dieselbe bemerkt jedoch ausdrücklich, daß der Feuersticherheit wegen, die vollkommene Ueberdeckung der Strohdoden durch die Pfannen erforderlich ist, und daß die hin und wieder empfohlene Tränkung der Strohdoden mit verdünntem Alaunauflösung weniger zweckmäßig erscheint, als die in verdünntem Lehm.

Hiernach wird die R. Reg. ermächtigt, die betreffenden Bestimmungen der Brandordnung und der Feuerordnung für ihren Regierungsbezirk zu ergänzen.

(Min. Bl. d. I. B. 1841. S. 41. Nr. 53.)

Dazu:

C. R. des R. Min. des I., Abth. II. (Bode) v. 30. April 1844. sammtl. R. Reg., ausschließlich zu Gumbinnen, und an das R. Polizeipräsidium zu Berlin.

In dem dieselbigen Erlasse v. 18. Febr. e. (Min. Bl. S. 41. Nr. 53.), über die Anwendung der sogenannten Strohdoden (Strohpuppen) zur Dichtung der Pfannendächer, ist erwähnt, daß, um die gehörige Feuersticherheit zu erreichen, die Strohdoden von den Pfannen vollkommen überdeckt sein müssen.

Hiernach ist daher in denjenigen Gegenden, wo für diesen, die Feuersticherheit gebenden Umstand nach der Art der Verstellung oder Eindeckung der Dachpfannen hinlängliche Gewähr vorhanden, die Anwendung der Strohdoden nicht zu gestatten, da, wo dieselbe aus diesem Grunde bisher schon untersagt gewesen, es dabei zu belassen.

Die R. Reg. (das R. Polizeipräsidium) wird hierauf aus Veranlassung einer speciellen Anfrage mit der Aufforderung aufmerksam gemacht, darnach die Anwendung der C. R. v. 18. Febr. e. sich zu achten, und die Unterbehörden in diesem Falle mit Anweisung zu versehen.

(Min. Bl. d. I. B. 1844. S. 130. Nr. 144.)

19) R. des R. Min. des J., Abth. II. (Jacobi) v. 17. Sept. 1844 an die g. zu Merseburg. Bedingte Zulässigkeit der Lehmshindelbedachung auf latten Lände an Stelle der Ziegelbedachung.

Der Ver. der R. Reg. v. 4. Juni c., die Lehmshindelbedachung auf dem platten betr., hat Veranlassung gegeben, über diesen Gegenstand die gutachtliche Aeußerung v. Bau-Dep. zu erfordern. Die gedachte Behörde hat sich nun dahin ausgesprochen, daß die Lehmshindeldächer weit weniger feuergefährlich, als Stroh- und Schindel-, jedoch minder feuerabhaltend als Ziegeldächer zu betrachten seien. Unter diesen können die Lehmshindeldächer hinsichtlich ihrer Feuersicherheit den Ziegelnicht gleichgestellt werden, und dies um so weniger, als die Lehmshindeldächer den in der Zeit und Witterung, besonders bei einer nicht sehr sorgfältigen Anfertigung, ständige Witterung ausgesetzt sind. Die fragliche Bedachung kann daher nicht unbedingtes Surrogat der Ziegelbedachung angesehen werden, vielmehr ist dieselbe, als empfehlenswerthe Art der Strohhedachung, nur in den Fällen zuzulassen, welche leg. bereits in ihrer Amtsblatt-Verordn. v. 8. Juli 1818 bezeichnet hat¹⁾.
Min. Bl. v. l. B. 1845. S. 265. Nr. 286.)

2) In Betreff Neu-Vorpommerns berichtete die Reg. zu Stralsund am 12. März 1823 an das R. Min. d. J. u. d. P., daß nach dem: der ehemaligen Reg. v. 30. Okt. 1722 (Landes-Urkunden-Samml., Bd. II. S. 367.) innerhalb der Ringmauern der Städte kein Strohdach duldet werden solle, welche B. auf die Vorstädte, weil sie nicht innerhalb Ringmauern belegen, oder, wo solche fehlen, doch als zur Stadt selbst gehörend angesehen würden, bisher nicht angewandt worden sei. Die Städte aber durch die in den Vorstädten befindlichen Strohdächer beim Ausbruch Feuersbrunst ganz in dieselbe Gefahr gesetzt, als wenn solche in der Stadt selbst lägen, indem die Vorstädte oft den Städten so nahe lägen, daß sie in continuum ausmachen. Die Reg. beantragte daher einen Erlaß, daß in den Vorstädten neue Bauten, worin Feuerstellen angebracht werden nur zulässig, wenn sie mit Stein- oder Lehmshindel-Dächern versehen. Hierauf reskribirte indeß das R. Min. des J. (v. Schudmann) unterm 11. 1823, daß die beantragte Erweiterung der Vorschriften des Pat. v. 1722 bedenklich und nicht darauf einzugehen sei, wogegen empfohlen dahin zu wirken, daß neue Scheunen vor den Thoren nicht zu nahe an die Stadt gebaut würden.

(Act. des R. Min. d. J., betr., die in baupolizeilicher Hinsicht ergangenen Vorschriften re., Baupolizei-Sachen gen. Nr. 7., Vol. II.)

3) Vergl. auch das R. des R. Min. des J. u. d. P. v. 5. Sept. 1838, das Verbot feuergefährlicher Bedachung der Schmieden. (M. XXII. — 3. 205.) (Oben Kap. II. sub B., S. 505 ff.)

4. Publikanda der Provinzial-Behörden.

1) Publ. der R. Reg. in Oppeln v. 28. Febr. 1818. Anweisung zur Uebersiedelung der noch vorhandenen Schindeldächer in Ziegeldächer, und der offenen Feuerstellen in massive Schornsteine²⁾.

Hinrich auf dem platten Lande, statt der Bedachung der Gebäude mit Stroh- und Holzschindeln.

Die Reg. zu Oppeln fand sich unterm 12. Aug. 1822 veranlaßt dem R. Min. des J. u. d. P. anzuzeigen, daß zwar die B. v. 21. Okt. 1766, 25. Sept. 1767, und 24. Sept. 1768 in Absicht der Schindelbedachungen festsetzten, daß außer dem Falle eines Neubaus alljährlich eine gewisse Anzahl von Häusern zur Ziegelbedachung bestimmt und dazu die wohlhabenden Hauseigenthümer bezeichnet werden sollten, wonach auch im dortigen Reg.-Departement stets verfahren, so wie auch darauf gehalten sei, daß bei Hauptreparaturen an Gebäuden Ziegelbedachung einzutreten; allein diese Maßregeln reichten nicht hin und es werde dabei die völlige Abtragung der Schindeldächer noch weit hinausgeschoben, zumal nicht feststehe, was Haupt- und eine kleine Reparatur sei. Die Regierung beantragte daher einen Erlaß hierüber. Das R. Min. bemerkte indeß in dem R. v. 13. Sept. 1822, daß

Ob zwar zur Vermeidung der Feuergefahr schon öfters Maßregeln aus unterm 19. April v. J. (Amtsbl. 1817, Stüd XIX. S. 257, Nr. 149.) festgesetzt sind, nach welchen die Verwandlung der in den Städten noch größtentheils vorfindlichen Schindeldächer in Ziegeldächer geschehen soll: so werden doch solche nicht allenthalben erfolgt, und ist zelt her größtentheils mit der Entschuldigung vorgetreten worden, weder bei der Stadt keine Dachziegel für den erforderlichen Bedarf vorräthig, selbst in der Nähe derselben keine dergleichen zu erhalten wären.

Diese Entschuldigung kann indeß in Zukunft bei den Magisträten, welche der Stadt vor Augen haben sollen, dadurch vorgebeugt werden, daß mehr als gesehen, auf gehörige Vorräthe von Dachziegeln gehalten, und daß unter keinem Umstande einem der Bauenden, den Polizei-Verordnungen zuwider, das Eindecken der Dächer mit Schindeln gestattet werde.

So wie wir nun auf die Ziegelbedachung strenge gehalten wissen wollen; so wir auch, mit Bezugnahme auf gedachte Festsetzung, die Verwandlung nicht in den Städten, sondern auch der besonders noch in den Dörfern einiger Kreise vorfindlichen so feuergefährlichen hölzernen Feuereßen, dergestalt in Erinnerung, daß die Umwandlung derselben in massiver Schornsteine nunmehr in diesem Jahre vollständig erfolgt.

Den Herren Landrätthen, sowie den Magisträten tragen wir daher hiermit an, wo in den Städten und Dörfern dergleichen hölzerne Feuereßen sich annoch befinden, die Genügung unserer hierdurch zum allgemeinen Wohl wiederholten Verordnungen mit vollem Ernst und Zwang zu halten; damit es aber auch nicht an den dazu erforderlichen Ziegeln ermangeln möge, so muß für den gehörigen Vorrath bei Zeiten gesorgt werden. Bei den Dörfern aber kann der Zweck dadurch leicht erreicht werden, daß die Gemeinde eines Dorfes vortritt, und auf die Beschaffung der dazu erforderlichen Ziegel durch eine anzulegende Plan-Ziegelei Bedacht nimmt.

Die Beschaffung massiver Schornsteine für den Landmann, kann auch auf eine bessere Art, nämlich durch Luftziegel bewirkt werden, und es bedarf daher auch nur die Anlegung des Fundaments entweder mit Feldsteinen oder gebrannten Ziegeln. Des Theils des Schornsteins über den Dachfenstern mit gebrannten Mauerziegeln (A. II. 265. — I. 86.)

2) Publ. der K. Reg. zu Liegnitz v. 21. Aug. 1818. Abschafft Strohdach- und Schindeldächer, der hölzernen Dachrinnen und der Bau-Schrotholz.

Ungeachtet der mehrmals wiederholten, ganz bestimmten polizeilichen Befehle zur Abschaffung:

- a) der so feuergefährlichen Schindeldächer,
 - b) der eben so nachtheiligen hölzernen hervorragenden Rinnen zwischen den Häusern in den Städten, und
 - c) der Bauten von Schrotholz in den Städten und auf dem platten Lande,
- haben dennoch so manche, der gemeinsamen Wohlfahrt nachtheilige Uebersicht statt gefunden etc.

Wir verordnen hiernach erneuert:

1) In den Städten und Vorstädten sollen forthin, in Gemäßheit der schon am 1. Mai 1752, 21. Juni 1753 emanirten, und hernach am 29. Dec. 1803, 12. Aug. und unter dem 23. Aug. 1816 durch das 36. Stüd des Amtsblattes von gedachten Verordnungen wieder bekannt gemachten Vorschriften, die Anlegung neuer hölzerner Strohdächer schlechterdings nicht weiter gestattet werden.

Der Magistrat oder das Polizei-Direktorium, welche die Auflegung eines Schindeldachs gestatten, oder stillschweigend nachgesehen haben sollten, verfallen der irremissiblen Polizeistrafe von 25 Thlr. Dem Zimmermann aber, der sich dazu gebrauchen lassen, ein solches Schindeldach aufzulegen, soll im ersten Kontraventionen der Betrieb seines Gewerbes auf Ein Jahr untersagt werden. Der zweite Kontraventionen fall macht ihn unfähig, das Gewerbe eines Zimmermanns weiter zu betreiben.

2) Die dormalen noch vorhandenen alten Schindel- und Strohdächer in den Städten, müssen nach und nach innerhalb der Frist, welche für jede Stadt von neuem festzusetzen, in Ziegeldächer verwandelt werden.

zwar möglichst auf Abschaffung der Schindeldächer zu halten, aber nicht die gesetzlichen Vorschriften hinaus zu gehen sei; es lasse sich eine bestimmte Vorschrift darüber, was eine Hauptreparatur sei, nicht ertheilen, sondern bleibe den einzelnen Fällen das technische Ermessen der Sachverständigen bestimmen.
(Act. des K. Min. des J. betr. die in baupolizeil. Hinsicht gegebenen Befehle etc. Baupolizei-Sachen gen. Nr. 7. Vol. I.)

Dennach hat die Polizeibehörde jeder Stadt, und zwar so viel die Städte in den Kreisen des Reg.-Depart. betrifft, in Gemeinschaft einer Deput. aus der Stadtver.-Vers. den Zeitraum, innerhalb dessen die Abschaffung der zur Zeit noch vorhandenen Schindeldächer zu bewerkstelligen ist, dergestalt in Vorschlag zu bringen, daß längstens 12 Jahren in keiner Stadt ein Schindel- oder Strohdach anzutreffen sei. In dieser Uebereinkunft ist zugleich, und zwar zunächst mit Rücksicht auf das größere polizeiliche Interesse, der Vertheilungsplan auf jedes Jahr des concertirten zu machen, oder die Ordnung zu bestimmen, nach welcher innerhalb dieses es in jedem Jahre von den Eigenthümern der zur Zeit mit Stroh- oder Schindeln belegten Gebäude, deren Umwandlung in Ziegeldächer, und in soweit es kommt, der Neubau der Gebäude bewirkt werden solle. Nach dem Schluß dieser aber ist jedem der Eigenthümer der mit Schindeldächern dormalen noch Gebäude der Termin bekannt zu machen, in welchem von ihm die Abschaffung des Dachs geschehen sein muß.

Diesen Vertheilungsplan gehören auch, wie sich von selbst versteht, die öffentl. jeder Stadt. Auch in Ansehung ihrer ist daher Abrede zu nehmen, in welchem deren Bedachung mit Ziegeln zu beschaffen.

Der Vertheilungsplan ist mit dem Schlusse dieses Jahres von sämmtlichen Magistraten sowie von dem Polizei-Direktorio hieselbst, der K. Reg. zur Prüfung vorzulegen, in soweit dessen Genehmigung erfolgt, ist von dem Magistrat strenge darauf zu sehen, daß das zuverlässig vollzogen werde, was der Vertheilungsplan angeordnet. Daß dieses mit Nachdruck geschehen könne, ist die Fürsorge unumgänglich

zu auf den Betrieb der städtischen Ziegeleien die größte Aufmerksamkeit verwendet, so zu jeder Zeit ein zulänglicher Vorrath tüchtiger Ziegeln für die Nachfrage bereit halten werde. Ebenso nöthig ist die Ueberlegung,

nach welche Benefizien von Seiten der Städte dürftige Stellenbesitzer bei dem Um- ihrer Häuser zu unterstützen, und in welchem Maße bei den Bau-Stats der Armen-Cassen ein Fonds zu bilden, um daraus Vorschüsse an hilfsbedürftige Leute gegen die Sicherheitsstellung, die selbige mit ihren Grundstücken der gemeinen Stadt möchten anbieten können, abzureichen.

In nothwendigen einstweilen noch zu gestattenden Reparaturen eines alten Schindeldachs darf der Magistrat forthin und höchstens bis zu einer Summe von zehn Schock an Einlaß-Atteste ertheilen. Hält in irgend einem dringenden Fall der Magistrat zur Reparatur eines alten Schindeldachs die Einbringung von mehr als zehn Schindeln als Ausnahme zu vergünstigen, so muß derselbe mit Darstellung der Verhältnisse und dazu die Erlaubniß nachsuchen.

Die Einstellung neuer hölzerner Dachrinnen, und die Sorge für die Stellung der nach der Länge an den Straßen, mit Brandgiebeln, war schon unterm 16. April 1804 ordnet, und diese B. durch das vorgedachte Amtsblatt erneuert. Auch war eben befohlen, daß die Auslegung hölzerner Dachrinnen zwischen den Giebelhäusern zu vermeiden sei. Es wird daher in Ansehung dieser Gegenstände hierdurch Nachstehendes in Erinnerung gebracht.

Jedes neue Haus, sowohl in den Städten als in den Vorstädten, darf nicht anders als mit dem Dach nach der Straße, und mit gehöriger Brandgiebel-Mauer bis unter das Giebel, in welchem durchaus keine Thüre, Fenster oder andere Oeffnung angebracht werden darf, massiv oder feuersicher erbauet werden. Quer- oder Giebelhäuser so höchst nachtheiligen feuerfangenden Minnen, dürfen ferner nicht erbaut

Auch bei Gelegenheit der an einem solchen Giebelhause vorfallenden Hauptreparaturen muß, wenn es irgend möglich, darauf vorgedacht werden, daß man das Giebel nach der Länge und mit dem Dache nach der Straße zu stelle.

Bei den vielen noch existirenden selbst massiven Quer- oder Giebelhäusern können die Minnen nicht vermieden werden, doch soll forthin keine hölzerne Minne mehr gelegt werden, sie wäre denn über ihre ganze Fläche mit Kupfer, Zink oder Eisen bezogen. Anstatt der hölzernen Minnen sind dagegen dergleichen von Stein oder Eisen vorzüglich zu wählen.

Durchaus unzulässig ist der Ausguß der Dachrinnen auf die Straßen. Es ist von jeder Polizei-Obrigkeit darauf gedrungen worden, daß, so oft eine neue Dachrinne aufgelegt wird, das Wasser in blechernen, kupfernen oder auch thönernen Rinnen dem Hause senkrecht herunter bis einen Fuß über das Steinpflaster abgeleitet

Minnen längstens 3 Jahren müssen aber auch die dormalen noch existirenden Dachrinnen auf die Straße, sowohl an den Marktplätzen, als in allen Haupt-

straßen einer jeden Stadt, kassirt sein, und nach Vorschrift sub D. durch am Hause unter geführte Rinnen das Regenwasser von den Dächern abgeleitet werden.

Die Polizei-Obrigkeit einer jeden Stadt hat zu Vollziehung dieser Festsetzung Vorlesung in ähnlicher Art wie ad 2 zu machen.

F. Der Bau mit geschrotem Holze, sowohl in den Städten als auf dem Lande, welcher schon durch die E. B. v. 27. Febr. 1786, und 23. April 1785, sowie das vorgedachte Amtsblatt bei Verlust aller Remission, sowie bei Verlust des Rechts für den bauenden Zimmermeister untersagt war, weil solcher nicht nur zum Ruin der Sten gereicht, sondern auch die Feuer-Unsicherheit vermehrt, wird befehlungsgeachtet in manchen Orten bemerkt. Auch kommen der Festsetzung des letztbezogenen Circulars immer noch hie und da Bohlenwände zum Vorschein. Es wird daher hiermit die Vorschrift jener Verordnungen erneuert, und außer den in den früher emanirten Circularen gedrohten Nachtheilen der Konventionen hierdurch auch noch festgesetzt: daß mit Schrottholz angefangener Bau von Polizeiwegen jedesmal wieder abgebrochen werden soll.

Eine Ausnahme von diesen Vorschriften setzt ausdrückliche, vorher einzuholende Genehmigung der Landes-Polizeibehörde voraus.

Uebrigens ist die Anordnung der E. B. v. 12. Jan. 1805, v. 29. Juni 1811, des mehr erwähnten Amtsbl., wegen Ausführung der Bauten nach einem Plan und einer vorzulegenden Zeichnung an die Orts-Polizeibehörde um so genauer zu beobachten und in allen Städten insonderheit strenge darauf zu halten, daß ohne Vorwissen des Magistrats oder der sonstigen Polizeibehörde kein Hausbau unternommen werden darf, nicht zuvor die nöthigen Erörterungen über die Art und Weise, wie der Bau geführt werden soll, vorausgegangen, und solche von dem Departements-Landbau-Inspektor genehmigt worden sind. Diese polizeiliche Aufsicht erstreckt sich zugleich auf die Sorge, daß die Gebäude kein geschmackloses Aeußere gegeben werde.

Damit die Abschaffung der hölzernen Schindeldächer in den Städten nicht verzögert werde, haben die Accise-Ämter des Departements nur auf Alteste der Dächer Schindeln in die Städte eingehen zu lassen. (A. II. 806. — S. 116.)

3) Vergl. auch:

a) die Bau-Ordnungen und Bau-Polizei-Vorschriften für einzelne Bezirke und Städte, unten Abth. IV.;

b) die Publikanda der Provinzial-Behörden, betr. die Belehrung über zweckmäßige und feuersichere Bedachungsarten, unten Abth. III. Abschn.

D.

Vorschriften über die Abschaffung hölzerner Dachrinnen

I. Verfügungen der Centralbehörden.

1) R. der R. Min. des H. u. des J. u. d. P. (v. Schudmann) v. 1820, an die R. Reg. zu Köln.

Bei den von der R. Reg. angezeigten Verhältnissen hat Sie von Ihrem Amte, Statt der in mehreren Städten Ihres Departements auf den Häusern befindlichen hölzernen Dachrinnen metallene einzuführen, abzusuchen. Die Haupt-Ursache der Gefahr besteht von den Giebel-Dächern und dem Mangel der Brandmauern, und diesen Uebeln muß man schon nachsehen, weil die Kräfte der Eigenthümer nicht hinreichen, denselben abzuwehren.

Was dagegen die in die Straßen hervorragenden Dachrinnen anlangt: so ist die R. Reg. mit Rücksicht auf die Vorschrift des §. 80, Tit. 8. Th. I. des A. L. R. 1) in speciellen Fällen das Nöthige anzuordnen. (A. IV. 889. — 4. 109.)

2) R. des R. Min. des J. u. d. P. (v. Schudmann) v. 26. Febr. 1821, an die R. Reg. zu Oppeln.

Nach dem, aus Veranlassung des Ver. der R. Reg. v. 18. Dec. v. J. 1820.

1) Hier ist angeordnet, daß die Anlegung neuer oder Wiederherstellung einer auf die Straße hinausstehender Dachrinnen nur unter Erlaubniß der Polizei-Obrigkeit und nach den von dieser zu ertheilenden Anweisungen vorgenommen werden darf.

Vergefährlichkeit der hölzernen Rinnen zwischen den Giebelhäusern, erforderten Gutachten der R. Ober-Bau-Dep. würde das Beschlagen jener Rinnen mit Zink, Kupfer oder ähnlich, bei Schindeldächern von keinem Nutzen sein und auch bei Ziegeldächern nicht zu alle Gefahr schützen, indem die Bleche durch Anhäufung des Flugfeuers leicht zu solchen Grad der Hitze annehmen, welcher die hölzerne Unterlage entzündet. Gegen wird die gewünschte Sicherheit durch Rinnen von Blech ohne Holz, oder von Eisen und noch mehr dadurch erhöht werden, daß in dem Winkel, welchen die Dächer zweier Giebelhäuser bilden, eine fünf Fuß hohe unter einen Stein starke Mauer steht wird.

Das Min. des J. u. d. B. findet inzwischen keine Veranlassung, deshalb nach dem Wunsche der R. Reg. ein besonderes G. zu extrahiren, da theils die aus der Natur der Dächer hervorgehende Feuergefahr auch durch jene Vorkehrung nicht ganz zu beseitigt ist, theils nach dem A. L. R. Th. I. Tit. 8. §§. 66 ff. die Polizei in jedem einzelnen Falle mit Rücksicht auf die besonderen örtlichen und persönlichen Verhältnisse arbitren kann, was zur Erreichung der Feuersicherheit rathsam und ausführbar ist.

(M. VIII. 278. — 1. 152.)

II. Publikanda der Provinzialbehörden.

1) Publ. der R. Reg. zu Bromberg v. 19. Jan. 1817.

Durch die Verf. v. 11. Juni v. J. Amtsbl. Nr. 28. S. 325. und v. 7. Juli Nr. 31. S. 346. ist bereits festgesetzt worden, daß Dachdedungen mit Stroh, hölzernen Schindeln, sowie Neu- und Haupt-Reparatur-Bauten in den Städten, Vorstädten und Gemarkungen der Ortspolizeibehörden nicht unternommen werden

Indem wir diese Verf. hierdurch in Erinnerung bringen, fügen wir denselben nachfolgende baupolizeiliche Vorschriften bei.

1) Jedes Haus, sowohl in den Städten, als in den Vorstädten darf unter keinerlei Umstände anders, als mit dem Dache nach der Straße erbauet, und muß mit Brandmauern, die bis unter das Dach reichen, versehen werden. Giebelhäuser mit den schiefen und Feuer auffangenden Dachrinnen finden dagegen gar nicht statt, und die nöthig zu Hauptreparaturen bei den Dächern derselben muß vor der Ausführung einmal besonders bei uns nachgesucht werden. Wer hiegegen handelt, verfällt in eine Strafe von 1—50 Thlr. und wird zur Beschaffung der vorschriftswidrigen Reparatur durch polizeilichen Zwang angehalten werden.

2) Sollen keine hölzerne Rinnen zwischen benachbarten Häusern weiter aufgelegt werden. An deren Stelle sind Rinnen von Steinen oder von Gußeisen zu wählen, und wenn dergleichen nicht zu erhalten sind, so muß die Vertiefung der zusammenstoßenden Dächer zur Ableitung des Wassers mit Dachsteinen oder mit Blech eingedeckt werden.

3) Noch unzulässiger ist der Ausguß der Dachrinnen auf die Straße. So oft eine neue Dachrinne aufgelegt wird, ist unerlässlich zu veranstalten, daß das Wasser in blechernen, kupfernen oder auch thönernen Röhren längs dem Hause herunter bis über das Steinpflaster abgeleitet werde, bei Vermeidung willkürlicher Strafe. Noch existirenden Ausgüsse der Dachrinnen auf die Straße, sind demnächst an den Hauptplätzen und in den Hauptstraßen einer jeden Stadt binnen Jahresfrist zu beseitigen.

4) Endlich müssen auch die hölzernen Feueressen, die etwa noch in den Städten vorhanden sein können, aufgesucht, die gut konstruirten im kommenden Frühjahr, die übrigen und jeden Augenblick Gefahr drohenden, aber ohne weitem Aufschub eingeschlagen werden etc. (M. I. 254. — 1. 170.)

2) Publ. der R. Reg. zu Koblenz v. 16. Febr. 1818.

Die in mehreren Städten unseres Depart. zwischen den Giebelhäusern angebrachten theils weit hervorstehenden hölzernen Dachrinnen, sind in polizeilicher Hinsicht um so weniger zulässig, als

a) nicht allein die Feuergefahr dadurch vermehrt, sondern auch der Vorübergehende durch das herabfallende Regen- und Schneewasser belästiget und

b) das Straßenpflaster daselbst immer eher als an andern Stellen schadhast wird.

In Erwägung dieser eingreifenden Momente, fordern wir sämmtl. Kreis-Behörden auf,

a) mit Nachdruck darauf zu halten, daß bei Anlegung neuer Dachrinnen in den Städten ihres Verwaltungs-Bez., solche von Stein, Eisen oder Blech, nie aber von Holz, und auch nie hervorstehend angefertigt, sondern mit blechernen Abfallröhren versehen werden, eben so

- b) unnachlässig es zu veranlassen, daß innerhalb 6 Monaten die abschaffbaren hölzernen Rinnen, wenigstens vorläufig in den Hauptstraßen jeden mindestens in der Art bewirkt ist, daß dieselben der Fronte der Häuser geschnitten und mit blechernen Abfallröhren versehen sind *xc.*
(N. II. 167. — 1. 87.)

3) Publ. der K. Reg. zu Posen v. 31. Jan. 1818¹⁾.

In Verfolg unserer B. v. 21. Febr. 1816 — Amtöbl. 1816, S. 524—1 Vorschriften, wornach die Bau-Polizei zu üben ist, betr., machen wir hienit be auch hölzerne Rinnen zwischen benachbarten massiven, oder in Fachwerk geb auch mit Ziegeldächern schon versehenen Häusern gelegt werden dürfen, wenn d Blech beschlagen werden *xc.* (N. II. 160. — 1. 83.)

4) Publ. der K. Reg. zu Liegnitz v. 21. Aug. 1818. (N. II. 116., s. oben Kap. 3. sub Lit. B., Nr. 2. S. 532.)

5) B. der K. Reg. zu Minden v. 4. Okt. 1818.

In mehreren Städten unseres Reg. Bez. sind zwischen den Giebelhäuser und zum Theil sehr weit hervorstehende Dachrinnen angebracht. Dergleichen vermehren die Feuergefahr, belästigen die Vorübergehenden durch das Regen- oder Schneewasser, und machen das Straßenpflaster durch diesen schadhast. Sie sind daher in polizeilicher Hinsicht nicht zulässig, und wir finden halb und mit Bezug auf die §§. 80 und 82 Tit. 8. Th. I. des A. L. R. vera durch Folgendes festzusetzen:

§. 1. Die bisherigen, meistens auf die halbe Straßen-Breite ausgelegt schnabel, es bestehen nun solche aus Stein, Blech oder Holz, sollen binnen ein Ortspolizeibehörden festzusetzenden und die vorhandenen Umstände zwar ber den, aber möglichst abzuführenden, Termine, abgebrochen werden.

§. 2. Die hölzernen Dachrinnen sind, in den Hauptstraßen der Städte innerhalb eines Jahres, in den übrigen Straßen aber unfeibar innerhalb 3 von der Bekanntmachung dieser Verf. an gerechnet, gänzlich abzuschaffen.

§. 3. An die Stelle derselben treten Rinnen von Stein, Guss Eisen, Kup starkem verglanten oder von Eisenblech, und dürfen selbige nie hervorstehen. 1 Blei sind, besonders deshalb, weil sie bei Feuerbrünsten für die Löschen den sel werden können, nicht zulässig.

§. 4. Sämmtliche Dachrinnen sind mit blechernen, dicht an den Hän genden, Abfallröhren, deren Ausguß höchstens zwei Fuß von der Erde abstel versehen.

§. 5. Diejenigen Hauseigenthümer, welche in den festgesetzten Terminen schriften nicht befolgt haben werden, verfallen in eine den Umständen angemess liche Strafe *xc.* (N. II. 1151. — 4. 103.)

6) Publ. der K. Reg. zu Stralsund v. 17. Jan. 1819.

Die in verschiedenen Städten dieser Provinz noch anzutreffenden weit h den hölzernen Dachrinnen, vermehren nicht allein die Feuergefahr, sondern dadurch auch bei Regen- oder Thaumetter die darunter hin gehenden nicht wer auch sind sie für das Straßenpflaster nachtheilig. Wir haben zur Abstellung t standes in dieser Stadt, an den hiesigen Magistrat bereits die nöthige Verfüg fordern aber auch die Magistrate gesammter übriger Städte, wo sich solche bei Dachrinnen befinden, hiedurch auf, unverzüglich die Anordnung zu treffen, daß der mit solchen Dachrinnen versehenen Häuser, bis zum 31. Juli d. J. die l Fronte der Häuser gleich, abschneiden und mit blechernen oder andern Abfal sehen lassen *xc.* (N. III. 236. — 1. 151.)

7) Vergl. auch die einzelnen Bau-Ordnungen und Bau-Polizei-B (Unten Abth. IV.)

¹⁾ In Betreff der Stadt Posen vergl. die Bau-Ordnung v. 30. Sept. 1 (N. XXI. 1096. — 4. 208.)

gen worden. Die Feuer-Ordn. v. 5. Juni 1748¹⁾ für die Dorfschaften des Fürstenthums Minden und der Grafschaften Ravensberg, Tecklenburg und Lingen verordnet im §. 2 die unverzügliche Anlegung steinerner Schornsteine, und die Feuer-Ordn. v. 24. Mai 1756²⁾ für das platte Land in Ost- und Hinter-Pommern bestimmt im §. 3, daß in jedem Hause, wo Feuer gehalten wird, ein guter, feuersicherer, zum Dache genugsam ausgehender Schornstein, oder in dessen Stelle ein Schwalbbogen von 3 Fuß tief über der Feuerstelle vorhanden sein solle. Die Feuer-Ordn. v. 3. Juli 1770³⁾ für die Stadt Königsberg disponirt in Tit. I. §. 3, daß die Schornsteine bis an das Dach gemauert sein, auch nicht gestattet sein soll, solche durch hölzerne Schornsteine auszuführen, und die Feuer-Ordn. de. eod. dat.⁴⁾ für das Königreich Preußen und die Provinz Litthauen ordnet in §§. 10 ff. an, daß hölzerne Schornsteine nicht weiter zu dulden, sondern solche massiv und vier Fuß über den Dachstuhl hinaus aufzuführen⁵⁾.

Das Regl. v. 18. Jan. 1772 für das platte Land des Herzogthums Magdeburg zur Verhütung der Feuerbrünste zc.⁶⁾ verordnet im §. 10, falls, daß binnen Jahresfrist alle noch vorhandenen hölzernen Schornsteine zu beschaffen, und die Feuer- und Brand-Ordnung v. 20. April 1773 für die Städte der Grafschaft Mark⁷⁾ bestimmt im Tit. I. §. 5, daß alle Schornsteine durchgehends gemauert und also 3 bis 4 Fuß aus dem Dache heraus zu sein, die aus Holz sind, gelitten werden sollen.

Außerdem sind über diesen Gegenstand aber auch besondere Bestimmungen ergangen.

1) B. v. 1. Okt. 1708 wegen Abschaffung der engen steinernen und hölzernen Schornsteine zc.

Wir Friederich zc. Nachdennmahlen Wir in reiffe Erwägung gezogen (daß, wie wir schon öfters, gegen die, einige Jahre her verspürte, vielfältige Feuerbrünste gemacht, und gute Verfahr- und Veranstaltungen) dennochselbige entweder nicht aller Orten nachgesehen und beobachtet worden, oder nicht hinlänglich gewesen, Unsere so viele durch Brandverwundene Unterthanen vor extremer Armuth zu bewahren: Und Wir dann befinden, daß die Feuerbrünste fast durchgehends und größestens Theils von der Einwohner elenden Hütten, Feuerstellen und dem Holz oder anderer leicht feuerfangenden Materien, zu nahe

¹⁾ N. C. C. Tom. I. S. 739. Nr. 16. von 1755, Rabe's Samml. Bd. I. S. 423.

²⁾ N. C. C. Tom. II. S. 89. Nr. 53. von 1756, Rabe's Samml. Bd. I. S. 479.

³⁾ N. C. C. Tom. IV. S. 7203. Nr. 47. von 1770, Rabe's Samml. Bd. I. S. 81.

⁴⁾ N. C. C. Tom. IV. S. 7285. Nr. 48. von 1770, Rabe's Samml. Bd. I. S. 146.

⁵⁾ In den folgenden §§. werden hlerzu Präklusiv-Fristen unter Strafabdrohung bestimmt und es wird den Polizei-Behörden aufgegeben, jährliche Designationen der noch vorhandenen hölzernen Rauchfänge an die Kriegs- und Domainen-Kammern einzusenden. Unter Bezugnahme hierauf hat die Reg. zu Danzig eine Publikanda erlassen, worin gerügt wird, daß jenen Vorschriften noch nicht genügend genügt worden, und wodurch die Polizei-Behörden veranlaßt worden, Gegenständen ihre fortgesetzte Sorgfalt zu widmen, und über die Resultate ihrer Bemühungen jährlich zum 1. Nov. spezielle Nachweisungen einzureichen.

Diese Publikanda:

a) v. 12. März 1819. (N. III. 205. — 1. 129.) nebst der dazu gehörigen Verordnung v. 6. Juni 1829 (N. III. 524. — 2. 150.)

b) v. 27. März 1821 (N. V. 166. — 1. 88.) und:

c) v. 25. März 1823 (N. VII. 127. — 1. 75.)

sind übrigens von keinem weiteren Interesse und daher nicht abgedruckt.

⁶⁾ N. C. C. Tom. V. S. 23. Nr. 4. do 1772, Rabe's Samml. Bd. I. S. 221.

⁷⁾ N. C. C. Tom. V. S. 87. Nr. 17. do 1773, Rabe's Samml. Bd. I. Abth. 2.

offen und Schmeldeöfen, mithin auch von vieler Unvorsichtigkeit durch Trocknung und Reinigung des Glases, Dröschung des Getraides, Fütterung des Viehes mit und ohne, der Fuhrleute ruchloses Tabackschmucken in Ställen und dergleichen führt: Wir dannenhero aus landes-väterlicher Sorgfalt bewogen worden, auf mehrfältig bedacht zu sein, wodurch dergleichen Unglücksfälle möglichst verhütet, und Unterthanen vor ferneren Verderb- und Ruin in Zelten bewahrt werden mögen; Als Unser ernstlicher Befehl hiermit an alle Magistrate, Richter, Beamte und Befehlshaber in Unserm Königreich, allen übrigen uns zustehenden Reichs- und Provinzialen und dergestalt: Daß jeder seines Orts, wie in Städten, also auf dem Lande, alsosort in Empfang dieser Verordnung, entweder selbst, oder durch sichere Deputirte, allerley Schornsteine, Feuermauern und Rauchfänge zc. besichtigen und examiniren und es dahin veranstellen sollen, daß die steinerne, enge, schadhafft und wandelstüchig Zeitverlust gewekert und gebessert, oder da es nöthig, gar abgenommen, und anstatt ganz neue aufgeführt, die hölzerne aber, in Zeit von einem Jahre abgebrochen und davor neue steinerne in rechter Weite, ohne Einschub und Verklebung einiger Steine gebaut, auch selbe an denen Orten, wo Kiehn, Fichten und dergleichen fett abbrandt wird, zum wenigsten alle vier Wochen gereinigt, zu dem Ende dann in jeder Stadt, Flecken und Amt, ein oder mehr Schornsteinfeger, nachdem solches die Einwohner Häuser erfordert, gesetzt, in denen gegenwärtigen schlechten Häusern vorinnen nie Schornsteine gewesen, noch selbe anzulegen sich schicket, die Feuerstelle umgehung der Steine mit einer Leimernwand nöthiger Höhe, umzogen, auch oberhalb dem Feuerherd die hangende Hürden oder Blähmen, welche einige zum Holzhaben, sammt denen Badöfen und Schmeldeöfen, welche nicht frei, umher räumsonder Gefahr stehen, weggerissen, und an sichere Orter versetzt, mit steinernen oder leimern Wänden an allen Enden wohl verwahrt, die Rauchfänge und zc. überall wohl und öfters gesäubert, ferner genugsame Geräthschaften, als Feuerzeufern, Eimer, Hand- und andere große Sprühen (sobiel es die Gelegenheit jeden Ortes will) angeschafft, und zu deren Verwahrung sichere Plätze angewiesen und Endlich auch (damit im Nothfall am Wasser kein Mangel sey) aller Orten nach Umstand der Zeit und Situation, von den Unterthanen genugsame Brunnen gemacht, dieselben immer möglich und nöthig, die umherliegende Quellen, Flüsse und Bäche zc. zu reinigen und Wiesen unbeschadet, herbey, in gewisse Gräben, Sümpfe oder Viehtränke, dieselben, aufgeräumt, auch in Bau und Besserung beständig unterhalten werden.

Welcher Magistrat, Richter, Beamte und Befehlshaber an hiesinn vorgeschriebenen Anordnungen säumig befunden wird, sol in ansehnliche Straffe gesetzt, und nachdem Schaden entstehen möchte, weiter ernstlich angesehen werden zc.

(C. C. M. Th. V. Abth. I. Kap. 2. S. 227. Nr. 19., Rabe's Samml. Bd. I. Abth. I. S. 290.)

) Renovirtes Ed. v. 1. Okt. 1708 wegen Abwendung der Feuergefahr, Jan. 1716¹⁾.

(C. C. M. Th. V. Abth. I. Kap. 2. S. 237. Nr. 27. Rabe's Samml. Bd. I. Abth. I. S. 423.)

) Ed. v. 21. Okt. 1777, wegen der Schornsteine.

Wir Friedrich zc. zc.

Thun kund zc., daß, da uns vorgetragen worden, daß die bisher auf dem platten vorgekommenen Brände, zum Theil höchst wahrscheinlich, von den hölzernen Schornsteinen entstanden, so haben Wir, zur Abwendung alles fernerhin zu besorgenden Unglücks, hiezu resolvirt, die in Unserer Kur- und Neumark, wie auch in Unserm Herzogthum Brandenburg annoch gewöhnliche Anlegung der hölzernen Schornsteine auf dem platten Lande, abzunehmen zu verbieten. Wir verordnen daher und setzen hiermit feste, daß

1. In allen Wohngebäuden auf dem platten Lande dieser drei Provinzen die Schornsteine durchgehends von Mauerarbeit angefertigt werden sollen, wobei denn Unser höchster Wille ist, daß diejenigen Unterthanen, welche wegen eines erbauten Wohnhauses eine Freisprechung verlangen, alleinal vorher durch glaubhafte Atteste der Beamten, oder Gerichtsobrigkeit, nachweisen sollen, daß sie das Haus mit einem massiven Schornstein gebaut, widrigenfalls ihnen keine Freisprechung angedeihen soll. Damit auch dieser Unserhöchsten Verordnung desto eher gebührend nachgelebet werde, so setzen Wir ferner, daß

2. derjenige Zimmermann, welcher sich untersteht, einen hölzernen Schornstein anzulegen, seines Meisterrechts verlustig und wenn ein sogenannter Knorrenbauer, oder

¹⁾ Das Ed. enthält eine fast wörtliche Wiederholung des vorigen.

ein Gefelle, ohne Vorwissen des Meisters, dergleichen durch gegenwärtiges Edikt verboten Arbeit zu machen, sich unterstehen möchte, dieselben mit vierwöchentlichem Arrest bestraft werden, der Eigenthümer aber gehalten sein soll, solchen hölzernen Schornstein sofort wieder herunter zu reißen, und an dessen Stelle einen massiven Schornstein aufzuführen lassen.

§. 3. Wir befehlen daher Unseren Krieger- und Domainenkammern, und den Steuer-räthen in besagten Provinzen, hiermit, darauf genau Acht zu haben, daß dieses Edikt pünktlich beobachtet werde, auch werden alle und jede Baubediente hierdurch angewiesen, keinen Anschlag mehr auf hölzerne Schornsteine zu fertigen, sondern solche jederzeit massiv einzurichten.

Urkundlich etc.

(N. C. C. Tom. VI. S. 924. Nr. 46 de 1777, Hake's Samml. Bd. I. Nr. 1. S. 258.)

Diese Vorschriften sind indeß nicht allgemein mit Strenge ausgeführt worden, sondern die Central- und Provinzialbehörden haben sich vielmehr mehr darauf beschränkt, die feuergefährlichsten Schornstein-Anlagen zu beseitigen, auch bei Ausführung der angeordneten Maßregeln auf den Vermögensstand der Bauenden und auf Konservation des Nahrungsstandes derselben die möglichste Rücksicht zu nehmen, angeordnet¹⁾).

1) R. des R. Min. des J. und der P. (v. Schudmann) v. 31. Aug. 1819 an die R. Reg. zu Frankfurt, und abschriftlich an das R. Ober-Präsid. zu Berlin zur Fortschaffung der hölzernen Schornsteine in den Städten.

Der R. Reg. wird aus der abschriftlichen Anlage zu erschen gegeben, was von dem R. Ober-Präsid. gegen Ihre Verf. v. 22. April d. J. wegen Fortschaffung der hölzernen Schornsteine in den Städten unterm 25. d. M. in Antrag gebracht worden ist²⁾.

Es leidet nun zwar kein Bedenken, daß diejenigen Schornsteine, welche wegen ihrer Mängel feuergefährlich sind, sie mögen übrigens von Holz oder gemauert sein, geschafft werden müssen. Dagegen ist die Nahrungslosigkeit der kleinen Städte des ganzen Departements dermalen so groß, daß außer dem Falle eines Neubaus oder einer Reparatur die Veränderung der hölzernen Schornsteine in der Regel nicht verlangt werden kann, besonders da die gesetzliche Verbindlichkeit hierzu, nach der der R. Reg. unterm 14. Mal. d. J. gemachten Eröffnung, keineswegs klar ist. Es kommt hinzu, daß in seltenen Fällen überhaupt von erfahrenen Technikern die Feuergefährlichkeit gut konstruierter Schornsteine bezweifelt worden ist, und auch über die Bauart der neuen

¹⁾ In einem abweichenden Sinne hat die R. Reg. zu Merseburg unterm 20. April 1819 nachstehendes Publ. erlassen:

»Ob schon die hölzernen Feueröfen durch ältere Gesetze längst verboten, diese Verbote auch neuerlich durch die V. v. 24. März 1817 Nr. 122. im 14. Bd. d. Bl. vom Jahr 1817 eingeschränkt worden sind; so ersehen wir doch aus mehreren Anzeigen, daß sich im hiesigen Reg. Bez. noch viele dergleichen ungelesene, zum Theil auch bloß hölzerne Feueröfen vorfinden. Die ganz unbefriedigende durch mehrere neuere Beispiele belegte Gefährlichkeit dieser Bauart erfordert jedoch durchaus keine weitere Nachsicht, und wir können daher nicht umhin, gegen der hölzernen und gelesenen Feueröfen bereits bestehenden Verordnungen mit unter der Verwarnung einzuschärfen, daß diejenigen Hauseigenthümer des Reg. Bez., welche zu Michaelis d. J. noch solche Feueröfen haben, in zwei Monaten die Pöhlzei-Strafe für jede verfallen sind etc.»

Vergl. auch das Publ. der R. Reg. zu Oppeln v. 28. Febr. 1818. (N. II. 1818. 86.) (Vergl. oben Kap. III. sub Litt. B., Nr. 1, S. 531. ff.).

²⁾ Die Reg. zu Frankfurt hatte durch eine im Amtsblatte publicirte V. v. 22. April 1821 angeordnet, daß alle hölzerne Schornsteine in den Städten, welche nicht zum 12. Sept. ej. a. in massiv umgeschaffen worden, einzuschlagen seien. Das Ober-Präsidium der Provinz Brandenburg machte die Reg. zu Frankfurt unterm 14. Mal 1822 darauf aufmerksam, daß diese Maßregel wenigstens in den ländlichen Theilen des Reg.-Bezirks durch kein Gesetz unterstützt werde. Da die Reg. von der Maßregel nicht abstecken wollte, so brachte das Ober-Präsidium den Gegenstand zur Erörterung bei dem R. Min. des J., worauf die R. V. v. 31. Aug. 1821 erging. (All. des R. Min. des J., betr. die in hupölyt. gegebenen Vorschriften etc., Bau-Pölyt.-Sachen; gen. Nr. 7. Vol. 1.)

Schornsteine, ob nämlich enge massige Schornsteine nachgelassen werden können, jetzt Verfügungen obwalten.

Die R. Reg. hat daher die Magistrate hiernach im Allgemeinen anzutweisen, und mit Aufsehung Ihrer Verf. v. 22. April d. J. annoch Anstand zu nehmen.

(N. V. 940.—4. 80.)

Dazu:

R. des R. Min. des J. und der P. (v. Schudmann) v. 13. Okt. 1821 an R. Reg. zu Frankfurt.

Theils um deswillen, weil es ganz an einem gesetzlichen Grunde fehlt, die Abschaffung in den Städten noch vorhandenen hölzernen Schornsteine, zumal innerhalb eines so kurzen Zeitraums, als die R. Reg. dazu in der mittl. Ber. v. 2. d. M. eingereichten ist, an die Landräthe Ihres Bez. v. 28. Juli d. J. festgesetzt hat, allgemein und ohne R. Rücksicht auf den Zustand derselben und auf die wirklich stattfindende Feuergefahr zu ordnen, theils weil der Zweck schon dadurch sich erreichen läßt, wenn bei der von Zeit zu Zeit vorzunehmenden Revision genau verfahren, und die Fortschaffung der schadhaften, besonders feuergefährlichen Rauchfänge dieser Art, da wo solche vorgefunden werden, anordnet wird, kann das Min. des J. nur bei der unterm 31. Aug. d. J. deshalb erlassenen Verf. stehen bleiben, auf den übrigen Antrag in dem vorliegenden Ber. aber nicht eingehen. (N. V. 941.—4. 81.)

2) R. des R. Min. des J. u. d. P. (v. Schudmann) v. 27. Okt. 1821 an R. Reg. zu Magdeburg.

Die Ansicht, welche die R. Reg. nach dem Inhalte des Ber. v. 5. d. M.¹⁾ wegen Abschaffung der in Ihrem Bez. annoch vorhandenen hölzernen Schornsteine dahin aufgestellt hat, dergleichen Anlagen, sofern dies noch nicht geschehen ist, möglichst feuersicher einzurichten, für die Folge aber gänzlich vermieden werden müssen, ist den Umständen ganz angemessen, und wird Ihr wegen der weiter zu nehmenden Rücksichten noch Abschrift einer R. Reg. zu Frankfurt a. d. O. unlängst über diesen Gegenstand erlassenen Verf.²⁾ hienach theilt, um darnach ebenfalls zu verfahren³⁾. (N. V. 942.—4. 82.)

Das hierauf erlassene Publik. der R. Reg. zu Magdeburg v. 28. Nov. lautet dahin:

Die bestehenden älteren Vorschriften und namentlich die Ed. v. 1. Okt. 1708 und 21. Okt. 1777⁴⁾, wonach hölzerne Schornsteine weder erbaut noch geduldet werden sollen, sind eine lange Zeit hindurch von den Orts-Pol.-Behörden unbeachtet geblieben und daher in mehreren Theilen unseres Reg. Bez. eine so große Menge hölzerner Schornsteine vorhanden, daß mit der vorgezeichneten Einnahme derselben nicht sofort verfahren werden kann. Er. Exc. der H. Min. des J. hat daher nachgelassen, daß zwar von der Ein-

Die Reg. zu Magdeburg hatte nämlich angezeigt, daß sie veranlaßt gefunden habe, der bestehenden älteren B. v. 1. Okt. 1708 und 21. Okt. 1777 in Erinnerung zu bringen, wonach hölzerne Schornsteine nicht zu dulden, sondern statt deren massige Rauchfänge anzulegen seien; es hätten sich jedoch in der Ausführung Schwierigkeiten gezeigt, da noch eine große Anzahl hölzerner Schornsteine vorhanden und die Eigenthümer solcher Gebäude größtentheils so arm seien, daß es ihnen unmöglich falle, die hölzernen Schornsteine durch massige zu ersetzen. Daher werde man sich darauf beschränken müssen, dahin zu sehen, daß die einmal vorhandenen Schornsteine möglichst feuersicher eingerichtet, neue aber nur massiv gebaut würden. (Alten des R. Min. des J., betr. die in baupol. Hinsicht gegebenen Vorschriften zc. Baupolizeisachen, gen. No. 7. Vol. 1.)

Bergl. die (vorstehenden) R. v. 31. Aug. und 13. Okt. 1821.

Das (nicht abgedruckte) R. des R. Min. des J. v. 10. Sept. 1822 verwies die R. Reg. zu Oppeln zwar ebenfalls auf die an die Reg. zu Frankfurt erlassene B. v. 31. Aug. 1821, jedoch mit dem Bemerken, daß diese Verf. nicht die Absicht habe, den polizeilichen Vorschriften zur Bewirkung feuersicherer Bauart Hindernisse entgegen zu stellen, und daß die darin enthaltene Beschränkung hauptsächlich dadurch begründet worden, daß für die von jener Reg. damals beabsichtigte Fortschaffung aller hölzernen Schornsteine in den Städten innerhalb eines nur 5monatlichen Zeitraums keine gesetzliche Verbindlichkeit vorhanden sei. Bei den dießfälligen Bestimmungen der Feuer-Vörschordnung für Schleien v. 10. Okt. 1776 sei es aber unbedenklich, hiernach auch fernerhin zu verfahren, wobei indeß die individuellen Verhältnisse zu beobachten seien und bei wirklichem Unvermögen einige Beihülfe aus Kommunalmitteln zu vermitteln sei. (Bergl. die allegirt. Alten.)

Bergl. oben S. 539. ff.

reißung der bereits vorhandenen, gut konstruirten und nicht feuergefährlichen hölzernen Schornsteine abstrahirt, dagegen aber dergleichen Anlagen, wenn sie feuergefährlich sofort feuersicher eingerichtet, und bei den Neubauten oder bei bedeutenden Reparaturen die Aufführung hölzerner Schornsteine nicht weiter gestattet werden soll.

Indem wir dieses den betr. Orts- und Pol.-Behörden und dem dabei interessirten Publikum zur Nachricht und Achtung hierdurch bekannt machen, bemerken wir, daß, wenn obigen Bestimmungen zuwider, dennoch ferner hölzerne Schornsteine aufgeführt werden, dieselben nicht nur sofort auf Kosten der Eigenthümer eingenommen, sondern von den Eigenthümern sowohl, als von den Werkmeistern, welche dergleichen Schornsteine gefertigt haben, eine Geldstrafe von wenigstens zwanzig Thalern eingezogen, und diese Strafe in Wiederholungsfällen und nach Befinden der Umstände verschärft, auch bei mangelhafter Insolvenz in angemessene Gefängnißstrafe verwandelt werden soll.

Werkmeistern, welche, wiederholter Bestrafung ungeachtet, hölzerne Schornsteine auführen, wird der Betrieb ihres Gewerbes untersagt werden.

(N. V. 943. — 4. 83.)

3) R. des R. Min. des J. (Köhler) v. 10. Nov. 1826 an den Mag. zu Jastrow. Wegschaffung der geklebten Schornsteine.

Dem Mag. zu Jastrow wird zu erkennen gegeben, daß Derselbe, als untergeordnete Pol.-Behörde, Sich der Anfertigung und Einreichung des von dem landrätthlichen Erfordernisse von den dort noch vorhandenen hölzernen und geklebten Schornsteinen nicht entziehen kann. Es bleibt dem Mag. dabei unbenommen, die individuellen Umstände, sowohl der gegenwärtigen Besitzer der betreffenden Gebäude, als auch die diesen letzteren eintretenden besonderen Verhältnisse Behufs der Berücksichtigung bei weiteren Verf. bemerkt zu machen.

Was die successvolle Fortschaffung dieser in der That feuergefährlichen Gegenstände betrifft: so ist solche in den Vorschriften der Feuer-Ordn. v. 3. Juli 1770 Tit. 1. §. 1. wie des westpreuß. Feuer-Soc.-Regl. v. 14. Dec. 1785 begründet, auch wohl zu entnehmen, daß der Mag. Sich von der Nützlichkeit dieser Maßregel überzeugen, und auf die Ausführung derselben nach allen Kräften hinarbeiten werde. Damit jedoch die Maßregel den Einzelnen nicht drückend falle, hat die R. Reg. bereits unterm 5. Juni die Anordnung erhalten, solche zunächst auf diejenigen hölzernen Schornsteine zu betreffen, die sich als besonders feuergefährlich darstellen, oder die neu zu erbauen sind. Und von der Reg. gegenwärtig angezeigt worden ist, daß das landrätthliche Amt zu Königsberg Anweisung erhalten habe, auch dort hiernach zu verfahren und schonende Maaßnahmen nach den obwaltenden Verhältnissen eintreten zu lassen: so erscheint die gefürchtete Beschwerde erledigt. (N. X. 1132. — 4. 137.)

4) R. des R. Min. des J. u. d. B. (Köhler) v. 12. Okt. 1832 an den Mag. zu Marienwerder. Desselb. Inhalts.

In Bescheidung auf den Ber. v. 18. v. M., über die Vorstellung mehrerer Eigenthümer in N., wegen des ihnen aufgegebenen Massbaues ihrer geklebten Schornsteine wird der R. Reg. bemerkt gemacht, daß, da in Ansehung schon vorhandener Bausachen immer anzunehmen ist, daß solche entweder mit früherer ausdrücklicher oder mit stillschweigender Genehmigung der Pol.-Behörde errichtet worden sind, namentlich auch die Fortschaffung der vorhandenen geklebten Schornsteine immer nur allmählig bei Neubauten eintretenden Reparaturen bewirkt werden kann.

Dieser Ansicht gemäß, hat die R. Reg. zu den Polizei-Behörden eine vorläufige Aufmerksamkeit auf die polizeiwidrigen Bauanlagen zur besondern Pflicht zu machen, mit diesen nicht allein jede sich darbietende passende Gelegenheit zur Fortschaffung der Uebelstände gehörig benutzen, sondern auch neue Anlagen dieser Art unter Umständen gestatten, es sei denn, daß die R. Reg., was in einzelnen Fällen nach den individuellen Verhältnissen der Bauenden und nach der Vertheilung derselben zu erscheinen kann, solche zu genehmigen sich veranlaßt finden möchte.

(N. XVI. 1021. — 4. 111.)

5) R. des R. Min. des J., Abth. II. (v. Manteuffel) v. 16. Juli 1832 an die R. Reg. zu Merseburg. Ausführung von sogenannten Lehmzopf- und Schlacken-Essen.

Auf den andernweiten Ber., die Zulässigkeit der aus dem Lehm und Strohkörnern gefertigten sogenannten Lehmzopf-Essen betr. v. 27. Mai d. J. erhält die R. Reg. antw. in dem die auf diesen Gegenstand sich beziehende gutachtliche Äußerung der R. Ober-Bau-Com. v. 20. Mai d. J., (Antw. a.) um daraus näher zu ersehen, daß hiernach die Lehmzopf-Essen hinsichtlich der Feuersicherheit den Schornsteinen aus Lehmziegeln nicht gleich zu setzen sind und nur in einzelnen dazu geeigneten Fällen, besonders bei isolirt stehenden ländlichen Gebäuden, zuzulassen sind.

Entscheiden hat die R. Reg. bei den nunmehr, sowohl in Ansehung der Lehm- als auch der darin ebenfalls gedachten sogenannten Schlacken-Essen zu treffen-ingen zum Grunde zu legen.

Anlage a.

R. u. Min. d. J. reichen wir den mittelst verehrlichen Marginal-Dekretes v. vorgelegten Ber. der R. Reg. zu Merseburg v. 21. März c. nebst Anlagen, u. der sogenannten Lehmzopf-Essen, gehorsamst zurück.

bekannt, daß brennbare Stoffe, mit Lehm in gehöriger Dicke umhüllt, nicht in den, sondern nur verlohrt werden. Hieraus lassen die Ergebnisse der mit den Lehmzopf-Essen vorgenommenen, im vorliegenden Promemoria v. 30. Sept. ebenen Versuche sich erklären.

Es ist nicht zu verkennen ist, daß diese aus einem stark in Lehm getränkten Stroh-ende einfache Bauart, in einzelnen dazu geeigneten Fällen, besonders bei den, niedrigen ländlichen Gebäuden, wohl anwendbar erscheint, können wir zu Allgemeinen doch nicht rathen, weil ihre Feuerlichkeit allein von recht sorg-erhaltung und sofortiger Wiederherstellung entstehender Schabhaftigkeiten ab-angewiß bleibt, ob dabei nicht Vernachlässigungen, ja selbst bei der Ausführung-angen werden, welche Veranlassung zu Regaraturen geben, worüber eine-merig, oft gar nicht mehr geführt werden kann.

Es ergibt sich, daß die sogenannten Lehmzopf-Essen den aus Lehmziegeln-ichröhren keineswegs gleichzustellen und diese jenen unbedingt vorzuziehen- einem R. u. Ministerio wir gehorsamst anheimstellen, die im Regierungsbe-rg zur Anwendung kommende Dorf-Feuer-Ordn. v. 18. Febr. 1775 ferner-affen, besonders da anzunehmen ist, Jeder werde die zu einer Rauchröhre-ustziegel selbst anfertigen können, hierzu also kein größerer Kosten-Aufwand-,tung des Strohgeflechtes, zu den Lehmzopf-Essen erforderlich sein, der Bau-ren selbst aber in den beiden Fällen im Kostenpunkte ziemlich sich gleich blei- für die Sache noch der Vortheil entsteht, daß Rauchröhren von Lustziegeln-ssicht und Kontrolle geprüfter Maurermeister aufgeführt werden dürfen, welche-ichere Anlage verantwortlich bleiben.

Dem erwähnten Promemoria noch zur Sprache gebrachten sogenannten-ssen, bestehend aus Kupferschlacken in Gyps vermauert, sind bei sorgfältiger-unter Aufsicht und Kontrolle eines Sachverständigen als feuersichere Anla-hten, besonders wenn die dem Feuer zunächst liegenden Theile der Rauch- i Gyps, in Lehmörtel aufgeführt werden.

, den 20. Mai 1848.

R. Ober-Bau-Deputation.

(Unterschriften.)

An

Ministerium des Innern.

L. Bl. d. I. B. 1848. S. 138. Nr. 221.)

Verbot der Luststeine bei Schornsteinbauten.

des R. Min. des J. u. d. B. (v. Rochow) v. 9. Juni 1838, an die Merseburg.

von der R. Reg. nach dem Ber. v. 3. v. M. beabsichtigten besonderen Anord-n Nachtheilen der Benutzung der Luststeine zu Schornsteinbauten vorzubeu-ß nicht zu bedürfen, da ohnehin zu jeder Feuerungsanlage und Verlegung eine-polizeiliche Erlaubniß erforderlich ist, und in diese das für nothwendig erach-Verbot der Anwendung von Luststeinen, allenfalls mit einer Strafan drohung-der Uebertretung, aufgenommen werden kann, in sofern die R. Reg. es nicht-von Ihr vorgeschlagenen Strafen für Bauten der gedachten Art ohne poli-bniß und für Abweichungen bei denselben von dem ertheilten Bauerlaubniß-alle Male, durch eine gehörig zu publicirende, auf den S. 69 ff. Tit. 8. Thl. I.-zu gründende Bekanntmachung anzudrohen u.

XII. 464. — 2. 149.)

e Bekanntmachung der R. Reg. zu Minden v. 7. Aug. 1830, ent- i bedingtes Verbot des Gebrauches der Luststeine zu Schornstein-

o Fälle vorgekommen, daß bloß von Luststeinen oder ungebrannten Ziegeln-Schornsteine, in Folge statt gehabten starken Frostes eingestürzt, und andere-erworden sind, daß, um Gefahr zu vermeiden, solche haben abgenommen wer-auch hat die Erfahrung gelehrt, daß solche von Luststeinen aufgeführte-durch das Fegen und Abtragen des Kusses nach und nach so an der Stärke

der Bauen geschwächt worden, daß dieselben nicht allein hierdurch Feuerunfällen, sondern auch wegen ihrer Schadhafteit haben abgebrochen werden müssen.

Wir machen daher die Einwohner unserer Verwaltungs-Bezirks auf die obige Bauart aufmerksam, und raten ihnen, es vorzuziehen, bei Neubauten kleine von gebrannten Ziegeln aufzuführen zu lassen, bestimmen aber zugleich, daß auch von Luftziegeln anzulegende Schornsteine, in soweit solche über das Dach gehen, von gebrannten Ziegeln aufgeführt werden müssen.

Die sämtlichen G. Landräthe und Orts-Polizei-Behörden werden angeordnet, die Befolgung dieser Vorschrift zu halten, und im Falle sich Kontraventions-Verstöße sollten, sofort zu veranlassen, daß die von Luftziegeln angetragenen Schornsteine oberhalb des Daches nicht mit gebrannten Ziegeln aufgeführt worden, in soweit wieder abgebrochen, und von gebrannten Ziegeln aufgeführt werden.

Derjenige Bau-Unternehmer, welcher dieser V. entgegenhandelt, ist in eine Strafe von 1 Thlr., der Maurermeister aber, der einen solchen Schornstein aufzuführen, ist in eine Polizeistrafe von 2 Thlr. zu nehmen. (A. XIV. 643. — S. 100.)

III. Vorschriften über Anlegung enger Schornsteine

1) Die R. D. v. 4. Okt. 1821 hatte bestimmt:

In Gemäßheit der für Berlin bestehenden Feuerordnungen ist zwar die Schornsteinröhren bisher auf 15 bis 18 Zoll bestimmt worden. Ich finde aber gemeinschaftlichen Ber. v. 15. v. M. kein Bedenken dabei, daß auch engere Röhren von russischer Art, bis zu 6 Zoll im Durchmesser, unter Beobachtung derjenigen und polizeilichen Vorsichtsmaßregeln, welche Sie für die Erbauung und Reibung derselben festsetzen und den Ortspolizei-Behörden publiciren lassen werden, angeordnet werden dürfen. Hiernach haben Sie das Weitere zu veranlassen.

(G. S. 1822. S. 42.)

2) Die hiernach angeordnete Beschränkung bezüglich des Maßes der russischen Rauchröhren ist indeß aufgehoben worden (nachstehenden) Allerh. Erl. v. 12. April 1853, betr. die Aufhebung der Bestimmungen über das engste Maß der russischen Rauchröhren.

Auf Ihren Ber. v. 3. April d. J. will Ich die in der Order v. 4. Okt. 1822. S. 42.) enthaltene Bestimmung, wodurch die engeren Rauchröhren nach russischer Art auf ein Maß bis zu 6 Zoll im Durchmesser beschränkt sind, aufheben und lassen, unter Aufhebung der auf Grund jener Bestimmung ergangenen Instruktionen und Reglemente wegen der in Bezug auf dergleichen Röhren zu erlassenden Anordnungen und Anweisung zu versehen.

Dieser Erlaß ist durch die G. S. zur öffentl. Kenntniß zu bringen.

Charlottenburg, d. 12. April 1853.

Friedrich Wilhelm
v. d. Heydt. v. B.

An
den Min. für G., O. und öffentl. A. und
den Min. des J.

(G. S. 1853. S. 753. Nr. 3840.)

Mit Bezug hierauf ist ergangen:

A. der R. Min. für G., O. u. öffentl. A. (v. d. Heydt) n. des J. (Phalen) v. 10. Sept. 1853 an die R. Reg. zu N. und zur Nachricht an die übrige R. Reg. und das Pol. Präsid. in Berlin.

Auf den Ber. v. 25. Jull c. eröffnen wir der R. Reg., daß es nicht angemessen hat, die Instr. v. 14. Jan. 1822, wegen der Anlage enger, nicht russischer Schornsteine, welche auf Grund der Allerh. Order v. 4. Okt. 1821 in der G. S. enthalten waren, nach Aufhebung der in jener Order enthaltenen Bestimmung theilweise eine allgemeine Verordnung aufrecht zu erhalten. Die diesfälligen, der gesetzlich entbehrenden Vorschriften gehören zu denjenigen, deren Erlaß nach der B. v. 1850 den Orts-Polizei-Behörden und Reglementen zusteht. Falls Dieselbe es für gut erachtet, daß die in der Instr. v. 14. Jan. 1822 außer den, die Röhren betreffenden Bestimmungen sonst noch enthaltenen Vorschriften über Konstruktion der Schornsteine sofort außer Anwendung treten, weil sich nicht mit bemessen lasse, ob dadurch nicht eine Lücke in den dortigen baupolizeilichen Vorschriften entstehen möchte, so bleibt es ihr überlassen, beim Erscheinen der zu erwartenden Anweisung in der G. S. durch eine im Amtsbl. zu erlassende Verordnung, auszusprechen, jene Vorschriften — welche muthmaßlich auch im Amtsbl. des dortigen Reg.-Bez.

erst bekannt gemacht sein werden, und worauf alsdann zunächst zu verweisen — so weit sie sich nicht auf die Weite der Schornsteinröhren beziehen, der ihr a Beirath gemäß, bis auf Weiteres noch als maßgebend in Kraft erhalten (Min. Bl. d. i. B. 1853. S. 195. Nr. 168.)

Hiernach ist die (nachstehende) auf Grund der R. D. v. 4. Okt. 1821 : Instr. v. 14. Jan. 1822 auch gegenwärtig noch von praktischem

1).
 b) dem des Königs Maj. durch die R. D. v. 4. Okt. v. J. die Anlage enger, vom nseger nicht zu befahrender Schornsteinröhren, für welche in den Berlinischen a andern Feuerordnungen eine gewisse Weite bestimmt worden ist, zu gestatten en; so wird in Gemäßheit der gedachten Allerh. R. D. hierdurch festgesetzt, daß und bei der Benutzung solcher Röhren zur Erhaltung der baulichen Festig- ruerstlichkeit folgende Regeln befolgt werden müssen.

Weite der Röhren.

. Die geringste zulässige Weite der Röhren im Lichten ist bei einer kreisförm- urchschnittsfläche sechs Zoll im Durchmesser.

ch eine Röhre von dieser Weite kann nur der Rauch aus drei in Einem ober en Stodwerken befindlichen, gewöhnlichen Stubenöfen abgeführt werden. lso mehrere Ofenröhren in die Schornsteinröhre aus, so ist die Durchschnitts- ältnißmäßig zu vergrößern.

Feuerungen anderer Art, als Heerd- und Kesselfeuerungen, Brauereien, Brannt- ereien zc. für welche, der großen Mannigfaltigkeit wegen, keine allgemeine Re- eht werden können, ist bei Ertheilung der polizeilichen Erlaubniß zum Bau die Quer-Durchschnittsfläche nach dem Gutachten des betreffenden Distrikts- oder beamten zu bestimmen, und dabei auf die Größe der Feuerung und die Voll- it der Anlage hinsichtlich der Abführung des Rauches Rücksicht zu nehmen.

Form des Quer-Durchschnitts.

. Außer der Kreisfläche kann auch jedes regelmäßige Vieleck, imgl. jedes llige Vieleck, dessen kleinere Seiten aber wenigstens 6 Zoll messen, zur Form urchschnitts gewählt werden. Der gewählte Querschnitt ist jedoch für die ganze Röhre genau beizubehalten und überall senkrecht auf die Richtungslinie der nehmen.

Stärke der Schornsteinwangen und Zungen.

. Die Wangen der Schornsteinröhren und die Zungen zwischen denselben gewöhnlichen Stuben- und Heerdfeuern, wenigstens einen halben Stein stark erden und alles Holzwerk von denselben drei Zoll entfernt bleiben. Wo aber altender oder starker Feuerung eine bedeutende Erhitzung der Röhren zu erwart- d die Wangen nach Maßgabe der Umstände von einem bis auf zwei und einem ein zu verstärken.

Schleifen und Aufstatten der Röhren.

. Wenn die Röhren nicht lothrecht aufgeführt, sondern gezogen oder geschleift len; so darf dieß Schleifen nur statt finden, entweder in einer Mauer von Stärke oder auf einem massiven Bogen oder massiven Wangen.

Richtung der geschleiften Röhre muß aber mit der Horizontallinie einen Winkel gstens 45 Graden bilden, und die Ecken, welche aus veränderter Richtung entstehen, innerhalb in einem Bogen von mindestens 3 Fuß Halbmesser t werden. Auch kann die Schleifung in einem nach unten gekehrten Bogen der von den damit in Verbindung stehenden geraden Richtungslinien tangirt wird.

h Schleifen der Röhren unter einem kleinern Winkel als 45 Grad kann nur inällen mit Genehmigung der betr. Reg. gestattet werden.

e Aufstatten der Röhren auf Holzwerk darf nicht statt finden.

Stärke der Wangen freistehender Röhren.

i. Wenn Röhren durch den Dachraum oder durch hohe Stodwerke außer Ver-

gegen sind folgende, lediglich das Maß der Weite der Russischen Schorn- röhren betr., Erlasse für völlig antiquirt zu erachten:

1. Bekanntmachung des R. Min. des J. u. d. B. v. 17. Mai 1830 (G. S. 1830. S. 64. u. N. XIV. 428.);

2. G. R. desselb. Min. v. 17. Mai 1830 (N. XIV. 428. — 2. 116.)

3. Bau-Polizei. 2. Aufl.

bindung mit Mauern, also freistehend aufgeführt werden, ist auf gehörige
 acht zu nehmen und bei den befalligen Bestimmungen in jedem ein-
 zeln die Tüchtigkeit der zu verwendenden Materialien und die Genauigkeit der Arbeit
 Verhältnissen zu berücksichtigen.

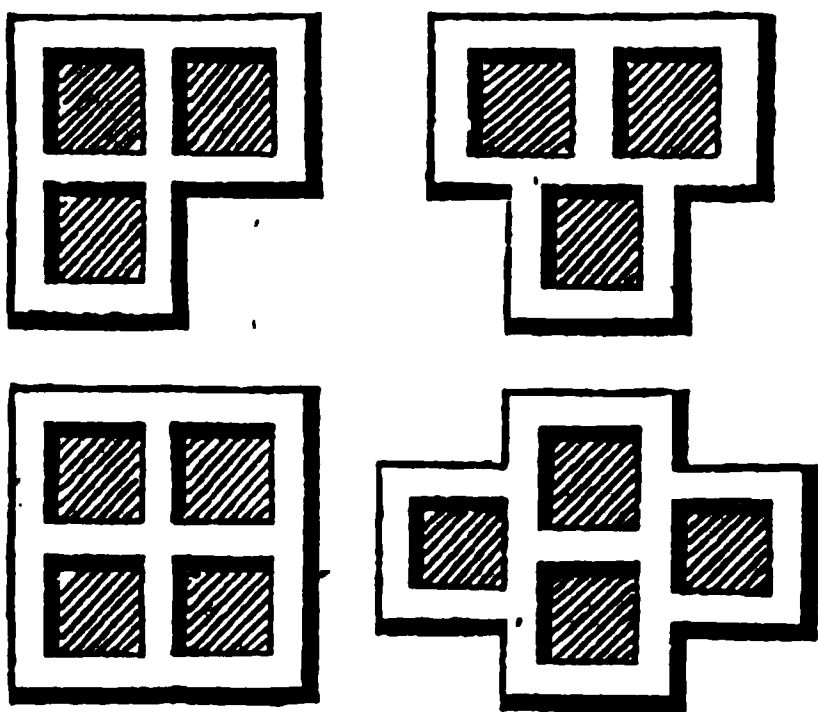
Als Regel ist anzunehmen, daß

- a) einzelne Röhren, welche mit Einschluß der Wangen nicht über 2 Fuß
 messen, oder wenn sie ein Biered bilden, nicht über 2 Fuß breit
 12 Fuß hoch;
- b) zwei oder mehrere, mit einander verbundene Röhren, welche in ein
 und einen Röhrenkasten von dieser oder geringerer Breite bilden
 16 Fuß hoch,

frei aufgeführt, bei größerer Höhe aber mit Pfeilern zu gehörig
 versehen, und diese Pfeiler an den langen Seiten der Röhren-
 kasten angebracht werden müssen, in sofern der Querschnitt der
 Röhrenkasten von dem Kreise oder Quadrate abweicht,

wogegen es

- c) bei Auführung von Röhrenkasten nach den nebenstehenden Figuren in



vorkommenden Fällen
 durch Pfeiler bedar-
 f, entweder einzeln oder in
 gend, mehr als 4 Fuß
 Dachfläche aufgeführt
 einen Stein starke Wangen
 tüchtig geantert werden.
 Anfertigung ist jedenfalls
 Höhe mehr als 8 Fuß
 Bei diesen Regeln, welche
 näheren Bestimmungen
 überall gute Materialien
 Arbeit vorausgesetzt.

Reinigung der
 §. 6. Die Reinigung der
 staubartigen Ruß, der sich
 kann, geschieht mittelst
 Form des Querschnitts

Diese Bürsten werden an einem Seile auf- und niedergezogen, nach
 mit Hilfe eines Gewichtes (am besten in Gestalt einer Kugel) herunter
 Der hiernach erforderliche Reinigungs-Apparat muß in jedem Hause, wo
 engen Röhren versehen ist, gehalten, und die Reinigung so oft bewirkt we-
 Rücksicht auf die Anzahl und Größe der Feuerungen nöthig ist. Bei jeder
 die Röhre an den äußeren Seiten genau zu besichtigen, damit eine Entfä-
 tigkeit nicht lange unbemerkt bleibe.

Seitenöffnungen Behufs der Reinigung.

§. 7. Jede Röhre ist unten, wo sie anfängt, und über dem ober-
 imgleichen bei mehr als zweimal veränderter Richtung auch in der Mitte, eine
 nigung, mit einer Seitenöffnung von der erforderlichen Größe zu versehen.
 nungen sind mit eisernen, in Falze schlagenden Thüren genau zu verschließen.
 Münden mehrere enge Röhren in der Höhe des obersten Dachboder-
 teren Auslaß aus; so erhält nur der letztere eine Thür.

Alle diese Thüren dürfen jedoch weder unter einer hölzernen Treppe
 Nähe von anderem Holzwerk angebracht werden, sondern müssen wenigst
 letzterem entfernt bleiben, auch ein Worpflaster auf dem zunächst daran
 Boden erhalten, welches 2 Fuß breit ist, und in der Länge auf jeder Seite
 die Thürbreite hinausgehen.

Modifikationen der vorstehenden Vorschriften, je nachdem die Erfaf-
 hand geben dürfte, bleiben vorbehalten; vorläufig aber sind dieselben bei
 und Abänderungen von den Maurermeistern bei Vermeidung der auf fene-
 lagen gesetzlich bestimmten Strafe ganz genau zu befolgen. (G. S. 1822.

Dazu:

- a) C. R. der R. Min. für H. u. G. (v. Bülow), so wie des
 mann) v. 10. Dec. 1822, an sämmtl. R. Reg. Anwendbarkeit
 ten über polizeiliche Aufsicht auf Schornsteine, überhaupt a
 Schornsteine.

Durch die in dem 3. St. der diesjährigen G. S. enthaltene Allerh. R. D. v. 4. Okt. 1. und die Instr. v. 14. Jan. v. J. ist die Ausführung enger Schornsteinröhren nach-
 hen worden.

Die R. Reg. wird in Verfolg dessen hierdurch erinnert, daß alles, was wegen poli-
 zer Aufsicht auf die Schornsteine überhaupt vorgeschrieben ist, auch bei den engen
 röhren beobachtet werden muß. (N. VI. 1019. — 4. 76.)

b) E. R. der R. Min. des J. (v. Bülow) und des J. (v. Schudmann)
 7. Nov. 1824, an sammtl. R. Reg. Zulässigkeit enger Schornsteinröhren
 Stroh-, Rohr- und Schindeldächern¹).

Da die Instr. zur Anlegung enger Schornsteinröhren v. 14. Jan. 1822 sich nur
 Gebäude, die mit Ziegeln oder Schiefer gedeckt sind, beziehet, und die Frage entstan-
 d: ob und unter welchen Bedingungen dergl. enge Schornsteinröhren, auch bei
 h-, Rohr- und Schindeldächern anwendbar und zulässig sind? so wird nachträglich
 noch festgestellt, daß diese Röhren auch bei Dächern der letzt erwähnten Art nach den
 beschriebenen Dimensionen angebracht werden können, wenn die im §. 7. der Instr.
 den obersten Dachboden angeordnete Seitenöffnung im Schornsteine wegbleibet,
 man darauf hält, daß die vorgeschriebene Reinigung nur von der Forst ab vdn außer-
 wehrt werde. (N. VIII. 1176. — 4. 132.)

c) R. des R. Min. des J. (Röhler) v. 15. Juni 1826, an das R.
 Präs. in Berlin. Anwendbarkeit der russischen Schornsteinröhren bei
 Ofen.

Dem R. Pol. Präs. wird in Bescheidung auf die Anfrage im Ber. v. 10. April
 die Konstruktion der russischen Schornsteinröhren betr., daß in der Sache abgegebene
 ten der R. Ober-Bau-Dep. v. 18. v. M. (Anl. a.) anl. in Abschrift zur Achtung
 folgt.

Anl. a.

Die von Einem R. Min. des J. und der P. unterm 26. v. M. zur Begutachtung
 gefertigte Anfrage des hiesigen Polizei-Präs., ob der Rauch aus einem Kochofen
 wohl wie aus einem Stubenofen in eine enge Schornsteinröhre geleitet werden
 oder ob für jenen so wie für eine Heerd-Feuerung eine weite Röhre erforderlich sei,
 wir anbei gehorsamst zurück.

Der Umstand, welchen das Polizei-Präs. erwähnt, daß in einem Kochofen mitun-
 genstände bereitet werden, die sich leicht entzünden, als Fett u. dergl., ist allerdings
 bringend; indessen dürfte es eine lästige Beschränkung sein, die Ausführung des
 aus Kochöfen durch enge Röhren ganz zu untersagen, indem dadurch die Ver-
 ung eines gewöhnlichen Stubenofens in einen Kochofen unzulässig gemacht werden

Wir sind der Meinung, daß bei Ermittlung der erforderlichen Weite der Schorn-
 steine, ein Kochofen gleich zwei gewöhnlichen Heizöfen zu rechnen sei, jedoch mit Aus-
 derjenigen Fälle, in welchen bereits bei Anlage der Schornsteine die Absicht, Koch-
 zu sehen, ausgesprochen und ohne Rücksicht auf die Bestimmung derselben die Weite
 röhren nach Maßgabe des Reglements bestimmt worden ist.

In diesen Fällen würde es hart sein, auf Abänderung zu dringen. Sollte auch
 eil entstehen, so wird man erwägen müssen, daß bei Einführung neuer Einrich-
 in solcher nicht immer ganz zu vermeiden ist.

Berlin, den 18. Mai 1826.

R. Ober-Bau-Deput.

An

R. Min. des J. und der P.
 (N. X. 417. — 2. 93.)

d) In Betreff der Reinigung der engen Schornsteinröhren (Instr. §. 6.)
 ergangen:

a) R. des R. Min. des J. u. d. P. (Röhler) v. 15. Febr. 1834 an die
 Reg. zu Merseburg.

Auf die Anfrage v. 22. Nov. v. J., wegen der Reinigung der engen (russischen)
 steinröhren, wird der R. Reg. eröffnet, daß nach dem deshalb erforderlichen Gut-

Dies E. R. ist von der R. Reg. zu Liegnitz mittelst Publik. v. 20. Dec. 1824
 publizirt. (Heinze's Baupolizei, S. 222.)

achten der Ober-Bau-Deputation die einfachste und zweckmäßigste, auch im Auklen üblichste Art der Vereinigung der engen, durch Menschen nicht zu besteigenden Schornsteinröhren, die durch Bürsten, und zwar durch Drahtbürsten ist, daß man sich der letzteren auch zur Fortschaffung des Glanzrußes mit Vortheil wird bedienen können, daß die Reinigung mit denselben bei solchen Röhren, wo das Ansehen des Glanzrußes besorgen ist, häufiger, als es unter andern Umständen zu geschehen pflegt, bewirkt werden muß.

Dieser Fall soll jedoch nach der Aeußerung der gedachten technischen Behörde hauptsächlich nur dann eintreten, wenn die Weite der Schornsteinröhre nicht der Feuerung gemessen ist, indem häufig übersehen wird, daß, je weiter der Schornstein im Verhältniß zur Feuerung ist, um so mehr der Zug der zum vollkommenen Verbrennen des Brennstoffes erforderlichen atmosphärischen Luft sich vermindert, und desto leichter unbrannte ölichte Theile mit den Rauchsäulen in die Höhe steigen.

(N. XVIII. 225. — 1. 126.)

β) R. des R. Min. des I. u. d. P. (v. Rochow) v. 16. Juni 1835 den Mag. zu Delitzsch.

Das Min. des I. u. d. P. muß, wie dem Mag. auf die Eingabe v. 4. d. M. Betreff der Reinigung der engen, von einem Schornsteinfeger nicht zu befahrenden Schornsteinröhren, eröffnet wird, die dieserhalb von der Reg. am 19. v. M. ertheilte Bescheid für ganz auskömmlich halten.

Wenn auf genaue Befolgung der Vorschriften der Instr. v. 14. Jan. 1822 in Anlage solcher engen Schornsteinröhren, und außerdem darauf gehalten wird, die erforderliche Reinigung derselben durch Kreuzbesen und Krabbürsten gehörig statt so ist im Allgemeinen nicht zu befürchten, daß in den russischen Röhren der Glanz größerer Menge sich ansehe, als in den gewöhnlichen 15 bis 18 Zoll weiten Schornsteinen. Die gehörige Reinigung aber bestimmt sich verschiedenartig, nach dem Gebrauch der Feuerungen, und nach der Beschaffenheit des üblichen Brennmaterials. Wie oft geschehen müsse, läßt sich daher im Allgemeinen gar nicht festsetzen, sondern es bleibt die Pflicht der Polizeibehörde, in dieser Beziehung aufmerksam zu sein, und durch Anordnungen für die einzelnen Fälle, wie sie nach den Umständen nöthig werden, für die Verhütung von Gefahr soviel als möglich zu sorgen. (N. XIX. 473. — 2. 115.)

γ) R. des R. Min. des I. u. d. P. (Köhler) v. 24. Dec. 1835 an die R. Reg. zu Breslau.

Der von der R. Reg. am 25. Okt. d. J. an die R. Verm. für H. Fabr. Bauwesen, in Betreff der Reinigung der von Menschen nicht zu besteigenden Schornsteinröhren, erstattete Bericht ist zur ressortmäßigen Verfügung an das I. u. d. P. abgegeben worden.

Nach vernommener Aeußerung der R. Ober-Bau-Dep. wird der R. Reg. erwidert, daß eine bestimmte Beantwortung der Frage:

In welcher Zeit die Reinigung der engen Schornsteinröhren immer wieder werden müsse? um das Ansehen von Glanzruß zu verhüten, nicht sowohl für sehr schwierig, wie die R. Reg. annimmt, sondern vielmehr bei der endlichen Verschiedenheit des Gebrauchs der Feuerungen, des Brennmaterials, der Weite und sonstigen Beschaffenheit der Röhren, für unmöglich gehalten werden muß.

Da nun hiernach eine allgemeine Feststellung füglich nicht erfolgen kann, so bleibt der R. Reg. überlassen bleiben, nach Beschaffenheit der Umstände und der Verhältnisse den Grund der gemachten Erfahrungen, Belehrungen über diesen Gegenstand dem Amtsb. zur Kenntniß der Betheiligten zu bringen. (N. XIX. 1086. — 4. 134.)

δ) C. R. des R. Min. des I. (Gr. v. Arnim) v. 30. Juni 1841 an sämmtl. R. Reg. und an das R. Polizei-Präsidium in Berlin.

Da die bisher bei dem Reinigen der engen nicht besteigbaren Schornsteinröhren angewandten Mittel dem beabsichtigten Zwecke in sofern nicht entsprochen haben, als etwa vorhandenen Glanzruß fortzuschaffen nicht genügen, so ist an vielen Orten zur Beseitigung dieses Uebelstandes das Ausbrennen solcher Schornsteinröhren unter Beobachtung gewisser Vorsichtsmaßregeln in Gebrauch gekommen. Die von verschiedenen Orten nachgesuchte ausdrückliche Genehmigung dieses Reinigungsmittels hat bisher wegen Mangel hinreichender Erfahrungen nicht ertheilt werden können. Nachdem indeß auch die R. Ober-Bau-Dep. das Ausbrennen der nicht besteigbaren Schornsteinröhren unter gewissen Bedingungen und bei Anwendung gehöriger Vorsicht für unbedenklich und zulässig erachtet hat, so nehme ich nicht ferner Anstand, dieses Verfahren unter Beobachtung der nachfolgenden Bestimmungen zu gestatten.

1) Der auszubrennende Schornstein muß der Instr. v. 14. Jan. 1822 (S. 6. 6.) gemäß ausgeführt, und darf nicht schadhast, insbesondere nicht ausgefaltet sein.

le R. Ober-Bau-Dep. bemerkt in dieser Hinsicht, daß jede andere, als die in Folge botwidrigen Auffaltens entstehende Schadhastigkeit sich stets auf größere Höhe, als durchschnittenen Balkendecke, ausdehnt, und daher bemerkbar ist.

Das Ausbrennen darf nur stattfinden, wenn das Gebäude, zu welchem der auszu-rennende Schornstein gehört, sowie die benachbarten Gebäude nicht mit einer Be-zichung von Stroh, Rohr oder Holz versehen sind.

Daselbe muß in den Vormittagsstunden bei stiller Luft, und soweit dies thunlich, in eiten vorgenommen werden, wo die Dächer naß oder mit Schnee bedeckt sind, ist er bei strengem Froste, anhaltender Dürre, und überhaupt unter Umständen, welche e Löschung eines entstehenden Brandes erschweren, nicht zuzulassen.

Das Geschäft des Ausbrennens muß der betr. Schornsteinfegermeister persönlich lei-n, welcher

- 1) sich davon zu überzeugen hat, daß der Schornstein nicht schadhast ist;
- 2) dafür sorgen muß, daß die Reinigungsöffnungen hinter den eisernen Falzhü-ren mit besonders eingepaßten, mit Handgriffen versehenen Steinen fest ver-schlossen, und daß
- 3) bei den Reinigungsöffnungen seine Leute oder andere zuverlässige Personen auf-gestellt werden.

von Seiten der Ortspolizeibehörde muß dafür gesorgt werden, daß jedes Ausbren-n eines Schornsteins durch bekannt zu machende leicht und möglichst weit sicht-bare Zeichen zur Kenntniß der Einwohnerschaft oder wenigstens der Nachbarschaft lange.

le R. Reg. wird veranlaßt, hiernach das Erforderliche durch das Amtsblatt zu (Min. Bl. d. i. B. 1845. S. 222. Nr. 239.)

1 R. des R. Min. des J., Abth. II. (v. Manteuffel) v. 25. Okt. 1845
R. Polizei-Präsidium in Berlin.

urch den C. Erl. v. 30. Juni d. J. (Min. Bl. S. 222. Nr. 239) ist die Reinigung n nicht bestiegbaren Schornsteinröhren mittels Ausbrennens nur gestattet, sel-ber aber angeordnet worden, daß diese Art der Reinigung da angewendet werden, e kein dringendes Bedürfnis dazu vorhanden ist. Da nun ein solches nach dem 1 R. Polizei-Präs. v. 4. d. M. hier nicht obwaltet, so mag es für die hiesige Regl-tem bisher zur Anwendung gekommenen Reinigungsverfahren um so mehr ver-als solches sich nach der Anzeige des R. Polizei-Präs. als ausreichend erwiesen hat. Min. Bl. d. i. B. 1845. S. 315. Nr. 351.)

1 C. R. des Min. des J. u. d. P. (Köhler) und der R. Vertw. für H., lauto. (Beuth) v. 7. Juni 1836 an sämmtl. R. Reg. Gestattung guß-Schornsteinröhren.

1 ist darauf angetragen worden, anstatt der bisher zur Anwendung gekommenen ten Schornsteinröhren, die Aufstellung solcher Röhren aus Guß Eisen nachzugeben; sich nach technischer Prüfung des Gegenstandes ergeben hat, daß Letztere unter en und mit Beobachtung der deshalb besonders zu ertheilenden Vorschriften nicht lässig sind, sondern auch Vortheile vor den gemauerten Röhren gewähren können, vergleichen gußeiserne Schornsteinröhren unter folgenden Bedingungen allgemein e werden:

e eiserne Röhren sind entweder in Mauern in der in der Instr. v. 14. Jan. 22 (B. S. 1822, Nr. 3) vorgeschriebenen Entfernung von allen brennbaren Ge-udetheilen, oder, wenn sie freistehen, von solchen wenigstens 1½ Fuß entfernt, auf-stellen, mithin auch da, wo sie eine hölzerne Decke, oder die Dachfläche durchschnei-n, nicht nur zu ummanteln, sondern auch durch eine hinreichend große Platte von walztem oder Guß Eisen, oder von anderem Metall, zu führen.

ine Ummauerung oder eine Ummantelung in Blech mit isolirender Luftschicht ist ithig auf die ganze Höhe der Röhre, mit Ausschluß des Geschosses, in welchem die ste Ofenrauchröhre ausmündet, weil in den übrigen Geschossen und im Dachraume ennbare Gegenstände, bei der Benutzung der Feuerung unbemerkt, der Röhre nahe hen könnten.

für die Stabilität nicht vermauerter Röhren muß durch Verankerung oder Verschle-ing gehörig gesorgt werden.

m Uebrigen behält es rücksichtlich der Richtung, und wo diese sich ändert, der Ab-mundung und der Weite der Röhren, sowie wegen der Reinigungsöffnungen, bei der vorgeordneten Instruktion überall das Bedenken zc.

(M. XX. 404. — 2. 127.)

IV. Bedingungen der Zulässigkeit von Aufsätzen auf Schornsteinröhren.

K. des K. Min. des J. u. d. P. (Köhler) v. 3. Sept. 1835 an das Pol. Präsid. in Berlin.

Nachdem aus Veranlassung des Ber. des K. Poliz. Präsid. v. 23. Mal d. J. Zulässigkeit von Aufsätzen auf Schornsteinröhren betreffend, dieser Gegenstand der Pr. der K. Ober-Bau-Dep. unterworfen worden ist, empfängt das K. Poliz. Präsid. in abschriftlichen Beilage (a. und b.) das Ergebnis derselben mit dem Eröffnen, daß denselben darin aufgestellten nähern Bestimmungen und Beschränkungen künftige Aufsätze auf Schornsteinröhren nachgelassen werden können.

Anl. a.

Ew. Exc. zeigen wir auf das verehrliche Schreiben v. 20. v. M. gehorfsam, daß wir mit den von dem hies. K. Poliz. Präsid. vorgeschlagenen Bedingungen, unter welchen Aufsätze über Schornsteinröhren zu gestatten sein werden, im Wesentlichen einverstanden sind.

In der Beilage (b) haben wir jedoch eine Vorschrift, etwas kürzer und allgemeiner gefaßt, entworfen.

Berlin, den 19. Aug. 1835.

K. Ober-Bau-Deputation,

Anl. b.

V o r s c h r i f t

über die Beschaffenheit eiserner oder gemauerter oder aus gebranntem Thon bestehender Schornstein-Aufsätze, welche zur Verhütung oder Verminderung des Einrauchens dienen sollen.

- §. 1. Schornstein-Aufsätze jeder Art müssen gehörig befestigt und so eingerichtet sein, daß sie leicht und sicher zu reinigen sind, dürfen auch keinem Holzwerke oder brennbarem Körper auf gefährliche Weise sich nähern. Nur mit Rücksicht auf Erfüllung dieser Bedingungen wird die Wahl der Form derselben, die Bestimmung der Höhe und die Stellung gegen die Vertikale beschränkt.
- §. 2. Ist die Ausmündung des Schornsteins, von der oberen Dachfläche aus, für Schornsteinfeger nicht zugänglich, so dürfen besteigbare (wenigstens 18 u. 16 Zoll weite) Röhren nur mit lothrechten, höchstens 4' hohen, parallelepipedischen, cylindrischen, wenigstens 6" im □ oder im Durchmesser weiten, eisernen Aufsätzen versehen werden, die von unten sich reinigen lassen. Enge nicht besteigbare Schornsteinröhren (Instr. v. 14. Jan. 1822¹⁾ G. S., J. 1822, Nr. 3) dürfen in diesem Falle keine andere Aufsätze erhalten, als solche, welche aus 3 oder 4 lothrechten, eisernen Stäben und einer wagerechten Blechdecke von der Größe des Schornsteins bestehen.
- §. 3. Ist dagegen die Ausmündung des Schornsteins zugänglich, so sind Aufsätze jeder Form und bei gehöriger Unterstützung in jeder Stellung über besteigbaren und nicht besteigbaren Röhren zulässig.

Vergleichen Aufsätze müssen aber über letzteren jedenfalls, über ersteren, wenn sie den Bedingungen §. 2 nicht entsprechen, Behufs der Reinigung ohne Schwierigkeit und große Anstrengung und ohne Anwendung einer Leiter, oder eines Gerüsts abgenommen werden können, und zwar im Ganzen oder in Theilen leicht zu handhaben, also auch in Blech nicht über 6' lang sein.

Hiernach wird die Höhe des Aufsatzes nie über 9' betragen dürfen.

- §. 4. Blecherne Rappen oder Aufsätze aus Mauerwerk oder gebranntem Thon, die nicht abgenommen werden können, sind nur auf besteigbaren Schornsteinen und nur in solcher Form statthaft, welche die Reinigung von unten thunlich ist.
- §. 5. Röhren aus Eisenblech, welche den Rauch aus der Ofen- oder aus einer andern Feuerung unmittelbar in's Freie führen, bleiben untersagt, und sind auch in der Gestalt enger, nicht besteiubarer Schornsteinröhren leichter als früher zu entbehren.

Berlin, den 19. Aug. 1835.

K. Ober-Bau-Deputation.

(M. XIX. 847. — 3. 187.)

¹⁾ Vergl. oben S. 545.

F.

Vorschriften in Betreff der Defen¹⁾.

I. In Betreff der Badöfen.

A. Für den gesammten (damaligen) Umfang der Monarchie ist das Ed. v. Jan. 1724, daß die Badöfen in denen Häusern auf dem platten Lande sollen geschafft, und auf die offene Strasse des Dorffes gesetzt werden, ergangen.

Demnach bißhero zum öftern wahrgenommen worden, daß durch die Bad-Defen in den Häusern auf dem Lande, vielfältig Feuer ausgekommen, und ganze Gebäude in Brand gesetzt und eingeäschert worden; Als wollen und verordnen Seine K. Maj. K., daß in Gnaden, aber zugleich auch ernstlich, daß zur Verhütung fernern Schadens, alle Bad-Defen auf dem platten Lande aus denen Häusern sollen weggeschafft und auf die offene Strasse des Dorffes, oder wenn auch hier noch einige Gefahr zu besorgen sein möchte, außerhalb des Dorffes gesetzt werden, gestalt denen Land-Cammer-Räthen und Beamten in alled Ernstes anbefohlen wird, dahin zu sehen, damit diese Sr. K. Maj. allergn. Befehl-Meynung aufs fordersamste, so bald als möglich, auch allenfalls mit Einschlagung der nöthigen Bad-Defen, zum gehörigen Effect gebracht werde.

Berlin, den 8. Jan. 1724.

Fr. Wilhelm.

(C. C. M. Th. 5. Abth. 1. Kap. 2. S. 265. Nr. XXXIX., Hake's Samml. Bd. I. Abth. 1. S. 675.)

B. Für die Provinz Brandenburg.

1) B. v. 16. April 1794, wegen besserer Einrichtung der Badöfen in den Dörfern der Kurmark.

Wir Friedrich Wilhelm K. K. Thun kund: daß, obgleich zur Abwendung der Feuerschäden, welche aus der fehlerhaften Einrichtung der Badöfen in den Dörfern der Kurmark hervorgehen, von Zeit zu Zeit heilsame Verordnungen ergangen sind, Wir dennoch bemerkt haben, daß solche theils unbefolgt geblieben, theils aber auch nicht bestimmt, und allgemein gewesen sind.

Um den aus diesen Mängeln häufig entstehenden Feuerschäden nach Möglichkeit abzuwehren, haben Wir daher nöthig befunden, nachstehende Vorschriften zu ertheilen:

1) Die Badöfen in den Dörfern der Kurmark sollen durchgehends so angelegt werden, daß sie in einer Entfernung von fünfzig Schritten von dem nächsten Gebäude zu stehen kommen, dabei mit einer Windlehre, einer Thüre von Eisenblech und einer hölzernen Vorwand vor der Oeffnung versehen, keinesweges aber mit Stroh, Rohr, einem hölzernen Gerüst oder einem Bretterdach bedeckt werden. Auch sind um dieselben, um eine etwa hervorstehende Flamme desto eher zurück zu halten, Bäume zu setzen.

2) Wenn wegen ganz besonderer Umstände, oder Mangels an Raum, ein Badofen in einer geringern Entfernung als fünfzig Schritte von dem nächsten Gebäude geduldet werden muß, so ist derselbe außerdem mit einem massiven Vorgelege, und einem Stein- oder Ziegelmauerwerk, welches wenigstens aus Dachsteinen, die auf die Badöfen in Lehm eingelegt werden, zu versehen. Eine solche Ausnahme von der Regel kann aber nicht stattfinden, als wenn der Landrath des Kreises sich durch eine Untersuchung an Ort und Stelle von deren Nothwendigkeit überzeugt und solche nachgegeben hat.

3) In den Dorfstraßen sollen weiter keine Badöfen gelitten werden.

4) Ohne Vorwissen der Gerichtsobrigkeit des Dorfs, und bevor diese nicht den äußeren Platz genehmigt hat, darf so wenig ein Unterthan, als ein anderer Einwohner, ohne deren Gerichtsbarkeit nicht unterworfen ist, einen Badofen, bei nachdrücklicher Strafe, setzen.

5) Diejenigen jetzt vorhandenen Badöfen, welche, gegen die Vorschriften des §. 1, zu nahe an Gebäuden zu stehen, müssen binnen einem Jahre weggeschafft werden, so wie auch gleicher Frist die an sichern Stellen bestehenden, nach den Vorschriften dieses §., eingerichtet sind, moegen zur Wegschaffung der in den Dorfstraßen weiter als fünfzig Schritte von den Gebäuden abstehenden, eine dreijährige Frist verstattet wird. Sollte im Verlauf dieser Fristen noch irgendwo in der Kurmark ein dieser Verordnung zuwider errichteter Badofen angetroffen werden, so soll derselbe, wenn er an einer vorschriftsmäßigen Stelle gesetzt ist, eingeschlagen, wenn er aber bloß vorschriftswidrig eingerichtet ist,

¹⁾ Ueber die Befugniß zum Setzen der Defen, vergl. §. 102 des Gewerbe-Polizei-Ed. v. 7. Sept. 1811 [M. S. 1811. S. 273] und Publ. der Reg. zu Breslau v. 26. Febr. 1834 [M. XVIII. 865. — 3. 150.] (Oben sub III. Litt. γ., S. 443 ff.)

auf Kosten des Eigenthümers nach dieser Verordnung verbessert werden. Die Obrigkeit, und in Unfern oder den Prinzipal-Beamten der Oekonomie-Beamte, so in eine fiskalische Strafe von 10 Thlrn., wovon dem Angeber die Hälfte zugunsten verurtheilt werden.

6) Der kurmärkischen Kriege- und Domainen-Kammer, den Kreis-Direktoren, Landrathen, Gerichtsobrigkeiten und Beamten in der Kurmark wird es zur Pflicht auf die Befolgung dieser Vorschrift die strengste Aufsicht zu führen, die Land- und Auereuter aber sind von den Kreis-Direktoren und Landrathen gemessenst anzuweisen, solche in den Dörfern fleißig in Augenschein zu nehmen, und wenn sich Mißstände finden, solches, bei nachdrücklicher Strafe, sofort anzuzeigen. Damit diese Verordnungen jedermanns Wissenschaft gelangen, und Niemand sich mit der Unwissenheit entschuldigen möge, so soll selbige zum Drucke befördert, auch in die Intelligenzblätter und Zeitschriften eingelegt, und in den Dorfstrüßen angeschlagen werden.

Urkundlich etc.

(N. C. C. T. IX. No. 41. de 1794. S. 2145. Rabe's Samml. Bd. 2. S. 106.)

2) Publ. der R. Reg. zu Frankfurt v. 24. Mai 1817, betr. die Befreiung auf dem Lande. (N. I. 106. — 2. 71.)

C. Für die Provinz Preußen.

1) R. des R. Min. des J. u. d. P. (v. Rochow) v. 28. April 1818, betr. die R. Reg. zu Königsberg und abschriftl. an die zu Gumbinnen und Königsberg. Fortschaffung der Kachelöfen aus den Wohnhäusern auf dem Lande.

Auf den Ver. der R. Reg. v. 17. Sept. v. J., das Fortschaffen der Kachelöfen aus den Wohnhäusern auf dem platten Lande betr., habe ich mich veranlaßt gesehen, die Umstände, welche mit einer strengen Ausführung der im §. 5. des Feuerlöschregl. platte Land von Preußen v. 3. Juli 1770 ¹⁾ enthaltenen Bestimmungen verbunden sind, anzuzeigen. Hiernach haben des Königs Maj. mittelst Allerhöchster Ordre v. 29. März v. J. mich zu autorisiren geruht, den Reg. in Preußen, in dem das Feuerlöschregl. v. 3. Juli 1770 verbindliche Kraft hat, die Befreiung, welche von der Vorschrift des §. 5. dieses Regl., die Verpflichtung zur Fortschaffung der Kachelöfen aus den Wohnhäusern enthaltend, machen zu dürfen, unter der Bedingung zu ertheilen, daß die Kachelöfen in massiven Feuerherden, unter massivem Rauchfangsteinen und in feuersicher gedeckten Häusern sich entweder schon befinden, oder angelegt werden.

Ich ermächtige daher die R. Reg., hiernach zu verfahren, wobei dieselbe, in jedem einzelnen Falle von Ihr Selbst, sowohl hinsichtlich des Verlassens als der Befreiung von Kachelöfen in den Wohnhäusern zu ertheilenden Erlaubniß, das Sachverhältniß der Lokalität genau zu prüfen hat. Es versteht sich dabei von selbst, daß in dem wo nach der Allerhöchsten Ordre die Ausnahme nachgelassen werden darf, außer der Befreiung des Königs befohlenen Bedingung, auch noch die sonst nöthigen feuerlichen Maßregeln und Einrichtungen genau beobachtet werden müssen, und bei geschriebenen Feuerinspektionen darauf zu achten ist, daß dies auch fortwährend geschieht. (N. XXII. 464. — 2. 150.)

2) Vergl. Publ. der R. Reg. zu Gumbinnen v. 28. April 1818, betr. die Befreiung der R. Reg. zu Danzig v. 30. Juli 1819.

(S. in v. Rönne's Polizeiwesen, Bd. 2. S. 308 und 311.)

D. Für die Provinz Pommern.

1) Publ. der R. Reg. zu Stralsund v. 6. Okt. 1818, betr. die Befreiung auf dem platten Lande. (N. II. 1108. — 4. 79.)

2) Publ. der R. Reg. zu Köslin, v. 6. Nov. 1818 ²⁾. Betr. die Befreiung der Kachelöfen und Gebäude der Bad- und Darr-Anstalten. (N. II. 1107. — 4. 78.)

¹⁾ Vergl. N. C. C. Tom. IV. p. 7285. No. 48., Rabe's Samml. Bd. I. S. 141. — Der §. 5. des Regl. bestimmt, daß in den Häusern auf dem platten Lande gar keine Kachelöfen zu dulden, sondern solche außerhalb des Hauses anzulegen.

²⁾ Eben so unterm 29. Dec. 1818 von der Reg. zu Stralsund erlassen.

I. Für die Provinz Schlesien.

) Publ. an sämmtl. Landrätthe Breslau'schen Kammer-Depart., die Ab-
ng der Privat-Badöfen, und Errichtung allgem. Badhäuser in den Dörfern
l. d. Breslau den 5. März 1765 und Glogau den 18. März 1765.

(Seinze's Baupol., S. 267.)

) Publ. d. R. Reg. zu Liegnitz v. 4. Dec. 1811, betr. die Wegschaf-
er bei den Bohnhäusern der Dorf-Einwohner befindlichen Badöfen.

(Seinze's Baupol., S. 270.)

) Publ. der R. Reg. zu Liegnitz v. 11. Okt. 1816, wegen der in der
der Bohnhäuser der Dorf-Einwohner noch befindlichen Badöfen.

(Seinze's Baupol., S. 271.)

) Vergl. Regl. der R. Reg. zu Oppeln v. 9. Dec. 1822, zur Verhü-
nd Löschung der Feuerschäden auf dem platten Lande, Kap. I., Tit. 3.

(S. in v. Rönne's Polizeiwesen Bd. 2. S. 285.)

bergl. diese Publ. in den betr. Amtsblättern.

L. In Betreff der Stuben-Defen.

1. Für die Provinz Schlesien.

) Publ. der R. Reg. zu Breslau, v. 26. Jan. 1826 ¹⁾, betr. das
der Defen. (N. X. 150. — 1. 123., Breslauer Amtsbl.)

) Vergl. Regl. der R. Reg. zu Oppeln v. 9. Dec. 1822, zur Verhü-
nd Löschung der Feuerschäden auf dem platten Lande, Kap. 1., Tit. 5.

(S. in v. Rönne's Polizeiwesen, Bd. 2., S. 286.)

2. Für die Provinz Pommern.

L. des R. Min. des J. u. d. P. (v. Schudmann) v. 8. Dec. 1821 an die
zu Stralsund. Verfahren beim Ecken der Stubenöfen.

Da das, durch die Vorschrift der R. Reg. zu Liegnitz v. 18. März d. J. ²⁾ für den
erselben angeordnete, Verfahren beim Ecken der Stubenöfen sehr zweckmäßig
ist, so wird auf den Antrag der R. Reg. v. 21. v. M. hiemit genehmigt, daß dieselbe
Anordnung, mit der vorgeschlagenen Abänderung in der Strafbestimmung (Anl. a.)
in Verw. Bez. zur Anwendung bringen kann.

Nach ist, nach einer richtigen Bemerkung des R. Ober-Präs. und wirkl. Geh. R. Sad-
er Gelegenheit den Töpfern und Maurern die jedesmalige Anbringung eines kleinen
Stückes von der Klappe in der Ofenröhre (als ein Mittel, die täglich vorkommenden
Wälle der Menschen-Erstickungen durch Stick-Gas aus den zu früh geschlossenen
zu verhüten) anzurathen.

Anl. a.

In dem Amtsbl. der R. Reg. zu Liegnitz v. 31. März d. J. haben wir unter Nr. 40.
Abschrift beigeft., daß beim Ecken der Stubenöfen zu beobachtende Verfahren, betr.
gefunden, dessen Bestimmungen uns so zweckmäßig scheinen, daß wir solchen auch
fern Verw. Bez. anwenden zu können wünschen. Wir haben zuvor den Landbau-
R. R. darüber vernommen, derselbe hat die Vorschriften ebenfalls gebilligt, und
noch hinzugefügt, daß keine Defen an eine hölzerne Wand gesetzt werden dürfen,
sie nicht wenigstens 2 Fuß davon entfernt oder näher stehend im Sinne der Anord-
nung Ziegeln 6 Zoll stark bekleidet wären. Wir glauben auch, daß sie zum Theil auf
in den untern Etagen ausgedehnt werden müssen. Da hierbei ein allgem. Verbot,
ohne Strafbestimmung nicht von Nutzen sein würde, zum Grunde liegt, so erman-
te nicht, zuvor Ew. Exc. Genehmigung und hierzu vorschriftsmäßig zu erbitten.
Absicht geht dahin, außer der Verpflichtung zur Entschädigung, den ersten Kontra-
kto mit 5 Thlr., den zweiten mit 10 Thlr., und den dritten mit dem Verlust des
Betriebs bei Töpfern und Maurern zu beahnden.

Stralsund, den 21. Nov. 1821.

R. Preuß. Regierung.

(N. V. 944. — 4. 84.)

Die Reg. zu Liegnitz hat unterm 18. März 1826 (N. V. 168. — 1. 89.) ein fast
örtlich gleichlautendes (nicht ganz so vollständiges) Publ. erlassen.

Das Publ. v. 18. März 1821 ist fast wörtlich gleichlautend mit dem der R.
Reg. zu Breslau v. 26. Jan. 1826.

III In Betreff der Anlegung von Porzellan- und Steingutöfen vergl. R. des R. Min. des J. v. 12. Juli 1830. (Oben S. 511.)

IV. In Betreff der Anlegung von Zündholz-Trockenöfen, vergl. R. des R. Min. des J. v. 12. Dec. 1842. (Oben S. 516.)

G.

Vorschriften über die Anlegung von Blitzableitern ¹⁾.

Das R. L. R. I. S. 8. §. 80 schreibt vor, daß die Errichtung von Blitzableitern nur unter Erlaubniß der Polizeiobrigkeit und nach den von dieser zu ertheilenden Anweisungen vorgenommen werden darf.

1) Publlk. der R. Reg. zu Stralsund v. 25. April 1823. Blitzableiter an Kirchen. (R. VII. 365. — 2. 84.)

2) Publlk. der R. Reg. zu Stralsund v. 24. Nov. 1823. Konstruktion von Gewitter-Ableitern. (R. VII. 915. — 4. 116.)

3) Publlk. der R. Reg. zu Breslau v. 11. Juli 1825. Anlegung von Blitzableitern. (R. IX. 711. — 3. 119.)

Vergl. diese Publlk. in den betr. Amtsblättern.

II.

Von den baupolizeilichen Vorschriften zur Verhütung anderer Unglücksfälle.

I. Vorschriften wegen Befriedigung der Boden-Defsen (Boden-Lufen.)

1) Die häufigen Unglücksfälle, welche in den Westphälischen Provinzen durch Herunterstürzen von Menschen aus den Bodenlufen (Defsen in den Stroh- und Heuböden) sich ereigneten, hatten dem dortigen Ober-Präsidenten nachdem mehrere früher ergangene Aufforderungen der R. Reg. zu Münster zur zweckmäßigen Einrichtung Behufs Verhütung solcher Fälle, ohne genügenden Erfolg geblieben, Veranlassung gegeben, auf Erlaß baupolizeilicher Anordnungen zu deren Beseitigung anzutragen. Auf den diesfälligen Bericht des R. Min. des J. u. d. P. wurde dem Antrage durch die R. D. v. 15. April 1825 (R. D. des R. Min. v. Schudmann stattgegeben ²⁾).

Um den häufigen Unglücksfällen vorzubeugen, die in den Westphälischen Provinzen durch eine fehlerhafte Einrichtung der Gebäude bisher entstanden sind, will ich Ihnen Ver. v. 28. v. M. ermächtigen, von Polizeiwegen daselbst anzuordnen, daß die Bodenlufen entweder vermittelt vier in die Balken eingepaßten Pfosten und drei Quertritten, oder sonst auf eine nach Ermessen der Pol. Behörde hinreichende Weise gesichert werden. Ich überlasse Ihnen Sorge zu tragen, daß diese Vorrichtung innerhalb eines Zeitraums von drei Monaten ausgeführt werde. Die Hausbesitzer, welche dagegen handeln, sind mit einer Geldbuße von 5 Thaler. oder verhältnismäßiger Gefängnisstrafe zu belegen, auch wenn durch ihre Unterlassung Jemand beschädigt oder um das Leben gekommen sein sollte, nach den Vorschriften der Rim. Gesetze zur Verurtheilung zu ziehen, und zu bestrafen. Ich trage Ihnen auf, wegen Bekanntmachung und Ausführung dieses Befehls das Erforderliche zu verfügen. (R. IX. 440. — 2. 103.)

¹⁾ Ueber die Frage: welche Handwerker zur Fertigung und Anlegung von Blitzableitern qualifizirt und berechtigt sind, vergl. das Publlk. der R. Reg. zu Münster v. 17. Nov. 1820, das R. des R. Min. d. J. u. d. P. v. 22. Sept. 1827: und das Publlk. der R. Reg. zu Breslau v. 24. Dec. 1843. (Oben S. 445.)

²⁾ Vergl. in dieser Beziehung die Publ. der Reg. zu Münster v. 23. Mai 1818 (R. II. 225. — 2. 141.) und v. 15. Jan. 1818. (R. II. 453. — 2. 103.)

³⁾ Diese R. D. ist durch die R. El. der Prov. Westphalen publlkt worden (Vergl. Vergl. u. Ergänz. zur G. G., S. 135.)

Diese R. D. wurde dem Ober-Präsid. v. Vinke zu Münster mittelst des R. Min. des J. u. d. P. (v. Schudmann) v. 21. April 1825 zuge-
set.

Erw. zc. unterm 26. Febr. v. J. erneuerter Antrag zur Verhütung der durch die
unthätige Einrichtung der Bodenlufen in der dortigen Prob. bis jetzt so häufig erfolg-
Unglücksfälle, hat mir Veranlassung gegeben, wegen dieses Gegenstandes des Königs
unmittelbar Ber. zu erstatten. Indem ich Ihnen die darauf unterm 15. d. M. an
ergangene Allerh. R. D. hierbei in begl. Abschrift übersende, ermächtige ich Erw. zc.
ermächtigt derselben eine durch die A. Bl. der Westphäl. Prob. zur öffentlichen Kennt-
zu bringende polizeiliche B. zu erlassen, auch durch angemessene Verf. dafür zu sor-
daß die beschriebene Sicherheits-Vorrichtung innerhalb eines Zeitraums von drei
Monaten nach der öffentlichen Bekanntmachung zur Ausführung komme zc.

(A. IX. 440. — 2. 110.)

In Folge dessen und mit Bezug darauf sind demnächst ergangen:

a) die Publ. des R. Ober-Präsid. der Provinz Westphalen v. 31. Mai
1825 und v. 28. Okt. 1836. (A. IX. 441. u. XX. 682.)

b) Publ. der R. Reg. zu Minden v. 22. Sept. 1846.
(Min. Bl. d. I. B. 1846. S. 205. Nr. 295.)

Bergl. diese Publ. in den Amtsbl. der Provinz Westphalen.

2) Daß die nur für die Provinz Westphalen erlassene R. D. v.
April 1825 auf andere Landestheile keine Anwendung finden könne, dessen
achtet aber auch in solchen der Zweck der erwähnten R. D. durch Ver-
ordnungen der Polizeibehörden bei Strafe angeordnet werden können, führt das
R. Min. d. J. u. d. P. (Köhler) v. 30. Juli 1833 an die R. Reg. zu
Münster (A. XVII. 770. — 3. 110.) aus.

3) Das Strafgesetzbuch v. 14. April 1851 bestimmt im §. 345. Nr. 9.:
Mit Geldbuße bis zu fünfzig Thalern oder Gefängniß bis zu sechs Wochen
bestraft:

wer auf öffentlichen Straßen, Wegen oder Plätzen, auf Höfen, in Häusern oder
überhaupt an Orten, wo Menschen hinkommen, Brunnen, Keller, Gruben, Öffnun-
gen oder Abhänge dergestalt unbedeckt oder unverwahrt läßt, daß daraus Gefahr
für Andere entstehen kann.

4) Publ. des R. Pol. Direkt. zu Magdeburg, v. 25. März 1817, welches
angemessener Geld- oder Gefängnißstrafe verordnet, daß die zum Auf- und
Abladen der Kaufmannsgüter, des Getreides zc. bestimmten Bodenöffnungen,
Krauthäusern, Speichern zc. zc. mit einem Verschlage von wenigstens zwei
einem halben Fuß hoch versehen werden, auch an den innern Bodenlufen
Fallthüren weder fehlen, noch zu einer Zeit geöffnet sein dürfen, in welcher
Aufziehen und Herablassen der Güter nicht stattfindet.

(A. I. 238. — 1. 158.)

II. Vorschriften wegen Befriedigung der Brunnen, Teiche und
anderer Wasserbehälter.

1) R. des R. Min. des J. u. d. P. (Köhler) v. 11. Mai 1827 an die
Reg. zu Magdeburg. Einfassung der Brunnen zur Verhütung von Un-
fällen.

Der R. Reg. wird auf den Ber. v. 2. d. M. die Einfassung der Brunnen mit
Gittern zur Verhütung von Unglücksfällen betr., eröffnet, daß es dieserhalb keiner
gemeinen Anordnung bedarf.

Die Orts-Obrigkeiten müssen entweder bei Ertheilung der Bau-Concession die ge-
richtliche Einfassung der Brunnen zur Bedingung machen, oder bei schon vorhandenen
Brunnen solche nachträglich durch specielle Mandate anordnen, deren Befolgung durch
gewöhnliche Exekution ad faciendum zu erreichen ist.

(A. XI. 463. — 2. 94.)

2) R. des R. Min. des J. u. d. P. (v. Brenn) v. 7. Okt. 1831 an die
Reg. zu Gumbinnen. Bewährung der Teiche und anderer Wasserbehälter.

Der R. Reg. eröffne ich auf deren Anfrage v. 26. Aug. d. J., die Bewährung Wasserbehälter betr., daß ich bei der unter ihren Mitgliedern stattfindenden Meinungsverschiedenheit der Ansicht derjenigen beitrete, welche dafür halten, daß durch die oben erlassene Verf. v. 22. Aug. 1820 ¹⁾ schon Alles, was von Seiten der Pol. Verm. her veranlaßt werden kann, geschehen und eine Ausdehnung derselben auf Teiche und Wasserbehälter, welche sich nicht an besuchten Orten befinden, nicht rathsam ist, in nicht die Stetigkeit ihrer Ufer oder die besondere Beschaffenheit ihrer Lage überhaupt, bei den Brunnen eine Bewährung durchaus nothwendig macht.

(N. XV. 792. — 4. 54.)

3) E. R. des R. Min. des J., Abth. II. (v. Mantensfel) v. 19. 1846 an sämmtl. R. Reg. und an das R. Polizeipräsident. in Berlin. — Umräumung der Brunnen zur Verhütung von Unglücksfällen.

Von mehreren Reg. sind Verordn. erlassen, in welchen die Umräumung der Brunnen in einer gewissen Höhe angeordnet und die Nichtbefolgung dieser Vorschrift mit Polizeistrafe bedroht worden ist.

Die Gültigkeit einer solchen V. hat nun in einem zur richterlichen Entscheidung gekommenen Specialfalle nicht anerkannt werden können, weil die V., der Bestimmung §. 11. der Reg. Instr. v. 23. Okt. 1817 zuwider, ohne dießseitige Genehmigung erlassen und mithin als ein Polizeigesetz im Sinne des §. 776. ff. Tit. 20. Th. II. des L. nicht zu betrachten gewesen ist.

Da jene Verordn. an sich nicht ungewöhnlich und in manchen Gegenden sogar Anwendung häufiger Unglücksfälle nothwendig sind, so wird, um dem Wiederkehren solcher Entscheidungen zu begegnen, die R. Reg. ermächtigt, eine derartige V. — in Sie dazu in Ihrem Bezirke ein Bedürfnis anerkennt — mit dem Bemerkten zu erlassen beziehungsweise zu erneuern, daß dies mit höherer Genehmigung geschehen.

(Min. Bl. d. I. V. 1846 S. 137. Nr. 217.)

4) Vergl. §. 345. Nr. 9. des Strafgesetzb. v. 14. April 1851. (S. oben S. 555.)

5) Die Provinzialbehörden haben über diesen Gegenstand folgende Verordn. erlassen:

a) Publ. der R. Reg. zu Koblenz v. 13. Sept. 1817 und erneuert v. 31. Okt. 1818. (N. I. 207. u. II. 1133.)

b) Publ. der R. Reg. zu Frankfurt v. 26. Okt. 1818. (N. II. 1133. — 4. 91.)

c) Publ. der R. Reg. zu Köslin v. 11. Okt. 1820, betr. die Verhütung der Brunnen. (N. IV. 871. — 4. 90.)

d) Publ. der R. Reg. zu Breslau, v. 24. Aug. 1822., betr. die Reinigung der Schlammfänge in und bei Dörfern. (N. VI. 754. — 3. 99.)

e) Publ. der R. Reg. zu Stralsund, v. 21. Juli 1822., betr. die Verhütung der Unglücksfälle bei gefährlichen Wasserpfützen. (N. VI. 757. — 3. 99.) Vergl. diese Publ. in den betr. Reg.-Amtsblättern.

III. Vorschriften zur Verhütung von Unglücksfällen bei Anlegung von Senkbrunnen.

Publ. der R. Reg. zu Aachen v. 25. Sept. 1833., betr. die Verhütung von Unglücksfällen bei Anlegung von Senkbrunnen.

(N. XVII. 772. — 3. 117. u. Amtsbl. der Reg. zu Aachen.)

IV. Vorschriften wegen Abschaffung der an den Thorflügeln befindlichen sogenannten Schwengel oder Leisten.

E. R. des R. Min. des J. u. d. P. (v. Schudmann) v. 23. März 1846 an sämmtl. R. Reg.

Nachdem die Gefährlichkeit der oft an den Thorflügeln befindlichen sogenannten Schwengel oder Leisten, welche in horizontaler Lage an dem einen Flügel befestigt und über den andern hinweggehen, um durch eine Verbindung mit dem Thorpfosten

¹⁾ Vergl. das Publ. der R. Reg. zu Gumbinnen v. 22. Aug. 1820 in den Amtsbl. IV. 573.

erschließen, neuerlich durch einen unglücklichen Vorfall sich erwiesen hat, indem unvorsichtigem Fahren ein Reisender bedeutend beschädigt worden ist, so hat a. Postmeisters Exc. den Wunsch geäußert, daß allgemein ein weniger gefährliches der Thore angeordnet werden möchte.

Ist sich zwar nicht verkennen, daß bei unvorsichtiger Handlungsweise fast jeder Gefahr bringen kann; es leuchtet aber auch ein, daß die gedachten Schwengel, gehörig angewandter Vorsicht, z. B. bei starkem Winde, besonders zur Nachtzeit werden können.

K. Reg. erhält daher hierdurch den Auftrag, darauf zu halten, daß dergleichen bei den Thoren, durch welche Landstraßen und öffentliche Wege führen, nicht im Falle eines Neubaus oder bedeutender Reparatur gänzlich vermieden, sondern so weit die Umstände und vorhandenen Mittel es gestatten, bei den jetzt noch Thorflügeln nach und nach fortgeschafft, und statt derselben andere Einrichtungen gewählt werden, in welcher Hinsicht, daß von der K. Ober-Bau-über erforderte, in Abschrift (sub a.) beifolgende, Gutachten mehrere Vorschläge

Anl. a.

Exc. versehen wir nicht, auf das hierbei zurückgehende, verehrliche Dekret v. 18. Bezugsnahme auf unseren Ver. v. 27. Jan. d. J. beispielsweise einige geben, durch welche die Schwengel der Thorwegflügel entbehrlich gemacht werden.

1. Eine Uebertürse, welche an einem Flügel befestigt sind, und über eine Klamme an den andern Flügel gelegt und nach Umständen durch einen Vorsteck- oder ein Vorlegeschloß an der Kramme gehalten werden.

2. Diese sehr einfache und wohlthätige Vorrichtung ist jedoch nur bei leichten Gitterwegen von mäßiger Größe anwendbar; sie erfordert auch, wie die folgenden 3. und 4., in der Mitte der Oeffnung einen kleinen Anhängen-Flügel, einen Kloben zum Ziehen des einen Flügels oder einen eingestrichelten Stein in einer eingearbeiteten Vertiefung, in welche ein, an dem Flügel angebrachter Ring geschoben wird, oder endlich eine, unter der Thorwegöffnung durchgehende Röhre.

3. Ein Riegel, nach Umständen von Holz oder Eisen von größerer oder geringerer Länge, welcher an einem Flügel befestigt sind und in horizontaler Richtung vor den andern, in Krammen versehenen Flügel geschoben werden.

4. Der Verschuß kann durch ein Vorlegeschloß am Riegel oder durch ein gewöhnliches Schloß bewirkt werden.

5. Ein hölzerner, nach Umständen von Doppel-Latten, Rollenholz, Kreuzholz, welche nach dem nebenstehenden Profil in eiserne, in Thorpfosten oder Thorpfellern, so wie an den Thorwegöffnungen befestigte Haken gelegt und beim Oeffnen der Flügel hergehoben werden.

6. Findet sich die Thorweg-Oeffnung in einer Wand oder in einer Ebene, welche mit der Oeffnung in Einer Ebene steht und an der Seite wenigstens die Länge der Oeffnung hat; so kann statt des hölzernen

7. Ein hölzerner Riegel von angemessener Stärke angebracht werden, der in Krammen von entsprechender Weite über den ganzen Thorweg vor- und beim Oeffnen zurückgeschoben wird.

8. Diese Vorrichtung ist sehr tüchtig, aber etwas umständlich.

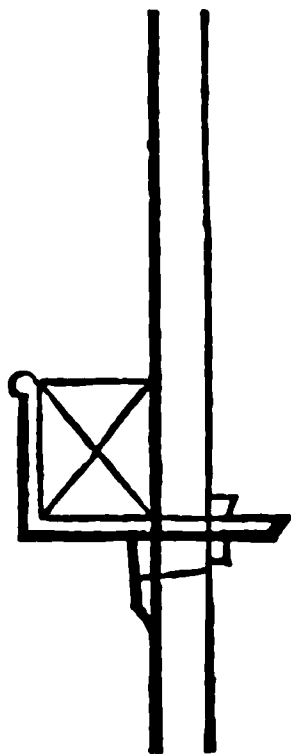
9. Ein Flügel endlich der Thorweg unten gegen eine Schwelle und gegen einen Rahm oder ein Lattenholz; so genügen

10. Ein Riegel an einem Flügel, an welchen der andere mit einem horizontalen Riegel, mit einem Uebertürse oder einem andern verbunden wird.

Exc. werden aus dieser, möglichst kurzgefaßten Angabe hochgeneigtest ersehen, daß die Umstände sehr verschieden und die Kombinationen derselben sehr mannigfaltig sind, so der Versuch vergeblich sein würde, eine, auch nur die meisten Fälle berührende, Entscheidung zu ertheilen. Indessen wird unseres Dafürhaltens in jedem einzelnen Falle ein angemessenes Mittel zur Vermeidung der gefahrbringenden Konstruktion der Thorwegflügel mit Schwengeln seinen Schwierigkeiten unterliegen.

in, den 3. März 1827.

K. Ober-Bau-Dep.



V. Vorschriften zur Verhütung von Unglücksfällen bei Einstürzen der Sandberge und Sand-, Thon-, Lehm- und Gruben, wie auch der Kalk- und Steinbrüche.

A. Daß R. Min. des J. u. d. P. hat zur Verhütung solcher Fälle die Reg. veranlaßt, zweckmäßige polizeiliche Vorschriften zu erlassen

1) C. R. des R. Min. des J. u. d. P. (v. Ramph) v. 20. Juli
sämmliche R. Reg. Verhütung von Unglücksfällen durch Einstürzen
berge und Sandgruben.

Wenn gleich mehrere R. Reg. und Polizei-Behörden zur Vorbeugung der Fälle durch Einstürzen der Sandberge und Sandgruben sehr angemessene polizeiliche Vorschriften erlassen haben, so haben sich doch seit Kurzem wieder mehrere Fälle, welchen Menschen beim Sandholen durch Einsturz des Sandberges oder der um das Leben gekommen sind.

Die R. Reg. wird daher aufgefordert, zur Vorbeugung solcher Unglücksfälle im Verwaltungs-Bezirk angemessene polizeiliche Vorschriften zu erlassen etc.

(A. VI. 749. — 3. 91.)

2) R. des R. Min. des J. u. d. P. (Röhler) v. 10. Dec. 18
R. Reg. zu Trier. Verhütung von Unglücksfällen durch Sand-,
Kies-Gruben, oder durch Kalk- und andere Steinbrüche.

Die R. Reg. wird auf deren Ver. v. 22. v. M. hierdurch ermächtigt, zur Verhütung von Unglücksfällen bei unregelmäßiger Anlage und Benutzung von Sand-, Kies-Gruben oder Kalk- und anderen Steinbrüchen eine Verordnung in ähnlicher Weise bereits von der Reg. zu Düsseldorf am 20. Dec. 1818 (Anl. a.) geschehener Androhung von Polizei-Strafen in Kontraventionsfällen, für Ihren Reg. Verwaltungs-Bezirk zu erlassen¹⁾.

Anl. a.

Da bei der Benutzung von Lehm- und Sandgruben durch unvorsichtige Arbeiter in die Tiefe, ohne die überragende Decke des Erdreichs abzustößen, häufig Verschüttungen und Beschädigungen entstanden sind, welche Unglücksfälle verursachen, eine strengere Aufsicht über die Lehm- und Sandgruben und die Arbeiter führen zu lassen, so setzen wir hiermit Folgendes fest:

- 1) Ohne vorhergegangene Meldung bei dem betreffenden Bürgermeister, und ohne die Stelle, wo gegraben werden soll, für gut befunden oder angezeigt bei Vermeidung einer Geldstrafe von 1—5 Thlr., oder verhältnißmäßig fängnißstrafe keine Lehm-, Sand-, Mergel- oder Kiesgrube angelegt werden dürfen bei gleicher Strafe die Sand- und Lehmgruben nicht ausgehöhlt werden, die überragenden Erdtheile, so wie sie in Verfolg des Grabens sofort abgestochen werden.
- 2) Die Ortsbehörden dürfen das Sand-, Mergel-, Lehm- und Kiesgraben an solchen Orten gestatten, wo dasselbe ohne Gefahr für Menschen und Vieh stehen kann. An Landstraßen und Wegen dürfen bis auf eine Entfernung von acht Schritt auf jeder Seite des Weges Lehm-, Sand-, Mergel- und Kiesgruben und Steinbrüche nicht gestattet werden, und wo dergleichen stehen, sind solche zu verschütten, und bis daß dieses geschehen, sind sie einzuhegen.
- 3) Die Ortsbehörden haben zur Ausführung dieser Vorschriften sofort und binnen acht Tagen die in ihren Gemeinden befindlichen Sand- und Kiesgruben in Augenschein zu nehmen, und dann die vorgeschriebenen polizeilichen Verfügungen in Ausführung bringen zu lassen, auch künftighin streng daran

¹⁾ Daß an die R. Reg. zu Trier erlassene R. des Pol. Min. (v. Ramph) v. 1819. (A. III. 214. — 1. 139.) genehmigte eine von der Reg. zu Trier dem Vorgange der Stettiner Reg. erlassene Pol. V. wegen Anordnung von Lehm- und Sandgruben mit dem Beifügen, daß in den Strafbestimmungen, die in der Rheinprovinz bestehende fremde Gesetze berücksichtigen sei.

aß die Lehm- und Sandgruben nicht ausgehöhlt, sondern die überragenden Erdbtheile, so wie sie im Verfolg des Grabens entstehen, sofort abgestochen werden.

Die Verabsäumung dieser Vorschriften von Seiten der Bürgermeister wird für den Fall mit einer angemessenen Ordnungsstrafe geahndet werden, und bleiben dieselben außerdem für jeden Unglücksfall verantwortlich, welcher durch die Verabsäumung der nöthigen Aufsicht und Vorsichtsmaßregeln verabsäumt werden sollte.

Die für den öffentlichen Baubienst und nach den Anordnungen der zuständigen Baubeamten in Betrieb zu setzenden oder befindlichen Materialgruben, bleiben von den obigen Bestimmungen in sofern ausgenommen, als die Baubeamten selbst, — jeder in seinem Geschäftskreise, — für die sorgfältige Beobachtung der obigen Vorsichtsmaßregeln und den gefahrlosen Betrieb der ihrer Beaufsichtigung unterworfenen Materialörter allein verantwortlich sind, und in Versäumnissfällen die ihnen bezeugnete Bestrafung zu erwarten haben.

Düsseldorf, den 10. Dec. 1828.

R. Reg.

(N. XIV. 811. — 4. 72.)

) E. R. des R. Min. des I. u. d. P. (v. Brenn) v. 23. Juli 1833 amtliche R. Oberpräs. und abschriftlich an das R. Polizeipräs. zu Verhütung von Unglücksfällen durch den Einsturz von Lehm- und Gruben.

Nach den Zeitungsberichten haben sich seit einiger Zeit mehrere Unglücksfälle in ein-Reg.-Bez. durch den Einsturz von Lehm- und Sandgruben ereignet.

Ich ersuche das R. Oberpräs. daher:

die R. Reg. des Ober-Präs. zu veranlassen, auf diesen Gegenstand ihre besondere Aufmerksamkeit zu richten, und da, wo zur Verhütung von dergleichen Unglücksfällen noch keine oder nicht ausreichende polizeiliche Vorschriften durch die Amtsbl. erlassen worden sind, solche zu veranlassen, und event. selbige in Erinnerung bringen zu lassen.

Die R. Reg. zu Merseburg hat in dieser Hinsicht unterm 8. März 1826 eine zweckpolizeiliche Verordnung erlassen, welche ich der Kürze halber zu event. Benützung in Abschrift beifüge. (Anl. a.)

Anl. a.

Bei der Benützung von Lehm- und Sandgruben sind im hies. Reg.-Bezirk durch häufiges Fortgraben in die Tiefe, ohne die überragende Decke des Erdreichs abzu- in den letztverfloßenen 7 Jahren, zusammen 82 Menschen durch Verschüttung ben gekommen.

Diese Unglücksfälle hätten bei gehöriger Aufsicht der Orts-Polizeibehörden füglich werden können.

Sie sehen uns daher veranlaßt, um ähnliche Unglücksfälle zu verhüten, hierdurch rufen:

aß von Polizeiwegen überaß die vorhandenen Lehm- und Sandgruben sofort und spätestens binnen 8 Tagen in Augenschein genommen, die überragenden Erdbtheile abgestochen, und künftig darauf gehalten werden soll, daß jeder, der die Anlage neuer Erd-, Lehm- oder Sandgruben beabsichtigt, verpflichtet ist, der Orts-Polizeibehörde davon Anzeige zu machen, deren Genehmigung einzuholen, und die von derselben zu ertheilende Anweisung zu befolgen;

Die Gruben dürfen nur in einer Entfernung von mindestens zwei Ruthen von befahrenen Wegen angelegt, und müssen außerdem mit einer Barriere versehen werden;

Der Abraum muß 6 bis 12 Fuß vom Rande der Grube fortgeschafft werden, um das Nachschießen desselben zu verhüten, weshalb auch, wenn um den Rand der Grube gefahren wird, die Wagen eine gleiche Entfernung von demselben beobachten müssen.

Jeder, der diesen Vorschriften zuwider handelt, wird, wenn auch kein Unglück aus Verabsäumung entsteht, nach Befinden der Umstände mit einer angemessenen Polizeistrafe belegt u.

Merseburg, den 8. März 1826.

R. Preuß. Reg.

(N. XVII. 479. — 2. 141.)

4) R. des R. Min. des I. (v. Puttkammer) v. 18. Juli 1849 an die Reg. zu N. Polizeiliche Anordnungen zur Verhütung von Unglücksfällen bei der Anlage und dem Betrieb von Kies-, Sand- und andern Gruben.

Die Verhandlungen über den Erlass einer V. wegen Verhütung der aus der Anlage und dem Betriebe von Steinbrüchen, Kies-, Lehm-, Sand-, Mergel und anderen Gruben der Erlass v. 8. März 1847 gedacht hat, und welche zwischen dem unterm. R. Min., der Verm. des gesammten Berg-, Hütten- und Salinenwesens, dem R. Landes-Oekonomie-Kollegium und der R. Ober-Bau-Dep. geschwebt haben, sind mehr dahin resultirt, daß wenn überhaupt eine polizeiliche Einwirkung auf den Grubenverkehr für nothwendig erachtet werde, dieselbe sich auf die Beseitigung der zunächst liegenden Ursache fast aller vorkommenden Unfälle: des Unterhöhlens der Gruben beschränken müsse, so daß es deshalb für die meisten Fälle dahin genüge, wenn einfach ordnet wird:

- 1) daß Kinder und junge Leute ohne Aufsicht älterer erfahrener Leute in den Gruben nicht zu beschäftigen seien; und
- 2) daß das Unterhöhlen der Wände der Grube unter keinen Umständen gestattet werde.

Es ist daher beschlossen worden, von dem Erlass einer allgemeinen V. über den Gegenstand Abstand zu nehmen, und denjenigen R. Reg., in deren Bezirk Anordnungen über die Anlage und den Betrieb von Kies- und andern Gruben sich als nothwendig anstellen, zu überlassen, auf der Grundlage des gewonnenen und oben dargelegten Grundsatzes die erforderlich erscheinenden Bestimmungen selbstständig zu treffen.

Hiernach bleibt der R. Reg. das Weitere überlassen.

(Min. Bl. d. I. B. 1849. S. 172. Nr. 237.)

- 5) Vergl. Strafgesetzbuch v. 14. April 1851, §. 345. Nr. 9.
(S. oben S. 555.)

B. Von den R. Regierungen sind dergleichen Vorschriften (außer den bereits gegebenen) theils schon früher, theils in Folge dieser Aufforderung erlassen.

- 1) Publ. der R. Reg. zu Koblenz v. 13. Dec. 1817, betr. die Verhütung von Unglücksfällen bei Grundarbeiten. (N. I. 233. — 4. 125.)

- 2) Publ. der R. Reg. in Köslin v. 19. Dec. 1817, betr. die Verhütung von Unglücksfällen bei Sandgruben. (N. I. 234. — 1. 234.)

- 3) Publ. der R. Reg. zu Oppeln v. 2. Oct. 1818, betr. die Vermeidung von Unglücksfällen bei Benutzung der Lehm- und Sandgruben. (N. II. 1134. — 4. 92.)

- 4) Publ. der R. Reg. zu Reichenbach v. 3. Sept. 1817, denselb. Gegenstand betr. (N. I. 208. — 3. 228.)

- 5) Publ. der R. Reg. zu Breslau v. 26. Aug. 1822, denselb. Gegenstand betr. (N. VI. 749. — 3. 95.)

- 6) Publ. der R. Reg. zu Stettin v. 27. Nov. 1818, denselben Gegenstand betr. (N. II. 1134.)

- 6) Publ. der R. Reg. zu Königsberg v. 30. Dec. 1818, denselb. Gegenstand betr. (a. a. D.)

- 7) Publ. der R. Reg. zu Posen v. 19. Dec. 1818, denselben Gegenstand betr. (N. II. 1136. — 4. 93.)

- 8) Publ. der R. Reg. zu Erfurt v. 20. Juli 1819 u. v. 31. März 1819, denselben Gegenstand betr. (N. III. 795. u. V. 170.)

- 9) Publ. der R. Reg. zu Münster v. 30. Dec. 1818. (N. II. 1131. — 4. 91.)

Vergl. diese Publ. in den betr. Reg. Amtsblättern.

VI. Vorschriften zur Verhütung von Unglücksfällen, welche durch fehlerhafte Ausführung von Bauten oder Reparaturen entstehen.

- 1) Das Strafgesetzbuch v. 14. April 1851 bestimmt im §. 202:

Baumeister und Bauhandwerker, welche bei der Ausführung eines Baues wider die allgemein anerkannten Regeln der Baukunst dergestalt gehandelt haben, daß hierdurch Andere Gefahr entsteht, sollen mit Geldbuße von fünfzig bis zu dreihundert Thalern mit Gefängniß von sechs Wochen bis zu sechs Monaten bestraft werden.

Im Rückfalle können sie zugleich der Beugniß zur selbstständigen Betreibung der Baukunst oder ihres Gewerbes verlustig erklärt werden.

2) Publ. der R. Reg. zu Potsdam v. 7. Mai 1817, betr. die Anfertigung Fundamente unter hölzernen Gebäuden.

Nach Vorschrift des Generalprivilegi des Zimmergewerks in der Kur- und Mark Brandenburg v. 5. Mai 1734 darf kein Zimmermeister

- 1) bei schwerer Verantwortung zu einem hölzernen Gebäude die Schwellen strecken, noch weniger dasselbe richten, bevor das Fundament aufgeführt worden ist,
- 2) bei 4 Thlr. Strafe, wovon $\frac{1}{2}$ zur Kammerlei, $\frac{1}{4}$ zur Stadt-Armenkasse und $\frac{1}{4}$ zur Werkstätte fließt, die Schwellen niedriger über der Erde als $\frac{1}{2}$ Fuß im Lichten (d. h. bis zur Unterseite der Schwelle gemessen) strecken.

Diese gesetzlichen Bestimmungen werden hierdurch in Erinnerung gebracht, und sind allgem. baupolizeil. Anordnungen auch von unzünftigen Meistern zu befolgen.

Von den Strafen, in welche letztere verfallen möchten, ist $\frac{1}{2}$ als Polizeistrafe anzunehmen, und wird als solche eingezogen werden; die übrigen $\frac{2}{3}$ werden, wenn der Meister in der Stadt wohnt, bestimmungsmäßig zu gleichen Theilen unter die Kammerlei- und Armenkasse vertheilt, wohnt er aber auf dem platten Lande, so fließen dieselben nach Th. II. §. 28. des A. L. R. in die Orts-Armenkasse.

Die Landräthe, Pol. Direktoren und Ortsobrigkeiten haben sich hiernach zu achten. Versteht sich jedoch von selbst, daß es in den zum Herzogthum Sachsen gehörigen Landtheilen vorläufig bei den dort geltenden Vorschriften verbleibt.

(A. I. 244. — 2. 146.)

3) Publ. der R. Reg. zu Breslau v. 21. Okt. 1837. Polizeiliche Anordnungen gegen die schlechte Ausführung von Bauten.

Es sind Fälle vorgekommen, wo durch das unzweckmäßige und unvorsichtige Vorgehen bei Ausbrechung von Fronten, Mittel- und Scheidewänden und Wieder-Unterfangung derselben bei mehrere Stockwerke hohen Gebäuden, sich bald oder nach Verlauf einiger Jahre die beschäfligen Folgen so gezeigt haben, daß dadurch vergl. mit neuem Aufwand in den untern Stockwerken unterfangene Gebäude theils so schadhast geworden, daß ihr augenblicklicher Abbruch sich nothwendig machte, und theils solche, ohne die Schadhastigkeit derselben bemerkt zu haben, theilweise oder ganz plötzlich eingingen.

Um nun diesem für das Publikum so äußerst nachtheiligen und gefährl. Gebahren Untermauerung der Wände unterer Stockwerke bei massigen Gebäuden zu entgegnen, haben wir von Landes-Polizeiwegen, daß bei vergl. Fällen für die Zukunft nach den folgenden Vorschriften pünktlich verfahren werden muß:

Jeder, welcher einen Theil der Fronten, Mittel- oder Scheidewauern eines Gebäudes ausbrechen und wieder neu aufführen lassen will, muß nicht nur hiervon eine deutliche Zeichnung, sondern auch eine völlig erläuternde Beschreibung einreichen, woraus hervorgeht, auf welche Weise das Ausbrechen und Wiederaufmauern dieser Fronten und Scheidewände stattfinden soll, und in welcher sich hauptsächlich darüber deutlich auszulassen ist:

- a) wie diese Absteifung bewirkt werden soll?
- b) welche Strecken nach und nach auszubrechen und wieder aufgemauert werden sollen?

Findet die Stadt-Bau-Dep. darin Abänderungen nöthig, so hat solche der Bauherr und Bauausführer genau zu befolgen.

Demnachst ist strenge darauf zu halten, daß bei vergl. Untermauerungen Nachstehendes beobachtet werde:

- a) Es müssen dazu feste, völlig ausgebrannte und gehörig reguläre Ziegeln angewendet werden.
- b) Zum Kalkmörtel darf nur sehr scharfer Wassersand, welcher von allen kleinen Steinchen gereinigt ist, angewendet werden, und solcher muß die gehörige Mischung von Kalk und dem vorgebachten Sande erhalten.
- c) Jede Schicht Mauerziegel muß völlig in der Waage, im Lothe und richtigen Verbande aufgemauert werden.
- d) Jede Fuge muß so schmal als möglich sein und darf die Höhe oder Breite dieser Fugen nie $\frac{1}{4}$ Zoll übersteigen.
- e) Die letzte oder oberste Schicht der neu aufgeführten Mauer muß unter der stehen gebliebenen alten Maueranschicht scharf eingetrieben und solche außerdem noch verankert und verzwickelt werden.

Es ist die Aufsicht des ausführenden Maurermeisters bei einer solchen Untermauerung nicht ausreichend, sondern es muß außerdem noch ein technisches Mitglied der städtischen Bau-Dep. die Oberaufsicht führen, und ist der ausführende

und Bauherr verpflichtet, den Anordnungen dieses technischen Mitglieds

Bau-Dep. in Allem Folge zu leisten, ohne daß dieserhalb in der Bau-
 führenden Maurermeister und Bauherren etwas geändert wird u.
 (A. XXI. 1091. — 4. 207.)

VII. Vorschriften zur Verhütung von Unglücksfällen durch Gewerbs-Anlagen entstehen können. (S. oben sub I., B., S. 487 ff.)

III.

Baupolizeiliche Vorschriften in Betreff der Mühlen insbesondere¹).

Die R. v. 28. Okt. 1810 wegen der Mühlengerichtigkeit und
 des Mühlenszwanges u. bestimmt im §. 5:

Wer überhaupt zu Bauanlagen auf einem Grundstücke gesetzlich berechtigt
 gleichfalls zu Anlagen von Mühlen, die durch Wasser, Wind, thierische Kräfte o.
 getrieben werden, ferner von Brennerien und Brauereien, mit Beobachtung der
 und noch zu erlassenden Polizei-Vorschriften in Absicht der Feuersicherheit.

Jedoch darf ohne Genehmigung der Landespolizei-Behörde keine Mühle
 oder eine vorhandene verändert werden. (R. S. 1810. S. 98.)

Die allgem. Gewerbe-Ordn. v. 17. Jan. 1845 zählt im §. 27
 Wasser oder Wind bewegten Triebwerke (Mühlen u. s. w.) jeder Art z.
 gen gewerblichen Anlagen, welche einer besonderen polizeilichen Ver-
 bedürfen, und ertheilt in den §§. 28—38 die näheren Vorschriften üb.
 Nachsichung und Ertheilung der polizeilichen Genehmigung derselben
 achtende Verfahren., (s. oben sub I., Nr. II. a. S. 489.)

I. Vorschriften über die Einrichtung der Mühlen zur Verhü- Unglücksfällen.

1) C. R. der R. Min. des J. für Gew. Ang. (v. Brenn) u. d.
 B. (Röhler) v. 17. Febr. 1836 an sämmtl. R. Reg. und an das R. i.
 zu Berlin. Empfehlung der Einfassung der Mühlen-Läufersteine mit
 Ketten zur Verhütung von Unglücksfällen bei dem Zerspringen derselben

Aus Veranlassung der in dem Ber. der R. Reg. v. 25. Mai 1834 angez.
 eines gefährlichen Zerspringens von Läufersteinen in Mühlen, sind vor weitere
 nahme wegen der vorgeschlagenen allgemeinen Vorschrift einer Einfassung der
 durch eiserne Ketten, sämmtl. übrige Reg. nicht allein zur Anzeige über die in
 Bezirken vorgekommenen Unglücksfälle der in Rede stehenden Art, sondern an
 achtlichen Aeußerung über jenes Sicherungsmittel und über das Verhältniß
 desselben zu dem Werthe der Steine aufgefordert worden.

Da nach den hierauf erstatteten Ber. das Zerspringen von Läufersteinen
 überhaupt stattgefunden hat, nur selten, in vielen Reg. Bez. aber seit jenen
 nicht vorgekommen ist; so kann, so zweckmäßig auch die von der R. Reg. vor-
 von vielen Mühlenbesitzern bereits im eigenen Interesse angewandte Einfassun-
 fersteine erachtet werden muß, dennoch eine allgemeine Anordnung zur Ketten-
 ben nicht als nothwendig anerkannt werden.

Die unterzeichneten Ministerien finden sich daher um so weniger betra-
 Antrage der R. Reg. eine weitere Folge zu geben, als die in Rede stehende M.
 Mühlenbesitzern einen nicht unbedeutenden Kostenaufwand verursachen würde,
 der Mehrzahl der eingegangenen Gutachten der Zweck nicht durch die Ketten-
 sondern nur durch zwei oder mehrere eiserne Ketten sicher zu erreichen sein würd.

¹) Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß hier nur die Rede ist von der
 Mühlenbauten betr. baupolizeilichen Vorschriften, welche die Verhütung
 glücksfällen zum Zwecke haben. Hierher gehören auch die Vors.
 die Berechtigung der Handwerker zur Ausführung von Mühlenbauten
 S. 429). Dagegen ist hier nicht die Rede von den gesetzlichen Vors.
 die Anlegung neuer und die Wiederherstellung oder Reparatur Veränd.
 handener Mühlen, so wie von den bei Mühlenanlagen zu berücksichtig-
 schriften über Vorfluth und Wasserflau, wovon bei der Gewerbe-Ordn.
 VII. Abth. II. des Werkes) in Bd. 2. S. 58. ff. gehandelt ist.

Der R. Reg. bleibt indessen überlassen, den Mühlenbesitzern ihres Verwaltungsraths die Anordnung dieses Sicherungsmittels durch eine Amtsblattbekanntmachung zu fehlen. (A. XX. 212. — 1. 157.)

2) R. des R. Min. des J. u. d. B. (v. Rochow) v. 23. Mai 1837 an R. Ober-Präsident zu Posen. Verpflichtung der Müller, bei Mühlen, wo die Mahlgäste selbst das Mahlgeschäft zum Theil übernehmen, die Oeffnung nach Kammrade zu mit einer Einfassung zu versehen.

Bei der in der Prov. Posen bestehenden Sitte, daß die Mahlgäste, namentlich auf Lande, das Geschäft des Müllers zum Theil selbst übernehmen, indem sie insbesondere Getreide allein in den Mühlkorb schütten, scheint es allerdings nothwendig, auf die mangelhafte Einrichtung der dortigen Mühlen aufmerksam zu sein und dafür zu sorgen, nicht die Mahlgäste durch einen unglücklichen Zufall in das Kammrad gerathen zu lassen.

Die zu diesem Zwecke von Ew. rc. unterm 6. d. M. vorgelegte Bekanntmachung (a.) wird daher, jedoch mit der Maßgabe genehmigt, daß die darin vorgeschriebene Einrichtung zur Sicherung der unerfahrenen Mahlgäste, auf diejenigen Mühlen beschränkt werden, wo die Mahlgäste selbst das Mahlgeschäft zum Theil übernehmen, indem bei den übrigen eine Vorrichtung dieser Art nicht erforderlich sein dürfte.

Anl. a.

In einigen Gegenden der Prov. Posen besteht die eigenthümliche Sitte, daß die Mahlgäste, namentlich auf dem platten Lande, das Vermahlen des Getreides auf den Mühlen selbst übernehmen, und zu diesem Ende das Getreide in den Mühlkorb zu schütten pflegen; diese Sitte hat aber, bei der mangelhaften Einrichtung der hiesigen Bodmühlen nicht selten die Folge gehabt, daß die Mahlgäste bei dem ungewohnten Gange ausglitten, in das Kammrad gerathen, und dadurch einem schrecklichen Tode zu Grunde worden sind.

Um diese Lebensgefahr abzuwenden, wird auf den Grund der Autorisation des R. des J. u. d. B. v. 23. Mai c. hierdurch verordnet, daß auf allen Mühlen, wo die Mahlgäste selbst das Mahlgeschäft zum Theil übernehmen, jeder Müller Seitens der Polizeibehörde durch Strafverfügungen angehalten werden soll, die Oeffnung nach dem Kammrade zu, durch ein Geländer oder Lattenverschlag binnen vier Wochen einzufassen, daß im Unterlassungsfall die Polizeibehörde befugt sein soll, die Anlage auf Kosten des Müllers machen zu lassen. rc. rc.

Posen, den 5. Juni 1837.

Der Ob. Präsid. der Prov. Posen.
Flottwell.

(A. XXI. 494. — 2. 190.)

3) Vorschriften in Betreff der Windmühlen insbesondere.

a) R. des R. Min. des J. u. d. B. (Köhler) v. 22. Nov. 1836 an die Reg. zu Königsberg. Einzäunung der Windmühlen.

In Folge einer Eingabe des Magistrats zu Kr., die Nothwendigkeit der Umzäunung der dortigen städtischen Feldflur stehenden Bodwindmühle des Mühlenbesizers M. wurde der R. Reg. rc. bemerkt gemacht, daß zwar die Polizei nicht auf den Grund der Verordnungs-Urkunde von dem Eigenthümer die Einzäunung jener Mühle fordern könne. Da jedoch auf der einen Seite jeder Gewerbetreibende, soweit es möglich, seinen Betrieb so einrichten muß, daß er für das Publikum nicht gefährlich werde, und andererseits die Polizei besonders verpflichtet, jeder dem Publikum drohenden Gefahr entgegenzutreten, eine solche aber in dem vorliegenden Falle nach der besonderen Lage der qu. Mühle allerdings vorhanden sein muß, indem nach der Anzeige des Magistrats schon Vieh vor Kurzem ein Knabe durch die in Rede stehende Mühle beschädigt worden; so ist es zur Verhütung fernerer Unglücksfälle von Polizeiwegen darauf zu halten, die Mühle eingefriedigt werde rc. (A. XX. 998. — 4. 168.)

b) Bewahrung der Treppen und Aufgänge der Windmühlen.

a) Publ. der R. Reg. zu Potsdam v. 15. Jan. 1820. Die Treppen der Windmühlen sind bei 2 Thlr. Strafe für jede Mühle mit sicheren Geländern zu versehen. (A. I. 97. — 1. 64.)

Welche Publ. haben die Reg. zu Breslau unterm 17. Mai 1820 (A. I. 71.) und die Reg. zu Königsberg unterm 6. Juli 1820 (A. IV. 51.) erlassen.

Bau-Dep. in Allem Folge zu leisten, ohne daß dieserhalb in der Betriebsführenden Maurermeisters und Bauherren etwas geändert wird etc.
(A. XXI. 1091. — 4. 207.)

VII. Vorschriften zur Verhütung von Unglücksfällen,
durch Gewerbs-Anlagen entstehen können.
(S. oben sub I., B., S. 487 ff.)

III.

Baupolizeiliche Vorschriften in Betreff der Mühlenbau-
insbesondere¹⁾.

Die B. v. 28. Okt. 1810 wegen der Mühlengerichtigkeit und Aufhebung des Mühlenzwanges etc. bestimmt im §. 5:

Wer überhaupt zu Bauanlagen auf einem Grundstücke gesetzlich berechtigt gleichfalls zu Anlagen von Mühlen, die durch Wasser, Wind, thierische Kräfte oder getrieben werden, ferner von Brennerien und Brauereien, mit Beobachtung der und noch zu erlassenden Polizei-Vorschriften in Absicht der Feuersicherheit.

Jedoch darf ohne Genehmigung der Landespolizei-Behörde keine Mühle oder eine vorhandene verändert werden. (B. S. 1810. S. 96.)

Die allgem. Gewerbe-Ordn. v. 17. Jan. 1845 zählt im §. 27 d. Wasser oder Wind bewegten Triebwerke (Mühlen u. s. w.) jeder Art zu den gewerblichen Anlagen, welche einer besonderen polizeilichen Genehmigung bedürfen, und ertheilt in den §§. 28—38 die näheren Vorschriften über Nachsuchung und Ertheilung der polizeilichen Genehmigung derselben, nachstehende Verfahren., (s. oben sub I., Nr. II. a. S. 489.)

I. Vorschriften über die Einrichtung der Mühlen zur Verhütung von Unglücksfällen.

1) C. R. der K. Min. des J. für Gew. Ang. (v. Brenn) u. des B. (Röhler) v. 17. Febr. 1836 an sämmtl. K. Reg. und an das K. B. zu Berlin. Empfehlung der Einfassung der Mühlen-Läufersteine mit Keifen zur Verhütung von Unglücksfällen bei dem Zerspringen derselben

Aus Veranlassung der in dem Ber. der K. Reg. v. 25. Mai 1834 angezeigt eines gefährlichen Zerspringens von Läufersteinen in Mühlen, sind vor weiterer Annahme wegen der vorgeschlagenen allgemeinen Vorschrift einer Einfassung der Läufersteine durch eiserne Keifen, sämmtl. übrige Reg. nicht allein zur Anzeige über die etwa in den Bezirken vorgekommenen Unglücksfälle der in Rede stehenden Art, sondern auch schriftliche Äußerung über jenes Sicherungsmittel und über das Verhältniß desselben zu dem Werthe der Steine aufgefodert worden.

Da nach den hierauf erstatteten Ber. das Zerspringen von Läufersteinen überhaupt stattgefunden hat, nur selten, in vielen Reg. Bez. aber seit Jahren nicht vorgekommen ist; so kann, so zweckmäßig auch die von der K. Reg. vorgeschlagene Einfassung der Läufersteine bereits im eigenen Interesse angewandte Einfassung derselben erachtet werden muß, dennoch eine allgemeine Anordnung zur Herstellung derselben nicht als nothwendig anerkannt werden.

Die unterzeichneten Ministerien finden sich daher um so weniger veranlaßt, Anträge der K. Reg. eine weitere Folge zu geben, als die in Rede stehende Maßnahme für die Mühlenbesitzer einen nicht unbedeutenden Kostenaufwand verursachen würde, da die Mehrzahl der eingegangenen Gutachten der Zweck nicht durch die Anlage einer Einfassung sondern nur durch zwei oder mehrere eiserne Keifen sicher zu erreichen sein würde.

¹⁾ Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß hier nur die Rede ist von den baupolizeilichen Vorschriften, welche die Verhütung von Unglücksfällen zum Zwecke haben. Hierher gehören auch die Vorschriften über die Berechtigung der Handwerker zur Ausführung von Mühlenbauten (A. S. 429). Dagegen ist hier nicht die Rede von den gesetzlichen Vorschriften über die Anlage neuer und die Wiederherstellung oder Reparatur vorhandener Mühlen, so wie von den bei Mühlenanlagen zu berücksichtigenden Vorschriften über Vorfluth und Wasserstau, wovon bei der Gewerbe-Polizei VII. Abth. II. des Werkes) in Bd. 2. S. 53. ff. gehandelt ist.

er R. Reg. bleibt indessen überlassen, den Mühlenbesitzern ihres Verwaltungs- die Anordnung dieses Sicherungsmittels durch eine Amtsblattbekanntmachung zu n. (A. XX. 212. — 1. 157.)

R. des R. Min. des J. u. d. P. (v. Rochow) v. 23. Mai 1837 an Ober-Präsib. zu Posen. Verpflichtung der Müller, bei Mühlen, wo die iste selbst das Mahlgeschäft zum Theil übernehmen, die Oeffnung nach mrrade zu mit einer Einfassung zu versehen.

ei der in der Prob. Posen bestehenden Sitte, daß die Mahlgäste, namentlich auf de, das Geschäft des Müllers zum Theil selbst übernehmen, indem sie insbesondere eide allein in den Mühlkorb schütten, scheint es allerdings nothwendig, auf die äste Einrichtung der dortigen Mühlen aufmerksam zu sein und dafür zu sorgen, it die Mahlgäste durch einen unglücklichen Zufall in das Kammrad gerathen

le zu diesem Zwecke von Gew. zc. unterm 6. d. M. vorgelegte Bekanntmachung wird daher, jedoch mit der Maßgabe genehmigt, daß die darin vorgeschriebene ang zur Sicherung der unerfahrenen Mahlgäste, auf diejenigen Mühlen beschränkt o die Mahlgäste selbst das Mahlgeschäft zum Theil übernehmen, indem bei den ine Vorrichtung dieser Art nicht erforderlich sein dürfte.

Anl. a.

a einigen Gegenden der Prob. Posen besteht die eigenthümliche Sitte, daß die ste, namentlich auf dem platten Lande, das Vermahlen des Getreides auf den ihlen selbst übernehmen, und zu diesem Ende das Getreide in den Mühlkorb zu pflügen; diese Sitte hat aber, bei der mangelhaften Einrichtung der hiesigen Bod- hlen nicht selten die Folge gehabt, daß die Mahlgäste bei dem ungewohnten Ge- egeglitten, in das Kammrad gerathen, und dadurch einem schrecklichen Tode zuge- rden sind.

m diese Lebensgefahr abzuwenden, wird auf den Grund der Autorisation des R. s J. u. d. P. v. 23. Mai c. hlerdurch verordnet, daß auf allen Mühlen, wo die ste selbst das Mahlgeschäft zum Theil übernehmen, jeder Müller Seitens der Poli- hrde durch Strafverfügungen angehalten werden soll, die Oeffnung nach dem ide zu, durch ein Geländer oder Lattenverschlag binnen vier Wochen einzufassen, im Unterlassungsfall die Polizeibehörde befugt sein soll, die Anlage auf Kosten nigen Müllers machen zu lassen. zc. zc.

osen, den 5. Juni 1837.

Der Ob. Präs. der Prob. Posen.
Flottwell.

I. XXI. 494. — 2. 190.)

) Vorschriften in Betreff der Windmühlen insbesondere.

) R. des R. Min. des J. u. d. P. (Köhler) v. 22. Nov. 1836 an die . zu Königsberg. Einzäunung der Windmühlen.

a Folge einer Eingabe des Magistrats zu Kr., die Nothwendigkeit der Umzäunung der dortigen städtischen Feldflur stehenden Bodwindmühle des Mühlenbesizers R. lrd der R. Reg. zc. bemerlich gemacht, daß zwar die Polizei nicht auf den Grund verbungs- Urkunde von dem Eigenthümer die Einzäunung jener Mühle fordern Da jedoch auf der einen Seite jeder Gewerbetreibende, soweit es möglich, seinen ebetrieb so einrichten muß, daß er für das Publikum nicht gefährlich werde, und andern die Polizei besonders verpflichtet, jeder dem Publikum drohenden Gefahr ngen, eine solche aber in dem vorliegenden Falle nach der besonderen Lage der qu. allerdings vorhanden sein muß, indem nach der Anzeige des Magistrats schon Vieh : Kurzein ein Knabe durch die in Rede stehende Mühle beschädigt worden; so ist es zur Verhütung fernerer Unglücksfälle von Polizei wegen darauf zu halten, eibe eingefriedigt werde zc. (A. XX. 998. — 4. 168.)

) Bewährung der Treppen und Aufgänge der Windmühlen.

) Publ. der R. Reg. zu Potsdam v. 15. Jan. 1820. Die Treppen der ühlen sind bei 2 Thlr. Strafe für jede Mühle mit sicheren Geländern zu n¹). (A. I. 97. — 1. 64.)

Welche Publ. haben die Reg. zu Breslau unterm 17. Mai 1820 (A. IV. 304. — 71.) und die Reg. zu Königsberg unterm 6. Juli 1820 (A. IV. 573. — 3. 72.) lassen.

β) R. d. R. Min. des J. u. d. P. (v. Brenn) v. 30. Nov. 1831 a. R. Reg. zu Stralsund, Stettin und Köslin. Bewährung der Aufgänge y Mühlen.

Durch einen von dem G. Fin. Min. mir mitgetheilten Bericht des Probi Steuer-Direktors zc. Boehlendorff ist es zu meiner Kenntniß gekommen, daß in der Prob. Pommern (und namentlich häufig in Neu-Vorpommern) viele Bodwindmühlen finden, an denen keine Treppe angebracht ist, um zu der Mühle hinauf zu gehen, sondern lediglich der Mühlenschwanz zum Aufgange dient, wodurch das Besteigen Mühlen, selbst wenn auch zuweilen auf den Mühlenschwanz kleine Latten aufgelegt oder darin Ausschnitte gemacht sind, nicht bloß sehr beschwerlich, sondern sogar, namentlich zur Abend- und Nachtzeit, lebensgefährlich wird, auch wirklich schon Unglücksfälle verursacht worden. Auch sollen bei vielen Mühlen die vor der Eingangsthüre befindlichen Bretter nicht gehörig befestigt, und dadurch ebenfalls Unglücksfälle nicht bloß möglich, sondern wirklich herbeigeführt sein.

Da nun die Mühlen nicht bloß von den Müllern und deren Knappen, sondern von den Mahlgästen und Steuer-Offizianten betreten werden müssen, und letztere sogar ausdrücklich verpflichtet sind, ihre Revisionen nicht bloß bei Tage, sondern auch zu allen Zeiten vorzunehmen, dieses aber bei der angegebenen Beschaffenheit des Aufganges der Mühlen in der That ohne erhebliche Gefahr für Leben und Gesundheit nicht möglich ist, so leidet es kein Bedenken, daß die Polizeibehörden so befugt als verpflichtet sind, die gerügten Uebelständen abzuheben, und darauf, daß durch gehörige Befestigung der in der Eingangsthüre befindlichen Bretter, durch Bewährung derselben, durch Anbringung anderer Treppen, oder wenigstens durch Befügung eines sicheren festen Geländers zum Aufgange dienenden Mühlenschwanz, den gerügten Gefahren vorgebeugt werden, auch den beschlossenen Anordnungen durch Strafverfügungen Nachdruck zu geben, und nöthigenfalls die erforderlichen Vorrichtungen und Anlagen auf Kosten der Mühlenbesitzer machen zu lassen.

Ich veranlasse daher die R. Reg., durch die Polizeibehörde die Beschaffenheit des Aufganges zu den einzelnen Bodwindmühlen Ihres Depart. näher erörtern, die Sicherung des Lebens und der Gesundheit derer, welche die Mühlen besteigen müssen, durch die erforderlichen Maßregeln, nach Maßgabe der Lokalität, anordnen zu lassen, und deren genaue Befolgung zu wachen.

Sollte der gerügte Uebelstand wirklich ganz allgemein, und die fehlerhafte Befestigung in den einzelnen Fällen ziemlich gleich sein, so kann in dieser Beziehung eine allgemeine Verfügung, etwa in ähnlicher Art, wie es von der R. Reg. zu Königsberg am 6. Juli 1820 geschehen, erlassen werden. Bei der Erbauung neuer Mühlen ist der baupolizeiliche Konsens in keinem Fall zu ertheilen, wenn die Mühle nicht eine solche, mit einem sichern Geländer versehene Treppe erhält. (N. XV. 793. — 4. 54)

4) Vorschriften in Betreff der Wassermühlen.

a) Publ. der R. Reg. zu Arnberg, v. 16. März 1820. Einschränkung der Brunnen zc., insgl. Anfertigung von Rosten bei den Wassermühlen.

In Gefolg einer Verfügung des R. Min. des J. v. 23. v. W. wird die dem Amtsblatt v. J. 1818. St. 32. Nr. 549. erlassene Bekanntmachung v. 10. Aug. nach welcher zur Verhütung von Unglücksfällen die Einfassung der Brunnen zc. durch die Anfertigung von Rosten bei den Wassermühlen verordnet worden, ad 2. näher bestimmt:

daß der von den Müllern anzulegende Rost (oder Rechen) vor der Grundfläche des Vorfluthes zur Vermeidung eines großen Kosten-Aufwandes auch aus vorliegenden Stangen in möglichst geringer Weite bestehen kann, weil dadurch der beabsichtigte Zweck ebenfalls erreicht wird.

Die Unterlassung dieser so wie der ad 1. der allegirten Verordnung erlassenen Anfertigung wird in vorkommenden Fällen unnachlässiglich mit fünf Mthr. Strafe geahndet und die nicht bewirkte Vorkehrung auf Kosten der Säumigen veranlaßt werden.

(N. IV. 98. — 1. 65.)

b) Publ. der R. Reg. zu Frankfurt a. O., v. 21. Okt. 1832. Anfertigung von Schützenborrichtungen zur Verhütung von Unglücksfällen bei Wassermühlen.

Es ist schon oft und neuerdings erst wieder vorgekommen, daß die mit dem Einsetzen oder Einlegen der Schützen auf den Mühlenarchen beschäftigten Personen vernachlässigt ums Leben gekommen sind. Dergleichen Unglücksfälle können durch Vorrichtungen verhindert werden, mittelst welcher das Ziehen oder Einsetzen der Schützen aus dem Innern der Mühlen möglich wird, und die sich sonst überall leicht anbringen lassen.

Indem wir hierauf aufmerksam machen, sprechen wir zugleich den Wunsch aus,

erwähnten Schütz-Vorrichtungen an allen Mühlen, wo sie noch fehlen
honung von Menschenleben recht bald angelegt werden möchten.

(M. XVI. 990.—4. 97.)

1) K. d. K. Min. d. J. u. d. P. (v. Schudmann) v. 24. Juni 1824 an
Reg. zu Arnberg. Anlegung von Zustreichern in den Deelmühlen zur
Verhütung von Unglücksfällen.

Bei der augenscheinlichen Zweckmäßigkeit der, von der K. Reg. zu Münster für ihren
vorgeschriebenen Vorrichtung der Anbringung von Zustreichern in den Deelmühlen,
lege ich auf den Antrag der K. Reg. in dem Ver. v. 4. d. M. daß Dieselbe die dies-
bezügliche Verfügung der K. Reg. zu Münster v. 20. Mai 1818 (Anl. a.) auch auf Ihren Reg. Bez.
verleihen und autorisire die K. Reg. hiermit, ein Publik. gleichen Inhalts in dem dortigen
Reg. zu erlassen.

Anl. a.

Zur Abwendung der öftern Unglücksfälle in den, nach altdeutscher Art eingerichteten
Mühlen, wo die Arbeiter bei Gelegenheit, daß sie den Saamen unter die Steine lehren,
irgend eigenes und der Mühlensteine Rundgehen schwindlich, unter die Steine fallen,
häufig verwundet werden, ist die einfache Vorkehrung in den holländischen De-
elmühlen, worin unten an der stehenden Welle, womit sich die Steine herum-
drehen, zwei Arme als Zustreicher angebracht sind, an deren Enden ein Haken befestigt
ist, sich ein- und auswärts drehen und feststellen läßt, im ersteren Falle den Saamen
unter die Steine, im andern Falle, wenn er gehörig zerquetscht ist, ihn herauszuführen.

Die H. Landräthe und Bürgermeister haben dahin zu wirken, daß die Müller nach-
sehen, diese nicht kostbare Vorkehrung angebracht haben, deßhalb ihnen die nächsten
Jahre, wo sie bereits besteht, namhaft zu machen, um solche kennen zu lernen. Die
nicht so thätigen sich etwa säumig bezeugenden Müller sind namhaft zu machen, und
sollten selbige in eine Polizeistrafe von Fünf Thlrn.

Münster, den 20. Mai 1818.

K. Preuß. Reg. Erste Abth.

(M. VIII. 559.—2. 126.)

L. Vorschriften über die Entfernung der Windmühlen von öf-
fentlichen Wegen und nachbarlichen Grundstücken.

1) K. d. K. Min. d. J. (Röhler) v. 7. Juni 1828, an die K. Reg. zu Kö-
nigsberg. Entfernung der Windmühlen von öffentlichen Wegen 1).

In Bescheidung auf die Anfrage v. 2. April d. J., die Entfernung betr., in welcher
Windmühlen von den öffentlichen Wegen zu errichten sind, wird die K. Reg. hiermit
verordnet, vorläufig und bis dahin, daß über diesen Punkt eine allgem. gesetzliche Festsetzung
erlassen wird, eine Entfernung von zwanzig Ruthen als Regel anzunehmen, in keinem
Falle eine neue Mühlenanlage zu gestatten, die nicht mindestens zehn Ruthen von
dem nächsten Wege entfernt ist. (M. XII. 544.—2. 156.)

2) K. d. K. Min. d. J. u. d. P. (Röhler) v. 29. Okt. 1835. an die K.
Reg. zu Breslau. Anlegung von Windmühlen in Beziehung auf deren Entfer-
nung von Landstraßen und Gebäuden.

Die K. Reg. wird auf den Ver. v. 19. Aug. c., den von dem Müller M. zu M.
betreffenden Windmühlenbau betr. eröffnet, daß bei der Anlage von Windmühlen eine
Entfernung von 20 Ruthen von öffentlichen Wegen und Landstraßen für genügend, aber
nicht erforderlich anzunehmen ist, jedoch letzteres in der Art, daß unter Umständen.

Das M. ist in den M. XII. 780.—3. 115. wörtlich noch mal abgedruckt. Es sind
brigens hierdurch folgende Reg. Publik. für beseitigt zu erachten:

a) der Reg. zu Bromberg v. 15. März 1819., daß bei Anlegung neuer
Windmühlen eine Entfernung von 180—200 Schritten von der Landstraße
zu beobachten, und auch beim Neubau bisheriger, der Landstraße näher ste-
hender Windmühlen, sofern es die Lokalverhältnisse irgend gestatten, eben
so weit von der Straße zurückzuweichen. (M. III. 224.—1. 143.)

b) der Reg. zu Stralsund v. 15. Mai 1819. desselb. Inhalts mit dem Bei-
fügen, daß, wo die Lokalität die Verlegung der Mühlen selbst nicht zu-
lässe, auf Verlegung des Weges Bedacht zu nehmen.

(M. III. 511.—2. 142.)

c) der Reg. zu Gumbinnen v. 3. Okt. 1821., daß bei Anlegung neuer Wind-
mühlen eine Entfernung von 15 Ruthen von der Landstraße zu beobachten

(M. V. 953.—4. 89.)

nach dem pflichtmäßigen Ermessen der Behörde, auch eine geringere Entfernung nothwendig werden kann, z. B. wenn die Mühle an einem tiefliegenden Hohlweg zu stehen kommt, wo von ihrer unmittelbaren Nähe ein Unglück dadurch, daß die Pferde scheu werden zu besorgen ist. In Ansehung der Entfernung der Windmühlen von nachbarlichen Grundstücken dagegen kann ein gleiches Maß nicht überall angenommen werden, da sich die Gefährlichkeit der Nachbarschaft einer Windmühle größtentheils nach ihrer Bauart bestimmt, außerdem aber auch schon das eigene Interesse des Windmüllers ihn abhält, sich den fangenden Gebäuden in einer gefahrdrohenden Entfernung zu nähern.

(N. XIX. 1109. — 4. 151.)

3) R. des R. Min. des J. für Gewerbe-Ing. (v. Brenn) und des d. P. (Röhler) v. 23. Aug. 1837 an die R. Reg. zu Liegnitz. Anlegung Windmühlen in Beziehung auf deren Entfernung von nachbarlichen Grundstücken und Gebäuden.

1. Eine bestimmte Entfernung, in welcher neue Mühlen von nachbarlichen Grundstücken erbaut werden sollen, steht zwar gesetzlich nicht fest; daß aber eine gewisse Entfernung zwischen nachbarlichen Grundstücken und einer Mühle vorhanden sein müsse, ist die Grundstücke mit Gebäuden besetzt sind, aus feuerpolizeilichen, und wenn sie ausgenutzt werden, aus sicherheitspolizeilichen Gründen nöthig.

Im vorliegenden Falle kommen beide Rücksichten zur Beachtung; beide können eine Inhibirung des von dem 1. K. beabsichtigten Mühlenbaues nicht begründen, die Grenze des Grundstücks des 1. S. 65 Fuß weit von der Mühle des 1. K. entfernt und bei einer solchen Entfernung die Bedeckung des Grundstücks mit Zugvieh gefährlich erscheint, und weil die Scheune des 1. S. von der Mühle 112 Fuß entfernt also unter gewöhnlichen Umständen auch eine Feuergefahr für die Gebäude nicht zu besorgen ist.

Dagegen sind bisher auch in dem Entwurfe zu einer allgem. neuen Reg.-D. 20 Ruthen als die mindest nöthige Entfernung einer Mühle von öffentlichen Wegen genommen, und wenn auch mitunter eine geringere Entfernung zugelassen worden, so doch nur unter besonderen Umständen, z. B. dann geschehen, wenn es sich von einem Hohlwege handelte, in welchem die Pferde auch bei größerer Nähe durch die Mühlenflügel nicht scheu gemacht werden können, oder wenn die Mühle gegen den Weg durch dichte Bäume 1. verdeckt war 1. (N. XXI. 548. — 2. 245.)

4) R. der R. Min. des J. für Gewerbe-Ing. (v. Brenn) und des u. d. P. (v. Rochow) v. 20. Okt. 1837 an die R. Reg. zu Liegnitz. über den Inhalt.

In sofern die Mühle, zu deren Anlage die R. Reg. dem Gastwirth R. zu R. Genehmigung erteilt hat, bereits vollendet oder doch schon erheblich im Bau vorgefertigt sein sollte, so mag es für diesmal bei der Entfernung zwischen der Mühle und dem Weg von 13 bis 14 Ruthen verbleiben, wiewohl der von der R. Reg. im Bericht v. 12. zur Rechtfertigung Ihres Verfahrens angeführte Grund,

daß die Mühle, wenn Fuhrwerke auf der Chaussee ihr gerade gegenüber, mit am nächsten sind, für diese durch die Scheune des S. verdeckt werde, keineswegs für ganz durchgreifend erachtet werden kann, da die fragliche Scheune der absichtlich oder zufällig vernichtet und dadurch die Mühle ihres jetzigen Deckels beraubt werden kann, ohne daß dann die Verhütung der Mühle ohne Hülfe des Eigenthümers derselben möglich sein würde.

Sollte indeß der 1. K. die Ausführung des fraglichen Mühlenbaues begonnen haben, so ist mit Rücksicht auf die der R. Reg. im R. v. 23. Aug. d. J. gemachten Eröffnungen die demselben erteilte Konzession zurückzunehmen, da der vielleicht jetzt noch ohne Schwierigkeiten ein geeigneter Platz angewiesen werden der, wie der R. Reg. zur Nachachtung in künftigen Fällen bemerkt gemacht in sehr frequenten Straßen stets die normalmäßigen 20 Ruthen von der Straße entfernt muß, es wäre denn, daß ganz besondere, der Wahrscheinlichkeit nach fortdauernde Verhältnisse den Anblick der Mühle von der Straße aus verdecken 1).

(N. XXI. 549. — 2. 246.)

5) R. des R. Min. des J., Abth. II. (Bode) v. 6. April 1844 Bauern R. R. Entfernung neuer Windmühlen-Anlagen von Landstraßen und Wegen, so wie von Privat-Grundstücken.

1) Dieser letzte Satz des R. findet sich wörtlich noch einmal abgedruckt in den 1072. 4. — 183.

Auf die Beschwerde v. 24. v. W. wird den Bauern R. R. eröffnet, daß Ihr Widerspruch gegen die neue Mühlenanlage des Müllers G. von der R. Reg. zu Frankfurt a. M. nicht berücksichtigt worden ist, weil die Beschädigung, daß der Bauplatz einer Windmühle 14 Ruthen von einem öffentlichen Wege entfernt sein muß, nur im polizeilichen Interesse für die Wege und Straßen begründet ist und auf Privat-Grundstücke nicht ausgedehnt werden kann. (Min. Bl. 1844. S. 85 Nr. 113.)

6) E. R. des R. Min. für G., G. u. öffentl. W. (Milde) v. 10. Juli 1844 an sämmtl. R. Reg. Entfernung neu anzulegender Windmühlen von benachbarten Häusern mit Rücksicht auf deren Bestellung durch Zugvieh.

Nach den von der R. Reg. in Folge des Krl.-Erlasses v. 8. Sept. v. J. erstatteten Berichten sind die Ansichten über die Nothwendigkeit einer allgemein als Regel vorzunehmenden Entfernung der neu anzulegenden Windmühlen von benachbarten Häusern, mit Rücksicht auf deren Bestellung durch Zugvieh, sehr verschieden.

In manchen Regierungsbezirken hat sich das Bedürfnis einer solchen Bestimmung nicht herausgestellt, indem darauf gerichtete Einwendungen gar nicht vorgekommen sind, in andern manchen Regierungen sich veranlaßt gefunden haben, gewisse Entfernungen, oder die Zerstörung des Mühlengrundstückes mit einer Einfriedigung von einer bestimmten Höhe in den Konzeptionen vorzuschreiben.

Da nun ein öffentliches Interesse für derartige allgemeine Anordnungen insofern vorwaltet, als in vielen Gegenden das Zugvieh an Windmühlen gewöhnt ist, oft die benachbarten Häuser ohne Anwendung von Zugvieh bestellt werden, weshalb es vom Staat auf die Berücksichtigung der örtlichen Verhältnisse wesentlich ankommt, so ist im Anstand nehmen, eine diesfällige Bestimmung als allgemeine Regel vorzuschreiben.

Das R. Landes-Oekonomie-Kollegium ist übrigens in seiner wiederholt erforderten Meinung dabei stehen geblieben, daß eine Entfernung der Windmühlen von sechs Ruthen und zwar von den Umfassungswänden derselben ab gerechnet, den Rücksichten auf Beschädigung der benachbarten Häuser in der Regel entsprechen werde.

Hiernach muß der R. Reg. überlassen bleiben, sofern dieselbe es nach dem Verhältnisse in Ihrem Bezirke für nothwendig erachtet, entsprechende in der Regel zu beobachtende Vorschriften zu erlassen oder die Behörden mit angemessener Anweisung zu versehen, und jedoch der Eigenthümlichkeit der einzelnen Fälle die gehörige Berücksichtigung zu gewähren. Jedenfalls werden dabei die gütlichen Aeußerungen der Ortsbehörden Rücksicht zu beachten sein, und deshalb wird in den einzelnen Fällen für deren Befriedigung gesorgt werden müssen, damit solche bei den in die Rekurs-Instanz gelangenden Anordnungen aus dem Akten ersichtlich sind. (Min. Bl. 1848. S. 310. Nr. 364.)

7) E. R. der R. Min. des J. (v. Bodelschwingh) u. d. K. (v. Duesberg) v. 1. Dec. 1847 an sämmtl. R. Reg., ausschließlich derjenigen zu Stralsund, Königsberg, Köln, Aachen und Trier, und an das R. Pol. Präsidium zu Berlin. Anlegung von Windmühlen auf in der Separation begriffenen Grundstücken.

In der neuesten Zeit sind mehrere Gesuche um die Erlaubniß zur Anlage von Windmühlen auf Feldmarken, welche in der Gemeinheitstheilung befangen sind, in die Rekurs-Instanz gelangt.

Der von den Widersprechenden erhobene Einwand, daß die bezeichnete Bauplätze nicht geeignet seien, auch der Bau der Mühle die Anlage beeinträchtige, gehört nicht zur Entscheidung der Polizeibehörde, und würde allenfalls durch ein Interimistikum der Landes-Regierungsbehörde nach §. 36 der B. v. 30. Juni 1834 (G. G. S. 109.) zu befehlen sein.

Es steht aber der Ertheilung der Erlaubniß zu dergl. Mühlenanlagen das wesentliche Bedenken entgegen, daß die Prüfung, ob die Mühle durch ihre Entfernung von den Wegen, so wie von den Grängen der Nachbarn, oder sonst das Publikum oder einzelne Personen mit Nachtheilen bedrohe, gar nicht stattfinden kann, indem alle örtlichen Verhältnisse erst durch den Separationsplan festgestellt werden. Es erscheint auch nicht angemessen, die den Regierungen obliegende Fürsorge für das Interesse des Publikums durch der Nachbarn den Auseinandersetzungsbehörden zur Berücksichtigung bei Anordnung der Anlage auszubüden.

Die R. Reg. wird daher veranlaßt, die Anlage von Windmühlen auf Grundstücken, welche Gegenstand eines mit dem Umlaufe der Ländereien verbundenen bereits eingetragenen Gemeinheitstheilungs-Verfahrens sind, überhaupt nicht stattfinden zu lassen, bevor der Separationsplan definitiv festgestellt ist. Damit etwaige Unternehmer vor der Veranlagung unnützer Kosten bewahrt werden, ist diese Bestimmung durch das Amtsblatt zur öffentlichen Kenntniß zu bringen.

Maßnahmen zu ergreifen, liegt keine dringende Veranlassung vor, da das Bedürfnis

nach dem pflichtmäßigen Ermessen der Behörde, auch eine geringere Entfernung sein werden kann, z. B. wenn die Mühle an einem tiefliegenden Hohlweg zu steht wo von ihrer unmittelbaren Nähe ein Unglück dadurch, daß die Pferde scheu we zu besorgen ist. In Ansehung der Entfernung der Windmühlen von nachbarlichen dagegen kann ein gleiches Maß nicht überall angenommen werden, da sich gefährlichkeit der Nachbarschaft einer Windmühle größtentheils nach ihrer Bauart außerdem aber auch schon das eigene Interesse des Windmüllers ihn abhält, sich fangenden Gebäuden in einer gefahrdrohenden Entfernung zu nahen.

(A. XIX. 1109.—4. 151.)

3) R. des R. Min. des J. für Gewerbe-Ing. (v. Brenn) und d. P. (Röhler) v. 23. Aug. 1837 an die R. Reg. zu Liegnitz. Anleg. Windmühlen in Beziehung auf deren Entfernung von nachbarlichen stücken und Gebäuden.

2c. Eine bestimmte Entfernung, in welcher neue Mühlen von nachbarlichen stücken erbaut werden sollen, steht zwar geschilich nicht fest; daß aber eine gewinnung zwischen nachbarlichen Grundstücken und einer Mühle vorhanden sein muß die Grundstücke mit Gebäuden besetzt sind, aus feuerpolizeilichen, und wenn si genutzt werden, aus sicherheitspolizeilichen Gründen nöthig.

Im vorliegenden Falle kommen beide Rücksichten zur Beachtung; beide t eine Inhibirung des von dem 2c. K. beabsichtigten Mühlenbaues nicht begründete Grenze des Grundstücks des 2c. S. 65 Fuß weit von der Mühle des 2c. K. en und bei einer solchen Entfernung die Packerung des Grundstücks mit Zugvieh fährlich erscheint, und weil die Scheune des 2c. S. von der Mühle 112 Fuß en also unter gewöhnlichen Umständen auch eine Feuerögefahr für die Gebäude u sorgen ist.

Dagegen sind bisher auch in dem Entwurfe zu einer allgem. neuen Weg 20 Ruthen als die mindest nöthige Entfernung einer Mühle von öffentlichen B nommen, und wenn auch mitunter eine geringere Entfernung zugelassen worden doch nur unter besonderen Umständen, z. B. dann geschehen, wenn es sich von sen Hohlwege handelte, in welchem die Pferde auch bei größerer Nähe durch die senflügel nicht scheu gemacht werden können, oder wenn die Mühle gegen de durch dicke Bäume 2c. verdeckt war 2c. (A. XXI. 548. — 2. 245.)

4) R. der R. Min. des J. für Gewerbe-Ing. (v. Brenn) un u. d. P. (v. Rochow) v. 20. Okt. 1837 an die R. Reg. zu Liegnitz. den Inhalt.

In sofern die Mühle, zu deren Anlage die R. Reg. dem Gastwirth R. zu nehmigung ertheilt hat, bereits vollendet oder doch schon erheblich im Bau de sein sollte, so mag es für dies Mal bei der Entfernung zwischen der Mühle und t von 13 bis 14 Ruthen verbleiben, wiewohl der von der R. Reg. im Bericht v. zur Rechtfertigung Ihres Verfahrens angeführte Grund,

daß die Mühle, wenn Fuhrwerke auf der Chaussee ihr gerade gegenüber, am nächsten sind, für diese durch die Scheune des S. verdeckt werde, keinesweges für ganz durchgreifend erachtet werden kann, da die fragliche Sche der absichtlich oder zufällig vernichtet und dadurch die Mühle ihres jetzigen T tels beraubt werden kann, ohne daß dann die Versetzung der Mühle ohne Hürdt Eigenthümer derselben möglich sein würde.

Sollte indeß der 2c. R. die Ausführung des fraglichen Mühlenbaues begonnen haben, so ist mit Rücksicht auf die der R. Reg. im R. v. 23. Aug. d gemachten Eröffnungen die demselben ertheilte Konzession zurückzunehmen, da vielleicht jetzt noch ohne Schwierigkeiten ein geeigneter Platz angewiesen wer der, wie der R. Reg. zur Nachachtung in künftigen Fällen bemerktlich gemach sehr frequenten Straßen stets die normalmäßigen 20 Ruthen von der Straße e muß, es wäre denn, daß ganz besondere, der Wahrscheinlichkeit nach fortbauern stände den Anblick der Mühle von der Straße aus verdecken ¹⁾).

(A. XXI. 549. — 2. 246.)

5) R. des R. Min. des J., Abth. II. (Bode) v. 6. April 184 Bauern R. R. Entfernung neuer Windmühlen-Anlagen von Landstn Wegen, so wie von Privat-Grundstücken.

¹⁾ Dieser letzte Satz des R. findet sich wörtlich noch mal abgedruckt in d 1072. 4. — 183.

Daß die Beschwerde v. 24. v. M. wird den Bauern R. M. eröffnet, daß Ihr Silber-
 Grund gegen die neue Mühlenanlage des Müllers G. von der R. Reg. zu Frankfurt a. M.
 nicht berücksichtigt worden ist, weil die Beschränkung, daß der Bauplatz einer Wind-
 mühle 14 Ruthen von einem öffentlichen Wege entfernt sein muß, nur im polizeilichen
 Interesse für die Wege und Straßen begründet ist und auf Privat-Grundstücke nicht aus-
 gedehnt werden kann. (Min. Bl. 1844. S. 85 Nr. 113.)

6) C. M. des R. Min. für G., G. u. öffentl. A. (Milde) v. 10. Juli
 1844 an sammtl. R. Reg. Entfernung neu anzulegender Windmühlen von be-
 nachbarten Aedern mit Rücksicht auf deren Bestellung durch Zugvieh.

Nach den von der R. Reg. in Folge des Grl.-Erlasses v. 8. Sept. v. J. erhaltenen
 Antworten sind die Ansichten über die Nothwendigkeit einer allgemein als Regel vorzu-
 zuziehenden Entfernung der neu anzulegenden Windmühlen von den benachbarten Aedern,
 mit Rücksicht auf deren Bestellung durch Zugvieh, sehr verschieden.

In manchen Regierungen begreift sich das Bedürfnis einer solchen Bestimmung
 nicht herausgestellt, indem darauf gerichtete Einwendungen gar nicht vorgekommen sind,
 während andere Regierungen sich veranlaßt gefunden haben, gewisse Entfernungen, oder
 die Zehnerung des Mühlgeländes mit einer Einschränkung von einer bestimmten
 Höhe in den Konzessionen vorzuschreiben.

Da nun ein öffentliches Interesse für derartige allgemeine Anordnungen insofern
 besteht, als in vielen Gegenden das Zugvieh an Windmühlen gewöhnt ist, oft
 die benachbarten Aeder ohne Anwendung von Zugvieh bestellt werden, weshalb es
 jedem Falle auf die Berücksichtigung der örtlichen Verhältnisse wesentlich ankommt,
 so muß ich Anstand nehmen, eine diesfällige Bestimmung als allgemeine Regel vor-
 zuschreiben.

Das R. Landes Oekonomie-Kollegium ist übrigens in seiner wiederholt erforderten
 Meinung dabei stehen geblieben, daß eine Entfernung der Windmühlen von sechs Ru-
 then und zwar von den Umfassungswänden derselben ab gerechnet, den Rücksichten auf
 Bewirthschaftung der benachbarten Aeder in der Regel entsprechen werde.

Hierzu muß der R. Reg. überlassen bleiben, sofern Dieselbe es nach den Verhält-
 nissen in Ihrem Bezirke für nothwendig erachtet, entsprechende in der Regel zu beobach-
 tenden Vorschriften zu erlassen oder die Behörden mit angemessener Anweisung zu versehen,
 daß jedoch der Eigenthümlichkeit der einzelnen Fälle die gehörige Berücksichtigung zu
 Theil kommt. Jedemfalls werden dabei die gutachtlichen Äußerungen der Ortsbehörden
 zu berücksichtigen zu sein, und deshalb wird in den einzelnen Fällen für deren Be-
 rücksichtigung gesorgt werden müssen, damit solche bei den in die Rekurs-Instanz gelangenden
 Beschwerden aus den Akten ersichtlich sind. (Min. Bl. 1844. S. 310. Nr. 354.)

7) C. M. des R. Min. des J. (v. Bodelschwingh) u. d. F. (v. Duesberg)
 1. Dec. 1847 an sammtl. R. Reg., ausschließlich derjenigen zu Stralsund,
 Königsberg, Köln, Aachen und Trier, und an das R. Pol. Präsidium zu Berlin.
 Abweisung von Windmühlen auf in der Separation begriffenen Grundstücken.

In der neuesten Zeit sind mehrere Gesuche um die Erlaubnis zur Anlage von Wind-
 mühlen auf Feldmarken, welche in der Gemeinheittheilung befangen sind, in die Rekurs-
 Instanz gelangt.

Der von den Widersprechenden erhobene Einwand, daß die bezeichnete Bauplätze
 nicht hiesel seien, auch der Bau der Mühle die Planlage beeinträchtige, gehört nicht zur
 Entscheidung der Polizeibehörde, und würde allenfalls durch ein Interimistum der Aus-
 wanderungsbehörde nach §. 36 der W. v. 30. Juni 1834 (G. S. S. 109.) zu be-
 handeln sein.

Es steht aber der Ertheilung der Erlaubnis zu dergl. Mühlenanlagen das wesent-
 liche Bedenken entgegen, daß die Prüfung, ob die Mühle durch ihre Entfernung von den
 Aedern, so wie von den Grängen der Nachbarn, oder sonst das Publikum oder einzelne
 Personen mit Nachtheilen bedrohe, gar nicht stattfinden kann, indem alle örtlichen
 Verhältnisse erst durch den Separationsplan festgestellt werden. Es erscheint auch nicht
 angemessen, die den Regierungen obliegende Fürsorge für das Interesse des Publikums
 der den Nachbarn den Auswanderungsbehörden zur Berücksichtigung bei Anordnung
 der Planlage aufzubürden.

Die R. Reg. wird daher veranlaßt, die Anlage von Windmühlen auf Grundstücken,
 welche Gegenstand eines mit dem Umtausche der Ländereien verbundenen bereits eingetre-
 tenen Gemeinheittheilungs-Verfahrens sind, überhaupt nicht stattfinden zu lassen, bevor
 der Separationsplan definitiv festgestellt ist. Damit etwaige Unternehmer vor der Ver-
 theuerung unnützer Kosten bewahrt werden, ist diese Bestimmung durch das Amtsblatt zur
 öffentlichen Kenntniß zu bringen.

Ausnahmen zu gestatten, liegt keine bringende Veranlassung vor, da das Bedürfnis

der Anlage einer Windmühle nicht möglich so unabwieslich sein kann, daß dieselbe nicht einige Verzögerung zulassen sollte. (Min. Bl. 1847 S. 229. Nr. 402.)

8) Die Vorschriften über die Entfernung der Windmühlen von einem besgl. betr. die Verhinderung der Windmühlen durch Hemmung des Verkehrs vergl. in der Gewerbe-Polizei (Th. VII. Abth. II. des Werkes Bd. S. 67 — 74).

IV.

Baupolizeiliche Vorschriften zur Verhütung der Verunstaltung und Verunzierung, sowie der Verengung der Straßen und öffentlichen Plätze.

Zu den Pflichten der Baupolizei gehört auch die Sorge für Verhütung aller solcher Bauten und Bauanlagen, welche in irgend einer Beziehung Verunstaltung und Verunzierung der Straßen und öffentlichen Plätze, als zu deren Verengung, und somit zur Hemmung des Verkehrs gereichen und Glücksfälle, oder sogar Nachtheile für den Gesundheitszustand der Bewohner beiführen können. Daher ist es die Aufgabe der Baupolizei, überall Maßregeln zu treffen, daß dergleichen Uebelständen vorgebeugt werde, und vorkommenden Bauten und Bauberänderungen solche Einrichtungen getroffen werden, welche zur Beseitigung vorhandener Hindernisse dieser Gattung führen.

Das Allgem. Land-Recht enthält mehrere Bestimmungen, welche diesem Gesichtspunkte ergangen, den darauf zu richtenden polizeilichen Maßnahmen zur Grundlage dienen.

Dasselbe schreibt nämlich in Th. I. Tit. 8. §§. 36 u. 76 — 82. vor:

§. 36. Ohne obrigkeitliche Erlaubniß dürfen Gebäude in den Städten, Straßen oder öffentlichen Plätze stoßen, nicht zerstört oder vernichtet werden.

§. 76. Ohne Erlaubniß der Obrigkeit dürfen Baustellen, die bisher mit Nummern hatten, nicht in Eins gezogen werden.

§. 77. Auch die Zugestehung einer solchen Erlaubniß kann, in Ansehung der den Nummern vertheilt, oder noch zu vertheilenden Lasten und Abgaben, nach gemeinen Wesen, noch andern Privatpersonen zum Nachtheile gereichen.

§. 78. Die Straßen und öffentlichen Plätze dürfen nicht verengt, verunreinigt, sonst verunstaltet werden.

§. 79. Besonders darf Niemand, ohne ausdrückliche Bewilligung der Obrigkeit, einen Kellerhals oder anderes dergl. Nebengebäude auf die Straße zu anlegen.

§. 80. Auch die Einrichtung von Keller- und Labenthören, welche auf die Straße gehen, die Anlegung neuer, oder die Wiederherstellung eingegangener Erker, Läden auf die Straße hinausgehender Dachrinnen; die Aufsehung von Wetterdächern und auf die Straße hinein sich erstreckenden Schildern, so wie die Errichtung von Blitzableitern nur unter Erlaubniß der Polizei-Obrigkeit, und nach den von dieser zu ertheilenden Anweisungen, vorgenommen werden.

§. 81. Uebrigens aber kann jeder Hauseigenthümer den sogenannten Bürger so weit er das Steinpflaster zu unterhalten hat, unter den §. 78. bestimmten Einrichtungen nutzen.

§. 82. Nähere Bestimmungen über die §§. 78—81. berührten Gegenstände sind den besonderen Polizeigesetzen eines jeden Orts vorbehalten.

Von diesen allgemeinen Grundsätzen ausgehend, sind nachstehende polizeiliche Vorschriften erlassen.

I. Verpflichtung der Besitzer leerer Hausstätten zu deren Bebauung. (A. L. R. I. 8. §§. 36., 76. 77.)

1) R. des R. Min. des J. u. d. P. (Köhler) v. 23. Sept. 1820 an R. Reg. zu Minden. Die Besitzer leerer Hausstätten sind an den Orten, wo das A. L. R. gilt, zu deren Bebauung verpflichtet.

Der R. Reg. geben wir auf Ihre Anfrage v. 20. Aug. d. J., ob Besitzer leerer Hausstätten zu deren Bebauung verpflichtet werden können? zu erkennen, daß v. 14. Sept. 1811 die alleg. Vorschrift des A. L. R. Th. I. Tit. 8. §. 36. keinesweges aufgehoben, und es kein Bedenken hat, daß die R. Reg. an den Orten, wo das A. L. R. führt ist, gedachte Vorschrift in Anwendung bringen. (A. IV. 606. — S. 90.)

1) R. des R. Min. des J. (Röhler) v. 27. Okt. 1820 an die R. Reg. zu N. Der §. 36 des A. L. R. I. 8. ist auf wüste Stellen, welche schon vor Einführung des A. L. R. eine andere Benutzungsart erhalten, nicht, bei noch vorhandenen Bauplätzen aber unbedingt anwendbar.

Der R. Reg. wird auf Ihren Ver. v. 10. d. M. zu erkennen gegeben, daß auf solche Bauplätze, welche bereits vor Einführung des A. L. R. mit Bestande Rechts eine bleibende Benutzungsart gewonnen haben, jetzt die erwähnte Vorschrift Th. I. I. 36. nicht mehr angewendet werden kann.

Wenn aber dergleichen jetzt noch als Bauplätze vorhanden sind; so kann es darauf: demaligen Gebäude schon vor oder nach Einführung des A. L. R. eingegangen sind, kommen. Jedoch muß die R. Reg. überhaupt dergleichen Fragen nicht in abstracto nicht stellen, sondern bei etwanigen fernern Zweifeln die concreten Fälle vortragen. R. IV. 746. — 4. 26.)

2) R. des R. Min. des J., Abth. I. (v. Manteuffel) v. 11. Febr. 1846 R. Reg. zu N., betr. die polizeilichen Anordnungen wegen Zusammenziehung von Baustellen.

In Erwiderung auf den Ver. der R. Reg. v. 27. Dec. v. J. erhält Derselbe den folgenden Bescheid (a.) an den Magistrat zu N., betr. die polizeil. Anordnungen wegen Zusammenziehens von Baustellen, zur Kenntnißnahme und Beförderung.

Anl. a.

Die Beschwerde, welche der Mag. zu N. mittelst Eingabe v. 6. Nov. v. J. über die in Vorstädter N. vorgenommene Zusammenziehung zweier ihm zugehöriger Stellen erhoben hat, ist nicht begründet. Eine Handlung oder Unterlassung, welche nicht als verboten ist, kann nach allgemeinen Rechtsgrundsätzen nicht mit Strafe belegt werden. Da nun im §. 76. Tit. 8. Th. I. des A. L. R. zwar das Verbot, daß Baustellen mit besondern Nummern versehen sind, ohne Erlaubniß der Obrigkeit nicht in eine andere Art verwendet werden dürfen, ausgesprochen, das Zuwiderhandeln gegen diese Vorschrift aber weder im Allg. Landrecht, noch durch eine Polizeiverordnung mit Strafe bedroht ist; so kann solche auch nicht festgesetzt werden. Glaubt der Magistrat, daß die Androhung einer Strafe für die Zukunft nothwendig erscheine, so bleibt Derselben überlassen, Sein Gesuch der R. Reg. vorzutragen, welche, wenn sie seiner Ansicht beitrifft, dem Antrage zu entsprehen befugt ist. Wenn übrigens der Magistrat annimmt, daß die in Rede stehende Vorziehung eine Straffestsetzung von keiner Wirkung sei, so muß Derselbe darauf aufmerksam gemacht werden, daß die Obrigkeit, wenn dies aus polizeilichen Rücksichten nothwendig ist, auf Grund des §. 76. a. a. O. die Wiederherstellung des früheren Zustandes herbeiführen, und in jedem einzelnen Falle durch besondere Strafandrohungen ihren Anordnungen Nachdruck geben können. Berlin, den 11. Februar 1846.

Min. des Innern. Erste Abth. v. Manteuffel.

(Min. Bl. v. I. B. 1846 S. 59. Nr. 87.)

L. Vorschriften betreffend die Abtretung und den Erwerb von Grundstücken und der Materialien Behufs baulicher Verbesserungen und Vergrößerungen von Städten¹⁾.

3) R. des R. Min. des J. (Röhler) v. 16. Aug. 1828 an die R. Reg. zu N. binnen. Verpflichtung der Orts-Kommunen zur Entschädigung für die Abtretung neuer Bauplätze zum Wiederaufbau abgebrannter vorstädtischer Häuser.

Auf den Ver. v. 24. Juli d. J. wird der R. Reg., über die Beschwerde der Bürger

ergl. auch:

a) R. des R. Min. des J. u. d. B. v. 19. Nov. 1824, betr. die Aufbringung der Kosten Behufs der Erweiterung zu enger Straßen;

b) R. des R. Min. des Rr. und des J. u. d. B. v. 4. Nov. 1835, daß auch die Kommunen in Hinsicht ihrer Privat-Grundstücke und desjenigen Eigenthums, welches ihnen an den öffentlichen Straßen und Plätzen zusteht, der Beschränkung unterliegen, daß damit zum Schaden oder zur Unsicherheit des gemeinen Wesens keine Veränderung vorgenommen werden darf.

(s. v. Rönne's Polizeiwesen Bd. 2. S. 341 u. 342.)

Auch ist hier auf die Bestimmung des A. L. R. I. 11. §§. 4—11., I. 8. §§. 20—31. u. Einl. §§. 74—75. wegen der Verpflichtung der Grundbesitzer zur Abtretung ihres Grund und Bodens im öffentlichen Interesse, hinzuweisen.

N. und Genossen zu N., wegen der ihnen zum Wiederaufbau ihrer abgebrannten anzutransportierenden Plätze, zuvörderst bemerkt gemacht, daß weder dem Staats-Feuer-Societät die Verpflichtung obliegt, für die Entschädigung der Beschwerdefähigkeit der von ihnen zur Ausführung des angeordneten und genehmigten Metabl-Planes, abgetretenen Plätze aufzukommen, vielmehr solche lediglich von der Orts-Reg. zu fordern und zu gewähren ist. Da nun letztere deshalb die Einleitung getroffene Beschaffung der zum Wiederaufbau der Scheunen erforderlichen Plätze das dazu Kommissarius der K. Reg., in Vorschlag gebrachte Terrain abzutreten, und diese Vertheilungen angenommen worden ist; so liegt der Kommune nun auch noch die Pflicht ob, diejenigen 201 Mthlr. aufzubringen, welche zur Einlösung des von d. N. früher für das fragliche Terrain gezahlten Kaufgeldes erforderlich sind, als K. Reg. Anordnung zu treffen hat. Aus der Feuer-Societät können nur solchen geleistet werden, die das Regl. darauf verwiesen hat, und darüber hinausgehende Forderungen zu genehmigen, ist das Min. des J. nicht ermächtigt. (N. XII. 777.—3)

2) N. des K. Min. des J. u. d. P. (v. Rochow) u. der Berw. f. und Bauw. (Möther) v. 31. Jan. 1837 an die K. Reg. zu Düsseldorf. Abtretung von Grund und Boden behufs baulicher Verbesserungen und Vergrößerung von Städten ist (in den Rheinprovinzen) nur nach vorgängiger landesherrlicher Ermächtigung die Verpflichtung vorhanden.

Die K. Reg. befindet sich im Irrthum, wenn Sie im Ver. v. 12. Sept. nimmt, daß es die Absicht der Verf. v. 26. Juni 1835 und 26. Juli v. J. sei, die polizeil. Vorschriften wegen Anmeldung der vorzunehmenden Bauten etwas zu ändern, vielmehr lediglich die Frage, ob jemand ohne landesherrliche Ermächtigungen werden könne, zu besserer baulicher Einrichtung einer Stadt sein, ohne vorgängig festgestellte Entschädigung herzugeben, oder, was dem gleich zum Zweck einer künftigen Einrichtung dieser Art dasselbe ohne Entschädigung zu lassen?

Diese Frage muß nicht nur wiederholt verneint, sondern auch der K. Regierung gebracht werden, daß nach dem dort geltenden bürgerlichen Gesetzbuch wohl, als dem G. v. 8. März 1810 (welches nach der V. v. 20. Juli 1818 an rechte Rheinufer anwendbar ist) niemand zur Abtretung seines Eigenthums werden kann, als nach Erfüllung der dort vorgeschriebenen Formalitäten.

Diesen G. läßt sich nicht die alte V. v. 1554 entgegensetzen. Denn abgesehen von Zweifeln über ihre fortdauernde Gültigkeit, läßt es sich nicht in Abrede stellen, daß die angeführte Stelle bloß von der Pflicht zur Anmeldung des vorhaben Bauwerks keinesweges aber der Orts-Obrigkeit die Befugniß beilegt, über dabei vorkommende Eigenthumsfragen zu entscheiden.

Allerdings hatte der Kaufmann N. in N. daran gefehlt, daß er die Amtserlassenen hatte. Ob er deswegen der polizeil. Strafe verfallen sei, ist bei der hier Beschwerde nicht zur Erörterung gezogen worden, da es sich damals nur darum ob das ihm entgegenstehende obrigkeitliche Verbot aufrecht zu erhalten sei.

Was die K. Reg. zur Rechtfertigung eines solchen Verbots anführt, ist nicht zureichend. Die Hinweisung auf Feldwege, zu denen die Angrenzer so viel Land abtreten als erforderlich ist, um ihnen die gesetzliche Breite zu verschaffen, ist nicht zutreffend, da der vorliegende Fall betrifft nicht einen vorhandenen Weg, sondern einen zu öffnenden, und einen solchen, für welchen eine bestimmte Breite vom G. angeschrieben ist. Wenn gleich die Verbreiterung städtischer Straßen unter Umständen des Bedürfnisses sein kann, so folgt doch daraus nicht, daß dabei nach Gutbefinden der Behörde, oder auch der Prov. Behörde zu Werke gegangen werden könne. Vielmehr die städtischen Verhältnisse, wo die Grundstücke großen relativen Werth haben, besondere und sorgfältigere Umsicht, als bei Wegeanlagen im offenen Lande.

Die bisherige Praxis, auf welche sich die K. Reg. beruft, mag so lange gelten, als kein Widerspruch dagegen erhoben worden ist. Nachdem dies nun abgemessen, müssen die G. wieder in Kraft treten.

Die K. Reg. hat demzufolge in allen Fällen, wo ein Eigenthümer der Abtretung des Grundes behufs baulicher Verbesserungen und Vergrößerung einer Stadt sucht, davon hler unter Darlegung der Verhältnisse Anzeige zu machen.

(N. XXI. 239. — 1. 241.)

3) N. des K. Min. des J. u. d. P. (v. Rochow) v. 26. Nov. an die K. Reg. zu Bromberg. Abtretung von Grund und Boden zur Erweiterung von Straßen.

2c. Vermöge des der Polizeibehörde zustehenden Rechtes zur Bestimmung der Fluchten, würde nur zu fordern sein, daß der in die Straße einspringende Theil

Grundstücke von Gebäuden frei bleibe; die Abtretung dieses Theiles zur Erweiterung der Straße aber immer nur gegen Entschädigung verlangt werden können. Findet hier, wenn gleich der Mag. nach der vorliegenden Beschwerde zu einer Entschädigung bereit ist, eine gütliche Einigung nicht statt, so würde, nach Feststellung der polizeilichen Nothwendigkeit der Abtretung der Straße, das vorschristsmäßige Expropriations-Verfahren eingeleitet werden müssen. (A. XXIII. 920. — 4. 150.)

4) R. des R. Min. des J. (v. Meding) v. 27. Aug. 1840 an den R. Präsib. der Provinz R. In den Landestheilen, wo die St. O. gelten, ist die Stadtgemeinde nicht die Verpflichtung zur Erwerbung des bei der Erweiterung einer Stadt zu den Straßen und Plätzen erforderlichen Terrains, sondern nur die Verbindlichkeit, für die vorhandenen Straßen dasjenige zu thun, was die Polizei erfordert.

Wenn die Reg. in dem mir vorgelegten Ber. voraussetzt, daß bei der Erweiterung einer Stadt das zu den Straßen und Plätzen erforderliche Terrain von der Stadtgemeinde erworben werden müsse, und daher eine Zustimmung der Stadtverordneten zur Uebernahme der diesfälligen Verbindlichkeit im Allgemeinen nicht erforderlich sei? so würde ich nur dann mich einverstanden erklären können, wenn mir ein Spezialgesetz nachgewiesen würde, welches so, wie es auf dem linken Rheinufer der Fall ist, den Kommunen die Verbindlichkeit auflegte. Anderwärts pflegt, wenn die Kommunen sich hierzu nicht anheischig machen, nach Feststellung des Bauplans den Neubauenden die Verpflichtung aufgelegt zu werden, daß Straßenterrain bis zur Hälfte der Breite mit ihren Mitteln zu erwerben. Auch wird wohl von Grundbesitzern, welche ihre Grundstücke zu Bauplätzen theuer zu verkaufen hoffen, das Straßenterrain freiwillig abgelassen, wie dies hier in Berlin geschehen ist. Erst dann, wenn auf diese Straßen wirklich entstanden sind, tritt die Verpflichtung der Kommune ein, Sorge dafür zu thun, was die Polizei erfordert.

U. u. ersuche ich daher ergebenst, bei den künftigen Verhandlungen dafür zu sorgen, daß dasjenige, was rein polizeilicher Natur ist, von demjenigen, was eine auf den Staat der Stadt zu übernehmende nicht polizeiliche und nicht gesetzlich feststehende Verpflichtung angeht, wohl unterschieden und in ersterer Beziehung die nach der Städteordn. den Stadtverordneten zustehende Stellung sorgfältig beachtet werde. Selbst wenn die Verbindlichkeit gesetzlich feststände, würde immer die Frage: in welcher Ausdehnung sie nach dem Stande der Stadtkasse in Anspruch genommen werden könne, nur nach sorgfältiger Verhandlung mit den Stadtverordneten im Voraus zur Entscheidung gebracht werden können. (Min. Bl. d. I. B. 1840. S. 343. Nr. 615.)

5) R. der R. Min. d. J. (v. Bodelschwingh) u. des J. (Gr. v. Arnim) v. 27. Aug. 1842 an die R. Reg. zu Trier. Verbindlichkeit der Grundbesitzer zur unentgeltlichen Ueberlassung des zu den Straßen und andern öffentlichen Bauwerken erforderlichen Steinmaterials.

Die in dem Ber. der R. Reg. v. 27. Febr. d. J. ausführlich erörterte Meinungsverschiedenheit, über die Verbindlichkeit der Grundbesitzer zur unentgeltlichen Ueberlassung des zu den Straßen und andern öffentlichen Bauwerken erforderlichen Steinmaterials, ist hauptsächlich in einer abweichenden Interpretation des Ausdrucks „carrière“ im Art. des G. v. 16. Sept. 1807, indem ein Theil des Kollegiums darunter nur einen wirklichen Steinbruch nach dem gewöhnlichen Sprachgebrauche, d. h. ein Steinlager, welches mit einem gewissen künstlichen Betriebe durch Einschrotung oder Eingrabung ausgetrieben wird, verstanden wissen will, während andere Mitglieder der Meinung sind, daß damit nicht sowohl ein eigentlicher Steinbruch in der vorbemerkten engen Bedeutung, sondern im weitesten Sinne überhaupt jeder Fundort für Steine, auch wenn solche zerstreut an Tage liegen, bezeichnet sei, und daß die Bauverwaltung überall auch für den Bedarf des Materials selbst Entschädigung zu leisten habe, wenn dasselbe von dem betr. Grundbesitzer bisher schon verkauft oder genutzt worden sei.

Nach der Wortfassung sowohl als nach dem Sinne des G. muß für erstere Ansicht entschieden werden.

Das G. v. 16. Sept. 1807 — offenbar in der Absicht, die Ausführung gemeinnütziger Werke zu erleichtern und die Staatskasse dabei vor übermäßigen Ausgaben zu bewahren — andererseits aber aus dem Gesichtspunkte, daß nur die wirklichen Bruchsteine an sich einen Geldpreis haben, anderes Steinmaterial einen solchen aber erst durch den gesteigerten Bedarf für öffentliche Bauwerke erhalte — bestimmt im Art. 55.: daß für den Bedarf an öffentlichen Bauwerken erforderlichen Materialien keine Vergütung zu leisten sei, mit alleiniger Ausnahme des Falles, „ou l'on s'emparerait d'une carrière

déjà en exploitation; alors les dits matériaux seront évalués d'après le courant etc.“

Nach der ganzen Fassung dieser Geschäftsstelle kann der Ausdruck: „*un d'jà en exploitation*“ nur in der obigen engeren Bedeutung von einem eig. Steinbruche verstanden werden, welcher in einem gewissen regelmäßigen Betrieb beutet und durch fortlaufenden Verkauf genutzt wird. Dieser Ansicht steht auch Art. 1. des Dictionnaire de l'académie zur Seite, welches den Ausdruck *carrière* „*le lieu d'où l'on tire de la pierre*“ und erläuternd hinzusetzt: „*descendre d'une carrière*“ „*creuser une carrière — fouiller une carrière etc.*“, was überall an Tage liegende Steine nicht bezogen werden kann. Bei der entgegengesetzten Annahme, wonach für alle Steine ohne Ausnahme Entschädigung gezahlt werden soll, falls Grundbesitzer dergleichen etwa früher schon verkauft haben, würde der Zweck der Gesetzgebung gänzlich vereitelt, und die Baubewirtschaftung leicht in die Lage gebracht werden, bei öffentlichen Bauten erforderliche Material überall, und häufig zu übermäßigen Preisen bezahlen zu müssen.

Uebrigens ist die Bemerkung, daß das G. v. 16. Sept. 1807 hier nicht anzuwenden sei, nicht zu finden, weil es durch das G. v. 8. März 1810 aufgehoben sei, nicht zu verwechseln, denn das letztere hat nur diejenigen Dispositionen des G. v. 16. Sept. 1807 anzuheben, welche damit im Widerspruch stehen, was bei dem Art. 55. nicht der Fall ist.

Wenn ferner bemerkt wird, daß dieser Art. 55. von dem Falle handle, wo ein Grundstück zur Gewinnung der Materialien bestimmte Terrain eigenthümlich erworben, die Baubewirtschaftung zur unentgeltlichen Entnahme des Materials ohne gleichzeitige Verwertung des Terrains aber darin nicht ausgesprochen sei, so läßt die Wortfassung allerdings Zweifel zu. Diese Befugniß des Staats zur Entnahme des Materials eigenthümliche Erwerbung des Grund und Bodens ist aber bisher niemals in Frage gestellt, und findet auch gesetzliche Anerkennung in der allegirten Bestimmung des Art. 1. des Decrets vom 17. Sept. 1791. „*les agents de l'administration ne pourront fouiller dans un terrain pour y chercher des pierres etc. qu'au préalable ils n'ayent averti le propriétaire et qu'il ne soit justement indemnité etc.*“ Die hier zuletzt erwähnte Entschädigung bezieht sich übrigens nur auf das obige: „*fouiller*“ und den dadurch verursachten Schaden, nicht auf eine Vergütung für das gewonnene Material selbst — worin die Bestimmung mit dem Art. 55 des G. v. 16. Sept. 1807 ganz im Einklange steht, wenn die sogenannten Steinrauschen in den Waldungen der Gemeinden K., O. u. d. deren Widerspruch zunächst diese Erörterung veranlaßt hat — als „*carrières de défrichement*“ in dem oben erörterten Sinne des G. nicht anzusehen sind, so ist die Befugnis für wohl befugt zu erachten, daß dort sich vorfindende Steinmaterial, ohne Entschädigung für dessen angeblichen Werth, zur Ausführung öffentlicher Bauwerke verwendet werden kann. (Min. Bl. v. 1. B. 1842. S. 321. Nr. 430.)

6) Ueber die Verleihung des Expropriationsrechtes für die zum Zweck der Versorgung der Stadt Berlin mit fließendem Wasser auszuführenden Arbeiten, vergl. den Allerh. Erl. v. 9. März 1853. (G. S. 1853. S. 481.)

III. Vorschriften, betreffend die Beschränkungen der Benutzung der Bürgersteige¹⁾, Straßen²⁾ und öffentlichen Plätze.

A. Verordnungen des K. Ministeriums.

1) R. des K. Min. des J. u. d. P. (Röhler) v. 28. Okt. 1825, Bürgermeister zu R. R. Bauliche Anlagen, welche die Straßen und Bürgersteige verengen, sind nicht zu gestatten.

Auf Ihre Vorstellung v. 15. Mai d. J., worin Sie sich über die von der Königsberg verfügte Wegbrechung der vor dem dortigen R. R. schen Hause mit polizeilicher Erlaubnis erbauten Freitreppen beschwert haben, wird Ihnen nach Eingang der Reg. darüber erstatteten Berichtes hierdurch eröffnet: daß Ihre Beschwerde nicht begründet ist.

Der §. 78. Tit. 8. Thl. I. des R. L. R. verordnet, daß die Straßen nicht verengt werden sollen, und im §. 81. desselb. Tit. ist die Benutzung der Bürgersteige nachgegeben, als sie ohne deren Verengung Statt finden kann.

¹⁾ Vergl. die Vorschriften wegen Anlegung der Bürgersteige in v. 1. B. 1842. S. 342 ff.

²⁾ Vergl. die Vorschriften wegen gemeinschaftlicher Benutzung der Straßen und Bürgersteige a. a. O., Bd. 2. S. 347 ff. und S. 807 ff.

Auch sind unter den im §. 80 dieser Gesetzstelle von der Polizei-Obrigkeit bei Bauten unzulässigen Gegenständen weder Podesten, noch Geländer, noch Freitreppen genannt. Der hiesige Mag. war demnach nicht befugt, Letztere bei dem N. N. schen Bau zu gestatten, es muß daher bei der von der Reg. unterm 9. Okt. v. J. verfügten Fortschaffung d. Treppen sein Bewenden behalten u. (N. IX. 1059. — 4. 113.)

2) N. des R. Min. des J. u. d. P. (Köhler) v. 28. Okt. 1825, an die R. N. zu Königsberg. Desselben Inhalts.

Der R. Reg. wird hieneben der Bescheid, welcher heute an den Bürgermeister N. N. eine Beschwerde wegen der von derselben verfügten Wegbrechung der vor dem N. N. Hause daselbst erbauten Freitreppen erlassen, und wodurch diese Verf. der R. Reg. mitgeteilt worden ist, zur Nachricht in Abschrift zugesandt. Zugleich werden der R. Reg. die von dem Mag. zu N. N. mit der Aufgabe wieder zugesandt, wegen der in N. N. noch vorhandenen ähnlichen Straßen-Verengungen über jeden einzelnen Fall Ber. zu erfordern, und nach den Umständen sofort die Fortschaffung der die Straßen verengenden Anlagen zu verfügen, oder dazu angemessene Fristen zu gestatten. Auch hat die R. Reg. in dem Amtsbl. allen Mag. zu verbieten, dergl. Anlagen zu erlauben, und sie anzumessen, die Fortschaffung der etwa vorhandenen möglichst Bedacht zu nehmen.

(N. IX. 1060. — 4. 114.)

3) N. des R. Min. des J. u. d. P. (Köhler) v. 31. Dec. 1831, an die überordneten-Versammlung zu Schwiebus. Die Polizeibehörden sind nicht zur Unterbrechung des Baues einstöckiger Häuser berechtigt.

Die Polizeibehörden sind zwar, wie der Stadtverordneten-Versammlung auf die Sitzung v. 21. d. M. wegen des dem N. N. daselbst gestatteten Baues eines einstöckigen Hauses eröffnet wird, befugt und verpflichtet, Neubauten und Bau-Veränderungen zu untersuchen, welche zur Verunstaltung der Städte und öffentlichen Plätze dienen würden.

Daß dies der Fall mit dem Hause des N. N. sei, folgt indessen daraus allein noch nicht, daß solches einstöckig erbaut worden, während die übrigen Häuser derselben Straße Stadtwerte haben. Vielmehr kann ein geschmackvoll aufgeführtes einstöckiges Haus, dergl. in den größten Städten befinden, sehr wohl zur Zierde gereichen, und der Umstand, daß bis jetzt dort in der Regel nur der Bau zweistöckiger Häuser gestattet worden ist, dürfte für dergestalt erheblich angesehen werden, daß deswegen der Mag. und die Reg. kein Anlaß zum Bau eines einstöckigen Hauses hätten versagen müssen.

Es muß daher bei der dicsfälligen Entscheidung dieser Behörden sein Bewenden bestehen. (N. XV. 824. — 4. 70.)

4) N. des R. Min. des J. u. d. P. (Köhler) v. 3. Juli 1835, an die R. N. zu Wehlar. Unzulässigkeit des Anbauens weit vorspringender Warenkasten, Tische und Schaufenster bei Häusern an den Straßen.

Das Min. des J. u. d. P. sendet den Einw. N. N. zu Wehlar auf die Vorstellung d. M. die eingereichte Verf. der Koblenzer Reg. v. 9. Mai d. J. mit dem Eröffnen d. d. daß die dadurch wegen der Ausstellung der Waaren getroffenen Anordnungen nicht dafür angeführten Gründe hinreichend gerechtfertigt sind.

Das Auslegen der Waaren auf den Straßen und das Anbauen von weit vorspringenden Warenkasten, Tischen und Schaufenstern sind, wenn gleich lang hergebrachte, doch über die Gewohnheiten, welche keine Berücksichtigung verdienen. Die Zwecke, die den früher zum Grunde lagen, können jetzt, wo einem Jeden die Aufschrift der Ladenschilder verständlich ist, auch auf andere Weise erreicht werden. Wenigstens ist es nicht statthaft, daß ein Theil der Straßenbreite auf Kosten der Bequemlichkeit der Passage in Anspruch genommen wird, um dem handelnden Publikum und seinen Abnehmern zu Hülfe zu kommen, und deshalb muß von Seiten der Behörde nach Möglichkeit darauf gehalten werden, die in Rede stehenden, zur Unbequemlichkeit des Publikums gereichenden Störungen der freien Passage von den Straßen zu entfernen u. (N. XIX. 788. — 3. 139.)

5) N. des R. Min. des J. u. d. P. (v. Nothow) v. 17. Dec. 1839, an die R. Reg. zu Gumbinnen. Abschaffung von Winden und ähnlichen Vorrichtungen an den Häusern nach der Straße hinaus.

Dieser Fall giebt Veranlassung, darauf aufmerksam zu machen, daß die an den Häusern befindlichen Winden und ähnliche Vorrichtungen immer die Passage mehr oder weniger beschränken, theils durch ihren Gebrauch, theils durch die damit zu beseitigenden Hindernisse und endlich durch die Fuhrwerke, auf welche die Leuten heran oder fortgeschafft werden. Daß daher dergleichen Anlagen für die Zukunft an der Straße überhaupt nicht mehr errichtet werden dürfen und die vorhandenen nach und nach, wenn sie verfallen, fortgeräumt werden müssen. (N. XXII. 921. — 4. 151.)

dergleichen Härte in der Ausführung polizeilicher Anordnungen auch dahin führt, letztern, wie nützlich und nothwendig sie auch sein mögen, verkannt und wohl selbst werden. (A. I. 258. — 4. 137.)

2) R. des R. P. Min. (v. Ramph) v. 2. Dec. 1818 an die R. Liegnitz. Die §§. 71—73 u. 78—81 des A. L. R. I. 8. beziehen sich §. 67. a. a. O. dergestalt, daß die folgenden Paragraphen nur den Neubau oder einer demselben gleichkommenden Veränderung voraussetzen, daher lediglich auf denselben anwendbar sind, wovon indeß Ausnahmen stattfinden.

In sofern nicht besondere Provinzial- oder Lokal-G. vorhanden sind, sondern dem A. L. R. Th. I. Tit. 8. §§. 66—82. enthaltenen Grundsätze zur Richtschnur muß ich allerdings die in dem Ver. v. 13. Dec. v. J. vorgetragene Meinung der Theile der R. Reg. billigen, welcher die, §§. 71—73 und §§. 78—81. des am A. L. R. Tit. ausgesprochenen Vorschriften auf den §. 67. eben dieses Tit. dergestalt, daß die citirten folgenden Paragraphen nur den Fall eines Neubaus, oder einer gleichkommenden Veränderung voraussetzen, und daher lediglich auf denselben anwendbar sind. Diese Meinung wird durch Fassung und Inhalt der angeführten Stellen hinreichend gerechtfertigt, indem der §. 66 verbiethet:

daß zum Schaden oder zur Unsicherheit des gemeinen Wesens oder zur Verunreinigung der Städte und öffentlichen Plätze ein Bau oder eine Veränderung vorgenommen werde,

und der §. 67. vorschreibt:

- wer also einen neuen Bau in den Städten anlegen will, muß davon zu Obrigkeit zur Beurtheilung Anzeige machen, welche

nach §. 68.

bei der anzustellenden Prüfung dahin sehen soll, daß durch eine richtige vollständige Beschreibung des abzutragenden Gebäudes etc. —

Auch die §§. 69. u. 80. setzen ausdrücklich neue Anlagen, Einrichtung Wiederherstellung eingegangener Anlagen voraus. Wenn nach dem diese Vorschrift auch die schon vorhandenen Anlagen ergreifen, und demgemäß der Eigentümer verbunden sein sollte, selbige abzubauen; so würde eine ganz andere Fassung insonderheit ein darüber ausdrücklich ausgesprochenes Gebot erforderlich sein.

Der obgedachte Grundsatz leidet indeß folgende Ausnahmen:

- 1) wenn eine Bau-Anlage, erlassenen feuerpolizeilichen oder andern, deren Abbruch oder andere Einrichtung bestimmt vorschreibenden, G. und V. entgegen ist;
- 2) wenn aus der Bau-Fälligkeit eines Gebäudes oder einer andern Bau-Anlage Publikum Gefahr zu besorgen ist (A. L. R. Th. II. Tit. VIII. §. 38 ff.).
- 3) wenn, wie wohl nur in höchst seltenen Fällen eintreten kann, schon vorhandene Bau-Anlagen gemeingefährlich sind, oder durch sie Gehende, Reitende oder Führende der Gefahr der Beschädigung ausgesetzt werden, indem dies den §§. 26 ff. entgegen ist, und hierbei die Bestimmung des §. 73. des mehrmals gedachten A. L. R., wonach solche Bau-Anlagen nicht geduldet werden sollen;
- 4) wenn ohne vorhergegangene Anzeige ein, dem Publikum schädlicher oder unannehmlicher, oder zur groben Verunstaltung einer Straße oder eines Platzes gethane Bau unternommen worden (A. L. R. a. a. O. §. 71.); und endlich
- 5) wenn eine Bau-Anlage nur ad bene placitum gestattet worden.

Außerdem können, wie von selbst vorliegt, diese Grundsätze nicht so weit anzuwenden werden, daß dadurch die polizeiliche Fürsorge für die Abwendung von Unbequemlichkeiten und Unannehmlichkeiten des Publikums, besonders bei den zur Baupolizei nicht gehörenden Gegenständen — wohin der von der R. Reg. angeführte Fall von den Prellsteinen zu rechnen ist — ausgeschlossen wird.

Sobiel die Frage:

ob der Inhaber einer Bau-Anlage, die weder im Sinne des §. 38. des mehrgenannten A. L. R. Tit. gemeingefährlich, noch, weil sie entweder vor Einführung des A. L. R. entstanden, oder zwar später, doch mit Zulassung oder Genehmigung der Obrigkeit ausgeführt worden, zur sofortigen Abrechnung qualifizirt sei, wenn der Beschädigung doch aus besonderen Gründen dringend erforderlich ist, und hier der Inhaber zur Entschädigungsleistung verpflichtet werden könne?

betrifft; so gehört deren Beantwortung eigentlich nicht zum Ressort des P. Min.; indessen dafür, daß ein solcher Eigenthümer, wenn die Bau-Anlage für das Publikum bloß unbequem, sondern wirklich gefährlich ist, zur Beseitigung auch ohne Veranlassung aus den oben ad 3. gedachten Gründen verpflichtet, dagegen aber zum Schadloshaltung-Anspruch wohl befugt sein würde, wenn die Beseitigung nur zur Befreiung

Bequemlichkeit und Annehmlichkeit des Publikums oder zur Verschönerung der Stadt, sofern in diesen Fällen überhaupt die Beschaffung angeordnet werden kann, erfolgt. von der R. Reg. vorgelegte zweite Frage:

ob die Entschädigung vom Staate oder von der Kommune zu leisten sei?
Es ist sehr außer dem Wirkungskreise des P. Min., als daß solche von demselben officiell beantwortet werden kann: ich bemerke jedoch, daß darüber mehrere noch nicht entschiedene Fälle bei Gelegenheit der Abstellung der Buden, bei dem D. L. G. zu Königsberg, anhängig sind. (N. II. 1148. — 4. 102.)

3) R. des R. Min. des J. u. der P. (Röhler) v. 29. Febr. 1828 an die Reg. zu N. N. Die Polizeibehörde hat nicht das Recht, schon vorhandene bauliche Anlagen abzuändern.

κ. Das unterzeichnete Min. kann die Polizeibehörde nicht für befugt halten, schon vorhandene bauliche Anlagen, wie die Düngergrube des Blitstellers (N. L. R. Thl. I. 18. §§. 125 und 126'), abändern zu lassen. Diese Geseßstelle hat überall nur das Privat-Interesse des nachbarlichen Grundstücks, keinesweges aber ein öffentliches Interesse im Auge, dergleichen Privat-Interessen sind aber nur vom Richter im gewöhnlichen Prozesse zu entscheiden. (N. XII. 133. — 1. 89.)

4) R. des R. Min. des J. u. der P. (Röhler) v. 20. Juli 1832 an den Magistrat zu Culm. Die äußere Verzierung und der Abputz der Häuser sind Gegenstand des polizeilichen Einschreitens²).

Dem Magistrat wird auf den Ver. v. 4. d. M. eröffnet: daß die äußere Verzierung und der Abputz der Häuser kein Gegenstand des polizeilichen Einschreitens ist, und daher der Magistrat auf die Verf. der R. Reg. v. 5. Mai d. J. zurückgewiesen werden muß.

Derselbe aber diejenigen Hausbesitzer, welchen Glorations-Länderelen zugetheilt worden sind, auf den Grund der früher ergangenen Bischöflichen Mandate für verpflichtet hält, ihre Häuser auch äußerlich auf eine gefällige Art abputzen zu lassen, so ist es ihm unbenommen, diese Verpflichtung gegen sie im Wege des Processes auszuüben. (N. XVI. 702. — 3. 81.)

5) R. des R. Min. des J. u. der P. (Röhler) v. 23. Okt. 1834 an die Reg. zu Königsberg. Nichtbefugniß der Polizeibehörde, die Anlegung von Abtritten in bereits vorhandenen Häusern zu verlangen.

κ. In Beziehung auf die Anfrage am Schlusse Ihres Ver. wird der R. Reg. bezeugt gemacht, daß die Ermächtigung der Polizeibehörde, auf Einrichtung von Abtritten in Privathäusern zu halten, zwar hinsichtlich neu anzulegender Gebäude keinem Bescheide unterliegen kann, in Ansehung der bereits vorhandenen Gebäude aber nichtfügig sein würde. (N. XVIII. 1112. — 4. 134.)

Der Ver. der R. Reg. zu Königsberg v. 24. Sept. 1834 lautet:

κ. — Im Allgemeinen fügen wir hinzu, daß in Königsberg besonders der Mangel an Abtritten bei den meisten Häusern das Bedürfniß öffentlicher Abtritte erzeugt, und die Leute zwingt, sich derselben zu bedienen, oder in deren Ermangelung die Straßen mitunter schamlos zu verunreinigen.

Daß auch die öffentlichen Abtritte einen Uebelstand darbieten, ist nicht zu läugnen. Dadurch aber ließe sich demselben begegnen, wenn es der Polizeibehörde erlaubt wäre, denselben zu errichten und zwangsmäßig herbeizuführen, daß jeder Hausbesitzer einen Privat-Abtritt in seinem Hause einrichte, wozu es bei den allermeisten Häusern auf den Höfen nicht an Raum mangelt.

Es w. Exc. und Ein R. Min. des J. u. der P. bitten wir ganz gehorsamst um hochgeachtete Entscheidung:

ob die Polizeibehörde dergestalt vorgehen darf?
(N. XVIII. 1111. — 4. 133.)

Die § 1. cit. bestimmen, daß Schweineflälle, Kloak-, Dünger- und Kohlaruben, und andere den Gebäuden schädlichen Anlagen, wenigstens drei Fuß rheinländisch von den benachbarten Gebäuden, Mauern und Scheunen entfernt bleiben, auch von Grund aus aufgemauert werden müssen.

Hierauf ist das E. R. der R. Reg. und Dom. Kammer zu Glogau v. 12. Jan. 1835 (Schnitz's Baupol, S. 96.), in welchem ein amtliches Einschreiten der Polizeibehörde befohlen wird, für modificirt zu erachten.

6) R. des R. Min. des J., Abth. II. (v. Manteuffel) v. 24. Oct. 1841 an die R. Reg. zu N. Beschränkung der Parzellirung von Grundstücken in baupolizeilicher Beziehung, besonders rücksichtlich der Erhaltung ausreichender Räume.

Auf den über die Beschwerde des Mag. zu N. unterm 29. v. R. erstatteten Bescheid wird der R. Reg. eröffnet, daß das Min. der von Ihr entwickelten Ansicht nicht beistimmen kann. In polizeil. Rücksicht muß es in der Regel als nothwendig betrachtet werden, daß in den Städten bei bebauten Grundstücken, namentlich bei Wohnhäusern, Höfe vorhanden sind. Der Eigenthümer aber darf einen solchen Hof ohne polizeiliche Erlaubniß nicht verbauen, noch weniger aber ihn ganz von dem Grundstücke trennen. In einer solchen willkürlichen Trennung wird oftmals eine für das gemeine Wesen nachtheilige Veränderung liegen und ist die Polizeibehörde dann auch auf Grund des §. 66. Tit. 4. Th. I. d. A. L. R. eben so befugt als verpflichtet, die Abtrennung zu verhindern. Das R. Obergericht zu N. hat daher auch den gesetzlichen Bestimmungen gemäß verfahren, als es die Einwilligung des Magistrats zur Abtrennung des Hofes von dem Grundstücke des N. erfordert hat. Da nun die R. Reg. Selbst anerkennt, daß der N. den Theil des Hofes, welcher bisher der Abtritt befindlich gewesen und wo er allein ohne Belästigung der Nachbarn stehen kann, verkauft hat, so erscheint es vollkommen gerechtfertigt, daß der Magistrat in polizeilichen Rücksichten die Genehmigung zur Abtrennung versagt hat.

Die R. Reg. hat demgemäß das Weitere zu veranlassen und den Magistrat auf die Beschwerde mit Bescheid zu versehen. (Min. Bl. d. I. B. 1843. S. 316. Nr. 352.)

II.

Vorschriften über die Verpflichtung der Eigenthümer zur baulichen Unterhaltung ihrer Gebäude und die Wegschaffung Gefährlicher und drohender Gebäude und Baulichkeiten.

1) Das A. L. R. enthält hierüber in Th. I. Tit. 8. §§. 37—59¹⁾ folgende Bestimmungen:

§. 37. Dergleichen Gebäude (nämlich in den Städten) muß der Eigenthümer so weit es zur Erhaltung der Substanz und Verhütung alles Schadens und Nachtheils das Publikum nothwendig ist, in baulichem Stande unterhalten.

¹⁾ Die §§. 60—64 a. a. O. bestimmen:

• §. 60. Was von städtischen Grundstücken verordnet ist, gilt auch von Grundstücken auf dem Lande, die als eigene für sich bestehende Stellen oder Räumlichkeiten in den Steuer- oder Lagerbüchern eingetragen sind. •

• §. 61. Wenn also der Eigenthümer ein solches Grundstück dergestalt in Verfall gerathen läßt, daß davon die öffentlichen Abgaben und Prästationen nicht entrichtet werden können, so ist die Obrigkeit damit eben so, wie bei den städtischen Grundstücken vorgeschrieben worden, zu verfahren berechtigt. •

• §. 62. Ein Gleiches findet statt, wenn der Eigenthümer die zum Gute nothwendig erforderlichen Gebäude, ohne welche dasselbe nicht bewohnt, oder bewirthschaftet werden kann, eingehen läßt. •

• §. 63. Doch kann auch in diesen Fällen bei einem erfolgenden Verfall dienstpflichtiger Stellen, der Grundherrschaft ein zur Verichtung der Dienste und Leistung der Dienste untauglicher Pächter nicht aufgedrungen werden. •

• §. 64. In Fällen, wo städtische Grundstücke der Kämmererei zugeschlagen sind, fallen Muthmaßungsgründe der Obiligkeit des Orts zur anderweitigen Besetzung der Vertheilung anheim. •

Diese Vorschriften sind indeß durch das Landeskultur-Ed. v. 14. Sept. 1811 (M. S. 1811, S. 300) für aufgehoben zu erachten. Zwar gab das Ed. v. 14. Sept. 1811, die Regulirung der gutsherrlichen und bäuerlichen Verhältnisse betr., §§. 32 und 33 (M. S. 1811, S. 291) den Gutsherrn bis zur Auseinandersetzung nur die Befugniß, einzelne Stellen einzuziehen, wenn sich nach erfolgter Ausbictur Annehmer finde; allein auch diese Beschränkung ist durch die Deklar. v. 28. Dec. 1816, Art. 76 und 77 (M. S. 1816, S. 172) aufgehoben. Nur für einzeln blieben, nach dem A. v. 8. April 1823, betr. die Regulirung der gutsherrlichen und bäuerlichen Verhältnisse im Großherzogthum Posen, den mit Westpreußen vereinigten Distrikten, dem Kulm- und Michelauschen Kreise, und in den gebieten der Stadt Thorn §§. 99 seq. (M. S. 1823, S. 89) eine Beschränkung der Gutsherrschaft in der Einziehung bäuerlicher Stellen bestehen.

(Motive zur Beschreibung, Pens. XIII. S. 55.)

§. 38. Vernachlässigt er diese dergestalt, daß der Einsturz des ganzen Gebäudes, oder eine Gefahr für das Publikum zu besorgen ist, so muß die Obrigkeit ihn zur Veranlassung der nothwendigen Reparatur, innerhalb einer nach den Umständen zu bestimmenden Frist, allenfalls durch Zwangsmittel anhalten.

§. 39. Sind diese fruchtlos, so ist die Obrigkeit den nothwendigen Bau auf seine Kosten zu veranlassen berechtigt.

§. 40. Kann oder will er die Kosten nicht herbeschaffen, so kann die Obrigkeit das Gebäude zum öffentlichen Verlaufe ausbieten.

§. 41. Dem Käufer eines solchen Gebäudes muß allemal die Wiederherstellung zum Bedingung gemacht werden.

§. 42. Das außerdem erlegte Kaufgeld kommt dem bisherigen Eigenthümer oder Gläubigern zu gute.

§. 43. Doch muß davon dasjenige, was die Obrigkeit etwa schon auf einstweilige Reparaturen zur Abwendung dringender Gefahr hat verwenden müssen, zuvor abgezogen werden.

§. 44. Findet sich kein Käufer, so müssen die auf dem Grundstücke versicherten Gläubiger über die Mittel zur Erhaltung und Wiederherstellung des Gebäudes vernommen werden.

§. 45. Können diese sich darüber nicht vereinigen, so muß das Gebäude demjenigen, welcher, außer der Wiederherstellung desselben, die vortheilhaftesten Bedingungen für seine Mitgläubiger und den Eigenthümer anbietet, zugeschlagen werden.

§. 46. Will auch kein Gläubiger das Gebäude als Meistbietender erstehen, so ist der unter ihnen den Zuschlag gegen die bloße Uebernahme der Wiederherstellung zu verweigern berechtigt.

§. 47. Will dieser von seinem Rechte keinen Gebrauch machen, so geht dasselbe auf den nächsten, immer nach Ordnung der Priorität, über.

§. 48. Will keiner von den Gläubigern die Wiederherstellung des Gebäudes übernehmen, so muß dasselbe der Kammerlei des Orts zugeschlagen werden.

§. 49. Der Magistrat ist alsdann berechtigt, dergleichen Gebäude einem Jedem, unter Bedingung des zu vollführenden Baues, als sein freies Eigenthum zu überlassen.

§. 50. So lange jedoch der wirkliche Zuschlag an einen solchen dritten Unternehmer nicht erfolgt ist, behält der bisherige Eigenthümer, so wie jeder Gläubiger desselben, das Recht, sich annoch zur Ausführung des Baues zu melden.

§. 51. Doch müssen in einem solchen Falle, der Eigenthümer oder der Gläubiger, der dem Zuschlage an einen Dritten widersprechen wollen, der Obrigkeit wegen wirklicher Vollführung des Baues genugsame Sicherheit sofort nachweisen.

§. 52. Unter übrigens gleichen Umständen hat der Eigenthümer vor dem Gläubiger den Vorrang.

§. 53. Wenn in dem Falle des §. 46, 47 und 50 das Gebäude einem der Gläubiger zugeschlagen wird, so verlieren die übrigen, und wenn dasselbe, in dem Falle des §. 48 der Kammerlei anheimfällt, so verlieren alle Gläubiger ihr Recht an dergleichen Gebäude.

§. 54. Wenn also bei dem durch den Magistrat nach §. 49 veranstalteten Zuschlage, der Uebernahme der Wiederherstellung, noch andere Vortheile bewilliget werden, so sind dieselben der Kammerlei zu statten.

§. 55. Dagegen wird aber auch der bisherige Eigenthümer von der Zeit an, wo er das Gebäude der Kammerlei lassen, und sich aller ferneren Klagen desselben enthalten muß, von der weiteren Entrichtung der darauf haftenden dienstlichen Lasten frei.

§. 56. Kann auch durch die Veranstaltungen des Magistrats dergleichen verfallenes Gebäude nicht wieder hergestellt werden, so ist, bei fortdauernder Gefahr für das Publikum, die Obrigkeit, selbiges abbrechen, und die Materialien an den Meistbietenden verkaufen zu lassen berechtigt.

§. 57. Das daraus gelösete Geld aber kommt der Kammerlei, welche bisher die nöthigen Unterhaltungskosten hat hergeben müssen, zu statten.

§. 58. Was §§. 36 sqq. von verfallenen städtischen Gebäuden verordnet ist, gilt auch von solchen, die durch Feuer oder anderes Unglück zerstört worden, wenn der bisherige Eigenthümer dieselben, innerhalb einer von der Obrigkeit zu bestimmenden Frist, nicht wieder aufbauen kann oder will.

§. 59. Die für einen solchen Unglücksfall ausgesetzten Feuer-Societäts-Beiträge oder dergleichen Vergütungen, kommen alsdann nicht dem bisherigen Eigenthümer, sondern der Konsummasse, sondern dem Uebernehmer des Bauplazes zu statten.

2) Das Strafgesetzbuch v. 14. April 1851 disponirt im §. 345 Nr. 10: Wer ein Gebäude mit Geldbuße bis zu fünfzig Thalern oder Gefängniß bis zu sechs Wochen verfallen läßt:

10) wer der polizeilichen Aufforderung, Gebäude, welche dem Einsturz drohen, zu bessern oder einzureißen, seine Folge leistet.

3) R. des R. Min. des J. u. d. P. (Röhler) v. 30. Dec. 182
Polizei-Präsid. zu R. Die Polizei-Obrigkeit ist zwar verpflichtet, schaffung Gefahr drohender Gebäude zu dringen, dagegen ist von ihr tigung zur Ersekung der abgetragenen Gebäude durch Neubau nur n gung der jedesmaligen Verhältnisse Gebrauch zu machen.

Nach den in Ihrer Eingabe v. 19 d. M. angeführten Geseh-Stellen Th. I. Tit. 8. §§. 36 sqq. u. 58) ist die Pol. Obrigkeit zwar verpflichtet, auf B solcher Gebäude zu dringen, welche dem Publiko Gefahr bringen. Was ab bau der bereits abgetragenen Gebäude betrifft, so ist sie nach denselben Geseh berechtigt, jedoch nicht verpflichtet, denselben zu erzwingen. Vielmehr tritt bei ob sie von dieser Berechtigung Gebrauch machen will? die Erwägung der j Verhältnisse ein.

Nun kann aber das unterz. Min. es mit der dortigen R. Reg nicht finden, für jetzt die dortigen Einwohner zu Neubauten zu zwingen, da bekanntli ser daselbst sehr im Werthe gesunken sind, und es mehr Noth thut, den Be Grundbesitzer zu erhalten, als auf die Vermehrung der Häuser Bedacht zu i wahrscheinlich jetzt seinen verhältnismäßigen Ertrag gewähren dürften.

Das Min. kann Sie daher nur auffordern, nach der Anweisung der dorti zu verfahren. (R. XII. 930. — 4. 110.)

4) R. des R. Just. Min. (v. Kirchelsen) v. 11. Dec. 1810, beti petente Behörde für den Verkauf und Zuschlag eines verlassenen i lenen Hauses.

Das R. D. L. G. zu Stettin empfängt hierbei auf seinen Ver. v. 12 v des öffentlichen Verkaufes eines verlassenen und von dem Eigenthümer verla sse, auszugewisse ein Schreiben des Chefs des allgem. Pol. Dep. im Min. d. M. (Ant. a.) mit der Anweisung, nunmehr die anderweltige Subhastation stehenden Hauses nach Vorschrift der Gesehe, jedoch mit der möglichsten E Kosten, zu bewerkstelligen.

Ant. a.

Ich bin mit Erw. Erg. auf das 2c. Schreiben v. 24. v. M. völlig darüber den, daß die Subhastation eines verlassenen und von dem Eigenthümer verlasse stück nur von dem Richter, unter welchem dasselbe belegen, bewerkstelliget w und daher das D. L. G. in Stettin berechtigt sei, in dem von demselben mit 12 v. M. (Ant. b.) angezeigten Falle, das Verfahren des dortigen Mag. w heben, und das in Rede stehende Grundstück zur nochmaligen Subhastation, m tung der gesetzlichen Vorschriften, bringen zu lassen.

Ich habe dem gemäß der Pommerschen Reg. aufgetragen, den Mag. in gehörig zu belehren und ihn anzuweisen, künftig in dergleichen Fällen, den belegenden Sache und die Bewirkung der Subhastation zu requiriren. Dabel: Berlin, den 4 Dec. 1810.

R. Geh. Staatsrath und Chef des Dep. der allgem. P. im Min. des
S a d.

An das R. Staats-Min. Hrn. v. Kirchelsen.

Ant. b.

Ein hiesiger Einw. wurde von dem Pol. Direkt. hiers. aufgefordert, sein Wohnhaus, zur Abwendung schädlicher Folgen für das Publikum, in baulicher setzen. Er leistete dieser Aufforderung kein Genüge, und da sich die Pol. Behör sah, den gefährlichsten Theil des Hauses abbrechen zu lassen, so verließ er dassi stürzte zugleich, daß er zur Uebernahme des Baues zu unvermögend sei, und i tere Verf über das Haus gefallen lassen wolle. Das Pol. Direkt. gab nunmet Mag. von dem Verhältnisse der Sache Kenntniß, und dieser veranlaßte, nachdem thümer seine frühere Erklärung wiederholt, die beiden einzigen Hypothekengld darauf angetragen hatten, das Haus und die Stelle zum öffentlichen Verkauf a nach §§. 40 sqq. Tit. 8. Th. I. des R. L. R. den öffentlichen Verkauf, durch Anse Bietungsstermine und durch Bekanntmachung derselben mittelst dreimaliger Juf Zeitungen und Intelligenzblätter der Provinz.

Dies Ausgebot hatte den Erfolg, daß sich, beim Mangel an Kauflustigen der zweite Hypothekarius seinen Rechten auf das Haus entsagte, solches auch der Verbindlichkeit des Wiederaufbaues übernehmen wollte, der erste eingetrag ger erbot, das Haus nebst Zubehör für den jetzigen Tagwerth nach Abzug der

abgeräumt, anzunehmen und wieder aufbauen zu lassen. In dieser Lage hat uns als Hypothekbehörde des auf der sogenannten Herrenfreiheit belegenen qu. Hauses der Mag. höherigen Verhandlungen mit dem Antrage überreicht, wegen Ueberlassung des Hauses an den ersten Hypothekarius das Erforderliche zu verfügen.

Es scheint uns aber, daß derselbe einen unrichtigen Weg eingeschlagen hat, und die zur Ertheilung des Zuschlags noch nicht geeignet ist. Das A. L. R. verordnet zwar I. Tit. 8. §. 40.

kann oder will der Eigenthümer eines solchen Gebäudes des Kosten der Wiederherstellung nicht herbeischaffen, so kann die Obrigkeit dasselbe zum öffentlichen Verkauf anbieten;

Dasürhaltens ist dies aber nicht wörtlich, sondern nur so zu verstehen, daß die Obrigkeit in einem solchen Falle ermächtigt sei, bei der kompetenten Justizbehörde auf den öffentlichen Verkauf zu dringen. Denn jede Subhastation eines Grundstücks, sie sei nothwendig freiwillig kann nur von dem Richter der Sache geschehen, und auch den Zuschlag kann dieser ertheilen. Der hiesige Mag. scheint in der Meinung zu stehen, daß wir, auf den Inhalt seiner Verhandlungen, Adjudicatoriam abfassen müßten; es würde aber eine mit dem Gesetz nicht verträgliche Anomalie enthalten, wenn der Realrichter auf Verhandlungen eine ganz fremde, so wenig richterliche, als mit gerichtlichem Glauben versehenen Person aufgenommen hat, einen eo ipso rechtskräftigen Additionsbefcheid abfassen sollte. Vorliegenden Falle treten noch mehrere erhebliche Bedenken gegen die Legalität der Verhandlungen ein.

1) Konflikt aus unserm Hypothekenbuche nicht, daß derjenige, welcher sich zur Angebotsnahme des Hauses unter der Verbindlichkeit des Wiederaufbaus erboten, und welchen der Mag. für den ersten Hypothekengläubiger angenommen hat, dies wirklich sei. Es ist möglich, daß er es durch Erbsion oder Erbhangsrecht geworden, er hat dies aber nicht nachgewiesen, und sonst steht ihm nach dem Hypothekenbuche kein Hypothekenrecht zu.

2) Der Eigenthümer ist des Schreibens unfähig, alle seine weder gerichtlich, noch notariell beobachtete des §. 3. Abschn. 5. der Circl. R. v. 30. Dec. 1798 abgegebene Erklärung als also für ihn unverbindlich. Denn der Obersekretär des Mag., welcher die Verhandlungen aufgenommen hat, ist seine Gerichtsperion.

3) Das Ausgebot des Hauses zum Verkauf ist ohne Vermahnung erfolgt, noch bevor die eingetragenen Gläubigern in Folge des R. v. 1. März 1805 (Neues Ges. Bd. 4. S. 69—71.) eröffnet worden, daß dem Meistbietenden der Zuschlag ertheilt, die Forderung sämmtlicher eingetragenen, auch der leer ausgehenden Forderungen und in Absicht der letztern ohne Production der Ingressionsdokumente verfügt werden.

Diese und mehrere minder erhebliche Mängel scheinen es nothwendig zu machen, daß, ehe nach §. 46 I. c. des A. L. R. der Zuschlag ertheilt kann, von uns als judice publico, ein ganz neues Subhastationsverfahren eingeleitet und vor allen Dingen eine angemessene Tage aufgenommen werde.

Die Vorschriften des A. L. R. I. c. besonders die hier eintretenden §§. 40 und 46. sind, unser Erachten, darin dunkel,

welche Behörde den öffentlichen Verkauf eines verfallenen und von seinem Eigenthümer verlassenen Hauses veranstalten und den Zuschlag ertheilen müsse?

um nun nicht in der Anwendung zu fehlen, bitten wir:

uns nicht bloß hierüber, sondern auch zu belehren, ob es in diesem Falle nicht ebenfalls einer vorschriftsmäßigen Tage bedürfe, und in Rücksicht der eingetragenen Gläubiger, nach dem alleg. R. v. 1. März 1805 zu verfahren sei. Stettin, den 12. Nov. 1810.

(Mathis jur. Mon. Schr. Bd. 10 S. 489: Hake's Samml. Bd. 10. S. 489.)

5) R. des R. Just. Min. v. 11. Juni 1829. Dem Antrage der Polizeibehörde Subhastation eines baufälligen Hauses braucht keine Klage darauf voranzugehen.

Auf die Anfrage im Ver. v. 22. v. M., ob der im §. 40 A. L. R. I. 8. nachgelassene Subhastation eines baufälligen Hauses von Seiten der Polizei-Behörde eine förmliche vorausgehen müsse oder nicht? wird dem (Tit.) eröffnet, daß eine Klage nicht erforderlich, sondern eine bloße Requisition genügend ist; jedoch versteht es sich von selbst, daß die Behörde bei der Requisition nachzuweisen hat, daß die gesetzl. Erfordernisse, welche bedingen, vorhanden sind. (Act. Gen. d. Just. Min. S. Nr. 40. Vol. I. Fol. 291.)

6) R. des R. Just. Min. (Mühler) v. 5. März 1838 an das R. D. L. G. Recht der Ortsbehörden, auf Subhastation baufälliger Häuser anzutragen, wenn der Eigenthümer die Kosten zu dem von Seiten der Obrigkeit zu unternehmenden Bau nicht herbeischaffen will oder kann.

Das L. u. St. G. zu N. hat mir die zwischen ihm und dem R. D. L. G. die Auslegung der §§. 39. u. 40. Tit. 8. Th. I. des A. L. R. obwaltenden Meinungsverschiedenheit zur Äußerung meiner Ansicht aus dem Grunde vorgelegt, weil hier von der Leistung der Subhastation des dortigen, in der N. Straße belegenen, baufälligen Grund abhängig ist.

Das L. u. St. G. hat auf den Grund der gesetzlichen Vorschriften der §§. Tit. 8. Th. I. des A. L. R. die Einleitung jener Subhastation von dem Nachweise, daß die Eigenthümerin des Grundstücks die Kosten zu den von Seiten der Ob zu veranstaltenden Baue nicht herbeischaffen wolle oder könne, abhängig gemacht zu dem Ende verlangt,

daß der Mag. diese Kosten berechne, die Eigenthümerin zu deren Bezahlung binnen gewisser Frist auffordere, und nach fruchtlosem Ablauf dieser Frist seinen alsdann ob liegenden Antrag auf Subhastation wiederhole.

Das R. D. L. G. hält dagegen den obigen Nachweis nach den alleg. gesetzl. Bestimmungen nicht für erforderlich, vielmehr den Antrag auf Subhastation schon gegen für zulässig.

Von diesen beiden entgegengesetzten Ansichten erscheint indeß die des L. u. als die richtige. Der §. 39. a. a. O. bestimmt zwar allerdings bloß,

daß falls die Zwangsmittel, welche der §. 38. ebend. gegen den in der Ob der nöthigen Reparaturen saumseliger Eigenthümer zuläßt, fruchtlos wären, Obrigkeit den nothwendigen Bau auf Kosten des Eigenthümers zu veran berechtigt sei,

und es kann nicht daran gezweifelt werden, daß hierdurch der Obrigkeit nur et zur Ausführung des Baues ertheilt, nicht aber eine Verpflichtung dazu auferlegt. Dagegen bin ich, im Einverständnis mit dem dortigen L. u. St. G., nach der Fassung des §. 40. mit dem §. 39. und bei der Fassung des ersten der Meinung, daß von der Ausführung jenes Rechts die Befugniß des Magistrats be ist, die Subhastation des baufälligen Gebäudes zu veranlassen.

Dies geben die Anfangsworte des §. 40.:

„Kann oder will er (der Eigenthümer) die Kosten nicht herbeischaffen, und die damit in Verbindung gebrachte Disposition

so kann die Obrigkeit dergleichen Gebäude zum öffentlichen Verkauf ausble zu erkennen.

Der Grund dieser gesetzlichen Vorschriften scheint folgender zu sein.

Nach Vorschrift des §. 38. sollte zwar dem Eigenthümer zur Ausführung der „eine den Umständen nach billige Frist nachgelassen werden.“ Dabei konnte ind einer Beschränkung des Umbaues oder der Reparatur auf denjenigen Kostenbeträ cher zur Beseitigung der vorhandenen Gefahr eben erforderlich war, noch nicht wendig die Rede sein. Der Eigenthümer konnte vielmehr bei dieser Gelegenheit einen Neubau oder eine Reparatur bewirken wollen, die zwar sonst nützlich und n aber doch zur Entfernung der Gefahr nicht unerlässlich war und grade hierdurch, ob Mangel an Kenntniß, den Bau zu leiten, oder aus Nachlässigkeit mochte die Ver der gestellten Frist entstanden sein. Um nun den Eigenthümer in einem solchen m Falle nicht zu überreizen, soll die Obrigkeit sofern sie zum äußersten Mittel des In nämlich zum Verkauf des Gebäudes, schreiten will, noch einen Versuch machen u zur Beseitigung der Gefahr eben nothwendigen Bau auf Kosten des Eigen vorzunehmen sich erbieten. Das Gesetz verlangt hierbei nicht, daß die O diese Kosten vorschleße, sie hat nur den Anschlag des Betrages zu veranlassen u Vorschuß vom Eigenthümer zu fordern. Kann oder will er (§. 40.) diesen schuß nicht leisten, so tritt alsdann das Recht der Obrigkeit ein, zur Subh zu schreiten.

Eämmtliche nachstehende Vorschriften ergeben überdies als Bestätigung die sicht, daß der Gesetzgeber in der fraglichen Materie stets den Gesichtspunkt festhält, u der die Eigenthümer noch die Hypothekengläubiger des baufälligen Grundstücks werden sollen. In der That kommt es im polizeil. Interesse auch auf eine Beschleunigung des Baues nicht an. Denn die etwa vorhandene Gefahr wird durch Einreißen solchem Grade baufälligen Theils abgewendet und in dieser Beziehung ist der Pol hörde gar keine Frist vorgeschrieben.

Hiernach hat das R. D. L. G., wegen des im vorliegenden Falle eingeleiteten fahrend das dortige Land- und Stadt-Gericht mit Anweisung zu versehen.

(Just. Min. Bl. 1839. S. 377. Nr. 313.)

7) Für die Landestheile des Französischen Rechts bestimmt:

a) der Code pénal Art. 471. Nr. 5.

Seront punis d'amende, depuis un franc jusqu'à cinq francs inclusivement

5) Ceux, qui auront négligé ou refusé d'exécuter les réglemens ou arrêtés concernant la petite voirie, ou d'obéir à la Sommation de l'autorité administrative réparer ou démolir les édifices menaçant ruine.

b) Der Code Napoléon Art. 1836:

Le propriétaire d'un bâtiment est responsable du dommage causé par sa ruine, laquelle est arrivée par une suite du défaut d'entretien ou par le vice de la construction.

Mit Bezug hierauf erging das C. R. der R. Reg. zu Aachen v. 14. Okt. 1833 an sämtliche Landräthe.

In dem Dorfe H. ist vor einiger Zeit ein altes baufälliges Haus eingestürzt zc. Wir nehmen hieraus Veranlassung. Sie zu beauftragen, die Kreis-Eingesessenen im Allgemeinen darauf aufmerksam zu machen, wie die Eigenthümer Einsturz drohender Gebäude den an sie ergehenden Anforderungen, solche auszubessern oder niederzureißen, in Folge des Art. 471. Nr. 5 des Strafgesetzb. bei einer Geldbuße von 1 — 5 Frank, unterkommen haben, und wie solche überdies nach Art. 1386 des bürgerlichen Gesetzb. fallen aus dem Einsturz entstehenden Schaden verantwortlich bleiben. zc.

(N. XVII. 1032.—4. 102.)

8) C. R. des R. Min. der G., U. u. Med. Ang. (Nicolovins) v. 20. Nov. 1833, an sämtl. R. Reg. (mit Ausnahme derjenigen zu Düsseldorf). Die Behörden sollen untersuchen lassen, ob die Thurmglöden noch in gutem Zustande sind, damit nicht durch deren Herabfallen Unglück entstehe.

Bei der Annahme der Thurmglöden in dem Dorfe H. bei D., sind an einer derselben Ringe und einer andern die Zapfen der Axe so abgenutzt befunden worden, daß es sehr zu befürchten ist, wie nicht längst beide während des Läutens herabgefallen sind. Die Gemeinde hat sich bewogen gefunden, dieses zur öffentl. Kenntniß zu bringen, damit alle R. Vorsteher es sich zur Warnung nehmen, und nachsehen, ob nicht irgendwo eine ähnliche Gefahr drohe. Den Landräthen hat sie aber aufgetragen, nach 6 Wochen überall Sachverständige untersuchen zu lassen, ob noch Mängel zu entdecken sein, und deren Beseitigung zu verfügen.

Der R. Reg. wird solches zc. bekannt gemacht, und ihr anheim gegeben, in ihrem Rayon ähnliche Verf. zu erlassen. (N. VII. 916.—4. 117.)

Fünfte Unter-Abtheilung.

den Einschränkungen der Baufreiheit in der Umgebung von Festungen und Pulvermagazinen.

I. Die Rayon-Bestimmungen.

Dr. C. Zimmermann (Bürgermeister und D. L. G. Assessor), das Rayon-Gesetz v. 10. Sept. 1828, nebst den erläuternden Bestimmungen zu demselben historisch kritisch erörtert. 8. Spandow 1845.

Die älteste geschliche Vorschrift über die Beschränkung der Baufreiheit in der Nähe von Festungen enthält das Reglement für das R. Ingenieur-Korps v. 4. Febr. 1790, welches in Tit. III. (von den Obliegenheiten der Ingenieurs place) im §. 2 bestimmt:

Le G. R. Maj. sehen hiermit ausdrücklich fest, daß der Ingenieur de la place nicht zu-
soll, daß auf die Weite von 12 bis 1300 Schritten irgend ein Haus, noch Weg oder
offen angelegt werde, noch ein Graben gemacht werde, wenn nicht vorher solches dem
Gouverneur oder Kommandanten gemeldet, mit dem Ingenieur de la place Rücksprache
genommen und von selbigem die Alignements gegeben worden. Ist aber die Sache von
Bedeutung, so muß der Ingenieur de la place solches dem Brigadier melden, der sodann
die nöthigen Verfügungen treffen, oder wenn es erforderlich sein sollte, dem Ober-Kriegs-
glo davon Nachricht geben wird.

In einer Entfernung von 700 bis 800 Schritt von dem bedeckten Wege muß fünf-
zehn Fuß hoher ein Haus, noch andere Umfassungsmauer aufgeführt werden bei Strafe der Ver-
urtheilung und seiner zu erwarten habenden Schadloshaltung. Sind nahe um die Fe-
stung herum nasse und sumpfige Gegenden, so muß der Ingenieur de la place nicht
lassen, daß die Eigenthümer derselben solche durch Abziehgräben trocken zu machen
suchen, um solche besser nutzen zu können, vielmehr muß er, sobald er gewahr wird, daß
solche der Festung schädliche Abziehgräben gemacht werden, solches dem Gouverneur
oder Kommandanten anzeigen, und auf die Einstellung dieser Arbeit dringen.

Mit Bezug hierauf bemerkte sodann die R. D. v. 18. April 1797¹⁾:

Auf die Anfrage des Ingenieur-Departements v. 23. d. M. bestimmen Sr. M. von Preußen hiermit, daß es in Absicht der im Ingenieur-Reglement festgesetzten Benützung, nach welcher in einer Entfernung von 700 bis 800 Schritt von dem bedeckten Ufer einer Festung weder ein Haus, noch Umsassungsmauer aufgeführt, auf die Distanz von bis 1300 Schritt nicht zugegeben werden soll, daß irgend ein Haus, Weg oder Graben noch Graben angelegt werden, wenn dazu nicht die Approbation des Gouvernements theilt worden, unabänderlich bei dieser Festsetzung verbleibt, und davon unter keiner Bedingung abgegangen werden müsse.

Rotterdam, den 28. April 1797.

Friedrich Wilhelm.

Speziellere Bestimmungen wurden vorerst nicht erlassen, indeß zeigte Kriegsjahre 1806, 1813 und 1814, daß die bisherigen Vorschriften unzulänglich seien, und daß es genauerer Rayon-Bestimmungen bedürfe, einmal aus militärischen Rücksicht, die Festungen zu sichern, sodann aus der Rücksicht, im Interesse des Staates künftig möglichen und umfangreichen Entschädigungs-Ansprüchen vorzubeugen.

Demgemäß erging zunächst die R. D. v. 12. März 1814 (G. S. 1814. S. 15), welche Bestimmungen über den Wiederaufbau der zerstörten Fort und Gebäude außerhalb der Festungen oder zwischen ihren Außenwerken, Der Zusammenhang dieser Bestimmungen mit den Rayon-Bestimmungen haupt, veranlaßte sodann eine Zusammenstellung der bezüglichen Verordnungen, welche in der R. D. v. 24. August 1814. (G. S. 1814. S. 75.) erfolgte. In der R. D. v. 13. Sept. 1816 (G. S. 1816. S. 215.) wurde bestimmt, daß in den letzten Kriegen angelegten verschanzten Lagern und hergestellten Verschanzungen, vorwärts derselben ein Landstrich von nur 500 Schritten abgebaut erhalten werden solle.

Durch das Regulativ v. 22. März 1822, (bestätigt durch die R. D. v. 9. April 1822) (G. S. 1822. S. 125.) wurden Festsetzungen über die Benützung bestehender und über die Einrichtung neuer Holzplätze getroffen.

Die R. D. v. 10. Okt. 1823 (G. S. 1823. S. 514.) verordnete, daß die Vorschriften des Rayon-Gesetzes v. 24. Aug. 1814, nebst dessen Deklaration auf alle seitdem neu erworbenen und neu angelegten, sowie auf alle etwa neu anzulegenden Festungen der Monarchie Anwendung finden, und insbesondere bei den Festungen am Rhein die strengeren Französischen Rayon-Gesetze mehr Platz greifen sollten.

Die R. D. v. 30. Aug. 1824 (G. S. 1824. S. 163.) bestimmte die Beschränkungen, unter welchen die Benützung von Lehm- und Sandgruben innerhalb des Rayons statthast.

Alle diese in den verschiedenen R. D. zerstreut enthaltenen Bestimmungen wurden demnächst in dem Regulativ v. 10. Sept. 1828, (bestätigt durch die R. D. v. 20. ej. m.), zusammengestellt und durch die G. S. (pro 1828. S. 119) publicirt.

Die R. D. v. 30. Sept. 1828, über das Verfahren bei baulichen Anlagen oder sonstigen Veränderungen der Erdoberfläche, innerhalb nächsten Umgebungen der Festungen, nebst Regulativ v. 10. Sept. 1828, lauten dahin:

Ich gebe den Minist. des J., des Kr. u. d. Justiz das unterm 10. d. M. erlassene Regulativ, über das Verfahren bei baulichen Anlagen oder sonstigen Veränd

¹⁾ Diese R. D. findet sich in den Sammlungen nirgends abgedruckt.

er Erdoberfläche, innerhalb der nächsten Umgebungen der Festungen, hieneben vollzogen, mit dem Auftrage, dasselbe durch die G. S. bekannt machen zu lassen.
Potsdam, den 30. Sept. 1828.

Friedrich Wilhelm.

Regulativ

des Verfahrens bei baulichen Anlagen oder sonstigen Veränderungen der Erdoberfläche innerhalb der nächsten Umgebungen der Festungen. Vom 10. Sept. 1828.

1. Allgemeine Bestimmungen.

Damit die Vertheidigungsfähigkeit der Festungen durch solche bauliche Anlagen oder Veränderungen der Erdoberfläche, wodurch die freie Umsicht von den Festungswerken und Richtung der Schußwaffen behindert, so wie die Annäherung des Feindes begünstigt werden könnte, nicht nachtheilig beschränkt werde, auch die Einwohner der Festungen vor künftigen Kriegsschäden möglichst bewahrt bleiben, wird hierdurch unter Aufhebung des R. D. v. 28. April 1797¹⁾, vom 12. März 1814²⁾, vom 24. Aug. 1814³⁾, v. 1. Okt. 1816⁴⁾, v. 6. Jan. 1820⁵⁾, v. 9. April 1822⁶⁾, v. 1. Okt. 1823⁷⁾, und v. 10. Sept. 1824⁸⁾ enthaltenen Bestimmungen⁹⁾ Nachstehendes verordnet:

Rayon-Linien und Rayon-Bezirke.

1. Die nächsten Umgebungen der Festungen werden, nach Maßgabe ihrer Entfernung von den Werken, in drei Bezirke eingetheilt, und für jeden dieser Bezirke weiter besondere Bestimmungen festgestellt.

Zum ersten Bezirke gehören diejenigen Grundstücke, welche zwischen den Festungswerken und einer von diesen auf 100 (ein hundred und sechzig) Ruthen oder 800 Schrit. Entfernung zu ziehenden Grenz- oder Rayon-Linie belegen sind:

Zum zweiten Bezirke diejenigen Grundstücke, welche zwischen dieser ersten Rayon-Linie und einer zweiten um 100 Ruthen weiter, also auf 200 (zwei hundred und sechzig) Ruthen oder 1300 Schritt Entfernung von den Festungswerken zu ziehenden Rayon-Linie; und

Zum dritten Bezirk diejenigen Grundstücke, welche außerhalb der zweiten Rayon-Linie und bis zu einer Entfernung von 300 (drei hundred und sechzig) Ruthen oder 1800 Schritt von den Werken belegen sind.

2. Von diesen obgenannten Grenz- oder Rayon-Linien werden nur die beiden

Vergl. oben S. 584.

Vergl. die R. D. v. 12. März 1814, betr. den Wiederaufbau der zerstörten Vorwerke und Gebäude außerhalb der Festungen oder zwischen ihren Außenwerken (welche nur interimistische Festsetzungen enthielt) in der G. S. 1814. S. 25.

Vergl. die R. D. v. 24. Aug. 1814, betr. den Wiederaufbau der außerhalb der Werke einer Festung zerstörten Gebäude, in der G. S. 1814. S. 75.

Vergl. die R. D. v. 13. Sept. 1816, betr. den Landstrich, der um Verschanzungen angebaut bleiben soll, in der G. S. 1816. S. 215.

Die R. D. v. 6. Jan. 1820 ist durch die betreffenden Sammlungen nicht publicirt worden.

Vergl. die R. D. v. 9. April 1822, nebst dem Regulativ v. 29. März 1822, über die Benutzung bestehender und über die Einrichtung neuer Holzhöfe innerhalb der Rayons von 800 und 1300 Schritten um die Festungen, in der G. S. 1822 S. 145.

Vergl. die R. D. v. 1. Okt. 1823, wegen Anwendung des Rayon-Gesetzes v. 24. Aug. 1814, auf sammtl. neu erworbene und neu anzulegende Festungen, in der G. S. 1823. S. 174.

Vergl. die R. D. v. 30. Aug. 1824, wegen der Lehm- und Sandgruben innerhalb der Festungs-Rayons, in der G. S. 1824, S. 163.

Nach den oben allegirten R. D. sind durch das neue Regl. v. 10. Sept. 1828 auch folgende Bestimmungen beseitigt worden:

1) R. D. v. 22. Juli 1817, daß die zu Stettin vorschriftswidrig zu nahe den Festungswerken wieder aufgeführten Gebäuden abzutragen.
(N. I. 231. — 3. 148.)

2) R. des R. Min. des J. u. d. Kr., v. 20. Febr. 1824, an die R. Reg. zu Stettin, betr. die Benutzung von Lehm- und Sandgruben innerhalb der Festungs-Rayons. (N. VIII. 214. — 1. 110.)

3) R. des R. Min. des J., v. 8. Juni 1829, betr. die Bau-Anlagen innerhalb der Festungs-Rayons. (N. XIII. 393. — 2. 127.)

ersten von resp. 160 und 200 Ruthen Entfernung von den Festungswerken wirkt steck und durch Pfähle oder Marksteine dauernd bezeichnet. Die Abtragung jener erfolgt von den auspringenden Winkeln des bedeckten Weges und zwar obern Rande des Glacis, oder in Ermangelung eines Glacis von dem äußern Rande, oder wenn auch ein Graben nicht vorhanden ist, von der Feuerlinie der Wehren selbst.

Von der großen Verschiedenartigkeit der Tracen und der fortifikatorischen Pläne der Befestigungen wird der Entwurf zur Ziehung der Rayon-Linien vom Ministerio für die einzelnen Fälle festgestellt, und die Abstellung demnächst durch die Festungs-Behörde unter Konkurrenz der Civilbehörde im commissarischen Wege bewerkstelligt.

Baugesuche, Erlaubniß-Scheine und Verzichtleistung-Reverse.

§. 3. Wer auf Grundstücken, welche innerhalb der beiden ersten Rayonen, einen Neu-, Reparatur- oder Umbau vorzunehmen, oder eine sonstige die Erdoberfläche ändernde Anlage zu machen oder Materialien-Vorräthe anzuhäufung beabsichtigt, muß das Gesuch um die Erlaubniß hierzu bei der Orts-Polizei-Behörde einreichen. Wenn diese in polizeilicher und gewerblicher Hinsicht dagegen nichts zu erinnern übergibt, so wird das Gesuch der Kommandantur der Festung, welche es unter Zuziehung des Platz-Ingenieurs und des Festungs-Inspektors prüft und zur Entscheidung des Kriegs-Min. gelangen läßt.

Letzteres tritt nach Umständen darüber mit den höheren Instanzen des J. Corps in Rücksprache.

§. 4. Wird das Gesuch bewilligt, so muß der Besitzer des Grundstücks ein Verzicht-Buch ausstellen, in welchem er sich unter Verzichtleistung auf jede Entschädigung verpflichtet, die bewilligte neue Anlage, die Vorräthe etc., sobald die Umstände es erheischen, der Kommandantur der Festung schriftlich verlangt, sogleich wiederum wegzuschaffen. Im Fall der Säumniß sich der Zerstörung der Anlagen oder Vorräthe auf seine Kosten unterwerfen.

Wird von der Kommandantur, besonders bei neuen baulichen Anlagen, die Ausstellung dieses Reverse in das Hypothekenbuch für nothwendig gehalten, so muß der Besitzer auch in diese Eintragung willigen und den Reverse in der hierzu geeigneten Form ausstellen. Nach Ausstellung des Reverse und in geeigneten Fällen nach Ertragung desselben in das Hypothekenbuch wird sodann dem Grundbesitzer ein von der Festungs-Behörde ausgestellter und von der Kommandantur genehmigter Erlaubniß-Schein zur Ausführung seines Vorhabens ertheilt.

Behandlung schon vorhandener (alter) Anlagen und Bauwerke.

§. 5. Die innerhalb beider Rayon-Bez. einmal vorhandenen Bauwerke und Anlagen sollen, wenn gleich Neuanlagen in ähnlicher Bauart nicht zugelassen werden, doch ferner geduldet werden. Dieselben können auch, in sofern darauf nicht die Bedingung des allmählichen Eingehens durch Verfall, oder der künftigen Reduktion eine leichtere Bauart schon haftet, durch Reparaturen, ohne Aenderung der Bauart ihrer Substanz erhalten, oder auch, wenn gänzliche Baufälligkeit, oder eine zufällige Störung, zur Friedenszeit, eintritt, durch Umbau wieder hergestellt werden, wobei die Herstellung in der Regel ganz in den alten Dimensionen und nach der bisherige Art erfolgen muß. Nur in diesem Falle kann dem Bauenden die im §. 4 gebotene Ausstellung des Reverse erlassen werden, der er sich jedoch zu unterziehen hat, sobald Reparatur- oder Umbau eine Erweiterung, Hinzufügung oder sonstige Neuanlage, Bindung gebracht wird.

§. 6. Die Erweiterung eines neu herzustellenden Bauwerks ist, in polizeilicher Hinsicht, als zulässig zu erachten, wenn

- 1) der Neubau in dem gewünschten größeren Umfange überhaupt in einer, den Vorschriften entsprechenden Bauart ausgeführt werden soll, oder wenn
- 2) der Bauende zu dem beabsichtigten Umbau eine leichtere als die bisherige wählt, und die Mauer- und Lehmmauerwerke in dem neuen größeren Gebäude gegen die wegzubrechenden Mauertheile des alten Gebäudes ihrem Substanz nach nicht vermehren.

§. 7. Besitzer von Grundstücken, welche innerhalb der beiden ersten Rayonen der Ausführung einer Anlage vorschreiten, ehe sie den dazu erforderlichen Erlaubniß erhalten haben, und Handwerker, welche in solchem Falle zur Ausführung mitwirken, fallen in eine polizeiliche Strafe von 2 bis 10 Thalern, und die eigenmächtig ungenehmigte Anlage wird nach Umständen auf Kosten des Besitzers wiederum weggemacht.

¹⁾ Hierdurch ist das R. des K. Min. des J. (v. Schudmann) v. 7. Aug. 1871.

2. Besondere Bestimmungen für die einzelnen Rayon-Bezirke.

Erster Bezirk.

§. 8. Innerhalb des ersten Rayon-Bezirks darf auf bisher unbebauten Stellen neues permanentes Gebäude angelegt werden und überhaupt kein Baumaterial in Anwendung kommen, welches bei erfolglicher Wegnahme oder Verbrennung der Holz-, Stein- oder Schuttmassen auf der Erdoberfläche hinterlassen würde. Mauer- und Pfeilerwerk, Mauerwände, Ziegelbedachung sind daher bei Neuanlagen, wie bei Erweiterungsbauten ganz unzulässig, und dürfen nur nach §. 5 und 6 bei der Reparatur oder Umbau schon vorhandener Gebäude u., jedoch ohne Vermehrung der bisherigen Bauelemente angewendet werden.

§. 9. Es kann daher für diesen ersten Rayon-Bezirk nur die Anlage ganz leichter Bauwerke, z. B. von Gartenhäusern, Schuppen, Wächterhütten, welche ganz in Holz zu errichten, mit Brettern zu verkleiden, und mit Holz, Stroh, Rohr, Zink oder Schleier zu bedecken, gestattet, auch allenfalls für einzelne Wächterhütten, wo der Gewerbebetrieb Grundbesitzers dies dringend erfordert, die Aufstellung eines eisernen Ofens, dessen Rauchröhre durch die Wand oder Bedachung der Hütte zu leiten ist, nachgegeben werden.

Massive Fundamente oder Unterlagen von Stein, welche höchstens sechs Zoll über den Horizont hervorragen, sind zulässig, doch dürfen keine Kelleranlagen stattfinden. Mauern können nachgegeben werden.

Zu Bewässerungen darf man sich nur des Holzmateriale, mithin der Planken, Bretter oder Flechtzäune bedienen, dagegen Einhegungen durch Mauern, Lehm- und Ziegelwände, so wie durch Neuanlage lebendiger Hecken untersagt bleiben.

Zweiter Bezirk.

§. 10. Innerhalb des zweiten Rayon-Bez. können alle für den ersten Bezirk genehmigten Anlagen, außerdem aber auch leichte Wohn- und Wirtschaftsgebäude in ausgedehntem oder gelehntem Fachwerk mit Ziegelbedachungen, mit Balkentellern und Feuerungsanlagen versehen, und bis zu zwei Stockwerken Höhe zur Ausführung kommen. Keine Massobauten in Häusern und Bewässerungen sind, in sofern es sich nicht um Herstellung oder Reparatur schon vorhandener Bauwerke handelt, unzulässig — können auch bei der Neuanlage von Fachwerkgebäuden massive Fundamente bis höchstens sechs Zoll Höhe über der Erdoberfläche gestattet werden. Erweiterungsbauten, die neue Scheidewände oder sonstige Hinzufügungen dürfen nur in Holz oder Fachwerk erfolgen. Gewölbebauten sind unzulässig.

Das Aligment der neuen Gebäude gegen die Festungswerke wird, in sofern dasselbe nicht von vorhandenen Straßenrichtungen abhängig ist, von der Militärbehörde bestimmt.

Dritter Bezirk.

§. 11. Außerhalb der zweiten Rayon-Linie wird die Anlage und Bauart von Wohn-, Wirtschaft- und sonstigen Vertriebs-Gebäuden, so wie von Grundstücks-Bewässerungen nicht in der Regel seiner Beschränkung unterworfen, auch findet hier eine Verpflichtung der Bauenden, sich zuvörderst der Einwilligung der Militärbehörde zu versichern, nicht im §. 4 gedachten Webers auszustellen, weiter nicht statt. Nur wenn sich innerhalb des Bezirks durch Abbau oder Zunahme der Bevölkerung neue Vorstädte bilden, so haben die Ortsbehörden zu veranlassen, daß dem Fortgange der Ansiedelung entgegen, auf kommissarischem Wege festzustellender Bauplan zum Grunde gelegt werde, wobei die Richtung der Straßen durch den Platz-Ingenieur angegeben werde.

Der Wiederaufbau ganzer durch Kriegsbegebenheiten in der Nähe der Festungen zerstörter Städte oder eine Neuanlage derselben kann nur außerhalb einer Entfernung von 360 Ruthen oder 360 Ruthen von den Festungswerken, mithin außerhalb des wirklichen Geschützbereichs, zugelassen werden. Eine Beschränkung in der Bauart und Stellung der Häuser findet hierbei in militärischer Hinsicht nicht statt, doch dürfen verglichen werden mit seinen starken Umrassungsmauern und noch weniger mit Gräben oder Bächen umgeben werden.

Anlage von Kunststraßen, Dämmen, Gräben, Wasserbauten, Mühlen, Thürmen, Begräbnisplätzen.

§. 12. Wenn innerhalb der Rayon-Bez. bis auf eine Entfernung von 360 Ruthen von Festungswerken Teiche und Kommunikationssäume angeschüttet, Ufer- und

das R. Ober-Präs. zu Koblenz, wonach eine besondere Strafe gegen die Eigentümer, welche ohne Erlaubnis innerhalb des Rayons geschiedrige Bauten ausgeführt, neben der Wegschaffung der Gebäude, nicht eintreten sollte, für beseitigt anzusehen. (M. XI. 773. — S. 114.)

sonstige Wasserbauten ausgeführt, Grundstücke entwässert oder erhöht werden soll bleibt die Zulässigkeit der Ausführung davon abhängig, in wiefern dadurch eine nöthige Deckung gegen die Festung und Vermehrung der Zugänglichkeit, mithin eine Verderung der Vertheidigungsfähigkeit der Werke herbeigeführt werden möchte.

Besonders dürfen Dämme und Gräben niemals so angelegt werden, daß unthunliche Räume dadurch entstehen, und es muß daher diesen, wie bei den übrigen Arbeiten der Zweck derselben mag nun ein öffentliches oder Privatinteresse berühren, die vorgeschriebene Konkurrenz der Militärbehörde eintreten. Aber auch selbst außerhalb jammthl. Rayon-Bez. zu unternehmende Wasserbauten, namentlich die oder Wegnahme von Staumwerken, Coupüren, die Regulirung von Stromkrümmungen durch den Abfluß der Gewässer gehemmt oder befördert wird, muß, wenn daraus ein Einfluß auf die Wasserverhältnisse oder auf das Wasserspiel der Festung werden kann, zuvor mit der Ingenieur-Behörde und demnächst zwischen dem Min. und des Kr. berathen wird.

§. 13. Die Richtung der Kunststraßen muß von der Stelle ab, wo sie in den gemeinsamen Geschützbereich der Festung treten, also innerhalb der drei Rayon-Bezirke, die Terraingestaltung nicht irgend erlaubt, unter eine reine Längenbestreichung der Festungswerke gelegt werden.

Das Ober-Präsidium der Provinz tritt vorkommenden Falles mit dem Kommando in Verbindung, und beide Behörden ernennen eine gemischte Kommission, welche sich an Ort und Stelle unter Vorst. des betr. Kommandanten über die der künftigen Kunststraße im Geschützbereich der Festungswerke zu gebende Richtung einigt. Der Festungs-Inspekteur und ein Offizier des Generalstabes haben den diesfälligen Beschlüssen als Kommissionmitglieder beizuwohnen. Das Resultat wird dem Min. und des Kr. zur Entscheidung vorgelegt.

§. 14. Die Anlage von Wassermühlen kann ausnahmsweise selbst im ersten Rayon-Bez., wenn daraus für das militärische Interesse überwiegende Vortheile zu erwarten sind, jedoch entweder nur in möglichst leichter Bauart, oder bei fortifikatorisch günstiger Lage einer zur Vertheidigung geeigneten hinreichend starken Konstruktion nachgegeben werden, und es bleibt dem Kriegs-Min. überlassen, den besonderen Fall unter Zuziehung des General-Inspekteurs der Festungen zur Entscheidung zu bringen.

§. 15. Hölzerne Windmühlen dürfen wegen ihrer Höhe nur außerhalb der Festung von 80 Ruthen von den Festungswerken neu angelegt werden. Im übrigen der Rayon-Bez. ist ihre Errichtung in militärischer Hinsicht zulässig.

§. 16. Die Neuanlage von Kirch- und Wachen-Thürmen, oder die Erhöhung vorhandener Thürme, ist innerhalb der beiden ersten Rayon-Bezirke unstatthaft. Zwischen Thurmbauten außerhalb der zweiten Rayon-Linie bis zu einer Entfernung von 80 Ruthen von der Glacis-Gräze muß zuvor die Zustimmung der Militär-Behörde eingeholt werden.

§. 17. Die Anlage von Beerdigungsplätzen ist innerhalb der Rayon-Bez. nur bis zum Fuße des Glacis zulässig, in sofern die damit verknüpften Einrichtungen den bestehenden Bestimmungen entsprechend getroffen werden. Die Grabhügel dürfen nur die Höhe erhalten, die Grabsteine müssen flach auf den Boden gelegt werden; hölzerne Säulenhäuser und kleine Urnen von Stein sind zulässig, Familiengewölbe oder sonstige Bauten aber innerhalb der ersten beiden Rayon-Bez. unstatthaft.

Anlage und Benutzung von Lehm- und Sandgruben, Steinbrüchen, Ziegeleien

§. 18. Die auf Privat-Grundstücken seit längerer Zeit schon vorhandenen Lehm- und Sandgruben, Stein- und Kalkbrüche oder Ziegeleien können zwar im Gebrauch behalten werden, jedoch nur in soweit, als dadurch nicht von Neuem ein Erdränder gegen die Festung entstehen.

Die Benutzung von dergl. Gruben oder Brüchen auf königl. Grund und Boden darf in den Fällen, wo die Festungswerke nicht eine unbehinderte Einsicht in die Gruben haben, nicht ferner gebuldet werden.

Die Neuanlage von Lehm- u. Sandgruben, Steinbrüchen und Ziegeleien kann in der Regel nur außerhalb der zweiten Rayon-Linie gestattet und innerhalb derselben nur ausnahmsweise, unter Zustimmung des General-Inspekteurs der Festungen, nachgeboten werden, wenn die durch den Arbeitsbetrieb entstehenden Gruben dergestalt eingeplant werden können, daß den Festungswerken stets die unbehinderte Einsicht in die Gruben verbleibt.

Permanente Ziegel- und Kalköfen dürfen nur außerhalb der zweiten Rayon-Linie angelegt werden.

Anlage und Benutzung von Holzhöfen, Holzmärkten, Zimmer-Werken

§. 19. Holzhöfe, Dielen- und sogenannte Holzmärkte, d. h. Grundstücke, welche gewerblichen Rücksichten zur Aufbewahrung der Vorräthe von Stab-, Plan- oder Rundholz, oder von anderem Feuerungs-Materiale, als Steinkohlen, Torf, Rohluchsen u.

bet werden, dürfen innerhalb des ersten und zweiten Rayon-Bez. nur unter nachstehenden Beschränkungen benutzt oder eingerichtet werden:

- a) die Neuanlage von Holzhöfen zc. kann nur unter Genehmigung des Kriegs-Min. erfolgen; auch ist dieselbe
- b) nur außerhalb einer Entfernung von 100 Ruthen von den Festungswerken zulässig, so daß die Grundstücke innerhalb dieses Umkreises, — insofern nicht erweislich gemacht werden kann, daß sie früherhin und wenigstens bis zum Jahre 1813 schon als Holzhöfe zc. bestanden haben, und im Falle eines stattgehabten Verkaufes vom jetzigen Eigenthümer zu demselben Behufe kontraktmäßig erworben worden sind — fernerhin von Holzstapelungen zc. ganz frei bleiben.
- c) Innerhalb des sub b gedachten Umkreises dürfen daher auch alte Holzhöfe durch Ankauf benachbarter Grundstücke nicht erweitert werden, wenn nicht hinsichtlich dieser letztern der sub b erwähnten Bedingung genügt werden kann.
- d) Bloße Zimmer- oder Schiffbauplätze, auf welchen Gebäude zugelegt, oder Wasserfahrzeuge gebaut werden, sind, in sofern die Einrichtung von Holzhöfen damit nicht in Verbindung steht, den Festungswerken als unnachtheilig zu erachten, und können daher auch innerhalb der Rayon-Bez. überall bis zum Fuße des Glacié etabliert werden.
- e) Die Bewährung der Holzhöfe und die auf denselben etwa zu errichtenden Wächterhütten können nur nach den oben in den §§. 8, 9 und 10 enthaltenen Bestimmungen konstruirt werden. Die innerhalb des ersten Rayon-Bez. seit dem Jahre 1813 in ausgemauertem Fachwerke erbauten Wächterhütten werden, sobald sie künftig eines Umbaues bedürfen, der Vorschrift gemäß, ganz in Holz zu errichten und mit einem eisernen Ofen zu versehen sein.
- f) Das Holz- und sonstige Bau- und Brennmaterial darf auf allen Holzhöfen oder Märkten, innerhalb des ersten Rayon-Bez. nur bis 12 Fuß Höhe, innerhalb des zweiten Rayon-Bez. bis zu 15 Fuß Höhe aufgestapelt werden.
- g) Wegen Ausstellung des Verzichtleistung-Reverses wird auf die Bestimmung des §. 4 Bezug genommen.
- h) Den eigenen einjährigen Bedarf an Brennmaterialien können die innerhalb der Rayon-Bez. wirklich angesessenen Bewohner auf ihren Grundstücken nach der Vorschrift sub f. aufstellen.

3. Bestimmungen für den Rayon-Bezirk von Außenwerken.

- §. 20. Einfache Blochhäuser oder einzelne nur in Erde aufgeworfene Schanzen, außerhalb des Glacié der Haupt-Enceinten vorgeschoben liegen, erhalten keinen Rayon-Bez.
- §. 21. Selbstständige betaschirte Werke dagegen, welche durch Mauerwerk und Bauten gegen den gewaltsamen Angriff gesichert sind, werden auf 100 Ruthen Entfernung vorwärts ihrer Glaciéfronte mit einer besonderen Rayon-Linie umgeben, welche in beiden Seiten dem ersten Rayon-Bezirk der hinterliegenden Haupt-Enceinte entspricht.
- §. 22. Innerhalb dieses Bezirkes von 100 Ruthen Ausdehnung um die betaschirten ständigen Werke, unterliegen die vorkommenden Bauten, die Veränderungen und Anlagen der Terrain-Oberfläche ganz denjenigen Bestimmungen, welche für den ersten Rayon-Bez. der Haupt-Enceinten gegeben worden sind.
- §. 23. Außerhalb des gedachten Bez. von 100 Ruthen aber und insofern dessen Linie nicht noch innerhalb des zweiten Rayon-Bez. der Haupt-Enceinte fällt, erleiden Bauten und Benutzungarten der Grundstücke keine andere Beschränkungen, als welche Haupt für das Terrain außerhalb des zweiten Rayon-Bez. noch vorgeschrieben sind.
- §. 24. Bestimmungen für die zwischen den Festungswerken und Wall-Linien belegenen Grundstücke.

§. 24. Bei Festungen, welche mehrere vor einander liegende Umwallungen haben, in Zwischenräumen sich Privat-Grundstücke befinden, treten in Bezug auf die letztgenannte Vorschriften in Anwendung:

- Für die Reparatur und den Umbau schon vorhandener Gebäude und Anlagen gelten die oben in den §§. 5 und 6 erlassenen Bestimmungen.
- Für Neuanlagen oder Einrichtungen alles dasjenige, was für den zweiten Rayon-Bez. der Haupt-Enceinten ausgesprochen worden, jedoch mit der besonderen Einschränkung, daß auf den hier in Rede stehenden Grundstücken neue Gebäude nur einstöckig und in den Fachwerks-Wänden nur mit Lehmstakung oder Litziegeln aufgeführt, und um den Raum nicht zu sehr zu beengen, innerhalb einer Entfernung von 20 Ruthen von dem Graben oder dem oberen Glaciérande der inneren Festungs-Enceinte ab, gar keine neuen Gebäude oder Bewahrungen angelegt werden dürfen. — Ferner kann

Auf den Antrag v. 9. Aug. d. J., wegen Erlasses einer Vorschrift über die Nähe von Ziegeleien in der Umgebung von Pulvermagazinen, wird der R. Reg. nach dieser Kommunikation mit dem R. Kriegs-Min. hierdurch eröffnet, daß, nach den schon in mehreren Fällen zur Sprache und Anwendung gebrachten, mittelst Allerh. R. D. v. 5. Nov. 1. ausdrücklich genehmigten Grundsätzen:

- 1) neue Buanlagen, welche den Pulvermagazinen in irgend einer Beziehung theilhaftig werden können, 700 Schritt oder 1400 Fuß von denselben entfernt zu sein müssen;
- 2) daß innerhalb einer Entfernung von 700 bis 1000 Schritten nur gewöhnl. Häuser, Ställe und kleine Scheunen erbaut werden dürfen; und
- 3) daß alle andere, entweder durch ihre Benutzungsart oder durch ihre Beschaffenheit feuergefährlichere Anlagen wenigstens 1000 Schritte von den Pulvermagazinen entfernt zu halten sind.

Die R. Reg. hat hiernach die beabsichtigte öffentliche Bekanntmachung erlassen (A. XVIII. 1109. -- 4. 131.)

III. Bau neuer massiver Gebäude in den Festungen und Vorstädten.

R. des R. Min. des J., Abth. I. (Köhler), v. 22. Juli 1817 an die R. Reg. in Köln.

Die von der R. Reg. unterm 1. d. M. erbetene Vorschrift wegen des Baus massiver Gebäude in den Festungen oder den Vorstädten, ward hinsichtlich der Rheinlande dem damaligen Ober-Präsidenten zur weiteren Bekanntmachung mitgetheilt, und man glaubt, daß sie nicht nur, nach dem vorl. Ver. zu urtheilen, nicht durchgehendes Stattgefunden hat.

Wegen Anwendung dieser Vorschrift ist übrigens das unterz. Min. mit der R. Reg. einverstanden, daß solche nur auf diejenigen nach vorheriger Rücksprache und einstimmung mit der Festungs-Kommandantur genau zu bezeichnenden Theile der Festungen, welche mit dem Fortifikations-Interesse Verbindung haben, zu beschränkt ist. (A. I. 231. — 3. 149.)

Sechste Unter-Abtheilung.

Von den Einschränkungen der Baufreiheit zur Verhütung der Verletzung anderer öffentlicher oder gemeinschaftlicher Interessen.

I. Einschränkungen in Betreff der Ausführung von Gebäuden an Kunststraßen.

1) R. des R. Min. des J. u. d. P. (v. Schudmann) v. 17. Sept. 1817 an die R. Reg. zu Bromberg. Strafbestimmungen gegen unbefugte Ausführung von Gebäuden an der Kunststraße oder an deren Grabenrändern.

Die R. Reg. wird auf den Ver. v. 24. v. M. ermächtigt, eine polizeiliche Verordnung für unbefugte Anbauer von Gebäuden an der Kunststraße selbst, oder an den Graben-Rändern derselben zu erlassen, und durch das dortige Amtsblatt bekannt zu machen, der ähnlich, welche nach Ihrer Anzeige von der Reg. zu Oppeln auf demselben (c. Anl. a.) zur öffentlichen Kenntniß gebracht worden ist.

Anl. a.

Wiewohl es bereits gesetzlich bestimmt ist, daß Neubauten sowohl in Städten als auf dem Lande ohne vorherige Anzeige und Genehmigung der Obrigkeit nicht vorgenommen werden dürfen, so lehrt doch häufig die Erfahrung, daß dieser Bestimmung nicht immer nachgekommen wird, und daß man namentlich an den Kunststraßen seit mehreren Jahren mehrere neue Gebäude, ohne obrigkeitliche Genehmigung, zum Theil ganz nahe an der Straße selbst, oder an den Grabenrändern aufgeführt hat.

Da hierdurch die Straßen nicht nur sehr beschränkt, sondern auch oft durch unordentlich aufgestellte Gebäude verunstaltet werden; so verordnen wir hiemit:

daß, wer künftig ein neues Gebäude an einer chaussierten oder sogenannten Kunststraße ohne vorherige Anzeige und Genehmigung seines Vorhabens an den Kreis- und den betr. Kondukteur, welche das Bauprojekt örtlich zu prüfen und darüber zu entscheiden haben, daß das zu erbauende Gebäude 10 preuß. Fuß von dem Rande des Straßen-Grabens abgesetzt werde, baut, in einen Thlr. Polizeistrafe verurtheilt werden soll.

Sollte sich außerdem ergeben, daß das ohne Erlaubniß gebaute Gebäude zu nahe an Kunststraße gesetzt worden, so hat der Eigenthümer desselben sich die für ihn daraus resultirenden, §§. 71. und 72. Tit. VII. Thl. I. des A. L. R. näher bezeichneten Folgen zuschreiben zu lassen.

Oppeln, den 30. Juli 1827.

R. Preuß. Reg.

(N. XL 771. — 3. 113.)

1) R. des R. Min. des J. (Maassen) u. d. J. u. d. P. (v. Rochow) v. 18. Juni 1834, an die R. Reg. zu Merseburg. Befugniß der Polizeibehörde zur Verhinderung der Ausführung nachtheiliger Bauanlagen längs der Chaussee. Der R. Reg. wird auf Ihre Anfrage in dem Ver. v. 2. April c. eröffnet, daß es nach einer besondern gesetzlichen Bestimmung über das Verfahren bei Errichtung von Gebäuden und anderer baulichen Anlagen längs den Chausseen nicht bedarf, da die Befugniß der Polizeibehörde zum Erlass dießfälliger Anordnungen schon in den bestehenden Gesetzen, und namentlich in den Vorschriften des A. L. R. Thl. I. Tit. 8. §§. 67 seq. besteht.

Insbesondere ist es nach §. 69 l. c. keinem Zweifel unterworfen, daß es in der Befugniß der Polizeibehörden liegt, die Anlage neuer Wohngebäude in einer der Chaussee benachbarten, oder dieselbe entstellenden Nähe von derselben zu verhindern. Es kommt nur darauf an, die Polizeibehörden mit einer dießfälligen Instruction zu versehen, worin auf die Nothwendigkeit der Einholung einer besondern Erlaubniß, und im Unterlassungsfalle eintretenden, in den §§. 70. und 71. a. a. O. bestimmten Folgen aufmerksam zu machen. Auch ist es nicht zweifelhaft, bei Ertheilung derselben die Beschaffenheit und den Zweck der zu errichtenden Gebäude zu berücksichtigen und in den geeigneten Fällen auf eine größere Entfernung als von 10 Fuß zu bestehen.

Die R. Reg. hat hiernach das Erforderliche zu veranlassen, und das Verfahren der Polizeibehörde dadurch zu erleichtern, daß Sie für Ortschaften und Straßen im voraus bestimmt festsetzt, nach welchem man sich bei Ausführung neuer Häuser, Mauern, Ställe, oder bei Erneuerung alter, zu richten hat.

(N. XVIII. 551. — 2. 169.)

I. Einschränkungen in Betreff der Ausführung baulicher Anlagen in der Nähe von Eisenbahnen.

Vergl. die betr. Erlasse in v. Rönne's Wege-Polizei, S. 72 — 74.

II. Einschränkungen in Betreff der Ausführung von Gebäuden in der Nähe von Waldungen 1).

1) R. des R. Min. des J., Abth. I. (Röhler) v. 17. Mai 1823, an die R. Reg. zu Oppeln. Unbedingte Zulässigkeit des Aufbaues einzelner Häuser in der Nähe von Wäldern auf städtischem oder Dorf-Territorium.

Der R. Reg. wird in Bescheid auf Ihre Anfrage im Ver. v. 22. v. M. erwidert, daß der in Rede stehende Aufbau einzelner Häuser auf städtischem oder Dorf-Territorium in der Nähe von Wäldern unbedingt erlaubt ist, und aus den angedeuteten polizeil. Rücksichten keine Beschränkung der natürlichen Freiheit gestattet werden kann.

(N. VII. 272. — 2. 23.)

R. des R. Min. des J. (Röhler) v. 6. April 1827, an die R. Reg. zu Oppeln. Erbauung von Häusern in der Nähe von Privat-Waldungen.

Der R. Min. findet sich veranlaßt, der R. Reg. auf Ihren Ver. v. 5. v. M., die Befugniß des N. N. wegen der ihm untersagten Erbauung eines Wohnhauses betr., Folgendes zu machen:

Daß die von der R. Reg. in Bezug genommene französische Forst-Ordnung vom J. 1811 dem dortigen ehemals zum Deutschen Reiche gehörig gewesenen, vormaligen französischen Landestheile je gegolten hätte, will nicht einleuchten. Es ist für die Einführung derselben von der R. Reg. kein Gesetz allegirt. Auch das Staatsraths-Gutachten v. 12. v. M. 1814. verordnet eine solche Einführung nicht. Dieses Gutachten ist eine Deklaration des altfranzösischen G., welche nur für diejenigen Landestheile anwendbar ist, in denen solches G. von 1869 publicirt worden. Seitdem die Rheinprovinzen mit dem Deutschen Reiche vereinigt sind, sind sehr viele altpreussische G. declarirt worden, ohne daß dabei, weil solche Declarationen in die G. S. aufgenommen worden, hätte sol-

gern können, daß jene altpreussischen G. nunmehr auch in den Rheinprovinzen eingeführt seien.

Diese Meinung wird auch durch die von der R. Reg. allegirte B. der Oest. Bälerschen Landes-Administralions-Kommission v. 21. Jan. 1815 bestätigt: dieselbe nimmt auf die Forst-Ordn. v. 1669 keinen Bezug, sondern stellt ein ganz neues System auf, welches auch auf Privat-Waldungen Beziehung hat. In diesem System aber Anlagen der in Rede stehenden Art nicht geradezu, sondern reservirt dabei nur die Genehmigung des Staats, welche das Min. des J. zu dem Bau des Gebäudes an der bisherigen Stelle hiermit zu ertheilen keinen Anstand nimmt.

Allein auch dieser Genehmigung dürfte es kaum bedurft haben, da die B. v. 1815 eigentlich nur von neuen Anlagen redet, mithin auf Herstellung von Gebäuden schon — wie Supplikant behauptet und die R. Reg. nicht bestreitet — Jahrhunderte durch oder überhaupt zeitlich bestanden haben, nicht bezogen werden kann.

(N. XI. 487. — 2. 117.)

3) E. R. der R. Min. des J. (v. Schumann) und der F. (v. 15. Dec. 1828, an die R. Reg. in den Rheinprovinzen. Erbauung von Gebäuden fern und Wirthschaftsgebäuden in der Nähe R. Forsten.

Die Frage, ob die Vorschrift im Art. 18. Tit. 27. der franz. Ordonnanz, wonach Häuser und Wirthschaftsgebäude in der Nähe von R. Forsten nicht errichtet werden sollen, in den vormalig zu Frankreich gehörigen Landestheilen am Rhein Anwendung finde, — muß auch auf den Ber. d. R. Reg. v. 2. Aug. v. J. beantwortet werden; denn der Beschluß des Gen. Reg. Kommissars d. d. 10. Brumaire des J. VII. (31. Oct. 1798) hat nur einzelne Art. der Ordonnanz in die Rheinprovinzen eingeführt, unter welchen der fragliche Art. 18. Tit. 27. enthalten ist.

Wenn der Art. 609 des Code des délits et des peines v. 3. Brumaire die Gerichte anweist, auf die, in der Ordonnanz v. 1669 und in andern besondern bestimmten polizeilichen Strafen zu erkennen: so kann sich dies nur auf die Fälle beziehen, in welchen jene besondern Regl. eingeführt sind, welches letztere nachgedachten Art. 18. Tit. 27. der Ordonnanz von 1669 nicht der Fall ist. Es bedarf keines G., um diese Vorschrift außer Kraft zu setzen, sondern die R. Reg. ist angewiesen, dergleichen Bauten nicht ferner hinderlich zu sein, am wenigsten nachgedachten Art. eine Klage bei einem Gerichte anzustellen.

(N. XII. 1084. — 4. 117.)

4) E. R. des R. Min. des J. u. d. P. (v. Rochow), und der Berw. für Dom. und F. (v. Ladenberg) v. 12. April 1835, an die Rheinische Reg. Erbauung von Häusern und Wirthschaftsgebäuden in der Nähe R. Forsten.

Der Bericht der R. Reg. v. 27. Aug. v. J. hat Veranlassung gegeben, die Anwendbarkeit des Art. 18. Tit. 27. der französischen Forstordnung vom J. 1669, das Verbot der Erbauung von Häusern und Wirthschaftsgebäuden in der Nähe R. Forsten, auch von den übrigen Reg. der Provinz Gutachten zu erfordern.

Nach Einsicht derselben ist nunmehr beschlossen worden, die Frage: ob die Gegenstand Bestimmungen erforderlich seien? zu dem Entwurfe der neuen Reg. zu verweisen, bis dahin aber, von dem nicht abzugehen, was in der Verf. v. 18 über diesen Gegenstand ausgesprochen worden ist, zumal diese Frage nicht ausschließlich der R., sondern auch der Privatwaldungen zu beantworten ist.

(N. XIX. 504. — 2. 145.)

IV. Einschränkungen in Betreff der Anlage von Gebäuden in einem Bergbaue.

In dieser Beziehung enthält das N. P. R. Th. II. Tit. 16. §. 1 einschränkende Bestimmungen, auf welche die nachstehende Bekanntmachung des Oberbergamts für die Westphälischen Provinzen zu Dortmund v. 12. April 1835 verweist.

In Gegenden, wo Bergbau getrieben wird, bleibt öfters von Personen, Gebäude u. bergl. anlegen, die gesetzliche Bestimmung außer Acht gelassen; daß solche Anlagen mit Sicherheit unternehmen können, wenn sie sich zuvor vom Amte des Vereins die Bescheinigung verschafft haben, daß ihre Anlage mit den benachbarten Gruben in keine Collision gerathen werde.

Dies veranlaßt uns zur Beseitigung von Unannehmlichkeiten für diejenigen Privat-
n, welche aus Unkunde der Gesetze jene Vorsichtsmaßregel verabsäumen, den
b. Tit. 16. Thl. 11. des A. L. R. in Erinnerung zu bringen, welcher wörtlich

Jemand Gebäude, Wasserleitungen, Teiche, Bleichen u. dergl. in einem Reblere,
in Bergbau schon in solcher Nähe getrieben wird, daß eine weitere Ausdehnung
den bis zu diesen neuen Anlagen vernünftiger Weise vorausgesehen werden konnte,
schon angelegt, ohne sich von dem Bergwerke die Stelle, wo es ohne seine Gefahr ge-
hen kann, anzuweisen zu lassen, so ist er, wegen der, durch den fortgehenden Bergbau
entstehenden Schäden, zu keiner Vergütung berechtigt.

nerken hierbei ausdrücklich: daß vorgehende gesetzliche Bestimmung auch für Hüt-
und ähnliche Werkstätten gilt, deren Unternehmer daher keine Schadloshaltung
erwarten haben, wenn die von ihnen gewählte Baustelle nicht von der Bergwerksbe-
hörde gebilligt worden ist, und ihr Etablissement in der Folge durch den Abbau
ebenfalls, auf welchem es sich befindet, zu Grunde gerichtet wird.

A. XX. 720. — 3. 161.)

. Einschränkungen in Betreff der Anlage von Gebäuden auf den zur
nähung gehörigen Grundstücken.

. des R. Min. des I. u. d. P. (Köhler) v. 18. Mai 1835, an die R.
Erfurt.

et Zufertigung des der Gemeinde zu M. auf eine Beschwerde wegen der M.schen
Anlage ertheilten Bescheides (Anl. a.), wird der R. Reg. bemerkt, daß
rath, indem er die Gemeinde mit ihrem Widerspruch, soweit derselbe auf der ob-
n Hütungsgemeinschaft beruht, lediglich an die Gen. Kom. verwies, nicht ordnungs-
gemäß ist. Den einzelnen Grundbesitzern einer Feldmark kann nicht gestattet
ihre der Gemeinhütung unterworfenen Grundstücke beliebig mit Gebäuden zu be-
bauen, dadurch würden nicht allein die Rechte der Mithütungs-Berechtigten verletzt,
es kann dadurch auch sehr oft die Möglichkeit vereitelt werden, eine gänzliche Auf-
der Hütungsgemeinschaft nach zweckmäßigen Plänen auszuführen. Deshalb ist
der Gemth. O. v. 7. Juni 1821 vorgeschrieben, unter welchen Bedingungen, und
auf welche Weise der Austritt Einzelner aus der Gemeinhütung nur zulässig ist. Da
S. 178 die Regulirung solcher Auszüge den Landrathen überträgt, so wird die R.
anlaßt, den Landrath v. M. anzuweisen, daß er künftig in ähnlichen Fällen dar-
fahre, und die nähere Anleitung dazu von der Gen. Kom. sich erbitte.

Anl. a.

ie Ertheilung der polizeil. Erlaubniß zu der von dem Schankwirth M. unternom-
Anlage einer Ziegelei, kann, wie der Gemeinde auf die Vorstellung v. 12. v. M.
wird, nicht gemüßbilligt werden. Die von der Gemeinde dagegen geltend gemach-
theits- und feuerpolizeilichen Gründe sind zur Versagung dieser Erlaubniß nicht
id, da erfahrungsmäßig in der Entfernung von 250 Fuß weder der Rauch und
sonderlich belästigend oder gar schädlich, noch die Anlage selbst für das Dorf feuer-
h ist, weshalb auch die Errichtung von Ziegelöfen selbst in Städten, oft in gerin-
ntfernung von bewohnten Gebäuden, nachgelassen wird.

ie polizeiliche Erlaubniß zum Bau erstreckt sich jedoch nur auf die Prüfung der
selt desselben in polizeilicher Hinsicht, nicht aber auf die Beurtheilung von Privat-
men, welche dem Bau etwa entgegenstehen. Der Schutz der letzteren muß dem
überlassen bleiben. Ist indessen von diesem ein solcher nicht zu erreichen gewesen,
ht es sich, daß die der Polizeibehörde obliegende Pflicht, einen Jeden im ruhigen
seines Eigenthums und in der Ausübung der ihm deßhalb gesetzlich zustehenden
ne zu schützen, auch den etc. R. vor den Handlungen der Eigenmacht hat in Schutz
müssen, welche die Gemeinde im Wege der unerlaubten Selbsthülfe gegen densel-
hat erlauben wollen.

das Min. des I. und der P. findet daher keinen Grund, die in der Sache von dem
he und der Reg. erlassenen Verf. abzuändern etc.

rlin, den 18. Mai 1835.

Min. des I. u. d. P.

(A. XIX, 505. — 2. 146.)

Siebente Unter-Abtheilung.

Von der polizeilichen Beaufsichtigung bei Ausführung von Bauten und Reparaturen.

1) Strafgesetzbuch v. 14. April 1851 §. 345. Nr. 11.

Mit Geldbuße bis zu fünfzig Thalern oder Gefängniß bis zu sechs Woche bestraft:

11) wer Bauten und Reparaturen von Gebäuden, Brunnen, Brücken, Schloten, anderen Bauwerken vornimmt, ohne die von der Polizei angeordneten oder erforderlichen Sicherungsmaßregeln zu treffen.

2) R. des R. Min. des I., Abth. II. (Mathis) v. 28. März 18 die R. Reg. zu Minden. Vorsichtsmaßregeln bei der Errichtung von Gerüsten.

Wegen den Inhalt und den Erlaß der von der R. Reg. nach dem Ver. v. 5. beabsichtigten Bekanntmachung, wegen der bei der Errichtung von Baugerüsten zu achtenden Vorsichtsmaßregeln, findet das Ministerium des Innern etwas Weiteres nicht zu erinnern, und überläßt der R. Reg. hiernach das Weitere wegen Ausbleibens dieses Erlasses zu verfügen.

Anl. a.

In neuerer Zeit sind Bauhandwerker häufig durch unterlassene oder mangelfolgende Absteifung der Baugruben, durch fehlerhafte Aufstellung und Verbindung der Stützen und durch ein deren Stärke gar nicht angemessenes Beschweren derselben mit Material verunglückt; es wird daher zur Verhütung ähnlicher Unglücksfälle Nachstehendes zur Beachtung angeordnet.

1) Bei allen Neu- und Reparatur-Bauten müssen in Gemäßheit des §. 773., 2. Alt. 20. des A. L. R. die unmittelbaren Aufseher die erforderlichen Vorkehrungen treffen, damit nicht durch den Einsturz der Baugrube, durch das Herabfallen von Materialien, durch den Einsturz der Gerüste oder sonst Jemand beschädigt wird. Als solche unmittelbare Aufseher sind die mit der Bauausführung beauftragten Bau- und Werkmeister zu betrachten.

2) Jeder, dergestalt mit der Bauausführung beauftragte Bau- und Werkmeister, daß zu den Rüstungen bestimmte Material vor der Verwendung seiner Beschäftigten nach gehörig zu prüfen, namentlich sind die Absteifungen, die Spieß- oder Stützbäume, Streichstangen, Kehrriegel und Bretter, ingleichen die Rüststränge, Klammern und Rüstnägeln, hinsichtlich ihrer Tragfähigkeit einer sorgfältigen Prüfung zu unterwerfen und durchaus nicht früher anzuwenden, als bis davon hinlängliche Gewissung erlangt ist; — eben so sind die von den Steinmetzen und Zimmerleuten behufs Aufwinden schwerer Werk- und Holzverbandstücke zu verwendenden Stämme, Laue und Kloben jedesmal vorher genau durchzusehen, und die nicht haltbar befundenen Utensilien durch anderweitige besser zu ersetzen.

3) Das Aufschlagen der Rüstungen muß unter persönlicher Leitung des Bau- oder Werkmeisters und mit gehöriger Vorsicht erfolgen, damit weder die beim Beschäftigten Arbeiter beschädigt, noch die Passage auf der vorbeiführenden Straße irgendwie gehemmt und gefährdet wird.

4) Die Spießbäume, deren oberer Durchmesser 5 bis 6 Zoll sein muß, und die in der Höhe des zu gerüstenden Gebäudes in der Stärke nach unten zunehmen, sind in einer Entfernung von 7 bis höchstens 9 Fuß in einer 4 bis sechs Fuß Tiefe einzugraben, vor dem Verfüllen ringförmig mit aufrecht gestellten Brettern zu verkleiden und demnächst recht fest mit Erde zu verstampfen. Die Streichstangen sind mit hantelartigen Strängen an die Stützbäume zu binden und außerdem eiserne Klammern und Nägel gehörig zu befestigen, dagegen ist das Anknüpfen von Brettern anstatt jener, nur bei dem Abputz der Gebäude (wo eine starke Belastung der Gerüste nicht mehr stattfindet) zulässig, indessen müssen diese Bretter an die Spießbäume zu befestigende Knaggen unterstützt werden. — Das Beschlagen der Gerüste muß auf starken Kehrriegeln mit mindestens 3 zölligen gesunden Balken stattfinden und müssen diese in gehöriger Anzahl verwendet werden.

Dasselbe gilt auch hinsichtlich des Belegens der Balkenlagen vor Ausführung der Mauerwerk; zur Verhütung des Aufklappens oder Fortgleitens müssen die Balken an betr. Stellen auf die Unterlagen mit Klammern und starken Nägeln befestigt werden.

5) Die in den Stützbäumen und Sprossen gehörig starken Leitern müssen, beim Gebrauch nicht rücken, oben an das Gerüst fest angebunden, oder durch

mer gehalten, bei größerer Länge aber durch gabelsförmige Steifen unterstützt werden. Von dem Bau- und Werkmeister sind die Leitern öfter zu untersuchen und namentlich darauf zu sehen, daß keine Sprossen fehlen und diese jederzeit in die Bäume fest verkeilt sind.

- 6) Bevor das Gerüst von den Arbeitern benutzt wird, muß dasselbe an den freien Seiten noch mit einem Geländer versehen und müssen zu diesem Zwecke in einer Höhe von 3 Fuß über dem Gedele, Bretter an die Spiegbäume genagelt werden.
- 7) Der Rand der Baugrube in der Breite einer einsüßigen Doffnung, so wie die Gerüste, dürfen mit Baumaterial nicht überlastet werden, auch ist darauf zu sehen, daß letzteres nicht an einzelnen Orten aufgestellt, sondern gleichmäßig auf den Mäntungen vertheilt und den Unterstützungspunkten der Mergel möglichst nahe gebracht wird.
- 8) Das Einlegen der Gerüste muß gleichfalls mit Vorsicht und unter Leitung des Bau- und Werkmeisters erfolgen.
- 9) Beim Abbruch alter Gebäude muß das gewonnene Material, wenn es nicht innerhalb sicher aufgestellt werden kann, mit Vorsicht zur Erde geschafft. Mauer- und Dachsteine, dergl. der Schutt müssen in geräumigen, geschlossenen Minnen herabgelassen werden, wenn es nicht vorgezogen wird, letztere herunterzutragen. Das Herabwerfen desselben auf Straßen und öffentlichen Plätzen ist in allen Fällen unzulässig.
- 10) Wird bei dem Abbruch der oberen Etagen eines Gebäudes der Platz nicht eingezäunt, (was indessen nur dann zulässig ist, wenn das Material im Innern des Gebäudes untergebracht werden kann), so müssen Ständerüste aufgestellt und diese zur Sicherung der Passage durch Aufstellung eines Brettes an das äußere Ende lastenförmig gebildet werden. Jederzeit hat aber der Bau- und Werkmeister darauf zu achten, daß nicht zu große Stücke sich auf einmal trennen, die beim Herabfallen das Gerüst zertrümmern und Menschen beschädigen können.
- 11) Dem Bau- und Werkmeister, oder seinem Stellvertreter, liegt es ob, bei der Aufsicht über den Bau das Verhalten der Gesellen und Arbeiter zu kontrolliren und zu verhindern, daß dieselben nicht aus Uebermuth und ohne Noth in Gefahr begeben, auch ist derselbe dafür verantwortlich, wenn betrunkene Arbeiter das Gerüst bestiegen oder beim Richten der Gebäude verunglücken.
- 12) Die Nichtbeachtung der vorstehenden Maßregeln würde, — auch wenn kein Schaden geschähe, — gegen nachlässige Bau- und Werkmeister oder gegen die Stellvertreter derselben, mit Einem bis Zwanzig Thalern Geld- oder verhältnißmäßiger Gefängnißstrafe geahndet werden. Ist aber dadurch Unglück verursacht, so finden die §§. 777 und ff. Tit. 20. Th. II. des Allg. Landrechts Anwendung.

Minden, den 13. April 1847.

Königl. Regierung.

(Min. Bl. d. 1. B. 1847. S. 94. Nr. 134.)

Zweiter Titel.

von den Einschränkungen der Baufreiheit zum Besten der Nachbarn¹).

J. E. A. Grein (St. G. R.), die Rechtsverhältnisse der Nachbarn in Bau-Angelegenheiten, nach den Vorschriften des A. L. R. mit Hinweisung auf die nach der Bauordnung v. 30. Nov. 1641 und den Spezial-Bau-Observanzen in Berlin vorkommenden Abweichungen. 8. Berlin 1842.

Die Baufreiheit des Eigenthümers unterliegt, wie bereits oben erwähnt, nicht allein denjenigen gesetzlichen Einschränkungen, welche ihren Grund Interesse des Staates haben, sondern auch solchen, welche aus dem In-

Diese Materie kann hier nur in sofern abgehandelt werden, als sie durch die Bestimmungen des A. L. R. normirt ist, wogegen auf die Provinzial-Rechte und Orts-Observanzen (und deshalb auch auf die Vorschriften des in der Rhein-Provinz geltenden französischen Rechtes) nicht näher einzugehen ist.

teresse Anderer entnommen sind. Diese letzteren Beschränkungen, welche zum Besten nachbarlicher Grundstücke bestehen, sind theils gesetzliche, theils auf besondere Rechtstitel gegründete.

Erste Unter-Abtheilung.

Von den gesetzlichen Einschränkungen der Baufreiheit zum Besten nachbarlicher Grundstücke.

I.

Allgemeine Einschränkungen des Eigenthums beim Bauen.

Die Regel, daß jeder Eigenthümer auf seinem Grund und Boden beliebige Bauten vornehmen darf, ist im A. L. R. Th. I. Tit. 8. §. 141 ausdrücklich anerkannt. Indes darf er beim Bauen die Gränzen seines Grundstückes nicht überschreiten, und ist auch in Betreff neuer Bauten noch anderweitigen Einschränkungen unterworfen.

Das A. L. R. enthält hierüber folgende Dispositionen:

1) Th. I. Tit. 8. §§. 123, 139—141:

§. 123. Die Anlegung neuer Erker, Altane, Wetterdächer, Dachtraufen, und anderer über die Gränze ragender Bauwerke ist der Nachbar zu dulden nicht verpflichtet.

§. 139. Neu errichtete Gebäude müssen vor älteren schon vorhandenen Gebäuden des angrenzenden Nachbarn, wenn nicht besondere Polizei-Gesetze ein Anderes vorschreiben, wenigstens 3 Werthschuhe zurücktreten.

§. 140. Stößt aber das neue Gebäude auf einen unbebauten Platz des Nachbarn, so ist ein Abstand von anderthalb Werthschuhen hinreichend.

§. 141. Uebrigens aber kann Jeder in der Regel auf seinem Grunde und Boden so nahe an die Gränze und so hoch bauen, als er es für gut findet.

2) Th. I. Tit. 9. §§. 340—342.

§. 340. Will Jemand einen Bau auf seiner Gränze führen, so muß er seinen Nachbarn davon in Kenntniß setzen, und wie weit er das Gebäude vorzurücken gedenke, den Nachbarn anzeigen.

§. 341. Hat er dieses gethan, und ist die angegebene Linie von den Nachbarn genehmigt, gleichwohl aber das Gebäude durch Zufall, geringes oder mäßiges Versehen über die angegebene Linie vorgerückt worden, so darf er den Nachbarn nur den Grund und Boden nach einer billigen Taxe vergüten.

§. 342. Hat aber der Bauende die Anzeige ganz unterlassen, oder hat er des Widerspruchs der Nachbarn ungeachtet, über die wahre Gränzlinie fortgebauet, oder hat die von ihnen genehmigte Linie aus Vorsatz oder grobem Versehen überschritten, so ist er schuldig, das Gebäude auf seine Kosten bis innerhalb seiner Gränzen einzuziehen und außerdem die Nachbarn zu entschädigen.

Dazu:

a) Plenarbeschl. des Ob. Trib. v. 18. April 1843. Begriff der „wahren Gränzlinie“ im §. 139. A. L. R. I. 8.

Unter der wahren Gränzlinie ist nicht die im §. 139. Tit. 8. a. a. O. beschriebene Baulinie, sondern die Eigenthumsgränze zu verstehen.

(Min. Bl. d. i. B. 1843. S. 224. Nr. 203. Just. Min. Bl. 1843. S. 102. Nr. 11. Entsch. Bd. 9. S. 3.)

Dieselbe Ansicht spricht das Erl. des Ob. Trib. v. 2. März 1847 an. (Rechtsfälle des Ob. Trib. von Strlethorst, Bd. I. S. 17. Nr. 9.)

Roch und Temme schließen sich der Ansicht des Ob. Trib. an.

(Roch, Beurtheilung der Entsch., S. 599 und Temme Civilrecht, Bd. I. S. 266. Note 3.)

Reinhardt ist gleichfalls der Ansicht, daß hier die wahre Grenzlinie der Grundstücke gemeint sei, da hier nur der Fortbestand des Gebäudes auf fremdem Grund und Boden durch dessen Erwerbung in Frage ist. Ein Widerspruch zwischen §. 139. A. L. R. I. 8. und §. 342. A. L. R. I. 8.

ge nicht vor, da es überall eine nicht hierher gehörige Frage sei, ob der wende auch noch auf eigenem Boden zurücktreten müsse.

(Arnberger Archib. Bd. 13. S. 76.)

b) Enthält die Bestimmung des §. 139. A. L. R. I. 8. eine privatrechtliche Grundbeschränkung (Legal-Erbitut) oder ein Bau-Polizeigesetz, und findet sie Bestimmung nur auf solche Gebäude Anwendung, welche auf einem bisher bebauten, an ältere schon vorhandene Gebäude angrenzenden Plage aufgeführt werden, oder auch auf solche, welche auf der Stelle eines eingegangenen Gebäudes wieder aufgebaut werden?

a) Die beiden letzteren Alternativen nimmt der II. Sen. des D. L. G. Ratibor (in dem Erl. v. 15. Mai 1839) an.

(Roch's Schles. Arch. Bd. 4. S. 186. und Jur. Wochenschr. 1840. S. 820.)

β) Dagegen führt das Ob. Trib. (in dem Erl. v. 9. Dec. 1839) die ersten Alternativen, und in Betreff der zweiten Frage das Fürstenthums-Ver. zu Reisse (in dem Erl. v. 24. Sept. 1838) ebenfalls die zweite Alternative aus. (Roch a. a. O. S. 185. 187. Jur. Wochenschr. 1840. S. 822. Abbl. für Pr. J. 1842. S. 109.)

γ) Funt (D. L. G. Aff.) ist der Meinung, daß die §§. 139 u. 140 cit. Anwendung finden, wenn das gebaute Gebäude als ein neues Gebäude angesehen. (Jur. Wochenschr. 1839. S. 114 ff.)

c) Der Plenarbeschl. des Ob. Trib. v. 11. Mai 1846 stellt folgende Forderungen auf:

a) Das Recht des Zwischenraums nachbarlicher Grundstücke (§§. 139., 140 A. L. R. I. 8.) jus interstitii — und das Recht auf Licht und Aussicht (§§. 140 bis 144. I. c.) prospectus coeli, sind zwei von einander völlig verschiedene Befugnisse.

b) Neu errichtete Gebäude, im Sinne der §§. 139., 140. I. c. sind nur solche, welche auf einem Plage aufgeführt worden, worauf bis dahin noch kein Gebäude gestanden hat.

Hat auf dem Plage bereits früher ein Gebäude gestanden, ist dasselbe abgebrochen worden und hat der Platz eine neue Bestimmung erhalten, so soll darauf aber wiederum ein Gebäude aufgeführt werden, so ist in jedem einzelnen Falle nach den Umständen, — je nachdem nach den Grundsätzen des Privatrechts aus der dem Plage gegebenen Bestimmung ein Aufgeben des Rechts des Wiederaufbaues gefolgert werden kann, — zu beurtheilen: ob dasselbe zu den neu zu errichtenden Gebäuden zu zählen ist oder nicht.

c) Die §§. 142., 143. I. c. finden auch bei neuen Bauten auf bisher zum Bau benutzte Stellen und bei Erhöhungen alter Gebäude Anwendung.

(Min. Bl. v. I. B. 1847 S. 50., Just. Min. Bl. 1847 S. 27.)

Die Gründe dieses Plenarbeschl. werden in den Entsch. des Ob. Trib. 13. S. 27. mitgetheilt.

d) Mit Bezug auf diesen Plenarbeschl. hat demnächst der III. Sen. des Ob. Trib. (in dem Erl. v. 22. Aug. 1848) angenommen, daß wenn darin steht, daß neu errichtete Gebäude im Sinne der §§. 139. und 140. I. c. solche sind, welche auf einem Plage aufgeführt worden, worauf bis dahin kein Gebäude gestanden hat, darunter auch der Fall begriffen sei, wenn an der Stelle eines bereits früher auf dem Plage gestandenen Gebäudes ein anderes errichtet werden soll, daß nicht die bisher bebauten Gränzen eingehalten werden, vielmehr mit Ueberschreitung derselben das Gebäude einen dem Nachbarn näheren Platz angewiesen erhält, als es jeither eingenommen hat.

(Entsch. des Ob. Trib. Bd. 16. S. 520. Nr. 2062.)

e) Erstreckt sich die Verpflichtung (nach §. 140. A. L. R. I. 8.), beim Bau anderthalb Werkschuh von der Gränze zurückzuweichen, nur auf die Außenmauern, oder auch auf etwaige Dachausladungen und andere Vorwerke?

Ersteres nimmt das (vormalige) D. L. G. zu Hamm (in dem 9. April 1839) an. (Arnsberger Arch. Bd. 12. S. 460.)

Dagegen nehmen Letzteres an:

a) das (vormalige) D. L. G. zu Arnberg (in dem Erl. v. 1846 (a. a. D. S. 343.);

β) das Ob. Trib. (Datum des Erl. konstatirt nicht.) (a. a. D. S. 462.);

γ) das L. u. Et. G. zu Essen (in dem Erl. v. 3. Okt. 1838 (a. a. D. S. 447.);

δ) Reinhardt (Reg. u. D. L. G. Rath) (a. a. D. S. 445.).

f) In welcher Art und Weise ist die Entfernung in dem Falle des A. L. R. I. 8. zu berechnen?

Das Erl. eines nicht genannten Gerichtshofes hat angenommen, Entfernung stets vom Gebäude an berechnet werden müsse und daß d. Raum innerhalb des Trauffalles dabei nicht mit in Betracht dürfe. (Arnsberger Archiv, Bd. 10. S. 65.)

g) Der II. Sen. des Ob. Trib. hat unterm 21. Dec. 1839 Rechtsfälle angenommen:

a) Der Besitzer der älteren Gebäude hat das Recht, zu verlangen, daß das auf einem bisher unbebaut gewesenen Plaze neuerrichtetes Gebäude jeden §. 140. A. L. R. I. 8. $1\frac{1}{2}$ Werkschuh von der Gränze zurückbleibe. Die seitliche ältere Gebäude mehr als $1\frac{1}{2}$ Werkschuh von der Gränze entfernt es doch nicht genügend, wenn der Neubauende ohne Ueberschreitung seine Gränze nur 3 Werkschuh (§. 139.) von dem alten Gebäude zurückbleibt; ist der Zwischenraum zwischen diesem und der Gränze, so weit er die $\frac{1}{2}$ Werkschuh überschreitet, für einen unbebauten Platz zu achten, an die Bestimmung des §. 140. anwendbar ist.

b) Die in dem §§. 139. und 140. a. a. D. enthaltenen Vorschriften beziehen die Berechtigung beider Nachbarn, Licht durch Oeffnungen und Fenster in Gebäude zu bringen. (§. 137. A. L. R. I. 8.) Es ist daher nicht zureichend nur die Grundmauern des neuen Gebäudes in der bezeichneten Entfernung gelegt worden; vielmehr muß letztere in der ganzen Höhenausdehnung des inne gehalten werden. Das im §. 123. a. a. D. nur enthaltene Verbot Gränze ragender Bauwerke steht dem nicht entgegen.

(Präjudizien-Samml. des Ob. Trib. S. 27. Nr. 780.)

h) Mit Bezug auf den oben sub c. erwähnten Plenarbeschl. v. 1846 und das oben sub g. gedachte Präj. v. 21. Dec. 1839 hat der I. des Ob. Trib. unterm 25. März 1852 ausgesprochen, daß der Präj. v. 21. Dec. 1839 ad b. angenommene Grundsatz, daß es nicht genügt sei, wenn nur die Grundmauern des neuen Gebäudes in der bezeichneten Entfernung angelegt worden, vielmehr letztere in der ganzen Höhenausdehnung gehalten werden müsse, durch den Plenarbeschl. v. 11. Mai 1846 keine Änderung erlitten habe. (Entsch. Bd. 22. S. 475. Präj. Nr. 2366. u. Bd. 2: Strieborn's Arch., Bd. 5. S. 98. Nr. 21.)

i) Die Frage: ob bei einem Bau an der Gränze, wenn die Anzeigen dem Nachbar unterlassen und die Gränze überschritten ist, die Klage auf Beseitigung des Gebäudes durch den Einwand, daß der Nachbar um den Bau gewußt und demselben nicht sofort widersprochen habe, (§. 332. A. L. R. I. 9) beseitigt wird? ist von dem II. Sen. des Ob. Trib. unterm 30. Jan. 1847 verneint worden. (Präjud. Samml. des Ob. Trib., S. 30. Nr. 288.)

Derselben Ansicht ist Reinhardt, welcher indeß annimmt, daß vorausgesetzt werde, daß der Bauende dem Eigenthümer die Anzeige nach A. L. R. I. 9. gemacht habe. (Arnsberger Archiv, Bd. 13. S. 73.)

k) Bedarf die Erklärung, mittelst welcher der Nachbar die Einwilligung, in welcher der Bau geführt werden soll, auch dann nicht der f

n Form, wenn ihm bekannt ist, daß diese Linie die wahre Gränzlinie bildet?

Der II. Sen. des Ob. Trib. hat unterm 20. April 1839 angenommen, daß auch in dem erwähnten Falle die schriftliche Form nicht erforderlich sei. (Präjud. Samml. des Ob. Trib., S. 30. Nr. 668.)

Reinhardt ist gleicher Ansicht. (Arnsterger Archiv. Bd. 13. S. 73.)

1) Der II. Sen. des Ob. Trib. hat (in dem Urf. v. 26. Febr. 1852) die Grundsätze ausgesprochen:

Die §§. 139. und 140. A. L. R. I. 8. beziehen sich auf das Recht des Zwischenraumes nachbarlicher Gebäude (jus interstitii) und setzen voraus, daß neue Gebäude, d. h. Gebäude an einem Orte errichtet werden sollen, wo bisher noch keine vorhanden haben; sie finden keine Anwendung auf den Fall, wenn ein bereits vorhandenes Gebäude erhöht werden soll.

Die §§. 142. und 143. a. a. O. dagegen beziehen sich auf das Recht auf Licht und Aussicht (prospectus coeli) und auf einen neuen Bau.

Bei bereits vorhandenen, unmittelbar an einanderstoßenden Gebäuden ist der Eigenthümer des größeren mit einem Fenster versehenen Gebäudes nur dann berechtigt, dem Höhenbau des Nachbarn, durch welches jenes, wenngleich schon seit länger, als 10 und 30 Jahren, vorhandene Fenster vermauert wird, zu widersprechen, wenn er ein Unterjagungsrecht hierzu besonders erworben hat. (§. 145. a. a. O.) (Striehorst's Archiv, Bd. 5. S. 55. Nr. 12.)

m) Ch. des M. führt aus, daß wenn der Vorsatz des Bauenden, wie weit ein Gebäude vorzurücken gedenke, dem Nachbar angezeigt ist, schon in des Stillstehens eine Genehmigung der ihm angezeigten Baulinie (§. 342. A. L. R. I. 9. §. 61. Th. I. Tit. 4.) Wenn dagegen die Baulinie zwar anfangs genehmigt ist, das Gebäude aber demnächst, ohne den Nachbar nochmals zu fragen, in einer längeren Frist, als Anfangs beabsichtigt, errichtet wird, und es sich findet, daß die Verlängerung über die unbebaute Gränze hinausreicht, die Verlängerung, auch wenn der Nachbar während Baues geschwiegen haben sollte, auf sein Verlangen eingezogen werden muß. (Jur. Zeit. 1835. S. 1192.)

n) Grein bemerkt, daß der §. 341. A. L. R. I. 9. zwar die Genehmigung der angegebenen Baulinie von Seiten des Nachbarn verlange; da aber der §. 342. a. a. O. die nachtheiligen Folgen nur dann eintreten lasse, wenn der Nachbar die Anzeige ganz unterlassen oder Widerspruch des Nachbarn ungeachtet gebaut habe, also nicht auch dann, wenn die Anzeige geschah, der Nachbar sich gar nicht erklärt habe, so müsse im Falle des §. 341 a. a. O. auch eine stillschweigende Genehmigung für zureichend erachtet werden, und diese liege dann nach geschahener Anzeige der Nachbar nicht wenigstens beim Beginne Baues der Linie widerspreche. Die §§. 341 und 342 h. t. sprächen nur von einem Ueberschreiten der Baulinie, dasselbe müsse aber von dem Bauern gelten, wenn nämlich die angegebene Baulinie zwar eingehalten sei, der erst nach Beginn des Baues finde, daß sie jenseits der Gränze liege. Es sei sich von selbst, daß dem Bauenden ein dolus oder ein grobes Versehen bei Angabe der Baulinie nicht zu Nutzen kommen könne.

(Grein, Baurecht S. 19. Note 2 u. 3.)

o) Der Ausdruck »Gebäude« hat einen engern und einen weitern. Im letzteren umfaßt er jede Bauanlage, mithin auch eine selbstständige, und in diesem Sinne ist er im §. 327. A. L. R. I. 9., wo vom Bauen und dem Boden die Rede ist, genommen. Im engern Sinne werden nur Anlagen, welche zur Wohnung oder Aufbewahrung von Gegenständen dienen, darunter verstanden, und in diesem Sinne ist davon im §. 139 A. L. R. I. 8. die Rede. (Urf. [Gerichtshof und Datum konflikt nicht] im Arnstb. Arch., Bd. 10. S. 63.)

II.

Von Rainen und Pflugrechten ¹⁾.

Raine sind nicht die eigentliche Gränzlinie, sondern führen zu deren Ermittlung; kann indeß ein Gränznachbar nicht beweisen, daß ihm den Rain ein besseres Recht zustehe, so tritt die Bestimmung des A. L. R. I. §. 366 ein, daß die Mitte des die Gränze bildenden Rains für die eigentliche Gränzlinie zu erachten ist. Die Erhaltung der Raine und Pflugrechte in unveränderten Zustande liegt im wesentlichen Interesse der Gränznachbarn. Daher verordnet das A. L. R. Th. I. Tit. 8. §§. 118 und 119:

§. 118. Die Raine oder sogenannten Pflugrechte zwischen benachbarten Grundstücken werden in der Regel als gemeinschaftliches Eigenthum angesehen.

§. 119. Sie dürfen also von keinem der benachbarten Besitzer ohne Einwilligung der Miteigenthümer verändert oder geschmälert werden.

Dazu:

1) Das Ob. Trib. folgert (in dem Erf. v. 17. Jan. 1844) auf §. 118. a. a. D., daß, wenn ein Privatweg ein Grundstück durchschneidet, gesetzliche Vermuthung dafür spreche, daß der Weg Eigenthum desjenigen, welchem das Eigenthum dieses Grundstückes zusteht.

(Arnberger Archiv, Bd. 10. S. 57.)

Dr. Sommer hält diese Folgerung für unrichtig und nimmt an, über das Eigenthum solcher Wege das Ortsherkommen entscheiden müsse. (a. a. D. S. 53.)

2) Kann der Miteigenthümer des Gränzraines in Folge des im A. L. R. I. 8. erwähnten Ausschließungsrechtes auch ohne Zugiehung des Miteigenthümers jeden Dritten von dem Gebrauche des Rains und des durch ihn führenden Weges ausschließen?

Der II. Sen. des Ob. Trib. hat unterm 5. Okt. 1838 bejahet. (Präjud. Samml. des Ob. Trib., S. 25. Nr. 54.)

III.

Von Scheideräumen oder sogenannten Winkeln ²⁾.

Das A. L. R. Th. I. Tit. 8. bestimmt in den §§. 120 — 122:

§. 120. Auch die Winkel oder Zwischenräume zwischen den Häusern werden in der Regel für gemeinschaftlich geachtet.

§. 121. Hat jedoch bisher nur einer der Nachbarn die Traufe dahin fallen lassen und nur allein Gassen, Privete, oder offene Fenster darin gehabt, so wird vermuthet, daß der Zwischenraum ihm eigenthümlich gehöre.

§. 122. In einem zwischen zwei Häusern gelegenen Winkel darf auch der, welcher selbiger eigenthümlich gehört, die Röhre von einem Windofen ohne des Nachbarn Einwilligung nicht führen.

¹⁾ Raine sind schmale Streifen Landes zwischen zwei Feldstücken, welche als Theile der Gränze dienen. (A. L. R. I. 17. §§. 363 — 366.) Sie werden als Pflugrechte genannt, wenn sie zum Führen und Ausheben des Pfluges gebraucht werden. Es ist daher nicht richtig, wenn der §. 118. A. L. R. I. 8. beide Begriffe als gleichbedeutend auffaßt. Vergl. Herrmann's Fragmente und Bemerkungen Bd. 1. S. 85. (Siewerts Materialien S. 3. S. 51. Nr. 1.) Rein a. a. D. S. 9. S. 7.

²⁾ Unter Winkeln werden die zur Aufnahme des Traufwassers bestimmten Gänge und die nach §. 139. A. L. R. I. 8. bei neu errichteten Gebäuden zwischen den Zwischenräumen zwischen den Gebäuden nachbarlicher Grundstücke zu errichtenden. (Rein a. a. D. S. 13. S. 11.)

zu:

Der Ausdruck: »Häuser« im §. 120 a. a. D. ist gleichbedeutend mit »Gebäude«, weil kein Grund vorliegt, weshalb diese Vorschrift nicht auf alle Gebäude angewendet werden sollte. Die Bezeichnung: »Winkel« nur auf schmale Zwischenräume und der §. 121 a. a. D. läßt schließen, daß nur dergleichen von höchstens drei Fuß Breite gemeint sind. (a. a. D. S. 13. Note 2.)

Was ist unter »offenen Fenstern« im §. 121 a. a. D. zu ver-

stehen? R. M. führt aus, daß solche Fenster gemeint seien, die nicht vergittert, nicht verriegelt sind, sondern gewöhnlichermassen geöffnet werden können. (Zur. Zeit. 1833. S. 968.)

Die Erl. I. u. II. Inst. (Gerichtshöfe und Data konstatiren nicht) in der Z. 1833 S. 467 ff. führen aus, es seien offene, nicht durch Gitter, Gittergittern oder dergleichen Beschränkungen verschlossene, mit Scheiben versehene Fenster, gemeint, daß sie gehöriges Licht gewähren, gemeint.

Rein bemerkt, daß die Vorschrift des §. 121 a. a. D. in Betreff der Fenster auf den Bestimmungen der §§. 138—140 a. a. D. in Verbindung stehe, worin die Worte »offene Fenster« solche Fenster bezeichnen sollten, die mit Gittern nicht versehen sind. (a. a. D. S. 14. Note 2.)

D. (in der Zur. Zeit. 1833 S. 467) meint dagegen, daß unter Fenster jede Lichtöffnung zu verstehen, und unter offenem Fenster jedes, welches den Zweck erfüllt, Aussicht und Licht zu gewähren.

Begründet auch das Vorhandensein von Thüren (im Falle des Fehlers eine Vermuthung für das Eigenthum?)

R. verneint; denn wenn der eine Nachbar eine Thüre halte, der andere Nachbar nach demselben Zwischenraume die Traufe fallen lasse, darin er eine oder Privete oder offene Fenster habe, aber keine Thüre, sondern nur durch des Ersteren Thüre gelangen könnte, so würde der Erstere im Besitze des Eigenthums, der Zweite im Besitze von Grundgerechtigkeiten sein. (Zur. Zeit. 1833. S. 971.)

Das Recht zur einseitigen Benutzung eines gemeinschaftlichen Zwischenraumes benachbarten Gebäuden kann auch nicht durch Verjährung mit dem 20jährigen Besitze erworben werden.

Erkannt von dem I. Sen. des Ob. Trib. per sent. v. 23. Sept. 1851, in dem die §§. 120, 121 h. t. und der §§. 660, 663 A. L. R. I. 9. (Methorst's Arch. Bd. 3. S. 94. Nr. 21.)

IV. Von Gränzscheidungen¹⁾.

§. 149 A. L. R. handelt die Lehre von den Gränzscheidungen in den §§. 149 des A. L. R. I. 8. ²⁾ ab, welche dahin lauten:

Unter Gränzscheidungen (Besriedigungen, Behegungen) der Grundstücke versteht man die auf der Oberfläche des Bodens hervortretende Vorkehrungen, welche verschiedene Grundstücke von einander trennen. Sie sind entweder Mauern oder Planken, Stakete, oder lebendige Hecken. Bei Planken und Staketen heißt die Plank, welche platt ist, d. h. an welcher die Bretter und Latten nicht durch andere stützende Gegenstände unterbrochen werden, Bund- oder Rehrseite.

Obige-Redigoren bemerken zur Erläuterung dieser §§. auf Grund der folgenden Folgenden:

Das A. L. R. kommt vom §. 149 h. t. an auf die Gränzscheidungen mehrerer benachbarten Grundstücke, und zwar, nachdem zuvorberst einige allgemeine Grund-

§. 149. In der Regel ist ein Jeder sein Grundstück durch Zäune, oder andere Scheidewände, von den Grundstücken seines Nachbarn zu trennen.

• Sätze vorausgeschickt sind, auf die Verbindlichkeit zur Unterhaltung.
 • 168.) Hierbei entsteht die sehr wichtige Frage, in wiefern der Eigentümer die
 • Erhaltung der Scheidung zu bestehen befugt sei, wenn solche nicht
 • angrenzenden Besitzers Eigenthum ist. Man muß geneigt sein, es
 • Fluß der natürlichen Freiheit zu betrachten, daß der Eigenthümer die
 • wie die Anlage in seinem Belieben stand, eben so beliebig wie
 • könne. Mehrere Bestimmungen des A. L. R. deuten aber auf die
 • Verpflichtung, die Scheidung zu erhalten, ohne daß der Grundsa
 • gesprochen wäre; so die §§. 152. 153. 162. 164. 172. In dieser
 • haben die verschiedenen Bedenken ihren Grund, ob die Unterhaltu
 • dung eben so fakultativ sei, wie die erste Anlage nach §. 152 — ob d
 • §§. 162—167 auch auf andere Scheidungen; als Zäune, anwendba
 • lich auf Mauerwände, deren nur im Eingange des §. 162, dann e
 • gedacht werde — ob der §. 164 nur dann Anwendung finde, we
 • eines weggenommenen Gebäudes eine andere Art der Befriedigung
 • ob auch der Nachbar hierauf bestehen könne — was unter Gebäud
 • und ob insbesondere die von einer Gemeinde weggeräumte alte
 • anderen Einfriedigungen in eine Kategorie zu stellen. Es ist gar ni
 • daß der Text diese und andere Bedenken zurückläßt. Die aufgestell
 • gen für das Eigenthum sind zwar vollkommen ausreichend, und
 • zur Unterhaltung verpflichtet sei, ist beantwortet, unentschieden ist
 • geblieben, ob eine Scheidung unterhalten werden müsse.

• Der Sinn des Gesetzes wird indeß klar durch eine Vergleich
 • brachten Entwurf. Dort waren nämlich im §. 103 die Einfriedig
 • halb der freien Feldflur gestattet. Dann kam der Entwurf auf die
 • die wir jetzt §§. 154 ff. des Textes finden, und an diesen reihte sic
 • §. 162), daß jeder Besitzer städtischer Grundstücke den Zaun zu
 • bauen und unterhalten müsse. Es ist nicht zu verkennen, daß die
 • mung eine Verpflichtung, die Scheidung zu erhalten, ansprechen
 • Gegensatz ergab sich von selbst, weil die Einfriedigungen in der fre
 • gestattet waren. Bei der Umarbeitung des Entw. bemerkte nun E
 • ad §. 103 (des Entw.): Auch in der Feldflur verdienen Beschrän
 • rem, und sind also einem Jeden zu gestatten, wo nicht
 • oder Erbituten entgegenstehen.

• Dieser Bemerkung verdankt der §. 151 des Textes seine Entf
 • die Einfriedigungen auch in der Feldflur gestattet. Dadurch aber
 • sak, den die nachfolgenden Bestimmungen bilden, verloren, und
 • auf alle Einfriedigungen, ohne Unterschied, wo die Grundstücke b
 • werden.

• Suarez fuhr alsdann fort:

• Bei den §§. 107—116 (des Entw.) entsteht einige Zweif
 • Stellung der Sätze. Die Meinung dabei ist eigentlich diese:

• Der Bau und die Unterhaltung der Zäune, sowie al
 • ten von Scheidewänden, kommt demjenigen zu, welcher Ei
 • gelben ist. Daraus folgt, daß, wenn Jemand einen neue
 • wo bisher gar nichts gewesen ist, derselbe in jedem Falle fü
 • tung sorgen müsse.

• Kann nicht ausgemittelt werden, wer der Eigenthüm
 • er sei, so finden die §§. 107. 109. 110. 112 (des Entw.)
 • praesumptiones Anwendung. Treten auch diese praes
 • ein, so ist das onus der Unterhaltung beiden Nachbarn gen

• Wenn die Sache so auseinandergesetzt wird, so fällt
 • Monita weg.

• Aus dieser Bemerkung ist die Darstellungsweise, wie wir §
 • finden, hervorgegangen.

• Vorangeschickt ist im §. 152 der Satz, daß derjenige, der eine
 • anlegen will, die Kosten der Anlage oder Unterhaltung übernehme
 • folgt im §. 153 der Satz, daß dem Eigenthümer die Unterhaltun
 • hieran reihen sich die Vermuthungen für das Eigenthum nach
 • §§. 107. 109. 110 und 112 des Entw., oder mit andern Worten:
 • schiedenen Rücksichten, welche durch die Beschaffenheit und die Lage

150. Dergleichen Scheidungen müssen aber die Grenzen gegen den Nachbar überschreiten, noch demselben in dem Gebrauche seines Eigenthums hinderlich.
151. Zu Befriedigungen in der Feldflur ist ein Eigenthümer nur in sofern befugt, nicht Doppelwinden, Hütungs- oder andere Grundgerechtigkeiten entgegenstehen.
152. Wer eine neue Scheidung in einer Gegend, wo bisher noch keine vorhanden ist, anlegen will, muß nicht nur die Anlage, sondern auch die fernere Unterhaltung der Kosten besorgen.
153. Ueberhaupt liegt die Unterhaltung solcher Scheidungen demjenigen ob, derweislich das Eigenthum derselben gebührt.
154. Kann nicht abgemittelt werden, wer der Eigenthümer einer solchen Scheidung ist, so wird bei Planken derjenige, gegen dessen Grund die Stiele, Ständer oder Bretter derselben stehen, für den Eigenthümer geachtet und ist die Planke zu unterhalten.
155. Dagegen muß ihm aber der Nachbar, von dessen Seite die Bretter angebracht sind, den Zutritt auf seinen Grund und Boden bei nothwendigen an der Planke vorzunehmenden Bau- und Reparaturen gestatten¹⁾.

gen gegeben sind. Von den aus der Beschaffenheit herborgehenden Vermuthungen handeln die §§. 154—161 des Textes — von der Lage die §§. 162—167. Finden diese Vermuthungen nicht Anwendung, so ist die Last der Unterhaltung gemeinschaftlich — §. 168 h. t. Der §. 162, dessen Auslegung wegen der Frage, ob er auf andere Arten von Scheidungen, als Zäune und Wellermände Anwendung finde, allerdings schwierig ist, wird auf diese Weise vollkommen klar. In den vorangehenden §§. ist nämlich von Scheidungen die Rede, deren Beschaffenheit auf das Eigenthum schließen läßt, und nun soll ferner gesagt werden: Bei anderen Scheidungen, deren Beschaffenheit nicht auf das Eigenthum schließen läßt, als da sind Zäune und Wellermände, ist u. s. w. Der Entw. ließ hierüber keinen Zweifel zurück, er sagt im §. 110, dem der §. 162 d. T. korrespondirt, nachdem vorher von der Beschaffenheit die Rede gewesen war: Bei anderen Zäunen ist u. s. w.

• Nimmt man das Gesagte zusammen, so ist der Sinn des Beiseites dieser: Befriedigungen in der freien Feldflur sind zwar gestattet, allein die Anlage und die Unterhaltung der Scheidung ist willkürlich, der Nachbar ist nicht auf deren Erhaltung gegen den angrenzenden Besitzer, dem die Scheidung eigenthümlich gehört, zu bestehen befugt. Im Gegensatze der freien Feldflur aber müssen die Scheidungen unterhalten werden, und zwar von dem Eigenthümer. Wer der Eigenthümer sei, ist zunächst nach der Beschaffenheit, und wenn diese keinen genügenden Anhalt gibt, nach der Lage zu ermitteln. Läßt sich endlich hieraus die Entscheidung nicht entnehmen, so tritt die Vermuthung für eine Gemeinschaft ein.

• (Bes. Meis. a. a. O. Motive zu §§. 118—154 des Entw. S. 74 und 75.) •
 Kann in einem Gebäude ein Bau oder eine Reparatur erforderlich ist, welches so nahe an der Gränze des Nachbarn steht, daß kein Zwischenraum zwischen dem Gebäude des Nachbarns Grund und Boden vorhanden, so steht nach Germanischem Rechte dem Eigenthümer des Gebäudes das sogen. Hammerschlagrecht (die Befugniß, zum Zweck des Baues oder der Besserung eines Gebäudes des Nachbarns Grundstück zu betreten*) und das sogen. Leiterrecht (die Befugniß, Behufs des Baues oder der Reparatur auf des Nachbarns Boden Baugerüste zu errichten) zu. Das Institut erkennt das A. L. R. in Beziehung auf solche Bauwerke an, die gerade auf der Grenzlinie stehen, nämlich bei Scheidungen (im §. 155 h. t.). Es ist aber zweifelhaft gefunden, ob dasselbe bei anderen Bauwerken Anwendung findet?

Es bejahen:

a) Der II. Sen. des O. R. G. zu Ratibor (in dem Erl. d. publ. den 22. März 1811), weil die Qualität des Bauwerkes im Sinne des §. 155 h. t. ganz gleichgültig sei, da bei allen Gattungen von Bauwerken, welche die in Rede stehende Befugniß haben, ganz dieselbe Nothwendigkeit und dieselbe Art und Weise zur Inspecion und Vornahme der Reparaturen eintrete.

(Noch Schles. Archiv. Bd. 4. S. 199.)

b) Auch, indem er bemerkt, daß es ein im A. L. R. oft wiederkehrender Bedarf-

1) Hagemanns Landwirthschaftsrecht, §. 166. Engau Decision, II. 81. Klöntrup, alphabet. Handbuch II. 135.

§. 156. Die Abdeckung der Stiele muß nach der Seite desjenigen stehen, dessen Eigenthümer die Platte gehört.

§. 157. Sind die Bretter in die Mitte der Stiele eingepfalzt, so sind sie für gemeinschaftlich zu achten, und muß von beiden Theilen gemeinschaftlich unterhalten werden.

§. 158. Was von Planken verordnet ist, gilt in der Regel auch von Brettern.

§. 159. Bei gemauerten Scheidewänden gilt die Vermuthung, daß die Vertiefungen oder sogenannte Blenden demjenigen gehören, auf dessen Seite die Blenden angebracht sind.

§. 160. Sind dergleichen Blenden auf beiden Seiten anzutreffen, so ist die Scheidewand, im zweifelhaften Falle, für gemeinschaftlich anzusehen.

§. 161. Sind gar keine Blenden an der Mauer befindlich, so ist im zweifelhaften Falle für gemeinschaftlich oder einseitig zu achten, je nachdem die Platten auf beiden Seiten oder nur auf einer überlaufen.

§. 162. Bei Zäunen oder Wellervänden ist in der Regel jeder Grundstücke und Gärten den Zaun rechter Hand vom Eintritte in den Garten zu bauen und zu unterhalten schuldig.

§. 163. Hat aber Jemand durch einen neuen Bau seinen Garten verändert, so behält er dennoch in Rücksicht der zu unterhaltenden Zäune die Verpflichtung, welche er vor der Veränderung gehabt hat.

§. 164. Hat bisher ein Gebäude die Haltung eines Zaunes gehabt, so muß der, welcher das Gebäude wegnimmt, den dafür anzulegenden Zaun erhalten, selbst wenn er sonst nach der Regel des §. 162, dazu nicht verpflichtet ist.

§. 165. Wenn ein zur linken Hand neu anbauender Nachbar seinen Garten schließen will, so muß er den dasselbst bereits vorhandenen Zaun seine Unterhaltung übernehmen.

§. 166. Die Kosten der ersten Anlage aber ist er dem Nachbar zu schuldig.

§. 167. Der Quer- oder Rückzaun muß von beiden gegen einander barn gemeinschaftlich angelegt und unterhalten werden.

§. 168. Ueberhaupt ist in allen Fällen, wo weder ein einseitiges Mittel anzuwenden ist, noch die vorstehenden besonderen Bestimmungen eintreten, die Pflicht zur Unterhaltung der zwischen den Grundstücken befindlichen Scheidungen gemeinschaftlich.

§. 169. Scheidungen zwischen Höfen müssen in der Regel nicht hoch sein, in Gärten aber, sowohl in Städten als auf dem Lande nicht höher als 4 Fuß.

§. 170. Wo es die Umstände zulassen, sollen künftig statt der hölzernen Zäune und geschlossenen Ackerstücken lebendige Hecken angelegt werden.

§. 171. Auch ist der Eigenthümer eines hölzernen Scheidezäunes verpflichtet, dessen Stelle eine lebendige Hecke anzulegen.

§. 172. Er ist aber auch schuldig, die Anlagen nach der Anweisung der Behörden so zu machen und zu unterhalten, daß durch die Hecke das Eigenthum eben so gut, als durch den Zaun gesichert werde.

§. 173. Lebendige Hecken, welche zwei geschlossene Grundstücke unterscheiden, müssen stets so angelegt werden, daß dadurch dem Nachbar kein Schaden geschehe.

§. 174. Will also Jemand gegen die Grenze seines Nachbarn eine Hecke anlegen, so muß er ohne Unterschied der Holzart, welche dazu gewählt wird, 2 Fuß von der Grenze zurücktreten.

§. 175. Das Eigenthum an diesem anderthalb Fuß breiten Erdstreifen dem, welcher die Hecke zu seinem Gebrauche angelegt hat, vorbehalten.

§. 176. Auch bleibt ihm in solchem Falle die Benutzung des Auswuchs von beiden Seiten.

§. 177. Doch ist der Nachbar den Auswuchs der Hecke, oder deren Unterhaltung zu dulden nicht verpflichtet. (Lit. D. §§. 285 ff.)

§. 178. Eine mit Einwilligung beider Nachbarn statt eines bisherig

tionfehler sei, daß ein gewisser Satz oder ein Institut nur in einer Anwendung anerkannt sei, welcher Fehler sich auch hier finde, indem Hammerschlag- oder Zellerrecht nur bei solchen Scheidungen, welche aus Brettern bestehen, und sonst nicht wieder erwähnt werde. Bei dem Buchstaben der gedruckten Rechtsätze stehen zu bleiben. Entscheidung des D. L. O. zu Ratibor vollkommen richtig. (a. a. S.)

3. angelegte Hecke, wird ebenfalls, sowohl in Ansehung der Unterhaltung, als als gemeinschaftlich.

4. Jeder Nachbar ist also den Auswuchs an seiner Seite sich zuzueignen wohl

5. Eine solche gemeinschaftliche Hecke muß auf derselben Linie, wie vorhin der den hat, angelegt werden.

1. Doch müssen beide Nachbarn dahin sehen, daß durch die Hecke die gesetzmäßige daran hingehenden Wegeß in der Folge nicht geschmälert werde.

2. Wider den Willen des einen Nachbarn, ist der andere einen blätterhaften Zaun in eine lebendige Hecke zu verwandeln, der Regel nach nicht

3. Will jedoch derselbe mit der Hecke von der bisherigen Linie um die §. 174 Breite zurücktreten, und sowohl die Kosten der Anlegung, als der künftigen allein übernehmen, so gebührt dem Nachbar dagegen kein Recht zum Wi-

4. Von einer solchen Hecke gilt alsdann alles, was §§. 175—177 verord-

neten Vorschriften, des A. L. R. lassen sich in systematischer An-
dahn darstellen:

Von der Befugniß und Verbindlichkeit, Gränzscheidungen
legen.

Recht des Eigenthümers eines Grundstücks, solches durch Scheidungen des Nachbarn zu trennen, ist ein Ausfluß des Eigenthums, und
es ist nicht eingeschränkt. (§§. 149—151.)

ist gesetzlich kein Eigenthümer verpflichtet, Gränzscheidungen neu
zu errichten, wo bisher dergleichen noch nicht existirt haben¹). Dies folgt aus
dem §. 152 a. a. O. und die Vorschriften der §§. 153. ff. über
Verbindlichkeit zur Unterhaltung einer Scheidung beziehen sich nicht
auf zu errichtende Scheidungen, weil eine Verbindlichkeit zur Unter-
haltung überhaupt nur in Beziehung auf schon vorhandene Scheidun-
gen ist²).

hängt also lediglich von dem Belieben eines jeden Eigenthümers ab,
sein Grundstück von denen seines Nachbarn durch Scheidungen trennen
zu lassen, und die Nachbarn haben nur dann ein Recht, von ihm die Er-
richtung einer Scheidung zu verlangen, wenn schon früher eine solche vorhanden
war und deren Unterhaltung ihm oblag.

Von der gesetzlichen Beschaffenheit zu errichtender Schei-

den. Aus der Beschaffenheit einer Scheidung folgen gesetzliche Vermuthungen
über das Eigenthum an derselben; aus letzteren aber folgt die Ver-
pflichtung zur Unterhaltung. Wegen dieser Last hat kein Gränznachbar
das Recht, die Scheidung zu verhindern, als Eigenthümer einer Scheidung angesehen zu werden,
wenn er nicht vorher zu verhindern, daß der Eigenthümer nicht der zu errichtenden
Scheidungen eine solche Beschaffenheit gebe, daß die Vermuthung für das Eigen-
thum die Unterhaltungspflicht gegen den Nachbar spricht, kann letzterer
nicht verlangen, daß neue Scheidungen demgemäß eingerichtet werden, daß sie nicht
widerwärtig aus ihrer Beschaffenheit hergeleiteten gesetzlichen Vermu-
thungen Widerspruch treten. Demgemäß enthalten die Gesetze folgende
Vorschriften:

1. Pflanzen und Stäbchen,

2. die Stiele, Ständer oder Pfosten dem Grundstück des Eigenthü-

¹ Die Bemerkungen der Gesetz-Revisoren hierüber. (Oben S. 603. ff.
2)

² Rein a. a. O., S. 80. Note.

mers, die Bundseite aber dem nachbarlichen Grundstücke zugekehrt werde a. a. D.);

β) daß die Bretter oder Latten nicht in die Mitte der Stiele eingeden (§. 157. a. a. D.);

b) bei gemauerten Scheidewänden,

α) daß in der dem nachbarlichen Grundstücke zugekehrten Seite keine Vertiefungen oder sogenannte Blenden angebracht werden (§§ 160 a. a. D.);

β) daß die Platten auf der Mauer nicht nach der Seite des Nachlaufen (§. 161. a. a. D.).

2) Obwohl aus der Bedachung der Stiele einer Planke oder eines Staketes keine Vermuthung für das Eigenthum und die Unterhaltungsbeziehung entspringt, so führt doch eine nach der nachbarlichen Seite ablaufende Traufe zu. Deshalb ist verordnet, daß die Abdachung einer Planke oder eines Staketes nach der Seite desjenigen Grundstückes geschehen muß, dessen Eigenthümer die Planke oder das Staket gehört a. a. D.).

3) Was die Höhe zu errichtender Scheidungen betrifft, so ist demnach bezüglich derselben nicht eingeschränkt:

a) wenn die zu errichtende Scheidung aus einer lebendig besteht; denn der §. 169. a. a. D. findet auf letztere keine Anwendung, weil die Lehre von lebendigen Hecken erst mit dem §. 170. a. a. D. beginnt und die §§. 172 und 173. a. a. D. in Betreff deren Einrichtungen¹⁾;

b) wenn durch die Scheidung ein Grundstück in der freien befriedigt werden soll; denn auf dergleichen findet der §. 169. a. a. D. Anwendung, weil solche nicht einmal unterhalten zu werden brauchen das Gesetz nur von Scheidungen zwischen Höfen und Gärten spricht²⁾;

c) wenn der Eigenthümer über die in den Gesetzen vorgeschriebene hinausgehen will; denn der §. 169. a. a. D. verbietet nur, Scheidungen der angegebenen Höhe zu errichten³⁾.

Wenn dagegen ein außerhalb der freien Feldflur liegendes Grundstück eine Mauer, eine Planke, oder ein Staket befriedigt werden soll, so Scheidungen:

a) wenn sie Höfe von Höfen, oder Höfe von Gärten⁴⁾ trennen unter sechs,

b) wenn sie Gärten von Gärten trennen, nicht unter fünf Fuß (§. 169. a. a. D.)⁵⁾.

4) Lebendige Hecken müssen, ohne Unterschied der Holzart, gewählt werden, anderthalb Fuß von der nachbarlichen Gränze zurücktreten. a. a. D.)

¹⁾ Vergl. Grein a. a. D., S. 35. Note 1.

²⁾ a. a. D., S. 35. Note 2.

³⁾ a. a. D., S. 35. Note 3.

⁴⁾ Dies bestimmt zwar der §. 169. a. a. D. nicht ausdrücklich, allein da die Vorschrift des §. 169. nicht konfirt, so ist es am sichersten, auch für dieselbe anzuwenden. (Grein, a. a. D., S. 36. Note.)

⁵⁾ Diese Vorschriften finden auch bei Scheidungen zwischen Höfen auf die Anwendung. (Grein, a. a. D., S. 35. Note 2.)

Auch steht dem Nachbar so lange das Recht zu, die Erhöhung einer errichteten Scheidung zu fordern, bis er solches durch Verjährung erlangt (Grein a. a. D. S. 37.)

Uebrigens ist die Anlegung lebendiger Hecken als Scheidungen durch die Vorschriften der §§. 170—173. a. a. D.¹⁾ sehr begünstigt.

C. Von dem Eigenthume an vorhandenen Scheidungen.

1) Das Eigenthum einer Scheidung gehört zunächst demjenigen, auf dessen Grund und Boden dieselbe steht. Nur wenn die Grundstücks-Gränze nicht festgestellt werden kann (§. 154. a. a. D.), treten anderweitige gesetzliche Bestimmungen ein.

2) Es kommt hierbei auf diejenigen Verhältnisse an, aus welchen nach dem Gesetz dergleichen Präsumtionen entstehen, nämlich:

a) auf die Beschaffenheit, und

b) auf die Lage der Scheidungen.

Die Beschaffenheit der Scheidungen betreffend, so wird:

a) für den alleinigen Eigenthümer angesehen,

α) bei Planen und Staketten derjenige, gegen dessen Grund und Boden die Stiele, Ständer oder Pfosten stehen (§§. 158. 154.);

β) bei gemauerten Scheidewänden derjenige, auf dessen Seite Verzierungen oder sogenannte Blenden²⁾ in der Mauer sich befinden (§. 159. a. a. D.);

a) Die Veranlassung zu der besonderen Begünstigung der lebendigen Hecken vor den hölzernen Scheidungen ist in dem Erl. v. 17. Juli 1782 nebst dessen Decl. v. 3. Mai 1785. (N. C. C. Tom. VII. pag. 1485 Nr. 34. u. pag. 3105. Nr. 33, Meib's Samml. Bd. I. Abth. 7. S. 152 und S. 451) zu suchen, welches den Grund in der besonderen Begünstigung in die Holzersparung gesetzt hat, da die hölzernen Hecken eine zu große Menge Holzess hinwegnehmen. Nach der Bekanntmachung des k. k. Entw. zum Gesetzbuch hatten sich dagegen nur zwei Monenten mißbilligend geäußert (der kurländische Ober-Appell.-Rath v. Lindenau und die ostiries. Stände), weil die lebendigen Hecken durch ihre Wurzeln den Gang der Pflugschaar hinderten, den Boden aussaugten und nicht die Sicherheit gewährten, wie ein hölzerner Zaun. Dagegen besetzte indeß diese Monita in der rev. mon. mit der Bemerkung, daß bei der stillschweigenden Billigung sämtlicher übrigen Monenten nicht berücksichtigt werden könnten. (Gesetz-Revision, Pens. XIII., Motive zu Tit. 8. §§. 118 u. 154. S. 78)

Vergl. auch Grein Baurecht, S. 32. Note 2.

b) Grein meint, daß die Worte des §. 180 h. t.: »wo es die Umstände erlauben« sich nur auf Verhältnisse, aus der Lage und Beschaffenheit des zu schließenden Grundstückes hergenommen, beziehen. Liegt der Garten oder das Ackerstück in der großen bevölkerten Stadt, so werde der Einwand des Eigenthümers, daß die Umstände die Anlegung einer lebendigen Hecke nicht gestatteten, stets begründet sein, ob derselbe dann sein Eigenthum nicht hinreichend sichere. (Grein Baurecht, S. 32. Note 3.)

c) G. führt aus, es sei aus der Disposition des §. 172 h. t. zu entnehmen, daß die Scheidungen benachbarter Grundstücke nicht allein dem Zwecke der Grenzbestimmung, sondern auch dem der Sicherstellung des Eigenthumes des Nachbarn entsprechen sollten. Hierauf deute auch die Vorschrift des §. 169 h. t., wonach Scheidungen zwischen Gärten in der Regel nicht unter 3 Fuß hoch sein sollten. Denn eine niedrige hohe Vergänung bezeichne gleich genau die Grenzen, nicht aber sichere sie dem Nachbar auf gleiche Weise.

(Jur. 3. 1836, S. 560)

Den Blenden müssen in dieser Beziehung die Strebepfeiler gleichgestellt werden. (Grein a. a. D., S. 44. Note 3.) Dagegen ist in dieser Hinsicht kein Gewicht auf den Unterschied zwischen der glatten und rauhen Seite der Mauer zu legen (Arnöberger Archiv Bd. 10. S. 64.)

Findet die aus dem Vorhandensein von Blenden in einer Scheidewand abgeleitete Vermuthung des Eigenthums derselben in den §§. 159—161. A. L. R. I. 8. auf Scheidewänden zwischen Gebäuden Anwendung?

Der II. Sen. des D. L. G. zu Raumburg hat (in dem Erl. v. 19. April 1836, Bau-Polizei. 2. Aufl.

γ) bei Mauern, an welchen sich keine Blenden befinden, deren auf dessen Seite die auf der Mauer liegenden Platten überlaufen (§. 159 a. a. D.);

b) die Scheidung als gemeinschaftliches Eigenthum erachtet,

α) wenn bei Planken und Stacketen die Bretter oder Latten in der Mitte der Stiele¹⁾ angebracht sind (§. 157. a. a. D.);

β) wenn bei Mauern auf beiden Seiten Vertiefungen oder sogenannte Nischen sich befinden (§. 160. a. a. D.);

γ) wenn bei Mauern, an welchen sich keine Blenden befinden, die auf liegenden Platten auf beiden Seiten überlaufen (§. 161 a. a. D.).

Wenn aus der Lage der Scheidung präsumirt werden soll, so wird:

a) bei einer Seitenscheidung vermuthet, daß sie demjenigen Rechte gehöre, welchem dieselbe vom Eintritte in den Haupteingang zur rechten Seite liegt (§. 162. a. a. D.)²⁾.

Diese Vermuthung kommt aber nur bei Scheidungen zwischen Grundstücken in den Städten zur Anwendung³⁾.

Es ist hierbei stets auf den seit Errichtung der Scheidung ältesten Haupteingang zurückzugehen, und kann eine Veränderung desselben (jedoch nicht vermuthet werden kann) keine Veränderung in den eintretenden Rechten und Verbindlichkeiten herbeiführen. (§. 163. a. a. D.)

b) Bei Quer- oder Rückscheidungen wird vermuthet, daß die Scheidung gemeinschaftliches Eigenthum der beiden gegeneinander stehenden

1842) verneint und will die allegirten Vorschriften nur auf Scheidungen zwischen Höfen, zwischen Höfen und Gärten und in der Feldflur bezogen wissen.

(Entsch. des Ob. Trib. Bd. 9. S. 204.)

Das Ob. Trib. dagegen bejahet (in dem Erl. v. 20. Mai 1843.)

(Entsch. Bd. 9. S. 206.)

Noch tritt dieser Entscheidung bei.

(Beurtheilung der Entsch. des Ob. Trib., S. 626.)

¹⁾ Grein ist der Ansicht, daß wenn diese Worte auch nicht haben ausgesprochen, daß der Falz in den Stielen genau in der Mitte derselben sich befinden muß, jene Vermuthung da anzuschließen sei, wo nach Verhältniß der Stärke der Platten die Bretter oder Latten sich wesentlich mehr nach der einen, als nach der andern Seite hin befinden. (a. a. D. S. 45. Note 1.)

²⁾ Grein folgert aus den Motiven (s. oben 603 ff.), daß die Bestimmung des §. 162. a. a. D. nicht bloß von Zäunen und Wallerwänden, sondern auch von Scheidungen gelte (a. a. D., S. 46. Note 2.).

³⁾ Grein bemerkt, man habe zwar angenommen, daß die Vorschrift der §§. 162. ff. sich auf Scheidungen zwischen Grundstücken in Dörfern bezöge, allein das ist nicht recht. Das A. L. R. stelle keinen Unterschied zwischen ländlichen und städtischen Grundstücken auf; wenn man aber auch annehmen wolle, daß ein Garten in einer Stadt als ein städtisches Grundstück anzusehen sei, so würde doch der §. 162. keine Anwendung auf Scheidungen zwischen Höfen in Städten finden, weil sonst, wie in anderen Vorschriften, allgemein von Scheidungen zwischen Höfen und Gärten zu reden gewesen wäre. Erst in neuerer Zeit sei es in den Städten angekommen, mehr nach Regelmäßigkeit und nach Straßen zu bauen, wöhnlich lägen in Dörfern die Gebäude vereinzelt, und seien so angelegt, daß eine bequeme Verbindung mit den Ländereien gebracht worden. Die Lage der Gebäude richtete sich nach der Lage der Gebäude, und schon deshalb habe eine Scheidung den Zaun rechter Hand anzulegen, sich in Dörfern nicht bilden gekonnt. Folglich liege der im §. 162. aufgestellten gesetzlichen Vermuthung fehle bei Scheidungen in Dörfern. Daß außer städtischen Grundstücken noch die Gärten angefaßt möge aus dem Begriffe, den man mit einem städtischen Grundstück verbunden hervorgegangen sein, und es könne jene Vermuthung auf Scheidungen um so weniger angewendet werden, da dies oft den bestehenden Verhältnissen widersprechen würde. (Grein, Baurecht, S. 46. Note 3.)

n ist (§. 167. a. a. D.), und diese Präsuntion findet auch auf Scheidungen zwischen Grundstücken in Dörfern Anwendung¹⁾.
 man die Vermuthungen aus der Beschaffenheit mit denen aus der Lage ableiten sollbiren, so gehen erstere den letzteren vor²⁾.

Wenn weder nachgewiesen werden kann, auf wessen Grund und Boden die Scheidung steht, noch die Beschaffenheit oder Lage derselben eine Vermuthung an die Hand giebt, so wird die Scheidung für gemeinschaftliches Eigenthum beider Gränznachbarn erachtet (§. 168).

Von der Verbindlichkeit zur Unterhaltung vorhandener Scheidungen.

Der Eigenthümer, welcher eine Scheidung anlegt, ist, im Interesse des

Betreff der Vorschriften der §§. 162. und 167. a. a. D. ist es zweifelhaft geworden:

a) ob diese §§. nur Vermuthungen für das Eigenthum oder unbedingte Rechtsregeln aufstellen?

Grein nimmt in Betreff des §. 162. Ersteres an; denn wenn beabsichtigt ist, daß, ohne Rücksicht auf das Eigenthum, immer derjenige die Scheidung unterhalten solle, dem dieselbe vom Eintritte in den Haupteingang zur rechten Hand liege, würde der §. 165. h. t. überflüssig sein. Anders verhalte es sich mit dem §. 167. Die im §. 162. gebrauchten Worte »in der Regel« fehlten hier, und in Beziehung auf Quer- oder Rückscheidungen sei der Fall, daß ein Nachbar sein Grundstück schließe und die Quer- oder Rückscheidungen des Anderen gleichfalls als Quer- oder Rückscheidungen benutze, nicht bedacht. Daher sei anzunehmen, daß derjenige, welcher ein Grundstück später schließe, und die Quer- oder Rückscheidungen des Nachbarn als solche benutze, dadurch auf Grund des §. 167. h. t. verpflichtet werde, diese Scheidung nicht zu unterhalten. (a. a. D. S. 56. Note 1.)

b) Es fragt sich: ob der Eigenthümer in den Fällen der §§. 162. und 167. die Verpflichtung hat, auf Verlangen des Nachbarn eine neue Scheidung zu unterhalten, wo bisher noch keine gewesen ist? Grein verneint; denn die §§. 162. und 167. sprächen zwar nicht bloß von unterhalten, sondern auch von bauen und legen, und wenn man unter dem Ausdruche: »unterhalten« auch verstanden zu wollen, »verfallene Scheidungen neu wieder herstellen«, so würden entweder die Worte: »bauen und anlegen« ganz überflüssig sein, oder die erwähnte Eigenthumsbeschränkung ergeben. Unterhalten in der engeren und eigentlichen Bedeutung heiße aber nur, das Bestehende durch Reparaturen und andere Vorkehrungen dem Untergange bewahren, beziehe sich mithin nicht auf ein Herstellen des bereits Untergangenen, und in dieser Bedeutung sagten die §§. 162. und 167. nur, daß der Verpflichtete die Scheidung nicht bloß im baulichen Zustande erhalten, sondern auch die verfallene Scheidung auf Verlangen des Nachbarn neu wieder herstellen müsse. Für diese Auslegung spreche auch:

a) daß die Eingangsworte beider §§. die Scheidungen als vorhanden voraussetzen;

β) daß, wenn in diesen Vorschriften von Scheidungen in Gegenden, in welchen es noch keine gewesen, hätte gehandelt werden sollen, der Gesetzgeber sich eben so, wie im §. 152. würde ausgesprochen haben;

γ) daß der §. 164. sonst ganz überflüssig sein würde, weil der Eigenthümer, der sein noch ungeschlossenes Grundstück befriedigen wolle, die Einrichtung der seiner Hand zu liegen kommenden Scheidung gleich vom Nachbar verlangen und erst abwarten werde, bis auch der Nachbar sein Grundstück schließe;

δ) daß bei der entgegengesetzten Auslegung der §§. 162. und 167. diese Vorschriften die im §. 153. aufgestellte allgemeine Regel fast gänzlich aufheben, und zur seltenen Ausnahme machen würden;

ε) daß Eigenthumsbeschränkungen nicht zu vermuthen, und es gewagt sein würde, beim Mangel anderer Vorschriften, aus dem §. 162. und 167. eine solche Einschränkung herzuleiten;

ζ) daß die Motive (s. oben S. 603 ff.) ergeben, daß man hierbei nicht an eine gesetzliche Einschränkung des Eigenthums gedacht habe. (a. a. D. S. 30. Note.)

bedacht Grein a. a. D., S. 44, Note 1 und bezieht sich hauptsächlich auf den Inhalt der Materialien (s. oben S. 603 ff.)

Nachbars ¹), in der Befugniß eingeschränkt, dieselbe wieder wegzunehmen, verfallen zu lassen, indem er zu deren Unterhaltung verbunden ist.

2) Diese Verpflichtung bezieht sich indeß nicht auf Scheidungs-Grundstücken in der freien Feldflur.

Diesen Grundsatz nehmen an:

a) daß Ob. Trib. (in dem Erl. v. 4. Nov. 1835).

(Arnöberger Arch., Bd. 3. S. 64.)

b) Die Revisoren, Bornemann und Grein.

(Vef. Reb. a. a. D. Motive zu §§. 118 — 154 des Entw. — Bornstem Bd. 2. S. 253., Grein, Baurecht, S. 52. u. 53. Note 1.)

Das Ob. Trib. hat (in dem Erl. v. 1. Juli 1851 ausgesprochen) derjenige, welcher eine neue Gränzscheidung außerhalb der freiwilligen in einer Gegend, wo bisher keine vorhanden gewesen ist, angelegt, verpflichtet sei, dieselbe auf seine Kosten zu unterhalten.

(Striethorst's Archiv, Bd. 2. S. 215.)

Derselbe Gerichtshof führt, (in dem Erft. v. 16. Sept. 1851) an §§. 152. u. 153. A. L. R. I. 8 voraussetzen, daß der im freien Feld Zaun von dem Eigenthümer des Grundstückes zu dessen Begränzung worden, und sich also nicht auf einen Zaun beziehe, welcher das Grundstück des Nachbarn nicht berührt. (Stillethorst's Arch. Bd. 3. S. 77. Nr. 17.)

3) Kann durch Verjährung das Recht erworben werden Eigenthümer eines Zaunes im freien Felde dessen Unterhaltung zu so

Das Ob. Trib. verneint aus §§. 505 u. 506 Tit. 9., we-
 lage und Unterhaltung einer Gränzscheide im freien Felde nach den
 h. t. eine res merae facultatis sei. (Arnöberger Arch., Bd. 3. S. 65.)

4) Kann der Eigenthümer eines Walles mit einer Bede, durch benachbarte Grundstücke geschieden werden, von den Nachbarn angehen, dieselbe zu unterhalten?

Das Ob. Trib. verneint in dem Erf. v. 24. Juni 1835.

(Arnberger Arch., Bd. 5. S. 58 ff. — Centralbl. 1838. S. 862 u. 8)

5) Wenn der Eigenthümer eines Gebäudes an der Gränze s
nimmt, so ist er verpflichtet, an dessen Stelle eine Gränzscheidung
deren Eigenthümer er wird. (§. 164 a. a. D.)

Дату:

a) Dorguth (Geh. J. R.) Bedenken bei dem Verständnisse des !
(Jahrb. Bd. 36. S. 247. Centralbl. 1842. S. 165. u. 179.)

In dem Aufsatze in den Jahrb. a. a. O. spricht der Verf. die Meinung aus, es werde das Uebereinkommen vorausgesetzt, daß beide Nachbarn es haben wollen; etwas anderes, als einen Zaun, könne der Andere nicht verlangen, wenn ihm die Gränze rechts liege; alles Andere, sowie wenn der Nachbar einen Zaun nicht möge, müsse er selbst errichten.

In dem späteren Aufsatze im Centralbl. a. a. O. dagegen erlitt Auslegung für gewagt, weil das Gesetz von einer Uebereinkunft gar nicht und weil der andere Nachbar den Eigenthümer des weggenommenen

1) In dem Aufsatze in der Jur. Zeit 1836. S. 560 wird ausgeführt, daß
 bar ein Recht habe, auf Erhaltung der Ehebindung zu dringen. Dies
 bloß aus den §§. 152 u. 153 a. a. O., sondern auch aus den §§. 171 u. 1
 welche letzteren alles Grundes ermangeln und inkonsequent sein würden,
 zur Unterhaltung einer Ehebindung Verpflichteten gestattet wäre, diesen
 einseitigen Entschlusse gänzlich eingehen zu lassen.

a via juris nicht wohl nöthigen könne, ihm das onus fabricae cum der Scheidung zu überlassen. Er gelangt zu der Annahme, daß hier mit Worte: „Zaun“ überhaupt nur das Scheidungsmittel angedeutet solle, daß aber der §. 170 von dem eigentlichen Zaune rede.

1) Grein führt aus:

1) Da der §. 164 h. t. nur auf den §. 162 h. t. und nicht auf den §. 167 h. t. Bezug, so könne es scheinen, als habe der §. 164 nur Gebäude, welche die Haltung der Scheidung nothwendig gemacht, im Auge gehabt. Wenn aber auch der Gesetzgeber den Fall, das Gebäude als Quer- oder Rückscheidung geplant haben, nicht gegeben sollte, so ständen sich doch beide Fälle gleich, und das bloße Allegat könne nicht die Anwendung der sonst allgemeinen Bestimmung des §. 164 auf den Fall ausschließen, zumal im zweiten Falle der Eigenthümer des Gebäudes schon Eigenthümer der zu errichtenden Scheidung zur theilweisen Unterhaltung derselben ist sein würde.

2) Die Fassung des §. 164 h. t. sei in sofern unrichtig, als nicht der Eigenthümer, sondern derjenige, welcher das Gebäude wegnehmen, zur Errichtung der Scheidung verpflichtet werde. Es sei aber der Eigenthümer als der Verpflichtete gemeint. Da das Eintreten der aufgestellten Verpflichtung ausdrücklich davon abhängig mache, daß das Gebäude weggenommen werde, so könne auch die Verpflichtung nicht eintreten, wenn das Gebäude, ohne alles Zuthun des Eigenthümers durch Zufall zerstört werde.

Grein, Baurecht, S. 54. Note 3. und S. 55. Note 1.)

3) Genügt es zur Anwendung des §. 164. A. L. R. I. 8., daß das weggenommene Gebäude dem Nachbar die Erhaltung eines Zaunes unnöthig gemacht hat?

Der II. Sen. des Ob. Trib. hat (in dem Präj. v. 18. Dec. 1840) entschieden, und angenommen, daß es dieser Anwendung nicht entgegen stehe, daß das weggenommene Gebäude nicht unmittelbar auf der Gränze gestanden hat, sondern in der im §. 140. l. c. vorgeschriebenen Entfernung von der Gränze entfernt worden ist. (Präjud. Samml. des Ob. Trib., S. 28. Nr. 960.)

4) Die Unterhaltung einer vorhandenen Scheidung liegt demjenigen ob, der erweislich oder präsumtiv als Eigenthümer derselben anzusehen ist. (a. a. O.)

Darvon findet nur die in §§. 165 und 166 a. a. O. erwähnte Ausfertigung statt.

Der Besitzer städtischer Grundstücke und Gärten hat nicht bloß den vor dem Zaun rechter Hand zu unterhalten, sondern auch in dem Falle, wo noch gar kein Zaun daselbst vorhanden gewesen ist, den Bau desselben herzustellen.

Entsch. von dem III. Sen. des Ob. Trib. unterm 5. Dec. 1848.

Entsch. des Ob. Trib., Bd. 17. S. 506. Nr. 2081.)

In Betreff der Befriedigungen in der freien Feldflur hat der II. Sen. des Ob. Trib. (in dem Präjudiz v. 21. April 1837) angenommen, daß es gestattet sind, daß aber deren Erhaltung, wenn der Nachbar nicht ein Recht darauf erworben hat, willkürlich sei; daß dagegen Scheidungen zwischen Grundstücken, ohne dabei zwischen städtischen und ländlichen zu unterscheiden, und zwar, wo nicht die Gesetze etwas Besonderes darüber verordnen, dem Eigenthümer erhalten werden müssen.

Präjud. Samml. des Ob. Trib., S. 29. Nr. 235.)

Muß die neue lebendige Hecke $1\frac{1}{2}$ Fuß von der äußersten Gränze oder $1\frac{1}{2}$ Fuß von der Mitte des Grabens oder Mains zurücktreten?

Der II. Sen. des Ob. Trib. nimmt (in dem Erl. v. 3. Nov. 1847)

an. (Striethorst's Rechtsf., Bd. 3. S. 98.)

V.

Von Pflanzungen an der nachbarlichen Gränze.

1) Das A. L. R. Thl. I. Tit. 8. §. 124 bestimmt:

Wer an seinem Hause Bäume oder Weinreben anpflanzen will, muß die Gestalt hinter ein Geländer ziehen, daß weder sie selbst, noch das Geländer, die benachbarten Gebäude berühren.

Dazu bemerkt Grein, daß nach den Worten des §. 124 die erwähnte Eigenthumsbeschränkung nur dann eintreten solle, wenn Jemand an seinem Hause Bäume oder Weinreben pflanzen wolle. Es scheine, als ob nur an den Fall gedacht, daß Bäume und Weinreben an der Wand eingesetzt gepflanzt werden, damit dieselben an dieser in die Höhe wachsen, Eigenthümer nur verpflichtet wöllen, dafür zu sorgen, daß die Zweige über die Gränze nach der Wand des nachbarlichen Gebäudes hinziehen. aber alsdann einer besonderen Vorschrift nicht bedurft hätte, so müßte selbe weiter ausdehnen und annehmen, daß bei Pflanzungen der gedachte überhaupt weder das Geländer, noch die Zweige die nachbarliche Wand dürften. (Grein, Baurecht S. 61. Note 2.)

2) Vergl. in Betreff der lebendigen Hecken die Vorschrift des a. a. D. (Oben S. 606.). Vergl. auch A. L. R. I. 9. §§. 287 ff.

VI.

Von der Erhöhung und Erniedrigung des Grund und Bodens.

Präjudikat wegen des Rechtes, sein Gebäude auch zum Nachtheil d. Nachbarn zu erhöhen. (Stengels jur. Beltr. Bd. 4. S. 123.)

1) Das A. L. R. Thl. I. Tit. 8. §§. 185 — 188. disponirt:

§. 185. Wer seinen Grund und Boden erhöhen will, muß mit dieser Erhöhung von dem Zaune, der Mauer oder Planke des Nachbarn zurückbleiben.

§. 186. Daraus, daß der Nachbar die Erhöhung in einer größeren Nähe trübseligen Widerspruch geschehen läßt, folgt noch nicht, daß er dem Erfolge derselben der Folge erwachsenden Schadens entsagt habe.

§. 187. Erniedriget Jemand seinen Grund und Boden durch Anlegung d. Grabens oder sonst; so muß ein Wall von drei Fuß breit gegen die benachbarte Seite stehen bleiben.

§. 188. Derjenige, auf dessen Grunde und Boden sich der Aufwurf eines Grabens befindet, hat die Vermuthung, daß er Eigenthümer des Grabens sei, für sich und auch für die Unterhaltung desselben sorgen.

2) Wenn Jemand die Wegschaffung einer von seinem Nachbarn größerer, als der §. 185 a. a. D. gestatteten Nähe aufgeworfenen Erde verlangen will, so muß er in continenti gegen die Erhöhung seinen Anspruch äußern, widrigenfalls ihm nach §. 186 nur ein Recht auf Wegschaffung bleibt und er die Wegschaffung der Erhöhung nicht fordern kann. Der Eigenthümer, während dessen Besitzzeit der Nachbar die Erhöhung genommen hat, sein Grundstück veräußert, so kann der Käufer des letzteren auf Wegschaffung, noch, außer im Fall eines erst während seiner Besitzzeit entstandenen Schadens, auf Schadensersatz klagen. Rechtsfall nebst Urtheil von Hirschmann. (Jur. W. 1836. S. 729.)

3) (Zum §. 187.) a) Eine Drumme, welche zur Abführung des Regenwassers in die Erde gelegt ist, ist keine Erniedrigung des Grund und Bodens, daher der Entfernung vom benachbarten Grundstück auf drei Fuß nicht unterworfen.

So erkannte von dem Ob. Trib. unterm 9. Febr. 1849. (Entsch. Bd. 17. S. 115.)

b) Die Vorschrift des §. 137 ist auf ein von Menschenhänden angelegtes zu beziehen, wodurch der Nachbar sein Grundstück befriediget, zu beziehen.

Erkannt von dem III. Sen. des Ob. Trib. unterm 28. Okt. 1850.
(Just. Min. Bl. 1851. S. 172., Striethorst's Arch. Bd. 1. S. 91. Nr. 19.)

VII.

Vom Gebrauche einer gemeinschaftlichen Mauer.

Literatur.

J. G. Hanbold, exercitait. Vitruv., quibus jura parietum commun. illustr. Spec. 1 et 2. 4. 1821.

J. Ruete, die Rechtsverhältnisse hinsichtlich gemeinschaftlicher Mauern. Nach Römischen Rechte dargestellt. 8. Bremen 1843.

Das A. L. R. Th. I. Tit. 8. §§. 133—136 bestimmt:

§. 133. Bad-, Brenn- oder Schmelzöfen und Feuerheerde, können an der gemeinschaftlichen, oder dem Nachbar gehörenden Scheibewand, ohne desselben Bewilligung nicht angelegt werden.

§. 134. Dagegen ist ein Feber an der gemeinschaftlichen Mauer, auch ohne besondere Rücksicht mit dem Nachbar, Schornsteine anzulegen wohl befugt.

§. 135. Eine gemeinschaftliche Mauer kann jeder Nachbar an seiner Seite bis zur Hälfte der Dicke zu seinem Nutzen brauchen, in sofern dadurch dem Gebäude selbst kein Nachtheil geschieht.

§. 136. Doch müssen Wandchränke und andere dergleichen Anlagen in einer gemeinschaftlichen Mauer dergestalt eingerichtet werden, daß sie nicht auf diejenigen treffen, welche der Nachbar auf der entgegengesetzten Seite bereits angelegt hat.

VIII.

Von Schweineställen, Kloaken, Dünger- und Lothgruben und anderen, den Gebäuden schädlichen Anlagen.

Das A. L. R. Th. I. Tit. 8. §§. 125—127 disponirt:

§. 125. Schweineställe, Kloaken, Dünger- und Lothgruben, und andere den Gebäuden schädliche Anlagen müssen wenigstens drei Fuß rheinländisch von den benachbarten Häusern, Mauern und Scheunen entfernt bleiben.

§. 126. Auch müssen dergleichen Gruben und Behälter von Grund aus aufgeführt werden.

§. 127. Von Bäumen des Nachbarn müssen dergleichen Anlagen wenigstens drei Fuß zurücktreten.

Dazu:

1) Dorguth bemerkt: es sei nicht klar, was im §. 125 a. a. D. unter „Anlagen“ verstanden werde. Die Römischen Kloake seien hier nicht gemeint; sondern haben sich mit in den §§. 96—100 a. a. D. wieder.

(Jahrb. Bd. 36. S. 247.)

2) Was ist unter: „anderen, den Gebäuden in gleichem Maße schädlichen Anlagen“ (in §. 125 a. a. D.) zu verstehen?

Crein bemerkt hierüber:

daß die Vergleichung der Vorschriften des A. L. R. von den Einschränkungen des Eigenthums zum Besten nachbarlicher Grundstücke mit denen in den Berliner Special-Verordnungen ergebe, daß bei Ausarbeitung dieser Lehre des A. L. R. im Wesentlichen die Vorschriften der Bau-Verordnungen zum Grunde gelegt seien. Die Vorschrift des Tit. II. sei im Wesentlichen in §. 125 aufgenommen. Man möge die Worte: „und andere mehr“ nicht bestimmt genug gefunden und, ohne eine Erweiterung der Einschränkung des Eigenthums zu beabsichtigen, die Worte: „und andere, den Gebäuden schädliche Anlagen“ an deren Stelle gesetzt haben. Daraus, daß die im §. 5. l. c. namentlichgeführten Anlagen wieder aufgenommen seien, gehe hervor, daß man eine andere Einschränkung nicht beabsichtigt habe; auch ergebe der Umstand, daß in dem Befehle von Schweineställen gerade die den nachbarlichen Gebäuden schädlichsten, die Schweineställe, genannt waren, daß nicht jede Möglichkeit eines geringen Nachtheiles der Anlage nachbarlicher Gebäude den Eintritt der Einschränkung des Eigenthums herbeiführen sondern daß nur erheblichen von Nachtheilen vorgebeugt werden sollte, und daß

daher nur solche Anlagen der Einschränkung des Eigenthums unterworfen zu werden, welche eben so nachtheilig, als die namentlich aufgeführten, auf nachbarliche Gebäu-
den. Da übrigens Schweineställe, Kloaken, Dünger- und Lothgruben, ohne die
der Vorschrift des §. 125 so angelegt werden könnten, daß sie nachbarlichen
nicht schädlich werden, und da das Gesetz bei diesen Anlagen die Beschaffenheit
im speciellen Falle nicht berücksichtigt, sondern unter allen Umständen verlangt
speziell genannten Anlagen drei Fuß von nachbarlichen Gebäuden entfernt zu
ausgemauert werden, so könne auch bei Beantwortung der Frage, ob eine Anlage
für eine, nachbarlichen Gebäuden, im Sinne des Gesetzes schädlich, zu erachten
die Beschaffenheit der Anlage im konkreten Falle Rücksicht genommen werden,
sei in abstracto zu beurtheilen, ob eine Anlage der Art als eine solche zu
welche nachbarlichen Gebäuden in gleichem Maße schädlich ist, wie die speziell
Anlagen. (Grein, Baurecht S. 70. Note 2.)

3) Findet insbesondere die Bestimmung der §§. 125 und 126
nicht bloß auf Düngergruben, sondern auch auf Miststätten Anwendung,
wenn der Dünger nur auf die Erdoberfläche gelagert wird, so daß also auch
3 Fuß rheinl. Entfernung vom Hause des Nachbarn zurückweichen, an-
gerichtet werden müssen, daß die Jauche und das sich dort ansammelnde
Wasser nicht über den Vorraum des Nachbarn abfließen?

Der Civil-Sen. des N. L. O. zu Arnberg bejahet in der
21. Juli 1838.

(Arnberger Arch., Bd. 6. S. 531—533. Vergl. Centralbl. 1840. S. 55)

4) Was ist im §. 125. a. a. O. unter dem Ausdrucke: „aus-
gemauert“ verstanden?

Grein folgert daraus, daß Scheunen und Mauern besonders
worden, daß der Ausdruck in einer engeren Bedeutung genommen
glaubt, daß zu den hier gemeinten Gebäuden Schweineställe, Kloake und
andere Anlagen nicht zu rechnen seien, daß vielmehr solchen Anlagen
des Nachbarn gleicher Art ganz nahe treten dürfen. (Baurecht S. 71.)

5) Ist die Polizeibehörde befugt, schon vorhandene Ba-
nagen nach Maßgabe der §§. 125 u. 126 a. a. O. abändern zu lassen?

Das R. des R. Min. des J. u. d. P. v. 29. Febr. 1828 vern.
(Oben S. 577)

Vergl. jedoch die R. v. 8. März u. 13. April 1842. (s. unten.)

6) Müssen die im §. 125 a. a. O. bezeichneten Anlagen in al-
len ausgemauert werden?

a) Das Min. des J. Pol. Abth. (v. Meding) bejahet unbedin-

a) R. des R. Min. des J., Pol. Abth., v. 8. März 1842 an die
zu Gumbinnen.

Der §. 126. Tit. 8. Th. I. des N. L. R. schreibt ganz allgemein vor, daß
und Kloakgruben von Grund aus ausgemauert werden müssen, und es ist kein
sichtlich, weshalb diese Vorschrift in dem vorliegenden Falle und überhaupt An-
wendung finden sollte, wo eine solche Anlage in größerer als der vorgeschriebenen
Entfernung von der Nachbargränze errichtet wird.

Auch liegt jener Vorschrift, insofern dieselbe die Beförderung der Rein-
Gesundheit zum Zweck hat, allerdings ein öffentliches Interesse zum Grunde, und
Polizei wegen wahrgenommen werden muß.

Bei dem Fall, welcher zu dem in v. Kamph Ann. 1828. S. 183. abgedr-
seitigen Erlaß, worauf die R. Reg. Bezug nimmt, Veranlassung gab, waren die
Umstände anderer Art, als in dem vorliegenden Fall, und es kann daher an-
hier um so weniger zurückgegangen werden, als auch von der darin ausgespro-
chen, wonach die in Rede stehende Gesetzstelle nur ein Privatinteresse des
Grundstücks im Auge haben soll, später wieder abgegangen worden ist.

(Min. Bl. d. I. B. 1842. S. 68. Nr. 104.)

ß) R. desselben Min. v. 13. April 1842 an dieselbe Reg.

2c. Der §. 126. Tit. 8. Th. I. des N. L. R. bestimmt ganz unbed-
Schweineställe, Kloake, Düngergruben 2c. von Grund aus ausgemauert werden.
Der Umstand, daß dergleichen Anlagen den benachbarten Gebäuden schädlich
als Veranlassung zu dieser Bestimmung angeführt, sondern im §. 125. a. a. O.

anderweitigen Vorschrift, wonach solche Anlagen von benachbarten Gebäuden 3 Fuß Rheinl. entfernt bleiben sollen. Da nun auch nicht zugegeben werden kann bei einer Verordnung, welche die Bewohner der Nachbarschaft vor Beschädigung ihrer Anlagen bewahrt, sein öffentliches Interesse obwalle, so muß es bei dem Erlasse v. 8. v. Wt. bewenden.

Ob. d. I. B. 1842. S. 69. Nr. 105.)

Ornemann versteht den §. 126 dahin, daß die im §. 125 bezeichneten auch dann, wenn sie über 3 Fuß von des Nachbars Grunde entfernt von Grund aus aufgemauert werden müssen, in sofern ihre gänzliche Entfernung nicht nachgewiesen werden könne.

Ob. 2. S. 242. Note**.)

Rein führt aus:

Die Abwendung des Schadens ordneten sowohl der §. 125, als der §. 127 eine Entfernung von drei Fuß, und wenn nicht zwischen den in diesen Vorschriften bestimmten Fällen ein Unterschied in Betreff der Verbindlichkeit des Ausmauerns der Anlagen bestehen sollen, so hätten beide Vorschriften zusammengezogen werden können. In §. 126 zwischen beide Vorschriften geschoben worden, ergebe, daß die Vorschrift sich nicht auf den im §. 127 bestimmten Fall beziehen soll. Der §. 127 bildet den Gegensatz zu den §§. 125 u. 126, als im Falle des §. 127 dem Eigenthümer das Ausmauern nicht zur Pflicht gemacht sei.

Ob dem Worte des §. 126: „vergleichen“ könne man folgern, daß nach dieser Vorschrift nur Anlagen aufgemauert zu werden brauchten, die nicht über 3 Fuß von Gebäuden u. entfernt geblieben. Allein dies Wort könne sich nur auf die genannten oder bezeichneten Anlagen und nicht auf die in dieser Bestimmung angeordnete Einschränkung des Eigenthums beziehen; die Verbindlichkeit zum Ausmauern der Anlagen scheine allgemein zu sein, und die Entfernung der Anlage dabei nicht zu kommen. Andererseits sei aber nicht anzunehmen, daß der Gesetzgeber immer hinsichtlich solcher Anlagen auch da noch einzuschränken beabsichtige, wo die Entfernung der Anlage ausreiche, den Nachbar vor Schaden zu bewahren. Daher ist die richtige, daß es der Ausmauerung über 3 Fuß entfernter Anlagen nur dann bedürfe, wenn der Nachbar nachweisen könne, daß die Anlage seinem Gebäude u. sonstigen in der näheren Umgebung befindlichen Gebäuden eine größere Entfernung noch schädlich werde.

Rein, Baurecht, S. 73. Note 1 u. 2.)

Der III. Sen. des Ob. Trib. hat (in dem Erl. v. 8. Aug. 1848) folgende Entscheidung angenommen:

„In den §§. 125 und 126 A. L. R. I. 8. aufgezählten Anstalten sind nur Anlagen gemeint, die der Nachbar schon vorhandener Gebäude, Mauern u. dgl. anheben will, oder, nachdem jene Gebäude u. dgl. schon vorhanden, unbefugter Weise angelegt hat.“

Die §§. 125 und 126 a. a. O. sind keine die Verjährung ausschließenden Verbots-

Bestimmungen. (Wochenschr. 1848. S. 411., u. Striethorst's Rechtsf. des Ob. Trib. Bd. 4 S. 246. Nr. 120.)

Rein führt bei der Messung der in den §§. 125 und 126 A. L. R. I. 8. bestimmten Entfernung einer Mistgrube von der Gränze des Nachbars die Umfassungsmauer der Grube mit gemessen werden?

Rein hat von dem II. Sen. des Ob. Trib. unterm 22. Sept. 1843.

Rein, Samml. des Ob. Trib., S. 26. Nr. 1339.)

IX.

Von Rinnen und Kanälen.

A. L. R. Th. I. Tit. 8. §. 128 bestimmt:

„Auf seinem Grund und Boden, jedoch an der Seite des Nachbarn hin, Rinnen in der Erde zur Abführung des Wassers anlegen will, muß gegen die Wand des Nachbarn wenigstens noch einen Raum von einem Fußschuhe frei lassen.“

Rein hält die Worte des §. 128 a. a. O.: „jedoch an des Nachbars Seite“ für überflüssig; denn wenn die Rinne oder der Kanal eine andere Bestimmung hat, so bleibe von selbst ein Raum von mehr als einem Fuße gegen des Nachbars Grundstück liegen. (Rein, Baurecht S. 77. Note 1.)

2) Derselbe ist der Ansicht, daß der §. 128 a. a. O. auch eintrete, die Rinnen zur Abführung anderer Flüssigkeiten, als des Wassers, bestimmt (a. a. O.)

3) Muß bei der Messung der im §. 128 l. c. vorgeschriebenen Entfe einer zur Abführung des Wassers angelegten Rinne von der Wand des bars die Stärke der Einfassungsmauer mitgemessen werden?

Das Ob. Trib. hat (in dem Erl. v. 9. Febr. 1849) bejahet. (Entsch. Bd. 17. S. 114.)

4) Liegende Rinnen sind nicht zu denjenigen Gebäuden zu rechnen, Fortbestehen nach Lübischem Rechte (Buch I. Tit. 8. Art. 2.) durch Anspruch des Nachbarn nach Ablauf von Jahr und Tag nicht mehr gel werden kann.

So erkannt von dem Ob. Trib. unterm 9. Febr. 1849. (Entsch. Bd. 17. S. 392.)

X.

Von Brunnen.

Das A. L. R. Th. I. Tit. 8. §§. 129—132 bestimmt:

§. 129. Anlagen, durch welche der schon vorhandene Brunnen des Nachbarn unreinigt oder unbrauchbar gemacht würde, sind unzulässig.

§. 130. Dagegen kann die Grabung eines Brunnens auf eigenen Grund und ben, wenngleich dadurch dem Nachbar sein Wasser entzogen wird, dem Eigen nicht gewährt werden, sobald der Nachbar desfalls sein besonderes Untersuchen erlangt hat.

§. 131. Doch darf innerhalb dreier Werkschube von des Nachbarn Grunde neuer Brunnen angelegt werden.

§. 132. Ueberhaupt darf unter des Nachbarn Grunde Niemand graben.

XI.

Von Thüren.

Das A. L. R. Th. I. Tit. 8. §. 148 schreibt vor:

Neue Thüren, welche unmittelbar auf des Nachbarn Grund und Boden führen, sind wider dessen Willen niemals angelegt werden.

XII.

Vom Lichte und von der Aussicht, oder von Fenstern und anderen Licht-Öeffnungen.

Sahne, das Fenster- und Lichtrecht nach Römischen, gemeinen Deutschen, Französischen Recht. Berlin, 1835. Neue Ausg. 1840. (Auch in den Bd. 45. S. 837 im Auszuge abgedruckt.)

Dorauth, Bemerkungen zu §§. 137 ff. l. i. (Jahrb. Bd. 36. S. 246.)

Derselben Aufsatz: Die Mängel der Praxis bei Rechtsstreitigkeiten über Baulen. W. 1841. S. 837 ff.)

Grein, Baurecht S. 78 ff. §§. 54—63 und S. 101 ff. §§. 67—71.

Funk (D. L. G. Aff.), zur Erläuterung der §§. 139—144. A. L. R. I. 8. (Jur. B. S. 109 ff.)

Das A. L. R. Th. I. Tit. 8. §§. 137—147 enthält folgende Bestimmungen:

§. 137. Um Licht in sein Gebäude zu bringen, kann ein Jeder Öeffnung Fenster in seine eigene Wand oder Mauer machen, wenn dieselben gleich eine Wand die benachbarten Gründe gewähren.

§. 138. Sollten jedoch die Öeffnungen in einer unmittelbar an des Nachbarn oder Garten stoßenden Wand oder Mauer gemacht werden, so müssen dieselben, in Umstände gestatten, 6 Fuß von dem Boden des Zimmers oder Behälter ab allen Fällen aber mit eisernen nur 2 Zoll von einander stehenden Stäben, oder Drahtgitter verwahrt sein.

§. 139. Neu errichtete Gebäude müssen von älteren schon vorhandenen

es angrenzenden Nachbars, wenn nicht besondere Polizeigesetze ein Anderes vorschreiben, wenigstens 3 Weirschuhe zurücktreten.

§. 140. Stößt aber das neue Gebäude auf einen unbebauten Platz des Nachbars, ist ein Abstand von anderthalb Weirschuben hinreichend.

§. 141. Uebrigens aber kann Jeder in der Regel auf seinem Grund und Boden so nahe an die Gränze und so hoch bauen, als er es für gut findet.

§. 142. Sind jedoch die Fenster des Nachbars, vor welchen gebauet werden soll, schon seit 10 Jahren oder länger vorhanden, und die Verhältnisse, wo sie sich befinden, lassen nur von dieser Seite her Licht, so muß der neue Bau so weit zurücktreten, daß der Nachbar noch aus den ungeöffneten Fenstern des unteren Stockwerkes den Himmel sehen könne.

§. 143. Hat in diesem Falle das Gebäude des Nachbars, in welchem die Fenster sich befinden, noch von einer andern Seite Licht, so ist es genug, wenn der neue Bau nur weit zurücktritt, daß der Nachbar aus den ungeöffneten Fenstern des zweiten Stockwerkes den Himmel sehen könne.

§. 144. Sind aber die Fenster des Nachbars, vor welchen gebauet werden soll, schon nicht seit 10 Jahren vorhanden, so ist der Bauende bloß an die §. 139 bestimmte Entfernung gebunden.

§. 145. Der Nachbar kann alsdann dem neuen Bau, wodurch ihm das Licht genommen wird, nur in sofern widersprechen, als er ein Untersagungsrecht dagegen erworben hat. (Tit. 22.)

§. 146. Wo eine solche Grundgerechtigkeit obwaltet, da findet, im Mangel ausdrücklich verabreiteter, die gesetzliche Bestimmung des §. 142 Anwendung.

§. 147. In allen §§. 139. 140. 142. 143. 146. bestimmten Fällen bleibt der unbebaute Zwischenraum nach wie vor seinem bisherigen Eigenthümer, und kann von demselben zu jedem in den Gesetzen nicht verbotenen Gebrauche angewendet werden.

Dazu bemerkt man folgende Ergänzungen und Erläuterungen:

1) Zu §§. 137—147 a. a. O.

a) Die Geschreibsoren bemerken zu den §§. 137—147 a. a. O.:

Von Licht und Aussicht kann bei einem Gebäude in einer doppelten Beziehung die Rede sein. Es kann darauf ankommen, in wiefern der Besitzer durch Anlegung von Fenstern sich Licht und Aussicht verschaffen dürfe; und es kann darauf ankommen, ob das Licht im Gebäude durch Vorbaue entzogen werden dürfe. Mit der ersteren Rücksicht beschäftigen sich die §§. 137 und 138, und mit der anderen die folgenden §§. Bei dieser Gelegenheit sind zunächst die Entfernungen angegeben, um welche jeder Neubau von dem Grundstücken des Nachbars zurücktreten muß, und hieran reihen sich die besonderen Bestimmungen, welche die Entziehung des Lichtes betreffen. An der Spitze finden wir den allgemeinen Grundsatz, daß ein Jeder, um seinem Gebäude Licht zu verschaffen, nach Belieben Öffnungen und Fenster in seiner eigenen Wand oder Mauer anlegen dürfe, wenn auch dieselben eine Aussicht über des Nachbars Grund und Boden gewähren. Dies ist der Einfluß der natürlichen Freiheit des Eigenthums.

(Gesetzgeb. Pens. XIII., Mot. zum Tit. 8. S. 68.)

b) Ueber die Entstehung der §§. 137—147 a. a. O. bemerken die Revisoren, daß solche, ohne sich auf einen hergebrachten Rechtszustand zu gründen, ohne zufällig genannt werden könne. Sie theilen deren Entstehung aus den Materialien mit.

Vergl. auch Bornemann's System, Bd. 2. S. 243.

c) Ueber die Frage: wie lange die Beschwerde über einen nachtheiligen Bau des Nachbars (§§. 137—144) stattfindet? bemerkt Bielitz, daß es nur darauf ankomme, ob der Nachtheil gleich im Anfange des Baues, oder erst nach der Vollendung sich offenbarte. Nur im letzteren Falle könne der Nachbar innerhalb der gewöhnlichen Verjährungsfrist durch Nichtgebrauch auf Wegnahme des Neubaus oder dessen Abänderung antragen (§. 44 A. L. R. I. 22); im ersten Falle müsse die Beschwerde gleich nach erhaltener Nachricht von dem Nachtheile gebracht werden (§. 332. I. 9.), denn späterhin finde nur ein Schadenersatz-Anspruch statt, welcher nur 3 Jahre (nach §. 54. I. 6) dauere.

(Nachträge S. 2. S. 117.)

2) Zu §§. 137 u. 138. a) Ist es nach den Vorschriften des A. L. R. dem Eigenthümer erlaubt, in einer dem Nachbar zugekehrten, nahe der Gränze liegenden Wand-Fenster, bloß der Aussicht wegen, auszubringen?

Grein bemerkt, daß mehrfach die Negative angenommen sei, weil:

α) der §. 137 das Ausbrechen von Fenstern in der eigenen Wand nur gestatte, nicht in sein Gebäude zu bringen;

β) es auch nach den Berliner Bau-Observanzen, welche bei Aufstellung der Vorschriften des A. L. R. berücksichtigt worden, nur erlaubt sei, ein Fenster dem Nachbar auszubringen, wenn man sich nicht von der eigenen Seite her nothdürftig Licht und Luft verschaffen könne, woraus folge, daß durch die Worte des A. L. R.: „um Licht in sein Gebäude zu bringen,“ nur diese Vorschrift der Bau-Observanzen habe wiedergegeben werden sollen;

γ) endlich auch das Recht der freien Aussicht im A. L. R. I. 22 §. 62 ausgedrückt als die Grundgerechtigkeit bezeichnet werde, auch in einer, an des Verpflichteten Hof oder Garten unmittelbar anstoßenden Mauer neue Fenster zu öffnen, wodurch indirekt ausgesprochen sei, daß nicht dem Eigenthümer als solchen, sondern nur dem, der eine besondere Grundgerechtigkeit (servitus luminum) erworben habe, die Befugniß zustehe, in sein unmittelbar an den nachbarlichen Hof oder Garten stoßenden Mauer Fenster auszubringen.

Es lasse sich indeß hiergegen anführen:

ad α) daß der §. 137 nur von Befugnissen des Eigenthümers, und nicht von Einschränkungen des Eigenthums rede, und in seiner allgemeinen Fassung nur die Einzelheiten zu den folgenden Einschränkungen des Eigenthums bilden solle. Darum sei auch in diesem §. nicht von Fenstern zu einer unmittelbar an des Nachbars Hof oder Garten stoßenden Wand die Rede, wie im §. 138; und wollte man aus der Vorschrift des §. 137 erwähnte Einschränkung des Eigenthums folgern, so würde es auch nicht erlaubt sein, entfernt liegenden Wänden Fenster, der bloßen Aussicht wegen, auszubringen.

ad β) daß man sich wenigstens eben so klar, wie im §. 1. Tit. IV. der Spec. Observ. würde ausgesprochen haben, wenn man die in dieser Bestimmung enthaltene Einschränkung des Eigenthums in's A. L. R. zu übernehmen beabsichtigt hätte.

ad γ) daß das Wesen des Rechtes der freien Aussicht nach §. 62 A. L. R. I. nicht in dem Ausbrechen der Fenster, sondern darin liegt, dieselben in einer an des Nachbars Hof oder Garten unmittelbar anstoßenden Mauer unvergittert und unverstärkt zu halten. Dies ergebe die Fassung des §. 62 cit., nach welcher derselbe nicht mit der Vorschrift des §. 137, sondern mit der des §. 138 in Verbindung stehe, und das Wort „öffnen“ im §. 62 cit. nichts weiter heißen solle, als unvergitterte und unverstärkte Fenster zu halten, so daß die serv. lum. nur in einer Befreiung der dem Eigenthümer nach §. 138 obliegenden Verbindlichkeit bestehe. (Grein, Baurecht, S. 81. Note 1.)

Bornemann hatte in der I. Ausg. des Systems des Preuß. Civilrechts Bd. 2. S. 248 angenommen, daß die Befugniß des Fensteranlegens auf Bedürfniß zu beschränkt sei, weil durch Anlegung von Fenstern getwungen in die natürliche Freiheit des Eigenthums des Nachbarn schon eingegriffen werde, für diese Meinung auch die Worte des §. 137 a. a. O. „um Licht in sein Gebäude zu bringen,“ sprächen.

In der II. Ausg. Bd. 2. S. 141 spricht derselbe indeß die entgegengesetzte Meinung aus, indem Einschränkungen des Eigenthums (des Nachbarn) nicht ohne ausdrückliche Bestimmung angenommen werden dürften.

b) Wie ist das Wort „unmittelbar“ im §. 138 auszulegen?

α) Das L. u. Et. G. zu Siegen nimmt (in dem Erf. v. 1. Febr. 1845) an, daß die im §. 138 vorgeschriebene Verwahrung der Fenster, wie die der natürliche Absicht des Gesetzes ergebe, nicht bloß dann nöthig sei, wenn ein Gebäude, worin das Fenster sich befindet, gerade auf der Gränze steht, sondern auch dann, wenn zwischen dem Gebäude, worin das Fenster ist, und Grundstücke des Nachbarn keine andere, den Zugang durch das Fenster hindern Einrichtung vorhanden ist. (Arnöberg Arch. Bd. 4. S. 393.)

β) Dagegen führt der Civ. Sen. des D. L. G. zu Arnöberg (Datum des Urtheils konstatirt nicht) aus: wenn man den §. 138 mit §§. 139 verbinde, so scheine zwar der Ausdruck: „unmittelbar“ auch bei der geringen Entfernung von $1\frac{1}{2}$ Werkschuhen anwendbar zu sein, in welcher Neubau unbebauten Räumen des Nachbarn zurückbleiben sollen, zumal der §. 1 Annahme des Gegentheils eine rein transitorische Bestimmung sein; Allein es müsse die Bestimmung des A. L. R. nur von einer auf der

henden Mauer verstanden werden; es gebe in Deutschland eine Menge Städte, welche die Anlegung von Fenstern in der Gränzmauer untersagen oder unter Modifikationen erlauben, und zwar aus dem Grunde, weil mit dieser Fenster-Anlage zugleich die Benutzung des Luftraums des Nachbarn und selbst des Bodens durch Auswerfen, Ausschütten u. s. w. verbunden sei. Das A. L. R. beschränkt sich darauf, die Fenster-Anlage in einer unmittelbar an der Grenze stehenden Mauer zu beschränken; der §. 138 habe in den Berliner Real-Observanzen seinen Ursprung. (Mathis Bd. 2. S. 357 ff.) Da nach diesen auf die äußerste Gränze zu bauen nicht verboten sei, so folge daraus, daß Wort: »unmittelbar« im streng grammatischen Sinne genommen werden müsse. (a. a. O. S. 395.)

7) Die Revisoren sind derselben Ansicht.

(Motive zum bürgerl. Gesetzb. zu §§. 194—197 Tit. 2. Th. 2. S. 52.)

8) Das Trib. zu Königsberg führt (in dem Erl. v. 3. Nov. 1841) aus: die Absicht des §. 138 gehe dahin, daß der Bauende durch die Fensteranlage wenigstens nicht veranlaßt oder gezwungen werde, das Gebiet der Nachbarn durch Bliden, Berstößen etc. zu belästigen. Wenn nun der Bauende Fenster in eine Mauer breche, die nur wenige Zoll von der Gränze abstehe, die also nicht Gränzmauer genannt werden könne, dem §. 138 also nicht unterworfen sei, so sei doch der Nachbar in diesem eben so übel daran, als ob eine wirkliche Gränzmauer geöffnet wäre. Der §. 138 gebe also bei der Deutung, welche das D. L. G. zu Arnberg ihm gebe, den Nachbar hinreichend schützen. Indes spreche der §. 140 aus, daß die Baulinie des Grundbesitzes nicht die Gränze, sondern eine $1\frac{1}{2}$ Fuß von ihr zurückweichende Parallele sein solle. $1\frac{1}{2}$ Fuß breite Zwischenraum sei also das Mittel, welches der Gesetzgeber als das angemessene verlange. Die auf der Baulinie errichtete Mauer sei im Sinne des Gesetzes vermittelte; eine näher an die Grenze gerückte sei nicht gesetzlich vermittelte wie der §. 138 es ausdrücke, eine unmittelbar anstoßende.

(Jur. B. 1842 S. 277.)

9) Grein führt aus: die Worte: »unmittelbar an des Nachbarn Hof oder Garten etc.« seien so zu verstehen, daß sich zwischen der Wand oder Mauer, welcher das Fenster oder die Oeffnung befindlich, und dem nachbarlichen Grundstück keine Anlage befinden dürfe, welche es unmöglich mache, aus dem Hof oder auf das nachbarliche Grundstück zu gießen, zu werfen und zu steigen. Sollten also diese Worte nicht so viel sagen, als: »hart an des Nachbarn Hof oder Garten etc.«; wie theils aus der Bedeutung des Wortes: »unmittelbar« theils daraus hervorgehe, daß auch Fenster in einer Wand, welche nicht $1\frac{1}{2}$ Fuß von des Nachbarn Hof oder Garten entfernt liegt, vergittert oder abgedeckt werden müssen. Dies Letztere sei zwar im §. 138 nicht bestimmt, rechtfertige sich aber aus folgenden Gründen:

aa) Die §§. 139 und 140 seien in die Lehre vom Licht und von der Aussicht aufgenommen und müßten deshalb auch mit den Grundsätzen dieser Lehre in Verbindung stehen. Diese Letztere sei jedoch nur in der Annahme zu finden, daß durch diese Vorschriften die Gränzen der Entfernung, innerhalb welcher die §. 138 aufgestellte Einschränkung des Eigenthums Anwendung finden solle, hätten festgestellt werden sollen. Von dieser Annahme sei man auch in der Praxis der Regel ausgegangen, indem man den Raum von $1\frac{1}{2}$ Fuß, zu welchem jeder Nachbar $1\frac{1}{2}$ Fuß liegen lassen müsse, als einen befriedigten Raum ansehen habe, in welchem kein Nachbar ohne Genehmigung des andern diesem nachtheilige Anlagen machen darf.

bb) Es sei deshalb nicht nöthig gewesen, im §. 138 die Entfernung weiter zu bestimmen; denn diese habe schon nach §§. 139 und 140 beim Bauen eingehalten werden müssen, und wenn der §. 138 sich nur auf Fenster in einer hart an dem Hofe oder Garten des Nachbarn stehenden Wand hätte beziehen sollen, so würde derselbe überflüssig sein, da eine Genehmigung des Nachbarn hart an der Grenze nicht gebaut werden dürfe.

77) Jene Annahme harmonire nicht mit dem Grunde, aus welchen jene Einschränkung des Eigenthums hervorgegangen sind; denn wenn die Wand nur einige Zoll von der Grenze entfernt sei, so könne aus offenen Fenstern in einer solchen Wand ebenso leicht das benachbarte Grundstück gegossen, geworfen und gestiegen werden, als wenn die Wand hart an der Gränze stehe.

78) Wenn gleich nach §. 139 neue Gebäude von denen des Nachbarn 3 Fuß ent-

fernt bleiben müßten, so bezwecke doch bei der Vorschrift des §. 140 die Bestimmung §. 139 nur eine Begünstigung des dauernden Eigenthümers; denn auch der Nachbar muß mindestens $1\frac{1}{2}$ Fuß von der Gränze entfernt geblieben sein, und wenn er weiter tritt, so soll dem anderen gestattet sein, der Gränze näher als $1\frac{1}{2}$ Fuß zu bauen. Es könne sich die erwähnte Einschränkung nur auf Fenster in Wänden, welche nicht $1\frac{1}{2}$ Fuß von der Gränze entfernt sind, beziehen, besonders da sonst die im §. 121 an der Vorhandensein offener Fenster gezogene Vermuthung jede Grundlage verlieren würde (Grein, Baurecht S. 83 und 84, Note 1 und 2.)

c) Koch spricht sich in folgender Art hierüber aus:

Die Ausleger sind über das „unmittelbar“ verschiedener Meinung. Einige meinen, daß auch das Ein- und Aussteigen und Werfen unmöglich gemacht werden müsse, deshalb die Beschränkung in allen Fällen eintrete, wo nicht noch ein anderes Mittel (Mittel) auf der Gränze sei. Dabei ist die Natur des Eigenthums ganz bei Seite. Jeder kann auf seinem Grunde bauen und machen, was er will, wenn er nicht ausdrücklich beschränkt ist. Wäre jene Auslegung richtig, so müßte der Nachbar auch verhindern können, daß das an der Gränze stehende Gebäude ganz abgetragen würde; denn da er erst recht Jeder über die Gränze gehen, sehen und werfen. Hiergegen mag Jeder auf eigene Kosten sein Grundstück mit einer Bewehrung umziehen.

(Lehrbuch des Preuß. Privatrechts, Bd. I. S. 402. Note 13.)

3) Was ist im §. 138 unter den Worten: „wo es die Umstände gestatten“ zu verstehen?

a) Das Trib. zu Königsberg führt (in dem Erl. v. 3. Nov. 1871) aus, daß dabei nicht an die absolute Möglichkeit gedacht sei; denn jedes Zimmer lasse sich erhöhen, bis es ganz aus der Stube verschwinde, und noch mehr. Der §. 138 nehme vielmehr auf die jedesmaligen Umstände, d. h. auf die relative Möglichkeit Rücksicht. (Jur. W. 142. S. 280.)

b) Die Revisoren bemerken:

Es kann der Fall sein, daß die geringe Höhe der Zimmer oder Verhältnisse, die Oeffnungen gemacht werden sollen, eine vorschriftsmäßige Anlage — nämlich sei vom Boden erhöht — unmöglich macht. Auf diesen Fall beziehen sich die im §. 138 eingeschalteten Worte: „wo es die Umstände gestatten“. Es muß also dann Bauverständige bestimmt werden, um wieviel die Oeffnungen von dem Boden verhältnißmäßig zu erhöhen sind. Zur Rechtfertigung dieser Ansicht, in sofern es deren bedürfte, können die nach einem alten Manuscript in Mathis jur. Monatsschrift Bd. 2. 1840 seq. insbesondere S. 366 abgedruckten Spezial-Observanzen der Berliner Bau-Kommission, woraus die vorliegende Bestimmung offenbar entnommen ist, angeführt werden. Dort ist namentlich mit Bezug auf Behmer Nov. jus contr. Observ. 86 angeführt, daß das Zimmer nicht sechs Fuß hoch sei, so könne die Bau-Kommission ex officio die Höhe des anzulegenden Fensters über dem Fußboden festsetzen.

(Gesetzgeb. Pens. XIII., Motive zu Tit. 8. §§. 107—117 d. E., S. 69.)

c) Grein äußert sich dahin:

Zu den Umständen, die Fenster oder Oeffnungen 6 Fuß vom Fußboden zu erheben könne nicht gerechnet werden, daß Fenster in einer Höhe von 6 Fuß das Zimmer stateten; denn Fenster, welche 6 Fuß vom Fußboden entfernt angelegt seien, würden Zimmern in einer Privatwohnung niemals zur Zierde gereichen. Eben so wenig dahin, daß die Höhe des Zimmers nicht zulasse, 6 Fuß vom Fußboden Fenster in gewöhnlicher Fensterhöhe anzubringen. Endlich könne es auch nicht in die Willkür des Eigenthümers gestellt sein, die Verhältnisse selbst herbeizuführen, welche es nicht ermöglichen, die Fenster 6 Fuß vom Fußboden zu erhöhen. Daher müsse der, welcher Neubau unternehme, und in einer unmittelbar an des Nachbars Hof oder Garten liegenden Wand Fenster anlegen wolle, dafür sorgen, daß dieselben 6 Fuß vom Fußboden erhöht werden könnten, und es sei bei einem Neubau niemals zulässig, unter der geringsten Höhe Fenster in einer Wand zu machen. (Grein, Baurecht S. 88.)

d) Das Ob. Trib. (Datum des Erl. konstatirt nicht) führt aus, daß der Sinn nicht dahin gehe, daß hiernach der Eigenthümer seinen Grund alsdann die vorgeschriebene Höhe geben solle, „wenn ihm die Umstände gestatten“, d. h. wenn er es ohne Nachtheil für sich thun könne. Denn wenn §. 138. a. a. D. diesen Sinn hätte, so würde die Vorschrift ganz ohne rechtliche Bedeutung und deren Befolgung lediglich von dem Belieben des Eigenthümers abhängig sein. (Arnberger Archiv, Bd. 10. S. 74.)

4) Finden die Vorschriften des §. 138 A. L. R. I. 8. auch auf das

ab Fenster, welche über der Luftsäule eines unmittelbar anstoßenden Gebäudes des Nachbarn angelegt worden, und auch auf Oeffnungen und Fenster in errichteten Gebäuden, welche nicht unmittelbar auf der Gränze stehen, Anwendung.

Berncht von dem II. Sen. des Ob. Trib. unterm 23. Jan. 1841.

(Präj. Nr. 975., Präj. Samml. S. 26.)

b) Der Einschränkung des §. 138. (A. L. R. I. 8.) ist nicht allein die Anordnung von Oeffnungen und Fenstern, welche die Einbringung von Licht in ein Gebäude bezwecken, sondern auch die Anlage von Oeffnungen zu andern Zwecken, zur Beförderung des Luftzuges, unterworfen.

So erkannt von dem II. Sen. des Ob. Trib., per sent. v. 26. März (Entsch. Bd. 19. S. 104.)

b) Zu §§. 142. und 143. a) Ueber den Begriff von »Fenster«

c) im Allgemeinen: Jur. W. 1839. S. 116. Jur. Z. 1833. 97. und 968. Völk. Nachtr. §. 2. S. 40., Grein, Baurecht S. 78.

d) Dorguth folgert aus dem bestimmten Artikel: »die Fenster« im §. 142., aus dem Zusammenhang der §§. 137 ff. und aus der Natur der Sache, daß nicht bloß eigentliche Fenster verstanden werden. (Jahrb. Bd. 36. S. 246.)

e) Der II. Sen. des O. L. G. zu M. führt in dem in der Themis 1838. mitgetheilten Erk. (Datum konstatirt nicht) aus, daß die §§. 142. und 143. nicht von dem Falle, wo Bodenfenster im Giebel verbaut werden, handeln, und daß es in diesem Falle bei den allgemeinen Prinzipien der natürlichen Freiheit bleibe.

f) Ist die in den §§. 142. und 143. ausgesprochene Verpflichtung dessen, der in den Fenstern des Anderen bauen will, nur bei Neubauten im eigentlichen Sinne, oder auch bei Erhöhungen schon vorhandener Gebäude, als bestehend anzunehmen?

g) Nehmen an:

h) Die Revisoren, ohne dies jedoch näher zu begründen.

(Bes. Revis. a. a. O. Motive zu §§. 107—117. des Entw. S. 73.)

i) Funk, welcher diese Ansicht durch Zusammenstellung der §§. 142. und 143. mit dem allgemeineren §. 141. begründet. (Jur. W. 1839. S. 114.)

j) Völk, welcher ausführt:

§. 142. enthalte eine Einschränkung des §. 141. indem es erlaubt sei, so hoch zu bauen, wie man es für gut finde, und welche sowohl auf Erhöhungen alter, als Errichtung neuer Gebäude passe. Der §. 142. spreche von einem neuen Bau, nicht von einem neuen Gebäude; daß man aus den Fenstern des ersten und zweiten Stockwerkes des Nachbarhauses den Himmel zu erblicken außer Stand gesetzt werde, könne auch Folge einer Erhöhung des alten Gebäudes sein; endlich verböten die §§. 46. und 47. des A. L. R. jedes Unternehmen, wodurch Jemand in dem bisherigen Besitze seines Eigenthums gestört werde. (Nachträge, §. 2. S. 40.)

k) Grein, welcher sich auf die ratio legis stützt, indem nämlich der eigentliche Grund der Bestimmung, daß ein zehnjähriges Vorhandensein eines Fensters im nachbarlichen Gebäude, vor welchem gebaut werden solle, dem angrenzenden Eigenthümer in der Befugniß, in der sonst zulässigen Weise zu bauen, einschränken solle, in der Annahme liege, daß diese Einschränkung dem Eigenthümer, welcher es so lange unterlassen habe, seinen Grund und Boden zu baulichen Anlagen zu benutzen, weniger nachtheilig sei, als es wäre, wenn er nicht vorher das Verbauen der schon 10 Jahre oder länger vorhandenen Anlagen zu verhindern hätte. Sei dies richtig, so habe der Eigenthümer durch Errichtung eines Fensters zu erkennen gegeben, daß er seinen Grund und Boden zu baulichen Anlagen benutzen wolle, und es müsse ihm auch gestattet werden, das Gebäude zu erhöhen, so wie ihm solches gleich gestattet gewesen wäre.

(Grein, Baurecht, S. 89. und Note 2.)

Dagegen wird die erstere Alternative angenommen von dem G. zu M. in dem Erl. v. 22. Mai 1827, wegen der Worte des §. 1. neuen Baue, - des §. 147. - unbebauter Zwischenraum, - und weilungen des Eigenthums nicht ausdehnend erklärt werden dürfen.

(Themis 1838. S. 41.)

c) Darf Jemand die Fenster seines Nachbarn, der von einer Seite her sich kein Licht verschaffen kann, durch Anlagen, die ihm Licht gewähren (namentlich durch aufgerichtete Stangen, woran Bretter befestigt sind) verdecken?

Es verneinen:

a) die Erl. (Gerichtshöfe und Data consistiren nicht) im Central- S. 539., weil dergleichen Anlagen lediglich dahin abzielten, den J seinen Rechten zu kränken, wodurch gegen die Vorschriften der §§. 2. A. L. R. I. 8. gehandelt werde.

β) Grein, welcher bemerkt,

daß dergleichen Vorkehrungen nicht das Recht erhalten können, die Nachbars nach Ablauf von 10 Jahren zu verbauen; denn es involvirten (Bau, und nur ein solcher sei geeignet, den Eintritt jener Einschränkung des zu hindern. Auch brauche der Nachbar sich dergleichen Vorkehrungen, die ihm Aussicht entziehen, überhaupt nicht gefallen zu lassen. Dies folge daraus, daß den Nachbar gegen das Verbauen eines Fensters, sobald dasselbe 10 Jahre sogar auf Kosten der Rechte des angrenzenden Eigenthümers schützen; daß die den Umstand, daß die Fenster den Verhältnissen Licht gewähren, höher stellen, sie durch die mögliche Aussicht über das nachbarliche Grundstück dem Nachbar und daraus, daß, wie die Motiven ergäben, dem Bau ad aemulationem entgegen werden solle, welchem Vorkehrungen der gedachten Art gewiß gleich zu stellen

(Grein, Baurecht, S. 89. und Note 1.)

d) Bezieht der Ausdruck „Licht haben“ im §. 142 sich auf schon vorhandene Fenster, oder auf die Möglichkeit, solche anzulegen?

Grein nimmt Letzteres an, indem er ausführt,

daß wenn z. B. ein Verhältniß durch die ganze Tiefe eines Gebäudes gegen es mit der einen Seitenwand an das nachbarliche Grundstück, mit der andern des Eigenthümers stoße, nicht abzusehen sei, weshalb der Nachbar mit neuen in der weitesten Entfernung bleiben solle, da sich der Eigenthümer des Gebäudes durch Fenster in der seinem Hofe zugewendeten Wand Licht verschaffen könne in Rede stehende Einschränkung des Eigenthums führe dem eingeschränkten oft die größten Nachtheile herbei; sie solle nur bezwecken, daß dem Eigenthümer Gebäudes die Möglichkeit, Verhältnisse desselben zu benutzen, nicht dadurch genommen werde, daß die Fenster in solchen Verhältnissen verbaut, und denselben das Licht werde, welches der Eigenthümer anderweitig sich nicht verschaffen könne, und sie die dem eingeschränkten Eigenthümer am wenigsten lästige Weise angewandt sobald es dem Nachbar möglich sei, sich von seiner eigenen Seite her Licht zu verschaffen

(Grein, Baurecht, S. 91, Note 1.)

e) Der Ausdruck: „von einer anderen Seite Licht haben“ zu Zweifeln Veranlassung gegeben.

a) Es ist streitig geworden: ob damit ein solches Licht gemeint sei durch Oeffnungen oder Fenster in einer unmittelbar an das freie Wand eingelassen wird; oder ob ein solches Licht genüge, welches in anderen Zimmer mittelst Glasthüren eindringt?

Die erstere Alternative haben das Stadt-Ger. zu Breslau (Erl. de publ. den 26. April 1836) und der II. Senat des D. L. G. (in dem Erl. v. 14. Febr. 1837) angenommen, weil das Gesetz Sprachgebrauch, unter dem Lichte eines Zimmers nur dasjenige welches durch Oeffnungen oder Fenster in der Wand oder Mauer hineinkommt wird. (§. 137.) (Roch, Schles. Arch. Bd. 1. S. 385 ff.)

β) Wann läßt sich annehmen, daß es dem Eigenthümer unmöglich von seiner eigenen Seite her Licht zu verschaffen?

Brein führt aus, daß, da eine absolute Unmöglichkeit sich in keinem herausstellen werde, weil sich immer bauliche Veränderungen würden vor-
lassen, durch welche den Verhältnissen Licht zugeführt werden könne,
aß es nöthig sei, dasselbe durch Fenster in einer dem Nachbar zugekehrten
zu haben, so könne das Gesetz nur eine durch die bestehenden Verhältnisse
e Unmöglichkeit vor Augen gehabt haben, und es komme also darauf an,
dem Nachbar ohne wesentliche bauliche Veränderungen möglich sei, einem
nisse seines Gebäudes von seiner Seite her Licht zu verschaffen oder nicht?
Brein, Baurecht, S. 91.)

1) Ist es, um den §. 143 anzuwenden, genug, wenn das Gebäude von
anderen Seite her Licht haben kann, oder darf nur darauf gese-
rden, ob das Gebäude bisher von einer anderen Seite Licht ge-
at?

ornemann meint, daß nach den Worten und dem Inhalte der
alien Letzteres angenommen werden müsse. Denn in der revis. monit.
immer: „Hat das Gebäude nur von dieser Seite Licht und Fenster“,
auf das Vorhandensein der Lichtöffnungen das Gewicht gelegt worden;
Inge die ratio legis dies mit sich, nach welcher die Fensterbesitzer in statu
eiben solle. (System, Bd. 2. S. 247. Note*.)

Unter welchen Umständen ist anzunehmen, daß man aus den ungeöff-
fenstern eines Zimmers den Himmel sehen kann?

1) Die Mehrzahl der Ausleger ist der Ansicht, es sei erforderlich, daß ein
von gewöhnlicher Größe in gerader ungezwungener Stellung unmittel-
: den geöffneten Fenstern, den Blick nach oben gekehrt, in der ganzen
der Fenster den Himmel sehen könne.

ür diese Ansicht haben sich erklärt:

α) Das Erf. I. Instanz (Gerichtshof und Datum sind nicht angegeben)
Arbberger Arch. Bd. 2. S. 518.); denn der Zweck des Gesetzes könne
hin gehen, daß die Zimmer von oben unmittelbares Licht empfangen

β) Das Stadtgericht und der II. Sen. des N. L. G. zu Breslau
Erf. v. 26. April 1836, und 14. Febr. 1837, weil das Gesetz
sonderen Stellungen vorschreibe und ein Mann mittlerer Größe
hmen sei.

loch, Schles. Arch. Bd. 1. S. 365 und 366 und Centralbl. 1837. S. 1072.)

γ) Das Ob. Trib. in dem Erf. v. 10. Juni 1835, ausgehend haupt-
von der Voraussetzung, daß nach der Absicht des Gesetzgebers der Neu-
enn ein Zimmer in seiner ganzen Ausdehnung 10 Jahre lang sein Licht
lbar von oben empfangen habe, diesen Zustand nicht mehr solle beein-
en dürfen. (Arnberger Arch. Bd. 2. S. 522.)

δ) Boele, sich auf die Entstehungsgeschichte der §§. 142 und 143 und
red des Gesetzes stützend. (Ulrich, Bd. 2. S. 529.)

ε) Funt, welcher sich darauf stützt, daß die alleg. Bestimmung des A. L.
u Grund in L. 16. de servit. praed. urban. habe, und dem praktischen
der Römer nicht zuzutrauen sei, darin das Wesen eines jus in re zu
aß man knieend in einer Fensterede einen kleinen Theil des Himmels sehen
weßhalb auch nicht anzunehmen, daß die Redaktoren, die sich dem Römi-
lehre anschließen wollten, jenen Sinn ihren Worten haben unterlegen
Außerdem stützt Funt seine Ansicht auch auf die ratio legis und den
hohen Sprachgebrauch. (Jur. W. 1839. S. 120.)

ζ) Dagegen hatte bereits das Hofgericht zu Arnberg (in dem Erf.
n. Bau-Polizei. 2. Aufl.

b. 5. Aug. 1834) angenommen, daß es genüge, wenn der Nachbar, Fenstern der Bau ausgeführt worden, auf irgend eine Weise aus den neten Fenstern des unteren Stockwerkes den Himmel erblicken könne Geseße, welche die Freiheit des Eigenthums beschränken, eine extensiv nicht zulassen, und die entgegengesetzte Auslegung auf Ungereimtheiten (Ulrich, Bd. 2. S. 520.)

In Uebereinstimmung hiermit hat:

γ) das Ob. Trib. mittelst Plenar-Beschl. v. 9. Dec. 1839 ang

Es genüge, wenn der Zwischenraum der Gebäude nicht weniger als drei betrage, und es dem Besitzer des Nachbarhauses auf irgend eine Weise und in Stellung möglich sei, aus den ungeöffneten Fenstern im unteren, oder resp. im werke seines Hauses in vertikaler Richtung den Himmel zu sehen. Es sei zuzubört tlig, anzunehmen, daß die in §§. 142 und 143 gegebene Regel bezwecke, den bi Zustand der Erhellung des nachbarlichen Gebäudes zu sichern. Denn der Ne das neue Gebäude, der Helligkeit der Verhältnisse in dem berechtigten bringe, köi der Annahme der entgegengesetzten Grundsätze sehr verschieden sein; überdies i der Bestimmung des §. 146 folgern, wie das A. L. R. eine Verabredung, daß sagt werden dürfe, was den bisherigen Zustand zum Nachtheile des Berecht verändert, als eine Ausdehnung der im §. 142 dem Berechtigten zugesproch nisse betrachte. Es folge also aus dem §. 142, daß sich der Berechtigte nicht üB Veränderung der Helligkeit seiner Verhältnisse, sondern nur dann beschr wenn die Veränderung über die gesetzlichen Grenzen hinausgehe. Da die in t und 143 vorgeschriebene Beschränkung nicht bloß als erworbene Grundgerech dern auch als gesetzliche Eigenthumsbeschränkung eintreten könne, sobald nu des Nachbarn schon 10 Jahre vorhanden sind, so erhele aus der Natur des henden Verhältnisses, daß bei der gleichen Freiheit eines jeden Eigenthümers Grundstücke zu bauen, hier eine Anwendung des §. 97 der Einl. zum A. L. R. worden, womit die im §. 146 aufgestellte Präsuntion consequent zusammenhã die Annahme, daß der §. 142 nicht den bisherigen Zustand aufrecht erhalten, i bestimmen solle, wie weit derselbe zum Nachtheile eines bereits vorhandenen G ändert werden dürfe, auch mit den leitenden Prinzipien des A. L. R. harmoni Materialien (wie näher gezeigt wird) bestätigten diese Interpretation, indem Inhalte bloß die Absicht zum Grunde lege, zu verhindern, daß die Verhältnisse her Licht gehabt haben, durch einen Neubau ganz unbrauchbar gemacht w übrigen erforderlich sei, daß der Himmel in vertikaler Richtung gesehen we und nicht genüge, wenn man denselben nur nach einer oder auch nach beiden E blicken vermöge, folge theils daraus, daß die Vorschrift des §. 142 mehr gew als die unbedingte Regel des §. 139, theils daraus, daß es nach den Worten darauf ankomme, wie weit das neue Gebäude, welches vor den berechtigt aufgeführt wird, das Licht beschränken dürfe, das von dieser Richtung her ster früher eingefallen ist.

(Just. Min. Bl. 1839. S. 432. — Jur. W. 1840. S. 48. Ein Bd. 5. S. 166.)

δ) Grein ist ebenfalls der Ansicht des Ob. Trib.; denn das lange nur, daß das Fenster nicht geöffnet werde, und bezwecke nicht, d nern des Verhältnisses den Blick zum Himmel zu erhalten, sondern au hältnisse nicht das nöthige Licht zu entziehen.

(Grein, Baurecht, S. 92.)

e) Die Revisoren halten die Bestimmung des §. 142 für f und undeutlich. Wenn man sie dahin auslege, daß eine vor dem Fenst stehende Person den Himmel müsse erblicken können, so komme man fährlichkeit, weil die Größe und Dicke, mehr aber noch die Haltung i von dem erheblichsten Einflusse sei. Es sei daher zur Sprache gekomme die Gesichtslinie durch die innere Dossirung der unteren Fensterbank und Dossirung der oberen Fensterbank gegeben werden könne; allein bei d legung bilde die Dicke der Mauern und die Breite der Fensterbänke, Natur der Sache, einen entscheidenden Moment, und außerdem sei Weise für das Bedürfnis des Lichts sehr wenig gesorgt, weil man noch

in geringen Abstände des benachbarten Hauses den Himmel werde erblicken können. (Bes. Rev. a. a. O. Motive zu §§. 107 – 117 des Erf. G. 73.)

g) In Verbindung mit der vorigen steht die fernere Frage: ob der Nachbar schon dann den Bau eines neuen Gebäudes untersagen kann, wenn er nicht schon das ganze ungeöffnete Fenster den Himmel erblicken kann?

Es bejahet das Just.-Amt Brilon (in dem Erf. v. 15. Aug. 1829); man könne nicht die Absicht des Gesetzgebers gewesen sein, daß dem Nachbar das Fensterbesitzer gewährte Recht dadurch wieder zu verkümmern, daß es schon ausreichend sein solle, wenn der Himmel auch nicht durch das ganze Fenster, sondern nur durch einzelne Scheiben oder Scheibenreihen erblickt werden könne. Eine solche Auslegung sei auch dem Wortverstande des §. 142 h. t. zuwider, da dieser §. nicht von einem einzelnen Theile der Fenster spreche, und da, was vom ganzen Recht sei, auch von allen einzelnen Theilen des Ganzen gelten müsse.

(Arnberger Arch. Bd. 1. S. 364.)

Dagegen verneint das Hofgericht zu Arnberg (per sent. v. 2. März 1830), welchem das O. L. G. zu Münster (in dem Revis. Erf. v. 6. März 1831) beigetreten ist, da der §. 142 nur verlange, daß man überhaupt aus dem geöffneten Fenster den Anblick des Himmels gewinnen könne, nicht aber, daß dies aus allen Theilen desselben möglich sei. (a. a. O. Bd. 1. S. 636.)

h) Muß der, nach dessen Grundstück die Fenster angelegt sind, nothwendig innerhalb zehn Jahren bauen, oder kann er sich sein Recht auch durch eine Protestation, die, dritter Besitzer wegen, in das Hypothekenbuch des benachbarten Grundstückes eingetragen werden müßte, erhalten?

Die letztere Alternative nehmen an:

a) Bornemann, weil die Entstehungsgeschichte der §§. 142 u. 143. erlaube, daß das Recht der Fensterbesitzer aus einer stillschweigenden Einwilligung des Anderen gefolgert werde, und weil es dem Rechtsprinzipie widersprechen würde, daß das, was nicht kraft eines besonderen Rechtes, sondern ex libertate naturae geschieht, und daher von dem Anderen gar nicht gehindert werden kann, der Folge, ohne Rücksicht auf den Widerspruch und die Reservation dieses Anderen, dennoch ein Recht gegen denselben begründen sollte. Es sei daher anzunehmen, daß die §§. 142 und 143 nur Platz greifen können, wenn der Andere durch eine Protestation das Recht des Verbauens nicht reservirt habe.

(System, Bd. 2. S. 244 und 245.)

β) Bielitz, weil durch eine bei Gericht eingelegte und dem anderen Theile bekannt gemachte Protestation nach §. 561. A. L. R. I. 9. der Lauf der Verjährung durch Nichtgebrauch unterbrochen und jedes Recht gegen die nachtheiligen Folgen der Handlungen eines Anderen nach §§. 413 und 466 A. L. R. I. 14. erhalten werden könne. (Jur. W. 1839. S. 122.)

Dagegen halten die erste Alternative für richtig:

α) Hank, weil jede Protestation ein gewisses Recht bei dem Protestirenden voraussetze, in welches vor der Protestation eingegriffen, die Fensteranlage aber ein gesetzliches Befugniß des Nachbarn sei, und weil ferner im Entw. die Zulässigkeit einer Protestation ausgesprochen gewesen, diese Vorschrift jedoch gestrichen worden, dagegen die auf drei Jahre anfänglich festgesetzte Frist in eine zehnjährige verlängert sei, was dafür zu sprechen scheine, daß man die Unzulässigkeit einer Protestation angenommen und es vorgezogen habe, zur Beseitigung der sonstigen Härte des Gesetzes die Frist des Bauens selbst zu verlängern.

(Jur. W. 1839. S. 117 u. 118.)

β) Grein, welcher bemerkt, daß das Recht, Fenster in einer dem Nachbar zugekehrten Wand auszubringen, dem Hauseigentümer als solchem zustehe, und von ihm nicht erst durch Verjährung erworben zu werden brauche. In den Besitz des Rechtes, dem Nachbar das Verbauen vorhandener

Fenster zu untersagen, komme er aber nicht durch das bloße Ausbrechen der Fenster, sondern erst dann, wenn der Nachbar einen Gegenbau beginne, auf die dagegen ertheilte Protestation aber wieder davon abstehe. Der auf zehnjähriges Vorhandensein der Fenster gegründete Erwerb des Rechtes, dem Nachbar das Verbauen der Fenster zu untersagen, könne daher nicht auf Grundsätzen der Verjährung beruhen, welche einen zehnjährigen Besitz dieses Rechtes voraussetze, von welchem hier nicht die Rede sei, und Maßregeln geeignet seien, die Verjährung zu unterbrechen, störten noch nicht den Lauf der zehnjährigen Frist. Eine Klage gegen den Besitzer der Fenster, denselben zum Verbauen zu untersagen, nach Ablauf der zehnjährigen Frist, dem Nachbar das Verbauen der Fenster zu untersagen, könne nach der Natur einer solchen Klage erst angestellt werden, wenn der Fenster sich eines solchen Rechtes berühmt habe; sie sei aber überhaupt nicht zulässig, weil der Gesetzgeber nicht beabsichtigt haben könne, durch ein zehnjähriges Vorhandensein der Fenster für den Eigenthümer ein Recht, dem Nachbar das Verbauen der Fenster zu untersagen, nur zu dem Behufe in Aussicht zu stellen, um den Nachbar zu veranlassen, den Eintritt eines solchen Rechtes durch eine vor Ablauf der zehnjährigen Frist angestellte Klage zu verhindern. Könne dies aber durch eine Klage nicht erreicht werden, so könne Protestation dazu nicht ausreichen, und es bleibe somit dem Eigenthümer nur übrig, den Gegenbau zu beginnen, wenn er den Eintritt jener Einschränkung des Verbaues verhindern wolle. (Rein, Baurecht, S. 90. und Note 1.)

i) Bis zu welchem Zeitpunkte muß das Widerspruchsrecht () ausgeübt werden?

α) Der II. Sen. des D. L. G. zu Ratisbon führt (in dem (Sept. 1838) aus:

Der §. 142. setze voraus, daß der Bau noch nicht ausgeführt sei, daß i Streit zwischen den Nachbarn bei den ersten Vorbereitungen zum Bau, etwa gränzung des Bauplatzes, entstehe. Die Worte: »der Bau solle zurückgete nicht für synonym mit: »abgebrochen, niedergerissen werden« erachtet werden, als durch theilweises und totales Abbrechen, lasse sich das Zurücktreten eines Gebäudes nicht bewirken. Die Voraussetzung, daß erst gebaut werden solle, aus den Anfangsworten des Gesetzes: »sind jedoch die Fenster des Nachbarn, gebaut werden soll«, und finde sich auch im §. 144. ausgesprochen. Hiermit si die allgemeinen, gefeßlichen Vorschriften überein. Nach §. 48. A. E. R. I. 7. Besitzergreifung keine Art des Besitzes erlangt werden. Die Besitzergreifung i die nicht aus dem Besitze einer körperlichen Sache von selbst folge, könne nur Ausübung erlangt werden. (§. 78. I. c.) Das Recht, vom Nachbar daß er in einer gewissen Entfernung von den Fenstern eines Nachbarhar nem eigenen Grundstücke kein Gebäude errichte, sei kein aus dem Eigenthum absolut fließendes Recht, und erfordere daher die Besitzergreifung. Die zehnjäb der Fenster sei nur der Titel (§. 132. A. E. R. I. 2.) zur Beschränkung des l rechtes des Nachbarn. Die Handlung, wodurch der Besitz dieses Untersagui worden werde, sei das Verbot des Baues, und dieses müsse gleich beim E Baues erfolgen (§. 128. Tit. 7., §. 43. Tit. 22. A. E. R. I., in Verbind. mit (Roch's Schles. Arch. Bd. 4. S. 177., Jur. Wochenschr. 1840. S. 677

β) Das Ob. Trib. hat dagegen (in dem Erl. v. 6. Sept. genommen, daß der §. 142. nicht auf den Fall einzuschränken sei, daß zwischen den Nachbarn bei den ersten Vorbereitungen zum Bau entste

Denn zur Ausübung des Widerspruchsrechtes sei erst dann Veranlassung gegeben, wenn eine Beeinträchtigung des Lichtrechtes angenommen werden könne. könne der berechtigte Nachbar aber dann, wenn die Vorbereitungen zum Bau werden, noch nicht annehmen, weil es noch nicht feststehe, ob das Gebäude sei nissen das Licht rauben werde. Erst wenn er dies wisse oder wissen mußte, laßt und verpflichtet, sein Untersagungsrecht auszuüben. Vor Beginn des Baues eine Veranlassung zur Ausübung dieses Rechtes in der Regel nur dann vorhanden, wenn der Besitzer des Hauses von dem bauenden Nachbar in Betreff der Höhe des zu bauenden Baues dergestalt unterrichtet worden, daß das Vorhandensein des im bachten Falles angenommen werden könne. Habe er diese Kenntniß erst nach dem Baue erhalten, so sei er bei Ausübung seiner Befugniß berechtigt, das das Gebäude zu begehren, wenn dies auch nur durch Niederreißen oder Abtragen werden könne, weil sonst das Widerspruchsrecht in vielen Fällen illusorisch geworden würde. Das Recht aus §. 142. bedürfe auch keiner besonderen Besitzergreifung.

1) sei ein Ausfluß des Eigenthums an der Sache, mit der es zugleich übergehe. (§. 77. 2. R. I. 7.) (Roch's Schl. Arch., Bd. 4. S. 179., Jur. Wochenschr. 1840. S. 680.)

k) Kann der Fensterbesitzer gegen den, welcher dieselben zu verbauen ansetzt, in *possessorio summariissimo* auf Unterlassung des Baues klagen?

Bornemann theilt mit, daß das Stadtgericht zu Berlin und dasammergericht, und zwar, nach seiner Ansicht, mit Recht, das Gegentheil genommen haben. Denn aus dem bloßen Dasein der Fenster lasse sich noch nicht auf den Besitz eines Fensterrechtes schließen. Bis zum Beweise, daß die Fenster seit mindestens 10 Jahren bestehen, oder ein Fensterrecht ausdrücklich akquirirt worden, sei anzunehmen, daß der Eine nicht vermöge eines besonderen Titels, sondern Kraft seiner natürlichen Freiheit als Eigenthümer die Fenster zu bauen, und der Andere nicht durch den Bau in ein besonderes Recht des Ersteren eingreife, sondern sich ebenfalls nur seiner natürlichen Freiheit als Eigenthümer bediene. Wenn aber der Fensterbesitzer die zehnjährige Existenz der Fenster beweise, so werde in die Possessorienklage ein fremdartiger Gegenstand, die Klage nach dem Fensterrechte selbst, hineingebracht, was durchaus unzulässig sei. (System Bd. 2. S. 249.)

l) Auf Zäune, Planken und Scheidemauern sind die gesetzlichen Vorschriften über den Abstand neu errichteter Gebäude von Gebäuden des Nachbarn nicht auszudehnen.

Angenommen von dem II. Sen. des Ob. Trib. unterm 13. Mai 1852.

(Entsch. Bd. 22. S. 479. Präj. Nr. 2378 u. Bd. 23. S. 53.)

m) Nach Lübischem Rechte kann jeder Nachbar ein neues Gebäude bis an die Gränze seines Grundstückes vorrücken, wenn nur nicht das Eigenthum des einen Besitz der andere Nachbar sich befindet, dadurch beeinträchtigt wird.

Erkannt von dem II. Sen. des Ob. Trib. unterm 25. Mai 1852.

(Striehorst's Arch. Bd. 5. S. 278. Nr. 51.)

n) Nach den Danziger Statutar-Rechten (Jus Culmense ex ult. rev. 5. 3. Tit. 4. Kap. 3. Danziger Wülführ Thl. I. Kap. 3. Art. 6—8.) kann der Besitzer eines Gebäudes nur, wenn er ein Untersagungsrecht erworben hat, den Nachbar hindern, daß derselbe durch Erhöhung der gemeinschaftlichen Mauer, oder durch einen Bau überhaupt, die in seiner, nach dem benachbarten Grundstück zugekehrten, Wand befindlichen Fenster verbaue.

Die Bestimmungen des A. L. R. I. 8. §§. 139—143 können neben diesen Statutar-Rechten nicht zur Anwendung kommen.

Erkannt von dem II. Sen. des Ob. Trib. unterm 13. Dec. 1849.

(Entsch. Bd. 20. S. 428.)

Zweite Unter-Abtheilung.

1) von den nachbarlichen Einschränkungen des Eigenthums durch andere Rechtstitel, in sofern aus diesen Grundgerechtigkeiten bei Gebäuden hervorgegangen sind.

I.

Vom Rechte der freien Aussicht (*servitus luminum* und *servitus prospectus*).

A. Vom Rechte der freien Aussicht im engeren Sinne (*servitus luminum*).

In Gemäßheit der Vorschrift des A. L. R. Th. I. Tit. 8. §. 138¹⁾ ist der

1) Oben S. 618.

Eigenthümer eines Grundstückes verbunden, Fenster in einer unmittelbar an den Nachbarn Hof oder Garten stoßenden Wand oder Mauer zu vergittern oder zu verstäben, und, wo es die Umstände gestatten, sechs Fuß von dem Boden des Zimmers oder Behältnisses zu erhöhen. Eine den Eigenthümer von dieser Verbindlichkeit befreiende Grundgerechtigkeit ist als Recht der freien Aussicht im engeren Sinne (*servitus luminum*) zu bezeichnen, welches also an sich noch nicht die Befugniß erteilt, dem Eigenthümer des belasteten Grundstückes das Verbauen der Fenster des berechtigten Grundstückes zu verbieten. Der Eigenthümer des belasteten Grundstückes wird durch die *servitus luminum* nicht in der Befugniß beschränkt, der nachbarlichen Gränze so nahe zu bauen, als die Gesetzgebung sonst zulassen, wenngleich durch einen solchen Bau den Fenstern des berechtigten Grundstückes das Licht entzogen wird; denn wer dem Nachbar gestattet, offene (nicht vergitterte oder verstäbte) Fenster zu halten, begiebt sich dadurch noch nicht der Befugniß, seinen Grund und Boden, soweit es sonst zulässig, zu baulichen Anlagen zu benutzen. Denn das A. L. R. Th. I. Tit. 26 §. 62. bestimmt nur:

Das Recht der freien Aussicht schließt die Befugniß in sich, auch in einer an den verpflichteten Hof oder Garten unmittelbar anstoßenden Mauer neue Fenster zu öffnen.

Offene Fenster verhindern aber den Nachbar nicht, dieselben zu verbauen, wenn sie nicht bereits zehn Jahre bestehen, und wenn das Recht zur Haltung offener Fenster diese Wirkung haben soll, so muß dieß ausdrücklich ausgesprochen werden.

B. Von dem Rechte der freien Aussicht im weiteren Sinne (*servitus prospectus*).

Ist die Absicht bei Konstituierung des Rechtes der freien Aussicht dahin gegangen, dem Eigenthümer des berechtigten Grundstückes eine Aussicht über das Grundstück des Nachbarn zu gewähren, oder ist dieß Recht in solchem Umfange während der Verjährungsfrist im Besitze des Berechtigten gewesen, so giebt dasselbe nicht die Befugniß, dem Eigenthümer des belasteten Grundstückes das Verbauen der Fenster zu untersagen (*servitus ne luminibus officiatur*), sondern es darf dieser auch ohne Genehmigung des Berechtigten einen solchen Bau auf dem belasteten Grundstück nicht vornehmen, welcher zwar den Fenstern das Licht nicht entzieht, aber die Aussicht aus denselben beschränkt. Denn das Recht der freien Aussicht in diesem Umfange (*servitus prospectus*) soll nicht bloß das Verbauen, sondern auch die aus den Fenstern mögliche Aussicht erhalten.

Ist zweifelhaft, ob eine *servitus luminum* oder *prospectus* erteilt werden sollen, so ist für erstere zu präsumiren, da solche die geringere Eigenthums-Einschränkung enthält.

II.

Von der Grundgerechtigkeit, dem Nachbar das Verbauen vorhandener Fenster zu untersagen (*servitus ne luminibus officiatur*).

Dieß Recht hat der Eigenthümer eines Grundstückes vermöge der Gesetzgebung nur dann, wenn die Fenster, vor welchen gebaut werden soll, schon zehn Jahre oder länger vorhanden sind. (A. L. R. I. 8. §. 142. ¹⁾)

Wer also auch innerhalb der zehnjährigen Frist den Nachbar verhindern will, angelegte Fenster zu verbauen, oder wer ein solches Recht in einem größeren Umfange, als dem gesetzlichen nach Ablauf der zehn Jahre, ausüben will, muß dasselbe durch besonderen Rechtstitel erwerben. Waltet ein Zweifel

¹⁾ Vergl. oben S. 619.

umfang der *servitus ne luminibus officiatur* ob, und es läßt sich solcher beseitigen, so tritt die Vorschrift des §. 142. cit. ein, wobei der §. 146. maßgebend ist.

III.

Vom Traufrechte.

Das Traufrecht (*servitus stillicidii*) besteht in der Befugniß, daß Naturereignisse herbeigeführte Wasser vom Dache seines Gebäudes unmittelbar auf den nachbarlichen Grund und Boden tröpfeln zu lassen.

Das A. L. R. bestimmt darüber:

1) Thl. I. Tit. 8. §. 189.:

Wer ein Gebäude an der Gränze auführt, darf, in sofern er nicht ein besonderes dazu erworben hat, die Dachtraufe weder auf des Nachbars Grund und Boden, er denselben hinwegleiten.

2) Thl. I. Tit. 22. §§. 59—61.:

. 59. Auch die als Grundgerechtigkeit Jemanden zukommende Befugniß der Dach- oder des Ausgusses auf das benachbarte Grundstück, muß allemal so eingerichtet daß der Nachbar dadurch so wenig Nachtheil, als möglich, erleide.

. 60. Ist zur Abführung der Flüssigkeiten ein Kanal erforderlich, so muß derselbe auch mit einem eisernen Gitter versehen werden.

. 61. Wer das Traufrecht hat, muß dennoch geschehen lassen, daß der Nachbar in allgemeinen Vorschriften zulässigen Nähe an seinen Gebäuden heraufbaue, wenn unter der Traufe bleibt, und selbige unter sein Dach nimmt.

Der Traufberechtigte ist in Ermangelung besonderer Bestimmungen nur, daß durch Naturereignisse auf das Dach des berechtigten Grundstückes Wasser nach den bestehenden Verhältnissen dieses Daches von demselben selbst auf das nachbarliche Grundstück tröpfeln zu lassen. Er ist ohne speciellen Einwilligung des Eigenthümers des belasteten Grundstückes nicht befugt:

- 1) das Regenwasser aufzufangen und durch Rinnen auf das nachbarliche Grundstück zu leiten (*servitus stillicidii recipiendi*);
- 2) durch eine Vergrößerung des Gebäudes oder eine größere Ausdehnung des Daches dem nachbarlichen Grundstück eine größere Wassermasse zuzuführen;
- 3) das berechtigte Gebäude zu erhöhen oder zu erniedrigen, und dadurch der Traufe einen höheren oder niedrigeren Fall zu geben;
- 4) den Vorsprung des Daches weiter, als bisher in den Luftraum des nachbarlichen Grundstückes zu führen.

IV.

Vom Rechte des Ausgusses.

Bei städtischen Grundstücken ist der Eigenthümer schuldig, daß auf seinem Stücke sich sammelnde Wasser von dem nachbarlichen Grundstück durch eine Lage der Oberfläche oder andere Vorkehrungen abzuhalten. Wenn er es durch Veränderung der Bodenfläche oder andere Anlagen dem nachbarlichen Grundstück zuführen will, so muß er hierzu durch speziellen Titel ein (das Recht des Ausgusses) erworben haben, worüber das A. L. R. Tit. 22. §§. 59 u. 60. ¹⁾ die näheren Bestimmungen enthält.

V.

Von dem Rechte der Benutzung einer nachbarlichen Wand oder Mauer.

Diese Grundgerechtigkeiten können sehr verschieden sein; die gewöhnlichsten Arten aber sind:

- 1) das Recht an die nachbarliche Mauer ein Gebäude ohne Gegenleistung zu setzen;
- 2) das Recht, auf die nachbarliche Mauer zu bauen, oder Balken auf dieselbe zu legen (servitus oneris ferendi);
- 3) das Recht, in die nachbarliche Mauer Balken zu legen (servitus immittendi).

Diese Grundgerechtigkeiten können nur durch speziellen Rechtstitel erworben werden.

Das A. L. R. Th. I. Tit. 22. §§. 55 — 58. disponirt darüber folgendes:

§. 55. Das Recht auf die eigenthümliche Mauer eines Andern zu bauen, oder Balken auf dieselbe zu legen, muß, als eine Grundgerechtigkeit, besonders erworben werden.

§. 56. Eine solche Mauer muß der Eigenthümer unterhalten, oder das Eigenthum derselben aufgeben, und es dem Berechtigten überlassen.

§. 57. Wenn der Eigenthümer einer Mauer, die das Gebäude eines Andern stützt, dieselbe ausbessert, oder von Neuem aufführt: so muß er das Gebäude so lange seine Kosten unterstützen.

§. 58. Hat ein bloßer Zufall den Bau nothwendig gemacht, oder wird selbiger dem Verpflichteten bloß zum Besten des Berechtigten geführt: so muß letzterer für die Unterstüßung seines Gebäudes in der Zwischenzeit, bis der Bau vollendet werden wird, selbst sorgen.

Zweites Kapitel.

Bau-Polizei-Gesetze und Bau-Ordnungen für einzelne Regierungs-Bezirke und Städte ¹⁾.

I. Provinz Brandenburg.

1) Instr. der K. Neumärkisch. Kr. u. Dom. Kammer v. 1. Juni 1832 wegen der neuen Bauten und Haupt-Reparaturen der Bürgerhäuser in Städten der Neumark ²⁾. (Hoffmann's Repert. der Preuß. Brandenburg. Th. I. Fortf. 2. S. 263., Rabe's Samml. Bd. 13. S. 335.)

2) Bekanntmach. des K. Ob. Präsid. der Provinz Brandenburg v. 1. Jan. 1832., mit den baupolizeilichen Vorschriften zur Verhütung Feuergefährlichkeit für die zu einer Feuersocietät verbundenen Städte der Provinz und Neumark. (A. XVI. 203. — 1. 82.)

Dazu:

a) R. des K. Min. des J. u. d. P. v. 9. Juli 1840., nebst Bekanntmach. des Ob. Präsid. v. 14. Oct. 1840. (Min. Bl. d. i. B. 1840. S. 373. Nr. 662.)

b) R. des Ob. Präsid. v. 21. Oct. 1832. (A. XVI. 1022. — 4. 112.);

c) R. des K. Min. des J. u. d. P. v. 25. Jan. 1834. (A. XVIII. 241. — 1. 144.)

d) R. des K. Min. des J. u. d. P. v. 22. April 1835. (A. XIX. 500. — 2. 142.)

¹⁾ Da diese Verordnungen, sofern sie noch von praktischem Interesse, durch betr. Regler.-Amtsblätter publicirt worden, so erschien die Hinzufügung derselben genügend.

²⁾ Diese Lokal-Verordn. ist durch die neuere Gesetzgebung zum größten Theile antiquirt zu erachten.

a) R. des R. Min. des J. u. der P. v. 12. Jan. 1833.

(A. XVII. 210. — 1. 127.)

b) Bekanntmachung des R. Ob. Präsid. v. 31. Jan. 1837.

(A. XXI. 245. — 1. 244.)

c) R. des R. Min. des J. v. 11. Okt. 1847 mit der Bau-Polizei-Ord- und der Feuer- und Lösch-Ordnung für das platte Land der Provinz Brandenburg und der Kreise Dramburg und Schivelbein.

Min. Bl. d. i. B. 1847. S. 7. Nr. 11.)

d) Für die Stadt Berlin¹⁾:

e) Spezial-Bau-Reglement für die Stadt Berlin. Mit Erläut. Nebst einem Anh., welcher die im R. L. R. zerstreut befindlichen Baugesetze enthält. 8. Berlin. 38.

f) Bau-Ordnung für die Stadt Berlin v. 30. Nov. 1641.

(Hoffmann's Repertor. d. Pr. Brandenburg. G. S. Thl. I. S. 538., Rabe's Samml. Bd. I. Abth. 1. S. 29.)

g) R. v. 6. Aug. 1733 nebst Gutachten der Churmärk. Rr. und Dom- er v. 3. Juli 1733. (Mylli C. C. M. Tom. VI. Abth. II. Nr. 236.)

h) Spezial-Observanzen, nach welchen die Bau-Kommission in Berlin (Mathis jur. Mon. Schr., Bd. 2. S. 357.)²⁾.

i) Bau-Polizei-Ordn. für die Stadt Berlin, v. 21. April 1853³⁾.

Min. Bl. d. i. B. 1853. S. 119. Nr. 102.)

L. Provinz Preußen.

j) Publik. des R. Polizei-Präsid. zu Königsberg, v. 12. Mai 1817., k Bau-Polizei. (A. I. 245. — 2. 147.)

Ueber die Gültigkeit der Bau-Ordnung für die Stadt Berlin v. 30. Nov. 1641 und der Berliner Spezial-Bau-Observanzen vergl.:

a) das Appell. Erl. in Eisenberg's und Stengel's Beitr. Bd. 18. S. 71.

b) Jur. Zeit. 1832. S. 495—96., 666—673., 715—717., 1049—53., und 1074—78.

c) R. v. 9. April 1832. (Jur. Zeit. 1832. S. 495.)

d) Grein, Rechtsverhältnisse der Nachbarn in Bauangelegenheiten 2c. 8. Berlin. 1842. (Vorrede S. I. u. II.)

e) Centralbl. für Preuß. Juristen pro 1837. S. 1141.

Ueber deren Gültigkeit in den Berliner Rämmereldörfern und den der Gerichts- mkeit des Magistrats zu Berlin unterworfenen Orten vergl. Jur. Zeit. pro 1835. S. 1192.

Diese Bestimmungen finden sich vollständig abgedruckt im Anhange zu dem alleg. Werke von Grein, die Rechtsverhältnisse der Nachbarn in Bauangelegenheiten, worauf hier (zur Raumersparung) verwiesen wird.

Das E. R. des R. Min. für H., G. u. öffentl. Arb. v. 6. Okt. 1853. (an sammtl. . Reg.) bemerkt in Bezug auf diese Bau-Polizei-D.:

Selt längerer Zeit hat sich das Bedürfnis herausgestellt, die baupolizeilichen Vorschriften für Berlin einer Revision zu unterwerfen, und in einer allgemeinen auf Grund des Ges. v. 11. März 1850 zu erlassenden Verordnung zur allge- meinen Kenntniß zu bringen.

Die mannigfachen Rücksichten, welche bei einer derartigen B. in Berlin in Betracht kommen, haben Veranlassung gegeben, die einzelnen Bestimmungen nicht nur einer sorgfältigen technischen Prüfung zu unterwerfen, sondern auch vor Erlaß der Verordnung mit den verschiedenen betheiligten Min. in Einber- vernehmen zu treten. Diese B. ist demnach als geeignet zu erachten, beim Erlaß ähnlicher Bau-Polizei-Verordnungen als Anhalt zu dienen. Die R. Reg. empfängt daher ein Exemplar jener Berliner Bau-Polizei-Ordnung v. 21. April d. J. (Min. Bl. S. 119) mit dem Bemerkten, daß die darin enthal- tenen Vorschriften zwar nicht für alle Städte maßgebend sein werden, aber bei Entwerfung ähnlicher Verordnungen in sofern von Werth sein möchten, als danach der Umfang der polizeilichen Einwirkung bemessen und eine entspre- chende Fassung gewählt werden kann.

(Min. Bl. d. i. B. 1853. S. 243. Nr. 200.)

2) Publif. des K. Polizei-Präsid. zu Königsberg, v. 3. April 1819
9. März 1807¹⁾), betr. die baupolizeil. Vorschriften. (N. III. 546. — 2. 11)

Dazu:

K. des K. Min. des J. (Köhler) v. 4. Nov. 1823. an die R. i
Gumbinnen, betr. die Anwendung des Königsbergischen Publif. v. 9.
1807, wegen baupolizeilicher Anordnungen im Reg. Bez. Gumbinnen.
(N. VII. 967. — 4. 143.)

III. Provinz Schlefien.

a) Für den Reg. Bez. Oppeln.

1) Erneuerte Bau-Polizei-Gesetze und Verordnungen für die St
Departement der K. Preuß. Oberschlef. Reg. zu Oppeln. (N. I. 228. —

2) Publif. der K. Reg. zu Oppeln v. 19. April 1817, betr. das
in den Städten. (N. I. 227. — 2. 142.)

b) Für den Reg. Bez. Liegnitz.

1) Publif. der K. Reg. zu Liegnitz v. 23. Aug. 1816.

(Heinze's Baupol. S. 114.)

2) K. der K. Reg. zu Liegnitz v. 24. Febr. 1818. (a. a. D. S. 12)

c) Für den Reg. Bez. Reichenbach.

Publif. der K. Reg. zu Reichenbach v. 22. Dec. 1817., betr. die b
zeilichen Vorschriften über Neubauten etc. (N. I. 246. — 4. 136.)

d) Vergl. die im Polizeiwesen Bd. II. S. 283—302. mitget
zunächst die Feuer-Polizei betr. Reglements und Publikanda, welche an
polizeiliche Vorschriften für die betr. Regierungs-Bezirke enthalten.

IV. Provinz Posen.

1) K. des K. Min. des J. u. d. P. v. 30. Nov. 1837 an den K. Di
der Prob. Posen, welcher die von dem Magistrate zu Posen unterm
1838 entworfene und von der K. Reg. daselbst unterm 9. Juni 1838 b
Bauordnung für die Stadt Posen genehmiget. (N. XXI. 1093. — 4.

2) K. des K. Min. des J., Abth. II. (v. Manteuffel) v. 10. Mai
an die K. Reg. zu Bromberg und Posen. Die Reg. im Großherzog
Posen sollen ermächtigt sein, in den dortigen Städten von den gesetzlich
schriften in Betreff des Erfordernisses von Zwischenräumen bei Häuserba
den Straßen zu dispensiren.

Mit Bezug auf die Bestimmung des Landtag-Abchiedes v. 27. Dec. v. J.
zum lebenten Provinzial-Landtage versammelt gewesenen Stände des Großherz
Posen, zu Nr. 33 der ständischen Petitionen, die beantragte Abänderung d
SS. 139—147 Tit. 8. Th. I. des N. L. R. enthaltenen Vorschriften betreffend,
K. Reg. hiermit ermächtigt, in denselben Städten Ihres Regierungs-Bezirks, w
angemessen erscheint, durch eine von Ihr zu bestätigende ortspolizeiliche Verordn
zu sorgen,

daß in Zukunft neu aufzuführende Gebäude in den Straßen und an
Plätzen durch Zwischenräume nicht getrennt, sondern, sofern nicht beson
hältnisse eine von Ihr zu genehmigende Ausnahme erheischen, stets den
nen nachbarlichen Häusern unmittelbar angebaut werden.

Die K. Reg. hat jedoch, bevor Dieselbe für die einzelnen Städte eine solch
nung trifft, darüber die Magistrate zu hören, und wenn diese etwa der Maßreg
treten, oder sonst in Beziehung auf die Ausführung der letzteren in einzelne
Bedenken obwalten sollten, deshalb die Entscheidung des Min. des J. einzufol
(Min. Bl. d. i. R. 1846. S. 86. Nr. 133.)

¹⁾ Dies letztere Publ. gründet sich auf die Genehmigung des vormaligen
Direktoriums v. 9. März 1807. und ist unterm 9. ej. m. von der
Kriegs- und Domainenkammer zu Königsberg bestätigt worden. (N.
des J. u. d. P., betr. die in baupolizeil. Hinsicht gegebenen Vorschriften
Sachen, Gen. Nr. 7. Vol. II. fol. 4.)

V. Provinz Pommern.

1) Publ. der R. Reg. zu Köslin v. 16. Aug. 1820, betr. das Verfahren zu bauen und Reparaturen in den Städten. (A. IV. 608. — 3. 91.)

2) R. des R. Min. des J. v. 5. Aug. 1847 mit der Feuer-Polizei-Ordn. Städte Alt-Pommerns, ausschließlich der Stadt Stettin und der Flecken Gützow und Stegenitz. (Min. Bl. d. I. B. 1847. S. 233. Nr. 285.)

3) R. desselb. Min. v. 9. Nov. 1847, betr. die Ausdehnung der Altpomm. Feuer-Polizei-Ordnung auf die Flecken Werben, Gützow und Stegenitz. (Min. Bl. d. I. B. 1847. S. 327. Nr. 396.)

Vergl. diese R. im Suppl. Bd. II. zum Polizeiwesen, bei der Feuer-Polizei.

VI. Provinz Westphalen.

Publ. der R. Reg. zu Münster v. 14. Jan. 1818, betr. die Bau-Polizei. (A. II. 162. — 1. 84.)

VII. Rhein-Provinz.

Für die Stadt Crefeld ist ein Bau-Polizei-Reglement erlassen, welches am 22. März 1821 genehmigt und mittelst R. der R. Reg. zu Koblenz v. 28. April 1821 publicirt worden ist. (A. V. 189. — 1. 108.)

Zweiter Abschnitt.

Vom Bau auf fremdem Boden, oder mit fremden Materialien, oder auf freiem Boden mit fremden Materialien zugleich.

Das R. L. R. handelt diese Lehre in Th. I. Tit. 9. unter dem Abschn. 6. von der Erwerbung der An- und Zuwüchse ab.

Erstes Kapitel.

Vom Bau auf fremdem Boden.

Das R. L. R. Th. I. Tit. 9. §§. 327 — 333 disponirt:

327. Hat Jemand ein für sich selbst bestehendes Gebäude auf freiem Grund ohne Vorwissen des Grundeigenthümers errichtet; so hängt es von dem Grundeigenthümer ab, das Gebäude zu erhalten, oder auf dessen Wegschaffung und Abbrechung zu bestehen.

328. Wählt der Grundeigenthümer das Letztere, so muß das Abbrechen und Abtragen auf Kosten des Bauenden erfolgen; und dieser haftet noch außerdem, nach seiner Verschuldung, dem Eigenthümer für den erlittenen Schaden und entgangenen Gewinn.

329. Verlangt der Grundeigenthümer die Erhaltung des Gebäudes, so kann er es entweder selbst zuweisen, oder es mit dem dazu gehörenden Grund und Boden dem Bauenden überlassen.

330. Will der Grundeigenthümer das Gebäude behalten, so muß er dem Bauenden die Baukosten, so weit sie den Werth des Gebäudes, nach der Schätzung der Sachverständigen, nicht übersteigen, gestatten.

331. Will der Grundeigenthümer das Gebäude dem Bauenden überlassen, so muß er ihm den Werth des Grundes und Bodens vergüten, und noch außerdem den Schaden erstatten, welchen der Eigenthümer, durch Verengung des nöthigen Platzes nach seiner Lage und seinem Gewerbe erweislich leidet.

332. Hat der Eigenthümer des Grundes und Bodens um den Bau gewußt, gleich, als er davon Nachricht erhalten, der Fortsetzung desselben auf eine solche Weise zur Wissenschaft des Bauenden gelangt ist, widersprochen; so muß er mit der Zahlung für Grund und Boden sich begnügen.

333. Wie es zu halten sei, wenn der Besizer eines ganzen Guts Gebäude darauf und hiernächst das Gut, nebst den Gebäuden, dem Eigenthümer zurückgeben will, ist vom Besizer verordnet. (Tit. 7. §§. 204 — 221. §. 238.)

1) Ob und in wiefern gehen den speciellen Vorschriften der §§. 32 des A. L. R. Th. I. Tit. 9. die Vorschriften des A. L. R. I. 7. betr. Obligationen des Besitzers (§§. 204—211) vor?

Die Gen. Rom. zu Posen führt (in dem Erl. v. 8. Jan. 1841) es sei unbedenklich, daß der redliche Besitzer im Falle des §§. 332 A. L. R. I. 7 nicht bloß die Meliorationskosten, in Gemäßheit der §§. 204—211 A. L. R. I. 7 könne; denn, es liege kein Grund vor, die günstigere Vorschrift des §. 332 nicht anzuwenden. Dagegen stehe dem unredlichen Besitzer nach §. 238 des A. L. R. I. 7 nur das Recht zu, die offenbaren Verbesserungen wegzunehmen, und daher sei selbhaft, ob auch ihm der §. 332 zu Statten komme. Der §. 332 setze keineswegs daß der Bauende bona fide gebaut habe¹⁾, denn der §. 333 bestimme, daß nur Fall die Vorschriften des Tit. 7 anzuwenden, wenn der Besitzer eines ganzen Gebäude darauf errichte, woraus folge, daß in allen übrigen Fällen nur die speciellen Vorschriften der §§. 327—332 Anwendung fänden. Es sei auch die Materie vom fremdem Grund und Boden, die sich eben nur auf das Bebauen eines Platzes im Tit. 9 als ein *modus acquirendi* behandelt, woraus sich erkläre, daß die §§. 327—332 ohne Rücksicht auf redlichen und unredlichen Besitz Seitens des Bauenden anzuwenden, ob der Bau mit oder ohne Vorwissen des Eigenthümers erfolgte. Die für alle Fälle gegebenen Modalitäten der §§. 327—331 ließen keinen Zweifel, daß die allgem. Vorschriften des Tit. 7 ganz ausgeschlossen blieben.

(Centralbl. 1841. S. 295.)

2) Wie ist der im §. 327 A. L. R. I. 9. gebrauchte Ausdruck: sich bestehendes Gebäude zu verstehen?

Das D. L. G. zu Münster (Datum des Erl. konstatirt nicht) hält, daß der Ausdruck ganz allgemein sei und jede Bauanlage begreife, wie solche für sich und als unverbunden mit einem bereits vorhandenen Gebäude besteht, mithin auch eine freistehende Mauer. (Arnöberger Archiv, Bd. 10.

Zweites Kapitel.

Vom Bau mit fremden Materialien.

Das A. L. R. Th. I. Tit. 9. §§. 334 und 335 bestimmt:

§. 334. Hat Jemand fremde Materialien, auf seinem eigenen Grund und Boden ohne Vorwissen des Eigenthümers, verbaut, so kann zwar Letzterer weder die verbauten Materialien zurückfordern, noch das Eigenthum des Gebäudes verlangen.

§. 335. Er muß aber von dem Bauenden, nach Maßgabe der demselben obliegenden Verschuldung, für den Verlust seiner Materialien entschädigt werden.

Drittes Kapitel.

Von dem Bau auf fremdem Boden und mit fremden Materialien zugleich.

Das A. L. R. Th. I. Tit. 9. §§. 336—339, schreibt vor:

§. 336. Hat Jemand fremde Materialien auf fremdem Grunde und Boden ohne Vorwissen beider Eigenthümer, verbaut, so ist die Frage über das Eigenthum des Gebäudes zwischen ihm und dem Grundeigenthümer, nach obigen Grundsätzen §§. 327—332 zu entscheiden.

§. 337. Dem Eigenthümer der Materialien muß der Bauende nach §. 335 gerecht werden.

§. 338. Hingegen hat der Eigenthümer der Materialien an den Grundeigenthümer keinen Anspruch, in sofern dieser an der Kränkung des Erstern in seinem Eigenthume nicht Theil gehabt hat, gar keinen Anspruch.

§. 339. Doch kann der Eigenthümer der Materialien, wegen seiner von dem Grundeigenthümer zu erhaltenden Entschädigung, an das, was der Grundeigenthümer dem Bauenden etwa noch zu leisten hat, sich vorzüglich halten.

Zum §. 339 a. a. O. bemerken die Gesetz-Revisoren:

dieser §. deute ein Vorzugsrecht des Eigenthümers der Materialien in Bezug auf die Entschädigung gegen denjenigen, welcher die Materialien verbaut hat, ohne das Vorzugsrecht

¹⁾ Dies nimmt Bornemann an, indem sonst eine unerlaubte Handlung vorliege, von welcher keine Rechte entstehen könnten. (System, Bd. 2. S. 62.)

erheben. Die Bestimmung sei bei der Umarbeitung des gedr. Entw. eingeschoben, die Vorarbeiten des L. R. gäben über den Sinn derselben keine nähere Auskunft. Eigenthümer der Materialien könne indeß in dem Vermögen des Bauenden, nur auf die von dem Grundeigenthümer etwa noch zu zahlende Summe kein anderrecht haben, als dasjenige, welches die Presordnung Tit. 50 §. 424 demjenigen, der Gemeinsschuldner Materialien geliefert hat, gegen die Masse gebe, wenn sich Gebäude noch in derselben befindet. Der Anspruch des Bauenden an den Grundeigenthümer vertrete den Werth eines zur Masse gehörenden Gebäudes, und hierauf stehe das Vorrecht dessen, der die Materialien geliefert habe. (Beschreib. Pens. XIII. S. 114.)

Dritter Abschnitt.

von dem Rechtsverhältnisse zwischen Bauherrn und Bau-Handwerkern und Bau-Unternehmern.

Das A. L. R. handelt diese Lehre in Th. I. Tit. 11 unter dem Abschn. 8 von Verträgen, wodurch Sachen gegen Handlungen, oder Handlungen gegen Sachen versprochen werden, ab, und stellt die Verträge, wodurch Werkmeister oder Künstler zur Verrichtung einer gewissen Arbeit gebunden werden, denjenigen, wodurch denselben ganze Werke in Pausch und Bogen angekauft werden, als Unter-Abtheilung der Klasse der genannten Gattung der Verträge dar.

I.

Verträge zwischen Bauherrn und Bau-Handwerkern und Künstlern.

Das A. L. R. Th. I. Tit. 11. §§. 920—924 bestimmt:

§. 920. Was vorstehend von gemeinen Handarbeitern verordnet ist, findet in der That auch alsdann Statt, wenn Werkmeister oder Künstler zur Verrichtung einer gewissen Arbeit gebunden werden.

§. 921. Doch sind diese die Arbeit nach den Regeln ihrer Kunst zu verrichten, und für ein geringes Versehen zu haften schuldig.

§. 922. Hat aber der Dingende eine gewisse Art, wie die Arbeit verrichtet werden soll, ausdrücklich vorgeschrieben; so ist der Arbeiter, wofern nicht Polizeigesetze entgegenstehen, darnach zu richten verbunden.

§. 923. Er darf jedoch dabei nur für ein mäßiges Versehen haften, und in sofern ein solches Versehen ihm nicht zur Last fällt, den Erfolg auf seine Weise vertreten.

§. 924. In den Fällen, wo der gemeine Handarbeiter nach den §§. 909. 910. 913. für die Wartezeit fordern kann, muß dem Werkmeister oder Künstler eine billige Vergütung nach richterlichem Ermessen ausgesetzt werden.

II.

Verträge über ein verbundenes Werk.

A. Allgemeine Vorschriften.

Das A. L. R. Th. I. Tit. 11. §§. 925—965¹⁾ disponirt:

§. 925. Ist ein Werkmeister oder Künstler nicht bloß zu einer Arbeit gebunden, sondern ein ganzes Werk in Pausch und Bogen angekauft worden; so finden zuvörderst die allgemeinen Grundsätze §§. 869 sqq. Anwendung.

§§. 925—965. Die §§. 966 und 967 A. L. R. I. 11, sowie die Vorschriften von Verträgen über ein verbundenes Werk überhaupt (§§. 925—965 ibid.) bleiben in der That in Anwendung, wenn der Uebernehmer eines Baues oder Werkes kein Bauwerk-Verständiger ist. Auch ist die Ausführung eines Baues nicht als eine bloß einzelner, selbstständiger in sich vollendeter Leistungen anzusehen und nicht der Bestimmung des §. 885 ibid. zu subsumiren; vielmehr ist nur die Hinstellung des vollendeten Gebäudes als die dem Bauübernehmer obliegende Leistung anzunehmen, und es muß dieser den das unvollendete Gebäude treffenden Zufall tragen.

So erkannt im J. 1832 von dem II. Sen. des Geh. Ob. Trib.

(Präj. Nr. 35, Präj. Samml. S. 69.)

§. 926. Auch wenn der Werkmeister die Materialien herzugeben übernommen kann ein solcher Vertrag, unter dem Vorwande der Verletzung über oder unter der Hand weder von einem noch dem andern Theile angefochten werden. (§. 870.)

§. 927. Vielmehr muß der Werkmeister seiner Verbindlichkeit ein Genüge thun wenn es auch zu seinem Schaden ausfallen sollte.

§. 928. In allen Fällen, wo ein Werk oder eine Arbeit einem Werkmeister anvertraut worden, ist derselbe das Geschäft selbst auszuführen verpflichtet kann die Ausführung, wider den Willen des Bestellers, einem Anderen nicht überlassen.

§. 929. Dagegen kann er sich, wenn nicht ein Anderes ausdrücklich bezogen fremder Gehülfen und Mitarbeiter dabei bedienen.

§. 930. Er muß aber die Handlungen dieser von ihm selbst gewählten gleich seinen eigenen, beitreten.

§. 931. Auch hat der Besteller ein Recht des Widerspruchs, wenn der Werkmeister zu Arbeiten, welche handwerksmäßige Kenntnisse und Geschicklichkeit erfordern, zu diesem Handwerke nicht gehören, und überhaupt, wenn er offenbar untüchtig und Gehülfen annimmt.

§. 932. Der Werkmeister kann der Regel nach und wenn nicht ein Anderes verabredet ist, die Zahlung nicht eher fordern, als bis das Werk bedingenermaßen fertig ist, und von dem Besteller übernommen worden.

§. 933. Das bestellte Werk muß zur bestimmten Zeit vollendet und abgeliefert werden.

§. 934. Ist keine Zeit bestimmt, so muß der Werkmeister die Arbeit sofort und gehörig fortsetzen.

§. 935. Auch ein Werkmeister ist nicht befugt, das bestellte Werk noch vor der ausdrücklich bestimmten Zeit abzuliefern, und den Besteller zur Annahme zu nöthigen.

§. 936. Liefert der Werkmeister das Werk zur bestimmten Zeit nicht ab, so verbleibt von da an alle Gefahr, auch wegen der etwa von dem Besteller gelieferten Materialien.

§. 937. Er haftet überdies dem Besteller für den aus der Zögerung entstehenden Schaden, nach Verhältnis seines entweder bei Abschließung des Vertrages, oder während der Arbeit begangenen Verschuldens.

§. 938. Ueberhaupt aber steht dem Besteller frei, wenn das Werk mit dem ausdrücklich bestimmten Zeit durch die Schuld des Werkmeisters, oder durch dessen Person sich ereignenden Zufall, nicht abgeliefert wird, von dem Vertrage zurückzutreten¹⁾.

§. 939. Wird die Uebernahme des fertigen Werkes von dem Besteller aus irgend einem Grund verzögert, so muß Letzterer alle Gefahr tragen.

§. 940. Ueberdies muß der Besteller dem Werkmeister für den bedingten Zögerungszinsen, vom Ablaufe der bestimmten Zeit an, wo das Werk fertig war, und allen sonstigen aus der verzögerten Uebernahme entstandenen Schaden, durch längere Aufbewahrung der Sache verursachten Kosten vergüten.

§. 941. Die auf ein bedingenes Werk im Voraus geleisteten Zahlungen auf den verabredeten Preis in Abzug gebracht.

§. 942. Ist bei der Bestellung kein Preis verabredet worden, und die Parteien können sich darüber bei der Ablieferung nicht vereinigen, so muß derselbe, nach Gutdünken der Sachverständigen, von dem Richter bestimmt werden.

§. 943. Bei der Ablieferung des Werkes kann jeder von beiden Theilen verlangen, daß dasselbe auf seine Kosten von Sachverständigen besichtigt werde²⁾.

¹⁾ a) Bornemann (Syst. Bd. 3. S. 336. Note **) folgert aus §§. 936–938, daß ein bloß zufälliger Aufenthalt den Besteller noch nicht zum Rücktritt berechtigt. Ein Rechtsfall über die Anwendung des §. 938 h. t. wird im Senat Preuß. Jur. pro 1840 S. 1085 mitgetheilt.

b) Zu §§. 938 und 943. Der Besteller eines zu spät abgelieferten Werkes kann von der Befugniß des Rücktritts nicht mehr Gebrauch machen, sobald der Werkmeister gegenüber einmal erklärt hat, daß er sich dieses Rechtes nicht bedienen, sondern bei dem Vertrage stehen bleiben wolle.

So erkannt von dem IV. Sen. des Ob. Trib. per sent. v. 7. Mai 1841 (Entsch. Bd. 19. S. 151.)

²⁾ Was ist Rechtens, wenn der Besteller die Annahme des Werkes wegen der Untüchtigkeit verweigert, und sich demnach auf eine Besichtigung durch Sachverständige nicht einlassen will?

Bornemann ist der Ansicht, daß der Werkmeister, welcher das Werk offerirt, und falls der Besteller dessen Tüchtigkeit nicht anerkennen wolle, die

- §. 944.** Sind keine öffentlich bestellte Schaumeister vorhanden, so ist jeder Theil Kunstverständigen in Vorschlag zu bringen berechtigt.
- §. 945.** Finden die Kunstverständigen einstimmig, daß das Werk tüchtig und kon-
fölig angefertigt sei, so muß der Besteller es annehmen und die versprochene Zahlung
leisten¹⁾.
- §. 946.** Doch bleibt ihm, nach geleisteter Zahlung, die Ausführung seiner Einwen-
den im Wege Rechts vorbehalten.
- §. 947.** Wird das Werk untüchtig befunden, so hat der Besteller die Wahl: ob er
kontrakte abgehen, und also die Annahme verweigern, oder Schadloshaltung wegen
merkten Fehler fordern wolle.
- §. 948.** Doch steht auch dem Werkmeister frei, über die von dem Besteller behaup-
tetüchtigkeit des Werks, auf richterliche Untersuchung und Entscheidung anzutragen²⁾.
- §. 949.** In allen Fällen, wo der Besteller wegen befundener Untüchtigkeit das Werk
nehmen nicht schuldig ist, kann er für die von ihm dazu geleisteten Materialien, nach
Bahl entweder Ersatz in gleicher Quantität und gleicher Qualität, oder Vergütung
Werths fordern.
- §. 950.** Wählt der Besteller das Letztere, und hat er die Materialien selbst ange-
so muß ihm der kostende Preis, sonst aber der Werth, welchen die Materialien, zur
Ablieferung an den Besteller gehabt haben, ersetzt werden³⁾.
- §. 951.** In Ansehung solcher Fehler, welche keinen wesentlichen Einfluß auf den
Sach der Sache haben, findet nur Minderung des bedungenen Preises, oder Schad-
loshaltung Statt.

gung durch Sachverständige verlange, alles gethan habe, was von seiner Seite zur
Erfüllung geschehen müsse, daß dagegen der Andere in mora accipiendi, und dem-
folge der Werkmeister alternativ befugt sei, von dem Vertrage zurückzutreten, und
Schadloshaltung wegen der unterbliebenen Vollziehung des Geschäftes zu verlan-
gen, oder auf Erfüllung zu klagen. Die Klage werde aber dahin zu richten sein, daß
der Besteller verurtheilt werde, principaliter sofort einen Sachverständigen zu ernen-
nen, und nach Beschltigung der tüchtig befundenen Werke, gegen Zahlung des Prei-
ses nebst Verzugszinsen abzunehmen, eventualiter bei fernerer Weigerung, ohne vor-
läufige Beschltigung, diesen Preis nebst Zinsen zu zahlen. Eben dahin werde die
Klage zu richten und der Besteller zu verurtheilen sein, wenn derselbe zwar die Tüch-
tigkeit des Werkes nicht bestreite, dennoch aber die Abnahme ungebührlich verzögere.
Nach diesen Grundsätzen habe auch das Kammergericht erkannt.

(Syst., Bd. 3. S. 338. 339.)

Müller nimmt auf Grund der §§. 945 ff. h. t. an:

a) daß ein Bau, welcher nach Maßgabe der im Bauafforde entweder unmittel-
bar oder mittelbar durch Bezugnahme auf die vorgelegten Anschläge und Zeich-
nungen gegebenen Vorschriften ausgeführt worden und zu dem bestimmten Gebrauche
tauglich sei, und welchem keine ausdrücklich vorbedungene Eigenschaft ermangele,
tüchtig und kontraktmäßig ausgeführt zu halten sei, wenn gleich erhebliche Fehler
in der äußerlichen Form begangen worden sei;

b) daß eine Minderung der Afford-Summe nur wegen solcher Fehler, durch
welche der nach dem Anschlage zu bestimmende Werth des Baues wirklich vermin-
det worden, und bloß in dem Falle, wenn der Einfluß solcher Fehler auf den
Werth des Baues nach Gelde zu schätzen sei, statfinde, der Bauherr hingegen in
allen übrigen Fällen wegen aller und jeder Fehler nur Schadloshaltung fordern
konne.

(C. Z. Müller, sieben Abhandlungen über Einreden nach der Theorie des Pr.
Rechts ic. Leipzig, 1836. Abh. VII.)

Bei Lieferung übernommener Werke kommt es in Rücksicht auf Brauchbarkeit und
Zweckmäßigkeit nicht allein auf die ausdrücklich bedungenen, sondern auch auf die
schweigend vorausgesetzten Eigenschaften der Sache an, und es kann der Unter-
schied zwischen den freien und mechanischen Künsten auf diese Lehre nur in so-
fern Einfluß haben, als ein Kunstwerk zwar für sich und als solches noch von
Werth sein mag, wenn es gleich zu dem bestimmten Zweck nicht tauglich ist.

(Stewert §. 2. S. 188. Nr. 13. und §. 5. S. 128. Nr. 8. Klein, System.
2. Ausg. Bd. 1. S. 324. S. 325. Note 1.)

b. 17. Juni 1831, R. v. 5. Mai 1834 und R. v. 12. Dec. 1837. Im §. 950
ist statt: „Besteller“ zu setzen: „Werkmeister.“

(Jahrb. Bd. 37. S. 323. und Bd. 43. S. 445. Gräff Bd. 6. S. 7. und
Bd. 8. S. 3. Jahrb. Bd. 50. S. 469., Gräff Bd. 12. S. 2.)

§. 952. Ist jedoch bei Werken, die zur Bracht und Bierbe bestimmt sind, in äußerlichen Gestalt und Form derselben ein erheblicher Fehler begangen worden, so ist wenn auch dieser Fehler den Gebrauch der Sache an sich nicht hindert, dennoch die Vorschrift §. 947 Anwendung.

§. 953. Eben das gilt, wenn der Sache eine ausdrücklich vorbedungene, n. gleich an sich außerwesentliche Eigenschaft ermangelt.

§. 954. Der Werkmeister haftet für die gegen die Regeln seiner Kunst begangenen Fehler, und muß dabei auch ein geringes Versehen vertreten.

§. 955. Hat er aber auf ausdrückliches Verlangen des Bestellers von den Regeln seiner Kunst abweichen müssen, so findet die Vorschrift des §. 923. Anwendung.

§. 956. Ist die Auswahl und Anschaffung der Materialien dem Werkmeister überlassen worden, so muß er auch dabei ein geringes Versehen vertreten.

§. 957. Hat der Besteller die Materialien geliefert, und darüber kein Urtheil vom Werkmeister verlangt, so haftet Letzterer für einen aus der Beschaffenheit dieser Materialien entstandenen Fehler nur alsdann, wenn dieselben zu der bestellten Arbeit untauglich waren, und er den Besteller deshalb nicht gewarnt hat.

§. 958. Verlangt hingegen der Besteller über die von ihm angeschafften Materialien das Urtheil des Werkmeisters, so haftet Letzterer bei dieser Beurtheilung nur für ein mögliches Versehen.

§. 959. Unglücksfälle an Materialien, während der Arbeit, treffen den Eigenthümer derselben.

§. 960. Wird das Werk selbst, vor der zur Uebergabe bestimmten Zeit durch Zufall vernichtet, oder unbrauchbar gemacht, so verliert der Werkmeister Arbeitslohn und Auslagen.

§. 961. Hat der Besteller die Materialien geliefert, so muß er dieselben, so lange noch vorhanden, und wie sie beschaffen sind, zurückerheben.

§. 962. Auch ist er in diesem Falle befugt, von dem Vertrage abzugehen, n. gleich der Werkmeister zur Anfertigung eines neuen Werks gegen den verabredeten Preis und gegen Lieferung neuer Materialien, sich erlauben wollte.

§. 963. Hat aber in dem Falle der §. 960. der Werkmeister die Materialien angeschafft, so hängt es von diesem ab, ob er von dem Kontrakte abgehen, oder noch zur Erfüllung mit andern Materialien zugelassen sein wolle.

§. 964. Doch findet Letzteres nur in sofern Statt, als entweder kein Termin für die Ablieferung bestimmt war, oder der Werkmeister die bestimmte Frist noch inne hatte.

§. 965. Ereignet sich der Unglücksfall an dem Werke nach dem zur Ablieferung bestimmten Termine, jedoch vor der wirklichen Uebergabe, so hat es bei den Vorschriften §. 936. 937. 938. sein Verbleiben.

B. Von verbundenen Bauten insbesondere.

Das A. L. R. disponirt in Thl. I. Tit. 11. §§. 966 — 970.:

§. 966. Wenn ein übernommener Bau vor der Uebergabe einstürzt, oder Schaden leidet, so wird vermuthet, daß der Unfall aus einem Fehler des Baumeisters entstanden sei.

§. 967. Ist der Schaden erweislich durch einen bloßen Zufall, oder durch einen andern Fehler entstanden, welchen der Baumeister als Kunstverständiger nicht hat vermeiden können; so trifft der Verlust den Bauherrn.

§. 968. Ist aber der Bau von dem Bauherrn einmal übernommen worden, kann der Baumeister wegen solcher Fehler, die aus der Bauart, und weil dabei die Regeln der Kunst angeblich nicht beobachtet worden, entstanden sein sollen, nur innerhalb eines Jahres nach der Uebergabe in Anspruch genommen werden.

§. 969. Wegen solcher Fehler hingegen, die in der schlechten Beschaffenheit der Materialien ihren Grund haben sollen, kann der Baumeister zu allen Zeiten, innerhalb der gewöhnlichen Verjährungsfrist, zur Verantwortung gezogen werden.

§. 970. In beiden Fällen aber ist, auch nach der Uebergabe, die Frage: in wiefern ein sich äußernder Fehler, je nachdem derselbe in der Beschaffenheit der Materialien, oder in der Arbeit seinen Grund hat, von dem Baumeister vertreten werden müsse? nach den Vorschriften §§. 954 — 958. ¹⁾ zu beurtheilen.

C. Rechte aus diesem Vertrage bei entstandenem Kontrakte

Das A. L. R. Thl. I. Tit. 11. §§. 971 — 980. bestimmt:

§. 971. Bei unbeweglichen Sachen hat der Werkmeister, in Ansehung der

¹⁾ Siehe oben.

verwendeten Materialien und Arbeiten, ein in der Konkurs-Ordnung ¹⁾ näher bestimmtes Recht.

§. 972. Dieses Vorrecht kann er, so lange der Konkurs noch nicht eröffnet ist, auf Sache, auch ohne die besondere Einwilligung des Schuldners, eintragen lassen ²⁾.

§. 973. Auf bewegliche Sachen, die dem Besteller einmal übergeben worden, kann Vorrecht nicht ausgedehnt werden.

§. 974. Entsteht aber vor der Uebergabe Konkurs über das Vermögen des Bestellers, so kann der Werkmeister, wegen seiner Arbeit und Auslagen, des Zurückbehaltungsrechts auf das noch in seinem Gewahrsam befindliche Werk sich bedienen ³⁾.

) Die A. O. O. Zhl. I. Tit. 50. §. 424. weist die Baugläubiger in die vierte Klasse, und disponirt in dieser Beziehung:

• Diejenigen, welche vor Ausbruch des Konkurses zum Aufbau, oder zur Verbesserung der zur Masse gehörigen Gebäude, Materialien geliefert, Arbeiten gethan oder Gelder vorgeschossen haben, welche auch zu diesem Behufe verwendet worden sind.

• Bei entstehender Konkurrenz bestimmt die Zeit des geschlossenen Kontrakts das Vorzugsrecht einer jeden Forderung. Ist kein Kontrakt vorhanden, so wird der Ort durch die Zeit der geschehenen Lieferung, des geleisteten Vorschusses oder der verrichteten Arbeit bestimmt.

Es ist kontrovers, ob die Eintragung in Gemäßheit der §§. 971. 972. erst nach der gänzlichen Vollendung des Baues, oder auch schon früher zulässig ist?

Die erstere Alternative nehmen an:

a) die Revisoren, weil das Pfandrecht nicht durch den Vertrag, sondern durch dessen Erfüllung, d. h. durch die Ausführung des Werkes entstehe, mithin auch nur von diesem Zeitpunkt an ein Recht auf die Eintragung ins Leben treten könne.

(Gesetzrev. Pens. XIV. S. 165.)

b) Bornemann, indem in Ermangelung einer anderweitigen Abrede die Forderung des Werkmeisters erst alsdann existent werde; nur wenn im Laufe der Arbeit Abschlagszahlungen zu leisten seien, könne deren Eintragung am Tage der Fälligkeit verlangt werden. (System Bd. 3. S. 340. 341.)

Die letztere Alternative nimmt Bielitz an, weil die Eintragung zugleich die Stelle einer Kaution vertrete, mithin auch vor vollendetem Baue erfolgen dürfe.

(Komment. Bd. 2. S. 723. 724.)

Der §. 974. bezeichnet die Befugniß des Werkmeisters als ein Zurückbehaltungsrecht; so daß der §. 974. mit der im A. L. R. I. 20. §. 566. aufgestellten Regel, wonach jedes Retentionsrecht mit dem Ausbruche des Konkurses über das Vermögen des Schuldners seine Kraft verliert, wenigstens scheinbar in Widerspruch steht.

Es bemerken hierüber:

a) die Gesetz-Revisoren:

• Der §. 974. des Textes giebt dem Werkmeister, wenn vor der Uebergabe Konkurs über das Vermögen des Bestellers ausbricht, ein Zurückbehaltungsrecht, während der §. 566. Tit. 20. Zhl. I. des A. L. R. jedes Zurückbehaltungsrecht ausschließt, sobald über das Vermögen des Schuldners Konkurs ausbricht. Es ist versucht worden, diesen scheinbaren Widerspruch dadurch zu lösen, daß man auf den gedruckten Entwurf zum Gesetzbuche zurückginge. Dort hieß es nämlich: §. 694. Bei beweglichen Sachen bleibt der Werkmeister Eigenthümer, bis das Werk von dem Besteller übernommen worden.

• Daraus wollte man schließen, es sei im §. 974 d. Z. nur von solchen bedungenen Werken die Rede, deren Eigenthum dem Werkmeister bis zur Uebergabe verbleibe. Allein eben dieser Auslegung hat durch die veränderte Fassung vorgebeugt werden sollen. Suarez sagt nämlich in der rev. mon. zu der angezogenen Bestimmung des Entwurfs:

• ad §. 694. kann eigentlich nicht gesagt werden, daß der Werkmeister Eigenthümer des Werkes sei, besonders alsdann nicht, wenn der Besteller die Materialien hergegeben hat. In diesem Falle ist das dominium gleichsam in suspensio, so lange, bis die Tradition erfolgt ist. Das Nähere hierüber gehört in die Materie von der Specification, und ist auch dort vorgekommen. Zu dem gegenwärtigen Zwecke wird es genug sein, festzusetzen, daß, wenn vor der Ablieferung des Werkes Konkurs über das Vermögen des Bestellers entsteht, dem Werkmeister an das Werk ein jus retentionis zustehe.

§. 975. Entsteht vor Ablieferung des Werkes Konkurs über das Vermögen Werkmeisters, so kann der Besteller das in der Masse vorhandene, vollendete Werk Erlegung des noch schuldigen Preises, fordern.

• Der aus dieser Betrachtung hervorgegangene §. 974. des Textes hat an sich seine vollkommene Wichtigkeit; zu tadeln ist bloß der Ausdruck: „Zurückbehaltungsrecht,“ indem man dabei an das §§. 536 sqq. Tit. 20. Thl. I. des B. beschriebene Rechtsverhältniß zu denken genöthigt ist. Der Werkmeister an dem noch nicht abgelieferten Werke nicht bloß ein Zurückbehaltungsrecht, sondern ihm steht das Eigenthum zu, wenn er die Materialien selbst hergibt und ein Pfandrecht, wenn er die Materialien des Bestellers bearbeitet hat (nicht die neue Form den, der solche hervorbrachte, zum Eigenthümer gemäß — er kann also das Werk an sich behalten, aber nicht vermöge eines Jur. Retentionis, sondern vermöge seines Eigenthums oder Pfandrechts; sein Recht zur Konkursmasse ist ähnlich demjenigen, welches die A. O. D. Thl. I. §. 39. beschreibt. Gesehb. Pens. XIV. S. 165. 166.)

b) Elewert und Bielly haben den Widerspruch durch Hinweisung gedruckten Entw. II. Tit. 8. §. 694. aufzuklären gesucht, wo bestimmt war: „Bei beweglichen Sachen bleibt der Werkmeister Eigenthümer, bis das Werk von dem Besteller übernommen ist.“

Sind diese daher der Meinung, daß der §. 974. h. t. dieses Verhältniß lege, oder sogar nur von solchen Werken spreche, deren Eigenthum dem Werkmeister bis zur Uebergabe verbleibe. Es lasse sich daher das dem Werkmeister gelegte Retentionsrecht nicht auf den Fall anwenden, wo der Besteller die Materialien zu dem Werke geliefert und der Werkmeister sie bloß verarbeitet habe. Als Grund dieser Ausnahme gebe die A. O. D. I. 50. §. 36. Aufschluß.

(Elewert S. 6. S. 147. — Bielly Comment. Bd. 2. S. 724.)

c) Die Motive zum n. bürgerl. Gesehb. sind derselben Meinung wie bemerken:

• Man könnte zwar den §. 974. A. L. R. I. 11., da er ganz allgemein auch von unbeweglichen Sachen versteht, und den §. 971. a. a. O. nur auf den Fall beziehen, wenn der Werkmeister entweder gar nicht, die Gewahrhaft der Sache gehabt, oder diese bereits dem Besteller übergeben hat. Die Materialien des A. L. R. ergiebt sich indeß, daß der §. 974. cit. bloß auf bewegliche Sachen, von welchen im vorhergehenden §. 973. die Rede ist, zu beziehen ist. Motive der Dep. zum 14. Pensum der Gesehb. Thl. I. Tit. 11. S. 16. (Motive zum n. bürgerl. Gesehb. S. 569.)

d) Dagegen ist Bornemann, welcher den betr. Inhalt der Materialien faßt mittheilt, der Ansicht, daß sich eben hieraus ergebe, daß die Fassung des §. 974. h. t. sich nur auf bewegliche Sachen beziehe, oder sogar nur von solchen Werken spreche, deren Eigenthum dem Werkmeister bis zur Uebergabe verbleibe; der erwähnten Bemerkung von Suarez in der rev. mon. ad §. 694. des Entw. erhelle, daß dem Werkmeister, ohne Rücksicht auf sein etwaiges Eigenthum an den Materialien, ein besonderes qualifizirtes Retentionsrecht ertheilt worden sei, sich, wenn dem Werkmeister die Materialien nicht gehören, in der Regel gemäß bei Material-Verträgen seiner eher zu erfüllen brauche, als bloß auch bei anderen dazu bereit und im Stande sei. Die Konkursgläubiger könnten an sich die dem Gemeinschuldner gehörigen Materialien zwar zurückfordern; da aber dessen von der Arbeit und den Auslagen des Werkmeisters nicht zu trennen, so könne nur gegen Beirückung des Letzteren die Herausgabe des Werkes in anderen Worten die Erfüllung des Vertrages verlangt werden.

(System Bd. 3. S. 341.)

e) Dr. Jacobi (St. O. Rath) führt aus, daß sich die Ausnahme des §. 974. h. t. gar nicht rechtfertigen lasse, und nur daher entstanden sein könne, daß dabei die eigentliche Beschaffenheit des Retentionsrechtes ganz aus den Augen gesetzt, oder sich durch das eigenthümliche Verhältniß des Werkmeisters zum Werk ohne scharfe Conderung, zu jener Bestimmung habe verleiten lassen. Der §. 974. h. t. nur als eine Ausnahme von der Regel des §. 566. A. L. R. zu erklären. Der Werkmeister lasse sich in dem betr. Falle nur als Creditgläubiger betrachten, der also vorzugswelke vor den übrigen Gläubigern seine Forderung aus der Masse fordern könne, und schlimmsten Falls, wie ein Pfandgläubiger, den Werth der Sache selbst anzurufen sei. (Jur. W. 1837. S. 745 ff.)

§. 976. Ist das Werk noch unvollendet, so kann er die von ihm gelieferten Materialien, soweit sie noch vorhanden sind, als sein Eigenthum zurücknehmen.

§. 977. Gleiche Befugniß steht dem Besteller zu, wenn Materialien vorhanden sind, die der Werkmeister von dem Vorschusse, welchen ihm der Besteller dazu ausdrücklich zu, erweislich angeschafft und bezahlt hat.

§. 978. Soweit der Besteller für die von ihm gelieferten Materialien, oder für den Lohn, den er zu deren Anschaffung gegeben hat, durch diese Zurücknahme nicht entzogen werden kann, ist er an das in der Masse vorhandene noch unvollendete Werk sich zu halten berechtigt.

§. 979. Kann er dadurch seine Befriedigung nicht erhalten, so muß er mit der in Konkurs-Ordnung ihm sonst angewiesenen Stelle sich begnügen.

§. 980. Der Besteller kann der Annahme des in der Konkursmasse vollendet vorhandenen Werks gegen die Gläubiger nur aus eben den Gründen, die er dem Gemeinverwalter selbst hätte entgegensetzen können, sich weigern¹⁾.

Zweite Abtheilung.

Von dem Verfahren in Bau-Sachen.

Erster Abschnitt.

Cognition und Untersuchungs-Verfahren in Baupolizei-Sachen.

1) Ueber das polizeiliche Untersuchungsverfahren in Baupolizei-Übertretungs-Sachen vergl. v. Rönne's Polizeiwesen, Suppl. S. 217. ff.

2) In Betreff der Frage, ob und inwiefern der Rechtsweg in Baupolizei-Sachen zulässig oder ausgeschlossen ist? vergl.:

a) G. v. 11. Mai 1842 über die Zulässigkeit des Rechtsweges in Bezug auf polizeiliche Verfügungen. (G. S. 1842 S. 192.)

b) vergl. dieß G. nebst sammtl. Ergänz. u. Erläut. desselben in Gräff u. v. Meier's Ergänz. der Preuß. Rechtsb. (zur A. G. D. Th. I. Einl. §. 1.)

c) Daß insbesondere gegen baupolizeiliche Anordnungen der Rechtsweg ausgeschlossen sein solle, ist angenommen von dem Gerichtshofe zur Beilegung der Kompetenz-Konflikte:

d) in dem Erf. v. 2. Nov. 1850, wo es sich von der polizeilich angeordneten Beschaffung einer Baulichkeit handelte. (Zust. Min. Bl. 1851. S. 59.)

Derselbe theilt

e) mit, daß die Dep. des St. G. zu Berlin für Subhast., Konkurs- und Nachlasssachen, von dieser Ansicht ausgehend, in mehreren Sachen erkannt habe. Er giebt eines dieser (im Jahr 1832 gefällten) Erkenntnisse. Ein Kridar hatte beim lithographischen Institute eine Anzahl Abdrücke von Bildern bestellt, und war auf die Druckkosten noch 22 Thlr. 5 Sgr. schuldig geblieben, weshalb das Institut 120 Exemplare zurückbehielt. Dasselbe wurde mit jenem Restbetrage auf den Erlös der zurückbehaltenen Exemplare angesetzt, weil das Zurückbehaltungsrecht nach §§ 536. 539. I. 20. A. L. R. gerechtfertigt sei, auch der allgemeine Regel des § 566. a. a. O. ungeachtet, im vorliegenden Falle wegen §. 974 A. nicht aufgehört habe, indem das Institut lediglich einem Werkmeister gleich zu setzen sei. (Jur. W. 1837. S. 764—773.)

f) J. A. G. D. Thl. I. Tit. 50 §§. 39 sqq.

Die Frage: ob der Besteller, wenn er sich deshalb mit den Gläubigern zu einig vermag, von dem Werkmeister die Vollendung verlangen kann? wird von niemandem bejaht, weil die Konkursöffnung den Werkmeister nicht hindere, seinen Verbindlichkeiten zu erfüllen, welche lediglich durch eine körperliche und geistige Thätigkeit zu realisiren seien (§. 61. A. G. D. I. 50.).

(System Bd. 3. S. 343 — 344.)

bb) in dem Erkl. v. 11. Dec. 1852, wo es sich von der vertheilung eines nachgesuchten polizeilichen Bau-Konsenses handelte.

(Just. Min. Bl. 1853. S. 92., Min. Bl. d. i. B. 1853 S. 79.)

cc) in dem Erkl. v. 26. Nov. 1853, wo es sich von der Wiederherstellung eines in Folge polizeilicher Anordnung niedergerissenen Anbaues handelte.

(Just. Min. Bl. 1854. S. 35.)

Zweiter Abschnitt.

Von dem gerichtlichen Verfahren bei Bau-Streitigkeiten.

I. Für das prozessualische Verfahren in Bau-Streitigkeiten, zwar im Allgemeinen die Vorschriften der A. O. D. Thl. I. Tit. 1—2 enthält der Tit. 42 in den §§. 34—42 darüber folgende spezielle Bestimmungen.

II. Bausachen.

§. 34. Mit den Grenzprozessen haben die Bausachen, wenn nämlich über die Möglichkeit eines Baues überhaupt, oder die Art, denselben zu führen, gestritten zu werden, die Ähnlichkeit, daß es dabei gewöhnlicher Weise auf Einnehmung des Augenscheins ankommt.

§. 35. Deren vorzügliche Beschleunigung. Da aber dergl. Sachen ihrer Natur, und der Vorschrift der Gesetze, vorzüglich beschleunigt werden sollen, das Gericht den sich meldenden Kläger sofort an einen Deputirten verweisen, mit demselben mit seinen Anträgen unverzüglich zum Protokolle vernehmen; hierauf den Sachverständigen noch auf eben den, oder spätestens auf den folgenden Tag, durch den Gerichtspräsidenten mündlich vorladen lassen, ihn mit seiner Antwort hören; dem Statum contumaciter unter ihnen reguliren, sodann die Okularinspektion, mit Zugiehung vereideter Sachverständiger, vornehmen, von diesen, wo es zur Erläuterung der Sache nothwendig ist, den Sachverständigen den klaren Will, sonst aber nur eine ungefähre Zeichnung, wie nicht weniger ein schriftliches Gutachten, entweder zum Protokolle, oder schriftlich, einfordern; die über die Thatsachen und durch den Augenschein nicht auszumittelnden Thatsachen etwa vorhandene Urkunden ordentlich abhören, und sodann die Instruktion, ohne Zulassung schriftlicher Anträge abschließen muß.

§. 36. Dieser Deputirte ist also berechtigt, die Sachverständigen und Zeugen selbst ohne Rücksicht auf die Kosten bei dem Kollegio, durch bloße Abschriften der Dekrete und seinen Vorladungen muß eben so, als wenn sie vom Gerichte selbst ergangen, Folge geleistet werden.

§. 37. Die von dem Deputirten eingereichten instruirten Akten sind bei der Verhandlung sofort zum Spruche vorzulegen, und die Erkenntnisse in Bausachen sind allemal zu beschleunigen.

§. 38. Remedia¹⁾. Gegen dergleichen Erkenntniß findet die Appellation keine Wirkung statt. Es muß aber dieselbe innerhalb einer dreitägigen Frist bei dem Richter angemeldet; von demselben, wenn es auch nur ein Unterrichter ist, weder sofort, oder doch in einem, nach Beschaffenheit der Umstände, so nahe als dem bestimmenden Termine, mit Zugiehung des Appellanten zum Protokolle instruiert, und eine nochmalige Lokalbesichtigung entweder von einer Partei angetragen, oder dem Richter nöthig befunden würde, dieselbe einem andern Kommissario und Sachverständigen, als in erster Instanz gewesen sind, aufgetragen, und hiernächst die Akten ebenfalls ohne weitere Deduktion, an den kompetenten Appellationshof senden werden.

§. 39. Sind die in beiden Instanzen zugezogenen Sachverständigen über den Gegenstand verschiedener Meinung, so müssen sie gegen einander gestellt und durch die Sachverständigen Einverständnisse gebracht, oder wenigstens dahin, daß jeder von ihnen die eigene Meinung, und diejenigen, warum er der anderen Meinung verwerfe, deutlich angeben müsse, angehalten werden. Bei der Aburtheilung einer solchen Sache alsdann der Richter beiderlei Gutachten gegen einander halten, und allenfalls, wo es auf wissenschaftliche Grundsätze der angewandten Mathematik, und insbesonders auf Baukunst, ankommt, noch von einem dritten Sachverständigen ein Votum über die Streitfrage einfordern.

¹⁾ Nach §. 3. der B. v. 14. Dec. 1833 fällt in den §§. 34—41 bezeichneten Bausachen die Revision ganz fort, und es findet in denselben nur das Recht der Beschwerde statt.

§. 40. Gegen das Appellations-Erkenntnis ist zwar die Revision zulässig; doch wird ihnen in der Regel keine suspensive Wirkung beigelegt. Es muß also, wenn auf die Leistung des Baues erkannt worden ist, der Gegentheil sich dieselbe, der eingewandten Revision ungeachtet, gefallen lassen; oder es müssen, wenn dieselbe nur unter gewissen Bedingungen gestattet ist, diese Maßgaben gehörig beobachtet werden. Nur wenn auf die Revision des vor dem Anfange des Prozesses schon angefangenen Theils des streitigen Baues erkannt ist, bleibt dieselbe bis zum Erkenntnis in der dritten Instanz ausgesetzt.

§. 41. Da solchergehalt in der Revisions-Instanz keine so gegenwärtige Gefahr im Verzuge mehr obwaltet, so sind in derselben schriftliche Deduktionen zulässig. Doch müssen auch diese, als das Erkenntnis selbst, vorzüglich beschleunigt werden.

§. 42. Alles Vorstehende gilt jedoch nur von dem Falle, wenn von einem schon wirklich angefangenen Baue die Rede ist, dessen Fortsetzung oder Kassirung von dem Ausfalle des Prozesses abhängt. Wenn daher entweder noch vor angefangenem Bau über die Befugnisse dazu oder die Art denselben zu führen, oder, wenn nach Vollendung desselben, über die daraus dem Nachbar erwachsenden Nachtheile und die ihm desfalls gebührende Abhaltung, oder wenn endlich zwischen dem Bauherrn und Baumeister über Berechnung oder Bezahlung oder Baukosten Streit entsteht, so findet bei der Instruktion der Sache dasjenige ordentliche oder summarische Verfahren Statt, wozu die Sache ihrer Wichtigkeit und Wichtigkeit nach qualifizirt ist, und wegen Vornehmung der Okularinspektion und Zuziehung von Sachverständigen dabel, sind die Allgemeinen Vorschriften der Ordnung zu beobachten.

II. Die Vorschriften der A. G. D. Thl. I. Tit. 40. §§. 34—42. sind insofern geändert durch die Bestimmungen der B. v. 21. Juli 1846 über das Verfahren in Civil-Prozessen.

Es findet demgemäß (nach §§. 13. u. 14. a. a. D.) bei Bausachen, wenn von einem schon wirklich angefangenen Bau die Rede ist, dessen Fortsetzung und Kassirung von dem Ausfalle des Prozesses abhängt (§§. 34—42. A. G. D. I.), auch wenn die Verhandlung vor ein Kollegium gehört, die Vorschrift des §. 34. der B. v. 1. Juni 1833 Anwendung. Es ist nämlich auf die Klage sofort ein Termin zur mündlichen Verhandlung und zugleich zur weiteren mündlichen Verhandlung vor dem erkennenden Richter, mit Beachtung der in der A. G. D. vorgeschriebenen kürzeren Frist — anzuberaumen.

Der erkennende Richter ist dabei befugt, in jeder Lage des Prozesses, jedoch nach erfolgter Klagebeantwortung, über die von ihm zu bezeichnenden Gegenstände noch eine nähere Erörterung vor einem von ihm dazu bestellten Kommissar anzuordnen. Nach Beendigung der kommissarischen Erörterung werden die Parteien zur mündlichen Schlußverhandlung und Entscheidung der Sache nach §. 34. der B. v. 1. Juni 1833 vorgeladen.

III. Die Rechtsmittel in Bausachen betreffend (§§. 38—42. A. G. D. I.), so bestimmt die B. v. 21. Juni 1846, über das Verfahren in Civil-Prozessen im §. 27.:

In Bausachen, wenn von einem schon wirklich angefangenen Bau die Rede ist, dessen Fortsetzung und Kassirung von dem Ausfalle des Prozesses abhängt (Proz. D. Tit. 40—42.), muß die Anmeldung der Appellation und deren Rechtfertigung spätestens 3 Tagen, mit Ausschließung der Restitution, bei dem Gerichte erster Instanz angebracht werden. Sie kann mündlich zu Protokoll erklärt oder schriftlich in der Appellationsrechtfertigung bestimmten Form (§. 21.) eingereicht werden.

Das Gericht erster Instanz schickt die Akten sofort nach Eingang der Appellationsanmeldung an den Appellationsrichter, und setzt die Parteien gleichzeitig davon in Kenntniss. Die Appellanten unter Mittheilung der Appellationsrechtfertigung.

Der Appellationsrichter setzt einen möglichst kurzen Termin zur Entgegnung auf die Appellationsrechtfertigung und zur mündlichen Verhandlung an, und ladet die Parteien hierzu der in den §§. 20. und 21. vorgeschriebenen Verwarnung vor.

Die Appellanten steht frei, vor dem mündlichen Termine eine Entgegnung auf die Appellationsrechtfertigung, welche an keine Form gebunden ist, dem Appellationsgerichte zu überreichen.

Die Revision und Wichtigkeitsbeschwerde treten in Ansehung der Frist zu deren Einlegung, der Form, in welcher die Erklärung anzubringen sind, und des Verfahrens nach den Vorschriften mit den näheren Bestimmungen des §. 23. a. und b. ein.

Dritte Abtheilung.

Von der volkswirtschaftlichen Einwirkung des Staates in Bau-Sachen.

V o r b e m e r k u n g.

Aus Rücksichten der Staats- und National-Oekonomie ist die Reg. wesentlich dabei theilhaftig, daß nicht allein die Gebäude und Bauanlagen in der bestmöglichen Weise ausgeführt werden, daß die Interessen der Sicherheits- und Ordnungspolizei gehörig bewahrt bleiben, sondern auch daß die Bauten ihrem Zweck möglichst entsprechend konstruirt werden. Sie ist ferner auch, aus gleichen Gründen, dabei interessiert, die Bauten überhaupt sowohl, als das Metakonstrukt abgebrannter Gebäude, so viel als möglich in zweckmäßiger Art und Weise zu befördern und zu unterstützen. Der Bau-Polizei liegt es daher an, in beiderlei Beziehungen auf angemessenen Wegen einzuschreiten.

Erster Abschnitt.

Von der Fürsorge der Bau-Polizei für gefahrlose und zweckmäßige Ausführung der Bauten und Reparaturen (durch Ertheilung von Belehrung darüber¹⁾).

• Zur Beförderung des Gelingens der praktischen Bau-Polizei dienen angemessene Belehrungen des Publikums über die Art und Weise, wie Gebäude und Bau-Anlagen nicht bloß dergestalt auszuführen, daß schon hierbei die Vermeidung der Gefahren Rücksicht genommen wird, durch welche die Sicherheit und Wohlfahrt des Publikums und Einzelner im entgegengesetzten Falle bedroht wird, sondern auch in solcher Weise, daß durch zweckmäßige Bauart und Bau-Richtungen die Gebäude und Bauanlagen den Bauenden und den Benutzenden möglichst vortheilhaft und nützlich werden. Die Central- und Provinzial-Polizei-Behörden des Preuß. Staates haben dies Mittel zur Beförderung der Bau-Polizei nicht unbenuzt gelassen.

Erstes Kapitel.

V o r s c h r i f t e n , w e l c h e d i e z w e c k m ä ß i g e B e d a c h u n g b e t r e f f e n ²⁾.

I. Verfügungen der Central-Behörden.

1) R. des R. Min. des I. u. d. P. (v. Rochow) v. 25. Dec. 1830, an die R. Reg. zu Potsdam, betr. die Zulässigkeit der Anwendung des Asphalts bei Dachdeckungen. (A. XXII. 1020. — 4. 163.)

¹⁾ Das G. R. des R. Min. des I., Abth. für H., G. und Bauwesen (Bentz) Jan. 1831'en pfiehlt sämtl. Regierungen das Handbuch der Mechanik von v. Gerstner zu Prag, mit dem Bemerkten zur Anschaffung, daß dasselbe ein vollkommenes Maschinen-Lehre umfasse, und Jedem, dem die Kenntnisse der Geom. und Mathematik bekannt sind, in den Stand setzen solle, die vorzüglichsten bei den Berg- und Hüttenwerken, so wie in den Fabriken vorkommenden Maschinen zu konstruiren und zu entwerfen. (A. XV. 148.)

²⁾ Das G. R. des R. Min. des I. (v. Schudmann) v. 26. Juli 1830, an die R. Reg., empfiehlt die v. Schöning'sche Schrift über die Bedachung ländlicher Gebäude. (A. XIV. 644. — 3. 101.)

2) R. des R. Min. des J. u. d. P. (Zeiffart) v. 22. Juni 1839, an die Reg. z. Potsdam, denselben Gegenstand betreffend. (N. XXII. 1021. — 4. 164.)

3) R. des R. Min. des J., Polizeiabth. (v. Meding), v. 28. Sept. 1839 die R. Reg. zu Potsdam, betr. die Zulässigkeit der Dachbedeckungen mit einer Mischung von Asphalt. (N. XXIII. 237. — 1. 212.)

4) R. des R. Min. des J. u. d. P. (v. Rochow) v. 23. Jan. 1837 den R. Oberpräs. der Provinz Brandenburg. Empfehlung der Dorn'schen Abdeckungs-Methode und Belehrung darüber.

Auf den Ber. Erv. Erg. v. 14. v. M., trage ich kein Bedenken, dem mir vorgelegte Beschlüsse der Kommunal-Landtags-Versammlung der Kurmark v. 10. Dec. v. J.,

wonach die Dachbedeckung nach Dorn'scher Methode der Ziegel- oder Metall-Bedachung gleich geachtet und dieser nützlichen Erfindung durch den Abdruck und die angemessene Vertheilung des hierauf bezüglichen Gutachtens des hiesigen Ausschusses des Kommunal-Landtages v. 2. v. M. und J. (Anlage a.) die möglichste Publizität gegeben werden soll, entragte Bestätigung hierdurch zu ertheilen.

a.

G u t a c h t e n

IVten Ausschusses 11ten Kommunal-Landtags, über die Anfrage der Kurmärkischen Feuersocietäts-Direktion, betreffend die von dem Fabriken-Kommissionsrath Dorn erfundene neue Dachbedeckung.

Der unterj. Ausschuss hält dafür, daß diese neue Art von Bedachung bei Feuergefahr mindestens eine gleiche Sicherheit, wie die mit Ziegeln, gewährt, und erlaubt sich eine nähere Erörterung der Sache.

Bekanntlich besteht dies Verfahren darin, daß auf einer flachen Lage von Latten oder drei Schichten Lehm, der mit Gerberlohe gehörig vermischt ist, aufgetragen wird und daß eine jede derselben einzeln mit Steinkohlentheer sorgfältig bestrichen und mit Asche überstreut wird. Diese Methode, welche sich durch ihre große Einfachheit und kleine Ausgabarkeit empfiehlt, hat der Erfinder vor etwa drei Jahren zur Deckung seiner Gebäude zuerst angewandt, gleichzeitig aber höchst uneigennützig bekannt gemacht, seine Erfahrungen einem Jeden, der sich davon zu unterrichten wünschte, auf das Freie und bereitwilligste mitgetheilt, so daß, der Kürze des Zeitraums ungeachtet, die größte Aufmerksamkeit in einem hohen Grade auf diese Angelegenheit gerichtet ist. Als Beispiel für die immer zunehmende Anwendung dieses Verfahrens mag es daher dienen, gerade in diesem Augenblick ein großer Waarenspeicher an der Herfulebrücke, den eine Gesellschaft erbaut, auf diese Weise gedeckt wird; auch, daß der Steinkohlentheer, des unbedeutendlichen zugenommenen Verbrauchs wegen, beträchtlich im Preise gestiegen ist, und lamentlich die hiesige Gasfabrik, welche dies Erzeugniß früher kaum abzusetzen konnte, die Nachfrage bei weitem nicht mehr befriedigen kann.

Allerdings ist die Zeit noch zu kurz, als daß diese neue Art der Dachbedeckung bereits einem größeren Umfange und in allen Beziehungen erprobt sein könnte. Was aber ihre Haltbarkeit und Haltbarkeit anbetrifft, so hat sich dieselbe, nach den Erfahrungen, zu denen in Berlin die Gelegenheit darbot, da überall bewährt, wo die Arbeit mit der gehörigen Sorgfalt angefertigt worden ist. In mehreren Fällen aber, wo sich größere oder kleinere Mängel in der betr. Masse gezeigt hatten, oder Feuchtigkeit eingedrungen war, lag immer ein Fehler zum Grunde, welcher entweder leicht ausgebeßert werden konnte, oder der doch einer achtsamern Behandlung hätte vermieden werden können. Wenigstens war dies Resultat derjenigen Berathungen, welche in dem hiesigen Verein zur Beförderung des Abflusses vor Kurzem stattgefunden haben, denen auch der Referent zum Theil beigewohnt hat, und wonach dem Erfinder die goldene Medaille als Preis, und außerdem eine Summe von 500 Rthlr. zuerkannt worden ist.

Als wesentliche Erfordernisse für die Dauerhaftigkeit der Masse treten bis jetzt hervor:

- a) die gehörige Vermischung des Lehms mit saftiger Gerberlohe, etwa in dem Verhältniß $\frac{1}{2}$ Lehm zu $\frac{1}{2}$ Lohe, oder von der letztern etwas mehr, wenn der Lehm besonders fett ist.
- b) Die gleichmäßige Auftragung der verschiedenen Schichten, und besonders Aufmerksamkeit, daß bei Anfertigung der oberen die unteren nicht beschädigt werden.
- c) die Anwendung von Steinkohlentheer, und
- d) die gehörige Eindringung desselben in die Masse, wozu warme, trockene Bitterung erforderlich ist, welche daher bei der etwa nöthigen Wiederholung des Ueberstreichens abgewartet werden muß.

Wie oft übrigens die Oberfläche ausgebeßert, oder in welchen Zeiträumen sie von neuem überstrichen werden muß, das wird freilich von der mehr oder minder vortheilhaften

und starken Benützung solcher Dächer, und wie es scheint, mehr noch von der Einwirkung großer Sonnenhitze, als von der des Regens abhängig sein. Jedenfalls ist das Verschönerung überaus leicht, und kann, ebenso wie die ganze Bedeckung, unter guter Anleitung, von dem gewöhnlichsten Arbeiter verrichtet werden. Zu diesem Vorzuge der Einfachheit und Wohlfeilheit (welcher sich hoffentlich auf die Dauer erhalten wird), kommt noch der, daß man um so größere und nutzbarere Räume gewinnt, je flacher das Dach wird, und je höher man folglich die Hauptwände auführen kann. Endlich aber eröffnet sich noch ganz besonders der schönen Baukunst ein weites Feld, indem man um so einfachere Formen anwenden, und die Gebäude, ihren verschiedenen Bestimmungen nach so angemessener konstruiren kann, je mehr die unförmlich hohen und spitz zugehenden Dächer sich vermeiden lassen. Nach diesen allgemeinen Betrachtungen und besonderen Bemerkungen, welche bei der Neuheit des Gegenstandes nicht überflüssig schienen, kann sich der Leser nun um so leichter mit der ihm zunächst vorliegenden Frage der Feuer- und Gefährlichkeit solcher Bedachungen beschäftigen.

Allerdings muß auch in dieser Beziehung eingeräumt werden, daß ausreichende Erfahrungen aus dem Leben hierüber noch fehlen, wenigstens hat bis jetzt noch kein Mitglied des Ausschusses ein so gedecktes Haus mitten in einer Feuerbrunst zu beobachten Gelegenheit gehabt. Indessen werden sich aus der Natur der Sache Gründe herleiten lassen, sich ein Urtheil darüber zu bilden, und jedenfalls ist ein Versuch von Wichtigkeit, der am 14. Juli d. J. auf dem Grundstücke des Fabr.-Kommiss.-Raths Herrn Dorn auf Veranlassung des Stadt-Bauraths, in Gegenwart des Polizei-Präsidenten, eines Rathes, sowie im Beisein der städtischen Bau-Dep., mehrerer Polizei-Beamten und Maurer- und Zimmer-Meister, stattgefunden hat, und in Folge dessen bei der Feuerkasse diese Bedachung der mit Ziegeln ganz gleich erachtet wird. Obgleich diesen Versuch bis jetzt noch keine amtlich vollzogene Verhandlung ausgefertigt ist; so vertritt der Referent die nachfolgenden Thatsachen doch in sofern verbürgen, als er dieselbe gefälligen unmittelbaren Mittheilung des Herrn Stadt-Bauraths Langerhans und mehrere Augenzeugen über den Erfolg gesprochen hat.

An dem gedachten Tage wurde nämlich eine Fläche von 48 Quadratfuß mit einer Bedeckung, nach der Methode des H. Fabriken-Kommissions-Raths Dorn auf 2 Fuß Umfassungswände von Mauersteinen gelegt, und der untere Raum durch eine Wand in zwei gleiche Theile getheilt. Sodann wurden zwei Feuer, das eine unterhalb einer Hälfte, das andere oberhalb der andern, Morgens 6 Uhr 20 Min. angezündet, und stark unterhalten. Bei dem Feuer, welches unterhalb des Dachgerüsts brannte, machte ein starker Luftzug durch viele Oeffnungen in den Umfassungswänden beständig, geriethen die Latten dennoch nicht in eine helle Flamme, sondern verkohlten allmählig und fielen Stückweise herunter, bis endlich um 7 Uhr 12 Min., also nach einer Raume von 52 Min. auch die darüber befindliche Masse zusammenbrach. Ihrer Lage wegen fiel dieselbe aber gerade auf das darunter brennende Feuer, und war beträchtlich. Ein Umstand war bei diesem Versuche besonders überraschend, daß die Oberfläche der Masse, des darunter brennenden Feuers ungeachtet, während der von etwa 44 Min. ihre Temperatur fast gar nicht veränderte, sondern erst nach der Verkohlung sämtl. Latten, etwa 8 Min. vor dem völligen Einsturze dieses Dachtheiles mäßige Wärme annahm.

Das zweite Feuer, welches oben auf der Probebedachung gebrannt hatte, um seine Wirkung recht zu konzentriren, von rund herum gestellten Mauersteinen umgeben und mit klein gehauenen Holze beständig genährt wurde, ward nach einer von ungefähr einer Stunde heruntergenommen, und es zeigte sich darauf die ganze Bedeckung bis auf eine geringfügige Verkohlung der Oberfläche völlig unversehrt. Es also nicht einmal die untern Schichten der aufgetragenen Masse, viel weniger die selbst, vom Feuer gelitten, wovon man sich auf das Vollständigste überzeugte, indem zum Schluß das betr. Stück ganz umwenden ließ.

Auch hatte man versuchsweise einige Stücke des mit Lehm vermischten und mit Leinwand überstrichenen Lehms in das Feuer gelegt, welche Stücke darin natürlich schmelzen sofort erloschen, als sie nicht mehr der unmittelbaren Einwirkung des Feuers ausgesetzt waren.

Aus dem Allen geht demnach hervor, daß diese Art der Dachbedeckung bei sich eine noch größere Sicherheit, als die mit Ziegeln, gewährt, und es läßt sich etwa folgende Resultate daraus ziehen und schon jetzt zusammenstellen lassen:

- 1) Der bei weitem niedrigere Dachstuhl enthält viel weniger Holz, und bietet der Flamme um so viel weniger Nahrung dar.
- 2) Bei einem Ausbruche des Feuers von Innen, schließt die auf der Holzlagere Lehmdecke weit luftdichter, als die beste bei solchen Gelegenheiten ists Ziegelbedeckung dies vermag, und verhindert so zum Theil, theils verzögert wenigstens den Ausbruch der hellen Flamme, so daß das Feuer nicht so leicht

schnell um sich greifen kann, und folglich Zeit für die herbeieilende Hülfe gewonnen wird.

Wenn die flache Bedachung endlich zusammenstürzt, so fällt sie in das Innere des brennenden Gebäudes und dämpft sogar bis zu einem gewissen Grade die darunter lodernde Flamme.

Indem solchergestalt die Ziegeln ganz entbehrlich werden, wird auch die große Gefahr ihres einzelnen beständigen Herabgleitens von dem steilen brennenden Dachstuhl beseitigt, und dadurch das Leben aller derer weit besser geschützt, welche, sei es nur zur Rettung der eigenen Habe, oder zur Hülfe der Bedrängten, in das brennende Haus aus- und eingehen müssen.

Einen ganz besonders wirksamen Widerstand leistet diese Masse aber, wenn einem damit gedeckten Gebäude Feuergefahr von außen droht. Denn sind auch einzelne Bestandtheile derselben, wie Theer und Lehm, für sich allein leicht entzündlich, so werden sie doch durch jene Vermischung mit Lehm und Sand der unmittelbaren Einwirkung der Luft entzogen, und müssen folglich jene Eigenschaften verlieren.

Ist daher die Oberfläche eines solchen Daches dem Feuer unmittelbar ausgesetzt, so können die in dem Theer enthaltenen Harztheile nur auf der Oberfläche schwelen, wodurch aber nichts anderes, als eine leichte Verkohlung der betr. Stelle bewirkt und hierdurch wiederum eine weitere Verbreitung des Feuers um so sicherer verhindert wird.

Endlich gestatten flache Dächer einen um so bequemerem Zutritt zu denselben, und erleichtern dadurch auf das Wesentlichste eben sowohl die Anwendung der, dem Gebäude von außen drohenden Gefahr, als die Hülfsleistung beim Brande von Nachbarhäusern.

Ist der eigenthümlichen Vorzüge ungeachtet, kann es jedoch in keinem Falle jetzt schon erscheinen, eine besondere Versicherungsklasse aus den so gedeckten Gebäuden zu schaffen; es ist es vollkommen gerechtfertigt:

die in Rede stehende Dorn'sche Methode einer Ziegel- oder Metall-Bedachung ganz gleich zu erachten, und folglich die damit versehenen Gebäude in die entsprechenden Klassen zu lociren.

Es zu beschließen und hiernach die Gen.-Direktion der Kurmärkischen Land-Feuerpolizei beschreiben, gibt daher Einer verehrten Plenar-Versammlung der unterg. Ausb. anheim. Berlin, den 2. Dec. 1836.

Der IVte Ausschuss des 11ten Kommunal-Landtags der Kurmark.

(Unterschriften.)

(N. XXI. 241.—1. 243.)

1) E. R. der K. Min. für H., G. u. öffentl. A. (v. Viebahn) u. der u. Med. Ang. (v. Ladenberg) v. 29. Juli 1848 an sämmtl. K. Reg., z. Anwendbarkeit der unter dem Namen der Schwedischen Eindeckungsart bekannten Dachdeckungs-Methoden.

Die Aufmerksamkeit der unterg. Min. ist auf die, unter dem Namen der Schwedischen Eindeckungsart bezeichneten Dachdeckungs-Methoden gelenkt worden, deren Material Papppe oder Papiermasse in Form von Pappen oder Papppapierbogen besteht.

Diese Methoden sind folgende:

1) Das Schwedische Steinpappen-Dach.

Schon im Jahre 1785 durch den Schwedischen Administrations-Medikus Arfved Carlström erfundene Pappe (künstlicher Schiefer) besteht aus pappenähnlichen von braunröthlicher angenehmer Farbe. Sie ist im Wasser nicht löslich, schwer zu zerbrechen, und besteht nach der chemischen Analyse einiger Autoren aus zwei Theilen eisenhaltiger Erde, Vitriol mit animalischen Oelen und aus zwei Theilen weicher Papiermasse oder sogenanntem Ganzzeuge, nach Anderen aber aus einem Theile kohlentheiliger, zwei Theilen thierischem Leim, aus drei Theilen weißer Kreide, rothem und etwas Alaun. Zur größeren Kompression werden diese Tafeln durch Walzen mit gekochtem Leinöl oder Leim bestrichen, der zum rascheren Trocknen mit Bleiöl ist. Diese Steinpapptafeln werden mit gegenseitiger Ueberdeckung auf einer ebenen Unterlage mittelst kupferner Nägel befestigt und die Fugen mit einem Ritz aus Kreide und essigsaurem Bleisalz verstrichen.

Seitdem nach dem Bekanntwerden sind vielfache Versuche mit dieser Steinpappe angestellt worden im Preussischen Staate, besonders in Schlesien, viele Dächer damit belegt. Die darüber zunächst veröffentlichten Resultate ließen den Gegenstand als einen neuen erscheinen, der in den letzten zehn Jahren des verfloffenen Jahrhunderts in den Flugschriften abgehandelt und mit Ausnahme weniger dagegen erhobener Einwände, sehr günstig beurtheilt wurde. Es entstanden in Schweden und Rußland Stein-

pappen-Fabriken, und auch in Schlessen ward eine solche von einem Fabrikanten angelegt und privilegiert.

Dennoch ist diese Bedachungs-Methode wenige Jahre darauf ganz in Vergessen gerathen, wenigstens öffentlich nichts mehr darüber gehört worden, bis im Jahr auf der Gewerbe-Ausstellung in Paris ein Fabrikant Hirsch wiederum Steinpappe legte. Ihm folgte in neuerer Zeit der hiesige Kaufmann und Fabrikbesitzer Meber im Jahre 1837 eine, dem Anscheine nach sehr brauchbare Steinpappe (in Schlessen) erfand, und Dächer zur Probe damit belegen ließ. Auch diese Erfindung keinen nachhaltigen Erfolg gehabt, wenigstens ist, so viel hier bekannt, bis jetzt nichts über das Verhalten dieser Probedächer nicht veröffentlicht worden. Zur Zeit ist in Berlin Steinpappe im Handel nicht zu erhalten; wohl aber eine Art Dachpappe dem Papiersabrikanten Ebert in Speichthausen erfunden, die zwar Steinpappen werden, aber von der ersteren ganz verschieden sind.

Die Verwendung der Steinpappe scheint bisher daran gescheitert zu sein, geringer Neigung der Dachflächen die Aufgabe noch nicht gelöst ist, die Dächer das Eindringen des vom Winde aufwärts getriebenen Regens und Schnees zu verhindern, indem die Anwendung des Kitts um so schwieriger bleibt, als die Steine durch Temperaturwechsel sich mit der Zeit dehnen und dann die Kittfuge sich zu öffnen. Bei der Steifigkeit derselben ist ein Falzen und gegenseitiges Ineinander zur Dichtung der Fuge nicht wohl möglich. Bei steilen Dächern kann das Regenwasser allenfalls unterbleiben, ist aber die Steinpappe nur für diese brauchbar, so geht ein großer Vortheil ihrer Anwendung verloren.

Sonst dient aber die Farbe, das gefällige Ansehen der damit eingedeckten Dächer, das geringe Gewicht, die Einfachheit in der Behandlung beim Decken dem Material besondere Empfehlung und lassen sich die oben angedeuteten Schwierigkeiten überwinden, so wäre es für alle Arten von Gebäuden, ohne Rücksicht auf deren Konstruktion, brauchbar. Hinsichtlich des Widerstandes gegen Feuer wird das Steinpappdach den Stroh-, Rohr- und Holzdächern vorzuziehen sein, den Metall- und Eisdachern aber nachstehen.

2) Das Schwedische Pappendach.

Das Material zu dieser Eindeckung besteht in, aus wollenen Lumpen in großen Papptaseln in einer Dicke von 3 Schöpfungsbogen, die auf drei Seiten zu einem Umgebogen und sodann in fließenden Steinkohlen- und Kadelholz-Theer so lang taucht werden, bis sie ganz davon durchdrungen, ihre hygroskopische Eigenschaft haben. Die beim Satteldache bis auf $\frac{1}{4}$ bis $\frac{1}{2}$ der Grundlinie geneigte Dachfläche mit einer ebenen Schälung versehen sein, auf welche die Papptaseln verlegt, und in den Fugen geschoben und mit doppelten Rohrnägeln befestigt werden. Die Fugen dann mit einem starken Theer-Ueberzuge übertragen und mit scharfem Sand, mit Steinkohlenasche oder zerfallenem Kalk möglichst dicht überstreut.

Diese Eindeckungsart ist seit mehreren Jahren in Ostpreußen und seit in Rheinhin in der Umgegend von Duisburg für ökonomische und gewerbliche Gebäude in Anwendung gekommen, auch hier auf einigen untergeordneten Schuppen und Bahnhöfen versuchsweise benutzt worden. Bisher hat die öffentliche Stimme sich darüber ausgesprochen; indessen wird immer noch ein längerer Verlauf von Jahren zu warten sein, bevor ein entscheidendes Urtheil über deren allgemeine Anwendbarkeit gegeben werden kann.

Dieselben Eigenschaften, die der Steinpappe zur Empfehlung dienen, sind auch bei den Theerpappen, jedoch mit Ausnahme des gefälligen Ansehens der Deckflächen, indem diese nach Verlauf weniger Wochen schmutzig und buntfleckig werden, sobald der Theer bei heißem Sonnenschein erweicht und dann die weißgelbbraune Kruste stellenweise schwarz färbt. Für Gebäude, welche ästhetischen Anforderungen entsprechen sollen, dürfte, wenn deren Dachflächen sichtbar bleiben, daher diese Methode weniger Anwendung zu machen sein.

Was die Eigenschaft des Daches in Rücksicht der Verbrennlichkeit und besonders bei Aufnahme von Feuer anbelangt, so ist darüber nur Günstiges gehört. In einem, aus dem Jahre 1842 hier bekannt gewordenen Spezialfalle, bei dem einer Tabakfabrik in Duisburg, hat das mit Theerpappen eingedeckte Flügelgebäude von dem Hauptgebäude herunterfallenden brennenden Dachbälgern so widerstanden, daß das Flügelgebäude nicht in Brand gerathen ist, ungeachtet das Abdrücken der Pappe von den brennenden Holzstäben nicht sofort hat geschehen können. Versuche zeigen hauptsächlich, daß die Pappe nicht mit heller Flamme brennt, sondern nur glühend wird.

3) Das Schwedische (Finnländische) Pappdach.

Von diesem Dache ward zuerst im Jahre 1820 in einer in Stockholm erschienenen Broschüre, betitelt: „Underrättelse om Tacktöckning med Papper“ Nachricht gegeben, dasselbe fand aber wenig Beachtung, da man dem Papier als Deckmaterial, nach

ihren Anschauung von dessen Unhaltbarkeit, sein Vertrauen schenkte. Im Jahre 1810 erschien aber eine ausführliche Abhandlung von dem Kaiserl. russ. Bauintendanten zu Petersburg, worin diese Methode nach einer 12- bis 14jährigen Erfahrung die wichtigsten Eigenschaften bemessen und Dächer dieser Art für Land- und Städte, wegen ihrer Dauer, Wohlfeilheit, Feuer-Sicherheit und geringen Neigung, be-
 aber auch wegen ihres gefälligen Ansehens und leichten Behandelns beim Decken,
 len wurden.

Das Material besteht aus einem dünnen, aus wollenen Lumpen fabrizirten unge-
 Pappe, in großen Bogen von resp. 3 und 2 Fuß Abmessung. Diese Bogen
 ebenfalls in siedenden Holztheer so lange eingetaucht, bis sie ganz davon durch-
 sind, wodurch besonders ihre Festigkeit und Biegsamkeit gewinnt. Die Dachfläche
 ist einer dichten, ganz ebenen Bretterschalung versehen sein, worauf die Bogen mit
 starker Ueberbedung durch besondere Nägel (Plattköpfe) befestigt werden. Zur Dich-
 tungen wird nur ein dicker Ueberzug von Theer und Harz über die ganze Fläche
 e, die gleichzeitig mit einem Gemenge aus Sand und Ziegelmehl oder aus letzterem
 lehmplatte mindestens $\frac{1}{2}$ Zoll stark überstreut werden muß. Dies wird mit den Füßen
 weiter zur Bindung mit dem Theer fest eingetreten und dann das Nichtgebundene
 wieder abgeteilt. Das Ueberziehen mit Theer und Inkrustiren mit dem
 muß dreimal wiederholt und darauf gesehen werden, daß sich die Fläche als ein
 öftiges Kontinuum bildet.

Sobiel Vorthellhaftes über diese Methode, die auch in England jetzt allgemein für
 rthschastliche Gebäude benutzt werden soll, veröffentlicht ist, so ist doch, so weit hier
 , weder in der Umgegend von Berlin, noch in den Provinzen Anwendung davon
 e worden, mit Ausnahme eines kleinen und deshalb nicht entscheidenden Versuchs.
 Daß nun die Kosten dieser Eindeckungsarten im Vergleich zu den der gebräuchlich-
 her anbelangt, so wird die Quadrat-Ruthe gedeckter Fläche nach den hiesigen
 , incl. Lattung oder Schalung zu stehen kommen:

bei Steinpappe, wenn der von dem Fabrikbesitzer Reander geforderte Preis von
 $\frac{1}{4}$ Egr. pro Quadratfuß zum Grunde gelegt wird, auf 19 Thlr. 25 Egr.

bei Theerpappen 14 Thlr. 26 Egr.

bei Papier 15 Thlr. 3 Egr.

Dagegen kostet eine Quadrat-Ruthe incl. Lattung oder Schalung:

bei Ziegel-Spießdach 9 Thlr. 25 Egr.

bei Ziegel-Kronendach 11 Thlr. 27 Egr.

bei Ziegel-Doppeldach 12 Thlr. 15 Egr.

bei Schieferdach 29 Thlr. 28 Egr.

bei Zinddach 31 Thlr. 15 Egr.

Hierbei darf nicht unbemerkt bleiben, daß Ziegeldächer im Vergleich zu den übrigen,
 etwas höher zu stehen kommen, da bei gleicher Grundlage des zu überdeckenden
 , die Dachflächen wegen nothwendig größerer Steilheit auch größere Flächen ent-
 müssen als andere flacher liegende; in den vorstehenden Zahlen aber nur die Kosten
 großer Flächen angegeben sind.

Ein festes Urtheil über die allgemeine Anwendbarkeit dieser Methoden, von welchen
 1. vorläufig außer Frage bleiben muß, da das zu derselben erforderliche Material
 in Handel ist, läßt sich hiernach zur Zeit noch eben so wenig fällen, als ein unter
 Umständen gültiges Verfahren der Darstellung angeben; es ist indeß von Interesse,
 einen wie in der anderen Beziehung Erfahrungen zu sammeln und zu dem Ende
 nur von den Resultaten, welche die angegebenen Methoden bei ihrer Anwendung
 wachbauten ergeben haben, soweit sich dazu Gelegenheit darbietet, Kenntniß zu neh-
 men, sondern auch bei stöckischen Bauten Versuche damit zu machen.

Die K. Reg. wird daher veranlaßt, bei der Veranschlagung stöckischer, namentlich
 in Ressort des mitunterzeichneten Ministeriums der geistlichen, Unterrichts- und
 mal-Angelegenheiten angehörender und ausschließlich aus Staats-Fonds auszu-
 der Bauten diese Deckungs-Methoden im Auge zu behalten. Es bedarf jedoch kaum
 merkung, daß bei Anstellung solcher Versuche mit möglichster Vorsicht zu verfahren,
 daß von denselben überall abzusehen ist, wo nicht bereits ähnliche Dächer angefertigt,
 ein geübte Arbeiter vorhanden sind. Ueber das Ergebnis der gemachten Erfah-
 wird zu seiner Zeit Bericht erwartet.

Zur Information für die Baubeamten wird bemerkt, daß sich ausführliche Abhand-
 über die Konstruktion von Dächern nach den sub 2. und 3. angegebenen Metho-
 folgenden Schriften finden.

Ueber Wirthschafts-Einrichtungen nach den Grundsätzen des Schottischen Ader-
 laues u. s. w. von J. Lauder, aus dem Englischen übersetzt von Biernacki.
 Berlin, bei Reimer. 1819.

Dächer mit Papier bedekt, von dem Kaiserl. russischen Bau-Intendanten

Engel, in Crelle's Journal für die Baukunst, VII. Band, 1. & Meimer 1834.

3) »Nachtrag« zu dem vorigen Aufsatz in demselben Journal, Band VII. 2.

4) »Der Bau der flachen Dächer,« von C. Linke, Abtheilung IV. und VII. Schmidt bei Vieweg 1840.

5) »Dächer von getheerten Pappen,« von Böhm, im Notizblatte des Berliner tekten-Vereins, Potsdam bei Kiegel 1840.

6) »Mallet-Dachbedeckungen von getheertem Papier,« in Dingler's : Band 92.

7) »Dachbedeckung mit getheerten Pappen,« in der Deutschen Gewerbe- Jahrgang 1846.

8) »Ueber Pappendächer,« von Hoffmann, in dessen Reiseblättern, in der all Bau-Zeitung, Jahrgang 1846. Wien bei Förster.

Auch ist, wie bereits oben bemerkt, das Papierdach in der kleinen Sch Schrift: Hagelstam, Underrättelse om Tackluckning med Papper, Stockholm stadt et Söner 1829 ausführlich beschrieben, aber davon eine deutsche Uebersetzung erschienen.

Ueber das sub 1. erwähnte ältere Schwedische Steinpappendach enthält (Handbuch der Landbaukunst, 4. Aufl. 2. Band, eine ausführliche Mittheilung, u gabe der bis zum Jahre 1818 über den Gegenstand erschienenen Literatur.

(Min. Bl. d. i. B. 1848. S. 381. Nr. 473.)

6) C. R. des R. Min. für H., G. u. öffentl. A., Abth. III. (Mellin Jan. 1850 an sämtliche R. Reg., und an das R. Polizei-Präsidium in betr. die Bedachungen mit Steinpappen.

Auf den Antrag der Besitzer der Papierfabriken zu Spechthausen und la'ge bei Neustadt-Eberswalde, Gebrüder Ebart, sind über die Feuerfiche dort gefertigten Steinpappen, bei deren Anwendung zu Dachbedeckungen, da der Sa von allgemeinem Interesse ist, unter Zuziehung des Ober-Bauraths Linke zu Be des Regierungs-Bauraths Medtel zu Potsdam, Versuche angestellt worden.

Nach dem auf Grund derselben von der R. Ober-Bau-Deputation abgegeben schriftlich anliegenden Gutachten v. 6. Dec. v. J. (Anl. a.) sind die in Rede Pappdächer den gewöhnlichen Ziegeldächern in Bezug auf die Feuerficherheit u gleich zu achten.

Für den Fall, wenn die Bedachung mit dergleichen Steinpappe im Regierungs-Bezirke zur Anwendung kommen sollte, wird der R. Reg. hiervon J gegeben.

Anl. a.

In Verfolg Erw. Exc. Erlasses v. 6. v. M. verfehlen wir nicht, unter B schluß des uns nachträglich übersandten Schreibens des Magistrats zu Neustadt- walde über die jetzt gebräuchlichen Theerpappen-Dächer und deren Feuerfiche Nachstehendem uns gutachtlich zu äußern.

Schon seit 15 Jahren sind mit Steinkohlen- oder Nadelholztheer getränkte Pappen zur Eindeckung von ökonomischen und gewerblichen Gebäuden in meh vingen des Staates in Anwendung gekommen, über welche die öffentliche Stimme u meinen sich günstig ausgesprochen hat, obwohl das früher verwendete Material Verfahren beim Eindecken manches zu wünschen übrig ließ. In jüngster Zeit Eindeckungsart in den Marken, vorzugeweise in der Umgegend von Neustadt- walde eine allgemeine Verbreitung gefunden, seitdem die Besitzer der Papier-Fab Spechthausen und Weillage, Gebrüder Ebart, nach einem eigenhümlich fahren nicht allein eine Theerpappe, von ihnen Steinpappe benannt, anfertigen welche sich durch Biegsamkeit, vollkommenes Durchdrungensein von dem The mäßigen Preise auszeichnet, sondern auch eine Anzahl Arbeiter für das Geschäft bedens, das trotz der Einfachheit einer sorgfältigen Behandlung bedarf, heran haben, wodurch der Erfolg begünstigt und der Methode das öffentliche Vertrauen nen worden ist. In der That zeichnen sich die Ebart'schen Dächer durch Biegsamkeit, festes und glattes Ausliegen der Tafeln, gleiche Färbung und gefälliges Aussehen, nach dem bisherigen Verhalten zu schließen, dürfte denselben auch hinsichtlich der haftigkeit ein gutes Prognostikon gestellt werden können. Soweit überhaupt die rung von 7 Jahren zu einem entscheidenden Urtheile zu berechtigen im Stande ist die allgemeine Anwendbarkeit dieser Bedachungsart wohl nicht zu bezweifeln, u allenfalls selbst für Gebäude geeignet sein, welche ästhetischen Anforderungen ent sollen, indem die schwarzbräunliche, fast gleichmäßige Farbe und die in gleichen Räumen regelmäßig wiederkehrenden, ebenfalls mit Pappe überzogenen Decken Ganze nicht unangenehm erscheinen lassen.

Allerdings würde eine Ausnahme mit solchen Gebäuden gemacht werden müssen, in denen feuchte Dämpfe von hohem Wärmegrade unmittelbar unter dem Dache entwickelt werden, indem bei der ziemlich luftdichten Beschaffenheit der Dachflächen und der Wärmefähigkeit der Pappen zu besorgen steht, daß zur Zeit äußerer niedriger Temperatur Dämpfe daran niederschlagen und tropfbar werden, in Folge des Beuteln der Bogen, vorzeitige Fäulniß der denselben zur Unterlage dienenden Bretterschalung entsteht. Auch dürfte bei Lokomotivschuppen, Siedereien, Tabakfabriken, bei Trockenräumen für erdiger Luft, Reitbahnen und selbst bei Bleiställen, wenn dergleichen dichter Zwißchen entbehren, nur in dem Falle von der Methode Gebrauch gemacht werden können, daß gegen die Sparren eine möglichst dichte Schalung von gespundeten Brettern aufgeführt würde.

Besonders vorthellhaft ist es, daß die Steinpappe zur Eindeckung selbst sehr flacher Dächer, ohne an Wasserdichtigkeit und Haltbarkeit zu verlieren, nach der bisherigen Erfahrung benutzt werden kann. Die Dächer zu Weiltage haben eine Neigung von $\frac{1}{4}$ bis $\frac{1}{2}$ Fuß zur Höhe; anderweitig sind aber dergleichen in Ausführung gebracht, deren Neigung nach Angabe der Gebrüder Ehart, sogar $\frac{1}{4}$ der Gebäudetiefe beträgt. Das Ansehen einiger, schon vor mehreren Jahren errichteter Dächer läßt jedoch wahrnehmen, daß diejenigen sich am besten erhalten haben, deren Höhe nicht unter $\frac{1}{4}$ der Baßhöhe war, weshalb ohne zwingende Umstände über diese Gränze nicht wohl hinauszugehen kann, namentlich das Deckverfahren mit gegenseitiger Falzung der Pappen in Anwendung kommt, wobei wegen 4fachen Zueinandergreifens hinter dem Falze eine muldenförmige Vertiefung sich bildet, in welcher das Wasser stehen bleibt. Daß bei steileren Neigungen durch beschleunigteres Abfließen des Regen- und Schneewassers die Dächer längere Zeit in gutem Zustande verbleiben müssen, ist erklärlich, andererseits aber eben so einleuchtend, daß dieselben bei einer Höhe von mehr als $\frac{1}{4}$ der Baßhöhe, durch vermehrte Schwierigkeit in der Ausführung an und für sich, durch Vergrößerung der Dachfläche bei gleichbleibendem Rauminhalte aber auch relativ kostspieliger werden müssen. Wichtiger noch als der Umstand bleibt hierbei der Umstand, daß bei Annahme eines so steilen Daches die zu machenden Gefälle nicht allein sehr wesentliche Vorthelle verloren gehen, sondern auch die Feuersicherheit in sofern vermindert wird, als bei eventueller Aufnahme von Feuer dies weniger schnell oder gar nicht zu löschen, brennenden benachbarten Gebäuden vom Dache aus, wie es sonst mit Leichtigkeit geschehen kann, niemals mit Löschanlagen beizukommen ist.

Die in Weiltage fabrizirten Pappen messen beschnitten in der Länge 3 Fuß 2 Zoll, in der Breite 2 Fuß 4 Zoll, enthalten mithin $7\frac{1}{2}$ □ Fuß Flächeninhalt, können aber auf dem nach vorheriger Bestellung ohne erhebliche Preissteigerung um einige Zoll vergrößert werden. Das Gewicht derselben beträgt p.p.t. $4\frac{1}{2}$ Pfd., wobei 24 bis 28 Stück durchschnittlich 1 Centner wiegen, womit aber in Rücksicht auf Ausschuß und Verlust durch stilles Ueberdecken oder Falzen der Tafeln, durchschnittlich nur 1 □ Ruthe Dachfläche gedeckt werden kann. Das Verfahren beim Eindecken ist verschiedenartig; welche Art in Anwendung kommt, so bedarf sie stets einer dichten geschmieigten, besser noch mit Leinwand verschalung der Dachflächen von mindestens 1 Zoll dicken Brettern, welche ausgetrocknet sein müssen, indem entgegengesetzten Falles, durch Schwinden und Wölben derselben, das Blasen der nach längerem Liegen und Hartwerden wenig dehnfähigen Pappen eintritt.

Nach der von einander abweichenden Hauptkonstruktion ergiebt sich das Leistendach oder das ebene Dach, wovon das erstere, mehrfacher Vorthelle nicht zu gedenken, vorzuziehen bleibt, weil es dazu einer Schalung gänzlich ausgetrockneter Bretter, die bei letzterem unbedingt erforderlich ist, nicht eben bedarf. Sobald aber die Neigung weniger als $\frac{1}{4}$ der Baßhöhe zur Höhe hat und die Flächen häufigem Betreten preisgegeben sind, hat das ebene Dach Vorzüge. In beiden Methoden findet sich wieder eine Verschiedenheit, je nachdem das Leistendach mit Falzung und verdeckter Nagelung, oder mit gegenseitiger Ueberdeckung und offener Nagelung, das ebene Dach aber mit geraden Bahnen, Falzung und seitwärts verdeckter Nagelung oder mit gegenseitiger Ueberdeckung und offener Nagelung, endlich mit Diagonalbahnen und offener Nagelung fertig wird. Die verdeckte Nagelung ist der offenen, wobei die Nagelköpfe mit einem Steinkohlenpech, der mit der Zeit abspringen kann, zugedeckt werden müssen, hinsichtlich der Festigkeit und Dichtigkeit vorzuziehen, gestattet aber nicht eine so einfache Verlegung der Tafeln. Beim Leistendache müssen in gleichen Zwischenräumen der Breite der Pappen, schwache Latten von viersseitigem, dreieckigem oder halbkreisförmigen Querschnitte parallel von der Traufe nach dem Firste auf die Schalung gelegt und mit starken Nägeln befestigt werden. Von dem gehörigen Feststehen dieser Leisten, welche der Seltenumbiegung der Tafeln Halt findet, hängt die Sicherstellung derselben gegen mögliches Abheben und Aufrollen bei Stürmen besonders ab, weshalb es rathsam ist, die Zwischenweiten der Sparren nach der Breite der Pappen genau abzumessen

damit die Reisten auf jene treffen und deren Nägel tief in das Holz getrieben werden. Hierdurch wird die Anwendung dieser Methode für vorhandene mit Nuth ein anderes Deckmaterial konstruirter Gebäude vertheuert, indem es entweder der Lösung eines neuen Gespärres oder einer stärkeren Schalung von mindestens 3 Zoll Lagen bedarf, über welche die Reisten befestigt und die durchgreifenden Nagelspitzen herumgenietet werden können.

Beim ebenen Dache, sowohl mit verdeckter als offener Nagelung, kann, im Wind erst eine Tafel gelöst hat, das Abheben der ganzen Fläche leichter eintreten, dem nur durch eine möglichst enge Nagelung vorzubeugen. Die Sparrenweite bleibt bei, wenn sie ein gewisses Maas nicht übersteigt, ohne Einfluß, weshalb die Reist für vorhandene Gebäude sich mehr eignet.

Das Dach mit Diagonalbahnen — Mautendach — welches sich sonst zu würde, ist mit Vorsicht und allenfalls nur bei einer festen Schalung von völlig h Brettern anzuwenden, indem die Erfahrung lehrt, daß beim geringsten Bersten die plaken. Dasselbe eignet sich aber vorzugsweise, um an Stelle defekt gewordenen scher Dächer zu treten, wobei die alte Lehmlage als ein Medium zwischen der E und der Wappe liegen bleibt, und verhindert, daß eine Bewegung in jener theilhaftig wird.

Was nun den wichtigsten, vielseitig in Frage gestellten Punkt — die Feuer dieser Bedachungsart — betrifft, so darf es nicht befremden, wenn nach der allg Anschauung über die leichte Entzündbarkeit des zu den Wappen in Verwendung den Hauptmaterials, diese selbst für feuergefährlich gehalten und deshalb hier und den Landfeuersocietäten Bedenken getragen worden sind, damit eingedachte Gebäu die gewöhnliche Versicherungsprämie aufzunehmen. Die in Folge hohen Auftrags Leitung des Ober-Bauraths Linke und des Regierungs- und Bauraths Redt gehaltenen mehrseitigen Versuche, deren Hergang und Ergebnis in der Verhandl 19. Mai d. J. ausführlich beschrieben worden ist, erweisen aber zur Genüge, d Dach durch glühende Kohlen, einzelne brennende Holzstücke, überhaupt durch g gar nicht, oder doch nur langsam und erst durch eine längere Zeit fortgesetzt, auf Stelle einwirkendes helloderndes Feuer in Brand gesetzt wird, wobei es außerden bleibt, ob frisch fabrizirte oder ältere Wappe zum Belegen genommen, der Thet vor kurzer oder längerer Zeit überbracht, und dieser mit Sand instruirt wa Nicht minder ergiebt sich daraus, daß die Fortpflanzung des Feuers, wenn die durch längeres Einwirken eines Holzbrandes auf eine Stelle entzündet worden s langsam von Statten geht, und sich sogar nur auf einen geringen Umkreis jener bes weshalb, wenn die Neigung des Daches das Betreten erlaubt, das Löschen außeror erleichtert wird.

Besonders günstig ist aber das Verhalten des Daches bei einem im Innern Gebäudes entstandenen Brande, wenn Gespärre und Schalung davon ergriffen sind bei der fast luftdichten Dachfläche, das Feuer erst nach längerer Zeit durch die B Bretter tretend die Wappen entzündet und endlich verkohlt, wobei weder ein Abhe Fortstiegen derselben stattfindet. Es waltet hierbei jedenfalls geringere Gefahr Blei-, Zink-, Asphalt-, Schiefer- und Ziegeldächern, ob, in sofern erst vor gänzl sammensturz des Dachgerüsts bei ersteren das Schmelzen und Abtröpfeln des l und des Erharzes, bei letzteren aber das Herabfallen der durch übermäßige s springenden Platten und Steine stattfindet, und das Annähern an das brennende l ersichert.

Daß übrigens bei fortgesetzter Einwirkung eines hellflammenden Feuers Dachfläche diese selbst, es sei das Deckmaterial, welches es wolle, in Brand gerat dies um so eher statthaben muß, sobald das Gespärre von der Flamme seitwärts o lumen ergriffen wird, ist einleuchtend und deshalb von einer unbedingten Feuerf irgend einer Bedachungsart, wenn das Gespärre nicht selbst aus Metall konstrukt die Rede.

Unzweifelhaft lehrt das Verhältniß der Weillager Versuche, daß diese Wapp Bezug auf Feuersicherheit den Stroh-, Rohr- und Schindeldächern, mit welcher Feuerversicherungs-Societäten sie in eine Klasse gesetzt haben, bei weitem vorzuzie Ziegelspießdächern aber gleichzusetzen sind. Mit Rücksicht auf den Umstand, daß i sten Feuer-Societäten zwischen dem Ziegelspieß- und dem Ziegelfronen- und Dost keinen Unterschied machen, tragen wir in Betracht des nach einzelnen Richtungen theilhafteren Verhaltens der Wappdächer nicht besonders Bedenken, sie den Ziege im Allgemeinen gleichzustellen; namentlich wenn die Neigung nicht über $\frac{1}{4}$ der G diese zur Höhe hat und demnach das Betreten gestattet.

Die Kosten dieser Dächer sind, obwohl der Preis der Wappe für den Centn 4½ Thlr. beträgt, doch circa um 2½ Thlr. höher als die der Ziegeldächer, jedoch m als die Hälfte geringer als die der Schiefer- und Alstdächer, sie würden aber erhd

zu stehen kommen, wenn es der Bretterschalung nicht bedürfte. Nach hiesigen Preisen kostet 1 □ Ruthe Leistendach:

1) das Material.

Centner Pappe	4	Thlr.	15	Sgr.	—	℥f.
Rohrnägel à mille 20 Sgr.	—	„	24	„	—	„
Centner Steinkohlentheer	—	„	15	„	—	„
Scheffel Kalkpulver	—	„	2	„	6	„
Stück 13öhlige Bretter à 15 Sgr.	4	„	10	„	—	„
Stück 13öhliges Brett zu Leisten	—	„	15	„	—	„
Stück starke Nägel	—	„	5	„	—	„
Schod Lattnägel	—	„	11	„	3	„
	11	Thlr.	7	Sgr.	9	℥f.

2) das Arbeitslohn.

13 Fuß Bretter zu säumen, spunden und verlegen à 4 ℥f.	1	Thlr.	18	Sgr.	—	℥f.
Leisten zu fertigen und zu befestigen	—	„	7	„	6	„
13 Fuß mit Pappe zu belegen	1	„	—	„	—	„
	2	Thlr.	25	Sgr.	6	℥f.

Im Ganzen 14 Thlr. 3 Sgr. 3 ℥f. Dagegen wird bei denselben Einheitspreisen Ruthe ebenes Dach nur 13 Thlr. 5 Sgr. 0 ℥f. betragen.

Ueber die Höhe der jährlichen Unterhaltungskosten läßt sich in Ermangelung ander Erfahrung hinsichtlich der Dauer der Pappen noch nicht mit Sicherheit urtheilen. Haben die Reparaturen nur in Erneuerung des Kalktheer-Ueberzuges bestanden, aber bei einigen vor 6 bis 7 Jahren errichteten Dächern sich noch nicht als ein dringendes Bedürfnis herausgestellt hat; indessen dürfte es im Allgemeinen rathsam erscheinen, nach Verlauf von 3 bis 4 Jahren erneuern zu lassen, wodurch für die □ Ruthe 20 Sgr. Kosten entstehen können.

Kommen wir uns schließlich zu der besonders aufgeworfenen Frage: ob in der Anwendung dieser Steinpappen nicht ein geeignetes und zugleich wohlfeiles Auskunftsmittel in seltenen Fällen gefunden werden könne, wo Stroh-, Rohr- und Schindeldächer bedürftigen Reparaturen bestehenden Bestimmungen gemäß fortgeschafft werden sollen, die Uebersetzungskosten in ein Ziegeldach aber die Vermögenszustände der Eigenthümer nicht aus dem Grunde übersteigen, daß die zum Tragen einer schweren Dachlast konstruirten Gebäude umgebaut werden müssen — so ist deren Beantwortung wohl schon in der vorstehenden Erörterung enthalten. Wäre hierbei nur allein die Frage in Betracht zu ziehen, so möchte bei dem sehr geringen Gewicht der Pappen die leichteste Konstruktion zum Tragen der Last geeignet sein. Stroh-, Rohr- und Schindeldächer haben aber eine Neigung, die oft mehr als die halbe Gebäudetiefe zur Last trägt, wobei sowohl das Eindecken als das Repariren der Flächen bei weitem theurer und deshalb kostbarer wird. Dergleichen steile Pappdächer sind außerdem noch nicht zur Ausführung gekommen, und ist momentan nicht wohl abzusehen, wie man denselben auf eine bequeme Weise bewirkt werden kann. Bezweifeln läßt sich nicht, daß die Praxis Mittel auffinden wird, zum Ziele zu gelangen; sei es durch einen Fahrstuhl, wie beim Schieferdache, oder einen Baumgangeß wie beim Strohdache. Indessen möchte noch ein anderer Umstand von der Verwendung der Pappen in manchen Fällen absehen lassen. Rohr- und Strohdächer haben in der Regel eine Sparrenstellung mit 5, selbst 6füßigen Zwischenweiten, bei welchen eine feste Deckung von 13öhligen Brettern nicht wohl herzustellen bleibt, es würde demnach die Deckung aus 13öhligen Brettern eine dergleichen aus 1½ bis 1½ starken Dielen geschehen müssen, wodurch aber in beiden Fällen die Kosten sich nicht unerheblich erhöhen würden.

Berlin, den 6. December 1849.
Königliche Ober-Bau-Deputation.

An
Hochw. Staats- u. Min. für H., O. u. öffentl. A.,
Herrn v. d. Heydt, Exc.
(Bl. d. L. B. 1850. S. 70. Nr. 86.)

Verfügungen der Provinzial-Behörden.
Publ. der R. Reg. zu Bromberg v. 27. Juli 1818. Belehrung über die Ausführung der Lehm-Schindeldächer. (N. II. 865. — 3. 115.)

2) Publ. der R. Reg. zu Arnberg v. 26. Aug. 1818¹⁾. Uebl. über die feuersichere Art der Anlegung der Pfannendächer.

(N. II. 861. — 3. 114.)

3) Publ. der R. Reg. zu Minden v. 3. Sept. 1825. Belehrung zweckmäßige Anlegung der Lehmshindeldächer. (N. IX. 747. — 3. 148.)

4) Publ. der R. Reg. zu Breslau v. 10. Nov. 1825. Empfehlung Ziegelbedachung und Belehrung über die zweckmäßige Art der Anfertigung Dachziegel in Feldöfen. (N. X. 147. — 1. 122.)

5) Publ. der R. Reg. zu Posen v. 4. Jan. 1830. Belehrung über Sicherung der Strohdächer gegen Feuer. (N. XIV. 138. — 1. 103.)

6) Publ. der R. Reg. zu Münster v. 1. Dec. 1836. Belehrung über die Verbesserung der Dachdeckungsart mit gebogenen Pfannen.

(N. XX. 1024. — 4. 193.)

Zweites Kapitel.

Vorschriften, welche die zweckmäßige Zeitfolge für baul. Konstruktionen betreffen.

Vergl. die oben S. 285 ff. in Th. I. Abth. II. Abschn. I. Kap. 2. allegirten Publ.:

1) der R. Reg. zu Münster v. 15. Nov. 1823.

2) der R. Reg. zu Liegnitz v. 10. Febr. 1824.

3) der R. Reg. zu Köln v. 9. Febr. 1825.

4) der R. Reg. zu Marienwerder v. 20. Jan. 1843.

Drittes Kapitel.

Vorschriften, welche die Verhütung und Vertilgung des Hauschwammes betreffen.

1) U. A. des R. Min. des I., Abth. II. (v. Manteuffel) v. 5. Febr. an sämmtl. R. Reg. und an das Pol. Präsidium in Berlin. Mittel zur Vertilgung des Hauschwammes.

In Erwiderung auf den Bericht v. 12. Sept. v. J. wird der R. Reg. eine Beschl. des von der R. wissenschaftlichen Deputation für das Medizinalwesen abgegebenen Beschl. v. 17. Jan. c. in Betreff der Gefährlichkeit der Anwendung des Quecksilbersublimats zur Vertilgung des Hauschwammes anliegen (a.) zugefertigt.

Da nach Inhalt desselben durch Anwendung des Mittels auf vielerlei, nicht zu bestimmende Weise Nachtheile für die Gesundheit der Menschen entstehen können, der Gebrauch desselben durch andere, dem Zwecke entsprechende, und gefahrlose Mittel entbehrlich wird, so erscheint es vollkommen gerechtfertigt, den Gebrauch des Quecksilbersublimats zur Vertilgung des Hauschwammes zu verbieten.

Der R. Reg. bleibt überlassen, hiernach das Weitere zu verfügen.

Anl. a.

Ein R. u. Min. der G., II. u. Med. Ang. forderte die wissenschaftl. Deput. am 4. Nov. v. J. auf, sich gutachtlich zu äußern, ob der Gebrauch des Quecksilbersublimats bei ögl. Bauten zu untersagen, bei Privatbauten aber wenigstens zu warnen sei.

Sehr viele Mittel sind gegen den Hauschwamm angewandt worden; Quecksilber-Sublimat, konzentrirte Auflösung von Eisenvitriol und von essigsaurem oxydul mit Kreosot, erhalten durch Auflösen von Eisen in rohem Holzessig, haben die wirksamsten bewährt. Der Arsenik ist sogleich nach den ersten Versuchen nicht gegeben worden, weil mehrere Arbeiter bei der Verarbeitung des Holzes vergiftet

¹⁾ Die Reg. zu Bromberg hat unterm 15. Nov. 1818 (N. II. 1152. — 4. 1153.) wörtlich gleichlautendes Publ. erlassen.

Sublimat hat man in England und Amerika in großem Maßstabe und mit Erfolg wandt; auch die hölzernen Unterlagen der Eisenbahn zwischen Heidelberg und Mannheim sind damit getränkt. Genaue Versuche, die in Leipzig angestellt worden sind, haben gezeigt, daß nur, wenn man eine große Menge einer Sublimatlösung anwendet, Holz hinreichend damit getränkt wird, daß aber dieses Mittel dann zu theuer wird. So gute Resultate sind an vielen Orten, z. B. in der hiesigen Porzellan-Fabrik, durch Anwendung einer Eisenbitriol-Lösung und des sogenannten holzsauren Eisens, wenn diese nur recht konzentriert und gehörig angewandt wurden, besonders nach der von Boussingault vorgeschlagenen Methode, erreicht worden, so daß, da der Quecksilber-Sublimat sich durch andere wohlfeilere und gefahrlose Mittel ersetzen läßt, kein dringender Grund vorliegt, daß Holz, besonders in bewohnten Räumen, mit einem starken Gifte zu tränken, welches auf vielerlei nicht vorher zu bestimmende Weise Gefahr bringen kann.

Die wissenschaftliche Deputation ist hiernach der Meinung, daß die Anwendung des Quecksilber-Sublimats für die Bewohner der Gebäude oder für die später darin beschäfftigten Bauhandwerker schädlich werden und dem zu befürchtenden Nachtheile durch die Anwendung eines angemessenen Surrogats, namentlich des schwefelsauren oder holzsauren Natriums, vorgebeugt werden kann.

Berlin, den 7. Januar 1846.

Königl. Wissenschaftliche Deputation für das Medizinalwesen.

Dr. Kling. Dr. Horn. Dr. Lint. Dr. Wagner. Dr. Mitscherlich.

Dr. Gröber. Dr. v. Stoich. Dr. Schmidt. Dr. Casper.

(Min. Bl. d. I. B. 1846 S. 33. Nr. 46.)

2) Publ. der R. Reg. zu Bromberg v. 21. Dec. 1825. Belehrung über Vertilgung des Hausschwammes. (N. X. 146. — 1. 121.)

3) Publ. der R. Reg. zu Erfurt v. 2. April 1827. Mittel wider den Stein- und Holzschwamm. (N. XI. 229. — 1. 129.)

Viertes Kapitel.

Vorschriften betreffend die zweckmäßige Einrichtung der
Defen und Backöfen.

1) E. R. des R. Min. des J. (Röhler) v. 5. Aug. 1829, an sämmtl. R. Empfehlungen der Amberger Sparr-Defen. (N. XIII. 519. — 3. 42.)

2) Das R. des R. Min. des J. und d. B. (Röhler) v. 12. Febr. 1832, an sämmtl. R. Reg. theilte eine Bekanntmachung des Med. Rath Dr. Vogel zu Regau v. 25. Dec. 1831 mit, worin dieser einen Preis von hundert Dukaten für die möglichst zweckmäßige und gefahrlose Einrichtung eines Heiz- und Back-Ofens aussetzte. (N. XVI. 212. — 1. 87.)

Das R. des R. Min. des J. u. d. B. (v. Rochow) und der B. für H. u. Bauwesen v. 17. April 1846, an sämmtl. R. Reg. machte indeß bekannt, daß Niemand den ausgetobenen Preis gewonnen habe, die Aufgabe erloschen sei. (N. XX. 405. — 2. 128.)

3) R. der R. Reg. zu Erfurt v. 20. Nov. 1844. Empfehlungen einer neuen Art Backöfen. (Min. Bl. d. I. B. 1845. S. 20. Nr. 25.)

4) Publ. der R. Reg. zu Posen v. 6. April 1847, betr. die Belehrung über die Anlegung Holz ersparender Koch- und Heizöfen für ländliche Wohnungen. (Min. Bl. d. I. B. 1847. S. 96. Nr. 135.)

Fünftes Kapitel.

Verschiedene Anordnungen und Empfehlungen zweckmäßigen Verfahrens und zweckmäßiger Einrichtungen bei Bauten.

1) R. des R. Polizei-Direktoriums zu Berlin v. 27. Nov. 1754. Verbot der Ausführung der Mauern von Lehm und sogenanntem Spahr-Kalk.

(N. C. C. Tom. I. Abth. 2. S. 709. Nr. 82.)

Lehrb. Bau-Polizei. 2. Aufl.

2) Publ. der R. Reg. zu Merseburg v. 9. Oktbr. 1823. Verfahr-
frorene Wasser-Röhrfahrten aufzuthauen. (A. VII. 978. — 4. 149.)

3) Publ. d. R. Reg. zu Erfurt v. 3. Sept. 1824. betr. die Be-
maßregeln bei Bauten auf nassem Grunde. (A. VIII. 913. — 3. 133.)

4) Publ. der R. Reg. zu Arnöberg v. 19. Febr. 1827 u. der
zu Münster v. 24. Aug. 1830. betr. die Anwendbarkeit der sogenannten
ten Bindeldecke. (A. XI. 640. — 3. 99.)

5) C. R. des R. Fin. Min., Abth., für H., Fabr. und Bauw. (Z.
20. Juni 1837, an sämmtl. R. Reg., Empfehlung der Beddingschen An-
lung über die Anwendung horizontaler Wasserräder zu Mühlen- u. Fat-
lagen. (A. XXI. 1069. — 4. 179.)

6) C. R. des R. M. des R. H., Abth. II. (Gr. zu Stolberg) v. 3
1844, an sämmtl. R. Reg. Empfehlung zur Anwendung des Schnei-
Flächen-Maßstabes. (Min. Bl. d. i. B. 1844. S. 102. Nr. 125.)

Zweiter Abschnitt.

Von den Maßregeln des Staates zur Beförderung Bauten.

Erstes Kapitel.

Vorschriften, betreffend die Metablissements-Unterstützungen für Abgebrannte.

1) R. der R. Min. d. I. (v. Schudmann) u. der Fin. (v. Moß
Febr. 1827. an die R. Reg. zu Cöln. Unterstützung für Abgebrannte u.
Remissions-Fonds.

Auf den Ver. v. 4. Okt. a. pr. wird genehmigt, daß den abgebrannten Einwoh-
nern aus dem Remissions-Fonds eine Unterstützung zc. verabreicht werde.

Uebrigens kann in geringenden Fällen von der R. Reg. sogleich, ohne vorher-
frage eine Unterstützung aus dem Remissions-Fonds angewiesen werden; nur
zur Uebernahme der unbeibringlichen Grundsteuer-Quoten bestimmte Fonds
keine Beeinträchtigung erleiden. (A. XI. 179. 1. — 101.)

2) C. R. der R. Min. d. I. u. d. H. (Köhler) u. der F. (v. Alben
v. 27. Febr. 1836 an sämmtl. R. Oberpräf. Beschränkung der Bewill-
von Metablissements-Unterstützungen bei Brandschäden.

Erw. zc. empfangen anbei Abschrift der Allerh. R. O. v. 23. v. M. (Anlage
daraus zu entnehmen, in welcher Art des Königs Maj. die Bewilligung von Me-
mentis-Unterstützungen bei Brandschäden für die Folge zu beschränken und gleiche
Aufforderung an die Gebäude-Besitzer zu einer genügenden Versicherung ihrer
gegen Feuerögefahr, mittelst einer Bekanntmachung durch die Amtsblätter zu befe-
ruht haben.

In Gemäßheit dieses Allerh. Befehles, haben wir das Erforderliche bereits
bar an die R. Reg. verfügt.

Anl. a.

Da es nöthig ist, die Bewilligung von Metablissements-Unterstützungen bei
schäden auf angemessene Grundsätze zurückzuführen und zu beschränken, so bestim-
auf Ihren Bericht v. 15. v. M., daß in der Regel dergleichen Beihilfen aus der
lasse bei Mir nur in solchen Fällen beantragt werden sollen, wo es nach einem
Brandschaden, auf die Ausführung eines nothwendigen und zweckmäßigen mit-
entschädigungen, Straßenverlegung oder Verbreiterung zc. verbundenen Metabli-
Planes ankommt, ferner, wenn durch Feuer zerstörte Kommunal-Gebäude nach
ihrem Zwecke entsprechenderen Bauart oder mit Vergrößerung herzustellen und
munen diese Mehrkosten aufzubringen außer Stande sind. Anträge auf Unter-
einzelner abgebrannter Hausbesitzer, mit Ausnahme der selteneren Fälle, wo die
Verhältnisse zur Berücksichtigung kommen, müssen dagegen künftig ganz unter-
Sie haben hiernach zu verfahren, übrigens aber die Reg. zu einer Bekanntmachung
die Amtsblätter zu veranlassen, wodurch die Einsassen zu einer genügenden
ihrer Häuser gegen Feuerögefahr aufgefordert, und zugleich darauf aufmerksam

daß sie sich in der Folge auf extraordinaire Unterstützung aus Staatsfonds zum Nement von eingeweihten Gebäuden durchaus keine Hoffnung machen dürfen. In Provinzen, wo die Einführung neuer Feuer-Societäts-Reglem. bevorsteht, kann diese Ermächtigung bis dahin ausgesetzt werden.

Berlin, den 23. Januar 1836.

Friedrich Wilhelm.

(N. XX. 213. — 1. 159.)

) E. R. der R. Min. des J. u. d. P. u. der Fin. an die R. Reg. der Provinzen Posen, Westphalen und der Rheinprovinz. Desselben Inhaltes.

daß der in der abschließlichen Anlage beigef. Allerh. R. D. v. 23. v. M. wird der R. ersehen gegeben, in welcher Art des Königs Maj. die Bewilligung von Metablisse-Unterstützungen bei Brandschäden für die Folge zu beschränken geruht haben. Die ist sich daher hiernach in vorkommenden Fällen bei etwaigen Anträgen auf dergl. Unterstützungen zu richten.

Am Schlusse der Allerh. D. befohlene Bekanntmachung, wodurch die Einsassen in genügender Versicherung ihrer Gebäude gegen Feuergefahr aufgefordert und zum Auf aufmerksam gemacht werden sollen, daß sie sich künftighin auf eine Metablisse-Unterstützung aus Staatsfonds durchaus keine Hoffnung machen dürfen, hat die R. Reg. durch ihr Amtsblatt zu erlassen, und wie dies geschehen, anzuzeigen.

Die Allerhöchste Vorschrift in der mehrermähnten Ordre, daß in denjenigen Provinzen, die Einführung neuer Feuer-Societäts-Regl. bevorsteht, jene Bekanntmachung bis zur Emanation auszusprechen sei, findet nunmehr auf die dortige Provinz nicht weiter Anwendung, da das neue Reglement für dieselbe inzwischen durch die G. S. publicirt ist; ist die R. Reg. hieraus Veranlassung zu nehmen, in der gedachten Bekanntmachung die Besitzer zugleich darauf aufmerksam zu machen, daß ihnen durch die mittelst des neuen Regl. eingeführte neue und verbesserte Einrichtung, namentlich durch die zweckmäßige Repartirung der Beiträge, die Versicherung ihrer Gebäude bedeutend erleichtert (N. XX. 215. — 1. 160.)

) E. R. der R. Min. des J. u. d. P. u. der F. an die R. Reg. der Provinzen Preußen, Brandenburg, Pommern, Schlesien und Sachsen und abschriftlich das R. Polizei-Präsid. zu Berlin. Desselben Inhaltes.

daß in dem vorstehenden E. R. bis zu den Worten: „wie dies geschehen, anzu-

zeigen“ die Allerh. Vorschrift in der mehrermähnten Ordre, daß in denjenigen Provinzen, die Einführung neuer Feuer-Societäts-Regl. bevorsteht, jede Bekanntmachung bis zur Emanation auszusprechen sei, bezieht sich lediglich auf die Provinzen Posen, Westphalen und Rheinland; es ist indeß auch den dortigen Reg., da inzwischen die fraglichen neuen Ordre gedachte Provinzen durch die G. S. zur Publicität gekommen sind, die unverzüglich die Erlaffung der befohlenen Bekanntmachung aufgegeben worden.

(N. XX. 216. — 1. 161.)

) R. des R. Min. des J., Abth. I. (v. Wedell) v. 24. Okt. 1842, an die R. zu Posen. Unterstützung der durch Feueröbrunst heimgesuchten Einwohner. Daß Königs Maj. haben bei Gelegenheit der Nachsuchung eine Unterstützung für die durch Feueröbrunst heimgesuchten Einwohner eines Ortes mittelst Allerh. D. v. 1. J. zu bestimmen geruht, daß wenn in Zukunft Unterstützungs-Nachweisungen von den Unten eingereicht werden, dafür zu sorgen sei, daß neben den in Vorschlag gebrachten Mitteln jederzeit auch der Betrag der aus Kollektengeldern u. bereits gewährten Unterstützungen ersichtlich sei, und daß die Kreisbehörde und die Reg. auf den Nachweisungen die Meinungen und Vorschläge der Lokal-Behörde nach vorheriger Prüfung zu verhandeln erklären, oder ihre abweichenden Ansichten aussprechen und motiviren.

(Min. Bl. d. i. B. 1842. S. 375. Nr. 515.)

Zweites Kapitel.

Schriften, betreffend die Gewährung von Bau-Begnadigungsgeldern.

Vgl. Borowski, Abriß des prakt. Kameral- und Finanz-Wesens nach den Landesverfassungen und Landesgesetzen in den R. Preuß. (3. Ausg.), Thl. II. S. 132. S. 465.

R. des R. Min. des J. (v. Schudmann) u. der Fin. (v. Kewitz) v. 13. 23. an die R. Reg. zu Merseburg. Aufhebung der Bau-Begnadigungsgelder im Herzogthume Sachsen.

Der K. Reg. wird auf den Ver. v. 6. Febr. v. J. wegen der Bau-Begnad. Gelder im Herzogthume Sachsen nunmehr Folgendes eröffnet.

Den Städten der Stifter Merseburg und Naumburg sind diejenigen be. Steuer-Beträge, welche sie neben dem zur Staatskasse fließenden Kontingente Zweihundert und Einhundert Thlr. jährlich bloß zum Behufe des Bau-Begna. Fonds aufgebracht und zur Instituten-Kasse eingezahlt haben, von dem Zeitpunkt der Suspension der Bau-Begnadigungs-Gelder unterm 19. Sept. 1821 er. Allerh. K. O. ab zu erlassen und resp. zurück zu zahlen.

Dagegen bleibt hinsichtlich der von der K. Reg. zugleich in Antrag gebracht. minderung der Steuer-Quoten in den erbländischen Bezirken die weitere Bestim. jetzt und bis zur endlichen Berichtigung aller diesfälligen Angelegenheiten anbe. (A. VII. 968. — 4. 144.)

2) Publik. der Reg. zu Stralsund v. 25. Mai 1824. . Aufheb. durch das Patent v. 3. Juli 1734 für Neubauten in den Städten bei. Exemptionen.

Nachdem der Zweck des von der vormaligen Preuss. Reg. unter-dem 3. J. erlassenen Patents, den Anbau der in den Städten dieser Provinz vorhandenen Stellen zu befördern, jetzt größtentheils erreicht ist, und daher schon seit dem J. die Auszahlung der bis dahin für Neubauten üblich gewesenenen Bau-Prämien Staatskasse aufgehört hat, so finden wir uns veranlaßt mit Genehmigung des des J. nunmehr auch die durch das angeführte Patent den Neuanbauenden in de. ten zugesicherte 10jähriger Befreiung von Einquartirung, Servis und allen bän. Lasten, weil selbige nur zur größeren Belästigung der übrigen Stadteinwohner ge. alle künftige Fälle hierdurch ebenfalls aufzuheben.

Ineem wir solches zur Kenntniß des dabei interessirenden Publikums bringen wir zugleich die Magistrate der Städte in unserem Verwaltungsbezirk hierdurch. jetzt an für Neubauten weiter keine Exemptionen der angegebenen Art zu bewillige. (A. VIII. 594. — 2. 158.)

I. Chronologisches Register.

(Die Zahl bedeutet die Seitenzahl.)

1641—1800.

in Berlin v. 30. Nov. 1641, S.	633
Cassen-Ordn. v. 14. August	5
cc. 1661	6
v. 15. Juli 1672	6
v. 26. Jan. 1701	6
April 1705	460
Nov. 1706	455
v. 1706	455
v. 3. Mai 1707	6
st. 1708	6
1708	6
1708	538, 541
d 1709	455
al 1710	422
Rat 1710	455
Juli 1710	455
an. 1716	539
st 1716	456
in. 1717	422
v. 1. Nov. 1718, S. 517	537
v. 4. Mai 1719	6
ug. 1720	6, 518
1722	531
l. 1723	13, 14
1724	6, 551
10. Febr. 1724	305
v. 31. März 1727	6
v. 1728	517
1733	633
v. 5. Mai 1734	422
1734	660
1742	456
Mai 1748	13
v. 5. Juni 1748	538
st 1749	6
st 1749	456
1754	13
Juli 1754	506
v. 1754	657
v. 24. Mai 1756	538
März 1765	553
ra 1765	553
März 1765	487
1766	531
t. 1767	531
t. 1768	531
al 1770	33
3. Juli 1770	517, 538
Jan. 1772	517, 538
20. April 1773	518, 538
st 1776	541
1777	6, 539, 541
pril 1779	411
1782	609
1783	422
d 1785	609

Polysyl. 2. Aufl.

st. v. 5. April 1788	6, 289
Defl. v. 3. Juni 1788	289
Regl. v. 14. Febr. 1790	583
Instr. v. 26. Sept. 1790	136, 198
st. v. 10. Mai 1791	459
Bau-Regl. v. 26. Juni 1791	306
st. v. 29. Juli 1791	486
— v. 6. Febr. 1792	422
st. v. 6. Aug. 1792	303
— v. 4. Sept. 1792	303
Publ. v. 5. Juli 1793	283
st. v. 16. April 1794	6, 506, 551
Ed. v. 15. Juni 1795	6, 460
Instr. v. 24. Febr. 1796	305
st. v. 28. Aug. 1796	473
st. v. 18. April 1797	584
st. v. 16. April 1798	500
Publ. v. 8. Mai 1798	96
st. v. 13. Mai 1798	234, 236
Instr. v. 1. Juni 1798	136, 198, 632
Defl. Pat. v. 16. Juni 1798	283
st. v. 23. Aug. 1799	74
Regl. v. 15. Sept. 1799	14
st. v. 1. Jan. 1799	16
Publ. v. 20. April 1799	44
Ed. v. 26. Juni 1799	470
Publ. v. 6. Juli 1799	44

1801—1809.

Regl. v. 20. Sept. 1801	519
Instr. v. 3. Juni 1804	136, 198
Ed. v. 19. April 1804	474
Publ. v. 24. Dec. 1804	96
st. v. 12. Jan. 1805	577
— v. 26. Nov. 1805	127
Publ. v. 9. März 1807	634
Feuer-Ordn. v. 5. Sept. 1807	519, 537
Publ. v. 16. Dec. 1808	20, 33, 44, 52
st. v. 16. Dec. 1808	96
Instr. v. 23. Dec. 1808	53
— v. 26. Dec. 1808	21, 237
st. v. 26. Dec. 1808	53, 54
Instr. v. 28. März 1809	42
— v. 26. Sept. 1809	34
st. v. 27. Dec. 1809	448

1810.

Publ. v. 28. Febr.	455
Regul. v. 17. März	89
st. v. 15. Okt.	507
st. v. 27. Okt.	9, 22, 34, 38, 44, 96
— v. 28. Okt.	562
— v. 2. Nov.	196
st. v. 11. Dec.	580

1811.

st. v. 28. März	9
st. v. 16. Mai	436
— v. 10. Juni	425

R. v. 24. Juni	S. 136
Publ. v. 17. Juli	436
— v. 21. Juli	436
R. v. 27. Aug.	136. 198
G. v. 7. Sept. 34. 164. 196. 422. 445. 551	
Publ. v. 12. Sept.	454
R. v. 30. Nov.	462
Publ. v. 4. Dec.	553

1813.

R. v. 27. Jan.	475. 477
G. v. 11. März	95
R. v. 8. Okt.	519
R. v. 15. Okt.	519
Instr. v. 14. Nov.	424

1813.

Feldmesser-Regl. v. 29. April	176
R. v. 20. Jul.	475. 477. 479

1814.

R. D. v. 12. März	584. 585
R. v. 3. Mai	450
R. D. v. 3. Juni	22
R. v. 21. Juni	450
R. D. v. 24. Aug.	584. 585

1815.

B. v. 30. April.	53. 90
R. v. 7. Juli	476. 477
— v. 6. Sept.	297
R. D. v. 4. Okt.	418
R. v. 7. Nov.	447

1816.

Schreib. v. 3. Febr.	162
Regul. v. 28. Febr.	127
Maas- u. Gewicht-D. v. 16. Mai 34. 248	
Publ. v. 23. Aug.	634
R. D. v. 13. Sept.	584. 585
Publ. v. 11. Okt.	553

1817.

Publ. v. 19. Jan.	535
— v. 22. Jan.	429
— v. 27. Jan.	484
— v. 30. Jan.	152
B. v. 7. Febr.	56. 126
Publ. v. 23. Febr.	225
— v. 4. März	459
Regl. v. 5. März	96. 118
Publ. v. 24. März	92
— v. 25. März	555
R. v. 13. April	141
Publ. v. 17. April	198
— v. 19. April.	634
G. R. v. 29. April	156
Publ. v. 7. Mai	561
— v. 12. Mai	633
— v. 16. Mai	450. 455
— v. 23. Mai	554
— v. 24. Mai	552
— v. 30. Mai	85. 296
R. v. 11. Juni	136. 198
Publ. v. 20. Juni	92

Publ. v. 27. Juni	
R. D. v. 22. Juli	
R. v. 22. Juli	
R. D. v. 1. Aug.	
Publ. v. 6. Aug.	
R. v. 12. Aug.	
G. R. v. 20. Aug.	
Publ. v. 3. Sept.	
— v. 11. Sept.	
— v. 12. Sept.	
— v. 13. Sept.	
R. v. 12. Okt.	
Publ. v. 16. Okt.	
Instr. v. 23. Okt. 37. 53. 89. 197.	

Publ. v. 31. Okt.	
B. v. 3. Nov.	
Instr. v. 20. Nov.	
B. v. 2. Dec.	
Publ. v. 13. Dec.	
— v. 19. Dec.	
— v. 22. Dec.	

1818.

R. v. 1. Jan.	
— v. 13. Jan.	
Publ. v. 14. Jan.	
— v. 15. Jan.	
R. v. 23. Jan.	
Publ. v. 31. Jan.	
— v. 16. Febr.	
R. v. 22. Febr.	
Publ. v. 24. Febr.	
R. v. 24. Febr.	
Publ. v. 28. Febr.	
R. v. 9. März	
— v. 4. April	
Publ. v. 6. April.	
— v. 28. April	
— v. 20. Mai	
— v. 21. Mai	
— v. 31. Mai	
— v. 4. Juni	
R. v. 26. Juni	
Publ. v. 22. Juli	
— v. 27. Juli	
— v. 21. Aug.	
— v. 26. Aug.	
G. R. v. 11. Sept.	
R. v. 11. Sept.	
— v. 14. Sept.	
Publ. v. 2. Okt.	
B. v. 4. Okt.	
Publ. v. 6. Okt.	
— v. 10. Okt.	
R. v. 10. Okt.	
Publ. v. 18. Okt.	
— v. 26. Okt.	
G. R. v. 29. Okt.	
Publ. v. 31. Okt.	
— v. 6. Nov.	
— v. 27. Nov.	
— v. 30. Nov.	
R. v. 2. Dec.	

Dec. 560
 552
 560

1819.

Jan. 23
 558
 Jan. 536
 157
 77
 März 456
 538
 565
 525
 560
 634
 485
 April 540
 552
 April 253
 Mai 565
 510
 Mai 253
 9
 77
 78
 225
 455
 447
 Juli 560
 552
 528
 Aug 154
 112
 Sept. 267
 142

1820.

Jan. 585
 Jan. 563
 163. 165. 167
 133
 br. 253
 März 564
 154
 Mai 249
 Mai 563
 518. 524
 Mai 166
 142
 161. 196
 538
 563
 528
 287
 Aug. 635
 556
 330
 Aug. 294
 568
 143
 450
 534
 556
 163. 165. 167

Er. v. 27. Okt. 560
 R. D. v. 1. Nov. 89
 Publ. v. 16. Nov. 257
 — v. 17. Nov. 444. 554
 G. R. v. 26. Nov. 290
 Er. v. 4. Dec. 328
 Publ. v. 18. Dec. 284

1821.

G. R. v. 7. Jan. 249
 Publ. v. 16. Jan. 486
 Er. v. 23. Jan. 290
 G. R. v. 27. Febr. 67. 68
 Publ. v. 18. März 553
 — v. 19. März 486
 R. D. v. 22. März 635
 Publ. v. 27. März 538
 — v. 30. März 225
 Er. v. 22. April 540
 R. D. v. 25. April 424
 Er. v. 28. April 635
 R. D. v. 26. Mai 94
 G. R. v. 17. Juni 62
 — v. 19. Juni 170
 Instr. v. 28. Juni 424. 427. 429. 433
 Er. v. 1. Juli 267
 Publ. v. 4. Juli 412
 Er. v. 19. Juli 196
 — v. 7. Aug. 413
 — v. 31. Aug. 540
 — v. 4. Sept. 133
 Publ. v. 23. Sept. 455
 — v. 3. Okt. 565
 R. D. v. 4. Okt. 544. 545
 Publ. v. 8. Okt. 455
 Er. v. 13. Okt. 541
 — v. 27. Okt. 541
 Publ. v. 21. Nov. 553
 — v. 28. Nov. 541
 Er. v. 8. Dec. 553
 R. D. v. 21. Dec. 94
 Er. v. 24. Dec. 94
 Publ. v. 28. Dec. 94

1822.

Er. v. 12. Jan. 111. 112
 Instr. v. 14. Jan. 545
 Schreiben v. 16. Febr. 94
 Er. v. 19. Febr. 194
 R. D. v. 5. März 240
 Stempel-Ed. v. 7. März 280
 G. R. v. 22. März 240
 Er. v. 22. März 142
 Regul. v. 22. März 584
 Er. v. 29. März 60
 Regul. v. 29. März 585
 R. D. v. 9. Apr. 584. 585
 Er. v. 25. April 37
 G. R. v. 27. Apr. 255
 Er. v. 30. Apr. 462
 G. R. v. 7. Mai 328
 Schreib. v. 8. Mai 329
 Er. v. 21. Mai 417
 R. D. v. 3. Juli 89
 Er. v. 8. Juli 162

U. v. 11. Juli	S. 161. 196
E. R. v. 20. Juli	558
Publ. v. 21. Juli	556
Regel v. 13. Aug.	52
Instr. v. 17. Aug.	94
Publ. v. 24. Aug.	556
— v. 26. Aug.	560
E. R. v. 27. Aug.	459. 466
R. v. 10. Sept.	541
— v. 13. Sept.	531
R. D. v. 17. Sept.	52
E. R. v. 27. Sept.	292
— — v. 1. Okt.	409
Publ. v. 20. Nov.	284
Regl. v. 9. Dec.	485. 506. 553
E. R. v. 10. Dec.	546
R. v. 17. Dec.	521
Staatsmin. Beschl. v. 21. Dec.	90
E. R. v. 29. Dec.	412

1823.

Publ. v. 11. Jan.	454
— v. 15. Jan.	280
— v. 16. Febr.	412
E. R. v. 7. März	312
Publ. v. 25. März	538
R. v. 5. April	531
Publ. v. 25. April	554
— v. 8. Mai	455
R. v. 17. Mai	593
Publ. v. 18. Mai	52. 441
— v. 25. Mai	475. 478
— v. 25. Juni	455
R. D. v. 5. Juli	87
Publ. v. 25. Aug.	479
R. D. v. 1. Okt.	585
Publ. v. 9. Okt.	658
R. D. v. 10. Okt.	584
Publ. v. 21. Okt.	449. 450
— v. 27. Okt.	156
R. v. 29. Okt.	491
R. v. 4. Nov.	634
— v. 8. Nov.	280
— v. 11. Nov.	55. 198
— v. 13. Nov.	659
Publ. v. 15. Nov.	285. 656
— v. 18. Nov.	274
E. R. v. 20. Nov.	583
Publ. v. 24. Nov.	554
E. R. v. 15. Dec.	418
Publ. v. 19. Dec.	412
E. R. v. 30. Dec.	412
R. D. v. 31. Dec.	45

1824.

Publ. v. 2. Jan.	87
— v. 22. Jan.	275
— v. 10. Febr.	285. 656
R. v. 20. Febr.	585
Publ. v. 23. Febr.	27
R. v. 26. Febr.	534
Publ. v. 27. Febr.	444
R. v. 8. März	122
E. R. v. 18. März	412
— — v. 19. März	491
E. R. v. 1. April	491

R. v. 20. April	
Befanntm. v. 23. April	
R. D. v. 11. Mai	
E. R. v. 18. Mai	
— — v. 20. Mai	
— — v. 24. Mai	
Publ. v. 25. Mai	
Regul. v. 30. Mai	
Publ. v. 8. Juni	
R. v. 24. Juni	
Publ. v. 30. Juni	
— v. 16. Juli	
R. D. v. 30. Aug.	
— — v. 31. Aug.	
E. R. v. 31. Aug.	
Publ. v. 3. Sept.	
R. v. 10. Sept.	
— v. 24. Sept.	
R. D. v. 3. Okt.	
E. R. v. 13. Okt.	
Instr. v. 18. Okt.	
R. v. 22. Okt.	
E. R. v. 17. Nov.	
R. v. 19. Nov.	
— v. 29. Nov.	
Publ. v. 4. Dec.	
R. D. v. 8. Dec.	
R. v. 14. Dec.	
Schreib. v. 14. Dec.	
Instr. v. 18. Dec.	
Publ. v. 20. Dec.	

1825.

Publ. v. 19. Jan.	
E. R. v. 3. Febr.	
Publ. v. 9. Febr.	
R. v. 7. März	
— v. 14. März	
R. D. v. 15. April	
R. v. 15. April	
— v. 21. April	
Regl. v. 30. April	
E. R. v. 6. Mai	
Publ. v. 31. Mai	
R. D. v. 8. Juni	
R. v. 28. Juni	
Publ. v. 11. Juli	
R. v. 13. Aug.	
Publ. v. 25. Aug.	
R. D. v. 31. Aug.	
Publ. v. 3. Sept.	
R. D. v. 12. Sept.	
E. R. v. 15. Sept.	
Publ. v. 3. Okt.	
E. R. v. 10. Okt.	
R. D. v. 19. Okt.	
R. v. 28. Okt.	
Publ. v. 10. Nov.	
R. D. v. 3. Dec.	
Publ. v. 12. Dec.	
R. v. 17. Dec.	
Publ. v. 21. Dec.	
— v. 23. Dec.	
R. D. v. 31. Dec.	38
Instr. v. 31. Dec.	38

1826.

m.	G.	88
.		193
Jan.		553
.		468
Febr.	257. 258.	259
Febr.		258
Febr.		409
März		258
März		559
.		553
.		520
April		301
.		284
April		526
.		526
Mal		249
.		520
Juni		414
.		547
Juni		9
Jul		475
.		482
.		476
Aug.		81
.		82
.		330
.		330
.		82
.		336
.		542
Ob.		329
Ob.		293
.		482
.		214
Dec.	253. 255	

1827.

.		450
.	658.	659
.		486
.		413
Febr.		658
März		556
April		657
.		451
.		593
.	451.	454
.		555
Mal		330
. b. 17. Mai.		421
Juni		88
Jul		592
.		586
.		442
Aug.		88
.		592
.	444. 459.	554
.		521
ft.	23.	38
Ob.	23.	222
.		194
.		284

1828.

Reg. b. 2. Jan.	G.	452
— b. 5. Jan.		413
G. Reg. b. 14. Jan.		125
Reg. b. 18. Febr.		410
Reg. b. 21. Febr.		521
— b. 29. Febr.		577
G. Reg. b. 9. März		255
— — b. 4. April		125
Reg. b. 12. April		491
— b. 15. April		462
Reg. b. 6. Mai		41
— — b. 8. Mai		410
G. Reg. b. 24. Mai		25
Reg. b. 26. Mai.	413.	415.
— b. 7. Juni		565
G. Reg. b. 28. Juni		25
— — b. 30. Juni		281
Reg. b. 21. Juli	165.	194
— b. 7. Aug.		466
— b. 16. Aug.		569
G. Reg. b. 5. Sept.		291
Regul. b. 10. Sept.	584.	585
Reg. b. 14. Sept.		413
Reg. b. 30. Sept.	584.	585
Reg. b. 11. Okt.		521
G. Reg. b. 24. Okt.		80
— — b. 25. Nov.		316
Publ. b. 10. Dec.		558
Reg. b. 13. Dec.		41
G. Reg. b. 15. Dec.		594
Reg. b. 17. Dec.		452

1829.

Reg. b. 2. Febr.		338
— b. 4. Febr.		451
G. Reg. b. 5. Febr.		435
Reg. b. 28. Febr.		164
Reg. b. 13. März		467
— b. 24. März		86
G. Reg. b. 26. März		164
Publ. b. 27. März		455
G. Reg. b. 28. März		42
Reg. b. 14. April		267
G. Reg. b. 17. April		224
Reg. b. 23. April		574
Reg. b. 29. April		275
Reg. b. 3. Mai		233
G. Reg. b. 20. Mai		281
Reg. b. 8. Juni		585
— b. 9. Juni		507
— b. 11. Juni		581
— b. 16. Juni		453
— b. 18. Juni		415
— b. 23. Juni		510
— b. 7. Juli		142
— b. 15. Juli	415.	443
Reg. b. 18. Juli		574
G. Reg. b. 21. Juli		298
— — b. 5. Aug.		657
Publ. b. 13. Aug.		482
G. Reg. b. 14. Aug.		314
— — b. 28. Aug.		409
— — b. 12. Sept.		191

R. D. v. 28. Aug.	G. 235. 239
R. v. 4. Sept.	168
G. R. v. 6. Sept.	167
R. v. 7. Sept.	520. 528
G. R. v. 17. Sept.	171
R. v. 19. Sept.	458
— v. 25. Sept.	537
Publ. v. 28. Okt.	555
G. R. v. 29. Okt.	74. 314
— — v. 4. Nov.	200
R. v. 5. Nov.	236
G. R. v. 7. Nov.	171
— — v. 14. Nov.	192
R. v. 21. Nov.	153
— v. 22. Nov.	563
— v. 26. Nov.	170
— v. 28. Nov.	503
Publ. v. 1. Dec.	656
— v. 7. Dec.	482
G. R. v. 9. u. 10. Dec.	219
R. v. 13. Dec.	171. 236

1837.

R. v. 15. Jan.	488
— v. 23. Jan.	647
Befanntm. v. 31. Jan.	633
R. v. 31. Jan.	570
G. R. v. 4. Febr.	236. 243. 244. 288
R. v. 8. Febr.	464
— v. 12. Febr.	444. 452
G. R. v. 13. Febr.	214
— — v. 26. Febr.	114
— — v. 28. Febr.	209
Befanntm. v. 3. März	157
R. v. 5. März	243. 288
G. R. v. 20. März	302
R. v. 31. März	503
R. D. v. 4. April	32. 34
R. v. 4. April	236
G. R. v. 24. April	92
— — v. 29. April	236. 243
R. D. v. 2. Mai	174
G. R. v. 7. Mai	133
— — v. 19. Mai	281
R. v. 23. Mai	563
— v. 25. Mai	237
G. R. v. 27. Mai	253
Befanntm. v. 5. Juni	563
R. D. v. 6. Juni	32
R. v. 6. Juni	196
— v. 9. Juni	510
— v. 11. Juni	488
G. R. v. 15. Juni	125. 167. 174
— — v. 20. Juni	658
— — v. 22. Juni	175
— — v. 23. Juni	326
R. v. 26. Juni	154
G. R. v. 30. Juni	219
R. v. 12. Aug.	448
— v. 23. Aug.	566
Regul. v. 8. Sept.	199
G. R. v. 12. Sept.	198
R. D. v. 27. Sept.	492
R. v. 28. Sept.	416
Bau-D. v. 30. Sept.	536

R. v. 20. Okt.	1
Publ. v. 21. Okt.	
G. R. v. 31. Okt.	
— — v. 1. Nov.	
— — v. 2. Nov.	
R. v. 30. Nov.	
G. R. v. 7. Dec.	
R. v. 12. Dec.	
R. D. v. 13. Dec.	
G. R. v. 15. Dec.	
— — v. 21. Dec.	

1838.

R. D. v. 9. Jan.	
— — v. 11. Jan.	
Befanntm. v. 17. Jan.	
R. v. 8. Febr.	
— v. 28. Febr.	
— v. 5. März	
— v. 23. März	
— v. 28. April	
G. R. v. 30. April	
Regul. v. 6. Mai	
G. R. v. 12. Mai	
Instr. v. 12. Mai	
G. R. v. 17. Mai	
R. v. 24. Mai	
G. R. v. 26. Mai	
Bau-D. v. 9. Juni	
R. v. 9. Juni	
— v. 20. Juni	
G. R. v. 12. Juli	
— — v. 22. Juli	
R. D. v. 11. Aug.	
R. v. 25. Aug.	
R. v. 5. Sept.	
Staatsmin. Beschl. v. 18. Sept.	
R. v. 21. Sept.	
G. R. v. 24. Sept.	
— — v. 4. Okt.	
R. v. 8. Okt.	
R. v. 16. Okt.	
— v. 27. Okt.	
— v. 4. Nov.	
G. R. v. 25. Nov.	
R. v. 25. Nov.	
G. R. v. 26. Nov.	
R. v. 25. Dec.	
G. R. v. 26. Dec.	
R. v. 30. Dec.	

1839.

G. R. v. 15. Jan.	
— — v. 25. Jan.	
R. D. v. 6. Febr.	
— — v. 25. März	
G. R. v. 30. März	
— — v. 31. März	
— — v. 20. April	
— — v. 7. Mai	
— — v. 19. Mai	
Landtags-Abschied v. 8. Juni .	
R. v. 22. Juni	
— v. 30. Juni	
R. D. v. 9. Juli	

Juli	S.	409
Aug.		156
Aug.		440
st.		261
ept.		482
Sept.		261
pt.		527
pt.		647
t.		508
Okt.		217
. 29. Okt.		508
Befchl. v. 7. Nov.		160
Nov.		216
Nov.		326
Nov.		266
ov.		570
c.		573
Dec.		143

1840.

in.		537
n.		574
Jan.	207.	255
Febr.		123
Febr.		339
br.		574
März		123
al		128
nl.		529
		632
ill.		92
ig.		88
g.		512
g.		207
g.		571
		447
. 14. Okt.		632
t.		93
t.		169
Okt.		300

1841.

Jan.		151
Jan.		16
br.		513
br.		175
irz		446
pril		224
l		167
April		161
Mai		207
ii	440.	451
Juni	239.	291
ii		208
lug.		171
p.		512
st.		89
st.		143
		460
		460
p.		175
Dec.		84

1842.

		574
		208

G. R. v. 17. Febr.	S.	412
— — v. 8. März		425
R. v. 8. März		616
R. D. v. 4. April		85
G. R. v. 7. April		209
R. v. 13. April		616
— v. 14. April		85
G. R. v. 23. April		297
— — v. 29. April		88
G. v. 11. Mai		643
R. v. 28. Mai	459. 461.	466
— v. 10. Juni		176
— v. 16. Juni		529
— v. 29. Juni		209
G. R. v. 27. Juli		200
R. v. 19. Aug.		571
G. R. v. 12. Sept.		392
Regul. v. 14. Sept.		805
R. v. 15. Sept.		262
G. R. v. 24. Sept.		336
R. v. 17. Okt.		89
Befanntm. v. 20. Okt.		412
R. v. 24. Okt.		659
G. R. v. 31. Okt.		316
R. v. 28. Nov.		467
G. R. v. 12. Dec.	516.	554
R. v. 18. Dec.		467
G. R. v. 31. Dec.		206

1843.

G. R. v. 20. Jan.	287.	656
R. v. 31. Jan.		80
G. R. v. 21. Febr.		262
— — v. 23. Febr.		259
— — v. 26. März		259
R. v. 31. März		132
— v. 22. April		131
— v. 25. April		193
R. v. 30. April		512
— v. 4. Mai		266
— v. 11. Mai		529
G. R. v. 29. Mai		412
— — v. 8. Juni	238.	296
R. v. 12. Juni		142
G. R. v. 23. Juni		233
R. v. 27. Juni		192
G. R. v. 7. Juli		244
Publ. v. 15. Juli		277
R. v. 16. Juli		193
G. R. v. 25. Sept.	220.	324
— — v. 2. Okt.		315
R. v. 29. Okt.		517
G. R. v. 30. Nov.	68.	70
— — v. 20. Dec.		82
— — v. 24. Dec.		445
R. v. 24. Dec.	529.	554

1844.

G. R. v. 24. Jan.		48
— — v. 25. Jan.		298
— — v. 31. Jan.		658
— — v. 18. Febr.		530
R. v. 21. März		504
G. R. v. 30. April		530

E. R. b. 24. Mai	G. 51
R. b. 25. Mai	163
E. R. b. 28. Mai	338
— — b. 16. Juli	334
R. b. 31. Juli	416
— b. 17. Sept.	531
E. R. b. 25. Sept.	158
— — b. 22. Okt.	51
R. b. 20. Nov.	657
E. R. b. 12. Dec.	316
R. b. 24. Dec.	419

1845.

E. R. b. 1. Jan.	410
Gewerbe-D. b. 17. Jan. 161. 164. 197	
423. 440. 445. 446. 448. 449. 450	
453. 489. 503. 562	
R. b. 29. Jan.	527
E. R. b. 14. März	52
— — b. 19. März	266
— — b. 30. März	83. 159
R. b. 7. April	244
— b. 20. April	423
E. R. b. 9. Mai	65. 210
R. b. 9. Mai	132
E. R. b. 25. Juni	266
R. b. 11. Juli	529
— b. 19. Juli	328
— b. 14. Aug.	508
— b. 19. Aug.	130
Insir. b. 23. Aug.	147
E. R. b. 25. Aug.	145
— — b. 3. Sept.	300
— — b. 23. Okt.	271
— — b. 24. Okt.	424
R. b. 24. Okt.	578
— b. 25. Okt.	549
— b. 27. Okt.	133
— b. 14. Nov.	134
E. R. b. 30. Nov.	271

1846.

E. R. b. 5. Febr.	656
R. b. 11. Febr.	569
Regl. b. 14. Febr.	59
E. R. b. 3. April	504
Befanntm. b. 14. April	66
E. R. b. 14. April	65
R. b. 17. April	657
E. R. b. 2. Mai	166
R. b. 10. Mai	634
E. R. b. 22. Mai	86
R. b. 31. Mai	494
R. b. 21. Juni	645
E. R. b. 30. Juni	504
R. b. 16. Juli	542
R. b. 17. Juli	488
E. R. b. 18. Aug.	173
— — b. 19. Aug.	556
— — b. 27. Aug.	223
R. D. b. 28. Aug.	263
R. b. 3. Sept.	166
— b. 14. Sept.	513
— b. 22. Sept.	555

R. b. 25. Sept.	
E. R. b. 30. Sept.	
— — b. 19. Okt.	
— — b. 5. Nov.	
— — b. 11. Dec.	

1847.

R. b. 17. Jan.	
E. R. b. 18. Jan.	
— — b. 31. Jan.	
— — b. 11. März	
R. b. 28. März	
Publ. b. 6. April	
— b. 13. April	
R. b. 15. April	
Publ. b. 1. Mai	
E. R. b. 31. Mai	
Publ. b. 24. Juni	
R. b. 23. Juli	
R. b. 5. Aug.	
— b. 11. Okt.	
— b. 9. Nov.	
E. R. b. 2. Dec.	
R. b. 4. Dec.	

1848.

E. R. b. 14. Jan.	
R. b. 20. März	
R. D. b. 27. März	
R. b. 5. April	
E. R. b. 7. April	
Erl. b. 17. April	
— b. 10. Juni	
R. b. 10. Juni	
E. R. b. 15. Juni	
— — b. 6. Juli	
E. R. b. 10. Juli	
— — b. 24. Juli	
— — b. 29. Juli	
Erl. b. 31. Juli	
E. R. b. 22. Aug.	
— — b. 23. Aug.	
— — b. 31. Aug.	
— — b. 6. Sept.	
Regul. b. 6. Sept.	
E. R. b. 7. Sept.	
— — b. 30. Sept.	
— — b. 14. Okt.	
R. b. 22. Nov.	
E. R. b. 5. Dec.	
Befanntm. b. 6. Dec.	
E. R. b. 9. Dec.	
— — b. 18. Dec.	
— — b. 23. Dec.	

1849.

R. b. 4. Jan.	
— b. 9. Febr.	
— b. 7. März	
E. R. b. 26. März	
— — b. 5. April	
R. b. 4. Mai	
E. R. b. 11. Mai	

[illegible]

II.

Alphabetisches Sachregister.

(Die Zahl bedeutet die Seitenzahl.)

A.

- Abfallrinnen, Verbot hölzerner, 522.
Abnahme, Königl. Bauten, 85. —
Abnahme-Atteste, s. Bauabnahme-Atteste.
Abriß der Häuser, s. baupolizeiliche Aufsicht.
Abtritt, s. baupolizeiliche Aufsicht.
Aktien-Chausseen, Rechtsverhältniß der Einnehmer, 233. —
Altäre, s. Kirchen-, Pfarr- und Schulbauten.
Amtsentlassung, s. Bau- und Wegebeamte.
Amtsfunktionen, s. Bau- und Wegebeamte.
Amts-Instruktionen, der Bau- und Wegebeamten, 136. —
Amtssiegel, der Baubeamten, insbes. der Feldmesser und Kondukteure, 1
Anlagen, zum Verschuß und zur Vertheidigung der Städte, s. Städte.
Anschlag, s. Bauanschlag.
Anstreicher, s. Tüncher.
Anstrich, Farbe der öffentlichen Baugesenstände, 287.
Asphalt, Anwendung zu Dachbedeckungen, 646. 647.
Aufsicht, s. baupolizeiliche Aufsicht.
Auseinanderbau, s. Feuer-Bau-Polizei.
Auseinandersehungssachen, Gebühren und Auslagen der Feldm
für städtische Vermessungs-Arbeiten, 169. — Kopialen der Feldme
andersehungssachen, 171. — Plänen, 193. — Gebühren der Bau
digen in Auseinandersehungssachen, 131. —
Ausguß, Recht desselben, 631. —
Ausländer, Zulassung als Feldmesser, 163. — Ausübung der Bauhandw
Ausficht, Recht der freien, 629. —

B.

- Bad-Defen, Belehrung über deren zweckmäßige Einrichtung, 657. —
Bau, auf fremdem Boden, 635. — mit fremden Materialien, 636. —
Boden und mit fremden Materialien, 636. —
Bauabnahme-Atteste, Inhalt, 290. 291. 292. —
Bau-Akademie, 21. 44. 46. —
Bauangelegenheiten, s. Bausachen.
Bauanschläge, deren Anfertigung und Prüfung, 239. — Vorschriften für
und Unterbehörden, 239. ff. — Vermeidung der Ueberschreitung un
dabon, 240. 241. — Berücksichtigung der vorhandenen Fonds un
der Ueberschreitung derselben, 242. — Verfahren bei nothwendigen
243. — Abstellung unnützer Weitläufigkeiten bei Aufstellung der A
— formelle Behandlung der Landbau-Projekte, 244. — in Anwen
gende Maße, 248. — Art und Weise der Angabe der Stärke der A
Anschlägen, 249. — Berücksichtigung und Nachweis der Beschaffen
grundes, 252. — Berücksichtigung der disponibeln Bauhölzer und
samen Veranschlagung derselben, 252. — Einreichung der Anschläge
gen größerer öffentlicher Bauwerke zum Archiv der Ob.-Baudeputat
Veranschlagung von Kommunal-Bauten, 244. — von Domainen-Ba
Art und Weise der Ausstellung der Revisionsatteste unter den Baudep
— Vorschriften für die Ob.-Baudeputation, 256. 291. — s. Dom
Forst-Bauten, Kirchen-, Pfarr- und Schul-Bauten.
Bau-Beamte, Instruktion für dieselben, 74. — deren Benutzung: s. 1
79. ff. — Kirchen-, Pfarr- und Schulbauten, 81. — Gefüßbauten; s.
niß zur Ausführung öffentlicher Bauten ohne Zugleichung von Hand
446. — s. Bau- und Wege-Beamte.

gungsgelder, deren Aufhebung im Herzogthum Sachsen, 659. —

n, s. Bau- und Wegewesen.

on, technische, 21. 33. 34. 39. 97. —

ren, 14. —

rse-Verträge, s. Entreprise-Verträge.

nß, s. Bau-Konsens.

ährliche, 237. —

Nachweisung der Bestände, 73. — der Straf- und Gefangen-Anstalten,

Einschränkungen, 422. ff. —

deren Einschränkungen in baupolizeilicher Hinsicht, 575. s. baupolizei-

ufsicht. — deren gesetzliche Einschränkungen zum Besten nachbarlicher

ude, 598. ff. — Einschränkungen des Eigenthums beim Bauen. 598. —

nd Pfugrechte, 602. — Scheideräume oder sogen. Winkel, 602. — Gränz-

gen, 603. — Pflanzungen an der nachbarlichen Gränze, 614. — Erhöhung

iedrigung des Grund und Bodens, 614. — Gebrauch einer gemeinschaft-

lauer, 615. — von Schweinsällen, Kloaken, Dünger- und Kohrgruben und

den Gebäuden schädlichen Anlagen, 615. — von Rinnen und Rändern,

von Brunnen, 618. — von Thüren, 618. — vom Lichte und von der

oder von Fenstern und anderen Lichtöffnungen, 618. — Einschränkungen

sfreiheit durch besondere Rechtsmittel, 629. ff. — Recht der freien Aussicht,

dem Nachbar das Verbauen vorhandener Fenster zu untersagen, 630. —

ht, 631. — Recht des Ausgusses, 631. — Benutzung der nachbarlichen

oder Mauer, 632. — s. Chaussees, Feuer-Bau-Polizei,

tsfälle.

einzureichende Prüfungs- und Beschäftigungsanzeigen, 66. — Prüfungen,

Befugnisse, 99. 102. — Diäten, 130. —

Verfahren bei deren Zahlung, 293. 296. 297. — Tantieme, 299. —

Vorsichtsmaßregeln bei deren Errichtung, 596. —

s. Bauhandwerker.

8-Schulen, 48. —

r, unbekannte, bei öffentlichen Bauten, deren Vorladung, 303. ff.

berücksichtigung und Nachweis der Beschaffenheit bei Anschlägen, 252. —

ter, Sorge für qualifizierte, 422. ff. — Prüfungs-Instruktionen, 424. ff.

immergesellen, 424. — der Maurergesellen, 427. — Ziegelbeder, 427. —

lenwerk-Verfertiger, 429. — der Brunnen- und Röhrmeister, 433. — der

er, 424. 436. — Gültigkeit der Bauhandwerker-Prüfungs-Instruktionen

en Staate, 440. — betreffend die Grasschaft Bernigerode, 441. — Nicht-

barkeit der Prüfungs-Instruktionen auf früher etablierte Bauhandwerker,

besondere Bestimmungen über Qualifikationsnachweis der Dach- und

beder, 443. — der Verfertiger von Blithableitern, 444. — der Ofenseger,

Berechtigung der Baumeister zur eigenen Ausübung der Bauhandwerke,

Befugniß Königl. Baubeamten und Ingenieur-Offiziere, 446. — Aus-

von Bauten durch ausländische Bauhandwerker und Qualifikationsnach-

selben, 447. 448. — Befugniß der Meisterwitwen zur Fortsetzung des

betriebs, 449. — Befugnisse der Glidarbeiter, 449. — Strafvorschriften

traventionen gegen die Vorschriften über Ausführung von Bauten durch

alifizierte Bauhandwerker, 452. ff. — Gewerbe-Konzessions-Entziehung

spension, 454. — Verträge der Bauhandwerker mit dem Bauherrn, 637. —

besugniß zur eigenen Bauausführung, 449. — Verträge zwischen Bauherrn

handwerkern und Künstlern, 637. — Rechtsverhältniß im Konkurse, 640. —

rierung aus Staatswaldungen, 257. ff. — Urtheile über die Verwendung

holzes aus Königl. Forsten, 152. —

or, 14. 92. — Anstellung und Qualifikation, 197. — Kontrolle, 55. 59.

verhältniß, 126. — Diäten und Reisefosten, 126. — s. Land-Bau-

or.

arium, Aufnahme bei Justiz-Bauten, 329. —

ssion, s. Militair- und Ministerial-Bau-Kommission.

teur, Kontrolle, 55. — Nachweisungen, 59. — Konduitenlisten, 63. —

5. — Amtssiegel, 124. — s. Feldmesser, Kondukteur.

8, Ertheilung, 455. — Nothwendigkeit der Nachsicherung, 456. — bei

paraturen, 456. — deren Begriff, 456. 459. — insbes. auf dem platten

57. — nicht bäuerlicher Grundeigenthümer und Rittergutsbesitzer, 458. —

welche zur Ertheilung kompetent, 459. — insbes. bei Domainen-Bauten,

Strafen des Bauens vor ertheilter polizeilicher Erlaubniß, 459, 461. —

- Einreichung von Zeichnungen bei Nachsuchung der Bauerlaubnis, 462. — der Verweigerung der Bauerlaubnis und Pflichten der Polizeibehörden für die Zulässigkeit beabsichtigter Anlagen, 463. — Bestrafung der Architekten gegen die Vorschriften über Einholung der Bau-Konsense und der Abwägung von solchen, 465. — administrative Exekution zum Abbruche vorschriftswidriger Bauten, 466. — Nichtverpflichtung des Staates zum Schadenersatz an den Baukonsens, 466. — Eintragung der Beschränkung der Bauerlaubnis in das Hypothekenbuch, 467. — Stempelfreiheit der Bauverhandlungen und Besuche in Bauangelegenheiten und der Bau-Konsens.
- Baukosten, s. Bauten.
- Baufreiheit, Einteilung der Regierungsbezirke in solche, 92. — Verwaltung der Inspektoren, 92. ff.
- Baufkunst, Begriff und Bestimmung, 1. —
- Baumeister, Prüfungen, 97. — Befugnisse, 99, 102. — Erforderniß der Prüfung, 423. — Anstellung, 197. — von denselben einzureichende Anträge und Beschäftigungsanzeigen, 66. — Plätzen der Reg.-Baumeister, 130. — Befugnis der Baumeister zur eigenen Ausübung der Bauhandwerke, 446.
- Bau-Ordnungen, Provinz Brandenburg, 632. — Stadt Berlin, 633. — Preußen, 633. — Stadt Königsberg, 633. — Schlesien, 634. — Posen, 635. — Westphalen, 635.
- Baupolizeiliche Aufsicht, in Betreff bereits bestehender Gebäude, 575. — Aufsicht über den Mauerzustand in Ausführung baupolizeilicher Befehle, 575. — Nichtberechtigung der Polizeibehörde zur Abänderung schon vorhandener baulicher Anlagen, 577. — äußere Verzierung und Abputz der Häuser Gegenstand polizeilichen Einschreitens, 577. — Nichtbefugnis der Polizei die Anlegung von Abtritten in schon vorhandenen Häusern zu verlangen Beschränkung der Parzellierung von Grundstücken in baupolizeilicher Hinsicht besonders hinsichtlich der Erhaltung ausreichender Hofräume, 578. — Inspektion, betr. die Verpflichtung der Eigenthümer zur baulichen Unterhaltung der Gebäude und die Verhütung der Gefahr drohender Baufälle, 578. — Bestimmungen, 583. — Einschränkung der Baufreiheit in Betreff der Anbringung von Gebäulichkeiten an den Kunststraßen, 592. — in der Nähe von Eisenbahnen, 593. — in der Nähe von Bergbauen, 594. — in der Nähe von Gebäuden auf den zur Gemeinhütung gehörigen Grundstücken, 595. — baupolizeiliche Beaufsichtigung bei Ausführung von Bauten und Reparaturen, Vorsichtsmaßregeln bei Errichtung von Baugerüsten, 596.
- Bau-Polizei-Sachen, Verfahren bei Uebertretungen, 643. — inwiefern der Rechtsweg ausgeschlossen, 643. —
- Bau-Rapporte, deren Einsendung, 67.
- Bau-Rath, 21. 54. — Personalien, 56. — Votum, 56. — Rang, 56. 126. — 56. — Plätzen, 56. — Fuhr- u. Kosten, 57. 126.
- Bau-Recht, materielles, Begriff, 420.
- Bau-Referendarien, 55. 57. 58. 59. 130.
- Bau-Rendanten-Tantieme, 298. 299. 300 ff.
- Bau-Revisions-Protokolle, Inhalt, 290. 291. 292.
- Bau-Revisor, für die Bauten im Ressort des Min., 41. —
- Bau-Sachen, deren Ressort, 26. ff. — Geschäftsgang, 73. ff., 85. ff. — Inspektion für deren Bearbeitung bei den Regierungen, 74. ff. — Verfahren in Bau-Sachen, 643. — Untersuchungsverfahren in Baupolizei-Uebertretungs-Sachen, 643. — Rechtsweg in Baupolizei-Sachen, 643. — gerichtliches Verfahren bei Baupolizei-Sachen, 644. — volkswirtschaftliche Einwirkung des Staates in Bau-Sachen, 646. — durch Fürsorge für gefahrlose und zweckmäßige Ausführung von Bauten und Reparaturen durch Ertheilung von Belehrung darüber, 646. — Verhütung von Baufällen, 646. — Zeitfolge der Constructionen, 656. — Verhütung von Baufällen durch Verhütung des Hauschwammes, 656. — Einrichtung der Dächer und Dachstuhlwerke, 656.
- Bau-Schule, Königl. allgemeine, 46. ff.
- Bau-Streitigkeiten, gerichtliches Verfahren, 644.
- Bauten, Ausführung, Abnahme und Revision Königl., 85. — Staatliche Aufsicht, Erforderniß höherer Genehmigung zu deren Begl., 234. ff. — Verantwortlichkeit der Veranschlagung, 236. — Anfertigung und Prüfung der Bauanschläge, 239. — Vermeidung der Unvollständigkeit der Anschläge und der Kostenüberschreitungen, 240. — beagl. von Abweichungen und Ueberschreitungen derselben, 241. — Verfahren bei nothwendigen Abweichungen und Ueberschreitungen derselben, 242. 243. — formelle Behandlung der Landbau-Projekte, 244. — inwiefern die Bauanschläge zu bringende Maße, 248. — Feststellung der Verpflichtung der Bauherren, 248.

Leistung von Beiträgen zu Bau- und Reparaturkosten vor dem Beginne eines Baues 257. — Grundsätze über die staatlichen Holzlieferungen, 257. — Verbindung der öffentlichen Bauten und der Materialienlieferung dazu, 267. ff. — Verfahren beim Ankauf der Baumaterialien aus freier Hand, 268. — insbes. des Chauffee-Unterhaltungsmaterials, 268. — Verfahren bei Ausführung öffentlicher Bauten, 283. — Form und Maas der Mauersteine und Dachziegel, 283. — Zeitfolge für bauliche Konstruktionen und Ausführung zu passender Jahreszeit, 285. — Farbe des Anstrichs öffentlicher Baugesenstände, 287. — Nichtgebrauch erhitzter eiserner Bolzen bei Staatsbauten, 287. — Berücksichtigung der Beschäftigung der arbeitenden Klassen bei Staatsbauten, 288. — Revision und Abnahme öffentlicher Bauten und Justifikation der Kosten, 289. — in welchen Fällen Bauabnahme-Atteste statt der Revisionsprotokolle genügen, 290. — Inhalt der Bau-Revisions-Protokolle und Bauabnahme-Atteste, 290. ff. — bei Rechnungs-Bauten, 290. — Bei Entreprise-Bauten, 291. — inwiefern es der Einsendung der Belege bei Superrevision durch die Ob. Baudeput. bedarf, 293. — Justifikation der Kosten und Zahlung der Baugelder bei Entreprise-Bauten, 293. — Verfahren bezüglich der Brückenbauten, 294. — Zahlung der Baugelder, 297. — Beschränkung der Nothwendigkeit der Revision der Bezirks-Baubeamten auf Bauten über 20 Thlr., 298. — Landleute-Zahlung von Baugeldern, 299—302. — Stempel-pflichtigkeit der Quittungen über Arbeitslöhne bei öffentl. Bauten, 302. — Vorladung unbekannter Baugläubiger bei öffentl. Bauten, 303. — Verfahren bei Streitigkeiten aus staatlichen Bau-, Fuhr- und Lieferungsverträgen, 303. — Ausführung öffentlicher Bauten durch Königl. Baubeamte oder Ingenieur-Offiziere ohne Zugiehung von Bauhandwerkern, 446. — Ausführung von Bauten durch den Bauherrn selbst, 449. — Verträge über verbundene Bauten, 640. — Vorsichtsmaßregeln bezüglich der Bauten auf nassem Grunde, 658, s. Bauanschläge, Domainen- und Forst-Bauten, Justiz-Bauten, Kirchen-, Pfarr- und Schul-Bauten, Post-Bauten, Gestüt-Bauten, Mühlen-Bauten.

und Wege-Beamte, Anstellung der Staats-Bau- und Wege-Beamten, 59. 197. — Beamte der Kunststraßen insbes., 198. ff. — Einsendung von Nachweisungen, Listen und Rapporten der Bau- und Wege-Beamten, 59. — Konduiten-listen, 61. — Personal-Nachweisungen, 63. 65. — Einsendung von Bau-Rapporten, 67. — Erfordernisse der Befähigung, 95. — christliche Religion, 95. — Staatsbürgerthum, 95. — wissenschaftliche Prüfung, 96. — Rechtsverhältnisse in Beziehung auf das Amt, 124. — öffentlicher Glaube, 124. — Amtssiegel, 124. — Titel, 125. — Rang, 126. — Uniform, 197. — Gehalt, 127. — Gebühren und Diäten, 127. — Reisekosten, 127. — Gebühren in Auseinandersetzungssachen, 131. — Gebühren der Stadtbaubeamten, 133. — Vergütung und Verabfolgung von Schreib- und Zeichen-Materialien, 133. — Anschaffung der Utensilien und Gegenstände zur Amtsausübung, 134. — Umzugskosten, 134. — Stempelfreiheit der Quittungen über solche, 134. — Reisekostenvergütung für Stellvertreter der Baubeamten, 135. — Pensionirung, 135. — Sterbe- und Gnabengehalt, 136. — Beitritt zur Wittwen-Kasse, 136. — allgemeine Amts-Instruktionen, 136. 197. 198. — Amtsfunktionen, 143. — Verfahren bei Begutachtung des Ankaufs von Privatgebäuden zu öffentlichen Zwecken, 143. — Wasserstandsbeobachtung, 144. — Bewilligung von Hülfarbeitern, 151. — Amtsfunktionen der Baubeamten beim Wechsel der Dienstwohnungen, 151. — bei Aufnahme von Situationsplänen bei Reetablisementprojekten, 152. — Ertheilung von Attesten über Verabreichung und Verwendung von Bauholz aus Königl. Forsten, 152. — unentgeltliche Versorgung amtlicher Funktionen Seitens der Baubeamten, 153. — insbes. bezüglich der Revision und Veranschlagung der Train-Remisen, 154. — bezüglich der Kirchen- und Schulbauten, 154. — bezüglich der Justizbauten, 155. — bezüglich der Aufnahme der Gebäude-Inventarien und Situationspläne von den Domainen-Vorwerken, 155. — bezüglich der Veranschlagung des Holzbedarfs der Freiholzberechtigten und des freien Bauholzes aus Königl. Forsten, 156. — unentgeltliche Wirksamkeit bei Kommunalbauten, 156. — bei Justizbauten, 329. — der Distriktsbaubeamten bei Beaufsichtigung und Abnahme der Meisterbaue, 157. — unentgeltliche polizeil. Revision der Dampfkessel und Dampfkesselanlagen, 157. — Übernahme von Nebenämtern und Nebengeschäften, 158. — Theilnahme an Ausführung von Eisenbahnen, 158. — Verpflichtung zur Haltung eigenen Fuhrwerks oder eines Reitpferdes, 159. — Disziplinar-Verhältnisse der Bau- und Wege-Beamten, 160. — Austritt aus dem Staatsdienste, 161. 162. — freiwilliger Amtsaustritt, 162. — unfreiwillige Amtsentlassung, 162. — deren Rechtsverhältnisse im Bezug auf ihre Privatangelegenheiten, 160. — insbes. Verathstehens,

160. — Exekution wegen Schulden, 160. — Auspfändung, 160. — (Schlagnahme, 161. — Befreiung von Personalarrest, 161. — Besteuerung insbes. Gemeindefasten, 161. — Gewerbebetrieb, 161. —
- Bau- und Wegepolizei**, Begriff und Zweck, 1. — Entwicklung im Al 4. — in Preußen, 5. — Quellen und Literatur, 7. —
- Bau- und Gewesen**, Behörden, 13. — geschichtliche Darstellung der über die Behörden, 13. — gegenwärtige Organisation, 38. — Central-38. — Provinzial-Behörden, 52. — Ober-Präsidenten, 52. — Regierung Ressort-Verhältnisse und Geschäftsgang, 73. — Art und Weise der der Bauwesen, 74. — Steuerbauten, 79. — Domainen- und Forstbau Justizbauten, 81. — Kirchen-, Pfarr- und Schulbauten, 81. — Post- — Festungsbauten, 84. — Königl. Immediat-Bauaufträge, 84. — äußeren gang in Bau-Angelegenheiten, 85. — Geschäfts-Ordnungen in Bau- heiten und darauf bezügliche Sporteltagen bedürfen nicht der ministeriel- migung, 86. — äußere Bezeichnung der Berichte, 86. — Berichte über rungen im Personal oder bei den Hebestellen, 86. — Bezeichnung der der Gebäude in amtlichen Verhandlungen, 87. — Verminderung der Arbeiten, 87. — Provinzial-Steuer-Direktionen, 87. — deren Ressort der Kommunikations-Anstalten und Chaussees, 88. — Militär-Zute 89. — Kreis-Bau- und Wege-Polizei-Behörden, 91. — Lokal-Bau- Polzeibehörden, 92. —
- Bauzöglinge**, Plätzen bei Stellvertretung von Kondukteuren oder Bauaufsicht- Beamten, Anstellung der Bau- und Wege-Beamten, 59. —
- Bedachung**, Abschaffung feuergefährlicher, 517. — Beschränkung der betr. 9 auf Neubauten, 520. — Rücksicht auf Vermögensverhältnisse des Baue 523. — im Falle die Beschaffenheit des Gebäudes eine Ziegeldachung gestattet, 521. — Verbot der Strohdächer durch ortspolizeil. Verordn- — Verbot der Strohpuppen, hölzernen Windbretter, Gesimse und Alt 522. — Fortschaffung der Strohpuppen, 524. — Bedingungen der der Bedachung neu erbauter Scheunen mit Strohdächern, 524. — 2 der Schindeldächer in Städten, 524. — Bedachung der Gebäude auf in der Rheinprovinz, 525. — Vorschriften für Westphalen, 528. — dachung ländlicher Wohn- und Wirtschaftsgelände möglichst zu bewirkt Erforderniß feuersicherer Bedachungen in der Nähe vorüberführender Ei 529. — Gewährung des mehreren Holzbedarfs zur Umwandlung der in Ziegeldächer an Freiholzdeputanten, 529. — Zulässigkeit der Stroh Dichtung der Pfannendächer, 530. — bedingte Zulässigkeit der Lehm dachung auf dem platten Lande, 531. — in Neuvorpommern, 531. — 9 gen der Provinzial-Behörden, 531. ff. — Belehrung über zweckmäßige Be- Methoden, 646. — Dornsche, 646. — Schwedische, 649. — Steinpa- dachung, 652. — über Lehm-Schindeldächer, 655. 656. — Pfannendächer
- Behörden**, s. Bau- und Gewesen.
- Bergbauten**, s. baupolizeiliche Aufsicht.
- Blitzableiter**, Verfertigung und Aufstellung, 444. 554. —
- Bodenluten**, s. Boden-Defnungen.
- Boden-Defnungen**, deren Befriedigung, 554. —
- Bolzen**, Nichtgebrauch erhöhter eiserner bei Staatsbauten, 287. —
- Bonifications-Register**, Gebühren der Feldmesser, 193. —
- Brandschäden**, s. Reetablissemens-Unterstützungen.
- Brückenbau-Angelegenheiten**, Verfahren bei deren Ausführung, 293.
- Brunnen**, deren Befriedigung, 555. — Anlegung im Verhältniß zu den 618. — Anlegung von Sentbrunnen, 556. —
- Brunnenmeister**, s. Bauhandwerker.
- Bürgersteige**, s. Straßen.

C.

- Chaussees**, Aufstellung der Verwendungspläne zu deren Unterhaltung, 219. —
- Chaussee-Aufseher** (Wegewärter), Anstellung und Dienstverrichtungen, Uniformirung, 205. — Lohn und Emolumente, 206. — Gratifikationen, Gratifikationsfond, 207. — Unterstützung verarmter Chausseebau-Aussch- Theilnahme an Gemeinderchten und Lasten, 214. — Pensionirung, 215.
- Chaussee-Bauten**, Ressort, 23. 27. 30. 38. —
- Chausseegeld-Empfänger** (Einnehmer), Anstellung 222. — Lantime für Zahlungen, 222. — Regulirung des Dienstentkommens, 223. — Dienst-

Dienstliche Korrespondenz und deren Portofreiheit, 224. — Amtsinstruk-
 5. — Verhältniß zu den Chauffeebaubeamten, 233. — Nichtverpflichtung
 tung des Amtsblattes, 233. — Chauffeegelderheber auf Actien-Chauffeen,
 - Kosten der Ausstattung und Miete der Lokale der Chauffee-Einnehmer,
 - bauliche Unterhaltung und Feuerversicherung der Chauffee-Einnehmer-
 25. — Verbot des Gewerbe- und Schankbetriebes der Chauffeegeld-Em-
 233. —

Einnehmer-Häuser, s. Chauffee-Einnehmer.

Empfangshäuser, Berichtigung des Beschlusses und Regulirung des
 ekenwesens, 88. 89. —

Erster, Anstellung und Dienstverrichtungen, 198. 199. 207. — Uniformi-
 35. — Lohn und Emolumente, 206. — Gratifikationen, 207. — Gratifika-
 207. — Anschaffung und Unterhaltung der Begewärter-Geräthschaft-
 . — Unterstützung verarmter, 214. — Theilnahme am Gemeindeverbande,
 Aufnahme in die Armenverbände, 215. — Pensionirung, 215. —
 Unterhaltungsmaterial, Verfahren bei dessen Anschaffung, 268. —

D.

D. Bauhandwerker.

Dachdeckung, s. Bedachung.

Ab schaffen hölzerner, 532. 534 ff. —

Dachziegel.

Dampfbriken, Anlage, 507. —

Form und Maaß bei öffentl. Bauten, 283. —

Dienentgeltliche polizeil. Revision, 157. —

Dampfanlagen, s. Dampfkessel.

Dampfen, Anlage und Gebrauch, 490. ff. — insbes. in Berg- und Hütten-
 504. —

Dampfen, Ressort, 37. 38. —

Dampfer, 95. —

Dampfs-Angelegenheiten, 38. —

Dampfs-Angelegenheiten, deren Veränderung und Erhaltung, 418. ff. — bei Separa-
 119. —

Dampfs- und Wegebeamten, 127. — der nicht fixirt angestellten, 131. — der
 linge, 167. —

Dampfs- und Wegebeamten, Amtsfunktionen der Baubeamten beim Wechsel solcher, 151. —

Dampfs- und Wegebeamte, s. Bau- und Wege-Beamte.

Dampfs- und Wegebeamten, über Wege und Brücken, 92. —

Dampfs- und Wegebeamten, s. Interimistikum

Dampfs- und Forst-Bauten, 304. ff. — Ressort, 38. 43. — fiskalische Bau-
 rung dazu, 260. 263. — Vorschriften betr. die Genehmigung der Domainen-
 b Forst-Bauten, 305. — Erforderniß baupolizeilicher Genehmigung.

- der ministeriellen Genehmigung, 305. 306. — Grundsätze über
 ung der Anschläge, 306. — Veranschlagung der Bewährungen von Hof-
 und Gärten, 312. — der Gebäude auf Forst-Dienst-Gehöften, 312. —

- der Domainen-Bau- und Reparatur-Anschläge, 314. — Feststellung der
 ndigkeit von Neubauten und daß das Gebäude nicht reparaturfähig, 316.

ung und Berichtigung früherer Bauanschläge, 316. — vorgängige Fest-
 der Verpflichtung zu Domainen- und Forstbauten, 317. ff. — Kontrolle

laurevisionen in dieser Beziehung, 317. ff. — Holzlieferung dazu, 324. —

n von öffentlicher Licitation abgestanden werden darf, 324. ff. — Bedin-
 unter welchen den Forstbeamten Neu- und Reparaturbauten an ihren

abissements in Entreprise gegeben werden dürfen, 325. — Beschleunigung
 21issements-Bauten auf verpachteten Domainen, 326. — Anwendung der

den Bedachungs-Methode, 326. ff. —

Dampfs- und Forst-Baupläne, 305. —

Dachdeckung, s. Domainen- und Forst-Bauten.

Dachdeckungsmethode, Belehrung darüber, 647. —

Dampfen, Anlegung, 615. 617.

E.

E-Dampfs-Angelegenheiten, 38. —

E-Dampfs-Angelegenheiten, s. Chauffeegeld-Empfänger.

Polizei. 2. Aufl.

- Eisenbahnen**, Theilnahme der Baubeamten an deren Ausführung, 155
 sichere Bedachungen in deren Nähe, 529. —
Eisenbahn-Angelegenheiten, 38. —
Entreprise-Bauten, Grundsätze über die betre. Kontrakt-Bestimmung
 über die Revision und Abnahme, 291. — Verfahren bei Justifikation
 und bei Zahlung der Baugelder, 293. —
Entreprise-Verträge, Sicherung des Fiskus vor Zahlung von Zögern
 deren Einziehung und Erfüllung, 271. — Kontrakt-Bestimmung
 Stempel, 280. —
Examen, s. Prüfung.
Exekution, s. Bau- und Wege-Beamte, Feldmesser.

F.

- Feldmesser (Kondukteur)**, Feldmesser-Reglement, 176. ff. — Erforderni-
 sigung, 163. — Zulassung von Ausländern, 163. — von jüdischer
 Eltern, 163. — Nachweis der Befähigung durch wissenschaftliche
 Prüfung, 96. 111. 116. 118. 165. — Vereidigung, 163. 165. —
 Glaube, 167. — Amtssiegel, 124. 167. — Verhältnisse der den Spe-
 zialen zugeordneten, 167. — Amtseinkünfte, 167. — Diäten der Ba-
 stellvertretende Bau-Kondukteure oder Baudasscher, 167. — Gebüh-
 ren in Auseinandersetzungs-Sachen, 168. — für städtische
 Arbeiten, 169. — Kopialien, 171. — Einziehung der Gebühren und
 Feldmesser und Kondukteure, 172. — Gebühren für Anfertigung der
 192. — desgl. der Vermessungs-Bonifications-Register, 193. — D-
 einandersetzungs-Sachen, 193. — Reisefkosten, 193. — Nichtberechtig-
 post-Sachen, 194. — Einwendung der Nachweisungen über die Feld-
 Konduktenlisten, 63. — Anspruch auf Beförderung zu Vermessung
 und Qualifikation als solche, 176. — Privatrechtliche Verhältnisse d-
 194. ff. — insbes.: Heirathsconsens, 194. — Exekution wegen Schu-
 Auspfändung, 194. — Gehaltsbeschlagnahme, 194. — Beschlagnah-
 messungsgebühren, 196. — Befreiung von Personalarrest, 196. —
 196. — Gemeindefasten, 196. — Gewerbebetrieb, 196. —
Feldmesser-Reglement, 176. —
Feld-Ziegel-Defen, Anlegung, 508. 509. —
Fenster, s. Licht und Aussicht, servitus.
Fensterrecht, 618. —
Festungen, s. Rayon-Gesetzgebung.
Feuer-Bau-Polizei, 468. ff. — vom Auseinanderbau und der En-
 Gebäude auf dem platten Lande, 468. — in der Kurmark, 469. — A-
 dieser Vorschriften für andere Landestheile, 475. — in der Neumark, 4
 vlinz Preußen 477. — Pommern, 482. — Schlesien, 484. — Po-
 Westphalen, 486. — feuerpolizeiliche Baubeschränkungen beim Her-
 Reparaturen, insbes. feuergefährlicher Gewerbs-Anlagen, 487. 489. ff.
 lung der Höhe der Häuser, 487. — Wiederaufbau abgebrannter Sch-
 Städten, 488. — Vorschriften über Anlage und Gebrauch der Dan-
 490. ff. — Anlegung von Schmieden, 505. — von Zuckersiedereien,
 Kalk-, Ziegel- und Gyps-Defen, Dachsteinfabriken und Ziegeleien,
 Lohmühlen, 510. — von Porzellan- und Steingut-Defen, 511. —
 reien und Maschinenbau-Werksstätten, 511. — von Gassberei-
 — von Stärke-Fabriken, 512. — Einrichtung von Stampf- und Ba-
 Pulverfabrikation, 513. — in Bezug auf Privat-Pulverfabriken, 51
 von Zündholz-Trockenöfen, 516. — von Anstalten zur Bereitung des
 silbers, 517. — Abschaffung feuergefährlicher Bedachungen, 517., s.
 gen. — desgl. hölzerner Dachrinnen, 534., s. Dachrinnen. — Bei-
 den Bau der Schornsteine, 537. ff., s. Schornsteine. — Vorschrift
 der Defen, 551., s. Defen. — in Betreff der Blitzableiter, 554
 ableiter.
Fiskus, s. Entreprise-Verträge.
Flecht-Defen, Anlegung, 509. —
Fließ-Arbeiter, deren gewerbliche Befugnisse, 423. 449. ff. — Beauftrag-
 die Meister, 451. — Mühlenfließarbeiter, 451. — Tüncher, 452. —
Forst-Bauten, staltliche Holzlieferung dazu, 260. 263. — s. Doma
 Forst-Bauten.
Forst-Fiskus, s. Interimistum.

Bauholz.

der Bau- und Wegebeamten, 128. —
 , unter hölzerne Gebäude, 561. —

B.

id Festungs-Bauten, 22. 38. 89. —
 zuweisen, Geschäftsordnung dafür, 339. ff. —
 gs-Anstalten, Anlegung, 512. —
 ntliche, Genehmigung zu Veränderungen, 418. — Beschaffung gefähr-
 d baufälliger Gebäude 570. ff. — Kompetente Behörde für den Zuschlag
 rfallen oder verlassenen, 580. — Aufführung von Gebäuden an den
 isen. 592. — in der Nähe von Eisenbahnen, 593. — von Waldungen,
 von Bergbauten, 594. — Aufführung auf den zur Gemeinhütung gehörigen
 lden, 595. —

Bau- und Wegebeamte, Feldmesser, Karten, Stadt-Bau-

Anstalten, Baufonds, 338. —
 usseebau-Departement, 13. —
 usseebau-Intendantur, 13. —
 Feldmesser.

iten, s. Justiz-Bauten.

ot hölzerner, 522. —

n, Ressortverhältnisse, 84. — Revision der Rechnungen, 84. —

stitut, technisches, 48. —

lagen, s. Feuer-Bau-Polizei, Unglücksfälle.

iter, s. Blitzableiter.

Anlegung, 511. —

ingen, 603. ff. —

, s. Gratifikationsfond.

ns-Fond, dessen Bildung aus den Nebenken der Grasnutzung und
 pflanzung in den Chausseeegräben und auf den Chaussee-Böschungen, desgl.
 erwendung, 207. —

en, Verhütung von Unglücksfällen dabei, 560. —

Boden, dessen Erhöhung oder Erniedrigung, 614. —

B.

Inspektor, 95. —

m, Verhütung und Vertilgung, 656. —

dige, Zulässigkeit deren Baues, 573. —

leere, Verpflichtung der Besitzer zu deren bebauung, 568. —

senß, der Bau- und Wegebeamten, 160. — des Kondukteurs, 165. —

messer, 194. —

ige, 603. 608. 609. —

21. —

lamt, 22. —

g, Seltens des Flusses zu Bauten, 257. —

er, Bewilligung solcher für die Regierungs-Bauräthe und Distrikts-Bau-
 , 151. — deren Remuneration, 151. —

B.

Baufaufträge, Königl. Ressortverhältnisse, 84. 85. —

orst- und Bau-Kommissionen, 14. —

Offiziere, Ausführung öffentlicher Bauten durch solche ohne Zugleichung
 uhandwerkern, 446. —

um, Regulirung in Kirchen- und Schulbauwesen, 73. — in Fällen, wo
 ungsverbindlichkeit des Domainen und Forst-Flusses in Frage kommt, 74. —

n, der Kosten öffentlicher Bauten, 289. — insbesondere bei Entreprise-
 , 293. —

gelder, Verwendung und Verrechnung, 336. ff. —

ten, Vorschriften darüber, 328. ff. — Richterforderntß ministerieller
 ilgung bei geringfügigen Reparaturen, 328. — Verfahren bei Ausführung
 richtsbauten, 328. — Konkurrenz der Regierungen, 328. 329. — Verpflich-

tung der Baubeamten zur unentgeltlichen Beforgung, 329. 334. — Aufsat Bau-Inventarien, 329. — Nicht-Konkurrenz der Regierungs-Baubeamten unter 50 Thlr., 330. — Verfahren bei den für Königl. Rechnung auszuführenden Justiz-Bauten, 331. ff. — Kosten für Gefängniß-Mensilien und Reparaturen Gefängnissen und Gerichtskloakalien, 334. ff. — Verwendung und Verrechnung Justiz-Baugelder, 336. ff. — Fonds, 337. — Gebäude-Inventarien, Ausmittelung von Nichtplätzen, 338. — Aufwands der Straf- und Erziehungs-Anstalten, 338. — unentgeltliche Beforgung der Justizbauten durch die Beamten, 155. —

R.

Railbrüche, Verhütung von Unglücksfällen, 558. —
 Rail-Defen, zu vorübergehenden Zwecken, 509. —
 Ränäle, Anlegung, 617. —
 Ranzeln, s. Kirchen, Pfarr- und Schul-Bauten.
 Rarten, Gebühren der Feldmesser für deren Anfertigung, 191. 192. —
 Kataster-Gehülfen, Zulassung zum Feldmesser-Examen, 123. —
 Riebsgruben, Verhütung von Unglücksfällen, 558. 560. —
 Kirchen-, Pfarr- und Schul-Bauten, landrechtliche Bestimmungen, Grundsätze der Veranschlagung, 389. 392. — Einreichung der Bauanschläge an den Baudeput., 389. — Unterstützungen aus Staatsfonds, 389. — Revision der Bauanschläge, 409. — Ausführung nach dem Anschlage, 409. — Errichtung Altäre und Ranzeln, 409. — Stellung des Altars und der Kanzel, 409. — Zeichnungen zu Kirchen- und Thurm-Bauten, 409. — Bauentwürfe zu Pfarr- und Schulhäusern, 410. — Nothwendigkeit der Ausführung durch den Unternehmer, 411. — Recht auf übrig gebliebene Baumaterialien etc. etc., Anordnungen der Provinzial-Behörden, 411. ff. — Regulirung des Stils, 73. — Ressortverhältnisse, 81. — amtliche Obliegenheiten der Baubeamten bei Kirchen, Pfarr-, und Schul-Bauten, 154. —
 Rloafe, Anlegung, 615. —
 Rnall-Queck Silber, Anstalten zu dessen Bereitung, 517. —
 Kommunal-Bauten, Veranschlagung, 254. — unentgeltliche Wirksamkeit der Baubeamten, 156. —
 Kondukteur, Führung eines Amtssiegels, 124. — Titel, 125. — s. Feldmesser.
 Konduiten-Listen, der Baubeamten, 61. 63. —
 Konservator, der Kunstdenkmäler, 48. —
 Kopialien, der Feldmesser in Auseinandersetzungssachen, 171. —
 Kreis-Baumeister, Reisekosten-Zuschüsse, 131. —
 Kreis-Kommunal-Baubeamte, im Herzogthum Westphalen, 92. —
 Kreis-Landrath, als Kreis-, Bau- und Wege-Polizeibehörde, 91. — Befehl an die Königl. Baubeamten, 93. —
 Kunstdenkmäler, Konservator, 48. — Inventarisirung, 52. —
 Kunstgegenstände, Erhaltung alter, 418. —
 Kunststraßen, s. Chaussees, Chausseebauten.

L.

Land-Bauinspektoren, Diäten, 130. 131. — Reisekostenzuschüsse, 131. —
 Inspektor.
 Land-Baumeister, 14. — Amtsinstruktionen, 198. —
 Landbau-Projekte, deren formelle Behandlung, 244. —
 Landrath, s. Kreis-Landrath.
 Lehmgruben, Verhütung von Unglücksfällen, 558. 559. —
 Licht und Aussicht, 618. —
 Licht- und Fensterrecht, 618. —
 Lichtöffnungen, 618. —
 Lohgruben, Anlegung, 615. —
 Lohmühlen, Anlegung, 510. —
 Lokal-, Bau- und Wege-Behörden, 92. ff. —
 Luststeinbauten, s. Schornsteine.

M.

Maß- und Gewichtswesen, 34. —
 Maschinenbau-Anstalten, Anlegung, 511. —

maern, Gebrauch gemeinschaftlicher, 615. — Benutzung der nachbarlichen, 632. —
Verbot deren Ausführung von Lehm oder Spar-Kalf, 658. — städtische, f.
Städte.

Merkmale, Form und Maasß bei öffentlichen Bauten, 283. —
Merkmal-Feldarbeit, Qualifikation, 429. — Befugniß dazu, 450. —

Mergesellen, f. Bauhandwerker.

Merkmal, deren Abnahme durch Königl. Baubeamte, 157.

Merkmal-Prüfung, f. Bauhandwerker.

Merkmal-Prüfung, der Bauhandwerker, Befugniß zur Fortsetzung des Gewerbebe-
triebs, 449. —

Merkmal-Bauten, Ressort, 38. 89. —

Merkmal-Intendanturen, Wirkungsbereich in Bauwesen, 89. —

Merkmal- und Garnison-Bauten, 339. ff. —

Merkmal- und Ministerial-Bau-Kommission, in Berlin, 93. —

Ministerial-Bau-Kommission, in Berlin, 93. —

Müden, f. Düngergruben.

Müdenbauer, f. Bauhandwerker.

Müdenbauten, baupolizeil. Vorschriften, 562. — Einfassung der Mühlen-Bauser-
teile, 562. — der Oeffnung nach dem Rammrade zu, 563. — Einzäunung der
Windmühlen, 563. — desgl. Verwahrung der Treppen und Aufgänge, 563. — An-
fertigung von Kasten bei Wassermühlen, 564. — desgl. von Schutzvorrichtun-
gen, 564. — Anlegung von Zustreichern in Windmühlen, 565. — f. Wind-
mühlen.

Müden-Gildarbeiter, 451. —

Müdenwerk-Vorfertiger, f. Bauhandwerker.

N.

Nachbar, Einschränkungen der Baufreiheit zu deren Besten, 597. ff. — gesetzliche
Einschränkungen, 598. ff. — allgemeine, 598. — Begriff der wahren Gränzlinie,
598. — f. Raum, Winkel, Scheideräume, Gränzscheidungen.

Nachweisungen, Einsendung derjenigen der Bau-Konstrukteure und Feldmesser, 59. 63.

Nachämter, der Baubeamten, 158. —

Nachgeschäfte, der Baubeamten, 158. —

Nachbauten, f. Bauten.

O.

Ober-Bau-Departement, 14. —

Ober-Bau-Deputation, technische, 22. 33. 34. 38. 97. —

Ober-Präsidenten, 52. —

Ober-Begebau-Inspettor, 93. — f. Wege-Bauinspektor.

Ofen, Anlegung von Badöfen, 551. — Stubenöfen, 553. — Porzellan- und Stein-
gutöfen, 551. 554. — Zündholztrodenöfen, 556. 554. — Belehrung über zweck-
mäßige Einrichtung der Ofen, 657. — f. Porzellan- und Steingut-
Ofen, Ziegel-Ofen.

Öffentliche Plätze, f. Straßen.

Oberleger, f. Bauhandwerker.

Obermühlen, f. Mühlenbauten.

Ober-Bauanschläge, 409. —

P.

Pachter-Dächer, f. Bedachung.

Pachter-Bauten, f. Kirchen-, Pfarr- und Schulbauten.

Pachterrechte, 602. —

Pachter, 603. 607. 609. —

Pachter- und Steingut-Ofen, Anlegung, 551. 554. —

Pachter-Bauten, 338. ff. — Ressortverhältnisse, 84. — Konkurrenz der Regierungen und
Bauinspektoren, 84. 339. —

Pachterbaumeister, 97. 98. 99. 102. —

Pachtergebäude, Anlauf zu öffentlichen Zwecken, 143. —

Pachter-Steuer-Direktionen, 87. —

Pachter, wissenschaftliche, der Baubeamten und Feldmesser, 96. — der Bauführer
und Baumeister, 97. 102. — der Privatbaumeister, 98. 102. — Entlassungs-
Zeugnisse für Kandidaten des Bauwesens, 100. — Stempelfreiheit der Schulzeug-

nisse zu den Prüfungen, sowie der Zeugnisse über praktische Ausbildung, 109. — Prüfung der Feldmesser, 111. 164. —
 Prüfungs-Instruktionen, der Bauhandwerker, 424. ff. 440. ff. —
 Pulverfabriken, Einrichtung, 513. — Vorsichtsmaßregeln in den Fabriken, 513. — s. Rayon-Gesetzgebung.

R.

Raine, 602. —

Rapporte, s. Bau-Rapporte.

Rayon-Gesetzgebung, für die Umgebungen von Festungen und Pul
 583. —

Rechtsweg, in wiefern solcher in Baupolizei-Sachen zulässig oder ausge
 Referendarien, s. Bau-Referendarien.

Regierungen, Organisation, 53. — Rechte und Pflichten, 59. — Ref
 und Geschäftsgang, 73. — Bearbeitung der Bausachen, 74. —

Regierungs-Baumeister, s. Baumeister.

Regierungs-Bau-Rath, s. Bau-Rath.

Regierungs-Kondukteur, Titel, 125. — s. Feldmesser

Reisefkosten, der Bau- und Begebeamten, 127. — der nicht fixirt ang
 — der Stellvertreter, 135. —

Revisions-Fonds, 658. 659. —

Restaurationsbauten, der Kunstdenkmäler, 51. —

Retablissement-Projekte, Aufnahme von Situationsplänen, 152.

Retablissement-Unterstützungen, für Abgebrannte, 658. 659. —

Revision, s. Bauten.

Revisions-Atteste, deren Ertheilung durch die Reg.-Bau-Räthe, 253.
 und Inhalt der Revisions-Abnahme-Atteste, 290. —

Richtplätze, Mitwirkung der Verwaltungs-Behörden bei deren Ermitteln
 Rinnen, Anlegung, 617. —

Rinnsteine, Ueberbrückung, 574. —

Rohrdächer, s. Bedachungen.

Röhrmeister, s. Bauhandwerker.

S.

Sandberge, Verhütung des Einstürzens, 558. —

Sandgruben, Verhütung des Einstürzens, 558. 559. 560. —

Schaufenster, s. Straßen.

Scheideräume, 602. ff. —

Scheidewände, gemauerte, 608. —

Scheidungen, 603. 607. ff., 609. —

Scheunen, s. Bedachung.

Schieferdecker, s. Bauhandwerker.

Schindelböcher, s. Bedachung.

Schlammfänge, deren Anlegung, 556. —

Schloß-Bau-Kommission, 22. 38. —

Schmieden, Anlegung, 505. — Bedachung, 505. — Vorschriften für Sc

Schneiderscher Flächen-Maßstab, 658. —

Schornsteine, Vorschriften über deren Bau, 537. — Fortschaffung der
 geflechten, 537. — Entfernung feuerfangender Gegenstände von den
 537. — Ausführung der sogen. Lehmzopf und Schlacken-Essen, i
 der Luftsteine bei Schornsteinbauten, 543. — Vorschriften über i
 Schornsteinröhren, 544. — Reinigung der Lehteren, 547. — B
 Zulässigkeit von Aufsätzen auf Schornsteinröhren, 550. —

Schornsteinröhren, s. Schornsteine.

Schreibmaterialien, s. Bau- und Begebeamte.

Schul-Bauten, s. Kirchen-, Pfarr- und Schul-Bauten.

Schwefel-Kammern, Anlegung und Konstruktion, 510. —

Schweineställe, Anlegung, 615. —

Senkbrunnen, Anlegung, 556. —

Servitus, luminum, 629. — prospectus, 629. 630. — ne luminibus o
 — stillicidii, 631. — oneris ferendi, 632. — signi immittendi, i

Speicher, Befriedigung zur Verhütung von Unglücksfällen, 554. 555. —
 Staatsbauten, s. Bauten.

2. —

. 609. —

n über die Erhaltung der zum Verschlusse oder zur Vertheidigung
enden Anlagen, 412. — Wahrnehmung des Steuerinteresses bei
ränderten Einrichtungen an den zum Verschlusse der Städte dienen-
n, 415. — Kosten für Zeichnungen aller städtischer Bauwerke Behufs
ng, 416. — Unterhaltungskosten der Stadtmauern, Thore etc., 416.
lsterielle Genehmigung zum Umbau von Stadtmauern, 417. —
dem Erlöse niedergerissener, 417. —

te, Gebühren, 133. —

Städte.

n, Abschaffung, 556. —

engel, Abschaffung, 556. —

, deren Anlegung, 512. —

ütung von Unglücksfällen, 558. —

Anlegung, 511. 554. —

Steinseher), Qualifikation, 423. — Prüfung, 424. 436. —

einbauer.

Entreprise-Verträgen, 280. — Stempelfreiheit polizeilicher Verhand-
uangelegenheiten und der Bau-Konsense, 467. — Stempelpflichtigkeit
n über Arbeitslöhne bei öffentlichen Bauten, 302. —

n, 79. 80. —

Baufonds, 338. —

entliche Plätze, Verhütung der Verunstaltung und Verengung der-
- Verpflichtung zur Bebauung leerer Hausstätten, 568. — Abtretung
des Terrains und der Materialien zur baulichen Verbesserung und
von Städten, 569. — Nichtgestattung baulicher Anlagen, welche die
Bürgersteige verengen, 572. — Nichtberechtigung der Polizeibehörden
ng des Baues einstöckiger Häuser, 573. — Unzulässigkeit des Anbaues
gender Waarenkasten, Tische und Schaufenster bei Häusern an den
. — Abschaffung von Winden und ähnlichen Vorrichtungen an den
der Straße hinaus, 573. — Nichtberechtigung der Hausbesitzer,
n der Bürgersteige bei Straßenumpflasterungen zu widersprechen,
schaffung von Bäumen auf Bürgersteigen, 574. — Vorschriften für
— Ueberbrückung der Kinnsteine, 574. —

Bedachungen.

Bedachungen.

Bedachungen.

. Defen.

Z.

lung von Baugeldern, 298. 299. 300. ff. —

ffung, 555. —

lung, 413. —

haltung, 413. —

Normalzeichnungen, 409. —

pflicht der Polizeibehörde zur Kontrollirung ihres Zustandes, 583. —

e, 444. 450. —

U.

en, der Städte, s. Städte.

Bau- und Wegebeamte.

upolizeiliche Vorschriften zu deren Verhütung, 554. ff. — insbes.
der Bodenöffnungen, 554. — der Brunnen, Teiche und Wasser-

— Abschaffung der an den Stadthorflügeln befindlichen sogenann-
el oder Leisten, 556. — Verhütung von Unglücksfällen durch Ein-
andberge, Sand-, Thon-, Lehm- u. Kiesgruben, und der Kalk- und
558. — bei Ausführung von Grundarbeiten, 560. — Verhütung von
i, welche durch fehlerhafte Bauausführung entstehen, 560. — insbes.
rtigung der Fundamente, 561. — Vorschriften zur Verhütung von
i, welche durch Gewerbs-Anlagen entstehen können, 487. ff., 562. ff.
nbauten.

Die
Verfassung und Verwaltung
des
Preussischen Staates;

eine
systematisch geordnete Sammlung aller auf dieselben
habenden gesetzlichen Bestimmungen, insbesondere der in der
Sammlung für die Preussischen Staaten, in den von Kampff
Annalen für die innere Staatsverwaltung, und in deren Forts
gen durch die Ministerial-Blätter enthaltenen Verordnungen
Reskripte, in ihrem organischen Zusammenhange mit der
früheren Gesetzgebung,

dargestellt.

unter Benutzung der Archive der Ministerien des Innern, der Finanzen
Justiz, der Geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten
Königlichen Hauses, und der Hauptverwaltung der Staatsschulden

von

Ludwig von Abbe,
Kammer-Gerichts-Rathe.

Sechster Theil.

Das Polizeiwesen.

Vierter Band.

Das Bau- und Wegewesen des Preussischen Staates.

Erste Abtheilung.

Die Bau-Polizei.

Supplement-Band,

enthaltend

die bis zum Jahre 1852 erlassenen Verordnungen.

Breslau,
bei Georg Philipp Aberholz.

1852.

Die
Bau-Polizei
des
Preussischen Staates;

eine
h geordnete Sammlung aller auf dieselbe Bezug
h habenden gesetzlichen Bestimmungen, insbesondere der in der Gesetz-
sammel für die Preussischen Staaten, in den von Kamphschen
für die innere Staatsverwaltung, und in deren Fortsetzung
die Ministerial-Blätter enthaltenen Verordnungen und
ste, in ihrem organischen Zusammenhange mit der
früheren Gesetzgebung,

dargestellt

Benutzung der Archive der Königlichen Ministerien
von

Ludwig von Rönne,
Kammer-Gerichts-Rathe.

Supplement-Band,

enthaltend

bis zum Jahre 1852 erlassenen Verordnungen.

Breslau,
bei Georg Philipp Aberholz.

1853.

Uebersicht des Inhaltes.

	Seite.
ellen und Literatur der Bau-Polizei	1
ter Theil. Die Gesetzgebung über das Staats- und öf- fentliche Bauwesen.	
erste Abtheilung. Die Behörden und Beamten des Bau- und Wegewesens.	
Gegenwärtige Organisation der Behörden.	
Erstes Kapitel. Die Centralbehörden	3
Zweites Kapitel. Die Provinzial-Behörden.	
I. Organisation der Regierungen	12
II. Rechte und Pflichten der Regierungen	12
III. Geschäftsgang in Bau-Angelegenheiten bei den Regie- rungen	16
Fünftes Kapitel. Die Organe der Behörden des Bau- und Wegewesens.	
Erster Titel. Allgemeine Vorschriften für die Beamten des Bau- und Wegewesens.	
I. Eintritt in den Staatsdienst.	
A. Allgemeine Erfordernisse zur Befähigung	16
B. Nachweis der besonderen Befähigung durch wissen- schaftliche Prüfung	16
II. Rechtliche Verhältnisse der Bau- und Wegebaubeamten während des Staatsdienstes.	
Rechtsverhältnisse in Beziehung auf das Amt.	
A. Rechte.	
a. Außere Auszeichnung	32
b. Forum exemptum	32
c. Amts-Einkünfte	32
B. Pflichten.	
a. Verpflichtung der Baubeamten zur Beobachtung der höchsten Wasserstände und zur Sammlung der Notizen darüber	37
b. Vorschriften in Betreff unentgeltlicher Besorgung amtlicher Funktionen Seitens der Baubeamten	43
c. Uebernahme von Nebenämtern u. Nebengeschäften	43
Zweiter Titel. Besondere Vorschriften bezüglich der ein- zelnen Gattungen der Bau- und Wegebeamten.	
Erste Unter-Abtheilung. Die Feldmesser (Kon- dukteure).	
I. Eintritt in den Staatsdienst	45
II. Rechtliche Verhältnisse während des Staatsdienstes	46

Zweite Unter-Abtheilung. Die Staats- Bau- und Wege-Beamten.

I. Chaussée-Aufseher und Wegewärter.

A. Anstellung und Dienstverrichtungen

B. Lohn und Emolumente

II. Chausséeegeld-Empfänger (Einnehmer)

Zweite Abtheilung. Die Verwaltung des Staats- und öffentlichen Bauwesens.

Erster Abschnitt. Allgemeine Grundsätze, welche sich auf alle Gattungen der öffentlichen Bauten beziehen.

A. Von der Veranschlagung öffentlicher Bauten

B. Von der Bestimmung der Verpflichtung des Staates zur Leistung von Beiträgen zu Bau- und Reparatur-Kosten vor dem Beginne des Baues

C. Von den Vorschriften, welche vor dem Beginne der Bauten und Reparaturen in Betreff der Verdingung derselben und der Verdingung der Materialien-Lieferungen oder der Ausführung und der Anschaffung für eigene Rechnung zu beobachten

D. Vorschriften über das Verfahren bei Auszahlung der Baugelder

Zweiter Abschnitt. Besondere Vorschriften in Betreff einzelner Gattungen öffentlicher Bauten.

A. Vorschriften über Domainen- und Forst-Bauten

B. Vorschriften über Justiz-Bauten

C. Vorschriften über Kirchen-, Pfarr- und Schulbauten

Dritter Abschnitt. Vorschriften über die Erhaltung der zum Verschlusse oder zur Vertheidigung der Städte dienenden Anlagen

Zweiter Theil. Das Bau-Recht und die Bau-Polizei.

Erste Abtheilung. Materielles Recht.

Erster Abschnitt. Von den Einschränkungen der Baufreiheit und der Beaufsichtigung der Bauten.

Erstes Kapitel. Allgemeine Bestimmungen.

Erster Titel. Von den Einschränkungen der Baufreiheit und der Beaufsichtigung der Bauten zum Besten des Gemeinwesens und des Staats.

I. Von der Sorge für die Ausführung der Bauten durch ein qualifizirtes Personal

II. Von der Prüfung der Zulässigkeit der Bauten und von der Ertheilung der Bau-Konsense

III. Von den Beschränkungen der Baufreiheit und der Beaufsichtigung der Bauten aus sicherheitspolizeilichen und ordnungspolizeilichen Rücksichten.

A. Von den baupolizeilichen Vorschriften zur Verhütung der Feuergefährlichkeit

AA. Von dem Auseinanderbau und der Entfernung der Gebäude auf dem platten Lande

BB. Feuerpolizeiliche Baubeschränkungen beim Neubau und bei Reparaturen, insbesondere feuergefährlicher Gewerbe-Anlagen.

a. Im Allgemeinen

b. In Bezug auf feuergefährliche Gewerbe-Anlagen insbesondere

	Seite.
c. Vorschriften über die Abschaffung feuergefährlicher Bedachungen	102
d. Vorschriften über den Bau der Schornsteine	
a. Fortschaffung der hölzernen und gefleckten Schornsteine	103
β. Reinigung der engen Schornsteinröhren	104
B. Von den baupolizeilichen Vorschriften zur Verhütung anderer Unglücksfälle.	
a. Vorschriften wegen Befriedigung der Boden-Deffnungen (Bodenlufen)	105
b. Vorschriften wegen Befriedigung der Brunnen, Teiche und anderer Wasserbehälter	106
c. Vorschriften zur Verhütung von Unglücksfällen durch Einstürzen der Sandberge und Sand-, Thon-, Lehm- und Kies-Gruben	106
d. Vorschriften zur Verhütung von Unglücksfällen, welche durch fehlerhafte Ausführung von Bauten oder Reparaturen entstehen	106
C. Baupolizeiliche Vorschriften in Betreff der Mühlenbauten insbesondere.	
AA. Vorschriften über die Entfernung der Windmühlen von öffentlichen Wegen und benachbarten Grundstücken	107
BB. Vorschriften über die Entfernung der Windmühlen von einander	108
D. Baupolizeiliche Vorschriften zur Verhütung der Verunstaltung und Verunzierung, sowie der Verengung der Straßen und öffentlichen Plätze	108
IV. Von den polizeilichen Einschränkungen der Baufreiheit und der polizeilichen Beaufsichtigung bezüglich bereits vorhandener Bauten insbesondere.	
A. Vorschriften über den Umfang der baupolizeilichen Aufsicht in Betreff bereits bestehender Gebäude	108
B. Vorschriften über die Verpflichtung der Eigenthümer zur baulichen Unterhaltung ihrer Gebäude u. die Wegschaffung Gefahr drohender Gebäude und Baulichkeiten	109
V. Von der polizeilichen Beaufsichtigung bei Ausführung von Bauten und Reparaturen	109
3weiter Titel. Von den Einschränkungen der Baufreiheit zum Besten der Nachbarn.	
Erste Unter-Abtheilung. Von den gesetzlichen Einschränkungen der Baufreiheit zum Besten nachbarlicher Grundstücke.	
I. Allgemeine Einschränkungen des Eigenthums beim Bauen	111
II. Von Rainen und Pflugrechten	116
III. Von Gränzscheidungen	116
IV. Von der Erhöhung und Erniedrigung des Grund und Bodens	117
V. Von Schweinställen, Kloaken, Dünger- und Lothgruben und anderen den Gebäuden schädlichen Anlagen	118
VI. Von Rinnen und Rändern	119

VII. Vom Lichte und der Aussicht, oder von Fenstern und anderen Licht-Öeffnungen	12
Zweite Unter-Abtheilung. Von den nachbarlichen Einschränkungen des Eigenthums durch besondere Rechtstitel, insofern aus diesen Grundgerechtigkei- ten bei Gebäuden hervorgegangen sind	1
Zweites Kapitel. Bau-Polizei-Gesetze u. Bau-Ordnungen für einzelne Regierungs-Bezirke und Städte	1
Zweiter Abschnitt. Vom Bau auf fremdem Boden, oder mit fremden Materialien, oder auf fremdem Boden mit fremden Materialien zugleich	1
Dritter Abschnitt. Von den Rechtsverhältnissen zwischen Bauherren und Bau-Handwerkern und Bau-Unternehmern	1
Zweite Abtheilung. Von dem Verfahren in Bausachen. Erster Abschnitt. Kognition und Untersuchungs-Verfahren in Bau-Polizei-Sachen	1
Zweiter Abschnitt. Von dem gerichtlichen Verfahren bei Bau-Streitigkeiten	1
Dritte Abtheilung. Von der volkwirthschaftlichen Einwirkung des Staates in Bau-Sachen.	
I. Vorschriften, welche die zweckmäßige Bedachung betreffen	
II. Vorschriften, welche die Verhütung u. Vertilgung des Haus- schwammes betreffen	
III. Vorschriften, betreff. die zweckmäßige Einrichtung der Ofen und Backöfen	

Zur Einleitung.

und Literatur der Bau-Polizei. (S. 7—14.)

Mühlb. d. f., Baugesetz-Sammlung aller in den Oesterreichischen
erzöglich der Provinz Nieder-Oesterreich ergangenen Bau-Ver-
3 Bde. gr. 8. Wien 1848.

Schmädcl, Handbuch der im Gebiete der Baupolizei-Verwal-
tes Bau-, resp. Nachbar-Rechts bestehenden Gesetze Bayerns.
8. Augsburg 1848.

nger, Sammlung der im Gebiete der innern Staats-Verwal-
nigreichs Bayern bestehenden Verordnungen aus amtlichen Quel-
t und systematisch geordnet. 16. Band, 1. Theil, die Abtheil-
Baumwesen enthaltend. gr. 4. München 1838.

umich), über die Sicherstellung gegen Feuergefähr und Brand-
ie über die Ausübung der Feuer- und Baupolizei im Preuß.
besonderer Anwendung auf die Provinz Brandenburg und na-
die Stadt Berlin. 8. Berlin 1848. (4 Neugr.)

ische und W. Emmich, die Preuß. Baupolizei-Gesetze und
en. Berlin 1850. 8. (1 Rthlr.)

Vogt, Repertorium der Preuß. Bau- und Feuer-Polizei-Ges-
alphabetischer Materienfolge. 8. Breslau 1845. (½ Rthlr.)

am K. Min. für H., Gew.- u. öff. Arbeiten ist die Begründung
fenschaftlichen Journals unter dem Titel: „Zeitschrift für Bau-
nlaßt, worüber sich das (nachstehende) G. R. des K. Min. für
nd öff. Arb. (v. d. Seydt) v. 11. April 1851 an sämtliche
spricht:

an vielfach empfundenen Bedürfnis zu genügen, habe ich die Begrün-
auwissenschaftlichen Journals veranlaßt, welches unter dem Titel „Zeits-
umwesen“ mit dem Mai d. J. beginnend in zweimonatlichen Lieferungen
wird. Dies Journal, dessen Leitung ich einer z. Z. aus dem Ober-
rtwich, Baurath Hitzig und dem ersten Redakteur, Baurath Hoff-
nden Kommission übertragen habe und dessen Einrichtung aus dem in
nplaren hier beigefügten Prospektus (Anl. a.) ersichtlich ist, wird in
lets die amtlichen, von den Behörden hierzu geeignet erachteten Mit-
wie die Personal-Veränderungen im Baumwesen enthalten, im Uebrigen
ngemessenen Besprechung bauwissenschaftlicher Gegenstände geöffnet sein.
e die K. Reg., dies Unternehmen nicht nur durch Einsendung dort ver-
eigneter Beiträge zu fördern, sondern auch den Baubeamten des vort-
die Mitwirkung und Betheiligung bei dem neuen Journal, sowie die

thunlichste Berücksichtigung der an dieselben von Seiten der Redaktion etwa erden Ansuchen zu empfehlen. Die Redaktion (z. B. der Baurath Hoffmann in vorkommenden Fällen zugleich über Honorare und sonstige Bedingungen forderliche Auskunft geben. Der K. Reg. werde ich gleich nach dem Erscheinen einzelnen Lieferungen ein Exemplar der Zeitschrift für Ihre Bibliothek und an je ein Exemplar für jede etatsmäßige Bau-Inspektor- und Baumeister-Stelle Bezirkes zufertigen lassen. Die Inhaber dieser Stellen sind unter Mittheilung Prospektus vorläufig zu benachrichtigen, daß ihnen diese Exemplare zu ihren Registraturen s. B. überwiesen werden sollen.

Anl. n.

Prospektus.

Unter dem Titel: „Zeitschrift für Bauwesen“ wird mit diesem Bauwissenschaftliches Journal erscheinen, dessen Umfang vorläufig auf 24 Bogen mit eingefügten Holzschnitten und außerdem 50–60 Tafeln Zeichnungen in Quart- und Folio-Format für den Jahrgang festgesetzt ist. Der Jahrgang 12 Hefte umfassen und in 6 Doppelheften von zwei zu zwei Monaten ausgeben werden.

Dies Journal, dessen Leitung von dem Herrn Minister für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten der unterzeichneten Redaktions-Kommission übertragen wird dem Ministerium als Organ für alle amtlichen Veröffentlichungen in Bezug auf Bauwesen dienen und ist zunächst bestimmt, die Baumeister des Preussischen Staates von allen in ihr Fach einschlagenden Angelegenheiten fortgesetzt in Kenntnis zu erhalten.

Die Betheiligung der Königl. technischen Baudeputation und Architekten-Vereins in Berlin an der neuen „Zeitschrift“ wird durch Mittheilung der Redaktions-Kommission vermittelt.

Der Architekten-Verein giebt das bisher von ihm herausgegebene Notizblatt und wird sich der „Zeitschrift“ als seines Organes bedienen.

Der Inhalt des Journals wird folgende Hauptgegenstände umfassen:

- 1) Amtliche Mittheilungen der Ministerien, der technischen Baudeputation, der Bauakademie; baupolizeiliche Bestimmungen; Personal-Veränderungen im Preussischen Bauwesen.
- 2) Mittheilungen des Architekten Vereins zu Berlin. Mittheilungen von Vereinen, welche sich mit hierher gehörigen Gegenständen beschäftigen und dem neuen Unternehmen anschließen.
- 3) Mittheilungen über ausgeführte, in Ausführung begriffene und projektierte Bauwerke des Land- und Schönbaues, wie des Wasser-, Wege- und Eisenbahnbaues, zunächst im Preussischen Staate, sodann auch in den übrigen deutschen Staaten und im Auslande.
- 4) Fortlaufende Berichte über den Fortgang der wichtigeren Bauarbeiten im Preussischen Staate.
- 5) Theoretische Erörterungen über bauwissenschaftliche Gegenstände.
- 6) Notizen über Baumaterialien und einzelne gemachte Erfahrungen.
- 7) Mittheilungen aus den einschlagenden Gebieten der bildenden Künste, Alterthums- und Geschichtsforschung und der Statistik.
- 8) Desgleichen aus den Gebieten des Eisenbahnbetriebes, des Maschinenwesens, der Telegraphie und Dampfschiffahrt.
- 9) Fortlaufende Notizen, Auszüge und Besprechungen über die neueste Literatur der hierher gehörigen Fächer. —

Redaktion und Verleger werden bemüht sein, ebenso für ein regelmäßiges monatliches Erscheinen der Lieferungen, für Mannigfaltigkeit und Zusagen des Inhaltes, sowie für eine stets angemessene und würdige Ausstattung Sorge zu tragen; namentlich soll auf eine entsprechende Herstellung der Zeichnungen, in denen man auch ausgeführte Blätter, Beduten und Farbendrucke finden wird, sorgfältig Bedacht genommen werden. Berlin, im März 1851.

Die Redaktions-Kommission.

Hartwig, Hitzig, C. Hoffmann.

Die Verlags-Handlung.

Ernst & Korn, Provinzial-Verlags-Handlung, Buch- u. Kunsthandlung.

Durch die Seitens-Gr. Excell. des Hrn. Min. genehmigte Einrichtung der Zeitschrift wird dieselbe ebenso Organ der technischen Baudeputation, wie des Architekten-Vereins zu Berlin sein.

Die thätige Mitwirkung der ausgezeichneten Männer des Faches,

Sagen, Basse, Stüler, Soller, Strack, Hartwich, v. Quast, G. Hoffmann, W. Stier, G. Stier, Knoblauch, Drewitz, Hesse, Lohse, erscheint dadurch gesichert.

Verlagsbandlung hofft durch das Zusammenwirken so umfassender Kräfte der Erhaltung der periodischen architektonischen Literatur in Preußen fernerhin vorzu- und jedem Architekten ein möglichst vollständiges Bild der neuesten Leistungen und Bestrebungen derselben zu übergeben.

Das erste Doppelheft dieser Zeitschrift, bestehend aus Lieferung 1. und 2., wird Anfang Mai ausgegeben werden.

Preis des Jahrganges von sechs Doppelheften oder 12 Lieferungen ist auf 1 Thaler festgesetzt; sämtliche Buchhandlungen des In- und Auslandes, sowie auch die kgl. Preuß. Postämter sind in den Stand gesetzt, die Zeitschrift ohne Preiszuschlag zu liefern.

Die Verlagsbandlung.

in. Bl. d. i. B. 1851 S. 96. Nr. 106.)

Erster Theil.

Gesetzgebung über das Staats- und öffentliche Bauwesen.

Erste Abtheilung.

Behörden und Beamten des Bau- und Wegewesens.

Gegenwärtige Organisation der Behörden.

Erstes Kapitel.

Die Central-Behörden. (Zu S. 36—50.)

Die K. D. v. 27. März 1848 (Min. Bl. d. i. B. 1848 S. 89).

setzte das K. Staatsministerium von der Absicht des Königs in Preußen, ein eigenes Ministerium für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten zu bilden und beauftragte das Staatsmin., die erforderlichen Vorschläge wegen der dadurch bedingten Ressortveränderungen bei den betreffenden Centralbehörden zu machen.

Auf den in Folge dessen erstatteten Bericht des K. Staatsministers erging demnachst der Allerh. Erlass v. 17. April 1848, betr. die Bildung eines Ministeriums für Handel, Gewerbe und öffentl. Arbeiten, und die Abtheilung des Ressorts desselben und des Ressorts des Fin. Min.

Die Abtheilung des Ressorts desselben und des Ressorts des Fin. Min.

den Antrag des Staatsmin. bestimme Ich hierdurch was folgt:

1. Auf das nach Meiner D. v. 27. v. M. nunmehr zu bildende Min. für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten, welches vorzugsweise auch den arbeitenden und betreibenden Klassen der städtischen wie der ländlichen Bevölkerung seine Aufmerksamkeit zu widmen hat, gehen über:

a) von dem Ressort des Finanzmin.: sämtliche Geschäfte der Abth. für Handel, Gewerbe und Bauwesen und der Abth. für Berg-, Hütten- und Salinenwesen;

b) von dem Ressort des Min. des Inn.: die Gewerbe- und Baupolizei, so weit dieselbe diesem Min. gegenwärtig zusteht, und die gesamte landwirthschaftliche Polizei, insbesondere die obere Leitung der Regulirungen der gutherrlichen bäuerlichen Verhältnisse, der Gemeintheilungen, der Ablösungen gutherrlicher und anderer Reallasten, der Vorfluths- und Fischerei-Polizeisachen, der Anstalten zur Beförderung der Landwirthschaft, einschließlich der Konkurrenz bei dem unter der Leitung des Ober-Stallmeisters stehenden Geflügelwesen und der landwirthschaftlich-technischen Lehranstalten;

3) das Postdepartement;

4) die Geschäfte des Handelsamts, welches Ich dem Min. für Handel, (und öffentliche Arbeiten einverleibe, während die nach der B. v. 7. Ju (G. S. S. 184.) dem Handelsrathe zugewiesene Wirksamkeit auf das ministerium übergehen soll. Die Leitung des neu gebildeten Min. f. Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten will Ich einstweilen dem Min. Legationsrathe, Dr. von Batow, anvertrauen. 1)

II. Um das Ressort des Finanzmin. auf eine seinem Zwecke entsprechende zu stellen, will Ich:

1) Die früher damit verbunden gewesene, gegenwärtig aber von einer b. Abth. des Min. Meines Hauses geführte Verwaltung der Domänen und Forsten dem Finanzmin. wieder übertragen, und

2) demselben das Seehandlungsinstitut unterordnen.

Ich beauftrage das Statemin., diese Anordnungen, welche durch die (S. 1848 S. 109. Min. Bl. 1848 S. 89. Nr. 95.)

3) An die hiernach eingetretenen Ressort-Veränderungen ich demnächst ferner eine Abänderung in Betreff der bisher bestanden haben für die obere Verwaltung des Bauwesens.

Die technische Ober-Bau-Deputation²⁾ wurde aus der Abtheilung für das Bauwesen im Ministerium für Handel, und öffentliche Arbeiten einverleibt; dagegen wurde anderweitig eine technische Bau-Deputation errichtet, deren Bestimmung vorzugsweise einer künstlerischen und wissenschaftlichen baulich-technischen und e. hörde für die Prüfungen der Bauführer und Baumeister ist.

Hierüber ist der Allerh. Erlaß v. 14. Jan. 1850, betr. die Neuorganisation der oberen Verwaltung des Bauwesens, nebst zugehöriger nung v. 22. Dec. 1849, ergangen.

Auf den Antrag des Staatsministeriums (Anl. a.) habe Ich beschlossen, neue Organisation der oberen Verwaltung des Bauwesens eintreten zu lassen für die oberen Staats-Baubeamten eine lebendigere Theilnahme an der Entwicklung der Bauangelegenheiten herbeizuführen und den Geschäftsgang kürzen. Ich genehmige daher die anliegende, von dem Staatsministerium 22. Dec. 1849 vorgelegte Verordnung über die obere Verwaltung des Ba, indem Ich insbesondere zu der Auflösung der Ober-Bau-Deputation Meine mung ertheile und die gegenwärtigen Mitglieder derselben, unter Beibehaltung bisherigen Gehalts, hierdurch zu Ministerial-Bauräthen ernenne. Wegen rung dieses Erlasses, welcher nebst der B. v. 22. Dec. 1849 (Anl. b.) i G.-S. bekannt zu machen ist, hat das Staatsministerium das Weitere zu ver Charlottenburg, den 14. Januar 1850.

Friedrich Wilhelm.

Graf v. Brandenburg. v. Ladenberg. v. Manteuffel, v. S. v. d. Heydt. v. Rabe. Simons. v. Schleinitz.

An das Staatsministerium.

Anl. a.

Die Erfahrung hat gezeigt, daß die Ober-Bau-Deputation, wie solche be ganisirt ist, ihrer Bestimmung nicht vollständig entspricht, vornämlich, weil

1) Durch amtliche Bekanntmachung v. 6. Dec. 1848 (Min. Bl. 1848 (Nr. 449.) ist zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß der Handelsgerichts-Präsident v. d. Heydt zum Minister für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten, und der Wirkliche Geh. Ob. Fin.-Rath von Poschke zum Unter-Staats-Sekretair bei diesem Ministerium worden. — Die amtliche Bekanntmachung v. 24. Jan. 1850 (Min. Bl. 1850 S. 14. Nr. 19.) veröffentlicht, daß der Geh. Ob. Fin.-Rath Reich zum Direktor der Abtheil. für Handel und Gewerbe, der Geh. Ob. Fin.-Rath Mellin zum Direktor der Abtheil. für das Bauwesen und die Eisenbahn-Angelegenheiten in diesem Ministerium ernannt worden.

2) Vergl. über deren bisherige Organisation das S. 37—38. der vorliegenden Mitgetheilte.

der, derselben, nach der Allerhöchst festgestellten Geschäfts-Instruktion vom 26. September 1809, fast ausschließlich auf die Revision der Kosten-Anschläge und die Leitung der Baumeister beschränkt sind, dagegen von der Eintheilung der Baufonds, in der Ausführung der Bauten selbst und von der Besorgung der Geschäfte der Baubeamten amtlich keine ausreichende Kunde erhalten und somit dem praktischen Wirken entfremdet werden. Die Ober-Baudeputation genießt deshalb im Grunde auch nicht das Vertrauen in dem Umfange, als zu einem recht gedeihlichen Fortschritte in diesem sehr wichtigen Verwaltungszweige zu wünschen ist. Um diese Verhältnisse zu beseitigen und um die obersten Staats-Baubeamten zu einer lebendigeren Theilnahme an der Verwaltung und Entwicklung des Bauwesens zu führen, scheint es räthlich, die Ober-Baudeputation ganz aufzulösen, dagegen die gesammte Verwaltung des Staats-Bauwesens der Bau-Abtheilung des Ministeriums für Handel u. c. zuzuwenden, die jetzigen Mitglieder der Ober-Baudeputation zu Ministerial-Bauräthen zu ernennen und solche theils der eben gedachten Bau-Abtheilung, theils anderen Ministerien, soweit bei solchen, nach noch näher zu veranlassender Berathung, besondere Ministerial-Bauräthe für erforderlich zu erachten sind, vorzulegen. Wir behalten uns ehrfurchtsvoll vor, Ew. Königl. Majestät hierüber nähere Vorschläge unterthänigst zu machen. Von der Bau-Abtheilung im Ministerium für Handel u. c. würden demnächst unter der Leitung des Ministers für Handel das Baubedürfniß erwogen und die Aufstellung der Etats für das Staats-Bauwesen bewirkt, so wie sämtliche Bauentwürfe und Kostenanschläge für die bedeutenderen Bauten, zunächst ganz in den Grenzen, wie solche nach den bestehenden Bestimmungen bisher von der Ober-Baudeputation zu prüfen waren, revidirt und in allen Theilen festgestellt, so wie auch die Bau-Ausführungen selbst überwacht werden.

Neben dieser, das gesammte Staats-Bauwesen verwaltenden Ministerial-Bau-Abtheilung bleibt aber auch noch eine technische Baudeputation erforderlich, welche das gesammte Baufach in künstlerischer und wissenschaftlicher Beziehung würdig repräsentirt, die großen oder in Beziehung auf Kunst oder deren Fortschritte interessanten öffentlichen Bauunternehmungen in baulich-technischer Hinsicht zu beurtheilen, so wie die Anwendung allgemeiner Grundsätze im öffentlichen Bauwesen zu berathen, neue Erfindungen und Vorschläge in künstlerischer, wissenschaftlicher und baulich-technischer Beziehung, oder die Gegenstände, welche ihr sonst von der Verwaltungsdirektion zu diesem Behufe zugehen, zu begutachten, für weitere Ausbreitung des Bauwesens zu sorgen, so wie die sämtlichen Prüfungen der künftigen Baumeister zu bewirken hat, und dabei das Kuratorium der Bau-Akademie bildet. Die sämtlichen Ministerial-Bauräthe würden Mitglieder der technischen Baudeputation sein. Außerdem würde aber auch jeder andere Baumeister im preussischen Staate, welcher wegen besonderer Auszeichnung in künstlerischer oder wissenschaftlicher Beziehung sich zum Mitgliede der technischen Bau-Deputation eignet, zu diesem Zwecke, mit welchem eine besondere Gehaltsbeziehung nicht verbunden sein soll, Ew. Königl. Majestät von dem Minister für Handel u. c. in Vorschlag gebracht werden können.

Hiernach gestatten wir uns, den Entwurf einer Verordnung über die obere Verwaltung des Bauwesens, so wie eines dieselben genehmigenden Allerhöchsten Erlasses mit dem Antrage auf huldreiche Vollziehung des letzteren ehrfurchtsvoll vorzutragen.

Berlin, den 22. December 1849.

Das Staats-Ministerium.

Minister v. Brandenburg. v. Ladenberg. v. Mantouffiel. v. Strotha.
v. d. Heydt. v. Rabe. Simons. v. Schleinitz.

In des Königs Majestät.

Anl. b.

Verordnung über die obere Verwaltung des Bauwesens, vom 22. December 1849.

§. 1. Die Ober-Bau-Deputation wird aufgelöst.

§. 2. Die bisher von der Ober-Bau-Deputation wahrgenommenen Geschäfte, soweit nicht in §. 6. ein Anderes bestimmt ist, auf die Abtheilung für Bauwesen im Ministerium für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten, in welche die gegenwärtigen Mitglieder der Ober-Bau-Deputation nach Maßgabe der nach §. 5. zu treffenden näheren Bestimmung als Ministerial-Bauräthe übergehen.

Die unter Theilnahme der Ministerial-Bauräthe zu bearbeitenden Angelegenheiten gehören namentlich:

- a) die Personalien der Bau-Verwaltung und die Ueberwachung der Geschäftsführung der Baubeamten,
- b) die Verfassung des Bau-Bedürfnisses und die Aufstellung des Bau-Stats für die Staats-Bauten,
- c) die Prüfung und Feststellung der betreffenden Bau-Entwürfe und Kosten-Anschläge.
- d) die oberste Leitung und Ueberwachung der Ausführung dieser Bauten,
- e) die Vermessungs-Angelegenheiten, so weit solche zum Ressort des Ministeriums für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten gehören,
- f) die Bau-Polizei-Angelegenheiten.

§. 3. Die Geschäfte werden unter die Mitglieder der Bau-Abtheilung (§. 2) so vertheilt, daß die Ministerial-Bauräthe auch an der Verwaltung und an der Rathung des Bau-Bedürfnisses Theil nehmen.

Die Prüfung und Feststellung der Bau-Entwürfe und Kosten-Anschläge erfolgt durch die einzelnen Ministerial-Bauräthe unter ihrer persönlichen Verantwortung Namens der Bau-Abtheilung, wobei die revidirenden Räte auch dafür verantwortlich bleiben, daß die Entwürfe von den Baubeamten gehörig bearbeitet und den Regierungs-Bauräthen gründlich vorgebildet werden. Behufs der obersten Leitung und Ueberwachung der Ausführung der Bauten durch die Ministerial-Bauräthe werden dieselben mit den erforderlichen Dienststreifen beauftragt werden und es zugleich Gelegenheit erhalten, selbst in den Erfahrungen fortzugehen, so wie dienstliche Verhalten der Regierungs-Bauräthe und der übrigen Baubeamten kennen zu lernen, so daß sie im Stande sind, über deren Qualifikation bei kommenden Stellen-Besetzungen gründlich zu urtheilen.

§. 4. Die bei einigen Ministerien für die Bau-Angelegenheiten angeordneten technischen Räte und Bau-Revisoren verbleiben in ihren Funktionen. Ob an anderen Ministerien dergleichen Ministerial-Bauräthe zu bestellen, bleibt der Bestimmung vorbehalten. Die Vorschläge zur Ernennung solcher Ministerial-Bauräthe erfolgen jedoch stets unter Theilnahme des Ministers für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten. Von denjenigen Ministerien, bei denen besondere Ministerial-Bauräthe nicht fungiren, sind die Gutachten über Baupläne, so wie die Prüfung und Feststellung der Entwürfe und Kosten-Anschläge, so weit solche nach den bestehenden Vorschriften bisher der Super-Revision der Ober-Bau-Deputation beim Ministerium für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten einzuholen, welchem diese Arbeiten durch die betreffenden Ministerial-Bauräthe zu bewirken.

§. 5. Welche von den gegenwärtigen Mitgliedern der Ober-Bau-Deputation der Bau-Abtheilung des Ministeriums für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten und welche etwa anderen Ministerien (§. 4.) zuzuweisen, bleibt weiterer Bestimmung vorbehalten.

§. 6. Außer der Bau-Abtheilung im Ministerium für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten, wird eine technische Bau-Deputation errichtet, wozu bestimmt ist, das gesammte Baufach in künstlerischer und wissenschaftlicher Beziehung würdig zu repräsentiren, große öffentliche Bau-Unternehmungen in baulich-technischer Hinsicht zu beurtheilen, die Anwendung allgemeiner Grundsätze im öffentlichen Bauwesen zu berathen, neue Erfahrungen und Vorschläge in künstlerischer, wissenschaftlicher und baulich-technischer Beziehung zu begutachten, für weitere Ausbildung des Bau-faches Sorge zu tragen, die sämmtlichen Prüfungen der Bauleiter und Baumeister zu bewirken, und das Kuratorium der Bau-Akademie bilden.

Die zu begutachtenden Gegenstände werden der technischen Bau-Deputation beim Ministerium für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten zugewiesen, dessen Vermittelung auch die von den übrigen Ministerien gewünschten Gutachten der Deputation über bauliche Angelegenheiten einzuholen sind. Außerdem ist dem Ministerial-Baurath eben so beauftragt als verpflichtet, diejenigen Bau-Entwürfe, welche ihm zur Super-Revision zukommen und nach seinem pflichtmäßigen Ermessen Interesse für die technische Bau-Deputation erscheinen, zu deren Kenntniß und Begutachtung zu bringen.

Die Revision von Kosten-Anschlägen bleibt von den Funktionen der technischen Bau-Deputation gänzlich ausgeschlossen.

§. 7. Sämmtliche Ministerial-Bauräthe sind durch ihre Ernennung auch Mitglieder der technischen Bau-Deputation. Außerdem bleibt dem Ministerium für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten vorbehalten, solche dem preussischen angehörige Baumeister, welche sich in künstlerischer oder wissenschaftlicher Beziehung auszeichnen, zu ernennen.

vers auszeichnen, zu Mitgliedern der technischen Bau-Deputation Allerhöchsten- in Vorschlag zu bringen.

Ein Gehalt ist mit dem Ehrenamte eines Mitgliedes der technischen Bau-De- on nicht verbunden.

8. Die technische Bau-Deputation versammelt sich regelmäßig wöchentlich ; der Vorsitzende kann jedoch die Mitglieder außerdem bei dringenden Veran- zen zu außerordentlichen Versammlungen berufen. Alle in Berlin anwesen- Mitglieder sind verpflichtet, an den Versammlungen, so wie an den Prüfungen auführer und Baumeister, Theil zu nehmen. Außerhalb Berlin wohnhafte eder können, wenn es erforderlich scheint, zu einzelnen Verathungen und Prüf- : einberufen werden.

9. Die technische Bau-Deputation ist dem Minister für Handel, Gewerbe fentliche Arbeiten untergeordnet und hat an denselben jährlich einen Geschäfts- über ihre gesammte Thätigkeit, namentlich auch über die von ihr abgehal- Prüfungen, zu erstatten. Ihre Verhältnisse werden durch ein von dem Mini- r Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten zu erlassendes Geschäfts- Regle- näher festgestellt.

lin, den 22. December 1849.

Das Staats-Ministerium.

f v. Brandenburg. v. Ladenberg. v. Manteuffel. v. Strotha.
v. d. Heydt. v. Rabe. Simons. v. Schleinitz.

B.-G. 1850 S. 13., M.-Bl. d. i. B. 1850 S. 14. Nr. 20.)

An die vorstehende B. schließen sich nachstehende Ministerial-Befannt- ngen:

Befanntmach. des K. Min. für H., G. u. öff. Arb. (v. d. Heydt) v. 22. Jan. 1850.

Mit Bezug auf den Allerh. Erlass v. 14. Jan. 1850, betr. die neue Organis- der oberen Verwaltung des Bauwesens und die zugehörige B. v. 22. Dec. bringe ich hierdurch zur öffentlichen Kenntniß, daß die darin angeordnete Auf- der K. Ober-Bau-Deputation und der Uebergang der Geschäfte der letzteren e Abtheilung für Bauwesen im Min. für H., G. u. öffentl. Arb. am 1. März d. J. stattfinden und an demselben Tage auch die zu errichtende tech- : Bau-Deputation in Wirksamkeit treten, bis dahin aber die K. Ober- Deputation ihre Geschäfte in bisheriger Weise fortführen, namentlich auch die igen der Kandidaten des Baufaches bewirken wird.

Min.-Bl. d. i. B. 1850 S. 16. Nr. 21.)

Befanntmach. desselben Min. v. 28. Febr. 1850, mit dem Geschäfts- Reglement für die K. technische Bau-Deputation.

Der K. technischen Bau-Deputation, deren Einrichtung auf Grund der 22. Dec. 1849 (G.-G. 1850 S. 15.), nach Maßgabe der Bekanntmachung v. m. d. J. (Min.-Bl. S. 16.), mit dem 1. März in Wirksamkeit tritt, ist ein res Geschäfts-Reglement ertheilt worden, welches ich nachstehend zur öffentli- kenntniß bringe (Anl. a.).

Anl. a.

fts-Reglement für die Königliche technische Bau-Deputation v. 28. Febr. 1850.

1. Die K. technische Bau-Deputation ist nach §. 6. d. B. v. 22. Dec. über die obere Verwaltung des Bauwesens bestimmt, das gesammte Baufach stlicher und wissenschaftlicher Beziehung würdig zu repräsentiren, größere che Bau-Unternehmungen in baulich technischer Hinsicht zu beurtheilen, die dung allgemeiner Grundsätze im öffentlichen Bauwesen zu berathen, neue Er- gen und Vorschläge in künstlerischer, wissenschaftlicher und baulich-technischer ung zu begutachten, für weitere Ausbildung des Baufaches Sorge zu tragen, mmlichen Prüfungen der Auführer und Baumeister zu bewirken und das rtum der Bau-Akademie zu bilden.

2. Die zu begutachtenden Gegenstände werden der technischen Bau-Depu- durch das Min. für H., G. und öffentl. Arb. zugewiesen, durch dessen Ver- ang auch die von den übrigen Ministerien gewünschten Gutachten über bau- Angelegenheiten eingeholt werden. Außerdem ist jeder Ministerial-Baurath eben- lgt als verpflichtet, diejenigen Bau-Entwürfe, welche ihm zur Super-Revision ren und nach seinem pflichtmäßigen Ermessen von Interesse für die technische Deputation erscheinen, zu deren Kenntniß und Besprechung zu bringen.

Auch die übrigen Mitglieder der technischen Bau-Deputation sind nach Entwürfe von interessanten Bauwerken bei den wöchentlichen Berathungen zur Kenntnissnahme und Besprechung vorzulegen.

Die Bau-Verwaltungs-Angelegenheiten und die Revisionen von Bauanschlägen bleiben von den Funktionen der technischen Bau-Deputation gänzlich ausgeschlossen.

§. 3. Der technischen Bau-Deputation ist die Verwaltung der vereinigten Bibliothek der technischen Bau-Deputation und der Bau-Akademie übertragen. Sie sorgt für den Ankauf derjenigen Werke und Zeitschriften, welche zur Vervollständigung der Bibliothek, so wie zur Kenntnissnahme der Fortschritte in den einzelnen Fächern des Bauwesens dienen, und legt am Jahreschluss Rechnung über die zu diesem Zwecke überwiesenen Gelder. Die Rechnung wird dem Ministerium für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten eingereicht.

§. 4. Der technischen Bau-Deputation ist ferner die Aufbewahrung des Zeichnensarchivs der bisherigen Ober-Bau-Deputation, so wie dessen angemessene Vermehrung, übertragen. Von dem Inventarium wird der Abtheilung für das Bauwesen im Ministerium für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten zur Benutzung eine Abschrift mitgetheilt.

Eben so verbleiben bei der technischen Bau-Deputation die bei den Feldprüfungen eingereichten Probefarten.

§. 5. Bei der technischen Bau-Deputation werden auch die der bisherigen Ober-Bau-Deputation überwiesenen Urmaasse und Gewichte aufbewahrt, für unbeschädigte Erhaltung sie zu sorgen hat. Zu dem Ende ist jährlich eine Revision des Zustandes derselben vorzunehmen; die darüber aufzunehmende Verhandlung dem Ministerium für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten eingereicht.

Ferner geht die Aufbewahrung der Instrumente für trigonometrische Messungen an die Bau-Deputation über.

§. 6. Der technischen Bau-Deputation verbleibt die von der bisherigen Bau-Deputation angelegte Sammlung der Bauzeichnungen und die Sorge für angemessene Vermehrung.

Ferner werden bei derselben auch die architektonischen Probearbeiten aufbewahrt. Dasselbe gilt von der Sammlung von Bausteinen und anderen einzelnen Technik betreffenden Gegenständen. Die Wasserstandstabellen werden dagegen der Bau-Abtheilung des Ministeriums abgegeben.

§. 7. Die statutenmässig der bisherigen Ober-Bau-Deputation überwiesene Verwaltung der Fonds der Gützelweinschen Stipendien-Stiftung verbleibt dem bisherigen Kuratorium derselben, welches in der Folge durch die neu hinzutretenden Ministerial-Bauräthe bei der technischen Bau-Deputation ergänzt wird. Die Anträge zur Ertheilung der Stipendien werden daher an die technische Bau-Deputation gerichtet.

§. 8. Die technische Bau-Deputation besteht aus sämtlichen Ministerialräthen und den ausserdem ernannten Mitgliedern, welche unter Leitung eines dem Minister für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten ernannten Vorschaltenden gemeinschaftlich die ihnen überwiesenen Gegenstände zu bearbeiten und die Beschlüsse zu übernehmen verpflichtet sind.

§. 9. Der Vorschaltende präsentiert die eingehenden Sachen und schreibt die Referenten zu.

In jeder Woche bleibt der Sonnabend zum Vortragstage bestimmt, sofern etwa besondere Fälle den Vorschaltenden veranlassen, die Mitglieder zu einer aussergewöhnlichen Berathung einzuladen.

Die in Berlin wohnenden Mitglieder sind verpflichtet, bei den Sitzungen den Vortragstagen sich einzufinden oder ihr Ausbleiben unter Angabe der Verhinderungsurachen anzuzeigen. Auswärtige Mitglieder sind berechtigt, an den Sitzungen Theil zu nehmen.

Die Theilnahme der Mitglieder an den Berathungen wird in einer Liste registriert. Der Vorschaltende leitet den Vortrag, insofern nicht der Minister für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten oder in dessen Vertretung der Unter-Staatssekretär oder der Direktor der Bau-Abtheilung den Vorsitz übernehmen.

Am Ende des Jahres stellt der Vorschaltende einen Verwaltungsbericht zusammen, welcher dem Minister für Handel u. s. eingereicht wird.

§. 10. Jede Sache geht durch das Journal an den Referenten und, falls ein Korreferent bezeichnet ist, an diesen zuerst, welcher seine Meinung schriftlich mittheilt und dann an den Referenten, der sie weiter bearbeitet, in der Konferenz zum

bringt und dann das Gutachten oder den Beschluß aufsetzt. Gutachten über öffentliche Bauunternehmungen, oder über die Anwendung allgemeiner Grundsätze im öffentlichen Bauwesen, werden sodann in ihrer vollständigen Fassung bei der nächsten Sitzung nochmals zum Vortrag gebracht und von den anwesenden Mitgliedern, so wie zuletzt von dem Vorsitzenden, unterzeichnet. Die übrigen Konzepte werden, nachdem der Referent sie gezeichnet, event. dem Korreferenten demnächst dem Vorsitzenden zur Revision und Unterzeichnung vorgelegt. Sollten dem Vortrage abweichende Meinungen sich geltend machen, so wird darüber immt. Bei gleicher Stimmenzahl entscheidet die Stimme des Vorsitzenden. Wenn nach Stimmenmehrheit abgefaßten Konzepte ist die abweichende Meinung ihren und dasselbe dem betreffenden Mitgliede zur Unterschrift vorzulegen oder Votum originaliter oder in Abschrift der Ausfertigung beizufügen. Die Reizen werden von dem Vorsitzenden und mindestens noch von einem Mitgliede gezeichnet. In Betreff der Zeugnisse ist §. 11. das Nähere bestimmt.

Die in der Sitzung verhandelten Gegenstände gehen aus dem Vortrags-Journale hervor. Der Gang der Verhandlungen, so wie die von den einzelnen Mitgliedern eingebrachten Sachen, werden in einem Sitzungsprotokolle summarisch erzählt, welches von dem anwesenden jüngsten Mitgliede geführt und von demselben, so wie von dem Vorsitzenden, unterzeichnet wird.

§. 11. Die Anträge wegen Zulassung zu den Prüfungen werden vom Vorgesetzten einem Mitgliede zugeschrieben, auf dessen Vortrag im Kollegium entschieden wird, ob die vorgelegten Nachweise genügen, zu ergänzen oder zurückzuweisen.

Nach dem Schlusse des Meldungstermins werden die Prüfungstermine angegeben die Examinanden, so wie die Examinatoren, davon benachrichtigt.

Bei der Bauführer-Prüfung werden die Aufgaben für die Klausurarbeit von Mitgliedern des Kollegiums abwechselnd, der Vorschrift vom 1. August v. J. entsprechend, erteilt.

Bei den mündlichen, nach §. 7. der letztgedachten Vorschrift öffentlich abzuhalten.

Bei den Prüfungen führt eines der drei ältesten Mitglieder abwechselnd den Vorsitz. Für jedes Fach werden einige Mitglieder ernannt, theils um abwechselnd zu prüfen, theils sich in Verhinderungsfällen zu vertreten. Die Zeugnisse werden im Auftrage der Königl. technischen Bau-Deputation ausfertigt, mit dem dazu bestimmten Siegel versehen und von dem Vorsitzenden, so wie von den Examinatoren, gezeichnet.

Über die Gegenstände der Prüfungen und über das Verfahren bei denselben ist bereits in den Bekanntmachungen v. 18. Sept. und 1. Dec. v. J. nähere Bestimmungen getroffen.

§. 12. Die Anmeldungen der Bauführer zur Baumeister-Prüfung werden in derselben Art, wie bei der Bauführer-Prüfung, zum Vortrag gebracht. Die Proben sind von den dazu ernannten Mitgliedern zu erteilen. Wenn die Ausfertigung dieser Aufgaben eingereicht und als genügend anerkannt ist, wird der Kandidat zur Klausurarbeit und mündlichen Prüfung so angesetzt, daß mehrere Examinanden gleichzeitig daran Theil nehmen können. Die Klausurarbeit wird ebenfalls nach §. 11. erteilt, und für jede Richtung werden die betreffenden Examinatoren ernannt.

§. 13. Die Privat-Baumeisterprüfungen werden in derselben Art, wie die öffentlichen Baumeisterprüfungen, angeordnet. Wenn der Kandidat das Zeugniß über die Befähigung der für den selbstständigen Betrieb gesetzlich vorgeschriebenen Meisterprüfung als Maurer, Zimmermann oder Steinmetz und den Nachweis über dreijährige Studienzeit nach Ablegung der Meisterprüfung einreicht, wird ihm von dem Vorgesetzten eine angemessene Probearbeit erteilt, nach deren Bearbeitung der Termin zur Prüfung angesetzt wird, welche mit der achttägigen Klausurzeit beginnt.

§. 14. Die nach den transitorischen Bestimmungen der Vorschrift v. 1. August zulässige Nachprüfung derjenigen, welche die bisher vorgeschriebenen Vorprüfungen bestanden und die Probearbeiten erhalten haben, werden in der bisherigen Weise abgehalten, indem ihnen eine resp. sechs- oder vierzehntägige Klausurzeit aufgegeben und der Termin zur mündlichen Prüfung an dem darauf folgenden Vortragsstage angesetzt wird.

§. 15. Feldmesserprüfungen werden nach der bestehenden Vorschrift bei den Regierungen abgehalten, so lange nicht anders darüber bestimmt wird. Die Prüfungsverhandlungen werden an die K. technische Bau-Deputation eingesandt, welche die Zeugnisse unter ihrem Namen und Siegel ausstellt.

§. 16. Die Einwirkung der technischen Bau-Deputation als Kurator Bau-Akademie bezieht sich namentlich auf die etwaige Abänderung organisatorischen Einrichtungen, die Feststellung des Lehrplans, die Anstellung der Lehrer und die Vollständigung der Lehrmittel. Die Bau-Deputation wird über diese Angelegenheiten mit dem Direktorium der Bau-Akademie in Verbindung treten, und für diese Angelegenheiten betreffenden Berichte von dem Direktorium an das Ministerium durch die technische Bau-Deputation mit deren Gutachten einzureichen, die Bescheidung eben so durch die technische Bau-Deputation erfolgt.

§. 17. Die Bureauarbeiten der technischen Bau-Deputation werden von Expedienten (zugleich Bureauvorsteher), einem Registrator und einem Kantar besorgt, wobei der Erste das Journal führt, die Dekrete expedirt, die Bescheide kollationirt und die sonstigen Bureaugeschäfte beaufsichtigt.

Berlin, den 28. Februar 1850.

Der Minister für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten. v. d. H. (Min.-Bl. d. i. B. 1850 S. 34. Nr. 58.)

4) Die K. allgemeine Bau-Schule (s. S. 42—46.) hat ihre bisherige Organisation erhalten und besteht gegenwärtig unter der Benennung: „Königliche Bau-Akademie zu Berlin.“

Hierüber sind ergangen:

a) Vorschriften für die K. Bau-Akademie zu Berlin, v. 1. Aug. 1849.

§. 1. [Bestimmung der Anstalt.] Die K. Bau-Akademie, welche die Stelle der K. Allgemeinen Bau-Schule tritt, ist bestimmt, denen, welche sich der Bauwissenschaft widmen wollen, Gelegenheit zur Ausbildung darzubieten.

§. 2. [Obere Leitung und Direktorium der Anstalt.] Die Bau-Akademie ist dem Minister für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten unterstellt. Die spezielle Leitung führt ein Direktorium; dasselbe besteht aus einem vom Minister ernannten Direktor, als ausführendem Vorstand, und zwei Mitgliedern der K. Ober-Bau-Deputation, die für alle zu kollegialischer Behandlung geeigneten Gegenstände dem Direktor zur Seite stehen. Die letzteren werden vom Minister ausgewählt, daß sie die beiden Richtungen für Land- und Schönbau einerseits und für Wege-, Eisenbahn- und Wasserbau andererseits vertreten.

Außerdem finden, namentlich zur Berathung über den Lehrplan und zur Förderung des Unterricht selbst betreffender Verhältnisse, regelmäßig Konferenzen statt, zu welchen sämtliche ordentliche Lehrer der Anstalt gezogen werden.

§. 3. [Anstellung der Lehrer.] Für die Hauptgegenstände des Unterrichts werden ordentliche Lehrer mit der Verpflichtung, bestimmte Vorträge zu halten, bestimmten Unterricht zu erteilen, von dem Minister auf die Vorschläge des Direktoriums angestellt.

§. 4. [Außerordentlicher Unterricht.] Außerdem kann jedem ordentlichen Lehrer, jedem Baumeister, sowie jedem Professor oder Lehrer einer anderen Lehranstalt, von dem Direktorium gestattet werden, Vorträge über gehörige Gegenstände an der Bau-Akademie zu halten oder Unterricht zu erteilen. Auf Beförderung derartiger Vorträge soll, soweit Raum und Mittel es gestatten, thunlichst gerücksichtigt werden.

§. 5. [Aufnahme der Studirenden.] Die Aufnahme der Studirenden erfolgt durch Immatrikulation auf vorgängige schriftliche Anmeldung bei dem Direktor, welche vier Wochen vor dem Anfange jedes Semesters (8. Oktober oder April) stattfinden muß.

Die Hauptgegenstände des Unterrichts werden nach §. 13. so angeordnet, daß sie ständig in angemessener Reihenfolge in derjenigen Zeit benutzt werden können, die die geringste Studienzeit für die verschiedenen Prüfungen anderweit festgesetzt und den Kandidaten nachzuweisen ist. Nur mit dem Oktober (nicht mit dem April) eines jeden Jahres beginnt aber eine neue Folge dieser Haupt-Unterrichtsgegenstände sowohl für die Ausbildung zum Bauführer, wie zum Baumeister.

§. 6. [Bedingungen der Aufnahme.] Bei der Meldung zur Aufnahme sind beizubringen:

1) Diese Vorschriften sind mittelst G.-M. des K. Min. für H., G. u. E. v. 17. Aug. 1849 (Min.-Bl. d. i. B. 1849 S. 198. Nr. 284.) für die Regierungen mit der Anweisung mitgetheilt, solche durch Abdruck in Amtsblatte zur öffentlichen Kenntniß zu bringen.

I. Von denjenigen, welche die Prüfungen für den Staatsdienst ablegen wollen:

- a) Ein Zeugniß über die Reife des Abganges aus der ersten Klasse eines Gymnasiums oder der ersten Klasse einer derjenigen höheren Realschulen, welche der Minister für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten als solche, bei denen entsprechende Abgangs-Prüfungen stattfinden und die einen hinlänglichen Grad der Schulbildung gewährt, bezeichnen wird;
- b) Zeugnisse über mindestens einjährige praktische Thätigkeit unter Leitung eines oder mehrerer geprüfter Baumeister.

II. Von denjenigen, welche nur die Prüfung als Privat-Baumeister ablegen wollen:

Das Zeugniß über das Bestehen der gesetzlichen vorgeschriebenen Meister-Prüfung für den selbstständigen Betrieb des Handwerkes als Zimmermann, Maurer oder Steinmetz.

§. 7. [Zulassung von Ausländern.] Ausländer werden, soweit es der Gesetzgeber zuläßt, aufgenommen; sie müssen jedoch die im §. 6. vorgeschriebenen Bedingungen erfüllen.

§. 8. [Matrikel.] Die Matrikel wird auf Verfügung des Direktors gegen Entrichtung einer Gebühr von 10 Thalern erteilt. Dieselbe wird zunächst auf fünf Jahre ausgestellt, ihre Gültigkeit kann aber vom Direktor verlängert werden.

§. 9. [Meldungen zu den Vorlesungen.] Beim Beginn jedes Halbjahres und bis zum Anfange der Vorlesungen haben sich die Studirenden bei dem Dekan der Bau-Akademieklasse zu denjenigen Vorlesungen zu melden, welche sie im Laufe des Halbjahres zu besuchen wünschen. Gegen Vorzeigung der Matrikel und Zahlung des festgesetzten Honorars werden ihnen Eintrittskarten zu den betreffenden Vorlesungen ausgehändigt, mit welchen sie sich bei den Lehrern, behufs Eintragung in deren Listen, zu melden haben. Die von dem Lehrer bei dieser Meldung ausgetheilten Eintrittskarten dienen sodann fortgesetzt zum Ausweis über die Berechtigung, die fragliche Vorlesung zu besuchen.

§. 10. [Zulassung nicht immatrikulirter Personen.] Außerdem gestattet der Direktor Jedem die Theilnahme an einzelnen Vorlesungen gegen Entrichtung festgesetzten Honorars, soweit dies nach Berücksichtigung der immatrikulirten Studirenden der Raum erlaubt.

§. 11. [Zeugnisse für die Studirenden.] Auf Verlangen werden den Studirenden Zeugnisse über den Besuch der Akademie erteilt, in denen die Lehrgebäude, an welchen der Studirende sich betheiligt hat, auf Grund der von den Dekanen geführten Listen (§. 9.) und mit Anführung der von denselben eingegangenen Bemerkungen, angegeben werden.

§. 12. [Eröffnung und Schluß der Vorlesungen.] Der halbjährliche Unterricht beginnt am 8. Oktober und 8. April, oder bei eintretenden Sonntagen am Tage darauf, und wird am 31. August und 20. März geschlossen. Zu Weihnachten, Ostern und Pfingsten treten sechstägige Ferien ein.

§. 13. [Anordnung der Vorträge.] Der Unterricht wird so angeordnet, daß die Hauptgegenstände desselben,

- für die Bauführer-Prüfung in zwei Jahren,
- für die Prüfung als Baumeister für Land- und Schönbau in einem Jahre,
- für die Prüfung als Baumeister für Wege- und Wasserbau (einschließlich des Eisenbahnbaues) in einem Jahre,

war jeder Cyklus mit dem Oktober eines jeden Jahres neu beginnend, in anderer Reihenfolge sämmtlich benutzt werden können.

Der spezielle Lehrplan wird halbjährig zeitig vor dem Beginn der Vorlesungen bekannt gemacht.

§. 14. [Transitorische Bestimmungen.] Bei Denjenigen, welche bis zum letzten September 1849 den bisher für die Kandidaten des Bauwesens in Bezug auf Schulbildung vorgeschriebenen Anforderungen genügt haben, wird der Nachweis hierüber, statt des §. 6. I. a. vorgeschriebenen Zeugnisses, als ausreichend zur Aufnahme bei der Bau-Akademie angenommen.

§. 15. Wer bis einschließlich April 1849 bei der K. Allgemeinen Bauerschule aufgenommen worden ist, wird damit als immatrikulirt bei der Bau-Akademie angesehen. Wer dagegen zum April d. J. allein auf Grund des Schulzeugnisses und nur für die ausnahmsweise in dem Sommerhalbjahr d. J. erteilten

Unterricht aufgenommen ist, hat behufs der Immatrikulation bei der Bau-Akademie §. 6. I. b. vorgeschriebenen Nachweis noch zu führen.

Berlin, den 1. August 1849.

Der Minister für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten.
v. d. Heydt.

(Min. Bl. v. i. B. 1849. S. 201.)

b) Amtliche Bekanntmachung v. 18. Aug. 1849, betr. die K. Bau-Akademie zu Berlin.

Nachdem des Königs Majestät die anderweite Organisation der Allgemeinen Bau-Akademie, welche fortan die Benennung: „Königliche Bau-Akademie Berlin“ führen wird, zu genehmigen geruht haben, ist das Direktorium der Bau-Akademie dem Geheimen Ober-Baurath Bause, dem Geheimen Ober-Bau-Stüler und dem Ober-Baurath Hartwich übertragen und der Erstere zum führenden Vorstand bestellt worden.

Das Direktorium der Bau-Akademie wird auch die Leitung der Bau- und Gewerbeschule ferner führen.

(Min. Bl. v. i. B. 1849 S. 160. No. 218.)

Zweites Kapitel.

Die Provinzial-Behörden.

I. Organisation der Regierungen. (Zu S. 51—57.)

In Betreff der Aversional-Bergütung für Fuhrer Schreib- und Zeichnen-Materialien (s. S. 55. ad.), vergl. G. R. v. 11. März 1847 (s. unten).

II. Rechte und Pflichten der Regierungen. (Zu S. 57.)

a) Der Allerh. Erlaß v. 31. Juli 1848 bestimmt, daß die bisher gefundenen geheimen Konduitenlisten¹⁾ in der Civilverwaltung schaffte sein sollen.

(G. S. 1848 S. 200.)

Mit Bezug hierauf sind demnächst ergangen:

1) G. R. des K. Min. für H., G. u. öff. Arb. (v. d. Heydt) v. 5. 1849 an sämtliche K. Regierungspräsidien, sowie an das K. Polizeidirektorium, die K. Ministerial-Baukommission und die K. Ober-Bau-Deputation Berlin, betr. die Aufstellung und Einreichung von Personal-Nachweisen über die Beamten der Bauverwaltung.

Der Allerh. Erlaß v. 31. Juli v. J. (G. S. 1848. S. 200.) die Aufhebung der geheimen Konduitenlisten in der Civilverwaltung betreffend, bezieht sich auf diejenigen Konduitenlisten, welche bisher über die Beamten der Bauverwaltung aufgestellt waren. Da jedoch bei dem zahlreichen Dienstpersonal der gedachten Verwaltung eine Uebersicht des Dienstlaufs und der persönlichen Verhältnisse der Beamten nicht zu entbehren ist, so sollen Personal-Nachweisungen an die Stelle der bisherigen Konduitenlisten treten und für jene Nachweisungen die zu den Listen bisher benutzten Formulare mit der Maßgabe beibehalten werden, daß den letzteren das Urtheil über das Benehmen und den Charakter des Beamten fernst wird.

Es sind daher auch ferner am Schlusse jedes Jahres und spätestens bis 1. Februar des folgenden Jahres diejenigen Nachweisungen, welche

a. der Erlaß v. 17. Juni 1821²⁾ bezüglich der Regierungs-Bauräthe aller im fixirten Gehalte stehenden Staats-Baubeamten für den Wasser- und Wege-Bau,

b. die Erlasse v. 10. Nov. 1829³⁾, 14. Dec. 1832⁴⁾, 28. Febr. 1834⁵⁾

1) Vergl. Bau-Polizei, S. 58. ff.

2) Vergl. das G. R. v. 17. Juni 1821 in der Bau-Polizei, S. 60. sub B.

3) Vergl. das G. R. v. 10. Nov. 1829 in der Bau-Polizei, S. 58. sub C. a. 1.

4) Vergl. das G. R. v. 14. Dec. 1832 a. a. O., S. 135.

5) Vergl. das G. R. v. 28. Febr. 1834 a. a. O., S. 62. ad 4.

Schema B.

zur Nachweisung der Baumeister und Bauführer, sowie der Kreis- und Kommunal-Baumeister, welche sich im Regierungsbezirke N. N. im Jahre 18 . . aufgehalten haben.

1.	2.	3.	4.	5.	6.	7.	8.	9.
Laufende Nr.	Charakter des Beamten.	Vorz. und Zunamen.	Wohnort.	Geburts-Jahr.	Datum der Prüfung als	Ob er verheirathet ist und Kinder hat.	Bezeichnung der Geschäfte, welche er geführt hat.	Ob er durch Militärdienst besondere Ansprüche auf Berücksichtigung hat.
					Bau- führer.			

(Min. Bl. v. i. B. 1849 S. 71. Nr. 116.)

2) G. R. desselb. Min. v. 15. März 1850 an sämtliche R. Regierungs-Präsidenten, betr. die Aufstellung und Einreichung der Personal-Nachweisungen über die Beamten der Bauverwaltung.

Unter Bezugnahme auf die Verf. v. 3. Aug. v. 3., (Anl. a.) wegen Einreichung der jährlichen Personal-Nachweisungen über die Baubeamten, Baumeister, Bauführer u., wird das R. Regierungs-Präsidium veranlaßt, diese Nachweisungen an Stelle der bisherigen R. Ober-Bau-deputation, fortan der, mit dem 1. d. unter dem Vorsitz des Geheimen Ober-Bauraths Severin in Wirkksamkeit getretenen R. technischen Bau-deputation einzureichen und eben dahin auch die vergangenjährigen Nachweisungen wegen der Feldmesser einzusenden.

Anl. a.

Zur Beseitigung entstandener Zweifel mache ich das R. Regierungs-Präsidium darauf aufmerksam, daß die durch meine Verfügung v. 5. April d. J. (Min. Bl. v. i. B. 1849 S. 71. Nr. 116.) vorgeschriebenen jährlichen Personal-Nachweisungen über alle in fixem Gehalte stehenden Staats-Baubeamten, sowie über die betreffenden Bezirke domiziliten Baumeister und Bauführer und über die Kreis- und Kommunal-Baumeister, den früheren Befehlen v. 17. Juni 1821 und 10. d. 1829 entsprechend, nicht nur hierher, sondern gleichzeitig auch der R. Ober-Bau-deputation einzureichen sind, während der letztern Behörde allein die vorgeschriebenen Nachweisungen wegen der Feldmesser zugehen.

Uebrigens beabsichtige ich, mit dem künftigen Jahre beginnend, ein Verzeichnis der sämtlichen Baumeister, welche, ohne im Staats- oder Kommunaldienst angestellt zu sein, durch ein auf Grund bestandener Prüfung ertheiltes Zeugnis der R. Ober-Bau-deputation zur Bekleidung von Stellen als Baubeamte im Staats- oder Kommunaldienst befähigt, resp. dem Publikum gegenüber nach §. 44. der Gewerbe-Ordnung v. 17. Jan. 1845 aus der Leitung von Bau-Unternehmungen Gewerbe zu machen befugt sind, insoweit sie durch die vorgedachten Nachweisungen hier angemeldet werden, jährlich bekannt machen zu lassen.

Das R. Regierungs-Präsidium wird veranlaßt, diese Maßregel durch die Blätter zur Kenntniß der Theilhaftigen zu bringen und dieselben darauf anzufragen zu machen, daß es hiernach um so mehr in ihrem Interesse liegen dürfte, die betreffenden Meldungen, deren Schema bei dieser Gelegenheit wiederum mitgetheilt wird, den Behörden rechtzeitig und vollständig einzureichen.

Berlin, den 3. August 1849.

Der Minister für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten.

An

v. d. Heydt.

sämtliche R. Regierungs-Präsidenten.

(Min. Bl. v. i. B. 1850 S. 109. Nr. 146.)

b) Ueber die Verpflichtung der Feldmesser, Baukondukteure und Bau-

linge zur Einreichung jährlicher Verzeichnisse über die von ihnen gelieferten Arbeiten disponiren:

1) G. R. des K. Fin. Min. (Flottwell) v. 9. Mai 1845 an sämtliche K. Reg., sowie an die K. Ministerial-Baukommission.

Die unter dem 29. März 1822 und 10. Nov. 1829 ¹⁾ ertheilten Vorschriften, nach Feldmesser und Baukondukteure (zu welchen jetzt Bauzöglinge treten) versetzt sind, derjenigen Reg., in deren Bez. sie gearbeitet haben, am Schlusse eines Jahres ein Verzeichniß ihrer Arbeiten einzureichen, sind sehr in Vergessenheit gekommen. — Die K. Reg. wird daher diese Vorschrift durch das Amtsblatt und auf geeignete Weise in Erinnerung bringen, mit dem Bemerkten, daß es gleichgültig sei, ob die Beschäftigung im Staatsdienst stattgefunden habe oder nicht, auch Sie zu einer nachträglichen Einreichung der versäumten Anmeldungen auffordern. Bereits in dem Girk. v. 10. Nov. 1829 ist darauf aufmerksam gemacht, daß, diese Anmeldung unterläßt und nicht in das Verzeichniß aufgenommen wird, einer Nachlässigkeit beizumessen hat, wenn das Min. keine Kenntniß von ihm hat und folglich auf seine Versorgung nicht Bedacht nehmen kann.

(Min. Bl. d. i. B. 1845 S. 114. No. 132.)

2) G. R. des K. Fin. Min. (Flottwell) v. 14. April 1846 an sämtliche K. Reg., betr. die Meldungen der Baukondukteure über geleistete Arbeiten und Aufenthaltsort und Berücksichtigung derselben zu ferneren Verfügungen und Anstellungen.

Die K. Reg. erhält hierbei eine von mir erlassene Bekanntmachung (Anl. a.), Meldung der Baukondukteure betreffend, mit dem Auftrage, solche unverzüglich im Amtsblatt und die zu deren Verbreitung geeigneten Zeitungen einzurücken lassen.

Bei Ihren Vorschlägen wegen Besetzung vakanter Baubeamtenstellen hat die Reg. auch die in Ihrem Bezirke bei Kommunal-, Eisenbahn- oder Privatbauten thätigen Baukondukteure in der Art mit zu berücksichtigen, daß Sie an dieselben, wenn sie an sich für eine vakante Stelle geeignet erscheinen, die Aufforderung erlassen, sich eventuell über deren Annahme zu erklären. Von dieser Erklärung soll jederzeit gleichzeitig mit Ihren Vorschlägen Anzeige zu machen.

Anl. a.

Bekanntmachung.

Der wiederholt ergangenen Aufforderung ungeachtet, ist die bestehende Vorschrift, wonach die geprüften Baukondukteure alljährlich bei der K. Reg., in dem Bezirk sie gearbeitet haben, am Schlusse des Jahres, unter Einreichung eines Verzeichnisses ihrer Arbeiten sich melden müssen, vielfach unbeachtet geblieben, so daß die nöthige Uebersicht über ihren Aufenthaltsort und ihre Beschäftigung nicht erreicht werden kann. Ich finde mich daher veranlaßt, nicht nur für die Folge die Beachtung jener Vorschrift in Erinnerung zu bringen, sondern auch solche Baukondukteure, welche zur Zeit nicht mit Aufträgen der K. Reg. beschäftigt sind, sondern für andere Behörden, Kommunen, Eisenbahn-Gesellschaften oder Privatpersonen beschäftigt sind, hierdurch aufzufordern, binnen vier Wochen ihren gegenwärtigen Aufenthaltsort und ihre dermalige Beschäftigung mir unmittelbar und unter Angabe ihrer Vornamen und des Datums des Bau-Prüfungszeugnisses schriftlich anzuzeigen, und dabei zugleich zu bemerken, ob sie zur Annahme einer etatsmäßigen Baumeisterstelle oder auch selbst zu diätarischen Beschäftigungen, besonders bei Chausseebauten, bereit und ihr jetziges Verhältniß aufzugeben geneigt sind. Diejenigen, welche diese Anzeige unterlassen, haben zu erklären, daß sie bei Besetzung der etatsmäßigen Baubeamtenstellen überhaupt nicht berücksichtigt bleiben.

Gleichzeitig bemerke ich, daß die bei Kommunal-, Eisenbahn- oder Privatbauten thätigen Baukondukteure, welche bei der an sie ergehenden Aufforderung zur Annahme einer etatsmäßigen Baubeamtenstelle dieselbe ablehnen, demnächst nicht darauf Anspruch machen dürfen, bei Besetzung derartiger Stellen nach ihrer Thätigkeit berücksichtigt zu werden.

Berlin, den 14. April 1846.

Der Finanzminister Flottwell.

(Min. Bl. d. i. B. 1846 S. 50. No. 73.)

¹⁾ Vergl. die R. v. 29. März 1822 und 10. Nov. 1829 in der Baupolizei, S. 58—60.

III. Geschäftsgang in Bau-Angelegenheiten bei den
gierungen. (S. 79—81.)

1) E. R. der R. Min. des I. (v. Bodelschwingh) u. d. I. (v. Düe) v. 31. Jan. 1847 an sämtliche R. Reg. Die Bezeichnungen für verschiedenen Geschosse der Gebäude in amtlichen Verhandlungen.

Des Königs Maj. haben bei Gelegenheit baupolizeilicher Anordnungen in Stadt Berlin mittelst Allerh. Ordre v. 28. Okt. v. I. zu bestimmen geruht bei allen künftigen amtlichen Verhandlungen für die verschiedenen Geschosse der Gebäude, anstatt der bisherigen schwankenden und unklaren Terminologie, folgende Bezeichnungen:

a. Kellergeschoß für das sogenannte Souterrain.

b. Erdgeschoß für das sogenannte Parterre,

c. erstes Stock für die sogenannte Bel-Etage,

d. zweites Stock, drittes Stock u. für die höheren Geschosse,

zum Grunde gelegt werden sollen, wovon die R. Reg. zur Nachachtung u. nachrichtigung sämtlicher Unterbehörden hierdurch in Kenntniß gesetzt wird.

(Min. Bl. d. I. v. 1847 S. 50. No. 76.)

2) E. R. der R. Reg., Abth. des I. zu Magdeburg v. 22. Mai an deren Baubeamte, betr. die Ausschließung der zu Bauanschlägen rendenden Zeichnungen von der Verwendung als Rechnungsbelege.

Auf den Antrag des Herrn Provinzial-Steuer-Direktors hierselbst hat Ober-Rechnungskammer genehmigt, daß die zu Bauanschlägen gehörenden Zeichnungen von der Verwendung als Rechnungsbelege fortan ausgeschlossen sind. Wir haben daher, im Einverständnisse mit dem Herrn Provinzial-Steuer-Direktor für angemessen gehalten, von jetzt ab den Herren Baubeamten die Zeichnungen zur dauernden Aufbewahrung zu übergeben.

Demgemäß weisen wir Sie hierdurch an, die Ihnen zugehenden Zeichnungen an sich zu nehmen, gehörig zu inventarisiren und sorgfältig aufzubewahren.

(Min. Bl. d. I. v. 1846 S. 102. No. 155.)

Fünftes Kapitel.

Die Organe der Behörden des Bau- und Wegwesens.

Erster Titel.

Allgemeine Vorschriften für die Beamten des Bau- und Wegwesens (Zu S. 94—139.)

I. Eintritt in den Staatsdienst.

A. Allgemeine Erfordernisse zur Befähigung. (Zu S. 94—96.)

In Bezug auf das Erforderniß der christlichen Religion ist hinzureisen, daß die Verfassungs-Urkunde v. 31. Jan. 1850 im §. 1 bestimmt:

Die öffentlichen Aemter sind, unter Einhaltung der von den Gesetzen festgesetzten Bedingungen, für alle dazu Befähigten gleich zugänglich.

B. Nachweis der besonderen Befähigung durch wissenschaftliche Ausbildung. (Zu S. 95—112.)

1) Zum E. R. des R. Min. des I. für H., Gew. u. Bauwesen v. 8. Sept. 1831. (Zu S. 97—101.)

a) Zum §. 1.

α) E. R. des R. Fin. Min. (v. Düesberg) v. 18. Jan. 1847, betr. beschränkte Zulassung zu den Feldmesser-Prüfungen.

Der Andrang zu den Feldmesser-Prüfungen hat seit einigen Jahren in hohem Grade zugenommen, daß die Zahl derselben im Jahre 1845 gegen das Jahr 1840 beinahe verdreifacht ist. Ungeachtet der durch die Einschränkung der Güter und sonstigen größeren Bauten in neuerer Zeit wesentlich verminderten Ausmaß des Bedarfs ist der Zuwachs von Feldmessern noch immer im Steigen begriffen. Dem Bezirke mehrerer Regierungen ist dadurch bereits ein fühlbarer Mangel an Feldmessern herbeigeführt und das Finanzmin. mit zahlreichen Gesuchen ange-

en nicht hat entsprochen werden können. Unter diesen Umständen ist es nicht länger zulässig, den Anträgen auf Entbindung von dem Nachweise der durch das Rescript v. 8. Sept. 1831 vorgeschriebenen Schulbildung in dem bisherigen Umfange nachzukommen.

Ich habe daher beschlossen, derartige Gesuche, mit alleiniger Ausnahme besondern dringender Fälle, in denen neben ausgezeichneter Befähigung eine der vorschriftsmässigen Schulbildung ganz nahe kommende Vorbereitung vorhanden ist, nicht weiter zu berücksichtigen. Indem ich die K. Reg. von diesem Beschlusse in Kenntniß setze, weise ich Sie zugleich an, bei Ihr eingehende, derartige Gesuche ohne Berichtigung zurückzuweisen und Anordnung zu treffen, daß die angehenden Feldmesser davon unterrichtet werden, daß nur diejenigen zur Prüfung zugelassen zu werden Aussicht haben, welche den regulativmässigen Erfordernissen vollständig zu genügen im Stande sind.

(Min. Bl. d. i. B. 1847 S. 2. Nr. 3.)

1) U. des K. Min. der G., u. u. Med.-Ang. (Fech) v. 5. Juli 1849 an die K. Reg. zu N., wegen der behufs Zulassung zum Feldmesser-Examen nachzuweisenden Schulbildung.

Der K. Reg. eröffne ich auf den Bericht v. 15. Mai d. J., nachdem ich mit Herrn Min. für G. u. G. deshalb in Vernehmen getreten, daß zur Feldmesser-Prüfung, in Rücksicht auf Schulbildung, alle Diejenigen unbedingt zugelassen werden sollen,

1) ein Gymnasium besucht und die Reife zur Versetzung aus der zweiten in die erste Klasse erlangt, oder das entsprechende Maaß von Kenntnissen vor einer Gymnasial-Prüfungs-Kommission dargelegt haben, wobei die Dispensation von der griechischen Sprache nicht gestattet ist;

2) aus der ersten Klasse einer zur Anstellung von Entlassungsprüfungen berechtigten höhern Bürger- oder Realschule als reif entlassen worden sind, oder das entsprechende Maaß von Kenntnissen vor einer Prüfungs-Kommission dieser Lehranstalten nachgewiesen haben, wobei jedoch die in der Instruction v. 8. März 1832 §. 4. Litt. A. b. 1) bezeichneten Kenntnisse in der Lateinischen Sprache stets vorhanden sein müssen.

Der K. Reg. überlasse ich, nach diesen mit der Ansicht Derselben übereinstimmenden Grundsätzen zu verfahren.

(Min. Bl. d. i. B. 1849 S. 173. Nr. 239.)

b) Zum §. 7.

1) U. des K. Fin. Min. (Rühne) v. 7. April 1848 an sämmtl. K. Reg., sowie an die K. Minist.-Bau-Kommission in Berlin. Nichtausführung öffentlicher Bauten durch Feldmesser, sondern wiederum nur durch Baumeister oder Bauführer.

Bei dem frühern Mangel an geprüften Baumeistern und Bauführern ist bis jetzt die Leitung oder die Beaufsichtigung von Bauausführungen öfter Feldmessern anvertraut; da nun aber jetzt eine nicht geringe Zahl unbeschäftigter Baumeister und Bauführer vorhanden ist, so wird die Befolgung des §. 7. der Vorschriften v. 8. Sept. 1831, nach welcher Feldmesser bei öffentlichen Bauten nicht beschäftigt werden sollen, zur Erinnerung gebracht. Bei denjenigen Bauausführungen, zu denen Feldmesser dauernd auf bestimmte Zeit engagirt sind, wird es indessen bei dem getroffenen Abkommen bewenden müssen. Neue Engagements von Feldmessern müssen aber nicht stattfinden und es sind ferner wiederum nur Baumeister oder in deren Ermangelung Bauführer anzunehmen.

(Min. Bl. d. i. B. 1848 S. 158. Nr. 158.)

1) U. des K. Min. für G., G. u. öff. Arb. (Milbe) v. 6. Juli 1848 an sämmtl. K. Reg., sowie an die K. Ministerial-Baukommission in Berlin. Leitung, Beaufsichtigung und Ausführung öffentl. Bauten.

1) Der §. 4. Litt. A. b. der Instr. v. 8. März 1832 lautet dahin: „Im Lateinischen muß der Schüler Fertigkeit besitzen, den Julius Cäsar und leichtere Stellen des Ovidius und Virgilius zu übersetzen, die Regeln der Etymologie und Syntax inne haben und anwenden können, auch mit der Quantität und dem daktylischen Versmaasse bekannt sein.“ (N. XVI. S. 106.)

L. Suppl.-Bd. zu Thl. VI. Bd. IV.

In Berücksichtigung, daß es einerseits wünschenswerth erscheint, den Gelegenheit zur Erwerbung von praktischen Kenntnissen zu geben, um tüchtige Baumeister zu gewinnen, und daß anderseits die Kreisbaubeamten Zeit erübrigen können, um die spezielle Leitung eines größern Baues von übrigen Dienstgeschäften zu bewirken, wird, unter Bezugnahme auf Verf. v. 7. April d. J., (Min. Bl. S. 158. Nr. 158.) ¹⁾ Folgendes be-

- 1) Bei allen Bauten, bei denen, außer der obern Leitung des Kreises, noch eine spezielle technische Leitung oder Beaufsichtigung erforderlich sind dazu Baumeister oder Bauführer zu bestellen.
- 2) In den Anschlägen zu diesen Bauten sind die Kosten für diese Leitungen und zwar in der Regel mit $1\frac{1}{2}$ Rthlr. pro Tag mit zu legen. Wird in einzelnen Fällen wegen Schwierigkeit oder Ausdehnung des Geschäfts, oder weil zu solchem eine besondere Erfahrung oder Kunst gehört, und deshalb dazu ein Baumeister von vorzüglicher Qualifikation thig ist, so kann der Diäten-Satz auf 2 Rthlr. erhöht werden, stets besonders motivirt werden muß.
- 3) Die Kreis-Baubeamten dürfen neben ihrem Gehalte für die spezielle Leitung eines öffentlichen Baues in ihrem Geschäfts-Kreise eine besondere Pension nicht beziehen.
- 4) Für den Fall, daß die K. Reg. nicht selbst die zu Bauten in ihr erforderlichen Baumeister und Bauführer zu ermitteln vermag, hat bei dem Ministerium für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten dem Listen über die unbeschäftigten Baumeister und Bauführer gegebenen, die Ueberweisung eines solchen zu beantragen.
- 5) Mit der Führung dieser Listen ist für jetzt der Bauinspektor M. auftragt, bei welchem sich die Baumeister und Bauführer auch (während der gewöhnlichen Dienststunden) erkundigen können, ob eine Beschäftigung für Baumeister und Bauführer vorhanden ist.
- 6) Die Bestimmung, daß bei öffentlichen Bauten zu deren Spezial-technischen Beaufsichtigung fernerhin nicht Feldmesser, sondern nur Baumeister oder Bauführer angestellt werden dürfen, wird wiederholt; doch Bestimmung selbstredend auf solche Feldmesser, welche früher beim Mangel an Baumeistern zu einem bestimmten Bau für die Dauer engagirt sind, keine Anwendung. Sind jedoch die Feldmesser nur auf Kündigung angestellt, so muß nunmehr diese Kündigung eintritt, und sie sind für die hiernach abgehenden Feldmesser alsdann Baumeister oder Bauführer zu engagiren.
- 7) Ferner ist Seitens der K. Regierungen darauf zu halten, daß eben bei allen Staats-Bauten (mit Ausnahme der Militär-Bauten), als auch bei allen andern Bau-Unternehmungen, namentlich bei Aktien-Chausseebau u. dgl., die technische Leitung der Bauausführungen nur Baumeistern übertragen werde. Hierbei ist unter: „technische Leitung“ gemeint, unter welcher die ausführenden Werkleute in der Weise arbeiten, wie sie nach den Anordnungen desjenigen verfahren müssen, der die Leitung führt, wobei also die Verantwortung für die Solidität und Sicherheit der Ausführung nicht auf die Werkleute, sondern auf Denjenigen fällt, der die Ausführung leitet. Unter diesen leitenden Baumeistern können jedoch auch Aufsicherer ohne Baumeister-Qualifikation angestellt werden, welche dann für die technisch-richtige und polizeilich-gefahrlose Ausführung verantwortlich sind und deren Anordnungen daher die betr. Werkleute befolgen müssen.

(Min. Bl. d. i. B. 1848 S. 302. Nr. 360.)

c) Zum §. 9.:

Publik. des K. Fin. Min. (Beuth) v. 17. Sept. 1845, betr. Aufnahme der Feldmesser in die Königl. allgemeine Bauerschule.

Nach neueren Bestimmungen müssen die Feldmesser, welche in die allgemeine Bauerschule treten, sich als solche nach ihrem Examen in gleicher Weise verhalten, wie dies für die Zulassung zur architektonischen Prüfung §. 9. der Verordn. v. 8. Sept. 1831 angeordnet ist. Die K. Ober-Bau-Deputation ist, diese Bewährungs-Zeugnisse auch in Beziehung auf die Aufnahme in die

1) Vergl. oben sub a. S. 17.

eine Bauschule zu prüfen und Atteste darüber auszustellen, daß dieselben behufs Zulassung zur architektonischen Prüfung genügen. — Die Feldmesser, welche in die allgemeine Bauschule treten wollen, werden daher wohl thun, diese Bewährungszeugnisse so früh als möglich bei der K. Ober-Bau-Deputation nachzusuchen, damit die etwa nöthige Vervollständigung ohne einen ihnen selbst nachtheiligen Aufenthalt geschehen könne; spätestens muß die Einsendung 3 Wochen vor dem 15. März, als dem äußersten Anmeldungs-Termin bei der K. allgemeinen Bauschule, erfolgen.

(Min. Bl. d. I. B. 1845 S. 282. Nr. 306.)

2) Durch die V. v. 22. Dec. 1849 (s. oben S. 4) ist die dadurch angeordnete technische Baudeputation zugleich zur Behörde für sämtliche Prüfungen der Bauführer und Baumeister bestellt worden. Sie ist dem Ministerium für G., O. u. öffentl. Arb. untergeordnet und hat ferner in dem jährlichen General-Berichte namentlich auch über die von ihr gehaltenen Prüfungen Bericht zu erstatten.

Das für die technische Baudeputation erlassene Geschäfts-Reglement v. 28. Febr. 1850 (s. oben S. 7. ff.) hat demnachst in den §§. 11. bis 14. allgemeine Anordnungen über das Verfahren der technischen Baudeputation in Betreff der ihr übertragenen Prüfungen erteilt.

Die näheren Anordnungen hierüber sind in nachstehenden Erlassen enthalten:

a) U. R. des K. Min. für G., O. und öffentl. Arb. (v. Pommer-Esche) v. 17. Aug. 1849 an sämtliche K. Reg., mit den Vorschriften für die Ausbildung und Prüfung im Baufache, sowie für die Königl. Bauakademie (Berlin. 1)

In der Anlage erhält die K. Reg. ein Exemplar der neuen Vorschriften für die Ausbildung und Prüfung Derjenigen, welche sich dem Baufache widmen, und für die Königl. Bauakademie hieselbst v. 1. d. M., (Anl. a. und b.) um solche durch Ausdr. in Ihrem Amtsblatte zur öffentlichen Kenntniß zu bringen.

Anl. a.

Vorschrift für die Ausbildung und Prüfung Derjenigen, welche sich dem Baufache widmen, v. 1. Aug. 1849.

§. 1. [Stufen der Ausbildung] Für Diejenigen, welche dem Baufache widmen, bestehen fortan folgende Stufen der Ausbildung:

1. Bauführer,
2. Baumeister und zwar:
 - A. Baumeister für den Land- und Schönbau,
 - B. Baumeister für den Wege- und Wasserbau,
3. Privatbaumeister.

§. 2. [Bauführer-Prüfung.] Um Bauführer zu werden, haben die Kandidaten sich bei der K. Ober-Bau-Deputation zu der Bauführer-Prüfung zu melden, und dabei folgende Nachweise beizubringen:

a) über die Weise des Abganges aus der ersten Klasse eines Gymnasiums, oder aus der ersten Klasse einer derjenigen höheren Realschulen, welche der Minister für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten als solche, bei denen entsprechende Abgangsprüfungen stattfinden und die einen hinlänglichen Grad der Schulbildung gewährleisten, bezeichnen wird;

b) über mindestens einjährige praktische Thätigkeit unter Leitung eines oder mehrerer geprüfter Baumeister;

c) über mindestens zweijährige Studienzeit nach Erlangung der vorgeschriebenen Schulbildung;

d) also die Bauführer-Prüfung frühestens drei Jahre nach dem Abgange von der Schule abgelegt werden kann.

Eugleich hat der Kandidat einzureichen:

a) eine Situationszeichnung von einem Terrain und eine Darstellung von einem Nivellement in Zeichnung und Tabellen, beides nach eigener Aufnahme;

Die (gleichfalls durch dies U. R. als dessen Anlage b. mitgetheilten) Vorschriften für die K. Bau-Akademie v. 1. Aug. 1849 vergl. oben S. 10. ff.

- e) eine Zeichnung von einem Gebäude oder einer Maschine nach eigene Aufnahme;
- f) sonstige Zeichnungen, welche die Handfertigkeit des Kandidaten geeignet sind.

§. 3. Werden diese Nachweise und Arbeiten ausreichend befunden, die Zulassung zur Bauführer-Prüfung. Dieselbe beginnt mit der Bearbeitung einfacher Aufgabe im Entwerfen unter Klausur, wozu eine Woche währt wird. Sodann folgt die mündliche Prüfung, welche sich erstreckt:

- a) auf die gesammte wissenschaftliche und technische Ausbildung, welche Baubefähigten aller Richtungen als gemeinsame Grundlage der Studien zu fordern ist;
- b) auf die Kenntnisse der Feldmesskunst (wobei jedoch eine längere Einübung oder Bewährung in Feldmesser-Arbeiten nicht gefordert

Die Prüfungsbehörde (§. 7.) wird diese Anforderungen unter Berücksichtigung von Zeit zu Zeit etwa erforderlichen Abänderungen näher spezifizieren kann machen.

Bei der mündlichen Prüfung wird von dem Kandidaten die Verschwiegenheit gefordert, daß er die eingereichten Arbeiten und Zeichnungen nicht mittheilt.

§. 4. [Baumeister- und Privatbaumeister-Prüfung.] Um Meister zu werden, haben sich die Kandidaten ebenfalls bei der R. Oberputation zu melden und dabei folgende Nachweise beizubringen:

I. Behufs Zulassung zur Baumeister-Prüfung für Land- und Bau (§. 1. sub 2. A.) und beziehungsweise für Wege- und Wasserbau (§. 2. B.) ist der Nachweis zu führen:

- a) über die bestandene Prüfung als Bauführer;
- b) über eine zweijährige praktische Thätigkeit als Bauführer in beiden Richtungen unter Leitung eines oder mehrerer geprüfter Baumeister;
- c) über eine mindestens einjährige Studienzeit nach Ablegung der Bauführer-Prüfung;

wonach also die Baumeister-Prüfung frühestens drei Jahre nach bestandener Bauführer-Prüfung abgelegt werden kann.

Behufs Zulassung zur Prüfung als Baumeister für Wege- und Wasserbau außerdem noch

- d) die gehörige Einübung und Bewährung in Feldmesser-Arbeiten nachzuweisen.

Von denjenigen, welche die Baumeister-Prüfungen in beiden Fächern wollen, wird eine zusammen mindestens dreijährige prakt. Thätigkeit als Bauführer in beiden Fächern (siehe oben sub I. b.) u. eine mindestens zweijährige Studienzeit nach Ablegung der Bauführer-Prüfung (siehe oben I. c.) gefordert.

II. Behufs Zulassung zur Prüfung als Privat-Baumeister (§. 1. B.) ist bei der Meldung von den Kandidaten der Nachweis zu führen:

- a) darüber, daß sie das Handwerk eines Maurers, Zimmermanns oder Meßers (Steinhauers) praktisch erlernt und für den selbstständigen Betrieb des erlernten Handwerks die gesetzlich vorgeschriebene Meister-Prüfung bestanden haben;
- b) über eine mindestens dreijährige Studienzeit nach Ablegung der Meister-Prüfung für den selbstständigen Betrieb des Handwerks.

§. 5. Werden diese Nachweise (§. 4.) ausreichend befunden, so erteilt die Prüfungsbehörde dem Kandidaten eine Aufgabe zu einem ausgebehnteren Theile der betreffenden Richtung, dessen Bearbeitung mit voller Ruhe und Aufmerksamkeit erfolgen soll.

§. 6. Nach Einreichung und Annahme dieser Probearbeit findet die Privatbaumeister-Prüfung statt. Dieselbe beginnt mit der Anfertigung einer Probeaufgabe unter Klausur, wozu eine Woche Zeit gewährt wird. Die darauf folgende Prüfung soll eine umfassende und gründliche Ausbildung in der betreffenden Richtung des Faches darthun.

Die nach §. 5. und 6. an den künftigen Privat-Baumeister zu machenden Anforderungen stehen denjenigen an den künftigen Baumeister für Land- und Wasserbau völlig gleich.

Die Prüfungsbehörde (§. 7.) wird diese Anforderungen unter Berücksichtigung von Zeit zu Zeit etwa erforderlichen Abänderungen näher spezifizieren kann machen.

i der mündlichen Prüfung wird von den Kandidaten die Versicherung an-
tt gefordert, daß sie die Probearbeit §. 5. selbst und ohne fremde Beihülfe
haben.

7. [Prüfungsbehörde.] Die K. Ober-Bau-Deputation bildet die
sbehörde; dem Minister für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten bleibt
orbehalten, derselben zu den Prüfungen noch andere geeignete Sachverständ-
nordnen. Die Zeugnisse werden von der Prüfungsbehörde nur auf das Be-
er betreffenden Prüfung ohne weiteres Prädikat, jedoch mit Angabe der Gr-
in den einzelnen Fächern ausgestellt.

e mündlichen Prüfungen sind öffentlich unter Auslegung der Probearbeiten
ien, wobei der Vorsitzende nicht mit examinirt.

ndidaten, welche in der Prüfung nicht bestehen, werden zur Wiederholung
ifung nach näherer Bestimmung der Prüfungsbehörde nochmals zugelassen;
der Kandidat auch hierbei nicht, so findet eine weitere Zulassung zur Prü-
ht Statt.

8. [Befugnisse der Bauführer.] Die Bauführer werden vereidigt
alsdann zur speziellen Leitung von Bauausführungen, unter Oberleitung
pnischer Verantwortlichkeit eines Baumeisters, befähigt. Ihre Angaben in
auf Maaß und Zahl haben hierbei öffentlichen Glauben.

9. [Deren Anstellung als Wege-Inspektoren.] Bauführer,
ur eine Anstellung beim Wegebau ohne weiteren Anspruch auf Beförderung
Baumeister-, oder Bau-Inspektorstelle erreichen wollen, erhalten die Befähig-
i derartigen Stellen auch ohne die Baumeister-Prüfung abzulegen, wenn
fü nßjährige befriedigende Praxis als Bauführer im Wegebau nachweisen.
en die sonstigen Befugnisse der Baumeister nicht beigelegt werden können, er-
ie bei ihrer Anstellung den Titel „Wege-Inspektoren.“

10. [Befugnisse der Baumeister und Privatbaumeister.]
umeister für Land- und Schönbau, resp. für Wege- und Wasserbau, sind
t, die Anfertigung von Bauplänen und die Leitung von Bauunternehmungen
idig zu betreiben. Sie sind zugleich zu jeder Anstellung in den der abge-
Prüfung entsprechenden Zweigen des Staats- oder Kommunaldienstes besä-
Diejenigen Stellen, zu deren Verwaltung umfassende Kenntnisse vom Land-
afferbau erforderlich sind, werden nur mit Baumeistern besetzt, welche die
z als Land- und Wasserbaumeister bestanden haben.

e Privatbaumeister sind berechtigt, die Anfertigung von Bauplänen und die
von Bau-Unternehmungen, jedoch nur für die Gegenstände des Landbaues,
idig zu betreiben. Zur Anstellung im Staatsdienste sind sie nicht befähigt
Befleidung eines Kommunal-Bauamtes nur in so weit, als mit diesem
e Besorgung von Wege- und Wasserbaugeschäften verbunden ist.

11. [Beziehung zur Feldmessenkunst.] Den Bauführern, den Bau-
und den Privat-Baumeistern steht die Ausführung von Feldmesser-Arbeiten
so weit zu, als solche zur Ausübung ihrer Berufsgeschäfte im Baufache un-
r gehören.

12. [Beziehung zu Bauhandwerken.] Bauhandwerke dürfen Bau-
nur in so fern selbstständig betreiben, als sie die Meister-Prüfung für das
ffende Handwerk abgelegt haben.

13. [Transitorische Bestimmungen.] Bei Denjenigen, welche bis
ten September 1849 den bisher für die Kandidaten des Baufaches in Be-
Schulbildung vorgeschriebenen Anforderungen genügt haben, wird der Nach-
erüber, statt der nach §. 2. sub a. gestellten Anforderung, als ausreichend
lassung für die Bauführer-Prüfung angenommen.

14. Wer bis einschließlich April 1849 unter Erfüllung der bisher vorge-
zen Bedingungen auf der Königl. Allgemeinen Bauerschule unbedingt aufge-
t worden ist, wird ohne die ad §. 2. a. und b. vorgeschriebenen Nachweise
uführer-Prüfung zugelassen.

15. Bauführer, welche die bisherige Bau-Inspektor-Vorprüfung abgelegt,
n betreffenden Lehrgang der Bauerschule bereits durchgemacht haben, sind da-
t dem in §. 4. I. sub c. erfordernten Nachweis entbunden.

16. Diejenigen, welche sich bis zum Schlusse des Jahres 1849 zur Nach-
z zum Baumeister melden, werden auf Verlangen nach den bisherigen Vor-
t geprüft und erhalten darüber die bisher üblichen Qualifikations-Zeugnisse
asselbe ist mit Denjenigen der Fall, welche sich bis zum Schlusse des Jahres

1849 zur Privat-Baumeister-Prüfung oder zur Nachprüfung zum Bau-
melden.

§. 17. Wer bis zum Schlusse des Jahres 1849 sich zur bisherigen
ster-Nachprüfung gemeldet oder dieselbe bestanden hat, kann auch in 3
einer Ergänzungs-Prüfung zugelassen werden, um die Qualifikation zur
einer Bau-Inspektorstelle u. zu erlangen.

Berlin, den 1. August 1

Der Minister für Handel, Gewerbe und öffentliche A
v. d. Seydt.

(Min. Bl. d. i. B. 1849 S. 198. Nr. 284.)

Dazu:

a) Zum §. 2. ad a.

Die Real-Schulen, welche zur Ertheilung annehmbarer Ent-
lassungszeugnisse für Kandidaten des Bauwesens für befähigt erklärt wor-
den sind, ergeben sich aus den nachstehenden Reskripten:

1) U. d. R. des R. Min. für H., G. und öffentl. Arb. (v. d. Seydt) v. 13. Juli 1850 an k. k. Reg.

Die R. Reg. erhält in der Anlage (a.) Abschrift einer vom heuti-
gen datirten, in Gemeinschaft mit dem Herrn Min. der g., u. u. M. Ang.
Bekanntmachung, die Bezeichnung derjenigen höheren Realschulen betr.,
nächst zur Ertheilung annehmbarer Entlassungszeugnisse für die Kandi-
daten des Bauwesens befähigt erklärt worden sind, um diese Bekanntmachung demnächst
durch Ihr Amtsblatt zur öffentlichen Kenntniß zu bringen.

Anl. a.)

Bekanntmachung.

In den Vorschriften v. 1. Aug. 1849 (Min.-Bl. S. 198—202.
Ausbildung und Prüfung Derjenigen, welche sich dem Bauwesen widmen, 1
und für die R. Bauakademie zu Berlin, §. 6. I. a. ist die Zulassung zu
fungen des Bauwesens und die Ausnahme bei der Bauakademie von dem
der Reife des Abganges aus der ersten Klasse eines Gymnasiums oder al-
ten Klasse der zu diesem Behuf besonders zu bezeichnenden höhern Realsch-
hängig gemacht. Unter Bezugnahme auf diese Vorschriften sind für jetzt
beibehalten weitere Bestimmungen nachstehend verzeichnete 18 Realschulen z-
lung annehmbarer Entlassungszeugnisse für die Kandidaten des Bauwesens
erklärt, und werden die betreffenden vorschriftsmäßig ausgestellten Entlassu-
nisse von der R. technischen Bau-Deputation und dem Direktorium der A-
demie als genügend anerkannt werden:

- 1) Aachen, Realschule.
- 2) Düsseldorf, desgl.
- 3) Elberfeld, desgl.
- 4) Köln, desgl.
- 5) Siegen, desgl.
- 6) Berlin, die Königl. Realschule.
- 7) Berlin, die städtische Gewerbeschule.
- 8) Breslau, die höhere Bürger- und Realschule.
- 9) Merseburg, Realschule.
- 10) Stettin, Friedrich-Wilhelmschule (höhere Bürgerschule).
- 11) Königsberg, die höhere Bürgerschule im Löbenicht.
- 12) Königsberg, die Burghschule.
- 13) Memel, die höhere Bürger- und Realschule.
- 14) Insterburg, die höhere Bürger- und Realschule.
- 15) Tilsit, desgl.
- 16) Danzig, die Petrischule.
- 17) Danzig, die Johannischule.
- 18) Elbing, die höhere Bürger- und Realschule.

Berlin, den 13. Juli 1850.

Der Min. der g., u. u. M. Ang.
v. L a d e n b e r g.

Der Min. für H., G. und öf-
fentl. Arb. In Vertretung.
v. P o m m e r e s t e

(Min. Bl. d. i. B. 1850 S. 206. Nr. 274.)

B.) U. d. R. der R. Min. der g., u. u. M. Ang. (v. L a d e n b e r g
für H., G. und öf. Arb. (v. d. Seydt) v. 14. Okt. 1850 an k.
Königl. Reg.

Im Verfolg der Bekanntmachung v. 13. Juli c. (Min. Bl. S. 206. Nr. 274.) ist die K. Reg. in der Anl. (a.) Abschrift einer unterm heutigen Tage ergangenen Bekanntmachung, die fernere Bezeichnung von 7 höheren Realschulen betr., welche zur Ertheilung annehmbarer Entlassungszeugnisse für die Kandidaten des Bauwesens befähigt erachtet sind, um solche durch Ihr Amtsblatt zur öffentlichen Kenntniß zu bringen.

Anl. a.

Unter Bezugnahme auf die Bekanntmachung v. 13. Juli d. J. wird hiermit öffentlichen Kenntniß gebracht, daß gegenwärtig noch nachstehend verzeichnete 7 Schulen als zur Ertheilung annehmbarer Entlassungszeugnisse für die Kandidaten des Bauwesens befähigt, anerkannt sind.

- 1) in Minden, das mit dem Gymnasium verbundene Real-Institut.
- 2) in Colberg, die Realschule.
- 3) in Estelpe, die höhere Bürgerschule.
- 4) in Erfurt, die Realschule.
- 5) in Nordhausen, die Realschule.
- 6) in Götting, die höhere Bürgerschule.
- 7) in Krottschin, die Realschule.

Die vorschristsmäßig ausgestellten Entlassungszeugnisse dieser Anstalten werden von der K. technischen Bau-Deputation und dem Direktorium der K. Bau-Akademie ebenfalls als genügend angenommen werden.

Berlin, den 14. Oktober 1850.

Der Min. der g., u. u. M. Ang.
v. L a d e n b e r g.

Der M. für H., G. u. öffentl. Arb.
v. d. S e y d t.

(Min. Bl. d. i. B. 1850 S. 328. Nr. 426.)

U. K. des K. Min. für H., G. und öff. Arb. (v. d. Seydt) und
U. u. M.-Angel. (v. Raumer) a. 8. Februar 1851 an sämtliche
Reg.

Im Verfolg der Bekanntmachung v. 14. Okt. pr. wird der K. Reg. in der (a.) Abschrift einer unterm heutigen Tage ergangenen Bekanntmachung, die die Bezeichnung von höheren Realschulen betreffend, welche zur Ertheilung annehmbarer Entlassungszeugnisse für die Kandidaten des Bauwesens befähigt erachtet sind, mit dem Auftrage zugefertigt, solche durch Ihr Amtsblatt zur öffentlichen Kenntniß zu bringen.

Anl. a.

B e k a n n t m a c h u n g.

Unter Bezugnahme auf die Bekanntmachung v. 14. Okt. v. J. wird hiermit öffentlichen Kenntniß gebracht, daß gegenwärtig auch die nachstehend verzeichneten 6 Realschulen als zur Ertheilung annehmbarer Entlassungszeugnisse für die Kandidaten des Bauwesens befähigt anerkannt sind:

- 1) die Königsstädtische,
- 2) die Dorotheenstädtische und } in Berlin,
- 3) die Louisestädtsche Realschule }
- 4) in Graubenz die höhere Bürgerschule,
- 5) in Trier die höhere Bürger- und Provinzial-Gewerbeschule und
- 6) in Frankfurt a. O. die höhere Bürgerschule.

Die ausgestellten Entlassungszeugnisse dieser Anstalten werden demnach, wenn diese Zeugnisse nachgewiesen wird, daß der Entlassene die Kurse der Secunda Prima vorschristsmäßig vollendet, und die Prüfung bestanden hat, von der K. technischen Bau-Deputation und dem Direktorium der K. Bau-Akademie ebenfalls genügend angenommen werden.

Berlin, den 8. Februar 1851.

Der Min. für H., G. und öffentl. Arb.
v. d. S e y d t.

Der Min. der g., u. u. Med.-Ang.
v. R a u m e r.

(Min. Bl. d. i. B. 1851 S. 37. Nr. 40.)

U. K. derselb. Min. v. 19. Mai 1851 an sammtl. K. Reg.

Die K. Reg. empfängt in der Anlage Abschrift einer Bekanntmachung vom heutigen Tage (a), wonach die Saldernsche höhere Bürgerschule zu Brandenburg zur Ertheilung annehmbarer Entlassungszeugnisse für die Kandidaten des Bauwesens befähigt erachtet worden ist, mit dem Auftrage, solche durch Ihr Amtsblatt zur öffentlichen Kenntniß zu bringen.

Anl. a.

B e k a n n t m a c h u n g.

Unter Bezugnahme auf die Bekanntmachung v. 8. Febr. c. wird hierdurch zur

öffentlichen Kenntniß gebracht, daß die Saldernsche höhere Bürgerschule zu Burg als zur Ertheilung annehmbarer Entlassungs-Zeugnisse für die des Baufaches befähigt anerkannt ist.

Die ausgestellten Entlassungs-Zeugnisse dieser Anstalt werden demnach durch diese Zeugnisse nachgewiesen wird, daß der Entlassene die Kurse der und Prima vorschriftsmäßig vollendet und die Abgangs-Prüfung bestanden der Königl. technischen Bau-Deputation und dem Direktorium der K. Bauebenfalls als genügend angenommen werden.

Berlin, den 19. Mai 1851.

Der Min. für H., G. und öffentl. Arb.
v. d. H e n d t.

Der Min. der g., u. u.
v. H a u m e r.

(Min. Bl. d. i. B. 1851 S. 130. Nr. 156.)

α) E. R. der K. Min. für H., G. und öff. A. (v. d. H e n d t., U. u. M.-Ing. (Schulze) v. 17. Juli 1851 an sämmtl. K.

Die K. Reg. empfängt in der Anlage (a.) Abschrift einer Bekanntmachung vom heutigen Tage, wonach die mit dem Gymnasium zu Potsdam verbundene Schule zur Ertheilung annehmbarer Entlassungs-Zeugnisse für die des Baufaches befähigt erachtet worden ist, mit dem Auftrage, solche durch Blatt zur öffentlichen Kenntniß zu bringen.

Anl. a.

Bekanntmachung.

Unter Bezugnahme auf die Bekanntmachung v. 8. Febr. d. J. wird zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß die mit dem Gymnasium zu Potsdam verbundene Realschule als zur Ertheilung annehmbarer Entlassungs-Zeugnisse für Kandidaten des Baufaches befähigt anerkannt ist.

Die ausgestellten Entlassungs-Zeugnisse dieser Anstalt werden demnach durch diese Zeugnisse nachgewiesen wird, daß der Entlassene die Kurse der und Prima vorschriftsmäßig vollendet und die Abgangs-Prüfung bestanden der Königl. technischen Baudeputation und dem Direktorium der Königl. Bauebenfalls als genügend angenommen werden.

Berlin, den 17. Juli 1851.

Der Min. f. H., Gew. u. öff. Arb.
v. d. H e n d t.

Der Min. d. g., u.
Im Auftrage: C

(Min. Bl. d. i. B. 1851 S. 181. Nr. 197.)

β) Zum §. 11.

E. R. des K. Min. für H., G. u. öff. Arb. (v. Pommer-19. Aug. 1850 an sämmtl. K. Reg. Ausführung von Feldmessen durch Bauführer, Baumeister und Privat-Baumeister.

Die K. Reg. ist nach dem Bericht v. 27. Juli im Zweifel darüber, ob die Vorschriften für die Ausbildung und Prüfung Derjenigen, welche sich dem Baufache widmen, v. 1. Aug. 1849 (Min. Bl. S. 198—200.), — wonach die Baumeistern und Privat-Baumeistern die Ausführung von Feldmesser-Arbeiten in so weit zusteht, als solche zur Ausübung ihrer Berufsgeschäfte im unmittelbaren Zusammenhang mit dem Baufache gehören, — fortan auf alle Bauführer, Baumeister und Privat-Baumeister, oder aber nur auf diejenigen von ihnen zu beziehen sei, welche — nach den Vorschriften v. 1. Aug. 1849 es zulassen — die Qualifikation als Feldmesser durch Ablegung der Feldmesserprüfung nicht erlangt haben.

In Uebereinstimmung mit der von dem Referenten ausgeführten Ansicht hierüber, daß Baumeister u. überhaupt nicht als solche, sondern nur als Feldmesser-Arbeiten zu übernehmen befugt sind, wenn sie die Qualifikation als Feldmesser erlangt haben. Bisher hat diese Befugniß allen Baumeistern u. Privat-Baumeistern zugehört, weil bei Ablegung der architektonischen Prüfungen die vorgängige Ablegung der Feldmesser-Prüfung, sowie die Bewährung als Feldmesser, nachgewiesen werden mußte. Wenn gegenwärtig dieser Nachweis nicht mehr gefordert wird, so ändert sich das Verhältniß in so weit, als fortan nur denjenigen Baumeistern u. Privat-Baumeistern die Ausführung von Feldmesser-Arbeiten unbeschränkt auszuführen, beigelegt werden kann, welche die Feldmesser-Qualifikation wirklich erworben haben, während die übrigen der dem §. 11. unterliegen. Wo diese Bedingung zutrifft, steht jedoch jene Befugniß den Bauführern und Baumeistern eben so unbezweifelhaft zu, als es jedem Bau-

würde, der außer seinem sonstigen Geschäftsbetriebe das Feldmessen erlernt und Qualifikation als Feldmesser wirklich erworben hätte.

In diesem Sinne ist daher der §. 11. der Vorschriften v. 1. August 1849 in Anwendung zu bringen.

(Min. Bl. d. i. B. 1850 S. 256. Nr. 345.)

) E. R. des K. Min. für H., G. und öff. Arb. (v. Pommer-Esche) v. 30. Sept. 1849 an sämmtl. K. Reg. betr. die Prüfungen der Bauführer, Baumeister und Privatbaumeister.

In der Anlage (a.) erhält die K. Reg. ein Exemplar der von der K. Oberdeputation auf Grund der §§. 3. und 6. der Vorschriften für die Ausbildung Prüfung Derjenigen, welche sich dem Baufache widmen, v. 1. August c. (Min. S. 198—202.) erlassenen Bekanntmachung über die Anforderungen, welche bei Prüfungen der Bauführer, Baumeister und Privatbaumeister gestellt werden, v. Sept. c., um solche durch Abdruck in Ihrem Amtsblatte zur öffentlichen Kenntniss zu bringen.

Anl. a.

Bekanntmachung der Königl. Ober-Baudeputation über die Anforderungen, welche bei den Prüfungen der Bauführer, Baumeister und Privatbaumeister gestellt werden, v. 18. Sept. 1849.

Auf Grund der §§. 3. und 6. der Vorschriften v. 1. August d. J. für die Bildung und Prüfung Derjenigen, welche sich dem Baufache widmen, werden die Anforderungen bei den betr. Prüfungen nachstehend näher angegeben.

1. Bauführer-Prüfung.

Die mündliche Prüfung wird sich auf folgende Gegenstände erstrecken:

1) Reine Mathematik und zwar:

- a) Algebra und niedere Analysis, nebst Lehre von den Logarithmen.
- b) Geometrie mit Einschluss der Stereometrie.
- c) Beschreibende Geometrie, Projektionslehre, Perspektive und Schatten-Konstruktion.
- d) Ebene und sphärische Trigonometrie und die Elemente der Kurvenlehre, namentlich Kegelschnitte und Enkloide.

Uebung im Buchstaben- und Zahlenrechnen, im Gebrauch der Logarithmentafeln Beläufigkeit in der Handhabung der Methoden der beschreibenden Geometrie werden bei diesen Disziplinen gefordert.

2) Angewandte Mathematik:

- a) Die Lehre vom Feldmessen und Nivelliciren nebst Kenntniss der üblichsten Instrumente.
- b) Die Elemente der Statik und Mechanik fester und flüssiger Körper. Bekanntschaft mit den am häufigsten vorkommenden Konstanten des Maasses der Festigkeit, der Reibung, der Kräfte u. Die strengen Beweise derjenigen Lehrsätze, die ihrer Natur nach in das Gebiet der höheren Analysis gehören, werden nicht gefordert.

3) Naturwissenschaften:

- a) Physik und Chemie, namentlich in Bezug auf die bei Baukonstruktionen und Baumaterialien vorkommenden Erscheinungen.
- b) Ornskognosie und Geognosie. Kenntniss der im Bauwesen anwendbaren Mineralien nach ihren Kennzeichen und Eigenschaften, ihrer systematischen Ordnung und den Verhältnissen ihres Vorkommens.

4) Landbaukunst:

- a) Kenntniss der Materialien, ihrer Eigenschaften, Gewinnung und Bereitung. Bei den dem Pflanzenreich entnommenen Materialien, Kenntniss von den botanischen Verhältnissen derselben.
- b) Bekanntschaft mit den einfachen Konstruktionen aller Baugewerke.
- c) Die Konstruktion und Einrichtung der auf dem Lande und in kleinen Städten am häufigsten vorkommenden Arten von einfacheren Wohn-, Wirthschafts- und Fabrik-Gebäuden, der Kalkbrennereien und Ziegeleien.
- d) Die Formen antiker Baukunst im Allgemeinen und deren Anwendung auf Bauwerke unserer Zeit.

e) Ausarbeitung von Ansätzen und Revisions-Nachweisungen.

5) Wasser-, Wege- und Eisenbahnbau.

- a) Die Lehre von den Fundirungen im Wasser, dem Bau gewöhnlicher Ufer- und Uferschälungen und anderer Uferbefestigungen, so wie der Verwall gegen Hochwasser, die Anlage kleiner Stauarchen und Mühlengerinne.
- b) Allgemeine Kenntniß von den beim Wege- und Eisenbahnbau vorkommenden Erdbarbeiten, deren Anordnung und Ausführung. Die verschiedenen Arten der Wegebefestigung, die dazu anwendbaren Materialien, Anordnung der Längs- und Querschnitte und der Wasserableitung. Kenntniß von der Art und Anordnung zugehöriger Anschläge.

6) Maschinenbau.

Kenntniß der Zusammensetzung und Wirksamkeit derjenigen Maschinen, welche auf Baustellen am häufigsten vorkommen. Bau gewöhnlicher Mühlen. Kenntniß der Dampfmaschinen im Allgemeinen.

Die unter Klausur zu bearbeitende einfache Aufgabe im Entwerfen wird einen der unter 4. c. gehörigen Gegenstände der Landbaukunst sich beziehen.

II. Baumeister-Prüfung.

A. Für Land- und Schönbau.

Die mündliche Prüfung wird sich auf folgende Gegenstände erstrecken:

- 1) Die wichtigeren Baustyle aller Länder und Zeiten, ihre Entwicklung und die betreffenden vorzüglicheren Bauwerke in ihrer Anordnung und Schönheit.
- 2) Konstruktionslehre in Anwendung auf ausgedehnte und schwierige Anlagen.
Apparate zum Heizen und Lüften verschiedener Gebäudegattungen, zur Reinigung von Speisen, zum Reinigen und Trocknen der Wäsche, zum Füllen des Trinkwassers und andern Bedürfnissen in größeren Haushaltungen.
- 3) Dynamik in ihrer Anwendung auf die Konstruktion des Landbaues.
- 4) Der Schönbau; alle Arten von Privat- und öffentlichen Gebäuden, schließlich der Städteanlagen selbst, die dabei Anwendung findenden Kunst- und verzierenden Formen, welche auch durch Zeichnung darzustellen die richtige Fähigkeit und Fertigkeit vorhanden sein muß.

- 5) Geschäftsführung, Verfahren und Hilfsmittel bei Ausführung der Bauarbeiten.

Die unter Klausur anzufertigende Probearbeit wird sich auf einen der unter 1. und 4. gehörigen Gegenstände beziehen.

B. Für den Wasser-, Wege- und Eisenbahnbau.

Die mündliche Prüfung wird sich auf folgende Gegenstände erstrecken:

- 1) Höhere Analysis mit der Anwendung auf Kurvenlehre, Funktionen, Wahrscheinlichkeits-Rechnung, Geodäsie.
- 2) Analytische Dynamik, angewandt auf die folgenden unter 3., 4. u. 5. angeführten Gegenstände.
- 3) Die Wasserbaukunst:
 - a) Wasserbauwerke im Allgemeinen, atmosphärische Niederschläge, Quellen, Brunnen, Entwässerungs- und Bewässerungs-Anlagen, Füllungen, Fangdämme, Trockenlegung der Baugruben, Rammungen u.
 - b) Strom- und Kanalbau, Bewegung des Wassers in Flußbetten, hydrographische Messungen, Anordnung und Ausführung der Anlagen, Stromregulierung, zur Schiffbarmachung der Flüsse, Reinigung des Wassers, Vertiefung desselben durch Baggerung u. dgl.; Kanalanlagen, Kanalbau, Schleusenbau, Holzflößerei.
 - c) Deichbau. Anordnung und Ausführung der Deiche, Entwässerung eingedeichten Niederungen, Schöpfmühlen, Siehle, Deichbrüche.
 - d) Anlagen für Landkommunikation. Fähranstalten, Brückenbau, Holz, Stein und Eisen.
 - e) Seebau. Wellenschlag, Fluth und Ebbe, Strömungen, Sicherung des Ufers, Dünenbefestigung, Anlage von Seehäfen, Moelenbau, Docks, Schleusen, Sicherung der Rheeden, Leuchttürme, Seemarken.
- 4) Maschinenlehre und Maschinenbau. Kenntniß der verschiedenen Kräfte und der Vorrichtungen zur Anwendung derselben; Göpel, Wassermotoren und andere Wassermaschinen, Windflügel, Dampfmaschinen, Dampfzylinder in ihrer Zusammensetzung wie in den einzelnen Theilen, — Maschinen zum Zerreiben, Zerstoßen, Zerschneiden, Pressen und Verdichten der Stoffe für bestimmte Zwecke.

5) Der Eisenbahnbau in seinem ganzen Umfange; der Unterbau nebst den Ueberbrückungen, Oberbau, Steigungen und Kurven, Ausweichungen, optische und elektrische Telegraphen, Maafregeln gegen Schnee und Flugsand, Bahnhöfe mit allen zugehörigen baulichen Anlagen, Eisenbahn-Betriebsmittel. Die unter Klausur anzufertigende Probearbeit wird sich auf einen der unter 3. u. 5. gehörigen Gegenstände beziehen.

III. Privatbaumeisterprüfung.

Die Anforderungen stehen vorchriftsmäßig den bei der Baumeister-Prüfung für Land- und Schönbau sub II. A. aufgeführten völlig gleich. Auf die diesen Anforderungen unmittelbar zu Grunde liegenden Kenntnisse, welche anderweit bei der Ausführer-Prüfung gefordert werden, wird hierbei nach Bedürfnis zurückgegangen.

Hinsichtlich des Verfahrens bei den Prüfungen wird noch Folgendes bemerkt.

Die verschiedenen Prüfungen in der reinen und angewandten Mathematik beschränken sich nicht auf die allgemeinen Lehrsätze, sondern es werden auch vorzugsweise spezielle Fälle, wie sie in der Praxis vorkommen, den Kandidaten als Aufgabe gestellt werden, deren Auffassung und Behandlung zugleich beurtheilen läßt, in wie weit die zu Grunde liegenden Lehrsätze klar aufgefaßt sind.

Bei Anfertigung der verschiedenen Probearbeiten unter Klausur haben die Kandidaten am ersten Tage der einwöchentlichen Klausurarbeit eine vorläufige Skizze zu entwerfen, von welcher bei der weiteren Ausarbeitung in den wesentlichen Theilen abgewichen werden darf.

Berlin, den 18. September 1849.

Königl. Ober-Baudeputation.

(Min. Bl. d. i. B. S. 225. Nr. 326.)

Mit Bezug hierauf erging:

Bekanntmachung der K. technischen Baudeputation v. 8. Mai 1850, betr. die Ausführer-Prüfungen.

Durch Verf. Er. Gr. des K. Geh. Staatsministers für H., Gew. u. öffentl. ist mit Bezug auf die in der Bekanntmachung der K. Ober-Baudeputation v. 18. Sept. v. J. enthaltenen Anforderungen bei den Prüfungen der Ausführer angesetzt worden, daß bei denselben künftig auch Differential-Rechnung und Integral-Rechnung, für die angewandte Mathematik aber neben der elementaren auch kritische Beweisführung gefordert werde, für welche jetzt ein Lehrgang auf der Bau-Akademie eingerichtet ist. Diese Einrichtung trifft jedoch nur diejenigen, die sich nach dem 30. Sept. 1851 zur Ausführer-Prüfung melden, indem es den Kandidaten, welche sich früher melden, überlassen bleibt, die Prüfung in der reinen Analysis abzulehnen.

(Min. Bl. d. i. B. 1850 S. 110. No. 148.)

Bekanntmachung der K. Ober-Baudeputation v. 1. Dec. 1849 über das nach der Vorschrift v. 1. Aug. 1849 zu beobachtende Verfahren bei der Prüfung der Ausführer, Baumeister und Privat-Baumeister.

Ausführer-Prüfungen.

§. 1. In Folge der Vorschrift v. 1. Aug. d. J. (Min. Bl. S. 198 — 202.) halbjährlich nach dem Schlusse der Vorlesungen auf der K. Bauakademie ein Raum für die Ausführer-Prüfungen bestimmt und vorher ein Termin gemacht werden, bis zu welchem die Meldungen dazu bei der unterzeichneten Behörde einzureichen sind.

Nachweise.

§. 2. Der Meldung werden die im §. 2. der oben erwähnten Vorschrift unter a. und c. angegebenen Nachweise (auf Stempelbogen von 15 Sgr.) beigelegt.

In dem Nachweise b. über die einjährige praktische Thätigkeit, welche Schulbildung nachfolgen und der Studienzeit vorangehen muß, sind die Gegenstände der Beschäftigung, die theils in Bureauarbeiten, theils in Theilnahme an Bau-Ausführungen bestehen können, näher anzugeben und durch den Baumeister, dessen Leitung die Arbeiten ausgeführt sind, zu bescheinigen.

Der Nachweis c. über zweijährige Studienzeit wird durch ein Zeugnis der K. Bau-Akademie zu Berlin, durch Zeugnisse ähnlicher dem Zwecke nach anderer öffentlicher Lehranstalten Deutschlands, durch Zeugnisse von einzelnen solchen Anstalten, oder durch Zeugnisse von geprüften Baumeistern des preussischen Staats geführt und muß im Allgemeinen darthun, daß sich der Kan-

bidat nach der vorgeschriebenen, mindestens einjährigen praktischen Thätigkeit Jahre den Studien des Bauwesens gewidmet habe. — Die von einzelnen oder Baumeistern ausgestellten Zeugnisse müssen von der vorgesetzten Behörde selbst beglaubigt sein.

Sofern die Ausbildung nicht auf der K. Bau-Akademie zu Berlin statt findet, ist zugleich eine nähere Darlegung über den Bildungsgang und nützlichste Bildungsmittel, unter Beifügung der darüber vorhandenen Zeugnisse zu reichen, welche für die mündliche Prüfung als Anhalt dienen wird.

Die behufs der Aufnahme in die hiesige Bau-Akademie an das Directorat eingereichten Zeugnisse a. und b. werden an die Ober-Baubehörde gegeben. Bei der Meldung zur Bauführer-Prüfung kann auf die bereits eingereichte derselben Bezug genommen werden.

Zeichnungen.

§. 3. Außer den Nachweisen a., b., c. sind nach §. 2. der Vorschrift Zeichnungen d., e. und f. vorzulegen.

Die aufgenommene Situations-Zeichnung muß bauliche Anlagen einem Maßstabe von etwa 4 Ruthen auf einen Zoll eine Fläche von 5 Morgen nachweisen. Die Nivellements-Zeichnung kann auf ein Maß von 100 Ruthen bei angemessenem Maßstabe beschränkt werden.

Die Zeichnung e. von einem Gebäude oder einer Maschine ist nicht in Linien, sondern leicht getuscht einzureichen.

Mit den Zeichnungen f. muß die perspektivische eines Gebäudes oder Ornaments in hinreichend deutlicher Größe vorgelegt werden.

Als Beweis, daß der Kandidat die fraglichen Gegenstände selbst aufgetragen und die Zeichnungen selbst gefertigt hat, genügt die Versicherung an Eide bei der mündlichen Prüfung.

§. 4. Nach Ablauf des bekannt gemachten Termins werden spätere Meldungen nicht mehr angenommen, sondern auf die nächstfolgende halbjährige Periode verwiesen. Dasselbe geschieht bei denjenigen Kandidaten, welche unvollständige Nachweise eingereicht haben, wenn dieselben nicht auf eine einfache Art in dem Meldungstermin vervollständigt werden können.

Prüfungs-Termine.

§. 5. Die Prüfungs-Termine werden nach der Reihenfolge der Meldungen mit möglichster Berücksichtigung etwaiger Wünsche der Kandidaten bestimmt. Wer verhindert sein sollte, den ihm gesetzten Prüfungs-Termin zu nehmen, hat die Verhinderungsgründe durch glaubwürdige Atteste nachzuweisen; andernfalls seine Meldung für die betreffende Prüfungs-Periode nicht berücksichtigt wird.

§. 6. Die Prüfung beginnt mit der einwöchentlichen Klausurarbeit (nach §. 2. der Vorschrift) und die mündliche Prüfung findet in der darauf folgenden Woche statt. Für letztere sind vorläufig 2 Tage bestimmt, wobei indessen eine Abänderung in einzelnen Fällen vorbehalten bleibt. Bei günstigem Ausfall der Prüfung wird ein Zeugnis unter dem Datum des letzten Prüfungstages ausgestellt, das gegenwärtig dem Resultat der Kandidat besonders beschieden, und nach dem Ausfalle der Prüfung ein Zeitraum von einem halben oder ganzen Jahre nach welchem er sich zur nochmaligen Prüfung melden kann.

§. 7. Die §. 8. der Vorschrift angeordnete Vereidigung der Bauführer bei den K. Regierungen oder der K. Ministerial-Baufommision statt, nicht etwa schon früher als Feldmesser geprüft und vereidigt worden sind.

Baumeister-Prüfungen. Nachweise.

§. 8. Bei der Meldung zur Baumeister-Prüfung ist die Nachweise a. und b. im §. 4. der Vorschrift v. 1. Aug. d. J. vorgeschriebenen Nachweise und d. (auf Stempelbogen von 15 Egr.) vorgeschrieben.

Der Nachweis u. über die bestandene Bauführer-Prüfung ergibt sich aus den Akten der Prüfungsbehörden, weshalb die Vorlegung des darüber auszustellenden Zeugnisses unterbleiben kann, und nur das Datum desselben anzuführen ist.

In dem Nachweise b. sind die Bauausführungen und die Zeitabschnitte während der praktischen Übungszeit namentlich anzugeben. Derselbe ist von den geprüften Baumeistern, unter deren Leitung der Bauführer gearbeitet, ausgestellt.

Von dem Nachweise c. über einjährige Studienzeit gilt dasselbe, was über ähnlichen Nachweis bei der Bauführer-Prüfung in §. 2. angeführt worden ist.

Der Nachweis d. über die Einübung und Bewährung in Feldmesserarbeiten durch das Zeugniß eines Vermessungsrevisors oder eines im Wasser-, Wege- Eisenbahnbau geprüften Baumeisters zu führen. Auch sind alle übrigen Baumeister, welche die Feldmesser-Prüfung bestanden haben, zur Ausstellung des Bezugszeugnisses berechtigt.

Die zum Nachweis der Bewährung gefertigten Feldmesserarbeiten müssen in Vermessung einer Fläche von mindestens 500 Morgen, bei schwierigen Ortsverhältnissen allenfalls auch nur von 200 Morgen und in einem Nivellement von 1000 Ruthen Länge bestehen.

§. 9. Der für die Prüfung als Privatbaumeister erforderliche Nachweis a. durch Vorlegung des Zeugnisses über die bestandene Prüfung als Maurer-, Zimmer- oder Steinmetzmeister geführt, welches dem Kandidaten zum anderweitigen Gebrauch zurückgegeben wird. Ueber die dreijährige Studienzeit ist der Nachweis b. derselben Art zu führen, wie bei der Bauführer-Prüfung unter c. §. 2. angegeben ist.

Meldung.

§. 10. Die Meldung zur Baumeister-Prüfung kann zu jeder beliebigen Zeit der unterzeichneten Behörde erfolgen, wobei die vorgeschriebenen Nachweise zur Theilung einzureichen sind. Werden dieselben als genügend anerkannt, so wird Graminanden die im §. 5. der Vorschrift angeordnete Aufgabe zu einem ausführlichen Entwurfe in der betreffenden Richtung ertheilt.

Prüfungs-Termine.

§. 11. Sobald die Ausarbeitung dieses Entwurfes eingereicht und als genügend angenommen wird, kann die Ansetzung des Termins zur einwöchentlichen Klausurarbeit und mündlichen Prüfung erfolgen. In der Regel wird derselbe so lange gesetzt bleiben, bis mehrere Bauführer genügende Probearbeiten für die Baumeister-Prüfung eingereicht haben und gemeinschaftlich geprüft werden können. Während der Bauführer-Prüfungsperiode finden Baumeister-Prüfungen nur in so fern statt, als die bereits angesetzten Termine es gestatten.

§. 12. Bei der Baumeister-Prüfung im Land- und Schönbau werden in der Woche nach der Klausurarbeit zwei Tage zur mündlichen Prüfung angesetzt. Die Zeit kann jedoch nach der Anzahl der Graminanden verlängert oder abgekürzt werden.

Dieselbe Anordnung findet eben so bei der Baumeister-Prüfung für den Wasser-, Wege- und Eisenbahnbau und bei der Privatbaumeister-Prüfung statt. Bei der letzteren wird übrigens auf diejenigen Gegenstände der Baumeister-Prüfung zurückgegangen werden, welche der Baumeister-Prüfung zum Grunde liegen müssen.

§. 13. Wer die Baumeister-Prüfung in beiden Richtungen für Land- und Schönbau, sowie für Wasser-, Wege- und Eisenbahnbau zu bestehen beabsichtigt, hat die für diesen Fall im §. 4. der Vorschrift vom 1. April d. J. angeordnete Nachweise beizubringen. Die Probearbeiten werden sich auf beide Richtungen beziehen, und die Prüfungs-Termine so angesetzt werden, daß die einwöchentliche Klausurarbeit und die mündliche Prüfung für jedes Fach besonders stattfinden kann.

Bei der mündlichen Prüfung wird von den Kandidaten die Versicherung angesetzt gefordert werden, daß sie die Probearbeiten selbst und ohne fremde Beistand gefertigt haben. (§. 6. der Vorschrift.)

§. 14. Bei günstigem Ausfall der Baumeister-Prüfung wird das Qualifikationszeugniß unter dem Datum des letzten Prüfungstages ausfertigt. Ist dagegen die Prüfung ungünstig für den Graminanden ausgefallen, so wird ihm der Zeitpunkt bekannt gemacht werden, nach welchem die Wiederholung der Prüfung stattfinden kann. Fällt auch diese ungünstig aus, so bleibt eine nochmalige Wiederholung unzulässig. (§. 7. der Vorschrift.)

Ubergangsbestimmungen in Bezug auf die Bauführer-Prüfung.

§. 15. Kandidaten, welche die nach den bisherigen Vorschriften erforderliche Schulbildung nachweisen, in Folge der Bekanntmachung vom 1. Januar d. J. im Laufe des verfloffenen Sommers die praktische Thätigkeit

ter Leitung eines Baumeisters begonnen haben und jetzt bei der K. Bau- aufgenommen sind, müssen nach vollendetem Lehrgange die praktische Thätigkeit einem vollen Jahre ergänzen und den Nachweis darüber nebst den Nachweisen über die vorher erlangte Schulbildung und c. über die Studienzeit bei der Real-Bauführer-Prüfung beibringen.

§. 16. Ebenso haben Diejenigen, welche im April d. J. i. ausnahmsweise erteilten Unterricht in der K. Bau- aufgenommen sind, den Nachweis h. über die später stattgefundene praktische Thätigkeit nebst den Nachweisen über die bisher vorgeschriebene Schulbildung und die Studienzeit bei der Meldung zur Bauführer-Prüfung beizubringen, k. ihnen das auf das Studium verwendete Sommerhalbjahr 1849 bei der Meldung angerechnet werden.

§. 17. Wer bis zum letzten September d. J. nach den bisherigen Bestimmungen die Reise für die erste Klasse eines Gymnasiums oder Abgangszugzeugnis einer zur Ausstellung von Abgangsprüfung berechtigten höheren Bürger- oder Realschule nachweislich erlangt hat nach §. 13. der Vorschrift vom 1. August d. J. von dem Nachweise der Schulbildung in dem weiteren Umfange a. entbunden, hat aber bei der Meldung zur Bauführer-Prüfung die Nachweise b. und c. beizubringen.

§. 18. Feldmesser, welche die Bewährung als solche nachweisen haben und jetzt ohne die Nachweise a. und b. bei der K. Bau- aufgenommen sind, müssen die einjährige praktische Thätigkeit unter Leitung geprüfter Baumeister nachholen und die Nachweise b. und c. bei der Meldung zur Bauführer-Prüfung einreichen.

§. 19. Die Nachweise a. und b. sind nach §. 14. der Vorschrift vom 1. April d. J. Denjenigen erlassen, welche bis zum 1. April d. J. unter Leitung der bisherigen Vorschriften unbedingt in die K. Allgemeine Bau- aufgenommen sind. Diese haben daher bei der Meldung zur Bau- Akademie c. einzureichen.

§. 20. Die Feldmesser, welche den bisherigen Baumeister- Lehrgang auf der Bau- bis zum 1. April d. J. vollendet haben überhaupt unter Erfüllung der bisher vorgeschriebenen Bedingungen bis zum 1. April d. J. zur Baumeister-Vorprüfung zugelassen waren, können ohne die Nachweise b. und c. sich zur Bauführer-Prüfung melden.

§. 21. Dagegen müssen diejenigen Feldmesser, welche zwar vor dem 1. April d. J. sich bewährt oder die sonstigen Bedingungen der Zulassung zur bisherigen Baumeister-Vorprüfung erfüllt aber bei der Feldmesser-Prüfung nur ein bedingtes Feldmesser-Zugzeugnis erlangt hatten und deshalb die Zulassung zur Prüfung am 1. April d. J. nicht hätten beanspruchen können, die einjährige praktische Thätigkeit und die Studienzeit nachweisen, bevor sie zur jetzigen Bauführer-Prüfung zugelassen werden, wenn sie auch im Laufe des Sommers bei einer Nachprüfung ein bedingtes Feldmesser-Zugzeugnis erhalten haben sollten.

In Bezug auf die Baumeister-Prüfung.

§. 22. Diejenigen, welche die bisherige Baumeister-Prüfung gehörig bestanden haben, werden als Bauführer betrachtet und ohne den Nachweis §. 4. I. a. der Vorschrift vom 1. August d. J. zur Baumeister-Prüfung zugelassen werden, wenn sie die Nachweise b., c. und d. beibringen.

Wenn sie dagegen die Vorprüfung nur gut bestanden haben, mithin ohne nochmalige Baumeister-Vorprüfung zur Bauinspektor-Vorprüfung zugelassen worden wären, so müssen sie sich der jetzt vorgeschriebenen Bauführer-Prüfung unterwerfen, ehe sie sich zur Baumeister-Prüfung nach der Vorschrift vom 1. April d. J. melden können.

Bei denen, welche im Jahre 1848 Zeugnisse als Bauführer auf Grund der Zeugnisse der K. Allgem. Bau- ohne eine Prüfung abzulegen, erhalten wurden in der neuen Baumeister-Prüfung, zu der sie mit den Nachweisen b., resp. d. zugelassen werden, auf die Gegenstände der früher nicht abgelegten Prüfung in Folge der Verfügung vom 1. April 1848 nach Umständen zurückgeführt werden.

§. 23. Den Bauführern, welche die bisherige Baumeister-Prüfung gehörig oder gut bestanden haben, ist zunächst nach §. 4. I. a. der Vorschrift vom 1. August d. J. zur Baumeister-Prüfung zugelassen werden, wenn sie die Nachweise b., c. und d. beibringen.

amit in Verbindung stehenden Nachprüfung sich zu melden, und um Ertheilung der Probearbeiten einzukommen. Sobald sie die bisher vorgeschriebene zweijährige praktische Uebung nachweisen und die Probearbeiten einreichen, wird ihnen der Termin zur Nachprüfung anberaumt werden. Beim Bestehen in derselben werden ihnen nach §. 16. der Vorschrift v. 1. Aug. d. J. Zeugnisse als Baumeister der bisherigen Art ertheilt, wonach sie zur Bekleidung einer Land- oder Bergbaumeister-Stelle (künftige Bergbaubezirks-Inspektor-Stelle) befähigt sind, aber wie bisher, ohne weitere Prüfung zu einer Bauinspektor-Stelle befördert werden können. Bezug auf den für die Meldungen zur bisherigen Baumeister-Nachprüfung nach §. 16. und 17. der Vorschrift v. 1. Aug. d. J. bis zum Schlusse des Jahres 1850 gestellten Termin, ist eine Verlängerung bis zum Schlusse des Jahres 1850 nachgegeben. Nach dem Schlusse des Jahres 1850 werden jedoch keine Meldungen zur bisherigen Baumeister-Nachprüfung mehr angenommen.

§. 24. Bauführer, welche den Bauinspektor-Kursus der Königl. gemeinen Bauerschule bereits vollendet haben, oder noch bis zum Schlusse im März 1850 vollenden, werden zu der neu angeordneten Baumeister-Prüfung und zwar in beiden Richtungen, für Land- und Schönbau, sowie für Wasserbau, zugleich zugelassen, und sind bei der Meldung von Beibringung des Nachweises §. 4. I. a. entbunden.

§. 25. Bauführer, welche die bisherige Bauinspektor-Vorprüfung bestanden haben und sich bis zum Schlusse des Jahres 1850 (cf. §. 23.) Meldung der zugehörigen Nachprüfung melden, können die zu diesem Behufe üblichen Probeaufgaben erhalten und nach Einreichung derselben die Nachprüfung in der bisherigen Art ablegen, sobald sie die vorgeschriebene praktische Thätigkeit nachweisen. Sie erhalten die bisher üblichen Qualifikations-Zeugnisse (§. 16. der Vorschrift).

§. 26. Wer bis zum Schlusse des Jahres 1849 zur bisherigen Privatbaumeister-Prüfung sich gemeldet und die Probearbeiten nachgesucht hat, nach Einreichung derselben in der bisherigen Art geprüft werden (§. 16. der Vorschrift). Für die Naturwissenschaften wird jedoch ein besonderer Prüfungstermin mehr angesetzt, die Prüfung in denselben vielmehr mit der Hauptprüfung verbunden werden. Berlin, den 1. Dec. 1849.

Königliche Ober-Bau-deputation.

Genehmigt durch die Verf. des K. Min. für G., Gew. und öffentl. Arb. v. 18. Nov. 1849.

Min. Bl. d. i. B. 1849 S. 276. No. 399.)

Dazu (zum §. 2.):

K. der K. Min. für G., G. u. öff. Arb. (v. d. Heydt) u. d. F. (v. d. H.) v. 20. Juli 1850 an die K. technische Baudeputat. in Berlin. Stempelfreiheit der Schulzeugnisse zu den Prüfungen der Feldmesser, Bau- und Baumeister, sowie der Zeugnisse über deren praktische Ausbildung und Thätigkeit.

Derselbe Grund, welcher für die Stempelfreiheit der Schulzeugnisse für Kandidaten behufs ihrer Prüfung zu Feldmessern spricht, gilt, wie der K. technischen Baudeputation auf den Ver. v. 18. Juni d. J. erwiedert wird, unter den im Erlasse vom 1. April d. J. enthaltenen Voraussetzungen auch für die Stempelfreiheit der bis 5. des Berichts bezeichneten Atteste, so daß also nicht bloß die Schulzeugnisse der Kandidaten zu Feldmessern, sondern auch die Zeugnisse über deren praktische Ausbildung, nicht minder die Schulzeugnisse zu den Bauführer- und Baumeister-Prüfungen, so wie die von geprüften Baumeistern ausgestellten Zeugnisse über praktische Thätigkeit und die von den Lehranstalten, Lehrern und geprüften Baumeistern ausgestellten Zeugnisse über Studien stempelfrei zu behandeln sind, in diese Atteste lediglich den Zweck haben, daß auf Grund derselben dem Kandidaten ein mit dem gehörigen Stempel zu versehenes amtliches Zeugnis über den Ausfall der Prüfung, zu welcher es der Einreichung jener Atteste bedarf, ausgestellt werde.

Soweit die Bekanntmachung der vormaligen K. Ober-Bau-deputation v. 1. Dec. 1849 §. 2. andere Bestimmungen enthält, werden selbige hiermit modificirt. Die K. technische Baudeputation wolle hiervon auch das Direktorium der K. Bauakademie in Kenntniß setzen.

Min. Bl. d. i. B. 1850 S. 256. No. 344.)

hältnissen nicht mehr entsprechende §. 7. der B. v. 28. Juni 1825 aufgehoben. Sanssouci, den 10. Juni 1848.

Friedrich Wilhelm.
Camphausen. Hansmann.

An das Staatsministerium.
(G. S. 1848 S. 151.)

2) R. der R. Min. d. F. (Beuth) u. des J. (v. Patow) v. 1. 1845 an die R. Reg. zu N. Diäten für Regierungs-Baumeister und referendarien.

Das nach dem Berichte der R. Reg. v. 18. Juli d. J. von der Rechnungskammer bei Revision der dortigen Buchhalterei-Rechnung von den Ausgaben und allgemeinen Verwaltungskosten pro 1843 gezogene Monir des dem vormaligen Baumeister N. bei kommissarischen Geschäften bei Diätensatz von 1 Thlr. 10 Sgr. muß für begründet erachtet werden, da nach dem von meinem, des Finanzministers, Amtsvorgänger an das Präsidium der R. Reg. unterm 19. April 1841 erlassenen Verfügung dort nicht als Referendarius, sondern als Baumeister mit einem fixirten Gehalte angestellt und mithin bei allen auswärtigen Geschäften nur auf einen Diätensatz von nach seiner Dienstkategorie Anspruch gehabt hat.

Da der Nachfolger des N. durch Reskript des Finanzmin. v. 8. Nov. ganz gleicher Art, also nicht als Baureferendarius angestellt ist, so ist gleichfalls nur 1 Thlr. Diäten bei auswärtigen Geschäften bewilligt werden.

An Baureferendarien, welche keine Besoldung beziehen, können zwar wie an Regierungs-Baureferendarien 1 Thlr. 10 Sgr. Diäten gezahlt werden, denselben indes selbstständige Aufträge zur Vertretung der Bauräthe nach dem Präsidium der R. Reg. unterm 11. April 1836 erlassenen Entschluß erteilt werden dürfen, so kann der Fall nicht eintreten, daß ihnen nach §. B. 2. und 3. des Diäten- und Fuhrkosten-Regulativs v. 28. Juni 1825 ein Diätensatz von 2 Thlrn. zu bewilligen wäre.

(Min. Bl. d. i. B. 1845 S. 247. Nr. 254.)

3) G. R. des R. Min. für G., G. u. öff. Arb. (v. Romme) v. 23. Dec. 1848 an sämtliche R. Reg., so wie an die R. Baukommission. Reisekostensatz für Bauinspektoren.

Die B. wegen Vergütung der Diäten und Reisekosten v. 28. Juni stimmt im §. 9., daß zum Reisen mit Extrapost diejenigen Beamten berechtigt sind, welche nach der Rangordnung v. 7. Febr. 1817 bis einschließlich zur fünften Klasse gehören. Der Bauinspektoren ist in dieser Rangordnung nicht gelist, indessen schon im Cirkular v. 4. Juli 1834 1) bestimmt ist, daß die Bauinspektoren zur Uniformklasse Nr. 6. gehören, und da dieser Uniformklasse in der fünften Rangklasse entspricht, so wird hierdurch festgesetzt, daß den Bauinspektoren in denselben Fällen, in welchen sie überhaupt Reisekosten zu liquidiren berechtigt sind, die Sätze für Beamte der fünften Rangklasse zuzugestehen sind.

(Min. Bl. d. i. B. 1849 S. 23.)

Mit Bezug hierauf erging das G. R. desselben Min. v. 5. Dec. 1848 an sämtliche R. Reg., betr. das Rangverhältniß, den Diäten- und Reisekostensatz der Bauinspektoren.

Wenn die R. Reg. in dem Berichte v. 4. Sept. c. nach vorgängiger Annahme auf die Gleichstellung des Ranges der Bauinspektoren mit den Referendarien erwähnt, daß der Diätensatz der Bauinspektoren 2½ Thlr. betrage, scheint Dieselbe der Cirk. Verf. v. 23. Dec. 1848 (Min. Bl. 1849 S. 23.) eine andere, als die mit derselben beabsichtigte Deutung zu geben. Da nach Allerhöchster Erlaß v. 10. Juni 1848 unter Aufhebung der bis dahin bei Unterscheidung zwischen Berechtigung zur Reise mit Extrapost und mit Post, die Höhe der zu zahlenden Reiselöhne lediglich von dem Range der Beamten, und nicht, wie die B. v. 28. Juni 1825 zum Theil (im §. 9.) thun, gleichzeitig von dem Bezuge eines gewissen Diätensatzes abhängig ist, so wurde es nöthig, zu bestimmen, ob die Bauinspektoren im Range der

1) Vergl. das G. R. v. 4. Juli 1834 in der Bau-Polizei, S. 173.

der Provinzial-Kollegien (V. Rangklasse) gleich zu setzen, oder ob ihnen ein Rang beizulegen sei. Diese Frage entscheidet die Girk. Verf. v. 23. Dec. und es geht die Absicht derselben daher lediglich dahin, eine Bestimmung wegen Fuhrgebersatzes der Bauinspektoren zu treffen, keinesweges aber rücksichtlich Diäten die ganz bestimmten Vorschriften der B. v. 28. Juni 1825 und v. 28. Juni 1848, nach welchen ihnen bei Geschäften außerhalb ihres Amtsbezirks, selbsthaft der Satz von 2 Thln. zusteht, irgendwie zu alteriren, wie dies bei den Vorschriften der allegirten gesetzlichen Bestimmungen auch gar nicht zulässig sein würde.

Min. Bl. d. i. B. 1849 S. 225. Nr. 325.)

4) R. des R. Min. für G., O. u. öff. Arb., Abth. IV. (Oesterreich) März 1849 an die R. Reg. zu N. Diäten der Bauführer.

Die R. Reg. wird beauftragt, den Bauführer N. auf das Gesuch v. 18. Febr. zu bescheiden, daß ein Bauführer als solcher keinesweges als ein Staatsbeamter angesehen werden könne, mithin auch der Allerhöchste Erlaß v. 10. Juni über die Tagegelder und Fuhrkosten bei Dienstreisen der Staatsbeamten, auf ihrer keine Anwendung finde. In seiner Eigenschaft als Feldmesser finde die Bezahlung eines Bauführers nach den Vorschriften des betr. Reglements statt, wenn Engagement als Bauführer werde dagegen die Bezahlung in jedem Falle nach den Umständen festzusetzen sein.

Min. Bl. d. i. B. 1849 S. 48. Nr. 74.)

5) C. R. des R. Min. für G., O. u. öff. Arb. (v. d. Gehdt) v. 9. 1850 an sämtliche R. Reg., wegen des den Land-Bauinspektoren gebührenden Tagegeldes für die innerhalb ihres Baukreises unternommenen Reisen.

Die Girk. Verf. v. 16. Dec. 1845, nach welcher den Land-Bauinspektoren während Dienstreisen innerhalb ihres Baukreises ein Tagegeld von 20 Sgr. für außerhalb ihres Wohnortes zugebrachte Nacht gezahlt werden kann, hat mehrfache unrichtige Auslegung gefunden.

Im dem Erlasse zum Grunde liegende Allerh. Ordre v. 26. Sept. 1845 bestimmt, daß den Land-Bauinspektoren außer der bewilligten Fuhrkostenent-

schädigung „für jeden Reisetag, an welchen sie außerhalb ihres Wohnortes übernachten, eine Vergütung von 20 Sgr. gewährt werde.“

Hiernach steht den Bauinspektoren nicht zu, für diejenigen Tage, an welchen sie auswärts übernachtet haben, die fragliche Vergütung zu liquidiren.

Da diese Vergütung sonach keine eigentlichen Diäten für kommissarische Geschäfte, vielmehr einen auf besonderer Allerhöchster Bestimmung beruhenden Zuschuß zu den Reisekosten ausmachen, so wird auch durch die Bestimmung des §. 5. derh. Erlasses v. 10. Juni 1848 wegen der Tagegelder und Fuhrkosten bei Reisen der Staatsbeamten hierin nichts geändert, vielmehr bewendet es auch in bei dem Allerhöchst bewilligten Satze von 20 Sgr. für jedes Nachtquartier. Min. Bl. d. i. B. 1850 S. 70. Nr. 85.)

6) R. der R. Min. der J. (Gr. v. Arnim) u. d. K. (Flottwell) v. 1. 1845 an die R. Reg. zu Liegnitz. Benützung Königl. Baubeamten in Auseinandersetzungssachen und Festsetzung deren Kostenrechnungen.

Auf den Bericht v. 6. Febr. d. J., betr. die Festsetzung der Kostenrechnungen Baubeamten, die in Auseinandersetzungssachen zugezogen werden, eröffnen die R. Reg. hierdurch Folgendes.

Die Festsetzung der gedachten Kostenrechnungen erfolgt nicht, wie die R. Reg. in Breslau, sondern geht von der dortigen General-Commission, als der das ganze Auseinandersetzungsgeschäft leitenden Behörde, aus. Die Befugniß und Verpflichtung der letzteren hierzu ist nicht nur in der Sache begründet, sondern folgt auch aus den Bestimmungen der gerichtlichen Gebühren v. 23. Aug. 1815, der B. v. 29. März 1844 über die Gebühren u. d. d. Zeugen bei gerichtlichen Geschäften, und des Kosten-Regula-

tiv für die Auseinanderseßungsbehörden v. 25. April 1836, in denen hinsichtlich der Festsetzung von Kostenrechnungen solcher Sachverständigen, welche R. Bau sind, keine Ausnahme gemacht ist; der §. 13. des Regulativs v. 25. April 1836 spricht ausdrücklich nur von Kostenfestsetzungen der Auseinanderseßungsbehörden, und verweist etwaige Reklamationen hiergegen in den Weg des Rechts an das vorgesezte Ministerium.

Ist gleichwohl durch das Rescript v. 22. März 1843 (Min. Bl. S. Nr. 251.)¹⁾ angeordnet worden, daß vor Festsetzung der Liquidation eines zu genen Bauverständigen durch die General-Kommission zu Breslau die Liquidation zunächst durch den Bau Rath der Regierung daselbst geprüft und begutachtet werden soll, so beruht diese Bestimmung allein darin, daß sich bei der General-Kommission die zu einer solchen Beurtheilung erforderlichen technischen Kenntnisse vorfinden. Aus gleichen Gründen bedient sich das Min. des I. in etwaigen Reklamationen des Rathes der Ober-Bau-Deputation. Zur Abänderung des v. 22. März 1843 liegt daher kein Grund vor. Damit aber etwaige Reklamationen der Baubeamten gegen Ermäßigung der Kostenrechnungen nicht ohne die erforderliche Prüfung verworfen werden, ist die General-Kommission zu Breslau angewiesen worden, auch über solche Reklamationen das Gutachten des Reg. Bau Rathes zu Breslau einzuholen. Gegen den hiernach erfolgten Bescheid haben Reklamanten noch der Weg der Beschwerde beim Ministerium des Innern eingelegt.

Hiernach hat die K. Reg. den Bauinspektor N. anzuweisen, seine Reklamationen durch den betreffenden Spezial-Kommissarius an die General-Kommission zur Festsetzung einreichen zu lassen.

Was dagegen das Verlangen der K. Reg. betrifft, von den Aufträgen, welche Ihre Baubeamten erhalten, in Kenntniß gesetzt zu werden, so erscheint dasselbe gerechtfertigt, und ist die General-Kommission zu Breslau daher auch angewiesen worden, in vorkommenden Fällen diese Nachricht Ihr entweder selbst zu geben, oder sofort durch den Kommissarius der Sache geben zu lassen.

(Min. Bl. d. i. B. 1845 S. 170. Nr. 197.)

β) Vergütung und freie Verabfolgung von Schreib- und Zeichen-Materialien. (S. 116—117.)

1) U. R. des K. Fin. Min. (v. Duesberg) v. 11. März 1844 an sämtliche K. Reg., so wie an die K. Ministerial-Bau-Kommission. Betrifft die Vergütung der Stellvertreter von Baubeamten für Fuhrkosten, Schreib- und Zeichen-Materialien und Bureaukosten.

Es ist wahrgenommen worden, daß den Baubeamten, welche Reise- und Fuhrkosten-Fixen, so wie Schreib- und Zeichen-Materialien- und Bureaukosten bei verschiedenen selbst bei längerer, durch Urlaub oder Krankheit veranlaßter Abwesenheit jene Vergütungen auch für die Zeit der Stellvertretung ohne Weiteres gezahlt worden, und daß in Folge dessen die Stellvertreter von diesen Vergütungen erhalten haben. Zur Vermeidung der Nachtheile, welche hieraus für den Staat entstehen, wird die K. Regierung mit Bezug auf die allgemeine Bau-Regulation v. 31. Mai 1833²⁾ angewiesen, bei jeder längeren Stellvertretung der Baubeamten (schließlich der Regierungsbauräthe), welche dergleichen Aversa beziehen, gleich bei der Einleitung der Stellvertretung anzuordnen, daß, wenn die zu vertretenden Baubeamten Fuhrwerk halten, dieses dem Stellvertreter zur Disposition gestellt werde, und wenn derselben ein Fuhrwerk nicht zu halten nachgelassen worden, dem Stellvertreter der entsprechende Theil der Fuhrkostengelder unmittelbar zu überweisen; eben so einen verhältnißmäßigen Theil der Schreib- und Zeichen-Materialien- und Bureaukosten-Aversa dem Stellvertreter unmittelbar zahlen zu lassen.

(Min. Bl. d. i. B. 1847 S. 34. Nr. 56.)

2) U. R. des K. Min. für G., G. u. öff. Arb. (v. Pommeroy) v. 26. März 1849 an sämtliche K. Reg., bet. die Festsetzung der Kosten der Ausführung größerer Bauten entstehenden Kosten für Schreibmaterialien.

Nach dem Antrage der K. Reg. in dem Ver. v. 8. d. R. genehmigt.

1) Das R., welches hier in Bezug genommen worden, ist irrthümlich vom 22. März 1843 erlassen allegirt; dasselbe ist vom 22. April 1843 (Vergl. dasselbe in der Bau-Polizei, S. 115—116. sub Nr. 3.)

2) Vgl. das U. R. v. 31. Mai 1833 in der Bau-Polizei, S. 55. sub E.

bei Ausführung größerer Bauten entstehenden Kosten für Schreibmaterialien, die außer der gewöhnlichen Korrespondenz des Baubeamten gebraucht werden, dem betr. Baufonds, in sofern in den Kostenanschlägen auf diese Ausgabe Rücksicht genommen ist, bestritten und daselbst ohne besondere höhere Genehmigung verlastet werden dürfen, sobald von dem Bezirks-Baubeamten auf den betreffenden Lagen amtlich bescheinigt ist, daß die angelieferten Schreibmaterialien lediglich zu den des Baues angeschafft und dazu auch vollständig verwendet worden sind.

(Min. Bl. d. i. B. 1849 S. 48. Nr. 73.)

γ) Unterstützungs-Gelder für die bei Ausführung von Staatsbauten vorübergehend beschäftigten Personen in Fällen der Erkrankung oder körperlichen Beschädigung.

E. R. des K. Min. für H., G. u. öff. Arb. (v. d. Heydt) v. 22. Jan. 1850 an sämtliche K. Reg., betr. die Gewährung vorübergehender Unterstützung an die bei Ausführung von Staatsbauten vorübergehend beschäftigten Personen in Fällen unverschuldeter Erkrankung oder körperlicher Beschädigung, desgleichen auch Ausdehnung auf deren Hinterbliebenen nach Umständen der bei den Bauausführungen derselben verunglückten Personen.

Des Königs Majestät haben Allergnädigst zu genehmigen geruht, daß den bei Ausführung von Staatsbauten vorübergehend beschäftigten Personen, namentlich den Arbeitern, Schachtmeistern, Bauaufsehern, Bureau-Arbeitern u. dgl., in Fällen unverschuldeter Erkrankung oder körperlicher Beschädigung, welche sie sich durch ihre Beschäftigung bei den Staatsbauten zuziehen möchten, vorübergehend Unterstützungen aus dem Baufonds gewährt, solche auch nach den Umständen auf die Hinterbliebenen der bei den Bauausführungen oder in Folge derselben verunglückten Personen ausgedehnt werden dürfen.

Indem ich der K. Reg. beglaubte Abschrift des diesfälligen Allerhöchsten Erlasses v. 16. Nov. d. J. (Anl. a.) im Anschlusse zugehen lasse, weise ich Dieselbe bei größeren Bauten sogleich bei Aufstellung der Anschläge auf derartige Ausgaben zu berücksichtigen, und entweder einen nach den Umständen zu bemessenden betriebsmäßigen Betrag dafür auszuwerfen, oder den sonst üblichen Ausgabe-Titel für unvorhergesehene Ausgaben danach angemessen zu erhöhen.

Die Bestimmung über die eintretenden Fälle aus dem Baufonds zu zahlende Unterstützung behalte ich mir auf den desfallsigen Bericht der den Bau leitenden Behörden vor.

Anl. a.

In Folge Ihres gemeinschaftlichen Berichts v. 28. Okt. d. J. will Ich hiermit genehmigen, daß den, bei Ausführung von Staatsbauten vorübergehend beschäftigten Personen, namentlich den Bauarbeitern, Schachtmeistern, Bauaufsehern, Bureau-Arbeitern u. dgl., in Fällen unverschuldeter Erkrankung oder körperlicher Beschädigung, welche sie sich durch ihre Beschäftigung bei den Staatsbauten zuziehen möchten, vorübergehend Unterstützungen aus dem Baufonds gewährt, solche auch nach den Umständen auf die Hinterbliebenen der bei den Bauausführungen oder in Folge derselben verunglückten Personen ausgedehnt werden dürfen.

Berlin, den 16. November 1850.

Friedrich Wilhelm.
von der Heydt. von Hobe.

An

Min. für H., G. und öffentl. A. und den Finanzmin.
(Min. Bl. d. i. B. 1851 S. 99. Nr. 109.).

B. Pflichten. (Zu S. 117. ff.)

1) Verpflichtung der Baubeamten zur Beobachtung der höchsten Wasserstände und zur Sammlung der Notizen darüber. (Zu Seite 126—127.)

1) E. R. des K. Fin. Min. (Flottwell) v. 25. Aug. 1845 an sämtliche K. Reg., mit der Instruktion über die Beobachtung und Zusammenstellung der Wasserstände an den Haupt-Begeln.

Bei Benutzung der von den K. Reg. der Ober-Bau-Deputation zugesandten Wasserstands-Tabellen sind mehrere Uebelstände bemerkbar geworden, welche den bei

quemen Gebrauch beeinträchtigen und größtentheils aus Mangel an zur Vollständigkeit und Sicherheit herrühren, so daß nicht immer genaue Resultate ableiten lassen. Um insbesondere die Aufmerksamkeit der betheiligten Bau auf Erhaltung der Pegel in unverrücktem Stande und auf sorgfältige Beobachtung der Wasserstände zu lenken, hält die Ober-Bau-deputation eine Ergänzung des §. 8. der Instruktion v. 13. Febr. 1810 für wünschenswerth, und hat Ende den Entwurf einer Instruktion über die Beobachtung und Zusammenstellung der Wasserstände in den Pegel-Tabellen zur Genehmigung eingebracht.

Die K. Reg. erhält anliegend ein Exemplar dieser von mir unterm Tage vollzogenen Instruktion (Anl. a.) mit den zugehörigen 3 Schemata; icht und mit dem Auftrage, danach die betreffenden Wasserbaubeamten mit forderlichen Anweisung zu versehen.

Um mit dem Beginn des nächsten Jahres (1846) das Verfahren bei Aufzeichnung der Beobachtungen nach der gegenwärtigen Instruktion gemein einzuführen, wird es erforderlich, schon früher die Höhenlage der Pegel mit ihren Festpunkten zu vergleichen. Wo dieses in den letzten Jahren geschehen ist, oder wo die Festpunkte verschwunden oder in Vergessenheit sind, muß die Vergleichung, event. die Wahl neuer Festpunkte noch im Laufe des Jahres stattfinden. Die K. Reg. wird daher angewiesen, bis zum 1. d. J. Listen sämtlicher Haupt-Pegel, über deren Beobachtung die Ober-Bau-deputation vorschrittmäßig Tabellen erhält, derselben einzusenden, und darin jeder Pegel den Festpunkt und dessen Höhe über den Nullpunkt des Pegels, mit auf die im §. 2. der beigelegten Instruktion enthaltenen näheren Bestimmungen deutlich bezeichnen zu lassen.

Zugleich erhält die K. Reg. einen Auszug des Berichts der Ober-Bau-deputation v. 12. Juli d. J. (Anl. b.), um daraus die Motive zu den Bestimmungen der neuen Instruktion zu entnehmen und dieselben den betreffenden Wasserbau-Beamten gleichfalls mitzutheilen.

Anl. a.

Instruktion über die Beobachtung und Zusammenstellung der Wasserstände in den Haupt-Pegeln, vom 23. August 1845.

§. 1. Alle Haupt-Pegel, an welchen die Wasserstände bisher schon regelmäßig beobachtet sind, behalten unverändert ihre Höhe. Sollte sich ergeben, daß an einzelnen derselben die Wasserspiegel zu Zeiten unter den Nullpunkt herabsinken, so muß das Maasß abwärts zu verlängern, damit auch die Höhen unter Null gelesen werden können.

§. 2. Für Erhaltung der Festpunkte, mit welchen die Pegel verglichen ist, möglichst Sorge zu tragen. Diese Festpunkte müssen so scharf bezeichnet sein, daß ihre Höhe bis auf eine Linie sicher sei. Wo bei einzelnen diese Bezeichnung nicht mehr stattfindet, ist der wahrscheinliche Werth ihrer Höhe zu ermitteln, eine neue Bezeichnung oder ein neuer Festpunkt zu wählen, der aber durch so mögliches Nivellement an den früheren angeschlossen werden muß.

Die Wahl eines neuen Festpunktes ist kurz, aber deutlich und bestimmend zu bezeichnen und die Registratur, nebst Situations- und Nivellements-Bezeichnungen, die K. Reg. der Königl. Ober-Bau-deputation mitzutheilen.

§. 3. Der Bau-Inspektor oder Baumeister des Bezirks vergleicht jedes Jahr wenigstens einmal die Höhenlage jedes Pegels mit dem zugehörigen Festpunkte durch genaues Nivellement; außerdem aber, so oft eine Reparatur oder irgend eine Veranlassung eingetreten ist, durch welche die Stellung des Pegels möglicher Weise verändert sein könnte. Wenn die Höhen-Differenz gegen den Festpunkt von der bei Aufstellung oder Vergleich des Pegels stattgefundenen weniger als einen halben Zoll beträgt, ist der Nullpunkt des Pegels beizubehalten, sonst aber zu berichtigen. Außerdem prüft der Bau-Inspektor auch die Richtigkeit des Maasßes und den lothrechten Stand der Pegelstange. Die in §. 8. erwähnten Jahres-Tabellen werden die Resultate dieser Vergleichungen vermerkt.

Sollte der Festpunkt so weit vom Pegel entfernt liegen, daß die Bestimmung der Horizontalen ein ausgedehntes Nivellement erforderte, der Festpunkt als einen näher liegenden sich nicht ersetzen lassen, so genügt die Vergleichung des Pegels mit einem weniger sichern Punkt in der Nähe, wie etwa mit einem Felsen, einem großen, festliegenden Geschiebe oder einem fest eingerammten Pfahl. Bei allen Differenzen, die sich hierbei ergeben möchten, und sonst alle Fälle,

Die Vergleichung mit dem Haupt-Festpunkte vorgenommen werden. Jenes Versehen kann eintreten, wenn letzterer über 100 Ruthen vom Pegel entfernt ist.

Pegel, die entweder geneigt oder in mehreren Absätzen lothrecht aufgestellt sind, sind besonders sorgfältig geprüft werden; erstere durch Projektirung ihrer Endpunkte auf eine Vertikale, letztere durch nivellitische Verbindung der korrespondirenden Punkte in den einzelnen Absätzen.

§. 4. Die Wasserstände werden an jedem Tage zu Mittag zwischen 11 und 12 Uhr beobachtet. Sollte der Wasserstand sich schnell ändern, wie etwa bei Eismengen oder Gewitterregen, so ist das Maximum oder Minimum des Wasserstandes, wenn es nicht in der bestimmten Beobachtungszeit eintritt, in der letzten Spalte der Tabelle unter Angabe der Stunde und Tageszeit besonders zu vermerken. Die zuständigen Regierungs-Bauräthe, Bau-Inspektoren und Baumeister müssen es sich angelegen sein lassen, diese Angaben auf ihren Dienststreifen zu kontroliren und durch die laufende Monats-Tabelle sich davon überzeugen, daß die Eintragungen richtig und regelmäßig erfolgt sind.

§. 5. Der Eisgang und Eisstand muß sorgfältig und so vollständig notirt werden, daß aus der Tabelle zu ersehen, nicht nur wie lange das Gewässer neben dem Beobachtungsorte mit Eis bedeckt gewesen, sondern auch, wie dasselbe bis zu nächst, oberhalb und unterhalb belegenen Pegeln sich verhalten habe, also auch Eisstopfungen und Deichbrüche innerhalb dieser Strecken unter Angabe des Tages, wie solche eingetreten sind.

§. 6. Anhaltender oder sehr starker Regen, oder Schneefall, eben so auch heftige Winde mit Angabe ihrer Richtung, sind gleichfalls in die Tabelle aufzunehmen. In den Tabellen für Seehäfen ist die Richtung und Stärke des Windes fortgesetzt zu geben, letztere unter den Bezeichnungen: Windstille, mäßiger Wind, starker Wind, Sturm und Orkan. Ferner ist in den Seehäfen, bei welchen Rückstau aus der See nach Binnenbassins stattfindet, die Richtung des Stroms durch die Worte: auslaufend und einlaufend zu bezeichnen. Endlich aber ist in den Seehäfen, in denen die Tiefe des Fahrwassers bedeutenden Veränderungen unterworfen ist, nach wirklicher Messung die Tiefe und Richtung dieses Fahrwassers in der Tabelle zu führen.

§. 7. Jede Monatstabelle ist auf einen halben Bogen zu schreiben, oben der Name des Gewässers, der Beobachtungsort, die Jahreszahl und der Monat zu bezeichnen. Der linke Rand bleibt wenigstens auf $\frac{1}{2}$ Zoll Breite frei, um bei Festen Blattes umgelegt zu werden. Neben demselben stehen die Zahlen der Monate, die Wochentage werden nicht angegeben. Die nächste Kolonne enthält die Wasserstände nach der Beobachtung am Mittage jedes Tages. In den folgenden Kolonnen ist die Nachricht über Richtung und Stärke des Windes, über Regen oder Schnee, über Temperatur und dergleichen aufzunehmen.

Als Norm für die Monats-Tabelle der Wasserstände an Flüssen dient das Schema Nr. I., an Seehäfen Nr. II. Diese Tabellen werden von derjenigen Behörde unterschrieben, welche die Beobachtungen anzustellen hat.

§. 8. In jeder Monats-Tabelle werden die in der Hauptspalte enthaltenen Wasserstände summiert und daraus der mittlere Wasserstand des ganzen Monats berechnet; die Zahlen, welche die höchsten und niedrigsten Wasserstände bezeichnen, scharf zu schreiben.

Am Schlusse eines jeden Jahres stellt der Bau-Inspektor oder Baumeister nach dem Schema Nr. III. die oben erwähnten monatlichen Summen zusammen, berechnet daraus den mittlern Wasserstand des ganzen Jahres und bezeichnet den höchsten und niedrigsten Wasserstand. Unter dieser Tabelle bemerkt derselbe, daß er die Beobachtungen wiederholentlich kontrolirt, den Pegel untersucht, mit dem Festpunkte verglichen, und welches Resultat er gefunden hat, eventuell auch was bei größeren Veränderungen in der Höhenlage des Pegels veranlaßt worden ist.

§. 9. Der Baubeamte behält von den Monats-Tabellen ein Exemplar in seiner Registratur und sendet ein zweites der vorgesetzten R. Reg., welche dasselbe im Laufe jedes folgenden Monats der Königl. Ober-Baudeputation mittheilt, selbst eine vidimirte Abschrift zurückbehält. Am Ende des Jahres sind die Wasserstände nach dem Schema in bisheriger Art einzutragen. Ein Exemplar derselben wird, nebst der Berechnung des mittleren Wasserstandes nach dem Schema III., von der R. Reg. der Ober-Baudeputation übersendet. Berlin, den 23. August 1845.

Der Finanzminister. Flottwell.

Schema Nr. I.

Wasserstände der Rogat, beobachtet am Pegel zu N. N. Februar 18

	Mittags.	
1.	3' 5"	Das Eis setzt sich oberhalb des Dorfes N. N.
2.	3' 4"	
3.	3' 2"	
4.	3' 10"	
5.	4' 7"	
6.	6' 3"	
7.	8' 5"	
8.	11' 7"	
9.	9' 6"	Abends um 7 Uhr steht das Wasser auf 12' 4". Starker Eisgang. Heftiger Regen mit Sturm aus S. W. Anhaltender Regen. desgl.
10.	8' 3"	
11.	7' 4"	
12.	7' 11"	
13.	8' 2"	
14.	8' 3"	
15.	8' 7"	
16.	9' 0"	
17.	9' 7"	
18.	9' 8"	
19.	9' 3"	
20.	7' 11"	
21.	7' 8"	
22.	7' 4"	
23.	6' 11"	
24.	6' 3"	
25.	5' 2"	
26.	5' 6"	
27.	6' 1"	
28.	6' 2"	
Summa 199' 1"		
Mittel 7' 1" 3"		

Schema Nr. II.

Wasserstände der Döfse, beobachtet am Pegel zu Billau. Februar 1

	Mittags.	Richtung des Stromes.	Richtung des Windes.	Stärke	
1.	6' 3"	aus	D.	stark.	Das Gaff, das Tief und Se mit starkem Eise bedeckt.
2.	6' 2"	"	D.	"	
3.	6' 2"	"	S. D.	"	
4.	6' 3"	"	S. D.	mäßig.	Das Seegat wird vom Eise fr
5.	6' 4"	"	S. S. D.	"	
6.	7' 0"	ein	S. W.	stark.	
7.	7' 4"	"	S. W.	mäßig.	Die Tiefe des Seegats 12' 3
8.	8' 0"	"	W. S. W.	stark.	
9.	8' 7"	"	W. S. W.	"	Das Tief und der vordere I
10.	9' 1"	"	W.	Sturm.	
11.	8' 8"	still	W.	stark.	Das Wasser bis 9' 8".
Latus 79' 10"					

Fortsetzung von Schema II.

Mittags.	Richtung des Stromes.	Richtung des Windes.	Stärke	
r. 79' 10"				
8' 6"	aus	S.W.	mäßig.	
8' 4"	"	S.W.	"	
8' 3"	"	S.W.	"	
8' 2"	"	S.W.	"	Das Eis aus dem Elbinger Haff treibt in See.
8' 2"	"	S.W.	"	Fortdauernd schwacher Eisgang.
8' 1"	"	S.W.	"	desgl. desgl.
8' 2"	"	S.W.	"	Tiefe des Seegats 13' 3".
8' 2"	"	W.	"	Das Elbinger Haff ist vom Eise frei.
8' 4"	ein	W.	stark.	
8' 0"	aus	S.W.	mäßig.	Hestiger Regen.
7' 8"	"	W.	stark.	Schwacher Eisgang aus dem Königsberger Haff.
7' 6"	"	S.	mäßig.	
7' 4"	"	S.	"	
7' 5"	ein	S.W.	"	Das Königsberger Haff ist vom Eise frei.
7' 4"	aus	W.	"	
7' 3"	"	W.	"	
7' 4"	"	W.	"	
213' 10"				
7' 7" 7"				

Schema Nr. III.

Sammenstellung der Wasserstände des Pegels am Pegel zu N. N. für das Jahr 1803.

	Summen.
Januar	261' 1"
Februar	224' 3"
März	227' 7"
April	214' 2"
Mai	217' 10"
Juni	216' 4"
Juli	245' 3"
August	236' 3"
September	234' 10"
Oktober	257' 6"
November	229' 5"
December	279' 9"
Summa	2829' 1"

Der mittlere Wasserstand des Jahres 7' 9"

Der höchste Wasserstand den 21. December 10' 5"

Der niedrigste Wasserstand den 13. April 6' 9"

Ich versichere hiermit, daß ich während dieses Jahres die Beobachtungen wie-ntlich kontrolirt und immer richtig befunden, so wie auch, daß ich am 11. d. J. den Pegel untersucht und dabei den Maasstab richtig eingetheilt und aufgestellt und die Höhenlage des Nullpunktes 14' 3" 1" unter dem an-geordneten Festpunkte an der Plinthe des Thurmes der Neuen Kirche gefunden N. N., den 31. December 1803.

Der Bau-Inspcctor N. N.

Anl. b.

Auszug aus dem Berichte der Königl. Ober-Baubeputation, die Motive zu den Bestimmungen der vorstehenden Instruktion über die Beobachtung und Zusammenstellung der Wasserstände an den Haupt-Regeln enthaltend, vom 12. Juli 1845

Zu dem Entwurfe der Instruktion bemerken wir Folgendes:

ad §. 1. Nach §. 1. der Instruktion v. 13. Februar 1810. sollen zwar die Pegel so gesetzt werden, daß der Nullpunkt etwa 2 Fuß unter dem bekannten niedrigsten Wasserstande liege, damit dieser nie unter dem Nullpunkte vertirkt werden dürfe. Es giebt jedoch mehrere Pegel, deren Nullpunkte höher liegen, entweder weil sie aus früherer Zeit herrühren, oder weil bei Aufstellung derselben der niedrigste Wasserstand nicht sicher genug ermittelt werden konnte, oder weil Veränderungen im Strome auf Senkung des Wasserspiegels gewirkt haben. Bei dergleichen Pegeln finden wir in den Tabellen öfters die Bemerkung: „unter Null“, ohne nähere Angabe des Maaßes in Füßen und Zöllen. Durch Senkung des Nullpunktes würde zwar dieser Uebelstand zu heben sein; aber, wenn auch zeitraubende Umschreibung aller früheren Tabellen zu umgehen sein sollte, doch zu Irrungen und Mißverständnissen bei dem betheiligten, an das alte Maaß gewöhnten Publicum Veranlassung gegeben werden. Verlängerung des in Füße und Zölle eingetheilten Pegels und Bezeichnung des Wasserstandsmaasses von 0 aus abwärts, durch die Worte: „unter Null“ erscheint daher als das einfachste Auskunftsmittel.

ad §. 2. Die Erhaltung des festen Punktes, nach welchem der Pegel steht, muß als höchst wichtig angesehen werden, um nach Abnahme des ungeschädigten oder beschädigten Pegels denselben ausgebessert oder einen neuen wieder anbringen zu können. Es sind Fälle vorgekommen, in welchen wegen mangelhafter gehöriger Aufmerksamkeit vor längerer Zeit die früheren Festpunkte verloren waren und die Stellung des Pegels verändert worden ist, ohne daß jezt Zeit und Maaß der Veränderung sich ermitteln lassen.

ad §. 3. Eine öfter zu wiederholende Vergleichung des Standes der Pegel zu den Festpunkten ist nothwendig, damit anfänglich unmerkliche Abweichungen nicht nach und nach einen sehr bedeutenden Unterschied erzeugen. Wie oft eine Revision stattfinden müsse, wird nach Umständen zu beurtheilen, in keinem Falle aber die Periode zu lang zu bestimmen sein. Es können ohne Verwissen des Beamten Veränderungen vorgenommen werden; um so mehr muß dieser von der richtigen Lage des Nullpunktes, der lothrechten Stellung des Pegels und der richtigen Theilung des Maaßes von Zeit zu Zeit sich gehörige Ueberzeugung verschaffen. Wenn die Vertheilung es unthunlich macht, lothrechte Pegel in der ganzen erstvertheilten Höhe, gegen Beschädigung durch Eisgang und Schiffsahrt geschützt, aufzustellen, werden die entweder geneigt (auf einer Deich-Böschung, einer eingezogenen Schälung etc.) angebrachten oder die in Absätzen lothrecht aufgestellten Pegel besonders sorgfältig zu prüfen sein, erstere durch Projektion der Endpunkte auf eine Vertikale, letztere durch nivellirische Verbindung der korrespondierenden Höhepunkte in den einzelnen Absätzen. Welche der beiden letztgedachten Pegelanordnungen den Vorzug verdiene, bleibt von den Umständen abhängig.

ad §. 4. In §. 4. der älteren Instruktion ist die Tageszeit der Beobachtung nicht bestimmt angegeben, bis jezt nicht überall dieselbe gewesen, und Bestimmung darüber wohl nöthig. Wenn die aufgezeichneten Beobachtungen zuverlässig sollen, wird eine Kontrolle derselben eintreten müssen, so oft Gelegenheit dazu darbietet.

ad §. 5. Die Notizen über Eisgang und Eisstand sind oft sehr unregelmäßig eingetragen. Wir sehen deshalb nähere Bestimmung nicht für überflüssig an.

ad §. 6. Eben so werden auch die Notizen über Regengüsse, Richtung und Stärke des Windes und bei Seehäfen mit dahinter liegenden Baffins das Ein- und Auslaufen des Stromes nicht überall gehörig angeführt. Größere Aufmerksamkeit darauf ist zu empfehlen.

ad §. 7. Gleiche Form der Tabellen ist für die leichte Uebersicht von Wichtigkeit. Die jezt gebräuchlichen sind besonders darin unbequem, daß vor der Tabelle für den Tag der Beobachtung der nöthige Rand zum Einheften fehlt und auch die Ziffern verdeckt sind. Deshalb haben wir die einfacheren Schemata I. und II. für das Eintragen der Beobachtungen an Strom- und Seehäfen-Pegeln dem Entwurfe der Instruktion beigelegt.

ad §. 8. Die Berechnung der mittleren Wasserstände für jeden Monat und für das ganze Jahr nach den Schematen I., II. und III. wird den Baubeamten

en und ihnen Veranlassung geben, eine genauere Kenntniß der Wasserstände in immanen Zahlenverhältnissen sich zu verschaffen.

ad §. 9. Die Einsendung der Tabellen von Seiten der Königl. Regierungen nicht durchgängig in denselben Zeit-Abschnitten, zum Theil monatlich (nach der Instruction §. 5.), zum Theil vierteljährlich, meistens aber erst nach dem Laufe des Jahres erfolgt. Die zeitige Kenntniß eingetretener hoher oder niedriger Wasserstände ist uns oft wichtig, und wir müssen wünschen, die Tabellen wenigstens einigen Haupt-Regeln jedes Stromes, so wie von den Seehäfen nach dem Laufe jedes Monats zu erhalten. Die jährlichen Skalen dienen zu bequemer Ansicht und würden daher auch künftig einzusenden sein, dagegen die früher vorgelegenen zehnjährigen Skalen ganz wegfallen können, da die einjährigen für einen längeren Zeitraum leicht zusammenzustellen sind.

Berlin, den 12. Juli 1845.

Königl. Ober-Bau-deputation.

an des R. Geh. Staats- und Finanzministers, Ritters u. Herrn Flottwell Excellenz. (Min. Bl. d. i. B. 1845 S. 265. Nr. 287.)

2) U. R. des R. Min. für G., G. u. öff. Arb., Abth. III. (Meßlin) 14. April 1850 an sämtliche R. Reg., sowie an die R. Ministerial-Kommission. Einsendung der Wasserstandstabellen.

Seitdem die Verordnung über die obere Verwaltung des Bauwesens v. Dec. 1849 ¹⁾ mit dem 1. März d. J. zur Ausführung gekommen ist, sind die Wasserstandstabellen häufig noch unter der Adresse der ehemaligen Ober-Bau-deputation oder auch der technischen Bau-deputation eingegangen. Die R. Reg. wird deshalb darauf aufmerksam gemacht, daß diese Tabellen an das unterzeichnete einzusenden sind.

(Min. Bl. d. i. B. 1850 S. 110. Nr. 149.)

Vorschriften in Betreff unentgeltlicher Besorgung amtlicher Funktionen Seitens der Baubeamten. (Zu S. 130. bis 134.)

U. R. des R. Min. für G., G. u. öff. Arb. (v. d. Seydt) v. 24. Mai 1851 an die R. Reg. zu N. N., und abschriftlich an sämtliche R. Reg. Pflichtung der Baubeamten zur unentgeltlichen polizeilichen Revision Dampfkessel und Dampfkessel-Anlagen.

Der R. Reg. erwiedere ich auf den Bericht v. 12. März d. J., daß die darin führten Gründe mich nicht bestimmen können, in Beziehung auf die polizeiliche Revision der Dampfkessel und Dampfkessel-Anlagen von dem allgemeinen Grundsatz abzuweichen, wonach die Baubeamten die ihnen im öffentlichen polizeilichen Interesse ertheilten Aufträge ohne besondere Vergeltung für das ihnen vom Staate ihrte Gehalt und die sonstigen Emolumente auszurichten haben, wenn es sich auch um Anlagen von Privatpersonen handelt. Es muß daher bei der frühesten Entscheidung dahin sein Bewenden behalten, daß den Baubeamten auch für solchen Aufträge keine Gebühren bewilligt werden dürfen.

Daß von anderen Behörden nach anderen Grundsätzen verfahren würde, ist hier bekannt und kaum anzunehmen, da der allgemeine Grundsatz sämtlichen Regierungen wiederholt in Erinnerung gebracht ist und der §. 2. des Regulativs über Anlage von Dampfkesseln v. 6. Sept. 1848 die Revision der Dampfkessel-Anlagen im allgemeinen polizeilichen Interesse ausdrücklich vorschreibt. In Folge ist aus jener Anzeige Veranlassung genommen, sämtlichen Königl. Regierungen Abschrift dieser Verfügung mitzutheilen, um sich danach gleichmäßig zu richten.

(Min. Bl. d. i. B. 1851 S. 119. Nr. 136.)

Uebnahme von Neben-Ämtern und Neben-Geschäften. (Zu S. 134–135.)

Ueber die Theilnahme der Baubeamten an der Ausführung koncessionirter Eisenbahnen sind ergangen:

1) Vergl. oben S. 44. ff.

1) G. R. des R. Fin. Min. (Beuth) v. 25. Sept. 1844 an sam. R. Reg.

Hinsichtlich der Theilnahme etatsmäßiger Baubeamten an der Ausführung concessionirter Eisenbahnen sind Allerhöchsten Ortes nachfolgende Grundsätze geworden:

- 1) Den Baubeamten wird, während dieselben im Staatsdienste sich befinden, die Uebernahme einzelner Geschäfte nur ausnahmsweise, und zwar nur stets während eines Zeitraums von einigen Wochen, und auch dies nur unter meiner speciellen Genehmigung, gestattet.
- 2) Statsmäßig angestellte Baubeamte, welche eine dauernde Beschäftigung einer concessionirten Eisenbahn übernehmen wollen, erhalten die Erlaubnis zum einstweiligen Ausscheiden aus dem Staatsdienste auf einen höchstens 6 Jahre dauernden Zeitraum. Deren Stellen werden zwar besetzt, dabei wird aber zugleich nachgelassen,
- 3) daß wenn dergleichen Baubeamte vor Ablauf der bestimmten Zeit Wiedereintritt in den Staatsdienst melden, dafür gesorgt werde, wenn sonst gegen ihre moralische Führung oder gegen ihre Fortbauertätigkeit für die wiedereinzunehmende Stelle keine erhebliche Bedenken treten sind, ihrem früheren Range und Einkommen gemäß wieder an, sobald sich dazu eine schickliche Gelegenheit darbietet. Die Zwischenzeit jedoch in keiner Beziehung als Staatsdienst angerechnet.
- 4) Wenn die Anmeldung zum Wiedereintritt in den Staatsdienst oder Pensionirung nicht während der Zeit erfolgt, für welche dem Beamten der Staatsdienst zu verlassen nachgegeben ist, so wird ein Anspruch auf Anstellung oder Pensionirung nicht anerkannt.
- 5) In allen Fällen aber darf es sich bei den Beamten nicht um ein bloßes Wieder-Eintritt in den öffentlichen Dienst zustehendes förmlich handeln, sondern die vorgesetzte Behörde hat je nach der Eigenthümlichkeit der einzelnen Veranlassung zu ermessen, wie weit innerhalb der obigen Bestimmungen mit derartigen Zugeständnissen zu gehen, oder auch, ob dieselben in Rücksicht der Umstände, gänzlich zu versagen seien.

Die R. Reg. hat den Baubeamten Ihres Bezirks von diesen Bestimmungen (ohne öffentliche Bekanntmachung) mit dem Größten Kenntniß zu geben, die Projektionsarbeiten für Eisenbahnen, welche bei ihrer großen Ausdehnung anders als mit Hintansetzung der amtlichen Geschäfte von denselben gefertigt werden können, von ihnen nicht ohne dießseitige Genehmigung übernommen werden und daß das G. R. v. 15. Sept. 1825 ¹⁾ auf dergleichen Arbeiten keine Anwendung finde.

(Act. gen. des Fin. Min., IV. 13., 497.)

2) G. R. desselben Min. v. 30. März 1845.

Es hat sich mit dem Interesse des R. Dienstes als unvereinbar ergeben, daß Baubeamten behufs der Beschäftigung beim Eisenbahnbau das einstweilige Ausscheiden aus dem Staatsdienste mit Vorbehalt des Wiedereintritts ferner gestattet, wie dies nach Inhalt des G. R. v. 25. Sept. v. J. zur Beförderung des Eisenbahnbaues beim Beginn desselben Allerhöchsten Ortes nachgegeben worden. Se. Maj. der König haben daher bestimmt, daß in Zukunft den im Statsmäßig angestellten Baubeamten eine dauernde Beschäftigung bei Eisenbahnbau nur dann, wann sie ohne Aussicht auf Wiederanstellung aus dem Staatsdienste ausscheiden wollen, gestattet werde.

Die R. Reg. hat hiervon den Baubeamten Ihres Bezirks (ohne öffentliche Bekanntmachung) Nachricht zu geben.

(Act. gen. des Fin. Min., IV. 3862.)

3) G. R. desselben Min. v. 31. März 1845.

Die bedeutenden pekuniären Vortheile, welche die Beschäftigung bei den gegenwärtig in großer Ausdehnung Statt findenden Eisenbahnbauten den Baubeamten gewährt, haben dazu Veranlassung gegeben, daß dieselben sich vorzugsweise dieser Beschäftigung zuwenden, und daß es sowohl für die Bau-Ausführung des Staates, als auch für die Anstellungen vielfach an tüchtigen und bewährten

1) Vergl. das G. R. v. 15. Sept. 1825 in der Baupolizei, S. 134, 1

kondukteuren mangelt. Da Diejenigen, welche eine solche mit größerer Einnahme verbundene Beschäftigung vorziehen, eine Gleichstellung mit Denen, welche den Bedürfnissen des Staats genügen, nicht in Anspruch nehmen dürfen, so haben des Königs Majestät zu bestimmen geruht, daß den Bau-Kondukteuren nur eine dreijährige Beschäftigung bei Eisenbahnbauten bei ihrer künftigen Anstellung im Staatsdienste bei ihrer Pensionirung in Anrechnung gebracht werde.

Die K. K. hat den in Ihrem Bezirk beschäftigten Bau-Kondukteuren (ohne öffentliche Bekanntmachung) hiervon Nachricht zu geben.

(Act. gen. des Fin. Min., IV. 3862.)

Zweiter Titel.

Besondere Vorschriften bezüglich der einzelnen Gattungen der Bau- und Wegebeamten. (Zu S. 139. ff.)

Erste Unter-Abtheilung.

Die Feldmesser. (Kondukteure.) (Zu S. 139—173.)

I. Eintritt in den Staatsdienst.

In Betreff des Erfordernisses der christlichen Religion ist darauf hinzuweisen, daß die Verf. Urk. v. 31. Jan. 1850 im Art. 4. bestimmt:

Die öffentlichen Aemter sind, unter Einhaltung der von den Gesetzen festgesetzten Bedingungen, für alle dazu Befähigten gleich zugänglich.

b) Nachweis der besonderen Befähigung durch wissenschaftliche Prüfung.

Bergl. die R. v. 18. Jan. 1847 und 5. Juli 1849. (S. oben S. 16 u. 17.)

c) Vereidigung.

Das Regl. v. 8. Sept. 1831 (s. Baupolizei, S. 99.) bestimmt im §. 6., daß die Vereidigung der Feldmesser von den Regierungen nur nach Ableistung der einjährigen Militairpflicht, oder nach erwiesener Untüchtigkeit zum Militairdienste, verfügt werden kann.

Mit Bezug hierauf sind nachstehende, abändernde Bestimmungen erlassen:

d) G. R. des K. Min. d. F. (Flottwell) v. 2. Mai 1846 an sämtliche K. Reg.

Die Bestimmung des §. 6. der Vorschriften für die Prüfung der Feldmesser Baubeamten v. 8. Sept. 1831, wonach die Vereidigung der Feldmesser nur nach Ableistung der einjährigen Militairpflicht, oder nach erwiesener Untüchtigkeit zum Militairdienste, erfolgen kann, hat verschiedentlich zu Mißverhältnissen Anlaß gegeben. Es wird daher der gedachte §. 6. hierdurch dahin abgeändert, daß die Vereidigung der Feldmesser künftig auch vor Ableistung der Militairpflicht stattfinden kann, sofern die zu vereidenden Feldmesser sich rechtzeitig zum einjährigen Militairdienste gemeldet haben und mit den vorgeschriebenen Qualifikations-Attesten der Departements-Prüfungs-Kommission versehen sind.

(Min. Bl. d. i. B. 1846 S. 77. Nr. 114.)

e) R. des K. Min. d. F. (v. Duesberg) v. 3. Sept. 1846 an die K. Reg. zu Düsseldorf.

Auf den Bericht v. 5. v. M. gereicht der K. Reg. zum Bescheide, daß es nicht zulässig erscheint, die nach der Verf. v. 2. Mai c. (Min. Bl. S. 77. Nr. 114.) ertheilte Begünstigung, daß die Vereidigung der Feldmesser künftig auch vor Ableistung der Militairpflicht stattfinden kann, sofern die zu vereidenden Feldmesser sich rechtzeitig zum einjährigen Militairdienste gemeldet haben und mit dem vorgeschriebenen Qualifikations-Atteste der Departements-Prüfungs-Kommission versehen sind, auch auf solche Individuen auszudehnen, welche sich nicht zum

einjährigen, sondern nur im Allgemeinen zum Militärdienste bei der Kommission gemeldet haben.

(Min. Bl. d. i. B. 1846 S. 235. Nr. 328.)

II. Rechtliche Verhältnisse des Feldmessers während Staatsdienstes.

a) Amtseinkünfte. (Zu S. 144—148.)

R. des R. Min. für landwirthsch. Ang. (Bode) v. 8. Dec. 18 die R. Reg. zu N., betr. die Prüfung und Begutachtung der Beschw. der Feldmesser über die Festsetzung ihrer Kostenliquidationen durch die Vermessungs-Revisoren.

Das unterzeichnete Min. ist zwar, wie der R. Reg. auf Ihren Bericht 30. Okt. d. J. eröffnet wird, damit einverstanden, daß die Prüfung und Begutachtung von Beschwerden der Feldmesser über die Festsetzung ihrer Kostenliquidationen nicht als eine Spezialarbeit des betreffenden Vermessungs-Revisors anzusehen. Der gegenwärtige Bericht der R. Reg. hat jedoch zu einer nochmaligen Erörterung der Frage geführt, ob die den Vermessungs-Revisoren für derartige Arbeiten zu zahlenden Gebühren von dem Beschwerdeführer einzufordern seien oder nicht, wofür das Ministerium hat hierbei beschlossen, eine Modifikation des R. v. 2. Rev. d. d. Art eintreten zu lassen, daß diese Gebühren in dem Falle von dem Beschwerdeführer zu tragen sind, wenn dessen Beschwerde unbegründet gefunden wird, andernfalls die Gebühren des Vermessungs-Revisors von der Kasse zu bezahlen sind.

Hiernach hat die R. Reg. künftig zu verfahren.

(Min. Bl. d. i. B. 1849 S. 276. Nr. 397.)

b) Anspruch auf Beförderung zu Vermessungs-Revisor und Qualifikation als solche. (Zu S. 148—152.)

E. R. der R. Min. des J. (v. Bodelschwing) u. d. F. (Flottmeier) 18. Aug. 1848, an sämtl. R. General-Kommissionen und Reg., betr. Ernennung und Anstellung von Vermessungs-Revisoren.

Durch das E. R. v. 10. April 1834¹⁾ sind die General-Kommissionen verpflichtet, bei der Ernennung von Vermessungs-Revisoren mit den Regierungen zu konkurriren, daß die Bestellungen, insofern ein von der General-Kommission hauptsächlich beschäftigter Geometer ernannt wird, gemeinschaftlich zu vollziehen auch haben bisher einige Auseinandersetzungsbehörden von dieser Befugniß Gebrauch gemacht. Da indessen der §. 67. des Feldmesser-Reglements v. 29. April 1834 die Ernennung der Revisoren den Regierungen zuweist, und alle sonstigen Ernennungen und Beförderungen der im Staatsdienste beschäftigten Geometer durch die eig. Administrations-Behörde allein erfolgen, so erscheint es angemessen, daß die Ernennung der Vermessungs-Revisoren und die Ausfertigung ihrer Befehle ausschließlich von den Regierungen ausgeht; um so mehr, als ohnehin bisher ungleichmäßige Praxis stattgefunden und nicht alle Auseinandersetzungsbehörden Revisoren ernannt haben.

Das E. R. v. 10. April 1834 wird demnach aufgehoben, und haben die Auseinandersetzungsbehörden wegen der Anstellung von Revisoren durch die Regierungen fernerhin mit diesen nach Anleitung der gegenwärtigen Verfügung in Verbindung zu setzen.

Die Regierungen werden Ihrerseits angewiesen, bei beabsichtigten Ernennungen wegen der Auswahl der fähigsten Individuen und Beurtheilung des Bedürfnisses bei der Anstellung von Revisoren sich mit den Auseinandersetzungsbehörden zu verständigen.

(Min. Bl. d. i. B. 1846 S. 143. Nr. 227.)

Zweite Unter-Abtheilung.

Die Staats-, Bau- und Wege-Beamten. (Zu S. 173 ff.)

I. Chaussée-Aufseher und Wegewärter.

A. Anstellung und Dienstverrichtungen. (Zu S. 174—

1) Vergl. das R. v. 10. April 1834 in der Sammelzeit, S. 149. ad 4

Publik. der K. Reg. zu Breslau, v. 10. Sept. 1849, betr. die Ges. um Anstellungen als Chauffee-Aufseher.

Die vielen bei uns eingehenden Gesuche um Anstellung als Chauffee-Aufseher. Dienste, welche wegen mangelnder Begründung zurückgewiesen werden müssen, veranlassen uns, folgende Bestimmungen zur Nachachtung in Erinnerung zu rufen.

Nach §. 2. des Allerhöchst bestätigten Regulativs v. 27. Aug. 1836 1) sollen kriegsbererechtigte Militär-Invaliden nur bis zum vollendeten 45sten Lebensjahre, nach vorheriger ärztlicher Untersuchung und Bescheinigung, daß Gesundheitszustand so beschaffen sei, daß sie in jeder Jahreszeit die täglichen Arbeiten eines Wegewärters verrichten können, und nachdem sie durch einjährigen Dienst ihre Qualifikation, auch ihre moralisch gute Führung nachgewiesen haben, als Wegewärter (Aufseher) und zwar nur auf dreimonatliche Kündigung anstellt werden können.

Diejenigen, welche eine solche Anstellung nachsuchen, haben daher

- 1) den Civil-Versorgungsschein,
- 2) ihren Geburtschein und
- 3) das vorgeschriebene ärztliche Attest beizubringen.

Wenn diese Atteste genügend befunden worden, werden sie der K. Wegebau-Inspektion zur Prüfung zugewiesen, und nachdem sie in dieser die nöthige Fertigkeit im Lesen, Schreiben und Rechnen dargethan haben, in die Exspektantenliste aufgenommen.

Die Exspektanten werden demnächst wohl thun, bald möglichst, gegen das übliche Tagelohn, als Hilfsarbeiter auf einer ihnen zuzuweisenden Chauffeestrecke einzutreten, indem sie sich dadurch, vorbehaltlich der vorstehenden Bedingungen ihrer Leistungsfähigkeit, Anspruch auf vorzugsweise Berücksichtigung erwerben.

[Min. Bl. d. i. B. 1849 S. 202. No. 289.)

B. Lohn und Emolumente.

Ueber die Bildung und Verwendung des Gratifikationsfonds aus Revenüen der Grasnutzung und der Weidenpflanzungen in den Heidegräben und auf den Böschungen (S. 182—185.) sind ferner erinnert:

1) G. R. des K. Min. d. F. (Flottwell) v. 9. Mai 1845 an sämtliche K. Reg. Verpachtung der Grasnutzung in den Gräben und auf den Böschungen der Chauffeen.

Auf den Bericht der K. Reg. v. 13. v. M. wird unter den angezeigten Umständen die Verpachtung der Grasnutzung in den Gräben und auf den Böschungen. N. schen Chauffee auf 3 bis 6 hintereinander folgende Jahre hiermit genehmigt, wenn bei der alternativen Ausbietung resp. auf ein Jahr oder auf einen längeren Zeitraum für den letzteren verhältnißmäßig ein höheres Gebot gemacht worden ist.

Jedenfalls ist aber in den Kontrakten die Klausel aufzunehmen, daß wenn sich der Grundsatz der Verpachtung der Grasnutzung in den Gräbern und auf den Böschungen der Chauffee im dortigen Regierungsbezirke überhaupt aufgegeben, die Chauffee verlegt werden sollte, der Vertrag nur als von Jahr zu Jahr geschlossen, zu betrachten sei, der Pächter also keinen Anspruch auf Entschädigung oder aufgerufenen Theil der vertragsmäßig verabredeten Pachtzeit habe.

[Min. Bl. d. i. B. 1845 S. 148. No. 172.)

2) G. R. der K. Min. d. F. (v. Bonin) u. für G., Gew. u. öffentl. (Oesterreich) v. 30. Sept. 1848 an sämtliche K. Reg. Erhebung der Verrechnung des Ertrages aus der Grasnutzung auf den Böschungen und in den Gräben der Staats-Chauffeen, sowie des Erlöses aus den Weidenpflanzungen.

Der bisher bei der General-Staatskasse außeretatmäßig vereinnahmte, zu einem Gratifikations- und Unterstützungsfonds für Chauffee-Aufseher und Arbeiter bestimmte Betrag, aus der Verpachtung des Grases auf den Böschungen und in den Gräben

Bergl. das Regul. v. 27. Aug. 1836 in der Bau-Polizei, S. 177. (Note).

der Staats-Chauffeen, sowie der Erlös aus den Weidenpflanzungen, soll ften Jahre ab etatsmäßig gemacht und die Einziehung der vorbezeichneten seitens der Provinzial-Steuerbehörde bewirkt werden.

Die K. Reg. hat die deshalb erforderlichen Mittheilungen baldigst an Provinzial-Steuerbehörde gelangen zu lassen, welche die betreffenden Erträge 1849 ab bewirken und durch die Abschlüsse der indirekten Steuern nachweisen wird.

(Min. Bl. d. i. R. 1848 S. 350. No. 424.)

3) G. R. des K. Min. d. R. (v. Bonin) v. 30. Sept. 1848 an sämtliche K. Provinzial-Steuerdirektoren, resp. Reg. Desselben Inhalts

Erw. Hochw. erhalten hierbei zur Nachachtung Abschrift einer wegen Erhebung und Verrechnung des Ertrages aus der Verpachtung des Grasböschungen und in den Gräben der Staats-Chauffeen, sowie des Erlöses Weidenpflanzungen, heute an die K. Reg. erlassenen Verfügung. In Einklang mit derselben sind die bezeichneten Einnahmen von 1849 als Haupt-Zoll und Haupt-Steuerämter zu erheben, mithin auch in deren Abschlüssen und Jahresrechnungen nachzuweisen.

Die Verrechnung dieser Nutzungen soll nicht unter den Erträgen der und sonstigen Kommunikationsanlagen, sondern als eine bei der Generalwieder auszufordernde Einnahme für andere Fonds erfolgen. In den Abschlüssen wird der Ansatz daher in Spalte 42. zu bewirken sein. Söfterer neben diesen Nutzungen noch andere Einnahmen (Braumalzsteuer, außerordentliche Hafengelder, nachgehobene Rheinzölle) in Ansatz zu stellen die als berichtigtes Soll aufzuführende Summe der Spalte 42. nach ihr theilen durch einen Vermerk zu erläutern.

(Min. Bl. d. i. R. 1848 S. 351. No. 425.)

4) R. des K. Gen.-Steuer-Dir. (Rühne) v. 22. Nov. 1848 Provinzial-Steuerdirektor zu Münster, betr. die Einziehung des Ertrages der Grasnutzung und den Weidenpflanzungen an den Chauffeen.

Auf Erw. Hochw. Anfrage v. 29. v. M. wird hierdurch erwiedert, dass von den Wegebaubeamten bewirkte Verpachtung der Grasnutzung und Verkauf des Weidenabtriebs an den Chauffeen auch ferner durch die und die denselben untergebenen Beamten zu besorgen ist, da die dieser erlassenen Verfügungen, namentlich das Girk. v. 20. August 1840, S. 419. No. 721. 1) durch das Girk. v. 30. Sept. c. (Min. Bl. S. No. 424., 425.), wie auch aus diesem hervorgeht, nicht abgeändert worden ist die Einziehung der Pachtgelder, jenem Girkular gemäß, durch der Provinzial-Steuerverwaltung, insbesondere durch die Chauffeegeldbewirken und sind den Provinzial-Steuerdirektionen zu diesem Behufe bei den Verpachtungs-Verhandlungen von den Regierungen zu übermachen. — ist es nicht erforderlich, daß in den Stats jeder einzelne Pächter aufgeführt vielmehr genügt eine summarische Angabe nach Baufreisen, wozu der An über Einnahme von Kommunikations-Anstalten zu benutzen ist.

(Min. Bl. d. i. R. 1848 S. 390. No. 488.)

5) G. R. des K. Gen.-Steuer-Dir. (v. Pommer-Esche) v. 1849 an sämtliche K. Provinzial-Steuerdirektoren, betr. die Einziehung einer Lantieme für die Einziehung des Erlöses aus der Grasnutzung und den Weidenpflanzungen auf den Böschungen und in den Gräben der Chauffeen.

Erw. Hochw. werden in Verfolg der Verfügungen v. 30. Sept. und v. 3. (Min. Bl. S. 350. f. und S. 390.) ermächtigt, den mit der Einziehung der Pachtgelder u., für die Grasnutzung auf den Böschungen und in den Staats-Chauffeen, so wie des Erlöses aus den Weidenpflanzungen, der Chauffeegeld-Erhebem, vom Anfange dieses Jahres ab, eine Hebegebühr Prozent zahlen zu lassen, auch ein gleiches Zugeständniß nach Befinden den Chauffeegeld-Pächtern zu machen.

In den Verwaltungs-Abschlüssen ist der Betrag dieser Hebegebühr unter Spalte 42 der ursprünglichen Brutto-Einnahme, und zwar als Register- und Rechnungszütung, vorweg abzusetzen. In der Zeile für das berichtigte Soll wird demnach in der genannten Spalte nur der Nettoertrag jener Nutzungen nachgewiesen.
(Min. Bl. d. i. B. 1849 S. 73. No. 118.)

6) R. des K. Gen.-Steuer-Dir. (v. Pommer-Esche) v. 20. Juli 1849 an den K. Provinzial-Steuer-Direktor zu Magdeburg, betr. die Lantienne die Einziehung des Erlöses aus der Grasnutzung etc. an den Staatschauffeen.

Erw. Hochw. erwidere ich auf den Bericht v. 19. v. M., daß außer den Chauffee-Erhebern und Chauffeegeld-Pächtern, auch den Verwaltern anderer Steuerstellen, welche mit der Einziehung der Pachtgelder für die Grasnutzung auf Böschungen und in den Gräben der Staats-Chauffeen, sowie des Erlöses aus Weidenpflanzungen beauftragt sind, insoweit letztere mit ihrem Einkommen auf ihnen angewiesen sind, von diesen Pachtgeldern eine Hebegebühr von 3 Prozent abgezogen werden kann.

(Min. Bl. d. i. B. 1849 S. 174. No. 242.)

7) G. R. der K. Min. für G., Gew. u. öff. Arb. (v. L. Heydt) u. d. F. Rabe) v. 12. Sept. 1849 an sämtliche K. Regierungen u. Provinzial-Steuer-Direktoren, betr. die Verpachtung der Gras- und Weidennutzungen an Staats-Chauffeen.

Auf den Bericht der K. Reg. v. 18. v. M. wird genehmigt, daß die Bezirks-Baumeister die von ihnen über die Verpachtung des Grases auf den Böschungen und in den Gräben der Staats-Chauffeen, sowie der Weidenpflanzungen, abzuschließenden Verträge mit den Ausbietungs-Verhandlungen, behufs der Einziehung der Verrechnung der Beträge, unmittelbar an die Hauptzoll- und Hauptsteuerämter legen lassen und der K. Regierung nur eine Nachweisung von den verpachteten Nutzungen und den dafür zu entrichtenden Pachtbeträgen eingereicht werde.

(Min. Bl. d. i. B. 1849 S. 233. No. 336.)

8) R. derselben Min. v. 6. Nov. 1849 an die K. Reg. zu Köln, betr. Bestätigung der Verträge über die Verpachtung der Grasnutzung etc. an Staatschauffeen.

Der K. Reg. eröffnen wir auf den Bericht v. 26. v. M., daß es nicht in der That gelegen hat, bei dem Erlaß des Girk. Ref. v. 12. Sept. c. (Min. Bl. S. Nr. 336.) die Verträge über Verpachtung der Grasnutzung etc. auf den Böschungen und in den Gräben der Staatschauffeen von einer Genehmigung der Landesbehörden abhängig zu machen. In der Regel wird es einer Bestätigung der Landesregierung gar nicht bedürfen, sondern die definitive Abschließung den Wegebaubeamten überlassen sein. Hält die K. Reg. es für angemessen, in einzelnen Fällen für eine bestimmte Höhe der Pachtsumme die Prüfung und Bestätigung des Erlöses sich vorzubehalten, so bleibt Ihr überlassen, die Wegebaumeister deshalb Anweisung zu versehen und hat Sie alsdann für die Zufertigung der von Ihnen abgeleiteten Verträge an das betreffende Haupt-Zoll- oder Haupt-Steueramt behufs der Verrechnung des Pächtertrages Sorge zu tragen.

(Min. Bl. d. i. B. 1849 S. 247. Nr. 365.)

9) G. R. derselben Min. v. 20. Febr. 1851 an sämtliche K. Reg. Provinzial-Steuerdirektionen, betr. die Einziehung und Verrechnung des Erlöses aus der Verpachtung des Grases an den Staatschauffeen.

Die in Folge der Girk. Verf. v. 30. Sept. 1848, zugleich mit dem Erlöse aus Weidenpflanzungen vom Jahre 1849 ab den Haupt-Zoll- und Haupt-Steuerämtern zur Einziehung und Verrechnung überwiesenen Erträge aus der Verpachtung des Grases an den Staatschauffeen bestehen aus einer großen Anzahl im Einzelnen unbedeutender Posten, deren detaillirter Nachweis in den Jahresrechnungen der Ämter die Rechnungslegung sehr weitläufig macht.

Es wird daher zur Vereinfachung der gedachten Rechnungslegung im Einvernehmen mit der K. Ober-Rechnungskammer hierdurch Folgendes bestimmt:

1) Die einzelnen Pächter werden mit den von denselben entrichteten Pachtbeträgen in den Rechnungen nicht mehr nachgewiesen, vielmehr erfolgt der Nachweis

dieser Pachtbeträge summarisch nach Baukreisen und es wird das Detail die mit den Verpachtungs-Verhandlungen belegten Nachweisungen der Wegten dargethan.

2) Die für die Erhebung dieser Pächte gewährte Hebegebühr wird wie bisher speziell in den Rechnungen nachgewiesen, vielmehr tritt auch kürzeres Verfahren in der Art ein, daß die Hebegebühren von der Provinzialbehörde, resp. von dem Hauptamte auf den Nachweisungen der Baubeamten fest werden und die Herausgabe unter Abschnitt III. der Nachweisungs-Stationen, Bonifikationen etc. summarisch erfolgt, unter Beifügung der gegen der einzelnen Empfänger.

Die vorstehenden Bestimmungen haben auf die Buchführung der keinen Einfluß, da das Haupt-Manual das vollständige Detail der Pacht-Einnahme und Ausgabe enthalten muß.

Um Ausfälle an Pachtbeträgen zu vermeiden, ist in den Verpachtungs-Gen ein Termin, bis zu welchem das Pachtgeld zu entrichten ist, festzu dem Hinzufügen, daß, wenn der Termin nicht eingehalten werde, zu einer neuen Verpachtung auf Kosten und Gefahr des ursprünglichen Pächters schritten werden. Die Chaussee-Aufseher und Wärter sind demnach die Nutzung der gepachteten Strecken den Pächtern nur nach Vorzeigung der über den entrichteten Pachtbetrag zu gestatten.

Die K. Reg. hat hiernach das Weitere zu veranlassen, zugleich aber die Justifikation der Einnahme zu vereinfachen, in Erwägung zu ziehen, lichen Verhältnisse es gestatten, die Verpachtung der fraglichen Grasnutzung dem Wegebaufreie für einen bestimmten mehrjährigen Zeitraum eintreten. In diesem Falle würde, wenn im Laufe der Pachtperiode keine Veränderungen kommen, dies in jedem Jahre von dem Baubeamten nur einfach zum Belag zu bescheinigen, wenn aber Veränderungen eingetreten sind, davon selbst die erforderliche Mittheilung zu machen sein. Es würde durch Verfahren zugleich für die Wegebaubeamten eine Geschäftsvereinfachung noch weiter ausgedehnt werden kann, wenn die Pächte der Grasnutzung wo die Baukreise nicht mit den Hauptamtsbezirken zusammenfallen, Hauptamte zur Vereinnahmung von dem ganzen Baukreise überwiesen dessen Bezirk der Baubeamte seinen Wohnsitz hat, ohne daß es darum die von Chausseegelderhebern anderer Hauptamtsbezirke für Rechnung des Hauptamtes eingezogenen Pachtgelder durch die ihnen vorgesetzten abzuliefern, die Ablieferung würde vielmehr unter Abrechnung der Hebegebühren unmittelbar von denselben an das ihnen bezeichnete Hauptamt gehen können.

(Min. Bl. d. i. R. 1851 S. 50., Nr. 60.)

10) E. R. der K. Ober-Rechnungs-Kammer v. 28. März sämtliche K. Provinzial-Steuerdirektionen, betr. die Verrechnung des Erlöses aus der Verpachtung des Grases an den Staatschassen.

Erw. Hochw. werden aus der unterm 20. v. M. ergangenen Eirk. Herrn Finanzmin. und des Herrn Min. für G., G. u. öff. Arb. ersuchen welcher Weise wir bei der Verrechnung der, in Folge der Eirk. Verf. des Herrn Minister v. 30. Sept. 1848 den Haupt-Zoll-, und Haupt-Steuer- gleich mit dem Erlöse aus den Weidenpflanzungen, zur Einziehung der Erlöse aus der Verpachtung des Grases an den Staats-Chassen, und Gleichförmigkeit herbeigeführt zu sehen wünschen. Wir bestimmen Folgendes:

1) Den Rechnungen der Hauptämter, welche Grasnutzungspächte nahmen haben, ist unmittelbar hinter der Nachweisung der außerordentlichen nahmen eine, vorläufig mit der Feder, nach dem Muster für die Chausse-nahme-Nachweisung, anzulegende „Nachweisung über die Einnahme der Verpachtung der Grasnutzung an den Staats-Chassen“ anzuschalten.

2) In dieser Nachweisung sind die Pachtbeträge summarisch nach Kreisen aufzuführen und demnach aufzurechnen, neben dem Gesamtbetrag ist anzugeben, auf welcher Seite und in welcher Spalte selbiger in der Einweisung der laufenden Verwaltung weiter nachgewiesen ist. In der Beispalte ist bei jedem Baukreise anzumerken, ob die Verpachtung jährlich, einem gleichmäßigen Turnus auf mehrere Jahre Statt findet, und letztere

welche Jahre die abgeschlossenen Pachtverträge Gültigkeit haben. Ist die Pacht in einem und demselben Wegebaufreise verschieden, so ist dies ebenfalls zu rufen.

3) Zur Justifikation der aus den einzelnen Wegebaufreisen vereinnahmten pachtlichen Beträge dienen die speziellen Verpachtungsnachweisungen der betreffenden Wegebau-Beamten und die denselben beizufügenden Verpachtungs-Berichtigungen, welche den Hauptämtern entweder unmittelbar oder durch Vermittelung der Provinzial-Steuerbehörde zugehen.

Bei der Prüfung dieser Nachweisungen ist die genaue Angabe der Dauer der Pachtverträge sorgfältig ins Auge zu fassen und die Berichtigung etwaiger Unrichtigkeiten in dieser Beziehung, vor der Feststellung des Gesamtbetrages der Pachtverpflichtung, zu bewirken.

4) Findet die Verpachtung in einem Baufreise gleichmäßig auf eine bestimmte Anzahl von Jahren statt, so ist, wenn im Laufe der auf das Jahr der Verpachtung folgenden übrigen Jahre der Pachtperiode keine Veränderungen eingetreten sind, dies dem Baubeamten zur Rechnungs-Justifikation bescheinigen zu lassen; wenn aber Veränderungen in der Person der Pächter oder sonst vorgekommen sind, deren Justifikation durch Beibringung der erforderlichen Belagstücke zu bewirken.

Erfolgt dagegen die mehrjährige Verpachtung nicht nach einem gleichmäßigen Pachte, so ist, um die richtige Innehaltung der verschiedenen Pachtperioden kontrollieren zu können, mit der Verpachtungsnachweisung für das laufende Rechnungsjahr auch die Verpachtungsnachweisung für das vorhergegangene Jahr wieder beizufügen.

5) In so weit es für zulässig erachtet werden wird, die Grasnutzungserträge der einzelnen Wegebaufreisen ungetheilt demjenigen Hauptamte zu überweisen, dem Bezirke der Wegebaubeamten seinen Wohnsitz hat, sind die außerhalb des Amtsbezirks belegenen Hebestellen unmittelbar von dem betreffenden Hauptamte in Beziehung und Einsendung der Pachtbeträge, wovon die Hebegebühr, der Kürze halber sogleich gegen Beifügung der Quittung, in Abzug gebracht werden kann, zu führen.

6) Die auf den Verpachtungsnachweisungen der Wegebaubeamten oder den Pächtern, nach der Bestimmung zu 4. beizubringenden Belagstücke, festzusetzenden Hebegebühren sind unter Abschnitt III. der Nachweisung der Restitutionen, Bonifikationen u. summarisch in Ausgabe zu stellen und mit den Quittungen der Gemeinden zu belegen.

In der Einnahme-Nachweisung der laufenden Verwaltung treten die Hebegebühren sodann mit dem in Ausgabe gestellten Gesamtbetrage auf der Linie für Restitutionen, Bonifikationen u. in die Spalte für den Grasnutzungsertrag, woselbst zunächst die berichtigte Colleinnahme bildet.

7) Niederschlagungen auf Grasnutzungspächte können nicht vorkommen, wenn man der oben-erwähnten Cirkular-Verfügung, zur Vermeidung von Ausfällen die obige Verfahren beobachtet wird. Möchte dieser Vorschrift nicht überall befolgt werden, so ist durch Schriftwechsel mit der betreffenden Aufsichtsbehörde Abhülfe herbeizuführen.

Nach vorstehenden Bestimmungen sind nunmehr die Haupt-Zoll- und Haupt-Steuerämter mit Anweisung zu versehen; Cw. Hochw. aber wollen darüber wachen, daß nach dem laufenden Jahre ab pünktlich verfahren werde und, soweit es sich um die Mitwirkung der Chausseebauverwaltung handelt, die zur Erreichung des obigen Zweckes nöthige Schritte zu thun, nicht unterlassen.

Min. Bl. d. i. B. 1851 S. 50. Nr. 61.)

II. Chausseegeld-Empfänger [Einnahmer] (Zu S. 193—203.).

1) C. R. des K. Min. d. F. (Flottwell) v. 27. Aug. 1846 an sämtliche K. Reg. und Provinzial-Steuerdirektoren, betr. die Zahlungen aus den Kassen der Chaussee-Geldeinnehmer für die Herbeischaffung von Chaussee-Unterhaltungsmaterialien und die davon zu gewährende Lantieme.

Der K. Reg. wird auf den Bericht v. 13. Nov. v. J., das Gesuch des Chaussee-Erhebers N. zu N. um Niederschlagung der defektirten Lantieme betreffend, erwidert, daß der Schlußsatz der Cirk. Verf. v. 30. April 1838 1) nur eine Vorschrift für diejenigen Beamten ist, denen die Anweisung auf die Kassen der Chaussee-Einnahmer zusteht. Diese sollen die für Lieferungen zu zahlenden Beträge,

1) Vgl. das C. R. v. 30. April 1838 in der Baupolizei, S. 193.

wenn sie 25 Thlr. übersteigen, nicht von dem Chauffeegeld-Empfänger zu sondern auf eine andere K. Kasse anweisen. Hat aber einmal der Einzel Beträge gezahlt, und konnte er die Zahlung aus dem Einkommen der G nicht bewirken, so ist ihm unbedenklich auch 1 Prozent Lantieme zu Wenn also in dem vorliegenden Falle Jemand in Anspruch genommen we so würde es der Wegebaumeister, welcher die Zahlungen angewiesen hat, sen; indessen sind in der Girk. Verf. unter Lieferungen nur die auf chen Verträgen beruhenden Lieferungen gemeint, da den Gr in der Nähe der Chaussee, welche, ohne an Zeit und Maas streng ge sein, Unterhaltungs-Material zur Chaussee herbeischaffen, nicht zugemu sollte, Beträge selbst über 25 Thlr. aus entfernten K. Kassen zu erheben

Die K. Reg. hat die betr. Bau- und Steuerbeamten, so wie Ihre von dieser Erläuterung der gedachten Girk. Verf. in Kenntniß zu setzen N., zu bescheiden.

(Min. Bl. d. i. B. 1846 S. 182. Nr. 268.)

2) M. der K. Min. des J. (v. Manteuffel) u. d. J. (Rühne) 1848 an das K. Oberpräsidium zu N., betr. die Verhältnisse der geld-Erheber auf Aktien-Chausseen.

Der in dem Berichte des K. Oberpräsidiums v. 26. Febr. d. J. an nen Ansicht, daß die Chauffeegeld-Erheber auf Aktien Chausseen nicht zu seien, kann dießseits nicht beigetreten werden.

Nach §. 14. des Regul. v. 7. Juni 1844 kommen die Vorschriften bis 13. desselben auf alle Chausseen zur Anwendung, auf welchen die der B. v. 17. März 1839 und die, dem Chauffeegeld-Tarif v. 29. unter Nr. 7—23. beigefügten Bestimmungen gelten, was hinsichtlich Chausseen in der Regel der Fall sein wird.

Es liegt daher keine Veranlassung vor, den, nach §. 1. zur Rüge der lizei-Kontraventionen verpflichteten Chauffeegeld-Erhebern auf den Aktien eine niedere Glaubwürdigkeit beizumessen, als den Erhebern auf den Sta seen, insbesondere können dieselben in dieser Beziehung nicht den G Pächtern gleichgestellt werden. Uebrigens ist es nach §. 19. der Beurtl erkennenden Behörde überlassen, ob der vollen Glaubwürdigkeit des Be besondere Bedenken entgegenstehen. Dieser Beurtheilung wird durch gung des Beamten nicht vorgegriffen.

(Min. Bl. d. i. B. 1848 S. 174. Nr. 172.)

3) G. M. des K. Gen.-Dir. der Steuern (v. Pommer-Esche) 1849 an sämtliche K. Provinzial-Steuer-Direktoren, n betr. die Regulirung des Dienst Einkommens der Chauffeegeld-Erhe

Nach der Girk. Verf. v. 18. Mai 1843 (Min. Bl. S. 174.) soll das Einkommen der Chauffeegelderheber, namentlich bei der Wiederbesetzung Stellen und bei der jedesmaligen Etatsaufstellung, einer besondern Prü worfen und die Abänderung der bestehenden Prozentsätze, wo solche nöthi in Antrag gebracht werden.

Gew. Hochw. werden indessen ermächtigt, die Abänderung der Tax Chauffeegelderheber sowohl, als auch die Feststellung des Prozentsatzes l richteten oder verpachtet gewesenen Hebestellen, fortan ohne vorgängige l bewirken, so lange die Lantieme die in der Verf. v. 12. Sept. 1828 Gränzen innehält.

Zur Regulirung des Dienst Einkommens derjenigen Chauffeegelderhe Pension oder sonstiges Nebeneinkommen zu beziehen haben, sind nach der Girk. Verf. v. 26. Aug. 1832 (Min. Bl. 1848 S. 339.) fernerhin zu machen.

(Min. Bl. d. i. B. 1849 S. 233. Nr. 335.)

4) M. des K. Gen.-Dir. der Steuern (v. Pommer-Esche) 1850 an die K. Reg. zu Frankfurt a. d. D. Besetzung der geldhebestellen und Dienst Einkommen der Chauffeegeld-Erhe

Der K. Reg. eröffne ich auf den Bericht v. 29. Sept. v. J. wegen des Dienst Einkommens der Chauffeegelderheber, daß für erledigte Chauf stellen, ohne Rücksicht auf ihren Ertrag, der Regel nach zunächst penf sichtsbeamte oder Gendarmen u. gesucht werden müssen, welche in der Pen Zuschuß zu der Remuneration für den Chauffeegeldempfang beziehen und

bestehen, wenn ihnen ihr Amt wegen Verpachtung der Barriere oder aus andern Gründen gekündigt werden muß.

Es ist hierdurch keineswegs ausgeschlossen, daß unter Umständen auch andere Personen als Pensionaire, namentlich Militär-Invaliden vom Feldwebel abwärts Chausseegelberheber untergebracht werden können; indessen sind dergleichen Personen nur in den einträglicheren Hebestellen anzustellen, deren Ertrag mit der dem Heber zu gewährenden Remuneration in einem angemessenen Verhältnisse steht, so solche Hebestellen, für welche ihres geringen Ertrages wegen keine annehmbaren Angebote zu erlangen sind, oder in denen ein Beamter ohne Nebeneinkommen bestehen nicht würde bestehen können, ausschließlich nur mit Pensionsempfängern besetzt sind.

Was die Höhe des Einkommens angeht, welches einem Chausseegelberheber — mit oder ohne Zuschuß aus der Pension — mindestens zu gewähren ist; so ist darüber eine, für alle Fälle maßgebende Vorschrift nicht wohl ertheilen, da es dabei auf die individuellen Verhältnisse des Erhebers, namentlich auf den Familienstand desselben, so wie darauf ankommt: ob bei der Stelle ein dem Staate zugehöriges Chausseegeld-Empfangslokal und eine Dienstwohnung vorhanden, ob Gar- und Ackerland zum Dienstetablisement gehören oder ob wenigstens Gelegenheit vorhanden ist, solches nahebei billig zu pachten, ferner ob die Hebestelle in der Nähe einer Stadt oder eines Dorfes liegt, wie die ersten Lebensbedürfnisse im Preise stehen u. s. w. Als Verwaltungsgrundsatz wird jedoch im Allgemeinen angenommen, daß ein Chausseegelberheber ohne zahlreiche Familie, neben der freien Wohnung und Gehalt, wenigstens ein Einkommen von 144 Thln. jährlich haben müsse, und zwar in dem Falle, wenn die Einnahme einer Hebestelle soweit herabfällt, daß die Lantime den Betrag von monatl. 12 Thln. nicht erreicht, ein Zuschuß bis zu dem Betrage gezahlt und bei den Ausgaben aus dem Chausseegelde verrechnet wird.

Was die höchstens zu bewilligende Lantime von der Brutto-Einnahme an, so darf solche in keinem Falle 30 Prozent der letztern übersteigen.

Auf Ortseinswohner, denen in Ermangelung eines andern Hebelokals der Chausseegeldempfang ausnahmsweise übertragen ist, finden diese Bestimmungen keine Anwendung.

(Min. Bl. d. i. V. 1850 S. 17. Nr. 23.)

Zweite Abtheilung.

Die Verwaltung des Staats- und öffentlichen Bauwesens.

Erster Abschnitt.

Gemeine Grundsätze welche sich auf alle Gattungen der öffentlichen Bauten beziehen. (Zu S. 204. ff.)

A. Von der Veranschlagung öffentlicher Bauten. (Zu S. 205. ff.)

1) R. des R. Fin. Min., Abth. für G., G. und Bauwesen (Beuth) v. 7. April 1845. Abstellung unnützer Weitläufigkeiten bei Aufstellung von Bauanschlägen.

Die R. Reg. hat am 10. v. M. einen Anschlag über 480 Thlr. zur Umlegung einer Pflasterstraße in L. eingereicht. Die ersten beiden Seiten desselben enthalten weiter als eine Berechnung des Auf- und Abtrags in einer Länge von 45 Fuß im Gesamtbetrage von 5½ Schachtruthen, durch eine Zeichnung mit den Profilen erläutert. Da der diesfällige Geldebetrag von 3 Thln. 22 Sgr. 1 Pf. unmißmäßig eben so geringe und am Schlusse des Anschlags im Titel Insgesamt ein zehnmal stärkeres Quantum zu unvorhergesehenen Ausgaben ausgeworfen wird, ergiebt das Unnütze und Ueberflüssige der speziellen Auf- und Abtragsberechnung, statt deren ein approximativer Ansatß genügt hätte, sich von selbst, und die bezeichnete Abtheilung des Fin. Min., welche die möglichste Ermäßigung und Vereinfachung des dienstlichen Schreibwesens stets im Auge behalten wird, sieht sich veranlaßt, die R. Reg. aufzufordern, für die Abstellung ähnlicher überflüssiger Weitläufigkeiten Sorge zu tragen.

(Act. gen. des Fin. Min., IV. 5459.)

2) Berücksichtigung der disponibeln Bauhölzer und möglichst sparsame Veranschlagung derselben.

a) G. R. des K. Fin. Min. v. 29. April 1819 ¹⁾.

Bei dem, in vielen Forsten schon eingetretenen, Mangel an starken und starken Bau- und Rußhölzern, ist es durchaus nöthig, auf möglichste Ersparnis dieser fast überall selten gewordenen Sortimente Rücksicht zu nehmen und um dergleichen Hölzer zu assigniren, wenn geringere Sortimente durchaus keine Anwendung finden. Bisher sind aber oft ganze, oder 24 Fuß lange Sägeblöcke genommen worden, wo halbe, oder 12 Fuß lange, denselben Dienst geleistet haben und auf den Zimmerplätzen werden die starken und extra starken Bauhölzer selten auf eine unverantwortliche Art zu Pfosten und Riegel verschnitten, wo auch Mittelbauholz eben so gut benutzt werden kann. Oder es werden sehr Hölzer aus den Forsten verlangt, zu Zwecken, wozu einige kürzere Stücke, wenn gehörig zusammengestoßen und verbunden werden, denselben Dienst leisten können.

Die K. Reg. hat daher ihre Bauoffizianten hiernach zu instruiren und gleich anzuweisen, daß sie in den an die Forstbedienten gelangenden Bau- und Rußholz-Verzeichnissen jedesmal ausdrücklich bemerken sollen, ob das verlangte Holz in der angegebenen Länge und Dicke durchaus erforderlich ist, oder welche Längen Hölzer in einigen Stücken, die eben so viel an Länge betragen, benützt werden können.

(Act. gen. des Fin. Min.)

β) Der in dem G. R. v. 27. Mai 1837 (Baupolizei G. 218. allegirte §. 36. des G. R. des K. Fin. Min. (v. Klerow) v. 1. April 1820 lautet dahin:

§. 36. Auch ist überhaupt bei den, für Königl. sowohl als Privatforderlichen Hölzern darauf zu sehen, daß überall die besondere Bestimmung, welche sie bei den veranschlagten Bauten verwendet werden sollen, genau angegeben wird, damit nicht unnöthig lange und starke Stücke zu einem Behuf verwendet werden, zu welchem geringere Dimensionen hinreichen. Außer den hiernach beim Bauplane berücksichtigten Bauholz-Anweisungen können, unvorherzusehende dringende Ausnahmen, im Laufe des Jahres durchaus weiter keine erteilt, und es zur Holzfällung bestimmten Zeit oder dem Wadel, keine Bauhölzer herausgegeben werden. Hiernach sind die Baubedienten von der K. Reg. gleich anzuweisen, und zugleich dahin, daß sie allen für K. Rechnung auszuführenden Bauanschlägen den tarfmäßigen Holzwerth speziell mit aufzuführen.

B. Von der Feststellung der Verpflichtung des Fiskus zur Leistung von Beiträgen zu Bau- und Reparatur-Kosten baarem Gelde oder an Holz und anderen Baumaterialien dem Beginne des Baues. (Zu Seite 222—230.)

Ueber die Beschaffung des zu fiskalischen Bauten erforderlichen Bauholzes (Baupolizei G. 222. ff. ad 2.) sind anderzeitig nach Bestimmungen erlassen worden:

1) G. R. des K. Min. d. F. (v. Duesberg) v. 19. Okt. 1846 (sämmtliche K. Provinzial-Steuerdirektoren ²⁾).

Des Königs Maj. haben mittelst Allerhöchster K. D. v. 28. August 1846 genehmigen geruht, daß bei allen Staatsbauten die Verabsolung des Bauholzes aus Staatswaldungen wegfallen und jede fiskalische Station verpflichtet soll, das zu den Bauten ihres Ressorts erforderliche Holz, wie es am vortheilhaftesten geschehen kann, aus ihren Fonds anzukaufen. Die Forstverwaltung soll gehalten sein, auf Verlangen der bauausführenden Behörde das Holz, wenn selbe nach den Grundsätzen der Forstverwaltung abgegeben werden kann, gegen Zahlung des Taxpreises verabsolgen zu lassen.

Die Zeit der Ausführung dieser Maßregel in Bezug auf die Bauten direkten Steuer- und der Salz-Verwaltung wird hiermit auf den 1. Januar 1847 festgestellt.

Die Bestimmung darüber: ob das — fortan gleich den übrigen Baumat-

1) Vergl. Baupolizei, G. 218. Note 1.

2) Das Justizministerium hat den Inhalt der durch obiges G. R. getheilten K. D. v. 28. Aug. 1846 mittelst G. R. v. 5. Nov. 1846 Kenntniß sämmtlicher Gerichtsbehörden gebracht. (Just. Min. B. G. 192.)

schlagende — Bauholz aus den k. Forstrevieren gegen Bezahlung der Forster aus Privatforsten zu entnehmen sei, bleibt dem Ermessen der k. Reg. sen, und es muß, wenn letztere die Entnahme des Holzes aus der Königl. für zweckmäßig hält, solches geschehen und dem Bauunternehmer zur Bedienung gemacht werden.

Die Erhöhung des resp. Baufonds, wegen der hiernach für selbige durch Kauf des erforderlichen Bauholzes entstehenden höheren Ausgaben, angemessen zu können, sind Fraktions-Nachweisungen über den Geldwerth der bisher Bauten der indirekten Steuer-Verwaltung frei verabreichten Hölzer aus den sechs Jahren nach dem anliegenden Muster (Anl. a.) aufzustellen. Da sei- v. Hochw. nur die Ausfüllung der Kolonnen 1—4 bewirkt werden kann, so Sie für jeden Rechnungsbezirk Ihres Verwaltungsbereichs eine solche Nach- aufstellen und sie sodann der betr. k. Reg. mit dem Ersuchen zugehen den Geldwerth der zu diesen Bauten frei verabreichten Hölzer auswerfen und weisung Gw. Hochw. wieder zukommen zu lassen, um die Haupt-Zusammen- , nebst jenen Spezialnachweisungen, zur Prüfung und weitem Veranlassung einreichen zu können.

Anl. a.

Fraktions-Nachweisung

an Geldwerthe der zu den Bauten der indirekten Steuerverwaltung aus den erhaltungen frei verabreichten Bauhölzer, in den Jahren 1840 bis incl. 1845.

amts- bezirk.	Nähere Bezeichnung der Bauten, zu welchen das Holz frei verabfolgt worden ist.	Jahr, in welchem der Bau ausgeführt worden ist.	Geldwerth der	
			1840. Thlr.	1841. Thlr.
2.	3.	4.	5.	6.
	I. Abtheilung. Bauten und Re- paraturen, welche aus dem etats- mäßigen Baufonds der Provin- zial-Steuerverwaltung bestritten worden sind.			
	II. Abtheilung. Bauten und Reparaturen, zu denen die Mit- tel aus dem Haupt-Steuerbau- fonds der General- Staatskasse überwiesen worden sind.			
	III. Abtheilung. Bauten, welche aus besonderen Fonds aus- geführt worden sind.			
	IV. Abtheilung. Bauten und Re- paraturen im Ressort der Salz- verwaltung.			

abreichten Bauhölzer, nach den für jedes Jahr und jedes
Revier bestandenen Tarpreisen in den Jahren:

						Bemerkungen.
1843. Thlr.	1844. Thlr.	1845. Thlr.	Summa. Thlr.	Durchschnitt. Thlr.		
8.	9.	10.	11.	12.		

2) C. R. des R. Min. d. F. (Thoma) v. 15. Juni 1848 an R. Reg. u. Prov. Steuer-Direktionen ¹⁾.

Die durch die Allerhöchste R. O. an das R. Staats-Min. vom 28. 1846 genehmigte Maaßregel, wonach, wie schon früher bei den Domain-Forstbauen, in Zukunft auch bei allen übrigen Staatsbauen die Verabsolung d. Bauholzes aus Staatswaldungen wegfällt und jede fiskalische Station sein soll, das zu den Bauen ihres Ressorts erforderliche Holz, wie es am leichtesten geschehen kann, aus ihren Fonds anzukaufen, soll vom Jahre 1849 Ausführung gebracht werden. Es sind daher zu den vom künftigen Jahre bewirkenden Staatsbauen, Freiholz-Anweisungen nicht mehr zu ertheilen. Ist zu den Bauen, die im laufenden Jahre noch ausgeführt werden, das erst Holz auch in dem Falle frei zu verabreichen, wenn solches aus dem vom d. J. ab für das Jahr 1849 zu verrechnenden Einschlage entnommen wird. Bei Freiholzabgaben in solchen, wohl nur sehr selten vorkommenden Fällen der Rechnung pro 1849 die Angabe, daß die Holzverabreichung noch zu Führungen des Jahres 1848 stattgefunden hat, nicht unterlassen werden. Nach den Grundsätzen einer zweckmäßigen Forstwirtschaft es geschehen kann zu den Staatsbauen vom Jahre 1849 auf Verlangen der Bauausführenden das Holz aus den R. Forsten zu verabsolgen, jedoch nur gegen Bezahlung des betreffenden Baufonds, und zwar nach den Lizitations-Durchschnittspreis mit aber in allen Fällen, wo es für die Staatskasse im Ganzen vortheilhaft das Bauholz aus R. Forsten zu entnehmen, als dasselbe anderweit anzukaufen. Bauausführenden Behörden sich für das Erstere entscheiden, muß die Fortsetzung in allen Beziehungen so zu Werke gehen, daß der Bauholz-Ankauf R. Forsten zugleich im Interesse guter und wohlfeiler Bauausführung ent-

Um die Baufonds in den Stand zu setzen, die Zahlungen für das fehlende Bauholz leisten zu können, werden dieselben von 1849 ab um die F. Beträge erhöht werden, welche die von den R. Reg., in Folge der Ein vom 26. Mai 1847 eingereichten Fraktions-Nachweisungen über den Geld in den 6 Jahren 1841 $\frac{1}{2}$ zu den Staatsbauen frei verabreichten Bauholzes Rubrik: „nach den Lizitations-Durchschnittspreisen“, ergeben. Die gedachten Nachweisungen sind zu dem Behufe den betreffenden Verwaltungen mitgetheilt. Bei der Aufstellung neuer Spezial-Forst-Etats sind darin dieselben als Soll-Einnahme für das zu Staatsbauen, gegen Entrichtung der Lizitations-Durchschnittspreise, abzugebende Bauholz auszubringen. Bis dahin, wo f. Spezial-Forst-Etats hiernach regulirt sein werden, wird der in den Spezial-Etats noch nicht zur Soll-Einnahme gestellte Betrag in dem General-Etat mainen- und Forst-Verwaltung der Soll-Einnahme zugesetzt werden.

Die wirklich aufkommenden Einnahmen für Bauholz, welches zu den Bauen gegen Bezahlung der Lizitations-Durchschnittspreise abgegeben wird gleicher Art zu verrechnen, wie die Einnahmen für das Bauholz zu den D. und Forstbauen. Ueberhaupt ist das, was hinsichtlich der letzteren Einnahme geschrieben ist, auch hinsichtlich der ersteren zu beachten. Insbesondere ist zu nehmen, daß auch von den Holzkaufgeldern für Holz zu andern Staatsbau-Hebungs- noch Ueberschussantienmen berechnet und resp. von den Kassenbeamten Oberförstern bezogen werden dürfen.

Nach früherer Bestimmung finden bei denselben Hölzern, welche zu D. und Forstbauen gegen Bezahlung zur Forstkasse aus den Staatsforsten zu werden, die Tarpreise Anwendung. Dabei behält es sein Verbleiben in der Pflicht, daß bei der früheren Erhöhung der betreffenden Baufonds in Folge falls der freien Holzverabreichung zu jenen Bauen, ebenfalls die Tarpreise Grunde gelegt worden sind.

(Min. Bl. d. i. B. 1848 S. 323. Nr. 381.)

C. Von den Vorschriften, welche vor Beginn der Bau- und Reparaturen in Betreff der Verdingung derselben

1) Eine ähnliche Anweisung an die sammtl. Gerichtsbehörden an C. R. des R. Justizmin. v. 6. Sept. 1848. (Just. Min. Bl. 1848)

**Verdingung der Materialien-Lieferungen oder der Aus-
rüstung und der Anschaffung für eigene Rechnung zu beob-
ten. (Zu §. 230. ff.)**

**K. R. des K. Min. der G., u. u. M.-Ang. (Eichhorn) v. 30. Nov.
1845 an sämtliche K. Reg. u. Provinzial-Schulkollegien, betr. die Siche-
rung des Fiskus vor der Zahlung von Zögerungszinsen bei der Eingehung
Erfüllung von Entreprise-Verträgen.**

Die K. Reg. erhält in der Anlage (a.) eine Abschrift der von der K. Reg.
Bosen an die Landräthe u. ihres Geschäftsbereichs unterm 23. v. M. erlassenen
hier eingereichten Verfügung, nach welcher es mit Rücksicht auf das Gesetz
die Verpflichtung des Fiskus zur Zahlung von Zögerungszinsen v. 7. März
1822 (§. 6. S. 158.) für angemessen erachtet wird, bei dem Abschluß von Bau-
entreprise-Kontrakten, welche Fiskus als Bauherr schließt, die Zahlungstermine so
umig zu bestimmen, daß hinlängliche Zeit bleibt, die Zahlung bei der K. Reg.
anzufuchen und von Derselben zu verfügen. Auch wird eine gleiche Vorsicht bei
Eingehung von Entreprise-Verträgen über Kirchen-, Pfarr-, Küster-, Schul- und
Hospitalbauten und Reparaturen empfohlen.

Da diese Verfügung insoweit ganz zweckmäßig erscheint, als dadurch etwaigen
Verzögerungen von Seiten der Betheiligten rücksichtlich der Forderung von Verzugs-
zinsen aus fiskalischen Fonds u. vorgebeugt wird, so gebe ich der K. Reg. anheim,
Ihrerseits, sofern es noch nicht geschehen sein sollte, an die Unterbehörden
des Bezirks eine ähnliche Verfügung zu erlassen, und erwarte die Einsendung
Abschrift derselben.

Anl. a.

Mit Rücksicht auf das Gesetz über die Verpflichtung des Fiskus zur Zahlung
Zögerungszinsen vom 7. März c. erscheint es angemessen, in den Bau-Entreprise-
Kontrakten, welche Fiskus als Bauherr schließt, die Zahlungstermine so ge-
eignet zu bestimmen, daß hinlängliche Zeit bleibt, die Zahlung hier Orts nachzu-
suchen und zu verfügen. Es erscheint aber auch angemessen, in sämtlichen Entreprise-
Verträgen über Kirchen-, Pfarr-, Küster-, Schul- und Hospitalbauten und
Reparaturen eine gleiche Vorsicht zu beobachten, und wir veranlassen daher Gw.
Min., im §. 11. des Schema der Entreprise-Kontrakte hinter „Abnahme des Baues“
auch die Klausel einfließen zu lassen:

Winnen zwei Monaten nach diesen Terminen muß die Zahlung geleistet sein.
Dabei versteht es sich von selbst, daß die Nachsuchung der Zahlung, sobald der
Entrepriseur das im Kontrakt vorgeschriebene Attest über die erfolgte theilweise
völlige Vollendung des Baues oder der Reparatur beigebracht hat, von Gw.
Min. auf das möglichste beschleunigt werden muß, so daß wir angemessene Zeit
haben, die Zahlung verfügen zu können.

Bosen, den 23. Oktober 1845.

Königliche Regierung, Abtheilung für die Kirchenverwaltung und das Schulwesen.

An

Königliche Herren Landräthe des Departements und an den
Herrn Polizei-Präsidenten der Stadt Bosen.

(Min. Bl. 1846 S. 9. No. 13.)

**D. Vorschriften über das Verfahren bei Auszahlung der
Gelder. (Zu §. 261. ff.)**

**K. R. des K. Min. d. F. (v. Rabe) v. 4. Febr. 1851 an sämtliche
Provinzial-Steuerdirektionen, betr. den Stempel zu Quittungen über
Arbeitslöhne bei öffentlichen Bauten.**

Gw. Hochw. erhalten hierbei Abschrift des an sämtliche K. Reg. heute erlas-
senen Circulars (a.), in Betreff des Stempels zu Quittungen über gezahlte Arbeitslöhne
bei öffentlichen Bauten, zur Kenntnißnahme und Beachtung.

Anl. a.

Nach den Bestimmungen des Stempelgesetzes v. 7. März 1822 kommt es bei
Versteuerung eines Dokuments lediglich auf dessen Inhalt und nicht auf die

Veranlassung an, aus welcher dasselbe in der gewählten Form ausgestellt wor
Wenn daher bei Chauffee- oder anderen öffentlichen Bauten, wie dies meist
schehen pflegt, der Schachtmeister oder eine andere geeignete Person für die
Quittungen über Arbeitslöhne zum Betrage von 50 Thlrn. und mehr ausste
welchen kein einzelner Arbeiter den Betrag von 50 Thlrn. erhält, so sind dies
tungen wegen der Form, in welcher sie ausgestellt werden, streng genommen
noch dem Quittungstempel unterworfen.

Da aber, wenn man den Quittungstempel in solchen Fällen fordern
jeder einzelne Arbeiter mit Recht würde verlangen können, eine besondere,
dem Betrage nach nicht stempelpflichtige Quittung auszustellen, und dabur
sehen von anderen Inkonvenienzen, die Rechnungsbeläge auf eine nicht en
Weise vermehrt werden würden, so ist nachgegeben worden, daß dergleichen
tungen nur in soweit dem Quittungstempel unterworfen werden, als der
Arbeiter von der quittirten Summe 50 Thlr. oder mehr zu empfangen h
entweder aus der beigefügten Lohnliste oder aus einer Bescheinigung des b
den Baubeamten hervorgehen muß. Soweit es nicht schon geschehen, hat
Regierung hiernach das Geeignete anzuordnen.

Berlin, den 4. Februar 1851.

Der Min. für Handel, Gew. u. öffentl. Arbeiten.
v. d. Heydt.

Der Finanzmi
v. Rabe

An sämtliche Königliche Regierungen.

(Min. Bl. d. i. V. 1851 S. 48. No. 56.)

Zweiter Abschnitt.

**Besondere Vorschriften in Betreff einzelner Gattungen i
licher Bauten. (Zu S. 268. ff.)**

A. Vorschriften über Domainen- und Forstbauten

1) Das in dem G. R. des K. Hausmin., Abth. II. v. 31. Okt.
(Baupolizei S. 279. ad b.) in Bezug genommene, durch die öff
Sammlungen nicht publizierte, G. R. des K. Fin. Min. v. 25. Nov
lautet dahin:

Die K. Reg. wird hierdurch veranlaßt, wenn der Neubau eines Gebäu
den Domainen Alters halber oder wegen sonstiger schlechter Beschaffenheit in
gebracht wird, die Frage, ob das Gebäude noch durch Reparatur erhalten
könne? nicht bloß durch den Departements-Rath und Distrikts-Baubeamten,
auch durch den Bau Rath des Kollegit an Ort und Stelle technisch genau p
lassen, ehe auf den Neubau eingegangen wird. Es ist daher von jezt
Neubau Anschlag von schon vorhandenen Domainen-Gebäuden zur Super-
einzufenden oder sonst zur Ausführung zu bringen, wenn der Bau Rath des
nicht darunter bescheinigt hat, daß er das alte Gebäude genau untersucht
danach von der Unmöglichkeit überzeugt habe, dasselbe noch durch Reparatur
erhalten.

(Acta gen. des Fin. Min.)

2) G. R. des K. Min. d. F. (v. Rabe) v. 6. Okt. 1849 an
liche K. Reg., betr. die Anordnung und Ausführung von Bauten i
fort der Domainen- und Forstverwaltung.

Wie in mehreren Fällen wahrgenommen, sind verschiedene Anschläge üb
lichkeiten aus dem Ressort der Domainen- und Forstverwaltung, im Vergle
Zweck, zu so unverhältnißmäßig hohen Kostensummen berechnet worden,
außer Zweifel ist, daß Privat-Gutsbesitzer ähnliche Baue mit viel geringeren
und doch zweckentsprechend bewerkstelligen würden. — Es liegt daher d
Veranlassung vor, die K. Reg. wiederholt aufzufordern, den Bauten und
turen der Domainen- und Forstverwaltung ganz besondere Aufmerksamkeit
men, wo solche nicht zu umgehen sind, dieselben auf das unabweisliche Be
zu beschränken, vorzüglich aber darauf zu halten, daß die Kosten dazu so bill
die Umstände nur immer gestatten, veranschlagt werden; nöthigenfalls auch
nachbarten praktischen Landwirthen darüber Rücksprache zu nehmen, wie d
mit den geringsten Kosten zu erreichen steht.

Bei dieser Gelegenheit wird der K. Reg. zur Pflicht gemacht, künftig keine, zu welchen nach den bestehenden Vorschriften ministerielle Genehmigung erforderlich ist, namentlich solche, wozu derselben disponible Fonds nicht zu Gebote stehen, eher zur Ausführung anzuordnen, als bis diese Genehmigung zeitig genug nachgesucht und erteilt worden ist, weil sonst leicht unangenehme Verlegenheiten daraus erwachsen können.

(Min. Bl. d. i. B. 1849 S. 238. No. 348.)

B. Vorschriften über Justiz-Bauten. (Zu S. 290. ff.)

1) R. der K. Min. d. J. (Beuth) u. des J. (v. Patow) v. 19. Juli 45 an die K. Reg. in N., betr. die Konkurrenz der Regierungen bei Ausführung von Gerichtsbauten.

Die K. Reg. kann von der Ihr nach der Circ. Verf. v. 7. Mai 1822¹⁾ un-
zweifelhaft obliegenden Verpflichtung,

die Entreprise-Kontrakte bei Gerichtsbauten in Ihrem Namen abzuschließen,
und sofern sich die Justizbehörden nicht die Zahlung vorbehalten, auch die
Rechnung über die Bauten abzulegen,

ist nach ihrem Antrage v. 6. v. M. entbunden werden, da die Gerichtsbehörden
ermangelung eines technischen Beistandes die Bau-Kontrakte nicht selbstständig
abschließen können, unter diesen Umständen es aber ganz angemessen erscheint, daß
jenige Behörde, welche die Kontrakte durch ihre Beamte abschließen läßt, auch
für die Verantwortlichkeit übernimmt.

Daß hierdurch die Verwaltungsbehörden, den Bau-Unternehmern gegenüber,
in eine falsche Stellung kommen können, ist nicht wohl anzunehmen, da in
gewöhnlichen Fällen die Baugelder schon vor Einleitung der Bauten den
Regierungen überwiesen werden, und alsdann die Leistungen der vertragmäßigen
Leistungen lediglich von ihnen abhängt, in denjenigen Fällen aber, in welchen sich
Gerichtsbehörden die Auszahlung der Baugelder selbst vorbehalten, dieser Vor-
behalt in den Kontrakt mit übernommen werden und alsdann der Vorwurf un-
richtiger Zahlung niemals die Verwaltungsbehörden treffen kann.

Uebrigens hat die gedachte Verordnung während der langen Dauer ihres Be-
standes noch von keiner andern Seite Klagen hervorgerufen, und muß es bei der-
selben daher lediglich sein Bewenden behalten.

(Min. Bl. d. i. B. 1845 S. 248. No. 256.)

2) U. R. des K. Justizmin. (Simon) v. 30. Dec. 1849 an sämt-
liche Gerichtsbehörden, mit Ausschluß derjenigen im Depart. des Appellat.
Justizhofes zu Köln, betr. die Ausführung von Bauten an Gerichtsklo-
sen und die Verwendung und Verrechnung der Baugelder.

Die in den Allgemeinen Verfügungen v. 18. Okt. 1826 (Jahrbücher Bd. 28.,
213.) und v. 25. Jan. 1839 (Just.-Min.-Bl. S. 57.) enthaltenen Bestimmun-
gen über die Verwendung und Verrechnung der für Geschäfts- und Gefäng-
gebäude der Gerichtsbehörden bestimmten Baugelder, werden hierdurch
Einverständnisse mit dem Herrn Minister für Handel, Gewerbe und öffentliche
Arbeiten und dem Herrn Finanzminister dahin modificirt, daß von jetzt ab die bei
General-Staatskassen auf den etatsmäßigen oder den extraordinären Justiz-
fond angewiesenen Gelder, welche den Königl. Appellationsgerichten bei den
regierenden Regierungen und den Gerichten, in der Stadt Berlin bei der Königl.
Ministerial-Bau-Kommission, zur Disposition gestellt werden, nicht mehr bei den
örtlichen Depositorien zu einer besonderen Baugelder-Masse anzunehmen sind,
sondern den Regierungshauptkassen, beziehungsweise der Ministerial-Baukasse, zur
Verrechnung verbleiben.

Die Auszahlung der Gelder an die empfangsberechtigten Bau-Unternehmer und
Arbeiter geschieht demnächst durch diese Kassen, bei welchen auch die Verrechnung
den durch das Circ. Reskript des Königl. Finanz-Ministeriums v. 31. Mai 1823
geordneten, durch die oben erwähnte Verfügung v. 18. Oktbr. 1826 bezeichneten
ordinären-Rechnungen, nach den für dieselben von der Kgl. Ober-Rechnungs-
kammer unterm 15. April 1824 gegebenen speziellen Vorschriften erfolgt.

1) Vergl. das U. R. v. 7. Mai 1822 in der Baupolizei, S. 291. ad 2.

Zur Vereinfachung dieser Rechnungsführung, und da bei der Ausföhrung namentlich der größeren Gerichtsbauten, schon bisher die zum Refort der Re gen gehörenden technischen Beamten mitzuwirken hatten, wird zugleich ang daß alle diejenigen Bauten und Reparaturen, für welche die erforderlichen in der in gedachter Art auf die Justiz-Bausonds angewiesen worden sind, Vermittelung der Königl. Regierungen, beziehungsweise der Kgl. Ministerial Kommission, ausgeführt werden.

Die Königl. Appellationsgerichte haben demzufolge, nachdem auf ihre die erforderlichen Fonds von dem Justizminister angewiesen worden sind, wählten Behörden unter Mittheilung der genehmigten Anschläge um die rung der betreffenden Bauten zu ersuchen, wobei jedoch den Gerichtsbehörden nommen bleibt, von dem Fortgange dieser Bauten und der Angemessenheit der führung nähere Kenntniß zu nehmen, und etwaige Einwendungen dagegen genfalls zur weiteren Erörterung zu bringen.

Dagegen haben die Gerichtsbehörden die in der Allgem. Verf. v. 31. Ma (Just.-Min.-Bl. S. 99.) bezeichneten gewöhnlichen Reparaturen an Fenst., Thüren etc., sofern die Kosten für diese speziellen Reparaturen zusammen (auf den Betrag von 50 Thln. nicht übersteigen, desgleichen die Anschaffung von lien, soweit die Kosten auf die Salarien-Kassen der Gerichte angewiesen in denselben unter dem Titel „an sächlichen Ausgaben“ verrechnet werden, ständig unter Beachtung der bestehenden Vorschriften zu bewirken.

Da hiernach die in der Allgem. Verf. v. 25. Jan. 1839 unter No. 4 in der Allgem. Verf. v. 24. Sept. 1842 (Just.-Min.-Bl. S. 374.) vorgeseh Verwendungs- und Verrechnung der von den Baugeldern gewonnenen Zinsen mehr wegfällt, so haben die Königl. Appellationsgerichte, Behufs der Ausföhrung der angelegten Baugelder-Kasse, über die Bestände bei der- letzteren dem Justiz baldige Anzeige zu machen.

Durch die vorstehenden Anordnungen wird übrigens in den bisherigen Anordnungen über das bei dem Eintritt der Nothwendigkeit von Bauten und Reparaturen an Gerichts-Lokalitäten zu beobachtende Verfahren und über die Art der Feststellung und Anweisung der desfalligen Kosten nichts geändert, vielmehr bleiben die Vorschriften, welche hauptsächlich in den Allgem. Verf. v. 7. Mai 1822 (Jahrb. S. 312.) und v. 31. Mai 1845 (Just.-Min.-Bl. S. 99.) enthalten sind, für die Gerichtsbehörden auch ferner maßgebend.

(Justiz. Min. Bl. 1850 S. 2. No. 1)

3) C. R. d. d. Min. v. 23. Sept. 1850, an sämmtl. Gerichtsbehörden mit Ausnahme derjenigen im Depart. des Appellat. Gerichts zu Köln, betr. die Fonds zu Bauten u. Reparaturen an Gerichtslokalitäten.

Die Fonds zur Bestreitung der Kosten nothwendiger Bauten und Reparaturen an den Geschäfts- und Gefängnißlokalitäten der Gerichtsbehörden bestehen in den den Allgem. Verf. v. 30. Dec. 1849 (Just. Min. Bl. v. 1850 S. 2.) ertheilten etatsmäßigen und extraordinären Justiz-Bausonds.

Der etatsmäßige Justiz-Bausond ist zur Unterhaltung der Justizbestimmungen bestimmt. Ausgeschlossen sind davon alle Neubauten und Haupt-Reparaturen solche Reparaturen, welche Neubauten ähnlich sind, und den auf den extraordinären Justiz-Bausond zu übernehmenden Betrag von 1000 Thln. erreichen oder übersteigen. Auf den etatsmäßigen Bausond können die Kosten gewöhnlicher Reparaturen an baulichen Einrichtungen, soweit sie ihrer Geringfügigkeit wegen nicht nach den Bestimmungen der Allgem. Verf. v. 31. Mai 1845 (Just. Min. Bl. S. 99.) aus dem etatsmäßigen Fond der Gerichte „zu sächlichen Ausgaben“, beziehungsweise „zu Kriminalkosten“ zu bestreiten sind, zu jeder Zeit angewiesen werden, nachdem die Kostenanmeldung aufgefertigt und vorschriftsmäßig festgestellt sind, und zugleich die Nothwendigkeit der Verwendung gehörig nachgewiesen worden ist.

Der extraordinaire Justiz-Bausond besteht dagegen aus einzelnen Neubauten, ferner zu Bauten behufs der Vergrößerung oder Erweiterung vorhandener Lokalitäten und zu Haupt-Reparaturen erforderlichen Beträgen. Diese können jedoch erst durch den, den Kammern alljährlich vorzulegenden Staatshanshalts-Statut genehmigt werden. Um ihre Aufnahme in den Etat und in die demselben zum Grunde liegende spezielle Nachweisung der einmaligen und außerordentlichen Geldbedürfnisse bei der Justiz-Verwaltung für das betreffende Jahr bewerkstelligen zu können,

berlich, daß zuvor sowohl die Nothwendigkeit der Bauten selbst vollständig gewiesen, als auch die Höhe der Kosten durch vorschriftsmäßig angefertigte und birtte Pläne und Anschläge festgestellt wird. Es kommt daher darauf an, die Bauprojekte gehörig vorbereitet, mittelst besonderer, die Angelegenheit eroffende Berichte dem Justizminister so zeitig eingereicht werden, daß noch vor Stellung der gedachten jährlichen Nachweisung nicht nur der Justizminister selbst Verhältnisse zu prüfen, sondern demnächst auch die Abtheilung für das Bau- u. im Königl. Ministerium für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten die ne und Anschläge zu revidiren und festzustellen im Stande ist. Da diese Gesetze, der Natur der Sache nach, längere Zeit in Anspruch nehmen, die erwähnte Nachweisung auch dem Königl. Finanz-Ministerium zur Aufnahme der Beträge in Staatshaushalts-Stat, mitgetheilt werden muß, und der Stat vor dem Zusammentritt der Kammern weiteren Vorbereitungen unterliegt, so können nur diejenigen räge zu größeren Bauten für das nächstfolgende Jahr Berücksichtigung finden, welche die vollständigen Berichte und Projekte spätestens bis zum 15. April dem Justizminister eingegangen sind. Den Gerichtsbehörden wird jedoch dringend fohlen, bei Einreichung ihrer Anträge diesen äußersten Termin nicht abzuwarten, it etwaige Erinnerungen und Anstände noch erledigt und dadurch die rechtzei-Prüfung und Festsetzung vollendet werden können.

In Beziehung auf die Kostenanschläge wird hierbei zugleich die auf Allerhöch-Anordnung beruhende Bestimmung unter VII. der Allgem. Verf. v. 31. Mai 18, wonach der Bedarf stets ganz vollständig und mit Einschluß der Kosten für rillen u. zur inneren Einrichtung der neuen oder erweiterten Gebäude berechnet en soll, in Erinnerung gebracht, da eine Verabsäumung dieser Bestimmung t die Verschiebung der Liquidation, und demzufolge auch des Beginns des be- imden Baues um ein volles Jahr zur Folge haben kann.

Sämmtliche Gerichtsbehörden werden hiervon in Kenntniß gesetzt, um sich nach vorstehenden Bestimmungen zu achten, und dafür zu sorgen, daß das in Gemäß- der Allgem. Verf. v. 7. Mai 1822 (Jahrbücher Bd. 19., S. 312.) einzuleitende hafft der Veranschlagung bei den technischen Behörden möglichst beschleunigt und zeitig beendet werde.

Neben den beiden vorerwähnten Baufonds bleibt außerdem noch der in Gemäßheit Allgem. Verf. v. 8. Juni 1846 (Just. Min. Bl. S. 115.) aus einem Theile Arbeitsverdienstes der gerichtlichen Gefangenen in den einzelnen Obergerichts- artements gebildete Fond, Behufs der Bestreitung von Einrichtungskosten für die efferung des Gefängnißwesens, zur Disposition des Justizministers. Von der echnung der auf diesen Fond anzuweisenden Beträge gilt dasselbe, was im fünf- Absätze der Allgem. Verfüg. v. 30. Dec. v. J. hinsichts der auf den Fond zu chen Ausgaben angewiesenen Beträge angeordnet worden ist.

(Just. Min. Bl. 1850 S. 335. No. 103.)

C. Vorschriften über Kirchen-, Pfarr- und Schulbauten. S. 348. ff.)

1) G. R. der R. Min. der G., U. u. M.-Ang. (v. Altenstein) u. d. v. Alvensleben) v. 2. Nov. 1837 an sämmil. R. Reg., ausschließlich Rheinischen und derjenigen zu Stralsund und Potsdam, betr. die Un- üßungen für Kirchen-, Pfarr- und Schulzwecke aus Staatsfonds.

Es ist von den unterzeichneten Ministerien wahrgenommen worden, daß bei der ereitung der höheren Orts zu formirenden Anträge auf außerordentliche Unter- ngen für Kirchen-, Pfarr- und Schulzwecke nicht von allen Rgl. Regierungen isförmig verfahren wird, und daher die Besorgniß entstanden, daß, da diese An- ohnebies von Jahr zu Jahr sich vervielfältigen, und dieserhalb eine strenge sorgfältige Auswahl unter letzteren um so nöthiger wird, nicht immer die Be- igsten auch die Begünstigsten sein werden, vielmehr nicht selten die Zubring- t vor den Bescheidenen unverdiente Vorzüge erlangen.

Zur Vermeidung dieses Uebelstandes und der vielfachen Rückfragen, welche t die ungenügende Vorbereitung derartiger Gesuche in den Provinzen bisher s herbeigeführt worden sind, finden wir uns veranlaßt, die Grundsätze, nach en Unterstützungs-gesuche solcher Art im Allgemeinen zu behandeln und vorzu- ten sind, hierdurch zusammengestellt in Erinnerung zu bringen.

Wenn für kirchliche, Pfarr- oder Schulzwecke die Hülfe des Staats in Aus- genommen werden soll, so ist vor Allem zu prüfen, ob der Zweck, welcher

erreicht werden soll, ein nothwendiger, d. h. ob dessen Erreichung in unserm E in der gegenwärtigen Zeit durch die Rücksicht auf das stete Fortschreiten der E sation, geboten sei. Ist die Nothwendigkeit des Zweckes dargethan oder über unbestreitbar, so bedarf es noch der Untersuchung, ob die Erreichung desselben erheblichen Gründen durch den Zutritt der allgemeinen Staats-Fonds in d bedingt sei, daß ohne diese Beihülfe der Zweck würde aufgegeben werden u oder ob wenigstens besondere Gründe obwalten, um eine Mitwirkung des E für die vollständigere Erreichung des zu erstrebenden Zweckes als empfehle und dem dafür in Anspruch genommenen Aufwande entsprechend erscheinen zu

Muß zur Erreichung des Zweckes zur Ausführung von Gebäuden ges werden, so muß:

- 1) auch deren Nothwendigkeit dargethan sein, und der Betrag der zur A rung erforderlichen Kosten durch technische Veranschlagung oder wen durch einen auf sachverständiger Abschätzung beruhenden und in Beu den Umfang des Baues und auf die Weise der Ausführung genügend terten Kosten-Ueberschlag ermittelt werden. Bei Ausarbeitung der Ba und Anschläge muß das nach obigen Voraussetzungen festgestellte Be berücksichtigt, jeder unnütze Luxus vermieden, und diejenige Bauart g werden, welche neben einer zweckmäßigen Sparsamkeit zugleich für die l Dauer des Gebäudes Bürgschaft leistet, und in der äußern Form sow in der innern Einrichtung den Forderungen der Baukunst entspricht. I steht sich also von selbst, daß, so wenig eine solche Bauart empfehle vorgeschrieben werden darf, bei welcher ein geringerer Kostenaufwand Mangel an Dauerhaftigkeit und Zweckmäßigkeit überwiegen würde, e wenig auch durch die einseitige Verfolgung ästhetischer und künstl Rücksichten die wahre, durch die jeweiligen Zustände der Staatskasse g Wirthlichkeit beeinträchtigt werden soll.

Sodann ist

- 2) zu ermitteln und nachzuweisen, welcher Theil der Baukosten durch B aus dem vorhandenen Sozietäts-Vermögen, also bei Bauten an I Pfarrer- und Küsterwohnungen durch Beiträge aus dem Kirchenatium Nachtheil für die auf das letztere hingewiesenen und wirklich nothw fortlaufenden Ausgaben, (§§. 712., 713. Tit. 11. und §. 37. Tit. 12. : Allg. Landr.) ferner durch die von dem Patron, von der Kommune, o Pfarrbauten, von dem Pfarrer unentgeltlich herzugebenden Baumat (§§. 729. und 787. Tit. 11. l. c.), sowie durch Benutzung der Ran oder durch Verkauf der alten Kirchen- und Schulgebäude, soweit di durch den Neubau entbehrlich werden, durch freiwillige Gaben u. f. deckt werden kann.

Endlich

- 3) bleibt auf das Sorgfältigste zu untersuchen und nachzuweisen, in w die Kirchen- und Schulgemeine den nach Abzug aller solchen Zuschü dem Kirchen- oder Kommunal-Vermögen u. f. w., sowie der etwaigen beiträge des Patrons und des Werthes der von den Landgemeinen un lich zu leistenden Hand- und Spanndienste (§. 714. l. c.) verbleibend der baaren Baukosten, ohne Gefahr für die Erhaltung im leistungsf Zustande, aus eigenen Mitteln aufzubringen oder doch anzuleihen u geliehene Kapital allmählig wieder abzutragen im Stande ist.

Um die Prästationsfähigkeit der Gemeinen und danach das Unterstützun dürfnis bei geistlichen und Schulbauten beurtheilen und bemessen zu können, i Repartitionstabelle der gesammten, auf die Gemeinde fallenden baaren Ba mit erläuternden Bemerkungen über die Erwerbs- und Abgaben-Verhältni einzelnen Mitglieder der Gemeinde aufzustellen. Bei Anfertigung dieser Nach gen kann es auf eine vollständige spezielle Ermittlung des reinen Ertrag landwirthschaftlichen und sonstigen Erwerbes der Mitglieder der theiligten t nen nicht abgesehen sein, zumal solche Ertrags-Abschätzungen, besonders bei A Ackerwirthschaften, ein zuverlässiges Resultat in der Regel nicht gewähren u Natur der Sache nach nicht gewähren können. Es wird genügen, wenn, u lich bei Landgemeinen, die Grundbesitzer nach den im Leben selbst hervortr Abstufungen und nach den ortsüblichen Benennungen als Bauern, Kolonist Büdner, Kossäthen, Häusler, Einlieger u. f. w. mit Angabe der Morgenzahl so weit möglich des Ertrags der Besitzungen, dann die Gewerbetreibenden, Angabe ihres Gewerbes und dessen ungefähren Umfangs, endlich diejenige

Wohner, welche weder Grundeigenthum besitzen noch ein Gewerbe — im engeren Sinne des Wortes — treiben, unter Angabe der Größe ihres Hausstandes und der ihres Nahrungs-Gewerbes, aufgeführt werden. Dabei sind Abgaben der einzelnen Gemeinemitglieder an den Gutsherrn, an die Geistlichkeit und Schulen und zu den fortbauernenden Kommunal-Bedürfnissen, ingleichen an Feuer-Sozietäts-Beiträgen u. s. w. so genau als möglich, endlich, so weit sich dies mit Zuverlässigkeit stellen läßt, die Beträge der auf den Grundbesitzungen haftenden Hypothekensummen anzugeben.

Bei den Städten ist ebenfalls mit analoger Anwendung dieser Vorschriften zu verfahren, und werden überall diejenigen Bestimmungen, welche Behufs der Aufstellung und Erläuterung der Klassensteuer-Aufnahmelisten ertheilt sind, auch bei der Aufstellung der hier in Rede stehenden Repartitionslisten mit Nutzen beachtet werden können. Jedenfalls ist in die letztgedachten Listen der Betrag der, von jedem Beitragspflichtigen zu entrichtenden Grund-, Klassen- und Gewerbesteuer (abgesondert für jede dieser Steuerarten) aufzunehmen.

Den Landrathen, an welche die aufgestellten Listen zur ersten Prüfung gelangen werden, wird es bei letzterer besonders obliegen, nach vorgängiger örtlicher Revision über ihr Gutachten zu geben, ob nicht durch minder kostspielige Ausführung des Baues, durch Reparaturen oder Anbauten, statt des vorgeschlagenen Neubaus, durch sparsame Benützung anderer schon vorhandener Gebäude u. s. w. der Kostenaufwand vermindert, oder durch Verschiebung gleichzeitig projektirter Bauten auf eine spätere Reihe von Jahren, oder durch Aufnahme von Kapitalien, für deren Verzinsung und successive Abbildung die Kommune zu sorgen hat, die Belastung der Gemeinde erleichtert werden kann. Sie haben ferner ihr Gutachten sowohl über die Höhe der Beiträge, als über den zur Aufbringung der Gemeinde-Beiträge angenommenen Plan abzugeben, und wo sie denselben zu einer gerechten und den Kräften der Beitragspflichtigen entsprechenden Vertheilung der Last nicht angemessen finden, dieselben anderweite Vorschläge abzugeben und wenigstens an einzelnen Beispielen der Vertheilung der Beiträge die Rolle zu zeigen, wie sich danach die Vertheilung der Beiträge stellen würde. Gestützt hierauf hat der Landrath alsdann sich pflichtmäßig darüber auszusprechen, ob und welche Unterstützung aus Staatskassen zu dem Bau für erforderlich gehalten ist und nach Billigkeit sich befürworten läßt.

Im Allgemeinen werden desfallsige Anträge nur dann zur Befürwortung sich eignen, wenn durch außergewöhnliche und unverschuldete Unglücksfälle die Gemeinde, für die Leistung obliegt, hierzu außer Stand gesetzt ist, auch anderweite Kreis-, Provinzial- oder Sozietäts-Fonds, aus denen eine Uebertragung erfolgen könnte, vorhanden sind; oder endlich, wenn anderweite erhebliche Momente anzuführen sind, welche zwar eine rechtliche Verpflichtung der Staatskassen zur Uebernahme der Kosten nicht begründen, aber eine Beihilfe hierbei, so weit die Leistungsfähigkeit der Gemeinde nicht ausreicht, ausnahmsweise für billig erachten lassen.

Ist der Bau, für welchen die Unterstützung nachgesucht wird, durch Brandschaden herbeigeführt, so bleibt zu untersuchen, ob und weshalb die eingescherten Gebäude, sei es gar nicht oder nicht ihrem Bauwerthe entsprechend, gegen Feuerschaden geschützt worden sind; und es werden, wenn sich hierbei eine Nachlässigkeit oder grobe Verschuldung der Gemeinde ergiebt, die desfallsigen Unterstützungs-Anträge um so strengerer Beurtheilung unterliegen müssen, auch jedenfalls Voranstalten zu treffen sein, für die Folge ähnlichen Ungebührnissen und Uebelständen zu vermeiden.

Nach eben diesen Gesichtspunkten hat sodann auch die Königl. Regierung die den Landrathen begutachteten Anträge einer weiteren Erörterung zu unterwerfen und danach, besonders in den Fällen, in welchen von den unterzeichneten Ministern Bericht erfordert ist, ihr Gutachten abzugeben, anderweite an dieselbe gelangende Anträge dieser Art aber, so weit sie Ihrem pflichtmäßigen Ermessen nach nicht zur Berücksichtigung eignen, sogleich und bestimmt zurück zu weisen.

Die Königl. Regierung hat dabei zugleich zu prüfen, ob insbesondere bei solchen Bauten, welche durch Unglücksfälle veranlaßt sind, die Unterstützung zweckmäßig in Form einer allgemeinen, oder auf die Provinz, oder auf den Regierungsbezirk beschränkten Kirchen-Kollekte gewährt werden könne.

Wenn es endlich nicht möglich sein würde, für jeden derartigen Fall in welcher Form auf Unterstützung angetragen wird, im Voraus die Merkmale aufzustellen, nach welchen die Befürwortung oder Zurückweisung des Antrages zu bemessen, so wird es um so mehr der pflichtmäßigen Fürsorge der Königl. Regierung überlassen empfohlen, in Ihren Berichten auch diejenigen Momente gebührend zu würdigen,

gen, welche aus einem allgemeinen Gesichtspunkte und über das örtliche Bedürfniß hinaus der in Antrag gekommenen Gnadenbewilligung in sofern das Wort reden können, als dadurch auf Weckung und Erhaltung eines kirchlichen Sinnes und auf die Belebung ächt patriotischer und loyaler Gesinnung hingewirkt werden soll. In dergleichen Berichterstattungen hat übrigens (wie unter Bezugnahme auf die dem Finanz-Ministerio ergangene Circ. Verf. v. 30. März 1830 (Anl. a.) in Erinnerung gebracht wird) jedesmal die Regierungs-Abtheilung für direkte Staats-Domänen- und Forstverwaltung zu konkurriren, und bleibt es deren Sache, insbesondere über alles, was auf die Leistungsfähigkeit der Gemeinde und auf die Höhe der von derselben zu leistenden Beiträge Bezug hat, bestimmt zu äußern.

Zur leichtern und gleichmäßigeren Beurtheilung derartiger Anträge bleibt es dem Königl. Regierung überlassen, den Landrathen neben der demselben hienach zu ertheilenden Instruktion auch ein Schema zu den weiter oben erwähnten Requisitionen mitzutheilen.

Bekanntmachungen durch die Amtsblätter aber, oder von Seiten der Landräthe durch die Kreisblätter sind zu vermeiden, da es sich hierbei überall nur um ausnahmsweise und selten vorkommende Bewilligungen handelt.

Anl. a.

Die dortige Königl. Regierung ist von Seiten des Königl. Ministeriums in geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten (unter dem 18. Februar 1830 Annal. S. 89.) angewiesen worden:

bei Anträgen um Geld-Unterstützungen für arme Gemeinen, zum Bau ihrer Schulhäuser, jedesmal die bedrängten Verhältnisse der Kommunen gehörig zu berücksichtigen, und alle derartigen Baue vorher auf das Nützlichste zu erwägen, auch bei Aufstellung der Projekte nur auf das nöthigste Raumbedürfnis zu sehen; stets aber eine solche Bauart zu wählen, die in der Nähe vorhandenen billigsten Materialien und niedrigsten Preisen entspricht, um danach den Gemeinen und auch den Staatskassen dem Bau der Schulhäuser jede nur mögliche Erleichterung und Aufbehalten angeeignet lassen zu können.

In Folge dieser Bestimmung, veranlasse ich das Königl. Regierungs-Präsidium hiermit, es anzuordnen und darauf zu halten, daß über alle zu machende Anträge in geistlichen und Schul-Angelegenheiten, bei welchen es auf Bewilligungen aus dem Domänen-Fonds oder aus Staats-Försten, oder bei denen es auf Zahlungen aus anderen als etatsmäßigen Fonds und überhaupt auf Anweisung extraordinärer Unterstützung ankommt, sich jedesmal zuvor mit der Regierungs-Abtheilung für Domänen und Försten, rücksichtlich der darauf sich beziehenden Verhältnisse der betheiligten Individuen und Kommunen, berathe, und nie einseitig, sondern gemeinschaftlich mit dieser Behörde berichte. Berlin, den 30. März 1830.

Der Finanzminister. v. Ros.

An

sämmtliche Königl. Regierungs-Präsidien.

(N. XXI. 961. — 4. 82.)

Dies G. N. ist gleichzeitig den K. Reg. der Rheinprovinz, der zu Stralsund mit nachstehendem Zusätze mitgetheilt worden:

Die K. Reg. hat sich danach auch Ihrer Seits zu achten und die Landräthe demgemäß zu instruiren.

Die in diesem Erlaß allegirten Vorschriften des Allgem. Landrechts, in Bezug auf die gesetzliche Verpflichtung der Patrone, resp. der Gemeinen, bei Kirch- und Schulhaus-Bauten, werden bei der weiteren Instruirung der Landräthe durch die dort gültigen Vorschriften des gemeinen Kirchenrechts, resp. des französischen Rechts, zu ersetzen sein. Im Allgemeinen aber wird sich hierdurch in den bestehenden Bestimmungen etwas Wesentliches nicht ändern, da in Bezug auf die Verpflichtungen der Gemeinen, um welche es sich hier besonders handelt, die Bestimmungen des gemeinen Kirchenrechts mit denen des Landrechts meist übereinstimmen, und nach dem französischen Gesetze jene Verpflichtungen noch bestimmter ausgesprochen und ausgedehnter festgestellt sind, als nach den preussischen Gesetzen.

(N. XXI. 966. — 4. 83.)

Auch der K. Reg. zu Potsdam ist das G. N. v. 2. Nov. 1830 gleichzeitig mit nachstehendem Zusätze kommunizirt worden:

Die Königl. Regierung hat hiernach die Landräthe des dortigen Regierungs-

falls zu instruiren, und bleibt Derselben überlassen, auch das an die Königl. Main- und Rentämter von dort aus erlassene Cirk. v. 6. Febr. 1835 (Annal. 992—994.), mit welchem wir im Wesentlichen einverstanden sind, danach zu thun. Das diesem Cirkular beigelegte Schema zu den Uebersichten der Vermögensverhältnisse der Gemeinden wird einer Vereinfachung hiernach unterliegen können. (N. XXI. 967. — 4. 84.)

2) G. R. der K. Min. der g., II. u. M.-Ang. (Eichhorn) u. d. F. mth) v. 12. Sept. 1842 an sämtliche K. Reg., betr. die Veranschlagung von Kirchen-, Pfarr- und Schulbauten.

Die von den Herren Staats-Ministern Freiherr v. Altenstein und Grafen v. Anstetten unterm 2. Nov. 1837 erlassene Cirkular-Befugung, betr. die Vorberathung der Anträge auf außerordentliche Unterstützungen zu Kirchen-, Pfarr- und Schulzwecken hat der Absicht in soweit entsprochen, als sie im Allgemeinen dergleichen Anträge beschränkte und sorgfältigere Vorarbeiten veranlaßte. Es hat sich aber nach den bisher gemachten Erfahrungen die Nothwendigkeit nicht verkennen lassen, die Arbeitskräfte der Distrikts-Landbau-Beamten angemessener und schonender, es bei Beobachtung der in jener Verfügung enthaltenen Bestimmungen geschehen konnte, in Anspruch zu nehmen, und bestimmen wir deshalb unter Aufhebung letzteren, insoweit sie ein abweichendes Verfahren festsetzen, Folgendes:

Wenn zur Erreichung kirchlicher, Pfarr- und Schulzwecke die Ausführung von Bauten in Anregung kommt, so hat die K. Reg., bevor Sie dem Baubeamten die Anweisung von technischen Vorarbeiten aufträgt, zunächst das Bedürfniß und den Umfang der zur Befriedigung desselben, ohne außerordentliche Unterstützung verfügbare und resp. verfügbar zu machenden Geldmittel und Leistungen in sorgfältiger Erwägung zu nehmen und zu dem Zwecke diejenigen Vorarbeiten des Landraths zu lassen, welche die Cirk. Verf. v. 2. Nov. 1837 anordnet. Diesem liegt es ob, in Mitwirkung der Superintenden (Defane) oder Schulinspektoren nach vorheriger örtlicher Untersuchung und Vernehmung der Vertreter der Kirche oder des Landraths und des Baubeamten des Bezirks zu erörtern: ob und durch welche Maßnahme sich überhaupt der Neubau vermeiden oder ohne Nachtheil verschieben lasse. Ist dies nicht zulässig oder doch unvortheilhaft, so hat der Landrath in gleicher Weise das räumliche Bedürfniß zu ermitteln und festzustellen und nachdem er in Beziehung auf die Bauart, welche er bei der K. Reg. in Antrag zu bringen gedenkt, einen Beschluß gefaßt hat, die Erörterungen über den Geldbedarf und dessen Deckung folgen zu lassen, wie sie die Cirk. Verf. v. 2. Nov. 1837 vorschreibt, mit folgenden Maßgaben:

1) Die über die Prästationsfähigkeit der Gemeinden und deren Mitglieder vorher gesammelten und zusammengestellten (allenfalls nur der Berichtigung nach örtlicher Untersuchung bedürftenden) Ergebnisse müssen mit zur Stelle gebracht werden, damit die Repartitions-Tabelle sogleich aufgestellt und in Erwägung genommen werden kann und unnöthige Termine und Reisen vermieden werden;

2) Der Bedarfs-Nachweisung ist kein, von dem Distrikts-Baubeamten vorher ausgearbeiteter An- oder Ueberschlag, sondern diejenige Summe zum Grunde zu legen, welche von ihm, nachdem ihm der Landrath in Beziehung auf Bauart und räumliches Bedürfniß die erforderlichen Momente der Berechnung gegeben hat, sogleich zur Stelle, nach Abschätzung, als Bedarf bezeichnet wird.

3) Die Erörterung über die vorhandenen oder verfügbar zu machenden Leistungsmittel ist nach Maßgabe der Verhältnisse auch vorher zu bewirken, bevor die Bauart in Erwägung genommen wird. Dies wird namentlich dann geschehen müssen, wenn jene Mittel, nach der allgemeinen, dem Landrathe bewohnenden Kenntniß der Verhältnisse, selbst mit demjenigen Kostenaufwande, der nur das unabwiesliche Bedürfniß berücksichtigen würde, in erheblichem Mißverhältnisse stehen würden.

4) Die Bedarfs-Nachweisung ist in der Regel, und wenn die Bauart nicht den Hauptmomenten und den bestehenden Verhältnissen nach, als keiner Wahl unterworfen gedacht werden kann, alternativ für verschiedene Bauarten aufzustellen, welche einen größeren und geringeren Kostenaufwand erfordern. Das Maß für die Abweichung wird bei sorgfältiger Erwägung der von der Cirk. Verf. v. 2. Nov. 1837 gestellten leitenden Gesichtspunkte ohne Schwierigkeit gefunden werden. So erhält die K. Reg. sogleich das zu

einer reiflichen Prüfung der Anträge des Landraths erforderliche Materie es wird die Nothwendigkeit beseitigt, es zu ergänzen, wenn Sie in der zu wählenden Bauart von abweichender Ansicht geleitet werden ist. Der Baubeamte wird nach Anleitung der von ihm zu führenden Bau-Tafel — weshalb weiterhin das Erforderliche bestimmt wird — im Stande sein, die darfs-Abschätzung mit so viel Genauigkeit zu machen, als für dies erste Stadium der Erörterung für zureichend zu erachten ist. Er hat sich in diesem lediglich auf zu beschränken, die von dem Landrath ihm zu stellenden technischen Fragen beantworten, sich über die Wahl der Bauart und der Baustelle gutachtlich zu äußern, die letztere, nachdem sich der Landrath für dieselbe entschieden haben wird, zu suchen und den Geldbedarf abzuschätzen.

Diese Vorarbeiten hat der Landrath, begleitet mit seinem Gutachten über Ausführung des Baues, die Deckung der Geldmittel und die etwa aus der Staats-Kasse zu erbittende Unterstützung der K. Reg. einzureichen. Sie hat dieselbe Beziehung auf Vollständigkeit sorgfältig zu prüfen und ergänzen zu lassen, in weit dies erforderlich scheint und demnächst mit Rücksicht auf das von den technischen Mitgliedern, d. h. von den Geistlichen oder Schul-Räthen der K. Reg. über Bauplan jedesmal zuvor abzugebende Gutachten, und wenn der Bau selbst Kirchen oder Pfarr-Gebäude betrifft, nach Rücksprache mit der Bischöflichen Behörde zur Erledigung der Vorschrift des §. 707. Tit. 11. Th. II. K. R. darüber Bescheid zu fassen:

ob und in welcher Art die Ausführung des Baues in Aussicht genommen werden soll, und ob Veranlassung vorhanden sei, eine außerordentliche Unterstützung aus der Staats-Kasse und bis zu welchem Betrage bei uns in Antrag zu bringen oder nicht.

Im letzten Falle muß das Gesuch sogleich und entschieden zurückgewiesen werden; im ersteren hat die K. Reg. dem Bezirksbaubeamten bestimmt anzugeben:

- 1) die nach Ihrer Absicht zur Verfügung kommenden Geldmittel und Beträge, wobei auch diejenige Summe berücksichtigt werden muß, welche eine Unterstützung aus der Staatskasse in Antrag zu bringen beabsichtigt,
- 2) das von Ihr anerkannte Raumbedürfniß, und
- 3) die von Ihr gewählte Bauart,

und ihm hiernach die Anfertigung eines Kostenüberschlages und der, demselben erläuternden Skizzen (mit Vermeidung von Bauanschlägen und sonstigen Bauzeichnungen, welche für dergleichen Zwecke überhaupt nur auf unserer ausdrückliche Anweisung oder mit unserer Genehmigung anzufertigen sind) aufzugeben. Die deshalb an den Baubeamten zu erlassende Verfügung muß stets unter Aufsicht der Regierung des Landraths angegeben werden, damit dem Ersteren sogleich etwa erforderlichen technischen Andeutungen zugehen und Rückfragen und Missverständnisse mithin Zeitverlust, vermieden werden. Ebenso hat der Regierungs-Baubeamte die Ueberschläge und Skizzen, bevor dieselben uns eingereicht werden, in Beziehung auf Vollständigkeit und Gründlichkeit zu revidiren, und mit dem Revisionszeichen versehen.

Soll aber die den Bezirks-Baubeamten nöthige Erleichterung in ihren Aufträgen nicht auf Kosten der Zulänglichkeit der Vorarbeiten, welche stets zu fordern ist, erlangt werden, so müssen die Kostenüberschläge mehr sein als bloß schätzungsweise, ohne genügende Vorbereitung und ohne Entwicklung solchen Materials, welches einer Prüfung unterworfen werden kann, gemachte Zahlenangaben. Die K. Reg. erhält nun, um innerhalb Ihres Verwaltungsbezirks auf ein gleichmäßiges Verfahren bei Aufstellung solcher Kostenüberschläge hinwirken zu können, in den

sub Nr. I... Exemplare der Bemerkungen der Oberbau-Deputation über die Nothwendigkeit der Ueberschläge auf zureichend genaue Schätzung der Kosten gewöhnlicher, in ähnlicher Größe, Bauart und Einrichtung oft vorkommender Gebäude;

sub Nr. II.... Exemplare des Musters zu einer von den Bezirks-Baubeamten zu führenden Tabelle unter dem Rubro:

Baufkosten im Verhältniß zur Grundfläche der Gebäude oder der Länge der Schälungen, Mauern, Säune, Gitter etc. als Resultat einzelner Veranschlagungen;

sub Nr. II. A—E. je... Muster zu Kostenüberschlägen für gewöhnliche Gebäude

sub Nr. III... Muster des Kostenüberschlages zum Neubau einer Kirche.

Ferner sub Lit. X.... Vogen Schemata nach dem Muster II.

Zur Erläuterung dieser Materialien wird Nachstehendes bemerkt:

Die Aufstellung einer Regel, nach welcher in bestimmten räumlichen Abschnitten die Bauart (massiv, in Fachwerk etc.) zu wählen sei, erscheint bedenklich, weil dieser Wahl außer dem Verhältnisse der Materialien-Preise, welches örtlich verschieden ist, selbst die Baustelle sehr oft entscheiden muß. Eben so wenig können Normalsätze für einen Regierungs-Bezirk oder nur für einen Bau- oder wäthlichen Kreis gültig aufgestellt werden, weil die fast jeden Ortes verschiedenen Verhältnisse einen zu bedeutenden Einfluß auch auf den Kostenbetrag äußern; die Kunst verbunden mit der Lokalkenntniß eines Baubeamten wird sich immer nicht entbehren lassen, diesem aber wird es nicht schwer werden, die Kosten mit hinreichender Sicherheit zu schätzen.

Viele Bezirks-Baubeamte sammeln die Resultate der von ihnen ausgearbeiteten Ueberschläge, auch wohl der Ausführungen in Tabellen unter folgenden Rubriken:

Jahr; Ort; Bestimmung des Gebäudes; Bauart; Bedachungsart; Höhen (der Keller und der einzelnen Geschosse), Länge, Breite, Grundfläche des Gebäudes; Kosten überhaupt (und in so fern bei der Veranschlagung eine Trennung statt gefunden hat, wie etwa bei geistlichen Gebäuden: Patronats- und Gemeinde-Beitrag, Betrag des Fuhrlohns, des Holzwerthes etc. auch hier- nach getrennt), Kosten auf den □ Fuß Grundfläche (entweder im Ganzen oder ebenfalls nach obiger Trennung); weitere Bemerkungen.

Werden nun dergleichen Resultate mit Rücksicht auf die Verschiedenheit der Umstände sachkundig benutzt, so gewähren sie für alle gewöhnliche, oft vorkommende Gebäude (kleine Landkirchen, Pfarr-, Küster- und Schulhäuser, Schwafts-Gebäude der Pfarrereien, Küstereien und Schulen, gewöhnliche Häuser in Städten etc.) erfahrungsmäßig einen Anhalt, der die Arbeit eines Ueberschlages einfach und leicht macht. Auch die Ober-Bau-Deputation läßt dergleichen Tabellen, nach den verschiedenen Provinzen abgefordert, führen, obgleich für den Nutzen derselben eingeschränkter ist, als der, den ein Bezirks-Baubeamter darbieten kann. Wenn nun auch die Anwendbarkeit des Verfahrens zur Gewinnung eines Ueberschlages nicht etwa von dem Vorhandensein solcher Tabellen abhängt, welche nur ein Erleichterungsmittel sind, indem jedem Baubeamten aus eigener Erfahrung oder aus den Dienstakten Beispiele nicht fehlen werden, welche auf gerade vorliegenden Fall passen oder demselben mit geringer Mühe angepaßt werden können, so muß es doch jedem Bezirks-Land-Bau-Beamten zur Pflicht gemacht werden, dergleichen Tabellen nach den schon vorhandenen Daten anzulegen und zu fortzuführen, und es erscheint nützlich, die oben bezeichneten Rubriken durch folgende: Cubik-Inhalt des Gebäudes (ohne Dachraum, in so fern dieser zur Anlage von Zimmern benutzt wird) zu vervollständigen, denn die Arbeit ist bedeutend, der Nutzen auch zu anderen Zwecken sehr wesentlich. Zu dieser Tabelle ist das Muster II. gegeben. Die Ueberschläge zu gewöhnlichen Gebäuden sind nach den Mustern II. A. bis E. aufzustellen sein.

Etwas anders, als mit den Gegenständen, von welchen vorstehend die Rede ge-
ht, verhält es sich mit größeren Kirchen- oder anderen wichtigeren Gebäuden, wo öfter und immer unter wesentlichen Modifikationen der Einrichtung und in-
Ausstattung vorkommen. Die Ueberschläge werden nach dem Muster sub III.
stellen sein.

Es wird den Bauräthen zur Pflicht gemacht, bei ihren Bereisungen von der
stetigen Fortführung der Tabelle (Nr. II.) Seitens der Bezirks-Baubeamten
zu nehmen und dahin zu wirken, daß eine der Absicht entsprechende über-
nehmende Benutzung der gesammelten Materialien und Behandlung des Gegen-
stands erreicht werde. Jedem Bezirks-Baubeamten ist eine verhältnißmäßige Zahl
Formulare zuzustellen und haben sie sich derselben vorkommenden Falles nach
Anleitung der Bemerkung sub Nr. 7. auf der Anlage II. zu bedienen.

Auf den Grund solcher Ueberschläge und Skizzen hat demnächst die K. Reg.
ung Ihre Anträge auf Bewilligung einer außerordentlichen Unterstützung zu den
eingangs bezeichneten Bauten zu machen und die weiteren Verfügungen zu
ertheilen.

Diese Verfügung ist nicht durch die Amtsblätter bekannt zu machen.

Anl. I.

Bemerkungen über die Anwendbarkeit der Ueberschläge auf hinreichend genaue
Schätzung der Kosten gewöhnlicher, in ähnlicher Größe, Bauart und
Einrichtung oft vorkommender Gebäude.

Es ist mitunter die Unzuverlässigkeit der Ueberschläge behauptet und dabei auf
viele Bezug genommen worden,, welche nicht passen, weil später die spezielle

Veranschlagung nach ganz andern, von den Behörden gestellten Beding folgt ist:

In dergleichen Fällen kann allerdings ein Ueberschlag so wenig w ziellste Anschlag als Anhalt dienen.

Indessen ist nicht in Abrede zu stellen, daß auch bei genauer Beibeh ursprünglichen Bauplanes das Ergebniß eines Ueberschlages sehr weit von lichkeit sich entfernen kann, entweder weil die Preise und Verhältnisse sic haben, oder weil bei der Aufstellung nicht mit gehöriger Sorgfalt und U fahren worden ist. In diesen beiden Fällen bleibt aber selbst ein Anschl und in ersterem kann die Differenz ungleich größer werden als der Fehle auch bei gehöriger Schätzung mit Benutzung gegebener Hülfstafeln mögl

Daß diese hinreichen, um nach dem vorliegenden Anschlage auf e Bauart die Kosten eines Gebäudes zu demselben Zwecke, aber in ander durch ganz einfache Berechnung annähernd zu finden, hat die Erfahru Ober-Bau-Deputation vielmals gezeigt.

Es sollen jetzt nur folgende Fälle angeführt werden:

- 1) Das Küster- und Schulhaus zu Friedrichswalde, Amtes Grimni Fachwerk mit Ausmauerung in 3 Quartierziegeln veranschlagt zu 23 Die Ober-Bau-Deputation machte auf die Vorzüge des Massiv- hauses aufmerksam und schätzte die Kosten desselben zu . . . 25 Der spezielle Anschlag ergab 24

Differenz

oder 0,037 der Anschlags-Summe.

- 2) Für Frankena, Amtes Dobrilugk, war ein massives Pfarrhaus n ches Schulhaus veranschlagt zu resp. 2201 Thln. und 1686 Thln., zu 3887 Thln. Das K. Fin. Min. fand diese Summe sehr hec unerschwinglich. Die Ober-Bau-Deputation stellte vor, der Mas bei Wohnhäusern der entschieden vortheilhafteste und wenig t der Fachwerkbau, bei welchem hier nur ungefähr 648 Thlr. zu st die Kosten also auf 3 zu stehen kommen würden.

Dessen ungeachtet wurde die spezielle Veranschlagung in der letzteren Bauart verfügt; dieselbe ergab 3 also mehr

oder 0,008 der Anschlags-Summe.

- 3) Das Schulhaus zu Dobberbusch in der Herrschaft Lieberose war v im ersten Geschoße massiv, im zweiten in ausgemauertem Fac Dornschem Dache zu 9

Die K. Reg. zu Frankfurt zeigte bei Einsendung des Ans daß der Bau ganz in Fachwerk nach einem Ueberschlage kosten u

die nachherige spezielle Veranschlagung ergab also mehr

oder 0,037 der Anschlags-Summe.

Aber auch ohne Rücksicht auf nicht zu bedeutende Verschiedenheit und der innern Einrichtung, also allein mit Hülfe zweckmäßig gefüh können die Kosten gleichartiger, in der Größe nicht zu sehr von einander der Gebäude für einen gewissen Ort oder eine gewisse Gegend ohne erheb ler geschätzt werden, wie folgende Beispiele zeigen werden:

- 1) Für massive, zweistöckige Bürgerhäuser in Potsdam ergaben sich Kosten, ausschließlich des Holzwerthes, auf den □ Fuß unter ander

a)	im Jahre 1825	für ein Haus von 1730 □ Fuß Fläche	zu	3,1
b)	"	"	"	3,7
c)	"	"	"	3,7
d)	"	"	"	3,9
e)	"	"	"	3,6
f)	"	"	"	3,7
				<u>21,7</u>

also durch 6 getheilt, den Mittelwerth zu 3,6

Nun kommen außerdem vor:

- g) im Jahre 1832 ein Haus als das relativ theuerste der Kategorie, von 1203 □ Fuß zu 3,6 wonach der obige Mittelwerth überschritten wird um 0,1

oder 0,077 der Anschlags-Summe von 4642 Thlrn., hinter welcher die Schätzung um 357 Thlr. zurückgeblieben sein würde.

) im Jahre 1837 ein Haus als das relativ wohlfeilste von 3190 □Fuß zu 3,153 Thlrn.
also unter dem Mittelwerthe von 3,500 :
um 0,407 Thlr.

oder 0,129 der zu 10056 Thlrn. veranschlagten Kosten, welche um 1297 Thlr. zu hoch geschätzt worden sein würden.

Diese Differenzen sind allerdings beträchtlich, würden aber größtentheils von nach der Tabelle bei Berücksichtigung der verschiedenen Stagen-Höhen, weiter aber noch von dem Lokalbaubeamten, dem die übrigen Verschiedenheiten hinsichtlich der Gründung der Häuser, der Preise u. gegenwärtig oder die Nachrichten darüber zugänglich sein müssen, auszugleichen sein.

So geht z. B. aus der Tabelle hervor, daß g. in den Stagen um resp. ' und 1½' höher als h. erbauet und bei h. die Facade nur im Rohbau auszuführen sollte.

Nach speziellen Anschlägen sollten erbauet werden in 3 Geschossen:

) im Jahre 1831 das große Charité-Krankenhaus auf 178143 □Fuß Grundfläche mit Zinddach, der □Fuß zu 6,057 Thlrn.
) im Jahr 1834 die Kaserne am Karlsplatz auf 30452 □Fuß mit Ziegel-Kronendach, dagegen aber mit Granitbekleidung des Sockels, Granitpfeilern in den Speisesälen u. zu . . . 6,024 :
) im Jahr 1839 die Kaserne für das Garde-Gusaren-Regiment in Potsdam auf 25125 □Fuß mit Dornschem Dache zu 5,927 :
) dasselbe Gebäude mit Zinddach zu 6,106 :
24,114 Thlr.

giebt, durch 4 getheilt, den Mittelwerth von 6,028 :
von welchem der niedrigste unter c. von 5,927 :
um 0,101 Thlr.

oder 0,017 der Anschlags-Summe und der höchste unter d. von 6,106 :
nur um 0,078 Thlr.

oder 0,012 der Anschlags-Summe sich entfernt, weil bei großen Gebäuden der Einfluß der Verschiedenheiten auf den Kostenbetrag im Ganzen meistens sich aufhebt.

Von den Pfarrhäusern auf dem Lande im Potsdam'schen Bezirke werden die in den Kreisen der Priegnitz am theuersten, theils wegen der höheren Materialien-Preise, theils wegen der größeren Eleganz, gegen welche sich nichts erinnern läßt, da die Regierung versichert hat, daß die Mittel nicht fehlen.

Es sind veranschlagt worden:

) Nr. 36. der Liste im Jahre 1838 für Guntow der □Fuß zu 1,251 Thlrn.
) Seite 16. : : : 1839 : Kremnitz : : : 1,446 :
) daselbst : : : 1840 : Schönhagen : : : 1,565 :
) desgleichen nach dem Entwurfe der Ober-Bau-Deputation . 1,544 :
5,806 Thlr.

durch 4 getheilt, Mittelwerth 1,451 Thlr.
von welchem a. sich entfernt um 0,2 oder 0,139 Thlr. des Anschlages und c. als der höchste um 0,114 Thlr. oder 0,072 Thlr.

Die erstere Abweichung ist bedeutend, wird aber größtentheils gehoben, wenn die kostspieligen Freitreppen bei c. und die vollständige Unterkellerung des Hauses d. nicht außer Betrachtung bleibt.

Wichtig ist noch der Fall zu betrachten, in welchem der spezielle Anschlag zu Gebäude vorliegt und mit Hülfe desselben die Kosten eines ähnlichen Gebäudes mit Rücksicht auf die Haupt-Verschiedenheiten in der Konstruktion, der Zeit und der Zeit nach dem Verhältnisse der Grundflächen überaus angegeben werden sollen.

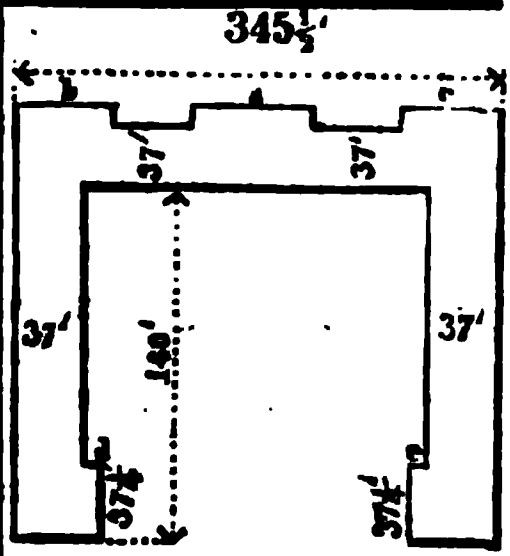
Es mögen zwei Beispiele genügen:

Das Küster- und Schulhaus zu Teppel bei Havelberg war im Jahre 1826 veranschlagt: massiv in Ziegeln, im Innern in Luftziegeln mit Ziegel-Kronendach, 9' im Lichten hoch, 41' lang, 29' tief; also 1189 □Fuß Grundfläche enthaltend, zu 1176 Thlrn. (excl. Holzwerth) mith. d. □Fuß zu 0,988 Thlrn.

Die Kosten eines solchen Hauses in Schenkendorf bei Saarmund sollen gefunden werden der Festsetzung gemäß, daß dasselbe durchweg in ge-

Gr.	Jahr.	Ort.	Bestimmung.	Bauart.	Be
1.	1831	Berlin.	Krankenhaus f. Gefangene, Venerische u. Krämpfige.	massiv v. Ziegeln mit Zink. überwölbt. Kellern.	länd
2.	1840.	Stordow.	Schul- und Küsterhaus. <div style="display: flex; justify-content: space-around; align-items: center;"> <div style="border: 1px solid black; padding: 2px; text-align: center;">26½'</div> <div style="border: 1px solid black; padding: 2px; text-align: center;">81½'</div> <div style="border: 1px solid black; padding: 2px; text-align: center;">26½'</div> </div> <div style="display: flex; justify-content: space-around; align-items: center; margin-top: 5px;"> <div style="border: 1px solid black; padding: 2px; text-align: center;">26½'</div> <div style="border: 1px solid black; padding: 2px; text-align: center;">Ein Hof</div> <div style="border: 1px solid black; padding: 2px; text-align: center;">26½'</div> </div> Schreibtische u. Utensilien auf 430 Kinder	massiv, d. äußern Flächen gefugt, m. überwölbt. Kellern.	Dorn bach.
3.	1835.	Friedrichs- walde.	Küster- u. Schulhaus auf 184 Kinder mit 2 Lehrer- Wohnungen.	Fachwerk ausgemauert mit drei Quartier- Ziegeln.	Ziegel
4.	—	desgl.	desgl.	massiv von Ziegeln.	desgl
5.	1841.	Potsdam.	(Abgränzung d. Hofes der Garde- Husaren- Kaserne.	1. Banf. gegl. 1½' h., 3 br. 2. " " 2' " 2' " Blinthe " 3' " 1½' " Mauer " 6' " 1½' " incl. der aus einer gerichten v. Ratten. Ziegeln bestehend	

4.	Länge.	Breite.	Grundfläche	Kosten		Bemerkungen.
				überhaupt.	für den Fuß Grundfläche	
Nuß.	Nuß.	Nuß.	□ Nuß.	Flr.	Flr.	Gr.
leerer Bodenraum	8½					
sel	345½	37	23143½			
	140					
zu	63	27	4725			
		24				
		24				
u. e.	37½	20¾	1539¾			
		20¾				
			29408½	178143	6.05	
ind.	2x45	26½	2385	7071	1,252	
	81½	40	3260	1160	0,225	
			5645	1648	0,295	
			Summa	9879	1,761	
				185	0,430	
				137	0,315	
				55	0,128	
			Summa	377	0,871	
	60	39	2340	560	0,236	
				1291	0,551	
				514	0,223	
			Summa	2365	1,015	
	62	41½	2552½	838	0,326	
				1227	0,480	
				361	0,160	
			Summa	2426	0,945	
	380			1319, 16	3,471	



incl. 2er Pfortner-Wohn. à 18 u. 25' □ und einer 230' langen u. 10' hohen Mauer.

excl. Holz u. Fuhrlohn.
Holzwerth.
Fuhrlohn.

excl. Holz u. Fuhrlohn.
Holzwerth.
Fuhrlohn.

auf 1 Rind.

Patronats: } Beitr. excl.
Gemeinde: } Holz und
Fuhrlohn.
Holzwerth.

Patronats: } Beitrag excl.
Gemeinde: } Holz und
Fuhrlohn.
Holzwerth.

für den laufenden Fuß.

Anl. II. A.

Ueberschlag der Kosten zum Bau eines Schulhauses in der Stadt N. auf der da ausgetheilenen Baustelle an der n Straße (an dem n Plage) nach der beigefügten Situations-Zeichnung.

Das Raumbedürfnis ist von der K. Reg. durch die Verf. v. fest-
stellt worden auf

- n Lehrzimmer für die n oberen Klassen zu beziehungsweise m, m', m'' zc. Schülern auf jeden q' □ Fuß Grundfläche;
- n' Lehrzimmer für die n' unteren Klassen zu m, m', m'' zc. Schülern auf den q' □ Fuß Grundfläche;
- 1 Zeichnen-Saal für m Schüler, der zugleich bei öffentlichen Prüfungen benutzt werden und q'' □ Fuß Fläche erhalten soll;
- 1 Bibliothek-Zimmer von n □ Fuß Grundfläche;
- 1 Zimmer für den physikalischen Apparat;
- 1 Zimmer zu den Lehrer-Konferenzen;
- 1 Wohnung für den Rektor, bestehend aus n Stuben, n' Kammern, Küch. Speise-Kammer und Gesinde-Stube;
- p Wohnungen für verheirathete Lehrer, jede bestehend aus m Stuben, m' Kammern, Küche, Speise-Kammer und Schlaf-Kammer für 1 Dienstmagd;
- p' Wohnungen für unverheirathete Lehrer, jede bestehend aus 1 Stube u. 1 Kammer.

(Diese spezielle Angabe wird entbehrlich, wenn die Regierungs-Befugung in der Abschrift beigelegt werden kann.)

Mit Rücksicht auf Zweckmäßigkeit und Lichtheit ist der Massivbau mit Ziegeln (oder trocken bleibenden Bruchsteinen) am vortheilhaftesten (oder bei Beschränkung der Mittel muß der Bau in Fachwerk gewählt werden). Die Fundament- und Kellermauern sind in Bruchsteinen (oder gesprengten Feldsteinen) auszuführen.

Nach Maßgabe der gewählten Baustelle wird das Bedürfnis durch den eines Hauses zu befriedigen sein, welches nach seiner Anordnung im Ganzen nach Vertheilung des Raumes zu den verschiedenen Zimmern in den beiliegenden Grundrissen dargestellt ist. (Diese Grundrisse bestehen nur aus Skizzen in einfachen Linien; die Längen- und Breiten-Abmessungen der einzelnen Zimmer, nach Hinzurechnung der Mauer- oder Holzwand-Dicken, die des ganzen Hauses werden in Zahlen eingeschrieben.)

Nach denselben wird das Haus enthalten bei L Fuß Länge und L' Fuß Breite Q □ Fuß Grundfläche.

(Sollen an das Hauptgebäude Flügel sich anschließen, oder das Haus einen Hof umschließen, so werden die einzelnen Theile der ganzen Grundfläche bestimmt und abgetheilt.)

Die nöthigen Keller für die Bewohner (und zur Unterbringung des Materials für die Schule) werden ungefähr $\frac{1}{n}$ der ganzen Grundfläche einnehmen; die Höhe von h Fuß unter dem Scheitel der Kappen erhalten; die Sole darf nach der Vertheilung nur h' Fuß unter der Erdoberfläche (oder kann in beliebiger Tiefe) liegen; die Plinthe wird also h'' Fuß aufgeführt werden müssen.

Nach vorläufiger Untersuchung des Baugrundes an einer (oder mehreren) Stellen ist die Sole der Fundamente h Fuß unter der Erdoberfläche anzulegen (bei nothwendig großer Höhe der Fundamente kann es rathsam werden, das Gebäude mit geringen Mehrkosten zu unterwölben und über die entbehrlichen Räume anderweitig zu disponiren.)

Die lichte Höhe der Geschosse wird beziehungsweise H und H' Fuß betragen (bei flachem Dache wird hier die Höhe und die Konstruktion der Dach- oder Dacheindeckung angegeben).

Das Dach wird in folgender Art (nähere Angabe) verbunden und mit (Anlage) belegt.

Ein ähnliches Haus in demselben (oder einem anderen) Orte von Q' □ Grundfläche hat nach speziellem Anschlage vom Jahre N. gekostet würde aber jetzt auf der gegebenen Baustelle auszuführen mehr (oder weniger) kosten:

(hier werden nach Anleitung des Anschlages die Mehr- oder Minderkosten für die Fundamente nach Schätzungen, wegen

höherer oder niedrigerer Preise der Haupt-Materialien u. über-
schläglicb berechnet und hinzugesetzt oder abgezogen.)

Summa Thlr.

mithin der □ Fuß Grundfläche Thlr.

(Der Werth ist in ganzer Zahl und 3 Dezimal-Stellen anzugeben.)

Für das in Rede stehende Gebäude werden also bei Q □ Fuß Grundfläche die
Kosten betragen Thlr.

(nur in ganzer Zahl.)

Es kommen aber noch hinzu:

für 1 laufende Fuß Sitzbank-Gerüste in den Unterrichts-Zim-
mern à Thlr.

für andere Schul-Utensilien, welche verlangt werden (Angabe der-
selben), ungefähr

Summa Thlr.

Hierzu kommen die Kosten:

für ein Hof-Gebäude nach dem skizzirten Grundrisse (Beschreibung
desselben) Q" □ Fuß Grundfläche à Thlr.

für k laufende Fuß Bewährungs-Mauer (oder Bretterzaun) à

für Q" □ Ruthen Pflaster

für 1 Brunnen nach den Erfahrungen im Orte

Haupt-Summa = Thlr.

oder in runder Zahl Thlr.

(Sind alte abzubrechende Gebäude vorhanden, so werden die Kosten des Ab-
bruchs und der Werth der wieder zu verwendenden Materialien summarisch geschätzt
(letzterer nach Abzug der ersteren wird von der vorstehend gefundenen Haupt-
summe abgezogen.)

Nachrichtlich wird bemerkt, daß jetzt einschließlich der Anfuhr nach der Baustelle:

1000 gewöhnliche Mauerziegel Thlr.

1000 vorzüglich gute dergl. Thlr.

1000 Dachziegel Thlr.

1 Cfr. gelöschten Kalk Sgr.

und das Bauholz nach der Taxe für das Forst-Revier N. zu bezahlen (oder
vielleicht zu folgenden Preisen anzukaufen ist).

(Wenn die Fuhrn unentgeltlich geleistet und das Holz frei hergegeben wird,
lassen sich diese Angaben oder bleiben weg.)

Der jetzt übliche Tagelohn beträgt

für den Maurer Sgr.

" " Zimmermann Sgr.

" " Arbeitsmann Sgr.

Nul. II. B.

Vorschlag der Kosten zum Bau eines Küster- und Schulhauses nebst Zubehör in
Dorfe N. auf der dazu ausersehenen Baustelle nach der beigelegten skizzirten
Situations-Zeichnung.

Das Raum-Verhältniß ist von der K. Reg. durch die Verf. v. fest-
gesetzt worden auf:

1 Lehrzimmer für die 1. Klasse von n Schülern, auf jeden q □ Fuß Grundfläche,

1 Lehrzimmer für die 2. Klasse zu n Schülern, auf jeden q □ Fuß Grundfläche,

1 Wohnung für den Hauptlehrer (und Küster), bestehend aus 2 Stuben, 1 Kam-
mer, Küche und Speisekammer,

1 Wohnung für den Hülfslehrer, bestehend aus Stube und Kammer (nach Um-
ständen im Dachraum).

Stall- und Scheunen-Gebäude soll Raum enthalten für

n Kühe,

n' Schweine,

n'' Stück Federvieh,

n''' Mandel Garben, à Cfr.

n'''' Ctr. Heu, à Cfr.

Mit Rücksicht auf Zweckmäßigkeit und Lichtigkeit ist für das Schul- und
Wohnhaus der Massivbau in Ziegeln (oder in trocken bleibenden Bruchsteinen) als
vortheilhafteste gewählt worden; (oder wegen Beschränktheit der vorhandenen
Mittel bleibt nur übrig, in Holzsachwerk mit Ausmauerung oder Auslehmung zu
bauen).

Nach dem beigefügten Grundrisse (wie in dem Formular A.) erhält das Haus K Fuß Länge, K' Fuß Tiefe, also Q □ Fuß Grundfläche.

Unter einem Theile des Flurs und unter der Wohnstube werden über Keller h Fuß hoch angelegt (oder unter der Speisekammer wird ein kleiner eingerichtet, dessen Balkendecke um h' Fuß über den Fußboden der andern z sich erhebt). Nach vorläufiger Untersuchung des Baugrundes müssen die i mente h'' Fuß Höhe in der Erde und mit Rücksicht auf die Dertlichkeit (o Keller-Anlage) die Plinthe h''' Fuß Höhe erhalten.

Das Geschöß wird im Lichten H' hoch (bei flachem Dache wie in dem Formul

Das Dach wird auf folgende Weise verbunden (Angabe der Konstruktion mit (Angabe des Materials) belegt.

Ein ähnliches Haus in N' von Q' □ Fuß Grundfläche hat nach speziell schlage vom Jahre n (bei Hergabe freien Bauholzes und unentgeltlicher z der Hand- und Spanndienste) gekostet

würde aber jetzt in N . mehr (oder weniger) kosten,

wie im Formular A.,

mithin der □ Fuß Grundfläche Thlr. (wie im Formular A.).

Für das in Rede stehende Haus werden also bei Q □ Fuß Grundfläche die Kosten betragen

(hier die Kosten für Gegenstände, welche in N . erforderlich, in N' aber nicht veranschlagt gewesen sind, etwa Sigbank-Gerüste, Schul-Utensilien $ic.$).

Summa

Hierzu treten die Kosten:

für ein Stall- und Scheunen-Gebäude mit eingebauten Abtritten, nach dem skizzirten Grundrisse (Beschreibung des Gebäudes)

Q'' □ Fuß Grundfläche Thlr.

für K laufende Fuß Bewährungs-Mauer (oder Zaun) z Thlr.

für Q''' □ Ruthen Pflaster Thlr.

für I Brunnen nach den Erfahrungen im Orte

Haupt-Summa

oder in runder Zahl — Thlr.

(Wegen vorhandener alter Gebäude wie am Schlusse des Formulars A. so wegen der Preise der Haupt-Materialien und wegen des Tagelohns.)

Anl. II. C.

Ueberschlag der Kosten zum Bau eines Pfarr- (Diafonat-) Hauses nebst schäfts-Gebäuden und anderem Zubehör in der Stadt (in dem Dorfe) N .

dazu aufersehenen Baustelle nach der beiliegenden skizzirten Situations-Zeich

Nach der Verf. der R. Reg. v. ist das Bedürfnis an Wohnra

n Stuben, von welchen n' im Dachraum befindlich sein können,

n'' Kammern,

Küche,

Speise-Kammer,

Gesinde-Stube,

n''' Keller

festgestellt worden (oder soll das Haus in der provinziell üblichen Größe der Pfarrhäuser erbaut werden; oder macht die Beschränktheit der Mittel die Beschränkung des Bauplanes nothwendig).

(Wegen der Bauart wie in dem Formular B.)

Nach dem beigefügten Grundrisse (zu vergleichen Formular A.) erhält Haus L Länge, K' Tiefe, also Q □ Fuß Grundfläche.

Unter dem Flur und unter den Zimmern a, b, c $ic.$ werden überwölbt h Fuß hoch angelegt. (Wegen des Baugrundes der Fundamente, der z Geschosses, des Daches und wegen der Kosten-Ermittelung wie in dem Form

Summa —

An Wirthschaftsgebäuden sind erforderlich:

ein Stallgebäude nach dem beiliegenden Ueberschlage (Formular D.) —

eine Scheune nebst Wagen-Remise desgl. (nach dem Formular E.) —

und an andern Baulichkeiten:

L' laufende Fuß Hof-Bewährungs-Mauer (Zaun) z — Thlr. —

Latun —

	Transport	—	Thlr.
Q'' □ Ruthen Pflaster à — Thlr.		—	1
I Brunnen nach den Erfahrungen im Orte		—	1
	Haupt-Summa	—	Thlr.

oder in runder Zahl — Thlr.

Wegen vorhandener alter Gebäude wie am Schlusse des Formulars A., des-
wegen des Preises der Haupt-Materialien und des Tagelohns.)

Anl. II. D.

Ueberschlag der Kosten zum Bau eines Stallgebäudes auf dem Pfarrhofe in N.
nach der von der K. Reg. und den beitragspflichtigen Eingepfarrten als richtig
gegebenen Angabe des Pfarrers, sollen gehalten werden können:

- n Pferde,
- n' Ochsen,
- n'' Kühe,
- n''' Stück Jungvieh,
- n'''' Schaafe,
- n''''' Schweine in n Abtheilungen,
- n Gänse, Enten, Hühner u.

außerdem ist zu beschaffen:

- Holz- (Torf-) Geläß für n Haufen,
- Roll-Kammer,
- Knechte-Kammer,
- Häcksel-Kammer,
- Abtritt nebst Grube.

Mit Rücksicht auf die örtlichen Verhältnisse ist der Massivbau in Bruch- (ge-
hackten Feld-) Steinen als der vortheilhafteste gewählt worden (oder: wegen Be-
schaffenheit der Mittel muß in Mauerwänden [Lehmputzen] oder in ausgemauertem
[gelehntem] Holz-Fachwerk gebaut werden).

Nach dem beigefügten skizzirten Grundrisse (wie in dem Formular A.) erhält
das Gebäude n Fuß Länge, n' Tiefe, also N □ Fuß Grundfläche.

Bei vorläufiger Untersuchung des Baugrundes hat in h Fuß Tiefe eine hin-
reichend feste Erdschicht sich vorgestunden; die Fundamente erhalten hiernach einschließ-
end eine Plinthe h' Fuß und die Stelle H Fuß Höhe im Lichten.

Wegen des Daches und wegen Ermittlung der Kosten, wie in dem Formular
A. wegen vorhandener alter Gebäude, wie in dem Formulare A., desgleichen
wegen der Preise der Haupt-Materialien und des Tagelohns.)

Anl. II. E.

Ueberschlag der Kosten zum Bau einer Scheune auf dem Pfarrhofe zu N.
nach der von der K. Reg. und den beitragspflichtigen Eingepfarrten als richtig
gegebenen Angaben des Pfarrers beträgt der Einschnitt und wird zu dessen Unter-
haltung an Raum erforderlich sein:

n	Mandel Weizen	à	Gf.	Gf.
n'	Winter-Roggen	à	=	=
n''	Sommer-Roggen	à	=	=
n'''	Gerste	à	=	=
n''''	Hafer	à	=	=
n'''''	Buchweizen	à	=	=
n''''''	Fuder Erbsen	à	=	=
n'''''''	Wicken	à	=	=
sind . . .				Gf.

Die einzubauende Wagen-Remise enthält bei l Fuß Länge,

b' Fuß Tiefe und h Fuß Höhe mit Einschluß des Senkgebälges Gf.

Der anzulegende Kartoffel-Keller in l' Fuß Länge, b' Fuß Tiefe

schließlich der Balkendecke h' Fuß hoch in den Laßraum Gf.

Summa der Räume K Gf.

Bei B. Fuß Tiefe, im Lichten H. Fuß Höhe der Lasse und H' gegliechener

des Daches wird also die Länge des Laßraums gefunden $= \frac{K}{B(H+H')} = L$,

der Dachraum über der Tenne zur Aufbewahrung des Strohes vorbehalten bleibt.

Nach den örtlichen Verhältnissen ist der Massivbau in Bruch- (gesprengten Feld-)
Steinen (in Mauerwänden, Lehmputzen, in ausgemauertem u. ausgelehntem Fachwerke)
als vortheilhafteste (oder wegen Beschränktheit der Mittel muß letzterer gewählt werden).

Nach dem beigelegten skizzirten Grundrisse (wie in dem Formular das Gebäude L' Fuß Länge, B' Fuß Tiefe, also Q □ Fuß Grundfläche) Bei vorläufiger Untersuchung des Baugrundes hat in h Fuß Tiefe fester Baugrund sich vorgefunden; die Fundamente erhalten hiernach der Plinthe h' Fuß Höhe.

(Wegen des Daches und wegen Ermittlung der Kosten, wie in dem B., und wegen vorhandener alter Gebäude, wie in dem Formular A., der Preise der Haupt-Materialien und des Tagelohns.)

Anl. III.

Kosten Ueberschlag zum Neubau einer Kirche zu N. N. nach anliegend

Dieselbe wird für 650 Personen ohne Emporen, massiv mit 5 Fuß (Plinthenhöhe) tiefen Bruchstein-Fundamenten, im Uebrigen aber von Mauer Fuß lang, 48 Fuß tief, 30 Fuß hoch, auf der Hinterseite mit einer hohen, überwölbten Altar-Nische, und mit einem vor der Vorderseite stehend aufgeführt. Letzterer erhält 18 Fuß Länge und Breite, und bis zum Fuß Höhe bei 4 Stockwerken; das Thurmbach wird in einer Spitze stehend, flach, mit Zink abgedeckt, welche Bedeckungsweise auch über der stattfindet; dagegen erhält das Kirchendach, welches aus 28 Gebinden mit einem einfachen Hängewerk versehenen Dachstuhl besteht, eine als eingedeckte Ziegel-Bedachung.

Das Äußere des Gebäudes bleibt ungeputzt, wogegen das Innere Aufnahme der Decken, sauber geputzt wird, deren Balken und Bedielungen und auf allen von unten bemerkbaren Flächen gehobelt und mit Anstrich versehen werden u. s. w.

(Hier folgt noch die Rechtfertigung der Bauweise durch die zu den Materialien u., so wie hauptsächlich durch die von der Regierung Mittel; ferner die Rechtfertigung der angenommenen Größe u.)

Nr.	Anzahl.	Gegenstand der Rechnung.	Betrag.			Bemerkung.
			Thlr.	Sgr.	Pf.	
1.	67½	7000 C.F. Fundam. der Hauptm. aeq. 280. 5.5.				Ad 1. pro
		2000 : des Thurmes . 20.20.5.				Erde auszugrab. :
		625 : d. Sakristeiwde. 50.2½.5.				Mauerlohn . .
		90 : d. Orgelchorständer u.				1½ C.R. Steine :
		9715 C.F. oder				Anfuhr zu 5 Thl
		S.R. Bruchstein-Fundam. incl.				1½ Tonne Kalk
		Ausgraben d. Erde u. alles Ma-				Anfuhr zu 2 Th
		terials zu 11 Thlr. 25 Sgr. . .	798	22	6	3 Fud. Sand zu 6
		28350 C.F. d. Hptm. 270.3½.30.				
		2025 : d. M.d. Altarn. 27. 3.25.				Ad 2. pro
		2160 : : d. Sakrist. 48.1½.30.				Mauerlohn aeq.
		1920 : d. Dachgiebel 2.48.¾. 2				Bußlohn bei aeq.
		11700 : d. 1. u. 2. Thurm:				stark. Mauern pr
		geschoß aeq. . 52. 5.45.				¾ □ R. Buß zu 1
		5880 : d. 3. u. 4. Thurm:				(NB. Das Fug
		geschoß. . 56. aeq. 3.35.				Äußeren ist den
		52035 C.F. Davon zurück:				gleich gerechnet.
		f. d. Deffn. nach				1400 Mauerziegel
		der Altarnische 1638 C.F.				10 Thlr.) . .
		10 groß. Fenst. 2700 :				1½ Ton. Kalk zu 2
		Thüren 950 :				4 Fud. Sand zu 6
		Klein. Fenster u.				
		Balouföffnung. . 750 :				
		6038				
		45997 C.F. oder				

Angabl.	Gegenstand der Rechnung.	Betrag.		Bemerkungen.
		Thlr.	Sgr. Pf.	
	Uebertrag	798	22 6	
319½	S. M. Ziegelmauerwerk, äußerlich ungeputzt, innerhalb auf beiden Seit. gep. u. à 21 Thlr. 14 Sgr.	6858	18 —	Ad 4. pro 1fd. Fuß Gefims. Arbeitslohn . . . 6 Sgr. 10 Ziegel (pr. 100 St. 1 Thlr.) . . . 3 Ton. Kalk à 2 Thlr. 2 Sand u. . . . 1 12 Sgr.
86	□ Mth. Außenfläche der Mauern, welche ungeputzt bleibt, sorgfältiger zu mauern, an Zulage mit Rücksicht auf kl. Gefimse, Gurtungen u. à 2 Thlr.	172	— —	Ad 5. pro □ Ruthe. 1 Thlr. Sgr.
480	1fd. Fuß Haupt-Gefims d. Kirche u. d. Thurmes à 12 Sgr.	192	— —	Mauerlohn . . . 8 — Puglohn . . . 2 24
1½	□ Mth. Kuppel-Gewölbe der Altarnische à 35 Thlr.	43	22 6	1800 Ziegel (à m. 10 Thlr.) . . . 18 — 2½ Fn. Kalk (à 2 Thlr.) 5 6 Kub. Sand à 6 Sgr. 1 6 35
24	□ Mth. Pflaster v. Mauerziegeln auf der rechten Seite à 5 Thlr. 10 Sgr.	128	— —	Ad 6. pro □ Ruthe. 1 Thlr. Sgr.
76	1fd. Fuß Sandsteinstufen vor den Thüren u. der Altarnische incl. Untermauerung à 1 Thlr.	76	— —	Mauerlohn . . . 1 — 400 Ziegeln . . . 4 — Kalk und Sand . . . 10 5 10
30	□ Mth. Balkendecke d. Kirche, d. Orgelchors, der Sakristei und Thurmhalle nebst Dielung, mit Leisten über den Fugen, alles gehobelt, à 19 Thlr. 28 Sgr.	598	— —	Ad 8 pro □ Ruthe. 1 Thlr. Sgr.
3½	Balkendecke im Thurm desgl. alles ungehobelt à 18 Thlr.	60	— —	44 1fd. Fuß Balken à 5 Sgr. 7 10
2½	des Thurmdaches u. der Altarnische ohne Dielung à 14 Thlr.	35	— —	144 □ Dielen incl. Leisten à 1½ Sgr. 7 6
8	Hänge-Böcke nebst Träger im Dachraum à 23 Thlr. 24 Sgr.	190	12 —	Arbeitslohn 44 × 1½ = 66 Sgr. 3 12 144 × ¾ = 96 19 28
28	Sparren-Gebind nebst Rahmen, Mauerlatten, Kehlballen u. à 14 Thlr. 3½ Sgr.	395	8 —	Ad 10 pro Hängebock. 1 Thlr. Sgr.
370	1fd. Fuß Verbandstücke d. Thurmdaches und des Daches der Altarnische à 4 Sgr.	49	10 —	102 Streb. Spannriegel-Hängesäul u. Träger à 5 Sgr. 17 — Arbeitslohn à 2 Sgr. 6 24 23 24
120	1fd. Fuß desgl. des Glockenstuhls à 6 Sgr.	24	— —	Ad 11 pro Gebind. 121 Fuß Mauerlatten, Rahmen, Kehlball., Sparren, Aufschubringe, Bänder u. à 2½ Sgr. 10 Thlr. 2½ Sgr.
100	Ständer und Rahmstücke des Orgelchors, alles gehobelt, à 7 Sgr.	23	10 —	Arbeitslohn à 1 Sgr. 4 1 14 Thlr. 3½ Sgr.
29	Stufen d. Orgelchor-Treppe incl. Material u. Anstr. à 1½ Thlr.	46	20 —	Ad 9 pro □ Ruthe. 1 Thlr.
90	Stufen d. Thurmrepp. à 20 Sgr.	60	— —	66 Fuß Balken à 5 Sgr. 11
5	Thürzargen à 3 Thlr.	15	— —	Arbeitslohn . . . 3
260	□ Fuß gehobelte Dielung d. Sakrist. u. incl. Unterlag. à 2½ Sgr.	21	8 —	
41	□ Mth. Kronen-Dach incl. Latzen u. à 12½ Thlr.	512	15 —	
270	□ Fuß Zinkdach incl. Schalung u. à 10 Sgr.	190	— —	
1	Stück große Kirchenseiter à 33 Thlr.	330	— —	
1	die Hauptthüre im Thurm, mit Beschlag, Anstrich u. Oberlich.	38	— —	

E. R. des K. Min. der G., U. u. M. Ang. (Schhorn) v. 1. Jan.
n sämmtl. K. Reg. und Konsistorien, sowie an das K. Prob.
legium in Berlin. Empfehlung der von der K. Ober-Baudepu-
trausgegebenen Bau-Entwürfe für Kirchen, Pfarr- und Schulhäuser.

K. Ober-Baudeputation hat die Herausgabe von Entwürfen für Kirchen,
und Schulhäuser veranlaßt, von welcher in dem Verlage des Buchhändlers
in Potsdam 2 Hefte bereits erschienen sind. Das ganze Werk wird etwa
zwei Bände bestehen; der Ladenpreis ist auf 3 Thlr. bestimmt.

Es, von der höchsten technischen Behörde, als Ergebnis vielfähriger Erfah-
rung und genauer Sachkenntnis ausgegangenen Entwürfe haben die Zustimmung
des Königs erhalten und sind daher sowohl bei Neubauten, als auch
bei Herstellungsbauten der Kirchen, Pfarr- und Schulhäuser als Muster
zu dienen.

Herr Finanzminister hat, wie der K. Reg. wohl bereits bekannt sein wird,
die Vertheilung des Werkes an die gedachten K. Reg. und an die Bau-
behörden veranlaßt. Ich wünsche, daß hiervon nicht bloß die Herren Geistlichen
Räthe und jedes bei dergleichen Bauten mitwirkende Mitglied der K.
Reg. Kenntniß nehmen, sondern daß auch die Superintenden, die Erz-
bischöfe und Dekane, so wie die Pfarrgeistlichen auf dasselbe aufmerksam gemacht
damit es denselben schon bei der Einleitung von geistlichen und Schul-
bauten an geschmackvollen Mustern fehle, und sie im Stande seien, mit den
Baubehörden gleich von Hause aus Baupläne zu verabreden, welche bei der
Baubehörde Beifall finden. Es wird auf diese Weise möglich sein, das
häufige, zeitraubende Umarbeiten der Baupläne mehr als jeither zu ver-
mindern und die Ausführung der Bauten damit selbst mehr zu beeilen.

Die Mittel es gestatten, da ist auf die Anschaffung des Werkes hinzuwir-
ken, über dieses nicht möglich ist, werden die Betheiligten wohl in anderer Weise
zur Ansicht gelangen können. Insbesondere wird dies durch die Königl. Bau-
behörden möglich werden, welche auf Kosten der Staatskasse in den Besitz des
Werkes gelangen. Es läßt sich annehmen, daß sie, wie die anderen Baubeamten,
das Werk anschaffen möchten, den Geistlichen und Superintenden gern die
Erfassung gestatten werden.

1. Bl. d. i. B. 1846 S. 6. Nr. 11.)

Dritter Abschnitt.

**Schriften über die Erhaltung der zum Verschlusse oder
Verteidigung der Städte dienenden Anlagen. (Zu S.
7.)**

**K. der K. Min. des Kr. (v. Bohnen) u. des J. (v. Manteuffel) v.
1. 1846 an die K. Reg. zu N. Nothwendigkeit der Einholung der
allg. Genehmigung zu jedem Umbau von Stadtmauern.**

— Anlangend die von der K. Reg. gestellte Frage, ob die Ministerial-Ge-
nehmigung bei jedem Umbau oder nur bei der gänzlichen Niederreißung einer Stadt-
mauer erforderlich sei, so kann diese Frage nach den Bestimmungen der Allerhöchsten

20. Juni und der Instruktion v. 31. Okt. 1830 1) nur dahin entschieden
werden, daß bei jedem Umbau, durch welchen eine wesentliche Veränderung der
Mauer veranlaßt wird, die Ministerial-Genehmigung eingeholt werden muß.

1. Bl. d. i. B. 1846 S. 194. Nr. 282.)

**K. der K. Min. des Kr. (v. Bohnen) u. des J., Abth. I. (v. Man-
teuffel) v. 17. Jan. 1847 an die K. Reg. zu Frankfurt. Genehmigung zu
Umbauten der Stadtmauern, wenn das Eigenthum der letztern auch nicht
der Stadtgemeinde, sondern einem Dritten zusteht.**

den Bericht v. 12. Okt. v. J., betr. die Anlegung einer Thür in der
Mauer zu N. wird der K. Reg. Folgendes eröffnet.

Entsprechend nach den Worten der Allerh. K. O. v. 20. Juni 1830 (S. 6.
in derselben nur eine Beschränkung der Stadtgemeinden in der Be-

fugniß, ihre Stadtmauern u. abzutragen, ausgesprochen ist, so ist solches doch nur in der Voraussetzung geschehen, daß das Eigenthum der Stadtmauern überall den Stadtgemeinen zustehe, und es ist nun so unbedenklicher, die Bestimmungen der gedachten Ordre auch in solchen Fällen, in denen, wie im vorli das Eigenthum der Stadtmauern u. nicht den Stadtgemeinden, sondern irgend Dritten zusteht, zur Anwendung zu bringen, als diese Bestimmungen nur Bestimmungen der ganz allgemein lautenden, in der Ordre selbst auf diesen Ge für anwendbar erklärten Vorschriften des A. L. R. Th. I. Tit. 8. §. 33. f bei einer andern Auslegung die mehrgedachten Bestimmungen sehr leicht umgangen werden könnten, daß die Stadtgemeinden, wenn sie die gänzl theilweise Abtragung der ihnen gehörigen Stadtmauern u. beabsichtigten das Eigenthum an derselben einer Privatperson überließe, wozu sie, in Städteordnung v. 19. Nov. 1808 gilt, einer besondern Genehmigung nicht bedürfen, sobald sie in jener Ordnung vorgeschriebenen Formen erfüllt werden.
(Min. Bl. d. i. B. 1847 S. 5. Nr. 8.)

Zweiter Theil.

Das Bau-Recht und die Bau-Polizei.

Erste Abtheilung.

Materielles Recht.

Erster Abschnitt.

Von den Einschränkungen der Baufreiheit und der Beaufsichtigung der Bauten. (Zu C. 350. ff.)

Erstes Kapitel.

Allgemeine Bestimmungen.

Erster Titel.

Von den Einschränkungen der Baufreiheit und der Beaufsichtigung der Bauten zum Besten des Gemeinwesens und Staates (Zu C. 361. ff.)

I. Von der Sorge für die Ausführung der Bauten ein qualifizirtes Personal. (Zu C. 361—396.)

1) Die B. v. 9. Febr. 1849 wegen Errichtung von Gewerke u. bestimmt im §. 24. 1):

Maurer, Steinhauer, Schiefer- und Ziegelbedeker, Haus- und Schiffszimmer, Mühlen- und Brunnenbaumeister und Schornsteinfeger haben sich über die Erlangung zum selbstständigen Betriebe ihres Handwerks durch das im §. 45. der Gew.-Ordn. v. 17. Jan 1845 vorgeschriebene Zeugniß der Regierung auszuweisen. Im Uebrigen sind für ihre gewerblichen Verhältnisse die Bestimmungen der Gew.-Ordn. maßgebend. (G. S. 1849 S. 99.)

1) Es ist hierbei zu bemerken, daß die im §. 46. der Gew.-Ordn. v. 1845 erwähnten Prüfungen der im §. 45. a. a. O. aufgeführten Gewerben nicht verwechselt werden dürfen mit denjenigen Prüfungen, nach den Vorschriften der Gew.-Ordn. §§. 108. und 131—132. zur Aufnahme in eine Innung oder zur Erlangung der Befugnißhaltung von Lehrlingen, und nach den Vorschriften der B. v. 1849 §. 23. zur Erlangung der Befugniß zum selbstständigen Gewerbebetriebe vorgeschrieben sind. (Vergl. hierüber das A. L. R. Th. VII. des Werkes [Gewerbe-Polizei], Bd. 2. S. 203. ff.)

2) R. der K. Min. des G. (Gichhorn), der K. (Mottwell) u. des J. Mantuffel) v. 24. Okt. 1845 an die K. Reg. zu Köln. Fortdauerndigkeit der bestehenden Prüfungsvorschriften für Bauhandwerker.

Rücksichtlich der in den Berichten v. 12. und 23. April d. J. zur Sprache gekommenen Bestimmungen, nach welchen die Prüfungen der im §. 45. der Gew.-O. v. 17. Jan. d. J. erwähnten Gewerbetreibenden vorzunehmen sind, wird die Reg. auf die für den größten Theil dieser Gewerbetreibenden bereits bestehenden Prüfungsvorschriften verwiesen, welche so lange in Kraft bleiben, bis sie aufhoben oder abgeändert werden.

In Betreff der Prüfungen der Hebammen behält es bei den bisherigen, dem Urtheile entsprechenden Bestimmungen sein Bewenden.

(Min. Bl. d. i. B. 1845 S. 357. Nr. 409.)

3) In Betreff der Qualifikation der Maurermeister zum Gewerbe Ziegeldeckerei ist das G. R. des K. Min. für G., G. u. öff. Arb. d. Gehdt) v. 4. Okt. 1850 an sammtl. K. Reg. ergangen.

Die in dem Ver. v. 16. August d. J. erwähnten Einwendungen des Gewerbes in N. gegen die Verf. der K. Reg. v. 5. Juli d. J., in Betreff der gewerbl. Befugnisse der Maurermeister, sind nicht begründet.

Bei der Entscheidung darüber, welche Arbeiten zu den, unter den einzelnen Handwerken begriffenen Verrichtungen gehören, hat der Gewerberath, nach §. 28. der B.-O. v. 3., diejenigen Anordnungen zu berücksichtigen, welche über die Abgränzung dieser Verrichtungen ergangen sind. Zu diesen Anordnungen gehört auch die Instruction zur Prüfung der Maurer v. 28. Juni 1821, soweit sie die Gegenstände der Prüfung, und durch deren Abgränzung zugleich den Umfang der Arbeiten bestimmt, auf welche das Befähigungszeugniß für den selbstständigen Betrieb des Maurerwerbes sich beziehen soll. Nach den Bestimmungen des §. 4. zu e. a. a. O. ist die Prüfung der Maurer mit auf die Arbeiten der Ziegeldecker zu richten; diese gehören daher zu den, unter dem Maurergewerbe begriffenen Verrichtungen, wenn neben den Maurern Denjenigen, welche sich nur mit dem Ziegeldecken betheiligen wollen, gestattet ist, die Befugniß hierzu durch die Ablegung einer auf das Ziegeldecken beschränkten Prüfung zu erlangen, so darf diese Begünstigung der Ziegeldecker nicht zu einer Beschränkung der, durch die Ablegung der Maurerprüfung erworbenen Befugnisse führen. Hierbei kommt auch nicht weiter in Betracht, daß nach vorläufigen Anordnungen der K. Reg. über die Prüfung der Ziegeldecker, an diese hinsichtlich ihres beschränkten Arbeitszweiges höhere Anforderungen gestellt worden als an die Maurer, welche die Meisterprüfung nach der Instruktion v. 28. Juni bestehen. Denn einerseits bleiben die künftig zu beachtenden Bestimmungen, in Betreff der Prüfungen beider Klassen von Gewerbetreibenden, nach §. 46. der Gew.-Ordn. v. 17. Jan. 1845 vorbehalten, andererseits aber wird schon jetzt der Unterschied zwischen den erwähnten Anforderungen durch die Aufgaben ausgeglichen, welche bei der Prüfung der Maurer hinsichtlich der übrigen Arbeiten des Maurerwerbes zu lösen sind, während sie bei der Prüfung der Ziegeldecker wegfallen. Es aber, wie die K. Reg. selbst anerkennt, die geprüften Maurermeister zugleich Ziegeldeckermeister anzusehen sind, gehören zu den Gesellen ihres Handwerkes, die Ziegeldecker Gesellen, und es stehen demnach Ihrer Ansicht, daß den Maurern die Beschäftigung solcher Gesellen zu untersagen sei, die Bestimmungen des §. 6. a. a. O. nicht zur Seite.

(Min. Bl. d. i. B. 1850 S. 349. Nr. 440.)

4) Vorschriften in Betreff der Baumeister.

Nach §. 44. der Gew.-Ordn. v. 17. Jan. 1845 bedürfen Baumeister, welche aus der Leitung von Bau-Unternehmungen ein Gewerbe betreiben wollen, eines Prüfungszeugnisses der Ober-Baudeputation. Letztere ist indeß durch den Allerh. Erlaß v. 14. Jan. 1850 aufgehoben, und es sind deren Geschäfte, insbesondere die Baupolizei-Angelegenheiten, auf die Abtheilung für das Bauwesen im Ministerium für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten übertragen worden.

§. 6. a. a. O. ist, außer der Bauabtheilung, im Ministerium für Handel, Gewerbe u. öffentl. Arbeiten eine technische Baudeputation errichtet, zu deren Geschäftskreise unter Andern auch die sammtlichen Bau-

fungen der Bauführer und Baumeister gehören, über deren Aufste an das vorgesetzte Ministerium für Handel, Gewerbe u. öffentl. zu berichten hat.

(G. S. 1850 S. 13. ff.)

Hiernach sind die Prüfungszeugnisse der Baumeister von dem Min. für Handel, Gewerbe u. öffentl. Arbeiten hungsweise der technischen Baudeputation, zu ertheilen.

Vergl. das Geschäfts-Reglement für die Königl. technische Station v. 28. Febr. 1850 (insbesondere bezüglich des Verfahrens Prüfungen).

(Min. Bl. d. i. B. 1850. S. 34. Nr. 58.)

Vergl. diese Verordnungen oben S. 4. ff.

b) Die B. v. 9. Febr. 1849, betr. die Errichtung von Gewerbet disponirt im §. 25.:

Baumeister sind nicht befugt, bei der Leitung von Bauunternehmungen beiten derjenigen Handwerke, für welche sie das Befähigungszeugniß der nicht besitzen, oder den im §. 23. vorgeschriebenen Nachweis der Befähig geführt haben, ohne Zuziehung geprüfter Meister ausführen zu lassen.

(G. S. 1849 S. 99.)

Mit Bezug hierauf ist das nachstehende, mittelst G. R. des für G., G. u. öff. Arb. (v. d. Heydt) v. 11. Febr. 1851 sämtlic gierungen zur Kenntnißnahme mitgetheilte, R. desselb. Min. v. 2 1849 an den Privat-Baumeister N. ergangen:

Zu den im §. 25. der B. v. 9. Febr. d. J. genannten „Baumeist ren, wie Ihnen auf Ihre Eingabe v. 9. d. R. erwiedert wird, allerdings Privat-Baumeister. Denselben ist jedoch im §. 25. a. a. D. die Zuziehun ter Handwerksmeister nicht, wie Sie nach der Fassung Ihrer Eingabe vor bei allen Bauarbeiten, sondern nur bei den Arbeiten derjenigen Har für welche sie das Befähigungszeugniß der Regierung nicht besitzen, oder §. 23. a. a. D. vorgeschriebenen Nachweis der Befähigung nicht geführt h Pflicht gemacht. Auch finden die beschränkenden Bestimmungen des §. 25. welchen nach dem im §. 15. der Gew.-Ordn. v. 17. Jan. 1845 ausges Grundlage eine rückwirkende Kraft nicht beizulegen ist, auf den Gewerbebe schon vor Verkündung der B. v. 9. Febr. d. J. geprüften Privat-Bann soweit keine Anwendung, als diese, durch Ablegung der Prüfung nach § Prüfungs-Vorschriften v. 8. Sept. 1831, die Befugniß zum gleichzeitigen digen Betriebe mehrerer Baugewerbe bereits erlangt haben.

(Min. Bl. d. i. B. 1851 S. 98. Nr. 108.)

II. Von der Prüfung der Zulässigkeit der Baute von der Ertheilung der Bau-Konsense. (Zu S. 396—4

1) G. R. der R. Reg. zu Magdeburg v. 23. Januar 1850 , sämtliche Landräthe, betr. die Befugniß der Ortspolizeibehörden, t unternehmer im Wege der gesetzlichen administrativen Exekution zu derung oder zum Abbruch der vorschriftswidrig aufgeführten Bau zuhalten.

In einem speziellen Baupolizei-Kontraventionsfalle, in welchem, der B. v. J. gemäß, der Polizeirichter die vom Gesetze angedrohte Strafe festgesetz es nachträglich zur Sprache gekommen, das die gleichzeitig durch das Gef derte Abänderung des vorschriftswidrig ausgeführten Baues des Richters in dem Erkenntniß nicht ausgesprochen worden ist.

Dies hat seinen Grund darin, daß von dem Polizeirichter nur die an Polizeistrafe zu erkennen war, woraus folgt, daß die anderweit vom Or geschriebenen Maßregeln wegen Abänderung oder gänzlichen Abbruchs cu schriftswidrig bewirkten Baues nach wie vor von den Polizei-Verwalt behörden getroffen werden müssen.

Gw. Hochw. werden daher hiermit angewiesen, in allen denjenigen Fällen welchen Bauunternehmer Bauten ohne Konsens oder gegen die im Bauhof

ten Bedingungen ausgeführt haben — abgesehen davon, ob der Polizeirichter in dem betreffenden Falle eine Strafe festgesetzt hat oder nicht — nach Maaßgabe der Verordnung v. 22. Juni 1830 (Amtsbl. für 1830 S. 181.) und Sammlung der kaiserlichen Strafvorschriften für den Regierungsbezirk Magdeburg v. 24. Aug. 1849, 28., die Bauunternehmer event. im Wege der gesetzlichen administrativen Exekution zur Abänderung oder zum Abbruch der vorschriftswidrig ausgeführten Bauten anzuhalten.

Hierauf haben Ew. Hochw. die Ortspolizei-Behörden mit Anweisung zu versehen und dieselben dabei zu belehren, daß sie so befugt, wie verpflichtet sind, jeden Bau-Konsens oder konsenswidrig unternommenen Bau zu inhibiren.

(Min. Bl. d. i. B. 1850 S. 36. No. 59.)

2) Ueber die Bestrafung der Kontraventionen gegen die Vorschriften der Einholung der Bau-Konsense und der Abweichung von solchen (S. 408.) disponirt das Strafgesetzbuch v. 14. April 1851 §. 345. sub 12.: Mit Geldbuße bis zu fünfzig Thalern oder Gefängniß bis zu sechs Wochen bestraft:

12) wer als Bauherr, Baumeister oder Bauhandwerker einen Bau oder eine Reparatur, wozu die polizeiliche Genehmigung erforderlich ist, ohne diese Genehmigung oder mit eigenmächtiger Abweichung von dem durch die Behörde genehmigten Plan ausführt oder ausführen läßt.

III. Von den Beschränkungen der Baufreiheit und der Bauaufsichtigung der Bauten aus sicherheitspolizeilichen und baupolizeilichen Rücksichten. (Zu S. 499. ff.)

A. Von den baupolizeilichen Vorschriften zur Verhütung Feuersgefahr. (Zu S. 410. ff.)

AA. Von dem Auseinanderbau und der Entfernung der Gebäude auf dem platten Lande. (Zu S. 410—427.)

1) In Betreff der Provinz Brandenburg und der Kreise Brandenburg und Schivelbein, vergl. die Bau-Polizei-Ordnung für das platte Land der Provinz Brandenburg und der Kreise Dramburg und Schivelbein, v. 11. Okt. 1847, Abschn. III.

(Min. Bl. d. i. B. 1847 S. 7. No. 11., s. unten S. 87.)

2) Provinz Preußen. (Zu S. 419.)

U. des K. Min. des I., Abth. II. (Mathis) v. 15. April 1847 an die K. Reg. zu Marienwerder, betr. den Auseinanderbau der Gebäude auf dem platten Lande.

Auf den Antrag der K. Reg. v. 8. v. M. genehmigt das Min. aus den angeführten Gründen, daß die von der Reg. zu Königsberg unterm 19. Nov. v. J., betr. des Auseinanderbaues der Wohn- und Wirthschaftsgebäude etc. auf dem platten Lande, erlassene Verordnung, auch in dem dortigen Regierungsbezirke für verbindlich erklärt und demgemäß veröffentlicht werde. (Anl. a.)

Anl. a.

In Stelle der bisherigen Bau-Polizeivorschriften für das platte Land des hiesigen Regierungsbezirks, namentlich über die Entfernung zwischen den Wohnhäusern und Wirthschaftsgebäuden, welche dem jetzigen Bedürfnisse nicht überall entsprechen, haben wir mit Genehmigung des Königl. Ministerii des Innern die nachfolgenden Bestimmungen hiermit zur öffentlichen Kenntniß.

§. 1. Wohnhäuser mit Stroh-, Rohr- oder Holz-Schindeldächern müssen von anderen Wohngebäuden wenigstens 30 Fuß entfernt errichtet werden.

§. 2. Nicht massive Wohnhäuser mit feuersichern Dächern müssen von anderen Wohnhäusern wenigstens 15 Fuß entfernt bleiben.

§. 3. Massive Wohnhäuser mit feuersichern Dächern dürfen auch in geringerer Entfernung als 15 Fuß von anderen Wohnhäusern erbaut werden.

§. 4. Die Entfernung, in welcher Wirthschaftsgebäude von einander und die Wohnhäuser, in welcher sie errichtet werden sollen, bleibt den Bauenden überlassen, die Wirthschaftsgebäude dürfen jedoch nie einen geschlossenen Hof, d. h. ein mit keinem Freiraum versehenes Viereck bilden, vielmehr müssen stets an einigen Stellen

ganz offene Zwischenräume bleiben, durch welche beim Ausbruche eines Löscheräthe geschafft werden können, und vermöge deren die Vetterbreitung be über alle Gebäude verhindert oder doch erschwert wird.

§. 5. Scheunen mit Stroh-, Rohr- oder Holz-Schindeldächern in Wohnhäusern 60, Ställe und andere Wirthschaftsgebäude mit eben dieser 30 mindestens 30 Fuß entfernt bleiben.

§. 6. Nicht massive Scheunen, Ställe und Wirthschaftsgebäude mit fe Dächern sind von Wohnhäusern wenigstens 15 Fuß entfernt zu halten.

§. 7. Massive Scheunen, Ställe und andere Wirthschaftsgebäude 1 sichern Dächern dürfen den Wohnhäusern auch näher als 15 Fuß stehen.

§. 8. Unter einem Dache dürfen die §. 5., 6., 7. genannten Wirth häude mit Wohnhäusern in der Regel nicht errichtet werden. Erfordern sondere Umstände eine Ausnahme von dieser Regel, so müssen Wirthschaft und Wohnhaus durch eine von Grund auf bis über den Dachstuhl mass führte Scheidewand, in der sich auch keine Thüren, Fenster oder andere D befinden, geschieden werden; auch dürfen die Dachlatten nur bis an diese W hinein oder hindurch reichen; endlich müssen Wirthschaftsgebäude un haus ein feuerficheres Dach erhalten.

§. 9. Auch massive mit feuerficheren Dächern versehene Scheunen, E andere Wirthschaftsgebäude dürfen mit Wohnhäusern nie einen geschlo bilden, vielmehr gilt hier dasselbe, was §. 4. Gesetz ist.

§. 10. Unter feuerficheren Dächern werden für jetzt Dächer von D Metall oder Steinpappe verstanden.

§. 11. Die obigen Vorschriften gelten sowohl, wenn neue Gebäude als auch wenn Gebäude abgebrochen und neu aufgeführt werden.

§. 12. Schmieden müssen 40 Fuß von allen Gebäuden entfernt s sind massiv in Mauerwand, Pisé oder Luftsteinen und mit feuerficherm erbauen. Wird eine Schmiede mit einem Wohnhause unter einem Dach so ist zwischen beiden die im §. 8. näher beschriebene Wand zu errichten, Wohnhaus mit feuerficherm Dach zu versehen.

§. 13. Brachstuben sind 300 Fuß von allen Gebäuden entfernt zu Sie müssen stets massiv, in Mauerwand, Pisé oder Luftziegeln und mit fe Dache errichtet werden.

§. 14. Backöfen, welche außerhalb der Wohnhäuser errichtet werden, denjenigen Gebäuden, die keine feuerfichere Dächer haben, wenigstens 100 denjenigen, die mit feuerficheren Dächern versehen sind, wenigstens 50 Fu zu halten und massiv mit feuerficherm Dach zu erbauen.

§. 15. Wer einen Bau ohne Konsens oder abweichend vom Kon führt, oder wenn er des Konsenses nicht bedarf, den in dieser Verordnun tenen Vorschriften nicht gemäß baut, verfällt in eine Strafe bis zu 10 R muß das bereits Gebaute, wenn es vorschriftswidrig ist, durch eine Al vorschriftsmäßig einrichten, oder wenn diese Abänderung nicht möglich ist, abbrechen.

In der bisherigen Befugniß der Orts-Polizeibehörden, den Baubonse theilen, wird durch vorstehende Verordnung nichts geändert.

Marienwerder, den 1. Mai 1847.

Königl. Preuß. Regierung. Abtheilung des Innern.

(Min. Bl. d. i. B. 1847 S. 131. No. 170.)

BB. Feuerpolizeiliche Baubefchränkungen beim I und bei Reparaturen, insbesondere feuergefährlich werks-Anlagen. (Zu §. 427. ff.)

a) Im Allgemeinen. (Zu §. 427—434.)

1) B. v. 17. Juli 1846, betr. die Anwendung der in den Stäl tenden feuer- und baupolizeilichen Vorschriften bei Gebäuden auf zum platten Lande gehörigen Grundstücken, welche innerhalb der oder im Gemenge mit städtischen bebauten Grundstücken liegen.

Wir Friedrich Wilhelm ic. ic. verordnen zur Verhütung der Feuer welche für die Städte daraus entstehen kann, daß bei Gebäuden auf solch platten Lande gehörigen Grundstücken, welche innerhalb der Städte oder im mit städtischen bebauten Grundstücken liegen, die für das platte Land und

die Städte bestehenden feuer- und baupolizeilichen Vorschriften angewandt werden, auf den Antrag Unseres Staats-Ministeriums und nach Anhörung Unserer ge-
ren Stände, wie folgt:

§. 1. Wo die feuer- und baupolizeilichen Vorschriften in den Städten und dem platten Lande von einander abweichen, und wo durch Anwendung der für das platte Land bestehenden feuer- und baupolizeilichen Vorschriften bei Gebäuden solchen zum platten Lande gehörigen Grundstücken, welche sich innerhalb der Orte, oder im Gemenge mit städtischen bebauten Grundstücken befinden, die Feuer-
gefahr der Stadt erheblich gefährdet wird, können diese Gebäude, zu denen auch auf Vorwerken oder Rittergütern befindlichen Gebäude zu rechnen sind, durch Anordnung der Regierung den für die städtischen Gebäude geltenden feuer- und baupolizeilichen Vorschriften unterworfen werden. Ist dieses in einzelnen Fällen ohne
schädliche Belästigung und Störung des ländlichen Gewerbebetriebes nicht ausführ-
bar, so hat die Regierung zu ermessen, in wiefern mit Rücksicht hierauf die An-
wendung jener Vorschriften zu modifiziren oder eine Ausnahme davon zu gestatten sei.

§. 2. Durch Anordnung der im §. 1. erwähnten Maßregel wird in den
Verhältnisse der betreffenden Gebäude nichts geändert.

Artundlich u.

Gegeben Sanssouci, den 17. Juli 1846.

(L. S.) Friedrich Wilhelm.

Hohen. Mühler. Rother. Eichhorn. v. Thile. v. Savigny.
v. Bodelschwingh. Flottwell. Uhden. Frh. v. Canitz.

(G. S. 1846 S. 399.)

2) Vergl.:

A. des R. Min. des J. v. 11. Okt. 1847 mit der Bau-Polizei-
Ordnung und der Feuer- und Lösch-Ordnung für das platte Land
der Provinz Brandenburg und der Kreise Dramburg und
Schivelbein.

(Min. Bl. d. i. B. 1847 S. 7. No. 11.)

A. des R. Min. des J. v. 5. Aug. 1847 mit der Feuer-Polizei-
Ordnung für die Städte Alt-Pommerns, ausschließlich der Stadt
Stettin und der Flecken Werben, Gölzow und Stepenitz.

(Min. Bl. d. i. B. 1847 S. 233. No. 285.)

A. desselb. Min. v. 9. Nov. 1847, betr. die Ausdehnung der Alt-
pommerschen Feuer-Polizei-Ordnung auf die Flecken Werben, Göl-
zow und Stepenitz.

(Min. Bl. d. i. B. 1847 S. 327. No. 396.)

Vergl. diese A. im Suppl. Bd. II. zum Polizeiwesen.

In Bezug auf feuergefährliche **Gewerbs-Anlagen** ins-
besondere. (Zu S. 434. ff.)

Vorschriften, betr. die Anlage und den Gebrauch von
Dampfmaschinen. (Zu S. 435–451.)

A. Dieß, Dampfmaschinen und Dampfkessel, deren gesetzmäßige Anlage
Anwendung, nebst erweiterten Tabellen für die Wandstärke der Dampf-
zylinder und Dampfzylinder bis zu 100 Zoll Durchmesser und 10 Atmosphä-
ren Drückungen über den äußeren Luftdruck. Eine Sammlung der Gesetze
Ministerial-Verfügungen, die über die Anlage und den Gebrauch der
Dampfmaschinen und Dampfkessel in Preußen erlassen und noch in An-
wendung sind. Essen, 1851. 8. (18 Sgr.)

1) Die Instruktion v. 21. Mai 1835¹⁾ und das Regulativ v. 6. Mai
1835²⁾ sind aufgehoben durch das, an deren Stelle tretende, nachstehende
Verordn. v. 6. Sept 1848, betr. die Anlage von Dampfkesseln.

Unter Aufhebung der, zur Vollziehung der Allerh. R. D. v. 1. Jan. 1831,

1) Vergl. Bau-Polizei, S. 448. ff.

2) a. a. D., S. 437. ff.

die Anlage und den Gebrauch der Dampfmaschinen betreff., ergangenen Instruction v. 21. Mai 1835 ¹⁾ und des Regulativs v. 6. Mai 1838 (G. S. 1838 S. 202) wird, mit Bezug auf die Allerh. R. D. v. 1. Jan. 1831 und v. 27. Sept. 1831 (G. S. 1831 S. 243., 1837 S. 146.) und auf die §§. 27. und 37. der Allgem. Gewerbe-Ordn. v. 17. Jan. 1845 (G. S. 1845 S. 46. u. 48.), für die Anlage von Dampfkesseln, es mögen solche zum Maschinenbetrieb oder zu andern Zwecken dienen, das nachfolgende anderweite Regulativ erlassen.

§. 1. Dem Antrage auf Ertheilung der Genehmigung zur Anlage eines Dampfkessels (Allgem. Gewerbe-Ordn. §. 28.) sind nachstehend genannte, zur Erläuterung erforderliche Zeichnungen und Beschreibungen in doppelter Ausfertigung beizufügen ²⁾.

I. wenn die Anlegung eines feststehenden Dampfkessels beabsichtigt wird:

- 1) ein Situationssplan, welcher die zunächst an den Ort der Aufstellung des Kessels umfaßt, und in einem die hinreichende Deutlichkeit gewährenden Maasstabe aufgetragen ist;
- 2) der Bauplan, wie er von dem Erbauer wegen Angabe der erforderlichen Räume geliefert wird, aus welchem sich der Standpunkt der Maschine, des Kessels, der Standpunkt und die Höhe des Schornsteins und die der Feuer- und Rauchröhren gegen die benachbarten Grundstücke deutlich geben muß; hierzu kann den Umständen nach ein einfacher Grundriß oder eine Längenschnitt oder ein Durchschnitt genügen;
- 3) eine Zeichnung des Kessels in einfachen Linien, aus welcher die vom Feuer berührten Fläche zu berechnen und die Höhe des Wasserniveaus über den Feuerzügen zu ersehen ist;
- 4) eine Beschreibung, in welcher die Dimensionen des Kessels, die Stärke und Beschaffenheit des Materials, die Art der Zusammensetzung, die Dimensionen der Ventile und deren Belastung, sowie die Einrichtung der Speisung und der Feuerung genau angegeben sind.

Die schriftliche Angabe über die Kraft der Dampfmaschine, ob sie Hochdruck- oder Kondensationsmaschine sei, und welche Arbeit sie leisten soll, genügt hiernach, ohne weiteres Eingehen in ihre Konstruktion die Zeichnungen.

Der Beibringung von Nivellementsplänen bedarf es nur dann, wenn dieselbe zum Zweck der Wahrnehmung allgemeiner polizeilicher Rücksichten, z. B. wegen des Abflusses des kondensirten Wassers, der Anlage von Wasserbehältern, Cisternen u. s. w. von der Regierung verlangt wird.

II. Wenn die Anlegung eines Schiffsdampfkessels oder eines Lokomotivkessels beabsichtigt wird:

eine Zeichnung und Beschreibung, wie vorstehend unter No. 3. und 4. gegeben.

Von den eingereichten Zeichnungen und Beschreibungen wird, nach Ertheilung der Genehmigung zur Anlage, ein Exemplar dem Antragsteller seiner Legitimation beglaubigt zurückgegeben, das andere aber bei der Polizei-Obrigkeit aufbewahrt.

§. 2. Die Prüfung der Zulässigkeit der Anlage erfolgt nach Maßgabe der Bestimmungen in den §§. 29—32. der Allgem. Gewerbe-Ordn. v. 17. Jan. 1845. Insbesondere sind, im allgemeinen polizeilichen Interesse, nachfolgende Vorschriften zu beachten, deren genaue Befolgung vor Ertheilung der Genehmigung zur Anlage des Dampfkessels (Allerh. R. D. v. 1. Jan. 1831 Nr. 4. und 5.) durch sachverständigen Beamten zu bescheinigen ist.

§. 3. Unterhalb solcher Räume, in welchen sich Menschen aufzuhalten dürfen Dampfkessel, deren vom Feuer berührte Fläche mehr als fünfzig Quadratfuß beträgt, nicht aufgestellt werden.

Innerhalb solcher Räume, in welchen sich Menschen aufzuhalten pflegen, ist

- 1) Durch die ausgesprochene Aufhebung dieser Instr. ist auch das R. d. Min. d. F. u. d. J. v. 31. Mai 1846 (Min. Bl. 1846 S. 108. Nr. 10) beseitigt, welches die fortdauernde Gültigkeit derselben aufhob.
- 2) Durch die im §. 1. dieses Regul. enthaltenen Bestimmungen sind die Vorschriften des Publik. der R. Reg. zu Frankfurt v. 24. Juni 1847 (Min. 1847 S. 167. Nr. 216.), welche sich auf die (aufgehobenen) Instr. v. 21. 1835 gründeten, beseitigt.

Dampfkessel von mehr als fünfzig Quadratfuß feuerberührter Fläche nur in dem Falle aufgestellt werden, wenn diese Räume (Arbeitsäle oder Werkstellen) sich in isolirt stehenden Gebäuden befinden, und eine verhältnißmäßig bedeutende Grundfläche und Höhe besitzen.

§. 4. Dampfkessel, welche nicht in oder unter Räumen aufgestellt werden sollen, in welchen sich Menschen aufhalten, müssen, wenn ihre Entfernung von Nachbargebäuden nicht mehr als zehn Fuß betragen soll, von diesen Gebäuden durch eine Mauer getrennt werden, welche eine Stärke von zwei Fuß, eine Höhe von drei Fuß über dem höchsten Dampfraum des Kessels und eine der Länge des Rauchgemäuers des Kessels gleiche Länge erhalten muß.

§. 5. Zwischen demjenigen Mauerwerk, welches den Feuerraum und die Feuerzüge des Dampfkessels einschließt (Rauchgemäuer) und den dasselbe umgebenden Wänden muß ein Zwischenraum von mindestens drei Zollen verbleiben, welcher mit Asche abgedeckt und an den Enden bis auf die nöthigen Luftöffnungen verschlossen werden kann.

§. 6. Die durch oder um einen Dampfkessel gelegten Feuerzüge müssen an der höchsten Stelle mindestens vier Zoll unter dem im Dampfkessel festgesetzten Wasserspiegel liegen. Bei Dampfschiffskesseln von mehr als vier bis sechs Fuß Breite muß die Höhe des Wasserspiegels über den höchsten Feuerzügen mindestens sechs Zoll, bei solchen von mehr als sechs bis acht Fuß Breite acht Zoll, und bei solchen von mehr als acht Fuß Breite mindestens zehn Zoll betragen.

§. 7. Die Feuerung feststehender Dampfkessel ist in solchen Verhältnissen anzulegen, daß der Rauch so vollkommen als möglich verzehrt oder durch den Schornstein abgeführt werde, ohne die benachbarten Grundbesitzer erheblich zu belästigen. Und zu dem Ende die nachfolgenden Vorschriften zu beobachten:

1) Die Schornsteindröhre zum Abführen des Rauches kann sowohl massiv, als mit Eisenblech ausgeführt werden.

2) Im ersten Falle kann die Röhre in den Wänden eines Gebäudes eingebunden sein, oder ganz frei ohne Verband mit den Wänden innerhalb oder außerhalb des Gebäudes aufgeführt werden; die Wangen müssen aber eine der Lage und Höhe der Schornsteindröhren angemessene Stärke bekommen.

3) Im zweiten Falle muß um die Röhre, insofern die Aufstellung innerhalb eines Gebäudes und in der Nähe feuerfangender Gegenstände erfolgt, eine Verkleidung von Mauersteinen bis zur Höhe des Dachfirstes, in einer der Höhe angemessenen Stärke, aufgeführt, und eine Luftschicht von mindestens drei Zoll zwischen der Röhre und ihrer Umfassung belassen werden.

In beiden Fällen müssen bei der Ausführung innerhalb eines Gebäudes Holz- oder feuerfangende Gegenstände mindestens sechs Zoll weit von den äußersten Enden der Schornsteindröhre entfernt bleiben und mit Eisenblech bedeckt werden.

4) Die Weite der Schornsteindröhre bleibt der Bestimmung des Unternehmers überlassen, dergestalt, daß die für sonstige Feuerungs-Anlagen hinsichtlich der Weite der Schornsteindröhren geltenden Vorschriften nicht zur Anwendung kommen.

5) Die Höhe der Schornsteindröhre bleibt ebenfalls der Bestimmung des Unternehmers überlassen, und ist nöthigenfalls von der Regierung auf Grund der Vorschriften im §. 32. der Allgem. Gew.-Ordn. v. 17. Jan. 1845 dergestalt festzusetzen, daß die benachbarten Grundbesitzer durch Rauch, Ruß u. s. w. keine erheblichen Belästigungen oder Beschädigungen, erleiden. Treten dergleichen Belästigungen oder Beschädigungen, nachdem der Dampfkessel in Betrieb gesetzt worden ist, dennoch her, so ist der Unternehmer zur nachträglichen Beseitigung derselben, sei es durch Abführung der Schornsteindröhre, sei es auf anderem Wege, verpflichtet.

Auf Dampfschiffskessel und Lokomotivkessel finden diese Bestimmungen keine Anwendung.

§. 8. Jeder Dampfkessel muß mit mehr als einer der besten bekannten Vorrichtungen zur jederzeitigen zuverlässigen Erkennung der im §. 6. vorgeschriebenen Wasserstandeshöhe im Innern desselben, wie z. B. mit gläsernen Wasserstandsrohren mit Scheiben, mit Probirhähnen oder Schwimmern u. s. w. versehen sein.

§. 9. Jeder Dampfkessel muß mit guten und zuverlässigen Vorrichtungen zur Speisung versehen sein.

§. 10. Auf jedem Dampfkessel müssen ein oder mehrere zweckmäßig angeordnete Sicherheitsventile angebracht sein, welche nach Abzug der Stiele und der zur Reinigung derselben etwa vorhandenen Stege für jeden Quadratfuß der gesammten feuerberührten Fläche überhaupt mindestens die nachstehend bestimmte freie,

20 Von den Einschränk. der Dampfkraft u. der Dampfgesch. der K.

zur Abführung der Dämpfe dienende Oeffnung haben, nämlich bei einem t
im Dampfspannung über den Druck der äußeren Atmosphäre von:

0 bis $\frac{1}{2}$	m e h r a l s											Atmos
	$\frac{1}{2}$	1	1 $\frac{1}{2}$	2	2 $\frac{1}{2}$	3	3 $\frac{1}{2}$	4	4 $\frac{1}{2}$	5	5 $\frac{1}{2}$	
	bis 1	bis 1 $\frac{1}{2}$	bis 2	bis 2 $\frac{1}{2}$	bis 3	bis 3 $\frac{1}{2}$	bis 4	bis 4 $\frac{1}{2}$	bis 5	bis 5 $\frac{1}{2}$	bis 6	
10,0	7,0	5,3	4,3	3,6	3,2	2,8	2,5	2,2	2,0	1,8	1,7	<input type="checkbox"/> Ein.

Wenn mehrere Kessel einen gemeinschaftlichen Dampfraum haben, so
sind sie nicht einzeln abgesperrt werden können, so genügt es, wenn darauf in
mindestens zwei vergleichenden Ventile angebracht sind.

Die Ventile müssen gut bearbeitet und so eingerichtet sein, daß sie p
big geöffnet, aber nicht mehr belastet werden können, als die vorgeschriebe
nung der Dämpfe erfordert.

Für das Ventil und den Belastungshebel muß eine Führung angebr
del beschränktem Dampfraum im Kessel eine Vorrichtung getroffen wer
welche beim Erheben des Ventils das Ausströmen des Kesselwassers dur
nung verhindert wird.

Dampfessels müssen mindestens zwei Sicherheitsventile erhalten un
dem einen derselben auf dem Verdeck eine solche Stellung gegeben werden
vorgeschriebene Belastung mit Leichtigkeit untersucht werden kann.

§. 11. An jedem Dampfessel oder an den Dampfleitungsrohren
Vorrichtung angebracht sein, welche den stattfindenden Druck der Dämpfe
angiebt. Wenn mehrere Dampfessel einen gemeinschaftlichen Dampfrau
so genügt es, wenn die Vorrichtung an einem Kessel oder an dem gemein
Dampfraum angebracht ist.

An Dampfesseln müssen zwei solche Vorrichtungen angebrach
von denen sich die eine im Maschinenraum zur Beurtheilung der Damp
durch den Wärter, die zweite an einer gegen Beschädigung gesicherten Stelle
Verdeck für die daselbst sich aufhaltenden Personen befindet.

An Lokomotivesseln ist eine solche Vorrichtung in dem Falle nicht er
wenn das Sicherheitsventil mit einer Federwaage versehen ist und sich i
des Lokomotivführers befindet.

§. 12. Die Verwendung von Messingblech und Gusseisen zu den W
der Dampfessel ist untersagt; es ist jedoch gestattet, sich des Messingblechs
röhren bis zu einem inneren Durchmesser von vier Zoll und des Gu
Siederöhren bis zu einem inneren Durchmesser von achtzehn Zoll zu b.

§. 13. Um die Dampfessel gegen das Zerreißen und Zerspringen
Dampfdruck zu sichern, muß zur Fertigung derselben nur gutes Material
werden. Der Verfertiger des Kessels ist in dieser Beziehung, sowie für i
mäßigkeit der Konstruktion verantwortlich; außerdem wird über die Stärk
terials und die Prüfung desselben Folgendes bestimmt:

I. Bei Dampfesseln von zylindrischer Form müssen die Wände de
sowie der Siede- und Feuerrohren, an ihren schwächsten Stellen folgend
haben, nämlich:

A. diejenigen Theile des Dampfessels, welche dem Druck der Dämpfe
inneren Oberfläche zu erleiden haben:

a) wenn das verwendete Material aus gewalztem oder gehämmertem G
und Kupferblech besteht, die aus der beigefügten Tabelle A. zu en
Wandstärke;

b) Siederöhren aus Gusseisen eine an allen Stellen gleich große, aus
fügten Tabelle B. zu entnehmende Wandstärke;

B. die durch den Dampfessel gehenden zylindrischen Feuer- und Wa
welche dem Druck der Dämpfe auf ihrer äußeren Oberfläche zu erleiden h

a) wenn dieselben aus gewalztem oder gehämmertem Eisenblech bestehn
der beigefügten Tabelle C. zu entnehmende Wandstärke;

b) zylindrische Feuerrohren aus Messingblech die aus der beigefügten T
zu entnehmende Wandstärke.

Bei Dampfkesseln von anderer als zylindrischer Form, bleibt die Bestimmung der Stärke dem Verfertiger des Kessels überlassen. Derselbe hat dafür zu sorgen, daß die Wandstärke des Kessels, beziehungsweise des Feuerkastens, mit Rücksicht auf etwa vorhandene Verankerung durch Stehbolzen, dem beabsichtigten Dampfdruck entsprechend, bestimmt werde.

II. Jeder Dampfkessel muß ferner nach Verschuß sämtlicher Oeffnungen und Belastung der Sicherheits-Ventile mit dem anderthalbfachen Betrage des dem Druck der beabsichtigten Dampfspannung entsprechenden Gewichts, mittelst einer Druckpumpe mit Wasser geprüft werden. Die Kesselwände und die Wände der Feuerzüge müssen dieser Prüfung widerstehen, ohne eine Veränderung ihrer Form zu zeigen.

§. 14. Ist der Antrag auf Ertheilung der Genehmigung der Anlage eines Dampfkessels (§. 1.), nach Maassgabe der vorstehenden Bestimmungen für zulässig zu erachten, so wird, wenn die Anlage eines feststehenden Dampfkessels beabsichtigt ist, das weitere Verfahren nach Vorschrift der §§. 29—33. der Allgem. Gew.-Ord. v. 17. Jan. 1845 eingeleitet.

§. 15. Die in der Allerh. R. O. v. 1. Jan. 1831 unter 4. vorgeschriebene Untersuchung muß sich

- 1) auf die vorschriftsmässige Konstruktion des Dampfkessels,
- 2) auf die gehörige Ausführung der sonstigen, in diesem Regulativ enthaltenen oder auf Grund des §. 32. der Gew.-Ord. v. 17. Jan. 1845 getroffenen Bestimmungen erstrecken.

Die Untersuchung des Kessels muß vor dessen Aufstellung erfolgen, und kann in der Fabrik, wo derselbe verfertigt worden, oder an dem Orte geschehen, wo er aufgestellt werden soll.

Die Untersuchung über die Ausführung der sonstigen Bestimmungen wird nach Aufstellung des Dampfkessels vorgenommen.

Beide Untersuchungen werden spätestens drei Tage nach geschehener Anzeige der erfolgten Vollendung oder Ankunft des Kessels am Bestimmungsort, beziehungsweise von der geschehenen Aufstellung desselben angestellt und es werden die darüber zu ertheilenden Bescheinigungen spätestens in drei Tagen nach der voran-
gehenden Untersuchung ausgemacht.

§. 16. Sollen Dampfkessel, welche sich bereits im Gange befanden, als die Allerh. R. O. v. 1. Jan. 1831 Gesetzeskraft erhielt, oder welche zwar erst später aufgestellt, vor ihrer Benutzung aber nach Maassgabe der zur Zeit ihrer Aufstellung geltenden Vorschriften geprüft worden sind, an einem anderen Orte benutzt werden, so kann eine Abänderung ihrer Konstruktion nicht gefordert werden. In allen anderen Beziehungen sind jedoch in diesen Fällen die in dem gegenwärtigen Regulativ getroffenen Bestimmungen zu beobachten.

Berlin, den 6. September 1848.

Der Minister für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten.

Im Auftrage: v. P o m m e r - S c h e.

Wandstärken für nachstehende Atmosphärenpressungen über den äußeren Luftdruck.																						
	0.	$\frac{1}{2}$.	$\frac{2}{3}$.	1.	$1\frac{1}{2}$.	$1\frac{2}{3}$.	2.	$2\frac{1}{2}$.	$2\frac{2}{3}$.	3.	$3\frac{1}{2}$.	$3\frac{2}{3}$.	4.	$4\frac{1}{2}$.	$4\frac{2}{3}$.	5.	$5\frac{1}{2}$.	$5\frac{2}{3}$.	6.	$6\frac{1}{2}$.	$6\frac{2}{3}$.	7.
	SoII.	SoII.	SoII.	SoII.	SoII.	SoII.	SoII.	SoII.	SoII.	SoII.	SoII.	SoII.	SoII.	SoII.	SoII.	SoII.	SoII.	SoII.	SoII.	SoII.	SoII.	SoII.
1	0,333	0,335	0,337	0,338	0,340	0,342	0,343	0,345	0,347	0,349	0,350	0,352	0,354	0,355	0,357	0,359	0,361	0,362	0,364	0,366	0,368	0,370
2	333	337	340	343	347	350	354	357	360	364	367	371	374	378	381	385	388	392	395	399	402	406
3	333	338	343	348	353	359	364	369	374	379	384	389	395	400	405	410	416	421	426	431	437	442
4	333	340	347	353	360	367	374	381	387	394	401	408	415	422	429	436	443	450	457	464	471	478
5	333	342	350	358	367	375	384	392	401	409	418	427	435	444	453	462	470	479	488	497	506	515
6	333	343	353	363	374	384	394	404	414	425	435	445	456	466	477	487	498	508	519	529	540	551
7	333	345	357	369	380	392	404	416	428	440	452	464	476	488	501	513	525	537	550	562	575	587
8	333	347	360	374	387	401	414	428	441	455	469	483	497	510	524	538	552	567	581	595	609	623
9	333	348	363	379	394	409	424	440	455	470	486	501	517	533	548	564	580	596	612	628	644	660
10	333	350	367	383	400	417	434	451	468	486	503	520	537	555	572	590	607	625	643	660	678	696
11	333	352	370	389	407	426	444	463	482	501	520	539	558	577	596	615	635	654	673	693	712	732
12	333	353	373	394	414	434	455	475	495	516	537	557	578	599	620	641	662	683	704	726	747	768
13	333	355	377	399	421	443	465	487	509	531	554	576	599	621	644	667	689	712	735	758	781	805
14	333	357	380	404	427	451	475	499	523	547	571	595	619	643	668	692	717	741	766	791	816	841
15	333	358	384	409	434	459	485	510	536	562	588	613	639	665	692	718	744	771	797	824	850	877
16	333	360	387	414	441	468	495	522	550	577	604	632	660	688	716	744	772	800	828	856	885	913
17	333	362	390	419	447	476	505	534	563	592	621	651	680	710	739	769	799	829	859	889	919	950
18	333	363	394	424	454	485	515	546	577	607	638	669	701	732	763	795	826	858	890	922	954	986

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	31	32	33	34	35	36	37	38	39	40	41	42	43	44	45	46	47	48																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																										
0,05	0,05	0,05	0,05	0,05	0,05	0,05	0,05	0,05	0,05	0,05	0,05	0,05	0,05	0,05	0,05	0,05	0,05	0,05	0,05	0,05	0,05	0,05	0,05	0,05	0,05	0,05	0,05	0,05	0,05	0,05	0,05	0,05	0,05	0,05	0,05	0,05	0,05	0,05	0,05	0,05	0,05	0,05	0,05	0,05	0,05	0,05	0,05																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																										
0,055	0,059	0,064	0,069	0,073	0,078	0,083	0,087	0,092	0,096	0,106	0,115	0,124	0,131	0,143	0,152	0,161	0,171	0,180	0,189	0,199	0,208	0,217	0,227	0,236	0,245	0,254	0,264	0,273	0,283	0,293	0,303	0,312	0,322	0,331	0,341	0,351	0,361	0,371	0,381	0,391	0,401	0,411	0,421	0,431	0,441	0,451	0,461	0,471	0,481																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																								
0,056	0,062	0,068	0,073	0,079	0,085	0,091	0,097	0,103	0,109	0,120	0,132	0,144	0,155	0,167	0,179	0,190	0,202	0,214	0,226	0,237	0,249	0,261	0,272	0,284	0,296	0,308	0,319	0,331	0,342	0,353	0,364	0,375	0,386	0,397	0,408	0,419	0,430	0,441	0,452	0,463	0,474	0,485	0,496	0,507	0,518	0,529	0,540	0,551	0,562	0,573	0,584	0,595	0,606	0,617	0,628	0,639	0,650	0,661	0,672	0,683	0,694	0,705	0,716	0,727	0,738	0,749	0,760	0,771	0,782	0,793	0,804	0,815	0,826	0,837	0,848	0,859	0,870	0,881	0,892	0,903	0,914	0,925	0,936	0,947	0,958	0,969	0,980	0,991	1,002	1,013	1,024	1,035	1,046	1,057	1,068	1,079	1,090	1,101	1,112	1,123	1,134	1,145	1,156	1,167	1,178	1,189	1,200	1,211	1,222	1,233	1,244	1,255	1,266	1,277	1,288	1,299	1,310	1,321	1,332	1,343	1,354	1,365	1,376	1,387	1,398	1,409	1,420	1,431	1,442	1,453	1,464	1,475	1,486	1,497	1,508	1,519	1,530	1,541	1,552	1,563	1,574	1,585	1,596	1,607	1,618	1,629	1,640	1,651	1,662	1,673	1,684	1,695	1,706	1,717	1,728	1,739	1,750	1,761	1,772	1,783	1,794	1,805	1,816	1,827	1,838	1,849	1,860	1,871	1,882	1,893	1,904	1,915	1,926	1,937	1,948	1,959	1,970	1,981	1,992	2,003	2,014	2,025	2,036	2,047	2,058	2,069	2,080	2,091	2,102	2,113	2,124	2,135	2,146	2,157	2,168	2,179	2,190	2,201	2,212	2,223	2,234	2,245	2,256	2,267	2,278	2,289	2,300	2,311	2,322	2,333	2,344	2,355	2,366	2,377	2,388	2,399	2,410	2,421	2,432	2,443	2,454	2,465	2,476	2,487	2,498	2,509	2,520	2,531	2,542	2,553	2,564	2,575	2,586	2,597	2,608	2,619	2,630	2,641	2,652	2,663	2,674	2,685	2,696	2,707	2,718	2,729	2,740	2,751	2,762	2,773	2,784	2,795	2,806	2,817	2,828	2,839	2,850	2,861	2,872	2,883	2,894	2,905	2,916	2,927	2,938	2,949	2,960	2,971	2,982	2,993	3,004	3,015	3,026	3,037	3,048	3,059	3,070	3,081	3,092	3,103	3,114	3,125	3,136	3,147	3,158	3,169	3,180	3,191	3,202	3,213	3,224	3,235	3,246	3,257	3,268	3,279	3,290	3,301	3,312	3,323	3,334	3,345	3,356	3,367	3,378	3,389	3,400	3,411	3,422	3,433	3,444	3,455	3,466	3,477	3,488	3,499	3,510	3,521	3,532	3,543	3,554	3,565	3,576	3,587	3,598	3,609	3,620	3,631	3,642	3,653	3,664	3,675	3,686	3,697	3,708	3,719	3,730	3,741	3,752	3,763	3,774	3,785	3,796	3,807	3,818	3,829	3,840	3,851	3,862	3,873	3,884	3,895	3,906	3,917	3,928	3,939	3,950	3,961	3,972	3,983	3,994	4,005	4,016	4,027	4,038	4,049	4,060	4,071	4,082	4,093	4,104	4,115	4,126	4,137	4,148	4,159	4,170	4,181	4,192	4,203	4,214	4,225	4,236	4,247	4,258	4,269	4,280	4,291	4,302	4,313	4,324	4,335	4,346	4,357	4,368	4,379	4,390	4,401	4,412	4,423	4,434	4,445	4,456	4,467	4,478	4,489	4,500	4,511	4,522	4,533	4,544	4,555	4,566	4,577	4,588	4,599	4,610	4,621	4,632	4,643	4,654	4,665	4,676	4,687	4,698	4,709	4,720	4,731	4,742	4,753	4,764	4,775	4,786	4,797	4,808	4,819	4,830	4,841	4,852	4,863	4,874	4,885	4,896	4,907	4,918	4,929	4,940	4,951	4,962	4,973	4,984	4,995	5,006	5,017	5,028	5,039	5,050	5,061	5,072	5,083	5,094	5,105	5,116	5,127	5,138	5,149	5,160	5,171	5,182	5,193	5,204	5,215	5,226	5,237	5,248	5,259	5,270	5,281	5,292	5,303	5,314	5,325	5,336	5,347	5,358	5,369	5,380	5,391	5,402	5,413	5,424	5,435	5,446	5,457	5,468	5,479	5,490	5,501	5,512	5,523	5,534	5,545	5,556	5,567	5,578	5,589	5,600	5,611	5,622	5,633	5,644	5,655	5,666	5,677	5,688	5,699	5,710	5,721	5,732	5,743	5,754	5,765	5,776	5,787	5,798	5,809	5,820	5,831	5,842	5,853	5,864	5,875	5,886	5,897	5,908	5,919	5,930	5,941	5,952	5,963	5,974	5,985	5,996	6,007	6,018	6,029	6,040	6,051	6,062	6,073	6,084	6,095	6,106	6,117	6,128	6,139	6,150	6,161	6,172	6,183	6,194	6,205	6,216	6,227	6,238	6,249	6,260	6,271	6,282	6,293	6,304	6,315	6,326	6,337	6,348	6,359	6,370	6,381	6,392	6,403	6,414	6,425	6,436	6,447	6,458	6,469	6,480	6,491	6,502	6,513	6,524	6,535	6,546	6,557	6,568	6,579	6,590	6,601	6,612	6,623	6,634	6,645	6,656	6,667	6,678	6,689	6,700	6,711	6,722	6,733	6,744	6,755	6,766	6,777	6,788	6,799	6,810	6,821	6,832	6,843	6,854	6,865	6,876	6,887	6,898	6,909	6,920	6,931	6,942	6,953	6,964	6,975	6,986	6,997	7,008	7,019	7,030	7,041	7,052	7,063	7,074	7,085	7,096	7,107	7,118	7,129	7,140	7,151	7,162	7,173	7,184	7,195	7,206	7,217	7,228	7,239	7,250	7,261	7,272	7,283	7,294	7,305	7,316	7,327	7,338	7,349	7,360	7,371	7,382	7,393	7,404	7,415	7,426	7,437	7,448	7,459	7,470	7,481	7,492	7,503	7,514	7,525	7,536	7,547	7,558	7,569	7,580	7,591	7,602	7,613	7,624	7,635	7,646	7,657	7,668	7,679	7,690	7,701	7,712	7,723	7,734	7,745	7,756	7,767	7,778	7,789	7,800	7,811	7,822	7,833	7,844	7,855	7,866	7,877	7,888	7,899	7,910	7,921	7,932	7,943	7,954	7,965	7,976	7,987	7,998	8,009	8,020	8,031	8,042	8,053	8,064	8,075	8,086	8,097	8,108	8,119	8,130	8,141	8,152	8,163	8,174	8,185	8,196	8,207	8,218	8,229	8,240	8,251	8,262	8,273	8,284	8,295	8,306	8,317	8,328	8,339	8,350	8,361	8,372	8,383	8,394	8,405	8,416	8,427	8,438	8,449	8,460	8,471	8,482	8,493	8,504	8,515	8,526	8,537	8,548	8,559	8,570	8,581	8,592	8,603	8,614	8,625	8,636	8,647	8,658	8,669	8,680	8,691	8,702	8,713	8,724	8,735	8,746	8,757	8,768	8,779	8,790	8,801	8,812	8,823	8,834	8,845	8,856	8,867	8,878	8,889	8,900	8,911	8,922	8,933	8,944	8,955	8,966	8,977	8,988	8,999	9,010	9,021	9,032	9,043	9,054	9,065	9,076	9,087	9,098	9,109	9,120	9,131	9,142	9,153	9,164	9,175	9,186	9,197	9,208	9,219	9,230	9,241	9,252	9,263	9,274	9,285	9,296	9,307	9,318	9,329	9,340	9,351	9,362	9,373	9,384	9,395	9,406	9,417	9,428	9,439	9,450	9,461	9,472	9,483	9,494	9,505	9,516	9,527	9,538	9,549	9,560	9,571	9,582	9,593	9,604	9,615	9,626	9,637	9,648	9,659	9,670	9,681	9,692	9,703	9,714	9,725	9,736	9,747	9,758	9,769	9,780	9,791	9,802	9,813	9,824	9,835	9,846	9,857	9,868	9,879	9,890	9,901	9,912	9,923	9,934	9,945	9,956	9,967	9,978	9,989	10,000	10,011	10,022	10,033	10,044	10,055	10,066	10,077	10,088	10,099	10,110	10,121	10,132	10,143	10,154	10,165	10,176	10,187	10,198	10,209	10,220	10,231	10,242	10,253	10,264	10,275	10,286	10,297	10,308	10,319	10,330	10,341	10,352	10,363	10,374	10,385	10,396	10,407	10,418	10,429	10,440	10,451	10,462	10,473	10,484	10,495	10,506	10,517	10,528	10,539	10,550	10,561	10,572	10,583	10,594	10,605	10,616	10,627	10,638	10,649	10,660	10,671	10,682	10,693	10,704	10,715	10,726	10,737	10,748	10,759	10,770	10,781	10,792	10,803	10,814	10,825	10,836	10,847	10,858	10,869	10,880	10,891	10,902	10,913	10,924	10,935	10,946	10,957	10,968	10,979	10,990	11,001	11,012	11,023	11,034	11,045	11,056	11,067	11,078	11,089	11,100	11,111	11,122	11,133	11,144	11,155	11,166	11,177	11,188	11,199	11,210	11,221	11,232	11,243	11,254	11,265	11,276	11,287	11,298	11,309	11,320	11,331	11,342	11,353	11,364	11,375	11,386	11,397	11,408	11,419	11,430	11,441	11,452	11,463	11,474	11,485	11,496	11,507	11,518	11,529	11,540	11,551	11,562	11,573	11,584	11,595	11,606	11,617	11,628	11,639	11,650	11,661	11,672	11,683	11,694	11,705	11,716	11,727	11,738	11,749	11,760	11,771	11,782	11,793	11,804	11,815	11,826	11,837	11,848	11,859	11,870	11,881	11,892	11,903	11

(Nach der Formel $e=0,01 \cdot d \sqrt[3]{\frac{1}{n}} + 0,07$ berechnet; e, d und n haben die bei Tabelle A. angegebene Bedeutung.)

Durchmesser der Röhren.		Wandstärken für nachstehende Atmosphärenpressungen über den Luftdruck.													
3oll.	0.	0½.	1.	1½.	2.	2½.	3.	3½.	4.	4½.	5.	5½.	6.	6½.	7.
3oll.	3oll.	3oll.	3oll.	3oll.	3oll.	3oll.	3oll.	3oll.	3oll.	3oll.	3oll.	3oll.	3oll.	3oll.	3oll.
1	0 07	0,077	0,079	0,080	0,081	0,082	0,083	0,083	0,083	0,084	0,084	0,085	0,085	0,086	0,087
1½	0 07	0 80	0 83	0 85	0 87	0 88	0 89	0 90	0 91	0 92	0 92	0 92	0 93	0 94	0 95
2	0 07	0 84	0 87	0 90	0 92	0 94	0 95	0 97	0 98	0 99	0 99	1 00	1 01	1 02	1 03
2½	0 07	0 87	0 92	0 95	0 98	1 00	1 01	1 03	1 05	1 06	1 06	1 07	1 09	1 10	1 12
3	0 07	0 91	0 96	1 00	1 03	1 06	1 08	1 10	1 12	1 13	1 13	1 14	1 15	1 18	1 20
3½	0 07	0 94	1 01	1 05	1 09	1 11	1 14	1 16	1 19	1 20	1 20	1 22	1 24	1 26	1 28
4	0 07	0 98	1 05	1 10	1 14	1 17	1 20	1 23	1 25	1 28	1 30	1 31	1 34	1 35	1 37

(G. G. 1848 G. 321.)

Dazu (zum §. 4.):

R. des R. Min. für H., G. u. öff. Arb. (v. Bommer-Esche) 1849 an die R. Reg. zu N. Anlegung von Dampfesseln in den nachbarter Gebäude.

Auf die Anfrage in dem Berichte v. 1. d. M. erwiedere ich der § die Bestimmung des §. 4. des Regul., betreff. die Anlage von Dampfmaschinen, welcher letztere, wenn ihre Entfernung von Nachbargebäuden nicht mehr beträgt, durch eine zwei Fuß starke Mauer von denselben getrennt werden alle benachbarte Gebäude, gleichviel ob sie dem Eigenthümer der Anlage oder nicht, Anwendung findet.

(Min. Bl. 1849 S. 145. Nr. 196.)

2) Ueber das Verfahren bei polizeilicher Gestattung von Maschinen-Anlagen im Allgemeinen disponirt das R. der R. Min. (v. Flottwell) u. des J. (v. Manteuffel) v. 21. März 1846 an die R. Reg. zu Stralsund.

Wenn der §. 37. der Gew.-Ordn. v. 17. Jan. pr. auf die besondere Errichtung von Dampfmaschinen u. ergangenen Vorschriften verweist und Rücksichtigung bei dem nach §§. 27—36. a. a. D. zu beobachtenden Verfahren ordnet, so will dies nichts anderes sagen, als daß bei dem Verfahren bis 36. auch die in jener Beziehung bestehenden besonderen materiellen zur Anwendung gebracht werden sollen. Hieraus folgt aber, daß der einer Dampfmaschinen-Anlage den Antrag nach Maaßgabe des §. 28. nungen u. gehörig erläutern, die R. Reg. sodann die polizeiliche Zulassung der Anlage nach Maaßgabe der R. D. v. 1. Jan. 1831 (G. S. S. 243.) erörtern u. 6. Mai 1838 1) (G. S. S. 262.) erörtern und nach erfolgter Bekanntmachung auf die eingegangenen Widersprüche über diese resolvirt die Bedingungen vorschreiben muß, unter welchen die Anlage zu gestattet wird, was durch ein förmliches Resolut, gegen welches hiernächst jedem Einspruch zusteht.

(Min. Bl. d. i. B. 1846 S. 109. Nr. 167.)

3) In Betreff der polizeilichen Genehmigung und Beaufsichtigung von Dampfmaschinen-Anlagen in Berg- und Hüttenwerken sind

A. G. R. der R. Min. d. F. (Flottwell) u. des J. (v. Flottwell) v. 3. April 1846 an die R. Reg. der Provinzen Schlesien, Westphalen, der Rheinprovinz, sowie an die R. Reg. zu Merseburg, und zur Nachricht und Nachachtung an die R. Oberbergämter zu B. Dortmund und Bonn.

Der R. Reg. wird in Verfolg der Verf. v. 12. April 1844 2) in polizeilichen Genehmigung und Beaufsichtigung der Dampfmaschinen-Anlagen in Berg- und Hüttenwerken, eröffnet, daß die früher zur Erwägung gekommen ob die Entscheidung über die polizeiliche Zulässigkeit solcher Dampfmaschinen-Anlagen den Bergbehörden zu übertragen sei? durch die inzwischen publizierte Gew.-Ordn. v. 17. Jan. 1845 ihre Erledigung gefunden hat. Die Dampfmaschinen (SS 27., 37.) denjenigen gewerblichen Anlagen beigezählt, deren Genehmigung der Regierung — also nicht mehr bei der Orts- oder Kreis-Polizeibehörde zu suchen, und deren Zulässigkeit mit Berücksichtigung der Umstände und öffentlichen Bekanntmachung des Unternehmens zur Sprache gebrachten wird nach Vorschrift der SS. 28. ff. zu erörtern ist. Zu einer Abänderung meiner Bestimmungen in Beziehung auf die Dampfmaschinen der Bergwerke, insbesondere zur Uebertragung der Befugnisse der Regierungen hinsichtlich der Ertheilung der Konzession zu solchen Anlagen auf die Bergbehörden liegt gegenwärtigen Lage der Gesetzgebung über das Verfahren bei der Zulassung von Dampfmaschinen-Anlagen keine zureichenden Gründe vor. Dagegen

1) Jetzt das Regul. v. 6. Sept. 1848, welches dasjenige v. 6. Sept. 1838 aufgehoben hat.

2) Wodurch die obengedachten Regierungen vorläufig zur gutachtlichen Erstattung aufgefordert worden sind.

wesentlicher Vortheil für die Wahrnehmung der polizeilichen Interessen rücksicht-
der Dampfmaschinen auf Berg- und Hüttenwerken erwarten, wenn dabei von
en der Polizeibehörden die Mitwirkung der sachverständigen Bergbeamten in An-
h genommen wird, weil Letztere, wie schon in der Verf. vom 12. April 1844
rft worden, nicht allein zur technischen Beurtheilung der Bergwerks und Hütten-
binnen vorzugsweise befähigt sind, sondern auch bei ihrer häufigen Anwesenheit
den Betriebsstellen die beste Gelegenheit finden, den Betrieb der Maschinen zu
achten.

Um nach diesen Gesichtspunkten das Verfahren bei Anlage von Dampfmaschinen
Bergwerken oder mit Bergwerken verbundenen Hüttenanlagen für die Folge zu
in und so weit zu erleichtern, als es die bestehenden Vorschriften gestatten, wird
jenes festgesetzt.

Sobald der Unternehmer eine solche Dampfmaschine aufstellen will, hat derselbe
Entwurf des Bauplans dem betreffenden Bergamte vorzulegen, und, daß dies
ehen, der betreffenden Regierung anzuzeigen. Das Bergamt ist verpflichtet, das
zu sorgen, daß entweder von der bauenden Gewerkschaft oder von geeigneten
ischen Beamten des Amtes auf Kosten des Unternehmers die in der Instr. vom
Mai 1835 vorgeschriebenen Zeichnungen u. s. w. in erforderlicher Vollständigkeit
fertigt und mit Rücksicht auf die Vorschriften des Regul. v. 6. Mai 1838 durch
Hörte technische Beamte revidirt werden. Ist die Angelegenheit in dieser Be-
ng vollständig vorbereitet, so überreicht das Bergamt die Verhandlungen der
Reg. behufs der Erlaubniß-Ertheilung zur Ausführung der Anlagen, und diese
nunmehr, unter Benachrichtigung des Unternehmers, das durch die Gewerbe-
§§. 27. ff. vorgeschriebene Verfahren ein. Sollten im Laufe desselben nach
lgabe der Vorschriften der §§. 27. ff., der D. vom 1. Jan. 1831, des R. vom
Febr. 1832, der Instr. v. 21. Mai 1835, der D. v. 27. Sept. 1837 und des
L. v. 6. Mai 1838, noch fernere technische Erörterungen erforderlich werden, so
der Reg. überlassen, das Bergamt zu deren Bewerkstelligung zu requiriren.
Resolute hat die Reg. in der durch die Gew.-Ordn. vorgeschriebenen Weise
ig publiziren zu lassen und dem Bergamte Abschrift derselben mitzutheilen. Wird
schst definitiv ausgesprochen, sei es unbedingt oder bedingt, daß der Aus-
ng des Unternehmens polizeiliche Bedenken nicht entgegenstehen, so erfolgt so-
die Ausführung des Baues unter Aufsicht des Bergamts, als auch die tech-
polizeiliche Abnahme der Anlage durch dasselbe. Letzteres hat, nach Vollen-
der letzteren, über den Befund eine Verhandlung aufzunehmen und diese der
rung einzureichen, welche, wenn sie dagegen nichts zu erinnern findet, die Er-
iß dazu, daß die Maschinen-Anlage in Betrieb gesetzt werde, zu ertheilen, und
n sowohl dem Unternehmer als dem Bergamte Mittheilung zu machen hat.
Die R. Reg. wird angewiesen, die vorstehend gegebenen Vorschriften durch Ihr
blatt zur öffentlichen Kenntniß zu bringen.

[Min. Bl. d. i. B. 1846 S. 60. Nr. 88.)

B) G. R. derselb. Min. v. 30. Sept. 1846 an dieselben Behörden.

Der Vorschrift des Erlasses v. 3. April d. J. (Min. Bl. S. 60. Nr. 88.) we-
ntfurrenz der Bergbeamten bei der polizeilichen Prüfung der Dampfmaschinen-
en ist in einem hier zur Sprache gekommenen Falle eine zu weite Ausdehnung
en worden, indem sie auf Dampfmaschinen-Anlagen solcher Werke zur Anwen-
gebracht worden ist, welche dem Bergreßort völlig fremd sind. Die R. Reg.
daher darauf aufmerksam gemacht, daß die obige Vorschrift sich nur auf solche
schinen-Anlagen bezieht, welche auf Berg- und Hüttenwerken errichtet wer-
die, unter Administration oder Kontrolle der Bergbehörden stehen. Wo diese
e bei den Privat-Berg- und Hüttenwerken nicht stattfindet, da ist auch die Zu-
g der bergamtlichen Behörden bei der Prüfung der Dampfmaschinen-Anlagen
zu veranlassen.

[Min. Bl. 1846 S. 208. Nr. 297.)

Vorschriften in Betreff verschiedener anderer gewerblicher Anlagen.
(Zu S. 453. ff.)

1) In Betreff d. Kalk-, Ziegel- u. Gips-Ofen. (Zu S. 453—454.)
R. der R. Min. d. F. (Beuth) u. des J. (v. Manteuffel) v. 14. Aug.
1845. Die Anlegung von Ziegelöfen, die nur zum vorübergehen-
den Gebrauche bestimmt sind, unterliegt nicht den Vorschriften der
Gew.-Ordn. §§. 27. ff., sondern nur der allgemeinen polizeil.
Aufsicht.

Der K. Reg. wird auf den Ber. v. 29. Juni c. eröffnet, daß die Vorschriften der §§. 27. ff. der Gew.-Ordn. v. 17. Jan. d. J. über das Verfahren bei Prüfung der Zulässigkeit der einer besonderen polizeilichen Genehmigung bedürftenden gewerblichen Anlagen, auf diejenigen Feldziegelöfen oder Feldbrände, bei welchen sich nicht um die Errichtung eines zur dauernden Benutzung bestimmten Ziegelofens sondern nur um die vorübergehende Verarbeitung des im Felde vorgefundenen Materials zu Ziegeln handelt, keine Anwendung finden, weil solche Ziegelbrände dem bei der Verwaltung festgestellten Sprachgebrauche zu den im §. 27. a. a. genannten Ziegelöfen nicht gerechnet werden.

Soweit daher solche nur vorübergehend in Betrieb gesetzte Feldbrände in Betracht kommen unterliegt die Beibehaltung des, rücksichtlich der polizeilichen Genehmigung und Beaufsichtigung derselben im dortigen Verwaltungsbezirke bisher in Anwendung gekommenen Verfahrens, keinem Bedenken; dagegen ist die Zulässigkeit jeder Anlage zur fortgesetzten, gewerbemäßigen Anfertigung von Ziegeln, nach Bestimmungen der Gew.-Ordn., zu erörtern.

(Min. Bl. d. i. B. 1845 S. 263. Nr. 284.)

Mit Bezug hierauf sind ergangen:

- A) R. des K. Min. für H., G. u. öff. Arbeit., Abth. IV. (Dessau) v. 15. Okt. 1849. Kalk- oder Flechtöfen zu vorübergehenden wirtschaftlichen Bedürfnissen unterliegen nicht den Vorschriften der Gew.-Ordn. §§. 27. sqq.

Auf den Bericht v. 22. v. M. erklärt sich das unterz. Min. damit einverstanden, daß, wenn Kalk- oder Flechtöfen nur vorübergehend zu wirtschaftlichen Bedürfnissen oder zu einzelnen wenigen Feldbränden benutzt werden, mithin selbst die Voraussetzungen in der Verfügung v. 14. Aug. 1845 (Min. Bl. d. i. B. 1845 S. 263. ff.) hinsichtlich der Feldziegelöfen zutreffen, die Vorschriften der §§. 27. ff. allgem. Gew.-Ordn. außer Anwendung bleiben, vielmehr für derartige Anlagen die ortspolizeiliche Genehmigung genügt.

(Min. Bl. d. i. B. 1849 S. 231. Nr. 332.)

- B) E. R. des K. Min. für H., G. u. öff. Arb. (v. Commerz-Dir.) v. 21. Nov. 1849. Anlagen zum Feld-Ziegelbrennen unterliegen nicht den Vorschriften der §§. 27. ff. der Gew.-Ordn.

Die K. Reg. erhält in der Anlage (a.) einen über die ortspolizeiliche Genehmigung zum Feld-Ziegelbrennen heute erlassenen Rekursbescheid zu Ihrer Nachricht.

Anl. a. Rekursbescheid.

Auf den Rekurs des Domini N. gegen das Resultat der K. Reg. zu R. v. 21. August d. J.,

durch welches dem Stellenbesitzer N. zu N. die Anlage eines sogenannten Feldziegelofens auf seinem dortigen Grundstücke gestattet worden ist, ergeht hierdurch zum Bescheide,

daß das gedachte Resolut, wie hierdurch geschieht, aufzuheben, die in der Rekursinstanz etwa entstandenen Kosten niederzuschlagen, die Ertheilung des Erlaubniß zu dem von dem N. beabsichtigten Ziegelbrennen aber der orts- polizeibehörde zu überlassen.

G r ü n d e.

Der N. hat die Genehmigung zur Errichtung eines sogenannten Feldziegelofens nachgesucht; bei näherer Bernehmung hat sich jedoch ergeben, daß seine Absicht lediglich dahin geht, ohne Errichtung eines besonderen Ofens auf seinem Grundstück durch einen Ziegelftreicher geformte Ziegel aufstellen und ausbrennen lassen zu lassen, weshalb Provokant sich auch außer Stande erklärt, Zeichnungen über die Anlage vorzulegen. Hiernach können die Vorschriften der §§. 27. ff. der Gew.-Ordn. v. 17. Jan. 1845, über das Verfahren wegen Prüfung der Zulässigkeit der, einer besonderen polizeilichen Genehmigung bedürftenden, gewerblichen Anlagen, auf den vorliegenden Fall keine Anwendung finden. Es handelt sich nicht um die Errichtung eines, zur dauernden Benutzung bestimmten Ofens, sondern nur um Verarbeitung des, im Felde vorgefundenen Materials zu Ziegeln. Die im §. 27. a. a. bezeichneten Anlagen setzen aber bauliche Einrichtungen voraus, welche zum Betrieb fortdauernd benutzt werden sollen, deren Beschaffenheit mithin durch Zeichnungen genau dargelegt und demgemäß einer technischen Prüfung unterworfen werden kann. Das gesetzliche Verfahren bei derartigen Anlagen soll den Unternehmern

kon zulässig ist, gegen alle Einwendungen, welche nicht privatrechtlicher
 , sicherstellen. Alle diese Voraussetzungen treffen hier nicht zu.
 rände in der hier beabsichtigten Art, unterliegen vielmehr lediglich der all-
 polizeilichen Aufsicht, und ist daher im vorliegenden Falle nach Anweisung
 behörde zu verfahren. Berlin, den 21. Nov. 1849.
 inister für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten. In Vertretung.
 v. Pommer-Esche.

Bl. d. i. B. 1849 S. 285. Nr. 401.)

III. der K. Reg. zu Opreln, v. 12. Sept. 1817 (nebst R. des
 n. d. F. v. 12. Aug. 1817), betr. die Befugniß der Besitzer länd-
 er Grundstücke zur Anlegung von Ziegeleien.

eine Verf. des K. Finanz-Min. v. 12. Aug. c. ist Besitzern von ländli-
 bstücken nachgegeben worden, auf denselben nicht bloß zum eigenen Ver-
 rn gegen vorgängige Lösung des gesetzlich erforderlichen Gewerbescheines
 öffentlichen Verkauf Ziegeleien anzulegen, welches hierdurch zur allgemei-
 niß gebracht wird.

46.—3. 23.).

des K. Min. des I. für Gewerbe-Ing. (v. Brein) v. 9. Juni
 17 an die K. Reg. zu Merseburg. Zur Anlegung von Ziegeleien
 dem Lande in den vormals Sächsischen Landestheilen bedarf es
 er landesherrlichen Konzession.

iegeleien weder in die Kategorie der Manufakturen und Fabriken, noch
 gewerblichen Anstalten gehören, bei welchen nach der Allerh. R. D. v.
 833 1) die nähere Erörterung des Ortsbedürfnisses in Betracht kommt,
 hrung der Ziegeleien in bortiger Gegend aber überhaupt wünschenswerth
 o bedarf es fernerhin zur Errichtung derselben auf dem Lande in den vor-
 sischen Kreisen keiner landesherrlichen Konzession, und es genügt daher,
 Zulässigkeit in Beziehung auf Bau- und Feuer-Polizei von der betr.
 prüft und anerkannt wird.

XI. 516.—2. 210.)

. R. des K. Min. des I., Abth. II. (v. Manteuffel) v. 14. Sept.
 sämtliche K. Reg., sowie an das K. Polizeipräsidium in Berlin.
 Maafregeln in den Privat-Pulverfabriken zur Verhütung von Un-
 n.

Bezug auf den (vorläufigen) Erlass v. 30. April c. und in Folge der-
 zen des Herrn Kriegs-Ministers Erz., wird der K. Reg. eröffnet, daß
 Pulver-Fabriken zur Verhütung von Unglücksfällen zu treffenden Vor-
 egeln wesentlich von den jedesmaligen Betriebs-Einrichtungen und den
 lokalen Verhältnissen der Fabriken abhängig sind, und deshalb allge-
 zeiliche Vorschriften hierüber nicht wohl erlassen werden können.

esfallsigen Vorschriften werden vielmehr, wie es auch in den K. Fabriken
 ür jedes Etablissement, dem eigenthümlichen Verfahren desselben entspre-
 anders festzustellen und dabei diejenigen Vorkehrungen und Einrichtungen,
) einem sachverständigen Gutachten erforderlich sind, vorzuschreiben sein.
 tung neuer oder Veränderung bestehender Pulverfabriken ist der K. Reg.
 den §§. 27., 28., 32. und 36. der allgem. Gew.-Ordn v. 17. Jan. pr.
 tigung ausdrücklich erteilt, aber auch in Beziehung auf bereits best-
 tige Anlagen unterliegt es nach den Bestimmungen des §. 10. Th. II.
 s A. E. M. keinem Bedenken, daß die K. Reg., sofern es sich nicht um Ab-
 ausdrücklich genehmigter baulicher Einrichtungen handelt, diejenigen An-
 zu treffen hat, welche vom Standpunkte der Sicherheits-Polizei aus für
 zu erachten sind.

er K. Reg. in beiden Beziehungen eine Anleitung über die in jedem ein-
 e nach den obwaltenden Verhältnissen zu treffenden Maafregeln zu ge-
 Derselben (in der Anl. a.) eine von des Herrn Kriegs-Ministers Erz. mit-
 usammenstellung der zur Abw-ndung von Unglücksfällen in Pulverfabri-
 folgenden Anordnungen übersandt, und muß Ihrer näheren Erwägung

überlassen bleiben, welche dieser Vorschriften mit Beziehung auf die lokalen Verhältnisse und Betriebs-Einrichtungen in Ihrem Bezirke für anwendbar zu sein sind.

Anl. a.

Polizeiliche Maaßregeln zur Abwendung von Unglücksfällen in Pulver-Fabri-

A. Lage und bauliche Einrichtung der Gebäude und Werk-

1) Die Gebäude und Werke für den gefährlichen Betrieb sind von einander abgesondert anzulegen und insoweit mit einem bis zum Dach reichenden Zaun zu umgeben, daß bei einem etwaigen Ausfliegen die benachbarten Gebäude vor der Leitung der Explosion nach oben möglichst geschützt werden.

Die mit Feuerungsanlagen verbundenen Ateliers als: die Köhlerei, Säge- und Säulerei etc., so wie die Wohngebäude und Holzniederlagen, sind von den Gebäuden des gefährlichen Betriebes möglichst entfernt zu plaziren.

2) Neben den einzelnen Pulverarbeitshäusern und gegen diese durch einen Zaun geschützt, sind kleine Ablage-Magazine zur einstweiligen Unterbringung des Pulvers in einem Atelier in das andere übergehenden Zwischenfabrikate anzulegen.

3) Das Fabrikterrain ist wo möglich mit Bäumen und Strauchwerk zu bepflanzen und namentlich in der nächsten Umgebung der Pulverhäuser für die Umpflanzung eines guten Graswuchses zu sorgen.

Die Wege sind mit Gerberlohe zu beschütten.

4) Die Gebäude des gefährlichen Betriebes sind möglichst leicht, am besten bloßem, mit gut in einander gefügten, glatten Brettern bekleideten Estrich aufzustellen und mit einem leichten Dache zu versehen.

Sie erhalten, um der Explosion einen leichten Ausweg zu verschaffen, Fenster. Wo diese fehlen und schwere Dächer vorhanden sind, werden zu diesem Zweck in den Umfassungswänden und im Dache nach außen sich öffnende Abzüge angebracht.

5) Um das Einwehen von Sand und Staub zu verhüten, sind die Gebäude des gefährlichen Betriebes mit einem Vorflur zu versehen.

6) Der eigentliche Arbeitsraum ist von dem Vorgelege des treibenden Rades oder Pferdewegels durch eine Wand zu trennen, damit sich der Pulver nicht auf den Betriebsrädern ablagern kann.

7) Die Thür- und Fensterbeschläge etc. sind ganz oder doch in der Hälfte aus Kupfer, Bronze oder Messing herzustellen, daß eine Reibung von Eisen niemals stattfinden kann.

Alle Eisentheile im Innern der Arbeitsräume, deren Anbringung sich nicht vermeiden läßt, müssen, soweit als irgend angänglich, mit Holz verkleidet oder Leinwand behäutet werden.

8) Die von der Sonne beschienenen Fensterscheiben sind mit weißer Leinwand zu überstreichen, damit darin befindliche Wurzeln und Blasen nicht als Brennpunkte wirken können.

9) Jedes Gebäude, in welchem sich Pulver oder Pulversatz befindet, muß neben dem Pulvermagazin, erhält einen Blitzableiter.

10) Das gesammte Etablissement ist mit einem Zaun zu umgeben, und an anderer geeigneter Weise abzuschließen.

B. Betriebs-Einrichtungen.

1) Die Mengung des Saßes in Tonnen mittelst Bronzefugeln und die Dichtung desselben durch Walzenpressen erscheint minder gefährlich, als die Vermengung des Pulvers auf Walz- und Stampfmühlen.

2) Da, wo Mühlen der letzteren Art vorhanden sind, dürfen die Stempel in keinem Falle mit Eisen beschlagen werden. Der Schuh derselben muß aus Bronze oder Kupfer bestehen.

3) Ebenso sind eiserne Läufer in den Walzwerken nur dann zulässig, wenn sie mit einem starken Reifen von Kupfer oder Bronze umgeben sind. In diesen Fällen verdienen aber rücksichtlich der Abwendung von Gefahren den Vorzug vor zylindrischen Läufern aus Stückstein.

4) Was oben sub A. 7. über die Vermeidung einer Reibung von Eisen gesagt worden, ist auch bei Anlage und Einrichtung der Maschinen zu beachten.

Das Eindringen des Pulverstaubes in die Zapfenlager sucht man durch die Bedeckung derselben mit einem, mit Schafwolle gefütterten Trichter oder durch

ergleichen Wolle bekleidete Stopfbüchse zu verhüten. Der untere Zapfen senkrecht stehend und sich schnell bewegender Maschinen-Wellen wird am Besten in der Weise gestellt.

1) Macht der Betrieb die Aufbewahrung gemahlener Pulver-Kohle nöthig, so ist hierzu, der möglichen Selbstentzündung wegen, ein feuerficheres und durch eine Thür verschlossenes Gewölbe vorhanden sein.

2) Die Räume zum künstlichen Trocknen des Pulvers, dürfen nicht durch offene Defen geheizt werden; die Heizung ist vielmehr durch Wasserdämpfe zu bewerkstelligen. Die Dampfküche muß sich hierbei in einem besonderen, von dem Trocknen durch einen Erdwall getrennten Gebäude befinden.

C. Allgemeine Vorsichtsmaaßregeln beim Betriebe selbst.

1) Zur Arbeit in den Pulver-Fabriken dürfen nur zuverlässige und nüchterne Arbeiter angestellt werden.

2) Kann der Inhaber der Fabrik die Arbeiter nicht fortwährend selbst inspizieren, so ist er einen sachkundigen Werkmeister anzustellen verpflichtet.

3) Jedem Arbeiter ist ein bestimmter Wirkungskreis anzuweisen, und der Arbeiter so anzuordnen, daß die Arbeiten gehörig in einander greifen und nirgend eine Anhäufung oder eine zu große Ansammlung von Menschen und Material entstehen kann.

4) Den bei Feuerungs-Anlagen beschäftigten Arbeitern, als: den Salpeterschießkühlern, Heizern etc. dürfen keine Geschäfte übertragen werden, welche sie während der Arbeit in die Lokale führen würden, in denen das Pulver bereitet wird, oder angefaßt.

5) In den Ateliers dürfen sich nur diejenigen Arbeiter aufhalten, die nach der Betriebsordnung darin beschäftigt werden.

6) Der Besuch von Frauen und Kindern in den Pulver-Arbeitshäusern ist untersagt.

7) Fremde dürfen die Ateliers nur in Begleitung eines Aufsehers betreten.

8) Jeder in ein Pulverhaus Eintretende muß Filzschuhe überziehen, oder seine eigene Kleidung ablegen. Die Schuhe oder Stiefel der Arbeiter dürfen nicht mit eisernen Nägeln oder Absatzseisen versehen sein.

9) Der Fußboden jedes Pulverhauses muß mit Decken belegt sein und am besten eine Strohecke liegen, um Sand und Schmutz abtragen zu können.

10) Fässer und andere Gefäße müssen vor dem Hineinbringen in ein Pulverhaus sorgfältig von Sand und Erde befreit, auch die leeren Gefäße inwendig gut gereinigt werden. Diejenigen Fässer, worin Pulver und Pulversatz aufgenommen worden soll, müssen dicht gearbeitet und fest gebunden sein, so daß ein Verstreuen oder Aufstauben nicht stattfinden kann.

11) Zum Transport der Pulvermasse von einem Werke zum andern sind nur besonders bestimmte Gefäße anzuwenden.

12) Die Karren und Wagen, deren man sich zu diesen Transporten bedient, müssen keine mit Eisen beschlagene Räder erhalten.

13) Die Pulverkohle darf erst 3 bis 4 Tage nach ihrer Darstellung gekleint werden, um Selbstentzündungen zu verhüten. Zur Aufnahme der gekleinten Kohle in die Gefäße von Eisenblech mit gut schließendem Deckel zu verwenden.

14) Werden Saßmaterialien oder Pulvermassen durch Unvorsichtigkeit verschüttet, sind dieselben als verunreinigt anzusehen und nicht weiter zur Fabrikation zu verwenden. Das Verschüttete wird vielmehr in ein Rehrichtfaß gethan, welches in jedem Atelier befinden muß, und insofern dasselbe aus Pulvermasse besteht, sofort angefeuchtet.

15) Unter keinerlei Umständen darf mehr Pulver oder Saß in den Werken vorrathig sein, als gerade in der Arbeit begriffen und hierzu unbedingt erforderlich. Das fertige Fabrikat ist sogleich nach dem nahe gelegenen Ablage-Magazin zu bringen, und aus diesem auch die noch weiter zu verarbeitende Masse nur allmählich, nach den Fortschritten der Arbeit, heranzuholen.

16) Während der Arbeit darf in den Pulver-Arbeitshäusern nicht geklopft, geschoben oder geworfen werden. Die Gefäße sind behutsam zu heben, zu setzen und niederzusetzen und Stoß und Reibung zu vermeiden.

17) Die im Gebrauch befindlichen Geräthe dürfen nicht von Eisen sein.

18) Bevor eine Reparatur in irgend einem Pulverhause vorgenommen wird, muß die Pulvermasse daraus entfernt und der Fußboden oder die Stelle, wo die

Reparatur geschehen soll, so stark genäßt werden, daß ein entstehender Entzündung mehr veranlassen kann.

Die Reparatur selbst darf nur unter der Aufsicht eines Werkmeisters stattfinden.

19) Die Arbeiter müssen auf die Mühlenwerke und Maschinen ein Auge haben, solche gut in Schmiere halten und dafür sorgen, daß sie muthen fest angezogen sind. Wenn etwas bricht oder sich auch nur ein geringer Gang der Maschine zeigt, so müssen sie die Mühle augenblicklich oder die Maschine ausrücken.

20) Die Pulverarbeit darf nur bei völliger Tageshelle ausgeführt werden. Beim Schluß derselben ist alles Pulver und der Pulversatz nach den Gefässen zu schaffen, das Werk vollständig aufzuräumen und zu verschließen.

21) Der Gebrauch von Laternen in Pulverhäusern ist unter allen Umständen unstatthaft.

22) Bei anhaltend trockener Witterung müssen die Thüreschwellen, mittelbaren Umgebungen der Pulverarbeitshäuser tüchtig genäßt werden.

23) Das Tabakrauchen in der Nähe der Fabrikanlagen ist nicht gestattet. Es darf daher auch kein Arbeiter weder Tabackspfeife noch Feuerzeug bei sich führen.

24) Die Schornsteine der Salpeterlautherei, Köhlerei und des Trocknens zu fegen und die Aufhäufung von Brennmaterial in diesen Gebäuden zu vermeiden.

25) Sämmtliche Werke und Arbeitsräume müssen allwöchentlich einmal gereinigt werden. Es sind hierbei die Fußdecken aufzunehmen und gelegenen Orte auszuklopfen, der Fußboden, die Wände, Decken, Maschinen, Staub zu reinigen und die Reibrichtfässer zu entleeren.

Hiermit ist denn auch jedesmal eine gründliche Revision der Werke eine Beseitigung etwaiger Mängel an denselben zu verbinden.

26) Die Fabrik muß mit dem erforderlichen Feuerlöschgeräth, namentlich mit gefüllter Wasserkübel neben jedem Pulverhause gehört, versehen sein, und zum öftern revidirt werden.

27) Auch ist es zweckmäßig, diejenigen Hülfsmittel nahe bei der Fabrik zu halten, welche bei einer etwaigen Brandbeschädigung von Menschen angewendet werden können.

28) Sämmtliche Arbeiter sind über ihr Verhalten bei vorkommenden Brandfällen genau zu instruiren. Die nächste Maßregel ist immer die sein, das Pulver oder den Pulversatz in den durch Feuer betroffenen Räumen sofort stark mit Wasser zu begießen.

29) Die nach den besonderen Verhältnissen für jede Fabrik eigens festgesetzten polizeilichen Vorschriften sind den versammelten Arbeitern von Zeit zu Zeit in Erinnerung zu bringen und eine jede Vernachlässigung derselben streng zu verfolgen.

30) Eine gehörige nächtliche Bewachung erscheint für jede Pulverfabrik als nothwendig.

(Min. Bl. d. i. B. 1846 S. 202. Nr. 292.)

c) Vorschriften über die Abschaffung feuergefährlicher Bedachungen. (Zu S. 458 — 475.)

Min. des R. Min. des I., Abth. II. (Jacobi) vom 17. Sep. 1846. Die R. Reg. zu Merseburg, betr. die Lehmshindeldachung auf Lande.

Der Bericht der R. Reg. vom 4. Juni c., die Lehmshindeldachung auf platten Lande betr., hat Veranlassung gegeben, über diesen Gegenstand eine neue Äußerung der Ober-Bau-Deputation zu erfordern. Die gedachte Deputation hat nun dahin ausgesprochen, daß die Lehmshindeldächer weit weniger feuergefährlich, als Strohdächer und Schindeldächer, jedoch minder feuerabhaltend als Ziegeldächer zu betrachten seien. Unter diesen Umständen können die Lehmshindeldächer ihrer Feuersicherheit den Ziegeldächern nicht gleichgestellt werden, so wenig, als die Lehmshindeldächer den Einflüssen der Zeit und Witterung, besonders bei einer nicht sehr sorgfältigen Aufertigung, ausbedenkliche Festigkeit setzen. Die fragliche Bedachung kann daher nicht unbedingt als gleich der Ziegeldachung angesehen werden, vielmehr ist dieselbe, als eine

werthe Art der Strohbedachung, nur in den Fällen zuzulassen, welche die K. bereits in ihrer Amtsblatt-Verordnung vom 8. Juli 1818 bezeichnet hat 1).

(Min. Bl. d. i. B. 1845 S. 265. Nr. 286.)

1) Vorschriften über den Bau der Schornsteine. (Zu S. 478. ff.)

1) Fortschaffung der hölzernen und geflechteten Schornsteine. (Zu S. 478–484.)

K. des K. Min. des J., Abth. II. (v. Manteuffel) v. 16. Juli 1846 die K. Reg. zu Merseburg, betr. die Ausführung von sogenannten Lehm- und Schlacken-Öfen.

Auf den anderweiten Bericht, die Zulässigkeit der aus Lehm und Stroh aufgetreten sogenannten Lehmzopf-Öfen betreffend, v. 27. Mai d. J. erhält die K. anliegend in Abschrift die auf diesen Gegenstand sich beziehende gutachtliche Meinung der K. Ober-Bau-Deputation v. 20. Mai d. J., (Anl. a.) um daraus zu ersehen, daß hiernach die Lehmzopf-Öfen rücksichtlich der Feuersticherheit den rusteinen aus Luftziegeln nicht gleich zu stellen, und nur in einzelnen dazu neten Fällen, besonders bei isolirt stehenden niedrigen ländlichen Gebäuden, zusehen sind.

Dieses Gutachten hat die K. Reg. bei den nunmehr, sowohl in Ansehung Lehmzopf-Öfen, als auch der darin ebenfalls gedachten sogenannten Schlacken-Öfen, zu treffenden Anordnungen zum Grunde zu legen.

Anlage a.

Einem K. u. Min. des J. reichen wir den mittelst verehrlichen Marginal-De- v. 7. v. M. uns vorgelegten Bericht der K. Reg. zu Merseburg v. 21. März c. Anlagen, betr. den Bau der sogenannten Lehmzopf-Öfen, gehorsamst zurück.

Es ist bekannt, daß brennbare Stoffe, mit Lehm in gehöriger Dicke umhüllt, in Brand gerathen, sondern nur verkohlt werden. Hieraus lassen die Ergeb- der mit den sogenannten Lehmzopf-Öfen vorgenommenen, im vorliegenden Pro- memoria v. 30. Sept. a. pr. beschriebenen Versuche sich erklären.

Obgleich nicht zu verkennen ist, daß diese aus einem stark in Lehm getränkten Geflecht bestehende einfache Bauart, in einzelnen dazu geeigneten Fällen, beson- bei isolirt stehenden, niedrigen ländlichen Gebäuden, wohl anwendbar erscheint, n wir zu derselben im Allgemeinen doch nicht raten, weil ihre Feuersticherheit von recht sorgfältiger Unterhaltung und sofortiger Wiederherstellung entsteh- Schadhaftheiten abhängig und ungewiß bleibt, ob dabei nicht Vernachlässig- m, ja selbst bei der Ausführung Versehen begangen werden, welche Veranlas- zu Reparaturen geben, worüber eine Kontrolle schwierig, oft gar nicht mehr rt werden kann.

Hieraus ergibt sich, daß die sogenannten Lehmzopf-Öfen den aus Lehmziegeln ten Rauchröhren keineswegs gleichzustellen und diese jenen unbedingt vorzuzie- lnd, weshalb einem K. u. Ministerio wir gehorsamst anheimstellen, die im Re- ngsbezirk Merseburg zur Anwendung kommende Dorf-Feuerordnung vom 18.

1775 ferner bestehen zu lassen, besonders da anzunehmen ist, Jeder werde die iner Rauchröhre erforderlichen Luftziegel selbst anfertigen können, hierzu also größerer Kosten-Aufwand, als zur Vereitung des Stroheflechtes, zu den Lehm- Öfen erforderlich sein, der Bau der Rauchröhren selbst aber in beiden Fällen Kostenpunkte ziemlich sich gleich bleiben wird und für die Sache noch der Vor- entsteht, daß Rauchröhren von Luftziegeln nur unter Aufsicht und Kontrolle ge- er Maurermeister aufgeführt werden dürfen, welche für die feuer sichere Anlage thwortlich bleiben.

Die in dem erwähnten Promemoria noch zur Sprache gebrachten sogenannten schlacken-Öfen, bestehend aus Kupferschlacken in Gyps vermauert, sind bei sorgfält- Ausführung unter Aufsicht und Kontrolle eines Sachverständigen als feuer sichere gen zu betrachten, besonders wenn die dem Feuer zunächst liegenden Theile der röhre, statt in Gyps, in Lehmmörtel aufgeführt werden.

Berlin, den 20. Mai 1846.

K. Ober-Bau-Deputation.

(Unterschriften.)

An

K. u. Ministerium des Innern.

(Min. Bl. d. i. B. 1846 S. 138. Nr. 221.)

1) nämlich auf dem platten Lande, statt der Bedachung der Gebäude mit Stroh- und Holzschindeln.

2) Reinigung der engen Schornstein-Röhren. (Zu —492.)

a) E. R. des R. Min. des I. (Gr. v. Arnim) v. 30. Ju an sammtl. R. R., sowie abschriftlich an das R. Polizeip in Berlin, betr. das Ausbrennen der nicht besteigbare Schornsteinröhren.

Da die bisher bei dem Reinigen der engen nicht besteigbaren Schornst angewandten Mittel dem beabsichtigten Zwecke in so fern nicht entspreche als sie den etwa vorhandenen Glanzruß fortzuschaffen nicht genügen, so ist len Orten zur Beseitigung dieses Uebelstandes das Ausbrennen solcher Sch röhren unter Beobachtung gewisser Vorsichtsmaaßregeln in Gebrauch gekomm von verschiedenen Behörden nachgesuchte ausdrückliche Genehmigung diesel gungsmittels hat bisher bei dem Mangel hinreichender Erfahrungen nicht werden können. Nachdem indessen nunmehr auch die R. Ober-Bau-Deputa Ausbrennen der nicht besteigbaren Schornsteinröhren unter gewissen Bedi und bei Anwendung gehöriger Vorsicht für ungefährlich und zulässig era so nehme ich nicht ferner Anstand, dieses Verfahren unter genauer Beobach nachfolgenden Bestimmungen zu gestatten.

1) Der auszubrennende Schornstein muß der Instruktion v. 14. Ja (G. S. S. 43.) gemäß ausgeführt, und darf nicht schadhast, insbesonl aufgesattelt sein.

Die R. Ober-Bau-Deputation bemerkt in dieser Hinsicht, daß jede au die in Folge des verbotwidrigen Aufstattens entstehende Schadhastigkeit sich größere Höhe, als die der durchschnittenen Balkendecke, ausdehnt, und b merkbar ist.

2) Das Ausbrennen darf nur stattfinden, wenn das Gebäude, zu wel auszubrennende Schornstein gehört, so wie die benachbarten Gebä mit einer Bedachung von Stroh, Rohr oder Holz versehen sind.

3) Dasselbe muß in den Vormittagsstunden bei stiller Luft, und so thunlich, in Zeiten vorgenommen werden, wo die Dächer naß oder m bedeckt sind, ist aber bei strengem Froste, anhaltender Dürre, und i unter Umständen, welche die Löschung eines entstehenden Brandes a nicht zuzulassen.

4) Das Geschäft des Ausbrennens muß der betreffende Schornsteinse persönlich leiten, welcher

- a) sich davon zu überzeugen hat, daß der Schornstein nicht schadha
- b) dafür sorgen muß, daß die Reinigungsöffnungen hinter den eiser thüren mit besonders eingepaßten, mit Handgriffen versehenen fest verschlossen, und daß
- c) bei den Reinigungsthüren seine Leute oder andere zuverlässige aufgestellt werden.

5) Von Seiten der Ortspolizeibehörde muß dafür gesorgt werden, d Ausbrennen eines Schornsteins durch bekannt zu machende leicht u lichst weit sichtbare Zeichen zur Kenntniß der Einwohnerschaft ode stens der Nachbarschaft gelange.

Die R. Reg. wird veranlaßt, hiernach das Erforderliche durch das I zu erlassen.

(Min. Bl. d. i. B. 1845 S. 222. Nr. 239.)

β) R. des R. Min. des I., Abth. II. (v. Manteuffel) v. 1845 an das R. Polizeipräsidium in Berlin, betr. die Re der engen, nicht besteigbaren Schornsteinröhren.

Durch den Circular-Erlass vom 30. Juni d. J. (Min. Bl. S. 222. A ist die Reinigung der engen nicht besteigbaren Schornsteinröhren mittels I nens nur gestattet, keineswegs aber angeordnet worden, daß diese Art der A da angewendet werden solle, wo kein dringendes Bedürfniß dazu vorhanden nun ein solches nach dem Berichte des R. Polizeipräsidiums v. 4. d. M. h obwaltet, so mag es für die hiesige Residenz bei dem bisher zur Anwend kommenen Reinigungsverfahren um so mehr verbleiben, als solches sich nach zeige des R. Polizeipräsidiums als ausreichend erwiesen hat.

(Min. Bl. d. i. B. 1845 S. 315. Nr. 351.)

**B. Von den baupolizeilichen Vorschriften zur Verhütung
erer Unglücksfälle. (Zu §. 501. ff.)**

**) Vorschriften wegen Befriedigung der Boden-Deffnungen
(Boden-Luken). (Zu §. 501—505.)**

1) Publ. der K. Reg. zu Minden vom 22. Sept. 1846, betr. die Ver-
ing vor Unglücksfällen durch Herabstürzen von Bodenluken.

Einer uns vorliegenden Uebersicht der in den letzten sechs Jahren von 1840
345 im hiesigen Regierungsbezirke durch Herabstürzen von den Hausböden zu
gekommenen oder gefährlich verletzten Personen liefert den traurigen Beweis,
wenig die vielfach erneuerten Warnungen und Ermahnungen wegen Anlegung
Bodenbeschüsse und Sicherung der Bodenluken beachtet werden.

Es sind in den gedachten sechs Jahren durch Herabstürzen aus den Bodenluken
unglückt:

- 1) im Kreise Minden 5 Personen, außerdem in Folge des Sturzes durch Brüche
der Dielen im Bodenbeschusse 6 Personen, und beim Sturze stark beschädigt
3 Personen;
- 2) im Kreise Lübbecke 12 Personen;
- 3) im Kreise Herford 4 Personen und außerdem 4 Personen stark beschädigt;
- 4) im Kreise Bielefeld 3 Personen;
- 5) im Kreise Halle 5 Personen;
- 6) im Kreise Wiedenbrück 9 Personen;
- 7) im Kreise Büren 8 Personen, und außerdem beim Sturz durch Brüche des
Bodenbeschusses 6 Personen;
- 8) im Kreise Paderborn 2 Personen;
- 9) im Kreise Warburg 13 Personen, und stark beschädigt 9 Personen;
- 10) im Kreise Höxter 4 Personen.

Mag hierbei auch in manchen Fällen eigene Unvorsichtigkeit zu Grunde liegen,
in meisten Fällen trägt die unverantwortliche Sorglosigkeit der Hauseigenthümer,
daß ihre Böden nicht fest beschossen oder die Luken nicht eingefriedigt hatten, die
U.

Die Erfahrung lehrt, daß die Befriedigung der Luken nicht allein gegen Un-
fälle dieser Art sichert.

Das vornehmlichste Schutzmittel ist ein fester Bodenbeschuß, ohne welchen auch
erstere Mittel meist nutzlos, ja in manchen Fällen kaum ausführbar ist. Es
daher den Hauseigenthümern nicht dringend genug empfohlen werden, zu-
erst auf die Anlegung fester Bodenbedecken, und dann auf die Ein-
digung der Bodenluken Bedacht zu nehmen.

Eine Vorrichtung zur Einfriedigung der Bodenluken ist leicht herzustellen.
minder kann auch der Unbemittelte sich ohne große Kosten einen sichern Bo-
beschuß verschaffen, wenn er eine sogenannte gestreckte Windebede wählt.

Zu beiden Vorrichtungen giebt die Bekanntmachung des Herrn Oberpräsidenten
Provinz Westphalen v. 28. Okt. 1836 1) eine sehr deutliche Anleitung. Indem
nun zugleich sämtliche Polizeibeamte des Regierungsbezirks wiederholt und ge-
hört anweisen, der gedachten Verordnung, so weit es sie betrifft, unausgesetzt die
richtigste Folge zu leisten, fordern wir auch einen Jeden, dem das Wohl seiner
Menschen nicht gleichgültig ist, eindringlichst hierdurch auf, durch Belehrung und
Anleitung dahin mitzuwirken, daß die wohlmeinenden Absichten der Behörde überall,
wo Noth thut, Eingang finden.

(Min. Bl. d. i. V. 1846 S. 205. Nr. 295.)

Strafgesetzbuch v. 14. April 1851 §. 345. Nr. 9.:

Mit Geldbuße bis zu fünfzig Thalern oder Gefängniß bis zu sechs Wochen
bestraft:

- 1) wer auf öffentlichen Straßen, Wegen oder Plätzen, auf Höfen, in Häusern
oder überhaupt an Orten, wo Menschen hinkommen, Brunnen, Keller,
Gruben, Deffnungen oder Abhänge dergestalt unverdeckt oder unverwahrt läßt,
daß daraus Gefahr für Andere entstehen kann.

1) Vergl. die Bekanntmachung des Ob. Präs. der Provinz Westphalen v. 28.
Okt. 1836 in der Baupolizei, S. 503.

b) Vorschriften wegen Befriedigung der Brunnen, Tei-
 anderer Wasserbehälter. (Zu S. 505 — 507.)

1) Strafgesetzbuch v. 14. April 1851 §. 345. Nr. 9. (S. oben

2) G. R. des R. Min. des I., Abth. II. (v. Mantuffel) v. 1
 1846 an sämtliche R. Reg., sowie an das R. Polizeipräsidentium in
 Umrührung der Brunnen zur Verhütung von Unglücksfällen.

Von mehreren Regierungen sind Verordnungen erlassen, in welchen
 währung der Brunnen in einer gewissen Höhe angeordnet und die Nicht-
 dieser Vorschrift mit einer Polizeistrafe bedroht worden ist.

Die Gültigkeit einer solchen Verordnung hat nun in einem zur rid
 Entscheidung gekommenen Spezialfalle nicht anerkannt werden können, weil
 ordnung, der Bestimmung des §. 11. der Regierungs-Instruktion v. 23. D
 zuwider, ohne diesseitige Genehmigung erlassen und mithin als ein Polizeig
 Sinne des §. 776. ff. Tit. 20. Th. II. des A. L. R. nicht zu betrachten gewe

Da jene Verordnungen an sich nicht unzweckmäßig und in manchen G
 sogar zur Abwendung häufiger Unglücksfälle nothwendig sind, so wird,
 Wiederkehren ähnlicher Entscheidungen zu begegnen, die R. Reg. ermächti
 derartige Verordnung — in sofern Sie dazu in Ihrem Bezirke ein Bedürf
 erkennt — mit dem Bemerken zu erlassen, beziehungsweise zu erneuern,
 mit höherer Genehmigung geschehen.

(Min. Bl. d. i. B. 1846 S. 137. Nr. 217.)

c) Vorschriften zur Verhütung von Unglücksfällen durch Ein-
 der Sandberge und Sand-, Thon-, Lehm- und Kies-
 ben, wie auch Kalk- und Steinbrüche. (Zu S. 509—

1) Strafgesetzbuch v. 14. April 1851 §. 345. Nr. 9. (s. oben

2) R. des R. Min. des I. (v. Buttammer) v. 18. Juli 1849 a
 Reg. zu N., betr. die polizeilichen Anordnungen zur Verhütung v
 glücksfällen durch die Anlage und den Betrieb von Kies-, Sand-
 dern Gruben.

Die Verhandlungen über den Erlaß einer Verordnung wegen Verhü
 aus der Anlage und dem Betriebe von Steinbrüchen, Kies-, Lehm-, San-
 gel- und andern Gruben, deren der Erlaß v. 8. März 1847 gedacht hat m
 zwischen dem unterzeichneten Min., dem R. Finanz-Min., der Verwaltung
 samnten Berg-, Hütten- und Salinenwesens, dem R. Landes-Oekonomie-M
 und der R. Ober-Bau-Deputation geschwebt haben, sind, — wie der R. I
 die Rückfrage v. 18. v. M. hierdurch eröffnet wird, — nunmehr dahin
 daß wenn überhaupt eine polizeiliche Einwirkung auf den Grubenverkehr i
 wendig erachtet werde, dieselbe sich auf die Beseitigung der zunächst zu Tag
 den Ursache fast aller vorkommenden Unfälle: „des Unterhöhlens der G
 schränken müsse, so daß es deshalb für die meisten Fälle dahin genüge, z
 fach verordnet werde:

1) daß Kinder und junge Leute ohne Aufsicht älterer erfahrener Leu
 Gruben nicht zu beschäftigen seien; und

2) daß das Unterhöhlen der Wände der Grube unter keinen Umständen
 finden dürfe.

Es ist daher beschlossen worden, von dem Erlaß einer allgemeinen Ver
 über den Gegenstand Abstand zu nehmen, und denjenigen R. Reg., in dere
 Anordnungen über die Anlage und den Betrieb von Kies- und andern Gr
 als nothwendig herausstellen, zu überlassen, auf der Grundlage des gewonn
 oben dargelegten Resultats die erforderlich erscheinenden Bestimmungen selb
 zu treffen.

Hiernach bleibt der R. Reg. das Weitere überlassen.

(Min. Bl. d. i. B. 1849 S. 172. Nr. 237.)

d) Vorschriften zur Verhütung von Unglücksfällen, welche durch f
 hafte Ausführung von Bauten oder Reparaturen
 stehen. (Zu S. 513. u. 514.)

Strafgesetzbuch v. 14. April 1851 §. 202.:

Baumeister und Bauhandwerker, welche bei der Ausführung eines Bau-

allgemein anerkannten Regeln der Baukunst dergestalt gehandelt haben, daß aus für Andere Gefahr entsteht, sollen mit Gelbbuße von fünfzig bis zu dreihundert Thalern oder mit Gefängniß von sechs Wochen bis zu sechs Monaten bestraft werden.

Im Rückfalle können sie zugleich der Befugniß zur selbstständigen Betreibung der Kunst oder ihres Gewerbes verlustig erklärt werden.

C. Baupolizeiliche Vorschriften in Betreff der Mühlenanlagen insbesondere. (Zu Seite 514—519.)

AA. Vorschriften über die Entfernung der Windmühlen von öffentlichen Wegen und benachbarten Grundstücken. (Zu 518—519.)

1) E. R. des K. Min. für H., G. u. öff. Arb. (Milde) v. 10. Juli 1848 an sämmtl. K. Reg., betr. die Entfernung neu anzulegender Windmühlen von benachbarten Aedern mit Rücksicht auf deren Bestimmung durch Zugvieh.

Nach den von den K. Reg. in Folge des Krl.-Erlasses v. 8. Sept. v. J. erstatteten Berichten sind die Ansichten über die Nothwendigkeit einer allgemein als Regel vorzuschreibenden Entfernung der neu anzulegenden Windmühlen von den benachbarten Aedern, mit Rücksicht auf deren Bestimmung durch Zugvieh, sehr verschieden.

In manchen Regierungsbezirken hat sich das Bedürfniß einer solchen Bestimmung nicht herausgestellt, indem darauf gerichtete Einwendungen gar nicht vorgekommen sind, dagegen manche Regierungen sich veranlaßt gefunden haben, gewisse Bestimmungen, oder die Bewährung des Mühlengrundstückes mit einer Einfriedigung einer bestimmten Höhe in den Konzessionen vorzuschreiben.

Da nun ein öffentliches Interesse für derartige allgemeine Anordnungen insofern nicht vorwaltet, als in vielen Gegenden das Zugvieh an Windmühlen gesetzt ist, oft auch die benachbarten Aeder ohne Anwendung von Zugvieh bestellt werden, weshalb es in jedem Falle auf die Berücksichtigung der örtlichen Verhältnisse wesentlich ankommt, so muß ich Anstand nehmen, eine diesfällige Bestimmung als allgemeine Regel vorzuschreiben.

Das K. Landes-Oekonomie-Kollegium ist übrigens in seiner wiederholt erfolgten Aeußerung dabei stehen geblieben, daß eine Entfernung der Windmühlen von Aedern, und zwar von den Umfassungswänden derselben ab gerechnet, den Rechten auf die Bewirthschaftung der benachbarten Aeder in der Regel entgegenstehe.

Hiernach muß der K. Reg. überlassen bleiben, sofern Dieselbe es nach den Umständen in Ihrem Bezirke für nothwendig erachtet, entsprechende in der Regel beobachtende Vorschriften zu erlassen oder die Behörden mit angemessener Anweisung zu versehen, wobei jedoch der Eigenthümlichkeit der einzelnen Fälle die gehörige Berücksichtigung zu sichern bleibt. Jedenfalls werden dabei die gutachtlichen Aeußerungen der Ortsbehörden und Landräthe zu beachten sein, und deshalb wird in einzelnen Fällen für deren Beschaffung gesorgt werden müssen, damit solche in die Rekurs-Instanz gelangenden Verhandlungen aus den Akten ersichtlich sind.

(Min. Bl. 1848 S. 310. Nr. 364.)

2) E. R. der K. Min. des J. (v. Bodelschwingh) u. d. F. (v. Duesen) v. 2. Dec. 1847 an sämmtl. K. Reg., ausschließlich derjenigen zu Aachen, Koblenz, Köln, Maastricht und Trier, sowie an das K. Pol. Präsidium zu Berlin.

In der neuesten Zeit sind mehrere Gesuche um die Erlaubniß zur Anlage von Windmühlen auf Feldmarken, welche in der Gemeinheitstheilung befangen sind, in Rekursinstanz gelangt.

Der von den Widersprechenden erhobene Einwand, daß die bezeichnete Bauweise nicht hutfrei seien, auch der Bau der Mühle die Planlage beeinträchtige, geht nicht zur Entscheidung der Polizeibehörde, und würde allenfalls durch ein Ministerium der Auseinandersetzungsbehörde nach §. 36. der V. v. 30. Juni 1834 (S. 109.) zu beseitigen sein.

Es steht aber der Ertheilung der Erlaubniß zu dergl. Mühlenanlagen das we-

sentliche Bedenken entgegen, daß die Prüfung, ob die Mühle durch ihre Entfernung von den Wegen so wie von den Grenzen der Nachbarn, oder sonst das Publikum oder einzelne Privatpersonen mit Nachtheilen bedrohe, gar nicht stattfinden kann, in dem alle örtlichen Verhältnisse erst durch den Separationsplan festgestellt werden. Es erscheint auch nicht angemessen, die den Regierungen obliegende Fürsorge für das Interesse des Publikums oder der Nachbarn den Auseinandersetzungsbehörden zur Berücksichtigung bei Anordnung der Planlage aufzuerlegen.

Die K. Reg. wird daher veranlaßt, die Anlage von Windmühlen auf Grundstücken, welche Gegenstand eines mit dem Umtausche der Ländereien verbundenen bereits eingetretenen Gemeinheitstheilungs-Verfahrens sind, überhaupt nicht stattfinden zu lassen, bevor der Separationsplan definitiv festgestellt ist. Damit etwaige Unternehmer vor der Verwendung unnützer Kosten bewahrt werden, ist diese Bestimmung durch das Amtsblatt zur öffentlichen Kenntniß zu bringen.

Ausnahmen zu gestatten, liegt keine dringende Veranlassung vor, da das Bedürfniß der Anlage einer Windmühle nicht füglich so unabweislich sein kann, daß dieselbe nicht einige Verzögerung zulassen sollte.

(Min. Bl. 1847 S. 229. Nr. 402.)

BB. Die Vorschriften über die Entfernung der Windmühlen von einander, desgl. betr. die Verhinderung der Windmühlen durch Hemmung des Windes, vergl. in der Gewerbe-Polizei (Th. VII. des Werkes S. 67—74.).

D. Baupolizeiliche Vorschriften zur Verhütung der Verunstaltung und Verunzierung, sowie der Verengung der Straßen und öffentlichen Plätze. (Zu S. 520—529.)

N. des K. Min. des I., Abth. I. (v. Manteuffel) v. 11. Febr. 1846 an die K. Reg. zu N., betr. die polizeilichen Anordnungen wegen Zusammenziehens von Baustellen.

In Erwiderung auf den Bericht der K. Reg. v. 27. Dec. v. J. erhält dieselbe den angeschlossenen Bescheid (a.) an den Magistrat zu N., betreffend die polizeilichen Anordnungen wegen Zusammenziehens von Baustellen, zur Kenntnißnahme und Beförderung.

Anl. a.

Die Beschwerde, welche der Magistrat zu N. mittelst Eingabe v. 6. Nov. 1846 über die von dem Vorstädter N. vorgenommene Zusammenziehung zweier ihm gehöriger Stellen in Gine erhoben hat, ist nicht begründet. Eine Handlung oder Unterlassung, welche nicht bei Strafe verboten ist, kann nach allgemeinen Rechtsgrundsätzen nicht mit Strafe belegt werden. Da nun im §. 76. Tit. 8. Th. I. d. Allg. Landrechts zwar das Verbot, daß Baustellen, welche mit besondern Namen versehen sind, ohne Erlaubniß der Obrigkeit nicht in Gine gezogen werden dürfen, ausgesprochen, das Zuwiderhandeln gegen diese Vorschrift aber weder in dem Allg. Landrecht, noch durch eine Polizeiverordnung mit Strafe bedroht ist; so kann eine solche auch nicht festgesetzt werden. Glaubt der Magistrat, daß die Androhung einer Strafe für die Zukunft nothwendig erscheine, so bleibt Derselben überlassen, ein Gesuch der Königl. Reg. vorzutragen, welche, wenn sie seiner Ansicht beitrifft, dem Antrage zu entsprechen befugt ist. Wenn übrigens der Magistrat annimmt, daß die in Rede stehende Vorschrift ohne eine Straffestsetzung von keiner Wirkung ist, so muß Derselbe darauf aufmerksam gemacht werden, daß die Obrigkeit, wenn es aus polizeilichen Rücksichten nothwendig erscheint, auf Grund des §. 76. a. a. O. die Wiederherstellung des früheren Zustandes wird fordern, und in jedem einzelnen Falle durch besondere Strafandrohungen ihren Anordnungen wirksamen Nachdruck geben können. Berlin, den 11. Februar 1846.

Min. des Innern. Erste Abth. v. Manteuffel.
(Min. Bl. d. i. B. 1846 S. 59. Nr. 87.)

IV. Von den polizeilichen Einschränkungen der Baufreiheit und der polizeilichen Beaufsichtigung, bezüglich der vorhandenen Bauten insbesondere. (Zu S. 529—538.)

A. Vorschriften über den Umfang der baupolizeilichen Aufsicht in Betreff bereits bestehender Gebäude. (Zu S. 529—532.)

l. des K. Min. des I., Abth. II. (v. Manteuffel) v. 24. Okt. 1845
K. Reg. zu N. Beschränkung der Parzellirung von Grundstücken in
izeilicher Beziehung, besonders rücksichtlich der Erhaltung ausreichender
me.

af den über die Beschwerde des Magistrats zu N. unterm 29. v. M. erstat-
bericht wird der K. Reg. eröffnet, daß das Min. der von Ihr entwickelten
nicht beitreten kann. In polizeilicher Rücksicht muß es in der Regel als
idig betrachtet werden, daß in den Städten bei bebauten Grundstücken, na-
) bei Wohnhäusern, Höfe vorhanden sind. Der Eigenthümer aber darf einen sol-
of ohne polizeiliche Erlaubniß nicht verbauen, noch weniger aber ihn ganz
n Grundstücke trennen. In einer solchen willkührlichen Trennung wird oft-
ne für das gemeine Wesen nachtheilige Veränderung liegen und ist die Po-
örde dann auch auf Grund des §. 66. Tit. 8. Thl. I. des A. L. R. eben
gt als verpflichtet, die Abtrennung zu verhindern. Das K. Stadtgericht zu
daher auch den gesetzlichen Bestimmungen gemäß verfahren, als es die Ein-
ig des Magistrats zur Abtrennung des Hofes von dem Grundstücke des N.
t hat. Da nun die K. Reg. Selbst anerkennt, daß der N. den Theil des
wo bisher der Abtritt befändlich gewesen und wo er allein ohne Belästigung
chbarn stehen kann, verkauft hat, so erscheint es vollkommen gerechtfertigt,
Magistrat aus polizeilichen Rücksichten die Genehmigung zur Abtrennung
hat.

ie K. Reg. hat demgemäß das Weitere zu veranlassen und den Magistrat
ie Beschwerde mit Bescheid zu versehen.

Min. Bl. d. i. B. 1845 S. 316. Nr. 352.)

. Vorschriften über die Verpflichtung der Eigenthümer
aulichen Unterhaltung ihrer Gebäude und die Weg-
ung Gefahr drohender Gebäude und Baulichkeiten. (Zu
2—538.)

as Strafgesetzbuch v. 14. April 1851 disponirt im §. 345. Nr. 10.:
it Geldbuße bis zu fünfzig Thalern oder Gefängniß bis zu sechs Wochen wird

wer der polizeilichen Aufforderung, Gebäude, welche dem Einsturz drohen,
auszubessern oder einzureißen, keine Folge leistet.

. Von der polizeilichen Beaufsichtigung bei Ausfüh-
von Bauten und Reparaturen. (Zu S. 551.)

Strafgesetzbuch v. 14. April 1851 §. 345. Nr. 11.

it Geldbuße bis zu fünfzig Thalern oder Gefängniß bis zu sechs Wochen
straf:

wer Bauten und Reparaturen von Gebäuden, Brunnen, Brücken, Schleusen
oder anderen Bauwerken vornimmt, ohne die von der Polizei angeordneten
oder sonst erforderlichen Sicherungsmaaßregeln zu treffen.

N. des K. Min. des I., Abth. II. (Mathis) v. 28. März 1847
K. Reg. zu Minden, wegen der bei der Errichtung von Baugerüsten
achtenden Vorsichtsmaaßregeln.

gen den Inhalt und den Erlaß der von der K. Reg. nach dem Berichte
M. beabsichtigten Bekanntmachung, wegen der bei der Errichtung von Bau-
zu beobachtenden Vorsichtsmaaßregeln, findet das Ministerium des Innern
Besentliches nicht zu erinnern, und überläßt der K. Reg. hiernach das Wei-
jen Publikation dieses Erlasses zu verfügen.

Anl. a.

neuerer Zeit sind Bauhandwerker häufig durch unterlassene oder mangelhafte
ng der Baugruben, durch fehlerhafte Aufstellung und Verbindung der Rük-
und durch ein deren Stärke gar nicht angemessenes Beschweren derselben
aterial verunglückt; es wird daher zur Verhütung ähnlicher Unglücksfälle
endes zur Beachtung angeordnet.

bei allen Neu- und Reparatur-Bauten müssen in Gemäßheit des §. 773.,
heil II. Tit. 20. des A. L. R. die unmittelbaren Aufseher die erforderlichen
Vorsichtungen treffen, damit nicht durch den Einsturz der Baugrube, durch das
erabfallen der Materialien, durch den Einsturz der Gerüste oder sonst Je-

Bau beschäftigten Arbeiter beschädigt, noch die Passage auf den Straße irgendwie gehemmt und gefährdet wird.

- 4) Die Spießbäume, deren oberer Durchmesser 5 bis 6 Zoll sein je nach der Höhe des zu berüstenden Gebäudes in der Stärke nehmen müssen, sind in einer Entfernung von 7 bis höchstens 4 bis sechsfüßigen Tiefe einzugraben, vor dem Verfüllen richtig gestellten Brettstücken zu verkleiden und demnächst recht verstampfen. Die Streichstangen sind mit hanfenen Strängen zu binden und außerdem durch eiserne Klammern und zu befestigen, dagegen ist das Annageln von Brettern anstatt dem Abputz der Gebäude (wo eine starke Belastung der Gerüstständer) zulässig, indessen müssen diese Bretter durch an zu befestigende Knaggen unterstützt werden. — Das Belegen auf starken Recriegeln mit mindestens $\frac{1}{2}$ zölligen gesunden Brettern und müssen diese in gehöriger Anzahl verwendet werden.

Dasselbe gilt auch hinsichtlich des Belegens der Balkenlagerung der Dielung; zur Verhütung des Aufstippens oder Fortschiebens der Bretter an den betreffenden Stellen auf die Unterlagen und starken Nägeln befestigt werden.

- 5) Die in den Seitenbäumen und Sprossen gehörig starken Leitern mit sie beim Gebrauch nicht rücken, oben an das Gerüst oder durch Klammern gehalten, bei größerer Länge aber durch Stützen unterstützt werden. Von dem Bau- und Werkmeister öfters zu untersuchen und namentlich darauf zu sehen, daß diese fehlen und diese jederzeit in die Bäume fest verkeilt sind.
- 6) Bevor das Gerüst von den Arbeitern benutzt wird, muß dasselbe an den Seiten noch mit einem Geländer versehen und müssen zu einer Höhe von 3 Fuß über dem Gedielle, Bretter an die Erde gelagert werden.
- 7) Der Rand der Baugrube in der Breite einer einfüßigen Baugrube, die Gerüste, dürfen mit Baumaterial nicht überlastet werden, zu sehen, daß letzteres nicht an einzelnen Orten aufgestellt, sondern gleichmäßig auf den Rüstungen vertheilt und den Unterstützungspunkten möglichst nahe gebracht wird.

- 8) Das Einlegen der Gerüste muß gleichfalls mit Rücksicht auf

nen, die beim Herabfallen das Gerüst zertrümmern und Menschen beschädigen können.

- 1) Dem Bau- und Werkmeister, oder seinem Stellvertreter, liegt es ob, bei der Aufsicht über den Bau das Verhalten der Gesellen und Arbeiter zu kontrolliren und zu verhindern, daß dieselben sich nicht aus Uebermuth und ohne Noth in Gefahr begeben, auch ist derselbe dafür verantwortlich, wenn betrunkene Arbeiter das Gerüst besteigen oder beim Richten der Gebäude verunglücken.
- 2) Die Nichtbeachtung der vorstehenden Maassregeln würde, — auch wenn kein Schaden geschehen, — gegen nachlässige Bau- und Werkmeister oder gegen die Stellvertreter derselben, mit Einem bis Zwanzig Thalern Geld- oder verhältnismässiger Gefängnißstrafe geahndet werden. Ist aber dadurch Unglück verursacht, so finden die §§. 777. und ff. Tit. 20. Theil II. des Allg. Landrechts Anwendung.

Minden, den 13. April 1847.

Königl. Regierung.

(Min. Bl. d. i. B. 1847 S. 94. Nr. 134.)

Zweiter Titel.

in den Einschränkungen der Baufreiheit zum Besten der Nachbarn.

Erste Unter-Abtheilung.

in den gesetzlichen Einschränkungen der Baufreiheit zum Besten nachbarlicher Grundstücke.

I. Allgemeine Einschränkungen, des Eigenthums, beim Bau. (Zu C. 551—554.)

Zum A. L. R. Th. I. Tit. 8. §§. 123., 139—141. u. Th. I. Tit. 9. 340—342.

1) Zum Plenarbeschl. des R. Ob. Trib. v. 18. April 1843. (C. 552.)

Die Gründe dieser Plenarbeschl. sind folgende:

Es sei der ausgesprochene Rechtsatz nach dem Wortsinne unzweifelhaft, nur die Vergleichung der Vorschrift des §. 342. A. L. R. I. 9. mit denjenigen der §§. 139. u. 140. A. L. R. I. 8. könne hierüber Bedenken erregen. Allein der §. 342. l. c. habe nur den Fall vor Augen, wenn ein Bau an der Gränze, wo noch keine Gebäude stehen und keine Beschränkung durch die Hoflage des Nachbarn entgegentritt, also auf einem noch überbauten Raume, unternommen wird; wogegen in den §§. 139. u. 140. A. L. R. I. 8. von dem Falle eines neu zu errichtenden Gebäudes im Verhältnisse zu einem schon dastehenden älteren Gebäude des Nachbarn Rede ist. Dieß sei zwar auch ein Bau an der Gränze, allein, eben der Nähe-Berührung wegen, in einem besonderen Verhältnisse. Der §. 342. l. c. gehöre der Lehre von Akzessionen an und besage an dieser Stelle nur

daß der, welcher mit einem Bau an der Gränze die wahre Gränzlinie seines Eigenthums überschritten habe, den überbauten Grund und Boden seines Nachbarn (unter den vorausgesetzten Umständen jenes §.) durch Akzession nicht acquiriren könne; sondern jenen ebenfalls auf seine Gränze, auf die natürliche Eigenthumsgränze zurücktreten müsse.

Wenn es sich dagegen frage:

ob der Bauende allemal und nothwendig auf die Baulinie zurücktreten müsse, und ob insonderheit der angränzende Eigenthümer des älteren Gebäudes, auch wenn er den polizeimässigen Bau gewußt und ihn nicht gehindert hat, befugt ist, die Einrückung des Neubaus auf die Baulinie zu verlangen?

so sei dies aus den Grundsätzen des A. L. R. I. 8. vom Eigenthume, in deren Mitte sich die §§. 139. und 140. befinden, zu verneinen. Die Einschränkungen des Eigenthums zum Besten der Nachbarn, wozu die §§. 139. und 140. l. c. gehörten, hörten vermittelt verbindlicher Willenserklärungen der Betheiligten auf (§. 191. l. c.) und seien aus dem Gesichtspunkte der Grundgerechtigkeiten (A. L. R. I. 22. §. 1.) zu beurtheilen, könnten mithin auf die im A. L. R. I. 22. §. 43. erwähnte Art verloren gehen. Lasse der Nachbar den Bau wesentlich über die gesetzliche Baumallinie geschehen, so sei er als stillschweigend genehmigend anzusehen, und es gehe demnach sein Recht verloren. Uebrigens sei auch ein Gesetz, welches eine lästige Eigenthumsbeschränkung verordne, restriktiv zu erklären (Entscheidungen des Ob. Trib. Bd. 9. S. 3. u. Jur. Wochenschr. 1843 S. 55).

Dieselbe Ansicht spricht das Erkenntniß des Ob. Tribunals v. 1. März 1847 aus.

(Rechtsfälle des Ob. Trib. von Striethorst, Bd. I. S. 17. No. 9.)

Roch und Temme schließen sich der Ansicht des Ob. Tribunals an (Roch Beurtheilung der Entsch., S. 599. u. Temme Civilrecht, Bd. I. 266. Note 3.)

Reinhardt ist gleichfalls der Ansicht, daß hier die wahre Größe der Grundstücke gemeint sei, da hier nur der Fortbestand des Gebäudes auf fremdem Grund und Boden durch dessen Erwerbung in Frage sei. Ein Widerspruch zwischen §. 139. A. L. R. I. 8. und §. 141. A. L. R. I. 9. liege nicht vor, da es überall eine nicht hierher gehörige Frage sei, ob der Bauende auch noch auf eigenem Boden zurückweichen müsse. (Ulrich's Arnberger Archiv, Bd. 13. S. 76.)

2) Plenarbeschl. des Ober-Tribunals v. 11. Mai 1846.

a) Das Recht des Zwischenraums nachbarlicher Grundstücke (§§. 139, 140. A. L. R. I. 8.) jus interstitii — und das Recht auf Licht und Aussicht (§§. 142—144. l. c.) prospectus coeli, sind zwei voneinander völlig verschiedene Befugnisse.

b) Neu errichtete Gebäude, im Sinne der §§. 139., 140. l. c. sind nur solche, welche auf einem Platze aufgeführt worden, worauf dahin noch kein Gebäude gestanden hat.

Hat auf dem Platze bereits früher ein Gebäude gestanden, dasselbe abgebrochen worden und hat der Platz eine neue Bestimmung erhalten, es soll darauf aber wiederum ein Gebäude aufgeführt werden, so ist in jedem einzelnen Falle nach den Umständen, — je nachdem nach den Grundsätzen des Privatrechts aus der dem Platze gegebenen Bestimmung ein Aufgeben des Rechts des Wiederaufbaus folgt, — zu beurtheilen: ob dasselbe zu den neu errichtenden Gebäuden zu zählen ist oder nicht.

c) Die §§. 142., 143. l. c. finden auch bei neuen Bauten auf bereits zum Bau benutzte Stellen und bei Erhöhungen alter Gebäude Anwendung.

(Min. Bl. v. i. B. 1847 S. 50., Just. Min. Bl. 1847 S. 27.)

Die Gründe dieses Plenarbeschl. werden in den Entscheidungen des Ob.-Tribunals Bd. 13. S. 27. mitgetheilt und bemerken im Wesentlichen Folgendes:

Die allgemeine Regel des §. 141. l. c. leidet zum Besten des Nachbarn zwei gesetzliche Beschränkungen. Die erste (§§. 139., 140.) spricht von neuen Gebäuden; sie setzt nicht nothwendig ein nachbarliches Gebäude voraus, sie richtet sich gegen je eine nahe liegende Gebäude ohne Rücksicht auf dessen Höhe, sie kennt endlich für allemal gegebene Maße des Zurückweichens.

Die zweite Beschränkung (§§. 142. ff.) spricht vom neuen Bau und setzt eine ihm zugewendete Lichtseite eines Nachbarn voraus, sie richtet

ntlich gegen ein beliebiges Hochbauen, sie will endlich nach dem Grade, welchem der Bau dem Nachbar den Himmelablick schmälert, das Zurück-
ien bestimmt haben.

Es sind also zwei verschiedene Interessen des Nachbars, welche das
h schützen will. Dies ergibt sich auch (wie näher gezeigt wird) aus
Materialien des N. L. R., und die Zusammenfassung der Vorschriften
§§. 137—147. N. L. R. I. 8. unter dem Marginal „vom Licht und
der Aussicht“ kann hiergegen nicht angeführt werden, weil eine solche
enaue Fassung des Marginalis gegen den klaren Inhalt des Gesetzes
t nicht in Betracht kommen kann.

Hieraus folgert das Ober-Tribunal zunächst den ad a. des Plenar-
l. aufgestellten Rechtsatz, und nimmt dann weiter den sub b. prägi-
n Rechtsatz an, indem es bemerkt:

Unter dem Ausdruck „das neue Gebäude“ im §. 140. N. L. R.
. muß dasselbe verstanden werden, als unter den „neu errichteten
äuden“ im §. 139 ibid. Denn der Zusammenhang beider §§. ergibt,
in ihnen von Bauunternehmungen derselben Art die Rede ist. Der Ausdruck
„errichtete Gebäude“ im §. 139. schließt bloße Aenderungen schon vor-
exner Gebäude aus. Errichtung eines neuen Gebäudes und die Veränd-
ng eines bereits bestehenden sind ganz verschiedene Dinge. Dies ergeben
Borte: „von älteren schon vorhandenen“, welche nicht gebraucht
en konnten, wenn der Gesetzgeber sich dachte, daß an der Stelle des
zu errichtenden Gebäudes vorher schon ein anderes gestanden hatte,
es möglicherweise älter sein konnte, als das des Nachbars. Das in
stehende Gesetz enthält eine, nicht ausdehnend zu erklärende. Einschrän-
des Eigenthums. Auch durfte der Gesetzgeber beim Erlaß der neuen
schriften nicht verkennen, daß in vielen Fällen nach dem bestehenden
sverhältnisse die Gebäude jene Entfernung von den Gränzen nicht inne-
n. Der Zweck des Gesetzgebers konnte nur dahin gehen,

da, wo künftig ein Platz, auf dem bis dahin noch kein Gebäude ge-
standen hat, wo also ein wohlerworbener Gebäuderaum nicht beengt
wird, mit einem Gebäude besetzt werden soll, jene Beschränkung ein-
treten zu lassen.

Hat auf dem Platze bereits früher ein Gebäude gestanden, welches ab-
schen worden, und hat der Platz eine neue Bestimmung erhalten, es
aber darauf wiederum ein Gebäude aufgeführt werden, so ist in jedem
inen Falle in der oben erwähnten Art zu beurtheilen, ob dasselbe zu
neu zu errichtenden zu zählen oder nicht.

Mit Bezug auf diesen Plenarbeschuß hat demnächst der III. Cen. des
r-Tribunals (in dem Erkenntniß v. 22. Aug. 1848) angenommen,
wenn darin bestimmt ist, daß neu errichtete Gebäude im Sinne der
139. und 140. l. c. nur solche sind, welche auf einem Platze aufgeführt
en, worauf bis dahin noch kein Gebäude gestanden hat, darunter auch
Fall begriffen sei, wenn an Stelle eines bereits früher auf dem Platze
ndenen Gebäudes ein anderes dergestalt errichtet werden soll, daß nicht
isher bebauten Gränzen eingehalten werden, vielmehr mit Ueberschrei-
derselben das Gebäude einen dem Nachbar näheren Platz angewiesen
lt, als es zeitlier eingenommen hat.

(Entscheidungen des Ob. Trib. Bd. 16. S. 520. No. 2062.)

3) Erstreckt sich die Verpflichtung (nach §. 140. N. L. R. I. 8.), beim
ien anderthalb Werkschuh von der Gränze zurückzureichen, nur auf die
und mauern, oder auch auf etwaige Dachausladungen und an-
e Bauwerke?

Erstereß nimmt das D. L. Ger. zu Hamm (in dem Erkenntniß v.
April 1839) an.

Denn nach dem gewöhnlichen Sprachgebrauche könnten die und 140. A. L. R. I. 8. nur von den Grundmauern der Gebäuden werden, indem nur nach diesen, nicht nach etwaigen Erker, Ladungen u. dergl., von denen ohnehin beim Anfange des Baues Rede sein könne, die Entfernungen zweier Gebäude abgemessene Dachausladungen u. seien zufällige Zusätze der Häuser und in derselben sei das Recht des Nachbarn, insofern für unbeschränkt, so sie nicht in den jenseitigen Luftraum hinübertreten (§. 123. I. c. Marginalie: „Licht und Aussicht“ scheinen zwar anzudeuten, all verschaffen der Zweck dieser Polizeientfernungen und deshalb diese auf Vorsprünge der gedachten Art zu beziehen seien. Allein dies richtig. Ueber das Recht des Nachbarn, Licht für die vorhandene zu behalten, sprachen die §§. 142. ff. I. c. und es stehe ihm dann wenn er es ex singulari titulo erworben habe; folglich könne, von diesen gesetzlichen Bestimmungen, jeder so nahe an der Gränzhoch bauen, als er wolle (§. 141.). Damit jedoch nicht angenommen daß hierdurch die polizeilich handhabende Entfernung zweier Gebäude geschlossen sei, seien dieser Regel noch die §§. 139. u. 140. voraus. Der polizeiliche Zweck derartiger Gesetze sei aber nicht Lichtverschaffung, sondern Beförderung des Durchganges und Vermeidung der Feuergefahr, genügt aber drei Fuß Entfernung der Grundmauern und eine Entfernung der Ausladungen sei nicht erforderlich.

(Ulrich's Arnberger Archiv, Bd. 12. S. 460.)

Dagegen nehmen Letzteres an:

a) das O. L. Ger. zu Arnberg (in dem Erkenntn. v. 7. April)

Denn weder aus den Worten, noch aus dem Zwecke des §. 141. folgt die Befahrung folgern. Diese Bestimmung sei getroffen, theil Grundstücke des Nachbarn gegen den Tropfenfall des nebenstehenden zu schützen, theils aus Rücksichten des feuerpolizeilichen Schutzes u. des Lichts und der Aussicht, theils zur Verhütung von Gränzstreit. Diese Zwecke würden verfehlt, wenn angenommen werde, daß nur ersten Stockwerke oder gar nur mit dem Fundamente des Neubaulinies inne gehalten werden müsse.

(a. a. O., Bd. 12. S. 343.)

b) Das Ober-Tribunal (Datum des Erkenntnisses konstirt)

Denn der Zweck der Vorschriften der §§. 139. u. 140. A. L. R. sei keineswegs ein polizeilicher, sondern die Beschränkungen der Erbauung zum Besten des gemeinen Wesens seien in den §§. 33—140. besage der Marginalien, abgehandelt, und von §. 102. an folgten dem Besten des Nachbarn; die §§. 137—147. handelten lediglich vom Rechte auf die Aussicht, die §§. 139. u. 140. hätten den Zweck, das im ausgesprochene Recht eines Jeden, bei Neubauten beider Nachbarn zu erhalten. Dies ergebe auch der §. 144. Aus diesem Zwecke des Gesetzes folgt aber, daß es bei Abmessung der Entfernung keineswegs Grundmauern ankomme. Denn aus der Erde komme das Licht nicht durch die Oeffnungen und Fenster, sondern vom Himmel. Wollte man den Bauenden gestatten, sein Dach bis an die Gränze vorzuschieben, so wenn Beide in gleicher Höhe davon Gebrauch machten, der Zwischengang ganz dunkel. Der §. 123. I. c. stehe auch mit dem Rechte des Nachbarn auf Licht weder in Verbindung, noch in Widerspruch; derselbe stehe nur das Recht auf die Lufthöhle ohne Rücksicht auf bestehende Gebäude des Nachbarn. Auch die §§. 340—342. A. L. R. I. 9. ständen mit diesen Vorschriften wegen des Lichtes und der Aussicht nicht in Gemeinschaft, es handele sich dabei nur von der Erwerbung des Eigenthums bei der Gränze, wenn die Gränzlinie abgeschnitten ist.

(a. a. O., S. 462.)

Das R. u. St. Ger. zu Essen (in dem Erkenntn. v. 3. Okt. 1838).
a. D., S. 447.)

Reinhardt (Reg. u. D. G. R.), welcher nur in der Ausführung
in einigen Nebenpunkten von dem Ob. Trib. abweicht.
a. D., S. 445.)

1) In welcher Art und Weise ist die Entfernung in dem Falle des
N. R. R. I. 8. zu berechnen?

a) Erkenntniß eines nicht genannten Gerichtshofes hat angenommen,
Entfernung stets vom Gebäude an berechnet werden müsse und daß
der Raum innerhalb des Trauffalls dabei nicht mit in Be-
rücksichtigung kommen dürfe.

Archiv's Arnberger Archiv, Bd. 10. S. 65.)

Der II. Sen. des Ob. Tribunals hat unterm 21. Dec. 1839
eine Rechtsfrage angenommen:

Der Besitzer des älteren Gebäudes hat das Recht, zu verlangen, daß
des Nachbarn auf einem bisher unbebaut gewesenen Platze neuerrich-
tetes Gebäude jedenfalls nach §. 140. N. R. R. I. 8. 1. Werkschub
von der Gränze zurückbleibe. Steht das dießseitige ältere Gebäude
auch mehr als 1½ Werkschub von der Gränze entfernt, so ist es doch
nicht genügend, wenn der Neubauende ohne Ueberschreitung seiner ei-
genen Gränze nur 3 Werkschub (§. 139.) von dem alten Gebäude
zurückbleibt; vielmehr ist der Zwischenraum zwischen diesem und der
Gränze, so weit er die Entfernung von ½ Werkschub überschreitet,
für einen unbebauten Platz zu achten, auf welchen die Bestimmung
des §. 140. anwendbar ist.

Die in dem §§. 139. und 140. a. a. D. enthaltenen Vorschriften be-
ziehen sich auf die Berechtigung beider Nachbarn, Licht durch Oeffnun-
gen und Fenster in ihr Gebäude zu bringen, (§. 137. N. R. R. I.
3.). Es ist daher nicht zureichend, wenn nur die Grundmauern des
neuen Gebäudes in der bezeichneten Entfernung angelegt worden;
vielmehr muß letztere in der ganzen Höhenausdehnung des Gebäudes
dort gehalten werden. Daß im §. 123. a. a. D. nur enthaltene
Verbot über die Gränze ragender Bauwerke steht dem nicht ent-
gegen.

Präjudizien-Sammlung des Ob. Trib. S. 27. Nr. 1480.)

Die Frage: ob bei einem Bau an der Gränze, wenn die Anzeige
dem Nachbar unterlassen und die Gränze überschritten ist, die Klage auf
Rückführung des Gebäudes durch den Einwand, daß der Nachbar um den
Bau gewußt und demselben nicht sofort widersprochen habe, (§. 332. N. R.
9.) beseitigt wird? ist von dem II. Sen. des Ob. Tribunals un-
ter 10. Juni 1837 verneint worden.

Präjudizien-Sammlung des Ob. Tribunals, S. 30. Nr. 288.)

Der selben Ansicht ist Reinhardt, welcher indeß annimmt, daß dabei
gesetzt werde, daß der Bauende dem Eigenthümer die Anzeige nach
N. R. R. I. 9. gemacht habe.

Archiv's Arnberger Archiv, Bd. 13. S. 73.)

Bedarf die Erklärung, mittelst welcher der Nachbar die Linie geneh-
migt, in welcher der Bau geführt werden soll, auch dann nicht der schrift-
lichen Form, wenn ihm bekannt ist, daß diese Linie die wahre Gränzlinie
reißt?

Der II. Sen. des Ob. Tribunals hat unterm 20. April 1839 an-
genommen, daß auch in dem erwähnten Falle die schriftliche Form
erforderlich sei.

Präjudizien-Sammlung des Ob. Trib., S. 30. Nr. 668.)

Reinhardt ist gleicher Ansicht.

Archiv's Arnberger Archiv, Bd. 13. S. 73.)

II.

Von Rainen und Pflugrechten. (Zu C. 154.) Zum A. L. R. I. 8. §§. 118. und 119.

1) Das Ob. Tribunal folgert (in dem Erkenntniß v. 17. Jan. 1844) aus dem §. 118. a. a. D., daß wenn ein Privatweg ein Grundstück durchschneidet, die gesetzliche Vermuthung dafür spreche, daß der Weg Eigenthum Desjenigen sei, welchen das Eigenthum dieses Grundstückes ansteht. (Ulrich's Arnberger Archiv, Bd. 10. S. 57.)

Dr. Sommer hält diese Folgerung für unrichtig und nimmt an, daß über das Eigenthum solcher Wege das Ortsherkommen entscheiden müsse. (a. a. D. S. 53.)

2) Kann der Miteigenthümer des Gränzraines in Folge des im §. 1. A. L. R. I. 8. erwähnten Ausschließungsrechtes auch ohne Zuziehung des andern Miteigenthümers jeden Dritten von dem Gebrauche des Rains und des darüber führenden Weges ausschließen?

Der II. Senat des Ob. Tribunals hat unterm 5. Okt. 1833 bejahet.

(Präjudizien-Sammlung des Ob. Trib., S. 25. Nr. 54.)

III.

Von Gränzscheidungen. (Zu C. 556—565.) Zum A. L. R. I. 8. §§. 149—184.

1) Zu §§. 159—161. A. L. R. I. 8.

a) Das Erkenntniß in Ulrich's Arnberger Archiv Bd. 10. S. 64 (Ulrich's Hof und Datum fenstiren nicht), nimmt an, daß keine Vermuthung dafür spreche, daß eine Mauer das Eigenthum Desjenigen sei, nach dessen Seite hin die raue Seite derselben liegt. Denn in §. 159. a. a. D. lasse solches nur von Vertiefungen oder sogenannten Blenden gelten.

b) Findet die aus dem Vorhandensein von Blenden in einer Scheidewand abgeleitete Vermuthung des Eigenthums derselben in den §§. 159—161. A. L. R. I. 8. auch auf Scheidewänden zwischen Gärten Anwendung?

Der II. Senat des O. L. Ger. zu Raumburg hat (in dem Erkenntniß v. 19. April 1842) verneint und will die allegirten Vorschriften nur auf Scheidewänden im Freien, zwischen Höfen und Gärten und in Feldflur bezogen wissen.

(Entscheidungen des Ob. Trib. Bd. 9. S. 204.)

Das Ober-Tribunal dagegen bejahet (in dem Erkenntniß v. 2. Mai 1843). Die §§. cit. handelten nämlich lediglich die beiden Fälle, daß entweder Blenden in der Scheidewand, sei es auf einer oder auf beiden Seiten, vorhanden sind, oder daß die Mauer gar keine Blenden habe. Dann sei dieselbe für gemeinschaftlich zu erachten, wenn Blenden auf beiden Seiten, oder wenn gar keine vorhanden, es sei denn, daß auch in diesem Falle die auf der Mauer liegenden Platten ein Anderes andeuteten. Eine allgemeine Präsomption für die Gemeinschaftlichkeit einer Scheidewand lasse sich aus jenen §§. nicht herleiten; vielmehr müsse in jedem einzelnen Falle die spezielle Bauart und Beschaffenheit der Mauer in Betracht kommen. Wenn gleich der §. 159. A. L. R. I. 8., seiner Stellung und seinem Zusammenhange nach, von Scheidewänden im Freien handle, so schließt doch dessen analoge Anwendung auf das ähnliche Verhältniß einer Scheidewand zweier aneinander stoßenden Gebäude nicht aus, wofür auch noch Bestimmung des §. 86. A. L. R. I. 2. spreche.

(Entscheidungen des Ob. Trib. Bd. 9. S. 206.)

Noch tritt dieser Entscheidung bei.

(Beurtheilung der Entsch. des Ob. Trib., S. 626.)

2) Zu §§. 162. und 167. A. L. R. I. 8.

Der Besitzer städtischer Grundstücke und Gärten hat nicht bloß den vorhandenen Zaun rechter Hand zu unterhalten, sondern auch in dem Falle, wenn bisher noch gar kein Zaun daselbst vorhanden gewesen ist, den denselben zu bemerkstelligen.

Erkannt von dem III. Sen. des Ob. Trib. unterm 5. Dec. 1848.

(Entscheidungen des Ob. Trib., Bd. 17. S. 506. Nr. 2081.)

3) Zu §. 164. A. L. R. I. 8.

Genügt es zur Anwendung des §. 164. l. c., daß das weggenommene Gebäude dem Nachbar die Erhaltung eines Zaunes unnöthig gemacht hat?

Der II. Sen. des Ob. Trib. hat (in dem Präj. v. 18. Dec. 1840) abgelehnt und angenommen, daß es dieser Anwendung nicht entgegen stehe, daß weggenommene Gebäude nicht unmittelbar auf der Gränze gestanden hat, sondern in der im §. 140. l. c. vdrgeschriebenem Entfernung von Gränze ausgeführt worden ist.

(Präjudizien-Sammlung des Ob. Trib., S. 28. Nr. 960.)

4) Zu §§. 168. und 169. A. L. R. I. 8.

In Betreff der Befriedigungen in der freien Feldflur hat der II. Sen. des Ob. Trib. (in dem Präjudiz v. 21. April. 1837) angenommen, daß die Befriedigungen nicht gestattet sind, daß aber deren Erhaltung, wenn der Nachbar nicht besonderes Recht darauf erworben hat, willkürlich sei; daß dagegen Befriedigungen anderer Grundstücke, ohne dabei zwischen städtischen und ländlichen zu unterscheiden, und zwar, wo nicht die Gesetze etwas Besonderes über verordnen, von dem Eigenthümer erhalten werden müssen.

(Präjudizien-Sammlung des Ob. Trib., S. 29. Nr. 235.)

5) Zum §. 174. A. L. R. I. 8.

Muß die neue lebendige Hecke $1\frac{1}{2}$ Fuß von der äußersten Gränze und nur $1\frac{1}{2}$ Fuß von der Mitte des Grabens oder Rains zurückge-
n?

Der II. Sen. des Ob. Trib. nimmt (in dem Erkenntniß v. 3. Nov. 1840) Ersteres an.

Der §. 366. A. L. R. I. 17. könne hier nicht entscheiden, da er nur Gränzscheidungen und Gemeintheilungen gelte, wie der §. 362. ib.

die Rubrik der Titel ergebe. Der §. 118. A. L. R. I. 8. sei hier nicht entscheidend; denn nur hiernach ließen sich die Rechte der Parteien am besten selbst beurtheilen. Daß danach beiden Nachbarn zustehende Miteigen-
n am Raine involvire ein Widerspruchsrecht gegen Handlungen, welche

dem Grunde der Bestimmung des §. 174. eben so bei einem im Miteigen-
thume, als bei dem im Sondereigenthume befindlichen Grundstücke statt-
finden, wenn eine lebendige Hecke ihm zu nahe gebracht werde, indem nach
§. 19. ib. Raine- und Pflugrechte keinem Nachbar ohne Einwilligung des
Eigenthümers vermindert oder geschmälert werden sollten. (Rechtsfälle des
Ob. Trib., herausgeb. von Striethorst, Bd. 5. S. 98.)

IV.

Von der Erhöhung und Erniedrigung des Grund und Bodens. (Zu §. 566.)

Zum A. L. R. I. 8. §§. 185 — 188.

(Zum §. 187.) Eine Drumme, welche zur Abführung des Wassers die Erde gelegt ist, ist keine Erniedrigung des Grund und Bodens, und ist der Entfernung vom benachbarten Grundstücke auf drei Fuß nicht entworfen.

So erkannt von dem Ober-Tribunal unterm 9. Febr. 1849.

Die Gründe bemerken:

Es ist nicht anzunehmen, daß ein Graben im Sinne des §. 187. h. t. bedeutend ist mit einer Wasserleitung im Sinne des §. 128. h. t.,

wenn diese durch eine, in der Erde liegenden Drumme gebildet wird, muß bei deren Anlage auch der Grund und Boden vertieft werden, damit die Drumme doch vermöge ihrer Konstruktion den Nachstur einschließenden Erdreichs, während die Bestimmungen des §. 1. allein den Zweck hat, den Besitzer des benachbarten Grundstücks gegen die Vertiefung des Grund und Bodens durch den Nachsturz des etwa zu besorgenden Nachtheil dadurch zu sichern, daß derjenige seinen Grund und Boden erniedrigt, einen Wall von drei Fuß bis das Grundstück des Nachbarn stehen läßt; wobei es gleichgültig ist, ob die Erniedrigung des Grund und Bodens durch Anlegung eines Grabens oder auf andere Weise erfolgt. Die Rücksicht, daß das in dem Graben sammelnde und abfließende Wasser dem benachbarten Grundstücke etwa bringen könnte, hat die Bestimmung des §. 187. h. t. nicht hervorgerufen. Der Grund und Zweck derselben ist daher ein ganz anderer, als die Vorschrift des §. 128. h. t.

Hier soll das Gebäude des Nachbarn, bei der Leitung des Wassers in einer Rinne oder in einem Kanale durch die Bestimmung der Entfernung dieser Rinne oder des Kanals von dem Gebäude des Nachbarn vor Nachtheile geschützt werden, welcher durch das Durchdringen des Wassers durch die Wand etwa entstehen könnte. Dieser Zweck wird nach der Absicht des Gesetzgebers dadurch erreicht, daß zwischen der Rinne, in welcher das Wasser abfließt und der Wand des Nachbarn ein Raum von einem Fuß gelassen wird. Dies ergibt sich aus der Bestimmung der §§. 1. und 2. welche insofern den Gegensatz des §. 128. bilden, als darin von Anlagen die Rede ist, welche stehende Flüssigkeiten auffammeln und der Beschaffenheit der Flüssigkeiten zu den an sich schädlichen gezählt werden. Deshalb ist ihre Entfernung auf drei Fuß bestimmt und das Ausmauern der Gruben von Grund auf angeordnet.

(Entscheidungen des Ob. Trib., Bd. 17. S. 115.)

V.

Von Schweinfällen, Kloaken, Dünger- und Lo- und anderen, den Gebäuden schädlichen Anlagen. (367—369.)

Zum A. L. R. I. 8. §§. 125—127.

1) Der III. Sen. des Ober-Tribunals hat (in dem U. v. 8. Aug. 1848) folgende Rechtsätze angenommen:

a) Mit den in den §§. 125. und 126. A. L. R. I. 8. aufgezählten Anlagen sind nur solche Anlagen gemeint, die der Nachbar seit der Errichtung der Gebäude, Mauern und Scheunen erst noch anlegt oder, nachdem jene Gebäude u. s. w. schon existirten, in anderer Weise angelegt hat.

b) Die §§. 125. und 126. a. a. O. sind keine die Verjährung schließenden Verbotsgesetze.

Die Gründe führen Folgendes aus:

Die Wortfassung des §. 125., wonach Düngergruben und Anlagen von den benachbarten Gebäuden drei Fuß entfernt bleiben müssen, deutet an, daß nur von einer im Werden begriffenen Anlage die Rede ist, und daß dagegen die nachbarlichen Gebäude zur Zeit der Errichtung der Anlagen schon vorhanden seien. Hätte der Gesetzgeber die Freiheit des Grundeigenthümers, sein Grundstück beliebig zu benutzen, auch in Beziehung auf solche Anlagen des Nachbarn einschränken wollen, die dieser erst künftig möglicherweise vornehmen konnte, so hätte er ganz andere Worte bedienen müssen. So wenig der Nachbar, der ein Gebäude an der Gränze errichtet habe, auf Grund der Vorschrift des §. 125. berechtigt erscheinen könnte, die Zurückziehung abzuhalten,

der Gränze zu verlangen, so wenig könne er durch eine von ihm bestellte anderweitige Benutzungsart des eigenen Grundstücks dem Nachbar eine solche durch das Eigenthumsrecht sowohl, als das erlangte Besitzrecht ausgeschlossene Beschränkung zumuthen. Es müsse ihm vielmehr überlassen bleiben, bei seiner neuen Anlage innerhalb seiner Rechtsphäre solche Vorrichtungen zu treffen, wie sie ihm geeignet schienen, die von der bereits vorhandenen Anlage des Nachbarn etwa zu befürchtenden Nachtheile abzuwenden. Die ganze Reihe der Vorschriften im Titel 8. von §§. 65—189. haben den Zweck des Gesetzgebers bei neuen Anlagen oder der Veränderung schon bestehender den Eigenthümer zu beschränken, und daß dagegen Aufrechterhaltung eines bis dahin zu Recht bestehenden Besitzstandes überall das Prinzip gewesen sei. Ganz hiermit im Einklange steht die Vorschrift des §. 8. A. L. R. I. 12. Anlangend die Vorschrift des §. 126. A. L. R. I. 8. wegen des Ausmauerns von dergleichen Gruben, so zeigten die Worte: „Auch müssen dergleichen Gruben“ den genauen Zusammenhang mit dem §. 125. ib., weshalb auch diese Anforderung nur von dem Eigenthümer eines schon bestehenden Gebäudes gegen den gemächterweise, der eine solche nachtheilige Anstalt erst anlegen wolle. — Unzweifelhaft seien die in den §§. 125. und 126. a. a. O. verordneten Einschränkungen nur „zum Besten gewisser Personen“, nämlich der angrenzenden Besitzer von Häusern u. s. w., festgesetzt. In solchem Falle könnten §. 191. a. a. O. der Berechtigte und Verpflichtete sich über anderweitige Uebereinkünfte gütlich vereinigen. Der Regel nach könne in allen vom Gesetze besonders ausgeschlossenen Fällen die Aenderung bestehender Rechte durch Verjährung überall da eintreten, wo vertragmäßige Aenderung zulässig ist. Der §. 664. A. L. R. I. 9. passe daher nicht auf diesen Fall; ein Recht, welches nach §. 191. A. L. R. I. 8. der Abänderung und Hebung durch freie Vereinbarung der betheiligten Privaten unterliege, sei ausdrücklich Verbotsgesetz. (Jurist. Wochenschrift 1848 S. 411. und Urtheile des Ob. Trib., herausgegeben von Striethorst, Bd. 4. S. 246. 120.)

2) Muß bei der Messung der in den §§. 125. und 126. A. L. R. I. vorgeschriebenen Entfernung einer Mistgrube von der Gränze des Nachbarn die Stärke der Umfassungsmauer der Grube mit gemessen werden?

Bejahet von dem II. Sen. des Ober-Tribunals unterm 22. Sept. 1848. (Präjudizien-Samml. des Ob. Trib., S. 26. Nr. 1339.)

VI.

Von Rinnen und Kanälen. (Zu S. 569.) Zum A. L. R. I. 8. 128.

1) Muß bei der Messung der im §. 128. l. c. vorgeschriebenen Entfernung einer zur Abführung des Wassers angelegten Rinne von der Gränze des Nachbarn die Stärke der Einfassungsmauer mitgemessen werden?

Das Ob. Trib. hat (in dem Erf. v. 9. Febr. 1849) bejahet; denn die Einfassungsmauer bezwecke den Schutz des Nachbarn und vermehre diesen Schutz; die Ausmauerung der Wasserleitung könne daher keinen Grund halten, einen noch größeren Zwischenraum zwischen derselben und dem Grunde zu gestatten und ihre Entfernung um die Stärke der Mauer zu vergrößern. Die Entfernung dürfe daher nur von der inneren Wand der Rinne, in welcher das Wasser abfließt, gemessen werden, indem der Inhalt des Gesetzes nur der sei, die abfließende Flüssigkeit in dieser Entfernung von der Wand zu halten.

(Entscheidungen des Ob. Trib., Bd. 17. S. 114.)

2) Liegende Rinnen sind nicht zu denjenigen Gebäuden zu rechnen, deren Fortbestehen nach Rübischem Rechte (Buch I. Tit. 8. Art. 2.) durch

Widerspruch des Nachbarn nach Ablauf von Jahr und Tag nicht gehindert werden kann.

So erkannt von dem Ob. Trib. unterm 9. Febr. 1849.
(Entscheidungen des Ob. Trib., Bd. 17. S. 392.)

VII.

Vom Lichte und von der Aussicht, oder von Fenster-
andern Licht-Öeffnungen. (Zu S. 570–580.)

Zum A. L. R. I. 8. §§. 137–147.

1) Zu §§. 137. und 138.

a) Ist es nach den Vorschriften des A. L. R. dem Eigenthümer
in einer dem Nachbar zugetheilten, nahe der Gränze belegenen
wand, bloß der Aussicht wegen, auszubrechen? (S. 571)

Bornemann hatte in der I. Ausg. des Systems des Preuß.
rechts Bd. 2. S. 248. angenommen, daß die Befugniß des Fensters
auf das Bedürfniß zu beschränken sei, weil durch Anlegung von
gewissermaßen in die natürliche Freiheit des Eigenthums des Nachbar
eingegriffen werde, für diese Meinung auch die Worte des §. 137.
„um Licht in sein Gebäude zu bringen“, sprächen.

In der II. Ausgab. Bd. 2. S. 141. spricht derselbe indeß
gegengesetzte Meinung aus, indem Einschränkungen des Eig.
(des Bauenden) nicht ohne ausdrückliche Bestimmung angenommen
dürften.

b) Wie ist das Wort „unmittelbar“ im §. 138. a. a. D.
gen? (S. 572.)

Koch spricht sich in folgender Art hierüber aus:

Die Ausleger sind über das „unmittelbar“ verschiedener Meinun-
gen, daß auch das Ein- und Aussteigen und Werfen un-
gemacht werden müsse, und deshalb die Beschränkung in allen Fäl-
ten trete, wo nicht noch ein anderes Hinderniß (Mittel) auf der Gr.
Dabei ist die Natur des Eigenthums ganz bei Seite gesetzt. Jed
auf seinem Grunde bauen und machen, was er will, wenn er nid
drücklich beschränkt ist. Wäre jene Auslegung richtig, so müßte d
bar auch verhindern können, daß das an der Gränze stehende Gebä
abgetragen würde; denn da könnte erst recht Jeder über die Gränz
sehen und werfen. Hiergegen mag Jeder auf seine eigene Ko
Grundstück mit einer Bewehrung umziehen.

(Lehrbuch des Preuß. Privatrechts, Bd. I. S. 402. Note 13.)

2) Zum §. 138. A. L. R. I. 8.

a) Was ist im §. 138. a. a. D. unter den Worten: „wo es l
stände gestatten“ zu verstehen?

Das Ober-Tribunal (Datum des Erkenntn. konstatirt nich
aus, daß der Sinn nicht dahin gehe, daß hiernach der Eigenthüm
Fenstern alsdann die vorgeschriebene Höhe geben solle, „wenn ihm
stände es gestatten“, d. h. wenn er es ohne Nachtheil für sich tha
Denn wenn der §. 138. a. a. D. diesen Sinn hätte, so würde i
schrift ganz ohne rechtliche Bedeutung und deren Befolgung ledig
dem Belieben des Eigenthümers abhängig sein.

(Ulrich's Arnberger Archiv, Bd. 10. S. 74.)

b) Finden die Vorschriften des §. 138 A. L. R. I. 8. auch a
nungen und Fenster, welche über der Luftsäule eines unmittel
stehenden Gebäudes des Nachbarn angelegt worden, und i
Öeffnungen und Fenster in neu errichteten Gebäuden, wel
unmittelbar auf der Gränze stehen, Anwendung?

Verneint von dem II. Sen. des Ob. Trib. unterm 23. Jan. 1841.
(Präj. Nr. 975., Präj.-Samml. S. 26.)

c) Der Einschränkung des §. 138. (A. L. R. I. 8.) ist nicht allein die Anlage von Oeffnungen und Fenstern, welche die Einbringung von Licht in ein Gebäude bezwecken, sondern auch die Anlage von Oeffnungen zu andern Zwecken, z. B. zur Beförderung des Luftzuges, unterworfen.

So erkannt von dem II. Sen. des Ob. Tribunals per sent. v. 26. März 1850.

Die Gründe bemerken:

Das Marginale, unter welchem die §§. 135. und 138. stehen, scheint die entgegengesetzte Ansicht zu sprechen; es ließe sich folgern, die darin enthaltenen Vorschriften seien schlechthin auf solche Oeffnungen zu beziehen, welche dem Gebäude Licht, und dem Bewohner Aussicht gewähren, nicht auf solche Einrichtungen, welche L. 12. §. 2. C. de aedificiis prius (VIII. 10.) in folgender Art bezeichnet: fenestrae, tam quae promissa, quam quae luciferae dicuntur. Dafür könnte man sich insbesondere auch auf die Worte des §. 137. a. a. O. berufen, welche einmal sagen: „um Licht in sein Gebäude zu bringen“, und zum Anderen: „wenn dieselbe gleich eine Aussicht über die benachbarten Gründe gewähren“, aus welchen Letzteren insbesondere hervorgehe, daß der Gesetzgeber nur an das angeht, was für den Nachbar damit verbunden ist, daß er sich den Blicken nachbarlichen Bewohner aussetzen müsse, gedacht und auch nur deshalb, diesem Uebelstande eine gewisse Schranke zu setzen, im §. 138. bestimmte Maßregeln vorgegeschrieben habe. Allein zunächst würde die Fassung des §. 137.: „um Licht in sein Gebäude zu bringen, kann Jeder Oeffnungen und Fenster in seine Mauer machen,“ — an und für sich noch gar nicht zur Folgerung berechtigen, daß, weil hier nur über Lichtöffnungen bestimmt sei, alles, was der §. 138. Beschränkendes verordne, auch nur auf Lichtöffnungen sich beziehe, der Anlage sonstiger Oeffnungen dagegen nichts den Weg gelegt sei. Denn aus der gestatteten Anlage von Fenstern und Lichtöffnungen unter gewissen Beschränkungen folgt die unbedingte Gestattung der Anlagen anderer Art nicht; vielmehr würde in Ansehung der letzteren, wenn die in Rede stehenden Bestimmungen darüber wirklich nichts bestimmten, die Entscheidung aus anderweiten gesetzlichen Bestimmungen entnommen werden müssen. Nun streitet allerdings die Vermuthung für die Unbeschränktheit des Eigenthums, und es ist jeder Gebrauch des Eigenthums erlaubt und rechtmäßig, durch welchen weder wohlverworbene Rechte des Anderen gekränkt, noch die in den Gesetzen vorgeschriebenen Schranken überschritten werden (A. L. R. I. 1. Tit. 8. §§. 23., 25., 26.). Sind nicht schon Natur, Gesetze oder Willenserklärungen bestimmte Einschränkungen des Eigenthums begründet, so läßt sich eine solche nur darin finden, daß Niemand sein Eigenthum zur Kränkung oder Beschädigung Anderer mißbrauchen darf; und unter Mißbrauch wird ein solcher Gebrauch verstanden, der nach seiner Natur nur die Kränkung eines Anderen zur Absicht haben kann, §§. 27., 28. a. a. O. Es kommt also auf die Beantwortung der Frage an: ob in der Anlage von Oeffnungen in einer unmittelbar an den Hofraum des Nachbarn stoßenden Mauer entweder schon an sich ein Mißbrauch des Eigenthums, oder eine Ueberschreitung bestimmter gesetzlicher Vorschriften zu finden sei? Das Erste läßt sich nicht behaupten. Nur dann würde die Anlage zu einer mißbräuchlichen ausarten, wenn damit eine Infraktion in die Eigenthumssphäre des Nachbarn verbunden wäre, z. B. die Einbringung sich nach außen öffnender Fensterflügel, Auswerfen oder Ausgießen von Substanzen oder Flüssigkeiten auf den nachbarlichen Grund, Absteigen von Menschen durch solche Oeffnungen auf diesen Grund und dergleichen.

Die im §. 138. a. a. O. vorgeschriebenen Maaßregeln für Fenster und Lichtöffnungen nicht zu beschränken, weil im §. 1 Anlage solcher Einrichtungen zum Zwecke der Einbringung der das Gebäude die Rede ist. Allein, wenn auch im §. 137. die Erwähnung geschieht, so ist es doch nicht zulässig, darum die stiger Oeffnungen für unbedingt freigegeben zu erachten. Es dies schon aus dem §. 148. ebendasselbst, des Lichtbringens ist führten Gesetzesstelle nur darum besonders gedacht, um einzuf der Umstand, daß Fenster und Oeffnungen eine Aussicht über barten Gründe genähren, der Anlegung derselben kein Hinde Weg legen soll. Die Maaßregeln aber, welche der §. 138. vor allgemeiner Art, und haben mit dem Licht und der Aussicht nichts; sie wollen vielmehr Uebelstände, die aus der Anlage einer born unmittelbar zugekehrten Oeffnung als einer solchen erbeugen. Denn die Erhöhung von sechs Fuß über den Boden oder Verhältnisse, die Verstärkung oder Vergitterung können nicht gegen das Hindurchsteigen, gegen Ausgießen und Auswerfen, zu treffen, nicht aber, bloß das Licht oder die Aussicht zu mäß Zweck und diese Vorkehrungen passen also bei Oeffnungen aller der Mandausschrift: „vom Licht und von der Aussicht.“ worin lichen Bestimmungen stehen, kann kein Argument für die en Ansicht abgeleitet werden, weil andere unter derselben Aufschr Bestimmungen, wie die §§. 139., 140., ebenfalls auf Licht und zunächst sich nicht beziehen.

(Entscheidungen des Ob. Trib., Bd. 19. S. 104.)

Zweite Unter-Abtheilung.

Von den nachbarlichen Einschränkungen des Eigenthums durch besondere Titel, insofern aus diesen Grundgerechtigkeiten bei Gebäuden hervor-
(Zu S. 581 — 583.)

Vergl. die Nachträge oben S. 120. ff. sub VII.

Zweites Kapitel.

Bau-Polizei-Gesetze und Bau-Ordnungen für einzelne Regier- und Städte. (Zu S. 583—596.)

I. Provinz Brandenburg.

N. des R. Min. des I. v. 11. Okt. 1847 an den Ober Provinz Brandenburg, mit der Bau-Polizei-Ordnung und der Lösch-Ordnung für das platte Land der Provinz Brandenburg Kreise Dramburg und Schivelbein.

(Min. Bl. d. i. B. 1847 S. 7. No. 11., f. im Suppl. Bd. II. wesen bei der Feuer-Polizei.)

II. Provinz Schlessen.

Vergl. die im Polizeiwesen Bd. II. S. 283 — 302. zunächst die Feuer-Polizei betreff. Reglements und Publikanda, baupolizeiliche Vorschriften für die betr. Regierungs-Bezirke ent

III. Provinz Posen.

N. des R. Min. des I., Abth. II. (v. Manteuffel) v. 10 an die R. Reg. zu Bromberg und Posen. Die Regierungen Herzogthum Posen sollen ermächtigt sein, in den dortigen den gesetzlichen Vorschriften in Betreff des Erfordernisses von L men bei Häuserbauten an den Straßen zu dispensiren.

Mit Bezug auf die Bestimmung des Landtags-Abschiedes v. 27.

um stehenden Provinzial-Landtage versammelt gewesenem Stände des Großherzogthums Hessen, zu Nr. 33. der ständischen Petitionen, die beantragte Abänderung in den §§. 139—147. Tit. 8. Th. I. des A. L. R. enthaltenen Vorschriften, wird die K. Reg. hiermit ermächtigt, in denjenigen Städten Ihres Großbezirks, wo solches angemessen erscheint, durch eine von Ihr zu bestätigende polizeiliche Verordnung dafür zu sorgen,

daß in Zukunft neu aufzuführende Gebäude in den Straßen und an öffentlichen Plätzen durch Zwischenräume nicht getrennt, sondern, sofern nicht besondere Verhältnisse eine von Ihr zu genehmigende Ausnahme erheischen, stets den vorhandenen nachbarlichen Häusern unmittelbar angebaut werden.

K. Reg. hat jedoch, bevor Dieselbe für die einzelnen Städte eine solche Anordnung trifft, darüber die Magistrate zu hören, und wenn diese etwa der Maßregel entgegenstehen, oder sonst in Beziehung auf die Ausführung der letzteren in den Städten Bedenken obwalten sollten, deshalb die Entscheidung des Min. einzuholen.

n. Bl. d. i. B. 1846 S. 86. Nr. 133.)

Provinz Pommern.

K. des K. Min. des J. v. 5. Aug. 1847 mit der Feuer-Polizeigesetzgebung für die Städte Alt-Pommerns, ausschließlich der Stadt Stettin, Flecken Werben, Gölzow und Stegenitz. (Min. Bl. d. i. B. 1847 Nr. 285.)

K. desselb. Min. v. 9. Nov. 1847, betr. die Ausdehnung der Alt-Pommerschen Feuer-Polizei-Ordnung auf die Flecken Werben, Gölzow und Stegenitz. (Min. Bl. d. i. B. 1847 S. 327. Nr. 396.)

vgl. diese K. im Suppl. Bd. II. zum Polizeiwesen, bei der Polizei.

Zweiter Abschnitt.

Bau auf fremdem Boden, oder mit fremden Materialien, oder auf fremdem Boden mit fremden Materialien zugleich.

(Zu S. 596—598.)

im A. L. R. I. 9. §. 327. (S. 596.)

Wie ist der im §. 327. A. L. R. I. 9. gebrauchte Ausdruck: „ein für sich stehendes Gebäude“ zu verstehen?

Das D. L. Ger. zu Münster (Datum des Erkenntnisses konstatirt nicht) hat entschieden, daß der Ausdruck ganz allgemein sei und jede Bauanlage begreife, welche für sich und als unverbunden mit einem bereits vorhandenen Gebäude besteht, mithin auch eine freistehende Mauer.

(Münch's Arch. Bd. 10. S. 60.)

Dritter Abschnitt.

Die Rechtsverhältnisse zwischen Bauherren und Bauhandwerkern und Bau-Unternehmern. (Zu S. 598—604.)

im A. L. R. I. 11. §§. 920—980.

Zu §§. 925—965. Die §§. 966. und 967. A. L. R. I. 11., so wie die Vorschriften von Verträgen über ein verdingenes Werk überhaupt (§§. 965. ibid.) bleiben außer Anwendung, wenn der Uebernehmer eines Baues oder Werkes kein Bau- oder Werkverständiger ist. Auch ist die Ausführung eines Baues nicht als eine Reihe einzelner, selbstständiger vollendeter Leistungen anzusehen und nicht der Bestimmung des §. 965. ibid. zu subsummiren; vielmehr ist nur die Hinstellung des vollendeten Baues als die dem Bauübernehmer obliegende Leistung anzusehen, wozu dieser den das unvollendete Gebäude treffenden Zufall tragen muß.

(Erkannt im J. 1832 von dem II. Sen. des Geh. Ob. Trib.

Nr. 35., Präs.-Samml. S. 69.)

Zu §§. 938. und 945. Der Besteller eines zu spät abgelieferten Baues kann von der Befugniß des Rücktritts nicht mehr Gebrauch ma-

chen, sobald er dem Werkmeister gegenüber einmal erklärt hat, dieses Recht nicht bediene, sondern bei dem Vertrage stehen bleibe.

So erkennt von dem IV. Sen. des Ob. Tribunals per 7. Mai 1850; denn der §. 938. A. L. R. I. 11. lasse zwar der Wahl, ob er bei einem dem Werkmeister zur Last fallenden B. dem Vertrage ganz abgehen, oder an demselben festhalten wolle; Wahl dürfe nicht in ein willkürliches Hin- und Herschwanzen zu den Alternativen geaderten, und der Werkmeister brauche sich ein Ueberspringen von der einen zur andern nicht gefallen zu lassen könne er verlangen, daß es bei der einmal von dem Besteller ihm erklärten Wahl das Bemerkende behalte.

(Entscheidungen des Ob. Tribunals Bd. 19. S. 151.)

Zweite Abtheilung.

Von dem Verfahren in Bau-Sachen.

Erster Abschnitt.

Kognition und Untersuchungs-Verfahren in Bau-Polizei
(Zu S. 604—605.)

In Betreff der durch die Verfassungs-Urkunde und durch die Verordnung v. 3. Jan. 1849 herbeigeführten Abänderungen der bisherigen Regelung über das Untersuchungs-Verfahren in Polizei-Kontraventionen vergl. die im Suppl. Bd. II. zum Polizeiwesen mitgetheilten Bestimmungen.

Zweiter Abschnitt.

Von dem gerichtlichen Verfahren bei Bau-Streitigkeiten
(Zu S. 605—606.)

I. Die Vorschriften der Allgem. Gerichts-Ordnung Zbl. I §§. 34—42. sind abgeändert durch die Bestimmungen der B. v. 1846 über das Verfahren in Civil-Prozessen.

Es findet demgemäß (nach §§. 13. u. 14. a. a. O.) bei wenn von einem schon wirklich angefangenen Bau die Rede ist, die Festsetzung und Kassirung von dem Ausfalle des Prozesses abhängt (§. 2. G. O. I. 40.), auch wenn die Verhandlung vor ein Kollegium die Vorschrift des §. 61. der B. v. 1. Juni 1833 Anwendung nämlich auf die Klage sofort ein Termin zur mündlichen Verhandlung zugleich zur weiteren mündlichen Verhandlung vor dem erkennenden mit Beachtung der in der Prozeß-Ordnung vorgeschriebenen Fristen — anzuberaumen.

Der erkennende Richter ist dabei befugt, in jeder Lage des jedoch erst nach erfolgter Klagebeantwortung, über die von ihm anhängenden Gegenstände noch eine nähere Erörterung vor einem von beauftragten Kommissarius anzuordnen. Nach Beendigung der formalen Erörterung werden die Parteien zur mündlichen Schlußverhandlung Entscheidung der Sache nach §. 34. der Verordnung v. 1. Juni geladen.

II. Das Institut der Kreis-Justizräthe ist durch die Verordnung v. 2. Jan. 1849 über die Aufhebung der Privat-Justiz und des eximirten Gerichtsstandes (G. S. 1849 S. 1.) beseitigt, wodurch mithin die Vorschriften, betreffend die Kompetenz der Justizräthe in Bausachen (S. 606.), für antiquirt zu erachten.

III. Die Rechtsmittel in Bausachen betreffend (§§.

§. 42.), so bestimmt die Verordnung v. 21. Juni 1846, über Verfahren in Civil-Prozessen im §. 27.:

In Hausachen, wenn von einem schon wirklich angefangenen Bau die Rede ist, die Fortsetzung und Rastirung von dem Ausfalle des Prozesses abhängt (Prozess n. Tit. 42. §§. 34 — 42.), muß die Anmeldung der Appellation und deren Rechtfertigung spätestens binnen 3 Tagen, mit Ausschließung der Restitution, bei dem ersten Instanz (§. 30.) angebracht werden. Sie kann mündlich zu Protokoll oder schriftlich in der für die Appellationsrechtfertigung bestimmten Form (§. 21.) eingereicht werden.

Das Gericht erster Instanz schickt die Akten sofort nach Eingang der Appellationsrechtfertigung an den Appellationsrichter, und setzt die Parteien gleichzeitig in Kenntniß, den Appellaten unter Mittheilung der Appellationsrechtfertigung. Der Appellationsrichter setzt einen möglichst kurzen Termin zur Entgegnung auf die Appellationsrechtfertigung und zur mündlichen Verhandlung an, und ladet die Parteien dazu unter der in den §§. 20. und 21. vorgeschriebenen Verwar- tung vor.

Dem Appellaten steht frei, vor dem mündlichen Termine eine Entgegnung auf die Appellationsrechtfertigung, welche an keine Form gebunden ist, dem Appellations- richter einzureichen.

Für die Revision und Nichtigkeitsbeschwerde treten in Ansehung der Frist zur Anbringung, der Form, in welcher die Klärungen anzubringen sind, und des Verfahrens dieselben Vorschriften mit den näheren Bestimmungen des §. 23. in Kraft. (G. G. 1846 S. 298.)

Dritte Abtheilung.

Der volkswirtschaftlichen Einwirkung des Staates in Bau- Sachen.

I. Vorschriften, welche die zweckmäßige Bedachung be- treffen. (Zu S. 607 — 617.)

1) G. R. der K. Min. für H., G. u. öff. Arb. (v. Viebahn) u. der U. u. M. Angel. (v. Ladenberg) v. 29. Juli 1848 an sämmtl. K. Reg., die Anwendbarkeit der unter dem Namen der Schwedischen Eindeckungs- bezeichneten Dachdeckungs-Methoden.

Die Aufmerksamkeit der unterzeichneten Min. ist auf die, unter dem Namen Schwedischen Eindeckungsart bezeichneten Dachdeckungs-Methoden gelenkt worden, Material aus Steinpappe oder Papiermasse in Form von Pappen oder Papp- Bögen besteht.

Diese Methoden sind folgende:

1) Das Schwedische Steinpappen-Dach.

Die schon im Jahre 1785 durch den Schwedischen Admiralitäts-Medikus Arfrieb von Carlström erfundene Pappe (künstlicher Schiefer) besteht aus pappenähn- lichen Tafeln von braunröthlicher angenehmer Farbe. Sie ist im Wasser nicht lös- lich, nicht verbrennlich, und besteht nach der chemischen Analyse einiger Autoren aus zwei Theilen Kalk, eisenhaltiger Erde, Vitriol mit animalischen Oelen und aus drei Theilen gewöhnlicher Papiermasse oder sogenanntem Ganzzeuge, nach Anderen aus einem Theile Papierteig, zwei Theilen thierischem Leim, aus drei Theilen Kreide, rothem Bolus und etwas Alaun. Zur größeren Kompression werden die Tafeln durch Walzen gezogen, mit gekochtem Leinöl oder Leim bestrichen, der raschen Trocknen mit Bleikalk versetzt ist. Diese Steinpapptafeln werden gegenseitiger Ueberdeckung auf einer sehr ebenen Lattung mittelst kupferner Nä- gel befestigt und die Fugen mit einem Ritze aus Leinöl, Kreide und essigsaurem verstrichen.

Nach dem Bekanntwerden sind vielfache Versuche mit dieser Steinpappe angestellt, und im Preussischen Staate, besonders in Schlesien, viele Dächer damit gedeckt worden. Die darüber zunächst veröffentlichten Resultate ließen den Gegenstand als sehr bedeutsamen erscheinen, der in den letzten zehn Jahren des verfloffenen Jahrhunderts in unzähligen Flugschriften abgehandelt und mit Ausnahme weniger entgegengesetzter Stimmen, sehr günstig beurtheilt wurde. Es entstanden in

Schweden und Rußland Steinpappen-Fabriken, und auch in Schlefien war solche von einem Fabrikanten Drescher angelegt und privilegiert.

Dennoch ist diese Bedachungs-Methode wenige Jahre darauf ganz in Verrücktheit gerathen, wenigstens öffentlich nichts mehr darüber gehört worden, bis Jahre 1819 auf der Gewerbe-Ausstellung in Paris ein Fabrikant Hirsch wieder Steinpappe auslegte. Ihm folgte in neuerer Zeit der hiesige Kaufmann und Briefbesitzer Meander, der im Jahre 1837 eine, dem Anscheine nach sehr brauchbare Steinpappe (Köpenicker Schiefer) erfand, und Dächer zur Probe damit belagerte. Auch diese Erfindung hat keinen nachhaltigen Erfolg gehabt, wenigstens so viel hier bekannt, bis jetzt ein Resultat über das Verhalten dieser Probe nicht veröffentlicht worden. Zur Zeit ist in Berlin Steinpappe im Handel nicht erhalten; wohl aber eine Art Dachpappen von dem Papierfabrikanten Gherl Spechthausen erfunden, die zwar Steinpappen benannt werden, aber von den andern ganz verschieden sind.

Die Verwendung der Steinpappe scheint bisher daran gescheitert zu sein, weil bei geringer Neigung der Dachflächen die Aufgabe noch nicht gelöst ist, die Fugen gegen das Eindringen des vom Winde aufwärts getriebenen Regens und Schnees sicher zu stellen, indem die Anwendung des Kitts um so schwieriger ist, als die Steinpappe durch Temperaturwechsel sich mit der Zeit dehnt und damit die Kittfuge sich zu lösen beginnt. Bei der Steifigkeit derselben ist ein gegenseitiges Ineinanderschieben zur Dichtung der Fuge nicht wohl möglich. In allen Dächern kann das Versitzen allenfalls unterbleiben, ist aber die Steinpappe für diese brauchbar, so geht offenbar ein großer Vortheil ihrer Anwendung verloren.

Const dient aber die Farbe, das gefällige Ansehen der damit eingedeckten Flächen, das geringe Gewicht, die Einfachheit in der Behandlung beim Decken. Material zur besonderen Empfehlung und ließen sich die oben angeedeuteten Schwierigkeiten überwinden, so wäre es für alle Arten von Gebäuden, ohne Rücksicht auf deren Zweck und Konstruktion, brauchbar. Hinsichts des Widerstandes gegen Feuer wird das Steinpappendach den Stroh-, Rohr- und Holzdächern vorzuziehen sein, den Metall- und Steindächern aber nachstehen.

2) Das Schwedische Pappendach.

Das Material zu dieser Eindeckung besteht in, aus wollenen Lumpen hergestellten großen Papptaseln in einer Dicke von 3 Schönsbögen, die auf drei Seiten mit einem Falz umgebogen und sodann in siedenden Steinkohlen- und Radelholzasche so lange eingetaucht werden, bis sie ganz davon durchdrungen, ihre hygroskopische Eigenschaft verloren haben. Die beim Satteldache bis auf $\frac{1}{2}$ bis $\frac{3}{4}$ der geneigten Dachfläche muß mit einer ebenen Schälung versehen sein, auf welche die Papptaseln verlegt, gegenseitig in den Falz geschoben und mit doppelten Nageln befestigt werden. Die Fläche wird dann mit einem starken Theer-Anstrich überzogen und mit scharfem Sand, Ziegelmehl, Steinkohlenasche oder gepulvertem Kalk möglichst dicht überstreut.

Diese Eindeckungsart ist seit mehreren Jahren in Ostpreußen und seit dem Jahre 1842 am Rhein in der Umgegend von Duisburg für ökonomische und gewerbliche Gebäude mehrfach in Anwendung gekommen, auch hier auf einigen untergeordneten Schuppen der Eisenbahnhöfe versuchsweise benutzt worden. Bisher hat die öffentliche Stimme sich günstig darüber ausgesprochen; indessen wird immer noch ein längerer Verlauf von Jahren abzuwarten sein, bevor ein entscheidendes Urtheil über deren allgemeine Anwendbarkeit abgegeben werden kann.

Dieselben Eigenschaften, die der Steinpappe zur Empfehlung dienen, fehlen auch bei den Theerpappen, jedoch mit Ausnahme des gefälligen Ansehens der eingedeckten Flächen, indem diese nach Verlauf weniger Wochen schmutzig und schädlich erscheinen, sobald der Theer bei heißem Sonnenschein erweicht und weißgelbliche oder braune Kruste stellenweis schwarz färbt. Für Gebäude, welche ästhetischen Forderungen entsprechen sollen, dürfte, wenn deren Dachflächen erhalten bleiben, daher von dieser Methode weniger Anwendung zu machen sein.

Was die Eigenschaft des Daches in Rücksicht der Verbrennlichkeit anbelangt, bei Aufnahme von Flugfeuer anbetrifft, so ist darüber nur Günstiges zu berichten. In einem, aus dem Jahre 1842 hier bekannt gewordenen Beispiele dem Brande einer Tabakfabrik in Duisburg, hat das mit Theerpappen gedeckte Flügelgebäude den von dem Hauptgebäude herunterfallenden brennenden Theer so widerstanden, daß das Flügelgebäude nicht in Brand gerathen ist, und die Abdrücken der Dachfläche von den brennenden Holzstücken nicht sofort zu sehen waren.

1. Versuche zeigen überhaupt, daß die Pappe nicht mit heller Flamme brennt, n. nur glimmend verkohlt.

3) Das Schwedische (Finnländische) Papierdach.

Von diesem Dache ward zuerst im Jahre 1829 in einer in Stockholm erschie-
Broschüre, betitelt: „Underrättelse om Tacktöckning med Papper“ Nach-
gegeben; dasselbe fand aber wenig Beachtung, da man dem Papier als Deck-
al, nach der gewöhnlichen Anschauung von dessen Unhaltbarkeit, kein Ver-
schenkte. Im Jahre 1834 erschien aber eine ausführliche Abhandlung von
kaiserl. russ. Bauintendanten Engel zu Helsingfors, worin dieser Methode nach
12- bis 14-jährigen Erfahrung die ausgezeichnetsten Eigenschaften beigemessen
dächer dieser Art für Land- und Stadtgebäude, wegen ihrer Dauer, Wohlfeil-
feuer-Sicherheit und geringen Neigung, besonders aber auch wegen ihres ge-
n Ansehens und leichten Behandelns beim Decken, empfohlen wurden.

Das Material besteht aus einem dünnen, aus wollenen Lumpen fabrizirten
imten Packpapier, in großen Bogen von resp. 3 und 2 Fuß Abmessung.
Bogen werden ebenfalls in siedenden Holztheer so lange eingetaucht, bis sie
davon durchdrungen sind, wodurch besonders ihre Festigkeit und Biegsamkeit
ist. Die Dachfläche muß mit einer dichten, ganz ebenen Bretterschalung ver-
sein, worauf die Bogen mit gegenseitiger Ueberdeckung durch besondere Nägel
köpfe) befestigt werden. Zur Dichtung der Fugen wird nur ein dicker Ueber-
n Theer und Harz über die ganze Fläche gebracht, die gleichzeitig mit einem
ige aus Sand und Ziegelmehl oder aus letzterem und Bleiglätte mindestens
stark überstreut werden muß. Dies wird mit den Füßen der Arbeiter zur
ng mit dem Theer fest eingetreten und dann das Richtgebundene mit Bürsten
abgekehrt. Das Ueberziehen mit Theer und Inkrustiren mit dem Gemisch
dreimal wiederholt und darauf gesehen werden, daß sich die Fläche als ein
äßiges Kontinuum bildet.

So viel Vortheilhaftes über diese Methode, die auch in England jetzt allgemein
dwirtschaftliche Gebäude benutzt werden soll; veröffentlicht ist, so ist doch, so
ier bekannt, weder in der Umgegend von Berlin, noch in den Provinzen An-
ng davon gemacht worden, mit Ausnahme eines kleinen und deshalb nicht
idenden Versuchs.

Was nun die Kosten dieser Eindeckungsarten im Vergleich zu den der gebräuch-
Dächer anbetrifft, so wird die Quadrat-Ruthe gedeckter Fläche nach den hie-
preisen, incl. Lattung oder Schalung zu stehen kommen:

bei Steinpappe, wenn der von dem Fabrikbesitzer Neander geforderte Preis
von 2½ Sgr. pro Quadratfuß zum Grunde gelegt wird, auf 19 Thlr. 25 Sgr.
bei Theerpappen 14 Thlr. 26 Sgr.
bei Papier 15 Thlr. 3 Sgr.

dagegen kostet eine Quadrat-Ruthe incl. Lattung oder Schalung:

bei Ziegel-Spließdach 9 Thlr. 25 Sgr.
bei Ziegel-Kronendach 11 Thlr. 27 Sgr.
bei Ziegel-Doppeldach 12 Thlr. 15 Sgr.
bei Schieferdach 29 Thlr. 28 Sgr.
bei Zinddach 31 Thlr. 15 Sgr.

Merbei darf aber nicht unbemerkt bleiben, daß Ziegeldächer im Vergleich zu
brigen, relativ etwas höher zu stehen kommen, da bei gleicher Grundlage des
bedeckenden Raums, die Dachflächen wegen nothwendig größerer Steilheit auch
Flächen enthalten müssen als andere flacher liegende; in den vorstehenden
aber nur die Kosten gleich großer Flächen angegeben sind.

Im festes Urtheil über die allgemeine Anwendbarkeit dieser Methoden, von
die ad 1. vorläufig außer Frage bleiben muß, da das zu derselben erfor-
Material nicht im Handel ist, läßt sich hiernach zur Zeit noch eben so we-
en, als ein unter allen Umständen gültiges Verfahren der Darstellung an-
es ist indeß von Interesse, in der einen wie in der anderen Beziehung Er-
gen zu sammeln und zu dem Ende nicht nur von den Resultaten, welche die
nen Methoden bei ihrer Anwendung bei Privatbauten ergeben haben, soweit
Gelegenheit darbietet, Kenntniß zu nehmen, sondern auch bei fiskalischen
Versuche damit zu machen.

Der R. Reg. wird daher veranlaßt, bei der Veranschlagung fiskalischer, nament-
dem Ressort des mitunterzeichneten Ministeriums der geistlichen, Unterrichts-
Original-Angelegenheiten angehörender und ausschließlich aus Staats-Fonds

auszuführender Bauten diese Deckungs-Methoden im Auge zu behalten. Es bedarf jedoch kaum der Bemerkung, daß bei Anstellung solcher Versuche mit möglichster Vorsicht zu verfahren, und daß von denselben überall abgesehen ist, wo nicht bereits ähnliche Dächer angefertigt, und darin geübte Arbeiter vorhanden sind. Ueber das Ergebniß der gemachten Erfahrungen wird zu seiner Zeit Bericht erwartet.

Zur Information für die Baubeamten wird bemerkt, daß sich ausführliche Handlungen über die Konstruktion von Dächern nach den sub 2. und 3. angegebenen Methoden in folgenden Schriften finden.

- 1) „Ueber Wirthschafts-Einrichtungen nach den Grundsätzen des Schottischen Ackerbaues u. s. w.“ von J. Kaubon, aus dem Englischen übersetzt: Biernacki. Berlin, bei Reimer. 1819.
- 2) „Dächer mit Papier bedeckt,“ von dem Kaiserl. russischen Bau-Intendant Engel, in Crelle's Journal für die Baukunst, VII. Band, 1. Heft, Reimer 1834.
- 3) „Nachtrag“ zu dem vorigen Aufsatz in demselben Journal, Band I 3. Heft.
- 4) „Der Bau der flachen Dächer,“ von G. Linke, Abtheilung IV. und V. Braunschweig bei Vieweg 1840.
- 5) „Dächer von getheerten Pappen,“ von Böhm, im Notizblatte des Bau-Architekten-Vereins, Potsdam bei Riegel 1840.
- 6) „Mallet Dachbedeckungen von getheertem Papier,“ in Dingler's Journal, Band 92.
- 7) „Dachbedeckung mit getheerten Pappen,“ in der Deutschen Gewerbe-Zeitung, Jahrgang 1846.
- 8) „Ueber Pappendächer,“ von Hoffmann, in dessen Reisekizzen, in der allgemeinen Bau-Zeitung, Jahrgang 1846. Wien bei Förster.

Auch ist, wie bereits oben bemerkt, das Papierdach in der kleinen Schwedischen Schrift: Hagelstam, Underrättelse om Tacktäckning med Papper, Stockholm Norstätt et Söner 1829 ausführlich beschrieben, aber davon eine deutsche Uebersetzung nicht erschienen.

Ueber das sub 1. erwähnte ältere Schwedische Steinpappendach enthält das Handbuch der Landbaukunst, 4. Aufl. 2. Band, eine ausführliche Mittheilung. Angabe der bis zum Jahre 1818 über den Gegenstand erschienenen Litteratur (Min. Bl. b. i. B. 1848 S. 381. Nr. 473.)

2) E. M. des K. Min. für H., G. u. öff. Arb., Abth. III. (M. v. 30. Jan. 1850 an sämtliche K. Reg., sowie an das K. Polizeistudium in Berlin, betr. die Bedachungen mit Steinpappen.

Auf den Antrag der Besitzer der Papierfabriken zu Speckthausen Weittlage bei Neustadt-Eberswalde, Gebrüder Ebert, sind über die Sicherheit der dort gefertigten Steinpappen, bei deren Anwendung zu Dachbedeckungen, da der Gegenstand von allgemeinem Interesse ist, unter Zuziehung des Ober-Bauraths Linke zu Berlin und des Regierungs-Bauraths Redtel zu Potsdam, Untersuchungen angestellt worden.

Nach dem auf Grund derselben von der K. Ober-Baubehörde abgegebenen schriftlichen Gutachten v. 6. Dec. v. J. (Anl. a.) sind die in Rede stehenden Pappdächer den gewöhnlichen Ziegeldächern in Bezug auf die Feuer-Sicherheit wesentlich gleich zu achten.

Für den Fall, wenn die Bedachung mit dergleichen Steinpappe im Regierungsbezirke zur Anwendung kommen sollte, wird der K. Reg. hieron Rath gegeben.

Anl. a.

In Verfolg Ew. Excellenz hohen Erlasses vom 6. v. Mts. versehen wir unter Wiederbeischluß des uns nachträglich übersandten Schreibens des Staatsrats zu Neustadt-Eberswalde über die jetzt gebräuchlichen Theerpappen und deren Feuer-Sicherheit in Nachstehendem uns gutachtlich zu äußern.

Schon seit 15 Jahren sind mit Steinkohlen- oder Nadelholztheer-dünne Pappen zur Eindeckung von ökonomischen und gewerblichen Gebäuden in mehreren Provinzen des Staates in Anwendung gekommen, über welche die Stimme im Allgemeinen sich günstig ausgesprochen hat, obwohl das verwendete Material und das Verfahren beim Eindecken manches zu wünschen ließ. In jüngster Zeit hat diese Eindeckungsart in den Marken, vorzugsweise in der Umgegend von Neustadt-Eberswalde eine allgemeine Verbreitung

den, seitdem die Besitzer der Papier-Fabriken zu Spechthausen und Weillage, Gebrüder Ehart, nach einem eigenthümlichen Verfahren nicht allein eine Theerpappe, von ihnen Steinpappe benannt, anfertigen lassen, welche sich durch Diegsamkeit, vollkommenes Durchdrungensein von dem Theere und mäßigen Preis auszeichnet, sondern auch eine Anzahl Arbeiter für das Geschäft des Eindeckens, das trotz der Einfachheit einer sorgfältigen Behandlung bedarf, herangebildet haben, wodurch der Erfolg begünstigt und der Methode das öffentliche Vertrauen gewonnen worden ist. In der That zeichnen sich die Ehart'schen Dächer durch Wasserdichtigkeit, festes und langes Ausliegen der Tafeln, gleiche Färbung und gefälliges Aussehen aus, und, nach dem bisherigen Verhalten zu schließen, dürfte denselben auch hinsichtlich der Dauerhaftigkeit ein gutes Prognostikon gestellt werden können. Soweit überhaupt die Erfahrung von 7 Jahren zu einem entscheidenden Urtheile zu berechtigen im Stande ist, möchte die allgemeine Anwendbarkeit dieser Bedachungsart wohl nicht zu bezweifeln, und solche allenfalls selbst für Gebäude geeignet sein, welche ästhetischen Anforderungen entsprechen sollen, indem die schwarzbräunliche, fast gleichmäßige Farbe und die in gleichen Zwischenräumen regelmäßig wiederkehrenden, ebenfalls Pappe überzogenen Deckleisten das Ganze nicht unangenehm erscheinen lassen.

Allerdings würde eine Ausnahme mit solchen Gebäuden gemacht werden müssen, welchen feuchte Dämpfe von hohem Wärmegrade unmittelbar unter dem Dache aufsteigen, indem bei der ziemlich luftdichten Beschaffenheit der Dachflächen der Wärmeleitungsfähigkeit der Pappen zu besorgen steht, daß zur Zeit äußerer niedriger Temperatur die Dämpfe daran niederschlagen und tropfbar werden, in Folge des Beuteln der Bogen, selbst vorzeitige Fäulniß der denselben zur Unterst dienenden Bretterschalung entsteht. Hiernach dürfte bei Lokomotivschuppen, Fabriken, Tabakfabriken, bei Trockenräumen mittelst erhitzter Luft, Reithäusern selbst bei Viehställen, wenn dergleichen dichter Zwischendecken entbehren, nur in der Falle von der Methode Gebrauch gemacht werden können, daß gegen die Außen eine möglichst dichte Schalung von gespundeten Brettern gefertigt würde.

Besonders vortheilhaft ist es, daß die Steinpappe zur Eindeckung selbst sehr steile Dächer, ohne an Wasserdichtigkeit und Haltbarkeit zu verlieren, nach der bisherigen Erfahrung benutzt werden kann. Die Dächer zu Weillage haben eine Steigung von $\frac{1}{2}$ bis $\frac{1}{3}$ der Basis zur Höhe; anderweitig sind aber dergleichen in Anwendung gebracht, deren Höhe $\frac{1}{2}$, nach Angabe der Gebrüder Ehart, sogar $\frac{3}{4}$ Gebäudetiefe beträgt. Das äußere Ansehen einiger, schon vor mehreren Jahren errichteter Dächer läßt jedoch wahrnehmen, daß diejenigen sich am besten erhalten, deren Höhe nicht unter $\frac{1}{2}$ der Basis beträgt, weshalb ohne zwingende Umstände über diese Gränze nicht wohl hinauszugehen ist, wenn namentlich das Decken mit gegenseitiger Falzung der Pappen in Anwendung kommt, wobei wegen des Ineinandergreifens hinter dem Falze eine muldenförmige Vertiefung sich bildet, in welcher das Wasser stehen bleibt. Daß bei steileren Neigungen durch beschleunigteres Abfließen des Regen- und Schneewassers die Dächer längere Zeit in diesem Zustande verbleiben müssen, ist erklärlich, andererseits aber ebenso einleuchtend, daß dieselben bei einer Höhe von mehr als $\frac{1}{2}$ der Basis, durch vermehrte Schwierigkeit der Ausführung an und für sich, durch Vergrößerung der Dachfläche bei gleichem Grundraume aber auch relativ kostspieliger werden müssen. Wichtiger als der Kostenpunkt bleibt hierbei der Umstand, daß bei Annahme eines so starken Gefälles des Daches unmöglich machenden Gefälles nicht allein sehr wesentliche Vortheile verloren gehen, sondern auch die Feuerficherheit insofern vermindert wird, als die eventuelle Aufnahme von Flugfeuer dies weniger schnell oder gar nicht zu löschen, brennenden benachbarten Gebäuden, von dem Dache aus, wie es sonst mit Leichtigkeit geschehen kann, niemals mit Löschvorrichtungen beizukommen ist.

Die in Weillage fabrizirten Pappen messen beschnitten in der Länge 3 Fuß, in der Breite 2 Fuß 4 Zoll, enthalten mithin $7\frac{1}{2}$ □ Fuß Flächeninhalt, können aber auf Erfordern nach vorheriger Bestellung ohne erhebliche Preissteigerung um einige Zolle vergrößert werden. Das Gewicht derselben beträgt pпт., wobei 24 bis 28 Stück durchschnittlich 1 Zentner wiegen, womit aber nicht auf Ausschuß und Verlust durch gegenseitiges Ueberdecken oder Falzen zu rechnen, durchschnittlich nur 1 □ Ruthe Dachfläche belegt werden kann. Das Verhalten beim Eindecken ist verschiedenartig; welche Art indessen auch in Anwendung kommt, so bedarf sie stets einer dichten geschmiegteten, besser noch gespundeten Schalung der Dachflächen von mindestens 1 Zoll dicken Brettern, welche aber dauerhaft sein müssen, indem entgegengesetzten Falles, durch Schwinden und

Werfen derselben, das Plagen der nach längerem Liegen und Hartn behnbaren Pappen eintritt.

Nach der von einander abweichenden Hauptkonstruktion ergiebt sich Leistendach oder das ebene Dach, wovon das erstere, mehrfacher Vortheil denken, schon deshalb vorzuziehen bleibt, weil es dazu einer Schalung ausgetrockneter Bretter, die bei letzterem unbedingtes Erforderniß ist, bedarf. Sobald aber die Neigung weniger als $\frac{1}{2}$ der Waß zur Höhe Flächen häufigem Betreten preisgegeben sind, hat das ebene Dach in beiden Methoden findet sich wieder eine Verschiedenheit, je nachdem es mit Falzung und verdeckter Nagelung, oder mit gegenseitiger Ueber offener Nagelung, das ebene Dach aber mit geraden Bahnen, seitwärts verdeckter Nagelung oder mit gegenseitiger Ueberdeckung Nagelung, endlich mit Diagonalbahnen und offener Nagelung g Die verdeckte Nagelung ist der offenen, wobei die Nagelköpfe mit h hohlenped, der mit der Zeit abspringen kann, zugedeckt werden müssen, Festigkeit und Dichtigkeit vorzuziehen, gestattet aber nicht eine so einf lung beim Verlegen der Tafeln. Beim Leistendache müssen in gleich räumen von der Breite der Pappen, schwache Latten von vierseitigem oder halbrundem Querschnitte parallel von der Traufe nach dem F Schalung gelegt und mit starken Nägeln befestigt werden. Von de Festfüßen dieser Leisten, gegen welche der Seitenumfang der Tafeln halt die Sicherstellung derselben gegen mögliches Abheben und Aufrollen besonders ab, weshalb es rathsam erscheint, die Zwischenweiten der d der Breite der Pappen genau abzumessen, damit die Leisten auf jene deren Nägel tief in das Holz getrieben werden können. Hierdurch wendung dieser Methode für vorhandene mit Rücksicht auf ein anderes konstruirter Gebäude vertheuert, indem es entweder der Aufstellung Gespärres oder einer stärkeren Schalung von mindestens $\frac{1}{2}$ zölligen Br über welche die Leisten befestigt und die durchgreifenden Nagelspitzen v genietet werden können.

Beim ebenen Dache, sowohl mit verdeckter als offener Nagelung, der Wind erst eine Tafel gelöst hat, das Abheben der ganzen Fläch treten, und ist dem nur durch eine möglichst enge Nagelung vorzu Sparrenweite bleibt hierbei, wenn sie ein gewisses Maaß nicht überstei, fluß, weshalb diese Konstruktion für vorhandene Gebäude sich mehr eig

Das Dach mit Diagonalbahnen — Rautendach — welches sich len würde, ist mit Vorsicht und allenfalls nur bei einer festen Schalung trocknen Brettern anzuwenden, indem die Erfahrung lehrt, daß bei Werfen die Pappen plagen. Dasselbe eignet sich aber vorzugeweise, i defekt gewordener Dornscher Dächer zu treten, wobei die alte Lehmlage dumm zwischen der Schalung und der Pappe liegen bleibt, und verhindert Bewegung in jener dieser nachtheilig wird.

Was nun den wichtigsten, vielseitig in Frage gestellten Punkt - sicherheit dieser Bedachungsart — betrifft, so darf es nicht befremden der allgemeinen Anschauung über die leichte Entzündbarkeit des zu de Verwendung kommenden Hauptmaterials, diese selbst für feuergefährlich deshalb hier und da von den Landfeuersozietäten Bedenken getragen damit eingedachte Gebäude gegen die gewöhnliche Versicherungsprämie Die in Folge hohen Auftrages unter Leitung des Ober-Bauraths L i Regierungs- und Bauraths Medtel stattgehabten mehrseitigen Versuch gang und Ergebnis in der Verhandlung vom 19. Mai d. J. ausführ worden ist, erweisen aber zur Genüge, daß das Dach durch glühende zelne brennende Holzstücke, überhaupt durch Flugfeuer gar nicht, oder d sam und erst durch ein längere Zeit fortgesetztes, auf dieselbe Stelle hellloberndes Feuer in Brand gesetzt wird, wobei es außerdem gleichbl fabrizirte oder ältere Pappe zum Belegen genommen, der Theerüberzi oder längerer Zeit übergebracht und dieser mit Sand inkrustirt worde minder ergiebt sich daraus, daß die Fortpflanzung des Feuers, wen durch längeres Einwirken eines Holzbrandes auf eine Stelle entzündet nur langsam von Statten geht, und sich sogar nur auf einen geringen l beschränkt; weshalb, wenn die Neigung des Daches das Betreten Bösch außerordentlich erleichtert wird.

Besonders günstig ist aber das Verhalten des Daches bei einem

Gebäudes entstandenen Brande, wenn Gespärre und Schalung davon ergriffen, indem bei der fast luftdichten Dachfläche, das Feuer erst nach längerer Zeit die Fugen der Bretter tretend die Pappen entzündet und endlich verkohlt, ei weder ein Abheben noch Fortfliegen derselben stattfindet. Es waltet hierbei nfalls geringere Gefahr als bei Blei-, Zink-, Asphalt-, Schiefer- und Ziegeln ob, insofern oft vor gänzlichem Zusammensturz des Dachgerüsts bei ersteren Schmelzen und Abtröpfeln des Metalles und des Erzharges, bei letzteren aber Herabfallen der durch übermäßige Hitze zerspringenden Platten und Steine stattfindet, und das Annähern an das brennende Gebäude erschwert.

Daß übrigens bei fortgesetzter Einwirkung eines hellflamenden Feuers auf Dachfläche diese selbst, es sei das Deckmaterial, welches es wolle, in Brand gehen und dies um so eher statthaben muß, sobald das Gespärre von der Flamme wärts oder von innen ergriffen wird, ist einleuchtend und deshalb von einer unangenen Feuerficherheit irgend einer Bedachungsart, wenn das Gespärre nicht selbst Metall konstruirt ist, nicht die Rede.

Unzweifelhaft lehrt das Ergebniß der Weillager Versuche, daß diese Pappdächer Bezug auf Feuerficherheit den Stroh-, Rohr- und Schindeldächern, mit welcher eine Feuerversicherungs-Sozietäten sie in eine Klasse gesetzt haben, bei weitem anzuziehen, den Ziegelspießdächern aber gleichzusetzen sind. Mit Rücksicht auf den Stand, daß die meisten Feuersozietäten zwischen dem Ziegelspieß- und dem Ziegeln und Doppeltdache keinen Unterschied machen, tragen wir in Betracht des einzelnen Richtungen hin vortheilhafteren Verhaltens der Pappdächer nicht bezers Bedenken, sie den Ziegeldächern im Allgemeinen gleichzustellen; namentlich die Neigung nicht über $\frac{1}{4}$ der Gebäudetiefe zur Höhe hat und demnach das sten gestattet.

Die Kosten dieser Dächer sind, obwohl der Preis der Pappe für den Zentner $4\frac{1}{2}$ Thlr. beträgt, doch circa um $2\frac{1}{2}$ Thlr. höher als die der Ziegeldächer, je um mehr als die Hälfte geringer als die der Schiefer- und Zinkdächer, sie den aber erheblich niedriger zu stehen kommen, wenn es der Bretterschalung nicht kste. Nach hiesigen Preisen kostet 1 □ Ruthe Leistenbach:

1) das Material.

1 Zentner Pappe	4 Thlr. 15 Sgr. — Pf.,
1 Rohrnägel à mille 20 Sgr.	— = 24 = — =
1 Zentner Steinkohlentheer	— = 15 = — =
1 Scheffel Kalkpulver	— = 2 = 6 =
1 Stück 1 zöllige Bretter à 15 Sgr.	4 = 10 = — =
1 Stück $\frac{1}{2}$ zölliges Brett zu Leisten	— = 15 = — =
1 Stück starke Nägel	— = 5 = — =
1 Schock Lattnägel	— = 11 = 3 =
	11 Thlr. 7 Sgr. 9 Pf.,

2) das Arbeitslohn.

1 □ Fuß Bretter zu säumen, spunden und verlegen à 4 Pf.	1 Thlr. 18 Sgr. — Pf.,
Leisten zu fertigen und zu befestigen	— = 7 = 6 =
1 □ Fuß mit Pappe zu belegen	1 = — = — =
	2 Thlr. 25 Sgr. 6 Pf.,

In im Ganzen 14 Thlr. 3 Sgr. 3 Pf. Dagegen wird bei denselben Einheitsen eine □ Ruthe ebenes Dach nur 13 Thlr. 5 Sgr. 9 Pf. betragen.

Ueber die Höhe der jährlichen Unterhaltungskosten läßt sich in Ermangelung stehender Erfahrung hinsichtlich der Dauer der Pappen noch nicht mit Sicherheit Men. Bisher haben die Reparaturen nur in Erneuerung des Kalktheer-Übers bestanden, welcher aber bei einigen vor 6 bis 7 Jahren errichteten Dächern noch nicht als ein dringendes Bedürfniß herausgestellt hat; indessen dürfte es Allgemeinen rathsam erscheinen, denselben nach Verlauf von 3 bis 4 Jahren Men zu lassen, wodurch für die □ Ruthe 15 bis 20 Sgr. Kosten entstehen Men.

Wenden wir uns schließlich zu der besonders aufgeworfenen Frage: ob in der Anwendung dieser Steinpappen nicht ein geeignetes und zugleich wohlfeiles Ansmittel in den nicht seltenen Fällen gefunden werden könne, wo Stroh-, Rohr- Schindeldächer bei eintretenden Reparaturen bestehenden Bestimmungen gemäß beschafft werden sollen, die Umänderungskosten in ein Ziegeldach aber die Verhältnisse der Eigenthümer hauptsächlich aus dem Grunde übersteigen, daß Tragen einer schweren Dachlast zu leicht konstruirten Gebäude umgebaut r

den müssen — so ist deren Beantwortung zum Theil schon in der vorst. Erörterung enthalten. Wäre hierbei nur allein die Belastung im Betracht, so möchte bei dem sehr geringen Gewicht der Pappen selbst die leichteste zum Tragen der Last geeignet sein. Stroh-, Rohr- und Schindeldächer aber eine Neigung, die oft mehr als die halbe Gebäudetiefe zur Höhe bei sowohl das Eindecken als das Repariren der Flächen bei weitem sehr deshalb kostbarer wird. Dergleichen steile Pappdächer sind außerdem nicht zur Ausführung gekommen, und ist momentan nicht wohl abzusehen, Belegen derselben auf eine bequeme Weise bewirkt werden kann. Bezüglich allerdings nicht, daß die Praxis Mittel auffinden wird, zum Ziele zu kommen, sei es mit Hilfe eines Fahrstuhles, wie beim Schieferdache, oder eines Aufzugs, wie beim Rohr- und Strohdache. Indessen möchte noch ein anderer Grund der Verwendung der Pappen in manchen Fällen abzuhalten lassen. Rohrdächer haben in der Regel eine Sparrenstellung mit 5, selbst 6 Fußige Weiten, bei welchen eine feste Schalung von löthigen Brettern nicht stellen bleibt, es würde demnach die übermäßige Weite entweder durch Einführung neuer Sparren beschränkt, oder statt der Schalung aus löthigen Brettern dergleichen aus $1\frac{1}{2}$ bis $1\frac{1}{2}$ starke Dielen gefertigt werden müssen, in beiden Fällen die Kosten sich nicht unerheblich steigern würden.

Berlin, den 6. December 1849.

Königliche Ober-Bau-deputation.

An

den K. Geh., Staats- u. Min. für H., G. u. öff. Arb.,

Herrn v. d. Heydt, Exc.

(Min. Bl. v. i. B. 1850 S. 70. Nr. 86.)

II. Vorschriften, welche die Verhütung und Vertilgung des Hauschwammes betreffen. (Zu S. 617—618.)

E. R. des K. Min. des I., Abth. II. (v. Manteuffel) v. 3. an sammtl. K. Reg. und an das Pol. Präsidium in Berlin. Vertilgung des Hauschwammes.

In Erwiederung auf den Bericht v. 12. Sept. v. J. wird der Abschrift des von der K. wissenschaftlichen Deputation für das Mediz. gegebenen Gutachtens v. 17. Jan. c. in Betreff der Gefährlichkeit der des Quecksilber-Sublimats zur Vertilgung des Hauschwammes anliegende gefertigt.

Da nach Inhalt desselben durch Anwendung des Mittels auf vi. vorher zu bestimmende Weise Nachtheile für die Gesundheit der Menschen können, und der Gebrauch desselben durch andere, dem Zwecke entsprechende, gefahrlose Surrogate entbehrlich wird, so erscheint es vollkommen gerechtfertigt, den Gebrauch des Quecksilber-Sublimats zur Vertilgung des Hauschwammes zu untersagen.

Der K. Reg. bleibt überlassen, hiernach das Weitere zu verfügen.

Anl. a.

Ein K. u. Min. der G., II. u. Med.-Ang. forderte die wissenschaftliche Deputation unter dem 4. Nov. v. J. auf, sich gutachtlich zu äußern, ob der Gebrauch des Quecksilber-Sublimats bei öff. Bauten zu untersagen, bei Privaten wenigstens davor zu warnen sei.

Sehr viele Mittel sind gegen den Hauschwamm angewandt worden. Quecksilber-Sublimat, konzentrierte Auflösung von Eisenvitriol und von Eisenoxydul mit Kreosot, erhalten durch Auflösen von Eisen in rohem Eisen, haben sich als die wirksamsten bewährt. Der Arsenik ist sogleich nach den Versuchen wieder aufgegeben worden, weil mehrere Arbeiter bei der Verarbeitung vergiftet wurden. Den Sublimat hat man in England und auf dem großen Maßstabe und mit Erfolg angewandt; auch die hölzernen Unterbauten der Eisenbahn zwischen Heidelberg und Mannheim sind damit getränkt. Versuche, die in Leipzig angestellt worden sind, haben jedoch gezeigt, daß man eine große Menge einer Sublimatlösung anwendet, das Holz hinreichend getränkt wird, daß aber dieses Mittel dann zu theuer wird. Eben so verhält es sich an vielen Orten, z. B. in der hiesigen Porzellan-Fabrik, durch Anwendung einer Eisenvitriol-Lösung und des sogenannten holzsäuren Eisens, wenn nur recht konzentriert und gehörig angewandt werden, besonders nach der

ie vorgeschlagenen Methode, erreicht worden, so daß, da der Quecksilber-Sublimat durch andere wohlfeilere und gefahrlose Mittel ersetzt läßt, kein dringender und vorhanden ist, das Holz, besonders in bewohnten Räumen, mit einem star- kigen Gifte zu tränken, welches auf vielerlei nicht vorher zu bestimmende Weise Ge- schaden bringen kann.

Die wissenschaftliche Deputation ist hiernach der Meinung, daß die Anwendung Quecksilber-Sublimats für die Bewohner der Gebäude oder für die später in beschäftigten Bauhandwerker schädlich werden und dem zu befürchtenden Nach- theile durch die Anwendung eines angemessenen Surrogats, namentlich des schwefel- sauren oder holzsauren Eisenoxyduls, vorgebeugt werden kann.

Berlin, den 7. Januar 1846.

Königl. Wissenschaftliche Deputation für das Medizinalwesen.

Klug. Dr. Horn. Dr. Link. Dr. Wagner. Dr. Mitscherlich.

Dr. Froriep. Dr. v. Stosch. Dr. Schmidt. Dr. Casper.

(Min. Bl. d. i. V. 1846 S. 33. Nr. 46.)

III. Vorschriften, betreffend die zweckmäßige Einrichtung Ofen und Backöfen. (Zu S. 618 – 620.)

G. R. der K. Reg. zu Posen v. 6 April 1847 an deren Bauinspektoren betr. die Anlegung Holz ersparender Koch- und Heizöfen für ländliche Wohnungen.

In den neu zu errichtenden Forstdienst-Etablissements ist durch die bisherige Anlage der Feuerungen häufig der Uebelstand herbeigeführt worden, daß die Küchen rauchen. Es ist diesem, wie bereits sich gezeigt hat, leicht dadurch abzuheffen, die Stubenöfen nicht mehr durch Vorgelege von der Küche aus geheizt, sondern Backöfen umgewandelt werden, deren Heizung von den Zimmern aus erfolgt.

Während diese Ofen, die in bekannter Weise einen eisernen Rost und Aschen- und 6" weite russische Röhren erhalten, zur Holzersparung und steten Lüftung Zimmer beitragen, verhindern sie auch das Einrauchen der Küchen von dieser Seite, und machen die holzverschwendenden Kamine, welche sie ganz ersetzen, über- flüssig und entbehrlich. Eine weitere Holzersparung, und zur möglichsten Abstellung Küchenrauchs wird aber durch Anlage verdeckter Feuerungen, statt der bisher- gen offenen Herde, bewirkt, wobei letztere eiserne Kochplatten mit Ringen zum Ein- stecken des eisernen Kochgeschirres erhalten. Für eine Försterwohnung wird eine Küche mit 3, für eine Ober-Försterei aber eine solche mit 5 Kochlöchern austreichen, ist bei der letzteren auch auf Anlage eines Bratofens zu rücksichtigen.

Die aus einzelnen Tafeln zusammengesetzten Kochplatten verdienen hierbei den Vorzug vor denen aus einem Stück, da das Feuer meist nur einige Stellen vor- theilhaft berührt, und daher bei vorkommenden Beschädigungen die einzelnen Ta- feln leicht durch andere ersetzt werden können, ohne sogleich die ganze Platte ver- ersetzen zu müssen.

Wir weisen Sie hierdurch an, in allen den Fällen, wo auf den Forstdienst- Etablissements neue Feuerungsanlagen zu veranschlagen sind, und die Ofen einer Wohnung bedürfen, die vorerwähnten, statt der bisher üblichen Anlagen, zu wäh- len. Zugleich erhalten Sie beigehend Beschreibung und Zeichnung eines Koch- und Bratofens (Anlage a. b.) für kleinere ländliche Wohnungen, der sich als äußerst zweck- mäßig, so wie sonst in jeder Beziehung als zweckmäßig in der Praxis bewährt hat. Auch fertigen wir Ihnen anbei die Abschrift einer Kostenrechnung über die Anlage eines Kochherdes zur Maafnahme zu. (Anl. c.)

Der Koch- und Heizofen eignet sich ganz besonders für die Familienhäuser auf Domänen; wir weisen Sie daher an, bei allen Veranschlagungen von neuen Feuerungen in solchen auf diesen Sparofen Bedacht zu nehmen, wodurch denn die Anlage von Kaminen und besondern Küchen wegfallen kann.

Endlich beauftragen wir Sie, bei Anwesenheit auf den Domänen, die Herren mit diesen Ofen bekannt zu machen, und ihnen deren Einrichtung ausführ- lich zu erläutern, um, wo dies angänglich, bei Umsezung alter Ofen, jene zweck- mäßigen anbringen zu können.

Posen, den 6. April 1847.

K. Regierung. Abth. für direkte Steuern, Domänen und Forsten.

Anlage a.

Beschreibung zur nebenstehenden Zeichnung.

ist die Einheizöffnung, über ihr liegt der Raum b zum Kochen der Speisen.

fen, welcher von dem Heizloch durch eine eiserne Platte getrennt ist. — Soll der Ofen nun zum Kochen dienen, so wird der Winterschieber geschlossen, während Dampf- und Sommerschieber geöffnet werden, der Rauch entweicht in diesem Fall nur durch die Sommerschieber-Öffnung. — Soll im Winter geheizt und gekocht werden, dann schließt man den Sommerschieber, der Winter- und Dampfsteck werden geöffnet, und der Rauch zieht nun aus dem Heizraume *a* hinter dem Leerraume *b* durch die verschiedenen Züge bis an den Winterschieber, wo er in den Schornstein entweicht.

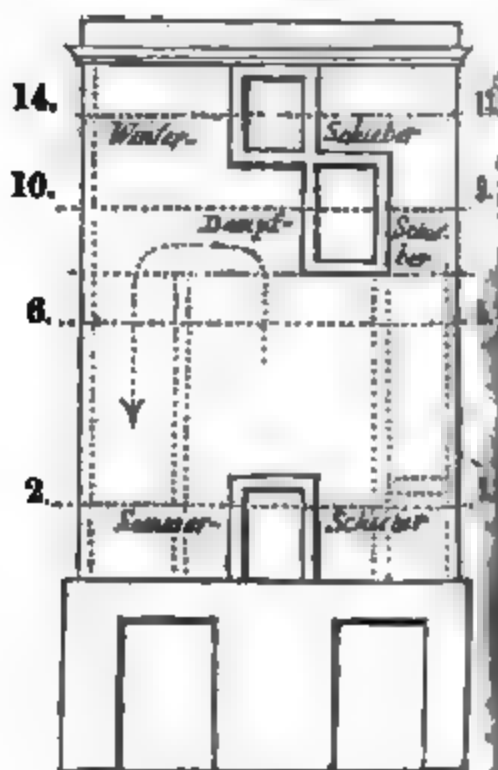
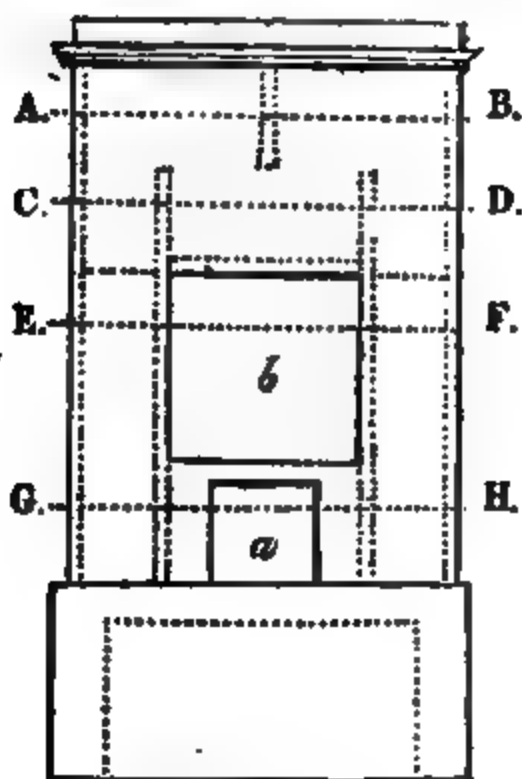
In der Vorder- und Hinteransicht deuten die punktirten Linien außer den Linien *AB . . . GH*, die Lage der Züge an, die man sehen würde, wenn man Vorder- und Hinterwand fort nähme. —

Anlage b.

Zeichnung eines Holz ersparenden Koch- und Heizofens für ländliche Wohnzwecke

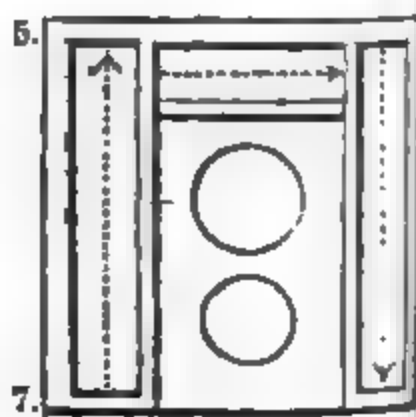
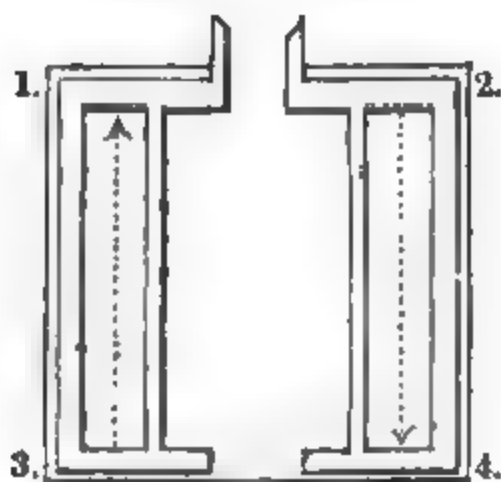
Vordere Ansicht.

Hintere Ansicht.



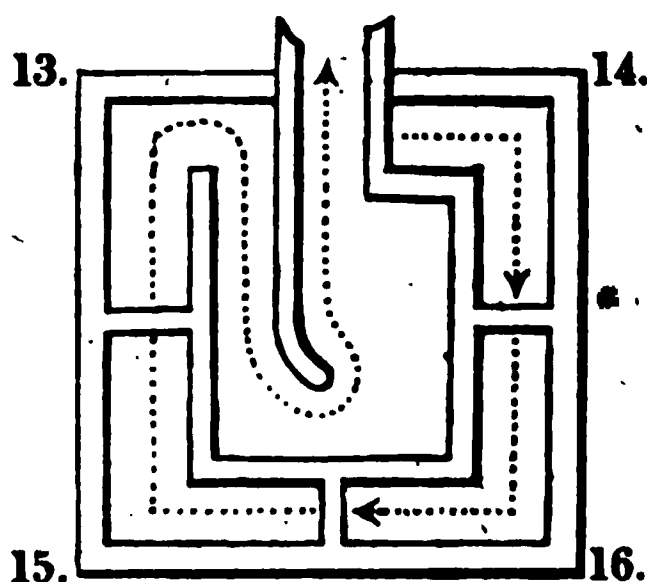
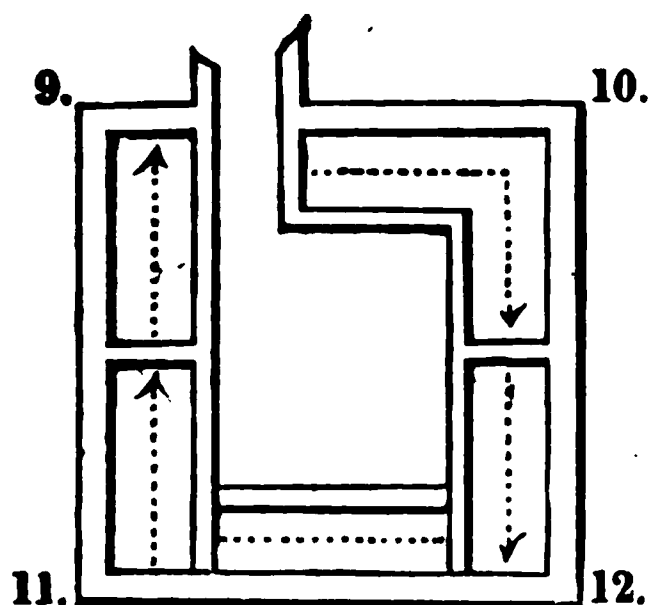
Durchschnitt nach G.H.

Durchschnitt nach E.F.



Durchschnitt nach C.D.

Durchschnitt nach A.B.



Anlage c.

Kostenrechnung über die Anfertigung eines Kochherdes.

Stählerne Platte 132½ Pfd. à 1½ Sgr.	6 Thlr. 18 Sgr.	— Pf.
Stählerne 15½ Pfd. à 1½ Sgr.	— „ 18 „	9 „
Stählerne Thüren	1 „ 22 „	— „
Schieber von Eisenblech behufs Reinigung der Röh-		
ren im Herde	— „ 10 „	— „
das Setzen des Herdes	1 „ — „	— „
Transport von N. bis N. 3 Meilen	2 „ 10 „	— „
Summa	12 Thlr. 18 Sgr.	9 Pf.

(Min. Bl. d. i. B. 1847 S. 96. Nr. 135.)

NOT RECORDED IN THIS OFFICE

Druck von Brandes & Schulze in Berlin, Hoffstraße Nr. 8.

I.

Chronologisches Register.

1817–1844.

v. 12. Sept. 1817	99
v. 29. April 1819	54
v. 7. Febr. 1820	54
v. 25. Nov. 1828	58
v. 30. März 1830	64
v. 22. Mai 1833	99
9. Juni 1837	99
v. 2. Nov. 1837	61
v. 12. Sept. 1842	65
beschl. v. 18. April 1843	111
17. Sept. 1844	102
v. 25. Sept. 1844	44

1845.

v. 1. Jan.	81
v. 30. März	44
v. 31. März	44
7. April	53
v. 9. Mai	15., 47
9. Mai	35
v. 30. Juni	104
19. Juli	59
14. Aug.	97
19. Aug.	34
v. 23. Aug.	37
v. 23. Aug.	38
v. 17. Sept.	18
23. Okt.	57
24. Okt.	83., 109
25. Okt.	104
v. 30. Nov.	57

1846.

v. 5. Febr.	132
11. Febr.	108
21. März	96
v. 3. April	96
itm. v. 14. April	15
v. 14. April	15
v. 2. Mai	45
10. Mai	122
beschl. v. 11. Mai	112
16. Juli	103
17. Juli	86

B. v. 21. Juli	125
E. R. v. 19. Aug.	106
E. R. v. 27. Aug.	51
R. D. v. 28. Aug.	54
R. v. 3. Sept.	45
E. R. v. 14. Sept.	99
Publ. v. 22. Sept.	105
R. v. 25. Sept.	81
E. R. v. 19. Okt.	54
E. R. v. 5. Nov.	54

1847.

R. v. 17. Jan.	81
E. R. v. 18. Jan.	16
E. R. v. 31. Jan.	16
E. R. v. 11. März	36
R. v. 28. März	109
E. R. v. 6. April	133
Bekanntm. v. 13. April	110
R. v. 15. April	85
R. v. 1. Mai	85
R. v. 5. Aug.	87., 123
R. v. 11. Okt.	87., 122
R. v. 9. Nov.	87., 123
E. R. v. 2. Dec.	107

1848.

E. R. v. 14. Jan.	32
R. D. v. 27. März	3
R. v. 5. April	52
E. R. v. 7. April	17
Erl. v. 17. April	3
E. R. v. 15. Juni	56
E. R. v. 6. Juli	17
E. R. v. 10. Juli	107
Erl. v. 10. Juli	33
E. R. v. 29. Juli	125
E. R. v. 18. Aug.	46
E. R. v. 6. Sept.	56
Regul. v. 6. Sept.	87
E. R. v. 30. Sept.	47., 48
R. v. 22. Nov.	48
E. R. v. 23. Dec.	34

1849.

B. v. 2. Jan.	32
-----------------------	----

B. v. 9. Febr.	82., 84
R. v. 7. März	35
G. R. v. 26. März	36., 48
Erk. v. 5. April	12
R. v. 19. Mai	96
R. v. 5. Juli	17
R. v. 18. Juli	106
R. v. 20. Juli	49
Vorschriften für die Bau-Akademie	
v. 1. Aug.	10
R. v. 3. Aug.	14
G. R. v. 14. Aug.	52
G. R. v. 17. Aug.	10., 19
Bekanntm. v. 18. Aug.	12
Publ. v. 10. Sept.	47
G. R. v. 12. Sept.	49
Bekanntm. v. 18. Sept.	25
G. R. v. 30. Sept.	25
G. R. v. 5. Okt.	34
G. R. v. 6. Okt.	58
R. v. 15. Okt.	98
R. v. 6. Nov.	49
G. R. v. 21. Nov.	98
R. v. 26. Nov.	31
Bekanntm. v. 1. Dec.	27
R. v. 8. Dec.	46
B. v. 22. Dec.	4., 19
G. R. v. 30. Dec.	59

1850.

R. v. 6. Jan.	52
Erk. v. 14. Jan.	4
Bekanntm. v. 22. Jan.	7
G. R. v. 23. Jan.	84
Bekanntm. v. 24. Jan.	4

G. R. v. 30. Jan.	
G. R. v. 9. Febr.	
Bekanntm. 28. Febr.	
Geschäfts-Regl. für die Bau.	
v. 28. Febr.	
G. R. v. 15. März	
G. R. v. 18. April	
G. R. v. 24. April	
Bekanntm. v. 8. Mai	
Bekanntm. v. 13. Juli	
G. R. v. 13. Juli	
Bekanntm. v. 17. Juli	
R. v. 20. Juli	
G. R. v. 19. Aug.	
G. R. v. 23. Sept.	
G. R. v. 4. Okt.	
Bekanntm. v. 14. Okt.	
G. R. v. 14. Okt.	
Erk. v. 16. Nov.	
Bekanntm. v. 6. Dec.	

1851.

G. R. v. 22. Jan.	
G. R. v. 4. Febr.	
Bekanntm. v. 8. Febr.	
G. R. v. 8. Febr.	
G. R. v. 11. Febr.	
G. R. v. 20. Febr.	
G. R. v. 28. März	
G. R. v. 11. April	
Bekanntm. v. 19. Mai	
G. R. v. 19. Mai	
R. v. 24. Mai	
G. R. v. 17. Juli	

II.**Alphabetisches Register.****A.**

Arbeitslöhne, f. Quittungen, Bauten.

Auseinanderbau auf dem platten Lande, 85. — in der Provinz Hamburg und den Kreisen Dramburg und Schivelbein, 85. Provinz Preußen, 85.

Auseinanderseßungs-Sachen, f. Baubeamte.

B.

Bau-Akademie, Königliche, Vorschriften für dieselbe, 10. — Personal Bau-Anschläge, Abstellung unnützer Weitläufigkeiten bei deren Aufstellung
Bau-Beamte, Aufhebung der Konduiten-Listen, 12. — Aufstellung und Abrechnung von Personal-Nachweisungen über dieselben, 12. — in Betreff derselben insbesondere, 14. — desgl. der Baukondukteure, 14. — Nichtanerkennung der christlichen Religion für Bau-Beamte, 16. — deren Gerichtsstand
Diäten und Reisekosten, 32. — Verwendung Königlicher in Auseinandersetzungs-Sachen und Festsetzung deren Kostenrechnungen, 35. — Entschädigung!

- vertreter von Baubeamten für Fuhrkosten, Schreib- und Zeichenmaterialien und Bureaukosten, 36. — Verpflichtung der Baubeamten zur Beobachtung der höchsten Wasserstände und zur Sammlung von Notizen darüber, 37. — deren Verpflichtung zur unentgeltlichen polizeilichen Revision der Dampfkessel und Dampfkessel-Anlagen, 43. — deren Theilnahme an Ausführung von Eisenbahnen, 43.
- beschränkungen, in Betreff des Auseinanderbaues auf dem platten Lande, 85. — feuerpolizeiliche in Betreff der zum platten Lande gehörigen Grundstücke, die in Städten oder im Gemenge mit städtischen Grundstücken liegen, 86. — in Bezug auf feuergefährliche Gewerbeanlagen, 87. — insbesondere bei Dampfmaschinen, 87. — in Betreff der Dampfmaschinen-Anlagen in Berg- und Hüttenwerken, 96. — in Betreff der Kalk-, Ziegel- und Gips-Ofen, 97. — in Betreff der Privat-Pulver-Fabriken, 99. — in Betreff der feuergefährlichen Bedachungen, 102. — in Betreff des Baues der Schornsteine, 103. — der Schornstein-Röhren, 104. — in Betreff der Boden-Öffnungen, 105. — der Brunnen, Teiche und Wasserbehälter, 106. — der Kies-, Sand- und anderen Gruben, 106. — in Betreff der Mühlenbauten, 107. — in Betreff der Straßen und öffentlichen Plätze, 109. — in Betreff bereits vorhandener Bauten, 108.
- Deputation, technische, deren Errichtung, 4. — Geschäfts-Reglement, 7. — deren Bestallung zur Prüfungs-Behörde für Bauführer und Baumeister, 19.
- führer, Diäten derselben, 35. — s. Feldmesser-Arbeiten-Prüfungen.
- fach, Benennungen für Diejenigen, welche sich dem Baufache widmen, 32.
- freiheit, deren Einschränkung zum Besten der Nachbarn, 111.
- gerüste, Vorsichtsmaßregeln bei deren Errichtung, 109.
- handwerker, fortbauende Gültigkeit der für dieselben erteilten Prüfungs-vorschriften, 83. — Qualifikation der Maurermeister zum Gewerbe der Ziegel-bekerei, 83. — in Betreff der Baumeister, und insbesondere der Privat-baumeister, 84.
- holz, Beschaffung des zu fiskalischen Bauten erforderlichen, 54.
- hölzer, Berücksichtigung der disponiblen und möglichst sparsamen Veranschla-gung derselben, 53.
- herr, dessen Verhältniß zum Bauhandwerker und Unternehmer, 123.
- Konstrukteure, deren Verpflichtung zur Einreichung jährlicher Verzeichnisse über ihre Arbeiten, 14.
- Konsense, eigenmächtige Abweichung davon, 85. — Recht der Polizei-behörden zur Abänderung oder zum Abbruch vorschriftswidrig aufgeführter Bauten, 84.
- Inspektoren, Reisekosten, 34. — deren Rangverhältniß, Diäten und Reisekostensatz, 34. — Diäten der Land- Bau-Inspektoren für die innerhalb ihres Baukreises unternommenen Dienstreisen, 35.
- meister, Erforderniß des Qualifikations-Nachweises, 83. — s. Feldmesser-Arbeiten, Prüfungen, Regierungs-Baumeister.
- Polizei-Ordnungen, 122. — für Brandenburg, 122. — Schlesien 122. — Posen, 122. — Pommern, 123.
- Referendarien, deren Diäten, 34.
- Schule, Königl. allgemeine, deren anderweitige Organisation als Kö-nigliche Bau-Akademie, 10. — Aufnahme der Feldmesser darin, 18.
- stellen, deren Zusammenziehung, 108.
- Streitigkeiten, Verfahren, 124. — Rechtsmittel, 125.
- ten, öffentliche, Nichtausführung derselben durch Feldmesser, sondern nur durch Baumeister oder Bauführer, 17. — deren Leitung, Beaufsichtigung und Aus-führung, 17. — Strafbarkeit fehlerhafter Ausführung von Bauten und Repa-raturen, 106. — polizeiliche Aufsicht auf deren Ausführung, 109. — s. Bau-Konsense, Domainen- und Forstbauten, Justizbauten, Kirchen-, Pfarr- und Schulbauten, Stempel.
- Wesen, Begründung einer Zeitschrift dafür, 1. — obere Verwaltung dessel-ben, 4.
- Böglinge, deren Verpflichtung zur Einreichung jährlicher Verzeichnisse ihrer Arbeiten, 14.
- Wungen, Abschaffung feuergefährlicher, 102. — Lehmshindelsbedachungen auf dem platten Lande, 102. — Empfehlung zweckmäßiger, 125.
- Öffnungen (Luten), deren Verbedung, 105.

Brunnen, deren Umwährung, 106.
Bureau-Kosten, s. Stellvertreter.

C.

Chaussee-Aufseher, deren Anstellung, 47.
Chausseegeld-Einnehmer, Zahlungen aus deren Kassen für die
fung von Chaussee-Unterhaltungsmaterial und die davon zu gewä-
ttene, 51. — deren Verhältnisse auf Aktien-Chausseen, 52. — Bez.
Dienstinkommens derselben, 52. — Bezeichnung der Chausseegeld-Ge-
Dienstinkommen der Chausseegeld-Erheber, 52.

D.

Dampfkessel, Verpflichtung der Baubeamten zur unentgeltlichen
Dampfkessel und Dampfkessel-Anlagen, 43. — s. Dampfmaschine
Dampfmaschinen, Vorschriften betreffend die Anlage von Dampfke-
in der Nähe bewohnter Gebäude, 96. — Verfahren bei polizeilichen
von Dampfmaschinen-Anlagen, 96. — insbesondere in Berg-
werken, 96.
Diäten, s. Bau-Beamte, Regierungs-Baumeister, Bau-
darien, Bauführer.
Domainen- und Forstbauten, technische Prüfung ihrer Nothwendig-
Anordnung und Ausführung derselben, 58.
Drumme, zur Abführung des Wassers, 117.
Düngergruben und ähnliche Anlagen, deren Entfernung von Gebäu-

E.

Eisenbahnen, s. Bau-Beamte.
Entreprise-Verträge, s. Fiskus.

F.

Feldmesser, deren Verpflichtung zur Einreichung jährlicher Verzeichni-
Arbeiten, 14. — Zulassung derselben zu den Prüfungen, 16. — na-
Schulbildung, 17. — Nichtausführung öffentlicher Bauten durch
17. — deren Aufnahme in die Königl. allgemeine Bau-Schule, 18
erforderniß christlicher Religion, 45. — Vereidigung derselben, 45.
und Begutachtung ihrer Liquidationen durch die Vermessungs-Revisi-
Feldmesser-Arbeiten, deren Ausführung durch Bauführer, Bau-
Privat-Baumeister, 24.
Fenster und andere Lichtöffnungen, 120.
Feuerpolizeiliche Baubeschränkungen, s. Baubeschränkungen
Fiskus, Sicherung desselben vor Zahlung von Zögerungszinsen bei Ein-
Erfüllung von Entreprise-Verträgen, 57.
Forst-Bauten, s. Domainen- und Forstbauten.
Fuhrkosten, s. Stellvertreter.

G.

Gebäude, Bezeichnung der verschiedenen Geschosse derselben in amtliche
lungen, 16. — Pflicht der Eigenthümer zu deren Unterhaltung, 10
Gerichts-Bauten, s. Justiz-Bauten.
Gerichtsstand, der Bau-Beamten, 32.
Geschosse, Bezeichnung derselben in amtlichen Verhandlungen, 16.
Gips-Defen, s. Baubeschränkungen.
Gränzscheidungen, 116.
Grasnutzung in den Gräben und auf den Böschungen der Chausseen
eines Gratifikations-Fonds aus deren Verpachtungs-Erträgen, 47.
Gratifikations-Fond, dessen Bildung aus den Pachterträgen der
Weidenpflanzungs-Nutzungen der Gräben und Böschungen der Chaus-

S.

egel, Beobachtung der Wasserstände, 37.
 wamm, dessen Verteilung, 132.
 fen, s. Defen.
 ren Zurücktreten von der Gränze, 117.
 ie, Erhaltung ausreichender bei Parzellirungen von Grundstücken, 109.

T.

lauten, Konkurrenz der Regierungen dabei, 59. — deren Ausführung
 Verwendung und Verrechnung der Baugelber, 59. — Fonds zu Bauten
 Reparaturen an Gerichtslökalien, 60.

U.

fen, s. Bau-Beschränkungen.
 ben, s. Baubeschränkungen.
 , Pfarr- und Schul-Bauten, Unterstügungen dazu aus Staatsfond,
 — Veranschlagung derselben, 65. — Empfehlung der von der Ober-Bau-
 tation herausgegebenen Bau-Entwürfe für solche, 81.
 f. Düngergruben.
 fen, s. Defen.
 eure, s. Feldmesser.

V.

u-Insppektoren, s. Bau-Insppektoren.
 ben, s. Baubeschränkungen.
 f-Essen, s. Schornsteine.
 ungen, s. Fenster.

W.

meister, s. Bau-Handwerker.
 ium, für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten, Errichtung desselben,
 — Feststellung des Ressorts desselben, 3. — Vereinigung der technischen
 Bau-Deputation mit demselben, 4.

X.

u-Deputation, technische, deren Auflösung und Vereinigung mit dem
 terium für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten, 4. — Errichtung
 hnischen Bau-Deputation, 4., 5.
 mpfehlung ersparender Koch- u. Heizöfen für ländliche Wohnungen, 133.
 iche Bauten, s. Bauten.
 iche Plätze, s. Straßen.

Y.

hte, 116.
 Behörden, deren Recht zur Abänderung oder zum Abbruch vorschrist-
 , aufgeführter Bauten, 84.
 Baumeister, s. Feldmesser-Arbeiten, Prüfungen.
 en, Zulassung zu den Feldmesser-Prüfungen, 16. — Der Bauführer und
 eister, 19. — Vorschriften für Ausbildung und Prüfung der sich dem
 iche Widmenden, 19. — Real-Schulen, welche zur Ertheilung annehm-
 Entlassungs-Zeugnisse für Kandidaten des Bauaches befähigt sind, 22.
 isforderungen bei den Prüfungen der Bauführer, Baumeister und Privat-
 eister, 25. — Verfahren dabei, 27. — Stempelfreiheit der Zeugnisse zur
 ung, 31. — Einsendung der Verhandlungen über die Prüfung der Kan-

bidaten der Feldmefskunft an die technische Bau-Deputation, 32. —

Handwerker, f. Bau-Handwerker.

Pulver-Fabriken, f. Baubeschränkungen.

Q.

Quittungen, Stempel zu den Quittungen über Arbeitslöhne bei Bauten, 57.

R.

Ratne, 116.

Real-Schulen, Berechtigung zur Ertheilung von Entlassungs-Zeug
Kandidaten des Baufaches, 22.

Rechnungsbelege, f. Zeichnungen.

Referendarien, f. Bau-Referendarien.

Regierungs-Baumeister, deren Diäten, 34.

Reisekosten, f. Bau-Beamte, Bau-Insppektoren.

Revision, f. Dampfkessel, Dampfkessel-Anlagen.

Rinne, deren Entfernung von der Wand des Nachbarn, 119.

S.

Sandgruben, f. Baubeschränkungen.

Schlacken-Essen, f. Schornsteine.

Schornsteine, Fortschaffung der hölzernen und geklebten, 103. —
der sogenannten Lehmzopf- und Schlacken-Essen, 103.

Schornstein-Röhren, Ausbrennen nicht besteigbarer, 104. —
Dung, 104.

Schreibmaterialien, Bestreitung der Kosten dafür bei Ausführung
Bauten 36., f. Stellvertreter.

Schwedische Eindeckungsart, 125.

Stadtmauern, Einholung der Ministerial-Genehmigung zu jedem Um
ben, 81. — Genehmigung zu Veränderungen derselben, wenn das
nicht mehr der Stadtgemeinde, sondern Dritten zusteht, 81.

Steinpappen-Dächer, deren Empfehlung, 128.

Stellvertreter von Baubeamten, deren Entschädigung für Fuhrkosten
und Zeichenmaterialien und Bureaukosten, 36.

Stempel zu Quittungen über Arbeitslöhne bei öffentlichen Bauten, 57

Stempelfreiheit der Zeugnisse zur Zulassung zu den Bau-Prüfungen

Straßen und öffentliche Plätze, Verhütung der Verunstaltung u
gierung durch Bauten, 108.

T.

Teiche, deren Umwährung, 106.

Titel, der Personen, welche sich dem Baufache widmen, 32.

U.

Unterstützungsgelder für die bei Ausführung von Staatsbauten vor
beschäftigten Personen in Fällen der Erkrankung oder körperlichen
gung, 37.

V.

Vermessungs-Revisoren, deren Ernennung und Anstellung, 46. —
und Begutachtung der Liquidationen der Feldmesser durch dieselben,

Verzeichnisse, Einreichung jährlicher, Seitens der Feldmesser, Bau-
und Bau-Böglinge über die von ihnen gefertigten Arbeiten, 14.

W.

Wasserbehälter, deren Umwährung, 106.

Basserstände, s. Baubeamte.

Basserstands-Tabellen, deren Einsendung, 43.

Beidenpflanzungen, Bildung eines Gratifikationsfonds aus deren Pächterträgen, 47.

Bindmühlen, deren Entfernung von benachbarten Aedern, 107. — Anlage auf Feldmarken, die in der Gemeinheitstheilung begriffen, 107.

3.

Bau, dessen Unterhaltung, 117.

Zeichnenmaterialien, s. Stellvertreter.

Zeichnungen, Ausschließung der zu Bauanschlägen gehörigen, von der Verwendung als Rechnungsbeläge, 16.

Zeitschrift für Baugesen, 1.

Zeigelbecker, s. Bau-Handwerker.

Zeigeleien, Beschränkungen in Betreff deren Anlegung, 99.

Zeigel-Defen, s. Baubeschränkungen.

Zeigerungszinsen, s. Fiskus.

Die
Verfassung und Verwaltung
des
Preussischen Staates;

eine
systematisch geordnete Sammlung aller auf dieselben Be-
habenden gesetzlichen Bestimmungen, insbesondere der in der Ge-
sammlung für die Preussischen Staaten, in den von Kamptz
Annalen für die innere Staatsverwaltung, und in deren Fortse-
gen durch die Ministerial-Blätter enthaltenen Verordnungen
Reskripte, in ihrem organischen Zusammenhange mit der
früheren Gesetzgebung,

dargestellt

unter Benützung der Archive der Ministerien des Innern, der Finanzen
Justiz, der Geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten,
Königlichen Hauses, und der Hauptverwaltung der Staatsschulden,

von

Ludwig von Mönnig,
Kammer-Gerichts-Rathe.

Sechster Theil.

Das Polizeiwesen.

Dritter Band.

Das Medicinalwesen des Preussischen Staates.

Supplement-Band,

enthaltend

die bis zum Jahre 1852 erlassenen Verordnungen.

Breslau,
bei Georg Philipp Aberholz.

1852.

Das
Medicinal-Wesen
des
Preussischen Staates;

eine
systematisch geordnete Sammlung aller auf dasselbe Bezug
habenden gesetzlichen Bestimmungen, insbesondere der in der Gesetz-
sammlung für die Preussischen Staaten, in den von Kampfschen
Analen für die innere Staatsverwaltung, und in deren Fortsetzun-
gen durch die Ministerial-Blätter enthaltenen Verordnungen und
Rescripte, in ihrem organischen Zusammenhange mit der
früheren Gesetzgebung,

dargestellt
unter Benutzung der Archive der Königlichen Ministerien
von

Ludwig von Mönne,
Kammer-Gerichts-Rathe.

Supplement-Band,
enthaltend
die bis zum Jahre 1852 erlassenen Verordnungen.

Breslau,
bei Georg Philipp Aberholz.

1852.

Uebersicht des Inhaltes.

	Seite
er Theil. Die Medizinal-Beamten und Behörden.	
ster Abschnitt. Die Central-Behörden	1
weiter Abschnitt. Die Provinzial-Behörden	
I. Die Provinzial-Behörden selbst.	2
II. Die Organe der Medizinal-Behörden	5
A. Der Kreisphysikus	
1. Zulassung zu den Physikats-Prüfungen	6
2. Berichte der Kreisphysiker	6
3. Pflichten des Kreisphysikus	7
4. Diäten und Reisekosten	9
B. Der Kreis-Chirurgus	10
C. Der Kreis-Thierarzt.	
1. Prüfung und Befähigung	10
2. Diäten und Reisekosten	11
ter Theil. Die Medizinal-Ordnung.	
ste Abtheilung. Von den Medizinal-Personen im Allgemeinen.	
I. Bestrafung derselben wegen Verletzung ihrer Berufspflichten.	11
II. Untersuchungen gegen Medizinal-Personen	12
II. Prüfungen der Medizinal-Personen.	
1. Allgemeine Bestimmungen	15
2. Prüfung der Kreisphysiker	15
3. Prüfung der Wundärzte	17
4. Prüfung der Kreis-Thierärzte	17
5. Prüfung der Hebeammen	18
6. Prüfung der Apotheker	19
7. Prüfung der Hühneraugen-Operateure	19
8. Prüfung der Bandagisten und chirurgischen Instru- mentenmacher	20
9. Sitz der Prüfungs-Kommissionen für Abdecker und Viehkastrirer	21
V. Approbation zur Betreibung der ärztlichen Praxis	21
V. Von der Remuneration der Dienstleistungen der Medizinal- Personen.	
1. Von den Taxen der Medizinal-Personen	26
2. Von der Verbindlichkeit zur Bezahlung der Kurkosten	26
3. Von der Geltendmachung der Forderungen der Medi- zinal-Personen und Apotheker	27
VI. Von den Pflichten der Medizinal-Personen	28
te Abtheilung. Von den einzelnen Medizinal-Personen.	
I. Der Arzt	29

II. Der Wundarzt	3
III. Die Hebamme	3
IV. Der Augenarzt	3
V. Der Zahnarzt	3
VI. Der Thierarzt	3
VII. Der Apotheker.	

A. Von der objektiven Befähigung zur Ausübung der Apothekerkunst.

B. Von der subjektiven Befähigung des pharmazeutischen Personals.

C. Von den Rechten des Apothekers.

1. Von dem Handel und dem Verfaufe der Arznei-Waaren und dem diesfälligen Verhältnisse der Apotheker zu anderen Handeltreibenden.

2. Von dem Handel mit Giften, insbesondere Bestimmungen über den Debit des Arsens zur Vertilgung schädlicher Thiere.

3. Von dem Debit der zubereiteten Arzneimittel Seitens der Apotheker.

a. Der Handel mit Arcanis.

b. Das Selbstdispensiren der Aerzte.

c. Die Arzneitaxe.

D. Von den Pflichten des Apothekers.

1. Von den Pflichten in Anschaffung, Bereitung und Aufbewahrung der Medikamente.

2. Von der Aufsicht über die Apotheker.

Dritte Abtheilung. Die aus medizinisch-polizeilichen Rücksichten beaufsichtigten Gewerbetreibenden.

I. Der Bandagist und der Verfertiger chirurgischer Instrumente.

II. Der Abdecker und Viehschneider.

Dritter Theil. Die Medicinal-Polizei.

Erste Abtheilung. Die Sanitäts-Polizei.

Erste Unter-Abtheilung. Maaßregeln zur Vernichtung der Krankheitsursachen.

I. Sorge für das physische Wohl der Kinder.

A. Bestimmungen in Betreff des Kindermordes.

B. Sorge für die körperliche Ausbildung der Jugend.

II. Sorge für den Genuß unschädlicher Nahrungsmittel.

III. Verhütung von Vergiftungen.

A. Aufsicht auf den Handel mit Giften.

B. Aufsicht auf giftige Farbe-Materialien.

IV. Sorge für Reinheit der Luft in den Wohnplätzen und um dieselben.

V. Belehrungen zur Vermeidung schädlicher äußerer Einflüsse.

Zweite Unter-Abtheilung. Von den Maaßregeln gegen die Verbreitung ansteckender Krankheiten.

Erster Abschnitt. Von den Maaßregeln gegen Verbreitung ansteckender Krankheiten der Menschen.

I. Belehrungen über Verhütung und Behandlung der ansteckenden Krankheiten.

II. Allgemeine Schutzmaaßregeln gegen die Verbreitung ansteckender Krankheiten.

III. Spezielle sanitäts-polizeiliche Vorschriften für die einzelnen ansteckenden Krankheiten.

	Seite
A. Die Cholera	74
B. Die Pocken	82
C. Die Tollkrankheit	84
Zweiter Abschnitt. Von den Maaßregeln gegen die Ver- breitung ansteckender Krankheiten der Thiere.	
I. Allgemeine Vorschriften zur Abwendung der Viehseuchen.	86
II. Maaßregeln gegen einzelne Thierkrankheiten.	
A. Die Rinderpest	88
B. Die Lungenseuche	95
Dritter Abschnitt. Ueber die Tragung der zur Unterdrück- fung ansteckender Krankheiten aufgewendeten Kosten	
	96
Zweite Abtheilung. Die Medizinal-Polizei im engeren Sinne.	
Erste Unter-Abtheilung. Die mittelbaren Maaßregeln des Staates zur Heilung ausgebrochener Krankheiten.	
Sorge des Staates für die der Medizinal-Polizei nöthigen Anstalten.	
A. Errichtung von Krankenkassen	97
B. Die Bade-Anstalten, Mineralbäder, Gesundbrunnen	98
C. Von den öffentlichen Kur- und Heil-Anstalten.	
1. Allgemeine Bestimmungen	98
2. Bestimmungen, das Charitee-Krankenhaus betreffend	98
3. Irren-Anstalten	99
4. Taubstummen-Anstalten	102
Zweite Unter-Abtheilung. Die unmittelbaren Maaßregeln des Staates zur Heilung der Krankheiten.	
Rettung der Scheintodten und plötzlich Verunglückten.	
I. Zweckmäßige Behandlung derselben	102
II. Geldprämien für Wiederbelebungsversuche	111
Erster Theil. Die gerichtliche Medizin.	
I. Gerichtsarztliche Untersuchungen und Gutachten	112
II. Obduktionen Seitens der Militairgerichte	113

Erster Theil.

Die Medizinal-Beamten und Behörden.

Erster Abschnitt.

Die Central-Behörden. (Zu Bd. I. S. 59. ff. des
Medizinalwesens.)

I. In Betreff der obersten Leitung der Medizinal-Ange-
legenheiten sind folgende Veränderungen vorgegangen:

1) R. D. v. 17. April 1846, an die St. Minister Boven und Eich-
horn, betr. die einstweilige Entbindung des hiesigen Charité-Krankenhauses
dessen Neben-Institute von der Aufsicht des Kuratoriums für die Kran-
kenhaus- und Thierarzneischul-Angelegenheiten und die unmittelbare Unter-
ordnung derselben unter das Ministerium der Med.-Ang.

Auf Ihren Bericht v. 31. v. M. genehmige Ich, daß die Direktion des hiesigen
Charité-Krankenhauses und dessen Neben-Institute einstweilen von der Aufsicht des
Kuratoriums für die Krankenhaus- und Thierarzneischul-Angelegenheiten entbunden
dem Min. der Med.-Ang. unmittelbar untergeordnet werde. Indem Ich die
gegenstehenden Bestimmungen des Regulativs v. 7. Sept. 1830 (G. S.
33 ff.) hierdurch außer Kraft setze, will Ich die dem genannten Kuratorium nach
jenes Regulativ zustehende Befugniß, von den städtischen Behörden und
den Kommunen die Kur- und Verpflegungskosten für die ihnen angehörigen,
in Charité aufgenommenen Kranken unmittelbar, mit Uebergang der Kranken
deren alimentationspflichtiger Verwandten einzuziehen, der Charité-Direktion bis
weitere Bestimmung beilegen. Dieser Mein Befehl ist durch die G. S. bekannt
gemacht.

(G. S. 1846 S. 166.)

2) R. D. v. 10. Dec. 1847, an die Staatsminister Eichhorn, Bodel-
schwingh und v. Mohr, betr. die Auflösung des Kuratoriums für die Kranken-
haus- und Thierarzneischul-Angelegenheiten und die unmittelbare Unterord-
nung der Thierarzneischule unter das Ministerium der Medizinal-Angele-
genheiten.

Auf Ihren Bericht v. 12. v. M. bestimme Ich, daß mit dem 1. Jan. 1848
das Kuratorium für die Krankenhaus- und Thierarzneischul-Angelegenheiten aufgelöst
die Direktion der Thierarzneischule, wie dies hinsichtlich des Charité-Kranken-
hauses und seiner Neben-Institute bereits durch Meinen Befehl v. 17. April v. J.
bestimmt worden ist, unmittelbar dem Min. der Medizinal-Angelegenheiten unter-
geordnet werde.

Indem Ich von eben jenem Zeitpunkt ab die entgegenstehenden Bestimmungen
des Regulativs v. 24. Juni 1836 (G. S. S. 249. ff.) hierdurch außer Kraft
setze, will Ich die in dessen §. 6. dem genannten Kuratorium auferlegte Verpflich-

lung Suppl. zu Zbl. VI. Bd. IV.

tung zur Begutachtung veterinärärztlicher Angelegenheiten in gleicher Weise u derselben Wirkung auf die Direktion der Thierarzneischule übertragen.

Dieser Mein Befehl ist durch die G. S. bekannt zu machen.

(G. S. 1848 S. 19.)

3) Eine wesentliche und lange erwünschte Umgestaltung erfolgt nächst durch die folgende R. D. v. 22. Juni 1849, betr. die Uebern der gesamten Medizinal-Verwaltung, mit Einschluß der Medizinal Sanitäts-Polizei, an den Minister der Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten.

Auf den Bericht des Staatsmin. v. 18. d. M. genehmige Ich hierdurch, Aufhebung der D. v. 29. Jan. 1825, die Ueberweisung der gesamten Med Verwaltung, mit Einschluß der Medizinal- und Sanitäts-Polizei, an den M Unterrichts- und Med.-Ang., mit der Maßgabe, daß der Letzere in allen in welchen durch Anordnungen in der Medizinal-Verwaltung die Interessen Ressorts betroffen werden, vor der Entscheidung sich mit den betheiligten M zu benehmen und nach Lage der Umstände gemeinschaftlich mit ihnen zu h hat. Insbesondere ist der Lehrplan der Thierarzneischule, vor dessen Geneh durch den Minister der Med.-Ang., den Min. des Krieges und für landw Ang. zur Aeußerung mitzutheilen, auch mit denselben jede organische Ver über die Ausbildung der Thierärzte vorher zu berathen.

Mit der Ausführung dieses durch die G. S. bekannt zu machenden U sind die Minister der Med.-Ang. und d. Inn. beauftragt.

Friedrich Wilhelm.

Graf v. Brandenburg. v. Ladenberg. v. Mantuffel. v. Sti
v. d. Heydt. v. Rabe. Simons.

An das Staatsministerium.

(G. S. 1849 S. 335.)

4) Personalien anlangend, so wurde am 18. März 1848 Schwerin Minister der geistl., Unterr. u. Mediz. Ang., am 25. 1848 Rodbertus, am 8. Nov. 1848 v. Ladenberg, heute v. Raumer.

Durch R. D. v. 20. Jan. 1849 ist der Geh. Reg. Rath Lehnerl der kommissarischen Vorsehung der Direktorialgeschäfte der Medizinal theilung des Ministeriums beauftragt.

(B. M. Bl. 1849 S. 39.)

5) Das gedachte Ministerium ist in das Grundstück Nr. 4. unter Linden verlegt worden, welches für dasselbe eigenthümlich erranden. S das Gesetz v. 11. März 1850. (G. S. 1850 S. 198.)

II. Der Staats-Etat für das Medizinalwesen.

In dem Haupt-Finanz-Etat für 1847 (G. S. 1847 S. 146. ff.), ersten ausführlicheren, sind für das Medizinalwesen folgende Summen geworfen:

a) für die Provinzial-Med.-Kollegien und für die Regierungs-M	
Räthe	36,732 Th
b) für die Kreisphysiker, Kreischirurgen, Departements- und Kreis-Thierärzte	127,589
c) für Geburtshülfe	29,889
d) Zuschüsse für Hospitäler und Irrenhäuser	72,197
e) für die Thierarzneischule in Berlin	14,600
f) an sonstigen Ausgaben für Sanitäts und mediz.-polizeiliche Zwecke	23,637
zusammen für das Medizinalwesen	304,644 Th

Zweiter Abschnitt.

Die Provinzial-Behörden (zu Thl. I. S. 78. ff.).

I. Die Provinzial-Regierungen.

1) In Betreff der Medizinal-Mitglieder der Regierungs-Kollegien

Regulativ v. 14. Febr. 1846 über die Befähigung zu den höchsten der Verwaltung (G. G. 1846 S. 199. ff.) im §. 19. § Medizinalräthe, die in den Regierungskollegien als deren Mitgliden, ihre Qualifikation als solche, wenn gleich sie den Regieretitel führen, nicht vor der Ober-Examinations-Kommission, sondern andern Wege zu bewähren haben.

Ansehung der von den Regierungen an das Ministerium zu erstattenden Berichte (Vd. I. S. 99. ff.) bestimmen:

K. des Min. d. G., u. u. Med.-Ang. (in A. Klug) v. 10. Nov. 1848 an sämtliche K. Reg. Einsendung jährlicher Nachrechnungen von den Droguen- und Spiritus-Preisen, sowie von den Einnahmen der Blutegele.

Im Bericht v. 14. Mai d. J. eröffnet das Min. der K. Reg., daß es nicht die K. Reg. von der Verpflichtung zur Einsendung der Preiskourante und Verhandlungen des Departements und von der Anzeige der Spirituspreise, indem der Kommission zur Bearbeitung der Atzeneltaxe daran gelegen die Richtigkeit ihrer Berechnungen durch offizielle Beläge nachweisen zu lassen nicht der Fall sein würde, wenn man derselben überlasse, die Kenntniss der Droguen- und Spiritus-Preise aus kursirenden Preiskouranten und Zeitungsberichten zu verschaffen. Dagegen ist es jetzt, nachdem das Min. angeordnet hat, daß die Taxveränderungen jedesmal zum 1. Jan. eintreten sollen, genügend, die K. Reg. nur einmal im Jahre und zwar gegen Ende des Monats Okt. oder des Monats Sept. bis zur Mitte des Monats Okt. eingegangenen, neuesten Preislisten der Drogueriehandlungen einzusenden, und um dieselben den durchschnittlichen Einkaufspreis des Spiritus vini von 85—90° Tralles, oder einen Spirit von 92° Tr. und zwar nach dem Quartpreise anzugeben.

Da auch von Interesse ist, zu erfahren, wie sich im Laufe des Jahres die Einnahmen der Blutegele in Folge der W. v. 8. Nov. 1847 in den verschiedenen Departements verhalten haben, so veranlaßt das Ministerium die K. Reg., auch hierüber gegen Ende des Monats Okt. zu berichten. (in. Bl. 1848 S. 348.)

K. des Min. d. G., u. u. M. A. (v. Labenberg) v. 22. Nov. 1848 an sämtliche K. Reg., sowie an das K. Polizei-Präsidium zu Berlin. Jährliche Einreichung eines Verzeichnisses der ansässigen Realpersonnen, sowie der vorhandenen Medizinal- und Sanitäts-Anstalten und Institute.

Im Jahre 1843 sind vollständige namentliche Nachweisungen der Medizinalpersonen im Staate nicht mehr hier eingereicht. Mit Hinweisung auf die W. v. 1. Jan. 1843 veranlasse ich daher die sämtlichen K. Reg. und das Polizei-Präsidium hieselbst, ein vollständiges namentliches Verzeichniß der im Staate ansässigen Medizinalpersonen aller Rathegorten, sowie der daselbst vorhandenen Medizinal- und Sanitäts-Anstalten und Institute, nach dem beiliegenden Schema, welches zugleich nähere Erläuterungen enthält, auf welche Weise das Verzeichniß aufgestellt werden soll, mit dem Beginn des Jahres 1850 anfertigen und mit dem 1. März 1850 einzureichen.

Im Laufe jedes Jahres eintretenden Veränderungen sind, damit diese Nachweisungen vollständig erhalten werde, in einer besonderen tabellarischen Uebersicht nach dem Schema (achten) anliegenden Schema zusammenzustellen und alljährlich bis zum 1. März einzureichen.

Nachweisung der in dem Regierungs-Bezirk N. N. befindlichen Medizinalpersonen, sowie der Medizinal- und Sanitäts-Anstalten und Institute.
Anl. a.
Aufgestellt im Januar 1850.

1. Namen d. Ort- schaften	2. Ein- wohner- zahl.	3. Zahl und Art der im Orte befindlichen Medizinal- und Sanitäts-Anstalten und Institute.	4. Vor- und Zu- name der Me- dizinalperson.	5. In welcher Eigenschaft und wann dieselben approbirt sind.	6. Ge- burt- jahr.	7. Reli- gion.	8. Zeit wann u. in welcher Eigenschaft dieselben im Civil-, Milit., Ständi- schen oder Kommunal- Dienste stehen.	9. Die Ange- stellten be- ziehen an Gehalt. Ihre Bez. Nr.	10. Welche Orden oder Auszeichn- g. d. Medizinal- Pers. be- st.	Bemerk- ungen.
Kreis A.										
1. . . .		Hier werden aufgenommen sein:	N. Carl Leo-	als Arzt und Wundarzt v. 25. April 1824, als Geburtshelf. v. 5. Of- tober 1827, als Phy- sikus d. 20. Aug. 1839. Als Wundarzt 1. Kl. d. 27 Juni 1837, als Ge- burtshelfer d. 23. April 1838, als forensischen Wundd. d. 29. Aug. 1838 Als Apotheker 1. Kl. d. 2 Juli 1828. Als Gebramme den 4 August 1839.	1800	ev.	Arzt am städtischen Krankenhaus. seit 1837 Mitglied der Sanitäts- Kommission seit 1847.	150	Sanitäts- rath seit 1845.	
		die Apotheker (priv. u. öffentl.) Droguerie-Handlg., chemische Fabriken, Krankenanstalt aller Art: 1. B. öffentl. u. private die der geistlichen Orden, Guts- bündnisse Anstalten, Irrenhau- ter, Wunden- und Taubstum- men Anstalten, Bade- u. Brun- nen Anstalt, Quarantaine-An- stalt. Die Sanitätskommission: neu od. Deputationen der Orte ihre Zusammensetzung u. f. w.	N. Gbhard. Gottlieb. N. Alexander. N. Helene.	1813	1803	1809	ev. f.	100 50 15		Besitzer der privat. Apo- thek d. gold- nen Stern.
Summa	1. . . .	(1. B. 16 Apotheken, 2 Dro- guerie-Handlungen u.)	15 priv. Ärzte, 3 Wundärzte 1. Klasse.							

Nach dem Alphabet in
jedem Kreise geordnet.

N. des Min. d. G., II. u. Med.-Ang. (Ladenberg) v. 3. Juli 1850. Jährliche Einreichung der Apotheken-Revisions-Protokolle und die Einsendung einer dreijährigen Uebersicht von dem Zustande der Apotheken.

Nach die G. B. v. 13. März 1820 ist es den K. Reg. zur Pflicht gemacht, Erfolge über die im Laufe des Jahres visitirten Apotheken am Schlusse des Jahres und die allgemeine Uebersicht über den Zustand sämtlicher Apotheken des Regierungsbezirks am Schlusse des dritten Jahres einzureichen. Viele K. Reg. sind dieser Verpflichtung regelmäßig nachgekommen. Von mehreren K. Reg. sind aber die Berichte erst spät, zum Theil gar nicht erstattet oder es ist nur die dreijährige Uebersicht allein und ohne die urschriftlichen Verhandlungen eingereicht worden; was

Zweck der erwähnten Cirkular-Befugung, dem Departementschef jederzeit ein genaues Kenntniß der Apotheken, des Verfahrens bei den Revisionen derselben von den K. Reg. erlassenen Verfügungen und getroffenen Maaßregeln zu verschaffen, zum Theil verfehlt wird. Ich finde mich daher veranlaßt, die G. B. v. 13. März 1840, durch welche der Gegenstand der Aufmerksamkeit der K. Reg. empfohlen worden ist, in Erinnerung zu bringen und in Uebereinstimmung mit demselben die genaue Beachtung des §. 7. der G. B. v. 13. März 1820 den K. Reg. zur besonderen Pflicht zu machen. Demzufolge sind die Revisions-Protokolle nebst den dazu gehörigen Verhandlungen, am Schlusse des Jahres, in welcher die Revision stattgefunden hat, einzureichen. Zur Einreichung der allgemeinen Uebersicht nach beendigtem dreijährigen Cyklus will ich dagegen, mit Rücksicht darauf, daß zu deren Zusammenstellung noch außerdem Zeit erforderlich ist, den 1. März des nächsten Jahres als Termin bestimmen.

M. Bl. 1850 S. 208.)

Die Organe der Medizinal-Behörden. (Zu Thl. I. ff.)

Einleitung und allgemeine Bestimmungen.

Die Bestimmungen über die Dienstvergehen der Medizinal-Beamten, über die Versetzung derselben auf eine andere Stelle oder in den Ruhestand, sind neuerlich, unter Aufhebung aller früheren Verordnungen, durch die G. B. v. 11. Juli 1849 (G. S. 1849 S. 271—292.) neu geordnet. Die Vereidigung der Kreis-Medizinalbeamten, mit Rücksicht auf die von ihnen in Civilprozessen abzugebenden Gutachten.

N. des Min. d. G., II. u. Med.-Ang. (v. Ladenberg) v. 24. Dec.

Veranlassung der Beschwerde eines Kreisphysikus, welcher von einem Gericht die Vereidigung seines in einem Civilprozeß abgegebenen Gutachtens aufgefordert wurde, die Frage näher erörtert worden, ob in Gemäßheit der Vorschrift des §. 84. der allg. G. O., wonach:

Nach öffentliche Beamte, welche in Prozessen als Sachverständige vernommen werden, die von ihnen abgegebenen Gutachten beschwören müssen, wenn sie nicht einzeln für allemal als Sachverständige vereidigt sind, Kreisphysiker angehalten werden können, die von ihnen in Civilprozessen abgegebenen ärztlichen Gutachten zu beschwören?

Herr Justizminister Uhlen, mit welchem deshalb kommuniziert worden, hat sich einverstanden erklärt, daß diejenigen Kreisphysiker, welche den älteren, durch die Verf. v. 28. Okt. 1815 eingeführten Diensteid geleistet haben, mit Rücksicht auf die ausdrücklich auch die nach Vorschrift der allgemeinen Gerichts-Ordnung abgegebenen Gutachten umfassende Norm dieses Eides nicht verpflichtet seien, die in Civilprozessen abgegebenen Gutachten zu beschwören, daß dagegen diese Verpflichtung allen denjenigen Kreisphysikern obliege, welche den durch die A. O. v. 1833 (G. S. S. 291.) vorgeschriebenen allgemeinen Diensteid abgelegt haben. Hiernach wird es, um eine Vervielfältigung der Eide möglichst zu vermeiden, zweckmäßig sein, den neu anzustellenden Kreisphysikern bei der Abnahme des Dienstes unter Hinweisung auf den eingeführten §. 84. des Anhangs zur allg. Gerichts-Ordnung zu empfehlen, sich bei der betreffenden Gerichtsbehörde einzeln für allemal als Sachverständige vereidigen und sich hierüber behufs des künftigen Ausweises in vorkommenden Fällen eine Bescheinigung, etwa in Form eines laubigten Abschrift des Vereidigungs-Protokolls erteilen zu lassen.

Die R. Reg. wird veranlaßt, demgemäß bei der Vereidigung der Kreisphysiker zu verfahren.

Die bereits angestellten und nach Vorschrift der Allerh. Ordre v. 5. Nov. 1833 auf ihr Amt verpflichteten Kreisphysiker werden es abwarten können, ob sie zur Vereidigung der von ihnen in Civilprozeßen abzugebenden Gutachten werden angesetzt werden, und dann zu erwägen haben, ob sie sich zugleich ein- für allemal als Sachverständige wollen vereiden lassen.

Für den Fall, daß, dieser Verf. ungeachtet, von denjenigen Kreisphysikern, welche den durch die Verf. v. 28. Okt. 1815 eingeführten Diensteid geleistet haben, die besondere Vereidigung ihrer Gutachten in Civilprozeßen sollte verlangt werden, wird bemerkt, daß die etwaigen Beschwerden über ein solches Ansinnen der Gerichte nach der Ansicht des Herrn Justizministers in Gemäßheit des §. 35. der R. O. das Verfahren in Civilprozeßen v. 21. Juli 1846 (G. S. S. 291. ff.) bei den Gerichten der höheren Instanzen anzubringen sind.

Nach diesen Grundsätzen ist auch in Betreff der übrigen Kreis-Medizinalbeamten zu verfahren.

Die R. Reg. hat diese Verf. durch das Amtsblatt bekannt zu machen. (B. M. Bl. 1847 S. 328.)

I. Der Kreisphysikus.

(Zu Thl. I. S. 118. ff.)

1) Zulassung zu den Physikatsprüfungen.

E. R. des Min. d. G., U. u. M.-Ung. (v. Ladenberg) v. 6. Sept. 1850.

In neuerer Zeit ist es häufiger als früher vorgekommen, daß Kandidaten den Physikatsprüfungen den Termin für die Bearbeitung ihrer schriftlichen Aufgaben nicht innegehalten und alsdann um eine mehrmonatliche Nachfrist gebeten haben, welche in den meisten Fällen, ohne mehr oder weniger erhebliche Nachtheile für die Kandidaten, nicht verweigert werden konnte.

Um diesem Uebelstande zu begegnen, sowie um zu verhüten, daß, wie es in manchen Fällen gewesen zu sein scheint, Kandidaten in der Erwartung, ihre Aufgaben zu erhalten, die gestellte Frist ablaufen lassen, wird hiedurch bestimmt:

- 1) der bisherige achtmonatliche Termin für die Bearbeitung der Thematiken medico-legalia wird auf ein volles Jahr verlängert;
- 2) diejenigen Kandidaten, welche ihre Arbeiten innerhalb dieser Frist eingereicht haben, dürfen erst ein Jahr nach Ablauf derselben neue Thematiken medico-legalia erbitten;
- 3) diejenigen, welche auch den zweiten Termin verstreichen lassen, ohne ihre Arbeiten eingereicht zu haben, werden in der Regel zu der Physikatsprüfung gar nicht mehr zugelassen.

Diese Bestimmungen gelten auch für die zur Prüfung bereits zugelassenen Kandidaten, welche die schriftlichen Probearbeiten noch nicht abgeliefert und etwa eine längere als einjährige Frist zur Einreichung derselben erhalten haben. (B. M. Bl. 1850 S. 273.)

2) Die Berichte der Kreisphysiker.

a) Die Einstellung der seitherigen Sanitätsberichte.

E. R. des Min. d. G., U. u. M.-U. (v. Ladenberg) v. 1. Juli 1850.

In Erwägung, daß nach den gemachten Erfahrungen die seither zu erstattenden vierteljährlichen Sanitätsberichte den daran geknüpften Erwartungen nicht entsprochen haben, indem der von vielen Medizinalpersonen bewiesene Mangel an Bereitwilligkeit zur Erstattung der von ihnen an die betreffenden Kreisphysiker zuzuschickenden vierteljährlichen Beiträge, theils den Physikern das erforderliche Material zu den von ihnen an die R. Reg. einzureichenden Kreis-Sanitätsberichten zu enthalten, theils zu einer, auf Jahre hinaus sich erstreckenden, die Zweck der Einrichtung vereitelnden Verzögerung der Zusammenstellung dieser Berichte veranlaßt. In weiterer Erwägung, daß die von der R. Reg. in der vorgeschriebenen Form erstattenden jährlichen Verwaltungsberichte, sowie die, dem Ministerium einzuschickenden monatlichen Immediat-Zeitungsberichte, außerdem die in bringenden Fällen vorschriftsmäßig zu erstattenden Separatberichte dem Ministerium die erforderlichen Mittel an die Hand geben, über den Gesundheitszustand in den Provinzen sowie über den Stand der Medizinal-Angelegenheiten in denselben fortwährendes Kenntniß zu bleiben; daß andererseits die zur Zeit in so großer Zahl erscheinenden

literarischen Verkehr auf eine ganz befriedigende Weise vermittelnden Zeitschriften einzelnen Medizinalpersonen angemessene Gelegenheit darboten, die von ihnen ten Erfahrungen und Beobachtungen, welche sie zur öffentlichen Mittheilung als geeignet erachten, zur allgemeinen Kenntniß gelangen zu lassen; in Betätigung endlich, daß die Nothwendigkeit, diejenigen Medizinalpersonen, die in Anwendung der vierteljährlichen Beiträge zu den Sanitätsberichten sich saum-eigen, zur Erfüllung der ihnen hierunter auferlegten Verpflichtung anzuhaltelfache unangenehme Weiterungen herbeigeführt hat, ohne doch die Erreichung vorgelegten Zieles zu sichern, hat das Ministerium, wie der K. Reg. auf den 1. v. 6. v. M. eröffnet wird, beschlossen, die Verordnung, wonach die nicht im Dienste stehenden Medizinalpersonen vierteljährliche Beiträge zu den, seitens Kreisphysiker an die K. Reg. zu erstattenden Quartal-Kreis-Sanitätsberichten zu leisten hatten, sowie die daran sich knüpfenden Verordnungen, wegen der zu erstattenden Departements- und Provinzial-Sanitätsberichte, hiermit aufzuheben. Indem nun die K. Reg. veranlaßt, dieserhalb das Erforderliche durch das Amtsblatt zu machen, ermächtigt es dieselbe zugleich, in dieser Bekanntmachung das Folgende auszusprechen, daß diejenigen Medizinalpersonen, welche seither durch Einreichung werthvoller Beiträge zu den Sanitätsberichten sich ausgezeichnet haben, aus diesem Antriebe mit der Erstattung dieser Beiträge, namentlich in sofern diese sich auf den herrschend gewesenen *genius epidemicus*, und die etwa vorgekommenen epidemischen, endemischen und contagiösen Krankheiten beziehen, auch ferner fortzuführen. Um diesen Aerzten, so weit es möglich ist, eine Anerkennung zu Theil werden zu lassen, hat die K. Reg. bei Anmeldungen zur Physikalischen Prüfung, so wie bei Vorschlägen wegen Wiederbesetzung erledigter Medizinal-Beamtenstellen, jezu anzuzeigen, ob und eventuell was von den betr. Medizinalpersonen in der betreffenden Beziehung geleistet worden ist.

Was die über die Verbreitung der Syphilis zu erstattenden Berichte betrifft, läßt sich das Ministerium die weitere Bestimmung darüber noch vor. Ebenfalls ist es in Betreff der Einreichung der Veterinärberichte bei der desfalls zur bestehenden Anordnung sein Bewenden.

B. M. Bl. 1848 S. 202.)

E. R. des Min. d. G., U. u. Med.-Ang. (Lehnert) v. 3. Mai 1849 an sämtliche K. Regier. Einstellung der an dieselben von den Kreisphysikern seither vierteljährlich eingereichten tabellarischen Nachweisungen der von ihnen vorgenommenen gerichtsarztlichen Geschäfte.

Auf den Antrag der K. Reg. in dem Berichte v. 10. v. M. will ich die in B. v. 16. April 1840 (Min. Bl. S. 173. ff.) getroffene Anordnung, nach welcher die Kreisphysiker vierteljährlich tabellarische Nachweisungen der von ihnen vorgenommenen gerichtsarztlichen Geschäfte den K. Reg. einzureichen hatten, aufheben.

Die K. Reg. hat die Kreisphysiker ihres Departements hiernach mit Anweisung versehen.

B. M. Bl. 1849 S. 67.)

E. R. des Min. d. G., U. u. M.-Ang. (v. Ladenberg) an sämtliche K. Reg. v. 30. Mai 1850, wegen der von den Kreisphysikern den Justizbehörden zeitig zu erstattenden Obduktionsberichte.

Auf Seiten der Justizbehörden ist darüber Beschwerde geführt worden, daß die Kreisphysiker in Erstattung der Obduktionsberichte prompt sind, vielmehr öfters erhebliche Verschleppungen sogar in Haftsachen sich zu Schulden kommen lassen.

Zur Vermeidung ähnlicher Beschwerden, seitens der Justizbehörden, setze ich fest, daß in Haftsachen spätestens innerhalb 4 Wochen nach Mittheilung der schriftlichen Obduktions-Protokolle der Bericht einzureichen ist, wenn das Gericht etwa einen kürzeren Termin ausdrücklich festgesetzt hat.

Dies ist sämtlichen Kreisphysikern zur Nachachtung bekannt zu machen.

In Fällen, wo diese Frist nicht eingehalten worden, hat die K. Reg. auf die Anzeige des Gerichts, nach Befinden der Umstände mit nachdrücklichen Ordern einzuschreiten.

B. M. Bl. 1850 S. 165.)

) Pflichten des Kreisphysikus.

- a) E. R. der Min. d. J. (v. Mantouffell) u. d. G., II. u. Med. (v. Radenberg) v. 7. Nov. 1848. Pflichten der Kreisphysiker betreffend Ankündigungen und Empfehlungen von oder sogenannten Geheimmitteln.

In Verfolg unserer E. B. v. 15. Aug. 1847 (M. Bl. S. 289.), Censur öffentlicher Ankündigungen und Empfehlungen von Arznei- oder sonstigen Geheimmitteln, machen wir die K. Reg. darauf aufmerksam, daß die den gesetzlichen Vorschriften, auch nach Aufhebung der Censur, hinlänglich an die Hand geben, dem Mißbrauche, welcher mit dem unbefugten Vertriebe sogenannter Geheim- und andern Arzneimitteln zur Erhaltung oder menschlicher Körperkräfte getrieben wird, entgegenzutreten. Es ist nämlich nach der Allgem. Gew.-Ordn. v. 17. Jan. 1845 (§. 26), als auch nach seit noch geltenden Strafgesetzen der Verkauf und das Ausbieten von ohne ausdrückliche Erlaubniß des Staats bei Strafe verboten. Für die Provinz ist durch die Gesetz-Dekrete v. 21. Germinal XI., 29. Pluviose X 25. Prairial XII., der Verkauf und die öffentliche Ankündigung nicht approbirter Geheimmittel mit einer Geldbuße von 25 bis 600 Franken bedroht in den §§. 693, 694. II 20. A. L. R. ist die Zubereitung und der Verkauf die anderweitige Ueberlassung von Arzneien und Materialien, deren rechter Gebrauch besondere Kenntnisse voraussetzt, ohne Erlaubniß des Staats bei Strafe von 100 Thlrn. verboten, ein Verbot, worunter offenbar auch die öffentliche Ankündigung als ein Versuch zum Verkaufe, fällt.

Da die Censur jetzt dergleichen Ausbietung nicht mehr hindern kann, es zum Offizium der Polizeibehörden, insbesondere aber der Kreisphysiker auf die ergehenden Ankündigungen jener Art, oder die ohne vorherige Anfuhr stattfindenden Verkäufe von Geheimmitteln aufmerksam zu sein und die vor den Uebertretungen zur Rüge zu bringen. Das Publikum aber ist, seitens der Polizeibehörden, auf die bestehenden Gesetze mit dem Hinzufügen hinzuweisen, jeder Verkauf und jede Ankündigung von Geheimmitteln und ähnlicher Arzneien strafbar werde verfolgt werden, die nicht durch ein amtliches Attest des Kreisphysikers des Orts ausdrücklich nachgelassen sind. Die Kreisphysiker ihrerseits werden dergleichen Atteste nicht selbstständig zu ertheilen, sondern nur auszustellen haben, wenn die oberste Medizinal-Instanz den Debit des betreffenden Geheimmittels ausgemacht hat. Dergleichen Genehmigungen müssen nach wie vor öffentlich damit, wenn sie einmal ertheilt sind, sie zur Direktion der sämmtlichen Medizinal-Beamten dienen.

Die K. Reg. hat hiernach die zu ihrem Ressort gehörigen Unterbehörden anzuweisen, auch die Kreisphysiker mit entsprechender Anweisung zu versehen. (M. M. Bl. 1848 S. 347.)

- b) R. des Min. d. G., II. u. Med.-Ang. (v. Lehnert) v. 11. Nov. 1850, die ärztliche Untersuchung der nach öffentlichen Strafen abzuführenden, oder der auf Transporten erkrankten Individuen die darüber auszustellenden Atteste betreffend.

Bereits aus Veranlassung der, nach Inhalt meines Erlasses vom 21. Nov. 1849 zunächst an das K. Appellationsgericht in N. zu verweisenden Beschwerde des Kreisphysikus N. zu N., über das Kreisgericht daselbst, bin ich mit dem Herrn Minister über die Frage in Kommunikation getreten:

ob die Kreisphysiker von Amtswegen verpflichtet seien, Atteste über die Unfähigkeit der Abführung eines Verurtheilten aus seinem Gefängnisse oder aus dem Untersuchungs-Gefängnisse nach der Strafanstalt auszustellen.

Für die Bejahung dieser Frage wird lediglich das von meinem Amtsvorgänger in Gemeinschaft mit dem damaligen Hrn. Min. des J. am 31. Jan. 1844 (M. Bl. S. 51.) erlassene R. angeführt. Dieses Argument ist jedoch nicht haltbar. In dem angeführten R. wird den Kreisphysikern in Ausdehnung derjenigen Bestimmungen nach dieselben Atteste über den Gesundheitszustand auf dem Marsche erster Soldaten unentgeltlich auszustellen haben, die Verpflichtung aufgelegt, Atteste auch über die ärztliche Untersuchung erkrankter Transportirter

geschiedlich auszustellen. Unter letzteren können aber, sowohl nach der grammatischen Bedeutung des Wortes als auch nach näheren Inhalt des R., welches eben nur Grundsätze in Betreff der ärztlichen Untersuchung auf dem Marsche erkrankter Soldaten auf Transportaten angewendet wissen will, nur solche Individuen verstanden werden, welche sich bereits auf dem Transport befinden und während desselben krank oder kränker werden, so daß die Zulässigkeit einer ununterbrochenen Fortsetzung des Transports zweifelhaft wird. Es ist aber sind darunter Verurtheilte zu verstehen, welche erst von ihrem Wohnort oder von dem Untersuchungsgefängniß aus einen Transport nach der Strafanstalt reiten sollen. Auf diese paßt auch nicht der Grund, welcher das R. v. 31. Jan. 1844 hervorgerufen hat und darin besteht, daß es rathsam erschien, die Kosten des Transports nicht zu erhöhen und eine Liquidation derselben seitens der Kreis-Medizinal-Beamten bei vielleicht sehr entfernten Behörden zu vermeiden.

Mit dieser Ansicht hat sich der Herr Justizminister jetzt einverstanden erklärt und gemäß das K. Appellationsgericht zu N. veranlaßt, die Frage, ob der ac. Dr. N. die in der Untersuchungssache wider N. und N. vorgenommene Untersuchung des Gesundheitszustandes der Angeeschuldigten Gebühren zu fordern berechtigt sei, einer nochmaligen Prüfung zu unterwerfen und danach das Kreisgericht zu N. zu entscheiden.

Der K. Reg. überlasse ich, hiervon den ac. Dr. N. in Kenntniß zu setzen, denselben Grundsätzen gemäß die mit dem Bericht v. 17. v. M. eingereichten Antworten des Kreisphysikus Dr. N. zu N. v. 9. April und 6. Mai d. J. zu setzen.

(B. M. Bl. 1850 S. 166.)

(B. M. Bl. 1850 S. 166.)

4) Diäten und Reisekosten der Kreisphysiker und anderer Kreis-Medizinal-Beamten.

(Zu Thl. I. S. 123. ff.)

5) C. R. des Min. d. G., U. u. Med.-Ang. v. 12. Juni 1851 wegen der den Medizinal-Beamten bei Reisen zukommenden Diätensätze.

Zur Beseitigung der Zweifel, welche hinsichtlich der Diätensätze bei Reisen der Medizinal-Beamten mehrfach entstanden sind, bin ich mit der K. Ober-Rechnungskammer in Schriftwechsel getreten und eröffne nunmehr im Einverständniß mit derselben den K. Regierungen, daß bei den Diäten der Medizinal-Beamten zwischen denen in K. Dienst-Angelegenheiten, für deren Vergütung die B. v. 28. Juni 1845 früher maßgebend war und jetzt der Allerh. Erlaß v. 10. Juni 1848 gilt, zwischen Reisen in gerichtlichen Partei- und Untersuchungssachen zu unterscheiden ist, für welche die Mediz.-Gebühren-Taxe vom 21. Juni 1815, insofern dieselbe ausdrücklich abgeändert worden ist, zur Anwendung kommt. Nach diesen Bestimmungen haben zu erhalten an Diäten:

I. bei Reisen in K. Dienst-Angelegenheiten:

1) die Kreisphysiker	2 Thlr. 15 Sgr.
2) die Departements-Thierärzte außerhalb des denselben zur speziellen Verwaltung überwiesenen freisthierärztlichen Bezirks	2 „ 15 „
3) die Kreis-Chirurgen	1 „ 10 „
4) die Kreis-Thierärzte	1 „ 10 „

Bei Reisen in gerichtlichen Partei- und Untersuchungssachen:

1) die Kreisphysiker	2 „ — „
2) die Departements-Thierärzte in ihrer Eigenschaft als solche (1. 2.)	2 „ — „
3) die Kreis-Chirurgen	1 „ 10 „
4) die Kreis-Thierärzte	1 „ 10 „

Bei Reisen der Medizinal-Beamten in Angelegenheiten ihrer Privat-Praxis bleibt es dagegen, wie schon in der Cirk. Verf. v. 7. Okt. 1849 ausgesprochen worden, bei den Bestimmungen der Taxe für die Medizinal-Personen v. 21. Juni 1815.

(B. M. Bl. 1851 S. 143.)

b) G. R. des Min. d. G., U. u. Med.-A. (v. Ladenberg) v.

1848. Dichten u. Reisekosten bei Apotheken-Visita-

Der K. Reg. eröffne ich auf die Berichte v. 21. Juli und 11. Okt. Einverständniß mit dem K. Finanz-Ministerium, daß sowohl den Kreis- als auch den zu den Apotheken-Visitationen zugezogenen Pharmazeuten, Kosten beziehungsweise 10 Sgr. und 1 Thlr. pro Meile und der Dia- 2 Thlrn. 15 Sgr. zuzubilligen sind.

Die K. Reg. ermächtige ich, hiernach zu verfahren.

(B. M. Bl. 1848 S. 383.)

II. Der Kreis-Chirurgus.

(Zu Th. I. S. 261. ff.)

G. R. des Min. d. G., U. u. Med.-Ang. (Lehnert) v. 26. M.

Befetzung der Kreis-Chirurgen-Stellen.

Auf den Bericht v. 11. d. M. die Befetzung der Kreis-Chirurgen-Stellen betreffend, eröffne ich der K. Reg. unter Rücksendung der Anlagen, da gegenwärtigen Lage der Gesetzgebung und den seither befolgten Grund- forensisch approbirten Wundärzte erster Klasse bei Befetzungen von Kreis- Stellen allerdings den Vorzug haben vor promovirten Ärzten. Wenn derartigen, besonders berechtigten Bewerber sich melden, so habe ich schon Anstand genommen, auch praktischen Ärzten Kreis-Chirurgen-Stellen zu. Darauf beziehen sich die Ausnahmen, welche die K. Reg. in Ihrem vorlie- gende aus der medizinischen Zeitung allegirt hat.

Hiernach würde ich kein Bedenken getragen haben, einem der beiden- ten Bewerber die Stelle provisorisch oder aber im Falle der Ablegung d- schen Prüfung, auch definitiv zu verleihen, und zwar am liebsten dem D- ältesten, zumal er auch durch die interimistische Verwaltung einen An- billige Berücksichtigung sich erworben hat. Wenn aber die K. Reg. ne- ein Konkurrenz-Verfahren ausgeschrieben hat, so ist dieselbe in ihrem vol- gewesen, jedoch ist es jetzt auch nöthig, das Resultat abzuwarten. In- Fällen ist aber die einmalige Ausschreibung einer Konkurrenz völlig gen- wenn diese von Wundärzten erster Klasse nicht berücksichtigt wird, so kam- Reg. ohne Weiteres, zugleich zur allmäligen Anbahnung eines künftigen- Zustandes, promovirte Ärzte, jedoch wo möglich nur solche, welche die- prüfung zurückgelegt haben, vorschlagen. Gegen die fernere interimistisch- tung der in Rede stehenden Stelle durch den Dr. N. habe ich nichts zu

(B. M. Bl. 1850 S. 375.)

III. Der Kreis-Thierarzt.

(Zu Th. I. S. 273. ff.)

1) Prüfung und Befähigung zu Kreis-Thierarzt-

a) G. R. des Min. d. G., U. u. Med.-Ang. (Lehnert) v. 1. 1849.

Die G. B. v. 30. April 1847 (Min. Bl. S. 132. Nr. 171.) giebt t- näher an, aus denen hinsichtlich derjenigen Prüfungen, durch welche die- tion zu dem ärztlichen oder wundärztlichen Berufe überhaupt erst erlan- soll, eine zweimalige und ausnahmsweise eine dritte Wiederholung. — In- den Prüfungen, zu welchen nur bereits approbirte Medizinalpersonen, ob- ersten Staatsprüfung vollständig bestandene Kandidaten zugelassen werden- welche nur die Befähigung zur Bekleidung eines Amtes in der Medizina- tung oder zur Ausübung der Heilkunde in einem erweiterten Umfange erl- den soll, nur eine einmalige Wiederholung gestattet wird. Der Prüfung- langung des Fähigkeitszeugnisses zur Verwaltung einer Kreis-Thierarzt- hierbei nicht namentlich gedacht; sie gehört aber dem Zusammenhange- Sinne der Verfügung nach ganz hierher. Ich habe deshalb beschlossen u- unter dem 8. Jan. v. J. der Direktion der K. Thierarzneischule davon- gegeben, daß für die Folge bei den Kreis-Thierärzten ganz so, wie bei d- physikern und gerichtlichen Wundärzten, nur eine einmalige Wiederholu- miflungenen Prüfung gestattet sein soll, und mithin, wenn die das erste- haß der Qualifikation als Kreis-Thierarzt eingereichten schriftlichen Arb- günstig beurtheilt worden, nur noch ein zweites Mal verglichenen Arbeiten u- oder dazu erbetene Aufgaben ertheilt werden dürfen.

Die R. Reg. setze ich hiervon behufs geeigneter Bekanntmachung in dem Amts-
blatte in Kenntniß.

(B. M. Bl. 1849 S. 134.)

b) G. R. desselben Min. v. 5. Mai 1849.

Die Bestimmungen darüber, welchen Weg die Thierärzte erster Klasse einzulegen haben, um das Fähigkeitszeugniß zur Anstellung als Kreis-
thierarzt sich zu erwerben, sind bisher nicht durch ein besonderes Reglement veröffentlicht, sondern es
jedem einzelnen Thierarzte erster Klasse bei Uebersendung der Approbation mittelst
sonderer Verfügung eröffnet worden:

„daß die Ausfertigung eines Fähigkeitszeugnisses zur Anstellung als Kreis-
thierarzt erfolgen werde, wenn der Approbirte durch Einsendung eines wissenschaft-
lich bearbeiteten Gutachtens über einen ihm vorgekommenen veterinär-polizeil-
ichen oder forensischen Fall, oder wenn sich hierzu in der Praxis keine Gelegen-
heit dargeboten haben sollte, durch Einreichung einer mit Fleiß und Gründ-
lichkeit ausgearbeiteten Krankengeschichte, oder einer wissenschaftlichen Ausarbei-
tung über irgend einen Gegenstand aus der Thierheilkunde überhaupt, sowohl
von seinem unausgesetzten Bestreben, einen höheren Grad wissenschaftlicher Aus-
bildung in seinem Fache zu erlangen, als auch von der erworbenen Gewandt-
heit in Behandlung wissenschaftlicher Aufgaben, namentlich solcher, welche in
das Gebiet der gerichtlichen oder polizeilichen Veterinärkunde gehören, einen ge-
nügenden Beweis werde abgelegt haben.“

Zur möglichsten Verminderung des Schreibwerks wird diese Bemerkung künftig
den Begleitschreiben zur Approbation wegleiben. Da es aber nothwendig ist,
die Thierärzte erster Klasse nicht in Ungewißheit bleiben, auf welchem Wege sie
gedachte Zeugniß sich zu erwerben haben, so veranlasse ich die R. Reg. nach
Leitung der mitgetheilten Bemerkung eine Bekanntmachung durch die öffentlichen
Kister mit dem Beifügen zu erlassen, daß es den Kandidaten zu der kreis-
thierarzt-Prüfung unbenommen sei, für die zu liefernden Probearbeiten sich Themata
dem Ministerium zu erbitten.

(B. M. Bl. 1849 S. 134.)

2. Diäten und Reisekosten der Departements- und Kreis-
thierärzte und deren Stellvertreter.

R. des Min. der G., U. und Med. Ang. (v. Ladenberg) v. 7. Octo-
ber 1849.

Es sind Zweifel darüber entstanden, ob bei Reisen der Thierärzte über Land
veterinär-polizeilichen Aufträgen der Diätensatz der Medizinal-Laxe von 1 Thlr.
sodann gültig sei. Zur Beseitigung dieser Zweifel mache ich darauf aufmerksam,
bei solchen Aufträgen der Staatsbehörden der A. Erlaß vom 10. Juni 1848
Tagegelder und Fuhrkosten bei Dienstreisen der Staatsbeamten auch auf die
Departements- und Kreis-Thierärzte und deren Stellvertreter Anwendung findet.

Bei Reisen der Thierärzte in Angelegenheiten ihrer Privatpraxis verbleibt es
eigen selbstredend bei den Bestimmungen der Laxe für die Medizinalpersonen.

(B. M. Bl. 1849 S. 221.)

Zweiter Theil.

Die Medizinal-Ordnung.

(Th. I. S. 285. ff.)

Erste Abtheilung.

Von den Medizinal-Personen im Allgemeinen.

I. Bestrafung der Medizinal-Personen wegen Verletzung
ihrer Berufspflichten. (Zu Th. I. S. 289. ff.)

Das neue Strafgesetzbuch für die Pr. Staaten vom 14. April 1851
(S. 1851 S. 101. ff.) bestimmt in dieser Beziehung, um die Reihenfolge
der §§. beizubehalten:

§. 142. sub 3. Mit Zuchthaus bis zu fünf Jahren werden bestraft
3) Beamte, Aerzte oder Wundärzte, die in Gefängnissen oder in \bar{e} zur Pflege von Kranken, Armen oder anderen Hülflosen bestimmt ten beschäftigt oder angestellt sind, wenn sie mit den in der An genommenen Personen unzüchtige Handlungen vornehmen.

§. 155. Medizinalpersonen und deren Gehülfen, sowie alle Person unbefugterweise Privatgeheimnisse offenbaren, die ihnen kraft ihres Amtes oder Gewerbes anvertraut sind, werden mit Geldbuße bis zu fünfhundert Th mit Gefängniß bis zu drei Monaten bestraft.

§§. 199—201. Wer, ohne vorschriftsmäßig approbirt zu sein, geg nung, oder einem besondern, an ihn erlassenen polizeilichen Verbote zu Heilung einer äußeren oder inneren Krankheit oder eine geburtshülfliche unternimmt, wird mit Geldbuße von fünf bis zu fünfzig Thalern oder fängniß bis zu sechs Monaten bestraft.

Diese Bestimmung findet keine Anwendung, wenn eine solche Har einem Falle vorgenommen wird, in welchem zu dem dringend nöthigen eine approbirte Medizinalperson nicht herbeigeschafft werden kann.

Medizinalpersonen, welche in Fällen einer dringenden Gefahr ohne hin Ursache ihre Hülfe verweigern, sollen mit Geldbuße von zwanzig bis zu fünf Thalern bestraft werden.

Hebammen, welche verabsäumen, einen approbirten Geburtshelfer be zu lassen, wenn bei einer Entbindung Umstände sich ereignen, die eine Ge das Leben der Mutter oder des Kindes besorgen lassen, oder wenn bei der die Mutter oder das Kind das Leben einbüßt, werden mit Geldbuße bis zu Thalern oder mit Gefängniß bis zu drei Monaten bestraft.

§§. 256., 257. Wer unter dem Namen eines Arztes, Wundarztes od andern Medizinalperson ein Zeugniß über seinen oder eines Anderen Gesu zustand ausstellt, und davon zur Täuschung von Behörden oder Versiche rungschaften Gebrauch macht, wird mit Gefängniß von Einem Monate bis zu Jahre bestraft, auch kann gegen denselben auf zeitige Untersagung der A der bürgerlichen Ehrenrechte erkannt werden.

Aerzte, Wundärzte oder andere Medizinalpersonen, welche unrichtige \bar{e} über den Gesundheitszustand eines Menschen zum Gebrauche bei einer Behö Versicherungs-gesellschaft wider besseres Wissen ausstellen, werden mit Gefäng drei bis zu achtzehn Monaten, sowie mit zeitiger Untersagung der Ausüb bürgerlichen Ehrenrechte bestraft.

§. 345. Nr. 2., 4. Mit Geldbuße bis zu fünfzig Thalern oder \bar{e} bis zu sechs Wochen wird bestraft:

wer ohne polizeiliche Erlaubniß Gift oder Arzeneien, soweit deren Han durch besondere Verordnungen freigegeben ist, zubereitet, verkauft oder Andere überläßt;

wer bei der Aufbewahrung oder bei dem Transporte von Giftwaaren, pulver oder anderen explosirenden Stoffen oder Feuerwerken, oder b übung der Befugniß zur Zubereitung oder Feilhaltung dieser Gegenstä wie der Arzeneien, die deshalb ergangenen Verordnungen nicht befolgt.

II. In Betreff der Untersuchungen gegen Medizin sonen verordnet das G. R. des Just. Min. (Simons) v. 13. Nov.

Auf den Antrag des H. Staatsmin. der geistl., Unt. und Med. Ang. die Beamten der Staatsanwaltschaft hierdurch angewiesen, in Untersuchunge Medizinalpersonen aller Rathegorien in Zukunft sowohl dem gedachten H. I als den betreffenden Regierungen, die Erkenntnisse erster und zweiter Inst zutheilen.

(B. M. Bl. 1850 S. 375.)

III. Von den Prüfungen der Medizinalpersonen.
Zbl. I. S. 344. ff.)

1) Allgemeine Bestimmungen.

a) G. R. der Min. der G., II. u. Med.-Ang. (Gichhorn) u. del (Matthiä) v. 28. Febr. 1847. Prüfungsgebühren für \bar{e} und Viehkastrirer, sowie für Bandagisten und Verfertiger chiru Instrumente.

In Verfolg der Verf. v. 29. Sept. v. J. und v. 20. d. M., die Reglements für die Prüfungen der Abdecker und Viehkastrirer, sowie der Verfertiger chirurgischer Instrumente und Bandagisten betreffend, bestimmen wir:

1) daß für die Prüfungen der Abdecker und Viehkastrirer jedem der examinirten Techniker von jedem Examinanden eine Gebühr von 1 Thlr. gezahlt werde, merken dabei jedoch, daß in keinem Falle mehr als zwei Techniker zur Prüfung huziehen sind, und daß in der Regel einer damit zu beauftragen ist.

2) Für die Abhaltung der Prüfung eines Bandagisten oder Instrumentenmachers setzen wir die Gebühren

- a) für den Kreisphysikus auf 2 Thlr.,
- b) für den Wundarzt auf 1 Thlr.,
- c) für den Bandagisten auf 1 Thlr.,
- d) für den Instrumentenmacher aber, mit Rücksicht auf die in seiner Werkstatt von den Examinanden auszuführende Arbeit, auf 2 bis 3 Thlr.

Unter letzterer Gebühr sind aber die Kosten der Anschaffung der Materialien nicht mitbegriffen, welche dem Examinanden überlassen bleiben muß.

(B. M. Bl. 1847 S. 52.)

b) R. O. v. 22. März 1847, betr. die Staatsprüfungen der Medizinalpersonen.

Auf Ihren Bericht v. 8. d. M. bestimme Ich, daß die zur Erlangung der Probation als praktischer Arzt, Wundarzt, Zahnarzt, Thierarzt, Apotheker oder bannme vorgeschriebenen Staatsprüfungen, sowie die einzelnen Prüfungsabschnitte, sofern solche nach dem Reglement für die Staatsprüfungen der Medizinalpersonen v. 1. Dec. 1825 als in sich abgeschlossen betrachtet und einer selbstständigen Sensur unterworfen werden, im Fall eines unbefriedigenden Ergebnisses in der Regel nur einmal wiederholt werden dürfen. Ich will Sie jedoch ermächtigen, nach pflichtgemäßem Ermessen aus besondern Gründen ausnahmsweise noch eine dritte Wiederholung einer solchen ungenügend ausgefallenen Prüfung und beziehungsweise eines jeden Abschnittes derselben zu gestatten.

Dagegen soll für die zur Erlangung der Approbation als Kreisphysikus, Kreislicher Wundarzt, Geburtshelfer und Augenarzt vorgeschriebenen Staatsprüfungen im Fall eines unbefriedigenden Ergebnisses nur eine ehemalige Wiederholung der Prüfung stattfinden, so daß insbesondere die im §. 76. des Regl. v. 1. Dec. 1825 vorgeschriebenen Ausarbeitungen über Themata medico-physikalisch, falls sie das erstemal ungenügend ausgefallen sind, nur noch einmal aufgestellt werden dürfen. — Ich überlasse Ihnen, diesen Meinen Befehl zur Kenntniss der theilhaftigen Behörden zu bringen und durch die Amtsblätter bekannt zu machen. Berlin, den 22. März 1847.

Friedrich Wilhelm.

An den Staatsminister Eichhorn.

(B. M. Bl. 1847 S. 132.)

c) G. R. des Min. d. G., U. u. Med.-Ang. (v. Ladenberg) v. 1. Dec. 1850. Zulassung der dem Herzogthum Anhalt-Bernburg angehörigen Kandidaten zu den für inländische Medizinalpersonen vorgeschriebenen Staatsprüfungen.

Se. Durchlaucht der regierende Herzog zu Anhalt-Bernburg hat auf Grund hieserhalb von der Regierung Sr. Maj. des Königs erteilten Zustimmung mit- des abschriftlich angeschlossenen Gesetzes vom 15. September d. J., (Anl. a.) von den Aerzten, Wundärzten, Thierärzten und Apothekern im dortigen Lande liegenden Gramina betreffend, — bestimmt, daß an Stelle der seither üblichen Prüfungen die in dem Königreiche Preußen behufs der Zulassung zur Praxis vorgeschriebenen Staats-Gramina treten sollen. Hinsichtlich der Ausführung dieses Gesetzes ist seitens der Herzoglich Anhaltischen Regierung die gleichfalls in Abschrift angeschlossene Verordnung (Anl. b.) erlassen worden. Indem ich die K. Reg., das hiesige K. Polizei-Präsidium und die K. Med. Kollegien hiervon in Kenntniss setze, ermächtige Ich Dieselben, die dem Herzogthume Anhalt-Bernburg angehörigen Kandidaten, welche eine der für inländische Medizinalpersonen vorgeschriebenen Staatsprüfungen ablegen wünschen, zu denselben unter den nämlichen Bedingungen, wie die in Preußen abgelegenden Kandidaten zuzulassen.

Anl. a.

Gesetz, die von den Aerzten, Wundärzten, Thierärzten und Apothekern im Lande abzulegenden Examen betreffend, v. 15. Sept. 1850.

Wir, Alexander Carl, von Gottes Gnaden, regierender Herzog halt ic. ic., verordnen auf Antrag Unseres Staatsministeriums und unter Zustimmung des Landtags wie folgt:

§. 1. Die Bestimmungen der Medizinalordnung für das Herzogthum Bernburg v. 2. Okt. 1820, wegen Prüfung der Aerzte, (§. 23.) der Oberärzte und Wundärzte (§. 74., 80.), der Thierärzte (§. 207.) und der A (§. 124.) werden aufgehoben.

§. 2. An die Stelle dieser Prüfungen treten die in dem Königreiche vor Zulassung zur Praxis vorgeschriebenen Staatsexamen, denen auch für das hiesige Land dieselbe Gültigkeit beigelegt wird.

§. 3. Alle Medizinalpersonen, welche in Zukunft um Erlaubniß zur Praxis im hiesigen Lande nachsuchen, haben sich unter Vorlegung der über das Examen der vorschriftsmäßigen Prüfungen lautenden Zeugnisse bei Unserer Regierung theilung des Innern und der Polizei, zu melden.

§. 4. Wegen Ausführung dieses Gesetzes, welches mit dem 1. Januar in Kraft tritt, sowie wegen Bezeichnung der Anstalten in Preußen, bei der erforderlichen Prüfungen der Medizinalpersonen abzuhalten sind, wird durch Regierung das weiter Erforderliche bekannt gemacht werden.

Urkundlich unter Unserer eigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem königlichen Inseel.

So geschehen Ballenstedt, am 15. September 1850.

Alexander Carl. Herzog zu Anhalt.
(L. S.) v. Krosigk. v. Hempel.

Anl. b.

Belanntmachung, betreffend die Ausführung des Gesetzes v. 15. Sept. 1850, Prüfung der Medizinalpersonen.

Nachdem durch das Gesetz v. 15. Sept. d. J. (cf. Reg. und Intellig. Nr. 75.) bestimmt worden ist, daß an die Stelle der bisher nach den Vorschriften der Medizinalordnung v. 2. Okt. 1820 §§. 23., 74., 80., 207. und 124. im hiesigen Lande stattgehabten Prüfungen der Aerzte, Ober-Wundärzte und Wundärzte der Thierärzte und Apotheker vom 1. Januar 1851 ab die in dem Königreich Preußen vor Zulassung zur Praxis vorgeschriebenen Staatsexamen treten sollen wird in Gemäßheit des §. 4. des gedachten Gesetzes zur Ausführung desselben Nachachtung der betheiligten Medizinalpersonen und Behörden Folgendes zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

1) Alle diejenigen Personen, welche sich den Studien der Aerzte, Wundärzte, Thierärzte und Apotheker widmen und sich später im hiesigen Lande besetzen wollen haben sich in Betreff der von ihnen abzulegenden Prüfungen vom 1. Januar ab überall nach den für die Staatsprüfungen der Medizinalpersonen im Königreich Preußen geltenden gesetzlichen Vorschriften, Reglements und Verordnungen, insbesondere dem Reglement des K. Min. der g., u. med. Med. Ang. v. 1. Dec. und den in Bezug darauf erlassenen erläuternden Verordnungen und Resolutions dieser Behörden zu richten, und sich deshalb mit denselben genau bekannt zu machen.

2) Die Staatsprüfungen erfolgen nach der bestehenden Einrichtung in 2

- 1) der promovirten Aerzte, welche die Approbation als praktische Aerzte als solche Wundärzte zugleich erhalten wollen, ferner der Kandidaten der Chirurgie und Medizin, welche die Approbation als Wundärzte erster Klasse halten wünschen, und der Apotheker erster Klasse:

durch die medizinische Ober-Examinationskommission in Berlin;

- 2) derjenigen ärztlichen Individuen, welche die Approbation als Chirurgen erster Klasse, als Geburtshelfer, als Apotheker zweiter Klasse, als Wundärzte, als Zahnärzte erlangen wollen:

durch die Medizinalkollegien in den betreffenden königl. Provinzen;

- 3) in Betreff der Physiker, Thierärzte und Augenärzte:

durch besonders ernannte Prüfungskommissionen.

3) Die Gesuche um Zulassung zu den Prüfungen sind von den Kandidaten unter Beifügung der vorgeschriebenen Papiere und Bescheinigungen nach §. 2. 1. spätestens bis Anfangs December jeden Jahres bei der Herzogl. Reg. Abtheilung des Innern, zu Bernburg zu weiterer Veranlassung und Befürsichtigung schriftlich einzugeben.

4) Die Kandidaten zu den höhern Staatsprüfungen, welche beabsichtigen, schon Jahre 1851 um die Erlaubniß zur Besetzung im hiesigen Lande einzukommen, seien sich, um zu dem vorher abzulegenden Examen zu gelangen, nach dem im B. Angeführten noch im Laufe des gegenwärtigen Jahres bis spätestens Anfangs December melden.

5) Was die bei der Anmeldung einzureichenden Zeugnisse über die Schul- und thige Vorbildung der Prüfungskandidaten betrifft, so wird nach der mit der kgl. Preuß. Regierung getroffenen Verabredung der Besuch des hiesigen Gymnasiums und der Realschule hierselbst dem Besuche eines Preussischen Gymnasiums d. resp. einer Preuss. Realschule gleichgeachtet werden.

Bei denjenigen Kandidaten, welche gegenwärtig ihre Studien größtentheils be-
tigt haben und nicht mehr im Stande sind, die vorgeschriebenen Bedingungen der
zulassung zur Prüfung genau zu erfüllen, soll hierauf billige Rücksicht genommen
werden.

6) Vor der Zulassung zur Prüfung sind von den Kandidaten die üblichen
Prüfungsgebühren nach dem festgesetzten Betrage für die ganze Prüfung voraus zu
legen. Betsburg, den 21. September 1850.

kgl. Anhaltische Regierung, Abtheilung des Innern und der Polizei. Zachariae.
Meyer.

(B. M. Bl. 1850 S. 374.)

d) R. des R. Min. der G., U. u. M. Ang. (v. Raumer) v. 18. Aug.
1851 an die medizinische Ober-Examinations-Kommission und sämt-
liche delegirte medizinische Ober-Examinations-Kommissionen, betr. die
Förderung der medizinischen Prüfungen.

Es ist mehrfach bemerkt worden, daß die medizinischen Staatsprüfungen theils
zu späte Anberaumung der Termine, theils dadurch, daß die Kandidaten die
den Direktor der Prüfungskommission gesetzten Prüfungstermine nicht einhal-
tend umgebühlich in die Länge gezogen werden.

Um diesen Uebelstand zu verhüten, bestimme ich, daß künftig die Zeit zwischen
Prüfungs-Abschnitt und dem folgenden längstens, sofern nicht wichtige Gründe
Ausnahme rechtfertigen, eine Woche betragen soll. Der Zeitpunkt, mit welchem
demgemäß jährlich die Prüfungen geschlossen sein sollen, ist genau fest-
zusetzen.

Jeder Kandidat, welcher den ihm bekannt gemachten Termin nicht innehält, ohne
betreffende Behinderungsgründe nachzuweisen, verliert das Recht auf die Fortsetzung
der Prüfungen für das laufende Semester, und darf erst im nächstfolgenden Jahre
dieselben fortsetzen.

Die zu den Prüfungen sich meldenden Kandidaten sind von dieser Bestimmung
Kenntniß zu setzen, und veranlasse ich die Herren Direktoren, diese Anordnung
beide zu beachten und auf ihre Befolgung Seitens der Kandidaten streng
zu halten.

(Min. Bl. d. i. B. 1851 S. 182. Nr. 200.)

2. Prüfung der Kreis-Physiker.

G. R. des Min. d. G., U. u. Med.-Ang. (v. Radenberg) v. 13. Jan. 1850.
Die Bestimmung des §. 75. des Prüfungs-Regl. v. 1. Dec. 1825 (Anl. a.),
welcher nur diejenigen Aerzte, welche eine vielseitige Bildung nachweisen und
Staats-Prüfungen mit einem ausgezeichneten Erfolge zurückgelegt haben,
zur Physikat-Prüfung bald nach erlangter Approbation, alle übrigen aber erst
Verlauf mehrerer Jahre zugelassen werden sollen, wenn sie außer einem
moralischen Betragen, zugleich nachweisen können, daß sie während dieses
Raums als wissenschaftliche Aerzte einen guten Ruf, das Vertrauen ihrer Kran-
ken und die Achtung ihrer Kollegen sich erworben haben, ist bisher so interpretirt
worden, daß die Kandidaten, welche bei der Approbation die Censur: „gut“ oder
„sehr gut“ erhalten, übrigens aber den vorstehend erwähnten Bedingungen Ge-
eignet hatten, schon mit Ablauf von zwei Jahren nach erlangter Approba-
tion der Physikat-Prüfung zugelassen wurden. Die Erfahrung hat jedoch ge-
zeigt, daß solche junge Aerzte nicht selten diejenige Reife des Urtheils und den Grad
wissenschaftlicher Bildung noch nicht besitzen, welche unerläßlich sind, um die Qua-
lifikation zur Anstellung als Physikus zu erlangen, daß sie mithin in der Prüfung
Anforderungen theils nur nothdürftig, theils gar nicht genügen konnten und
Zurückweisung nothwendig wurde.

In neuerer Zeit hat überdies der Andrang solcher jungen Aerzte zu Physikal-Prüfungen in unverhältnißmäßiger Weise zugenommen, so daß vor a eine große Zahl derselben zur Anstellung im Staatsdienste entweder gar n erst spät wird gelangen können, und unter den zahlreichen Bewerbern um i stellen hat die überwiegende Mehrzahl stets nur die dritte Censurnumm Physikal-Prüfung erworben.

Um diesen unverkennbaren Uebelständen möglichst entgegen zu wirken, bereits der wissenschaftlichen Deputation für das Medizinalwesen eine stre der Leistungen der Kandidaten in den Physikal-Prüfungen zur Pflicht Außerdem bestimme ich, auf Grund des angeführten §. 75. des Prüfung ments, daß von jetzt an nur diejenigen Kandidaten, welche bei ihrer Ap die Censur: „vorzüglich gut“ erhalten haben, bald nach erlangter Approb zu den Physikal-Prüfungen melden dürfen, diejenigen aber, welche mit de Censur: „sehr gut“ die Staatsprüfungen bestanden, nicht früher, als de nach erlangter Approbation, und diejenigen, welche nur die dritte Censur erhalten haben, nicht vor Ablauf von vier Jahren nach ihrer Approbatio Physikalprüfungen zugelassen werden dürfen, vorausgesetzt, daß sie die üb §. 75. des Prüfungs-Reglements vorgeschriebenen Bedingungen erfüllt ha

Nach dieser, durch das Amtsblatt zu veröffentlichenden Vorschrift, habe Reg. bei der Begutachtung der in Rede stehenden Gesuche zu verfahren, besondere auch die Ihnen augenblicklich etwa vorliegenden Gesuche, über n Berichte an mich noch nicht abgegangen sind, zu prüfen.

Anl. a.

Auszug aus dem Reglement für die Staatsprüfungen der Medizinal- v. 1. Dec. 1825.

Von der Physikal-Prüfung.

§. 75.

Nöthige Qualifikation.

Zur Prüfung aus der Staats-Arzneikunde, behufs einer zu erlangen Stellung als Physikus, können nur promovirte und vorzugsweise die an netzten Aerzte zugelassen werden. Um die Admision zu dieser Prüfung zu e muß daher der Prüfungs-Kandidat

- 1) die Approbation als praktischer Arzt, oder als Arzt und Wundarzt erworben und
- 2) die Prüfung aus der Geburtshilfe bestanden haben.

Die Zeit, binnen welcher der Arzt nach erhaltener Approbation zur P Prüfung zugelassen werden kann, ist nach dem Ausfalle der zurückgelegten prüfungen oder sonstigen nachgewiesenen gelehrten Ausbildung verschieden.

Zeit der Zulassung.

Aerzte, welche eine vielseitige Bildung nachweisen, und die Staatsp mit einem ausgezeichneten Erfolge zurückgelegt haben, können bald nach ter Approbation sich die Themata zur schriftlichen Bearbeitung erbitten. Jahr darauf zu den übrigen Prüfungs-Abchnitten, falls sie in den schriftli beiten Genüge geleistet haben, admittirt werden. Alle übrigen werden aber i Verlauf von mehreren Jahren nach erhaltener Approbation zur schriftlichen i zugelassen, wenn sie, außer einem guten moralischen Betragen, zugleich n können, daß sie während dieses Zeitraums als wissenschaftliche Aerzte eine Ruf, das Vertrauen ihrer Kranken und die Achtung ihrer Kollegen sich e haben. Die Gesuche um Zulassung zur Prüfung müssen daher von jetzt i die Regierungen, die sie nach obigen Grundsätzen zu begutachten haben, Ministerium gelangen.

§. 76.

Schriftliche Prüfung.

Die Prüfung selbst zerfällt in die schriftliche, praktische und m Die Prüfungs-Kandidat muß daher

- 1) vier Themata medico-legalia, welche die wissenschaftliche Deputation i Medizinalwesen auf Anordnung des Ministerii aufsieht, binnen der i Frist von drei bis sechs Monaten wissenschaftlich bearbeiten, und die beitungen selbst an das Ministerium einsenden.

Werden dieselben von der wissenschaftlichen Deputation heifällig b so hat der Prüfungs-Kandidat an einem ihm hierzu bestimmten Land

2) in Gegenwart wenigstens zweier Prüfungs-Kommissarien, je nachdem die Gelegenheit sich darbietet, entweder

Praktische Prüfung.

- a) an einer Leiche eine ihm aufgegebenen legale Obduktion mit allen hierbei zu beobachtenden Förmlichkeiten zu verrichten, oder
- b) seine Fähigkeiten, eine Apotheke zu visitiren, praktisch nachzuweisen, oder
- c) seine diagnostischen oder therapeutischen Kenntnisse über Thierkrankheiten praktisch zu bekunden.

Mündliche Prüfung.

3) in Gegenwart dreier Prüfungs-Kommissarien eine mündliche Prüfung über alle Gegenstände der Staats-Arznwissenschaft zu bestehen, wobei die Prüfungs-Kommissarien zugleich zu erforschen haben, ob er die schriftlichen Arbeiten auch selbst gemacht habe. Ueber die beiden letzten Prüfungs-Abschnitte wird ein Protokoll aufgenommen und, mit Berücksichtigung der einzelnen erhaltenen Censuren, unter Beachtung der §. 48. gegebenen Vorschriften, das Endurtheil bestimmt ausgesprochen, nach welchem der Geprüfte zur Approbation oder Abweisung in Antrag zu bringen ist.

§. 77.

Prüfungs-Forum.

Diese Prüfung ist vor der wissenschaftlichen Deputation für das Medizinalwesen zu bestehen; das Ministerium behält sich jedoch vor, in einzelnen Fällen die schriftliche und mündliche Prüfung ausnahmsweise auch von einem Medizinal-Kollegio oder von besonders hierzu ernannten Kommissarien vollziehen zu lassen.

Berlin, den 1. December 1825.

Der Minister der Geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten.

v. Altenstein.

(W. M. Bl. 1850 S. 7.)

3. Prüfung der Wundärzte.

E. R. des Min. d. G., u. u. Med.-Ang. v. 19. Juni 1850 an k. R. Reg. u. Mediz. Kollegien. Zulassung der Wundärzte erster Klasse zur chirurgisch-forensischen Prüfung.

Durch die E. B. v. 13. Jan. d. J. (W. Bl. S. 7—9.) ist bestimmt worden, Kandidaten, welche bei ihrer Approbation die Censur: „vorzüglich gut“ erhalten haben, bald nach erlangter Approbation, diejenigen aber, welche mit der zweiten Censur: „sehr gut“ die Staatsprüfungen bestanden, nicht früher, als drei Jahre nach erlangter Approbation, und diejenigen, welche nur die dritte Censur: „gut“ erhalten haben, nicht vor Ablauf von vier Jahren nach ihrer Approbation zu den Staatsprüfungen zugelassen werden dürfen, vorausgesetzt, daß sie den übrigen, im Prüfungs-Reglement vorgeschriebenen Bedingungen genügt haben.

Da die nämlichen Gründe, welche den Erlass dieser Anordnung nothwendig gemacht haben, auch in Beziehung auf die Zulassung der Wundärzte erster Klasse zur chirurgisch-forensischen Prüfung obwalten, so bestimme ich, daß die in der E. B. v. 13. Jan. d. J. festgesetzten Termine auch für die Zulassung zu der chirurgisch-forensischen Prüfung gelten sollen und veranlasse die K. Reg., nach dieser, das Amtsblatt zu veröffentlichenden Vorschrift, von jetzt ab zu verfahren.

(W. M. Bl. 1850 S. 166.)

4. Prüfung der Kreis-Thierärzte.

E. R. des Min. d. G., u. u. Med.-Ang. (Lehnert) v. 16. April 1847.

Die E. B. v. 30. April 1847 (W. Bl. S. 132. Nr. 171.) giebt die Gründe an, aus denen hinsichtlich derjenigen Prüfungen, durch welche die Approbation zu dem ärztlichen oder wundärztlichen Berufe überhaupt erst erlangt werden, eine zweimalige und ausnahmsweise eine dritte Wiederholung — dagegen bei Prüfungen, zu welchen nur bereits approbirte Medizinalpersonen, oder in der Staatsprüfung vollständig bestandene Kandidaten zugelassen werden und durch welche nur die Befähigung zur Bekleidung eines Amtes in der Medizinal-Verwaltung oder zur Ausübung der Heilkunde in einem erweiterten Umfange erlangt werden soll, nur eine einmalige Wiederholung gestattet wird. Der Prüfung zur Erlangung des Fähigkeitszeugnisses zur Verwaltung einer Kreisthierarztstelle ist hierbei namentlich gedacht; sie gehört aber dem Zusammenhange und dem Sinne der Verfügung nach ganz hierher. Ich habe deshalb beschlossen und schon unter

Suppl. zu Zbl. VI. Bd. XIII.

dem 8. Jan. v. J. der Direktion der K. Thierarzneischule davon Kenntniß geg daß für die Folge bei den Kreis-thierärzten ganz so, wie bei den Kreisphysikern gerichtlichen Wundärzten, nur eine einmalige Wiederholung einer mißlungenen fang gestattet sein soll, und mithin, wenn die das erste Mal behufs der Qualifikation als Kreis-thierarzt eingereichten schriftlichen Arbeiten ungünstig beurtheilt wurden nur noch ein zweites Mal dergleichen Arbeiten eingereicht oder dazu erbetene Gaben ertheilt werden dürfen.

Die K. Reg. setze ich hiervon behufs geeigneter Bekanntmachung in dem 9. Blatte in Kenntniß.

(B. M. Bl. 1849 S. 134.)

b) K. d. Min. (v. Ladenberg) v. 13. Febr. 1850.

Um zu verhüten, daß, wie in neuerer Zeit nicht selten geschehen, Thierärzte erster Klasse bald nach ihrer Approbation, und ohne durch selbstständige Ausübung ihrer Kunst eine auf eigene hinreichende Erfahrung gestützte Reife des Urtheils angeeignet zu haben, ihre Zulassung zur Erwerbung der Qualifikation als Kreis-thierarzt nachsuchen, bestimme ich hierdurch, im Anschluß an die für die Zulassung zu den Physikatoprüfungen durch den G. Erl. v. 13. v. M. (M. Bl. S. 7- getroffene Anordnung, daß fortan nur diejenigen Thierärzte erster Klasse, welche den Staatsprüfungen die Censur: „vorzüglich gut“ erhalten haben, nach ein Jahre; diejenigen, welche die zweite Note: „sehr gut“ erhalten haben, nach zwei Jahren; und alle übrigen nicht vor Ablauf von vier Jahren, nach erhaltener Probation, zur Ausarbeitung der Probearbeiten zugelassen werden dürfen.

Die K. Reg. hat die Bekanntmachung dieser Verfügung zu veranlassen.

(B. M. Bl. 1850 S. 32.)

5. Prüfung der Hebeammen.

a) G. B. des Min. d. G., u. u. M.-Ang. (v. Ladenberg) v. 2. Aug. 1845.

Der K. Reg. wird auf den Bericht v. 1. April d. J., nach vorangegangener Kommunikation mit dem K. Min. des Innern und in Uebereinstimmung mit demselben, hierdurch eröffnet, daß die Bestimmungen des G. B. v. 6. Jan. 1841 (M. Bl. S. 26. Nr. 36.) über die Prüfung und Niederlassung der Hebeammen, insbesondere auch die Bestimmung unter Nr. 4., wonach eine Hebeamme die Niederlassung behufs Ausübung ihres Gewerbes außerhalb derjenigen Kommune, von welcher sie das Wahlattest erhalten hat, nur mit Genehmigung der betreffenden Polizeibehörde und des betreffenden Kreisphysikus gestattet ist, durch die allgemeine Gewerbe-Ordnung v. 17. Jan. d. J. (G. S. S. 41. ff.) nicht als aufgehoben anzusehen und demgemäß nach wie vor in Anwendung zu bringen sind, bis hierüber eine besondere Bestimmung getroffen werden sollte.

(B. M. Bl. 1845 S. 303.)

b) G. B. d. Min. (v. Ladenberg) v. 5. Nov. 1849.

Es sind neuerdings Zweifel darüber entstanden, ob nach Emanation der allgemeinen Gewerbe-Ordnung v. 17. Jan. 1845, nach deren §. 45. die Hebeammen behufs der Ausübung ihres Gewerbes, sich über den Besitz der erforderlichen Kenntnisse und Fertigkeiten durch ein Fähigkeitszeugniß der Regierung ausweisen müssen, die G. B. v. 6. Jan. 1841 (M. Bl. S. 26. Nr. 36.) in Betreff der Qualifikation und Niederlassung der Hebeammen noch ferner Anwendung finde.

Zur Beseitigung dieser Zweifel eröffne ich den K. Reg., daß diese Frage bereits im Jahre 1846 den damaligen Min. der Geisl. u. Ang. und des Inn. Anlaß gegeben hat, im Einverständniß mit dem K. Finanzministerium, darüber an den Kaiserl. Maj. zu berichten. Hierbei ward von der Ansicht ausgegangen, daß im Falle der Beseitigung der Bestimmungen der G. B. v. 6. Jan. 1841 nach den früheren Erfahrungen zu besorgen sei, daß die Hebeammen nach Ablauf der Zeit für welche sie sich der Kommune, die ihnen das Wahlattest ertheilt, zum Tode verpflichtet haben, größtentheils in den Städten und in besonders wohlhabenden Gegenden, ohne Rücksicht auf nachhaltigen Erwerb sich niederlassen und die Bewohner des platten Landes und der minder wohlhabenden Gegenden der Unterstützung der Hebeammen würden entbehren müssen. Die Erheblichkeit dieser Bedenken ließ sich eben so wenig verkennen, als die von einigen Seiten angeregten Forderungen über die fortdauernde Anwendbarkeit der mehrgenannten G. B. für begründet gehalten werden konnte. Durch die allgemeine Gewerbe-Ordnung sind nach §. 184. solche allgemeine und besondere Bestimmungen aufgehoben, welche Gegenständen betreffen, worüber das angeführte Gesetz anderweitig verfügt. Dasselbe mußte

Die Niederlassung der in öffentlichen Instituten oder auf öffentliche Kosten auszubilden Hebeammen, und andere als solche werden seit längerer Zeit nicht mehr gelassen, keine Bestimmungen, so daß es unbedenklich zulässig erscheint, den Hebammen mit Rücksicht auf die ihnen bei ihrer Ausbildung auf öffentliche Kosten zufließenden Erleichterungen bestimmte Bedingungen hinsichtlich ihrer künftigen Niederlassung aufzuerlegen. Hierauf haben des Königs Maj. mittelst Allerh. Erlasses 22. Juni 1846 zu genehmigen geruht, daß es hinsichtlich der Prüfung und Niederlassung der Hebeammen bei den in der G. B. v. 6. Jan. 1841 getroffenen Bestimmungen bis auf Weiteres sein Bewenden behalte.

Die K. Reg. veranlasse ich hiernach, die genannte G. B. sich nach wie vor zur Richtschnur dienen zu lassen und, um in Zukunft etwaigen Reklamationen der aspirirenden Hebeammen vorzubeugen, bringe ich den G. Erl. v. 18. Dec. 1845 (M. S. 353. Nr. 400.) wonach den in die Hebeammen-Lehranstalt aufzunehmenden Mädchen die Beschränkungen ihres künftigen Gewerbebetriebes zu Protokoll zu machen und sie nur unter der Bedingung der Unterwerfung unter dieselben in das Institut aufzunehmen sind, hiermit in Erinnerung.

(B. M. Bl. 1849 S. 244.)

6. Prüfung der Apotheker.

G. R. des Min. d. G., U. u. Med.-Ang. (Lehnert) v. 24. April 1849 sämmtl. K. Regierungen. Nachweis der pharmazeutischen Studien Seitens der zu den Staatsprüfungen als Apotheker sich meldenden Kandidaten.

Der Königl. Reg. eröffne ich auf den Bericht v. 2. v. M., daß allerdings von Pharmazeuten, welche Vorlesungen auf einer Universität besucht haben, nach bis jetzt noch in Kraft stehenden Bestimmungen der M. B. v. 13. Juli 1833 die Beibringung eines Abgangszeugnisses gefordert werden mußte, wie solches die genannte Verfügung, unter Angabe der Gründe, ausdrücklich vorschreibt. In Betreff einiger Pharmazeuten, welche sich zu den Staatsprüfungen als Apotheker erster Klasse bei dem Ministerium zu melden haben, ist in allen Fällen auf die Beibringung des Abgangszeugnisses gehalten worden, welches letztere jedoch hier nicht von der Universitäts-Behörde, sondern von der Direktion des pharmazeutischen Studiums gestellt wird.

Solche Pharmazeuten, welche Vorlesungen an einer Universität besuchen wollen, eine besondere Direktion des pharmazeutischen Studiums nicht besteht, würden, der B. v. 13. Juli 1833 zu genügen, allerdings ihre Immatrikulation zu befehlen haben, weil ohne dieselbe ein Abgangszeugniß ihnen nicht ausgestellt werden kann. Nach §. 36. des Reglements für die Prüfung der zu den Universitäten gehörenden Schüler v. 4. Juni 1834 kann aber die Immatrikulation solcher Individuen, die nicht mit dem Zeugniß der Reife versehen sind, nur auf den Grund und besonderen durch mich zu erteilenden Erlaubniß erfolgen, und es würde mit der Erwirkung einer nur ausnahmsweise zu bewilligenden Begünstigung den Individuen als eine unerlässliche Verpflichtung auferlegt werden müssen.

Um dieses letztere zu vermeiden, will ich für die Zukunft von der Befolgung der Verordnung v. 13. Juli 1833 absehen, und an der Stelle der Abgangszeugnisse nur die Beibringung des Anmeldebogens und eines polizeilichen Führungsheftes von den, zu den pharmazeutischen Staatsprüfungen sich meldenden Kandidaten verlangen.

In Betreff der auf der Universität Berlin Vorlesungen besuchenden Pharmazeuten bleibt es dagegen bei den bisherigen Bestimmungen.

Der K. Reg. überlasse ich, den Inhalt der gegenwärtigen Verf. zur Kenntniß der Betheiligten zu bringen.

(B. M. Bl. 1849 S. 68.)

7. Prüfung der Hühneraugen-Operateure.

M. der Min. d. G., U. u. M.-Ang. (v. Ladenberg) und des Innern (Manteuffel) v. 23. Aug. 1845.

Der K. Reg. wird auf die Anfrage v. 15. v. M., wegen der Prüfung der Hühneraugen-Operateure unter Rücksendung der Beilage eröffnet, daß zwar diese Gewerbetreibenden in der Gew.-Ordn. v. 17. Jan. d. J. §. 45. unter denjenigen aufgeführt sind, welche sich über den Besitz der erforderlichen Kenntnisse und Fertigkeiten durch ein Befähigungszeugniß der Regierung ausweisen müssen. Da jedoch die Erfahrung festgestellt hat, daß durch ungeschickte Verrichtung von Hühneraugen-Operationen bedeutender, und unter besonderen Umständen selbst lebensgefähr-

licher Schaden zugefügt werden kann, so ist nach §. 26. der Gewerbeordnung dieses Gewerbes eine besondere polizeiliche Genehmigung erforderlich, diese nur dann zu erteilen, wenn die K. Reg. Sich von der Geschicklichkeit, welcher die Erlaubniß zum Operiren der Hühneraugen nachsucht, Ueberzeugung verschafft, entweder durch Einsicht glaubhafter Zeugnisse, oder daß Sie einen Medizinalbeamten (Kreisphysikus) beauftragt, die technisch des Nachsuchenden durch die ihm in geeigneten Fällen aufzugebende Verfräglichkeit der Operation genau zu prüfen.

Daß approbirte Aerzte und Wundärzte, wenn sie sich mit dem L. Hühneraugen befassen wollen, hierzu keiner besonderen Erlaubniß bedürfen, sich von selbst.

Beabsichtigt ein Hühneraugen-Operateur sein Gewerbe im Umherzietreiben, so finden die hierauf Bezug habenden gesetzlichen Bestimmungen?

Was aber den Gebrauch und Verkauf von Pflastern zur Vertilgung der Hühneraugen betrifft, so kann denjenigen Personen, welche mit polizeilicher Genehmigung das Operiren und Vertilgen der Hühneraugen ausüben, sowohl der Gebrauch als Verkauf der zur Vertreibung der Hühneraugen bestimmten Mittel gestattet werden, sofern die K. Reg. durch nähere Untersuchung die Ueberzeugung der völligen Unschädlichkeit ihrer Bestandtheile gewonnen hat.

Hiernach ist in vorkommenden Fällen zu verfahren.

(B. M. Bl. 1845 S. 301.)

8. Prüfung der Bandagisten u. chirurg. Instrumentenmacher.

K. der Min. der G., u. n. Med. Ang. (Eichhorn) u. des (Mathis) v. 20. Febr. 1847.

In der Anl. (a.) erhält die K. Reg. das auf Grund der Bestimmungen §§. 45. und 46. der Allg. Gewerbe-Ordnung v. 17. Jan. 1845 erlassene Reglement für die Prüfung der chirurgischen Instrumentenmacher und Bandagisten, welches durch das Amtsblatt Ihres Bezirks zur öffentlichen Kenntniß zu bringen ist.

In Bezug auf die Prüfung bemerken wir jedoch, daß denjenigen Bandagisten und Verfertignern chirurgischer Instrumente, welche schon vor Publikation der Gewerbe-Ordnung dieses Gewerbe auf Grund einer von ihnen bestandenen Prüfung (s. Theil II. Titel 20. des A. L. R.) betrieben haben, nach §. 15. der Gewerbe-Ordnung die fernere Gewerbebetrieß ohne Weiteres zu gestatten ist.

Auch wollen wir der K. Reg. überlassen, in Fällen, wo ein für das öffentliche Wohl fühlbarer Mangel an geprüften Bandagisten und Verfertignern chirurg. Instrumente hervortritt, hierüber besonders zu berichten, damit nach Befinden. in Gem. §. 46. der Gew.-Ordnung, auch Personen, welche nicht geprüft sind, deren Befähigung aber unzweifelhaft ist, ausnahmsweise zu diesem Gewerbebetrieß zugelassen werden können.

Anl. a.

Reglement für die Prüfung der Bandagisten und chirurgischen Instrumentenmacher vom 20. Febr. 1847.

I. Für die Bandagisten.

§. 1. Wer das Gewerbe eines Bandagisten betreiben will, hat sich an den Landrath zu wenden, welcher solches der ersteren einreichen wird.

§. 2. Die Königl. Regierung erteilt dem betreffenden Kreisphysikus die Befugniß, die Prüfung des Bittstellers gemeiniglich zu übernehmen. Wenn die Verhältnisse es gestatten, so hat der Physikus ein approbirten Bandagisten zu der Prüfung hinzuzuziehen.

§. 3. Die Prüfung geschieht mündlich und zwar über die am häufigsten vorkommenden Bandagen, namentlich über die nothwendigen Eigenschaften der Bänder, der Schnürleiber und ähnlicher Vorrichtungen für Rückgrads-Behandlung der Schnürstrümpfe u. s. w. Dabei ist auch Rücksicht zu nehmen auf den Zustand des menschlichen Körpers, welche hierbei vorzüglich in Betracht kommen.

Außerdem hat der Examinand eine ihm aufzugebende Bandage, wenn möglich, unter der Aufsicht des hinzugezogenen approbirten Bandagisten, anzuwenden und vorzulegen.

§. 4. Ueber die Prüfung wird ein von den Examinatoren zu unterschreibendes Protokoll aufgenommen, an dessen Schluß das Urtheil beizufügen ist, ob der Examinand als bestanden zu erachten ist oder nicht. Dies Protokoll wird mit

ichts der Königl. Regierung übersandt. Diese hat hierauf das Befähigungszeugniß auszustellen, oder den Bittsteller zu bescheiden.

II. Für die chirurgischen Instrumentenmacher.

§. 1. Die Meldung geschieht, wie dies oben (I. §. 1.) in Betreff der Bausagisten angeordnet ist.

§. 2. Die Königl. Regierung beauftragt mit der Prüfung einen Kreisphysikus, einen gerichtlichen Wundarzt und einen approbirten chirurgischen Instrumentenmacher.

§. 3. Die Prüfung selbst zerfällt in:

- a) eine mündliche-theoretische über die erforderlichen Eigenschaften der gebräuchlichsten chirurgischen Instrumente, und
- b) eine praktische, indem dem Examinanden die Anfertigung einiger chirurgischer Instrumente — in der Regel einer Bruchbandfeder, einer Gomperschen Scheere, eines Amputationsmessers und einer Geburtszange — aufgegeben wird. Diese Instrumente hat derselbe in der Werkstatt des chirurgischen Instrumentenmachers, in dessen Beisein, und soweit als möglich auch in Gegenwart der beiden Medizinal-Personen, selbst anzufertigen und zur Beurtheilung vorzulegen.

§. 4. Das über die Prüfung aufgenommene Protokoll, mit dem Urtheile der Examinatoren über die Zulässigkeit des Geprüften, ist der Königl. Regierung einzureichen.

§. 5. Diese ertheilt hierauf das Befähigungszeugniß oder bescheidet den Bittsteller. Berlin, den 20. Februar 1847.

Der Minister der Geistl., Unterr. u. Med. Ang.
Sichhorn.

Der Minister des Innern.
J. A. Mathis.

(B. M. Bl. 1847 S. 36.)

Sitz der Prüfungs-Kommissionen für Abdecker und Viehkastrirer.

St. der Min. d. Med.-Ang. (v. Ladenberg) u. des Innern (v. Bodelschwingh) v. 6. Dec. 1847.

Auf den Bericht v. 9. Okt. c. wollen wir hierdurch genehmigen, daß die durch Regl. v. 29. Sept. v. J. angeordneten Prüfungs-Kommissionen zur Prüfung Abdecker und Viehkastrirer nur an denjenigen Kreisorten konstituiert werden, in welchen neben dem Landrathsamte zugleich der Departements- oder der Kreis-Thierarzt seinen Wohnsitz hat.

(B. M. Bl. 1847 S. 329.)

IV. In Ansehung der nöthigen Approbation zur Betreibung der ärztlichen Praxis bestimmen:

(Zu Thl. I. S. 401. ff.)

1) Die allgemeine Gewerbe-Ordnung v. 17. Jan. 1845 (G. S. 1845 S. 41. ff.). Diese stellt:

a) im §. 42. den allgemeinen Grundsatz auf:

Ärzte, Wundärzte, Augenärzte, Zahnärzte, Geburtshelfer, Apotheker und Unterthmer von Privatfranken- und Privat-Irrenanstalten bedürfen einer Approbation des Ministeriums der Medizinal-Angelegenheiten.

b) Der §. 71. setzt fest, wann die Approbation von der Medizinalbehörde zurückgenommen werden könne.

Die in den §§. 42. bis 52. und §. 55. erwähnten Konzessionen, Approbationen und Bestellungen können von der Verwaltungsbehörde zurückgenommen werden, wenn die Unrichtigkeit der Nachweise dargethan wird, auf deren Grund solche erteilt worden, oder wenn aus Handlungen oder Unterlassungen des Inhabers der Konzession der erforderlichen, und bei Ertheilung der Konzession u. s. w. vorausgesetzten Eigenschaften klar erhellt. Inwiefern durch die Handlungen oder Unterlassungen eine Strafe verwirkt ist, bleibt der richterlichen Beurtheilung überlassen.

c) Die §§. 72—74. bestimmen das Verfahren bei Zurücknahme der Approbation und das zulässige Rechtsmittel.

Die Gründe der beabsichtigten Zurücknahme der Konzession u. s. w. (§. 71.) dem Betheiligten bekannt zu machen und vollständig zu erörtern, die Verhandlungen aber sodann mit der Bertheidigung desselben der Regierung zur Abfassung eines Plenarbeschlusses vorzulegen.

Fällt der Beschluß für die Zurücknahme aus, so ist der danach mit Gründen auszufällende Bescheid dem Betheiligten zu eröffnen. Gegen diesen Bescheid ist der

Stand als Militairbeamte, in welcher Eigenschaft dieselben in Kriminal- und Jurisfachen das forum militare haben, einige Verschiedenheiten in der Hand und Ausführung dieser Gesetze.

Früherhin ist der Regel nach die Untersuchung gegen Militair-Aerzte, wo Ueberschreitung ihrer Befugnisse in der Civilpraxis beschuldigt worden, immer die Militairgerichte geführt und abgeurtheilt worden. Allein das durch die D. v. 3. April 1845 sanctionirte Strafgesetzbuch für das Preussische Heer b im 2. Theile §. 3. Folgendes:

„Den Civilbehörden bleibt die Untersuchung und Entscheidung der Konventionen gegen Finanz- und Polizeigesetze, und gegen Jagd- und Fischereyordnungen in dem Falle überlassen, wenn die Kontravention im Gesetze mit Geldbuße oder Konfiskation bedroht ist. Ist dagegen im Gesetze die Kontravention nur oder alternativ mit Freiheitsstrafe bedroht, oder trifft mit der Kontravention anderes Verbrechen zusammen, so steht die Untersuchung und Entscheidung schließlich den Militairgerichten zu.“

Hiernach ist daher um so mehr zu verfahren, als durch die oben allegirte höchste Ordre alle früheren, dem Inhalte jenes Strafgesetzbuches entgegenstehenden Bestimmungen aufgehoben sind, und es steht daher die Untersuchung und Entscheidung der Kontraventionen der Militairärzte gegen Medizinal-Polizeigesetze in Falle der Königl. Regierung zu, wenn die Kontravention durch das Gesetz mit Geldstrafe bedroht ist. Die Vollstreckung der gegen einen Militairarzt ertheilten Strafe aber ist nicht Sache der Civilbehörden, indem das erwähnte Strafgesetzbuch im 2. Theile §. 269. vorschreibt:

„Geldbußen, welche von den Civilbehörden in den, zu ihrer Kompetenz gehörenden Fällen wider Militairpersonen verhängt sind, müssen durch das betreffende Militairgericht eingezogen und an die Civilbehörde abgeliefert werden.“

Kann die Geldbuße nicht erlegt werden, so ist dieselbe von den Militairgerichten in verhältnißmäßige Freiheitsstrafe zu verwandeln. Von der Vollstreckung der Strafe ist der Civilbehörde Nachricht zu geben.“

Demnach hat die Königl. Regierung, wenn dieselbe einen Militairarzt in einer Medizinal-Polizei-Kontravention zu einer Geldstrafe verurtheilt hat, die Uebersendung derselben an das betreffende Militairgericht, den Kommandeur des Regiments, bei welchem der Militairarzt steht oder den Festungskommandanten, in der Militairarzt in einer Festung als Garnison-Stabsarzt angestellt ist — aber an den Amtsvorgesetzten des Militairarztes — sich zu wenden, und damit das Weitere wegen der Vollstreckung der Strafe zu überlassen.

Das gegen die, mit Approbationen versehenen Kompagnie- und Gefadronsurgen bei Kontraventionen derselben gegen Medizinal-Polizeigesetze einzuschlagende Verfahren ist im Wesentlichen das nämliche.

Ob solche Kompagnie- und Gefadron-Chirurgen, welche die medizinisch-chirurgischen Staatsprüfungen bestanden, aber die Approbationen zur Praxis noch nicht erlangt haben, wenn sie Kuren bei Civilpersonen unternommen haben, wie die Reg. glaubt, einfach als Pseudos anzusehen und als solche zu bestrafen und, über zu entscheiden, muß der Beurtheilung der in jedem einzelnen Falle ertheilten Behörde überlassen bleiben. Berlin, den 16. December 1847.

Min. der G., u. u. M. Ang. v. Ladenberg.

An

die K. Reg. zu Marienwerder und Abschrift an die übrigen K. Reg. zur Kenntnißnahme und gleichmäßigen Nachachtung.

Anl. a.

In Folge der Allerh. Bestimmungen v. 28. Juni 1825, die neue Klassifikation des Heilpersonals im Staate betreffend, und des auf den Grund derselben erlassenen neuen Prüfungs-Reglements v. 1. Dec. ejd. a. hat jeder Unterschied zwischen Civil- und Militairärzten aufgehört, indem danach beiderlei Medizinalpersonen die Studien zurücklegen müssen und gleichen Prüfungen unterworfen werden. Die Militairärzte bilden demnach keine eigene Klasse des Heilpersonals im Staate, sondern unterscheiden sich von den übrigen praktischen Aerzten und Wundärzten lediglich dadurch, daß sie im Königl. Dienst angestellte ärztliche Individuen sind, in deren auch im Civil giebt, ohne daß solche deshalb in Bezug auf die Ausübung der Praxis andere Vorrechte genießen und anderen Beschränkungen unterworfen sind als die bloßen praktischen Medizinalpersonen. Das Ministerium hat demnach

sämmtlichen, auch älteren oberen Militairärzten, welche größtentheils noch in der Approbation behufs der Ausübung der Civilpraxis versehen waren, nach gabe ihrer bestandenen militairärztlichen Prüfungen dergleichen Approbationen erteilen lassen, womit sie sich, wenn sie Civilpraxis ausüben wollen, bei den betreffenden Behörden zu legitimiren haben. Alle früheren Verfügungen wegen der Erlaubnis zur Civilpraxis, oder des Verbots derselben in Bezug auf diejenigen Militairärzte, welche bisher noch mit keiner Approbation versehen waren, so wie alle Anordnungen in Betreff der Einsendung der Invalisten, der Nachweise der behandelten Civil-Kranken etc. durch die General-Divisions-Aerzte an die Königl. Regierungen, sind in Folge der getroffenen Einrichtung von nun an als aufgehoben zu betrachten. Da nunmehr jeder militair-ärztliche Beamte die Befugnis zur ärztlichen und wundärztlichen Civilpraxis lediglich auf den Grund der ihm erteilten Approbation und nach den Allerhöchsten Bestimmungen v. 28. Juni 1825 besitzt, aber auch allen Verpflichtungen der Civilärzte und Wundärzte nachzukommen hat. Erhebt sich übrigens von selbst, daß diejenigen Militairärzte, die auch jetzt keine Approbation erhalten konnten, denen aber durch frühere Ministerial-Bestimmungen beschränkte oder unbeschränkte Praxis ausdrücklich nachgegeben worden ist, und die hierüber zu legitimiren im Stande sind, die ihnen erteilte Befugnis auch behalten.

Der K. Reg. wird solches zur Achtung und weiteren Veranlassung bekannt gegeben.
Berlin, den 25. Juli 1829.

Min. der G., U. u. M. Ang.

An Abwesenheit und Auftrag des Ministers. Hufeland.

An

liche K. Reg., sowie an das K. Polizei-Präsidium hierselbst, zur Kenntnis und gleichmäßigen Nachachtung.

B. M. Bl. 1848 S. 20.)

b) In Ansehung der Thierärzte und ihrer ausschließlichen Berechtigung zum Kuriren kranker Thiere bestimmt:

der Bescheid des Min. d. Inn. (v. Manteuffel) v. 18. Okt. 1843 an den Kreis-Thierarzt N. zu N.

In Folge Ihrer Vorstellung v. 1. Juli d. J., die ausschließliche Befugnis der Kreis-Thierärzte zur Behandlung kranker Thiere betreffend, wird Ihnen eröffnet die Frage:

in wiefern es nothwendig sein möchte, das Kuriren kranker Thiere unter allen Umständen lediglich den examinirten und zur Ausübung der Thierärztlichen Heilkunde angestellten Thierärzten zu überlassen,

erathung der Gewerbeordnung nicht unerwogen geblieben ist, und da in diesem Sinne die Approbation für die Thierärzte nicht gleich denen der übrigen, im §. 42.

der bezeichneten Medizinalpersonen festgesetzt worden, das Ministerium zur Zeit keine Anordnungen finden kann, schon jetzt anderweitige gesetzliche Bestimmungen zu erwirken.

Bei der technischen Vorbildung, welche die Thierärzte in ihrem Beruf mitbringen, steht um so mehr zu erwarten, daß sich das Publikum bei erforderlicher Gelegenheit kranker Thiere mehr und mehr den approbirten und angestellten Thier-

ärzten auch ohne fernere gesetzliche Bestimmungen zuwenden wird, als bei entstehenden Gelegenheiten ihrem Gutachten vorzugsweise ein Gewicht beigelegt werden wird.

Allen ausbrechenden Seuchen aber sind durch das obrigkeitliche Einschreiten die Mittel zur Ausschließung thierärztlicher Puscherei gegeben und bei den, auch für die gefährlichen Thierkrankheiten bestehen desfallige gesetzliche Strafverbote.

B. M. Bl. 1845 S. 302.)

Das G. R. des Min. der G., U. u. Med.-Ang. (Eichhorn) v. 31. März 1847.

Der K. Reg. erwidere ich auf den Bericht vom 19. v. M., daß auf Grund der Allerhöchst genehmigten Reglements über die Eintheilung des thierärztlichen Personals vom 25. Mai 1839 Personen, welche, ohne als Thierärzte geprüft und approbirt zu sein, thierärztliche Praxis treiben, nicht verboten werden kann, die Bezeichnung „Thierarzt“ sich beizulegen.

Auch kann ich mich nicht veranlaßt finden, solches Verbot bei des Königs Majestät in Antrag zu bringen, da nach Lage der Gesetzgebung den approbirten Thierärzten keine ausschließliche Berechtigung zur Ausübung der Thierheilkunde zusteht, die Benennung Thierarzt nicht als ein amtlicher Titel betrachtet ist, und die Beschäftigung derjenigen richtig bezeichnet, welche, ohne als Thierärzte approbirt zu sein, die Thierheilkunde gegen Entgelt ausüben.

Dagegen bleibt den approbirten Thierärzten unbenommen, sich zur Unterscheidung von den nicht approbirten Ärzten, „geprüfte“ oder „approbierte“ zu benennen.

Der K. Reg. überlasse ich, diese Verfügung durch das Amtsblatt zur des betheiligten Publikums zu bringen.

(B. M. Bl. 1847 S. 52.)

V. Von der Remuneration der Dienstleistungen der Medizinalpersonen.

(Zu Tbl. I. S. 436. ff.)

1) In Ansehung der Taxen der Medizinal-Personen durch die Allg. Gewerbe-Ordnung v. 17. Jan. 1843 laut §. 93. nichts geändert worden.

(G. G. 1845 S. 41. ff.)

2) Von der Verbindlichkeit zur Bezahlung der Kur (Zu Tbl. I. S. 457. ff.)

a) B. des Min. d. G., U. u. Med.-Ang. (v. Ladenberg) u. t. (Matthiä) v. 23. April 1847 an die K. Regierung zu N. in Beziehung der den Ärzten und Wundärzten zustehenden Gebühren für die Behandlung armer Kranken.

In Erwiderung auf den Bericht v. 21. Febr. c. geben wir der K. zu erkennen, wie der in unserer Verf. v. 28. Dec. v. J. ausgesprochene Grundsatz, daß die Gemeinden zur Bezahlung der Gebühren der Ärzte und Wundärzte für die Behandlung von armen Kranken im Wege administrativer Exekution gehalten werden können, daß die gedachten Medizinalpersonen vielmehr gegen einen Armenverband gerichteten derartigen Forderungen zum Rechte verwiesen werden müssen, in allen Fällen in Anwendung zu bringen ist.

Die von der K. Reg. gegen diesen Grundsatz vorgetragenen Bedenken sind nicht für durchgreifend erachtet worden. Das angezogene G. R. des Min. d. G., U. u. des Innern v. 10. Aug. 1842 (M. Bl. S. 279. Nr. 385.) steht ihnen keineswegs entgegen. Dasselbe bezweckt und enthält nur eine Belehrung der Ärzte über den Umfang ihrer Verpflichtungen in Beziehung auf ihre Armen und über das Verfahren, welches sie nach Maßgabe der bestehenden Grundsätze zur Sicherung ihres Anspruchs auf Remuneration gegen die Kommunen zu beobachten haben, bestimmt aber nichts über das Verfahren, in welchem dieselben Ansprüche geltend zu machen sind.

Dieses Verfahren ist durch die Allerh. K. D. v. 19. Juni 1836, betref. die Einziehung der Kirchen- u. d. d. Abgaben, ingleichen der Forderungen der Medizinalpersonen, (G. G. S. 198.) vorgeschrieben, nach welcher diesen Forderungen das Vorrecht der Eintragung im Wege des Mandatsprozesses eingeräumt worden ist.

Auch das R. v. 14. Juni 1843 (M. Bl. S. 197. Nr. 249.) steht der K. Reg. nicht zur Seite. Wenn ein Armenverband in der pflichtmäßigen Fürsorge für erkrankte Arme säumig ist, so hat die vorgesetzte Polizeibehörde denselben darauf aufmerksam zu machen, daß auch das G. R. v. 10. Aug. 1842 aufmerksam macht, zur Erfüllung der Obliegenheiten anzuhalten, und kann zu diesem Behufe die Gewährung von Hülfe nach Befinden selbst anordnen.

Das erstgedachte R. erkennt nun das Recht der Polizeibehörde an, die Kommunen des von ihr für nothwendig erachteten Einschreitens und insbesondere die Kommunen des zu diesem Zwecke von ihr beauftragten Arztes im Verwaltungswege anzuhalten, hat aber keinesweges den Letztern für befugt erachtet, die Befriedigung der Forderung auf diesem Wege mit Umgehung des Richters zu fordern.

(B. M. Bl. 1847 S. 168.)

b) B. des Min. d. Inn. (Matthiä) v. 12. Aug. 1847 an die K. Regierung zu N., Aufbringung der Hebammen-Gebühren für die auf entbundenen hülfsbedürftigen Frauenpersonen.

Der K. Reg. wird auf den Bericht v. 17. v. M. eröffnet, daß die Bestimmungen des §. 30. des Ges. über die Armenpflege v. 31. Dec. 1842, nach welcher die Erstattung von Kur- und Verpflegungskosten für erkrankte Reisende, die Gebühren für den Arzt oder Wundarzt sich nicht erstrecken soll, auch hinsichtlich der Gebühren für die Hebamme, welche die Entbindung einer auf der Reise befindlichen schwangeren Person bewirkt hat, zur Anwendung gebracht werden müssen.

in inneren Grunde fehlt, hierbei einen Unterschied zu machen. Demzufolge ist Stadt N. von der ihr auferlegten Verpflichtung zur Erstattung der durch die Herkunft der unverehelichten N. entstandenen Hebammen-Kosten zu entbinden. (B. M. Bl. 1847 S. 221.)

3) Von der Geltendmachung der Forderungen der Medizinalpersonen und Apotheker. (Zu Th. I. S. 463. ff.)

E. M. des K. Min. der G., II. u. Med.-Ang. (Lehnert) v. 15. Mai 51 an sämtliche K. Reg., betreff. die Einflagung der Forderungen der Apotheker und Medizinal-Personen im Wege des Mandats-Prozesses.

Auf den Bericht der K. Reg. v. 30. v. M. erkläre ich mich damit einverstanden, daß die Rechnungen der Apotheker, wenn sie im Mandats-Prozeß eingelegt werden sollen, mit einem Festsetzungs-Dekret versehen sein müssen. Dies ist der Allerh. Ordre v. 19. Juni 1836 Nr. 7. (G. S. S. 198., 199.) ausdrücklich geschrieben und findet seinen Grund darin, daß den Gerichten nicht zugemuthet werden kann, die Rezepte zu entziffern und die nicht als Gesetz publizierte Arznei- zu kennen.

Dagegen ist die Ansicht der K. Reg., daß auch die Honorar-Liquidationen der Medizinal-Personen, um den Mandats-Prozeß zu begründen, mit einem Festsetzungs-Dekret versehen sein müssen und daß, da mehrere Gerichte dies nicht für nothwendig halten, die zur Zahlung verpflichtete Privatperson berechtigt sei, von der vorgeordneten Medizinalbehörde eine Festsetzung der Liquidation behufs einer Bescheinigung der Einwendungen gegen letztere zu fordern nicht richtig. — Was zunächst den Punkt anbetrifft, so könnte, wenn zur Begründung der Mandatsklage eine Festsetzung der Honorar-Liquidationen der Medizinal-Personen erforderlich wäre, doch nur der Kläger, die liquidirende Medizinalperson, nicht aber der Beklagte das Festsetzungs-Dekret extrahiren, da eine dem Gesetze nicht entsprechende Pflicht der Gerichte für die Verwaltungsbehörden nicht Verpflichtungen begründet, welche ihnen nicht gesetzlich obliegen.

Sodann ergiebt der unzweifelhafte Wortsinne und eine grammatische Interpretation der angeführten Bestimmung der Allerh. Ordre v. 19. Juni 1836, daß eben die Rechnungen der Apotheker, nicht aber die Honorar-Liquidationen der Medizinal-Personen mit einem Festsetzungs-Dekret versehen sein müssen, wenn daraus im Mandats-Prozeß geklagt werden soll. Der betreffende Passus lautet:

„Mit gleicher Zeitbeschränkung — ein Jahr von der Klage zurückgerechnet — soll dieses Vorrecht — der Mandats-Prozeß auch den Forderungen der Medizinal-Personen und Apotheker für ihre Besuche, Operationen und Arznei-mittel zustehen.“

Es ist der allgemeine Grundsatz für beide Kategorien von Forderungen, sowohl Medizinal-Personen als auch der Apotheker. — Der folgende Satz enthält die vorgeordneten Bedingungen, von welchen die Anstellungen der Mandatsklage abhängig soll, und hierbei wird zwischen den beiden Kategorien ein wesentlicher Unterschied gemacht. Der Passus lautet:

„die Liquidationen müssen jedoch von den ärztlichen Personen aller Klassen mit spezieller Angabe der Dienstleistungen und mit Berechnung einer jeden Dienstleistung nach den Bestimmungen der Medizinaltaxe aufgestellt, so wie die Rechnungen der Apotheker mit den ärztlichen Rezepten und einem Festsetzungs-Dekret belegt sein.“

Das unterscheidende Merkmal liegt in den unterstrichenen Worten, und ergiebt sich theils aus der Satzbildung ganz von selbst, anderntheils auch daraus, daß die Festsetzung für die Medizinal-Personen als Gesetz publiziert ist, mithin auch von dem Richter in ihrer Anwendung auf den konkreten Fall geprüft werden kann und muß, daß die nothwendigen faktischen Unterlagen der Liquidationen der Medizinal-Personen nur in contradictorio festgestellt, nicht aber auf Grund einseitiger Angaben einer Partei bescheinigt werden können. Es würde demnach das Festsetzungs-Dekret nur hypothetisch aufgestellt werden können, und in dieser Form den Anforderungen, welche sonst und im Allgemeinen an eine als Fundament einer Mandatsklage dienende Bescheinigung gemacht werden müssen, nicht genügen, mithin unnütz. — Wollte man die Worte: „und einem Festsetzungs-Dekret“ auch auf die Liquidationen der Medizinal-Personen beziehen, so würde man, abgesehen von der entstehenden Satzbildung auch die „ärztlichen Rezepte“ als nothwendige Belege der ärztlichen Liquidation gelten lassen müssen. Denn beide Requisite stehen in demselben in unmittelbarer Verbindung und in einem untrennbaren Zusammenhange.

Ob und in wiefern es dem Mandats-Prozeß als solchem entsprechende wäre, auch für die Liquidationen der Medizinal-Personen ein Festsetzungs- nothwendig zur Begründung der Mandatsklage zu erfordern, kann bei der festhaften Fassung des Gesetzes dahin gestellt bleiben. Der der Allerh. L. 19. Juni 1836 vorangegangene gemeinschaftliche Immediat-Bericht der Minister der Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten und der Justiz v. 1836 ergiebt aber überdies, daß es gerade die Absicht gewesen Liquidationen der Medizinal-Personen von dem Erforderni Festsetzungs-Dekrets, als einer Bedingung der Mandatsklage, zunehmen. Ich füge eine Abschrift der betreffenden Stelle dieses Immediates bei, mit dem Bemerken (Anl. a.), daß der am Schluß erwähnte Ordre mit der Allerh. Ordre v. 19. Juni 1836 wörtlich übereinstimmt.

Die K. Reg. wird hieraus entnehmen, daß es hinsichtlich der feste Honorar-Liquidationen der Medizinal-Personen bei dem (irkul. Erl. v. 21. 1832 (Nr. 5278.), wonach eine solche nur dann statthaft ist, wenn es eine Bezahlung aus Staatsfonds handelt, verblieben und hier die Allerh. Ordre v. 19. Juni 1836 nichts geändert ist. Die K. Reg. demgemäß für die Zukunft hiernach genau zu achten, und außer dem in t Erl. v. 21. Aug. 1832 vorgesehenen Falle, weder auf Verlangen der P Personen noch der wegen der Zahlung in Anspruch genommenen Privat- oder Korporationen mit Festsetzung der gedachten Liquidationen sich zu befahren die Requisition der Gerichte abzuwarten.

Anl. a.

Als eine ebenfalls wünschenswerthe Bestimmung ist demnach bei der anlassung auch diese in Anregung gekommen, daß, statt der in der B. v. 1833 nur festgesetzten Verhandlung im summarischen Prozesse, die Berechtig Mandatsverfahren den ordnungsgemäß-konzessionirten Privat-Schul- und Gr Anstalten, hinsichtlich des durch ihren Einrichtungsplan festgesetzten Schul- fonsgeldes, den Aerzten aller Klassen, hinsichtlich ihrer nach den Versch Medizinaltare aufgestellten Honorar-Liquidationen, und den Apothekern für den ärztlichen Rezepten belegten und von der Medizinalbehörde festgesetzten rechnungen, innerhalb einjährigen Rückstandstermines, beigelegt werden. Wir halten diese Bewilligung in Betracht des in der Regel zweifellosen fachen Standes der erwähnten Forderungen, und der damit außer Verhältni den, leicht die Leistungen jener Institute und Personen für das Publikum gemeinschädliche Art benachtheiligenden Beschwernisse einer jedesmaligen P Prozeßverhandlung, für ebenfalls unbedenklich und empfehlenswerth. — S der Aerzte bemerken wir dabei noch insbesondere allerunterthänigst, daß si auch für ihre Forderungen zu stellende Bedingung der Festsetzung durch die nalbehörde vor Einbringung des Mandatsantrages uns um bezwillen zu messen erscheint, weil bei Abmessung der Honorarienfäge eine theilweise auch auf die Vermögensumstände des Debenten zu nehmen ist, zu deren Um sowie auch schon zur Konstatirung des möglicher Weise ebenfalls in Streit den Fakti der angegebenen Dienstleistungen die Medizinalbehörde keine g Informationsmittel hat, und insofern ihr Festsetzungs-Dekret vor geschehen sung des Verklagten, dem dagegen seines Theiles die diesfällige Prozeßatun nommen bleibt, nur in einer wenig entscheidenden hypothetischen Stellung ertheilen können.

Nach diesen Maaßgaben haben wir uns gestattet, die Abfassung des hier beigelegten Entwurfes einer Allerh. Verordn. zu veranlassen, und ad Königl. Majestät in tiefster Unterthänigkeit anheim:

dieselbe allergnädigst vollziehen, und ihre Aufnahme in die Gesetz- lung huldreichst genehmigen zu wollen.

Berlin, den 2. Juni 1836.

Der Minister der Geistl., Unterr. u. Med. Aug.
v. Altenstein.

Der Justiz-Mi-
nister

An des Königs Majestät.

(B. M. Bl. 1851 S. 84. Nr. 95.)

VI. Von den Pflichten der Medizinal-Personen.

Vergl. oben sub II. die §§. 142., 155., 199—201., 345. des Gesetzbuches.

Zweite Abtheilung.

Von den einzelnen Medizinal-Personen.

(Zu Th. I. S. 487. ff.)

Der Arzt.

1. G. R. des K. Min. der G., u. u. Med.-Ang. (v. Ladenberg) v. 11. 349 an sämmtl. K. Regierungen, sowie an das K. Polizei-Präsidium zu Erfüllung der den praktischen Ärzten in ihrem Verhältniß zu den Verwaltungsbehörden obliegenden Verpflichtungen.

2. Veranlassung der Verzögerungen und Unregelmäßigkeiten, welche mehrere bei Erstattung der Berichte über die Verbreitung der Syphilis in den Städten, welchen früher Vorbelle bestanden, sich haben zu Schulden kommen lassen, Zweifel angeregt, ob die Ärzte zu solchen Berichten, welche die Medizinalbehörden aus sanitätspolizeilichen Rücksichten fordern, im Disziplinarwege können bestraft werden. Dieser Zweifel ist jedoch nicht begründet. Sämmtliche Ärzte haben der ausdrücklichen Bedingung approbirt, daß sie die ihnen nach den Verwaltungs-Verordnungen obliegenden Pflichten gewissenhaft erfüllen werden. Zu diesen gehört unzweifelhaft auch die, den Medizinalbehörden, welche den öffentlichen Gesundheitszustand zu überwachen durch die Medizinal-Ordnung berufen sind, die Erfüllung dieses Berufes die unerläßliche Unterstützung zu leisten, und insbesondere zur Beurtheilung des öffentlichen Gesundheitszustandes und zur Anordnung zum Schutze desselben erforderlichen Maaßregeln nothwendige Material zu liefern. Ärzte, welche sich dieser wichtigen Pflicht zu entziehen trachten, verlegen sich gegen die Erfüllung ihrer Approbation und lassen somit eine derjenigen Eigenschaften, welche bei Ertheilung der Approbation ausdrücklich vorausgesetzt wor-

den, gemäß unterliegt es keinem Bedenken, solche Ärzte zunächst in geeignetem Maaße in der Erfüllung ihrer Pflicht anzuhalten, und bei fortgesetzter Renitenz das Recht auf Entziehung der Approbation nach Maaßgabe des §. 71. ff. der Allg. Verordn. v. 17. Jan. 1845 (G. S. S. 41. ff.) gegen sie einzuleiten. Das K. Reg. und das K. Polizei-Präsidium haben sich hiernach in vorkommenden Fällen zu achten.

(M. Bl. 1849 S. 244.)

In Ansehung ihrer Approbation vergl. die Abth. I. sub IV.

In Betreff der Zuziehung von Ärzten und Wundärzten bei Militärsuntersuchungen verordnet das Strafgesetzbuch für das preussische Heer vom April 1845 (G. S. 1845 S. 287. ff.) in den §§. 92. u. 97. der Militärstraf-Ordnung (S. 347. a. a. O.) und in den §§. 7—24. der Militärstraf-Ordnung über die Feststellung des Thatbestandes verübter Verbrechen.

Die Feststellung des Thatbestandes ist nach den, diesem Gesetzbuch unter Litt. B. enthaltenen Bestimmungen zu verfahren.

In Fällen, wo es der Zuziehung von Ärzten oder der Einholung ärztlicher Gutachten bedarf, ist, wenn nicht Gefahr im Verzuge vorhanden ist, statt des Physikus, Regiments-, Bataillons- oder Stabsarzt, und statt des gerichtlichen Wundarztes, Kompanie- oder Eskadronchirurg, der die wundärztlichen Staatsprüfungen bestanden hat, zuzuziehen.

Bei körperlichen Verletzungen ist das Attest eines Militair-Oberarztes (oder approbirten Arztes) und eines als Wundarzt approbirten Militairchirurgen (oder approbirten Wundarztes) oder zweier approbirten Wundärzte, zu den Akten zu bringen. Dieses Attest wird von beiden Sachverständigen gemeinschaftlich mit ihrer Unterschrift, wenn sie aber verschiedener Meinung sind, von einem Jeden für sich ausgestellt.

Wenn die körperliche Verletzung nicht erheblich, so genügt das Attest eines als approbirten Militair-Chirurgen oder andern approbirten Wundarztes, in welchem dasselbe nicht etwa verdächtig oder übertrieben erscheint.

Die auszustellenden Atteste über die vorgefundenen Verletzungen müssen die

Sachverständigen jedesmal ihr Gutachten darüber beifügen, ob der Beschädigte seiner Gesundheit oder an seinen Gliedmaßen einen bleibenden Nachtheil fürchten habe, oder ob die Verletzung lebensgefährlich gewesen sei.

So lange der Verwundete lebt, und das Wundattest nicht etwa so verfaßt ist, daß eine zweite ärztliche Untersuchung stattfinden muß, ist eine gerichtliche Besichtigung und Untersuchung der erhaltenen Verletzungen nicht erforderlich; muß der Verwundete gerichtlich über die an ihm verübte That, soweit es geschehen kann, sorgfältig vernommen werden.

Ist bei Frauenzimmern die Besichtigung der Geburtstheile nothwendig, ist statt des Wundarztes ein vereidigter Geburtshelfer oder eine vereidigte Hebamme zuzuziehen. Sind jedoch die Geburtstheile so verletzt, daß eine Heilung derselben nothwendig wird, so ist ein approbirter Wundarzt zuzuziehen.

Hat eine Beschädigung den Tod des Verletzten zur Folge, so geschieht die Besichtigung des Leichnams im Beisein des besetzten Untersuchungsgerichts durch Militair-Oberarzt oder Physikus und durch einen als Wundarzt approbirten Militair-Chirurgus oder durch einen andern vereideten Wundarzt.

Wenn der zugezogene Arzt und Wundarzt kein Militair-Oberarzt, Physikus oder zu gerichtlich-chirurgischen Handlungen vereidigter Wundarzt ist, so muß im Akten vermerkt werden, daß derselbe approbirter Arzt oder Wundarzt sei.

Wenn eine Militairperson nicht unter den Augen ihrer Hausgenossen oder anderer unbescholtenen Personen auf natürliche Weise stirbt, sondern durch Zufall, Selbstmord oder auf unbekannte Art ums Leben kommt, so muß die Besichtigung von denjenigen, die einen solchen Vorfall entdecken, dem nächsten vorgesetzten Vorgesetzten oder dem nächsten Richter angezeigt, und die Beerdigung bis nach erfolgter gerichtlicher Besichtigung des Leichnams ausgesetzt werden.

Sobald der vorgesetzte Befehlshaber eine solche Anzeige erhält, so ist er verpflichtet, ohne den geringsten Zeitverlust die zur Rettung des vielleicht noch lebenden Verletzten erforderlichen Maaßregeln zu treffen, dem am Orte anwesenden Auditeur, oder wenn ein solcher nicht am Orte befindlich ist, dem nächsten Civilrichter sogleich vom Vorfall Nachricht zu geben, ihm dabei die obwaltenden Umstände kurzlich anzuzeigen und zu veranlassen, daß, wenn die Rettungsmittel nichts fruchten, der Leichnam bis zur Ankunft des Richters durch zuverlässige Personen von der Stelle, an der er gefunden ist, erhoben und dergestalt aufbewahrt werde, daß er nicht Ungeziefer, andere Thiere oder durch Fäulniß schneller als gewöhnlich verderben könne.

Nimmt der requirirte Richter aus dem ihm mitgetheilten Umständen an, daß es nach den Vorschriften des §. 21. einer förmlichen Obduktion bedürfe, so bewirkt er, daß die schleunigst zu veranlassende Besichtigung an Ort und Stelle die erforderlichen Sachverständigen (§. 11) im Beisein des besetzten Untersuchungsgerichts erfolge.

Ertheilt dagegen aus den mitgetheilten Umständen die Nothwendigkeit der Besichtigung der Sachverständigen nicht, so muß der Richter zur Vermeidung über Kosten allein sich sofort an Ort und Stelle verfügen.

Sobald der Richter an Ort und Stelle kommt, muß er die Umstände, welchen der todte Körper gefunden oder dessen Tod erfolgt ist, sorgfältig untersuchen und zu Protokoll verzeichnen. Findet er, daß noch einige Hoffnung übrig ist, den vielleicht Scheintodten ins Leben zurückzubringen, und ist zur Rettung bis dahin kein Arzt oder Chirurgus herbeigeholt, so muß er dies ohne Verzug veranlassen.

Ergiebt sich bei dieser Untersuchung, daß der Tod durch Selbstmord, oder irgend eine Begebenheit bewirkt ist, bei welcher die Schuld eines Dritten zum Grunde liegt, so bedarf es bloß einer äußeren Besichtigung des Leichnams durch den Richter, ohne Zuziehung der Sachverständigen. Nach erfolgter Besichtigung ertheilt der Richter die Erlaubniß zur Beerdigung des Leichnams.

Ist das nächste Militairgericht, bei welchem ein Auditeur sich befindet, das nächste Civilgericht von dem Orte, wo der Leichnam gefunden worden, gleich weit entfernt, so ist der betreffende Auditeur zur Besichtigung des Leichnams verpflichtet.

Ist in dem Fall des §. 17. die Besichtigung des Leichnams von einem Civilrichter erfolgt, so sind die darüber aufgenommenen Verhandlungen dem requirirenden Befehlshaber abzugeben, welcher sodann dieselben im Namen des mit der höheren Gerichtsbarkeit versehenen Militairbefehlshabers bescheinigt, welchem der Verstorbene gestanden hat.

Wenn ein Auditor die Besichtigung vorgenommen hat, so übergiebt er selbst darüber sprechenden Verhandlungen dem betreffenden Gerichtsherrn.

In sofern über die Veranlassung des Selbstmordes einer Militärperson Zweifel oder solche Umstände obwalten, daß eine nähere Ermittlung nöthig erscheint, so diese der kompetente Gerichtsherr verfügen. Sämmtliche die Selbstentleibung erregende Verhandlungen sind sodann dem kompetenten Generalkommando und von ihm, wenn dasselbe die Verfügungen, zu welchen es sich durch selbige in Bezug die Handhabung der Disziplin etwa veranlaßt finden sollte, getroffen hat, dem General-Auditorat zur Deposition einzusenden.

Entsteht bei der äußeren Besichtigung des Leichnams der geringste Verdacht, der Tod durch Vergiftung oder durch Schuld eines Dritten bewirkt worden, so ist die Obduktion nach den darüber bestehenden gesetzlichen Vorschriften durch Sachverständige im Beisein des besetzten Untersuchungsgerichts geschehen. Hierbei kann Militär-Oberarzt oder Physikus durch einen besonders zu vereidigenden Arzt, der Wundarzt durch einen zweiten Arzt ersetzt werden.

Ist der Inquirent, welcher die Obduktion dirigirt, mit dem Militär-Oberarzt dessen Stellvertreter darüber verschiedener Meinung, ob es der Obduktion bedürftig ist, so muß dieselbe geschehen, sobald auch nur einer von ihnen dafür stimmt.

Die Leiche muß vor der Obduktion denen, die den Verstorbenen gekannt haben, wo möglich dem vermuthlichen oder geständigen Thäter zum Anerkenntniß vorgelegt werden. Sollte dies nicht möglich sein, so muß sich der Inquirent auf alle Vergewissern, daß in Betreff der Leiche weder ein Irrthum noch eine Verwechslung vorgefallen sei.

Ist die Leiche eines in Folge einer tödtlichen Vorlegung Gestorbenen über die Weggeschafft und dadurch der weiteren Nachforschung und Besichtigung entzogen worden; so sind statt der sonst erforderlichen Obduktion besonders diejenigen Thaten, durch welche die Wegschaffung der Leiche bewirkt worden, zu ermitteln.

II. Der Wundarzt.

Ueber die Approbation der Geburtshelfer vergl. die Bestimmungen der Landes-Ordnung bei Abth. I. sub IV.

III. Die Hebeamme.

(Zu Thl. I. S. 535. ff.)

1) In dem ersten ausführlicheren Finanz-Etat für den preuß. Staat 1847 (S. 6. 1847 S. 133.) sind für Geburtshülfe — an Hebeammen, Hebammen-Institute und Hebeammen-Lehrer 29,889 Thlr. ausgesetzt.

2) R. des R. Min. des Inn. (v. Manteuffel) v. 11. Mai 1846 an den Präsidenten der Provinz Westphalen. Befreiung der Hebeammen von öffentlichen Abgaben.

Hochw. theile ich in der Anl. (a.) Abschrift des heute an den Amtmann abgegebenen Bescheides, die Befreiung der Hebeammen von öffentlichen Abgaben mit, zur gefälligen Kenntnissnahme mit.

Anl. a.

Unter Zurückgabe der Anlagen Ihrer Beschwerde v. 9. v. M. eröffnet Ihnen Ministerium, wie die in dem Bescheide des H. Ober-Präsidenten der Provinz Westphalen v. 25. März d. J. ausgesprochene Ansicht, daß die den Hebeammen bewilligte Allerh. R. D. v. 16. Jan. 1817 (Anl. b.) eingeräumte Befreiung von Steuern durch die Bestimmungen der Landgemeinde-Ordnung v. 31. Okt. 1841 aufgehoben worden sei, als vollkommen gerechtfertigt anerkannt werden muß. Berlin, den 11. Mai 1846.

Für den Minister des Innern. Im Auftrage v. Manteuffel.
H. v. N. zu N.

Anl. b.

Um die Lage der Hebeammen auf dem Lande, welche bisher zum Theil sehr unzureichend war, und ein Haupthinderniß gewesen ist, daß sich zeither so wenig fähige Frauen zum Unterricht und Dienst einer Hebeamme haben bereit finden lassen, möge zu verbessern, bestimme Ich auf Ihren Bericht v. 18. Okt. v. J. Folgendes:

Es sollen von jetzt an, wie bereits in Ostpreußen geschieht, von jeder Trauung und Kindtaufe resp. 3 Ggr. und 1½ Ggr. durch die Geistlichen erhoben und diese Beiträge zur Unterstützung der Landhebeammen verwendet werden.

2) Jede von der Behörde approbirte Hebamme, so lange sie ihrer Ei-
verlöstigt wird, soll von allen Personal-Leistungen und persönlichen
Abgaben, sowohl Kommunal- als grundherrlichen und Könighchen
werden und nur, wenn sie etwa ein Grundstück besitzt, die darauf
Abgaben zu leisten schuldig sein.

3) Jeder Landhebamme an solchen Orten, wo nur Eine nöthig ist,
Bezirk angewiesen werden, in welcher ihr auch von Geburten, zu de
sie, sondern etwa eine benachbarte Hebamme berufen wird, von de
des Kindes der in der Medizinaltare bestimmte niedrigste Gebühr
zahlt werden muß.

Hiernach haben Sie die weitere Verfügung zu treffen.

Berlin, den 16. Januar 1817.

Friedrich Wilhelm.

An

die Staatsminister der Fin. u. des Inn., Graf v. Bülow und v. Schud
(B. M. Bl. 1846 S. 111.)

3) G. R. des R. Min. der G., u. u. Med.-Ang. (v. Mann
17. Febr. 1851 an sämtliche R. Reg. wegen der vierteljährlich v
Gerichtsbehörden aus den bei ihnen geführten Registern über die Trau
und Geburten der Juden und Dissidenten anzufertigenden Extrakte, und
Mittheilung an die betreffenden Polizeibehörden, behufs Einziehung d
träge für den Hebammen-Fonds.

Der Herr Justizminister hat sich auf meinen Antrag, jedoch unter dem
halte, diese Maasregel wieder aufzuheben, sobald den Gerichten eine erheblich
arbeit dadurch entstehen sollte, bereit erklärt, an die Gerichtsbehörden eine all
Verfügung zu erlassen, durch welche dieselben angewiesen werden, aus den be
geführten Registern über die Trauungen und Geburten der Juden und Di
vierteljährlich einen Extrakt anzufertigen, und diesen den betreffenden Poliz
den zum Behuf der Einziehung der Beiträge für den Hebammen-Fonds mitzu

Die R. Reg. hat hiernach die Polizeibehörden mit entsprechender An
zu versehen.

(B. M. Bl. 1851 S. 34. No. 37.)

4) Ueber die Aufnahme und die Verhältnisse der in die Hebe
Lehrinstitute aufzunehmenden Lehrtöchter, bestimmt das R. deff. J
18. Dec. 1845.

Durch die Verf. v. 2. Aug. d. J. (Min. Bl. S. 301. No. 328.) ist
Regierung bereits eröffnet worden, daß die Bestimmungen des Girk. R. v. 1
1841 (Min. Bl. S. 26. Nr. 36.) über die Prüfung und Niederlassung de
ammen, durch die Allgem. Gew. Ordn. v. 17. Jan. c. nicht als aufgehoben
sehen, vielmehr nach wie vor in Anwendung zu bringen sind. Um jedoch d
auf die eben gedachte Gew.-Ordn. zu gründenden Reklamationen gegen die
lich der Ausübung der Hebammenkunst bestehenden Vorschriften, insbesonde
das Girk. R. v. 6. Jan. 1841. vorzubeugen, bestimme ich hierdurch, nach
giger Kommunikation und in Uebereinstimmung mit den R. Ministerien der
zen und des Innern, daß den in die Hebammen-Lehrinstitute aufzunehmend
töchtern die aus der Girk. Verf. v. 6. Jan. 1841 sich ergebenden Beschrän
ihres künftigen Gewerbebetriebs zu Protokoll bekannt gemacht, und die Bel
nur unter der Bedingung der Unterwerfung unter jene Beschränkungen zu
werden sollen.

Die R. Reg. beauftrage ich, hiernach das weitere Erforderliche zu verfu
(B. M. Bl. 1845 S. 353.)

5) In Ansehung der Approbation der Hebammen s. die B
mungen der Gew.-Ordn. v. 17. Jan. 1845 bei Abth. I. sub IV.

6) Wegen des von den Hebammen über die Ausführung ihres
fes zu führenden Tagebuchs bestimmt das G. R. deff. Min. (v. Lahn
v. 4. Mai 1850.

Es ist zu meiner Kenntniß gekommen, daß die Hebammen nach ihrer
fung aus der Lehranstalt die im §. 397. des Hebammen-Lehrbuchs ange

ücher oft nicht führen. Im Allgemeinen kommt diese Unterlassung wohl dann erst vor, wenn jenen Frauen nicht ein mit Rubriken versehenes Tagebuch mit Gebrauchsanweisung bei ihrem Ausscheiden aus der Anstalt eingehändigt

Es ist aber von dieser Einrichtung ein großer Nutzen unverkennbar zu erwarten, zumal, wenn die Geburtshelfer, welche bei der Geburt anwesend waren, sich sorgfältigen und gewissenhaften Ausfüllung der letzten Rubrik — „a. über den Verlauf, b. über das Benehmen der Hebammen“ — befleißigen. Die Hebammen selbst werden aber dadurch in beständiger Kontrolle gehalten, und ist bei den Aufzeichnungen eine Unterlage gewonnen, welche sich zugleich auf den speziellen Krankheitsverlauf jeder Einzelnen bezieht, indem viele Fehler, die sie begangen haben, und die guten Seiten sofort in die Augen springen, die ohne Tagebuch verbleiben.

Hiernach veranlasse ich die K. Reg., in ihrem Verwaltungs-Bezirk sorgfältig zu achten, daß die in Rede stehenden Tagebücher gehalten und regelmäßig fortgeführt werden.

B. M. Bl. 1850 S. 128.)

1) Betreffend die Ausübung der den Hebammen in Beziehung auf genannte kleine Chirurgie beigelegten Befugnisse verordnet das G. M. Min. v. 15. Juni 1850.

Es sind Zweifel darüber entstanden, ob und unter welchen Maßgaben den Hebammen erlaubt ist, Schröpfköpfe zu applizieren, indem die G. M. v. 20. März 1828 nur „das Blutegel- und Abspirsetzen, außer bei Wöchnerinnen, auch bei anderen Kranken in Fällen der Noth und des besonderen Vertrauens oder da, wo das Verlangen zu achtende Schamgefühl die Hülfeleistung einer weiblichen Person in Anspruch nimmt, gestattet, aber keinesweges das Aderlassen oder die Verrichtung chirurgischer Operationen.“

Das Hebammen-Lehrbuch für die Preussischen Staaten erlaubt im §. 789. den Hebammen die Applikation der Schröpfköpfe unter zwei Einschränkungen: 1) nur weiblichen Personen und 2) nur auf ärztliche Verordnung. In allen Lehranstalten werden demzufolge die Hebammen in dieser chirurgischen Verrichtung auch unterrichtet, und bei einigen Lehranstalten bei ihrer Entlassung auch mit Schröpfapparate versehen. Die Verwaltung würde sich also im Widerspruch mit der Lehre befinden, wenn die Hebammen von jener Fertigkeit und diesem Apparat keinen Gebrauch machen dürften. Ueberdies hat die Erfahrung die Nützlichkeit bedingten Erlaubniß, bei welcher weniger die geringen finanziellen Vortheile für die ohnehin meist sehr schlecht gestellten Hebammen, als das dringende Bedürfniß des weiblichen Publikums leitend gewesen sind, überall hinreichend dar-

zur Befestigung aller Zweifel aber erkläre ich hiermit ausdrücklich, daß die, welche die G. M. v. 20. März 1828 den Hebammen in Beziehung auf die genannte kleine Chirurgie beigelegten Befugnisse, durch die spätere G. M. v. 15. Juni 1850, in welcher das neue Hebammen-Lehrbuch als technisches Gesetzbuch für die Hebammen, zugleich auch als technische Richtschnur in zweifelhaften Fällen eingeführt ist, implicite nicht auf das Aderlassen, wohl aber auf den oben bemerkten Einschränkungen auf das Schröpfen ausgedehnt ist.

B. M. Bl. 1850 S. 166.)

IV. Der Augenarzt.

(Zu Th. I. S. 599.)

Bergl. in Ansehung der Approbation der Augenärzte die Bestimmungen der Gew.-Ordn. von 1845 bei Abth. I. sub IV. des Suppl. Bds.

V. Der Zahnarzt.

(Zu Th. I. S. 600. ff.)

1) Siehe in Ansehung der Approbation des Zahnarztes die Bestimmungen der Gew.-Ordn. von 1845 zu Abth. I. sub IV. dieses Suppl. Bds.

2) R. der Min. d. G., u. u. M.-Ang. (Eichhorn) u. des J. (v. Bodelschwingh) v. 6. Sept. 1847 an das K. Polizei-Präsidium zu Berlin, daß das Anfertigen künstlicher Zähne nicht gestattet sei, sich mit dem Einsetzen derselben selbst zu befassen, sondern daß dies nur den approbirten Zahnärzten vorbehalten sei.

Auf den Bericht des K. Polizei-Präsidii vom 4. Juni c., den E Benennung „Zahnkünstler“ seitens der Goldarbeiter und anderer Gewerl welche sich mit der Anfertigung künstlicher Zähne und Gebisse beschäftigen finden wir mit Rücksicht auf die Bedenken, welche das K. Polizei-Präsi die zwangsweise Durchführung der Verordnung, daß die Verfertiger künstl sich jeder Bezeichnung zu enthalten haben, welche zu einer Verwechselun mit den approbirten Zahnärzten Anlaß geben könnte, vorgetragen hat, da zu erinnern, daß den Verfertigern künstlicher Zähne und Gebisse nachge sich Zahnkünstler zu nennen. Dagegen ist in allen zur Kognition de gebrachten Fällen, in denen Verfertiger künstlicher Zähne den diesfalls Verboten zuwider, mit dem Einsetzen künstlicher Zähne sich befaßt haben Strenge der Gesetze zu verfahren.

Zur möglichsten Verhütung solcher Kontraventionen und in Erw Rechte der approbirten Zahnärzte hat das K. Polizei-Präsidium das welches durch die Benennung „Zahnkünstler“ leicht verleitet werden kann fertiger künstlicher Zähne für wirklich approbirte Zahnärzte zu halten, b nete Anzeigen in den öffentlichen Blättern von Zeit zu Zeit, z. B. nach gekommenen Kontraventionsfälle, davon in Kenntniß zu setzen, daß den je Zahnkünstlern in keiner Weise gestattet sei, sich mit dem Einsetzen künstli und Gebisse zu befaßen.

Dem K. Polizei-Präsidium bleibt überlassen, hiernach den Verein d Zahnärzte auf die Vorstellung vom 20. März c. zu bescheiden, und dem heim zu geben, anzuzeigen, wenn Verfertiger künstlicher Zähne sich mit l setzen befaßen möchten.

(B. M. Bl. 1847 S. 240.)

VI. Der Thierarzt.

1) Vergl. in Betreff der Approbation des Thierarztes die B gen der Gew.-Ordn. von 1845 zu Abth. I. sub IV. dieses Suppl

2) Vergl. über die ausschließliche Befugniß der Thierärzte zur kranker Thiere die R. v. 18. Okt. 1845 und 31. März 1837 zu sub IV. (Approbation der Med. Pers.) dieses Suppl. Bdes.

3) E. R. des Min. der G., U. u. M. Ang. (v. Ladenberg) v. 1849 an sämtliche K. Regierungen. Erstattung der Veterinär-berichte.

4 Nachdem durch die G. B. v. 1. Juli v. J. (M. Bl. 1848 S. 201.) pflichtung der nicht im Staatsdienst angestellten Aerzte und Wundärzte z dung vierteljährlicher Beiträge zu den Sanitätsberichten aufgehoben u nehme ich keinen Anstand, nach dem Antrage der K. Reg. in dem Beric v. M. auch die nicht im Staatsdienste stehenden approbirten Thierärzte vo stattung der Quartal-Veterinär-Sanitätsberichte zu entbinden.

Auf die Verpflichtung der im Staatsdienst angestellten Thierärzte sendung vierteljährlicher Sanitätsberichte, so wie auf die, seitens der K. zureichenden Semestral-Berichte findet obige Anordnung keine Anwendung. Reg. hat hiernach das Erforderliche durch das Amtsblatt bekannt zu mach (B. M. Bl. 1849 S. 47.)

4) In Betreff der thierärztlichen Ueberwachung der Viehmärkte néte das R. des Min. d. G., U. u. Med. Ang. (v. Laden 1. Nov. 1850.

Durch die Verf. v. 24. April 1848 (Min. Bl. S. 232. Nr. 257.) ii worden, daß hinsichtlich der, von einzelnen Stadtgemeinden mit approbirt- ärzten wegen der Anwesenheit derselben auf den Viehmärkten abzuschließen trakte ein Zwang nicht stattfinden soll.

Die mit der Ueberwachung der Viehmärkte beauftragten Thierärzte als Organe der Sanitätspolizei zu betrachten, auf deren Gutachten sowohl polizeiliche Maaßregeln seitens der Verwaltungsbehörden angeordnet, als a licher Weise in Streitsachen richterliche Erkenntnisse gegründet werden kann können daher, wenn einmal einzelne Gemeinden Thierärzte zum regelmäßi der Viehmärkte durch besondere Kontrakte verpflichten, zu diesem Geschäft approbirte Thierärzte verwendet, und dürfen andere Personen, auch wenn

völligen Besitze der zu diesem Geschäfte erforderlichen Kenntnisse sich befinden sollen, damit nicht beauftragt werden.

Die K. Reg. veranlasse ich, in vorkommenden Fällen hiernach zu verfahren.
(B. M. Bl. 1850 S. 330)

VII. Der Apotheker.

(Zu Tbl. I. S. 617. ff.)

Einleitung.

Beschl. d. Min. d. G., II. u. M.-Ang. (v. Ladenberg) v. 12. Aug. 1848
den Apothekenbesitzer N. zu N., die Reform des Apothekenwesens betreffend.

Erw. Wohlgeb. erwiedere ich auf Ihre Eingabe vom 24. v. M., daß das Min. zwar bereits im Besitze mehrerer Vorarbeiten für die Reform des Apothekenwesens besitzt, auch mit dieser Reform sobald als möglich vorzugehen beabsichtigt, daß es selbst aber nur wünschenswerth sein kann, vorher noch motivirte Vorschläge von Apothekern oder Apotheker-Vereinen zu erhalten. Diese Vorschläge werden bei der künftigen Bearbeitung die sorgfältigste Erwägung finden und mit den künftigen Gesetzentwürfen zur Kenntniß der Volksvertreter gebracht werden.

(B. M. Bl. 1848 S. 275.)

A. Von der objektiven Befähigung zur Ausübung der Apothekerkunst.

(Zu Tbl. I. S. 628. ff.)

1) Vergl. in Betreff der Approbation des Apothekers die Bestimmungen der Gewerbe-Ordnung von 1845 zu Abth. I. sub IV. dieses Tbl. Bdes.

2) In Ansehung der Apotheker-Konzessionen bestimmt das G. M. des K. d. G., II. u. M.-Ang. (Eichhorn) v. 13. Sept. 1845.

Der K. Reg. wird auf die Anfrage in dem Berichte v. 30. Juli d. J. eröffnet, nach der Bestimmung des §. 54. der allgemeinen Gewerbe-Ordnung v. 17. Jan. 1845, wonach Apotheker, welche sich nicht im Besitze eines Real-Privilegiums befinden, zum Betriebe ihres Gewerbes einer Konzession des Ober-Präsidenten bedürfen, nach Ausweis der eingesehenen Materialien zu derselben, etwas Neues festgestellt, vielmehr nur das bisherige Verfahren hat bestätigt werden sollen, daß die Konzessionen zur Anlegung neuer Apotheken von dem Ober-Präsidenten, diejenigen zur Fortführung bereits bestehender Apotheken von der Regierung erteilt werden.

(B. M. Bl. 1845 S. 256.)

Das G. M. des Min. d. G., II. u. Med. Ang. (Eichhorn) v. 21. Okt. 1845 an sämtliche K. Reg. Ueberlassung nicht privilegirter, bloß konzessionirter Apotheken an die von ausscheidenden Besitzern oder deren Erben bestimmten, vorschriftsmäßig qualifizirten Nachfolger.

Nach der A. D. v. 8. März 1842 (G. S. S. 111.) und der sich derselben anschließenden G. B. v. 13. August desselben Jahres (M. Bl. 1842 S. 320. ff.), einem abgehenden, nicht privilegirten Apotheker, resp. dessen Erben, fernerhin die Wahl und Präsentation des Nachfolgers in die Konzession, mithin nicht der Verkauf der Apotheke, einschließlich des Rechts zum Gewerbsbetriebe, an einen qualifizirten Apotheker gestattet, der neue Konzessionar vielmehr von der bezüglichen Königl. Regierung nach freiem Ermessen lediglich mit Rücksicht auf den Grad seiner Qualifikation und die Anciennetät seiner Approbation ausgewählt und verpflichtet werden, die für sein Geschäft erforderlichen, noch brauchbaren Geräthe, Maschinen, Gefäße und Waarenvorräthe des abgehenden Apothekers für den Tausch zu übernehmen. Diese Bestimmungen beruhten auf der, durch die bestehende Gesetzgebung gerechtfertigten Voraussetzung, daß die mit einem Real-Privilegium versehenen, resp. nicht mehr versehenen Apotheken, d. h. die seit Einführung der Gewerbe-Ordnung in den damaligen Landestheilen der Monarchie neu errichteten, so wie die auf Grund persönlicher Privilegien entstandenen, ingleichen alle Apotheken in den vormals Französischen, Bergischen und Westphälischen Landestheilen, als mit bloß persönlicher Konzession versehen zu betrachten seien, welche nach dem Abgange des Konzessionars zur weitem freieren Verfügung der Regierung zufallen, so daß mit dem Ausscheiden des Konzessionars aus seinem Geschäft die

Apothekes als solche zu bestehen aufhöre, und dem abgehenden Apotheker Disposition nur über die zur Apotheke gehörig gewesenen Einrichtungen und Waarenvorräthe zustehe. Um ihm, resp. seinen Erben, die Verwerthung meist nur für Apotheker brauchbaren Gegenstände zu erleichtern und ihn vor dem, mit einer Verschleuderung derselben verbundenen Verlust zu bewahren, wurde der neue Konzessionar für verpflichtet erklärt, dieselben für den neuen zu übernehmen. Von diesem Standpunkte aus beabsichtigte also die Kabinets-Ordnre v. 8. März 1842 eine Begünstigung der nicht privilegierten resp. ihrer Erben. Eine solche ist jedoch von den Apothekern in derselben nicht erkannt worden und hat auch nach den gemachten Erfahrungen in der Praxis nicht gefunden werden können, da sich nach einiger Zeit herausstellte, daß sich und im Allgemeinen richtige Voraussetzung, von welcher die gedachte Kabinets-Ordnre ausging, wirklich nicht im Leben sich bestätigt, daß viele nicht privilegierte Apotheker, welche ihr Geschäft aufgeben wollten, so wie auch die, vor Emanation der Allerhöchsten Ordnre vom 8. März 1842 fast immer an einen Besigsnachfolger ihrer Wahl, ihre Apotheke einschließlich des Rechts unter den von ihnen gestellten Bedingungen, mit Zulassung der Konzession erteilenden Behörde, übertragen haben.

Hieraus hat sich ein Zustand entwickelt, der eine neue Anordnung nöthig macht. Es handelt sich auch theilweis um Fälle, welche in Erwartung einer abgeseßlichen Bestimmung bisher haben unentschieden gelassen werden müssen. Mehreren Mittheilungen aus den Provinzen ist selbst anzunehmen, daß eine geringe Anzahl von Fällen, von den Interessenten, einstweilen nur in Rücksicht auf legislative Abhülfe, noch nicht zu meiner Kenntniß gebracht worden.

Bei dieser Lage der Sache habe ich mich verpflichtet gehalten, eine gründliche und umfassende Prüfung des Gegenstandes zu veranlassen. Zu diesem Zwecke wurde zunächst mit Allerhöchster Genehmigung aus allen Provinzen der Provinzen besonders tüchtige, von den Herren Oberpräsidenten empfohlene Apotheker berufen und in gemeinsamer Berathung mit ihrem Gutachten gehört worden. Nächste habe ich meine Vorschläge behufs einer anderweitigen legislativen Entscheidung der in Rede stehenden Angelegenheit dem Königl. Staatsministerium zur Vorlegung vorgelegt. Dasselbe hat das Bedürfnis einer durchgreifenden legislativen Anerkennung und Sr. Majestät dem Könige den Entwurf einer Verordnung von welcher eine gründliche Beseitigung der jetzt obwaltenden Uebelstände eine, den Interessen der Medizinal-Verwaltung und der Apotheker gleichsprechende, auf einfachen Prinzipien beruhende Regulirung der ganzen Angelegenheit erwartet werden darf.

Des Königs Maj. haben jedoch für angemessen zu erachten geruht, eine Verordnung, welche in einigen Beziehungen als eine Ergänzung der Gewerbe-Ordnung vom 17. Jan. v. J. anzusehen ist, zunächst den Provinzialregierungen zur Begutachtung vorgelegt werde.

Da die Beseitigung der oben ange deuteten Nachtheile dem Wesen nach länger verschoben werden kann, so haben Sr. Majestät mittelst Allerhöchster vom 5. d. M. mich zugleich zu ermächtigen geruht, einstweilen und bis zur gesetzlichen Regulirung dieses Gegenstandes zu der vor Erlass der Kabinets-Ordnre v. 8. März 1842 stattgefundenen Praxis zurückzukehren, und demgemäß, unter Berücksichtigung der U. V. vom 13. August 1842 und des darin angeordneten Verfahrens, die Königl. Regierungen anzuweisen:

beim Ausscheiden eines nicht privilegierten Apothekers aus seinem Geschäft die Konzession dem von dem abgehenden Apotheker oder dessen gesetzlich bestellten Geschäftsnachfolger, sofern derselbe vorschriftsmäßig qualifiziert ist, jedoch immer nur für seine Person und unter ausdrücklicher Bedingung der Wiedereinziehung der Konzession, bei seinem dereinstigen Abgange, zu übertragen.

Auf Grund dieser A. Ermächtigung wird die K. Reg., mit Vorbehalt legislativer Bestimmung, veranlaßt, bei vorkommendem Wechsel in dem Besitze privilegierter Apotheken, die Konzession dem neuen Erwerber der Apotheke auf Grundlage der vorstehend extrahirten A. Ordnre v. 5. d. M. zu verleihen, demgemäß in den bisher etwa noch unerledigt gebliebenen früheren Fällen zu verfahren. Den Inhalt dieser Verfügung in angemessener Weise durch das Amtsblatt öffentlich bekannt zu machen.

(B. M. Bl. 1846 S. 209.)

Von der subjektiven Befähigung des pharmazeutischen Personals.

(Zu Thl. I. S. 650.)

In Ansehung der Gehülfen und Lehrlinge verordnen:

1) Betreffend die Prüfung derselben das G. R. des Min. d. G., u. M.-Ang. (v. Ladenberg) v. 11. Sept. 1849.

Der K. Reg. eröffne ich auf den Bericht v. 20. v. M. — unter Bezugnahme meine G. B. v. 8. v. M. — daß ein, im Inlande geborener Apotheker-Lehrling, der die Apothekerkunst im Auslande ohne meine besondere Erlaubniß erlernt hat, Prüfung als Gehülfe vor einem inländischen Physikus nicht ohne Weiteres zu sein werden darf, in solchen Fällen vielmehr zuvörderst unter Darlegung der Betracht kommenden Verhältnisse an mich zu berichten ist. Ausländische Pharmazeuten aber, welche auch auswärts gelernt und nach den in ihrer Heimath bestehenden gesetzlichen Bestimmungen das Examen als Gehülfen bestanden haben, wenn dieselben in eine Preussische Apotheke einzutreten beabsichtigen, vor inländischen Kreisphysikus sich der Gehülfenprüfung unterziehen, und dürfen, wenn sie letztere bestanden haben, als Gehülfen in inländischen Apotheken nicht fungiren. Der K. Reg. bleibt überlassen, diese Bestimmungen zur Kenntniß des Publikums bringen.

(B. M. Bl. 1849 S. 221.)

2) Betreffend die Haltung der neuesten Ausgabe der Pharmacopoea bo-
russica von Seiten der Apothekerlehrlinge und Gehülfen bestimmt:

a) Das G. R. des Min. d. G., u. u. M.-A. (Lehnert) v. 21. 1850.

Es ist sowohl bei den Apotheken-Revisionen, als auch später bei dem, den pharmazeutischen Staatsprüfungen vorangehenden Tentamen, nicht selten Unkenntniß der Pharmacopoe und der lateinischen Sprache, in welcher dieselbe abgefaßt ist, bei Kandidaten bemerkt worden. Um diesem Uebelstande für die Zukunft vorzuzugen, bestimme ich hierdurch, daß v. 1. April d. J. an, jeder Gehülfe und Lehrling, ebenso, wie der Apothekenbesitzer, im eigenen Besiße eines Exemplars der neuesten Ausgabe der Pharmacopoea bo-
russica sich befinden und sich hierüber bei Apotheken-Revisionen oder sonst ausweisen muß. Die K. Reg. hat hiernach Erforderliche schleunigst bekannt zu machen, die Apotheken-Revisoren mit Erforderlichen Anweisung zu versehen und nach Befinden der Umstände die nöthige Kontrolle für die Befolgung obiger Bestimmung durch die Kreisphysiker einzusetzen.

(B. M. Bl. 1850 S. 9.)

b) Das R. desselben Min. v. 20. Febr. 1851.

Aus den hier eingehenden Verhandlungen über die Apotheken-Visitationen ist sogleich wahrgenommen, daß noch mehrere Apothekergehülfen und Lehrlinge nicht im eigenen Besiße eines Exemplars der neuesten Ausgabe der Pharmacopoea bo-
russica sich befinden. Der in einigen Fällen als Entschuldigung für den Nichtbesiße einer Pharmacopoe angeführte Umstand, daß zum Gebrauch in den Offizinen ein Exemplar der Pharmacopoe von den Prinzipalen gehalten wird, kann nicht den Besiße derselben seitens der Gehülfen und Lehrlinge entbehrllich machen, da das Exemplar stets im Geschäftsorte verbleiben muß und zu dem Zweck des Studiums in den Mußestunden seitens der Lehrlinge und Gehülfen nicht benutzt werden darf.

Bei dem großen Werthe, welcher auf die genaue Kenntniß der Pharmacopoe seitens der Pharmazeuten gelegt werden muß, sehe ich mich daher veranlaßt, der K. Regierung die strenge Ausführung der Verfügung vom 21. Januar v. J. dringend zu empfehlen.

(B. M. Bl. 1851 S. 38.)

3) In Ansehung der Annahme ausländischer Apotheker-Gehülfen bestimmt das G. R. desselben Min. v. 8. August 1849.

Es ist von Zeit zu Zeit wahrgenommen worden, daß zu den pharmazeutischen Staatsprüfungen Kandidaten sich gemeldet haben, welche ohne vorgängige Erlaubniß die Apothekerkunst im Auslande erlernt und demnächst in inländischen Apotheken längere oder kürzere Zeit als Gehülfen konditionirt haben, ohne die gesetzliche Prüfung zum Gehülfen vor einem Preussischen Physikus bestanden zu haben. Dergleichen Unregelmäßigkeiten hätten sofort zur Sprache kommen und zur An-

ten und Wirkungen nach, mit den Vorschriften wegen der Aufbewahrung und des Transports der Gifte, so wie mit der Art der Bereitungsmittel, und mit dem Verfahren bei deren Legung genau bekannt.

Nur auf Grund dieses Nachweises und des zu a. gedachten Zeugniß polizeiliche Erlaubniß zum Betriebe des Kammerjäger-Gewerbes, und in Städten von der Orts-Polizeibehörde, und auf dem Lande von dem Landtheil werden.

Bei dem Betriebe des Gewerbes selbst haben die Kammerjäger die Bedingung, in die Konzession ausdrücklich mit aufzunehmenden Vorschriften zu b

1) die anzuwendenden Giftstoffe dürfen nur aus konzessionirten Apotheken, soweit sie in Arsenik bestehen, nur im präparirten Zustande mit Saffgrün gemischt, entnommen werden;

2) die Giftstoffe müssen in verschlossenen Räumen, und unter Beobachtung der Apothekern für diesen Zweck gegebenen Vorschriften aufbewahrt, und die Büchsen, deren die Kammerjäger sich zum Aufbewahren der Transporte der Gifte bedienen, von fester, nicht leicht zerbrechlicher, wohl verschlossen, und mit der Aufschrift: „Gift“ so wie mit drei (+ + +) bezeichnet sein.

3) Alle Giftstoffe dürfen nur in augenfällig als ungenießbar sich darstellenden Mischungen und Formen, welche keine Verwechselung mit Nahrungsmitteln für Menschen und Haustiere zulassen, geführt und angewandt werden müssen, vielmehr ein vom Genuße abschreckendes Ansehen, Geruch und Geschmack haben. Andere Mischungen als das zu 1. erwähnte Arsenikpräparat dürfen nur mit Genehmigung der Kreis-Medizinalbehörde verwendet werden.

4) Beim Auslegen des Giftes zur Vertilgung des Ungeziefers muß mit der gehörigen Vorsicht verfahren werden, damit Menschen oder Thiere keinen Schaden nehmen können.

5) Die Kammerjäger dürfen das Gift nur selbst auslegen, und unter der Bedingung dem Käufer zum Selbstgebrauch überlassen.

6) Die Nichtbeachtung der vorstehenden Vorschriften zu 1 bis 5 hat die Aufhebung der erteilten Erlaubniß zum Gewerbebetriebe zur Folge.

Die vorstehenden Vorschriften unter 1—6 sind auch für den Betrieb des Kammerjäger-Gewerbes im Umherziehen zur Anwendung zu bringen. In Preisen, zu welchem die Apotheker das zu 1. erwähnte Arsenik-Präparat kaufen gehalten sind, wird besondere Bestimmung ergehen.

(B. M. Bl. 1848 S. 233.)

b) C. M. des K. Min. der G., U. u. M.-Ang. (v. Lade 11. Juli 1848 an sämtliche K. Reg., betr. das von den Kammerjägern aus inländischen Apotheken zu entnehmende Arsenikgemenge.

Unter Bezugnahme auf die, von mir in Gemeinschaft mit dem Herrn G., G. u. öffentliche Arb. (vorstehend) erlassene Verfügung v. 11. d. M.

die Bedingungen betreffend, unter welchen künftig die, nach §. 4 der gemeinen Gewerbe-Ordnung v. 17. Januar 1845 erforderliche Erlaubniß zum Betriebe des Kammerjäger-Gewerbes zu erteilen eröffne ich der K. Reg., daß die Kommission zur Revision der Arzneitaxe des von den Kammerjägern aus inländischen Apotheken zu entnehmenden Arsenikgemenges für das Civil-Pfund auf 7 Sgr. und für die Unze auf 6 Sgr. fest hat.

Ich veranlasse die K. Reg., diese Preisbestimmung zur öffentlichen Kenntniss zu bringen.

Anl. a.

Es ist dem Ministerio angezeigt worden, daß das Publikum über die Unrichtigkeit des in Gemäßheit der Verfügung vom 25. Oktober 1823 erteilten Erlaubnisses, Apotheken debitirten arsenikhaltigen Mittels zur Vertilgung der Ratten häufig Klage führt, und einzelne Apotheker sich dadurch haben verleiten lassen, Arsenik zu dem bezeichneten Zwecke zu verabreichen. Das Ministerium hat behufs der Ermittlung eines dem Zwecke mehr entsprechenden Mittels die Anstellung von Versuchen in der k. k. Thierarzneischule anstellen lassen. Aus denselben hat sich ergeben, daß das in der Anlage (b.)

bene Pulver auf eine ganz befriedigende Weise alle hierbei zu machenden Anforderungen erfüllt. Das hiermit vergiftete Fleisch wurde von den Ratten begierig zehrt, und hatte einen den Erwartungen vollkommen entsprechenden Erfolg. Der Saß von Kienruß und Saßgrün giebt dem Pulver eine Farbe, welche ganz eignet ist, eine zufällige Verwechselung oder einen etwaigen Mißbrauch desselben zu verhüten. In letzterer Beziehung ist besonders die Beimischung des Saßgrüns notwendig erachtet worden. Kocht man nämlich ein Gemenge von Arsenik mit bloßem Kienruß mit Wasser aus und filtrirt die Auflösung, so bleibt der Kienruß auf dem Boden zurück, und man erhält eine klare Arsenik-Auflösung. Wendet man dagegen dasselbe Verfahren bei einem aus Arsenik, Kienruß und Saßgrün zusammengesetzten Pulver an, so hat die dadurch gewonnene Arsenik-Auflösung eine angenehme, intensiv grüne Farbe.

Die Königl. Regierung wird daher hierdurch angewiesen, die beifolgende Vorschrift zur Bereitung und Anwendung des in Rede stehenden Mittels auf die geeignete Weise zur öffentlichen Kenntniß gelangen zu lassen, und die Apotheker ihres Departements anzuhalten, daß sie von nun an, unter Beachtung der allgemeinen, Betreff des Debits von Giften erlassenen Vorschriften, den Arsenik zur Vertilgung der Ratten und Mäuse niemals anders, als in der hiermit vorgeschriebenen Zusammensetzung verkaufen. Berlin, den 30. April 1839.

Ministerium der Geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten.
v. Altenstein.

An

Alle Königl. Regierungen, so wie das Königl. Polizei-Präsidium hieselbst.

Anl. b.

Vorschrift zur Bereitung und Anwendung des von den Apothekern zu debittirenden arsenikhaltigen Mittels zur Vertilgung der Ratten und Mäuse.

Man nehme 24 Theile weißen Arsenik, 1 Theil frisch geglühten Kienruß und 1 Theil Saßgrün, und bewahre das hieraus sorgfältig gemengte Pulver vorsichtig in einem wohlverstopften Glase auf.

Bei der Anwendung nehme man gekochtes oder gebratenes Fleisch — am besten Hammelfleisch — schneide dasselbe in Stücke von der Größe eines Zweigroschens, trenne diese Stücke durch einen Schnitt in zwei zusammenhängende Lappen, zwische zwischen letztere etwas von dem Pulver, drücke die Lappen darauf sorgfältig zusammen, so daß der giftige Inhalt von außen nicht zu bemerken ist, und bringe die so vergifteten Fleischstücke vorsichtig an die Orte, welche von den Ratten besucht werden.

(B. M. Bl. 1848 S. 233.)

c) R. des Min. der G., u. u. M.-Ang. (Schulze) v. 28. Juli 1851
An Alle Königl. Reg. und an das R. Polizei-Präsidium zu Berlin. Betreff die Vertheilung von Giften an die Kammerjäger.

Den konzeßionirten Kammerjägern ist das zu ihrem Gewerbebetriebe erforderliche Gift vielfach nicht auf Vorzeigung des Gewerbescheins verabsolgt, sondern von ihnen noch eine besondere polizeiliche Bescheinigung über die Zulässigkeit der Befolgung von Giften an sie gefordert worden. Um die durch Beschaffung einer polizeilichen Bescheinigung für die Kammerjäger entstehende Belästigung zu beseitigen, ermächtige ich die R. Regierungen und das R. Polizei-Präsidium hierdurch die Apotheker anzuweisen, den Kammerjägern gegen Vorzeigung ihres Gewerbescheins die zu ihrem Gewerbebetriebe erforderlichen Gift-Präparate unter der Bedingung zu verabsolgen, daß dieselben, wie jeder andere Empfänger von Giften, einen vorschriftmäßigen Giftschein ausstellen. Den R. Reg. und dem Königl. Polizei-Präsidium bleibt überlassen, diese Verfügung durch die Amtsblätter zur Kenntniß des dabei betheiligten Publikums zu bringen.

(B. M. Bl. 1851 S. 142.)

d) R. der Min. d. G., u. u. M.-Ang. (Eichhorn) u. des Inn. (v. Boetticher) v. 4. Aug. 1846 an die R. Reg. zu Merseburg, betr. die polizeiliche Genehmigung zum Handel mit Giften und Drogen.

Auf den Bericht vom 19. Juni c. eröffnen wir der R. Reg., daß zu dem Handel mit Giften, derselbe mag von Droguisten oder anderen Personen betrieben werden, nach der klaren Vorschrift des §. 49. der Gewerbe-Ordnung vom 17. Nov. 1845 die polizeiliche, von der Unbescholtenheit und Zuverlässigkeit des Gewerbetreibenden abhängende Genehmigung erforderlich ist.

treibenden abhängige Erlaubniß erforderlich ist. Wenn nun auch der Drogue-Handel nach dem bisher angenommenen Begriffe den Gifthandel mitbezeichnet, so ist es doch sehr wohl denkbar, daß ein Droguist nur mit den in dem Verzeichnisse B. und C. des Reglements vom 10. September 1836 genannten Arzneiwaaren, unter Ausschluß der Gifte, Handel treiben will, in welchem Falle es polizeilichen Erlaubniß nicht bedarf.

Hiernach ist zum Handel mit Drogen nur dann eine polizeiliche Genehmigung erforderlich, wenn das Geschäft auch auf die, in den vorgedachten Verzeichnissen aufgeführten Gifte ausgedehnt werden soll.

(V. M. Bl. 1846 S. 112.)

3) Von dem Debit der zubereiteten Arzneimittel Seite der Apotheker. (Zu Thl. I. S. 702.)

a) Der Handel mit Arcanis (S. 703.).

aa) Vergl. das R. v. 7. Nov. 1848 wegen der in Ansehung des Handels mit Arcanis zu erlassenden Bekanntmachungen oben bei den Pflichten des Kreisphysikus.

bb) G. R. d. Min. d. G., u. u. Med.-Ang. (Lehnert) u. d. Fin. (v. Pommer-Eiche) v. 9. Aug. 1849 an sämtliche R. Reg. Verbot der Einbringung verschiedener Medikamente.

Wir finden uns, bewegt, das bisher bestandene Verbot der Einbringung der Altonaer Wunderessenz, der Langenschen Pillen und der Möllerschen Fieberwässer in die Preussischen Staaten für die nächsten fünf Jahre hierdurch zu erneuern. Indem wir den Königl. Regierungen überlassen, hiernach das Weitere anzunehmen, bemerken wir, daß an die Provinzial-Steuer-Direktoren gleichzeitig das Gerathen verfügt worden ist. (Anl. a.)

a.

Gw. Hochw. werden, unter Bezugnahme auf die G. B. vom 18. April 1849, hiermit zur weiteren Veranlassung benachrichtigt, daß das Verbot der Einbringung der Altonaer Wunderessenz, der Langenschen Pillen und der Möllerschen Fieberwässer für die nächsten fünf Jahre erneuert worden ist.

Berlin, den 9. August 1849.

Der General-Direktor der Steuern. v. Pommer-Eiche.

An

sämmtliche Königl. Provinzial-Steuer-Direktoren etc.

(V. M. Bl. 1849 S. 170.)

b) Das Selbstdispensiren der Aerzte (Zu Thl. I. S. 704.)

G. R. des Min. d. G., u. u. Med.-Ang. (Eichhorn) v. 28. Okt. 1846, an sämtl. R. Regierungen. Selbstdispensiren der nach homöopathischen Grundsätzen bereiteten Arzneimittel seitens approbirter Medizinal-Personen und die Revisionen solcher homöopathischen Hausapotheken.

In dem Allerh. bestätigten Regl. v. 20. Juni 1843 (G. S. S. 305. f.) über Selbstdispensiren der nach homöopathischen Grundsätzen bereiteten Arzneimittel seitens approbirter Medizinal-Personen betreffend, ist die namentliche Bezeichnung der wichtigsten Arzneimittel vorbehalten, welche bei denjenigen homöopathischen Aerzten selbst dispensiren wollen, stets in der ersten Verdünnung vorrätig gehalten werden müssen.

Dieses Verzeichniß wird der R. Reg. in der Anlage (a.) zur Mittheilung an diejenigen Medizinal-Personen ihres Departements, denen die Erlaubniß zum Selbstdispensiren homöopathischer Arzneien erteilt worden ist, so wie zur Beachtung der Revisionen der fraglichen Hausapotheken, übersendet.

Hinsichtlich der Zeit der Revisionen der homöopathischen Hausapotheken ist die Analogie der wegen der Apotheken-Visitationen überhaupt bestehenden Bestimmungen zu verfahren, und können beide Geschäfte, so wie die darüber zu erstattenden Berichte, füglich mit einander verbunden werden.

a.

V e r z e i c h n i ß

Arzneistoffe, welche von homöopathischen Aerzten gebraucht werden
sollen, welche selbst dispensiren wollen, in der ersten Verdünnung
vorräthig gehalten werden sollen.

Opellis.	27) Ignatia amara.
	28) Ipecacuanha-(Cephaelis).
crudum.	29) Kali carbonicum.
tartaricum.	30) Lycopodium clavatum.
ana.	31) Magnesia carbonica.
lbum.	32) Mercurius solubilis.
um.	33) Natrum muriaticum.
Atropa).	34) Nitrî acidum.
	35) Nux vomica (Strychnos).
bonica.	36) Opium.
	37) Petroleum.
abilis.	38) Phosphorus.
(Matricaria).	39) Pulsatilla pratensis.
et fusca).	40) Rhus toxicodendron.
semen).	41) Sabina (Juniperus).
	42) Secale cornutum.
ca.	43) Sepiae succus.
ns.	44) Silicea.
tallicum).	45) Spigelia anthelmia.
purea.	46) Spongia marina tosta.
ndifolia.	47) Stannum metallicum.
Solanum).	48) Staphys agria (Delphinium).
ficinalis.	49) Stramonium (Datura).
	50) Sulphur.
uris calcareum.	51) Thuya occidentalis.
niger.	52) Veratrum album.

1846 S. 38.)

neitare. (Zu Th. I. S. 709.)

Min. d. G., u. u. Med.-Ang. (Eichhorn) v. 5. März
sämmliche R. Regierungen. Erlass einer neuen Arzneitaxe.

ung der 6. Ausgabe der Pharmacopoea Borussica hat den Erlass
eitare nothwendig gemacht. Von dieser neuen Auflage der Arznei-
dem 1. April d. J. in Wirksamkeit tritt, erhält die R. Reg. hier-
um davon Exemplare dem dortigen Medizinal-Bücherdepot zum
Preis von 10 Sgr. pro Exemplar zu überweisen.

re vorgedruckte Publikandum v. 1. d. M. ist, wie seither, durch
d die übrigen hierzu geeigneten öffentlichen Blätter schleunigst be-
(Anl. a.)

Anl. a. Publikandum.

ion der 6. Ausgabe der Pharmacopoea Borussica hat den Erlass
eitare nothwendig gemacht. Die hiernach mit Rücksicht auf die
neuen Pharmacopoea, sowie auf die eingetretenen Veränderungen
Preisen bearbeitete, im Druck erschienene, neue Arzneitaxe tritt mit
J. in Wirksamkeit. Es haben sich daher, von dem genannten Ter-
theker, bei Vermeidung der in der revidirten Apothekerordnung d. d.
11. Tit. III. §. 2. Litt. I. (Anl. b.) festgesetzten Strafe, nach die-
erall genau zu richten, die dabei betheiligten Behörden aber über
mit pflichtmäßiger Strenge zu machen.

1. März 1847.

Min. der G., u. u. M. Ang.

Eichhorn.

Anl. b.

aus der revidirten Apothekerordnung v. 11. Okt. 1801.

2. Litt. I. Es haben demnach alle und jeder Apotheker in Unfern
leistung von Fünf bis Zwanzig Thalern Strafe auf jeden Kontraven-
wiederholter Kontravention bei noch höherer Geldstrafe, nach

diesen Verordnungen zu achten, auch bei Vermeidung gleicher Strafe dafür zu gen, daß von ihren Gehülfen und Lehrlingen dieselben auf das Genaueste be werden; gleichwie sie für das, was ihre Gehülfen, oder andere zu ihrem Hause hörige Personen, hierin zuwider handeln, schlechterdings einstehen müssen: ob ihnen das Recht vorbehalten bleibt, ihren Regreß an gedachte Personen zu nehmen (B. M. Bl. 1847 S. 132.)

bb) Verf. d. Min. (Lehnert) v. 3. Dec. 1849.

Die eingetretenen Veränderungen in den Einkaufspreisen mehrerer Drogen haben eine gleichmäßige Aenderung in den Taxpreisen verschiedener Arzneimittel notwendig gemacht.

Die hiernach abgeänderten, im Druck erschienenen Tarbestimmungen treten dem 1. Januar 1850 in Wirksamkeit.

(B. M. Bl. 1849 S. 270.)

cc) Bekanntmachung der K. Reg. zu Koblenz v. 26. Juni 1848. Pre

bestimmung für das Auflösen verschiedener Stoffe in den Apotheken

Das K. Min. der geistl., Unt. u. Med. Ang. hat auf unsere Anfrage die der neuesten Arzneitaxe S. 47. unten befindliche Bestimmung über den Preis des Auflösens dahin erklärt, daß, wenn die darin genannten verschiedenen Stoffe gleichzeitig in einer Mixture aufgelöst, resp. ihr zugesetzt werden, nur der einfache Preis von 8 Pf. für alle zusammen berechnet werden darf. — Demnach wird also bei einer Mixture, zu welcher ein flüssiger Extract und eine Latwerge gesetzt, außerdem noch ein Pulver durch Anreiben beigemischt wird, überhaupt nur 8 Pf. für diese Zusätze berechnet.

Die Apotheker sowohl, als die Revisoren von Arzneirechnungen, haben sich sorgfältigst hiernach zu richten.

(B. M. Bl. 1848 S. 231.)

dd) G. R. des Min. d. G., U. u. Med.-Ang. (v. Ladenberg) v. 26. Juni

1848 an sämmtl. K. Regierungen. Taxpreise für China und die aus gefertigten Präparate.

Die sehr gestiegenen Einkaufspreise des Chinioidin, des schwefelsauren Chinin und der Königs-Chinarinde haben eine Revision der Taxpreise dieser Drogen und ihrer Präparate nöthig gemacht. Das Ministerium veranlaßt die K. Reg. die stehenden Veränderungen in den Bestimmungen der Arzneitaxe (Anl. a.) schleunigst durch das Amtsblatt zur Kenntniß der Apotheker zu bringen.

a.

Chinioideum	1 Drachme	3 Sgr.	8 Pf.
Chinium hydrochloratum	1 Scrupel	13	2
Chinium sulphuricum	1 Scrupel	9	6
Cortex Chinae regius	1 Unze	8	—
— — — contusus et gr. modo pulv.	1 Unze	9	6
— — — subt. pulv.	1 Drachme	1	4

(B. M. Bl. 1848 S. 202.)

ee) G. R. des Min. d. G., U. u. Med.-Ang. (Lehnert) v. 24. Juni 1849

an sämmtliche K. Regierungen mit der Preisbestimmung für schwefelsaures Chinin und Chinioidin.

Der starke Verbrauch des schwefelsauren Chinin und des Chinioidin hat ein bedeutendes Steigen der Einkaufspreise dieser Präparate veranlaßt. Die Kommission zur Bearbeitung der Arzneitaxe hat sich daher genöthigt gesehen, die Taxpreise für Chinin und des salzsauren Chinin einer Revision zu unterwerfen. Hiervon haben sich folgende Preise für die Arzneitaxe ergeben:

- 1) Chinioideum 1 Drachme 5 Sgr. — Pf.
- 2) Chinium hydrochloratum 1 Scrupel 16 — 10 —
- 3) Chinium sulphuricum . 1 Scrupel 12 — 6 —

Die K. Reg. hat diese Veränderungen in den Taxpreisen schleunigst in ähnlicher Weise zur Kenntniß der Apotheker und des Publikums zu bringen.

(B. M. Bl. 1849 S. 169.)

ff) G. R. des Min. d. G., U. u. Med.-Ang. (v. Ladenberg) v. 13. Dec.

1849 an sämmtl. K. Regierung, sowie an das K. Polizei-Präsidium zu Berlin.

Zubereitung des Extractum graminis liquidum und des Extractum taraxaci liquidum und Preisbestimmung für solche.

Es ist mehrfach von Aerzten zur Sprache gebracht worden, daß die hohen Taxe des *Extractum graminis liquidum* und des *Extractum taraxaci liquidum*, theilweise durch Bereitungsweise nach der neuesten Ausgabe der Landespharmakopöe ersetzt werden, die Anwendung dieser Präparate, namentlich in der Armenpraxis, beschränken, so daß viele Aerzte neben den auf jetzt vorgeschriebene Weise bereiteten Mellagines, auch die Apotheker veranlaßten, dieselben auf die in der fünften Ausgabe der Pharmakopöe angegebene Weise anzufertigen.

Um nun jene früher vielgebrauchten Präparate der ärztlichen Praxis zugänglicher zu machen, bestimme ich auf Grund des Gutachtens der K. wissenschaftlichen Commission für das Medizinalwesen,

daß vom 1. April k. J. an die gedachten Präparate neben dem Fortbestehen der jetzt angeordneten Bereitungsweise in den Apotheken auch nach der Vorschrift der fünften Ausgabe der Pharmakopöe zubereitet zu halten und zu dem in der entsprechenden Taxe angegebenen Preise zu verabreichen sind.

Es bleibt alsdann den Aerzten überlassen, auf den Rezepten anzugeben, welches Präparat sie verordnen wollen.

Die K. Reg. und das K. Polizei-Präsidium haben diese Bestimmung durch das Verordnungsblatt Ihres Departements zur Nachachtung der Apotheker bekannt zu machen.

Der Taxpreis für die auf die zuletzt genannte Weise zubereiteten Präparate soll bei den demnächst erscheinenden Veränderungen der Arzneytaxe ausgeworfen werden.

(B. M. Bl. 1849 S. 221.)

D. Von den Pflichten des Apothekers. (Zu Th. I. S. 726. ff.)

1) Von den Pflichten in Anschaffung, Bereitung und Aufbewahrung der Medicamente.

a) K. D. v. 5. Okt. 1846, betr. die Gesetzeskraft der in dem Verlage Geh. Ober-Hofbuchdruckers Decker zu Berlin erschienenen sechsten amtlichen Ausgabe der Preussischen Landespharmakopöe und der darin allegirten 4 Tabellen.

Auf Ihren Bericht v. 3. v. M., die Bearbeitung der sechsten Ausgabe der Landespharmakopöe betreffend, bestimme Ich, daß diese in dem Verlage des Geheim. Ober-Hofbuchdruckers Decker in Berlin unter dem Titel: „*Pharmacopoea Borussiae sexta*“ erschienene Ausgabe der Landespharmakopöe vom 1. April 1847 an Aerzten, Wundärzten und Apothekern, sowie den Medizinalbehörden zur Richtschnur dienen soll, und setze zugleich hinsichtlich deren Anwendung für den ganzen Umfang der Monarchie, unter Aufhebung aller entgegenstehenden Vorschriften, Folgendes fest:

- 1) Nach Maassgabe der von dem Ministerium der Medizinal-Angelegenheiten aufzustellenden *Series medicaminum* sind die Arzneimittel in den Apotheken großer und beziehungsweise kleiner Städte jederzeit vorrätig zu halten.
- 2) Diejenigen chemischen Präparate, für welche in der Landespharmakopöe keine Bereitungsweise vorgeschrieben ist, sowie die in der anliegenden Tabelle A. zusammengestellten Präparate können aus chemischen Fabriken und Droguenhandlungen entnommen werden, der Apotheker ist jedoch für deren Güte und Reinheit verantwortlich.
- 3) Alle übrige chemische und pharmazeutische Präparate sind nach den, in der Landespharmakopöe enthaltenen Vorschriften von den Apothekern selbst zu bereiten, und ist den Letzteren nicht gestattet, dieselben, nach einer andern Methode bereitet, zum pharmazeutischen Gebrauch zu dispensiren. Sollten jedoch Apotheker an der eigenen Bereitung gehindert sein, oder ist die Menge, deren sie bedürfen, zu einer eigenen Anfertigung des Präparats zu gering, so steht ihnen frei, die Präparate aus einer andern inländischen Apotheke zu entnehmen.
- 4) Die in der anliegenden Tabelle B. zusammengestellten Arzneimittel sind in abgeschlossenen Räumen nach den, für die Aufbewahrung der Gifte bestehenden medizinal-polizeilichen Bestimmungen zu verwahren.
- 5) Die in der Tabelle C. aufgeführten Arzneimittel sind zwar nicht im Giftschrank, aber doch in abgeschlossenen Räumen und getrennt von den übrigen Arzneimitteln aufzustellen.
- 6) Wenn ein Arzt oder Wundarzt von den in der beiliegenden Tabelle D. auf-

geführten Arzneimitteln zum innerlichen Gebrauch eine größere Dosis ordnet, als daselbst angegeben ist, so hat derselbe einer solchen Dosis Zeichen ! beizufügen. Hat er dies unterlassen, so ist der Apotheker verpflichtet, das Rezept dem Arzt oder Wundarzt zurückzuschicken, worauf selbe entweder eine geringere Dosis zu verordnen oder das Zeichen ! beifügen hat.

- 7) Zuwiderhandlungen gegen vorstehende Bestimmungen sind, auch wenn kein Schaden entstanden ist, mit einer polizeilichen Geldstrafe von 5 Rthl. bis 50 Rthln., welche im Wiederholungs-falle bis zu dem doppelten Betrage erhöht werden kann, zu ahnden.

Dieser Befehl ist durch die Gesessammlung bekannt zu machen und der nächste Ausgabe der Landespharmakopöe vorzudrucken.

Grömannsdorf, den 5. October 1846.

An
den Staatsminister Gichorn.

Friedrich Wilhelm.

T a b e l l e A.

enthaltend die Präparate, welche den Apothekern zu kaufen gestattet sind.

Acidum sulphuricum rectificatum.
Aether.
Aqua Magnesia carbonicae.
Ferrum pulveratum.
Hydrargyrum depuratum.
Hydrargyrum bichloratum corrosivum.
Hydrargyrum oxydatum rubrum.
Kali hydricum fusum.
Kali hydricum siccum.
Morphium.
Natrium aceticum.
Spiritus Vini rectificatissimus.
Strychnium nitricum.
Veratrum.

T a b e l l e B.

enthaltend die Arzneimittel, welche nach den für die Aufbewahrung der Gifte bestehenden Vorschriften zu verwahren sind.

Acidum hydrocyanatum.
Arsenicum album.
Hydrargyrum amidato-bichloratum.
Hydrargyrum bichloratum corrosivum.
Hydrargyrum biiodatum rubrum.
Hydrargyrum iodatum flavum.
Hydrargyrum oxydatum rubrum.
Liquor Hydrargyri bichlorati corrosivi.
Liquor Hydrargyri nitrici.
Oleum Amygdalarum aethereum.
Solutio arsenicalis
Strychnium nitricum.
Veratrum.

T a b e l l e C.

enthaltend die in den abgeschlossenen Räumen außerhalb des Giftschrankes aufzu bewahrenden Arzneimittel.

Acetum Digitalis.
Acidum nitricum fumans.
Acidum sulphuricum crudum.
Acidum sulphuricum rectificatum.
Aerugo.
Ammoniacum cuprico-sulphuricum.
Aqua Amygdalarum amararum.
Aqua Goulardi.

Aqua Opii.
 Aqua phagedaenica.
 Aqua Plumbi.
 Argentum nitricum fusanum.
 Auro-Natrium chloratum.
 Cantharides.
 Cerussa.
 Colocynthis.
 Colocynthis praeparata.
 Cuprum aceticum.
 Cuprum aluminatum.
 Cuprum sulphuricum purum.
 Cuprum sulphuricum venale.
 Euphorbium.
 Extractum Aconiti.
 Extractum Belladonnae.
 Extractum Colocynthis.
 Extractum Conii maculati.
 Extractum Digitalis.
 Extractum Gratiolae.
 Extractum Hyoscyami.
 Extractum Ipecacuanhae.
 Extractum Lactucae virosae.
 Extractum Nucum vomicarum aquosum.
 Extractum Nucum vomicarum spirituosum.
 Extractum Opii.
 Ferrum iodatum saccharatum.
 Folia Belladonnae.
 Folia Digitalis.
 Folia Hyoscyami.
 Folia Stramonii.
 Folia Toxicodendri.
 Gutt.
 Herba Aconiti.
 Herba Conii maculati.
 Herba Gratiolae.
 Herba Sabiniae.
 Hydrargyrum chloratum mite.
 Hydrargyrum oxydulatum nigrum.
 Iodum.
 Kalium iodatum.
 Kreosotum.
 Liquor Plumbi hydrico-acetici.
 Liquor Stibii chlorati.
 Lithargyrum.
 Morphinum.
 Morphinum aceticum.
 Minium.
 Noces vomicae.
 Oleum Crotonis.
 Oleum Sabiniae.
 Oleum Sinapis.
 Opium.
 Phosphorus.
 Pilulae odontalgicae.
 Plumbum aceticum crudum.
 Plumbum aceticum depuratum.
 Pulvis Ipecacuanhae opiatus.
 Radix Belladonnae.
 Radix Hellebori albi.
 Resina Jalapae.
 Scammonium Halepense.
 Semen Sabadillae.

Semen Stramonii.
 Stibio-Kali tartaricum.
 Tinctura Aconiti.
 Tinctura Cantharidum.
 Tinctura Colocynthis.
 Tinctura Conii.
 Tinctura Digitalis.
 Tinctura Iodi.
 Tinctura Opii benzoica.
 Tinctura Opii crocata.
 Tinctura Opii simplex.
 Tinctura Stramonii.
 Zincum chloratum.
 Zincum sulphuricum.

T a b e l l e D.

enthaltend das Maximum der Arzneimitteldosen für Erwachsene, über welches aus eine ärztliche Verordnung zum innern Gebrauch nur unter Beifügung Zeichens ! zulässig ist.

Acetum Digitalis	Guttae trigint
Acidum hydrocyanatum	Gutta una.
Ammoniacum cuprico-sulphuricum	Grana duo.
Aqua Amygdalarum amararum	Guttae sexagi
Argentum nitricum fustum	Granum dimid
Auro-Natrium chloratum	Granum unum
Cantharides pulveratae	Granum unum
Colocynthis praeparata	Grana duo.
Colocynthis pulverata	Grana duo.
Cuprum sulphuricum purum	Grana duo.
Extractum Aconiti	Grana tria.
Extractum Belladonnae	Grana duo.
Extractum Colocynthis	Granum unum
Extractum Conii maculati	Grana tria.
Extractum Digitalis	Grana tria.
Extractum Hellebori nigri	Grana decem.
Extractum Hyoscyami	Grana tria.
Extractum Lactucae virosae	Grana decem.
Extractum Nicotianae	Grana duo.
Extractum Nucum vomicarum aquosum	Grana quatuor.
Extractum Nucum vomicarum spirituosum	Grana duo.
Extractum Opii	Grana duo.
Extractum Stramonii	Granum unum.
Ferrom iodatum saccharatum	Grana quatuor.
Folia Belladonnae pulverata	Grana quatuor.
Folia Digitalis pulverata	Grana quinq.
Folia Hyoscyami pulverata	Grana quinq.
Folia Nicotianae pulverata	Grana duo.
Folia Stramonii pulverata	Grana quatuor.
Folia Toxicodendri pulverata	Grana sex.
Gutti	Grana quatuor.
Herba Aconiti pulverata	Grana quinq.
Herba Conii maculati pulverata	Grana quinq.
Herba Pulsatillae pulverata	Grana decem.
Hydrargyrum bichloratum corrosivum	Granum dimid
Hydrargyrum biiodatum rubrum	Grani quadrum.
Hydrargyrum iodatum flavum	Grana duo.
Hydrargyrum oxydatum rubrum	Granum dimid
Kreosotum	Gutta una.
Liquor Hydrargyri nitrici	Guttae tres.
Morphium aceticum	Granum dimid
Nuces vomicae pulveratae	Grana duo.
Oleum Amygdalarum aethereum	Gutta una.
Oleum Crotonis	Gutta una.

phoratum	Grana triginta.
pis	Guttae quadrans.
.	Grana duo.
eticum depuratum	Granum unum.
donnae pulverata	Grana tria.
bori albi pulverata	Grana quinque.
bori nigri pulverata	Scrupulum unum.
e pulverata	Grana quatuor.
nonii pulveratum	Grana quatuor.
nicalis	Guttae decem.
artaricum	Grana sex.
nitricum	Grani quadrans.
ntharidum	Guttae quindecim.
locynthidis	Guttae viginti.
nii	Guttae viginti.
italis	Guttae triginta.
li	Guttae decem.
beliae	Guttae triginta.
otianae	Guttae triginta.
ii crocata	Guttae triginta.
ii simplex	Guttae triginta.
amonii	Guttae quindecim.
.	Grani quadrans.
ratum	Grani quadrans.

1846 S. 510. ff.)

des Min. d. G., II. u. Med.-Ang. (Eichhorn) v. 5. März
mündliche R. Regierungen. Bereitungsweise der Arzneimittel.
mit dem 1. April d. J. in Kraft tretenden 6. Ausgabe der Pharma-
ssica sind für mehrere Arzneimittel neue Bereitungsweisen vorgeschrie-
welche eine Aenderung der von diesen Mitteln zu verordnenden Dosen
machen.

Ich hierauf bestimme ich, daß vom 1. April d. J. an, ältere Rezepte,
Arzneimittel verschrieben sind, deren Bereitung in der neuen Pharma-
änderung erlitten hat, nur auf schriftliche Anordnung einer approbirten
Person reitert werden dürfen.

Bl. 1847 S. 133.)

des Min. (v. Radenberg) v. 31. Aug. 1850. Anwendung des
Chloroform.

Verhütung von Unglücksfällen, welche aus der Anwendung des Chloro-
formen können, und in Betracht, daß dasselbe, wie es im Handel vorkommt,
nicht die zu seinem Gebrauche nothwendige Reinheit besitzt, bestimme ich,
daß von der technischen Kommission für pharmazeutische Angelegenheiten
erstatteten Gutachten, Nachstehendes:

Das Chloroform nur dispensirt werden, wenn es folgende Eigen-
schaften besitzt: Es muß klar, farblos, völlig flüchtig und frei
von Chlormwasserstoffsäure sein; in reine concentrirte Schwefel-
säure getropft, darf es dieselbe nicht färben. Spezifische
Schwerichte = 1,495 — 1,500 [bei 17½° C.]. Bis dahin, daß die chemischen
Analysten ein solches Chloroform liefern, hat der Apotheker das gegenwärtig
im Handel befindliche Chloroform durch Schütteln mit Wasser, Abscheiden und Rectifiziren
von Chlorcalcium zu reinigen, worauf bei den Revisionen der Apotheken zu
prüfen ist. Der Verkaufspreis für das reine Chloroform wird v. 1. Okt. d. J.
bis auf Weiteres auf 1 Sgr. 6 Pf. für die Drachme festgesetzt.

Chloroform ist in den Apotheken unter denselben Rauteln aufzubewahren,
welche für die Aufbewahrung der s. g. drastischen Arzneimittel

(C. Pharm. Bor. ed. VI.) angeordnet sind.

Verabreichung des Chloroforms an das Publikum zu ärztlichen Zwecken
nur den Apothekern, und auch diesen nur auf schriftliche Ver-
ordnung einer approbirten Medizinalperson gestattet.

Veröffentlichung dieser Verf. hat die R. Reg. in dem nächsten Stück Ihres
Blattes bewirken.

Bl. 1850 S. 242.)

zu Zbl. VI. Bd. III.

d) C. R. des Min. der G., II. u. Med.-Ang. (v. Ladenberg)
1847 an sämtliche Königl. Reg. Bereitung der Dekotte
Apotheken.

Nach der Vorschrift der 6. Ausgabe der Landespharmakopöe sollen parate, z. B. alle Extrakte und ätherischen Oele, die meisten Salben u. s. w. mit Hülfe eines Dampfapparats oder eines Wasserbades bereitet auch sind in der, seit dem 1. April d. J. geltenden Arzneitaxe bestimmte die Dampfdekotte u. ausgeworfen worden.

Damit aber obigen Vorschriften, welche den Zweck haben, die Dampf- und Dekottion zu bereitenden Arzneien gleichförmiger und wirksamer überall auf die entsprechende Weise nachgekommen werde, sind die Apotheken, sich mit den erforderlichen Dampfvorrichtungen zu versehen, u. Bereitung der Dekotte, Dekotto-Infusa und Infusa nach der beiliegenden Instruction (a.) zu verfahren.

Die K. Reg. hat diese Instruction durch Bekanntmachung derselben im Amtsblatt, oder auf sonst geeignete Weise, zur allgemeinen Kenntniß und Apotheker zu bringen, und über die Beachtung der darin enthaltenen Anordnungen pflichtmäßig zu wachen.

a. Instruction.

Die zinnernen oder porzellanenen Dekottbüchsen müssen so eingerichtet seyn, bis wenigstens zu drei Vierteln ihrer Höhe den Wasserdämpfen ausgesetzt, welche die Temperatur des kochenden Wassers haben müssen. Ein Theil kann auch mit dem kochenden Wasser selbst unmittelbar in Berührung seyn, so daß die Wasserdämpfe aus einem Dampfkeffel entwickelt, so daß ihre Temperatur hoch seyn, daß sie die Flüssigkeit in den Büchsen bis zum Kochen erhitzt. Dekottbüchsen müssen mit gut schließendem Deckel von demselben Material verfertigt seyn.

Die gut zerleinerte Substanz, deren Gewichtsmenge vom Arzt vorbestimmt ist, wird mit so viel kaltem Wasser, als erfahrungsmäßig hinreichend ist, um die vom Arzt vorgeschriebene Quantität Flüssigkeit zu erhalten, in der Dekottbüchse gerührt, die Büchse verschlossen und eine halbe Stunde lang den Wasserdämpfen ausgesetzt. Während dieser Zeit wird der Inhalt der Büchse gut durch einander gerührt und dann gleich heiß kolirt. Schreibt der Arzt, daß gegen das Ende der Operation noch eine andere Substanz zugesetzt werden soll, so geschieht dies, nachdem die Büchse 25 Minuten den Dämpfen ausgesetzt ist.

Dekotto-Infusa bereitet man, indem man, nachdem das Dekott die nöthige Zeit hindurch den Wasserdämpfen ausgesetzt gewesen ist, zum heißenden der Büchse die zu infundirende Substanz zusetzt, sorgfältig umrührt, die Büchse verschließt und zum Abkühlen zur Seite stellt. Wenn der Inhalt völlig erkaltet ist, wird kolirt.

Die Infusa werden auf die gewöhnliche Weise, nämlich durch Uebertragen der zerleinerten Substanz mit kochendem Wasser, Umrühren des Inhalts, Verschließen und Hinstellen derselben bis zum völligen Erkalten und Abkühlen bereit.

Will der Apotheker zu den Infusen Wasser verwenden, welches in ein Wasserbad in dem Dampfapparat hineingestellt zu werden pflegt, durch die Wärme des Apparats bis nahe zur Temperatur des kochenden Wassers erhitzt worden muß, so muß er die Büchse noch während fünf Minuten den Wasserdämpfen ausgesetzt, und dann erst zum Abkühlen zur Seite stellen.

Zu jedem Infusum und Dekottum ist eigentlich eine Vorschrift des Arztes notwendig, wodurch die Menge der anzuwendenden Substanzen und die Menge der Flüssigkeit, die damit erhalten werden soll, angegeben wird. Sollte jedoch vorkommen, daß der Arzt eine solche Bestimmung zu geben unterlassen wird, so ist zu 1 Unze des Dekotts oder Infusums 1 Drachme der Substanz zu nehmen. Sollte ein Arzt ein Decoctum concentratum oder concentratissimum schreiben, so läßt man, um das erstere zu bereiten, die Büchse $\frac{1}{2}$ Stunde, letzteres zu bereiten, 1 Stunde den Wasserdämpfen ausgesetzt, ohne daß die Substanz vermehrt wird. Verschreibt er ein Infusum concentratum, so nimmt man die zu infundirende Substanz um die Hälfte, und beim Infusum concentratissimum das Doppelte vermehrt. Bei stark wirkenden Arzneimitteln muß der Apotheker vom Arzt die genauere Bestimmung eingeholt werden. Ebenfalls

n Desloftum oder Infusum saturatum verschrieben worden ist, die genauere
ung eingeholt werden.

. M. Bl. 1847 S. 133.)

i. K. d. Min. (Lehnert) v. 28. März 1851. Verbot der An-
wendung von Gefäßen und Geräthschaften aus Argentan.

einigen Apotheken im Regierungsbezirke N. sind bei den Revisionen sowohl
n als Spatel und Löffel von Argentan, einer Legirung aus Kupfer, Zink
kel, vorgefunden worden, deren fernerer Gebrauch die gedachte K. Regierung
t hat. Dieses Verbot hat von mir nur bestätigt werden können, weil nach
geholt Gutachten der K. wissenschaftlichen Deputation für das Medizinal-
kurferlegirungen, in denen, wie dies beim Messing und Argentan der Fall
Kupfer die größere Menge ausmacht, in chemischer Hinsicht dem Kupfer sehr
sich verhalten. In Berührung mit Substanzen, die sich mit dem Kupfer-
binden, oder worauf dieses zerlegend einwirkt, oxydiren sich die Metalle die-
ungen, und zwar werden Zink und Nickel, obgleich ihre Verwandtschaft zum
ff größer ist, nicht vorzugsweise oxydirt, theils weil sie vom Kupfer einge-
d, theils weil Sauerstoff im Ueberschusse vorhanden ist, so daß, wenn Gifft
t lang in einem offenen Gefäße von Argentan aufbewahrt wird, essigsaures
nd, essigsaures Nickeloxyd und essigsaures Zinkoxyd in nicht unbedeutender
gelöst wird.

: K. Regierung und das K. Polizei-Präsidium hieselbst werden hiervon in
ß gesetzt und angewiesen, die Anwendung von Gefäßen und Geräthschaften
entan zu pharmazeutischen Zwecken als einen das Gesundheitswohl gefähr-
turus den Apothekern ihres Bezirks durch eine Amtsblatts-Verfügung zu
en und darauf, daß diesem Verbote Folge geleistet wird, auch durch die
achten zu lassen.

. M. Bl. 1851 S. 38. Nr. 43.)

in Betreff der hier gegebenen Vorschriften, die Blutegel betreffend,
t ferner verordnet:

Durch das G. R. des Min. d. G., U. u. M.-Ang. (v. Ladenberg)
v. 28. Okt. 1847. Detailhandel mit Blutegeln.

: Antrag der K. Reg. in dem Berichte v. 9. Jan. d. J. in Betreff des
einer, die allgemeine Gewerbe-Ordnung ergänzenden Bestimmung über den
ndel mit Blutegeln im Sinne des R. v. 17. Sept. 1827 hat das Min.
t, von sämmtlichen übrigen K. Reg. darüber Bericht zu erfordern, ob und
eit die Bestimmungen der oben genannten G. B. in den einzelnen Depar-
sich haben ausführen lassen, und namentlich, ob es überall möglich gewesen
uf zu halten, daß die konzeffionirten Blutegelhändler nur auf schriftliche
ang approbirter Medizinal-Personen und niemals im Handverkaufe Blutegel
t haben.

ch den jetzt vollständig vorliegenden Berichten, haben nur drei K. Reg. für
echthaltung der Bestimmungen der in Rede stehenden G. B., die übrigen
h sich dagegen ausgesprochen, und den Erlass einer, die allgemeine Gewerbe-
g ergänzenden Bestimmung theils für nicht bringend nothwendig, theils für
erflüssig erkannt, weil ad 1. der G. B. die Unterscheidung der officinellen
von anderen Sorten leicht, und bei den Händlern diese Kenntniß voraus-
ad 2. aber die Ausführung der Kontrolle sehr schwer und fast unmöglich
überhaupt Thatsachen nicht vorliegen, welche eine Beschränkung des Detail-
mit Blutegeln nothwendig erscheinen lassen.

ter diesen Umständen kann das Min. es nicht für rathsam erachten, die von
Reg. beantragte, die allgemeine Gew.-Ordn. ergänzende Bestimmung über den
ndel mit Blutegeln im Sinne der G. B. v. 17. Sept. 1827 zu erlassen.

. Min. Bl. 1847 S. 291.)

Bekanntmachung der K. Regler. zu Liegnitz, v. 16. Jan. 1848.

Förderung der Blutegelzucht und die Strafbarkeit des unbefugten
Fangens der Blutegel in fremden Gewässern.

früheren Zeiten wurde der Blutegel in den schlesischen Gewässern in einer
vorgefunden, welche zur Deckung des Bedarfs der Provinz mehr als ausreic-
er und dabei stellten sich die Preise so mäßig, daß dieses wichtige Heilmitt-
llen benöthigten Fällen ohne Schwierigkeit angewandt werden konnte. In
Zeit dagegen muß auch in Schlessen der Bedarf an Blutegeln in der Haupt-
us dem Auslande bezogen werden und die Preise derselben sind nach und

nach so gestiegen, daß die Anwendung dieses Heilmittels in sehr vieler großen Schwierigkeiten verknüpft ist. Von mehreren Seiten ist darauf gemacht worden, daß dieser große Uebelstand hauptsächlich dadurch worden, daß der Fang der Bluteigel von Unbefugten in fremden Gewässern ohne Maaß betrieben und dadurch in manchen Gewässern die Bluteigel und in anderen die Zahl derselben äußerst vermindert worden; daß jen Bluteigelfang durch Unbefugte hauptsächlich durch die irrige, aber we Meinung, als sei das Fangen der Bluteigel in fremden Gewässern begünstigt worden; endlich daß der vorgedachte frühere günstige Zustand wieder herzustellen, daß jener maaßlose und unbefugte Bluteigelfang al das Publikum über die Strafbarkeit des unbefugten Bluteigelfanges in wässern belehrt werde.

Mit Bezug auf diese Lage der Sache und in Gemäßheit einer Ver. R. Min. der Geistl., Unt. u. Med.-Ang. v. 30. v. M. machen wir dara sam, daß die Meinung, als sei das Fangen von Bluteigeln in fremden nicht als strafbar zu erachten, des gesetzlichen Grundes entbehrt, da nich ist, warum eine solche Handlung nicht gleich jeder andern Entwendung r welche nicht unter besonderer Aufsicht und Verwahrung gehalten wert verboten und strafwürdig sein sollte; ferner daß wir die bei uns bekannt Kontraventionsfälle zur gerichtlichen Bestrafung anzeigen lassen werden.

Die Besitzer von Gewässern, in welchen der Bluteigel früher vorgefo noch vorkommt, ferner die betreffenden Behörden fordern wir auf, im S Gemeinwohls möglichst dahin zu wirken, daß dem vorgedachten unbefugten losen Bluteigelfange nach Möglichkeit vorgebeugt und daß in den Gewäße chen früher Bluteigel vorgekommen, die Bluteigelzucht möglichst befördert, die gebrauchten Bluteigel möglichst erhalten und namentlich zum Ausfi gedachten Gewässer benutzt werden.

(B. Min. Bl. 1848 S. 51.)

2) Von der Aufsicht über die Apotheker. (Zu Th. I. §

Verordnung der R. Regier. zu Köslin, v. 13. Febr. 1848.

Revision und Feststellung der Arzneirechnungen.

Die Revision und Feststellung der Arzneirechnungen, deren Betra aus Königlichen oder Kommunalkassen gezahlt werden soll, oder über Rechtesstreit stattfindet, hat in neuerer Zeit so sehr zugenommen und, d battonen zum Theil mangelhaft angelegt, nicht immer hinreichend beleg auf den Belägen nicht ausführlich und detaillirt verzeichnet, endlich welcher bei den Rechnungen der beiden ersten Kategorien nothwendig be den muß, nicht in Abzug gebracht worden war, das Geschäft der Revision im höchsten Grade erschwert, sondern auch zu ungebührlich zeitraubenden Veranlassung gegeben.

Um diesem Uebelstande zu begegnen, bestimmen wir hierdurch, daß i jede Arzneirechnung, welche bei uns zur Revision und Festsetzung einge nachfolgenden Bedingungen entsprechen muß:

- 1) Die Arzneirechnung muß deutlich und rein geschrieben sein, u einer Linie nicht mehr als eine Sache mit dem Namen des R welchen sie bestimmt ist, aufgeführt werden.
- 2) Die als Beläge zu der Rechnung dienenden Rezepte müssen d geordnet, mit laufender Nummer versehen sein, welche Nummer spondirend in einer besondern Linie zum Monat und Datum in nung aufgenommen werden muß.
- 3) Die Rezepte sowohl, als auch die Reiteraturen, müssen von dem den Arzte oder Wundarzte unterzeichnet sein, weil bloße Kopien b unmöglich als Beläge dienen können.
- 4) Auf jedem Rezepte ist die detaillirte Taxe über jedes einzelne Ar über die Arbeit, das Gefäß, die Signatur des Dispensirens u. bei und zu summiren.
- 5) Endlich muß von dem Hauptbetrage der Rechnung deren Bericht nighlichen oder Kommunalfonds obliegt, ein angemessener Rabatt gebracht werden.

Alle Arzneirechnungen, welche bei uns eingereicht werden, ohne die berungen zu entsprechen, werden auf Kosten der Einsender zur Berückl zurückgegeben.

(B. M. Bl. 1848 S. 50.)

Dritte Abtheilung.

aus medizinisch-polizeilichen Rücksichten beaufsichtigten Gewerbetreibenden.

(Zu Th. I. S. 754. ff.)

I. Der Bandagist und der Verfertiger chirurgischer Instrumente. (Zu Thl. I. S. 754. ff.)

1) Nach der Gewerbe-Ordnung v. 17. Jan. 1845 §. 45. (G. S. 1845 10. ff.) müssen sich die Bandagisten über die für sie erforderlichen Kenntnisse und Fertigkeiten durch ein Befähigungszeugniß der Regierung versehen. Vergl. ferner über deren Prüfung und Zurücknahme der Kon- n die §§. 46., 71—74. a. a. O., oben bei Medizinal-Personen Abthl. II. IV.

2) G. R. des Min. d. G., u. u. Med.-Angl. u. des In. v. 20. Febr.: . Prüfung der Bandagisten und chirurgischen Instrumentenmacher. B. M. Bl. 1847 S. 51.)

II. Der Abdecker und Viehschneider (zu Thl. I. S. 759. ff., ff.).

1. Die Gewerbe-Ord. v. 17. Jan. 1845 bestimmt in Ansehung der ereien in den §§. 8., 27—36., 66—70., 92. wie folgt ¹⁾:

§. 8. Die zur Zeit in den einzelnen Landestheilen geltenden Vorschriften das Abdeckereiwesen bleiben bis zur beendigten Revision derselben in Kraft.

§. 27. Schießpulverfabriken, Anlagen zur Feuerwerkerei und zur Bereitung ündstoffen aller Art, Gasbereitungs- und Gasbewahrungs-Anstalten, Anlagen ereitung von Steinkohlentheer und Roaks, sofern sie außerhalb der Gewin- orte des Materials errichtet werden, Spiegel-Fabriken, Porzellan-, Fayence- hongeschirr-Manufacturen, Glas- und Rußhütten, Zuckerfiedereien, Malzbarron, Ziegel- und Gipsöfen, Schmelzhütten, Rodhöfen, Metallgießereien, Hammer- hemische Fabriken aller Art, Schnellbleichen, Firnißfiedereien, Gichorien-, , Wachstuch- und Darmseiten-Fabriken, Leim-, Thran-, Seifen- und Fluß- ien, Knochenbrennereien, Knochen- und Wachsbleichen, Talgschmelzen, Schlacht-, , Gerbereien, Abdeckereien, Poudretten- und Düngpulverfabriken; ören dahin ferner:

smaschinen, Dampfkeßel und Dampfentwickler (§. 37.), durch Wasser oder bewegte Triebwerke (Mühlen u. s. w.) jeder Art (§. 38.), sowie Branntwein- reien und Bierbrauereien (§. 39.).

Bei allen diesen Anlagen macht es keinen Unterschied, ob sie nur auf den n Bedarf des Unternehmers, oder auch auf Absatz an Andere berech- ad.

28. Zur Errichtung neuer Anlagen dieser Art (§. 27.) ist die Genehmi- bei der Regierung nachzusuchen. Dem Gesuche müssen die zur Erläuterung rlichen Zeichnungen und Beschreibungen beigelegt werden.

29. Wenn die beabsichtigte Anlage nach dem Ermessen der Regierung mit ebllichen Nachtheilen, Gefahren oder Belästigungen für die Nachbarn oder für ublicum überhaupt verbunden ist, daß dieselbe sich ohne Weiteres als unzü- darstellt, so ist das Gesuch sogleich zurückzuweisen.

Ist kein Anlaß, das Gesuch sogleich zurückzuweisen, so hat auf Anweisung der- zung die Ortspolizei-Obrigkeit das Unternehmen mittelst einmaliger Einrück- in das Amtsblatt, und außerdem in der für andere polizeiliche Verordnungen rte vorgeschriebenen Art, zur öffentlichen Kenntniß zu bringen, mit der Auf- ung, etwaige Einwendungen gegen die neue Anlage binnen vier Wochen an- den.

¹⁾ Diese Bestimmungen, welche nicht bloß die Abdeckereien betreffen, werden hier im Zusammenhange gegeben und betreffenden Orts hierher zurückver- wiesen.

Die vierwöchentliche Frist nimmt ihren Anfang mit dem Tage, an wel-
che die Bekanntmachung enthaltene Amtsblatt ausgegeben worden, und ist für
wendungen, welche nicht privatrechtlicher Natur sind, präklusivisch.

§. 30. Werden keine Einwendungen angebracht, so hat die Regierung
die Anzeige der Polizeibrigade eingegangen ist, unter Festsetzung der sich
nöthig ergebenden Bedingungen die Genehmigung zu ertheilen. Diese ist
auszufertigen und muß die festgesetzten Bedingungen enthalten.

§. 31. Die bei der Polizeibrigade angemeldeten Einwendungen pri-
vater Natur sind zur richterlichen Entscheidung zu verweisen, ohne daß von
bigung dieser Einwendungen die weitere Verhandlung über die polizeiliche
migung der Anlage (§. 32.) abhängig gemacht wird.

Andere Einwendungen dagegen hat die Polizeibrigade unter Zuzieh
Unternehmers zum Protokoll vollständig zu erörtern. Demnächst sind
schlossenen Verhandlungen mit beigefügtem Gutachten an die Regierung
reichen.

§. 32. Die Regierung hat hierauf das Gesuch mit Rücksicht auf die
den feuer-, bau- und gesundheitspolizeilichen Anordnungen und die Erb-
der auf angebliche Nachtheile, Gefahren oder Belästigungen gegründeten
nungen zu prüfen und nach dem Befunde die Genehmigung entweder zu
oder unbedingt zu ertheilen, oder endlich bei Ertheilung derselben die
Vorschriften und Einrichtungen vorzuschreiben, welche zur Abhülfe geeig-

§. 33. Der von der Regierung abgefaßte Bescheid ist sowohl dem U-
mer als den Widersprechenden durch die Ortspolizei-Brigade zu eröffnen.
den Bescheid steht der Rekurs an die Ministerien offen; derselbe muß bin-
präklusivischen Frist von zehn Tagen, vom Tage der Eröffnung des Beschei-
gerechnet, bei der Polizeibrigade binnen vier Wochen, von demselben Tage
zureichen; nach fruchtlosem Ablauf dieser Frist sind die Verhandlungen op-
teres zur Rekursentscheidung einzusenden.

Durch die Anmeldung des Rekurses von Seiten desjenigen, welcher
lage widersprochen hat, wird die von der Regierung ertheilte Genehmigung
Entscheidung der Ministerien suspendirt.

§. 34. An die Stelle der Polizeibrigade des Ortes (§§. 29., 30., 31.)
tritt der Landrath, wenn der Unternehmer selbst die Polizeibrigade ist
Ortspolizei zu verwalten hat.

§. 35. Die baaren Auslagen, welche durch die Bekanntmachung u.
weitere Verfahren entstehen, fallen dem Unternehmer, diejenigen Kosten
welche durch unbegründete Einwendungen erwachsen, dem Widersprechenden
last.

Die Regierungen und Ministerien haben in den Bescheiden über
lässigkeit der neuen Anlage zugleich die Vertheilung der Kosten festzusetzen.

§. 36. Die polizeiliche Genehmigung zu einer der im §. 27. bezeichnet
lagen bleibt so lange in Kraft, als keine Veränderung in der Lage oder Be-
heit der Betriebsstätte vorgenommen wird, und bedarf unter dieser Voraus-
auch dann, wenn die Anlage auf einen neuen Erwerber übergeht, einer
nung nicht.

Sobald aber eine Veränderung der Betriebsstätte vorgenommen werden
muß die Genehmigung der Regierung von Neuem nachgesucht werden.

§. 36. Bei Ertheilung der polizeilichen Genehmigung zu einer gewer-
Anlage der in den §§. 27., 37. und 38. bezeichneten Arten, ingleichen zur
von Apotheken und von Privatkranken- und Privat-Irrenanstalten, sowie zu
spielunternehmungen kann von der genehmigenden Behörde den Umständen
eine Frist festgesetzt werden, binnen welcher die Anlage oder das Unter-
Vermeidung des Erlöschens der Genehmigung begonnen u. ausgeführt, u. der
betrieb angefangen werden muß. Ist eine solche Frist nicht bestimmt, so erlischt
theilte Genehmigung; wenn der Inhaber nach Empfang derselben ein ganzes
verstreichen läßt, ohne davon Gebrauch zu machen.

Eine Verlängerung der Frist kann von der Behörde bewilligt werden, wenn
erhebliche Gründe nicht entgegen stehen.

§. 37. Hat der Inhaber einer solchen Genehmigung (§. 36.) seinen Ge-
betrieb während eines Zeitraums von drei Jahren eingestellt, so erlischt
selbe.

§. 38. Auf die Inhaber der bereits vor dem Erscheinen des gegenwärtigen
Gesetzes ertheilten Konzessionen finden die in den §§. 36. und 37. bestimmten

falls Anwendung, jedoch mit der Maßgabe, daß diese Fristen von dem Verkündung des Gesetzes an zu laufen anfangen.

9. Wegen überwiegender Nachtheile und Gefahren für das Gemeinwohl fernere Benutzung einer jeden gewerblichen Anlage zu jeder Zeit untersagt. Doch muß dem Besitzer alsdann, für den erweislichen wirklichen Schaden, leistet werden.

10. Die Bestimmung des §. 69. findet auch auf die zur Zeit der Verkündi- gegenwärtigen Gesetzes bereits vorhandenen gewerblichen Anlagen An- ; doch entspringt aus der Untersagung der ferneren Benutzung kein An- f Entschädigung, wenn die früher ausdrücklich oder stillschweigend ertheilte a nach den bisher gültigen Gesetzen ohne Entschädigung hätte widerrufen können.

12. Für Schornsteinfeger und Abdecker können innerhalb der denselben nen Bezirke von der Ortspolizei-Obrigkeit, oder, wenn der angewiesene ehr als eine Ortschaft umfaßt, von dem Landrath Taxen aufgestellt wer- gleichen ist die Ortspolizei-Obrigkeit befugt zur Aufstellung von Taxen lakaien und andere Personen, welche auf öffentlichen Straßen und Plätzen Birthehäusern ihre Dienste anbieten (§ 49.), sowie für die Benutzung en, Pferden, Sänften, Gondeln und anderen Transportmitteln, welche öffent- Gebrauch aufgestellt sind.

E. M. des Min. der G., U. u. Med.-N. (v. Ladenberg) und des J. teuffel) v. 29. Septbr. 1846. Prüfung der Abdecker und Viehfa-

er Bezugnahme auf die Bestimmungen der Allg. Gewerbe-Ord. v. 1845 §§. 44., 46. empfängt die R. Reg. beiliegend (Anl. a. u. b.) erlassenen Reglements für die Prüfung der Abdecker und Viehfa- m solche durch das Amtsblatt Ihres Bezirks zur öffentlichen Kennt- ringen.

^{a.}
ement für die Prüfung der Abdecker, vom 29. Sept. 1846.

. Wer zur Prüfung als Abdecker zugelassen zu werden wünscht, hat sich bei der betreffenden Königl. Regierung unter Einreichung eines von seiner seit ausgestellten Attestes über seine sittliche Führung während der letzten re, schriftlich zu melden.

. Die Königl. Regierung ordnet die Prüfung durch eine Kommission an, r sich der Examinandus zu melden, und um Anberaumung eines Termins hat.

. Die Prüfungs-Kommission besteht aus dem Departements- oder ei- sthierarzte, dem Landrathe, oder einem von diesem zu ernennenden Stell-

. Der Departements- oder Kreisthierarzt führt die Verhandlung über den : Prüfung.

. Die Prüfung zerfällt in einen theoretischen und praktischen Theil.

. Bei der Prüfung der theoretischen Kenntnisse des Examinanden ist zu :

ob derselbe lesen und schreiben könne;

ob er eine allgemeine Kenntniß des Thierkörpers, namentlich der Eingeweide desselben im gesunden Zustande, besitze;

ob er die wichtigeren der in der Umgegend vorkommenden Geuchen und ansteckenden Krankheiten nach ihren Haupterscheinungen am todtten Thiere enne und mindestens zu unterscheiden wisse, welche Umstände Verdacht er-egen;

ob er mit den veterinair-polizeilichen Bestimmungen, so weit sie die Aus-übung seines Gewerbes anlangen, bekannt sei.

. Zur Erforschung der praktischen Geschicklichkeit muß von dem zu Prü-ae Obduktion gemacht werden, wobei er die sich etwa findenden Abweichun- dem gesunden Zustande zu bezeichnen und im Allgemeinen zu deu-

§. 8. Das Protokoll wird sodann mit der Schlusssensur: „bestanden“ „nicht bestanden“ versehen, von der Kommission unterschrieben und der K. K. Veranlassung des Weitern eingereicht.

Berlin, den 29. September 1846.

Der Min. der G., Untr. und Med. Ang.
In Abwesenheit und Auftrage.
Klug.

Der Minister des Innern
Im Auftrage.
v. Mantuffel.

b.

Reglement für die Prüfung der Viehkastrirer, v. 29. Sept. 1846.

§. 1. Wer zur Prüfung als Viehkastrirer zugelassen zu werden wünscht, sich dieserhalb bei der betreffenden Königlichen Regierung, unter Einreichung eines von seiner Ortsobrigkeit ausgestellten Führungsattestes, schriftlich zu melden.

§. 2. Die Königl. Reg. ordnet die Prüfung an. Die Prüfungs-Kommission besteht aus dem Departements- oder einem Kreisthierarzte, dem Landrathe oder einem von diesem zu ernennenden Stellvertreter.

§. 3. Die Verhandlung über den Hergang der Prüfung wird von dem zuständigen Beamten geführt.

§. 4. Die Prüfung zerfällt in einen theoretischen und praktischen Theil.

§. 5. Insbesondere sind bei der Prüfung der theoretischen Kenntnisse nachstehende Punkte zu berücksichtigen:

- 1) der anatomische Bau der Geschlechtstheile der nützlichen Hausfaugethiere.
- 2) die wichtigeren, die Kastration begünstigenden und erschwerenden oder complicirenden Umstände, anlangend:
 - a) die Jahreszeit,
 - b) das Alter der Thiere,
 - c) krankhafte Zustände der Geschlechtstheile,
 - d) solche regelwidrige Zufälle, welche sich während der Operation ereignen können,
 - e) allgemeine körperliche Zustände der zu operirenden Thiere.

3) Die verschiedenen Methoden bei der Kastration, die zu derselben nöthigen Vorbereitungen und Instrumente u.;

4) die allgemeinen Prinzipien bei der Nachbehandlung;

5) einige der wichtigsten Folgekrankheiten.

§. 6. Zur Prüfung der praktischen Gewandtheit muß von dem Examinanden eine Kastration, wo möglich an einem lebenden Thiere, oder in dessen Ermangeln an einem todten Thiere ausgeführt werden.

§. 7. Das Protokoll wird demnächst mit einer Schlusssensur „bestanden“ „nicht bestanden“ versehen, von der Prüfungs-Kommission unterschrieben und der Königl. Reg. eingereicht.

§. 8. Die Königl. Regierung ertheilt, je nach dem Ausfall der Prüfung, ein Attest der Befähigung zum Gewerbebetriebe als Viehkastrirer für den ganzen Umfang der Monarchie.

Berlin, den 29. September 1846.

Der Min. der Geistl., Untr. u. Med.-Ang.
In Abwesenheit u. Auftrage.
Klug.

Der Min. des Innern
Im Auftrage.
v. Mantuffel.

(B. M. Bl. 1846 S. 213.)

3. Pflichten des Abdeckers in Ansehung des Auffanges herrenloser Hunde. (Zu Thl. I. S. 775.)

E. K. d. Min. d. Inn. (v. Buttammer) u. der Fin. (Thoma) u. d. 1. Juni 1849 an sämmtl. K. Reg. Schießprämie und das Schießgeld für getödteten, herrenlos umherlaufenden Hund.

Unter den von der K. Reg. in dem Bericht v. 14. April c. dargestellten Verhältnissen und mit Rücksicht auf die Bestimmungen des Jagdgesetzes vom 1. Okt. v. 3. finden auch wir es angemessen, die bisher aus Staatsfonds (für allgemeine polizeilichen Zwecke) gewährte Schießprämie von 1. Thl. für den getödteten herrenlos umherlaufenden Hund, dessen Eigenthümer nicht zu ermitteln ist, für die Folge fortfallen zu lassen, und autorisiren die K. Reg. eine entsprechende Bekanntmachung in Ihrem Amtsblatte zu erlassen.

Die Verpflichtung des ermittelten Eigenthümers eines solchen Hundes zum Bezahle des Schießgeldes wird übrigens hierdurch nicht aufgehoben.

(B. M. Bl. 1849 S. 135.)

Dritter Theil.

Die Medizinal-Polizei.

Erste Abtheilung.

Die Sanitäts-Polizei.

Erste Unter-Abtheilung.

Maassregeln zur Vernichtung der Krankheitsursachen.

Zweiter Abschnitt.

Sorge für das physische Wohl der Kinder.

1. Bestimmungen in Betreff des Kindermordes. (Zu Thl. S. 5. ff.)

An die Stelle der hier S. 5. bis 11. gegebenen Vorschriften des bisherigen Kriminalrechts treten die §§. 180—182., 201. des Strafgesetzbuchs v. 14. April 1851 (G. G. 1851 S. 101. ff.):

§. 180. Eine Mutter, welche ihr uneheliches Kind in oder gleich nach der Geburt vorsätzlich tödtet, wird wegen Kindesmordes mit Zuchthaus von fünf bis zu zwanzig Jahren bestraft. Wird die vorsätzliche Tödtung des Kindes von einer andern Person als der Mutter verübt, oder nimmt eine andere Person an dem Verbrechen des Kindesmordes Theil, so kommen gegen dieselbe die Bestimmungen über Mord oder Todtschlag, sowie über die Theilnahme an diesem Verbrechen Anwendung.

§. 181. Eine Schwangere, welche durch äußere oder innere Mittel ihre Frucht vorsätzlich abtreibt oder im Mutterleibe tödtet, wird mit Zuchthaus bis zu fünf Jahren bestraft. Derjenige, welcher mit Einwilligung der Schwangeren die Mittel anwendet oder verabreicht hat, wird mit der nämlichen Strafe belegt.

§. 182. Wer die Leibesfrucht einer Schwangeren ohne deren Wissen oder Willen vorsätzlich abtreibt oder tödtet, wird mit Zuchthaus von fünf bis zwanzig Jahren bestraft. Wird dadurch der Tod der Schwangeren herbeigeführt, so tritt lebenslängliche Zuchthausstrafe ein.

§. 201. Hebeanimen, welche verabsäumen, einen approbirten Geburtshelfer herbeizurufen zu lassen, wenn bei einer Entbindung Umstände sich ereignen, die eine Gefahr für das Leben der Mutter oder des Kindes besorgen lassen, oder wenn bei der Geburt die Mutter oder das Kind das Leben einbüßt, werden mit Geldbuße bis fünfzig Thalern oder mit Gefängniß bis zu drei Monaten bestraft.

2) Die Sorge für die körperliche Ausbildung der Jugend. G. R. d. Min. d. G., u. u. M.-Ang. (Eichhorn) u. d. Inn. (von Belschwing) v. 19. Mai 1846 an sämmtl. R. Reg. Errichtung v. Turnanstalten für die weibliche Jugend

In der A. D. v. 6. Juni. 1842 ist das Turnen nur als ein Theil des Unterrichts für die männliche Jugend bezeichnet und festgestellt worden.

Wenn hiernach in solchen Fällen, wo Privatpersonen die Errichtung einer Anstalt für die weibliche Jugend beabsichtigen, die Ortspolizeibehörde für bezu-
zu achten ist, sofern sie kein Bedenken dabei findet, auf den Grund der Bestimmungen §§. 40. und 50. der allgem. Gew.-Ordn. v. 17. Jan. v. J. die Konzession dazu zu ertheilen, so erscheint es doch zur Vermeidung von Konflikten zwischen der Polizei- und der Schulbehörde erforderlich, daß erstere sich vor Ertheilung der Konzession des Einverständnisses der letzteren versichere, und daß bei obwaltender Meinungsverschiedenheit die Sache zur Entscheidung der vorgesetzten Regierung gebracht werde.

Die K. Reg. wird veranlaßt, hiernach die betreffenden Polizeibehörde Bezirks mit der erforderlichen Anweisung zu versehen, und die Schulbehörden dem Verfügten in Kenntniß zu setzen.

(B. M. Bl. 1846 S. 83.)

Dritter Abschnitt.

Sorge für den Genuß unschädlicher Nahrungsmittel. (Zu Thl. II. S. 28. ff.)

I. G. R. d. M. d. G., II. u. M.-Ang. (Eichborn), d. Fin. (Fle und des Inn. (v. Manteuffel) v. 27. April 1846 an sämtliche K. R. sowie an das K. Polizeipräsidium zu Berlin. Visitationen der Material- und Weinhandlungen.

Der Königl. Reg. eröffnen wir auf den Bericht vom 28. Jan. d. J., vollkommen ausreichend ist, wenn die Visitationen der Material- und Weinhandlungen sowohl in den Städten, als auf dem platten Lande durch die Kreispolizeibehörde der Regel, nur dann bewirkt werden, wenn dieselben wegen anderer Dienstreisen an dem Orte anwesend sind, wo die Visitation stattfinden soll. Die Visitation der Material- und Weinhandlungen ist daher in der Regel der Ortspolizeibehörde überlassen und nur in besonderen Fällen, namentlich wenn ein dringender Verdacht obwaltet, daß schädliche oder verfälschte Waaren feil geboten werden, bei welcher eine technische Prüfung nothwendig erscheint, ist die Polizeibehörde zu ermächtigen, den Kreispolizeibehörde zur Mitwirkung bei der Visitation zu requiriren.

(B. M. Bl. 1846 S. 65.)

2. In Ansehung des Fahrens des Schlacht-Viehes. (Zu Thl. II. S. 45.)

Auszug aus dem R. des Min. d. Inn. (v. Manteuffel) an die Regierung zu Minden v. 2. Sept. 1845, betr. das Treiben des jungen Schlacht-Viehes durch Hunde mit Maulkörben.

— Dagegen findet sich nichts zu erinnern, daß den Schlächtern zum Treiben des jungen Schlachtviehes, namentlich der Kälber, so wie zum Treiben der Schaafe, Gebrauch von Hunden nur mit der Maßgabe, daß diese mit Maulkörben versehen sind, gestattet und die Uebertretung dieser Vorschrift mit einer Strafe bis zu 2 Thaler belegt werde.

(B. M. Bl. 1845 S. 258.)

Vierter Abschnitt.

Verhütung von Vergiftungen. (Zu Thl. II. S. 62. ff.)

I. Aufsicht auf den Handel mit Giften.

Nach der Gew.-Ord. v. 17. Jan. 1845 bedarf es zu dem Handel mit Giften einer besondern, auf Unbescholtenheit und Zuverlässigkeit gegründeten polizeilichen Erlaubniß §. 49. a. a. D. — Das Verfahren bei verschuldeter Zurücknahme der letzteren bestimmen die §§. 71—74. a. a. D.

II. Aufsicht auf giftige Farbe-Materialien (zu Thl. II. S. 62. ff.).

1. R. des Min. d. Inn. (Mathis) v. 6. April 1847 an die K. R. zu N. Bestrafung des Handels mit Waaren, deren Färbung oder Bemalung giftig und der Gesundheit schädlich ist.

Die K. Reg. erhält in der Anlage (a.) den heute an die Spielwaaren-Händler N. N. erlassenen Bescheid zur Kenntnißnahme und Ausreichung.

a.

Auf Ihr, aus dem K. Cabinet zur Prüfung und Verfügung hierher abgegangenes Immediatgesuch vom 1. v. M. gereicht Ihnen zum Bescheide, daß Ihren enthaltenen Anträgen nicht entsprochen werden kann.

Die Amtsblatt-Verordnung der K. Reg. zu N., vom 17. Juli 1840 enthält mit klaren Worten, daß diejenigen, welche mit Waaren Handel treiben, deren Färbung oder Bemalung giftig und der Gesundheit schädlich ist, und welche dieselben feilbieten, zur Verantwortung und Bestrafung gezogen werden sollen. Diese Bestimmung, welche in der Natur der Sache begründet und in dem

nit, bei allen derartigen in Beschlag genommenen Waaren lediglich auf riger zurückzugehen, völlig gerechtfertigt erscheint, auf den vorliegenden vendet, so ergiebt sich daraus, daß von Ihnen, da Sie erwiesenermaßen mit schädlichen Substanzen bemalte Spielzeuge feilgeboten haben, die kannte Strafe verwirkt ist. Auf Ihre Strafbarkeit ist es hiernach ganz is, ob und von wem Sie diese Waaren anderweit selbst gekauft, und daß en nicht selbst angefertigt haben.

un daher weder die Ihnen zuerkannte Strafe niedergeschlagen, noch deren ig von einer weiteren Erörterung über die Verkäufer dieser Waaren ab- nacht werden. Wollen Sie künftig die üblen Folgen vermeiden, welche schwidrigen Beschaffenheit der von Ihnen feilgebotenen Waaren für Sie hervorgehen müssen, so kann es Ihnen nur überlassen bleiben, sich, ehe en feilbieten, von der Unschädlichkeit derselben mittelst einer Untersuchung verständige die erforderliche vollständige Ueberzeugung zu verschaffen oder Kontrakte mit denjenigen, von welchen Sie jene Waaren beziehen, hin- her zu stellen, daß Ihnen nur Waaren von vorschriftsmäßiger Beschaffen- n.

1, den 6. April 1847.

Ministerium des Innern. Zweite Abtheilung. Rathis.

An
waarenhändler N.N. zu N.
N. Bl. 1846 S. 93.)

Bekanntmachung der K. Reg. zu Gumbinnen, v. 27. Juli 1847.
s Gebrauch giftiger Farben zum Bemalen von Kinder-Spielzeug,
is und Pfefferkuchler-Waaren.

inem der letzten Jahrmärkte am hiesigen Orte sind Pfefferkuchen, welche istigen Farbestoffen namentlich mit pariser Grün, einem Arsenit-Kupfer- bemalt waren, feilgehalten worden, so daß in Folge des Genusses ders- rere Individuen gefährlich erkrankt sind und die Sache Gegenstand einer i Untersuchung geworden ist. Wir nehmen hiervon Veranlassung, das besonders aber sämtliche Gewerbetreibende, auf welche es Bezug haben uf hinzuweisen, daß der Gebrauch aller irgend giftigen und eitgefährlichen Farbestoffe zum Bemalen von Kinder- ig, Konditor-, Zuckerbäcker- und Pfefferkuchler-Waaren — schon den allgemeinen Gesetzen widerspricht — ausdrücklich und streng st.

ich nun jeder betreffende Gewerbetreibende verpflichtet ist, auch in jener alle nöthige Vorsicht anzuwenden und die erforderliche Kenntniß sich zu so wollen wir hier doch, zur allgemeinen Belehrung und Nachachtung rüheren Bestimmungen und mit Berücksichtigung des gegenwärtigen Stanz- züglichen Industriezweige gefertigtes Verzeichniß derjenigen schädlichen geben, welche in keinem Falle zum Färben und Bemalen von Kinder- so wie von Zuckerbäcker-Waaren, Pfefferkuchen und dergleichen gebraucht sen, und ein Verzeichniß der zu jenem Verbräuche verstatteten unschäd- arbe stoffe dagegen stellen.

1. Zur Verfertigung von Spielzeug.

schädliche Farben: Weiß: Bleiweiß, Kremsweiß, Schieferweiß, Schwer- Zinkoxyd; Gelb: Opment, Rauschgelb, Königsgelb, Rastlergelb, Neapels- gelb oder Mastot, Englischgelb, Mineralgelb, Chromgelb oder chromsaures gelb, gelbe Bronze oder gummi guttae; Grün: Grünspan, Braunschwei- dergrün, Bremergrün, Schwedisch oder Scheelsches Grün, Wienergrün, rtergrün, Parisergrün, Berlinergrün, Kirchbergergrün, Neugrün, Delgrün- Bronze; Blau: Bergblau, Mineralblau, Bremerblau, Königsblau, wie lte und Zink oder kupferhaltiges Berlinerblau; Roth: Maler-Zinnober, Kupferroth und Kupferbronze.

schädliche Farben: Weiß: präparirte, gut ausgewaschene Kreide ober e angerührter, wieder getrockneter und gepulverter Gyps, desgleichen auch untes Hirschhorn, Elfenbein u. dergl. m.; Gelb: Kurkumewurzel, Schütt- fran, Orleans, Ocker gelb, gelber Lack, Saftgelb und eine Ab- n Gelbholz, mit dem vierten Theil Alaun und Gummi versetzt; Grün: und alles Grün, was man sich selbst aus der verschiedenen Mischung der

Die K. Reg. wird veranlaßt, hiernach die betreffenden Polizeibehörden des Bezirks mit der erforderlichen Anweisung zu versehen, und die Schulbeurtheilung dem Verfügbaren in Kenntniß zu setzen.

(B. M. Bl. 1846 S. 83.)

Dritter Abschnitt.

Sorge für den Genuß unschädlicher Nahrungsmittel. (3 S. 28. ff.)

1. E. R. d. M. d. G., II. u. M.-Ang. (Eichborn), d. Fin. (I) und des Inn. (v. Manteuffel) v. 27. April 1846 an sämtliche K. sowie an das K. Polizeipräsidium zu Berlin. Visitationen der Weinhandlungen.

Der Königl. Reg. eröffnen wir auf den Bericht vom 28. Jan. d. S. vollkommen ausreichend ist, wenn die Visitationen der Material- und Weinhandlungen sowohl in den Städten, als auf dem platten Lande durch die Kreispolizei der Regel nach bewirkt werden, wenn dieselben wegen anderer Verrichtungen an dem Orte anwesend sind, wo die Visitation stattfinden soll. Die Visitation der Material- und Weinhandlungen ist daher in der Regel der Ortspolizei überlassen und nur in besonderen Fällen, namentlich wenn ein dringender Verdacht obwaltet, daß schädliche oder verfälschte Waaren feil geboten werden, bei denen eine technische Prüfung nothwendig erscheint, ist die Polizeibehörde zu den Kreisphysikus zur Mitwirkung bei der Visitation zu requiriren.

(B. M. Bl. 1846 S. 65.)

2. In Ansehung des Fahrens des Schlacht-Viehes. II. S. 45.)

Auszug aus dem R. des Min. d. Inn. (v. Manteuffel) an die Regierung zu Minden v. 2. Sept. 1845, betr. das Treiben des jungen Cattle Viehes durch Hunde mit Maulkörben.

— Dagegen findet sich nichts zu erinnern, daß den Schlächtern zum Treiben des jungen Schlachtviehes, namentlich der Kälber, so wie zum Treiben der Schweine Gebrauch von Hunden nur mit der Maßgabe, daß diese mit Maulkörben versehen sind, gestattet und die Uebertretung dieser Vorschrift mit einer Strafe bis zu 10 Thlr. belegt werde.

(B. M. Bl. 1845 S. 258.)

Vierter Abschnitt.

Verhütung von Vergiftungen. (Zu Thl. II. S. 62. ff.)

I. Aufsicht auf den Handel mit Giften.

Nach der Gew.-Ord. v. 17. Jan. 1845 bedarf es zu dem Handel mit Giften einer besondern, auf Unbescholtenheit und Zuverlässigkeit gegentheilig polizeilichen Erlaubniß §. 49. a. a. D. — Das Verfahren bei der Zurücknahme der letzteren bestimmen die §§. 71—74. a. a. D.

II. Aufsicht auf giftige Farbe-Materialien (zu Thl. II. S. 62. ff.).

1. R. des Min. d. Inn. (Mathis) v. 6. April 1847 an die Regierung zu N. Bestrafung des Handels mit Waaren, deren Färbung oder Bemalung giftig und der Gesundheit schädlich ist.

Die K. Reg. erhält in der Anlage (a.) den heute an die Spielwaaren-Commission N. N. erlassenen Bescheid zur Kenntnißnahme und Ausreichung.

a.

Auf Ihr, aus dem K. Cabinet zur Prüfung und Verfügung hieher an den Immediatgesuch vom 1. v. M. gereicht Ihnen zum Bescheide, daß Ihre enthaltenen Anträgen nicht entsprochen werden kann.

Die Amtsblatt-Verordnung der K. Reg. zu N., vom 17. Juli 1846 enthält mit klaren Worten, daß diejenigen, welche mit Waaren Handel treiben, deren Färbung oder Bemalung giftig und der Gesundheit schädlich ist, und welche dieselben feilbieten, zur Verantwortung und Bestrafung gezogen werden sollen. Diese Bestimmung, welche in der Natur der Sache begründet und in dem

rit, bei allen derartigen in Beschlag genommenen Waaren lediglich auf riger zurückzugehen, völlig gerechtfertigt erscheint, auf den vorliegenden sendet, so ergibt sich daraus, daß von Ihnen, da Sie erwiesenermaßen mit schädlichen Substanzen bemalte Spielzeuge feilgeboten haben, die kannte Strafe vermerkt ist. Auf Ihre Strafbarkeit ist es hiernach ganz ß, ob und von wem Sie diese Waaren anderweit selbst gekauft, und daß en nicht selbst angefertigt haben.

un daher weder die Ihnen zuerkannte Strafe niedergeschlagen, noch deren ig von einer weiteren Erörterung über die Verkäufer dieser Waaren ab- nacht werden. Wollen Sie künftig die üblen Folgen vermeiden, welche sekwidrigen Beschaffenheit der von Ihnen feilgebotenen Waaren für Sie hervorgehen müssen, so kann es Ihnen nur überlassen bleiben, sich, ehe en feilbieten, von der Unschädlichkeit derselben mittelst einer Untersuchung verständige die erforderliche vollständige Ueberzeugung zu verschaffen oder Kontrakte mit denjenigen, von welchen Sie jene Waaren beziehen, hin- her zu stellen, daß Ihnen nur Waaren von vorschriftsmäßiger Beschaffen- n.

l, den 6. April 1847.

Ministerium des Innern. Zweite Abtheilung. Mathis.

An

waarenhändler N. N. zu N.
N. Bl. 1846 S. 93.)

Bekanntmachung der K. Reg. zu Gumbinnen, v. 27. Juli 1847.
s Gebrauch giftiger Farben zum Bemalen von Kinder-Spielzeug,
s und Pfefferkuchler-Waaren.

inem der letzten Jahrmärkte am hiesigen Orte sind Pfefferkuchen, welche iftigen Farbestoffen namentlich mit pariser Grün, einem Arsenik-Kupfer- bemalt waren, feilgehalten worden, so daß in Folge des Genusses ders- rere Individuen gefährlich erkrankt sind und die Sache Gegenstand einer i Untersuchung geworden ist. Wir nehmen hiervon Veranlassung, das besonders aber sämtliche Gewerbetreibende, auf welche es Bezug haben uf hinzuweisen, daß der Gebrauch aller irgend giftigen und itsgefährlichen Farbestoffe zum Bemalen von Kinder- ig, Konditor-, Zuckerbäcker- und Pfefferkuchler-Waaren — schon den allgemeinen Gesetzen widerspricht — ausdrücklich und streng st.

ich nun jeder betreffende Gewerbetreibende verpflichtet ist, auch in jener alle nöthige Vorsicht anzuwenden und die erforderliche Kenntniß sich zu so wollen wir hier doch, zur allgemeinen Belehrung und Nachachtung rüheren Bestimmungen und mit Berücksichtigung des gegenwärtigen Stanz- züglichen Industriezweige gefertigtes Verzeichniß derjenigen schädlichen geben, welche in keinem Falle zum Färben und Bemalen von Kinder- so wie von Zuckerbäcker-Waaren, Pfefferkuchen und dergleichen gebraucht ren, und ein Verzeichniß der zu jenem Verbräuche verstatteten unschäd- arbe Stoffe dagegen stellen.

1. Zur Verferti gung von Spielzeug.

schädliche Farben: Weiß: Bleiweiß, Kremsferweiß, Schieferweiß, Schwer- Zinkoxyd; Gelb: Opermert, Rauschgelb, Königsgelb, Raßlergelb, Neapels- gelb oder Maskot, Englischgelb, Mineralgelb, Chromgelb oder chromsaures gelb, gelbe Bronze oder gummi guttae; Grün: Grünspan, Braunschwei- dergrün, Bremergrün, Schwedisch oder Scheelsches Grün, Wienergrün, atergrün, Parisergrün, Berlinergrün, Kirchbergergrün, Neugrün, Delgrün Bronze; Blau: Bergblau, Mineralblau, Bremerblau, Königsblau, wie lte und Zink oder kupferhaltiges Berlinerblau; Roth: Maler-Zinnober, Kupferroth und Kupferbronze.

schädliche Farben: Weiß: präparirte, gut ausgewaschene Kreide oder e angerührter, wieder getrockneter und gepulverter Gyps, desgleichen auch mntes Hirschhorn, Elfenbein u. dergl. m.; Gelb: Kurkumewurzel, Schütt- fran, Orleans, Ockergelb, gelber Lack, Saftgelb und eine Ab- n Gelbholz, mit dem vierten Theil Alaun und Gummi versetzt; Grün: und alles Grün, was man sich selbst aus der verschiedenen Mischung der

unschädlichen gelben und blauen Farben machen kann, wie z. B. eine Mischung aus reinem Berlinerblau und der gelben Farbe des Gelbholz Korkumewurzel, so wie die mit vier Theilen konzentrierter Schwefelsäure durch Natrum oder Kreide abgestumpfte Auflösung des Indigos in der mit einer Abkochung von Korkumewurzel und etwas Alaun; Blau: r. nerblau, Dierbacher- und Pariserblau, Neublau, Sächsisches Blau, Indi und Castblau; Roth: Karmin, Berlinerroth, Kugellack, Florentinerlack, Rosenlack, Rosenlila, Wienerlack, Tassenroth, Armenischer Velus, rothes, aus Apotheken zu kaufendes Eisenornd oder Caput mortuum und oder Brasilienholz-Abkochung mit Allaun und Gummi versetzt.

2. Zum Färben und Bemalen von Zuckerbäcker-, Kondi- und Pfefferküchler-Waaren.

a. Schädliche Farben: Roth: Malerzinnober und Mennige; Pigmentum oder Sperment, so wie alle übrigen oben bereits angegebenen Substanzen; Grün: Grünspan, Grünspanblumen, so wie alle übrigen bereits angegebenen schädlichen Substanzen; Blau: Bergblau, so wie die oben bereits angegebenen schädlichen Substanzen; Orangegelb: Gemenge angeführten schädlichen rothen und gelben Farben; Violet: Gemenge der gegebenen schädlichen rothen und blauen Farben; Gold- und Silberfarbig oder Schaumgold, unechtes oder Schaumsilver.

b. Unschädliche Farben: Roth: eine Abkochung von Fernamb Alaun, die Säfte rother Beeren, z. B. Berberitzen, desgleichen eine Abkochung von Kochenille mit etwas Weinstein und eine Infusion von rothen Katschrosenl Wasser bereitet; Gelb: Castgelb, Safran, Saffor, Korkumewurzel u. eine bereitete Infusion der Blätter der gelben Ringelblume (Calendula o Blau: Reines Berlinerblau, Lackmus, Blautinktur, Indigo und besonders angegebene abgestumpfte Auflösung des Indigo; Grün: Castgrün und Zusammensetzung von unschädlichem Blau und Gelb, z. B. eine Verbindung gestumpften Indigoauflösung, der gelben Farbe aus Ringelblumen oder Korkumewurzel; Orangengelb: Castnauquin oder ein Orleandekokt mit einem Theile von Soda bereitet; Violet: Castviolet oder eine Kochenille-Infusion in Kaltwasser, Sodaaflösung oder Salmiakgeist und einer beliebigen Menge gestumpften Indigoauflösung vermischt; Gold- und Silberfarbig: Echtes oder echtes Blattgold.

Jede Uebertretung der hier gegebenen Vorschriften wird — abgesehen von gesetzlichen Kriminalstrafen bei etwa angerichtetem Schaden — polizeilich Geldbuße von 10 Rthln. oder vierzehntägigem Gefängniß geahndet, und wie sich von selbst versteht, die durch giftige Farben gesundheitsgefährlichen Gegenstände konfiszirt und vernichtet werden.

Schließlich fordern wir sämtliche Polizeibehörden und Medizinalbehörden des Verwaltungsbezirks auf, dem hier angeregten Gegenstande eine zweckmäßige Aufmerksamkeit und Vigilanz zuzuwenden, auf die genaue Befolgung der vorstehenden Vorschriften zu halten und etwaige Kontraventionen unverzüglich zur Unterbrechung und nöthigenfalls uns anzuzeigen.

(B. M. Bl. 1847 S. 232.)

3. E. R. des Min. d. In. (v. Sydelschwingh) u. d. Fin. (v. D. 3. Jan. 1848 an sämmtl. R. Reg., sowie an das R. Polizeipräsidenten Berlin. Verbot der fernern Anwendung der mittelst Arsenik oder grünen Kupferfarben zum Färben oder Bedrucken von Papier, zum Anstreichen von Tapeten und Zimmern, sowie der Handel mit solchen mittelst solcher Farben gefärbten Gegenständen.

Durch den E.-Erl. v. 18. Juni 1838 war bereits das Verbot der Anwendung giftiger Substanzen zum Färben des Papiers ergangen; dasselbe ward in der Verfügung vom 10. Juni 1839 zurückgenommen, weil bei dieser Zeit inländischer Fabrikate eine um so größere Menge gefärbten Papiers aus dem Lande eingeführt und verarbeitet wurde. In neuerer Zeit sind aber durch die Anwendung von Arsenik-Präparaten gefärbt waren, mehrfache Vergiftungen vorgekommen und hieraus hat sich die Nothwendigkeit ergeben, die Anwendung des Arsenik-Präparates zu solchen gewerblichen Zwecken zu verbieten.

Demgemäß wird die R. Reg. veranlaßt, die fernere Anwendung von Arsenik dargelegten grünen Kupferfarben zum Färben oder Bedrucken von Papier, namentlich zum Anstreichen von Tapeten und Zimmern, sowie den Handel mit solchen mittelst solcher Farben gefärbten Gegenständen bei einer Strafe von 10 Rthln. zu verbieten.

Thlen. zu untersagen, auch darauf hinzuweisen, daß im Falle eines durch Uebersetzung dieses Verbotes entstandenen Schadens die Uebertreter außerdem von der nach den allgemeinen gesetzlichen Vorschriften verwirkten Strafe betroffen werden.

Was den Handel mit dergleichen Papieren und Tapeten betrifft, so muß den Gewerbetreibenden überlassen bleiben, ihre Waaren nur aus solchen Fabriken zu beziehen, denen sie vertrauen dürfen, daß die Anwendung von Arsenik streng ausgeschlossen bleibt und sich gegen die Lieferung verbotener dergleicher Fabrikate vollständig sicher zu stellen.

(B. M. Bl. 1848 S. 45.)

4 C. R. des Min. für H., G. u. öffentl. Arb. (Milde) u. des J. u. Puttkammer) v. 18. Aug. 1848, an sämtliche K. Regier., sowie an das K. Polizeipräsidium zu Berlin. Handel mit arsenikhaltigen Kupferfarben und deren Gebrauch für gewerbliche Zwecke.

Der K. Reg. wird auf den Bericht vom 2. Februar d. J. eröffnet, daß zu dem beabsichtigten Verbote jedes Handels mit arsenikhaltigen Kupferfarben keine Veranlassung vorliegt, weil nach der G. B. vom 3. Jan. d. J. (Min.-Bl. S. 45. Nr. 50.) nur die fernere Anwendung der mittelst Arseniks dargestellten grünen Kupferfarben zum Färben oder Bedrucken von Papier und Tapeten und zum Anstreichen von Zimmern, sowie der Handel mit selbhergestalt gefärbten Papieren und Tapeten untersagt werden soll, während von der ferneren Anwendung jener Farben zum Zeugdrucke keine Gefahr für das Publikum zu besorgen ist, und weil im Uebrigen durch das Verbot des Gebrauchs der arsenikhaltigen Kupferfarben zum Färben des Papiers, der Tapeten und der Zimmerwände die Gelegenheit zum Absage solcher Farben soweit beschränkt wird, daß der Handel mit denselben von selbst erheblich nachlassen muß.

Hinsichtlich der hervorgehobenen Unbekanntheit der Gewerbetreibenden mit dem Arsenikgehalte der von ihnen gebrauchten Farben muß zwar im Allgemeinen auf die Schlussbemerkung in der G. B. vom 3. Jan. d. J. verwiesen werden und die Gewerbetreibenden werden sich hauptsächlich durch eine vorsichtige Auswahl derjenigen Fabriken, von welchen sie ihren Bedarf an Farben oder gefärbten Tapeten zu entnehmen, nöthigenfalls durch die Verbedingung von Konventionalstrafen in ihren Bestellungen gegen die Folgen etwaiger Uebertretungen des ergangenen Verbotes sicher zu stellen haben. Im Interesse der beteiligten Händler ist jedoch die K. techn. Deputation für Gewerbe beauftragt worden, ein möglichst einfaches Verfahren zur Auffindung des Arsenikgehaltes grüner Farben und grüner Tapeten zu ermitteln, und es hat sich durch die hierüber angestellten Versuche das in der Beilage dargestellte Prüfungsverfahren als das zu dem Zwecke geeignetste herausgestellt.

Indem der K. Reg. die obengedachte Anweisung zur Belehrung der Gewerbetreibenden und des Publikums über die Kennzeichen der arsenikhaltigen Farben theilt, bleibt Ihr überlassen, in der betreffenden Bekanntmachung zugleich die Nothwendigkeit aufmerksam zu machen, welche für die Gesundheit der Menschen bei der Anwendung jener Farben entstehen können, da auch eine angemessene Belehrung hierüber geeignet erscheint, der schädlichen Verwendung des Arseniks zum Bedrucken der Tapeten und der Zimmer entgegenzutreten.

a. Auszug.

Man schneidet von grünen Tapeten einen daumenbreiten fingerlangen Streifen und zerschneidet ihn dann in kleine Stückchen, thut diese in ein Liqueurglas. Ist die grüne Farbe zu prüfen, so nimmt man eine Erbse groß zur Probe in das Glas. Auf die zerschnittene Tapete oder die Farbe schüttet man 1 bis 2 Theelöffel Salmiakgeist (Liquor Ammoniac causticus der Apotheker), welcher sich alsbald blau färbt. Nach etwa 3—5 Minuten, je nachdem die Tapete hell oder dunkelgrün, setzt man hinzu $\frac{1}{2}$ Theelöffel voll Salzsäure, wodurch die blaue Flüssigkeit hellgrün wird, und ein dicker weißer Rauch sich entwickelt. Ein wenig Salzsäure zu viel schadet nicht, wohl aber zu wenig; die Flüssigkeit darf nach dem Zusatz der Salzsäure nicht mehr blau oder bläulich aussehen.

Hierauf bringt man eine völlig blaue Kupfermünze (NB. sie muß, wenn sie nicht etwa ganz neu ist, durch Scheuern, Putzen, völlig blank gemacht werden) in das Glas, so daß sie in die Flüssigkeit eintaucht. Es ist nicht nothwendig, daß die Münze völlig eingetaucht sei. 5 Minuten nach dem Eintauchen nimmt man die Münze heraus, und ist sie dann völlig roth geblieben und etwas matt geworden, so weit sie eingetaucht war, hat sich kein farbiger Ueberzug auf ihr gebildet, so ist in der Kupferfarbe kein Arsenik enthalten. Im entgegengesetzten Falle ist die Münze einem bräunlich schwarzen Ueberzuge bedeckt, welcher an der

Oberfläche einen stahlartigen Schimmer zeigt. Dieser deutet feinstgehalt an.

Soll die Münze zu einem neuen Versuche dienen, so muß sie vorher sorgfältigste abgescheuert und gereinigt werden. Den Salmiakgeist in einem sehr gut verköpfelten Glase aufbewahren, sonst wird er unkräftig.

Berlin, den 15. Mai 1848.

Die Königl. techn. Deputation für Gewerbe.
(Unterschriften.)

An

Ein Königl. u. Ministerium für Handel, Gewerbe u. öffentl. Arbeiten.
(B. M. Bl. 1848 S. 302.)

5. G. R. d. Min. d. G., II. u. Med.-Ang. (v. Ladenberg) u. G. u. öff. Arb. (v. d. Heydt) v. 8. Mai 1850. Verbot der arsenikhaltenden Kupferfarben.

Durch die G. B. des K. Min. des Inn. und des K. Finanzministers 3. Januar 1848 (M. Bl. S. 45. Nr. 50.) ist die fernere Anwendung der Arseniks dargestellten grünen Kupferfarben zum Färben und Bedrucken von namentlich zum Aufstreichen von Tapeten und Zimmern, so wie der oben obigen, durch solche Farben gefärbten Gegenständen bei einer Strafe von 50 Thlrn. untersagt worden.

Neuerlich hat sich aber wiederum der Fall zugetragen, daß durch ein Viehfutter, in welches ein Rest von einem, mit Schweinfurter Grün gefärbten Fenstervorhänge gerathen war, sieben Kühe vergiftet worden sind. Nehmen von diesem Falle Veranlassung, das in der G. B. vom 3. Jan. ausgesprochene Verbot der Anwendung grüner, arsenikhaltender Kupferfarben zu bringen und dasselbe zugleich auch auf das Bedrucken von Rouleaux, Gardinen zum Ziehen oder Rollen auszudehnen.

Die K. Reg. beauftragen wir, demgemäß die erforderlichen Vorschriften zur Berücksichtigung des §. 11 des Gesetzes über die Polizei-Verwaltung vom 1. J. (G. G. S. 265. Stück 18.) zu erlassen, so daß das Maximum der bestehenden Strafe auf 10 Thlr. festzusetzen ist und das Publikum zugleich auf messener Weise durch eine Amtsblatts-Bekanntmachung zu warnen.

(B. M. Bl. 1850 S. 128.)

6. G. R. d. Min. d. G., II. u. Med.-Ang. (v. Ladenberg) u. G. u. öff. Arb. (v. Pommer-Esche) v. 20. Juni 1850 Verbot des Handels mit Fenstervorhängen, welche mit grünen, arsenikhaltenden Farben gefärbt sind.

Auf den Bericht vom 18. v. M. eröffnen wir der Kgl. Reg., daß die G. B. vom 3. Jan. 1848 (M. Bl. S. 45. Nr. 50.) ausgesprochen der Anwendung grüner arsenikhaltender Kupferfarben zum Färben und Bedrucken von Papier, Tapeten u. s. w., und des Handels mit solchen Gegenständen durch die G. B. vom 8. v. M. (M. Bl. S. 128.) auf das Bedrucken von Rouleaux und Gardinen zum Ziehen oder Rollen ausgedehnt werden, allerdings auch auf den Handel mit so gefärbten Fenstervorhängen, An findet.

(B. M. Bl. 1850 S. 168.)

7. Nach dem R. d. Min. v. 20. Juni 1850 findet das Verbot vom 3. Jan. 1848, mit Beziehung auf das R. v. 8. Mai 1850, auch den Handel mit in ähnlicher Weise gefärbten Fenster-Vorhängen, An findet.

(B. M. Bl. 1850 S. 168.)

8. G. R. d. M. für G., G. u. öffentl. Arb. (v. d. Heydt), I. (v. Westphalen) u. d. G., II. u. Med.-Ang. (Lehnert) v. 2. Juli 1850 Verbotene Gegenstände oben gedachter Art dürfen auch nicht aufbewahrt werden.

Da sich nach dem Berichte vom 25. Oktober v. J. ergeben hat, daß das Verbot der Fabrication und des Verkaufs arsenikhaltiger Tapeten und Zimmern mit Erfolg durchzuführen läßt, so lange den Fabrikanten und Händlern vergleichbaren Gegenstände auf ihren Lagern zu halten, so erklären wir uns einverstanden, daß die Königl. Reg. für Ihren Bezirk auf Grund der §§. 6.

1. des Gesetzes über die Polizei-Verwaltung vom 11. März v. J. auch das der genannten Gegenstände auf den Lägern der Fabrikanten und Händler eine Geldstrafe bis 10 Thlrn. verbiete, und überlassen Ihr, hiernach das Weitere anstellen zu lassen.

3. M. Bl. 1851 S. 76.)

Fünfter Abschnitt.

a. für Reinheit der Luft in den Wohnplätzen und um dieselben (zu Thl. II. S. 97. ff.).

Bergl. die Bestimmungen der Gewerbe-Ordn. v. 1845 in Betreff gewerblicher Anlagen, welche in obiger Beziehung einer obrigkeitlichen Genehmigung bedürfen (§§. 26. ff.) oben zu Thl. I.

Inordnungen über das Verfahren beim Knochengraben, über den Handel mit Knochen und deren Verarbeitung insbesondere (Thl. II. S. 102.).

1. des M. d. Inn. (v. Podelschwingh) u. d. Fin. (v. Duesberg) v. 28. 1848, an die Königl. Reg. zu Magdeburg. Sammeln und Aufbewahren der Thierknochen.

Er von der K. Reg. mit dem Berichte vom 13. Oktober v. J. vorgelegte einer Bekanntmachung, das Sammeln und Aufbewahren der Thierknochen, wird derselben nunmehr in einer veränderten Redaktion zur Bekanntmachung durch das Amtsblatt in Abschrift hierneben übersandt. (Anl. a.)

a. über das Ausgraben und die Aufbewahrung der zum Handel bestimmten Knochen wird hierdurch Folgendes festgesetzt:

Wer Knochen ausgraben will, muß unter Anzeige der Orte und Plätze, an denen die Ausgrabung beabsichtigt wird und unter Vorbringung der Einwilligung des Besitzers des Grundes und Bodens, zuvor die Erlaubniß der Ortspolizeibehörde dazu nachsuchen.

Die Ortspolizeibehörden haben das Ausgraben von Thierknochen überallhin zu gestatten, wenn auf den ausgewählten Stellen früher nicht Menschen oder an ansteckenden Krankheiten gefallene Thiere verscharrt worden sind.

Knochen, welche noch nicht durch die Verwesung von allen Weichtheilen befreit und trocken sind, oder noch einen Modergeruch an sich haben, dürfen nicht aus der Erde gebracht werden.

Die Aufkäufer und Sammler, welche nur reine, trockene und nicht übelriechende Knochen aufkaufen dürfen, haben die Plätze, woselbst die Knochen aufbewahrt werden sollen, vorher der Ortspolizeibehörde anzuzeigen, und deren Genehmigung zur Aufbewahrungsort einzuholen.

Die Polizeibehörden haben dahin zu sehen, daß die Lagerungsstellen trocken, luftzuge ausgesetzt und so belegen sind, daß für die Umwohnenden und das Publikum keine Belästigungen entstehen können. Nach Befinden ist bei der Entscheidung der Kreisphysikus zuzuziehen. Die Behörde muß demnächst von Zeit zu Zeit die Aufbewahrungsorte revidiren und sich überzeugen, daß der Vorschrift genügt werde.

Uebertretungen der unter 1. bis 4. erteilten Vorschriften werden mit Geldbuße bis zu 10 Thlrn. Geld- oder verhältnismäßiger Gefängnißstrafe bestraft.

Magdeburg, den 5. März 1848.

Königliche Regierung. Abtheilung des Innern.

3. M. Bl. 1848 S. 99.)

a. Aufsicht über die Begräbnisse (zu Thl. II. S. 108. ff.).

Nach der Gew.-Ord. v. 17. Jan. 1845 darf die gewerbliche Reinigung und Ankleidung der Leichen, sowie die Bereithaltung von Wagen und Leichenwagen zu deren Bestattung nur von den dazu konzessionirten Betrieben werden §. 52. a. a. D.

Bergl. daselbst auch über Befähigung, Zahl und Betrieb solcher Betriebe, deren Stellvertretung, Zurücknahme der Konzession und ihre Taxen §. 53., 71.—74., 93. (G. S. 1845 S. 31. ff.).

2. G. R. d. R. Min. des Inn. (v. Puttkammer) v. 12. Okt. 1849. R. Reg. der Prov. Brandenburg, Pommern, Schleßen, Sachsen, Preußen und Rheinland. Transport von Leichen auf Eisenbahnen.

Die R. Hannöversche Regierung hat sich bereit erklärt, künftighin Transport von Leichen nach und durch Hannover auf den innerhalb seines Gebietes verlaufenden Eisenbahnen auf Grund auswärtiger Leichenpässe zu gestatten, gemäß auch die Landesoberkeiten bereits mit der nöthigen Anweisung v.

Da es nun unbedenklich erscheint, in den diesseitigen Staaten dasselbe Verfahren eintreten zu lassen, so wird die R. Reg. hierdurch veranlaßt, den Transport von Leichen auf den Preussischen Eisenbahnen auch auf Grund Hannöverscher Leichenpässe ebenso zu genehmigen, als wenn die Legation einen diesseitigen Leichenpaß bewirkt worden wäre.

(B. M. Bl. 1849 S. 248.)

3. G. R. v. 5. November 1849 an dieselben R. Reg. in eben derselben Angelegenheit.

In gleicher Weise, wie die R. Hannöversche Regierung, haben auch die Regierungen des Königreichs Sachsen und des Herzogthums Braunschweig unter Voraussetzung der Reziprozität bereit erklärt, auf den Eisenbahnen ihres Landes die Beförderung von Leichen auf Grund Preussischer Leichenpässe zu gestatten.

Die R. Reg. wird hiervon mit dem Bemerken in Kenntniß gesetzt, in der Verfügung vom 12. v. M. getroffene Anordnung auch auf den Transport von Leichen ausgedehnt wird, welche auf Grund Sächsischer oder Braunschweiger Leichenpässe durch die diesseitigen Staaten geführt werden.

(B. M. Bl. 1849 S. 248.)

Sechster Abschnitt.

Belehrungen zur Vermeidung schädlicher äußerer Einflüsse (Zhl. II. S. 132. ff.)

In Betreff der Verhütung von Unglücksfällen durch Kohlen (Zhl. II. S. 139. ff.) ist ergangen:

Publik. d. R. Pol.-Präsidiums zu Berlin v. 28. Okt. 1846.

Durch viele traurige Erfahrungen ist es erwiesen, daß glühende Kohlen eine Luftart entwickeln, welche der menschlichen Gesundheit nachtheilig ist und oft den Tod veranlaßt. Wer daher in Zimmern bei offenen Thüren und Fenstern glühende Kohlen eine Zeit lang stehen läßt, Ofenröhre verschließt, wenn noch glühende Kohlen im Ofen vorhanden sind, sich und alle Diejenigen, welche sich in einem solchen Zimmer aufhalten, in Lebensgefahr. Man irrt sehr, wenn man glaubt, es sei keine Gefahr vorhanden, wenn man in einem solchen Zimmer keinen Rauch oder üblen Geruch merkt. Die tödliche Luft äußert ihre schädliche Wirkung, ohne sich den Umständen merklich zu machen. Das Polizei-Präsidium fordert daher Jedermann zu die größte Vorsicht zu beobachten, und insbesondere die Hausväter und Hausfrauen, deshalb auf ihre Familien und ihr Gesinde eine sorgfältige Aufsicht zu führen, indem sonst bei einem entstehenden Unglück Diejenigen, welche hierüber verabsäumen, nach dem Grade ihrer Fahrlässigkeit und der Erheblichkeit des Schadens die in den Gesetzen bestimmte Strafe zu erwarten haben.

(Min. Bl. d. i. B. 1846 S. 205. Nr. 294.)

Zweite Unter-Abtheilung.

Von den Maaßregeln gegen die Verbreitung ansteckender Krankheiten (zu Zhl. II. S. 146. ff.).

Erster Abschnitt.

Von den Maaßregeln gegen Verbreitung ansteckender Krankheiten der Menschen.

Erstes Kapitel.

Belehrungen über Verhütung und Behandlung der ansteckenden Krankheiten.

E. R. des R. Min. d. G., U. u. M.-Ang. (Gichhorn) v. 24. Sept. 1845, den eines für die Medizinalpersonen veranstalteten besonderen Abdrucks des **Regulativs v. 28. Oktober 1835,** die sanitätspolizeilichen Vorschriften bei **leedenden Krankheiten** betreffend.

Von mehreren Seiten ist die Erfahrung gemacht worden, daß nur wenige Medizinalpersonen im Besitze des Regulativs v. 28. Okt. 1835 (G. S. S. 239. bis 240. und Anhang S. 1—70.) die sanitätspolizeilichen Vorschriften bei ansteckenden Krankheiten betr., sich befinden, und mit den darin gegebenen gesetzlichen Bestimmungen hinlänglich vertraut sind. Mit Rücksicht hierauf habe ich einen besonderen Abdruck jenes Gesetzes und seiner Anlagen veranlaßt, und werde davon von jetzt ab jeder zu approbirenden Medizinalperson ein Exemplar gegen Erstattung des Kostenpreises von 15 Sgr. zugleich mit der Approbation und den übrigen Medizinalbüchern behändigen lassen.

Indem ich die R. Reg. hiervon in Kenntniß setze, veranlasse ich Dieselbe zugleich, die in dem dortigen Departement ansässigen Medizinalpersonen auf den, in der Verlags-Buchhandlung von H. Schulze hierselbst erschienenen und im Wege der Buchhandels von derselben zu dem obengenannten Preise zu beziehenden besonderen Abdruck des mehrerwähnten Regulativs in angemessener Weise aufmerksam zu machen.

(B. M. Bl. 1845 S. 300.)

Drittes Kapitel.

Allgemeine Schutzmaßregeln gegen die Verbreitung ansteckender Krankheiten.

(Zu Tbl. II. S. 238.)

Die Quarantaine-Verhältnisse für den Schiffsverkehr sind neuerlich wie folgt geordnet:

1) **E. R. der R. Min. d. G., U. u. M.-A. (Gichhorn), d. ausw. Ang. (Lantz), des Innern (Mathis) u. d. Fin. (v. Bommer-Esche) v. 10. Mai 1847** an die R. Reg. zu Königsberg, Danzig, Stettin, Köslin und Stralsund, mit dem Reglement wegen der zur Abwendung der Einschleppung der Pest und des gelben Fiebers durch den Schiffsverkehr zu treffenden Schutzmaßregeln.

Die R. Reg. erhält in der Anlage (a.) das von uns vollzogene Reglement, zur Abwendung der Einschleppung der Pest und des gelben Fiebers durch den Schiffsverkehr zu treffenden Schutzmaßregeln anlangend, vom 30. April c., mit der Anweisung, dasselbe sofort in Wirksamkeit treten zu lassen und durch Ihr Amtsblatt öffentliches Kenntniß zu bringen.

a.

Reglement wegen der zur Abwendung der Einschleppung der Pest und des gelben Fiebers durch den Schiffsverkehr zu treffenden Schutzmaßregeln v. 30. April 1847. Unter Aufhebung der Bekanntmachung v. 24. Juli 1846 (B. M. Bl. 1846 S. 140. ff.) das Quarantainewesen betreffend, bestimmen wir, zur Sicherstellung des Landes gegen die Einschleppung der orientalischen Pest und des gelben Fiebers den Betrieb der Seeschifffahrt Folgendes:

§. 1. Alle Schiffe, welche das diesseitige Gebiet mit der Gefahr der Ansteckung durch die orientalische Pest oder durch das gelbe Fieber bedrohen könnten, dürfen nicht anlegen, bevor sie in diesseitigen Häfen in gesundheitspolizeilicher Hinsicht zum Verkehr zugelassen werden, der Quarantaine.

§. 2. Zur Sicherstellung des Landes gegen die Einschleppung

I. der orientalischen Pest

Die Schiffe nach näherer Bestimmung dieses Reglements entweder der Reinigungs- oder der Observations-Quarantaine zu unterwerfen.

§. 3. Der Reinigungs-Quarantaine unterliegen die Schiffe:

- 1) aus angesteckten Häfen (§. 8.) mit giftfangenden Waaren (§. 11.) oder mit nicht giftfangenden Waaren in giftfangenden Verpackungen (§. 11.);
- 2) aus verdächtigen, d. h. solchen Häfen, welche zwar zur Zeit nicht angesteckt, aber gleich den Ländern, zu denen sie gehören, der Ansteckung durch die Pest leichter zugänglich sind (§. 9.), mit giftfangenden Waaren oder mit nicht giftfangenden Waaren in giftfangenden Verpackungen, wenn solche Schiffe nicht mit reinen Gesundheitspässen versehen sind, d. h. mit einem von der betreffenden Ortsbehörde ausgestellt und von dem diesseitigen Königlichen Consul oder, wenn in dem Hafen oder in dem Bezirke, welchem derselbe gehört, ein Preussischer Consul nicht residirt, von einem dort residirenden Consul beglaubigten Atteste darüber, daß während der Anwesenheit des Schiffes weder da, wo die Ladung eingenommen wurde, noch in der Umgegend Spuren einer pestartigen Krankheit wahrgenommen seien;
- 3) auf welchen während der Reise Todesfälle unter, der Pest verdächtigen Symptomen eingetreten sind, oder welche bei ihrer Ankunft vor dem Preussischen Hafen der Pest verdächtige Kranke an Bord haben;
- 4) welche während der Reise aus angesteckten Schiffen oder aus solchen, die aus angesteckten Häfen oder Landestheilen kamen, Personen oder Waaren an Bord genommen haben.

§. 4. Die Reinigungs-Quarantaine kann lediglich, den im §. 5. bezeichneten Fall ausgenommen, nur in einer der in Großbritannien oder dessen Besitzungen, Frankreich, Algerien, Sardinien oder Dänemark bestehenden Löschungs-Quarantaine-Anstalten abgehalten, und das Schiff darf nur nach Vorzeigung des, in einer solchen Anstalt erhaltenen Quarantaine-Gesundheits-Attestes in Preussische Häfen eingelassen werden.

Fehlt solches Attest, so ist das, nach vorstehenden Bestimmungen der Reinigungs-Quarantaine unterliegende Schiff von den diesseitigen Häfen ab- und zu der Reinigungs-Quarantaine des Auslandes zurückzuweisen.

Dasselbe geschieht, wenn das Schiff zwar mit einem Quarantaine-Atteste versehen ist, aber der Pest verdächtige Kranke an Bord hat, oder wenn die im §. 3. Nr. 3. gedachten Todesfälle, oder die im §. 3. Nr. 4. gedachte Annahme von Personen oder Waaren nach dem Abgange von dem Quarantaine-Hafen eingetreten sind.

§. 5. Hat aber ein nach den vorstehenden Bestimmungen der Reinigungs-Quarantaine unterliegendes Schiff nicht mehr giftfangende Waaren oder giftfangende Verpackungen nicht giftfangender Waaren an Bord, als auf seinem Verdeck zu gleicher Zeit mit Sicherheit ausgelüftet, geräuchert und gereinigt werden können, und liegt keiner der im §. 3. Nr. 3. gedachten Fälle vor, so soll das Schiff bei Swinemünde zur Reinigungs-Quarantaine verstattet werden.

§. 6. Der Observatione-Quarantaine unterliegen die Schiffe:

- 1) aus angesteckten Häfen (§. 8.) mit nicht giftfangenden Waaren oder Verpackungen, oder mit Ballast;
- 2) aus verdächtigen Häfen (§. 9.) mit nicht giftfangenden Waaren oder Verpackungen, oder mit Ballast, wenn solche Schiffe unreine Pässe führen;
- 3) aus verdächtigen Häfen (§. 9.) mit giftfangenden Waaren oder Verpackungen, wenn dergleichen Schiffe mit reinen Gesundheits-Attesten versehen und seit dem Abgange aus einem jener Häfen noch nicht 30 Tage verflossen sind;
- 4) aus verdächtigen Häfen mit nicht giftfangenden Waaren oder Verpackungen oder mit Ballast, wenn dergleichen Schiffe mit reinen Gesundheits-Attesten versehen, und seit dem Abgange aus einem jener Häfen noch nicht volle 30 Tage verflossen sind;
- 5) welche innerhalb der letzten 30 Tage der Reise mit Schiffen aus angesteckten Häfen Gemeinschaft gehabt, aber aus ihnen weder Personen noch Waaren übernommen;
- 6) welche Personen oder Waaren aus verdächtigen Schiffen übernommen haben.

Hat in dem unter Nr. 4. gedachten Falle die Reise länger als 30 Tage gedauert, oder in dem unter Nr. 5. gedachten Falle die Gemeinschaft mit dem verdächtigen Schiffe nicht innerhalb der letzten 30 Tage der Reise stattgefunden, so unterliegt das Schiff der Observatione-Quarantaine nicht.

Dasselbe findet statt, wenn die unter Nr. 5. gedachte Gemeinschaft, oder

Nr. 6. bezeichnete Ueberrahme in einem Hafen statt fand, welcher nach den Bestimmungen der §§. 8. und 9. weder zu den pestartig angesteckten, noch zu den verdächtigen Häfen gehört.

7. Die Observations-Quarantaine ist in einer der Anstalten des Auslandes (§. 4.), welche zum Zweck der Beobachtung verdächtiger Schiffe bestehen, oder der Wahl des Schiffers, bei Swinemünde abzuhalten.

Die nach den Bestimmungen des §. 6. Nr. 1—6. der Observations-Quarantaine unterliegenden Schiffe, welche mit einem Quarantaine-Gesundheits-Attest der Quarantaine-Anstalt bei Swinemünde, oder einer der im Eingange dieses §. bezeichneten Anstalten des Auslandes versehen, sind ohne Weiteres in jedem Preussischen Hafen zugulassen, es sei denn, daß der im §. 6. Nr. 5. und 6. bezeichnete Verkehr zum Abgange vom fremden Quarantaine-Hafen stattgefunden hätte.

In diesem Falle, oder wenn dem Schiffe das Quarantaine-Gesundheits-Attest fehlt, ist dasselbe von allen Preussischen Häfen, mit Ausnahme von Swinemünde, zurück und zur Abhaltung der Observations-Quarantaine entweder nach dem Auslande (§. 4.), oder nach Swinemünde zu verweisen, und, hier ankommend, der Observations-Quarantaine zu legen.

Ob aber die im §. 6. Nr. 5. gedachte Gemeinschaft zwar nach dem Abgange des Schiffes aus dem Quarantaine-Hafen, aber nicht innerhalb der letzten 30 Tage stattgefunden, so unterliegt das mit dem Quarantaine-Gesundheits-Atteste versehene Schiff der Observations-Quarantaine nicht.

8. Als pestartig angesteckt sind bis auf Weiteres zu betrachten:

Tripolis in Syrien,
Alexandria,
Damiette,
die Häfen der Insel Candia.

9. Der Pest verdächtig sind bis auf Weiteres:

alle türkischen Häfen, mit Einschluß der syrischen und ägyptischen, sofern sie nicht im §. 8. für angesteckt erklärt sind;

alle übrigen Häfen der Nordküste Afrikas, mit Ausnahme der als unverdächtig zu betrachtenden Häfen Algeriens und der marokkanischen Staaten.

10. Alle in den §§. 8. und 9. nicht für angesteckt oder verdächtig erklärte Städte und Häfen in und außer Europa sind in Beziehung auf die Pest als unverdächtig anzusehen.

11. Giftfangende Waaren sind:

1) Leinwand; 2) Baumwolle; 3) Seide; 4) Haare; 5) Borsten; 6) Federn; 7) Daunen; 8) Flach; 9) Hanf; 10) Leder; 11) Lumpen und Lappen; 12) Häute, Felle, Leder, Pergament; 13) Pelz- und Rauchwerk; 14) alle aus den unter Nr. 1. bezeichneten Materialien dargestellten Fabrikate und solche, bei denen derselbe eingemischt sind, mit Ausnahme des, während der Reise im Schiffsgebrauch gebliebenen Segel- und Tauwerks, und des getheerten Tauwerks überhaupt, der gesalzenen nassen Häute; 15) Thiere, deren Haut mit Wolle, Haaren, oder Federn bedeckt ist; 16) Horn und Hornspitzen im rohen Zustande; 17) Schwämme; 18) Bast und Matten; 19) geraspelttes Farbholz.

Werden dergleichen Materialien oder aus solchen dargestellte Fabrikate zur Verwendung, so ist diese als giftfangend anzusehen.

12. Die nach §. 5. ausnahmsweise nachgelassene Reinigungs-Quarantaine dauert 8 Tage, welche von dem Tage ab zu rechnen sind, an welchem das Reinigungsmittel angewendet werden.

Die Observations-Quarantaine dauert:

in den unter Nr. 1., 2. und 6. des §. 6. bezeichneten Fällen, 4 Tage;
in den unter Nr. 3., 4. und 5. ebenbaselbst bezeichneten Fällen, wenn von dem Abgange des Schiffes aus dem verdächtigen Hafen, oder von dem Tage, an welchem die Gemeinschaft mit dem verdächtigen Schiffe stattfand, noch nicht volle 30 Tage verflossen sind, so lange bis diese Frist erfüllt ist.

Maafregeln zur Sicherstellung des Landes gegen die Einschleppung des gelben Fiebers.

13. Schiffe, welche bei ihrer Ankunft vor einem Preussischen Hafen am Bord, oder auf welchen, während der letzten Reise, Leute an dieser Krankheit gelitten haben oder verstorben sind, in keinem Preussischen Hafen zugelassen, sondern nach einer Quarantaine des Auslandes (§. 4.) verwiesen werden.

§. 14. Ist die Mannschaft gesund, hat das Schiff innerhalb jener Frist weder am gelben Fieber Erkrankte gehabt, noch durch den Tod verloren, in sämtlichen Preussischen Häfen ohne Weiteres zuzulassen.

§. 15. Sollte die orientalische Pest in einem Hafen oder Landestheil Ausbruch kommen, welcher in den §§. 8. und 9. als pestartig angestekt höchst nicht verzeichnet ist, oder das gelbe Fieber in irgend einem Landestheil Hafen von Umständen begleitet auftreten, welche zu strengeren Massregeln geben, so werden diese getroffen und öffentlich bekannt gemacht werden.

§. 16. Jeder Schiffer hat bei seiner Ankunft vor einem Preussischen die zu sanitätspolizeilichen Zwecken an ihn gerichteten Fragen vollständig Wahrheit gemäß zu beantworten.

Die Sanitäts-Kommission zu Swinemünde und die Hafen-Polizeibehörden übrigen Preussischen Häfen haben, wenn sich der Verdacht ergiebt, Schiffsführer mit der Wahrheit zurückhalte, das Schiff so lange unter Arrest stellen, bis nach Vergleichung der Schiffs- und Ladungspapiere und nach Prüfung der Mannschaft, allenfalls unter Zuziehung eines Arztes, der Thatsache ermittelt ist.

Unterliegt das Schiff hiernach, mit Rücksicht auf die Vorschriften des Reglements, der Quarantaine, so ist nach den, in den §§. 4., 7. und 13. enthaltenen Bestimmungen zu verfahren.

Hat der Schiffsführer zu sanitätspolizeilichem Zwecke an ihn gerichtete unrichtig beantwortet, so unterliegt derselbe, mit Vorbehalt der Ansprüche der Besatzung und der Ladungs-Interessenten an ihn, wegen Schäden und Kosten eine Strafe von Fünfzig Thalern, welcher im Falle des Unvermögens eine Gefängnisstrafe von sechs Wochen zu substituiren ist.

Ist dadurch Schaden entstanden, so treten die Allgemeinen Strafgesetze in Anwendung.

§. 17. Jeder Führer eines Preussischen Schiffes, welcher einen, in diesem Reglement als pestartig angestekt oder als der Pest verdächtig bezeichneten Hafen oder Landestheil verläßt, hat sich mit einem Gesundheitspasse zu versehen.

§. 18. Die Ausführung dieses Reglements und die Leitung der Quarantaine Angelegenheiten zu Swinemünde wird in diesem Hafen einer Sanitäts-Kommission übertragen, bestehend aus dem Landrathe des Kreises als Vorsitzendem, dem Vorsitzenden der Schiffahrts-Kommission, deren Direktor im Falle der Abwesenheit der Landraths den Letzteren zu vertreten hat, und dem Kreisphysikus.

In den übrigen Preussischen Häfen verbleibt die Ausführung der, das Quarantainewesen betreffenden Vorschriften den Hafen-Polizeibehörden.

§. 19. Die Sanitäts-Kommission zu Swinemünde soll mit einer Inschrift versehen und diese, wie das vorliegende Reglement, durch die Amtsblätter sämtlicher königlichen Regierungen der Provinz Preußen und Pommern zur öffentlichen Kenntniss gebracht werden.

Die gedachten königlichen Regierungen haben in den Häfen ihrer Verwaltungsbezirke besondere Abdrücke dieses Reglements und der Instruktion der Sanitäts-Kommission zu Swinemünde verläuflich, und den Schiffahrttreibenden durch die Amtsblätter die Termine, von welchen ab und wo diese Exemplare zu haben sind, bekannt zu machen.

Jeder Führer eines Preussischen Seeschiffs, welcher nach dem Eintritt in die Provinz in einem Preussischen Seehafen zurückkehrt, ohne Abdrücke des Reglements und der Instruktion an Bord zu haben, verfällt in eine, zur See- oder Orts-Arrest des Eingangshafens einzuziehende Ordnungsstrafe von Fünf Thalern. Befreiung von der Strafe sind diejenigen Seeschiffsführer, welche bei dem Eintritt jener Provinz zur See abwesend waren, bei ihrer ersten Rückkehr in einen Preussischen Hafen.

Berlin, den 30. April 1847.

Der Minister der Geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten.

Gichhorn.

Der Minister des Innern.

Im Auftrage.

Rathis.

(B. M. Bl. 1847 S. 98.)

Der Minister der auswärtigen Angelegenheiten.

Frhr. v. Canitz.

Der Finanzminister.

Im dessen Auftrage.

v. Pommerehne.

2) Instruktion für die Sanitäts-Kommission zu Swinemünde.

führung des unterm 30. April 1847 ergangenen Quarantaine-Reglements vom 1. December 1847.

dem die bisherigen Bestimmungen über das Quarantainewesen in den Häfen durch das Quarantaine-Reglement vom 30. April d. J. eine Veränderung erlitten haben, wird zur Ausführung des gedachten Reglements unter Aufhebung der Instruktion vom 22. Juli 1834, für den Swine-Hafen hiermit Folgendes verordnet:

Sanitäts-Kommission und deren Unterbeamte.

Die Ausführung des Quarantaine-Reglements und die Leitung der Quarantaine-Angelegenheiten wird in Gemäßheit des §. 18. des Reglements vom 30. April d. J. einer Sanitäts-Kommission übertragen, welche aus dem Landrath, dem Kreisphysikus, den Mitgliedern der Schifffahrts-Kommission und dem Kreisphysikus

zur Ausführung des Quarantaine-Reglements erforderlichen Dienstleistungen von dem Lootsenpersonale und dem Hafen-Gendarmeriekommando zu

gesamte Lootsenpersonale, so wie die Hafen-Gendarmen, sind in ihren Funktionen in allen das Quarantainewesen betreffenden Angelegenheiten der Sanitäts-Kommission untergeordnet und haben deren Anordnungen pünktlich Folge

zu leisten und die Aufsicht über die Schiffe seitens der Sanitäts-Kommission.

Sämmtliche vor den Hafen von Swinemünde kommende Schiffe sind der Aufsicht der Sanitäts-Kommission unterworfen. Den Anordnungen derselben müssen die Schiffsführer, die Mannschaft und die auf den Schiffen befindlichen Personen unweigerlich zu fügen.

Der auf der Rhede dienstthuende Oberlootse hat den Führer eines jeden ankommenden Schiffs vom Lootsenbote aus zu befragen:

1. von welchem Orte und Lande er komme?

2. ob er während der Reise Kranke oder Todte an Bord gehabt habe, oder ob er noch hat?

3. ob er während der Reise Gemeinschaft mit einem andern Schiffe gehabt habe?

Der Oberlootse hat jedes Schiff als unverdächtig zu behandeln, es sei denn, daß ihm auf der Rhede erteilte Auskunft von Orten kommt, die nach dem Quarantaine-Reglement vom 30. April d. J. noch spätere Bekanntmachungen als ansteckend oder verdächtig bezeichnen, wenn es auf der Reise mit keinem andern Schiffe in Gemeinschaft gewesen, und wenn es keine Kranke oder Todte an Bord hat oder noch hat.

Er hat dasselbe mit einem Lootsen zu besetzen, welcher das Schiff in den Hafen zu bringen und an der gewöhnlichen Revisionsstelle vor Anker zu legen hat. Selbst demnach nach den Vorschriften der Hafen-Polizeiordnung vom 1. April 1833 weiter verfahren wird. Entstehen aber dem Oberlootsen gegen die Angaben des Schiffers Bedenken, so hat er das Schiff durch den Lootsen auf dem Quarantaineplatz vor Anker bringen zu lassen, und jene der Sanitäts-Kommission zur Entscheidung anzuzeigen.

Als verdächtig ist jedes Schiff zu behandeln, welches

1. entweder von Orten kommt, die in dem Reglement oder in spätern Bekanntmachungen als pestartig angestrichen, oder der Pest verdächtig bezeichnet sind;

2. oder während der Reise Kranke oder Todte an Bord gehabt oder bei der Ankunft noch hat;

3. oder während der Reise Gemeinschaft mit irgend einem andern Schiffe gehabt hat.

Verdächtige Schiffe dürfen sich der Swinemünder Rhede nur mit der Quarantaine-Flagge am großen Mast (einer grünen Flagge von 2 Ellen im Quadrat, statt der Nationalflagge, welche damit nicht versehen sind, die Nationalflagge am großen Mast) nähern.

Einem solchen Schiffe (§. 6.) soll zwar die zu seiner Sicherheit erforderliche Hülfe gewährt und es soll dasselbe mit einem Lootsen besetzt werden. Der Lootse darf das Schiff aber nicht zur gewöhnlichen Revisionsstelle, sondern nur zum Quarantaineplatz bringen, wo es ankern muß.

§. 8. Hat das Schiff bei seiner Ankunft auf der Rhebe Kranke welche an der Pest oder am gelben Fieber leiden, so hat der Oberlootse von der Rhebe zurück, nach einer Quarantaine-Anstalt des Auslandes zu und gleichzeitig das für diesen Fall angeordnete Signal aufzuhissen.

§. 9. Sobald der Lootse ein verdächtiges Schiff (§. 6.) bestiegen und die Quarantaine-Flagge (§. 6.) hissen, wenn dies unterlassen sein sollte, und er abberufen wird (§. 16.) neben den, ihm als Lootsen obliegenden Pflichten, eines Quarantainewächters (§. 17.) zu üben, als solcher insbesondere verhindern, daß, bis deshalb von der Behörde Anweisung getroffen wird, Verbindung mit dem Lande stattfindet.

Er darf das Schiff nicht verlassen, bis ihm weitere Verhaltens-Anweisungen von der Sanitäts-Kommission gegeben werden.

Verhalten im Hafen.

§. 10. Sobald ein Schiff auf den Quarantaineplatz gebracht ist, der Lootsenkommandeur dort hin, um die Schiffspapiere und die schriftliche Wortung der, dem Schiffer nach dem, sub A. beiliegenden Formular von Fragen von jenem entgegen zu nehmen. Er hat den Schiffer rücksichtlich antwortung der gestellten Fragen zur Aussage der Wahrheit zu ermahnen auf die Bestimmungen des §. 16. - des Reglements vom 30. April verweisen.

§. 11. Zur Uebergabe der Schriftstücke dient eine blecherne Büchse, vermittelt einer Stange auf das Schiff und von diesem in das Boot gebracht, nachdem dieselbe zuvor wiederholt durch das Wasser gezogen worden ist.

Auch andere Briefschaften, Papiere und Gelder, welche der Schiffer senden will, dürfen nicht anders, als in jener Büchse befördert werden.

§. 12. Nach Einsicht der vom Schiffer gegebenen Antworten und Papiere, welche zuvor sorgfältig desinfiziert werden müssen, entscheidet die Kommission nach den nähern Bestimmungen des Quarantaine-Reglements ob das Schiff

- a) ohne Weiteres zur freien Praktik zu lassen oder
 - b) einer Reinigungs-Quarantaine in Swinemünde oder im Auslande,
 - c) einer Observations-Quarantaine im Hafen zu unterwerfen sei;
- zugleich über die Dauer der Quarantaine, wenn diese in Swinemünde stattfinden soll.

a) Freie Praktik.

§. 13. Die Sanitäts-Kommission hat das Schiff sofort zur freien Praktik zu lassen, wenn es diese auf der letzten Reise bereits in einem andern untern Europäischen Hafen erhalten hatte und seitdem keiner der im §. 6. Nr. 5 des Reglements vom 30. April d. J. vorgesehenen Fälle eingetreten sind.

Sie setzt den Lootsen am Bord des Schiffes davon in Kenntniß und an, dasselbe auf die Revisionsstelle zu legen. Dem Schiffer wird auf Verlangen darüber eine Bescheinigung ertheilt, daß sein Schiff keinen Quarantaine-Anspruch unterliege.

b) Reinigungs-Quarantaine.

§. 14. Wird seitens der Sanitäts-Kommission die Zurückweisung des Schiffes in eine Reinigungs-Quarantaine des Auslandes angeordnet, so ist darüber schriftliche Verfügung nach dem anliegenden Muster B. auszufertigen, welche nebst den Schiffspapieren dem Schiffer mit Vorsicht (§. 11.) zuzustellen.

Der Lootse hat alsdann das Schiff aus dem Hafen nach der Rhebe zu bringen, von welcher er durch ein Arbeitsboot zurückgeholt wird. Die Fährboots wie der Lootse unterliegen der Desinfektion, wenn sie an das Land, vor sie mit andern Personen in Gemeinschaft treten; ebenso der Arzt, welcher von der Sanitäts-Kommission zur Untersuchung der Schiffsmannschaft bestellt worden ist, bei seiner jedesmaligen Rückkehr vom Schiffe.

§. 15. Entscheidet die Sanitäts-Kommission nach §. 5. des Reglements vom 30. April c. für die Zulässigkeit der Reinigung am Bord, so findet das §§. 16—20. vorgeschriebene Verfahren Statt.

Die Reinigung der Waaren erfolgt in diesem Falle durch achtstündige Belüftung derselben auf dem Deck des Schiffes. Die Schiffsmannschaft verfährt dabei unter Aufsicht der Quarantainewächter.

c) Observations-Quarantaine.

§. 16. Wird das Schiff zur Observations-Quarantaine gelassen,

be während der von der Sanitäts-Kommission festgesetzten Frist unter Quarantaine auf dem Quarantaineplatz vor Anker liegen.

Zur Bewachung des Schiffs und zur Vermeidung besorglicher Verbindung mit dem Lande, werden drei Hafengendarmen an Bord gegeben. Die Sanitäts-Kommission veranlaßt die Abberufung des auf dem Schiffe befindlichen Mannes, welcher sich vermittelt eines ihm zuzustellenden Boots allein zur Desinfektionsanstalt begiebt, wo für seine Aufnahme und Desinfektion das Erforderliche bereit ist.

Von dem Zeitpunkte des Abganges vom Schiffe bis zur Vollendung der Desinfektion hat der Bootsführer jede Gemeinschaft mit anderen Personen zu vermeiden.

§. 17. Die auf den Schiffen als Quarantainewächter stationirten Hafengendarmen, welche sich alle zwei Stunden untereinander ablösen, sind mit Vorbehalt dem folgenden §. gedachten Falles und der Besuche des zur Sanitäts-Kommission gehörenden Arztes, dafür verantwortlich, daß kein Verkehr zwischen dem Schiffe und dem Lande, oder mit andern Schiffen, Booten oder Personen Statt; dieselben sind befugt, nöthigenfalls Gewalt anzuwenden, um solchen Verkehr zu hindern.

§. 18. Sie haben die Verpflichtung von jedem auf dem Schiffe vorkommenden Krankheitsfalle ungesäumt Meldung zu machen. Zur Empfangnahme dieser von Aufträgen seitens des Schiffers, wird sich ein Bootsführer von der innern Wache mit einem Boote bei dem Schiffe einfinden, sobald die Nationalflagge am großen Toppfahst ist.

Mit allen während der Observationszeit etwa an das Land zu befördernden Gegenständen, Papieren und Geldern wird in der im §. 11. vorgeschriebenen Weise verfahren. Bis zum Ablaufe jener Zeit dürfen andere, als die vorangeführten Personen, mit Ausnahme des Arztes vom Schiffe, nicht an das Land oder auf andern Fahrzeugen gelassen werden.

§. 19. Wenn während der Quarantainezeit Jemand am Bord des bewachten Schiffs erkrankt, so ist nach erfolgter Untersuchung durch den Kreisphysikus und Nachgabe des von demselben abzugebenden Gutachtens seitens der Sanitäts-Kommission zu bestimmen, ob und wie lange die Observations-Quarantaine zu verlängern, oder ob das Schiff zur Reinigungs-Quarantaine zu verweisen sei.

Bei der Untersuchung der Leute hat der Kreisphysikus dieselben zu veranlassen, stark auf die Drüsen in den Leisten und in den Achselgruben zu schlagen, um zu erfahren, ob sich hier etwa verdächtige schmerzhaftige Drüsengeschwülste befinden.

Das Schiff ist unverzüglich zur Reinigungs-Quarantaine zu verweisen, wenn pestartige Krankheit oder das gelbe Fieber am Bord desselben ausgebrochen ist.

In diesem Falle ist nach Vorschrift des §. 14. zu verfahren. Das Schiff ist von einem Bootsführer aus dem Hafen zu bringen. Dieser sowohl, wie die auf dem Schiffe befindlichen Hafengendarmen und der Arzt werden vermittelt eines Arbeitsboots zu ihrer und der Bootsführer Desinfektion nach der Desinfektions-Anstalt beordert.

§. 20. Ist die Ausweisung des Schiffes der obwaltenden Umstände wegen unthunlich oder bedenklich, so ist dasselbe auf dem Quarantaineplatz von andern Schiffen sorgfältig fern zu halten; die Kranken und die zu ihrer Bedienung und Pflege dienenden, aus der Schiffsmannschaft zu entnehmenden Leute, oder an deren Stelle eigene Wärter, sind nach dem Dienstetablisement des Hafenaufsehers zu senden mit den erforderlichen Bedürfnissen zu versehen. Der Transport erfolgt durch einen Arzt oder Pflege des Kranken bestimmten Personen und ist dabei jede Berührung mit andern zu vermeiden. Das Etablisement ist unausgesetzt durch in angemessener Entfernung aufzustellende Wächter zu bewachen, welche jeden Verkehr, er werde denn durch das sofort einzurichtende Kastell betrieben, zu verhindern haben und zur Abwehr unerlaubter Verbindung Gewalt anwenden dürfen.

Die Sanitäts-Kommission hat der Regierung von dem Vorfalle unverzüglich Meldung zu machen und bis deren Anweisungen eintreffen, für die Aufrechterhaltung der Absperrung des Schiffes und des bezeichneten Etablissements zu sorgen.

Rücksichtlich der Desinfektion des Arztes findet die Bestimmung des §. 19. Anwendung.

§. 21. Ist während der festgesetzten Quarantainezeit auf dem Schiffe kein Krankheitsfall vorgekommen, und ergiebt die, nach dem Ablaufe derselben vom Kreisphysikus vorzunehmende Untersuchung, daß die Mannschaft gesund ist, oder daß keines derselben an einer pestartigen Krankheit oder am gelben Fieber

leidet, so ist von der Sanitäts-Kommission die freie Praktik zu erteilen über eine Bescheinigung nach dem Muster C. auszustellen.

Dem Schiffe wird hiernächst ein Lootse zur Beförderung nach der Stelle überwiesen.

Verfahren bei Noth- und Strandungsfällen.

§. 22. Wenn Schiffe vor dem Hafen in Noth kommen oder stranden, wenn auch der Gesundheitszustand der Mannschaft nicht bekannt, so ist dem Schiffe Hülfe geleistet zu werden. Es ist demnach die in dem Quarantaine-Formular vorgeschriebene Auskunft zu erfordern, und nach Analogie der stehenden enthaltenen Bestimmungen zu verfahren.

Desinfektion.

§. 23. Die Desinfektion der Lootsen, der Wachmannschaften und allen etwa in Berührung gekommenen Personen (§. 14., 15., 16., 19., 2) die Desinfizierung der Schiffspapiere, Schiffsbücher und der sonstigen Ausrüstung vom Bord eines bewachten Schiffes (§. 11., 18.) geschieht unter Aufsicht des Kreisphysikus nach der deshalb erteilten besonderen Instruktion, auch die näheren Bestimmungen über die Desinfektion der Waaren im §. 15. enthält.

Kosten.

§. 24. Die Kosten, welche durch die Ausführung der vorstehenden Anordnungen verursacht werden, fallen, vorbehaltlich der im §. 27. enthaltenen Bestimmungen, dem Schiffe zur Last.

§. 25. Es sind zu zahlen:

- 1) für die Bewachung des Schiffes pro Mann und Tag 20 Sgr. Die Mannschaften ist gegen eine angemessene, event. von der Sanitäts-Kommission festzusetzende Vergütung dieselbe Beföstigung zu verabreichen, die die Schiffsmannschaft erhält;
- 2) die Gebühren des Arztes nach einer besondern, bei der Sanitäts-Kommission einzusehenden Taxe;
- 3) für die Ausstellung der, übrigens gebührenfreien Quarantaine-Ausweisungsgesetzlichen Stempel;
- 4) die Kosten für die Annahme der Arbeitsboote, welche zu irgend einer Leistung für das Schiff, namentlich zur Zurückbeförderung der Mannschaft angenommen werden müssen; in Ermangelung einer gütlichen Einigung die Sanitäts-Kommission dieselben in jedem einzelnen Falle fest;
- 5) an den Amtsbienner der Schiffsfahrts-Kommission für die jedesmalige Desinfektion der Schiffspapiere und Bücher, Brieffschaften, sonstige Waaren Gelder eine Vergütung von 5 Sgr., wofür derselbe die Materialien zur Desinfektion anzuschaffen und jederzeit in Bereitschaft zu haben verpflichtet ist.

Dagegen sind alle den Lootsen obliegenden Dienstleistungen unentgeltlich zu verrichten, auch ist für die Desinfektion der, von Quarantaineschiffen und Personen keine Vergütung zu zahlen.

§. 26. Die Kosten sind auf der Rückseite des Quarantaine-Attestes zu zeichnen. Nach erfolgter Einziehung ist die Berichtigung derselben von den Behörden zu bescheinigen.

In denjenigen Fällen, in welchen das Schiff behufs Abhaltung einer Zwangs-Quarantaine aus dem Hafen gewiesen wird (§. 14., 19.), sind die Kosten auf der Rückseite der dem Schiffer zugustellenden schriftlichen Verfügung zu zeichnen.

Strafbestimmungen.

§. 27. Der Sanitäts-Kommission liegt es ob, für die Befolgung der stehenden Bestimmungen, nöthigenfalls durch Anwendung von Zwangsmitteln Sorge zu tragen.

Wer die Vorschriften dieser Instruktion unbefolgt läßt, oder denselben nachtheilhaft handelt, ist strafbar.

- 1) Jeder Preussischer Schiffer, welcher keine vorschriftsmäßige Quarantaine am Bord führt, oder dieselbe in dem, in §. 6. gedachten Fall nicht anstellt, verfällt in eine Strafe von 5 Thln.

- 2) Jede Verletzung der Quarantaine wird mit einer Geldstrafe bis zu 500 Thln. oder, welcher im Falle des Unvermögens Gefängnißstrafe bis zu 6 Wochen

situirt wird, belegt, wenn auch dadurch kein Schaden entstanden ist. Ist dadurch Schaden entstanden, so treten die allgemeinen Strafgesetze in Anwendung.

- 3) Die letzteren treten auch ein bei thätlicher Widerseßlichkeit gegen die Lootsen oder Wachtmannschaften.
- 4) Pflichtverletzungen oder Vernachlässigungen seitens der Lootsen und Hafen-¹Wendarmen werden nach den betreffenden Disziplinalgesetzen bestraft.
- 5) Die Strafen unrichtiger Beantwortung der den Schiffen vorzulegenden sanitätspolizeichen Fragen sind im §. 16. des Reglements vom 30. April d. J. bestimmt. Schiffer, welche sich weigern, auf die ihnen vorzulegenden Fragen genaue Auskunft zu geben, oder ihre Schiffspapiere vorzulegen, werden in den Hafen nicht eingelassen, oder, wenn sie dort bereits eingekommen sind, wieder ausgewiesen.

§. 28. Die im vorstehenden §. angeordneten Polizeistrafen werden von der sanitäts-Kommission festgesetzt und fließen zum See-Armensfonds.

Die Fälle, welche sich zur gerichtlichen Kognition eignen, werden von der Sanitäts-Kommission dem kompetenten Gericht überwiesen.

Stettin, den 1. December 1847.

R. Reg., Abth. des Innern.

Anhang A.

Quarantaine-Formular.

Frage.

Antwort.

- 1) Wie heißt der Schiffer und wo wohnt derselbe?
- 2) Wie ist der Name des Schiffes?
- 3) Woher kommt es?
- 4) Wann ist es von dort abgegangen?
- 5) Worin besteht die Ladung und die Emballage desselben?
- 6) Hat das Schiff während der Reise einen oder mehrere andere Häfen angesegelt und welche?
- 7) Sind daselbst Waaren eingenommen und welche?
wo — und wann — ist dies geschehen?
- 8) Herrschte an dem Abladeorte oder einem der anderen berührten Häfen die Pest, oder eine pestartige Krankheit?
- 9) Befindet sich der Schiffer im Besitze eines Gesundheitspasses?

(Der letztere ist beizufügen.)

- 10) Ist der Gesundheitspaß rein oder nicht?

Das heißt: ist in dem Passe bezeugt, daß während der Anwesenheit des Schiffes da, wo die Ladung eingenommen wurde und in der Umgegend Spuren einer pestartigen Krankheit nicht wahrgenommen seien?
oder ist das Gegentheil bezeugt?

- 11) Hat das Schiff während der Reise aus einem anderen Schiffe Güter oder Personen übernommen oder sonst Gemeinschaft mit demselben gehabt?

- 12) Wo und zu welcher Zeit hat diese Gemeinschaft Statt gefunden?

Wie heißt das Schiff, mit welchem die Gemeinschaft stattfand, und woher kam es?

Hatte es Kranke oder Tode an Bord?

- 13) aus wieviel Personen besteht die Besatzung des Schiffes?

- 14) Hat es Passagiere an Bord und wie viele?

- 15) Hat das Schiff während der Reise Kranke oder Tode an Bord gehabt und an welcher Krankheit litten sie?

- 16) Sind gegenwärtig die Besatzung und die Passagiere völlig gesund, oder leidet Jemand an einer Krankheit und welcher?

- 17) Hat das Schiff irgendwo bereits eine Löschungs- und Reinigungs- oder Observations-Quarantaine abgehalten und befindet es sich im Besiß vollständiger Bescheinigungen hierüber?

(Die letzteren sind beizufügen.)

Frage.

Ant

18) Hat das Schiff ohne Abhaltung einer Quarantaine in einem anderen Hafen freie Praktik erhalten und befindet es sich im Besiz einer Bescheinigung hierüber?

(Die letztere ist beizufügen.)

Ich Underschiebener erkläre hiermit, daß ich die vorstehenden 1—18. der Wahrheit gemäß, nach meinem besten Wissen und Gewissen beantwortet habe.

Swinemünde, den

Muster B.

(15 Sgr. Stempel.)

Das von dem Kapitain N. N. aus N. N. geführte (Brigg) Schiff, welches mit beladen und von N. N. kommt, und bestimmt ist, darf ohne den Nachweis einer abgehaltenen Föschungs- und Quarantaine in einen Preussischen Hafen nicht zugelassen werden, und daher hiermit nach der Quarantaine-Anstalt (.....) verwiesen.

Swinemünde, den

Königlich Preussische Sanitäts-Kommission

Muster C.

(15 Sgr. Stempel.)

Quarantaine-Attest.

Nachdem das von dem Kapitain N. N. aus N. N. geführte Schiff, welches mit beladen von N. N. kommt und nach N. N. ist, am hiesigen Plage einer Quarantaine von Tagen unterworfen wurde, welche mit dem heutigen Tage beendet ist, wird demselben hiermit Praktik in allen Preussischen Häfen erteilt.

Swinemünde, den

Königlich Preussische Sanitäts-Kommission

(B. M. Bl. 1848 S. 45.)

3) In der Konvention zwischen Preußen und Dänemark vom 6. Juli 1846 bestimmt der Art. 10. betreffs der Quarantaine

Die preussischen Schiffe, welche durch den Sund oder die Belte in den dänischen Hafen einzulaufen und ohne mit dem Lande in Verbindung zu stehen, können frei von Quarantaine durch den Sund und die Belte fahren. Hat sich ausdrücklich darüber verständigt, daß dieselben nicht gehalten für die dänischen Quarantaine bloß aus dem Grunde zu unterwerfen, daß sie gegen die dänischen Zollstätten der Klarirung und Zolientrichtung wegen sind. Die dänischen Zollbehörden im Sund und in Belten werden zu dieser Berücksichtigung der bestehenden Verordnungen, die erforderlichen Einrichtungen

Der Beistand der Zoolfsen soll diesen Schiffen, in soweit es unter den gegebenen Umständen thunlich ist, und gegen eine angemessene Vergütung werden.

Wenn hingegen die Führer der gedachten, durch den Sund und die Belten gehenden Schiffe sich mit dänischen Quarantainecertifikaten zu versehen, sollen dieselben in den dänischen Quarantaineanstalten zugelassen werden und sich alsdann den dort geltenden Reglements zu unterwerfen und so sowohl hinsichtlich der Dauer der Quarantaine, als hinsichtlich der Art der Expedition, ganz auf dem nämlichen Fuße behandelt werden, wie die Schiffe.

(G. S. 1846 S. 332—3.)

Viertes Kapitel.

Spezielle sanitäts-polizeiliche Vorschriften für die einzelnen Krankheiten.

(Zu Tbl. II. S. 249. ff.)

I. Die Cholera.

1) U. A. des Min. d. G., U. u. Med.-Ang. (Göteborg) u. d.

odelfchwingh) v. 25. Febr. 1848. Sanitäts-polizeiliche Maaßregeln bei Wiederausbruch der Cholera.

Se. Maj. der König haben mittelst A. D. v. 13. Dec. v. J. auf unsern Ansuchen genehmigen geruht, daß bei Ausführung der Vorschriften des Regul. v. 8. 1835 (S. S. 240. ff.), für den Fall des Vordringens der asiatischen Cholera in die R. Staaten, folgende erleichternde Modifikationen eintreten dürfen:

Was zuvörderst die Vorkehrungen gegen das Eindringen der Krankheit vom Lande her betrifft, so ist es zwar für rathsam befunden worden, die im §. 31. des Regul. angeordnete Quarantaine nicht ganz aufzugeben, da die Erfahrung zu sprechen scheint, daß namentlich der Schiffsverkehr einer Verbreitung der Krankheit förderlich ist, indeß soll bei der für Seeschiffe auf vier, und für Flußschiffe auf fünf Tage angeordneten Beobachtungsfrist die Zeit der Reise von den letzten Orten oder Gegenden in Anrechnung gebracht werden, sofern während der Reise auf dem Schiffe keine Erkrankungen an der Cholera vorgekommen, und der Gesundheitszustand der Schiffsmannschaft und der Reisenden durch vorgenommene ärztliche Untersuchung außer Zweifel gestellt ist.

I. Die Sanitätskommissionen sollen in Bezug auf die Cholera von den in dem Regul. bei der Annäherung ansteckender Krankheiten angeordneten Berathungen und wöchentlichen Berichterstattungen entbunden werden, während es ihrem freien Überlassen wird, ihre Berathungen und Berichterstattungen nach Umständen einzurichten und eintreten zu lassen.

II. Die in den §§. 9., 10. und 25. des Regulativs den Familienvätern, den Gastwirthen, den Medizinalpersonen und den Geistlichen auferlegte Verpflichtung zur Anzeige von Erkrankungs- und Todesfällen, ist auf Anzeigen von Seiten der Aerzte zu beschränken, denen, soweit es zu ihrer Erleichterung erforderlich, gedruckte Formulare zuzustellen sind.

V. Von der im §. 18. und 26. vorgeschriebenen Aufstellung von warnenden Schildern vor den Wohnungen der Erkrankten ist Abstand zu nehmen, sofern diese Vorkehrungen mit Rücksicht auf die mildere Form, in welcher die Krankheit auftritt, nicht nothwendig erscheint. Man wird in dieser Beziehung den Aerzten vertrauen, welche in jedem einzelnen Falle die nöthigen Anordnungen zu treffen haben, und zur Vorsicht ermahnen werden.

7. Was die Desinfektion betrifft, so darf man sich auch hierbei auf Rath und Anweisung beschränken, und auf die Einwirkung der Aerzte, der Sanitätskommissionen, der Armen-Deputationen in den größeren Städten, sowie Ortsobrigkeiten auf dem Lande vertrauen. Jedenfalls ist aber das Publikum durch allgemeine Anweisungen auf die Wichtigkeit der Reinigungen aufmerksam zu machen.

Endlich ist

VI. von der allgemeinen Vorschrift der Anwendung verpichteter Särge und von Verbote der Leichenbegleitung (§. 22.) abzustehen.

B. M. Bl. 1848 S. 226.)

B) A. des Min. des Inn. (v. Buttammer) v. 1. Aug. 1848. Maaßregeln gegen die asiatische Cholera.

Bei den Fortschritten, welche die asiatische Cholera in der letzten Zeit in Rußland und in den Donau-Fürstenthümern gemacht hat, haben die Behörden darauf Bedacht nehmen müssen, für den Fall, daß die Krankheit die Grenzen des preussischen Staates überschreiten sollte, die Ausführung der in dem Regul. v. 8. Aug. vorgeschriebenen Anordnungen vorzubereiten. Da das Publikum ein besonderes Interesse hat, von dem, was in dieser Beziehung geschehen ist, Kenntniß zu erhalten, so wird Folgendes bekannt gemacht.

Die Erfahrung hatte vielfach ergeben, daß die Bestimmungen des gedachten Regulativs zum Theil mit großen, zu dem muthmaßlichen Erfolg außer Verhältniß liegenden Belästigungen verbunden seien. Deshalb ist bereits im vorigen Herbst eine wissenschaftliche Deputation für das Medizinalwesen eine gutachtliche Meinung über die zu treffenden Abänderungen erfordert worden, in deren Verfolg auf Antrag der Ministerien der Geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten und des Innern des Königs Majestät mittelst Allerh. Ordre v. 13. Dec. v. J. die erleichternde Modifikationen zu genehmigen geruht haben:

Die für Seeschiffe und Flußfahrzeuge angeordnete Quarantaine von 4 resp. 5 Tagen wird zwar nicht ganz aufgegeben, doch soll bei der Beobachtungsfrist die Zeit der Reise von den angestrichenen Orten oder Gegenden in Anrechnung gebracht werden, sofern während der Reise auf dem Schiff keine

- Erkrankungen an der Cholera vorgekommen sind und der Gesund der Schiffsmannschaft und der Reisenden durch vorgenommene Untersuchung außer Zweifel gestellt ist.
- 2) Die Sanitäts-Kommissionen sind von den angeordneten Berathwöchentlichen Berichterstattungen entbunden und ist ihrem Ermessen worden, ihre Berathungen und Berichterstattungen nach Umständen eintreten zu lassen.
 - 3) Die den Familienvätern, den Haus- und Gastwirthen, den Aeltern und den Geistlichen auferlegte Verpflichtung zur Anzeige von Geburten und Todesfällen ist auf Anzeige von Seiten der Aerzte beschränkt, welchen zur Erleichterung gedruckte Formulare zugestellt werden.
 - 4) Die Aufstellung von warnenden Tafeln vor der Wohnung der Kranken soll nicht mehr stattfinden, wenn nicht aus besonderen Rücksichten den Behörden nothwendig befunden wird.
 - 5) Hinsichtlich der Desinfection soll die Thätigkeit der Behörden sich auf Belehrung beschränken.
 - 6) Die allgemeine Vorschrift der Anwendung verpackter Särge und der Leichenbegleitung ist aufgehoben worden.

Diese Allerh. Vorschriften sind zur Zeit den Regierungen mitgetheilt, aber mit Rücksicht darauf, daß in dem inzwischen eingetretenen Winter nur geringe Fortschritte machte, veranlaßt worden, zur Vermeidung unnöthigen Vorlaufs vorläufig noch von der Publikation Abstand zu nehmen.

Nachdem aber unlängst die Cholera in St. Petersburg und Riga aufgetreten ist, dieselbe auch die Gränze von Galizien überschritten hat, sind zunächst die Regierungen der Provinzen Preußen und Pommern und späterhin auch die Regierungen der Provinzen Schlesien, Posen und Brandenburg, sowie das hiesige Polizeipräsidium angewiesen worden, zur Ausführung der Vorsichtsmaaßregeln, wie sie durch das Verordn. v. 8. Aug. 1835 und die Allerh. Ordre v. 13. Dec. v. J. vorgeordnet worden sind, zu schreiten, namentlich aber die von St. Petersburg und Riga kommenden Schiffe einer Quarantaine zu unterwerfen. Der Landverkehr durch keinerlei Quarantaine-Anstalt beschränkt. Den Regierungen der Provinzen ist von der getroffenen Anordnung Kenntniß gegeben, und sie veranlaßt worden, vorläufig die erforderlichen Einleitungen zu treffen, die tendentfalls die nothwendigen Vorsichtsmaaßregeln auch dort schleunig werden können.

Die Einrichtung von Lazarethen zur Aufnahme der Cholera-kranken, ihrem Hause nicht gepflegt werden können, wird überall vorbereitet werden. Größe der Ortschaften solches nothwendig macht.

Eine kurze Abhandlung zur Belehrung über die Erscheinungen der Cholera sowie über die Vorbeugungsmittel und die bis zum Erscheinen des Arztes zu ergreifenden Heilmittel, ist ausgearbeitet worden. Dieselbe wird durch den Dr. v. S. fällig und unter die Gemeinden unentgeltlich vertheilt werden. Zur Beschleunigung des Geschäftsganges ist endlich eine aus Kommissarien der Provinzen des Innern, der Finanzen und der Geistlichen, Unterrichts- und Medicinal-Gelehrten bestehende Kommission unter dem Vorsteher des unterzeichneten Ministeriums niedergesetzt worden, welche die Bearbeitung aller die Cholera betreffenden Angelegenheiten zu besorgen hat. Alle Erlasse dieser Kommission Namens des Ministeriums des Innern, welches die Verantwortlichkeit für dieselben übernommen hat.

Sobald von einem Eindringen der Cholera über die Gränze des Staats etwas bekannt werden sollte, wird solches sofort zur öffentlichen Kenntniß gebracht werden.

(B. M. Bl. 1848 S. 226.)

3) C. R. des Min. d. I. (II. Abth. v. Puttkammer) v. 4. Dec. 1848 an sämtliche R. Regierungen, sowie an das R. Polizeipräsidium, mit der Anweisung zum zweckmäßigen Verhalten bei der Cholera.

Wenn gleich in dem Anhang zum Regl. über das Verfahren bei Epidemischen Krankheiten v. 28. Okt. 1835 (G. G. S. 239., 249. u. Anhang S. 14) eine Belehrung über die Erscheinungen der Cholera und die gegen dieselben zu ergreifenden Vorbeugungs- und Heilmittel enthalten ist, so hat es bei dem Fortschreiten der genannten Krankheit doch zweckmäßig erschienen, einen gedrängten Anhang

achten Reglement anfertigen zu lassen, welcher durch unentgeltliche Vertheilung den Gemeinden zur allgemeinen Kenntniß gebracht werden soll.

Die K. Reg. erhält in den Anlagen (a.) — Exemplare dieser Schrift, mit Veranlassung, dieselben unter die Gemeinden Ihres Verwaltungsbezirks vertheilen lassen.

(Schlußsatz an die K. Regierungen der Provinzen Sachsen, Westphalen und einproving, wie folgt:)

Die K. Reg. erhält anbei — Exemplare dieser Schrift, mit der Veranlassung selben, sobald das Weiterbringen der Cholera solches erforderlich erscheinen läßt, unter die Gemeinden Ihres Verwaltungsbezirks vertheilen zu lassen.

Berlin, den 4. August 1848.

Ministerium des Innern. II. Abtheilung. v. Puttkammer.

a.

Anleitung zum zweckmäßigen Verhalten bei der Cholera.

Notwendigkeit, sich mit der Krankheit bekannt zu machen.

Der Feind, welcher schon mehr als einmal die Gränzen seines Geburtslandes, Indien, überschritten, und zuerst über Rußland und nach und nach über einen Theil des mittlern und westlichen Europas sich verbreitet hat, — die asiatische Cholera; hat während des letztverflossenen Winters fast das ganze Rußland mehrmals durchzogen, und ist mit dem Sommer bis zur Hauptstadt des Russischen Reiches, und im Süden bis nach Galizien vorgeedrungen.

Die im Jahre 1831 gemachten Erfahrungen über die Art der Verbreitung dieser gefährlichen Krankheit rechtfertigen nur zu sehr die Besorgniß, daß sie auch unsere Gränzen binnen kurzem erreichen, und uns größere oder geringere Gefahr bringen werde. Sollte dieser Fall wirklich eintreten, sollten die in den Seehäfen der See angeordneten Quarantaine-Maßregeln das Einbringen der Krankheit nicht verhüten vermögen, oder sollte sie uns von Süden und Osten her überfallen, die Errichtung von Quarantaine-Anstalten unmöglich ist und nutzlos sein würde, wird sie uns wenigstens nicht unvorbereitet treffen und es wird die wirkliche Gefahr, die sie mit sich führt, nicht vergrößert werden durch die Vor Spiegelungen einer erregten Phantasie, durch welche die Leiden, welche die Cholera-Epidemien der Jahre 1831—1832 und 1837 über uns gebracht haben, um vieles erhöht worden.

Möge man dem Feinde, welcher aufgehört hat, ein unbekannter zu sein, ruhig Auge sehen; die Gefahr abzuleugnen, sich blind gegen sie zu stellen, wäre eben so töricht, als sich einer übertriebenen Furcht zu überlassen. Vielmehr wollen wir, der Erfahrung geleitet, eine so genaue Kenntniß als nöthig sein wird, von der Krankheit zu gewinnen bemüht sein, wobei sich die beruhigende, überall beobachtete Thatsache ergibt, daß wenn gleich die höhern Grade der Krankheit der ärztlichen Kunst nicht selten Troß bieten, doch die niedern Stufen derselben durch angemessene ärztliche Behandlung überwunden werden können und daß es sogar leicht ist, durch zweckmäßiges diätetisches Verhalten sich gegen die Krankheit zu schützen.

Die nachstehende, dem Anhang zum Reglement über das Verfahren bei ansteigenden Krankheiten v. 28. Oct. 1835 entnommene Beschreibung der Erscheinungen des Verlaufs der asiatischen Cholera, wird den Leser in den Stand setzen, die Krankheit bei ihrem ersten Beginn zu erkennen, und ihr die in den ersten Augenblicken und bis zur Ankunft eines Arztes anzuwendenden Mittel entgegen zu setzen.

Beschreibung der Erscheinungen der asiatischen Cholera.

Die Krankheitserscheinungen, welche gewöhnlich den Eintritt der asiatischen Cholera begleiten, bestehen zuerst in einem Gefühl allgemeiner Mattigkeit, einem unregelmäßigen Kollern im Unterleibe, und dem Gefühl von Kälte und Ziehen in den Gliedern, besonders im Rücken, den Ober- und Unterschenkeln. Bald gesellt sich zu diesen Symptomen ein wässeriger Durchfall, mit einem sehr lästigen Gefühl von Völle in der Herzgrube, später auch Schwindel, Uebelkeit und Erbrechen.

Anfänglich zeigt der Durchfall nichts Auffallendes, und die Ausleerungen sind milchig-weißlich und übelriechend, und so lange sie diese Beschaffenheit haben, ist keine Gefahr vorhanden; allmählig werden dieselben aber wässeriger, geruchlos, ungefärbt, dem Pocken oder dem Reiswasser ähnlich, und diese Beschaffenheit der Ausleerungen ist es, welche den Eintritt der eigentlichen Cholera bezeichnet.

Nicht selten geschieht die Entleerung mit großer Heftigkeit, als wenn Wasser aus einer Gießkanne gegossen würde; die durch das Erbrechen ausgestoßenen Materien sehen gleichfalls weißlich, wie dünner Graupenschleim oder gekochte Hafergrütze, kurzere oder längere Zeit nach dem Eintreten des Durchfalls und des Erbre-

chens, gesellt sich dazu Kälte und schmerzhafter Krampf in den Gliedern, in den Beinen, große Unruhe und Herzensangst, Unterdrückung der Harnabsonderung. Gelingt es nicht, der Krankheit Einhalt zu thun, und schreitet dieselbe fort, so werden, unter Fortdauer der angegebenen Erscheinungen, alle Hände, die Nase und Ohren, die Zunge, und endlich der ganze Körper blau, die erschlaffte Haut läßt sich in Falten erheben, die nur langsam verfliehet, der Puls wird allmählig schwächer, und zuletzt nicht mehr fühlbar, die Stimme schwach und heiser, die Gesichtszüge entstellt. Das Bewußtsein ist in der Regel nicht gestört.

Vorbeugungsmittel.

So höchst lebensgefährlich diese durch die genannten Symptome sich kundgebende Krankheit auch ist, und so wenig es bis jetzt gelungen ist, ein sicheres Mittel gegen den ihr zum Grunde liegenden Krankheitsstoff aufzufinden, so wenigstens in der größten Mehrzahl der Fälle, sich vor der Krankheit zu schützen, was jedoch nicht durch den Gebrauch sogenannter Präservativmittel, Pulver, Pflaster, Streukügelchen, Räucherungen, Amulette oder dergleichen, sondern nur durch die Anwendung der nachstehenden Schutzmaßregeln bewirkt werden kann.

Regelmäßigkeit in der Lebensweise.

1) Man führe eine in jeder Beziehung regelmäßige Lebensweise, wolle sich von dem einmal gewohnten Verhalten, sofern dasselbe nicht gerade zu nützen ist, so wenig als möglich entfernen soll.

Tägliche Körperbewegung.

2) Namentlich Sorge man für eine angemessene körperliche Bewegung. Berufsgeschäfte eine solche nicht mit sich führen, der mache es sich zur Pflicht, jeden Tag vergehen zu lassen, ohne wenigstens eine Stunde lang sich Bewegung Luft gemacht zu haben.

Vermeidung der Ueberladung des Magens.

3) So schädlich es ist, ganz nüchtern an seine Tagesgeschäfte zu gehen, so schädlich ist die gewohnte und dem Körper nothwendige Nahrung zu entziehen, sorgfältig ist jede Unmäßigkeit im Genuß auch solcher Speisen und Getränken an sich gesund sind, also jede Ueberladung des Magens und jeder zu reichliche Genuß geistiger Getränke zu vermeiden. Dagegen kann der mäßige Gebrauch guten, nicht sauren Weines, oder einer kleinen Portion eines gebrannten, besonders wenn dasselbe mit Gewürzen, Kümmel, Anis, Calmus, Pomeranzenthum, Wachholberbeeren bereitet ist, empfohlen werden.

Schlaf und Wachen.

4) Man beobachte eine bestimmte Ordnung des Schlafens und Wachens. Nützlich eine angemessene Beschäftigung am Tage ist, so schädlich ist das Hin- und Hergehen bis in die Nacht hinein und das Durchwachen der Nächte.

Vermeidung zu großer Anstrengungen.

5) Schwächung der Kräfte, durch übermäßige Anstrengungen des Körpers, wohl, als des Geistes, durch Ausschweifungen irgend einer Art u. s. w., zu vermeiden.

Gemüthsbewegungen.

6) Heftige Gemüthsbewegungen, besonders traurige, als: Angst, Kummer, muß man, so weit es irgend möglich ist, entfernt zu halten bemüht sein; die nachtheilige Wirkung auf die Nerven erhöhen sie die Anlage zum Erkranken. Ruhig und heitere Stimmung des Geistes und angemessene Zerstreuung sind zu vermeiden.

Reinlichkeit des Körpers und der Wohnung.

7) Von großer Wichtigkeit ist ferner die Erhaltung der Reinlichkeit des Körpers und seiner Bekleidung. In dieser Beziehung ist der öftere Gebrauch warmer Seisenbäder von 26—28° Reaumur vorzugsweise zu empfehlen. Wenn Gelegenheit zum Baden fehlt, der wasche wenigstens zweimal wöchentlich den Körper mit warmem Wasser, wobei natürlich jede Erkältung sorgfältig zu vermeiden ist.

8) Deftiger Wechsel der Bett- und Leibwäsche mit der Vorsorge, daß dieselbe gehörig trocken sei, ist gleichfalls nützlich.

die Hausgeräthe und Wohnungen müssen möglichst rein gehalten werden.

Reine Luft in den Wohnungen.

Wesentlich und nothwendig ist die Erhaltung einer reinen Luft in und Schlafzimmern; sowie in allen Räumen, wo mehrere Menschen, also besonders in allen, eine größere Menschenzahl umfassenden: Kasernen, Armen- und Krankenhäusern, Gefängnissen u. s. w. Das zur Erreichung jenes Zweckes ist die tägliche Erneuerung der Luft mit der Fenster, und wenn die Jahreszeit dieses nicht erlaubt, der Klap-Indöfen. Nicht minder nöthig ist es, solche Dinge, welche durch üble die Luft verderben, z. B. Geräthschaften mit Abgängen der Menschen, dem Zimmer zu entfernen, und auf die Vermeidung oder Beseitigung der Reinigung der Atmosphäre in der nächsten Umgebung der Wohnungen

Vermeidung der Erkältung.

Erkältung des Körpers muß sorgfältig vermieden werden. Man hüte plötzlichen Wechsel von Wärme und Kälte und vor Zugluft. Man lasse als möglich die kalte Abendluft, nasse Fußböden, setze sich nicht auf kalte Rasen und dergleichen, bediene sich der Flußbäder nicht ohne Vor- und Berücksichtigung der Witterung, schlafe weder im Freien, noch unter einem Stern, auch nicht unter einer zu leichten Bedeckung. Vorzüglich nachtheilig ist die Erkältung der Füße und des Unterleibes.

Sorge für eine gehörige, weder zu erhitze, noch zu dünne, sondern angemessene Bekleidung ist in dieser Beziehung vorzüglich wichtig. Vor allem die wollenen Strümpfe, Beinkleider und Leibbinden, bei kühler Witterung vor allem nicht allgemein, doch für empfindliche Personen allerdings zu

Erkältungen geneigt ist, wird wohl thun, ein Hemde oder Camisol von der bloßen Haut zu tragen.

Schädliche Speisen.

Die Erfahrung gezeigt hat, daß sehr häufig nicht nur durch Ueberladung, sondern auch durch den Genuß mäßiger Quantitäten von ungesunden Nahrungsmitteln die Anlage zur asiatischen Cholera erhöht, und die Krankheitsentwicklung gebracht ist, so wird das sorgfältige Vermeiden derjenigen Speisen als besonders nachtheilig erwiesen haben, zu einem der wichtigsten Gegenstände die Krankheit.

Für vorzugsweise schädlich zu haltenden Speisen und Getränken, geschildert folgende:

Reizen erkältende Obst, besonders rohes und unreifes (Melonen, dergl.), Pilze, Morcheln, blähende Gemüse, Kohllarten, Sauerkraut, the Rüben, Rettig, Sallate aller Art, rohe Gurken, ferner: fette Pasteten, fettes und hartes Backwerk, zähe Klöße, warmes frisch gebackenes und ähnliche Dinge, sehr fettes hartes und zähes oder eingepökeltes Fleisch, Speck, fette Saucen, dergleichen fette und schwer verdauliche Fische und Lachse, vorzüglich wenn sie geräuchert sind, Reumaugen, Bitter, alter scharfer und fetter Käse, auch weißer Milchkäse, hart gekochte und bereitete Speisen.

Schädliche Getränke.

Getränken haben sich junges, nicht gehörig ausgegorenes, oder altes Bier, saure Milch, Buttermilch, sogenannte kalte Schale, junge Wein, Gefrorenes, als nachtheilig erwiesen. Selbst kaltes frisches Wasser nicht in zu großen Quantitäten auf ein Mal trinken.

Vertragung der Krankheit auf andere Personen.

Asiatische Cholera unläugbar einen flüchtigen Krankheitsstoff entwickelt, den die Dunstkreise der Kranken und ihren nächsten Umgebungen mittheilen kann, so daß auf andere dazu disponirte Personen übertragen kann, so sind Vorsichtsmaßregeln in Beziehung auf den täglichen Verkehr der Menschen anzuwenden zu empfehlen:

Vorsicht beim Verkehr mit unbekannten Personen.

Vermiede den Besuch solcher Orte, wo ein großer Zusammenfluß von Menschen stattfindet und eine nahe Berührung mit denselben nicht zu ver-

meiden ist, man achte auf den Verkehr, den Hausbewohner, Dienstleute außer dem Hause treiben, und beobachte eine gewisse Zurückhaltung gegen die von Haus zu Haus gehend, mit vielen Unbekannten in Berührung.

Vorsicht bei der Berührung gebrachter Kleidungsstücke

2) Man hüte sich vor der Berührung und dem Ankauf gebrachter Stücke, Betten und anderer Gegenstände, deren frühere Besitzer nicht b

Vermeidung der Lokale, in welchen Kranke sich bef

3) Von solchen Lokalen, in welchen ein oder mehrere Kranke sich jeder sich entfernt halten, den nicht sein Beruf zum Besuch derselben

Genau Befolgung der vorgeschriebenen Sicherheitsm.

4) Es versteht sich, daß die von den Behörden zur Verminderung der Uebertragung der Krankheit angeordneten Sicherheitsmaaßregeln befolgt und unterstützt werden. Das Gesetz verlangt in dieser Beziehung diejenigen Beschränkungen des freien Verkehrs, welche jeder verständige harte Familienvorstand sich und den Seinigen von selbst auferlegen w

Tägliches mehrmaliges Waschen.

5) Mehrmaliges tägliches Waschen, wenn auch nur des Gesichts, wird eine sehr nützliche Vorsichtsmaaßregel sein. — Diejenigen, welche Beruf genöthigt, oder durch Pflichten der Humanität bewogen werden betreten, in welchen Cholera-Kranke sich befinden, oder mit den Kranken in Berührung zu kommen, haben außer den eben erwähnten allgemeinen Vorschriften noch folgende besondere Schutzmittel in Anwendung zu bringen:

Vorsicht beim Besuch von Kranken.

1) Man besuche wo möglich dergleichen Kranke nicht, wenn man über die Nacht zuvor nicht geschlafen hat, oder noch ganz nüchtern ist. Früh Morgens oder Nachts zu ihnen gerufen, so genieße man zuvor wärmendes Getränk, Kaffee, Thee oder Wein, etwas bittern gewürzten Wein oder dergleichen, je nachdem man an dieses oder jenes dieser Getränke ist. Auch das Kauen von eingemachtem Ingwer, Kalmus oder Pomme ist bei einem solchen Besuche nicht unangemessen.

2) Man verweile nicht länger, als nöthig, bei dem Kranken und überflüssige Berührung desselben, so wie das Einathmen der von ihm ausgehenden Ausdünstungen.

3) Unmittelbar nachdem man den Kranken verlassen hat, wasche und Hände mit kaltem Wasser, oder besser noch mit Seifenwasser, oder Chlornatron- oder Kalcauflösung, oder mit verdünntem Essig, spüle die Schnauze die Nase und kämme das Haar aus, ehe man mit anderer Berührung tritt.

Besonders werden diese Vorsichtsmaaßregeln von solchen Personen befolgt sein, welche sich längere Zeit in Krankenzimmern aufzuhalten. Effekten der Kranken in anhaltende Berührung zu treten genöthigt sind von Krankenwärtern, Wäscherinnen u. s. w. Strenge Reinlichkeit, Re mit Seife oder Essig, allenfalls auch öftere Waschungen mit einer Chlornatron- oder Kalcauflösung, nächstdem eine nahrhafte Diät (die so in natura zu verabreichen ist), endlich von Zeit zu Zeit Ablösung Wächters, und wenn es sein kann, öfteres Verweilen derselben in dem Zimmer als die kräftigsten Schutzmittel für sie zu betrachten.

Erhaltung reiner Luft in den Krankenzimmern.

In den Zimmern, in welchen Cholera-Kranke sich befinden, muß Licht rein erhalten werden. Es muß daher nicht nur die Ueberfüllung des Zimmers verhütet werden, sondern die letzteren fleißig gelüftet, und mit kohlensäurehaltigen oder Chlordämpfen durchräuchert werden, wozu die Aerzte die Anweisung zu ertheilen, und sich dabei nach den hierüber bestehenden Vorschriften zu richten haben. Räucherungen mit Wachholderbeeren, Besprengungen des Fußbodens mit wohlriechenden Essenzen, verbessern den Geruch, nicht aber die Reinheit der Luft. Die Temperatur der Zimmer soll man mehr kühl als warm.

Auch in jeder andern Beziehung muß in den Krankenzimmern die Sauberkeit beobachtet werden. Alles, was die Luft verderben kann, z. B. Wäsche, überflüssige Betten, altes Lagerstroh, muß entfernt werden.

Entleerungen der Kranken schleunigst fortzuschaffen und zwar in verdeckten Gefäßen, allenfalls mit etwas Chlorkalk, oder gelöschtem Kalk, oder auch nur mit Sand Asche zu bestreuen. Die Geschirre, in denen sie enthalten waren, sind mit Seifenlauge- oder Chlorkalkauflösung sogleich auszuspülen und zu reinigen.

Ist ein Kranker genesen oder nach einem Hospital gebracht, oder gestorben, so sowohl seine Kleider und Betten, als auch die Wohnung, einem sorgfältigen Reinigungsverfahren nach Anleitung des Arztes zu unterwerfen, welcher dabei die hier bestehenden gesetzlichen Vorschriften zu befolgen hat. Giner eben so gründliche Reinigung haben die Personen sich zu unterziehen, welche mit dem Kranken in nahe Berührung getreten sind.

Verfahren beim Ausbruch der Krankheit.

Bei den ersten Zeichen des Ausbruchs der Cholera in einem Menschen beeile sich, einen verständigen Arzt herbeizurufen, und befolge pünktlich die von demselben gegebenen Verordnungen, ohne dabei sein Vertrauen auf Geheimmittel, Tropfen, Pillen, Amulette und dergleichen zu setzen. Bis zu der Ankunft des Arztes sind nachstehend angegebenen Hülfsleistungen in Anwendung zu bringen.

Vorgeregeln vor der Ankunft des Arztes. Erwärmung des Kranken.

1) Der Kranke werde sogleich entkleidet, in ein wohl erwärmtes Bett gebracht, darin warm bedeckt, wo möglich mit Flanell umhüllt. Zur schnelleren Erwärmung des Bettes dienen, außer den gewöhnlichen Wärmflaschen, irdene Krüge oder kleine Flaschen mit heißem Wasser gefüllt, heiße Deckel oder Ziegelsteine, Säckchen, mit erwärmter Kleie, Sand oder Hafer gefüllt sind, und die zu den Seiten des Bettes, neben Brust und Unterleib und an den Armen und Beinen angebracht werden.

Senfpflaster.

2) Man lasse sogleich ein Senfpflaster, aus gestoßenem schwarzen Senf und etwas Wasser bereitet, und von der Größe einer Mannshand auf die Herzgrube des Unterleibs legen, welches bis zum Rothwerden der Haut, d. h. $\frac{1}{2}$ — $\frac{1}{4}$ Stunde bleibt. In Ermangelung des Senfes, kann frisch geriebener Meerrettig oder Rothfahlfall auch schwarzer Rettig genommen werden.

Reiben des Körpers.

3) Man reibe fleißig unter der Bettdecke die Arme und Beine des Kranken mit warmen wollenen Tüchern, die man mit Kamferspiritus, oder gewöhnlichem Wein, von Zeit zu Zeit besprengt.

Warme Getränke.

4) Alle Viertelstunden oder halbe Stunde gebe man dem Kranken eine halbe Portion eines warmen Getränks, am besten von Fliederblumen, Chamillen, Feldkümmel, Melisse, Krauseminze oder Pfefferminze; auch Graupen- oder Haferschleim. Nach dem Verlangen des Kranken nach kühlem Getränk, kann ihm auch dieses in kleinen Portionen gereicht werden.

Bad.

5) Man bereite inzwischen wo möglich ein warmes Bad von etwa 30° Reaumur, welches man durch einen Zusatz von scharfem Essig oder Seifenlauge (1 Quart, je nach ihrer Stärke) oder durch Einlegen eines Beutels mit Holzessig verstärken kann. In diesem Bade lasse man den Kranken eine Viertel- bis zu halber Stunde sitzen, reibe ihn während dieser Zeit mit flanelleuten Tüchern ab, und bringe ihn dann schnell abgetrocknet wieder in das erwärmte Bett.

Dampfbad.

6) Falls ein Wasserbad nicht beschafft werden kann, so bereite man statt dessen ein Dampfbad, indem man den Kranken auf einen Rohr- oder Lattenstuhl setzt, mit bis zur Erde reichenden wollenen Decken so umhängt, daß nur der Kopf frei bleibt und auf einer Schüssel mit erhitzten Steinen oder Holz, die man unter den Stuhl stellt, heißes Wasser gießt. Sehr zweckmäßig kann man ein solches Bad auch aus Weingeist bereiten. Es wird zu diesem Behuf unter den Stuhl, wenn der Kranke sitzt, auf einen Teller ein Löffelglas mit $\frac{1}{16}$ — $\frac{1}{8}$ Quart Spiritus gestellt, und darüber ein Kessel oder großer Topf auf untergelegten Holz dergestalt gestülpt, daß der Spiritus in der Lasse angezündet werden, und die Luft zur Unterhaltung der Flamme zuströmen kann. Durch die nun stattfindende Entwicklung der weingeistigen Dämpfe wird unter der Decke ein bedeutendes

der Grad von Wärme erzeugt. Sollte dieselbe dem Kranken lästig werden, tet man ein wenig die Decke.

In diesem Wasser- oder Weingeistdampfbade verweilt der Kranke so lange, bis er in Schweiß geräth, worauf er, in warme Decken gehüllt, zu Bett gebracht wird. Nöthigenfalls wird alsdann mit den früher angegebenen Mitteln wieder fortgefahren.

Diese Behandlung allein ist, zeitig genug angewendet, sehr oft zureichen, leichten Grade der Cholera in ihrer Entwicklung zu hemmen; wo dies nicht, kann nur der Arzt, der in jedem Falle so schnell als möglich herbeigerufen werden muß, die weiteren erforderlichen Mittel anordnen.

Ist der Arzt nicht sogleich zu erreichen und sollte der Zustand des Kranken bei Anwendung der oben angegebenen Behandlungsweise sich nicht bessern, so man allenfalls noch von folgenden Mitteln Gebrauch machen.

Klystiere.

1) Bei heftigem und zugleich schmerzhaften Durchfall gebe man ein L von Haferschleim und Chamillenthee oder auch von einem Theelöffel voll L Stärke, mit einer Tasse Wasser eingerührt. In diesem Falle ist Brotwasser, aus geröstetem schwarzen oder weißen Brote bereitet, ein zweckmäßiges Getränk.

Brausepulver.

2) Bei häufigem Erbrechen läßt man Selterwasser trinken oder einen Theelöffel voll Brausepulver von Zeit zu Zeit nehmen. Auch ein Schluck leichtem Wein wird in diesem Falle passend sein.

Blutegel.

3) Wenn der Druck und die Beklemmung in der Magenregion, auf die verholte Anwendung der Senfpflaster, nicht weicht, so können, besonders bei Personen, 15—20 Blutegel in die Gegend der Herzgrube gesetzt werden.

Reibungen der Gliedmaßen.

4) Schmerzhafte Krämpfe in den äußeren Gliedmaßen sucht man durch festes Reiben mit der bloßen Hand, oder mit erwärmtem und mit Kampferöl besprengtem Flanell zu lindern.

Innere Mittel, kalte Begießung.

5) Wird trotz dieser Behandlung der Puls schwächer werden, die Glieder, so kann man dem Kranken 20—30 Tropfen Kampferspiritus und Süssholzgeist, oder 15—20 Tropfen Hoffmannschen Liqueur reichen. Auch hat man ganz pulselose und kalte Cholera-Kranke nach Begießungen des Kopfes und des Halses mit kaltem Wasser im warmen Bade und kalten Ueberschlägen über den Kopf und den Unterleib genesen sehen, nachdem alle übrigen Mittel fruchtlos geblieben waren.

(B. M. Bl. 1848 S. 228.)

II. Pocken. (Zu Thl. II. S. 255. ff.)

1) R. des R. Min. des S. (Abthl. 2. v. Manteuffel) an die R. M. Stralsund vom 17. Nov. 1845, betreffend die Aufbringung der Kosten gegen die Weiterverbreitung der Pockenkrankheit angeordneten Regeln.

Den an die Bauern N. N. zu N. erlassenen, offen anliegenden Bescheid erhält die Königl. Regierung auf den Bericht vom 4. d. M. zur Kenntniss und Weiterbeförderung.

a.

Auf die Beschwerde vom 24. April d. J. gereicht den Bauern N. N. zum Bescheide, daß die Entscheidung der R. Reg. v. 10. Jan. d. J., in Betreff der Tragung der durch Anordnung von Schutzmaßregeln gegen die in N. ansteckende Pockenkrankheit, der darin angezogenen gesetzlichen Bestimmung vollkommen entsprechend ist. Das Regulativ v. 8. Aug. 1835 über sanitäts-polizeiliche Verordnungen verordnet im §. 6. Nr. 5., daß es der Sanitäts-Kommission obliege, die Behörde in allen die Verhütung des Ausbruchs und der Verbreitung von Krankheiten betreffenden Angelegenheiten zu unterstützen, und der §. 7. bestimmt demnach, daß die Beschaffung der hierzu — d. h. zur Verhütung des Ausbruchs und der Verbreitung solcher Krankheiten — erforderlichen Mittel der Gemeinde obliege.

Da nun die Desinfektion der Wohnungen, in welchen Pockenkrankheiten

den ausschließlichen Zweck hat, die Weiterverbreitung der Krankheit zu ver-
so ist es nach den Worten des Gesetzes unzweifelhaft, daß die damit verbun-
Kosten von der betreffenden Gemeinde, mithin im vorliegenden Falle von der
Kommune, getragen werden müssen.

Unter diesen Umständen muß es lediglich bei der vorgedachten Entscheidung der
g. bewenden.

B. R. Bl. 1845 S. 352.)

2.) R. des R. Min. d. J. (v. Puttkammer) v. 28. Juni 1848 an die R.
rung zu N. Abhaltung allgemeiner Nachrevisionen der Schutzpocken-
ungen.

In weiterem Verfolg der Verf. vom 26. April d. J. wird der R. Reg. auf-
bericht vom 8. März d. J. nunmehr eröffnet, daß nach der von dem R. Min.
Bl. u. Angel. ausgesprochenen Ansicht, keine Veranlassung vorkliegt, allgemeine
revisionen der Schutzpocken-Impfungen anzuordnen. Es sind solche daher nur
zu halten, wenn damit kein besonderer Kostenaufwand verbunden ist.

B. R. Bl. 1848 S. 202.)

3.) Reglement für die Königliche Schutzpocken-Impfungs-Anstalt zu
1, v. 3. Okt. 1850.

1. Die Königliche Schutzpocken-Impfungs-Anstalt hat eine doppelte Be-
stimmung:

den Bewohnern Berlins eine fortwährende Gelegenheit zur Impfung und
Revakzination mittelst echter Kuhpocken-Lymphe zu verschaffen,

die zur Impfung-berechtigten Medizinalpersonen des preussischen Staats auf
den derselben mit echter Kuhpocken-Lymphe zu versorgen.

2. Durch die erstere Bestimmung, welche an sich Zweck der Anstalt und
Mittel zur Erreichung der zweiten Bestimmung ist, gehört die Anstalt als
render Theil der Berliner Sanitätspolizei an, ressortirt von, dem Königlichen
Präsidium und hat allen denjenigen Verpflichtungen zu genügen, welche der
Sanitätspolizei für das Impfwesen obliegt.

3. Dahin gehört:

die Ausführung derjenigen Impfungen, zu welchen die Impflinge freiwillig
gestellt werden,

die Ausführung der durch den Ausbruch der Menschenpocken nothwendig
werdenden Impfungen.

4. Zu den sogenannten freiwilligen Impfungen werden im Lokale der
Anstalt, außer der bisherigen Impfung am Sonntage, an zwei Wochentagen Ter-
min gesetzt und dem Publikum bekannt gemacht.

Unterfugung. In den Jahreszeiten, wo die Zahl der Impflinge gering zu
liegt, genügt nach dem Ermessen der Direktion die Impfung an den Sonntagen.

5. Die Impfung geschieht, nachdem die Namen der Impflinge, nebst An-
des Standes der Eltern, des Alters, Geschlechts, der Wohnung der Impflinge,
Erkunft, des Impfstoffes, des Datums der Impfung in die Impfliste eingetra-
gen ist, in der Regel von Arm zu Arm.

6. Die Revision des Erfolgs geschieht acht Tage nach der Impfung, eben-
falls an der Anstalt, und wird dann gleichzeitig der Erfolg in die Impfliste ein-
getragen und dem Geimpften eine Bescheinigung über den Erfolg der Impfung
ausgegeben.

7. Ein gleiches Verfahren wird bei Revakzinationen beobachtet.

8. Aus der Impfliste wird ein summarischer Extrakt am Jahreschlusse dem
Präsidium von der Direktion eingereicht. Die Listen werden in der Anstalt
aufbewahrt.

9. Ueber die Revakzinirten ist eine besondere Liste zu führen.

10. Die durch den Ausbruch der Menschenpocken nothwendig werdenden
Impfungen geschehen auf Veranlassung des Polizeipräsidiums in den Wohnungen
betroffenden Individuen oder in besonders dazu zu bestimmenden Lokalien. Die
Impfungen sind in eine eigne Liste eingetragen und erhalten bei der Befichtigung
des einen Impfschein.

11. Alle Impfungen und Revakzinationen geschehen unentgeltlich.

12. Lymphversendungen geschehen von der Anstalt an eine jede zur Impfung
berechtigte Medizinalperson des Preussischen Staats auf schriftliches portofreies
Verlangen derselben, und sind dafür Gebühren irgend einer Art nicht zu ent-

§. 13. Die Direktion der Anstalt hat diese Versendungen flüchtigster Frist zu bewirken und bedient sich dazu bei Postversendungen Rubrums: „Herrschaftliche Medizinalpolizei-Sache.“

§. 14. Der Direktion bleibt überlassen, Gesuche mehrerer in G in einem Kreise ansässiger Medizinalpersonen dadurch zu erlebigen, derselben Lymphymphe übersendet und die Verpflichtung auferlegt wird, Fortpflanzung vermehrten Lymphymphe auch die übrigen Medizinalpersonen zu sorgen.

§. 15. Dem hiesigen Medizinalpersonal kann nach dem Ermessen d. m. in der Anstalt Lymphymphe verabfolgt werden.

§. 16. Lymphympfversendungen an ausländische Aerzte und Behörden nicht in der unmittelbaren Bestimmung der Anstalt, doch wird die Anstalt, den desfallsigen Requisitionen auswärtiger Regierungen und Behörden zu genügen suchen.

§. 17. Ueber die Lymphympfversendungen ist ein Journal zu summarischer Uebersicht ebenfalls am Jahreschlusse dem Polizei-Präsidenten vorgelegt zu werden.

§. 18. Das Personal der Anstalt besteht aus dem Direktor, Aerzten und einem Assistenten, deren Obliegenheiten in einer besonderen Instruction enthalten sind. Die Ernennung dieser Beamten geschieht auf Vorschlag des Polizei-Präsidenten durch das Königl. Ministerium der Geistes- und Medicinal-Angelegenheiten.

§. 19. Das Lokal der Anstalt wird von dem Direktor gegenwärtige Miethsentschädigung beschafft, jedoch bedarf er dazu der Genehmigung des Polizei-Präsidenten, welches die Zweckmäßigkeit derselben hat.

§. 20. Einer der Beamten muß im Lokale der Anstalt wohnen.

§. 21. Die für die Impflinge durch die Impfung nothwendigen Heilmittel werden aus der Königl. Hofapotheke auf die Anweisung unentgeltlich verabfolgt.

§. 22. Die durch die Impfung etwa nothwendig werdende ärztliche Behandlung der Impflinge geschieht durch die Beamten unentgeltlich.

Berlin, den 3. Oktober 1850.

Königl. Polizei-Präsident. v. Hinrichs.
(B. M. Bl. 1850 S. 265.)

4.) Die B. v. 30. Juni 1845 wegen exekutivischer Beitreten und indirekten Steuern etc. in der Provinz Westphalen §. 1. Nr. 7., daß auf die Gebühren der Bezirks-Impfärzte für öffentlich bekannt gemachten Terminen vorgenommenen Impfungen fortan beizutreiben.

(G. G. 1845 S. 444. ff.)

III. Tollkrankheit. (Zu Thl. II. S. 285.)

1.) R. der R. Min. d. G., U. u. M.-M. (Eichhorn) u. des Reichs v. 4. Septbr. 1846 an das R. Reg.-Präsidentium zu Berlin für Fälle, in welchen Menschen von wuthverdächtigen Hunden gebissen worden.

Mit dem Verfahren, welches in dem Verwaltungsberichte des Präsidenten v. 11. Juni d. J. für die Fälle empfohlen worden ist, in welchen von wuthverdächtigen Hunden gebissen worden sind, können wir fern einverstanden erklären, als nicht jeder Hund, der einen Menschen sofort zu tödten ist. Dagegen erachten wir den Vorschlag, da, wo von verdächtigen Hunde außer Menschen auch Hunde gebissen worden sind, der Letzteren am Leben zu erhalten, um dadurch über den Gesundheitszustand des verdächtigen Hundes Gewißheit zu erlangen, wegen der großen Unkosten, für bedenklich.

Diese Ansicht hat in dem, von dem Kuratorium für die Thier-Angelegenheiten auf Erfordern erstatteten Gutachten Bestätigung gefunden, theilen daher dem R. Reg.-Präsidentium Abschrift desselben hierbei zur Kenntniss mit. (Anl. a.)

Ein R. Min. hat mittelst hochverehrlichen Rest. v. 15. v. M. von uns über den dem Verwaltungsberichte der R. Reg. zu N. angegebenen sanitäts-polizeilichen Vorschriften in Betreff der Hundswuth, eine gutachtliche Aeußerung befohlen zu dem Zwecke eine Abschrift der bezüglichen Stelle jenes Berichts mittheilt.

In dem Berichte über die polizeilichen Maaßregeln bei der Hundswuth wird ich bemerkt:

„daß die bestehende Vorschrift, wenn ein Hund andere Hunde gebissen hat, und er selbst in dem Verdacht der Wuth steht, dieser und alle Gebissenen getödtet werden sollen, unbedingt eine richtige sei, so lange dieses Thier keinen Menschen beschädigt hat.“

„Da solche Maaßregel aber auch befolgt werden muß, wenn der verdächtige Hund einen Menschen gebissen hat, so bringt selbige den Nachtheil hervor, daß der gebissene Mensch sich in der Noth befindet, sich der prophylaktischen Behandlung unterwerfen zu müssen, ohne von der Nothwendigkeit überzeugt zu sein.“

Wenn nun aber nicht daran gezweifelt werden kann, daß manche für wüthig gehaltene Hunde nur eben bissig, oder zum Borne angeregt waren, ohne darum eine vergiftende Wunde herbeizuführen, so erscheint es bedürftig, jene Vorschrift dahin zu modifiziren: daß, wenn neben einem Menschen auch Hunde gebissen, von diesem wenigstens einer, unter gehörigem Gewahrsam am Leben erhalten werde; indem, wenn dieser Hund gesund bleibt, die höchste Wahrscheinlichkeit, um nicht Gewißheit zu sagen, vorhanden ist, daß der beißende Hund nicht wüthig war.“

Der von der R. Reg. zu N. vorstehend angegebene Vorschlag scheint zunächst lediglich seiner allgemeinen Nothwendigkeit auf einer irrthümlichen Ansicht der bestehenden Gesetze zu beruhen, da dieselben das unbedingte Tödten jedes wüthigen Hundes nicht vorschreiben, vielmehr das Regl. vom 8. August und Gesetz vom 28. Okt. 1835 über die ansteckende Krankheiten im §. 95. ausdrücklich bestimmen:

„der verdächtig scheinende Hund, wenn er einen Menschen gebissen, muß, wenn es möglich ist, ihn ohne Gefahr einzufangen, zur Aufklärung der Sache und zur Beruhigung der gebissenen Person, in einen sicheren Behälter eingesperrt werden, bis er entweder ganz gesund wird, oder stirbt.“

Es bleiben hiernach also nur für solche Fälle, in denen der verdächtige Hund nicht, oder nicht ohne Gefahr eingefangen werden kann, aber wo dennoch Menschen gebissen worden sind, zur Beruhigung der letzteren und zur etwa möglichen Abwendung einer unnöthigen Prophylaxis die geeigneten Maaßregeln wünschenswerth.

Daß nun aber der von der R. Regierung zu N. in Antrag gebrachte Vorschlag als eine solche Maaßregel nicht anzunehmen sei, ergibt sich aus folgenden Gründen:

1) Die Aufbewahrung und Beobachtung nur eines von einem muthmaasslich gebissenen Hundes, in dem Falle, daß der in Observation gestellte Hund gesund bleibt, ist durchaus kein bestimmtes und sicheres Auskunftsmittel, ob ursprünglich bissig gewesene Hund an der Tollkrankheit gelitten habe oder nicht; die Erfahrung lehrt, daß bei Weitem nicht alle gebissenen und geimpften Hunde in die Wuthkrankheit verfallen, sondern oft die größere Anzahl derselben frei bleibt, — also auch zufälligerweise gerade bei dem in Observation gestellten Hund die Infektion stattgefunden haben kann.

2) Als ein unsicheres Argument die Observation eines gebissenen Hundes für den folgenden Schluß über das Vorhandensein der Wuthkrankheit des gebissenen Hundes abgiebt, beweisen recht deutlich außer anderen, die auf der Thierarzneischule vor drei Jahren von dem Professor Dr. Hertwig angestellten Versuche, in welchen bei zweien Hunden, mit dem Speichel eines wüthigen Hundes geimpft, die Wuthkrankheit nicht austrat, während ein Kalb und eine Gase, mit dem Speichel von selbigem Hunde geimpft, in die Tollkrankheit verfielen.

Die Erfahrung lehrt einerseits, daß die prophylaktische Behandlung der gebissenen Menschen um so erfolgreicher ist, je früher sie eingeleitet wird — und andererseits, daß die Wuthkrankheit bei wirklich infizirten Hunden in sehr ungleicher Zeit vor 28 Tagen, zuweilen erst nach 10 Wochen und selbst noch später

Unterdrückung der Rindviehpest (Röserbürrer) in gesundem Zustande, obrigkeitlicher Anordnung getödtet worden ist.

Es bleibt jedoch vorbehalten, wegen Ausdehnung dieser Versicherung an der Rindviehpest gefallene, sowie auf das wegen dieser Seuche im krankenstande getödtete Vieh weitere Bestimmung unter ständischem Beirath zu treffen.
Diese Meine Ordre ist durch die Amtsblätter der Provinz Preußen zu lichen Kenntniß zu bringen.

Am Bord der Königin Elisabeth, den 22. Juni 1845.

Friedrich Wilhelm.

An das Staatsministerium.

(G.-G. 1845 S. 161.)

II. Maaßregeln gegen einzelne Thier-Krankheiten.

A. Die Rinderpest. (Zu Thl. II. S. 343. ff.)

1.) B. des K. Min. des J. (Abthl. 2. Mathis) an die K. d. Oppeln v. 28. Jan. 1847. Zu beobachtende Vorsichtsmaaßregeln b am Milzbrande krepirten Vieh.

Die von dem Rittergutsbesitzer N. zu N. erhobene Beschwerde und die K. Reg. darüber unterm 5. August und 30. Nov. v. J. erstatteten Bericht dem Min. des Inn. zur nochmaligen Erwägung der bestehenden Vorschriften der zu beobachtenden Vorsichtsmaaßregeln in Bezug auf das am Milzbrande krepirte Vieh, Veranlassung gegeben und muß dasselbe sich in Folge dessen ausscheiden, daß die A. K. D. vom 28. Juni 1825 (G. G. S. 172.), wodurch geschrieben worden,

daß das am Milzbrande gefallene Vieh bei Vermeidung der im Pat. 2. April 1803 §. 161. 1) verordneten Strafen mit Haut und Haat

1) §. 161. l. c. Wenn in einem Orte im Lande eine Krankheit unter dem Vieh, von den zur Ausmittelung derselben gesetzten Behörden, für ein anerkannt worden ist, so verfallen in der Regel in Festungsstrafe:

1) Viehbesitzer und Hirten, sowie alle Personen aus dem infizirten welche bei der Wartung des Rindviehes Geschäfte oder auch die über einen Viehstand haben, wenn sie Krankheiten oder Sterbefälle sich unter denselben ereignen, verheimlichen, das gefallene Rindvieh vergraben, §. 61., oder die angeordnete Absonderung des kranken verlassen.

Für eine Verheimlichung aber wird angesehen, wenn die Krankheit nicht bei dem bestellten Aufseher des Orts, und so lange Aufseher noch nicht angestellt ist, bei dem Gemeindevorsteher, oder einigen Personen unverzüglich geschieht, welchen solche obliegt; und sobald als ihnen die Krankheit bekannt geworden, §. 42., 43., 44. zeigen, die an andere Personen geschehen sind, können dieses nicht entschuldigen.

2) Gemeindevorsteher, welche die Sperrung verabsäumen.

3) Diejenigen, welche in dem infizirten Orte bei dem Rindvieh haben, und sich nach andern Orten oder Feldmarken begeben.

4) Alle diejenigen, welche Rindvieh und Schafvieh oder giftfangende aus dem infizirten Orte nach andern Orten oder Feldmarken §§. 24., 68.

5) Diejenigen, welche aus gesunden Orten Rindvieh, Schafvieh oder giftfangende Sachen durch den infizirten Ort, über dessen Feldmarken die für diesen Ort abgesonderten Hütungen, Holzungen und Begrenzungen bringen, insofern nicht in dem Viehsterbepatente andere Ausnahmen hierüber festgesetzt sind. §§. 24., 68.

6) Alle diejenigen, welche aus dem infizirten Orte mit Rindvieh oder giftfangenden Sachen die abgesonderten Hütungs-, Holzungs- und Begrenzungen, ferner den zu den Quarantaineställen und zu den Begrenzungen abgesonderten Bezirk überschreiten, sowie auch diejenigen, Mühlenfuhren mit Ochsen verrichten. §§. 63—66.

7) Diejenigen, welche aus dem infizirten Orte Rindvieh oder giftfangende Sachen veräußern. §. 68.

ben werden soll, durch die A. R. D. vom 8. August 1835 (G. S. S. 240.) für aufgehoben nicht zu erachten, sondern neben dem §. 114. 1) des durch die letztgenannte A. D. genehmigten Regul. zur Anwendung kommen muß.
(B. M. Bl. 1847 S. 13.)

2) A. der R. Min. d. G., U. u. Med.-Ang. (v. Ladenberg) u. des J. Rathis) v. 23. Juli 1847 an die R. Reg. zu N. Contagiosität der Milzbrand-Krankheit.

Den Bericht, welchen die R. Reg. unterm 18. März d. J., in Betreff der Verbreitungsurfachen des Milzbrandes in Ihrem Bezirke und der Anstellung von Versuchen zur Ermittlung der Contagiosität der Krankheit erstattet hat, ist dem Rectorium der Thierarzneischul-Angelegenheiten mitgetheilt worden. Da jedoch das Rectorium in seinem Gutachten (Anl. a.) sich dahin erklärt hat, daß das Ansteckungs-mögen des Milzbrandes durch sehr viele zufällige Erfahrungen und absichtlich angestellte Beobachtungen festgestellt sei, so daß darüber ein gegründeter Zweifel nicht obwalten könne, und die Contagiositätsfrage des Milzbrandes in sanitätspolizeilicher Hinsicht hinlänglich gelöst erscheine, so muß Anstand genommen werden, den Anträge der R. Reg. wegen Ueberweisung einer Summe zur Anstellung neuer Versuche statt zu geben.

- 8) Alle diejenigen, welche bei Sperrung eines Gehöftes im Orte, oder bei der Sperrung eines Ortes selbst, oder bei der Sperrung einer Feldmark, mit Rindvieh oder giftfangenden Sachen den Sperrungsbezirk überschreiten. §§. 77., 85., 90., 95.
 - 9) Diejenigen, welche ohne Erlaubniß des Landraths in dem infizirten Orte Öffnungen der gestorbenen Stücke vornehmen. §. 60.
 - 10) Alle diejenigen, besonders auch die Abdeckerknechte, welche Rindvieh, das an der Seuchenkrankheit gefallen ist, abledern, aus diesem Talg herausnehmen, Luder und andere Theile abschneiden. §§. 59., 60.
 - 11) Diejenigen, welche, auch nachdem die Seuche aufgehört hat, vor dem bestimmten Termine Rindvieh und giftfangende Sachen veräußern oder herausbringen. §. 127.
 - 12) Diejenigen, welche nach beendigter Seuchenkrankheit Rauchsutter verkaufen oder nach andern Orten bringen, welches über Ställen gelegen hat, worin Rindvieh erkrankt ist. §. 126.
 - 13) Obrigkeiten, welche bei der Seuchenkrankheit aus und zu den infizirten Orten Wallfahrten gestatten, oder bei festgesetzten Wallfahrten das Verbot derselben unterlassen, ingleichen die Wallfahrtenden selbst, wenn sie im ersten Fall ohne Erlaubniß, und im zweiten gegen das Verbot die Wallfahrt unternehmen. §. 73.
 - 14) Diejenigen Einwohner des infizirten Ortes, welche Menschen oder Vieh aus andern Orten aufnehmen, insofern die Aufnahme nicht ausdrücklich im Viehsterbenpatente oder durch den Landrath nachgelassen worden. §. 73.
 - 15) Alle diejenigen, welche sich denen Personen, die zur Ausführung im Viehsterbenpatente geordneten Anstalten sowohl im Orte selbst als außerhalb desselben angesetzt sind, thätlich widersetzen, oder selbige mit groben Beleidigungen behandeln. Inzwischen kann, wenn nicht wissentlich, sondern nur aus grober Nachlässigkeit gefehlt ist, nach Maaßgabe der Schuld und des entstandenen Schadens, Gefängniß- und Geldstrafe eintreten. Bei letzter werden zwar 5 Thlr. einem achttägigen Gefängnißarrest in der Regel gleich gehalten, der Richter kann aber nach Beschaffenheit der Vermögensumstände sie auf 10—40 Thlr. erhöhen.
- §. 114. l. c. Die an einer Milzbrandkrankheit krepirten Thiere dürfen nicht abgezogen werden, sondern müssen mit Haut und Haaren, nachdem die Haut vorher, um sie unbrauchbar zu machen, an mehreren Stellen durchschnitten worden, in sechs Fuß tiefe Gruben geworfen, in denselben mit einer, wenigstens eine Hand hohen Schicht Kalk überschüttet und sodann mit Erde und Steinen bedeckt werden.

Nur den Aerzten und Thierärzten ist es erlaubt, in einzelnen Fällen zur genaueren Untersuchung der Krankheit ein solches krepirtes Thier zu öffnen, jedoch nur nach dem völligen Erfalten des Kadavers und bei genauer Beobachtung der erforderlichen Vorichtsmaaßregeln.

Anl. a.

Obgleich in der neueren Zeit die Aufmerksamkeit der Landwirthe und Thierärzte auf die in manchen Gegenden so großen Schaden bringende Milzbrand-Krankheit besonders gerichtet und diese auch in ihrem geheimnißvollen Auftreten immer besser erkannt worden ist, so bleibt doch noch sehr viel zu erforschen übrig und muß daher das dahin gerichtete Streben der K. Reg. zu N. dankbar von uns anerkannt werden.

Den Weg, welchen die K. Reg. in Bezug auf die aufgestellten Fragen an die Landwirthe einzuschlagen beabsichtigt, finden wir ganz geeignet, und können wir über das beigefügte Fragen-Schema (Anl. b. und c.) uns um so mehr einverstanden erklären, als die Fragen den neueren Beobachtungen über den Milzbrand, besonders bei Schafen, entnommen sind und deshalb dazu dienen werden, diese Beobachtungen zu bestätigen und zu vervollkommen, oder, was aber kaum wahrscheinlich, zu widerlegen.

Wenn die K. Reg. in Ihrem Berichte sagt: „die sonst viel genährte Vermuthung, daß der Milzbrand durch irgend welche Pflanzen nach deren Genuß erzeugt werde, hat sich, nach den zum Theil werthvollen Berichten unserer Kreisphysiker und Apotheker nirgends bestätigt,“ so erlauben wir uns hierbei zu bemerken, wie auch wir, ohne daß uns jene Berichte bekannt geworden sind, stets der Ueberzeugung gewesen, daß irgend welche Pflanzen-Gattung den Milzbrand nicht erzeugen, wenn denn auch alle thierärztlichen Berichte und die neueren thierärztlichen Schriften übereinstimmen. Wie aber die Apotheker im Stande gewesen sind, über die Aetiologie einer, unter den verschiedensten Umständen auftretenden Krankheit abzuurtheilen, vermögen wir nicht einzusehen. Ob die mit Kryptogamen besetzten Futterstoffe unter gewissen Umständen den Milzbrand erzeugen, bedarf zwar immer noch einer weiteren Bestätigung, keineswegs aber können wir es übergehen, wenn die K. Reg. in ihrem Berichte ferner sagt, daß dies eine hypothetische Anschuldigung sei, die mehr auf einem vorzeitigen Heranziehen mikrobiologischer botanischer Forschungen, als in den Erfahrungen selbst zu beruhen schiene, denn es sind viele Thatsachen bekannt, welche die befallenen Futterstoffe als Ursache des Milzbrandes oder wenigstens einer derselben sehr ähnlichen Blutvergiftung sehr bestimmt annehmen lassen. Die vegetabilischen Futterstoffe erlangen in manchen Gegenden auf besonderem Boden unter gewissen Witterungs-Verhältnissen eine solche Beschaffenheit, daß sie auch ohne Kryptogamen den Milzbrand erzeugen, haben sich aber zugleich auch Kryptogamen gebildet, sind also auch solche Futterstoffe zugleich befallen, so tritt die schädliche Wirkung in Bezug auf Milzbrand um so bestimmter hervor.

Diese Erläuterung haben wir hier für nöthig gehalten, um die Aufmerksamkeit der K. Reg. bei Verfolgung des rühmlichst anzuerkennenden Zwecks auf einen sehr wichtig dünkenden Gegenstand zu lenken.

In Bezug auf die von der K. Reg. beabsichtigten Impfversuche müssen wir bemerken, daß das Ansteckungsvermögen des Milzbrandes, ganz abgesehen davon, ob dasselbe auf einem Virus oder auf einem Contagium beruhet, durch sehr viele, sowohl zufällige, als absichtlich angestellte Beobachtungen (Impfversuche) festgestellt ist, so daß darüber wohl kein gegründeter Zweifel mehr obwalten kann und welche Contagiositäts-Frage des Milzbrandes in sanitäts-polizeilicher Hinsicht hinlänglich gelöst erscheint.

Wenn aber die K. Reg. die nähere Erörterung der Contagiositäts-Frage durch anderweitige Impfversuche zu fördern beabsichtigt, so glauben wir, daß zur Erreichung dieses Zweckes ein mehrseitiges, nach einem vorher feststehenden Plane geführtes und mit großer technischer Umsicht geleitetes Verfahren nothwendig ist. Wir glauben daher, Ew. Erz. erleuchtetem Ermessen ehrerbietigst anheimstellen zu müssen.

die K. Reg. zu veranlassen, den Plan, nach welchem die Impfversuche angestellt werden sollen, zuvor Ew. Erz. zur Genehmigung vorzulegen.

Von den mehrfachen desfalligen Versuchen und Beobachtungen erlauben wir uns hier die von Hildebrand (Blutseuche der Schafe, 1841.), von Gilert (Magazin für die gesammte Thierheilkunde von Gurlt und Hertwig. 12. Band.) und die von Gmelin (Blutseuche der Schafe. 1846.) gehorsamst anzuführen.

Berlin, den 21. Mai 1847.

Das Kuratorium für die Krankenhaus und Thierarzneischul-Angelegenheiten
Lohmeyer.

Anl. h.

Die Milzkrankheiten, auch unter dem Namen der Blutseuche, des Milzbrandes, brandigen Rothlaufs, der brandigen Bräune bekannt, werden in

jen unseres Verwaltungsbezirks jährlich große Opfer unter den Hausthieren. auch unsererseits zur nähern Erforschung der Ursachen jener Krankheit, und zur Minderung der durch sie herbeigeführten Verluste beitragen zu können, ist zuerst die Sammlung der Beobachtungen und Erfahrungen der großen und kleinen Landwirthe über die fragliche Krankheit erforderlich: eines Schafes, welcher wegen der erheblichen Verschiedenheit der äußern Veranlassungen je nach den Ländschaften, theils wegen der unvermeidlichen Einseitigkeit und der Vermischung mit halbweisen oder irrigen Meinungen, bisher einen ersprießlichen Nutzen vermessen lassen. Wir ersuchen demgemäß die Herren Rittergutsbesitzer, Pächter, Jägersbeamten und Ortsvorsteher, die nachfolgenden Fragen (Anl. c.) bis zum 1. August d. J. zu beantworten, oder durch geeignete Personen beantworten zu lassen, wobei wir bemerken, daß es uns vorzüglich auf sichere, eigene, oder von den uns auf glaubhafte Weise mitgetheilte, in dem jedesmaligen Wohnorte gemachte Beobachtungen ankommt, und daß wir auch außerdem jeden Beitrag von umsichtigen erfahrenen Landwirthen, welcher bis zum gesetzten Termin an die K. Landraths-Präfectur abgegeben wird, gern annehmen werden. Wir beabsichtigen demnächst, den Inhalt der auf diesem Wege gewonnenen Beiträge zusammenstellen, die Namen der Beitragenden, wenn nicht ausdrücklich ein Anderes bestimmt wird, vorzudrucken, veröffentlichen und nach Maßgabe der Erheblichkeit der gemachten Mittheilungen auch unter die Herren Mitarbeiter vertheilen zu lassen.

N. N., den 12. April 1846.

Königl. Regierung. Abtheilung des Innern.

Circulare.

Anl. c.

- Wann hat sich zuerst der Milzbrand gezeigt?
- a. mit Unterbrechungen?
 - b. in zunehmendem Grade?
 - c. in wesentlich gleichförmigen Verhältnissen?
 - d. hat die Krankheit aufgehört? wann?
 - e. welchen Umständen schreibt man den Erfolg zu?
- a. Welches sind, außer dem Milzbrande, die am häufigsten vorkommenden Krankheiten mit ungefährender Angabe der jährlichen Opfer von jedem Hundert?
- b. ist namentlich die Lungenfäule unter den Schafen oft herrschend? und
 - c. tritt sie im Wechsel mit dem Milzbrande auf?
- Wie hoch beläuft sich in jedem der letzten fünf Jahre der Verlust durch Milzbrand vom Hundert
- a. an Schafen,
 - b. an Rindvieh,
 - c. an Schweinen?
- a. Kommt der Milzbrand auch außer der gewöhnlichen Seuchezeit vom Juli bis October vor?
- b. treten nach dem Aufstallen der Schafe im Herbst regelmäßig oder gewöhnlich keine Sterbefälle ein?
 - c. wie lange dauert dieser freie Zwischenraum?
- Wie groß ist die Gesamtzahl der an der schwarzen Blatter erkrankten und vom milzbrandigen Vieh angesteckten Menschen in den letzten fünf Jahren?
- Sind die Schafe unveredelt, halberedelt, ganz veredelt?
- a. mit Angabe des Preises für den Stein Wolle aus den letzten Jahren;
 - b. hat die Blutsuche mit dem Grade der Veredlung an Ausbreitung zugenommen?
 - c. sind insbesondere die Früchte neuer und edler Böcke mit wenig veredelten Mutterschafen dem Milzbrande vorzüglich ausgesetzt?
 - d. schreitet die Veredlung hier langsamer fort, als in den von der Blutsuche frei bleibenden Schäferereien?
 - e. sind die aus fernen Gegenden angekauften Häupter dem Milzbrande mehr ausgesetzt, als die schon an die Dertlichkeit gewöhnten?
- a. Sind die Wiesen auch im Sommer Ueberschwemmungen ausgesetzt?
 - b. enthalten sie tiefe Stellen ohne Wasserabzug, Sümpfe, Kolke?
- Wird das in tiefen Stellen oder im Sumpfboden gewachsene Gras
- a. abgeweidet oder
 - b. als Heu verfüttert?

- a) an Schafe?
b) an Rindvieh?
- 9) a. Wachsen auf den Wiesen viel saure Kräuter?
b. wie ist bei trockenem Einbringen die Futterkraft des Heues?
- 10) Ist das zur Tränke benutzte Wasser
a. fließend,
b. aus Brunnen,
c. oder in Teichen aufgefangenes Sammelwasser?
d. ist sie von besonderer Beschaffenheit?
e. werden die Schafe zuweilen in Laken, Teichen Rollen getränkt?
f. fehlt es an gutem Wasser in heißem Sommer?
g. wird die Tränke durch Laubfall im heißen Sommer und im Herbst reinigt?
- 11) a. Zeichnen sich in der Feldmark einzelne Gegenden dadurch aus, daß die den und Hörden der Schafe auf ihnen den Milzbrand in stärkerem hervorzurufen pflegt?
b. was wird außerdem an jenen Gegenden bemerkt?
c. von welcher Bodenbeschaffenheit?
- 12) a. Erleiden benachbarte Gemeinden vorzugsweise starken oder geringen durch Blutsuche?
b. welchen Umständen wird dieser Erfolg zugeschrieben?
- 13) Welche Witterungs-Beschaffenheit hat einen bemerklichen Einfluß auf nahme des Milzbrandes
a. schwüle Luft,
b. Gewitter,
c. anhaltende Hitze,
d. Dürre,
e. Wind,
f. Wechsel von Wärme und Kälte,
g. anhaltender Regen,
h. anhaltende Kälte,
i. Thau?
k. hat sich der Genuß von Regenwasser nach anhaltender Dürre als be nachtheilig befundet?
- 14) a. Befördert das Austreiben der Heerde vor dem Abtrocknen des Thaues Milzbrand jederzeit, oder
b. nur dann, wenn der vorangegangene Nebel einen auffallend üblen hatte?
- 15) Welches sind die gewöhnlichen Futtermittel
a. im Winter,
b. im Sommer?
- 16) Hält man das eine oder andere von ihnen für verdächtig und den Milz befördernd?
- 17) a. Werden die Wiesen zur Huthung benutzt,
b. in welcher Zeit?
c. mit oder ohne Einfluß auf den Milzbrand?
- 18) Fördert der schnelle Uebergang von knappem Futter zu reichlichem und insbesondere der Beginn der Stoppelweide, die Krankheit?
- 19) Leiden die Futterkräuter häufig vom Befallenwerden
a. durch Rost?
b. Mehlthau?
c. Brand?
d. welche Pflanzen vorzugsweise?
e. welche Wirkung hat man vom Verfüttern befallener Kräuter vor und Seuchezeit bemerkt?
f. erzeugt der Genuß des abgefallenen Laubes die Blutsuche?
g. können befallene Erbsen und Wicken durch das Garmachen mittelst der Erhitzung rücksichtlich des Milzbrandes unschädlich gemacht werden?
- 20) a. Hat der Boden, auf welchem die Futterkräuter gewonnen werden, einen lichen Einfluß auf Beförderung des Milzbrandes geäußert?
b. von welcher Beschaffenheit ist ein solcher Boden?
c. wie tief steht die Ackerkrumme?
d. ist sie locker, oder fest und in der Trockenheit rissig?

- e. braust sie mit Schwefelsäure (Vitriolöl) stark auf?
 f. eignet sich das Land vorzüglich zum Turnipsbau?
- 1) a. Ist der Untergrund durchlassend?
 b. besteht er aus Thon, Lehm oder Kies, wo möglich mit Angabe der Mächtigkeit?
 c. steht Gestein zu Tage aus? welches?
- 2) a. Enthalten die Ställe hinreichenden Raum und
 b. ist für Lüfterneuerung durch Züge an dem obern und untern Theile der Wände gesorgt?
- 3) a. Besteht Koppelhuthung oder
 b. bloß eigene Weiden,
 c. seit welcher Zeit letztere?
 d. mit welchem Erfolge für den Milzbrand?
- 4) a. Werden die Schafe gehorbet,
 b. unter welchen Umständen hat man Zunahme der Krankheit hiervon bemerkt?
 c. hört die Seuche auf nach dem Einstellen des Fördens?
- 5) a. Wird das Rindvieh bloß im Stalle gefüttert oder
 b. auch geweidet?
 c. in welchen Monaten?
 d. mit nachtheiligem oder günstigem Erfolge?
- 6) a. Pflügt man bei knapper Weide in Folge anhaltender Dürre die Schafe vor dem Austreiben zu füttern?
 b. mit sichtbar günstigem Erfolge?
- 7) a. Hat man vom Salzlecken Vortheile oder Nachtheile in Bezug auf Milzbrand bemerkt und
 b. unter welchen besonderen Umständen?
- 8) a. Hat das üppig aufschießende Gras mehrere Tage nach einem Gewitter auf anhaltende Dürre den Milzbrand befördert?
 b. waren im bejahenden Falle die abgestorbenen Grashalme etwa in Fäulniß übergegangen?
- 9) a. Ist der starke Nachwuchs vom ausgefallenen Getreide den weidenden Schafheerden nachtheilig gewesen?
 b. fanden sich im bejahenden Falle an den Stoppeln Stock- oder Schimmelflecke?
- 10) Kann, ohne auffällige Zunahme des Milzbrandes, auch stockiges, schimmliches oder in Erhigung und Gährung begriffenes Futter verabreicht werden:
 a. in der gewöhnlichen Seuchezeit?
 b. im Winter?
- 11) Welche Hülfsmittel in der Verpflegung hat man am bewährtesten gefunden,
 a. um dem Milzbrande zuvorzukommen?
 b. um den erfolgten Ausbruch wieder zu beschränken?
- 12) a. Wann pflegt man das Jungvieh zur Begattung zuzulassen?
 b. gewährt die frühe Zulassung Schutz vor dem Milzbrande?
- 13) a. Nimmt das Verkälben und Verlaumen in gleichem Grade zu, als die Neigung zum Milzbrande unter den Viehheerden steigt?
 b. gewährt es den Mutterthieren einen deutlichen Schutz vor dem Milzbrande?
- 14) a. Haben sich einzelne Heilmittel bewährt bei dem vom Milzbrande betroffenen Rindvieh?
 b. ist besonders der Aderlaß zur Verhütung und zur Kur allgemein oder unter besondern Umständen als heilsam zu empfehlen?
- 15) Unter welchen Umständen hat man die Verbreitung des Milzbrandes durch Ansteckung
 a. auf Thiere,
 b. auf Menschen wahrgenommen?
- Verweilige Beobachtungen und Bemerkungen.
 (B. R. Bl. 1847 S. 202.)

3.) Bekanntmachung der K. Reg. zu Gumbinnen, v. 24. Juli 1848. Maßregeln gegen die Milzbrand-Krankheit.

Der Milzbrand tritt in diesem Sommer wiederum sehr häufig bei fast allen Thieren unserer Hausthiere auf und bereits haben auch wieder mehrfache Unfälle durch Uebertragung des Milzbrandgiftes auf Menschen stattgefunden. Wir finden uns hierdurch veranlaßt, die gesetzlichen Bestimmungen über die gegen diese Krankheit und besonders gegen deren Uebertragung auf Menschen zu treffenden

Maafregeln hierdurch, nebst einigen erläuternden Bemerkungen, aufs Neue in Erinnerung zu bringen. Jene Bestimmungen — das Regulativ v. 28. Okt. 1835, §. 109. ff. — lauten:

§. 109. Wird ein Thier vom Milzbrande befallen, so ist, bei Vermeidung einer Geldstrafe von 5 Thlrn. oder Stägiger Gefängnißstrafe, der Polizeibehörde so gleich davon Anzeige zu machen.

§. 110. Die erkrankten Thiere müssen von den gesunden genau abgesondert und geeigneten Wärtern übergeben werden. Diese sind über die Gefahr der Ansteckung und die zur Verhütung derselben zu befolgenden Vorsichtsmaafregeln zu belehren. Insbesondere dürfen die Wärter keine Verletzungen im Gesicht oder an den Händen haben.

§. 111. Allen Personen, die nicht approbirte Thierärzte sind, ist das Anrühren milzbrandkranker Thiere und besonders das sogenannte Brechen oder Herauspihen des Rückenblutes, bei einer Geldstrafe von 10 bis 20 Thlrn. oder 14tägiger bis 4wöchentlicher Gefängnißstrafe, verboten.

§. 112. Die Thierärzte haben, bei Vermeidung gleicher Strafe, darnach zu sehen, daß das Aderlaßblut von milzbrandkranken Thieren, die bei demselben gebrauchten Haarseile, die Leder aus den Fontanellen und ähnliche, zur weiteren Verbreitung der Krankheit geeignete Gegenstände hinlänglich tief vergraben, oder sonst vernichtet werden.

§. 113. Das Schlachten milzbrandkranker Thiere, so wie der Verkauf und Verbrauch des Fleisches und der Milch von ihnen, ist bei 10 bis 20 Thlrn. Geld, oder 8 bis 14tägiger Gefängnißstrafe verboten. Ist dadurch aber ein Schaden veranlaßt worden, so treten die allgemeinen gesetzlichen Strafbestimmungen in §§. 772 ff. des Allg. Landrechts Th. II. Tit. 20., ein.

§. 114. Die an einer Milzkrankheit krepirten Thiere dürfen nicht abgeputzt werden, sondern müssen mit Haut und Haaren — nachdem die Haut vorher, um sie unbrauchbar zu machen — an mehreren Stellen durchschnitten worden, in tiefen Gruben geworfen, in denselben mit einer, wenigstens eine Hand hohe Schicht Kalk überschüttet und sodann mit Erde und Steinen bedeckt werden. Den Aerzten und Thierärzten ist erlaubt, in einzelnen Fällen zur genauen Untersuchung der Krankheit ein solches krepirtes Thier zu öffnen, jedoch nur nach dem völligen Kalten des Kadavers und bei genauer Beobachtung der erforderlichen Vorsichtsmaafregeln. (S. §. 116.)

§. 115. Sämmtliche mit dem kranken Thiere in Berührung gewesene Gegenstände, die von demselben zurückgebliebenen Auswurfstoffe, der Stall, in welchem sich dasselbe befunden, müssen theils vernichtet, theils nach Vorschrift der Disinfections-Instruktion gereinigt werden. (S. §. 116.)

§. 116. Schweine, Hunde, Katzen, Federvieh und andere Thiere müssen von den Ställen und von den Abgängen der milzbrandkranken Thiere, so wie von den Kadavern derselben, auf's Sorgfältigste abgehalten werden.

§. 117. Erkrankt ein Mensch durch Ansteckung von milzbrandkranken Thieren an der schwarzen Blatter oder auf andere Weise, so muß hiervon sogleich der Polizeibehörde Anzeige gemacht werden. Bleibt derselbe in seiner Wohnung, so ist entweder eine Bezeichnung derselben mittelst einer Tafel oder eine genaue Notiz der Kranken statt.

§. 118. Alles, was zum Reinigen und Verbinden des Kranken gebraucht worden ist, muß ohne Verzug vernichtet werden. Nach Beendigung der Krankheit sind die Wohnung des Kranken, so wie sämmtliche mit demselben in Berührung gekommenen Gegenstände, zu reinigen und zu desinfiziren, resp. zu vernichten.

Indem wir die genaue Befolgung dieser gesetzlichen Vorschriften allen betheiligten Behörden und Beamten, so wie dem gesammten Publikum, aufs Echnstlichste anempfehlen, bemerken wir noch, daß dieselben, da der Milzbrand eine unter verschiedenen Formen auftretende und oft nicht sogleich mit Bestimmtheit zu erkennende Krankheit ist, natürlich auch für diejenigen Fälle gelten, in welchen ein Thier unter Umständen erkrankt, welche die Vermuthung des Milzbrandes nahe legen müssen. Das Beste ist es, wie sich von selbst versteht, in allen diesen Fällen die sachverständige Beurtheilung und Hülfe eines wirklichen Thierarztes zu suchen. Wo dies nicht geschieht, müssen wir um so mehr von der eigenen Erfahrung und Kenntniß der Viehbefitzer erwarten, daß sie verdächtige und gefährliche Umstände ihrer Hausthiere alsbald zu erkennen wissen, und hierbei alle gesetzlichen Vorschriften, namentlich zunächst die §. 109. gebotene Meldung nicht unterlassen werden. Die Polizeibehörden aber weisen wir an, in den Fällen von Milzbrand

Ich nicht sofort bei ihnen angemeldet, sondern erst nachträglich zu ihrer Kenntniß gelangt sind, und insbesondere da, wo bereits eine Uebertragung auf Menschen stattgefunden hat — neben den Anordnungen in Betreff der nöthigen Hülfe, welche fürlich vor allen Dingen getroffen werden müssen — jedesmal streng zu unteruchen, ob nicht von irgend einer Seite eine strafbare Fahrlässigkeit stattgefunden be. Hierbei wird die Entschuldigung der Unkenntniß den Viehbefizern im Allgemeinen nicht zu Gute kommen dürfen, sondern in jedem einzelnen Falle ermittelt werden müssen, ob die Umstände von der Art gewesen, daß der wohlbegründete Verdacht einer Milzbrand-Erkrankung habe entstehen müssen, und — wie in der Regel — auch wirklich gehegt worden sei, aber ohne zugleich den bestehenden Vorschriften nachzukommen, d. h. insbesondere den Fall der Polizeibehörde anzumelden und sich des Schlachtens und Ablebens der unter verdächtigen Umständen erkrankten Thiere zu enthalten. Alle Fälle der letztern Art sind sofort mit den gesetzlichen Strafen zu belegen, event. zur gerichtlichen Untersuchung zu überweisen.
(B. M. Bl. 1848 S. 234.)

II. Die Lungenseuche.

St. des K. Min. des I. (Mathis) v. 28. Aug. 1847 an die K. Reg.
N. Verfahren mit dem an der Lungenseuche erkrankten Rindvieh.

Der K. Reg. ist bereits unterm 2. Sept. v. J. eröffnet worden, aus welchen Gründen auf das von Derselben beantragte Verbot der Behandlung des an der Lungenseuche erkrankten Rindviehes durch Nichtthierärzte nicht eingegangen werden konnte. Das Min. des Inn. muß aber auch Bedenken tragen, dem in dem andern Bericht der K. Reg. vom 3. Oktober v. J. gemachten Vorschlage, jenes Verbot nur in Ansehung der Seuchen zu erlassen, welche durch einen wissenschaftlichen Thierarzt als solche anerkannt sind, weitere Folge zu geben.

Während für die meisten ansteckenden Viehkrankheiten die bestehenden polizeilichen Anordnungen ausreichend zu sein scheinen, werden namentlich für den dortigen Regierungsbezirk nur hinsichtlich der Lungenseuche des Rindviehes noch weitere Maßregeln für erforderlich erachtet. Diese weit verbreitete und häufig vorkommende Seuche ist aber gerade eine solche, gegen welche auch die wissenschaftliche Thierheilkunde zur Zeit kein irgend zuverlässiges Mittel kennt. Absonderung, und vielleicht noch mehr die schnelle Tödtung der erkrankten Thiere, scheinen die wirksamsten Maßregeln gegen ihre Verbreitung zu sein. Die Tödtung darf jedoch nicht zwangsweise angewandt, sondern nur besonders für dasjenige Stadium der Seuche empfohlen werden, wo das Fleisch der kranken Thiere noch ganz brauchbar ist. Zur Durchführung beider Maßregeln bedarf es aber des Verbots der Heilversuche durch Nicht-Ärzte nicht, ein solches würde daher um so mehr als eine Härte erscheinen, erfahrungsmäßig auch ohne Behandlung durch wissenschaftliche Thierärzte ein ganz unbedeutender Theil des an der Lungenseuche erkrankten Viehes geneset, dann, als vor der Wiederkehr der Seuche geschützt, einen um so größeren Nutzen hat. Man muß sich daher für die Zulassung des Schlachtens der lungenkrankten Rinder unter gewissen Vorsichtsmaßregeln, nach dem Vorstehenden um so mehr erklären, als das in dieser Hinsicht von dem Königl. Kuratorium für die Forsthaus- und Thierarzneischul-Angelegenheiten wiederholt abgegebene Gutachten spricht.

Ganz abgesehen davon, daß in dem Schlachten der lungenseuchekranken Rinder das sicherste Mittel gegen die Weiterverbreitung und selbst für die Tilgung der Seuche erkannt werden muß, und daß durch das Schlachten solcher Thiere nicht den Viehbefizern eintretenden Falles eine wesentliche Verminderung ihres Einkommens gewährt, sondern auch für den Verbrauch eine bedeutende Fleischmasse erhalten wird, so hat dieses Gutachten das Schlachten des an der Lungenseuche erkrankten Viehes an sich um deswillen für zulässig erklärt, weil nach den zahlreichen Beobachtungen der Genuß des Fleisches, selbst von den im höchsten Grade dieser Krankheit befallenen Thieren, für die menschliche Gesundheit durchaus schädlich ist. Dabei sind jedoch zur Verhütung einer Weiterverbreitung der Seuche folgende Beschränkungen für nothwendig erachtet worden:

- 1) das Schlachten lungenseuchekranker Rinder muß an dem Orte der Seuche selbst erfolgen;
- 2) das Fleisch darf erst nach völligem Erkalten ausgeführt werden;
- 3) die Lungen müssen an dem Seuchenorte zurückbehalten und vergraben werden, und endlich

- 4) dürfen die Häute nicht im frischen Zustande, sondern erst getrocknet sein, aus den von der Seuche heimgesuchten Ortschaften werden.

Demgemäß hat die K. Reg. das Weitere zu veranlassen.

(B. M. Bl. 1847 S. 205.)

Dritter Abschnitt.

Ueber die Tragung der zur Unterdrückung ansteckender Krankheiten wendeten Kosten. (Zu Thl. II. S. 390. ff.)

Verordnung der K. Reg. zu Liegnitz v. 31. Aug. 1846.
der Kur- und Arzneikosten für unvermögende Kranke.

Obwohl es aus den allgemeinen gesetzlichen Bestimmungen hervorgeht, dass in solchen Fällen Aerzte und Apotheker für Behandlung unvermögender Kranken Verabfolgung von Medicamenten einen Anspruch an die Kommune zur Beilegung ihrer Forderungen durch die Polizeibehörde machen können, so gehen dennoch häufig Beschwerden über Verweigerung solcher Forderungen ein, auf welche wir eine Abhilfe nicht gewähren können, weil die Führer die gesetzlichen Vorschriften nicht beachtet haben. Um Aerzte vor den dadurch entstehenden Nachtheilen zu schützen, theilen wir ihnen dies zur sorgfältigen Beachtung mit.

Nach Vorschrift des Gesetzes vom 31. December 1842 über die Armenpflege hat jede Gemeinde (Orts-Armen-Verband) nicht nur ihren Angehörigen unvermögenden Kranken, sondern vorläufig selbst für ihre Kranken sorgen, welche am Orte erkrankt sind. Die Gemeinden sind zur Erfüllung dieser Verbindlichkeit ungesäumt polizeilich anzuhalten. Zu dieser ihnen obliegenden Sorge gehört natürlich die Beschaffung des Arztes und der erforderlichen Medicamente.

Wenn daher eine Medizinalperson zur Behandlung eines Kranken oder Apotheker zur Verabfolgung von Medicamenten durch die Polizeibehörde angewiesen wird, so ist diese Behörde eben so befugt als verpflichtet, von der Gemeinde augenblicklich die Fürsorge für den Kranken obliegt, die durch die Behandlung und durch die Medicamente entstandenen Kosten im Administ. einzuziehen, indem dieser Gemeinde der etwa gegen einen andern Anspruch begründete Erstattungsanspruch vorbehalten bleibt. Bei Einwendung über die Höhe der Forderung des Arztes oder des Apothekers sind die Listen zur Festsetzung vorzulegen.

Wird aber die ärztliche Hülfe oder Verabreichung von Medicamenten nicht von der Polizeibehörde in Anspruch genommen und oder der Apotheker sich wegen seiner künftigen Befriedigung sicher stellen kann, so scheint der Kranke unvermögend, so muß derselbe der Polizeibehörde, wo der Kranke sich befindet, sofort Anzeige machen und (allenfalls) Anweisung zu weiterer Behandlung oder Verabreichung von Medicamenten. Erfolgt diese Anweisung, so hat die Ortsbehörde, wie im vorherigen, für die Befriedigung des Arztes und des Apothekers zu sorgen. Wenn die Ortsbehörde jene Anweisung, oder verzögert sie dieselbe, so sind der Apotheker nicht verpflichtet, die Behandlung des Kranken oder die Verabreichung von Arzneien fortzusetzen. Könnte aber hieraus in Ermangelung seiner Hülfe irgend ein Nachtheil für den Kranken entstehen, so haben der Apotheker unter Fortleistung ihrer Hülfe von der Weigerung der Gemeinde ungesäumt der Kreispolizeibehörde und event. auch Anzeige zu machen wegen der ferneren Behandlung des Kranken und Befriedigung des Apothekers das Erforderliche veranlaßt werden wird.

Wer absäumen Aerzte und Apotheker die Beobachtung dieser Vorschrift ihnen später nur frei, im Wege des gerichtlichen Processes, die Allerh. Kabinettsordre v. 19. Juni 1836 (Ges.-Samml. S. 198-) zugestandenen Vergünstigung gegen die Kranken und resp. seine Angehörigen seinen Nachlaß, oder wenn sie sich aus besondern Gründen damit betrauen, gegen den Armen-Verband, welchem der Kranke angehört, zu verfolgen.

(B. M. Bl. 1846 S. 64.)

Zweite Abtheilung.

Die Medizinal-Polizei im engern Sinne.

Erste Unterabtheilung.

mittelbaren Maaßregeln des Staates zur Heilung ausgebrochener Krankheiten.

Zweiter Abschnitt.

des Staates für die der Medizinal-Polizei nöthigen Anstalten. (Zu Thl. II. S. 402. ff.)

Erstes Kapitel.

Errichtung von Krankenkassen.

Ueber die Verwaltung der Krankenkassen der Innungsgegnossen bei ündenden Innungen verordnet der §. 104. der Gew.-Ord. v. 17. 5 (S. S. 1845 S. 60.).

Die B. v. 9. Febr. 1849, betr. die Errichtung von Gewerberäthen iedene Abänderungen der Allg. Gew.-Ord. (S. S. 1849 S. 93. ff.) n den §§. 56—59.

Ortsstatuten kann für Alle, welche im Gemeindebezirke ein Gewerbe betreiben, für welches dort eine Innung besteht, mit Zustimmung der : Verpflichtung festgesetzt werden, den Kranken-, Sterbe- und Hülfskassen sgenossen, in gleichen den Wittwen- und Waisen-Unterstützungskassen ders- treten.

den Fällen darf hinsichtlich der Beiträge und sonstigen Leistungen zu ten Kassen und der daraus zu gewährenden Unterstützungen zwischen den toffen oder ihren Angehörigen und andern Betheiligten kein Unterschied

Auch muß den nicht zu den Innungen gehörigen Betheiligten, durch Anordnungen für die einzelne Kassenverbände, eine den Verhältnissen e Theilnahme an der Kassenverwaltung und an den Berathungen über imen Kassenangelegenheiten gesichert, und in gleicher Art wie den In- en Gelegenheit gegeben werden, von den Ergebnissen der Kassenverwal- niß zu nehmen.

Ortsstatuten kann für Alle, welche am Orte gleiche oder verwandte Ge- ständig betreiben, die Verpflichtung festgesetzt werden, zur Beförderung ichtungen, welche

Unterbringung oder Unterstützung arbeitssuchender, erkrankter oder aus en Gründen hilfbedürftiger Gesellen oder Gehülfen, oder

Fortbildung der Lehrlinge, Gesellen oder Gehülfen bezwecken, unter den der Kommunalbehörde mit Genehmigung der Regierung festzustellenden ngungen zusammenzutreten und dazu Beiträge aus eigenen Mitteln zu chten. Diese Beiträge sind für alle Betheiligte nach gleichen Grund- z abzumessen.

esamtbeitrag der selbstständigen Gewerbetreibenden zu den Kosten der nachten Einrichtungen darf ein höherer Betrag als die Hälfte Desjeni- -die mitbetheiligten Gesellen und Gehülfen entrichten, nicht in Anspruch werden.

ann den selbstständigen Gewerbetreibenden durch die Ortsstatuten die z auferlegt werden, die Beiträge ihrer Gesellen und Gehülfen zu den ten Einrichtungen unter Vorbehalt der Anrechnung auf die nächste Lohn- zuschießen.

stimmungen im §. 169. der Gewerbeordnung über die Regelung der der selbstständigen Gewerbetreibenden zu ihren Gesellen und Lehrlin- über die Verpflichtung der Gesellen zum Beitritte zu den Gesellentassen auf Fabrikarbeiter Anwendung.

Außerdem kann durch Ortsstatuten für die Fabrikhaber die Verpflichtung gesetzt werden, sich bei den Unterstützungskassen der Fabrikarbeiter durch aus eigenen Mitteln bis zur Hälfte des Betrages, den die bei ihnen Arbeiter aufbringen, zu betheiligen, auch die Beiträge der letzteren, unter Anrechnung auf die nächste Lohnzahlung, vorzuschließen.

In den, von der Regierung zu genehmigenden Statuten der einzelnen Kassen muß den Fabrikhabern eine ihrer Stellung als und der Höhe ihrer Beiträge entsprechende Theilnahme an der Kassenverwaltung geräumt werden.

Alle Beiträge der Gesellen, Gehülfen und Fabrikarbeiter zu den in §. 169. der Gew.-Ordn. und in den §§. 57., 58. der gegenwärtigen Revierten Kassen und Einrichtungen, so wie die zu denselben von den selbstständigen Gewerbetreibenden u. von den Fabrikhabern zu leistenden Beiträge, können von den zur Zahlung Verpflichteten durch exekutivische Beitreibungswegs eingezogen werden.

Zweites Kapitel.

Die Bade-Anstalten, Mineral-Bäder, Gesundbrunnen (Zu Thl. II. S. 403. ff.)

1) Durch B. v. 5. Juli 1846 werden, laut Min. Bekanntm. 15. Aug. 1846, die Statuten des in Kolberg gebildeten Bade-Komitees bestätigt. (G. S. 1846 S. 394.)

2) R. der R. Min. d. G., II. u. M.-A. (Eichhorn), der Fin. u. des Inn. (v. Mauteuffel) v. 18. April 1846 an die R. Reg. fund. Anlegung und Beaufsichtigung von Anstalten zur Bereitung Mineralwässer.

Der R. Reg. eröffnen wir auf den Bericht vom 7. v. M., daß die Bereitung künstlicher Mineralwässer unzweifelhaft zur Kategorie der Fabriken gehören. Es bedarf daher nicht nur einer polizeilichen Genehmigung der Anlegung solcher Anstalten, sondern auch einer besondern Beaufsichtigung.

In letzterer Beziehung theilen wir der R. Reg. Abschrift der an R. Polizei-Präsidium erlassenen Verfügung vom 23. Nov. 1844 (G. S. 311. ff. Nr. 369.) zur Nachachtung mit.

(B. M. Bl. 1846 S. 65.)

Drittes Kapitel.

Von den öffentlichen Kur- und Heil-Anstalten. (Zu Thl. II. S. 411.)

I. Allgemeine Bestimmungen.

1) Nach dem G. v. 24. Febr. 1850, betr. die Aufhebung der Steuerbefreiungen §. 2. g., bleiben Krankenhäuser von der Grunderwerbsteuer befreit. (G. S. 1850 S. 62.)

2) In der Nähe von Krankenanstalten werden Betriebsstätten Gewerbe, deren Ausübung mit ungewöhnlichem Geräusche verbunden ist, untersagt oder nur bedingungsweise gestattet. Gewerbe-Ord. v. 1845 §. 40. (G. S. 1845 S. 49.)

3) Unternehmer von Privat-Krankenanstalten bedürfen einer Genehmigung des Ministeriums der Mediz.-Ang., nach §. 42. der Gew.-Ord. v. 17. Jan. 1845. Die Fristbestimmung für deren Benutzung-Verfahren bei deren Untersagung ordnen die §§. 66—68., 71—74. (G. S. 1845 S. 49—55.)

II. Bestimmungen, das Charité-Krankenhaus betreffend. Vergl. die R. D. v. 17. Apr. 1846 (G. S. 1846 S. 111.) Ministerium der Med.-Ang.)

2) Bekanntmachung des Königl. Kuratoriums, Abtheilung für die Krankenhaus-Angelegenheiten in Berlin, die Aufnahme auswärtiger Kranken in das Charité-Krankenhaus daselbst v. 5. Juni 1845.

In neuerer Zeit hat sich der Fall häufig wiederholt, daß Kranke von außerhalb, namentlich Gemüthskranke, zum Charité-Krankenhaus gesandt worden sind, bevor hierzu unsere Genehmigung eingeholt worden. Die Direktion der Anstalt ist in Fällen dieser Art außer Stande, die Reception des Kranken zu veranlassen, weshalb den betheiligten durch eine solche unkonfirmirte Person von Kranken unnöthige Kosten und unangenehme Weiterungen verursacht werden.

Hierauf wird Jedermann mit dem Bemerken aufmerksam gemacht, daß die Aufnahme von Gemüthskranken nur bewilligt werden kann, wenn dem Antrage das Attest eines Königl. Physikus oder eines andern zuverlässigen Arztes beigelegt ist, durch welches, unter Verantwortung der Fragepunkte in den höheren Orts genehmigt im Fragebogen, die Krankheit bescheinigt wird. Die übrigen Bedingungen werden auf besondere Anfrage mitgetheilt werden.

(B. M. Bl. 1845 S. 163.)

III. Irrenanstalten. (Zu Thl. II. S. 412. ff.)

1) Privat-Irrenanstalten können nicht ohne Approbation des Minist. der Med.-Ang. errichtet werden, nach Bestimmung des §. 42. der Gewerbe-O. v. 17. Jan. 1845. In Betreff der Fristbestimmung für deren Benutzung und des Verfahrens bei deren Untersagung verordnen die §§. 66. bis 68., 71—74. a. a. O. (B. M. Bl. 1845 S. 49—55.)

2) Ueber die Aufnahme von Irren in öffentliche Irrenanstalten bestimmen:

a) R. der K. Min. der Med.-Ang. (Sichhorn) u. des Inn. (v. Manneufel) v. 20. Okt. 1845.

Der Vorschlag der K. Reg. zu N., welchem Ew. Excellenz auch beistimmen, daß bei Nachsuchung der Aufnahme eines Kranken in die Irren- oder Heilanstalt zu nicht das bisherige gerichtliche Attest, sondern das ergangene Blödsinnigkeits-Erkenntniß in extenso vorgelegt werden soll, erachten wir für vollkommen zweckmäßig. In Erwägung jedoch, daß in den gerichtlichen Erkenntnissen nicht immer Gründe vollständig aufgenommen werden dürften, welche nach dem Urtheile des bezogenen Arztes die wahrscheinliche Unheilbarkeit des Irren erweisen, wird es anzuweisen sein, dem Erkenntniß die in Gemäßheit der Circular-Befugung vom November 1841 aufgenommenen gerichtliche Explorations-Verhandlung beizufügen, in welcher die Sachverständigen ihr schließliches Urtheil über die Unheilbarkeit abgegeben haben, oder doch, wie in anderen Irrenanstalten, bei Nachsuchung der Aufnahme eines Irren, außer dem Erkenntniß, gleichzeitig eine nähere Darstellung des persönlichen Vermögens- und Krankheitsverhältnisses mit vorzulegen. Durch dieses Verfahren wird diese Angelegenheit mit Beseitigung der zur Zeit obwaltenden Differenzen um so angemessener erledigt werden, als das nämliche Verfahren für die Heilanstalten überhaupt gilt.

(B. M. Bl. 1845 S. 352.)

b) Bescheid der K. Min. d. G., u. u. M.-A. (v. Ladenberg) des Inn. (v. Puttkammer) u. d. Just. (Simons) v. 18. März 1850 an den Königl. Amtsrath N. zu N. Aufnahme blödsinniger Personen in öffentliche Irrenheilanstalten.

Auf Ew. 1c. Vorstellung vom 22. September v. J., wegen Aufnahme der ungen. Johanne N. N. in eine schlesische Irren-Versorgungsanstalt, wird Ihnen mitgeteilt, daß zwar, nachdem das Königl. Kreisgericht zu N. die Provocation auf Blödsinnigkeits-Erklärung durch Erkenntniß zurückgewiesen hat, von Seiten des Justiz-Verwaltungsamtes nach Maßgabe des §. 25. Nr. 1. der V. über die Aufhebung der Prejudikate vom 2. Januar 1849 (B. M. Bl. 1849 S. 1. ff.) eine anderweitige richterliche Entscheidung nicht herbeigeführt werden kann, daß es aber im vorliegenden Falle die Aufnahme der 1c. N. in eine Heilanstalt zu bewerkstelligen, überhaupt erforderlich ist, daß dieselbe zuvor durch richterliches Erkenntniß für blödsinnig erklärt werde.

Die nämlich nach §. 86. u. ff. Tit. 2. und §. 210. u. ff. Tit. 18. Th. II. d. R. die Vormundschaftsgerichte befugt sind, ungerathene Hausknechte und

Pflegebefohlene zu ihrer Besserung, mit Zustimmung des Justizministers, einzusperrten, ohne daß es dazu eines richterlichen Erkenntnisses bedarf, so unterliegt es auch keinem Bedenken, daß, wenn sich bei einem Unmündigen herausstellt, daß er an Fahr- oder Blödsinn leidet, es innerhalb der Rechte und Pflichten des vormundschaftlichen Gerichts liegt, dessen Aufnahme in eine Irrenanstalt ohne Weiteres zu bewerkstelligen und die Direktion der letzteren aus der A. R. D. vom 5. April 1804 einen Grund, die Genügung einer solchen Requisition abzulehnen, nicht entnehmen kann. Demgemäß ist der Herr Ober-Präsident durch die mitunterzeichneten Min. d. Geistl. u. Ang. und des Inn. veranlaßt worden, die Verwaltungskommissionen der Irrenanstalt zu N. zu belehren, daß der Mangel eines die Johanne N. für blödsinnig erklärenden richterlichen Erkenntnisses keinen Grund abgebe, deren Aufnahme in die Anstalt zu verweigern, sobald das Vormundschaftsgericht darauf antrage, und auch, was der Beurtheilung der Kommission überlassen bleiben müsse, die sonstigen Erfordernisse der Aufnahme, insbesondere die von der Polizeibehörde näher nachzuweisende Gemeingefährlichkeit, als vorhanden anzunehmen wären.

Hiernach bleibt es Ew. überlassen, Sich an das betreffende Vormundschaftsgericht mit dem Antrage zu wenden, die Aufnahme der Johanne N. in die Irrenanstalt zu vermitteln.

(B. M. Bl. 1850 S. 167.)

3) A. der A. Min. d. Med.-Ang. (Eichhorn) u. des Inn. (v. Arnim) an den Ober-Präsidenten von Schlesien v. 22. Dec. 1844. Trennung der Geschlechter in den Irrenanstalten.

Ew. Excellenz erwidern wir ergebenst auf den gefälligen Bericht vom 14. October d. J., daß wir die Trennung der Geschlechter, sowohl bei den Kranken als rücksichtlich des Wartungspersonals als eine unumgänglich nothwendige Bedingung zum gedeihlichen Bestehen einer guten Irrenanstalt ansehen, und daher wünschen müssen, daß diese Maßregel in den Irren-Bewahranstalten der dortigen Provinz selbst in dem Falle durchgeführt werde, daß dadurch Mehrkosten entstehen sollten.

(B. M. Bl. 1845 S. 23.)

4) E. A. d. d. Min. und des Kriegs (v. Bohn) an sämmtl. Ober-Präsidenten v. 9. Mai 1845. Besetzung der Wärterstellen in öffentlichen Irrenanstalten.

In Bezug auf den Staats-Ministerialbeschuß vom 12. October 1837 (A. R. D. Jahrg. 1838 S. 4—10.), die Versorgung der Invaliden im Civildienste betrefend, finden wir uns veranlaßt, Ew. u. c. bemerkl. zu machen, daß der §. 3. nicht auf Wärter in Irrenanstalten nicht zu beziehen ist, da es bei der Auswahl nicht auf eine besondere physische und moralische Befähigung für den, einen wichtigen Theil der ärztlichen Behandlung selbst bildenden Wärterdienst ankommt.

Ew. u. c. ersuchen wir ergebenst, hiernach das Weitere in Ihren Ober-Präsidentenbereich gefälligst zu veranlassen.

(B. M. Bl. 1845 S. 163.)

5) Die einzelnen öffentlichen Irrenanstalten.

In Betreff der Irrenanstalt zu Sorau verordnet

- a) das Regulativ über die Verwaltung des Landarmenwesens in dem Markgraftthum Niederlausitz im §. 5., daß aus den Niederlausitz Landarmenfond die gedachte Irrenanstalt zu unterhalten ist. Ueber die Organisation sprechen die §§. 6—11. (G. S. 1846 S. 253.)

Die Irrenanstalt zu Sorau, welche von einer aus zwei Königlichem und ständischen Kommissarien zusammengesetzten

Direktorialkommission

nach Inhalt des Regulativs vom 1. Februar 1825, und auf den Grund der Generalverordnung,

„wegen Errichtung einer Versorgungs- und Arbeitsanstalt zu Sorau vom 16. November 1812,“

verwaltet wird, ist lediglich als eine Aufbewahrungs- und Heilanstalt für geistig kranke Personen zu betrachten und demnach von allen Verpflichtungen entbunden worden, welche ihr als eine Versorgungs- und Arbeitsanstalt durch die eben genannte Generalverordnung vom 16. November 1812 aufgelegt und durch das Regulativ vom 1. Februar 1825, §. 19. erneuert worden sind.

In Betreff der Aufnahme der Gemüthskranken in diese Anstalt bleibt es bei Bestimmungen des Regulativs vom 1. Februar 1825, §. 13.,

daß nämlich jeder Gemüthskranke aus der Niederlausitz, dessen Aufnahme in die Irrenanstalt nachgesucht wird, bei der Königlichen Regierung zu Frankfurt a. d. O. angemeldet werden muß, welche die gesetzliche Zulässigkeit und die polizeiliche Nothwendigkeit der Aufnahme prüft, und, wenn sie diese für begründet erachtet, das Gesuch mit dem desfalligen Vermerk an die Direktorialkommission zur Ertheilung der Annahme-Ordre abgibt.

In Hinsicht der Rezeptions- oder Verpflegungsgelder für die Gemüthskranken der Niederlausitz sollen von jetzt an folgende Grundsätze beobachtet werden:

Es sind nämlich diese Zahlungen von jetzt an zu entrichten, entweder

- a) aus dem Vermögen des Gemüthskranken selbst,
- b) oder aus dem Vermögen der Verwandten desselben, die zu seiner Unterhaltung rechtlich verbunden sind;
- c) oder wenn beides nicht zureicht, was jedoch genau recherchirt und durch die Orts- und Kreisbehörde glaubhaft nachgewiesen werden muß, aus dem Landarmenfonds der Niederlausitz.

Die Direktorialkommission hat in den beiden ersten Fällen, unter Berücksichtigung des Standes und der größeren oder geringeren Kostbarkeit der Verpflegung Gemüthskranken, die Höhe der jährlich für ihn an die Anstalt zu zahlenden Verpflegungsgelder festzusetzen. Im letzteren Falle aber, wo bei nicht zureichendem oder gänzlich mangelndem Vermögen des Gemüthskranken, sowie der für ihn verantwortlichen Verwandten, der Landarmenfonds theilweise oder ganz eintreten soll, hat die Direktorialkommission nach den Normalsätzen, welche durch eine zwischen ihr und den Ständen der Niederlausitz getroffene Uebereinkunft festgestellt werden, diese Verpflegungsgelder bei dem Niederlausitzer Landarmenfonds vierteljährlich zu liquidiren und von demselben zu erhalten.

Da jedoch zur Unterhaltung der Irrenanstalt zu Sorau, und um die Last der Verpflegungsgelder den Verpflichteten in der Niederlausitz zu erleichtern,

1000 Thlr. aus Staatskassen und durchschnittlich 175 Thlr. 24 Sgr. durch höchst genehmigte Kollektengelder und Gebühren für Bestätigung des Königl. Ober-Landesgerichts bei Kauf- und Erbverträgen aus der Niederlausitz alljährlich an die Institutskasse gezahlt werden, so sollen diese Zahlungen dem Niederlausitzer Landarmenfonds zu gut gehen und derselbe befugt sein, auf die durch die Direktorialkommission an ihn liquidirten Verpflegungsgelder, welche unter Berücksichtigung aller möglichen Ersparnisse nach dem wirklichen Bedarf pro Kopf von 1 zu fünf Jahren zu berechnen, jene Summe als eine für ihn an die Anstalt geleistete Zahlung alljährlich vorweg in Anrechnung zu bringen.

Es werden zwar von den betreffenden Kommunen bei mangelndem Vermögen Gemüthskranken, oder der zu seiner Unterhaltung verpflichteten Verwandten, die Gründung eines Landarmenfonds, keine Verpflegungsgelder mehr verlangt; es bleibt ihnen aber doch in jenem Falle die Verpflichtung, für den sicheren Transport des Gemüthskranken bis in die Anstalt und für die Beschaffung seiner Kostgüter und ersten Bekleidung, welche nach der bestehenden Verfassung jeder aufzunehmende Gemüthskranke in die Irrenanstalt mitbringen soll, zu sorgen.

Das Regul. über die Verwaltung des Landarmenwesens des Kottbuser Kreises v. 17. Mai 1846 in den §§. 11—14.

(G. G. 1846 S. 261.)

Wegen der Aufnahme der Gemüthskranken und Korrigenden aus dem im §. 1. genannten Verbaude in die Irrenanstalt zu Sorau und in die Besserungsanstalt Luckau ist zwischen den Ständen des Kottbuser Kreises und den Ständen der Niederlausitz mittelst Rezesses ein besonderes Abkommen getroffen worden.

Bei Benutzung der Niederlausitzischen Institute zu Sorau und Luckau ist das Verfahren zu beobachten, welches in der Niederlausitz in Anwendung kommt. Die Aufnahme eines Gemüthskranken aus den ländlichen zum Kottbuser Land-Verbaude gehörigen Ortschaften, welche für Rechnung des Kottbuser Land-Fonds in die Irrenanstalt zu Sorau erfolgen soll, muß von dem Landrath des Kottbuser Kreises, nachdem derselbe die Vermögenslage des Aufzunehmenden hat, bei der K. Reg. nachgesucht werden, welche die gesetzliche Zulässigkeit und polizeiliche Nothwendigkeit der Aufnahme zu prüfen, und wenn sie diese für begründet erachtet, die der Irrenanstalt vorgesezte Direktorial-Kommission zu veranlassen, die Aufnahmeordres zu ertheilen.

Bei den Gemüthskranken in den Städten Kottbus und Peitz ist die von den Magisträten bei der K. Reg. nachzusehen.

Es muß aber gleichzeitig der amtliche Nachweis geführt werden, daß zunehmende Gemüthskranke unvermögend ist und daß keine zur Fürsorge selbst gesetzlich verpflichtete vermögende Verwandte vorhanden sind, von denen Unterhaltungskosten gefordert werden können.

Jeder in die Irrenanstalt aufzunehmende Gemüthskranke muß durch kräftiges, richterliches Erkenntniß für wahn- oder blödsinnig erklärt werden, welches der K. Reg. urschriftlich oder in beglaubigter Abschrift einzureichen in Fällen besonderer Dringlichkeit, besonders da, wo es auf die zu Verurteilung eines Gemüthskranken ankommt, wird ausnahmsweise eine einstweilige übergehende Aufnahme desselben in die Irrenanstalt gestattet werden können durch ein beizubringendes, motivirtes Zeugniß des Kreisphysikus oder eines approbirten promovirten Arztes dargethan wird, daß der betreffende Krank Geisteszerrung leide, deren Heilung in der Irrenanstalt für wahrscheinlich erachtet wird. Erfolgt jedoch die Heilung in einer von der K. Reg. menden Frist nicht, so muß alsdann der Wahn- oder Blödsinnigkeits-Verleitet werden.

Ueber den Betrag der aus dem Landarmen-Fonds an die Irrenanstalt genommene Gemüthskranke zu zahlenden Unterhaltungskosten, die Termin Modus der Zahlung derselben, sowie über die von einem jeden Gemüthskranken seiner Einlieferung in die Irrenanstalt mitzubringende Ausstattung an Kleidung und Wäsche, treten die, in dem mit den Ständen der Niederlausitz neuen Mezeffe enthaltenen Bestimmungen ein. Für die Einlieferung der Kranken in die Irrenanstalt müssen die Angehörigen derselben und im Unfälle die Kommunen sorgen.

Bei heimathlosen Gemüthskranken, welche der Fürsorge des Landarmen anheimfallen, müssen die diesfälligen Kosten aus diesem bestritten werden.

IV. Taubstummen-Anstalten.

(Zu Th. II. S. 469. ff.)

1) In Betreff der Pensionirung der Lehrer an Taubstummen bestimmt die B. v. 28. Mai 1846 (G. S. 1846 S. 214. ff.), betr. Pensionirung der Lehrer und Beamten an den höheren Unterrichtsanstalten.

2) In der Niederlausitz werden aus dem Landarmen-Fonds die Kosten bestritten, welche die Stände der Niederlausitz für die Ausbildung stummer Kinder bewilligt haben oder noch bewilligen möchten. (Regul. über die Verwaltung des Landarmenwesens in der Niederlausitz (G. S. 1846 S. 251.)

Dasselbe gilt vom Kottbuser Kreis. Regul. v. 17. Mai 1846 S. 1. (G. S. 1846 S. 258. ff.)

Zweite Unter-Abtheilung.

Die unmittelbaren Maaßregeln des Staats zur Heilung Krankheiten.

Zweiter Abschnitt.

Rettung der Scheintodten und plötzlich Verunglückten.

(Zu Th. II. S. 492. ff.)

I. Zweckmäßige Behandlung derselben.

E. R. des K. Min. d. Inn. (Mathis) v. 4. Sept. 1847 an die K. Reg. resp. an das K. Polizeipräsidium zu Berlin mit der Anweisung zur zweckmäßigen Behandlung und Rettung von Scheintodten oder plötzlich verunglückte Personen.

dem die frühere Auflage der Anweisung zur zweckmäßigen Behandlung von Scheintodten oder durch plötzliche Zufälle verunglückter Personen war, ist auf Veranlassung des K. Min. der geistl., Unterr. u. Med. Ang. dem jetzigen Stande der Heilkunde verbesserte Auflage dieser Schrift aus-
worden, von welcher die K. Reg. hierbei — Abdrücke erhält 1c. 1c. (Anl. a.)

a.

§ zur zweckmäßigen Behandlung und Rettung von Scheintodten oder durch plötzliche Zufälle verunglückter Personen.

einzig sichere Zeichen, wodurch der wirkliche Tod vom Scheintode sich unterscheiden läßt, ist der Uebergang des Körpers in Fäulniß, die sich unter andern grüne Farbe des Bauchs, durch Todtenflecke und durch deutlichen Verwesungsgeruch zu erkennen giebt. Jeder plötzlich verunglückte Mensch, bei dem dies nicht zu erkennen giebt, und der nicht entweder so bedeutend verwundet ist, daß sich an seinem Tode weiter zweifeln läßt, oder von einem sachverständigen Arzte für wirklich todt erklärt worden ist, muß als ein Scheintodter betrachtet werden, und ist es eine Wiederbelebung ungesäumt zu versuchen.

Ist diese Pflicht schon im göttlichen Gebote der Nächstenliebe begründet, aber unsere Landesgesetze haben auf gefühllose Unterlassung wohlverdiente Bestrafung, und andern Seite auf erfolgreiche Erfüllung derselben angemessene Belohnung. Der größte Lohn ist der Lohn im Innern, zur Rettung eines Menschen beigetragen zu haben. Das Allgem. Landrecht Th. II. Tit. 20. §. 782. besagt folgendes:

ohne eigene erhebliche Gefahr einen Menschen aus der Hand der Mörder, aus Waffens- oder Feuersnoth, oder aus einer andern drohenden Gefahr zu retten konnte und es unterläßt, soll, wenn der Andere das Leben wirklich verlor, vierzehntägige Gefängnißstrafe leiden. §. 783. Außerdem soll seine That und deren erfolgte Bestrafung zu seiner Beschämung und Andern zur Warnung öffentlich bekannt gemacht werden. §. 785. Wer einen Scheintodten trifft, soll die Vermeidung der §. 782. angedrohten Strafe, ihm schleunige Hülfe leisten, dafür vom Staate Vergütung der Auslagen und die in den Polizeigesetzen vorgesehene Belohnung zu erwarten. §. 790. Es muß sobald als möglich ein Arzt herbeigeholt und der nächsten Obrigkeit Nachricht gegeben, und über dem Scheintodten nach näheren Vorschriften der Polizeigesetze verfahren. §. 791. Diejenige Obrigkeit, welcher diese Anzeige geschieht, muß, wenn nicht die gehörige ist, für die Rettung des Scheintodten ohne Zeitverlust handeln. §. 792. Gerichtsobrigkeiten und Aerzte, welche die vorgeschriebene Hülfe leisten, oder nicht anhaltend leisten, sollen zur Untersuchung gezogen werden und den Kosten der Untersuchung auch diejenigen tragen, welche sonst nach §. 785. aus der öffentlichen Kasse bestritten werden. §. 793. Ueber ihr liebloses Betragen zu ihrer Beschämung öffentlich bekannt gemacht werden.

Allgemeine Vorschriften.

§. 1. Vorbereitung für die Versuche zur Wiederbelebung.

Es müssen sofort die Ursachen entfernt werden, welche den Tod hervorbrachten.

es ist die erste, durchaus unerläßliche Bedingung zur Rettung des Lebens im Unstunde kann entschuldigen, die Erfüllung dieser Bedingung zu verzögern. Der Ertrunkene muß sofort aus dem Wasser gezogen, der Erstickte aus dem Dampfe der Erfrorne vom Felde in ein Haus gebracht, dem Erhängten muß der Strick geschnitten werden, u. s. w. So einfach diese Regel nun auch scheinen mag, häufig wird dagegen gefehlt, denn die schädlichsten Vorurtheile verhindern die Rettung eines Menschenlebens. Der Eine behauptet, der Verunglückte solle lange an dem Orte, wo er den scheinbaren Tod fand, liegen bleiben, bis die Obrigkeit sich überzeugt habe, auf welche Weise der Mensch um's Leben gekommen; der Andere glaubt, wenn man den Verunglückten auch mit dem Kopf aus dem Wasser hervorziehe, so müsse er doch wenigstens mit dem Leibe und den Gliedern darin liegen bleiben, bis die Gerichtspersonen angekommen. Der Dritte, das Abschneiden des Stricks bei einem Selbstmörder sei eine entehrende Handlung, u. s. w.

2) Eine zweite, eben so dringliche Pflicht, welche fast gleichzeitig mit 1 jedoch durch andere Personen bewirkt werden muß, ist diese, daß sofort ein oberer Wundarzt herbeigerufen wird, der theils das Rettungsgeſchäft und ergänzt, theils die nachherige Behandlung des Geretteten beſtimmt. ſeiner Ankunft wird nun nach folgenden Vorſchriften verfahren.

3) Alle zuſammenpreſſende Kleidungsſtücke, z. B. Halsbinden, Schnürröcke dergl. müſſen ſogleich verſichtig gelöſet werden.

4) Iſt es zur beſſeren Hülfeleiſtung nöthig, den Verunglückten zu treiben, ſo muß dies mit der möglichſten Vorſicht geſchehen, und es iſt deſſenhalben nöthig, daß er getragen, ſtets bedenklich, wenn er gefahren wird.

Die Unterlage muß weich ſein und der Kopf und Oberleib höher als der übrige Körper. Das Aufheben, ſo wie das Niederlaſſen oder Herabnehmen des Körpers muß ſanft geſchehen und alles Ziehen und Schütteln vermieden werden. Der Transport in das nächſte Haus iſt in der Regel, wenn nicht beſondere Verhältniſſe ſtatten und Krankenhäuſer am Orte ſind, und die eigene Wohnung zu entſchieden ſollte, der Zurückführung in die letztere vorzuziehen.

5) Im Sommer und bei günſtiger Witterung werden die Verſuche unter freiem Himmel, bei unfreundlichem Wetter aber und im Winter in der Regel (verſchattet) in einem Zimmer angeſtellt. Dieſes muß geräumig, hell, mäßig trocken und ohne Dunſt ſein, es dürfen ſich keine glühende Kohlen darin befinden, damit immer friſche Luft bereitet werden kann, müſſen ein paar Fenſter offen bleiben, ohne daß jedoch Zugluft entſteht.

6) Fünf thätige Perſonen ſind, wenn ſie von gutem Willen beſitzt und ſonſt anſtändig ſind, hinreichend, um alle erforderliche Hülfe zu leiſten. Mehr, ſo ſind ſie einander nur im Wege; deſhalb müſſen auch alle müſſige entfernt werden.

7) Der Tiſch oder das Bett, worauf der Verunglückte gelegt werden ſoll, ſo ſtehen, daß man von allen Seiten bequem dazu kommen kann.

8) Iſt im Orte kein Rettungskasten, ſo müſſen folgende Dinge aufbewahrt werden:

- 1) einige wollene Decken,
- 2) mehrere wollene Tücher,
- 3) ein Stück Leinwand.
- 4) ein Schwamm,
- 5) warmes und kaltes Waſſer,
- 6) Wein, Brantwein und guter Eſſig,
- 7) geſtoßener Senf,
- 8) mehrere ſcharfe und weiche Bürſten,
- 9) gewürzhafte Kräuter, als: Kamillen und Glicherblumen, Pfeffer oder Krauſemünzkräut u. ſ. w.,
- 10) eine Badewanne,
- 11) eine Klyſtierspritze,
- 12) ein Blaſebalg (ſ. unten §. II. A.).

9) Während einige Perſonen dieſe Vorbereitungen übernehmen, beſchäftigen ſich andere mit dem Verunglückten. Dieſer wird ſo ſchnell als möglich, doch nicht entkleidet, die Kleidungsſtücke, die ſich nicht leicht abziehen laſſen, werden abgethan; dann bringt man ihn ins Bett oder auf den Tiſch, auf eine weiche Unterlage legt die wollenen Decken über und reinigt Mund und Naſe von Schleim und Unreinigkeiten mit einem Schwamm, oder mit einem um den Finger gewickelten Lappchen.

§. II. Von den Mitteln zur Wiederbelebung, die bei allen oder doch bei den Scheintodten angewendet werden müſſen.

Da das Leben ohne Athem und Wärme durchaus nicht beſtehen kann und bei dem im Scheintode mangelt, oder wenigſtens ſehr gering iſt, ſo muß man eine künſtliche Weiſe zu erſetzen und zu ergänzen ſuchen.

Das Geſchäft der Wiederbelebung beſteht demnach

A. in der Erſetzung des natürlichen Athemholens.

B. in der Erwärmung des Körpers.

C. in der Anwendung anderer Mittel, die den erlöschenden Lebensfunken wieder anzufachen.

von der Ersehung des natürlichen Athemholens oder dem Luft-
einblasen.

Die einfachste Art, Luft in die Lungen einzublasen, besteht darin, daß ein von starker Brust seinen Mund auf den gereinigten und allenfalls mit Stück Leinwand bedeckten Mund des Verunglückten fest andrückt, die Nase zuhält und den Athem in kurzen Stößen einhaucht. — Eine andere Art einzublasen ist die durch den Blasebalg, dessen Anwendung jedoch nur unter Leitung und Aufsicht eines Arztes geschehen darf.

Obt sich hierbei die Brust nicht, so ist oft Schleim oder sonst etwas hinten in der Lunge, was die Luft nicht durchläßt, und man muß einen Finger tief in den Mund hinein stecken, um das Hinderniß wegzuschaffen. Hilft dies nicht, so ist anzunehmen, daß der Kehlkopf die Stimmrinne fest verschließt und man muß ihn dazu lösen suchen, daß man die Zunge einige Mal hervorzieht. Gelingt dieses nicht, so ist das Lufteinblasen zu unterlassen, bis der Arzt kommt.

Obt sich dagegen die Brust oder der Bauch etwas, so hört man auf, Luft einzublasen, läßt Mund und Nase wieder frei und befördert den Austritt der Luft durch sanftes Herunterstreichen der Brust und Hinausdrücken des Unterleibes nach unten. Hierauf bläst man wieder Luft ein und fährt mit dem abwechselnden Einblasen und Ausströmenlassen der Luft auf die beschriebene Art so lange fort, als S. III. Nr. 6. nöthig ist.

Uebrigens ist bei Scheintodten die untere Kinnlade so fest an die obere herangezogen, daß der Mund nicht geöffnet werden kann. In diesem Falle muß man mittelst eines Röhrchens durch eines der beiden Nasenlöcher einblasen, das aber auch die Mundöffnung, wenn etwa durch diese die eingeblasene Luft ausströmt, zuhalten.

B. Erwärmung des Körpers.

Die Erwärmung wird in den meisten Fällen, mit Ausnahme des Todes durch Erfrieren, bewirkt durch erwärmte Betten, Wärmflaschen oder Krufen, warme wollene Tücher, Blasen, mit heißem Wasser gefüllt, Bähungen mit warmem Wasser mittelst wollener Tücher bei bald nachfolgendem sorgfältigen Abtrocknen, Tücher geschlagene heiße Asche oder Backsteine, halbburchschnittene frische, warme Brote, warme Fuß- und Handbäder und, wo es geht, ganze Bäder.

D. Andere Mittel, den erlöschenden Lebensfunken wieder anzufachen.

r. I. Das Reiben. Der ganze Körper muß ziemlich kräftig gerieben werden. Man nimmt dazu wollene Tücher und nicht zu weiche Bürsten. — Das Reiben ist nie vor dem Lufteinblasen angewandt werden.

r. II. Rnspire von Wasser oder Kamillenaufguss, mit einem Zusatz von Essig, oder, in augenblicklicher Ermangelung des Essigs, mit einem Zusatz von Esslöffel voll Kochsalz. Die Wärme der einzuspritzenden Flüssigkeit richtet sich dem Wärmegrade des Körpers, sie muß also im Anfange nur laulich, so der Körper aber wärmer wird, ebenfalls stärker sein.

r. III. Einflößungen in den Mund würden, so lange der Kranke nicht schlucken kann, leicht schaden können. Nur der Arzt muß entscheiden, wann und wo der erste Versuch gemacht werden soll.

r. IV. Das Tropfbad und Spritzbad von eiskaltem Wasser. Das Tropfbad besteht darin, daß man von einer Höhe von 5 und mehr Fuß Wasser herab auf Kopf, Nacken, Rückgrat, Gesicht und Herzgrube fallen läßt, indem man hülflos allemal, so oft ein Tropfen gefallen ist, die Stelle schnell mit dem Fingern abwischt. Das Spritzbad macht man, indem man mit einer Hand- oder Rnspier- das Wasser auf die genannten Stellen spritzt, doch in geringerer Entfernung.

r. V. Kalte Kopfbegießungen, während der Verunglückte im warmen oder auch in der trockenen Wadewanne, oder endlich in Ermangelung derselben auf dem Fußboden liegt. Es stellt sich Jemand auf einen Tisch und gießt 3. 5 Mal kaltes Wasser hinter einander auf den Kopf des Scheintodten. Gibt sich

terer in einem warmen Bade, so ist die gleichmäßige Wärme desselben durch zeitweises Ausfüllen des kaltgewordenen und Zugießen warmen Wassers zu erhalten.

Nr. VI. Kalte Umschläge auf den Kopf. Man legt doppelt und vierfach zusammengeschlagene leinene Tücher, die man in kaltes Wasser getaucht und mäßig ausgedrückt hat, über den ganzen Kopf und erneuert sie, sobald sie etwas warm werden.

Nr. VII. Starke Riechmittel, z. B. Schnupftabak, geriebene Zwiebel, Meerrettig, gestoßener Pfeffer, kölnisches Wasser und dergl. vor die Nase gebracht.

Nr. VIII. Reizen des Schlundes mit einer trockenen oder in Branntwein oder in Essig getauchten Feder.

IX. Belegen der Waden und Fußsohlen mit einem Teig aus gestoßenem Erbsen und warmem Wasser.

§. III. Allgemeine Vorschrift und Ordnung in der Anwendung dieser Mittel.

1) Die Anwendung der Mittel muß mit Ruhe und ohne Uebereilung geschehen auch so lange fortgesetzt werden, bis sich Spuren des Lebens äußern. oder sie wenigstens zwei Stunden anhaltend durchgeführt sind. In letzterem Falle kann man sie vorläufig aussetzen und von dem inmittelst herbeigekommenen Arzte die Bestimmung erwarten, ob sie wieder anzufangen sind oder nicht. Ueberhaupt gilt auf die Ankunft des Arztes lediglich, was dieser anordnet, indem nur der Arzt den Einsatzfall in seinem ganzen Umfange zu beurtheilen im Stande ist. Alle Anwesende können daher ihr Mitleiden gegen den Scheintodten nicht sicherer bethätigen, als sie den Anordnungen des Arztes folgen und diesen in seinem Geschäft unterstützen. So lange aber der Arzt nicht zur Stelle ist, gelten folgende Regeln:

2) Ein zu stürmisches Verfahren ist schädlicher, als ein zu langsames.

3) Wenn alle Gehülfen vorhanden sind, so vertheilen sie die einzelnen Leistungen unter sich dergestalt, daß zwei das Reiben, zwei das Aufsteinflasen nehmen und der fünfte die sonst nöthige Hülfe leistet.

4) Das erste Geschäft muß sein, Luft einzublasen; erst wenn die Lungen durch erweitert sind, fängt man die Erwärmung und stufenweise auch das Reiben an. Äußern sich hierauf Lebenszeichen, so ist der Zeitpunkt vorhanden, wenn man nach einander, wenn es nicht schon gewirkt hat, Klystiere, Riechmittel unter dem Tropfbad, Spritzbad, kalte Begießungen und Umschläge auf den Kopf, Rücken, Fußsohlen und Reizen des Schlundes anwenden muß. Dieselben Mittel kann man auch, wenn die ersten gelinderen Belebungsversuche ohne Erfolg geblieben sind.

5) Das Aufsteinflasen darf nur so lange fortgesetzt werden, bis das natürliche Athemholen sich wieder einfindet. Ist letzteres auch nur in unbedeutendem Grade, so ist das fernere Aufsteinflasen gefährlich.

6) Die Erwärmung wird so lange fortgesetzt, bis der Verunglückte sich erholt hat. Hat man ihn in ein Bad gebracht, so kann er auch hierin gewaschen und gerieben werden.

7) Nach dem Tropfbade und den andern Bädern muß er sogleich mit Tüchern abgetrocknet werden.

8) Das Klystier ist zu wiederholen, wenn der Scheintodte eine längere ganz regungslos bleibt, doch nicht zu oft und nur in mäßig großen Quantitäten, damit nicht durch dasselbe die Brust beengt und das Athem verhindert wird.

9) Stellen sich mehrere Lebenszeichen ein, so darf man mit den Versuchen aufhören, sie aber auch nicht eifertiger betreiben, und nur wie die Lebenszeichen stärker werden, läßt man damit allmählig nach, bis die Versuche gar nicht mehr nöthig sind.

10) Wenn 2 bis 3 Stunden lang alle Belebungsversuche ohne Erfolg gewandt sind, so kann man sie vor der Hand aussetzen, den Verunglückten in eine Decke gebettet ins Bette legen und von dem inmittelst herbeigeholten Arzte die Bestimmung erwarten, ob sie wieder anzufangen sind. Dieser Arzt kann auch allein das Urtheil scheiden, ob und wann der Verunglückte beerdigt werden darf.

Sind dagegen die Belebungsversuche gelungen, und fühlt der

Schlaf, so überläßt man ihn der ungestörten Ruhe, läßt aber Jemand auf die etwa eintretenden nachtheiligen Veränderungen seines Zustandes

Besondere Vorschriften
die Behandlung nach der besonderen Art des Unglücksfalles.

I. Ertrunkene.

dem Herausziehen aus dem Wasser ist jede Verletzung des Körpers zu

Scheintobte muß sogleich entkleidet, abgetrocknet und in trockene Tücher eingeschlagen werden. Lassen sich einzelne Kleidungsstücke nicht gut abziehen, so lassen sie losgeschnitten.

Verfahren, den Ertrunkenen auf den Kopf zu stellen oder über ein Kissen, um das verschluckte Wasser herauszuschaffen, ist unnütz und schädlich. Es ist möglich und nothwendig, den Kopf eines Ertrunkenen, doch nur vorsichtig, mit dem Gesicht schräg abwärts und etwas nach der rechten Seite zu neigen, zugleich einen mäßigen Druck auf die Magengegend auszuüben, um das eingedrungene Wasser aus Mund und Nase abfließen zu lassen. Diesem Verfahren muß die Reinigung des Mundes von dem etwa vorhandenen Schlamme und fremden Körpern porangehen.

Wenn ein Wiedererwachen nöthig ist, kann nur der Arzt entscheiden.

Die sonstige Behandlung geschieht in der Ordnung, wie sie §. III. Nr. 4.

Wenn ein Ertrunkener zugleich erfroren, so wird er zuerst als Erfrorener behandelt (s. unten II.)

Wenn ein Ertrunkener aus einem sehr kalten Wasser hervorgezogen, ohne jedoch zu erstarren, so ist er anfangs nur sehr mäßig zu erwärmen.

II. Erfrorene.

Darf ein Erfrorener sofort in ein geheiztes Zimmer, in ein warmes Bett oder warmes Bad gebracht werden. Man wird ihn, wenn er in ihm ist, dadurch unfehlbar tödten. Auch bei diesen Verunreinigungen des Lebens lange verborgen schlummern, weshalb man aus der Muthmaßung des Scheintodes nie voreilig auf einen wirklichen Tod schließen darf. Es hat gelehrt, daß Personen, die über 24 Stunden sich in einem erstarrten Zustande befunden hatten, wieder belebt worden sind.

Wenn man den Erfrorenen in ein nicht geheiztes Zimmer transportirt, muß man bei diesem Handhaben des Körpers sehr vorsichtig sein, da die erstarrten Glieder leicht brechen.

Wenn man den Körper des Erfrorenen entkleidet hat, bedeckt man ihn mit Schnee und läßt bloß Mund und Nase frei. So wie der Schnee an einer Stelle schmilzt, legt man gleich wieder frischen auf. Fehlt es an Schnee, so bedeckt man sich mit Tüchern, die man in kaltes Wasser, welches man durch das Tauchen noch kälter macht, taucht, und zwar ebenfalls dergestalt, daß der Körper bedeckt ist, und nur Mund und Nase offen bleiben, oder man legt auch nur eine Ausnahme des Mundes und der Nase, in kaltes Wasser.

Wenn nun aufgethaut, sind die Glieder beugsam und beweglich, so bläst man sie ein, und reibt ihn mit Schnee und Tüchern, die in kaltes Wasser

taucht, er warm, oder zeigen sich Lebenszeichen, so trocknet man ihn ab und bringt ihn in ein immer noch ungeheiztes Zimmer, in ein gewöhnliches, nicht erheiztes. Jetzt darf man ihm aber fernerhin keine Luft mehr einblasen, weil das schädlich werden kann, vielmehr giebt man ein lauwarmes Klystier und warme Handbäder an, die ebenfalls nur lauwarm sein müssen. Ober die Arme und Beine mit trockenen erwärmten Tüchern, Fellen, Flachs

nach dem Aufhauen die Erscheinungen des Lebens nicht bald eintreten.

ten, so wendet man von den unter C. angegebenen Mitteln noch folgende an: Nr. I., II., IV., VII., VIII. und IX.

Anmerkung. Wer gezwungen ist, sich lange in der Kälte aufzuhalten, schützt sich am besten vor dem Erfrieren des Gesichts, der Hände und der Füße, wenn er diese Theile mit Fett bestreicht.

Warnung. Um im Freien der Gefahr des Erfrierens zu entgehen, vermeide man alle geistige Getränke, halte sich in dauernder Bewegung, und lasse sich nicht durch etwaige Schläfrigkeit zum Eisen bewegen.

III. Erwürgte und Erhängte.

1) Vor Allem muß die Lösung des Bandes um den Hals gleich vorgenommen werden.

2) Beim Abschneiden und Herabnehmen muß man besonders dafür sorgen, daß der Körper nicht falle oder sonst Schaden nehme, dann löst man rasch alle fest anliegende Kleidungsstücke und giebt dem Körper eine halb sitzende Lage.

3) Ist die That eben geschehen, so bewirkt man die Rückkehr des Lebens bloß durch Besprengung des Gesichts mit kaltem Wasser, durch Zuscheln kühler Augen durch kalte Umschläge auf den Kopf und Bürsten der Fußsohlen. Keine Zeit immer die Hauptsache und daher müssen die Rettungsversuche anfangs bei geöffneten Thüren und Fenstern angestellt werden.

4) Hilft dies nicht, und ist ein Mann im Orte, der zu Ader lassen tauglich ist, so ist es immer gut, wenn noch vor Ankunft des Arztes ein Suppenteller voll Blut aus der Ader gelassen wird, und zwar am Arme. Will das Blut nicht fließen, muß man dennoch die Ader verbinden, damit nachher bei wieder erwachten keine Verblutung entsteht. In diesem Falle müssen 12 bis 16 Blutegel auf die Stirn und hinter die Ohren, oder eben so viel blutige Schröpfköpfe in der Brust gesetzt werden. Die Blutegel finden auch dann Anwendung, wenn kein Blut zum Schröpfen oder Aderlassen zu erlangen ist.

5) Hierauf sucht man das Athmen anzuregen durch Reiben der Brust, Klopfen des Unterleibes mit der Hand, durch Kitzeln des Schlundes und künstliches Lufteinblasen. Damit verbindet man warme Fuß- und Handbäder; Ginkeln der Füße in Senfteige und Klystiere, Nies- und Niesmittel sind zu vermeiden. Man schreitet zu Spritzbädern und kalten Begießungen des Kopfes.

6) Treten nach gelungener Wiederbelebung Schwindel und Betäubung ein, macht man kalte Umschläge auf den Kopf.

7) Noch muß bemerkt werden, daß Menschen dieser Art, wenn sie in's Leben zurückgebracht sind, mit großer Sorgfalt beobachtet werden müssen. Denn der Selbstmörder die That gern, wenn ihm dazu nicht die Hindernisse abgeschnitten werden, theils hat die Erfahrung gelehrt, daß solche Menschen, wenn auch den Anschein der gänzlichen Herstellung darbieten, doch nicht selten in Entzündungskrankheiten, in Schlag- oder Eitelfluss verfallen und schnell dadurch tödtet werden.

IV. Erstickte.

Der Tod des Erstickens erfolgt durch zu langen Aufenthalt in Behältnissen, wo die Luft verdorben ist, z. B. durch Aethlendunst, frische Delfarbe, frisch gestrich mit Kalk. Ausdünstungen von Blumen, Früchten, Wurzeln, frischem Hopfen, in lange verschlossen gewesenem Zimmern, in Kellern, wo Bier und Wein gähret, in Gruben, wo Pflanzen oder thierische Theile faulen, in Kloaken, in Brunnen und Schächten.

1) So lange noch ein Licht in dergleichen Behältnissen verlischt, ist es sehr gefährlich, sich hinein zu wagen.

2) Gehe sich daher Jemand in ein solches Behältniß begiebt, um einen an der Art Verunglückten aus dem gefährlichen Orte wegzuschaffen, muß die Luft in demselben gereinigt werden. Dieses geschieht bei Zimmern am einfachsten durch Öffnen der Fenster und Thüren, welche erstere nöthigen Falls von außen her einzuschlagen sind. Bei Gruben, Kellern und ähnlichen Behältnissen muß man Wasser in die Grube durch die Brause einer Wiepflanze, oder auf sonstige Weise dünn vertheilen,

3) durch einen großen brennenden Strohwisch, mit welchem man durch Abbewegen die untere verdorbene Luft gleichsam auspumpt, wird dieser icht.

er Retter muß einen angefeuchteten Schwamm in den Mund nehmen, Beschaffenheit des Verhältnisses, in das er sich begeben will, sich einen den Leib binden, auch einen andern an der Hand befestigen, um ein geben, wenn er herausgezogen sein will.

vor Allem muß der Verunglückte in freie, reine Luft gebracht werden. man ihm eine Rückenlage mit erhöhtem Kopfe, reinige dann seinen Schleime, besprize ihn mit kaltem Wasser, blase Luft ein und gebe Rhytier mit Eßig. Stroßen die Adern sehr von Blut, so muß er mög- zur Aber gelassen werden. In Ermangelung einer dazu geeigneten und Person beschränke man sich auf kalte Kopfbegießungen und Senfteige IX.) an Fußsohlen und Waden und reichlichen Gebrauch von Blutegeln opf.

tellen sich Lebensäußerungen ein, so wird der Verunglückte abgetrocknet mit, von Zeit zu Zeit aber noch im Gesicht mit kaltem Wasser be-

nung. Bei abgeschlossenem Luftzuge der Oefen entwickelt sich aus den ausgebrannten Holzkohlen, Torfe u. der Kohlendunst, der, schon nach lufenthalt darin, Schwindel, Kopfschmerz, Erbrechen und sogar den Tod an hüte sich daher, eher die Klappen an den Ofen zu schließen, als das rial völlig verbrannt ist. Um jeder Gefahr vor Erstickung vorzubeugen, zweckmäßigsten, daß man die Klappen der Ofenröhren so einrichtet, daß illig verschlossen werden können, oder in dieselben eine Oeffnung von der es Fünf-Silbergroschen-Stückes bohren läßt, durch welche, wenn das rial beim Schließen der Klappe noch nicht völlig verkohlt sein sollte, der Dunst entweichen kann. Uebrigens entwickelt sich der letztere auch durch anten Feuertöpfe.

V. Vom Blitz Erschlagene.

an bringt den vom Blitz leblos Gewordenen sogleich in die frische Luft et ihn zu den Versuchen vor.

ann spricht man ihm kaltes Wasser ins Gesicht, wendet kalte Kopfbegie- d Sprizbäder an, reicht Niesemittel, kizelt den Schlund, setzt kalte Rhy- reibt Brust, Gesicht und Schläfe mit Brantwein. Erwärmung des Kör- vermeiden.

as früher sehr übliche Verfahren, vom Blitze Erschlagene mit Ausnahme in Erde zu vergraben, ist verwerflich.

VI. Nach einem Falle Leblosscheinende.

legt sie mit etwas aufgerichtetem Kopfe und Oberleib auf ein weiches iprengt das Gesicht mit kaltem Wasser, wendet das Tropfbad auf an und giebt ein Rhytier. Die weitere Behandlung muß der Arzt

VII. Scheintobte Betrunkene.

sucht sie erst durch Besprizen und Begießen mit kaltem Wasser zu sich, und flößt ihnen dann so lange lauwarmes Wasser ein, bis sie sich er- Dann giebt man ihnen einige Tassen schwarzen Kaffee.

VIII. Von wüthenden Thieren Gebissene.

von einem anscheinend wüthenden Thiere, namentlich einem Hunde, ein issen worden, so muß das Thier, wenn es möglich ist, dasselbe ohne Ge- augen, zur Aufklärung der Sache und zur Beruhigung des Gebissenen, et, sondern in einem sicheren Verhältniß eingesperrt werden, bis es ent- id wird oder stirbt.

is Bluten der Wunde darf nicht gestillt, sondern muß so viel als mög- warmes Wasser, so wie durch Aufsetzen eines trockenen Schröpfkopfes be- den.

3) Die fernere Behandlung, die namentlich darin besteht, daß man die Wunde ausschneidet, auskaut oder ausbrennt und dann sehr lange in Eiterung erhält, dem Arzte vorbehalten bleiben.

IX. Epileptische.

Man legt sie so, daß sie sich bei ihren Krämpfen keinen Schaden thun, entfernt alle überflüssige Zuschauer aus ihrer Nähe. Kann man die Kranke in ein Bett oder ähnliches Lager bringen, so ist dieses gut. Fallen sie auf der Erde oder dem Steinpflaster nieder so ist ein angemessenes Lager herbeizuschaffen, man unter den Kopf und die Schultern ein Bund Stroh oder Heu unterlegt. Das Aufbrechen der Daumen ist eine unnöthige und unzweckmäßige Bemühung, denn sie gehen und bleiben nicht eher auf, als bis der Anfall zu Ende ist.

X. Scheintodt geborene Kinder.

Da in den meisten Orten eine Hebamme angestellt ist, die Hebammen aber der Behandlung scheintodter Kinder genau unterrichtet worden, so ist gleich wenn (nach §. 1. Nr. 2.) zum Arzte gesandt wird, auch die nächste Hebamme herbeizurufen, indem diese möglicher Weise früher zu erlangen ist, als jener. Zur Ankunft des Arztes ist dann ganz nach Anleitung der Hebamme zu verfahren, doch wird durch die anwesende Hebamme der Arzt selbst nicht überflüssig, in der Regel immer die beste Hülfe ist.

Bleiben die Belebungsmitel bei scheintodten Kindern fruchtlos, so hat die polizeiliche Festsetzung, daß alle Beerdigungen erst nach Ablauf der 7. Stunde stattfinden dürfen, wenn nicht ein ausdrückliches ärztliches Attest die frühere Beerdigung zulässig macht, auch auf derartige Anwendung.

XI. Erdrückte Kinder.

Man entkleidet sie sogleich, wickelt sie in warme Tücher, bringt sie in frische Luft und sorgt baldigst für Herbeirufung eines Arztes oder einer Hebamme.

Wichtiger aber ist es, derartiges Unglück zu verhüten, und dem Muth der Mütter, mit neugeborenen Kindern in einem Bette zu schlafen, entgegenzutreten. Unser Allg. Landr. (Tit. 20. Th. II.) hat diese Gefahr vorhergesehen, und daher ausdrücklich Folgendes festgesetzt:

- §. 738. „Mütter und Ammen sollen Kinder unter zwei Jahren bei Nacht nicht in ihre Betten nehmen und bei sich oder Anderen schlafen lassen.“
- §. 739. „Die solches thun, haben nach Bewandniß der Umstände und der dabei obwaltenden Gefahr Gefängnißstrafe oder körperliche Züchtung verwirkt.“

XII. Vergiftete.

Mögliche Erkrankungen, besonders nach dem Essen oder Trinken, und dabei Ekel, Würgen, Erbrechen, Leibschmerzen oder Angst, Schwindel, Reiz, Schläffucht, Verwirrung der Sinne und Krämpfe, einzelne oder mehrere dieser Erscheinungen eintreten, erregen den Verdacht von Vergiftung. Eine Vergiftung ist ein höchst gefährlicher Zustand, dessen Heilung selbst der geschicktesten Behandlung erfahrener Aerzte nur in Ausnahmefällen gründlich gelingt. Es ist daher bei jedem Verdachte einer Vergiftung so schnell als möglich ein Arzt herbeizurufen und bis zu seiner Ankunft nach folgenden Regeln zu verfahren:

1) Bei scharfen, namentlich metallischen Giften, als Arsen (Fliegenstein, Rattengift), Grünspan, Sublimat, giebt man sogleich viel Wasser, bis Erbrechen erfolgt ist.

2) Bei Vergiftungen durch Säuren, z. B. Salpetersäure (Schwefelsäure (Vitriol), Salzsäure, läßt man gleichfalls sogleich viel Wasser trinken, dann aber Seifenwasser, oder wenn sie zur Hand sein sollte, noch besser geröstete Kreide oder sog. Magnesia in Wasser zertheilt.

3) Bei betäubenden Giften aus dem Pflanzenreiche, wie Belladonna, Schierling, Wolfstirichen (Belladonna), Opium, Schwämmen, Pilzen u. s. w. giebt man auch zuerst, wie in den beiden vorigen Fällen, reichliches Erbrechen zu, dann aber giebt man abwechselnd und oft schwarzen Kaffee und Glycerin wohl durch den Mund, als vermitteltst Klystiere. Ausdrücklich wird hier

sehr verkehrt sein würde, wenn man diesen Essig in den beiden erwähnten von Vergiftungen anwenden wollte.

Im Schluß kann noch einmal nicht genug die allgemeine Regel empfohlen daß in allen plötzlichen Unglücksfällen dieser Art

der Arzt allein die richtige Hülfe,

daß der Zweck dieses Büchleins kein anderer ist, als dieser, zu bewirken, daß Anknüpfung dieser einzig richtigen Hülfe, durch allerhand im Publico herrschende Vorurtheile

nichts verborben werde.

1. M. Bl. 1847 S. 226. ff.)

. Gelbprämie für Wiederbelebungsversuche.

) U. R. des K. Min. des I. 1. Abth. (v. Ratom) v. 29. Septemb. betreffend die Bewilligung und Auszahlung der Hälfte der gesetzlichen in Fällen nicht gelungener Wiederbelebungsversuche.

Die Anfrage vom 16. Juni c. wird der K. Reg. hierdurch eröffnet, daß der Verf. an die K. Reg. zu Marienwerder vom 12. Mai 1843 (Min. Bl. Nr. 250.) ausgesprochene Grundsatz, wonach in Fällen nicht gelungener Belebungsversuche die Hälfte der gesetzlichen Prämie bewilligt und ausgezahlt soll, allerdings zur allgemeinen Anwendung zu bringen ist.

3. M. Bl. 1845 S. 300.)

) R. des K. Min. des I. (v. Manteuffel) v. 4. Decbr. 1845, wegen Wiederbelebungsversuche an scheinodten Personen zu gewährenden.

Die K. Reg. wird auf den Bericht vom 21. v. M. eröffnet, wie das Ministerium mit derselben einverstanden ist, daß die nach der U. B. vom 29. Septbr. d. J. (Bl. S. 300. Nr. 324.) zu gewährenden Prämien nur bei Wiederbelebungsversuchen an scheinodten Personen zu zahlen sind.

3. M. Bl. 1845 S. 352.)

) R. des K. Min. des I. (v. Manteuffel) v. 2. Novbr. 1848 an die K. zu N. Bewilligung von Prämien für Rettungsversuche an Schein-

Die Prämien der Medizinalpersonen bei Rettungsversuchen Scheinodter beruhen auf den Bestimmungen der U. vom 15. November 1775, des Publ. vom 13. und der Dekl. vom 24. Juni 1788, der U. v. 1. März 1794, der U. vom 1799 und des A. L. R. II. 20. §§. 785—787. An allen diesen Orten, insbesondere in dem §. 7. des Publ. vom 13. Januar 1788, als dem eigentlichen dieser Materie, ist bestimmt, daß für die Bemühungen zur Rettung eines kranken, je nachdem dieselben erfolgreich oder erfolglos gewesen sind, eine Belohnung von resp. 10 und 5 Thlrn. verabreicht werden soll. Nirgends findet sich eine Bestimmung, daß diese für die Rettung einer Person ausgesetzte Belohnung zu erhalten sei, wenn diese Bemühungen zu verschiedener Zeit ein und derselben Person wiederholt, oder zu derselben Zeit und an demselben Ort mehreren durch ein Ereigniß verunglückten Personen gewidmet worden.

Erst durch das R. vom 13. April 1835 (Anl. a.) ist eine K. Reg. angewiesen worden, in den seltenen Fällen, wo der mit Einem Male geretteten Personen mehrere sind, jedesmal anzufragen, wie es mit Zahlung der Lebensrettungsprämie zu halten sei.

Nachdem kann es nicht wohl einem Bedenken unterliegen, daß im Allgemeinen bei der Rettungen, resp. erfolglosen Rettungsbemühungen, auch die Zahl der folgenden Prämien bestimmt.

a.

Die K. Reg. erwiedert das unterzeichnete Ministerium auf Ihre Anfrage vom 18. Mts.,

wie es in den Fällen, wo der mit Einem Male geretteten Personen sehr viele sind, mit Zahlung der Lebensrettungs-Prämie zu halten sei?

In dergleichen ungewöhnlichen Fällen jedesmal von Ihr zu weiterer Bestimmung zu berichten ist.

Berlin, den 13. April 1835.

Ministerium des Innern und der Polizei. Köhler.

An die K. Reg. zu Gumbinnen.

1. M. Bl. 1848 S. 346.)

4.) G. R. des K. Min. der G., U. u. Med.-Ang. (v. Labenberg) v. 21. Mai 1850, desselben Inhalts.

Auf den an den Hrn. Min. des Innern erstatteten, von demselben als gegenwärtig zu meinem Ressort gehörig abgegebenen Bericht der K. Reg. vom 11. v. M. erkläre ich mich, bei Rücksendung der Anlagen, damit einverstanden, daß dem Ex-aminatorathe Dr. N. die vorschriftsmäßige Prämie für die in seiner Eingabe an das landrätthliche Amt vom 22. Aug. v. J. spezifizirten Wiederbelebungsversuche an Scheintodten und Verunglückten, nur in soweit zu zahlen ist, als die Versuche während der letzten vier Jahre, von 1849 an zurückgerechnet, vorgenommen worden sind, daß dagegen der Anspruch auf die Prämie für die früheren Fälle nach dem Gesetz vom 31. März 1838 über die Einführung kürzerer Verjährungsfristen als verjährt zu betrachten. Der K. Reg. überlasse ich hiernach die weitere Verfügung.

Da indessen die Nachforderung solcher Prämien auch für einen nur vierjährigen Zeitraum mit großen Inkonvenienzen verbunden ist, so bestimme ich hierdurch für die Zukunft, daß die Ansprüche auf Geldprämien für Wiederbelebungsversuche, welche an Verunglückten mit oder ohne Erfolg vorgenommen worden, bei Vermeidung des Verlustes des Anrechtes, binnen drei Monaten nach dem betreffenden Verfall bei der Orts- oder Kreisbehörde, und wenn hierauf von dieser binnen vier Wochen kein oder ein ablehnender Bescheid erfolgt ist, binnen sechs Monaten nach dem Verfall bei der betreffenden Regierung angemeldet werden muß. Die K. Reg. veranlasse ich, diese Bestimmung durch das Amtsblatt zur öffentlichen Kenntniß zu bringen.

(B. M. Bl. 1850 S. 129.)

Vierter Theil.

Die gerichtliche Medizin.

(Zu Thl. II. S. 537. ff.)

I. Gerichtsärztliche Untersuchungen und Gutachten.

1) G. R. des K. Just. Min. (Uhden) v. 29. Okt. 1847. Mittheilung korrekter Abschriften von den Obduktions- und Gemüthszustands-Untersuchungs-Verhandlungen an die K. Regierungen.

Nach einer Mittheilung des H. Min. der Geisl., Unt. und Med.-Ang. über Abschriften der gerichtlichen Obduktions- und Gemüthszustands-Untersuchungs-Verhandlungen, welche den K. Reg. von Seiten der Gerichtsbehörden mitgetheilt werden, nicht immer korrekt geschrieben, und es ist dadurch nicht selten die richtige Urtheilung der Untersuchungen und Begutachtungen, sowie der erfolgten Feststellung des objektiven Thatbestandes, zweifelhaft, mithin der Zweck der durch die Medizinalkollegien und durch die wissenschaftliche Deputation für das Medizinische vorzunehmenden Revision und Superrevision mehr oder weniger vereitelt.

Um diese Uebelstände für die Folge möglichst zu verhüten, ist den bei gerichtlichen Geschäften zugezogenen Physikern und Ärzten von Seiten des Ministers der Geisl., Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten neuerlich die Pflicht gemacht worden, den Gerichtsbehörden stets deutlich und fehlerfrei genaue Berichte und Gutachten einzureichen.

Sämmtliche Gerichtsbehörden werden hiervon in Kenntniß gesetzt, und ihrerseits darauf zu halten, daß den K. Reg. künftig allemal genau lesbare Abschriften der Obduktions-Verhandlungen und der Verhandlungen in Gemüths-Untersuchungsfällen mitgetheilt werden, wie dies von Seiten mehrerer Gerichte schon geschehen ist.

(B. M. Bl. 1847 S. 291.)

2) G. R. des K. Min. d. Med.-Ang. (v. Labenberg) v. 3. Dez. 1847. Vermeidung von Fremdwörtern in den gerichtsarztlichen Gutachten.

er Gebrauch' vieler Gerichtsärzte, in ihren Gutachten über körperliche Ver-
n, zweifelhafte Seelenzustände u. s. w. die lateinischen und griechischen Aus-
mehr als unumgänglich nöthig ist, zu häufen, hat besonders bei dem
öffentlichen Gerichtsverfahren Anstoß erregt, indem dergleichen Gutachten dem
Publikum und namentlich den Geschworenen minder verständlich werden.
Auf der andern Seite läßt sich nicht verkennen, daß eine gänzliche Vermeidung
Eindwörter der wissenschaftlichen Gründlichkeit der Gutachten Eintrag thun
indem in einzelnen Fällen der deutsche Ausdruck oder eine Umschrei-
ie Sache nicht so bestimmt bezeichnet, als das von der Wissenschaft recipirte
wort.

Ich finde mich demnach veranlaßt, durch die sämtlichen K. Reg. und das K.
Präsidium hieselbst allen Gerichtsärzten die rechte Mitte anzuempfehlen,
wobl darin besteht, daß Dinge, die eben so sicher und besser deutsch zu geben
als in fremden Sprachen ausgedrückt werden, wogegen in Fällen des Gegen-
as Fremdwort beizubehalten und in einzelnen Fällen zur Vermeidung jeden
s neben der deutschen Bezeichnung auch die lateinische oder griechische in-
ern hinzuzufügen ist.

(M. Bl. 1850 S. 373.)

II. Obduktionen Seitens der Militärgerichte.

Die Obduktionen der Leichname von Militär- oder Civilpersonen sind
in Militärgerichten anzuordnen, wenn Verdacht vorhanden ist, daß
Militärperson an dem Tode des Entleibten Schuld. Die darüber auf-
genommenen Verhandlungen sind an das General-Auditoriat einzusenden.
(Militär-Strafgesetzbuch Zbl. II. §. 41., G. G. 1845 S. 337.) Vergl.
selbst Zbl. II. §. 92. mit Anl. 13. §§. 11—24. über die Obduktionen
zur Feststellung des Thatbestandes verübter Verbrechen, durch welche der
Verletzte herbeigeführt ist.

I.

Chronologisches Register.

1817—1844.

	Seite
6. Jan. 1817	31
uni 1836	28
0. April 1839	40
5. Nov. 1844	86
Dec. 1844	100

1845.

1. Mai	100
h. v. 5. Juni	99
2. Juni	87
1. Aug.	18
Aug.	19
Sept.	58
3. Sept.	35
4. Sept.	65
9. Sept.	111
Okt.	25
Okt.	99
Nov.	82
Dec.	111
Dec.	32

1846.

1. Jan.	30
4. Febr.	3
5. Febr.	42
7. April	1
April	98
7. April	58
Mai	31
7. Mai	100, 101
9. Mai	57
v. 26. Mai	74
v. 6. Juli	74
Aug.	41
Aug.	23
1. Aug.	23
Aug.	96
Sept.	84
9. Sept.	55
Sept.	55
Okt.	45
1. Okt.	35

Publ. v. 28. Okt.	64
---------------------------	----

1847.

R. v. 28. Jan.	88
Regl. v. 20. Febr.	20
R. v. 20. Febr.	20
G. R. v. 28. Febr.	12
Publ. v. 1. März	43
G. R. v. 5. März	43, 49
R. D. v. 22. März	13
G. R. v. 31. März	25
R. v. 6. April	58
R. v. 23. April	26
Reglement v. 30. April	65
G. R. v. 6. Mai	50
G. R. v. 10. Mai	65
R. v. 23. Juli	89
Bekanntm. v. 27. Juli	59
R. v. 12. Aug.	26
R. v. 28. Aug.	95
G. R. v. 4. Sept.	102
R. v. 6. Sept.	33
G. R. v. 28. Okt.	51
G. R. v. 29. Okt.	112
R. v. 11. Nov.	38
Instr. v. 1. Dec.	68
R. v. 6. Dec.	21
R. D. v. 10. Dec.	1
G. R. v. 16. Dec.	23
G. R. v. 24. Dec.	5

1848.

G. R. v. 3. Jan.	60
Bekanntm. v. 16. Jan.	51
R. v. 28. Jan.	68
R. v. 13. Febr.	52
G. R. v. 25. Febr.	75
Bekanntm. v. 5. März	63
Bekanntm. v. 10. April	38
G. R. v. 24. April	86
Bekanntm. v. 26. Juni	44
R. v. 28. Juni	83
G. R. v. 1. Juli	6
G. R. v. 11. Juli	39, 40
Bekanntm. v. 24. Juli	28

I.

Chronologisches Register.

1817—1844.

	Seite
v. 16. Jan. 1817	31
2. Juni 1836	28
v. 30. April 1839	40
v. 15. Nov. 1844	86
22. Dec. 1844	100

1845.

v. 9. Mai	100
Entmach. v. 5. Juni	99
v. 22. Juni	87
v. 2. Aug.	18
25. Aug.	19
2. Sept.	58
v. 13. Sept.	35
v. 24. Sept.	65
v. 29. Sept.	111
18. Okt.	25
20. Okt.	99
17. Nov.	82
4. Dec.	111
18. Dec.	32

1846.

2. Jan.	39
v. 14. Febr.	3
v. 28. Febr.	42
v. 17. April	1
18. April	98
v. 27. April	58
11. Mai	31
v. 17. Mai	100., 101
v. 19. Mai	57
Entmach. v. 26. Mai	74
Entmach. v. 6. Juli	74
4. Aug.	41
v. 7. Aug.	23
v. 31. Aug.	23
31. Aug.	96
4. Sept.	84
v. 29. Sept.	55
v. 29. Sept.	55
v. 5. Okt.	45
v. 21. Okt.	35

Publ. v. 28. Okt.	64
---------------------------	----

1847.

R. v. 28. Jan.	88
Regl. v. 20. Febr.	20
R. v. 20. Febr.	20
G. R. v. 28. Febr.	12
Publ. v. 1. März	43
G. R. v. 5. März	43., 49
R. D. v. 22. März	13
G. R. v. 31. März	25
R. v. 6. April	58
R. v. 23. April	26
Reglement v. 30. April	65
G. R. v. 6. Mai	50
G. R. v. 10. Mai	65
R. v. 23. Juli	89
Bekanntm. v. 27. Juli	59
R. v. 12. Aug.	26
R. v. 28. Aug.	95
G. R. v. 4. Sept.	102
R. v. 6. Sept.	33
G. R. v. 28. Okt.	51
G. R. v. 29. Okt.	112
R. v. 11. Nov.	38
Instr. v. 1. Dec.	68
R. v. 6. Dec.	21
R. D. v. 10. Dec.	1
G. R. v. 16. Dec.	23
G. R. v. 24. Dec.	5

1848.

G. R. v. 3. Jan.	60
Bekanntm. v. 16. Jan.	51
R. v. 28. Jan.	68
R. v. 13. Febr.	52
G. R. v. 25. Febr.	75
Bekanntm. v. 5. März	63
Bekanntm. v. 10. April	38
G. R. v. 24. April	86
Bekanntm. v. 26. Juni	44
R. v. 28. Juni	83
G. R. v. 1. Juli	6
G. R. v. 11. Juli	39., 40
Bekanntm. v. 24. Juli	8*

	Seite
R. v. 1. Aug.	75
G. R. v. 4. Aug.	76
R. v. 12. Aug.	35
G. R. v. 18. Aug.	61
R. v. 2. Nov.	111
G. R. v. 7. Nov.	8
G. R. v. 8. Nov.	3
G. R. v. 21. Nov.	10

1849.

R. D. v. 20. Jan.	2
G. R. v. 2. März	34
G. R. v. 16. April	10, 17
G. R. v. 24. April	19
G. R. v. 3. Mai	7
G. R. v. 5. Mai	11
R. D. v. 22. Juni	2
G. R. v. 24. Juni	44
G. R. v. 30. Juni	56
R. v. 11. Juli	5
G. R. v. 25. Juli	24
G. R. v. 8. Aug.	37
G. R. v. 9. Aug.	42
G. R. v. 11. Sept.	37
R. v. 7. Okt.	11
G. R. v. 11. Okt.	29
G. R. v. 12. Okt.	64
G. R. v. 15. Okt.	44
G. R. v. 5. Nov.	18, 64
G. R. v. 22. Nov.	3
Befanntm. v. 3. Dec.	44

1850.

G. R. v. 13. Jan.	15
---------------------------	----

G. R. v. 21. Jan.	37
R. v. 13. Febr.	16
G. v. 24. Febr.	98
G. v. 11. März	2
R. v. 18. März	39
G. R. v. 4. Mai	32
G. R. v. 8. Mai	62
G. R. v. 21. Mai	112
G. R. v. 30. Mai	7
G. R. v. 15. Juni	3
R. v. 18. Juni	6
G. R. v. 19. Juni	11
G. R. v. 20. Juni	2
G. R. v. 3. Juli	5
G. R. v. 31. Aug.	49
G. R. v. 6. Sept.	6
G. v. 15. Sept.	14
Befanntm. v. 21. Sept.	14
Reglem. v. 3. Okt.	83
R. v. 1. Nov.	2
G. R. v. 13. Nov.	11
G. R. v. 26. Nov.	11
G. R. v. 1. Dec.	13
G. R. v. 3. Dec.	12

1851.

G. R. v. 17. Febr.	2
R. v. 20. Febr.	2
G. R. v. 2. März	2
G. R. v. 28. März	2
G. R. v. 15. Mai	2
G. R. v. 12. Juni	1
R. v. 28. Juli	41
R. v. 18. Aug.	15

II.**Alphabetisches Register.****A.**

- Abbeder, Prüfungs-Kommissionen für dieselben, 21. — Prüfungsgebühren, 12.
 Prüfungs-Reglement für dieselben, 55. — deren Pflichten in Betreff des
 fangens herrenloser Hunde, 56. —
- Abdeckereien, Bestimmungen der Gewerbe-Ordnung, 53.
- Abgaben, Befreiung der Hebeammen von öffentlichen Abgaben, 31.
- Ärzte, Einziehung ihrer Gebühren für Behandlung armer Kranken, 26. —
 füllung der den praktischen Ärzten in ihrem Verhältniß zu den Raths-
 hören obliegenden Verpflichtungen, 29. — Zuziehung von Ärzten und
 ärzten bei Militär-Untersuchungen, 29.
- Ansteckende Krankheiten, Abdruck des Regulativs betreffend die sanitäts-
 zeitlichen Vorschriften bei ansteckenden Krankheiten, 65.
- Apotheken, Ueberlassung nicht privilegirter, bloß konzessionirter an die
 auscheidenden Besizer oder deren Erben präsentirten, vorschriftsmäßig
 figirten Nachfolger, 35. — (. Nachweisungen.
- Apotheken-Konzessionen, wer solche ertheilt, 35.
- Apotheken-Revisionen, Diäten und Besoldungen, 10.

Apotheken: Wesen, dessen Reform, 35.

Apotheker, Nachweis der pharmaceutischen Studien Seitens der zu den Staatsprüfungen als Apotheker sich meldenden Kandidaten, 19. — Einflagung ihrer Forderungen im Mandats-Prozesse, 26. — deren Handel mit Schießpulver zu arzneilichen Zwecken, 38.

Apothekergehülften, deren Prüfung, 37. — Haltung der Pharmacopoea Bo-russica, 37. — Annahme ausländischer, 37.

Apotheker-Lehrlinge, deren Prüfung, 37. — Haltung der Pharmacopoea Bo-russica, 37.

Approbation, zur Betreibung der ärztlichen Praxis, 21. — Zurücknahme derselben, 21. — Verfahren hierbei, 21. — Verlust wegen Verbrechen und Vergehen, 22. — Strafbarkeit des Gewerbebetriebs ohne Approbation, 22.

Arcana, Handel damit, 42. — s. Geheimmittel.

Argentan, Verbot der Anwendung von Gefäßen und Geräthschaften daraus, 51.

Arsenik, Handel damit, 39. — betreffend das von den Kammerjägern aus inländischen Apotheken zu entnehmende Arsenikgemenge, 40.

Arzneimittel, deren Bereitungsweise, 49. — insbesondere der Dekokte, 50. — Verbot der Anwendung von Gefäßen und Geräthschaften aus Argentan, 51.

Arznei-Rechnungen, deren amtliche Revision und Feststellung, 52.

Arznei-Taxe, Erlaß einer neuen, 43. — Preisbestimmung für verschiedene Präparate, 44.

Arzneiwaaren, deren Aufbewahrung und Verkauf in Material-Handlungen und chemischen Fabriken, 38.

Atteste, über nach den Strafanstalten abzuführende Individuen, 8.

Augenarzt, Approbation, 33.

B.

Baderverein in Kolberg, 98.

Bandagist, Qualifikationsnachweis, 53. — deren Prüfung, 20. — Prüfungsgebühren, 12.

Begräbnisse, Aufsicht darüber, 63.

Blutegel, Detailhandel damit, 51. — Förderung der Blutegelzucht und Strafbarkeit des unbefugten Fangens in fremden Gewässern, 51. — s. Nachweisungen.

C.

Charitee-Krankenhaus, Aufnahme auswärtiger Kranken, 99. — dessen Beaufsichtigung, 1.

China, Preisbestimmung, 44.

Chinin, Preisbestimmung, 44.

Chinoidin, Preisbestimmung, 44.

Chirurgischer Instrumenten-Verfertiger, Qualifikationsnachweis, 53. — Prüfung, 20. — Prüfungsgebühren, 12.

Coroform, dessen Anwendung, 49.

Cholera, sanitäts-polizeiliche Maaßregeln bei deren Wiederausbruch, 75. — Maaßregeln gegen die Asiatische Cholera, 75. — Anleitung zum zweckmäßigen Verhalten bei der Cholera, 76.

Civil-Praxis, der Militairärzte und Chirurgen, sowie deren Bestrafung für Re-bizinal-Polizei-Kontraventionen, 23.

D.

Dekokte, deren Bereitung in den Apotheken, 50.

Deputirte, der Rebizinalbeamten, 9. — bei Apotheken-Visitationen, 10. — der Kreis-Thierärzte, 11.

Dokumente, polizeiliche Genehmigung zum Handel damit, 41. — s. Nachweisungen.

E.

Eidgenössische Chirurgen, Ausübung der Civilpraxis durch solche, 23. — Zulassung zu höheren militairärztlichen Stellen, 23.

F.

Farbe-Materialien, Aufsicht auf giftige, 58. — Verbot des Gebrauchs giftig zum Bemalen von Spielzeug, Konditorei- und Pfefferküchler-Waaren, 59.
 Fremdwörter, deren Vermeidung in gerichtsarztlichen Gutachten, 112.

G.

Gebühren, Einziehung der Kurkosten für Behandlung armer Kranken, 26. — der Hebeammen, 26.
 Geheimmittel, deren Empfehlung, 8. — Verbot der Einbringung verschiedener Gattungen, 42.
 Gelbes Fieber, s. Quarantaine-Verhältnisse.
 Geldprämien, für Wiederbelebungsversuche an scheinotbten Personen, 111.
 Gemüthszustands-Untersuchungs-Verhandlungen, deren Mittheilung an die Regierungen, 112.
 Gifte, Handel damit, 39., 58. — Verabfolgung von Giften an Kammerjäger, 41. — polizeiliche Genehmigung zum Handel mit Giften, 41.
 Grundsteuer, s. Krankenhäuser.
 Gutachten, gerichtsarztliche, Vermeidung von Fremdwörtern darin, 112.

H.

Handel, mit Hausmitteln, 39. — mit Apothekerwaaren in Material-Handlung und chemischen Fabriken, 38. — der Apotheker mit Schießpulver, 38. — mit Giften, insbesondere Arsenik, 39. — polizeiliche Genehmigung dazu, 41. — mit Arcanis, 42. — mit Blutegeln, 51. — mit giftigen Farbe-Materialien, 58. — Bestrafung des Handels mit Waaren, deren Färbung oder Bemalung giftig und der Gesundheit schädlich ist, 58. — Verbot des Handels mit Gegenständen, die mit grünen Kupferfarben gefärbt sind, 60. — mit giftigen Kupferfarben, 61. — Verbot des Handels mit dergleichen Gegenständen, 62.
 Hausapotheken, Revision homöopathischer, 42.
 Hausmittel, deren Verkauf in Konditoreien, 39.
 Hebeammen, deren Prüfungen, 18. — Ausbringung der Hebeammen-Gehälter für die auf Reisen entbundenen hilfsbedürftigen Frauenpersonen, 26. — Befreiung der Hebeammen von öffentlichen Abgaben, 31. — Einziehung der Beiträge zum Hebeammen-Fonds von Dissidenten, 32. — Aufnahme in das Hebeammen-Lehrinstitut, 32. — Approbation derselben, 32. — Führung des Legebuches, 32. — Ausübung der kleinen Chirurgie durch dieselben, 33.
 Hebeammen-Lehrinstitute, Aufnahme darin, 32.
 Homöopathische Hausapotheken, 42.
 Hühneraugen-Operateure, deren Prüfung, 19.
 Hunde, herrenlose, deren Auffangen durch die Abdecker, 56. — Verfahren für Fälle, in welchen Menschen von wuthverdächtigen Hunden gebissen worden, 84. — Anlegung von Maulkörben beim Treiben des jungen Schlachtviehes, 58.
 Hundswuth, s. Tollkrankheit.

I.

Irren-Anstalten, Anlegung von Privat-Irren-Anstalten, 99. — Aufnahme von Irren in öffentliche Irren-Anstalten, 99. — Ausnahme von Blödsinnigen, 99. — Trennung der Geschlechter darin, 100. — Besetzung der Wärterstellen in öffentlichen Irren-Anstalten, 100. — die einzelnen öffentlichen Irren-Anstalten, 100. — in Sorau, 100. — Luckau, 101.

K.

Kammerjäger, deren Gewerbebetrieb, 39. — betreffend das von denselben in inländischen Apotheken zu entnehmende Arsenikmenge, 40. — Verabfolgung von Giften an dieselben, 41.

Kinder, Sorge für deren physisches Wohl, 57. — Bestimmungen des Kaiser-

- sephbuches gegen den Kindermord, 57. — Turnanstalten für die weibliche Jugend, 57.
- Kinder-Spielzeug, s. Farbe-Materialien.
- Knochen, Sammeln und Aufbewahren der Thierknochen, 63.
- Kohlenbämpfe, Verhütung von Unglücksfällen durch solche, 64.
- Kolberg, Badeverein daselbst, 98.
- Kreditoren, deren Handel mit Hausmitteln, 39.
- Kreditorei-Waaren, s. Farbe-Materialien.
- Kranken-Anstalten, s. Privat-Kranken-Anstalten, Charitee-Krankenhaus.
- KrankenhauS, s. Charitee-Krankenhaus.
- Krankenhäuser, deren Befreiung von der Grundsteuer, 98. — Gestattung von mit Geräusch verbundenen Betriebsstätten in deren Nähe, 98.
- Kranken-Kassen, der Innungsangehörigen, 97.
- Kreis-Chirurgus, Besetzung der Kreis-Chirurgen-Stellen, 10.
- Kreis-Medizinal-Beamte, deren Vereidigung mit Rücksicht auf die von denselben in Civilprozessen abzugebenden Gutachten, 5.
- Kreisphysikus, Zulassung zu den Physikatprüfungen, 6., 15. — Berichte der Kreisphysiker, 6. — deren den Justizbehörden zeitig zu erstattenden Obduktionsberichte, 7. — Pflichten der Kreisphysiker in Betreff der Ankündigungen und Empfehlungen von Arzneien oder sogenannten Geheimmitteln, 8. — in Betreff der ärztlichen Untersuchung der nach öffentlichen Strafanstalten abzuführen den, oder auf dem Transporte erkrankten Individuen, und die darüber auszusprechenden Atteste betreffend, 8.
- Kreis-Thierarzt, dessen Prüfung und Befähigung, 10., 17.
- Kompagnie-Chirurgen, Ausübung der Civilpraxis durch solche, 23. — Zulassung zu höheren militairärztlichen Stellen, 23.
- Kupferfarben, Verbot derselben zum Färben oder Bedrucken von Papier, und zum Anstreichen von Tapeten und Zimmern, 60. — Gebrauch der arsenikhaltigen Kupferfarben für gewerbliche Zwecke, 61. — Verbot des Haltens von Waaren, die mit dergleichen Farben gefärbt sind, 62.
- Kuratorien für die Krankenhaus- und Thierarzneischul-Angelegenheiten, 1. — dessen Auflösung und Unterordnung der Thierarznei-Schule unter das Min. der Med.-Ang., 1.
- Kurkosten, Einziehung der Gebühren für Behandlung armer Kranken, 26. — Aufbringung der Kurkosten für unvermögende Kranke, 96.

Q.

- Qandess-Pharmakopöe, Gesetzeskraft der sechsten amtlichen Ausgabe derselben, 45.
- Qeichen, deren Bestattung durch konzeffionirte Personen, 63. — deren Transport auf Eisenbahnen, 64.
- Qeichenpässe, deren wechselseitige Gültigkeit für Hannover, Sachsen und Braunschweig, 64.
- Qungenseuche, s. Viehseuchen.

R.

- Randats-Prozeß, wegen Forderungen der Medizinalpersonen und Apotheker, 27.
- Raterial-Handlungen, deren Revision, 58.
- Redizinal-Anstalten, Einreichung jährlicher Verzeichnisse derselben, 3.
- Redizinal-Beamte, deren Dienstvergehen, 5. — Diätensätze derselben bei Reisen, 9. — s. Kreis-Medizinal-Beamte.
- Redizinal-Personen, Einreichung jährlicher Verzeichnisse, 3. — deren Bestrafung wegen Verletzung ihrer Berufspflichten, 11. — Einreichung der gegen solche ergangenen Strafverurtheilungen, 12. — deren Staatsprüfungen, 13. — Zulassung der dem Herzogthum Anhalt-Bernburg angehörigen Kandidaten zu den inländischen Staatsprüfungen für Medizinal-Personen, 13. — Einklagung ihrer Forderungen im Randats-Prozeße, 27.
- Redizinal-Polizei, deren Ueberweisung an den Minister der Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten, 2.
- Redizinal-Polizei-Konventionen deren Bestrafung, 23.

W.

Weinhandlungen, deren Revision, 58.

Wiederbelebung, Scheintodter, 103. — Geldprämien für Wiederbelebungssuche, 111.

Wundärzte, Einziehung ihrer Gebühren für Behandlung armer Kranken, 26. — Zulassung zur chirurgisch-forensischen Prüfung, 17.

Z.

Zahn-Arzt, Approbation 33. — ausschließliche Berechtigung zum Einschneiden kieferlicher Zähne, 33.



